

DEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION
Bd. 1: 1933/1934

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und
deutschen Archiven

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und deutschen Archiven

Bd. 1: 30. Januar 1933–31. Dezember 1934

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Hrsg. von Sergej Slutsch und Carola Tischler
unter Mitarbeit von Lothar Kölm

Projektbetreuung: Bianka Pietrow-Ennker

Teilband 1
Januar 1933–Oktober 1933

OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München/Deutschland
www.oldenbourg-verlag.de
Ein Unternehmen von De Gruyter

Lektorat: Florian Hoppe
Herstellung: Karl Dommer
Einbandgestaltung: hauser lacour

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-71295-7
eISBN 978-3-486-73606-9

Inhalt

Vorwort	VII
I. Einleitung	1
II. Dokumentenverzeichnis	51
III. Dokumente	133
IV. Abkürzungsverzeichnis	1479
V. Archive	1487
VI. Veröffentlichte Dokumente und Nachschlagewerke	1489
VII. Personenregister	1491
VIII. Sachregister	1547

Vorwort

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten entscheidend vor allem die Geschichte des europäischen Kontinents. Ihre Entwicklung stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen. Dieser Krieg bereitete dem jahrhundertealten Staatensystem des alten Europa, das nun einen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruch erlitten hatte, ein Ende. Die auf den Trümmern dieses Systems durch die Siegermächte errichtete neue Friedensordnung erwies sich allerdings als brüchig und kurzlebig und legte die Basis für künftige Konflikte. Die Härte des Versailler Vertrags begünstigte die Verwandlung Deutschlands in den Herd eines neuen internationalen Konflikts, indem sie völlig unterschiedliche Kräfte zu einem Zusammenschluss unter nationalistischen Parolen bewog. Eine weitere Ursache der Instabilität der Nachkriegsordnung war die Errichtung des bolschewistischen Systems in Russland. Die beiden Staaten, die sich als Parias der Weltgemeinschaft betrachteten, wurden durch diese Entwicklungen zur Herstellung besonderer Beziehungen veranlasst, die sich nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrags von 1922 praktisch auf allen nur denkbaren Gebieten entwickelten.

Die Machtübernahme durch Hitler markiert einen Wendepunkt in diesem Prozess. Den Kern seines außenpolitischen Programms, das in erster Linie auf die Errichtung einer Vormachtstellung in Europa zielte und zur entscheidenden Triebkraft der Außenpolitik des Dritten Reiches wurde, bildete die Eroberung von neuem „Lebensraum“ im Osten auf Kosten der Sowjetunion. Der Weg zur Umsetzung dieses Vorhabens war lang und widersprüchlich, obwohl die antisowjetische Ausrichtung der Außenpolitik des neuen Reichskanzlers stets offen zu erkennen war. Sehr bald lief Hitlers Interesse an der UdSSR nur noch auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen auf einem in der diplomatischen Praxis gerade noch zulässigen Mindestniveau hinaus. Dieser Kurs gegenüber der Sowjetunion wurde bis Mitte des Sommers 1939 verfolgt, begleitet von einer nur leicht verschleierten oder auch – wie in der Zeit des Bürgerkrieges in Spanien – völlig offenen politischen und ideologischen Konfrontation.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches zwang die Sowjetunion zu unterschiedlichen Reaktionen auf dem internationalen Schauplatz. Dabei blieb die außenpolitische Strategie der UdSSR auch nach 1933 im Grundsatz unverändert und zielte darauf ab, die anderen Staaten gegeneinander auszuspielen und aufkommende Widersprüche und Konflikte zu vertiefen, um ihre Position in der Staatenwelt abzusichern bzw. zu festigen. Trotz aller äußeren Konfrontation blieben bei dieser Taktik jedoch stets Möglichkeiten zu einer eventuellen Einigung, selbst zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland offen. Und eben hierzu gingen von Stalin persönlich von Zeit zu Zeit wichtige Initiativen aus.

Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach Hitlers Machtantritt stellte einen Prozess mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Ausrichtungen dar, die entscheidend von beiden Diktatoren bestimmt wurden. Von 1933 bis 1941 war es vor allem Stalin, der Interesse an einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bekundete, sah er darin doch nicht nur erforderliche Sicherheitsgarantien für die UdSSR, so wie er sie verstanden hat, sondern auch die Möglichkeit, die militärische Stärke und den internationalen politi-

schen Einfluss seines Landes auszubauen. Jedoch stießen seine Anstrengungen bestenfalls auf eine völlig gleichgültige Haltung der obersten Führung des Dritten Reiches. Lediglich ein einziges Mal, im Jahr 1939, als es Hitler darauf ankam, potentielle Verbündete – die Westmächte und die UdSSR – voneinander zu trennen und damit im Vorfeld eines sich immer deutlicher abzeichnenden Krieges gegen England und Frankreich die Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu bannen, reagierte er positiv auf erneute Versuche Moskaus, die Beziehungen zu Berlin zu verbessern. Dabei verzichtete Hitler keineswegs auf sein Hauptziel: die Zerschlagung der Sowjetunion als wichtigste Voraussetzung für die Errichtung seiner Herrschaft auf dem europäischen Kontinent. Er schob dieses Ziel lediglich auf.

So stellt sich für die Herausgeber dieser Edition die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen heute, d. h. zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit am ersten Band dar. Zugleich müssen wir feststellen, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1933–1941 trotz ihrer Relevanz für die Bewertung der Außenpolitik beider Staaten und für die Entwicklung der weltpolitischen Lage insgesamt bis heute nur unzureichend erforscht sind. Denn ungeachtet der Überzeugung, dass Hitler und Stalin die Außenpolitik letztendlich prägten, reicht es nicht, die beiderseitigen Beziehungen nur unter dem Blickwinkel der Großen Politik und Diplomatie zu untersuchen. Das Neuartige an der vorliegenden Edition ist daher die Betrachtung der Beziehungen in ihrer Gesamtheit, d. h. die Berücksichtigung auch der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Ebene. Innovativ ist auch der Aufbau der Edition, bei dem sowjetische und deutsche Dokumente einander ergänzen. Gerade die sehr dichte Verschränkung von Quellen unterschiedlicher Provenienz eröffnet schrittweise den Nachvollzug der Politik in einem Maße, wie es bisher in der Beziehungsgeschichte so nicht geleistet werden konnte. Das lag zum einen daran, dass die sowjetische Seite in einem viel stärkeren Ausmaß als die deutsche Quellenlücken aufweist. Zum anderen ermöglicht aber auch die Zusammenführung von Quellen aus unterschiedlichen Bereichen der gemeinsamen Geschichte einen neuen Blick auf die Interdependenz der Beziehungen. Und schließlich werden solche Quellen wie Briefe, Entwürfe von Dokumenten oder vertrauliche Notizen stärker als bisher berücksichtigt. Auf diese Weise können Historiker nicht nur nachvollziehen, wie sich die tatsächlichen Vorgänge auf der politischen Ebene entwickelten, sondern auch, wie die gegenseitige Wahrnehmung und die politischen Mentalitäten sich auswirkten, wie die Art der Kommunikation und die institutionelle Einbindung in die unterschiedlichen Apparate funktionierten und nicht zuletzt, welche Personen wie stark auf den Gang des Geschehens Einfluss nahmen. Die Auswahl der Dokumente erfolgte unter dem Gesichtspunkt, dass sie in ihrer Gesamtheit sowohl den Fortgang der Ereignisse und die Hintergründe beleuchten als auch in der erreichbaren Vollständigkeit und Dichte die Spannbreite der Beziehungen darlegen. Deshalb hielten es die Herausgeber für unerlässlich, bereits veröffentlichte Quellen in die Edition einzubeziehen, die für das Gesamtbild konstitutiv sind. Auch die Art der Präsentation der Quellen – die Wiedergabe erfolgt so originalgetreu wie möglich – ist der Überzeugung geschuldet, den Blick des Wissenschaftlers nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf Perzeption, nicht-offizielle Gedankengänge und Einbindung oder Ausschluss der unterschiedlichen Beteiligten zu lenken.

Die Ausgestaltung der Politik in beiden Diktaturen erwuchs aus einem Geflecht unterschiedlicher Interessen und Ziele. Während der nationalsozialistischen und der stalinistischen Diktatur wurden die Beziehungen vor allem über die Außenministerien geregelt. Alle anderen Beziehungen waren mit der Entwicklung der politisch-diplomatischen sehr eng verbunden und von diesen in zunehmendem Maße abhängig. Deshalb bilden Dokumente aus den beiden außenpolitischen Archiven den Hauptteil der edierten Quellen. Sie eröffnen einen Blick in die Gedankenwelt der Diplomaten, die in dieser Form bisher der Forschung verschlossen blieb. Darüber hinaus enthält die Edition Dokumente zu den Militär-, Wirtschafts- sowie Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen aus einer Reihe weiterer Archive, die die Perspektive beträchtlich über die reine Diplomatiegeschichte hinaus erweitern.

Die Eckdaten dieser auf vier Bände angelegten Edition liegen auf der Hand: Sie setzt ein mit dem 30. Januar 1933 und endet mit dem 22. Juni 1941. Die Gliederung der Einzelbände wird von den Zäsuren in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bestimmt, die in den Einleitungen zu jedem Band erläutert und begründet werden. Die Herausgabe sowohl in deutscher als auch in russischer Sprache soll einen größtmöglichen Leserkreis erschließen. Zudem erlaubt es eine Edition in zwei Sprachen, bei den Originaltexten den Stil und die sprachlichen Nuancen zu bewahren, die bei einer Übersetzung zum Teil verloren gehen.

* * *

Die Dokumentenedition ist ein russisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt, das dank der finanziellen Unterstützung der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“ entstehen konnte. Einen besonderen Dank sprechen die Herausgeber dem deutschen Sekretär der Kommission, Eberhard Kuhrt, aus, dessen langjährige organisatorische und auch ideelle Fürsprache eine große Hilfe war.

Des Weiteren ist den Archiven der beiden Außenministerien zu danken: dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation in Moskau, insbesondere seinen Mitarbeitern Viktorija Frolova, Sergej Pavlov und Dr. Andrej Romanov, und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, vor allem Dr. Ludwig Biewer, Dr. Gerhard Keiper und Dr. Martin Kröger sowie den stets freundlichen und hilfsbereiten Mitarbeitern des Lesesaals. Außerdem geht der Dank in Moskau an Larissa Malašenko, Larissa Rogovaja, Sof'ja Somonova und Irina Zjuzina (Staatliches Archiv der RF), Ljudmila Košeleva (Russisches Staatliches Archiv für Soziale und Politische Geschichte), Ljubov' Kudrjavzeva, Vladimir Kuzelenkov (Russisches Staatliches Militärarchiv) und Prof. Dr. Vasilij Christoforov (Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs und des Geheimen Staatsarchivs in Berlin, des Bundesarchivs-Militärarchivs in Freiburg sowie des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln haben mit ihrer Erfahrung das Ihrige zum Gelingen der Materialrecherche beigetragen. Das gilt auch für die Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Auf die eine oder andere Weise waren an der Arbeit beteiligt oder haben dank ihrer Fachkompetenz wertvolle Ratschläge und Hinweise gegeben: Ol'ga Aleksandri, Prof. Dr. Helmut Altrichter, Simon Donig, Dr. Jan Foitzik, Leonid Gibianskij,

Dr. Viktor Knoll, Christiane Künzel, Dr. Jochen Laufer, Dr. Mechthild Lindemann, Tobias Meyer, Ruslan Schejngeit, Dr. Elke Scherstjanoi, Prof. Dr. Günter Rosenfeld, Dr. Irina Tverdochleb und Dr. Jürgen Zarusky.

Vor allem soll Frau Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker ganz besonders herzlich gedankt werden. Sie hat als Kommissionsmitglied trotz des Wissens um die Schwierigkeiten, die mit dieser Art von Vorhaben verbunden sind, den Mut gehabt, die Betreuung des Projektes zu übernehmen, und hat das Erscheinen des ersten Bandes über die Jahre hin mit Rat und Tat begleitet.

I. Einleitung

Die russische Regierung wird es Deutschland nie verzeihen, dass wir den Kommunismus in Deutschland zerschlagen haben, denn das Schicksal Sowjetrusslands ist mit unserer Revolution entschieden worden.
*Adolf Hitler am 26. September 1933*¹

Ein Abkommen mit Hitlerdeutschland ist aber unter Beibehaltung des Friedens unmöglich und müsste zwangsläufig gegen irgendjemanden gerichtet sein.
*Maksim Litvinov am 1. November 1934*²

1. Die Ausgangssituation

Um die Jahreswende 1932/1933 standen die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion an einem Scheideweg. Ungeachtet der Beteuerungen beider Seiten, dass ihre Beziehungen unverändert stabil und der Warenaustausch umfangreich seien, setzte sich bei Politikern und Diplomaten in Berlin und Moskau – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Rapallo-Ära ihrem Ende zugeht. Ende 1932 war ihr Kernbestandteil praktisch gegenstandslos geworden: die unüberwindbaren Gegensätze zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges in den Kardinalfragen Reparationszahlungen und Rüstungsparität. Die Beilegung dieser beiden Probleme im Verlaufe des Jahres 1932 ließen das politische und militärische Interesse der deutschen Regierung, mit der Sowjetunion ihre früheren Beziehungen fortzuführen, deutlich zurückgehen. Die im Dezember 1932 auf der Genfer Abrüstungskonferenz von den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und dem Deutschen Reich angenommene Erklärung, Deutschland „die Gleichberechtigung [im Rüstungsbereich, *Verf.*] in einem System zu gewähren, das allen Nationen Sicherheit bietet“³, warf die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibs der militärischen Versuchsstationen auf dem Territorium der UdSSR auf. Es blieben die Finanz- und Handelsbeziehungen, die ihren Höhepunkt in den Jahren der Weltwirtschaftskrise erreicht hatten. Doch auch hier zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte 1932 eindeutige Anzeichen einer Abschwächung, die das Interesse der deutschen Finanz- und Industriekreise am sowjetischen Markt unausweichlich minderte. So verlor eine Aufgabe an Relevanz, die sich den verschiedenen Regierungen der Weimarer Republik über viele Jahre hinweg gestellt hatte, nämlich die prowestliche Orientierung Deutschlands durch eine aktive Ostpolitik im Gleichgewicht zu halten⁵.

¹ ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 456, S. 838.

² AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 228.

³ K. Schwendemann: Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage. Mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente, Bd. I, Leipzig 1933, S. 479.

⁴ Der inoffizielle Militärattaché Deutschlands in der UdSSR Köstring unterrichtete bereits am 11. 1. 1933 den Chef des Stabes der RKKa Egorov darüber, dass der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord, beabsichtige, im Herbst 1933 die Ausbildung von deutschen Piloten in der Fliegerschule Lipetsk einzustellen (Dok. 163).

⁵ Vgl. z.B. M. Walsdorf: Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Russlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971.

In welchem Grad waren in dieser Zeit die Außenpolitik der beiden Staaten und ihr Instrumentarium von innenpolitischen Entwicklungen abhängig? Die Frage ist durchaus berechtigt, denn der Charakter eines politischen Regimes beeinflusst unmittelbar seine Außenpolitik. Das illustrieren die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion in besonders markanter Art und Weise.

Die Weimarer Republik war verfassungsmäßig eine Art Symbiose aus parlamentarischer und präsidentieller Republik, die den Präsidenten des Staates von Beginn an mit sehr weitreichenden Vollmachten gegenüber dem Reichstag ausstattete. In der Krise der Republik seit 1930 mit den vergeblichen Versuchen, eine Koalitionsregierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit hätte stützen können, gewann die Rolle des Präsidenten, der sich nun sogenannter Präsidialkabinette bediente, noch mehr an Bedeutung. Wenn das Weimarer Deutschland, bildhaft gesprochen, eine Republik ohne Republikaner war, so verkörperten in den letzten Jahren ihres Bestehens der Präsident, seine Umgebung und die Präsidialkabinette typische autoritäre Regierungsformen. Die veränderte internationale Stellung Deutschlands, die verstärkten Bemühungen zur Revision des Versailler Vertrages und die Umgestaltung der innenpolitischen Landschaft wirkten stark auf die Außenpolitik der Weimarer Republik ein. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Politik wurde immer öfter die Kräftebilanz im Innern des Landes⁶, d.h. die Existenz von rechtsradikalen, nationalistischen und offen revanchistischen Stimmungen, berücksichtigt. Das Auswärtige Amt büßte unter den Präsidialkabinetten seine Schlüsselstellung bei der Bestimmung des außenpolitischen Kurses ein, was besonders daran deutlich wurde, dass der Außenminister – anders als in der Amtszeit Stresemanns – nicht mehr als eine dem Reichskanzler ebenbürtige Person angesehen wurde. Parallel zur gewachsenen Rolle des Regierungschefs bei der Gestaltung des außenpolitischen Kurses wuchs auch der Einfluss der anderen Ämter auf außenpolitische Entscheidungen, allen voran des Reichswehrministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Auch sind die personellen Veränderungen in der Leitung des Auswärtigen Amtes zu berücksichtigen, die zu Beginn der 1930er Jahre stattfanden: Während Staatssekretär Bernhard von Bülow (ab 18. Juni 1930 im Amt) noch eine eindeutig aktivere revisionistische Richtung in der Außenpolitik vertrat⁷, die im Gegensatz zum Kurs Stresemanns stand, war Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath (ab 2. Juni 1932) bereits der Repräsentant einer außenpolitischen Linie, für die die Ideologie des Revisionismus völlig überholt war und durch expansionistisches Denken in den Kategorien der Raumpolitik ersetzt werden musste⁸. Ungeachtet dieser Umstände waren die traditionellen Eliten Deutschlands nicht geneigt, eine Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zuzulassen, da sie die UdSSR nach wie vor als einen Stützpfeiler der friedlichen Revision des Versailler Vertrages – darunter auch seiner territorialen Bestimmungen – betrachteten⁹.

⁶ Vgl. P. Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 2. Aufl. Darmstadt 1993, S. 512–516.

⁷ Vgl. H. Graml: Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik: Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt, München 2012, S. 83–85.

⁸ Vgl. H. Graml: Zwischen Stresemann und Hitler: Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen, und Schleicher, München 2001, S. 207, 224.

⁹ Vgl. G. Wollstein: Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März

In der Sowjetunion bildete sich in dieser Zeit in einem schnellen Tempo ein totalitäres Regime heraus, das immer stärker Züge der persönlichen Diktatur Stalins annahm. Dabei stützte sich Stalin auf die verschiedenen Ebenen der Nomenklatura in Partei und Staat, mit deren Hilfe die oberste Parteiführung ihre Macht über Staat und Gesellschaft ausübte, sowie auf die Sicherheitsorgane. Diese Konzentration von Macht an der Spitze der Pyramide führte dazu, dass die Entscheidungsfindung und die Kontrolle der gefassten Beschlüsse unweigerlich in den Händen Stalins und seinem engsten Kreis zusammenliefen¹⁰. Dabei blieb der Einfluss der Innen- auf die Außenpolitik im Großen und Ganzen konstant und spiegelte den Charakter des zunehmend repressiven Regimes der UdSSR wider. Versuche von außen, das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (im Folgenden: Narkomindel) darauf aufmerksam zu machen, dass die bilateralen Beziehungen durch die repressive sowjetische Innenpolitik negativ beeinflusst würden, blockte die Führung ab, was sich in einem entsprechenden Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) niederschlug¹¹. Wesentlich stärker war hingegen der Einfluss der internationalen Lage der UdSSR auf die innenpolitischen Prozesse im Lande, wovon beispielsweise die wiederholt vom Kreml und seinen Propagandaapparaten verbreitete Losung einer vermeintlichen militärischen Bedrohung der Sowjetunion und ihrer Einkreisung durch äußere und innere Feinde zeugt. Gestützt auf diese Auffassung hat die Partei- und Staatsführung jahrelang die gesamte Bevölkerung erzogen und mobilisiert, um sie mehr und mehr unter Kontrolle zu bringen.

Ließ sich die sowjetische Führung von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung Deutschlands beeinflussen, oder – anders ausgedrückt – welchen Stellenwert hatte die ideologische Komponente in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die in der Politik der UdSSR eindeutig Vorrang gegenüber denen zu anderen europäischen Staaten besaßen? Ohne die Frage hier detailliert untersuchen zu können, lässt sich festhalten, dass Moskau in dieser Hinsicht keinerlei konsequenten Prinzipien folgte¹², sondern sich überwiegend von pragmatischen Erwägungen leiten ließ. Dessen ungeachtet hing die Atmosphäre der deutsch-sowjetischen Beziehungen von der Nähe oder Distanz der jeweiligen Regierung der Weimarer Republik zu den sowjetischen Vorstellungen über die Rapallo-Politik ab.

Die Abschwächung der Gegensätze zwischen Deutschland und den Westmächten, die zu einer Hinwendung Deutschlands zum Westen führte, musste bei

1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1973, Bd. 20, H. 1, S. 77–94, hier S. 91.

¹⁰ Vgl. O. Chlevnjuk: Chozjain. Stalin i utverzdenie stalinskoj diktatury (Der Hausherr. Stalin und die Festigung der stalinistischen Diktatur), Moskva 2010, S. 110–112, 126–127, 446–447.

¹¹ „Wir lehnen eine offizielle Erörterung der Fragen ab, die unsere Innenpolitik betreffen, und sei es nur im Zusammenhang mit der Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen“; ferner: „Eine Verschlechterung kann eintreten, wenn die deutsche Regierung dies bewusst im Ergebnis der Veränderung ihrer allgemeinen Orientierung anstrebt.“ Vgl. Protokoll Nr. 126 der Sitzung des Politbüros vom 15. 5. 1930. Sondermappe. In: Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa, Dok. 130, S. 223.

¹² Radek erklärte schon Ende 1923 gegenüber von Brockdorff-Rantzau: „Ich bin überzeugt, dass die Sowjetregierung gut mit einer deutschen reaktionären Regierung arbeiten kann.“ Vgl. Aufzeichnung von Brockdorff-Rantzau vom 14. 12. 1923. In: M. Zeidler: Reichswehr und Rote Armee 1920–1933: Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 85.

Stalin und der Leitung des Narkomindel unweigerlich Beunruhigung auslösen. Es gab unterschiedliche Vorschläge für mögliche Schritte der UdSSR, die die Auswirkungen dieser Entwicklung mildern sollten. Dies zeigte sich deutlich bei der Erörterung der Frage eines Nichtangriffspaktes mit Polen¹³. Doch infolge der immer stärkeren Machtkonzentration in den Händen Stalins waren abweichende Meinungen im Narkomindel kaum von Bedeutung für die Bestimmung des außenpolitischen Kurses der UdSSR. Die 1932 geschlossenen Verträge – der sowjetisch-französische und der sowjetisch-polnische – verbesserten die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau keineswegs. Dennoch unternahm die sowjetische Seite erhebliche Anstrengungen, um bei der deutschen Regierung den Verdacht zu zerstreuen, dass von diesen Verträgen eine Bedrohung der Interessen Deutschlands ausgehen könnte. Dazu bemerkte der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Nikolaj Krestinskij in einem Schreiben an den Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland Lev Chinčuk vom Februar 1932: „Wir müssen uns gegenüber den Deutschen sehr vorsichtig verhalten und dürfen durch unsere Schritte in anderen Fragen bei ihnen nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir unsere Haltung gegenüber Deutschland in irgendeiner Weise verändert hätten, dass wir sie vernachlässigen würden, ihre Wünsche und Interessen nicht berücksichtigen oder sie in allem abweisen.“¹⁴ Stalin forderte seinerseits von der sowjetischen Presse, den Ton gegenüber der Regierung Franz von Papens zu ändern, die „beschimpft und geschmäht wird“, weil diese Haltung „denen zugutekommt, die auf ein Zerwürfnis der UdSSR mit Deutschland hinarbeiten“¹⁵. Trotz der Beunruhigung, die der Aufschwung der NSDAP zur führenden innenpolitischen Kraft hervorrief, und trotz der sich abzeichnenden Möglichkeit einer Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – mit allen daraus resultierenden Folgen für die stärkste Kommunistische Partei außerhalb der UdSSR – war die sowjetische Regierung schon im Voraus bereit, sich mit dieser Situation abzufinden, um die Beziehungen zu Deutschland nicht aufs Spiel zu setzen. So bemerkte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Maksim Litvinov, in einer Unterredung mit von Neurath im Dezember 1932 nicht von ungefähr, dass „in den deutsch-sowjetischen Beziehungen die Politik der deutschen Regierung gegenüber der Kommunistischen Partei keine Rolle spiele“¹⁶. Sicherlich konnte Litvinov eine derartige Erklärung nicht aus freien Stücken und aus dem Stegreif, ohne die entsprechende Stellungnahme Stalins dazu zu wissen, abgeben. Somit zeigte die sowjetische Führung bereits zum Ende der Weimarer Republik – ungeachtet der stark veränderten internationalen Position des Deutschen Reiches und der zunehmenden Radikalisierung seiner Innenpolitik – ein unvermindert starkes Interesse an Deutschland als wichtigstem politischen und wirtschaftlichen Partner¹⁷.

¹³ Vgl. O. Ken: Moskva i pakt o nenapadenii s Polšej (1930–1932 gg.) (Moskau und der Nichtangriffspakt mit Polen), Sankt Peterburg 2003, S. 40–61.

¹⁴ AVP RF, f. 05, op. 13, p. 83, d. 33, l. 5–6.

¹⁵ Chiffriertes Telegramm Stalins an Kaganovič vom 5. 6. 1932. In: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 98, S. 140.

¹⁶ Vgl. Aufzeichnung auf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages vom 20. 1. und 21. 1. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 16.

¹⁷ In seiner Rede auf der III. Sitzung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR am 23. 1. 1933 sprach Molotov von dem „besonderen Platz“, der bei den Beziehungen mit anderen Staaten

Zu Beginn des Jahres 1933 zeugten die unterschiedlichen Haltungen der Regierungen Berlins und Moskaus in Bezug auf die bilateralen Beziehungen sowie in Hinblick auf die Rolle in der Außenpolitik, die der jeweilige Partner der anderen Seite zugedacht hatte, von völlig veränderten Bedingungen im Vergleich zu jenen, die die Voraussetzung für die Rapallo-Ära gewesen waren. Die Führungen beider Staaten standen vor der Notwendigkeit, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden, um die früheren, aber mittlerweile wesentlich gewandelten, gegenseitigen Interessen zu wahren. Hitlers Machantritt und sein eindeutig antisowjetisches Programm erweckten auf den ersten Blick den Eindruck, dass die Frage der Neugestaltung der Zusammenarbeit nun für beide Regierungen überflüssig geworden sei. Doch die Realität erwies sich als bedeutend komplizierter. Der Weg, auf dem sich die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bis hin zu dem barbarischen Krieg zwischen ihnen entwickelten, war alles andere als geradlinig.

Der erste Band der vorliegenden Dokumentenpublikation illustriert ausführlich die erste Etappe dieses Weges von 1933 bis 1934. In dieser Zeit bildeten sich die grundlegenden außenpolitischen Positionen beider Machthaber heraus, die für die praktische Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen in den nachfolgenden Jahren entscheidende Bedeutung erlangen sollten.

2. Forschungsüberblick

Das Interesse an der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1933–1941 begann bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges¹⁸. Es gab sogar Pläne der West-Alliierten, gemeinsam mit der UdSSR außenpolitische Dokumente Deutschlands zu veröffentlichen, die die Zeit von 1918 bis 1945 umfassen sollten. Die sowjetische Seite lehnte diesen Vorschlag der Westmächte allerdings ab¹⁹. Zur gleichen Zeit konzentrierte sich das Interesse der westlichen Historiker ausschließlich auf die Ereignisse von 1939 bis 1941²⁰. Der Kalte Krieg zwischen der UdSSR und deren ehemaligen Verbündeten, der sich immer mehr verschärfte, führte Anfang 1948 dazu, dass auf Initiative des State Departments der USA²¹ ein thematischer Band mit deutschen Dokumenten erschien, der den deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Frühjahr 1939 bis zum 22. Juni 1941 gewidmet war²². Da-

von „Deutschland eingenommen wird. Von allen Staaten, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, hatten und haben wir mit Deutschland die stärksten Wirtschaftsbeziehungen.“ In: DVP, Bd. XVI, Dok. 22, S. 50.

¹⁸ Einer der ersten Artikel, in dem dieses Thema berührt wurde, stammte von J. Wheeler-Bennett: *Twenty Years of Russo-German Relations 1919–1939*. In: *Foreign Affairs*, 1946, Bd. 25, Nr. 1, S. 23–43.

¹⁹ Vgl. P. R. Sweet: *Der Versuch amtlicher Einflussnahme auf die Edition der „Documents on German Foreign Policy, 1933–1941“*. Ein Fall aus den fünfziger Jahren. In: VfZ, 1991, H. 2, S. 265–303, hier S. 274.

²⁰ Vgl. H.-G. Seraphim: *Die deutsch-russischen Beziehungen 1939–1941*, Hamburg 1949; A. Rossi: *Deux ans d’alliance germano-sovietique, août 1939–juin 1941*, Paris 1949; S. Stronski: *Russia’s common cause with Germany ten years ago*. In: *The Eastern Quarterly*, 1949, Bd. II, Nr. 2, S. 28–37; A. Dallin: *The Month of Decision. German-Soviet Diplomacy, July 22–August 22, 1939*. In: *Journal of Central European Affairs*, 1949/50, Bd. 9, S. 1–31; P. Kleist: *Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945*, Bonn 1950.

²¹ Dazu ausführlich bei S. Zala: *Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlungen im internationalen Vergleich*, München 2001, S. 210–226.

²² Vgl. *Nazi-Soviet Relations, 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office*, hrsg. von R. J. Sonntag und J. S. Beddie, Washington 1948; *Das national-sozialistische*

raufhin gab die sowjetische Regierung zwei Dokumentenbände zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges heraus, die jedoch erstaunlicherweise kein einziges Dokument enthielten, das unmittelbar die deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Periode betraf²³. Die Polemik lag in etwas anderer Stoßrichtung. Auf Weisung Stalins wurde im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine Broschüre mit dem Titel „Geschichtsfälscher“²⁴ verfasst, die Stalin auch selbst redigierte²⁵. Sie hatte zum Ziel, im Bewusstsein der einheimischen Bevölkerung, aber auch im Ausland²⁶ eine kanonische Sichtweise auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zu verfestigen. Einerseits sollte sie, bei Nichterwähnung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die ausschließlich friedliebende Politik der UdSSR betonen und andererseits die Hauptverantwortung für den Ursprung des Zweiten Weltkrieges nicht mit dem nationalsozialistischen Deutschland, sondern mit den Westmächten in Verbindung bringen. Die Broschüre unterstrich ausdrücklich, dass nur die Dokumente, über die die Sowjetregierung verfüge, „den tatsächlichen Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des Zweiten Weltkrieges ins richtige Licht setzen“ könnten²⁷. Indem diese Broschüre nicht nur die weitere Entwicklung der sowjetischen und in einem gewissen Grade auch der postsowjetischen²⁸ Geschichtsschreibung der Außenpolitik der UdSSR und der internationalen Beziehungen am Vorabend und in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges festschrieb, belegte sie zugleich die gesamte Erforschung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941 mit einem Tabu.

Anders entwickelten sich die Ereignisse im Westen, wo die Aktenpublikation zur Außenpolitik Deutschlands von 1918 bis 1945 fast ein halbes Jahrhundert lang betrieben und 1995 abgeschlossen wurde. Die Herausgabe begann mit der „Serie D“ (1937–1941)²⁹, und erst danach wandte man sich mit der „Serie C“³⁰ den ersten

Deutschland und die Sowjetunion 1939–1941. Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, deutsche Ausgabe hrsg. von E. M. Carroll/ F. T. Epstein, Washington 1948.

²³ Dokumenty i materialy kanuna vtoroj mirovoj vojny. T. I: Iz archiva Ministerstva inostrannyh del Germanii (nojabr' 1937 g.–1938 g.) (Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Bd. I: Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, November 1937–1938), Moskva 1948; Dokumenty i materialy kanuna vtoroj mirovoj vojny, T. II: Archiv Dirksena (1938–1939 gg.) (Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Bd. II: Das Archiv Dirksens, 1938–1939), Moskva 1948.

²⁴ Fal'sifikatory istorii: Istoričeskaja spravka, Moskva 1948. Die erste deutsche Ausgabe erschien im Verlag für Fremdsprachen 1948 in Moskau unter dem Titel: Geschichtsfälscher. Eine historische Feststellung. Im Dietz-Verlag erschien ebenfalls 1948 eine Ausgabe mit einem veränderten Untertitel: Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges.

²⁵ Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 243, l. 1–116.

²⁶ In dem Bericht des Stellvertretenden Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Vyšinskij an Stalin vom 29. 3. 1948 wurde mitgeteilt, dass die „Geschichtsfälscher“ in 34 Ländern und in 11 Sprachen als selbstständige Publikation und durch Nachdrucke in Zeitungen verbreitet wurde. Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 244, l. 9–14.

²⁷ Fal'sifikatory istorii, S. 7.

²⁸ Vgl. dazu S. Z. Sluč: Vnešnjaja politika SSSR nakanune i v načale Vtoroj mirovoj vojny. Obzor sovetskoj istoriografii (1985–1991). In: SSSR, Vostočnaja Evropa i Vtoraja mirovaja vojna, 1939–1941: diskussii, kommentarii, razmyšlenija. Otv. red. S. Z. Sluč (Die Außenpolitik der UdSSR am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Abriss der sowjetischen Historiographie, 1985–1991. In: Die UdSSR, Osteuropa und der Zweite Weltkrieg, 1939–1941: Diskussionen, Kommentare, Überlegungen), Moskva 2007, S. 26–187.

²⁹ Documents on German Foreign Policy 1918–1945. From the Archives of the German Foreign Ministry, Series D (1937–1941), Vols. I–XIII, London 1949–1964; Akten zur Deutschen Aus-

Jahren der NS-Diktatur zu³¹. In den insgesamt sechs Halbbänden der Serie C wurden 120 Dokumente veröffentlicht, die einen unmittelbaren Bezug zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 31. Dezember 1934 haben³². Im Großen und Ganzen vermitteln diese Quellen ein repräsentatives Bild vom Wirken der deutschen Diplomatie, die – vor allem durch ihre Vertreter in Moskau – lange darum bemüht war, die UdSSR als wichtigen politischen und wirtschaftlichen Faktor in der deutschen Politik zu bewahren. Dennoch bieten die veröffentlichten Dokumente in der Edition, die sich ja nicht auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen konzentriert, keinen umfassenden Überblick, weder über alle Bereiche der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion, die sich bei Weitem nicht nur auf die Diplomatie beschränkte, noch über die Eigenheiten und Widersprüchlichkeiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen und ihren unterschiedlichen Stellenwert in der Politik beider Staaten in der Zeit von 1933 bis 1934.

Mit der Veröffentlichung von Dokumenten zur Außenpolitik der Sowjetunion begann das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Die vielbändige Reihe ist bis heute noch nicht abgeschlossen³³. Die Dokumente der Jahre 1933–1934 (Bd. XVI, XVII) wurden in den

wärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937–1941), Bde. I–VIII, Baden-Baden u.a. 1950–1970.

³⁰ Documents on German Foreign Policy 1918–1945. From the Archives of the German Foreign Ministry, Series C (1933–1937), Vols. I–VI. London 1957–1966; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv Auswärtigen Amtes, Ser. C (1933–1937), Bde. I–VI, Göttingen 1971–1981.

³¹ Als zu Beginn der 1970er Jahre die ersten Bände der deutschen Ausgabe der Serie „C“ erschienen, gab es nur einige Arbeiten, in denen die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1933–1934 mehr oder weniger ausführlich behandelt wurden; so P. Kluge: Deutschland und Russland zwischen den Weltkriegen. In: Historische Zeitschrift. 1951, Bd. 171, H. 3, S. 519–552; E. H. Carr: German-Soviet Relations between the Two World Wars, 1919–1939. London 1952 (dt.: Berlin-Moskau. Deutschland und Russland zwischen den beiden Weltkriegen. Stuttgart 1954); J.-B. Duroselle (Hrsg.): Les relations germano-soviétiques de 1933 à 1939, Paris 1954; D. Posser: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917, Darmstadt 1955; Ph. W. Fabry: Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik, Darmstadt 1962; W. Laqueur: Russia and Germany, London 1965 (dt.: Deutschland und Russland, Berlin 1966); K. Nicolaß: Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929–1935, Bonn 1966; H. Hartl/W. Marx: Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard a. Rhein 1967; Th. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin 1970; F. A. Krummacher/ H. Lange: Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa, München 1970; Ph. W. Fabry: Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941, Stuttgart 1971.

³² Darunter: Briefe und Telegramme der deutschen Botschaft an das AA – insgesamt 47, davon 27 Telegramme; Briefe und Telegramme des AA an die deutsche Botschaft in Moskau – insgesamt 12, davon 7 Telegramme; politische Berichte der Botschaft – insgesamt 13; Berichte des deutschen Militärattachés an das Reichswehrministerium – insgesamt 5 (Kopien gingen an das AA); Weisungen des AA an die Botschaft in Moskau – insgesamt 5; Aufzeichnungen von Unterredungen deutscher und sowjetischer Diplomaten – insgesamt 18; Aufzeichnungen von deutschen und sowjetischen Diplomaten in Moskau – insgesamt 4; innerbehördliche Dokumente (Notizen und analytische Aufzeichnungen usw.) und zwischenbehördlicher Schriftverkehr – insgesamt 12. Die Einteilung der Dokumente in den oben bezeichneten Kategorien erfolgte danach, dass in ihnen die deutsch-sowjetischen Beziehungen entweder eine Schlüsselstellung einnahmen, sie in einem weiterführenden Zusammenhang betrachtet wurden oder es für ihre Behandlung einen konkreten Anlass gegeben hat.

³³ Dokumenty vnešnej politiki SSSR (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR), Moskva 1957 ff. Der 2010 erschienene Band XXV enthält Dokumente des Jahres 1942.

Jahren 1970 und 1971 veröffentlicht. Insgesamt erschienen in den beiden Bänden 79 Dokumente³⁴, die unmittelbar die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 31. Dezember 1934 betreffen. Die Publikation behandelt die Mehrzahl der Probleme, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Zeit prägten³⁵, wenn auch nicht immer im vollen Umfang³⁶.

Trotzdem wird ein erheblicher Unterschied zu den veröffentlichten deutschen Dokumenten sichtbar. Erstens erkennt man eine ausgesprochen geringe Würdigung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die stets den wichtigsten Stellenwert in der Politik der UdSSR gegenüber Deutschland einnahmen; zweitens wird die militärtechnische Zusammenarbeit der beiden Staaten völlig verschwiegen³⁷; drittens wird der persönliche Anteil besonders der in Deutschland tätigen sowjetische Diplomaten gänzlich ausgeklammert. So wurde z.B. nur ein verschwindend kleiner Teil der Schreiben von Berlin nach Moskau veröffentlicht – in einem Zeitraum von zwei Jahren finden sich nur drei Briefe. Viertens fehlen die Unterlagen, die weiterführende Weisungen an die Bevollmächtigten Vertreter enthalten, ganz zu schweigen von den Beschlüssen des Politbüros des ZK der VKP (B) zu den bilateralen Beziehungen. Und Dokumente zum Wirken der deutschen Diplomaten in Moskau, die sich in einer äußerst schwierigen Situation nach Kräften darum bemühten, die beiderseitigen Beziehungen auf einem angemessenen Niveau aufrechtzuerhalten, fehlen letztlich fast völlig. Diese und andere Unterschiede³⁸ bei der Veröffentlichung von deutschen und sowjetischen Dokumenten sind in erster Linie dem in der UdSSR damals herrschenden Regime und seinen ideologischen Normen geschuldet. Es unterband jedwede Verlautbarung, die in irgendeiner Weise Zweifel an der Einhaltung eines außenpolitischen Kurses aufkommen ließ, der laut Sowjetregierung ausschließlich auf die Festigung des Friedens und die Abwehr der Aggression gerichtet war.

Ungeachtet aller Unterschiede beider Editionen ergänzten sich die veröffentlichten Dokumente zur Außenpolitik Deutschlands und der UdSSR bei der Wider-

³⁴ Darunter: Schreiben und Telegramme des NKID an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin – 8 (2 Telegramme), Schreiben und Telegramme der Bevollmächtigten Vertretung an das NKID – 12 (9 Telegramme), Gesprächsmitschriften sowjetischer und deutscher Vertreter in Moskau – 18, in Berlin – 22.

³⁵ Diskriminierende Maßnahmen sowie Delikte gegen sowjetische Einrichtungen und Staatsbürger, antisowjetische Erklärungen und Äußerungen offizieller deutscher Persönlichkeiten, der Journalistenkonflikt, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, der Dollar-Konflikt, die Idee des Baltenpaktes, der Ostpakt, die Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR u.a.

³⁶ Zum Projekt des Ostpaktes wurden 13 Dokumente, zur Idee des Baltenpaktes 7, zum Journalistenkonflikt 5, zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen 4, zum Dollar-Konflikt 3 Dokumente, zu den Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR 1 Dokument aufgenommen.

³⁷ So wurde z.B. in der Veröffentlichung der Gesprächsmitschrift des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter Deutschlands in der UdSSR von Dirksen am 27. 2. 1933 selbst die einfache Erwähnung, dass die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit fortgeführt wird, wie folgt ausgelassen: „Außerdem möge die sowjetische Regierung berücksichtigen, dass die [...] Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR in den letzten Monaten nach wie vor fortgeführt wurde.“ In: DVP, Bd. XVI, Dok. 51, S. 119; Dok. 17 im vorliegenden Band.

³⁸ Die sowjetischen Dokumente wurden ohne Legende, Vermerke, Bearbeitungsvermerke und Verteilerliste bzw. nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht, in einigen Fällen mit Auslassungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden. Der Veröffentlichung waren ausführliche, ideologisch unterlegte Kommentare beigelegt, die nicht nur der Information dienten, sondern auch die Interpretation der Dokumente lenken sollten.

spiegelung der bilateralen Beziehungen zwischen 1933 und 1934 in gewisser Weise, auch wenn sie im Wesentlichen nur die diplomatische Seite beleuchteten. Dieses eingeschränkte Herangehen drückte den Untersuchungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen als einem komplexen Problem mit einer Vielzahl veränderlicher Faktoren verständlicherweise seinen Stempel auf und errichtete eine Reihe von Hindernissen. Die Arbeiten westlicher Autoren stützten sich in der Regel auf deutsche Dokumente³⁹ sowie auf Erinnerungen und Tagebücher deutscher Diplomaten. Dabei standen die politisch-ideologischen (Komintern) und die politisch-diplomatischen Aspekte der gegenseitigen Beziehungen im Vordergrund ihrer Forschungen. Andere Teilbereiche der Beziehungsgeschichte wurden – von wenigen Ausnahmen abgesehen⁴⁰ – nicht gesondert erforscht. Wissenschaftliche Arbeiten, in denen die bilateralen Beziehungen in ihrer Komplexität behandelt und bei denen sowjetische Quellen verwendet wurden, waren in den 1970er bis 1980er Jahren buchstäblich Einzelfälle⁴¹. Diese eigenartige Situation blieb im Wesentlichen bis Anfang der 1990er Jahre bestehen: Sowjetische Archive waren unzugänglich und die veröffentlichten Dokumente der beiden Staaten erlaubten es kaum, über den Rahmen einer Beschreibung hinauszugehen, die die Entwicklung der bilateralen, vornehmlich politisch-diplomatischen Beziehungen zeigte. Neue Einzeldokumente, die direkt oder indirekt die deutsch-sowjetischen Beziehungen der Anfangsjahre 1933–1934 betrafen, wurden von Forschern im Westen äußerst selten veröffentlicht⁴². All das bestimmte bzw. begrenzte das Interesse der westlichen Historiker an dieser Problematik, das sich deutlich von dem Interesse an der Außenpolitik des Dritten Reiches im Allgemeinen und am hier behandelten Zeitabschnitt im Besonderen unterschied⁴³.

³⁹ Vgl. Niclaß, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers; Fabry, Die Sowjetunion und das Dritte Reich; G. Wollstein: Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973.

⁴⁰ Vgl. R.-D. Müller: Das Tor zur Weltmacht: Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rhein 1984; H.-J. Perrey: Der Rußlandauschuß der Deutschen Wirtschaft: Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985.

⁴¹ Vgl. D. S. McMurtry: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936: Ideologie, Machtpolitik und Wirtschaftsbeziehungen, Köln/Wien 1979; B. Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive: Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933–1941, Melsungen 1983.

⁴² Vgl. dazu: Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, hrsg. von H.-A. Jacobsen, Düsseldorf 1979, S. 78–102; Wollstein, Eine Denkschrift; K.-J. Müller: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, Boppard a. Rhein 1980, S. 367–372. Eine etwas größere Anzahl neuer Dokumente enthält die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der Regierung Hitler für die Jahre 1933 bis 1934: Akten in der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938. Teil I: 1933/1934, Bd. 1–2, Boppard a. Rhein 1983 sowie der Weisungen des Reichspropagandaministeriums: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 1–2, München u. a. 1984 und 1985.

⁴³ Vgl. H.-A. Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a.M. 1968; G. L. Weinberg: The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe, 1933–1936, Chicago 1970; K. Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1971; W. Carr: Arms, Autarky and Aggression: A Study in German Foreign Policy, 1933–1939, London 1972; Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. von W. Michalka, Darmstadt 1978; D. Irving: The War Path: Hitler's Germany, 1933–1939, London 1979; R. H. Haigh u. a.: The Years of Triumph?: German Diplomatic and Military Policy 1933–1941, Aldershot 1986; M.-L. Recker: Die Außenpolitik des Dritten Rei-

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die gegenseitige Wahrnehmung und ihr Einfluss auf die Beziehungen zwischen den beiden Seiten. Auch hier hatte der eingeschränkte Zugang zu den Akten Folgen für die Historiographie. Es fehlen Forschungsarbeiten, in denen dieser Prozess von beiden Seiten komplex untersucht worden wäre. Hinsichtlich der Untersuchungen zur Perzeption der UdSSR im nationalsozialistischen Deutschland⁴⁴ und zur Wahrnehmung des Dritten Reiches in der Sowjetunion⁴⁵ besteht ein deutliches Ungleichgewicht; in der sowjetischen/russischen Historiographie wurde diese Frage gar nicht behandelt.

Eine Sonderstellung nahm die Geschichtsschreibung in der DDR ein. Einerseits musste sie bemüht sein, sich an den ideologischen Vorgaben der UdSSR zu orientieren, da sie für das Sowjetregime der wichtigste Vorposten bei der Bekämpfung der bürgerlichen Ideologie auf internationaler Ebene war. Andererseits bestand die Hauptfunktion der ostdeutschen Historiographie darin, eine Gegenposition zu der westdeutschen nicht nur nach außen, sondern vor allem nach innen, für die eigene Bevölkerung, zu vertreten⁴⁶. Wenn auch die Historiker der DDR in ihren Arbeiten die Kritik an den vermeintlich methodologischen Unzulänglichkeiten der westdeutschen Geschichtsschreibung oder die Anschuldigungen wegen „Geschichtsfälschung“ zu einem Ritual machten, zogen sie es dennoch mehrheitlich vor, sich nicht mit Forschungsthemen zu befassen, deren Bearbeitung von vornherein stark eingeschränkt war. Davon zeugen sowohl die Themen der Dokumentenpublikationen als auch die Studien von DDR-Historikern, in denen nicht nur die Außenpolitik NS-Deutschlands generell, sondern auch ihre verschiedenen Aspekte und Zeiträume beleuchtet werden. In der 40jährigen Geschichte der DDR wurden einige Dokumentenbände zu außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Absichten und Plänen der Machthaber des Dritten Reiches veröffentlicht⁴⁷. Jedoch

ches, München 1990; R. F. Schmidt: Die Außenpolitik des Dritten Reiches: 1933–1939, Stuttgart 2002.

⁴⁴ Vgl. E. Moritz: Zum Bild der Roten Armee in deutschen faschistischen Militärzeitschriften und Jahrbüchern (1933–1941). In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1966, H. 3, S. 307–317; ders.: Die Einschätzung der Roten Armee durch den faschistischen deutschen Generalstab von 1935 bis 1941. In: ebd., 1969, H. 2, S. 154–170; H. Hecker: Sowjetunion – Stalins innenpolitische Konzeption und die außenpolitische Gegebenheiten als Basis der sowjetischen Reaktion auf die nationalsozialistische Außenpolitik. In: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung: Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, hrsg. von E. Fordran u. a., Opladen 1977, S. 58–76; A. Hillgruber: Das Russland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion. In: Rußland-Deutschland-Amerika, hrsg. von A. Fischer u. a., Wiesbaden 1978, S. 296–310; H. Hecker: Die Sowjetunion im Urteil des nationalsozialistischen Deutschland. In: Der Westen und die Sowjetunion: Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, hrsg. von G. Niedhart, Paderborn 1983, S. 61–77; B. Pietrow-Ennker: Die Sowjetunion in der Propaganda des Dritten Reiches: Das Beispiel der Wochenschau. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1989, Bd. 46, Nr. 2, S. 79–120; G. Camphausen: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a.M. 1990; G. Voigt: Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung: 1843–1945, Berlin 1994, S. 234–315; Das Rußlandbild im Dritten Reich, hrsg. von H.-E. Volkmann, Köln u. a., 1994.

⁴⁵ Vgl. W. Pfeiler: Das Deutschlandbild und die Deutschlandpolitik Josef Stalins. In: Deutschland-Archiv, 1972, H. 12, S. 1258–1282; B. Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive.

⁴⁶ Vgl. F. Klein: Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 2001, S. 172; M. Sabrow: Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“. In: Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, hrsg. von G. G. Iggers, München 1998, S. 53–91.

⁴⁷ Vgl. Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von D. Eichholtz und

gab es in der DDR keine monographischen Arbeiten⁴⁸ zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen während der nationalsozialistischen Diktatur. Diese Problematik wurde in thematischen Sammelbänden mit vorrangig apologetischer Funktion⁴⁹ sowie Veröffentlichungen allgemeinen Charakters berührt⁵⁰. Historiker der DDR zogen es vor, diesen Problemen auszuweichen. Wenn sie trotzdem darauf eingingen, so beschränkten sie sich in der Regel darauf, die Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR zu behandeln⁵¹. Dennoch sollen auch vereinzelte Versuche nicht unerwähnt bleiben, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen während der NS-Diktatur als einen komplizierten und widersprüchlichen Prozess betrachteten, zumindest von deutscher Seite⁵².

Die einzige sowjetische Arbeit⁵³ zu diesem Thema war ihrem Wesen nach keine Forschungsarbeit, obwohl darin Dokumente aus dem Archiv für Außenpoli-

W. Schumann, Berlin (Ost) 1969; Fall Barbarossa: Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt und eingel. von E. Moritz, Berlin (Ost) 1970; Anatomie der Aggression: Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, hrsg. und eingel. von G. Hass und W. Schumann, Berlin (Ost) 1972; Der Zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgewählt und eingel. von G. Förster und O. Groehler, Berlin (Ost) 1972; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg, hrsg. und eingel. von W. Schumann, Berlin (Ost) 1973; Weltherrschaft im Visier: Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. und eingel. von W. Schumann und L. Nestler, Berlin (Ost) 1975.

⁴⁸ Das propagandistische Buch von Vietzke kann man auf keinen Fall dazurechnen; vgl. S. Vietzke: Deutschland zwischen Sozialismus und Imperialismus. Die Rolle Deutschlands in der Auseinandersetzung zwischen dem Weltimperialismus und der sozialistischen Sowjetunion (1917–1945), Berlin (Ost) 1967. Die Arbeit von Laser ist bezeichnenderweise nicht veröffentlicht worden: K. Laser: Die Wirtschaftspolitik des deutschen Monopolkapitals gegenüber der UdSSR 1933–1936, Diss. Berlin (Ost) 1971.

⁴⁹ Vgl. z.B. A. Anderle: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Stellung Deutschlands zum Sowjetstaat: Diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen von 1917 bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, hrsg. von E. Laboor u.a., Bd. 1, Berlin 1967, S. 343–441; Der Kampf der UdSSR und der deutschen Antifaschisten gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und seine Kriegspolitik (1933–1941). In: Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von G. Gorski, A. Anderle und G. Rosenfeld, Berlin 1975, S. 107–135.

⁵⁰ Vgl. z.B. Deutsche Geschichte in drei Bänden. Bd. 3: Von 1917 bis zur Gegenwart, hrsg. von H.-J. Bartmuß, Berlin (Ost) 1968; Deutschland von 1933 bis 1939 (von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges), hrsg. von E. Paterna. Berlin (Ost) 1969; Deutschland im Zweiten Weltkrieg. In 4 Bänden. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, hrsg. von G. Hass, Berlin (Ost) 1975.

⁵¹ Vgl. z.B. W. Basler: Der deutsche Imperialismus und die Sowjetunion. Gründung der Außenpolitik Deutschlands gegenüber dem Sowjetstaat 1917–1941. In: Juni 1941. Beiträge zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, hrsg. von A. Anderle und W. Basler, Berlin (Ost) 1961, S. 44–82; Auf antisowjetischem Kriegskurs. Studien zur militärischen Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf die Aggression gegen die UdSSR (1933–1941), hrsg. von H. Höhn u.a., Berlin (Ost) 1970.

⁵² Vgl. z.B. B. Puchert: Zu den Handelsbeziehungen zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion 1933–1939. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 2, Berlin 1967, S. 205–230; G. Rosenfeld: Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und ihre Auswirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität, Ges.-Sprachwiss. Reihe, 1970, H. 2, S. 121–126; ders.: Sowjetunion und Deutschland, 1922–1933. 2., durchges. Aufl. Berlin (Ost) 1984, S. 456–483.

⁵³ I. F. Maksimychew: Diplomatiya mira protiv diplomatii vojny: Očerki sovetsko-germanskich diplomaticheskikh otnoshenij v 1933–1939 gg., Moskva 1981 (dt.: I. Maximyschew: Der Anfang vom Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933–1939, Köln 1985).

tik der UdSSR sowie publizierte Dokumente und wissenschaftliche Arbeiten aus anderen Ländern zitiert wurden.

Seit Ende der 1980er Jahre wandelte sich die Situation allmählich. Aufgrund des veränderten politischen Klimas in der UdSSR und der darauf folgenden neuen politischen Ordnung in Russland ergaben sich für die Arbeit von Historikern neue Bedingungen und Möglichkeiten. Das Forschungsinteresse in Ost und West in Bezug auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen der 1930er Jahre richtete sich dabei vornehmlich auf diejenigen Aspekte der bilateralen Beziehungen, die von sowjetischer Seite bis dahin besonders geheim gehalten worden waren. Dazu gehörte alles, was mit der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, des Hitler-Stalin-Paktes, und seiner Umsetzung bis hin zum 22. Juni 1941⁵⁴ verbunden war. In einem deutlich geringeren Maße betraf dies auch die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit in der Zeit der Rapallo-Ära⁵⁵. Andere Zeiträume in den Beziehungen der beiden Staaten riefen ein bedeutend geringeres Interesse der Forschung hervor, möglicherweise, weil man sich davon keine aufsehenerregenden Neuigkeiten versprach. Das bezeugen sowohl Dokumentenpublikationen als auch monographische Forschungen, obwohl die ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur, insbesondere das Jahr 1933, eine Weiche in der Beziehungsgeschichte darstellt. Dennoch gibt es neue Untersuchungen zu den bilateralen Beziehungen der Jahre 1933 und 1934, vor allem in Arbei-

⁵⁴ A. Read/D. Fisher: *The Deadly Embrace: Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact, 1939–1941*, London 1988; *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939: Das Ende Ostmitteleuropas?* Hrsg. von E. Oberländer, Frankfurt a.M. 1989; G. Roberts: *The Unholy Alliance: Stalin's Pact with Hitler*, London 1989; I. Fleischhauer: *Der Pakt: Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939*, Berlin/Frankfurt a.M. 1990 (russ.: Moskva 1990); G. L. Rozanov: *Stalin-Gitler: Dokumental'nye očerki sovetsko-nemeckich diplomatičeskich otnošenij, 1939–1941* (Stalin-Hitler: Dokumentarische Skizzen zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen. 1939–1941), Moskva 1991; M. I. Semirjaga: *Tajny stalinskoj diplomatii 1939–1941* (Geheimnisse der Stalinschen Diplomatie 1939–1941), Moskva 1992; H. Schwendemann: *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941: Alternative zu Hitlers Ostprogramm?* Berlin 1993; W. Maser: *Der Wortbruch: Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, München 1994; K. H. Blumenhagen: *Die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen: 1939–1941: ihre Bedeutung für die jeweilige Kriegswirtschaft*, Hamburg 1998; A. A. Pronin: *Sovetsko-germanskije soglašenija 1939 g.: Istoki i posledstvija* (Die sowjetisch-deutschen Abkommen von 1939: Ursachen und Folgen), Ekaterinburg 1998; *Vostočnaja Evropa meždu Gitlerom i Stalinym. 1939–1941*, otv. red. V. K. Volkov, L. Ja. Gibianskij (Osteuropa zwischen Hitler und Stalin. 1939–1941), Moskva 1999; G. Gorodetsky: *Grand Delusion: Stalin and the German Invasion of Russia*, New Haven u. a. 1999 (dt.: 2001, russ.: 2001); O. V. Višlev: *Nakanune 22 ijunja 1941 goda. Dokumentalnye očerki* (Zur Vorgeschichte des 22. Juni 1941. Dokumentarische Skizzen), Moskva 2001.

⁵⁵ Vgl. A. A. Achtamzjan: *Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii v 1920–1933 gg. (po novym dokumentam)* (Die militärische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Deutschland von 1920 bis 1933 anhand neuer Dokumente). In: *Novaja i novejšaja istorija*, 1990, Nr. 5, S. 3–24; V. V. Zacharov: *Voennye aspekty vzaimootnošenij SSSR i Germanii. 1921–ijun' 1941 gg.* (Die militärischen Aspekte der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland. 1921–Juni 1941), Moskva 1992; O. Groehler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*, Berlin 1992; M. Zeidler: *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933*; T. R. Philbin: *The Lure of Neptune: German-Soviet Naval Collaboration and Ambitions, 1919–1941*, Columbia 1994; S. A. Gorlow: *Geheimsache Moskau–Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933. Dokumentation*. In: *VfZ*, 1996, H. 1, S. 133–165; ders.: *Soveršenno sekretno: Al'jans Moskva–Berlin, 1920–1933 gg. Voenno-političeskije otnošenija SSSR–Germanija* (Ganz geheim: Die Allianz Moskau–Berlin, 1920–1933. Die militärpolitischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland), Moskva 2001; Ju. Z. Kantor: *Zakljataja družba: sekretnoe sotrudničestvo SSSR i Germanii v 1920–1930-e gody* (Verwünschte Freundschaft: die geheime Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Deutschland in den 20er und 30er Jahren), Sankt Peterburg 2009.

ten, die einen größeren Zeitabschnitt umfassen⁵⁶. Aber auch in diesen Arbeiten wurden so gut wie keine Dokumente aus russischen Archiven verwendet, denn trotz gewisser Erleichterungen, besonders zu Beginn bzw. zur Mitte der 1990er Jahre, blieb und bleibt der Zugang bis heute schwierig. Das hatte selbstverständlich Auswirkungen auf die adäquate Einschätzung der sowjetischen Politik und den dahinter stehenden Entscheidungsprozessen in Moskau.

In den 1990er Jahren schwoll in Russland die Publikation von Dokumenten lawinenartig an. Dazu gehörten auch Veröffentlichungen zur allgemeinen Außenpolitik der UdSSR von den 1930er bis Anfang der 1940er Jahre sowie zu den Beziehungen der Sowjetunion zu einzelnen Staaten. Darunter befand sich aber keine wissenschaftliche Untersuchung, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1933 bis 1934 zum Thema gehabt hätte. Dieses Problem löste auch die in vieler Hinsicht sensationsheischende Veröffentlichung von selektiv zusammengestellten Archivmaterialien zur deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit seit den 1920er bis Anfang der 1930er Jahre nicht⁵⁷.

Die Situation änderte sich erst seit Anfang des 21. Jahrhunderts. Hier ist in erster Linie der publizierte Briefwechsel zwischen Stalin und Kaganovič zu nennen, der jene Monate des Zeitraums von Anfang bis Mitte der 1930er Jahre umfasst, in denen Stalin alljährlich seinen Urlaub im Süden der Sowjetunion verbrachte⁵⁸. Darin legte Stalin seine Auffassung zu wichtigen Fragen der beidseitigen Beziehungen 1933/1934 dar, wie zum Journalistenkonflikt (Herbst 1933), zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, zur Notwendigkeit eines Treffens Krestinskijs oder Litvinovs mit Hitler, den Verhandlungen mit Deutschland zur Gewährung eines Kredites zugunsten der UdSSR, zu den Abreiseterminen für den neuen Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland Jakov Suric nach Berlin, zum Ostpakt und zu den Vorschlägen entsprechender Behörden bezüglich militärischer und industrieller Aufträge in Deutschland. Ein weiterer Aspekt in den bilateralen Beziehungen, der vordem für Forschungen völlig verschlossen war, wird in einer Dokumentation über die Sicherheitsorgane behandelt: Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger, die in der UdSSR der Spionage und der Diversionstätigkeit bezichtigt wurden⁵⁹.

⁵⁶ Vgl. T. R. Philbin: *The Lure of Neptune*; G. Roberts: *The Soviet Union and the Origins of the Second World War: Russo-German Relations and the Road to War, 1933–1941*, Houndmills u. a. 1995; A. M. Nekrich: *Pariahs, Partners, Predators: German-Soviet Relations, 1921–1941*, New York 1997; E. E. Ericson: *Feeding the German Eagle: Soviet Economic Aid to Nazi Germany, 1933–1941*, Westport/Conn. u. a. 1999.

⁵⁷ Vgl. Ju. L. D'jakov/T. S. Bušueva: *Fašistskij meč kovalsja v SSSR: Krasnaja Armija i rejsch-ver. Tajnoe sotrudničestvo. 1922–1933. Neizvestnye dokumenty*, Moskva 1992. Die russische Ausgabe ist wegen der vielen Kürzungen, auf deren Inhalt an keiner Stelle eingegangen wird, nur mit Einschränkung zu benutzen. Davon ist fast jedes veröffentlichte Dokument betroffen. In der deutschen Ausgabe wurde zwar der Versuch unternommen, dieser Veröffentlichung eine gewisse Wissenschaftlichkeit zu verleihen, die Kürzungen blieben allerdings bestehen: J. L. Djakow/T. S. Buschujewa: *Das faschistische Schwert wurde in der Sowjetunion geschmiedet: Die geheime Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr. Unbekannte Dokumente. Russland in Personen, Dokumenten, Tagebuchaufzeichnungen*, hrsg. von R. Meier, Klitzschen 2000.

⁵⁸ Vgl. Stalin i Kaganovič. *Perepiska*.

⁵⁹ Vgl. Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Archiv Stalina. Dokumenty vyssich organov partijnoj i gosudarstvennoj vlasti. Janvar' 1922–dekabr' 1936. Sost. V. N. Chaustov, V. P. Naumov, N. S. Plotnikova; pod red. A. N. Jakovleva (Ljubjanka. Stalin und die VČK-GPU-OGPU-NKVD. Das Archiv Stalins. Dokumente der höchsten Partei- und Staatsorgane. Januar 1922–Dezember 1936), Moskva 2003.

Im Vorfeld des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges wurden der Öffentlichkeit Dokumente aus dem für Forscher nahezu unzugänglichen Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation zur Verfügung gestellt⁶⁰. Den Zeitraum von 1933 bis 1934 betreffen 50 von 219 Dokumenten⁶¹, davon sind zehn persönlich an Stalin adressiert; die Mehrzahl der übrigen Dokumente war ihm ebenfalls bekannt. Anhand dieser Materialien können sich Historiker ein Bild von einigen wichtigen Aspekten der deutsch-sowjetischen Beziehungen machen, die sich im Blickfeld der obersten politischen Führung der UdSSR befanden.

An die Veröffentlichung der unter der Leitung von Grigorij Sevost'janov herausgegebenen Editionen zu den Beziehungen der UdSSR zu führenden Staaten⁶² richteten sich einige Erwartungen, da auch diese Akten aus dem Archiv des Präsidenten stammen. Die Edition zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen der 1920er bis Anfang der 1940er Jahre erschien im Spätherbst 2011⁶³, als die Arbeiten für die vorliegende Publikation bereits abgeschlossen waren. Deshalb konnten diese Dokumente von uns lediglich in den Kommentaren verwendet werden. Bei aller Wichtigkeit der in diesem Band veröffentlichten Dokumente bleibt festzuhalten, dass sie das im Titel genannte Thema „Moskau – Berlin: Politik und Diplomatie des Kremls 1921–1940“ zumindest für den hier vorgestellten Zeitraum nicht adäquat widerspiegeln, da die Mehrheit der Dokumente der beiden Jahre 1933/34, nämlich 40 von 54, auf Handels- und Wirtschaftsfragen beschränkt sind⁶⁴. Es bleibt zu hoffen, dass die Bestände des Präsidentenarchivs der Wissenschaft in Zukunft nicht nur selektiv, sondern uneingeschränkt zugänglich gemacht werden.

⁶⁰ SSSR-Germanija: 1933–1941. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii (Die UdSSR und Deutschland: 1933–1941. Reihe des Archivs des Präsidenten der Russischen Föderation), Moskva 2009.

⁶¹ Davon entfallen auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland 15 Dokumente, auf den Journalistenkonflikt und dessen Beilegung 15 Dokumente, auf allgemeine Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen 5 Dokumente, zum Dollar-Konflikt 3 Dokumente. Einige wichtige Probleme der bilateralen Beziehungen in den Jahren 1933–1934 sind jedoch nicht in der Veröffentlichung vertreten, obgleich bekannt ist, dass Stalin von ihnen nicht nur Kenntnis hatte, sondern er die ihm vorgelegten Beschlussvorlagen und Materialien, die konkrete Fragen dieser Beziehungen betrafen und für eine Darlegung in der Presse vorgesehen waren, auch redigierte. Vgl. dazu die Materialien im vorliegenden Band.

⁶² Vgl. Moskva–Rim: Politika i diplomatija Kremlja. 1920–1939. Sbornik dokumentov, otv. red. G. N. Sevost'janov (Moskau–Rom: Politik und Diplomatie des Kremls. 1920–1939. Dokumentensammlung), Moskva 2003; Moskva–Tokio: Politika i diplomatija Kremlja. 1921–1931. Sbornik dokumentov v 2 tomach, otv. red. G. N. Sevost'janov (Moskau–Tokio: Politik und Diplomatie des Kremls. 1921–1931. Dokumentensammlung in zwei Bänden), Moskva 2007; Moskva–Vašington: Politika i diplomatija Kremlja. 1921–1941. Sbornik dokumentov v 3 tomach, otv. red. G. N. Sevost'janov (Moskau–Washington: Politik und Diplomatie des Kremls. 1921–1941. Dokumentensammlung in drei Bänden), Moskva 2009.

⁶³ Moskva–Berlin: Politika i diplomatija Kremlja. 1920–1941. Sbornik dokumentov v 3 tomach, otv. red. G. N. Sevost'janov (Moskau–Berlin: Politik und Diplomatie des Kremls. 1920–1941. Dokumentensammlung in drei Bänden), Moskva 2011, Bd. 1: 1920–1926; Bd. 2: 1927–1932; Bd. 3: 1933–1941.

⁶⁴ Der Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Außenpolitik der neuen Regierung Deutschlands werden lediglich mit drei Dokumenten abgedeckt. Außerhalb des Blickfeldes der Bearbeiter blieben zum Beispiel solche wichtigen Aspekte der sowjetischen Politik wie die Vorschläge des Narkomindel und der Bevollmächtigten Vertretung zur Ausarbeitung eines neuen Kurses gegenüber Deutschland, nachdem sich das politische System dort gewandelt hatte, die Aufkündigung der militär-technischen Zusammenarbeit, die Rede des Wirtschaftsministers Alfred Hugenberg auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London, der Journalistenkonflikt oder die sowjetischen Vorschläge für einen Balten- und einen Ostpakt.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erschienen in Russland nur wenige Monografien oder Aufsätze zu dieser Periode der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Darunter ist vor allem das Buch „Gitler i Stalin pered schvatkoj“ (Moskau 2000) des Publizisten und Historikers Lev Bezymenskij hervorzuheben⁶⁵, der dafür eine Vielzahl neuer Dokumente, darunter auch aus dem Präsidentenarchiv, erschließen konnte. Aus einigen Dokumenten zitiert er umfangreiche Passagen. Das Buch stellt eine Sammlung dokumentarischer Essays dar, die einzelne Episoden der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1941 beleuchten. In erster Linie ging es dem Verfasser darum, die Motive für die Handlungen Stalins gegenüber dem Land zu ergründen, das eine Schlüsselposition in seiner Außenpolitik einnahm⁶⁶.

So lässt sich festhalten, dass mehr als 70 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 die Forschungslage zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1933 bis 1941 als einem der wichtigsten Kapitel in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges unausgewogen ist. Das gilt insbesondere für die Zeit der Errichtung der NS-Diktatur und die Folgejahre⁶⁷. Einer der Gründe dafür besteht in dem nach wie vor komplizierten Quellenzugang. Der vorliegende Band der Edition bildet ein zusätzliches Fundament für die weitere Forschung.

3. Die Beteiligten

Bevor die Kernpunkte der Entwicklung der bilateralen Beziehungen in den Jahren 1933/34 erörtert werden und dabei der Neuigkeitswert der in diesem Band veröffentlichten Dokumente erläutert wird, sind die beteiligten Institutionen und die Hauptakteure vorzustellen, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen aktiv beeinflussten.

An der Ausformung und Realisierung der Politik war eine ganze Anzahl von Einrichtungen der Regierungen, aber auch außerhalb der Regierungsebene beteiligt. Aufgrund der ihnen zugewiesenen Funktionen traten die einen offen auf, während die anderen sorgsam darauf bedacht waren, ihr Mitwirken geheim zu halten. In dieser Abfolge waren folgende Institutionen beteiligt:

Deutschland: Auswärtiges Amt (Abteilung IV, Presseabteilung); Botschaft und Konsulate in der UdSSR; Reichswirtschaftsministerium; Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung; Ministerium des Innern Preußens; Reichswehrministerium; Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft; Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas; Reichskanzlei; Reichsministerium für Volksaufklärung

⁶⁵ Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel L. Besymenski: Stalin und Hitler: Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002. Diese enthält im Unterschied zur russischen Ausgabe einen wissenschaftlichen Apparat.

⁶⁶ Vgl. dazu auch: Stalin und die Deutschen: Neue Beiträge der Forschung, hrsg. von J. Zaruskij, München 2006 (russ.: Stalin i nemcy: Novye issledovanija, Moskva 2009).

⁶⁷ Der Blick der westlichen Historiographie richtete sich in den letzten zehn Jahren vor allem auf die Pläne und Taktiken Stalins am Vorabend des 22. Juni 1941; vgl. dazu G. Gorodetsky: Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen „Barbarossa“, Berlin 2001; S. Pons: Stalin and the Inevitable War, 1936–1941, London/Portland (Or.) 2002; A. L. Weeks: Stalin's Other War. Soviet Grand Strategy, 1939–1941, Lanham u.a. 2002; B. Musial: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen, Berlin 2008.

und Propaganda; Außenpolitisches Amt der NSDAP; Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin.

Sowjetunion: Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (2. Westabteilung, Wirtschaftsabteilung); Bevollmächtigte Vertretung in Deutschland; Volkskommissariat für Außenhandel; Handelsvertretung in Deutschland; Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten/Volkskommissariat für Verteidigung; VOKS; Hauptkomitee für Konzessionen beim SNK der UdSSR; Politbüro des ZK der VKP (B); Geheimabteilung/Sondersektor des ZK der VKP (B); IV. Verwaltung des Stabes der RKKA/ Verwaltung für Information und Statistik der RKKA/ Aufklärungsverwaltung der RKKA; OGPU/NKVD (Auslandsabteilung, Sonderabteilung); Abteilung für Kultur und Propaganda des ZK der VKP (B).

Wie aus der Übersicht zu entnehmen ist, handelt es sich im Großen und Ganzen um vergleichbare Strukturen, die daran beteiligt waren, die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit konkreten Inhalten auszufüllen. Innerhalb dieses institutionellen Geflechts waren es auf deutscher Seite folgende Hauptakteure, die sich besonders aktiv für die bilateralen Kontakte einsetzten:

Konstantin Freiherr von Neurath, Außenminister des Deutschen Reiches (1932–1938), seit 1901 im diplomatischen Dienst;

Bernhard von Bülow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1930–1936), seit 1912 im diplomatischen Dienst;

Richard Meyer, Leiter der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im Auswärtigen Amt (1931–1935), seit 1913 im diplomatischen Dienst;

Herbert von Dirksen, Botschafter Deutschlands in der UdSSR (1929–1933), seit 1918 im diplomatischen Dienst;

Rudolf Nadolny, Botschafter Deutschlands in der UdSSR (1933–1934), seit 1902 im diplomatischen Dienst;

Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, Botschafter Deutschlands in der UdSSR (1934–1941), seit 1901 im diplomatischen Dienst, seit Oktober 1934 Mitglied der NSDAP;

Fritz von Twardowski, Rat an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR (1929–1935), seit 1922 im diplomatischen Dienst;

Gustav Hilger, Legationsrat an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR (1923–1941), seit 1923 im diplomatischen Dienst;

Otto Hartmann, Militärattaché an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR (1933–1935), seit 1903 im Heeresdienst, Oberst;

Siegfried Hey, Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im Auswärtigen Amt (1931–1935), seit 1919 im diplomatischen Dienst;

Werner von Tippelskirch, Legationsrat I. Klasse in der Abteilung IV im Auswärtigen Amt (1931–1935), seit 1919 im diplomatischen Dienst;

Otto Bräutigam, Leiter des Referats „Wirtschaftsfragen Russlands“ der Abteilung IV im Auswärtigen Amt (1930–1936), seit 1920 im diplomatischen Dienst.

Anhand dieser knappen Liste ist erkennbar, dass es sich bei den deutschen Diplomaten, die sich in unterschiedlicher Intensität mit den Beziehungen zur UdSSR beschäftigten, um professionell ausgebildete Beamte verschiedenen Ranges handelte. Selbstverständlich hegten sie zu keiner Zeit Sympathien für das bolschewistische Regime. Gleichwohl verstanden sie sehr gut, welche Bedeutung die Sowjetunion für Deutschland besaß und setzten sich vor allem für ein entideologi-

siertes, pragmatisches Handeln in den bilateralen Beziehungen ein. Dessen Quintessenz formulierte von Bülow in einer Denkschrift bereits anderthalb Monate nach dem Machtantritt Hitlers. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt schrieb, dass es unumgänglich sei, „unseren Beziehungen zu Moskau besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei allen sich bietenden Gelegenheiten deutlich zum Ausdruck zu bringen [...], dass wir unsererseits die innenpolitische Bekämpfung des Kommunismus streng getrennt halten von unserer staatspolitischen Einstellung zur Sowjet-Union“. Von Bülow begründete diesen Ansatz anhand folgender drei Faktoren: des geostrategischen („wir [können] die russische Rückendeckung gegen Polen nicht entbehren“), des militärtechnischen („[v]on besonderer Bedeutung sind dabei unsere guten Beziehungen zur russischen Armee, die uns einen Einblick in ihren Rüstungsstand gewährleisten, auf den wir wegen der Gefahr unliebsamer Überraschungen nicht verzichten können“) und des wirtschaftlichen Faktors („Russland ist durch seine erheblichen Bestellungen allmählich zum größten Abnehmer deutscher Industriewaren geworden“)⁶⁸. Obwohl Reichsaußenminister von Neurath diesen Standpunkt billigte und ihn in seinem Vortrag in der Kabinettsitzung am 7. April 1933 – wenn auch in einer etwas abgeschwächten Form⁶⁹ – darlegte, schenkte Hitler seinen Ausführungen keine Beachtung. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Verhalten der deutschen Diplomaten in Berlin und Moskau bleiben, umso mehr, als 1933 die Absichten und konkreten Schritte des neuen Reichskanzlers auf außenpolitischem Gebiet, die über die Revision des Vertrags von Versailles, die Wiederherstellung des politischen Gewichts und der militärischen Macht hinausgingen und die von der Mehrheit der deutschen Diplomaten unterstützt wurden, zunächst überhaupt nicht abzusehen waren. Darüber hinaus war dem Auswärtigen Amt im neuen Machtgefüge des Staates keine selbstständige oder gar Schlüsselrolle bei der Ausarbeitung und Verabschiedung von außenpolitischen Grundsatzentscheidungen zugedacht. Die deutschen Diplomaten benötigten eine gewisse Zeit, sich an die neue, im Wesentlichen instrumentelle Rolle des Auswärtigen Amtes zu gewöhnen. Zwar wurden bereits 1933 einige Anzeichen dieser Entwicklung sichtbar, doch die Diplomaten in den führenden Positionen hegten weiterhin Illusionen bezüglich ihrer Einflussnahme auf den Entscheidungsprozess in der deutschen Außenpolitik.

Auf sowjetischer Seite war ebenfalls in gewissem Maße eine homogene Gruppe von Diplomaten und Mitarbeitern der Außenhandelsorganisationen an der Gestaltung der bilateralen Beziehungen beteiligt. Die sowjetischen Kollegen der deutschen Diplomaten wurden im Unterschied zu diesen auf Beschluss der obersten Parteiorgane in den zentralen Apparat des Narkomindel oder ins Ausland entsandt, wobei nicht nur ihre berufliche Eignung, sondern auch ihre Verdienste in der kommunistischen Partei berücksichtigt wurden:

Maksim Maksimovič Litvinov, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1930–1939), seit 1918 im diplomatischen Dienst, seit 1898 Mitglied der RSDAP;

Nikolaj Nikolaevič Krestinskij, Stellvertreter, seit Mai 1934 1. Stellvertreter

⁶⁸ Alle Zitate in: Wollstein, Denkschrift, S. 91.

⁶⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 142, S. 258–259.

des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten (1930–1937), seit 1921 im diplomatischen Dienst, seit 1903 Mitglied der RSDAP;

Lev Michajlovič Chinčuk, Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Deutschland (1930–1934), seit 1930 im diplomatischen Dienst, seit 1903 Mitglied der RSDAP (Menschewik), seit 1920 Mitglied der RKP (B);

Jakov Zacharovič Suric, Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Deutschland (1934–1937), seit 1918 im diplomatischen Dienst, seit 1903 Mitglied der RSDAP;

David Grigor'evič Štern, Leiter der 2. Westabteilung im NKID⁷⁰ (1932–1937), seit 1930 im diplomatischen Dienst, seit 1930 Mitglied der VKP (B);

Sergej Sergeevič Aleksandrovskij, Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland (1931–1933), seit 1923 im diplomatischen Dienst, seit 1906 Mitglied der RSDAP;

Sergej Alekseevič Bessonov, Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland (1933–1937), seit 1930 im diplomatischen Dienst, seit 1920 Mitglied der RKP (B);

Boris Dmitrievič Vinogradov, 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland (1930–1934), seit 1930 im diplomatischen Dienst, seit 1919 Mitglied der RKP (B);

Aleksandr Vladimirovič Giršfel'd, 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland (1931–1935), Berufsmilitär, seit 1931 im diplomatischen Dienst, seit 1918 Mitglied der RKP (B);

Izrail Jakovlevič Vejcer, Stellvertretender Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR (1930–1934) und zugleich Leiter der Handelsvertretung in Deutschland (1932–1934), seit 1914 Mitglied der RSDAP;

Lev Christianovič Fridrichson, Stellvertretender Leiter der Handelsvertretung in Deutschland (1932–1937), seit 1908 Mitglied der RSDAP.

Trotz aller Unterschiede von Status, Alter, Dauer der Parteimitgliedschaft, sozialer Herkunft und nationaler Zugehörigkeit waren sie auf ihrem Feld sehr gut ausgebildet, auch wenn sie in einigen Fällen – wie Chinčuk, Štern und Bessonov – über keine großen Erfahrungen im diplomatischen Dienst verfügten. Sie beherrschten die deutsche Sprache perfekt, einige hatten in der Emigration gelebt und an europäischen Universitäten eine umfassende Bildung erhalten. Nach 1917, nunmehr in sowjetischen Diensten, hielten sie sich oft und lange auf Dienstreisen im Ausland auf. Insgesamt kannten sie – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – Deutschland und ihre deutschen Partner gut. Über ihre Professionalität liegen nicht nur von den Kollegen und der Leitung des Narkomindel zahlreiche beredte Zeugnisse vor, sondern auch von deutschen Diplomaten (Dok. 89, 206, 434, 525). Dabei waren sie, wie aus ihren Biografien ersichtlich ist, nicht nur loyale Staatsdiener, sondern hatten aktiv an der revolutionären Bewegung teilgenommen und auf unterschiedliche Weise dazu beigetragen, das bolschewistische Regime zu errichten und zu festigen. Im Unterschied zu den deutschen Diplomaten, die sich in den Jahren 1933/1934 auf neue Umstände einstellen mussten, wussten die sowjetischen Diplomaten Čičerinscher oder Litvinovscher Prägung bereits sehr gut, wel-

⁷⁰ Die vollständige korrekte Bezeichnung lautet „2. Politische Westabteilung“, im Schriftverkehr wird jedoch meist nur „2. Westabteilung“ verwendet.

che Spielregeln auf ihrem Tätigkeitsgebiet galten⁷¹. Dazu gehörte auch ein ungeschriebenes Unterstellungsverhältnis, was sich beispielsweise auf den offiziellen Schriftverkehr zwischen der Leitung des Narkomindel, der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung in Berlin einerseits und andererseits der „Instanz“, d. h. dem Politbüro bzw. Stalin selbst, auswirkte. Das Recht, sich mit Vorschlägen und Berichten an die „Instanz“ zu wenden, war regulär dem Volkskommissar und seinen Stellvertretern vorbehalten, die nach der Abschaffung des Kollegiums des Narkomindel am 10. Mai 1934 die ausschließlich persönliche Verantwortung für die Tätigkeit des Volkskommissariats trugen⁷². Aber auch Bevollmächtigte Vertreter und Handelsvertreter wandten sich unter Umgehung des Volkskommissariats oder sogar im Widerspruch zu dessen Auffassung in bestimmten Fragen an die höchsten Parteiorgane⁷³.

Die Frage, welche Rolle das Narkomindel und die Leiter seines zentralen und peripheren Apparates bei der Entscheidungsfindung und Beschlussfassung zu außenpolitischen Fragen spielten, ist zwar untersucht, aber bis heute nicht eindeutig geklärt⁷⁴. Die Unzugänglichkeit oder das Fehlen von Dokumenten lassen wenig Rückschlüsse auf die Grundgedanken vieler Vorschläge bzw. den Inhalt der im Außenkommissariat verfassten Akten zu. Und die vorliegenden Dokumente geben meist keinen Aufschluss über die Reaktion Stalins, der bei Entscheidungen das letzte Wort sprach⁷⁵. Der Selbstständigkeitsgrad des Narkomindel innerhalb der Struktur des sowjetischen Staatsapparates war mit dem anderer Volkskommissa-

⁷¹ Selbst anhand des innerbehördlichen Schriftverkehrs ist es aber nicht immer möglich zu beurteilen, in welchem Ausmaß sich ideologische Überzeugungen mit dem Pragmatismus, d. h. einem Arrangement mit den politischen Verhältnissen, der damaligen Diplomategeneration vermischten.

⁷² In dem Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 29. 8. 1933 hieß es dazu: „Im Interesse der konsequenten Umsetzung des Prinzips der Einzelleitung bei der Leitung der Volkskommissariate ist es als zweckmäßig anzusehen, die Kollegien der Volkskommissariate zu liquidieren und an der Spitze der Volkskommissariate einen Volkskommissar und nicht mehr als zwei Stellvertreter zu belassen.“ In: RGASPI, f. 17, op. 3, d. 928, l. 4.

⁷³ Vgl. z. B. das Schreiben Litvinovs an das Orgbüro des ZK der VKP (B) vom 9. 1. 1933, in dem es u. a. hieß: „Für mich ist es eine absolute Überraschung, dass Gen. Chinčuk, nachdem er von mir eine negative Antwort bezüglich der Verlängerung der Aufenthaltsdauer eines Mitarbeiters des NKID in Berlin erhalten hatte, sich nunmehr in dieser Angelegenheit an das ZK wendet, ohne das NKID darüber zu informieren, und dass das ZK die Bitte des Gen. Chinčuk erörtert und genehmigt, ohne mich zu befragen, ob die Bitte berechtigt oder unberechtigt ist.“ In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 4.

⁷⁴ Vgl. zum Beispiel D. O'Sullivan: *The Role of the Narkomindel in Formulation and Implementation of Soviet Foreign Policy 1939–1941*. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 1999, H. 1, S. 115–136; V. Knoll: *Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im Prozess außenpolitischer Entscheidungsfindung in den zwanziger und dreißiger Jahren*. In: *Zwischen Tradition und Revolution: Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941*, hrsg. von L. Thomas und V. Knoll, Stuttgart 2000, S. 73–155; O. N. Ken/A. I. Rupasov: *Politbiuro CK VKP(b) i otnošenija SSSR s zapadnymi sosednimi gosudarstvami (konec 1920–1930ch gg.): Problemy. Dokumenty. Opyt kommentarija: Čast' 1: Dekabr' 1928–ijun' 1934* (Das Politbüro des ZK der VKP (B) und die Beziehungen der UdSSR zu den westlichen Nachbarstaaten (Ende 1920 bis zu den 1930er Jahren): Probleme. Dokumente. Versuch einer Kommentierung: Teil 1: Dezember 1928 bis Juni 1934), Sankt Peterburg 2000; S. Dullin: *Des hommes d'influences: Les ambassadeurs de Staline en Europe 1930–1939*, Paris 2001 (russ.: S. Djullen: *Stalin i ego diplomaty: Sovetskij Sojuz i Evropa, 1930–1939*, Moskva 2009).

⁷⁵ Chinčuk bemerkte in einer Unterredung mit Staatssekretär von Bülow, dass er beabsichtige, nach Moskau zu fahren, um die sowjetisch-deutschen Beziehungen grundlegend zu erörtern. Als er aber erfuhr, dass sich Stalin im Urlaube befinde, gab er sein Vorhaben auf, da diese Reise „keinen Zweck [habe], denn nur mit dem Außenministerium zu verhandeln würde zu nichts führen“ (Dok. 219).

riate vergleichbar, wenn auch mit der Einschränkung, dass z. B. der Volkskommissar für Nichteisenmetallurgie das Schmelzverfahren eines Metalls nicht unbedingt mit Stalin abstimmen musste. Dagegen stimmten Litvinov und die anderen Leiter des Narkomindel auch geringste Fragen praktisch täglich schriftlich – in Form von Berichten oder Vorlagen – und mündlich (telefonisch) mit Stalin, oder im Falle seiner Abwesenheit mit Kaganovič und Molotov, ab. Selbst Routinefragen wie die Ernennung oder Umsetzung von Mitarbeitern des eigenen diplomatischen Apparates oder das Einverständnis zu dem von einem ausländischen Staat vorgeschlagenen Kandidaten für drittrangige Posten in der UdSSR konnte das Volkskommissariat nicht selbstständig entscheiden. Die Tatsache, dass die meisten der dem Politbüro zur Entscheidung vorgelegten außenpolitischen Fragen vom Narkomindel initiiert wurden, oder der Umstand, dass die Leitung des Narkomindel bei der Erörterung dieser Fragen anwesend war⁷⁶, ist keine Bestätigung für einen besonderen Einfluss des außenpolitischen Apparates bei der Entscheidungsfindung. Diese Praxis traf auf alle Volkskommissariate zu, da sie in ihren Entscheidungen gänzlich vom Kreml abhingen.

Stalin schenkte den Beziehungen zu Deutschland große Aufmerksamkeit. Davon zeugt in erster Linie die beträchtliche Anzahl von entsprechenden Berichten und Vorlagen, die das Narkomindel ihm zur Information vorlegte. Er bzw. während seiner Abwesenheit Kaganovič und Molotov gaben dazu nicht nur eine Stellungnahme ab, sondern griffen auch redaktionell in Dokumente, die nach Auffassung der Leitung des Narkomindel durch die „Instanz“ sanktioniert werden mussten, ein. Dies betraf insbesondere Noten, mündliche und schriftliche Antworten an die deutschen Diplomaten, Weisungen an die sowjetischen Diplomaten und Handelsvertreter in Berlin sowie TASS-Meldungen. In einigen Fällen veränderte Stalin die ihm vorgelegten Texte erheblich (Dok. 422). Wenn er sich im Urlaub befand (im hier relevanten Zeitraum 1933 vom 17. August bis 3. November und 1934 vom 30. Juli bis 30. Oktober), wurde er unverzüglich über alle wichtigen Beschlüsse in Kenntnis gesetzt, die von den Mitgliedern des Politbüros gefasst worden waren. Was besonders die internationalen Angelegenheiten betraf, so kann man wahrscheinlich davon ausgehen, dass seine Meinung zu praktisch allen Fragen noch vor der Beschlussfassung eingeholt wurde⁷⁷ (Dok. 213, 235, 247, 250, 258, 260, 504, 512, 516). Auf diese Weise bestimmte Stalin die Politik gegenüber Deutschland und griff selbst in Details der diplomatischen Routinearbeit aktiv ein. Die ideologische Komponente war dabei in seinen Entscheidungen nicht bestimmend. Selbstverständlich hatte er seine eigenen Vorstellungen von der Weltordnung und von dem Platz, den die UdSSR in ihr einnahm, welche auf ideologischen Konstrukten beruhten. Er ließ sich bei seinen Entscheidungen zu internationalen Angelegenheiten aber eher von einem geradezu zynischen Pragmatismus leiten (vgl. z. B. Dok. 251), sofern ihm dies die äußeren Bedingungen erlaubten.

Ein anderes Bild bot sich in Deutschland. Hitler besaß im Unterschied zu Sta-

⁷⁶ In den fast zwei Jahren von Ende Januar 1933 bis 1934 wurden Volkskommissar Litvinov, seine Stellvertreter und Kollegiumsmitglieder des NKID dutzende Male in den Kreml geladen, um verschiedene außenpolitische Fragen zu erörtern. An Litvinov erging 61 Mal der Ruf, an Krestinskij 59 Mal, an Sokol'nikov 39 Mal, an Karachan 30 Mal und an Stomonjakov 21 Mal. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 86–148.

⁷⁷ Vgl. Stalin i Kaganovič. Perepiska.

lin ein außenpolitisches Programm, das auf die Eroberung der Herrschaft über den Kontinent abzielte⁷⁸. Zu diesem Zwecke musste er entsprechende Rahmenbedingungen schaffen: ein totalitäres Regime mit klar ausgeprägter Mobilisierungskomponente und ein leistungsstarkes Militär sowie eine entsprechende Rüstungswirtschaft. Darüber sprach er bereits wenige Tage nach seinem Machtantritt vor einem engen Kreis höchster Reichswehroffiziere (Dok. 8). Trotz der großen innenpolitischen Aufgaben bei der Errichtung des neuen Regimes nahmen Fragen der Außenpolitik immer einen zentralen Platz im Wirken des Reichskanzlers ein. Er betrachtete die Innenpolitik lediglich als ein Mittel, den Kampf um die Weltherrschaft erfolgreich zu führen⁷⁹.

Hitlers Führungsstil im Bereich der Außenpolitik unterschied sich wesentlich von demjenigen Stalins. Er redigierte keine diplomatischen Noten, auch war seine Genehmigung zu den vom Auswärtigen Amt gefassten alltäglichen Entscheidungen nicht erforderlich. Sofern man nach den zur Verfügung stehenden Dokumenten urteilen kann, fragte das Auswärtige Amt auch bei diplomatischen Routineangelegenheiten überhaupt nicht nach der Meinung des Reichskanzlers. Dafür schickte das Auswärtige Amt ihm Empfehlungen für bevorstehende Unterredungen mit sowjetischen Diplomaten (Dok. 78, 272, 531) bzw. Vorlagen, die eine Verbesserung oder eine Abschwächung der zweiseitigen Beziehungen beinhalteten (Dok. 220, 446). Was die Weisungen an den deutschen Botschafter in Moskau (Dok. 281) sowie die Antwort auf den Vorschlag zum Beitritt zum Ostpakt (Dok. 508) betrifft, so hatte das Auswärtige Amt in diesen wie auch in ähnlichen Fällen den Text der Dokumente mit Hitler abgestimmt, denn beide Dokumente berührten die außenpolitischen Grundlinien des NS-Regimes. Hitler betrachtete sich bereits in den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft als einen aktiven und selbstständigen Akteur auf dem außenpolitischen Feld, was seinen Reden in der Öffentlichkeit und im Rundfunk, den zahlreichen Interviews und Begegnungen mit ausländischen Diplomaten zu entnehmen ist⁸⁰. Sie zeigen anschaulich, dass der Reichskanzler, nicht aber das Auswärtige Amt und dessen Leitung, die entscheidende Rolle bei der Festlegung des außenpolitischen Kurses Deutschlands spielte. Dabei war Hitler offensichtlich nicht an einer Konfrontation mit dem Auswärtigen Amt interessiert. Dies wäre seinem Prinzip, die traditionellen Strukturen in das neue Machtgefüge einzubauen, abträglich gewesen. Er musste aber dafür sorgen, den Einfluss des Auswärtigen Amtes zu verringern. Zu diesem Zweck wurden auf seine Initiative einige Strukturen geschaffen, die in unterschiedlicher Intensität für sich beanspruchten, bei der Außenpolitik des Reichskanzlers und seiner persönlichen Diplomatie mitzuwirken. Gemeint sind hier vor allem das Propaganda-

⁷⁸ Vgl. z.B. H. R. Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele. In: VfZ 1960, H. 2, S. 121–133; A. Kuhn: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970; A. Hillgruber: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: VfZ 1972, H. 2, S. 133–153; N. Rich: Hitler's War Aims, 2 Bde, London 1973–1974; J. Thies: Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele Hitlers“, Düsseldorf 1976; K. Hildebrand: Hitlers Programm und seine Realisierung 1939–1942. In: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. von M. Funke, Düsseldorf 1977, S. 63–93.

⁷⁹ Vgl. Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von G. L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 62.

⁸⁰ Vgl. dazu ausführlich bei H.-A. Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 339–342, S. 362–371.

ministerium (am 11. März 1933 gegründet), das Außenpolitische Amt der NSDAP (1. April 1933), die Auslandsorganisation der NSDAP (8. Mai 1933), das „Büro Ribbentrop“ (24. April 1934) sowie die bereits seit dem Frühjahr 1933 angewandte Praxis, einzelnen Partei- und Staatsfunktionären den Status eines „Sonderbeauftragten“ zu verleihen, zu deren Aufgaben unter anderem die Ausführung von diplomatischen Aufträgen gehörte⁸¹. Diese neuen Strukturen nahmen auf die eine oder andere Art und Weise Einfluss auf die Außenpolitik Deutschlands und auch darauf, wie sie in der Welt wahrgenommen wurde. Sie wirkten sich außerdem prägend auf das Verhalten der deutschen Diplomaten aus, die sich den unverhüllt ideologisch gefärbten politischen Spielregeln des gefestigten nationalsozialistischen Regimes anzupassen hatten. Dies bereitete den meisten Diplomaten, die mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen zu tun hatten, beträchtliche Schwierigkeiten. Ihr persönliches Verhältnis zu dem sowjetischen Regime und dessen Politik während der Weimarer Republik war die eine Seite⁸². Eine ganz andere Seite aber war es, ihren Staat in der Sowjetunion zu vertreten, während in Deutschland eine offen antisowjetische Propaganda betrieben und ein abstoßendes Feindbild verbreitet wurde.

4. Die Schlüsselfragen

Der Sturz der Regierung Schleicher Ende Januar 1933 und die Regierungsneubildung mit Hitler an der Spitze kamen für das Narkomindel völlig unerwartet, wobei der Sturz Schleichers eine größere Überraschung als die Ernennung Hitlers war (Dok. 4). Chinčuk meinte vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, dass „der wahrscheinliche Ausgang [der Regierungskrise, *Verf.*] darin bestehen wird, Papen [...] das Recht zu übertragen, ein vom Parlament unabhängiges Präsidialkabinett zu bilden“⁸³. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Auffassung des Leiters der 2. Westabteilung des Narkomindel, David Štern, der die Bildung der Regierung Hitler als ein „für Deutschland historisches Datum“ beurteilte und die „Meinung derjenigen, die meinen, dass dies lediglich ein weiteres Experiment sei“, nicht teilte (Dok. 4)⁸⁴. Die Leitung des Narkomindel orientierte sich von Anfang an auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung Hitler, wobei diese Linie nicht nur in den Unterredungen mit von Dirksen (Dok. 14, 18) erkennbar ist, sondern auch im dienstlichen Schriftverkehr mit dem Bevollmächtigten Vertreter (Dok. 15). Mehr noch, Krestinskij richtete ein Schreiben an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Vjačeslav Molotov, in dem er vorschlug, im Rahmen der gemeinsam mit den Deutschen veranstalteten „Woche der sowjeti-

⁸¹ Vgl. ebd., S. 358–362.

⁸² Nach den Worten des Staatssekretärs im AA von Schubert aus dem Jahr 1924 war es von Feindseligkeit und Misstrauen gegenüber der herrschenden „Moskauer Bande“ geprägt. Vgl. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 268.

⁸³ Schreiben Chinčuks an Krestinskij vom 29. 1. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 26R.

⁸⁴ Mit „Meinung derjenigen“ meinte Štern nicht die Mitarbeiter seiner Abteilung. Wie bekannt ist, ging Stalin ein Jahr später, im Januar 1934, davon aus, dass „eine revolutionäre Krise heranreift und der Faschismus keineswegs von langer Lebensdauer ist“. Vgl. I. V. Stalin: *Otčetnyj doklad o rabote CK VKP (b)* (Rechenschaftsbericht über die Arbeit des ZK der VKP (B)). In: XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (b). 26 janvarja–10 fevralja 1934 g. Stenografičeskij otčet (XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei (B). 26. Januar–10. Februar 1934. Stenografischer Bericht), Moskva 1934, S. 8.

schen Technik“ von sowjetischen hochgestellten Persönlichkeiten und Fachleuten eine Reihe von Vorträgen halten zu lassen (Dok. 11). Fast den ganzen Februar lang kommentierte die sowjetische Presse die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland sehr zurückhaltend, was die Haltung der Führung der UdSSR widerspiegelte. Dies wusste die Deutsche Botschaft zu würdigen⁸⁵.

Diese Zurückhaltung dauerte jedoch nicht lange, und im Grunde genommen wurde sie bereits Anfang März aufgegeben⁸⁶, als Hitler auf einer Wahlkampfveranstaltung am 2. März im Sportpalast in einem scharfen Ton über die UdSSR sprach. Es ist nicht sicher, ob die darauf folgende Kettenreaktion von Ausfällen gegenüber sowjetischen Bürgern und Einrichtungen in Deutschland durch die Rede hervorgerufen wurde, doch sie mag sie verstärkt haben. Diese schlecht oder halbherzig unterbundenen Aktionen erstreckten sich über viele Monate des Jahres 1933 (Dok. 324). Die sowjetische Seite reagierte darauf mit zahlreichen diplomatischen Protesten und mit einer massiven antideutschen Pressekampagne, was die bilateralen Beziehungen zwar belastete, jedoch kaum Auswirkungen auf die Vorgänge in Deutschland hatte. Im Narkomindel gab es aber auch Befürworter der Auffassung, gegen deutsche Bürger und Einrichtungen in der UdSSR mit entschiedenen Vergeltungsmaßnahmen vorzugehen (Dok. 32). Doch dies fand weder bei der Leitung des Narkomindel noch bei der sowjetischen Führung Unterstützung.

Die Entwicklungen bei den Entscheidungsträgern in Moskau und Berlin als auch die Wahrnehmung derselben verliefen in einem asymmetrischen Prozess, der die zwischenstaatlichen Beziehungen stark prägte. Stalin war ganz offensichtlich nicht geneigt, hart auf die Exzesse in Deutschland zu reagieren, selbst dann nicht, wenn diese die wirtschaftlichen Interessen der UdSSR ernsthaft beeinträchtigten. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass der Ton der diplomatischen Noten und auch die Veröffentlichungen in der zentralen sowjetischen Presse scharf formuliert waren. Da bislang keine Dokumente bekannt sind, die über Stalins Haltung Auskunft geben könnten, kann man über seine Motive nur Mutmaßungen anstellen. Stalin war offenbar bis zum Herbst 1933 oder sogar noch bis zu einem späteren Zeitpunkt der Ansicht, dass die Stellung Hitlers als Reichskanzler nicht stabil sei. Er betrachtete Deutschland nach wie vor als den wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner, der besonders als Lieferant für Heeresgüter und als Hauptkreditgeber für die UdSSR von Bedeutung war. Er hielt die intakten Beziehungen mit Deutschland für ein wichtiges, womöglich für das wichtigste Mittel, um die internationale Stellung der UdSSR wie auch deren Beziehungen zu anderen Mächten und zu den Nachbarstaaten zu festigen. Für diese Mutmaßungen spricht die faktische Politik der sowjetischen Führung gegenüber Deutschland, die sich von den offiziellen diplomatischen Demarchen abhebt.

Ein völlig anderes Bild bot sich in Deutschland. Trotz der zahlreichen Exzesse gegen sowjetische Einrichtungen und Staatsangehörige, trotz der widersprüchli-

⁸⁵ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Šterns mit Legationsrat Hilger am 13. 2. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 73.

⁸⁶ In der Leitung des NKID hat es aber auch noch später Fehleinschätzungen bezüglich der Politik der Regierung Hitlers und der Möglichkeit gegeben, auf den Reichskanzler persönlich einzuwirken. So instruierte Krestinskij vor der Rede des Reichskanzlers vor dem neuen Reichstag den Geschäftsträger der UdSSR in Deutschland Aleksandrovskij dahingehend, dass er versuchen solle, auf den Teil der Rede Hitlers einzuwirken, der die Politik seines Kabinetts gegenüber der Sowjetunion berühren werde (Dok. 37).

chen Äußerungen des Reichskanzlers gegenüber der UdSSR, und trotz der in beiden Staaten entfachten Propagandakampagne war das Auswärtige Amt nach wie vor bestrebt, die zum beiderseitigen Vorteil reichenden Beziehungen zur Sowjetunion zu erhalten. Davon zeugt deutlich der bereits zitierte Vortrag von Neuraths über die außenpolitische Stellung Deutschlands auf der Kabinettsitzung am 7. April 1933. Seine Auffassung dazu formulierte der Reichsaußenminister so: „Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland muss, wie es das italienische Beispiel zeigt, unsere Beziehungen zu Russland nicht auf Dauer beeinträchtigen.“⁸⁷ Die Haltung von Neuraths in Bezug auf die UdSSR nimmt sich im Vergleich zu der Denkschrift von Bülow, die immerhin die Grundlage des Minister-vortrages bildete, zurückhaltender aus. Das war der Fall, weil zwischen beiden Dokumenten drei Wochen lagen, in denen sich die ohnehin nicht einfachen deutsch-sowjetischen Beziehungen weiter verschlechtert hatten. Um die nachfolgenden Veränderungen im außenpolitischen Kurs zu verstehen, ist aber noch ein anderer Umstand von Bedeutung. In der Kabinettsitzung unterbreitete Franz von Papen sofort nach Beendigung des Vortrages von Neuraths den – aller Wahrscheinlichkeit auf Hitler zurückgehenden – Vorschlag, die Erörterung des Vortrages auf die Zeit nach den Osterferien, das heißt nach dem 16. April, zu vertagen, die dann aber nicht mehr stattfand⁸⁸. Dafür gab es gewichtige Gründe. Hitler störte sich nicht so sehr an einzelnen Aspekten der außenpolitischen Konzeption von Neuraths, auch nicht im Hinblick auf die UdSSR. Ihn schreckte vielmehr die reale Perspektive, dass von Neuraths Vorstellungen von der Mehrheit der Regierungsmitglieder⁸⁹ unterstützt werden könnten. Dies barg die Gefahr in sich, in eine Diskussion mit Fachleuten verwickelt zu werden, die ihn zwar als Reichskanzler anerkannten, aber immer noch nicht als „Führer“. Trotzdem reagierte Hitler nach einer kurzen Zeit auf den Vortrag von Neuraths. Bereits Anfang Mai 1933 leitete er Schritte ein, um eine Annäherung an Polen⁹⁰ herbeizuführen. Dies widersprach gänzlich einigen Kernpunkten des Vortrages des Reichsaußenministers⁹¹ und verdeutlichte die prinzipiell anderen Prioritäten in der Außenpolitik des Reichskanzlers. In dieser Zielsetzung wurde der Sowjetunion für eine gewisse Zeit die Rolle eines „Schreckgespenstes“ zugewiesen, um das Zustandekommen eines Abkommens mit Polen zu befördern. Dieser Vorgang verdeutlicht die Tendenz, das Auswärtige Amt zu einem diplomatischen Instrument neben anderen herabzustufen⁹².

Die Wirtschaftsbeziehungen

Zu einem neuen und sehr schmerzhaften Problem für Moskau und Berlin entwickelte sich die Situation rund um die Derop (Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG, Berlin), die in ganz Deutschland über ein ausgebautes

⁸⁷ ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 142, S. 259.

⁸⁸ Vgl. P. Krüger/E. J. C. Hahn: Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933. In: VfZ, 1972, H. 4, S. 376–410, hier S. 394.

⁸⁹ Von Blomberg z. B. bekam die Denkschrift Bülows sogar früher als von Neurath zu Gesicht. Er zeigte sich völlig mit ihr einverstanden, insbesondere mit den militärpolitischen Ausführungen. Vgl. ebd.

⁹⁰ Vgl. G. Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler, S. 140–143.

⁹¹ Nach Auffassung von Neuraths sei „eine Verständigung mit Polen weder möglich noch erwünscht“. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 142, S. 259.

⁹² Vgl. H.-A. Jacobsen: Zur Rolle der Diplomatie im Dritten Reich. In: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von K. Schwabe, Boppard a. Rhein 1985, S. 171–199.

Netz von Tankstellen bzw. Zapfsäulen verfügte. Ursprünglich war sie zusammen mit der Derunapht (Deutsch-Russische Naphta-Importgesellschaft mbH) die wichtigste Gesellschaft für den Verkauf von sowjetischem Erdöl und Erdölprodukten auf dem deutschen Markt gewesen. In den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt waren beide Unternehmen zahlreichen Haussuchungen, Überfällen und Boykotten ausgesetzt, und ihre vornehmlich deutschen Angestellten wurden unter der Anschuldigung der Subversion verhaftet (Dok. 16, 44, 67–69, 72, 74, 76, 84, 129 u. a.). Der Vorwurf betraf, wie aus einem offenbar von der Gestapo verfassten Dokument hervorgeht, allein die Zugehörigkeit zur KPD, Verwandtschaftsverhältnisse zu deren Funktionären bzw. eine jüdische Herkunft⁹³. Diese Übergriffe führten zu einem sprunghaften Rückgang der Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten, einem Hauptexportposten der UdSSR, und wirkte sich, gemeinsam mit der Kürzung anderer wichtiger, vor allem landwirtschaftlicher Exportgüter, äußerst negativ auf die Handelsbilanz der UdSSR mit Deutschland aus. Dadurch vergrößerte sich das Passivsaldo der UdSSR erheblich (Dok. 63, 103). Die deutsche Seite betonte jedoch, dass die passive Handelsbilanz „nicht vollständig mit den Maßnahmen der deutschen Handelspolitik begründet werden“ könne (Dok. 103). Gegen Ende des Jahres gelangte auch ein Abteilungsleiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland zu einer ähnlichen Schlussfolgerung (Dok. 332).

Diese ernsten Streitfragen in den bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen bewegten den deutschen Botschafter von Dirksen dazu, der Leitung des Auswärtigen Amtes vor Augen zu führen, wie wichtig es sei, die entstandene Krise so schnell wie möglich beizulegen. Dafür schlug er ein ganzes Paket von Maßnahmen vor (Dok. 51). Darüber hinaus warnte die Botschaft das Auswärtige Amt vor den möglichen Folgen, die eine Verschleppung der Krise und die Fortsetzung der Exzesse gegen sowjetische Einrichtungen und Staatsangehörige mit sich bringen würden (Dok. 58).

Von Neurath wies seinerseits von Dirksen an, Litvinov darüber zu informieren, dass „die Reichsregierung allen Fällen von Belästigungen von Sowjetstaatsangehörigen nachgehen und für ungestörtes Arbeiten der sowjetrussischen Wirtschaftsorgane in Deutschland gemäß den bestehenden Verträgen Sorge tragen wird, ihrerseits aber erwarten muss, dass sowjetrussische Wirtschaftsorgane jede wie immer geartete Verbindung mit kommunistischer Partei [Deutschlands, Verf.] unterlassen“ (Dok. 55). Letztlich wurden zu den Fragen, die am 28. April 1933 anlässlich eines Empfangs Chinčuks bei Hitler zur Sprache kamen, noch am gleichen Tag von der Regierung Entscheidungen getroffen, die die Tätigkeit der Derop betrafen und die in vielerlei Hinsicht den Wünschen der sowjetischen Seite entgegenkamen (Dok. 84). Zusätzliche Zusicherungen erhielt Chinčuk bei seinem ersten Treffen mit Hermann Göring am 2. Mai (Dok. 83). Bei einem zweiten Treffen der sowjetischen Diplomaten mit Göring am 27. Mai bekundete die deutsche Seite die feste Absicht, die Situation rund um die Derop zu regeln (Dok. 99). Chinčuk stellte in einem Schreiben an Stalin dazu fest: „Die Welle der Ausschreitungen gegen sowjetische Organisationen und Staatsbürger hält zwar noch an, sie ist aber etwas

⁹³ Vgl. Angaben über kommunistische Umtriebe bei der Derop und Derunapht vom 25. 4. 1933. In: BArch, R 58/ 3311, Bl. 151–153.

abgeebbt. Man spürt, dass es seitens der Deutschen einige Bemühungen gibt, die Atmosphäre zu entspannen.“ (Dok. 101)

Die Militärbeziehungen

Ein sehr wichtiger Indikator für den allgemeinen Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre war die militär-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Nachdem Deutschland auf der Genfer Abrüstungskonferenz bereits Ende 1932 auf dem Gebiet der Rüstung die prinzipielle Gleichberechtigung zugestanden worden war, stellte sich die Frage nach einer weiteren Zusammenarbeit mit der UdSSR. Es ging vor allem darum, wie zweckmäßig der Unterhalt der gemeinsamen Versuchsstationen auf sowjetischem Territorium in Zukunft sei. Diese hatten es Deutschland erlaubt, seine Offensivwaffen (Flugzeuge, Panzer, chemische Waffen), deren Herstellung und Erprobung durch den Versailler Vertrag untersagt worden war, weiter zu entwickeln. Bereits vor dem Machtantritt Hitlers war die Rede davon gewesen, die bisherige Form der Zusammenarbeit nicht später als 1934 aufzugeben und die Militärbeziehungen auf neuer Grundlage zu gestalten, was selbstverständlich eine entsprechende politische Entscheidung beider Seiten voraussetzte⁹⁴. Doch die akute Verschlechterung der beidseitigen Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933 führte bereits Anfang Herbst zu einem sehr schnellen Abbau aller Formen der militär-technischen Zusammenarbeit. Wie dieser Prozess auf beiden Seiten heranreifte, wann dazu die entsprechenden Entscheidungen im Kreml getroffen wurden und mit welcher Begründung – dies sind Fragen, die schon lange in der Forschung diskutiert werden. Die im vorliegenden Band vorgestellten Dokumente erlauben dazu weitere Aufschlüsse.

Stalin billigte Anfang April 1933 den Plan, dem Chef des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium Generalleutnant Alfred von Bockelberg, der auf Einladung des Stellvertretenden Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Michail Tuchačevskij zum Gegenbesuch in die UdSSR kam⁹⁵, Rüstungsbetriebe und Truppenteile zu zeigen. Dies lässt darauf schließen, dass die sowjetische Führung trotz der merklichen Abkühlung der Beziehungen zu dieser Zeit noch nicht geneigt war, die Verbindungen im militärischen Bereich zu Deutschland abubrechen. Für diese Annahme spricht nicht nur die warmherzige Aufnahme, die General von Bockelberg während seiner Reise durch die UdSSR im Mai erfuhr (Dok. 98, 112), sondern insbesondere die Teilnahme der obersten militärischen Führung der RKKA mit Volkskommissar Kliment Vorošilov an der Spitze an dem Empfang der Deutschen Botschaft, der für von Bockelberg anlässlich seiner Ankunft gegeben wurde⁹⁶. Krestinskij bemerkte dazu in seinem Schreiben an Chinčuk: „Der Abend verlief sehr offenherzig, die Militärs bemühten sich nicht nur zu unterstreichen, dass die Reichswehr die früheren deutsch-sowjetischen Beziehungen beizubehalten wünsche, sondern betonten auch, dass es ihr

⁹⁴ Vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 284.

⁹⁵ Vgl. Bericht Berzins an Vorošilov vom 29. 3. 1933. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 103–106. Tuchačevskij war an der Spitze einer sowjetischen Militärdelegation vom 18. 9. bis 12. 10. 1932 in Deutschland gewesen.

⁹⁶ Vgl. Bericht Berzins an Vorošilov vom 10. 5. 1933. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 135. Vgl. auch Dok. 90.

gelingen, in dieser Hinsicht einen dementsprechenden Einfluss auf die Regierung Hitler auszuüben“ (Dok. 94). Diese Äußerungen decken sich mit den Auffassungen Vorošilovs und des Chefs des Stabes der RKKA, Aleksandr Egorov, die betonten, dass „ein enges Zusammengehen nur durchführbar sei, wenn die große Politik der Regierungen gleiche Ziele verfolge“ (Dok. 112).

Der weitere Gang der Ereignisse mag auf den ersten Blick merkwürdig erscheinen, denn kaum hatte von Bockelberg die UdSSR verlassen, als im Kreml der Beschluss gefasst wurde, alle Formen der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet völlig einzustellen. Zum genauen Datum dieses Beschlusses gibt es keine verlässlichen Angaben, möglicherweise ist die Entscheidung sogar schon vor der Abreise von Bockelbergs gefallen. Das Protokoll der Beratung in der IV. (nachrichtendienstlichen) Verwaltung beim Stab der RKKA vom 31. Mai 1933 liefert zwar neue Erkenntnisse, doch bleiben noch Fragen offen. Aus diesem Dokument geht hervor, dass vor der Beratung der führenden Vertreter der Dienststellen, denen die drei Versuchsstationen auf dem Territorium der UdSSR unterstanden, die Weisung Vorošilovs „zur schrittweisen und schmerzlosen Stilllegung der Betriebe ‚der Freunde‘“ ergangen war. Auf dieser Grundlage erließ Tuchačevskij die Weisung, den Maßnahmenplan dafür auszuarbeiten, was in der Beratung am 31. Mai dann auch geschah (Dok. 110). Somit ist die Vermutung des deutschen Militärattachés Oberst Otto Hartmann, wonach bereits zum Zeitpunkt des Abschiedsgesprächs von Bockelbergs mit Tuchačevskij am Abend des 25. Mai die Entscheidung zur Einstellung der Zusammenarbeit gefallen sei, als sehr wahrscheinlich anzusehen (Dok. 109). Bedeutend schwieriger ist es, die Frage nach den Motiven der sowjetischen Führung für diese Entscheidung zu beantworten. Entweder gibt es dazu keine Dokumente oder sie sind der historischen Forschung nicht zugänglich. Sogar der Beschluss selbst ist in den „Sondermappen“ der Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP (B) nicht aufzufinden. Stalin hatte offensichtlich die Entscheidung gefällt, ohne sich mit der Führung der Roten Armee, dem die militärische Zusammenarbeit insgesamt und die einzelnen Sachgebiete unterstanden, zu beraten⁹⁷.

Bemerkenswert ist auch die offizielle sowjetische Argumentation, mit der die Entscheidung über das Ende der militärischen Zusammenarbeit begründet wurde, nämlich mit fehlenden Mitteln für ihre weitere Finanzierung (Dok. 109). Am 3. Juni 1933 jedoch wies Krestinskij in der Unterredung mit von Dirksen der deutschen Seite die Verantwortung für die entstandene Situation zu, indem er erklärte: „[...] wir müssen damit rechnen, dass den Regierungen der Entente die Tätigkeit der Reichswehr auf dem Territorium der UdSSR bekannt ist. In der Tat hat die französische Regierung offen erklärt, dass von Papen, als er Frankreich ein Bündnis gegen die UdSSR⁹⁸ vorschlug, ausführlich über die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee erzählt habe. Unter diesen Bedingungen und

⁹⁷ Im April/Mai 1933 waren keiner der obersten Kommandeure der RKKA (außer das Mitglied des Politbüros Vorošilov) und auch kein Befehlshaber der Teilstreitkräfte/der Waffengattungen im Kreml bei Stalin gewesen. Vgl. dazu: Na prieme u Stalina, S. 93–100.

⁹⁸ Die Vorschläge zur Zusammenarbeit, die von Papen als Kanzler im Juni 1932 Herriot unterbreitete, darunter auch die der Generalstäbe beider Länder, geschahen in der Absicht, die rechtliche Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstungen zu erwirken. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 174, S. 374–376, hier S. 375. Diese Vorschläge wurden in Moskau im Sinne eines militärischen Bündnisses gegen die UdSSR interpretiert.

um uns auf der Abrüstungskonferenz in Genf den Vorwurf der Unaufrichtigkeit unserer Handlungen, die unseren Vorschlägen zuwiderlaufen, zu ersparen, sah sich der Revolutionäre Militärerrat dazu genötigt, die gemeinschaftliche Arbeit einzustellen“ (Dok. 105)⁹⁹. Es ist bezeichnend, dass Krestinskij noch am 27. Februar 1933 in der Unterredung mit von Dirksen mit keinem Wort eine illoyale Haltung des ehemaligen Kanzlers erwähnte, als in dem Gespräch die Vorschläge von Papens gegenüber Edouard Herriot, dem damaligen Ministerpräsidenten Frankreichs, zur Sprache kamen (Dok. 18). Möglicherweise wurden sie von Herriot als Desinformation in Umlauf gebracht, um zwischen Deutschland und der UdSSR Zwietracht zu säen. Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass die Gespräche zwischen von Papen und Herriot von Moskau benutzt wurden, um die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit zu rechtfertigen. Es wurden aber auch andere Erklärungen für die Gründe dieses Bruchs lanciert. So sei dies die Folge der angeblichen Offenbarungen von Papens, die er gegenüber dem französischen Botschafter in Italien, Henry de Jouvenel, im April 1933 in einem Gespräch gemacht haben soll, in dessen Verlauf der Vizekanzler ihm „bis ins letzte Detail die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit mitgeteilt habe“ (Dok. 174). Die sowjetische Seite sprach dieses Thema in den folgenden Monaten hin und wieder an (Dok. 177), was von Neurath dazu veranlasste, diese Frage mit Vizekanzler von Papen zu erörtern (Dok. 180). Nachdem von Neurath die entsprechenden Erklärungen von Papens erhalten hatte, wies das Auswärtige Amt die Botschaft in Moskau an, dies Krestinskij zur Kenntnis zu bringen und gegen die „zumindest grob fahrlässige Verbreitung tendenziöser Nachrichten Einspruch zu erheben“ (Dok. 180, Anm. 6; Dok. 183).

Vermutlich hätten die Militärbeziehungen in den Diskussionen der Vertreter beider Staaten sowie im diplomatischen Schriftverkehr einen noch größeren Stellenwert eingenommen, da die sowjetische Seite offensichtlich darum bemüht war, die Verantwortung für das Wegbrechen dieser wichtigen Säule der bilateralen Beziehungen den Deutschen anzulasten. Jedoch bot das nicht sonderlich geglückte Auftreten des Reichswirtschaftsministers Alfred Hugenberg auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London Mitte Juni 1933 dem Narkomindel eine viel größere Angriffsfläche für sowjetische Vorwürfe und stellte den fragwürdigen „Fall Papen“ in den Schatten.

Das Hugenberg-Memorandum

Am 19. Juni gab Krestinskij in einer Unterredung mit von Dirksen eine in einem scharfen Ton verfasste Erklärung bezüglich des Hugenberg-Memorandums ab, das dem Vorsitzenden der Wirtschaftskommission der Londoner Konferenz überreicht worden war. Krestinskij führte aus, dass in diesem Dokument „Pläne für eine Kolonisierung des südlichen Teils Russlands und Osteuropas insgesamt dargelegt werden, wobei zugleich das Ziel gesetzt werde, der bis jetzt in der UdSSR herrschenden Revolution ein Ende zu bereiten“ (Dok. 115). Der Text dieser Demarche war nicht die spontane Meinungsäußerung eines Leiters des Narkomindel, sondern vorab mit Molotov abgestimmt worden (Dok. 114).

⁹⁹ Zu den Auszügen aus der Aufzeichnung von Dirksens über diese Unterredung vgl. Dok. 105, Anm. 12, 13, 15. Zur vollständigen Fassung vgl. ADAP, Ser. C, Bd. 1/2, Dok. 284, S. 514–518.

Stalin forderte von der deutschen Regierung eine Erklärung bezüglich des Memorandums Hugenbergs ein, wartete diese aber nicht ab, sondern beauftragte Krestinskij¹⁰⁰, Chinčuk zu ermächtigen, dem Auswärtigen Amt eine in scharfem Ton verfasste Note zu übergeben. Diese wurde am 22. Juni von Bülow ausgehändigt und enthielt eine Passage aus dem Hugenberg-Memorandum, welche jedoch keinen zusammenhängenden Text darstellte und keine Rückschlüsse auf die in ihm enthaltene Grundidee erlaubte. Anhand von faktisch aus dem Kontext gerissenen Sätzen wurde in der Note behauptet: „In diesem Abschnitt des Memorandums ist ein direkter Appell der Deutschen Delegation an die Vertreter anderer Mächte enthalten, mit gemeinsamen Kräften die Zustände zu beenden, die durch ‚Revolution und inneren Zerfall in Russland den Anfang gemacht haben‘, was einen Aufruf zum Krieg gegen die UdSSR bedeutet. Außerdem geht aus dem Zusammenhang dieses Abschnittes das Verlangen Deutschlands hervor, ihm für Siedlungszwecke das Territorium der Sowjetunion zu überlassen.“¹⁰¹ Wenn man sich den vollständigen Text des Memorandums ansieht, so wird deutlich, dass sich der sowjetische Protest auf eine tendenziöse Zusammenstellung von Äußerungen Hugenbergs stützte (vgl. Dok. 119, Anm. 5; Dok. 135).

Die deutsche Seite versuchte den entstandenen Konflikt abzuschwächen. Seine Publizität war nicht dazu angetan, die ohnehin schon schwierige internationale Stellung Deutschlands, die die Regierung durch ihre Innenpolitik verschärfte, zu verbessern (Dok. 126, 127). Von Dirksen riet deshalb dazu, die Diskussion nicht in der Öffentlichkeit zu führen (Dok. 118). Trotz der wiederholten Erklärungen der deutschen Diplomaten einerseits, in denen die Moskauer Interpretation zurückgewiesen wurde, und trotz der Distanzierung der deutschen Regierung von dem Memorandum andererseits (Dok. 119–121, 135, 172) spielte dieses Thema in den Unterredungen der Diplomaten und in massiven Kampagnen der sowjetischen Presse weiterhin eine bedeutende Rolle. Schließlich bestellte von Neurath am 30. Juni Chinčuk ein und überreichte ihm ebenfalls eine in scharfem Ton abgefasste Note¹⁰². Während der Unterredung ließ es sich von Neurath nicht entgehen zu bemerken, dass es ihm „unverständlich sei, wie die Russische Regierung aus dem Memorandum des Herrn Hugenberg die in ihrer Note vom 22. Juni erwähnten Schlüsse hätte ziehen können“. Dies sei, unterstrich der Reichsminister, „nur möglich bei einem ausgesprochen bösen Willen“ (Dok. 132).

Nach dieser entschiedenen Zurückweisung durch von Neurath verzichteten sowohl die Leiter des Narkomindel als auch die sowjetische Führung in ihren Äußerungen auf eine zugespitzte Rhetorik. Stattdessen wählten sie eher unscharfe Formulierungen, die in gewissem Maße die früheren Wertungen widerriefen. Am 4. August reagierte Molotov während des Treffens mit von Dirksen sehr ausweichend auf die Aussage des Botschafters, dass das Hugenberg-Memorandum in der UdSSR in sehr entstellter Form wiedergegeben worden sei. Dazu erklärte Molotov, dass er „sowohl den in der Presse veröffentlichten Text als auch den authentischen Text gelesen habe und feststellen müsse, dass noch vor einem Jahr Memoranden dieser Art nicht erschienen wären und es auch keinen Bedarf gegeben

¹⁰⁰ Litvinov befand sich zu diesem Zeitpunkt auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London.

¹⁰¹ DVP, Bd. XVI, Dok. 189, S. 359; ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 331, Anlage, S. 586.

¹⁰² Vgl. PA AA, R 105702.

hätte, Zuflucht in einem Streit über die Authentizität von Texten zu suchen“ (Dok. 172, Anm. 17).

Zur Urlaubszeit, Anfang August, verlor der vorsätzlich aufgebauschte Fall praktisch an Bedeutung. Möglicherweise hatte er ausgedient und, wenn auch nur für kurze Zeit, wichtigere Probleme in den bilateralen Beziehungen in den Hintergrund gedrängt. Später wurde das Hugenberg-Memorandum immer dann von den sowjetischen Diplomaten ins Spiel gebracht, wenn es darum ging, Deutschland expansionistischer Pläne in Richtung Osteuropa zu bezichtigen (Dok. 166, 198, 458). Mit der Zeit wurde es aber immer seltener erwähnt und eher als Invektive benutzt, um die antisowjetische Linie der nationalsozialistischen Politik zu betonen.

Der Journalistenkonflikt

Die Pause bis zum nächsten, weit ernsteren Konflikt¹⁰³ währte nicht lange. Es folgte der sogenannte Journalistenkonflikt. Sein Verlauf und seine Beendigung sind aus der Perspektive beider Seiten hinlänglich beschrieben worden¹⁰⁴. Er brach am 19. September 1933 mit der Entscheidung Hitlers aus, sich gegen die Zulassung von zwei sowjetischen Journalisten zur Eröffnung des Reichstagsbrandprozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig zu wenden¹⁰⁵. Weniger klar sind die Genese sowie der Verhandlungsprozess, mit dem der Konflikt schließlich beigelegt wurde. Die hier veröffentlichten Dokumente erlauben nicht nur eine vertiefte Sicht auf diese Vorgänge, sondern sie korrigieren einige nicht unwesentliche Details bisheriger Sichtweisen. So hatte Litvinov den Vorschlag, die deutschen Journalisten aus der UdSSR auszuweisen und die sowjetischen Journalisten aus Deutschland abzuverufen, nicht als eine unmittelbare Reaktion auf die Verhaftung des TASS-Korrespondenten Ivan Bespalov und der „Izvestija“-Korrespondentin Lili Kajt am 22. September unterbreitet, sondern bereits davor. Schon in der Nacht vom 21. zum 22. September wurde Stalin, der sich auf Urlaub in Sotschi befand, über diesen Vorschlag informiert. Am 22. September telegraphierte er sein Einverständnis zu den vorgeschlagenen Maßnahmen (Dok. 213). Am 23. beschloss das Politbüro des ZK der VKP (B), Chinčuk zu beauftragen, bei der Regierung Deutschlands wegen der Nichtzulassung der sowjetischen Journalisten zum Reichstagsbrandprozess und gegen deren Verhaftung zu protestieren sowie „zu warnen, dass wir unsererseits nichts schuldig bleiben und die deutschen Journalisten ausweisen und unsere abberufen werden“ (Dok. 218, Anm. 11).

Die weiteren Ereignisse liefen wie folgt ab: Der Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov händigte diese Note dem Auswärtigen Amt am 23. September aus (Dok. 221, Anm. 29). Über den Inhalt des bei der Übergabe der Note von Bessonov geführten Gesprächs¹⁰⁶ liegen bisher keine Informationen vor, da auch der Verfasser keinen Zugang zum Bestand des chiffrierten Schriftverkehrs zwischen dem Narkomindel und den Bevollmächtigten Vertretungen hat. Es folgte eine – an-

¹⁰³ Gemeint sind hier größere Konflikte, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen mehr oder weniger stark belasteten. Die mündlichen und schriftlichen Demarchen, die beide Seiten, vor allem aber die sowjetische, wegen anderer Zwischenfälle vortrugen, gestalteten sich über einen langen Zeitraum des Jahres 1933 zur diplomatischen Routinearbeit in Berlin und Moskau.

¹⁰⁴ Vgl. McMurtry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 108–124.

¹⁰⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 428, Anm. 3, S. 788.

¹⁰⁶ Vgl. Aufzeichnung des Legationsrats von Tippelskirch vom 23.9.1933. In: PA AA, R 83658, Bl. E 666697–666698.

gesichts der angespannten Situation, die sich aus der Schärfe der zweiten sowjetischen Protestnote ergab – auf den ersten Blick unerklärliche Pause in der Kommunikation, denn von deutscher Seite erfolgte drei Tage lang keinerlei Reaktion auf diese massive Warnung aus Moskau. Am 26. September fasste das Politbüro den Beschluss, über TASS die Meldung zu veröffentlichen, alle sowjetischen Journalisten aus Berlin abzuverufen und sämtliche in Moskau tätigen deutschen Journalisten mit einer dreitägigen Frist auszuweisen (Dok. 217). Diese Meldung wurde am nächsten Tag veröffentlicht¹⁰⁷. Der deutsche Geschäftsträger von Twardowski, der die Information des Narkomindel über die Ausweisung der deutschen Journalisten am Morgen des 26. September erhalten hatte und noch am gleichen Tag von Litvinov empfangen wurde (Dok. 218)¹⁰⁸, reagierte sehr heftig. Dadurch entsteht der Eindruck, dass diese Entscheidung der sowjetischen Führung für die Deutsche Botschaft unerwartet gekommen wäre. Von Twardowski erklärte das Ausbleiben einer rechtzeitigen Reaktion auf die sowjetische Note mit rein technischen Gründen, die auf den dazwischen liegenden Sonntag (der 24. September) zurückzuführen seien¹⁰⁹. In der Forschung wurde die Auffassung vertreten, dass „das AA seinerseits trotz sowjetischer Warnungen offenbar nicht geglaubt [habe], dass die Nichtzulassung der sowjetischen Pressevertreter in Leipzig Folgen für die beiderseitigen Beziehungen haben würden“¹¹⁰. Doch auch eine andere Erklärung für das Fehlen einer entsprechenden Reaktion durch das Auswärtige Amt auf die schroffe Warnung vom 23. September wäre möglich: Am 4. Oktober nämlich rügte Litvinov in scharfer Form Chinčuk dafür, dass er entgegen der Weisung den Inhalt der Verbalnote eigenmächtig verändert habe (Dok. 238).

Die Beilegung des Journalistenkonflikts zog sich über einen Monat lang hin. Zu diesem Thema sind im vorliegenden Band über zwei Dutzend Dokumente aufgenommen worden. An dieser Stelle soll vor allem ein Sachverhalt hervorgehoben werden, da er nicht nur die Sicht auf die Hintergründe des Konfliktes erweitert, sondern auch die Veränderungen in der deutschen Außenpolitik beleuchtet. Es zeigte sich im Zuge der Beilegung des Journalistenkonflikts, dass die entscheidende Rolle nicht beim Auswärtigen Amt, sondern bei Göring und seinem Mitarbeiter im preußischen Innenministerium Fischer lag, der über gute Kontakte zur sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung verfügte. Bereits am 6. Oktober suchte Fischer Chinčuk auf und es kam zu einem aufschlussreichen Gespräch. Fischer – so Chinčuk in seiner Aufzeichnung – bemerkte, dass Göring an der Beilegung des Journalistenkonflikts interessiert sei und „er sich in diese Angelegenheit einschalten wollte. Dies könne er aber aus ‚psychologischen‘ Gründen nicht tun, weil der Moskauer Rundfunk ihn in Sendungen in deutscher Sprache zum Leipziger Prozess mit derartigen Schmähungen belege, dass er sich über alle Maßen beleidigt fühle“ (Dok. 240). Diese Aussage steht im Widerspruch zu den Ausführungen von Bülow, die dieser am selben Tag im Gespräch mit Chinčuk machte. Der Staatssekretär erklärte nämlich, „er denke nicht, dass man während des Leipziger Prozesses die Wiederherstellung der normalen journalistischen Beziehungen erreichen

¹⁰⁷ Vgl. Soobščenie TASS (TASS-Meldung). In: Izvestija vom 27. September 1933, S. 1.

¹⁰⁸ Zur deutschen Aufzeichnung der Unterredung vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 458, S. 840–842.

¹⁰⁹ Ebd., S. 841.

¹¹⁰ McMurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 113.

könne, weil beide Seiten eine verstärkte Agitation in der Prozessangelegenheit betrieben“ (Dok. 241). Litvinov teilte diesen Standpunkt von Bülow und wies Chinčuk an: „Sie [sollten] auf keinen Fall irgendein Interesse an einer beschleunigten Beilegung dieses Konfliktes zeigen, aber seine Vertiefung und Ausweitung vermeiden“ (Dok. 242). Jedoch war man im Kreml, nachdem die Information bezüglich der Sondierung Fischers eingegangen war, offensichtlich nicht willens, sich in dieser Situation passiv zu verhalten. Davon zeugt der bereits am 8. Oktober gefasste Politbüro-Beschluss „Über die Rundfunksendungen in ausländischer Sprache“, in dem es bemerkenswerterweise hieß: „Die Sendungen in deutscher Sprache sind hauptsächlich zu Fragen der inneren Lage zu gestalten, dabei hat die Information über den Leipziger Prozess nach TASS und ohne persönliche Ausfälle gegen deutsche Regierungsmitglieder zu erfolgen“ (Dok. 240, Anm. 5).

Die Reaktion der deutschen Seite ließ nicht lange auf sich warten, was eindeutig mit der internationalen Lage, in der sich Deutschland damals befand, zu erklären ist¹¹¹. Am 14. Oktober suchte Fischer erneut Chinčuk auf und teilte ihm mit, dass Göring sich davon überzeugen konnte, dass in letzter Zeit in der sowjetischen Presse und im Rundfunk gegen ihn Ausfälle unterblieben seien. Deshalb habe er die Weisung erteilt, in seinem Namen bei dem Vorsitzenden des Leipziger Prozesses, Büniger, die Anwesenheit der sowjetischen Journalisten im Gerichtssaal zu erwirken (Dok. 249). Es stellte sich jedoch heraus, dass die Vollmachten, mit denen Fischer ausgestattet war, nicht ausreichten. Es könnte sich aber auch so verhalten haben, dass es Göring nicht sofort gelungen war, Hitler davon zu überzeugen, dass es unklug sei, einen Propagandakrieg gleichzeitig an verschiedenen Fronten zu führen. Deshalb könnte er anfangs noch nach Gutdünken gehandelt haben, ohne sich dafür Hitlers Zustimmung zu versichern. Indes wurde klar, dass die offizielle Regelung des Journalistenkonflikts durch Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit der Bevollmächtigten Vertretung herbeigeführt werden müsse. Zu diesem Zwecke rief Fischer am 22. Oktober von Neurath an und informierte ihn über den Stand der Verhandlungen mit der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR und über die erzielten Absprachen zur Beilegung des Konflikts (Dok. 261). Erst nach diesem Telefongespräch wurden die Führung und der Apparat des Auswärtigen Amtes hellhörig. Möglicherweise war aber auch aus der Reichskanzlei eine entsprechende Weisung eingetroffen, die die Bedingungen für die Verhandlungen mit den sowjetischen Diplomaten enthielt. Bei diesem Konflikt ging es ja nicht nur um die Genehmigung, zwei sowjetischen Journalisten den Zutritt zum Gerichtssaal des Leipziger Prozesses zu gewähren, es ging vielmehr um die Beilegung eines ersten zwischenstaatlichen Konflikts, bei dem das Auswärtige Amt, und dies ist bemerkenswert, erst im Endstadium der Konfliktregelung eingeschaltet wurde. Dies musste als herber Schlag gegen die Autorität des Außenministeriums empfunden werden.

Die Abfassung des Abschlusskommuniqués und die Übereinkunft über das, was darin nicht *expressis verbis* aufgeführt wurde, aber Bestandteil des Abkommens über die Beilegung des Journalistenkonfliktes war, erwies sich als eine komplizierte Prozedur. Sie erforderte die Abstimmung einzelner Fragen auf verschie-

¹¹¹ Am 14. 10. 1933 fasste die Regierung Hitler den Beschluss, aus dem Völkerbund auszutreten und die Abrüstungskonferenz in Genf zu verlassen.

denen Ebenen, bis hin zu einer Unterredung der Leiter der beiden Außenministerien, von Neurath und Litvinov (Dok. 264–267, 269). Dabei kam das Bemühen beider Seiten um einen Kompromiss zum Ausdruck. Litvinov meinte nicht ohne Grund, dass der Konflikt zugunsten der UdSSR ausgegangen sei (Dok. 270), denn dabei ging es letztendlich nicht mehr nur allein um die Zulassung der sowjetischen Journalisten zum Leipziger Prozess. Es spricht viel für die Annahme, dass dieser Konflikt eine Rolle bei der Ausarbeitung und Verkündung der Verordnung Görings gespielt hat, jegliche Polizeimaßnahmen gegenüber ausländischen Bürgern nur von den dafür zuständigen Behörden ausführen zu lassen, was durch die am 19. Oktober veröffentlichte Verordnung „Über den Schutz der Bürger fremder Staaten“ ergänzt wurde¹¹². Diese Maßnahmen und die Beilegung des Journalistenkonfliktes bewirkten einen spürbaren Rückgang der rechtswidrigen Handlungen gegenüber sowjetischen Einrichtungen und Staatsangehörigen. Laut Rechenschaftsbericht der Bevollmächtigten Vertretung ebten diese Übergriffe gegen Ende 1933 fast vollständig ab (Dok. 324). Es bleibt festzuhalten, dass die adäquate, wenngleich verspätete scharfe Reaktion¹¹³, mit der die sowjetische Führung auf die Diskriminierungen durch deutsche Behörden antwortete, sichtbar Früchte trug. Aber im Kreml wurde aus diesen positiven Erfahrungen keine Lehre für die Zukunft gezogen.

Der Dollar-Konflikt

Diese Inkonsequenz zeigte sich in voller Ausprägung im sogenannten Dollar- oder Valorisierungskonflikt, dessen Entstehung Anfang Herbst 1933 anzusetzen ist. Bisher hat die Forschung diesen Aspekt der deutsch-sowjetischen Beziehungen eher vernachlässigt; lediglich auf die Tatsache an sich wurde knapp hingewiesen¹¹⁴. Die in diesem Band präsentierten Dokumente beider Staaten liefern viele neue Informationen nicht nur zu den Wechselfällen des Konflikts, der fast anderthalb Jahre andauerte, sondern auch darüber, in welch hohem Maße unselbstständig das Narkomindel und seine peripheren Strukturen (Bevollmächtigte Vertretung, Handelsvertretung) bei der Vertretung der juristisch eindeutigen Position der sowjetischen Seite in diesem Konflikt letztendlich agierten.

Solange der Journalistenkonflikt nicht gelöst war, schwelte der Dollar-Konflikt vor sich hin, ohne die Diplomatie beider Seiten intensiv zu beschäftigen. Doch bereits am 27. Oktober 1933 legte Krestinskij in der Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger von Twardowski das Wesen des zwischen Moskau und Berlin ausgebrochenen ernststen Problems dar (Dok. 267). Es bestand im Folgenden: Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen Industrie und der Leitung der Volkskommissariate für Schwerindustrie und Außenhandel war in den Jahren 1931/1932 von deutscher Seite ausdrücklich der Wunsch vorgetragen worden, die Akzepte der Handelsvertretung nicht in Deutscher Mark, deren Wert auf dem internationalen Währungsmarkt fiel, sondern vorrangig in Dollar, bisweilen in Pfund, auszustellen. Trotz der bekannten Schwierigkeiten, die aus dem ge-

¹¹² Vgl. McMurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 115.

¹¹³ Stern hatte schon im März 1933 eine harte Reaktion der UdSSR im Zusammenhang mit Ausschreitungen gegenüber sowjetischen Institutionen und Staatsbürgern in Deutschland vorgeschlagen; vgl. Dok. 32.

¹¹⁴ Vgl. z. B. McMurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 424.

ringen Handelsvolumen zwischen der UdSSR und den USA resultierten, ging die sowjetische Seite auf diese Bedingung ein (Dok. 267, Anm. 2, 3). Als aber nun der Kurs des Dollars 1933 zu fallen begann, richteten einige deutsche Firmen, die durch die Kursverluste beunruhigt waren, an die Handelsvertretung die Forderung, einen Wertausgleich für die bereits bezahlten Akzepte zu erhalten und die Bezahlung der noch nicht getilgten Dollar-Wechsel in Deutscher Mark gemäß Goldparität zu tätigen¹¹⁵. Dabei drohten sie der Handelsvertretung, im Falle einer Ablehnung ihrer Forderungen die Angelegenheit vor das Schiedsgericht zu bringen¹¹⁶. Als Krestinskij von Twardowski gegenüber das Problem erläuterte, betonte er, dass die sowjetische Seite sich niemals damit einverstanden erklären werde, der Prüfung dieser Frage durch irgendein deutsches Gericht zuzustimmen. In ähnlicher Weise begründete auch Chinčuk am 8. November in der Unterredung mit von Neurath die Haltung der sowjetischen Seite (Dok. 277).

Als nach einigen Tagen festgestellt werden musste, dass das Auswärtige Amt das Problem ignorierte, betonte Štern in der Unterredung mit von Twardowski am 13. November die möglichen Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis, wenn der Konflikt nicht behoben werde (Dok. 280). Von Twardowski hatte sich danach allem Anschein nach dazu entschlossen, den Äußerungen Šterns einen größeren Nachdruck zu verleihen, um dadurch eine Entscheidung des Auswärtigen Amtes zu erwirken. Deshalb schrieb er in dem noch am gleichen Tag an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm, Štern „mache darauf aufmerksam, dass die Sowjetregierung fest entschlossen sei, weitestgehende politische und wirtschaftspolitische Konsequenzen aus dieser Haltung [im Dollar-Konflikt, *Verf.*] zu ziehen“¹¹⁷. Mit dieser eindeutigen Drohung, die von Twardowski Štern zuschrieb und die im Auswärtigen Amt als recht unerfreulich aufgenommen wurde (Dok. 285), war immerhin Bewegung in die Angelegenheit gekommen.

In den im Wirtschaftsministerium abgehaltenen Beratungen, an denen die involvierten Behörden und Industriekreise teilnahmen, wurden für das Auswärtige Amt konkrete Empfehlungen ausgearbeitet, um den Dollar-Konflikt beizulegen (Dok. 284, 293, 294, 387). Seitens der Beamten des Auswärtigen Amtes aller Ebenen bis hin zum Reichsminister ergingen an die sowjetischen Diplomaten und an die Leitung der Handelsvertretung Bitten, bei der Suche nach Kompromisslösungen behilflich zu sein, die dazu angetan wären, die Konfliktsituation zu entschärfen. Doch das Narkomindel blieb unerschütterlich bei seiner Haltung (Dok. 290).

War den deutschen Diplomaten die vorteilhafte Position ihrer sowjetischen Opponenten in dem lang andauernden Streit bewusst? Zweifellos. Der neue Botschafter in Moskau, Rudolf Nadolny, schätzte das Kräfteverhältnis im Dollar-Konflikt folgendermaßen ein: „[...] leider sind die Russen in dieser Sache nun einmal

¹¹⁵ Nach dem Rechenschaftsbericht der Finanzabteilung der Handelsvertretung in Deutschland für 1933 „betragen die faktischen Verluste der deutschen Firmen wegen der Dollar-Wechsel nur unbedeutende Summen, da 60% der Wechsel garantiert und sofort von den deutschen Banken diskontiert waren. Von den übrigen, nicht garantierten Wechseln ist ein großer Teil in dem Moment, als der Kurs des Dollars fiel, in der einen oder anderen Weise angelegt worden. In den Händen der deutschen Firmen blieb nur ein kleiner Teil der Dollar-Wechsel.“ In: RGAÆ, f. 413, op. 13, d. 521, l. 23.

¹¹⁶ Vgl. die Aufzeichnung, die Chinčuk am 8. 11. 1933 von Neurath aushändigte. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 111–110; PA AA, R 94600, Bl. E 665060–665062.

¹¹⁷ PA AA, R. 94600, Bl. E 665067.

handelspolitisch und taktisch in einer unangreifbaren Position, sodass uns, wenn wir nicht zeitweilig einen gänzlichen Bruch riskieren oder wenigstens den Anspruch auf Bestellungen opfern wollen, wohl nichts übrig bleibt, als in unserer Politik elastisch zu sein und zunächst einmal an der Klippe des Abbruchs vorüberzugehen“ (Dok. 301, vgl. auch Dok. 302). Und in der Tat wurde im Dollar-Konflikt in Berlin eine flexible Politik betrieben. Man erreichte, dass die geschädigten Firmen sich bereit fanden, die Anrufung der Schiedsgerichte aufzuschieben, und dass bereits ergangene Gerichtsentscheidungen auf Eis gelegt wurden (Dok. 306). Im Rechenschaftsbericht der Bevollmächtigten Vertretung für das Jahr 1933 wurden zwei Varianten für die weitere Entwicklung der Ereignisse ins Auge gefasst: „Entweder die Deutschen kapitulieren in dieser Frage vollständig und bedingungslos oder es steht eine weitere Verschärfung und Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bevor“ (Dok. 324). Tatsächlich wurde keines dieser Szenarien realisiert, obgleich die Chancen für die erste Variante, ein Einlenken der Deutschen, in den ersten Monaten des Jahres 1934 stark gestiegen waren.

Am 20. März wurde das Abkommen über die Ergebnisse der einige Monate lang geführten deutsch-sowjetischen Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen unterzeichnet, das für die UdSSR recht vorteilhaft ausfiel, wie von deutscher Seite bezeugt wurde (Dok. 402). Der Rat der Bevollmächtigten Vertretung, Bessonov, vertrat die Ansicht: „Als sie [die Deutschen, *Verf.*] sich entschieden, die Dollarangelegenheit aus dem Protokoll über die Stundung des Kredites herauszunehmen, beraubten sie sich selbst des einzigen Mittels, um uns in der Dollarfrage unter Druck setzen zu können. Meiner Ansicht nach haben sie sich auch hier selbst zur Niederlage verurteilt“ (Dok. 405).

Nichtsdestoweniger legt die Quellenlage einen anderen Verlauf der Angelegenheit nahe. Die deutsche Seite war weit davon entfernt, zurückzuweichen, wovon der neue Vorschlag zeugte, den der Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im Auswärtigen Amt, Otto Bräutigam, am 15. Mai 1934 Bessonov unterbreitete (Dok. 436). Laut diesem Vorschlag sollte die UdSSR eine „Pauschalsumme von 9–10 Mio. Mark zahlen, aus der die deutsche Regierung danach unter strenger Geheimhaltung, damit darüber nichts in anderen Ländern bekannt wird, vollständig oder teilweise die Forderung von besonders in Mitleidenschaft gezogenen kleineren Firmen befriedigt.“ Mit einer derartigen Wendung hatte Bessonov offensichtlich nicht gerechnet. Erst nach einer gewissen Zeit, in der Bessonov Informationen aus verschiedenen Quellen darüber erhalten hatte, dass der Handelsvertreter Israil' Vejcer und der Leiter der Rechtsabteilung der Handelsvertretung Fridman Vol'fson in den Gesprächen mit den Deutschen die Möglichkeit für die Beilegung des Konflikts auf der Grundlage einer Pauschalsumme eingeräumt hatten, begriff Bessonov, das es sich hier nicht um eine willkürliche Initiative von einzelnen sowjetischen Beamten handelte, sondern um eine neue Linie im Dollar-Konflikt. In dieser Situation wandte er sich an den Leiter der Wirtschaftsabteilung des Narkomindel, Boris Rozenbljum, den er darum bat, sich dafür zu verwenden, Klarheit in die Haltung der sowjetischen Seite im Dollar-Konflikt zu bringen (Dok. 444).

In der Zwischenzeit offerierten die Deutschen der UdSSR, in Verhandlungen über die Gewährung eines großen Kredites einzutreten. Anfangs entwickelten sich die Dinge in einem schnellen Tempo und unter größter Verschwiegenheit. Bereits

am 15. Mai 1934 teilte Bräutigam Bessonov mit, dass „in deutschen Wirtschaftskreisen momentan gern die Idee kolportiert werde, uns einen 200-Millionen-Finanzkredit mit einer Laufzeit von drei Jahren zum Einkauf von Waren in Deutschland zu gewähren“ (Dok. 436). Und bereits einen Monat später, am 12. Juni, schrieb Bessonov an Krestinskij über die Verhandlungen des Handelsvertreters Vejcer mit den Deutschen, dass sie „derartig vorangekommen [sind], dass bereits jetzt die Hauptpunkte auszumachen sind, zu denen es sachliche Meinungsverschiedenheiten gibt“ (Dok. 455).

Die deutsche Seite nutzte die Kreditfrage nicht nur in den Wirtschaftsverhandlungen, sondern auch über diplomatische Kanäle zu einer für sie günstigen Regelung des Dollar-Konflikts (Dok. 469). Es ist schwer zu sagen, was letztlich den Ausschlag für die Entscheidung des Kremls vom 5. Juli 1934 gegeben hat (Dok. 473): Interesse an dem neuen 200 Mio. Kredit zu zeigen, zumal dessen Bedingungen weit ungünstiger waren als diejenigen, die vom Narkomindel noch zu Beginn des Jahres in Betracht gezogen worden waren (Dok. 329), oder irgendwelche anderen Überlegungen Stalins. Die Kreditverhandlungen zogen sich hin¹¹⁸, das Abkommen wurde erst am 9. April 1935 unterzeichnet¹¹⁹. Der Dollar-Konflikt hatte sich damit erledigt; in dem Vertrag wurde auch festgelegt, dass die UdSSR 8,5 Mio. Reichsmark für dessen Beilegung zahlen sollte.

Die Idee des Baltenpaktes

Als die Welle der antisowjetischen Zwischenfälle in Deutschland Ende 1933 abgeebbt war, kam Nadolny als neuer deutscher Botschafter in die UdSSR. In seinen Weisungen, die von Hitler gebilligt worden waren, wurde die große Bedeutung guter deutsch-sowjetischer Beziehungen für Deutschland unterstrichen (Dok. 281). Die Wirtschaftsverhandlungen liefen trotz des Dollar-Konfliktes weiter. Hitler ließ den Freispruch Georgi Dimitrovs und seiner Genossen im Leipziger Prozess zu und genehmigte deren Ausweisung in die UdSSR (Dok. 380). In diesem Klima sondierte man in Moskau¹²⁰ die Möglichkeiten eines gemeinsamen internationalen politischen Projektes, um die positive Dynamik in den Beziehungen zu festigen. Diesem Zweck sollte der sogenannte Baltenpakt dienen. Am 21. März 1934 schickte Litvinov den Entwurf eines Protokolls an Stalin, der auf Beschluss des Politbüros abgefasst worden war. Diesem Protokoll zufolge sollten die UdSSR und Deutschland sich verpflichten, „die volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten zu wahren, die früher zum ehemaligen Russischen Reich gehörten, [...] und sich jeglicher Handlungen [zu ent-

¹¹⁸ Vgl. Dok. 453, 480, 493, 494, 504, 505, 512, 537, 540, 551 im vorliegenden Band sowie DVP, Bd. XVII, Dok. 128; Bd. XVIII, Dok. 38, 120, 132; Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 29, 30, 31, 32, 39, 42, 43, 62; ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 181; Bd. III/2, Dok. 494, 562.

¹¹⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 20, 21; DVP, Bd. XVIII, Dok. 171, 172.

¹²⁰ In der Unterredung mit Nadolny am 28. 3. 1934 schrieb sich Litvinov die Idee dieser Initiative selbst zu (Dok. 407). In dem an Stalin gerichteten Begleitschreiben vom 21. 3. 1934 zum Entwurf des Vorschlagtextes an die Regierung Deutschlands über die Unterzeichnung eines gemeinsamen Protokolls stützte sich Litvinov aber auf einen Beschluss des Politbüros, der möglicherweise auf der Grundlage der vom Volkskommissar aufgeworfenen Frage, die Politik der UdSSR bezüglich der baltischen Staaten neu zu gestalten, gefasst sein könnte. Einen entsprechenden Bericht schickte Litvinov am 11. 1. 1934 an Stalin. Darin ist allerdings nirgends von einer Bedrohung der baltischen Staaten durch irgendeine Seite die Rede, noch davon, dass entsprechende Sicherungen getroffen werden müssten. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 1–3.

halten], durch die deren Unabhängigkeit direkt oder indirekt Schaden nehmen könnte“ (Dok. 395). Das Protokoll sollte offen für den Beitritt aller an dieser Vereinbarung interessierten Staaten sein.

Obgleich Botschafter Nadolny den Vorschlag des Volkskommissars insgesamt positiv einschätzte, lenkte er bei der Aushändigung des von Stalin redigierten Protokollentwurfs die Aufmerksamkeit auf die vermutlichen Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit der Garantie der Unantastbarkeit Litauens bezüglich des früher zu Deutschland, jetzt zu Litauen gehörenden Memelgebietes ergeben würden (Dok. 407). Dieses Thema wurde noch am gleichen Tag in der Unterredung, die Nadolny mit Krestinskij und Vorošilov am 28. März in der deutschen Botschaft führte, weiter erörtert (Dok. 408). Die Bemühungen Nadolnys, auf die Initiative Moskaus einen Gegenvorschlag zur Ausweitung des Berliner Vertrages von 1926 zu unterbreiten (Dok. 409), blieben ergebnislos. In der in einem scharfen Ton gehaltenen Weisung von Neuraths wurde der Vorschlag Litvinovs dahingehend eingeschätzt, dass er „jeder realpolitischen Grundlage entbehrt“. Von Neurath vertrat den Standpunkt, dass „seine Annahme das offene Zugeständnis in sich schließen [würde], dass der deutsche Nationalsozialismus das Baltikum oder den Bestand der Sowjet-Union bedrohe“. Deshalb sei es notwendig, „den Vorschlag in aller Bestimmtheit und Offenheit als unmöglich abzulehnen“ (Dok. 415). In der Unterredung mit Chinčuk gab sich der Reichsminister augenscheinlich nicht so offen, wie er dies in der Weisung an Nadolny gewesen war, aber ebenso eindeutig ablehnend (Dok. 416).

Am 14. April händigte Nadolny Litvinov die Antwort der deutschen Regierung aus (Dok. 420). Daraufhin überreichte der Volkskommissar wenige Tage später Stalin einen Entwurf einer für Nadolny bestimmten Antwort, die für den Fall einer eventuellen Veröffentlichung gedacht war. Stalin redigierte das Dokument gründlich, machte es für Uneingeweihte verständlicher und annehmbarer, indem er jegliche scharfe Formulierung strich, die bei der deutschen Seite Gereiztheit hätte auslösen können (Dok. 422)¹²¹. Dies zeugt davon, dass Stalin trotz eines derartig undiplomatischen Affronts offensichtlich nicht willens war, die Pose eines Beleidigten einzunehmen und die Bemühungen einzustellen, Abkommen mit dem nationalsozialistischen Regime abzuschließen.

Das Projekt des Ostpaktes

In dieser Hinsicht sind auch die im Sommer und Anfang Herbst 1934 zahlreich geführten Unterredungen zwischen den sowjetischen und deutschen Diplomaten, in denen die Frage eines Beitritts Deutschlands zum Ostpakt erörtert wurde, höchst aufschlussreich. Die Haltung der deutschen Seite in dieser Frage ist hinlänglich dokumentiert und in der historischen Literatur beleuchtet worden¹²². Von einigen Nuancen in den Erklärungen der deutschen Diplomaten in Berlin und Moskau abgesehen, die ihren Niederschlag in den Aufzeichnungen ihrer Gesprächspartner fanden, war die Haltung des Auswärtigen Amtes zu dem Projekt dieses multilateralen Abkommens konsequent und unmissverständlich negativ. Bedeutend komplizierter ist es, die sowjetischen Motive zu ergründen. Dabei geht es nicht

¹²¹ Diesen überarbeiteten Text händigte Litvinov am 21. 4. 1934 Nadolny aus (Dok. 424).

¹²² Vgl. McMurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 193–230.

schlechthin um die Haltung zu der ursprünglich vom französischen Außenministerium unterbreiteten Idee, einen osteuropäischen Pakt abzuschließen, sondern darum, dass das Narkomindel diese Idee aktiv unterstützte¹²³ und sich dadurch die Chance eröffnete, eine regionale Staatenkoalition zu schaffen, mit deren Hilfe die Stellung der UdSSR auf dem Kontinent gestärkt werden könnte. Im Grunde genommen stand die sowjetische Diplomatie vor der von Anfang an zum Scheitern verurteilten Aufgabe, durch die Erörterung der Bedingungen für einen Beitritt Deutschlands zu einer Variante eines „Ost-Locarnos“, die offenkundig eine anti-deutsche Ausrichtung haben würde, die Möglichkeit zu schaffen, Berlin in Verhandlungen über eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu verwickeln.

Die negative Haltung des Auswärtigen Amtes zum Entwurf des Ostpaktes war bereits durch von Neurath in der Unterredung mit Litvinov am 13. Juni 1934 klar zum Ausdruck gebracht worden (Dok. 458). Auch wenn sich die sowjetischen und die deutschen Aufzeichnungen dieser Unterredung bezüglich der Darlegung der deutschen Haltung in nichts unterscheiden¹²⁴, erscheint dennoch eine derart unmissverständliche und harte Position von Neuraths nicht ohne Weiteres verständlich. Denn wenige Tage zuvor hatte der Reichsminister an die diplomatischen Vertretungen in London, Rom und Brüssel eine Weisung ergehen lassen, in der insbesondere auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, „den Vorschlag nicht a limine abzulehnen, sondern ihn dilatorisch zu behandeln“ (Dok. 467, Anm. 3). Und genau in diesem Geiste führte Botschaftsrat von Twardowski die Unterredungen in Moskau, was sowohl seinen Berichten als auch den Aufzeichnungen der sowjetischen Diplomaten zu entnehmen ist (Dok. 460, 487)¹²⁵. Im privaten Schriftverkehr nahm sich sein Standpunkt, der nicht davon zeugte, dass er ein umfassendes Verständnis von den Hintergründen der sowjetischen Politik besaß, jedoch ganz anders aus (Dok. 464). Die Rolle des „unversöhnlichen Interpreten“ war anfangs Meyer zugewiesen worden, der in den Unterredungen mit sowjetischen Diplomaten in Berlin betonte, „die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt bleibe unverändert so, wie sie Neurath in der Unterredung“ mit Litvinov am 13. Juni dargelegt habe (Dok. 466, vgl. auch Dok. 479). Doch schon sehr bald erschöpften sich alle Gespräche zu diesem Thema in einer Wiederholung von stereotypen Argumenten, wonach ein derartiges Abkommen für Deutschland wegen seiner geostrategischen Lage, der unzureichenden Rüstung und des Unwillens, in Konflikte anderer Staaten hineingezogen zu werden, unannehmbar sei (Dok. 481, 486)¹²⁶. Dazu erhielt die Botschaft in Moskau die klare Weisung, nicht darauf zu bestehen, den Entwurfstext des Ostpaktes einzufordern, „da wir, wie ich zu Ihrer [gemeint ist von Twardowski, *Verf.*] vertraulichen Information bemerke, kein Interesse daran haben, dass uns ein formuliertes Projekt vorgelegt wird“ (Dok. 465).

¹²³ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 444; Bd. XVII, Dok. 151, 254, 260; ferner Politbjuro CK RKP (b)–VKP (b) i Evropa, Dok. 207, 214, 218, 219.

¹²⁴ Vgl. Dok. 458 und ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 504, S. 884–885.

¹²⁵ Vgl. auch die Aufzeichnung der Unterredung Sterns mit von Twardowski am 20. 6. 1934. In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 72–73; Telegramm von Twardowskis an das AA vom 21. 6. 1934. In: PA AA, R 31611, Bl. H 100057–H 100058.

¹²⁶ Zur Haltung des Militärs zum Ostpakt vgl. Übersicht über die außenpolitischen Vorgänge vom 13. 7. bis 26. 7. 1934, vorbereitet vom Wehrmachtsamt. In: BA-MA, RH 2/980, Bl. 112–114.

Es war offensichtlich, dass das Auswärtige Amt auf Zeitgewinn aus war, indem es keine klare Antwort auf den Vorschlag gab, sich dem Ostpakt anzuschließen, zugleich aber die Möglichkeit suchte, die Verantwortung für das Fiasko des Projektes anderen zuzuschieben. Eine solche Taktik konnte jedoch angesichts der internationalen Lage und der einsetzenden Aufrüstung Deutschlands nicht unbegrenzt fortgeführt werden. Dies veranlasste von Bülow dazu, sich an von Neurath mit dem Vorschlag zu wenden, die Haltung zum Ostpakt konkreter zu formulieren, denn „[n]iemand im Ausland ist sich im Zweifel darüber, dass der Ostpakt in seiner jetzigen Form gegen uns gemünzt ist und darauf abzielt, uns neue Fesseln aufzulegen. Wir sollen deshalb auch nicht mit dem Gedanken spielen, ihn annehmen zu können“¹²⁷. Es ist bemerkenswert, dass von Bülow alle möglichen Konsequenzen, die bei Gesprächen über das angebliche Interesse Deutschlands an einer anderen Variante des Ostpakts hätten entstehen können, auf internationaler Ebene berücksichtigte, die UdSSR aber als eigenständigen Akteur in diesem Gefüge gar nicht erwähnte.

Das offizielle Memorandum der deutschen Regierung, das vom Auswärtigen Amt ausgearbeitet worden war (der Entwurf, den von Bülow am 16. August von Neurath zustellte, konnte nicht ermittelt werden¹²⁸) und nach einer zusätzlichen Prüfung die Billigung Hitlers¹²⁹ erfuhr, wurde am 8. September den Regierungen Großbritanniens, Italiens, der UdSSR und Frankreichs übergeben (Dok. 508). Der sowjetische Geschäftsträger Bessonov unterzog es umgehend einer kritischen Analyse (Dok. 513) und war dabei offenkundig nicht willens, „der diplomatischen Meisterschaft dieses Dokuments“¹³⁰ die gebührende Anerkennung zu zollen.

Vom Wesen her enthielt die Analyse Bessonovs nichts prinzipiell Neues, weder in der Hinsicht, dass die deutsche Seite eine Antwort auf den Ostpakt-Beitritt faktisch verschleppt hatte, noch bezüglich der Begründung ihrer negativen Haltung zum Projekt einer regionalen Koalition. Im Grunde genommen war dies alles mehr oder weniger bekannt¹³¹ oder zumindest wussten die unmittelbaren Gesprächspartner der Deutschen dies bereits aus den Unterredungen, die im Sommer 1934 geführt worden waren. Und auch die sowjetische Führung hatte davon Kenntnis gehabt. So kam die negative Haltung Berlins zum französisch-sowjetischen Ostpaktprojekt – nach den vom Kreml gefassten Beschlüssen zu urteilen – für Stalin weder unerwartet, noch war sie für ihn wegweisend. Dagegen wurde die Verbreitung des deutschen Memorandums als höchst unerwünscht empfunden. Es engte den Spielraum für die sowjetischen Diplomaten in den Unterredungen mit den Deutschen auch zu anderen internationalen Fragen bedeutend ein, die der Kreml neben den Handels- und Wirtschaftsfragen als ein wichtiges Mittel betrachtete, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern.

¹²⁷ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 162, S. 315–321, hier S. 318.

¹²⁸ Ebd., Anm. 1, S. 315.

¹²⁹ Vgl. ebd., Dok. 191, S. 371–372.

¹³⁰ So schätzte der Bevollmächtigte Vertreter Suric das Memorandum in der Unterredung mit Meyer am 29. 11. 1934 ein. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 407, S. 707.

¹³¹ Ein relativ neues Moment des Memorandums war für die sowjetische Seite die starke Betonung der Rüstung für Deutschland als Vorbedingung für jegliche Verhandlungen zu Fragen der internationalen Sicherheit, weil diese Frage in den Unterredungen mit den sowjetischen Diplomaten nicht erörtert worden war.

Einen Monat nach der oben erwähnten Unterredung Litvinovs mit von Neurath (Dok. 458), aus der die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt-Projekt eindeutig hervorging, fasste das Politbüro am 14. Juli den Beschluss: „Es ist der Unterzeichnung eines Dreierabkommens mit Frankreich und Deutschland, das den regionalen Ostpakt garantiert, zuzustimmen“¹³². Zwei Monate später, am 17. September, informierte Krestinskij Bessonov darüber, dass „das ausgehändigte Memorandum in der Frage des Ostpaktes uns jene Klarheit vermittelt, die wir bis dahin nicht hatten“¹³³. Allem Anschein nach wandte sich Litvinov an das Politbüro, wobei er sich auf die angeblich jetzt gewonnene Klarheit stützte, um sich die Genehmigung einzuholen, „mit Barthou, Beneš und den Balten Vorverhandlungen zum Abschluss des Paktes ohne Deutschland und Polen aufzunehmen, wobei Polen und Deutschland nach wie vor das Recht verbleibt, sich in der Folgezeit dem Pakt anzuschließen“ (Dok. 516). Das Politbüro beschloss indes am 23. September, „sich nicht mit dem Vorstoß eines Paktes ohne Deutschland und Polen zu beeilen und die Entscheidung bis zu Rückkehr des Gen. Litvinov [aus Genf, *Verf.*] zu verschieben“¹³⁴.

Schließlich wandte sich Litvinov am 1. November mit einem Schreiben an Stalin, in dem er die Verhandlungen zum Ostpakt ansprach. Bei seiner Analyse zur Außenpolitik Deutschlands der nächsten Jahre gelangte der Volkskommissar zu der Schlussfolgerung, dass die Kanalisierung der von Deutschland angehäuften militärischen Schlagkraft aller Wahrscheinlichkeit nach in Richtung Baltikum, die UdSSR und in die Ukraine über Rumänien erfolgen werde. Nach Litvinovs Meinung bestand die unmittelbare Bedeutung des Ostpaktes darin, dass er in gewisser Weise eine Garantie vor einem antisowjetischen Komplott Frankreichs mit Deutschland bieten würde. Deshalb hielt er es für möglich, Frankreich vorzuschlagen, sich mit der Hauptforderung der Deutschen – dem Einverständnis des Westens zur forcierten Aufrüstung Deutschlands – unter der Bedingung einverstanden zu erklären, dass Deutschland dem Ostpakt beiträt. Doch dabei beließ es Litvinov nicht. Er ging noch weiter: „[...] wenn es Frankreich ablehnt, auf diese Forderung Deutschlands einzugehen oder Deutschland trotz Zusicherung einer legalisierten Aufrüstung den Pakt ablehnt, kann man mit ihm die Gespräche über einen Ostpakt ohne gegenseitigen Beistand¹³⁵ führen, d. h. über Nichtangriff und Konsultation, wozu Deutschland scheinbar bereit wäre. Selbst ein derart gestutzter Pakt wäre für uns von einem gewissen Interesse“ (Dok. 536).

Doch das Politbüro kam den weitreichenden Vorschlägen Litvinovs nicht entgegen und beschränkte sich darauf, den Abschluss des Ostpaktes auch ohne eine Beteiligung Deutschlands und Polens in Erwägung zu ziehen. Dagegen lehnte es jegliche Gespräche mit Frankreich über eine Legalisierung der Aufrüstung Deutschlands als Äquivalent für dessen Beitritt zum Ostpakt rundweg ab¹³⁶. Es ist schwer zu sagen, was den Ausschlag für diese Haltung Stalins gab: die Befürch-

¹³² Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, Dok. 214, S. 313.

¹³³ AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 183.

¹³⁴ Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, Dok. 218, S. 318.

¹³⁵ Hier rückte Litvinov eindeutig von seiner früheren Haltung ab, als er meinte, dass „der Kern unseres Vorschlages aber gerade in dem Punkt der gegenseitigen Hilfeleistung besteht, nicht aber dem des Nichtangriffs und auch nicht der gegenseitigen Konsultationen“ (Dok. 468).

¹³⁶ Vgl. Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, Dok. 219, S. 318–319.

tung vor Veränderungen in der Außenpolitik Frankreichs, die nach dem Tod des einflussreichen Verfechters des Ostpaktes Louis Barthou hätte eintreten können, oder die Aussichtslosigkeit der Bemühungen, Deutschland in den Ostpakt einzubinden. Hier ist es nur möglich, Annahmen zur Diskussion zu stellen. Dagegen gibt es Hinweise, dass die künftigen Bemühungen um eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen schon nicht mehr im Kontext mit der Ostpakt-Idee standen¹³⁷. Das Projekt hatte seine Lebensunfähigkeit demonstriert und machte nun für andere Kombinationen in der sowjetischen Außenpolitik Platz.

Der neue Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Deutschland Jakov Suric verspürte sogleich, wie stark sich infolge der deutschen Haltung zum Ostpakt die Spannweite für einen Dialog mit der Führung des Auswärtigen Amtes verengt hatte. In einem Schreiben vom 13. November an Litvinov stellte er fest: „Meine Verbindungen zum Auswärtigen Amt sind seit den ersten Besuchen faktisch abgerissen“ (Dok. 542). Als Meyer am 27. November Suric einen Besuch abstattete, riet er ohne Umschweife dazu, „die Politik ruhen zu lassen und zu versuchen, auf wirtschaftlichem Gebiete eine Annäherung herbeizuführen“ (Dok. 546). Es war allzu offensichtlich, dass das Auswärtige Amt nicht gewillt war, mit den sowjetischen Diplomaten politische Fragen der beiderseitigen Beziehungen zu erörtern. Der Faktor Sowjetunion wurde in der NS-Außenpolitik zu dieser Zeit stark reduziert und die zwischenstaatlichen Beziehungen zur UdSSR sollten laut Hitlers Entscheidung (Dok. 220) minimiert werden.

Die Wissenschafts- und Kulturbeziehungen

Was die anderen Gebiete der deutsch-sowjetischen Beziehungen betraf, so bekamen sie ausnahmslos, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, die abrupten Veränderungen im politischen Klima zu spüren. Die in diesem Band enthaltenen Dokumente illustrieren, wie die Wissenschafts- und Kulturbeziehungen zurückgingen oder ganz und gar zum Erliegen kamen. Besonders schnell schritt diese Entwicklung bei den Kulturbeziehungen voran, die sofort ins Blickfeld der nationalsozialistischen antidemokratischen und antisowjetischen Innenpolitik fielen. Dazu bemerkte Štern: „Unsere Kulturarbeit in Deutschland kann auf überschaubare Zeit als beendet angesehen werden“¹³⁸. Dass sich Šterns Fazit bestätigte, ist dem Rechenschaftsbericht der deutschen Sektion der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (VOKS) für 1933 und die erste Hälfte 1934 zu entnehmen (Dok. 521). Kontakte auf dem Gebiet der Kultur gab es im Grunde genommen nur noch in dem Sinne, dass die Diplomaten beider Staaten gegen Theaterstücke, Filme oder Gemälde protestierten (vgl. z. B. Dok. 314, 356, 400, 425, 427, 475). Dies schloss aber nicht aus, dass Fragen des Kulturaustausches sowohl auf innerbehördlicher Ebene als auch unter den Vertretern beider Staaten erörtert wurden (Dok. 173, 201, 246, 303, 558). Jedoch missbilligte die Leitung der 2. Westabteilung die von sowjetischen Diplomaten aus eigenem Antrieb unternom-

¹³⁷ Bereits einen Monat nach seiner Ankunft in Berlin machte Suric darauf aufmerksam, dass „wir bereits jetzt einen politischen Handlungsplan für den Fall vorbereiten und ausarbeiten müssen, dass Ostlocarno scheitert“ (Dok. 542).

¹³⁸ Schreiben Šterns an den 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland Giršfel'd vom 11. 4. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 168.

menen Initiativen, die in Nichtübereinstimmung mit den politischen Interessen der UdSSR stünden¹³⁹.

Nicht viel besser war es um die Wissenschaftsbeziehungen bestellt. So ist es lediglich bei dem erwähnten Vorschlag geblieben, eine Gruppe von sowjetischen Wissenschaftlern nach Deutschland zu entsenden, um Vorlesungen zu halten (Dok. 11). Das Narkomindel trat immer öfter mit Initiativen hervor, die Teilnahme von Wissenschaftlern an internationalen Konferenzen in Deutschland abzusagen (Dok. 113, 376, 403, 459). Štern zog im Gespräch mit dem zuständigen Sekretär der Kommission zur Unterstützung der Wissenschaftler beim Rat der Volkskommissare der UdSSR Ėrik Asmus sogar die Schlussfolgerung: „Da in Deutschland ein Niedergang der Wissenschaft auf allen Gebieten zu verzeichnen ist, und im Bereich der Gesellschaftswissenschaften eine schnelle Faschisierung stattfindet, kann man über einen schnelleren Abbruch von Kontakten zu jeglichen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften nachdenken, und die Verbindungen ausschließlich auf die Naturwissenschaften beschränken“ (Dok. 255). Das Narkomindel trat mit dem Vorschlag hervor, eine Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu gründen (Dok. 327) und daher die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ aufzulösen, was „selbst in Deutschland als natürlich und verständlich angesehen werden“ könne (Dok. 477).

Die nachrichtendienstliche Tätigkeit

Ein anderer Aspekt der deutsch-sowjetischen Beziehungen, der in den Dokumenten des vorliegenden Bandes beleuchtet wird, betrifft die Informationen über die andere Seite, die auf inoffiziellern Weg, d. h. mit Mitteln der Nachrichtendienste und der Spionageabwehr, abgeschöpft wurden. Dazu gibt es etliche Dokumente, vorrangig von sowjetischer Seite (Dok. 8, 109, 112, 211, 233, 243, 311, 495, 515, 564). Wie dicht und ergiebig die sowjetischen Geheimdienste die Deutsche Botschaft in Moskau und die deutschen Konsulate observierten, zeigt sich beispielsweise daran, dass sich sehr umfangreiche Dokumente für den Dienstgebrauch wenige Tage nach der Erstellung durch deutsche Diplomaten bereits in den Händen der sowjetischen Seite befanden. Der Vorgang um den Entwurf des Vortrages von Botschafter Graf von der Schulenburg, der am 13. November 1934, zwei Tage vor der Beratung mit den deutschen Konsuln abgefasst worden war, ist ein typisches Beispiel für diese Art der operativen Arbeit des sowjetischen Nachrichtendienstes. Am 23. November schickte der Chef der Sonderabteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit NKVD dieses ins Russische übersetzte Dokument an Stalin (Dok. 543, Anm. 9).

Bei den hier veröffentlichten Dokumenten zum militärischen Nachrichtendienst beider Seiten liegt eine Disproportion vor: einerseits gibt es etliche Berichte des sowjetischen Nachrichtendienstes, aber kein einziges deutsches Dokument, andererseits aber mehrere Berichte des deutschen Militärattachés Hartmann (Dok. 131, 191, 210, 216, 243, 300, 311, 334, 338, 545), aber nicht einen einzigen Bericht des sowjetischen Militärattachés in Deutschland Vasilij Levičev oder seines Gehilfen Lev Šnitman. Das liegt daran, dass das sowjetische Quellenmaterial

¹³⁹ Vgl. z. B. Bericht Šterns an Krestinskij vom 2. 8. 1933. In: ebd., I. 348.

dieses Bereichs, von Ausnahmen abgesehen, nach wie vor der Forschung nicht zugänglich ist.

Trotz der dichten Observierung der Deutschen Botschaft Moskau durch die sowjetische Spionageabwehr und trotz der politischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit in Deutschland stellte sich letztlich doch heraus, dass viele – und vor allem in politischer Hinsicht brisante – Fragen unberücksichtigt blieben oder nicht zutreffend interpretiert wurden. Möglicherweise wurden sie der Leitung des Narkomindel auch einfach nicht zur Kenntnis gebracht, was zweifellos Auswirkungen auf konkrete Entscheidungen haben musste. Nach dem Rücktritt des deutschen Botschafters Nadolny hatte Štern allen Grund festzustellen: „Höchst unangenehm dabei ist, dass erst jetzt deutlich wurde, dass Nadolny nicht nur Hitler nicht nahe stand, sondern in dessen Augen auch eine ungünstige Reputation besaß. Wie sich herausstellte, war dies in Berlin mehr oder weniger bekannt. Trotzdem haben wir aus Berlin keinerlei Informationen erhalten, die ein korrektes Bild von dem Verhältnis zwischen Nadolny und der nationalsozialistischen Führung vermittelt hätten“ (Dok. 463). Als Krestinskij bei Stalin die Genehmigung für die Erteilung des Agréments für Nadolny nachgesucht hatte, charakterisierte er ihn, angeblich mit den Worten von Dirksens, als eine Person, die „in letzter Zeit den Nationalsozialisten sehr eng verbunden sein und in deren Kreisen über Einfluss verfügen“ solle (Dok. 171).

Auch die im Narkomindel angefertigte Charakteristik, die dem Nachfolger Nadolnys auf dem Botschafterposten, Graf von der Schulenburg, ausgestellt wurde, zeugte nicht gerade von tiefer Sachkenntnis. Über Schulenburg hieß es: „In politischer Hinsicht ist er eine farblose Persönlichkeit“ (Dok. 518). An dieser Einschätzung von der Schulenburgs, die noch vor seiner Ankunft in Moskau getroffen wurde, änderte sich auch in den nächsten Monaten nichts. So beschrieb Štern Ende 1934 in einem Schreiben an Suric seine Eindrücke aus den Begegnungen und Unterredungen mit dem neuen Botschafter recht pessimistisch: „Zum Zwecke der Information teile ich Ihnen mit, dass Schulenburg sich absolut nicht für politische Fragen interessiert und sich ausschließlich um seine eigenen Angelegenheiten kümmert. Aus diesem Grund ist es fast unmöglich, mit ihm über ernste Themen zu sprechen“ (Dok. 565). Doch der so „apolitische“ von der Schulenburg wie auch die Mitarbeiter der Botschaft wussten sehr wohl, wie der Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu bewerten sei. Von der Schulenburg schätzte recht realistisch ein, dass sich für eine unbestimmte Zeit keine Möglichkeiten für eine positive Entwicklung bieten würden. Dies bereitete ihm Sorgen. Er gab überaus vorsichtig den in der UdSSR tätigen deutschen Diplomaten zu verstehen, dass es nicht ungefährlich sei, immer wieder auf eine Verschärfung der beiderseitigen Beziehungen zu setzen (Dok. 543). Doch alle seine Bemühungen vermochten es schon nicht mehr, einen spürbaren Einfluss auf die strategische Ausrichtung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu nehmen. Von Dirksen, der nach wie vor ein lebhaftes Interesse an den Ereignissen in dem Lande zeigte, in dem er noch vor Kurzem tätig gewesen war, hatte bezeichnenderweise anlässlich der Ernennung von der Schulenburgs zum Botschafter in der UdSSR aus Japan geschrieben: „Durch seine Ernennung wird ja ziemlich deutlich dokumentiert, dass Moskau für die nächste Zeit als Beobachtungsposten zu werten ist – so wird jedenfalls die Ernennung von Sowjetseite aufgefasst, und ich habe den Eindruck, dass diese

schweigende Demonstration von unserer Seite die Russen schwerer in ihrem Selbstgefühl gekränkt hat als die schärfste Sprache in Presse oder Noten.“¹⁴⁰

Der Blick hinter die Kulissen

Die Vorstellung von den deutsch-sowjetischen Beziehungen wäre höchst unvollständig, wenn sie sich ausschließlich auf deren offizielle Seite, d.h. auf Verlauf und Inhalte von Verhandlungen, Empfängen, Unterredungen oder auf den Schriftwechsel stützen würde. Die hier präsentierten Dokumente vermitteln weit stärker als bisher einen Eindruck davon, wie bestimmte Vorhaben in Moskau und in Berlin zustande kamen. Außerdem kommen in den Quellen sowohl die politisch-ideologischen Normen als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen sowie die gegenseitige Wahrnehmung der Diplomaten zur Sprache. Letzteres fand vor allem in den Aufzeichnungen von Unterredungen und im dienstlichen und privaten Schriftverkehr seinen Niederschlag, was an einigen markanten Beispielen beider Seiten demonstriert werden soll.

Die Etablierung beider totalitärer Systeme konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Sprache und mutmaßlich auch auf das Denken der Diplomaten bleiben. Die Dokumente der sowjetischen Diplomaten enthalten bei aller Schärfe der Einschätzungen sowohl hinsichtlich der Vorgänge in Deutschland als auch der Schritte der neuen deutschen Regierung auf internationaler Ebene keinerlei polemische Äußerungen an die Adresse des Reichskanzlers. Man beschränkte sich lediglich darauf, die eine oder andere negative Tatsache zu konstatieren. Meinungen oder Einschätzungen gegenüber der Leitung des Auswärtigen Amtes und den in Moskau tätigen Diplomaten wurden aber sehr wohl geäußert. Besonders dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow (vgl. z.B. Dok. 197, 529), aber auch insbesondere Botschafter Herbert von Dirksen (Dok. 94, 172, 282) wurde eine äußerst hohe Wertschätzung entgegengebracht. Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht der Leiter der Abteilung IV des Auswärtigen Amtes Richard Meyer, bei dessen Charakterisierung oftmals nicht gerade zu „diplomatischen“ Formulierungen gegriffen wurde (Dok. 38, 76, 346, 479). So schrieb Stern an Chinčuk: „Mich erstaunt die unverschämte Haltung Meyers in der Derop-Frage zutiefst [...]. Mit seinem Auftreten versucht er offen, bei den Nazis Punkte zu sammeln [...]. Meine Meinung ist die, dass es in Zukunft ratsam wäre, ihn von ähnlich gelagerten Fällen fernzuhalten, da er außer Verwirrung stiften und Schaden anrichten nichts auszurichten vermag.“¹⁴¹

Unabhängig von dem Verhältnis zu einzelnen deutschen Diplomaten griffen die sowjetischen Diplomaten jedoch in ihren Aufzeichnungen von Unterredungen oft zu klischeehaften Formulierungen. Diese dienten nicht immer dazu, über den Gesprächsverlauf zu informieren, sondern sie sollten vielmehr von der Unsicherheit des Gesprächspartners und der Brüchigkeit seiner Position zeugen. Dazu einige Beispiele: „Neurath, dem die Röte ins Gesicht schoss und der für einen Augenblick die Selbstbeherrschung verlor, erklärte erregt“ (Dok. 269); „Bülow schüt-

¹⁴⁰ Brief des deutschen Botschafters in Japan von Dirksen an den deutschen Konsul in Kiew Hencke, 11. 9. 1934. In: G. Mund: Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie: Die privatsdienstliche Korrespondenz des Diplomaten Herbert v. Dirksen von 1933 bis 1938, Stuttgart 2006, Dok. 21, S. 181.

¹⁴¹ Stern am 7. 5. 1933 an Chinčuk. In: AVP RF, f. 082, op.16, p. 72, d. 3, l. 207–207R.

telte tief betrübt den Kopf“ (Dok. 197); „Meyer zeigte sich darüber etwas verunsichert [...] Mir [Aleksandrovskij] blieb nichts übrig, als ihm geradezu einzutrichtern [...]“ (Dok. 38); „Meyer jammerte zu dem Thema“ (Dok. 76); „Dirksen erhob sich und verabschiedete sich sehr betroffen“ (Dok. 134); „Darauf erlaubte sich Nadolny die absolut erpresserische Aussage [...]“ (Dok. 315).

Ein derartiger Stil der Berichterstattung zeugt von dem hohen Integrationsgrad der sowjetischen Diplomaten in das herrschende System, worauf insbesondere auch die Praxis hinweist, über alle Begegnungen und Gespräche mit ausländischen Vertretern ausführlich zu berichten. Diese Berichte wurden in den dafür zuständigen Stellen des Narkomindel sorgfältig ausgewertet. Wurden politisch „schädliche“ Kontakte von Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung festgestellt, erging sofort eine Information an die Leitung des Narkomindel (Dok. 205). Darauf erfolgten in der Regel entsprechende Ermahnungen, zum Beispiel bei den „Begegnungen mit den Nazis nunmehr besonders vorsichtig zu sein“ (Dok. 207), oder eindringliche Empfehlungen, in den „Gesprächen mit ausländischen Diplomaten mehr zuzuhören als zu sprechen“ (Dok. 299).

Die Berichte der deutschen Diplomaten enthalten nichts Derartiges, was selbstverständlich nicht bedeutet, dass solche Formulierungen wie „kategorisch zurückweisen“ oder „scharf zurückweisen“ in Bezug auf Bemerkungen oder Forderungen der sowjetischen Seite fehlen würden (Dok. 152, 158, 174, 180, 427 u. a.). Bei der Charakterisierung von sowjetischen Diplomaten wurde hauptsächlich Litvinov mit reichlicher Kritik bedacht. Bei den Motiven für seine Erklärungen und Äußerungen wurde ihm gelegentlich sogar persönlicher Hass gegenüber NS-Deutschland unterstellt, der auf seine jüdische Herkunft zurückgeführt wurde (Dok. 333, 343). Botschafter von der Schulenburg verstieg sich sogar dazu, Litvinov als den „Hauptgegner“ Deutschlands zu betrachten (Dok. 526). Zur gleichen Zeit wurde Krestinskij hingegen von den deutschen Diplomaten nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin als „einer der wärmsten Anhänger der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ angesehen (Dok. 85, vgl. ferner Dok. 153, 179, 203, 272, 306). Den Bevollmächtigten Vertreter Chinčuk hielten die Deutschen für einen Anhänger eines gemäßigten Kurses gegenüber Deutschland, der in Moskau wegen seiner „weichen“ Haltung sogar kritisiert wurde (Dok. 77, 434)¹⁴². Nicht von ungefähr kann man in deutschen Dokumenten auf eine eigene Meinung Chinčuks stoßen, z. B. wenn er sein Bedauern nicht nur bezüglich der Äußerungen des Leiters der 2. Westabteilung des Narkomindel Štern zum Ausdruck brachte (Dok. 285), sondern auch im Zusammenhang mit den Entscheidungen der sowjetischen Führung im Journalistenkonflikt, die deutschen Korrespondenten auszuweisen und die sowjetischen aus Deutschland abzurufen (Dok. 219).

Es fällt hier schwer, Parallelen zu den Äußerungen von deutschen Diplomaten in Moskau zu ziehen, die einerseits mit der ihnen eigenen Pedanterie die Weisungen aus Berlin ausführten, andererseits sich aber höchst kritische Ansichten über ihre Kollegen und sogar über die Führung des eigenen Landes erlaubten. Darin tat sich insbesondere Botschafter Nadolny hervor, der sich in wenig schmei-

¹⁴² Während des Journalistenkonfliktes sah sich Litvinov genötigt, Chinčuk einen ernsten Verweis zu erteilen, indem er ihn warnte, dass es unzulässig sei, dass „ein hier in Moskau gefasster Beschluss von Bevollmächtigten Vertretern abgeändert oder abgeschwächt wird“ (Dok. 238).

chelhafter Weise über die Umgebung Hitlers äußerte und den Reichskanzler als einen „Fanatiker und Dogmatiker“ (Dok. 375), seine Außenpolitik als „naiv-infantil“ (Dok. 402) bezeichnete. Nach seinem Rücktritt charakterisierte er von Neurath als einen Snob und Intriganten (Dok. 470).

Noch drastischere Urteile über das Auswärtige Amt bekamen sowjetische Diplomaten vom Botschaftsrat in Moskau von Twardowski zu hören, der meinte, dass sich „in Deutschland Leute mit den deutsch-sowjetischen Angelegenheiten befassen, die dafür völlig ungeeignet seien“. Dies wären vor allem von Neurath, der auf diesem Gebiet ein absoluter Laie sei, und Staatssekretär von Bülow, der sich unter dem Einfluss von Meyer befinde, welcher „politisch unbegabt“ sei und sich bemühe, „auf antisowjetischer Grundlage Karriere zu machen“ (Dok. 487). Im Gegensatz zu den anderen Botschaftsmitarbeitern hielt von Twardowski auch den neuen Botschafter von der Schulenburg „für eine ernste diplomatische Tätigkeit als absolut ungeeignet“ (Dok. 563).

In dem Maße, wie sich das NS-Regime festigte, veränderte sich auch das Verhalten der deutschen Diplomaten, die nun nicht mehr solche offenen Meinungsäußerungen wagten. Außerdem begann man damit, die innerbehördlichen Umgangsformen zu verändern. So hielt es von der Schulenburg als Mitglied der NSDAP für angebracht, selbst die an Meyer gerichteten Schreiben mit „Heil Hitler“ zu unterzeichnen (Dok. 550), obgleich es im Herbst 1934 im diplomatischen Schriftverkehr noch nicht üblich war, diese Formel zu benutzen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen mündeten am Ende des Jahres 1934 in eine lang anhaltende Periode des Stillstandes und zugleich der offenen Gegnerschaft, die in allen damals aktuellen politischen und ideologischen Fragen auf dem internationalen Schauplatz zum Ausdruck kamen.

5. Zur Edierung der Dokumente

In den vorliegenden ersten Band wurden 565 sowjetische und deutsche Dokumente aufgenommen, von denen mehr als drei Viertel hier erstmals veröffentlicht werden. Sie entstammen den Beständen folgender neun Archive in Russland und in Deutschland: Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), Russisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI), Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAĖ), alle Moskau, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Berlin, Bundesarchiv (BArch), Berlin, Bundesarchiv/Militärarchiv (BA-MA), Freiburg i.Br., Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWVA), Köln.

Der Grad der Repräsentativität der im ersten Band aufgenommenen Dokumente hängt in erster Linie von den Arbeitsbedingungen (Zugänglichkeit zu Archiven, Freigabe der Dokumente, Zugang und Vollständigkeit von Findbüchern) in den Moskauer Archiven ab. Was die deutschen Archive betrifft, so unterlagen die Herausgeber keinen Einschränkungen beim Zugang und der Benutzung, es standen auch immer Hilfsmittel für die Suche und Erschließung von Dokumenten zur Verfügung. Hingegen bestand das größte Problem hier darin, bestimmte Dokumente zu ermitteln, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach entweder noch während des Krieges vernichtet wurden oder durch Kriegseinwirkungen verlustig gegangen

waren. All diese Umstände haben die Herausgeber dazu veranlasst, bei den Dokumenten nicht nach der Originalfassung letzter Hand zu suchen, sondern jeweils das aufgefundene Dokument – auch wenn als Kopie oder als Durchschlag für die Ablage vorliegend – zu edieren. Sie waren dabei bestrebt, all das wiederzugeben, was sich auf die endgültige Redaktion des Dokumententextes bezieht und was an Informationen auf dem Dokument zu finden war: äußere Gestaltung (Nummer des veröffentlichten Exemplars, Kopfbogen, Geheimhaltungsvermerk, Ausgangsnummer, Registrierstempel, Angaben über die Anzahl der Exemplare und zum Verteiler), hand- und maschinenschriftliche Korrekturen und Ergänzungen sowie Bemerkungen des Empfängers des Dokuments (Vermerke, Kommentare, Unterstreichungen im Text, Anstreichungen am Seitenrand). Lediglich die Anordnung dieser Angaben wurde behutsam vereinheitlicht. Nicht alles konnte dabei entziffert werden. Bereits veröffentlichte Dokumente wurden – soweit es möglich war – nach dem Archividokument ediert. Bei diesen Dokumenten wird dann nur die Erstveröffentlichung erwähnt, es sei denn, es gibt unterschiedliche Textvarianten oder zusätzliche technische Informationen auf dem Exemplar, was vor allem auf Quellen aus dem Präsidentenarchiv in Moskau zutrifft. Ziel dieser mitunter nicht immer leserfreundlichen, da formal nicht vereinheitlichten Edierung war es, nicht nur den Inhalt eines Dokumentes wiederzugeben, sondern auch die Genese eines Textes sowie die Rezeption widerzuspiegeln. In Bezug auf die russischen Akten folgt die Edition den in Russland gültigen Regeln für die Herausgabe von Dokumentenpublikationen.

Die Dokumente wurden chronologisch geordnet. Gerade durch das dichte Nebeneinander der sowjetischen und deutschen Vorgänge unterschiedlichen Inhalts und verschiedener Institutionen kann sich auf diese Weise die Komplexität der Beziehungen erschließen lassen. Dokumente gleichen Datums wurden von den Herausgebern nach Einzelprüfung des Inhalts platziert, denn mit Ausnahme der chiffrierten Telegramme war eine genaue Tageszeitangabe weder in der UdSSR noch in Deutschland gebräuchlich. Die deutschen Dokumente, die in den Besitz der sowjetischen Nachrichtendienste gelangten, wurden nach dem Datum ihrer Übersetzung oder – falls dies nicht nachweisbar war – nach ihrer Übermittlung an den Empfänger eingeordnet.

Die Texte der Dokumente sind den derzeit gültigen Rechtschreibregeln angepasst, um eine Einheitlichkeit der deutschen und der übersetzten Dokumente zu erreichen. Offensichtliche Fehler in Orthografie und Interpunktion oder Druckfehler, die keine inhaltliche Veränderung nach sich ziehen, sind stillschweigend korrigiert worden. Bei allen anderen Fehlern und Ungenauigkeiten (gedanklichen Fehlern, deutlich veränderter Schreibweise von Namen bzw. Eigennamen, nicht exakten Datenangaben usw.) erfolgt die jeweilige Korrektur ausschließlich als Anmerkung in der Fußnote. Für die übersetzten Namen und Bezeichnungen wurde die wissenschaftliche Transliteration gewählt. Ausnahmen wurden nur dort gemacht, wo die Transliteration der geläufigen Lesart völlig widerstrebte, wie beispielsweise ZK für CK (aber nicht bei CIK oder CKK) oder Sotschi für Soči. Die Schreibweise von russischen Eigennamen und geografischen Bezeichnungen in den deutschen Dokumenten wurde so beibehalten, wie es bei der Abfassung des Dokumentes gehandhabt worden war, eine entsprechende Erläuterung erfolgt in den Fußnoten nur bei missverständlichen Formen. Dadurch existieren für die rus-

sischen Namen zum Teil mehrere Varianten, die jedoch alle im Personenregister mit Verweis auf die korrekte Bezeichnung aufgeführt sind.

Die stilistischen Eigenarten der Texte wurden bei der Übersetzung soweit wie möglich beibehalten. Diese Eigenheiten der russischen Dokumente ergeben sich zum Teil daraus, dass einige Texte offensichtlich unter einem großen Zeitdruck verfasst worden sind, um sie noch mit der laufenden Post oder mit dem Kurierdienst abschicken zu können. Bei einigen dieser Dokumente ist auch deutlich zu erkennen, dass ihre Verfasser schon vor 1917 lange Zeit in der Emigration gelebt hatten und dann viele Jahre im Ausland tätig gewesen waren, was sie als Kenner der inneren Verhältnisse des Gastlandes und seiner Geschichte auswies. Sie vermochten es aber nicht immer, einen Sachverhalt oder eine Überlegung in ihrer Muttersprache präzise zu formulieren, was zu Problemen der Übersetzung führte. Auch bezüglich der Terminologie entstanden bei der Übersetzung mitunter Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, dass die Konnotation von Begriffen sich änderte oder nicht exakt wiederzugeben war. Beispielsweise ist der Terminus „Tagebuch“ sowohl in den deutschen als auch in den russischen Dokumenten beibehalten worden. Während es sich bei den deutschen Dokumenten lediglich um eine Form der Registratur handelt, ist mit dem russischen Begriff die Aufzeichnung der Diplomaten über ihre Treffen mit ausländischen Gesprächspartnern gemeint. Alle Bearbeitungen an den russischen Texten wurden auch in der Übersetzung wiedergegeben. Für einige dieser stilistischen oder grammatikalischen Überarbeitungen ließ sich jedoch keine adäquate deutsche Entsprechung finden; in diesen Fällen wurden sie stillschweigend ignoriert. Die Übersetzung der russischen Dokumente erfolgte durch Dr. Lothar Kölm.

Ausgelassene Wörter bzw. Textstellen wurden in eckigen Klammern ergänzt. In den Fällen, in denen es nicht möglich war, die Auslassungen im Text zu rekonstruieren, sind diese Stellen durch Auslassungspunkte in eckigen Klammern gekennzeichnet und dies in den Fußnoten vermerkt. In eckige Klammern sind weiterhin Aufschlüsselungen von Abkürzungen gestellt, davon ausgenommen sind die im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten Abkürzungen. Abgekürzte Namen wurden pro Dokument nur einmal aufgeschlüsselt. Fehlende oder unvollständige Daten im Kopf des Dokumentes sowie Wörter (oder Teile davon) und Unterschriften, deren Lesbarkeit Schwierigkeiten bereiten, sind gleichfalls in eckige Klammern gesetzt. Auslassungen innerhalb von in Dokumenten vorkommenden Zitaten sind durch drei Punkte in eckigen Klammern gekennzeichnet. Die überwiegende Mehrheit der Dokumente kommt ungekürzt zum Abdruck. Kürzungen erfolgen nur dann, wenn der Inhalt keinen Bezug zum thematischen Rahmen des Bandes hat (etwa Aufzeichnungen über Gespräche protokollarischen Charakters oder Gespräche mit Diplomaten dritter Staaten sowie zu speziellen Fragen). Die ausgelassenen Dokumententeile sind mit in eckigen Klammern gesetzten drei Punkten gekennzeichnet, die Erläuterung zum Inhalt der Auslassung erfolgt in den Fußnoten. Die Dokumente sind in der Regel maschinenschriftlich geschrieben worden; handschriftliche Dokumente bzw. Textpassagen sind in den Fußnoten ausgewiesen.

Maschinenschriftliche Unterstreichungen wurden im Text belassen, bei in den ADAP veröffentlichten Dokumenten gegebenenfalls nach den Originalen hinzugefügt. Bei Telegrammen wurde die Punktlinie (unsichere Entzifferung) beibehalten. Handschriftliche Unterstreichungen im Text und Anstreichungen am Sei-

tenrand, die vom Empfänger oder von der Person stammen, der das Dokument zur Kenntnisnahme zugeleitet wurde, sind mit dem Zeichen *...* gekennzeichnet. Ein maschinen- oder handschriftlich hinzugefügter Text ist mit dem Zeichen **...** ausgewiesen, auf dieselbe Weise sind durchgestrichene Textteile gekennzeichnet, der ursprüngliche oder weggelassene Text wird in den Fußnoten vermerkt.

Auch die Schreibung in Großbuchstaben wurde wie im Originaltext belassen, nicht jedoch die Sperrung von Wörtern, da sie – in der Regel bei Personen- oder Ortsnamen verwendet – keiner Systematik folgte. Genannte Zeitungen oder Zeitschriften wurden einheitlich in Anführungszeichen gesetzt.

Jedes Dokument ist mit einer laufenden Nummer und mit einem von den Herausgebern formulierten Titel versehen, wobei der ursprüngliche Titel des Dokumentes davon unberührt bleibt. Diese Titel der Herausgeber enthalten Angaben zur Art des Dokuments (Schreiben, Note, Bericht, Aufzeichnung einer Unterredung, Protokollauszug, Beschlussvorlage usw.) und zur Dienststellung der Personen, die die Verfasser und die Empfänger des Dokumentes sind. Die Bezeichnungen der Dokumentenart sind von den Herausgebern nach dem Inhalt der Dokumente und dem Bestreben nach einer gewissen Vergleichbarkeit deutscher und russischer Aktenvorgänge vergeben worden. Hinweise auf den Inhalt erfolgen nur in den Regesten. Bei fehlendem Datum wurde angestrebt, eine Datierung anhand des Inhalts, des Datums eines Begleitschreibens oder von Geschäftsvermerken zu ermitteln. In diesem Fall ist das Datum in eckigen Klammern auf der rechten oberen Hälfte des ersten Blattes gesetzt. In der Fußnote ist außerdem ausgeführt, auf welcher Grundlage die diesbezügliche Ermittlung vorgenommen wurde. War es nicht möglich, ein exaktes Datum zu ermitteln, so ist das mit dem Vermerk „nicht früher als“ oder „nicht später als“ gekennzeichnet. Am Ende des Wortlautes des Dokuments und vor der Legende befinden sich Angaben über Unterschrift, Vermerke, Registrierstempel, Anzahl der Exemplare und zum Verteiler an die Empfänger. Dies erfolgt unabhängig davon, an welcher Stelle im Dokument sich diese Angaben befinden. Auf russischen Dokumenten befindet sich der Stempel jedoch immer, soweit nicht anders vermerkt, auf dem ersten Blatt des Dokuments. Der an dieser Stelle von den Herausgebern formulierte Kommentar ist in kursiver, wörtliche Übernahmen aus dem Dokument in normaler Schrift gehalten.

Am Ende eines jeden Archivdokumentes folgt die Legende, die die Abkürzung des Archivs, den Bestand, das Verzeichnis, die Mappe (nur bei AVP RF), die Akte und das Blatt enthält. In einzelnen Fällen, wenn die Anlagen zu Dokumenten aus anderen Akten entnommen wurden, werden in der Legende unterschiedliche Signaturen genannt. Daran schließt sich bei den russischen Dokumenten an, worum es sich bei dem veröffentlichten Exemplar handelt (Original, beglaubigte Kopie, Kopie). Als Original gilt ein Dokument nur dann, wenn es vom Verfasser eigenhändig unterschrieben ist. Wenn Dokumente aus russischen Archiven in deutscher Sprache vorlagen, ist das an dieser Stelle vermerkt. Es folgt der Nachweis der Erstveröffentlichung, falls das Dokument bereits publiziert wurde. Wenn es nicht möglich war, früher unvollständig veröffentlichte Dokumente anhand des Originaltextes zu überprüfen und zu vervollständigen, so erfolgt deren Abdruck unverändert in der Form der Erstveröffentlichung. War aber eine Überprüfungsmöglichkeit gegeben, so sind diese Dokumente mit den Präzisierungen, die den Originaltext und sämtliche dazugehörigen Attribute wiederherstellen, einschließ-

lich der Legende und der dazugehörigen Erläuterung in den Fußnoten veröffentlicht worden.

Die Fußnotenzählung erfolgt in arabischen Ziffern für jedes Dokument separat und ist nicht getrennt nach inhaltlichen und textkritischen Anmerkungen. Die inhaltliche Kommentierung ist rein sachlich-informativer Art und beinhaltet keinerlei Wertungen. Kommentare in den Fußnoten, die über ein allgemeines Nachschlagewissen hinausgehen, werden belegt (veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente, statistische Nachschlagewerke, Periodika; in Ausnahmefällen auch Memoiren). Die Verweise auf veröffentlichte Dokumente erscheinen ohne Titel, die auf Archivdokumente mit Titel, es sei denn, der Titel lässt sich unmittelbar aus der Quelle erschließen.

Die Dokumente werden durch Regesten erschlossen und die Edition durch ein annotiertes Personenregister, ein Sachregister, ein Abkürzungs- sowie ein Archiv- und Literaturverzeichnis ergänzt.

Moskau, Januar 2013

Sergej Slutsch

II. Dokumentenverzeichnis

- 1. Telegramm des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau von Dirksen, 30. Januar 1933**
Regierungswechsel in Deutschland und Sprachregelung, mit der auf die eventuellen Bedenken des Auslandes wegen zukünftiger deutscher Außenpolitik reagiert werden soll. 135
- 2. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 31. Januar 1933**
Information von Dirksens über die Hintergründe des Regierungswechsels. Die Leitung des AA hoffe, dass die Regierung Hitlers keine gefährlichen Aktionen auf den wichtigsten Gebieten der Politik unternehmen werde. 136
- 3. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 1. Februar 1933**
Stellungnahme des NKID zur Zusammensetzung der Regierung Hitlers. Die sowjetische Führung nehme gegenüber dem neuen Kabinett eine vorsichtige Haltung ein und warte die Einstellung der deutschen Regierung zur UdSSR ab. . . . 139
- 4. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 1. Februar 1933**
Prognose über Maßnahmen und Dauer der neuen Regierung. Nach Šterns Meinung ist Machtantritt Hitlers ein historisches Datum für Deutschland und kein vorübergehendes Ereignis. 140
- 5. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit Graf zu Reventlow, 4. Februar 1933**
Reventlow über die außen- und innenpolitischen Absichten Hitlers. Laut Hitler werden die deutsch-sowjetischen Beziehungen wegen des Regierungswechsels keine Veränderungen erfahren. 142
- 6. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Vorsitzenden der VOKS Lerner, [4. Februar 1933]**
Verbindung der Bevollmächtigten Vertretung mit der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland, die in der öffentlichen Meinung Deutschlands als eine Moskauer Organisation angesehen wird. 143
- 7. Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau von Dirksen, 6. Februar 1933**
Von Bülow wiederholt seine beruhigenden Äußerungen bezüglich des Regierungswechsels und stellt das Anliegen von Dirksens, nach Berlin zu kommen, zurück. 144
- 8. Aufzeichnung der Rede des Reichskanzlers Hitler vor der Reichswehrführung, 6. Februar 1933**
Rede Hitlers vom 3. 2. 1933 über die grundlegenden innen- und außenpolitischen Aufgaben der neuen Regierung. 145

9. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 9. Februar 1933

Verschiedene Gespräche anlässlich eines Empfangs des diplomatischen Corps bei von Hindenburg, Unterredung bei von Neurath über die Wirtschaftsverhandlungen sowie vertrauliche Berichte über den Fortgang der deutschen Innenpolitik. 149

10. Telegrammentwurf des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau, 15. Februar 1933

Information über das Gespräch von Neuraths mit Hitler, der keine Änderungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeiführen wolle. 153

11. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 17. Februar 1933

Begründung für die Organisation einer Vortragsreihe führender sowjetischer Fachleute zu wirtschaftlichen und technischen Themen in Deutschland auf Einladung der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ bzw. für die Durchführung einer „Woche der sowjetischen Technik“ in Berlin. 153

12. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 20. Februar 1933

Sowjetisch-französische Annäherung und die abwartende Haltung der UdSSR gegenüber Deutschland. Von Dirksen betrachtet die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag als das dringlichste Erfordernis für die Weiterführung der bisherigen Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR. . . . 157

13. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau, 22. Februar 1933

Sowjetische Außenpolitik und der Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Dirksen soll in Gesprächen mit maßgebenden sowjetischen Stellen die allgemeine Lage der europäischen Politik erörtern und hierbei Klarheit über die sowjetische Einstellung gegenüber Deutschland schaffen. 160

14. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Februar 1933

Meinungsaustausch über die innenpolitische Lage in Deutschland und ihre Darstellung in der Sowjetunion. Öffentliche Stellungnahme der nationalsozialistischen Führer zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen wäre nach Meinung Krestinskij's wünschenswert. 162

15. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 23. Februar 1933

Stellungnahme zu einer geplanten Einladung Hitlers zu einem Empfang der Bevollmächtigten Vertretung am 3. 3. 1933, die ein großer politischer Fehler wäre. 164

16. Schreiben des Leiters der RKI Karpov an den Stellv. Volkskommissar der RKI Belen'kij und den Sekretär des Parteikollegiums der CKK der VKP (B) Škirjatov, [25. Februar 1933]

Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Aufsichtsratsmitgliedern und der sowjetischen Geschäftsführung über die Personalpolitik in der Derop und der Derunapht. 165

17. Sitzungsprotokoll des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 27. Februar 1933	
Über die Gewährung eines Überbrückungskredits von 140 Millionen RM an die UdSSR.	170
18. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 27. Februar 1933	
Sondierungsgespräch im Auftrag von Neuraths (vgl. Dok. 13) über die vorhandenen Probleme in den politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.	177
19. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 28. Februar 1933	
Beschwerden Aleksandrovskijs wegen der Angriffe in der Presse und auf Wahlplakaten auf sowjetische Staatsbürger.	181
20. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 1. März 1933	
Meinungsaustausch über die Probleme, die in letzter Zeit die beiderseitigen Beziehungen beeinträchtigen.	183
21. Schreiben des Generalsekretärs des Nationalen Deutschen Automobilklubs Nord an Reichskanzler Hitler, 1. März 1933	
Bitte, das Vertriebsnetz der Derop in deutsche Hände zu überführen.	185
22. Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 2. März 1933	
Dringende Bitte, bei der Entscheidung über die Ausweisung der sowjetischen Korrespondentin Kajt die schwierige Lage deutscher Korrespondenten in Moskau zu berücksichtigen.	187
23. Bericht der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA an den Chef des Stabes der RKKA Egorov, 4.–5. März 1933	
Über die Gegensätze in der Koalitionsregierung Hitlers und die Stellungnahmen von Hindenburgs und Hitlers zur Reichswehr.	188
24. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 5. März 1933	
Hintergründe zum offiziellen Protest der Bevollmächtigten Vertretung auf die Wahlkampfrede Hitlers vom 2. 3. 1933.	190
25. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. März 1933	
Wortlaut des Protestes von Aleksandrovskij vom 3. 3. 1933 gegenüber dem AA wegen der die Sowjetunion betreffenden Stellen in der Wahlkampfrede Hitlers und Begleitbrief Chinčuks mit Erläuterungen.	192
26. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 6. März 1933	
Gespräche mit deutschen offiziellen Personen (von Neurath, Luther, General Adam, Oberst von Reichenau) anlässlich eines Essens am 3. 3. 1933 in der Bevollmächtigten Vertretung. Erklärung gegenüber von Neurath wegen der Rede Hitlers am 2. 3. 1933.	194

27. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Aleksandrovskij, 6. März 1933 Beschwerden wegen der Verhaftung von sowjetischen Staatsangehörigen bzw. deutscher Reichsangehöriger im Dienste der Bevollmächtigten Vertretung. . . .	196
28. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 6. März 1933 Reaktionen in der Sowjetunion auf die Verfolgung der KPD in Deutschland und ihre mögliche Auswirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen.	198
29. Schreiben der Beauftragten der VOKS in Königsberg Smetanič-Ragover an den Sektorleiter Zentraleuropa der VOKS Timm, 6. März 1933 Aktuelle Lage von Kulturschaffenden in Königsberg, die mit der Sowjetunion sympathisieren.	200
30. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 7. März 1933 Die belastenden Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Kontext der französisch-sowjetischen und deutsch-französischen Verhältnisse.	202
31. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das NKID, 7. März 1933 Übergabe des offiziellen sowjetischen Protestes an den Reichsaußenminister bezüglich der Wahlkampfrede Hitlers vom 2. 3. 1933 und Reaktionen von Neuraths.	207
32. Vorlage des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an das Kollegium des NKID, 10. März 1933 Aufzählung der Repressalien gegenüber sowjetischen Staatsbürgern und Einrichtungen in Deutschland und Vorschläge der 2. Westabteilung, einige Gegenmaßnahmen gegenüber deutschen Staatsbürgern und Einrichtungen in der UdSSR zu ergreifen.	209
33. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. März 1933 Verhalten der Bevollmächtigten Vertretung bezüglich der Überfälle auf sowjetische Staatsbürger.	211
34. Beschlussvorlage des Stellv. Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Tuchačevskij und des Stellv. Volkskommissars für Schwerindustrie Žukov für den Vorsitzenden der Kommission für Verteidigung Molotov, [13. März 1933] Ankauf von neuesten Modellen militärischer Geräte für die sowjetische Luftflotte bei deutschen Firmen.	213
35. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 16. März 1933 Dementi von Dirksens zu den Spekulationen über die Gespräche Görings und Rosenbergs mit ausländischen Vertretern, die in der sowjetischen Presse diskutiert wurden.	215

36. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 16. März 1933 Beschwerden über die Behinderung des Derop-Vertriebes, die Festnahme und Nötigung der sowjetischen Abnahmebeamten und über das Verbot sowjetischer Kunstauktionen.	217
37. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Aleksandrovskij, 19. März 1933 Gibt die Anweisung, durch inoffizielle Gespräche im AA die deutsche Regierung in Kenntnis zu setzen, welche Art von Erklärung Hitlers vor dem neuen Reichstag bezüglich der Haltung zur UdSSR in Moskau als zufriedenstellend angesehen werden könnte.	218
38. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Aleksandrovskij an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 20. März 1933 Beschwerden im AA anlässlich der Nichtzustellung sowjetischer Zeitungen an die Bevollmächtigte Vertretung.	220
39. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 20. März 1933 Beschwerden von beiden Seiten im Zusammenhang mit den Presseangriffen auf die Regierungsorgane und ihre Vertreter, besonders über die Herabsetzung der UdSSR in deutschen Zeitungen und Diskriminierung der sowjetischen Pressevertreter.	225
40. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Aleksandrovskij mit Oberst von Niedermayer, 24. März 1933 Von Niedermayer gibt Ansichten Blombergs über das Verhältnis zur UdSSR weiter, berichtet über das Verhältnis Blombergs zu Hitler und äußert sich abschätzig über das AA und dessen Personalbestand.	229
41. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 27. März 1933 Information und Anweisungen zu laufenden Fragen: Reaktion auf Hitlers Rede vom 23. 3. 1933, Anstrengungen, um Freiheit des Postverkehrs der Bevollmächtigten Vertretung und anderer sowjetischer Einrichtungen zu erwirken, Übergriffe gegen lokale Vertretungen der Derop.	233
42. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. März 1933 Information zu mehreren Überfällen auf sowjetische Staatsbürger und Desorganisation der Tätigkeit der Derop; einige Bemerkungen zu den außenpolitischen und wirtschaftlichen Aspekten der Rede Hitlers vom 23. 3. 1933.	236
43. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Lammers, 29. März 1933 Beantragt, die Ratifizierung des Berliner Vertrages auf die Tagesordnung einer der nächsten Kabinettsitzungen zu setzen.	239

44. Schreiben des Vorstandes des Benzol-Verbandes an Reichskanzler Hitler, 30. März 1933 Plädiert für eine Übernahme der Derop in die Verantwortung des Benzol-Verbandes.	240
45. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 1. April 1933 Vorlage betr. Berufung Bessonovs als Rat an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin.	242
46. Schreiben des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorosilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 2. April 1933 Die bevorstehende Reise von Generalleutnant von Bockelberg in die UdSSR. . .	244
47. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID, 2. April 1933 Neue diplomatische Maßnahmen bezüglich der Übergriffe auf sowjetische Einrichtungen und Staatsangehörige.	244
48. Beschlussvorlage des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. April 1933 Demonstrative Reise einer Wirtschaftsdelegation nach Polen als Druckmittel gegenüber Deutschland.	246
49. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen und dem Militärattaché Hartmann, 3. April 1933 Anlässlich seiner Amtseinführung Unterrichtung Hartmanns über die zahlreichen Übergriffe gegenüber sowjetischen Staatsbürgern und Institutionen in Deutschland.	247
50. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 3. April 1933 Erklärung Litvinovs über die organisierte Kampagne der Ausschreitungen in Deutschland, die von einem Zentrum geleitet werde und bereits Wochen andauere, wobei die Regierung keinerlei Maßnahmen zu deren Liquidierung unternehme.	250
51. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow, 4. April 1933 Bericht über den verschlechterten Stand der beiderseitigen Beziehungen und konkrete Vorschläge zur Beilegung der krisenhaften Entwicklung.	256
52. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 4. April 1933 Information über die diplomatischen Demarchen gegenüber den deutschen Diplomaten in Moskau wegen der Überfälle auf sowjetische Einrichtungen und Staatsangehörige und Anweisung zur Form des Protestes bei von Neurath. . . .	258
53. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 4. April 1933 Unterredung mit von Neurath und seine Reaktion auf die sowjetischen Proteste wegen der Überfälle auf sowjetische Einrichtungen.	259

54. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 4. April 1933 Weisungsgemäße Unterrichtung Litvinovs über den Entwurf eines Viermächtepaktes, dessen Reserve gegenüber dem Plan Mussolinis an sich und skeptische Haltung über den positiven Ausgang der schwebenden Verhandlungen.	261
55. Telegramm des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Botschafter in Moskau von Dirksen, 5. April 1933 Anweisung, die sowjetische Regierung über die Bereitschaft der Reichsregierung zur Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag zu informieren; Litvinov zu erklären, dass die Reichsregierung für ungestörtes Arbeiten der sowjetischen Wirtschaftsorgane in Deutschland Sorge tragen werde, ihrerseits aber erwarte, dass sowjetische Wirtschaftsorgane von jeder Verbindung mit KPD Abstand nehmen.	264
56. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. April 1933 Schwierige Lage der Handelsvertretung, deren Tätigkeit ins Stocken gerate; neue Vorfälle mit sowjetischen Staatsbürgern und Einrichtungen, von denen besonders die Derop betroffen sei; deutsche und sowjetische Meinungen bzw. Vorschläge über weiteres Schicksal der Derop.	265
57. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 6. April 1933 Zuspitzung der Situation um die Derop: Diels fordert die Durchführung einer radikalen Säuberung des Personalbestandes; verschiedene Meinungen über weitere Maßnahmen nach der Beratung bei Chinčuk, der an Litvinov die Bitte richtet, in der Derop-Angelegenheit schnellstmöglich Entscheidungen zu treffen. . .	271
58. Entwurf eines Aide-Mémoire der Botschaft Moskau, [6. April 1933] Analyse des Verhaltens der sowjetischen Regierung gegenüber Deutschland nach der Kabinettsbildung Hitlers. Schlussfolgerung: Es ist damit zu rechnen, dass das Verhältnis zu Deutschland im Falle nicht befriedigender Beilegung der gegenwärtigen Krise in seiner Gesamtheit revidiert wird; konkrete Vorschläge der Deutschen Botschaft zur Entspannung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.	277
59. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 8. April 1933 Mitteilung von Dirksens über die Maßnahmen der deutschen Regierung zur Untersuchung der Beschwerdefälle und Verhinderung von weiteren Zwischenfällen. Auseinandersetzung um die Erklärung von Dirksens; seine Zustimmung zum Vorhaben Litvinovs, ein knappes Kommuniqué über das stattgefundene Gespräch zu veröffentlichen.	279
60. Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 8. April 1933 Von Dirksens Interpretation der Unterredung mit Litvinov. Bitte von Dirksens um drahlte Mitteilung von Beweismaterial über kommunistische Propaganda und sonstige Verfehlungen von sowjetischen Mitarbeitern der Wirtschaftsbetriebe oder Konsulate.	282

61. Vorlage des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 8. April 1933 Entwurf für eine TASS-Meldung über die Kernpunkte des Gesprächs mit von Dirksen am 8. 4. 1933.	284
62. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Landwirtschaft Jakovlev, 8. April 1933 Vorschlag, zum jetzigen Zeitpunkt Verhandlungen über die Aufhebung der Dru-sag sowohl direkt mit dem Leiter der Konzession als auch mit der Deutschen Botschaft aufzunehmen.	285
63. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg, 10. April 1933 Gesetzliche Maßnahmen der deutschen Regierung und ungesetzliche Handlungen der deutschen Behörden, die zur Schrumpfung des sowjetischen Exports nach Deutschland geführt haben. Vorschläge Vejcers über die erforderlichen Maßnahmen der deutschen Regierung zur Förderung des sowjetischen Exports.	286
64. Auszug aus dem Bericht des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B), 11. April 1933 Radeks Analyse der strategischen und taktischen Pläne der Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Außenpolitik: die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seien das Kristallisationsergebnis des Programms zur Revision von Versailles als eines Programms zur Wiederherstellung der Ostziele des deutschen Imperialismus während des Weltkrieges.	292
65. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. April 1933 Überlegungen über den Zusammenhang der Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen und des innenpolitischen Kampfes in Deutschland: je weiter und rascher die NSDAP unter dem Druck der inneren Ereignisse auf einen Bruch mit ihren Verbündeten und deren Ausschaltung zusteueren, desto mehr würden antisowjetische Tendenzen eine bestimmende Rolle im außenpolitischen Verhalten des deutschen Faschismus spielen.	299
66. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov, 13. April 1933 Analyse der nationalsozialistischen Außenpolitik mit Schwerpunkt auf der Politik gegenüber der UdSSR. Vinogradov meint, dass die endgültige Festlegung der Politik der Nationalsozialisten in Bezug auf die UdSSR dennoch im Wesentlichen von der internationalen Stellung Deutschlands und der UdSSR abhängen.	311
67. Schreiben des Kollegiumsmitgliedes des NKID Sokol'nikov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 13. April 1933 Information über den Meinungsaustausch im Kollegium des NKID zur Situation um die Derop; Feststellung, dass eine Garantie von deutscher Regierung für die ungehinderte weitere Tätigkeit der Derop unumgänglich mit praktischen Zugeständnissen von sowjetischer Seite verbunden sein würde.	318
68. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 14. April 1933 Verhandlungen mit den Deutschen über die Verpachtung eines Teils der Infrastruktur der Derop und ihre Reorganisation unter bestimmten Bedingungen, aber nicht über einen Verkauf der Derop.	320

69. Aufzeichnung des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey für den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 20. April 1933 Darstellung der Situation um die Derop auf Grund der dem AA zugegangenen Noten der Bevollmächtigten Vertretung. Vorschläge für Maßnahmen zur Reorganisation der Derop, deren ungestörte Arbeit wegen der hohen Zahlungsverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Deutschland in den nächsten Monaten für beide Staaten sehr wichtig sei.	321
70. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den diplomatischen Vertreter des NKID in Leningrad Vajnštejn, 21. April 1933 Bei der Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 1. Mai sollte alles vermieden werden, was als Einmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten interpretiert werden und Anlass für diplomatische Proteste bieten könnte.	324
71. Vorlage des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 25. April 1933 Hissen von Nationalflaggen auf den Gebäuden der diplomatischen Vertretungen in beiden Staaten am 1. Mai.	325
72. Aide-Mémoire des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das AA, 25. April 1933 Protest gegen die Besetzung und Durchsuchung der Derop-Zentrale in Berlin, die Einsetzung des staatlichen Kommissars Hollmann bei der Derop und gegen die von ihm getroffenen Maßnahmen.	327
73. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 25. April 1933 Auf Forderung Chinčuks, den bei der Derop eingesetzten Kommissar abzuberufen, legen von Bülow und Meyer ihm die deutsche Sichtweise in der Derop-Angelegenheit dar und bitten Chinčuk, einen Weg zur praktischen Lösung der Schwierigkeiten zu finden.	328
74. Aufzeichnung einer Sitzung im AA, 25. April 1933 Gemeinsame Sitzung deutscher und sowjetischer Vertreter im Zusammenhang mit der Einsetzung des Staatskommissars bei der Derop. Nach Worten Meyers ist die Grundlage für diese Maßnahme der begründete Verdacht einer kommunistischen Propagandatätigkeit durch das Personal der Derop gewesen. Die sowjetischen Teilnehmer sind mit dieser Behauptung, aber vor allem mit der Einsetzung des deutschen Kommissars nicht einverstanden.	330
75. Notiz des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 26. April 1933 Unzweckmäßigkeit der Anrufung deutscher Gerichte wegen der Überfälle auf sowjetische Einrichtungen und einzelne Staatsbürger.	336
76. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. April 1933 Reaktionen verschiedener deutscher Gesprächspartner auf die harte sowjetische Position in der Derop-Angelegenheit (vgl. Dok. 74). Ausführliche Information über die Unterredung mit von Neurath am 26. 4. 1933.	337

77. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 28. April 1933	
Zur bevorstehenden Ratifikation des Protokolls über die Verlängerung des Berliner Vertrages und ihrer Auswirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Stellungnahme zur Derop-Angelegenheit und zu anderen Fragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.	342
78. Vorlage des AA für Reichskanzler Hitler, [nicht später als 28. April 1933]	
Niederschrift zu den Ausführungen für die Unterredung mit Chinčuk.	344
79. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit Reichskanzler Hitler, 28. April 1933	
Empfang bei Hitler. Erklärung Chinčuks über die schwierigen Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen. Antwort Hitlers, der u. a. sagte, dass beide Länder durch gemeinsame Interessen verbunden seien und diese Verbindung dauerhaften Charakter trage, weil beide die gleichen Schwierigkeiten und Feinde hätten.	345
80. Rundschreiben des Reichsinnenministers Frick an die Landesregierungen, 28. April 1933	
Polizeimaßnahmen gegen exterritoriale sowjetische Behörden oder Inhaber diplomatischer Pässe sollen nur in Abstimmung mit dem AA vorgenommen werden. Es sei notwendig, dieses Verfahren auch gegenüber den Filialen der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland und den Mitgliedern der sowjetischen Abnahmekommission in Anwendung zu bringen.	348
81. Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 29. April 1933	
Unterredung mit Litvinov über die Modalitäten des Austausches der Ratifikationsurkunden des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag und seine positive Reaktion auf das Gespräch Chinčuks mit Hitler.	349
82. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 29. April 1933	
Krestinskij bestimmt die Haltung Chinčuks in der Derop-Angelegenheit und in der Frage der Anrufung deutscher Gerichte wegen der Überfälle auf sowjetische Staatsbürger und Einrichtungen in Deutschland.	350
83. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 2. Mai 1933	
Gespräche mit von Neurath, Meyer und Göring vor allem in Bezug auf die Derop. Obwohl Hitler Chinčuk seine Zusicherung gegeben habe, die Rolle des Staatskommissars für die Derop, Hollmann, lediglich auf Personalfragen zu beschränken, sei die Frage noch nicht geregelt.	352
84. Aufzeichnung einer Beratung im AA, 4. Mai 1933	
Beratung zwischen Meyer, von Tippelskirch und Bräutigam mit Hollmann und Wieland über die Derop. Meyer weist darauf hin, dass nach der Besprechung des Reichskanzlers mit Chinčuk alle wirtschaftlichen Angelegenheiten paritätisch von beiden Seiten erledigt werden müssten.	357

85. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 5. Mai 1933 Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag und die deutsch-sowjetischen Beziehungen allgemein. Für Deutschland seien nach Meinung von Dirksens dieselben Gründe, die 1922 zum Abschluss des Rapallo-Vertrages und 1926 zum Abschluss des Berliner Vertrages geführt haben, lebendig und wirksam.	360
86. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 6. Mai 1933 Unhaltbarer Zustand der deutschen Presse in Moskau, die früher einen wesentlichen Machtfaktor Deutschlands gegenüber der Sowjetunion gebildet hätte. Von Dirksens Meinung nach würde es politisch am wirkungsvollsten sein, wenn die nationalsozialistischen Publizisten ein aktiveres Interesse an der Sowjetunion zeigten.	364
87. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 7. Mai 1933 Überlegungen über die mögliche Auswirkung der Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag auf die Beziehungen der UdSSR zu Frankreich und Polen, auf die tägliche Praxis der Ortsgruppen der NSDAP und aller deutschen Behörden gegenüber sowjetischen Staatsbürgern und Einrichtungen.	366
88. Schreiben des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den Botschafter in Moskau von Dirksen, 9. Mai 1933 Aufnahme der Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag in der deutschen und sowjetischen Presse sowie die veränderten Zuständigkeiten in der Derop.	368
89. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 9. Mai 1933 Besprechung laufender Fragen (Verwüstung des Hamburger Klubs, deutsche Beschwerden über Vielzahl von Verletzungen des Niederlassungsabkommens, neue Töne im Verhalten der sowjetischen Militärs und Diplomaten gegenüber Deutschen u. a.).	370
90. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 14. Mai 1933 Unterredungen mit Krestinskij am 9. 5. 1933 und Vorošilov am 13. 5. 1933 über den unbefriedigenden Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen: von Dirksens Meinung nach sei die Einstellung der Sowjetpolitik und der Sowjetöffentlichkeit durch eine wachsende Entfremdung charakterisiert, obwohl die Stimmung in der sowjetischen Regierung gegenüber Deutschland keine einheitliche sei.	373
91. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Vorsitzenden der OGPU Jagoda, 14. Mai 1933 Mehrere Beschwerden der Deutschen Botschaft und des AA über die durch die OGPU begangenen Verletzungen des Niederlassungsabkommens, die vor allem mit den zahlreichen Verhaftungen von Reichsdeutschen in der UdSSR und der weiteren Behandlung dieser Fälle verbunden seien. Konkrete Vorschläge zur strikten Erfüllung der sowjetischerseits übernommenen Verpflichtungen, um alle vorgefallenen Verletzungen zu beseitigen bzw. in Zukunft zu vermeiden. . .	377

92. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 16. Mai 1933	
Gegenseitige Vorwürfe im Zusammenhang mit den sich weiter verschlechternden deutsch-sowjetischen Beziehungen. Nach Meinung von Dirksens hätte sich die sowjetische Haltung gegenüber Deutschland angesichts des nationalsozialistischen Charakters der neuen Regierung verändert. Litvinov behauptet, dass der politische Charakter der deutschen Regierung keinen Einfluss auf sowjetische Außenpolitik ausüben könne. Der Faschismus an sich sei kein Hindernis zur Herstellung und Entwicklung bester gegenseitiger Beziehungen.	380
93. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtigen Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, 16. Mai 1933	
Zwei Bitten der deutschen Regierung: Einrichtung einer gemeinsamen Luftlinie Berlin – Shanghai und das einmalige Gewähren von Überflugrechten für drei deutsche Flugzeuge über das Territorium der UdSSR. Stellungnahme bzw. Vorschläge Krestinskij und ihre Begründung, die mit dem Verhältnis der sowjetischen Seite zu dem Botschafter von Dirksen und zu dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium Milch verbunden seien.	384
94. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 17. Mai 1933	
Krestinskij legt die Hintergründe des aktuellen Verhaltens gegenüber Deutschland dar und erklärt, warum das NKID als Behörde es vorziehe, sich mit dem Artikel Radeks über die Revision des Versailler Vertrags nicht zu solidarisieren. Er hofft, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder in Ordnung kommen und für eine absehbare Zeit ihren ruhigen und vielleicht sogar freundschaftlichen Charakter beibehalten werden.	387
95. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 17. Mai 1933	
Zur Frage des Aufsichtsrats der Derop und der Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen. Chinčuk legt Wert darauf, dass nicht nur der Handelsvertreter Vejcer, sondern auch er an diesen Verhandlungen teilnehmen könne.	392
96. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID, 20. Mai 1933	
Stellungnahme zur Anfrage des Volkskommissariats für Schwerindustrie über die Einladung der in Deutschland entlassenen Wissenschaftler zur ständigen Arbeit in der UdSSR.	393
97. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 22. Mai 1933	
Gespräche mit Meyer und von Dirksen, u. a. über die angebliche Zuflucht deutscher Kommunisten in der Handelsvertretung, über die Aktivitäten der russischen Emigranten und über die Wirtschaftsbeziehungen.	393
98. Bericht des Gehilfen des Chefs der Abteilung für internationale Beziehungen im Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten Šrot, 25. Mai 1933	
Beschreibung der Reise, die Generalleutnant von Bockelberg vom 17. bis 24. 3. 1933 in der UdSSR durchführte.	396

99. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Ministerpräsidenten Preußens Göring, 27. Mai 1933	
Zur Auswahl der deutschen Kandidaten für den Aufsichtsrat bei der Derop. . .	401
100. Aufzeichnung der Unterredung der Räte der Bevollmächtigten Vertretung Aleksandrovskij und Bessonov mit dem Ministerpräsidenten Preußens Göring, 27. Mai 1933	
Über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bei der Derop und die Frage des Vorkaufsrechts der Derop. Nach Görings Worten sei mit der Derop ein unangenehmes Missverständnis geschehen, an dem ausschließlich Kommissar Hollmann schuld sei, der deshalb abgesetzt und durch einen anderen ersetzt werde. Es habe überhaupt nicht in der Absicht der Regierung gelegen, die Beziehungen zur Derop zu verschärfen.	403
101. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 27. Mai 1933	
Vorschlag zur Änderung in einem Teil des Importplans für 1933, der noch nicht realisiert worden ist. Angesichts der Anzeichen, dass die Deutschen auf eine Verlängerung der Kreditfristen für sowjetische Aufträge eingehen könnten, wäre es sinnvoll, ihnen zu zeigen, dass die UdSSR die Importtätigkeit aus Deutschland nicht eingestellt habe.	405
102. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 29. Mai 1933	
Meinungsaustausch über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und Stellungnahme zu Versuchen in Deutschland, sich England oder Frankreich auf Kosten der Sowjetunion anzunähern.	407
103. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg, 31. Mai 1933	
Ansprüche bezüglich des sinkenden Exports nach Deutschland und der Verzögerung mit der Versendung eines Rundschreibens zur Unterstützung des Absatzes von Derop-Produkten. Vorschlag Hugenbergs über die Aufnahme der Verhandlungen zur Erleichterung des sowjetischen Exports und seine Zusage, den Absatz von Derop-Produkten zu unterstützen.	409
104. Aufzeichnung der Unterredung des Kollegiumsmitglieds des NKID Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 2. Juni 1933	
Über den Kauf litauischer landwirtschaftlicher Produkte über Deutschland, Eindrücke von Dirksens über Gespräche in Berlin mit führenden Nationalsozialisten und mögliche Personalveränderungen im AA.	412
105. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 3. Juni 1933	
Ausführliche Information über Gespräche von Dirksens in Berlin und seine Ansprüche bezüglich der veränderten Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber Deutschland (Annäherung an Frankreich, militärische Zusammenarbeit, Schifffahrtslinien, Ankauf von litauischem Vieh). Erwiderung Krestinskis, der betont, dass die Sowjetunion ihre Politik gegenüber Deutschland nicht verän-	

dern wolle, aber das Verhalten Deutschlands ihr gegenüber berücksichtigen müsse.	415
106. Aufzeichnung der Unterredung der Räte der Bevollmächtigten Vertretung Aleksandrovskij und Bessonov mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium Milch, 3. Juni 1933	
Meinung Milchs zu folgenden Personen bzw. Fragen: von Dirksen, Rosenberg, Hitler und von Hindenburg, Göring, zu den Wirtschaftsverhandlungen, zur Ideologie der Nationalsozialisten und zum eventuellen Treffen einer der führenden Persönlichkeiten der NS-Bewegung mit führenden Politikern der UdSSR.	421
107. Schreiben des Mitarbeiters im AA Kundt an den Konsul I. Klasse an der Botschaft in Moskau Dienstmann, 6. Juni 1933	
Sammlung und Verteilung von Geldern für die Russlanddeutschen in der UdSSR.	424
108. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 8. Juni 1933	
Unterredung mit dem Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c am 7. 6. 1933. Beschwerden über zu hohe Preise für deutsche Industrieerzeugnisse und Bitte, auf die Firmen im Sinne einer Senkung ihrer Preise einzuwirken. Erwiderung von Dirksens, der nachdrücklich betont, dass von einer Übervorteilung der Sowjetunion durch überhöhte Preise nicht die Rede sein könne.	425
109. Übersetzung der Aufzeichnung der Unterredung des Militärattachés in Moskau Hartmann mit Vertretern des Stabes der RKKA, 8. Juni 1933	
Von sowjetischer Seite beschlossene Schließung der gemeinsamen militärischen Stationen in Tomka und Kama. Überlegungen Hartmanns zu den politischen Hintergründen dieser Entscheidung.	427
110. Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Stellv. Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Tuchačevskij, 9. Juni 1933	
Information über die Ergebnisse einer Beratung zur Abwicklung der deutschen Militärstationen in der UdSSR und über die Stellungnahme Vorošilovs zu dem vorgelegten Plan.	432
111. Bericht des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Fridrichson an das Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Außenhandel Dvolajckij, 10. Juni 1933	
Besprechung sowjetischer und deutscher Experten am 8. 6. 1933 im Reichswirtschaftsministerium über laufende Fragen des sowjetischen Exports nach Deutschland.	435
112. Auszug aus dem Bericht des Chefs des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium von Bockelberg, 13. Juni 1933	
Bericht über die Reise in die Sowjetunion vom 8. 5. bis 28. 5. 1933, in dem die Eindrücke über die militärischen Anlagen und die allgemeine Versorgungs- und Stimmungslage wiedergegeben und eine weitere militärische Zusammenarbeit dringend befürwortet wird.	438

113. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Präsidenten der Allunionsakademie für Agrarwissenschaften Burskij, 15. Juni 1933	
Krestinskij hält eine Konferenzreise von Burskij nach Berlin bei der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in Deutschland für nicht angebracht.	447
114. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 19. Juni 1933	
Erste Anweisungen, wie auf die Rede Hugenbergs auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz reagiert werden soll.	448
115. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 19. Juni 1933	
Stellungnahme Krestinskij zum Hugenberg-Memorandum, für das die deutsche Regierung die Verantwortung trage, und Forderung einer offiziellen deutschen Erklärung dazu.	449
116. Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow, 19. Juni 1933	
Von Dirksen berichtet über die Unterredung mit Krestinskij und bittet um genaue Zusammenhänge zum Hugenberg-Memorandum sowie um Weisung zum weiteren Vorgehen.	451
117. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID, 20. Juni 1933	
Beschluss, Chinčuk ist zu beauftragen, gegen das Hugenberg-Memorandum formal Protest einzulegen.	453
118. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 22. Juni 1933	
Pressekampagne in der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Hugenberg-Memorandum und Analyse der Beweggründe der sowjetischen Führung, die dazu geführt hätten. Von Dirksen schlägt vor, keine öffentliche Polemik zu eröffnen, sondern gegenüber maßgeblichen Sowjetvertretern in ernster Form eine klare Alternative in der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu zeigen.	453
119. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 22. Juni 1933	
Überreichung der Abschrift der Protestnote gegen das Hugenberg-Memorandum. Verwunderung von Dirksens wegen dieses Verfahrens, bevor er die von ihm angeforderten Erklärungen abgeben konnte. Austausch der gegensätzlichen Positionen bezüglich der Interpretation des Hugenberg-Memorandums. Krestinskij Meinung nach gehe es nicht um das persönliche Werk Hugenbergs, sondern um ein offizielles Dokument, das die Ideen der jetzt in Deutschland herrschenden Partei zum Ausdruck bringe.	456
120. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 22. Juni 1933	
Wiedergabe derselben Unterredung (vgl. Dok. 119). Von Dirksen meint, dass sich die Protestnote auf denselben verfälschten Text des Hugenberg-Memorandums stütze wie die gesamten Presseangriffe. Beschwerden über die sowjetische Pressepolitik, mit der ein für den weiteren Bestand der deutsch-sowjetischen Beziehungen sehr gefährliches Spiel getrieben werde.	460

121. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 22. Juni 1933	
Chinčuk überreicht die Note gegen das Memorandum Hugenbergs. Von Bülow stellt ihre Berechtigung in Abrede, da nichts im Memorandum die Unterstellungen rechtfertige, dass Deutschland russisches Gebiet als Siedlungsraum anstrebe oder gar auf der Wirtschaftskonferenz zu einem Kreuzzug gegen die UdSSR auffordere.	466
122. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 23. Juni 1933	
Unterredung mit von Bülow bei der Übergabe der Protestnote, der Material vorlegt, welches beweisen soll, dass sowjetische Befürchtungen und die Interpretation der Rede Hugenbergs haltlos seien. Zusammentreffen mit Hoetzsch und Just.	468
123. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 23. Juni 1933	
Krestinskij schlägt vor, die Protestnote auf das Hugenberg-Memorandum zu veröffentlichen, da die deutsche Regierung gezwungen werde, eine Antwortnote zu veröffentlichen, die eine Distanzierung der deutschen Regierung von den beanstandeten Stellen des Memorandums beinhalten müsste.	471
124. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 23. Juni 1933	
Beschwerden von Dirksens wegen der Rede von Heckert, die anlässlich der Beisetzung von Zetkin in Moskau gehalten wurde.	472
125. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 23. Juni 1933	
Bericht über die Unterredung mit Krestinskij. Beschwerden wegen der Rede von Heckert bei der Beisetzung Zetkins, in der amtliche deutsche Persönlichkeiten beleidigt würden, und wegen des Aufsatzes von Lunačarskij, der Deutschland der Vorbereitung einer Revanche gegen Frankreich, antisowjetischer Pläne und eines kriegerischen Geistes anklage.	475
126. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg, 23. Juni 1933	
Von Neurath erbittet eine Stellungnahme zu den Vorwürfen der sowjetischen Seite bezüglich des Memorandum-Textes, da es im Interesse der Beziehungen zur UdSSR unerlässlich sei, den Zwischenfall sobald wie möglich aus der Welt zu schaffen.	478
127. Schreiben des Reichsministers für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 24. Juni 1933	
Im Antwortschreiben stellt Hugenberg fest, dass es keinen Grund für den sowjetischen Protest gebe und dass er es kategorisch ablehne, dazu irgendwelche Erklärungen abzugeben.	479
128. Vermerk des Ministerialrats in der Reichskanzlei Thomsen, 26. Juni 1933	
Befürwortung des AA, dass Hitler eine Abordnung der Organisation „Brüder in Not“ empfangen, und Ablehnung des Reichskanzlers dazu.	480

- 129. Rundschreiben des Reichsministers für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg und des Reichsinnenministers Frick, 27. Juni 1933**
Unterrichtung verschiedener Behörden, dass eine Steigerung der Abnahme von Derop-Produkten im deutschen Interesse liege. 481
- 130. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 27. Juni 1933**
Persönliche Überlegungen über die Politik der deutschen Regierung gegenüber der Sowjetunion im Lichte des Hugenberg-Memorandums und der internationalen Lage. Schlussfolgerungen: ein Krieg gegen die Sowjetunion ist in die langfristigen Planungen Deutschlands eingeschlossen und die gegenwärtige Lage stellt nur eine zeitweilige Atempause dar, die in wirtschaftlicher Hinsicht genutzt werden müsste, um von Deutschland Kredite, Ausrüstungen usw. zu erhalten. 482
- 131. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 28. Juni 1933**
Fühlbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen Roter Armee und Reichswehr und die Notwendigkeit, eine Entscheidung über die weitere Ausgestaltung dieser Beziehungen zu treffen. 484
- 132. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 30. Juni 1933**
Übergabe einer Antwortnote im Zusammenhang mit dem Hugenberg-Memorandum, das von der sowjetischen Regierung fehlinterpretiert werde, was nicht ohne Auswirkung auf die Haltung der sowjetischen Presse gegenüber Deutschland geblieben sei. 485
- 133. Aufzeichnung des Reichswirtschaftsministers Schmitt, [1. Juli 1933]**
Einschätzung der Zahlungsfähigkeit der UdSSR im Jahr 1933, die ihren Verpflichtungen gegenüber deutschen Gläubigern nachgekommen sei. Darstellung der Bedeutung des Außenhandels mit der UdSSR für Deutschland in den Jahren 1925 bis 1933. 487
- 134. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 2. Juli 1933**
Von Dirksen wird informiert über die in London getroffenen Konventionen der UdSSR mit ihren Nachbarstaaten über die Definition einer Aggression und über die bevorstehende Unterzeichnung einer zweiten, gleichartigen Konvention, an der außer der UdSSR und der Türkei die Staaten der Kleinen Entente teilnehmen. Krestinskij erhebt Protest gegen die in Berlin geplanten Aktionen zur Unterstützung der angeblich hungernden Russlanddeutschen in der UdSSR. 489
- 135. Aufzeichnung der Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 3. Juli 1933**
Zwei Unterredungen am 30. 6. und 3. 7. 1933 bezüglich der deutschen Antwortnote zu dem Hugenberg-Memorandum, die von Neurath am 30. 6. 1933 Chinčuk übergab. Sowjetische Proteste im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Organisation Rond und der Kampagne zur Unterstützung der Russlanddeutschen in der UdSSR, die Chinčuk als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion betrachtet. 493

136. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey, 3. Juli 1933	
Anhand sowjetischer Propaganda-Materialien wird vorgeschlagen zu entscheiden, ob das Hakenkreuz als solches zu den deutschen Hoheitszeichen gehöre.	498
137. Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow, 3. Juli 1933	
Von Dirksen schlägt vor, dass gegenüber Chinčuk wegen der deutschfeindlichen Haltung der sowjetischen Presse ernste Vorhaltungen gemacht werden.	499
138. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 4. Juli 1933	
Erläuterung der sowjetischen Position in den laufenden gegenseitigen Propagandakampagnen bezüglich der Lage der hungernden Russlanddeutschen in der UdSSR.	500
139. Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, 4. Juli 1933	
Auf eine Bitte des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes hin beteiligt sich Hitler mit 1000 Reichsmark an der Sammlung für „Brüder in Not“.	501
140. Schreiben des Reichswehrministers von Blomberg an Reichskanzler Hitler und den Ministerpräsidenten Preußens Göring, 5. Juli 1933	
Von Blomberg erörtert die potenziellen Gefahren für die Reichswehr, die mit der Tätigkeit der Organisation Rond verbunden seien, und hält es für notwendig, diese Vereinigung durch die Regierung zu verbieten und aufzulösen.	502
141. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 5. Juli 1933	
Krestinskij beschreibt die sich entwickelnde Kampagne in Deutschland unter der Losung der Hilfe für die in der UdSSR hungernden Russlanddeutschen und schlägt Gegenmaßnahmen in der sowjetischen Presse vor.	503
142. Bericht des Generalkonsuls in Char'kov Walther an das AA, [Anfang Juli 1933]	
Überblick über die seit dem Machtantritt Hitlers im Bezirk Char'kov gegen Deutschland gerichtete Propaganda, vor allem in der Presse.	505
143. Schreiben des Staatssekretärs im Reichsluftfahrtministerium Milch an den Botschafter in Moskau von Dirksen, 6. Juli 1933	
Von Dirksen soll in Moskau in Erfahrung bringen, ob die Ernennung eines Luftfahrtattachés genehmigt werden würde.	507
144. Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses Schauke, 6. Juli 1933	
Besprechung mit Vejcer am 5. 7. 1933 über die sowjetischen Bestellungen für 1933, die zum großen Teil die deutsche Eisen- und Stahlindustrie betreffen, und über sowjetische Vorbedingungen für eine umfangreichere Bestelltätigkeit in Deutschland.	508
145. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 7. Juli 1933	
Rückzug der deutschen Behörden bei der Kampagne zur Unterstützung der hungernden Russlanddeutschen in der UdSSR und Erörterung der Hintergründe eines solchen Vorgehens.	511

- 146. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 7. Juli 1933**
Beschreibung der innenpolitischen Lage Deutschlands, wobei Chinčuk die Probleme der Nationalsozialisten hervorhebt, und der außenpolitischen Ziele, die auf eine Zerstückelung der UdSSR hinausliefen. Chinčuk meint, dass die Sowjetunion auch in dieser Situation bei der Annäherung an andere Staaten nicht aktiv eine antideutsche Kampagne beginnen solle. 512
- 147. Aufzeichnung des Leiters der Abteilung für Handelspolitik der Handelsvertretung der UdSSR Levitin, 7. Juli 1933**
Besprechung deutscher und sowjetischer Vertreter im Reichswirtschaftsministerium am 7. 7. 1933 über die Ausfuhr sowjetischer Produkte nach Deutschland. . 517
- 148. Bericht des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 8. Juli 1933**
Zwei Treffen mit Vertretern der Reichswehr am 1. 7. und 3. 7. 1933 anlässlich der Verabschiedung sowjetischer Kommandeure, die nach einem halbjährigen Aufenthalt in Deutschland in die UdSSR abreisen. Bei dem Redenaustausch und in nachfolgenden Gesprächen wird von beiden Seiten die traditionelle Freundschaft beider Armeen betont. 519
- 149. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium von Reichenau, 8. Juli 1933**
Vinogradov gibt ausführlich Aussagen von Reichenaus zur Innen- und Außenpolitik Deutschlands wieder, wonach es Deutschland niemals zulassen werde, sich in ein antisowjetisches Abenteuer zu verwickeln, weil die Reichswehr die Lehren des Jahres 1914 sehr wohl verinnerlicht habe. 522
- 150. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 8. Juli 1933**
Überlegungen über die Rolle der antisowjetischen Konzeption in der nationalsozialistischen Ideologie und die Folgerungen, die nach dem Versuch gezogen wurden, diese Konzeption auf der Londoner Wirtschaftskonferenz in die Tat umzusetzen. 527
- 151. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 8. Juli 1933**
Chinčuk protestiert gegen die Fortführung der Spendensammlungen für die Russlanddeutschen in der UdSSR, die eine politische Demonstration darstellen. Er lenkt von Neuraths Aufmerksamkeit auch auf die Duldung der Tätigkeit von Rond durch die deutsche Regierung. 528
- 152. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 10. Juli 1933**
Von Dirksen teilt mit, dass das NKID Beschwerden wegen der Nichtbearbeitung der Noten der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin und wegen der Weigerung deutscher Rechtsanwälte, die Interessen sowjetischer Wirtschaftsorganisationen und der Handelsvertretung zu vertreten, erhebe. 530
- 153. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 11. Juli 1933**
Entstandene Probleme bei einigen sowjetischen Staatsfunktionären, Kuraufenthalte in Deutschland durchzuführen. Von Dirksen hält es aus politischen Grün-

den für erwünscht, entsprechende Schritte zu unternehmen, um diese Frage für Krestinskij positiv zu lösen. 531

154. Aufzeichnung aus dem Reichswirtschaftsministerium, 13. Juli 1933

Interministerielle Besprechung vom 10. 7. 1933 über die vorgetragenen Wünsche des Handelsvertreters der UdSSR, Vejcer, den Getreideexport nach Deutschland zu erhöhen, die Einlösung der Wechsel zu verschieben und die Sperrmarkbeträge zu erhöhen. 532

155. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 15. Juli 1933

Innenpolitische Kämpfe auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und deren Auswirkungen auf den deutsch-sowjetischen Handel. Nach Einschätzung Chinčuks hat der bisherige Zustand einer Passivität der Deutschen gegenüber sowjetischen Wirtschaftsangelegenheiten offenbar einer Haltung des aktiven Drucks Platz gemacht. Chinčuk schlägt vor, der Verpflichtung hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen nachzukommen, die die UdSSR bei Erhalt des 140 Millionen-Kredits moralisch verbindlich eingegangen sei. 537

156. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov an das NKID, 15. Juli 1933

Vinogradovs Analyse der nationalsozialistischen Außenpolitik. Er meint, dass man bei der Einschätzung der antisowjetischen Politik der Nationalsozialisten und ihres Zickzack-Kurses immer mit allerlei Überraschungen und Provokationen rechnen müsse. Es könne keineswegs ausgeschlossen werden, dass die Nationalsozialisten gegenüber der Sowjetunion irgendwann eine Provokation unternehmen würden. 540

157. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 17. Juli 1933

Entscheidung, Valuta-Überweisungen über die Firma „Fast und Brilliant“ bzw. Torgsin weiterhin zuzulassen, da ein Verbot für die Sowjetunion mit einer empfindlichen Valuta-Einbuße verbunden wäre. 547

158. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 17. Juli 1933

Von Dirksen berichtet, dass die Nachrichten über die Bildung und das öffentliche Auftreten russischer nationalsozialistischer Organisationen in Deutschland in den sowjetischen Partei- und Regierungskreisen eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen hätten. Er bittet um die Nachprüfung der Information über die angebliche Unterstützung der Organisation Rond von amtlicher deutscher Seite und um eine Orientierung über den Charakter der nationalsozialistischen Bewegung unter den russischen Emigranten. 548

159. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 18. Juli 1933

Analyse der deutsch-sowjetischen Beziehungen der letzten Monate, die durch eine tiefgehende Entfremdung zwischen beiden Staaten geprägt sei. Es müsse bei der sowjetischen Regierung die Überzeugung geweckt werden, dass Deutschland die Sowjetunion ernst nehme und dass die deutsche Politik nach wie vor die UdSSR als einen Faktor in ihrer Politik betrachte. Es dürfe dabei aber keines-

falls der Anschein erweckt werden, als ob Deutschland der Sowjetunion nach- laufe.	549
160. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré, 19. Juli 1933 Ausführliche Erläuterung zum sowjetischen Exportrückgang, der zu einer Be- drohung der normalen Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbezie- hungen führe. Vejcer weist unter Berücksichtigung der großen Verluste, die der UdSSR infolge der starken Kürzung der deutschen Einfuhr sowjetischer Export- artikel erwachsen, auf die Notwendigkeit hin, den Anteil der UdSSR an der deutschen Einfuhr von Getreide im angebrochenen Getreidewirtschaftsjahr be- deutend zu erhöhen.	553
161. Schreiben des Chefs der Heeresleitung im Reichswehrministerium Frei- herr von Hammerstein-Equord an das AA, 20. Juli 1933 Weigerung der Bevollmächtigten Vertretung, allen vom Reichswehrministerium gewünschten Personen, die bei der Auflösung der Militärstationen tätig sein sol- len, Visen zu erteilen, was es unmöglich mache, planmäßig zu dem vereinbarten Termin die Räumung der Militärstationen durchzuführen.	557
162. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 21. Juli 1933 Vorstellung des AA wegen der Visaverweigerung für Angehörige der Reichs- wehr.	558
163. Mitteilung des Chefs der Heeresleitung im Reichswehrministerium Frei- herr von Hammerstein-Equord an den Volkskommissar für Heeres- und Mari- neangelegenheiten Vorošilov, 22. Juli 1933 Schriftliche Benachrichtigung über den Beschluss des Chefs der Heeresleitung, im Herbst 1933 die Jagdfliegerausbildung in Lipeck aus finanziellen Gründen einzustellen. Ausdruck des Wunsches des Reichsheeres, trotz der Aufgabe der Ausbildungstätigkeit in Lipeck alle Mittel und Wege auszunutzen, um die jahre- lang bewährte und für beide Armeen nutzbringende Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Flugwesens unverändert fortzuführen.	558
164. Schreiben des Legationsrats im AA Röhrecke an die Reichskanzlei, 24. Juli 1933 Es wird gebeten, dass Hitler wegen der Beunruhigung der sowjetischen Regie- rung über die Tätigkeit russischer Emigranten-Organisationen in Deutschland von einem Dankeschreiben für eine Grußadresse des jungrussischen Bundes in Bulgarien absehe.	560
165. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 25. Juli 1933 Meinungsaustausch über verschiedene europäische Paktverhandlungen im All- gemeinen und die Atmosphäre in den deutsch-sowjetischen Beziehungen im Besonderen. Dabei habe Krestinskij der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass nach einigen Schwankungen, die vielleicht einige Monate dauern könnten, das deutsch-sowjetische Verhältnis sich in alter Intensität wieder herstellen lassen könne.	561

166. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 27. Juli 1933

Meinungsaustausch über den Stand der beiderseitigen Beziehungen der letzten Monate. Die deutsche Regierung sei von Twardowski zufolge der Meinung, dass sie bereits genügend dafür getan habe, das Misstrauen auf sowjetischer Seite zu zerstreuen, und es sei deshalb unangebracht, Moskau weiterhin mit Bitten zu bestürmen, zu den früheren Beziehungen zurückzukehren. Beschwerden über sowjetische Zeitungsartikel zur deutschen Aufrüstung.

563

167. Aufzeichnung der Unterredung des Ministerialdirektors im AA Ritter mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov, 28. Juli 1933

Auseinandersetzung über die Deutung des Protokolls zum Abkommen vom 2. 5. 1932 und die politisch motivierte ablehnende deutsche Haltung zur Einfuhr von Weizen aus der UdSSR. Ritter betont, wenn die unerfreuliche Haltung Moskaus gegenüber Deutschland sich ändere, dann wäre es vorstellbar, über weitere Möglichkeiten auf dem Gebiete der Getreide-Einfuhr zu sprechen.

566

168. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 1. August 1933

Offizielle Benachrichtigung über die Ernennung von Dirksens zum Botschafter in Tokio und Agrément für den neuen Botschafter Nadolny. Bitte um Empfang bei Molotov. Beschwerden bezüglich eines Zeitungsartikels über die dort angeführten Zahlen der deutschen Armee.

568

169. Schreiben des Vizekanzlers von Papen an Reichskanzler Hitler, 1. August 1933

Papen schlägt vor, Hitler solle sich an die Spitze eines großen, die gesamten zivilisierten Staaten umfassenden Hilfswerks für die hungernde Bevölkerung Russlands stellen und an alle Regierungen einen Aufruf erlassen, diesem Hilfswerk beizutreten, was eine gewaltige moralische Stärkung der Position Deutschlands bedeuten würde.

571

170. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Leiter der Politabteilung der MTS in Akkarža Poljanskij, 2. August 1933

Anweisung, dass die Geldüberweisungen aus Deutschland nach entsprechenden Beschlüssen auf Kolchosversammlungen an die MOPR weitergegeben werden sollen.

572

171. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. August 1933

Krestinskij bittet um die Zusage für das Agrément für Nadolny und charakterisiert ausführlich den designierten Botschafter.

573

172. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 4. August 1933

Meinungsaustausch über den gegenwärtigen Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Dirksen sagt, dass in Deutschland der Eindruck einer vollkommenen politischen Abkehr der Sowjetunion von der früheren Politik gegenüber Deutschland vorherrsche. Molotovs Meinung nach hingen die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland von der Politik ab, die Deutschland in Zukunft führen werde.

575

173. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 4. August 1933

Krestinskij informiert über laufende Fragen (Gespräch Molotov mit von Dirksen, angebliches Goebbels-Interview, Unterredung Bessonovs mit Milch u. a.). Er zieht aufgrund der vorliegenden Aufzeichnungen die Schlussfolgerung, dass sich das AA Schritt für Schritt von den die UdSSR interessierenden Fragen zurückziehe und die sowjetischen Diplomaten dazu nötige, mit den deutschen Polizeibehörden direkt zu verhandeln. 580

174. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 7. August 1933

Von Dirksen berichtet über ein privates Gespräch von Twardowskis mit Štern, in dem dieser von den Hintergründen der sowjetischen Entscheidung über den Abbruch der militärischen Zusammenarbeit berichtet habe. Etwa Mitte Mai sei die sowjetische Regierung in den Besitz authentischer Informationen darüber gelangt, dass Vizekanzler von Papen dem französischen Botschafter in Rom de Jouvenel bis ins letzte Detail die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit mitgeteilt habe. Von Dirksen schlägt vor, durch Befragen von Papens eine Aufklärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. 582

175. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), [7. August 1933]

Angeichts des antisowjetischen Verhaltens des Konzessionärs sei es politisch unumgänglich, die Liquidierung der Konzession Drusag unverzüglich vorzunehmen. 584

176. Schreiben des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, 9. August 1933

Sowjetischer Truppenschauplan für deutsche Offiziere und Absage des Reichswehrministeriums, diese Offiziere in die UdSSR abzukommandieren. 585

177. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen und Botschaftsrat von Twardowski, 10. August 1933

Meinungsaustausch über den Stand der beiderseitigen Beziehungen im Allgemeinen und eventuelle Schritte zu ihrer Verbesserung sowie Erörterung laufender Fragen (Weggang von Dirksens, Teilnahme der UdSSR an der Ostmesse in Königsberg, Austausch von Verhafteten). 586

178. Schreiben des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, 11. August 1933

Über den Besuch des Chefs der Kraftfahrtruppen der Reichswehr General Lutz in Moskau. 591

179. Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA, 14. August 1933

Allgemeine Betrachtung der deutsch-sowjetischen Beziehungen mit der Empfehlung, von deutscher Seite eine Initiative zu einer Bereinigung der Atmosphäre zu ergreifen und die Sowjetregierung zu einer grundlegenden Aussprache zu veranlassen sowie konkrete Vorschläge dazu. 592

180. Aufzeichnung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath, 14. August 1933

Zurückweisung aller Beschuldigungen durch von Papen, dass er französischen Vertretern Einzelheiten der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit mitgeteilt habe.

596

181. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 15. August 1933

Krestinskij stellt von Dirksen vor die Alternative: unverzügliche Liquidierung der Drusag oder Ernennung von sowjetischen Kommissaren, die eine Säuberung unter den Angestellten und Arbeitern durchführen, künftig die Leitung des Personalbestandes der Konzession in ihre Hände nehmen sowie die kommerzielle Tätigkeit der Konzession kontrollieren würden.

597

182. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey, 15. August 1933

Von Dirksen beschreibt die entstandene Situation um die Drusag und plädiert für eine freiwillige Liquidation der Konzession.

601

183. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 17. August 1933

Mitteilung von Dirksens, dass von Papen alle sowjetischen Vorwürfe wegen der Weitergabe von Informationen über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit an französische Vertreter zurückweise.

603

184. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow, 17. August 1933

Scharfer Protest gegen Zeitungsartikel, in denen Verleumdungen gegen Litvinov erhoben werden.

604

185. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow, 17. August 1933

Gespräch mit Enukidze auf dessen Datscha, bei dem sich dieser sehr positiv über die sowjetische Politik gegenüber Deutschland geäußert habe. Seiner Meinung nach wolle die Sowjetregierung ihre Politik gegenüber Deutschland nicht ändern und sie in der bisherigen Weise fortführen; das sei die Ansicht Stalins. . .

606

186. Aufzeichnung des AA, 21. August 1933

Darstellung der Grundlinien sowjetischer Außenpolitik. Man müsse davon ausgehen, dass für die Beurteilung der sowjetischen Politik als wesentliche Faktoren die ernste wirtschaftliche Lage im Innern, die Sorgen vor einer Komplikation im Fernen Osten, das Bedürfnis erhöhter Sicherung gegen jede erdenkliche Bedrohung im Westen und der Wunsch, die Position der UdSSR im europäischen Konzert zu heben, wichtig seien. Der vermutlich von Meyer ursprünglich konzipierte Brief an von Dirksen vermittelt auch einen allgemeinen Eindruck über die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion, deren Erhalt einerseits als wesentlicher Faktor deutscher Außenpolitik gewünscht werde. Andererseits solle vermieden werden, bei der sowjetischen Regierung den Glauben aufkommen zu lassen, als ob Deutschland die Sowjetunion unbedingt brauche.

608

187. Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 21. August 1933

Zahlreiche Beschwerden der örtlichen Behörden bezüglich der Drusag. Von Twardowski befürchtet, dass trotz der Anstrengung des NKID, die inneren Behörden vor weitergehenden Maßnahmen zurückzuhalten, Kommissare mit scharfen Instruktionen auf der Drusag eingesetzt werden, falls Deutschland keinen Liquidationsantrag stellt. 613

188. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 24. August 1933

Vorstellung gegen die Aufforderung verschiedener Zoll-Behörden an leitende Mitarbeiter sowjetischer Firmen in Deutschland, die Staatsangehörige der UdSSR sind, eine Erklärung über ihre arische Abstammung abzugeben. 615

189. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 26. August 1933

Krestinskij berichtet über deutsche Sondierungsgespräche wegen der Freilassung und Ausweisung einer in der UdSSR verhafteten ehemaligen deutschen Staatsbürgerin und ihren eventuellen Austausch für einen in Deutschland verhafteten kommunistischen Funktionär oder einen Schriftsteller und erbittet Anweisungen. 616

190. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow, 28. August 1933

Protest gegen Artikel, in denen neue Verleumdungen gegen Litvinov erhoben werden, und Bitte an von Bülow, Maßnahmen zu treffen, um dieser Hetze ein Ende zu bereiten. 617

191. Bericht des Gehilfen des Militärattachés in Moskau Krebs an das AA und das Reichswehrministerium, 29. August 1933

Einzelheiten des Aufenthalts von Generalleutnant Lutz in Moskau (Besuch des Automobilwerkes, Empfang beim Chef des Stabes der RKKA, Essen bei von Twardowski, Empfang in dem Repräsentationshaus der Roten Armee u.a.). Krebs stellt in den Schlussfolgerungen seines Berichts fest, dass die höchsten Führer der Roten Armee an den freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland und für die deutsche Armee festhalten würden. 618

192. Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 29. August 1933

Štern beschwert sich, dass seine vertrauliche Mitteilung an von Twardowski bezüglich der Papen-Angelegenheit von Meyer als Demarche der sowjetischen Seite ausgegeben wurde. 621

193. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 31. August 1933

Stellungnahme zu den Beschwerden Šterns (vgl. Dok. 192), die von Twardowski weitergegeben hatte. Von Tippelskirch kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Vorwürfe, die Štern erhebe, am Kern der Sache vorbeigingen. Die Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Meyer und dem Sowjetgeschäftsträger Bessonov vom 17. 8. 1933 enthalte kein Wort über den betreffenden Gegenstand. Somit könne nicht behauptet werden, dass eine Demarche in der angeblichen Papen-Angelegenheit stattgefunden habe. 622

194. Schreiben des Vortragenden Legationsrats im AA Michelsen an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 4. September 1933

Michelsen informiert über ein Gespräch mit Bessonov, in dem die Beschwerden Šterns besprochen wurden. Bessonov stimmte völlig zu, dass es sich bei dem Gespräch zwischen ihm und Meyer um einen zwanglosen Austausch von Ansichten gehandelt habe, wie er im diplomatischen Verkehr üblich und unentbehrlich sei. Daher könne von einer Demarche Meyers, als Antwort auf eine Demarche Šterns, gar nicht die Rede sein.

624

195. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 4. September 1933

Litvinov bittet um den Beschluss, der Ernennung eines Gehilfen des deutschen Militärattachés für Marineangelegenheiten zuzustimmen.

625

196. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 5. September 1933

Gemeinsame deutsch-sowjetische Aktenpublikation „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“, für deren Fortführung Hoetzsch und Mehnert in Moskau Gespräche führten und ein entsprechendes Abkommen abschlossen.

626

197. Aufzeichnung der Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow, 8. September 1933

Gespräch mit von Bülow am 28. 8. 1933 über die fortgesetzten Verleumdungen Litvinovs in den deutschen Zeitungen, den Zwischenfall mit einem Angestellten der sowjetischen Handelsvertretung und die antisowjetischen Kampagnen in der deutschen Presse. Gespräch Vejcers und Bessonovs mit von Bülow am 8. 9. 1933. Beschwerden über den starken Rückgang des sowjetischen Exports nach Deutschland. Es wurde auch die Frage über die verschiedenen Formen der Diskriminierung von sowjetischen Staatsbürgern im Zusammenhang mit ihrer nationalen Zugehörigkeit angeschnitten.

627

198. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 8. September 1933

Über ein von dem amerikanischen Journalisten Flick-Steger herbeigeführtes Treffen, bei dem Rosenberg seine außenpolitischen Absichten, die ihm in der UdSSR zugeschrieben werden, dementiert. Rosenberg behauptet, dass er keine Interventionsabsichten in Bezug auf die UdSSR und insbesondere gegenüber der Ukraine gehegt habe. Er sei lediglich davon ausgegangen, dass die zentrifugalen Kräfte, die in der UdSSR in dem Bestreben einzelner Völkerschaften zur Selbstbestimmung wirkten, früher oder später zur Abtrennung der Ukraine führen würden.

633

199. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Legationsrat im AA von Tippelskirch, 12. September 1933

Beschwerden wegen der Zwischenfälle mit sowjetischen Staatsbürgern und die dadurch bedingte Beeinträchtigung der Wirtschaftsbeziehungen.

638

200. Schreiben des Legationsrats im AA von Tippelskirch an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 12. September 1933

Äußerungen von Vejcer im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Russland-Ausschusses Reyß über die Zahlungsfähigkeit der Sowjetunion und ihre praktische

Verwirklichung sowie über die Dollarklausel eines Teils der deutschen Russenwechsel.	640
201. Aufzeichnung der Unterredungen des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationsrat im AA von Tippelskirch und dem Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Mehnert, 12. September 1933	
Besprechung laufender Fragen mit von Tippelskirch am 8. 9. 1933 und Unterhaltung mit Mehnert über die Wissenschafts- und Kulturkontakte am 9. 9. 1933. . .	641
202. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer und des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow, [12. September 1933]	
Zusammenfassung der wesentlichen Probleme der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen (Rückgang der deutschen Einfuhr aus der UdSSR, Zahlungsbilanz zwischen Deutschland und der UdSSR, Sperrmark-Kontingent) und Aufzählung der Vorschläge der Handelsvertretung, die den zuständigen deutschen Behörden betreffs konkreter Maßnahmen für die Lösung der genannten Probleme unterbreitet wurden.	643
203. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 13. September 1933	
Meyer schlägt vor, Krestinskij bei einer möglichen Durchreise durch Berlin betont freundschaftlich aufzunehmen und durch eine offene Aussprache über die deutsch-sowjetischen Beziehungen die Atmosphäre zu entspannen. Es wäre auch wünschenswert, wenn von Neurath, oder im Fall seiner Abwesenheit Hitler, Krestinskij empfangen könne.	646
204. Beschlussentwurf des Politbüros des ZK der VKP (B), [nicht später als 13. September 1933]	
Richtlinien für die sowjetische Presse im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess.	647
205. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 14. September 1933	
Stellungnahme Šterns zum Treffen Vinogradovs mit Rosenberg und Schickedanz, das als politisch schädlich bezeichnet wird.	648
206. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 16. September 1933	
Bitte von Twardowskis, die Rede von Neuraths vor Vertretern der ausländischen Presse am 15. 9. 1933 in der sowjetischen Presse nicht feindselig zu kommentieren.	650
207. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 17. September 1933	
Stellungnahme Litvinovs zum Treffen Vinogradovs mit Rosenberg und seine Empfehlung, bei Begegnungen Vinogradovs mit Nationalsozialisten deren Infor-	

mationen über die inneren Kämpfe anzuhören, aber sich eigener Bemerkungen zu diesen Themen zu enthalten. 651

208. Notiz für den Staatssekretär im AA von Bülow, 19. September 1933

Mitteilung, dass Hitler gegen die Zulassung von sowjetischen Journalisten zum Reichstagsbrandprozess sei. 653

209. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 19. September 1933

Aufzeichnungen von Unterredungen mit Litvinov am 14. 9. 1933 und mit Štern am 19. 9. 1933, in denen beide Gesprächspartner gegen die Überfälle auf sowjetische Staatsbürger und gegen eine antisowjetische Kampagne in der deutschen Presse protestieren. 653

210. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA, 19. September 1933

Über die Beendigung der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit in der bisherigen Form bei gleichzeitiger Entwicklung der französisch-sowjetischen Beziehungen (Reisen Herriots und Cots in die UdSSR). Einschätzung der Stimmungen unter den sowjetischen Militärs gegenüber Deutschland, die mit besonderer Befriedigung den guten Willen empfunden hätten, mit dem von deutscher Seite die Liquidation der militärischen Stationen durchgeführt worden sei. Hartmann schlägt vor, dass – wenigstens innerhalb des Ressorts der Wehrmacht – Erwägungen darüber angestellt werden, in welcher Weise die Aktivierung und Neugestaltung der militärischen Beziehungen mit der Sowjetunion deutscherseits gefördert werden könnten. 656

211. Geheimdienstliche Information des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Worosilov, 20. September 1933

Über die Stellungnahme Hartmanns zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die er bei einem Vortrag vor von Blomberg abgegeben haben soll. Hartmann zeichne nicht so ein düsteres Bild von den Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR, wie man es sich im Reichswehrministerium und im AA vorgestellt habe. 661

212. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 21. September 1933

Übergabe des Protestes gegen die Nichtzulassung sowjetischer Journalisten zum Reichstagsbrandprozess. Im Gespräch erklärt Meyer, dass die Entscheidung über die Nichtzulassung von einem Gericht getroffen worden sei. Bessonov erwidert darauf, dass es das Reichspropagandaministerium gewesen sei, das der Bevollmächtigten Vertretung einen offiziellen Vorschlag zugeschickt habe, eine Liste der sowjetischen Pressevertreter zum Prozess einzureichen. 663

213. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 22. September 1933

Bitte um Meinungsäußerung zu dem Vorschlag Litvinovs, wie auf die Nichtzulassung sowjetischer Journalisten zum Reichstagsbrandprozess reagiert werden soll. 665

214. Schreiben des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam an das Reichswirtschaftsministerium und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 25. September 1933

Stellungnahme des AA zu dem Pro memoria von Vejcer und Bessonov vom 12. 9. 1933 (vgl. Dok. 202): Eine Erweiterung der Getreideeinfuhr aus der Sowjetunion liege im Bereich des Möglichen, ebenso eine weitere Freigabe von Sperr- und Registermark. Es gebe aber keine Möglichkeit, durch weitere konkrete Maßnahmen den Absatz sowjetischer Naphtaprodukte zu steigern. Ebenso sei eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Einfuhr von Ölkuchen, Butter, Pflanzenölen, Eiern und Fischen nicht durchführbar. 666

215. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 25. September 1933

Information über die Ablehnung einer Einladung sowjetischer Juristen zum Deutschen Juristentag in Leipzig als Folge der vorübergehenden Verhaftung sowjetischer Journalisten in Leipzig. 669

216. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 26. September 1933

Abschiedsessen für den Chef der Zentrale Moskau Schüttel. In den Tischreden wurde von sowjetischen Militärs u.a. betont, dass nach wie vor der Vertrag von Rapallo die Grundlage der freundschaftlichen deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen und auch des Friedens in Europa bilde. Nach dem Essen sehr offene und lange Unterredung mit dem Chef der Abteilung für auswärtige Verbindungen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Smagin über die Hintergründe des Abbruchs der beiderseitigen Militärbeziehungen und der sowjetischen Freundschaftsbekundungen gegenüber Frankreich. In den Schlussfolgerungen betont Hartmann die Wichtigkeit der militärpolitischen Freundschaft mit der Sowjetunion und die Notwendigkeit der Wiederannäherung mit der Roten Armee, ohne eine Initiative von sowjetischer Seite abzuwarten. 671

217. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 26. September 1933

TASS-Text über die Rückberufung sowjetischer Korrespondenten aus Deutschland und die Ausweisung deutscher Korrespondenten aus der UdSSR. 677

218. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 26. September 1933

Reaktion von Twardowskis auf die Ausweisung der deutschen Korrespondenten, die er als übertriebene Maßnahme einschätze. Litvinov begründet die Notwendigkeit der Ausweisung, da die deutsche Regierung auf die sowjetischen Proteste nicht reagiert habe. Seiner Meinung nach seien offenbar stärkere Mittel nötig, um der deutschen Regierung zu verdeutlichen, dass die Geduld der UdSSR Grenzen habe. 677

219. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 26. September 1933

Darstellung der Positionen beider Gesprächspartner über die Ereignisse, die unmittelbar zur Ausweisung der deutschen Journalisten aus der Sowjetunion geführt haben. Von Bülow meint, dass es unmöglich sei, während des Prozesses eine öffentlich sichtbare Entspannung herbeizuführen. Er bemühe sich darum, den Leipziger Fall und seine Hintergründe im Kabinett zur Sprache zu bringen oder, wenn das nicht möglich sein sollte, dem Herrn Reichskanzler vorzutragen.

Chinčuk übergibt eine Aufzeichnung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933, in der die Lage der sowjetischen Staatsbürger in Deutschland (Verhaftungen, Haussuchungen, Belästigungen), die Handelstätigkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen und politische Kampagnen behandelt werden. 680

220. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 26. September 1933
 Von Bülow legt in einer Ministerbesprechung die jüngste Entwicklung der deutsch-sowjetischen Spannung dar, wie sie in dem Abbruch der journalistischen Beziehungen ihren Ausdruck finde. Dabei betont er besonders, dass für sowjetische Bürger in Deutschland praktisch Rechtlosigkeit bestehe, dass sie in kaum einem Falle auf ihre Beschwerden Genugtuung erhalten hätten. Hitler hätte in diesem Zusammenhang gesagt, dass eine Wiederherstellung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses unmöglich sei, da die Neugestaltung in Deutschland jede Hoffnung der Sowjetunion auf Durchführung der Weltrevolution vernichtet habe. Er sei aber nicht dafür, die deutsch-sowjetischen Beziehungen deutscherseits abzubrechen oder der UdSSR Vorwände für diesen Abbruch zu geben. 682

221. Entwurf einer Note des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, [26. September 1933]
 Entwurf einer Antwortnote Litvinovs, der von Molotov redigiert wurde, auf den Protest von Twardowskis bezüglich der Ausweisung der deutschen Korrespondenten aus der UdSSR. 684

222. Rundschreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov und Leiters der Rechtsabteilung im NKID Sabanin an verschiedene Volkskommissariate und Behörden, 26. September 1933
 Anweisung, dass jeglicher Kontakt der Volkskommissariate zur Deutschen Botschaft, der über einen Informationscharakter hinausgehe, nur über das NKID zu erfolgen habe. 687

223. Aufzeichnung der Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Staatssekretär im AA von Bülow und mit dem Reichswirtschaftsminister Schmitt, 27. September 1933
 Information von Bülows über sein Gespräch mit Hitler am 26. 9. 1933 über die Probleme, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen belasten. Hitler sei der Meinung, dass sowohl die politischen als auch die geographischen Gegebenheiten eine vorbehaltlose Freundschaft zwischen der UdSSR und Deutschland böten, und dies müsse verwirklicht werden. Bezüglich der Situation um den Leipziger Prozess habe Hitler gesagt, dass die sowjetischen Journalisten deshalb nicht zugelassen worden seien, weil sie Vertreter der Parteipresse, nicht aber der sowjetischen Regierung seien. Auseinandersetzung von Bülows mit Chinčuk über Bedingungen Litvinovs für die Beilegung des Journalisten-Konflikts. 688

224. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 27. September 1933
 Beschlussentwurf über die Verlängerung der Ausweisungsfrist für die deutschen Korrespondenten um zwei Tage und Bedingungen, unter welchen der Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Baum in Moskau verbleiben könne. 691

225. Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 28. September 1933	
Mitteilung über die abgemilderte Haltung des NKID in dem Ausweisungsverfahren der deutschen Journalisten und unveränderte Forderung nach Gleichstellung der sowjetischen Journalisten in Deutschland und ihre Zulassung zum Leipziger Prozess als Voraussetzung für die Beilegung des Konflikts.	692
226. Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Adjutanten Röhms, Maier, 28. September 1933	
Im Auftrag Röhms unterbreitet Maier einen Vorschlag, zwecks Belebung der Kulturbeziehungen eine sowjetische Studentengruppe nach München einzuladen. .	693
227. Telegramm des Generalkonsuls z. D. im AA Crull an die Botschaft in Moskau, 29. September 1933	
Wortlaut der deutschen Antwortnote auf die sowjetischen Noten vom 22. 9. und 23. 9. 1933, in der betont werde, dass die Ausweisung der deutschen Pressevertreter aus der Sowjetunion auch aus pressepolitischen Gründen gänzlich unverständlich sei und für die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder eine schwere Belastung darstelle, für die aber die Regierung der UdSSR die alleinige Verantwortung trage.	695
228. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 29. September 1933	
Äußerungen von Stülpnagels über den Stand der deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen nach der Auflösung der Militärstationen. Die Beziehungen seien in letzter Zeit eher besser geworden, dennoch habe Reichsminister von Blomberg Zurückhaltung empfohlen.	697
229. Schreiben des Reichswehrministers von Blomberg an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, 29. September 1933	
Dankesbrief anlässlich der Hilfe bei der Auflösung der Militärstationen in der UdSSR.	698
230. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk und des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer mit Reichswirtschaftsminister Schmitt, 29. September 1933	
Ausführliche Darstellung der Schwierigkeiten, auf die der sowjetische Export nach Deutschland stoße (beträchtlicher Exportrückgang, unkorrekte Interpretation des Getreideabkommens vom 2. 5. 1932, Verwirrspiel um die Sperrmark). .	699
231. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer, 30. September 1933	
Bei der Zusammenfassung der Ergebnisse des Gesprächs stellt Bräutigam u.a. fest, dass die Sowjetregierung nach wie vor beabsichtige, ihre Zahlungen an Deutschland zu leisten, aber es erscheine nicht ausgeschlossen, dass die sowjetische Regierung einen neuen schwerwiegenden wirtschaftlichen Zwischenfall zum Anlass nehmen werde, den Transfer ihrer Schulden nach Deutschland zu unterbrechen. Dieser Gefahr könne deutscherseits dadurch vorgebeugt werden, dass die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion weiterhin eine pflegliche Behandlung erführen.	700

- 232. Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin und des Chefs des Sektors für Heeres- und Marineattachés im Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten Langovoj an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, [September 1933]**
Stellungnahme bezüglich der Ernennung eines Gehilfen des deutschen Militärattachés für Marineangelegenheiten in Moskau. Nach Meinung Berzins und Langovoj versuchen die Deutschen dadurch der übrigen Welt zu beweisen, dass in den deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen keine ernststen Veränderungen vor sich gegangen seien. 703
- 233. Bericht eines deutschen Gewährsmannes aus Moskau an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, [September 1933]**
Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen aus Sicht eines nationalsozialistisch gesinnten Nicht-Diplomaten und einige konkrete Vorschläge zu ihrer Verbesserung, da die offiziellen Beziehungen zurzeit so schlecht seien, dass nur eine Kriegserklärung sie noch verschlimmern könnte. 705
- 234. Schreiben des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey an die Botschaft in Moskau, 2. Oktober 1933**
Information über die Treffen von Bülow mit Chinčuk am 26. 9. und 27. 9. 1933 (vgl. Dok. 219, 223). 707
- 235. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [2. Oktober 1933]**
Kaganovič und Molotov sind der Ansicht, dass man auf die deutsche Note vom 29. 9. 1933 nicht mit einer Note des NKID antworten, sondern es bei der TASS-Mitteilung belassen sollte, und bitten um Genehmigung des Textes der TASS-Mitteilung. 710
- 236. Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Moskau [z.Zt. in Berlin] von Dirksen, 2. Oktober 1933**
Information über die vertraulichen Mitteilungen eines sowjetischen Diplomaten, der als Gewährsmann bezeichnet wird, über den gegenwärtigen Zustand der beiderseitigen Beziehungen und Meinungsaustausch über die Möglichkeiten ihrer Verbesserungen. 711
- 237. Brief des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Moskau [z.Zt. in Berlin] von Dirksen, 3. Oktober 1933**
Von Twardowski beschreibt die deutschfeindliche Stimmung in Moskau und ihre Auswirkung auf die Wirtschaftsbeziehungen, die Lage der deutschen Korrespondenten und die Angriffe in der Presse gegen Schiller. 712
- 238. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 4. Oktober 1933**
Scharfe Kritik Litvinovs an Chinčuk wegen ungenauer Weitergabe des in Moskau gefassten Beschlusses im Zusammenhang mit dem Journalistenkonflikt. Anweisung, im Journalistenkonflikt nichts zu unternehmen; falls die Deutschen in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen sollten, so müsse man auf die von der UdSSR gestellten Bedingungen bestehen. Krestinskij habe die Weisung bekommen, nach seiner Kur nicht über Berlin nach Moskau zurückzukehren. . . . 715

- 239. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 6. Oktober 1933**
Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die vom Journalistenkonflikt geprägt seien. 717
- 240. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Ministerialdirigenten im Preußischen Innenministerium Fischer, 6. Oktober 1933**
Fischer meint, dass der Journalistenkonflikt von Goebbels und seinem Ministerium inszeniert worden sei. Göring sei über diesen Konflikt betrübt und wolle sich in diese Angelegenheit einschalten. Dies könne er aber aus „psychologischen“ Gründen nicht tun, weil ihn der Moskauer Rundfunk in den Sendungen in deutscher Sprache zum Leipziger Prozess mit Schmähungen belege, so dass er sich über alle Maßen beleidigt fühle. 718
- 241. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Staatssekretär im AA von Bülow, 6. Oktober 1933**
Mitteilung von Bülows, dass einige deutsche Mitarbeiter der Handelsvertretung, denen illegale kommunistische Tätigkeit nachgewiesen worden sei, verhaftet wurden. Meinungsaustausch über den Journalistenkonflikt. Von Bülow denkt nicht, dass man während des Leipziger Prozesses die Wiederherstellung der normalen journalistischen Beziehungen erreichen könne. 720
- 242. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 7. Oktober 1933**
Anweisung über die weitere Haltung im Journalistenkonflikt und zur Sprachregelung bezüglich der Krestinskij-Rückreise nach Moskau. Litvinov betont, dass man auf keinen Fall irgendein Interesse an einer beschleunigten Beilegung des Journalistenkonfliktes zeigen, aber seine Vertiefung und Ausweitung vermeiden solle. 722
- 243. Materialien der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, [8. Oktober 1933]**
Information über die außenpolitische Lageeinschätzung durch von Blomberg, der eine Isolierung Deutschlands konstatiere, nachdrücklich gemäßigtes Verhalten auf der Abrüstungskonferenz empfehle und den großen Wert des Völkerbundes für Deutschland betone. Von Blomberg zufolge sei es ihm gelungen, den Reichskanzler davon zu überzeugen, dass die Position der UdSSR und ihre Haltung zu Deutschland von überragender und entscheidender Bedeutung für Deutschland seien. Information über den Inhalt der verschiedenen Berichte Hartmanns an das Reichswehrministerium in den Monaten April bis August 1933. 724
- 244. Schreiben des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 10. Oktober 1933**
Mitteilung über die Gründe der im September erfolgten Verhaftung von sechs deutschen Mitarbeitern der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin sowie über das Gespräch von Bülows mit Chinčuk über den Vorfall. 728
- 245. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 10. Oktober 1933**
Aufzeichnung der Unterredung mit Štern am 7. 10. 1933 über den Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Der Zeitpunkt, in Besprechungen mit der

Sowjetregierung über eine gründliche Bereinigung der beiderseitigen Beziehungen einzutreten, ist von Twardowski zufolge noch nicht gekommen.	729
246. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Vorsitzenden der VOKS Lerner, 13. Oktober 1933	
Antwort Chinčuks auf einen Brief von Lerner, in dem die kulturpolitische Arbeit in Deutschland, vor allem die Tätigkeit des Beauftragten von VOKS, Giršfel'd, kritisiert wurde.	733
247. Telegramm des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [13. Oktober 1933]	
Befürwortung einer Rückreise Krestinskijs nach Moskau über Berlin, um die Verschlechterung der Beziehungen der UdSSR zu Deutschland nicht zu unterstreichen.	736
248. Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov, 14. Oktober 1933	
Detaillierte Beschreibung über die Abwicklung der drei deutschen militärischen Stationen Tomka, Lipect und Kazan' und Aufzählung einer großen Anzahl unentgeltlich überlassener bzw. verkaufter Vermögenswerte, an denen die RKKA am meisten interessiert sei.	737
249. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das NKID, 14. Oktober 1933	
Aufzeichnung einer Unterredung mit Fischer, der mitteilte, dass Göring ihm die Weisung erteilt habe, in seinem Namen den Senatspräsidenten am Reichsgericht Leipzig Büniger aufzusuchen und von ihm die Erlaubnis für sowjetische Journalisten zu erwirken, am Reichstagsbrandprozess teilzunehmen.. . . .	740
250. Telegramm des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 16. Oktober 1933	
Meinungsäußerung, dass die Rückreise Krestinskijs über Berlin im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund nicht mehr aktuell sei	741
251. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin und des Vorsitzenden des CIK Kalinin an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 16. Oktober 1933	
Antworttelegramm (vgl. Dok. 250), in dem Stalin Bedenken bezüglich der Ablehnung des Zwischenstopps Krestinskijs in Berlin äußert.	741
252. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 16. Oktober 1933	
Litvinov bemüht sich den bei den Deutschen entstandenen Eindruck, dass Krestinskij absichtlich die Reiseroute nach Wien ausgewählt hätte, um einer Begegnung mit Hitler aus dem Wege zu gehen, zu beseitigen. Er widerlegt auch den im Gespräch von Twardowskis mit Stern gewonnenen Eindruck, dass die sowjetische Seite nicht beabsichtige, sich mit der Beilegung des Journalistenkonfliktes zu beeilen. Von Twardowski erläutert die Gründe für den Rückzug Deutschlands aus dem Völkerbund und von der Abrüstungskonferenz und bringt seine Unzu-	

friedenheit darüber zum Ausdruck, wie die sowjetische Presse diese Vorgänge behandle.	742
253. Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 16. Oktober 1933	
Aufzeichnung der Unterredung mit Litvinov (vgl. Dok. 252), die die Wahrnehmung der Ereignisse und die Argumentation der Gesprächspartner aus deutscher Sicht darstellt.	745
254. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 17. Oktober 1933	
Kritik an Chinčuk (und Štern) wegen der voreiligen Information an die Deutschen über Krestinskijs Reiseroute.	748
255. Schreiben des Sekretärs der Kommission zur Förderung der Wissenschaftler beim Rat der Volkskommissare Asmus an den Stellv. Kommissionsvorsitzenden zur Förderung der Wissenschaftler Bachutov, 17. Oktober 1933	
Aufzeichnung der Unterredung mit Štern am 15. 10. 1933 über den Stand der wissenschaftlichen Kontakte zwischen deutschen und sowjetischen Wissenschaftlern. Nach Meinung Šterns könne man über einen schnelleren Abbruch von Kontakten zu jeglichen deutschen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften nachdenken und die Verbindungen ausschließlich auf die Naturwissenschaften beschränken.	749
256. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 18. Oktober 1933	
Stellungnahme, wie aus deutscher Sicht bei der veränderten Haltung Litvinovs die Gespräche zur Verbesserung der Beziehungen weitergeführt werden können.	750
257. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov an Reichswehrminister von Blomberg, [20. Oktober 1933]	
Antwortbrief auf den Brief von Blombergs vom 29. 9. 1933 (vgl. Dok. 229) mit dem Ausdruck der Dankbarkeit für die große Arbeit, die hinsichtlich der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Armeen geleistet worden sei.	751
258. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Oktober 1933	
Telegramm von Chinčuk, wonach auf Beschluss Hitlers Bepalov und Kajt zum Reichstagsbrandprozess zugelassen werden. Entwurf eines Antworttelegramms an Chinčuk, um dessen Genehmigung Stalin gebeten wird, mit dem Hinweis auf die Bedingungen, unter welchen die Rückkehr der deutschen Korrespondenten in die UdSSR gestattet würde.	752
259. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 22. Oktober 1933	
Zurückweisung der Erklärungen Chinčuks bezüglich der Informierung des AA über die Krestinskij-Rückreise und Anweisung, wie bei der bevorstehenden Reise Litvinovs in die USA mit einem möglichen Zwischenaufenthalt in Berlin umgegangen werden soll.	753

260. Entwurf eines Telegramms des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 22. Oktober 1933	
Anweisungen an Litvinov, die sein Verhalten bei der Reise nach den USA in Berlin (und Paris) regeln soll. Nach Meinung Kaganovičs und Molotovs wäre es zweckdienlich, dass Litvinov in Berlin Station mache und eine Unterredung mit von Neurath oder auch mit Hitler nicht ausschlage.	755
261. Aufzeichnung des Telefongesprächs des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Ministerialdirigenten im Preußischen Innenministerium Fischer, 22. Oktober 1933	
Fischer informiert von Neurath über seine Verhandlungen mit Chinčuk wegen der Beilegung des Journalistenkonflikts und über die Zustimmung Hitlers und Görings, sowjetische Journalisten zum Reichstagsbrandprozess zuzulassen. Von Neurath, der sein Erstaunen über dieses Vorgehen der Staatspolizei äußert, betont, dass die Erledigung eines politischen Zwischenfalls mit allen seinen Konsequenzen auf diplomatischem Wege beigelegt werden müsse.	756
262. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 23. Oktober 1933	
Vorschläge zur deutschen Verhandlungstaktik bzw. zu den Forderungen bei der Lösung der Journalistenkonflikt.	757
263. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 25. Oktober 1933	
Deutscher Kommuniké-Entwurf zur Beilegung des Journalistenkonfliktes und Besprechung zwischen Vinogradov und Meyer darüber; Ablehnung des sowjetischen Kommuniké-Entwurfs durch Meyer.	758
264. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, [nicht vor dem 26. Oktober 1933]	
Stellungnahme von Neuraths zu dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, der seine Rolle nicht erfüllt habe. Bezüglich des Journalistenkonflikts spricht er sein Bedauern aus, dass er zu dieser Zeit von Berlin abwesend gewesen sei, weil er diesen Konflikt nicht zugelassen hätte. Chinčuk äußert daran Zweifel. Es wird vereinbart, dass das Kommuniké über die Beilegung des Journalistenkonfliktes im Ergebnis der Unterredung Chinčuks mit von Neurath vom AA ausgehen müsse.	760
265. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters Chinčuk mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 27. Oktober 1933	
Auseinandersetzung über den Inhalt des Kommunikés und einige Bedingungen zur Beilegung des Journalistenkonfliktes.	762
266. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 27. Oktober 1933	
Besprechung über die Frage der Zulassung von Korrespondenten der Zeitungen „Der Angriff“ und „Völkischer Beobachter“ in Moskau, die durch von Neurath als vorbehaltlose Bedingung der Beilegung des Journalistenkonfliktes betrachtet werde.	764

267. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 27. Oktober 1933

Krestinskij stellt die Forderungen einiger deutschen Firmen, die in der Weltwirtschaftskrise vereinbarte Wechselzahlung in Dollar jetzt nach Abwertung des Dollars in Deutscher Mark durch Anrufung von Schiedsgerichten durchsetzen wollen, infrage. Er betont, dass die Ansprüche der deutschen Firmen absolut ungerechtfertigt seien und dass sowjetische Behörden auf keinen Fall ihr Einverständnis für eine Untersuchung bezüglich einer Revalorisation durch ein Schieds- oder einen anderes Gericht geben werden. 766

268. Bericht des Stellv. Vorsitzenden des Gosplan Trojanovskij und des amtierenden Sektorleiters für Außenhandel des Gosplan Sovalov an den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rudzutak, 28. Oktober 1933

Bericht über den Handel der Sowjetunion mit Deutschland, der eine wachsende Abhängigkeit von Importen aus Deutschland bei gleichzeitiger Abnahme der Exporte nach Deutschland konstatiert und für eine Verbesserung der sowjetischen Handelsbilanz mit Deutschland und eine Verlagerung des Handels in andere Staaten plädiert. 769

269. Aufzeichnung der Unterredungen des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem amerikanischen Journalisten Wiegand, 28. Oktober 1933

Litvinov drückt seine Verwunderung bezüglich der mit der Veröffentlichung des Kommuniqués über die Beilegung des Journalistenkonfliktes verknüpften Forderung aus, in Moskau Vertreter des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“ zuzulassen, die früher vor den sowjetischen Behörden überhaupt nicht gestellt worden sei. Auf Litvinovs Hinweis, dass Beilegung des Konfliktes keinerlei Garantie gegen eine künftige Wiederholung solcher Zwischenfälle biete und dass eine öffentliche Entschuldigung notwendig wäre, erklärt von Neurath erregt, dass die Sowjetunion von der deutschen Regierung keine derartigen öffentlichen Manifestationen erwarten könne. 773

270. Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an das NKID, 29. Oktober 1933

Empfehlung der Annahme des ausgearbeiteten Kommuniqué-Textes, ohne auf zusätzliche Forderungen nach einer neuen Entschuldigung für die Verhaftung der sowjetischen Journalisten und noch dazu auf die Bestrafung der Schuldigen zu bestehen. 776

271. Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichswehrminister von Blomberg, 30. Oktober 1933

Von Dirksen äußert große Bedenken bezüglich der Information über die angebliche Preisgabe aller Einzelheiten der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit durch die UdSSR an französische Militärbehörden, die auf Umwegen in deutsche Hände gekommen sei. 778

272. Gesprächsvorlage des AA für Reichskanzler Hitler, [Oktober 1933]

Begründung der Notwendigkeit des Empfanges von Krestinskij durch Hitler und einige Bemerkungen, die für die Führung des Gesprächs als Richtlinie dienen könnten (Journalistenkonflikt, Zustand der deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen und die Rolle der Wirtschaft bei ihrer Bereinigung) sowie Entwurf des Textes für eine Veröffentlichung durch WTB. 779

273. Aufzeichnung der Unterredungen des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen, 1. November 1933

Meinungsaustausch bei dem Treffen am 28. 10. 1933 über die verschiedenen Möglichkeiten für die Erörterung der angehäuften Probleme in den beiderseitigen Beziehungen. Vertrauliche Information von Dirksens (beim Abschiedsbesuch am 1. 11. 1933) über Berliner Atmosphäre in Bezug auf die UdSSR. Von Dirksen wiederholt, dass die deutsche Regierung ihn bevollmächtigt habe, offiziell ihren Wunsch zu erklären, durch Verhandlungen zwischen verantwortlichen Regierungsvertretern alle Konfliktfragen zu regeln.

782

274. Schreiben des Stellv. Vorsitzenden der OGPU Prokof'ev an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 3. November 1933

Bericht über die Ermittlungsergebnisse zu einer deutschen Diversions- und Aufstandsorganisation, die unter dem Deckmantel der Firma Controll-Co. tätig gewesen sein soll.

786

275. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 6. November 1933

Auszugweise Aufzeichnung über die Unterredung mit Tuchačevskij am 31. 10. 1933 über den Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Hintergründe der Einstellung der militärischen Kontakte. Tuchačevskij verneine kategorisch die Preisgabe von Material über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit an die Franzosen und unterstreiche mehrfach, dass trotz der bedauerlichen politischen Entwicklung die Gefühle der Roten Armee gegenüber der Reichswehr und dem deutschen Volke die alten geblieben seien und dass man nie vergessen werde, dass die Reichswehr die Rote Armee bei ihrem Aufbau entscheidend unterstützt habe.

788

276. Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 8. November 1933

Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Liquidation der Drusag, die aufgrund der Forderungen Dittloffs nach Auszahlung der vereinbarten Summe im Falle eines vorzeitigen Rückkaufs der Konzession in Reichsmark statt in Dollar entstanden sind. Scharfe Reaktion von Twardowskis auf die Drohungen Šterns, bei dem Scheitern der Verhandlungen einen Kommissar bei der Drusag einzusetzen.

791

277. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 8. November 1933

Chinčuk legt in Einzelheiten Vorgeschichte und gegenwärtigen Zustand des Dollar-Konflikts dar. Dabei betont er, dass das Eingreifen von Schiedsgerichten oder eines deutschen Gerichts in Fragen, die von internationaler Relevanz seien, von der sowjetischen Seite auf keinen Fall anerkannt werden könnte und dies geeignet sei, überaus ernste Folgen bezüglich der weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen hervorzurufen. Chinčuk beschwert sich über Äußerungen Görings während des Reichstagsbrandprozesses zur Zahlungsfähigkeit der UdSSR.

793

278. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 9. November 1933

Beunruhigung im Narkomindel wegen der möglichen Folgen der weiteren Entwicklung des Dollar-Konflikts, der mit der Beschlagnahme von sowjetischen Waren und Geldeinlagen in Deutschland verbunden werden könnte. Anweisung Krestinskis, mit von Neurath und seinen Mitarbeitern in den nächsten Tagen über dieses Thema zu sprechen und sich solange nicht zufriedenzugeben, bis der Beschluss des Landgerichts annulliert wird, Schiedsrichter zu ernennen. . . 796

279. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c und des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 10. November 1933

Darlegung der Entwicklung des Dollar-Konfliktes und Betrachtung der möglichen Reaktionen der UdSSR. Beschlussentwurf für das Politbüro, gegen die Entscheidung des Landgerichts bezüglich der Bildung eines Schiedsgerichts keine Klage einzureichen und sich weiterhin jeglicher Teilnahme an Gerichtsverfahren zu verweigern. 798

280. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 13. November 1933

Von Twardowski erklärt offiziellen Protest bezüglich eines Artikels von Kol'cov in der Pravda vom 10. 11. 1933, in dem unerhörte Beleidigungen gegenüber Göring enthalten seien. Štern begründet das Erscheinen dieses Artikels mit dem negativen Eindruck, den der Auftritt Görings im Reichstagsbrandprozess auf die sowjetische Presse gemacht habe, und lenkt die Aufmerksamkeit von Twardowskis auf die sich verschärfende Situation im Dollar-Konflikt, die nicht zuletzt mit der Untätigkeit des AA verbunden sei. 800

281. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den designierten Botschafter in Moskau Nadolny, 13. November 1933

Text der von Hitler gebilligten Richtlinien für Nadolny anlässlich seiner Entsendung als Botschafter nach Moskau, in denen u. a. betont wird, dass gute deutsch-sowjetische Beziehungen für Deutschland von wesentlicher Bedeutung seien. . 803

282. Schreiben des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 14. November 1933

Vorošilov informiert Stalin, dass er aus protokollarischen Gründen entschieden habe, von Dirksen ein Abschiedsgeschenk zu schicken, und legt eine Abschrift des Dankesbriefes von Dirksens bei. 805

283. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 15. November 1933

Chinčuk legt das Verhalten der deutschen Firmen im Dollar-Konflikt dar und betont, dass diese Frage von großer politischer Bedeutung sei, die seitens des AA eine überaus sorgsame Behandlung erfordere. Seinerseits erklärt von Neurath, dass die Argumentation Chinčuks jegliche Aufmerksamkeit verdiene und ihrem

Wesen nach vollkommen gerecht sei. Dabei stelle sich aber die Frage, was die Sowjetunion den geschädigten deutschen Firmen anstelle einer gerichtlichen Verhandlung anzubieten hätte. 807

284. Vermerk über eine Sitzung im Reichswirtschaftsministerium, 16. November 1933

Zusammenfassende Erläuterung des Dollar-Konfliktes, in der übereinstimmend festgestellt wird, dass die vertraglich vereinbarten Schiedsgerichte für die Lösung dieser Frage zuständig seien, aber anderseits eine Verständigung mit der UdSSR einer Entscheidung der Schiedsgerichte vorzuziehen sei. 809

285. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 16. November 1933

Beschwerden Meyers wegen der Art und Weise, wie Štern in Moskau gegenüber von Twardowski den Dollar-Konflikt behandelt habe (vgl. Dok. 280). Seiner Meinung nach müssten zwei Fragen getrennt voneinander behandelt werden: erstens die materielle Frage, ob die Firmen Anspruch auf eine Aufwertung hätten, und zweitens die prinzipielle Frage, ob die Sowjetregierung berechtigt sei, einseitig das in den Verträgen vorgesehene Schiedsgericht in einer Streitfrage, die aus dem Lieferungsvertrag stamme, abzulehnen. 811

286. Auszug aus einer Aufzeichnung der Botschaft Moskau, 16. November 1933

Übersicht über die geplanten und tatsächlich durchgeführten Aktivitäten auf dem Gebiet des künstlerischen und wissenschaftlichen Austausches zwischen Deutschland und der UdSSR. 812

287. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 17. November 1933

Krestinskij informiert Chinčuk über die Gründe der Veröffentlichung einer Mitteilung der Informationsabteilung des NKVT und eines umfangreichen Artikels, die die Hintergründe des Dollar-Konflikts beleuchten. Er betont dabei, dass die sowjetische Regierung einerseits kein Interesse habe, einen echten Wirtschaftskrieg mit Deutschland zu führen, anderseits aber auf keinen Fall die Kursdifferenz zahlen werde. Sie werde nicht zulassen, dass deutsche Gerichte und die deutsche Regierung diese Frage einseitig gegen die Sowjetunion entscheiden. 814

288. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem designierten Botschafter in Moskau Nadolny, 17. November 1933

Antrittsbesuch Nadolnys, bei dem die Ansichten über die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion ausgetauscht werden. Dabei bemühe sich Nadolny, über sich das Bild eines direkten und offenen Menschen zu vermitteln, der bereit sei, mit Krestinskij immer offen sowohl zu Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen als auch zu den innerdeutschen Angelegenheiten zu sprechen. 816

289. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an das Politbüro des ZK der VKP (B), 19. November 1933

Einzelheiten des Liquidationsvertrages zwischen der Drusag und der Regierung der UdSSR. Dabei wird die Aufmerksamkeit auf die Punkte gelenkt, die noch nicht entschieden seien, mit der Bitte, darüber baldmöglichst eine Entscheidung zu treffen. 818

290. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 19. November 1933

Erläuterung der Taktik der Deutschen in Bezug auf den Dollar-Konflikt. Krestinskij betont ausdrücklich, dass es einen Kompromiss in dieser Angelegenheit nicht geben könne. Die Sowjetunion habe die Dollar- und Pfundwechsel mit Dollar und Pfund bezahlt und werde nichts dazuzahlen, sie werde auch keine Entschädigung in anderer Form leisten. Deutsche Gerichte seien für diese Klagen nicht zuständig. Sowjetische Vertreter würden nicht vor Gericht erscheinen und sich deren Urteilen nicht unterordnen. 821

291. Protokollauszug der Sitzung des Kollegiums des NKID, 20. November 1933

Positive Stellungnahme zur Anfrage des Volkskommissariats für Nachrichtenwesen, die deutsche Hauptpostverwaltung über die von Glavlit verbotenen und daher nicht zugestellten Sendungen (Zeitungen) zu informieren. 824

292. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung Štern mit dem Botschafter in Moskau Nadolny und Botschaftsrat von Twardowski, 23. November 1933

Meinungsaustausch in der Deutschen Botschaft über einige Publikationen in der deutschen und sowjetischen Presse. Dabei bittet Nadolny Štern, in der gemeinsamen zukünftigen Arbeit verantwortungslose Äußerungen zu ignorieren und sich nur an offizielle Erklärungen und Taten zu halten. Ein vertrauliches Gespräch mit von Twardowski über die Auswirkung seiner Unterredung mit Štern am 13. 11. 1933 in Berlin (vgl. Dok. 280); über seine Vermutungen, dass die OGPU gegenwärtig einen Prozess, in den die Deutsche Botschaft involviert sei, vorbereite; über die Bedeutung, die man in Berlin den sowjetisch-polnischen Luftverhandlungen beimesse. 825

293. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 23. November 1933

Besprechung im Reichswirtschaftsministerium mit Vertretern des Russland-Ausschusses über die Sachlage, die sich aus der Ablehnung der Schiedsgerichte durch die Sowjetunion ergeben habe. Es wird beschlossen, von Neurath zu bitten, beim Treffen mit Chinčuk eine praktische Lösung vorzuschlagen: die deutschen Firmen würden die Anrufung des Schiedsgerichts zurückstellen und aus vorliegenden Kostenfeststellungsbeschlüssen erfolgten keinerlei Zwangsvollstreckungen; seinerseits müsse Chinčuk versuchen, die Zustimmung in Moskau über die Vergabe weiterer Bestellungen an diese Firmen zu erreichen. 830

294. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 23. November 1933

Ein vom Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zusammengestelltes Verzeichnis von den in den letzten Jahren erfolgten Zugeständnissen der deutschen Industrie gegenüber der Sowjethandelsvertretung, mit der Bitte an von Neurath, die Aufmerksamkeit Chinčuks auf dieses Entgegenkommen hinzulenken. 831

295. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 24. November 1933

Chinčuk verspricht, am 26. 11. 1933 nach Moskau zu fahren und dort zu versuchen, große Bestellungen für Deutschland zu erreichen. Von Neurath sagt zu, dass er versuche, die Firmen zu veranlassen, einstweilen keine Schiedsgerichte

anzurufen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die präjudizierend wirken könnten. 832

296. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 25. November 1933

Scharfe Auseinandersetzung nach der ausführlichen Darlegung der sowjetischen Position im Dollar-Konflikt, der sich der deutschen Seite anders darstelle. Nadolny schlägt vor, dass Vejcer und Vertreter der deutschen Industrie sämtliche Verträge durchsehen und sich darüber verständigen, zu welchen Verträgen die Handelsvertretung etwas nachzahlen müsse und zu welchen nicht. Darauf antwortet Krestinskij schroff, dass sowjetischerseits Zuzahlungen, welcher Art sie auch sein mögen, kategorisch abgelehnt würden. 832

297. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rudzutak, 25. November 1933

Gutachten zum Bericht von Gosplan über den Handel der UdSSR mit Deutschland im Jahre 1933. Rozengol'c kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Behauptung bezüglich einer angeblich spürbaren Verstärkung der sowjetischen Importabhängigkeit vom deutschen Markt nicht dem tatsächlichen Stand der Dinge entspreche. Seiner Meinung nach werde die UdSSR im Jahre 1934 zum ersten Mal nach vielen Jahren eine aktive Handelsbilanz mit Deutschland haben. . . . 840

298. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 25. November 1933

Nachfrage von Twardowskis, wie die sowjetische Regierung auf den Protest gegen den Kol'cov-Artikel reagiere (vgl. Dok. 280); Mitteilung über ein Rundschreiben des Preußischen Innenministeriums bezüglich des Verfahrens bei Verhaftung von sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland; Bitte wegen der Abhaltung eines evangelischen Gottesdienstes am 24. 12. 1933 in Moskau; über die Einrichtung eines Leseraums in Moskau, wo deutsche Staatsbürger Zeitungen lesen könnten; über die Verhaftung von Verwandten des Dienstpersonals von Twardowskis. 842

299. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov, 27. November 1933

Eindringliche Bitte Krestinskis an Vinogradov, in den Gesprächen mit ausländischen Diplomaten mehr zuzuhören als zu sprechen und sich in seinen Äußerungen von all dem zurückzuhalten, was eine Entscheidung der sowjetischen Regierung zu Fragen ihrer Außenpolitik vorwegnehmen könnte. 846

300. Aufzeichnung der Unterredung des Militärattachés in Moskau Hartmann mit dem Militärattaché in Berlin Levičev, 28. November 1933

Ausführlicher Meinungsaustausch über die verschiedenen Fragen, die mit der Tätigkeit der Militärattachés in beiden Ländern verbunden sind, über die deutsche Außenpolitik gegenüber der UdSSR, Polen und Frankreich. Hartmanns Gesamturteil: Obwohl Levičev die gegenseitigen Militärbeziehungen als normal bezeichne, so pflege er sie kaum; es bleibe Tatsache, dass er während seines Aufenthalts in der Sowjetunion für eine positive Verbesserung der Beziehungen nicht tätig geworden sei. 848

301. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 28. November 1933

Nadolny beschreibt seine ersten Eindrücke von den Unterredungen mit Štern und Krestinskij, die mit der Meinung Meyers über diese Personen nicht übereinstimmen, und bemüht sich, die Handlungsweise von Twardowskis im Gespräch mit Štern am 13. 11. 1933 (vgl. Dok. 280) in Schutz zu nehmen. Er meint, dass die Russen im Dollar-Konflikt handelspolitisch und taktisch in einer unangreifbaren Position seien, sodass den Deutschen nichts übrig bleibe, als in der Politik flexibel zu sein. 853

302. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 30. November 1933

Aufzeichnung der Unterredung mit dem Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c am 29. 11. 1933. Bei der Erörterung des Dollar-Konfliktes habe Rozengol'c erklärt, dass in dieser Frage der sowjetische Standpunkt absolut klar und gerechtfertigt sei. Es handele sich um Wechselverbindlichkeiten, die bekanntlich überall formal erfüllt werden müssten und an denen nicht zu deuten sei. 855

303. Aufzeichnung der IV. Abteilung im AA, 30. November 1933

Besprechung im Reichspropagandaministerium über die Wiederaufnahme wechselseitiger Kulturbeziehungen mit der Sowjetunion. 856

304. Aus dem Bericht des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das NKID, 1. Dezember 1933

Einschätzung der gesamten nationalsozialistischen Außenpolitik, die durch die Lage des deutschen Monopolkapitals bedingt sei, und Betonung, dass die Grundkonzeption dieser Außenpolitik auf eine Neuaufteilung der Welt auf Kosten der UdSSR gerichtet sei. Chinčuk meint dabei, dass die Sowjetunion jedoch auf keinen Fall zulassen dürfe, dass eine Situation entstehen könne, in der ein Abbruch oder ein offen feindseliges Verhältnis mit NS-Deutschland unvermeidbar wären. 857

305. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow, 5. Dezember 1933

Beschwerden bezüglich der fortdauernden Forderungen deutscher Zollbehörden, dass sämtliche sowjetischen Zollbevollmächtigten der sowjetischen Handelsorganisationen in Deutschland eine Erklärung über ihre arische Abstammung abgeben sollen. Die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR habe fünf Verbalnoten an das AA anlässlich dieser Frage gestellt, ohne irgendein Resultat zu erzielen. 860

306. Schreiben des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den Botschafter in Moskau Nadolny, 5. Dezember 1933

Antwort auf den Brief von Nadolny vom 28. 11. 1933 (vgl. Dok. 301). Reaktion Meyers auf die Aufzeichnung von Twardowskis über sein Gespräch mit Štern vom 13. 11. 1933, die sich von seinem Telegramm an das AA unterscheide, sowie auf die Einschätzung Nadolnys über Krestinskij. Er meint, dass die Tonart der sowjetischen Verbalnoten und der sonstigen Demarchen schärfer geworden sei, und betont, dass er sich bemühe, alles nur Mögliche zu tun, um zu einem praktischen Ausweg aus der schwierigen Situation im Dollar-Konflikt zu gelangen. 861

307. Notiz des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 6. Dezember 1933

Mitteilung von Funk, dass Hitler von dem Film „Flüchtlinge“ begeistert sei und jede Verantwortung für Rückwirkungen auf die UdSSR selbst übernehme. . . . 863

308. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Leiter der Geheimabteilung beim ZK der VKP (B) Poskrebyšev, [7. Dezember 1933]

Unterrichtung des ZK der VKP (B) über die unternommenen Schritte der sowjetischen Diplomaten in Moskau und Berlin bezüglich des Dollar-Konfliktes. . . . 863

309. Brief von Professor Hoetzsch an den Botschafter in Moskau Nadolny, 8. Dezember 1933

In der Anlage zum Brief ausführlicher Bericht über den Stand der deutsch-sowjetischen Aktenpublikation zur Kriegsschuldfrage. 865

310. Auszug aus dem Bericht der Auslandsabteilung im Volkskommissariat für Schwerindustrie, [8. Dezember 1933]

Auswirkung der gegenwärtigen politischen Bedingungen in Deutschland auf die Arbeit sowjetischer Praktikanten bei der Firma Krupp in Essen, die von mehreren Haussuchungen und Verhaftungen betroffen seien. 868

311. Übersetzung des Berichts des Militärattachés in Moskau Hartmann, [9. Dezember 1933]

Einschätzung Hartmanns über den Zustand der Industrie, der Nahrungsmittelversorgung und des Transportwesens in der UdSSR sowie über die Kampfbereitschaft der Roten Armee, die seiner Meinung nach weder zur Führung eines Angriffskrieges noch eines Verteidigungskrieges gegen einen beliebigen Gegner in der Lage ist. Hartmann plädiert für die Notwendigkeit der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, die aufgrund der dargelegten Gründe sogar verstärkt werden sollte. 869

312. Auszug aus dem Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern, 10. Dezember 1933

Einschätzung der Veränderungen in der internationalen Lage der Sowjetunion seit 1930, für die besonders nach dem 30. 1. 1933 die erhebliche Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Bedeutung sei. Ungeachtet aller Beteuerungen der deutschen Regierung sei zu konstatieren, dass die Rapallo-Periode in den Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR abgeschlossen und eine Rückkehr zu ihr nicht möglich sei, weil das nationalsozialistische Deutschland den Weg der antisowjetischen aggressiven Politik nicht verlassen könne. 872

313. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 11. Dezember 1933

Analyse der gegenwärtigen Lage des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs und seiner Probleme. Nach Meinung Nadolnys sind die entscheidenden Gründe dafür, dass der Umfang der Bestellungen an die deutsche Industrie in diesem Jahr bis auf ein Minimum von einigen Millionen Mark monatlich zurückgegangen sei, vor allem mit der allgemeinen Wirtschaftslage der UdSSR sowie mit ihren Beziehungen zu anderen Ländern verbunden. Er sieht neue Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft, sich auf dem Markt in der UdSSR behaupten zu können. 875

314. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 11. Dezember 1933

Verstärkte propagandistische Tätigkeit der Aktion „Brüder in Not“ und Bitte Nadolnys, Hilfskampagnen für die Russlanddeutschen in der UdSSR nicht mit politischen Manifestationen zu verbinden, wie es beispielsweise durch den Film „Flüchtlinge“ geschehen könnte. 879

315. Aufzeichnung der Unterredungen des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, [13. Dezember 1933]

Auseinandersetzung über die Gründe der Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen. Nadolny meint, dass die Schuld für den gegenwärtigen Zustand auf der sowjetischen Seite liege, und sieht die Ursache für die Verschlechterung in der antideutschen Haltung der sowjetischen Presse. Litvinov erwidert darauf, dass diese Verschlechterung mit dem Machtantritt von Papens und Hitlers eingesetzt habe. Seiner Meinung nach reagiere die sowjetische Presse lediglich auf die deutschen Handlungen, und ihr die Ursache für die Verschlechterung beiderseitigen Beziehungen zuzuschreiben, bedeute nichts anderes, als Ursache und Wirkung zu vertauschen. 881

316. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 14. Dezember 1933

Unterredung mit Litvinov am 13. 12. 1933, die eine andere Interpretation des stattgefundenen Gesprächs darstellt (vgl. Dok. 315). Nadolny weist alle Vorwürfe von Litvinov scharf zurück und lenkt seine Aufmerksamkeit darauf, dass für die Beziehungen allein die Haltung der Regierungen maßgeblich sein könnte. Wenn sich der Ton der sowjetischen Presse nicht entschieden ändere, werde er veranlassen, dass die deutsche Presse ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion aufgebe und denselben Ton anschlage. Doch kommen beide Gesprächspartner am Ende überein, den Regierungen vorzuschlagen, auf die Presse beruhigend einzuwirken. 885

317. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 19. Dezember 1933

Unterredung von Heintze und Mossdorf mit Vejcer im Reichswirtschaftsministerium über das Zahlungsverfahren der Sowjetunion an Deutschland im Jahre 1934 und einige andere Probleme der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. . . 887

318. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichswirtschaftsminister Schmitt, 20. Dezember 1933

Vejcer setzt Schmitt von der Kündigung der Verträge seitens des Benzolverbandes und der Reichskraftsprit GmbH mit der Derunapht zum 1. 1. 1934 in Kenntnis. Er erinnert ihn auch an die mehrfachen Erklärungen des Reichswirtschaftsministeriums, dass eine Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphtaprodukte im deutschen Interesse liege, und bittet, Mittel und Wege zu finden, um das entstandene Problem zu lösen. 888

319. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 21. Dezember 1933

Information Nadolnys über seine Gespräche im AA und Reichswehrministerium bezüglich der verschiedenen Aspekte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. . . 890

- 320. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 23. Dezember 1933**
 Beschlussvorlage zur Einstellung der Wochenschrift „Moskauer Rundschau“, die in Deutschland und in Österreich zurzeit verboten sei und damit das Hauptkontingent ihrer ausländischen Leserschaft eingebüßt habe. 891
- 321. Aufzeichnung der Unterredung des Vertreters der Staatsbank der UdSSR in Deutschland Majofis mit dem Präsidenten der Reichsbank Schacht, [25. Dezember 1933]**
 Schacht interessiere sich für den Außenhandel der UdSSR mit den USA und insbesondere mit Deutschland sowie über den Verlauf des industriellen Aufbaus in der Sowjetunion. 892
- 322. Aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der IV. Tagung der 6. Legislaturperiode des CIK der UdSSR, [29. Dezember 1933]**
 Öffentliche Erklärung, warum aus sowjetischer Sicht Deutschland an der Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen Schuld trage, und Proklamation, weiterhin an guten Beziehungen zu Deutschland interessiert zu sein. 894
- 323. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Botschafter in Moskau [z. Zt. in Berlin] Nadolny, 30. Dezember 1933**
 Unterredung mit Nadolny am 22. 12. 1933 über den Rückgang des sowjetischen Exports nach Deutschland, der dazu geführt habe, dass die UdSSR die Hälfte ihrer Verbindlichkeiten im Jahre 1934 mit Waren begleiche wolle. Information Nadolnys über seine Gespräche in Berlin mit führenden Personen verschiedener Reichsministerien über die aktuellen Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen. 897
- 324. Aus dem Rechenschaftsbericht der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin für das Jahr 1933 an das NKID, [1. Januar 1934]**
 Zusammenfassung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933. Arbeitsbedingungen für die Bevollmächtigte Vertretung und die Handelsvertretung sowie anderer sowjetischer Organisationen und Firmen sowie die Lage für die sowjetischen Staatsbürger in Deutschland. 900
- 325. Aufzeichnung der Unterredungen des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov und dem Mitglied des Redaktionskollegiums der „Izvestija“ Radek, 1. Januar 1934**
 Besprechung der Rede Litvinovs (vgl. Dok. 322) und ihrer möglichen Auswirkung auf die leitenden Kreise in Deutschland. Von Twardowski meint, dass die Vorwürfe Litvinovs an Deutschland bestätigten, dass die Sowjetunion anscheinend den amtlichen Versicherungen und Verlautbarungen keinen Wert beimessen wolle. Radek distanzieren sich von dem scharfen Ton der Rede Litvinovs und behaupten, dass der Zweck der Rede in einer Bereinigung der Atmosphäre liege. Er entwickelt seine Vorstellungen über die internationale Lage und weist in Bezug auf die Außenpolitik Deutschlands darauf hin, dass irgendwelche offiziellen Erklärungen überhaupt keine Rolle spielten. 913

- 326. Schreiben des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an verschiedene Firmen, 2. Januar 1934**
 Bitte, bevor eine endgültige Stellungnahme der sowjetischen Seite zu dem Dollar-Konflikt erfolgt sei, sollten die interessierten Firmen nach Ablauf der Stillhaltezeit keine Ansprüche aus der Dollarentwertung verfechten. 916
- 327. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID, 2.–3. Januar 1934**
 Das NKID werde den Vorschlag vor dem Politbüro unterstützen, eine einheitliche Gesellschaft für den technischen und industriellen Erfahrungsaustausch zwischen der UdSSR und dem Ausland zu bilden, in die langfristig die Gesellschaft „Kultur und Technik“ eingegliedert werden soll. 917
- 328. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 3. Januar 1934**
 Scharfe Reaktion Nadolnys auf die Rede Litvinovs vom 29. 12. 1933, die Nadolny desavouiere und den Reichskanzler provoziere. Ausführliche Erwiderung Litvinovs, der u. a. auf die Frage Nadolnys, ob die Wirkung seiner Rede nicht korrigiert werden könne, antwortet, dass er sie überhaupt nicht als einen Fehler betrachte, den man korrigieren müsse. Diskussion über die Fragen der internationalen Abrüstung, das Verhalten der UdSSR zum Völkerbund und die sowjetisch-französischen Beziehungen. 918
- 329. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Sokol'nikov und des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 4. Januar 1934**
 Zusammenfassung der Beschlüsse und des taktischen Vorgehens hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland im Jahre 1934, die in Moskau gefasst wurden. 923
- 330. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 6. Januar 1934**
 Die letzten öffentlichen Äußerungen Rosenbergs, unter denen ein Vortrag im Harnackhaus über die Aufgaben der deutschen Ostpolitik von größerer Bedeutung sei. In diesem Vortrag ging Rosenberg auf die ukrainische Frage ein. Dabei verzichtete er verbal auf eine Eroberung der Ukraine durch eine bewaffnete Intervention in der Hoffnung, dass die Ukraine „selbst“ die Unabhängigkeit erringen werde. 925
- 331. Aufzeichnung des AA, 7. Januar 1934**
 Auswertung des Berichtes von Nadolny über sein Gespräch mit Litvinov vom 3. 1. 1934, in der u. a. festgestellt wurde, dass die sowjetische Regierung einen der Rapallo-Politik entgegengesetzten Wechsel ihrer Außenpolitik vollziehe oder bereits vollzogen habe und in allen Deutschland interessierenden Fragen auf der Seite der französischen Gruppe zu finden sei. Schlussfolgerung: Die Wandlung der sowjetischen Politik zwingt zur Überprüfung der Politik der Reichsregierung gegenüber dem Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Für die Weisung an die Botschaft Moskau bedeute dies: Zurückhaltung in den politischen und militärischen Bereichen bei gleichzeitiger Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. 927

332. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 7. Januar 1934

Einige Einzelheiten über die Vorbereitung des Rechenschaftsberichtes der Bevollmächtigten Vertretung für 1933. Widerlegung der Behauptungen Nadolnys, Bessonov würde in der Dollarfrage Noten schreiben und mit wirtschaftlichen und politischen Komplikationen drohen.

930

333. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 9. Januar 1934

Versuch einer Erklärung der Wandlungen in der sowjetischen Außenpolitik mit Hilfe einer gründlichen Analyse der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Zusammenhang mit der internationalen Lage der Sowjetunion. Nadolny betont ein Interesse Deutschlands daran, die Sowjetunion in ihrer Gesamtheit als politischen Rückhalt und als wirtschaftliches und kulturelles Betätigungsgebiet zu erhalten. Er empfiehlt konkrete Maßnahmen für die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen und warnt davor, den Zusammenbruch der Sowjetunion als ein die deutsche Politik bestimmendes Kalkül zugrunde zu legen.

932

334. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 10. Januar 1934

Analyse der internationalen Lage der Sowjetunion, die bereits im Jahre 1933 unter dem Zeichen der im Fernen Osten heraufziehenden Kriegsgefahr gestanden hätte. Das Vertrauen in die deutsche politische und militärische Freundschaft sei im Laufe des Jahres 1933 durch die mehr und mehr hervortretende Sorge vor deutschen Expansionsbestrebungen völlig verdrängt worden. Schlussfolgerung: Es kommen gegenüber der UdSSR nur Vorschläge in Frage, die richtungsändernd, aktiv, groß und überzeugend wirkten; die den Verdacht der sympathisierenden Förderung japanischer Aktionen und die Furcht vor sonstigen deutschen oder von Deutschland geförderten annexionistischen Absichten auf Kosten der UdSSR zerstreuten; die dem Bedürfnis der UdSSR nach territorialer Sicherheit und nach weiterer Besserung ihrer Rüstungslage entsprächen.

946

335. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 11. Januar 1934

Unterredung mit Vorošilov am 10. 1. 1934, der persönlich zu besseren deutsch-sowjetischen Beziehungen geneigt sei. Nadolnys Meinung nach wäre daher besonders Vorošilov eine große Stütze für eine deutsche Initiative, die das Argument Litvinovs über mögliche feindliche Absichten Deutschlands entkräften könne.

950

336. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 11. Januar 1934

Gespräch mit Radek, in dem Nadolny um die Ablösung der „Izvestija“-Korrespondenten Kajt aus Berlin und Sadoul aus Paris ersucht.

951

337. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau, 17. Januar 1934

Stellungnahme von Neuraths zu dem Bericht Nadolnys vom 9. 1. 1934. Von Neurath meint, dass der Grad der freundschaftlichen Beziehungen lediglich von den Staatsmännern der Sowjetunion abhängt. Dementsprechend ist seine Anweisung: keine Initiative in Gesprächen mit maßgebenden Persönlichkeiten über das deutsch-sowjetische Verhältnis zu ergreifen, sondern in kühler, selbstsicherer Reserve die weitere Entwicklung abzuwarten.

952

- 338. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 17. Januar 1934**
Gespräche mit dem Chef des Stabes der RKKA Egorov und mit einigen führenden sowjetischen Militärs während eines Empfanges am 13. 1. 1934, die vertraulich und sehr freundschaftlich gewesen seien. 955
- 339. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 19. Januar 1934**
Beunruhigung Nadolnys anlässlich der Rede von Kaganovič auf der Moskauer Parteikonferenz, in der die KPD zum Kampf aufgefordert werde. Der Botschafter äußert seine Sorge auch im Zusammenhang mit den Verhaftungen einiger Deutscher in der Angelegenheit der Firma Controll-Co. 958
- 340. Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID, 20. Januar 1934**
Beschluss des Kollegiums des NKID, der Regierung zu empfehlen, nicht dem internationalen Hilfskomitee des Völkerbundes für Flüchtlinge aus Deutschland beizutreten. 959
- 341. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 22. Januar 1934**
Besprechung mit Vertretern der Deutschen Kunstgesellschaft über die Pläne eines Kunstaustausches mit der UdSSR. 960
- 342. Brief des Botschaftsrats von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 23. Januar 1934**
Von Twardowski beschreibt die Änderungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen seit dem Weggang von Dirksens, die seiner Meinung nach schnell weiter bergab gegangen seien. Viel Aufmerksamkeit wird den Personal- und Hausangelegenheiten der Botschaft Moskau gewidmet. 961
- 343. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow, 23. Januar 1934**
Nadolny nimmt offiziell Stellung zu der Anweisung Neuraths vom 17. 1. 1934 (vgl. Dok. 337) und bittet, eine nochmalige eingehende Überlegung der Frage zu veranlassen. Seiner Meinung nach bedeute die ihm empfohlene „kühle Reserve“ gegenüber der Sowjetunion nichts anderes als passive Anerkennung, dass die Sowjetregierung bereits mehr oder minder für Frankreich optiert habe. Nadolny weist dabei auf die Notwendigkeit hin, die Rolle Litvinovs bzw. seine Aussagen nicht zu überschätzen, da die auswärtige Politik der Sowjetunion in ihren Grundlinien von Stalin und dem Politbüro festgelegt werde, dem Litvinov nicht anhöre. 964
- 344. Bericht des Botschaftsrats von Twardowski an das AA, 24. Januar 1934**
Die Rede Kaganovičs auf der Moskauer Gebiets-Parteikonferenz vom 17. 1. 1934 sei als eine gewisse Abschwächung zu den Ausführungen Litvinovs vom 29. 12. 1933 zu bewerten, so weit sie Deutschland betreffe. 967
- 345. Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Heintze für den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 26. Januar 1934**
Besprechung mit Vejcer im Reichswirtschaftsministerium am 15. 1. 1934 über die Modalitäten der sowjetischen Schuldenrückzahlung im Jahre 1934 im Zu-

sammenhang mit der Forderung Vejcers, die Hälfte der Summe in Waren zurückzuerstatten.	968
346. Aufzeichnung der Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 27. Januar 1934	
Mossdorf erklärt, dass von deutscher Seite die Bereitschaft bestehe, der UdSSR entgegenzukommen und den 140 Millionen-Kredit zu verlängern sowie eine Ausweitung des Exports bis auf 200 Millionen Mark unter der Bedingung zu garantieren, dass die Sowjetunion in Deutschland Aufträge für Transportmittel in Höhe von 100 Mio. Mark vergeben. Auseinandersetzung mit Meyer über die Rede Litvinovs vom 29. 12. 1933.	971
347. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 27. Januar 1934	
Anweisung, wie sich Bessonov bei der bevorstehenden Rede Hitlers im Reichstag am 30. 1. 1934 verhalten soll.	973
348. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 27. Januar 1934	
Unterschiedliche Behandlung der Sowjetbeschwerden in Deutschland und der deutschen Beschwerden in der Sowjetunion, die mit den Behandlungen von Staatsangehörigen beider Staaten verbunden sind. Nadolny schlägt vor, dass man den Beschwerden der Sowjetbotschaft in Berlin so lange eine ähnliche Behandlung angedeihen lassen solle, wie sie die Beschwerden der Deutschen Botschaft in Moskau erfahren, bis hier eine den Verträgen und dem internationalen Brauch entsprechende Änderung der Praxis eintrete.	974
349. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 28. Januar 1934	
Thesen zur Kommentierung des deutsch-polnischen Nichtangriffsabkommens (Deklaration) vom 26. 1. 1934 in der sowjetischen Presse.	976
350. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 29. Januar 1934	
Einschätzung der Ausführungen Stalins über die sowjetische Außenpolitik in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XVII. Parteitag. Nadolny meint, dass die im Ton gemäßigten Worte Stalins eine Beantwortung eher verdienen dürften als die Ausfälle Litvinovs am 29. 12. 1933.	978
351. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 29. Januar 1934	
Nadolny bemüht sich, sowohl Stalins als auch Litvinovs Worte über die Haltung der Sowjetunion zum Versailler Vertrag auszuwerten, um die These zu begründen, dass es im Interesse der Sowjetunion sei, für eine friedliche Revision einzutreten, anstatt den Widerstand gegen jede Revision zu stärken.	979
352. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski und Legationsrat Hilger, 30. Januar 1934	
Auseinandersetzung über die Hintergründe der Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen (Vertrauensverlust bezüglich der beidseitigen Absichten, Verhaftungen von Reichs- und Russlanddeutschen in der Sowjetunion, Spekulationen in Berlin im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Con-	

troll-Co. über die Vorbereitung eines Gegenprozesses zum Leipziger Reichstagsbrandprozess in der UdSSR).	981
353. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow, 30. Januar 1934	
Vorschlag Nadolnys, Thälmann in die Sowjetunion auszuweisen bzw. mit seiner Abschiebung und derjenigen anderer Führer der KPD nach der Sowjetunion ein politisches Austauschgeschäft zu machen, um in der UdSSR verhaftete katholische und evangelische Geistliche deutscher Herkunft freizubekommen.	985
354. Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Worosilov, [31. Januar 1934]	
Vorschlag im Namen von Blomberg, von jeder Seite je einen Offizier zum Besuch der Lehrveranstaltungen an der Militärakademie der RKKA und der Heeres-Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium zu entsenden.	987
355. Schreiben des Leiters der Ingenieur-Abteilung in der Handelsvertretung Savčenko an den Leiter der Abteilung für Auslandsaufträge im Volkskommissariat für Außenhandel Gittis, 31. Januar 1934	
Schwierigkeiten in den Geschäftsbeziehungen mit der Firma Siemens, die nach dem Machtantritt Hitlers den Mitarbeitern der Ingenieur-Abteilung den Zutritt zu den sie interessierenden Werkshallen versperre.	988
356. Schreiben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda an die Botschaft in Moskau, 3. Februar 1934	
Bitte, gegen die Aufführung des sowjetischen Filmes „Das laufende Band des Todes“ Protest einzulegen.	990
357. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 4. Februar 1934	
Erste Schlussfolgerungen aus dem außenpolitischen Teil der Rede Hitlers vom 30. 1. 1934, die sich in vielerlei Hinsicht von seinen Ausführungen vom Mai des vergangenen Jahres unterscheide. Obwohl diese Rede in Bezug auf die Beziehungen zur UdSSR nichts Neues bringe, zeichne sich auch hier Hitlers künftige Taktik in den Beziehungen gegenüber der Sowjetunion ab.	991
358. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in London Majskij, 4. Februar 1934	
Anweisung, Majskij solle mündlich die Beteiligung der UdSSR an der Völkerbund-Kommission für Flüchtlinge ablehnen, da die UdSSR keine unkontrollierte Einreise von deutschen Flüchtlingen in die UdSSR wünsche und den NS-Behörden keine freie Hand gebe wolle, den Flüchtlingen aus der UdSSR (weißgardistischen Emigrantenorganisationen) materielle oder andere Unterstützung zu gewähren.	992
359. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 5. Februar 1934	
Unterredung mit Chinčuk über die Korrespondentin der Zeitung „Izvestija“ Kajt, weitere Verhaftungen von Reichsdeutschen und deutscher Pfarrer in der Sowjetunion sowie die positive Aufnahme der letzten Hitler-Rede durch sowjetische Staatsmänner.	994

360. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow, 6. Februar 1934

Beunruhigung Nadolnys bezüglich der Aktivitäten Litvinovs gegenüber Litauen, denen er einen Riegel verschieben möchte. Eine andere Sorge des Botschafters ist mit der Zunahme der Verhaftungen von Deutschen in der Sowjetunion und auch den immer zahlreicher werdenden Provokationen gegenüber Deutschen und sogar gegenüber Mitgliedern der Botschaft bezüglich einer Spionagetätigkeit verbunden. Nadolny kehrt zu seinem früheren Vorschlag zurück, durch Ausweisung Thälmanns und etwaiger sonstiger Kommunisten der UdSSR eine große Geste zu erweisen.

995

361. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 7. Februar 1934

Besprechung der laufenden Angelegenheiten, u.a. über die Verhaftungen Reichsdeutscher und deren Lage, über eine Provokation gegenüber einem deutschen Konsulatsmitarbeiter; all das illustrierte Nadolnys Meinung nach die zunehmend ungesunde Atmosphäre, die um die Deutsche Botschaft und generell um die deutschen Staatsbürger in Moskau erzeugt werde.

997

362. Brief des Legationsrats Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 7. Februar 1934

Hilger beschreibt sowohl die düstere Atmosphäre in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die nach der Rede Litvinovs vom 29. 12. 1933 durch ein unüberwindliches Misstrauen zur deutschen Außenpolitik durchdrungen sei, als auch einige Einzelheiten des Alltagslebens der Botschaft.

1001

363. Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer und dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 12. Februar 1934

Unterredung mit Meyer am 6. 2. 1934, in der gegenseitige Beschwerden über die letzten Ausführungen der Staatsmänner ausgetauscht werden. Unterredung mit Bräutigam am selben Tag über die Dollarforderungen deutscher Firmen.

1004

364. Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau Nadolny, 12. Februar 1934

Antwort auf die in den Briefen Nadolnys vom 23. 1., 30. 1. und 6. 2. 1934 gestellten Fragen. Von Bülow bestätigt die Anweisungen von Neuraths vom 17. 1. 1934 (vgl. Dok. 337) und erklärt die vorhandenen Divergenzen mit Nadolny dadurch, dass die Sowjetunion für das AA weniger im Vordergrund stehe. Seiner Meinung nach ist der Zeitpunkt für eine aktive Politik gegenüber der UdSSR vom Standpunkt deutscher Gesamtpolitik noch nicht gekommen. Daher empfehle sich die „kühle Reserve“, die Nadolny zu Unrecht als „Resignation“ auslege. . .

1007

365. Brief des Botschaftsrats von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 13. Februar 1934

Beschreibung der außenpolitischen Handlungen Moskaus, die die beiderseitigen Beziehungen stark und negativ geprägt hätten; Überlegungen zu eventuellen Änderungen im Narkomindel und zu der gefestigten Stellung Litvinovs in der Partei sowie zu den Erfolgen der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung in den großen Städten.

1010

- 366. Bericht des Geschäftsführers der Unionsvereinigung „Specstal“ Tevosjan an den Chefsingenieur der Hauptverwaltung für die Hüttenindustrie im Volkskommissariat für Schwerindustrie Točinskij, 14. Februar 1934**
Über die Nützlichkeit, den Vertrag mit der Firma Krupp weiterzuführen, der zu der Möglichkeit ver helfe, in den Besitz von Informationen und Materialien über die jüngsten Errungenschaften der ausländischen Technik nicht nur bei Krupp, sondern auch anderer Werke in Deutschland und Europa zu gelangen. 1014
- 367. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 17. Februar 1934**
Litvinov erläutert die Angelegenheit Controll-Co., die seiner Meinung nach äußerst ernst sei; sie reiche von Militärsplionage und militärischer Schädlingstätigkeit bis hin zu Brandstiftungen. Auch der Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, habe sich stark kompromittiert, daher werde auch er die UdSSR verlassen müssen, wenn die deutsche Regierung das Narkomindel bitte, die Verhafteten auszuweisen, um einen Prozess zu vermeiden. 1015
- 368. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 20. Februar 1934**
Krestinskij informiert über das Gespräch mit Nadolny auf einem Empfang am 13. 2. 1934 bezüglich der Angelegenheit Controll-Co. 1017
- 369. Rechenschaftsbericht im AA für das Jahr 1933, 20. Februar 1934**
Bemerkungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933: I. Lage der deutschen Reichsangehörigen in der Sowjetunion (1. Verhaftungen; 2. Belästigungen, Misshandlungen, Behinderungen; 3. Vertragswidrige Eigentumsentziehungen und ungerechtfertigte Auflagen, zwangsweise Heranziehung zu Anleihen etc.). II. Störungen der Handelstätigkeit. III. Wirtschaftliche Beziehungen. IV. Einstellung der Sowjetöffentlichkeit gegenüber Deutschland. 1019
- 370. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Lammers, 21. Februar 1934**
Bericht über den Reiseverkehr nach der Sowjetunion im Jahre 1933, der gegenüber dem Vorjahr erheblich abgenommen habe. 1028
- 371. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 22. Februar 1934**
Ausführliche Besprechung der bevorstehenden Gedenkveranstaltung der Deutschen Botschaft für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs auf dem Vvedenskij-Friedhof in Moskau und der Frage, welche sowjetische Instanz die Veranstaltung genehmigen müsse. Von Twardowskis Beschwerden über den Artikel „Kultur und Faschismus“ von Ėrenburg in der „Izvestija“. 1029
- 372. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 22. Februar 1934**
Einlegung einer Verwahrung gegen den Artikel Ėrenburgs „Kultur und Faschismus“ in der „Izvestija“ vom 18. 2. 1934, in dem Horst Wessel beschimpft und Reichsminister Röhm zweideutig dargestellt werde. 1032

- 373. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Leiters der Rechtsabteilung im NKID Plotkin mit dem Legationssekretär Pfeiffer, 22. Februar 1934**
 Zu dem deutsch-sowjetischen Rechtshilfe-Abkommen, Patentschutz, Urheberrecht und zu der Literaturkonvention; Plotkin weist auf die prinzipielle Haltung der UdSSR zu internationalen Vereinigungen auf dem Gebiet des Schutzes von speziellen Rechten hin. 1033
- 374. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Curtius, 24. Februar 1934**
 Von Neurath legt Wert darauf, dass die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ ihre Tätigkeit im Dienst der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Einvernehmen mit dem AA fortsetzt. 1035
- 375. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 25. Februar 1934**
 Nadolny erklärt, dass Berlin den Vorschlag des NKID nach Niederschlagung des Gerichtsverfahrens in der Angelegenheit Controll-Co. und über die Ausweisung der Verhafteten annehme. Was dagegen den Mitarbeiter des deutschen Konsulats Odessa Hahn betreffe, so könne sich deutsche Regierung nicht mit seiner Abberufung einverstanden erklären, da sie nicht wisse, welche Materialien gegen ihn vorlägen und wessen er beschuldigt werde. 1036
- 376. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 25. Februar 1934**
 Pro und Kontra der sowjetischen Teilnahme an der in Deutschland stattfindenden Tagung der Internationalen Assoziation für Agrarwirtschaft. 1038
- 377. Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Girsfel'd mit dem Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey, 26. Februar 1934**
 Bitte der Bevollmächtigten Vertretung nach unverzüglicher Entlassung von Dimitrov, Popov und Tanev aus der Haft und Sorge um ihre Sicherheit, insbesondere während ihrer Fahrt bis zur deutschen Grenze. 1040
- 378. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 26. Februar 1934**
 Der Leiter des Gestapa Diels teilt mit, dass die Geheimpolizei beabsichtige, dem AA vorzuschlagen, im Gegenzug für die Haftentlassung Dimitrovs, Popovs und Tanevs die Freilassung von drei verhafteten Deutschen aus der UdSSR sowie die Garantie zu fordern, dass Dimitrov in der UdSSR keine antideutsche Propaganda betreiben und die UdSSR nicht vor Ablauf eines Jahres verlassen werde. 1042
- 379. Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten Göring an den Staatssekretär der Reichkanzlei Lammers und das AA, 26. Februar 1934**
 Göring schlägt als Gegenleistung für die Abschiebung von Dimitrov, Popov und Tanev in die UdSSR vor, von der sowjetischen Regierung die Freilassung von aus politischen Gründen festgenommenen Reichsangehörigen zu fordern; die UdSSR müsse auch die Verpflichtung übernehmen, jede gegen Deutschland gerichtete Tätigkeit Dimitrovs auf propagandistischem Gebiet zu unterbinden. . . 1043

- 380. Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Lammers an den Preussischen Ministerpräsidenten Göring, 26. Februar 1934**
Mitteilung über die Anordnung Hitlers, Dimitrov, Popov und Tanev aus außenpolitischen Gründen sofort in die UdSSR ausfliegen zu lassen. 1045
- 381. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann und mit dem Referatsleiter von Saucken, 27. Februar 1934**
Gegenseitige Beschwerden wegen Presseartikeln und Filmen („Flüchtlinge“, „Das laufende Band des Todes“). 1046
- 382. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 28. Februar 1934**
Beschwerde Chinčuks, über die Freilassung von Dimitrov, Popov und Tanev nicht unterrichtet worden zu sein. Meinungsaustausch über die laufenden Probleme in den deutsch-sowjetischen Beziehungen (Controll-Co., Dollar-Konflikt). 1048
- 383. Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 1. März 1934**
Verschiedene Gespräche während eines Abendessens am 1. 3. 1934 bei von Neurath. Der Reichsaußenminister äußerte sich optimistisch bezüglich der künftigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland. General von Reichenau versicherte, dass die Reichswehrführung nach wie vor bestrebt sei, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion zu unterhalten. 1050
- 384. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 4. März 1934**
Information über die Ausweisung der in der Angelegenheit Controll-Co. verhafteten Reichsdeutschen und Einzelheiten der an diesen Fall geknüpften Forderung über die Abberufung des Sekretärs des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn. Richtigstellung der Aufzeichnung der Unterredung Litvinovs mit Nadolny (vgl. Dok. 375). 1052
- 385. Bericht des Vorsitzenden der GPU der Ukraine Balickij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 5. März 1934**
Ausführlicher Bericht über eine Spionage- und Diversionstätigkeit der deutschen Konsulate in Char'kov, Kiev und Odessa, der nach der Anweisung Stalins bezüglich der Notwendigkeit, die Arbeit gegenüber diesen Konsulaten zu verstärken, vorbereitet wurde. 1053
- 386. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 5. März 1934**
Krestinskij teilt mit, dass entsprechend der Bitte der Deutschen Botschaft der Prozess gegen Controll-Co. durch die Ausweisung der in diesen Fall verwickelten deutschen Staatsbürger niedergeschlagen wird. Er warnt davor, dass die Ausgewiesenen nach ihrer Ankunft in Deutschland irgendwelche öffentlichen Erklärungen abgeben oder sich in der Presse äußern. Nadolny übergibt ein Memorandum des AA, in dem die gravierendsten Fälle von Vertragsverletzungen, vor allem der Interessen deutscher Bürger und Einrichtungen durch sowjetische Behörden, zusammengefasst sind. 1060

387. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 6. März 1934

Zusammenfassende Darstellung der Positionen in den Wirtschaftsverhandlungen: Stand des Dollar-Konfliktes, Zahlungsmodalitäten der UdSSR für 1934 sowie Fragen zu Kreditfristen und neuen sowjetischen Bestellungen in Deutschland.

1062

388. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 7. März 1934

Laufende Angelegenheiten der Deutschen Botschaft: deutsche Facharbeiter in einigen Moskauer Betrieben wurden aufgefordert, ihre Kinder von der Botschaftsschule zu nehmen und in einer sowjetischen Schule anzumelden; rigoreuse Außenbeobachtung gegenüber der Deutschen Botschaft und den Wohnungen ihrer Angehörigen sowie Verhaftungen der Botschaftsbesucher. Im Zusammenhang mit dem Fall Controll-Co. hat von Twardowski erklärt, dass sämtlichen deutschen geheimdienstlichen Behörden untersagt worden sei, sich auf dem Territorium der UdSSR mit Spionage zu befassen.

1064

389. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [8. März 1934]

Begründung der Notwendigkeit, die Verhandlungen über den Verkauf der Derop zügig zum Abschluss zu bringen, und damit verbundene Bitte, bei dem Verkauf der Derop einen Liefervertrag von Benzin für die nächsten drei Jahre mit Deutschland abzuschließen.

1068

390. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 14. März 1934

Nadolny wird mit einigen Aussagen über den Konsulatsmitarbeiter in Odessa Hahn, die von den Verhafteten im Fall Controll-Co. gemacht wurden, konfrontiert. Es kommt zu einer heftigen Auseinandersetzung, in der Krestinskij die Abberufung Hahns fordert, und Nadolny erfolglos darauf besteht, der deutschen Regierung das gesamte Ermittlungsmaterial über Hahn zur Verfügung zu stellen.

1069

391. Aufzeichnung der Unterredung des Korrespondenten der „Pravda“ Gofman mit dem Referatsleiter der Presseabteilung im AA von Saucken, 16. März 1934

Verwarnung Gofmans wegen zweier Artikel in der „Pravda“, die bezüglich einiger Aspekte der Innenpolitik Deutschlands tendenziös und bösartig seien. . . .

1073

392. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov, 17. März 1934

Besprechung über die Frage der Genehmigung der Einreise Mehnerts als Korrespondent. Scharfer Konflikt mit der Deutschen Botschaft wegen eines Artikels Kol'cova über den deutschen Korrespondenten in Moskau Just.

1075

393. Aufzeichnung der Unterredung des Kollegiumsmitgliedes des NKID Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 17. März 1934

Meinungsaustausch über die Wege zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, denen gegenseitiges Vertrauen fehle.

1076

- 394. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 17. März 1934**
Štern macht sich Sorgen über den Zustand der Verhandlungen um den Dollar-Konflikt und informiert über den Abschluss des Falles Controll-Co., in dem nur die Frage einer Abberufung Hahns noch offen bleibe. 1078
- 395. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 21. März 1934**
Protokollentwurf eines Vorschlages an Deutschland, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu garantieren, und das dazugehörige Begleitschreiben (Entwurf). 1080
- 396. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 22. März 1934**
Bestimmungen des am 20. 3. 1934 abgeschlossenen Kredit- und Zahlungsabkommens mit Deutschland. 1082
- 397. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 22. März 1934**
Analyse der Besonderheiten der diplomatischen Arbeit in der UdSSR, die dazu führen sollten, nur geeignete Beamte zuzulassen, die Arbeit der Vertretungen gut zu organisieren und personell ausreichend auszustatten. 1083
- 398. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den Unternehmer Wolff, 23. März 1934**
Deutelmoser informiert über das Gespräch mit Ministerialdirektor Meyer am 22. 3. 1934 bezüglich der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. . . . 1089
- 399. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat Hilger, 23. März 1934**
Hilger erklärt im Auftrage Nadolnys einen Protest wegen des in Moskau aufgeführten Theaterstücks „Fortsetzung folgt“, das einige für Deutschland beleidigende Stellen enthalte. 1090
- 400. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 23. März 1934**
Reaktion des Narkomindel auf den Protest der Deutschen Botschaft wegen des Theaterstücks „Fortsetzung folgt“. 1091
- 401. Note der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 24. März 1934**
Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland lehnt die Forderungen einiger deutscher Firmen auf Zahlung von zusätzlichen Summen zu den seinerzeit von der Handelsvertretung in Zahlung gegebenen und von den Firmen angenommenen Dollar- und Pfund-Sterling-Akzepte der Handelsvertretung ab und akzeptiert keine Schiedsgerichtsverfahren. Die Bevollmächtigte Vertretung lenkt die Aufmerksamkeit des AA auf die unerwünschten Folgen für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, die die geschaffene Lage in sich berge. 1093
- 402. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 26. März 1934**
Gespräch in der Deutschen Botschaft über verschiedene Personen der internationalen Politik. Kritische Bemerkungen Nadolnys über Tevfik Rüstü, Beneš und

Hitler. Das im März abgeschlossene Kredit- und Zahlungsabkommen sei Nadolnys Meinung nach ein großer Fehler deutscherseits, da Vejcer alles das erreicht habe, was er durchsetzen wollte, dafür aber absolut nichts gegeben habe. 1096

403. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 27. März 1934

Nähere Umstände bei der Ausarbeitung der sowjetischen Note vom 24. 3. 1934. Information über die getroffenen Entscheidungen: keine Änderung der Position in der Angelegenheit Hahn und Absage der Einladung, an der internationalen Agrarwirtschaftskonferenz in Bad Eilsen teilzunehmen. 1098

404. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 27. März 1934

Einzelheiten der Ausarbeitung des Schlussprotokolls zum Kredit- und Zahlungsabkommen vom 20. 3. 1934 und Koordinierung des Textes eines gemeinsamen Kommuniqués. Bei der nebenbei erörterten Frage über den Dollar-Konflikt schlagen die Deutschen vor, dass die UdSSR von den aus dem Wertverlust des Dollars erzielten Gewinn 10 Mio. Mark für die Auszahlung an kleine Firmen freigeben könnte, um auf der Grundlage neuer Aufträge zur Einigung mit den großen Firmen zu gelangen, was von Bessonov als völlig unannehmbar betrachtet wird. 1100

405. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 27. März 1934

Überlegungen Bessonovs zur Motivation der Deutschen bei der Unterzeichnung des Schlussprotokolls zum Kredit- und Zahlungsabkommen. Seiner Meinung nach hätten sich die Deutschen bei der Entscheidung, die Dollar-Angelegenheit aus dem Protokoll über die Stundung des Kredites herauszunehmen, des einzigen Mittels beraubt, um die UdSSR in der Dollarfrage unter Druck setzen zu können. Bitte an Štern, das Anliegen Chinčuks und Vejcers, von einer Veröffentlichung und Kommentierung der sowjetischen Note vom 24. 3. 1934 (vgl. Dok. 401) in der Presse vorerst abzusehen, zu unterstützen. 1104

406. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 27. März 1934

Information über das Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Derop Enko über die Perspektiven des sowjetischen Erdölmarktes in Deutschland. Bitte Bessonovs, die politisch wichtige Frage bezüglich der Geldüberweisungen durch die Firma „Fast und Brilliant“ an Russlanddeutsche in der UdSSR möglichst schnell zu klären. 1108

407. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 28. März 1934

Nadolny interessiert sich für eine Möglichkeit, zu irgendeinem großen Geschäft mit deutschen Firmen beizutragen, um seine Position in Moskau zu festigen. Litvinov schlägt ein deutsch-sowjetisches Protokoll vor, in dem die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantiert wird. 1109

408. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars fürs Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov und des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 28. März 1934

Nadolny begrüße den Vorschlag Litvinovs, ein sowjetisch-deutsches Protokoll zu unterzeichnen, welches die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantiere, habe aber gewisse Bedenken wegen der Verwendung des Wortes „Unversehrtheit“ im Projekt. Lebhaftes Auseinandersetzung über die Behandlung der russischen politischen Emigration in Deutschland und deutschen politischen Emigration in der Sowjetunion. Nadolny wolle nicht akzeptieren, dass die Schuld für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bei der deutschen Seite liege. 1112

409. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 3. April 1934

Nadolny wertet verschiedene Aspekte des Vorschlags von Litvinov über eine gemeinsame Garantieerklärung an das Baltikum aus und schlägt vor, ihn abzulehnen. Da die Ablehnung des Angebots in Moskau nur als Bestätigung deutscher imperialistischer Absichten aufgefasst und ausgenutzt werden könne, empfiehlt er, einen Gegenvorschlag zu machen, und zwar eine beiderseitige, nicht auf die baltischen Staaten beschränkte Vereinbarung zu schließen. Grundlage dafür könne eine Erweiterung des Berliner Vertrages sein. 1116

410. Aufzeichnung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk, 3. April 1934

Analytischer Bericht über die jüngste Außenpolitik Deutschlands, in deren Mittelpunkt momentan die Aufrüstung stehe. Hitler, der auf die Unterstützung seiner antisowjetischen Pläne durch die Konservativen rechne, richte sein Hauptaugenmerk nach wie vor auf England, aber versuche dabei, sich direkt mit den Franzosen zu verständigen. Chinčuks Meinung nach zwingt die sehr schlechte internationale Lage Deutschlands Hitler zu raffinierten Manövern gegenüber der Sowjetunion: ohne Änderung der Leitlinien seiner Außenpolitik, deren Kern der „Drang nach Osten“ sei, strebe er danach, mit Moskau für eine Übergangszeit ein Modus vivendi zu schaffen. 1118

411. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk, 3. April 1934

Anweisung, von Neurath zu informieren, dass in der Angelegenheit Hahn keine weiteren belastenden Aussagen und Materialien dem AA zur Verfügung gestellt werden. Die Sache, in der die deutschen Staatsbürger verstrickt seien, wurde entsprechend der Bitte Nadolnys ohne Prozess niedergeschlagen. Deshalb gehe es nicht um die Forderung an die deutsche Regierung, Hahn als schuldig anzuerkennen, es gehe nur um seine Abberufung aus der UdSSR. 1123

412. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow, 5. April 1934

Nadolny, der eine negative Antwort auf seinen Vorschlag (vgl. Dok. 409) bekam, bemüht sich, von Bülow davon zu überzeugen, dass die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion auf dem wirtschaftlichen Gebiet bedeutend erschwert würden, wenn die Beziehungen auf dem eigentlich politischen Gebiet nicht verbessert werden (Zusatzabkommen zum Berliner Vertrag). Er bittet, den gesamten Komplex von Fragen mündlich in Berlin erläutern zu dürfen. 1124

413. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat Hilger, 5. April 1934	
Deutsche Beschwerden bezüglich der laufenden Angelegenheiten: Probleme deutscher Konzessionen, Verhaftungen von Russlanddeutschen, faktische Nichtzulassung von einigen deutschen Zeitungen in der UdSSR sowie antideutsche Propaganda im Leningrader Hafen.	1125
414. Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny, 9. April 1934	
Die nach Protest im Theaterstück „Fortsetzung folgt“ durchgeführten Änderungen setzen nach Meinung Nadolnys weiterhin das Ansehen Deutschlands herab.	1128
415. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau, 9. April 1934	
Anweisung, Litvinov mitzuteilen, dass dessen Vorschlag über eine gemeinsame Garantie der baltischen Staaten jeder realpolitischen Grundlage entbehre, da die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht seien. Obwohl der Berliner Vertrag weiter als Grundlage für die beiderseitigen Beziehungen betrachtet werden solle, sei eine von Nadolny vorgeschlagene Präzisierung oder Ergänzung nicht möglich.	1129
416. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 11. April 1934	
Chinčuk informiert von Neurath über die Unmöglichkeit, ihm das Belastungsmaterial gegen den Sekretär des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, auszuhandigen; er führt Beschwerden über die antisowjetische Propaganda in Deutschland und die Nichtbeantwortung der sowjetischen Protestnote vom 24. 3. 1934 (vgl. Dok. 401) im Zusammenhang mit dem Dollar-Konflikt. Seinerseits informiert von Neurath über die deutsche Ablehnung des Vorschlages von Litvinov einer gemeinsamen Garantieerklärung an die baltischen Staaten, da er „papiernen Pakten“ keinerlei Bedeutung beimesse.	1132
417. Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 12. April 1934	
Über den im März in Moskau abgehaltenen 1. Unionskongress der sowjetdeutschen Schriftsteller, der Nadolnys Meinung nach als eine ideologische Gegenpropaganda gegen den Nationalsozialismus aufzufassen sei.	1136
418. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 13. April 1934	
Umgang mit dem an die Botschaft versandten Propagandamaterial aus Deutschland.	1138
419. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 14. April 1934	
Nadolny teilt die ablehnende Antwort der deutschen Regierung auf Litvinovs Vorschlag, das Baltische Protokoll zu unterzeichnen, mit. Litvinov behält sich das Recht vor, nach Prüfung des Dokuments sowjetische Einwände auf die deutsche Antwort darzulegen. Er informiert Nadolny über die Bestätigung der Informationen bezüglich der Verbindungen der deutschen Regierung zur ukrainischen konterrevolutionären Emigration.	1139
420. Memorandum der deutschen Regierung an die sowjetische Regierung, [14. April 1934]	
Text der Erklärung Nadolnys im Namen der deutschen Regierung über die Ablehnung des von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Baltischen Protokolls, der Litvinov vorgelesen und ausgehändigt wird.	1141

421. Bericht des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Brüutigam, 15. April 1934	
Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1933, das ein Höhepunkt hinsichtlich der Zahlungsverpflichtungen der Sowjetunion an Deutschland gewesen sei (mit Zahlenangaben).	1143
422. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 17. April 1934	
Litvinovs Entwurf einer Antwort an Nadolny auf die ablehnende Reaktion Deutschlands bezüglich der Garantieerklärung an die baltischen Staaten, der von Stalin redigiert wurde.	1145
423. Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationssekretär im AA von Stechow, 19. April 1934	
Ablehnung des Konzerns IG-Farben, sowjetischen Chemikern eine Besuchserlaubnis für ihre Chemieunternehmen zu erteilen.	1150
424. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, 21. April 1934	
Meinungsaustausch bei der Übergabe der sowjetischen Erwiderung auf die deutsche Ablehnung des Baltischen Paktes.	1152
425. Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 24. April 1934	
Die von der Botschaft verlangten und nun durchgeführten Änderungen in der Inszenierung des Theaterstückes „Fortsetzung folgt“.	1153
426. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 25. April 1934	
Nadolny bemüht sich, das Problem der allseitigen Bereinigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder zu erörtern. Er kritisiert die jetzige deutsche Taktik – allgemeine Reserve mit Protesten bei besonders augenfälligen Übergriffen –, die sich seiner Meinung nach nicht mehr lange einhalten lasse, und besteht darauf, zu einem persönlichen Vortrag nach Berlin zu kommen.	1154
427. Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats Hilger mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 25. April 1934	
Forderung der Deutschen Botschaft, das Bild „Bei einem Fluchtversuch“ aus einer geplanten Ausstellung junger Künstler zu entfernen.	1155
428. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 27. April 1934	
Meinungsaustausch auf einem Empfang in der Bevollmächtigten Vertretung am 24. 4. 1934 über das von Deutschland abgelehnte Baltische Protokoll. Vinogradovs Meinung nach sei dieser Schritt hochpolitisch motiviert und spiegele die antisowjetische Grundlinie der Außenpolitik Hitlers wider.	1156
429. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den Unternehmer Wolff, 28. April 1934	
Information über die Gespräche Vejcers im Reichswirtschaftsministerium bezüglich einer deutschen Finanzanleihe für die Sowjetunion. Bedenken Deutelmosers gegen die Durchführbarkeit eines deutschen Kredits entsprechend der sowjetischen Vorschläge.	1160

430. Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny, April 1934	
Nadolny schätzt die Verwandlung der Sowjetunion zu einem militärischen und wirtschaftlichen Machtfaktor als Bedrohung der kapitalistischen Welt, vor allem Deutschlands, ein. Er betont die Notwendigkeit von zielgerichteten internationalen Gegenmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, um die UdSSR dazu zu bringen, sich zu einem normalen Großstaat zu entwickeln, der sich politisch in den allgemeinen internationalen Rahmen einfüge und wirtschaftlich ein wichtiges Austausch- und Betätigungsgebiet werde.	1161
431. Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch, 2. Mai 1934	
Information Mossdorfs über die ablehnende Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums auf die Anfrage bezüglich der Gewährung einer Finanzanleihe der Sowjetunion. Mossdorf beabsichtigt, Vejcer über das vorhandene Interesse an sofortigen größeren sowjetischen Bestellungen in Deutschland zu informieren und über die Bereitschaft, als Gegenleistung größere Beträge sowjetischer Waren gegen sofortige Barzahlung zu kaufen.. . . .	1164
432. Verbalnote der Botschaft Moskau an das NKID, 7. Mai 1934	
Erneute Beschwerde über die Weigerung, dass Vertreter der Konsularabteilung der Deutschen Botschaft verhaftete Reichsdeutsche besuchen dürfen, was dem Wortlaut und dem Sinn des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommens widerspräche.	1165
433. Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA, 12. Mai 1934	
Unterredung mit Litvinov, der den Wunsch äußert, gute Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen, über die Abberufung Chinčuks informiert und um Agrément für Suric ersucht.	1166
434. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 15. Mai 1934	
Von Twardowski bespricht Absturz eines deutschen Heißluftballons auf dem Gebiet der UdSSR. Er berichtet über seine Eindrücke vom 1. Mai in Berlin und beschwert sich wegen der Verhaftung seiner Hausangestellten, die er als eine gegen ihn persönlich gerichtete Maßnahme betrachte. Übergehend zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen meint von Twardowski, dass der sowjetische Vorschlag, das Baltische Protokoll zu unterzeichnen, kein geeignetes Mittel sei, die Beziehungen zu verbessern.	1167
435. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 16. Mai 1934	
Projekt der Gewährung eines deutschen Kredits an die Sowjetunion.	1171
436. Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov, 17. Mai 1934	
Gespräch mit Mehnert am 14. 5. 1934, der nun drei deutsche Zeitungen in Moskau vertreten wird. Unterredung mit Bräutigam am 15. 5. 1934, der im Namen des AA und des Reichswirtschaftsministeriums einen Vorschlag unterbreitet, den Dollar-Konflikt mit der Bezahlung einer Pauschalsumme von 9 bis 10 Mio. Mark sowjetischerseits zu beenden. Erwiderung Bessonovs, dass keine Umstände eingetreten seien, die eine Veränderung jenes Standpunktes bewirken könnten, der in der sowjetischen Note vom 24. 3. 1934 dem AA dargelegt wurde. Gespräch mit dem neuen Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Markert am 16. 5. 1934.	1172

- 437. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 17. Mai 1934**
Die Meldungen über die sowjetische Hilfe und Anteilnahme bei dem Heißluftballonunglück sollen in den Zeitungen hervorgehoben werden. 1176
- 438. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 17. Mai 1934**
Information über das Szenarium und die Vorbereitung eines Theaterstücks oder Filmes „Der braune Affe“ in Moskau. 1177
- 439. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 19. Mai 1934**
Entwurf eines Zeitungskommentars zur Rede Hitlers vom 16. 5. 1934 mit der Bitte um Stellungnahme. 1178
- 440. Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 19. Mai 1934**
Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Rede Hitlers vom 16. 5. 1934 auf dem Arbeitskongress, die Krestinskis Meinung nach eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion darstelle. 1180
- 441. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 20. Mai 1934**
Information über die laufenden Angelegenheiten (Reaktion der Deutschen Botschaft auf die sowjetische Anteilnahme an dem Heißluftballonunglück, Reaktion auf die Rede Hitlers, antisowjetische Artikel in der deutsche Presse u.a.). 1182
- 442. Schreiben des Stellv. Vorstandsvorsitzenden der Staatsbank der UdSSR Arkus an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Mai 1934**
Information über den Umfang der Geldüberweisungen aus Deutschland an Russlanddeutsche mit der Bitte um Anweisungen zu dieser Frage. 1184
- 443. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 26. Mai 1934**
Bessonov erhebt Protest gegen die Rede Hitlers auf dem Arbeitskongress, die nicht nur unzutreffende Behauptungen bezüglich der inneren Situation in der Sowjetunion enthalte, sondern auch eine Passage, die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR betrachtet wird. Meyer erklärt, dass er den Protest nicht annehmen könne und ihn zurückweisen müsse, weil Hitler, als er über die UdSSR sprach, den Kommunismus und das kommunistische System insgesamt gemeint habe, gegen das er polemisiert habe. 1185
- 444. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 28. Mai 1934**
Bessonov macht sich Sorgen um die weitere Entwicklung des Dollar-Konflikts, die in ein kritisches Stadium eintrete. Er meint, dass die Verschlechterung der Situation mit dem inkonsequenten sowjetischen Verhalten in der Dollar-Angelegenheit verbunden sei, und bittet darum, im NKID eine klare und entschiedene Haltung in dieser Frage durchzusetzen. 1188

- 445. Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny, [nach dem 27. Mai 1934]**
Bemühungen Nadolnys, in verschiedenen Unterredungen mit Hitler, von Neurath und von Blomberg vom 14. 5. bis 27. 5. 1934 sein Hauptanliegen über die Notwendigkeit der Bereinigung des Verhältnisses mit der Sowjetunion zu begründen. 1190
- 446. Aufzeichnungen des Botschafters in Moskau Nadolny und des AA, 30. und 31. Mai 1934**
Auf Anordnung Hitlers von Nadolny angefertigte Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und konkrete Vorschläge für ihre weiteren Gestaltung. Als Ergänzung der Ausführungen Nadolnys dient die Erörterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Standpunkt der allgemeinen außenpolitischen Lage Deutschlands, die nach Meinung führender Mitarbeiter des AA nicht unerheblich von dem Charakter des Verhältnisses zur Sowjetunion abhängig sei. 1192
- 447. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 31. Mai 1934**
Besprechung im Reichswirtschaftsministerium mit Vejcer am 30. 5. 1934 über die Bedingungen eines 200-Millionen-Kredits an die UdSSR und die damit zusammenhängenden Fragen. 1199
- 448. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Vorstandsvorsitzenden der Staatsbank der UdSSR Arkus, 1. Juni 1934**
Stellungnahme zu den Fragen, die in dem Schreiben von Arkus vom 23. 5. 1934 (vgl. Dok. 442) über das weitere Verfahren bezüglich der Geldüberweisungen aus Deutschland gestellt wurden. 1202
- 449. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 5. Juni 1934**
Besprechung am 4. 6. 1934 im Reichswirtschaftsministerium mit Vejcer über die Bedingungen eines 200-Millionen-Kredits an die UdSSR und ihre Ergebnisse. 1203
- 450. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 5. Juni 1934**
Bräutigam fasst die Ergebnisse der Verhandlungen mit Vejcer über einen 200-Millionen-Kredit an die UdSSR zusammen, die er als etwas dürftig einschätzt, und bittet um Weisung zu weiteren Verhandlungen. 1206
- 451. Brief des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow, 7. Juni 1934**
Abschiedsbrief Nadolnys, in dem er seine Erwägungen zusammenfasst, die ihn zum Rücktritt von seinem Posten zwangen. 1206
- 452. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 7. Juni 1934**
Unterredung mit dem Chef des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium General Liese am 6. 6. 1934 über die geplanten Bestellungen der Sowjetunion im Rahmen des zusätzlichen Bestellprogramms (heereswichtige Artikel) und die zusätzlichen deutschen Bestellungen (heereswichtige Rohstoffe). Liese betont,

dass die 600 000 t Naphtaprodukte, die von der Sowjetunion zu erwarten seien, dem Reichswehrministerium sehr willkommen sind. 1208

453. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 7. Juni 1934

Besprechung am 7. 6. 1934 im Reichswirtschaftsministerium mit Vertretern von verschiedenen Ressorts und Banken über die Bedingungen eines Kredits, der im Rahmen des geplanten Abkommens von einem deutschen Bankenkonsortium der Sowjethandelsvertretung gewährt werden soll. Die Vertreter der Banken wollen das vorausgesehene Eigenrisiko von 5% nicht übernehmen, da ihrer Meinung nach die sowjetische Wirtschaft sich in einem Zustande fortschreitenden Verfalls befinde und der Zeitpunkt kommen werde, an dem die Sowjets nicht mehr zahlen könnten. 1209

454. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 11. Juni 1934

Besprechung am 8. 6. 1934 im Reichswirtschaftsministerium mit Vejcer über sämtliche Punkte des geplanten 200-Millionen-Kreditabkommens, bei dem keine Einigung bei den Einzelfragen erreicht worden seien. Gegenüber allen deutschen Vorschlägen habe sich Vejcer ablehnend verhalten. 1211

455. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Juni 1934

Ausführliche Information über den Stand der Verhandlungen Vejcers mit den Deutschen bezüglich der Bedingungen eines langfristigen Finanzkredits. 1212

456. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny, [13. Juni 1934]

Gespräch mit Nadolny am 11. 6. 1934, in dem dieser seine Abreise aus Moskau mit vorgezogenem Urlaub begründet. Krestinskij vermutet, dass die eilige Abreise Nadolnys entweder damit zu erklären sei, dass Nadolny abberufen werde, oder dass die deutsche Regierung entschieden habe, Nadolny für einige Monate aus Moskau abziehen, um die Sowjetunion durch einen demonstrativ feindseligen Akt zu brüskieren. 1215

457. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 13. Juni 1934

Von Twardowski teilt im Auftrag von Neuraths mit, dass die Abberufung Nadolnys ausschließlich auf persönliche Gründe Nadolnys zurückzuführen sei und keine Änderung der Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion bedeute. Er informiert über die Ernennung von der Schulenburgs zum Botschafter in Moskau und bittet um das Agrément für ihn. 1217

458. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 13. Juni 1934

Das französisch-sowjetische Projekt eines Ostpaktes und die negative Stellungnahme von Neuraths. Der Ostpakt sei zu bindend und er ziehe es vor, wie mit Polen bilaterale Nichtangriffspakte abzuschließen. 1219

459. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 14. Juni 1934

Beschwerden von Twardowskis bezüglich einer Reihe von laufenden Angelegenheiten: u. a. die ungenutzte Durchreise Šmidts durch Berlin, der Nichtempfang Hartmanns durch Vorošilov, das Verfahren der sowjetischen Behörden bei den Verhaftungen deutscher Staatsbürger bzw. die Entlassung aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft. 1222

460. Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 15. Juni 1934

Gespräch mit Krestinskij und Stomonjakov am 14. 6. 1934 über den Ostpakt. Von Twardowski betont der Anweisung entsprechend, dass Berlin die Verhandlungen über den Ostpakt nicht von vornherein ablehne. 1226

461. Aus einem Informationsbericht des Wehrmachtsamtes, 16. Juni 1934

Erörterung der Frage über einen eventuellen Beitritt der UdSSR zum Völkerbund, der nicht nur politische Schwierigkeiten, sondern auch verschiedene formale juristische Hindernisse mit sich bringen könnte. 1227

462. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov an das NKID, 18. Juni 1934

Analyse der antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse im Zusammenhang mit der Aktivität Litvinovs in Genf, seinem Plan zum Ostpakt und dem möglichen Beitritt der UdSSR zum Völkerbund. Dabei bewerte die deutsche Presse die Ablehnung des Ostpaktes durch von Neurath als eine folgerichtige Ablehnung der Politik der Militärbündnisse durch Deutschland. 1229

463. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 19. Juni 1934

Laufende Angelegenheiten: Stellungnahme des NKID zur Beteiligung der UdSSR an der Königsberger Messe, Verhalten beider Seiten in den Haftangelegenheiten. Štern stellt im Zusammenhang mit dem Rücktritt Nadolnys mit Bedauern fest, dass erst jetzt deutlich wurde, dass Nadolny Hitler nicht nur nicht nahestand, sondern in dessen Augen auch eine ungünstige Reputation besaß. 1233

464. Brief des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 19. Juni 1934

Information über die aktuellen Ereignisse: u. a. den Rücktritt Nadolnys, das Angebot eines Ostpaktes durch Litvinov und den bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund, die Rückwirkung der sich verschlechternden Beziehungen auf die Russlanddeutschen und die Kirche in der UdSSR. 1235

465. Telegramm des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 22. Juni 1934

Anweisung, keine Initiative in der Frage des Ostpaktes zu ergreifen, da Deutschland kein Interesse an einem schriftlich ausgearbeiteten sowjetischen Entwurf habe. 1238

466. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 23. Juni 1934

Die unterschiedlichen Auffassungen im AA zum Ostpakt. Wiedergabe der Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger Arnal am 22. 6. 1934. Dieser vertrete die Meinung, dass es im AA eine einflussreiche Gruppe gebe – insbeson-

- dere von Bülow und Köpke –, die nicht mit der Antwort von Neuraths an Litvinov einverstanden sei. Diese Gruppe erachte es als erforderlich, dass Deutschland in der einen oder anderen Form an dem Ostpakt teilnehmen sollte. 1239
- 467. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Legationsrat im AA von Tippelskirch, 25. Juni 1934**
 Von Tippelskirch behaupte, dass die Antwort von Neuraths an Litvinov über den Ostpakt noch nicht endgültig sei und die von Litvinov unterbreiteten Vorschläge im AA ernsthaft geprüft und erörtert würden. 1242
- 468. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 26. Juni 1934**
 Litvinov sieht keinen wesentlichen Widerspruch zwischen den verschiedenen Äußerungen von deutschen Diplomaten und Staatsmännern zum Ostpakt. Seiner Meinung nach bestehe der Kern des sowjetischen Vorschlages in dem Punkt der gegenseitigen Hilfeleistung, der deutscherseits endgültig abgelehnt sei. Über die Nichtangriffspakte und die gegenseitigen Konsultationen wären aber weitere Verhandlungen möglich. 1244
- 469. Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov, 28. Juni 1934**
 Unterredung mit Meyer am 26. 6. 1934 über die verschiedenen Aspekte der deutschen Außenpolitik, vor allem über den Ostpakt. Gespräch mit Hilger am 26. 6. 1934 über die laufenden Fragen der Deutschen Botschaft, vor allem über den Botschafterwechsel. Gespräch mit von Niedermayer am 28. 6. 1934 über sein Leben als Mitglied der NSDAP. 1246
- 470. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Botschafter z. D. Nadolny, 2. Juli 1934**
 Nadolnys Sicht auf die Vorgeschichte und Hintergründe seines Rücktrittes, insbesondere sein Verhältnis zu von Neurath. 1251
- 471. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. Juli 1934**
 Bitte des NKID an das Politbüro, der OGPU vorzuschlagen, den zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilten Reichsdeutschen Schmidt entweder vor ein Gericht zu stellen oder das gegen ihn verhängte Urteil in eine Ausweisung aus der UdSSR umzuändern. 1253
- 472. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. Juli 1934**
 Vorschlag des NKID, den Fall des verhafteten Reichsdeutschen Jost nicht dem Gericht zu übergeben, was politisch nicht zweckdienlich sei, sondern sich mit seiner Ausweisung aus der UdSSR zu begnügen. 1255
- 473. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 5. Juli 1934**
 Anweisungen an Vejcer für weitere Verhandlungen mit den Deutschen über neue Importkredite in einem Volumen von 200 Mio. Mark. 1257
- 474. Verbalnote des AA an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin, 5. Juli 1934**
 Antwort auf die Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung vom 9. 5. 1934. Die darin erhobenen Vorwürfe gegen die Reichssammlung „Brüder in Not“, die rein karitative Zwecke verfolge, sind nach Meinung des AA unbegründet. Das AA

lenkt die Aufmerksamkeit der Bevollmächtigten Vertretung auf die willkürliche Verwendung der überwiesenen Geldsummen.	1259
475. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 9. Juli 1934	
Trotz des Protestes der Deutschen Botschaft Aufnahme des Bildes von Mal'kov „Bei einem Fluchtversuch“ in eine Moskauer Ausstellung, da nach Meinung der zuständigen sowjetischen Stelle gegenwärtig keine Neigung bestehe, dem Wunsche der Botschaft stattzugeben.	1260
476. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 11. Juli 1934	
Vorschlag, die deutschen Organisationen, die mit Geldüberweisungen an Russlanddeutsche in der UdSSR betraut sind, durch eine kritische Veröffentlichung in der „Izvestija“ als betrügerisch zu bezeichnen, um die Aktion zu unterbinden.	1261
477. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 11. Juli 1934	
Begründung der Notwendigkeit, eine „Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland“ zu gründen und danach die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ aufzulösen.	1262
478. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Stern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 11. Juli 1934	
Laufende Angelegenheiten, Bitten und Beschwerden von beiden Seiten: u.a. Ausweisungen von bzw. Bitte um Nachforschungen nach verschwundenen Reichsdeutschen, die Ankunft von der Schulenburgs und die Umstände des Amtsantritts von Suric.	1265
479. Aufzeichnung der Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ Leopold und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 12. Juli 1934	
Unterredung mit Leopold, der meint, dass es im AA bezüglich des Ostpaktes Meinungsverschiedenheiten gebe: von Neurath und Meyer seien Gegner des Paktes und von Bülow und Köpke seine Befürworter. Unterredung mit Meyer am 10. 7. 1934 über den Ostpakt, der behauptet, dass er im AA keinen einzigen getroffen habe, der den Ideen eines Ostpaktes gegenüber aufgeschlossen sei. Seiner Meinung nach könne Deutschland sich nicht an einem Ostpakt beteiligen, weil sich diese Koalition gegen Deutschland richte.	1268
480. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 16. Juli 1934	
Unterredung am 12. 7. 1934 über die laufenden Fragen der beiderseitigen Beziehungen: zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Suric; zu den Steuern der Handelsvertretung; zu den Kreditfristen des neuen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens; über die Behandlung der Derop-Mitarbeiter; gegenseitige Beschwerden wegen Presseveröffentlichungen; über den Ostpakt.	1270
481. Runderlass des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath, [17. Juli 1934]	
Überblick über die sowjetische Außenpolitik der letzten Jahre und ausführliche Begründung, dass Deutschland den Ostpakt als ein gegen sich gerichtetes Bündnisystem unter der Hegemonialstellung Frankreichs, in das die Sowjetunion eintrete, bewerte und damit als unannehmbar betrachte. Dabei weist von Neu-	

rath darauf hin, bei Unterredungen über den Ostpakt nicht schon von einer deutschen Ablehnung zu sprechen, sondern die von ihm dargelegten Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. 1276

482. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 21. Juli 1934

Chinčuk teilt die neuen Vorschläge der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit dem Ostpakt-Projekt mit. Diese würden bei aller Übereinstimmung mit Frankreich in den Grundgedanken in gewisser Distanz zu dem französischen Entwurf des Paktes stehen. Von Bülow betont, dass die Bereitschaft in Berlin zum Gedankenaustausch keineswegs eine Zustimmung zum Inhalt des Paktes bedeute, der deutscherseits niemals unterzeichnet werden würde, ehe nicht die Frage der Gleichberechtigung geregelt sei. 1282

483. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 23. Juli 1934

Meldung in sowjetischen Zeitungen, ein sogenannter Berliner nationalsozialistischer geheimer Erkundungsdienst bereite eine Provokation gegenüber der UdSSR vor, um eine Annäherung der UdSSR an Frankreich zu verhindern. Überlegungen von Twardowskis über die Urheberchaft dieser Meldung. 1283

484. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 27. Juli 1934

Bericht über die Schlussfolgerungen einer zwischenbehördlichen Kommission über die Maßnahmen gegen die Versendung von Päckchen und Geldanweisungen durch die Firma „Fast und Brilliant“ an die Russlanddeutschen in der UdSSR. 1286

485. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 27. Juli 1934

Die im NKID scharf formulierte Antwortnote an von Neurath auf die Note des AA vom 5. 7. 1934 bezüglich der Kampagne „Brüder in Not“. 1288

486. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 27. Juli 1934

Meinungsaustausch über die deutschen Bedenken bezüglich des Ostpaktes, der laut Meyer Deutschland einer Reihe von Gefahrenmomenten aussetzen würde. Bessonov macht Meyer darauf aufmerksam, dass alle die gegen den Ostpakt vorgebrachten Einwände dann zusammenbrächen oder sich als äußerst fragwürdig erwiesen, wenn man den Fall annehme, dass Deutschland selbst in der Rolle eines Angreifers auftreten könnte. 1289

487. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 28. Juli 1934

Vertrauliche Einschätzungen von Twardowskis über die Haltung Deutschlands gegenüber der Aktion „Brüder in Not“ und die Eigenschaften von führenden Personen des AA, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen beschäftigen. Von Twardowskis Meinung nach wünsche die sowjetische Regierung von Deutschland bezüglich des Ostpaktes keine positive Antwort zu erhalten, sondern sei an einer Ablehnung dieses Vorschlages durch Deutschland interessiert. 1294

488. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 2. August 1934

Kondolenzbesuch Bessonovs anlässlich des Todes von Hindenburgs und damit im Zusammenhang die Frage der Amtseinführung von Suric sowie die Frage nach der deutschen Antwort auf den Ostpakt. Von Neurath zufolge sei die Paktfrage derart kompliziert, dass noch viel Zeit verstreichen werde und viele Diskussionen geführt werden müssten, bevor sich Deutschland in dieser Frage endgültig festlege.

1297

489. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Stern mit dem Legationsrat Hilger, 4. August 1934

Laufende Angelegenheiten: u. a. die gegenseitige Behandlung von verhafteten Staatsbürgern; Protest gegen die Publikation in einer sowjetischen Zeitung, die einen Schatten auf deutsche Firmen mit Weltruf wie Demag und Krupp werfe; Beschwerde wegen einer Indiskretion der diplomatischen Routine in der sowjetischen Presse; Erklärung über die Aktion „Brüder in Not“, die die Bereitschaft des AA andeute, Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentlichen Spendensammlungen zu unterbinden.

1299

490. Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats Hilger mit dem Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde, 8. August 1934

Laut Linde erfolge die Nichtteilnahme der UdSSR an der Ostmesse in Königsberg nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen.

1303

491. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 11. August 1934

Im Auftrag des AA Bitte von Twardowskis, die Entscheidung der Berliner Handelsvertretung, nicht an der Königsberger Messe teilzunehmen, zu überprüfen. Krestinskij erläutert die sowjetische Haltung zum Völkerbundbeitritt.

1304

492. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 11. August 1934

Stellungnahmen im diplomatischen Corps in Moskau zum Ostpakt, zu den Absichten der Sowjetregierung, dem Völkerbund beizutreten, und zu den internationalen Beziehungen im Falle eines Scheiterns des Ostpaktes. Nach verbreiteter Meinung sollte die Bedeutung einer französisch-sowjetischen Allianz für die Gegenwart nicht überschätzt werden. Aber sie werde, einmal abgeschlossen, die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion außerordentlich erschweren.

1305

493. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [14. August 1934]

Ablehnende Haltung zu der Bitte von Rozengol'c, den Vorschlag der Deutschen anzunehmen, in Deutschland gewöhnliche Aufträge in Höhe von 60 Mio. Mark zu vergeben.

1308

494. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, [14. August 1934]

Ablehnung des deutschen Vorschlags und Festlegung der Summe der in Deutschland zu vergebenden Aufträge auf 20 bis höchsten 30 Millionen RM. . .

1309

- 495. Bericht des Stellv. Chefs der Verwaltung für Information und Statistik der RKKA Artuzov an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 14. August 1934**
 Ein neuer Agent im Reichsluftfahrtministerium, der über einige Interna der militärischen Organisation des Ministeriums berichtete. Artuzov meint, dass die Westmächte derartige Dokumente, die so offen den Aufbau der Luftwaffe darlegten, bis jetzt nicht besäßen. 1309
- 496. Schreiben des Stabsamtes des Reichsnährstandes an das AA, 16. August 1934**
 Projekt des Abteilungsleiters im Reichspropagandaministerium Taubert, eine Ausstellung über Theorie und Praxis des Nationalsozialismus und des Kommunismus auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu veranstalten. 1311
- 497. Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem designierten Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. August 1934**
 Suric meint, dass der Ostpakt für Deutschland und die Sowjetunion das beste Mittel sei, die Sicherheitsfrage zu lösen. Seine Ernennung zum Bevollmächtigten Vertreter in Berlin sei nach Suric Beweis dafür, dass Litvinov großen Wert darauf lege, gute Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. 1313
- 498. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 18. August 1934**
 Nach Information Bessonovs die Bedingungen, die Deutschland für den Fall der Annahme des Ostpaktes stellen werde. 1315
- 499. Aufzeichnung der Unterredung des Pressebeirats der Botschaft in Moskau Baum und des Professors Oberländer mit dem Leiter des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B) Radek, 24. August 1934**
 Ausführungen Radeks zu Deutschland und den Deutschen sowie zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die nach Meinung Baums fast vollständig den offiziellen Ausführungen der „Izvestija“ entsprächen. Als bemerkenswert erwähnt Baum die Äußerung Radeks, dass die UdSSR es vorziehen würde, kein Bündnis mit Frankreich schließen zu müssen, wenn Deutschland an dem Ostpakt teilnehme. 1316
- 500. Bericht des Leiters der Allunionsvereinigung „Specstal“ Tevosjan an die Kommission für Sowjetkontrolle, 25. August 1934**
 Zusammenfassende Beschreibung der Schwierigkeiten, die die vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit sowjetischer Ingenieure mit der Firma Krupp seit Herbst 1933 und die Verhandlungen mit Krupp, die den Vertrag über technische Hilfe am 25. 6. 1934 aufkündigte, betreffen. 1320
- 501. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 27. August 1934**
 Krestinskij begründet ausführlich seine Stellungnahme zu dem Abreisetermin von Suric, dessen Verhalten beim Treffen mit von Neurath (Initiative über die

Teilnahme Deutschlands am Ostpakt zu ergreifen, ohne in detaillierte Verhandlungen über den Pakt einzutreten) und legt einen Beschlussentwurf vor.	1322
502. Bericht des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Ėliava an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 29. August 1934	
Ergebnisse der Vereinbarungen über die sowjetischen Exportartikel und -volumen, die in dem Schlussprotokoll über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen der deutsch-sowjetischen Warenkommission vom 8. 8. 1934 festgelegt wurden.	1326
503. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den deutschen Konsul in Kiev Hencke, 31. August 1934	
Von Twardowski skizziert für Hencke, der den Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg Oberländer auf einer Rundreise durch den Amtsbezirk Kiev begleiten wird, die Meinung der Botschaft bezüglich der Ernährungslage in der Sowjetunion.	1328
504. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 2. September 1934	
Bitte um Genehmigung, in den Kreditverhandlungen den Vorschlägen der Deutschen außer dem Umfang der laufenden Aufträge zuzustimmen.	1329
505. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 3. September 1934	
Zustimmung zum Vorschlag vom 2. 9. 1934 (vgl. Dok. 504) unter der Bedingung, dass die Deutschen Zutritt zu ausnahmslos allen Werken und Forschungsinstituten gewähren.	1330
506. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationssekretär Hensel, 5. September 1934	
Antrittsbesuch Hensels, der sich Štern gegenüber als überzeugter und einziger Nationalsozialist in der Botschaft vorstellt.	1331
507. Nachrichtendienstliche Information an die Auslandsabteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit NKVD, 7. September 1934	
Information über die Gespräche von der Schulenburgs mit Hitler und Rosenberg sowie über die Anweisungen Rosenbergs an von der Schulenburg.	1332
508. Memorandum der deutschen Regierung, 8. September 1934	
Stellungnahme der deutschen Regierung zu der von Frankreich, der Sowjetunion und England vorgeschlagenen Teilnahme Deutschlands an dem geplanten Ostpakt.	1333
509. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Prokof'ev an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 9. September 1934	
Prokof'ev erbittet Weisung, nach Abschluss der Ermittlungen durch das NKVD eine Reihe von verhafteten deutschen, österreichischen und sowjetischen Staatsbürgern wegen Spionage in Leningrad und Murmansk vor das Militärkollegium des Obersten Gerichts zu stellen.	1339

- 510. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 10. September 1934**
Von Twardowski übergibt das Memorandum der deutschen Regierung zum Ostpakt (vgl. Dok. 508) und legt knapp seinen Inhalt dar. Krestinskij teilt seine ersten Eindrücke mit. 1341
- 511. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Ždanov und den 1. Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Kujbyšev, 11. September 1934**
Krestinskij übersendet die russische Übersetzung des deutschen Memorandums zum Ostpakt und weist darauf hin, dass das NKID das Memorandum prüft und in einigen Tagen Vorschläge unterbreitet, welche Antwort darauf zu geben sei. Er schlägt vor, dass die sowjetischen Zentralzeitungen das Memorandum einer Kritik in dem Sinne unterziehen, dass die deutsche Antwort im Prinzip eine Absage darstelle, am Pakt teilzunehmen. 1343
- 512. Telegramm des 1. Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Kujbyšev an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 13. September 1934**
Laut eines Telegramms von Fridrichson, das an Stalin geschickt wird, sei die deutsche Seite bereit, bei Abschluss des Wirtschaftsabkommens Einfluss auf die deutschen Firmen zu nehmen, dass Geschäftsabschlüsse zustande kommen und sowjetische Vertreter Einblicke in die Betriebe nehmen können. 1344
- 513. Denkschrift des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov, 13. September 1934**
Analyse des deutschen Memorandums zum Ostpakt, in der Bessonov u. a. zu der Schlussfolgerung kommt, dass die Ablehnung der grundlegenden These des geplanten Ostpaktes über die Anwendung von kollektiven Sanktionen gegen einen Angreifer nicht anders gedeutet werden könne, als dass sich die Deutschen auf ihre Rolle als Aggressor vorbereiten und keine kollektive Staatenfront gegen sich haben wollen. 1345
- 514. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an die Sekretäre des ZK der VKP (B) Kaganovič und Ždanov und den 1. Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Kujbyšev, 14. September 1934**
Anweisung, sich wegen des Abschlusses des Wirtschaftsabkommens nicht zu beeilen, sondern erst Fridrichson nach Moskau zu beordern, den Vertragsentwurf zu studieren und alle offenen Fragen zu klären. 1355
- 515. Nachrichtendienstliche Information der Verwaltung für Information und Statistik der RKKa, 17. September 1934**
Informationen über die außenpolitische Lage Deutschlands, die innere Situation, u. a. in der Reichswehr nach dem Röhm-Putsch, und über die Aufrüstung Deutschlands. 1356
- 516. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 23. September 1934**
Kaganovič und Molotov teilen die Meinung Litvinovs über die weiteren Schritte bei der Vorbereitung des Ostpaktes nicht. Ihrer Auffassung nach soll Litvinov keine Verhandlungen über den Abschluss des Ostpaktes ohne Deutschland und

Polen führen, sondern lediglich die Absichten Frankreichs und anderer Länder sondieren.	1358
 517. Bericht des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an das NKID, 27. September 1934	
Analyse der außenpolitischen Anstrengungen Deutschlands im Verhältnis zu Großbritannien, Italien, Polen und Japan vom Standpunkt der Erweiterung des antisowjetischen Blocks. Bessonov kommt zu der Schlussfolgerung, dass die außenpolitische Konzeption des deutschen Faschismus nicht nur von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei, sondern Deutschland auch in eine nie dagewesene Isolierung getrieben werde. Er meint auch, dass der antisowjetische Charakter der deutschen Politik beibehalten werde, aber ihr Ausdruck sich angesichts der zunehmenden außenpolitischen Isolierung Deutschlands für eine bestimmte Zeit stark verändern könne, und zwar in Richtung einer gewissen Mäßigung.	1359
 518. Notiz des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde, [Ende September 1934]	
Biographische Angaben über den neuen deutschen Botschafter in der UdSSR Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.	1367
 519. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 4. Oktober 1934	
Information über die laufenden Kontakte mit der Deutschen Botschaft, u.a. Übergabe des Beglaubigungsschreibens von der Schulenburgs an Kalinin am 3. 10. 1934.	1368
 520. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 7. Oktober 1934	
Antrittsbesuch von der Schulenburgs: über die Möglichkeit der Verbesserung der Beziehungen allgemein, die Presseangriffe und den Fall Fuchs.	1370
 521. Arbeitsplan der 2. Westabteilung der VOKS für Deutschland, [vor dem 16. Oktober 1934]	
Tätigkeit von VOKS in den Jahren 1933 bis 1934 mit Deutschland und Einschätzung der Besonderheiten dieser Arbeit sowie die Aufgaben für das Jahr 1935.	1372
 522. Aufzeichnung der Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann und dem Leiter des Referats Osten und Naher Osten in der Presseabteilung Schönberg, 19. Oktober 1934	
Die gegenseitigen Beschwerden wegen der Presseangriffe und die Erklärung des mündlichen Protestes im Zusammenhang mit dem Verbot der „Pravda“ in Deutschland für eine Woche.	1374
 523. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 19. Oktober 1934	
Beschwerden von der Schulenburgs bezüglich der Angriffe der sowjetischen Presse im Zusammenhang mit dem Attentat in Marseille und nachfolgender Meinungs austausch über die beiderseitige Haltung der Presse.	1377

524. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 19. Oktober 1934	
Auf und ab der Verhandlungen über den Verkauf der Derop mit dem Benzolverband und die Haltung des Reichswirtschaftsministeriums.	1379
525. Schreiben des designierten Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 19. Oktober 1934	
Überlegungen im Zusammenhang mit der Verzögerung bei der Aushändigung des Beglaubigungsschreibens an Hitler sowie über einige Aspekte der internationalen Beziehungen im Lichte der deutschen und französischen Presse.	1383
526. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im AA von Bülow, 22. Oktober 1934	
Erste Eindrücke von der Schulenburgs über seine liebenswürdige Aufnahme in Moskau und über seine Gespräche mit Litvinov, den er als Hauptgegner Deutschlands bezeichnet; Bewertung der antideutschen Presse im Zusammenhang mit dem Attentat in Marseille und der sowjetischen Außenpolitik, die seiner Meinung nach zurzeit abwartend sei.	1385
527. Aufzeichnung der Unterredung des designierten Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit dem Botschafter z. D. Nadolny, 23. Oktober 1934	
Erläuterungen Nadolnys zu seinem Rücktritt, zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zur deutschen Haltung zum Ostpakt. Nadolny gibt Suric dabei den Rat, keine Initiative im politischen Bereich zu entwickeln, sondern sich darum zu bemühen, die allgemeine Atmosphäre zu entspannen und alle Anstrengungen darauf zu richten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erweitern. . .	1388
528. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 23. Oktober 1934	
Auflistung von Argumenten, die für einen Kauf der Derop durch den Benzolverband sprechen, und Gefahren, die im Falle einer Weigerung des Verkaufs von Derop entstehen könnten.	1392
529. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow, 25. Oktober 1934	
Bessonov stellt die Beweggründe dar, die die sowjetische Seite dazu veranlasst habe, die Derop zu verkaufen, und betont, dass von der befriedigenden Lösung der Derop-Frage das sowjetische Entgegenkommen bezüglich der weiteren Lieferung von Erdöl abhinge. Informationen von Bessonov über die Verhaftung der Reichsdeutschen, die an der Bevollmächtigten Vertretung tätig sind.	1393
530. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow, 25. Oktober 1934	
Bessonov beschreibt die Lage in der Bevollmächtigten Vertretung, insbesondere die Stimmung unter den deutschen Angestellten nach der Verhaftung der beiden deutschen Mitarbeiter. Von Bülow erläutert, dass die Verhaftung dieser Personen nicht damit verbunden sei, dass sie bei der Bevollmächtigten Vertretung angestellt seien, sondern weil sie sich an einer Geldsammlung für illegale Zwecke beteiligt hätten.	1396

531. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow für den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 25. Oktober 1934

Von Bülow schlägt vor, Hitler solle beim Empfang des neuen sowjetischen Botschafters eine knappe Erklärung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen abgeben, die auch für das AA für eine gewisse Zeit eine Richtlinie wäre.

1400

532. Schreiben des designierten Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 26. Oktober 1934

Suric beschreibt in Einzelheiten alles, was mit der Verhaftung der beiden deutschen Angestellten und ihren Folgen verbunden ist. Er schließt nicht aus, dass die deutschen Behörden diesen Fall als latente Drohung gegen die Bevollmächtigte Vertretung benutzen könnten, und macht den Vorschlag, alle deutschen Angestellten durch sowjetische Fachleute zu ersetzen.

1400

533. Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 26. Oktober 1934

Empfang von Suric bei Hitler: die Ansprachen bei der Aushändigung des Beglaubigungsschreibens waren kühl, das nachfolgende persönliche Gespräch war sehr kurz und ganz oberflächlich. Weisungen von Bülows an von der Schulenburg, u.a. Ablehnung, der sowjetischen Regierung irgendwelche Sicherheiten für eingebildete Gefahren in Aussicht zu stellen.

1404

534. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 27. Oktober 1934

Einzelheiten über den Empfang bei Hitler, der nur mit großer Mühe Liebesswürdigkeiten aussprach. Überlegungen über die Hintergründe einer Reihe von anti-sowjetischen Ausfällen, die Suric nicht mit der veränderten internationalen Lage, sondern mit dem Versuch verbindet, vor allem wegen sowjetischer Pressekampagne rund um das Attentat von Marseille in die Offensive zu gehen und das Alltagsleben der Bevollmächtigten Vertretung zu erschweren.

1405

535. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das AA und das Reichswehrministerium, 28. Oktober 1934

Darstellung des gegenwärtigen Zustands und der Entwicklung der sowjetischen Marine, die von Baumbachs Meinung nach über kurz oder lang ein beachtenswerter militärischer Faktor werden wird, mit dem unter bestimmten Bedingungen als Gegner in der Ostsee gerechnet werden muss. Gestützt auf diese Schlussfolgerung empfiehlt von Baumbach, durch geeignete Maßnahmen auf einer Entspannung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hinzuwirken.

1407

536. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 1. November 1934

Litvinov begründet für die eventuellen Verhandlungen und Unterredungen sowohl in Paris als auch in Berlin die Notwendigkeit, eine konkrete Position in der Frage des Ostpaktes zu beziehen, und schlägt einen Meinungsaustausch über die damit verbundenen Fragen auf Grundlage der von ihm in dem Schreiben skizzierten Gedanken vor. Dabei betrachtet er verschiedene Varianten des Ostpaktes und betont, dass auch eine Vereinbarung ohne Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes unter bestimmten Bedingungen für die Sowjetunion von einem gewissen Interesse wäre.

1411

- 537. Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 3. November 1934**
Mitteilung Bräutigams, Schacht erteile dem Benzolverband die Weisung, in kürzester Frist den Kauf der Derop zu realisieren. Auseinandersetzung mit Meyer darüber, dass die Angaben der Bevollmächtigten Vertretung über die dort arbeitenden Deutschen nicht an das AA gelangt sind. 1414
- 538. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Funk, 5. November 1934**
Bitte, Einfluss auf die deutsche Presse auszuüben, damit sie bei der Darstellung sowjetischer Innenpolitik und der deutsch-sowjetischen Beziehungen sachlich bleibe. 1418
- 539. Notiz der Abteilung Ausland des Wehrmachtsamtes für Reichswehrminister von Blomberg, 7. November 1934**
Information eines Gewährsmannes aus den Kreisen der Bevollmächtigten Vertretung über die Aufgaben und voraussichtliche politische Taktik von Suric, der keine direkt aktive Politik mit dem AA treiben werde. 1419
- 540. Telegramm des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Fridrichson an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 11. November 1934**
Fridrichson beschreibt die Situation bei den Kreditverhandlungen und bittet um die Erlaubnis, den Deutschen zu erklären, dass die Verlängerung des Mark-Abkommens eine unverzichtbare Voraussetzung für den Abschluss des Kreditabkommens bilde. 1420
- 541. Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Vorsitzenden der Ifago Kraemer und dem Aufsichtsratsmitglied der Derop von Klass, 13. November 1934**
Kraemer berichtet über die unterschiedlichen Vorstellungen bei dem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR. Während das Reichswirtschaftsministerium nach wie vor den Plan hinsichtlich des 200-Millionen-Kredites befürworte, vertrete das AA den Standpunkt, dass ein langfristiger Kredit, der zu einer langen Bindung führe, nicht nötig und sogar schädlich sei. Meinungsaustausch mit von Klass über die Bedingungen des Verkaufs der Derop und die deutsche Forderung, bestimmte Warenlieferungen zu garantieren. . . . 1421
- 542. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 13. November 1934**
Meinungen und Urteile der ausländischen Diplomaten in Berlin über die Innen- und Außenpolitik Deutschlands, die Suric vor allem im Laufe der gegenseitigen protokollarischen Besuche erhielt. Einschätzung der ersten Kontakte mit dem AA. Suric Meinung nach werde es kaum gelingen, mit der gegenwärtigen deutschen Regierung normale Beziehungen herbeizuführen, ohne Druck auszuüben. Dies müsse in Form eines Blockes von Staaten um Deutschland herum geschehen, die daran interessiert seien, eine deutsche Aggression zu verhindern. Dabei betont er, dass die sowjetischen Angriffe gegen das NS-Regime nicht in einer Art und Weise vorgetragen werden sollten, die von breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung als Angriffe auf die nationalen Interessen Deutschlands aufgefasst werden könnten. 1423

543. Entwurf einer Rede für den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 13. November 1934

Allgemeine Darstellung der deutschen Außenpolitik in Bezug auf die Saarfrage und die Rüstungspolitik. Es sei deutsches Recht, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages als nicht mehr vorhanden anzusehen. Besondere Aufmerksamkeit lenkt von der Schulenburg auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die er vom offiziellen Standpunkt aus betrachtet: Deutschland lege Wert auf gute, freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, an deren Verschlechterung trage allein die Sowjetregierung die Schuld. Deshalb werde Deutschland in ruhiger Zurückhaltung abwarten, bis man in Moskau den Wunsch zeige, die Maßnahmen zu besprechen, um Missverständnisse in den beiderseitigen Beziehungen zu beseitigen und eine solide Basis des gegenseitigen Vertrauens wiederherzustellen.

1430

544. Schreiben des Vorsitzenden des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Reyß an den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 14. November 1934

Beschwerden wegen der Verzögerung seitens der sowjetischen Handelsvertretung, zu dem weitgehenden Vorschlag der deutschen Regierung über Geschäfte im Umfang von 200 Millionen Stellung zu nehmen.

1435

545. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das Reichswehrministerium und das AA, 19. November 1934

Bemerkungen zur gegenwärtigen wehrpolitischen Lage der Sowjetunion, die von der Lage im Fernen Osten weitgehend beeinflusst, aber nicht völlig abhängig von ihr sei. Hartmann kommt zu dem Schluss, dass im Rahmen des sich allmählich vollziehenden Aufstiegs der UdSSR die Schlagkraft der Roten Armee wachse und die Sowjetunion damit als Bundesgenosse wie als Freund ernste Beachtung verdiene.

1437

546. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 27. November 1934

Unterredung mit Suric, der über ein großes Misstrauen in der Sowjetunion gegen Deutschland und gleichzeitig von der Furcht vor einer deutschen Aktivität nach Osten sprach. Seiner Meinung nach gäbe es keine anderen Mittel außer der deutschen Annahme des Ostpaktes, um eine Beruhigung herbeizuführen. Meyer erklärt, dass angesichts der eindeutigen Friedenspolitik Hitlers die Besorgnisse der Sowjetunion vor kriegerischen Aspirationen der deutschen Regierung jeglicher Begründung entbehrten, und wiederholt die Argumente des Memorandums vom 8. 9. 1934 gegenüber dem Ostpakt. Er lenkt die Aufmerksamkeit von Suric auf die Rolle der Wirtschaftsfragen in den beiderseitigen Beziehungen und empfiehlt, auf diesem Gebiet eine Annäherung herbeizuführen.

1442

547. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. November 1934

Ausführliche Beschreibung der Intentionen und konkreten Schritte der deutschen Außenpolitik und Diplomatie. Suric kommt zu der Schlussfolgerung, dass die deutsche Führung sich neben ihrer Zielstrebigkeit nach groß angelegten Eroberungen um eine Fülle von etwas bescheideneren und aktuellen Aufgaben kümmern muss, die darauf abzielen, den Blockadering und die Isolierung Deutschlands aufzuweichen. Unter diesen taktischen Aufgaben stehe auch die

Politik gegenüber der Sowjetunion. Sie hätte das Ziel, die gegenwärtige Ge-
spanntheit der beiderseitigen Beziehungen aufzulockern, um damit die Wach-
samkeit der UdSSR einzuschläfern. Suric gibt zu Bedenken, auch die vorge-
schlagenen langfristigen Kredite unter diesem Aspekt einzuschätzen. 1444

**548. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen
Russlands im AA Bräutigam mit dem Ministerialrat im Reichswirtschaftsmi-
nisterium Mossdorf, 30. November 1934**

Unterredung mit Mossdorf über den Zustand der deutsch-sowjetischen Verhand-
lungen um das 200 Millionen-Wirtschaftsabkommen. Mossdorf schlägt vor,
Meyer solle Suric auf das Unhaltbare der gegenwärtigen Situation hinweisen
und seine Aufmerksamkeit auf die eventuellen Folgen eines Scheiterns des
200-Millionenprojekts lenken. 1451

**549. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der
Schulenburg, 3. Dezember 1934**

Laufende Angelegenheiten: Beileid zur Ermordung Kirovs, Schreiben Hitlers an
Kalinin über die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichsprä-
sidenten, Memorandum mit der Auflistung aller deutschen Haftsachen in den
letzten Jahren und gegenseitige Beschwerden bezüglich der Haltung der Presse.. 1452

**550. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den
Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer, 3. Dezember 1934**

Der Botschafter informiert über die Unterredung mit Krestinskij (vgl. Dok. 549),
in der von der Schulenburg Protest wegen Rundfunksendungen des Großsenders
Komintern geäußert habe, in denen die deutsche Außenpolitik in Misskredit ge-
bracht werde, und Meldungen zu Äußerungen von Hitler über expansionistische
Ziele Deutschlands im Osten Europas widerlegt habe. 1454

551. Beschlussentwurf des Politbüros des ZK der VKP (B), [5. Dezember 1934]

Anweisungen zu den vorbereitenden Verhandlungen über ein neues Wirt-
schaftsabkommen mit Deutschland unter der Bedingung, dass ein fünfjähriger
Kredit gewährt wird. 1455

**552. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. Dezember
1934**

Information über den gefassten Beschluss bezüglich der weiteren Wirtschafts-
verhandlungen mit den Deutschen, die der neue Handelsvertreter Kandelaki
führen wird. 1456

**553. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das
AA, 8. Dezember 1934**

Weitgehende Änderungen in der Liste der von Deutschland zu liefernden Waren
im Rahmen des 200-Millionen-Kredits, da die Sowjetunion in erster Linie Er-
zeugnisse für militärische und militärisch-industrielle Verwendungszwecke
brauche. 1457

**554. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit
dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 10. Dezember 1934**

Suric übermittelt Text des sowjetisch-französischen Protokolls über den Ostpakt
und wünscht weiterhin Gespräche mit Deutschland darüber. Von Bülow stimmt

ihm zu, betont aber dabei, dass diese Gespräche dem Inhalt des deutschen Memorandums vom September Rechnung tragen müssten.	1458
555. Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationsrat im AA von Tippelskirch, 12. Dezember 1934	
Information und Meinungsaustausch über verschiedene laufende Fragen, einschließlich Litvinovs Äußerungen in Genf über die Saar und Hitlers Worte im Gespräch mit Vertretern des französischen Frontkämpferbundes über den „Drang nach Osten“, sowie das Verhalten der deutschen Presse bezüglich der sowjetisch-japanischen Beziehungen.	1459
556. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 13. Dezember 1934	
Suric bringt von Neurath am 8. 12. 1934 das sowjetisch-französisches Protokoll über die beiderseitige diplomatische Zusammenarbeit bei den Ostpakt-Verhandlungen zur Kenntnis und interessiert sich für die Aufnahme dieser Verhandlungen mit Deutschland. Von Neurath antwortet, dass er erst nach Abhaltung des Saar-Plebizits die französische Antwort auf das deutsche Memorandum vom 8. 9. 1934 bekommen werde, deshalb verschiebe sich auch der Termin für die Verhandlungen zum Ostpakt.	1461
557. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 15. Dezember 1934	
Laufende Angelegenheiten der Deutschen Botschaft und Beschwerden wegen der Karikaturen zu Goebbels und Göring in sowjetischen Zeitungen sowie wegen der Artikel des „Pravda“-Korrespondenten in Deutschland Gofman, der sich persönliche Ausfälle gegenüber Regierungsmitgliedern erlaube.	1462
558. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 17. Dezember 1934	
Meinungsaustausch über den Vorschlag von Twardowskis, die Haftfälle in beiden Ländern auf Grundlage eines gegenseitigen Entgegenkommens zu lösen. Das AA schlägt auch vor, einige Schritte zur Erneuerung der Kulturbeziehungen zu unternehmen.	1465
559. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den Unternehmer Wolff, 17. Dezember 1934	
Deutelmoser informiert über den aktuellen Zustand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, die seiner Meinung nach ins Stocken geraten seien.	1469
560. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 19. Dezember 1934	
Unzufriedenheit von der Schulenburgs mit dem Leitartikel in der „Izvestija“ vom 18. 12. 1934 sowie persönliche Angelegenheiten des Botschafters, u. a. das Verhältnis zwischen ihm und seinen Mitarbeitern aus der Sicht Šterns.	1470
561. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 20. Dezember 1934	
Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbesprechungen und Einverständnis Schachts, das Reichsmark-Abkommen für 1935 bei Abschluss des 200-Millionen-Kreditabkommens zu verlängern.	1471

- 562. Schreiben des Volkskommissariats für Außenhandel an das Volkskommissariat für Verteidigung, [20. Dezember 1934]**
 Begründung für die Importartikel aus Deutschland im Rahmen des 200-Millionen-Kredits, die vor allem mit dem Bedarf der Militärindustrie und der sowjetischen Streitkräfte verbunden seien. 1472
- 563. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski, 20. Dezember 1934**
 Überlegungen von Twardowskis zur Rolle von Botschaftern im gegenwärtigen Deutschland, die für die Erfüllung ihrer Mission nicht Beamte des AA, sondern Hitler nahestehenden Personen sein müssten, die sein uneingeschränktes Vertrauen genossen und direkt von ihm die Weisungen bekämen. Štern kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Überlegungen von Twardowskis auf dessen äußerst geringschätziges Verhalten gegenüber von der Schulenburg zurückzuführen seien, den er für eine ernste diplomatische Tätigkeit als absolut ungeeignet ansehe. 1474
- 564. Nachrichtendienstliche Information der Aufklärungsverwaltung der RKKA, [23. Dezember 1934]**
 Information über eine Stellungnahme der Reichswehrführung bezüglich eines Krieges gegen die UdSSR und ihre Überprüfung durch zuverlässige Agenten der Aufklärungsverwaltung. 1475
- 565. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 27. Dezember 1934**
 Štern vermutet, dass sich Deutschland nach dem Saar-Plebiszit darum bemühen werde, eine Annäherung an Frankreich herbeizuführen sowie die Beziehungen zu England zu verbessern. Er charakterisiert die laufende Arbeit mit der Deutschen Botschaft als einen Zustand des Stillstandes: nur von Twardowski entwickle einige Initiative (Kulturbeziehungen, gegenseitiges Entgegenkommen in Haftsachen) im Unterschied zu von der Schulenburg, der sich absolut nicht für politische Fragen interessiere und sich ausschließlich um seine eigenen Angelegenheiten kümmere. 1477

III. Dokumente

Nr. 1

**Telegramm des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter
in Moskau von Dirksen**

Telegramm in Ziffern¹ (Geh. Ch. Verf.)

Berlin, den 30. Januar 1933 3.35 Uhr

Eing. Moskau, den 31. Januar 9.13 Uhr

Entzifferung

Tel. Nr. 13 vom 30. Januar

Unter Bezugnahme auf heutiges Telefongespräch.

Für Missionschef persönlich.

Nachdem sich herausstellte, dass durch Opposition fast aller Parteien innerpolitischer Druck auf Kabinett Schleicher in letzter Zeit übermäßig verstärkt, andererseits durch Wiederherstellung sogenannter Harzburger Front² neue Basis geboten, hat Reichspräsident geglaubt, Vollmacht Auflösung Reichstags dem Reichskanzler von Schleicher nicht anvertrauen zu können, und darauf erfolgte Gesamtdemission Kabinetts angenommen.

Gegenüber heute erfolgter Bildung Kabinetts Hitler bitte ich im Hinblick auf bisherige Auslandscommentare beruhigend einzuwirken. Zur Regelung Ihrer Sprache hinweise ich darauf, dass

1) Neues Kabinett in bis jetzt vorliegender Zusammensetzung auch früher geäußertem Wunsch des Herrn Reichspräsidenten entspricht, auf Boden Verfassung größte deutsche Partei zur Mitarbeit heranzuziehen, und daneben maßgebliche Beteiligung Deutschnationaler³ und Stahlhelms⁴ gelungen ist. *Zur Zeit noch schwebende Verhandlungen mit Zentrum und Bayer[ischer]⁵ Volkspartei wegen Beteiligung oder Tolerierung *können sogar arbeitsfähige Mehrheit Reichstag ergeben*⁶.

2) Eventuellen Bedenken wegen zukünftiger deutscher Außenpolitik am besten durch Hinweis auf den bereits den beiden letzten Kabinetten angehörenden Herrn Reichsaußenminister, den Vertrauen Reichspräsidenten wieder zur Fortführung Außenpolitik berufen, entgegenzutreten ist⁷. Ebenso bieten Persönlichkeiten wie Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk für Weiterführung Finanz- und Währungspolitik und General von Blomberg, der als Mitglied deutscher Abrüstungsdelegation Ausland bekannt ist, Gewähr kontinuierlicher Linie.

¹ Das Telegramm ist mit geringfügigen Abweichungen als Runderlass abgedruckt in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 1, S. 1. Dort Hinweis: An alle diplomatischen Vertretungen (außer San Domingo und Panama) sowie an das Generalkonsulat in Danzig und an das Konsulat in Genf.

² Die am 11. 10. 1931 gegründete Harzburger Front (ein Bündnis von NSDAP, Deutschnationaler Partei, Stahlhelm, Alldeutschem Bund) zerfiel im Frühjahr 1932, als die Deutschnationale Partei sich weigerte, die Kandidatur Hitlers bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Die Wiederherstellung der Harzburger Front erfolgte im Januar 1933.

³ Die Deutschnationale Partei wurde im November 1918 gegründet. Im Kabinett Hitler war sie durch den Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung Hugenberg vertreten. Im Juni 1933 wurde sie im Prozess der Gleichschaltung des politischen Lebens in Deutschland aufgelöst.

⁴ Im November 1918 gegründete Wehrorganisation (Stahlhelm/Bund der Frontsoldaten), die ein Sammelbecken des militanten Nationalismus bürgerlicher Rechtsparteien wurde. Ihm gehörten bis zu 500 000 Mitglieder (1930) an.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Konstantin Freiherr von Neurath war seit dem 2. 6. 1932 Reichsminister des Auswärtigen.

3) Was **deutsche**⁸ Innenpolitik betrifft, Deutschland es geflissentlich vermieden habe und vermeiden wolle, seine Haltung gegenüber Ausland von jeweiligen Regierungsmaximen abhängig zu machen. In dieser Hinsicht sind Notwendigkeiten und Verhältnisse in Deutschland auch für Deutsche Regierung allein maßgebliche Vorbedingungen für kommende Regierungspolitik.

Bülow

Auf dem ersten Blatt: Kl[einer]Umlauf und Paraphe von D[irksens] 31/1 und Hi[lger] 31/1 und andere, nicht entzifferte Kenntnisnahmen. Unten handschriftlicher Vermerk: A 9. Zur Anzahl und Verteilung: Gefertigt in 3 Exemplaren: 1) f. Herrn Botschafter, 2) z. d. Sachakten A, 3) zur chronolog. Sammlung. Dies ist [Exemplar] Nr. 2. Die Ziffer ist handschriftlich korrigiert aus 3.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429481–429482.

Nr. 2

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Expl. Nr. 5

31. Januar 1933

Tagebuch

N. N. Krestinskij

Empfang des deutschen Botschafters von Dirksen. 31. I.-33

Dirksen teilte mit, dass er gestern den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, ans Telefon habe rufen lassen und ihn um Information über die in Berlin vor sich gehenden Regierungsveränderungen gebeten habe.

Er habe heute von Bülow ein ausführliches Telegramm bekommen¹ und er wolle die enthaltenen Informationen mir vertraulich mitteilen.

Die Entlassung Schleichers² sei durch Ursachen negativen und positiven Charakters hervorgerufen worden. Die negative Ursache habe darin bestanden, dass die parlamentarisch-gesellschaftliche Basis, auf die sich Schleicher stützte, immer schmaler geworden sei und die Anzahl seiner Feinde zunahm.

Die positive Ursache habe darin bestanden, dass die Harzburger Front³ wiederhergestellt wurde und die Hoffnung aufkeimte, dass die Regierung, die sich auf diese Front stützt, über eine ausreichend breite gesellschaftliche Basis verfügen wird.

Aus diesem Grund habe sich Hindenburg auch nicht einverstanden erklärt, Schleicher die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages zu erteilen.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Deutlichkeit.

¹ Vgl. Dok. 1.

² Am 28. 1. 1933.

³ Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

Es ist dabei auch noch der Umstand zu beachten, dass Hindenburg seit langem den Wunsch hatte, die Nationalsozialisten, hinter denen ein bedeutender Teil des deutschen Volkes steht, zur verantwortungsvollen Beteiligung an der Regierung heranzuziehen.

Im Ergebnis aller dieser Überlegungen hat Hindenburg entschieden, Hitler zum Kanzler zu ernennen und Leute ins Kabinett zu holen, die der sog. Harzburger Front angehören. Außerdem werden Verhandlungen mit der Zentrums-Partei⁴ und der Bayerischen Volkspartei⁵ geführt und es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Parteien, auch wenn sie der Regierung keine direkte Unterstützung zukommen lassen werden, sie dennoch dulden werden (sie werden sie tolerieren⁶).

Staatssekretär Bülow drückte in seinem Namen und im Namen der gesamten Leitung des Auswärtigen Amtes die Hoffnung aus, dass die neue Regierung keine gefährlichen Experimente auf den wichtigsten Gebieten der Politik unternehmen werde.

Dass von Neurath als Außenminister, von Schwerin von Krosigk als Finanzminister erneut und von Blomberg als Kriegsminister dem Kabinett angehören, sei nach Auffassung Bülows die Garantie dafür, dass sich die Außenpolitik Deutschlands nicht verändern und die jetzige Finanz- und Devisenpolitik beibehalten werden und letztlich kein Versuch unternommen werde, die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten in die Reichswehr einzugliedern.

Auch auf dem Gebiet der rein inneren Politik erwartet Dirksen, der sich auf die Erklärung von Innenminister Frick beruft, keine gravierenden Veränderungen.

Auf die Haltung eingehend, wie sich die neue Regierung gegenüber der UdSSR verhalten werde, sagte Dirksen, dass seiner Meinung nach die Führer der Nationalsozialisten bereits in einem ausreichenden Maß begriffen hätten, dass die sowjetische Regierung eine Sache und die Komintern aber eine andere Sache sei, und man einen Unterschied zwischen der Politik der deutschen Regierung gegenüber den deutschen Kommunisten und der Politik der gleichen Regierung gegenüber der UdSSR machen müsse.

Dirksen räumte natürlich ein, dass der Aufruf der deutschen kommunistischen Partei zum Generalstreik⁷ und überhaupt das entschlossene Auftreten der Kommunisten in Deutschland in nationalsozialistischen Kreisen eine Zunahme von Unfreundlichkeiten in den Beziehungen zur UdSSR⁸ hervorrufen könne, doch

⁴ Am Nachmittag des 30. Januar hatten Göring und Frick ein Treffen mit den Führungsgliedern der Zentrums-Partei Bell und Perlitiu. In der ersten Tageshälfte des 31. Januar fand eine Begegnung Hitlers mit dem Vorsitzenden der Zentrums-Partei Kaas und mit Perlitiu statt. Vgl. Ministerbesprechungen vom 31. 1. und 1. 2. 1933. In: Akten der Reichskanzlei, Die Regierung Hitler, Teil I/Bd. 1, Dok. 1, S. 1, Anm. 4 sowie S. 4; ferner Dok. 2, S. 5–6.

⁵ Verhandlungen Hitlers mit Vertretern der Bayerischen Volkspartei hat es nicht gegeben. Vgl. Staatssekretär Lammers an das Büro des Reichspräsidenten. In: ebd., Dok. 16, S. 46–47.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Am 30. 1. 1933 wandte sich das ZK der KPD an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund), an die SPD und an die christlichen Gewerkschaften mit dem Aufruf zum Generalstreik gegen die Errichtung der „faschistischen Diktatur Hitlers, Hugenbergs, Papens“. Vgl. Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, hrsg. von H. Weber, Köln/Berlin 1963, Dok. 100, S. 339–340.

⁸ Von Dirksen schrieb in seinem Brief an von Bülow vom 31. 1. 1933 über seine Unterredung mit Krestinskij: „Im Verlaufe des Gesprächs habe ich von mir aus darauf hingewiesen, dass nach meiner Ansicht für die künftige Gestaltung der deutsch-sowjetischen außenpolitischen Beziehungen die Haltung der Deutschen Kommunistischen Partei von Wichtigkeit sein werde. Wenn diese

er erwarte dennoch keine Veränderung der politischen Linie in Bezug auf die UdSSR.

Weiter antwortete Dirksen auf meine Frage, dass er mit keinem der von den Nationalsozialisten gestellten Minister persönlich bekannt sei. Er kenne weder Hitler, noch Frick, noch Göring. Hugenberg kenne er persönlich und halte seine Ernennung zum Minister, zum Leiter der gesamten Volkswirtschaft, nicht für glücklich. Hugenberg sei ein zu großer Doktrinär und zudem ein starrköpfiger Mensch, der an seinen theoretischen Leitsätzen festhalten wird, obgleich sie sich in der Praxis als absolut falsch herausgestellt haben⁹.

Dirksen sagte mir, dass er gern für ungefähr eine Woche nach Berlin fahren würde, um sich selbst durch direkte Gespräche mit den Absichten der Regierung vor Ort vertraut zu machen, und um gleichzeitig der neuen Regierung einen Vortrag über die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu halten. Allerdings wisse er noch nicht, wann es ihm gelingen werde, diesen Wunsch zu verwirklichen¹⁰.

Danach verabschiedete sich Dirksen und sagte, dass er, wenn er zusätzliche Neuigkeiten aus Berlin erhält, mich erneut zu empfangen bittet, um mich zu informieren.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejnin. 1/II-33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung¹¹ des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 197 vom 1. 2. 1933.

Auf dem letzten Blatt sind die Anzahl der Exemplare des Dokuments und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., das 1. [Expl.] zu den Akten, das 2. 3. 4. an die Mitglieder des Kollegiums des NKID, das 5. [Expl.] an die 2. West [Abteilung], das 6. an Gen. Chinčuk, das 7. [Expl.] an Gen. Stalin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 20–18. Kopie.

sich nicht Zurückhaltung auferlege und es infolge ihrer Provokationen zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten kommen würde, so bestehe die Gefahr, dass die Kommunistenfeindschaft der Nationalsozialisten auch auf das außenpolitische Gebiet der Sowjetfeindschaft überspringen werde.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 6, S. 14.

⁹ In dem Brief von Dirksens heißt es dazu: „Vielleicht noch mehr als die Kombination Hitler/Papen beunruhigte Krestinski die Tatsache des Eintritts von Herrn Hugenberg in das Kabinett. Dieser sei ein Doktrinär und es sei zu befürchten, dass er auch auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Wirtschaftspolitik andere Wege gehen würde.“ In: ebd., S. 14.

¹⁰ Zur Reaktion des AA auf von Dirksens Vorhaben vgl. Dok. 7.

¹¹ Die vollständige korrekte Bezeichnung lautet „2. Politische Westabteilung“, im Schriftverkehr wird jedoch meist nur „2. Westabteilung“ verwendet.

Nr. 3

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim

Expl. Nr. 5

1. Februar 1933

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. L. M. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

heute schreibe ich Ihnen weder über die Wirtschaftsverhandlungen noch über andere laufende Dinge, weil es selbstverständlich in erster Linie darauf ankommt, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Haltung die Regierung Hitler uns gegenüber einnehmen wird¹.

Die Übernahme Neuraths ins Kabinett und die Aufnahme Blombergs als Kriegsminister geben Grund zu hoffen, dass die neue Regierung auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen keine abenteuerlichen Schritte unternehmen wird. Der Umstand, dass Schwerin von Krosigk als Finanzminister verblieben ist, erlaubt darauf zu hoffen, dass die Regierung nicht jenen Vorschlag zurückziehen wird, der Ihnen und Vejcer von Warmbold im Namen der drei Minister gemacht worden ist². Allerdings ist jetzt Warmbold nicht mehr da. Die Industrie und die Landwirtschaft sind Hugenberg anvertraut worden, und die Entscheidung der Frage, ob man uns die in Aussicht gestellten Kredite gibt, wird in einem bedeutenden Maße von ihm abhängen.

Hugenberg hat aber zu keiner Zeit uns gegenüber eine freundliche Haltung eingenommen. Dennoch **hoffe ich**³, dass die Frage der Prolongierung der Kredite auf das nächste Jahr von der Tagesordnung gestrichen wird, weil diese Form, unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, für die Industriellen, deren Interessen Hugenberg im bedeutenden Ausmaß repräsentiert, vorteilhafter ist, als die Ausweitung unseres Exports nach Deutschland.

Obgleich man auch Luther nicht zu den sehr großen Freunden der Sowjetunion zählen kann, so wäre dennoch seine Ersetzung durch Schacht⁴ für uns ungünstig.

Wie Sie unserer Presse entnehmen können, nehmen wir gegenüber dem neuen Kabinett die gleiche vorsichtige Haltung ein, wie wir sie im Juni des vergangenen Jahres gegenüber der Regierung von Papen eingenommen haben⁵.

¹ Am 4. 2. 1933 beschwerte sich Krestinskij bei Chinčuk, dass sie in Moskau keine Informationen über die ersten Schritte der Hitler-Regierung erhielten (vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 22). Am gleichen Tag schickte Chinčuk jedoch an Krestinskij ein Schreiben mit der Einschätzung der innenpolitischen Situation in Deutschland ab (vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 30–31).

² Gemeint ist die Zusicherung der Regierung Schleicher, der UdSSR einen Kredit in Höhe von 140 Mio. Reichsmark zu gewähren, was der damalige Wirtschaftsminister Warmbold den sowjetischen Vertretern (Chinčuk und Vejcer) am 21. 1. 1933 mitgeteilt hatte. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 272, S. 578–579.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Schacht wurde am 17. 3. 1933 zum Präsidenten der Reichsbank ernannt.

⁵ Im Juni 1932 haben weder die „Pravda“ noch die „Izvestija“ die sowjetisch-deutschen Be-

Wir warten die Haltung der deutschen Regierung ab.

Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass Hitler die Botschafter der Großmächte einzeln einladen wird, um sich mit ihnen bekannt zu machen und mit ihnen zu sprechen. Falls er dies nicht machen sollte, so unternehmen Sie **einstweilen**⁶ keine Initiativen, um ihn aufzusuchen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in]. 2/II-33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 203 vom 2. 2. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare der Kopien und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., Kopien: an die Kollegiumsmitglieder, an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 17–16. Kopie.

Nr. 4

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim

UdSSR
Volkskommissariat für
Auswärtige Angelegenheiten
2. Westabteilung
Nr. 16100

1/II [1933]¹

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR
in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

der Sturz des Kabinetts Schleicher kam für uns unerwartet², trotz aller vorhergehenden Meldungen über eine Schwächung seiner Opposition³. Ihr Bericht vom 24. 1.⁴ beinhaltet eine zutreffende Analyse des Kräfteverhältnisses. Die In-

ziehungen unter der Regierung von Papens berührt. Diese Zurückhaltung ist offenbar damit zu erklären, dass „die Regierung Papen bisher keinerlei Schritte unternommen und keinerlei offizielle Erklärung abgegeben hat, die davon zeugen, dass sie in Bezug auf die UdSSR eine feindlichere Haltung als die Regierung Brüning einnimmt“. Vgl. DVP, Bd. XV, Dok. 263, S. 387.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Das Datum ist handschriftlich korrigiert; ursprünglich: Januar.

² Am 25. 1. 1933 schrieb Štern an Aleksandrovskij: „Der einzige Nachfolger von Schleicher könnte Hitler sein, doch dafür sind allem Anschein nach noch nicht die Bedingungen herangereift.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 41.

³ So im Dokument; richtig: Position.

⁴ Vgl. das Schreiben Chinčuks an Krestinskij vom 24. 1. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 16–22.

formation des Gen. Vinogradov vom gleichen Datum enthielt einen Hinweis auf einen möglichen Sturz des Kabinetts. Darüber hatte insbesondere auch Knickerbocker mit einer gewissen Bestimmtheit gesprochen. Dennoch waren die Informationen widersprüchlich und uns schien, dass sich Schleicher noch eine gewisse Zeit halten könnte. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass Hindenburg und die hinter ihm stehenden Kreise nunmehr den Versuch unternehmen werden, zu einer parlamentarischen Regierung zurückzukehren. Dafür ist aber die Unterstützung des Zentrums erforderlich. Ich persönlich meine, dass das Zentrum ein Kabinett Hitler auf jeden Fall tolerieren⁵ wird. Hitlers Machtantritt, wenn auch in einer gemischten Regierung, ist für Deutschland ein historisches Datum. Da Hitler nun einmal an die Macht gelangt ist, wird er sie nicht so leicht wieder hergeben. Es besteht kein Zweifel, dass er damit beginnen wird, Hugenberg und Seldte zu unterminieren und seine Linie der Machtergreifung durchsetzt. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wird die ernstesten Konsequenzen nach sich ziehen, sowohl auf dem Gebiet der innerdeutschen Verhältnisse als auch für unsere unmittelbaren Interessen. Ich befürchte sehr, dass unsere Vorabsprache hinsichtlich der Finanzoperationen und der Übergangskredite in der Luft hängen wird⁶. Ich bin mir fast sicher, dass Schlesinger herausfliegen wird und Schacht sich als ein für uns höchst unbequemer ****Partner****⁷ erweisen wird. Überdies verheißt die Auswechslung Warmbolds durch Hugenberg für uns nichts Gutes. Auf dem Gebiet der politischen Beziehungen wird die Regierung Hitler, sofern man angesichts dieser Leute überhaupt irgendetwas vorhersagen kann, die Politik der Regierung Papen fortsetzen. Wir müssen davon ausgehen, dass in einigen Fragen versucht wird, Druck auszuüben. Ich bezweifle, dass sich Dirksen und Twardowski lange in Moskau halten werden können. Auch in der weiteren Perspektive wird uns die Regierung Hitler-Papen nichts Gutes verheißen. Was die Lebensdauer dieser Regierung anbelangt, so teile ich nicht die Meinung derjenigen, die meinen, dass dies lediglich ein weiteres Experiment sei. Unsere Haltung gegenüber der neuen Regierung sollte meiner Meinung nach in erster Linie von Zurückhaltung geprägt sein. Wir dürfen gegenüber den Hitlerleuten auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als ob wir beunruhigt und bereit wären, ihnen in diesen oder jenen ****ihrer****⁸ Forderungen entgegenzukommen.

Damit ende ich vorerst.

Mit kameradschaftlichem Gruß

D. Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. Gen. Krestinskij, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 54–53. Kopie.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 3, Anm. 2.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Nr. 5
Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk mit Graf zu Reventlow

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 134

Berlin, den 4. 2. 33

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

Reventlow stattete mir einen Besuch ab. Er war soeben bei Hitler gewesen und hatte mit ihm über die sowjetisch-deutschen Beziehungen gesprochen. R[eventlow] sagt, dass laut Hitler die sowjetisch-deutschen Beziehungen wegen des Regierungswechsels keine Veränderungen erfahren werden und sich die neue Regierung um die Entwicklung dieser Beziehungen kümmern werde. Hitler hat im Gespräch mit Reventlow Befürchtungen hinsichtlich der sowjetisch-polnischen Annäherung geäußert, die erheblich weiter ginge als man hätte vermuten können, wenn man von dem Text des Nichtangriffspaktes¹ ausgehe. Ich antwortete R., dass diese Befürchtungen unbegründet seien, und falls die neue Regierung nicht von sich aus uns den Anlass gebe, unsere alte und bewährte Politik gegenüber Deutschland zu verändern, so habe er in Bezug auf die sowjetisch-polnischen Beziehungen nichts zu befürchten. In dem späteren Gespräch mit Vinogradov habe R. ihm vertraulich mitgeteilt, dass Hitler die Gerüchte über eine weitgehende polnisch-sowjetische Annäherung aus englischen Militärkreisen schöpfe. In Bezug auf die Innenpolitik der neuen Regierung nahm R. eine gewisse Präzisierung im Vergleich zu jener Information vor, die wir von ihm vor einigen Tagen erhalten haben. Jetzt versichert er, dass die Kommunistische Partei möglicherweise in aller nächster Zeit formal nicht verboten werde. Dagegen seien harte Verfolgungen unvermeidlich. Ich antwortete R., dass die Verfolgung der Kommunistischen Partei in breiten Kreisen unserer Öffentlichkeit Empörung hervorrufen werde. Hinsichtlich der Stabilität der neuen Regierung hat R. in den letzten Tagen ebenfalls eine neue Information erhalten, und er ist etwas optimistischer gestimmt. Er ist der Meinung, dass Hitler nicht mehr freiwillig aus der Regierung austreten wird und er – sich auf die Sturmabteilungen, die Polizei und die neutralisierte Reichswehr (neutralisiert in dem Sinne, dass die Reichswehr nicht auf die Nationalsozialisten schießen wird) stützend – mit der Zeit Hugenberg loswerden und seine Einfluss-sphäre vergrößern kann.

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 535 vom 7. 2. 1933.

¹ Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und der Republik Polen vom 25. 7. 1932. In: Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, Teil II, 4. Band: Neueste Zeit 1914–1959, Würzburg 1959, S. 113–115; DVP, Bd. XV, Dok. 300, S. 436–439.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij², das 7. zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 31–31R. Original.

Nr. 6

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Vorsitzenden der VOKS Lerner

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Eingangs-Nr. 61/s¹

Nr. 131

[4. Februar 1933]²

VOKS – Gen. LERNER

Bezüglich Ihrer Bitte³, ich möge mich mit Ihrem Schreiben an Gen. Giršfel'd⁴ über den Zustand der Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland⁵ bekannt machen, muss ich Sie darüber informieren, dass die gesamte kultur-politische Arbeit, die Gen. Giršfel'd leistet, in absoluter Abstimmung mit mir durchgeführt wird; auf diesem Gebiet wird nichts ohne meine Zustimmung und meine Anweisungen unternommen, und ich bin über diese Fragen vollständig informiert.

Was meine persönlichen Vorträge in der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland betrifft, so erscheint dies nicht als zweckmäßig – vor allem deshalb, weil die betreffende Organisation ohnehin in den Augen der öffentlichen Meinung in Deutschland als eine Moskauer Organisation angesehen wird; meine Vorträge würden lediglich diese Vorstellungen vertiefen und könnten insbesondere unter den heutigen politischen Bedingungen sogar zu ihrer Liquidierung führen. Deshalb wird es ausreichen und zweckmäßiger sein, wenn ich bei einigen von der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland organisierten interessanteren und bedeutameren Vorträgen anwesend sein werde, was ich bereits jetzt ab und an mache.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit mit dem Sekretär der Gesellschaft lenken. Diese Frage muss in einem beschleunigten Tempo entschieden werden. Baron fordert, wie bereits Gen. Giršfel'd geschrieben hat⁶, die Ablö-

² In dem Begleitformular gibt es den Vermerk, Radek eine Kopie zuzustellen. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 30.

¹ Die Eingangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Die Datierung erfolgte nach dem Bearbeitungsvermerk am Ende des Dokuments.

³ Vgl. Brief Lerner an Chinčuk vom 5. 1. 1933. In: GA RF, f. R-5283, op. 1a, d. 218, l. 8.

⁴ Vgl. Brief Lerner an Giršfel'd vom 5. 1. 1933. In: ebd., l. 1–7.

⁵ Die Gesellschaft wurde am 1. 6. 1923 in Berlin gegründet. Sie befasste sich mit kultureller und propagandistischer Tätigkeit und war bestrebt, Einfluss auf die nichtkommunistischen Massen und auf gewisse Kreise der Intelligenz zu nehmen. Sie förderte die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR, indem sie Ausstellungen und Gastspiele von sowjetischen Künstlern organisierte, sowjetische Filme zeigte etc. Sie gab die Monatszeitschrift „Das neue Russland“ (1923–1933) heraus. Im März 1933 war die Tätigkeit der Gesellschaft, der zum Jahresbeginn 1500 Mitglieder angehörten, vollständig paralysiert.

⁶ Vgl. Brief Giršfel'ds an Lerner vom 21. 12. 1932. In: GA RF, f. R-5283, op. 1a, d. 196, l. 146.

sung. Die Frage haben wir in den hiesigen Kreisen aufgeworfen. Sie schreiben Ihrerseits, dass Sie ebenfalls Schritte in diese Richtung unternehmen. Auf jeden Fall muss der Kandidat für den Posten des Gen[eral]sekretärs der GFNR absolut den von dem Bevollmächtigten Vertreter gestellten Anforderungen entsprechen und da die infrage kommende Person unter der unmittelbaren Leitung der Bevollmächtigten Vertretung arbeitet, sollte die Übereinstimmung hinsichtlich der Ernennung des Generalsekretärs der GFNR zwischen der Bevollmächtigten Vertretung und der VOKS vollkommen sein.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

L. Chinčuk

4/2–33

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerke von Lerner: an die Büromitglieder, Gen. Timm zur Kenntnis. 8/2. 33.

Habe keine Einwände gegen die Ablösung Barons durch eine andere Person. 9/II. 33.

Haben wir am 8/2. 33 erhalten.

Am Ende des Dokuments sind die die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Expl., das 1. [Expl.] an Lerner, das 2. an die 2. Westab[teilung] des NKID, das 3. [Expl.] zu den Akten. 4. II. 33.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

GA RF, f. R-5283, op. 1a, d. 218, l. 22. Original.

Nr. 7

Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau von Dirksen

Berlin, den 6. Februar 1933

Lieber Dirksen,

vielen Dank für Ihren Brief vom 21. v. Mts.¹ Ich habe schon aus Ihrem Telefonat² ersehen, dass in Moskau Beunruhigung herrscht. Ich glaube, man überschätzt dort die außenpolitische Tragweite des Regierungswechsels. Die Nationalsozialisten in der Verantwortung sind natürlich andere Menschen und machen eine andere Politik, als sie vorher verkündigt haben. Das ist immer so gewesen und bei allen Parteien dasselbe. Die Person von Neurath und auch von Blomberg garantieren das Fortbestehen der bisherigen politischen Beziehungen. Auch Kommunisten-Verfolgungen in Deutschland brauchen unsere Beziehungen nicht zu beeinträchtigen.

Wie wir Ihnen schon telegrafierten, haben wir Bedenken, Ihrer Anregung, auf einige Tage zur Berichterstattung nach Berlin zu kommen, jetzt Folge zu geben³. Einmal könnte Ihr Besuch den Eindruck erwecken, dass in unserer russischen Politik etwas vor sich geht, vor allen Dingen aber wollen wir aus personalpolitischen Gründen unsere Botschafter möglichst wenig in Bewegung setzen. Einen schon längst vorbereiteten Besuch von Köster konnten wir nicht mehr abblasen, wir hof-

¹ So im Dokument; richtig: 31. 1. Vgl. Dok. 2.

² Ein Beleg darüber liegt nicht vor.

³ Telegramm Nr. 14 vom 2. 2. 1933; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 6, Anm. 4, S. 14.

fen aber, dass er ganz unbeachtet bleibt. Ihre Reise nach Berlin würde zweifellos auffallen. Wir werden aber die Sache im Auge behalten und einen geeigneten Moment wahrnehmen, um Sie herzubitten.

Litwinow ist leider hier durchgereist, ohne sich bei irgendjemand sehen zu lassen. Neurath wäre bereit gewesen, ihn zu empfangen und ihm beruhigende Zusicherungen zu geben. Vielleicht lässt sich dies auf seiner Rückreise nachholen⁴.

Die Situation ist hier viel weniger gespannt, wie das Ausland anzunehmen scheint. Die nächsten Wochen werden dem Wahlkampf gewidmet sein⁵. In dieser Periode erwarte ich keinerlei Änderung in der Außenpolitik und in der Wirtschaftspolitik nur soweit, als dies der gegenwärtigen Regierung wegen der Wahlen unerlässlich erscheint. Was diese Wochen uns in dieser Beziehung bringen werden, lässt sich heute noch nicht absehen.

Jedenfalls bitte ich Sie, sich durch keine umlaufenden Gerüchte, auch wenn sie aus Berlin kommen, irgendwie beunruhigen oder irritieren zu lassen. Es wird hier wie anderswo immer noch mit Wasser gekocht.

Mit den besten Grüßen und Wünschen stets Ihr

gez.: Bülow

Auf dem ersten Blatt unten: ab 6/2.

PA AA, R 29518, Bl. E 200268–200269.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 10, S. 20–21.

Nr. 8

Aufzeichnung der Rede des Reichskanzlers Hitler vor der Reichswehrführung

6. 2. 33¹

Streng vertraulich!

92–98-X2-Y-Z2–31-T- (HIS)²

Betr.: Programm des Faschismus.

Am 3. Februar hat Hitler in den Diensträumen des General von Blomberg³ vor den Kommandeuren der Reichswehr im geschlossenen Kreis sein Programm ent-

⁴ Auf seiner Rückreise von der Abrüstungskonferenz in Genf nach Moskau traf sich Litvinov am 1. 3. 1933 in Berlin mit von Neurath; vgl. Dok. 20.

⁵ Von Hindenburg hatte die Neuwahlen für den 5. 3. 1933 angesetzt.

¹ An diesem Tag wurde die Niederschrift im Apparat der Komintern erstellt. Das Dokument folgt dieser Abschrift. Am 2./3. März schickten der Chef der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin und der Chef der III. Abteilung der IV. Verwaltung Nikonov eine Übersetzung dieses Dokuments an den Chef des Stabes der RKKA Egorov (vgl. RGVA, f. 37977, op. 3, d. 411, l. 43–48). Die Empfänger waren auch Vorošilov, Gamarnik, Tuchačevskij und Pjatnickij. Zu Beginn des Redetextes befand sich die Anmerkung, dass das nachrichtendienstliche Material von einer gut unterrichteten Quelle stamme. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich dabei um Roth, einen aktiven Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der KPD, der seine Ehefrau Helga und Marie-Louise, die beiden Töchter des Befehlshabers des Heeres General der Infanterie von Hammerstein-Equord, für diese Arbeit einspannte.

² Die Bedeutung der Zahlen- und Buchstabenkombination wurde nicht entschlüsselt.

³ So im Dokument; richtig: in der Wohnung des Chefs der Heeresleitung von Hammerstein-Equord.

wickelt. Er sprach die ersten Worte gesetzt, dann in immer größerer Ekstase, über den Tisch gelegt, gestikulierend. Nach der Meinung der Generale sehr logisch und theoretisch gut, überzeugend betreffend der innerpolitischen Probleme. Außenpolitisch wenig klar. Nach Art seiner Agitationsreden wiederholte er die markantesten Stellen bis zu 10 Mal.

Abschrift der inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift.

Wie im Leben der Einzelnen sich stets der Stärkere und Bessere durchsetzt, so im Leben der Völker. Die starke europäische Rasse, eine kleine Minderheit hat sich jahrhunderte lang Millionen Menschen dienstbar gemacht und auf ihrem Rücken die europäische Kultur aufgebaut. Es bestand ein Austausch. Europa gab Industrieprodukte, Kulturgüter usw. während die Kolonien, die niedrigstehenden Rassen, ihre Arbeit, ihre Rohstoffe usw. hergeben mussten. Heute ist in dieser normalen Entwicklung der Dinge ein Umschwung eingetreten. Wenn man in Europa die gesamte Kapazität der Industrien voll ausnützen würde, so wären die Kolonien nicht imstande, eine vollwertige Gegenleistung zu bieten. Zudem sind, z. B. in Ostasien, in weitem Maße in Südosteuropa, Industrien entstanden, die mit billigeren Arbeitskräften produzieren und versuchen, die Herrenrasse von einst zu verdrängen.

Zu diesen Gründen der allgemeinen Krise kommen die Schäden des Weltkrieges. Warum ist im Weltkrieg keiner der europäischen Staaten gesund geworden? Weil keiner konsequent genug war. Hätte England z. B. Deutschland nur folgende Bedingungen aufgezwungen: Keinerlei Schifffahrt, keinerlei Außenhandel und keinerlei Bündnisse mit anderen Staaten, so wäre England heute gesund. England kann nur noch gesund werden, wenn es vom Standpunkt eines Weltbürgers zurückkommt auf den Standpunkt der Herrenrasse, durch den es groß geworden ist. Dasselbe hätte für Deutschland im Falle eines Sieges gegolten.

Wie sieht nun die Lage nach dem Weltkrieg tatsächlich aus? In Deutschland bestand 1918 vollkommene Autarkie, doch waren etwa 8 Millionen Menschen vollkommen aus der Produktion ausgeschaltet. Um die Reparationszahlungen leisten zu können, begann man zu exportieren, die Sachlieferungen riefen eine erhöhte Produktion hervor, die 8 Millionen Menschen wurden allmählich wieder eingestellt. Natürlich zogen diese Tatsachen den Import nach sich. Dann setzte die Rationalisierung ein, Menschen wurden überflüssig, die Arbeitslosigkeit begann.

Der dritte Grund ist die Vergiftung der Welt durch den Bolschewismus. Für den Bolschewismus ist Armut und tiefer Lebensstandard⁴ das Ideal. Er ist die Weltanschauung derjenigen, die sich durch lange Arbeitslosigkeit an die Bedürfnislosigkeit gewöhnt haben. Es ist ja Tatsache, dass rassistisch niedrig stehende Menschen zur Kultur gezwungen werden müssen. Wenn ein Rekrut nicht dauernd gezwungen wird, sich zu waschen, wäscht er sich nicht. So möchten diese Menschen in einer freiwilligen Kulturlosigkeit verharren. Es kommt dann dazu, dass diese Menschen sich mit gleich Tiefstehenden anderer Völker eher solidarisch fühlen, als mit eigenen Volksgenossen. Schon einmal ist eine Kultur an dem Ideal der Armut zugrunde gegangen. Als das Christentum die freiwillige Armut predigte, musste die Antike zugrunde gehen.

⁴ So im Dokument.

Wie kann Deutschland nun gerettet werden? Wie kann man die Arbeitslosigkeit beseitigen! Ich bin seit 14 Jahren ein Prophet, und sage immer wieder: all diese Wirtschaftspläne, die Kreditgewährung an die Industrie, die staatlichen Subventionen sind Unsinn.

Man kann die Arbeitslosigkeit auf zweierlei Art beseitigen: 1.) durch Export auf⁵ jeden Preis und mit jedem Mittel, 2.) durch groß angelegte Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat. Dieser letzte Weg wäre *mein Vorschlag*⁶. Man würde in einem Zeitraum von *50–60 Jahren*⁷ einen vollkommen neuen gesunden Staat haben. Doch die Verwirklichung dieser Pläne kann erst in Angriff genommen werden, wenn die Voraussetzungen dazu geschaffen sein werden. Diese Voraussetzung heißt Konsolidierung des Staates. Man muss zurück zu den Anschauungen, in denen der Staat gegründet wurde. Man darf nicht mehr Weltbürger sein. Demokratie und Pazifismus sind unmöglich. Jeder Mensch weiß, dass Demokratie im Heer ausgeschlossen ist. Auch in der Wirtschaft ist die⁸ schädlich. Betriebsräte wie Soldatenräte sind der gleiche Unsinn. Warum hält man also eine Demokratie im Staate für möglich? In Deutschland ist es so, dass heute 50% des Volkes einen Staat in unserem Sinne wollen und positiv zum Nationalsozialismus eingestellt sind, während 50% den Staat verneinen und sagen, er sei nichts als ein Unterdrückungsinstrument gegen sie. Die einen verabscheuen den Landesverrat, die anderen sagen, Landesverrat ist unsere Pflicht. Und beiden lässt die Demokratie ihre freie Meinung. Nur wenn die einen dann ihrer Weltanschauung entsprechend tatsächlich Hochverrat begehen, werden sie bestraft. Das ist widerspruchsvoll und sinnlos. Darum ist es unsere Aufgabe die politische Macht zu erobern, jede zersetzende Meinung auf das schärfste zu unterdrücken und das Volk zur Moral zu erziehen. Jeder Versuch des Landesverrats muss rücksichtslos mit dem Tode bestraft werden. Niederwerfung des Marxismus mit allen Mitteln ist mein Ziel.

Wenn man jetzt in Genf für Gleichberechtigung eintritt und sich nur darauf beschränkt, dann das Heer zu vergrößern, so ist das meiner Meinung nach sinnlos. Was nützt eine Armee aus marxistisch infizierten Soldaten. Was nützt die allgemeine Wehrpflicht, wenn vor und nach der Dienstzeit die Soldaten jeder Propaganda zugänglich sind. Erst muss der Marxismus ausgerottet werden. Dann wird das Heer durch die Erziehungsarbeit meiner Bewegung erstklassiges Rekrutenmaterial haben, und es wird die Garantie bestehen, dass der Geist der Moral und des Nationalismus auch nach der Dienstzeit in den Rekruten erhalten bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, erstrebe ich die gesamte politische Macht. Ich setze mir die Frist von *6–8 Jahren*⁹ um den *Marxismus*¹⁰ vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein, eine aktive Außenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden – Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist

⁵ So im Dokument.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ So im Dokument.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Das Wort ist unterstrichen.

nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren¹¹. Man muss wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen.

*Für Deutschland sehr gefährlich ist die Übergangszeit. Wenn Frankreich kluge Staatsmänner haben wird, wird es um jeden Preis angreifen. Es wird Russland zu gewinnen suchen, vielleicht sogar¹² sich mit ihm einigen. Darum ist grösste Beschleunigung am Platze. Ich habe mit meiner Bewegung jetzt schon einen Fremdkörper im demokratischen Staat gebildet, der seiner ganzen Struktur nach sofort befähigt ist, den neuen Staat aufzubauen. Sie bildet eine Hierarchie mit unbedingter Befehlsgewalt, ein Abbild des neuen Staates im Kleinen.

Die Entwicklung in Deutschland wird anders sein als die des italienischen Faschismus. Wir werden genau so den Marxismus niederschlagen wie er. Aber unser Verhältnis zur Armee wird ein anderes sein. Wir werden der Armee zur Seite stehen und mit der Armee und für die Armee arbeiten. Die ruhmreiche deutsche Armee, in der noch derselbe Geist herrscht wie während ihrer Heldenzeit im Weltkrieg, wird selbständig ihre Aufgaben erfüllen.

Nun richte ich an Sie, meine Herren Generäle, die Bitte, mit mir für das große Ziel zu kämpfen, mich zu verstehen und mich zwar nicht mit Waffen, aber moralisch zu unterstützen. Für den inneren Kampf habe ich mir meine eigene Waffe geschaffen, die Armee ist nur da für außenpolitische Auseinandersetzungen. Sie werden nicht wieder einen Mann finden, der sich so mit ganzer Kraft für sein Ziel, für die Errettung Deutschlands einsetzt, wie ich. Und wenn man mir sagt: „Die Erreichung des Zieles hängt an ihren Augen!“¹³ so antworte ich: Nun gut, so nutzen wir mein Leben aus!

Auf dem ersten Blatt befindet sich ein Eingangsstempel mit dem Datum 14. Feb. 1933 und der Nummer 1409.

SAPMO BArch, RY 5 I 6/10/ 88, Bl. 20–22.

Veröffentlicht in: A. Wirsching: „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: VfZ, 2001, H. 3, S. 517–550. Ein weiteres Exemplar der Abschrift wurde veröffentlicht in: R. Müller: Rede Hitlers vor der Reichswehrführung 1933: Eine neue Moskauer Überlieferung. In: Mittelweg 36, 2001, H. 1, S. 73–90.

¹¹ In einer weiteren Aufzeichnung der Rede Hitlers, die von Generalleutnant von Liebmann angefertigt wurde, lautet diese Passage wie folgt: „Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung.“ Vgl. Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, hrsg. von Thilo Vogelsang. In: VfZ, 1954, H. 4, Dok. 8, S. 435.

¹² Der Text ist am Rand angestrichen.

¹³ So im Dokument.

Nr. 9
Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk

GEHEIM
 Expl. Nr. 1

Nr. 163

Berlin, 9. Februar 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

1. Am 8/II gab Hindenburg ein Abendessen. Anwesend waren alle Botschafter, Gesandte und Geschäftsträger¹ mit ihren Gattinnen. Von der Regierung waren Hitler, Papen und Neurath da. Außerdem waren Staatssekretär Meissner, der Chef der Protokollabteilung Bassewitz, der Sohn Hindenburgs² und andere anwesend.

Hindenburg selbst machte den Eindruck eines müden und in letzter Zeit sehr gealterten Menschen. Er hatte nichts von der Frische des vergangenen Jahres. Einige sprachen sogar davon, dass er auch geistig nachgelassen habe. Er ging bereits nicht mehr auf jeden Anwesenden im Saal zu, und er machte auch keine knappen Bemerkungen mehr. Man ging zu ihm oder man wurde zu ihm geführt. Mich führte Bassewitz zu ihm und er wandte sich an mich mit der üblichen Floskel: „Haben Sie sich schon bei uns eingelebt?“³ Und als ich ihm sagte, dass ich bereits das dritte Jahr hier sei, erst dann erkannte er mich und fragte, wie es denn hier um die Dinge der sowjetischen Botschaft bestellt sei. Ich sagte ihm, dass wir Wirtschaftsverhandlungen führen, die jetzt aber wegen der Neubildung des Kabinetts unterbrochen sind. Hindenburg bemerkte, dass auch bei dem neuen Kabinett die Dinge sicherlich nicht schlechter als bei dem alten stünden.

Papen trat an mich heran und sagte, dass sich der Kabinettswechsel nicht auf unsere Beziehungen auswirken werde. Er erinnerte mich daran, dass er während seiner Kanzlerschaft bereits Gelegenheit gehabt habe, mir persönlich und Volkskommissar Litvinov zu sagen, dass Deutschland an guten Beziehungen mit der Sowjetunion interessiert sei⁴. Und so verhalte es sich auch heute unter dem neuen Kabinett.

Auch Neurath trat auf mich zu. Er beklagte sich über die Schwierigkeiten der Arbeit. „Der Wagen ist schwierig⁵. Doch denken Sie nicht“, sagte er, „dass dies unsere Beziehungen verändert.“ Auf meine Frage, ob er mit Hugenberg gesprochen habe und mit welchem Ergebnis, antwortete Neurath, dass eine Terminabsprache für das Gespräch deshalb viel Zeit beansprucht habe, weil Hugenberg ein Treffen unter dem Vorwand verschoben habe, dass er noch nicht in seinem Ministerium gewesen sei und noch nicht die Gelegenheit hatte, sich mit den Angelegenheiten vertraut zu machen. Doch bereits heute (am 8/II) hätten sie im Verlauf des Tages

¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

² Oberst Oscar von Hindenburg.

³ Der Satz ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben; „sich“ ist ausgelassen.

⁴ Als Litvinov auf der Heimreise am 17. 9. 1932 in Berlin einen Zwischenaufenthalt einlegte, hatte er eine knappe Unterredung mit von Papen. Vgl. DVP, Bd. XV, Dok. 372, S. 539.

⁵ Der Satz ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

gesprochen und Hugenberg habe ihm gesagt, dass er mit der gegenüber den Russen eingenommenen Haltung einverstanden sei, da auch in Zukunft die nötigen Voraussetzungen für die Erteilung von Aufträgen geschaffen werden müssten. Darauf bemerkte ich, dass wir in diesem Fall bereits morgen, den 9/II, die Verhandlungen wieder aufnehmen könnten. Neurath beraumte für den 9/II⁶ für mich und Vejcer ein Gespräch an.

Das Abendessen bei Hindenburg war für 20.30 Uhr angesetzt. Ich kam um 20.25 Uhr an, begrüßte diesen und jenen und danach führte mich Bassewitz zu Hitler und stellte uns vor. Wir kamen zu keinem Gespräch, weil Bassewitz auch anderen Gästen Hitler vorstellte. Nach dem Abendessen unterhielt ich mich mit der Gattin des französischen Botschafters⁷, zu uns kam Hitler und hier tauschten wir belanglose Floskeln aus – über das Gebäude, die Säle, die Beleuchtung usw. Hitler sagte, dass dies der Raum des Reichskanzlers sei, und sobald die Arbeiten im Raum des Präsidenten beendet sein würden, gehe das gesamte Gebäude in seine Verfügung über. Über andere Dinge habe ich mit ihm nicht gesprochen. Es ist bezeichnend, dass sich Hitler bald in eine Saalecke zurückzog und nun die Botschafter und Gesandten zu ihm gingen. Ich habe dies selbstverständlich nicht getan. Die Gesandten Estlands⁸ und Finnlands⁹ plauderten übrigens mir gegenüber aus, dass alle darauf gewartet hätten, wie unsere Begegnung mit Hitler ausfallen werde und man hatte sogar angenommen, dass es gerade ihm zufallen werde, meine Frau¹⁰ zu Tisch zu geleiten, und alle seien enttäuscht gewesen, dass sie von dem französischen Gesandten¹¹ zu Tisch geführt wurde.

Der polnische Gesandte¹² fing mit mir ein Gespräch über die Genfer Rede des Gen. Litvinov¹³ an, die, nach seinen Worten, einen schlechten Eindruck in deutschen Kreisen gemacht habe, obwohl kein Deutscher dies mir gegenüber zur Sprache gebracht hat. Ich machte meinerseits den polnischen Gesandten darauf aufmerksam, dass auch ihr Vertreter, Außenminister Beck, ebenfalls in Genf eine unerwartete Rede gegen den französischen Vorschlag gehalten habe. Er sagte darauf lachend: „Ja, die Zeiten ändern sich und wir haben mit Ihnen die Rollen getauscht.“

Die von Gen. Litvinov gehaltene Rede kam gerade jetzt, mit dem Machtantritt der Nazis in Deutschland, überaus gelegen und zur rechten Zeit, und sie hat in Frankreich und in der Rede Herriots im Auswärtigen Ausschuss eine entsprechende Resonanz gefunden. Dies ist sehr gut, weil damit die Deutschen daran erinnert werden, dass wir unsere eigenständige Linie verfolgen können, die ihnen einen großen politischen Schaden zufügen könnte.

2. Am 9/II waren Vejcer und ich bei Neurath¹⁴. Anwesend waren Meyer und Schlesinger. Ich teilte Neurath mit, dass ich ihm einen Brief geschrieben hätte und

⁶ Vgl. Punkt 2 dieses Dokuments.

⁷ Jacqueline François-Poncet.

⁸ Karl Menning.

⁹ Hugo Robert Wäinö Wuolijoki.

¹⁰ Marija Michajlovna Chinčuk.

¹¹ So im Dokument; richtig: Botschafter (André François-Poncet).

¹² Alfred Wysocki.

¹³ Rede Litvinovs am 6. 2. 1933 in der Sitzung der Generalkommission der Konferenz für die Reduzierung und Begrenzung der Rüstungen bei der Erörterung des französischen Plans zur Schaffung eines effektiven Sicherheitssystems. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 32, S. 73–83.

¹⁴ Die deutsche Aufzeichnung dieser Unterredung konnte nicht ermittelt werden.

wir nun auf eine Mitteilung von ihm warten, wie es um die weiteren Verhandlungen bestellt sei. Neurath führte aus, dass auch das neue Kabinett jene Grundlagen anerkenne, die uns von Warmbold dargelegt worden seien, und, da wir sie als Verhandlungsgrundlage¹⁵ akzeptiert hätten, könnten bereits morgen die Verhandlungen aufgenommen werden. Von deutscher Seite werden dies Meyer, Schlesinger, Mossdorf und ein vierter ** (Heintze von der Reichsbank¹⁶) **¹⁷ sein. Auf unserer Seite sind dies Vejcer, Aleksandrovskij, Fajnštejn und Levitin. Neurath erklärte weiter, dass er seine Bitten, von denen er bei unserer letzten Begegnung¹⁸ gesprochen habe, Dirksen¹⁹ übergeben habe, damit er über sie in Moskau Verhandlungen führe.

*Vejcer und ich sind der Meinung, dass man in Moskau Dirksen anhören muss und ihn nicht abschlägig bescheiden sollte. Vielmehr ist die Angelegenheit hinauszuzögern, auf keinen Fall ist nicht alles generell abzulehnen, da wir befürchten, dass dies sich auf die Ergebnisse der hiesigen Verhandlungen auswirken könnte*²⁰.

Natürlich wird bei den Verhandlungen erwartungsgemäß unsere Garantie für den uns gewährten Kredit den Hauptstreitpunkt bilden.

3. Am 12/II fahre ich auf Einladung des Hamburger Senats für 2–3 Tage nach Hamburg²¹. Von hier fahre ich am Abend des 12/II ab. Der Senat empfängt mich auf dem Hauptbahnhof in Hamburg.

Am 13/II mache ich die Visite im Senat beim Bürgermeister, danach folgt die Besichtigung des Hafens, um 1.30 Uhr gibt der Senat ein Frühstück, danach [folgt] die Besichtigung des Tropischen Instituts und schließlich lädt am Abend die Handelskammer zu einem Abendessen. Am 14/II – Besuch des Historischen Museums, Besichtigung der Schiffserprobungsstation und ein Frühstück, das ich gebe.

4. Kuh teilte mir höchst vertraulich mit, dass er sich mit Brüning getroffen und der ihm mitgeteilt habe, dass das Kabinett beabsichtige, drei Tage vor den Wahlen die Kommunistische Partei zu verbieten, damit es den Kommunisten unmöglich gemacht werde, irgendetwas zu unternehmen. Dies verspreche für die **Deutschnationalen**²² sicherlich nichts Gutes, doch sei alles bereits beschlossene Sache. Brüning glaube nicht an die Möglichkeit einer längeren Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hugenberg. Brüning sei davon überzeugt, dass Hitler durch die Arbeit hinter den Kulissen, ebenso wie Papen und Schleicher vor ihm, zum Rücktritt gezwungen sein wird. Im Ergebnis dessen werden Papen und Hu-

¹⁵ Vgl. „Memorandum vom 23. 1. 1933. Auf Grund der Besprechung des Herrn Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold mit dem Botschafter der UdSSR Herrn Chintschuk und Herrn Weizer am 21. 1. 1933“. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 19–20.

¹⁶ Gemeint ist Johannes Heintze, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium.

¹⁷ Der Text in Klammern ist über die Zeile eingefügt.

¹⁸ Am 16. 1. 1933. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 258, S. 547–549.

¹⁹ Stern wurde beauftragt, die Verhandlungen mit von Dirksen zu den von Neurath am 16. 1. 1933 Chinčuk übergebenen Fragen zu führen. Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Krestinskijs mit von Dirksen am 15. 2. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 28–27; den Bericht Sterns an das Kollegium des NKID vom 17. 2. In: ebd., f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 77–74; das Schreiben Sterns an Chinčuk vom 19. 2. In: ebd., l. 85–85R sowie Dok. 32.

²⁰ Der Absatz ist am linken Rand angestrichen.

²¹ Zum Aufenthalt Chinčuks in Hamburg vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 40–41.

²² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

genberg an die Spitze des Kabinetts treten und Hugenberg werde vom Reichstag das von ihm geforderte einjährige politische Moratorium erhalten.

5. Über die Nachbarn²³ ging die Information ein (für die Zuverlässigkeit kann ich mich nicht verbürgen), dass ****bereits****²⁴ in allernächster Zeit ein Verbot der Kommunistischen Partei möglich ist, ******²⁵ die deutsche Regierung im Besitz von Informationen sei, wonach sich die deutschen Kommunisten aus Anlass der aktuellen Behinderung oder sogar bei einem eventuellen Verbot an die UdSSR mit der Bitte gewandt haben, ihnen täglich zwei Stunden Sendezeit im Rundfunk der UdSSR für die Wahlkampfführung zur Verfügung zu stellen. Man sagt, dass die deutsche Regierung beabsichtige, ein Gesetz zu erlassen, das die Einfuhr von kommunistischer Literatur, darunter die „Pravda“ und die „III. Internationale“²⁶, aus der UdSSR verbietet. Die deutsche Regierung erwäge, sich an die UdSSR zu wenden, um die UdSSR zu veranlassen, der deutschen Kommunistischen Partei keine Rundfunkpropaganda zu gestatten.

6. Der Wahlkampf begann in einem bis jetzt vollkommenen Durcheinander. Alle greifen sich vehement gegenseitig an. Doch am ungünstigsten kann die Wahl für die Deutschnationalen ausgehen. ****Hitler arbeitet mit allen Kräften an der Festigung seiner Position in der Regierung****²⁷.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 608 vom 23. 2. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Gen. Krestinskij, das 7.[Expl.] zu den Akten.

AFP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 33–35. Original.

²³ „Nachbarn“ war eine Codebezeichnung für die Mitarbeiter der INO OGPU/NKVD, die von Mitarbeitern des Narkomindel wegen der örtlichen Nähe der Gebäude beider Ämter im Zentrum Moskaus in Umlauf gebracht worden war.

²⁴ Das Wort ist eingefügt.

²⁵ An dieser Stelle ist das Wort „weil“ gestrichen.

²⁶ Die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“, Organ des Exekutivkomitees der Komintern, erschien von 1919 bis 1943 in verschiedenen Sprachen.

²⁷ Der Satz ist handschriftlich hinzugefügt.

Nr. 10
Telegrammentwurf des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die
Botschaft in Moskau

Berlin, den Februar 1933

Pr. 15. II. 33¹

e.o. IV Ru. 644²

An

die Deutsche Botschaft

in Moskau³

Ich habe heute Gelegenheit genommen, mit dem Herrn Reichskanzler über die Russland-Politik eingehend zu sprechen. Der Herr Reichskanzler ist von der Bedeutung des russischen Problems und von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer bisherigen politischen, wirtschaftspolitischen und militärpolitischen Linie überzeugt; er wird keinerlei Änderungen in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrussland eintreten lassen.

Indem ich dies zu Ihrer Kenntnis bringe, stelle ich Ihnen anheim, gelegentlich in geeignet erscheinender Weise den verantwortlichen russischen Stellen hiervon mündlich Kenntnis zu geben.

(i. R.:) R. M.

Paraphe von N[euraths] 15/2. Am linken Seitenrand befinden sich die Vermerke: mit Kurier! und StS. Quer über den Text ist handschriftlich zweimal Cessat geschrieben und unterstrichen.

PA AA, R 31498, Bl. E 496952.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 10, Anm. 5, S. 21.

Nr. 11
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

Ganz geheim

Expl. Nr. 5

17. Februar 1933

An den

Vorsitzenden des SNK der UdSSR –

Gen. MOLOTOV

Sehr geehrter Vjačeslav Michajlovič,

ich wende mich in der Angelegenheit an Sie, die die Vortragstätigkeit von unseren verantwortlichen Funktionären in Deutschland über unseren Aufbau betrifft.

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

² Die Zeile ist unterstrichen.

³ Auf Vorschlag von Meyer wurde das Telegramm nicht abgesandt, stattdessen erging am 22. 2. 1933 eine Weisung von Neuraths an die Botschaft; vgl. Dok. 13.

Ich komme noch einmal knapp auf die Geschichte dieser Angelegenheit zu sprechen: am 8. Oktober 1932 hat das Politbüro auf Vorschlag des NKID beschlossen¹, die Einladung einiger unserer angesehenen Wirtschaftsfachleute durch die deutsche „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“² zu billigen, um Vorträge über die Wirtschaftsentwicklung in der UdSSR zu halten³. Die Erstellung einer Liste war Ihnen und Gen. Postyšev übertragen worden. Außerdem war im Voraus entschieden worden, dass die Referenten beim PB die Thesen ihrer zukünftigen Vorträge einreichen müssen. Die „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ hat von sich aus die Genossen Bitker, Pjatakow, Smilga, Kricman, Vinter und Kržižanovskij als Referenten vorgeschlagen. Da sich die Organisierung der Vorträge hinauszog, habe ich im Schreiben Nr. 5666 an Sie und an Gen. Postyšev vom 5. Dezember 1932 den Vorschlag unterbreitet, die Vorträge in das Frühjahr oder Anfang Sommer 1933 zu verlegen. Auf der Beratung, die bei Ihnen nach Eingang meines Schreiben vom 5. Dezember stattfand, wurde es als zweckmäßig angesehen, die Einladung der besagten Osteuropa-Gesellschaft dafür zu nutzen, um vor einem relativ großen Kreis der deutschen Intelligenz unsere Errungenschaften auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebieten sowie im Alltagsleben darzulegen. Als Zeitrahmen für die Vorträge war Ende Januar oder Februar 1933 festgelegt worden, als Referenten waren vorgesehen: a) zum Elektrobau – Gen. Vinter, b) zur Landwirtschaft – Gen. Gajster, c) zum industriellen Aufbau und zu gesellschaftlichen Fragen – die Genossen Osinskij und Miljutin. Dabei wurde eingedenk meines Hinweises, dass die Tribüne von „Ost-Europa“ nicht ein Forum ist, von der wir uns an breite Kreise der deutschen Intelligenz wenden können und „Ost-Europa“ Verbindungen zu Regierungs-, Handels- und Industriekreisen hat, beschlossen, sich mit unseren Vorträgen auf keinen Fall aufzudrängen und die Referenten nur in dem Fall zu entsenden, wenn „Ost-Europa“ seine Einladung aufrecht erhält, die mündlich Prof. Hoetzsch in Moskau ausgesprochen hat.

Nunmehr hat die Osteuropa-Gesellschaft nicht nur ihre frühere Einladung schriftlich bestätigt, sondern drängt uns auch, die Vorträge in Deutschland zu organisieren. Dabei stellte sich heraus, dass der Hauptinitiator für die Organisierung dieser Vorträge nicht diese Gesellschaft ist, sondern der Verein Deutscher Ingenieure⁴, der die größte Organisation der ingenieur-technischen Kräfte der kapitalistischen Länder ist, dem alle Ingenieure in Deutschland angehören und der über einen großen Einfluss verfügt. Dieser Verein beteiligte sich an der Organisierung der „Deutschen technischen Woche“⁵, die im Januar 1929 mit großem Erfolg von

¹ Vgl. Bericht Stomonjakovs an Stalin vom 23. 9. 1932. In: Duch Rapallo, Dok. 142, S. 268–269.

² Die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Russlands“ wurde 1913 gegründet (ab 12. 7. 1918 „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“), deren Zielsetzung es war, das Studium Osteuropas in Deutschland auf allen wissenschaftlichen Gebieten zu fördern und die wissenschaftlichen Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern zu pflegen.

³ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 902, l. 17 (Protokoll Nr. 118, Pkt. 75/52).

⁴ Der „Verein Deutscher Ingenieure e.V.“ wurde 1856 gegründet, er vereinigte die Ingenieure aller Fachgebiete und stellte sich die Aufgabe, den wissenschaftlich-technischen Wissensaustausch zu fördern und die Berufsinteressen der Vereinsmitglieder zu vertreten.

⁵ Die „Woche der deutschen Technik“ wurde vom 8. bis 16. 1. 1929 in Moskau unter Beteiligung von vielen bekannten deutschen Wissenschaftlern abgehalten. Vgl. Izvestija vom 6. und 9. Januar 1929 sowie den Artikel von Stomonjakov: „Itogi nedeli germanskoj techniki“ (Ergebnisse der ‚Woche der deutschen Technik‘). In: ebd. vom 20. Januar 1929, S. 2.

der sowjetisch-deutschen Gesellschaft „Kultur und Technik“⁶ veranstaltet wurde, die formal als eine sowjetisch-deutsche Gesellschaft gilt, in Wirklichkeit aber unsere sowjetische Gesellschaft ist. Die Gesellschaft „Kultur und Technik“ hatte dem Verein Deutscher Ingenieure als Antwort auf die „Deutsche technische Woche“ vorgeschlagen, in Berlin eine „Sowjetische technische Woche“ durchzuführen. Darüber hat Gen. Stomonjakow, der der Vorsitzende der Gesellschaft „Kultur und Technik“ ist, im Sommer 1932 letztmalig mit dem Präsidenten des Vereins Deutscher Ingenieure gesprochen. Als das Präsidium des Vereins Deutscher Ingenieure das Angebot unterbreitete, in Berlin eine „Sowjetische technische Woche“ zu organisieren, wurde die Gesellschaft „Ost-Europa“ gebeten, die Vorbereitung der „Sowjetischen technischen Woche“ zu übernehmen, da es sich selbst als ungeeignet für eine derartige Organisation empfand. Am 25. Januar d. J. hat sich der Präsident der Osteuropa-Gesellschaft, der ehemalige Außenminister Curtius, im Namen der Osteuropa-Gesellschaft und des Vereins Deutscher Ingenieure an die Gesellschaft „Kultur und Technik“ mit dem offiziellen Vorschlag gewandt, im März 1933 vier bis sechs Vorträge von unseren führenden Fachleuten zu wirtschaftlichen und technischen Themen vorzubereiten⁷. Eine Auswahlliste fügte er seinem Schreiben bei⁸. Curtius stellte dazu folgende ergänzende Bedingungen: jeder Vortrag sollte nicht länger als 1,5 Stunden dauern, danach werde ein deutsches Korreferat gehalten; die Osteuropa-Gesellschaft gewährt jedem unserer Referenten ein Honorar in Höhe von 150 Mark, und sie geht davon aus, dass die Kosten für Reise und Unterbringung in Deutschland die Gesellschaft „Kultur und Technik“ übernehmen wird; schließlich bittet Curtius darum, dass unsere Referenten die Manuskripte ihrer Vorträge mitbringen, um jene, die das größte Interesse finden, danach in der Zeitschrift „Osteuropa“ der Gesellschaft abdrucken zu können.

Ich meine, dass die ganze Frage neu zu besprechen ist, da das Schreiben von Curtius einige neue Momente in die Angelegenheit hineinbringt. Falls die generelle Entscheidung, diese Vorträge zu organisieren, in Kraft bleibt, so sind einige Korrekturen an der auf der Beratung bei Ihnen gefassten Entscheidung vorzunehmen. Das Auditorium wird, wie sich jetzt herausstellt, größer sein als wir annahmen: der Verein Deutscher Ingenieure lädt viele Ingenieure und Industrielle ein,

⁶ Die russisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ wurde 1924 gegründet, 1930 umbenannt in sowjetisch-deutsche Gesellschaft. Zu ihren Aufgaben gehörten der Austausch von wissenschaftlichen und technischen Neuerungen, der Informations- und Literaturaustausch, die Organisation von Reisen von Wissenschaftlern, von Vorlesungen, Vorträgen und Konferenzen, die Herausgabe von übersetzten Büchern und Artikeln. Seit 1929 gab die Gesellschaft „Kultur und Technik“ die Zeitschrift „Russko-germanskij vestnik nauki i techniki“ heraus.

⁷ Übersetzung des Briefes von Curtius an Trettler vom 25. 1. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 30.

⁸ „THEMEN DER VORTRÄGE. Wirtschaft. 1. Die Organisation der sowjetischen Wirtschaft in jüngster Zeit. 2. Die geografische Standortverteilung der Industrie. 3. Rentabilität, Selbstkosten, Kalkulation usw. 4. Geld und Valuta. 5. Transportfragen. 6. Die Anstellung von ausländischen Fachleuten und Arbeitern. 7. Das Ural-Kuznecker Kombinat. 8. Neue Probleme der Landwirtschaft.

Technik. 1. Organisation und Tätigkeit der Forschungsinstitute, insbesondere des Aerodynamischen Instituts. 2. Berufshygiene. 3. Lagerstätten, Abbau und Verarbeitung der mineralischen Reichtümer. 4. Die Verwendung von Wasserkraftenergie. 5. Die elektrotechnische Industrie und die Energiewirtschaft. 6. Die Erdölindustrie. 7. Die Hüttenindustrie. 8. Die Kohleförderung. 9. Holzverarbeitungsmaschinen und ihr Einsatz in der Sowjetunion. 10. Schiffbauindustrie und Eisenbahn: a) die technische Ausrüstung von Bahnhöfen und Eisenbahnstrecken; b) das rollende Material“. (Ebenda, l. 29)

und die Osteuropa-Gesellschaft Vertreter der regierungsnahen Intelligenz; dies wird aber kein Massenauditorium von Intellektuellen sein, sondern eher von einigen Hundert Fachleuten. Man wird aber den Charakter der beabsichtigten Vorträge etwas verändern müssen. Da der Hauptorganisator nicht die Osteuropa-Gesellschaft, sondern der Verein Deutscher Ingenieure ist, und das Auditorium in bedeutendem Maße aus Ingenieuren und Industriellen bestehen wird, so wäre es zweckmäßig, die Vorträge mehr auf technische Fragen auszurichten. Dies wird übrigens auch unter politischem Aspekt nützlich sein. Unter der Regierung Hitler könnte eine Vortragsreihe zu sozial-ökonomischen Themen eher der Anlass zur böswilligen Kritik und für Angriffe der deutschen rechten Presse bieten als Vorträge zu wirtschaftlichen und technischen Themen über die Errungenschaften unseres Aufbaus. Ich meine, dass die im Schreiben von Curtius beigefügte Liste für uns überhaupt nicht bindend ist, und wir können in unserem Gegenvorschlag andere Themen unterbreiten, die unserer Ansicht nach von größerem Interesse sind, oder zu denen es uns leichter fällt, einen guten Referenten zu benennen. Aus den von Curtius unterbreiteten Themen (siehe Anlage 2⁹) wäre es sinnvoll, zwei Themen zur Wirtschaft (Thema 1 und 7 oder 8) und vier zur Technik (1, 3, 4 und 5 oder 6) zu nehmen. Der erste Vortrag zur Wirtschaft könnte zu einem allgemeinen Thema über unseren Wirtschaftsaufbau gehalten werden. Die endgültige Auswahl der Themen sollte erst dann vorgenommen werden, wenn die Referenten feststehen. Weiter ist in dem Antwortschreiben an Curtius darauf zu verweisen, dass weder von unserer Selbstbeteiligung an den Kosten noch von einem Honorar die Rede sein könne, da die deutschen Organisationen unsere Vertreter als Referenten einladen. Die deutsche Seite muss einfach die Kosten übernehmen.

Da man somit beabsichtigt, die „Sowjetische technische Woche“ in Berlin als Antwort auf die „Deutsche technische Woche“ in Moskau durchzuführen, die die Gesellschaft „Kultur und Technik“ gemeinsam mit dem Verein Deutscher Ingenieure organisiert hat, meine ich, dass es zweckmäßig wäre, unsere Gesellschaft „Kultur und Technik“ zu beauftragen, die Vorträge für Berlin vorzubereiten und sie zu verpflichten, in möglichst kurzer Frist ihre konkreten Vorschläge hinsichtlich der Themen, Referenten usw. Ihnen zur Bestätigung vorzulegen. Ebenso unannehmbar ist der Vorschlag, Korreferate halten zu lassen. Dadurch geriete diese Woche zu einer vergleichenden Diskussion über die Vorzüge der beiden Wirtschaftssysteme sowie zu einem Schlagabtausch darüber, ob unsere Behauptungen bezüglich unserer wirtschaftlichen Erfolge zutreffend seien, während der von uns angestrebte Informationscharakter verloren ginge.

Da wir Curtius und dem Verein Deutscher Ingenieure, die ungeduldig sind und Telegramme schicken, umgehend eine Antwort geben müssen, schlage ich vor: 1) Curtius zu antworten, dass sein Vorschlag im Prinzip angenommen und er die Antwort hinsichtlich der einzelnen Vorschläge in allernächster Zeit erhalten wird, und 2) die Gesellschaft „Kultur und Technik“ zu beauftragen, die „Woche der sowjetischen Technik“ in Berlin zu organisieren, und sie anzuweisen, Ihnen in kürzester Frist ihre entsprechenden Vorschläge vorzulegen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

⁹ Vgl. Anm. 8.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], an Gen. Lev[in]. Es ist umgehend mit mir zu sprechen. 19. II. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 316 vom 19. 2. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., das 1. an den Adressaten, [die Expl.] 2, 3, 4 an die Kollegiumsmitglieder, das 5. an die 2. Westabt[eilung], das 6. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 35–31. Kopie.

Nr. 12

Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 20. Februar 1933

Geheim !

IV Ru. 758

Tgb. Nr. A/334

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion zu Frankreich und Deutschland.

Rückwirkung der politischen Beziehungen Deutschland-Frankreich-Sowjetunion auf Paktverhandlungen. – Französische Initiative zu freundschaftlicheren Beziehungen mit Russland. – Günstige Aufnahme in Moskau. – Gefühl der Unsicherheit hinsichtlich deutscher Politik. – Labilität der deutsch-russischen Beziehungen. – Notwendigkeit der Ratifikation des Protokolls zum Berliner Vertrag.

Die Wechselwirkung zwischen den deutsch-französischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen, die auf den Gang der französisch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen schon so oft eingewirkt hatte (vgl. Bericht Nr. A/3270 vom 28. November 1932¹), hat anscheinend auch die Inkraftsetzung des abgeschlossenen Vertrags entscheidend beeinflusst: die Ratifikation des Paktes und der Austausch der Ratifikationsurkunden² erfolgt in einem Augenblick erhöhter Spannung in den deutsch-französischen und einer zunehmenden Labilität in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.

War es im ganzen Verlauf der französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktverhandlungen die französische Seite, welche die Initiative zur Förderung der Besprechungen ergriff – im Sommer 1931 wegen der deutsch-österreichischen Zollunionsverhandlungen³, im Sommer 1932 wegen des deutsch-französischen Ge-

¹ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 186, S. 399–402.

² Die sowjetische und französische Regierung unterzeichneten am 29. 11. 1932 einen Nichtangriffspakt und ein Schlichtungsabkommen, die am 15. 2. 1933 mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft traten. Vgl. DVP, Bd. XV, Dok. 456, S. 637–640.

³ Projekt einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich vom 19. 3. 1931. In: Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 260–261.

gensatzes auf der Abrüstungskonferenz⁴ –, so ist auch die letzte positive Entwicklung in den französisch-sowjetischen Beziehungen m.E. im überwiegenden Maße auf Frankreich zurückzuführen. Litwinows Genfer Vorschlag hinsichtlich der Begriffsbestimmung des Angreifers⁵ gründete sich zwar auf den Herriot-Plan⁶, aber nur auf den ersten Abschnitt dieses Planes. Litwinow bezweckte – so weit sich das von hier aus übersehen lässt – mit seinem Vorschlag weniger eine Unterstützung der französischen These, als dass er vielmehr gewissermaßen auf die Schultern Herriots stieg, um von hier aus die Japaner wirksamer angreifen zu können. Ihre politische Bedeutung für die französisch-sowjetischen Beziehungen erhalten die Genfer Verhandlungen ebenso wie der Formalakt der Ratifikation erst durch die betont sowjetfreundliche Haltung eines Teils der französischen Presse und insbesondere Herriots.

Welche Voraussetzungen auf der französischen Seite für eine Annäherung an die Sowjetunion gegeben sind, entzieht sich meiner Beurteilung. Hinsichtlich der Beweggründe, die die Sowjetunion bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Frankreich leiten, sind auch heute noch die Ausführungen meines Berichts vom 28. November 1932 – Tgb. Nr. A/3270 – in Geltung:

„Die allgemeine Labilität der weltpolitischen Lage, die allgemeine Entkräftung durch die Weltwirtschaftskrise machen es unwahrscheinlich, dass überhaupt in den nächsten Jahren an eine der europäischen Großmächte die verhängnisvolle Frage eines Entweder-oder herantreten wird. Aber die Vorbereitung zu einer solchen Entwicklung, das allmähliche Hinübergleiten in das andere Lager ist wohl auch jetzt schon denkbar. Polen allein bietet der Sowjetunion dafür zu wenig Anziehungskraft. Aber ein Entgegenkommen Frankreichs auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet – das wäre schon eine andere Versuchung. Auch auf Verlockungen von dieser Seite würde die Sowjetregierung nur eingehen, wenn sie Deutschlands nicht mehr sicher wäre. Das Zusammengehen mit Deutschland ist für die Sowjetunion die nächstliegende und die erwünschteste Kombination.“

Die Sowjetregierung empfindet einen Ausgleich mit Frankreich als eine willkommene und notwendige Erleichterung ihrer außenpolitischen und militärischen Lage. Sie wird alles tun, um eine solche Annäherung zu fördern, schon allein, um die vermuteten französisch-japanischen Zusammenhänge zu lockern. Aber den wahren Prüfstein für die Stärke des französischen Versöhnungswillens wird für sie erst die Bereitschaft der französischen Wirtschaft zur Hingabe von *Krediten*⁷ bilden. Diese Gesichtspunkte bringt auch der offiziöse Iswestija-Artikel, über den ich gesondert berichte⁸, zum Ausdruck.

Man nimmt hier die französischen Freundschaftserklärungen viel ernster als bisher, ohne ihnen indessen voll zu trauen. Man hält es für nicht ausgeschlossen,

⁴ Am 23. 7. 1932 verließ Deutschland die Abrüstungskonferenz, nachdem die Forderungen nach einer Gleichberechtigung Deutschlands an französischen Einwendungen gescheitert waren.

⁵ Von Litvinov am 6. 2. 1933 auf der Abrüstungskonferenz eingebrachter Vorschlag einer Definition des Angreifers; vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 32, S. 73–83.

⁶ Herriot und Paul-Boncour unterbreiteten am 11. 11. 1932 den „konstruktiven Plan“ für eine internationale Sicherheitsorganisation. Vgl. Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie (1932–1935), Bd. I, Paris 1964, Dok. 313, S. 711.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ „Vstuplenie v silu franko-sovetskogo pakta o nenapadenii“ (Der französisch-sowjetische Nichtangriffspakt tritt in Kraft). In: Izvestija vom 18. Februar 1933, S. 1.

dass die französisch-russische Freundschaft weniger Selbstzweck für Frankreich ist als Mittel zu dem Zweck, die internationale Stellung Frankreichs zu stärken. Sei dieser Zweck erfüllt, so würde man die Sowjetunion wieder fallen lassen. Trotz allen betonten Entgegenkommens des Iswestija-Artikels, der sogar eine Verbeugung vor den Trabanten Frankreichs⁹ macht, herrscht hier im Grunde noch Misstrauen und abwartende Haltung vor. Dass sich aber in den letzten Wochen die Tendenzen zu einer Hinneigung nach Frankreich verstärkt haben, ist unverkennbar. Noch bei der Unterzeichnung der Pakte mit Polen¹⁰ und Frankreich gab die „Iswestija“ die Erklärung ab, dass dadurch die freundschaftliche Politik zu Deutschland nicht beeinträchtigt werde; noch im Januar fand Molotow in seiner Rede vor dem ZIK¹¹ freundschaftliche Worte für Deutschland, während Frankreich und Polen nur bei der Aufzählung der abgeschlossenen Nichtangriffspakte registriert wurden. Der in diesen Wochen eingetretene Unterschied ist offensichtlich.

Die weitere Haltung der Sowjetunion gegenüber Frankreich wird in entschiedenem Maße von der Einschätzung der künftigen Haltung Deutschlands beeinflusst werden. Man verhält sich hier dem neuen deutschen Kabinett gegenüber abwartend. Man hofft innerlich, dass die Stärke der beiderseitigen Interessen die Weiterführung der bisherigen freundschaftlichen Politik ermöglichen wird. Aber man empfindet die Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen als labil, sowohl in juristischer wie in politischer Hinsicht: in juristischer Hinsicht, weil Berliner Vertrag¹² und Schlichtungsabkommen¹³ durch die nicht erfolgte Ratifizierung nicht in Kraft sind; in politischer Beziehung, weil politische Willenskundgebungen der Reichsregierung hinsichtlich ihrer Russlandpolitik seit langem nicht mehr vorliegen, während Frankreich gegenüber von deutscher Seite im vergangenen Jahr sehr positive Erklärungen gemacht worden seien; die Version von dem Frankreich angebotenen Militärbündnis spukt noch immer in den hiesigen Köpfen. Die von deutschen maßgebenden Persönlichkeiten unter vier Augen an Sowjetpolitiker abgegebenen Erklärungen über den unveränderten Kurs der deutschen Russlandpolitik haben zwar die lebhaftesten Befürchtungen zu beschwichtigen vermocht; aber die positive Wirkung einer öffentlichen deutschen Regierungserklärung habe sie nicht ersetzen können. Man ist hier auch enttäuscht darüber, dass auch die Surrogate solcher offiziellen Regierungserklärungen wie etwa freundliche Telegramme zu besonderen Anlässen oder positive Interviews deutscherseits ausgeblieben sind. Man vergleicht hiermit die telegrafischen Freundschaftsbeteuerungen von Kemal, Ismet und Ruschdi zum 15. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion; oder die ebenso warmen Liebeserklärungen des Ministerpräsidenten Herriot nach Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes.

⁹ Polen wird in dem Artikel als Hauptverbündeter Frankreichs genannt. Vgl. Dok. 18.

¹⁰ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

¹¹ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 22, S. 50; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, München 1934, S. 374–375.

¹² Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR vom 24. 4. 1926. In: ADAP, Ser. B, Bd. II/1, Dok. 168, S. 402–403; DVP, Bd. IX, Dok. 141, S. 250–252; das Protokoll vom 24. 6. 1931 über die Verlängerung des auf fünf Jahre befristeten Vertrags war bis zum damaligen Zeitpunkt nicht ratifiziert worden.

¹³ Deutsch-russisches Schlichtungsabkommen: am 25. 1. 1929 abgeschlossen, am 12. 4. 1929 in Berlin ratifiziert und am gleichen Tag in Kraft getreten. In: Reichsgesetzblatt 1929, Teil II, S. 179–182. Das Abkommen hatte eine Laufzeit von drei Jahren, die 1932 endete, sodass es in das Protokoll von 1931 mit aufgenommen wurde.

Wie eingehend man sich mit diesen Gedankengängen beschäftigt hat, zeigt eine Bemerkung Litwinows mir gegenüber; nach Ansicht der Juristen des Außenkommissariats sei die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag auf dem Wege der Notverordnung ohne Verstoß gegen die Verfassungsbestimmungen durchführbar.

*Die Wiederherstellung der juristischen und politischen Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen durch Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag ist das dringendste Erfordernis für die Weiterführung der bisherigen Russlandpolitik Deutschlands; die Ratifikation würde auch – möge sie auf parlamentarischem^{*14} Wege erfolgen oder nicht – zwanglos den Anlass zu einer *Regierungserklärung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen bieten^{*15} können. Eine solche Aktion wird umso dringlicher im Hinblick auf die letzte Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen. Wenn auch der Wert einer solchen deutschen Stellungnahme ohne den Parallelismus mit Frankreich größer gewesen wäre, so wird der Nutzen für Deutschland auch jetzt noch erheblich sein¹⁶.

v. Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Stempel: Durchschlag an W gegeben und aus dem Büro R.M. 24. Feb. 1933; Kenntnisnahmen. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 31497, Bl. E 496900–496905.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 29, S. 61–64.

Nr. 13
Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die
Botschaft in Moskau

Berlin, den 22. Februar 1933

Geheim

Sofort

e. o. IV Ru. 644

An die

Deutsche Botschaft

in Moskau

In den letzten Wochen sind die Beziehungen Sowjet-Russlands zu Deutschland und Frankreich in erhöhtem Maße Gegenstand der Erörterung in politischen Kreisen und in der Presse gewesen. Besonders hat die Haltung der amtlichen russischen und französischen Stellen vielfach zu weitgehenden Kommentaren Anlass gegeben. In dieser Hinsicht möchte ich beispielshalber auf folgende Tatsachen hin-

¹⁴ Der Absatz ist am Rand zweifach angestrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Im Anschluss an den Bericht befindet sich folgender handschriftlicher Aktenvermerk: „Mit Rücksicht auf die Botschafter von Dirksen mit Erlass IV Ru 644 vom 22. Februar erteilte Instruktion des Herrn Reichsministers dürfte von der Verwertung anl. Berichts abgesehen werden können.“ PA AA, R 31497, Bl. E 496906.

weisen. Herr Litwinow hat in Genf vor der Abrüstungskonferenz verschiedentlich Erklärungen abgegeben, die in der französischen Presse eine ungewöhnlich freundliche Aufnahme gefunden haben. Wenn man diese Reden mit den Ausführungen maßgebender französischer Politiker in Verbindung bringt, so ist die Erwägung nicht von der Hand zu weisen, dass die Erklärungen Litwinows nicht nur durch das Thema der Abrüstungskonferenz bedingt, sondern dass sie von weitergehenden politischen Absichten getragen waren. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Ausführungen von Herriot in Reden, Zeitungen und Zeitschriften zu erwähnen. Zu beachten ist ferner der scheinbar bevorstehende Austausch von Militärattachés und der betont herzliche Empfang, den in diesen Tagen russische Militärs in Paris beim Ankauf von Rüstungsmaterial gefunden haben.

Offenbar hat der letzte Regierungswechsel in Deutschland bei der Sowjetregierung die von ihr schon seit dem Kabinett Papen zur Schau getragene Unsicherheit über die weitere Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen verstärkt. Objektiv liegt ein Anlass hierzu nicht vor. Ob nicht überhaupt die seit dem Sturze Kabinetts Brüning¹ in gewissen Abständen immer wieder an uns herangetretenen Wünsche, von der Reichsregierung Versicherungen offizieller oder offiziöser Art zu erhalten, dass sich an unserer Politik gegenüber der UdSSR nichts ändere, nur taktisch zu werten sind, ist fraglich. Vielleicht sollten wir mangels einer solchen Erklärung für eine Erkaltung der deutsch-russischen Beziehungen verantwortlich gemacht oder die Abgabe solcher Erklärung sogar zur Verstärkung der Position gegenüber Frankreich ausgenutzt werden. Ich habe gleichwohl bereits neulich dem russischen Botschafter mitgeteilt, dass eine Änderung in unserer politischen Linie gegenüber Russland nicht erfolgen wird². Auch hat der Herr Reichskanzler bei einer grundsätzlichen Aussprache mit mir über das russische Problem³ mit aller Bestimmtheit den Standpunkt vertreten, dass zwischen der internen Behandlung des Kommunismus und den staatlichen Beziehungen zur UdSSR scharf unterschieden werden müsse und dass er in der politischen, wirtschaftspolitischen und militärpolitischen Linie gegenüber Sowjetrußland keine Änderung eintreten lassen werde. Einen Beweis hierfür liefert auch die Hilfe, die wir den Russen finanziell in den Wirtschaftsverhandlungen angedeihen lassen.

Zu der Unsicherheit der UdSSR über die Entwicklung in Deutschland tritt aber sicherlich eine Reihe von Momenten, die von unserer innerpolitischen Entwicklung unabhängig sind. Die bedrohliche Situation im Fernen Osten, die wirtschaftspolitische Spannung in Russland und die Tatsache, dass die Russen vielleicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Deutschland als mehr oder minder erschöpft ansehen, sind sicherlich Faktoren, die die russische Regierung zu einer kühleren Betrachtung der deutsch-russischen Verhältnisse und zu einer gewissen Hinneigung zu Frankreich veranlassen könnten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Tatsache, dass Frankreich offensichtlich bestrebt ist, solchen Tendenzen von sich aus auf den verschiedensten Gebieten weit entgegenzukommen. Wie sich aus den letzten Meldungen von Herrn von Hassell⁴ ergibt, ist übrigens auch

¹ Das Kabinett Brüning trat am 30. 5. 1932 zurück.

² Dies geschah bei dem Gespräch von Neuraths mit Chinčuk anlässlich des Empfangs bei von Hindenburg; vgl. Dok. 9.

³ Vgl. Dok. 10.

⁴ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 191, S. 411–412.

die italienische Regierung der Ansicht, dass die russisch-französische Annäherung durchaus ernst zu nehmen sei.

Ich halte es für richtig, dass wir die Dinge nicht weitertreiben lassen, sondern dass wir uns mit der UdSSR offen und klar über den augenblicklichen Stand der Politik aussprechen. Selbstverständlich darf das nicht in der Form geschehen, die den Eindruck *macht, als ob wir den Russen besorgt nachliefen*⁵. Es kann deshalb z.B. auch nicht in Frage kommen, die Reichsregierung jetzt zu einer spontanen öffentlichen Erklärung über die deutsch-russische Politik zu veranlassen, nachdem ich dem russischen Botschafter gegenüber die oben erwähnte Erklärung abgegeben habe. Dagegen halte ich es für angebracht, dass Sie mit den dortigen maßgebenden Stellen möglichst bald in eine Aussprache über die allgemeine Lage der europäischen Politik eintreten und hierbei Klarheit über die russische Einstellung schaffen.

Das Ergebnis Ihrer Besprechungen, deren Form ich **⁶ Ihrem Ermessen überlasse, wird für unsere Beurteilung der gegenwärtigen Situation von großer Bedeutung sein⁷.

R.M.

Auf dem letzten Blatt Paraphe von Neuraths mit Datum 22/2; auf dem ersten Blatt handschriftlich: Eilbrief eingeschr[ieben]; in Postchiffre: geh. Ch Verf.

PA AA, R 31498, Bl. E 496954–496957.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 33, S. 70–71.

Nr. 14

Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Moskau, den 23. Februar 1933

Geheim!

Tgb. Nr. A/339¹

Vermerk

Gestern nach dem Essen beim Estnischen Gesandten² kam ich mit Herrn Krestinski in ein Gespräch über die innerpolitische Lage in Deutschland. Herr Krestinski bemerkte dabei, er glaube, dass die Nationalsozialisten lieber mit dem Zentrum zusammengehen würden als mit den Deutschnationalen.

Ich sagte im Laufe des Gesprächs, ich habe den Eindruck, als ob die öffentliche Meinung in der Sowjetunion gegenüber der Lage in Deutschland aus der Zurückhaltung, die sie bisher glücklicherweise beobachtet habe, herauszutreten beginne. Herr Kalinin z.B. habe sich doch in seiner Rede vor dem Kolchosnik-Kon-

⁵ Die Zeile ist am Rand zweifach angestrichen.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „natürlich“ ist gestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 18.

¹ Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.

² Karl Tofer.

gress³ ziemlich tief in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands eingelassen. Auch die „Prawda“ habe in einem Leitartikel der letzten Tage die Verhältnisse in Deutschland scharf erörtert⁴.

Herr Krestinski meinte, er könne nicht zugeben, dass Herr Kalinin die deutsche Innenpolitik einer Kritik unterzogen habe; er habe vielmehr einzelne Züge der Lage in Deutschland ebenso wie der innerpolitischen Lage in anderen Länder herangezogen, um an diesem Beispiel seine These zu erörtern.

Bei der weiteren Besprechung der Politik, die das neue Reichskabinett nach den Wahlen einschlagen werde, bemerkte ich, dass sich hinsichtlich der Außenpolitik bestimmt nichts ändern werde; das gehe ja schon aus den bisherigen Äußerungen der nationalsozialistischen Führer hervor, ebenso wie aus den Erklärungen, die Herr von Neurath Herrn Chintschuk gegenüber auf Grund eines Kabinettsbeschlusses abgegeben habe.

Herr Krestinski führte darauf aus, dass diese Erklärungen zweifellos hier in Moskau beruhigt hätten, aber diese Erklärungen würden in den letzten Jahren meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgegeben und verfehlten daher ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit. Hitler und die Nationalsozialisten, deren wesentlichster Programmpunkt bisher doch die Bekämpfung nicht nur des Kommunismus, sondern auch der Sowjetregierung gebildet habe, werden doch zu diesen Fragen auch einmal in der Öffentlichkeit Stellung nehmen müssen.

Herr Krestinski fragte sodann nach dem Zeitpunkt der Ratifizierung des Verlängerungsprotokolls⁵. Der Französische Präsident habe den Vertrag ratifiziert ohne das Parlament zu fragen; der Polnische Staatspräsident habe das gleiche getan – ob wir denn nun nicht diesem Beispiel folgen wollten?

Ich verwies Herrn Krestinski auf die verfassungsrechtlichen Bedenken und auf den jetzt tobenden Wahlkampf.

Er erwiderte, er sehe es völlig ein, dass vor den Wahlen keine weiteren Schritte von deutscher Seite erwartet werden könnten.

Im Anschluss daran fragte mich Herr Krestinski nach dem Zeitpunkt meiner Reise nach Berlin.

Am Ende steht der maschinenschriftliche Vermerk: Hiermit Herrn Legationsrat Hilger zur gefl. Kenntnis. Ferner der Vermerk: Z. d. A. sowie die handschriftlichen Paraphen mit Datum Hi[lger] 23/2 und D[irksen] 23/2. Auf dem ersten Blatt unten befindet sich der handschriftliche Vermerk: A 9.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429492–429494.

³ „Reč' tov. M. I. Kalinina na 1-m vsesojuznom s-ezde kolchoznikov-udarnikov 17 fevralja 1933 g.“ (Rede des Gen. M. I. Kalinin auf dem 1. Allunionskongress der Kolchosbauern-Bestarbeiter am 17. Februar 1933). In: Prawda vom 21. Februar 1933, S. 3.

⁴ Der Prawda-Leitartikel „Nakanune vyborov v Germanii“ (Am Vorabend der Wahlen in Deutschland) vom 22. Februar 1933, S. 1, beginnt mit einer Darstellung des Verbots der kommunistischen Presse.

⁵ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

Nr. 15
**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim
Persönlich
Expl. Nr. 5
23. Februar [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

in meinem ersten Brief nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler habe ich Ihnen geschrieben, dass Sie, ohne sich im Falle einer Einladung von Hitler einem Besuch zu entziehen, nicht von sich aus die Initiative ergreifen und Sie von sich aus nicht um einen Empfang nachsuchen sollten¹.

Deshalb war ich etwas erstaunt, als Sie in einem Ihrer Briefe, in dem Sie die von Ihnen eingeladenen Gäste zum Essen am 3. März aufzählten, auch Hitler² nannten. Ihre Einladung an ihn für den 3. März hielte ich aus folgenden Überlegungen für einen großen politischen Fehler.

1. Wir wollen, dass die jetzige Regierung uns gegenüber eine freundliche Haltung einnimmt. Wir rechnen damit, da die außenpolitische Lage Deutschlands der Regierung Hitler die Notwendigkeit diktiert, die Beziehungen zu uns nicht abbrechen, sondern zumindest die bisherigen beizubehalten. Damit aber Hitler und seine Vertrauten die Notwendigkeit einer entsprechenden öffentlichen Erklärung bezüglich ihres Verhältnisses zu uns begreifen, ist es erforderlich, dass sie von unserer Seite die Zurückhaltung hinsichtlich der Erwartung einer solchen Erklärung sehen.

Eine vorschnelle Einladung zum Essen würde Hitler die Möglichkeit geben, sich mit diesem Besuch zu begnügen, so wie es seinerzeit das Außenamt versucht hatte, die Visite Papens am 7. November bei Ihnen als eine ausreichende äußere Bekundung für das freundschaftliche Verhältnis der Regierung Papen zur UdSSR³ zu deklarieren.

2. Wenn Hitler Ihre Einladung ausschlagen sollte, und er wird dies wohl aus wahlkampfaktischen Überlegungen gezwungen sein zu tun, würden Sie sich plötzlich in einer sehr unangenehmen Lage befinden.

3. Schließlich könnten Hitler und die Nationalsozialisten sowohl im Falle der Annahme der Einladung als auch bei deren Ablehnung dies in der Wahlkampfkampagne gegen die Kommunisten ausnutzen.

Ich habe deshalb an Sie ein Telegramm mit dem Vorschlag geschickt, falls Sie

¹ Vgl. Dok. 3.

² In dem Schreiben Chinčuks an Krestinskij vom 11. 2. 1933 wurden die Maßnahmen aufgezählt, die von dem Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Berlin in der ersten Märzhälfte geplant waren, darunter ein großes Abendessen am 3. 3. 1933 mit geladenen Diplomaten und Regierungsmitgliedern einschließlich Hitlers und von Blombergs. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 7, l. 66–65.

³ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 155, S. 332.

noch nicht die Einladung abgeschickt haben sollten, sich bis zum Erhalt meines Briefes zurückzuhalten.

Ich wäre sehr froh, von Ihnen ein Telegramm zu bekommen, dass Sie die Einladung noch nicht abgeschickt haben und dass Sie selbst, noch vor dem Erhalt meines Telegramms, entschieden haben, Hitler nicht einzuladen⁴.

Wenn Hitler an der Macht bleibt (ich meine, dass er es für eine lange Zeit bleiben wird), so ist zweifellos zwischen seiner Regierung und unserer Bevollmächtigten Vertretung sowohl ein geschäftlicher als auch ein persönlicher Kontakt herzustellen, doch dafür muss man, erstens, Hitler die Initiative überlassen, und zweitens sind die Wahlen abzuwarten, nach denen für eine bestimmte Zeit eine gewisse, obgleich eine unbedeutende, Beruhigung eintritt.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], an Gen. Lev[in]. 25/II. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 351 vom 25. 2. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder des NKID, an Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 40–39. Kopie.

Nr. 16

Schreiben des Leiters der RKI Karpov an den Stellv. Volkskommissar der RKI Belen'kij und den Sekretär des Parteikollegiums des CKK der VKP (B) Škirjatov

Ganz geheim

Ausgangs-Nr. 101

[25. Februar 1933]¹

An den

Stellv. Volkskommissar der RKI der UdSSR Gen. BELEN'KIJ²

Sekretär des Parteikollegiums der CKK der VKP (B) – Gen. ŠKIRJATOV

Zur Tätigkeit der Derop³-Derunapht⁴.

Bereits seit Ende 1931 forderten die deutschen Mitglieder des Aufsichtsrates, Staatssekretär Hemmer und Minister Reinhold, wiederholt und selbstverständlich

⁴ Chinčuk teilte in seinem Schreiben vom 28. 2. 1933 an Krestinskij mit: „Ich habe Ihnen bereits telegraphiert, dass Hitler von uns nicht eingeladen werden wird und ich nicht die Absicht hatte, ihn einzuladen. Ich verhalte mich in Bezug auf Hitler höchst reserviert und überlasse es ihm, selbst die Initiative zur Aufnahme von Kontakten mit der Bevollmächtigten Vertretung an den Tag zu legen.“ In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 65.

¹ Die Datierung erfolgte nach dem Datum des Begleitschreibens.

² Am 25. 2. 1933 übermittelte Karpov (aus Berlin) das Schreiben an Ežov, in dem es heißt: „Ich schicke Dir zu Deiner Kenntnis meinen Brief an die CKK, in dem ich darauf aufmerksam mache, was die Deutschen von uns hartnäckig zu erreichen versuchen, insbesondere hinsichtlich der Kaderauswahl und was wir unserer Derop-Leitung zu diesen Fragen vorschlagen.“ Das Dokument enthält den Vermerk: „Gen. Dubrovsk[ij?]. Ich bitte, sich mit Bogomol[ov] oder mit Sud'in zu beraten und die Entscheidung zu dieser Frage zu treffen. N. Ežov. 4/III.“ In: RGASPI, f. 17, op. 120, d. 107, l. 30.

Fußnoten 3 und 4 auf der nächsten Seite.

nicht ohne Einverständnis der entsprechenden deutschen Regierungsstellen die Derop dazu auf, die angeblich bestehende Verknüpfung der Handelstätigkeit Derop-Derunapht von der kommunistischen Propaganda zu trennen, und insbesondere eine Veränderung in der Auswahlpolitik für das deutsche Personal der Derop-Derunapht zu erreichen.

Bis Mitte 1932 bemühte sich der Aufsichtsrat unter dem Vorsitz von Gen. Kilevič diese Angelegenheit mittels prinzipieller Zusicherungen, faktisch eine Verzögerung, hinauszuschieben.

Im Juli 1932 stellten beide Aufsichtsratsmitglieder der Derop-Derunapht dem Verwaltungsvorsitzenden der D[erop]-D[erunapht], Gen. Enko, die Frage nach der Entfernung der zur Arbeit [nach Deutschland] abkommandierten sowjetischen Staatsbürger, nach der Übergabe der Leitung der Personalverwaltung für die deutschen Kader an einen parteilosen Deutschen und nach der Notwendigkeit einer absoluten Abgrenzung der Derop-Derunapht gegenüber wie auch immer gearteten politischen Angelegenheiten; dabei gaben sie zu verstehen, dass dies auch auf Anweisung der entsprechenden Stellen geschähe.

Darauf erklärte ihnen Gen. Enko, dass ihm überhaupt keine wie auch immer geartete politische Betätigung der Mitarbeiter der Derop-Derunapht bekannt sei, niemand könne ihm (Enko) in diesem Zusammenhang auch nur einen einzigen Fall nennen, nicht in der Vergangenheit und auch nicht heute. Auf die privaten politischen Ansichten der Mitarbeiter der Derop-Derunapht habe er keinerlei Einfluss, interessiere sich nicht für diese und werde sich auch nicht für sie interessieren, da dies der deutschen Verfassung widersprechen würde.

Was die Ausnutzung der Organisation der Derop-Derunapht für wie auch immer geartete politische Ziele betrifft, so habe in dieser Beziehung, wie Gen. Enko den Mitgliedern des Aufsichtsrates mitteilte, er wie auch alle ehemaligen Leiter der Derop-Derunapht die kategorische Weisung, die eine jegliche Ausnutzung der D[erop]-D[erunapht] für politische Ziele verbietet.

*Dieser Grundsatz*⁵ der Derop-Derunapht wurde früher und wird auch heute auf strengste Weise befolgt.

Hinsichtlich der Personalverwaltung für die deutschen Kader habe – nach langwierigen Verhandlungen der Mitglieder des Aufsichtsrates mit Gen. Enko, in deren Verlauf sie Gen. Enko wiederholt mit ihrem Rücktritt gedroht haben – Gen. Enko in Absprache mit den Gen. Vejcer und Chinčuk eine Vereinbarung darüber erzielt, dass die Personalverwaltung der Derop-Derunapht nach wie vor von einem beauftragten sowjetischen Bürger geleitet werden wird. Ihm wird jedoch ein Deutscher, Referent Dr. Bock, zur Seite stehen.

Was die Frage der Tätigkeit der abkommandierten sowjetischen Gen[ossen] betrifft, hat Gen. Enko die Ansinnen der Aufsichtsratsmitglieder kategorisch zu-

³ Derop – Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG, Berlin. Deutsch-sowjetische Gesellschaft zum Vertrieb von fertigen Erdölprodukten (Benzin, Schmierstoffe, Solaröl), die ein weit verzweigtes Tankstellennetz und eine Verkaufsinfrastruktur in Deutschland besaß; gegründet 1928.

⁴ Derunapht – Deutsch-Russische Naphta-Importgesellschaft mbH, Berlin. Deutsch-sowjetische Gesellschaft für den Import von Erdölprodukten; gegründet 1926.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

rückgewiesen, indem er ihnen erklärte, dass der Hauptaktionär, der SNĖ⁶, in sämtlichen Zweigen seiner Tätigkeit seine Vertrauenspersonen hat und weiterhin haben muss, und daher kann von einer etwaigen Verringerung oder von einer Entfernung dieser Mitarbeiter aus den Abteilungen keine Rede sein.

Im Februar des laufenden Jahres, nach der Rückkehr des Gen. Enko von der Dienstreise nach Moskau, sind beide Aufsichtsratsmitglieder erneut bei Gen. Enko mit folgender Liste von Forderungen vorstellig geworden:

1. Die zuständigen deutschen Behörden (das Polizeipräsidium und das Innenministerium) berichten erneut darüber, dass der Apparat der D[erop]-D[erunapht] nach wie vor zum Zwecke der kommunistischen Propaganda benutzt werde.

2. *Dr. Bock, der von uns ernannte Referent für die deutschen Kader*⁷, beschäftigt sich faktisch nicht mit den Kadern, mit ihnen beschäftigt sich weiterhin einzig und allein Gen. *Pachomov*⁸, über den Erkenntnisse vorliegen, dass er ein Agent der GPU sei, der den deutschen Apparat der D[erop]-D[erunapht] ausschließlich aus Kommunisten rekrutiere.

*3. In der Derop wird systematisch gegen das deutsche Arbeitsrecht verstoßen. Alle Mitarbeiter arbeiten systematisch von Tag zu Tag bedeutend länger als es die Arbeitszeitregelung erlaubt.*⁹

Damit im Zusammenhang richteten beide Aufsichtsratsmitglieder an Gen. Enko folgende Forderungen, ohne deren Befriedigung sie ihren weiteren Verbleib im Aufsichtsrat der D[erop]-D[erunapht] nicht für möglich erachten:

*1) Ein parteiloser deutscher Staatsbürger, der hinreichend als absolut politisch neutraler Mensch bekannt ist, muss die Verwaltung des deutschen Personals leiten.*¹⁰

*2) Der Stellenplan der Derop muss aufgestockt werden, um unverzüglich die Überstunden jeglicher Art einzustellen.*¹¹

Gen. Enko hat diese beiden Forderungen zurückgewiesen. Darauf haben die Aufsichtsratsmitglieder gefordert, diese Frage auf die Tagesordnung der Aufsichtsratssitzung zu setzen.

Auf der Sitzung des Aufsichtsrates, die am 20. 2. d. J. stattfand, haben es die beiden deutschen Herren abgelehnt, die laufenden Fragen der Tagesordnung zu erörtern, und forderten die vorherige Erörterung und Beschlussfassung zu den von ihnen aufgeworfenen Fragen bezüglich des Personals der Derop.

Beide haben zu diesen Fragen schriftlich Vorschläge vorgelegt, die, wie uns später bekannt wurde, selbst im Wortlaut mit den zuständigen deutschen Stellen abgestimmt worden sind.

Diese Vorschläge sind buchstäblich folgende:

1) Alle Leitungsorgane der Derop-Derunapht, sowohl die im Zentrum als auch die vor Ort, müssen sich darum kümmern und darauf achten, dass in der Derop selbst wie auch im Zusammenhang mit der Handelspraxis der Derop keine wie

⁶ Die Außenhandelsvereinigung Sojuznefteéksport wurde 1931 gegründet, sie war der Hauptlieferant von sowjetischem Erdöl ins Ausland.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Familienname ist unterstrichen.

⁹ Der Absatz ist am linken Rand angestrichen.

¹⁰ Der Absatz ist am linken Rand angestrichen.

¹¹ Der Absatz ist am linken Rand angestrichen.

auch immer geartete politische oder partei-politische Tätigkeit oder Propaganda betrieben wird.

2) Das Ziel der Personalauswahl besteht darin, einen hochqualifizierten Spezialapparat zu schaffen, der seiner Quantität nach in der Lage sein sollte, den Anforderungen im Rahmen der deutschen Arbeitsrechtsgesetzgebung gerecht zu werden. Der Vorstand ist verpflichtet, auf strengste Weise auf die Einhaltung der Arbeitsrechtsgesetze in allen Bereichen der Derop zu achten, und er muss unverzüglich die dazu erforderlichen Konsequenzen ziehen.

3) Die Auswahl der Arbeiter und Angestellten für die Derop muss ausschließlich nach dem Prinzip der Qualifikation und der Sachkenntnis und unter Ausschluss jeglicher politischer Motive erfolgen. Die Qualifikation muss auf der Grundlage der Bildung, der vorherigen Tätigkeit und der erforderlichen Empfehlung bestimmt werden.

Im Falle einer Arbeitsaufnahme von neuen Angestellten muss die Einstellung durch die zuständigen staatlichen Organe und Organisationen vorgenommen werden. Der Vorstand ist verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklung des Personalbestandes zu berichten, und er ist ebenso verpflichtet, auf spezielle Anfragen des Aufsichtsrates zu antworten und Auskünfte zu geben.

4) Der Personalchef für das deutsche Personal in der Derop muss immer ein politisch neutraler deutscher Staatsbürger sein, der in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat zu benennen ist und der, falls er dem Vorstand nicht angehört, einzig und allein dem Vorstandsvorsitzenden der D[erop]-D[erunapht] unterstellt ist.

Die ersten drei Punkte der von diesen Herren unterbreiteten Beschlussvorlagen sind von Gen. Enko und anderen, d.h. von unserer Seite, abgelehnt worden, indem ihnen erklärt wurde, dass all das, was in diesen drei Punkten dargelegt ist, in der Derop-Derunapht bereits befolgt wird und immer befolgt worden ist. Deshalb kann man sich lediglich damit einverstanden erklären, dass der Aufsichtsrat die entsprechenden Erklärungen des Vorstandes der Derop anhört und zur Kenntnis nimmt. Hinsichtlich des letzten Punktes hat unsere Seite (Gen. Enko und andere) in Anbetracht dessen, dass das Ausscheiden dieser zwei Herren aus dem Aufsichtsrat für uns jetzt absolut politisch unvorteilhaft wäre, sich darauf verständigt, dass der Vorstand der D[erop]-D[erunapht] in vorheriger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat eine geeignete Person deutscher Staatszugehörigkeit zum Leiter der Personalstelle für die deutschen Kader auswählt.

Es liegt vollkommen auf der Hand, dass die Haltung der Aufsichtsratsmitglieder momentan darauf hinausläuft, den Apparat in den Zustand zu versetzen, wie er vor 2,5–3 Jahren gewesen war. *Damals ging in ihm die faschistische Vorherrschaft so weit, dass die Faschisten auf Derop-Autos umherfuhren und in der Stadt Flugblätter abwarfen.*¹²

Dies alles muss man natürlich in der Weise verstehen, dass dies das Ergebnis der an die Macht gelangten neuen Regierung ist, und auch die Aufsichtsratsmitglieder selbst erklären, dass sie nicht das Recht haben, die D[erop]-D[erunapht] zu verlassen und dass ihnen nachdrücklich das aufgetragen worden ist, worauf sie jetzt beharren.

¹² Der Satz ist unterstrichen.

Angesichts dessen halten wir es für angebracht, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einen Deutschen, einen überprüften *Landsmann*¹³, der die Gewähr bietet, dass man ihn in Deutschland nicht kennt und auch nicht erfahren wird, dass er ein Parteimitglied ist, zum Kaderleiter der Derop-Derunapht zu ernennen. Über diesen Genossen ist, selbstverständlich mit großer Vorsicht, um ihn nicht zu enttarnen, in Zukunft die gesamte Arbeit mit den Kadern der Derop-Derunapht zu leisten.

2. Gen. *Pachomov*¹⁴, zurzeit als Kaderleiter der Derop-Derunapht tätig, ist zum *Vorstandsmitglied der D[erop]-D[erunapht] und zugleich zum Mitglied des Vorstandes der D[erop]-D[erunapht] mit der Zuständigkeit für die Kader*¹⁵ zu ernennen.

3. Weiterhin ist unbedingt an dem bisherigen Kurs der Kaderpolitik der Derop-Derunapht festzuhalten, anders formuliert, es ist den Faschisten und überhaupt den politisch für uns unerwünschten Elementen auf keinen Fall die Möglichkeit zu geben, in das System der D[erop]-D[erunapht] einzusickern.

Ob es uns und den örtlichen deutschen Organisationen jedoch gelingen wird, den ersten Punkt unseres Vorschlages zu erfüllen, d. h. eine derartige Person unter den deutschen Landsleuten zu finden, der einerseits für diese Tätigkeit geeignet und andererseits nicht als Landsmann in Deutschland bekannt wäre, ist jetzt sehr schwer zu sagen¹⁶.

Leiter der Inspektion¹⁷
Ober-Inspektor

V. KARPOV
D. KOTLJARENKO

Eigenhändige Unterschriften.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl., das 1. und 2. [Expl.] an die Adressaten, 3. und 4. [Expl.] zu den Akten.

RGASPI, f. 17, op. 120, d. 107, l. 30–33. Original.

¹³ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁴ Der Familienname ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Am 20. 3. 1933 schickten der Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR Rozengol'c und der Stellvertretende Volkskommissar der RKI Belen'kij an Stalin eine Vorlage mit dem Vorschlag, die Aktiengesellschaft Derop in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln, da diese Form keinen Aufsichtsrat benötige, denn die deutschen Aufsichtsratsmitglieder würden gemäß Weisung des Innenministeriums fordern, einen parteilosen Deutschen als Leiter der Personalverwaltung zu ernennen, um eine entsprechende Personalauswahl zu garantieren. Anderenfalls würden sie mit dem Rücktritt drohen. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 3, S. 8–9.

¹⁷ Struktureinheit des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (1920 bis 11. 2. 1934), die die Kontrolle und die Revision über das Volkskommissariat für Außenhandel und den ihm unterstellten Organisationen ausübte.

Nr. 17
Sitzungsprotokoll des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

27. 2. 1933

Niederschrift über die Sitzung des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft im Gebäude der Bank für Deutsche Industrie-Obligationen
am 23. 2. 1933 in der Angelegenheit der Gewährung eines *Überbrückungskredits
von 140 Mill. RM an die UdSSR*¹.

Vorsitzender: Direktor Hans Kraemer.

2. Vorsitzender: Geheimrat Kastl.

Anwesend von den Ministerien: **Min.Rat**² Mossdorf vom RWM.

Ein Herr vom Reichsfinanzministerium.

Von der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses: *Schauke*³, Dr. Veit.

Ferner die in der Anlage aufgezählten Firmen.

Vom VDMA: Dr. Schaal⁴ (nicht offiziell, sondern nur persönlich eingeladen.)

Kraemer: Wir haben Ihnen die Einladung auf *Wunsch der Reichsregierung*⁵ und der Reichsbank zugehen lassen. Wir bitten Sie um Ihre tatkräftige Unterstützung in einer Angelegenheit, die von größter Bedeutung ist: Fortführung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Das politische Moment wollen wir, wie immer bei uns, völlig ausschalten. Es handelt sich darum, *einem Volk von 160 Millionen zu helfen*⁶ und darum, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu erhalten. Wir können auch in den nächsten Jahren die russischen Aufträge nicht entbehren. Das hat aber zur *Voraussetzung, dass Russlands Zahlungsfähigkeit erhalten bleibt*⁷. Es ist das aber nicht möglich, wenn in einem einzigen Fall ein russischer Wechsel nicht eingelöst wird.

Wir haben in der Vergangenheit durchgesetzt, dass die wirtschaftlichen Bedingungen in einen gewissen Rahmen gebracht worden sind und dass Ausfallgarantien gegeben werden und die Geschäfte finanziell durchgeführt werden konnten. Es mussten hierfür große Anstrengungen gemacht werden, und es ist anzuerkennen die weitestgehende Unterstützung, die wir seitens der Reichsbank und Golddiskontbank, besonders auch durch das persönliche Eintreten des Herrn Reichsbankpräsidenten⁸, erfahren haben.

Nun tritt folgende Situation ein: durch *nicht ganz richtige Dispositionen der

¹ Der Text ist unterstrichen. Das Kreditabkommen zwischen Deutscher Bank, Diskonto-Gesellschaft und Dresdner Bank einerseits und Gosbank der UdSSR und der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland andererseits wurde am 25. 2. 1933 in Berlin unterzeichnet. Zu dem von der Wirtschaftsabteilung des NKID angefertigten Resümee des Abkommens vgl. DVP, Bd. XVI, Anm. 35, S. 810–812.

² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Geheimrat.

³ Der Name ist unterstrichen.

⁴ Die ursprüngliche Unterstreichung des Namens wurde rückgängig gemacht.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Hans Luther.

Russen^{*9} im 2. und 3. Quartal haben sich die Wechselfälligkeiten ganz außerordentlich gehäuft: im 2. Quartal 220 Mill. RM, im 3. Quartal 180 Mill. RM.

Die Verbindlichkeiten betragen im ganzen Jahr 1933 ca. 700 Mill. RM.

Andererseits aber beträgt der russische Export nach Deutschland in 1933 höchstens 300 Mill. RM.

Ca. 400 Mill. RM sind daher ungedeckt.

*Es ist ein untragbarer Gedanke für beide Regierungen, dass auch nur ein einziger garantierter oder nicht garantierter Russenwechsel zu Protest geht^{*10}.

Die Russen haben die ganze Goldproduktion von 1932 an die deutsche Reichsbank verkauft. *Darüber hinaus haben sie aus Verkäufen nach England usw. der Reichsbank Devisen zur Verfügung gestellt. Hierauf ist die verhältnismäßig günstige Lage unserer Devisenbilanz zurückzuführen^{*11}. Wir haben 1932 an Gold und Devisen von Russland ca. 300 Mill. RM bekommen. Schon im November 1932 sind die Russen wegen gewisser Schwierigkeiten an die deutsche Regierung herangetreten. Unser Gedanke war zunächst, einen Teil der Wechselfälligkeiten zu *prolongieren. Dies haben aber die Russen rundweg abgelehnt!^{*12} Man hat dann mit der Reichsbank Fühlung genommen und diese hat Geheimrat Kastl und mir erklärt, dass sie nicht wünsche, über den Gedanken einer Prolongation zu verhandeln, denn es könnte sich daraus ein System entwickeln und das würde die Finanzierung weiterer Geschäfte erschweren.

Dann hat die *Reichsregierung^{*13} direkte Verhandlungen mit den russischen Amtsstellen aufgenommen und es ist nun der Gedanke aufgetaucht, den Russen wie folgt entgegenzukommen:

a.) Dass man ihnen die Möglichkeit gibt, Stillhaltgelder im Auslande zu erwerben in Höhe von 60 Mill. RM. Dabei ergaben sich zunächst Schwierigkeiten, da deutscherseits eine Einteilung in monatliche Raten von 5. Mill. RM verlangt wurde. Nunmehr aber ist ein Ergebnis erzielt, bei dem man damit rechnen kann, dass die Russen über diese 60 Mill. RM verfügen können;

b.) es verbleibt dann ein Rest von 140 Mill. RM. Dieser müsste auf irgendeine Weise rechtzeitig zur Einlösung von Wechseln den Russen zur Verfügung gestellt werden. *Dazu ist die deutsche Reichsbank bereit^{*14}, auf Grund eines Vertragsentwurfs, der morgen unterzeichnet werden soll. Diese 140 Mill. will die Reichsbank einem deutschen Bankenconsortium zur Verfügung stellen. Dieses würde der russischen Staatsbank gegen die Unterschrift der Handelsvertretung u. der Staatsbank diesen Betrag zur Verfügung stellen.

Schwierig wurde die Sache in dem Augenblick, in dem die Reichsbank verlangte, dass die deutsche Industrie für diese 140 Mill. in vollem Umfange im Obligo¹⁵ bleibe. Die Akzepte¹⁶ der Russen sollen also die Unterschrift der deutschen Industrie tragen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Satz ist unterstrichen.

¹¹ Der Satz ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Verbindliche Gewährleistung.

¹⁶ Ein Akzept ist die durch Unterschrift auf einen Wechsel erklärte Annahme des Adressaten, die Wechselsumme bei Fälligkeit zu zahlen bzw. die Bezeichnung für den akzeptierten Wechsel selbst.

Geheimrat Kastl und ich haben die Reichsbank davon überzeugt, dass das eine technische Unmöglichkeit ist, die Wechsel derart aufzuteilen, dass jede einzelne Firma mit ihrer Unterschrift einzutreten hätte. Die Schwierigkeiten liegen aber auch darin, dass, wenn die Firmen neue Wechsel hätten geben müssen, dies in ihren Bilanzen berücksichtigt werden müsste. Der Kredit von *140 Mill.* soll ja den Russen *auf ein Jahr*¹⁷ gegeben werden.

Es ist uns in allerletzter Stunde gelungen, die Reichsbank dafür zu gewinnen, dass sie einen Vermittlungsvorschlag annimmt, so dass die Firmen von einer Belastung der Bilanzen frei bleiben, aber doch die Sicherheit haben, dass:

- a.) die Russenwechsel 1933 pünktlich eingelöst werden;
- b.) die *Reichsregierung endlich in der Lage ist, die noch rückständigen Ausfallgarantien* (ca. 70 Mill. RM oder mehr) *zu erteilen*¹⁸ und zwar in kürzester Frist.

Das war die Vorgeschichte.

Geheimrat Dr. h.c. Kastl: Da die Russen nur 140 Mill. **nicht**¹⁹ leisten können, so möchte ich sagen, dass dieses Ergebnis absolut nicht verwunderlich ist. Insbesondere auch nicht im Vergleich mit den Verlusten, die im sonstigen Export eingetreten sind.

Dieser Betrag muss überbrückt werden, um sicherzustellen, dass die Wechsel pünktlich eingelöst werden. Die 140 Mill. bleiben ausschließlich in Deutschland für die Einlösung der Russenwechsel. Es handelt sich also m.E. nicht um einen Finanzkredit.

Von den 140 Mill. werden 50 Mill. vorweggenommen, die von dem Bankenkonsortium den Russen gegeben werden für russische Goldlieferungen.

1933 wird Russland 150 Mill. Gold liefern und weitere 100 Mill. 1934. Daher haben wir uns nur noch mit einer Summe von 90 Mill. zu beschäftigen. Der richtige Weg wäre der, dass nicht von den einzelnen Firmen eine Unterschrift verlangt wird, sondern, dass eine Anzahl größerer Firmen mit einem Wechselobligo von mehr als 2 Mill. RM (1933 + 1934) eine Garantie schaffen neben der Unterschrift der Ifago²⁰. Die einzelne Firma wird bei der Ifago einen Sola-Wechsel²¹ hinterlegen, bis die russischen Wechselverbindlichkeiten aus dem Überbrückungskredit eingelöst werden.

Welcher Schlüssel wäre dabei anzuwenden: wenn 1933 russische Wechsel notleidend werden, dann werden auch die Wechsel 1934 notleidend. Daher der Vorschlag: als Schlüssel für die Untermauerung des Überbrückungskredits nehmen wir das Wechselobligo der hier anwesenden Firmen in 1933 und 1934. Dies sind vom 28. 2. 1933 bis 31. 12. 1934 rund 270 Mill. Wechselobligo bei der Reichsbank. Wir haben für 90 Mill. Sola-Wechsel als Sicherheit zu hinterlegen. Das bedeutet für jede Firma 1/3 ihres Wechselobligos von 1933 + 1934.

¹⁷ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

¹⁸ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

¹⁹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: werden.

²⁰ Die am 16. 7. 1926 in Berlin gegründete Industriefinanzierungs-Aktiengesellschaft Ost (Ifago) war eine Gesellschaft zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen der deutschen Industrie und den Ländern des Ostens, vor allem der Sowjetunion, insbesondere zur Konsultation und zur Finanzierung von Liefergeschäften nach diesen Ländern.

²¹ Dies ist ein Eigenwechsel. Der Aussteller des Wechsels verspricht, die Wechselsumme zu einem bestimmten Zeitpunkt an den Wechselnehmer zu zahlen.

Welche Verpflichtungen haben wir damit?: *Die Reichsregierung gibt für diese Sola-Wechsel eine Garantie von 90% ^{*22}, so dass für die einzelne Firma ein endgültiges Obligo nur von 10% der jeweiligen Solawechselsumme bestehen bleibt für den Fall, dass die aus dem Überbrückungskredit geschaffenen Wechsel nicht eingelöst würden. In dieser Hinsicht braucht man aber keine Sorge zu haben, da für die Einlösung ja die 140 Mill. RM dienen sollen.

Es ist das für jede Firma eine große Entscheidung, aber *wir müssen sehr rasch handeln ^{*23}. Ich bitte aber zu berücksichtigen, dass es gelungen ist, das Risiko der einzelnen Firma auf 10% der Solawechselsumme zu beschränken. Daher dürften für die einzelne Firma kaum Bedenken bestehen. Die Solawechsel bleiben bei der Ifago zur Stärkung deren Kapitals, welches wir nicht in so kurzer Frist erhöhen können.

Diese Überbrückung geschieht *im Interesse ^{*24}:

a.) der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und *politischen ^{*25} Beziehungen zu Russland;

b.) im Interesse der einzelnen Firmen, bei denen 1933 russische Wechselverbindlichkeiten fällig werden.

Warum gibt die Reichsregierung nur 90% Rückendeckung?: Nach dem Ausfallsgarantievertrag mit jeder einzelnen Firma ist jede Firma mit 20% in der Vorhaftung, wenn ein Russenwechsel nicht eingelöst wird. *Die Ministerien haben sich bereit erklärt, diese Vorhaftung auf 10% zu ermäßigen ^{*26} und zwar nicht für die ganzen 140 Mill. Überbrückungskredit, sondern nur für den durch die Industrie zu garantierenden Teil von 90 Mill.

Ich habe die dringende Bitte, dass das, was Sie hier heute gehört haben, *absolut streng vertraulich und geheim bleibt ^{*27}, sonst schädigen Sie nicht nur unsere politischen Beziehungen, sondern Ihre eigenen Werke. *Wir haben ein Interesse daran, den russischen Kunden in der Öffentlichkeit als absolut zahlungsfähig zu erhalten ^{*28}.

Direktor Kraemer: Es ist notwendig, die Sache geheim zu halten. Von Paris aus ist schon die Mitteilung verbreitet, die Reichsbank sei genötigt, den Russen 400 Mill. RM zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, dass hierüber nichts gesagt werden darf. Es ist untragbar für jede Regierung, wenn sie einem Schuldner, der leise zu stottern beginnt, neue Garantien einräumen würde, ohne dass vorher entsprechende Sicherheiten geschaffen sind.

Geheimrat Klöckner: Wir stehen vor einer Zwangslage. Die Entscheidung müssen wir annehmen, weil uns keine andere Wahl bleibt. Ich muss Ausdruck geben, dass die Herren Vorsitzenden ihr Bestes getan haben. Es war dazu eine gewaltige Arbeit notwendig. Nachdem sich das auf uns entfallende Obligo nur auf 90 Mill. erstreckt und dafür 700 Mill. Wechsel eingelöst werden, sollten wir uns einstimmig auf den Boden stellen und die Unterschriften leisten und damit dafür sor-

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Der Text ist unterstrichen.

²⁵ Das Wort ist unterstrichen.

²⁶ Der Text ist unterstrichen.

²⁷ Der Text ist unterstrichen.

²⁸ Der Satz ist unterstrichen.

gen, dass uns neue Ausfallgarantien wieder gegeben werden, weil wir z.Zt. ohne die russischen Geschäfte unsere Fabriken nicht mehr betreiben könnten.

Es ist gesagt worden, dass die unsererseits zu hinterlegenden Sola-Wechsel nicht in Umlauf gesetzt werden, bis die Russen ihre Wechsel eingelöst und die 140 Mill. zurückbezahlt haben. Wir würden also nur in Anspruch genommen, wenn die Russen zum 2. Mal anfangen würden zu stottern; in diesem Fall müsste das Reich 90% und wir 10% einlösen. Wenn das so ist, dann braucht man nicht mehr lange zu zögern, sondern wir können dann die Hoffnung mit nach Hause nehmen, dass es bei dieser einmaligen Prolongation bleibt.

*Ich wundere mich nur, dass man uns für unsere Unterschrift keine Provision anbietet*²⁹. Wir haben doch nur mit Verlust nach Russland geliefert und ich habe noch nie einen Sola-Wechsel umsonst gegeben.

Ein Wort zur Vertraulichkeit: ich bin fest überzeugt, dass das Geheimnis bei uns gut aufgehoben ist. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Herren die Bücher in ihren Firmen nicht selbst führen, infolgedessen ist die Sache nicht geheim zu halten. Daher bitte ich zu überlegen, ob es nicht richtiger ist, ganz offen zu sagen: die Russen haben einen Bankvorschuss bekommen, der von den Firmen garantiert worden ist. Damit würde das Rätselraten der ganzen Zeitungen beseitigt.

Kraemer: Die Summe, die Herr Geheimrat Kastl genannt hat (270 Mill. RM Obligo) bezieht sich nur auf garantierte Wechsel. Ihre eigene Vorhaftung, meine Herren, wird ganz wesentlich heruntersetzt.

Kastl: Von den 1933 russischerseits einzulösenden 650 Mill. werden gedeckt: 300 Mill. durch russische Exporte nach Deutschland, 150 Mill. durch Goldlieferungen, 60 Mill. durch Ankauf von Stillhaltegeldern, 140 Mill. durch den Überbrückungskredit. Hiervon sind gedeckt: 50 Mill. durch zusätzliche Goldlieferungen und 90 Mill. durch die erbetene Sicherheitsleistung der Industriefirmen.

*Sicherheiten dafür zu geben, dass die Russen nach einem Jahr die 140 Mill. tatsächlich zurückzahlen, dazu sind wir natürlich nicht in der Lage*³⁰. Aber wie sehen die russischen Verpflichtungen aus im Jahre 1934 im Vergleich zu 1933?

1. Quartal 1934: 96 Mill. (1933: 130 Mill.)
2. " " : 112 " (" : 220 ")
3. " " : 75 " (" : 150 ")
4. " " : 75 " (" : 150 ")

Zur Frage der von Herrn Klöckner angeregten Provision: es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen diese Provision wegzudiskutieren, aber wenn die Wechsel nicht eingelöst werden, bleiben Sie mit 20% hängen, das ist mehr, als die ganzen Sola-Wechsel, die Sie hinterlegen.

Kraemer: Wir haben Wert darauf gelegt, dass die Russen diesen Kredit nicht zu billig bekommen. *Die Banken haben sich genügend gesichert*³¹. Die Bedingungen sind 9% p.a. einschließlich der Kreditversicherung, die das Reich bezahlt in Höhe von mindestens 2%.

Kraemer zieht einen *Vergleich mit Italien*³²: dessen Geschäftsbeziehungen mit Russland steigen von Jahr zu Jahr; dasselbe zeigt sich in neuerer Zeit bei den

²⁹ Der Satz ist unterstrichen.

³⁰ Der Satz ist unterstrichen.

³¹ Der Satz ist unterstrichen.

³² Der Text ist unterstrichen.

Franzosen: *Frankreich versucht, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben, daher dürfen wir die Russen politisch nicht brüskieren*³³. Das Wichtigste ist auch der Zwang zur Arbeitsbeschaffung.

*Die Leute vom Kabinett wären bereit, diesem Abkommen zuzustimmen und in 48 Stunden wird das Abkommen die Unterschrift wichtiger Minister tragen*³⁴.

Russland hat seine Bestellungen zurückgehalten, aber es besteht die dringende Notwendigkeit, weitere Bestellungen zu vergeben. Ein Geschäftsumfang, wie beim Pjatakow-Abkommen³⁵, wird und darf nicht mehr wiederkommen, denn er übersteigt die Möglichkeiten der finanziellen Erfüllungen. *Nach Ansicht der Reichsregierung*³⁶ darf das künftige Geschäft 100 Mill. pro Quartal nicht übersteigen. Das sind 400 Mill. pro Jahr und ich glaube, dass sich die Sache hierauf allmählich einspielen wird.

Dr. Lembke (AEG): Wenn eine Firma 3 Mill. Wechsel-Obligo hat, hinterlegt sie 1 Mill. Sola-Wechsel und kann daraus, wenn alles schief geht, nur mit 100 000 RM in Anspruch genommen werden. Das sind 2% des Gesamtgeschäfts.

Kastl: Angenommen, die Russen zahlen den Kredit nicht zurück, den das Bankenkonsortium gegeben hat, dann wird die Ifago herangezogen und hat 100% zu leisten. 90% bekommt sie vom Reich zurück, 10% von den Garanten, welche Sofa-Wechsel hinterlegt haben.

Mossdorf (RWM): *Die Reichsregierung hat an dem baldigen Zustandekommen ein großes Interesse wegen der Aufrechterhaltung des deutsch-russischen Geschäfts in der Zukunft*³⁷. Ich bitte Sie um Beschleunigung, weil die weitere Garantieerteilung von dem Zustandekommen dieses Abkommens abhängig ist.

Kraemer: Ist jemand hier, der gegen das Abkommen protestiert? Wir müssen heute die Erklärung abgeben, dass wir die Untermauerung zustande bringen.

*Es erhebt sich kein Widerspruch*³⁸.

Frage eines Anwesenden: *Was hat die Reichsregierung dafür eingehandelt?*³⁹

Kraemer: Da ich nicht Mitglied der Reichsregierung bin, kann ich Ihnen über die politische Seite nichts sagen. *Die Regierung stand auf dem Standpunkt, dass dieses Abkommen notwendig ist,*⁴⁰ um zu verhindern, dass andere Nationen einen Keil zwischen Deutschland und Russland treiben. Die Reichsregierung hat das Abkommen aber auch benützt, um bei einer großen Zahl von Fragen Bereinigungen herbeizuführen. Es ist uns aber nur ein Teil des Abkommens bekannt, aber darüber dürfen wir nichts sagen. Wir haben uns auf das Äußerste dagegen gewehrt, dass ein ungesicherter und ungedeckter Kredit gegeben wird. *Ich habe mit Herrn Geheimrat Kastl zusammen für das jetzige Kabinett etwas getan. Alle bisherigen Regierungen haben sich strikte darauf beschränkt, Ausfallgarantien für Geschäfte

³³ Der Text ist unterstrichen.

³⁴ Der Satz ist unterstrichen.

³⁵ Vereinbarung vom 14. 4. 1931, das sogenannte 1. Pjatakow-Abkommen; vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XVII, Dok. 75, S. 201–204; DVP, Bd. XIV, Dok. 114, S. 246–248.

³⁶ Der Text ist unterstrichen.

³⁷ Der Satz ist unterstrichen.

³⁸ Der Satz ist unterstrichen.

³⁹ Der Text ist unterstrichen.

⁴⁰ Der Text ist unterstrichen.

mit Russland zu erteilen. Das jetzige Kabinett hat den Russen zum ersten Mal einen Finanzkredit eingeräumt*⁴¹.

Die eingeladenen Firmen ergeben sich aus der Anlage. Die mit Fragezeichen versehenen Firmen waren nicht anwesend.

1 Anlage!

Anlage!

- 1.) AEG,
- 2.) Ardelt-Werke,
- 3.) Bamag,
- 4.) Pels,
- 5.) Borsig,
- 6.) Bosch,
- 7.) Bergmann,
- 8.) Brown, Boveri ?
- 9.) Babcock & Wilcox ?
- 10.) Edelstahl-Werke,
- 11.) Deutsche Niles-Werke,
- 12.) Eisen- und Hüttenwerke Bochum,
- 13.) Weserhütte,
- 14.) Automatische Guss-Stahlkugel,
- 15.) Eumuco,
- 16.) Gutehoffnungshütte,
- 17.) Hahn & Kolb,
- 18.) Stahlwerk Hoesch,
- 19.) Humboldt,
- 20.) Hydraulik G.m.b.H.,
- 21.) Klöckner,
- 22.) Linke-Hofmann,
- 23.) Mannesmann,
- 24.) MAN,
- 25.) Sack,
- 26.) Mitteldeutsche Stahlwerke,
- 27.) Ruhrstahl,
- 28.) Siegener Maschinenbau,
- 29.) Siemens,
- 30.) Pittler?
- 31.) Weingarten?
- 32.) Reinecker,
- 33.) Demag,
- 34.) Orenstein & Koppel,
- 35.) Krupp,
- 36.) Schiess-Defries,
- 37.) Schloemann,
- 38.) Soest,
- 39.) A. H. Schütte,

⁴¹ Der Text ist unterstrichen.

- 40.) Oberschlesische Hüttenwerke,
- 41.) Vereinigte Stahlwerke,
- 42.) Wagner & Co.,
- 43.) Fritz Werner,
- 44.) Otto Wolff,
- 45.) Wotan-Zimmermann-Werke,
- 46.) Maschinenfabrik Meer.

BArch, NS 43/ 47, Bl. 24–35.

Veröffentlicht in: Mißtrauische Nachbarn, S. 78–85.

Nr. 18

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim
Expl. Nr. 2

Tagebuch
N. N. Krestinskij

Empfang des deutschen Botschafters von Dirksen. 27. Februar 1933

1. Dirksen erschien mit einer glücklichen Miene und sagte, dass er von Neurath den für ihn überaus erfreulichen Auftrag erhalten habe, vertraulich ausführlich mit der sowjetischen Regierung über den allgemeinen Zustand der sowjetisch-deutschen politischen Beziehungen sowie über die politische Lage in der Welt überhaupt zu sprechen¹. Er habe nun vor, mir die Grundsätze darzulegen, auf deren Grundlage er gern ausführlich in den Meinungs austausch treten wolle, er bitte mich, ihm einen gesonderten Empfang für eine derartige Unterredung zu gewähren, und danach hätte er es sehr gern gesehen, noch einmal von Gen. Molotov empfangen zu werden, um ihm direkt die Haltung der deutschen Regierung in Bezug auf die UdSSR darzulegen.

2. Die neue politische Linie der sowjetischen Regierung, die in dem Abschluss von einer Reihe von Nichtangriffspakten zum Ausdruck komme, stoße auf ein allgemeines Verständnis und auf Wohlwollen der deutschen Regierung, die alle Maßnahmen dafür getroffen hat, damit sich die deutsche Presse und die öffentliche Meinung hinsichtlich der Paktabschlüsse absolut ruhig verhalten.

Die deutsche Regierung sei davon ausgegangen, dass der Abschluss von Pakten mit Frankreich² und Polen³ in keiner Weise die alten Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland verändere.

3. Erst in den letzten Wochen tauchten bei der deutschen Regierung gewisse Zweifel auf, ob es in der sowjetischen Außenpolitik nicht eine Neuausrichtung im Sinne auf eine stärkere Hinwendung zu Frankreich gebe.

¹ Vgl. Dok. 13. Telegramm von Dirksens über das Gespräch mit Krestinskij. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 41, S. 86.

² Vgl. Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Frankreich, 29. 11. 1932. In: Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 264–266; DVP, Bd. XV, Dok. 456, S. 637–640.

³ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

4. Grund für derartige Zweifel waren: a) die Rede des Gen. Litvinov auf der Abrüstungskonferenz in Genf⁴ und generell der Arbeitsverlauf dieser Konferenz; b) die Pressekampagne von Herriot; c) die Pressemitteilung zu der Absicht, zwischen Frankreich und der UdSSR Militärattachés auszutauschen; e) die Mitteilung über die Ankunft unserer Kommission zum Ankauf von Militärgerät in Frankreich.

5. Dem deutschen AA ist klar, dass die Initiative zur Annäherung zum über- großen Teil von Frankreich ausgeht und dass es absolut natürlich ist, dass die UdSSR die von Frankreich gemachten freundschaftlichen Erklärungen nicht zu- rückweist.

6. Jedoch scheint dem Auswärtigen Amt, dass die erwähnte Initiative auch von der sowjetischen Seite ausgegangen sei. Und in der Tat: Die erste Rede Litvi- novs in Genf⁵ stützte sich teilweise auf den Herriot-Plan⁶, und die gesamte ausländ- ische Presse bezeichnete Litvinov als den einzigen Anhänger des französischen Abrüstungsplans. Das Auswärtige Amt⁷ versteht sehr wohl, dass die scharfe Rede Litvinovs gegen Japan gerichtet war. Vergleicht man aber die Haltung, die die UdSSR in der Sicherheitsfrage vor einem halben Jahr eingenommen hat, mit derje- nigen von heute, wie sie Litvinov in seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, so kommt man nicht umhin, eine wesentliche Veränderung festzustellen.

7. Ein weiteres Anzeichen für eine Annäherung an den französischen Stand- punkt ist die Erwähnung Polens im Leitartikel der „Izvestija“ anlässlich der Ratifi- zierung des französisch-sowjetischen Paktes⁸. Die Erwähnung nicht nur Frank- reichs, sondern auch Polens im Leitartikel stellt eine gewisse Anspielung auf un- sere Aussöhnung mit der Bündnispolitik Frankreichs dar.

8. Der gleiche Hinweis auf die Verbindung zwischen Frankreich und Polen ist in dem Interview enthalten, das Gen. Litvinov dem französischen Korresponden- ten Luciani anlässlich der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes⁹ gewährt hat.

9. Schließlich begann die sowjetische Presse in den letzten Tagen vermehrt und kritischer über die innere Situation Deutschlands zu schreiben. In diesem Zu- sammenhang verwies Dirksen auf den Artikel über die modernen Trepovs¹⁰ in der „Pravda“, auf den Artikel in der heutigen „Pravda“ „Sprung ins Ungewisse“¹¹. Selbst Gen. Kalinin sprach auf dem Kongress der Kolchosbauern¹² über die innere Situation Deutschlands, allerdings ohne einen feindseligen Ton und ohne jegliche Ausfälle.

10. Die deutsche Regierung ist sich darüber im Klaren, dass die innere Ent-

⁴ Vgl. Dok. 9, Anm. 13.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben: Ausamt.

⁸ „Vstuplenie v silu franko-sovetskogo pakta o nenapadenii“ (Der französisch-sowjetische Nichtangriffspakt tritt in Kraft). In: Izvestija vom 18. Februar 1933, S. 1.

⁹ Vgl. Izvestija vom 30. November 1932, S. 3. Abgedruckt auch in: DVP, Bd. XV, Dok. 460, S. 644–648.

¹⁰ Vgl. Vezér [Pseudonym]: „Sovremennye Trepovy“ (Moderne Trepovs). In: Pravda vom 23. Februar 1933, S. 6. Die Trepovs (Vater und vier Söhne) waren in der zweiten Hälfte des 19. bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts Staatsmänner in Russland. In der bolschewistischen und danach in der sowjetischen Propaganda galten sie als Symbole für reaktionäres Verhalten und für Grau- samkeit.

¹¹ Vgl. „Pryžok v neizvestnost““. In: Pravda vom 27. Februar 1933, S. 1.

¹² Vgl. Dok. 14, Anm. 3.

wicklung in Deutschland im letzten Jahr der sowjetischen Regierung einen gewissen Anlass zur Besorgnis in Bezug auf die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR gegeben haben könnte.

Doch andererseits sollte die Regierung der UdSSR nach Auffassung der deutschen Regierung verstehen, dass der Kampf der deutschen Regierung gegen den Kommunismus im Innern Deutschlands vollkommen zu vereinbaren ist mit der Aufrechterhaltung von guten außenpolitischen Beziehungen zur UdSSR, so wie es in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Türkei und zwischen der UdSSR und Italiens der Fall ist.

Außerdem möge die sowjetische Regierung berücksichtigen, dass die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR in den letzten Monaten nach wie vor fortgeführt wurde. Auf wirtschaftlichem Gebiet kam diese Zusammenarbeit insbesondere in dem erfolgreichen Verlauf der Finanzverhandlungen in Berlin und in der Garantieübernahme für neue Vier-Jahres-Kredite durch die Regierung zum Ausdruck.

11. Schließlich haben führende Regierungsmitglieder – Neurath, von Schleicher¹³ und von Papen – den verantwortlichen Vertretern der UdSSR wiederholt erklärt, dass die deutsche Regierung ihre Politik gegenüber der UdSSR vollständig beibehalten und fortsetzen werde.

Alle diese Momente sollten die Beunruhigung der sowjetischen Regierung ****hinsichtlich****¹⁴ der sowjetisch-deutschen Beziehungen verringern.

12. Der Umstand, dass das Moskauer Protokoll vom 24. Juli¹⁵ 1931 über die Verlängerung des Berliner Vertrages¹⁶ noch nicht ratifiziert worden ist, ist ausschließlich damit zu erklären, dass der Reichstag in den letzten 1½ Jahren absolut arbeitsunfähig war.

13. Doch heute habe Dirksen auf jeden Fall die Möglichkeit zu sagen, dass Außenminister Neurath in den vergangenen Tagen ein ausführliches Gespräch mit Reichskanzler Hitler hinsichtlich der weiteren Politik der deutschen Regierung gegenüber der UdSSR gehabt hat¹⁷. In diesem Gespräch habe Hitler erklärt, dass zwischen den innenpolitischen Maßnahmen gegen den Kommunismus in Deutschland und der Politik in Bezug auf die Sowjetunion eine scharfe Unterscheidung gemacht werden müsse und dass Hitler keinerlei Veränderungen in den außenpolitischen, in den wirtschaftspolitischen und militärischen Beziehungen zur UdSSR vornehmen wolle.

14. Dirksen hätte auf der Grundlage der von ihm dargelegten Gedanken gern einen ausführlichen Meinungsaustausch. Er verstehe, dass ich heute wahrscheinlich nicht die Möglichkeit habe, ihm dafür die nötige Zeit zu widmen, dies aber bei der nächsten Begegnung machen könne.

Ich antwortete, dass es tatsächlich besser sei, den ausführlichen Meinungsaustausch auf eine nächste Begegnung in den allernächsten Tagen zu verlegen¹⁸, doch ich möchte bereits jetzt seine Aufmerksamkeit auf Folgendes lenken:

¹³ So im Dokument; General von Schleicher gehörte nicht dem Kabinett Hitler an.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁵ So im Dokument; richtig: Juni.

¹⁶ Vgl. DVP, Bd. XIV, Dok. 191, S. 395–396.

¹⁷ Vgl. Dok. 10.

¹⁸ Es konnte nicht ermittelt werden, ob ein derartiger Meinungsaustausch zwischen Krestinskij und von Dirksen zu diesem Fragenkreis stattgefunden hat.

1. Wir wollen nicht und werden auch keine wie auch immer geartete Veränderung in unserer Politik gegenüber Deutschland vornehmen.

2. Doch bei uns mussten die Meldungen über jene Vorschläge Besorgnis auslösen, die der ehemalige Reichskanzler und jetzige Vizekanzler von Papen der französischen Regierung unterbreitet hat¹⁹. Darüber schreibt Herr Herriot nicht nur in seinen Artikeln und geht in seinen Reden ein, sondern über diese antisowjetischen Vorschläge gab es Berichte und Kontroversen sowohl in der deutschen Presse²⁰ als auch in Kreisen der deutschen Öffentlichkeit.

3. Unter diesen Umständen halten wir jene freundschaftlichen Erklärungen, die von deutschen Regierungsmitgliedern gegenüber unseren Regierungsmitgliedern vertraulich, von Angesicht zu Angesicht, abgegeben wurden und abgegeben werden, als nicht ausreichend. Diese Erklärungen werden weder in unserer, noch in der deutschen, noch in der Weltöffentlichkeit bekannt, sie sind zudem kein Hinderungsgrund, dass parallel zu ihnen entgegengesetzte Erklärungen abgegeben werden.

4. Einen noch unverbindlicheren Charakter trägt die heutige Mitteilung von Herrn Dirksen über die Absichten von Reichskanzler Hitler in Bezug auf die UdSSR, weil in diesem Fall die Erklärung Hitlers nicht öffentlich und auch nicht direkt uns gegenüber abgegeben worden ist, sondern gegenüber einem Kabinettskollegen Hitlers.

15. Außerdem sind in all dem, was heute Dirksen ausgeführt hat, einige Vorwürfe an unsere Adresse und an uns Fragen enthalten, aber es erfolgte keine Darlegung der Position Deutschlands zu Grundfragen der Außenpolitik und zu den Beziehungen zu anderen Ländern. Ohne diese Darlegung kann indes der Meinungsaustausch nicht jenes Ziel erreichen, das beide Seiten anstreben.

Dirksen antwortete, dass er beabsichtige, bei der nächsten Begegnung nicht nur über die sowjetisch-deutschen Beziehungen, sondern überhaupt über die außenpolitische Haltung Deutschlands zu sprechen, so dass in dieser Beziehung das Gespräch einen hinreichend umfassenden Charakter tragen wird. Weiterhin bemerkte er, dass Neurath oder Hitler selbst, ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern, im Gespräch mit dem italienischen Botschafter Cerruti die gleiche Erklärung über seine Haltung zur Sowjetunion²¹ abgegeben habe, die mir heute Dirksen übermittelt hat. Auf diese Weise verbleibt diese Erklärung nicht als ein Gespräch zwischen uns unter vier Augen, sondern sie ist der italienischen Regierung bekannt gemacht geworden.

¹⁹ Vgl. die Erklärung von Herriot gegenüber dem Geschäftsträger der UdSSR in Frankreich, Rozenberg, am 17. 10. 1932. In: DVP, Bd. XV, Dok. 409, S. 578. Ferner das Interview von Papens für die französischen Zeitungen „Matin“ und „Petit Parisien“ am 19. und 24. 6. 1932 (Erwähnung in: DVP, Bd. XV, S. 789, Anm. 225). Die Vorschläge, die von Papen am 29. 6. 1932 Herriot unterbreitete, waren vor allem darauf gerichtet, die rechtliche Gleichberechtigung Deutschlands bei den Rüstungen herbeizuführen. Darunter waren auch solche, die die Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben beider Länder betrafen. Vgl. auch ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 174, S. 375.

²⁰ In der deutschen Presse wurde der Inhalt des Interviews, das von Papen dem Korrespondenten des „Petit Parisien“ geben hatte, erörtert. Vgl. „Für eine Zusammenarbeit der Generalstäbe ...“. In: Tägliche Rundschau vom 21. Juni 1932; „Papens Politik im Kreuzfeuer der Kritik“ [Zusammenstellung der Presse]. In: ebd. vom 10. Juli 1932; E. Wirsing: „Geopolitische Rapallo-Krise?“. In: ebd. vom 16. Juli 1932.

²¹ Die Rede ist von der Erklärung Hitlers in der Unterredung mit Cerruti. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani, 7. Serie (1922–1935), Bd. XIII, Roma 1989, Dok. 95, S. 99.

Ich antwortete, dass die gegenüber der italienischen Regierung abgegebene Erklärung ebenso wie die mir gegenüber abgegebene Erklärung wiederum nicht in unserer und nicht in der deutschen Öffentlichkeit bekannt gemacht werden wird.

Als sich Dirksen bereits verabschiedete, lenkte er meine Aufmerksamkeit darauf, dass unsere Presse in den letzten Tagen einen schärferen Ton gegenüber Deutschland angeschlagen habe.

Ich antwortete ihm, dass ich gerade im Begriff war, seine Aufmerksamkeit auf die antisowjetischen Ausfälle im „Angriff“²² und in anderen deutschen Zeitungen²³ zu lenken. Die Artikel in unserer Presse sind dagegen lediglich eine schwache Reaktion auf die Auslassungen in den deutschen Zeitungen.

N. Krestinskij

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 673 vom 2. 3. 1933.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder des NKID, an die 2. Westab[teilung], nach Berlin, **an Stalin, an Molotov**²⁴.*

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 25–29. Original.
Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 51, S. 117–121²⁵.

Nr. 19

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 28. Februar 1933

Aufzeichnung

Der russische Botschaftsrat¹ suchte mich soeben auf und erhob Protest gegen die Verunglimpfung, welche den Russen in der Presse und auf den Wahlplakaten zuteilwürde². Er übergab die anliegenden Photographien von Wahlplakaten³, von denen das eine die Aufschrift trägt: „Jagt die Moskowiter zum Teufel“ und das andere: „Lieber in einem deutschen Zuchthaus als in Russland freier Arbeiter!“ Fer-

²² Vgl. „Hunger, Sklaverei und Verzweiflung! Tausende von Briefen künden die Not des russischen Volkes.“ In: Der Angriff vom 8. Februar 1933, 1. Beilage; „Erwerbslosenelend in der Sowjetunion. Entlarvung einer kommunistischen Lüge.“ In: ebd. vom 15. Februar 1933, 1. Beilage; „Lieber in einem deutschen Zuchthaus, als in Russland als freier Arbeiter!“ In: ebd. vom 22. Februar 1933, S. 3; „Am Tage morden sie – des Nachts feiern sie Orgien! GPU- und Sowjet-Staatsbeamte verprassen die Arbeitergrotschen.“ In: ebd. vom 24. Februar 1933, 1. Beilage.

²³ Am 28. 2. 1933 erklärte Aleksandrovskij im Namen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland gegenüber Meyer den Protest bezüglich der Artikel im „Angriff“ und anderer Druckerzeugnisse, die antisowjetische Ausfälle enthalten. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 53, S. 133–134.

²⁴ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

²⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien (d.i. Vereinheitlichungen, Schreibkorrekturen bzw. redaktionelle Entscheidungen bezüglich des Erscheinungsbildes des Dokumentes) und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

¹ Sergej Sergeevič Aleksandrovskij.

² Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 53, S. 133–134, hier S. 133.

³ In der Akte beiliegend, Bl. 198, 199.

ner wies er auf zahlreiche Zeitungen hin und erhob vor allem gegen den Ton des offiziellen „Angriff“ und die Verunglimpfung der Mitglieder der Handelsvertretung in diesem Blatte Einspruch. Er übergab die anliegende Nummer des „Angriffs“, in der von Sowjetagenten als angeblichen Notenfälschern gesprochen werde⁴.

Ich habe Herrn Alexandrowski gesagt, dass ich seinen Protest nachdrücklich zurückweisen⁵ müsste. Zunächst sei der „Angriff“ kein offizielles Organ. Ferner wäre ich ja nicht dafür verantwortlich, wenn Angehörige der Sowjetunion in Amerika falsche Dollarnoten verbreiteten. Wegen der persönlichen Angriffe auf die Mitglieder der Handelsvertretung würde ich mich erkundigen. Die Ausgabe des „Angriffs“ sei mir nicht bekannt. Was die Plakate anbelange, so möchte ich empfehlen, im Wahlkampf nicht alles auf die Goldwaage zu legen; es handele sich nur⁶ um die Bekämpfung bolschewistischer Umtriebe in⁷ Deutschland und die staatlichen Beziehungen zu Russland würden dadurch nicht berührt. Im Übrigen müsste ich an die Plakate erinnern, die bei den Revolutionsfesten in Moskau **gegen die deutschen Arbeiter**⁸ und gegen das angebliche Ausbeutungssystem in Deutschland herumgetragen würden, von Publikationen in Russland gar nicht zu reden.

Ich kam schließlich nochmals auf den Vorfall in der Geisbergstraße⁹ zu sprechen und führte aus, ich verstehe überhaupt nicht, wie Herr Hirschfeld dazu habe kommen können, sich zu beschweren.

Herr Alexandrowski machte noch darauf aufmerksam, dass Frau Keith seit 14 Tagen keinen Polizeiausweis mehr habe. Ich habe erwidert, ich würde mich bei der Presseabteilung danach erkundigen und ihm weitere Nachricht zugehen lassen.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts der handschriftliche Vermerk: IV Ru 842. Am linken Seitenrand, oben, ist handschriftlich hinzugefügt: 1 weiteres Flugblatt habe ich beigelegt. Am linken Seitenrand befinden sich handschriftliche Kenntnisnahmen von B[ülow] 1/3 und M[eyer] 28/2 und der Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen sowie Abzeichnung von V[ölcker]s 1/3.

PA AA, R 35960, Bl. E 659887–659888.

⁴ „Sowjetagenten vertreiben falsche Dollarnoten. Meisterhafte Fälschermethoden in Amerika“. In: Der Angriff vom 24. Februar 1933, S. 1.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist eingefügt. Vgl. auch Abschrift des Textes in: PA AA, R 35960, Bl. 190–191.

⁹ Bei einer Polizeiaktion gegen eine sowjetische Pension waren die Ausweispapiere der Besucher überprüft und einige Personen festgenommen worden.

Nr. 20

**Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath
mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

Berlin, den 1. März 1933

RM. 266

Heute Morgen hat mich der russische Volkskommissar Litwinow in Begleitung des Botschafters Chintschuk aufgesucht¹.

Herr Litwinow schien mir im Gegensatz zu seiner sonstigen Haltung ziemlich aufgeregt. Er kam auch sofort auf die Vorgänge der letzten Tage in Berlin und die gegen die Kommunisten getroffenen Maßnahmen² zu sprechen. Herr Litwinow äußerte, das Vorgehen gegen die deutschen Kommunisten habe in der russischen Presse und in Moskau ziemliche Beunruhigung hervorgerufen.

Ich sagte Herrn Litwinow darauf, es wundere mich, dass er sich darüber aufrege, was die deutsche Regierung gegen die deutschen Kommunisten, deren Tätigkeit ihm ja durch den Reichstagsbrand vor Augen geführt worden sei, vornehme. Bisher habe er mir immer versichert, dass die deutsch-russischen Beziehungen durch das Verhalten der deutschen Regierung gegen den deutschen Kommunismus in keiner Weise beeinflusst würden. Aus seinen Äußerungen scheine mir hervorzugehen, dass darin neuerdings eine Änderung eingetreten sei. Ich müsste ihm erklären, dass keine deutsche Regierung sich abhalten lasse, gegen terroristische Ausschreitungen von Kommunisten die ihr zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Herr Litwinow sagte sodann, die Beunruhigung in Moskau sei schon im Sommer letzten Jahres infolge der Erklärungen des damaligen Reichskanzlers von Papen gegenüber Herrn Herriot über ein deutsch-französisches Bündnis **eingetreten**³, dessen Zweck die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland und nach dem Osten sein sollte⁴.

Ich erwiderte Herrn Litwinow, dieses angebliche Angebot Herrn von Papens sei, wie er sich erinnere, schon damals in Lausanne von uns als unzutreffend zurückgewiesen worden. Ich hätte keine Lust, immer wieder dasselbe zu sagen. Diese Geschichte werde auch nicht dadurch wahr, dass Herr Herriot sie bei seinem Liebeswerben um die Gunst Russlands verwerte. Herrn Herriots Phantasie sei, wie ich aus seinen verschiedenen Erklärungen der letzten Zeit entnähme, ziemlich rege. Ich erinnerte nur an das angebliche deutsch-italienisch-ungarische Bündnis, das er erfunden habe. Ebenso sei es mit diesem Angebot des Herrn von Papen.

Herr Chintschuk erwähnte sodann die gestern angeblich vorgenommenen Maßnahmen gegen Sowjet-Institutionen in Berlin und gegen Mitglieder der russi-

¹ Nach der Aufzeichnung Litvinovs (vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 54, S. 134–138) sprach er an diesem Tag zweimal mit von Neurath, einmal im Dienstzimmer des Reichsministers und dann in der Bevollmächtigten Vertretung.

² Gemeint sind der Reichstagsbrand und die darauf folgenden Verhaftungen, vor allem von KPD-Mitgliedern.

³ Das Wort ist durch von Neurath korrigiert; ursprünglich: erfolgt.

⁴ Vgl. Dok. 18, Anm. 19.

schen Handelsdelegation, die er bereits gestern hier habe zur Sprache bringen lassen⁵.

Ich erwiderte ihm darauf, ich könnte aus den mir vorgetragenen Maßnahmen der Polizei keine Berechtigung für eine Beschwerde seinerseits ableiten. Es sei nur natürlich, dass die Polizei nach den Vorkommnissen von vorgestern Abend, bei denen ein auswärtiger Kommunist als Täter abgefasst worden sei, fremde Angehörige der Kommunistischen Partei besonders argwöhnisch betrachte. Im Übrigen seien auch deutsche Reichsangehörige von der Polizei um Ausweise gefragt worden, und es sei jedenfalls keine Sonderaktion gegen russische Mitglieder der Handelsdelegation unternommen worden.

Ich machte sodann Herrn Litwinow gegenüber noch eine Bemerkung über seine Erklärungen auf der Abrüstungskonferenz in Genf⁶ und machte ihn, nachdem er diese als durchaus im Rahmen seiner bisherigen Politik befindlich bezeichnet hatte, auf das freudige Echo, das sie in Frankreich gefunden hätten, aufmerksam. Er erklärte, nach wie vor zu unserer Linie auf der Abrüstungskonferenz zu stehen, gab aber zu, in der Frage der Taktik nicht immer mit Herrn Nadolny einig gewesen zu sein. Über den Ausgang der Abrüstungskonferenz äußerte er sich sehr skeptisch und erklärte, es handle sich nur noch darum, irgendeinen Abschluss zu finden, „to save the face“.

Gegenüber der Klage des Herrn Litwinow über eine veränderte Einstellung der deutschen Politik zu Russland wies ich sodann auf das Entgegenkommen hin, das wir gerade in letzter Zeit bei der Erledigung der russischen Wünsche zur Überbrückung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der nächsten Monate bewiesen hätten⁷. Ich machte Herrn Litwinow darauf aufmerksam, dass schon aus diesem für uns keineswegs unbedeutenden Entgegenkommen ersehen werden könnte, dass keine Änderung der Politik beabsichtigt sei. Im Übrigen könnte ich ihm, wie ich das schon Herrn Chintschuk gegenüber getan hätte, nochmals erklären, dass dies nicht der Fall sei, und ich hoffte, dass auch die russische Regierung sich durch die Maßnahmen, die wir etwa gegen die deutschen Kommunisten ergreifen müssten, nicht zu einer Änderung ihrer Haltung veranlasst sähe. Herr Litwinow bestätigte dies; aus der Art seiner Äußerungen ging aber seine Beunruhigung über die von der deutschen Regierung unternommenen Schritte gegen den deutschen Kommunismus hervor.

Über die Einstellung Russlands zu Frankreich hat sich Herr Litwinow sehr vorsichtig ausgedrückt⁸. Aus seinem Verhalten dürfte jedenfalls hervorgehen, dass er die Beziehungen zu Frankreich weiterhin auszubauen gedenkt.

Herr Litwinow fragte sodann noch, ob wir Nachrichten über das Verhalten Po-

⁵ Vgl. Dok. 19, Anm. 9.

⁶ Vgl. Dok. 9, Anm. 13.

⁷ Gemeint ist das Kreditabkommen vom 25. 2. 1933 über 140 Millionen Reichsmark. Vgl. Dok. 17, Anm. 1 sowie DVP, Bd. XVI, Anm. 35, S. 810–812.

⁸ Litvinov erklärte laut seiner Aufzeichnung gegenüber von Neurath: „Wir haben selbstverständlich nicht die Absicht, unsere Beziehungen mit Deutschland zu verändern, doch die Perspektive eines antisowjetischen Blockes Deutschlands mit Frankreich ist selbstverständlich auch nicht verlockend. Bisher schien es uns, dass man solch einen Block verhindern könne, indem man auf Berlin Einfluss nimmt. Falls sich aber herausstellen sollte, dass dies nicht ausreicht, werden wir selbstverständlich nicht darauf verzichten, auf Paris einzuwirken.“ In: DVP, Bd. XVI, Dok. 54, S. 136.

lens zu der neuen Kleinen Entente⁹ hätten. Ich sagte ihm, dass bisher darüber uns nichts bekannt sei, und fragte meinerseits, ob die Russen irgendwelche Anhaltspunkte hätten, was Herr Litwinow verneinte.

Zum Schluss kam die Sprache sodann noch auf die Ratifizierung des Berliner Vertrages und auf eine öffentliche Erklärung über die deutsche Russland-Politik. Ich sagte Herrn Litwinow, beides würde wohl den in Bälde zusammentretenden Reichstag beschäftigen.

v. N[eurath]

Unterschrift als Paraphe.

PA AA, R 28307, Bl. D 562415–562418.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 43, S. 89–92.

Nr. 21

Schreiben des Generalsekretärs des Nationalen Deutschen Automobilklubs Nord an Reichskanzler Hitler

Berlin, den 1. 3. 1933
W 62, Kalckreuthstr. 5
Fernruf: Barb. 0188

Herrn Reichskanzler Adolf Hitler

Berlin W 8

Reichskanzlei

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Im Einvernehmen mit den uns befreundeten Kraftfahr-Verbänden der SA und des Stahlhelms erlauben wir uns, im Zusammenhang mit der Zerstörungstätigkeit der Kommunistischen Partei Ihre Aufmerksamkeit, sehr verehrter Herr Reichskanzler, auf die

„Derop“

Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Öl-Produkte
Aktiengesellschaft

zu lenken.

Wir sehen leider in der weit verzweigten Vertriebsorganisation der „Derop“ bei der Art ihrer Leitung eine Gefahr für den Staat, auf welche wir bereits in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen haben. Hierzu überreichen wir als Anlage die Sonderausgabe unseres Mitteilungsblattes „Motorschau“ vom 5. April 1932¹.

Die „Derop“ stellt eine groß aufgezugene Zapfstellenorganisation des Sowjetstaates auf deutschem Boden dar, woran die Tatsache nichts ändert, dass die „De-

⁹ Gemeint ist die Vereinbarung zur Einrichtung gemeinsamer Organe zwischen den Staaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien vom 16. 2. 1933 zwecks gemeinsamer Verständigung auf dem Gebiet der Außenpolitik. In: Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 267.

¹ Motorschau: nationale dt. Motorfahrtzeitung. Organ der Verbrauchergemeinschaft deutscher Kraftfahrzeuge. Berlin 1/1930–4/1933; danach Erscheinen eingestellt.

rop“ eine Gesellschaft deutschen Rechts ist. Der Aufsichtsrat der „Derop“ setzt sich mit wenigen Ausnahmen aus Mitgliedern der hiesigen Handelsvertretung der UdSSR oder anderen russischen Staatsangehörigen zusammen. Der Vorstand der „Derop“ besteht ausschließlich aus Bürgern des Sowjetstaates. Bei den Filialen im Reich sind der Leitung ebenfalls russische Staatsbürger nebengeordnet oder in nachgeordneten Stellungen getarnt untergebracht. Die Aktien der „Derop“ sind restlos in Händen des Russischen Staatstrusts für Mineralöl. Die „Derop“ verfügt bekanntlich in Deutschland über mehrere tausend Zapfstellen sowie selbstverständlich über das zur Bedienung eines derartigen Organisationsapparates erforderliche rollende Material und Nachrichtennetz.

Wie es bei der Umsturzerfahrung der Russen zu erwarten ist, liegen nach der Haltung der „Derop“ keine Tatsachenbeweise dafür vor, dass es sich hier um einen getarnten Propaganda- und Aktionsapparat der Kommunistischen Partei handelt. Die Tatsache aber, dass Beauftragte und Bürger des Sowjetstaates diese umfangreiche Vertriebsorganisation der UdSSR zentral in der Hand haben, weist auf die große Gefahr hin, die für den deutschen Staat in einem derartigen Unternehmen liegt. Diese Gefahr wird nicht dadurch geringer, dass in dem Betriebe auch deutsche Staatsangehörige, eventuell nationaler Gesinnung, in unteren Stellen arbeiten.

Wir wenden uns hier nicht gegen die Einfuhr russischen Treibstoffs beziehungsweise Öls oder allgemein gegen die Einfuhr russischer Produkte, da wir uns dessen bewusst sind, dass heute ein nicht geringer Teil der deutschen Industrie mit Aufträgen aus Sowjetrußland beschäftigt ist. Wir lenken lediglich deshalb Ihre Aufmerksamkeit, sehr verehrter Herr Reichskanzler, auf die „Derop“, weil diese mit allen Mitteln der Neuzeit ausgestattete Organisation jederzeit zu politischer Minierarbeit und zur Unterstützung politischer Aktionen in kommunistischem Auftrag missbraucht werden kann.

Da es den Russen nach ihrer eigenen Angabe lediglich an dem Absatz ihrer Produkte liegt, bedarf es für sie nicht einer eigenen Kleinvertriebsorganisation. Deshalb halten wir es aus den vorstehend dargelegten Gründen für dringend erforderlich, dass von Seiten der zuständigen Ministerien unverzüglich Schritte eingeleitet werden, den Kleinvertrieb der „Derop“ zu unterbinden und ihre Tätigkeit auf die Großeinfuhr russischer Öle und Treibstoffe zu beschränken. Wir sind überzeugt, dass eine der drei deutschen Treibstoffherzeugergruppen (Benzolverband², Gasolin³, Reichskraftsprit⁴) oder auch diese gemeinsam die Möglichkeit finden werden, das Vertriebsnetz der „Derop“ zu übernehmen. Es wird fraglos eine wirtschaftliche Form gefunden werden können, durch die einerseits dem russischen Staat keine finanziellen Schäden zugefügt werden und durch die andererseits bei der notwendigen Langfristigkeit der entsprechenden Abkommen den einspringenden Unternehmungen und der Verbraucherschaft keine Belastungen erwachsen.

² Benzol-Verband GmbH, Bochum. Gegründet 1918, eine der größten Gesellschaften zum Verkauf von Kraftstoffen in Deutschland.

³ Gasolin AG, Frankfurt am Main. Gegründet 1920, eine der größten Gesellschaften in Deutschland zur Verarbeitung und zum Absatz von Erdöl.

⁴ Reichskraftsprit GmbH. Gegründet 1925, Gesellschaft zur Verarbeitung von landwirtschaftlichem Spiritus zu leichtem Vergaserkraftstoff (Benzin) und seinem Absatz.

Um der Reichskanzlei die Weiterleitung der Angelegenheit zu ersparen, haben wir den zuständigen Herren Ministern einen Abdruck dieses Briefes übersandt.

Mit deutschem Gruß!

Nationaler Deutscher Automobilklub⁵
gez. Nord

*Bemerkung von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], an Gen. Lev[in]. 9. IV. 33.
Auf Kopfbogen des Nationalen Deutschen Automobilklubs geschrieben.*

AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, l. 61–61R. Kopie. In deutscher Sprache.

Nr. 22

Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Telegramm in Ziffern (Geh. Ch. Verf.)

Telegramm Nr. 26¹ vom 2. März
Auf Telegramm Nr. 28 vom 1. März²
Cito!

Auswärtig
Berlin

Bei Entscheidung über Ausweisung Kaith erbitte Berücksichtigung schwieriger Lage hiesiger deutscher Korrespondenten. Insbesondere würden gegebenenfalls Vertreter Lokalanzeigers Görbing und Vertreter Kölnischer Zeitung Just gefährdet sein, die im deutschen Interesse in letzter Zeit verschiedentlich scharfe Kritik an Sowjetverhältnissen geübt haben.

Darf im Interesse deutscher Korrespondenten anheimstellen, Bekanntgabe Ausweisungsbefehls solange hinauszuzögern, bis Görbing im Laufe nächster Woche Berlin eingetroffen ist und über Lage berichtet hat³.

Dirksen

Auf dem ersten Blatt, am oberen linken Rand, befindet sich der handschriftliche Vermerk: chiffr und ab 2. 3. 33. Handschriftlich vermerkt: ZdA Hi[lger] 3/3. Am Ende befindet sich der Vermerk über die Anzahl und Verteilung der Exemplare: Gefertigt in 3 Exemplaren: 1) Herrn Botschafter, 2) Abt. A (Arbeitsexemplar), 3) zur chronolog. Sammlung. Dies ist Nr. 2. Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.

PA AA, Moskau 207, Bl. 425213.

⁵ Der NDA wurde 1929 von der Reichskraftfahrstaffel des Stahlhelms gegründet. Der Zusammenschluss umfasste alle, die ein Fahrzeug – ob zu Lande, zu Wasser oder in der Luft – führten. Erklärtes Ziel war es, die „Überfremdung des deutschen Motorwesens“ zu verhindern.

¹ Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.

² Zum Zwecke der anschließenden Ausweisung wurde Kajt am 28. 2. 1933 verhaftet. Die Begründung lautete „fortgesetzte deutschfeindliche Berichterstattung“, was das AA der deutschen Botschaft in dem Telegramm vom 1. 3. 1933 mitteilte (PA AA, Moskau 207, Bl. 425214). Vgl. auch Dok. 19 über die fehlende Aufenthaltsbescheinigung von Kajt.

³ Eine Einflussnahme auf die Ausweisung lehnte das AA im Telegramm vom 3. 3. 1933 ab und empfahl den deutschen Journalisten eine „vorbeugende Abreise“ aus Moskau. Auf die Bitte, die Bekanntgabe des Ausweisungsbefehls hinauszuzögern, ging das AA dabei nicht ein (PA AA, Moskau 207, Bl. 425218).

Nr. 23
Bericht der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA an den Chef des Stabes
der RKKA Egorov

Ganz geheim¹
Expl. Nr. 4
4.–5. März 1933²

BERICHT
über die Beziehungen zwischen den Nationalisten und der Wehrmachtsführung
auf der einen und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg verkörperte von Anfang an nicht so sehr die „nationale Konzentration“ als vielmehr die Konzentration der Gegensätze zwischen den Nationalisten und den Nationalsozialisten, zwischen dem östlichen Junkertum und der westlichen Industrie. Und diese Gegensätze werden auch nicht mit der Bildung der Koalitionsregierung und der formalen Zusammenarbeit zwischen Hugenberg und Hitler abgeschwächt.

Am 30. Januar hat Hitler nicht die Macht erobert, er ist lediglich zu ihr zugelassen worden. Laut nachrichtendienstlichen Informationen³ ist es allein dank der stärksten Druckausübung Papens gelungen, Hindenburg dazu zu bewegen, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, wobei Hindenburg die verbindliche Bedingung stellte, mit Hugenberg eine vollständige Übereinkunft herbeizuführen. Zu den politischen Grundfragen, bei denen zwischen den zukünftigen Regierungspartnern scharfe Meinungsverschiedenheiten existierten, gehörten Fragen der Wirtschaftspolitik, Verfassungsfragen, das Verhältnis zum Reichstag, zur Zentrumsparterie, Fragen der Besetzung von Leitungsposten usw. Noch am Vorabend der Regierungsbildung, am 29. Januar, schien es, als ob die Bemühungen Papens zu nichts führen würden, weil sowohl Hugenberg als auch Hitler wenig Bereitschaft zu einer Übereinkunft zeigten. Erst die Gerüchte über einen möglichen Putsch der Reichswehr veranlassten Hitler, die Bedingung Hindenburgs anzunehmen und eine Koalitionsregierung zu bilden.

Es versteht sich von selbst, dass der Kompromiss Hitlers die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten mit Hugenberg nicht beseitigte.

1. Nachrichtendienstliche Informationen besagen, dass Hitler bereits in seiner Rede, die er am 3. Februar vor einem engen Kreis höchster Reichswehr-Offiziere gehalten hat⁴, unzweideutig erklärte, er könne sich die Reichswehr einzig als Waffe der Außenpolitik vorstellen; für die Bekämpfung des inneren Feindes habe er eine eigene Armee – die Sturmabteilungen.

Das Bestreben ist offensichtlich, die Reichswehrführung von der Politik und von diesen oder jenen Einflüssen fernzuhalten.

¹ Die Geheimhaltungsstufe ist handschriftlich eingefügt.

² Die Datierung erfolgt nach dem Datum des Begleitschreibens des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin und des Chefs der III. Abteilung des Stabes der RKKA Nikonov an den Stabschef der RKKA Egorov. In: RGVA, f. 37977, op. 3, d. 411, l. 73. Auf diesem Begleitschreiben sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt; 5 Exemplare: an Vorosilov, Gamarnik, Tuchačevskij, Egorov, zu den Akten.

³ Im Dokument ist der berufsmäßige Jargon benutzt worden: agdannye = agenturnye dannye.

⁴ Vgl. Dok. 8.

2. Der nächste Schritt der Nationalsozialisten – die Wahlkampfreden Hitlers und seiner nächsten Gefolgsleute – war, laut Presseberichten, direkt gegen die Nationalisten gerichtet, und es wurde die Ausrichtung der Hitlerleute auf die vollständige Monopolisierung der Regierung und der Macht verkündet.

3. Laut nachrichtendienstlichen Informationen sei von der Führung der Nationalsozialisten am 11. Februar ein Geheimbefehl ausgegeben worden, am 5./6. März einen Marsch der Sturmabteilungen nach Berlin anzusetzen⁵.

Es ist bezeichnend, dass an diesem Marsch nur nationalsozialistische Verbände teilnehmen sollen, der Stahlhelm dagegen werde nicht zur Teilnahme herangezogen.

4. Für diese Tage sind laut Presseberichten in ganz Deutschland Fackelzüge angesetzt worden. Die Führung des Stahlhelms hat zugleich ihren Ortsorganisationen eine Weisung erteilt, die allen Mitgliedern des Stahlhelms bis einschließlich 5. März die Teilnahme an jeglichen wie auch immer gearteten Veranstaltungen der Nationalsozialistischen Partei verbietet⁶.

5. Laut Presseberichten hat Kriegsminister Blomberg, der eine Inspektionsreise in Süddeutschland durchgeführt hat, bei einer Truppenbesichtigung in München folgende Rede vor Soldaten der Reichswehr gehalten: „Deutschland durchlebt Tage, Wochen, Monate tief innerlicher Erregung. Da blickt man scharf auf die Wehrmacht, wie sie am anschaulichsten die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches darstellt [...] Wir Soldaten sind uns der Verantwortung bewusst, dass wir die einzig bewaffnete Macht in Deutschland sind und bleiben werden“⁷.

Die Zeitung „Tägliche Rundschau“, die den Kreisen um Schleicher nahesteht, erläutert die Worte des Kriegsministers wie folgt: „Bewaffnete Gruppen neben der Wehrmacht können nach der Anschauung der verantwortlichen militärischen Führer nicht als eine Stärkung der Landesverteidigung angesehen werden; ganz einfach deshalb, weil sie in einem so hohen Maße die innenpolitischen Spannungen vermehren würden, dass dadurch die Schlagkraft der eigentlichen Wehrmacht zum großen Teil absorbiert werden würde“⁸.

Somit geht aus der Erklärung des Reichswehrministers und den Kommentaren der „Täglichen Rundschau“ hervor, dass sich die Reichswehrrführung zu der Eingliederung der Sturmabteilungen der Nationalsozialisten in die Polizei und zu dem Plan, aus der „Hilfspolizei“ eine Stützsäule des Regimes zu machen, negativ verhält.

6. Die Presse meldet, dass Blomberg nach seiner Rückkehr nach Berlin am 1. März von Hindenburg empfangen wurde⁹, dem er über die Ergebnisse seiner Inspektionsreise Bericht erstattete.

⁵ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um eine unbestätigte Information. Das offiziöse Organ der NSDAP veröffentlichte ein ausführliches Dementi in Form einer „Erklärung, die der Führer der Untergruppe Berlin-Ost Karl Ernst dem Minister Göring abgegeben hat“. Vgl. „Der gefälschte Befehl der Untergruppe Berlin-Ost“. In: Völkischer Beobachter vom 3. März 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 2.

⁶ Nach der Absage Hitlers, eine Einheitsliste mit der NSDAP für die bevorstehenden Wahlen aufzustellen, vereinigten sich die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm am 13. 2. 1933 zur „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“. Der Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, verbot am 20. 2. 1933 bis zu den Wahlen sämtliche gemeinsame Maßnahmen mit der SA.

⁷ General von Blomberg hielt die Rede am 23. 2. 1933 vor Angehörigen der 7. Division (Standort München). Vgl. „Die große Verantwortung der Reichswehr“. In: Tägliche Rundschau vom 25. Februar 1933, S. 4.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2. März 1933, S. 2.

Wir haben weder Informationen über die Ziele der Reise noch über deren Ergebnisse. Doch allein die Tatsache, dass Blomberg mit Hindenburg unter vier Augen gesprochen hat, ist hinreichend aufschlussreich. Damit im Zusammenhang schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Darüber, dass besondere Anlässe den Empfang des Reichswehrministers bei Hindenburg veranlasst haben könnten, ist nach außen nichts bekannt geworden. Man kann sich aber denken, dass in so gespannten politischen Zeiten, wie wir sie jetzt im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reichstagswahl erleben, der Reichspräsident das Bedürfnis hat, mit dem Reichswehrminister über die Angelegenheiten seines Ressorts zu sprechen“¹⁰. Dabei unterstreicht die Zeitung, dass gemäß der Verfassung der Reichspräsident der Oberbefehlshaber der Reichswehr ist und die Verfügung über die bewaffnete Macht ihm allein und dem Reichswehrminister zusteht.

7. Nach noch nicht bestätigten Meldungen hat Hindenburg öffentlich erklärt, dass die Wehrmacht nicht dem Reichskanzler, sondern ausschließlich dem Präsidenten untersteht¹¹.

Diese Erklärung ist als der Unwille Hindenburgs einzuschätzen, Hitler die gesamte Machtfülle zu übertragen und als der ****Wunsch****¹², die Reichswehr ausschließlich zu seiner Verfügung zu belassen.

RGVA, f. 37977, op. 3, d. 411, l. 74–77. Kopie.

Nr. 24

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim
Expl. Nr. 6
5. März 1933

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

obwohl ich davon überzeugt bin, dass Hitler, seine Vertrauensleute und seine Presse nach den Wahlen ihre Ausfälle gegen die UdSSR einstellen oder zumindest abschwächen werden, so müssen wir nichtsdestoweniger selbstverständlich auf die entschiedenste Weise gegen jene Passage der Hitler-Rede vom 2. März¹, die sich gegen uns richtete, protestieren.

¹⁰ „Empfänge bei Hindenburg. Besprechungen mit Hitler und dem Reichswehrminister“. In: Berliner Tageblatt vom 2. März 1933, Morgenausgabe, S. 1.

¹¹ Es konnten keine Informationen über die Rede von Hindenburgs ermittelt werden.

¹² Das Wort ist handschriftlich geschrieben.

¹ In der Endphase des Wahlkampfes hielt Hitler am 2. 3. 1933 im Berliner Sportpalast eine Rede. Vgl. Völkischer Beobachter vom 3. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

Sie haben richtig gehandelt, dass Sie Neurath Ihren Protest bereits am 3. erklärten, ungeachtet dessen, dass Neurath bei Ihnen zu Besuch war².

Doch man darf sich nicht auf diesen, in häuslicher Atmosphäre vorgetragenen Protest beschränken. Man muss dem Protest einen offizielleren Charakter verleihen, und deshalb habe ich telegraphiert, damit Sie Neurath formell den Protest erklären, indem Sie sich auf den Auftrag der Regierung berufen³.

Ihre Unterredung mit Neurath am 3. März hatte die Folge, dass die „Vossische Zeitung“ eine Mitteilung brachte, wonach die Politik der Regierung Hitler gegenüber der UdSSR die gleiche sein werde, wie die Politik der vorherigen Regierungen, und die Ausfälle gegen uns Wahlkampfcharakter trügen⁴. Dass Neurath die „Vossische Zeitung“ benutzt und nicht eine der Regierung nahestehende Zeitung, stellt einen besonders listigen Zug seinerseits dar. Da die „Vossische“ eine Oppositionszeitung ist, wird die Regierung durch ihre Erklärungen in keiner Weise verpflichtet, und sie braucht auch nicht ihre Wahlkampfausfälle gegen uns zu desavouieren, doch zugleich soll diese Zeitungsmeldung uns etwas beruhigen.

Wir haben uns deshalb hier entschieden, heute die Meldung der „Vossischen“ in unserer Presse nicht zu bringen, sondern dies einen Tag später, bereits nach den Wahlen, zu tun⁵. Die Verzögerung der Veröffentlichung dieser Meldung um einen Tag in unseren Zeitungen zeigt den Deutschen, dass unsere Presse diese Sache durchschaut und sie diese Meldung in der „Vossischen Zeitung“ nicht als eine Entschuldigung, nicht einmal als eine halboffizielle, der deutschen Regierung betrachtet.

Ich meine, dass nach Ihrem formellen Protest die deutsche Regierung eine Möglichkeit finden wird, uns eine zufriedenstellende Genugtuung zu geben, zumal dies bereits nach den Wahlen sein wird, wenn es Hitler leichter fällt, in dieser Frage nachzugeben.

Ich erwarte Ihren telegrafischen Bericht über Ihre zweite Unterredung mit Neurath und über die offizielle Antwort der deutschen Regierung⁶.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Kopien und der Verteiler vermerkt:
6 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID] und an die 2. Westab[teilung].

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 70–71. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 62, S. 144–145⁷.

² Vgl. Dok. 26.

³ Vgl. Dok. 31.

⁴ „Deutschland-Russland“. In: Vossische Zeitung vom 4. März 1933, Abendausgabe, S. 2.

⁵ Die Meldung der „Vossischen Zeitung“ wurde nicht von der zentralen sowjetischen Presse veröffentlicht. Die Erklärung von Neuraths über die unveränderliche Haltung Deutschlands gegenüber der Sowjetunion, unabhängig von den gegen die KPD ergriffenen Maßnahmen, die er in der Unterredung mit Litvinov abgab, erschien mit dem Verweis auf die Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung“. Vgl. „Randnotizen“. In: Kölnische Zeitung vom 7. März 1933, Abendausgabe, S. 1; „Sovetsko-germanskie otnošenija“ (Die sowjetisch-deutschen Beziehungen). In: Izvestija vom 10. März 1933, S. 1.

⁶ Es konnte nicht ermittelt werden, ob eine offizielle Reaktion von deutscher Seite auf den vom sowjetischen Bevollmächtigten Vertreter erklärten Protest erfolgt ist.

⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 25
**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 271¹

Berlin, 6. 3. 33

AN DEN
STELLV. VOLKSKOMMISSAR N. N. KRESTINSKIJ
Moskau

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Nach der Rede Hitlers im Sportpalast² habe ich beschlossen, dass man unverzüglich auf sie reagieren muss, doch auf eine Weise, um auf keinen Fall der Entscheidung vorzugreifen, die vielleicht von Ihnen in Moskau getroffen werden wird. Fast gleichzeitig mit dieser Rede ist uns andererseits aus bisher immer absolut vertrauenswürdiger Quelle bekannt geworden, dass von den Hitler-Sturmtrupps ein Überfall auf unsere Handelsvertretung noch vor den Reichstagswahlen vorbereitet wird. Um einem derartigen Ereignis vorzubeugen, wäre es angebracht, einen Schritt zu unternehmen, der uns auf jeden Fall die Möglichkeit eröffnen würde, den Deutschen die ganze Last der Verantwortung für den Fall zu übertragen, wenn ein derart schwerwiegender Vorfall eintreten sollte. Doch wir können keine direkte Warnung aussprechen, ohne dabei die Quelle preiszugeben. Deshalb haben wir uns für den Weg des Gesprächs mit dem Außenamt³ entschieden, und ich habe zu diesem Zweck Aleksandrovskij zu Meyer mit dem Wortlaut der Erklärung geschickt. Aleksandrovskij hat die Aufzeichnung über das Gespräch auf Deutsch angefertigt und ich schicke sie Ihnen als Anlage.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

L. Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben, in der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1042 vom 9. 3. 1933.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl., 6 [Expl.] an N. N. Krestinskij, das 7. zu den Akten.*

[Anlage]

Aktennotiz.

Ich besuchte am 3. Februar⁴ 1933 um ½ 7 Uhr abends Herrn Ministerialdirektor Richard Meyer im Auswärtigen Amt und teilte ihm wörtlich Folgendes mit:

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 24, Anm. 1.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben: Ausamt.

⁴ So im Dokument; richtig: März.

„Ich komme anlässlich der gestrigen Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler. Ich habe keinen Auftrag aus Moskau, auf diese Rede zu reagieren und möchte durch das gegenwärtige Gespräch keinen eventuellen weiteren Äußerungen meiner Regierung vorgreifen. Die Botschaft hat also noch keine Instruktionen aus Moskau, kann aber trotzdem nicht umhin, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes schon heute darauf zu lenken, dass bei ihr durch die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers gewisse Befürchtungen ausgelöst worden sind. Die Art, der Charakter und die Schärfe der Angriffe, die der Reichskanzler unserem Land gegenüber gebrauchte, können eventuell bei der gegenwärtig gespannten und nervös aufgeregten Stimmung in der Stadt verschiedenen, in der Großstadt vorhandenen, unverantwortlichen Elementen den Vorwand geben, gegen Sowjetbürger oder Sowjetinstitutionen, ja sogar gegen die Handelsvertretung oder selbst die Botschaft vorzugehen und dadurch die zwischen unseren Ländern bestehenden Beziehungen zu gefährden.

Die Botschaft glaubt in der gegebenen Situation Grund zu haben, die Möglichkeit folgeschwerer Exzesse zu befürchten. Die Botschaft erlaubt sich daher, diese Befürchtung auszusprechen, getragen von der Sorge, dass in den Gang der Geschehnisse und die damit verbundene Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen keine unbefugte Hand eingreift und die Dinge gegen den beiderseitigen Willen zu Ungunsten der gedachten Entwicklung willkürlich gestalte.

Die Botschaft bittet das Auswärtige Amt, die wohlgemeinte Bemerkung geneigtest entgegenzunehmen.“

Herr Ministerialdirektor Meyer antwortete mir kurz, dass er keinen Grund zur Besorgnis sehe. Die Unantastbarkeit der Sowjetinstitutionen, Handelsvertretung und Botschaft ist durch die Polizei gewährleistet. Was die Sowjetbürger anbetrifft, so sind sie allen anderen Ausländern gleichgestellt und haben nichts zu befürchten, solange sie ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen⁵.

Eigenhändige Unterschrift S. S. Aleksandrovskijs.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Die russische Fassung ist veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 59, S. 141–142⁶.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 73. Original.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 74–75. Original. In deutscher Sprache.

⁵ Meyer erklärte laut seiner Aufzeichnung: „Im übrigen hätte kein Sowjetbürger, der hier seinem friedlichen Gewerbe nachginge und sich in keiner Weise in innenpolitische Dinge einmische, irgend etwas zu befürchten.“ In: PA AA, Moskau 207, Bl. 425268–425269, hier Bl. 425269.

⁶ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende.

Nr. 26
Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 206¹

Berlin, 6. März 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

[...]²

3) Wir hatten ein Abendessen³, an dem Neurath mit Frau, Krosigk, Warmbold, Bülow, Beamte des Außenamtes und das diplomatische Corps mit dem französischen⁴ und dem italienischen⁵ Botschafter anwesend waren. Die Stimmung war derart, dass sich alle unter dem Eindruck der Rede Hitlers⁶ befanden und sie sich etwas bedrückt und irgendwie schuldig fühlten. Insbesondere war dies bei Neurath, Adam und Reichenau zu beobachten.

Ich habe gegenüber Neurath die überaus energische Erklärung abgegeben, dass die Rede Hitlers angefüllt ist mit scharfen und unerhörten Ausfällen an unsere Adresse, die meinen entschiedenen Protest herausfordern müssen, zumal diese Ausfälle unerwartet und unverständlich nach jenen Versicherungen sind, die er, Neurath, gegenüber unserem Volkskommissar Litvinov und mir bei unserem Besuch bei ihm am 1/III⁷ abgegeben hat. Neurath versuchte, höchst unglücklich, Hitler zu verteidigen, indem er darum bat, nicht die Aufmerksamkeit auf diese Rede Hitlers als Reichskanzler zu lenken, sondern als Führer seiner Partei; er wisse ganz bestimmt, dass Hitler keinerlei Veränderung der freundschaftlichen Politik zu uns beabsichtigt (worauf ich den Einwurf machte: „Eine schöne freundschaftliche Politik!“) und das bald alles in Ordnung kommen werden wird.

Obgleich ich keine Direktive aus Moskau erhalten habe, erteilte ich dennoch Gen. Aleksandrovskij den Auftrag, Meyer aufzusuchen (Neurath und Bülow waren nicht in ihren Büros anzutreffen) und ihm die Haltung der Botschaft zur Rede Hitlers mitzuteilen, die auf die Weckung der niedrigsten Gefühle abziele und wir nicht sicher seien, dass nach der Rede keine Versuche unternommen würden, unseren sowjetischen Organisationen, sowjetischen Bürgern usw. Schaden zuzufügen (in Form von Überfällen, Angriffen usw.). Meyer notierte die Erklärung des Gen. Aleksandrovskij und antwortete, dass weder unsere Organisationen noch die

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Die Aufzeichnungen der Gespräche mit dem Journalisten Kuh (am 1. 3., l. 43) und mit dem neuen chinesischen Botschafter in der UdSSR Yen (das Datum konnte nicht ermittelt werden, l. 43–44) sind ausgelassen worden.

³ Am 3. 3. 1933.

⁴ André François-Poncet.

⁵ Vittorio Cerruti.

⁶ Vgl. Dok. 24. Anm. 1.

⁷ Laut Litvinovs Aufzeichnung dieser Unterredung habe von Neurath gesagt: „Hitler vermag es, zwischen dem Kommunismus und unserem Staat zu unterscheiden ... Vor den Wahlen könne Hitler keine Erklärung über die Beziehungen zur UdSSR abgeben, doch er werde dies tun, sobald der Reichstag einberufen werden wird.“ In: DVP, Bd. XVI, Dok. 54, S. 135. Vgl. auch Dok. 20 in der vorliegenden Edition.

sowjetischen Bürger etwas zu befürchten hätten und dass er selbstverständlich davon ausgehe, dass die sowjetischen Bürger friedlich ihrer Arbeit nachgehen und sie sich nicht an den deutschen Angelegenheiten beteiligen⁸. Neurath hat mir übrigens mitgeteilt, dass Meyer ihm die Erklärung des Gen. Aleksandrovskij ausgehändigt habe. Dies geschah eine Stunde vor unserem Essen in der Botschaft.

Ich sprach auch mit Adam und Reichenau über die Rede Hitlers. Sie kritisierten beide diese Rede, sie fanden sie sinnlos. Sie versicherten, dass nach wie vor das Verhältnis der Reichswehr und ihres Ministers Blomberg zu uns höchst wohlwollend und freundschaftlich sei.

Aus vertrauenswürdigen Quellen haben wir davon Kenntnis, dass Blomberg und Neurath auf der Sitzung des Ministerkabinetts scharf gegen jenen Teil der Rede Hitlers protestiert haben, der die Angriffe gegen die UdSSR beinhaltet⁹. Dabei habe Blomberg erklärt, dass er nicht nur in seinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der gesamten Reichswehrführung spreche. Vielleicht hat deshalb Hitler in seiner Rede in Königsberg¹⁰ überhaupt nicht die UdSSR erwähnt.

Luther sagte im Gespräch mit mir, dass für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen die Reichsbank 50 Mio. Mark übernommen hat (gewissermaßen als Vorschuss auf unsere Verpflichtung hinsichtlich des Goldes) und auf diese Weise sei es gelungen, mit den übrigen Banken übereinzukommen. Er mache sich, so sagte er, Sorge, ob damit unsere Zahlungen an Deutschland gewährleistet seien, oder wir uns erneut an ihn wenden werden. Ich wies darauf hin, dass wir anfangs einen Kredit von 250 Mio. gefordert haben¹¹, doch geeinigt habe man sich auf 200 Mio., folglich halten wir jetzt diese Summe für uns als ausreichend. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit lediglich darauf, dass sich unsere Berechnungen aufgrund der neuen Zollmaßnahmen verändern können, die die jetzige Regierung durchsetzt, was sich auf unseren Exporterlös niederschlagen kann.

4. Weisungsgemäß¹² habe ich heute Neurath zu erreichen versucht, um ihm anlässlich der Rede Hitlers den Protest **im Namen meiner Regierung**¹³ zu erklären. Darüber werde ich gesondert berichten.

Neurath will mich morgen, den 7. März, um 11.30 Uhr, empfangen¹⁴.

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1039 vom 9. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 [Expl.] an N. N. Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 43–44. Original.

⁸ Vgl. Dok. 25.

⁹ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich hierbei um Gerüchte, weil es zwischen den Sitzungen des Ministerkabinetts am 2. 3. 1933 (Beginn um 12.00 Uhr), d. h. vor der Rede Hitlers, und am 7. 3. 1933 (Beginn um 16.15 Uhr) keine weiteren Sitzungen gegeben hat. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 1, Dok. 41, 44.

¹⁰ Vgl. Völkischer Beobachter vom 5./6. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 258, S. 548.

¹² Vgl. Dok. 24.

¹³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Vgl. Dok. 31.

Nr. 27

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Aleksandrovskij

Berlin, den 6. März 1933

IV Ru

Aufzeichnung

Heute Vormittag suchte mich Botschaftsrat Alexandrowsky auf, um, wie er sagte, inoffiziell über die in den letzten Tagen erfolgten Verhaftungen russischer Staatsangehöriger bzw. deutscher Reichsangehöriger im Dienste der Sowjet-Vertretung zu sprechen. Von letzteren sei der Kanzleibeamte Schmelzer und die Telefonistin Frau Leow verhaftet worden, wie er bereits Herrn Ministerialdirektor Meyer am 3. d.M. mitgeteilt habe¹. Ich sagte Herrn Alexandrowsky, dass wir ein Recht der Intervention für deutsche Reichsangehörige der Sowjet-Vertretung nicht zuerkennen könnten. Von verhafteten Sowjet-Staatsangehörigen erwähnte Alexandrowsky Frau Keith, Herrn Tscherniak und (Herrn oder Frau?) Isaaksohn², die aber inzwischen alle drei aus der Haft wieder entlassen seien. Dabei bemerkte *Alexandrowsky³, dass er zur Haussuchung bei Tscherniak, dem Vertreter der „Prawda“, gefahren, aber zu spät gekommen sei. Als Zweck seiner beabsichtigten *Anwesenheit bei der Haussuchung⁴ nannte er die Beobachtung der Maßnahmen der Polizei. Mit allem Ernst machte ich Herrn Alexandrowsky darauf aufmerksam, dass seine persönliche extritoriale Stellung ihn oder andere extritoriale Mitglieder der Sowjet-Vertretung keinesfalls bevollmächtigten, in irgendeiner Weise eine Sonderstellung bei Vorgehen der Polizei gegen dritte Personen zu beanspruchen. Falls bei solcher Gelegenheit Zwischenfälle entstünden, wären wir bei Überschreitung der Vorrechte der Exterritorialen zu deren Schutz nicht in der Lage. Ich gewann den Eindruck, dass seitens der Sowjet-Vertretung die Absicht besteht, auch in künftigen Fällen Beamte, nach Möglichkeit, zu Haussuchungen zu schicken.

Herr Alexandrowsky teilte weiter mit, dass Herr Vinogradow in der späten Nacht vom Sonnabend zu Sonntag Herrn von Tippelskirch wegen der Verhaftung von 4 Sowjet-Bürgern in der Geisbergstr.⁵ angerufen habe, wobei Herr von Tippelskirch seinem Erstaunen über diesen späten und unbegründeten Anruf Ausdruck gegeben habe. Ich erwiderte, dass Herr Vinogradow auch bei mir nachts um 2 Uhr angerufen habe, ich aber noch nicht zu Hause gewesen sei. Ich betonte, dass auch ich den Grund für den späten Anruf nicht anerkennen könne. Ich wies Herrn Alexandrowsky darauf hin, dass Sowjetbürger in keiner Weise irgendwelche Vorrechte besäßen und dass **⁶ Wünsche der Sowjet-Vertretung in solchen Fällen auf den normalen Amtsweg angewiesen seien. *Dabei erinnerte ich Herrn Alexandrowsky daran, dass in der Sowjet-Union augenblicklich 46 Reichsdeutsche ver-

¹ Vgl. Dok. 25.

² Bruno Samuilovič Izakson.

³ Der Name ist unterstrichen und der nachfolgende Text am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

⁵ Vgl. Dok. 19, Anm. 9.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „daher“ ist durchgestrichen.

haftet seien,*⁷ deren Verhaftung entgegen dem Abkommen von 1925⁸ zum Teil überhaupt nicht, zum Teil sehr spät den deutschen Vertretungen in der Union mitgeteilt wurde⁹.

Herr Alexandrowsky erklärte weiter, dass es sich in den Fällen der von ihm erwähnten Verhaftung nicht um gewöhnliche juristische Angelegenheiten, sondern um eine politische Frage handele. Mit aller Schärfe wies ich Herrn Alexandrowsky mit der Erklärung zurück, dass ich eine Verquickung von Maßnahmen der Polizeibehörden, die eine reine innere Angelegenheit seien, mit Fragen der auswärtigen Politik absolut ablehne und dahingehende Ausführungen von seiner Seite nicht annehme. Damit schnitt ich auch Alexandrowskys Versuch, die Verhaftungsfälle mit den Wahlreden des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Vizekanzlers in Verbindung zu bringen, sofort ab. Herr Alexandrowsky bemerkte daraufhin etwas kleinlaut, dass diese politischen Fragen ja allerdings nicht Gegenstand seiner Unterredung mit mir wären, sondern von seinem Botschafter beim Herrn Reichsminister vorgebracht werden würden.

Hiermit *Herrn Ministerialdirektor Meyer*¹⁰

Büro des Reichsministers

mit Bezug auf bevorstehenden Besuch Sowjetbotschafters beim Herrn Reichsminister.

IV Ru

mit der Bitte, Pr. Ministerium des Innern davon zu verständigen, dass bei Haussuchungen **¹¹ mit der Möglichkeit **der Anwesenheit**¹² der exterritorialer Vertreter zu rechnen wäre, weshalb es sich empfiehlt, die in Betracht kommenden Polizeibeamten in geeigneter Weise zu informieren.

Hey

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 7/3 und Paraphen von B[ülows] 7/3 und M[eyers]. Der letzte Absatz ab IV Ru ist durchgestrichen. Am linken Seitenrand dieses Vermerks befindet sich die handschriftliche Bemerkung: der Preuß. M.d.I. ist allgemein verständigt, Abzeichnung Meyers.

PA AA, R 35960, Bl. E 659883–659885.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vom 12. 10. 1925, der ein Abkommen über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz, ein Wirtschaftsabkommen, ein Eisenbahnabkommen, ein Seeschiffahrtsabkommen, ein Steuerabkommen, ein Abkommen über Schiedsgerichte in Handelssachen und anderen bürgerlichen Angelegenheiten sowie ein Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz umfasste. Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 2–59; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 582–617.

⁹ In Artikel 11 des Abkommens über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz heißt es: „Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, Maßnahmen dahin zu treffen, dass der Konsul des anderen Teils in kürzester Frist von allen Fällen der Festnahme eines Staatsangehörigen des von ihm vertretenen Teils in seinem Amtsbezirk in Kenntnis gesetzt wird. Entsprechend soll bei einem Wechsel der Gewahrsambehörde verfahren werden.“ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 6–13, 49–52, hier S. 10; sowie DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 584–589, 612–613, hier S. 587.

¹⁰ Der Name ist unterstrichen und mit Paraphe von Meyer abgezeichnet.

¹¹ Der an dieser Stelle stehende Text „die die Sowjetvertretung interessieren“ ist durchgestrichen.

¹² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: des Besuches.

Nr. 28
Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 6. März 1933

Geheim!

Tgb. Nr. A/438
An das
Auswärtige Amt
Berlin.
Durchschlag

Im Anschluss an Bericht Tgb. Nr. A/334 vom 20. Februar 1933¹.

Politischer Bericht

Inhalt: Die Rückwirkungen der kommunistischen Terror-Aktion in Deutschland auf die politischen deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die Ereignisse in Deutschland während der vergangenen Woche: der Reichstagsbrand, die Entdeckung einer umfassenden kommunistischen Terror-Organisation zur Entfachung eines Bürgerkrieges, der hiergegen sich erhebende und im Wahlkampf zum verschärften Ausdruck gelangende Entrüstungsturm in Deutschland – haben für die hiesigen Partei- und Regierungskreise das Problem ihrer Einstellung zu Deutschland erneut akut werden lassen. Bei der sehr weitgehenden Identität von Partei und Regierung muss für die Beurteilung der außenpolitischen Haltung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland auch die Einstellung der Komintern zur Entwicklung in Deutschland in Betracht gezogen werden.

Die Frage: wie verhalten sich die kommunistischen Partei-Instanzen zur Entwicklung in Deutschland? ist schwerer zu beantworten, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. In der politischen Öffentlichkeit Westeuropas hat sich der Grundsatz Geltung verschafft: die kommunistische Bewegung als solche brauche die außenpolitischen Beziehungen zweier Länder nicht zu stören; aus der Freundschaft zwischen der Sowjetunion einerseits und Italien sowie der Türkei andererseits folge, dass die beiden Konten: Unterdrückung des Kommunismus und politische Freundschaft, ohne Schaden nebeneinander geführt werden könnten. Dieser Satz wird letzten Endes auch für die deutsch-sowjetischen Beziehungen zutreffen, aber nur nach Überwindung erheblicher Hemmungen auf Sowjetseite: Die Unterdrückung und Zerschlagung des Kommunismus in Deutschland bedeutet für die Komintern einen viel schwereren Schlag, als ein entsprechendes Vorgehen in Italien und der Türkei, die für die weltrevolutionäre Ideologie keine so wichtige Rolle spielten, als die viel größere, besser organisierte und an sichtbarer Stelle stehende KPD. Ihr gegenüber befinden sich infolgedessen die hiesigen Partei-Instanzen in einem starken Zwiespalt, bei dem m. E. letzten Endes die realpolitische Erkenntnis der Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutschland über den inneren Zwang, die KPD moralisch zu stützen und bis zu einem gewissen Umfang auch gewähren zu lassen, den Sieg davontragen muss.

Daher stehen sich in Parteikreisen in Bezug auf die für die nächste Zukunft zu

¹ Vgl. Dok. 12.

befolgende Taktik zwei Tendenzen gegenüber. Die Komintern und insbesondere die deutschen Kommunisten sind Verfechter einer möglichst scharfen Tonart gegenüber Deutschland, einer möglichst starken Reaktion gegenüber der Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland. Die Regierungskreise dagegen, insbesondere das Außenkommissariat, sind für Abwarten und Zurückhaltung; sie wollen die außenpolitischen Beziehungen zu Deutschland nicht aufs Spiel setzen und würden einer ungehemmten Kampagne erst zustimmen, wenn sie zur Überzeugung gelangt sind, das an diesen deutsch-sowjetischen Beziehungen doch nicht sehr viel zu verderben ist.

Die bisherige Haltung der hiesigen politischen Öffentlichkeit bildet einen Kompromiss aus diesen Strömungen. Auch die durch Sonderbericht wiedergegebenen Leitartikel der „Iswestija“ und „Prawda“ vom 4. März² tragen diesen Kompromiss-Charakter, wobei der widerwärtige und freche Ton, mit dem die „Prawda“ gegen die Rechtsbewegung in Deutschland und die Ausführungen des Reichskanzlers in seiner Rundfunkrede³ über die Zustände in der Sowjetunion zu Felde zieht, zu der relativen Zurückhaltung der „Iswestija“ einen bezeichnenden Gegensatz bildet. Nichtsdestoweniger enthalten aber beide Aufsätze die Versicherung der Freundschaft für das deutsche Volk, gleichviel welche Regierung an seiner Spitze stünde und wie sie zusammengesetzt sei. Damit soll – zweifellos auf einen Wink von oben – die vorerst beabsichtigte abwartende Haltung angedeutet werden.

Die nächsten Wochen werden für die weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von großer Bedeutung sein. Es wird entweder gelingen, diese Beziehungen trotz aller innerpolitischen Belastungen wieder zu stabilisieren; oder die weltanschaulich-parteilichen Gegensätze werden die Oberhand gewinnen und die außenpolitischen Beziehungen werden sich entsprechend verschlechtern. Der Dualismus in den beiderseitigen Beziehungen, der seit Rapallo⁴ so oft hervorgetreten ist, ist selten mit solcher Klarheit offenbar geworden, wie in diesen Wochen.

Entsprechend der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen werden die französisch-sowjetischen Beziehungen sich gestalten. Je mehr Abkühlung gegenüber Deutschland, desto mehr Neigung zum Entgegenkommen gegenüber Frankreich.

Es ist für mich schwer, von hier aus zu beurteilen, inwieweit bei der durch die kommunistischen Verbrechen empörten öffentlichen Meinung Deutschlands die Voraussetzungen für die Herbeiführung einer Stabilisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorhanden sind. Von hier aus gesehen würde für eine solche Stabilisierung die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag erforderlich und genügend sein. Bleibt der Reichstag funktionsunfähig, so müsste eine Ratifikation durch Notverordnung an die Stelle treten. Ist eine solche aus Gründen der Verfassungstheorie nicht durchführbar, so müsste ein Ersatz für die Ratifikation gesucht werden: etwa durch Abgabe einer beiderseitigen Erklä-

² „Razgul reakcii v Germanii“ (Das Wüten der Reaktion in Deutschland). In: Izvestija vom 4. März 1933, S. 1; „Šuty na trone“ (Hofnarren auf dem Thron). In: Pravda vom 4. März 1933, S. 1.

³ Vgl. Dok. 24, Anm. 1.

⁴ Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Ansprüche und die Einräumung der Meistbegünstigung, 16. 4. 1922; vgl. Reichsgesetzblatt 1922, Teil II, S. 677–678; DVP, Bd. V, Dok. 121, S. 223–224.

rung, dass beide Seiten den Berliner Vertrag und das Schlichtungsabkommen⁵ als in Kraft befindlich ansehen. Das Eine aber kann mit Sicherheit gesagt werden, dass ohne eine solche Stabilisierungsaktion die weitere Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion außerordentlich ungewiss sein wird.

gez. von Dirksen

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der handschriftliche Vermerk: Reinkonzept. Auf dem gleichen Blatt unten, ebenfalls handschriftlich: A 9 (geheim). Am linken Seitenrand ab 7. 3, Kl[einer] Umlauf und Paraphen von D[irksen] 7/3 und Hi[lger] 8/3 und andere, nicht entzifferte Kenntnisnahmen. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429498–429502.

Nr. 29

Schreiben der Beauftragten der VOKS in Königsberg Smetanič-Ragover an den Sektorleiter Zentraleuropa der VOKS Timm

9/3–33¹

[6. 3. 1933]

An den
Sektorleiter Zentraleuropa – Gen. Timm

Ohne jetzt auf die allgemeine Lage einzugehen, die Sie aus der Presse und anderen Quellen kennen, teile ich Ihnen unsere jüngsten Neuigkeiten mit.

Vorgestern ist der Sekretär der GFNR², Peter Frisch, verhaftet worden. *Die Verhaftung, die in den Morgenstunden erfolgte, war mit einer Haussuchung verbunden*³.

*Der Vorsitzende der G[esellschaft], Dr. Meyer, nächtigte zwei Nächte nicht zu Hause (während des Höhepunktes der Verhaftungen), und er ist bislang wohl auf*⁴.

Die Papiere der Gesellschaft hat Frisch an einem zuverlässigen Ort in Sicherheit gebracht und sie sind nicht in die Hände der Durchsuchenden gefallen.

*In Königsberg sind die Verhaftungen vor allem in Kreisen der linken Intelligenz, die parteilos ist und lediglich durch das Wort oder die Tat sympathisiert, vorgenommen worden*⁵. Damit versucht man offenbar, diese Kreise zu terrorisieren.

Prof[essor] Häusler hat nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion eine *Reihe von Vorträgen gehalten*⁶. Einen Vortrag im Russisch-deut[schen] Klub habe ich besucht, er stützte sich auf Materialien von der VOKS und war durchaus

⁵ Vgl. Dok. 12, Anm 13.

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt. Unklar bleibt, ob dieses Datum die Absendung aus Königsberg oder den Eingang in Moskau vor der offiziellen Registrierung bezeichnet.

² Vgl. Dok. 6, Anm. 4.

³ Der Satz ist unterstrichen.

⁴ Der Satz ist unterstrichen.

⁵ Der Satz ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen, daneben ist am Seitenrand vermerkt: zur Kenntnis.

freundschaftlich gehalten. Wie mir berichtet wurde, hat er einen ähnlichen Vortrag zum gleichen Thema in der geschlossenen Loge der *Freimaurer*⁷ gehalten. Darüber hat mir ein Teilnehmer dieser Sitzung der Freimaurer berichtet.

Als in Berlin unsere Mediziner-Woche⁸ war, wurde hier eine große Vorbereitungsarbeit geleistet, jedoch leider umsonst. Nachdem es uns gelungen war, von hier aus die Ausstellung von Einladungen an unsere Wissenschaftler zu erwirken, *sind sie nicht nur nicht hierher gekommen, sondern sie haben auf keine einzige Einladung geantwortet*⁹. Ich habe nach Berlin an das Delegationsmitglied Dr. Batkis einen Brief geschrieben, doch auch er hat mir nicht geantwortet.

Sie wurden von der hiesigen wissenschaftlichen Medizin. G[esellschaft]¹⁰ im Namen ihres Vor[sitzenden] Prof. Löwe hierher eingeladen, die zweite Einladung stammte vom Institut „Ost-Europa“¹¹ und die dritte vom Russisch-Deutschen Klub.

Als man von ihnen keine Antwort erhalten hatte, fragte der sowjet[ische] Generalkonsul¹² in Berlin nach und erfuhr, dass *sie nicht kommen werden*¹³, er selbst teilte dies den Einladenden in entsprechenden Briefen mit.

*Angesichts dessen, dass der Vorsitzende des Russisch-Deutschen Klubs verhaftet worden ist, wurde an seiner Stelle der Prof. für slawische Literatur, Rost, zum Vorsitzenden gewählt*¹⁴. Vor einer Woche fand der turnusmäßige Klubabend statt, auf dem Dr. Berg-Gappendik einen recht inhaltsreichen Vortrag *,„Die sowjetische proletarische Poesie und der Kampf um ihre Hegemonie“*¹⁵ gehalten hat. Ein Bericht über diesen Vortrag erschien am nächsten Tag in der hiesigen Presse. Ein zweiter Vortrag von Prof. Plischke über seine Reise in die Mandschurei ist geplant. Außerdem sind in den letzten Wochen hier bereits einige *Vorträge über die UdSSR*¹⁶ gehalten worden – von dem erwähnten Prof. Plischke, von dem Kunsthistoriker Prof. Winkler, von Prof. Foedisch – alles verlief relativ glatt. Was Jonas betrifft, so ist ihm seit dem Machtantritt des letzten Kabinetts *offenbar der Schreck in die Glieder gefahren*¹⁷, und er fürchtet sich sogar, mit uns zu sprechen.

Prof. Rogowsky *organisiert bereits keine Ausstellung mehr*¹⁸ von sowjetischen Plakaten, weil jetzt Ostpreußen dafür, gelinde formuliert, ein wenig geeigneter Boden **¹⁹ ist. Alle seine Plakate (*ungefähr 300*²⁰) hat er von VOKS, er hat sie zu verschiedener Zeit von dort bekommen, einen Teil erhielt er von mir.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Vom 28. 11. bis 7. 12. 1932 fand in Berlin ein Treffen von führenden Medizinern Deutschlands und der UdSSR statt.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Verein für wissenschaftliche Heilkunde.

¹¹ Wahrscheinlich handelt es sich dabei um das Institut für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg.

¹² Solomon Donovič Smetanič.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Satz ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „jetzt“ ist durchgestrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

Die Nazis hetzen jetzt zügellos gegen ihn, gegen Prof. Häusler und andere, und neulich erschien **²¹ in deren Organ „Preußische Zeitung“ ein Pogromartikel²². Soeben habe ich mit Dr. Meyer gesprochen, doch selbst dieser harmlose Mensch ist überzeugt, dass er sich nur *vorübergehend in Freiheit befinde*²³. Bei den gestrigen Wahlen erhielten die Nazis in Königsberg 100 000 Stimmen, 40 000 mehr als bei den letzten²⁴.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

R. Smetanič-Ragover

Königsberg, 6/3 1933

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte des Dokuments befindet sich die Eingangs-Nr. 115 vom 11. 3. 1933.

GA RF, f. R-5283, op. 6, d. 409, l. 20–21. Original.

Nr. 30

Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Moskau, den 7. März 1933

Tgb. Nr. A/440

Vermerk

über eine Unterhaltung mit dem Volkskommissar Litwinow am 7. März 1933¹

1. Zu Beginn der Unterhaltung unterrichtete ich Herrn Litwinow gemäß Telegramm Nr. 36² vom 6. März über unsere Antwort an die Englische Regierung betreffend deren Vorschlag einer Zusammenkunft der Regierungschefs bzw. Außenminister in Genf, um einen Ausweg aus der verfahrenen Lage der Abrüstungskonferenz zu finden.

Herr Litwinow dankte für meine Mitteilungen und sprach sich ziemlich pessimistisch über die englische Initiative aus: er glaube nicht, dass eine Besprechung der Außenminister in der Lage sein werde, einen Ausweg zu finden; die Konferenz sei zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Franzosen dächten nicht daran, irgendwelche Konzessionen zu machen, und schützten jetzt die innerpolitische Entwicklung in Deutschland vor. Es bestünde daher eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die Bestrebungen Polens, eine Zwischenlösung zu finden, an Bedeutung gewinnen.

²¹ Der an dieser Stelle stehende Text „gegen ihn“ ist durchgestrichen.

²² „Preisapost“ und „Handelshochschulapost“ Rogowsky“. In: Preußische Zeitung vom 28. Februar 1933, S. 4.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Laut Angaben des „Völkischen Beobachters“ hat die NSDAP am 6. 11. 1932 in Königsberg 62 731 Stimmen erhalten, am 5. 3. 1933 waren es 99 922 Stimmen. Vgl. Völkischer Beobachter vom 7. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 3.

¹ Aufzeichnung Litwinovs über diese Unterredung; vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 64, S. 148–149.

² So im Dokument; richtig: Nr. 31. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 49, S. 101–103.

Herr Litwinow erwiderte auf eine Frage von mir, dass er aller Wahrscheinlichkeit ****nach****³ nicht wieder nach Genf zurückkehren werde. Er fragte dann auch, ob die Presse-Mitteilungen, dass Reichskanzler Hitler oder Vizekanzler von Papen jetzt nach Genf gingen, zutreffen. Ich verneinte dies.

2. Als Herr Litwinow einige Ausführungen über seine Haltung auf der Abrüstungskonferenz machte, ging ich zur Besprechung der deutsch-sowjetischen Beziehungen über unter Bezugnahme auf meine diesbezügliche Unterhaltung mit Herrn Krestinski⁴ und die Besprechungen von Herrn von Neurath mit Herrn Litwinow⁵. Ich wiederholte im Wesentlichen meine Herrn Krestinski gegenüber gemachten Ausführungen, wobei ich besonders hervorhob, dass gerade auch die italienische Regierung Zweifel über die Beständigkeit der Sowjetpolitik gehabt habe, und zwar schon bei der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes und vor den Liebeserklärungen Herriots in der französischen Presse. Ich unterstrich ferner besonders den Hinweis in der „Iswestija“ auf Polen⁶ und den von Herrn Litwinow selbst in seinem Interview mit dem hiesigen französischen Korrespondenten Luciani⁷ hergestellten Zusammenhang zwischen dem sowjetisch-französischen und sowjetisch-polnischen Pakt.

Ferner hob ich hervor, dass alle Besorgnisse der Sowjetregierung über unsere Haltung widerlegt worden seien durch unsere bindenden Erklärungen seitens der verantwortlichen Staatsmänner, zuletzt der des Reichskanzlers Hitler sowie durch die konkreten Verhandlungen in Gestalt der Finanzierung des Überbrückungskredites und der Gewährung langfristiger Kredite.

Herr Litwinow erwiderte mir in längeren Ausführungen: Bei seinem Auftreten auf der Abrüstungskonferenz übersähe man gewöhnlich, dass er gerade die Hauptforderungen Frankreichs: die Unifizierung der Armee, die gegenseitige Hilfeleistung und die Aufrechterhaltung der Luftstreitkräfte abgelehnt habe. Dem Herriot-Plan⁸, der nur eine Erweiterung des Kellogg-Paktes⁹ darstelle, mäßen die Franzosen die geringste Bedeutung bei. Auch diesen Plan habe er nur unter der doppelten Bedingung unterstützt, dass 1) eine objektive Instanz geschaffen werden und 2) der Begriff des Angreifers klargestellt werde. Man könne also nicht sagen, dass er sich die französischen Vorschläge hinsichtlich der Abrüstung in weitem Umfange zu eigen gemacht habe. Wenn Herriot für die Sowjetunion Propaganda mache, so liege für die Sowjetunion kein Grund vor, sie zurückzuweisen.

Die Besorgnisse der Sowjetregierung hinsichtlich der Fortführung der deutschen Russlandpolitik seien doch sehr ernst und sehr begründet gewesen. Herr von Papen sei stets ein entschlossener Feind des Bolschewismus und der Sowjetregierung gewesen; er habe schon früher öffentlich zum Kampf gegen die Sowjetunion aufgerufen. In Lausanne habe er sodann Herriot Vorschläge gemacht, die auf

³ Das Wort ist eingefügt.

⁴ Vgl. Dok. 18.

⁵ Vgl. Dok. 20.

⁶ Vgl. Dok. 18, Anm. 8.

⁷ Vgl. Dok. 18, Anm. 9. Vgl. auch DVP, Bd. XV, Dok. 460, S. 644–648.

⁸ Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

⁹ Auf Initiative der USA und Frankreich am 27. 8. 1928 in Paris unterzeichnete Verpflichtung, Krieg als Werkzeug nationaler Politik zu ächten. Der Vertrag („Briand-Kellogg-Pakt“) trat im Juli 1929 in Kraft und wurde von insgesamt 62 Nationen unterzeichnet. Vgl. Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 253–254.

Kosten der Sowjetunion gegangen seien. Herriot habe gesagt, Papen habe ein Zusammengehen vorgeschlagen zum gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland und in Osteuropa; mit dem letzteren Vorschlag könne nur ein Kampf gegen die Sowjetunion selbst gemeint worden sein¹⁰. Ein Dementi seitens der Deutschen Regierung sei nicht erfolgt.

Ich erwiderte, dass wir diese Behauptungen abgestritten hätten, so oft sie uns begegnet wären. Auch Herr von Neurath habe Herrn Litwinow gesagt¹¹, dass unzutreffende Behauptungen nicht dadurch wahr würden, dass Herr Herriot sie häufiger wiederhole. Übrigens stehe in den Artikeln des „Provençal“ von Herriot auch nichts über einen Vorschlag zum Kampf gegen die Sowjetunion.

Herr Litwinow erwiderte, dass ein öffentliches Pressedementi nicht erfolgt wäre. Die Sowjetregierung habe ihre Nachrichten über die Papen-Herriot-Verhandlungen auch nicht nur von Herriot, sondern auch aus anderen, ganz zuverlässigen Quellen.

Herr Litwinow fuhr sodann fort, dass die Sowjetregierung den Eintritt der Nationalsozialisten in das Kabinett mit größter Zurückhaltung habe betrachten müssen; es sei ja bekannt, dass die nationalsozialistische Partei den Kampf gegen den Bolschewismus auf ihre Fahnen geschrieben habe und bisher auch keinen großen Unterschied zwischen Kommunismus und Sowjetregierung gemacht habe. Auch ihre sonstige außenpolitische Konzeption sei stark gegen die Sowjetregierung gerichtet. Es sei bekannt, dass Reichskanzler Hitler nahe Beziehungen zu ukrainischen Emigranten gehabt habe und dass sein außenpolitischer Berater Rosenberg für den Plan einer Abtrennung der Ukraine von Russland eingenommen sei.

Ich erwiderte, es sei mir nicht bekannt, dass ausgerechnet die Nationalsozialisten mit den Plänen ukrainischer Emigranten sympathisierten; hierauf erwiderte Herr Litwinow, dies stehe außer Frage und sei Sowjetvertretern sogar von Nationalsozialisten selbst gesagt worden.

Herr Litwinow führte dann weiter aus, dass die Sowjetregierung ihre Außenpolitik nicht ändern wolle; insbesondere auch nicht ihre Beziehungen zu Deutschland. Während sie aber früher ein deutsch-französisches Bündnis durch Einwirkung auf die deutsche Seite zu verhindern gesucht habe, würde sie jetzt versuchen, das deutsch-französische Bündnis durch nähere Beziehungen zu Frankreich zu verhindern.

Ich fragte Herrn Litwinow, ob die Sowjetregierung ein deutsch-französisches Bündnis verhindern wolle, indem sie selbst ein Bündnis mit Frankreich schliesse.

Herr Litwinow antwortete mit Nachdruck, dass die Sowjetregierung niemals ein Bündnis mit Frankreich schließen und irgendwie den Versailler Vertrag bestätigen werde; sie würde lediglich ihre Beziehungen zu Frankreich zu entwickeln versuchen.

Ich fragte Herrn Litwinow weiter, ob denn also die Verhinderung eines deutsch-französischen Bündnisses ein Hauptziel der sowjetischen Außenpolitik sei. Herr Litwinow bejahte dies.

Hinsichtlich der Haltung gegenüber Italien erwähnte Herr Litwinow, dass ihn in Genf Baron Aloisi im Auftrage Mussolinis aufgesucht habe, um auch seinen Be-

¹⁰ Vgl. Dok. 18, Anm. 19.

¹¹ Vgl. Dok. 20.

sorgnissen über die französisch-sowjetische Annäherung Ausdruck zu geben. Herr Litwinow habe ihm entsprechende Erklärungen abgegeben und Baron Aloisi sei durch diese offenbar zufrieden gestellt worden.

Herr Litwinow ging sodann auf die Haltung des Reichskanzlers Hitler bzw. des neuen Kabinetts gegenüber der Sowjetregierung ein: zuerst habe sich der Reichskanzler nur in allgemeinen Ausdrücken bewegt und allgemeine Reden gehalten; dann seien jedoch schärfere Angriffe gegenüber der Sowjetregierung und ihren Angehörigen erfolgt. Der Reichskanzler habe in seiner Rede im Rundfunk¹² die Zustände in der Sowjetunion einer lebhaften Kritik unterzogen und den Ausdruck gebraucht bzw. wiederholt: lieber im Gefängnis in Deutschland als frei in der Sowjetunion. Das käme auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion heraus.

Ich erwiderte, dass es sich um eine Besprechung allgemeiner Verhältnisse gehandelt habe ebenso wie Herr Kalinin über Verhältnisse in Deutschland gesprochen habe¹³.

Herr Litwinow wollte diese Parallele nicht wahr haben. Er sagte dann weiter, dass in den letzten Tagen ein rücksichtsloses Vorgehen der Polizei eingesetzt habe. Zunächst habe eine Razzia in der von Sowjetstaatsangehörigen bewohnten Pension in Berlin stattgefunden. Einzelne seien in Haft genommen und erst nach geraumer Zeit freigelassen worden; ebenso sei es der „Iswestija“-Korrespondentin, Frau Keith, ergangen. Dann habe die Polizei in Berlin eine große Reihe von deutschen Staatsangehörigen, die bei Sowjetbehörden, wie Handelsvertretung und Botschaft, oder bei Sowjetinstitutionen wie Derop beschäftigt gewesen seien, verhaftet. Die deutschen Polizeibehörden hätten hierzu zweifellos ein formales Recht, aber wie unfreundlich eine solche Haltung sei, könne ich daraus ersehen, wenn ich mir vorstellte, dass die hiesigen Behörden etwa die Schofföre der Botschaft oder das sonstige Dienstpersonal, soweit sie Sowjetstaatsangehörige seien, verhaften.

Ich erwiderte Herrn Litwinow, dass diese ganzen Vorgänge in Zusammenhang gebracht werden müssten mit den Ereignissen in der vergangenen Woche und der Aufdeckung von kommunistischen Terrorakten wie Reichstagsbrand und sonstigen hochverräterischen Plänen. Die Sowjetpresse begnüge sich zwar, diese Ereignisse als Provokationen von Spitzeln abzutun. Hier warf Herr Litwinow ein, dass auch die ausländische Presse den gleichen Standpunkt einnehme. Ich wies dies mit der Bemerkung zurück, dass die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse diese böswilligen Unterstellungen widerlegen werde. Tatsache sei es jedenfalls, dass auch innerhalb der kommunistischen Partei Neigung zu Terrorakten bestehe und dass zur Zersetzungsarbeit aufgefordert werde. Ich verwies auf das letzte Heft der Zeitschrift „Kommunističeskij International“, in der der Bericht über die Komsomolzen-Tagung im Dezember 1932 wiedergegeben sei¹⁴. Darin sei ausdrücklich ausgeführt, dass die deutsche Gruppe Müller/Neumann, also der bekannte kommunistische Führer *Heinz*¹⁵ Neumann, wegen Befürwortung von

¹² Vgl. Dok. 24, Anm. 1.

¹³ Vgl. Dok. 14, Anm. 3.

¹⁴ „K itogam dekabr'skogo plenuma IKKIM“ (Zu den Ergebnissen des Dezemberplenums des IKKIM). In: Kommunističeskij Internacional, Nr. 4–5 vom 10. Februar 1933, S. 28–34.

¹⁵ Der Name ist korrigiert; ursprünglich: Hans.

terroristischen Akten gemäßregelt worden sei¹⁶. Es sei auch offiziell zum Eintritt der Komsomolzen in bürgerliche Organisationen aufgefordert worden, um dort zu Streiks aufzufordern und Zersetzungsarbeit zu leisten.

Herr Litwinow erwiderte, er habe diese Artikel nicht gelesen; aber jeder Kommunist, der zu Terrorakten auffordert oder sie ausführt, werde aus der Partei ausgeschlossen. Auf einen Streik aber hinzuarbeiten, sei doch **¹⁷ nicht unter Strafe gestellt.

Ich erwiderte, es sei jedenfalls dadurch erwiesen, dass deutsche Kommunisten, die bis vor kurzem anerkannte Vertreter der Generallinie gewesen seien, für den Terrorismus eingetreten seien. Auf jeden Fall aber sei die deutsche öffentliche Meinung durch diese kommunistischen Aktionen in Deutschland in ungeheure Erregung versetzt worden und es sei für die Polizei notwendig gewesen, scharf durchzugreifen. Es sei zu hoffen, dass allmählich eine Beruhigung eintreten werde.

Bei dem Schluss dieses Teils der Unterhaltung wie in ihrem Verlauf erwähnte Herr Litwinow wiederholt den dringenden Wunsch der Sowjetregierung nach einer Ratifizierung des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag; er machte sich hierbei das Argument von Herrn Krestinski zu eigen¹⁸, dass in Frankreich der Präsident den Vertrag ohne Befragung des Parlaments ratifiziert habe, während bei uns eine Ratifizierung immer noch nicht möglich gewesen sei.

Ich verwies Herrn Litwinow auf die Erklärungen, die Herr von Neurath ihm in dieser Beziehung gegeben habe: dass nämlich der Vertrag dem demnächst ja wieder zusammentretenden Reichstag vorgelegt werden würde¹⁹.

3. Ich fragte Herrn Litwinow sodann nach dem Stande der gegenwärtigen sowjet-französischen Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere danach, ob es zutrefte, dass sie dicht vor dem Abschluss stünden und dass auch eine Einigung über die Schuldenregelung auf Grund der Rakowski-Vorschläge²⁰ erzielt sei.

Herr Litwinow erwiderte mir, man sei gar nicht weitergekommen; die Verhandlungen stockten; die Frage der Schuldenregelung sei überhaupt nicht berührt worden. Auch über Kredite sei in der letzten Zeit nicht verhandelt worden, schon allein darum, weil die Sowjetunion gar keine Kredite gebrauchen könne. Ihre Politik gehe vielmehr dahin, ihre Schulden abzufahren und keine neuen aufzunehmen.

4. Ich wies Herrn Litwinow sodann nochmals auf den deutscherseits gewährten Überbrückungskredit hin, der eine freiwillige und sehr erhebliche deutsche Leistung darstelle und auch als ein politischer Akt zu bewerten sei.

Herr Litwinow meinte, dass dies auch in Moskau anerkannt würde und positiv bewertet worden sei. Es sei sehr erfreulich gewesen, dass bei all den schlim-

¹⁶ Kurt Müller und Heinz Neumann hatten versucht, ihre linksradikale Position in der KPD durchzusetzen. Müller wurde im Dezember 1932 seiner Funktionen in der Kommunistischen Jugendinternationale enthoben und als Arbeiter ins Autowerk nach Gor'kij geschickt, Neumann war schon im Oktober 1932 auf einer Parteikonferenz der KPD degradiert und als Komintern-Delegierter nach Spanien geschickt worden.

¹⁷ Das an dieser Stelle stehende Wort „aber“ ist gestrichen.

¹⁸ Vgl. Dok. 14.

¹⁹ Vgl. Dok. 20.

²⁰ Gemeint sind die im Verlauf der Verhandlungen in den Jahren 1926/1927 von dem Bevollmächtigten Vertreters in Frankreich Rakovskij gemachten Vorschläge über die Regelung der Schulden des Zarenreiches; vgl. DVP, Bd. X, Dok. 69, S. 219.

men Nachrichten hin und wieder auch erfreuliche Nachrichten zu verzeichnen gewesen wären²¹.

gez. von Dirksen

Das erste Blatt oben enthält den Vermerk: Doppel; unten: A9. Das letzte Blatt unten trägt den Vermerk: Hiermit Herrn Legationsrat Hilger zur gefl. Kenntnis. Z. d. A. sowie die Paraphe von Hilger.

PA AA, Moskau 207, Bl. 425248–425257.

Nr. 31

Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das NKID

7. März 1933

Ich erklärte Neurath in Ergänzung zu meinem Protest, den ich ihm persönlich am 3. März in unserer Botschaft¹ vorgetragen habe, dass ich auch heute ihm das Nachfolgende vorzutragen habe:

„Mich führt zu Ihnen, Herr Reichsminister, die Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler am 2. März d. J. im Berliner Sportpalast, die unerhört scharfe Angriffe gegen mein Land enthielt.

Herr Reichskanzler hielt es für möglich, das soziale und politische System und den Zustand der UdSSR in einer solchen vernichtenden und verletzenden Weise zu charakterisieren, die mit den zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich bestehenden Beziehungen nicht in Einklang gebracht werden kann.

Ich erhebe im Auftrage meiner Regierung Protest gegen die Angriffe des deutschen Reichskanzlers in Bezug auf die inneren Angelegenheiten und den Zustand meines Landes“².

²¹ In seinem Politischen Bericht vom 11. 3. 1933 (vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 73, S. 138–143) ergänzte von Dirksen seine Berichterstattung. Dort heißt es (S. 142): „... Die Ausführungen des Volkskommissars Litwinow, die eine Bestätigung für die von mir in den letzten Wochen bereits wiederholt berichtete Einstellung der hiesigen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland bilden (vgl. Bericht Tgb. Nr. A 334 vom 20. Februar und Bericht Nr. A 438 vom 6. März 1933), lassen sich in folgende drei Punkte zusammenfassen: 1) Die Sowjetregierung will ihre Politik nicht umorientieren und die Beziehungen zu Deutschland nicht erkalten lassen. 2) Die Sowjetregierung ist besorgt über die Haltung und Entwicklung der deutschen Politik; sie fürchtet, dass diese sich von der Sowjetregierung abwenden und vielleicht Frankreich zuwenden würde. 3) Die Sowjetregierung will aus diesen Erwägungen heraus ihr Verhältnis zu Frankreich in positivem Sinne entwickeln. Hinsichtlich des Tempos dieser Entwicklung kann ich die Ausführungen meines Berichts Tgb. Nr. A 438 vom 6. März wiederholen: „entsprechend der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen werden die sowjetisch-französischen Beziehungen sich gestalten; je mehr Abkühlung gegenüber Deutschland, umso mehr Neigung zum Entgegenkommen gegenüber Frankreich“.

¹ Vgl. Dok. 26.

² Laut Anmerkung in DVP ist die zitierte Version des Protestes mit dem Text in deutscher Sprache, der von Neurath ausgehändigt wurde, überprüft worden. In dem in der ADAP veröffentlichten Text ist jedoch der zweite Satz verstümmelt wiedergegeben. Er lautet wie folgt: „Herr Reichskanzler hielt es für möglich, das wirtschaftliche, soziale und politische System und den Zustand der UdSSR in einer solch herabsetzenden und verletzenden Weise zu charakterisieren.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 55, Anlage, S. 119.

Dies habe ich ihm vorgetragen und in schriftlicher Form hinterlassen. Ich fügte hinzu, dass die Öffentlichkeit der UdSSR empört ist, und die Öffentlichkeit Deutschlands sehe in der Rede Hitlers seine Einstellung zur UdSSR. Alles dies stehe nicht im Einklang mit jenen Versicherungen Neuraths, die er gegenüber unserem Volkskommissar Litvinov und mir abgegeben habe³. Neurath antwortete, dass er auf dem Tisch die Rede Hitlers habe und er sehe, dass es dort unfreundliche Angriffe gegen das System⁴ gibt, doch Hitler habe dies nicht vorsätzlich getan, er habe improvisiert gesprochen, und dies sei ihm als Parteiredner entfahren, er habe im voraus keine Rede verfasst. Gestern, so die Worte Neuraths, habe er lange mit Hitler gesprochen, der erneut bekräftigte, dass er nicht daran denke, die Politik gegenüber der UdSSR zu verändern, indem er meint, dass sie sowohl wirtschaftlich als auch politisch freundschaftlich sein sollte, und Hitler mich in den nächsten Tagen einladen werde⁵, um mir diese Erklärung zu geben, außerdem werde er in seiner ersten Rede vor dem Reichstag⁶ eine ebensolche Erklärung abgeben, um diesem Fakt eine größere Bedeutung zu verleihen. Neurath hat mit Hindenburg⁷ gesprochen, der ebenfalls eine freundschaftliche Politik gegenüber der UdSSR befürworte.

Neurath wandte sich mit zwei Bitten an mich:

1. Nach der öffentlichen Erklärung Hitlers möge man ebenfalls in Moskau in irgendeiner Form das freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland bekräftigen. Ich erklärte Neurath, dass es dafür überhaupt keinerlei Veranlassung gäbe, wir brauchen keine Fehler zu korrigieren.

2. Er bat darum, den Protest nicht in den Zeitungen hier und in Moskau zu veröffentlichen, weil Neurath mit der Schaffung eines günstigen Umfeldes beschäftigt sei, eine Veröffentlichung könne jedoch seinen Bemühungen abträglich sein⁸. Ich antwortete, dass ich seine Bitten meiner Regierung zur Kenntnis bringen werde, die auch diese Angelegenheit entscheiden wird, und dass ich ihm nichts zusichern könne. Neurath entgegnete: Ich bitte, meine Anliegen Litvinov vorzutragen, und ich hoffe, dass er mir entgegenkommen wird⁹.

Chinčuk

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 65, S. 149–150¹⁰.

³ Vgl. Dok. 9, 20.

⁴ Von Neurath notierte seine Reaktion auf den von Chinčuk vorgetragenen Protest wie folgt: „Ich erwiderte dem Botschafter, dass ich aus dem Wortlaut der mir im Text des Wolff-Büros vorliegenden Rede keine Berechtigung zu einem Protest der russischen Regierung ableiten könne.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 55, S. 118.

⁵ Hitler empfing Chinčuk am 28. 4. 1933; vgl. Dok. 79.

⁶ Hitler hielt die erste Rede vor dem neuen Reichstag am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁷ Am 6. 3. 1933 empfing von Hindenburg von Neurath zum Vortrag über die internationale Lage. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 7. März 1933, S. 1.

⁸ Von Neurath gab diesen Teil des Gesprächs folgendermaßen wieder: „Unter diesen Umständen könnte ich der russischen Regierung nur dringend raten, von einer Veröffentlichung des von ihm bei mir unternommenen Schrittes abzusehen. Eine solche Veröffentlichung würde nur geeignet sein, einen Protest unsererseits hervorzurufen, was sicher nicht zur Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen beitragen würde.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 55, S. 118.

⁹ Vgl. „Protest polpreda SSSR tov. Chinčuka protiv antisovetskich vypadov Gitlera“ (Protest des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR Gen. Chinčuk gegen die antisowjetischen Ausfälle Hitlers). In: Pravda vom 9. März 1933, S. 1.

¹⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende.

Nr. 32

Vorlage des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an das
Kollegium des NKIDGanz geheimVORLAGE

2. Westabteilung

Nr. 16228

10. März 1933

AN DAS

KOLLEGIUM DES NKID

Die 2. Westabteilung erachtet es als erforderlich, die Aufmerksamkeit des Kollegiums auf zwei Fragen unserer Beziehungen zu Deutschland zu lenken und erbitet Weisungen zu diesen Fragen.

Seitdem die Nationalsozialisten an die Macht gelangten, hat es eine Reihe von Repressalien gegen sowjetische Bürger und zum Teil gegen Einrichtungen in Deutschland gegeben. Außerdem gab es in der Presse zahlreiche antisowjetische Ausfälle. Diese Fakten sind dem Kollegium bekannt (die Verhaftung von Gen. Kajt¹, die Haussuchung bei Gen. Gartman², der Überfall auf die sowjetische Schule in Berlin³, die Durchsuchung von Personen, die die sowjetische Pension betreten⁴, die Verhaftung von deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung, die Haussuchungen in der Derop⁵, Verhaftungen von sowjetischen Bürgern, die in wirtschaftlichen Einrichtungen arbeiten oder aus der UdSSR in die Provinzstädte entsandt worden sind, das Vertriebsverbot für die Zeitschrift der Handelsvertretung⁶). Die bevorstehende Schließung der sowjetischen Schule in Berlin stellt die letzte dieser Art Maßnahmen dar⁷. Alle diese Maßnahmen sind durchaus nicht allein auf den Wahlkampf zurückzuführen, denn sie wird es auch in Zukunft geben⁸. Obgleich es seitens des Auswärtigen Amtes zweifellos zurückhaltende Tendenzen gibt, ist dennoch damit zu rechnen, dass seitens der nationalsozialistischen Organisationen und der Polizei Handlungen möglich sein könnten, die der Linie des Auswärtigen Amtes zuwiderlaufen. Die 2. Westabteilung ist der Auffassung, wenn die sowjetische Seite nicht auf alle oben aufgezählten Fakten reagieren wird, könnte dies in Deutschland sowohl als ein

¹ Am 28. 2. 1933.

² Am 4. 3. 1933.

³ Am Abend des 28. 2. 1933 drang eine SA-Staffel in die Schule ein und durchsuchte die Räume.

⁴ Am 28. 2. und 4. 3. 1933.

⁵ Am 28. 2. in Berlin, am 1. 3. in Düsseldorf, am 4. 3. in Cottbus, am 8. 3. 1933 in Dresden.

⁶ Sowjetwirtschaft und Außenhandel. Halbmonatsschrift der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, 12. Jg., Berlin 1933.

⁷ Die Schulinspektion teilte mit, dass aufgrund einer Verfügung des preußischen Volksbildungsministeriums vom 7. 2. 1933 „die Genehmigung für den Betrieb der sowjetischen Schule in Berlin zeitweilig ausgesetzt ist“. Die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR in Deutschland führte in ihrem Protest an das AA aus, dass es sich „allem Anschein nach um ein Missverständnis handelt“. Vgl. Svodka materialov otnositel'no arestov i obyskov i zatrudnenij, činimych sovetskim organizacijam i učreždenijam v Germanii, 20. 3. 1933 (Materialsammlung bezüglich der Verhaftungen und Haussuchungen und Behinderungen, denen sowjetische Organisationen und Einrichtungen in Deutschland unterzogen wurden). In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 130.

⁸ Vgl. ebd., l. 131–127.

Zeichen von Schwäche als auch zur Aufmunterung zu weiteren Exzessen gewertet werden. Angesichts dessen würde es die 2. Westabteilung bereits jetzt für zweckdienlich erachten, einige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und zwar:

a) Die deutsche Schule in Moskau ist durch MO[NO] einer Revision zu unterziehen. Das weitere Schicksal dieser Schule ist von dem Schicksal unserer Schule in Berlin abhängig zu machen;

b) Falls die Verhaftungen von deutschen Bürgern, die Angestellte der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung sind, zur Regel werden sollte, so ist es unerlässlich, die gleichen Maßnahmen gegenüber sowjetischen Bürgern zu ergreifen, die in der Deutschen Botschaft oder in den Konsulaten beschäftigt sind;

c) Im Falle einer Wiederholung von Haussuchungen und der Überprüfung der Dokumente von Personen, die sowjetische Einrichtungen oder Wohnheime betreten, sind die gleichen Methoden gegenüber den Wohnheimen des Deutschen Botschaft in dem Kalašnyj pereulok⁹ und den Konsulaten anzuwenden;

d) Es gibt allen Grund, von weiteren Verhaftungen von sowjetischen Bürgern auszugehen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass das Auswärtige Amt der Bevollmächtigten Vertretung eine Liste mit 47 Haftsachen ausgehändigt hat, die zu einem bedeutenden Teil eine Verletzung des Abkommens¹⁰ darstellten, was als eine gewisse Warnung angesehen werden kann. Wenn in Deutschland Verhaftungen von sowjetischen Bürgern vorgenommen werden, ist gegenüber den Angestellten der deutschen Konzessionen das gleiche Verfahren als Gegenmaßnahme anzuwenden;

e) Falls in Deutschland der Vertrieb der **„Moskau Rundschau“**¹¹ verboten werden sollte, so ist die Zustellung der von Hugenberg (Scherl Verlag) herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften in die Sowjetunion zu verbieten;

f) Falls gegen sowjetische Organisationen, und insbesondere gegen die Derop, ernste Repressalien angewandt werden sollten, ist es erforderlich, gegenüber der Konzession Drusag¹² als äußerste Maßnahme Gegenrepressalien zu ergreifen.

2. Die Abteilung erbittet Weisungen hinsichtlich der weiteren Taktik für die Verhandlungen mit Dirksen zu den von der deutschen Seite aufgeworfenen Fragen. Dabei ist die Erklärung zu berücksichtigen, die Dirksen am 10. II. 33¹³ gegen-

⁹ In dem Haus Kalašnyj pereulok Nr. 6 wohnten in den 30er Jahren Mitglieder der Deutschen Botschaft.

¹⁰ Vgl. Dok. 27, Anm. 9.

¹¹ So im Dokument. Die „Moskauer Rundschau“ war eine in Moskau herausgegebene Wochenzeitung in deutscher Sprache, die vorwiegend für den Vertrieb in Deutschland und Österreich bestimmt war. Vgl. Dok. 320.

¹² Drusag = Deutsch-russische Saatbau-Aktiengesellschaft. Sie wurde auf der Grundlage des zwischen dem Volkskommissariat für Landwirtschaft der RSFSR und der Deutschen Saatbau-Gesellschaft geschlossenen Konzessionsvertrages vom 24. 10. 1922 eingerichtet, abgelöst von einem Vertrag vom 21. 9. 1927. Die Laufzeit des Vertrages war bis zum 1. 12. 1954 festgelegt. Das der Drusag zugeteilte Land mit einer Gesamtfläche von 6716 Desjatinen (7337 ha) lag im Nordkaukasus in der Nähe von Russlanddeutschen bewohnter Siedlungen, die auch das Gros der Arbeitskräfte der Aktiengesellschaft stellten.

¹³ So im Dokument; richtig: am 10. III. 33. Es handelte sich um die Reaktion von Dirksens auf die Ablehnung der sowjetischen Seite, die Frage der Überweisung von Finanzmitteln ins Ausland zu entscheiden, die Bürger Deutschlands im Verlaufe vieler Jahre durch den Verkauf ihrer Mobiliën in der UdSSR erworben haben. Laut der Aufzeichnung von Stern erklärte von Dirksen, dass die Erfüllung des bilateralen Abkommens über Niederlassung nicht durch Entscheidungen dieser

über Gen. Štern abgegeben hat (Artikel 5 des Abkommens über Niederlassung). Die Aufzeichnung des Gesprächs des Gen. Štern mit Dirksen ist an die Kollegiumsmitglieder verschickt worden¹⁴.

Die Fragen gehen auf Anweisung von Gen. Krestinskij zurück.

Es ergeht die Bitte, zur Sitzung des Kollegiums¹⁵ die 2. Westabteilung zu laden; zur zweiten Frage die Rechts- und die Wirtschaftsabteilung.

LEIT[ER] DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. 4 [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], 1 [Expl.] an Gen. Divil'kovskij,
1 zur Akte Nr. . .

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 104–103. Kopie.

Nr. 33

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Expl. Nr. 1

Nr. 290

12. März 1933

An den

Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

wir notieren sorgfältig alle Zwischenfälle, die im Zusammenhang mit unseren sowjetischen Organisationen und einzelnen sowjetischen Bürgern stehen, so dass Sie über alle diesbezüglichen Ereignisse auf dem Laufenden sind. Wir reagieren unverzüglich auf jedes derartige Vorkommnis, indem wir uns an das Auswärtige Amt, das Polizeipräsidium und das Polizeirevier¹ wenden. Zugleich halten wir dies in einer Note fest (Sie erhalten die Noten). Wir sind selbstverständlich auch zukünftig nicht vor Exzessen sicher, doch wir werden weiterhin so wie bislang

oder jener sowjetischer Behörden geregelt werden kann. Dazu stellte von Dirksen fest: „Ihre Behörden verhaften unbesehen unsere Bürger, ohne darüber die Konsulate zu informieren; sie verwandeln zudem deutsche Bürger in sowjetische; nunmehr lehnen Sie es ab, auch den Artikel 5 des Abkommens zu erfüllen; dann muss man einfach konstatieren, dass das Abkommen über Niederlassung nicht existent ist.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 112.

¹⁴ Ebd., l. 116–111.

¹⁵ Auf der Sitzung des Kollegiums des NKID am 11. 3. 1933 wurden folgende Entscheidungen getroffen: „a) Die Fragestellung über Repressalien gegenüber deutschen Staatsbürgern und Einrichtungen in der UdSSR ist als verfrüht anzusehen. b) Auf die Demarche des deutschen Botschafters bezüglich der Erfüllung des Artikels 5 des Abkommens über Niederlassung ist zu antworten (falls eine erneute Anfrage von Dirksens erfolgen sollte), dass das NKID keine anderen Möglichkeiten hat, auf diese Frage irgendeinen Einfluss zu nehmen, als durch Prüfung durch die Regierung, wofür der derzeitige Moment als denkbar ungünstig anzusehen ist. Es ist zu erklären, dass die Frage, falls die Botschaft dies wünscht, der Regierung unterbreitet wird, doch einen Erfolg erhoffen wir uns nicht.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 11–11R.

¹ Alle drei Institutionen sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

verfahren. Heute Nacht ist ein SA-Trupp in die Wohnung von Enko eingedrungen und hat eine Haussuchung durchgeführt. Enko und seine Frau haben sie nicht angerührt. Bei Trettler wurde ebenfalls eine Durchsuchung vorgenommen, doch die Polizei verhielt sich bereits korrekt und es wurde niemand verhaftet. Bezüglich der Derop haben wir eine Note abgefasst, in der wir sämtliche zu diesem Zeitpunkt bekannte Fakten zusammengetragen haben.

Ich bin bestrebt, eine ruhige Atmosphäre zu schaffen, und ich bekämpfe jegliche Anzeichen von panischen Zuständen unter den sowjetischen Mitarbeitern. Ich hoffe, dass mir das gelingt, zumal es uns bislang gelungen ist, alle gegen die sowjetischen Institutionen und sowjetischen Staatsbürger gerichteten Angriffe abzuwehren.

Gestern Nacht hat Hitler eine langweilige, fade und hysterische Rede gehalten, doch auf die UdSSR ist er nicht mehr eingegangen².

Aus anderen Schreiben wissen Sie, dass die Nazis einige Konzentrationshäuser sowohl hier in Berlin als auch in anderen Städten eingerichtet haben³. Die Nazis bringen die von ihnen Verhafteten zuerst in diese Häuser, wo sie sie brutal verprügeln. Auf den Straßen stößt man auf Leichen von jungen Leuten. In der Bevölkerung herrschen Angst und Feigheit. Doch die Arbeiter, insbesondere die kommunistischen, haben sich von ihrem ersten Schrecken erholt und fangen an, aktiv aufzutreten, wenn auch noch in bescheidenen Ausmaßen. In Köln haben 500 Arbeiter demonstriert⁴.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1123 vom 15. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 [Expl.] an N. N. Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 83–83R. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 74, S. 162⁵.

² Hitler hielt am 11. März in den Berliner Ausstellungshallen am Funkturm im Zusammenhang mit den am 12. 3. 1933 stattfindenden Kommunalwahlen in Preußen eine Rede. Vgl. Völkischer Beobachter vom 13. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

³ Wegen der großen Anzahl von Verhafteten und der Überfüllung der Gefängnisse nutzten die Polizei und die SA zeitweilig Unterkünfte (Keller, Pavillons, ehemalige Kasernen), sogenannte wilde KZ, zur Unterbringung der Verhafteten.

⁴ Eine Bestätigung dieser Information konnte nicht ermittelt werden.

⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 34

Beschlussvorlage des Stellv. Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Tuchačevskij und des Stellv. Volkskommissars für Schwerindustrie Žukov für den Vorsitzenden der Kommission für Verteidigung Molotov

Expl. Nr. 4

GANZ GEHEIM[13. März 1933]¹

An den

VORSITZENDEN DER KOMMISSION FÜR VERTEIDIGUNG²

Gen. MOLOTOV

Die Kommission für Verteidigung hat mit ihrem Beschluss vom 14. November 1932 das NKVM und das NKTP beauftragt, mit den deutschen Firmen SIEMENS, TELEFUNKEN und FERNSEH Verhandlungen über den Kauf von Modellen der neuesten Erfindungen auf den Gebieten der Television³, der Telemechanik und des Funkwesens zu führen.

Hiermit melden wir, dass die Verhandlungen mit den genannten Firmen abgeschlossen worden sind und sich die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des Kaufs folgender Muster ergeben hat:

1. Bei der Firma „FERNSEH“ eine Televisionsanlage für Flugzeuge.

Lieferfrist: 12 Monate.

Preis: 145 400 Rubel⁴.

2. 6 Duplex-Funkanlagen auf einer Frequenz für die Ausrüstung der Bomben-, Schlacht- und Aufklärungsflugzeuge.

Preis der 6 Sätze: 36 800 Rubel.

Lieferfrist: 6 Monate.

3. 6 Duplex-Funkanlagen auf einer Frequenz für die Ausrüstung der Jagdflieger.

Lieferfrist: 6 Monate.

Preis der 6 Geräte: 20 600 Rubel.

4. 10 Instrumentensätze für die Führung von Flugzeugen.

Lieferfrist: 9 Monate.

Preis der 10 Sätze: 26 000 Rubel.

5. 2 Duplex-Flugplatzfunkanlagen auf einer Frequenz.

Preis der 2 Geräte: 18 200 Rubel.

Lieferfrist: 6 Monate.

6. Der Kauf von Details und Halbfabrikaten zwecks Herstellung durch unsere Industrie: für 40 000 Rubel.

Gesamtsumme: 287 000 Rubel.

¹ Die Datierung erfolgt nach der Ausgangs-Nr. 4047/ss/0 vom 13. 3. 1933.

² Die Kommission für Verteidigung beim SNK der UdSSR (Dezember 1930–April 1937), dessen Vorsitzender Molotov war, befasste sich mit der Prüfung zur Einführung von neuer Militärtechnik in den Streitkräften und bereitete die Beschlüsse für deren Ankauf im Ausland auf der Grundlage der von den Fach-Volkskommissariaten gestellten Anträge vor.

³ So im Dokument; 1933 befand sich das elektronische Fernsehen in Deutschland im Laboratorium. Vermutlich handelt es sich dabei um Weitsichtgeräte.

⁴ In diesem und allen anderen Fällen ist, wenn von Rubel die Rede ist, der Goldrubel gemeint, der die Währungseinheit im internationalen Zahlungsverkehr war.

Kein einziges dieser Modelle gibt es bei uns im Land und die gekauften Muster können schnell produziert werden und damit verkürzen wir die Fristen für die Ausrüstung unserer Luftflotte mit den modernsten Gerätetypen.

Deshalb erbitten wir die Bereitstellung von 287 000 Rubel für den Ankauf dieser Modelle.

ANLAGE: Beschlussentwurf.

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER
DES RVS der UdSSR und des NKVM

TUCHAČEVSKIJ

STELLVERTRETENDER VOLKSKOMMISSAR
FÜR SCHWERINDUSTRIE

ŽUKOV⁵

Richtig: Gehilfe des Chefs der 1. Abteilung
der Verwaltung von NKVM und RVS
28. März 1933

[Unterschrift nicht lesbar]

[Anlage]
Entwurf

BESCHLUSS DER KOMMISSION FÜR VERTEIDIGUNG.

„Über den Ankauf von Funkanlagen- und Televisionsgerätenmustern
in Deutschland für die Ausrüstung der Luftflotte“.

1. Das NKVM und das NKTP sind zu verpflichten, in Deutschland die modernsten Typen von Funkanlagen für die Ausrüstung der Luftflotte zu bestellen, und zwar:

- a) eine Televisionsanlage,
- b) 6 Duplex-Funkanlagen für die Ausrüstung der Bomben-, Schlacht- und Aufklärungsflugzeuge,
- c) 6 Duplex-Funkanlagen für Jagdflieger,
- d) 10 Instrumentensätze für die Führung von Flugzeugen,
- e) 2 Duplex-Flugplatzfunkanlagen,
- f) ein Satz von Geräten und Materialien für die Herstellung von Televisionsanlagen für 40 000 Rubel.

2. Das NKVM und das NKTP haben die Aufträge unter dem Gesichtspunkt zu erteilen, damit die Massenproduktion der gekauften Modelle in unseren Werken 1934 aufgenommen werden kann.

3. Das NKVT ist zu verpflichten, für diese Zwecke 287 000 Rubel in Invaluta zu bewilligen.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 1 Expl.

RGVA, f. 4, op. 14, d. 960, l. 2–4. Beglaubigte Kopie⁶.

⁵ Die Kopie enthält ferner der Vermerk von Žukov: „Es ist nötig, Rücksprache zu halten und Aufkäufe unter Beteiligung der Industrie zu tätigen.“ Darunter befindet sich der Geschäftsvermerk: „Auf dem Original ist die Unterschrift des Gen. Vorošilov.“

⁶ Das Original des Dokuments ist auf Kopfbogen des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten geschrieben.

Nr. 35

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**Geheim
Expl. Nr. 5TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG DIRKSENS am 16. MÄRZ 1933

D[irksen] teilte mit, indem er auf die Unterredung mit Gen. Krestinskij bezüglich des Gesprächs Görings mit François-Poncet¹ Bezug nahm, dass Berlin kategorisch den Fakt eines Gesprächs leugnet². Was die Meldung über Gespräche Rosenbergs mit den Italienern betrifft, so hat D. in dieser Sache in Berlin nicht einmal nachgefragt, da er fürchtete, dass er ausgelacht werden könnte. D. äußerte seine Verwunderung, dass es die „Pravda“ für erforderlich erachtete, diese unbestätigten Meldungen, die zudem aus einer derartig zweifelhaften Quelle wie die Agentur ATE³ stammt, die an die Zweite Abteilung des polnischen Generalstabes⁴ gekoppelt ist, zu kommentieren⁵.

Nachdem ich D. für die Mitteilung gedankt habe, sagte ich, dass wir den Zeitungsmeldungen nicht immer eine ernsthafte Bedeutung beimessen, insbesondere dann nicht, wenn sie solchen Quellen wie der ATE entspringen. In diesem Fall allerdings hat unsere Presse diese Meldungen deshalb mit Aufmerksamkeit bedacht, weil sie ganz und gar den uns gut bekannten Ideen und Plänen der Nationalsozialisten, und insbesondere denen von Herrn Rosenberg, entsprechen. Es ist bei uns nicht üblich, unseren Zeitungen über unsere diplomatischen Unterredungen Mitteilung zu machen, und deshalb wird unser Gespräch wohl kaum der „Pravda“ und anderen Zeitungsorganen bekannt werden. Deshalb werden sie auch weiterhin auf diese Informationen zurückgreifen, da sie das Fehlen eines offiziellen De-

¹ Von Dirksen interessierte sich in der Unterredung mit Krestinskij am 13. 3. 1933 dafür, ob das NKID in dieser Frage irgendwelche anderen als die Zeitungsinformationen besitze. Er bezog sich dabei auf die am Vortag in der sowjetischen Presse veröffentlichte Meldung über das Gespräch Görings mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet. Krestinskij antwortete verneinend. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 65.

² Laut der von Anhängern Strassers herausgegebenen Zeitung „Der schwarze Sender“ suchte Göring am 13. 2. 1933 François-Poncet auf und schlug ihm die Hilfe Deutschlands bei der Abtrennung der Ukraine von der Sowjetunion für den Fall vor, wenn Frankreich seinerseits Deutschland in der Frage des Polnischen Korridors unterstütze. Vgl. „Popytki Geringa skolotit’ antisovetskij front. Klouny v roli diplomatov“ (Görings Versuche, eine antisowjetische Front zusammenzuzimmern. Clowns in der Rolle von Diplomaten). In: Pravda vom 12. März 1933, S. 1. Eine Bestätigung für diese Information konnte nicht ermittelt werden. Nach Angaben des italienischen Botschafters in Berlin Cerruti fand das erste Gespräch Görings mit François-Poncet im März 1933 statt. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani, 7. Serie (1922–1935), Bd. XIII, Roma 1989, Dok. 304, S. 328. Die veröffentlichten französischen Dokumente (Documents diplomatiques français 1932–1939, 1. Serie (1932–1935), Bd. II/III, Paris 1966–1967) enthalten keine Information über einen Besuch Görings in der Botschaft Frankreichs im Februar/März 1933.

³ Agencja Telegraficzna „Express“, gegründet 1925.

⁴ Zum Aufgabenbereich der 2. Abteilung des Generalstabes Polens gehörten die Spionage und Spionageabwehr.

⁵ „Rosenberg ob otnošenijach k SSSR“ (Rosenberg über die Beziehungen zur UdSSR). In: Pravda vom 13. März 1933, S. 1.

mentis als eine indirekte Bestätigung auffassen. Mir scheint, dass bei solchen Fällen eine offizielle Zurückweisung das beste Mittel ist. Da es diese bislang nicht gibt, wird unsere Öffentlichkeit fortfahren, den Zeitungsmeldungen zu glauben⁶.

Dieser Glaube wird auch durch die eintreffenden Meldungen über den Umgang der Nazis mit unseren Bürgern in Deutschland genährt. Nicht alle Vorfälle gelangen in die Presse, weil es derer zu viele sind, und wir erhalten fast tagtäglich davon Kenntnis. Wir fragen uns, ob die deutsche Regierung wirklich ****machtlos****⁷ ist, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten, oder ob sie dies nicht zu tun wünscht. Unsere Wirtschaftsfachleute fragen sich, ob sie überhaupt weiterhin nach Deutschland oder durch Deutschland fahren können. D. sollte sich selbst die Bedeutung derartiger Stimmungen vergegenwärtigen, und ich hoffe, dass er die Aufmerksamkeit seiner Regierung darauf lenken wird.

Danach informierte ich D. über Stimmungen im Baltikum, insbesondere in Lettland. Dort herrsche eine panische Furcht vor dem Hitlerismus. Diese Angst resultiert zum Teil aus den Verbindungen der Hitlerleute mit den deutschen Baronen, darunter mit Rosenberg. D. dürfte wahrscheinlich bekannt sein, welches Ansehen diese Barone im Baltikum genießen. Die neue Gründung der Kleinen Entente⁸ und die verantwortungslose Rede Lindhagens gaben dem Gedanken zur Schaffung eines baltischen Blocks des Baltikums, wenn nicht mit Skandinavien, so zumindest mit Polen und der Kleinen Entente, einen Anstoß. Alle früheren Pläne ähnlicher Kombination tauchen erneut auf, selbst in so einem Land wie Finnland. Die Parteien und Politiker ****wie die S[ozial]-D[emokraten]****⁹, die sich bis jetzt entschieden gegen Blöcke mit Polen ausgesprochen haben, präsentieren sich jetzt als eifrige Blockverfechter. Ich nehme an, dass sich die deutsche Regierung der Bedeutung dieser Bewegung bewusst ist.

Dirksen fragte: 1) Ob zu uns eine französische Militärmission oder nur ein Militärattaché kommen wird. Ich antwortete, dass es keinerlei Militärmission geben wird, sondern ernannt werden [lediglich] der Attaché und der Gehilfe. 2) Ob die Gerüchte darüber glaubhaft sind, dass England im Verlauf der Handelsverhandlungen die Lösung in der Schuldenfrage¹⁰ und über die Lena Goldfield¹¹ gefordert habe und ob England im Zusammenhang mit der Verhaftung von Engländern¹² gegenwärtig mit dem Abbruch der Beziehungen drohe. Ich verneinte.

LITVINOV

⁶ Vgl. Bericht von Dirksens über diese Unterredung vom 21. 3. 1933 an das AA. In: PA AA, Moskau 207, Bl. 425298–425300.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „entschieden“ geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 20, Anm. 9.

⁹ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Nach Einschätzung des Foreign Office wurde zu Beginn November 1923 die Gesamtsumme der Finanzansprüche Großbritanniens gegenüber Sowjet-Russlands mit ungefähr 250 Mio. Pfund Sterling bewertet.

¹¹ 1930 entstand zwischen der englischen Gesellschaft „Lena Goldfield“, die sich vor allem mit der Goldförderung auf dem Territorium der UdSSR von Jakutien bis zum Ural beschäftigte, und den sowjetischen Organen ein Konflikt, der zur Einstellung der Tätigkeit des Konzessionsunternehmens führte. Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung des 30jährigen Vertrages wurden die Finanzansprüche der „Lena Goldfield“ an die UdSSR durch ein Urteil des Schiedsgerichtes auf 13 Mio. Pfund Sterling festgesetzt. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok 72, S. 160.

¹² Vgl. Dok. 41, Anm. 2.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], an Gen. Lev[in]. 20. III. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 547 vom 19. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, [die Expl.] 2–4 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 5. [Expl.] an Gen. Štern, das 6. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 70–69. Kopie.

Nr. 36

Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Berlin, 16. März 1933

Über Reichsminister an Abteilung IV.

Der Russische Botschafter besuchte mich heute Abend und brachte an der Hand der anliegenden Aufzeichnung¹ die vielen Fälle einer Behinderung des Derop-Vertriebes, ferner der Festnahme und Behinderung der russischen Abnahmebeamten und schließlich die Verhinderung von Kunstauktionen² zur Sprache. Die Derop-Frage bewegte ihn offenbar am meisten. Die Schädigung sei hier außerordentlich groß, das Publikum fürchte sich, russisches Öl zu kaufen. Die Abschlüsse mit den Städten würden nicht erneuert, zum Teil aus dem Grunde, weil neue Bürgermeister eingesetzt seien. Er frage mich, was wir in der Sache tun könnten.

Ich sagte dem Botschafter, wir würden uns, wie bisher, alle Mühe geben, die Handelsbeziehungen wieder normal zu gestalten. Der Herr Reichsminister habe auch wegen der Öl-Angelegenheit mit Reichsminister Hugenberg gesprochen.

Der Botschafter war ungemein verständig und ging über alle sonstigen Ausschreitungen gegen russische Staatsangehörige mit einer Handbewegung hinweg, und gab auch zu verstehen, dass die 744 M, die einem Abnahmebeamten in Düsseldorf fortgenommen worden waren, für ihn keine Rolle spielten. Auf die Frage der Beflaggung des Gebäudes der Handelsvertretung in der Lindenstraße mit der Hakenkreuzflagge kam er nicht zu sprechen.

Es scheint mir angezeigt, dass wir entweder selbst mit Einwilligung des Wirtschaftsministeriums oder dass das Wirtschaftsministerium auf unsere Veranlassung den Landesregierungen wegen der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Ölvertriebes schreibt, und auch den Bürgermeistern, wie das früher geschehen ist, die Abnahme von russischem Öl unter Darlegung der Gründe empfiehlt. Ferner, dass wir die Landesregierungen bitten, die Polizeiverwaltungen auf die Aufgabe und wirtschaftliche Bedeutung der Abnahmebeamten hinweisen, deren Ausfallen eine sehr erhebliche Behinderung unserer Ausfuhr nach Russland darstellen würde. Die Frage, inwieweit es notwendig war, die Kunstversteigerungen in diesen Zeiten im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu verbieten, habe ich auch dem Botschafter gegenüber offen gelassen. Es sollte aber m.E.

¹ Liegt nicht vor.

² Vgl. Dok. 56.

möglich sein, die Wiederaufnahme der Auktionen in naher Zukunft wieder zuzulassen.

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt unten: ab 16/3.

PA AA, R 29453, Bl. E 189414–189415.

Nr. 37

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Aleksandrovskij**

Ganz geheim

Expl. Nr. 5

19. März [1933]

An den
Geschäftsträger der UdSSR in Deutschland
Gen. ALEKSANDROVSKIJ

Sehr geehrter Sergej Sergeevič,

heute bin ich nach der Grippe den ersten Tag auf der Arbeit. Ich möchte Ihnen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen schreiben.

Obwohl Neurath in Berlin gegenüber Gen. Litvinov die Erklärung abgegeben hat, dass sich die Politik der deutschen Regierung in Bezug auf die UdSSR nicht verändern werde¹, und obwohl bereits davor Dirksen im Auftrage Neuraths in Moskau² die gleiche Erklärung abgegeben hatte und Dirksen nochmals diese gegenüber Gen. Litvinov nach seiner Rückkehr³ bekräftigt hat, wenn auch bereits nach den Wahlen, haben Neurath und Bülow Gen. Chinčuk⁴ versichert, dass alles beim Alten bleiben werde, wurde nichtsdestoweniger bisher noch keine öffentliche Erklärung darüber abgegeben, welche Haltung die jetzige Regierung gegenüber der UdSSR einzunehmen gedenke. Indes gab es in Artikeln der „Berliner Börsen-Zeitung“, die bis zu einem gewissen Grade als offiziös gilt, Betrachtungen darüber, dass die Regierung in allernächster Zeit eine Entscheidung treffen sollte, ob sie sich nach Osten oder nach Westen orientiere, weil sie es sonst riskiere, zwischen zwei Stühlen zu sitzen und sowohl den Westen als auch den Osten zu verlieren⁵. Aus diesem Artikel war herauslesen, dass die Regierung noch schwanke und, obwohl sie es vorzieht, die vormaligen Beziehungen zur UdSSR zu bewahren, noch keine definitive Entscheidung in dieser Richtung getroffen worden ist.

Hitler kann in seiner Regierungserklärung⁶ diese Frage nicht umgehen, er

¹ Vgl. Dok. 20.

² Vgl. Dok. 18.

³ Vgl. Dok. 30.

⁴ Vgl. Dok. 31, 36.

⁵ Vgl. v. St.: „Zielklare Außenpolitik!“ In: Berliner Börsen-Zeitung vom 15. März 1933, Morgenausgabe, S. 1–2.

⁶ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

wird wahrscheinlich, wie uns Neurath zu verstehen gegeben hat, eine uns zufriedenstellende Erklärung abgeben.

Doch hier befürchten wir, dass diese Erklärungen, die nach Meinung von Hitler und Neurath uns zufriedenstellen sollten, sich nicht als jene Erklärungen erweisen könnten, die uns nicht nur nicht zufriedenstellen, sondern die jetzigen Beziehungen vielleicht nur noch verschlechtern. Deshalb wäre es wünschenswert, dass Sie, ohne sich auf Moskau zu berufen und dem Gespräch den Charakter einer offiziellen Demarche zu verleihen, der Regierung (über Meyer oder über Bülow, in Abhängigkeit davon, über wen es ****günstiger****⁷ sein wird, dies zu ****tun****⁸) zur Kenntnis zu bringen, welche Art von Erklärung als zufriedenstellend angesehen werden könnte.

Vor allem darf die positive Erklärung Hitlers über den Wunsch der deutschen Regierung, die bisherigen Beziehungen zur Sowjetunion zu bewahren, nicht unverbindlichen Charakters sein, sie sollte keine Vorbehalte von der Art enthalten, dass wir uns nicht in die deutschen inneren Angelegenheiten einmischen und in Deutschland keine kommunistische Propaganda führen sollen. Ein derartiger Vorbehalt wäre für uns unannehmbar, insofern wir nicht den geringsten Anlass gegeben haben, uns der Verletzung der gegenseitigen Verpflichtung, sich nicht in Angelegenheiten des anderen Staates einzumischen, zu beschuldigen. Dies ist sozusagen unser Negativwunsch, der darauf hinweist, was nicht in der Regierungserklärung stehen sollte, wenn der Kanzler wünscht, dass dieser Punkt seiner Erklärung unser Misstrauen beseitigt und Klarheit in die Beziehungen bringt.

Was den positiven Teil unserer Wünsche anbelangt, so wäre in erster Linie wünschenswert, dass der Kanzler sich über die in allernächster Zukunft bevorstehende Ratifizierung des Moskauer Protokolls vom 24. Juni 1930⁹ erklärt. Ferner ist es angesichts der Behauptungen der Presse über die Gespräche und über die Erklärungen Görings und Rosenbergs hinsichtlich einer Abtrennung der Ukraine von der UdSSR¹⁰, und auch angesichts dessen, dass antiukrainische Pläne in früheren theoretischen Auslassungen der N[ational] S[ozialistischen] Partei¹¹ eine Rolle spielten, außerordentlich wichtig, damit Hitler in seiner Rede die oben genannten Pressemeldungen zurückweist und er sich generell sowohl von der ukrainischen als auch von der russischen weißen Emigration distanziert.

Es ist schade, dass dieses Schreiben Sie erst am Tag der Eröffnung des Reichstages erreichen wird. Doch ich denke, dass es Ihnen möglich sein wird, sich noch vor der Eröffnung wenigstens mit Meyer zu treffen¹².

Ihre Wünsche könnten in dem Fall, wenn Hitler nochmals das Wort ergreifen sollte, zumindest in seinem Schlusswort berücksichtigt werden.

Über die laufenden Konfliktangelegenheiten, derer es jetzt in Berlin bei weitem mehr als in Moskau gibt, und die sich mit jedem Tag auf türmen (ich habe da-

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: getan.

⁹ So im Dokument; richtig: 1931; vgl. Dok. 12, Anm. 12.

¹⁰ Vgl. Dok. 35, Anm. 2, 5.

¹¹ Vgl. A. Rosenberg: Der Zukunftsweg der deutschen Außenpolitik, München 1927, S. 97–98.

¹² Aus der Aufzeichnung der Unterredung Aleksandrovskijs mit Meyer am 20. 3. 1933 ist nicht zu entnehmen, dass der Geschäftsträger der UdSSR die erwähnten Wünsche vorgetragen hat; vgl. Dok. 38.

bei die Nichtzustellung von sowjetischen Zeitungen an die Bevollmächtigte Vertretung im Sinn) schreibe ich nicht, Gen. Štern wird darüber schreiben.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 20. III. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 553 vom 20. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder des NKID, an die 2. Westabt[eilung].

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 73–71. Kopie.

Nr. 38

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Aleksandrovskij an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 326¹

Berlin, 20. III. 33

AN DEN

STELLVERTRETENDEN VOLKSKOMMISSAR

N. N. KRESTINSKIJ

Moskau

Werter Genosse,

Lev Michajlovič² ist am Freitag, den 17. III., abgereist. Noch am Tag seiner Abreise habe ich mit Kraemer ein Telefongespräch mit dem Ziel geführt, das vor langer Zeit für den 22. März anberaumte Essen mit Hugenberg abzusagen. So wie beim ersten Mal bat ich Kraemer bei Hugenberg in Erfahrung zu bringen, welcher etwas später gelegene Termin ihm angenehm sei; es sei erforderlich, das Essen am 22. III. zu verlegen, da der Botschafter nach Moskau berufen wurde, um vor der Regierung Bericht zu erstatten. Kraemer verbreitete erwartungsgemäß diese Neuigkeit nach Kräften in der Stadt. Am nächsten Tag, den 18. III., erhielt ich bereits seit den Morgenstunden Anrufe aus dem Finanzministerium, von der „Vossischen Zeitung“ und von einem amerikanischen Korrespondenten, den ich persönlich nicht kenne. Das Finanzministerium erkundigte sich in einem ruhigen Ton, ob das Essen am 22. III. abgesetzt sei, wie ihm zu Ohren gekommen sei. Die „Vossische Zeitung“ fragte dagegen in einem panischen Ton nach zwei Dingen: 1) ob die in der Stadt kursierenden Gerüchte zuträfen, dass Botschafter Chinčuk mit seiner Familie Berlin bereits verlassen habe und 2) ob die Meldung der Agentur Havas³ stimme, wonach die Handelsvertretung in Berlin ihre Tätigkeit aufgeben und ei-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Chinčuk.

³ Französische Informations- und Werbeagentur, gegründet 1832.

nen Teil der Geschäfte in andere Länder verlagern werde. Ich antwortete, dass der Botschafter auf Aufforderung Moskaus einzig und allein deshalb abgereist sei, um vor der Regierung Bericht zu erstatten, die Gerüchte über die Handelsvertretung entbehrten absolut jeglicher Grundlage.

Am 18. März stattete mir der neue Polizeipräsident von Levetzow einen Besuch ab. Der Besuch trug einen rein formalen Charakter, den des sogenannten Antrittsbesuchs. Das Gespräch drehte sich um das Wetter und um „Sankt Petersburg“, wo Levetzow in seiner Jugend „als kleiner Kadett“ gelebt hat. Es versteht sich, dass ich keine Initiative für ein anderes Gespräch ergriffen habe. Am Montag, den 20. III., stattete ich Levetzow den Gegenbesuch ab. Zuvor hatte ich mich bei den Franzosen und Polen erkundigt, ob Levetzow sie aufgesucht habe. Es stellte sich heraus, dass er bei ihnen früher als bei uns war. Danach erkundigte ich mich in der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes, wie auf den Besuch in angemessener Form zu antworten ist. Es verhält sich so: Wenn Levetzow dem Botschafter den Besuch abgestattet hätte, so könnte sich der Botschafter damit begnügen, mit einer Visitenkarte zu antworten. Der Geschäftsträger muss sich dagegen persönlich hinbegeben, er kann dies ohne Vorankündigung tun. So verfuhr ich auch in der Hoffnung, dass die ganze Sache mit der persönlichen Zustellung der Visitenkarte erledigt wäre. Levetzow hat aber offenbar den Gegenbesuch erwartet. Als ich vorfuhr, eilte ein Polizeibeamter auf das Auto zu und öffnete die Tür. Danach wurde ich in wechselnder Begleitung durch das Gebäude geführt und zu Levetzows Adjutanten gebracht, der sogleich sagte, dass Levetzow mich erwartet, und der mich zu dessen Dienstzimmer begleitete. Das Gespräch trug den gleichen Charakter, es ging um Moskau und seine historischen und Kulturdenkmäler.

Am 18. III. wurde Gen. Linde zu Tippelskirch gerufen. Das Gespräch wurde aufgezeichnet. Gen. Linde äußerte sich sogleich in angemessener entschiedener Form und protestierte sowohl gegen die Diskriminierung unserer Journalisten durch die Verweigerung von Eintrittskarten für den Festakt in Potsdam als auch gegen das Einfuhrverbot für die „Pravda“ und für die „Izvestija“ nach Deutschland und insbesondere gegen die Nichtzustellung der Zeitungen an die Bevollmächtigte Vertretung und an die Handelsvertretung.

Nach dem Erhalt Ihres Antworttelegramms bat ich heute (20. III.) um einen Gesprächstermin bei Bülow. Gegen Mittag teilte mir Tippelskirch jedoch mit, dass Bülow sein Bedauern ausdrücke, denn er könne mich erst am Mittwoch (22. III.) empfangen. Wenn ich jedoch eine dringende Angelegenheit hätte, so bittet Bülow, sich mit Meyer zu verständigen.

Ich erklärte Meyer, dass die gesamte sowjetische Presse von der Teilnahme an den Potsdamer Feierlichkeiten ausgeschlossen sei, während zur gleichen Zeit eine Reihe anderer ausländischer Journalisten alle benötigten Einladungen erhalten habe. Dies sei eine Diskriminierung der Vertreter der sowjetischen Presse, ein uns gegenüber feindlicher Akt und wir könnten nicht anders handeln, als unseren Protest zu erklären sowie auf der Gleichstellung der sowjetischen Journalisten mit den anderen ausländischen Journalisten zu bestehen. Entweder wusste Meyer tatsächlich nicht Bescheid, da er erst vor drei Tagen aus Genf zurückgekehrt war, oder er tat so, als ob er nicht unterrichtet sei. Jedenfalls sprach er davon, dass „insgesamt nur zwei sowjetischen Journalistinnen“ die Einladung verweigert worden sei. Die Verweigerung ergebe sich aus dem Umstand, dass „diese Journalistinnen“

für die sowjetische Presse nur Schlechtes berichten, in Deutschland überhaupt nichts Gutes sehen, die sowjetische öffentliche Meinung desorientieren, und sie dies nicht erst seit dem gestrigen Tag tun, sondern bereits seit einer sehr langen Zeit. Wenn sie nun in eben diesem Sinne über den in Potsdam stattfindenden Festakt berichten würden, so würden sie damit nur den sowjetisch-deutschen Beziehungen schaden. Ich erläuterte Meyer, dass es hierbei nicht um zwei Journalistinnen geht, sondern um die Vertreterin des Regierungsorgans „Izvestija“⁴ und um die Vertreterin der offiziellen sowjetischen Telegraphenagentur TASS⁵. Außer ihnen ist in Deutschland noch der Vertreter der „Pravda“⁶ tätig, der aber wegen Krankheit den Zeitpunkt verpasst hat, um Einlasskarten nachzusuchen und deshalb auch keine bekommen hat. Somit ist die gesamte sowjetische Presse ausgeschlossen. Meyer zeigte sich darüber etwas verunsichert und schlug mir vor, zu Aschmann zu gehen, um „diese Frage praktisch zu klären“. Ich antwortete, dass ich Aschmann nicht aufsuchen werde, weil ich nicht die Absicht habe, „praktisch“ um die Einlasskarten zu feilschen, und ich sagte Meyer vollkommen offiziell, dass meine Regierung diesen Akt als eine Äußerung der Feindseligkeit, die den bestehenden Beziehungen zuwiderläuft, bewertet und ich formal gegen die Diskriminierung der gesamten sowjetischen Presse in Person ihrer in Berlin anwesenden Vertreter protestiere. Darauf versuchte Meyer in meiner Anwesenheit mit Aschmann zu telefonieren, doch er traf ihn nicht an seinem Platze an. Er sprach offenbar mit dem Sekretär und erfuhr, dass Aschmann um 5 Uhr an seinem Platz sein werde, und er wies sogleich an zu notieren, dass um 5 Uhr der Pressechef der sowjetischen Botschaft, Vinogradov, zu Aschmann kommen werde. Mir sagte er, dass er erst heute beiläufig von Tippelskirch von dem Ausschluss der zwei sowjetischen Journalistinnen gehört habe, und er sich nicht vorstellen könne, dass es sich dabei um die sowjetischen Journalisten in ihrer Gesamtheit handelt, und er nicht im Detail die Motive für den Ausschluss kenne, außer die allgemeine Unzufriedenheit über die Informationen zu deutschen Ereignissen in der sowjetischen Presse, er werde mit Aschmann sprechen und bittet, für die praktischen Verhandlungen Vinogradov zu schicken.

Weiter erklärte ich Meyer, dass ich auf indirektem Wege von dem Einfuhrverbot unserer Zeitungen „Izvestija“ und „Pravda“ nach Deutschland erfahren hätte. Der Anlass dafür sei der Umstand gewesen, dass die Botschaft plötzlich diese Zeitungen nicht zugestellt bekommen habe. Meyer fiel mir ins Wort und sagte, dass die Zeitungen wegen der in ihnen enthaltenen Ausfälle gegen die deutsche Regierung tatsächlich bis zum 30. April verboten seien⁷. Dies sei das Recht des Innenministeriums und betreffe die deutsche innere Ordnung. Ich antwortete, dass Meyer mich nicht habe ausprechen lassen. Ich könnte auch zu diesem Thema widersprechen, weil ich meine, dass das Verhalten unserer Presse unvergleichlich ausgewogener und freundlicher sei als das Verhalten der deutschen Regierungspresse und der Führungsspitzen der deutschen Politik gegenüber der UdSSR.

⁴ Lili Maksimovna Kajt.

⁵ Julija Il'inišna Annenkova.

⁶ Abram Iosifovič Gartman.

⁷ Auf Anordnung des Ministeriums für Inneres vom 17. 3. 1933 wurde der Verkauf der Zeitungen „Pravda“ und „Izvestija“ bis zum 30. 4. 1933 verboten. Vgl. Pravda vom 19. März 1933, S. 1.

Doch ließ ich dieses Thema beiseite, weil ich überzeugt sei, dass wir uns damit noch öfter gründlich befassen werden müssten. Jetzt interessiere mich das absolut unstrittige Recht der Bevollmächtigten Vertretung und des Konsulats auf Freiheit der Post. Ich komme nicht umhin, den entschiedensten Protest gegen die Verletzung dieser Freiheit zu erklären, und Meyer könne sich in dieser Frage auf keinerlei innere Rechte und auf keine Angelegenheiten Deutschlands berufen, weil diese Freiheit durch die Normen des Völkerrechts und des Gewohnheitsrechts garantiert sei. Meyer setzte erneut eine äußerst naive Miene auf. In keinem Völkerrecht sei gesagt, dass eine ausländische Botschaft die Einfuhrerlaubnis für ihre Zeitungen fordern kann, um sie dann im fremden Land zu kaufen. Mir blieb nichts übrig, als ihm geradezu einzutrichern, dass die Bevollmächtigte Vertretung die sowjetischen Zeitungen nicht in Berlin kaufe, sondern sie auf dem normalen Postweg in den üblichen Banderolen erhalte, und nun würden diese Postsendungen plötzlich nicht mehr der Bevollmächtigten Vertretung zugestellt, weil sie auf dem Hauptpostamt in Berlin beschlagnahmt würden. Mit anderen Worten: auf dem Postamt werde die Korrespondenz der Bevollmächtigten Vertretung beschlagnahmt, was eine direkte Verletzung der Freiheit des Postverkehrs der Bevollmächtigten Vertretung darstelle. Meyer erkundigte sich zusätzlich über die Technik, auf wessen Namen die Zeitungen zugestellt würden, in welcher Verpackung usw. Erst danach erklärte er, dass es sich von selbst verstehe, dass sich das Einfuhrverbot für die „Pravda“ und für die „Izvestija“ nach Deutschland nicht auf die Freiheit des Postverkehrs der Botschaft beziehen und keinerlei Botschaftskorrespondenz beschlagnahmt werden könne. Er sei in dieser Sache nicht auf dem Laufenden und werde sich jetzt kundig machen, wie es um diese Angelegenheit bestellt sei. Ich antwortete in sehr entschiedener Form, dass ich mich nicht mit einer derartigen Antwort zufriedengeben könne, weil es hier überhaupt nichts gebe, worüber man sich kundig machen müsste. Ich protestierte formell gegen die auf Weisung des Innenministeriums erfolgte Konfiszierung der Botschaftskorrespondenz. Meyer müsse sich nicht erst über irgendetwas kundig machen, sondern mir antworten, dass dies künftig nicht mehr vorkommen werde, ansonsten ich dies nicht als zufriedenstellend betrachten könne. Dann sagte Meyer, dass er sich „erkundigen und diese Frage regeln“ werde. Sodann fragte er nochmals nach, ob die Zeitungen tatsächlich in Banderolen geschickt würden. Wäre es nicht einfacher, mit Moskau zu telefonieren, damit diese Zeitungen in geschlossenen Kuverts an die Adresse der Bevollmächtigten Vertretung verschickt würden? Ich antwortete, dass ich einen derartigen Ratschlag entschieden zurückweise, weil ich auf meinem unstrittigen Recht bestehe. Ich hätte nicht die geringste Absicht, mich an der Diskriminierung der Botschaft zu beteiligen, indem ich auf Umgehungsmanöver zurückgriffe, um die Korrespondenz, auf die ich ein volles Recht hätte, zu erhalten. Ich wies den Praktizismus Meyers zurück und stellte die Frage grundsätzlich. Die Botschaft genieße die Freiheit des Postverkehrs in vollem und uneingeschränktem Maße, solange zwischen uns und Deutschland normale und freundschaftliche Beziehungen bestünden. Dieses Recht sei unstrittig, und wir nähmen es für uns ebenso in Anspruch, wie dies auch die deutsche Botschaft in Moskau tut, und ich möchte überhaupt nichts von irgendwelchen Einschränkungen und Manövern hören.

Meyer endete damit, dass er auch hier zusicherte, die Frage „zu regeln“. Doch ich habe nicht den Eindruck gewinnen können, dass er tatsächlich die notwendi-

gen Maßnahmen ergreifen wird. Im Gegenteil, er war recht ausweichend und ich habe den Eindruck, als ob er sich durchmogeln wollte, um diese Frage nicht vor seine Innenbehörden zu bringen. In der letzten Zeit habe ich bezüglich der Gespräche mit Meyer generell den Eindruck gewonnen, dass sie nichts bewirken, er sich in der Tat vor den Nationalsozialisten fürchtet und meine Gespräche mit ihm nicht die erforderliche Resonanz haben. Ich denke, dass diese Beobachtung richtig ist, und nicht nur in Bezug auf Meyer. Das Auswärtige Amt reagiert jetzt insgesamt höchst träge und es spielt in der Regierung kaum die Rolle, die es eigentlich spielen sollte. Ich denke, dass wir noch auf die Zeitungen zurückkommen müssen, wenn es nicht gar notwendig werden sollte, in Moskau Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um unser Recht durchzusetzen.

Morgen findet der sogenannte Staats-Akt⁸ in Potsdam mit einem sehr umfangreichen Programm statt: Gottesdienst, Ansprache Hindenburgs, Regierungserklärung Hitlers, Truppenparade, Vorbeimarsch der Hitlerischen Sturmtruppe und Milizen, ein Konzert, ein Umzug, eine Kundgebung usw. Das Diplomatische Corps ist eingeladen. Unsere Bevollmächtigte Vertretung hat zwei Einladungskarten erhalten. In den Einladungskarten ist vermerkt, dass die Angehörigen des Diplomatischen Corps, die nicht an dem Gottesdienst teilnehmen, in der Garnisonskirche um 11.45 Uhr die Plätze einzunehmen haben, und um Punkt 12.00 Uhr der Staatsakt zur feierlichen Eröffnungssitzung des neuen Reichstages beginnt. Wir haben beschlossen – selbstverständlich ohne Gottesdienst – daran teilzunehmen, da das gesamte Diplomatische Corps teilnimmt und unsere Abwesenheit eine politische Demonstration wäre.

Die Reichswehr hat sich an Šnitman mit einer Sondereinladung gewandt. Die ausländischen Militärattachés werden in voller Uniform der Parade der Potsdamer Garnison und der Hitlerischen Verbände beiwohnen. Šnitman geht ebenfalls in voller Uniform.

Am Abend gibt es in der Staatsoper eine Galavorstellung, zu der ich eine Karte in der ersten Reihe erhalten habe. Ich werde teilnehmen. Für die Regierungstribüne, von der die Parade abgenommen wird, habe ich ebenfalls nur eine Karte bekommen. Ich werde teilnehmen.

Für die normale Sitzung des Reichstages in der Kroll-Oper⁹ sind noch keine Karten versandt worden. In den Gesprächen, die wir in der Sache Kajt und Annenkova geführt haben, sagten die Deutschen, dass die Karten noch versandt werden, sowohl an die Botschaft als auch an unsere Korrespondenten. Doch ich befürchte, dass Kajt und Gartman sie dennoch nicht bekommen werden. Wir werden uns morgen, nach Potsdam, mit diesen Fragen befassen.

ALEKSANDROVSKIJ

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1281 vom 23. 3. 1933.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Die Sitzung des Reichstages nach dem Brand am 27. 2. 1933 fand in dem eilig hergerichteten Gebäude der Kroll-Oper statt, die 1844 neben dem Brandenburger Tor erbaut worden war.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 8 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. [Expl.] an Chinčuk, das 8. zu den Akten. 20. III. 33.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 88–91. Original.
Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 87, S. 177–180¹⁰.

Nr. 39

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim
 Expl. Nr. 5

TAGEBUCH
 N. N. KRESTINSKIJS

Empfang des deutschen Botschafters von Dirksen. 20. März 1933

Dirksen begann damit¹, dass ihn der heutige Kommentar in der „Izvestija“ zu den Telegrammen aus Berlin wegen seiner Schärfe und wegen der scharfen Formulierungen, die persönlich gegen Frick und sogar Hitler gerichtet seien, obgleich diese Regierungsmitglieder nicht namentlich genannt werden, in Erstaunen versetzt habe². Er lenkt meine Aufmerksamkeit auf diesen Kommentar und trägt diesbezüglich die Beschwerde vor und bittet mich zu erklären, warum zwei Tage nach dem Erhalt der Mitteilung über das Verbot von „Pravda“ und „Izvestija“ in der „Izvestija“ ein derart scharfer Artikel erscheint, während es zuvor in der „Pravda“ keinerlei Reaktion gegeben hat.

Ich antwortete Dirksen, dass ich formal seine Beschwerde zurückweisen müsse, weil die Presse bei uns frei ist, und unsere Öffentlichkeit stets über die Zeitungen ihr Verhältnis zu den in anderen Ländern vor sich gehenden politischen Ereignissen bekundete, bekundet und bekunden wird. Wie Dirksen wisse, erschöpfte sich der offiziöse Charakter der „Izvestija“ darin, dass in der „Izvestija“ Dekrete und Verfügungen der Regierung veröffentlicht würden. In allem Übrigen ist die „Izvestija“ ebenso ein unabhängiges Organ wie die „Pravda“ und andere Zeitungen.

Um auf das Wesen der Angelegenheit zu kommen, muss ich klarstellen, dass die Kommentare in der „Izvestija“ die völlig natürliche Reaktion unserer Presse und Öffentlichkeit auf das Verbot der „Pravda“ und der „Izvestija“ in Deutschland sowie auf die Weigerung darstellen, an unsere Pressevertreter Einlasskarten für die offizielle Eröffnung des Reichstages auszugeben.

¹⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte als Fragment, ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Vgl. den telegrafischen Bericht von Dirksens über diese Unterredung. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 104, S. 187–188.

² Vgl. den redaktionellen Kommentar zur Korrespondenz aus Berlin „Rasprostranenie ‚Izvestij‘ i ‚Pravdy‘ v Germanii zapreščeno“ (Die Verbreitung von ‚Izvestija‘ und ‚Pravda‘ ist in Deutschland verboten worden). In: Izvestija vom 20. März 1933, S. 1.

Dirksen versuchte einzuwenden, dass die offizielle Eröffnung des Reichstages im Dom stattfinden werde, verbunden mit einem Gottesdienst, unsere Vertreter gingen jedoch nicht zum Gottesdienst.

Ich antwortete, dass es uns überlassen sein müsse zu entscheiden, ob wir an dem Festakt, der mit einem Gottesdienst verbunden ist, teilnehmen oder auch nicht. Es ist sehr wohl möglich, dass unsere Pressevertreter keinen Gebrauch von ihren Einlasskarten machen könnten, doch die deutsche Regierung könne von sich aus die Ausgabe dieser Einlasskarten nicht verweigern. Eine derartige Verweigerung stelle eine eindeutige Diskriminierung der sowjetischen Presse dar.

Danach sagte ich, dass ich mich wundere, wie die deutsche Seite ihre Unzufriedenheit über das Verhalten unserer Presse zum Ausdruck bringen könne, wenn die deutsche Presse Tag für Tag über unsere Regierungsorgane und einzelne Regierungsvertreter ganze Kübel von Beleidigungen und Verleumdungen ausschüttet. Ich habe mich dabei auf drei Nummern des „Angriffs“ und auf eine Nummer der „Führerbriefe“ berufen und Dirksen eine Zusammenstellung von Zitaten aus diesen Nummern ausgehändigt:

1. Der „Angriff“ vom 18. 2.: nach der Aufzählung von Vertretern des „Marxismus“ und von verbrecherischen „jüdischen Elementen“ nennt er die Namen von leitenden Vertretern der Handelsvertretung in Berlin, darunter I. Vejcer, S. Žukovskij, A. Fajnszejn, L. Fridrichson, M. Vol’ynskij. Alle genannten Personen werden in der Zeitung als „waschechte Moskauer Juden“³ bezeichnet.

2. Der „Angriff“ vom 24. 2. bringt einen großen Artikel mit dem Titel „Sowjetische Staatsbeamte verprassen die Arbeitergroschen“. Dazu gibt es den Untertitel „Am Tage morden sie – des Nachts feiern sie Orgien!“⁴. In diesem Artikel heißt es: „Das jüdische und asiatische Pack, das im heutigen Russland die Oberschicht bildet, hat für den Hunger und die Notlage des russischen Volkes nicht das geringste Verständnis ... und während erschütternde Notschreie der Bevölkerung durch das Land hallen, sitzen die kommunistischen ‚Führer‘ beim Sektgelage ...“.

3. Der „Angriff“ vom 28. 2. brachte einen Artikel von Goebbels, in dem es heißt: „Was muss noch mehr geschehen, als dass ein ausländischer Kommunist im Auftrage russischer und deutscher Parteistellen den Reichstag in Flammen aufgehen lässt (!)“⁵.

4. Die „Führerbriefe“ vom 1. 3. melden Folgendes: „Der Reichstagsbrand demonstrierte die Abhängigkeit, in der sich die kommunistische Partei von der ausländischen Führung befindet. Die deutschen Kommunisten haben unlängst von dem Moskauer Zentrum einen Tadel für die falsche Beurteilung der Lage in Deutschland erhalten“⁶.

³ „Vierzehn Jahre jüdische Wirtschaftsskandale. Jüdischer Volksbetrug ermöglicht und gedeckt durch das November-System“. In: Der Angriff vom 18. Februar 1933, 2. Beilage.

⁴ „Am Tage morden sie – des Nachts feiern sie Orgien! GPU- und Sowjet-Staatsbeamte verprassen die Arbeitergroschen“. In: Der Angriff vom 24. Februar 1933, 1. Beilage.

⁵ J. Goebbels: „Der Reichstag brennt“. In: ebd. vom 28. Februar 1933, S. 1–2, hier S. 2. Im Originaltext heißt es: „Was muss noch mehr geschehen, als dass ein vierundzwanzigjähriger ausländischer Kommunist im Auftrage russischer und deutscher Parteistellen dieser Weltpest den Reichstag in Flammen aufgehen lässt.“

⁶ Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, Nr. 17 vom 28. Februar 1933, S. 1. In dem Artikel hieß es: „Das Brandattentat im Reichstag ist heute in seinen politischen Folgewirkungen noch sehr schwer abzuschätzen. Am eindeutigsten ist das immerhin möglich, soweit die KPD als solche in Betracht kommt. Die große Gefahr, die sie bisher darstellte,

Anschließend händigte ich Dirksen einige Auszüge aus der letzten Korrespondenz von Just aus, die die Nummer der Kölnischen Zeitung vom 16. März unter dem Titel „Hinter den rosenroten Soffitten“⁷ brachte; ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf den verleumderischen Inhalt und den beleidigenden Ton dieses Artikels. Dessen ungeachtet, so ergänzte ich, haben wir Herrn Just nicht diskriminiert und ihn zu dem am Vortag stattgefundenen Empfang für die Pressevertreter eingeladen.

Schließlich habe ich Dirksen darauf hingewiesen, dass keines unserer Regierungsmitglieder feindliche Reden gegenüber Deutschland gehalten habe. Unterdessen habe das Haupt der deutschen Regierung am 2. März eine Rede gehalten, die scharfe Ausfälle bezüglich der Lage in der UdSSR enthielt⁸. Dies habe Hitler getan, nachdem am Vortag Neurath unter Berufung auf Hitler Gen. Litvinov die Beständigkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen⁹ versichert hätte. Auch Dirksen hatte zuvor die gleiche Erklärung im Auftrage Hitlers und Neuraths in Moskau mir gegenüber abgegeben¹⁰.

Als wir unseren Protest gegen die Rede des Kanzlers erklärten, führte Neurath gegenüber Gen. Chinčuk aus, dass Hitler nicht den Wunsch gehabt habe, die UdSSR zu beleidigen und gegen sie feindlich aufzutreten, dass er in den nächsten Tagen den Gen. Chinčuk zu sich einladen werde, ihm seine Bereitschaft zur Fortführung der bisherigen Politik in Bezug auf die UdSSR erklären und das gleiche öffentlich in seiner Parlamentserklärung machen werde¹¹.

Seitdem sind bereits zwei Wochen vergangen, und Hitler hat Chinčuk weder eingeladen noch hat er in einer seiner Reden den geringsten Versuch unternommen, seine Ausführungen vom 2. März zu desavouieren. Es ist eine sehr ungute Atmosphäre entstanden, die es erforderlich macht, dass die deutsche Seite in die deutsch-sowjetischen Beziehungen Klarheit bringt. Falls der Kanzler in seiner morgigen Regierungserklärung vor dem Reichstag nicht diese Klarheit schaffen sollte, so wird sich die Spannung nur noch vergrößern.

Dazu ist es erforderlich, dass sich die Erklärungen Hitlers durch eine absolute Eindeutigkeit und Vorbehaltlosigkeit auszeichnen. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Kanzler in seiner Rede von den russischen und ukrainischen Emigranten, denen die Nationalsozialisten nahestehen und über die verschiedene Zeitungen berichten, distanzieren würde. Dies ist umso dringender, weil in früheren theoretischen Darlegungen der Nationalsozialisten Pläne zur Abtrennung der Ukraine von der Sowjetunion entwickelt worden waren.

Dirksen antwortete mir, dass er ebenso wie ich eine unzweideutige Erklärung von deutscher Seite für notwendig erachte. Er hoffe, dass eine solche Erklärung

ist nun in aller Welt erwiesen und insbesondere die Unerträglichkeit ihrer Abhängigkeit vom Auslande dargetan. [...] Ferner sind nach unseren Informationen vor kurzem der Leitung der KPD von der Moskauer Zentrale Vorhaltungen darüber gemacht worden, dass sie in letzter Zeit die innere Situation und Stimmung in Deutschland vollkommen verkannt und ihre Machtposition in keiner Weise ausgewertet habe.“

⁷ „Hinter den rosenroten Soffitten“. In: Kölnische Zeitung vom 16. März 1933, Morgenausgabe, S. 1–2.

⁸ Vgl. Dok. 24, Anm. 1.

⁹ Vgl. Dok. 20.

¹⁰ Vgl. Dok. 18.

¹¹ Vgl. Dok. 31.

die Parlamentsrede des Kanzlers enthalten werde. Doch er meinte, dass auch wir jetzt eine gewisse Unklarheit in unseren Beziehungen zu Deutschland zulassen würden. So hätten wir bis jetzt nicht die uns von Deutschland gewährte Prolongierung der Kredite in Höhe von 200 Mio. Mark veröffentlicht. Wir hätten in unserer Presse nicht die im „Völkischen Beobachter“ erschienene Erklärung Rosenbergs darüber nachgedruckt, dass er keinerlei Verhandlungen über eine Abtrennung der Ukraine von uns geführt hat¹².

Ich antwortete Dirksen, dass wir überhaupt nicht aus politischen, sondern aus kommerziellen Gründen keine Mitteilung über die Kredite veröffentlicht hätten. Gewöhnlich werde über Geschäfte dieser Art auf der Grundlage der Vereinbarung der Seiten berichtet, eine solche Vereinbarung habe es zwischen uns und der deutschen Seite aber nicht gegeben. Wir sahen uns deshalb auch nicht verpflichtet, eine solche Mitteilung in der Presse zu bringen, dagegen waren wir einigermaßen erstaunt, dass die deutsche Seite dies ohne Abstimmung mit uns getan habe.

Was das Dementi des Herrn Rosenberg betrifft, so war es in einer solchen Form abgefasst und mit derartigen feindlichen und beleidigenden Erklärungen an die Adresse der UdSSR versehen worden, dass es unserer Presse selbstverständlich überhaupt nicht in den Sinn kommen konnte, in ihren Spalten die Erklärung des Herrn Rosenberg wiederzugeben.

Ich habe Dirksen weiterhin bedrängt und ihn an die wiederholte Erklärung erinnert, wonach das Moskauer Protokoll vom 24. Juni 1931¹³ auf der nächsten Sitzung des neuen Reichstages ratifiziert werden solle. Die nächste Sitzung des Reichstages steht bevor, und wir hören überhaupt nichts darüber, dass auf der Tagesordnung dieser Sitzung die Ratifizierung des Moskauer Protokolls steht. Es heißt lediglich, dass es eine feierliche Sitzung geben wird, danach eine kurze Tagung folgt, auf der das Gesetz über die Vollmachten der Regierung verabschiedet wird, und sonst nichts.

Wir können erwarten, dass die Rede des Kanzlers zumindest eine Erklärung darüber enthalten wird, das Moskauer Protokoll in der allernächsten Zeit von der Regierung auf der Grundlage jener Vollmachten, um deren Gewährung er den Reichstag bittet, ratifiziert werden wird.

Dirksen sagte, dass die Regierung alles für die Vorbereitung der Ratifizierung getan habe, jetzt läge es am Reichstag. Er denke, dass die Ratifizierung in den nächsten Tagen erfolgen werde.

Er sagte dies jedoch ohne jeglichen Nachdruck.

Da Dirksen mir früher gesagt hatte, dass er nach Berlin zu fahren gedenke, um mit der Regierung Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erörtern, fragte ich ihn, wann er zu fahren beabsichtige. Er sagte, dass er dies nicht früher als in 8 bis 10 Tagen tun könne.

Dirksen fragte mich, wie lange Gen. Chinčuk hier verweilen werde. Ich sagte ihm, dass er hier einige Tage bleiben werde. Schließlich sagte Dirksen auf meine Frage bezüglich Twardowskis, dass er von ihm ein Schreiben mit der Bitte erhalten habe, beim AA über die Rückkehr Twardowskis nach Moskau vorstellig zu

¹² Vgl. „Lügen der russischen Kommunisten über Pg. Alfred Rosenberg“. In: Völkischer Beobachter vom 17. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 2.

¹³ Vgl. Dok. 18, Anm. 16.

werden. Er sei Genf bereits überdrüssig, und er strebe nach seiner Arbeit in Moskau¹⁴.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], an Gen. Lev[in], zu den Akten 23. III. 33. Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 573 vom 23. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., das 1. [Expl.] zu den Akten, [die Expl.] 2,3,4 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 5. [Expl.] an die 2. Westabt[eilung], das 6. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 79–75. Kopie.

Nr. 40

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Aleksandrovskij mit Oberst von Niedermayer

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 338¹

Berlin, 24. III. 33

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NIEDERMAYER AM 23. III.

N[iedermayer] rief mich an und bat, ihn unbedingt heute nur für ein paar Minuten zu empfangen.

N. erklärte mir, dass er sich nach unserem gestrigen Gespräch² zu Blomberg begeben und mit ihm den ganzen Abend verbracht habe. Er habe Blomberg all das erzählt, was er von mir gehört hatte, und dies hätte auf Blomberg einen starken Eindruck gemacht, insofern er nicht die geringste Vorstellung von den Schwierigkeiten gehabt hätte, gegen die die Bevollmächtigte Vertretung anzukämpfen genötigt sei. Blomberg habe angeblich auf eigene Initiative zu Niedermayer gesagt: „Gehen Sie unverzüglich zu Ihren Freunden in der russischen Botschaft und sagen Sie ihnen offiziell in meinem Namen, und bitten Sie sie auch, dies nach Moskau zu übermitteln, dass von einer Veränderung in den sowjetisch-deutschen Beziehungen unter keinen Umständen die Rede sein kann.“

Niedermayer erzählte weiter, dass Blomberg sich über das verantwortungslose Verhalten der unteren Organe der Nazi und über die Tatenlosigkeit der ebenfalls unteren Regierungsorgane empört habe. Ich bemerkte ironisch, dass ich nicht an eine derartige Naivität Blombergs glaube. Die unteren Organe handelten so, wie man es ihnen sagte oder wie man sie von oben aufhetze. Niedermayer sagte im

¹⁴ Von Twardowski, Botschaftsrat der deutschen Botschaft in Moskau, wurde am 22. 1. 1933 zeitweilig zur deutschen Delegation an der Abrüstungskonferenz in Genf abgestellt. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 232, Anm. 6, S. 416. Twardowski kehrte in der 2. Julihälfte nach Moskau zurück.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Aleksandrovskijs mit von Niedermayer am 22. 3. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 95–98.

Zorn, indem er in seinen bayerischen Dialekt verfiel und keine Kraftausdrücke scheute, dass, um angeblich erneut die Worte Blombergs wiederzugeben, der Moment gekommen sei, da man diese Gauner und Banditen etwas *am Arsch kitzeln*³ müsse. Blomberg habe angeblich wörtlich gesagt, dass er bestrebt sei, die Arbeit Görings zu beenden (wird ihm das Handwerk legen)⁴. Im gleichen Sinne habe sich Blomberg auch zu den außenpolitischen Versuchen Görings geäußert. Dies stand, laut Niedermayer, im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über unsere Beziehungen, mit den Spaziergängen Görings in der französischen Botschaft⁵ und mit der Übermittlung meiner Worte anlässlich des letzten Interviews Görings⁶ an Blomberg.

Weiter wiederholte N., Blomberg habe ihn gebeten, mir offiziell zu übermitteln, dass überhaupt nicht von einer Verschlechterung der Beziehungen die Rede sein könne. Vielmehr würden in allernächster Zeit Schritte eingeleitet werden, die uns von der ganzen Ernsthaftigkeit der **Absichten**⁷ Deutschlands vor Augen führen, mit uns engere Beziehungen (engere Bindung)⁸ einzugehen. Um Niedermayer zu prüfen, habe ich absichtlich nachgefragt, was die von ihm gemachte Wiederholung und die Unterstreichung des offiziellen Moments bei seiner Übermittlung der Worte Blombergs zu bedeuten habe. N. antwortete, dass, obwohl er eine inoffizielle Person sei und Blomberg andere Wege für offizielle Erklärungen habe, Blomberg dennoch gerade Niedermayer offiziell den Auftrag erteilt habe, mir das von N. Dargelegte zu sagen. Blomberg sei dabei von der Notwendigkeit ausgegangen, so schnell wie möglich unsere Zweifel zu zerstreuen und meinte, dass N. dafür die geeignetste Person sei, insofern er ein Pionier der sowjetisch-deutschen Freundschaft sei⁹. Er habe diese Linie seit Jahren ungeachtet aller konjunkturellen Schwankungen beibehalten, und damit stehe er zugleich Blomberg nahe, der ihm Aufgaben übertrage. Ich fragte nochmals nach, ob es nicht ein Vertrauensbruch gegenüber Blomberg wäre, wenn ich unser Gespräch nach Moskau übermittele. N. sagte mit noch größerer Bestimmtheit, dass Blomberg im Gegenteil gebeten habe, seinen Wunsch zu übermitteln, damit seine Erklärungen nach Moskau berichtet würden. Darauf sagte ich, dass unsere alte Bekanntschaft es mir erlaube, N. offen zu sagen, dass ich in seiner heutigen Erklärung eine verdächtige Nähe der Worte Blombergs zu seinen eigenen Erörterungen von gestern heraushöre. N. antwortete,

³ So auf Deutsch im Dokument.

⁴ Der Text in der Klammer ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 35, Anm. 2.

⁶ Die Rede ist von dem Interview Görings, in dem er dem Korrespondenten der Amsterdamer Zeitung „Telegraaf“ erklärte, dass die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland überhaupt nichts mit den deutsch-russischen Beziehungen zu tun habe, die, seiner Überzeugung nach, ebenso freundschaftlich bleiben werden, wie sie es in den vergangenen Jahren waren. Vgl. „Göring über Russland“. In: Tägliche Rundschau, Nr. 70 vom 23. März 1933, S. 2. Die Zeitung bemerkte, dass „die russischen politischen Kreise mit großem Interesse diese Erklärung über die deutsch-russischen Beziehungen entgegengenommen [haben]. Diese Erklärung wird als erster Schritt zur Entschärfung der deutsch-russischen Beziehungen ausgelegt.“ Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde dieser Kommentar über die Nachrichtenagenturen verbreitet, da er im gleichen Wortlaut auch von dem offiziellen Presseorgan gebracht wurde. Vgl. „Moskau zur Erklärung Minister Görings“. In: Völkischer Beobachter vom 23. März 1933, Berliner Ausgabe, 1. Beiblatt.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Der Text in der Klammer ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Oskar Ritter von Niedermayer war einer der ersten Reichswehroffiziere, die die kriegswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten im Frühjahr 1921 in Gang brachten.

dass Blomberg, in dem Verhältnis zu dem, was er denkt und zu dem er selber strebt, natürlich nicht Amerika entdeckt habe. Der Unterschied bestehe darin, dass gestern N. seine eigenen Gedankengänge ausgesprochen und deshalb vorsichtig sowohl auf ein Bündnis als auch auf eine enge Bindung angespielt habe. In dem Gespräch mit Blomberg habe er gespürt, dass man nicht allzu weit gehen dürfe, weil Blomberg lediglich darüber sprach, dass die heutige Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bereits nicht mehr in dem Sinne befriedige, dass Rapallo¹⁰ zuviel, sondern umgekehrt bereits viel zu wenig sei¹¹.

Damit bei mir keine Zweifel hinsichtlich dessen aufkommen, ob man die Absichten der Reichswehr mit den Absichten der Regierung Hitler gleichsetzen könne, erzählte mir N. sehr ausführlich von einem anderen Teil seines Gesprächs mit Blomberg. Die Rede ging um das Verhältnis Blombergs zu Hitler. Blomberg stehe angeblich fest zu Hitler. Blomberg ist nach Einschätzung von N. ein Mann des Wortes. Im Augenblick heißt das, dass die Nationalsozialistische Partei als solche nicht die Sympathie Blombergs genieße, doch dafür sehe er in Hitler den Menschen, der die „Idee von der deutschen Staatlichkeit“ in ihrer reinen Form wieder belebe. Dieser Idee und deren Verwirklichung durch die Hände Hitlers gebe sich Blomberg vollkommen hin. Er habe im Gegensatz zu Schleicher eine eindeutige Position bezogen und spiele mit offenen Karten. Die deutsche Armee wurde 14 Jahre lang geknebelt und geradezu verfolgt. Hitler war der erste und der einzige, der direkt und bestimmt nicht nur darüber sprach, dass er die deutsche Armee nicht nur in ihrer Vergangenheit und Gegenwart achte, sondern zugleich ihr auch einen entscheidenden Platz im zukünftigen Schicksal Deutschlands zuweise. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass Hitler gerade in diesem Sinne handeln wird. Blomberg antworte darauf mit einer vorbehaltlosen Unterstützung Hitlers durch die Armee selbst dann, obgleich die Nationalsozialisten dazu neigen, mitunter etwas über die Stränge zu schlagen. Doch in ihren Reihen vollziehe sich ein rascher Lernprozess, sich das richtige Staatsverständnis anzueignen. Goebbels zum Beispiel war vor kurzem noch ein Schwätzer, ein Schreihals, eine hysterische Marionette. Heute beschäftige er sich ebenfalls mit der Propaganda, als er aber den Ministerposten erhielt und einen tieferen Einblick in den Verwaltungsmechanismus genommen hat, war er schon nicht mehr jener Goebbels, der er vorher gewesen sei.

Weiter erzählte Niedermayer etwas verlegen, dass die Nazis sich einige Male an ihn mit dem Vorschlag gewandt hätten, in ihre Partei einzutreten. Er habe aber diese Vorschläge abgewiesen¹². Schließlich habe man ihm vor einigen Tagen er-

¹⁰ Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

¹¹ Wie der Gehilfe des Militärattachés der UdSSR in Deutschland Šnitman berichtete, war „Niedermayer dieser Tage erneut bei Gen. Aleksandrovskij und hat ihm einen ganzen Haufen von allerlei Dingen erzählt, was so weit ging, dass er /Nied./ angeblich im Namen von Blomberg spreche. 37 wurde unverzüglich der Auftrag erteilt, die nötige Klarheit zu beschaffen, und als Antwort schickte 37 die als Anlage beigefügte Auskunft [...]. Bericht von 37. Zwischen Blomberg und Niedermayer gibt es absolut keine formellen Beziehungen, auch keine Freundschaft oder ähnliche Verbindungen, die eine eventuelle gemeinsame Arbeit oder eine Vergabe von Sonderaufträgen an Nied. rechtfertigen könnten.“ Auszug aus dem Schreiben Šnitmans vom 27. 3. 1933, den Berzin an den Chef des Sektors für Militär- und Marineattachés des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR, G.M. Štern, zum Vortrag beim Volkskommissar Vo-rošilov geschickt hat. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 110–111.

¹² Niedermayer versuchte das ganze Jahr 1933 über, in die NSDAP aufgenommen zu werden,

neut einen Aufnahmeantrag mit der Bitte zugeschickt, ihn für die Aufnahme in die Partei auszufüllen. N. ist soeben erst aus dem Urlaub zurückgekehrt und hat aus Gründen der Loyalität gegenüber Blomberg entschieden, ihm von diesen „Belästigungen“ zu erzählen. N. habe angeblich nichts anderes erwartet, als das, dass Blomberg dies [lediglich] zur Kenntnis nehmen würde. Wie groß sei dagegen die Verwunderung von N. gewesen, als Blomberg ihm gestern klipp und klar antwortete, dass er in die Naziartei eintreten müsse. Das Motiv dafür sei angeblich dergestalt, dass N. mit seinem Wissen über den Osten¹³, und insbesondere über Russland, und mit seiner langjährigen ausgeprägt klaren außenpolitischen Orientierung es nicht nur könne, sondern geradezu verpflichtet sei, in die Reihen der Nazi im Interesse der nationalen Wiedergeburt Deutschlands einzutreten.

Zum Ende zog Niedermayer mit Schimpfwörtern über das Auswärtige Amt her und äußerte sich sehr abschätzig über dessen Personalbestand, wobei er versicherte, dass bald radikale Veränderungen eintreten würden. Es sei besser, mit denen zu tun zu haben, die tatsächlich in der Lage sind, etwas zu bewirken, als mit den Berufsbeamten, die um ihre eigene Haut zittern. Was stelle denn eigentlich Meyer dar? Seine jüdische Herkunft bewirke bei ihm ein derartiges Zittern, dass er nicht in der Lage sei, etwas zu tun und irgendeine Linie zu vertreten. Oder Dirksen in Moskau. Dieser sei ein Waschlappen, der es nicht verstehe, sich durchzusetzen und der überhaupt keinerlei Bezug zu den jetzigen Ereignissen in Deutschland habe. Ich solle nicht denken, dass sich diese Bemerkung auf die Erfolglosigkeit der Vorstellungen Dirksens in Moskau beziehe. Dies beziehe sich vielmehr auf sein Unvermögen, sich im Auswärtigen Amt durchzusetzen. Seine Unentschlossenheit sei für beide Seiten schädlich. Es wäre richtiger, wenn in Moskau ein echter Nationalsozialist sitzen würde. Ich warf ein – warum nicht Göring? Betätigt er sich nicht gerade deshalb mit außenpolitischen Übungen? N. antwortete, und selbst wenn es Göring wäre. Ich dankte ironisch und sagte, das N. sich bei seiner guten Absicht, unsere Beziehungen in Richtung einer Verbesserung zu entfalten, zu sehr hinreißen lassen habe. Selbstverständlich sei es in erster Linie eine Sache Deutschlands, wer es vertrete. Doch andererseits ist es selbstverständlich auch unsere Angelegenheit, an die wir aufgrund unserer ernsthaften Einstellung zur Freundschaftsfrage mit aller gebotenen Sachlichkeit herangehen. Die Grundlage dieser Freundschaft hat sich seit langem bewährt und bedarf deshalb keiner Experimente in der Art der Übungen des Herrn Göring oder mit Göring. Möge Deutschland bei uns besser durch Dirksen vertreten werden, der niemals die Absicht hatte, unsere Ukraine zu erobern, als durch Göring, dem es weder gelungen ist, für sich die Ukraine zu erobern, noch die Hochachtung, ja nicht einmal die Duldung in der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen. Hier verhalte sich die Sache gerade umgekehrt. N. antwortete, dass er dies als Beispiel gesagt habe. Sein Gedanke gehe in die Richtung, dass es notwendig sei, direkte Kontakte zwischen Russland und Deutschland zu haben, aber dafür bedürfe es guter Kontaktpersonen. Eine solche sei Dirksen nicht.

wobei er dabei seine freundschaftlichen Kontakte zu Haushofer, der sich für Niedermayer bei Heß einsetzte, nutzte. Schließlich wurde er Ende 1933 NSDAP-Mitglied.

¹³ Von September 1912 bis Mai 1914 bereiste Niedermayer einige Länder des Orients (Iran, Indien, Ceylon, Syrien, Libanon) mit dem offiziellen Auftrag, Präzisierungen bei geographischen Karten vorzunehmen.

Zum Ende des Gesprächs kam ich noch einmal auf die Notwendigkeit deutlicherer Beweise für die Unveränderbarkeit unserer Beziehungen zu sprechen. Ich würde heute ja zu hören bekommen, was und wie Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag sprechen werde. Davon werde viel abhängen. Mir gefällt es nicht, dass die deutsche Presse offenkundig falsche Berichte darüber bringt, wonach Görings Interview eine „beruhigende Wirkung in den Moskauer politischen Kreisen gezeigt“ habe. Falls Herr Göring und seine Parteigänger meinen, auf diese Weise unsere Zweifel hinsichtlich der außenpolitischen Linie Deutschlands zu zerstreuen, so irren sie sich gewaltig. Die deutsche Regierung kann sich in der jetzigen Situation eindeutigen Erklärungen an unsere Adresse nicht entziehen, falls sie nicht die Absicht habe, unsere beiderseitigen Beziehungen bewusst zu trüben.

ALEKSANDROVSKIJ

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1168 vom 29. 3. 1933.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertreters des Volkskommissars mit der Eingangs-Nr. 1358 vom 29. 3. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten. 24. III. 33.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 11, d. 28, l. 90–94. Kopie.

Nr. 41

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Ganz geheim

Expl. Nr. 7

27. März 1933

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

da Sie erst vor wenigen Tagen aus Moskau abgereist sind, wo wir die Möglichkeiten zum Meinungsaustausch über den Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen hatten, schreibe ich Ihnen jetzt lediglich zu einigen laufenden Fragen.

1. Wir beabsichtigten, in der gestrigen Nummer der „Izvestija“ auf die Erklärung Hitlers¹ zu reagieren, doch wir haben dies nicht getan, weil wir in erster Li-

¹ Am 23. 3. 1933 gab Hitler in der Sitzung des neu gewählten Reichstages eine Regierungserklärung zum Ermächtigungsgesetz ab, in der er auch auf Fragen der internationalen Politik einging. Zum Verhältnis zur UdSSR sagte er wörtlich: „Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber

nie auf das Verhalten der Engländer im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Angestellten von Metro-Vickers² reagieren mussten. Doch ich denke, dass morgen ein Artikel gebracht werden wird, in dem wir die positive Erklärung Hitlers würdigen und zugleich in angemessen entschiedener Form auf die dieser Erklärung zuwiderlaufende Praxis der deutschen zentralen und lokalen Behörden nachdrücklich hinweisen werden (Zeitungen, Derop usw.)³.

2. Es ist erforderlich, reale Ergebnisse bezüglich der Freiheit des Postverkehrs der Bevollmächtigten Vertretung, der Handelsvertretung, der Konsulate und für sämtliche diplomatischen Mitarbeiter unserer Einrichtungen zu erwirken. Da Meyer im Gespräch mit Gen. Aleksandrovskij unser Recht anerkannt hat⁴, so ist der Hinweis von Saucken auf technische Schwierigkeiten lächerlich. Darüber hat gestern Gen. Štern sehr entschieden mit dem bei ihm weilenden Dienstmann⁵ gesprochen, und er hat gewarnt, dass wir, falls das Recht unserer Organe nicht unverzüglich wiederhergestellt wird, genötigt sein werden, zu Vergeltungsmaßnahmen zu greifen und der deutschen Botschaft die Zustellung der Zeitungen zu verweigern. Dienstmann war sehr erschrocken und versprach, Maßnahmen zu ergreifen. Weil ich nicht überzeugt war, dass sich die Botschaft dazu entschließen wird, diese Frage in der nötigen entschiedenen Form in Berlin aufzuwerfen, habe ich soeben an Sie über die von uns vorzutragende Demarche telegraphiert und Ihnen vorgeschlagen, selbst darüber zu entscheiden, ob nicht auch gegenüber Meyer die von uns vorgebrachten Warnungen wiederholt werden sollten. Persönlich meine ich, dass Sie in der gleichen entschiedenen Form bei dem Auswärtigen Amt wegen der Unausweichlichkeit von Vergeltungsmaßnahmen vorstellig werden sollten. Falls die unhaltbaren Zustände bei der Zustellung der Zeitungen und auch auf anderen Gebieten nicht abgestellt werden, werden wir gezwungen sein, über Repressivmaßnahmen nicht nur hinsichtlich der Zeitungen, sondern auch über andere Vergeltungsmaßnahmen nachzudenken, die noch stärker die Interessen der deutschen Botschaft berühren. Wir haben hier entschieden, nach dem Gespräch Šterns mit Dienstmann drei Tage abzuwarten. Wenn nach diesen drei Tagen die „Pravda“ und die „Izvestija“ nicht bei Ihnen eintreffen, werden wir uns mit der Post verständigen und die an die Adresse der Botschaft gerichtete Presse zurückhalten⁶.

Gen. Aleksandrovskij hat vollkommen richtig gehandelt, indem er es abgelehnt hat, dem Rat Meyers zu folgen, die Zeitungen in geschlossenen Kuverts zu

Sowjetrussland in der Lage.“ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 229–237, hier S. 236.

² Am 14. 3. 1933 wurde über die Verhaftung von Mitgliedern einer „Schädlingsgruppe“, darunter auch Angestellte der englischen Firma „Metropolitan-Vickers“, berichtet, die in der UdSSR als Berater tätig waren und angeblich eine Reihe von Havarien in einigen großen Elektrokraftwerken der UdSSR verursacht haben sollten. Vgl. „Soobščenie OGPU“ (Mitteilung der OGPU). In: Pravda vom 14. März 1933, S. 4.

³ Vgl. „Slovo i delo“ (Wort und Tat). In: Izvestija vom 28. März 1933, S. 1. Von Dirksen geht auf diesen Artikel in seinem Bericht Nr. 624 „Sowjetöffentlichkeit zur Reichskanzler-Rede vom 23. d. Mts.“ ein; vgl. PA AA, Moskau 207, Bl. 425315–425319.

⁴ Vgl. Dok. 38.

⁵ Die Unterredung fand am 25. 3. 1933 statt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 151–147.

⁶ Krestinskij unterrichtete am 4. 4. 1933 Chinčuk darüber, dass beschlossen wurde, die Zustellung von Zeitungen in die deutsche Botschaft in Moskau nicht zu behindern. Vgl. ebd., l. 155.

verschicken⁷. Man muss nicht auf eine Abmachung dieser Art eingehen, dieser Ausweg verbleibt uns immer noch, wir können ihn parallel zu den Vergeltungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund haben wir entschieden, als gestern Gen. Umanskij von Ihrem Privattelefon aus Berlin die Bitte übermittelt wurde, die „Pravda“ und die „Izvestija“ in Paketen zu je 30–40 Exemplaren an Sie persönlich zu schicken, diese Bitte nicht zu erfüllen und die Zeitungen vorerst nicht zu versenden. Wir meinen, dass diese Bitte aus Berlin noch vor Ihrer Ankunft und ohne Abstimmung mit Ihnen übermittelt worden ist.

Heute rief Dienstmann Gen. Štern an und teilte ihm mit, dass die deutsche Botschaft nicht zur Einfuhr in die UdSSR zugelassene ausländische Zeitungen nicht in Banderolen, sondern in verschlossenen Paketen erhalte. Gen. Štern antwortete, dass es uns nicht interessiert, in welcher Verpackung die deutsche Botschaft die Zeitungen erhält. Wir beharren auf dem Recht unserer Botschaft, ungehindert und unkontrolliert die Post zu erhalten, darunter auch Zeitungen in beliebiger Verpackung, und der von Dienstmann mitgeteilte Sachverhalt verändere in keiner Weise weder unsere Haltung noch unsere Absichten, das Recht unserer Botschaft mittels Vergeltungsmaßnahmen zu verteidigen.

3. Mich beunruhigt sehr der augenscheinlich zentral gelenkte Feldzug gegen die lokalen Vertretungen der Derop. Dass die Mehrheit der Verhafteten nunmehr frei gelassen wird, korrigiert nicht den Effekt der Übergriffe. In der Provinz ist bei einem breiten Publikum und bei der Klientel der Derop der Eindruck entstanden, dass es besser sei, nichts mit der Derop zu tun zu haben, um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Und dies ist gerade das, was unsere Konkurrenten brauchen. Man muss nicht nur die Einstellung der gesamten um sich greifenden Übergriffe erreichen, sondern auch eine entsprechende öffentliche Erklärung des Wirtschaftsministeriums oder des Innenministeriums, oder auch von beiden gemeinsam, erwirken, mit der die bisherige Position der Derop wiederhergestellt werden könnte. Ich werde auf Ihre ausführlichen und umgehenden Mitteilungen über alle Vorfälle und über alle die von Ihnen unternommenen Schritte warten. Ich denke, dass Sie persönlich bei Neurath entschieden vorstellig werden sollten.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

P. S.: Da in Ihrer Anwesenheit die telegrafische Anfrage des Gen. Arosev bezüglich der Ausgabe von Pässen für die in die Tschechoslowakei geflüchteten Maslow und Ruth Fischer eingegangen ist, kann ich Ihnen – nur zu Ihrer Kenntnis – mitteilen, dass diese Frage positiv entschieden wurde, worüber an Gen. Arosev auch Weisung ergangen ist.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabt[eilung].

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 92–94. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 95, S. 196–197⁸.

⁷ Vgl. Dok. 38.

⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

Nr. 42

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 339¹

27. März 1933

An

Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

bei meiner Ankunft in Berlin fand ich, dass sich der angespannte Zustand nicht ein bisschen verringert hat. Wenn auch die an der Macht befindlichen Personen oftmals behauptet haben, dass allmählich die Ordnung hergestellt werde und dass die sogenannte „nationale Revolution“ eine unglaublich geringe Anzahl von Opfern zur Folge habe, so muss man nichtsdestoweniger feststellen, dass Willkür und Terror nach wie vor herrschen. Massenhafte Haussuchungen, Verhaftungen aller Art und die Verprügelungen in den Kasernen der SA sind nicht nur nicht zurückgegangen, sondern sie haben sich, nach den als recht vertrauenswürdigen verbreiteten Gerüchten zu urteilen, noch verstärkt. Die auf Initiative Görings inszenierte Begegnung einer Kommission ausländischer Journalisten mit einigen Häftlingen, darunter mit Thälmann, Torgler, Ossietzky und Ludwig Renn, damit sie sich mit deren Lage vertraut machen, ist bedeutungslos². Doch das Ziel, das sich die Regierung gestellt hatte – von den Journalisten eine beschwichtigende Erklärung zu bekommen, dass die Häftlinge nicht misshandelt würden – war damit erreicht worden.

Ein amerikanischer Journalist, Lochner, der dieser Kommission angehörte, berichtete, dass Thälmann es abgelehnt habe, mit dieser Kommission zu sprechen, und keine einzige Frage beantwortet habe. Andere hätten einsilbig geantwortet, dass ihre Behandlung nicht schlecht sei, haben sich jedoch über die unregelmäßige Aushändigung der Briefe und Bücher beschwert und insbesondere über das schlechte Essen. Es ist charakteristisch, dass die die Kommission begleitende Person darauf sofort erklärte, dass für diese Verbrecher und Brandstifter das Essen, welches man ihnen gebe, noch viel zu gut sei.³)

In Bezug auf unsere Sowjetbürger liegen Fälle von Willkür vor, die wir in entsprechenden Noten bereits nach meiner Ankunft festgehalten haben. Am 21. März erschien in Zwickau (Sachsen) beim Abnahmebeauftragten Judin ein Beamter der Kriminalpolizei, um die Dokumente zu überprüfen, um 5 Uhr am Nachmittag des gleichen Datums erschienen bereits zwei Beamte der Kriminalpolizei, die eine Haussuchung vornahmen, die Dienstakten und die Dokumente überprüften. Zu

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Völkischer Beobachter vom 26./27. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 1. Im unteren Teil der Seite war ohne Kommentar eine Fotografie mit dem Titel platziert: „In Haft genommene Kommunisten werden der ausländischen Presse vorgeführt. Von Links nach Rechts: Torgler, Ossietzky, Renn.“

³ Das Zeichen ist handschriftlich eingefügt.

diesem Vorgang wurde eine Note erstellt. In Frankfurt am Main sind zwei Brüder, die Sowjetbürger Arno und Adol'f Sosenskij, verhaftet worden. In der Note haben wir nach den Gründen für die Verhaftung gefragt und die Freilassung gefordert. Doch am meisten hatten wir es mit Überfällen auf unsere Derop zu tun. Außer den Fällen, über die ich Ihnen bereits geschrieben habe, gab es einen Überfall in München, wo der Direktor der Derop, Lyčagin, und der Mitarbeiter der Derop-Zentrale, Gajdenko, verhaftet wurden. Beide waren zu diesem Zeitpunkt in München mit der Auflösung der Derop beschäftigt. Selbstverständlich haben wir in einer speziellen Note wegen der Gründe nachgefragt, auf die materiellen Verluste hingewiesen und die Freilassung gefordert. In Essen drang ein SA-Trupp, nachdem er die Tür eingeschlagen habe, in die Wohnung von Roman Levčuk ein und drohte ihm massiv. Da die Briefe an Levčuk unbeantwortet bleiben, haben wir wiederum in einer Note nach den Gründen nachgefragt und die Freilassung erbeten. Außerdem ist in München bereits am 19. März der Hauptbuchhalter der Derop, Propst, verhaftet worden. **Wir haben Gen. Giršfel'd nach München geschickt.**⁴ Indessen haben wir bisher noch keine offizielle Mitteilung darüber erhalten, und wir haben ebenso eine dementsprechende Note verfasst. Ein besonders schwerer Schlag traf die Derop in Köln. Am 16. März stürmten 15 Nazis in das Büro der Derop in Köln und nahmen eine Haussuchung vor, nachdem sie alle Mitarbeiter in ein Zimmer gesperrt und es abgeschlossen hatten. Am 23. März erschienen im Büro einige Beamte der Kriminalpolizei und verhafteten 10 Mitarbeiter, darunter die Sowjetbürger Gen. Gricenko, Direktor der Filiale, und Gen. Abrosimov, Direktor der Transportabteilung in Berlin, der sich zu dieser Zeit in Köln aufhielt. Am nächsten Tag wurden beide und einige weitere Verhaftete frei gelassen. Es gab zahlreiche Fälle, bei denen Nazis in einer Gruppe von bis zu 100 Personen mit ihren Autos bei der Derop (Tankstelle⁵) vorfahren und gewaltsam, indem sie mit Verhaftung wegen Widerstandes drohen, ihre Autos mit Kraftstoff betanken, ohne dafür zu bezahlen.

In Leipzig ist die Sowjetbürgerin Marija Rivkina verhaftet worden. Am frühen Morgen des 21. März drang ein SA-Trupp, nachdem er die Tür zerschlagen hatte, in die Wohnung des Sowjetbürgers Perkal' ein und nahm hier eine Haussuchung vor; am 22. März erschien bei ihm erneut ein SA-Trupp und verhaftete ihn. Er wird in der SA-Kaserne festgehalten.

Zu all diesen Vorfällen haben wir Noten verfasst, deren Kopien Sie regulär mit der gleichen Post erhalten.

Somit, und ich wiederhole dies, erleiden wir einen besonders großen Verlust bei der Derop. Deshalb haben wir heute beschlossen, umgehend eine Verbalnote speziell mit Blick auf die Derop zu verfassen, in der wir sämtliche Fakten hinsichtlich der Desorganisation der Tätigkeit der Derop aufzählen und auf die Verluste aufmerksam machen, die daraus entstehen⁶. Die Kopie dieser Verbalnote erhalten Sie ebenfalls mit dieser Post.

Was die Rede Hitlers betrifft, die er vor dem Reichstag am 22. März⁷ gehalten hat, so beinhaltet sie im Prinzip knapp Folgendes: In dieser Programmrede Hitlers

⁴ Der Satz ist handschriftlich geschrieben.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Vgl. Verbalnote der Botschaft der UdSSR an das AA vom 27. 3. 1933. In: BArch, R 58/ 3311, Bl. 91–99.

⁷ So im Dokument; richtig: 23. März.

erregte der außenpolitische Teil, die Programmklärung zur Wirtschaftspolitik und die Ausführungen darüber, dass heute von einer Rückkehr zur Monarchie nicht die Rede sein könne, in Deutschland und im Ausland besondere Aufmerksamkeit. Die Auslassungen „über die entschlossene und erbarmungslose Bekämpfung des Kommunismus und Marxismus“, die die gesamte Rede bestimmten, sind in den nat[ional]-sozialistischen Reden eine derartig gewöhnliche Erscheinung, ^{**dass**}⁸ sie nicht weiter kommentiert werden müssen. Vermerkt wurde lediglich die Erklärung Hitlers, dass zur Bekämpfung der Gerüchte, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag selbst angezündet, die Regierung nicht davor zurückschrecken werde, den Brandstifter und seine Helfershelfer öffentlich hinzurichten.

In dem außenpolitischen Teil seiner Rede unterstützte Hitler nachdrücklich, doch in einem sehr gemäßigten Ton, die Forderung nach der deutschen Gleichberechtigung, indem er verstärkt die deutschen Friedensabsichten unterstrich. Als er über das Bestreben Deutschlands nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern sprach, hat er mit besonderer Wärme die guten Beziehungen zu Italien hervorgehoben. Doch zugleich sprach er auch von der Möglichkeit eines Ausgleichs mit Frankreich – unter der Bedingung der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Einen großen Eindruck in Deutschland hat der Teil der Rede Hitlers gemacht, der die Beziehungen zur UdSSR betraf. Dies war die erste offizielle Rede, in der Hitler erklärte, dass die erbarmungslose Bekämpfung des Kommunismus im Inneren des Landes nicht die freundschaftlichen, für beide Länder nützlichen Beziehungen zur UdSSR behindern würde. Es ist interessant, dass Hitler dieses Thema zweimal angesprochen hat – im außenpolitischen Teil, wo er direkt die UdSSR nannte und im Einleitungsteil seiner Rede, in dem er erklärte, dass die Bekämpfung des Marxismus und die Bildung einer starken nationalen Regierung in Deutschland die Möglichkeit verschaffe, gute Beziehungen zu allen Ländern, unabhängig von den in ihnen herrschenden Weltanschauungen, zu unterhalten. Die Haltung Hitlers zur UdSSR ist von der deutschen Presse einhellig gutgeheißen worden.

Das Wirtschaftsprogramm Hitlers, dass er in ganz allgemeinen Zügen entworfen hat, fand bei der großbürgerlichen Presse entschiedene Zustimmung und zerstreute die letzten Zweifel hinsichtlich eventueller extravaganter „sozialistischer“ Experimente seitens der neuen Regierung. Hitler unterstrich die Wichtigkeit der Privatinitiative und des Privateigentums, distanzierte sich von der Planwirtschaft, versprach der Industrie, die Steuern zu senken usw. Als Hitler davon sprach, dass seitens der Verbraucher zur Rettung der Landwirtschaft Opfer gebracht werden müssten, rief dies bei einigen Industriekreisen einen zaghaften Protest hervor. Doch dieser Protest ist damit abgeschwächt worden, dass sich Hitler gegen eine Autarkie äußerte und versprach, den deutschen Export zu fördern. Eine große Bedeutung wurde ebenso der Erklärung Hitlers beigemessen, dass die Regierung entschlossen sei, die Stabilität der deutschen Währung zu sichern. Die Erklärung, dass von einer Wiedererrichtung der Monarchie gegenwärtig nicht die Rede sein könne, fand die Zustimmung der gesamten Presse. Allein die Presse der deutschen Nationalisten – überzeugte Monarchisten – drückte ihre Zustimmung in einem etwas angesäuerten Ton aus. Hitler hat sicherlich recht, wenn er davon spricht, dass

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese Fragestellung unzeitgemäß ist, doch die deutschen Nationalisten werden auch in Zukunft nicht davon abgehen, das Gebäude des neuen Deutschland mit der Krone schmücken zu wollen.

L. CHINČUK

x)** Auf die Frage Lochners, ob die Mitteilung Görings zutreffe, dass sich Torgler, als man ihn durch einen dunklen Korridor führte, feige verhalten habe, antwortete Torgler, dass dies eine Lüge sei**⁹.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1359 vom 29. 3. 1933.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an den Adressaten, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 96–98. Original.

Nr. 43

Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Lammers

Berlin, den 29. März 1933

Vertraulich

Nr. V 4023

Eilt!

An den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei

Anbei beehre ich mich das in Moskau am 24. Juni 1931 unterzeichnete Protokoll zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken über die Verlängerung des Vertrags vom 24. April 1926 und des Abkommens über ein Schlichtungsverfahren vom 25. Januar 1929¹ im Abdruck mit der Bitte zu übersenden, die Angelegenheit auf die Tagesordnung einer der nächsten Kabinettsitzungen zu setzen². Ich werde beantragen, dass die Reichsregierung dem Protokoll zustimmt.

Das Protokoll und seine Anlagen sind bereits von einem früheren Reichskabinett genehmigt worden, vgl. das dortige Schreiben vom 2. November 1931 – Rk 11109. II. –; es war auch bereits am 14. April 1932 vom Reichsrat verabschiedet worden. Es erscheint mir gerade bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage geboten, dass die Beziehungen zur Sowjet-Union wieder auf eine feste vertragliche Grundlage gestellt werden. Im Falle der Zustimmung des Kabinetts beabsichtige

⁹ Der Text ist handschriftlich hinzugefügt.

¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 12, 13. Vgl. auch Dok. 18.

² Die Kabinettsitzung, auf der die Zustimmung für die Verlängerung des Vertrags beschlossen wurde, fand am 4. 4. 1933 statt. Es wurde gleichzeitig vereinbart, dass eine Bekanntmachung der Zustimmung zunächst unterbleibe. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Bd. I/1, Dok. 88, hier S. 294–295.

ich daher, das zur Ratifikation des Protokolls Erforderliche sobald als möglich zu veranlassen.

Der bisher für solche Vorlagen übliche Gesetzentwurf entfällt gemäß Artikel 4 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933³. Das Protokoll und der Austausch der Ratifikationsurkunden werden aber demnächst im Reichsgesetzblatt bekanntzugeben sein⁴.

27 Abdrucke dieses Schreibens und seiner Anlage sind beigelegt.

Der Reichsminister des Auswärtigen

Frh. von Neurath

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben: 27 Abdrucke, Anlage in 28 Abdrucken und unten befindet sich der handschriftliche Vermerk: [A] 9.

PA AA, R 28307, Bl. D 562427–562428.

Nr. 44

Schreiben des Vorstandes des Benzol-Verbandes an Reichskanzler Hitler

Bochum, den 30. März 1933

Wittener Str. 45

An den
Herrn Reichskanzler Adolf Hitler
Berlin W 8
Reichskanzlei

Betrifft: Russische Mineralöleinfuhr – „Derop“ Deutsche Vertriebsgesellschaft für Russische Öl-Produkte A.-G.

Der Inlandsbedarf an Mineralölen, insbesondere an Autotreibstoffen, kann trotz der beträchtlichen Steigerungsfähigkeit der einheimischen Erzeugung bei geeigneter Leitung der Wirtschaftspolitik nicht nur von dieser gedeckt werden. Es bleibt mit Sicherheit immer ein beträchtlicher Einfuhrbedarf an diesen Stoffen bestehen. Dieser kann aus Amerika, Rumänien und Russland gedeckt werden. Die Haupterzeugung der Welt, außer der russischen, wird von drei kapitalkräftigen Gruppen, der Standard Oil Company, der Shell und der Anglo Persian Oil Company kontrolliert.

Wenn Deutschland sich für seinen Einfuhrbedarf nicht von diesen anglo-amerikanischen Gruppen abhängig machen will, die auch einen großen Einfluss auf die rumänische Erzeugung haben, muss dafür Sorge getragen werden, dass die russische Erdöleinfuhr als Gegengewicht für die übermächtigen westlichen Einfuhrfirmen aufrecht erhalten bleibt.

³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 141.

⁴ Das Protokoll vom 24. 6. 1931 wurde im Reichsgesetzblatt Nr. 21 vom 31. 5. 1933 veröffentlicht. Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil II, S. 311–312.

Die Aufrechterhaltung einer russischen Mineralöleinfuhr hat noch ein weiteres großes Interesse. Die deutsche Industrie, insbesondere die Eisen-, Maschinen- und Elektrizitätsindustrie, muss an den Lieferungen für Russland beteiligt bleiben und Russland kann für die nächste Zeit seine deutschen Käufe fast nur mit den Verkaufserlösen aus Mineralölerzeugnissen bezahlen.

Die Sowjet-Union hat ihr Einfuhrgeschäft in Mineralölerzeugnissen nach zwei Richtungen hin entwickelt. Sie hat mit einer Reihe von nationalen deutschen Firmen Lieferungsverträge geschlossen und bringt außerdem durch eine eigene Verteilungsorganisation für den Kleinvertrieb, die „Derop“ Deutsche Vertriebsgesellschaft für Russische Ölprodukte A.-G., etwa die Hälfte ihrer Einfuhr direkt zum Verkauf.

Da in der Leitung der „Derop“ in großem Maße russische Staatsbürger verwendet worden sind, sind in der „Derop“ nicht nur rein geschäftliche Interessen verfolgt worden, sondern es hat eine derartige Bevorzugung linksradikaler Elemente in der „Derop“ stattgefunden, dass seit geraumer Zeit die nationalen Verbraucherkreise mit Recht gegen die Derop-Organisation Stellung genommen haben. Es ist uns bekannt, dass der Nationale Deutsche Automobilklub am 1. März d. J. dieser Stimmung in einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler Ausdruck gegeben hat¹.

Da wir aus politischen Gründen das Ziel dieser Eingabe billigen, aber aus volkswirtschaftlichen Gründen, insbesondere aus den beiden eingangs ausgeführten Gesichtspunkten, die russische Mineralöleinfuhr unbedingt aufrechterhalten wollen, unterstützen wir den Plan einer Übernahme der „Derop“ in rein deutsche Hände. Damit ist die innerpolitische Betätigungsmöglichkeit der Russen durch eine von ihnen geleitete und beeinflusste, über ganz Deutschland verbreitete Verkaufsorganisation ausgeschaltet und gleichzeitig bleiben die Interessen der deutschen Ausfuhrindustrie und der deutschen Verbraucher von Mineralölerzeugnissen gewahrt.

Der BENZOL-VERBAND Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bochum, als alleinige größere deutsche Treibstofforganisation, die ohne jeden ausländischen Einfluss und ohne jede ausländische Bindung geblieben ist, ist ursprünglich zum Absatz des vom deutschen Steinkohlenbergbau hergestellten Benzols errichtet. Er benötigt zur Herstellung der von ihm seit Jahren mit großem Erfolg auf den deutschen Markt gebrachten Benzol-Benzin-Gemische Benzin und hat dieses seit Jahren von den Russen bezogen, weil die bisher in Deutschland angefallenen Benzinmengen, soweit sie überhaupt größere Mengen darstellten, wegen der Bindung der Erzeuger an gewisse Auslandsgruppen ihm nicht zur Verfügung standen. Er hat infolgedessen der Russengruppe in mehrjähriger Zusammenarbeit bewiesen, dass er bei aller Wahrung seiner kaufmännischen Interessen auch die berechtigten Belange der Russen nicht vernachlässigt. Hinzu kommt, dass seine Erzeugerwerke, die mit der Eisen- und Maschinenindustrie eng verflochten sind, Gewähr dafür bieten, dass auch nach Ausschaltung des russischen Einflusses auf die Vertriebsorganisation stets versucht werden wird, einen angemessenen Erlös für russische Erzeugnisse auf dem deutschen Markt zu erzielen.

¹ Vgl. Dok. 21.

Der BENZOL-VERBAND ist daher für die Durchführung des von den nationalen Verbänden angeregten Planes am geeignetsten.

Die deutschen und die russischen Handelsbelange werden am besten gewahrt, wenn die „Derop“, die jetzige Kleinverkaufsorganisation der Russen, verschwindet, und das Kleinverkaufsgeschäft von einer nationalen Gesellschaft ausgeführt wird. Durch mehrjährige Verträge zur Übernahme gewisser Mineralölmen-gen kann dafür gesorgt werden, dass die berechtigten Ansprüche Russlands auf Absatz auf dem deutschen Markt gewahrt bleiben.

Wir bitten daher die Reichsregierung, in der Angelegenheit der Verteilung russischer Mineralölerzeugnisse auf dem deutschen Markte keine Entscheidung zu treffen, ohne unsere eingehenden Vorschläge in dieser Angelegenheit vorher gehört zu haben.

BENZOL-VERBAND
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gez. Ruperti Schmidt

Auf dem ersten Blatt befindet sich unten am linken Seitenrand der maschinenschriftliche Umlaufvermerk: Abschriftlich an: Reichswirtschaftsministerium, Berlin, Reichsfinanzministerium, Berlin, Reichsverkehrsministerium, Berlin, Auswärtiges Amt, Berlin, den Beauftragten für das Kraftfahrwesen beim Reichsverkehrsminister, Berlin.

BArch, R 58/ 3031, Bl. 63–66.

Nr. 45

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 5

Nr. 48/I

1. April 1933

An den
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
GEN. STALIN

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wechsel unseres neu ernannten Bevollmächtigten Vertreters Gen. Aleksandrovskij von Berlin nach Prag (das Agrément der tschechoslowakischen Regierung liegt bereits vor) ist es erforderlich, an seiner Stelle einen neuen Rat für unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin zu ernennen.

Ansichts der politischen Lage in Deutschland wäre es nach Auffassung des NKID ungünstig, eine einrassige Führungsspitze der Bevollmächtigten Vertretung zu haben¹. Da gegenwärtig das NKID über keinen Mitarbeiter verfügt, der dieser Bedingung entspricht, die deutsche Sprache frei beherrscht, Deutschland kennt und über einen ausreichenden politischen Horizont verfügt (und diese drei Bedin-

¹ Litvinov meinte damit, dass der Bevollmächtigte Vertreter Chinčuk Jude war.

gungen sind absolut erforderlich), so bittet das NKID gemäß dem Vorschlag des Gen. Chinčuk das Politbüro, Gen. Bessonov zum Rat in Berlin zu ernennen, der zurzeit in London als 2. Stellvertreter des Handelsvertreters, Gen. Ozerskij, tätig ist.

Gen. Bessonov beherrscht die deutsche Sprache vorzüglich und kennt Deutschland sehr gut. Von 1924 bis 1925 lebte er ein Jahr lang in Berlin, wo er sich zu wissenschaftlichen Studien nach Beendigung des Instituts der Roten Professur² aufhielt. Vom Frühjahr 1930 bis zum Herbst 1932 arbeitete Gen. Bessonov 2½ Jahre in Berlin als Mitglied des Rates der Berliner Handelsvertretung³ und leitete den Planungs- und Wirtschaftssektor.

Während seiner letzten Tätigkeit in Berlin hat Gen. Bessonov zahlreiche Bekanntschaften bei den Führungsbeamten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums und der Staatsbank sowie in Kreisen von Vertretern der deutschen Schwerindustrie geschlossen. Alle diese Leute, die sich gegenüber Gen. Bessonov gut verhalten haben, bekleiden nach wie vor ihre führenden Positionen in dem Beamtenapparat der Regierung und in der Wirtschaft.

Das NKVT wird sich wahrscheinlich aus Ressortüberlegungen gegen einen Wechsel des Gen. Bessonov in das NKID aussprechen, doch im Prinzip ist Gen. Bessonov viel besser für die Arbeit in Berlin als in London geeignet, wo er noch als Neuling gilt und wo Gen. Ozerskij, der mit Gen. Charitonov bei dem heutigen Umfang unserer Tätigkeit mit England⁴ den wichtigsten Stellvertreter hat, sicherlich leicht ohne Gen. Bessonov auskommen wird.

Die baldmöglichste Abreise des Gen. Aleksandrovskij nach Prag ist wünschenswert, und zugleich möchte ich um die schnellstmögliche Bewilligung der vorliegenden Angelegenheit bitten.

LITVINOV

BESCHLUSSENTWURF

Gen. Bessonov ist als Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin zu bestätigen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. [die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 4. an M. M. [Litvinov], das 5. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 46–47. Kopie.

² Eine wissenschaftliche Einrichtung des ZK der RKP (B)/VKP (B) (1921–1938) zur Ausbildung von höheren ideologischen Kadern und Lehrkräften für die Gesellschaftswissenschaften an den Hochschulen.

³ Dies ist ein Beratungsorgan bei den verschiedenen Handelsvertretungen, die das NKVT eingerichtet hatte.

⁴ Das Außenministerium Großbritanniens setzte am 17. 10. 1932 die Handelsvertretung der UdSSR von dem Beschluss in Kenntnis, das befristete Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern vom 16. 4. 1930 zum 17. 4. 1933 außer Kraft zu setzen. Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Serie, Bd. VII, London 1958, Dok. 165, S. 251; DVP, Bd. XV, Dok. 474, Anlage, S. 674.

Nr. 46
**Schreiben des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten
Vorošilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

3123 ss¹

2. April 1933

AN DAS
POLITBÜRO DES ZK, Gen. STALIN

Ende April wird der Chef des Heereswaffenamtes der Reichswehr, General BOCKELBERG, nach Moskau kommen. Er folgt einer Einladung, die Gen. TUČAČEVSKIJ während seines Aufenthaltes in Deutschland ausgesprochen hat, als ihm im Herbst 32 eine Reihe von Übungen und Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie gezeigt wurde².

Der Grundsatz der Gegenseitigkeit verpflichtet uns, dem Deutschen sowohl Betriebe als auch einige Truppeneinheiten zu zeigen. Ich schicke Ihnen den Terminplan für die Besichtigungen. Falls es keine Einwände gibt, werde ich unseren Kommandeur, der BOCKELBERG begleiten wird, instruieren, wie man sich während der Besichtigungsreise des „Gastes“ durch unser Land zu verhalten hat.

ANLAGE: Besichtigungsplan³.

VOROŠILOV

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 107. Kopie.

Nr. 47
Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID

Auszug aus dem Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Kollegiums des NKID¹
vom 2. 4. 1933.

GEHÖRT:

I. DEUTSCHLAND: Übergriffe auf sowjet[ische] und wirt[schaftliche] Organe und Verhaftungen von sowjet[ischen] Bürgern.

BESCHLOSSEN:

I. a) Eingedenk dessen, dass die vorherigen Demarchen der Bevollmächtigten Vertretung bei dem Auswärtigen Amt² nicht ausreichend waren, ist Gen. Chinčuk

¹ Die Nummer ist handschriftlich eingefügt.

² Tučačevskij wollte vom 18. 9. bis 20. 10. 1932 an der Spitze einer Gruppe hochrangiger sowjetischer Militärs in Deutschland.

³ Der Besichtigungsplan, der hier nicht veröffentlicht wird, wurde von Berzin am 29. 3. 1933 an Vorošilov zur Bestätigung abgeschickt; vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 103–106. Zur Reise von Bockelbergs vgl. Dok. 98, 112.

¹ Dem Kollegium des NKID gehörten bis zu seiner Auflösung im Mai 1934 an: Litvinov, Krestinskij, Karachan, Stomonjakov.

² Vgl. Dok. 25, 35, 36 sowie die Proteste und Demarchen der Bevollmächtigten Vertretung der

telegrafisch vorzuschlagen, unverzüglich Neurath aufzusuchen und ihm eine persönliche Note mit seiner Unterschrift auszuhändigen³. In der Note ist auf alle Fakten zu verweisen, die in den vorangegangenen Demarchen der Bevollmächtigten Vertretung aufgezählt worden sind, wobei die Verletzung des Abkommens mit dem Hamburger Senat⁴ festzuhalten ist. Insbesondere ist der Gegensatz zwischen den Ausschreitungen und den Erklärungen Hitlers hervorzuheben. Zu vermerken ist die ernste Bedrohung, die sich für die sowjet[isch]-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ergibt, und darauf eine schnellstmögliche Antwort zu der Haltung zu erbitten, die die deutsche Regierung hinsichtlich dieser Fakten einnimmt und welche Maßnahmen für deren Abstellung ergriffen worden sind.

b) Gen. Chinčuk ist vorzuschlagen, im Gespräch mit Neurath nachdrücklich die Forderungen der Note zu bekräftigen und auf einer baldmöglichsten Antwort zu beharren.

c) Die Erklärung ist in Moskau in einer Unterredung des Volkskommissars mit dem deut[schen] Botschafter zu wiederholen und Dirksen das schriftliche Resümee der Unterredung⁵ auszuhändigen.

d) Die Tatsache unserer Demarche ist in der Presse zu veröffentlichen⁶.

Litvinov

Vermerk von D. G. Štern: An Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šej[nin]. 7. IV. 33

In der Mitte des linken Seitenrandes befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 686 vom 5. IV. 1933.

Kopie: an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 14–14R. Kopie.

UdSSR in Deutschland vom 28. 2. (DVP, Bd. XVI, Dok. 53, S. 133–134), vom 16. 3. (ebd., Dok. 81, S. 171–172), nicht früher als am 24. 3. (AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 40–39) und vom 27. 3. 1933 (BArch, R 58/ 3311, Bl. 91–99).

³ Vgl. Dok. 53.

⁴ Das Abkommen zwischen dem Hamburger Senat und dem Konsulat der UdSSR in Hamburg vom 25. 11. 1925 betrachtete die Räumlichkeiten der Niederlassung der Handelsvertretung der UdSSR in Hamburg als eine mit allen Rechten ausgestattete Exterritorialität gemäß Artikel 4 und 5 des Wirtschaftsabkommens (im Rahmen des Vertrages zwischen der UdSSR und Deutschland vom 12. 10. 1925) und des Schlussprotokolls dazu (Ergänzung zum Artikel 2 des Wirtschaftsabkommens). Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 14, 52–53; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 589, 611. Laut Abkommen vom 25. 11. 1925 hatte der Hamburger Senat nur in dem Fall das Recht, das Einverständnis für ein polizeiliches Vorgehen gegen die Niederlassung der Handelsvertretung der UdSSR in Hamburg zu geben, „wenn eine Verletzung der Bestimmungen des Vertrages vom 12. Oktober oder des Völkerrechts vorliegt“. Vgl. Verbalnote der Botschaft der UdSSR an das AA vom 30. 3. 1933. In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 70, d. 14, l. 25–24.

⁵ Vgl. Dok. 50.

⁶ „Protest tov. Litvinova protiv antisovetskich provokacij v Germanii. Soobščenie TASS“ (Protest des Gen. Litvinov gegen die antisowjetischen Provokationen in Deutschland. TASS-Mitteilung). In: Pravda vom 4. April 1933, S. 1; „Protest polpreda SSSR v Berline“ (Protest des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Berlin). In: Pravda vom 5. April 1933, S. 1.

Nr. 48

**Beschlussvorlage des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim
Expl. Nr. 8

Nr. 50/L

3. April 1933

An

GEN. STALIN

Kopien an: Gen. MOLOTOV
Gen. ROZENGOL'C

Gen. Rozengol'c hat mit Schreiben vom 17. März vorgeschlagen, die an unsere Wirtschaftsexperten gerichtete Einladung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Polens anzunehmen, damit sie sich mit den Handels- und Industriemöglichkeiten Polens vertraut machen. Das NKID unterstützt den Vorschlag unter der Bedingung, dass der Zeitpunkt der Reise zwischen dem NKID und dem NKVT abgestimmt wird.

Alle unsere Proteste gegen das provokatorische Auftreten der deutschen Faschisten haben bis jetzt keine Ergebnisse gezeitigt. Der heute von uns – von mir und von Gen. Chinčuk – erklärte entschiedene Protest¹ könnte ebenfalls ergebnislos bleiben. Unter diesen Umständen sehe ich kein anderes wirksames Druckmittel gegen Deutschland, als der Reise unserer Wirtschaftsfachleute nach Polen zuzustimmen, wobei ihr ein demonstrativer Charakter zu verleihen ist².

Ich möchte darum bitten, diese Frage morgen auf der Sitzung des Politbüros in diesem Sinne zu behandeln, um uns die Möglichkeit zu geben, die Reise in der nächsten Zeit verwirklichen können, falls wir in den nächsten Tagen von der deutschen Regierung keine befriedigende Antwort auf unseren Protest erhalten sollten.

LITVINOV

[Anlage]

BESCHLUSSENTWURF³

Die Informationsreise der Wirtschaftsexperten nach Polen, um sich mit dessen Produktions- und Handelsmöglichkeiten vertraut zu machen, ist zu bewilligen. Diese Reise ist zu einem vom NKID festgesetzten Zeitpunkt durchzuführen⁴. Die Zusammensetzung der Delegation ist vom NKVT mit dem NKID abzustimmen⁵.

¹ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 106, Anlage, S. 214–215; AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 136–138 (deutsch); Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Deutschland vom 3. 4. 1933. In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 70, d. 14, l. 66–65. Vgl. auch Dok. 47, Anm. 6.

² „V Pol'su vyezžaet sovetskaja chozjajstvennaja delegacija“ (Eine sowjetische Wirtschaftsdelegation reist nach Polen). In: Pravda vom 22. April 1933, S. 1. Entgegen der üblichen Praxis erschien in der Presse die Information bezüglich der Visite in Polen bereits eine Woche vor Abreise der Delegation.

³ Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 11. 4. 1933. In: RGASPI, f. 17, op. 3, d. 921, l. 12.

⁴ Die Delegation hielt sich vom 1. 5. bis 14. 5. 1933 in Polen auf.

⁵ Bei der Umsetzung des Vorschlags von Litvinov wurde der ursprünglich ernannte Delega-

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Kopien und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., das 1.–2. [Expl.] an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Rozengol'c, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Stomonjakov, das 7. an M. M. [Litvinov], das 8. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 51. Kopie.

Nr. 49

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen und dem Militärattaché Hartmann

Geheim

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN und des
deut[schen] Militärattachés HARTMANN am 3. April 1933

Dirksen suchte mich gemäß der Vorabsprache mit dem deutschen Militärattaché Oberst Hartmann auf, um ihn mir offiziell vorzustellen¹. Bis jetzt gab es in Moskau keinen offiziellen deutschen Militärattaché, und erst seit dem 1. April nahmen in allen deutschen Botschaften in großen Staaten, darunter auch in Moskau, die Militärattachés offiziell ihre Tätigkeit auf². An unserer Botschaft in Deutschland gibt es bereits seit 1926 einen Militärattaché.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung, der deutschen Regierung sowohl in Berlin als auch in Moskau wegen der gegenüber unseren Bürgern und unseren Wirtschaftsorganen verübten Exzesse verschiedene Erklärungen vorzutragen, habe ich beschlossen, den Besuch Dirksens und Hartmanns dazu zu nutzen, mit ihnen sehr ernst über dieses Thema zu sprechen. Ich entschied mich, mich nicht an Dirksen, sondern an Hartmann zu wenden, damit meine Erklärungen und Warnungen auch auf der militärischen Linie unbedingt nach Berlin übermittelt werden.

Nachdem Dirksen mir Hartmann vorgestellt hatte, sagte ich zu Letzterem, dass ich in seiner Person den ersten offiziellen deutschen Militärattaché in Moskau begrüße. Sodann entschuldigte ich mich bei Hartmann dafür, dass ich mich nicht an die Gepflogenheiten hielte und gleich beim ersten Treffen die zwischen unseren Staaten bestehenden Beziehungen ansprache. Ich sagte Hartmann, dass er seine Tätigkeit in einer sehr schwierigen Periode in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland aufnehme. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee dauere bereits über 10 Jahre. Ich hätte an der Wiege dieser Zusammenarbeit gestanden, sie die gesamte Zeit über unterstützt

tionschef, das Kollegiumsmitglied des NKVT der UdSSR Tamarin, durch den Stellvertretenden Volkskommissar Boev ersetzt (RGASPI, f. 17, op. 3, d. 921, l. 13).

¹ Von der IV. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA wurde am 25. 2. 1933 eine Kurzbiographie über Hartmann erstellt. Vgl. RGVA, f. 33988, op. 3, d. 324, l. 146.

² Die Entscheidung, die Dienststellung eines Militärattachés an den Botschaften Deutschlands in einigen Ländern einzurichten, wurde von der Regierung Schleicher Anfang Januar 1933 getroffen.

und unterstütze sie nach wie vor in allen ihren Phasen, und ich sei gut mit allem Auf und Ab ihrer Entwicklung vertraut. Und ich müsse Hartmann sagen, dass sich diese Beziehungen noch niemals in einer schwereren allgemeinpolitischen Lage als heute befunden hätten. Ihm seien sicherlich die zahlreichen Gewaltakte gegenüber unseren Bürgern bekannt, die in Deutschland von nationalsozialistischen Sturmtrupps und vielfach auch von Polizeiorganen verübt worden seien. Es könnten ihm nicht die Haussuchungen in den Niederlassungen unserer Handelsvertretung³ in Hamburg und in Leipzig und regelmäßigen Durchsuchungen unserer in Hamburg einlaufenden Schiffe⁴ entgangen sein; es erübrige sich auch, ihn an den regelrechten Feldzug gegen die Gesellschaft zum Verkauf von sowjetischen Erdölprodukten, Derop, zu erinnern. Auf die Zentrale der Gesellschaft in Berlin, ihre Filialen in Köln, Dresden, Stuttgart, München und in einer ganzen Reihe von anderen Städten seien zahlreiche Überfälle verübt und Haussuchungen durchgeführt worden, in deren Verlauf gesetzeswidrige Verhaftungen von Mitarbeitern, darunter auch von sowjetischen Staatsbürgern, vorgenommen wurden, die, nachdem sie größter Gewaltakte und Verhöhnungen ausgesetzt waren, schließlich frei gelassen worden seien, da es absolut keinen Grund für ihre Verhaftung gegeben habe. Auch auf einzelne Verkaufsstellen der Derop, die Benzin an Einzelverbraucher für Autos abgeben, habe es Überfälle und Plünderungen gegeben. In einigen Fällen hätten motorisierte SA-Trupps für ihre Autos das Benzin gewaltsam und ohne zu bezahlen gezapft. In anderen Fällen sei das Benzin einfach vergossen worden. Schließlich habe es Fälle von Beschädigungen und Zerstörungen von Zapfstellen der Derop gegeben⁵.

Alle diese Ungesetzlichkeiten und Ausschreitungen, diese ganze Willkür und Gewalt schufen für unsere Bürger und Organe in Deutschland eine außerordentlich schwere Atmosphäre. Über die Widersprüche zwischen den offiziellen Erklärungen des Kanzlers und anderer Regierungsmitglieder hinsichtlich der Beibehaltung des bisherigen Charakters der sowjetisch-deutschen Beziehungen und den tagtäglichen Fakten von Feindseligkeit könne unsere öffentliche Meinung wie die der ganzen Welt nicht hinwegsehen. Die öffentliche Meinung messe den Taten selbstverständlich eine größere Bedeutung als den Worten bei, und sie nehme in den sowjetisch-deutschen Beziehungen eine krasse Veränderung zum Schlechteren wahr.

Herrn Hartmann müsse klar sein, dass sich die Beziehungen zwischen zwei Staaten nicht im Rahmen von Behörden abspielen. Es könne doch nicht sein, dass zwischen dem Reichswehrministerium Deutschlands und dem Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR Beziehungen der Freundschaft

³ Entsprechend am 28. 3. und am 1. 4. 1933. Vgl. Verbalnoten der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR mit dem Protest bezüglich der Verletzung des Rechtsstatus der Zweigniederlassungen der Handelsvertretung der UdSSR auf dem Territorium Deutschlands vom 30. 3. und vom 3. 4., die an das Auswärtige Amt geschickt wurden. In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 70, d. 14, l. 25–24, 66–65.

⁴ Am 1. 4. 1933 wurde im Hamburger Hafen der sowjetische Dampfer „Dneprostroj“, der Sojabohnen geladen hatte, durchsucht. Der Dampfer „André Marty“, der am nächsten Tag einlief, wurde auf Grund des Protestes des sowjetischen Konsuls nicht durchsucht. Vgl. „Provokatory ne unimajutsja“ (Die Provokateure lassen nicht nach). In: Pravda vom 3. April 1933, S. 1.

⁵ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 86, S. 175–177 sowie die ungezeichnete Aufzeichnung „Organizovannaja travlja protiv Deropa“ (Organisierte Hetzjagd gegen die Derop), angefertigt nicht vor dem 24. 3. 1933 In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 40–39.

und Zusammenarbeit bestünden, zugleich aber Regierungsorgane Deutschlands gegenüber der UdSSR eine feindliche Politik betrieben, die in Gewaltakten gegenüber unseren Bürgern, in Überfällen auf unsere Organe und in anderen Exzessen zum Ausdruck komme.

Wenn die deutsche Regierung es tatsächlich wünsche, mit der UdSSR jene Beziehungen zu unterhalten, über die der Reichskanzler gesprochen habe und die ***seit langer Zeit***⁶ zwischen den Militärbehörden beider Staaten bestünden, so müsse die Regierung mit eiserner Hand unverzüglich all diesen Exzessen ein Ende bereiten. Die Regierung habe dafür genügend Kräfte, allerdings bedürfe es dafür des erforderlichen Willens. Wenn sich aber die Regierung nicht einmische, und die Exzesse in Bezug auf die UdSSR andauerten, so müsse Herr Hartmann verstehen, dass auch seine Arbeit hier stark beeinträchtigt werden würde.

Er sollte über seinen Minister die Regierung auf die Schwierigkeit der entstandenen Lage aufmerksam machen und sich in Deutschland für seine Moskauer Tätigkeit ein günstiges Hinterland schaffen.

Hartmann erklärte, dass die Militärbehörde Deutschlands wie ein Mann für die Beibehaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR einstehe und Reichswehrminister Blomberg in diesem Sinne in den Kabinettsitzungen auftrete.

Dirksen sagte mir, er hoffe, dass bei gutem Willen der beiden Seiten alle Missverständnisse ausgeräumt und die früher zwischen uns bestehenden guten Beziehungen beibehalten werden können.

Ich antwortete Dirksen, dies sei ebenso mein Wunsch und ich zweifle nicht daran, dass dies auch sein Wunsch sei, ich sei jedoch nicht davon überzeugt, dass die gesamte deutsche Regierung ebenso gesinnt sei und die führenden Regierungsmitglieder die Notwendigkeit begriffen, mit den um sich greifenden Exzessen Schluss zu machen. Ich gäbe ihm in dieser Angelegenheit jetzt keine Erklärung ab, da er jetzt gleich zu Gen. Litvinov gehen werde, der ihm dann zu dieser Frage eine offizielle Vorstellung machen werde.

Ich hätte mich heute lediglich darum bemüht, dem neuen Militärattaché zu verdeutlichen, in welcher Situation er jetzt seine Arbeit aufnehme und welche Bedingungen er in Berlin schaffen müsse, damit seine Tätigkeit hier effektiver sein könnte.

Dirksen bemühte sich einzuwenden, dass die Derop-Frage unbedingt gesondert betrachtet werden müsse, weil die deutsche Öffentlichkeit die Derop immer als einen gewissen Vorposten der deutschen Kommunisten betrachtet habe, um sie für die kommunistische Arbeit in Deutschland auszunutzen.

Ich protestierte entschieden gegen den Versuch Dirksens, sich mit der in den letzten Jahren geführten Kampagne gegen die Derop zu solidarisieren. Immerhin habe das Preußische Innenministerium, das von uns feindlich gesonnenen Sozialdemokraten geführt worden sei, zwei- oder dreimal eine gründliche Überprüfung der gesamten Tätigkeit der Derop⁷ vorgenommen. Und jedes Mal sei es zu dem Er-

⁶ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Auf der gegen Ende Juli 1932 im AA stattgefundenen interministeriellen Beratung, die der Bekämpfung der eventuellen kommunistischen Untergrundtätigkeit von Bürgern der UdSSR auf dem Territorium Deutschlands diene, sind die gemeinsamen Unternehmen Derop und Derunapht erwähnt worden. Ihre Untergrundtätigkeit wurde jedoch nur als eine hypothetische Variante betrachtet, Fakten kamen dabei nicht zur Sprache. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 255, S. 552–553.

gebnis gelangt, dass die Derop ein reines Handelsunternehmen sei, die Derop sich nicht mit Propaganda beschäftige und die Anschuldigungen unlauter seien. Diese früheren unlauteren und offiziell widerlegten Anschuldigungen könnten natürlich nicht als Rechtfertigung für die heutigen Übergriffe auf die Derop dienen.

Zum Abschluss sagte Dirksen, dass er mir sehr für das offene Gespräch danke, umso mehr es zur rechten Zeit stattgefunden habe, da Oberst Hartmann in zwei Tagen nach Berlin fahren werde und er unter dem frischen Eindruck des Gesprächs seiner Führung meine Warnungen übermitteln könne.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 6. IV. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 695 vom 8. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabt[eilung], nach Berlin, an Gen. Vorošilov.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 99–96. Kopie.

Nr. 50

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Expl. Nr. 2

TAGEBUCH

M. M. LITVINOVS

UNTERREDUNG MIT DIRKSEN, 3. IV. 33.

Dirksen stellte mir den deutschen Militärattaché¹ vor. Letzteren fragte ich, ob man in Berlin Informationen über die Mobilisierungsmaßnahmen Polens² habe, und ich teilte ihm die Informationen mit, die wir besitzen, wofür Dirksen dankte.

Nachdem der Militärattaché gegangen war, sagte ich zu D[irksen], dass ich bereits gestern vorgehabt hätte, ihn zu einem ernsten Gespräch einzubestellen, doch als ich erfahren hätte, dass er heute mich aufzusuchen gedenke, hätte ich dieses Gespräch verlegt. Danach gab ich ihm eine Erklärung im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Deutschland ab, sodann las ich ihm die vorzeitig angefertigte Zusammenfassung dieser Erklärung vor und händigte sie aus (siehe Anlage).

D. sagte, dass er selbst mit mir über diese Fragen habe sprechen wollen³. Er gestehe, dass es in Deutschland traurige Tatsachen gegeben habe. Bezüglich des

¹ Oberst Otto Hartmann.

² Die polnische Regierung verstärkte im März 1933 ihre militärische Präsenz im Gebiet der Westerplatte und versuchte durch verschiedene demonstrative Aktionen, u.a. auch militärischer Art, die neue deutsche Regierung zu einer Änderung der antipolnischen Politik der Weimarer Republik zu bewegen.

³ Den Bericht über diese Unterredung schickte von Dirksen am 4. 4. 1933 an von Neurath. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 134, S. 239–241.

Umgangs mit Išlonskij⁴ sei bereits das Bedauern ausgesprochen worden. Falls es andere analoge Fakten gegeben haben sollte, so werde seine Regierung bereit sein, ebenfalls das Bedauern auszusprechen. Die Haussuchung in der Hamburger Niederlassung der Handelsvertretung sei im Rahmen des Abkommens geschehen⁵. Er meine jedoch, dass wir diese Tatsachen nicht aufbauschen und sie nicht auf das Gebiet unserer allgemeinen Beziehungen übertragen sollten. Er erinnerte daran, dass wir seinerzeit den Wunsch nach einer offiziellen Äußerung des Reichskanzlers zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen, hinsichtlich der Festigung der Wirtschaftsbeziehungen und der Ratifizierung des Berliner Vertrages ausgesprochen hätten⁶. Die ersten zwei Wünsche seien mit der Erklärung Hitlers vor dem Reichstag und mit dem Abschluss des Kreditabkommens, das bereits von der jetzigen Regierung vollzogen wurde, erfüllt worden. Er könne mir mitteilen, dass gegenwärtig die erforderliche Voraussetzung geschaffen worden sei, um die Ratifizierung des Berliner Vertrages vorzunehmen. Während wir diese positiven Fakten fast verschweigen und unsere Presse sogar das bekannte Dementi Görings bezüglich seiner angeblichen Gespräche in der französischen Botschaft nicht bringe, veröffentliche die „Izvestija“ einen Artikel, in dem vorgeschlagen werde, zwischen den Worten und den Taten der deutschen Regierung⁷ zu unterscheiden, und heute bezeichne sie die Rede Hitlers sogar als heuchlerisch⁸. Wir selbst hätten unlängst Ovey⁹ erklärt, dass einzelne Fälle von Benachteiligungen von Privatpersonen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht beeinflussen sollten, währenddessen wir dies in Bezug auf Deutschland selbst tun. In der UdSSR habe es auch Verhaftungen und Zwangsverschickungen von Deutschen gegeben, und sogar deren Verprügelungen seien vorgekommen. Was die Derop betreffe, so scheine ihm, dass die Frage entschieden werden könnte, wenn man den Umfang des globalen¹⁰ Absatzes unserer Erdölprodukte in Deutschland festlegen würde. Wir sollten verstehen, dass in Deutschland eine neue Ordnung errichtet worden sei, und wir sollten uns dieser anpassen, so wie sich Deutschland Schritt für Schritt an unser Regime angepasst habe¹¹. Zur Illustration verwies er auf unseren Wunsch nach einer gütlichen Liquidierung einiger deutscher Konzessionen¹² und

⁴ Vgl. Konsulatsprotokoll, das die Aussagen von Išlonskij und seiner Frau im Zusammenhang mit der Verhaftung und der Verprügelung Išlonskijs am 15. 3. 1933 sowie den Bericht seines medizinischen Gutachtens enthält. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 86–89. Vgl. auch dazu „Nacional-socialisty podvergli izbienijam sovetского vrača“ (Nationalsozialisten verprügelten einen sowjetischen Arzt). In: Izvestija vom 16. März 1933, S. 1.

⁵ Vgl. Dok. 47, Anm. 4.

⁶ Vgl. Dok. 37.

⁷ „Slovo i delo“ (Wort und Tat). In: Izvestija vom 28. März 1933, S. 1.

⁸ Vgl. Kommentare der Redaktion zu den Berichten des eigenen Korrespondenten über neue Zwischenfälle mit sowjetischen Einrichtungen und Bürgern in Deutschland. In: Izvestija vom 3. April 1933, S. 1.

⁹ Erklärung Litvinovs, die er in der Unterredung mit dem britischen Botschafter in der UdSSR, Sir Ovey, am 16. 3. 1933 im Zusammenhang mit der Verhaftung von englischen Mitarbeitern der Firma „Metropolitan-Vickers“ durch die OGPU abgeben hat. Vgl. „Soobščenie TASS“ (TASS-Mitteilung). In: Pravda vom 18. März 1933, S. 1.

¹⁰ So im Dokument; gemeint ist der Gesamtabsatz.

¹¹ Am Ende der Aufzeichnung nimmt Litvinov dazu Stellung.

¹² 1925 wurden auf Drängen der sowjetischen Regierung einige deutsche Konzessionen im Nordkaukasus, die die Erschließung von Naturschätzen betrieben, liquidiert; kurz zuvor waren diese Konzessionen mit einer langen Laufzeit gewährt worden. Vgl. Deutsch-sowjetische Bezie-

nach Veränderung der Arbeitsbedingungen für die deutschen Fachleute. Er sei überzeugt, dass die Fälle, über die wir Klage führen, von der deutschen Regierung untersucht würden.

Ich antwortete, dass wir in der Tat beunruhigt gewesen seien, dass in Deutschland Leute an die Macht gelangt seien, deren politisches Credo uns keinen Optimismus bezüglich des Schicksals unserer Beziehungen einflößen würde. Wir hätten selbstverständlich die offiziellen Reden und Erklärungen des Hauptes der neuen Regierung abwarten müssen. Diese Rede sei dann jedoch in einer Atmosphäre antisowjetischer Handlungen von deutschen Regierungsbehörden gehalten worden, was bei uns eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hätte. Dieser Situation habe voll und ganz der Artikel in der „Izvestija“ unter der Überschrift „Wort und Tat“ entsprochen, wo Zweifel hinsichtlich der Übereinstimmung der deutschen Taten mit den Worten des Reichskanzlers geäußert worden seien. Die nachfolgenden Ereignisse hätten die Zweifel der Zeitung und den Titel des Artikels leider bestätigt. Dirksen müsse jene Empörung und Entrüstung verstehen, die die Ereignisse in unserer **Öffentlichkeit**¹³ hervorgerufen hätten, über die unsere Zeitungen in den letzten Tagen geschrieben hätten. Die Artikel, Bemerkungen und Kommentare dieser Zeitungen würden nicht im Entferntesten die Gefühle unserer Öffentlichkeit widerspiegeln. Bei der Vielzahl der unrühmlichen antisowjetischen Vorfälle in Deutschland hielte ich es nicht für erforderlich, danach noch gegen die von deutschen Regierungsorganen geführte antisowjetische Propaganda Klage zu führen. Ich beschränkte mich darauf, einen Flugblatt-Artikel zu zitieren, in dem es hieß, die Umwandlung Deutschlands in „eine sowjetische Verbrecherkolonie“ nicht zuzulassen, um zu verdeutlichen, dass das, was die „Izvestija“ und die „Pravda“ auch in den letzten Tagen geschrieben haben mögen, Musterbeispiele für Korrektheit und des Anstandes im Vergleich zur jetzigen deutschen offiziellen und offiziösen Presse seien. Wir meinen tatsächlich, dass Einzelfälle, die die Interessen von einzelnen Bürgern berühren würden, sich nicht auf die Beziehungen von Staaten niederschlagen sollten, und dies hätte ich in meiner Erklärung gegenüber Ovey auch tatsächlich so gemeint. Dirksen könne über derartige Einzelfälle in der UdSSR sprechen, doch die Sache sei die, dass wir es jetzt in Deutschland nicht mit vereinzelt, lokalen Vorfällen zu tun hätten, sondern mit einer massenhaften Treibjagd auf all das, was die Bezeichnung sowjetisch trage. Es handle sich um eine organisierte Kampagne, die vom Zentrum geleitet werde und bereits Wochen andauere, wobei die Regierung keinerlei Maßnahmen zu deren Liquidierung unternehme. Dirksen sollte verstehen, dass unsere Öffentlichkeit, die Tag für Tag über die deutschen Exzesse in Bezug auf unsere Staatsbürger und Einrichtungen lese, nicht umhin könne, eine Antwort von unserer Regierung über ihre eigenen Gegenmaßnahmen zu fordern, und ich deshalb hoffe, dass der Botschafter unverzüglich meinen Protest nach Berlin übermitteln und er seinerseits auf eine möglichst baldige Antwort drängen werde.

Dirksen sprach die Hoffnung aus, dass wir vorerst auf eine Veröffentlichung in der Presse verzichten würden, worauf ich antwortete, dass die Frage noch von der Regierung entschieden werden müsse.

hungen 1922–1925, Hlbd. 2, Dok. 254, S. 485–487, Dok. 257, S. 490–492, Dok. 266, S. 507–509; DVP, Bd. VIII, Dok. 7, S. 18–19, Dok. 66, S. 146–148.

¹³ Das Wort ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „Presse“ geschrieben.

Ich hatte seit Beginn des Gesprächs den Eindruck, dass Dirksen zum Teil mit dem Ziel gekommen war, sich über die heutigen Artikel in unserer Presse zu beschweren, doch angesichts dessen, dass ich ihm mit meiner Erklärung zuvorgekommen bin, sah er sich gezwungen, eine Verteidigungsposition einzunehmen. Er hörte mich mit einem höchst verlegenen Gesichtsausdruck an.

Dirksen teilte mit, dass er den Auftrag Neuraths¹⁴ habe, mich mit dem Gang der Verhandlungen bezüglich des Mussolini-Paktes¹⁵ vertraut zu machen. Dieser Pakt sei selbst für die deutsche Regierung eine Überraschung gewesen und diplomatisch nicht vorbereitet worden. Mussolini gehe von dem Eingeständnis dessen aus, dass die bestehenden Mittel, z.B. der Völkerbund etc., für den politischen Meinungsaustausch nicht ausreichen. Er habe sich deshalb das Ziel gestellt, ein neues Instrument zu schaffen. Mit seinem Pakt führe er einen Schlag gegen das französische Bündnissystem und gegen die französische Hegemonie in Europa sowie gegen die Pläne der Kleinen Entente. Der Vorschlag Mussolinis entspreche den bekannten Ideen Englands, für eine gewisse Zeit den „Gottesfrieden“¹⁶ zu errichten. Doch die englische Konzeption war für Deutschland inakzeptabel, insofern sie die Beibehaltung des jetzigen Status quo vorsieht. Dagegen berücksichtige der Mussolini-Pakt in einem gewissen Maße die Interessen Deutschlands und deshalb sei er für letzteres annehmbarer. Den Grundgedanken des Vierer-Paktes könne Deutschland allein schon deshalb nicht ablehnen, weil es sich sonst den übrigen drei Großmächten entgegenstellen würde. Deutschland stimme diesem Pakt unter der Annahme zu, dass er sich nicht auf die Beziehungen zur UdSSR und zu den USA¹⁷ auswirken dürfe, auf jeden Fall würde es [Deutschland] keine antisowjetische Beschlüsse zulassen. Deutschland glaube jedoch nicht an die Möglichkeit, diesen Pakt zu realisieren. England fängt bereits zu schwanken an und verändert den Text zugunsten Frankreichs und seiner Verbündeten. Somit könnten die Grundtendenzen Mussolinis aus dem Pakt verschwinden und der Pakt könne sich für Deutschland als unannehmbar erweisen. Es wird jedoch lavieren müssen, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, den Pakt zum Scheitern gebracht zu haben. Neurath bittet, mir auszurichten, dass er auch weiterhin mich über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden halten werde. Dazu gab Dirksen mir den Text des Originalvorschlages Mussolinis¹⁸, korrigiert durch MacDonald und Simon¹⁹, zum Lesen.

Auf die Frage von D. nach unserer Haltung zu seiner Mitteilung sagte ich un-

¹⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 121, S. 222–225.

¹⁵ Der Konsultativpakt der vier Mächte (Großbritannien, Deutschland, Italien und Frankreich) sollte im Rahmen des Völkerbundes so etwas wie ein „europäisches Direktorium“ bilden, dessen Regierungschefs sollten turnusmäßig aktuelle internationale Probleme erörtern und Initiativen vor allem für eine gewaltlose Revision der Friedensverträge entwickeln. Der am 15. 7. 1933 in Rom unterzeichnete Vertrag der vier Mächte trat nicht in Kraft, da Frankreich und Deutschland ihn nicht ratifizierten.

¹⁶ Der Terminus stammt aus dem Mittelalter. Der „Gottesfriede“ (Pax Dei) beinhaltete die verpflichtende Einstellung von Kriegshandlungen in diesem oder jenen Land (Gebiet) Westeuropas für einen verhältnismäßig langen Zeitraum (bis zu drei Jahren); er wurde zum kanonischen Axiom der katholischen Kirche seit 1179.

¹⁷ Im Text wurde die bis Mitte der 1930er Jahre in der UdSSR übliche Abkürzung SASŠ zur Kennzeichnung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (Severo-Amerikanskich Soedinennych Štatov) verwendet.

¹⁸ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 83, Anlage S. 160.

¹⁹ Ebd., Dok. 105, S. 188–189.

gefähr Folgendes. Falls die Rede von Separatberatungen der vier Mitglieder des Völkerbundes zu Fragen, die im Rat anstehen, gewesen sein sollte, so wäre das nicht unsere Sache. Doch wir meinen, dass, ungeachtet der im Paktentwurf enthaltenen Hinweise auf den Völkerbund, nicht nur Fragen des Völkerbundes, sondern allgemeinpolitische Fragen erörtert werden, die zwangsläufig nicht nur die Interessen der vier Staaten berühren. Bei einer derartigen Situation wäre ein negatives Verhältnis zu diesem Plan seitens jener Staaten, die außerhalb des Abkommens stehen, vollkommen natürlich. Deshalb können mit Erklärungen das Misstrauen, sowohl unsererseits als auch der anderen Staaten, hinsichtlich der Beratung der Vier nicht zerstreut werden. Unser Misstrauen kann sich jetzt, angesichts unserer angespannten Beziehungen zu England, verstärken.

Auf die Bemerkung von D., dass die UdSSR niemals ein Bestreben gezeigt habe, an derartigen Kombinationen teilzunehmen, antwortete ich, dass wir uns in der Tat niemals dazu hinreißen ließen, auf Beratungen und Konferenzen unsere Nase in Dinge zu stecken, die uns offenkundig nicht berührten. Nunmehr geht es um die Schaffung einer politischen Organisation mit uneingeschränkten Kompetenzen und mit einer unbeschränkten Tagesordnung, und infolgedessen könnten auch Fragen aufgenommen werden, die unsere Interessen berühren. Gegenüber solchen Beratungen können wir nicht teilnahmslos und gleichgültig bleiben.

LITVINOV

Was die Anpassung betrifft, antwortete ich Dirksen, dass wir die deutschen Konzessionen und Fachleute nicht mit Pogromen und Prügel gezwungen hätten, sich anzupassen.

Vermerk [M. M. Litvinovs]: N. N.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1497 vom 5. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Umlauf vermerkt:

9 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, [die Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. nach Berlin, das 8. nach London, das 9. [Expl.] nach Paris.

[Anlage]

3. 4. 33

Zusammenfassung

der Erklärung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Herrn Litvinov an den deutschen Botschafter in Moskau Herrn von Dirksen.

„Herr Botschafter hat wahrscheinlich in den Zeitungen von zahlreichen Exzessen gelesen, die seitens deutscher offizieller und nicht offizieller Regierungsorgane in Bezug auf Abteilungen der Handelsvertretungen der UdSSR und sonstige Wirtschaftsorgane sowie Staatsangehörige der UdSSR in Deutschland vollbracht worden sind. Diese Exzesse haben solche Dimensionen angenommen, die nicht mehr erlauben, sie für Einzelepisoden oder lokale Erscheinungen zu halten, sondern im Gegenteil eine zentral geleitete wohlorganisierte Antisowjet-Kampagne wahrnehmen lassen. Diese Exzesse rufen die tiefste Empörung der öffentlichen

Meinung und insbesondere der Wirtschaftskreise hervor. Aber auch die Regierung der UdSSR sieht sich gezwungen, diesen Ereignissen allerernsteste Bedeutung beizumessen und zu sagen, dass sie imstande sind, das Vertrauen zu den Erklärungen zu erschüttern, die die Herren von Neurath und von Dirksen den Vertretern des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, sowie der Herr Reichskanzler im Reichstag, über die freundschaftlichen Beziehungen zur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken aufrecht zu erhalten. Die Handlungsweise der Regierungsorgane in ganz Deutschland steht im krassen Widerspruch zu diesen Erklärungen. Es werden sich auch kaum außerhalb beider Länder Leute finden, die angesichts der von mir erwähnten Tatsachen und Ereignisse glauben, dass zwischen der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und dem Deutschen Reiche die früheren Beziehungen aufrecht[zu]erhalten sind. Ich erwähne schon gar nicht die Rechtsverletzungen, die bei der Haussuchung in der Hamburger Abteilung der Handelsvertretung **der UdSSR**²⁰ in Deutschland zugelassen worden sind oder die Nichtbenachrichtigung des Konsuls über Verhaftungen von Staatsangehörigen der UdSSR. Alle diese Verhaftungen und Haussuchungen werden in der Mehrzahl der Fälle auf einem ungesetzlichen Wege, ohne auch nur den Schein der Berechtigung zu haben, vollzogen, wobei das Verprügeln und Peinigen von Staatsangehörigen der UdSSR in keinem zivilisierten Staate gerechtfertigt werden kann.

Die deutschen offiziellen und nichtoffiziellen Regierungsorgane, gleichviel ob sie nach direkten Weisungen der Zentralorgane oder unter ihrer Duldung handeln, haben die Wirtschaftsorganisation DEROP, die sich mit dem Absatz der sowjetischen Naphthaprodukte befasst, zur Zielscheibe ihrer gesetzwidrigen Überfälle erwählt. Diese Organisation ist faktisch unter Boykott gestellt und die Unmöglichkeit ihrer weiteren Existenz und Arbeit durch verschiedene Verfügungen und Maßnahmen so gut wie herbeigeführt worden. Und noch mehr, ihr wird direkter materieller Schaden durch sinnlose Entleerungen oder **unentgeltliche**²¹ Entnahme der Brennstoffe aus den Tankstellen zugefügt. Es ist klar, dass dies nach einem festen Plan mit dem offenkundigen Zweck der Untergrabung des Absatzes der sowjetischen Naphthaprodukte geschieht, was zweifelsfrei eine Verletzung der jüngsten Wirtschaftsabkommen zwischen beiden Ländern ist.

Die Gesamtheit dieser Exzesse schafft eine schwere Atmosphäre und bildet ernste Hindernisse für eine ruhige Verwirklichung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen in der Gegenwart und ist gefährdend für die Zukunft. Es versteht sich, dass eine solch offene Missachtung der Rechte und Interessen der UdSSR auch in den politischen Beziehungen erneut Unklarheit hineinträgt.

Die Einzelheiten der Ereignisse, die ich im Auge habe, sind der deutschen Regierung aus zahlreichen mündlichen und schriftlichen Vorstellungen und Verboten der Botschaft der UdSSR in Berlin bekannt. Bedauerlicherweise sind alle diese Vorstellungen und Proteste ohne Beachtung der deutschen Regierung geblieben, die bis jetzt keine Aufklärung und Genugtuung gegeben hat und keine Maßnahmen zur Verhinderung solcher Handlungen der Regierungsorgane trifft und die Fortsetzung dieser Praxis weiter zulässt.

²⁰ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

²¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Angesichts dessen bin ich gezwungen, im Auftrage meiner Regierung einen ganz entschiedenen Protest zu erheben, Herrn Botschafter auf den Ernst der geschaffenen Lage hinzuweisen und um eine möglichst baldige Erklärung und Antwort der deutschen Regierung über ihre Stellungnahme und die Absichten zur Abstellung weiterer Exzesse gegen Einrichtungen und Staatsangehörige der UdSSR in Deutschland, sowie Bestrafung der Schuldigen zu bitten.“

Vermerk: an Gen. Litvinov.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 20–24. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 106, S. 210–213²².

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 136–138. Kopie. In deutscher Sprache.

Nr. 51

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow

Moskau, den 4. April 1933

Lieber Bülow!

Aus meinen gestrigen Telegrammen¹ werden Sie entnommen haben, dass die Entwicklung der letzten Tage zu einer sehr ernsten Krise geführt hat. Die hier schon vorhandene große Spannung war durch die Rede des Reichskanzlers² vorübergehend entspannt worden. Die neuen Zwischenfälle der letzten Tage³ haben dann den Becher zum Überlaufen gebracht. Sie wissen, dass ich kein Panikmacher bin und dass ich die Lage in der Sowjetunion im Allgemeinen richtig beurteilt habe; Sie werden mir daher Glauben schenken, wenn ich eine sehr ernste Lage konstatiere und eine Reise nach Berlin zur Berichterstattung für dringend nötig halte. Durch Hin- und Herschreiben geht zu lange Zeit verloren; eine eingehende gegenseitige Orientierung ist nur auf mündlichem Wege möglich.

Die Gefahr eines tiefgreifenden, dauernden, auf alle Teile der Beziehungen sich ausdehnenden Konflikts darf m.E. nur gelaufen werden⁴, wenn wirklich durchschlagende Gründe vorliegen. Andernfalls müssen wir versuchen, die Beilegung der Krise zu erreichen.

Erstreben wir aber eine Beilegung, so ist m.E. Folgendes erforderlich:

a) Es muss Vorsorge getroffen werden, dass keine neuen Zwischenfälle sich ereignen, dass insbesondere Raids⁵ auf die Derop vermieden werden – eventuell durch polizeilichen Schutz der exponiertesten Geschäftsstellen und Tankstellen – und dass die Sowjetstaatsangehörigen nicht behelligt werden – durch entspre-

²² Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 134, S. 239–241, und Anm. 2 dazu.

² Regierungserklärung Hitlers vom 23. 3. 1933 vor dem neu gewählten Reichstag; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 50.

⁴ So im Dokument; im Sinne von: eingegangen.

⁵ Raids (schott.): bewaffnete Überfälle.

chende Anweisung an Polizeibehörden und Verbände (ebenso wie eine solche bei der Gegenboykottaktion erlassen worden ist).

b) Keine weiteren Haussuchungen bei Sowjetinstitutionen wie Handelsvertretungen, Sowjetschule⁶ usw., außer wenn durchschlagende Beweisgründe für strafbare Handlungen vorliegen.

c) Entkräftung der sowjetischen Behauptungen, dass die vorgenommenen polizeilichen Maßnahmen erfolglos gewesen seien durch Vorlage des sicherlich vorgefundenen reichlichen Materials, das die Mitwirkung von Sowjetfunktionären bei kommunistischer Propaganda und strafbaren Handlungen beweist.

d) Prüfung der einzelnen russischen Beschwerdefälle; falls im Einzelfalle Missgriffe vorgekommen sind, Gewährung der üblichen Genugtuung.

Die Hauptsache ist Schnelligkeit in der Prüfung des Materials und baldige Erteilung wenigstens eines Vorbescheides. Die größte Gefahr besteht darin, dass die Krise einen chronischen Charakter annimmt.

Ich brauche nicht besonders zu erwähnen, dass ich Litwinow auf Grund vorbereiteter Notizen sehr ernste und eingehende Ausführungen gemacht habe⁷: dass das Kabinett Hitler wirtschaftliche und politische Beweise seiner positiven Einstellung gegenüber der Sowjetunion gegeben habe, ohne dass diese ein sehr lebhaftes Echo auf der Gegenseite gefunden hätten; dass Sowjetpresse und Rundfunk eine unzulässige, ungehörige und erbitternde Sprache geführt hätten und noch führten; dass wir unsererseits zahlreiche Haftfälle und Beschwerden vorgebracht hätten und monatelang auf Erledigung oder auch nur Beantwortung hätten warten müssen. Trotzdem hätten wir diese Einzelfälle nicht auf das politische Gebiet geschoben.

Das ist der wesentliche Punkt: die ganzen Einzelfälle sind jetzt auf dem politischen Geleise. Wie diese Entwicklung vor sich gegangen und dass sie in diesem Lande so verlaufen musste, das schriftlich darzulegen, führt zu weit. Sicher ist das eine: wenn wir nicht zu einem Ausgleich gelangen, haben wir einen Konflikt mit der Sowjetregierung zu gewärtigen, dessen Folgen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sehr schwer wiegen werden.

Ich habe Ihnen diese Ausführungen schnell privatbrieflich geschrieben, da die Zeit für einen ausgearbeiteten Bericht nicht ausreichte und ich mich demnächst mündlich eingehend äußern zu können hoffe. **Anliegend einen Durchdruck für Meyer.

Mit den besten Grüßen wie stets Ihr**⁸

Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 7/4.
Paraph von B[ülows] 6/4.

⁶ Die in Berlin-Tempelhof gelegene Sowjetschule wurde ausschließlich von Kindern sowjetischer Staatsbürger, die bei der Bevollmächtigten Vertretung oder der Handelsvertretung arbeiteten, besucht. Von Tippelskirch wandte sich im März 1933 an Diels, um davor zu warnen, dass bei „etwaigen Belästigungen des Lehrkörpers und der Schüler“ mit Repressalien gegen die deutsche Schule in Moskau zu rechnen sei. Diels erklärte, dass „er in diesem Sinne auf die maßgebenden Instanzen einwirken“ wolle. Vgl. Schreiben Dalueges an die NSDAP Gau Groß-Berlin, 18. 3. 1933. In: GStA PK, NL Daluege, Nr. 57, Bl. 2.

⁷ Vgl. Dok. 50.

⁸ Der Text ist hinzugefügt.

PA AA, R 29518, Bl. E 200276–200279.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 137, S. 245–246.

Nr. 52

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 7

1160

4. April [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

die Exzesse der SA-Trupps und der Polizei in Bezug auf unsere Bürger und Organe gehen zum Crescendo über, und man muss gegen diese bei den maßgeblichen deutschen Instanzen mit aller Schärfe und Entschlossenheit vorgehen.

Die von uns bis jetzt vorgetragenen mündlichen und schriftlichen Proteste verbleiben offensichtlich im Auswärtigen Amt und gelangen vielleicht noch nicht einmal bis zu Neurath, sondern sie werden bei Meyer begraben, der sich nicht dazu entschließen kann, sich mit einem Vorgehen gegen die faschistischen Exzesse in den Augen der Hitlerleute zu kompromittieren.

Wir haben Sie deshalb telegrafisch gebeten, unverzüglich Neurath aufzusuchen, um ihm in entschiedenster Form die Frage nach der unverzüglichen Einstellung der Exzesse und nach der Beseitigung der Widersprüche zwischen den offiziellen Regierungserklärungen und der tagtäglichen Praxis der Exzesse zu stellen.

Wir haben den gestrigen **Besuch**¹ Dirksens, der zu M[aksim] M[aksimovič]² und zu mir kam³, um den neuen Militärattaché Oberst Hartmann vorzustellen, genutzt.

M. M. machte Dirksen eine entschiedene mündliche Vorstellung (in Abwesenheit von Hartmann) und händigte ihm die schriftliche Zusammenfassung seiner Vorstellung aus, die in einem recht harschen Ton abgefasst ist. Die Zusammenfassung ist Ihnen per Telegraf übermittelt worden, die Aufzeichnung des Gesprächs folgt heute.

Ich empfang Dirksen zusammen mit Hartmann und ich zählte, indem ich mich an Hartmann wandte, die vorgefallenen Exzesse auf und verwies auf die Notwendigkeit, sie zu beseitigen, damit Hartmanns Tätigkeit in einer günstigen Atmosphäre erfolgen und effektiv sein könne. Das Ziel meiner Erklärung gegenüber Hartmann bestand darin, dass unsere Warnungen nicht nur über Neurath, sondern

¹ Das Wort ist über die Zeile anstatt eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

² Litvinov.

³ Vgl. Dok. 49, 50.

auch über Blomberg zur Regierung gelangen. Da Hartmann heute oder morgen für eine gewisse Zeit nach Berlin abreist, wird er Blomberg über die Lage der Dinge unter dem frischen Eindruck des Gesprächs mit mir Bericht erstatten. Die Aufzeichnung meiner Unterredung geht Ihnen heute ebenfalls zu.

Ursprünglich hatten wir beschlossen, dass Sie bei der Begegnung mit Neurath die Protestnote mit Ihrer Unterschrift aushändigen, um damit die Wichtigkeit Ihres Protestes zu unterstreichen und seinen Inhalt in schriftlicher Form zu fixieren. Da aber Litvinov bereits die schriftliche Zusammenfassung seiner Demarche⁴ ausgehändigt hat, haben wir es für zweckmäßiger erachtet, jetzt nicht die Note auszuhändigen, sondern Neurath nur den deutschen Text der Litvinovschen Zusammenfassung auszuhändigen⁵. Den von Litvinov erklärten Protest haben wir an die Presse gegeben⁶. Die Veröffentlichung der Zusammenfassung selbst stellen wir vorerst zurück. Falls die Exzesse nicht eingestellt werden und der nächste Schritt getan werden muss, werden wir Sie beauftragen, die Note auszuhändigen; und wir werden nicht mehr nur das Resümee des gestrigen Protestes, sondern die Note selbst veröffentlichen.

Die deutsche Regierung und insbesondere Hitler müssen verstehen, dass die jetzige Situation nicht andauern kann und wir uns nicht mit ihr abfinden werden. Nur so kann man mit einer Einstellung der Exzesse rechnen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Umlauf vermerkt:
7 E[emplare], [die Expl.] 1–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] an den Adressaten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 100–101. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 108, S. 216–217⁷.

Nr. 53

Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Sofort

4. April 1933

War bei Neurath. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf die große Anzahl von Protestnoten bezüglich der Verletzung der Rechte und Interessen der UdSSR, die ihm die Botschaft der UdSSR im letzten Monat zugesandt habe, doch unterdessen sähe ich keine Ergebnisse und keine entsprechende Einflussnahme seitens der

⁴ Vgl. Anlage zum Dok. 50.

⁵ Vgl. Dok. 53.

⁶ „Protest tov. Litvinova protiv antisovetskich provokacij v Germanii. Soobščenie TASS“ (Protest des Gen. Litvinov gegen antisowjetische Provokationen in Deutschland. Meldung von TASS). In: Pravda vom 4. April 1933, S. 1.

⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

deutschen Regierung. Weiter teilte ich mit, dass ich den Auftrag vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov hätte, ihm die Zusammenfassung seiner Unterredung mit Dirksen¹ vorzulesen und auszuhändigen. Neurath hatte von Dirksen noch keine Mitteilung erhalten². Nach dem Vorlesen und der Aushändigung der Zusammenfassung sagte ich, dass in dem Resümee der Hinweis über die unerhörte, zügellose Haussuchung in der Leipziger Niederlassung der Handelsvertretung³ fehle, bei der unsere leitenden Mitarbeiter und sogar die Sowjetunion mit Schmähungen überschüttet worden seien. Außerdem würden unsere Schiffe, die in den Hamburger Hafen einlaufen, durchsucht; es werde nach Waffen gesucht, natürlich ergebnislos. Schließlich demonstrierte ich ihm anhand von Zahlen den Absatzrückgang unserer Erdölprodukte in Köln, Frankfurt und in anderen Orten, und ich wies darauf hin, dass auch die „Derop“ in den Kreis der boykottierten Firmen aufgenommen worden sei.

Neurath teilte mit, dass er über unsere Noten auf dem Laufenden sei und er die ganze Zeit gegen die Exzesse ankämpfe. Er habe in dieser Sache mehrmals mit Hitler gesprochen und ihm empfohlen, seine Leute zu zügeln. Er meine, dass Hitlers Politik Deutschland isoliere und ihm schade. Neurath habe vergeblich gegen den Boykott der Juden⁴ (?) angekämpft, insbesondere unter dem Aspekt der Außenpolitik. Neurath konstatiert den guten Willen Hitlers, doch alles könne er nicht. Neurath werde Hitler die Zusammenfassung der Unterredung vortragen.

Heute noch werde er ein Gespräch mit Hugenberg bezüglich der „Derop“ führen und vorschlagen, an die deutschen Staaten⁵ einen Aufruf zur Einstellung der Exzesse gegenüber der „Derop“ und zur Hilfeleistung für die „Derop“ beim Absatz von Erdölprodukten zu schicken⁶. Ich lenkte die Aufmerksamkeit auf den Ernst der Lage, auf die Empörung unserer Öffentlichkeit und unserer Wirtschaftskreise und unterstrich, dass meine Regierung unverzüglich energische Maßnahmen zur Einstellung aller Exzesse und zur Bestrafung der Schuldigen erwarte. Auf meine Frage, welche Rolle Rosenberg zugewiesen werde, antwortete Neurath, dass Rosenberg in der Partei nicht beliebt sei, seine Ernennung⁷ angeblich eine reine Formalität sei und keinen Einfluss auf die Außenpolitik haben werde. Zum Ende bat Neurath, sich gelassener zu den Ereignissen zu verhalten, indem er erneut die unveränderlich freundschaftlichen Beziehungen der deutschen Regierung zur UdSSR betonte. Ich antwortete, dass die Zeit der Beteuerungen vorbei sei, man müsse dies mit entsprechenden Taten beweisen.

Über die Agentur Wolff⁸ hat TASS von dem Versuch erfahren, den Inhalt mei-

¹ Vgl. Anlage zum Dok. 50.

² Das persönlich an von Neurath adressierte Telegramm von Dirksens traf im AA um 5.45 Uhr ein. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 134, S. 239.

³ Vgl. „Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Deutschland vom 3. 4. 1933 betr. Haussuchung in den Räumen der Leipziger Abteilung der Handelsvertretung der UdSSR am 1. April“. In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 70, d. 14, l. 66–65.

⁴ Am 1. 4. 1933 wurde in Deutschland ein Boykott der im Besitz von Juden befindlichen Geschäfte und Firmen inszeniert. Er richtete sich auch gegen jüdische Ärzte und Rechtsanwälte.

⁵ So im Dokument; gemeint sind die Länder.

⁶ Zur Haltung von Neuraths in der Unterredung vgl. Dok. 55 sowie die Aufzeichnung der Unterredung mit Chinčuk. In: PA AA, R 28307, Bl. D 562429.

⁷ Am 1. 4. 1933 wurde Rosenberg zum Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP ernannt.

⁸ Die erste deutsche Nachrichtenagentur, sie wurde 1849 in Berlin gegründet und existierte bis Ende 1933, im Zuge der Informationskontrolle und -monopolisierung mit der Gesellschaft der

nes Gesprächs mit Neurath zu verzerren, Neurath habe angeblich als Antwort auf meine Vorstellung erklärt, dass Deutschland eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten nicht dulden werde⁹. Ich habe unverzüglich Neurath angerufen, der antwortete, dass dies nicht vom ihm ausgehe und er sich umgehend erkundigen werde. Deshalb habe ich meinerseits eine knappe Mitteilung über TASS¹⁰ gegeben.

Chinčuk

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 111, S. 220–221¹¹.

Nr. 54

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 4. April 1933

Ankunft: 7. April

Ganz geheim

Tgb. Nr. A/665
RM. 493
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Auf den Erlass RM. 408 vom 27. März¹ und anderweitige Weisung vom 29. März ds. Js.²

Inhalt: Stellungnahme der Sowjetregierung zum Entwurf eines Viermächtepaktes.

Die durch nebenbezeichneten Erlass angeordnete Unterrichtung der Sowjetregierung über den Vier-Mächte-Pakt habe ich gestern in einer längeren Unterhaltung mit dem Volkskommissar des Auswärtigen Litwinow vorgenommen³. Ich habe mich in meinen Ausführungen eng an die im Erlass entwickelten Gedankengänge gehalten. Von dem Inhalt des englischen Entwurfs habe ich Herrn Litwinow durch Verlesung des Wortlauts der wichtigsten Bestimmungen Kenntnis gegeben. Die Vertraulichkeit seiner Mitteilungen habe ich besonders nachdrücklich unterstrichen.

Telegraphen-Union Internationaler Nachrichtendienst GmbH (TU) vereinigt; auf dieser Grundlage entstand das Deutsche Nachrichten-Büro GmbH (DNB).

⁹ „... von zuständiger Stelle ... wird bestätigt, dass der Rätebotschafter in Berlin wegen der Vorgänge Einspruch erhoben hat. Der hiesigen Rätevertretung ist erklärt worden, dass wir keinerlei russische Einmischung dulden würden“. In: Kölnische Zeitung vom 4. April 1933, Abendausgabe, S. 1.

¹⁰ Vgl. „Protest polpreda SSSR v Berline“ (Protest des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Berlin). In: Izvestija vom 5. April 1933, S. 1.

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 121, S. 222–225.

² Vgl. ebd., Anm. 7, S. 223.

³ Vgl. Dok. 50.

Herr Litwinow folgte meinen Ausführungen mit lebhaftem Interesse und war für die ihm gegebenen Informationen dankbar. Zu dem Paktentwurf selbst nahm er die Stellung ein, die von der Sowjetregierung nach ihrer allgemeinen Haltung zu den Fragen westeuropäischer Mächtigkeitsgruppierungen und nach dem zu diesem Paktentwurf bereits erschienenen Leitaufsatz der „Iswestija“⁴ (vgl. Bericht Tgb. Nr. A/666 vom 3. April d. Js.) erwartet werden konnte.

Die Sowjetunion, so führte Herr Litwinow aus, stehe dem Plan Mussolinis mit großen Vorbehalten und mit einer gewissen Reserve gegenüber. Die ursprüngliche Zielsetzung des Paktes möge eine begrenzte sein. Aber man wisse bei solchen politischen Abmachungen nie, wohin sie auf die Dauer führten. Es sei sehr möglich, dass vor diesem Gremium der vier Westmächte Fragen erörtert würden, die die Sowjetunion unmittelbar angingen. Es könne auch sein, dass Beschlüsse gefasst würden, die sich gegen die Sowjetunion auswirken würden. Solange die vier Teilnehmer des Paktes als ständige Mitglieder des Völkerbundes sich auf Fragen beschränkten, die zur engeren Zuständigkeit des Völkerbundes gehörten, habe die Sowjetunion weniger Bedenken.

Ich entgegnete Herrn Litwinow, dass er doch zum mindesten von Deutschland und Italien nicht die Beteiligung an antisowjetischen Kombinationen erwarten könne, und fragte ihn, was ihm denn nun für eine Konzeption vorschwebte.

Mit einigem Zögern erwiderte Herr Litwinow, die Sowjetunion sei an den meisten westeuropäischen Fragen interessiert. Sie würde daher eine Beobachterrolle als die ihren Interessen am meisten entsprechende halten, ohne sich indessen die Hände irgendwie zu binden.

Diese Formulierung verkörpert am reinsten die Politik, die die Sowjetregierung gegenüber allen internationalen Veranstaltungen, Gruppierungen und Konferenzen – sei es nun Kelloggpackt, Weltwirtschafts-, Europa- oder Abrüstungskonferenz – einnimmt: sie will zwar warm zur Teilnahme eingeladen werden, aber sie will sich nur auf die Rolle des Zuschauers beschränken, der keine Verpflichtungen übernimmt, sich aber das Recht der uneingeschränkten Kritik vorbehält.

Bei diesem „Kampf ums Dabeisein“ spielen außer dem Misstrauen und der Tendenz, sich nicht zu binden, auch das Prestigebedürfnis eine Rolle. Das kommt in dem Leitaufsatz der „Iswestija“ vom 30. März in den Worten zum deutlichen Ausdruck, „dass die Sowjetmacht als Weltmacht nicht kalt bleiben kann beim Anblick der auf der Weltbühne miteinander im Kampf stehenden Tendenzen und der Bemühungen, ein sogenanntes Konzert von vier Mächten zu schaffen, das sich das Recht anmaßt, die Geschicke der Völker zu leiten“.

Die von Herrn Litwinow eingenommene Stellung entspricht auch letzten Endes der geopolitischen Lage Russlands und der seit jeher von ihm befolgten Außenpolitik. Schon immer hat Russland politische Bindungen mit den westeuropäischen Mächten gesucht, ist dann in unglückliche Kriege, in nachteilige Konferenzen verstrickt worden und hat sich dann für längere Zeit verstimmt, enttäuscht und misstrauisch vom Westen abgewandt. Gegenwärtig befindet sich Russland in einer Periode, wo es nach dem furchtbaren Schlag des Weltkrieges und nach der Revolution Fühlung mit dem Westen aufnimmt, ohne sich jedoch für eine be-

⁴ „Revizija dogovorov ili podgotovka novoj vojny“ (Revision der Verträge oder Vorbereitung eines neuen Krieges). In: Izvestija vom 30. März 1933, S. 1.

stimmte Orientierung nach dem Westen oder nach dem Osten entschieden zu haben.

Ich möchte schließlich im Anschluss an Seite 9 der dem Botschafter von Hassell erteilten Weisung vom 24. März⁵ d. Js. eine Bemerkung anschließen, die das deutsch-russische Verhältnis betrifft; ich stimme den Ausführungen des Erlasses, dass der Pakt eine sehr weittragende deutsche Gegenleistung in sich schließe, da wir uns in den großen Fragen der europäischen Politik an die anderen Mächte binden, völlig zu. M. E. ist diese deutsche Gegenleistung insbesondere auch darum besonders groß, weil wir damit auf die völlige Freiheit der Gestaltung unserer Beziehungen zur Sowjetunion in gewissem Umfang verzichten. Während für Frankreich die Sowjetunion nur ein Druckmittel gegenüber einem widerspenstigem Polen und Rumänien ist, bildete Sowjetrussland für uns bisher die unentbehrliche zweite Klammer der Zange gegenüber Polen. Da der Viermächtepakt jetzt die Hauptstütze zur Durchführung unserer Revisionspolitik bilden soll, stellt die Einschränkung unserer außenpolitischen Handlungsfreiheit gleichzeitig eine entsprechende Schwächung des russischen Atouts⁶ dar.

Bei der Unterhaltung mit Herrn Litwinow ergab sich, dass seine Skepsis betreffend den positiven Ausgang der schwebenden Verhandlungen auch gleichzeitig abmildernd auf seine Bedenken gegen diesen Plan wirkte. Es ist damit zu rechnen, dass er diese Bedenken in umso verstärkter Form vorbringen wird, je mehr die Aussichten für einen Abschluss des Paktes steigen.

Zum Schluss meiner Unterhaltung habe ich Herrn Litwinow davon Mitteilung gemacht, dass die Ratifizierung des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Verträge auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes vom Auswärtigen Amt alsbald in die Wege geleitet wird.

gez. von Dirksen

Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 8. 4. *Oben handschriftlich:* Doppel RM. *Gefertigt in vier Durchschlägen.*

PA AA, R 28470, Bl. D 675987–675991.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 136, S. 243–245.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 115, S. 209–215.

⁶ Trumpfes.

Nr. 55

**Telegramm des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Botschafter
in Moskau von Dirksen**

Tel. i. Ziff. (Geh. Ch. Verf.)

Berlin, den 5. April 1933 23.10 Uhr
Sofort

Diplogerma Moskau Nr. 79

e. o. IV Ru. 1485

Auf dortseitige Telegramme Nr. 60¹ und 61² sowie im Anschluss an
diesseitiges Telegramm Nr. 70³.

Für Botschafter persönlich.

I. Bitte Sowjet-Regierung mitzuteilen, dass Reichsregierung auf Grund Ermächtigungsgesetzes⁴ in der Lage und auch bereit ist, Verlängerungsprotokoll vom 24. VI. 1931 zu ratifizieren und Ratifikationsurkunden auszutauschen. Wir wünschen, dass Tatsache der Ratifikation am gleichen Tage in beiden Ländern bekannt gegeben wird. Ratifikationsurkunde würde alsbald dorthin übersandt werden.

Da wir großen Wert darauf legen, dass der Austausch der Ratifikationsurkunden sich so bald als möglich vollzieht, erscheint Ihre Anwesenheit in Moskau unumgänglich. Ich bitte daher, Ihre Reise nach Berlin, mit der ich ****im Prinzip****⁵ einverstanden bin, zu verschieben, zumal ich voraussichtlich vom 9. bis 23. d. M. abwesend.

II. Botschafter Chintschuk hat mir am 4. April schriftliche Zusammenfassung der Erklärung übergeben⁶, die Volkskommissar Litwinow Ihnen gemacht hat⁷. Chintschuk übergab ferner Zusammenstellung, aus der sich Ausfall im russischen Absatz in Deutschland als Rückwirkung des Vorgehens gegen die Derop ergeben soll. Er bat, dafür besorgt zu sein, dass es der Derop wieder ermöglicht würde, ungestört zu arbeiten. Ich habe Chintschuk nachdrücklich auf die Ergebnisse der polizeilichen Aktion gegen die Derop hingewiesen (zu vergl. Erlass IV Ru. 1458 vom 4. April). Chintschuk versprach, dafür zu sorgen, dass künftig die Angestellten der Derop sich in keiner Weise mehr kommunistisch betätigen.

III. An gegenwärtiger Belastung deutsch-russischen Verhältnisses ist Sowjetregierung nicht ohne Schuld. Es sei erinnert an die trotz unserer Proteste fortgesetzte Rundfunkpropaganda der Moskauer Sender, die kommunistische Betätigung der Derop-Angestellten, die verfehlte Personalpolitik der Derop, deren Angestellte zu 85% der kommunistischen Partei angehören, und an sonstige Beziehun-

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 134, S. 239–241.

² Telegramm vom 4. 4. 1933, in dem von Dirksen mitteilte, dass das Communiqué des sowjetischen Außenkommissariats über die Beschwerden Litvinovs ihm gegenüber ohne vorherige Verständigung mit der Botschaft veröffentlicht worden sei. Vgl. PA AA, R 31574, Bl. E 498524.

³ Telegramm vom 30. 3. 1933, in dem Bülow von Dirksen mitteilte, dass über das Verlängerungsprotokoll in einer der nächsten Kabinettsitzungen ein Beschluss gefasst werden solle. Vgl. PA AA, R 31574, Bl. E 498511.

⁴ „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. 3. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 141.

⁵ Der Text ist eingefügt.

⁶ Vgl. Dok. 53.

⁷ Vgl. Dok. 50.

gen zur kommunistischen Partei Deutschlands. Ich bitte, Litwinow hierauf hinzuweisen und ihm zu erklären, dass die Reichsregierung allen Fällen von Belästigungen von Sowjet-Staatsangehörigen nachgehen und für ungestörtes Arbeiten der sowjetrussischen Wirtschaftsorgane in Deutschland gemäß den bestehenden Verträgen Sorge tragen wird, ihrerseits aber erwarten muss, dass sowjetrussische Wirtschaftsorgane jede wie immer geartete Verbindung mit kommunistischer Partei unterlassen.

Drahtbericht erbeten⁸.

Neurath

Paraphe von N[euraths] 5/4, von T[ippelskirchs] 5/4 und anderen.

PA AA, R 31574, Bl. E 498517–498518.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 140, S. 251–252.

Nr. 56

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 402¹

Berlin, 6. April 1933

An

Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Über die hiesigen Ereignisse sind Sie sowohl aus den Telegrammen als auch aus den Verbalnoten unterrichtet, da wir in den Noten jeden Fakt festhalten, der in Beziehung zu unseren Organisationen und den sowjetischen Einrichtungen steht.

Ergänzend zu dem telegrafisch übermittelten Bericht über meine Unterredung mit Neurath **zu dem abgesandten Telegramm**² möchte ich festhalten, dass Letzterer mit der Boykottkampagne gegen die Juden besonders unzufrieden war. Er habe übrigens Hitler selbst darauf aufmerksam gemacht, dass sein Prestige viel gewonnen hätte, wenn er den von der Partei organisierten Boykott abgesetzt hätte. Er hätte zeigen können, dass er im Vollbesitz der Macht ist. Doch Hitler habe, laut Neurath, dies offenbar nicht getan, weil er sich nicht sicher gewesen sei, ob ihm das gelingen würde.

Hinsichtlich der Schwierigkeiten aller Art, die mit der jetzigen Situation zusammenhängen, teilte mir Neurath mit, dass er es noch mit einer viel größeren Anzahl von Fakten auch mit den Vertretern anderer Botschaften zu tun habe. Er selbst verstehe dies gut, da er während des faschistischen Umsturzes in Italien³ gewesen sei, und er sich beinahe mit dem Revolver in der Hand hätte verteidigen müssen.

⁸ Die Antwort von Dirksens vgl. Dok. 60.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt. Vgl. Dok. 53.

³ Von Neurath war von 1922 bis 1930 Botschafter in Italien gewesen.

Die aktuelle Lage unserer Handelsvertretung ist jetzt äußerst schwer: die Sache ist vollkommen ins Stocken geraten. Nicht nur jüdische Firmen tätigen keine Einkäufe mehr, sondern auch deutsche Firmen ziehen es vor, eine gewisse Zeit abzuwarten, weil die Unsicherheit beim Absatz jetzt eine allgemeine Erscheinung ist. Selbst bei unserem Import gibt es jetzt einen Stillstand, weil sogar solche Industrielle wie Wolff, der sehr in unseren Angelegenheiten involviert ist⁴, es nunmehr ebenfalls vorziehen, keine Geschäfte mit uns zu tätigen. Wolff beurteilt die Lage übrigens als höchst ernst, er sei nicht davon überzeugt, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR die alten bleiben werden; weitere Exzesse seien möglich, die die Lage bedeutend erschweren würden.

Nach der Abendpresse vom 4. 4. muss davon ausgegangen werden, dass die deutsche Regierung eine Antwortnote allgemeinen Charakters an uns vorbereitet, in der auf die Nichteinmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten hingewiesen und berichtet wird, die von uns angeführten Fakten würden einer Untersuchung unterzogen werden. Eine Antwort in dieser Art kann uns selbstverständlich nicht zufriedenstellen. Unterdessen haben wir unsererseits im Rahmen des Möglichen alles unternommen: wie ich bereits bemerkte, haben wir nicht einen einzigen Vorfall ausgelassen, um dagegen sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form zu protestieren. Es liegt bereits der entschiedene Protest unseres Volkskommissars vor. All dies bewirkt offenbar wenig. Nur ein starker Schlag könnte Hitler und seine Mitstreiter zur Vernunft bringen, sofern sie überhaupt dazu fähig sind⁵. Was könnte das für ein Schlag sein? Wenn wir es nicht nur bei Drohungen beließen, sondern auch zu einer teilweisen Umsetzung schreiten und mit einer Reduzierung unserer Handelsvertretung beginnen würden. Ich denke, dass dies sie veranlassen würde, zur Besinnung zu kommen.

Natürlich treffen die Schläge die Derop besonders hart. Hier ist die Tendenz bemerkbar, uns zur Preisgabe der Derop zu veranlassen.

Ich stimme Ihrem Schreiben vom 4. 4.⁶ dahingehend vollkommen zu, dass es an der Zeit ist, der deutschen Regierung und insbesondere Hitler ernsthaft zu verstehen zu geben, dass wir nicht bereit sind, uns mit der jetzigen Lage abzufinden.

In Ergänzung zu den Vorfällen, die sich hier in Bezug auf die Verfolgung unserer Mitarbeiter und der sowjetischen Einrichtungen zugetragen haben, berichte ich Folgendes:

1. Der Handelsvertretung wurde per Telefon aus Frankfurt berichtet, dass am 1. April der Vorsitzende der Antiquariatsverwaltung⁷, Gen. Il'in, der sich dienstlich hier aufhielt und nach Paris weiter reisen wollte, auf dem Bahnhof von der Polizei verhaftet worden sei. Gen. Il'in wurde einer Leibesvisitation unterzogen, deshalb wurde der Zug, in dem sich Gen. Il'in befand, für diese Zeit aufgehalten.

⁴ Otto Wolff war als Chef der Otto-Wolff-Gruppe seit 1921 aktiv auf dem sowjetischen Markt tätig.

⁵ Am 6. 4. 1933 schrieb auch der Gehilfe des Militärattachés der UdSSR in Deutschland Šnitman an Berzin: „Ich weiß nicht, vielleicht ist es aus der Luft gegriffen, doch mir scheint, dass wir unzureichend auf alle diese empörenden Fakten reagieren, und man muss unumwunden sagen, dass unser Ansehen in Deutschland stark gelitten hat.“ In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 90.

⁶ Vgl. Dok. 52.

⁷ Das staatliche Handelskontor „Antikvariat“, das dem NKVT der UdSSR unterstellt war, betrieb den Verkauf von Kunstgegenständen außerhalb der UdSSR, vorrangig in Deutschland.

Nach der Durchsuchung fuhr Il'in weiter, an der Grenze wurde er das zweite Mal aufgehalten und abermals durchsucht.

2. Die in Deutschland veranstaltete Hetzjagd hat sich auch auf unsere juristischen Angelegenheiten ausgewirkt. Am 31. März sollte vor dem Schiedsgericht der Fall der Derunapht und der österreichischen Firma Strassil zur Verhandlung kommen. Der für unsere Angelegenheiten seit Jahren tätige Rechtsanwalt, Wimpfheimer, erschien nicht zum Gerichtstermin, da er angeblich krank sei; er gab der Derunapht die ihm zugesandten Materialien zurück und lehnte somit die Prozessführung ab. Am folgenden Tag verzichtete der ehemalige Minister Dernburg, der von der Derunapht als Richter beim Schiedsgericht gewählt worden war, auf seine Vollmachten, indem er erklärte, dass er von der Haussuchung in der Derunapht erfahren habe, die angeblich deshalb veranlasst worden sei, weil die Derop nationalsozialistische Mitarbeiter entlassen habe. Dernburg (im Übrigen selbst Jude) könne es mit seinem „Gewissen“ nicht vereinbaren, als Richter des Schiedsgerichtes in der Sache der Derunapht tätig zu sein. Auch Nussbaum, dem wir angeboten haben, in dieser Sache Richter im Schiedsgericht zu sein, erklärte Vol'fson gegenüber: „Wenn ich bedenke, dass ich auf die Seiten des VÖLKISCHEN BEOBACHTERS gerate, verliere ich den Verstand.“

3. Am Sonnabend, den 1. April, wurde in Frankfurt am Main über die Filiale der Derop und einige ihrer Zapfstellen der Boykott verhängt, dem Boykott gegenüber jüdischen Firmen ähnlich. Seit den frühen Morgenstunden stand vor dem Tor der Derop ein faschistischer Boykott-Posten. Der Leiter der Derop, Gen. Metlin, sowie der sich zu dieser Zeit in Frankfurt am Main befindliche Gen. Maškevič waren im Polizeipräsidium und führten dort mit einem der Kriminalsekretäre ein Gespräch. Dieser teilte mit, dass das Polizeipräsidium in dieser Angelegenheit überhaupt nichts machen könne, und er empfahl, sich an das Frankfurter Komitee zur Organisierung des Boykotts⁸ zu wenden. Unsere Genossen lehnten es ab, sich an das Frankfurter Komitee zu wenden, und verlangten nach einer verantwortlichen Person aus dem Polizeipräsidium, die Maßnahmen gemäß dem Protest ergreifen würde. Sie wurden darauf zu Kriminalsekretär Siebert geschickt, der sie in Anwesenheit einer Person in nationalsozialistischer Uniform empfing und sie anhörte; er versprach, dass unverzüglich Maßnahmen zum Abzug des Boykott-Posten ergriffen werden würden. Doch ungeachtet all dieser Beteuerungen wurde der Boykott-Posten erst um 6 Uhr abends abgezogen.

Außer dem Boykott der Derop-Filiale waren ebenfalls einige Zapfsäulen, z.B. die Zapfsäule der Derop in der Opel-Garage, wo sich außer der Derop-Zapfsäule noch Zapfsäulen von sechs anderen Firmen befinden, unter Boykott gestellt. Und nur an der Zapfsäule der Derop war ein Schild „geschlossen“⁹ angebracht worden.

4. Am Sonnabend, den 1. April, wurden um 9.00 Uhr morgens die Räumlichkeiten der Derop in Berlin, wo sich auch die Zentrale Verwaltung und die Berliner Filiale der Derop befinden, von der **politischen**¹⁰ Polizei in Begleitung von Nationalsozialisten und Polizisten, die mit drei Lastkraftwagen angefahren kamen, besetzt. Nach ihrer Ankunft wurde auf der Straße und auf dem Hausdach je ein

⁸ Der vollständige Name lautet „Frankfurter Komitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁰ Das Wort ist über das Wort „Polizei“ geschrieben.

Wachposten aufgestellt. Polizisten mit Gewehren besetzten sämtliche Eingangstüren, die Telefonzentrale und den ganzen Korridor. Sämtliche Zimmer wurden gleichzeitig von Agenten der politischen Polizei und von Nationalsozialisten besetzt. Insgesamt waren das bis zu 100 Personen. Die Haussuchung dauerte bis 12.30 Uhr. In allen Zimmern und in den Korridoren wurden die Schränke, Regale, Kisten und die Schreibtische durchsucht. Es wurden die Papiere und Briefe durchgesehen. Man suchte nach politischer Literatur. Bei einigen wurde sogar die Kleidung nach Waffen durchsucht. Im Ergebnis der Haussuchung wurden einige Briefe und einige Papiere mitgenommen, darunter der Pass des Sowjetbürgers Gen. Soldatov, der abgelaufen war. Festgenommen wurden 11 deutsche Mitarbeiter, sie wurden ins Polizeipräsidium gebracht. Sechs der Verhafteten, darunter auch Pieper, wurden am nächsten Tag freigelassen.

Der Mitarbeiter der Einzelhandelsabteilung Forunki (er ist persischer Staatsangehöriger) wurde mit einer Frist von drei Tagen aus Preußen ausgewiesen. Diejenigen, die die Haussuchung vornahmen, weigerten sich anfangs, ein Protokoll über die Haussuchung und über die entnommenen Papiere zu erstellen, doch dann wurde auf Forderung von Gen. Enko im Beisein des Stellvertretenden Leiters der Derop, Gen. Merdin'jan, des Stellvertreters der Handelsvertretung, Gen. Friedrichson, des Leiters der Rechtsabteilung, Gen. Vol'fson, und des Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung, Gen. Giršfel'd, einerseits und andererseits von dem Kommissar, der die Haussuchung geleitet hatte, und noch einigen Personen von der politischen Polizei ein Protokoll erstellt.

5. Die von Antiquariat angekündigten und vorbereiteten Auktionen in Düsseldorf im März über 20 000 Mark, in Köln am 7. April über 53 000 Mark und in Berlin am 8. April über ungefähr 30 000 Mark wurden deshalb vereitelt, weil die zuständigen Polizeipräsidien den Firmen, die bereits die Waren zusammengestellt und die Kataloge für die auf den Auktionen ausgestellten Waren hergestellt hatten, nicht die Genehmigung für die Abhaltung dieser Auktionen erteilten.

6. Der Leiter der Derop, Gen. Enko, und sein Stellvertreter, Gen. Merdin'jan, wurden heute, d.h. am 6. 4., zu Unterredungen beim Oberregierungsrat¹¹ Diels eingeladen. Das Gespräch drehte sich um das Schicksal der Derop. Diels erklärte, dass er sehr gut die Bedeutung der Derop verstanden habe und verstehe und er immer die Tätigkeitserweiterung der Derop unterstützt habe, weil er gewusst habe, dass er seinerseits die Auftragserteilung der Sowjetunion an deutsche Industrielle fördern müsse. Jedoch müsse er erklären, dass es unter politischem Aspekt die ganze Zeit Beschwerden über die Derop gegeben habe. In der letzten Zeit hätten diese Beschwerden ihren Höhepunkt erreicht. Die Beschwerden liefen darauf hinaus, dass die Derop nicht nur eine Handelsorganisation, sondern auch eine politische Organisation sei, und dass fast alle Mitarbeiter der Derop Kommunisten wären. Die beschwichtigenden Beteuerungen seitens Herrn Diels hätten gegenwärtig keine Wirkung; um weitere Exzesse in Bezug auf die Derop zu unterbinden, sei es erforderlich, unverzüglich eine ganze Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die belegen könnten, dass die Derop keine politische Organisation sei. Anders formuliert, ihm gelinge es nicht, „den Elefanten, der das Porzellan zerschlagen wird“, in der Derop zu bändigen.

¹¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Die von Diels unterbreiteten Forderungen laufen auf Folgendes hinaus:

1) Ein großer Teil der sowjetischen Mitarbeiter ist von den Leitungsposten abzulösen, wobei er drohte, dass, falls man sie nicht absetzt, er sowieso einige der Mitarbeiter in „Schutzhaft“¹² nehmen und sie aus Deutschland ausweisen müsse, weil man in Bezug auf einige Mitarbeiter über Material verfüge, wonach sie, auch wenn sie selbst nicht an der politischen Arbeit teilnahmen, so doch auf jeden Fall die kommunistische Organisation unterstützen würden.

2) Es ist eine bedeutende Anzahl von Kommunisten aus der Organisation der Derop zu entlassen.

3) Ein Deutscher ist zum Personalchef zu ernennen.

4) Warum sollte sich die Derop nicht auch einen nationalsozialistischen Kommissar zulegen, wie dies viele andere Industrie- und Handelsorganisationen tun?

Gen. Enko antwortete ihm, dass er in der gesamten Organisation der Derop lediglich 45 Russen beschäftigt habe, wobei dies ein durchaus geringer Anteil im Vergleich zur Gesamtzahl der Derop-Mitarbeiter ausmache, und dass diese Anzahl faktisch unzureichend sei, weil er vor Moskau Rechenschaft ablegen und die Buchführung in russischer Sprache erfolgen müsse. Außerdem verdränge kein einziger Russe, der ein verantwortlicher Mitarbeiter ist, einen Deutschen, auch nicht einen leitenden Mitarbeiter, sondern arbeite mit dem Deutschen zusammen. Deshalb lehne er es kategorisch ab, die Anzahl der sowjetischen leitenden Mitarbeiter zu verringern. Was die deutschen Mitarbeiter, die Kommunisten sind, betrifft, so müsse er erklären, dass weder er noch seine Vorgänger die Belegschaft nach ihrer Parteizugehörigkeit ausgewählt hätten, sondern allein unter dem Aspekt ihrer Befähigung für diese Arbeit. Er interessierte und interessiere sich nicht für die Anschauungen seiner Mitarbeiter, müsse aber sagen, dass er selbst auf Anweisung Moskaus von allen Derop-Mitarbeitern fordere, sich mit keinen Parteiangelegenheiten in der Derop zu befassen. Was den Deutschen als Personalchef betreffe, so beschäftige ihn diese Frage seit langem; er habe jetzt bereits einen Kandidaten im Auge, der sich dieser Sache annehmen soll.

Diels erklärte in seiner Antwort, dass er darum bitte, dieses Gespräch äußerst ernst zu nehmen, und er es begrüßen würde, wenn Gen. Enko umgehend eine Entscheidung träfe, da die Zeit dränge. Sobald diese Entscheidung vorliegen werde, werde Innenminister Göring¹³ ein Rundschreiben an alle deutschen Länder verschicken, dass sie aufgerufen werden, der Derop nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern sie in ihrer Tätigkeit auf jede Art und Weise zu unterstützen. Er sagte außerdem: „Nach der Ernennung des Personalchefs schicken Sie ihn zu Gesprächen zu mir.“

In der Beratung bei mir, an der die Gen. Vejcer, Karpov, Aleksandrovskij, Enko, Sud'in und Fridrichson teilnahmen, zeichneten sich zwei Standpunkte ab. Der erste, von Gen. Vejcer vertreten, besteht darin, dass es unmöglich sei, hier einen Entschluss zu fassen, die Entscheidung müsse von Moskau ausgehen¹⁴. Wobei Gen. Vejcer darauf verwies, dass sich die Nationalsozialisten nicht damit zufriedengeben werden, wenn wir ihnen teilweise entgegenkommen, da ihre Hauptauf-

¹² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹³ Innenminister Preußens.

¹⁴ Vgl. den Bericht Vejcers an Rozengol'c mit Kopie an Stalin vom 7. 4. 1933. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 4, S. 10–17.

gabe darin bestehe, die Derop zu vernichten; deshalb müsse damit gerechnet werden, dass nach ihren ersten Forderungen, die wir auch nur teilweise erfüllen würden, andere folgen werden. Deshalb müsse man die ganze Frage gegenüber Moskau zur Sprache bringen, möge Moskau diese Angelegenheit entscheiden. Hinsichtlich der Zugeständnisse war Folgendes gemeint. Da wir faktisch bereits, allerdings unter anderen Umständen, nicht nur zugestimmt hätten, einen Deutschen als Personalchef zu ernennen, sondern auch einen solchen Deutschen gefunden hätten, und Gen. Enko dies gegenüber Oberregierungsrat Diels sogar erklärt habe, so könne man sich jetzt davon nicht lossagen. Ich bemerkte, dass der Deutsche von uns unter anderen Umständen ernannt worden sei, weil es damals nicht vorgesehen gewesen wäre, dass dieser Deutsche ins Polizeipräsidium zur Berichterstattung und zum Direktivenempfang einbestellt werden würde. Es sei vollkommen klar, dass die erste Direktive, die Diels dem Personalchef erteilen werde, darin bestehe, die deutschen Kommunisten zu entlassen und an ihre Stelle Nationalsozialisten einzustellen.

Der zweite Standpunkt besteht darin, dass das Vorgehen des Polizeipräsidiums ein Ergebnis des Druckes ist, den Neurath und Hugenberg auf Göring unter dem Eindruck der Proteste von Gen. Litvinov und von mir ausgeübt habe und somit dem Wunsch entspringt, uns in einem gewissen Maße entgegenzukommen. Unabhängig davon, ob dem so ist oder auch nicht, ist es für uns wichtig, Zeit zum Manövrieren zu gewinnen, bis die entsprechenden Direktiven eintreffen. Ansonsten könnte im Polizeipräsidium der Eindruck entstehen, dass wir ihnen nicht entgegenkommen, nämlich einen Deutschen zum Personalchef zu ernennen, sondern nach dem Gespräch sogar von dem Abstand nehmen, was wir ursprünglich angekündigt haben, nämlich uns von der Ernennung eines Deutschen als Personalchef lossagen; dann könnten wir erneute Überraschungen mit der Derop erleben, doch in einer viel schärferen Form.

Nach meiner Auffassung sollte sich das Manövrieren nicht nur auf die Ernennung eines Deutschen als Personalchef beschränken, zumal wir auch früher die Absicht hatten, dies zu tun, sondern auch darauf, anstelle der Deutschen, die aus dem Aufsichtsrat ausscheiden, andere Deutsche zu ernennen, allerdings keine Nationalsozialisten, sondern Leute rechter Gesinnung, die über Einfluss verfügen, z. B. aus dem Umfeld der Reichswehr.

Wir sind übereingekommen, Gen. Fridrichson nach Moskau zu entsenden, um in Moskau eine umgehende Antwort auf die zur Derop aufgeworfenen Fragen zu erhalten.

Ich halte es übrigens für angebracht, Ihnen mitzuteilen, dass heute Klöckner zu Gen. Vejcer kam und erklärte, dass er nicht in geschäftlicher Angelegenheit erschienen sei, sondern um zu warnen, dass wir unbedingt entschiedene Maßnahmen in Bezug auf die Derop ergreifen müssten. Seiner Auffassung nach wäre es das Beste, mit uns einen langfristigen *Vertrag zum Einkauf*¹⁵ von Erdöl abzuschließen und die Derop selbst zu verkaufen, wobei die Käufer der Benzolverband¹⁶ und die IG Farbenindustrie wären. Überhaupt sei das Schicksal der Derop sehr ernst und man müsse es sofort entscheiden. Ich persönlich stehe auf dem

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Vgl. Dok. 21, Anm. 2.

Standpunkt, dass die Derop verkauft werden sollte, der Moment für **derartige**¹⁷ Verhandlungen ist allerdings jetzt nicht günstig.

Angesichts der Wichtigkeit der Frage werde ich darüber noch einen gesonderten Brief schreiben.¹⁸

CHINČUK

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1350 vom 9. 4. 1933.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1546 vom 9. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Umlauf vermerkt: 7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 163–170. Kopie.

Nr. 57

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 412

6. IV. 33. Berlin

An

Gen. M. M. LITVINOV

Kopie an: Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Maksim Maksimovič,

in der Derop-Angelegenheit sind schnellstmögliche Entscheidungen zu treffen, sowohl allgemeinen als auch speziellen Charakters. Im Einzelnen handelt es sich um Folgendes.

Gen. Enko wurde gestern, am 5. IV., in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Derop telefonisch in unverbindlicher Form aufgefordert, beim Chef der politischen Abteilung des Polizeipräsidiiums zu erscheinen. Diese Einladung war auch an den Stellvertreter Enkos, Gen. Merdin'jan, gerichtet. Zugleich wurde per Telefon übermittelt, Enko möge doch auch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Fridrichson, ausrichten, dass seine Anwesenheit wünschenswert wäre. Der Anruf kam von Polizeikommissar Frohwann, der die Haussuchung in der Derop-Verwaltung in Berlin geleitet hatte¹, wobei er insbesondere in Bezug auf Fridrichson eine konventionell höfliche, absolut keine Befehlsform wählte. Da man bereits miteinander bekannt sei, könne man doch alles einfach telefonisch besprechen. In Be-

¹⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Der Satz ist handschriftlich hinzugefügt. Vgl. Dok. 57.

¹ Vgl. Polizeibericht vom 1. 4. 1933. In: BArch, R 58/ 3031. Bl. 185–187.

zug auf Fridrichson möge doch Enko ihm, Frohwann, die Arbeit erleichtern und ihm dies übermitteln.

Wir haben entschieden, dass Fridrichson in seiner Eigenschaft als extraterritoriale Person² nicht zur Polizei gehen solle, zumal die Einladung in einer solch unverbindlichen Form ausgesprochen wurde. Enko und Merdin'jan waren dort und hatten ein langes Gespräch, dessen Hauptinhalt in Folgendem besteht.

Der Chef der 1. (politischen) Abteilung des Polizeipräsidiums Diels konfrontierte Enko in sehr scharfer Form damit, dass die Derop ihrem Personalbestand nach eine russische kommunistische Organisation sei, was unter den heutigen Bedingungen in Deutschland auf keinen Fall geduldet werden könne. Es müsse eine radikale Säuberung durchgeführt werden. Die Leitungsposten müssten von „national gesonnenen Deutschen“ gestellt werden. Enko müsse damit aufhören, die Derop, die eine deutsche Aktiengesellschaft sei, zu russifizieren. Gen. Enko erwiderte, dass er insgesamt 40–45 Russen habe, was kaum 4% des Personalbestandes der Derop ausmache. Er könne aus Geschäftsgründen nicht auf sie verzichten, da in der Derop sowjetisches Kapital stecke und er den Verkehr mit seinem Hauptaktionär, der UdSSR, in russischer Sprache zu führen und die Rechnungslegung in der gleichen Sprache parallel zu der deutschen vorzunehmen habe.

Diels versicherte, dass die Deutschen an der Erhaltung der Derop und an ihrer normalen Tätigkeit interessiert seien, doch sei dies ohne radikale Veränderungen in der Personalpolitik der Derop nicht zu erreichen. **Er bestand darauf, den Posten als Personalchef mit einem Deutschen**³ zu besetzen und **die Derop radikal von deutschen Kommunisten zu säubern**⁴. Er erklärte im Übrigen, falls dies nicht geschehe, so könne die Polizei „die Nationalsozialisten nicht vor einem rigorosen Vorgehen abhalten“, was zweifellos wie eine Drohung mit einem gründlichen Pogrom klang. In diesem Zusammenhang schlug Diels Gen. Enko vor, **in der Derop einen nationalsozialistischen Kommissar**⁵ einzusetzen, wie dies angeblich viele andere ausländische Firmen in Deutschland machen würden, die auf die eine oder andere Weise den Unmut auf sich gezogen hätten, so oder so die Unzufriedenheit gegen sich entfacht hätten, es aber wünschten, ihre Lage und Existenz zu verbessern, was im Interesse Deutschlands sei. Gen. Enko wies diesen Vorschlag selbstverständlich zurück, doch Diels bestand weiterhin auf grundlegende Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Derop. Gen. Enko hat ihm u. a. gesagt, dass bereits der Deutsche von Jagwitz als Personalchef vorgesehen sei. Dazu ist zu bemerken, dass sich die Frage bezüglich des Personalchefs seit 1931 hinzieht. Darüber wurden in jüngster Zeit wiederholt Gespräche im Aufsichtsrat geführt. Vor zwei Monaten fasste der Aufsichtsrat den Beschluss, einen Deutschen zum Personalchef zu ernennen. Es wurden Kandidaten gesucht, und schließlich einigte man sich vor 10 Tagen auf von Jagwitz, mit dem Gen. Enko bereits alle Punkte abgesprochen hat. Formal hätte von Jagwitz nach der Bestätigung

² Gemäß Artikel 4 des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der UdSSR vom 12. 10. 1925 wurden die Stellvertreter des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland der Kategorie von Personen zugerechnet, die alle Rechte der Extraterritorialität auf dem Territorium Deutschlands genossen. Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 14; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 589.

³ Am Seitenrand ist vermerkt: 1).

⁴ Am Seitenrand ist vermerkt: 2).

⁵ Am Seitenrand ist vermerkt: 3).

seiner Kandidatur durch den Aufsichtsrat die Arbeit aufnehmen können, was praktisch buchstäblich bereits morgen geschehen könnte.

Danach teilte Diels Gen. Enko eine Sache mit, die größte Aufmerksamkeit verdiene. Wenn Enko denn in der Tat zeige, dass er bereit sei, die neuen in Deutschland geschaffenen Bedingungen zu akzeptieren, einen Deutschen als Personalchef zu ernennen, die Derop nicht zu russifizieren, in ihr eine gründliche Säuberung vorzunehmen, mit der nationalsozialistischen Ortsleitung zusammenzuarbeiten usw., so könne Diels von Minister Göring eine öffentliche Presseerklärung erwirken, dass sämtliche Verdächtigungen bezüglich der Derop, sie sei eine kommunistische Organisation, unbegründet seien, die Derop auch künftig im Interesse der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen tätig sein müsse und sie in ihrer Arbeit nicht behindert werden dürfe. Dann werde in der Derop eine Beruhigung eintreten. Anderenfalls drohte Diels erneut mit Willkürakten durch die Hitler-Sturmtrupps sowie auch damit, dass die Polizei die Mehrheit der russischen Mitarbeiter der Derop aus Deutschland ausweisen werde.

Damit im Zusammenhang habe ich bei mir eine Beratung abgehalten, an der die Genossen Vejcer, Fridrichson, Karpov, Otsečkin, Enko, Sud'in, Gardov und Aleksandrovskij teilnahmen. Es stellte sich heraus, dass die Meinungen und Wertungen hinsichtlich der Lage, in die die Derop durch die in Deutschland vor sich gehenden Prozesse geraten ist, gespalten sind.

Ein Teil der Genossen betrachtete die Frage im Wesentlichen so: das Kesselreiben gegen die Derop in all seinen Erscheinungen, darunter auch die Unterredung Diels mit Enko, verfolge ein Ziel: uns die Derop ganz und gar wegzunehmen. Diese Aufgabe sei klar gestellt worden, und es werde uns nicht gelingen, durch Teilzugeständnisse und Manöver den entscheidenden Stoß der Deutschen, die Derop als solche zu liquidieren, zurückzuweisen oder aufzufangen. Da eine solche Liquidierung dennoch ein sehr weitreichender Schritt sei, und es gar nicht so leicht wäre, die sowjetischen Bürger zu verhaften und sie auszuweisen oder gar Pogrome gegen die Derop zu veranstalten, müssten wir eine harte Linie einnehmen und dürften keinerlei Zugeständnisse machen, zumal die Angelegenheit bereits ein derartiges Ausmaß angenommen habe, dass sich die Hitlerleute nicht mehr mit Teilzugeständnissen zufriedengeben würden. Unter diesem Gesichtspunkt dürfe man ohne Moskaus Zustimmung nichts unternehmen, selbst solch einen Schritt nicht wie die *Ernennung eines Deutschen zum Personalchef*⁶, obwohl diese Angelegenheit eine lange Vorgeschichte besitze und faktisch bereits alles getan worden sei, um von Jagwitz zu ernennen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass Diels jeden Deutschen, darunter auch von Jagwitz, unverzüglich zu sich einbestellen und ihm befehlen werde, die Derop von Kommunisten zu säubern, und ihm dafür seine Polizeilisten übergibt. Diels habe dies Enko ziemlich offen und direkt gesagt und ihn sogar gebeten, den neuen Chef, sobald dieser ernannt ist, zu ihm zu schicken. Die weitere Argumentation habe darin bestanden, dass die Derop-Frage nicht durch kleine Schritte gelöst werden könne. Wir wissen nicht, welche Absichten Moskau in Bezug auf die Derop und die Verteidigung ihrer Stellung in Deutschland hegt. Doch wir sehen, dass die Ereignisse radikale Lösungen erfordern. Unter dieser Bedingung dürfe man keine Entscheidungen

⁶ Der Text ist unterstrichen.

treffen, die Moskau binden könnten. Selbst die Ernennung eines Deutschen zum Personalchef sei in diesem Sinne bereits bindend, da gerade davon die weitere Umwandlung der Derop in eine von den Nationalsozialisten kontrollierte Organisation zwangsläufig abhängen werde. Deshalb sei es erforderlich, selbst diese Frage durch Moskau entscheiden zu lassen.

Es sei klar, Moskau über unsere Einschätzung der allgemeinen Lage zu informieren. Für solch eine Einschätzung spiele der Vorschlag, den heute Klöckner Gen. Vejcer unterbreitet hat, eine entscheidende Rolle. Klöckner sagte ohne Umschweife, dass wir nicht anders aus der Sache herauskommen könnten, als die Derop an die IG Farben und an den Benzol-Verband zu verkaufen. Er schlug vor, umgehend die Verkaufsverhandlungen aufzunehmen. Ähnliche Hinweise und konkrete Ratschläge wurden auch von anderen Personen unterbreitet, so etwa in der Unterredung Aleksandrovskijs mit Tippelskirch. Dies zeige ebenfalls, dass eine radikale Lösung der Derop-Frage unumgänglich sei, und spreche dafür, dass es jetzt völlig sinnlos wäre, durch kleine Zugeständnisse und Manöver zu versuchen, die Hiebe der Nationalsozialisten abzuwehren. *Die Derop dürfe nicht verkauft werden*⁷, insbesondere nicht in einer Atmosphäre des Kesseltreibens.

Der andere Teil der Genossen meinte, dass es selbstverständlich sei, die Entscheidung des Verkaufs der Derop oder eine andere radikale Lösung ganz und gar Moskau zu überlassen. Moskau könne aber solch eine Entscheidung nicht in 24 Stunden treffen. In der Zwischenzeit würde unsere Aufgabe darin bestehen, die vollständige Zerschlagung der Derop zu verhindern, und gerade deshalb wäre es nötig, den Weg von Verhandlungen mit den Behörden über die Derop einzuschlagen. Dazu sei es sehr wichtig, wie man die heutige Unterredung Diels mit Enko einschätze. Dieses Gespräch sei auf keinen Fall losgelöst von den anderen Ereignissen zu betrachten, die in letzter Zeit in den sowjetisch-deutschen Beziehungen zu beobachten gewesen seien. Es sei daran zu erinnern, dass das Gespräch stattgefunden habe, nachdem wir sowohl in der Unterredung des Gen. Litvinov mit Dirksen⁸ als auch in der Unterredung des Gen. Chinčuk mit Neurath⁹ wie auch in anderen Demarchen der Bevollmächtigten Vertretung einen scharfen Ton gegen die Exzesse angeschlagen hätten. Man dürfe nicht schematisch oder gar panisch die Frage so stellen, dass die Deutschen die Derop sowieso vernichten würden oder man uns sowieso insgesamt an die Engländer oder Franzosen verkaufen werde. Bei aller Unzweideutigkeit der antisowjetischen Bestrebungen der Regierung Hitler dürfe der Kampf im Inneren Deutschlands nicht schematisch auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen werden. Es gebe ausreichend Gründe anzunehmen, dass sich Hitler außenpolitisch nicht umorientieren werde, zumindest nicht in aller nächster Zeit. Ob er es wolle oder nicht, er habe zurzeit für sein außenpolitisches Spiel außer uns keinen anderen Partner. Momentan habe er keine Chancen, sich England anzunähern, und selbst seine Freundschaft mit Italien stoße auf ziemlich starke Widerstände, zum Beispiel in Südosteuropa. Auf jeden Fall seien Perspektiven dieser Art eine langfristige Angelegenheit. Dagegen sei die Derop-Angelegenheit eine innerdeutsche und zudem eine kurzfristig zu lösende Frage.

⁷ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

⁸ Vgl. Dok. 50.

⁹ Vgl. Dok. 53.

Die gesamte Atmosphäre um die Einladung Enkos zu Diels und dessen Beteuerung, dass er Enko nicht zu einem Polizeiverhör gerufen habe, sondern zu einem Gespräch über das Schicksal der Derop, und sein Hinweis darauf, dass Göring, falls dafür die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen würden, bereit sei, eine Presseerklärung dahingehend abzugeben, die Derop werde unbegründet bezichtigt, kommunistisch zu sein, seine wiederholten Beteuerungen, die Derop im Interesse der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten, zeugten zweifelsfrei davon, dass dies eine Kehrtwende der Deutschen in Richtung auf Zugeständnisse und eine Normalisierung der Arbeit darstelle. Am ehesten scheine folgende Konzeption real zu sein: uns sei bekannt, dass seitens der Industrie, seitens des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr auf Hitler die ganze Zeit über Druck ausgeübt werde, um die Einstellung der Exzesse gegen uns, insbesondere die Exzesse gegen die Derop, zu erwirken.

Dies sei absolut sicher. Der Druck, den Gen. Litvinov und Gen. Chinčuk ausüben, werde zweifelsfrei Spuren hinterlassen. Es sei höchst wahrscheinlich, dass die Deutschen beschlossen hätten, uns entgegenzukommen und bestehende Spannung abzubauen bzw. die Wogen etwas zu glätten. Doch für die Nazis sei die Frage, wie dies zu tun sei, von essentieller Bedeutung. Wir hätten in letzter Zeit viele Male beobachtet, dass sie überaus darauf bedacht seien, ihr Prestige zu wahren. Es genüge an die Gesten Görings an die Adresse Schwedens¹⁰, ihre Proteste gegenüber Spanien¹¹, ihren überheblichen Ton und an ihr größenwahnsinniges Geschrei bei all dem, was sie tun und sagen, zu erinnern. Für diese Hysteriker sei es eine sehr schwere Sache, sich ausgerechnet den Bolschewiken „zu ergeben“ und ihnen nachzugeben. Jedoch sei auf keinen Fall daran zu zweifeln, dass Diels, als er von einer möglichen öffentlichen Erklärung Görings sprach, dies mit dessen direktem Einverständnis getan habe. Doch wir wüssten, wer Göring eigentlich ist, und wir wüssten, was für Reden zu halten er imstande sei. Dieser Pogromheld müsse sich sehr stark überwinden, um friedfertig über die Derop zu sprechen, ungeachtet dessen, ob in ihr eine radikale Säuberung durchgeführt werde oder nicht. Der andere Pogromheld, Diels, hätte ohne direkten Befehl von oben nicht einmal fünf Minuten mit Enko gesprochen, mit ihm gefeilscht und ihn zu überzeugen versucht. Da er dies aber getan habe, so sei anzunehmen, dass er es mit der festen Absicht getan habe, irgendeine Basis zu schaffen, irgendeinen Modus Vivendi herbeizuführen. Dies sei nicht anzuzweifeln. Eine andere Sache sei es, dass dieser Modus Vivendi für uns unannehmbar sei, und wir ihn in der Form, wie ihn sich Diels und Göring vorstellen, zurückweisen müssten. Doch zugleich wäre es naiv sich einzubilden, dass die Derop unter den heutigen Bedingungen in der Lage sei, ihre

¹⁰ Im Zusammenhang mit der in der liberalen schwedischen Wirtschaftszeitung „Göteborgs Handelstidning“ veröffentlichten scharfen Kritik an Hitler schickte Göring ein Protesttelegramm an die Redaktion, in dem er dringend über Maßnahmen zu informieren vorschlug, um künftig ähnliche Veröffentlichungen zu verhindern. Vgl. „Göring und die schwedische Presse“. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 249 vom 10. Februar 1933, Morgenausgabe, S. 1.

¹¹ Nach den Reichstagswahlen in Deutschland fanden in der ersten Märzhälfte in Spanien antinazistische Kundgebungen vor dem deutschen Generalkonsulat in Sevilla, dem Generalkonsulat in Barcelona und der deutschen Botschaft in Madrid statt. Der spanischen Regierung wurde deshalb der offizielle Protest erklärt. Vgl. auch: „Unerhörte Beschimpfung Deutschlands durch das spanische Regierungsblatt“. In: Völkischer Beobachter vom 22. März 1933, Berliner Ausgabe, 1. Beiblatt.

jetzigen Positionen zu 100% zu behaupten. Folglich sollten wir anfangen zu feilschen und wenigstens den Eindruck erwecken, als ob wir zu gewissen Zugeständnissen bereit wären. Damit werde Zeit gewonnen, so dass Moskau die Frage als Ganzes entscheiden könne. Die Teilfrage bezüglich des Personalchefs könne deshalb nicht nur, sondern sie sollte unverzüglich entschieden werden, und zwar sei schon morgen von Jagwitz zu ernennen. Wenn wir dies nicht täten, würde dies als direkte Reaktion auf die Unterredung Diels mit Enko erscheinen, weil Diels seit langem wisse, und Enko habe dies ihm auch bestätigt, dass für diesen Posten von Jagwitz vorgesehen sei. Eine solche Herausforderung würde die Faschisten umgehend zum Pogrom gegen die Derop ermuntern. Dann könne Diels sie „nicht zügeln“, wie er Enko warnte, und er würde die Meute der SA-Leute auf uns loslassen. Wir könnten dadurch eine Situation schaffen, in der Moskau wohl kaum noch gezwungen wäre, über einen Verkauf der Derop zu entscheiden, da es dann nichts mehr zu verkaufen gäbe. Hier sei insbesondere zu berücksichtigen, dass solch ein Pogrom nicht einfach nur materiellen Schaden bringen könnte, sondern auch politisch für uns äußerst schädlich wäre. Dann würden von Grund auf die Möglichkeiten für eine Verbesserung unserer Beziehungen verdorben sein. Wir seien aber gegenwärtig überhaupt nicht daran interessiert, uns mit den Deutschen generell und zudem noch öffentlich zu überwerfen. Moskau werde uns vermutlich weniger die Tatsache vorhalten, dass wir ihm durch solch eine unbedeutende Frage wie die Ernennung eines Deutschen zum Personalchef der Derop die „Hände binden“ würden, als uns vorzuwerfen, nicht geschickt manövriert und die Situation nicht richtig erkannt zu haben. Eine solche Ernennung bedeute überhaupt nicht, den Nationalsozialisten die Kontrolle über die Derop zu übertragen. Selbst wenn auch von Jagwitz fordern würde, umgehend die Kommunisten zu entlassen, so liege doch die endgültige Entscheidung in den Händen von Enko, und er könne dies nicht aus politischen, sondern aus rein kommerziellen Gründen ablehnen. Kein einziger Deutscher, selbst ein Nazi nicht, werde den Zusammenbruch des Apparates fordern, wenn er von der Voraussetzung ausgehe, dass die Derop weiterhin bestehen bleibe und zwischen uns eine vertragliche Vereinbarung erzielt werden könne. Eine andere Sache sei es, wenn wir klar zeigten, dass wir ihnen kein Jota entgegenkommen wollten. Dann sei nicht daran zu zweifeln, dass sie die Derop kurz und klein zerschlagen würden.

Folglich bestand die grundlegende Divergenz zwischen den Genossen, die an der Beratung teilnahmen, in der Einschätzung der Unterredung Diels mit Enko und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Da einige Genossen dennoch darauf bestanden, dass die Frage bezüglich des Personalchefs auf keinen Fall isoliert von dem gesamten Fragenkomplex rund um die Derop zu entscheiden sei, und selbst diese Detailfrage nicht ohne Zustimmung Moskaus entschieden werden dürfe, haben wir beschlossen, Gen. Fridrichson, der der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist, unverzüglich nach Moskau zu entsenden. In der Zwischenzeit sollte Enko irgendwie dem Druck von Diels ausweichen.

Was meine persönliche Meinung betrifft, so meine ich, dass wir manövrieren und eine annehmbare Formel für die weitere Existenz der Derop finden müssen. Ich meine, dass man die Frage bezüglich des Personalchefs vor Ort entscheiden kann, und dies würde Moskau zu nichts verpflichten. Auf jeden Fall sollte diese Frage schnellstmöglich entschieden werden, anderenfalls kann es passieren, dass

die Derop irgendwann zerschlagen wird, da es keineswegs auszuschließen ist, dass das heutige Gespräch Diels mit Enko tatsächlich ein Manöver der Nazis ist, um uns Zugeständnisse zu machen, dabei aber das eigene Gesicht zu wahren. Gerade von dieser Annahme ausgehend denke ich, dass die heutige Unterredung eine Sondierung war und die Nazis sich mit bedeutend weniger zufriedengeben werden, vielleicht sogar mit einer scheinbaren „Säuberung“ in der Derop. Wir sollten von Jagwitz ernennen, mit der nationalsozialistischen Ortsleitung Verbindung aufnehmen, einige Deutsche entlassen und vielleicht sogar die Anzahl der sowjetischen Mitarbeiter der Derop etwas verringern.

Mit Gruß

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1336 vom 9. 4. 1933.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 131–135. Original.

Nr. 58

Entwurf eines Aide-Mémoire der Botschaft Moskau

[6. April 1933]

Bemerkungen

zur gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Krise.

1) ****Trotz** Eintritts der Nationalsozialisten in die Reichsregierung und der Bekämpfung der KPD^{**1} ist eine Fortsetzung der bisherigen freundschaftlichen deutsch-sowjetischen Beziehungen (Rapallo-Politik) auch nach Ansicht der maßgebenden Sowjetkreise durchaus möglich. Sie wird auch gewünscht.

2) Die Sowjetregierung verhielt sich daher in den ersten Wochen nach dem Kabinettwechsel abwartend und zurückhaltend. Gewisse allgemeine politische Bedenken, dass führende Nationalsozialisten, wie z.B. Rosenberg, Loslösung russischer Gebietsteile, wie Ukraine, ****angeblich****^{**2} befürworteten, wurden zurückgestellt.

3) Nach der scharfen Wahlrede des Reichskanzlers im Rundfunk gegen den Bolschewismus wurden die ersten Angriffe in der Sowjetpresse losgelassen; insbesondere auch gegen Reichsminister Göring und Herrn Rosenberg wegen deren ****angeblicher****^{**3} Losreißungspläne⁴.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt; ursprünglich lautete der erste Halbsatz: „Trotzdem der Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung eine gewisse Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bedeutete (wichtige Stellung der KPD in der Kominternpolitik)“.

² Das Wort ist eingefügt.

³ Das Wort ist eingefügt.

⁴ Gemeint sind die Gerüchte, Rosenberg befördere eine Abtretung der Ukraine von der UdSSR. Vgl. Dok. 37.

4) Die jetzt einsetzenden polizeilichen Maßnahmen gegen Sowjetinstitute und einzelne Sowjetstaatsangehörige sowie die gleichzeitig nach der Wahl beginnenden unbefugten Privataktionen von SA-Leuten (Vorgehen gegen Sowjetschule in Berlin, Sowjetpension Geisbergstraße, Derop und ihre Tankstellen, Verhaftung und Misshandlung von Sowjetstaatsangehörigen, Presseverbote) wurden zunächst lediglich referiert und allmählich mit steigender Erregung kommentiert.

5) Diese ansteigende Erregung wurde ^{**5} gedämpft durch die positiven Erklärungen des Reichskanzlers in seiner Reichstagsrede⁶ über die Beziehungen zur Sowjetunion, die ^{**7} beruhigend wirkte (Leitartikel der „Iswestija“ mit ^{**}allerdings noch ^{**8} skeptischer Überschrift „Worte und Taten“⁹).

6) Am Tage darauf wurde die Durchsuchung der Handelsvertretung in Hamburg bekannt. Als dann wieder nach zwei Tagen die Durchsuchung der Sowjethandelsvertretung in Leipzig, die Durchsuchung von Sowjetschiffen in Hamburg, die Verhaftung bzw. Misshandlung von weiteren acht Sowjetbürgern sowie eine über das ganze Reich sich fortsetzende Aktion gegen die verschiedenen Derop-Stellen gemeldet wurde, trat eine schwere und scharfe Krisis ein.

7) Die Presse brachte heftige und beschimpfende Artikel. ^{**}Litwinow erklärte mir, dass in Berlin scharfer Protest dagegen eingelegt werden würde, und machte mich auf den Ernst der jetzt entstandenen Lage aufmerksam ^{**10}.

8) Das, was hier so besonders beunruhigend wirkt, ist der Eindruck, dass das Vorgehen gegen Sowjeteinrichtungen und Sowjetstaatsbürger in Deutschland organisiert und von einer Zentrale mit bestimmten politischen Absichten geleitet sei. Man kann es sich nicht anders erklären, dass die polizeilichen Eingriffe bzw. die Übergriffe von Privaten sich über eine Reihe von Wochen erstreckten, ohne dass die Regierung ihnen Einhalt geböte. Einen kurzen, scharfen, einmaligen Eingriff würde man verstehen, nicht aber die Andauer derselben. Man glaubt daher, dass die Regierung entweder nicht die Kraft oder nicht den Willen habe, diese Antisowjetbewegung einzudämmen, und hat infolgedessen das Vertrauen zur Reichskanzlerrede verloren.

9) Die Sowjetregierung ist jetzt entschlossen, aus der entstandenen Lage Folgerungen zu ziehen, wenn deutscherseits nicht durchgegriffen wird. Es ist dann damit zu rechnen, dass das Verhältnis zu Deutschland im Falle nicht befriedigender Beilegung in seiner Gesamtheit revidiert wird:

- a) politisch
- b) militärisch
- c) wirtschaftlich.

10) Der Konflikt ist jetzt auf das politische Gebiet geschoben worden und kann nicht mehr durch juristische Spitzfindigkeiten und Kontroversen gelöst werden.

11) Wird deutscherseits eine Entspannung der Krise gewünscht, so ist vor allem Schnelligkeit in der Behandlung der Sowjetbeschwerden erforderlich. Es

⁵ Gestrichen: wieder.

⁶ Gemeint ist die Rede vom 23. 3. 1933; Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁷ Gestrichen: sehr.

⁸ Der Text ist eingefügt.

⁹ „Slovo i delo“ (Wort und Tat). In: Izvestija vom 28. März 1933, S. 1.

¹⁰ Der Text ist korrigiert; ursprünglich lautete der Satz: Litwinow legte bei mir scharfen Protest ein und machte mich auf den Ernst der jetzt entstandenen Lage aufmerksam; gleichzeitig Protest Sowjetbotschafter in Berlin.

kommt nicht so sehr darauf an, dass jede kleine sowjetische Einzelbeschwerde durch polizeiliche Protokolle und richterliche Vernehmungen dokumentarisch belegt wird, als dass sofort der Sowjetseite in den Hauptpunkten Erklärungen abgegeben werden.

12) In erster Linie wären folgende Maßnahmen zu treffen:

A) Der Sowjetseite ist sofort das belastende, bei den verschiedenen Haussuchungen ^{**11} durch die Polizei gefundene Material vorzulegen, durch das einwandfrei nachgewiesen wird, dass Sowjetfunktionäre oder Sowjetstaatsbürger in Deutschland kommunistische Propaganda getrieben oder sich irgendwie gegen die Gesetze vergangen haben. Das wäre die wirksamste Widerlegung der Sowjetbeschwerde.

B) Am wichtigsten ist in zweiter Linie die Verhinderung von weiteren Zwischenfällen. Dies müsste zu erreichen sein:

a) durch Weisung an die Polizeibehörden, sich den Schutz von Sowjetbürgern besonders angelegen sein zu lassen bzw. Weisung an die Verbände, ^{**}sich entsprechend zu verhalten^{**12};

b) durch Gewährung von Schutz an die am meisten exponierten Geschäftsstellen oder Tankstellen der Derop;

Erwünscht wäre es, wenn diese Maßnahmen der Sowjetbotschaft notifiziert werden könnten.

c) sodann Prüfung der einzelnen russischen Beschwerdefälle; falls Missgriffe vorgekommen sind, Gewährung der üblichen Genugtuung.

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der handschriftliche Vermerk: A 682 und darunter: pr. 7. 4. 33, auf dem gleichen Blatt, unten: A 9 geheim sowie oben links handschriftliche Vermerke [nicht entziffert], darunter Paraphe von D[irksens] 6/4.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429585–429589.

Nr. 59

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim
Expl. Nr. 2

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

UNTERREDUNG MIT DIRKSEN am 8. IV. 1933

Dirksen teilte im Auftrag seiner Regierung mit, indem er sich auf das kürzliche Gespräch mit mir¹ berief, dass alle Fälle von Beleidigungen sowjetischer Staatsbürger untersucht würden und sich die deutsche Regierung außerdem um die ungehinderte Tätigkeit der sowjetischen Wirtschaftsorganisationen in

¹¹ Gestrichen: bei der.

¹² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: in demselben Sinne zu wirken.

¹ Vgl. Dok. 50.

Deutschland in Übereinstimmung mit den bestehenden Abkommen kümmern werde². Was die Derop betrifft, so hätten Untersuchungen ergeben, dass die deutschen Angestellten, die bis zu 85% deutsche Kommunisten seien, eine aktive kommunistische Arbeit betrieben hätten, was auch der Grund für die Durchsuchungen gewesen sei. Die deutsche Regierung hoffe deshalb, dass die Angestellten unserer Wirtschaftsorgane sich in Zukunft nicht mit Politik befassen würden. Dirksen teilte gleichfalls die Bereitschaft der deutschen Regierung mit, in der allernächsten Zeit die Ratifizierung des Berliner Vertrages³ vorzunehmen, und dass D[irksen] mit der nächsten Post die Dokumente für den Austausch erwarte. Die deutsche Regierung bestehe darauf, dass die Mitteilung über die Ratifizierung gleichzeitig in der UdSSR und in Deutschland veröffentlicht wird.

Ich sagte: Ich habe wenigstens den Ausdruck des Bedauerns im Namen der deutschen Regierung angesichts dessen, was alles vorgefallen ist, erwartet. Ungeachtet dessen, dass einige Vorfälle, die Anlass zu Beschwerde gegeben haben, vor einigen Wochen geschehen sind, schickt sich die deutsche Regierung erst jetzt an, sie zu untersuchen, obwohl sie rechtzeitig darüber von unserer Bevollmächtigten Vertretung in Kenntnis gesetzt worden ist. Ich kenne nicht die genaue Prozentzahl von deutschen Kommunisten in der Derop, aber ich sehe dennoch nicht, welchen Grund es für die Durchsuchungen in den Räumen der Derop gegeben hat. Falls die Angestellten sich mit Politik beschäftigten, so taten sie das als Privatpersonen und nicht als Angestellte der Derop und selbstverständlich außerhalb der Räume der Derop. Ich bin mir sicher, dass in vielen deutschen Einrichtungen und Handelshäusern Kommunisten beschäftigt sind, und dies war wohl kaum der Grund für Durchsuchungen in allen diesen Einrichtungen. Die Derop als Handelsorganisation betätigt sich nicht politisch und sie hat keinen Anlass gegeben, sie in dieser Hinsicht zu verdächtigen. Aus diesem Grund betrachte ich die Durchsuchungen für absolut unbegründet. Der von Dirksen angeführte Umstand rechtfertige auf keinen Fall das Ablassen von Benzin aus den Zapfsäulen der Derop oder das unentgeltliche Betanken der nationalsozialistischen Autos. Ich hoffe deshalb, dass auch diese Vorfälle untersucht werden. Der Herr Botschafter habe weiterhin nichts zur Rechtfertigung der Haussuchungen in den Niederlassungen der Handelsvertretung und der sowjetischen Schiffe gesagt. Ich hätte gern gewusst, ob ich die Erklärung des Botschafters dahingehend verstehen könne, dass von der Regierung zumindest Maßnahmen ergriffen worden seien, um in Zukunft derartigen Fällen vorzubeugen.

Dirksen antwortete: Soviel ihm bekannt sei, sei von Berlin bezüglich einiger Vorfälle, wie die Verprügelung von Ißlonskij, bereits das Bedauern ausgesprochen worden. Ich hätte ihn nicht richtig verstanden, als ob die Vorfälle erst noch untersucht würden. Die Untersuchung sei bereits im Gange. Die Durchsuchungen in den Abteilungen der Handelsvertretung stellten keine Verletzungen der Abkommen dar und seien formal rechtmäßig. Meine Interpretation seiner Erklärung, solche traurigen Vorfälle künftig nicht zuzulassen, halte er für richtig.

Ich entgegnete, dass man nicht nur gegen die formalen Vertragsverletzungen protestieren und Beschwerde führen müsse. Wir hätten zweifelsfrei das formale Recht, alle in der UdSSR befindlichen deutschen Staatsbürger zu verhaften, doch

² Den Bericht von Dirksens über diese Unterredung vgl. Dok. 60.

³ Gemeint ist die Ratifizierung des Protokolls zur Verlängerung des Berliner Vertrages (1926) vom 24. 6. 1931.

wenn wir dies tun würden, würde sich der deutsche Botschafter wohl kaum mit meiner Berufung auf unser formales Recht zufriedengeben.

Nachdem ich Dirksen an den unanständigen Fehltritt der Agentur Wolff nach der letzten Begegnung des Gen. Chinčuk mit von Neurath⁴ erinnert hatte, sagte ich ihm, ich sei offen und erklärte ihm direkt, dass ich ein knappes Kommuniqué herauszugeben beabsichtige, auf jeden Fall zum ersten Teil meines Gesprächs mit ihm. Dirksen war darüber sichtlich besorgt und fragte, ob man nicht ohne dies auskommen könne. Ich wies ihn darauf hin, dass es nötig sei, unsere empörte Öffentlichkeit etwas zu beruhigen. Dabei bemerkte ich, es könne kaum im Interesse Deutschlands sein, dass die Bevölkerung der Sowjetunion lange unter dem Eindruck der Ergebnislosigkeit unseres Protests verbleibe. Nach einigem Bedenken schlug D. vor, in meiner Mitteilung die von ihm zum Ausdruck gebrachte Hoffnung zu erwähnen, dass unsere Wirtschaftsorgane die Beziehungen zur kommunistischen Partei abbrechen. Ich habe dem widersprochen und mich schließlich damit einverstanden erklärt, dies unter der Bedingung zu erwähnen, dass ich in der Mitteilung die Unhaltbarkeit der Annahme vermerken würde, dass unsere Wirtschaftsorgane Beziehungen mit der kommunistischen Partei unterhalten⁵.

Nach einigem Wortgefecht erklärte sich Dirksen damit einverstanden.

2.⁶ Dirksen teilte mit, aufgrund der angestellten Nachforschungen habe es sich herausgestellt, dass die Mobilmachung Polens nichts Außergewöhnliches darstelle und sie sich nicht von anderen bekannten Probemobilmachungen unterscheide⁷.

3. Auf meine Frage nach dem Schicksal des Vierer-Paktes konnte D. mir nichts Neues mitteilen. Meinerseits habe ich ihm vertraulich mitgeteilt, dass in Genf von der Kleinen Entente eine Sondierung über die Möglichkeit geführt worden sei, mit uns einen Nichtangriffspakt mit dem Block als Ganzem oder mit jedem der drei Staaten einzeln abzuschließen, und wir die Bedingung gestellt hätten, Rumänien ohne Vorbehalte in den in Genf ausgearbeiteten Paktentwurf⁸ aufzunehmen, **worauf die Sondierung eingestellt worden sei**⁹.

LITVINOV

Vermerk eines Unbekannten: an Kr[estinskij].

Oben links befindet sich der Vermerk N. N. Krestinskij's: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1583 vom 16. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Umlauf vermerkt:

7 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, die 2.–5. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 25–27. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 112, S. 221–223¹⁰.

⁴ Vgl. Dok. 53.

⁵ Diese Vereinbarung wurde eingehalten. Vgl. „Beseda tov. Litvinova s germanskim poslom. Soobščenie TASS“ (Unterredung des Gen. Litvinov mit dem deutschen Botschafter. TASS-Mitteilung). In: Izvestija vom 9. April 1933, S. 1.

⁶ Die Nummerierung beginnt im Dokument mit 2.

⁷ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 77, S. 149.

⁸ Vgl. Entwurf der Deklaration zur Definition einer Aggression, den Litvinov auf der 31. Sitzung der Generalkommission zur Einschränkung und Begrenzung der Rüstungen am 6. 2. 1933 zur Erörterung vorgelegt hatte. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 32, S. 80–82.

⁹ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

¹⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 60
Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichsaußenminister
Freiherrn von Neurath

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 8. April 1933 23.58 Uhr

Ankunft: 9. April 3.35 Uhr

Citissime!

Geheim

Nr. 70 vom 8. 4.

Auf 79 x)¹

IV Ru. 1593

Für Herrn Reichsminister persönlich.

I. Ich habe heute Litwinow die durch Telegramm Nr. 79 Ziffer III vorgeschriebenen Erklärungen abgegeben². Er begrüßte in Aussicht genommene Prüfung vorgekommener Belästigungen von Sowjetstaatsangehörigen und Sicherung ungestörten Betriebs Sowjetwirtschaftsorgane in Deutschland.

Hinsichtlich der kommunistischen Betätigung von Derop-Angestellten, Durchsuchung von Handelsvertretungen und Sowjetschiffen folgte längere Auseinandersetzung. Litwinow ausführte, Angehörigkeit zu der Kommunistischen Partei sei bisher nicht strafbar gewesen. Private Betätigung einzelner Angestellten könne nicht von Geschäftsleitung kontrolliert werden. Sowjetwirtschaftsorgane als solche hielten sich von jeder kommunistischen Betätigung völlig fern. Durchsuchung Handelsvertretungen und von Sowjetschiffen hätte anscheinend nichts Belastendes ergeben und doch sei keine Genugtuung hierfür geleistet.

Ich hinwies auf neu erlassene Bestimmungen zur Bekämpfung des Kommunismus³, gegen die Deropangestellte verstoßen hätten, ferner auf zahlreiche Beanstandungen, zu denen uns schon früheres Personal Sowjetinstitutionen Anlass gegeben hätte. Durchsuchung Handelsvertretungen und Sowjetschiffe sei legal und gemäß Verträgen erfolgt.

*Litwinow bestritt dies nicht⁴, sagte aber, sie seien ergebnislos gewesen und hätten politisch hier äußerst ungünstige Wirkung gehabt. Wenn Sowjetregierung hier tätige deutsche Firmenvertreter legal einwandfrei, aber sachlich unberechtigt durchsuchen oder verhaften würde, so würde zweifellos durch Entrüstung in Deutschland politisch gespannte Lage entstehen.

Ich stellte Litwinow weiteres belastendes Material in Aussicht.

Litwinow bedauerte sodann WTB-Verlautbarung über Unterredung Ew. Hochwohlgeboren mit Chintschuk⁵. Diese unzutreffende Meldung offiziellen Telegrafbüros müsse auf beiderseitige Beziehungen ein ungünstiges Licht werfen. Er fragte weiter, ob Maßnahmen zur Sicherung Geschäftsbetriebes Sowjetinstitutionen in Deutschland getroffen seien, was ich bejahte.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 140, S. 251–252.

² Vgl. Dok. 59.

³ Gemeint ist das Ermächtigungsgesetz.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 53.

*Schließlich bestand er unter Berufung auf hier herrschende Stimmung auf Veröffentlichung kurzer Presseverlautbarung. Ich verlangte Hinzufügung Passus betr. kommunistische Betätigung Derop-Angestellten, was er zusagte^{*6}.

II. Litwinow erklärte Einverständnis mit unserem Vorschlage gleichzeitiger Bekanntgabe vollzogener Ratifikation Verlängerung Protokolls zum Berliner Vertrag⁷.

III. Ich habe Eindruck, dass tiefgehende Erregung über die Vorgänge letzter Wochen im Abflauen begriffen und durch gemeinsame politisch betonte Handlung gemäß Ziffer II beendet werden kann. Wenn wir beiderseitige Beziehungen wiederherstellen wollen, muss meines Erachtens verhindert werden, dass günstige Wirkung durch nachfolgende oder begleitende Zwischenfälle – wie sie Wirkung Reichskanzlerrede beeinträchtigt haben – annulliert wird. Ein Wiederaufleben der polizeilichen Eingriffe ohne erdrückendes Beweismaterial, weitere Belästigung von Sowjetbürgern, vollends Störungen von Sowjetinstitutionen würde auf lange Sicht nicht wieder gut zu machenden Konflikt verursachen. Darf aber Prüfung anheimstellen, welche Maßnahmen zur Verhinderung hiervon getroffen werden können.

Erbitte insbesondere drahtliche Mitteilung Beweismaterials über kommunistische Propaganda und sonstige Verfehlungen von Sowjetangestellten der Wirtschaftsbetriebe oder Konsulate.

IV. Falls eine stärker politische Betonung der Beilegung Konflikts angezeigt erscheint, als es bloße gleichzeitige Veröffentlichung vollzogener Ratifizierung wäre, erbitte Prüfung folgender Anregungen:

1. Anlässlich der Ratifikation ein gemeinschaftliches Kommuniqués nach Analogie Kommuniqués vom 13. Juli 1931⁸ zu veröffentlichen oder

2. Empfang Chintschuks durch Reichskanzler am Tage Bekanntgabe Ratifikation mit zu veröffentlichender Erklärung Reichskanzlers oder

3. den für Mai in Aussicht genommenen Besuch Generals von Bockelberg so anzuberaumen, dass General von Bockelberg bereits am 1. Mai an hiesiger Parade teilnimmt⁹.

Dirksen

Stempel: Ganz Geheim. Eingangsstempel AA: IV Ru 1593, Eing. 10. Apr. 1933. Auf dem ersten Blatt Verteiler: An R.P., R.K., R.M., Min. Dir. Köpke, Gaus, Ritter, Dieckhoff, Frhr. v. Grünau, Meyer, St.S. Funk.

PA AA, R 31574, Bl. E 498527–498529.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 147, S. 270–271.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Die beiden vorhergehenden Absätze sind am Rand zweifach angestrichen.

⁸ So im Dokument; richtig: 25. 6. 1931. Vgl. „Ot narodnogo komissariata po inostrannym delam“ (Vom Volkskommissariat für Äußere Angelegenheiten). In: Izvestija vom 25. Juni 1931, S. 1.

⁹ Von Bockelberg hielt sich vom 8. bis 28. 5. 1933 in der UdSSR auf; vgl. Dok. 98, 112.

Nr. 61

**Vorlage des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov für den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Eilt
Geheim

Nr. 56/1

8. IV. 33

An
GEN. STALIN

Dirksen erteilte mir heute mündlich Antwort auf unseren Protest¹.

Der Inhalt der Antwort ist aus dem in der Anlage beigelegten Entwurf für eine TASS-Meldung ersichtlich. Falls Sie nichts einzuwenden haben, sollte diese Meldung unbedingt noch heute veröffentlicht werden. Ich bitte Sie, mir die Antwort per Telefon über Gen. Poskrebyšev zu übermitteln.

LITVINOV

[Entwurf]

MELDUNG VON TASS

Im Zusammenhang mit dem am 3. April d. J. von Gen. Litvinov im Namen der sowjetischen Regierung erklärten Protest hat der deutsche Botschafter, Herr Dirksen, gestern Gen. Litvinov aufgesucht² und ihm im Auftrag seiner Regierung mitgeteilt, dass die deutsche Regierung die von der sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung vorgebrachten Fälle von gesetzwidrigen Verhaftungen sowjetischer Bürger und des ungehörigen Umgangs mit ihnen untersucht und die deutsche Regierung sich um die ungehinderte Arbeit der sowjetischen Wirtschaftsorganisationen in Deutschland gemäß den entsprechenden Abkommen kümmert. **Eingedenk der dabei von Herrn Dirksen zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, dass, unter Berufung auf den bedeutenden Prozentsatz von Kommunisten unter den deutschen Angestellten der Gesellschaft der Derop, die sowjetischen Wirtschaftsorganisationen die Beziehung zur deutschen kommunistischen Partei abbrechen**³, erklärte Gen. Litvinov, dass die sowjetischen Wirtschaftsorganisationen zu keiner Zeit Beziehungen zu deutschen politischen Parteien, so auch nicht zur kommunistischen Partei, unterhalten und sie sich von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands streng enthalten haben, dass die gegensätzliche Annahme nichts mit der Realität zu tun hat, durch nichts begründet ist und durch keinerlei Fakten bestätigt werden kann, und dass diese Organisationen auch nicht,

¹ Gemeint ist die Zusammenfassung der Erklärung, die Litvinov am 3. 4. 1933 von Dirksen gemacht hat. Vgl. Dok. 50.

² Am 8. 4. 1933. Vgl. Dok. 59, 60.

³ Diesen Teil des Satzes hat Stalin umformuliert: „Angesichts dessen, dass Herr Dirksen, der sich dabei auf den bedeutenden Prozentsatz von Kommunisten unter den deutschen Angestellten der Ges[ellschaft] Derop berief, die Hoffnung ausdrückte, dass die sowjetischen Wirtschaftsorganisationen die Beziehung zur deutschen kommunistischen Partei abbrechen, erklärte Gen. Litvinov ...“. Vgl. „Beseda tov. Litvinova s germanskim poslom. Soobščenie TASS“ (Unterredung des Gen. Litvinov mit dem deutschen Botschafter. TASS-Mitteilung). In: Izvestija vom 9. April 1933, S. 1.

ebenso wenig wie die deutschen Organisationen und Handelsfirmen, in denen Mitglieder der deutschen Kommunistischen Partei arbeiteten⁴, die Verantwortung für die private politische Tätigkeit ihrer Angestellten tragen können.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 53–54. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 5, S. 17–18⁵.

Nr. 62

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Landwirtschaft Jakovlev

1167

8. April [1933]

An den

VOLKSKOMMISSAR FÜR LANDWIRTSCHAFT DER UdSSR,

Gen. JAKOVLEV

Kopien an: Glavkoncesskom¹ – an Gen. TRIFONOV

NKF – an Gen. GRIN'KO

Werter Genosse,

das Kollegium des NKID hat Ihren Vorschlag erörtert, der Konzession Drusag eine zweite Mahnung zu schicken², und ist zu folgendem Ergebnis gelangt:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da es in den Beziehungen zwischen uns und Deutschland viele Schwierigkeiten gibt, sollte eine weitere Komplikation, die sich aus der Liquidierung der Konzession ergibt, nicht ins Gewicht fallen. Deshalb ist der gegenwärtige Zeitpunkt der vielleicht günstigste, die Frage nach der Liquidierung der Konzession Drusag aufzuwerfen. Aber die Liquidierung sollte selbstverständlich im gütlichen Einvernehmen erfolgen und nicht zwangsweise mit Verweis auf eine Verletzung des Vertrages, wobei die Berechtigung des Verweises von dem Konzessionär vielleicht angezweifelt werden kann.

Das NKID schlägt deshalb vor, Verhandlungen zur Liquidierung der Konzession sowohl direkt mit dem Leiter der Konzession, Dittloff, als auch mit der deutschen Botschaft aufzunehmen.

Die Versendung einer Mahnung ist unserer Auffassung nach zum gegenwärtigen Moment unnötig. Falls sich jedoch bei den Verhandlungen Schwierigkeiten herausstellen sollten, ein gütliches Einvernehmen zu erzielen, so könnte sich dann die Frage ergeben, eine Mahnung auszusprechen, was sich dann als ein gewisses Druckmittel auf die deutschen Verhandlungsführer erweisen könnte.

⁴ Hier wandelte Stalin das Verb in die Präsensform um.

⁵ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 672, l. 23–24.

¹ Das Hauptkomitee für Konzessionen beim Rat der Volkskommissare (1923–1937) kümmerte sich um die Bereitstellung von Konzessionen für physische oder juristische Personen, die auf dem Gebiet der UdSSR Handel treiben oder einer Produktionstätigkeit nachgehen wollten.

² Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 10 (Punkt 7) der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 2. 4. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 15.

Weil die Liquidierung einer großen Konzession, an der die deutsche Regierung interessiert ist und in die sie über 80% der für die Konzession aufgewendeten Geldmittel eingebracht hat, nicht durch ein Abkommen zwischen den Behörden entschieden werden kann, sondern eine Entscheidung durch die maßgebende Instanz erfordert, so müssen Sie diese Frage, da Sie der Initiator der Liquidierung der Konzession sind, vor das Politbüro bringen³.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Šejn[in]. 9. IV. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 702 vom 9. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 [Exemplare]. Kopien: an Gen. Litvinov, an Gen. Stomonjakov, an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1. l. 105–104. Kopie.

Nr. 63

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg

[Anlage]¹

10. 4. 33

An den

Herrn Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft
Reichswirtschaftsminister Geheimrat Dr. Hugenberg
Berlin. SW 68, Lindenstraße 20–25

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Wir² beehren uns³, Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf einen Komplex von Fragen zu lenken, der in Anbetracht der besonderen Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozial-

³ Vgl. Dok. 175.

¹ Am 17. 4. 1933 teilte der Leiter der Abteilung für Handelspolitik der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland Levitin dem Kollegiumsmitglied des NKVT Dvolajckij mit: „Ich übermittele Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme die Kopie des Schreibens, das Gen. Vejcer am 10. April d. J. an Wirtschaftsminister HUGENBERG im Zusammenhang mit den letzten handelspolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung geschickt hat, die die Interessen unseres Exportes nach Deutschland berühren.“

Ursprünglich war vorgesehen, dass dieses Schreiben mit den Unterschriften der Genossen Chinčuk und Vejcer versehen gleichzeitig an Hugenberg und Neurath ergeht, dann wurde entschieden, es nur von Gen. Vejcer unterschreiben zu lassen, die Kopie dieses Schreibens hat Gen. Chinčuk seinerseits Neurath zur Kenntnisnahme geschickt. Das Begleitschreiben enthält die Bemerkung Dvojlackijs: „An Gen. Tverdynin. Bitte zu besprechen. 25/IV.“ In: RGAÉ, f. 413, op. 13, d. 520, l. 54. Eine Abschrift des Briefes befindet sich in PA AA, R 105702, Bl. E 666240–666244.

² „Ich“ ist durchgestrichen und handschriftlich „Wir“ über die Zeile geschrieben. Diese und die nachfolgenden Korrekturen wurden vermutlich von Vejcer vor der Absendung an das NKVT vorgenommen, denn in dem im PA AA erhaltenen Exemplar wird nur „Ich“ verwendet.

³ Das Wort „mich“ ist durchgestrichen und handschriftlich „uns“ über die Zeile geschrieben.

listischen Sowjetrepubliken im Lauf der letzten Zeit an Wichtigkeit für beide Seiten zugenommen hat.

Die bedeutende Steigerung der deutschen Ausfuhr in die UdSSR bei gleichzeitiger Schrumpfung des sowjetischen Exports nach Deutschland hat zur Bildung eines starken Passivsaldo der Handelsbilanz der UdSSR mit dem Deutschen Reich geführt. Diese Tatsache hat die Sowjetregierung gezwungen, der Regierung des Deutschen Reiches gegenüber das Problem der Notwendigkeit der Förderung des sowjetischen Exports nach Deutschland zum Zwecke der Verbesserung der Handelsbilanz zugunsten der UdSSR aufzuwerfen. Trotz diesbezüglicher Verhandlungen Ende 1931 und des Abschlusses eines Wirtschaftsprotokolls am 22. Dezember 1931 ist der Export aus der UdSSR nach Deutschland im Jahre 1932 weiter zurückgegangen und der Handelspassivsaldo zu Ungunsten der UdSSR für das verflossene Jahr hat die Summe von 355 Millionen Mark erreicht. Es sei dazu bemerkt, dass Deutschland 1932 eine aktive Außenhandelsbilanz in Höhe von 1072600000 Reichsmark hatte, sodass ein Drittel des Deutschen Außenhandels diesen 355 Millionen Reichsmark zu verdanken ist.

Während der jüngsten Verhandlungen mit der deutschen Regierung und den deutschen Banken betr. Gewährung eines Kredites in Höhe von 140 Millionen Reichsmark an die UdSSR hat die Sowjetseite ganz entschieden die These aufgestellt, dass der Umfang des Sowjetexports nach Deutschland, im Interesse der Weiterentwicklung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, keinen weiteren Rückgang erfahren darf. Nichtsdestoweniger hat die deutsche Regierung in der letzten Zeit eine ganze Reihe handelspolitischer Maßnahmen getroffen, die die Interessen des Sowjetexportes nach Deutschland stark berühren und einen weiteren Rückgang des Sowjetexports nach Deutschland mit sich bringen.

Es sei hier erwähnt, dass die Erhöhung der Zölle auf die Einfuhr von Fischen ihren Export aus der UdSSR nach Deutschland unmöglich gemacht hat. Im Jahre 1932 wurden aus der UdSSR Fische im Werte von mehr als 600000 Reichsmark nach Deutschland eingeführt. Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland beabsichtigte, die Fischeinfuhr nach Deutschland im Jahre 1933 auf den Betrag von 1½ Millionen Reichsmark zu erhöhen, hauptsächlich durch Vergrößerung des Exports von *gefrorenem Keta-Lachs*⁴. Zu diesem Zweck haben die entsprechenden sowjetischen Organisationen in diesem Jahre zwei besondere Kühldampfer ausgerüstet. Den Hauptposten der sowjetischen Fischeinfuhr nach Deutschland im Jahre 1932 bildete *gefrorener Zander*⁵. In der Einfuhr desselben nach Deutschland hat die UdSSR eine beinahe *monopolistische Stellung*⁶ eingenommen. Die Zollerhöhung für Zander, dessen Einfuhr bislang zollfrei und der als spezielle Zollposition bis jetzt nicht aufgeführt war, wirkt ausgesprochen prohibitiv und trifft in erster Linie, und so gut wie ausschließlich, den Sowjetexport von Zander nach Deutschland.

Des Weiteren bedroht die Erhöhung der Zölle auf einige für die UdSSR weniger wichtige Exportwaren, wie Salz, Honig, geklöppelte Spitzenstoffe, Kinderspielzeug aus Holz usw., die Interessen des Sowjetexportes im Betrage von ungefähr 300000 Reichsmark.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

Ganz beträchtlich hat die Erhöhung des Eierzolles den sowjetischen Export nach Deutschland getroffen. Bis zu dieser Zollerhöhung wurden die aus der UdSSR nach Deutschland importierten Geflügeleiernach dem Vertragssatz für Jugoslawien mit 5,- RM pro Doppelzentner verzollt. Gegenwärtig ist der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag nach der Kündigung deutscherseits außer Kraft gesetzt und der autonome Zollsatz auf 70,- RM, d.h. um das 14-fache im Vergleich zum Vertragssatz von 5,- RM erhöht. Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hatte für 1933 eine Einfuhr von Eiern nach Deutschland im Betrage von nicht weniger als 8–10 Millionen Reichsmark vorgesehen. Wenn die geschilderte Zollbelastung aufrecht erhalten bleibt und die deutsche Regierung keine anderweitigen, den Interessen des Sowjetexports rechnungstragende Maßnahmen trifft, dann ist der Export sowjetischer Eier nach Deutschland fast vollkommen behindert, wodurch der sowjetische Gesamtexport ebenfalls einen außerordentlichen Schaden erleidet.

Sehr stark werden ferner die Interessen des Sowjetexportes nach Deutschland von der am 23. März d. J. von der deutschen Regierung erlassenen Verordnung betroffen, durch welche ein Monopol für den Handel mit Fetten, Pflanzenölen, Ölfrüchten, Ölsaaten und Ölkuchen eingeführt und die Margarineerzeugung eingeschränkt wird⁷.

Die Einführung eines Reichsmonopols für den Handel mit Ölkuchen bezweckt, amtlichen Mitteilungen zufolge, eine Einschränkung der Einfuhr von Futtermitteln nach Deutschland. In der Bekanntmachung des Verwaltungsrates der Reichsmaiststelle vom 6. April d. J. ist ein Monopolzuschlag auf ausländischen Ölkuchen in Höhe von 110 RM je Tonne vorgesehen, der die Einfuhr von Sowjetölkuchen nach Deutschland verunmöglicht, wenn die Interessen des Sowjetexports bei der Durchführung der Monopolverordnung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Indessen hat die UdSSR im Jahre 1932 Ölkuchen im Betrage von 8 Millionen⁸ Reichsmark nach Deutschland eingeführt. Für 1933 hat die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland eine Ölkucheneinfuhr von ungefähr 12 Millionen Reichsmark vorgesehen. Dieser Ausfuhrartikel bildet somit einen wichtigen Posten des sowjetischen Exports nach Deutschland.

Die Kontingentierung der Einfuhr von Pflanzenölen auf Basis von 50% der Einfuhr des Vorjahres in Verbindung mit der Einschränkung der Margarineerzeugung auf 50–60% der Produktion des Jahres 1932 wird auch zu einem beträchtlichen Rückgang der Einfuhr von Sowjetpflanzenölen, insbesondere Sonnenblumen- und Baumwollöl führen. Die Handelsvertretung hatte für 1933 eine Einfuhr von Pflanzenölen nach Deutschland im Betrage von 6–7 Mill. RM vorgesehen. Hierbei sei betont, dass die UdSSR in der Einfuhr von Sonnenblumenöl nach Deutschland mit einem Anteil von ca. 90% der Gesamteinfuhr eine beinahe monopolistische Stellung einnimmt. Es dürfte in beiderseitigem Interesse liegen, wenn die deutsche Regierung bei der Durchführung dieser Maßnahmen den Sowjetinteressen ausreichende Aufmerksamkeit schenkt.

⁷ Vgl. Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel vom 23. 3. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 143–145.

⁸ Die Zahl ist unterstrichen.

In der Besorgnis um die Entwicklung des sowjetischen Exports nach Deutschland müssen wir außerdem erwähnen, dass die Interessen des Sowjetexports nach Deutschland durch die im November vorigen Jahres eingeführte Kontingentierung der Buttereinfuhr nach Deutschland im Jahre 1932 13 300 Tonnen oder 19,3% der gesamten deutschen Buttereinfuhr erreichte, wurde bei Festsetzung der Kontingente der Sowjetanteil mit nur 4,7% berechnet und auf 2568 Tonnen festgelegt. Gleichzeitig sind aber die Kontingente für andere Länder in bedeutend geringerem Maße eingeschränkt worden. Manche von ihnen bekamen für 1933 Kontingente, die ihre Einfuhr des Jahres 1932 nach Deutschland übersteigen. Es sei als Beispiel angeführt, dass Dänemark bei einer Einfuhr von 13 200 Tonnen 1932 ein Kontingent von 14 800 Tonnen für 1933 erhielt; desgleichen Schweden 4300 Tonnen gegenüber 3900 Tonnen 1932; oder die Niederlande ein Kontingent von 11 500 Tonnen gegen 8900 Tonnen im Jahre 1932. Und schließlich erhielt Polen, mit dem das Deutsche Reich keinen Handelsvertrag hat und dessen Einfuhr 1932 nur 800 Tonnen betrug, ein Kontingent von 1500⁹ Tonnen für 1933.

Die Kontingentierung der Buttereinfuhr nach Deutschland hat dazu geführt, dass der Export sowjetischer Butter nach Deutschland im Jahre 1933 einen Rückgang von ca. 17¹⁰ Millionen RM erleiden muss, worauf die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland in einer ganzen Anzahl früherer Mitteilungen an die deutsche Regierung aufmerksam gemacht hat.

Die vorstehend dargelegten zu befürchtenden Auswirkungen der handelspolitischen Maßnahmen des Deutschen Reiches auf die künftige Entwicklung des sowjetischen Exports nach Deutschland sind geeignet, die Interessen des Exports der UdSSR nach Deutschland stark zu beeinträchtigen, falls die deutsche Regierung nicht entsprechende Maßnahmen trifft.

Beiläufig bemerkt entspricht die Förderung des sowjetischen Exports nach Deutschland, nach unserer Auffassung, nicht nur den allgemeinen Interessen der deutschen Volkswirtschaft, sondern bietet auch der deutschen Finanzwirtschaft bestimmte Vorteile, da die Zahlungen für die deutschen Importe aus der UdSSR in Reichsmark getätigt werden und infolgedessen die Devisenwirtschaft der Reichsbank nicht belasten.

Wir erlauben uns, sehr geehrter Herr Reichsminister, folgende Vorschläge, deren Verwirklichung mir¹¹ im Interesse weiterer ungestörter Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der UdSSR unbedingt erforderlich erscheint, Ihrer wohlwollenden Prüfung zu unterbreiten:

1)¹² Zollfreier Import von nicht lebendem, hauptsächlich gefrorenem Zander aus der UdSSR nach Deutschland zuzulassen; ferner die Einfuhr von gefrorenem Keta-Lachs, mindestens in einem zollfreien Kontingent von 1000 Tonnen für 1933.

2)¹³ Für die Einfuhr sowjetischer Eier nach Deutschland einen Vertragssatz in

⁹ Die Zahl ist unterstrichen.

¹⁰ Die Zahl ist unterstrichen.

¹¹ So im Dokument.

¹² Gegenüber dem Absatz befinden sich am linken Seitenrand die Vermerke: „Zander“ und „zollfreie Einfuhr von Zander“.

¹³ Gegenüber dem Absatz ist am linken Seitenrand vermerkt: „Ein Satz von 30 RM für ein Kontingent von 1200 Waggons“.

Höhe von 30¹⁴, – RM pro dz zu gewähren, im Rahmen eines Kontingents von *1200 bis 1500 Waggons*¹⁵.

3) Bezüglich der Einfuhr von Pflanzenölen:

a)¹⁶ Im Sinne der Bestimmung des § 2, Absatz 2, Satz 1, der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 23. März 1933 zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel *die Einfuhr von Sonnenblumenöl*¹⁷ aus der UdSSR von den Bestimmungen dieser Verordnung zu befreien und dementsprechend den § 1 der Verordnung vom 4. April d. J.¹⁸ über den Verkehr mit Ölen und Fetten zu ergänzen¹⁹.

b)²⁰ der zu errichtenden Reichsstelle *für Öle und Fette*²¹ die Anweisung zu erteilen, 20–25 000 Tonnen Pflanzenöl sowjetischen Ursprungs zu kaufen bzw. den Absatz dieser Öle im Jahre 1933 vermittelnd zu begünstigen²².

4)²³ Bezüglich der Ölkucheneinfuhr die Reichsmaisstelle anzuweisen, für 1933 Maßnahmen zu treffen, dass die Einfuhr von 120–130 000²⁴ Tonnen Ölkuchen sowjetischen Ursprungs ermöglicht wird.

5) Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, dass die Bestimmungen des Schlussprotokolls in Bezug auf die Auslegung des Art. 14 des Wirtschaftsabkommens zwischen der UdSSR und Deutschland vom 12. X. 1925²⁵ (Schlussprotokoll vom 17. Januar 1933) Artikel II, Abs. 1 & 2²⁶ auch in diesem Falle auf die Einfuhr von Pflanzenölen und Ölkuchen Anwendung finden und die Reichsmaisstelle sowie die Reichsstelle für Öle und Fette sowie die Zolldirektion entsprechende Instruktionen erhalten.

6)²⁷ Hinsichtlich der Buttereinfuhr der UdSSR nach Deutschland außer dem zubilligten Kontingent von 2568 Tonnen ein Zusatzkontingent für 1933 einzuräumen.

Zum Schluss möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auch auf folgende Tatsachen lenken:

Im Schlussprotokoll der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen vom 17. Januar d. J. ist in Absatz IV festgelegt²⁸: „Von deutscher Seite wurde erklärt, dass die staatlichen Institutionen grundsätzlich bereit seien, russische Naphthaprodukte zu beziehen, wie dies unmittelbar sowie mittelbar auf dem Weg

¹⁴ Die Zahl ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Gegenüber dem Absatz befindet sich am linken Seitenrand der Vermerk: „Sonnenblumenöl von dem Monopol ausschließen“.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Vgl. Verordnung über den Verkehr mit Ölen und Fetten vom 4. 4. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 167.

¹⁹ Vermerk unter der Zeile: „1) nach Plan kaufen und ...“

²⁰ Gegenüber dem Absatz befindet sich am linken Seitenrand der Vermerk: „Pflanzenöl von 20–25 Tsd. Tonnen“.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Das Wort ist unterstrichen.

²³ Gegenüber dem Absatz befindet sich am linken Seitenrand der Vermerk: „Ölkuchen im Kontingent von 120–130 Tsd. Tonnen“.

²⁴ Die Zahlen sind unterstrichen.

²⁵ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

²⁶ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 261, S. 555; sowie DVP, Bd. XVI, Dok. 16, S. 33–34.

²⁷ Gegenüber dem Absatz befindet sich auf dem linken Seitenrand in geschweiften Klammern der Vermerk: „Zusatzkontingent für Butter“.

²⁸ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XXI, Dok. 261, S. 556; DVP, Bd. XVI, Dok. 16, S. 34.

über den Benzolverband und die Reichskraftspritgesellschaft bereits geschehe. Die in Frage kommenden Organisationen einschließlich der Kommunalbehörden seien erneut nachträglich darauf hingewiesen worden, dass eine Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphthaprodukte im deutschen Interesse liege.“

Im Gegensatz dazu ist in letzter Zeit für die Tätigkeit der DEROP A.-G., die sich mit dem Vertrieb sowjetischer Naphthaprodukte befasst, eine sehr unerfreuliche Lage entstanden. Eine ganze Reihe von kommunalen und staatlichen Stellen und Unternehmungen leistet absolut keine aktive Hilfe bei der Förderung des Absatzes sowjetischer Naphthaprodukte in Deutschland. Im Gegenteil, sogar dort, wo früher ständige Einkäufe und langfristige Lieferungsverträge leicht zu tätigen waren, weigert man sich jetzt, irgendwelche Verhandlungen über den Abschluss solcher Geschäfte zu führen. Gleichzeitig erfolgen Überfälle auf Tank- und Zapfstellen der DEROP, Verhaftungen ihrer Angestellten, fanden Haussuchungen in ihren Filialen und Lagern statt, sowie Kündigungen von Lagerplätzen seitens der Reichsbahn und Tankstellen von anderer Seite. Gleichzeitig wird eine Pressekampagne, hauptsächlich in der Provinz und von den Fachblättern, durchgeführt, wodurch eine Atmosphäre geschaffen worden ist, in der von einer Förderung des Absatzes und einer normalen kommerziellen Tätigkeit der DEROP nicht mehr die Rede sein kann. Die Folge ist ein katastrophaler Rückgang des Absatzes. Hinzu kommen noch die Haussuchungen bei der DEROP-Verwaltung in Berlin, sowie Boykottmaßnahmen in verschiedenen Gebieten Deutschlands, was alles die Kundschaft der DEROP abschreckt, von ihr sowjetische Naphthaprodukte zu beziehen.

Der Export von Naphthaprodukten spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des gesamten sowjetischen Exports nach Deutschland und somit der Handels- und Zahlungsbilanz der UdSSR mit Deutschland. Deshalb wäre es unbedingt notwendig, dass die deutsche Regierung unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler Bedingungen für die Tätigkeit der DEROP veranlasst, und alle kommunalen und staatlichen Stellen sowie auch die Landesregierungen darauf hinweist, dass die Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphthaprodukte, sei es direkt durch die DEROP und ihre Tankstellen oder durch die B.V. und R.K.S., den deutschen Interessen entspricht.

Gestatten Sie uns, sehr geehrter Herr Reichsminister, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Sie diesen Ausführungen Ihre geschätzte Aufmerksamkeit schenken werden und die Deutsche Regierung die erforderlichen Maßnahmen im beiderseitigen Interesse der Förderung des sowjetischen Exports nach Deutschland beschließen werde.

Wir benutzen die Gelegenheit, um Ihnen, sehr geehrter Herr Reichsminister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung zu übermitteln²⁹.

RGAE, f. 413, op. 13, d. 520, Bl. 55–60. Kopie. In deutscher Sprache.

²⁹ Danach ist die Unterschrift Vejcers durchgestrichen.

Nr. 64
**Auszug aus dem Bericht des Büros für Internationale Information
des ZK der VKP (B)¹**

GEHEIM

Nr. 47

11. April 1933

Zu Deutschland Nr. 8

DER KAMPF DEUTSCHLANDS UM DIE LIQUIDIERUNG DES VERSAILLER
VERTRAGES UND DIE DEUTSCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN.

[...]²

II. Der strategische und taktische Plan der Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Außenpolitik.

1) Die Außenpolitik der Nationalsozialisten hat tiefe Wurzeln in dem Zustand, in dem sich die deutsche Wirtschaft überhaupt, die Mittelschichten der deutschen Bourgeoisie und insbesondere das Kleinbürgertum befinden. Der Hauptfaktor ist dabei die weitere Verringerung des deutschen Außenhandels unter dem Einfluss der Krise. Bisher hat der deutsche Außenhandel $\frac{1}{3}$ des deutschen Industrieproletariats Arbeit gegeben. Die Weltkrise und die in anderen Ländern ergriffenen zoll-, devisen- und kreditpolitischen Maßnahmen schufen eine Bedrohung für die deutsche Exportindustrie in einem Ausmaß, den Ferdinand Fried in seinem Buch „Autarkie“ (1932)³ mit den folgenden Prozentzahlen gegenüber dem Export von 1931 berechnet hat. Die neuen protektionistischen Zölle und die Aufgabe der Goldwährung in England drohen den deutschen Export nach England um 12% zu verringern, nach den Skandinavischen Ländern und nach Finnland um 11%; die neuen Zölle und die Kontingentierung der Einfuhr nach Holland um 10%. Die Kontingentierung in Frankreich um 9%, in der Schweiz um 6%, in Italien um 3,5%, in den baltischen Ländern um 1%. Das Verbot der Devisenausfuhr in den Ländern Südosteuropas um 7%, in Südamerika um 4%. Insgesamt „sind $\frac{2}{3}$ der deutschen Ausfuhr wegen des Übergangs von der Welthandelspolitik zum Welthandelskrieg gefährdet“.

Ein bedeutender Teil nicht nur des Kleinbürgertums, sondern auch der großbürgerlichen Kreise Deutschlands betrachtet diesen Zustand nicht als vorübergehend. Sie sehen darin den Beginn des Zerfalls der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und den Übergang der großen kapitalistischen Mächte zu einer Politik der Autarkie. Der Zerfall des internationalen Kreditsystems verstärkt diese Tendenz. Deutschland muss mindestens 100 Mio. Mark im Monat an Zinsen für private Schulden zahlen, was mit jedem Monat immer schwerer wird. Deshalb nimmt in der deutschen Bourgeoisie die Tendenz zu, Bedingungen für eine deut-

¹ Das Büro für Internationale Information (BMI) wurde am 1. 4. 1932 auf Beschluss des Politbüros geschaffen (Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 878, l. 5). Eine wichtige Betätigung des BMI bestand darin, vertrauliche thematische Vorträge auszuarbeiten, die 1933 in jeweils 24 Exemplaren in Umlauf gebracht wurden.

² Der Abschnitt „I. Etappen der Außenpolitik Nachkriegsdeutschlands“ (l. 101–106), der sich auf die Zeit der Weimarer Republik bezieht, wird hier nicht abgedruckt.

³ F. Fried: Autarkie, Jena 1932.

sche Autarkie zu schaffen. Großbürgerliche Kreise, wie Hugenberg, die sich auf diese Autarkietendenzen stützen und mit ihnen drohen, versuchen, eine deutliche Verringerung der deutschen Verbindlichkeiten im Ausland mittels einer bedeutenden Prozentabsenkung für private Schulden zu erreichen. Da sie nicht der Utopie einer vollkommenen Autarkie anhängen, halten sie es für unausweichlich, Bedingungen für eine maximale Unabhängigkeit Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Das Kleinbürgertum sieht in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur eine Quelle der Leiden: um im Ausland mit Hilfe des Dumping ausländische Valuten für die Tilgung der Schulden einzunehmen, erhöhen in Deutschland die Trusts die Preise für alle Waren. Darunter leidet auch die mittelständische Industrie, die Eisen und Kohle kauft. So bildet sich das Bestreben heraus, Deutschland aus der Abhängigkeit vom internationalen Markt zu befreien und ebenso die Überzeugung, dass von ihm nichts zu erwarten ist, da man bei der fortschreitenden Verringerung des deutschen Exports nichts zu verlieren hat.

Vor diesem Hintergrund erhält die nationalsozialistische Politik ihren sozialen Sinn, sowohl in negativer Hinsicht (durch ihre antijüdische Politik forderte sie die Weltfinanzbourgeoisie heraus) als auch in positiver Hinsicht: es wird nicht nur die Revision des Versailler Vertrages, sondern auch der deutschen Eroberungspolitik entschieden gefordert.

2) Worin besteht der strategische Plan der Nationalsozialisten? Er besteht nicht im Kampf um die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen. Sie sind laut Hitler unzureichend und waren eine der Ursachen für den Weltkrieg. Unter dem Deckmantel der Rassentheorie stellt Hitler das gesamte Ostprogramm des deutschen Imperialismus, wie es sich während des Krieges herauskristallisiert hatte, wieder her. Dieses Programm war das Ergebnis der Lehre, die man aus der Niederlage an der Westfront gezogen hatte. Wie jetzt auf der Grundlage zahlreicher Dokumente ersichtlich ist, waren die führenden Elemente des deutschen Imperialismus bald nach der Niederlage an der Marne⁴ zu der Überzeugung gelangt, dass Deutschland die eiserne Mauer im Westen nicht überwinden kann. Während sie daher in der Folgezeit öffentlich Annexionspläne gegenüber dem Westen verkündeten, konzentrierten sie ihre Kräfte in Wirklichkeit auf die Umsetzung ihrer Eroberungspläne im Osten. Dieser Plan entstand erst während des Krieges. Der deutsche Imperialismus wollte mit dem Kriegseintritt dem Zarismus eine entscheidende militärische Niederlage zufügen, um dann später mit ihm zu einer Übereinkunft zu gelangen. Dass der deutsche Imperialismus nicht die Absicht verfolgte, wenigstens Polen von dem Zarenreich abzutrennen, zeigt sich in der Tatsache, dass sowohl das Oberkommando als auch die Regierung Gegner eines unabhängigen Polens waren, weil sie befürchteten, dass eine Abtrennung des Königreichs Polen von Russland das Schicksal von Posen und Galizien auf die Tagesordnung setzen würde.

Die Aussichtslosigkeit der Lage im Westen führte zur Herausbildung des Expansionsplans im Osten. Diese Expansion sollte, erstens, in die südöstliche Richtung (Linie Hamburg – Bagdad) verlaufen. Sie konnte nicht in einer einfachen Eroberung erfolgen. Zwischen der Türkei und Deutschland lagen Österreich-Ungarn, Bulgarien; an der Flanke befand sich Serbien; vielmehr ging es darum, diese Län-

⁴ Im Herbst 1914.

der mit Deutschland zu einer Zoll- und Eisenbahnunion zu vereinen, was dem deutschen Finanzkapital die Arbeit erleichtert hätte. Die zweite Linie lief auf die Abtrennung des Baltikums, Polens, der Ukraine und, falls es die Ereignisse gestatteten, des Kaukasus von Russland hinaus. Diese Teile des zarischen Russlands sollten entweder unmittelbar Deutschland angegliedert werden, wie das Baltikum, oder sie sollten ein Netz von formal unabhängigen, in Wirklichkeit aber dem deutschen Finanzkapital untergeordneten Vasallenstaaten bilden. Deshalb hat der deutsche Generalstab während des Krieges die engsten Beziehungen zu separatistischen Kreisen der Ukraine und Georgiens unterhalten. Gerade dieses Programm nehmen die deutschen Nationalsozialisten wieder auf.

Als ein Bindeglied zwischen dem Ostprogramm des deutschen Imperialismus während des Krieges und dem jetzigen Programm der Nationalsozialisten erwies sich sowohl der Einfluss von Ludendorff, der mit Hitler in der Zeit von 1921–23 kooperierte, als auch der Einfluss der baltischen Emigranten (Rosenberg hat einfach das alte Programm der in der Kriegszeit sehr einflussreichen Kreise um Rohrbach⁵ übernommen).

Das Programm der Nationalsozialisten ist in erster Linie gegen Polen, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland befindet, gerichtet, und erst in zweiter Linie gegen die UdSSR. Die Nationalsozialisten hätten nichts dagegen, dieses Programm in mehreren Etappen zu verwirklichen. Zuerst soll die Erlaubnis zur Wiederaufrüstung durchgesetzt werden, sodann ist ein Abkommen mit Polen hinsichtlich der Rückgabe des „Korridors“ abzuschließen, und dafür ist Polen gegen die UdSSR zu unterstützen. Allerdings soll erst dann in den Kampf gegen die UdSSR eingegriffen werden, wenn die UdSSR den Polen eine Reihe schwerer Niederlagen zugefügt hat. Es ist nicht daran zu denken, dass die Nationalsozialisten beabsichtigen, dieses Programm geradlinig zu verwirklichen. Sie werden es in Abhängigkeit von der sich verändernden Lage zu verwirklichen versuchen. Wir wissen ebenfalls nicht, in welchen Tempi sie den Kampf um die Realisierung dieses Programms entfalten werden. Am wahrscheinlichsten ist, dass sie in der nächsten Zeit damit beschäftigt sein werden, eine innere Konsolidierung herbeizuführen und die Nahrungsmittelbasis für den Krieg vorzubereiten und Rüstungen voranzutreiben. Ohne sich in der Enträtselung hinsichtlich der Tempi ihrer Handlungen zu ergehen, kann man Folgendes hervorheben. Der nationalsozialistische Kern besteht aus Leuten, deren „Weltanschauung“ im Verlaufe der letzten zehn Jahre geprägt wurde, die ihre ideologischen und geistigen Wurzeln in der 40jährigen Geschichte des Alldeutschen Verbandes⁶ hat. Sie können manövrieren und sich anpassen, doch es darf die Tatsache nicht unterbewertet werden, dass wir es mit einem historisch gewachsenen Programm zu tun haben. Dieses Programm entspricht, zweitens, der Stimmung in breiten Kreisen der Klein- und Mittelbourgeoisie. Je mehr die Nationalsozialisten begreifen werden, dass es ihnen schwer fällt, mit ihrer Wirtschaftspolitik die Bedürfnisse dieser Massen zu befriedigen, umso

⁵ Der Publizist Paul Rohrbach war während des Ersten Weltkriegs ein führender Vertreter der „Osteuropäischen Schule“, die eine gegen die Einheit Russlands gerichtete „Randstaatenpolitik“ propagierte und für eine Autonomie insbesondere des Baltikums und der Ukraine unter deutschem Einfluss eintrat.

⁶ Der Alldeutsche Verband (1891–1939) war eine nationalistische Vereinigung, die am Vorabend und während des Ersten Weltkriegs für eine expansionistische Außenpolitik eintrat.

mehr werden sie dazu gedrängt werden, ihre Außenpolitik zu verwirklichen, falls die Ereignisse ihnen dafür Zeit lassen.

3) Der Versuch, das Ostprogramm des deutschen Imperialismus durch die Nationalsozialisten wieder zu beleben, kann sich als eine höchst abenteuerliche Angelegenheit erweisen, die weder der Kraft Deutschlands noch der Stärke seiner eventuellen Gegner Rechnung trägt. Doch Stärke ist hier ein relativer Begriff. Falls in Polen der wirtschaftliche Zusammenbruch eintritt und die Aufstände der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung und der Aufstand des Proletariats früher als in Deutschland eintritt, falls das Friedensstreben der Bauern- und Arbeitermassen in Frankreich einen klaren Ausdruck annimmt, falls die Entfaltung der Krise weitere imperialistische Mächte schwächt, so kann dies den Nationalsozialisten die Möglichkeit bieten, zu versuchen ihre Programme mit Waffengewalt zu verwirklichen. Viel hängt jetzt von dem momentanen Zustand ihrer Rüstung ab, den keiner genau kennt, und von der von ihnen benötigten Zeit für die Aufrüstung usw.

Für die Einschätzung des Realitätsgehaltes ihres Programms ist es wichtig, dass sie jenen historischen Widerspruch herausgefunden haben, der ihnen eine gewisse Chance gibt. Dieser Widerspruch besteht in dem Antagonismus zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR. Wenn ein allgemeiner, antisowjetischer Block entstehen würde, so könnte dies den Nationalsozialisten ermöglichen, auf jeden Fall den Kampf für die Verwirklichung ihres außenpolitischen Programms aufzunehmen. Eine andere Frage ist es, inwieweit sich die anderen imperialistischen Mächte bereit erklären würden, ihnen die Freiheit für die Verwirklichung ihrer Ziele zu gewähren. Die Bildung einer allgemeinen antisowjetischen Front ist unwahrscheinlich. Selbst angesichts der Gefahr einer sozialistischen Revolution werden sich alle kapitalistischen Mächte kaum vereinigen, da sie von ihr in einem sehr unterschiedlichen Maße bedroht und die Gegensätze zwischen ihnen gewaltig sind. Während es unwahrscheinlich ist, einen allgemein-kapitalistischen Block gegen die UdSSR zu schaffen, so ist es durchaus möglich, einen Block von einigen imperialistischen Mächten, der gegen die UdSSR gerichtet ist, zu bilden. Solch einen Block versuchen die Nationalsozialisten in Form eines englisch-italienisch-deutschen Bündnisses zusammenzuzimmern.

Gibt es Anzeichen für die Schaffung eines derartigen Blockes? Auf diese Fragen muss man bejahend antworten. Unser Hauptfeind in Europa war sowohl während der Intervention als auch danach der englische Imperialismus, ungeachtet dessen, dass er früher als andere die Intervention eingestellt hat. Der französische Imperialismus könnte von uns durch unser feindliches Verhältnis gegenüber den Nationalsozialisten, die die französische Hegemonie bedrohen, zeitweilig neutralisiert werden. England befindet sich in permanenter Angst vor unserem Einfluss in den Kolonien, und in unseren Beziehungen zu England gibt es keine anderen Elemente, die diese Angst paralysieren könnten. Aus diesem Grund versuchten die englischen Konservativen die Beziehungen zur Sowjetunion mithilfe des sogenannten „Zinov'ev-Briefes“⁷ zum Scheitern zu bringen, sie brachen 1926⁸ die di-

⁷ Der gefälschte Brief, der im Namen des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern Zinov'ev für die Führung der Kommunistischen Partei Großbritanniens verfasst worden war, enthielt den Aufruf zu revolutionären Aktivitäten. Er wurde im Oktober 1924 in der englischen Presse veröffentlicht.

plomatischen Beziehungen ab und brachten 1933 die sowjetisch-englischen Beziehungen an den Rand des Abgrunds. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, dass ein bestimmter Flügel der englischen Konservativen den gegenwärtigen Konflikt mit der UdSSR dazu nutzen möchte, unsere Beziehungen zum faschistischen Deutschland zu verschärfen. In welchem Maße sich der englische Imperialismus in der nächsten Zeit dazu entschließen wird, den deutschen Faschismus gegen uns zu unterstützen, wird in einem bedeutenden Ausmaß von dem Tempo abhängen, in dem es uns gelingt, unsere Schwierigkeiten in der Landwirtschaft⁹, die von den englischen Imperialisten bis zu einem Ausmaß einer Katastrophe aufgebauscht werden, zu überwinden.

Der Grad der Entschlossenheit der englischen Unterstützung der gegen Polen gerichteten deutschen revisionistischen Tendenzen hängt von den englisch-französischen Beziehungen ab. England war ein Gegner der Bildung des polnischen „Korridors“¹⁰. Es wird jetzt auf Frankreich und auf Polen Druck ausüben, indem es von ihnen ernsthafte Zugeständnisse in der „Korridor-Frage“ fordern wird (z. B. die Übergabe des Territoriums der Küstenregion (Pomor'e) entlang der Netze, d. h. auf der Linie Bydgoszcz – Thorn an Deutschland). Doch die diplomatische Unterstützung ist eine Sache, eine andere Sache ist das Eingreifen in den Krieg auf der Seite Deutschlands gegen Polen und gegen Frankreich. Dieses militärische Eingreifen könnte nur das Ergebnis eines selbständigen Konfliktes zwischen England und Frankreich sein, den wir nur im Falle eines anglo-amerikanischen Krieges für möglich halten, in dem Frankreich als amerikanischer Bündnispartner auftreten würde. In der jetzigen Lage kann England in Bezug auf Deutschland nur als diplomatischer Sekundant fungieren, der auf Polen Druck ausübt und sich als Provokateur betätigt, um Deutschland zum Konflikt mit uns zu drängen.

Die Orientierung Deutschlands auf Italien als Bündnispartner gründet sich allein auf die französisch-italienischen Gegensätze. Doch ist, erstens, ein französisch-italienisches Abkommen nicht ausgeschlossen, zweitens, bestehen zwischen Deutschland und Italien nicht nur Meinungsverschiedenheiten bezüglich eines Anschlusses Österreichs an Deutschland; auch die Balkan- und Donauländer sind Kampfobjekte zwischen der italienischen und der deutschen Expansion. Nur im Falle eines Krieges Italiens gegen Frankreich würde der italienische Imperialismus Deutschland entschlossen mit militärischen Mitteln unterstützen, nachdem die Gegensätze mit ihm durch einen Kompromiss reguliert worden sind. Im Falle eines Krieges mit Frankreich betrachtet Italien die UdSSR als Quelle für Rohstoffe und Lebensmittel. Von der Gesamtheit unserer Beziehungen zu Frankreich hängt deshalb die Entscheidung Italiens über seine Beziehungen zu uns ab.

⁸ Am 27. 5. 1927 richtete der britische Außenminister Chamberlain an den Geschäftsträger der UdSSR in Großbritannien Rozengol'c eine Note, mit der die Aussetzung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten mitgeteilt wurde. Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Serie 1 A, Bd. III, London 1970, Dok. 215, S. 338–340.

⁹ Zu den Schwierigkeiten in der Landwirtschaft der UdSSR Anfang 1933 vgl. die Rede Stalins auf dem vereinigten Plenum von ZK und CKK der VKP (B) im Januar 1933. In: Pravda vom 17. Januar 1933, S. 1.

¹⁰ Der Landstreifen zwischen Pommern im Westen und der Weichsel im Osten in einer Breite von 30 bis 90 km gehörte überwiegend zu Westpreußen, nach dem Ersten Weltkrieg wurde er gemäß Versailler Vertrag an Polen abgetreten. Der polnische Korridor trennte die Freistadt Danzig und Ostpreußen von Deutschland ab.

Somit muss man sagen, dass es noch keine konkrete diplomatische Situation gibt, die es Deutschland erlauben würde, den Kampf um die unmittelbare Realisierung seines Territorialprogramms aufzunehmen. Dies ist aber keine Garantie, dass ein solcher Kampf nicht entbrennen könnte, weil, erstens, die Gegner Deutschlands die Initiative in ihre Hände nehmen können, und es zweitens möglich ist, dass die deutschen Nationalisten zu der Überzeugung gelangen, dass es leichter sei, zu den von ihnen gewünschten Bündnissen zu gelangen, wenn sie zur Tat schreiten.

4) Die Nationalsozialisten besitzen auf dem Gebiet ihrer Außenpolitik noch keine volle Handlungsfreiheit. Die in der Regierung befindlichen Vertreter der nationalistischen Partei¹¹, des Stahlhelms¹² und der Reichswehr¹³ schätzen die internationale Lage realistischer ein. Es genügt, auf die Broschüre von General Seeckt¹⁴ zu verweisen, in der ein tiefes Misstrauen bezüglich einer englischen Hilfeleistung, ein großer Skeptizismus hinsichtlich der Rolle Italiens und sein Verständnis des spezifischen Gewichts der UdSSR zum Ausdruck kommt. Die gleiche Einschätzung der Lage nehmen die Vertreter des Stahlhelms und die Nationalisten vor. Die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Stahlhelms, veröffentlichte einen Artikel über die Bedeutung der UdSSR für Deutschland¹⁵. Der Experte für Außenpolitik bei den Nationalisten, von Freytagh-Loringhoven, macht auf ein mögliches französisch-italienisches Abkommen aufmerksam. Wenn man auch die Frage beiseite lässt, wer die Politik der deutschen Regierung bestimmen wird, die Nationalsozialisten oder ihre jetzigen Verbündeten, so muss man unterstreichen, dass sich diese beiden Standpunkte nicht absolut widersprechen, sondern es gibt Übergänge von dem einen zu dem anderen. Diese Tatsache beleuchtet sehr klar der Artikel des oben genannten Experten für Außenpolitik der Nationalisten, der in der Hugenberg-Zeitung „Der Tag“ am 6. 4. 1933¹⁶ erschienen ist, und sich mit dem englisch-sowjetischen Konflikt auseinandersetzt:

Man wird „die Tatsache in Rechnung stellen dürfen“, schreibt von Freytagh von Loringhoven, „dass ein englisch-russischer Konflikt automatisch Deutschlands Gewicht vermehrt“¹⁷. Allerdings müssen Wille und Geschick zur Ausnutzung dieser Vermehrung vorhanden sein, und es dürfen nicht Fehler begangen werden, wie z. B. 1926, da die gleichen Möglichkeiten sich boten und gar nichts erreicht wurde, als eine doppelte Neubelastung Deutschlands durch den Eintritt in den Völkerbund und durch den Berliner Vertrag. [...] Gerade die Verschärfung des russischen Konflikts wird England sehr bald den Wert der deutschen Freundschaft erkennen lassen, ebenso wie umgekehrt Moskau unter dem gleichen Gesichtspunkt das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den deutschen Kommunisten und die Vorliebe für die deutschen Juden samt dem Verdruss über das Vorgehen gegen

¹¹ Reichminister für Wirtschaft und Ernährung Alfred Hugenberg.

¹² Reichsarbeitsminister Franz Seldte.

¹³ Reichswehrminister Werner von Blomberg.

¹⁴ H. von Seeckt: Deutschland zwischen West und Ost, Hamburg 1933.

¹⁵ „Bismarck und das heutige Europa“. In: Kreuz-Zeitung vom 1. April 1933, S. 1–2.

¹⁶ Frhr. von Freytagh-Loringhoven: Draußen und drinnen. In: Der Tag vom 8. April 1933, S. 1–2.

¹⁷ Sämtliche Unterstreichungen in dem von Freytagh-Loringhoven zitierten Artikel stammen von Radek.

seine Handelsniederlassungen und die Derop sehr bald hinter wichtigere Dinge zurückstellen wird.“

Freytagh von Loringhoven erwägt, den englisch-sowjetischen Konflikt als Druckmittel gegen die UdSSR zwecks Wiederherstellung der „guten“ deutsch-sowjetischen Beziehungen zu benutzen, und fordert von der deutschen Diplomatie energische Schritte. Welche Ziele könnten diese Schritte verfolgen? Wirtschaftliche Ziele können es nicht sein. Die deutsche Wirtschaftspolitik, die die Möglichkeit für den sowjetischen Import nach Deutschland einschränkt, beschneidet damit zugleich die Möglichkeit des deutschen Exports nach der UdSSR. Die Deutschen werden zweifellos bemüht sein, gewisse Garantien gegen unsere Annäherung an Frankreich und Polen zu erwirken. Es zeichnet sich ein Doppelspiel ab. Deutschland wird gleichzeitig nach polnischen Zugeständnissen zum Preis der Unterstützung Polens gegen die UdSSR und nach sowjetischen Zugeständnissen zum Preis der Unterstützung der UdSSR gegen Polen trachten. Der Druck auf die UdSSR, die „freundschaftlichen Beziehungen zu festigen“, bildet eine Brücke zur Verstärkung der deutsch-sowjetischen Gegensätze.

III. Schlussfolgerungen.

1) Die Anti-Versailles-Politik Deutschlands, die Rapallo hervorbrachte, hat sich jetzt gegen Rapallo gewendet. Unsere Reibungen mit Deutschland sind nicht konjunktureller Natur, sie sind nicht einer kurzfristigen Verschlechterung der Beziehungen geschuldet, sondern sie sind das Kristallisationsergebnis des Programms zur Revision von Versailles als eines Programms zur Wiederherstellung der Ostziele des deutschen Imperialismus während des Krieges.

2) Wenn sich England nicht dazu entschließt, einen ernsthaften Kampf gegen Frankreich und Polen zu führen, so wird der deutsche Nationalsozialismus in seinem Hauptprogramm zur Verwirklichung der Revision von Versailles im Osten unter den Beschuss des französischen Imperialismus geraten. Ohne die Unterstützung Englands wird ihre Politik absolut abenteuerlich bleiben, doch der Ausgang einer derartigen abenteuerlichen Politik ändert nichts an der Tatsache, dass sie zeitweilig unsere außenpolitische Lage sehr erschweren kann. Enge Beziehungen zu Frankreich, die wir noch nicht haben, könnten uns eine materielle Hilfe verschaffen, doch sie können uns nicht den deutschen Markt ersetzen.

Die Schrumpfung oder das Verschwinden unseres Marktes in Deutschland mit dem gleichzeitigen Schrumpfen oder Verschwinden des Marktes in England stellt für uns eine ernste Bedrohung dar. Im Falle eines Abbruchs unserer Wirtschaftsbeziehungen mit England wird es sehr schwer werden, sogar jene eingeeengten Beziehungen, die uns jetzt mit Deutschland verbinden, zu unterhalten. Deshalb stellt die Verschlechterung unserer Beziehungen zu Deutschland als erste Folge der Machtergreifung der Nationalsozialisten für uns eine beträchtliche Gefahr dar.

3) Wie sich diese Verschlechterung unserer Lage im Westen auf unsere Situation im Fernen Osten niederschlagen wird, ist jetzt noch schwer einzuschätzen. Hier gibt es zwei gegensätzliche Tendenzen. England ist an einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Japan interessiert. Im Falle eines Abbruchs mit uns wird es sogar an einem Krieg Japans gegen uns interessiert sein und wahrscheinlich darauf hinarbeiten. Deutschland ist dagegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an

derartigem interessiert, weil ein Krieg im Fernen Osten uns dazu veranlassen könnte, bedeutende Kräfte nach dem Fernen Osten zu verlagern, was Polen gestatten würde, seine Hauptkräfte an die deutsche Grenze zu verlegen.

4) Was den Einfluss der außenpolitischen Lage auf die innere Situation in der UdSSR betrifft, so muss man eine Verstärkung der deutschen Tätigkeit in der Ukraine, im Kaukasus und der deutschen Schädlingearbeit erwarten.

ANLAGE: Band 1 der Materialien „Der Kampf um die Revision des Versailler Vertrages“¹⁸.

Leiter des BMI

K. Radek

Unterschrift als Faksimile.

Vermerk: an Gen. Krestinskij.

Oben, in der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1606 vom 13. 4. 1933.

Geschrieben auf Kopfbogen: ZK der VKP (B). Berichte des Büros für internationale Information.

AVP RF, f. 010, op. 7, p. 23, d. 5. l. 101–120. Original.

Nr. 65

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 438¹

Berlin. 12. IV. 33

AN DEN

STELLVERTRETENDEN VOLKSKOMMISSAR

N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Als außerordentlich wichtig für die Bestimmung der Perspektiven unserer Beziehungen zu Deutschland ist die Frage zu beantworten, wodurch gestern und heute die massenhaften antisowjetischen Exzesse hervorgerufen werden, auf die wir unablässig zu reagieren gezwungen sind; durch die außenpolitische Linie der Regierung Hitler oder durch die innerdeutschen Ereignisse und den ihnen eigenen Charakter?

Hier ist es nicht einfach, mit ja oder nein zu antworten. Die Eindrücke von Norman Davis, die er bei seinem kürzlichen Besuch Deutschlands² gewann, kom-

¹⁸ Fehlt im Vorgang.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Am 8. 4. und 9. 4. 1933 sprach Davis in Berlin mit von Neurath und mit Hitler. Vgl. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1933, Washington 1949–1950, Bd. I, S. 85–89; Bd. II, S. 216–220.

men der Wirklichkeit in dem Sinne sehr nahe, dass die jetzige Regierung noch kein klares außenpolitisches Programm besitzt und sie völlig in innere Fragen eingebunden ist. Man kann vielmehr sagen, ohne befürchten zu müssen, als besonders kühn zu erscheinen, dass sich auch die Regierung noch nicht in ihrer endgültigen Form herauskristallisiert hat.

Das, was jetzt in Deutschland geschieht und offiziell als „nationale Revolution“ bezeichnet wird, ist selbstverständlich nicht ein einfacher legaler Regierungswechsel, um die nächste Etappe der weiteren Faschisierung Deutschlands durchzuführen. In Wirklichkeit ist es ein faschistischer Umsturz, eine echte Konterrevolution, die nicht nur dank der Kräfte und Mittel der rohen Gewalt des polizeistaatlichen Apparates der Unterdrückung und der Erdrosselung siegreich verlaufen ist, sondern auch von breiten Bevölkerungsschichten, vorwiegend von dem wegen der Not und Ausweglosigkeit verbitterten städtischen Kleinbürgertums und dem deklassierten Proletariat und mit Hilfe bäuerlicher Schichten, jedoch bei weitem nicht nur von Großbauern, getragen wurde. Es wäre nicht richtig, sich das so vorzustellen, als ob Hitler völlig die das ganze Land erfassende Naturgewalt der Kleineigentümer und jene Kräfte der junkerlich monarchistischen Reaktion beherrscht und im Griff hat, die ihn in den Sessel des Reichskanzlers empor getragen haben.

Es handelt sich um eine konterrevolutionäre Massenbewegung, die stark von antikapitalistischen Stimmungen beeinflusst ist. Hitler muss darauf bedacht sein, nicht gegen sie Front zu machen, so sehr er es auch wünschen würde, sie in einen festen Rahmen zu pressen und völlig zu einem willfährigen Werkzeug zu machen, um seine Aufträge zu erfüllen. Es besteht auch heute noch die ernstzunehmende Gefahr, dass diese Bewegung Hitler über den Kopf wachsen könnte, sollte er auf die Idee kommen, diesen Sachverhalt zu ignorieren.

Die deutsche Presse liefert dazu momentan fast kein Diskussionsmaterial, doch uns ist auch ohne sie bekannt, dass die zahlreichen, bedrohliche Ausmaße annehmenden „Plünderungen“, „Erpressungen“ und „Exzesse“ gegenüber den bürgerlichen Bevölkerungsschichten ganz und gar nicht dem „Banditentum“ oder den „marxistischen Provokateuren“ zuzurechnen sind, worüber gesprochen wird und auch in der Presse zu lesen ist. Selbstverständlich gibt es auch das Element des Banditentums, aber es ist nicht die treibende Kraft und es würde nichts bewirken.

Die treibende Kraft besteht darin, dass gegenwärtig unter den Massen der Hitleranhänger ein großer Drang herrscht, auf der Suche nach dem Ausweg aus ihrer verzweifelten Lage nach radikalen Lösungen zu greifen. Bei dieser Suche wird die Richtung eben oft von antikapitalistischen Stimmungen und nicht selten von einem verzerrten proletarischen Klasseninstinkt bestimmt.

Die Presse schweigt, doch wir wissen, dass Hitler eine bedeutende Anzahl seiner SA-Leute wegen „Banditentums“ bereits hätte verhaften lassen müssen. Man muss die Kampagne gegen die „marxistischen Provokateure“ sehr ernst nehmen und den Gesprächen darüber, dass Hitler bald damit beginnen werde, solche „Provokateure“ zu erschießen, die nötige Bedeutung beimessen. Unter diesem Vorzeichen hat bereits die Abrechnung mit den zu sehr revolutionär gesinnten Elementen in der Hitlerbewegung eingesetzt. Hitler ist bereits gezwungen, nicht nur eine Sperre gegen den Zustrom von neuen Leuten zu errichten, sondern auch zu

polizeilichen Fahndungsmethoden und zur Provokation in den Reihen seiner SA-Leute Zuflucht zunehmen, was folgender Fall, der sich so zugetragen hat, sehr gut veranschaulicht.

Ein SA-Mann in voller Montur ist in einer Kneipe in einem Arbeiterviertel unterwegs, um mit der Sammelbüchse Geld für die Partei der Nationalsozialisten zu sammeln. Ein Bürger in Zivil gibt ihm Geld und verwickelt ihn in ein Gespräch zum Thema: Hitler sammelt nun Geld für seine Partei, wird er aber Arbeit geben und seine Versprechungen erfüllen, und wenn er sie nicht erfüllt, was geschieht dann? Der SA-Mann zieht als Antwort seinen Revolver und schlägt mit ihm auf den Tisch: Wenn Hitler uns betrügt, so werden „wir“ diese Waffe gegen ihn richten. Es stellt sich heraus, dass der Zivilist der Kriminalpolizei angehört, und der SA-Mann wird als „marxistischer Provokateur“ verhaftet, obwohl er in Wirklichkeit ein 100prozentiger Hitleranhänger aus einem Arbeiterbezirk ist.

Der Boykott gegen die Juden war freilich unter „rassischen“ und „moralischen“ Losungen organisiert worden, um sich angeblich vor Angriffen zu verteidigen, in Wirklichkeit war er jedoch keineswegs eine „rassische“ Bewegung. Er war gar nicht so sehr von oben durch ein zielgerichtetes Anstacheln und Anheizen der Stimmungen der Massen organisiert worden, als vielmehr das Ergebnis des Druckes eben dieser Massen von Hitleranhängern. Er war eine Massenbewegung, jedoch nicht vom Geiste des Rassismus getragen, sondern eine verzerrte Erscheinung der antikapitalistischen Stimmung, einer Stimmung gegen das parasitäre, spekulative und Börsenkapital usw., das sich angeblich in den Händen von Juden befindet und gegen das „schaffende“ deutsche Kapital gerichtet ist *(Schaffendes und Raffendes Kapital)**³.

Es ist davon auszugehen, dass Hitler unter dem Gesichtspunkt des internationalen Ansehens erkannte, dass der Boykott ungeeignet war, aber nichts unternehmen konnte, weil er wenigstens in dieser Form das Ventil nicht für die antisemitischen, sondern für die antikapitalistischen Stimmungen seiner Massen hatte öffnen müssen. Wenn er dies nicht getan hätte, indem er den Vorwand an den Haaren herbeizog, gegen die „Propaganda des Schreckens“ seitens des „internationalen Judentums“ zu kämpfen, dann hätten die antikapitalistischen Stimmungen seiner Massen selbst den Ausweg in einem offenen Pogrom finden können, der sich nicht so sehr gegen Juden, als vielmehr gegen das „parasitäre“ Kapital gerichtet hätte, dessen Grenzen aber niemand so richtig kennt.

Somit bleibt für Hitler innenpolitisch nach wie vor die ernste Aufgabe bestehen, mit dem von ihm selbst entfesselten antikapitalistischen Geist Schluss zu machen, wofür die Methode des Terrors und der Provokationen allein nicht ausreicht. Denn sowohl die kommunistische Partei als auch die revolutionäre Arbeiterbewegung wurden zwar stark angeschlagen und in die Illegalität getrieben, doch sie sind bei weitem noch nicht gebrochen und erst recht nicht liquidiert worden. Die kommunistische Partei war auf den Übertritt in den Untergrund nicht vorbereitet. Ihre Technik und ihre Organisationen erwiesen sich selbst entgegen den schlimmsten Befürchtungen als miserabel vorbereitet, doch sie lebt und ihre Verbindung zur Arbeiterklasse ist recht stabil, wenn auch leider nicht organisatorisch, so doch ideologisch. Darüber schweigen sich die Zeitungen auch aus. Wir

³ Der Text ist in Deutsch handschriftlich geschrieben.

haben aber selbst in jüngster Zeit Kenntnis von bedeutenden Erfolgen der RGO⁴ in ihrem Wirtschaftskampf, wir wissen von dem Widerstand der Arbeiterklasse gegen den faschistischen Terror und von solchen Wellen dieses Widerstandes wie den bewaffneten Zusammenstößen zuerst in Hamburg-Altona und nun auch in Breslau. Sich damit zufrieden zugeben, ist nicht angebracht, weil es um die Sache dennoch über alle Maßen schlimm bestellt ist, und vieles müsste hier kritisch überprüft und umgestellt werden, aber dies ist schon nicht mehr mein Gebiet. Ich möchte lediglich bemerken, dass Hitler selbst diese Aufgabe, die direkte Erdrosselung der kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung, nicht bewältigt hat. Hitler ist heute angesichts der noch vorhandenen Stärke und der Wachstumschancen der revolutionären Bewegung im Untergrund und angesichts der recht ausdrucksstarken antikapitalistischen Stimmungen in seinem eigenen Lager bei weitem nicht Herr der Lage. Es ist davon auszugehen, dass Hitler sehr gern die Ereignisse und die Bewegung in „normale Bahnen“ umlenken möchte, doch dies gelingt ihm schlecht.

Am 12. März riefen Hitler, Frick und Göring dazu auf, im Bewusstsein des „unvergleichlichen und vollständigen Sieges“⁵ die sogenannten „Einzelaktionen“ einzustellen. Seitdem sind in allen der zahlreichen Reden der nationalsozialistischen Führer vorsichtige, beschwichtigende Töne zu vernehmen, ein Umschwung ist aber noch nicht eingetreten. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rede Hitlers vor SA-Leuten am 8. April⁶. Eine Stunde lang kreiste Hitler vorsichtig um die Frage von Disziplin und Organisiertheit, lobte die Sturm-Abteilungen in Vergangenheit und Gegenwart, geriet wegen ihrer Standhaftigkeit, ihres Bewusstseins und ihrem Verständnis für die Größe der historischen Aufgaben und ihrer Verantwortung vor der Geschichte in Ekstase. Wer diese Rede hörte, musste völlig zu recht mit jeder Minute damit rechnen, dass sich Hitler in der Rede schließlich gegen jene eigenmächtigen Handlungen der SA-Leute richten würde, die nach dem 12. März eingestellt werden sollten. Doch dazu sagte er nichts und überließ es dem Zuhörer, selbst solch eine Schlussfolgerung zu ziehen, ohne die die gesamte Rede vor den aus dem ganzen Land extra zusammengerufenen SA-Leuten keinen Sinn gehabt hätte. Er sagte aus Vorsicht nichts dazu, da er befürchtete, sein Ansehen und den Titel Führer der „nationalen Revolution“ zu beschädigen. Er riskiert nicht, im Befehlston darüber zu sprechen, dass der Befehl vom 12. März nicht erfüllt wurde, er muss jedoch seine Leute auf die Beendigung der „revolutionären Periode“ einstimmen und ihnen den Gedanken nahe bringen, „Disziplin“ einzuführen, wobei er dabei stark auf die „marxistischen Provokateure“ unter den SA-Leuten spekuliert.

In dieser Rede gab es noch ein anderes Moment, das Hitler einige Male streifte, aber bislang nicht klar formuliert hat. Dies betraf die Vorbereitung auf die nahe Zukunft. Es ging um die Leute, die in der Vergangenheit „ebenfalls“ aus „Liebe zum Vaterland“ entbrannt waren und „den gleichen“ Ideen zur Rettung des Vaterlandes vor den „Novemberverbrechern“ anhängen, denen dies aber nicht ge-

⁴ Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition war eine von den Kommunisten im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Dezember 1929 geschaffene Gewerkschaft, die ab November 1930 als eigenständige Gewerkschaft fungierte.

⁵ Vgl. Völkischer Beobachter vom 12./13. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 2.

⁶ Vgl. Völkischer Beobachter vom 9./10. April 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

lang, weil es ihnen an der „inneren Stärke“ der Nationalsozialisten mangelte. Diese Leute sollten angesichts dessen nunmehr ihren bescheidenen Platz in der „nationalen Revolution“ kennen. Mit anderen Worten: Es ging um die Deutschnationalen und um den Stahlhelm. Dies war eine versteckte, aber dennoch klare Drohung an deren Adresse. Göring formulierte dies an anderer Stelle noch klarer: Es ist nicht richtig, die Ereignisse in Deutschland als „nationale Revolution“ zu bezeichnen, weil jetzt eine „nationalsozialistische Revolution“ stattfindet, und mögen sich „andere“ dies nicht zuschreiben.

Somit ergibt sich für Hitler die zweite innere Aufgabe: die Deutschnationalen und den Stahlhelm als Verbündete zu beseitigen und sie in die nationalsozialistische Bewegung aufzusaugen. Dies ist nicht eine Aufgabe um der Aufgabe willen. Angesichts der Heterogenität der sozialen Elemente in diesen zwei „nationalen“ Lagern in seiner Regierung sah sich Hitler wegen der Klarheit der [politischen] Struktur zu einer derartigen Fragestellung genötigt. Wenn SA-Leute nicht von ungefähr versprechen, die Waffe gegen Hitler zu richten, wenn er ihre sozialen Erwartungen enttäuscht, so werden diese SA-Leute ganz und gar keine Seltenheit bleiben, da sie einen grundlegenden, klassenmäßig bedingten Hass gegenüber der junkerlich-monarchistischen Reaktion, gegenüber **den feudalen Herren**⁷, die sich um die Deutschnationalen und den Stahlhelm geschart haben, verspüren. Hier liegen die Elemente für einen tiefgehenden sozialen Konflikt auf der Hand. Hitler muss diesen Konflikt eindämmen, und hieraus resultiert die Aufgabe, die monarchistische Reaktion, wenn nicht so, dann anders kleinzukriegen, dabei aber die Grundlagen der Sozialstruktur nicht zu verändern, sondern zu bewahren. Daher auch die intensiven Gespräche, ja auch schon einige Maßnahmen zur **Überleitung**⁸ von Deutschnationalen in die Partei der Nationalsozialisten, was einem faktischen Einverleiben der ersteren durch letztere gleichkommt.

In den Zeitungen der Nationalsozialisten und in den Reden der Stahlhelm-Führer werden in letzter Zeit beständig Beteuerungen hinsichtlich der „unverbrüchlichen kameradschaftlichen Verbundenheit und der Treue, die alle Abteilungen und Teile der nationalen Front vereinen“, abgegeben. Diese Erklärungen können jedoch niemanden in Deutschland täuschen. Sie signalisieren im Gegenteil, dass es mit der Einheit der nationalen Front sehr schlecht bestellt ist.

Es ist in letzter Zeit übrigens bereits nicht mehr nötig, die Existenz eines großen Konflikts im nationalen Lager auf indirektem Wege nachzuweisen. In der vergangenen Woche kam es zu einigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und ihren Verbündeten. Es wurden unzählige, recht eindeutige Erklärungen abgegeben, dass die Situation im Regierungslager sehr angespannt ist.

Die Nationalsozialisten fahren systematisch und unbeirrt fort, nicht nur den Regierungsapparat, sondern auch sämtliche gesellschaftlichen Organisationen in ihre Hände zu bekommen und ihre Verbündeten aus allen einflussreichen Ämtern zu verdrängen. Bei sämtlichen in letzter Zeit durchgeführten Säuberungen und bei allen Neubesetzungen wurden alle Schlüsselpositionen durch Nationalsozialisten besetzt (Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw.). Das gleiche Bild ergibt sich auch bei den nachgeordneten Posten. In letzter Zeit gab es auf diesem Gebiet

⁷ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Das Wort ist korrigiert, ursprünglich: Einfluss.

zwei neue große Ereignisse. Am 9. April wurde der Staatssekretär des preußischen Innenministeriums Bismarck seines Postens enthoben und durch den Nationalsozialisten Grauert ersetzt, der als Ministerialdirektor die Polizeiabteilung des Preußischen Innenministeriums leitete. Bismarck (er ist ein Großneffe des Kanzlers des alten Reiches) ist ein aktives Mitglied der Deutschnationalen. Er war im Januar in der Amtszeit von Bracht als Preußenkommissar auf den Posten des Staatssekretärs berufen worden. Als Grund für seine Entlassung diente eine von ihm auf einer Versammlung der nationalsozialistischen Jugend gehaltene Rede, in der er die Wiedereinführung der Monarchie forderte. Die Entmachtung Bismarcks spielte sich allem Anschein nach nicht ohne einen heftigen Kampf hinter den Kulissen ab. Darüber gelangten auch Informationen in die Presse. So berichteten „Die Führerbriefe“, dass Bismarck beabsichtigt hätte, nach seiner Rede, die den momentanen Regierungsplänen zuwiderlief, den Rücktritt einzureichen, es aber auf Drängen von Papen und Hugenberg nicht getan habe⁹. Trotzdem wurde am nächsten Tag der Rücktritt Bismarcks bekannt gegeben.

Die Verbündeten der Nationalsozialisten verlieren jetzt noch einen einflussreichen Posten in der Regierung: sie werden die Preußische Regierung nicht mehr weiter leiten. Bereits nach den Wahlen zum Preußischen Landtag entbrannte um den Posten des preußischen Regierungschefs eine hitzige Debatte. Bereits damals war bekannt, dass sich hinter den Kulissen ein Kampf um den Posten des Preußischen Ministerpräsidenten abspielte und die Nationalsozialisten entgegen der geschlossenen Vereinbarung, mit der sie an die Macht gelangten, Papen absetzen und in Preußen ihren Mann an die Spitze stellen wollten. Nach der Reichsreform setzten die Nationalsozialisten nunmehr ihren Willen durch. Es besteht kein Zweifel, dass Göring Preußischer Ministerpräsident werden wird. Papen wird dadurch entschädigt werden, dass der Kreis seiner Zuständigkeiten als Vizkanzler erweitert wird. Er wird Deutschland auf internationalen Konferenzen vertreten und generell eine verstärkte diplomatische Tätigkeit entfalten. Außerdem wird er sich aktiv an der Durchführung der Reichs- und Verwaltungsreform beteiligen. Doch diese Tätigkeit ist selbstverständlich kein Ersatz für den Einfluss, den Papen als Chef der preußischen Regierung hatte oder hätte haben können.

Wie es scheint, geben die Deutschnationalen ihre Positionen nicht ohne Kampf auf, doch dieser Widerstand wird dadurch geschwächt, dass es in der Partei zwei Flügel gibt: einen kämpferischen und einen opportunistischen. Die Opportunisten werden von Hugenberg angeführt, der Konflikte mit den Nationalsozialisten meidet. Der oppositionelle Flügel in der Partei erlitt unlängst eine Niederlage. Sein Führer, der angesehene Politiker der Deutschnationalen und ihr ständiger Sprecher¹⁰ im Reichstag, Oberfohren, sah sich gezwungen, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen¹¹. Er war dagegen, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen¹², und in einigen anderen Fragen forderte er von seiner Partei,

⁹ Vgl. Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, Nr. 28 vom 7. April 1933, S. 4.

¹⁰ Gemeint ist die Funktion als Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Reichstag.

¹¹ Am 30. 3. 1933.

¹² Oberfohren stimmte für das Ermächtigungsgesetz. Vgl. Verhandlungen des Reichstages. VIII. Wahlperiode 1933, Bd. 457. Stenographische Berichte, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Sach- und Sprechregister, Berlin 1934, S. 42, 45.

einen stärkeren Widerstand gegen die Nationalsozialisten zu leisten. Die heutige Presse berichtet, dass sich Oberföhren gegen Hugenberg gestellt hat, besiegt wurde er jedoch von den Nationalsozialisten (Haussuchung und den Gerüchten zufolge auch Verhaftung)¹³.

Außer diesem Kampf in der Führungsspitze gibt es den Kampf auf der unteren Ebene. Dies ist der Kampf beider Parteien um den Einfluss bei den bewaffneten Organisationen, bei den nationalsozialistischen SA-Leuten und beim Stahlhelm. Hier ist ein gewisser Vorbehalt vorzubringen. Die SA-Leute und die nationalsozialistische Partei bilden eine politische Einheit, hingegen sind Stahlhelm und Deutschnationale bei weitem nicht ein und dasselbe. Zwischen dem Stahlhelm und der ihm nahestehenden Partei gibt es erhebliche politische Divergenzen. Zumindest unterstützt der Stahlhelm nicht den opportunistischen, sondern den kämpferischen Flügel der Deutschnationalen. Er legt im Kampf um seine Selbstbehauptung und Existenz eine bei weitem größere Aktivität als die Deutschnationalen an den Tag. Die Presse schweigt, doch wir haben Kenntnis von zahlreichen höchst ernststen Schlägereien zwischen SA-Leuten und Stahlhelmmännern in ganz Deutschland. Ihre „Verbrüderung“ mündete wiederholt in Schlägereien, wie dies beispielsweise in Königsberg der Fall war. Auch die Auseinandersetzungen um die Fahnen und deren Hissung gingen in Schlägereien über. Es ist interessant, dass es wegen der Flaggen zwischen SA-Leuten und Reichswehr zu einigen Zusammenstößen gekommen ist. Versuche, die nationalsozialistische Fahne auf Kasernen zu hissen, endeten nicht selten mit der Verprügelung der zur Flaggenhissung angerückten SA-Leute. Damit ist aber selbstverständlich nicht gesagt, dass die Reichswehr als Bollwerk des „alten Deutschland“ und der deutschen Nationalisten gegen die Nationalsozialisten anzusehen ist. Dies ist ein besonderes Thema.

Der Stahlhelm und die nationalsozialistischen SA-Leute bilden faktisch den jeweiligen Rückhalt für den Einfluss der beiden Parteien. Ihre Stärke ist natürlich derartig ungleich, dass sich ein Vergleich erübrigt. Der Stahlhelm ist aber dennoch eine keineswegs zu vernachlässigende Größe. Exakte Angaben über die Mitgliederzahlen des Stahlhelms habe ich nicht. Laut französischen Quellen, die unlängst in der Presse zitiert wurden, gehören dem Stahlhelm 250 000 Mitglieder an (den gleichen Angaben zufolge sind in den nationalsozialistischen Sturmabteilungen 800 000 Personen organisiert). Unter den Stahlhelmmännern gibt es aber viele alte Frontkämpfer, die in militärischer Hinsicht gut organisiert und ausgebildet sind. Falls die Sache bis zu einem offenen Konflikt käme, so könnte der Stahlhelm einen sehr ernstzunehmenden Widerstand leisten. Seine Führer, Seldte und Duesterberg, sind sich der Schlagkraft ihrer Organisation bewusst und wollen es nicht hinnehmen, sich aus dem Regierungsapparat hinausdrängen zu lassen und den Stahlhelm von der Einflussnahme auf das Schicksal Deutschlands auszuschließen. Sie arbeiten angestrengt daran, ihre Organisation zu festigen und ihren Einfluss zu vergrößern.

In letzter Zeit erschlossen sie ein neues Reservoir, um ihre Reihen aufzufüllen. Dieses Reservoir befindet sich im sogenannten marxistischen Lager. In den Reden des zweiten Vorsitzenden des Stahlhelms, Duesterberg, schimmerte unver-

¹³ Oberföhren wurde am 8. 5. 1933 in Kiel erschossen aufgefunden. Die Umstände seines Todes sind nicht geklärt.

kennbar das Bestreben durch, dem Reichsbanner¹⁴ die Hand entgegen zu strecken. Der Führer des Reichsbanners, Höltermann, gab in seinen Reden zu verstehen, dass er in diese Hand einschlägt. Allem Anschein nach schlossen Höltermann und Duesterberg sogar so etwas wie ein Abkommen. Nach dem Reichstagsbrand und der Zerschlagung der sozialdemokratischen und der Reichsbanner-Organisationen wurde dem Reichsbanner der Befehl erteilt, in den Stahlhelm einzutreten. Die Angehörigen des Reichsbanners folgten diesem Aufruf. Diese Angelegenheit entwickelte sich schnell zu einem offenen Konflikt.

Am 28. Februar¹⁵ erschien in allen deutschen Zeitungen eine Meldung, die eine gewaltige Sensation darstellte und aus dem von dem Nationalsozialisten Klagges geleiteten Braunschweiger Innenministerium stammte. In der Meldung wurde darüber berichtet, dass die Braunschweiger Gruppe des Stahlhelms in letzter Zeit ganze Scharen neuer Mitglieder aus aufgelösten Organisationen aufgenommen hat. Hunderte ehemalige Mitglieder des Reichsbanners zogen, zum Teil in geschlossenen Formationen, unter dem Begleitschutz der Stahlhelm-Hilfspolizei zum Sitz des Stahlhelms in Braunschweig. Dabei kam es zwischen Stahlhelmleuten und Hitlerjugend zu einer Schlägerei. Klagges musste eingreifen. Die Polizei umzingelte das Gebäude des Stahlhelms, die nationalsozialistischen SA-Leute kamen ihr zu Hilfe. Die Stahlhelm-Hilfspolizei wurde entwaffnet, hunderte im Gebäude befindliche Personen wurden verhaftet. Auf der Grundlage dieser Ereignisse löste Klagges die Stahlhelmgruppe Braunschweig auf und verhaftete den Führer des Braunschweiger Stahlhelms, Schrader, und einige seiner Gehilfen. Die Meldung über die Ereignisse in Braunschweig hinterließ in ganz Deutschland einen großen Eindruck. Der Führer des Stahlhelms Seldte setzte sich unverzüglich mit Göring in Verbindung und flog danach sofort, noch in der Nacht, nach Braunschweig. Die Verhafteten im Gebäude des Stahlhelms wurden bald darauf frei gelassen. Bezüglich der Freilassung der Führer des Stahlhelms musste Seldte noch etwas länger verhandeln. Schließlich gelang ihm auch dies. Einige der Regierung nahestehenden Zeitungen bemühten sich, diesen Zwischenfall klein zu reden und schrieben, dass der Konflikt beigelegt wurde und die Braunschweiger Ereignisse von rein örtlicher Bedeutung seien. Diese Beschwichtigungen konnten aber nicht die ernste, symptomatische Bedeutung des Braunschweiger Vorfalls übertünchen, zumal die nationalsozialistische Presse, sowohl die braunschweigische als auch die zentrale, gegen den Stahlhelm sehr ernste Vorwürfe richtete und ihn beschuldigte, dass er den Marxisten Zuflucht gewährte und einen Deckmantel für die marxistische Zersetzung der nationalen Front geschaffen habe. Die Stahlhelmleute bezogen anfangs eine reine Verteidigungshaltung. Sie erklärten, dass in Braunschweig Fehler begangen wurden. Bald darauf begangen sie sich aber aktiver zu verteidigen, insbesondere seit dem Zeitpunkt, als auf die Braunschweiger Ereignisse Verhaftungen von Stahlhelmführern in einigen Städten der Pfalz folgten und nachdem der große Konflikt zwischen Stahlhelm und der nationalsozialistischen Regierung in Thüringen ausbrach und somit klar wurde, dass der Konflikt keineswegs von „rein örtlicher Bedeutung“ ist. Eine große Unzufriedenheit und Proteste

¹⁴ Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/ Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner mit zeitweilig über drei Millionen Mitgliedern wurde auf Initiative der SPD im Jahr 1924 zur Verteidigung der Weimarer Republik geschaffen. Im März 1933 wurde es verboten.

¹⁵ So im Dokument; richtig: März.

der Stahlhelmleute löste der Umstand aus, dass sie lange damit zu tun hatten, ihre in Braunschweig verhafteten Kameraden zu befreien.

Dadurch aufgeschreckt, dass die Braunschweiger Ereignisse und die Veröffentlichung des Briefes von Schrader durch die nationalsozialistische Presse in gewisser Weise den Stahlhelm kompromittierte, ergriffen die Stahlhelmführer Maßnahmen, um die neuen Mitglieder der Organisation sorgfältiger durchzusieben und zu kontrollieren. In Artikeln, Erklärungen und Reden erklärten jedoch die Presseorgane und die Führer des Stahlhelms kategorisch, dass sie „aufrichtig Reue zeigende“ Marxisten aufnehmen würden, und wiesen wiederholt darauf hin, dass die Nationalsozialisten ebenfalls ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten in ihre Reihen aufnehmen.

Sämtliche Konflikte **¹⁶ in Braunschweig, sowohl in Thüringen als auch in der Pfalz und anderen Orts sind formal beigelegt worden, doch das gespannte Verhältnis zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten hat sich damit nicht erledigt. Davon zeugt ein Artikel im Zentralorgan des Bundes, „Der Stahlhelm“, vom 9. IV.¹⁷ TASS hat den Inhalt dieses Artikels ausführlich übermittelt und deshalb brauche ich ihn nicht zu wiederholen. Es ist lediglich anzumerken, dass sein Ton wie ein Schlag ins Gesicht ist. Aufschlussreich ist die Betonung, dass der Stahlhelm nicht beabsichtigt, sich selbst als ein von den Nationalsozialisten vorübergehend geduldetes Anhängsel der nationalen Revolutionsfront zu betrachten, sondern sich als den wichtigsten und die Zukunft beeinflussenden Teil dieser Front ansieht. Damit sind die Haltung der Nazis zum Stahlhelm und die sich daraus ergebenden Konflikte richtig eingeschätzt worden.

Dieser Artikel im Organ des Stahlhelms deckt in aller Offenheit die Gegensätze auf. Darüber sprechen in weniger offener Form alle führenden Leute des Stahlhelms, Seldte, Duesterberg, Morozowicz und andere, in ihren Reden. Die Nazis schweigen eher, doch dafür sprechen die Deutschnationalen sehr viel zu dem Thema, dass die Spaltung der nationalen Front sowohl unter innen- als auch außenpolitischem Aspekt gefährlich wird. Duesterberg verweist in seinen Reden beständig auf die schwere außenpolitische Lage Deutschlands und auf die Bedrohung durch einen äußeren Feind, was die Einheit erforderlich machte, koste es, was es wolle. In diesem Sinne hatte sich auch der Führer des Stahlhelms von Hannover, General Henning, ausgesprochen. Hier ist jenes für uns wesentliche Moment hervorzuheben, dass gerade die Deutschnationalen, nicht aber die Nazis das außenpolitische Moment berücksichtigen und insbesondere hervorkehren. Für heute ist dies von ziemlich großer Bedeutung.

Trotz aller dieser Reden und der unablässigen Beteuerungen der Stahlhelmführer bezüglich ihrer Treue zur nationalen Revolution ist es bislang nicht angebracht, von einer Verbesserung des Verhältnisses zu sprechen. Im Gegenteil. Unlängst (am 8. und 9. April) ereignete sich anscheinend erneut ein großer Konflikt. Dies kann man zwei lakonischen Notizen in der deutschen Presse entnehmen. In der ersten Notiz vom 8. IV. wurde mitgeteilt, dass am Sonntag, dem 9. April, der Stahlhelm eine Parade von Angehörigen der Polizei und der Feuerwehr, die dem

¹⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „und“ ist gestrichen.

¹⁷ „Erste Mahnung! Nochmals: Kameradschaft und Disziplin“. In: Der Stahlhelm, Nr. 15 vom 9. April 1933, S. 1–2.

Stahlhelm angehören, abhalten werde. Es sei beabsichtigt, die Polizeiangehörigen und die Feuerwehrleute die Siegesallee entlang, durch das Brandenburger Tor und Unter den Linden bis zur Polizeikaserne marschieren zu lassen, um dort den Eid abzulegen. Die Vertreter der Macht wollten an dieser Parade teilnehmen. Am nächsten Tag, dem 9., erging am Morgen von der Berliner Abteilung des Stahlhelms die Meldung, dass auf Wunsch von Göring die Parade nicht stattfinde. Anlass für die erneuten Angriffe der Nationalsozialisten gegen den Stahlhelm war insbesondere die Meldung der nationalsozialistischen preußischen Presseagentur, wonach auf der Versammlung des Landkreises West-Prignitz die deutschen Nationalisten und die Sozialdemokraten gemeinsam gegen die Nationalsozialisten gestimmt haben.

Man muss sowohl zur Haltung der deutschen Presse zu den Vorgängen in Braunschweig als auch zu anderen Momenten des Konfliktes etwas sagen. Zum Schutz des Stahlhelms traten außer seinen eigenen Organen lediglich die „Deutsche Tageszeitung“, die nachdrücklich die außenpolitische Bedeutung des Stahlhelms und seine Rolle bei der nationalen Verteidigung hervorhob, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ entschieden ein. In der Hugenberg-Presse war das Bestreben zu beobachten, sich vom Stahlhelm zu distanzieren. „Die Nachtausgabe“ und „Der Lokal-Anzeiger“ kritisierten das Verhalten des Braunschweiger Stahlhelms sehr scharf.

Im Lichte des Gesagten muss man feststellen, dass die faschistische Konterrevolution in Deutschland noch lange nicht im Sinne ihrer Aufgabe abgeschlossen ist, sowohl nach links gegen die revolutionäre Bewegung als auch nach rechts gegen die erzmonarchistische Reaktion. Es wäre nicht richtig, in dieser Situation von der momentanen Regierung ein ausgearbeitetes außenpolitisches Programm zu erwarten und unter diesem Gesichtspunkt jene Erscheinungen der „nationalen Revolution“ zu beurteilen, die von außenpolitischem Gewicht sind. Nicht von ungefähr zeigen sich bei den Deutschnationalen und beim Stahlhelm, deren zurückliegendes und gegenwärtiges Erscheinungsbild recht ausgeprägt ist, die außenpolitischen Aufgaben entschiedener und konkreter als bei den Nationalsozialisten, die immer noch wegen ihrer Massenbewegung lavieren müssen.

Ich wäre geneigt zu meinen, dass Hitler noch kein klares außenpolitisches Programm hat und er sich mit allen seinen Kräften tatsächlich auf die großen inneren Aufgaben konzentriert, die bei weitem noch nicht gelöst sind und noch keine klaren Lösungsformen erkennen lassen.

Wie ist dann aber das antisowjetische Auftreten der jetzigen deutschen Regierung und seiner Organe einzuschätzen? Vor allem ist absolut klar, dass die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland und die plötzlichen Überfälle sowie der Kampf gegen die UdSSR von den rein innenpolitischen Aufgaben zu trennen sind. Hitler ist nicht in dem Maße von seinen Massen unabhängig, die über Jahre im Geiste des Hasses auf den Kommunismus und auf seinen Hauptträger, die UdSSR, erzogen worden sind, um nicht sofort einen scharfen Trennstrich zwischen seinem Kampf gegen den Kommunismus und gegen dessen Heimat, die UdSSR als Staat, und den außenpolitischen Grundsätzen Deutschlands vorzunehmen. Ich meine, dass die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag¹⁸ und das Interview

¹⁸ Am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

Görings für den „Telegraaf“¹⁹ eine sehr hohe Bewertung verdienen, wenn man deren Vergangenheit und den ganzen Gang der Ereignisse der sogenannten „nationalen Revolution“ berücksichtigt.

Hitler ist angesichts der inneren Aufgaben nicht frei, etwas entschiedenere Schritte in unsere Richtung zu tun, wenn er eine klare außenpolitische Konzeption in dem Sinne, sagen wir, wie jene „Ostorientierung“ hätte, wie sie die Deutschnationalen und eventuell der Stahlhelm und die Reichswehr haben. Und noch weniger frei ist er bei der Steuerung seiner Massen, die primitive, direkt antisowjetische Schlussfolgerungen aus ihrem Kampf unter der Führung Hitlers gegen den Kommunismus ziehen.

Doch damit ist die Frage natürlich noch nicht erschöpft. In der antisowjetischen Hetzjagd spielt heute die allgemeine außenpolitische Konzeption der Nationalsozialisten, die auf eine Annäherung an England und Italien und auf eine Neutralisierung Frankreichs und auf eine aktive „Raumpolitik“²⁰ in Osteuropa ausgerichtet ist, eine durchaus bestimmte, aber noch keine erschöpfende Rolle. Eine derartige Konzeption muss natürlich ganz und gar antisowjetisch sein, doch sie ist nicht real, sie ist nicht in einer überschaubaren Zeit zu verwirklichen und sie bringt eine gewisse Schärfe in die laufende antisowjetische Hetzjagd hinein, allerdings nur als Tendenz ohne realen Hintergrund. Für ein großes antisowjetisches Spiel hat Hitler vorerst keine Partner gewonnen, und er wird sie wohl auch kaum gewinnen, wenigstens nicht in naher Zukunft. Im Gegenteil, gegenwärtig befindet sich Hitlerdeutschland in einer ziemlich großen außenpolitischen Isolierung, sowohl auf rein politischem als auch auf handelspolitischem Gebiet, was übrigens der Festigung des jetzigen Regimes von Nutzen ist. Die politische Realität wird Hitler lehren, und vielleicht hat sie es gewissermaßen auch bereits getan, dass er nicht ohne die sowjetische Karte auskommen kann. Doch es ist erforderlich, dass dieses Bewusstsein von der nationalsozialistischen Führungsspitze ausgeht und die Basis durchdringt, um mit diesen antisowjetischen Exzessen Schluss zu machen. Ein solcher Prozess muss notwendigerweise ein langwieriger sein. Er muss verlangsamt oder beschleunigt werden, in Abhängigkeit davon, inwiefern und in welcher Form das Bündnis der Nazis mit den Deutschnationalen erhalten bleibt. Unter diesem Gesichtspunkt hat der oben beschriebene Konflikt zwischen ihnen eine erstrangige Bedeutung für die Herausbildung des außenpolitischen Programms der Regierung, eben in dem Sinne, wie die sowjetische Karte in dem außenpolitischen Spiel einzusetzen ist. Je weiter und rascher die Partei der Nazis unter dem Druck der inneren Ereignisse und der erregten Stimmung der Hitleranhänger auf einen Bruch mit ihren Verbündeten und deren Ausschaltung zusteuert, desto mehr werden antisowjetische Tendenzen eine bestimmende Rolle im außenpolitischen Verhalten des deutschen Faschismus spielen. Bei dem raschen Entwicklungstempo der Ereignisse in Deutschland kann es passieren, dass dafür eine relativ kurze Zeitspanne nötig sein wird. Doch hier darf man sich auf keinen Fall schematische Problemlösungen vorstellen. Die nationale Reaktion ist stark genug, um diesen Prozess langwierig zu gestalten. Unterdessen können Hitler und seine Massen vieles lernen und eine für Deutschland richtige Entscheidung hinsichtlich

¹⁹ Vgl. Dok. 40, Anm. 6.

²⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

der Beziehungen zu uns finden. Doch so oder so kennzeichnet eine solche Bewertung, dass eine verhältnismäßig lange Periode der antisowjetischen Hetze zu erwarten ist, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese Periode mit dem offenen Übergang zum ungestümen Kampf gegen uns an allen Fronten enden könnte.

Solch eine Annahme schließt überhaupt nichts aus, sondern unterstreicht im Gegenteil für uns die Notwendigkeit, jeder beliebigen Erscheinung der antisowjetischen Hetze energischen Widerstand entgegen zu setzen. Man muss der jetzigen Regierung die ganze Last der möglichen Folgen des Streits mit uns zum Bewusstsein zu bringen. Die Stimme der Vernunft hat sie noch nicht ganz erreicht und die Massen sind für sie noch gänzlich unempfänglich. Sie sind derzeit nicht fähig zu denken, sondern sie verstehen nur starke Worte und kräftige Hiebe. Ein scharfer Ton und Entschlossenheit führen eher zur Ernüchterung als versöhnliche Reden. Mit einem scharfen Ton kann man meiner Auffassung nach nichts verderben, wenn er sachlich bleibt und eine Sache nicht berührt, nämlich das krankhafte Geltungsbedürfnis der Hitlergetreuen, das noch durch ihre Unsicherheit bezüglich ihrer Zukunft auf den Ministerposten verstärkt wird.

Die Derop ist ein besonderer Fall. Zu diesem Thema ist bereits genug gesagt worden, und man sollte lediglich eine Sache hervorheben. In der letzten Zeit hat sich sogar in dieser Frage eine vorerst noch schwache Tendenz von oben zu erkennen gegeben, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Anders können die zwei Unterredungen des Gen. Enko im Polizeipräsidium und die Erklärungen Meyers gegenüber Gen. Aleksandrovskij²¹ nicht bewertet werden. Aus diesem Grund wäre es angebracht, in dieser Teilfrage rasche Entscheidungen in Richtung eines Lavierens zu treffen, die der Tendenz zur Minderung des Konfliktes und der Suche nach Auswegen teilweise entgegenkommen würde.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: ein Expl. an B. S.²², an Radek schicken. NK.

Oben, in der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1049 vom 14. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten. 12. 4. 33.

AVP RF, f. 010, op. 8, d. 27, l. 107–115. Original.

²¹ Meyer machte den Umfang des sowjetischen Exports nach Deutschland von der Entscheidung über den Verkauf der Derop abhängig. Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Aleksandrovskijs mit Meyer am 1. 4. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 148.

²² Boris Spiridonovič Stomonjakov.

Nr. 66

Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 439

Berlin, 13. IV. 33ZUR AUßENPOLITIK DER NATIONALSOZIALISTEN

Die alten außenpolitischen Programmpunkte der Nationalsozialisten sind hinlänglich bekannt. Das, was Hitler in „Mein Kampf“ geschrieben hat, stimmt vollkommen mit den Ansichten Rosenbergs und seinem interventionistischen Programm überein. Hitler geht, ebenso wie Rosenberg, von der Unvermeidbarkeit des Zusammenbruchs der Sowjetmacht aus, und ist bereit, diesen Prozess aktiv zu befördern und an der Aufteilung des sowjetisch-russischen Erbes teilzunehmen. Die Nationalsozialisten betrachteten das militärische Vorgehen gegen die UdSSR als das Sprungbrett, mit dessen Hilfe das faschistische Deutschland aus dem Versailler Kreis¹ herausspringen könnte: die Teilnahme Deutschlands an der Intervention gegen die UdSSR sollte automatisch zur Wiederherstellung der deutschen Armee, zu ihrer Wiederaufrüstung, und, nach der Zerschlagung der UdSSR, zur Lösung der Ukraine und zur Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates unter deutschem Protektorat führen. All dies hätte nicht mehr und nicht weniger als die Eroberung der Hegemonie durch den deutschen Imperialismus in Europa bedeutet, weil die Expansion im Osten durch Zugewinne in Mitteleuropa und auf dem Balkan, in erster Linie durch die Angliederung Österreichs an Deutschland ergänzt worden wäre. Weil die Eroberung der Hegemonie in Europa ohne einen unverzüglichen oder nachträglichen Zusammenstoß mit Frankreich, das diese Position zum gegenwärtigen Zeitpunkt einnimmt, unmöglich ist, richten Hitler und auch Rosenberg bereits seit langem ihre Blicke auf England, indem sie bestrebt sind, den englisch-französischen Antagonismus und die Bereitschaft der englischen Engstirnigen, sich an die Spitze eines Kreuzzuges gegen die UdSSR zu stellen, für die Umsetzung der Pläne des deutschen Imperialismus auszunutzen. Im Kampf gegen die französische Hegemonie in Europa bot und bietet sich den Nationalsozialisten Italien als natürlicher und gewünschter Verbündeter an, umso mehr, da die faschistische „Revolution“ in Italien und Mussolini den Nationalsozialisten als Vorbild dienten. Allerdings sind die Interessengegensätze zwischen Italien und Deutschland in Mitteleuropa, insbesondere in der Frage der Angliederung Österreichs an Deutschland, in der Tat recht groß, doch Hitler ging davon aus, dass das Haupthindernis auf dem Weg zur Eroberung der Hegemonie in Europa Frankreich, und nicht Italien, bildet, und dass er sich, nachdem mit Hilfe der Engländer und Italiener die Franzosen geschlagen sind, mit den Italienern über die Einflusssphären in Mitteleuropa verständigen könne. Dementsprechend hat er bereits seit langem auf Ansprüche auf Südtirol, das von Italien erobert worden ist, verzichtet².

¹ Gemeint ist der Beschluss der Versailler Friedenskonferenz zur Einschränkung der Souveränität Deutschlands.

² Vgl. A. Hitler: Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem, München 1926.

Man muss erwähnen, dass es in der nationalsozialistischen Partei auch eine Strömung gibt, die sich für ein Abkommen mit Frankreich und für eine Intervention gegen die UdSSR im Block mit dem französischen und polnischen Imperialismus ausspricht. Dieser Strömung stehen Papen und sein Kreis ideologisch sehr nahe; sie ist mit einer ganzen Reihe von Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie und bis zu einem gewissen Grade mit der Reichswehr verbunden. Man darf nicht vergessen, dass seinerzeit kein Geringerer als Schleicher mit der Interventionsidee gegen die UdSSR im Block mit Polen und Frankreich geliebäugelt hat. Diese Strömung geht davon aus, dass die Bildung eines gegen Frankreich und die UdSSR gerichteten italienisch-deutsch-englischen Blockes illusorisch und unmöglich ist. Diese Strömung meint weiter, dass die Gegensätze zwischen England und Deutschland und ihre Konkurrenz auf den Weltmeeren wie auf dem Gebiet des Außenhandels sowie das vorrangige Interesse Englands in erster Linie an den Kolonial- und nicht an den Kontinentalfragen ^{**3} es Deutschland nicht erlauben, auf eine zuverlässige Zusammenarbeit mit England rechnen zu können. Diese Strömung macht auf das doppeldeutige Verhalten der Engländer auf allen in der Nachkriegszeit einberufenen Konferenzen und insbesondere auf der Reparationskonferenz von Lausanne⁴ und in der Frage des Viererpaktes⁵ aufmerksam. Diese Strömung betrachtet die Perspektiven einer Zusammenarbeit mit Italien nüchterner, und sie ist nicht geneigt, die militärische Macht Mussolinis überzubewerten. Diese Tendenz betont gleichfalls die deutsch-italienischen Gegensätze in Mitteleuropa, die eine Zusammenarbeit mit Italien sowohl in der Zeit als auch im Raum einschränken. Diese Strömung verfolgt zugleich, indem sie die Intervention gegen die UdSSR im Block mit Frankreich und Polen propagiert, genau die gleichen Ziele wie auch Hitler, wie auch Rosenberg oder wie ein beliebig anderer Vertreter des gegenwärtigen deutschen Imperialismus, d. h. die Eroberung der Hegemonie in Europa. Die Vertreter dieser Strömung wollen Frankreich in der Umarmung ersticken: sie gehen ebenso wie Hitler davon aus, dass eine Beteiligung an einer Intervention gegen die UdSSR, selbst in einem Block mit Frankreich und Polen, automatisch zur Wiederherstellung und zur Aufrüstung der deutschen Armee führen wird. Und dies ist das Wichtigste. Wenn die Armee vergrößert und für deren Bewaffnung die starke deutsche Industrie eingesetzt werden wird, so wird man mit den Verbündeten im Kampf gegen den Bolschewismus, mit Frankreich und Polen ganz anderes sprechen können, und nach dem siegreichen Marsch gegen den Osten wird man sich gegen Westen wenden. Es gibt historische Beispiele, die die Vertreter dieser Strömung inspirieren: General Yorck und sein Hilfskorps, das im Krieg gegen Russland auf der Seite Napoleons teilnahm, danach aber, nach der Niederlage der Franzosen, mit dem russischen Oberkommando eine Konvention über gemeinsame Aktionen gegen die französische Armee abschloss⁶. Diese Strömung innerhalb der nationalsozialistischen Partei verfügt über keine großen Für-

³ Der an dieser Stelle nachfolgende Text „garantiert Deutschland keine zuverlässige Unterstützung Englands“ ist gestrichen.

⁴ Mit den Beschlüssen der Reparationskonferenz von Lausanne (16. 6.–9. 7. 1933) wurden die Reparationszahlungen durch Deutschland de facto beendet.

⁵ Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

⁶ So im Dokument. Der am 30. 12. 1812 geschlossene Waffenstillstand, die Konvention von Tauroggen, beinhaltete die Neutralität des Hilfskorps von General Yorck bis zu einer diesbezüglichen Entscheidung durch den preußischen König Friedrich Wilhelm III.

sprecher, doch sie ist durchaus einflußreich, weil sie mit den Kreisen um Papen, der Industrie und zum Teil des Junkertums verbunden ist. Wenn wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einen Konflikt mit England, sondern mit Frankreich hätten, so könnte diese Strömung innerhalb der nationalsozialistischen Partei die Oberhand gewinnen. Schließlich ist an die in ihrer Größe und ihrem Einfluss nach bedeutungslose Reventlow-Gruppe⁷ zu erwähnen, die aber gleichwohl von verschiedenen Seiten ideologische Unterstützung erhält. Diese Gruppe geht davon aus, dass es illusionär wäre, auf einen Sturz der Sowjetmacht und einen Zusammenbruch Russlands durch eine Intervention zu setzen. Diese Gruppe geht davon aus, dass eine Intervention nur die Position des französischen und polnischen Imperialismus stärken und Deutschland weiter auf Jahrzehnte knechten wird. Reventlow schlägt vor, die Rapallo-Linie und die Zusammenarbeit mit der UdSSR, darunter auch auf militärischem Gebiet, beizubehalten, damit bei einem eventuellen Zusammenstoß zwischen Deutschland einerseits und Polen und Frankreich andererseits die UdSSR zumindest eine wohlwollende Neutralität einnehmen würde. Aber am besten wäre es, sie in eine Militärkonvention mit Deutschland einzubinden, um sie bei einem Konflikt zum Eingreifen auf der Seite Deutschlands zu bewegen. Die Ansichten Reventlows spiegeln in einem bedeutenden Grade die Ansichten einflussreicher Reichswehrkreise und einiger Industrieller wider, die an der Entwicklung des Handels mit der UdSSR interessiert sind, sowie einiger nationalsozialistischer Führer, insbesondere aus den an Polen angrenzenden Gebieten (Ostpreußen, Schlesien). Der Stahlhelm steht ebenso, wie dies der letzte Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ (vom 12. IV.) „Deutschland–Russland–Frankreich“⁸ zeigt, auf dem Boden der „alten Bismarck-Politik“ gegenüber der UdSSR (Russland) und befürchtet, dass eine antifranzösische und eine antisowjetische Politik Hitlers zu einer Wiederherstellung des französisch-russischen Bündnisses der Vorkriegszeit führen könnte.

Der Machtantritt Hitlers machte sich sofort mit einer Reihe von antisowjetischen Handlungen bemerkbar. Das war normal, wenn man jene Interventionsideen berücksichtigt, die von Anfang an die Herausbildung seiner Bewegung begleitet haben. Das war normal, weil Hitler, als er an die Macht in Deutschland strebte, mit der Gefahr des Bolschewismus spekulierte, und weil er damit rechnete und rechnet, Versailles durch Spekulationen auf die internationale Gefahr des Bolschewismus und der UdSSR zu überwinden. Die Zerschlagung der Kommunistischen Partei und der Reichstagsbrand konnten verständlicherweise nicht ohne die wilde antisowjetische Hetze und ohne die Ausfälle gegen die UdSSR als Staat auskommen (die Rede Hitlers im Sportpalast⁹ usw.). Das Vorgehen der Göring-Polizei gegen Sowjetbürger, gegen unsere Wirtschaftsorgane, und insbesondere gegen die Derop, hat eine doppelte Bedeutung. Innenpolitisch verfolgt dieses Vorgehen das Ziel, den breiten kleinbürgerlichen Massen, die Hitler folgen, ein hartes Durchgreifen gegenüber dem kommunistischen Staat zu demonstrieren und verschiedene Gefahrenszenarien über eine vermeintliche Bedrohung Deutschlands durch die

⁷ Eine nationalkonservative Gruppierung, der Personen verschiedener Parteien angehörten, die für eine Zusammenarbeit mit dem stark nationalistisch orientierten Sowjetrussland als Gegengewicht zu den Westmächten eintraten.

⁸ „Deutschland–Russland–Frankreich“. In: Kreuz-Zeitung vom 12. April 1933, S. 1–2.

⁹ Am 2. 3. 1933; vgl. Dok. 24, Anm. 1.

UdSSR zu entwickeln. Damit erhält der Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und alle Andersdenkende seine Rechtfertigung und eine gewisse Deckung. Diese gegen die Organe und Bürger der UdSSR gerichteten polizeilichen Repressivmaßnahmen beeindrucken ohne Frage den deutschen Kleinbürger, der jahrelang von der nationalsozialistischen bürgerlichen Presse im Geiste des Hasses auf die UdSSR und der Schürung von Ängsten, die UdSSR bereite verschiedene Komplotte vor, erzogen worden ist. Nach der durch den Reichstagsbrand geschaffenen antikommunistischen und antisowjetischen Psychose benötigte Hitler verständlicherweise ein Anheizen dieser Psychose mit unterschiedlichen Methoden, nicht zuletzt mithilfe von inszenierten Attentaten, die angeblich von Čekisten auf ihn vorbereitet würden, und von Haussuchungen in sowjetischen Einrichtungen. Außenpolitisch bestehen die Repressivmaßnahmen Hitlers gegenüber der UdSSR in dem Appell an die internationalen interventionistischen Kreise, in der Demonstration einer starken Hand gegenüber der UdSSR und in der Absage an die alte Rapallo-Politik. Hitler fordert für seine Repressivmaßnahmen gegen die UdSSR von den internationalen interventionistischen Kreisen so etwas wie ein Mandat für eine Intervention gegen die Sowjetunion. Die Überfälle auf die Derop erklären sich außerdem mit der höchst prosaischen finanziellen Abhängigkeit von Deterding. Die Nähe der Nationalsozialisten zu solch eingefleischten Interventionisten wie Deterding und die Rolle Deterdings beim Reichstagsbrand wie auch das Ausmaß dieser Provokationen zeigen, wie aktuell die antisowjetische Stoßrichtung der Außenpolitik der Nationalsozialisten ist.

Doch Hitler muss auf die Realitäten Rücksicht nehmen. Zu diesen Realitäten gehörten in erster Linie der Gegensatz zu Polen und zu Frankreich, wie auch andere imperialistische Widersprüche, die einer unverzüglichen Intervention gegen die UdSSR im Wege stehen. Wenn Hitler heute die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abbrechen und ihr den Krieg erklären würde, so würde er sich in der Rolle eines Don Quichotte wiederfinden. Eine Interventionsfront hat sich noch nicht herausgebildet, und Hitler muss sich vorerst lediglich mit der Schwächung und der Abkühlung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zufriedengeben. Hitler muss zugleich die wachsende außenpolitische Isolierung Deutschlands berücksichtigen, zu der er selbst nicht wenig sowohl mit der Aggressivität seiner außenpolitischen Ziele als auch mit dem faschistischen Terror und mit der Verfolgung der Juden beigetragen hat. Gegenwärtig besitzt Hitler auf seiner außenpolitischen Aktivseite nur die Annäherung an Italien¹⁰, die aber auf keinen Fall die Spannungen mit Frankreich, Polen und der UdSSR kompensiert. Das abenteuerliche Verhalten von örtlichen Nationalsozialisten wie auch die Aggressivität der polnischen Faschisten¹¹ können an einem beliebigen Tag einen ersten Grenzkonflikt hervorrufen, der nicht so leicht zu lokalisieren sein wird. Gerade die Reichswehr, die von einem möglichen Konflikt mit Polen und einem Präventivkrieg ausgeht, den Polen oder Frankreich, ohne die unvermeidliche Bewaffnung der deutschen Armee abzuwarten, beginnen könnten, ist bestrebt, den antisowjetischen Eifer Hitlers zu mäßigen und ihm einzureden, dass man, solange keine Interventionsfront

¹⁰ Gemeint sind die beiden Italienreisen Görings vom 10. 4.–18. 4. und von Papens vom 9. 4.–18. 4. 1933.

¹¹ Als „Polnische Faschisten“ wurden damals in der UdSSR keine Bewegung oder Partei ultrarechter Prägung bezeichnet, sondern die Regierungskreise.

geschaffen und die Rolle Deutschlands in ihr nicht bestimmt ist, nicht mit der Rapallo-Politik brechen und die russische Karte aus der Hand geben darf. In die gleiche Richtung wirken auch das Auswärtige Amt, der Stahlhelm und Wirtschaftskreise auf Hitler ein, die besser als andere wissen, dass Deutschland, wenn es mit der UdSSR bricht, nicht nur den Absatzmarkt verliert, sondern auch eine solide Geldsumme, die es uns geliehen hat. Das doppeldeutige Verhalten Englands in der Vierer-Pakt-Frage wie auch die Gefahr einer sowjetisch-polnisch-französischen Annäherung verstärken zweifellos die Position der Kreise, die bestrebt sind, Hitler von einem voreiligen antisowjetischen Abenteuer und von einer offenen Abkehr von Rapallo abzuhalten. Darum gab Hitler nach einem gewissen Schwanken in seiner Rede vor dem Reichstag die bekannte Erklärung an die Adresse der UdSSR¹² ab und zeigte sich sogar bereit, unseren Bevollmächtigten Vertreter zu empfangen¹³. Darum wird, allem Anschein nach, in der nächsten Zeit die Verlängerung des Berliner Vertrages ratifiziert werden, vorausgesetzt, unsere internationale Position verschlechtert sich nicht radikal. Die Abhängigkeit der Ostpolitik Hitlers von der internationalen Lage, und insbesondere von dem Zustand der englisch-sowjetischen Beziehungen, liegt vollkommen auf der Hand und bedarf keinerlei Beweise. Die Aggressivität Hitlers gegenüber der UdSSR hätte sich sicherlich bereits abgeschwächt und in mehr oder weniger „normale“ Bahnen gelenkt werden können, wenn wir nicht den Konflikt mit England¹⁴ hätten. Dieser Konflikt wärmte erneut die interventionistischen Pläne Rosenbergs auf und stärkte sowohl seine Gruppierung als auch seine Konzeption bedeutend; unser Konflikt mit England führte zu einer Verschlechterung der Perspektiven unserer Beziehungen zu Amerika, zur Verstärkung der antisowjetischen Kampagne im internationalen Maßstab und fiel mit neuen Spannungen an unseren Grenzen im Fernen Osten¹⁵ zusammen. All das beflügelt Rosenberg, und er hat unlängst einen Artikel im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht¹⁶, in dem er ziemlich offen die Idee eines englisch-deutschen antisowjetischen Blockes propagiert und er im Zusammenhang mit den Verfolgungen der Juden die englische Presse der Illoyalität gegenüber dem faschistischen Deutschland bezichtigt, und dies zu einem Zeitpunkt, da sich Eng-

¹² Am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

¹³ Vgl. Dok. 31.

¹⁴ Der Konflikt mit England entzündete sich im März 1933 an der Verhaftung einer in der UdSSR tätigen Gruppe von Ingenieuren und Angestellten der Firma „Metropolitan-Vickers“, die der Sabotage und Schädlingstätigkeit angeklagt wurden. Am 12. 4. 1933 begann der Gerichtsprozess. Vgl. Delo o vreditel'stve na električeskich stancijach v SSSR Vitvickogo, N. P., Guseva, V. A., Zorina, N. G., Ziverta, Ju. I., Kušni, J., Krašeninnikova, M. D., Kotljarevskogo, M. L., Kutuzovoj, A. S., Lobanova, A. T., Lebedeva, V. P., Makdonal'da, V., Monkgauza, A., Nordvolla, C., Olejnika, P. E., Suchoručkina, L. A., Torntona, L. Č. i Sokolova, V. A. Ofic[ial'nyj] stenogr[afičeskij] otčet Spec[ial'nogo] prisutstvija Verchovnogo suda SSSR. Vypusk I–III. Moskau 1933. (Strafsache wegen Schädlingstätigkeit in Elektrokraftwerken der UdSSR gegen N. P. Vitvickij... und V. A. Sokolov. Offizieller Stenografischer Bericht der Sondersitzung des Obersten Gerichts der UdSSR, Ausgabe I–III, Moskau 1933).

¹⁵ Die Tätigkeit der Ostchinesischen Eisenbahn auf dem Gebiet von Mandschukuo war durch zahlreiche Zwischenfälle gegen sowjetische Angestellte gestört worden. Vgl. „Soobščenie TASS o zjavenii zamestitelja narkoma po inostrannym delam SSSR L. M. Karachana japonskomu poslu Ota“ (Meldung von TASS zur Erklärung des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR L. M. Karachan gegenüber dem japanischen Botschafter Ota). In: Izvestija vom 18. April 1933, S. 1.

¹⁶ A[lfred] R[osenberg]: „Englisch-russischer Konflikt“. In: Völkischer Beobachter vom 7. April 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

land im Konflikt mit der UdSSR befindet. Wenn wir nicht so eine angespannte internationale Lage hätten, wie sie sich zum heutigen Tag herausgebildet hat, so hätte sich Hitler angesichts der sich verschärfenden Gegensätze zu Polen und Frankreich und einer Verbesserung der sowjetisch-polnisch-französischen Beziehungen von der ursprünglichen Aggressivität gegenüber der UdSSR zweifellos losgesagt und sich mit „realer“ Politik und mit einer Umbewertung seiner alten außenpolitischen Programmpunkte befassen müssen, die vielleicht für eine entfernte Zukunft gut sein könnten, doch für den heutigen Tag unannehmbar sind. Doch die internationale Lage ist dergestalt, dass sich nicht nur Rosenberg als Held des Tages fühlt, sondern auch Freytagh-Loringhoven, der in seinem letzten Artikel¹⁷ das Auswärtige Amt davon zu überzeugen versucht, auf einen englisch-sowjetischen Konflikt zu setzen, der automatisch das spezifische Gewicht Deutschlands sowohl gegenüber der UdSSR als auch in den Augen Englands verstärkt. Selbstredend haben unser Konflikt mit England und die Repressivmaßnahmen gegen unseren Export nach England¹⁸ eine neue Welle von Gerüchten über ein bevorstehendes Moratorium, über den Bankrott, über die schwere innere Lage der UdSSR, über den Hunger usw. ausgelöst.

Somit ist, um auf die Frage über die Richtung der Außenpolitik der Nationalsozialisten gegenüber der UdSSR zu antworten, Folgendes festzustellen:

1) Hitler, der einen Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands führt, die bedeutend stärker als in Italien ist, und Deutschland territorial der UdSSR viel näher liegt, muss sich die Frage nach der Bekämpfung des Bolschewismus nicht nur in Deutschland, sondern auch im internationalen Maßstab auf die Fahnen schreiben, insbesondere aber die Frage einer Intervention gegen die UdSSR stellen.

2) Eine Intervention gegen die UdSSR im Block mit England und Italien oder mit Frankreich und Polen, wie es andere Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie vorschlagen, stellt sich Hitler als bester Weg zur Überwindung von Versailles und zur Erringung der Hegemonie in Europa dar.

3) Die Verschärfung der inneren Widersprüche im imperialistischen Lager, in erster Linie zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich, Polen und Kleiner Entente auf der anderen Seite, kann zur Vereitelung der alten außenpolitischen Konzeption von Hitler und Rosenberg führen oder wenigstens Hitler dazu veranlassen, die Verwirklichung der interventionistischen Pläne auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Zudem kann die Regierung Hitler im Falle der Gefahr eines Krieges mit Polen und Frankreich Vorschläge unterbreiten, die weit über Rapallo hinausgehen und in ein Militärbündnis münden könnten.

4) Falls sich die Gegensätze zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern, und insbesondere zu England und Japan, schneller entwickeln sollten als die französisch-deutsch-polnischen Gegensätze, muss mit einer weiteren Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen, mit einer wachsenden Aggressivität Hitlerdeutschlands uns gegenüber und mit Versuchen Hitlers gerechnet werden, auf unsere internationalen Schwierigkeiten zu spekulieren.

¹⁷ Vgl. Dok. 64, Anm. 16.

¹⁸ Am 4. 4. 1933 fasste das britische Parlament den Beschluss, die Regierung zu bevollmächtigen, im Bedarfsfall den sowjetischen Export auf die Britischen Inseln nach dem 17. 4. 1933, dem Auslaufen des englisch-sowjetischen Handelsvertrages, zu verbieten. Vgl. auch Dok. 45, Anm. 4.

5) Die Vereinnahmung der anderen bürgerlichen Parteien und militärischen Vereinigungen durch die Nationalsozialisten (der Zerfall der Volkspartei¹⁹, die eventuelle Unterordnung oder sogar das Aufgehen der deutschen Nationalisten und des Stahlhelms in der nationalsozialistischen Partei) verringert die Bedeutung jener Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie, die sich für die Beibehaltung von Rapallo und gegen eine Intervention aussprechen. Die Reichswehr wird jedoch in allen Kombinationen noch für eine lange Zeit gegen eine Unterbewertung der UdSSR als militärischer Faktor im Konfliktfall mit Polen und gegen eine Überbewertung einer gegen die UdSSR gerichteten militärischen Zusammenarbeit mit England und Italien durch Hitler ankämpfen.

6) Die Außenpolitik der Nationalsozialisten befindet sich, ungeachtet der ihr immanenten antisowjetischen Ausrichtung, am Scheideweg und hat sich noch nicht endgültig herauskristallisiert. In der N[ational]-S[ozialistischen] Partei existieren wie auch in Regierungs- und bürgerlichen Kreisen mehrere Auffassungen hinsichtlich der Beziehungen zur UdSSR in der nächsten Zeit. Die endgültige Festlegung der Politik der Nationalsozialisten in Bezug auf die UdSSR hängt dennoch im Wesentlichen von der internationalen Stellung Deutschlands und der UdSSR ab. Ich wiederhole nochmals, falls sich unsere internationale Lage verschlechtern sollte, so wird Hitler damit zu spekulieren versuchen.

VINOGRADOV

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1344 vom 22. 4. 1933 und oben in der Mitte der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars mit der Eingangs-Nr. 1768 vom 21. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 9 Expl., 7 [Expl.] an Krestinskij, das 8. an G.²⁰, das 9. [Expl.] zu den Akten. 13. 4. 33.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 219–228. Kopie.

¹⁹ Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes der Regierung Hitler am 23. 3. 1933 durchlebte die Deutsche Volkspartei eine schwere Krise, die mit einem starken Schwund der Parteimitglieder, mit dem Beschluss zur Auflösung der Ortsverbände und dem Aufruf zum massenhaften Übertritt in die NSDAP einherging.

²⁰ Der Adressat konnte nicht ermittelt werden.

Nr. 67
**Schreiben des Kollegiumsmitgliedes des NKID Sokol'nikov an den
Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

GEHEIM

Nr. 23620

13. April 1933

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. Chinčuk

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

1. Im Zusammenhang mit Ihren Berichten zur Lage der Derop, insbesondere hinsichtlich des Druckes, den das Polizeipräsidium auf Gen. Enko¹ ausgeübt hat, fand bei uns im Kollegium unter Beteiligung der Gen. Fridrichson und Rjabovol ein ausführlicher Meinungsaustausch statt. Wir alle stimmten in der Auffassung überein, dass es, unabhängig von den Entscheidungen, die hinsichtlich der Zukunft der Derop getroffen werden müssen, für uns unerlässlich ist, jetzt von der deutschen Regierung die Einstellung der Überfälle auf die Derop zu erwirken, die es in der letzten Zeit gegeben hat, selbst dann, wenn wir uns dazu entschließen sollten, die Derop zu verkaufen oder sie in Pacht zu geben. **Darüber zum gegenwärtigen Zeitpunkt Verhandlungen, in welcher Form auch immer, zu führen, ist natürlich nicht angebracht**². All dies kann sowieso nicht sofort gemacht werden, da offensichtlich ist, dass es uns unter unmittelbarem Druck nicht möglich sein wird, für die Derop auch nur die in sie investierten Vermögenswerte zu erhalten. Es ist klar, dass man unter allen Umständen eine gewisse Atempause erringen muss, in deren Verlauf die Derop die Möglichkeit hätte, ihre Arbeit ungehindert zu entfalten. Dieses müssen wir von der deutschen Regierung erwirken, indem wir insbesondere die bedeutende Rolle ins Feld führen, die die Erdölprodukte und der Verkauf dieser Waren in unserer allgemeinen und auch ohnehin höchst passiven Bilanz mit Deutschland³ spielen.

2. Wenn wir Garantien für die ungehinderte weitere Tätigkeit der Derop erreichen wollen, so werden wir einige praktische Zugeständnisse machen müssen. Klar ist beispielsweise, dass uns nichts übrig bleiben wird, als einen Deutschen aus dem Umfeld der rechten Parteien zum Personalchef zu berufen, was bereits noch vor den jetzigen Ereignissen beschlossen worden ist. Auch eine gewisse Verringerung des Apparates wird nicht zu vermeiden sein.

3. Obwohl wir die Notwendigkeit einiger Zugeständnisse unsererseits in Bezug auf das innere Regime der Derop anerkennen, so können wir natürlich nicht zulassen, dass alle Forderungen erfüllt werden, die der Polizeikommissar im Gespräch mit Enko gestellt hatte. Ein kompletter Austausch des gesamten Personal-

¹ Vgl. Dok. 56, 57.

² Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

³ 1932 betrug die passive Handelsbilanz der UdSSR mit Deutschland 354,9 Mio. Reichsmark. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Statistischen Reichsamte, Berlin 1933, S. 219.

bestandes durch Nationalsozialisten ist selbstverständlich unannehmbar, sowohl unter allgemein politischen als auch unter kommerziellen Erwägungen.

4. Da allerdings nicht damit gerechnet werden kann, dass es uns unter den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland gelingen wird, die Derop in einer uns annehmbaren Form zu erhalten und es günstiger wäre, sich auf die eine oder andere Art rechtzeitig von der Derop zu trennen, als eine nationalsozialistische Derop zu haben, wurden folgende Lösungsvarianten vorgeschlagen: der Verkauf der Derop (selbstverständlich erst nach einer gewissen Zeit, wenn sich der Lärm um die Derop legt und man einen Käufer findet, der einen vernünftigen Preis zahlt), die Übergabe der Derop an eine Firma als Generalpacht oder schließlich die Verpachtung des Apparates der Derop nach Geschäftsbereichen an verschiedene Interessenten. Das Volkskommissariat für Außenhandel neigt zu der Variante einer Mehrfachverpachtung. Die Chance der Realisierbarkeit dieser Variante erscheint jedoch zweifelhaft.

5. Auf der Beratung bei ****mir****⁴, an der die Gen. Rjabovol und Cukerman teilnahmen, wurde noch eine weitere Variante zur Lösung der Derop-Frage erörtert, ****und zwar für den Fall, dass es notwendig sein sollte****⁵, sich auf die Auflösung der Derop vorzubereiten, könnte ein Teil der Geschäftstätigkeit der Derop, und zwar der Semigroßhandel, rechtzeitig an die Derunapht übertragen werden, damit lediglich der Einzelhandel der Derop liquidiert werden würde. Gen. Rjabovol machte darauf aufmerksam, dass diese Variante in Berlin geklärt werden sollte, wo er in den nächsten Tagen auf der Durchreise nach Paris sein wird.

Die Frage der Derop wird in der Regierung erörtert werden⁶. Das Dargelegte wird Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme mitgeteilt.

KOLLEGIUMSMITGLIED

Sokol'nikov

GEHILFE DES LEITERS DER WIRTSCHAFTSABTEILUNG⁷

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 14. IV. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 751 vom 14. 4. 1933.

Auf Kopfbogen des NKID, Wirtschaftssektor, geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 112–111. Beglaubigte Kopie.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Gen. Sokol'nikov.

⁵ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 68.

⁷ Der Name ist nicht ausgewiesen.

Nr. 68
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

GEHEIM
Expl. Nr. 1
ENTWURF

NKVT Nr. 227¹

14/IV-33²

BESCHLUSS³
ÜBER DIE DEROP⁴

1. Um für die Derop normale Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist

a) die Übergabe der örtlichen Apparate⁵ in die Pacht von Kommissionären, die die Verpflichtung eingehen, eine bestimmte Menge an Erdölprodukten abzunehmen, die für den Geschäftsbereich des entsprechenden Kommissionärs festgelegt worden ist und die unserer Preispolitik unterliegt, als zweckmäßig anzuerkennen;

ANMERKUNG: In den Verhandlungen mit der deutschen Regierung ist als Ausgangspunkt der Vorschlag zur Verpachtung entsprechend den in Punkt „a“ genannten Bedingungen lediglich für einen Teil der örtlichen Apparate an die erste Stelle zu rücken.

b) in den Verhandlungen mit der deutschen Regierung ist die Durchführung der Reorganisation, wie sie in Punkt „a“ vorgesehen ist, von einer Erklärung der **Vertreter**⁶ der deutschen Regierung **⁷ über das wohlwollende Verhältnis zur Tätigkeit der Derop und von der Verpflichtung der Regierung abhängig zu machen, dass sie die erwähnte Reorganisation und die Schaffung von normalen Arbeitsbedingungen für die Derop größtmöglich unterstützen wird;

c) Gen. Vejcer ist bei Bedarf das Recht zuzugestehen, in den Aufsichtsrat der Derop zwei einflussreiche Deutsche, nach Möglichkeit aus Kreisen der Reichswehr oder der Großindustriellen, aufzunehmen.

2. Der Vorschlag der Deutschen, die Derop zu verkaufen, ist abzulehnen.

Vermerk: Meiner Meinung nach kann man dem zustimmen. V. Molotov. Dafür. St[alin]. *Abstimmungsergebnis der Politbüromitglieder:* Dafür: V. V. Kujbišev, G. K. Ordžonikidze, M. I. Kalinin, A. A. Andreev, K. E. Vorošilov.

Unterschrift von A. P. Rozengol'c.

Bearbeitungsvermerk: O[sobaja]. P[apka] (*Sondermappe*).

¹ Die Zeile ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

³ Der Beschluss wurde vom Politbüro des ZK der VKP (B) am 15. 4. 1933 gefasst (Protokoll Nr. 136, Pkt. 55/31, „Sondermappe“).

⁴ Zur Kontroverse bezüglich der Derop und der verschiedenen Vorschläge zu deren Beilegung vgl. Dok. 15, 56, 57, 67.

⁵ Die Tankstellen und die übrige Infrastruktur, die im Zusammenhang mit dem Absatz von Erdölprodukten in den verschiedenen Gebieten Deutschlands stand.

⁶ Das Wort ist von Molotov handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Der an dieser Stelle nachfolgende Text „in der Person von Göring und Goebbels“ ist gestrichen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler für die Auszüge vermerkt: 2 Expl. 1. IV. 33. Auszüge an: Rozengol'c, Litvinov, [Molotovs Name ist durchgestrichen].

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 495, l. 43. Original.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 6, S. 19⁸.

Nr. 69

Aufzeichnung des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey für den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

Berlin, den 20. April 1933

Abschrift

Aufzeichnung¹

I.

In den Geschäftsbetrieb der Deutschen Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG (Derop)², die etwa 2000 Tankstellen in Deutschland besitzt, sind in den letzten Wochen Eingriffe vorgenommen worden, die darauf zurückzuführen sind, dass die Derop als eine staatsgefährliche kommunistische Organisation aufgefasst wird. Die den Geschäftsbetrieb der Derop hauptsächlich störenden Maßnahmen sind auf Grund der dem Auswärtigen Amt zugegangenen Noten der Sowjetbotschaft folgende:

1) Haussuchungen bei der Zentrale der Derop in Berlin sowie deren Leiter, bei dem Leiter der Filiale in Leipzig, in den Deropkontoren in Stuttgart, Köln (5 mal), Cottbus, Dresden, in den Deroplagern in Frankfurt a. Main, Kassel, Bingen, Düsseldorf.

2) Unentgeltliche Fortnahme von Treibstoffen u.ä. in Köln-Deutz, Pirna-Copitz, Dohna, Dresden, Leipzig-Probsteida, Ludwigshafen durch Personen in SA- oder SS-Uniform.

3) Verhaftung des Hauptbuchhalters und des interimistischen Direktors in München, des Direktors in Nürnberg.

4) Kündigung bzw. Nichterneuerung von Verträgen über den Bezug von Derop-Naphta durch die Stadtverwaltungen in Wiesbaden, Frankfurt a. M., Stuttgart, die Polizeibehörde in Bonn sowie zahlreiche Privatfirmen; Boykottklärung gegen die Derop in Magdeburg und Cottbus am 1. April.

5) Kündigung von Deropanlagen durch die Reichsbahn in Leipzig und Konstanz sowie durch die Stadt Aue (Erzgebirge).

Nach Angabe der Sowjetbotschaft ist der Absatz der Derop in Deutschland, der im Vorjahr ca. 30 Mill. RM betrug, um die Hälfte zurückgegangen. Von Sowjetseite

⁸ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 672, l. 29.

¹ Von Bülow hatte am 19. 4. 1933 mit von Neurath gesprochen, der um eine Aufzeichnung über die Derop bat. Bülow schrieb Hey: „Der Herr Reichsminister hat den Eindruck, dass die größten Schwierigkeiten dadurch entstünden, dass die Ressorts Bedeutung und Tragweite des Problems nicht verstünden. Er bitte deshalb, dies eingehend in einer entsprechenden Aufzeichnung zusammenfassend darzulegen.“ PA AA, R 29453, Bl. E 189419.

² Anmerkung im Dokument: Gesellschaft deutschen Rechtes mit ausschließlich sowjetrussischem Kapital.

wird darauf hingewiesen, dass das Vorgehen gegen die Derop mit dem Punkt IV des Schlussprotokolls der deutsch-sowjetischen Verhandlungen vom 17. Januar 1933 nicht in Einklang zu bringen sei. In dem Schlussprotokoll heißt es:

„Von deutscher Seite wurde erklärt, dass die staatlichen Institutionen grundsätzlich bereit seien, russische Naphtaprodukte zu beziehen. ... Die in Frage kommenden Organisationen einschließlich der Kommunalbehörden seien erneut nachdrücklich darauf hingewiesen worden, dass eine Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphtaprodukte im deutschen Interesse liege.“

Das Auswärtige Amt hat sämtliche Beschwerdenoten der Sowjetbotschaft zur Kenntnis der inneren Ressorts gebracht und dabei wiederholt auf das deutsche Interesse an dem Absatz von russischen Naphta hingewiesen. Eine Rückäußerung der Ressorts liegt bisher in keinem Falle vor.

Soweit dem Auswärtigen Amt bisher bekannt ist, ist der gegen die Derop bestehende Verdacht hauptsächlich auf die von der Gesellschaft in den letzten Jahren verfolgte [...politik zurückzuführen; etwa 85% der]³ reichsdeutschen Angestellten der Derop sind Mitglieder der Kommunistischen Partei. Vorbedingung für ein ungestörtes Weiterarbeiten der Derop wäre daher, dass auf diesem Gebiete eine grundlegende Änderung erfolgt. Im Einvernehmen mit Reichswirtschaftsministerium, Reichsministerium des Innern und Preußischem Min. d. Innern müsste das Auswärtige Amt der Sowjetregierung zur Kenntnis bringen, dass die Wiederaufnahme einer ungestörten wirtschaftlichen Tätigkeit der Derop nur unter der Voraussetzung einer grundsätzlichen Änderung ihrer Personalpolitik gewährleistet werden kann. Dazu wären folgende Maßnahmen erforderlich:

1) Anstelle der beiden ausgetretenen reichsdeutschen Mitglieder des Aufsichtsrats, Staatssekretär z.D. Hemmer und Reichsminister a.D. Reinhold, sind zwei andere Reichsdeutsche, und zwar prominente Mitglieder der NSDAP bzw. der DNVP, als Aufsichtsratsmitglieder zu präsentieren und von der Generalversammlung zu bestellen.

2) Entsprechend dem Generalversammlungsbeschluss der Derop vom 20. II. d. J. ist im Benehmen mit den neuen Aufsichtsratsmitgliedern anstelle des aus dem Vorstand ausgetretenen Dr. Wieland ein anderer Reichsdeutscher, der Nationalsozialist ist, in den Vorstand aufzunehmen. Die Personalien sämtlicher reichsdeutschen Angestellten und Arbeiter der Derop sind ihm zu unterstellen.

3) Der russische Personalbestand der Derop ist auf das Maß des Jahres 1931 zurückzuführen, d. h. auf etwa die Hälfte zu reduzieren.

Angesichts der außerordentlich hohen Zahlungsverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Deutschland, die sich gerade in den nächsten Monaten besonders zusammenhängen, ist der Absatz der Derop für die Sowjetunion eine zwingende Notwendigkeit. Dies um so mehr, als durch die zahlreichen Maßnahmen der Deutschen Regierung zum Schutze der Land- und Forstwirtschaft die Einfuhr aus der Sowjetunion in Bezug auf ihre sonstigen hauptsächlichsten Artikel (Getreide, Butter, Eier, Ölkuchen, Papier- und Schnittholz usw.) empfindlich gedrosselt worden ist. Auch noch aus nachstehenden beiden Gründen liegt der Bezug von russischem Naphta im deutschen Interesse: Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Reichsbank und der Sowjethandelsvertretung wird die Einfuhr sowjetischen Naph-

³ Textstelle unsicher, da Dokument beschädigt.

tas in Reichsmark bezahlt; Devisen werden also nicht benötigt. Außerdem bildet der Naphtabezug aus der Sowjetunion ein wichtiges Gegengewicht gegen die Naphtaeinfuhr der angelsächsischen Konzerne, die im Falle eines Ausscheidens des russischen Naphtas eine Monopolstellung in Deutschland gewinnen würden.

II.

Außer durch die gegen die Derop erfolgten Maßnahmen ist der Geschäftsbetrieb der Russischen Handelsvertretung noch durch folgende Maßnahmen gestört und damit die russische Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt worden:

- 1) Haussuchungen bei den Filialen der Handelsvertretung in Hamburg und Leipzig,
- 2) Festnahme und Belästigungen (Haussuchungen) von Mitgliedern sowjetischer Abnahmekommissionen in Berlin, Düsseldorf und Mannheim,
- 3) Verbot der Versteigerung von Kunstgegenständen aus sowjetrussischem Besitz in Düsseldorf und Köln.

III.

Die unter I und II dargelegten Maßnahmen gegenüber russischen Organisationen bzw. Staatsangehörigen sind teils von Polizeiorganen, teils von Mitgliedern verschiedener politischer Verbände unternommen worden. Um zu einer endgültigen Abstellung derartiger Vorkommnisse für die Zukunft zu gelangen, ist es notwendig, dass abgesehen von den Weisungen der Ressorts an die nachgeordneten Stellen eine Verfügung an die in Betracht kommenden Verbände ergeht, die bezweckt, den Schutz der wirtschaftlichen Betätigung ausländischer Organisationen und Staatsangehöriger sicherzustellen. Diese Verfügung darf sich nicht auf den Schutz sowjetrussischer Interessen beschränken, sondern müsste eine allgemeine Fassung erhalten, da Maßnahmen, wie sie unter I und II aufgeführt wurden, auch Wirtschaftsbetriebe und Angehörige anderer Staaten getroffen haben. Die Verfügung sollte jedoch erst veröffentlicht werden, nachdem sowjetischerseits die Forderungen hinsichtlich der Personalpolitik der Derop erfüllt worden sind.

IV.

Das russische Obligo⁴ gegenüber deutschen Firmen betrug Ende März 1933 etwa 1,2 Milliarden Reichsmark, von denen ca. 400 Millionen Reichsmark vom Reich und 300 Millionen durch die Länder garantiert sind. Davon sind fällig im zweiten Quartal 1933 ca. 240 Millionen Reichsmark, im dritten ca. 140 Mill. RM, von April bis Dezember d. J. demnach 550 Mill. RM. Gemäß dem Kreditabkommen vom 25. Februar d. J. erhalten die Russen zur Abdeckung dieser Verpflichtungen vom 1. April bis Ende d. J. einen Betrag von 105 Mill. RM als Darlehen. Es bleibt demnach 1933 ein Betrag von 435 Mill. RM abzudecken, der hauptsächlich durch die russische Einfuhr nach Deutschland beglichen werden muss. Im Vorjahr betrug ihr Wert 270 Mill. RM. In diesem Jahr wird er angesichts der vorher erwähnten deutschen Einfuhrbeschränkungen, deren Rückwirkung die Sowjetbotschaft auf 30 Mill. Reichsmark schätzt, voraussichtlich darunter bleiben. Somit stößt die Aufbringung des Betrages von 435 Mill. RM bereits auf erhebliche Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen ist die Lähmung der Geschäftstätigkeit der Derop, die, wie oben bemerkt, 1932 für ca. 30 Mill. RM absetzte, ganz besonders ernst.

⁴ Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

Es bedarf keines Hinweises, welche Folgen eine Zahlungsstockung der Russen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben würde. Ein Protest der russischen Wechsel müsste einen großen Teil unserer Industrie schwer treffen, Reich und Länder würden aus ihrer Garantie in Anspruch genommen werden und das gesamte Russengeschäft würde zum Erliegen kommen, da neue Garantien unter solchen Umständen nicht mehr gegeben werden könnten. Eine weitere Folge würde eine beträchtliche Steigerung der Arbeitslosigkeit mit ihren innerpolitischen Konsequenzen sein. In den west- und mitteldeutschen Industriegebieten gibt es zahlreiche Unternehmungen, die zu 80 bis 90% durch russische Aufträge beschäftigt sind.

Vorstehende Zusammenstellung zeigt, wie durch eine [...] ⁵ Wirtschaftsorganisationen in Deutschland die gesamte Basis der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erschüttert werden kann, woraus sich die zwingende Notwendigkeit der Durchführung der oben gemachten Vorschläge ergibt.

gez. Hey

PA AA, R 31498, Bl. E 496996–497002.

Nr. 70

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den diplomatischen Vertreter des NKID in Leningrad Vajnsštejn**

GEHEIM
Expl. Nr. 5

1182

21. April [1933]

AN DEN
DIPLOMATISCHEN VERTRETER DES NKID¹ IN LENINGRAD,
Gen. VAJNSŠTEJN

Sehr geehrter Grigorij Isaakovič,

auf Ihre Anfrage vom 13. April teile ich Ihnen mit, dass man in diesem Jahr wie auch in den Jahren zuvor dagegen widersprechen muss, bei den künstlerischen Ausgestaltungen der Feierlichkeiten zum 1. Mai in irgendeiner Weise Regierungsmitglieder von Staaten, mit denen wir normale Beziehungen pflegen, zu kränken. Außerdem sollten auch solche Schaumittel vermieden werden, die, auch ohne persönlich Regierungsmitglieder zu beleidigen, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten interpretiert werden und Anlass für diplomatische Proteste bieten könnten.

⁵ Es fehlt eine Textzeile.

¹ Im Dokument wurde die Abkürzung „Dipagent“ verwendet. Dies war ein Vertreter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR für die Beziehungen zu Mitarbeitern ausländischer diplomatischer, konsularischer und Handelseinrichtungen auf dem Territorium der Sowjetunion, insbesondere in den Hauptstädten der Republiken und in Hafenstädten.

Was Ihre Frage betrifft, ob es zulässig sei, ausländische, und insbesondere deutsche Arbeiter in der Uniform des Roten Frontkämpferbundes² teilnehmen zu lassen, so wird diese Frage, wie auch früher, negativ entschieden.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šejn[in]. Den anderen Agenten schreiben. 23. IV. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 790 vom 22. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl., Kopien an die Genossen Litvinov, Štern, Umanskij.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 113. Kopie.

Nr. 71

Vorlage des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Geheim

Nr. 1190

25. April 1933

An

Gen. M. M. LITVINOV

1. Wir haben weder formal noch politisch die Möglichkeit, der deutschen Botschaft und den deutschen Konsulaten auf dem Territorium der UdSSR zu verbieten, die neue deutsche Nationalflagge, zu der auch die Hitler-Flagge gehört¹, am 1. Mai, der offiziell zum deutschen amtlichen Feiertag erklärt worden ist², zu hissen.

2. Der deutschen Regierung ist inoffiziell zu bedeuten, dass auf ein Hissen ihrer Nationalflagge auf deutschen Institutionen in der UdSSR und unserer Flagge auf den Gebäuden von unseren Institutionen in Deutschland nur in dem Fall gegenseitig verzichtet werden könnte, wenn die Beziehungen zwischen uns und der deutschen Regierung einen freundschaftlichen Charakter tragen würden. Aber bei dem jetzigen gespannten Zustand dieser Beziehungen ist es nicht möglich, eine derartige Frage aufzuwerfen.

3. Das einzige, was möglich ist, ist den Eingang der deutschen Note bezüglich des bevorstehenden Hissens der neuen deutschen Nationalflagge am 1. Mai³ offi-

² Der Rote Frontkämpferbund war eine paramilitärische Kampforganisation der KPD (1924–1933). Im Mai 1929 wurde er in Preußen und danach in den anderen Ländern Deutschlands verboten, bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur existierte er illegal.

¹ Laut Anordnung von Präsident von Hindenburg vom 12. 3. 1933 wurden als Nationalflaggen Deutschlands festgelegt: Die Schwarz-Weiß-Rote-Flagge mit Adler und die Hakenkreuzflagge, beide waren gleichzeitig zu hissen. Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 103.

² Am 10. 3. 1933 unterzeichnete Hitler das Gesetz über die Einführung des 1. Mai als Feiertag der nationalen Arbeit. Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 191.

³ Verbalnote der Deutschen Botschaft in Moskau an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten vom 21. 4. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 26, d. 19, l. 6.

ziell zu bestätigen und zugleich mitzuteilen, dass angesichts der Weigerung der deutschen Regierung, sich an die ursprüngliche Regelung zu halten, die ein His-sen der Flagge lediglich am Nationalfeiertag vorsah, auch wir in Abänderung der bisherigen Praxis gezwungen sein werden, unsere Staatsflagge nicht nur am Nationalfeiertag, sondern auch zu allen staatlichen Feiertagen zu hissen, darunter auch zum 1. Mai, der ein offizieller staatlicher Feiertag in der UdSSR ist. Damit im Zusammenhang bringen wir der deutschen Regierung zur Kenntnis, dass unsere Flagge am 1. Mai auf den Gebäuden der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung in Berlin sowie der Generalkonsulate in Hamburg und Königsberg gehisst werden wird.

Es ist nicht auszuschließen, dass die deutsche Regierung in dem Wunsch, am 1. Mai ein His-sen der sowjetischen Flagge in Deutschland zu vermeiden, uns selbst vorschlagen wird, gegenseitig auf das His-sen der Flaggen zu verzichten und die bis jetzt bestehende Regelung beizubehalten.

Falls aber solch ein Vorschlag nicht erfolgen sollte, so werden wir uns genötigt sehen, unsere Flagge am 1. Mai zu hissen.

Die Übersendung einer Note entsprechenden Inhalts sollte nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin erfolgen, weil sich die Moskauer Botschaft nicht trauen wird, die Initiative zu Verhandlungen in der Flaggenfrage zu ergreifen. Zugleich ist es erforderlich, dass das Außenministerium über das bevorstehende His-sen unserer Flaggen Bescheid weiß und die entsprechenden örtlichen Behörden rechtzeitig anweist, Maßnahmen zum Schutz unserer Einrichtungen und Flaggen zu ergreifen.

4. Schließlich kann man selbstverständlich die Mitteilung der Deutschen einfach zur Kenntnis nehmen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Flagge zu hissen, ohne unsere Flagge auf unseren Einrichtungen in Deutschland aufzuziehen.

Ich bin ein Anhänger des unter Punkt 3 unterbreiteten Vorschlages, doch ich denke, dass es nötig ist, diese Frage durch eine Weisung der Instanz⁴ zu klären.

Ich füge die Aufzeichnung von Gen. Štern bei⁵.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 26. IV. 33. Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 833 vom 26. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 127–126. Kopie.

⁴ In Übereinstimmung mit der Weisung der „Instanz“, worunter man das Politbüro des ZK der VKP (B), oft auch Stalin, verstand, wurde folgende Entscheidung getroffen: „b) Dem deutschen Botschafter ist mündlich mitzuteilen, dass wir seine Note bezüglich der Absicht der Botschaft erhalten haben, am 1. Mai ihre neue Staatsflagge zu hissen, und wir nichts dagegen einzuwenden haben, da der 1. Mai in Deutschland zu einem staatlichen Feiertag erhoben worden ist. Zugleich erklären wir, dass auch die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit am 1. Mai die sowjetische Flagge hissen kann. c) Auf unseren Konsulaten in Deutschland ist die Flagge nicht zu hissen.“ Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 14 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 28. 4. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 16–16R.

⁵ Die Aufzeichnung fehlt in der Akte.

Nr. 72

Aide-Mémoire des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das AA

Berlin, den 25. April 1933

AbschriftAufzeichnung

Am 24. April 1933, um 11 Uhr vormittags, erschien ein Aufgebot von über 150 Schutz- und Kriminalpolizisten in den Räumen der DEROP-Zentrale, Berlin W 62, Budapesterstraße 9, und veranstaltete eine eingehende mehrstündige Haussuchung. Während dieser Haussuchung stellte der sie leitende Kriminalkommissar dem Generaldirektor der DEROP, Herrn Enko, einen gewissen Herrn Wilhelm Hollmann vor, der zu seiner Legitimierung einen Erlass des Preußischen Innenministeriums, unterschrieben von Herrn Staatssekretär Grauert, vorzeigte.

Dieser Erlass setzt Herrn Hollmann als staatlichen Kommissar für die DEROP A.-G. und die DERUNAPHT G.m.b.H. ein. Alle Befugnisse der Direktionen dieser Gesellschaften seien dadurch Herrn Hollmann übertragen, der von sich aus die Mitarbeiter der DEROP, Herrn Dr. Wieland und Herrn Josef-Otto Bauer, zu seinen Stellvertretern mit sofortiger Wirkung ernannte.

Herr Hollmann unternahm sofort eine Anzahl von Handlungen, deren wichtigste sind:

1. Verschickung eines Zirkulartelegramms an alle Niederlassungen und Lager der DEROP und der DERUNAPHT mit der Benachrichtigung über seine Ernennung zum staatlichen Kommissar und der Anweisung an alle Angestellten, dass von nun ab alle Verfügungen und Anordnungen der bisherigen Direktionen oder Direktionsmitglieder keine Gültigkeit mehr haben.

2. Benachrichtigung der Finanzabteilung der DEROP und der Garantie- und Kreditbank für den Osten A.-G., dass über die Gelder der DEROP nur er allein zu verfügen habe und alle finanziellen Geschäfte, insbesondere Transferierungen an die Garantie- und Kreditbank für den Osten A.-G., nur mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis erfolgen dürfen.

3. Telephonische und telegraphische Anweisungen an eine Anzahl der größten Niederlassungen der DEROP, ihre Erträge nicht mehr, wie bisher, an die Garantie- und Kreditbank für den Osten A.-G. zur Verrechnung zu überweisen.

4. Absetzung des Personalchefs der DEROP, des Staatsangehörigen der UdSSR Pachomoff, mit sofortiger Wirkung und Ernennung des Herrn Hauptmann a. D. William Sachse an seiner Stelle.

Es sei hier übrigens festgelegt, dass die die Haussuchung leitenden Polizeibeamten es strikte abgelehnt haben, den von der Botschaft der UdSSR zur Wahrnehmung der sowjetischen Interessen im Zusammenhang mit den geschilderten Ereignissen entsandten Herrn Botschaftssekretär Hirschfeld zuzulassen. Des Weiteren wurde auch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der DEROP A.-G., Herrn Friedrichson, trotz Berufung auf diese seine Eigenschaft, der Zutritt zu den Räumen der DEROP verweigert. Nach Beendigung der eigentlichen Haussuchung wurden auch Herr Generaldirektor Enko und sein Stellvertreter Herr Merdinian aufgefordert, die Räume der DEROP zu verlassen, während Herr Hollmann und die mit ihm er-

schieneenen Herren noch weiter allein dort verblieben sind und die Polizeibeamten die Besetzung der Räumlichkeiten durch SA-Leute angekündigt haben.

Die Botschaft war schon des Öfteren gezwungen, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes darauf zu lenken, dass die ununterbrochenen Haussuchungen, Sistierungen, Entnahmen, Kündigung von Pacht- und Lieferverträgen, sowie die sonstigen Störungen und Eingriffe in die Vertriebstätigkeit der DEROP eine höchst nachteilige Wirkung auf deren Ertrag und Gewinn zur Folge haben.

Es wurde seitens der Botschaft wiederholt auch darauf hingewiesen, dass die Tragweite dieser Folgen für die Gestaltung der Zahlungsbilanz zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reiche nicht ernst genug eingeschätzt werden kann.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedeuten die oben geschilderten Vorgänge eine weitere schwerwiegende Beeinträchtigung und kaum abzuschätzende Verschärfung der Lage der DEROP und der mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Handels- und Finanzmöglichkeiten der UdSSR auf dem Gebiete des Absatzes sowjetischer Naphtaprodukte auf dem deutschen Markt.

Der Botschafter der UdSSR in Deutschland sieht sich daher gezwungen, ganz entschiedenen Protest gegen die Eingriffe in die Tätigkeit der DEROP und DERUNAPHT, insbesondere gegen die Einsetzung eines staatlichen Kommissars und dessen bereits getroffenen Maßnahmen zu erheben.

Der Botschafter der UdSSR in Deutschland steht auf dem Standpunkt, dass die Bestellung eines staatlichen Kommissars und dessen Maßnahmen unverzüglich rückgängig zu machen sind; den die Interessen der UdSSR materiell und moralisch schädigenden Eingriffen ist sofort Einhalt zu gebieten; sach- und fachgemäße kommerzielle und wirtschaftliche Tätigkeit der DEROP und DERUNAPHT ist im vollen Umfange alsbald wieder herzustellen. Zur Frage der Gestaltung der Voraussetzungen zur weiteren im Interesse beider Länder genügend ersprießlichen Tätigkeit der DEROP habe sich dann die Deutsche Regierung unter Berücksichtigung der Bedeutung der DEROP-Erträge für die Handels- und Zahlungsbilanz zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich zu äußern.

AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, Bl. 84–82. Kopie. In deutscher Sprache.

Nr. 73

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 25. April 1933

Der Sowjetbotschafter, Herr Chintschuk, wurde heute in der Derop-Angelegenheit von Herrn Staatssekretär von Bülow in Anwesenheit des Unterzeichneten empfangen¹. Herr Chintschuk übergab die anliegende² *Aufzeichnung*³ und erläuterte sie; hierbei betonte er in erster Linie die Notwendigkeit der Abberufung

¹ Aleksandrovskij rief am 24. 4. 1933 nach der Haussuchung in der Derop-Zentrale erregt im AA an und bat um einen baldmöglichsten Empfang des Botschafters durch von Neurath oder durch den Staatssekretär. Vgl. PA AA, R 35960, Bl. E 659872.

² Vgl. Dok. 72; vgl. auch PA AA, Moskau 230, Bl. E 667405–667408.

³ Das Wort ist unterstrichen.

des gestern von der preußischen Regierung bei der Derop eingesetzten Kommissars.

Herr von Bülow erklärte Herrn Chintschuk, dass das Auswärtige Amt bei allen Ressorts volles Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion gefunden habe, dass aber *der Verdacht der kommunistischen Betätigung der Derop-Mitglieder bei den zuständigen Stellen unabwendbar sei*⁴. Die Bekämpfung des Kommunismus werde in Deutschland mit allen Kräften fortgesetzt, und die Aktion gegen die Derop habe in erster Linie polizeilichen Charakter gehabt. Die bei der Derop vorgenommenen Haussuchungen hätten ergeben, dass der gegen die Derop *gehegte Verdacht kommunistischer Betätigung gerechtfertigt gewesen sei*⁵. Der Staatskommissar werde in erster Linie eine völlige Neuordnung des Personalbestandes der Derop durchführen, aus der die deutschen Kommunisten nach und nach entlassen werden würden. Im Übrigen werde der *Staatskommissar, der im Naphtageschäft bewandert*⁶ sei, die wirtschaftliche Tätigkeit der Derop nach Kräften fördern. Diese Förderung könne bei der ständig zunehmenden Abneigung, Produkte der Derop zu kaufen, am besten durch einen Kommissar **gesichert**⁷ werden.

Ich habe daraufhin die von dem Kommissar Hollmann mitgeteilten Ergebnisse der Polizei-Aktion über die kommunistische Betätigung in der Derop dem Botschafter im Einzelnen dargelegt⁸.

Der Botschafter *erklärte, dass er die Notwendigkeit eines deutschen Personalchefs wohl einsehe*⁹ und auch im Übrigen bereit sei, den Wünschen der deutschen Regierung nach Möglichkeit entgegenzukommen, dass aber die *Einsetzung eines Kommissars das Prestige der Sowjetregierung sehr stark berühre*¹⁰.

Herr von Bülow bat ihn, in erster Linie einen Weg zu praktischer Lösung der Schwierigkeiten zu finden, und regte in dieser Beziehung eine baldige Aussprache zwischen einem Vertreter des Botschafters und dem Kommissar an, um die gegenseitigen Standpunkte zu klären. Diese Besprechung ist für heute Abend im AA **bei dem Unterzeichneten**¹¹ in Aussicht genommen¹².

gez. Meyer

Handschriftliche Unterzeichnung.

PA AA, Moskau 230, Bl. E 667403–667404.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 186, S. 341–342.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: geboten.

⁸ Vermutlich geht es um das Dokument „Angaben über kommunistische Umtriebe bei der Derop und Derunapht, 25. 4. 1933“. In: BArch, R 58/ 3311, Bl. 151–153.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist eingefügt.

¹² Vgl. Dok. 74.

Nr. 74
Aufzeichnung einer Sitzung im AA

Protokoll der Sitzung vom 25. April 1933 über die Derop – Angelegenheit
Anwesend:

Min.Dir. Meyer	
Leg.Rat von Tippelskirch	Auswärtiges Amt
Leg.Sekretär Bräutigam	
Min.Rat Mossdorf	Reichswirtschaftsministerium
Staatskommissar Hollmann	
Direktor Wieland	Derop
Botschaftsrat Alexandrowski	
Herr Fridrichson	Russen
Herr Jenko	

Min.Dir. Meyer: Sie wissen, meine Herren, dass auf einen Erlass des Preussischen Ministeriums des Innern Herr Hollmann als Kommissar für die Derop eingesetzt worden ist. Diese Einsetzung ist auf Grund der bei uns geltenden Gesetzesbestimmungen erfolgt. Diese Tatsache ist gegeben und eine Diskussion hierüber findet nicht statt. Die Grundlage für diese Maßnahme ist der begründete Verdacht der Betätigung kommunistischer Propaganda des Personals der Derop gewesen. Es ist Ihnen bekannt, dass seitens des Auswärtigen Amtes seit Wochen und Monaten darauf gedrängt worden ist, eine vollkommene Umstellung des Personals vorzunehmen; wir haben ständig auf die Untragbarkeit hingewiesen, dass das Personal der Derop zu einem großen Prozentsatz kommunistisch eingestellt ist. Leider haben die Vorstellungen des Auswärtigen Amtes ebenso wenig einen Erfolg gehabt wie der Beschluss der Generalversammlung vom 20. Februar, in dem ebenfalls eine personelle Reorganisation gefordert wurde. Die Haussuchung bei der Derop hat erhebliches Material über die kommunistische Betätigung ergeben. Ich habe bei der heutigen Unterredung des Herrn Staatssekretärs mit Herrn Chintschuk¹ diesem das Material in großen Zügen mitgeteilt. Sie werden uns erlauben, es Ihnen sukzessive zu unterbreiten.

Jetzt kommt es darauf an, erstens die personelle Umstellung der Derop möglichst schnell durchzuführen und zweitens dafür Sorge zu tragen, dass die Derop wieder rasch leistungsfähig wird.

Botsch.Rat Alexandrowski fragt, wie er diese Versammlung überhaupt aufzufassen habe. Nach den einleitenden Worten von Herrn Ministerialdirektor Meyer glaube er, dass seine Anwesenheit hier nicht am Platze sei. Er könnte nur wie sein Botschafter sagen: Wenn deutscherseits behauptet würde, dass begründeter Anlass zu der Haussuchung und zur Einsetzung des Kommissars bestanden hätte, so bestände keine Grundlage zu einer freundschaftlichen Besprechung. Er ginge von der Voraussetzung aus, dass die Ereignisse, die sich um die Derop häuften, eine Folgeerscheinung des politischen Umschwunges in Deutschland seien. Dieser sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und interessiere ihn nicht. Er müsse es

¹ Vgl. Dok. 73.

aber energisch zurückweisen, dass ein begründeter Anlass besteht, die Derop politischer Umtriebe zu beschuldigen.

Min.Dir. Meyer führt aus, dass er zu dieser Besprechung auf Grund der Unterredung des Herrn Botschafters mit Herrn von Bülow eingeladen habe, um den Herren die Möglichkeit persönlicher Fühlungnahme zu geben und möglichst schnell alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Einsetzung des Kommissars sei zu Recht erfolgt; es sei im Übrigen eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die in keiner Weise diskutiert werden könnte. Im Übrigen habe er kurz die Gründe für die Einsetzung des Kommissars angegeben. Eine eingehendere Diskussion dieses Punktes sei nicht notwendig. Das Ziel dieser Besprechung sei, möglichst schnell Mittel und Wege zu finden, die Derop entsprechend der nationalen Umstellung gleichzuschalten und möglichst rasch wieder zu wirtschaftlicher Blüte zu bringen. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten gezeigt, dass der Absatz der Derop infolge der kommunistischen Einstellung ihres Personals immer mehr zurückgehe. Zahlreiche Kommunen und sonstige Stellen haben sich bereits vollkommen von der Derop zurückgezogen.

Alexandrowski: Ich muss einwenden, dass der Herr Botschafter dem Herrn Staatssekretär gegenüber seinen Standpunkt dahin zum Ausdruck gebracht hat, dass er sich mit der Einsetzung des Staatskommissars für die Derop nicht einverstanden erklären könne, soweit es unsere Interessen anbelangt.

Min.Dir. Meyer: Das ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, über die ich jede Diskussion ablehnen muss. Ich schlage vor, jetzt zu einer Diskussion der praktischen Fragen überzugehen und bitte den Herrn Kommissar, zunächst seine Absichten darzulegen.

Herr Hollmann: Mit der Tatsache, dass ich als Staatskommissar eingesetzt worden bin, müssen Sie rechnen. Daran ist nichts zu ändern. Ich bin eingesetzt worden, um das Personal der Derop umzugestalten und den Umsatz zu stärken. Die Derop war in den letzten Jahren heftigen Angriffen in der Presse ausgesetzt; der Umsatz ging immer mehr zurück, sodass bei gewissen Tankstellen aus bekannten Gründen überhaupt nicht mehr getankt wurde. Damit ist sowohl Russland wie uns nicht gedient. Sie wollen Ihre Produkte absetzen in Deutschland, wir wollen Austauschgeschäfte mit Ihnen machen. Ich habe den Auftrag, diese freundschaftlichen Beziehungen unter keinen Umständen zu stören. Ich bin gewillt, mit Ihnen Hand in Hand zu arbeiten, und habe das schon heute der Presse gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wir sind uns darüber klar, dass durch die russischen Aufträge viele deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Da die Derop jetzt auf nationale Basis durch die Umänderung des Personals umgestellt werden wird, ist die Gewähr dafür gegeben, dass auf Grund dieser nationalen Basis sich der Umsatz steigert. Durch die Presse ist die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt worden, dass jeder Vorwurf einer staatsfeindlichen Betätigung überflüssig ist und dass die Derop auf rein nationalem Boden steht. Die Durchführung muss mir im Einzelnen überlassen bleiben. Ich bin dem Preußischen Ministerium des Innern verantwortlich für die Personalfrage und die Wirtschaftlichkeit der Derop. Die Personalveränderungen können nicht von heute auf morgen vor sich gehen. Heute Morgen hat sich unter den Herren der Derop ein passiver Widerstand bemerkbar gemacht, indem sie die Bücher nicht herausgeben wollten. Dieser ist beseitigt worden. Dasselbe ist in Hamburg und in Mannheim geschehen. Das kostet nur Zeit. Ich habe Anweisung

erteilt, dass nur jemand entlassen wird, wenn Ersatz vorhanden ist. Die finanziellen Dispositionen werden von den Herren des bisherigen Vorstandes weiter getroffen; sie müssen aber von mir gegengezeichnet werden. Die Herren bleiben genau in denselben Positionen wie früher. Dies alles soll geschehen, um die Derop auf durchaus gesunde Basis zu bringen.

Herr Jenko: führt aus, dass deutscherseits immer von der schlechten wirtschaftlichen Lage der Derop gesprochen werde. Über den Umsatz des Jahres 1932 hätte sich der verantwortliche Leiter nicht beklagen können. Wir haben es dank der deutschen Unterstützung in unserem Umsatz 1932 sehr weit gebracht. Es ist richtig, dass der Umsatz 1933 um ein Bedeutendes zurückgegangen ist. Im ersten Vierteljahr von 1933 hatten wir nur 50% des Umsatzes von 1932 in der gleichen Zeitspanne. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine ganze Reihe von Behörden usw. von der Derop abgesprungen sind, nicht zuletzt auf Grund der Fälle, die sich um die Derop herum abgespielt haben. Der Tankstellenumsatz ist sehr stark zurückgegangen. Es ist deutscherseits an uns herangetreten worden, Maßnahmen zu ergreifen, um die Derop reibungslos arbeiten zu lassen. Es sind Vorschläge gemacht worden, die ich nach Moskau weitergegeben habe. In Moskau ist mir gesagt worden, dass diese Vorschläge in Besprechungen zwischen der deutschen Regierung und unserem Herrn Botschafter durchgesprochen werden sollten, um unbedingt ein reibungsloses Arbeiten der Derop zu ermöglichen. Man sollte in der nächsten Woche wieder Verhandlungen führen. Inzwischen ist die Aktion durchgeführt worden. Dass wir in der Personalfrage entgegenkommend sind, geht schon daraus hervor, dass wir mit einer deutschen Firma in Verhandlungen stehen, um eine Zweigniederlassung abzustoßen, jedoch nicht käuflich, sondern die Geschäfte sollen in unserem Namen von einer deutschen Firma geführt werden. Es ist nicht leicht, diese Verhandlungen durchzuführen, aber vielleicht wäre es mit Hilfe der Deutschen Regierung denkbar. Wir hatten geglaubt, vielleicht schon heute konkrete Vorschläge zu hören.

Mit dem gestrigen Tage ist die Verwaltung der beiden Gesellschaften an Herrn Staatskommissar übergegangen. Es wurde ausdrücklich betont, dass weiterhin irgendwelche Anweisungen nur auszuführen seien, wenn sie die Unterschrift des Herrn Staatskommissars oder seiner Vertreter tragen. Das war bis heute Mittag ein unmöglicher Zustand. Wenn auch die Herren aufgefordert waren, an ihrem Platz zu bleiben und ihre Arbeit zu tun, so hatten sie doch keine Möglichkeit dazu, wenn sie nicht als Vorstand einer deutschen Gesellschaft sich des Widerstandes gegen ein deutsches Regierungsorgan schuldig machen wollten. Heute Nachmittag hatten wir die erste Aussprache mit dem Herrn Staatskommissar, der dasselbe sagte wie vorhin. Dass trotzdem diese Maßnahme unsere wirtschaftlichen Interessen schädigen muss, ist schon aus dem neuesten Beispiel zu ersehen. Wir hatten eine Schiedsgerichtsverhandlung. Die Gegenseite sagte sofort, dass sie heute auf eine Entscheidung drängen müsse, denn vielleicht sei die Derop morgen schon nicht mehr da.

Min.Dir. Meyer: Sie sprechen von dem starken Rückgang des Absatzes. Ich habe gleich zu Anfang unserer Besprechungen auf die Gründe des Rückgangs im Absatz der Derop hingewiesen und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, dass jetzt alle Maßnahmen getroffen werden, um den Absatz in Zukunft wieder zu heben. Die Ausführungen von Herrn Jenko sind der beste Beweis für die Notwendig-

keit, die Derop umzustellen. Selbstverständlich zieht eine Maßnahme wie die Einsetzung eines Kommissars im ersten Moment irgendwelche unangenehmen Folgen nach sich. Der Herr Kommissar hat aber innerhalb 24 Stunden alles getan, was erforderlich war, um die Wirtschaftlichkeit der Derop und Derunapht wieder zu gewährleisten und es besteht wahrhaftig keinerlei Anlass zu Beschwerden. Was das Beispiel mit dem Schiedsgericht anbelangt, so kann ich nur sagen, dass jeder, der einen rechtlichen Anspruch hat, überzeugt sein kann, dass ihm dieser hundertprozentig sichergestellt wird. Ich finde das Verhalten des Gegners im Schiedsgericht sehr wenig erfreulich.

Hollmann: Ich werde dagegen einschreiten, betone im Übrigen, dass ich die Gewähr dafür übernehme, dass jeder zu seinem Rechte kommt.

Min.Dir. Meyer: Ich möchte jetzt einen praktischen Vorschlag machen. Ich bin dafür, dass die Herren sich so bald wie möglich zu einer Besprechung zusammenfinden und in praktischer Arbeit Mittel und Wege suchen, um das Ziel, den Betrieb der Derop wieder wirtschaftlich zu gestalten, zu erreichen.

Alexandrowski: Wie lange wird die Tätigkeit des Herrn Kommissars dauern?

Min.Dir. Meyer: Der Herr Staatskommissar muss die Aufgaben des Personalwechsels und die wirtschaftliche Frage vollkommen durchführen. Ich kann nicht sagen, ob das 6 Wochen oder 6 Monate in Anspruch nimmt. Jetzt müssen wir in die positive Arbeit eintreten.

Herr Hollmann ist damit einverstanden.

Herr Fridrichson: Es freut mich, dass Sie die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften wieder herstellen wollen, aber die Wege sind nicht richtig. Die Derop ist eine Privatgesellschaft, aber wir wären nicht hier, wenn hinter der Derop nicht unsere Sowjetunion stände. Wir wollen mit Ihnen freundschaftlich zusammenarbeiten und jeden Vorschlag prüfen, ob er praktisch annehmbar [ist], aber er darf unser Prestige nicht stören. Ich lehne es aber ab, eine Besprechung mit dem Herrn Reichskommissar zu haben. Wir sind bereit, mit der Deutschen Regierung jeden praktischen Vorschlag zu prüfen.

Hollmann: Der Vertreter der Regierung gegenüber der Derop bin ich im Augenblick, bitte verhandeln Sie doch mit mir!

Min.Dir. Meyer: Es ist vom Herrn Staatskommissar betont worden, dass er die wirtschaftlichen Belange der Derop fördern will. Niemand hat die Absicht, das Prestige der Sowjetunion zu untergraben. Die Fragen müssen in einer praktischen Diskussion mit einem Vertreter der Regierung – das ist der Kommissar, der durch die verschiedenen Länder bestätigt worden ist und somit Vollmacht für ganz Deutschland hat – behandelt werden.

Fridrichson: Was sollen wir verhandeln?

Min.Dir. Meyer: Z. B. die Frage der Übertragung von Geldern, des Verkaufs.

Alexandrowski: Zum zweiten Mal tauchen [bei] mir Bedenken auf, ob ich überhaupt hier sein darf. Ich bin hierher gekommen, um freundschaftlich darüber zu sprechen, wie die außenpolitischen Fragen, die mit der Derop zusammenhängen, ihre Berücksichtigung finden. Ich habe eben gehört, dass rein technische Fragen zur Erörterung stehen. Dann bin ich hier nicht am Platze.

Min.Dir. Meyer: Der Herr Kommissar hat von sich aus als selbstverständlich betont, dass die Förderung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Sowjetunion ihm ebenso am Herzen liegt wie uns. Dasselbe hat Herr von Bü-

low dem Herrn Botschafter gesagt. Wir sind uns darüber einig, dass der Absatz der Derop gefördert werden soll. Über die Frage des Wie sollen die Herren morgen verhandeln. Über die politische Grundlage sind wir einig.

Hollmann: In Deutschland ist ein nationaler Umschwung erfolgt. Wir passen uns dieser Tatsache an und wollen jetzt Umsatz für die Derop schaffen.

Alexandrowski: Aber nicht um jeden Preis.

Hollmann: Sie werden niemanden mehr finden, der Derop-Produkte kauft, wenn Sie der Umstellung nicht Rechnung tragen.

Alexandrowski: Ich kann nicht dulden, dass die außenpolitischen Interessen, die ich zu vertreten habe, außer Acht gelassen werden.

Min.Dir. Meyer: Es steht hier nur die Frage zur Diskussion, wie wird die Derop umorganisiert und wie der Betrieb gefördert.

Alexandrowski: Ich muss mich entschuldigen, ich habe damit nichts zu tun. Der Herr Botschafter hat Protest erhoben wegen der Einsetzung des Kommissars. Er hat ausdrücklich gesagt, die Voraussetzung für die Besserung der Lage sei, dass uns nicht vorgeschrieben werde, wie die Derop geführt werden soll. Das ist keine Grundlage zu freundschaftlichen Besprechungen.

Min.Dir. Meyer: Ich möchte noch einmal wiederholen, die Frage der Einsetzung des Kommissars steht nicht zur Diskussion.

Jenko: Ich kann nicht verstehen, warum hier von Gleichschaltung gesprochen wird. Warum wird die Derop heute kommerziell bevormundet, warum tut man nicht dasselbe bei Schell? Vielleicht hat man kein Zutrauen zu uns, vielleicht sind wir schlechte Kauflleute.

Hollmann: Ich habe die Berechtigung, die deutschen Interessen zu vertreten.

Min.Dir. Meyer: Die deutsche Gesetzgebung liegt vor. Auf Grund der deutschen Gesetzgebung hat der preußische Staat, dem sich alle Länder angeschlossen haben², das Recht, in eine deutsche Gesellschaft einen Kommissar einzusetzen. Infolgedessen sehe ich nicht ein, warum Sie sich dagegen sträuben wollen, mit dem Kommissar zu verhandeln. Wir wollen jetzt mit den Herren im Interesse der beiden Länder uns zusammensetzen und arbeiten.

Alexandrowski: Zweifellos liegt die deutsche Gesetzgebung vor und die Deutsche Regierung hat das Recht, Kommissare einzusetzen. Aber in der Derop steckt sowjetrussisches Kapital und man kann die Interessen dieses Kapitals doch nicht ignorieren.

Hollmann: Sie sollen ja vertreten sein!

Alexandrowski: Unser Kapital soll gewissermaßen blind arbeiten, ohne zu wissen, was wir für eine Perspektive haben.

Hollmann: In der Derop stecken 25 Millionen deutsches und 12 Millionen russisches Kapital, wir haben ebenso gut das Recht, die deutschen Interessen in der Derop zu vertreten.

Jenko: Es bestehen in der Sowjetunion einzelne Truste, aber die Sowjetregierung ist doch allein Inhaber des Volksvermögens und dem Deutschen Reich für noch 100 Millionen gut. Diese werden bezahlt werden. Warum auf einmal diese

² Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, 31. 3. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 153–154; Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, 7. 4. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 173.

Sonderbehandlung für 25 Millionen? Wir sind nichts anderes als Vertreter unseres Trusts hier. Es gibt auch andere Wege, um die deutschen Interessen in diesen Gesellschaften wahrzunehmen ohne eine solche Maßnahme, wie sie die Einsetzung des Staatskommissars darstellt.

Alexandrowski: Es sind andere Wege vorhanden, die uns deutscherseits angedeutet worden sind. Uns wird aber vorgeschrieben, ein Kommissar wird eingesetzt und wir haben nach seinen Verfügungen zu handeln. Wenn Sie um die Wahrung der deutschen Interessen besorgt sind, so sind wir besorgt um die Wahrung der russischen Interessen.

Hollmann: Der Staatskommissar muss solange in Tätigkeit bleiben, bis die Personalveränderungen erfolgt sind. Ich bin bereit, den Staatskommissar nur für die Personalien gelten zu lassen, im Übrigen über alles zu verhandeln und in den kommerziellen Fragen den Kommissar beiseite zu lassen. Wir wollen gemeinsam die Interessen der Derop vertreten.

Mossdorf: Ich möchte den Vorschlag des Herrn Min.Dir. Meyer über eine Zusammenkunft morgen unterstreichen. Vielleicht könnten als erstes Thema lediglich Personalfragen verhandelt werden.

Hollmann: Die Personalfragen bleiben meiner Entscheidung allein vorbehalten.

Min.Dir. Meyer: Ich möchte auch nicht die Personalfragen zum Gegenstand der Besprechung machen, sondern die Frage der Weiterführung der Derop.

Alexandrowski: Ich glaube, die Herren von der Derop dürfen eine Entschliebung nicht annehmen ohne die Genehmigung der Aktionäre.

Hollmann: Sie können ja den Entscheid vorbehalten und den Vorschlag nach Moskau drahten. Ich möchte in Zukunft bitten, dass ein russischer und ein deutscher Herr bei den notwendigen Dispositionen zusammenarbeiten.

Tippelskirch: Nach dem Verlauf der Verhandlung muss man das Gefühl haben, dass die deutschen Herren alles getan haben, was dazu beitragen kann, um zu einer Einigung zu kommen.

Alexandrowski: Wenn Sie uns vor vollendete Tatsachen stellen, so gestatten Sie uns, dass wir solche Schlussfolgerungen ziehen.

Hollmann: Die Einsetzung des Kommissars für die Personalfrage haben Sie selbst heraufbeschworen, weil Sie die Wünsche der Generalversammlung und des Auswärtigen Amtes nicht berücksichtigt haben. Ich bin bereit, morgen mit Herrn Jenko die ganzen anderen Dispositionen zu treffen. Ich bin eingesetzt worden, weil Sie die vorzunehmenden Personalveränderungen in der Derop nicht vorgenommen haben trotz der verschiedenen Wünsche, die vom Auswärtigen Amt Ihnen vorgetragen worden sind. Sie haben zwar Zusagen gemacht, es ist aber nichts erfolgt. Darauf hat der Preußische Minister sich entschlossen einzugreifen, um zu verhüten, dass die Derop-Tankstellen durch die Erregung der Bevölkerung irgendwelchen Schaden erleiden. Es sind schon Angriffe darauf erfolgt. Man hat mich eingesetzt, um Ihnen zu helfen. Ganz Deutschland ist bereit, russischen Betriebsstoff zu kaufen, wenn ich als SS-Mann als Kommissar eingesetzt bin.

Tippelskirch: Der Herr Kommissar ist dazu da, um alle Wünsche über gesteigerten Absatz der Derop-Produkte zu befriedigen, die Sie uns in vielen Noten nahegebracht haben.

Min.Dir. Meyer: Durch die Mitwirkung des Kommissars bekommen Sie die

Sicherheit, dass das Benzin in großen Mengen abgesetzt wird. Die personellen Fragen werden von dem Herrn Kommissar geregelt werden.

Alexandrowski: Dazu war es nicht notwendig, einen Kommissar einzusetzen. Sie statuieren ein Exempel.

Mossdorf: Nach den Erklärungen müssten Sie doch froh sein, dass der Herr Kommissar eingesetzt ist.

Jenko: Alle diese Fragen, die hier angeschnitten worden sind, könnten vielleicht auch ohne eine solche Maßnahme genau so gut durchgeführt werden. Aber so ist eine Lage geschaffen, in der wir nicht mehr vorwärts kommen können. Wir sind gegenüber den anderen Gesellschaften in die zweite Linie gedrängt.

Min.Dir. Meyer: Der Herr Staatskommissar hat gesagt, dass ihm eine Bevormundung Ihrer Geschäfte gar nicht in den Sinn kommt.

Alexandrowski: Ich habe meine Meinung gesagt und möchte mich verabschieden.

Min.Dir. Meyer: Wenn Sie nicht zu einer Einigung kommen wollen, so liegt das bei Ihnen. Deutscherseits ist Ihnen in weitgehendstem Maße entgegengekommen worden und Ihnen versichert worden, dass alle Maßnahmen für eine Hebung des Betriebs der Derop in engem Einvernehmen und in ständiger Zusammenarbeit mit den russischen Herren getroffen werden sollen.

Schluss der Sitzung.

Auf dem ersten Blatt Abzeichnung Meyers.

PA AA, R 35960, Bl. E 659859–659870.

Nr. 75

Notiz des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Geheim

Nr. 1191

26. April 1933

An

Gen. LITVINOV

Ich bin dagegen, sich an die deutschen Zivilgerichte mit kleinlichen Angelegenheiten und mit strafrechtlichen Anklagen bezüglich einzelner von der Polizei und von den Nazis begangener Exzesse zu wenden. Derartige Versuche sind zwecklos, weil alle unsere Bemühungen, das Gericht einzuschalten, mit unseren Niederlagen enden und lediglich zu einer Zunahme der Verhöhnungen und der Exzesse führen werden. Denn jede Zurückweisung unserer Klage und jede Rechtfertigung der Schuldigen wird eine neue Herausforderung an unsere Adresse sein.

Zugleich werden unsere Gänge zum Gericht den Eindruck hinterlassen, dass uns bei all den verübten Exzessen am meisten die materielle Seite interessiert.

Ich spreche schon gar nicht davon, dass wir uns in einer ganzen Reihe von Fällen mit der Verteidigung der staatsbürgerlichen Interessen von halbsowjeti-

schen und sogar von antisowjetisch gesinnten Personen, wie Iŝlonskij¹ und anderen, vor Gericht befassen müssten.

Ich schlage deshalb vor, sich auf eine allgemeine Erklärung an das Außenministerium zu beschränken, dass wir der deutschen Regierung auch die materielle Verantwortung für den unseren Bürgern zugefügten materiellen Schaden in all den Fällen zuweisen, zu denen wir unseren Protest erklärt haben und erklären.

Falls Sie mit mir übereinstimmen, werde ich diese Frage nicht im Kollegium aufwerfen und Chinčuk in meinem Namen in dem ausgeführten Sinne antworten².

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 26. IV. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 835 vom 27. 4. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 3 E[xemplare]. Kopie: an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 128. Kopie.

Nr. 76

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 477¹

Berlin, 28. 4. 33

AN

N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Ich habe Ihnen über Gen. Ozerskij einen Brief zu den letzten Ereignissen in der Derop geschickt. In Ergänzung zu diesem Brief möchte ich Sie über den weiteren Verlauf der Ereignisse informieren.

Den Hauptinhalt des Gespräches bei Meyer mit Kommissar Hollmann habe ich telegrafisch übermittelt. Einzelheiten finden Sie in der Aufzeichnung Aleksandrovskijs. Hier möchte ich nur noch einmal betonen, dass wir alle ungeachtet des abrupten und nach außen ergebnislosen Endes dieser Beratung² den Eindruck haben, als ob Gesprächsbereitschaft besteht und ein unter den gegebenen Bedingungen für uns annehmbarer Kompromiss möglich ist. Doch dafür sind weitere geduldige Gespräche notwendig, ferner sollte nicht das krankhafte Geltungsbedürfnis der Nazis und insbesondere des frischgebackenen Kommissars berührt werden. Hierher gehört vor allem der „allerhöchste Akt“ der Ernennung des Kommissars.

¹ Vgl. Dok. 50, Anm. 4.

² Vgl. Dok. 82.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 74.

Es ist absolut unmöglich, seine Ablösung direkt zu fordern. Im gegenwärtigen Stadium darf man diese Position nicht aufgeben, vielmehr muss man eine harte Linie zur Verteidigung unserer Interessen insgesamt und konsequent einnehmen. Von daher wird es auch richtig sein, nicht über den Kommissar zu sprechen, sondern über den Umfang seiner Kompetenzen, die im Übrigen in keinem der Gesetzesakte der Regierung Hitler beschrieben sind, während das Recht zur Ernennung des Kommissars mit voller Entschiedenheit ausgesprochen worden ist, wie sich auch die Regierung mit der Verfügung vom 28. Februar das Recht herausgenommen hat, sogar in das Eigentumsrecht einzugreifen, wenn dies für die Interessen der staatlichen Sicherheit als erforderlich angesehen wird³.

Zu meinem telegrafischen Bericht über das Gespräch mit Neurath⁴ wiederhole ich hier, dass ich die Unterredung mit der entschieden vorgetragenen Erklärung begann, Neurath dürfe sich nicht über den ernsten Ton meines entschiedenen Protestes wundern, weil nach meinem letzten Gespräch mit ihm erneut derartige Exzesse stattgefunden hätten, auf die ich nicht anders reagieren könne. Mit der Haussuchung bei dem stellvertretenden Leiter der Handelsvertretung, Fajnštejn, seien unsere Rechte auf Exterritorialität verletzt worden. Unsere Bürger würden weiterhin mit Haussuchungen belästigt und verhaftet, wobei man sich sogar hochgestellte und für unsere Wirtschaftsbeziehungen wichtige Personen wie den Vorsitzenden der Derutra⁵, Al'berg, greife. Mit der polizeilichen Besetzung der Derop-Zentrale hätten die nicht enden wollenden Überfälle auf die Derop schließlich einen Höhepunkt erreicht⁶. Außerdem sei gegen die Derop und die Derunapht die eindeutig diskriminierende Maßnahme getroffen worden, durch Sondererlass der preußischen Regierung einen Staatskommissar zu ernennen. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass dies bis jetzt der erste und einzige Fall der Ernennung eines Kommissars für ein ausländisches Unternehmen sei. Dies alles und andere Erscheinungen zeugten davon, dass gegen uns bewusst eine organisierte Hetzjagd betrieben werde. Ich beschränke mich darauf, an die grobe Verfälschung der Antwort von Neurath auf meine letzte ihm gemachte Vorstellung⁷ zu erinnern, die vom offiziellen Nachrichtenbüro Wolff verbreitet worden sei. Neurath hätte mir damals per Telefon gesagt, dass die seine Antwort verfälschende Mitteilung nicht von ihm ausgehe. Und so sei es unter uns geblieben. Darauf antwortete Neurath verwundert, ob es denn nicht ein Dementi gegeben habe. Ich antwortete, dass dazu in der deutschen Presse kein Ton zu hören gewesen sei. Neurath zuckte darüber zusammen, insbesondere als ich Neurath offen sagte, dass die gesamte Atmosphäre unserer letzten Unterredung nicht den geringsten Anlass für eine Veröffentlichung der Wolffschen Meldung geliefert habe. Neurath bestätigte vorbehaltlos meine These. Ich lenkte weiter seine Aufmerksamkeit darauf, dass in der deutschen Presse nicht ein einziges Wort zu der Erklärung zu vernehmen sei, die Dirksen gegenüber unserem Volkskommissar Litvinov⁸ abgegeben habe.

³ Vgl. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, 28. 2. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 83.

⁴ Am 26. 4. 1933; vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 135, S. 265–267.

⁵ Die Deutsch-Russische Transport-Aktiengesellschaft wurde im Mai 1921 gegründet, um Speditions- und Transportfragen zu koordinieren.

⁶ Am 24. 4. 1933; vgl. Dok. 72.

⁷ Vgl. Dok. 53.

⁸ Vgl. Dok. 50.

Ich erklärte, dass alle diese Fakten im krassen Widerspruch zu den Beteuerungen Neuraths und zu der Rede Hitlers vor dem Reichstag stehen, die den Willen der deutschen Regierung zum Ausdruck bringen, mit uns weiterhin freundschaftliche Beziehungen pflegen zu wollen. Dieser Widerspruch und die tatsächliche Lage beraubten uns völlig der Möglichkeit, die Erklärung der deutschen Regierung als reale Grundlage unserer Beziehungen zu nehmen, zumal viele handelspolitische Maßnahmen der deutschen Regierung unsere Wirtschafts- und Handelstätigkeit in Deutschland stark beeinträchtigten⁹, wie die Zollerhöhungen für eine Reihe uns stark interessierender Waren, darunter auch solche, bei denen wir das Monopol hätten, oder die Einführung des Fettmonopols sowie die Kontingentierung einer Reihe von Waren.

Darüber hätten wir mehrfach in entschiedenster Form Erklärungen abgegeben, doch die deutsche Regierung habe absolut nichts unternommen, um mit uns diese Fragen zu regeln.

Danach kehrte ich wiederum zur Derop zurück und sagte, dass wir uns niemals auf die Anerkennung des ernannten Kommissars einlassen und wir uns nicht mit dem Erfordernis einer Verwaltung der Derop durch einen Kommissar einverstanden erklären werden. Neurath wisse sehr gut, dass wir bereit seien, eine gewisse Reorganisation der Derop vorzunehmen und wir am wenigsten daran interessiert seien, Missverständnisse wegen Personalfragen aufkommen zu lassen. Doch wir würden nichts unter Drohung und Druck tun. Was jetzt gebraucht werde, sei, dass die deutsche Regierung mittels eines wohlwollenden Rundschreibens für die Arbeit der Derop eine ruhige Atmosphäre schaffe. Dann könne man weiter sprechen, z.B. in dem Geist der von uns selbständig eingeleiteten Schritte zur Überführung der Derop in den Regionen an Zwischenhändler oder Pächter¹⁰. Unsere Grundbedingung würde dann in der Verkaufsgarantie einer bestimmten Menge zu von uns festgelegten Preisen bestehen. Doch wir könnten angesichts der heutigen stürmischen Lage dafür keine soliden Kaufleute finden. Zuvor müssten normale Bedingungen für die Tätigkeit der Derop geschaffen werden, die für die Mitwirkung der Regierung bei der angeführten Reorganisation unerlässlich seien. Unterdessen sähen wir derzeit keinerlei Unterstützung, wir sähen im Gegenteil sogar eine „Mitwirkung“ an einer weiteren Desorganisation der Tätigkeit der Derop, die bis zur faktischen Konfiszierung der Derop durch den Kommissar gehe.

Neurath berief sich erneut darauf, dass das Auswärtige Amt und er persönlich Schritte unternähmen, um die Lage zu bereinigen und unsere sämtlichen freundschaftlichen Beziehungen wieder zu normalisieren. Über dieses Thema habe er gestern erneut mit dem Reichskanzler¹¹ gesprochen. Er sehe ein, dass man die Angelegenheit beschleunigen müsse, wobei er damit einverstanden sei, dass die Ernennung des Kommissars für die Derop dieser Aufgabe nicht zuträglich sei, weshalb er sich gegenüber der überstürzten Maßnahme des preußischen Innenministeriums ablehnend verhalte, er werde darauf hinwirken, dass sich der Kommissar

⁹ Vgl. Dok. 63.

¹⁰ Vgl. Dok. 68.

¹¹ Vgl. Aufzeichnung Völckers über den Vortrag von Neuraths bei Hitler am 25. 4. 1933. An diesem Tag hatte von Neurath sowohl in der Derop-Angelegenheit als auch in der Frage der Ratifikation des Berliner Vertrages mit Hitler gesprochen. Dieser ordnete an, dass die Bekanntgabe der Ratifikation erst nach seinem Gespräch mit Chinčuk, das zunächst am 27. 4. 1933 vorgesehen war, stattfinden solle. Vgl. PA AA, R 28307, Bl. D 562438.

nur mit den Personalfragen als Personalchef der Derop beschäftige, vielleicht mit den Rechten eines Verwaltungsmitgliedes. Ich wies ihn darauf hin, dass wir beim Aufbau unserer Wirtschaftsorgane in Deutschland von der Annahme ausgegangen seien, dass die sowjetisch-deutsche Freundschaft gefestigt und durch gemeinsame Interessen verbunden sei, die die Entwicklung unserer Wirtschaftstätigkeit gerade in Deutschland erforderten. Wir hätten auch in anderen Ländern gemischte Gesellschaften gründen können, und wir taten dies auch, doch wir legten das Schwergewicht auf Deutschland. Das Schicksal der Derop interessiere uns deshalb so, weil es sich angesichts der jetzt geschaffenen Praxis als notwendig herausstellen könne, andere Schlussfolgerungen zu ziehen, zumal auch in anderen Bereichen unsere Wirtschaftstätigkeit in Deutschland durch die Maßnahmen der Regierung in Frage gestellt würden. Neurath sagte, dass er mit Hugenberg über eine beschleunigte Lösung der uns interessierenden Wirtschaftsfragen sprechen werde.

Zum Abschluss sagte er, er müsse sich im Auftrag Hitlers bei mir entschuldigen, dass dieser mich morgen nicht empfangen könne, da er selbst zu Hindenburg um 12.00 Uhr bestellt sei. Hitler bittet mich, am Freitag, den 28. IV., um 11.00 Uhr, zu kommen.

Heute früh war Aleksandrovskij bei Meyer zum Gespräch ausschließlich über die Derop, in Verbindung mit der von Hollmann lancierten Pressemeldung, dass die Frage „bald erledigt“ sein werde. Vergleichen Sie die entsprechende Aufzeichnung. Aleksandrovskij hatte den Auftrag, die Frage scharf unter dem Aspekt zu stellen, dass wir keinerlei Anlass hätten, die Derop-Angelegenheit als beigelegt zu betrachten, solange die Funktion des Kommissars nicht definiert und nicht auf den Personalbereich eingegrenzt sei.

Am gleichen Tag war ich bei den Japanern zum Tee und traf dort Meyer, der sich anschickte, die „Unversöhnlichkeit“ Aleksandrovskijs zu kritisieren. Ich antwortete, dass **der Standpunkt Aleksandrovskijs**¹² auch mein Standpunkt sei. Meyer jammerte zu dem Thema, das man doch sprechen müsse. Darauf sagte ich, falls eine kompetente Person Aleksandrovskij einlade, um privatim die sich bietenden Perspektiven abzuklären, würde Aleksandrovskij es niemals ablehnen, Gespräche zu führen.

Am gleichen Tag lud Tippleskirch am späten Abend Aleksandrovskij zu einem Glas Wein ein. In seiner Wohnung befand sich Hollmann, was wir vorausgesehen hatten. Ich schicke die entsprechende Aufzeichnung, und hier bemerke ich lediglich, dass das Gespräch, ungeachtet des für uns absolut unannehmbaren Ergebnisses in Form des Vorschlages von Hollmann, zweifellos nötig und nützlich war, weil Hollmann zweifellos verstanden hat, dass es ihm in der Derop-Angelegenheit nicht gelingen wird, etwas zu diktieren, dass er mit uns sachlich sprechen kann und wir nicht die Absicht haben, Hollmann in seiner Tätigkeit zu beschneiden oder gegen die Nazis zu demonstrieren.

Am gleichen Abend war ich zum Essen beim italienischen Botschafter¹³, ich unterhielt mich dort mit Blomberg und Krosigk. Es wurde allgemein über den Zustand und die Perspektiven unserer Beziehungen gesprochen, wobei beide mich mit ihren freundschaftlichen Gefühlen überschütteten. Im Gespräch mit Cerruti

¹² Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹³ Vittorio Cerruti.

habe ich von ihm erfahren, dass er wiederholt mit Hitler gesprochen hat, der sich angeblich auf den Standpunkt der sogenannten Ostorientierung begeben habe und ein absolut ernsthaftes Interesse an der Verbesserung unserer Beziehungen zeige. Hitler sei von Mussolini ausdrücklich geraten worden, gute Beziehungen zu uns zu unterhalten.

Am 27. April suchte Tippelskirch auf eigene Initiative Aleksandrovskij auf und teilte mit, dass Hollmann das Auswärtige Amt aufgesucht und es dort mit ihm eine längere Beratung gegeben habe. Das Auswärtige Amt habe sich bemüht, auf Hollmann einzuwirken. Im Ergebnis dieser Bemühungen habe Hollmann sein letztes Wort gesprochen, das im Auswärtigen Amt als Aufzeichnung¹⁴ festgehalten worden ist; den Text haben wir verschlüsselt und schicken ihn heute an die 2. Westabteilung ab¹⁵.

Diese Forderungen Hollmanns sind ein weiterer Rückzug im Vergleich zu dem, was er noch am Tag zuvor im Gespräch mit Tippelskirch wollte. Sie bleiben dennoch für uns unannehmbar, und es ist erforderlich, den Kampf fortzuführen, weil weitere Zugeständnisse seinerseits keineswegs ausgeschlossen sind, obgleich er sein „letztes Wort“ gesprochen hat.

Hervorhebenswert ist, dass Hollmann am Vorabend an alle Banken, darunter auch an die Garkrebo¹⁶, einen Brief verschickt hat, wonach er der einzige sei, der über die Geldmittel der Derop und Derunapht verfüge, und er allein das Recht zur Unterschrift bei Zahlungsanweisungen habe. In seinem „letzten Wort“ hat er sich auch hier halbwegs zurückgenommen.

Am 27. IV. war Schlesinger bei mir. Er reist nach Amerika ab¹⁷. Seine Überlegungen zur Derop liefen auf die Unvermeidbarkeit der Einsetzung eines Kommissars, aber auch auf die Nützlichkeit des Kommissars hinaus, wenn wir uns über die Abgrenzung der Kompetenzen verständigen.

Am 27. IV. war ich am Abend bei Kriege zum Essen, wo ich über eine Stunde mit dem Staatssekretär Schmid¹⁸, der Hitler nahesteht, gesprochen habe. Ich erzählte ihm alles, was mich im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Derop interessierte. Das praktische Ergebnis bestand darin, dass Schmid mich bat, morgen um 12.00 Uhr den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Derop und den Vorstandsvorsitzenden (Fridrichson und Enko) zu ihm zu schicken, weil Schmid an dieser Sache interessiert sei und beabsichtige, sich aktiv einzumischen, wozu er die genannten Personen anhören wolle.

Die Aufzeichnung der heutigen Unterredung bei Hitler fertige ich gesondert an¹⁹.

¹⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁵ Die Vorschläge Hollmanns vom 27. 4. 1933 hat der Leiter der Abteilung für Handelspolitik bei der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland Levitin am 2. 5. 1933 auch an das Kollegiumsmitglied des NKVT Dvolajckij geschickt. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 13, d. 519, l. 1–2.

¹⁶ Garantie und Kreditbank (Garkrebo) für den Osten AG in Berlin. Die 1923 gegründete sowjetische Geschäftsbank betrieb Börsen- und Bankgeschäfte aller Art.

¹⁷ Schlesinger war in den 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre eine der Schlüsselfiguren bei der Verwirklichung der Handels- und Wirtschaftspolitik Deutschlands gegenüber der UdSSR. Er gehörte zu den ersten, die gezwungen wurden, das AA wegen nichtarischer Abstammung zu verlassen.

¹⁸ Es handelt sich hierbei vermutlich um den ehemaligen Staatssekretär Carl Christian Schmid.

¹⁹ Vgl. Dok. 79.

Zur Einschätzung der Lage kann ich sagen, dass es uns anscheinend doch gelingen wird, die Vollmacht des Kommissars auf die Personalfragen zu beschränken, jedoch ihn gänzlich auszuschalten, wird uns zum gegenwärtigen Moment nicht möglich sein. Außerdem verbleibt in der Perspektive die ernsthafte Gefahr, dass die Deutschen auf Biegen und Brechen bemüht sein werden und uns möglicherweise auch erfolgreich zu zwingen vermögen, wenn schon nicht die Derop direkt zu verkaufen, so doch im Preis so weit nachzugeben, um ihnen die Möglichkeit einzuräumen, auf die Angelegenheiten der Derop Einfluss zu nehmen. Daran ist im Übrigen offenbar die Reichswehr interessiert. Doch zugleich sind die Deutschen nicht wenig an unseren Erdölprodukten interessiert, ohne die die Derop ein Nichts wäre. Zugleich werden sie langfristige Lieferverträge anstreben, die für uns überaus vorteilhaft sein könnten.

Unsere Linie bleibt somit in der nächsten Zeit unverändert auf die Nichtanerkennung der Kompetenzen des Kommissars auf dem Wirtschafts- und Finanzgebiet und auf die Zustimmung zu seiner Hoheit als Kommissar in Personalfragen gerichtet. Dabei wird die Aufnahme von je zwei Mitgliedern in den Aufsichtsrat und den Vorstand nach den Anweisungen eben jenes Kommissars nicht zu vermeiden sein. Dies ist ein Minimum der notwendigen Zugeständnisse, aber auch das Maximum im gegenwärtigen Stadium.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

CHINČUK

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1757 vom 3. 5. 1933.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID mit der Eingangs-Nr. 1909 vom 3. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 262–268. Kopie.

Nr. 77

**Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der
IV. Abteilung im AA Meyer**

Moskau, den 28. April 1933

Vertraulich¹

Lieber Meyer!

Für Ihr ausführliches Schreiben vom 22. d. Mts.² sage ich Ihnen meinen besten Dank; es beantwortet zu einem großen Teil schon die Fragen, die ich Ihnen in meinem letzten Brief übermittelt hatte. Ihre Mitteilungen über die Reihenfolge der demnächst bevorstehenden Aktionen: Empfang Chintschuks durch den Reichs-

¹ Das Wort ist durch von Dirksen handschriftlich eingefügt.

² Nicht ermittelt.

kanzler, Austausch der Ratifikationsurkunden, Communiqué³ anlässlich der Veröffentlichung haben mich lebhaft interessiert; ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich so nachdrücklich für all diese Aktionen eingesetzt haben, damit die „malaise“, die in den deutsch-russischen Beziehungen entstanden ist, möglichst beseitigt wird. Ich warte nun heute mit großer Spannung auf ein Informationstelegramm über den Besuch Chintschuks beim Reichskanzler⁴ und auf die Weisung wegen des Austausches der Ratifikationsurkunden⁵.

Auch die mir übersandten Materialien über den Derop-Zwischenfall haben mich lebhaft interessiert. Auch hier freue ich mich, dass das Amt schon intensiv an der Arbeit ist, um der Derop wieder einen normalen Geschäftsbetrieb zu ermöglichen und die ungünstigen politischen Rückwirkungen dieses Zwischenfalles auszugleichen. Ich habe in den letzten Tagen verschiedentlich Gelegenheit gehabt zu beobachten, dass die „Gleichschaltung“ der Derop hier doch ziemlich tiefe Spuren hinterlassen hat. Insbesondere wird es als eine Verletzung des Sowjetprestiges empfunden, dass die Leitung der Derop nach außen hin durch einen Sonderkommissar wahrgenommen wird und damit den Sowjetbeauftragten entzogen ist. Wenn sich ein Weg finden ließe, dass die äußere Leitung der Betriebe wieder den Sowjetdirektoren überlassen wird und die Kontrolle von innen her erfolgt, so würde ich das für sehr wichtig halten.

Der Anregung, Wirtschaftsbesprechungen zur Regelung der Derop- und anderer inzwischen entstandener wirtschaftlicher Fragen abzuhalten, stehe ich positiv gegenüber. Zunächst einmal scheinen mir diese Besprechungen das beste Mittel, um die Derop möglichst bald wieder in Gang zu bringen, woran wir ja ein sehr unmittelbares finanzielles Interesse haben; sodann wird durch Abhaltung solcher Besprechungen auch eine politische Entgiftung herbeigeführt; und schließlich bietet sich durch solche Verhandlungen auch die Möglichkeit einer Einwirkung unsererseits auf *unsere*⁶ inneren und Wirtschaftsbehörden, die ja personell in den letzten Monaten stark umgestaltet sind und infolgedessen auch in die Gedankengänge der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen eingeführt werden müssen. Ich werde darüber noch schriftlich oder telegraphisch berichten⁷.

Ich hoffe, dass durch die weitere Behandlung der oben erwähnten Punkte, insbesondere auch durch die Ratifikation des Berliner Vertrages, die von uns angestrebte Generalvereinigung erreicht werden wird. Verstimmung, Misstrauen und eine gewisse Verbitterung sitzen hier allerdings recht tief; darüber dürfen wir uns keinen Zweifeln hingeben, auch wenn die Sowjetregierung sich im Hinblick auf ihren Konflikt mit England⁸ verhältnismäßig stark zurückgehalten hat. Dieser Umstand ist um so mehr zu beachten, als Chintschuk die hier herrschende Stimmung nur sehr abgeschwächt wiedergibt; er wird hier in zunehmendem Maße wegen seines „zu weichen“ Auftretens angegriffen.

³ Handschriftliche Fußnote von Dirksens im Dokument: „Der Inhalt des Kommuniqués, auf den Sie in Ihrem Brief Bezug nehmen, ist mir noch nicht bekannt. Ich nehme an, dass es ein gemeinschaftliches und daher vorher mit den Russen im Wortlaut zu verabredendes Kommuniqué sein wird.“

⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 198, S. 361.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 194, Anm. 1, S. 352–353.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Von Dirksen äußerte sich in Telegramm Nr. 86 vom 28. 4. 1933 zu den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 197, Anm. 6, S. 360.

⁸ Vgl. Dok. 66, Anm. 18.

Jetzt haben die Russen auch in militär-politischer Hinsicht die Beziehungen gelockert, indem sie einen der Betriebe nicht weiter fortführen wollen⁹. Ich habe die Nachricht erst gestern erhalten und kann sie noch nicht in vollem Umfange bewerten, insbesondere nicht in der Beziehung, ob hinter diesem Entschluß auch politische Gründe zu suchen sind. Darüber hoffe ich durch Oberst Hartmann weitere Klarheit zu erhalten, der heute von seiner Reise nach Deutschland und nach Kowno zurückkehrt.

Die mir übersandten Meldungen über die steigende Spannung in den deutsch-polnischen Beziehungen und der Drahtbericht von Herrn Koch aus Prag über die in dieser Beziehung herrschenden tschechoslowakischen Tendenzen¹⁰ habe ich mit größtem Interesse gelesen. Diese Nachrichten sind ja sehr ernst. Wenn sich demnächst die Möglichkeit zu einer mündlichen Aussprache mit Ihnen über den gesamten Fragenkomplex bietet, so würde ich mich darüber sehr freuen.

Mit herzlichen Grüßen wie stets Ihr

Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt: ZdA (Privat), Paraphe M[eyers] 2/5.

PA AA, R 35966, Bl. E 661305–661308.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 197, S. 359–360.

Nr. 78

Vorlage des AA für Reichskanzler Hitler

[nicht später als 28. April 1933]

Notiz für die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit dem Botschafter der UdSSR Herrn Chintschuk

1) Botschafter Chintschuk vertritt in maßvoller Weise seit über zwei Jahren die Sowjetunion in Berlin. Er hat sich die Pflege der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen stets besonders angelegen sein lassen. Dies gilt namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht. Es erscheint angebracht, ihn jeglicher Förderung und Unterstützung hierbei zu versichern.

2) Wegen Einstellung Reichsregierung zu Sowjetrussland Hinweis auf Regierungserklärung. (Anlage)¹.

⁹ Als erstes wurde die Schließung der Militärstation für chemische Kriegführung in Tomka bekannt gegeben; vgl. Dok. 110.

¹⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 184, S. 340.

¹ Der Text der Anlage lautet: „Aus Regierungserklärung vom 23. März 1933: Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrussland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns wichtige gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.“ In: PA AA, R 35960, Bl. E 659877.

3) Grundlagen deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses (Rapallo-Vertrag² und Berliner Vertrag³) bleiben unverändert. Hinweis auf veranlasste Inkraftsetzung des Verlängerungsprotokolls vom 24. Juni 1931 betr. Berliner Vertrag und deutsch-russisches Schlichtungsabkommen⁴.

4) Grundsätzliche Verschiedenheit der Staatssysteme in Deutschland und in der Sowjetunion kein Hindernis für gedeihliche Weiterentwicklung freundschaftlicher Beziehungen. Hinweis auf deutsches wirtschaftspolitisches Entgegenkommen durch Gewährung Überbrückungskredits vom 25. Februar zwecks Stärkung russischer Zahlungsfähigkeit⁵.

5) Falls der Botschafter über die Behandlung von Sowjetstaatsangehörigen Klage führen sollte: Die Sowjetstaatsangehörigen, die in Deutschland leben, genießen den Schutz, auf den sie gemäß der Verträge Anspruch haben. Etwaige Beschwerden werden geprüft und aufgeklärt. Warnung vor irgendwelcher Beteiligung von Sowjetstaatsangehörigen oder sowjetrussischen Wirtschaftsorganisationen an kommunistischer Bewegung.

PA AA, R 35960, Bl. E 659875–659876.

Nr. 79

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit Reichskanzler Hitler

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 488¹

Berlin, den 28. IV. 33

EMPFANG BEI HITLER AM 28. IV. 1933

Hitler empfing mich im Beisein von Neurath, der bei meiner Vorstellung sagte, dass ich gut deutsch spreche. Daraufhin überließ Hitler mir das Wort. Ich sagte, dass ich mir angesichts der Wichtigkeit der von mir zur Sprache bringenden Themen erlauben möchte, eine von mir vorgefertigte Aufzeichnung zu verlesen und diese ihm zu überlassen, womit er einverstanden war. Um mich nicht zu wiederholen, füge ich den genauen von mir vorgetragenen Text bei².

Danach hielt Hitler eine große Rede, in der er davon sprach, dass die Regierung in Deutschland jetzt fest und stabil sei und derjenige einen Fehler mache, der annimmt, dass in Deutschland vielleicht die Rede von irgendwelchen weiteren politischen Veränderungen sein könnte. Dies müsse man als Tatsache konstatieren, und unsere beiden Staaten sollten die gegenseitige Existenz für eine lange Zeit

² Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

³ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

⁴ Vgl. Dok. 12, Anm. 13.

⁵ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 139, S. 272–274; ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 194, S. 353–355.

als unumstößliche Tatsachen anerkennen und sich davon in ihren Handlungen leiten lassen. Unsere Länder sind jedes für sich genommen souverän und dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes einmischen. Ich sagte darauf sogleich, dass das Prinzip der Nichteinmischung von unserer Seite stets als oberstes Prinzip betrachtet und streng eingehalten wurde. Hitler fuhr fort, dass die Macht der Nationalsozialisten in Deutschland ein für allemal errichtet worden sei und keinerlei Veränderungen erfolgen werden. Er habe sich davon überzeugt, dass sich die Feinde des Nationalsozialismus als äußerst schwach erwiesen hätten. Er habe die Stärke und die Bedeutung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokraten überschätzt. Es zeigte sich, dass ihnen die Leute fehlten. Hätte er an der Spitze der Kommunistischen Partei oder der Sozialdemokraten gestanden, so würde die Sache vollkommen anders aussehen.

Hitler ging sodann zu außenpolitischen Fragen über. Er sagte, dass, unabhängig von der Unterschiedlichkeit der Weltanschauungen beider Länder, gemeinsame Interessen sie verbinden und diese Verbindung dauerhaften Charakter trüge. Dies träfe sowohl auf das wirtschaftliche als auch auf das politische Gebiet zu, weil beide die gleichen Schwierigkeiten und Feinde hätten. Die Sowjets zum Beispiel müssten sich um ihre Westgrenze sorgen, Deutschland dagegen müsse sich um seine Ostgrenze kümmern. Deutschland befinde sich in einer schweren wirtschaftlichen Lage, aber auch die der Sowjets sei nicht leicht. Sowohl in diesem als auch in dem anderen Fall wie auch in vielen anderen Fällen sei stets daran zu denken, dass beide Länder einander ergänzen und sich gegenseitig Dienste erweisen können. Angesichts der Schwierigkeiten, die die momentane Epoche kennzeichnen, ist Hitler der Ansicht, dass der Sturz der nationalsozialistischen Regierung für Deutschland die gleiche Katastrophe darstellen würde wie z.B. der Fall der Sowjetmacht für Russland. In diesem Fall würden es beide Staaten nicht vermögen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Was würde dabei herauskommen? Dies würde zu nichts anderem führen als zur Entsendung eines neuen Zaren aus Paris nach Russland, während Deutschland als Staat untergehen würde³.

Zu den von mir angesprochenen Einzelfragen erklärte Hitler, dass die Ratifizierung des Verlängerungsprotokolls des Berliner Vertrages⁴ in der nächsten Zeit vorgenommen werde. Ich nutzte die Gelegenheit, noch einmal das Wort zu ergreifen und erklärte, dass ich die Aufmerksamkeit Hitlers besonders auf zwei Momente lenken möchte: die Lage der Derop und die deutschen handelspolitischen Strafmaßnahmen gegenüber dem sowjetischen Export. Für die Derop sei ein Kommissar ernannt worden, doch seine Vollmachten sollten auf die Personalfragen begrenzt werden. Denn die Fragen der Verwaltung unseres Vermögens, unserer Gelder und die Geschäftsfragen müssten selbstverständlich in den Händen der Aktionäre und ihrer Vertrauenspersonen verbleiben. Hitler wandte sich an Neurath und fragte, ob sich etwa der Kommissar mit allen diesen Angelegenheiten befasse und was Neurath dazu sage. Neurath antwortete, dass er meine Ansprüche als gerechtfertigt erachte. Darauf sagte Hitler, dass sich der Kommissar selbstverständlich nur mit den Personalfragen zu befassen habe, und beauftragte Neurath, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

³ Meyer schickte am 29. 4. 1933 eine kurze Aufzeichnung von Neuraths über Hitlers allgemeinpolitische Aussagen an die deutsche Botschaft in Moskau; vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429599–429601.

⁴ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

Zu der anderen Frage sagte ich, dass ich nicht einmal wisse, an wen ich mich wenden müsse. Wir hätten wiederholt die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Maßnahmen für unseren Export verhängnisvoll seien. Unterdessen müssten wir unseren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, wobei für uns der Export dafür das wichtigste Mittel sei. Es sei nötig, dass wir uns erneut zusammensetzten und darüber sprächen, wie es weiter gehen solle. Hitler wandte sich erneut an Neurath und sagte, dass man sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen müsse. Er werde Hugenberg beauftragen, mit uns entsprechende Verhandlungen zu führen und Wege für die Abstimmung unserer Interessen zu suchen.

Damit endete das Gespräch. Bei der Verabschiedung sagte Hitler, dass ich mich immer, falls Schwierigkeiten auftreten sollten, persönlich an ihn wenden könne und er mir zu Diensten sein werde⁵.

Nach der Rückkehr von Hitler rief mich der Staatssekretär für Luftfahrt, Milch, an und teilte mit, dass Göring in seiner Eigenschaft als Reichsluftfahrtminister den Kontakt zu mir aufnehmen und über allgemeinpolitische Themen sprechen wolle, weshalb er mich bitte, am 2. Mai um 13.00 Uhr in sein Ministerium für Luftfahrt zu kommen. Dabei nannte er die Adresse, die uns als Adresse der Darmstädter Bank bekannt ist. Um zu klären, was es damit auf sich hat, habe ich Aleksandrovskij beauftragt, sich noch einmal mit Milch in Verbindung zu setzen. Dabei stellte sich heraus, dass sich Göring einfach mit mir bekannt machen und über allgemeine Dinge sprechen wolle, nicht aber über Luftfahrtangelegenheiten. Die Darmstädter Bank existiert nicht mehr unter der von ihm angegebenen Adresse, aber dort befindet sich das Reichsluftfahrtministerium. Göring lud mich aus protokollarischen Erwägungen in seiner Eigenschaft als Reichsminister und nicht als preußischer Ministerpräsident ein. Zu einem Reichsminister kann man mich einladen. Zum preußischen Ministerpräsidenten eingeladen zu werden, ist weniger passend. Göring lädt mich gemäß seinem ersten und wichtigsten Dienstrang ein. Ich habe mich selbstverständlich einverstanden erklärt, zu der angegebenen Zeit bei Göring zu erscheinen⁶.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß:

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk [N. N. Krestinskij]: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an Št[ern].

Am Ende des Dokuments gibt es den Vermerk von L. M. Chinčuk: 1 Anlage⁷.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1910 vom 3. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 57–58. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 138, S. 271–272⁸.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung dieses Gesprächs, die von Neurath angefertigt hat. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 194, S. 352–353.

⁶ Vgl. Dok. 83.

⁷ Die Erklärung Chinčuks gegenüber Hitler (AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 59–62) wird hier nicht abgedruckt. Vgl. Anm. 2.

⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

Nr. 80

Rundschreiben des Reichsinnenministers Frick an die Landesregierungen

Berlin, den 28. April 1933

Abschrift IV Ru 2007.

Der Reichsminister des Innern

I A 2139 / 21. 4.

An die Landesregierungen bzw. die Beauftragten des Reiches
(für Preußen: den Herrn Minister des Innern)

Betrifft: Maßnahmen gegen exterritoriale Behörden usw.

Auf Grund eines durch eine Haussuchung bei einem exterritorialen Sowjetstaatsangehörigen herbeigeführten Zwischenfalls¹ *richte ich an die Landesregierungen die Bitte, die Polizeibehörden anzuweisen, in Fällen, in denen ausnahmsweise ein Vorgehen gegen exterritoriale Behörden oder Inhaber diplomatischer Pässe beabsichtigt ist*² – wobei besonders auf die sowjetrussischen Vertretungen (Botschaft, Konsulate, Handelsvertretung) hingewiesen wird – *sich mit dem Auswärtigen Amt rechtzeitig vorher in Verbindung zu setzen*³.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die den wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion zukommt, erscheint es dem Auswärtigen Amt notwendig, dieses Verfahren *auch gegenüber den Filialen der sowjetrussischen Handelsvertretung im Reich und den Mitgliedern der sowjetrussischen Abnahmekommission in Anwendung*⁴ zu bringen.

Oben rechts befindet sich der Vermerk: A 925. Am Ende des Dokumentes befindet sich der Vermerk: Berlin, den 28. April 1933. Abdruck übersende ich ergebenst auf das Schreiben vom 22. April 1933 – Nr. IV Ru 1781 – zur gefälligen Kenntnis. In Vertretung gez. Pfundtner.

Ferner der Vermerk: Auswärtiges Amt IV Ru 2007. Berlin, den 8. Mai 1933 mit dem handschriftlichen Eintrag: A 925 mit dem Text: In Abschrift der Deutschen Botschaft in Moskau im Anschluss an den Erlass vom 18. April 1933 – IV 1789 zur gefälligen Kenntnis ergebenst übersandt. Im Auftrag von Tappelskirch [eigenhändige Unterschrift]. Eingangsstempel: Deutsche Botschaft Moskau. Eing. 11. Mai 1933. Kenntnisnahmen am Ende des Dokuments.

PA AA, Moskau 208, Bl. 425408.

¹ Gemeint ist die Haussuchung bei dem stellvertretenden sowjetischen Handelsvertreter A. S. Fajnshtejn; vgl. Dok. 76.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 81

**Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichsaußenminister
Freiherrn von Neurath**

Telegramm in Ziffern (Geh. Ch. Verf.)

Tel. Nr. 88¹ vom 29. April 1933

Cito

Geheim

Auswärtig Berlin.

Auf Tel. Nr. 98 vom 28. 4.²

Für Herrn Reichsminister persönlich.

Ich habe heute mit Litwinow Austausch Ratifikationsurkunden weisungsgemäß besprochen³. Litwinow begrüßte Möglichkeit baldigen Austauschs und wird den Tag hierfür unmittelbar nach den vom 30. 4.–2. 5. währenden Feiertagen mit mir vereinbaren.

Mit gleichzeitiger Veröffentlichung vollzogenen Austauschs war Litwinow ebenfalls einverstanden. Ich mitteilte ihm Wortlaut des von uns vorgesehenen Wortlaut⁴ Communiqués. Hierüber wird er Entscheidung Sowjetregierung einholen.

Über Verlauf Unterredung Reichskanzlers mit Botschafter Chintschuk⁵ und die von Reichskanzler abgegebenen positiven Erklärungen **zeigte**⁶ sich Litwinow sehr befriedigt. Insbesondere begrüßte er Zusage, dass Geschäftsführung der Derop unbehindert bleiben **⁷ würde. Im Widerspruch hierzu habe er telegrafische Mitteilung erhalten, dass zwei *Sowjetangestellte*⁸ der Derop von Sonderkommissar⁹ entlassen worden seien. Er bat dringend **dahin**¹⁰ zu wirken, dass der Geschäftsleitung die Möglichkeit gegeben werde, von sich aus diese Entscheidungen **betreffend die Sowjetangestellten**¹¹ zu treffen.

Ich habe den Eindruck, dass auf Sowjetseite Wunsch nach Ausgleich betreffend Derop besteht, dass diese Frage aber wegen Prestige-Rücksichten noch ein sehr empfindlicher Punkt ist.

Dirksen

Auf dem letzten Blatt unten maschinenschriftlicher Vermerk: Gefertigt in 3 Exemplaren: 1) f. H. Botschafter, 2) z. d. Sachakten A, 3) zur chronolog. Sammlung. Dies ist Nr. 2.

¹ Ziffer handschriftlich eingefügt.

² Mit dem Telegramm wurde von Dirksen bevollmächtigt, den Austausch der Ratifikationsurkunden vorzunehmen; vgl. PA AA, R 31574, Bl. E 498537–598538.

³ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Litwinovs mit von Dirksen am 29. 4. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 28–30.

⁴ So im Dokument.

⁵ Vgl. Dok. 79.

⁶ Handschriftliche Korrektur; ursprünglich: erklärte.

⁷ An dieser Stelle ist gestrichen: „und Tätigkeit Sonderkommissars hinsichtlich Personalpolitik auf reichsdeutsche Angestellte beschränkt“.

⁸ Das Wortteil „Sowjet“ ist unterstrichen.

⁹ Wilhelm Hollmann.

¹⁰ Handschriftliche Korrektur; ursprünglich: dafür.

¹¹ Der Text ist handschriftlich statt „im Benehmen mit Sonderkommissar“ eingefügt.

Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt. Am linken Seitenrand des ersten Blattes befinden sich der Ausgangsvermerk ab 29. 4. sowie Kenntnisaufnahmen. Am Blattende handschriftlich: A 9.

PA AA, Moskau 208, Bl. 425396–425397.

Nr. 82

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim

Expl. Nr. 7

1195

29. April [1933]

An den

Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland

Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

1. Aus dem telegrafischen Schriftverkehr der letzten Tage ist Ihnen bekannt, dass in der Angelegenheit der Derop und der Derunapht hier beschlossen wurde, sich mit der Ernennung des Regierungskommissars unter der Bedingung einverstanden zu erklären, dass sich seine Funktionen auf Personalfragen begrenzen und er sich nicht in die Geschäftstätigkeit unserer Erdölorgane einmischt. Der aus vier Punkten bestehende Entwurf, den Tippelskirch Ihnen ausgehändigt hat¹, entspricht nicht dieser unserer Bedingung. Denn in diesem Entwurf geht es nicht nur um Personalfragen, sondern auch um politische Dinge², die der Kommissar entscheiden wird. Außerdem beabsichtigt Hollmann, den Vorstand und den Aufsichtsrat zu reorganisieren, damit es dort eine deutsche Mehrheit gibt und der Vertreter der deutschen Seite den Vorsitz innehat. Ein derartiger Vorschlag wäre verständlich, wenn die Derop und Derunapht gemischte Gesellschaften mit deutscher Kapitalbeteiligung wären und der deutsche Anteil den sowjetischen entweder übersteigen würde oder zumindest gleich hoch wäre. Doch beide Firmen sind rein sowjetische Unternehmen, in die sehr viel sowjetisches Kapital und kein einziger Groschen deutschen Geldes investiert worden ist. Es versteht sich von selbst, dass wir die wirtschaftliche und kommerzielle Leitung in unseren Händen behalten müssen. Wir sind nicht dagegen, in den Aufsichtsrat ein paar rechte Deutsche aus dem Kreis der ehemaligen Militärs oder der Großindustriellen aufzunehmen. Wir werden vermutlich auch keine Einwände erheben, dass auch im Vorstand deutsche Geschäftsleute vertreten sind. Dies verschafft der deutschen Regierung die Möglichkeit, über die deutschen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, über die

¹ Am 27. 4. 1933 händigte von Tippelskirch Aleksandrovskij ein Schreiben aus, das die neuen Vorschläge Hollmanns enthielt, die am gleichen Tag in einer langen Beratung im AA ausgearbeitet worden waren. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 279–280.

² Dieser Teil der Vorschläge Hollmanns war allgemein formuliert: „In allen personellen und politischen Angelegenheiten wird dagegen der Staatskommissar allein fungieren.“ Vgl. ebd., l. 280.

gesamte Tätigkeit der Derop und der Derunapht im Bilde zu sein und sicherzustellen, dass sich diese Arbeit ausschließlich von geschäftlichen und kommerziellen Überlegungen leiten lässt und nicht an irgendwelche verdeckten politisch-propagandistischen Ziele gekoppelt ist.

Nach Ihrer Unterredung mit Hitler³ und der Ihnen von letzterem gegebene Zusicherung, dass sich die Rechte des Kommissars auf die Funktionen der Personalauswahl beschränkt werden, können Sie und Gen. Vejcer in dieser Frage bei den weiteren Verhandlungen mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes und den preußischen Behörden eine harte Position mit Hoffnung auf Erfolg einnehmen.

Für diese Verhandlungen bleiben alle Direktiven in Kraft, die vom NKVT und in meinem Brief vom 19. des Monats⁴ ausgegeben worden sind. Die einzige Änderung besteht darin, dass wir der Einsetzung eines Kommissars zugestimmt haben.

Halten Sie uns über die weiteren Ereignisse und Verhandlungen telegrafisch auf dem Laufenden.

2. Sie schlagen vor, im Namen der zu Schaden gekommenen Sowjetbürger eine Reihe von Zivilklagen einzuleiten sowie Strafanzeigen gegen einzelne Nationalsozialisten und Polizeiangehörige zu stellen, die sich der gesetzwidrigen Verhaftung, der Verprügelung und der Beschädigung des Eigentums einzelner Sowjetbürger sowie unserer Wirtschaftsorgane schuldig gemacht haben.

Wir sprechen uns dagegen aus, dies vor die deutschen Gerichte zu bringen⁵. Wir würden damit nichts erreichen, vielmehr würden uns diese Prozessen nur neue⁶ Erniedrigungen und Beleidigungen einbringen. Denn die deutschen Gerichte werden alle Klagen abweisen und die Gewalttäter freisprechen. Jeder derartige Freispruch wird eine neue Herausforderung an unsere Adresse sein.

Zweckmäßiger wäre es, in der nächsten Protestnote an das Auswärtige Amt zu erklären, dass wir die gesamte materielle Verantwortung sowohl zu jedem konkreten Fall, der in der jeweiligen Note erwähnt ist, als auch für alle anderen Tatbestände, die Anlass für die vorherigen Proteste gegeben haben, der deutschen Regierung zuweisen. Danach sind Materialien zu allen Exzessen zusammenzutragen, um sie zu einem geeigneten Moment oder direkt der deutschen Regierung oder der Schlichtungskommission⁷, falls sie nach der Ratifizierung des Moskauer Protokolls erneut tätig werden sollte, zu präsentieren.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

³ Vgl. Dok. 79.

⁴ Allem Anschein nach handelt es sich um die Richtlinien, die dem Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 15. 4. 1933 zugrunde lagen; vgl. Dok. 68.

⁵ Vgl. Dok. 75. Nach einer gewissen Zeit wandte sich die Bevollmächtigte Vertretung in dieser Frage erneut an das NKID und erhielt wiederum eine abschlägige Antwort. Vgl. das Schreiben Sterns an Giršfel'd vom 17. 6. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 278.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Auf Initiative der deutschen Regierung wurde 1929 die Schlichtungskommission geschaffen, die die zahlreichen Ansprüche, die sich aus den bilateralen Beziehungen ergaben, behandelte. Vgl. Konvencija o soglasitel'noj procedure meždú Sojuzom SSR i Germaniej ot 25. 1. 1929. In: Sbornik dejstvjuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključennych s inostrannymi gosudarstvami. Vyp. V: Dejstvjuščie dogovory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždú 1 fevralja 1928 goda i 1 ijunja 1929 goda. Sost. V. F. Orlov-Ermak, A. V. Sabanin (Sammelband der mit ausländischen Staaten abgeschlossenen gültigen Verträge, Abkommen und Konventionen.

P. S.: Soeben war Dirksen bei M. M.⁸, der ihm mitteilte, dass er aus Berlin die Ratifizierungsurkunde des Moskauer Protokolls erhalten habe und er ihren Austausch vornehmen könne. Dabei händigte er den Entwurf für ein gemeinsames Kommuniqué aus. M. M. antwortete, dass wir die Ratifizierung umgehend vornehmen werden und er die Antwort bezüglich des Kommuniqués nach den Maifeierlichkeiten geben werde.

Was die formale Seite der Ratifizierung bei uns betrifft, so verhält sich die Sache wie folgt: Der Sovnarkom hat bereits seit langem die Ratifizierung vorgenommen und zur ****Bestätigung****⁹ dem CIK vorgelegt, so dass jetzt zwei Arbeitstage für die Bestätigung durch das CIK und für den Druck der der Urkunde benötigt werden. Der Austausch kann voraussichtlich am 4./5. des Monats¹⁰ vorgenommen werden.

N. K.

Am Ende des Dokuments sind vor dem P. S. die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an Gen. D. G. Stern.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 121–123. Kopie.

Nr. 83
Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 490

Berlin, 2. Mai 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

Nach meiner Rückkehr von Hitler und nach der von ihm erhaltenen Zusicherung, die Rolle des Staatskommissars für die Derop, Hollmann, lediglich auf Personalfragen zu beschränken¹, wobei die gesamte Geschäftstätigkeit, wie die Finanz-, Verwaltungs- und Handelsarbeit, in den Händen der sowjetischen Vertreter verbleibt, habe ich mich entschlossen, Neurath aufzusuchen, um mit ihm zu besprechen, wie dieser Beschluss praktisch umzusetzen sei. Das Treffen mit Neurath war für den 29. IV., um 11.00 Uhr, festgelegt worden.

Ausgabe V: Gültige Verträge, Abkommen und Konventionen, die zwischen dem 1. Februar 1928 und dem 1. Juni 1929 in Kraft traten), Moskva 1930, Dok. 190, S. 10–12.

⁸ Maksim Maksimovič Litvinov. Vgl. auch Dok. 81, Anm. 2.

⁹ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

¹⁰ Der Austausch der Ratifizierungsurkunden fand am 5. 5. 1933 in Moskau statt. Vgl. „Prodlenie Berlinskogo dogovora. Soobščenie TASS“ (Die Verlängerung des Berliner Vertrages. TASS-Mitteilung). In: Izvestija vom 6. Mai 1933, S. 1.

¹ Vgl. Dok. 79.

Am Morgen des 29. IV. suchte mich um 10.30 Uhr Gen. Enko auf und teilte mir mit, Hollmann habe ihm erklärt, dass auf der Grundlage meiner Unterredung mit Hitler er, der Kommissar, seine gesamte Tätigkeit auf die Personalfragen konzentrieren werde. Die Bildung des Vorstandes für die Derop und die Derunapht sowie auch des Aufsichtsrates werde auf der Grundlage einer ****Mehrheit der deutschen Vertreter****² vollzogen, auch in allen diesen Organen werden Deutsche den Vorsitz übernehmen. Sowohl die Finanz- als auch alle anderen Dokumente sollen mit den Unterschriften der Vertreter beider Seiten (der deutschen und der sowjetischen) versehen werden. Ich schlug Gen. Enko vor, bis zu meiner Rückkehr von Neurath in der Bevollmächtigten Vertretung zu bleiben.

Neurath teilte mir mit, dass er einen sehr guten Eindruck von meiner Unterredung mit Hitler gewonnen habe. Er sei überzeugt, dass jetzt eine faktische Wende eintreten werde, auch in der öffentlichen Meinung im Lager der Anhänger der jetzigen Regierung, und es werde leichter sein, die Missverständnisse, die es in der letzten Zeit gegeben habe, auszuräumen. Hitler selbst sei davon überzeugt, dass sich die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion verbessern und festigen werden, weil beide Seiten von dem Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ausgehen.

Ich erklärte Neurath, dass das Ziel meines Besuches darin bestehe, sich über die praktische Umsetzung jener Maßnahmen bezüglich der Derop und der Wirtschaftsverhandlungen zu verständigen, die man auf der Grundlage des mir von Hitler gemachten Versprechens durchführen müsse. Zugleich machte ich Neurath darauf aufmerksam, dass der für die Derop ernannte Kommissar Hollmann Gen. Enko über die neuen Arbeitsbedingungen in der Derop informiert habe, die in keiner Weise dem Wesen der von Hitler getroffenen Entscheidung entsprechen. Nachdem ich ihn mit den neuen Forderungen Hollmanns bekannt gemacht habe, rief ich Neurath exakt ins Gedächtnis zurück, welche Vorschläge ich Hitler unterbreitet und welche Zusicherung ich von ihm erhalten hätte, und zwar: die Rolle Hollmanns beschränke sich auf Personalfragen. Die gesamte übrige praktische Arbeit (Finanzen, Verwaltung, Handel usw.) sei Sache der Vertreter der sowjetischen Seite. Wir wären damit einverstanden, in den Vorstand und im Aufsichtsrat je zwei Deutsche aufzunehmen. Neurath bestätigte die Richtigkeit meiner Formulierung, die ganz und gar der von mir bei Hitler gemachten Erklärung entspreche. Weiterhin wies ich Neurath darauf hin, dass wir auf keine Ultimativen Hollmanns eingehen werden, da seine Forderung einer Konfiskation unseres Unternehmens gleichkomme. Neurath sagte, dass hier ein Missverständnis vorliege und er Meyer beauftragen werde, diese Angelegenheit zu klären³. Laut Neurath habe Hitler per Telefon Göring und Grauert zu sich gerufen und erklärt, ihre Aufgabe bestehe darin, die Absatzsteigerung von sowjetischen Erdölprodukten durch die Derop zu unterstützen.

Bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen habe Neurath im Auftrag Hitlers mit Hugenberg gesprochen und letzterer werde in der nächsten Woche die Verhandlungen mit mir aufnehmen⁴.

² Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 198, S. 361.

⁴ Vgl. Dok. 103.

Danach erhob ich gegenüber Neurath Protest gegen die Tätigkeit von russisch-ukrainischen Emigranten in Deutschland. Ich wies darauf hin, dass Weißemigranten an der Beisetzung Maikowskis teilgenommen hätten, wobei Kränze mit der Aufschrift auf der Kranzschleife „Deine Mörder sind unsere Henker“ niedergelegt worden seien. Neurath sagte, dass er davon nichts wisse. Ich erklärte, es sei bedauerlich, dass seine Beamten ihn nicht informierten. Weiter teilte ich Neurath mit, dass diese Weißgardisten als russische nationalsozialistische Partei auf Berliner Plätzen Militäraufmärsche durchführen. Ich hätte darüber Informationen, dass Emigrantenorganisationen geschlossen an den Umzügen anlässlich des 1. Mai mit ihren monarchistischen Bannern teilnehmen würden. Wenn dies geschehe, so würde dies den neuerlichen Protest unsererseits zur Folge haben. Neurath erklärte, dass er sein Möglichstes versuchen werde, sich umgehend mit den entsprechenden Organen in Verbindung zu setzen, um dies zu verhindern⁵.

Am 29. IV. um 4.30 Uhr [nachmittags] kam Meyer zu mir, der mir mitteilte, dass Hitler unmittelbar nach meinem Besuch die Anweisung erteilt habe, Dirksen umgehend von der Ratifizierung des Protokolls in Kenntnis zu setzen und ihn zu beauftragen, Volkskommissar Litvinov entsprechend zu informieren.

Somit war das Berliner Protokoll bereits bei meinem Besuch bei Hitler ratifiziert gewesen. Darauf war ich von Neurath in Andeutung aufmerksam gemacht worden, doch offensichtlich wollte Hitler die Sache so darstellen, als ob das Protokoll nach und im Ergebnis meines Besuches ratifiziert worden sei.

Ich erinnerte Meyer daran, dass in der Derop alles so vor sich gehen müsse, wie ich es mit Hitler in Gegenwart von Neurath besprochen hätte. Ich würde auf keinerlei Kompromisse eingehen. Jetzt müsse die Entscheidung des Reichskanzlers auch umgesetzt werden, die im Ergebnis meiner Vorsprache zustande gekommen sei. Meyer versuchte mich davon zu überzeugen, mich mit der paritätischen Besetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates durch deutsche und sowjetische Bürger einverstanden zu erklären und aus diesen Gremien einem Deutschen als Vorsitzendem zuzustimmen. Ich habe mich rundweg geweigert, darüber zu sprechen, indem ich erklärte, dass der Eindruck entstehe, die Beschlüsse des Reichskanzlers würden nicht umgesetzt werden. Meyer bat mich, noch einmal nachzudenken und noch keine endgültige Antwort zu geben.

Ich erklärte, dass für mich die Frage erledigt sei. Wenn die preußische Regierung nicht die nötigen Maßnahmen ergreife, würde ich mich an den Reichskanzler wenden.

2. Am 2. Mai⁶ suchte ich Göring auf, der mich in seinem Luftfahrtministerium empfing. Er erklärte mir, dass er mich aus zwei Gründen eingeladen habe, erstens, als Anhänger der Luftfahrt beabsichtige er, unsere Verbindung zu vertiefen und auszubauen. Er messe dem eine große Bedeutung bei. Nach Italien habe er sich begeben, um überwiegend Fragen der Luftfahrt zu besprechen⁷. Er sei an der Entwicklung der Luftfahrtverbindung zur UdSSR sehr interessiert.

Der zweite Grund, den er mit mir besprechen wolle, sei der Wunsch mir mitzuteilen, wie Reichskanzler Hitler, er selbst und andere hochgestellte Nazis die

⁵ Das Dokument wurde bis zu dieser Stelle ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 142, S. 281–282.

⁶ Das Datum ist unterstrichen.

⁷ Göring stattete vom 10. bis 18. 4. 1933 Italien einen offiziellen Besuch ab.

Beziehungen zur UdSSR einschätzen. Ich, sagte Göring, bin Soldat und werde offen sein. Ich warf ein, dass auch ich Soldat sei und froh wäre, seine offene Erklärung zu hören. Wir, die Führungsleute der Nazis⁸, fuhr Göring fort, sind Statthalter⁹ Hitlers, ich bin mit Hitler seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden. Hitler beabsichtigt, eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit der UdSSR zu führen. Dafür ist es erforderlich, dass beide Länder (die UdSSR und Deutschland) sich gegenseitig ernst nehmen. Jedes Land betrachtet das andere als eine existierende Tatsache, und davon ausgehend herrscht jeder bei sich eigenverantwortlich, ohne sich in das innere Leben des anderen Landes einzumischen. Eine gegenseitige Kritik schafft keine Grundlagen für die Freundschaft, weil die Propaganda zum Schaden der anderen Regierung eine Gegenpropaganda auslöse und die gegenseitigen Beziehungen verschärft. Sowohl unter politischem als auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt sind beide Länder aneinander interessiert und befinden sich in gleicher Weise in einer feindlichen Umkreisung. *Ich verheimliche Ihnen nicht, dass sowohl die Engländer als auch die Franzosen das Terrain bezüglich unseres Verhältnisses zu einem Kreuzzug gegen die UdSSR sondiert haben. Das nationalsozialistische Deutschland wird sich niemals auf solch ein Abenteuer einlassen*¹⁰. Das nationalsozialistische Deutschland weiß gut, dass es, da es unbewaffnet und im Innern am Boden ist, eine Waffe in den Händen seiner neuen „Verbündeten“ sein wird, die dann ihre Kräfte darauf richten werden, Deutschland zu zerstören. Selbst wenn ein Krieg Polens mit Beteiligung Frankreichs gegen Deutschland ausbrechen sollte, so wird als nächstes Ziel des Kampfes von Polen und Frankreich ein Feldzug gegen die UdSSR sein. Ganz abgesehen davon, dass bei dem jetzigen Kräfteverhältnis nur die Nazis eine reale Kraft darstellen, die kühn die Macht in ihre Hände genommen haben und auch in der Lage sind, sie zu behaupten. Danach verlor sich Göring in Abwegigkeiten, indem er erklärte, dass, falls es den Kommunisten gelungen wäre, die Macht zu erobern, so wären sie nicht in der Lage gewesen, sie zu behaupten; hätten sie es aber doch geschafft, dann würden sie in Konflikte mit der UdSSR geraten, da weder Thälmann noch Torgler Führer seien. Der erste sei ein ganz und gar unauffälliger Mensch, der zweite sei ein guter Parlamentarier, aber beide eignen sich nicht dafür, einen Staat zu führen. Thälmann und Torgler befänden sich in einem guten Zustand, doch zwei Monate Haft hätten sie endgültig zermürbt.

Ich unterbrach ihn und sagte, ich hoffte, dass unser Gespräch nicht in die von ihm eingeschlagene Richtung geführt werde, und ich deshalb bäte, die Erörterung der Fähigkeiten der deutschen Kommunisten, den Staat zu lenken, beiseite zu lassen und uns unseren Beziehungen auf dem Boden der in Deutschland geschaffenen Bedingungen zuzuwenden. Er entschuldigte sich und kehrte zum ursprünglichen Thema zurück. Er versicherte, dass *keinem Angehörigen einer sowjetischen Organisation auch nur ein Haar gekrümmt werde*¹¹, wenn er sich nicht in das innere Leben Deutschlands einmische. Ich antwortete, dass dem so sei, denn unsere sowjetischen Mitarbeiter befolgten streng die Nichteinmischung, doch dies schütze sie nicht vor einer ganzen Reihe von Verfolgungen, sowohl seitens befug-

⁸ So im Dokument.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand dick angestrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

ter als auch unbefugter Polizeibeamter. Göring sagte mir, ihm sei berichtet worden, dass es in der Handelsvertretung eine Reihe von Geheimverstecken, Rundfunkgeräte¹² usw. gebe, und man habe ihm geraten, eine Haussuchung durchzuführen, doch er habe erklärt, dass er dies nicht zulassen werde. Ich sagte ihm, das er gut daran getan habe, weil dies zu einem überaus ernsten Konflikt geführt hätte, und im Übrigen sei die Handelsvertretung ausschließlich ein Handelsorgan der UdSSR in Deutschland, welches sich mit nichts anderem als der Handelstätigkeit beschäftige. Weiter wies ich darauf hin, dass die UdSSR von dem aufrichtigen Wunsch ausgehe, auch in Zukunft normale, freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland zu haben. Daraus erkläre sich auch, dass die UdSSR sich nicht indifferent zu der feindseligen Rede Hitlers in Königsberg¹³ habe verhalten können und ich deshalb gezwungen gewesen sei, im Namen meiner Regierung den energischen Protest zu erklären und die Herbeiführung einer vollen Klarheit in unseren Beziehungen zu fordern. Göring sagte, dass wir bezüglich des Nazi-Kabinetts keine Zweifel zu hegen bräuchten. *Hitler und alle führenden Nazis hätten die feste Absicht, Kurs auf Freundschaft und Nähe zur UdSSR zu halten. Wir sollten den früheren Ideen Rosenbergs, die alle für falsch halten, keine Bedeutung beimessen, weil sich die Lage verändert habe. Viele Nazis hätten auch früher diesen Standpunkt nicht geteilt und unterstützten die Ostorientierung*¹⁴.

Danach sind wir zur Derop übergegangen. Ich erklärte Göring, dass, obwohl der Reichskanzler mir seine Zusicherung gegeben habe, die Frage auch jetzt noch nicht geregelt sei. Ich wiederholte, dass sich die Rolle des Kommissars auf die Sphäre der Personalfragen beschränken müsse. Die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungsarbeit müsse vollständig in den Händen unserer sowjetischen Vertreter verbleiben. Wir seien damit einverstanden, zwei Deutsche als Mitglieder in den Vorstand der Derop und in den Aufsichtsrat aufzunehmen, doch müssten sie ehrlich im Interesse der Derop und unter unserer Leitung arbeiten. Der ernannte Kommissar beharre, unter Berufung auf Sie, hingegen auf seinen früheren, für uns unannehmbaren Vorschlägen.

Nach einiger Diskussion dieser Frage gab sich Göring damit einverstanden, auf meine Bedingungen einzugehen, und erklärte, dass er dem Kommissar entsprechende Instruktionen erteilen werde. Ich erklärte im Übrigen, dass der Leiter der Derop, Enko, ein guter Fachmann und nur an dem Absatz unserer Erdölprodukte interessiert sei; ich empfahl, sich mit ihm bekannt zu machen. Göring stimmte dem zu. Er beendete das Gespräch ebenso wie auch Hitler, indem er erklärte, dass ich mich immer an ihn persönlich wenden könne und er mir stets zur Verfügung stehen werde.

Ich vergaß darauf hinzuweisen, dass Göring mir während unserer Unterredung mitteilte, er habe bei seinem Besuch in Rom, als er sich in Fragen der Luftfahrt für eine enge Annäherung an uns aussprach, von einigen Personen folgende Replik zu hören bekommen: „Denken Sie tatsächlich daran, nach Moskau zu fahren? Man wird Sie dort umbringen!“ Darauf habe er entgegnet, wenn die Sowjet-

¹² So im Dokument; gemeint sind Funkgeräte.

¹³ Die Rede Hitlers am 4. 3. 1933 in Königsberg enthielt keine Ausfälle gegen die UdSSR. Vgl. Dok. 26. Die Bevollmächtigte Vertretung hatte im Zusammenhang mit der Wahlrede im Sportpalast am 2. 3. 1933 gegenüber dem AA den offiziellen Protest erklärt. Vgl. Dok. 31.

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit einer dicken Linie angestrichen.

macht ihm die Möglichkeit einer Reise nach Moskau garantiert, so werde er fahren, weil die Sowjetmacht stark und in der Lage sei, ihre Versprechungen auch zu halten¹⁵.

[...]¹⁶

CHINČUK

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben links befinden sich die Stempel *des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1945 vom 15. 5. 1933 und des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID mit der Eingangs-Nr. 2094 vom 14. 5. 1933.*

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 6 an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 299–304. Kopie.

Nr. 84

Aufzeichnung einer Beratung im AA

Berlin W8, den 4. Mai 1933

Nr. W IV Ru 1991, 3. Ang.

An

das Reichswirtschaftsministerium

z. Hd. von Herrn Min.Rat Mossdorf

das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

z. Hd. von Herrn Min.Rat Leeser

– je besonders –

In der Derop-Angelegenheit werden anbei übersandt:

1) ein Vermerk über die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit dem hiesigen Sowjetbotschafter¹,

2) eine Aufzeichnung über eine Besprechung mit dem Herrn Staatskommissar Hollmann.

Im Auftrag

Bräutigam

Berlin, den 3. Mai 1933

zu W IV Ru 1991.

Aufzeichnung

Am 2. d. M. fand bei Herrn Ministerialdirektor Meyer in Gegenwart des Herrn Legationsrats von Tippelskirch und des Unterzeichneten erneut eine Unterredung mit dem Kommissar für die Derop und Derunapht, Herrn Hollmann, und Herrn Dr. Wieland statt.

¹⁵ Der gesamte Absatz ist am linken Seitenrand mit einer dicken Linie angestrichen.

¹⁶ Ausgelassen wurde die Aufzeichnung des Frühstücks mit dem finnischen Gesandten Wuolijoki [am 2. 5.] (l. 304).

¹ Dieser Punkt ist am linken Seitenrand dreifach angestrichen.

Herr Hollmann berichtete, die Russen wollten sich nicht damit einverstanden erklären, dass in der Derop und der Derunapht der Vorsitzende des Vorstandes und Aufsichtsrats von deutscher Seite bestellt werde². Ihre Absicht sei, bei paritätischer Besetzung dieser beiden Organe die deutschen Mitglieder zu majorisieren. Nach sowjetischer Auffassung zähle die Stimme des Vorsitzenden bei Stimmengleichheit doppelt. Deutscherseits könne hierauf unter keinen Umständen eingegangen werden, da man dann die Gesellschaften nicht als deutsche ansprechen könne; nur unter dieser Voraussetzung sei aber eine amtliche Empfehlung des Bezuges von Deroptreibstoffen möglich.

Herr Min.Dir. Meyer wies darauf hin, dass *nach der Besprechung des Herrn Reichskanzlers mit dem russischen Botschafter alle wirtschaftlichen Angelegenheiten paritätisch von Russen und Deutschen erledigt werden müssten*³, und wies in dieser Beziehung auf die Herrn Hollmann übergebene Aufzeichnung⁴ des auf Grund der erwähnten Besprechung erfolgten Beschlusses des Kabinetts hin. Herr Min.Dir. Meyer berichtete, dass er am Sonnabend in einer Unterredung mit dem russischen Botschafter⁵ versucht habe, diesen von der Notwendigkeit eines deutschen Vorsitzenden in der Gesellschaft zu überzeugen, leider aber vergeblich. Herr Meyer teilte ferner mit, dass Herr Ministerpräsident Göring heute den russischen Botschafter empfangen werde⁶, und empfahl, das Ergebnis dieser Besprechungen vor weiteren Schritten abzuwarten.

Herr Hollmann teilte mit, dass er Herrn O.R.R. Diels im Hinblick auf die bevorstehende Besprechung mit Herrn Göring nochmals von der Notwendigkeit eines deutschen Vorsitzenden informiert habe. Herr Hollmann und Herr Dr. Wieland teilten mit, dass der vorliegende Bericht der Treuhandgesellschaft eine Reihe von zweifelhaften Transaktionen der Derop und Derunapht ergeben habe. Einem Aktienkapital der Derop von 10 Mill. RM und einem Gesellschafterkapital der Derunapht von 7 Mill. RM, die noch nicht voll eingezahlt seien, ständen Schulden der beiden Gesellschaften in Höhe von 25 Mill. RM gegenüber. Nach den deutschen Gesetzen müssten beide Firmen Konkurs anmelden. Auch habe bisher keine Klarheit über die Verwendung einiger Einnahmebeträge der Derop geschaffen werden können. Diese Gesellschaften, die deutschen Rechts seien, müssten sich genau so wie andere Gesellschaften an die deutschen Gesetzesbestimmungen halten, und schon um dies zu gewährleisten sei es notwendig, den deutschen Einfluss entscheidend sicher zu stellen. Dies wurde Herrn Hollmann von Herrn Ministerialdirektor Meyer bestätigt.

Herr Min.Dir. Meyer empfahl, wegen der wirtschaftlichen Einzelheiten in fortlaufender Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium zu bleiben.

Zu den von Herrn Außenkommissar Litwinoff Herrn Botschafter von Dirksen gegenüber gerügten Entlassungen von 2 russischen Angestellten der Derop bemerkte Herr Hollmann, dass es sich um einen Herrn Matsch gehandelt habe, der wiederholt betrunken zum Dienst gekommen sei, sowie um die Frau eines Passfä-

² Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk: Tip-krch gfl. K[ennntnisnahme].

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Vgl. anschließender Vermerk vom 29. 4. 1933.

⁵ Am 29. 4. 1933; vgl. Dok. 83.

⁶ Am 2. 5. 1933; vgl. Dok. 83.

schers. Herr Jenko habe im Übrigen gegen die Entlassungen keine Einwendungen erhoben.

Herr M.D. Meyer erklärte hierzu nachdrücklich, dass die Russen kein Recht hätten, wegen irgendwelcher Entlassungen in der Derop vorstellig zu werden, da alle Personalfragen zur ausschließlichen Zuständigkeit des Kommissars gehörten.

gez. Bräutigam

Berlin, den 29. April 1933

Vermerk

Bei gestriger Unterredung zwischen Reichskanzler und Sowjetbotschafter ist bezüglich Derop vom Herrn Reichskanzler folgende Entscheidung getroffen worden, der Reichskabinett in gestriger Sitzung zugestimmt hat:

1. Der Staatskommissar wird sich auf die Personalien beschränken.
2. Die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten werden paritätisch von Deutschen und Russen erledigt⁷.
3. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats erfolgt paritätisch aus Deutschen und Russen.
4. Die Derop räumt der Deutschen Reichsregierung ein Vorkaufsrecht ein, das vor einem Verkauf der Derop ohne Wissen und Billigung der Deutschen Regierung schützt.
5. *Es wird dafür Sorge getragen, dass alle Stellen Anweisung erhalten, im größten Umfang Produkte der Derop zu kaufen*⁸.

Eigenhändige Unterschrift auf dem Anschreiben. Auf Kopfbogen des Auswärtigen Amtes geschrieben. Auf dem ersten Blatt handschriftlicher Vermerk: Zunächst Herrn Staatssekretär z. g. Kenntnisnahme vorgelegt. Leiser 4/5. Weitere Vermerke und Kenntnisnahmen. Der Vermerk vom 29. 4. 1933 trägt keine Unterschrift.

GStA PK, Rep 120, C XIII, 6a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 72–76.

⁷ Aleksandrovskij beschwerte sich am 3. 5. 1933 bei Bräutigam und teilte ihm mit, dass Hitler in dem Gespräch mit Chinčuk zugestimmt habe, dass der eingesetzte Kommissar sich der finanziellen und geschäftlichen Dispositionen zu enthalten habe. „Als dies dem Kommissar bei der ‚Derop‘, Herrn Hollmann, mitgeteilt worden sei, habe Herr Hollmann gesagt, das sei richtig; er sei aber anderer Auffassung als der Herr RK. Er nehme für sich auch das Recht der Entscheidung in den finanziellen und geschäftlichen Fragen in Anspruch.“ Vgl. PA AA, R 105702, o.P.

⁸ Dieser Punkt ist am linken Seitenrand dreifach angestrichen.

Nr. 85
Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 5. Mai 1933
Geheim!

IV Ru. 2170
Tgb. Nr. A/885
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Politischer Bericht

Inhalt: Die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag und die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

- I. Vorgeschichte und politische Wirkung der Ratifikation.
- II. Vergleich mit den gemeinschaftlichen Kommuniqués von 1930.
- III. Drei hemmende Momente auf der Sowjetseite:
 - a) Unsicherheit über Deutschlands Außenpolitik.
 - b) Verletztes Prestige-Gefühl.
 - c) Französisch-polnische Gegenwirkung.
- IV. Die Außenpolitik der Sowjetregierung am Scheidewege.
- V. Grundlagen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses.

I.

Der heute erfolgte Austausch der Ratifikationsurkunden des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag verleiht einem Vertragsinstrument Rechtskraft, das – wie kaum ein anderer deutsch-sowjetischer Vertrag – eine schwierige und komplizierte Vorgeschichte hat. Äußerlich tritt das schon dadurch in Erscheinung, dass diese Inkraftsetzung fast zwei Jahre nach der Unterzeichnung am 24. Juni 1931 und fast zu dem Tage erfolgt, wo die Kündigung wieder möglich ist – am 30. Juni 1933. Diese Schwierigkeiten begannen schon am Tage der Unterzeichnung des Protokolls, als auf Wunsch des damaligen Reichskanzlers Brüning die Bekanntgabe der dadurch erfolgten Verlängerung des Berliner Vertrages im Hinblick auf die mit Frankreich schwebenden finanziellen Verhandlungen der Öffentlichkeit einige Tage vorenthalten werden sollte. Dann kamen die immer erneuten und immer wieder scheiternden Versuche, den Vertrag durch den funktionsunfähigen Reichstag zu bringen, da der Weg über die Notverordnung nicht für gangbar gehalten wurde. Die in den letzten Monaten herrschende Spannung in den beiderseitigen Beziehungen ließ es schließlich geraten erscheinen, für den Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden einen Augenblick zu wählen, wo diesem Akt eine politische Bedeutung zugemessen werden konnte – die Bedeutung, einen Schlussstrich unter diese Spannung zu setzen. Die Wiederinkraftsetzung des Berliner Vertrages und des Schlichtungsabkommens¹ soll dem Willen der nationalen deutschen Regierung Ausdruck verleihen, auch ihrerseits in freundschaftlichen,

¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 12, 13.

für beide Länder nutzbringenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu leben. Der besonderen Unterstreichung dieses Willens soll die Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués dienen.

II.

Es liegt nahe, einen Vergleich mit der politischen Lage zu ziehen, die am 14. Juni 1930 zur Veröffentlichung eines gemeinschaftlichen Kommuniqués geführt hat, durch das der beiderseits angesammelte Konfliktstoff der Schlichtungskommission zugewiesen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Partners zurückgewiesen und den positiven politischen Absichten der beiden vertragschließenden Parteien Ausdruck gegeben wurde². Auch damals waren eine monatelang andauernde gespannte Atmosphäre, zahlreiche Zwischenfälle und scharfe Auseinandersetzungen vorausgegangen. Auch damals wurde ein gemeinschaftliches Kommuniqué als Mittel zur Bekundung des gegenseitigen Willens gewählt. Und damals setzte tatsächlich eine verhältnismäßig lange Periode verhältnismäßig reibungsloser Beziehungen ein.

Auch jetzt ist in der Sowjetregierung zweifellos der Wunsch lebendig, die entstandenen Spannungen zu beseitigen. Aber es hieße sich einer Selbsttäuschung hinzugeben, wenn man deutscherseits mit voller Sicherheit darauf rechnen wollte, dass dem Austausch der Ratifikationsurkunden und dem gemeinschaftlichen Kommuniqué dieselbe politische Wirkung innewohnen wird wie der gemeinschaftlichen Erklärung im Jahre 1930. Dazu sind im Verlauf des letzten Jahres die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion im Allgemeinen und Deutschland gegenüber im Besonderen von zu viel verschiedenen Strömungen beeinflusst worden. Als die wesentlichen, in dieser Beziehung wirksamen Faktoren haben eine ziemlich tief eingefressene *Unsicherheit oder ein Mißtrauen gegenüber Deutschland, ein verletztes Prestigegefühl³ und eine sehr starke französisch-polnische Gegenwirkung zu gelten.

III.

Die Unsicherheit über die politischen Absichten Deutschlands datiert nicht erst seit Bildung der gegenwärtigen Regierung der nationalen Revolution in Deutschland. Dieses Ereignis an sich hätte überhaupt keine ungünstige Wirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen auszuüben brauchen. Das russische Misstrauen entstand während der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932, als die Unwahrheit verbreitet wurde, dass der damalige Reichskanzler von Papen dem französischen Ministerpräsidenten Herriot ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Militärbündnis angeboten habe, dessen Nichtzustandekommen nur der französischen Absage zu danken sei⁴. Die schärfsten deutschen Dementis in Privatunterhaltungen mit Sowjetpolitikern übten keine volle Wirkung, da *die Russen die Öffentlichkeit der Erklärung vermissten⁵. Die Tatsache, dass Herriot selbst in einem Zeitungsartikel und dann andere französische Presse-Organen diese Behauptung

² Zur Abstimmung des Kommuniqué-Textes vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XV, Dok. 80, Anm. 2, S. 182.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 18, 20.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

unausgesetzt wiederholten, gab dem Misstrauen der Sowjetregierung – ihrer hervorstechendsten Eigenschaft – neue Nahrung.

Der Regierungswechsel in Deutschland am 30. Januar d. Js. erfüllte die Sowjetregierung mit Besorgnis. Sie suchte antirussische Bekundungen nationalsozialistischer Führer aus der Vergangenheit heraus und befürchtete, dass nunmehr eine dementsprechende Politik eingeschlagen werden würde. Die eindeutigen positiven Erklärungen des Reichskanzlers, insbesondere in seiner Reichstagsrede vom 23. 3. d. Js.⁶, zerstreuten diese Besorgnisse und zeigten, dass man deutscherseits die Bekämpfung des Kommunismus im Innern wohl zu trennen wisse von einer positiven Politik Russland gegenüber.

Eine tiefer greifende und nachteilige Wirkung übten aber die dauernden und an prestigemäßig empfindlichen Stellen vorgenommenen polizeilichen Maßnahmen in Deutschland gegen Sowjet-Institutionen (Handelsvertretungen, Derop usw.) und gegen Sowjetbürger aus. Man hätte ein **einmaliges**⁷ scharfes Durchgreifen auch an empfindlichen Stellen hingenommen; dass man aber etwa **zwei Monate lang** vor der Weltöffentlichkeit zugeben müsste, dass man im eigenen Hause nichts zu sagen habe⁸ – und man hatte die Welt glauben gemacht, dass etwa die Derop ein reines Sowjetunternehmen sei –, das hat die Empfindlichkeit der Sowjetregierung schwer und dauernd verletzt. Dazu kam die Besorgnis, ob auch wirklich mit Deutschland die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen in früherer Intensität möglich sei.

War so die sowjetische Einstellung gegenüber Deutschland durch die politische Entwicklung seit dem Sommer 1932 besorgt, misstrauisch, unsicher; war durch die polizeilichen Eingriffe der letzten Monate ein weiterer Störungsfaktor in die beiderseitigen Beziehungen hineingetragen worden – so trat als ein drittes, im negativen Sinn wirkendes Moment die zielbewusste und mit allen Mitteln und Mittelchen betriebene Politik der Franzosen und Polen hinzu, die von ihnen lebhaft begrüßte deutsch-russische Abkühlung zu fördern und sich selbst an Deutschlands Stelle zu placieren. Es ist hier nicht der Ort, um die besonderen Gründe aufzuführen, die die beiden Bundesgenossen aus nicht immer identischen Beweggründen zu dieser prorussischen Politik veranlassen – es genügt der Hinweis, dass diese Bemühungen in Moskau durchaus nicht auf steinigem Boden fallen. Zunächst liegt es in dem **gesunden Egoismus der Sowjetregierung**⁹, alle ihr gebotenen Freundlichkeiten einzukassieren; dazu kommt, dass ihr die französische Beflissenheit im Augenblick des Konflikts mit England¹⁰ besonders erwünscht ist. Und schließlich vor allem: die polnischen Sympathiebezeugungen sind für die Sowjetregierung als Sicherung ihrer Westflanke von lebenswichtiger Bedeutung in einer Periode ständiger Verschärfung ihrer Beziehungen zu Japan.

IV.

Die negativen Momente in den Beziehungen zu Deutschland und die positiven in den Beziehungen zu Polen und Frankreich haben hier eine Stimmung ge-

⁶ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Vgl. Dok. 66, Anm. 14.

schaffen, die in folgenden Anzeichen ihren Ausdruck findet: Herr Krestinski, einer der wärmsten Anhänger der deutsch-sowjetischen Freundschaft, sagte mir vor wenigen Tagen, es würde noch Monate dauern, ehe die beiderseitigen Beziehungen wiederhergestellt seien – so tiefgreifend wäre der Eindruck der letzten Zwischenfälle in der Sowjetöffentlichkeit. Er stellte dann bedauernd fest, dass es in diesem Jahr für die leitenden Sowjetpersönlichkeiten wohl nicht möglich sein werde, deutsche Ärzte und Sanatorien aufzusuchen, weil diese sonst Schwierigkeiten zu befürchten haben würden.

Radek, einer der einflussreichsten und bis jetzt ausgesprochen antipolnischen Publizisten der Sowjetunion, erwiderte kürzlich auf die Frage, warum er jetzt von „Pommerellen“¹¹ und nicht mehr von „Korridor“ spräche: „Warum soll ich noch deutsche Propaganda machen? Es hat sich eben in der letzten Zeit vieles geändert.“

In der Presse und in der hiesigen Öffentlichkeit beginnt eine gewisse Distanzierung von den bis jetzt gemeinsam mit Deutschland verfolgten außenpolitischen Zielen und Grundanschauungen sich durchzusetzen. Die uneingeschränkte Gegnerschaft gegen das Diktat von Versailles wird nicht mehr bekundet; stattdessen beginnt die These sich einzunisten: Revision bedeutet Krieg.

Die früher befolgte gemeinsame Politik in Abrüstungsfragen hat sich so weit in ihr Gegenteil verkehrt, dass der offiziöse Genfer Berichterstatter der „Iswestija“ am 5. d. Mts.¹² die Haltung der deutschen Delegation in der Frage der Definition des Angreifers¹³ völlig umgefälscht hat, indem er die deutsche Delegation, die sich der Stimme enthalten hat, in die Zahl der mit „Nein“ stimmenden Delegationen einrechnete.

Als ein höchst bezeichnender weiterer Zug ist die ablehnende und schikanöse Haltung in verschiedenen militärpolitischen Fragen anzusehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei der Sowjetregierung die Neigung zu einer Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland sich gegenwärtig die Waage hält mit der Tendenz, Deutschland gegenüber eine abwartende Zurückhaltung zu üben, um sich gegebenenfalls in das französisch-polnische Fahrwasser zu begeben.

V.

Es wäre durchaus denkbar und vertretbar, deutscherseits dieser Entwicklung mit einer gewissen Gelassenheit zuzusehen. Die Sowjetunion als Ganzes genommen ist gegenwärtig kein Objekt, das zu einer besonders positiven Einstellung durch andere Mächte verlockte: in weiten Strecken des Landes herrscht Hungersnot; die Landwirtschaft liegt darnieder; die Industrialisierung hat die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllt; das Verkehrswesen ist rückgängig; die innerpolitische Geschlossenheit hat sich infolge des Misslingens der wirtschaftlichen Experimente gelockert. Als Machtfaktor, insbesondere in militärischer Beziehung, wird die Sowjetunion während der nächsten Jahre nur in sehr bescheidenem Umfange einzusetzen sein.

¹¹ Pommerellen: Landschaft zwischen den Flüssen Küddow und Weichsel im Nordwesten Polens. Polen erhielt nach dem Versailler Vertrag hier den Zugang zur Ostsee, was eine Abtrennung Ostpreußens vom deutschen Reich bedeutete.

¹² „Tov. Dovgalevskij vskryvaet smysl anglijskogo plana“ (Genosse Dovgalevskij deckt den Sinn des englischen Planes auf). In: Izvestija vom 5. Mai 1933, S. 1.

¹³ Vgl. Dok. 12, Anm. 5.

Aber eine solche Einstellung wäre vom allgemeinen politischen Standpunkt, insbesondere aber vom deutschen Standpunkt aus kurzfristig. In den deutsch-russischen Beziehungen ist es niemals das gegenwärtige Stärkeverhältnis gewesen, das eine außenpolitische Wirkung gegenüber dritten Ländern ausgeübt hat. Der Welt ist die derzeitige Schwäche Deutschlands wie Russlands stets bewusst gewesen; insofern hat man durchaus mit Recht von einem Rapallo-Bluff gesprochen. Die starken positiven politischen Wirkungen, die die Rapallo-Politik trotz dieser Erkenntnis von der Schwäche der beiden Partner stets ausgeübt hat, war in der Erkenntnis der potentiellen Stärke der beiden Staaten begründet; die Welt war sich darüber im klaren, dass sowohl Deutschland wie Russland in absehbarer Zukunft zu großen politischen Machtfaktoren heranreifen würden. Die Zusammenarbeit und Freundschaft zweier Staaten mit einer so sicheren politischen Zukunft musste für die Welt einen bedeutsamen positiven Faktor darstellen. An dieser Grundtatsache hat sich auch heute nichts geändert. Auch heute noch sind daher für Deutschland dieselben Gründe, die 1922 zum Abschluss des Rapallo-Vertrages und 1926 zum Abschluss des Berliner Vertrages geführt haben, lebendig und wirksam.

gez. v. Dirksen

Auf dem ersten Blatt Stempel: A.A. eing. 11. Mai 1933 sowie Doppel. Vorzulegen: H. Ges. Hey, H. Bräutigam und H. v. Stohrer; von den beiden Letztgenannten abgezeichnet; Repr[oducatur] mit Arbeitsexemplar v. T[ippelskirch] 5.[5]. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497009–497018.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 212, S. 382–386.

Nr. 86

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

Moskau, den 6. Mai 1933

Tgb. Nr. A/903

Lieber Meyer!

ich möchte heute Ihre Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit lenken, die zwar unmittelbar die *Presseabteilung*¹ betrifft, mittelbar aber von erheblicher politischer Bedeutung ist. Es handelt sich um die immer *dünner werdende Vertretung der deutschen Presse in*² Moskau. Wie Sie wissen, hat die „Vossische Zeitung“ ihren hiesigen Vertreter, Herrn Wilm Stein, nach Berlin einberufen und will den Posten nicht wieder besetzen. Es ist Ihnen ferner bekannt, dass Herr Just von der „Kölnischen Zeitung“ gleichzeitig den Dienst für die „Münchener Neuesten Nachrichten“, „Hamburger Fremdenblatt“ und die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ versieht. Er geht jetzt zwei Monate auf Urlaub. Herr Görbing, der Vertreter der

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

Scherl-Presse, ist auch bereits seit längerer Zeit in Berlin, ohne dass ich von seiner demnächst bevorstehenden Rückkehr gehört hätte. Herr Günther Stein, der Vertreter des „Berliner Tageblatts“, ist zurzeit von Moskau abwesend; außerdem scheint es mir zweifelhaft zu sein, ob er noch lange hier in Moskau bleiben wird. Herrn Basseches, der in erster Linie die „Neue Freie Presse“ und erst in zweiter Linie gelegentlich eine Reihe von deutschen Blättern bedient, kann ich aus den verschiedensten Gründen nicht voll in Rechnung stellen.

Es ergibt sich also für einige Wochen das betrübende Bild, dass in Moskau bzw. der Sowjetunion kein einziger Vertreter der deutschen Presse tätig ist. Herr Baum als Vertreter des WTB und Pressebeirat der Botschaft kommt ja für diese Berichterstattung nicht in Frage.

Für eine längere Zeit wird also die deutsche Presse für die Berichterstattung über die Sowjetunion lediglich auf amerikanische und andere Nachrichtenagenturen sowie auf Telunion und Ostexpress, die ihre Nachrichten nur aus zweiter Hand schöpfen, angewiesen sein.

Das ist, glaube ich, auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Bisher ist Deutschland das Land gewesen, durch dessen Vermittlung ein großer Teil der Welt über die Sowjetunion unterrichtet worden ist; vor allem hatte das deutsche Publikum die Möglichkeit, sich durch die Berichte der ihr bekannten deutschen Korrespondenten ein Bild über die hiesige Lage zu machen. Die *deutsche Presse bildete einen wesentlichen Machtfaktor Deutschlands auch gegenüber der Sowjetunion*³. Der Verlust dieser Position wird uns – je länger, desto mehr – große Nachteile zufügen.

Das ist der Tatbestand, auf den ich Ihre und des Amtes Aufmerksamkeit lenken wollte. Gewiss wird durch die Rückkehr von Herrn Just nach zwei Monaten die Lücke zu einem erheblichen Teil ausgefüllt, aber die Tendenz, die in der allmählichen Abziehung der hiesigen Pressevertreter liegt, ist es, die mich bedenklich stimmt. Und ich frage mich, ob es nicht möglich ist, dem entgegenzuwirken. Ich halte es für durchaus möglich, dass ein Teil der großen Zeitungsverlage das Interesse an der Berichterstattung aus Russland verloren hat, weil sie sich sagen, dass Moskau nicht mehr so interessant ist. Vielleicht könnte man auf diese Verlage in dem Sinne einwirken, in dem der Reichskanzler jetzt zur Russenpolitik Stellung genommen hat. Es sind ja auch einige ganz hoffnungsvolle Ansätze in der Beurteilung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verzeichnen gewesen, wie z.B. der Artikel im „Angriff“⁴ zu Gunsten einer Steigerung des beiderseitigen Wirtschaftsverkehrs, und in der „Kreuzzeitung“⁵ zu Gunsten der politischen Beziehungen. Vielleicht würde das den einen oder anderen Verlag, wie z.B. Ullstein, zu einer Dauerbesetzung ermutigen oder den Scherlverlag zur baldigen Entsendung von Herrn Görbing wieder zurück nach Moskau.

Politisch am wirkungsvollsten würde es natürlich sein, wenn die nationalsozialistischen Publizisten ein aktiveres Interesse an der Sowjetunion nehmen woll-

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ „Der neue Kurs bei der ‚Derop‘“. In: Der Angriff vom 28. April 1933, S. 1.

⁵ „Kriegspläne des ‚Comité des Forges‘. Russland lässt sich nicht in die antideutsche Front treiben.“ In: Kreuzzeitung, Nr. 116 vom 27. April 1933, S. 2. Darin heißt es: „Die Regierung der Sowjetunion habe seinerzeit die Erklärung des Reichskanzlers Adolf Hitler über die Friedenspolitik der Reichsregierung zu Russland zur Kenntnis genommen und hat ihrerseits die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Sowjetregierung großen Wert auf ein freundschaftliches Verhältnis zum deutschen Volke lege.“

ten. Der Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, bin ich mir natürlich voll bewusst. Es würde sich da vorläufig nur darum handeln, die ersten Brücken zu schlagen.

Vielleicht lassen Sie sich diese Gedanken einmal durch den Kopf gehen und teilen mir gelegentlich mit, wie Sie darüber denken.

Mit den besten Grüßen herzlichst Ihr

Dirksen

Moskau, den 8. Mai 1933.

P.S. Ich habe inzwischen mit Herrn Just gesprochen und von ihm erfahren, dass auch sein Verbleiben in Moskau höchst gefährdet ist. Der oben erwähnte Konzern: „Hamburger Fremdenblatt“, „Münchener Neueste Nachrichten“ und „Leipziger Neueste Nachrichten“ können und wollen den Beitrag für die Unkosten des hiesigen Büros nicht mehr aufbringen; andererseits ist auch die „Kölnische Zeitung“ höchst schwankend geworden und geht mit dem Gedanken um, ihre hiesige Vertretung eingehen zu lassen.

Wenn all diese deutschen Zeitungen hier nicht mehr vertreten werden, so würde allerdings so gut wie gar nichts mehr übrig bleiben. Ich hoffe allerdings, dass man mit einiger Aussicht auf Erfolg auf die „Kölnische Zeitung“ im Sinne einer Belassung Justs in Moskau wirken könnte.

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben. Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der handschriftliche und unterstrichene Vermerk: WK sowie der handschriftliche Text: P[resseabteilung des AA] Aschmann (handschriftlich unterstrichen) mit der Bitte um Stellungnahme ergeb[enst] vorgelegt. Meyer 16/5. Das Postskriptum endet handschriftlich: Viele Grüße Dirksen

PA AA, R 35966, Bl. E 661278–661283.

Nr. 87

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Geheim

Expl. Nr. 6

7. Mai [1933]

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

die deutsche Regierung bemüht sich, den Austausch der Ratifizierungsurkunden des Moskauer Protokolls von 1931 dafür zu nutzen, um eine Bresche in die Beziehungen zwischen der UdSSR einerseits und Frankreich und Polen andererseits zu schlagen.

Wir haben damit gerechnet, dass die deutsche Seite bemüht sein wird, die Bedeutung der Verlängerung des Berliner Vertrages aufzubauchen, deshalb haben wir gleichzeitig mit dem Erscheinen des Kommuniqués über die Ratifizierung¹ in der „Izvestija“ einen Leitartikel² gebracht, in dem unterstrichen wird, dass die Verträge von Rapallo und Berlin gegen kein anderes Land gerichtet waren, sie ausschließlich friedliche Ziele verfolgten und die jetzige Verlängerung des Berliner Vertrages sowie die Erneuerung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland auf der Grundlage von Rapallo und Berlin in keiner Weise der Schaffung ebensolcher Beziehungen zwischen der UdSSR, Frankreich und Polen entgegenstehen.

Vom gleichen Ziel geleitet, einer Annäherung zwischen uns und Frankreich entgegenzuwirken, bemüht sich die deutsche Regierung die in den nächsten Tagen bevorstehende Reise von General Bockelberg³, dem die Bewaffnung der Reichswehr untersteht, auszunutzen. Just hat bereits auf Weisung der Botschaft ein Telegramm an seine Zeitung geschickt, dass die Reise von General Bockelberg eine Antwort auf den vorjährigen Besuch Tuchačevskijs sei⁴.

Ich denke jedoch, dass man sich zur Tatsache der Ratifizierung eines vor langer Zeit unterzeichneten Protokolls sowohl in Frankreich als auch in Polen vollkommen gelassen verhalten wird⁵, eine Ratifizierung, die faktisch nichts Neues in die deutsch-sowjetischen Beziehungen hineinträgt.

Ich habe daher keine Befürchtung, dass durch die Inkraftsetzung des Moskauer Protokolls außenpolitischer Schaden verursacht werden könnte. Zugleich sind der Austausch der Ratifizierungsurkunden für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR und insbesondere aber der von der deutschen Seite um diesen Austausch angefachte Lärm von sehr großer positiver Bedeutung. Denn breite Kreise der Nationalsozialisten werden sehen, dass die Erklärung Hitlers in seiner Parlamentsrede vom 23. März über den Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR zu unterhalten, kein bloßes Manöver war, sondern die heutige Regierung Deutschlands es tatsächlich als vorteilhaft ansieht, die früheren Beziehungen zur Sowjetunion fortzuführen.

Dies wird sowohl die Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Partei als auch die führenden Beamten aller Behörden wie auch die Polizei dazu zwingen, ihre tägliche Praxis in Bezug auf die Organe der UdSSR in Deutschland und gegenüber den sowjetischen Bürgern zu verändern.

Selbstverständlich kann die einmal entfesselte Naturgewalt nicht sofort gebändigt werden, es wird selbstverständlich weiterhin einzelne Exzesse geben, es kann natürlich nicht die Rede davon sein, dass es gelingt, all jene Kulturbeziehungen wiederherzustellen, die bereits mit der Zerschlagung einer ganzen Reihe von mit der Öffentlichkeit der UdSSR verbundenen kulturellen und wissenschaftlichen Organisationen in Deutschlands zerstört worden sind, doch die Spannung in

¹ „Prodlenie Berlinskogo dogovora. Soobščenie TASS“ (Die Verlängerung des Berliner Vertrages. TASS-Mitteilung). In: Izvestija vom 6. Mai 1933, S. 1.

² „Bor'ba za ukreplenie mira“ (Der Kampf zur Festigung des Friedens). In: ebd., S. 1.

³ Zur Reise von Bockelbergs vgl. Dok. 98, 112.

⁴ Vgl. Dok. 46, Anm. 2.

⁵ Stern vertrat in seinem Schreiben an Chinčuk vom 7. 5. 1933 jedoch die Auffassung, dass „... die Ratifizierung des Vertrages [...] vor allem mit Blick auf Polen für uns von Nutzen [ist]“. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 27, l. 15.

den Beziehungen wird sofort um einiges abnehmen und einer allmählichen Beruhigung Platz machen.

Ungeachtet dieser optimistischen Prognose unterstreiche ich, dass weder Sie noch wir in unserer Wachsamkeit nachlassen dürfen und wir weiterhin in der entschiedensten Weise auf jeden Exzess und auf jede Verletzung unserer Rechte reagieren müssen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šejn[in] 8. V. 33.
Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 889 vom 8. 5. 1933.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[emplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an Štern.*

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 153–152. Kopie.

Nr. 88

**Schreiben des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den Botschafter
in Moskau von Dirksen**

Berlin, den 9. Mai 1933

Lieber Dirksen!

Die Ratifizierung des Berliner Vertrages hat in der deutschen, besonders auch in der nationalsozialistischen Presse allgemein eine der Bedeutung entsprechende Aufnahme und Würdigung gefunden. Eine kleine Sammlung von Zeitungsausschnitten geht Ihnen mit heutigem Kurier zu. Insbesondere mache ich auf die beiden Leitartikel im „Angriff“¹ und im „Völkischen Beobachter“² aufmerksam, die – wie ich Ihnen vertraulich mitteilen kann – von mir geschrieben worden sind. Ich glaube, dass die Russen mit dem Widerhall dieses politischen Akts in der deutschen Öffentlichkeit sehr zufrieden sein können. Nach dem Iswestija-Artikel³, der im Auszug durch TASS telegraphiert worden ist, zu urteilen, hat die Sowjetregierung offenbar dies Ereignis nicht von der zu erwartenden politischen Warte aus gewürdigt, die es verdiente, und eine Missstimmung über Ereignisse erkennen lassen⁴, an denen sie selbst zum großen Teil Schuld hat; denn sie ist z.B. wegen der Derop Monate lang genügend gewarnt worden, ihre kommunistische Parteipolitik endlich aufzugeben, und hat keinen Finger gerührt. Ich hatte ursprünglich vor, in der nationalsozialistischen Presse die Anregung zu weiteren Artikeln über das deutsch-russische Verhältnis zu geben. Diese Absicht habe ich einstweilen zurück-

¹ „Deutschland und die Sowjetunion“. In: Der Angriff vom 6. Mai 1933, 1. Beilage.

² „Die Verlängerung des Berliner Vertrags ratifiziert. Ein weiterer Schritt zur Beruhigung der internationalen Lage.“ In: Völkischer Beobachter vom 6. Mai 1933, Norddeutsche Ausgabe, S. 1.

³ Vgl. Dok. 87, Anm. 2.

⁴ Vgl. dazu Brief von Dirksens an Meyer vom 8. 5. 1933. In: PA AA, R 35966, Bl. E 661292–661295.

gestellt, da ich nicht eine fruchtlose Polemik mit dem Iswestija-Artikel anfangen will. Im Übrigen ist es jetzt zunächst mal an den Russen, einige anständige Zeitungspublikationen zu produzieren.

Auf Ihren Brief vom 24. April⁵, für den ich Ihnen vielmals danke, möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass Hauptmann Krebs, der jetzt den General von Bockelberg auf seiner Reise in Russland begleitet, nach seiner Rückkehr für Moskau freigegeben wird. Krebs wird somit voraussichtlich in der zweiten Hälfte Juni in Moskau eintreffen können. Ich freue mich, dass ich so schnell in der Lage bin, Ihnen auf Ihre Anregung positiv zu antworten.

Über die Derop geht Ihnen das Wesentliche an Material heute mit Kurier zu. Mit dieser Sache haben wir viel Arbeit gehabt. Der Stand der Angelegenheit ist zurzeit so, dass nach Anweisung des Ministerpräsidenten Göring Staatskommissar Hollmann sich lediglich auf die Personalfragen beschränkt und auf seine sonstigen Vollmachten verzichten wird, sobald Aufsichtsrat und Vorstand der Derop und der Derunapht durch die deutschen Herren ergänzt ist. Die Einsetzung der betreffenden deutschen Herren muss aber durch den Staatskommissar erfolgen. Die Idee der Russen, dass Herr Hollmann die Geschäfte dem noch nicht umgebildeten russischen Vorstand übergibt und dieser dann zwei Mitglieder kooptiert, ist nicht gangbar. Die Leute haben immer noch nicht verstanden, worum es sich handelt. Die Derop soll ihr Benzin absetzen, alle übrigen Gesichtspunkte muss sie beiseite lassen. Sonst wird es niemals möglich sein, einen geordneten Absatz sicherzustellen. Was nutzen mir die russischen Direktoren in den Filialen in Leipzig und sonstwo, wenn die Verwaltungen und die Bevölkerung es ablehnen, bei ihnen Benzin zu kaufen. Die Revision der Geschäfts- und Finanzgebarung der Derop hat ferner Verstöße gegen die Devisenordnung und Bestimmungen des Handelsrechts aufgedeckt. Wegen der Verstöße gegen die Devisenordnung ist der Vorsitzende des Vorstandes von Derop und Derunapht, Jenko, gestern zur Vernehmung bei der Zollfahndungsstelle mitgenommen worden. Lediglich der Intervention des Staatskommissars ist es zu danken, dass Jenko nicht in Haft verblieben ist. Jedenfalls ist nun ein Strafverfahren anhängig, in das das Auswärtige Amt nicht eingreifen kann. Über die weitere Entwicklung werde ich Sie auf dem Laufenden halten.

Mit den besten Grüßen herzlichst wie stets Ihr

gez. Meyer

Auf dem letzten Blatt befindet sich unten folgender von Meyer handschriftlich geschriebener Nachtrag: P. S. Ich habe wegen der russ.-poln. Politik Bedenken u[nd] wäre für Ihre Auffassung dankbar. M[eyer] 9/5.

PA AA, R 35966, Bl. E 661285–661287.

⁵ Der Brief konnte nicht ermittelt werden.

Nr. 89

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**

GEHEIM
Expl. Nr. 6

Tagebuch
N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS VON DIRKSEN, 9. MAI 1933

1. Nach dem Austausch der Begrüßungen fragte ich D[irksen], ob er den Brief des Gen. Enukidze erhalten habe, den ich ihm übermittelt hatte. D. antwortete, er habe ihn erhalten und sei sehr gerührt und hoffe, dass Gen. Enukidze den zweiten Teil seinesurlaubes in Deutschland verbringen werde. Ich antwortete, dass Avel' Sofronovič auf der Rückreise in die UdSSR wahrscheinlich für 2–3 Tage in Berlin Station machen werde, bezweifle aber sehr, dass er in Deutschland einen beträchtlichen Teil seinesurlaubes verbringen werde. Die Atmosphäre gegenüber der UdSSR und den Sowjetbürgern, die in den letzten Monaten in Deutschland erzeugt worden sei, sei viel zu ungünstig geworden, um dahin zur Kurbehandlung oder in Urlaub fahren zu können. D. versuchte dies zu bestreiten, doch ich sagte, mir seien einige Fälle bekannt, wonach unsere Genossen, die sich in einem Kurort oder in einem Sanatorium behandeln zu lassen wünschten, wo sie bereits einige Male gewesen waren, von den Besitzern der Sanatorien und von den Ärzten gebeten wurden, in diesem Jahr nicht anzureisen. Weil in allen diesen Fällen nicht an dem guten persönlichen Verhältnis der Ärzte zu unseren Genossen zu zweifeln sei, sei es klar, dass die Ärzte durch die allgemeine Atmosphäre eingeschüchtert worden seien und sich davor fürchten, sowjetische „Bolschewiken“ bei sich aufzunehmen.

2. Danach lenkte ich das Gespräch auf die Verwüstung des Hamburger Klubs¹. Wir könnten uns nicht mit der Entschuldigung, die der Präsident des Hamburger Senats gegenüber Gen. Krumin in Hamburg ausgesprochen hat, und auch nicht mit dem Ausdruck des Bedauerns seitens des Innenministeriums zufriedengeben. In Hamburg geschähen absolut unzulässige Dinge. Zuerst habe es die Haussuchung in der Handelsvertretung gegeben, danach seien einige sowjetische Handelsdampfer durchsucht worden, dann habe es den Versuch gegeben, unseren Generalkonsul Gen. Krumin einer Leibesvisitation zu unterziehen. Ferner sei der Vorsitzende der Derop, der sieben Jahre in Hamburg lebt und den in Hamburg alle kennen, in einem Restaurant verhaftet und mehrere Stunden von der Polizei festgehalten worden. Und schließlich die Zerstörung des Klubs, der einen Akt eines absolut ungläublichen Vandalismus darstelle.

¹ Gemeint ist der Klub für Mitarbeiter der Handelsvertretung und des Generalkonsulats der UdSSR in Hamburg, der in der Nacht vom 6. zum 7. 5. 1933 von einem SA-Trupp überfallen wurde, wodurch dem Klub ein erheblicher materieller Schaden entstand. Die Bevollmächtigte Vertretung protestierte dagegen (Verbalnote vom 8. 5. 1933) und erhielt am 16. 5. 1933 vom AA die Antwort (vgl. AVP RF, f. 82, op. 21, p. 70, d. 14, l. 28), die Hamburger Behörden hätten dem sowjetischen Generalkonsul Krumin ihr aufrichtiges Bedauern ausgesprochen und Untersuchung der Vorkommnisse, Schadensersatz und Bestrafung der Schuldigen zugesagt. Vgl. auch Bericht von Bülow-Schwantes an von Bülow vom 8. 5. 1933 über das Gespräch mit dem sowjetischen Botschaftsrat Aleksandrovskij. In: PA AA, R 28307, Bl. D 562450–562452.

Es liege auf der Hand, dass die Parteiorganisationen der Nationalsozialisten in Hamburg und die dortige Polizei offensichtlich glauben, sie könnten sich gegenüber Sowjeteinrichtungen und Sowjetbürgern alles erlauben und ihre Ausschreitungen stünden im Einklang mit den politischen Plänen der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung muss den Hamburgern auf die Finger klopfen, sie streng zur Ordnung rufen, die Schuldigen des letzten Pogroms bestrafen und dies durch die Presse der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Erst dann könne sich die Lage der Dinge in Hamburg verändern. Sollte dies nicht geschehen, werde Hamburg weiterhin fortfahren, alle guten Absichten des Auswärtigen Amtes zu durchkreuzen.

D. versprach, in dieser Angelegenheit nach Berlin zu schreiben².

3. Danach sagte ich D., dass ich mich auf seine Bitte privat an Gen. Vorošilov gewandt hätte, ob er die Einladung zum Essen beim Botschafter anlässlich der Ankunft von General Bockelberg wahrnehmen werde. Gen. Vorošilov sei, worauf ich den Botschafter bereits früher aufmerksam gemacht hätte, in den nächsten Tagen so beschäftigt, dass er keine Möglichkeit sehe, die Einladung anzunehmen.

D. war sehr betrübt und sagte, dass er das Essen am 13. Mai gebe und hoffe, Gen. Vorošilov bei sich zu sehen.

4. Anschließend ging D. zu dem Zweck seines Besuches über und sagte, dass sich eine Vielzahl von Verletzungen des Abkommens über Niederlassungen³ unsererseits angehäuften hätten; obgleich sich die deutsche Botschaft zu allen einzelnen Verletzungen an die 2. Westabteilung des NKID gewandt habe, bitte er mich dennoch persönlich, mich dieser Angelegenheiten anzunehmen und bezüglich der Verhaftungen und der Staatsbürgerschaft Klarheit zu schaffen. Er handigte mir ein Aide-Mémoire aus, das eine Aufzählung der krassen Fälle enthält, über die ein Schriftwechsel zwischen der Botschaft und dem NKID⁴ geführt wird. Dazu nannte er mir einige Namen.

Ich antwortete, dass mir einige dieser Namen bereits bekannt seien, ich mich um die Klärung dieser Angelegenheiten kümmern und alles tun werde, was möglich ist, um sie aus der Welt zu schaffen⁵. Zu den gleichen Angelegenheiten, die mir noch nicht bekannt seien, würde ich umgehend von der 2. Westabteilung einen Bericht anfordern.

5. Sodann sprach D. mit mir darüber, dass in unserem Verhältnis zu Deutschland neue Töne zu vernehmen seien. Selbst auf Seiten der Militärs werde eine gewisse Abkühlung wahrgenommen⁶. In Genf trete unsere Delegation immer öfter getrennt von der deutschen Delegation auf. Auch in der Presse sei im Vergleich zu

² Vgl. Brief von Dirksens an Meyer vom 9. 5. 1933. In: PA AA, R 35966, Bl. E 661288–661291.

³ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

⁴ Vgl. Aufzeichnung über die deutschen Beschwerden bezüglich des Rechts auf Niederlassung (Übersetzung aus dem Deutschen). In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 175–171.

⁵ Vgl. Dok. 91.

⁶ Laut Aufzeichnung von Dirksens reagierte Krestinskij auf diese Bemerkung wie folgt: „Was die militärpolitische Zusammenarbeit angeht, so bestände auf Sowjetseite der Wunsch nach ungetrübter Fortsetzung derselben. Die von mir [von Dirksen – Hrsg.] genannten Einzelfälle seien nicht auf Grund eines einheitlich festgelegten Programms seitens der Zentralstellen erfolgt. Es möge wohl sein, dass es auch in den Kreisen der Roten Armee sich vielleicht mehr gefühlsmäßig eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar mache, da man Deutschlands vielleicht doch nicht mehr so sicher zu sein glaube, wie früher.“ In: PA AA, Moskau 214, Bl. 429621.

früher eine größere Zurückhaltung selbst bei der Bewertung solcher Vorgänge wie der Verlängerung des Berliner Protokolls festzustellen⁷.

Ich antwortete D., dass eine verringerte Abgestimmtheit der Arbeit in Genf keineswegs das Ergebnis unseres Unwillens ist, den Kontakt zu pflegen. Die deutsche Seite habe seit Beginn der Abrüstungskonferenz jene Beziehungen krass verändert, die zu der Zeit von Graf von Bernstorff⁸ zwischen unseren Delegationen während der Sitzung der Vorbereitungskommission bestanden hätten.

Unabhängig davon sei es vollkommen natürlich, dass sich jene Atmosphäre uns gegenüber, die in Deutschland in den letzten drei Monaten erzeugt wurde, nicht ohne Folgen für das Verhalten unserer Öffentlichkeit bleiben konnte. Als mir D. den deutschen Militärattaché Oberst Hartmann vorgestellt habe⁹, hätte ich letzteren in Gegenwart von D. gewarnt, dass es schwer sei, die Freundlichkeit und Wärme der uns auf einem Gebiet verbindenden Arbeit beizubehalten, während wir zur gleichen Zeit auf anderen Gebieten Fußtritte, Beleidigungen und Feindseligkeiten erführen. D. habe mir damals auch gesagt, und wiederholte es später, dass meine an Hartmann gerichtete Erklärung sehr richtig und nützlich gewesen sei.

Ich sei der gleichen Meinung, und die gewisse Vorsicht, die D. bemerkt und etwas überbewertet habe, stehe selbstverständlich in Verbindung mit der Haltung von Deutschland uns gegenüber.

6. Anschließend teilte ich D. mit, dass Aleksandrovskij als Bevollmächtigter Vertreter in der Tschechoslowakei ernannt worden ist und an seine Stelle als Botschaftsrat in unserer Botschaft in Berlin Gen. Bessonov tritt. Die letztere Mitteilung hat D., der B[essonov] gut kennt und ihn schätzt, sehr erfreut. Nach den Worten von D. verhalten sich die deutschen politischen und wirtschaftlichen Kreise sehr gut zu Bessonov und deshalb wird ihm die Arbeit leicht fallen.

ANMERKUNG: Am Abend rief mich Gen. Vorošilov an und sagte mir, dass er in Abänderung unserer tagsüber getroffenen Vereinbarung nach Rücksprache mit den Genossen beschlossen habe, zu D. zum Essen zu gehen.

Darauf habe ich mich mit D. telefonisch in Verbindung gesetzt und ihm gesagt, Gen. Vorošilov habe in Anbetracht dessen, dass er von mir erfahren habe, wie betrübt Dirksen auf seine Absage reagiert habe, entschieden, sich den Abend des 13. Mai freizuhalten und der Einladung von D. zu folgen¹⁰.

D. war außerordentlich zufrieden.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Bessonov, an Gen. Lev[in], an Gen. Šejn[in]. 13. 4. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 908 vom 13. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. An die Kollegiumsmitglieder [des NKID] 5 [Expl.], an die 2. West[abteilung des NKID] das 6. [Expl.], nach Berlin das 7.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 160–157. Kopie.

⁷ Vgl. Dok. 88.

⁸ Johann Heinrich Graf von Bernstorff war von 1926 bis 1931 Vertreter Deutschlands in der Vorbereitungskommission für die Abrüstungskonferenz in Genf.

⁹ Vgl. Dok. 49.

¹⁰ Vgl. Dok. 90.

Nr. 90

Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 14. Mai 1933

Geheim

IV Ru. 2287

Tgb. Nr. A/970

Politischer Bericht

Inhalt: Unterhaltungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die vergangene Woche hat eine weitere Auswirkung der in meinem Bericht vom 5. d. M. – Tgb. Nr. A 885¹ – gekennzeichneten Stimmungsmomente gebracht. Ein Eingehen auf die positive Stellungnahme der gesamten deutschen Presse gegenüber der Sowjetunion anlässlich der Verlängerung des Berliner Vertrages durch die Sowjetpresse ist nicht erfolgt; die hiesigen Blätter führen vielmehr fort, jeden einzelnen bedeutungslosen Zwischenfall, der sich in Deutschland mit einem Sowjetbürger ereignet hatte, breitzutreten; über die innerpolitische Entwicklung wurde meist ohne redaktionelle Kommentare, aber immer tendenziös etwa nach dem Schema: Rückfall Deutschlands ins Mittelalter, berichtet. Radek vollends hat in der „Prawda“ einen für Deutschland und seine Revisionsforderungen sehr ungünstigen und gehässigen Aufsatz gebracht², über den ich gesondert berichte³.

Da somit die von dem besten politischen Willen zum Ausgleich und zur Förderung der beiderseitigen Beziehungen getragenen Absichten und Kundgebungen der deutschen Seite hier nicht auf ein entsprechendes Echo gestoßen sind und sich durch diese Haltung der Sowjetregierung die Gefahr einer wirklichen, sachlich tiefgehenden Entfremdung ergab, habe ich in den letzten Tagen mit verantwortlichen Sowjetpersönlichkeiten, wie z.B. Woroschilow und Krestinski, eine Reihe von ernsten Unterhaltungen gehabt, in der ich die Sowjetseite vor einem Beharren auf dem jetzigen Standpunkt gewarnt habe.

Herrn Krestinski gegenüber habe ich darauf hingewiesen, dass deutscherseits alles geschehen ist, um die durch lokale Zwischenfälle etwa entstandenen Missheligkeiten auszugleichen⁴. Darüber hinaus habe die deutsche Regierung einwandfrei, nachdrücklich und verschiedentlich in der Öffentlichkeit ihren Wunsch nach Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion Ausdruck gegeben. Gerade auch die nationalsozialistische Presse habe diesen Gedanken mit voller Deutlichkeit unterstrichen. Demgegenüber habe die Sowjetpresse nicht nur geschwiegen, und zwar auch dann geschwiegen, als die positiven deutschen Pressestimmen hier vorlagen, sondern sie habe fortgefahren, durch Aufbauschung jeder kleinsten polizeilichen Handlung gegenüber irgendeinem Sowjetbürger in Deutschland Öl ins Feuer zu gießen; sie habe die positiven Artikel der nationalsozialistischen Presse nur sehr unvollkommen und auszugsweise wiedergegeben;

¹ Vgl. Dok. 85.² Vgl. „Revizija Versal'skogo dogovora“ (Revision des Versailler Vertrags). In: Prawda vom 10. Mai 1933, S. 2.³ Die Botschaft übersandte am 16. 5. 1933 dem AA eine Übersetzung des Artikels.⁴ Vgl. Dok. 89.

von amtlicher Sowjetseite sei nichts erfolgt, um dieser Haltung entgegenzutreten. Es werde dadurch eine für die deutsch-sowjetischen Beziehungen ungünstige und bedrohliche Atmosphäre geschaffen; denn man könne von unserer Öffentlichkeit nicht verlangen, dass sie zu dieser Haltung der Sowjetöffentlichkeit schweige.

Darüber hinaus hätte ich aber den Eindruck, dass auch in den Grundfragen der deutsch-sowjetischen politischen Zusammenarbeit durch die Einstellung der Sowjetpolitik und der Sowjetöffentlichkeit im Allgemeinen eine wachsende Entfremdung erfolge. Mir schiene der von der Sowjetseite stets mit Nachdruck geforderte Kampf gegen Versailles jetzt nachzulassen; stattdessen mache sich die entgegengesetzte und für uns völlig untragbare Parole breit, die sich in den Ausführungen von Radek bekunde und sich schlagwortartig in dem Satz zusammenfassen ließe „Revision bedeutet Krieg“. Auch das Zusammenwirken auf der Abrüstungskonferenz, das ohnehin durch die allgemeine Haltung der Sowjetdelegation in den letzten Monaten nicht ganz ungetrübt gewesen sei, müsse weiter schwer beeinträchtigt werden, wenn der offiziöse Iswestija-Berichterstatte einseitig gegen die Haltung Deutschlands gefärbte und teilweise direkt unzutreffende Berichte bringe⁵. Sogar die militärpolitischen Beziehungen, die sich sonst in Zeiten politischer Trübung intakt gehalten hätten, schienen mir in der letzten Zeit durch eine nicht ganz freundliche Zurückhaltung der Sowjetseite gelitten zu haben.

Ich schloss meine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass ich es für meine Pflicht halte, rechtzeitig auf diese Tatsachen hinzuweisen. Ich hielte insbesondere eine andere Einstellung der Sowjetpresse für dringend erforderlich; wenn wir unsererseits die gegen Sowjetorgane zu erhebenden Beschwerden über das den in Russland lebenden Reichsangehörigen zugefügte Unrecht in derselben Tendenz und in der Öffentlichkeit behandeln würden, so würde es sich zeigen, dass auf unserer Seite der unvergleichlich größere Anlass zu Klagen vorläge.

Herr Krestinski begann seine Erwiderung mit den schon bekannten Ausführungen, dass es gerade die erhebliche Zahl und die während einer so langen Zeit fortgesetzte Dauer von Zwischenfällen gewesen sei, die die öffentliche Meinung der Sowjetunion in solche Erregung gebracht habe. Es sei ein Unglück gewesen, dass gerade am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden der Überfall auf den Sowjetklub in Hamburg erfolgt sei, der sich durch besonders unerfreuliche Nebenerscheinungen ausgezeichnet habe. Deswegen habe auch das von den Hamburger Behörden unmittelbar darauf ausgesprochene Bedauern die Atmosphäre nicht völlig reinigen können⁶.

Es herrsche eben in maßgebenden Sowjetkreisen noch immer ein großes Misstrauen, ob die für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion eingenommenen Kreise in Deutschland sich auch gegenüber den anders gerichteten Tendenzen durchsetzen würden. Das Außenkommissariat selbst würdige die deutscherseits zu verzeichnenden positiven Bestrebungen vollkommen und verfüge über die erforderliche außenpolitische Schulung zu einer richtigen Beurteilung der Verhältnisse in Deutschland. Eine solche eingehende Kenntnis sei aber in den weiteren Sowjetkreisen und bei dem durchschnittlichen Parteimitglied bis herauf zum

⁵ Vgl. „Nabljudatel’. Men’she zasedanij – men’she pozora“ (Der Beobachter. Weniger Sitzungen – weniger Schmach). In: Izvestija vom 11. Mai 1933, S. 1.

⁶ Vgl. Dok. 89, Anm. 1.

Volkskommissar nicht in diesem Maße vorhanden. Dort wirkten daher die negativen Momente, wie z.B. die Reise von Herrn Rosenberg nach London⁷ und seine allgemeine antisowjetische politische Einstellung, besonders stark. Ich entgegnete Herrn Krestinski sehr nachdrücklich, dass diese falsche Einstellung des durchschnittlichen Parteimannes in der Sowjetunion zu Deutschland gerade durch die falsche und tendenziöse Berichterstattung der Sowjetpresse über Deutschland hervorgerufen werde. Es sei auch nicht unsere Schuld, wenn durch Wiedergabe aller möglichen Sensationsnachrichten über die Reise von Herrn Rosenberg, der noch dazu keine amtliche deutsche Persönlichkeit sei, eine weitere Beunruhigung in die hiesige Öffentlichkeit hineingetragen werde.

Herr Krestinski fuhr fort, indem er auf die militärpolitischen Beziehungen einging. Es sei sicherlich keine Lockerung derselben beabsichtigt; es sei höchstens möglich, dass die eine oder andere militärische Stelle bei der gegenwärtigen Lage in Deutschland zu einer gewissen Zurückhaltung neige. Zweifellos hätten sich die militärpolitischen Beziehungen bei früheren deutsch-sowjetischen Krisen immer als ein stabiles und einigendes politisches Band erwiesen; aber er müsse mir doch sagen, dass die jetzt hinter uns liegende Zeit bei weitem die schwerste in den deutsch-sowjetischen Beziehungen gewesen sei; die Belastung sei eine viel stärkere gewesen als z.B. bei dem polizeilichen Vorgehen gegen die Handelsvertretung im Jahre 1924⁸ oder bei anderen Zwischenfällen.

Herr Krestinski ging dann schließlich auf die Zusammenarbeit auf der Abrüstungskonferenz ein; er erinnerte mich daran, dass man sich auf Sowjetseite im Verlauf des letzten Jahres manchmal über eine mangelnde Fühlungnahme beklagt habe; der persönliche Kontakt sei aber jetzt gerade seit der Anwesenheit von Herrn von Twardowski in Genf sehr befriedend hergestellt⁹.

Wenn in der Sowjetpresse jetzt hin und wieder kühlere Ausführungen über das Versailler Diktat erschienen, so sei dies aus der von ihm geschilderten Stimmung heraus zu erklären; die Sowjetregierung bliebe nach wie vor eine Gegnerin des Versailler Vertrages und ihre Gesamteinstellung zu Deutschland habe sich als solche nicht geändert.

Als unmittelbare Folge dieser Unterhaltung kann die demonstrativ freundliche Haltung angesehen werden, die der Volkskommissar Woroschilow und die Rote Armee anlässlich des Besuchs des Generals von Bockelberg¹⁰ an den Tag gelegt haben. Der von der Sowjetseite bereits gefasste und uns mitgeteilte Beschluss betreffend Lockerung der Zusammenarbeit auf dem einen Gebiete ist rückgängig gemacht worden. Der Kriegskommissar Woroschilow, den ich zu einem für General von Bockelberg gegebenen Essen auf die Botschaft eingeladen hatte, hat seine Dispositionen, die ihm an sich ein Erscheinen nicht möglich gemacht hätten, umgeändert und hat zu dem Essen zugesagt¹¹. Darüber hinaus hat er die sämtlichen Mitglieder des Kriegsrats zu diesem Essen angesagt.

⁷ Rosenberg hielt sich vom 5. bis 14. 5. 1933 in London auf und sah sich genötigt, früher als geplant England zu verlassen. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 223, S. 400–402; Dok. 237, S. 427–429.

⁸ Am 3. 5. 1924; vgl. DVP, Bd. VII, Dok. 119, 129, 195.

⁹ Vgl. Dok. 39, Anm. 14.

¹⁰ Vgl. Dok. 98, 112.

¹¹ Vgl. Dok. 89.

Dieses Essen hat gestern in einer sehr harmonischen und erfreulichen Atmosphäre stattgefunden¹²; Herr Woroschilow unterstrich seine freundschaftliche Einstellung zu Deutschland durch eine kleine Rede, die er bei Tisch hielt.

Nach dem Essen habe ich eine lange Unterhaltung unter vier Augen mit Herrn Woroschilow gehabt. Ich habe ihm meine Bedenken hinsichtlich der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen dargelegt; ich führte aus, dass bei der Bildung des Kabinetts der nationalen Erhebung in Deutschland sich die grundsätzliche Frage erhoben habe, ob es möglich sein würde, zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem bolschewistischen Russland die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen. Diese Frage sei von beiden Partnern einstimmig und nachdrücklich bejaht worden. Sei einmal diese Hauptfrage entschieden, so wäre alles andere von nur zweitklassiger Bedeutung; alle die Zwischenfälle, über die sich die Sowjetpresse beklagt habe, hätten nicht die Bedeutung anzunehmen brauchen, wenn sie nicht so aufgebauscht worden wären. Mit gutem Willen sei es ohne weiteres möglich, darüber hinwegzukommen. Ich führte sodann Herrn Woroschilow gegenüber dieselben Gründe ins Treffen wie in der Unterhaltung mit Herrn Krestinski; dass nämlich deutscherseits nunmehr alles geschehen sei, um die Sowjetunion von der freundschaftlichen Einstellung der neuen deutschen Regierung zu Russland zu überzeugen; dass aber diese Bekundungen kein Echo in Russland gefunden hätten; dass im Gegenteil die hiesige Öffentlichkeit in einer Art zu den deutsch-russischen Beziehungen Stellung nehme, die zu einer Entfremdung statt zu einer Annäherung führen müsste.

Herr Woroschilow erwiderte, es sei mir bekannt, dass er ein guter Freund Deutschlands sei; er habe seine Einstellung zu Deutschland nicht geändert. Es sei auch der Wille der Sowjetregierung, diese Politik fortzuführen. Es sei sicherlich in den letzten Monaten manche Verstimmung in den hiesigen politischen Kreisen entstanden. Der einzelne Zwischenfall möge bedeutungslos und harmlos sein, aber durch die dauernde Häufung wüchse sich die Summe der einzelnen Zwischenfälle zu einer Belastung aus. Auf meinen Hinweis, dass in der Derop und anderen Sowjetinstitutionen umfangreich kommunistische Propaganda getrieben worden sei¹³, könne er nur erwidern, dass die Sowjetregierung ihren Funktionären zur Pflicht mache, sich aller Einmischungen in die inneren Verhältnisse Deutschlands zu enthalten. Er habe seinen Militärattachés unter scharfer Strafandrohung den Befehl gegeben, keine Spionagetätigkeit, welcher Art auch immer, zu treiben. Er fasse seine Ausführungen dahin zusammen, dass er mich bäte, anlässlich meiner Anwesenheit in Berlin den maßgebenden deutschen Stellen zu übermitteln, dass die Sowjetregierung nach wie vor in guten Beziehungen zu Deutschland bleiben wolle; ein Zeichen dieser Einstellung insbesondere des Kriegskommissariats möge der freundschaftliche, dem General von Bockelberg bereite Empfang sein.

Sucht man sich über die gegenwärtige Einstellung der Sowjetregierung zu Deutschland in diesen Tagen klar zu werden, so gelangt man zu dem Ergebnis, dass diese Stimmung keine einheitliche ist. Man kann weder davon sprechen, dass die Entrüstung über die Zwischenfälle in Deutschland noch in alter Stärke fortlebt, noch kann davon die Rede sein, dass einheitlich eine freundlichere Atmo-

¹² Vgl. Dok. 94.

¹³ Vgl. Dok. 73, Anm. 8.

sphäre sich bemerkbar macht. Vielleicht kann man die Haltung der Sowjetöffentlichkeit gegenwärtig am zutreffendsten dahin charakterisieren, dass ein Teil der politisch maßgebenden Kreise, insbesondere die Rote Armee und die ihr nahestehenden Politiker, Deutschland nach wie vor positiv und freundlich gegenüberstehen; auf der anderen Seite ist bei den intellektuellen Sowjetpolitikern, insbesondere den jüdischen unter ihnen – also unter den Sowjetpublizisten und auch einzelnen Mitgliedern von Behörden – eine verbissene und verbitterte Stimmung gegen Deutschland noch in alter Stärke erhalten geblieben.

v. Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt drei Stempel: AA eing. 18. Mai 1933 sowie Hat dem RM vorgelegen mit Paraphe von V[ölcker]s und v. R.M. 20. MAI 1933. Paraphe von B[ülows] 18/5. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497022–497031.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 232, S. 414–418.

Nr. 91

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Vorsitzenden der OGPU Jagoda

Geheim
Expl. Nr. 6

1221

14. Mai [1933]

An den
Stellvertretenden Vorsitzenden der OGPU, Gen. Jagoda
Kopie: an Gen. Artuzov

Sehr geehrter Genrich Grigor'evič,

im letzten Jahr hat sich die deutsche Botschaft wiederholt an das NKID mit Vorstellungen gewandt, um darauf hinzuweisen, dass unsere Organe gegen mehrere Bestimmungen des sowjetisch-deutschen Handelsvertrages und der ihm beigefügten Anlage des Abkommens über Niederlassung¹, das das Recht der auf dem Territorium der UdSSR lebenden deutschen Staatsbürger und das der Staatsbürger der UdSSR in Deutschland regelt, verstoßen haben².

Die gleichen Demarchen hat das Auswärtige Amt mehrfach in Berlin gegenüber unserer Botschaft vorgetragen. Als in letzter Zeit von deutscher Seite Verhaftungen und andere Verletzungen der Rechte von sowjetischen Staatsbürgern vorkamen, hatte sich unsere Botschaft an das Außenministerium mit Protesten gewandt und von Zeit zu Zeit die Antwort erhalten, dass auf sowjetischer Seite eine

¹ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

² Vgl. z.B. das durch von Dirksen an Krestinskij überreichte Memorandum vom 13. 3. 1933 „Praxis der sowjetischen Behörden gegenüber deutschen Staatsbürgern in Niederlassungsangelegenheiten“. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 30–34.

viel größere Anzahl von Verletzungen des Abkommens über Niederlassung vorliegt.

Schließlich hat erst vor kurzem der deutsche Botschafter von Dirksen, der mich am 9. Mai aufsuchte³, ein Memorandum überreicht, das die allgemeine Beschwerde über die durch unsere Organe begangenen Verletzungen des Abkommens über Niederlassung beinhaltet und einige für die deutsche Botschaft besonders schmerzliche, konkrete Fälle auflistet⁴.

Das Wesen der gegenseitigen Verpflichtungen gemäß dem Abkommen über Niederlassung besteht im Folgenden:

Artikel 11 des sowjetisch-deutschen Abkommens über Niederlassung im Vertrag vom 12. Oktober 1925 legt fest, dass jeder vertragschließende Teil sich verpflichtet, Maßnahmen dahin zu treffen, dass der Konsul des anderen Landes in kürzester Frist von allen Fällen der Festnahme eines Staatsangehörigen des von ihm vertretenen Teils in seinem Amtsbezirk in Kenntnis gesetzt wird⁵. Ferner gibt es die Verpflichtung, in entsprechender Weise bei einer Verlegung in ein anderes Gefängnis zu verfahren. In dem Abschlussprotokoll zu diesem Artikel ist festgelegt, dass die Mitteilungen über die Festnahme nicht später als sieben Tage, in größeren Städten einschließlich der Kreisstädte nicht später als drei Tage abzusenden sind. Zugleich verpflichtet das Abschlussprotokoll die Gefangenenanstalten aller Art, den Wünschen der konsularischen Vertreter entgegenzukommen, die in Haft befindlichen Staatsbürger zu besuchen⁶.

In dem dem abschließenden Notenaustausch beigelegten Vertrag ist unsere Verpflichtung festgehalten, die administrative Verschickung von deutschen Staatsbürgern nicht anzuwenden. Im Protokoll der Schlusssitzung sind die Angaben genannt, die über die festgenommenen Personen zu machen sind: Name, Geburtsort und Geburtstag, Heimatort, Grund der Verhaftung, Bezeichnung der Behörde, die die Festnahme durchgeführt oder veranlasst hat.

Das sowjetisch-deutsche Protokoll vom 21. Dezember 1928⁷ fügt den erwähnten Verpflichtungen folgende zwei Normen hinzu:

a) Ist eine verhaftete Person nicht in der Lage, seine Staatszugehörigkeit ausreichend zu beweisen, so wird die Verpflichtung zur Einhaltung der vertraglichen Festlegungen dadurch nicht aufgehoben,

b) den verhafteten Personen sind Besuche selbst bis zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens zu gewähren (dies ist im Notenaustausch festgehalten).

Von uns wird fast keine dieser Verpflichtungen erfüllt. Die Fälle von verhafteten deutschen Staatsbürgern sind sehr zahlreich. Weder die deutsche Botschaft noch die Konsulate werden in der gesetzlichen Frist davon in Kenntnis gesetzt, in

³ Vgl. Dok. 89, 90.

⁴ Vgl. Text des Memorandums der Deutschen Botschaft. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 175–171.

⁵ Vgl. Dok. 27, Anm. 9.

⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 52; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 612.

⁷ Vgl. Reichsgesetzblatt 1929, Teil II, S. 15–16; Sbornik dejstvjuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključennych s inostrannymi gosudarstvami. Vyp. V.: Dejstvjuščie dogovory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždu 1 fevralja 1928 i 1 ijunja 1929. Sost. V. F. Orlov-Ermak, A. B. Sabanin (Sammelband der mit ausländischen Staaten abgeschlossenen gültigen Verträge, Abkommen und Konventionen. Ausgabe V: Gültige Verträge, Abkommen und Konventionen, die zwischen dem 1. Februar 1928 und dem 1. Juni 1929 in Kraft traten), Moskau 1930, Dok. 204, S. 56–70.

den meisten Fällen ergeht keine Mitteilung. Nach Angaben der deutschen Botschaft gab es im letzten Jahr keine einzige Mitteilung. Ein verhältnismäßig großer Teil der festgenommenen Personen wird auf administrativem Wege in die Verbannung geschickt, obwohl speziell vereinbart worden ist, die administrative Verschickung nicht anzuwenden.

Schließlich erhalten die Vertreter der Botschaft und der Konsulate fast niemals ein Besuchsrecht, obwohl gemäß dem Notenaustausch vom Dezember 1928 Besuche bis zum Abschluss des Ermittlungsverfahren zu gewähren sind, ein Recht, das mit dem Hauptvertrag festgeschrieben worden ist.

Wenn sich das NKID, das aus den Noten oder der mündlichen Demarche der Botschaft von diesem oder jenem Fall von Verletzung des Niederlassungsabkommens Kenntnis erhält und sich an die INO OGPU wendet, so findet es seitens der Führung Verständnis und volle Bereitschaft, die Verletzungen des Abkommens abzustellen. Dessen ungeachtet bleibt die übergroße Mehrheit unserer Anfragen jedoch ergebnislos, weil andere Abteilungen der OGPU und ihre örtlichen Organe nicht in dem erforderlichen Maße die Weisungen der INO befolgen.

Offensichtlich ist es nötig, dass die Weisungen an die Ortsabteilungen von dem Vorsitzenden der OGPU⁸ selbst oder in seiner Abwesenheit von Ihnen, Genrich Grigor'evič, erteilt werden.

Aus diesem Grund hat mich auch das Kollegium gebeten, mich an Sie mit diesem Brief zu wenden.

Damit Sie eine Vorstellung davon bekommen, was, wie und in welcher grober Weise die örtlichen Organe der OGPU die Vertragsverpflichtungen verletzen, füge ich eine Übersicht von 10 Fällen bei⁹, mit denen wir uns in den letzten Monaten beschäftigten mussten und von denen es uns lediglich in zwei Fällen gelungen ist, sie mehr oder weniger zufriedenstellend beizulegen, hinsichtlich der Regelung von zwei anderen Fällen liegt bereits eine vollständige Übereinkunft vor, in Bezug auf die übrigen sechs Fälle ist nach wie vor kein Lichtblick zu sehen.

Da die in der beigefügten Übersicht aufgezählten 10 Fälle nur ein Teil einer großen Anzahl von Vorfällen ist und da selbst die Regelung aller dieser 10 Fälle uns nicht davor bewahrt, dass man uns der systematischen Verletzung des Abkommens über Niederlassung bezichtigt, hielte ich es für angezeigt, sämtliche Haftsachen von deutschen Staatsbürgern ohne Ausnahme zu überprüfen, um im Ergebnis dieser Überprüfung alle vorgefallenen Verletzungen zu beseitigen. Damit soll erreicht werden, ohne Ausnahmen alle festgehaltenen Personen, die das Urteil auf administrativem Wege verbüßen, mit der Ausweisung aus der UdSSR oder ohne Ausweisung frei zu lassen. Bei einzelnen Fällen, in denen Verschickte schwere Verbrechen begangen haben, sind die Strafsachen dem Gericht zu übergeben. Ich meine, dass es am besten wäre, die verantwortlichen Vertreter der INO OGPU und der 2. Westabteilung des NKID gemeinsam zu beauftragen, die Überprüfung der deutschen Haftsachen durchzuführen. Darüber hinaus ist es notwendig, dass Sie in einem speziellen Rundschreiben die örtlichen Organe der OGPU anweisen:

- 1) dass sie das NKID, seine Bevollmächtigten und diplomatischen Vertreter

⁸ Vjačeslav Rudol'fovič Menžinskij.

⁹ Die Aufstellung des NKID wird hier nicht abgedruckt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 178–176.

über jeden Fall einer Festnahme eines deutschen Staatsbürgers in der gemäß Vertrag vom 12. X. 1925 festgesetzten Frist in Kenntnis setzen;

2) dass auf Anfragen des NKID, seiner Bevollmächtigten und diplomatischen Vertreter alle Organe der OGPU unverzüglich antworten, wobei alle erteilten Auskünfte sorgfältig überprüft sein müssen;

3) dass unter der persönlichen Verantwortung der Leiter der örtlichen Organe der OGPU künftig auf keinen Fall eine administrative Verschickung von deutschen Staatsbürgern zugelassen wird.

Zu der im Text erwähnten Übersicht füge ich außerdem die Übersetzung des mir vom deutschen Botschafter überlassenen Memorandums bei¹⁰.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šejn[in]. 16. 5. 33.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 939 vom 15. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. Kopien: an die Genossen Litvinov, Stomonjakov, Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 182–179. Kopie.

Nr. 92

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Expl. Nr. 4

TAGEBUCH

M. M. LITVINOVS

UNTERREDUNG MIT DIRKSEN AM 16. V. 1933

Dirksen erinnerte zu Beginn des Gesprächs¹: 1) an die deutsch-chinesische Luftlinie², zu der Gen. Karachan angeblich zugesichert habe, ihm heute eine Antwort zu geben, wovon das Datum seiner Abreise abhängt. Ich sagte, dass weder ich mich noch das Kollegium mit dieser Frage beschäftigt hätten und ich deshalb dazu überhaupt nichts sagen könne; 2) an den Vorschlag, den er Gen. Stomonjakov bezüglich des Aufkaufs von Vieh in Litauen³ unterbreitet hat. Falls es uns nicht möglich sein sollte, die von ihm vorgeschlagene Menge zu kaufen, so könne man sie verringern; über den Preis und die Kreditbedingungen werde man sich verständigen können, weil Deutschland diese Frage unter politischem Aspekt interessiert

¹⁰ Es wird hier nicht abgedruckt. Vgl. ebd. I. 175–171.

¹ Vgl. Aufzeichnung von Dirksens über diese Unterredung in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 245, S. 443–445.

² Vgl. Dok. 93.

³ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Stomonjakovs mit von Dirksen am 14. 5. 1933. In: AVP RF, f. 9, op. 8, p. 61, d. 2, l. 11–12.

und davon das deutsch-litauische Abkommen abhängt; 3) an die Schifffahrtsrouten Leningrad-Stettin⁴, zu denen bis jetzt noch keine Übereinkunft erzielt werden konnte.

Danach erklärte D[irksen], dass unsere Haltung gegenüber Deutschland ihn enttäuscht nach Berlin abreisen lasse. Er habe erwartet, dass nach der bekannten Erklärung Hitlers⁵ und der Ratifizierung der Verlängerung des Berliner Vertrages bei uns eine Beruhigung eintrete, doch inzwischen sehe er, dass unsere gesamte Ideologie einen antideutschen Charakter angenommen habe. Zur Illustrierung stützte er sich auf den Artikel Radeks in der „Pravda“⁶, auf die Reaktion unserer Presse auf die Diskriminierung unserer Staatsbürger in Deutschland⁷, auf die Titelzeilen in unseren Zeitungen in der Art der heutigen „Über den Bankrott Deutschlands“⁸, auf die Berichte des „Beobachters“ aus Genf⁹, und er sagte, dass er schon gar nicht auf unsere Auslassungen über Rosenberg eingehe¹⁰. Dies alles lasse ihn befürchten, dass wir unsere Haltung gegenüber Deutschland angesichts des nationalsozialistischen Charakters der neuen Regierung verändert hätten.

Ich antwortete ihm Folgendes: Der politische Charakter der deutschen Regierung kann keinen Einfluss auf unsere Außenpolitik ausüben. Der Faschismus an sich ist, wie auch jede andere sozial-politische Ideologie der bürgerlichen Regierungen, kein Hindernis zur Herstellung und Entwicklung bester gegenseitiger Beziehungen. Als Beweis dafür können unsere guten Beziehungen zum faschistischen Italien dienen. Der Unterschied zwischen dem italienischen und deutschen Faschismus besteht jedoch im Folgenden. Mussolini gelangte ohne vorgefasste Meinung über die UdSSR an die Macht. Im Gegenteil, er bemühte sich seit den ersten Tagen seines Machtantritts um die Herstellung von normalen Beziehungen zu uns, Italien hat auch nach Deutschland, früher als die anderen Großmächte, die UdSSR anerkannt¹¹. Unter seinen politischen Freunden, die eine einflussreiche Position einnahmen, gab es keine Leute, die irgendwann mit antisowjetischen Plänen und Vorschlägen hervorgetreten wären. Ebenso hat niemand von ihnen Kontakte zu Kreisen der Weißemigranten unterhalten. Nicht so in Deutschland. Hitler

⁴ Die Leitung des NKID hatte den Beschluss gefasst, die Verträge von Sovtorgflot mit den deutschen Schifffahrtsgesellschaften „Russ“ und „Renato“ über die gemeinsame Betreibung der Linie Leningrad-Stettin und Leningrad-Hamburg nicht zu erneuern. Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 18 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 2. 6. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 18.

⁵ Am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁶ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

⁷ Vgl. „Obysk u sotrudnika Otdelenija sovetskogo torgpredstva v Gamburgu“ (Haussuchung beim Mitarbeiter der Niederlassung der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg). In: Pravda vom 30. April 1933, S. 1; „Aresty i obyski u sovetskich graždan“ (Verhaftungen und Haussuchungen bei sowjetischen Bürgern). In: Izvestija vom 30. April 1933, S. 1; „Fašistskij nalet na sovetskij klub v Gamburgu“ (Der faschistische Überfall auf den sowjetischen Klub in Hamburg). In: Pravda vom 8. Mai 1933, S. 1.

⁸ „Šacht ob-javljaet Germaniju bankrotom“ (Schacht erklärt Deutschland für bankrott). In: Pravda vom 16. Mai 1933, S. 4.

⁹ Vgl. Dok. 90, Anm. 5 und „Nabljudatel'. Germanija izolirovana v Ženeve“ (Der Beobachter. Deutschland ist in Genf isoliert). In: Izvestija vom 15. Mai 1933, S. 2.

¹⁰ Gemeint ist die Veröffentlichung im Zusammenhang mit dem Besuch Rosenbergs in London. Vgl. I. E.: „Vnešnepolitičeskaja linija ili bred Al'freda Rozen'berga“ (Außenpolitische Linie oder Fieberphantasie Alfred Rosenbergs). In: Pravda vom 12. Mai 1933, S. 4; K. Radek: „Sovetnik s kanatčikovoju dači“ (Ein Ratgeber aus der Datsche Kanatčikovs [= Psychiatrische Klinik Nr. 1 in Moskau]). In: Izvestija vom 12. Mai 1933, S. 2.

¹¹ Am 7. 2. 1924.

selbst und seine engsten Mitarbeiter sind seit langem durch ihre scharfen, gegen unsere Union gerichteten außenpolitischen Orientierungen bekannt. Sie unterhielten und unterhalten vielleicht jetzt noch enge Kontakte zu Emigrantenkreisen und Organisationen, z. B. zu ukrainischen. Man wird sich kaum wundern dürfen, dass der Machtantritt dieser Leute bei uns eine ernsthafte Beunruhigung ausgelöst hat. Die neue Regierung hat über eine lange Zeit ihre Haltung zur UdSSR nicht offengelegt, Stillschweigen bewahrt und dabei gleichzeitig systematisch den Weg von feindlichen Angriffen gegen unsere Staatsbürger und Einrichtungen beschritten. Die Erklärungen Hitlers und Görings¹² sowie die Ratifizierung der Verlängerung des Berliner Vertrages sind von uns zweifellos mit Befriedigung aufgenommen worden, insbesondere von unseren Regierungskreisen, doch es wäre falsch zu behaupten, dass sie gänzlich unsere Öffentlichkeit beruhigt hätten. Bei uns gibt es Leute, die meinen, dass der jetzt von Hitler eingeschlagene Kurs in Bezug auf die UdSSR nicht sein tatsächliches Bestreben zum Ausdruck bringe, sondern erzwungen sei, weil es an Partnern für die Realisierung der Pläne fehle, die Papen, Rosenberg und andere entwickelt haben. Sollten solche Partner gefunden werden und sich unsere Beziehungen zu Frankreich und England verschlechtern oder andere Umstände eintreten, wären wir vor jähen Veränderungen in der Politik Deutschlands nicht sicher. Das Misstrauen nährt sich zum Teil auch aus der fortgesetzten Diskriminierung unserer Einrichtungen und Staatsbürger in Deutschland. Mir scheint, dass es keine einzige sowjetische oder halbsovietische Einrichtung in Deutschland gibt, die nicht von Haussuchung oder Verwüstung betroffen wäre. Das gleiche kann man auch hinsichtlich unserer Bürger sagen. Auf eine Bemerkung von D. über die Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR, über deren ungerechtfertigte Besteuerung usw. antwortete ich, dass wir gegenüber den Deutschen keine besonderen Maßnahmen anwenden; währenddessen hörten wir aber nichts davon, dass in Deutschland Engländer, Holländer, Schweden oder Ausländer anderer Nationalitäten, die sich in Deutschland in größerer Anzahl als sowjetische Bürger aufhalten, festgenommen und durchsucht worden wären. Zudem gebe es den Unterschied, dass bei uns private deutsche Staatsbürger aus persönlichen Gründen leben, die frei auch andere Staaten als Wohnsitz auswählen können, während die deutschen Behörden gegen Personen Maßnahmen ergriffen, die dienstlich dahin versetzt worden und gezwungen seien, zur Erfüllung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsprogramme in Deutschland zu leben. Ihre Diskriminierung sei in der Mehrheit der Fälle eine Diskriminierung der Interessen unseres Staates. Uns befriedige nicht die mitunter erhaltene Genugtuung in Form einer Entschuldigung, wie in Hamburg, wenn sich die gleichen Vorfälle, für die man sich entschuldige, am nächsten Tag anderen Orts wiederholten. Es sei nicht gerechtfertigt, wenn der Botschafter Rosenberg bescheiden beiseite lasse. Wir hätten aber keineswegs die Absicht, ihn zu ignorieren. Immerhin sei er der Leiter der Außenpolitik der Regierungspartei. Regierungsparteien an sich hätten keine Beziehungen mit anderen Staaten, sie könnten nicht ihre eigene Politik haben, sondern sie könnten die Politik ihrer Regierung lediglich vorbereiten und bestimmen. Rosenberg könne nicht im Namen seiner Partei England oder Frankreich ein Bündnis

¹² Vgl. Dok. 40, Anm. 6.

oder eine andere Form der Zusammenarbeit vorschlagen, dies könne nur im Namen der Regierung geschehen.

Unsere Kommunistische Partei habe keine außenpolitischen Abteilungen und unser Kommissariat setzt die Außenpolitik sowohl des Staates als auch der herrschenden Partei um. Die Parteiorgane könnten für diese Politik andere Ausdrücke, andere journalistische Wortformen finden, doch der Staat könne keine Politik betreiben, die der Politik unserer Partei widerspricht. In der Partei selbst könne es natürlich unterschiedliche Tendenzen und Strömungen geben, können unterschiedliche Vorschläge diskutiert werden, als Beispiel hierfür diene der vom Botschafter erwähnte Artikel von Radek, doch dies mache nicht das Wesen der Parteipolitik aus. Radek habe, obgleich er Redaktionsmitglied der „Izvestija“ sei, sogar entschieden, diesen Artikel nicht einmal in diesem Organ zu veröffentlichen. Dirksen unternahm den Versuch, Rosenberg Pjatnickij und Manuil'skij gegenüberzustellen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass man die internationale Organisation nicht mit der nationalen Regierungspartei vermischen dürfe, zudem betriebe die Komintern keine Außenpolitik in dem Sinne, dass sie einen Staat dem anderen vorziehe oder eine Gruppierung gegen eine andere unterstütze, sondern sie richte sich gegen sämtliche bürgerlichen Regierungen. Rosenberg dagegen sei eine offizielle Parteiperson, die die Auffassung der Parteiführung zum Ausdruck bringe. Er trete speziell gegen unsere Union auf, nicht einmal gegen unsere Regierung, sondern gegen den Staat, für dessen Aufteilung er eintrete. Man dürfe nicht vergessen, dass Rosenberg unserer Auffassung nach ein russischer politischer konterrevolutionärer Emigrant sei¹³. Möge man in Deutschland nicht den Fehler begehen, dass wir ein Ignorieren der Tätigkeit und der Reden Rosenbergs zulassen würden, und möge man uns nicht mit dem Hinweis auf das absolute Auseinandergehen der Politik Hitlers und Rosenbergs antworten. Wir wollen nichts anderes als die Fortsetzung jener Beziehungen mit Deutschland, wie sie zu Zeiten Rathenaus, Stresemanns und Curtius existierten. Ob dies möglich sei, hänge indes nicht von uns ab, sondern von der deutschen Regierung. *Dazu werde unsere Politik der Annäherung an Frankreich, Polen und an andere Länder beitragen, eine Annäherung, die es Rosenberg erschweren werde, seine Pläne zu verwirklichen*¹⁴.

Dirksen begann über unsere Verhandlungen mit polnischen Politikern zu sprechen, doch er besann sich plötzlich, indem er sagte, dass er in dieser Hinsicht bereits beruhigende Zusicherungen bekommen habe. Ich bestätigte ihm, dass wir in der letzten Zeit keinerlei politische Verhandlungen, weder mit Schaetzel noch mit anderen polnischen Politikern, geführt hätten. Bezüglich der Gespräche mit Łukasiewicz hätte ich bereits einmal erwähnt, dass angesichts der Schwierigkeiten und der Hindernisse, auf die wir mit unserer Aggressionsdefinition¹⁵ in Genf gestoßen seien, wir uns mit dem Gedanken anfreunden könnten, diese Definition in unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn und zu einzelnen Ländern, die dies wünschen, einzuführen. Als Łukasiewicz die rumänische Frage¹⁶ aufgegriffen

¹³ Rosenberg wurde in Reval, heute Tallinn, geboren und galt somit als Untertan des Russischen Reiches.

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen und mit Šterns Unterschrift gezeichnet.

¹⁵ Vgl. Dok. 12, Anm. 5.

¹⁶ Vgl. dazu die Gespräche Litvinovs mit polnischen Diplomaten über die Möglichkeit, die

habe und unser Vorschlag gerade zu diesem Zeitpunkt zur Diskussion und Abstimmung in der Genfer Kommission gelangt sei, sei diese Frage entfallen. Ich hielt es für angezeigt, den Herrn Botschafter darauf im Interesse der Vollständigkeit meiner Information über die Verhandlungen mit den Polen hinzuweisen. Auf die Frage von D. nach den Beziehungen zur Kleinen Entente erklärte ich ihm, dass nach der bekannten Sondierung in Genf, von der ich ihm erzählt hätte, keine Verhandlungen mehr stattgefunden hätten.

LITVINOV

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Šejn[in]. 19. V. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 979 vom 19. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Das 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 206–202. Kopie.

Nr. 93

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtigen Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov

Ganz geheim
Persönlich
Expl. Nr. 1

Nr. 1224

16. Mai 1933

An

Gen. VOROŠILOV. Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten.

Kopie: an den Stellv[ertretenden] Vorsitz[enden] der OGPU, Gen. JAGODA

Sehr geehrter Klimentij Efremovič,

die deutsche Regierung hat sich sowohl hier über Dirksen als auch in Berlin über unsere Botschaft mit folgenden zwei Vorschlägen und Bitten an uns gewandt.

1. Die deutsche Luftverkehrsgesellschaft Lufthansa verhandelt mit unserer Aeroflot bereits seit längerer Zeit darüber, eine gemeinsame Linie Shanghai – Berlin einzurichten. *Zu dieser Frage liegt sogar eine Vorabsprache zwischen den oben genannten Gesellschaften vor, doch die endgültige Antwort von unserer Seite verzögert sich¹, weil Bedenken sowohl seitens der Militärbehörde als auch des NKID bestehen*².

Verhandlungen zwischen der UdSSR und Rumäniens zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes wieder aufzunehmen. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 90, S. 183; Dok. 146, S. 288–289.

¹ Am 15. 5. 1933 hatte das Politbüro den Beschluss gefasst, den Vorschlag der Lufthansa, die Linie der Deruluft bis zu chinesischen Grenze zu verlängern, abzulehnen. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 497, l. 12 (Protokoll Nr. 138, Pkt. 52/31, „Sondermappe“).

² In der an die 2. Politische Westabteilung des NKID gerichteten Kopie des Dokuments gibt es

Wie das NKID auf Grund von Verhandlungen zwischen den Behörden feststellen konnte, sind wir an einer Einrichtung der Linie Berlin – Shanghai interessiert. Wir wollen jedoch erreichen, dass die deutschen Flugzeuge nur das Teilstück Shanghai – Urumchi bedienen, die restliche Linienstrecke, insbesondere der Flug über das Territorium der UdSSR und der Flug von der sowjetisch-chinesischen Grenze (Bachty) bis Urumchi, mit sowjetischen Flugzeugen erfolgt.

Die Deutschen hätten es offenbar gern gesehen, über ganz China bis zur sowjetischen Grenze zu fliegen; wenn wir aber unser Einverständnis zur Einrichtung der Linie ultimativ von der Forderung abhängig machen, dass das Teilstück von der sowjetischen Grenze bis Urumchi von uns bedient werden soll, so werden die Deutschen darauf eingehen.

2. Die zweite Bitte der Deutschen besteht darin, dass wir, unabhängig davon, ob ein Abkommen über die Einrichtung einer gemeinsamen Linie zustande kommt, den einmaligen Überflug von drei deutschen Flugzeugen, die für den Linienverkehr Urumchi – Shanghai bestimmt sind, über unser Territorium gestatten.

Wir hatten diese Bitte abgeschlagen, weil wir angesichts der gespannten Beziehungen zu der neuen deutschen Regierung ihr keine Gefälligkeit erweisen wollen. Offiziell haben wir indes unsere Absage damit begründet, dass Westchina jetzt von einem Aufstand erfasst³ und ein Überflug deshalb nicht ratsam ist.

Die Deutschen bitten uns, unsere Absage zu überprüfen und führen dafür folgende Überlegungen an.

a) Von unserer Grenze bis Urumchi werden sie ohne Zwischenstopp fliegen, deshalb kann der Umstand, dass in diesem Abschnitt kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden könnten, nicht als Hinderungsgrund für den Überflug dienen.

b) Falls dennoch ein Flugzeug eine Notlandung machen müsse, so liege das Risiko selbstverständlich allein bei den Deutschen, und uns könnten daraus keine Unannehmlichkeiten entstehen.

c) Weil die Deutschen ohnehin für die Linie Urumchi – Shanghai drei Flugzeuge für den Post- und Linienverkehr schicken müssen, so werden sie, falls wir ihnen den Transitflug nicht genehmigen, diese Flugzeuge per Schiff nach Shanghai transportieren. Wir wären nicht in der Lage, sie daran zu hindern, den Flugbetrieb aufzunehmen, sondern wir würden ihnen lediglich zusätzliche Kosten und einen Zeitverlust bereiten.

Unsere erneute Absage würden die Deutschen als Unwillen betrachten, ihnen einen Dienst zu erweisen.

Das NKVD schlägt vor, die von den Deutschen aufgeworfenen Fragen getrennt zu behandeln.

Zur ersten Frage: Falls es von Ihrer Seite keine Einwände gegen die Einrichtung der Linie mit der Maßgabe, die Teilstrecke bis Urumchi von uns zu betreiben,

gegenüber dem gekennzeichneten Text den Vermerk von Štern: „Stimmt nicht!“. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 186.

³ Der Aufstand in Xinjiang begann im April 1931, einen großen Teil der Aufständischen bildeten Ujguren, denen sich in der Folge auch andere Völkerschaften der Provinz anschlossen. Die sowjetische Führung unterstützte durch Waffen- und Munitionslieferungen sowie den teilweisen Einsatz von Einheiten der RKA im Verband der „Altajer Freiwilligenarmee“ die Bemühungen der Regierung von Xinjiang, den Aufstand der muslimischen Bevölkerung niederzuschlagen.

gibt, wird die Hauptverwaltung der Zivilen Luftflotte mit der Lufthansa Verhandlungen führen.

Was die Frage des einmaligen Überfluges betrifft, so scheint mir, dass man den Deutschen in dieser Frage aus folgenden persönlichen Gründen entgegenkommen sollte:

a) Dirksen ist zum Vortrag nach Berlin gerufen worden. Nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen wird jetzt dort die Fragen entschieden, ob er als Botschafter bei uns verbleibt oder ob man an seine Stelle eine andere, den Nationalsozialisten geeignetere Person ernennen wird. Uns ist es wichtig, den freundschaftlich gesonnenen Dirksen in Moskau zu behalten, der von hier aus für uns günstige Berichte und Mitteilungen schickt und der bestrebt ist, auf die Regierung in dem Sinne einzuwirken, die früheren Beziehungen beizubehalten. Wir müssen ihn deshalb unterstützen und ihm die Möglichkeit verschaffen, die Regierung mit seinen erfolgreichen Lösungen laufender Fragen zu überzeugen. Wir haben mit der OGPU vereinbart, den Deutschen in einigen Fragen, die deutsche Bürger betreffen⁴, entgegenzukommen. Doch dies sind viel zu unbedeutende Fragen, und die jetzige deutsche Regierung zeigt an ihnen ein verhältnismäßig geringes Interesse. Dagegen würden wir mit dem Zugeständnis bezüglich des Überflugs der Flugzeuge das Ansehen Dirksens in den Augen einer solch einflussreichen Person wie Göring stärken.

b) In Berlin fiel und fällt die Klärung der Überflugrechte mit unserer Botschaft in die Zuständigkeit des Staatssekretärs des neuen Luftfahrtministeriums Milch, der der engste Gehilfe Görings in diesem Ministerium ist⁵. Milch ist seit langem der Chef der Lufthansa. Er war bereits in Moskau, seit einiger Zeit ist er unserer Botschaft recht eng verbunden. Während der Übergriffe auf die Derop, als der erneut⁶ ernannte Kommissar Hollmann damit begann, unsere Organisation vollkommen zu zerschlagen, nahm die Botschaft die Hilfe von Milch⁷ in Anspruch, obwohl Milch in keinerlei formeller Beziehung zur preußischen Regierung und insbesondere nicht zum preußischen Innenministerium steht und ihn die Angelegenheit der Derop nichts angeht. Milch berief sich nicht auf diese Formalie und lehnte es auch nicht ab, mit Göring zu sprechen. Im Ergebnis dieser Gespräche wurde die Frage bezüglich der Vollmachten des Kommissars schließlich glücklich beigelegt⁸.

Uns ist es wichtig, Milch für diesen seinen Dienst danken, um auch weiterhin seinen Einfluss bei Göring in Anspruch nehmen zu können⁹.

Von diesen zwei Überlegungen ausgehend, die sich auf unser Verhältnis zu Dirksen und Milch beziehen, erachtet das NKID, das sich zunächst gegen eine Ge-

⁴ Vgl. Dok. 89.

⁵ Vgl. Schreiben des Staatssekretärs im Luftfahrtministerium Milch an Aleksandrovskij vom 9. 5. 1933 sowie das Schreiben Aleksandrovskijs an Krestinskij vom 11. 5. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 137, 134–136.

⁶ Gemeint ist der neue Kommissar.

⁷ Vgl. die Aufzeichnungen der Unterredungen Aleksandrovskijs mit Milch am 4. 5. und 9. 5. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 91, d. 28, l. 287–292, 305–310.

⁸ Vgl. Dok. 84.

⁹ Im Schreiben Aleksandrovskijs an Krestinskij (vgl. Anm. 5, l. 136) fügte Chinčuk das Postskriptum hinzu: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Milch für uns gegenwärtig die Person ist, die uns, dank seiner Rolle in nationalsozialistischen Kreisen, aktiv bei der Beilegung von allerlei Schwierigkeiten unterstützt.“

währung der Überflugrechte ausgesprochen hatte, es gegenwärtig als wünschenswert, eine entsprechende Erlaubnis zu erteilen.

Ich würde Sie bitten, zu der zweiten Frage möglichst noch heute eine Antwort zu geben, weil Dirksen, der seine Abreise für heute angesetzt hat, sagte, dass er sie auf morgen verlegen würde, wenn es ihm nicht gelingen sollte, heute diese oder jene Antwort zu erhalten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk K. E. Vorosiľovs: Dies ist Sache des PB, an dieses ist sie auch zu adressieren. Ich habe persönlich nichts dagegen. V. 19/V-33.

Der Vermerk mit der Initiale A, datiert vom 25. 5., ist nicht zu entschlüsseln.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1532 vom 16. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 6 Expl., das 1. und 2. an die Adressaten, das 3. an L[itvinov], das 4. an K[restinskij], das 5. an die 2. West[abteilung], das 6. zu den Akten.

Auf Kopfbogen des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 141–142. Original.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 316–317¹⁰.

Nr. 94

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Ganz geheim

Expl. Nr. 6

[17. 05. 1933]¹

An den

Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland

Gen. L. M. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

Dirksen drückte in den Gesprächen, die er mit Litvinov, mir und Štern geführt hat, eine gewisse Unzufriedenheit darüber aus, dass wir auf die seitens der deutschen Regierung behutsam vorgenommene Hinwendung in unsere Richtung verhältnismäßig kühl reagieren würden. Grund zur Klage geben der Leitartikel der „Izvestija“ anlässlich des Austauschs der Ratifizierungsurkunden², der Artikel Ra-

¹⁰ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Die Datierung erfolgt nach dem im Bestand von Krestinskij befindlichen Exemplar. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 140–145.

² Vgl. Dok. 87, Anm. 2.

deks über die Revision des Versailler Vertrages³, die Absicht unserer Militärbehörden, einen der gemeinsamen Betriebe zu schließen⁴, das „Aufbauschen“ von einzelnen Exzessen der deutschen Polizei und der Nationalsozialisten gegen unsere Einrichtungen und Bürger in der Presse und schließlich das im Vergleich zu früher weniger freundschaftliche Verhalten unserer Delegation in Genf sowie **die im gleichen**⁵ Ton gehaltenen Genfer Korrespondenzen des „Beobachters“⁶.

Aus den Tagebüchern Litvinovs und Sterns, die wir Ihnen mit heutiger Post zusenden, können Sie ersehen, wie wir auf die Vorwürfe Dirksens reagieren.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die gesamte außenpolitische Ausrichtung der Nationalsozialisten bis zu ihrem Machtantritt ausgeprägt anti-sowjetisch war, die Führer der Nationalsozialisten in den ersten Monaten, seit sie an der Macht sind, einer Erklärung über ihr Verhältnis zur UdSSR ausweichen, während ihre Parteianhänger mit ihrem Auftreten uns einen Hieb nach dem anderen versetzten und in der öffentlichen Meinung sowohl in Deutschland als auch in der Welt die Vorstellung nährten, dass die deutsche Regierung uns gegenüber feindlich gesonnen und sie auf der Suche nach außenpolitischen Bündnispartnern gegen uns sei. Wenn jetzt die deutsche Regierung, nachdem sie einige außenpolitische Misserfolge hat einstecken müssen und sie sich in völliger Isolierung sieht, ihr Schweigen gebrochen hat und einige freundliche Erklärungen an unsere Adresse abgegeben hat, das Moskauer Protokoll ratifizierte und uns in dem Derop-Konflikt etwas entgegengekommen ist, so ist dies nach Auffassung eines bedeutenden Teils unserer Öffentlichkeit lediglich eine vorübergehende, erzwungene Taktik; die Hauptlinie der Außenpolitik der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands bleibe jedoch weiterhin das Bestreben, ihren Besitzstand im Osten auf Kosten einer Aufteilung der Sowjetunion zu vergrößern.

Ein gewisser Teil unserer Öffentlichkeit sieht sich durch die Reden Rosenbergs, der ein konterrevolutionärer weißgardistischer russischer Emigrant und zugleich Leiter der Außenpolitik der Partei der Nationalsozialisten ist und zweifellos einen großen Einfluss auf die jetzige außenpolitische Ausrichtung ausübt, in ihrer Meinung bestätigt.

Dabei haben weder Litvinov, noch ich, noch Štern sich mit diesen Stimmungen in unserer Öffentlichkeit solidarisiert, doch wir verteidigen die Rechtmäßigkeit derartiger Auffassungen und geben Dirksen zu verstehen, dass die deutsche Regierung Rosenberg Einhalt gebieten und mit ihren Taten beweisen muss, die Politik der vorherigen Regierungen uns gegenüber fortzusetzen. Obgleich wir uns in den Gesprächen mit Dirksen von dem Artikel Radeks distanzieren, muss ich Ihnen nichtsdestoweniger sagen, dass dieser Artikel meiner Meinung nach die absolut richtige Orientierung in Bezug auf den Versailler Vertrag darlegt. Wir haben unsere Haltung zu den Versuchen der Deutschen vielleicht nicht bis zu Ende durchdacht, mit Waffengewalt die Versailler Grenzen zu korrigieren, doch wir verhielten uns in all den Fällen stets außerordentlich vorsichtig, wenn die deutsche Seite auf einen gemeinsamen bewaffneten Kampf, etwa gegen die Polen, zu sprechen kam. Wir haben nicht widersprochen, wenn die Deutschen von einem gemeinsamen Feind

³ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

⁴ Das Versuchsgelände für chemische Waffen Tomka.

⁵ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 90, Anm. 5 und Dok. 92, Anm. 9.

sprachen, ebenso verhielten sich auch unsere Militärs. Auf diese Weise haben wir ihnen nicht die Hoffnung genommen, dass sie bei einem Zusammenstoß mit Polen von unserer Seite auf diese oder jene Unterstützung rechnen könnten. Jedoch gaben wir keine positiven Erklärungen ab, die ihnen berechnete Hoffnungen geben könnten, mit unserer aktiven Hilfe zu rechnen. Im Gegenteil. Ich erinnere mich an Gespräche mit den Deutschen, nachdem wir 1926 den Polen vorgeschlagen hatten, einen Nichtangriffspakt abzuschließen⁷. Ich erinnere mich ferner an die Gespräche Anfang 1929 vor der Unterzeichnung des Litvinov-Protokolls⁸ in Moskau. Beide Male warfen uns die Deutschen vor, wir hätten uns durch den Abschluss des Paktes mit Polen und die vorzeitige Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes formal die Möglichkeit genommen, den Deutschen bei einem Krieg gegen Polen zu Hilfe zu kommen. Wir erklärten damals, dass bei einem Überfall Polens auf Deutschland unsere Hände nicht gebunden seien. Was die Eventualität eines Überfalls Deutschlands auf Polen anbelange, so stelle sich uns solch ein Fall – angesichts der ständigen Erklärungen Deutschlands, dass es eine Überprüfung der Grenzen nur auf friedlichem Wege wünsche, und angesichts seines Beitritts zum Kellogg-Pakt – nicht als real dar.

Mit einem Wort: Wir haben weder mündlich noch schriftlich, weder offiziell noch inoffiziell das Versprechen abgegeben, die deutsche Regierung in ihrem revanchistischen Krieg gegen Polen zu unterstützen.

Doch wir haben niemals in der Presse in erschöpfender Form eine theoretische Begründung dafür gegeben, weshalb für uns eine Teilnahme an irgendeiner bürgerlichen Kriegskoalition nicht in Frage kommt, auch wenn es sich dabei um eine Koalition von im Weltkrieg besiegten Mächten gegen eine andere imperialistische Koalition handeln würde. Dies ist wohl auch der Grund, weshalb der Artikel Radeks nicht nur hier, sondern auch in Berlin einen ungünstigen Eindruck gemacht hat, und warum wir es vorziehen, uns als Behörde nicht mit dem Artikel zu solidarisieren, sondern ihn als eine Meinungsäußerung unserer Öffentlichkeit darzustellen. Dies fällt uns umso leichter, als es sich bei diesem Artikel nicht um einen redaktionellen Artikel handelt, sondern um einen Beitrag, der die Unterschrift Radeks trägt. Wir wünschen nicht, durch eine unnötige äußerliche Hervorhebung der Freundschaft zu Deutschland eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Frankreich und Polen zu behindern. Doch im Grunde genommen wollen wir zugleich unsere Beziehungen zu Deutschland verbessern, alle Konflikte, die es in den letzten Monaten gegeben hat, aus dem Weg räumen; mit einem Wort: wir wollen, dass unsere Beziehungen in die früheren ruhigen Bahnen zurückkehren. Zudem wollen wir Dirksen helfen, damit er auf seinem Posten in Moskau verbleibt, weil es mit Nadolny bei weitem größere Unannehmlichkeiten geben könnte, wenn aber an-

⁷ Der Vorschlag, zwischen der UdSSR und Polen einen Nichtangriffspakt abzuschließen, wurde von dem Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Polen Vojkov am 12. 1. 1925 in der Unterredung mit dem polnischen Außenminister Skrzyński unterbreitet. Vgl. DVP, Bd. VIII, S. 771–772, Anm. 35. Den Entwurf für einen Nichtangriffsvertrag überreichte Vojkov am 24. 8. 1926 Außenminister Zaleski.

⁸ Am 9. 2. 1929 setzten auf Initiative der UdSSR eine Reihe von Staaten mit dem Moskauer Protokoll den Kellogg-Briand-Pakt (vgl. Dok. 30, Anm. 9) vorzeitig in Kraft, mit dem der Krieg als ein Mittel der nationalen Politik verboten wurde; das Moskauer Protokoll erhielt die Bezeichnung Litvinov-Protokoll. Vgl. DVP, Bd. XII, Dok. 38, S. 68–70.

stelle Nadolnys irgendein Nazi ernannt werden würde, könnte es noch schwerer fallen, mit ihm normal zu arbeiten.

Deshalb sind wir bemüht, gegenüber den Deutschen freundlich aufzutreten und ihnen in einigen sie interessierenden Fragen entgegenzukommen.

Als Ausdruck des äußeren freundschaftlichen Umgangs ist anzusehen, dass Vorošilov die Einladung Dirksens an dem von ihm aus Anlass des Aufenthaltes von Generalleutnant der Reichswehr Bockelberg am 13. Mai ausgerichteten Essen angenommen hat⁹. An dem Essen waren viele unserer Militärs zugegen, das NKID war durch mich und Gen. Štern vertreten. Der Abend verlief sehr offenherzig, die Militärs bemühten sich nicht nur zu unterstreichen, dass die Reichswehr die früheren deutsch-sowjetischen Beziehungen beizubehalten wünsche, sondern betonten auch, dass es ihr gelinge, in dieser Hinsicht einen dementsprechenden Einfluss auf die Regierung Hitler auszuüben.

Während des Empfangs bat Bockelberg Vorošilov um ein gesondertes und ernsthaftes Gespräch zu diesem Thema¹⁰.

Aus Anlass der Abreise Bessonovs¹¹, der übermorgen nach Berlin abfliegt, und mit dem Wechsel von Gen. Linde in die 2. Westabteilung habe ich vorgestern für Dirksen und weitere Angehörige der deutschen Botschaft ein Frühstück gegeben. Da an dem Frühstück auch Gen. Jakubovič und der aus Berlin zum Urlaub angereiste Gen. Giršfel'd teilnahmen, trug das Frühstück einen intimen Berliner Charakter und hinterließ bei allen Deutschen zweifellos den Eindruck, dass wir Willens seien, die früheren freundschaftlichen Beziehungen zu bewahren.

Ferner habe ich im Auftrag des Volkskommissariats die OGPU auf das Erfordernis aufmerksam gemacht, exakt die Bestimmungen des Abkommens über Niederlassung, das die Rechte der Deutschen auf dem Territorium der UdSSR und der sowjetischen Staatsbürger in Deutschland regelt, zu erfüllen¹². In dem gleichen Schreiben mahnte ich die unverzügliche Beilegung der akuten, unsere Beziehungen vergiftenden Konfliktfälle an. Heute habe ich vorerst auf vertraulichem Wege die Mitteilung bekommen, dass die Leitung der OGPU sowohl dem zentralen Apparat als auch den örtlichen Organen den strengsten Befehl erteilt habe, künftig keine Verletzungen der Bestimmungen der sowjetisch-deutschen Abkommen, die die gegenseitigen Rechte der Staatsbürger betreffen, zuzulassen. Zugleich wurde vereinbart, in den nächsten Tagen die unsere Beziehungen belastenden Haftsachen auszuräumen.

Die nächste Frage betrifft die Luftlinie Shanghai–Urumchi–Moskau–Berlin und den Überflug von drei deutschen Flugzeugen, die für den Betrieb der Luftlinie Urumchi–Peking erforderlich sind, über die UdSSR nach Urumchi.

Gen. Štern wird Ihnen darüber ausführlicher schreiben. Wir haben im NKID entschieden, diese zwei Fragen zu trennen, weil die erste Frage zur Organisierung der Luftlinie für Verhandlungen und für die technische Vorbereitung der Linie, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sein werden, Zeit erfordert. Was die zweite

⁹ Vgl. Dok. 90.

¹⁰ In keinem der uns bekannten Dokumente, die sich auf den Besuch von Bockelbergs in der UdSSR beziehen, ist festgehalten, dass er von Vorošilov empfangen worden ist.

¹¹ Bessonov war zum Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland ernannt worden.

¹² Vgl. Dok. 91.

Frage betrifft, so wollen wir den Deutschen entgegenkommen und den Überflug genehmigen. Denn die Lufthansa kann auch so diese Flugzeuge nach Urumchi bringen, indem sie sie nach Shanghai auf dem Seeweg transportiert. Dies können wir nicht verhindern, und unsere Ablehnung, den Überflug zu genehmigen, würde mit Sicherheit eine Gereiztheit bei Göring und Milch, die an dieser Frage interessiert sind, hervorrufen, und sie würden dies als unseren Unwillen betrachten, den Deutschen in einer kleinen Frage entgegenzukommen. Wir wollen Milch für seine Hilfe in der Derop-Frage danken, uns die Möglichkeit erhalten, uns auch weiterhin in allen „Göringschen“ Angelegenheiten an ihn wenden zu können, schließlich wollen wir Dirksen die Möglichkeit verschaffen, seine Aktien bei Göring etwas steigen zu lassen.

Aus diesem Grund haben Gen. Karachan und ich uns damit einverstanden erklärt, den Überflug zu gestatten, zurzeit bemühen wir uns, von den zuständigen Instanzen¹³ die Genehmigung einzuholen.

Ich persönlich hoffe, dass unsere Beziehungen zur deutschen Regierung wieder in Ordnung kommen und für eine absehbare Zeit ihren ruhigen und vielleicht sogar freundschaftlichen Charakter beibehalten werden.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Hitler-Regierung eine endgültige Umorientierung vornehmen und auf ihre früheren Konzeptionen verzichten wird. Für uns wird das aber eine gewisse Atempause bringen, die umso länger anhält, je günstiger sich die allgemeine internationale Lage der UdSSR entwickelt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Šejn[in]. 19. V. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 973 vom 19. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., das 1. [Expl.] an den Adressaten, [die Expl.] 2, 3, 4, 5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 195–190. Kopie.

¹³ Vgl. Dok. 93. Am 19. 5. 1933 teilte Krestinskij Chinčuk mit, dass „es uns gelungen ist, die Überflugerlaubnis für die drei deutschen Flugzeuge über unser Territorium nach Westchina und nach Shanghai zu erhalten“. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 146.

Nr. 95
**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 532

17. Mai 1933

An
Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

ich meine, dass die Arbeit der Derop wieder in Ordnung kommen wird. Wir müssen noch den Aufsichtsrat organisieren, dem Thyssen, Krupp von Bohlen und Schwarz von der Dresdner Bank angehören sollen. Zum Vorsitzenden wird man wohl Vejcer ernennen müssen. Wir werden eine Mehrheit von ein bis zwei Stimmen haben. Jetzt steht uns das große Problem der Wirtschaftsverhandlungen bevor. Wir müssen durchsetzen, dass die Deutschen unseren Getreideexport unterstützen, und zwar: sie kaufen bei uns Getreide ein, aber ihr eigenes verkaufen sie nach England. Solche Kombinationen wird man vielleicht auch generell durchführen können. Doch es erhebt sich die Frage bezüglich unserer Aufträge in Deutschland. Sollten sie ausbleiben, so wird dies natürlich die Haltung der Nazi-Regierung uns gegenüber verändern.

Vejcer wird in den nächsten Tagen nach Moskau fahren, um die Vollmacht und die Instruktionen für diese Verhandlungen zu bekommen. Sie sollten bei seinen Moskauer Gesprächen zugegen sein und wie auch früher darauf bestehen, dass die Verhandlungsführung uns beiden übertragen wird.

Heute werde ich im Reichstag sein. Die Rede Hitlers¹ wird in den Grundzügen umgehend von unseren Journalisten übermittelt werden, deshalb werde ich nicht telegrafisch berichten.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

P. S.: N. N.! Wann kommt Gen. Bessonov?²

CHINČUK
L. Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: 1 Expl. an Molotov. NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2210 vom 20. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 Expl. an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 139. Original.

¹ Vgl. Dok. 98, Anm. 10.

² Das Postskriptum ist handschriftlich eingefügt.

Nr. 96

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID

Auszug aus dem Protokoll Nr. 17 der Sitzung des Kollegiums des NKID
vom 20. V. 1933

GEHÖRT:

3. DEUTSCHLAND: Anfrage des NKTP zur Möglichkeit, Wissenschaftler, die in Deutschland entlassen worden sind, zur ständigen Arbeit in der UdSSR einzuladen.

BESCHLOSSEN:

3. Dem NKTP ist mitzuteilen, dass das NKID an dieser Frage politisch nicht interessiert ist, jedoch nichts gegen eine Einladung des NKTP von namhaften Wissenschaftlern einzuwenden hat; Voraussetzung ist, dass diese Wissenschaftler in materieller und sozialer Hinsicht versorgt und keine langfristigen Arbeitsverträge (ungefähr für ein Jahr) abgeschlossen werden¹.

Stomonjakov

Kopie: an Gen. Štern.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 998 vom 22. 5. 1933.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 17. Kopie.

Nr. 97

**Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 543¹

Berlin, 22. Mai 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

Am 18. V. war Meyer im Auftrag von Neurath bei mir, um mir vertraulich mitzuteilen, dass dem Polizeipräsidium Informationen vorliegen, wonach sich in der Handelsvertretung zwei von der Polizei gesuchte Kommunisten verstecken.

Ich antworte ihm darauf in einem sehr scharfen Ton, dies könne nicht sein, weil es die strenge Anweisung gebe, die es untersage, das Dienstgebäude für wie auch immer geartete, den Gesetzen widersprechende Zwecke zu nutzen. Ich betrachte solche der Polizei zugetragenen Informationen als Provokation. Weiter

¹ Vgl. auch das Schreiben von Štern an Chinčuk vom 4. 6. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 257–256.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

fragte ich, ob Meyer die Namen dieser Kommunisten kenne. Meyer sagte, dass er die Namen nicht kenne, doch Tippelskirch werde sie mir mitteilen. Meyer bemerkte, Neurath bezweifle, dass sich jemand in der Handelsvertretung versteckt, doch er erachte es als angebracht, mir zur Kenntnis zu bringen, dass im Polizeipräsidium derartige Informationen vorliegen.

Ich habe Meyer u. a. auf die offenkundige Aktivierung der Tätigkeit der Weißgardisten unter dem Banner der Nationalsozialisten, auf die Rolle Svetozarovs und auf die Veranstaltung der Weißgardisten im Clou aufmerksam gemacht². Weiter habe ich darauf hingewiesen, dass in der „Scala“³ ein Kosakenchor auftritt, wobei vor Beginn der Veranstaltung ein Schild mit dem Hinweis aufgestellt wird, dass es sich um ehemalige Offiziere handelt, die hoffen, mit Hilfe des neuen Regimes in Deutschland nach Russland zurückzukehren. Meyer versprach, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Am Abend erschien Tippelskirch, und in Meyers Auftrag teilte er mir die zwei Namen mit: Florin und Wittenberge⁴.

In der Nacht (von 1 Uhr nachts bis 4 Uhr in der Früh) habe ich gemeinsam mit Vejcer, Fridrichson, Fajnějn und Aleksandrovskij alle Räumlichkeiten der Handelsvertretung mit all seinen Winkeln sorgfältig durchsucht, ohne jemanden im Gebäude zu finden.

Am nächsten Tag, den 19. V., schickte ich Aleksandrovskij zu Fischer, um die Geschichte mit der angeblichen Gewährung der Zuflucht für zwei deutsche Kommunisten durch die Handelsvertretung aufzuklären, die Rückgabe des Passes an Gen. Enko zu erwirken und bezüglich der Weißgardisten vorzusprechen.

Gen. Aleksandrovskij hat die Einzelheiten seines Gesprächs mit Fischer in seiner Aufzeichnung festgehalten.

Am Sonnabend, dem 20. V., stattete mir Dirksen eine Visite ab. Nach den für solche Anlässe üblichen Begrüßungen teilte mir Dirksen mit, er habe in Berlin bereits bewirken können, dass die führenden Leute in der Regierung ernsthaft wünschen, die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR in Ordnung zu bringen, dass in der Derop bereits eine Atmosphäre für eine normale Arbeit geschaffen worden und er davon überzeugt sei, dass sich mit den von der Regierung zu ergreifenden Maßnahmen der Absatz unserer Erdölprodukte bedeutend erhöhen werde.

Ich führte ihm eine Vielzahl von Beispielen an, die verdeutlichen, dass der Wunsch der Regierung allein noch nicht ausreiche, es müsse der Wunsch in der Praxis verwirklicht werden. Nach wie vor werden Haussuchungen in sowjetischen Einrichtungen vorgenommen, sowjetische Staatsbürger durchsucht und verhaftet usw. Ich nannte ihm als Beispiele den Überfall auf den Klub in Hamburg⁵, die

² Zusatz am Seitenrand: „Ich füge ein Bild bei.“ Dem Dokument beigelegt ist ein Foto aus dem „Essener Anzeiger“ vom 10. 5. 1933. Die deutsche Bildunterschrift lautet: „Russische Nationalsozialisten in Berlin“. Unter dem Foto steht folgender deutscher Text: „... Mai [das Datum ist durch die Lochung des Dokuments zerstört worden] fand im Konzerthaus ‚Clou‘ in Berlin das erste russisch-deutsche Fest unter dem Titel ‚Russische Nationalsozialisten rufen Dich‘ statt. Die in Berlin bestehende Russische Nationalsozialistische Bewegung ‚Rond‘ steht unter der Führung von A. Swetosarow. Unser Bild zeigt russische Nationalsozialisten. Vorn ein Kuban-Kosak mit der Hakenkreuzarmbinde.“ In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 80.

³ Eine der größten und bekanntesten Varieté-Bühnen in Deutschland, die sich in Berlin, Lutherstraße 22/24, befand.

⁴ Vermutlich ist der Name verstümmelt wiedergegeben.

⁵ Vgl. Dok. 89, Anm. 1.

Haussuchungen in der Derutra usw. Weiter teilte ich Dirksen mit, dass die Weißgardisten in Berlin das Haupt erheben und sie sich unter dem Banner der Nationalsozialisten organisieren. Dirksen bot sich an, bezüglich der Weißgardisten mit den entsprechenden Stellen zu sprechen.

Dirksen begann seinerseits seine Sorgen darzulegen. Er finde, Moskau habe zu kühl auf die Ratifizierung des Berliner Vertrages reagiert, während in Berlin die Presse die Ratifizierung sehr freundlich aufgenommen habe. Insbesondere der Artikel Radeks über Versailles⁶ habe Dirksen betrübt. Ich erklärte ihm, dass unsere Öffentlichkeit tagaus, tagein über die Schwierigkeiten lese, die die sowjetischen Organisationen und Staatsbürger in Deutschland bestehen müssten, dass Radek ein Journalist sei, der seine Anschauungen habe, die aber nicht die offizielle Meinung unserer Regierung widerspiegeln. Wenn man dennoch die Ansichten des Journalisten Radek prüfe, so seien sie nichts im Vergleich zu den Ansichten und praktischen Handlungen, die der UdSSR von dem unverhüllt feindlich gesonnenen offiziellen Leiter der nationalsozialistischen Außenpolitik⁷, in diesem Fall seitens der Regierungspartei, entgegenschlage.

Die Aufnahme der von Radek dargelegten Ideen durch unsere Öffentlichkeit sei ein gefährliches Symptom. Die Öffentlichkeit verinnerliche die Berichte über die Haussuchungen, die Verhaftungen und Überfälle auf unsere Einrichtungen und auf unsere Staatsbürger; sie könne nicht anders, als in entsprechender Weise zu reagieren. Diese Öffentlichkeit sei gegenwärtig für die Ideen Radeks sehr empfänglich. Doch in dieser Hinsicht werde eine Veränderung in der Stimmung unserer Öffentlichkeit ganz und gar von jenen Maßnahmen abhängen, die die deutsche Regierung zur Verhinderung und Beilegung der gegen uns gerichteten Exzesse ergreife.

Ich habe Dirksen für Montag zum Frühstück eingeladen. Dabei werden auch die Genossen Aleksandrovskij und Bessonov zugegen sein.

[...]⁸

4. Am 22. V. frühstückte Dirksen bei mir. Anwesend waren Aleksandrovskij und Bessonov. Dirksen zeigte sich sehr zufrieden, als ich ihm mitteilte, dass die Genehmigung für drei Flugzeuge eingetroffen ist⁹.

Weiter drehten sich die Gespräche um die Tätigkeit der Weißgardisten in Berlin und um die wirtschaftlichen Bedingungen für unsere Arbeit. Dabei musste Dirksen recht eindringlich erläutert werden, wohin die letzten Maßnahmen der deutschen Regierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft führen werden.

Wir haben darauf hingewiesen, dass sie für uns einen finanziell erheblichen Exportausfall bewirkt hätten. Unsere Exporteinbußen würden mit ungefähr 60 Mio. Mark beziffert. Wir haben die Aufmerksamkeit Dirksen darauf gelenkt, dass trotz der Anweisung Hitlers, die er in der Unterredung mit mir¹⁰ erteilte, Hugenberg solle mit uns Wirtschaftsverhandlungen aufnehmen, bis jetzt nichts gesche-

⁶ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

⁷ Gemeint ist Alfred Rosenberg.

⁸ Ausgelassen wurde die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Gesandten Litauens in Deutschland Šaulys vom 22. 5. 1933 (I. 79–79R).

⁹ Vgl. Dok. 94.

¹⁰ Laut Aufzeichnung Chinčuks habe Hitler in der Unterredung gesagt: „Er werde Hugenberg beauftragen, mit uns entsprechende Verhandlungen zu führen und Wege für die Abstimmung unserer Interessen zu suchen.“ Vgl. Dok. 79.

hen ist, offensichtlich wegen innerer Unstimmigkeiten. Dirksen bemühte sich darauf zu verweisen, dass der letzte Kredit in Höhe von 140 Mio. dem Zweck gedient habe, die Deutschen, denen es nicht möglich war, unsere Exportwaren durchzuführen¹¹, mit dem Finanzkredit zu entschädigen. Wir haben Dirksen darauf hingewiesen, dass dies nicht richtig sei, weil der Kredit eine Tilgung erfordere, was wiederum nur durch unseren Export möglich sei. Und jetzt, da sich unsere Möglichkeiten in England verringert hätten, sollte Deutschland für uns der Absatzmarkt für unsere Exportwaren sein.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij's: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2340 vom 30. 5. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 78–79. Original.

Nr. 98

Bericht des Gehilfen des Chefs der Abteilung für internationale Beziehungen im Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten Šrot

Ganz geheim

[25. 5. 1933]

KURZBERICHT ÜBER DIE REISE VON GENERAL BOCKELBERG NACH TULA, CHAR'KOV, DNEPROGËS UND SEVASTOPOL' vom 17. bis zum 24. Mai 1933

Am 16. 5. reiste die Gruppe von General Bockelberg¹ in der Zusammensetzung General Bockelberg, Oberst Hartmann, Oberstltm. Thomas, Hauptmann Krebs und Ingenieur Pollert in Begleitung des Gehilfen des Chefs der Abteilung für internationale Beziehungen, Gen. Šrot, aus Moskau ab und kam am 17. 5. um 8.00 Uhr in Tula an. In Tula besichtigten sie die „Waffenfabrik“, wobei sie das Hauptaugenmerk auf den technologischen Produktionsprozess, auf die Zusammensetzung von Stahlsorten, die Ausstattung des Werkes mit Drehbänken und auf die allgemeine Produktivität richteten. Bei der Besichtigung der Maschinengewehrabteilung wandte sich Bockelberg an mich und bat mich, meinem Kommando seinen Wunsch zu übermitteln, ein leichtes Maschinengewehr vom Typ „Degtjarev“^{*2} zu erhalten; im Austausch dazu wären sie einverstanden, uns ihr leichtes Maschinengewehr „Draise“^{*3} zu übergeben.

Das Werk mit seiner Ausstattung und seiner Arbeitsorganisation hat einen sehr guten Eindruck auf sie gemacht, wobei sie bemerkten, dass in allen Werkhal-

¹¹ So im Dokument.

¹ Vgl. Dok. 112.

² Das Wort ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

³ Das Wort ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

len in der Mehrheit Jugendliche arbeiten, die sehr gut ihre Arbeit beherrschen. General Bockelberg stellte dem Direktor die Frage, wie viel Schuss der Lauf unseres Maschinengewehres bei Dauerfeuer aushält. Der Betriebsdirektor Gen. Vannikov antwortete: 100 000 Schuss. Bockelberg schüttelte den Kopf und drückte sein Erstaunen aus, indem er sich an mich wandte, und bemerkte, dass dies nicht sein könne, weil nach den zur Verfügungen stehenden Erkenntnissen in allen Armeen die Maschinengewehrläufe nicht mehr als 20 000 Schuss aushalten. In der Folge wurde dieses Missverständnis aufgeklärt, und Bockelberg wurde mitgeteilt, dass unser Maschinengewehrlauf 15 000 Schuss aushalte. Außerdem wurde Bockelberg mitgeteilt, dass die Jahresproduktion des Werkes *6 Mio. Gewehre*⁴ nicht überschreitet.

Während des Frühstücks, das zu Ehren der Gäste gegeben wurde, bemerkte Bockelberg, wir könnten stolz darauf sein, dass wir es vermocht hätten, eine vorbildliche Waffenproduktion zu organisieren; und obwohl Deutschland über ein hohes technisches Niveau verfügt, haben die UdSSR und die RKKA etwas, wovon man lernen könne.

An dem Essen nahm eine Frau teil (von den „Nachbarn“⁵), die dem General als Ehefrau des Direktors (*Ol'ga Nikolaevna*⁶) vorgestellt wurde, die auf den General augenscheinlich Eindruck machte, und er trank mehr als sonst üblich. General Bockelberg war zum Ende des Essens vollkommen betrunken und er erinnert sich bis heute nicht daran, dass sie nach dem Essen nach Jasnaja Poljana gefahren sind und dort den ehemaligen Landsitz von L. Tolstoj besichtigt haben.

Hauptmann Krebs hatte nach dem Essen sein Notizbuch auf dem Tisch liegen gelassen, welches ich den „Nachbarn“ übergeben habe, das Notizbuch wurde ihm nach der Rückkehr aus Jasnaja Poljana zurückgegeben. In dem Notizbuch wurden interessante Adressen festgestellt; nach der Rückkehr in den Waggon beklagte sich Oberst Hartmann bei mir über das Verhalten Bockelbergs, das eines preußischen Offiziers unwürdig sei, wobei er mir erzählte, dass Bockelberg auf dem Empfang des Botschafters über die Maßen getrunken und sich nach unserem Weggang höchst unwürdig aufgeführt habe, am Ende sei er unter den Tisch gesunken. Hartmann teilte mir „unter dem Mantel der Verschwiegenheit“ mit, dass er diesen Zwischenfall nach Berlin gemeldet habe. Die Schwäche des Generals, dem Alkohol zuzusprechen, sei Hartmann bekannt, doch angesichts der hohen Stellung Bockelbergs bat mich Hartmann, auf ihn mäßigend einzuwirken, da es Hartmann unangenehm sei, mit Bockelberg darüber zu sprechen. Dabei erinnerte er an das vorzügliche Benehmen unserer Kommandeure, die er in Deutschland begleitet hat, und auch daran, dass er während seines Aufenthaltes in der UdSSR nicht einen einzigen betrunkenen Kommandeur gesehen habe. Hartmann entschuldigte sich bei mir für das unwürdige Benehmen der deutschen Offiziere (Pollert, Krebs in Bobriki⁷ und Bockelberg und Thomas in Tula). Hartmann teilte mir mit, dass bei einer Wiederholung eines derartigen Benehmens er mit der Gruppe des Generals nicht weiter fahren und nach Moskau zurückkehren werde. Hartmann kündigte

⁴ Der Text ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 9, Anm. 23.

⁶ Der Name ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

⁷ In der Nähe der Stadt Bobriki (60 km von Tula entfernt) wurde die erste Stufe des Chemiekombinats zur Herstellung von synthetischem Ammoniak im Jahr 1933 in Betrieb genommen.

an, persönlich mit den Rangniedereren zu sprechen, doch hinsichtlich des Generals bat er mich um meine Mithilfe. Ich antwortete Hartmann, dass wir uns Ausländern, insbesondere ihnen gegenüber, überall sehr gastfreundlich verhalten, doch wir würden niemanden zum Trinken zwingen. Persönlich mit dem General über dieses Thema zu sprechen, hielt ich für unangenehm, doch ich würde mich bemühen, seiner Bitte nachzukommen.

Am gleichen Tag fuhren wir um 21.00 Uhr nach Char'kov ab, wo wir am 18. 5. um 9.00 Uhr ankamen. Auf dem Bahnhof erwarteten uns zwei Autos von „Intourist“. Der Mitarbeiter der OO OGPU⁸, der uns begrüßte, teilte mir unauffällig mit, dass er von Gen. Baar die Anweisung bekommen hatte, ihnen das „Dampflokomotivenwerk“ zu zeigen. Da ich den Plan für die Besichtigungen besaß und keine anderweitigen Anweisungen aus Moskau über Planänderungen bekommen habe, entschloss ich mich, sie zum Traktorenwerk zu führen, wo später telefonisch geklärt wurde, dass Gen. Baar keine derartige Anweisung gegeben und der Vertreter der „Nachbarn“ es einfach verwechselt hatte; doch alles war rechtzeitig korrigiert worden, und die „Gäste“ besichtigten nur das Traktorenwerk⁹. Das Werk hatte seinen arbeitsfreien Tag und die „Gäste“ gingen im Verlaufe von 2½ Stunden durch alle Werkhallen. Die neueste amerikanische Ausrüstung und die Werkbänke erregten ihre Aufmerksamkeit, wobei Ingenieur Pollert die ihn interessierenden technologischen Produktionsprozesse sorgfältig in sein Notizbuch eintrug. Bockelberg fragte mich, ob in dem Werk auch Panzer gebaut würden, worauf ich ihm antwortete, dass im Traktorenwerk keine Panzer gebaut werden.

Der Produktionsumfang, das riesige Ausmaß der Werkhallen und überhaupt das gesamte Werk haben die Gäste überrascht. Bockelberg drückte dies so aus: „Man müsste einen Magneten haben, um mit einem Schwung das Werk nach Deutschland zu versetzen. Sie haben etwas, worauf Sie stolz sein können.“

Noch auf dem Weg nach Char'kov befürchtete Thomas im Gespräch mit mir, dass die in Deutschland entstandene Lage sie zwingen könnte, diese interessante Reise abubrechen, weil es nicht ausgeschlossen sei, dass man sie zurückrufe. Mit großer Ungeduld und mit einer gewissen Nervosität warteten alle auf die Rede Hitlers vor dem Reichstag¹⁰.

Der Konsul in Char'kov, Walther, bei dem wir nach der Stadtrundfahrt waren, konnte ihnen auch nichts Neues mitteilen.

Am 18. 5. fuhren wir um 19.00 Uhr von Char'kov nach Zaporož'e, wo wir am 19. 5. um 8.00 Uhr ankamen. Am Bahnhof wurden wir vom Direktor des 29. Motorenwerkes¹¹ empfangen. Das Motorenwerk machte, ungeachtet der veralteten Ausrüstung und eines nicht ganz rationalen Produktionsablaufs, auf sie einen rundum zufriedenstellenden Eindruck. Auf dem Prüfstand sahen sie den neuen Motor M-58 in Betrieb.

Nach der Besichtigung des Werkes fuhren wir zur Dneprogès. Unser Ingenieur hielt der Gruppe einen kleinen Vortrag zur Geschichte, zum Bauverlauf und zu

⁸ Sonderabteilungen der OGPU, militärische Spionageabwehr.

⁹ Das Char'kover Traktorenwerk, der größte Betrieb der Traktorenindustrie der UdSSR, war am 1. 10. 1931 in Betrieb genommen worden.

¹⁰ Rede Hitlers vom 17. 5. 1933; vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 270–279.

¹¹ Das Motorenwerk Nr. 29 stellte hauptsächlich Flugzeugmotore her, es ging aus dem 1907 gegründeten Werk „Deka“ hervor.

den Aufgaben des Elektrokraftwerkes¹². Nach der Besichtigung des Elektrokraftwerkes, der Turbinen und der Steuerungszentrale begaben wir uns zum anderen Ufer, wobei Bockelberg und andere wiederholt zum Ausdruck brachten: „um sich dazu zu entschließen, eine derartige gigantische Anlage zu errichten, muss man einen eisernen Willen und ebensolche Nerven haben. Die Erbauer und die Initiatoren dieses Bauwerkes werden in die Weltgeschichte eingehen.“

Vor der Abfahrt in den Süden gelang es, eine „Pravda“ zu kaufen, die Auszüge aus der Rede Hitlers vor dem Reichstag¹³ brachte. Hauptmann Krebs rief unverzüglich seine Gruppe zusammen und übersetzte ihr diesen Artikel. Nach den enttäuschten Gesichtsausdrücken zu urteilen, hatten sie schärfere Ausfälle erwartet. Der General äußerte seine Meinung: „Die Lage in Deutschland ist derart schwer, dass auch Hitler derzeit keinen anderen Ausweg sieht, als an die öffentliche Meinung der ganzen Welt zu appellieren, indem er auf die erniedrigende Lage Deutschlands, sogar im Vergleich zu zweitrangigen Mächten, verweist. Gegen ein Abkommen Frankreichs, Englands und Amerikas sind wir hilflos.“

In Sevastopol' kamen wir am 20. 5. um 7.50 Uhr an. Um 8.00 Uhr wurde die Gruppe von dem Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Gen. Kožanov, und dem Chef des Stabes, Gen. Dušenov, empfangen. Das Gespräch trug einen offiziellen Charakter. Als Bockelberg erfuhr, dass Gen. Kožanov Marineattaché in Japan gewesen war, interessierte er sich für strategische Pläne eines möglichen Krieges zwischen Amerika und Japan im Pazifik sowie für die Gefechtsbereitschaft beider Flotten.

Nach dem Empfang fuhren wir in Autos zur Fliegerschule in Kača¹⁴, wo den Gästen Übungsflüge gezeigt wurden und sie Ausbildungsklassen, Werkstätten und Kasernen besichtigten.

Die Disziplin während der Flüge und die vorbildliche Sauberkeit in den Kasernen machten auf die Gäste einen sehr guten Eindruck. Hartmann, Krebs und Pollert baten den Chef der Fliegerschule um die Erlaubnis, einen Flug zu machen; sie starteten in einer R-1 und drehten über dem Flugplatz in einer Höhe von 400 m eine Schleife.

Am Abend des gleichen Tages fuhren wir nach Jalta ab. Schlechtes Wetter und Nebel versperrten die Aussicht auf die südliche Krim. Am nächsten Tag kamen wir in Massandra an und kehrten gegen Abend nach Sevastopol' zurück.

Am 22. 5. waren wir auf dem Malachov Kurgan¹⁵ und besichtigten das „Panorama“¹⁶, danach besuchten wir die Ausgrabungen von Chersones¹⁷. Am gleichen Tag fuhren wir um 16.15 Uhr nach Moskau ab.

Auf der Rückreise sahen die Gäste riesige bestellte Kolchosfelder, sie interes-

¹² Dneprogės, Wasserkraftwerk am Dnepr, in der Nähe der Stadt Zaporož'e. Die Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe erfolgte 1932.

¹³ „Deklaracija Gitlera“ (Die Erklärung Hitlers). In: Pravda vom 18. Mai 1933, S. 4.

¹⁴ Die in der Nähe Sevastopol's gelegene Fliegerschule von Kača war 1910 gegründet worden. Sie war die erste Fliegerschule in Russland, in sowjetischer Zeit war sie ein Zentrum für die Ausbildung von Militärpiloten, hauptsächlich von Jagdfliegerpiloten.

¹⁵ Der sich südöstlich von Sevastopol' erhebende Hügel war während des Krimkrieges von den Verteidigern der Stadt zu einer sehr starken Verteidigungsanlage ausgebaut worden.

¹⁶ Das Panorama „Die Verteidigung Sevastopols 1854–1855“ des Schlachtenmalers Rubo wurde im Mai 1905 in Sevastopol' für den Ausstellungsbetrieb eröffnet. Dafür war extra ein Gebäude (die Maße des Panoramabildes betragen 14 × 115 Meter Leinwand) gebaut worden.

¹⁷ Das Taurische Chersones, eine am Südufer der Krim gelegene antike griechische Stadt, wurde im 5. Jh. v. Ch. gegründet. Die Ausgrabungen begannen 1827.

sierten sich für die Kolchosordnung und für das Verhalten der Bauern zu ihr. Auf der Fahrt gab es keine Zwischenfälle, außer einigen obdachlosen Kindern, die sie auf dem Bahnhof von Sevastopol' zu Gesicht bekamen.

Am 24. 5., um 6.00 Uhr, trafen die Gäste wieder in Moskau ein¹⁸.

SCHLUSSFOLGERUNGEN: 1. Die von der Gruppe besichtigten Betriebe in Tula, Char'kov, Dneprogès und in Sevastopol' haben zweifelsfrei einen für uns günstigen Eindruck gemacht, und sie unterstrichen die großen Errungenschaften auf dem Gebiet der Industrie und die damit geschaffenen Möglichkeiten für die Massenproduktion von Waffen und für die Ausrüstung der RKKa mit Militärtechnik. Bockelberg und die anderen beneideten offen die UdSSR, die solche Giganten wie das Traktorenwerk in Char'kov und Dneprogès zu errichten vermochte.

2. Die Gruppe brachte wiederholt ihre Meinung offen zum Ausdruck, dass es in der UdSSR einiges gebe, wovon die Reichswehr und die Rüstungsindustrie in Deutschland lernen könnten. Bockelberg hob die Bekundung des großen gemeinsamen Willens zur Rekonstruktion des Landes und zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR hervor.

3. Die Gruppe hat den Eindruck gewonnen, dass man ihr ein breites Spektrum gezeigt hat, obgleich sie auch damit gerechnet hatte, geheimere Waffengattungen zu Gesicht zu bekommen (Panzer, neueste Motoren u. a.); ****doch****¹⁹ während ihrer ganzen Reise hat die Gruppe keinerlei Wünsche nach einer umfangreicheren Besichtigung geäußert. Auf der Reise wurden ihr die besten Bedingungen geboten und sie wurde überall höchst freundlich und zuvorkommend aufgenommen.

4. Die Gruppe Bockelberg interessierte sich vor allem für technologische Prozesse, für die chemische Zusammensetzung von Stahlsorten, für Materialien und für den Produktionsumfang zu Friedenszeiten und im Mobilisierungsfall (Angaben zu den letzten Fragen wurden ihnen nicht mitgeteilt und taktvoll umgangen).

5. Auffallen sind die Reibereien zwischen Hartmann und Bockelberg wegen des übermäßigen Alkoholgenusses von Bockelberg, Thomas, Krebs und Pollert und des von ihnen an den Tag gelegten Verhaltens, das eines deutschen Offiziers „unwürdig“ sei. (Sie haben sich bis zur Bewusstlosigkeit wie Schweine betrunken, wie Hartmann bemerkte).

6. Die Gruppe schätzte die Situation in Deutschland dahingehend ein, dass die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag zu einem militärischen Konflikt mit Frankreich und Polen führen könnte, dann aber stellte sich heraus, dass die „Nervosität“ der Gruppe unbegründet war, weil Hitler die Rede in einem gemäßigten Ton gehalten hat, womit die Gruppe eindeutig unzufrieden war, und sie die Enttäuschung und die Ausweglosigkeit der Lage für Deutschland zum Ausdruck brachte²⁰.

GEHILFE DES CHEFS DER ABTEILUNG
FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

ŠROT

¹⁸ Den ursprünglichen Besichtigungsplan für Bockelberg, ihm außerhalb Moskaus Rüstungsbetriebe und militärische Einrichtungen zu zeigen, legte Vorošilov am 2. 4. 1933 Stalin zur Bestätigung vor. Dazu gehörte auch die Besichtigung des Reparaturwerkes für Artillerie in Golutvino, das Putilov-Werk (ohne die Montagehallen für Panzer) und die Militärtechnische Akademie in Leningrad sowie der Schießplatz in Luga. Vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 104–106.

¹⁹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

²⁰ Die Übersetzung entspricht dem russischen Satzbau.

Vermerke von Ja. K. Berzin: an den Chef des Stabes der RKKA Gen. Egorov. Vorgelegt von: Chef der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA. 25. Mai 1933; von Egorov: an Gen. Meženinov. 28. V. 33.

Dazu gibt es einige andere Vermerke über die Kenntnisnahme des Dokumentes.

Oben, in der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Chefs des Stabes der RKKA mit der Eingangs-Nr. 1638/SS vom 26. 5. 1933.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 1. Verwaltung des Stabes der RKKA mit der Eingangs-Nr. 2545ss vom 31. 5. 1933 und der 1. Abteilung Nr. 539 vom 3. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 Expl.

RGVA, f. 37977, op. 3, d. 412, l. 16–21. Original.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 317–320²¹.

Nr. 99

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Ministerpräsidenten Preußens Göring

Aus der Unterredung des Gen. Chinčuk mit Göring am 27. V. 1933

Heute wandte sich Göring an mich mit der Bitte, dass er mich gern sprechen möchte und ob ich damit einverstanden sei, ihn in seinem Amtssitz im Reichstag aufzusuchen. Ich stimmte dem zu. Laut Mitteilung von Fischer sollten an meiner Unterredung mit Göring folgende Personen teilnehmen: Meyer, von Tippielskirch, Mossdorf und Fischer. Deshalb habe ich Aleksandrovskij und Bessonov mitgenommen. Als wir eintrafen, fand bei Göring offenbar gerade eine interne Besprechung mit den oben genannten Personen statt¹. Als ich jedoch Görings Arbeitszimmer betrat, war außer ihm niemand da. Göring bat um ein Gespräch unter vier Augen. Deshalb habe ich, nachdem ich ihm Aleksandrovskij und Bessonov vorgestellt hatte, diese gebeten, uns allein zu lassen.

Göring erklärte sofort, dass mit ihm die deutschen Kandidaten für den Aufsichtsrat überhaupt nicht abgestimmt worden seien und er mir deshalb nicht die Kandidaten benennen könne, welche sein Vertrauen genießen. Ferner verwies er auf das Protokoll des Außenministeriums, in dem es um die Parität gehe. Doch ich wies diese Bezugnahme unverzüglich zurück, indem ich erklärte, dass mir solch ein Protokoll nicht bekannt sei; wenn es ein derartiges Protokoll geben sollte, so entspreche es jedenfalls nicht den Erklärungen, die ich dem Reichskanzler und ihm gegenüber abgegeben hätte. Göring stimmte dem zu.

Was die Zusammensetzung des deutschen Teils für den Aufsichtsrat betreffe, so sei ich sehr erstaunt, wie es geschehen konnte, dass er, der an der Entscheidung bezüglich des Schicksals der Derop teilhabe, von der deutschen Seite, die mit uns die Mitgliederliste für den Aufsichtsrat abgestimmt habe, ignoriert worden sei.

Staatskommissar Hollmann und das Wirtschaftsministerium hätten diese Liste mit uns nicht nur abgestimmt, sondern sich schriftlich sogar an die Kandida-

²¹ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Vgl. Dok. 100.

ten gewandt und ihnen vorgeschlagen, das Mandat als Aufsichtsratsmitglieder anzunehmen.

Zur Bekräftigung dessen legte ich Göring ein Schreiben vor, das unsere Handelsvertretung von Klöckner bekommen hat, in dem er sich auf die an ihn ergangene Einladung von Staatskommissar Hollmann und vom Wirtschaftsministerium berief.

Göring erklärte, dass er in keiner Weise die russische Seite beschuldige, er finde, dass wir uns loyal verhalten und in allem Recht hätten. Doch dies ändere nichts an der faktischen Situation, dass die Kandidaten für den Aufsichtsrat nicht mit ihm abgestimmt worden seien. Insbesondere sprach er sich gegen die Kandidatur von Klöckner aus, wobei er erklärte, dass Klöckner schon immer ein Feind der Nationalsozialisten gewesen sei, außerdem nur seine egoistischen Ziele verfolge und dabei die öffentlichen Belange ignoriere.

Außerdem hätte er es gern gesehen, wenn im Aufsichtsrat nicht jene Personen sitzen würden, die durch ihre Interessen eng mit der Sowjetunion verbunden sind, und dies nicht etwa deshalb, weil er der Objektivität der Sowjetunion nicht vertraue, sondern deshalb, weil diese Personen unter gewissen Umständen ihren Einfluss benutzen könnten, um diesen Firmen Privilegien zu verschaffen.

Ich bemerkte, das ich mit seiner Sichtweise nicht einverstanden sei, jedoch nicht die Absicht hätte, deswegen einen Konflikt auszulösen, weil ich, wie ich auch schon früher gesagt hätte, die Deutschen im Aufsichtsrat haben möchte, die sein Vertrauen genießen, weil wir bei dieser Konstellation auf seine Hilfe und auf seine Unterstützung rechnen können, um den Absatz von Erdölprodukten zu erhöhen.

Göring betonte erneut, dass er beabsichtige, noch heute alle Fragen, die mit der Derop im Zusammenhang stehen, abzuschließen, um nicht mehr darauf zurückkommen zu müssen. Er ist dagegen, dass Hollmann in der Derop als Kommissar „regiert“, da er entweder selbst oder über seinen Schwiegervater in der Schuld der Derop stehe. Außerdem meint er, dass Hollmann in allen Stadien der Regelung der Frage bezüglich der Derop seine eigene Linie befolgt habe, die nicht mit den ihm erteilten Weisungen übereinstimme. Die Persönlichkeit Wielands lasse bei ihm ebenfalls Zweifel aufkommen, auch wegen des zu hohen Umfangs der Bezüge.

Archiv der Bevollmächtigten Vertretung

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 10–9. Kopie.

Nr. 100

**Aufzeichnung der Unterredung der Räte der Bevollmächtigten Vertretung
Aleksandrovskij und Bessonov mit dem Ministerpräsidenten Preußens Göring**Aus der Unterredung der Genossen Aleksandrovskij und Bessonov mit Göring,27. 5. 1933(Aus dem Tagebuch des Gen. Bessonov)

Heute Morgen sollte ich mich zu Fischer begeben, um die Ergebnisse seiner gestrigen nächtlichen Besprechung mit Göring in Erfahrung zu bringen. Stattdessen rief Fischer Gen. Chinčuk an und bat ihn, heute um 12 Uhr bei Göring zu sein. Wenige Minute vor diesem Termin rief er mich erneut an, und sagte, dass das Treffen um eine ¼ Stunde verlegt werden müsse, weil Göring eine Vorbesprechung¹ mit Meyer, Fischer, Mossdorf und Tippelskirch habe, die dann auch an der Beratung mit Chinčuk zugegen sein würden. Deshalb nahm Lev Michajlovič Aleksandrovskij und mich zu dem Treffen mit Göring mit. Göring empfing uns und sagte, dass er zu Beginn mit Chinčuk unter vier Augen sprechen möchte². Nach 20 Minuten kam Lev Michajlovič von Göring zurück und sagte uns, dass er nach Hause fahre und es uns überlasse, mit den Anwesenden auf folgender Grundlage, die er noch einmal mit Göring abgestimmt habe, zu sprechen. Und zwar: Die Leitung der Finanz- und Wirtschaftstätigkeit verbleibt in unseren Händen. Von den fünf Aufsichtsratsmitgliedern werden zwei Deutsche und drei von uns sein. Das gleiche trifft auch auf den Vorstand zu. Die Besetzung des deutschen Teils des Aufsichtsrates wird vollkommen Göring überlassen.

Nachdem Lev Michajlovič gegangen war, bildete sich um uns eine Gruppe, der die oben Genannten, Bräutigam und noch ein Beamter aus dem Außenministerium angehörten. Wir wurden gefragt: Was hat „er“ nun gesagt? Wir legten darauf den Inhalt der Unterredung Görings mit Lev Michajlovič dar, deren Ergebnis sie offensichtlich maßlos enttäuschte. Fischer rief bekümmert aus: Wenn der Vorsitzende von uns kommt, so bedeutet das, Thyssen **kann das nicht mitmachen**³. Nach einer gewissen Verlegenheit entschieden sie, dass sie jetzt Personen aussuchen müssen, die das Vertrauen Görings genießen. Sie begaben sich zu einer Besprechung in den anderen Teil des Saales und erörterten dort flüsternd die möglichen Kandidaten. Nach 10 Minuten wurden sie zu Göring gerufen, Aleksandrovskij und ich blieben ungefähr eine ½ Stunde allein zurück. Danach trat Göring mit Fischer auf uns zu. Er drückte ein gewisses Bedauern über die Abwesenheit Enkos aus, den diese Angelegenheit sehr interessiere, und Göring erklärte uns Folgendes:

Mit der Derop sei leider ein unangenehmes Missverständnis geschehen, an dem ausschließlich Kommissar Hollmann schuld sei, der deshalb abgesetzt und durch einen anderen ersetzt werde. Es habe überhaupt nicht in der Absicht der Regierung gelegen, die Beziehungen zur Derop zu verschärfen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes sei ihm seinerzeit aus dem Außenministerium berichtet worden, dass wir einer Parität zugestimmt hätten. In

¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

² Vgl. Dok. 99.

³ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

der ersten Unterredung mit Chinčuk habe sich herausgestellt, dass dies nicht der Fall sei, und er [Göring] habe sein Einverständnis erklärt, die Zusammensetzung von deutschen und russischen Vertretern im Aufsichtsrat und im Vorstand in einem Verhältnis von 2 zu 3 vorzunehmen. Diese Zustimmung hinsichtlich der russischen Mehrheit im Aufsichtsrat und im Vorstand bestätige er auch jetzt. Es verstehe sich von selbst, dass von deutscher Seite, wie dies bereits in der ersten Unterredung mit Chinčuk gesagt worden sei, Personen im Aufsichtsrat sein sollten, die sein Vertrauen genießen. Da z.B. Herr Klöckner nicht damit rechnen könne, sein Vertrauen zu bekommen, so könne er selbstverständlich nicht im Aufsichtsrat sein. Von der jetzigen Liste stimme er nur Arns zu, der ein wünschenswerter Vertreter der Automobilindustrie und eine Person sei, die sein Vertrauen genieße. Was die anderen deutschen Vertreter betrifft, so werde er uns spätestens am Dienstag, dem 30. Mai, seine Kandidatenliste mitteilen, aus der wir die Anzahl auswählen können, die gemäß Proporz benötigt wird. Diesem Personenkreis sollte im Übrigen seiner Meinung nach ein Vertreter der Luftflotte Deutschlands angehören, weil die Luftflotte zu einem Großverbraucher von Derop-Produkten werden müsse. Die Aufmerksamkeit, die er bezüglich des Aufsichtsrates der Derop zeige, erkläre sich mit seinem Wunsch, von der Derop so schnell wie möglich das Stigma eines kommunistischen Hortes zu entfernen und so rasch wie möglich den Absatz der Derop-Produkte in Ordnung zu bringen. Damit im Zusammenhang beabsichtige er, nach der Umgestaltung des Aufsichtsrates ein Rundschreiben zu erlassen, mit dem der Vorschlag unterbreitet werde, zuerst in Preußen und danach in ganz Deutschland bevorzugt Derop-Produkte zu kaufen. Kommissar Hollmann werde durch eine andere Person ersetzt werden, deren Name uns ebenfalls am Dienstag mitgeteilt wird.

Damit wollte Göring seine Ausführungen beenden, doch Fischer erinnerte ihn an das Vorkaufsrecht. Aleksandrovskij erklärte, er erachte es als überflüssig, irgendeine Erklärung zu dieser Frage abzugeben, weil wir nicht die Absicht gehabt hätten und auch nicht hätten, die Derop zu verkaufen, obwohl wir diesbezüglich einige Angebote bekommen hätten. Göring erklärte, dass wir eine Erklärung in zweierlei Hinsicht abgeben müssten, und zwar: Wir schicken uns nicht an, die Derop zu verkaufen, doch wenn sich für uns irgendwann solch eine Möglichkeit eröffnen sollte, so müsse unser erstes Angebot der deutschen Regierung unterbreitet werden. Dies sei notwendig, um zu verhindern, dass wir im Falle eines Verkaufs der Derop an Dritte die Bildung eines privaten Monopols im Lande fördern würden. Diesen Punkt erachte er als außerordentlich wichtig⁴.

Auf unsere Frage bezüglich der zwei Aufsichtsratsmitglieder von der Ortsleitung für die Derop erklärte Göring, er hoffe erstens, dass die Ortsleitungen in nächster Zeit überhaupt jegliche Bedeutung verlieren würden; was den konkreten Fall betreffe, so würden sie sich im Aufsichtsrat ausschließlich mit Arbeitsfragen befassen, und dies dürfe keinesfalls die russische Mehrheit im Aufsichtsrat verändern.

⁴ Am 4. 6. 1933 informierte Krestinskij Chinčuk darüber, dass „Rozengol'c bezüglich der Derop die Direktive herausgegeben hat, mit der das NKID vollkommen einverstanden ist. Es gibt keinerlei Veranlassung, der deutschen Regierung nicht das Vorkaufsrecht beim Verkauf der Derop einzuräumen, falls wir uns entscheiden sollten, sie zu verkaufen“. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 225.

Bei der Verabschiedung drückte Göring die Hoffnung aus, dass man die Angelegenheit als erledigt betrachten könne und er in Zukunft nur noch Gutes über die Derop zu hören bekomme.

Archiv der Bevollmächtigten Vertretung

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 13, d. 10, l. 8–7. Kopie.

Nr. 101

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. 1

Nr. 565

27. Mai 1933

An das
ZK der VKP (B), Gen. STALIN

Lieber Iosif Vissarionovič,

ich erachte es als notwendig, Sie darüber zu informieren, wie es um unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten in Deutschland bestellt ist.

Bei den Verhandlungen zum 140-Millionen-Kredit haben die Deutschen im Winter des laufenden Jahres ein verstärktes Interesse an unseren Bestellungen für 1933 gezeigt. In halboffiziellen Gesprächen haben wir den Deutschen geantwortet, je schneller die Frage bezüglich des 140-Millionen-Kredites¹ entschieden werde, desto schneller würden unsere Aufträge gemäß dem Importplan für 1933 getätigt werden. Die Deutschen haben sich mit dieser Erklärung mehr oder weniger zufrieden gegeben.

Der Machtantritt Hitlers und die ihn begleitende Welle von Ausschreitungen und Übergriffen gegen sowjetische Organisationen und Bürger in Deutschland verschafften uns die Möglichkeit, unsere anhaltende Zurückhaltung bei der Vergabe der Aufträge mit der Unbestimmtheit und Ungewissheit der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu erklären. Auch dies leuchtete den Deutschen ein.

Es wird aber der Moment eintreten, wo sich auch diese Erklärung als unzureichend erweist. Die Welle der Ausschreitungen gegen sowjetische Organisationen und Staatsbürger hält zwar noch an, sie ist aber etwas abgeebbt. Man spürt, dass es seitens der Deutschen einige Bemühungen gibt, die Atmosphäre zu entspannen. Offizieller Ausdruck dieser Bemühungen waren die Ratifizierung des Berliner Vertrages und mein Empfang durch Hitler² und Göring³.

Unter diesen Bedingungen wird die Frage bezüglich unserer Aufträge in Deutschland akut, und sie stellt sich umso dringender, als wir wahrscheinlich

¹ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

² Vgl. Dok. 79.

³ Vgl. Dok. 83, 99.

noch einmal gezwungen sein werden, uns an die Deutschen zu wenden, um den 140-Millionen-Kredit aufzustocken und ihn in einen verlängerbaren Revolverkredit⁴ umzuwandeln. Unabhängig davon werden wir uns auch in Zukunft unablässig und notgedrungen hinsichtlich der Erweiterung unseres Exports nach Deutschland an die Deutschen wenden müssen. Angesichts dieser Lage wird es sich nicht vermeiden lassen, sich der Frage der Aufträge ernsthaft anzunehmen.

Indes war es bereits seit dem Herbst 1932 klar, dass der Importplan für 1933, auch in Bezug auf Deutschland, stark gekürzt werden wird.

Die Verringerung unseres Imports ist eine natürliche Folge unserer allgemeinen Politik und ein Ergebnis der Industrialisierung der UdSSR. Doch hier ist auch das Moment der Kreditfristen wichtig. Bei langen Kreditfristen, die die jetzigen bedeutend überschreiten würden, könnte man unter Umständen an eine Erweiterung des Importprogramms sogar für das laufende Jahr denken. Soviel ich weiß, sollte unsere Delegation auf der internationalen Wirtschaftskonferenz⁵ gerade solch einen Vorschlag unterbreiten.

Es gibt einige Anzeichen dafür, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass die Deutschen auf eine Verlängerung der Kreditfristen eingehen könnten. Einige Politiker des faschistischen Regimes (z.B. der Wirtschaftskommissar⁶ Wagener) meinen dagegen, dass die Kreditfristen Schritt für Schritt verkürzt werden sollten. Doch auch in diesen Kreisen gibt es in dieser Frage keine volle Klarheit. Andererseits gibt es Erklärungen in der Art, dass, „wenn die UdSSR einen Vorschlag für ein großangelegtes Objekt unterbreiten sollte, so könnte die deutsche Industrie sogar auf eine Kreditfrist von 10 Jahren eingehen“ (Erklärung von Tippelskirch aus dem deutschen Außenministerium). Die Stimmungen letzterer Art sind damit zu erklären, dass von allen Schichten, die Hitler unterstützen, sich am meisten die Großindustrie als enttäuscht zeigt. Der Agrarprotektionismus des Hitlerregimes beschneidet die Exportmöglichkeiten der deutschen Industrie; andererseits haben sich die Hoffnungen auf große Rüstungsaufträge in einem bedeutend geringeren Maße als erwartet erfüllt; das Wirtschaftsprogramm wird der Schwerindustrie keinerlei erweiterte Absatzmöglichkeiten bieten, selbst dann nicht, wenn es in Angriff genommen werden sollte.

Das Hitlerregime gerät unter diesen Bedingungen in eine Bringeschuld gegenüber der Großindustrie und wird unter Umständen bereit sein, gewisse Opfer zu bringen, um ihr irgendwie „zu gefallen“. Als einziges Ventil könnten sich die sowjetischen Aufträge erweisen, diese müssten aber einen Umfang haben, der für die deutsche Industrie mehr oder weniger spürbar wäre. Es liegt die Annahme nahe, dass die Deutschen, wenn sie von einem „großangelegten Objekt“ sprechen, um dessen willen sie bereit wären, sogar eine 10jährige Kreditfrist zu gewähren, an eine mögliche Beteiligung der deutschen Industrie an der Rekonstruktion des Eisenbahn- und Wasserverkehrs, vor der wir ihrer Meinung nach jetzt stehen, im Auge haben. Führende Leute der deutschen Industrie und des Staates haben vor allem in verschiedenen privaten Gesprächen immer wieder Andeutungen in diese Richtung gemacht.

⁴ Ein Kredit, der sich automatisch verlängert.

⁵ Die internationale Wirtschaftskonferenz in London fand vom 12. 6. bis 27. 7. 1933 statt, an ihr nahmen Vertreter von 66 Staaten teil.

⁶ Gemeint ist der Reichskommissar für Wirtschaft.

Es versteht sich von selbst, dass bei einer solchen Fragestellung unsere Aufträge auch eine große politische Bedeutung gewinnen. Große Kredite mit einer Laufzeit von 10 Jahren binden Staaten natürlich nicht nur wirtschaftlich.

Bei einer derartigen Lage erhebt sich natürlicherweise die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, möglichst schnell denjenigen Teil des Importplans für 1933, der noch nicht realisiert worden ist, in Deutschland zu tätigen, um den Deutschen zeigen zu können, dass wir, trotz des bedrohlichen Rückgangs, unsere Importtätigkeit aus Deutschland nicht eingestellt haben; dies würde uns die Möglichkeit geben, zusätzliche, über den Plan hinausgehende Aufträge an Deutschland zur Sprache zu bringen, vorausgesetzt, dass wir langfristige Kredite erhalten.

Mit kommunistischem Gruß

L. Chinčuk

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 9, S. 62–63.

Nr. 102

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 576¹

Berlin, 29. Mai 1933

TAGEBUCH

M. M. LITVINOVS

UNTERREDUNG mit von NEURATH am 29. V. 33

Noch auf dem Bahnhof gab Dirksen mir zu verstehen, dass sich Neurath mit mir zu treffen wünsche und bereit sei, mich um 11.30 Uhr zu empfangen.

Bei der Unterredung waren von Dirksen und Gen. Chinčuk zugegen.

Von den Gesprächen zu allgemeinen Themen ist lediglich zu bemerken, dass Neurath die Tätigkeit der Abrüstungskonferenz höchst pessimistisch einschätzte, er nicht die Absicht hat, nach Genf zu fahren, sondern gewillt ist, an der Londoner Konferenz² teilzunehmen. Der Vierer-Pakt³ ist nach Neuraths Auffassung noch weit von seiner Realisierung entfernt, wobei dies nicht nur von Frankreich, sondern auch von Deutschland abhängt, das ernste Einwände gegen den Inhalt, den Frankreich in den Pakt hineinlegt, vorzubringen hat.

Zum Thema der sowjetisch-deutschen Beziehungen übergehend fragte Neurath, ob sämtliche Zwischenfälle beigelegt seien, insbesondere die, die die Derop betreffen, und er erhielt von Gen. Chinčuk die dementsprechenden Auskünfte. Da-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 101, Anm. 5.

³ Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

bei erwähnte Chinčuk die Bildung von faschistischen Organisationen aus russischen Emigranten⁴, und ich verwies auf die **Gerüchte**⁵ über den Einsatz von einigen Emigranten vom Typ Gumanskijs, Orlovs und anderer durch die deutsche Polizei. Neurath gab die Zusicherung, sich dafür zu interessieren.

Dirksen fragte erneut, offensichtlich von dem Wunsch getragen, in Gegenwart von Neurath die Bestätigung jener Mitteilungen zu bekommen, die ich ihm in Moskau gemacht hatte, ob es etwas Neues in unseren Beziehungen zur Kleinen Entente und zu Polen gäbe.

Neurath, der sich auf unser vorhergehendes Gespräch⁶ berief, bekräftigte seine damals mir gegenüber abgegebene Erklärung, wonach sich in unseren Beziehungen nichts verändern werde. Ich hätte ihm damals nicht geglaubt, erklärte er triumphierend. Ich entgegnete, dass ich ihm damals geglaubt hätte und jetzt noch glaube, bei uns jedoch der eine oder andere die Frage nach den Gründen für das Festhalten an den Beziehungen stelle und darauf eine Antwort gebe, mit der sich von Neurath wahrscheinlich nicht einverstanden erklären würde. Von Dirksen warf ein, dass man bei uns dieses Festhalten an den Beziehungen auf die negative Aufnahme zurückführe, welche die antisowjetischen deutschen Vorschläge in Frankreich und England gefunden haben, wobei man die Aktivitäten Rosenbergs im Auge habe. Ich bestätigte, dass bei uns solche Meinungen tatsächlich geäußert würden, wobei nicht nur die Reden Rosenbergs, sondern auch Papens sowie die bekannten Theorien zur Außenpolitik der Führer der Nationalsozialisten berücksichtigt würden. Dazu ergänzte ich, dass wir auch künftig keineswegs beabsichtigen, die Politik Rosenbergs als seine Privatangelegenheit zu betrachten. Ich wies erneut die Versuche Dirksens zurück, eine Analogie zwischen Rosenberg und Ma-nuil'skij zu ziehen. Die Bemerkung Dirksens bezüglich unserer Annäherung an Frankreich parierte ich mit dem Hinweis, dass diese Annäherung keineswegs gegen Deutschland gerichtet sei, wir niemals und niemandem irgendeinen Vorschlag auf Kosten der Interessen Deutschlands unterbreitet hätten und dies auch nicht zu tun beabsichtigten. Unterdessen hätten die Versuche Rosenbergs und seiner politischen Freunde, sich England oder Frankreich anzunähern, immer eine ernste Beschneidung der Interessen der UdSSR im Blick gehabt. Neurath schlug vor, „etwas abzuwarten“ und wir würden sehen, dass unsere Befürchtungen umsonst seien. Nach dem Machtantritt Mussolinis habe es in Italien auch außerhalb der Regierung Instanzen gegeben, die sich in die Außenpolitik einzumischen versuchten. Ich antwortete, dass uns die innere Machtstruktur nichts angehe, solange nicht unsere Interessen berührt würden. Ich erinnerte ihn daran, dass wir in Rom wegen der Verbindungen von Insabato mit ukrainischen Emigranten⁷ vorstellig geworden

⁴ Gemeint ist die Russische Nationale Befreiungsbewegung (Rond), eine russische Emigrantenorganisation, die sich in ihren Programmdokumenten und ihren Losungen an eine Reihe von Leitlinien der Ideologie der Nationalsozialisten anlehnte: Antisemitismus, Antimarxismus, Antibolschewismus und Antisowjetismus. Rond wurde am 9. 4. 1933 in Berlin gegründet, zählte einige Hundert aktive Mitglieder und besaß in einigen Städten Zweigstellen (in Breslau, Dresden). Der erste öffentliche Auftritt fand am 1. 5. 1933 statt, als eine Gruppe von Rond-Mitgliedern in Uniform und mit Flaggen in den Kolonnen der SA mitmarschierte.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Gerücht.

⁶ Vgl. Dok. 20.

⁷ Gemeint ist die Information über die Beziehungen des Abgeordneten des italienischen Parlaments Insabato zu ukrainischen Emigrantenkreisen, die die Bevollmächtigte Vertretung der

seien, obwohl er Parlamentsmitglied war und keine Rolle, weder in der Regierung noch in der faschistischen Partei, gespielt habe, und auch nicht im geringsten mit Rosenberg zu vergleichen ist. Neurath lachte und sagte, dass er keineswegs etwas einzuwenden habe, wenn wir Vorstellungen auch zu den ****Reden****⁸ Rosenbergs erheben würden. Dirksen überreichte Neurath meine Erklärung, die ich ihm gegenüber wiederholt abgegeben hatte, dass wir bei einer Annäherung an Frankreich bestrebt seien, die deutsch-französische Annäherung zu behindern, doch ich korrigierte ihn: „eine Annäherung auf Kosten der UdSSR“.

Ich unterstrich erneut, dass unabhängig davon, wem wir uns auch annähern würden, die Interessen Deutschlands nicht in Mitleidenschaft gezogen würden. Ich wünschte nur, Deutschland könnte uns das gleiche versichern.

LITVINOV

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben, in der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2495 vom 8. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., 5 an das NKID, das 6. [Expl.] an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin.

AVP RE, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 37–38. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, S. 321–323⁹.

Nr. 103

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 578¹

Berlin, 31. V. 33

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT HUGENBERG, 31. V. 33

Als Gen. Litvinov und ich am 29. Mai bei Neurath waren², machte ich Neurath unter anderem darauf aufmerksam, dass die Wirtschaftsverhandlungen, die nach Meinung Hitlers zwischen Hugenberg und uns³ beginnen sollten, bis jetzt noch nicht aufgenommen worden sind. Neurath wunderte sich sehr und sagte,

UdSSR in Italien 1929 erhalten hatte, und die diesbezügliche Weisung von Litvinov. Vgl. DVP, Bd. XVI, S. 835, Anm. 130.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Rede.

⁹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 102.

³ Vgl. Dok. 79.

dass er sich mit Hugenberg in dieser Sache unverzüglich in Verbindung setzen werde.

Heute traf aus dem Sekretariat Hugenbergs der Vorschlag ein, sich bis 12 Uhr mit Hugenberg zu treffen. Ich begab mich mit den Genossen Vejcer, Bessonov und Levitin dorthin.

Hugenberg drückte vor allem seine Genugtuung aus, sich mit mir persönlich bekannt machen zu können, und entschuldigte sich sehr, dass er seinerzeit nicht die Einladung zum Frühstück mit Industriellen wahrnehmen konnte⁴. Sodann schlug er uns vor, das Wesen unserer Wünsche zur Verbesserung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen darzulegen. Zuerst begann ich, und danach Gen. Vejcer, knapp den Kern unserer wichtigsten Ansprüche hinsichtlich des Exports darzulegen: Ungeachtet dessen, dass bei den Verhandlungen 1931–1932 und Anfang 1933 beide Seiten unablässig die Notwendigkeit unterstrichen haben, unseren Export nach Deutschland zu erweitern, um uns die Begleichung unserer Verbindlichkeiten gegenüber den deutschen Firmen zu erleichtern, verringert sich wegen einer ganzen Reihe von Gründen weiterhin der Export aus der UdSSR nach Deutschland, und die passive Handelsbilanz zwischen der UdSSR und Deutschland vergrößert sich zugunsten Deutschlands und gegen die UdSSR.

Daran sind unserer Meinung nach folgende Ursachen schuld. Zur ersten Kategorie gehört die innenpolitische Lage Deutschlands, die einerseits direkt zur Zerrüttung des sowjetisch-deutschen Handels geführt hat, wie dies mit der Derop der Fall ist, deren Absatz in den letzten vier Monaten um fast die Hälfte geschrumpft ist. Andererseits sind die Deutschen verunsichert, da sie nicht wissen, wie ihre Geschäfte mit uns bewertet werden könnten, entweder positiv oder negativ; infolgedessen halten sich die deutschen Firmen künftig bis zur Klärung der innenpolitischen Lage zurück, mit uns Verträge abzuschließen.

Die zweite Kategorie umfasst die handelspolitischen Maßnahmen der letzten Monate, die, und dies verstehen wir sehr gut, durch die innenpolitischen Aufgaben hervorgerufen worden sind, die aber zugleich den sowjetischen Export folgender Waren stark beeinträchtigt haben: Eier, Butter, Fisch und zum Teil Holz. Nach unserer Einschätzung bewirken diese Maßnahmen gleichermaßen eine Verringerung der Einnahmen aus dem sowjetischen Export um 20–25 Mio. Mark.

Angesichts dessen wäre es für uns wünschenswert, von Herrn Hugenberg in erster Linie eine allgemeine Erklärung hinsichtlich seiner Haltung in Bezug auf die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu bekommen. Danach wäre es erforderlich, für die deutschen Firmen eine klare Aussage bezüglich der Frage zu treffen, ob die Geschäfte mit der UdSSR unter dem Aspekt der allgemeinen Politik der Regierung erwünscht sind. Ferner ist es nötig, die Maßnahmen zu erörtern, die wir in dem Schreiben an Hugenberg⁵ unterbreitet haben: um erstens den Verlust zu verringern, der dem sowjetischen Export durch die protektionistischen Maßnahmen der deutschen Handelspolitik zugefügt wird, und um zweitens den Ausbau des sowjetischen Exports nach Deutschland zu unterstützen, der bekanntlich die Hauptquelle für die Deckung der sowjetischen Verbindlichkeiten gegenüber

⁴ Es ist wahrscheinlich das Abendessen in der Bevollmächtigten Vertretung in der ersten Märzhälfte gemeint, zu dem Vertreter der Geschäftswelt eingeladen worden waren. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 7, l. 65.

⁵ Vgl. Dok. 63.

den deutschen Firmen ist. Dabei sind jene Maßnahmen zu berücksichtigen, die eventuell von der deutschen Seite unterbreitet werden könnten. Und schließlich ist es erforderlich, die Derop-Frage endgültig zu klären, nicht nur im Sinne einer abschließenden Lösung aller Organisationsfragen, sondern auch im Sinne der Unterstützung, wie dies zugesichert wurde, beim Absatz der Derop-Produkte durch die Herausgabe eines speziellen Rundschreibens der Regierung an die örtlichen deutschen kommunalen und die Regierungsorgane.

In seiner Antwort erklärte Hugenberg, es verstehe sich von selbst, dass die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen selbstverständlich im Interesse beider Länder liege, und dies bleibe wie auch früher ein Grundprinzip der deutschen Außenpolitik. Es könne keinen Zweifel daran geben, dass das Wirtschaftsministerium in dieser Hinsicht die Haltung des früheren Ministeriums fortsetzt. Mit dieser allgemeinen Erklärung werden seiner Meinung nach die zwei ersten Fragen, die wir gestellt haben, abgedeckt. Was die passive Handelsbilanz betreffe, so erkläre sich dies seiner Meinung nach zum Teil auch aus den gegenseitigen Kreditbeziehungen und könne nicht vollständig mit den Maßnahmen der deutschen Handelspolitik begründet werden.

Was die Maßnahmen betreffe, die Exportsituation für unsere Waren auf dem deutschen Markt zu erleichtern, so erachte er es im Übrigen für angebracht, dass man in dieser Frage unverzüglich zu konkreten Verhandlungen zwischen den Referenten beider Seiten schreiten müsse, diese Verhandlungen seien sofort in den nächsten Tagen unmittelbar nach Pfingsten aufzunehmen.

Wir schlugen Dienstag, den 6. Juni, vor, doch Mossdorf bat uns, sie auf den 8. zu verlegen, weil sehr viele der deutschen Referenten bis zum Donnerstag nicht in Berlin sein werden. Wir hatten nichts einzuwenden, und somit findet am Donnerstag, den 8. um 4 Uhr das erste Treffen für die konkreten Verhandlungen⁶ statt, an dem von deutscher Seite allem Anschein nach Posse, Mossdorf und Müller teilnehmen werden.

Was die Derop betrifft, so war Hugenberg der Auffassung, dass die Derop-Frage mehr oder weniger in der Unterredung des Gen. Chinčuk mit Hitler sowie mit den letzten Maßnahmen geregelt worden ist.

Darauf entgegnete ich Hugenberg, dass es sich mit der Derop doch etwas anders verhalte, und zwar sei die Hauptmaßnahme, die in Bezug auf die Derop ergriffen werden sollte, nämlich die Versendung eines gesonderten Rundschreibens zur Unterstützung des Absatzes von Derop-Produkten, bis jetzt aus mir unverständlichen Gründen verzögert worden. Alle Leute, mit denen ich darüber gesprochen hatte, meinten, dass ein solches Rundschreiben herausgegeben werden müsse, doch liege bislang ein diesbezügliches Rundschreiben nicht vor. Unterdessen sei die Arbeit der Derop erheblich desorganisiert worden, und von deutscher Seite bedürfe es großer Anstrengungen, um diese Arbeit erneut in die erforderlichen Bahnen zu lenken. Vejcer fügte dem hinzu, dass das Rundschreiben jetzt, angesichts der bereits in der Arbeit und beim Absatz der Derop eingetretenen Verluste, in einem bei weitem energischeren und entschiedeneren Ton, als es früher vielleicht möglich gewesen wäre, abgefasst werden sollte. Hugenberg erklärte, er selbst meine, dass man sich in dieser Angelegenheit beeilen müsse und er bereit sei, al-

⁶ Vgl. Dok. 111.

les zu tun, was in seinen Kräften stehe, doch er selbst verlasse am 7. Juni Berlin; für das Rundschreiben werde jedoch nicht nur seine Unterschrift, sondern auch die des Innenministers⁷ benötigt. Deshalb habe er nichts einzuwenden, die Rundschreiben-Frage als ersten Tagesordnungspunkt der Verhandlungen am 8. Juni aufzunehmen, wenn der gesamte Komplex unserer Fragen erörtert wird.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben, links von der Mitte, befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2497 vom 9. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 84–85. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 169, S. 326–329⁸.

Nr. 104

Aufzeichnung der Unterredung des Kollegiumsmitglieds des NKID Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Expl. Nr. 7

TAGEBUCH

B. S. STOMONJAKOV

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS, 2. VI. 33

1. Nach seiner Rückkehr aus Berlin kam Dirksen zu mir, um über unsere Ablehnung seines Vorschlages zu sprechen, von Deutschland Überschüsse litauischer landwirtschaftlicher Produkte zu kaufen. – Ich sah mich genötigt, ihm das zu wiederholen, was ich bereits Dienstmann¹ gesagt hatte. – D[irksen] erzählte mir von der schweren ^{**2} Enttäuschung, die unsere Antwort in Berlin hervorgerufen habe. Dort wurde insbesondere registriert, dass wir einfach mit einer Absage geantwortet haben, ohne in Erfahrung zu bringen, welche Vorzugsbedingungen Deutschland uns für die Überschüsse der litauischen Produktion einräumen könnte. Dabei könnte Deutschland in dieser Hinsicht ziemlich weit gehen, da es sehr an dieser Aktion der politischen Zusammenarbeit mit der UdSSR in Bezug auf Litauen interessiert sei. Dirksen versuchte in Erfahrung zu bringen, indem er mich an meine wiederholten Gespräche mit ihm über die Notwendigkeit einer ak-

⁷ Nach Informationen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland unterzeichneten die beiden Minister das Rundschreiben am 27. 6. 1933, doch veröffentlicht wurde es erst im September 1933. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 4–3.

⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Vgl. Unterredung Stomonjakovs mit dem Geschäftsträger Deutschlands in der UdSSR Dienstmann am 28. 5. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 57–58.

² Das ursprünglich hier stehende Wort „Eindruck“ ist durchgestrichen.

tiveren Haltung gegenüber Litauen erinnerte, ob allein wirtschaftliche Überlegungen als Grund für unsere Absage maßgebend waren. Ich antwortete, gerade der Umstand, dass die Absage durch mich³ erfolgt sei, müsse für ihn Gewähr sein, dass ich alle Möglichkeiten für die Annahme seines Vorschlages, selbst auch nur für einen Teil, ausgeschöpft hätte. In hartnäckigen Gesprächen mit den interessierten Organen hätte ich mich davon überzeugen können, dass es gegenwärtig tatsächlich keine Möglichkeit gebe, seinen Vorschlag zu verwirklichen, nicht einmal bei einem geringeren Einfuhrvolumen. –

D. fragte mich, ob ich etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn er zu dieser Frage Gen. Rozengol'c aufsuchen würde. Er erhoffe sich selbstverständlich nicht, von ihm eine ****andere****⁴ Antwort als von mir zu bekommen, doch angesichts des ungewöhnlichen Interesses, dem man diesem Vorschlag in Berlin entgegenbringt, möchte er Berlin zeigen, dass er alle sich ihm bietenden Möglichkeiten für eine positive Lösung der Frage ausgeschöpft habe.

Ich billigte die Absicht von D., Gen. Rozengol'c aufzusuchen⁵.

2. D. erzählte mir sodann von den tiefen Eindrücken, die er in Berlin gewonnen habe. Er sei bezüglich unserer Beziehungen absolut beruhigt von dort hierher zurückkehrt. Hitler sei ein großer Mann mit einem sehr klaren Verstand, der sehr wohl die Notwendigkeit einsehe, die frühere Politik gegenüber der UdSSR beizubehalten. Die gleiche Meinung vertrete auch Göring, der auf ihn den Eindruck eines sehr willensstarken Menschen gemacht habe. Er ist ein ehemaliger Pilot aus dem berühmten Richthofen-Geschwader, das im Weltkrieg die meisten Abschlüsse von französischen und englischen Flugzeugen zu verzeichnen hatte. Göring umgibt sich jetzt mit Piloten aus diesem Geschwader, und alles an ihm strahlt Energie und Zielstrebigkeit aus. Der Einfluss von Rosenberg gehe stark zurück. Goebbels interessiere sich außerordentlich für die ****sowjetischen****⁶ Methoden der Masseneinwirkung und habe D. dazu viel gefragt. Goebbels habe in dieser Beziehung über uns eine sehr hohe Meinung und sagte D., dass die Nazis ebensolche Erfolge auf diesem Gebiet anzustreben gewillt seien.

3. Auf meine Frage nach den Beziehungen zu Polen sagte D., dass eine große Beruhigung eingetreten sei. Das Gerede über einen polnischen Präventivkrieg sei verstummt. Es würden Verhandlungen zu zweitrangigen Wirtschaftsfragen geführt. Zweifellos habe sich ein Umbruch vollzogen. Anstelle von Wysocki, den D. als einen angenehmen, tüchtigen Menschen lobte, sei Lipski ernannt worden, über den er sich ebenfalls wohlwollend äußerte. Moltke, den D. in Warschau getroffen hat, ist jetzt auch bezüglich der nahen Perspektiven der polnisch-deutschen Beziehungen vorerst beruhigt.

Auch Danzig beunruhige D. nicht. Das dortige Haupt der Nationalsozialisten, Forster, hat „auf Weisung Hitlers“, wie D. sagte, an die Adresse Polens beschwichtigende Beteuerungen abgegeben.

³ Als Mitglied des Kollegiums des NKID betreute Stomonjakow die 1. Westabteilung, zu deren Zuständigkeit die Baltischen Staaten gehörten.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Die Begegnung von Dirksens mit Rozengol'c fand am 7. 6. 1933 statt; vgl. Dok. 108. In dem Bericht von Dirksens an das AA über das Gespräch mit Rozengol'c wird die Frage bezüglich des Aufkaufs von litauischem Vieh durch die UdSSR nicht erwähnt.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

4. Verallgemeinernd sagte D., dass die Nazis sowohl im Inneren des Landes als auch insbesondere in der Außenpolitik immer gemäßiger würden.

5. Als Antwort auf meine Frage nach eventuellen Veränderungen in der Zusammensetzung der deutschen Regierung und des Auswärtigen Amtes sprach D. von der Wahrscheinlichkeit, dass letzten Endes die Nationalisten aus der deutschen Regierung ausscheiden werden und die jetzige Situation im Auswärtigen Amt „noch zumindest für einige Monate“ so verbleiben werde. Neurath werde auf jeden Fall noch eine gewisse Zeit verbleiben. Schlechter stehe es um die Position Bülow. Auf meine diesbezüglich geäußerte Verwunderung sagte D., dass Bülow früher mit einigen demokratischen Kreisen verbunden gewesen sei und er sich wenig anpasse. D. sprach mit großer Hochachtung über Bülow. Über Meyer sagte D., dass sowohl sein Vater als auch seine Mutter Juden waren und als solche auch starben, er selbst habe sich taufen lassen. Zu Beginn des Krieges sei er auf einem norwegischen Dampfer illegal nach Deutschland gereist, um am Krieg teilzunehmen; er sei Offizier gewesen und hatte sich ausgezeichnet. Wahrscheinlich werde er ^{**deshalb**} „noch einige ^{**8} Monate im Auswärtigen Amt“ verbleiben⁹. Wie seinerzeit die S[ozial]d[emokraten] und Hermann Müller gelangten ebenso die Nazis, nachdem sie die Arbeit des Auswärtigen Amtes Schritt für Schritt geprüft hätten, zu der Schlussfolgerung, dass ihnen dort niemand etwas verheimlicht und die Leute gewissenhaft ihrer Arbeit nachgingen. In dieser Hinsicht sei anscheinend eine gewisse Beruhigung eingetreten. In einigen Monaten werden wahrscheinlich Veränderungen eintreten, da Nazis lediglich auf der unteren Ebene vertreten sind, jedoch keine Führungspositionen im Auswärtigen Amt bekleiden.

B. Stomonjakov

Vermerk von D. G. Štern: an die Genossen Linde, Lev[in], Šejn[in]. 2. VI. 33. Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1056 vom 2. 6. 1933.

Am Ende des Dokument sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl., das 1. und 2. [Expl.] zu den Akten, das 3. [Expl.] an Kr[estinskij], das 4. an K[ara]chan, das 5. an S[tomonjakov], das 6. an die 1. Westabteilung, das 7. an die 2. Westabteilung, das 8. nach Kowno, das 9. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 251–249. Kopie.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Das an dieser Stelle stehende, nicht zu entziffernde Wort ist durchgestrichen.

⁹ Im Dezember 1935 wurde Meyer im Alter von 52 Jahren auf Grund § 3 Reichsbürgergesetz und § 4 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 in den Ruhestand versetzt. Vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 1333.

Nr. 105

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**Geheim

Expl. Nr. 5

Tagebuch

N. N. Krestinskijs

Empfang des Deutschen Botschafters Dirksen, 3. Juni 1933¹

1. Dirksen begann damit, dass er, obgleich er bei dem Essen bei mir am 31. [Mai] bereits die Möglichkeit hatte, Gen. Vorošilov und mir knapp über seine Berliner Eindrücke zu erzählen, den Wunsch habe, mir jetzt ausführlicher seine Eindrücke vertraulich mitzuteilen.

Während seines zehntätigen Aufenthaltes in Berlin habe er viele Begegnungen gehabt. Er sei bei Hindenburg gewesen und habe bei ihm ½ Stunde zugebracht. Hindenburg habe auf ihn den Eindruck eines wachen Menschen gemacht, der sich nach wie vor sowohl für politische als auch für militärische Fragen interessiere. Insbesondere interessierte er sich für unsere Parade anlässlich des 1. Mai. Ferner habe Dirksen fast eine ganze Stunde mit Hitler gesprochen. Er war auch bei Goebbels². Eine ¾ Stunde lang habe er mit Göring gesprochen. Er war beim Reichsinnenminister Frick. Mit Funk, der der Stellvertreter von Goebbels im Propagandaministerium und zugleich der Leiter des Pressebüros der deutschen Regierung ist, habe er eine lange Unterredung gehabt. Einige Male habe er mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium, Milch, und schließlich mit dem in nationalsozialistischen Kreisen sehr einflussreichen Hanfstaengl (der Gehilfe Funks) gesprochen. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Begegnungen mit Neurath und mit Kriegsminister Blomberg. Nur mit Hugenberg und Rosenberg habe er sich nicht getroffen. Mit Rosenberg wollte er sich bekannt machen, doch irgendwie sei dies nicht gelungen. In Bezug auf das sowjetische Problem seien alle sehr einsichtsvoll und gelassen.

Alle meinen, dass man gegenüber der Sowjetunion jene Linie fortsetzen müsse, deren Eckpunkte nach dem Machtantritt der Regierung Hitler sind:

- a) Die Gewährung von Übergangskrediten an die UdSSR in Höhe von 140 Mio. Mark;
- b) die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag am 23. März;
- c) die Erklärung Hitlers gegenüber Gen. Chinčuk;
- d) die Ratifizierung des Moskauer Protokolls zur Verlängerung des Berliner Vertrages;
- e) die Reaktion der nationalsozialistischen Presse auf diese Verlängerung.

Dirksen habe auch mit Göring über die Derop gesprochen, wobei er ihn gewillt fand, so schnell wie möglich diese Angelegenheit zu einer für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung zu bringen.

¹ Vgl. von Dirksens Aufzeichnung über die Unterredung mit Krestinskij. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 284, S. 514–518.

² Am 24. 5. 1933. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2/III, S. 193.

Sämtliche nationalsozialistischen Gesprächspartner Dirksens hätten versichert, dass nach der Beseitigung der kommunistischen Bewegung in Deutschland die Nationalsozialisten entschiedener und offener als die vorangegangene Regierung eine freundschaftliche Politik gegenüber der Sowjetunion führen könnten.

Alle, und insbesondere Göring, hätten unterstrichen, dass die vorgefallenen Exzesse gegenüber sowjetischen Staatsbürgern und Einrichtungen keine speziell antisowjetischen Exzesse gewesen seien und es eine viel größere Anzahl von Exzessen gegenüber Bürgern Polens und der Tschechoslowakei gegeben habe. Die Anzahl dieser Exzesse sei stark zurückgegangen und Dirksen hoffe, dass sie ganz und gar aufhören.

2. Ich unterbrach Dirksen und erzählte ihm von der letzten Hamburger Geschichte, und zwar von dem Versuch der Polizei, in der Wohnung des Mitglieds des Rates der Handelsvertretung, Volynskij³, bei dem Frumkin, Fridrichson und der Generalkonsul Krumin zu Gast waren, eine Haussuchung durchzuführen.

Dirksen fragte mich, ob dies reguläre Polizei oder Hilfspolizei gewesen sei. Er versuchte auch, die Sache so darzustellen, dass sich die Polizei entfernt habe, nachdem Krumin den Polizisten erklärt hatte, dass alle vier Inhaber von Diplomatentpässen seien. Darauf entgegnete ich, dass sich die Sache anders verhalte. Trotz der Erklärung Krumins hätten sich die Polizisten mit Gewalt Zugang zur Wohnung verschaffen und eine Haussuchung durchführen wollen, und erst als Krumin erklärt habe, er fordere, den Polizeipräsidenten zu sprechen, er werde Widerstand leisten und keine Haussuchung zulassen, hätten es die Polizisten, die nur zu zweit waren, vorgezogen angesichts der Anwesenheit von vier kräftigen Männern in der Wohnung sich zu entfernen. Wenn die Polizisten nicht zu zweit, sondern zu sechst gewesen wären, so hätten sie wahrscheinlich ihre Absicht durchgesetzt und eine gesetzeswidrige Haussuchung vorgenommen. Vermutlich werde sich der Hamburger Senat entschuldigen, vermutlich werde das Auswärtige Amt unserer Botschaft gegenüber das Bedauern zu dem Vorfall zum Ausdruck bringen, doch es gebe keine Garantie, dass nicht andere Polizisten, diesmal zu viert, am nächsten Tag ebenfalls in Hamburg derartiges wiederholen würden. Das Mindeste sei, dass die Namen dieser Polizisten festgestellt und sie aus dem Dienst entlassen und verhaftet würden, wobei darüber ausführlich in der Presse informiert werden müsse. Erst dann könne mit einer Gesundung der Atmosphäre in Hamburg gerechnet werden.

Dirksen schrieb alles auf, was ich ihm sagte.

3. Danach fuhr Dirksen fort, die Ergebnisse seiner Reise darzulegen. Er sei in der vollen Überzeugung zurückgekehrt, dass bei gegenseitig gutem Willen die früheren guten Beziehungen fortgeführt werden können. Ihm sei von der Regierung das volle Vertrauen erwiesen worden, er verbleibe als Botschafter in Moskau und er habe Weisung erhalten, die frühere Politik zur Erweiterung und Vertiefung der sowjetisch-deutschen Freundschaft fortzusetzen.

4. Damit im Zusammenhang möchte er mir auch seine Moskauer Eindrücke offen anvertrauen.

Er wie auch seine Berliner Freunde möchten wissen, ob bei den herrschenden Kreisen der UdSSR in Bezug auf Deutschland eine Entfremdung eingetreten sei, ob

³ Am 1. 6. 1933. Vgl. Verbalnote der sowjetischen Botschaft an das AA vom 2. 6. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 26, d. 19, l. 157–158.

die UdSSR ihre Außenpolitik radikal verändert habe oder ob wir lediglich abwarten, wie die weitere innere und äußere Entwicklung Deutschlands verlaufen werde.

5. Diese Frage ergebe sich für Dirksen vor allem angesichts der zahlreichen Meldungen in der französischen und polnischen Presse sowie anderer Länder, die die Sache so darzustellen bemüht sind, als ob sich die UdSSR gegenwärtig von der Politik der Freundschaft mit Deutschland losgesagt hätte, sie sich auf die Freundschaft mit den Versailles-Mächten orientiere und zur Beibehaltung des jetzigen politischen und territorialen Status quo beitragen wolle.

6. Zu ähnlichen Überlegungen gibt der Telegrammwechsel zwischen Litvinov, Paul-Boncour und Herriot Anlass⁴.

7. Nicht weniger bedenklich erscheint der deutschen Seite das Verhalten des Revolutionären Militärrates⁵ gegenüber der militärischen Arbeit, die bisher von der deutschen Reichswehr in der UdSSR geleistet wurde. Zwar ist seitens Vorošilovs und der gesamten Militärbehörde weiterhin ein freundschaftliches Verhältnis gegenüber den Vertretern der Reichswehr zu beobachten. General Bockelberg zeigte sich mit dem ihm erwiesenen Empfang außerordentlich zufrieden, insbesondere damit, dass Vorošilov an dem von Dirksen ausgerichteteten Essen⁶ anlässlich der Ankunft des Generals teilgenommen hat. Bockelberg war auch mit dem, was er gesehen hat, zufrieden. Man habe ihm alles gezeigt, was er zu sehen wünschte. Nichtsdestoweniger bleibe der Beschluss zur Einstellung der gemeinsamen Versuchsproduktion von chemischen Kampfstoffen, über die mir Dirksen vor seiner Abreise erzählt habe, in Kraft.

Damit nicht genug, sei ein weiterer Schritt getan worden: Auch die Zusammenarbeit bei den Panzern wurde eingestellt. Dies geschehe, ohne den Deutschen die Motive dafür zu erklären. Unwillkürlich dränge sich die Frage auf, ob nicht die Franzosen in dem Sinne Druck auf uns ausüben, um uns zu veranlassen, den Deutschen jene technische Hilfe zu verweigern, die wir ihnen gewährt haben.

8. **Unsere**⁷ Haltung zum Vorschlag der deutschen Regierung, dass wir den Deutschen die Schweine und Rinder abkaufen, die sie in Litauen aufgekauft haben. Dirksen habe in Berlin von Gen. Litvinov erfahren, dass diese Frage von uns negativ entschieden worden ist. Gestern habe Gen. Stomonjakov ihm ausführlich dargelegt, dass für uns der deutsche Vorschlag aus wirtschaftlichen Gründen unannehmbar ist⁸. Wenn wir aber den Vorschlag ausschließlich aus wirtschaftlichen Überlegungen ablehnen würden, weshalb hätten wir dann nicht versucht, den Deutschen zu sagen, dass für uns der Preis oder die Kreditfristen unannehmbar seien; weshalb hätten wir nicht gesagt, wir wären damit einverstanden, dass Vieh bei Gewährung z.B. eines zehnjährigen Kredits zu kaufen? Das Unterlassen eines entsprechenden Versuchs unsererseits sei ihm umso unverständlicher, als Dirksen noch beim letzten Gespräch mit Gen. Stomonjakov und mir unterstrichen

⁴ Vgl. Izvestija vom 24. Mai 1933, S. 1.

⁵ Dies ist das oberste beratende militärische Führungsorgan in der RSFSR/UdSSR, das mit allen Rechten des Kollegiums beim Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten versehen war und von dessen Volkskommissar geleitet wurde. Es existierte vom 6. 9. 1918 bis 20. 6. 1934.

⁶ Am 13. 5. 1933; vgl. Dok. 90.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: diese.

⁸ Vgl. Dok. 104.

habe, dass die Deutschen das vorgeschlagene Geschäft nicht als eine kommerzielle, sondern als eine politische Angelegenheit begreifen, wobei sie das Ziel verfolgen, Litauen zu helfen.

9. Schließlich lehnen wir, ebenfalls einseitig, die Erneuerung des **Gentleman**⁹-Agreements zum gemeinsamen Betrieb der Schiffslinien Hamburg-Leningrad und Leningrad-Stettin¹⁰ ab, das Ende 1928 zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung erreicht worden war¹¹.

Sei in all den von Dirksen aufgezählten Fakten nicht der Beginn unseres Abrückens von der Politik der Freundschaft mit Deutschlands zu sehen?

10. Dirksen ergänzte, dass er außer mit den von ihm oben aufgezählten Führern der Nationalsozialisten, die Regierungsposten einnehmen, mit Redakteuren des „Angriffs“ gesprochen habe; sie alle hätten ihm ihren aufrichtigen Wunsch erklärt, eine prosowjetische Politik der Regierung zu unterstützen. Sie hätten davon gesprochen, dass sie gern einen ständigen Vertreter des „Angriffs“ nach Moskau entsenden würden. Doch das Hindernis hierbei bestehe darin, dass der „Angriff“ und auch der „Völkische Beobachter“ in der UdSSR nicht zugelassen seien.

Dirksen stelle nicht offiziell die Frage nach der Zulassung für einen Korrespondenten des „Angriffs“ in Moskau, sondern hätte gern meine private Meinung dazu in Erfahrung gebracht.

11. Ich antwortete Dirksen Folgendes: Wir wollen unsere Politik gegenüber Deutschland nicht verändern. Doch wir müssen selbstverständlich das Verhalten Deutschlands uns gegenüber berücksichtigen. Ein bedeutender Teil der sowjetischen Öffentlichkeit ist davon überzeugt, dass die Nationalsozialisten sich aktiv an der Schaffung eines antisowjetischen Blocks zu beteiligen wünschen. Der Umstand, dass die deutsche Regierung zurzeit den Wunsch erklärt, die frühere Politik fortzusetzen und auch einige Schritte in diese Richtung unternimmt, wird von diesen unseren Kreisen als ein zeitweiliges Manöver der Nationalsozialisten wahrgenommen, was sich damit erklärt, dass es bislang nicht gelungen ist, einen anti-sowjetischen Block zu schaffen.

Unsere Regierung teilt diesen Standpunkt nicht, sie kommt aber nicht umhin, sich gegenüber dem Zickzack-Kurs der deutschen Außenpolitik vorsichtig und abwartend zu verhalten.

Es wäre merkwürdig von uns zu fordern, dass wir jene sowjetophilen Erklärungen ausschlagen sollen, die von Ländern gemacht werden, die uns früher feindlich gesonnen waren. Bisweilen werden uns in diesen Erklärungen Motive zugeschrieben, die wir nicht teilen, aber auch die deutsche Presse, und insbesondere die Presse der Nationalsozialistischen Partei, weist uns in ihren Kommentaren zu den politischen Schritten der UdSSR oft Motive und Absichten zu, die wir überhaupt nicht teilen. Wir überlassen alle diese Kommentare dem Gewissen der französischen, deutschen, polnischen und anderer Journalisten, wir bestätigen sie nicht und wir weisen sie nicht zurück.

Unsere Annäherung an Frankreich, Polen und an andere Staaten ist, wie wir

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Vgl. Dok. 92, Anm. 4.

¹¹ Vgl. dazu den Bericht von Twardowskis an das AA vom 25. 11. 1933 betr. Zusammenstellung der auf wirtschaftlichem Gebiet mit der Sowjetunion bestehenden Streitfälle. In: PA AA, R 83396, Bl. H 046459–046468, hier Bl. H 046460–046462.

wiederholt sowohl öffentlich als auch in den Erklärungen des Gen. Litvinov gegenüber Dirksen unterstrichen haben, nicht gegen Deutschland gerichtet, sondern sie hat zum Ziel, zum einen den allgemeinen Frieden aufrechtzuerhalten und zum anderen insbesondere der Schaffung eines antisowjetischen Blocks von bürgerlichen Staaten¹² entgegenzuwirken. Wenn wir bei den früheren deutschen Regierungen die Gewissheit haben konnten, dass Deutschland die Bildung eines solchen Blockes durch seine Nichtbeteiligung behindert, so können wir diesbezüglich seit dem Machtantritt zuerst von Papen und danach auch von der jetzigen Regierung keine volle Gewissheit haben, und wir müssen unsere Beziehungen auch zu anderen Großmächten festigen.

Die Annahme Dirksens, dass unsere Militärbehörde die gemeinschaftliche Arbeit mit der Reichswehr unter dem Druck der französischen Regierung reduziere, ist unbegründet. Mit der französischen Regierung hatten wir darüber keine Gespräche. Doch wir müssen damit rechnen, dass den Regierungen der Entente die Tätigkeit der Reichswehr auf dem Territorium der UdSSR bekannt ist. *In der Tat hat die französische Regierung offen erklärt, dass von Papen¹³, als er Frankreich ein Bündnis gegen die UdSSR vorschlug, ausführlich über die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee erzählt habe*¹⁴.

Unter diesen Bedingungen und um uns auf der Abrüstungskonferenz in Genf den Vorwurf der Unaufrichtigkeit unserer Handlungen, die unseren Vorschlägen zuwiderlaufen, zu ersparen, sah sich der Revolutionäre Militärrat dazu genötigt, die gemeinschaftliche Arbeit einzustellen¹⁵.

Dirksen müsse zugeben, dass dies ein erzwungener, absolut vernünftiger Schritt sei, der auf keinen Fall von einer Feindseligkeit gegenüber Deutschland diktiert sei.

Rein wirtschaftliche Überlegungen bestimmten auch unsere Ablehnung des Vorschlages, über die Deutschen Vieh von Litauen zu kaufen¹⁶. Als Dirksen vor

¹² Laut der deutschen Aufzeichnung über die Unterredung benannte Krestinskij Frankreich als Initiator für die Annäherung an die UdSSR und bemerkte, „man könne aber nicht sagen, dass die französischen Freundschaftsbekundungen von der Sowjetseite her mit derselben Aktivität beantwortet worden seien“. Er betonte zugleich, „man könne in keiner Weise sagen, dass sich die Sowjetregierung Deutschland entfremdet und Frankreich zugewendet habe. Die Erklärung, die Stalin an Emil Ludwig abgegeben habe, sei noch in Kraft; die Sowjetregierung bekämpfe den Versailler Vertrag nach wie vor.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 284, S. 517.

Das Gespräch Stalins mit dem deutschen Schriftsteller Ludwig fand am 13. 12. 1931 statt. Vgl. Stalin: Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S. 93–109.

¹³ Laut der deutschen Aufzeichnung über die Unterredung informierte Krestinskij von Dirksen darüber, dass die französischen Vertreter erzählt hätten, „dass Herr Papen ihnen die sämtlichen deutsch-russischen Verträge über diese Frage gezeigt habe. Herr Krestinskij fügte hinzu, da auf diesem Gebiet keine Verträge geschlossen worden seien, so verdienten die französischen Mitteilungen augenscheinlich nicht viel Glauben“. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 284, S. 518.

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁵ In der deutschen Aufzeichnung lautet die Argumentation Krestinskis bezüglich der Einstellung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit wie folgt, dass „in der Zeit, wo die Abrüstungskonferenz sich zuspitzte und so insbesondere die Westmächte pazifistische Reden im Munde führen, es vielleicht für beide Seiten – sowohl die deutsche wie die sowjetische – nützlicher und sicherer wäre, eine Einschränkung der Zusammenarbeit vorzunehmen und eventuellen Angriffen den Boden zu entziehen“. Vgl. ebd., S. 518.

¹⁶ Dazu führte Krestinskij in seinem Schreiben an Chinčuk vom 27. 5. 1933 aus: „Die Entscheidung, den Vorschlag der Deutschen abzulehnen, geht ausschließlich auf politische Erwägungen zurück. Da dieses Geschäft bedeuten würde, dass wir in Litauen Vieh auf Rechnung Deutschlands kaufen, so könnte dies von der öffentlichen Meinung im Ausland als ein wirtschaftliches Ergebnis eines politischen Dreier-Abkommens zwischen uns, Deutschland und Litauen

3–4 Wochen Gen. Stomonjakov diesen Vorschlag unterbreitet hatte, habe Letzterer sogleich gesagt, dass sich das NKVT selbstverständlich gegen dieses Geschäft aussprechen werde, weil es nicht beabsichtige, soweit Gen. Stomonjakov bekannt sei, in diesem Jahr im Ausland Vieh einzukaufen¹⁷. Stomonjakov habe von sich aus auch handelspolitische Erwägungen gegen den Ankauf litauischen Viehs über die Deutschen ins Feld geführt. Dabei gehe es darum, dass wir eine negative Handelsbilanz mit Litauen hätten. Die litauische Regierung versuche, die Bilanz auf dem Wege einer Erhöhung unserer Einkäufe auszugleichen. Wenn wir den Vorschlag der Deutschen angenommen hätten, so würde es uns nicht gelingen, unsere eigenen Einkäufe in Litauen zu erhöhen, sondern es würde darauf hinauslaufen, sie zu verringern. Die Passivbilanz würde nur noch größer werden. Dies würde unsere Beziehungen zu Litauen verschlechtern. Dabei würde der Fall eintreten, dass Deutschland seine politischen Beziehungen zu Litauen auf unsere Kosten verbessern würde, zu Lasten unserer Beziehungen zu Litauen.

Ich ging nicht auf die übrigen von Dirksen angeführten Fakten ein. Ich denke, dass auch das von mir Gesagte ausreiche, um Dirksen begreiflich zu machen, dass sich unsere Außenpolitik nicht verändert habe und wir es nach wie vor wünschten, die guten Beziehungen zu Deutschland zu bewahren und auszubauen.

12. Dirksen antwortete, wenn uns die sowjetischen Organe in jedem einzelnen Fall, in dem wir diese oder jene ungünstige Antwort zu uns interessierenden Fragen bekommen haben, so erklären würden, wie Sie es heute tun, so hätten wir bei einer negativen Antwort keinen Anlass zur Verbitterung und Unruhe. Dirksen erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass wir die deutsche Regierung seinerzeit über unsere Verhandlungen mit Frankreich und Polen zum Abschluss eines Nichtangriffsvertrages auf dem Laufenden gehalten haben, die deutsche Regierung nichts gegen unsere weiteren Verhandlungen einzuwenden habe und sie sich bemühen würde, in einem dementsprechenden Sinne auf die deutsche Presse einzuwirken.

Jetzt fühle er sich beruhigt und er nehme seine weitere Arbeit in der Hoffnung auf, günstige Ergebnisse zu erzielen.

13. Dirksen bittet uns zu berücksichtigen, dass sich in Deutschland ein schneller Prozess revolutionärer **Entwicklung**¹⁸ vollziehe. Zur Macht seien Kreise und Leute gelangt, die über viele Jahre in scharfer Opposition zu den vorherigen Regierungen und deren Außen- und Innenpolitik gestanden hätten. Als diese Leute an die Macht gelangt seien, hätten sie anfangs gemeint, dass sie sofort die gesamte alte Politik verändern müssten. Als aber auf ihnen die Verantwortung lag, die ihnen die gesamte Fülle der in ihren Händen befindlichen staatlichen Macht auferlegte, hätten sie zu verstehen begonnen, dass nicht alles, was ihre Vorgänger getan hätten, falsch gewesen sei, und nicht alles, was in ihrem Programm gestanden habe, als sie noch um die Macht kämpften, verwirklicht werden könne. Die Spitze der Nationalsozialisten denke bereits anders als noch vor drei Monaten.

aufgefasst werden. Für uns ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt unvorteilhaft, zur Verbreitung entsprechender Vorstellungen, die zudem nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben, beizutragen.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 213–212.

¹⁷ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Stomonjakovs mit von Dirksen am 14. 5. 1933. In: AVP RF, f. 9, op. 8, p. 61, d. 2, l. 11–12.

¹⁸ Das Wort ist korrigiert: ursprünglich: Charakters.

Dies treffe insbesondere auf Hitler und Göring zu, die bereits jetzt echte Staatsmänner seien.

Doch die Mittelschichten der Nationalsozialisten kämen mit den neuen Bedingungen nicht so schnell und leicht zurecht. Sie setzten ihr eigenmächtiges Handeln fort und verfolgten eine eigenständige Linie – zum Teil aus Unverständnis, zum Teil aus Disziplinlosigkeit. Deshalb werde es noch verschiedentlich Exzesse geben, doch sie nähmen immer mehr ab, es entwickle sich zum Besseren.

Was Papen betreffe, so bedeute seine Regierungszugehörigkeit für uns überhaupt keine Bedrohung. Sein Einfluss sei stark zurückgegangen. Er werde nicht zum Außenminister ernannt werden, und es sei nicht bekannt, ob er weiterhin in der Regierung verbleibe. Als Reichsaußenminister werde in der nächsten, überschaubaren Zeit (in einer revolutionären Zeit dürfe man nicht in Jahren, sondern man müsse in Monaten rechnen) Neurath verbleiben. Wir sollten mit der Gewissheit rechnen, dass die Nationalsozialisten in Bezug auf die Sowjetunion eine günstige Entwicklung nehmen werden.

14. Was den Ankauf litauischen Viehs betreffe, so sei Dirksen nicht durch unsere Argumente überzeugt worden, er wünsche, mit Gen. Rozengol'c über dieses Thema zu sprechen.

Ich antwortete, dass dazu seitens des NKID selbstverständlich keinerlei Einwände erhoben werden könnten.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Šejn[in]. 5. VI. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1093 vom 5. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., [die Expl.] 1 bis 5 an die Kollegiumsmitglieder des NKID, das 6. [Expl.] an I. V. Stalin, das 7. nach Berlin, das 8. an die 2. Westabteilung.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 233–226. Kopie.

Nr. 106

Aufzeichnung der Unterredung der Räte der Bevollmächtigten Vertretung Aleksandrovskij und Bessonov mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium Milch

Kopie

Nr. 596

Eingangs-Nr. 2505 vom 9. 6. 33

Berlin, 3. Juni 1933

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT MILCH, 29. Mai 1933

Am 29. Mai frühstückten ich und Aleksandrovskij mit Milch in der Botschaft. Aus dem sehr langen und recht interessanten Gespräch sind einige Momente hervorzuheben:

1. Zu Dirksen. Milch teilte mit, dass gegen Dirksen lange eine Intrige geführt wurde, die nunmehr als erledigt zu betrachten sei¹. Dirksen habe es als direkter, offener und ehrlicher Menschen nicht vermocht, gegen seine Feinde anzukämpfen. Doch dank seiner (Milchs) Bemühungen sei die Reputation Dirksens vollkommen wiederhergestellt worden. Er sei von Hitler und Göring empfangen worden, angeblich auch auf Protektion von Milch, und er kehre als persona gratissima nach Moskau zurück. Damit nicht genug: Milch gab zu verstehen, dass Dirksen, obgleich er sicher der beste Vertreter Deutschlands in der UdSSR sei, der aufrichtig die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu festigen und zu stärken wünsche, im Falle einer personellen Veränderung nur für einen Posten in Frage käme, nämlich den des Außenministers, wo er anstelle von Neurath ein Gegengewicht zu Rosenberg darstellen würde.

2. Zu Rosenberg. Der Kampf, der in Deutschland zwischen der Gruppe Görings und der Gruppe Rosenbergs offen geführt wird, spiegelte sich auch in den Äußerungen von Milch deutlich wider, welcher der Gruppe um Göring angehört. Nach Milchs Auffassung verliert Rosenberg mit jedem Tag an Einfluss. Seine Reise nach London, die mit einem großen Fiasko endete², habe nicht so sehr diplomatische Fragen, sondern vielmehr die Organisation einer prodeutschen Propaganda zum Ziel gehabt. Zur Wahrnehmung der diplomatischen Funktionen gegenüber den angelsächsischen Ländern sei eine andere Person vorgesehen, die aber ein ebensolches Vertrauen genieße wie Dirksen für die östlichen Länder, deren Namen er aber vorziehe nicht zu nennen.

3. Zu den Wirtschaftsverhandlungen. Milch kennt sich schlecht in unseren Wirtschaftsfragen aus, doch er hält es für unbedingt erforderlich, jene Missverständnisse, die in der letzten Zeit aufgetreten sind, schnell beizulegen und nach Möglichkeit bald mit Verhandlungen zu diesen Fragen zu beginnen. Nach Auffassung von Milch wäre es im höchsten Maße wünschenswert, wenn wir uns nicht nur mit dem Wirtschaftsminister, sondern gleichfalls mit dem Wirtschaftskommissar Wagener in Verbindung setzen würden, dessen Einfluss von Tag zu Tag steige, so sei es nur eine Frage der Zeit, dass er den Platz von Hugenberg einnehme. Er war höchst zufrieden, als er erfuhr, dass Vejcer bereits ein Gespräch mit Wagener hatte.

4. Zum Terror. Milch erklärte, dass sie (d.h. die Nazis) jetzt der Intelligenz, den Sozialdemokraten und den Vertretern der „Mittelschicht“, die jetzt noch abseits stehen, Zeit gäben **sich gleich zu schalten**³. Wenn sie diese Atempause nicht nutzten, so werde eine neue Terrorwelle beginnen, die viel ernster und radikaler als die erste sein werde.

5. Äußerst interessant ist die Antwort, die Milch auf die Frage von Aleksandrovskij gab, ob sie denn nur Nationalisten oder zugleich auch Sozialisten seien. Zu dieser Frage versuchte Milch eine Theorie zu konstruieren, nach der die deutsche Bourgeoisie aus dem einfachen Grund nicht der Liquidierung unterliege, weil

¹ Von Dirksen befand sich als Nachlassverwalter seines Vaters Willibald von Dirksen im Konflikt mit dessen zweiter Frau Viktoria von Dirksen. Vgl. Brief von Dirksens an von Bülow vom 12. 2. 1933. In: BArch N 2049/ 51, Bl. 458. Frau von Dirksen spielte im politischen Leben der letzten Jahre der Weimarer Republik als Gastgeberin eines bekannten Berliner Salons, den Politiker der rechten Parteien, darunter führende Leute der NSDAP, besuchten, eine bedeutende Rolle.

² Vgl. Dok. 90, Anm. 7.

³ Der Text ist auf Deutsch und handschriftlich geschrieben.

sie in Deutschland die gleiche Rolle spielt wie sie die Bauern in der UdSSR spielen. So wie wir (d. h. die UdSSR) nicht die Bauernschaft vernichten, sondern sie mit friedlichen Mitteln umzuwandeln bestrebt sind, so werden die deutschen Nazi versuchen, die Bourgeoisie mit friedlichen Mitteln in den nationalen Sozialismus einzubeziehen.

6. Zum neuen Adel. Milch ließ sich weitschweifig zu dem Thema aus, dass der alte Adel ausnahmslos degeneriert und entartet sei. Die Träger der neuen Ordnung, auf die sich die Hitlerbewegung stützt und stützen müsse, gehe aus der Bauernschaft hervor, die in einem viel größeren Maße die Rassenmerkmale bewahrt habe als die degenerierten Adligen. Hier wies er unzweideutig darauf hin, dass er sich selbst als jemanden betrachtet, der aus der Bauernschaft hervorgegangen ist.

7. Zu Hitler und Hindenburg. Nach Milchs Auffassung ist die Ablösung Hindenburgs durch Hitler nur noch eine Frage der Zeit. Doch er halte es nicht für wahrscheinlich, dass sich Hitler in einen „Volkskönig“ verwandeln könnte. Dazu sei Hitler viel zu bescheiden und zu ehrlich, im Unterschied etwa zu Göring, bei dem, wie Milch meint, Elemente des persönlichen Ehrgeizes außerordentlich ausgeprägt seien.

8. Zum Treffen von Führern der Nazis mit sowjetischen Politikern. Nach Auffassung Milchs bestehe die Grundfrage der sowjetisch-deutschen Annäherung darin, ein Treffen von führenden Vertretern der nationalsozialistischen Bewegung mit führenden Politikern der UdSSR vorzubereiten. Dazu stelle er noch einmal (Aleksandrovskij sagt, dass es das dritte Mal ist) die Frage, ob man denn nicht unter einem beliebigen Vorwand eine Reise Görings nach Moskau arrangieren könnte. Es verstehe sich von selbst, dass Göring nicht ohne Einladung fahren werde. Wichtig wäre natürlich auch, dass in Moskau nicht 2000 oder 3000 heute dort lebende deutsche Kommunisten vor ihm aufziehen würden und die Möglichkeit eines terroristischen Anschlages auf seine Person ausgeschlossen werde. Was den Grund für die Einladung Görings betreffe, so könne man, wie Milch meint, schon etwas aus der Sphäre der Luftfahrt finden.

10.⁴ Als sich Milch verabschiedete, sprach er den Wunsch aus, sich noch einmal vor der Abreise Aleksandrovskijs mit uns zu treffen, und lud uns zu sich zu einem Frühstück ein.

S. Bessonov

Kopie beglaubigt:

Vermerk K. E. Vorošilovs: V.

Auf dem letzten Blatt unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS mit der Eingangs-Nr. 2050 vom 11. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments ist Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Expl.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 158–159. Beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 320–321⁵. Ein weiteres Exemplar wurde veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 11, S. 64–65⁶.

⁴ So im Dokument.

⁵ Das Dokument wurde in Auszügen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

⁶ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 689, l. 5–6. Das Exemplar Stalins enthält den Vermerk „an die Genossen Molotov, Kaganovič, Vorošilov. I. St.“ und die eigenhändigen Unterschriften der genannten Personen über die Kenntnisnahme des Dokuments.

Nr. 107

**Schreiben des Mitarbeiters im AA Kundt an den Konsul I. Klasse an der Botschaft
in Moskau Dienstmann**

Berlin, den 6. Juni 1933
Persönlich

Lieber Herr Dienstmann,

es hat mich außerordentlich gefreut, dass der alarmierende Bericht von Hencke (Kiew) den Erfolg der 11000 RM für die Reichsdeutschen gezeitigt hat. Herr Ehrst aus Charkow war auch gerade hier und ergänzte aus dem Konsulatbezirk Charkow diese Mitteilungen, die wir hier ja schon seit mindestens einem halben Jahr voraussagten¹. Alles ist leider mit mathematischer Genauigkeit eingetroffen und es wäre viel besser gewesen, wenn man hier schon früher, als bis die Reichsdeutschen vor den Konsulatstüren verhungern, zugegriffen hätte.

Das Geld stammt aus dem Geheimfonds und ist durch den Herrn Staatssekretär² zur Verfügung gestellt worden, dem Herr Gesandter Stieve auf dringendes Ersuchen von Herrn von Tippelskirch und mir Vortrag hielt. Wir glauben, dass die Botschaft am besten und gerechtesten das Geld verteilen wird. Wenn ich einmal ganz persönlich meine Meinung sagen darf, so wäre es etwa die:

Botschaft	2000 RM	Leningrad	500 RM
Charkow	3000 RM	Nowosibirsk	500 RM
Kiew	2000 RM	Reserve	2000 RM
Odessa	1000 RM.		

Wir machen Ihnen natürlich in dieser Frage keinerlei Vorschriften, da Sie in der Botschaft die Verteilung der Mittel besser beurteilen können wie wir hier. Nur hätten wir sehr gerne ständig Berichte und auch Vorschläge, die wir bei der Propaganda für die Reichssammlung „Brüder in Not“³ mit verwenden können. Es war ein sehr großes Stück Arbeit, bei der heutigen inneren Notlage diese Reichssammlung durchzudrücken und die einzelnen Verbände unter einen Hut zu bringen. Darüber schreibe ich Ihnen nächstens mehr.

Vertraulich teile ich Ihnen mit, dass die Firma „Fast und Brilliant“⁴ im vergangenen Monat für über 80000 RM an Lebensmitteln und Torgsin-Sendungen herausgebracht hat, was ein gewaltiges Stück Arbeit darstellt.

Bitte grüßen Sie vielmals Herrn Hilger und seien Sie herzlich begrüßt von

Ihrem getreuen

gez. Kundt

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben links der Registraturvermerk: (zu VI E 920).

RGVA, f. 1357/K, op. 1, d. 9, Bl. 75–76.

¹ Am 2. 11. 1932 hatte sich eine Reihe von konfessionellen Organisationen zusammengeschlossen, um Hilfe für die Hungernden in der UdSSR, die es aufgrund der Kollektivierung in verschiedenen Regionen der UdSSR gab, zu organisieren. Vgl. Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes vom 17. 3. 1933 mit anliegender Liste der beteiligten Organisationen. In: RGVA, f. 1357/K, op. 1, d. 9, l. 52–53.

² Bernhard von Bülow.

³ Vgl. Dok. 128, 139.

⁴ „Fast und Brilliant“: Gesellschaft für Paketversand nach der UdSSR, Berlin.

Nr. 108

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 8. Juni 1933

D/765
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Inhalt: Beschwerden Rosenholz' über zu hohe deutsche Preise.

Gelegentlich einer Unterredung, die ich am 7. Juni d. J. mit dem Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR, Rosenholz, hatte, stellte der Volkskommissar eine Behauptung auf, die im Laufe der letzten Jahre von sowjetischer Seite schon öfters vorgebracht worden ist. Es handelt sich um die Frage der Preise für deutsche Industrieerzeugnisse, die von Seiten der zuständigen sowjetischen Wirtschaftsorgane von Zeit zu Zeit als überhöht bezeichnet werden. Bei früheren ähnlichen Anlässen berief sich die Sowjetseite dabei auf die Tatsache, dass bei Heranziehung mehrerer konkurrierender deutscher Firmen es ihr in vielen Fällen gelungen sei, eine starke Herabsetzung der Preise zu erreichen, worin sie den Beweis erblicke, dass vorher zu hohe Preise verlangt worden seien. Diesmal führte der Volkskommissar Offerten polnischer Firmen ins Feld, die der Sowjetunion angeblich Walzeisen zu wesentlich niedrigeren Preisen angeboten hätten. So habe die Sowjetregierung neuerdings in Polen Walzeisen zum Preise von RM 81,- pro Tonne franko Sowjetgrenze bei einem Kredit von 18 Monaten eingekauft, während deutsche Firmen von ihr für die gleiche Eisenqualität RM 95,- franko deutscher Hafen oder RM 102,- franko Sowjetgrenze verlangt hätten. Der Volkskommissar fügte hinzu, dass die Polen sich bereit erklärt hätten, im Falle einer Barzahlung das Walzeisen für RM 55,- pro Tonne zu liefern.

Auf meine Frage, wann über dieses Geschäft verhandelt worden sei, erwiderte Rosenholz, dass die deutschen Offerten einige Monate zurücklägen und die Einkäufe in Polen vor einigen Wochen erfolgt seien.

Mit dem Hinweis, dass eine derartige Preispolitik der deutschen Firmen die Möglichkeit der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in Frage stellten, bat mich der Volkskommissar, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und auf die deutschen Firmen im Sinne einer Senkung ihrer Preise einzuwirken. Weite wirtschaftliche Kreise der Sowjetunion ständen unter dem bestimmten Eindruck, dass im Laufe der Jahre die Sowjetregierung erhebliche Beträge infolge zu hoher Preise an die deutsche Wirtschaft überzahlt hätte und dass nunmehr alles getan werden müsse, um eine Herabsetzung der Preise zu erreichen.

In meiner Erwiderung erklärte ich Herrn Rosenholz mit allem Nachdruck, dass von einer Übervorteilung der Sowjetunion durch überhöhte Preise für deutsche Industrieerzeugnisse sicherlich nicht die Rede sein könne, da die Methoden der sowjetischen Wirtschaftsorgane in Bezug auf das rücksichtslose Ausspielen der konkurrierenden Firmen gegeneinander geradezu sprichwörtlich seien. Auch

könne ich leider seinen Einwand, die Sowjetunion habe bisher überhöhte Preise für deutsche Industrieerzeugnisse aus einem „gewissen romantischen Freundschaftsgefühl“ für Deutschland angelegt, nicht gelten lassen, da die Verhandlungen mit deutschen Firmen nichts von einer derartigen Einstellung merken ließen.

Auf meine Frage, ob sowjetische Wirtschaftsorganisationen demnächst größere Bestellungen erteilen würden, erklärte Rosenholz, dass die Sowjetunion sich in diesem Jahre infolge des englischen Embargos¹ besondere Zurückhaltung auferlegen müsse. Die Sowjetunion sei darauf angewiesen, ihren Außenhandel unter allen Umständen zu aktivieren und würde auch alles daransetzen, um den Passivsaldo im Handelsverkehr mit Deutschland auszugleichen.

Ich entgegnete Herrn Rosenholz, dass die Forderung der Sowjetregierung nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz mit Deutschland völlig unberechtigt sei, da die langen deutschen Kreditfristen und der Überbrückungskredit² der Sowjetunion ein ausreichendes Äquivalent für ihr Passivsaldo im Handel mit Deutschland lieferten. Im Übrigen sei man in Deutschland nach dem Entgegenkommen, das man der Sowjetunion insbesondere durch den Überbrückungskredit erwiesen habe, erstaunt, dass in den letzten Monaten so wenig Bestellungen an deutsche Firmen erteilt worden seien. Ich verwies dabei auch auf den Fall der Firma Alfred Wirth in Erkelenz, die eine längst fällige Bestellung auf Bohreinrichtungen trotz der Gewährung eines 4-jährigen Kredits nicht erhalten habe.

Ich wäre dankbar, wenn mir nach Fühlungnahme mit den hierfür zuständigen Stellen mitgeteilt werden könnte, ob die Behauptungen Rosenholz' über die Preise im Eisengeschäft zutreffend sind.

gez. v. Dirksen

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der Stempel: Doppel W IV Ru 2690 sowie der handschriftliche Vermerk: i A: H 11 Str 5 Ru. Unten handschriftlich: H 11 Ru. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 94657, Bl. E 664657–664660.

¹ Vgl. Dok. 66, Anm. 14, 18.

² Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

Nr. 109

Übersetzung der Aufzeichnung der Unterredung des Militärattachés in Moskau
Hartmann mit Vertretern des Stabes der RKKA

Ganz geheim

Übersetzung aus dem Deutschen¹

[8. 6. 1933]²

DEUTSCHE BOTSCHAFT IN MOSKAU
DER MILITÄRATTACHÉ

Moskau, 3. Juni 1933

AUFZEICHNUNG ÜBER DIE VERHANDLUNGEN MIT VERTRETERN
DER ROTEN ARMEE.

2. Juni

1. Von deutscher Seite waren anwesend:

Oberst HARTMANN,

Hauptmann³ HARPE,

Herr Genov⁴, in Vertretung des Leiters MO⁵.

Von russischer Seite waren anwesend:

SUCHORUKOV,

ŠROT.

2. Verlauf der Verhandlungen.

a) Das Telegramm Nr. 124 vom 30. Mai traf am 1. Juni um die Mittagszeit ein und hatte folgenden Inhalt: „Der russische Militärattaché teilte mit, dass entgegen den Zusicherungen TUCH[ačevskijs]⁶ die Versuche in TO[mka]⁷ nicht durchgeführt werden können. Grund: Sperrung der (entsprechenden) Mittel. Aus dem gleichen Grund können auch keine russischen Lehrgangsteilnehmer nach KA[ma]⁸ entsandt werden. Bestätigung (Nachweis) durch den Stab R⁹ möglich.

¹ Hier ist die Rückübersetzung aus dem Russischen wiedergegeben, da das deutsche Original nicht zu ermitteln war.

² Das Dokument ist datiert nach dem Begleitschreiben vom 8. 6. 1933 des Chefs der Sonderabteilung der OGPU beim SNK der UdSSR Gaj an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR Vorosilov, das den Vermerk trägt „Ganz geheim, persönlich“: „In der Anlage schicke ich zur Kenntnisnahme das von uns entnommene Material des deutschen Militärattachés in Moskau, HARTMANN, bezüglich seiner Verhandlungen mit den Vertretern des Stabes der RKKA SUCHORUKOV und ŠROT, Teilnehmer für Lehrgänge an der Akademie in Deutschland zu entsenden.“ Vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 149. Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Vermerk: „V[orošilov] 14/VI 33“.

³ So im Dokument; richtig: Major.

⁴ Die Schreibweise des Namens ist unsicher.

⁵ Die „Zentrale Moskau“, die Moskauer Abteilung der Sondergruppe „R“ des Reichswehrministeriums, war für alle administrativen Angelegenheiten der militärisch-technischen Zusammenarbeit mit den sowjetischen Behörden zuständig. Zuletzt wurde sie von Lothar Schüttel geleitet.

⁶ Vgl. Telegramm des Militärattachés Hartmann an das Reichswehrministerium vom 11. 5. 1933. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 252, Anlage 1, S. 460.

⁷ Tomka ist der Deckname für das gemeinsame Versuchsgelände für chemische Giftstoffe und für chemische Abwehrmittel, unweit von der Stadt Vol'sk im Gebiet Saratov gelegen (1928–1933).

⁸ Kama ist der Deckname für die gemeinsame Panzerschule in Kazan' (1929–1933).

⁹ Die Ende 1920 im Reichswehrministerium geschaffene „Sondergruppe R[ussland]“ für die

Bis Eintreffen genauer Weisungen keine weiteren Maßnahmen ergreifen. STÜLPNAGEL“.

Da SUCHORUKOV Herrn Genov, der sich gegenwärtig in Moskau aufhält, Herrn Harpe und mich für den 2. Juni, um 12.00 Uhr, einlud, brauchte ich selbst nicht den Wunsch auszusprechen, mich mit ihm zu treffen.

b) SUCHORUKOV erklärte uns am 2. Juni, dass sich die Rote Armee nicht in der Lage sehe, 1933 Lehrgangsteilnehmer nach Ka. zu entsenden, weil dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügungen stünden.

Einer Antwort auf meine Frage, ob diese Erklärung die endgültige Absage an die gemeinsame Arbeit in Ka. sei, wich SUCHORUKOV aus.

Auf den Hinweis, dass die Haushaltsmittel für das laufende Jahr bereits seit dem 1. Januar feststehen sollten, griff SUCHORUKOV zu der offenkundigen Ausrede Zuflucht, es sei beabsichtigt gewesen, die nötigen Mittel von anderen Stellen abzuzweigen, was sich jedoch im Nachhinein als unmöglich erwiesen habe. SUCHORUKOV konnte auch den Hinweis auf den Umstand nicht widerlegen, dass in der letzten Zeit bei den Verhandlungen überhaupt kein Zweifel in Bezug auf die Zusammenarbeit in Ka. aufgekommen sei und die Russen in letzter Zeit nicht von einer „unbestimmten Verschiebung“, sondern nur von einer „kurzfristigen Vertagung“ des Beginns der Lehrgänge wegen der bei den Russen beginnenden Urlaubszeit gesprochen haben. Zurzeit sieht es aber so aus, als ob in diesem Jahr eine Teilnahme unmöglich wäre.

Als wir mit SUCHORUKOV über die Fortsetzung der (Lehrgänge) im nächsten Jahr zu sprechen kommen wollten, erklärte er, man könne momentan nur über das Jahr 1933 sprechen.

Da sich damit hinlänglich herausgestellt hat, dass an eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit in Ka. von russischer Seite in Zukunft nicht zu denken ist, bleibt nur eins übrig, in Erwartung von weiteren Weisungen aus Berlin bereits jetzt in sehr allgemeinen Zügen die finanziellen Folgen anzusprechen. Es war darauf hingewiesen worden, dass von unserer Seite ausschließlich für die russischen Lehrgangsteilnehmer und auf Wunsch der Russen nicht nur acht Lehrkräfte und ein Büroangestellter einzustellen sind, sondern auch bei Einstellung von Arbeitskräften und bei Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die gemeinsame Arbeit, die bis vor kurzem nicht in Zweifel stand, von der Maßgabe einer Kostenbeteiligung beider Seiten ausgegangen wurde. Die Offiziere, die damit rechneten, dass sich ihre Arbeit über sieben Monate erstrecken würde, haben zum Teil ihre Familien mitgenommen. Die zivilen Ingenieure gaben auf Grund der von ihnen in Bezug auf Ka. eingegangenen Verpflichtungen ihre Stellen in der Privatwirtschaft auf. Das nicht vorhersehbare Ende ihrer Arbeit bedeutet für die Offiziere ernste Schwierigkeiten, und für die Ingenieure ist das nur unter Einhaltung der dreimonatigen Kündigungsfrist akzeptabel, die für den Fall einer Nichtvertragsverlängerung vertraglich vereinbart worden ist. Es kann doch nicht die Rede davon sein, dass die Ergebnisse unserer finanziellen Bemühungen seitens der Russen etwa durch den Hinweis auf einen mangelnden Bedarf an solchen Leuten in Frage gestellt werden.

Koordinierung der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern wurde im Januar 1928 aus der Heeresorganisationsabteilung des Truppenamtes, Gruppe T 2 I (Fi) in die Heeresstatistische Abteilung, Gruppe T 3 (V) überführt.

SUCHORUKOV versicherte, dass die Anreise und der „entstandene Zeitverlust“ bezahlt werden würden. Alles Übrige bleibe weiteren Verhandlungen vorbehalten.

c) Weil SUCHORUKOV selbst nicht auf To. zu sprechen kam, wies ich ihn meinerseits darauf hin, dass ich aus Berlin die Nachricht erhalten hätte, dass entgegen der Zusicherung von TUCHAČEVSKIJ, entgegen den Verhandlungen und entgegen den Beteuerungen, die während des kürzlichen Aufenthaltes Chefs des Wa. A.^{*)}¹⁰ bezüglich der Zusammenarbeit wiederholt gemacht worden wären, die Versuchsproduktion in To. unlängst eingestellt worden ist.

SUCHORUKOV bestätigte dies. Hier würden gleichfalls Schwierigkeiten finanziellen Charakters bevorstehen. Im Übrigen sollten die Versuche mit Kampfmitteln auf dem Übungsgelände in To. ganz eingestellt werden. Es gäbe die Absicht, ein anderes Gelände zu finden und die Versuche dorthin zu verlagern. Doch sei bis 1934 mit einer Fortsetzung der Arbeiten in keiner Weise zu rechnen.

Die Schließung von To. stellte unter sachlichem Gesichtspunkt keine große Überraschung dar, weil sie schon früher absehbar war.

Gleichwohl ruft die unvermittelte Rücknahme der Vereinbarung, die erst kürzlich durch die höchste Behörde in verpflichtender Form getroffen worden ist, außerordentliche Verwunderung hervor. Dies kann nur so verstanden werden, dass die feste Absicht besteht, die Zusammenarbeit in der Form des gemeinsamen Betriebs der Versuchsstation einzustellen.

Deshalb bleibt hinsichtlich To. nichts anderes übrig, als nur den Vorbehalt zu machen, einen anderen Weg zu finden, um die im Zuge der vorbereitenden Arbeiten erzielten Ergebnisse zu sichern.

Auf meine Frage, ob sich die beiden Personen von FIŠMAN, die in der To.-Angelegenheit die Verhandlungen führten, nicht seit dem 29. Mai in Berlin aufhielten, wie dies vereinbart gewesen sei, erklärte SUCHORUKOV, dass sie noch nicht abgereist seien (von dort). Diese Tatsache beweist, dass noch vor ihrer Abreise (spätestens am 27. Mai), d. h. noch während des Aufenthaltes des Chefs des Wa. A. in Moskau (das letzte Gespräch mit TUCHAČEVSKIJ fand am Abend des 25. Mai statt), ein Beschluss vorlag, entgegen aller Zusicherungen die Arbeit in To. nicht wieder aufzunehmen. Dies ist ein klarer Beweis für die Unzuverlässigkeit nicht nur von FIŠMAN, der jedoch in dieser Hinsicht zur Genüge bekannt ist, sondern auch des Stellvertretenden Volkskommissars für Heeresangelegenheiten TUCHAČEVSKIJ.

Auf meinen Hinweis hinsichtlich der weitgehenden Konzessionsbereitschaft, die der Chef des Wa. A. gegenüber FIŠMANS Wünschen in Deutschland gezeigt hat, antwortete SUCHORUKOV lediglich dahingehend, man nehme von russischer Seite an, dass die entsprechenden Einladungen und Besuche durch die Vertreter der Industrie, über die gesprochen worden sei, nichtsdestoweniger erfolgen würden. Selbstverständlich habe ich seine Auffassung nicht bestätigt, um der deutschen Seite die volle Handlungsfreiheit zu bewahren.

d) Ernstgemeinten und absolut unerwarteten Erklärungen ohne jeglichen Wi-

¹⁰ An dieser Stelle befindet sich die Erläuterung: *) Anmerkung des Übersetzers. Wa. A. = Heereswaffenamt der Reichswehr.

derspruch zuzustimmen, würde bei den Russen den Eindruck erwecken, als ob uns die Erklärung gleichgültig oder aber sie für uns nicht unerwartet sei.

Deshalb habe ich SUCHORUKOV wiederholt darauf angesprochen, dass ich vergeblich nach den Gründen suche, die es für die heutige Erklärung nach der erfolgreichen Reise des Chefs des Wa. A. und nach jenen Zusicherungen über die Fortsetzung und Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit geben könnte. Denn dies seien Zusicherungen, die früher und auch noch in letzter Zeit von hochrangigen Persönlichkeiten sowohl von deutscher als auch von russischer Seite abgegeben und besonders betont worden seien. Ich verwies auch auf die zuvorkommende Haltung und die ***sachliche Weitherzigkeit***¹¹, die der russischen Gruppe um LEVANDOVSKIJ in Deutschland entgegengebracht worden sei.

SUCHORUKOV sagte diesbezüglich, dass die Absicht bestünde, die beiderseitigen Sommerkurse für Offiziere beizubehalten.

In meiner Antwort unterstrich ich, dass dies eine Sache sei, die sich von selbst verstehe, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhe und überhaupt nichts mit der Frage der Versuchsstation zu tun habe, die nicht die rätselhafte Absage, die die Versuchsstation betrifft, erkläre. Für diese Absage habe es offensichtlich schwerwiegende Gründe gegeben.

Ich endete mit dem Hinweis darauf, dass ich die erhaltene Erklärung zur Kenntnis nähme, darüber dem Herrn Botschafter¹² und dem Herrn Reichswehrminister¹³ berichten würde und ich weitere Weisungen abwarten müsse.

3. Welche politischen Gründen die Russen zu diesem Entschluss bewogen haben, kann zurzeit nur gemutmaßt werden. Dazu kann man meiner Meinung nach folgende Überlegungen anstellen:

a) Es gibt keinerlei Gründe anzunehmen, dass der Beschluss auf Motive zurückgeht, die mit der augenblicklichen Lage verbunden sind. Dafür ist der jetzige Beschluss viel zu wichtig. Er ist, wie sich zeigt, bereits vor recht langer Zeit getroffen worden, wie dies aus der Rückdatierung ersichtlich und erwiesen ist.

b) Die Annahme, dass die Russen auf den entsprechenden Gebieten ausreichende Fortschritte erzielt haben, um auf die Hilfe und die Zusammenarbeit seitens der Deutschen zu verzichten, kann sich auf Li[peck]¹⁴ und To[mka] beziehen, auf keinen Fall aber auf Ka[ma], wofür die Russen bis jetzt immer ein lebhaftes Interesse gezeigt haben. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass diese Annahme korrekt ist, wäre es völlig unnatürlich, die Zusammenarbeit bis zum Beginn der Lehrgänge fortzuführen und uns dann im letzten Augenblick unter Ausflüchten und unglaublichen Vorbehalten vor die Tür zu setzen.

c) Für die Annahme, dass irgendeine andere Macht mit einem großen personellen Bestand und der Bereitstellung von materiellen Mitteln bereit wäre, die bis jetzt von uns geleistete Beratertätigkeit auf sich zu nehmen, wobei hier in erster Linie an Frankreich zu denken ist, gibt es gegenwärtig ebenfalls noch keine konkreten Anhaltspunkte. Dagegen kann nicht geleugnet werden, dass eine solche Art der Zusammenarbeit für die Zukunft möglich wäre.

¹¹ Der Text ist so handschriftlich geschrieben.

¹² Herbert von Dirksen.

¹³ Werner von Blomberg.

¹⁴ Die Fliegerschule der Reichswehr in Lipeck (1925–1933) zur Ausbildung des fliegenden Personals, der Instrukturen und der Flugbeobachter (Korrektoren).

d) Wahrscheinlicher ist die Annahme, dass Frankreich im Verlaufe der Verhandlungen mit Russland über einen Nichtangriffspakt¹⁵ vorgeschlagen haben könnte, die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland einzustellen. Diese Zusammenarbeit hat bei den auf Deutschland bezogenen französischen Überlegungen immer eine Rolle gespielt und wurde in der französischen Presse wiederholt behandelt.

Die Annäherung Frankreichs an Russland muss daher derartige Gedanken hervorrufen. Es ist durchaus möglich, dass sich Russland bis zum Zeitpunkt des endgültigen Inkrafttretens des Nichtangriffsvertrages in seinen Handlungen frei fühlt und sich deshalb bis jetzt nicht von der Zusammenarbeit in Form der gemeinsamen Versuchsstationen losgesagt hat. Die abschließende Ratifizierung des Nichtangriffsvertrages hat Russland dazu zwingen können, die entsprechenden Schlussfolgerungen aus den früheren Versprechen in Bezug auf Frankreich zu ziehen.

Man kann ebenfalls annehmen, dass Russland, auch ohne solche weitreichenden Verpflichtungen gegenüber einer beliebigen Macht, in seiner momentanen Lage (im eigenen Land; in Bezug auf Frankreich; hinsichtlich Polens; und nicht zuletzt auch in Bezug auf Deutschland) darum bemüht ist, sich von wie auch immer gearteten militärpolitischen „Fesseln“ zu befreien, um angesichts der bevorstehenden Veränderungen die Möglichkeit zu haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, ohne Rücksicht auf jegliche „Verpflichtungen“ nehmen zu müssen und „freie Hände“ zu bekommen, d.h. bei künftigen Veränderungen hinsichtlich der politischen und militärischen Umgruppierung der Mächte die volle Entscheidungsfreiheit zu haben.

Derartige Überlegungen lassen die Wahl des Zeitpunktes und jene seltsamen äußeren Begleitumstände der Absage, insbesondere aber den Weiterbetrieb der deutschen Ausbildungsstelle in Ka[ma], plausibel erscheinen. Sie stehen im Einklang mit dem Wunsch, unsere Erfahrungen auf den Ausbildungsgebieten, wie sie bis jetzt gemacht wurden, auch in Zukunft zu nutzen; mit der den Russen gemachten Zusicherung, damit Fachleute Deutschland besuchen; mit der Zusage, den ungehinderten Austausch von Offizieren zu allen militärischen Manövern usw. fortzusetzen. Was den letzten Punkt betrifft, so wird die weitere Praxis noch zeigen müssen, wie zuverlässig die Zusicherungen der russischen Seite sind.

4. Hinsichtlich des Funktionierens der Produktionsstellen (Versuchsstationen) müssen folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

a) Bezüglich von Li[peck] und To[mka] ist gemäß der Weisungen von hier aus nichts unternommen worden.

b) Der von den Russen zu den Verhandlungen herangezogene Leiter der Station Ka[ma]¹⁶ ist über die faktische Lage der Dinge informiert worden. Er hat von mir die Weisung bekommen, die deutschen Kurse unverändert fortzuführen; die für die russischen Kursteilnehmer bestimmten Vorbereitungsarbeiten sind auszusetzen, damit vorläufig keine großen Bauvorhaben (Kanalisation) in Angriff genommen werden; die kleineren Bauarbeiten, die für die Befriedigung der deutschen Bedürfnisse notwendig sind, sind fortzuführen; es ist alles zu vermeiden, was die weitere Fortführung der Kurse im nächsten Jahr behindern oder den Rus-

¹⁵ Vgl. Dok. 18, Anm. 2.

¹⁶ Major Josef Harpe.

sen den Vorwand liefern könnte, uns Vorhaltungen zu machen, falls (bei ihnen) in der Folgezeit der Wunsch aufkommen sollte, die Kurse fortzusetzen.

HARTMANN

HARTMANN – der deutsche Militärattaché

Richtig:

LEITER DER SONDERABTEILUNG DER OGPU

GAJ

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 497, l. 150–157. Beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 294–296¹⁷.

Nr. 110

**Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den
Stellv. Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Tuchačevskij**

GANZ GEHEIM

Nr. gp-4124

„9“. Juni 1933

AN DEN

STELLV[ERTRETENDEN] NARKOMVOENMOR UND VORS[ITZENDEN]

DES RVS der UdSSR

Gen. TUHAČEVSKIJ

Ich melde:

Der Volkskommissar hat zu dem von mir dem Narkomvoenmor und Vorsitzenden des RVS der UdSSR Gen. Vorošilov vorgelegten Bericht über den Maßnahmenplan zur Stilllegung der Betriebe „der Freunde“¹ folgende Anordnung getroffen:

„Insgesamt bin ich mit dem vorgesehenen Plan der Liquidation einverstanden. Ich bezweifle die Zweckmäßigkeit, „den Freunden“ bei der Einfuhr von Ersatzteilen und des leichten Panzers Vergünstigungen zu gewähren, es wäre vielleicht besser, sofort Kurs auf die Stilllegung zu nehmen. V[orošilov]“. 7. 6. 33.

ANLAGE: Kopie des Sitzungsprotokolls vom 31. 5. 33 auf zwei Seiten.

CHEF DER IV. VERWALTUNG DES STABES DER RKKA:

BERZIN

Ganz geheim

Auf der Grundlage der vom Narkomvoenmor und Vorsitzenden des RVS der UdSSR erhaltenen Weisung zur schrittweisen und schmerzlosen Stilllegung der

¹⁷ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Code-Bezeichnung für die in der UdSSR befindlichen deutschen Militärs.

Betriebe „der Freunde“² fand am 31. Mai eine Beratung der Vertreter von der UMM, Gen. CHALEPSKIJ, der UVVS, Gen. CHRIPIN, der VOCHIM, Gen. FIŠMAN, und der IV. Verwaltung statt, auf der folgender Maßnahmenplan zur praktischen Umsetzung Ihrer Weisungen verabschiedet worden ist:

I. ALLGEMEINE FRAGEN FÜR ALLE BETRIEBE.

1) Eine Aufstockung des deutschen Personalbestandes in den Betrieben ist nicht zuzulassen.

2) Die Bewegungsfreiheit „der Freunde“ in der UdSSR ist auf ein Minimum zu reduzieren.

3) Der vergünstigte Militärtarif für den Gütertransport aus Deutschland in die UdSSR und umgekehrt ist mit der Begründung aufzuheben, dass es nicht möglich ist, einen neuen Vertrag mit dem NKPS abzuschließen.

4) „Den Freunden“ in Berlin ist über Gen. Levičev mitzuteilen, dass die Offenlegung und die Preisgabe der Existenz von gemeinsamen Betrieben durch deutsche Zeitungen uns erhebliche Schwierigkeiten bereitet und den Interessen der UdSSR bei der Gestaltung der allgemeinen Friedenspolitik schadet.

5) Es sind Liquidationskommissionen in der Zusammensetzung von Vertretern der entsprechenden Verwaltungen mit dem Auftrag zu organisieren, die Bedingungen bei der Liquidation der Betriebe und die Übergabe aller Gebäude und des für uns wertvollen materiellen Teils an die RKKA zu erkunden.

II. ZU TOMKA.

1) Unter Berücksichtigung der „den Freunden“ erteilten Genehmigung zur gemeinsamen Versuchsproduktion in Tomka und der herbeigeschafften Laborausstattung ist ihnen zu erklären, dass in Tomka das Versuchsgelände für chemische Kampfstoffe ab Sommer 1933 generell geschlossen und sämtliche Aktivitäten auf ihm eingestellt werden. Dies betrifft unter anderem auch die Arbeiten der RKKA, weil die Regierungsbehörden, die seinen Standort untersucht haben, den Schießplatz in Tomka als höchst gefährlich für die Bevölkerung in dieser Gegend einschätzten und dem NKVM vorschlugen, den Schießplatz an einen anderen Ort zu verlegen. Infolgedessen ist eine gemeinsame Tätigkeit bis 1934 nicht möglich.

2) Es ist nicht darauf zu beharren, unseren Chemikern den Zutritt zu den Werken der I.G. Farben zu verschaffen. Die Entsendung unserer Chemiefachleute nach Deutschland ist als wenig zweckdienlich anzusehen, da die Deutschen nichts von Bedeutung zeigen werden. Der Narkomvoenmor und Vorsitzende des RVS der UdSSR ist zu ersuchen, Chemieingenieure in die USA und nach Frankreich zu entsenden, damit sie sich mit der Chemieproduktion vertraut machen und sie studieren.

3) „Den Freunden“ ist die Genehmigung für die Anlieferung von neuen Ausrüstungen nach Tomka und die Gewährung des vergünstigten Militärtarifs für den Gütertransport zu verweigern.

² Die Weisung Vorošilovs konnte nicht ermittelt werden. Die Frage über die Einstellung der gemeinsam mit den Deutschen in der UdSSR betriebenen Objekte ist unter den Fragen, zu denen im Politbüro des ZK der VKP (B) im April–Mai 1933 Beschlüsse gefasst worden sind, nicht ausgewiesen. Vgl. Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b). Pověstki dnja zasedanij (Politbüro des ZK der RKP (B) – VKP (B). Tagesordnungen der Sitzungen), 1919–1952. Katalog. Teil II: 1930–1939, Moskva 2001, S. 409–429.

III. ZU LIPECK.

1) „Den Freunden“ ist die Nutzung des Übungsplatzes für das Übungsschießen und den Bombenabwurf zu kündigen.

2) Die Anzahl unserer Kommandeure ist schrittweise zu verringern.

IV. ZU KAZAN'.

1) Die Entsendung unseres materiellen Teils und des Kommandeursbestandes ist einzustellen.

2) „Die Freunde“ sind darüber zu informieren, dass im November das gesamte Gelände der TEK³ der UMM der RKKA unterstellt werden wird.

3) Auf deutsche Lehrer ist zu verzichten.

4) Unsere Übersetzer sind abzuverufen.

5) Die Nutzung des Übungsplatzes der ersten Tatarischen Schützendivision⁴ durch „die Freunde“ ist auf ein Minimum zu reduzieren.

6) Es ist ihnen zu gestatten, für die Fertigstellung der Wasserleitung und der Kanalisation die erforderlichen Ausrüstungen einzuführen.

7) Es ist ihnen zu gestatten, ein Minimum an Ersatzteilen und den neuen leichten Panzer (der sich laut Auskunft „der Freunde“ auf dem Weg befindet) einzuführen.

Die angeführten Maßnahmen zur Einstellung der Tätigkeit der Betriebe „der Freunde“ ist dem Narkomvoenmor und Vorsitzenden des RVS zu Bestätigung vorzulegen.

p.p.

CHEF DER UMM DER RKKA

Chalepskij

Chef der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA

Berzin

Chef der VOCHIM

Fišman

Chef des Stabes der VVS der RKKA

Chripin

RICHTIG:

Gehilfe des Chefs der 4. Abteilung

SMOLIN

Eigenhändige Unterschrift.

Auf dem Bericht Ja. K. Berzins befindet sich der Vermerk M. N. Tuchačevskijs: an Gen. Berzin, an Gen. Fišman. Mit der Formulierung zu Tomka bin ich einverstanden. Falls Sie noch dem Volkskommissar Bericht erstatten, so bitte ich zu berücksichtigen, dass es dennoch wünschenswert wäre, den leichten Panzer in Augenschein zu nehmen⁵. Es ist entsprechend des Entscheids der Volkskommissars für ... [nicht entziffert] vorzugehen. Tuchačevskij. 11. VI.“.

Vermerk: Gen. Fišman vorgelegt. 19/6 33. [Unterschrift nicht entziffert].

Auf Kopfbogen des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA geschrieben.

Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und Stellvertretenden Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1802/ss vom 9. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 5 Expl.

RGVA, f. 33988, op. 3, d. 324, l. 467–465. Original, beglaubigte Kopie.

³ TEK³ – (Techničeskie kursy OSOAVIACHIMA = Technische Lehrgänge der Osoaviachim) eine der Tarnbezeichnungen für die sowjetisch-deutsche Panzerschule in Kazan'.

⁴ So im Dokument; richtig: 1. Kazaner Schützendivision (Territorialdivision).

⁵ Zwei nachfolgende Wörter sind gestrichen.

Nr. 111

**Bericht des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin
Fridrichson an das Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für
Außenhandel Dvolajckij**

Vertraulich

Nr. 09/125

10. Juni 1933

VOLKSKOMMISSARIAT FÜR AUßENHANDEL DER UdSSR

An das
Kollegiumsmitglied Gen. Š. M. DVOLAJCKIJ
Sektor Handelspolitik

Zu den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium

Am 8. Juni fand unser Treffen mit Beamten der Ministerien für Wirtschaft und Ernährung statt, das bei der Unterredung der Genossen Chinčuk und Vejcer mit Hugenberg¹ vereinbart worden war.

Von den Deutschen nahmen teil: Mossdorf (Wirtschaftsministerium), Schäffer (Wirtschaftsministerium), Müller (Ministerium für Ernährung), Bräutigam (Außenministerium) und noch zwei Beamte des Ministeriums für Ernährung. Von unserer Seite nahmen die Genossen Fridrichson, Fajnštejn, Bessonov, Levitin, Roginskij und Enko teil.

Mossdorf entschuldigte bei der Eröffnung der Sitzung Posse, der wegen Überlastung mit anderen Angelegenheiten, insbesondere mit der Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz², nicht an den jetzigen Verhandlungen teilnehmen könne. Mossdorf erklärte, das Ziel dieser Verhandlungen bestehe darin, auf Hugenbergs Weisung jene drei Fragen zu erörtern, die Gen. Vejcer in seinem Schreiben an Hugenberg vom 10. April³ aufgeworfen hat.

Auf unsere Erklärung, dass wir die heutige Sitzung nicht als Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der UdSSR betrachten und das Ziel dieser Begegnung nur darin bestünde, gemeinsam einzelne laufende Fragen unseres Exports im Zusammenhang mit den von der deutschen Regierung durchgeführten Maßnahmen zu erörtern, und wir die Absicht hätten, in Zukunft auch Wirtschaftsverhandlungen führen, dann allerdings, und dies verstehe sich, in einer anderen Zusammensetzung, antwortete Mossdorf, dass auch er nicht anders denke und er das heutige Treffen lediglich als einen Versuch betrachte, in inoffizieller Weise einige laufende Fragen zu lösen.

Zuerst wurde die Herausgabe eines speziellen Rundschreibens zum Absatz von Erdölprodukten durch die Derop erörtert.

Mossdorf sagte im Prinzip nichts Neues. Er erklärte, dass es zwar einen konkreten Beschluss bezüglich der Herausgabe eines solchen Rundschreibens gebe, jedoch immer noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden werden konnten, die sich insbesondere daraus ergäben, das es wegen des Prinzips der Meistbegünsti-

¹ Vgl. Dok. 103.² Vgl. Dok. 101, Anm. 5.³ Vgl. Dok. 63.

gung nicht möglich sei, der Derop Vorteile zu Lasten der Interessen der übrigen Lieferanten, insbesondere England und die Vereinigten Staaten, zu gewähren.

Das Wirtschaftsministerium sei bereit, eine Empfehlung zur Erhöhung des Absatzes der Derop auszusprechen, doch seine Möglichkeiten seien begrenzt, vieles hänge von den übrigen Ministerien ab, in deren Zuständigkeit die unmittelbaren Verbraucher von Erdölprodukten fallen: Post, Telegraph, Eisenbahnen, die Militärbehörde, kommunale Einrichtungen (die dem Innenministerium unterstehen) usw. Mit all diesen Ministerien werde jetzt der Entwurf des Rundschreibens abgestimmt.

Wir erklärten, dass eine einfache Empfehlung bereits zu wenig ist. Wegen der Ereignisse der letzten Zeit habe sich der Absatz der Derop um 50 Prozent verringert. Eine Reihe von Käufern habe die Verträge mit der Derop nicht erneuert und sich bei anderen Lieferanten eingedeckt. Im Augenblick gehe es nicht darum, die frühere Lage einfach wiederherzustellen, sondern solche Maßnahmen zu ergreifen, die tatsächlich eine Vergrößerung des Absatzes der Derop gewährleisten könnten, insbesondere bei staatlichen und vom Staat abhängigen Organisationen.

Dazu wurde vereinbart, dass beim nächsten Treffen *uns der Entwurf eines Sonderrundschreibens zur Frage des Absatzes der Derop übergeben wird*⁴.

Darauf wandten wir uns dem Export von Fisch zu, insbesondere von Zander und Keta-Lachs. Bei Zander hatten Mossdorf und Müller im Prinzip nichts dagegen einzuwenden, auf ihn den für den ungarischen Fogasch vertraglich festgelegten Preis anzuwenden, sobald das Gutachten die Identität von Zander und Fogasch bestätigt.

Schwieriger ist es um den Keta-Lachs bestellt. Die Deutschen beriefen sich darauf, dass es unmöglich sei, den Zoll für Keta-Lachs zu senken, weil dann der Weg sowohl für kanadischen als auch für japanischen Lachs geöffnet werden würde.

Bei Eiern haben die Deutschen uns ebenfalls nichts Beruhigendes mitteilen können. Uns die Möglichkeit einzuräumen, Eier nach den mit den Holländern vertraglich vereinbarten Preisen mit minderer Standardqualität zu liefern, scheitert an dem Erfordernis, diese Vergünstigung auch auf andere Länder (Bulgarien, Rumänien, China usw.) auszudehnen. Mossdorf erklärte jedoch, dass die Eierausfuhr einen bedeutenden Posten unseres Exports ausmache. Eine Rückzahlung der Zölle lehnen die Deutschen kategorisch ab.

Bei Butter erklärten sich die Deutschen damit einverstanden, uns zusätzliche Kontingente zu gewähren, aber nur zu Lasten von Drittländern (Polen), falls wir mit diesen ein Abkommen erzielen. In diesem Fall würden wir den Zoll zu dem vereinbarten Satz von 75 Mark zahlen und nicht zu dem autonomen Satz von 100 Mark pro zwei Zentner, wie ihn Polen zahlt.

Bei Ölkuchen und Pflanzenöl schlugen die Deutschen vor, mit Ministerialdirektor Moritz direkt zu verhandeln, in dessen Kompetenz das Mais- und Fettmonopol fällt.

Die Deutschen versprachen, alle von uns aufgeworfenen Fragen zusätzlich zu erörtern und ihre Vorschläge zum nächsten Treffen vorzubereiten. Das nächste Treffen wurde auf Mittwoch, den 14. Juni, festgesetzt.

⁴ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

Im Zusammenhang mit unseren Valutatransaktionen war Gen. Fajnshtejn bei Mossdorf. Mossdorf teilte ihm u. a. mit, dass die Deutschen einen Weg ausfindig zu machen bemüht seien, um uns eine zusätzliche Einfuhr von Eiern und Butter zu ermöglichen.

Heute, am 10. 6., war ich bei Moritz im Ministerium für Ernährung. Bezüglich des Ölkuchens teilte Moritz mit, dass ein neuer Beschluss ergangen sei, einen Monopolzuschlag von 60 Mark pro Tonne (anstelle von 110 Mark) festzusetzen. Er versicherte, dass der Markt diesen Zuschlag annehmen werde und wir somit Ölkuchen verkaufen könnten. Zugleich bat Moritz, dass wir die Lieferung von Ölkuchen gemäß Artikel 14 nach Deutschland spätestens bis zum 30. Juni abschließen, weil es ihm nach diesem Termin schon nicht mehr gelingen wird, auf unseren Ölkuchen einen ermäßigten Preis anzuwenden.

Was dagegen das Pflanzenöl betreffe, so sagte der bei dem Gespräch mit Moritz anwesende Schäffer, dass derzeit unser Vorschlag, das Pflanzenöl aus dem Monopol herauszunehmen, im Ministerium für Ernährung und Wirtschaft geprüft und uns eine Antwort bei dem Treffen am 14. Juni vorgelegt werde.

Danach verwies ich auf die Notwendigkeit, Verhandlungen über den Absatz unserer Getreideprodukte in den Jahren 1933/34 gemäß dem Protokoll vom 2. Mai 1932⁵ aufzunehmen. Moritz antwortete, dass es noch verfrüht sei, diese Verhandlungen zu beginnen, weil sich die Ernteergebnisse noch nicht abzeichnen und nicht bekannt sei, ob Deutschland Getreide einführen werde und in welcher Menge. Darauf fragte ich nach der Erfüllung des Vertrages für das laufende Jahr und verwies darauf, dass wir bis jetzt nicht auf Erfüllung der von den Deutschen übernommenen Verpflichtungen bestanden hätten, doch der Ausfall des englischen Marktes und der Schaden, der unserem Export bei den übrigen Artikeln (Butter, Eier, Ölkuchen) durch die jüngsten Maßnahmen der deutschen Regierung zugefügt worden sei, zwingt uns dazu, diese Frage zu stellen. Moritz war außerordentlich aufgeregt und führte aus, dass er diese Frage bereits als erledigt betrachte, wir bis jetzt kein Getreide offeriert und wir nach seinen Erkenntnissen sogar Weizen gekauft hätten. Diese Frage könne nur von der Regierung entschieden werden und er werde gezwungen sein, sie vor das Kabinett zu bringen. Ich entgegnete, dass wir kein Getreide gekauft hätten, wenn es vereinzelt Käufe gegeben habe, dann aus dem Grund, um die bei einigen Ländern eingefrorene Valuta zu realisieren. Wir hätten keine Angebote unterbreitet, solange wir die Möglichkeit hatten, andere Waren einzuführen. Die jetzt von der deutschen Regierung durchgeführte Politik der Beschränkung schade unserem Export und wir sähen uns genötigt, auf Erfüllung jener Verpflichtungen zum Kauf unseres Getreides zu bestehen, die die Deutschen eingegangen seien. Moritz schlug sodann vor, unser Gespräch auf Dienstag, den 13. Juni, zu vertagen, um dann die Einfuhr sowohl von Getreide als auch von Ölkuchen zu erörtern. Damit endete mein Gespräch mit Moritz.

Stellvertretender Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland

Fridrichson

⁵ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 72, Anlage 4, S. 158; vgl. auch Dok. 147, Anm. 4.

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von Š. M. Dvolajckij: an Gen. Tverdynin zur Kenntnisnahme. 23/VI.

Vermerk von S. A. Tverdynin: Gelesen. 17/VI. 33⁶.

Vermerk von S. A. Tverdynin: zu den Akten.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel der Geheimguppe des NKVT der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 71461 vom 16. 6. 1933⁷.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Expl., das 1. [Expl.] an die Adresse, das 2. an Vejcer, das 3. [Expl.] zu den Akten. 10. VI. 1933.

Auf Kopfbogen der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

RGAE, f. 413, op. 13, d. 520, l. 74–74R. Original.

Nr. 112

Auszug aus dem Bericht des Chefs des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium von Bockelberg

Berlin, den 13. Juni 1933

Heereswaffenamt

Nr. 486/33 g Wa Stab¹

Bericht über die Russlandreise vom 8. 5.–28. 5. 33

Gliederung:

- I. Zweck der Reise
- II. Teilnehmer
- III. Reiseverlauf
- IV. Allgemeine Reiseeindrücke
- V. Kurze Charakteristik der gesehenen Industriebetriebe und der sonstigen Einrichtungen
- VI. Besondere Beobachtungen
- VII. Schlussurteil
- VIII. Anlagen²

I. Zweck der Reise.

Einblicknahme in den Stand der sowjetrussischen Rüstungsindustrie und der sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen des ersten 5 Jahresplanes.

Gegenbesuch des Chefs des Heereswaffenamts beim sowjetrussischen Waffenamtschef, stellvertretenden Volkskriegskommissar Tuchatschewski.

II. Teilnehmer.

Generalleutnant von Bockelberg, Chef des Heereswaffenamts,
Oberstleutnant Thomas, Chef des Stabes des Heerenwaffenamts,
Hauptmann Krebs, Abteilung Fremde Heere, als Dolmetscher,
Diplom-Ingenieur Pollert, Leiter des Heerestechnischen Büros des Heereswaffenamts,

⁶ Datum so im Dokument.

⁷ Der Stempel ist durchgestrichen.

¹ Nummer und Abkürzungen sind handschriftlich eingefügt.

² Die Anlagen (Bl. E 579424–579449) werden hier nicht abgedruckt.

ab Moskau der deutsche Militärattaché in Moskau Oberst Hartmann,
als Begleiter von Seiten der Roten Armee zugeteilt
Kommandeur Schrott von der Abteilung „Ausländische Verbindungen“ beim
Stabe der R.A.

III. Reiseverlauf

8. Mai 19.17 Abreise ab Berlin über Dünaburg – Bigossowo – Smolensk nach Moskau
9. Mai Mittags Ankunft in Moskau. Unterkunft im Hotel National.
Nachmittags Besuch beim deutschen Botschafter von Dirksen und anschließend Besichtigung des Zentral-Hauses der Roten Armee.
10. Mai Vormittags Besuch beim Leiter des Auslandsreferats, Kommandeur Suchorukoff, beim Chef des Generalstabes, Kommandeur Jegoroff, und beim Chef des Waffenamts, stellvertretenden Volkskriegskommissar Tuchatschewski.
Nachmittags Besichtigung des Forschungsinstituts Zagi³.
Abends Zusammensein mit den Herren der Deutschen Botschaft bei Oberst Hartmann.
12. Mai (Russischer Ruhetag)
Vormittags Besichtigung der Tretjakoff Galerie.
Nachmittags Besichtigung der Schlösser Ostankino und Kuskowo.
13. Mai Vormittags Besichtigung der Radiofabrik Moskau.
Nachmittags Besichtigung des Flugzeugwerks I (ehem. Dux⁴) in Moskau.
Abends Einladung beim Deutschen Botschafter zusammen mit dem Volkskriegskommissar Woroschilow, den führenden Persönlichkeiten der Roten Armee und Vertretern des russischen Auswärtigen Amtes (Krestinskij, Stern, Florinskij usw.).
14. Mai Besuch der Versuchs- und Reparaturwerkstätten Golutwino bei Kolomna 120 km südostwärts Moskau
15. Mai Nachtfahrt nach Bobriki 80 km ostwärts Tula, Besichtigung des Chem. Industrie Kombinats Bobriki, anschließend Nachtfahrt nach Moskau.
16. Mai Vormittags Rückkehr nach Moskau.
Nachmittags Besuch des Kremls.
Abends Abfahrt nach Tula.
17. Mai Besichtigung der Gewehr- und M.G. Fabrik Nr. 1 in Tula. Besuch von Jassnaja – Poljana (Gut Tolstojs). Nachtfahrt nach Charkow.
18. Mai Besichtigung des Traktorenwerks Charkow. Besuch beim stellv. Oberbefehlshaber des ukrainischen Militärbezirks⁵ und beim deutschen Generalkonsul Walther. Nachtfahrt nach Saporoshe.
19. Mai Besichtigung des Flugmotorenwerks in Alexandrowsk (Saporoshe).

³ Gemeint ist das Central'nyj aerogidro-dinamičeskij institut imeni N. E. Žukovskogo, abgekürzt CAGI (Zentralinstitut „N. E. Žukovskij“ für aerohydraulische Dynamik).

⁴ Gemeint ist das von der Familie Duks 1893 in Moskau gegründete Imperatorskij samoletostroitel'nyj zavod (Kaiserliches Werk für Flugzeugbau), das seit Februar 1919 Gosudarstvennyj aviacionnyj zavod Nr. 1 (Staatliches Flugzeugwerk Nr. 1) hieß.

⁵ Ivan Naumovič Dubovoj.

- Besuch des Stau- und Kraftwerks Dnjeproges. Nachtfahrt nach Sewastopol.
20. Mai Besuch beim Oberbefehlshaber der Schwarz-Meer-Flotte, Kommandeur Koshanoff. Fahrt nach Fliegerschule Katscha⁶ und Besichtigung der dortigen Kasernen und Werkstatthanlagen. Rundflüge.
21. Mai Besuch von Jalta.
22. Mai Besichtigung des Panoramas und der ehemaligen Befestigungsanlagen von Sewastopol sowie der Ausgrabungen in dem Chersones. Nachmittags Abreise nach Moskau.
23. Mai Rückreise nach Moskau.
24. Mai Vormittags Ankunft in Moskau.
Abends Einladung im Haus des Auswärtigen Amtes beim stellv. Kriegskommissar Tuchatschewski.
25. Mai Besichtigung der Geschützfabrik Nr. 8 „Kalinin“ in Mytischtschi, 25 km nördlich Moskau. Einladung der führenden Persönlichkeiten der R.A. und der Deutschen Botschaft durch den deutschen Waffenamts-Chef im Hause des deutschen Militär-Attachés.
26. Mai Vormittags Abschiedsbesuche. Vorführung des Films von der Parade am 1. Mai im Zentralhaus der R.A.
7.05 Nachmittags Abfahrt aus Moskau.
27. Mai Rückreise über Bigossowo – Dünaburg.
28. Mai 8.19 Vormittags Ankunft in Berlin.

Die Reise Moskau – Tula – Charkow – Sewastopol und zurück wurde im Dienstwagen des Oberbefehlshabers des Militärbezirks Moskau⁷ ausgeführt.

Innerhalb der Ukraine war eine besondere Bewachung von 4 Rotarmisten (G.P.U.?) dem Wagen zugeteilt.

IV. Allgemeine Reiseeindrücke.

a) Aufnahme bei den Dienststellen der Roten Armee, bei der Truppe und bei der Industrie.

Die Aufnahme bei den Dienststellen der Roten Armee war ausgesprochen freundlich. Man hatte den Eindruck, dass der stellvertretende Kriegskommissar Tuchatschewski als Dank für seine Aufnahme in Deutschland Weisungen gegeben hatte, die deutsche Delegation in jeder Weise bevorzugt und freundschaftlich zu behandeln. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten wurde von den leitenden Persönlichkeiten der Roten Armee betont, dass diese auf eine enge Zusammenarbeit mit dem deutschen Heere und der deutschen Technik größten Wert lege. Volkskriegskommissar Woroschilow und der Chef des Generalstabes Jegoroff wiesen allerdings dabei darauf hin, dass die Armeen Glieder des betreffenden Staates seien, und dass ein enges Zusammengehen nur durchführbar sei, wenn die große Politik der Regierungen gleiche Ziele verfolge. Gleiches wurde von den Vertretern des russischen Auswärtigen Amtes mehrfach betont. Die Tätigkeit und die Reden des Leiters des außenpolitischen Amtes der N.S.D.A.P. Rosenberg wurde von allen

⁶ Vgl. Dok. 98, Anm. 14.

⁷ Avgust Ivanovič Kork.

Sowjet-Stellen als besonders störend empfunden. Die „Doppelzüngigkeit“ der deutschen Außenpolitik glaubten die Russen dadurch bewiesen zu sehen.

Tuchatschewski betonte bei einem Frühstück, das er anlässlich der ersten Meldung in engstem Kreise in seinem Arbeitszimmer gab, mehrfach, dass er Deutschland nur baldigst eine Luftflotte von 2000 Bombenflugzeugen wünsche, um aus der schwierigen politischen Situation herauszukommen.

Die gleiche betont freundliche Aufnahme wurde uns bei dem Chef der Schwarz-Meer-Flotte und bei der Fliegerschule Katscha zuteil. Der Flottenchef Koshanoff betonte mehrfach, dass das Studium der deutschen Seeschlachten des Weltkrieges für die rote Flotte von besonderem Wert sei, und dass auch dieser Wert darauf lege, enge Beziehungen zur deutschen Reichsmarine zu knüpfen. Besonders interessiert schien der Flottenchef als ehemaliger Marineattaché in Tokio⁸ an den Vorgängen im Fernen Osten; er äußerte sich dahin, dass die ganze Ostfrage in China entschieden würde. Der Staat, der sich den größten Einfluss in China sichert, würde die Ostfrage zu seinen Gunsten entscheiden. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung erwähnte Koshanoff auch den tiefen Eindruck, den die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 17. Mai im Rundfunk⁹ auf ihn gemacht hätte.

Die Leiter der besichtigten Industriebetriebe überboten sich durch gastfreie Aufnahme und waren fast ausnahmslos bereit, jede Auskunft zu erteilen. Auch sie waren von der Überlegenheit der deutschen Industrie überzeugt und demgemäß auf ein weiteres wirtschaftliches Zusammengehen mit Deutschlands Industrie eingestellt.

Ob diese überaus herzliche Aufnahme auf einer Neuorientierung der russischen Politik beruht, oder ob sie nur hervorgerufen ist durch die Weisungen des stellv. Kriegskommissars Tuchatschewski, dem deutschen Waffenamtschef besonders freundlich entgegenzukommen, ist schwer zu beurteilen. Nach den Vorgängen der letzten Tage (Absage Tomka und Kama¹⁰) neige ich dazu, die Ursache in meinem persönlichen Verhältnis zu Tuchatschewski zu sehen.

b) Wirtschafts- und Rüstungslage

Die besichtigten Industriebetriebe und zahlreiche im Vorbeifahren flüchtig gesehene Werke haben im Großen und Ganzen einen recht guten Eindruck gemacht und den Beweis erbracht, dass im ersten Fünfjahresplan wirtschaftlich und vor allem rüstungstechnisch große Erfolge errungen worden sind. Bei den meisten Werken fällt sofort die Großzügigkeit der geschaffenen Anlagen ins Auge. Der amerikanische Einfluss ist unverkennbar. Es kommt dem Russen anscheinend darauf an, zunächst die Fabriken als solche hinzustellen und die Fertigung in den fertiggestellten Teilen sofort aufzunehmen. Nebenanlagen, wie Straßen, Wohnhäuser für Arbeiterschaft, folgen später, zunächst werden hierfür nur Provisorien geschaffen.

Nach den von uns gewonnen Eindrücken hat der Russe den Ausbau der Luftindustrie, der Tankindustrie und der chemischen Industrie in den Vordergrund seiner Aufbauarbeiten gestellt. Das hierin Gesehene macht nach dem Ausmaß der Anlagen und der Größe der Aufträge einen gewaltigen Eindruck.

Besonders hervorzuheben ist der vorzügliche Maschinenpark in fast allen ge-

⁸ Von 1927 bis 1930.

⁹ Vgl. Dok. 98, Anm. 10.

¹⁰ Vgl. Dok. 110.

sehenen Betrieben. In den Werken, die unter amerikanischer Leitung eingerichtet worden sind, findet man fast ausschließlich amerikanische Maschinen; in allen anderen Betrieben überwiegen die deutschen Maschinen der Firmen Wanderer, Reinecker, Maschinenfabrik Göppingen, Fritz Werner und andere, die sämtlich in jeder Beziehung gelobt werden. Weitere Förderung dieser Maschinenlieferungs-geschäfte ist bei dem Ausmaß der noch in Aussicht stehenden Projekte dringend ge-boten, da es trotz aller Bestrebungen der Russen, die Maschinen nachzubauen, doch noch Jahre dauern wird, bis der Russe in der Lage ist, diese hochwertigen Spezialmaschinen selbst zu fertigen. Allerdings muss betont werden, dass die rus-sische Industrie auch auf diesem Gebiete intensiv arbeitet und schon brauchbare Maschinen hervorgebracht hat.

Der Zustand der Maschinen war nicht überall einwandfrei.

Die Leitung der Werke liegt meist bei robusten, energischen Persönlichkeiten, denen Fachpersonal beigegeben ist. Während der Leiter anscheinend dafür verant-wortlich ist, dass der Aufbau des Werkes und die Leistung gemäß Fünfjahresplan unbedingt innegehalten wird, leitet das Fachpersonal die einzelnen Fachgebiete. Alle leitenden Persönlichkeiten waren Russen, es ist aber anzunehmen, dass in den Werken noch ausländische Ingenieure stecken, die Ausbau und Fabrikation leiten. Trotzdem muss aber betont werden, dass schon eine Menge von neu ausge-bildetem Fachpersonal an Russen vorhanden ist, das mit großem Fleiß und genü-gendem Wissen auf dem betreffenden Spezialgebiet arbeitet.

Die Arbeiterschaft machte im Allgemeinen einen leidlichen Eindruck und ar-beitete zum Teil mit Eifer und Verständnis. Es fiel besonders auf, dass die jüngeren Arbeiter einen erheblich frischeren und intelligenteren Eindruck erweckten. Man hatte bei ihnen die Empfindung, dass sie von ihrer politischen Aufgabe überzeugt sind und alles daran setzen, ihren Beitrag am Fünfjahresplan zu erfüllen. Die Frau ist fast in alle Arbeitsleistungen eingespannt und arbeitet fleißig mit. Bei weibli-chen Angestellten treten die Frauen mit jüdischem Einschlag in den Vordergrund.

Die Arbeiterschaft sah in allen Betrieben gut ernährt aus, besonders fiel dies in Moskau und in Charkow auf. Dies beruht auf dem Vorhandensein von Fabrikgü-tern, aus denen die gesamte Arbeiterschaft voll ernährt wird.

Die Ordnung und Sauberkeit war in den Betrieben recht verschieden, teil-weise ließ sie sehr zu wünschen übrig.

Besonders auffallend und zweifellos sehr wirksam ist die äußerst geschickte Propaganda, die durch Radio, Aufschriften, Wandzeitungen, Karikaturen und sonstige Hilfsmittel in allen Betrieben für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Werks und für die Erfüllung des Fünfjahresplanes getrieben wird. In dieser Bezie-hung können wir viel von den Russen lernen.

c) Truppe.

Wenn man bei dem Besuch der Fliegerschule Katscha bei Sewastopol auch den Eindruck hatte, dass der deutsche Besuch eingehendst vorbereitet war und alle sich bietenden Bilder gestellt waren, so kann das Urteil über diese Schule nur das allerbeste sein. Kommandeure – in Sonderheit der Leiter Orlowskij – wie Truppe machten einen frischen, schneidigen und strammen Eindruck. Unterbrin-gung sauber und bequem, Unterrichtsraum gut ausgestattet, Ordnung in den tech-nischen Arbeiterräumen, Vorsicht im Flugbetriebe, Lust und Interesse bei der Truppe, alles in allem überraschend guter Eindruck.

Nicht den gleichen Eindruck hatte man von den Angehörigen der Roten Armee im Straßenbilde. Uniform meist stark abgenutzt und verschmutzt, Auftreten wenig militärisch. Die Angehörigen der Schwarz-Meer-Flotte fielen dagegen durch guten Anzug und besseres Benehmen angenehm auf.

d) Straßenbild, Zustand der Straßen und Eisenbahnen pp.

Das Straßenbild war in allen Orten bis auf Charkow trostlos. Eine große Menge Menschen auf den Straßen, die Bekleidung völlig zerschlissen und verschmutzt, besonders viel bettelnde Frauen, in den Straßen und vor allem in der Nähe der Bahnhöfe herumliegende völlig verhungerte Gestalten, die elektrischen Bahnen in verschmutztem Zustande und völlig überfüllt, kurzum ein völlig gegensätzliches Bild zu den Eindrücken, die man in den großen Rüstungsbetrieben erhält. In Charkow war der Einfluss der zahlreichen gut beschäftigten großen Industriebetriebe augenscheinlich. Die Stadt machte einen erheblich saubereren und freundlicheren Eindruck, die Masse der Bevölkerung war besser gekleidet und auch die Läden waren besser beschickt.

Die Bestellung der Äcker in der Ukraine ist ziemlich weit vorgeschritten, im Übrigen machte aber die Bauernschaft einen trostlosen und verhungerten Eindruck.

In den Kurorten der Krim herrschten der Rotarmist und der Arbeiter und gaben dadurch dem Kurleben ein ungewöhnliches Gepräge.

Straßennetz im Allgemeinen sehr schlecht. Auf den großen Durchgangsstraßen findet man kurze Strecken, die instand gesetzt sind, der größere Teil indessen ist auch hier völlig ausgefahren und birgt metertiefe Löcher.

Der Eisenbahnverkehr war, soweit es übersehen werden konnte, leidlich in Ordnung. Bei der Rückfahrt lag zwischen Witebsk und Bigossowo ein entgleister Schnellzug, dessen Pack- und Schlafwagen völlig zerstört waren. Das Unglück muss kurz vorher geschehen sein.

Auffallend war der sehr starke Güterverkehr besonders auf der Strecke Moskau – Charkow – Donjetzgebiet. Obwohl eine große Zahl verschiedener Züge benutzt wurde, sind nennenswerte Verspätungen nicht beobachtet worden.

Die Hauptstrecke durch das Donjetzgebiet soll jetzt viergleisig ausgebaut werden.

[...]¹¹

VI. Besondere Beobachtungen.

Ganz besonders auffallend war das große Interesse, das sämtliche führenden Persönlichkeiten der Roten Armee für die Technik bekunden. Der Chef des Generalstabes¹² äußerte sich dahin, dass der kommende Krieg ein Krieg der Motoren (Flugzeuge und Tanks) und der Chemie würde, und dass der Staat siegen würde, der in der Technik am fortgeschrittensten sei und der die meisten technischen Waffen ins Feld führen könne.

Diese Einschätzung der Technik für die Kriegführung kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass der Chef des Wa. A. grundsätzlich der Vertreter des Volkskriegskommissars sein soll, und dass keine Entschlüsse für die Kriegführung ge-

¹¹ Der Teil „V. Kurze Charakteristik der gesehenen Industriebetriebe“ (Bl. E 579411–579416) wird hier nicht abgedruckt.

¹² Aleksandr Il'ič Egorov.

fasst werden, ohne dass der Chef des Wa. A. vorher eingehend gehört ist. Jegoroff und Tuchatschewski äußerten sich beide dahin, dass man im Zeitalter der Technik diese auch in der Kriegführung in den Vordergrund stellen müsse.

Die Weisungen für die Rüstung gehen vom Volkskriegskommissar aus, und zwar für den materiellen Teil an den Chef des Wa. A., der zusammen mit den technischen Trusts für diesen Teil die volle Verantwortung trägt.

Der Chef der Hauptverwaltung Feldmann erklärte, dass die Sowjet-Union z. Zt. auf große Manöver verzichten müsse, da sie im Verhältnis zum Erfolge zu viel Geld verschlängen, und da man jeden Rubel der materiellen Rüstung zuführen wolle.

In Bewaffnungsfragen brachte Herr Tuchatschewski folgende Ansicht zum Ausdruck:

Die beste Waffe gegen feindliche Tanks ist der eigene Tank. Man brauche 3 Arten von Tanks, schnell fahrende leichte Aufkl. Tanks, mittlere und schwere Kampftanks. Die Hauptwaffe für alle Tanks sei die 4,5 cm Tankkanone, die mit Panzermunition gegen Tanks, mit Sprengmunition gegen Truppen, M.G. Nester pp. wirkt. Die 3,7 cm Waffe sei nicht nur wegen der nicht ausreichenden Durchschlagskraft gegen Panzer abgelehnt worden, sondern in der Hauptsache deswegen, weil ihre Sprenggranate zu wenig wirkungsvoll sei.

Auf einen Ankauf des deutschen Kleintraktors Krupp legte Herr T. keinen Wert mehr, da die Russen anscheinend eine andere Konstruktion erworben oder selbst gebaut haben.

Als mittlerer Tank wird anscheinend eine Vickers-Konstruktion nachgebaut, als schwerer Tank ist ein 30 t Tank vorhanden.

Eine Besichtigung des Tankbaus durch Sachverständige des Wa. A. anlässlich der Durchreise nach Kama wurde von Herrn Tuchatschewski zugesagt.

Das 4,5 cm Tankgeschütz wird demnächst mit Spreizlafette auch als Tankabwehrgeschütz eingeführt.

In der Flugzeugbewaffnung steht Herr Tuch. auf dem Standpunkt, dass für die großen Kampf- und Bombenflugzeuge die 2 cm Waffe nicht genügt, sondern dass man Türme mit 3,7 cm Geschützen brauche, da das 2 cm Geschoss gegen die Metallkonstruktion nicht die genügende Wirkung habe.

In der Flugzeugfabrik Dux sahen wir eine Jagdmaschine mit 4 Zwillings M.G., je 1 am Motor, auf den beiden Flügeln und am Drehkranz des zweiten Sitzes. Es soll sich dabei um eine Versuchsmaschine handeln.

Im Vordergrund der Luftrüstung steht z. Zt. anscheinend die stark bewaffnete Bombenmaschine. Im Institut Zagi war ein Bomber zur Prüfung von 17½ t Gesamtgewicht, 6 t Zuladung, 5 Motore, 236 km/Std.-Geschwindigkeit, Ganzmetallkonstruktion. Einzelheiten über die bei Dux im Bau befindlichen Flugzeuge s. Anlage 3.

In der Frage der Umstellung der Industrie für den Ernstfall sind anscheinend bisher noch keine Vorbereitungen getroffen, und man hatte den Eindruck, dass auf diesem Gebiet noch großes Interesse besteht für die deutschen Vorarbeiten.

Sehr planmäßig und energisch wird aber die Rückverlegung der Rüstungsindustrien in das Innere des Landes betrieben, was besonders durch den Aufbau der neuen Industriezentren an Dnjepr und Donez, an der Wolga und im Ural erkennbar ist.

Ebenso planmäßig erfolgt die Schaffung von gesicherten Kraftquellen, wie wir sie in den Wasserkraftwerken am Swir bei Leningrad, im Schatura Werk bei Moskau, am Dnjepr, an der Wolga, im Ural und im Kaukasus und bei Taschkent in Turkestan finden.

Während der Industrie-Besichtigungsreise wurden außerdem noch nachstehende Beobachtungen und Feststellungen militärischer Art gemacht:

a) Garnisonen:

Saporoshje (Alexandrowsk): Schützen-Regiment 90

Kav.Brigade 10

Verbände der G.P.U. mit Nr. 27 und 28

Sewastopol:

Schützen-Verbände mit den Truppenbezeichnungen „7. selbst. Schützenbatl.“ und „7.p.“, Verbände der G.P.U. mit Nr. 12, Verbände der Marine mit folgenden Bezeichnungen auf den Mützenbändern: „Küstenschutz“ und „Seegrenzschutz der O.G.P.U.“

Seefliegerstation mit einigen Dornier-Wal-Flugzeugen. Im Kriegshafen festgestellt: „Tschernowaja Ukraina“, „Krassnyj Kawkass“, „Profintern“.

Landfliegerschule für Flugzeugführer in Katscha

nörtl. Sewastopol:

1½-jähriger Kursus, 1800 Mann Stärke (davon 870 Kursanten), 187 Flugzeuge „U 1“ und „U 2“ sowie „R 1“. Besondere Wachtkompanie in Flieger-Uniform, jedoch nur infanteristisch ausgebildet und für Wacht- sowie für Arbeitsdienst bestimmt.

b) Befestigungen:

Auf der Halbinsel Chersones, 2 km südwestl. Sewastopol, befinden sich zahlreiche neuzeitliche Befestigungsanlagen. Über Besatzung und Bestückung konnte nichts Näheres festgestellt werden.

c) Industrieschutz:

Alle Rüstungsbetriebe werden nicht durch den „militärischen Industrieschutz“, sondern durch besondere Abteilungen der G.P.U. bewacht.

d) Besoldung:

Nach Äußerungen des russischen Begleitkommandeurs Schrott hat die letzte Gehaltserhöhung ein Ausmaß von 80–90% gehabt. Er bezifferte das augenblickliche Gehalt eines Regimentskommandeurs mit 400 Rubel. Das Höchstgehalt soll z. Zt. 800 Rubel betragen. Für alle technischen Waffen und für Dolmetscher sind außerdem besondere Zulagen vorgesehen.

Die Preise in den „geschlossenen Militär-Kooperativ“ seien wenig höher als in den Torgsin-Läden. Sie setzen die Kommandeure sehr wohl in die Lage, mit ihrem Gehalt gut auszukommen.

VII. Schlussurteil.

1.) Irgendwelche Anzeichen, dass das Sowjetsystem als Folge der zweifellos in Russland herrschenden Hungersnot gestürzt werden könne, haben sich nirgends gezeigt. Dem Rotarmisten und dem Arbeiter der großen Betriebe geht es verhältnismäßig gut, und der Wille, sich durchzusetzen bzw. durchzuhungern, ist überall vorhanden.

2.) Die neu geschaffene Rüstungsindustrie macht einen überraschend guten Eindruck. Im Großen wird Sowjetrussland sein Ziel, sich rüstungstechnisch vom Auslande unabhängig zu machen, erreichen. Man kann annehmen, dass dieses Ziel mit Ausnahme von wenigen hochwertigen Spezialindustrien im nächsten Jahrzehnt erreicht wird.

3.) Für die Durchführung dieses Planes werden sich für die deutsche Industrie noch erhebliche Absatzmöglichkeiten eröffnen, da es sicherlich noch verschiedene Jahre dauern wird, bis Sowjet-Russland in der Lage ist, sich eigene Maschinen pp. in der notwendigen Güte zu fertigen. Das Überwiegen deutscher Maschinen in den meisten Betrieben und die Gewohnheit, mit deutschen Maschinen und deutschen Sachverständigen zu arbeiten, werden den Absatz der deutschen Industrie zweifellos erleichtern.

4.) In der übrigen Industrie wird Russland vorerst kaum als Konkurrent von Deutschland auftreten, da der eigene Bedarf so enorm groß ist, dass er mit den vorhandenen Produktionsstätten wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus noch nicht gedeckt werden kann.

5.) Der Aufbau einer planmäßigen und erfolgreichen Wirtschaft in Sowjetrussland steht und fällt mit dem Verkehrsproblem. Ehe nicht dieses durch großzügigen Ausbau der Eisenbahnen und Wasserwege gelöst ist, wird Russland in die Weltwirtschaft nicht erfolgreich eingreifen können.

6.) Eine Zusammenarbeit mit der Roten Armee und der sowjetrussischen Rüstungsindustrie ist bei dem Ausmaß der russischen Pläne und bei der dargelegten Energie ihrer Durchführung nicht nur aus wehrpolitischen, sondern auch aus rüstungstechnischen Gründen dringend erwünscht¹³.

Bockelberg

Verteiler:

Rw.Minister	1
Chef H[eeres]L[eitung]	1
Ausw. Amt (über T 3) ¹⁴	1
Luftministerium (L.A.)	1
Chef Wa. A.	1
Chef T.A.	1
Chef. We. A.	1
Chef P[ersonal]A[mt]	1
Marine Ltg.	1
T 3	1
Oberst Hartmann	1
Hauptmann Krebs	1
Stabschef Wa. A.	1
Wa. Stab III (zum Umlauf bei N, Chefig)	1
Wa[ffen] Pr[üf]w[esen]	1

¹³ Zu den auf geheimdienstlichen Wege erhaltenen und von Berzin am 26. 9. 1933 an Vorošilov geschickten Auszügen aus dem Bericht von Bockelbergs über die Reise in die UdSSR vgl. D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 314–315. Das im RGVA (f. 33987, op. 3, d. 505) befindliche Dokument ist bis heute nicht desekretiert.

¹⁴ Der Text „Ausw. Amt“ ist unterstrichen und die Klammer handschriftlich eingefügt.

Wa. B[eschaffungsdienststelle]	1
W[ehrw]i[rtschaftliche] Abt.	1
Leiter H[eeres]T[echnisches]B[üro]	1
Reserve	2
Zus.	20 Exempl.

Eigenhändige Unterschrift; auf dem ersten Blatt Stempel: Geheim!

PA AA, R 31690, Bl. E 579399–579423.

Nr. 113

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Präsidenten der Allunionsakademie für Agrarwissenschaften Burskij

Persönlich. Ganz geheim
Expl.Nr. 2

1289

15. Juni [1933]

An den
Stellvertretenden Vorsitzenden der Lenin-Akademie für Agrarwissenschaften
Gen. BURSKIJ

Verehrter Genosse,

ich übersende Ihnen in Kopie das Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung, Gen. Štern¹, das Ihre Reise nach Berlin betrifft, wo Sie auf der europäischen Session der Konferenz der Internationalen Assoziation für Agrarwirtschaft einen Vortrag halten sollen.

Ich stimme mit Gen. Štern vollkommen überein, dass es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Deutschland weder angebracht ist, dass Sie nach Berlin fahren, noch dass Sie dort einen Vortrag halten. Im vergangenen Jahr wäre uns ein ähnlicher Auftritt von Nutzen gewesen, obgleich es auch damals unerwünscht gewesen wäre, im Umfeld von uns feindlich gesonnenen Korreferenten aufzutreten. In diesem Jahr kann jedoch Ihr Vortrag keine positive Wirkung haben, dagegen wären Skandale und feindliche Ausfälle sowohl an Ihre als auch an unsere Adresse unvermeidlich.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in] 16. VI.
Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1209 vom 11. 6. 1933.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl., Kopie an die 2. Westabt[eilung].*

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 244. Kopie.

¹ Im Vorgang nicht vorhanden.

Nr. 114
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Persönlich
Expl. Nr. 6

1305

19. Juni [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

wir haben hier noch nicht erörtert, wie wir auf die Londoner Erklärung der deutschen Delegation reagieren wollen¹. Da sich Dirksen² für heute bei mir angekündigt hatte (das Treffen war auf seine Initiative noch vor den Londoner Vorkommnissen anberaumt worden), habe ich Vjačeslav Michajlovič³ angerufen und mit ihm vereinbart, von Dirksen in entschiedener Form eine Erklärung zu fordern.

All dies habe ich, wie Sie aus der heute abgeschickten Aufzeichnung der Unterredung ersehen können, auch getan. Dirksen nahm meine Demarche sehr ernst auf und hat sogar beschlossen, seine seit langem geplante partie de plaisir nach Estland und Finnland abzusagen.

Mein Gespräch habe ich Ihnen telegrafisch übermittelt. In dem gleichen Telegramm habe ich Ihnen vorgeschlagen, da bei uns noch keine Erörterung stattgefunden hat und kein Beschluss gefasst worden ist, keine speziellen Demarchen zu machen. Falls Sie sich aber zuvor mit Neurath, Bülow oder mit einem anderen bis dahin treffen sollten, wird es für Sie unangenehm sein zu schweigen. Dann müssen Sie ungefähr das sagen, was ich Dirksen gesagt habe, als ich meine Ausführungen damit beendete, dass wir eine Erklärung erwarten, um die ich Dirksen gebeten habe. Falls jemand von den befreundeten Diplomaten Sie fragen sollte, wie wir auf das Memorandum der deutschen Delegation reagiert haben, müssen Sie erstens auf das Interview von M. M.⁴ und zweitens darauf verweisen, dass wir über die deutsche Botschaft in Moskau eine Erklärung angefordert haben.

Ich hoffe jedoch, dass Sie gleichzeitig mit diesem Brief noch telegrafisch Instruktionen erhalten werden.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

¹ Gemeint ist der Entwurf der Rede Hugenbergs auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London, das sogenannte Hugenberg-Memorandum, der von Hugenberg dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses der Konferenz Colijn zugeleitet wurde. Der Text wurde mit geringfügigen Änderungen unter der Überschrift „Dr. Hugenberg über wirtschaftspolitische Thesen“ am 16. 6. 1933 von WTB veröffentlicht. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 312, S. 557–562.

² Vgl. Dok. 115, 116.

³ Molotov.

⁴ Vgl. „Zajavlenie tov. Litvinova korrespondentu „Pravdy““ (Erklärung des Gen. Litvinov gegenüber dem Korrespondenten der „Pravda“). In: Pravda vom 19. Juni 1933, S. 1.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Šejn[in], 20. VI. 33.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1223 vom 20. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Kopien an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabt[eilung].

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 245. Kopie.

Nr. 115

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Tagebuch

N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN, 19. 6. 1933

Dirksen hatte sich vor zwei Tagen bei mir zum Empfang eingeschrieben, noch bevor wir die Nachricht von dem Memorandum Hugenbergs¹ erhielten. Auf dem gestrigen Empfang in der französischen Botschaft hat Dirksen mit Genossen aus der Presseabteilung des NKID über das in der „Pravda“ am Tag zuvor veröffentlichte antisowjetische Interview des deutschen Botschaftssekretärs in London, Bismarck², gesprochen. Dirksen erklärte, dass hier ein Missverständnis vorliege, nicht der Botschaftssekretär Bismarck habe das Interview gegeben, sondern ein anderer, wenig bekannter Bismarck, der zusammen mit Rosenberg nach London gereist sei. Die Genossen erklärten ihm, dass das Interview, egal, wer es gegeben hat, im Vergleich zu den letzten Reden der deutschen Delegation blass erscheine. Dirksen machte große Augen und fragte, worum es ginge. Die Genossen hatten den Eindruck, dass er tatsächlich nichts wusste. Wenn er etwas gewusst hätte, dann hätte er jedenfalls nicht das Interview angesprochen. Doch nach dem gestrigen Gespräch hätte er sich bereits mit Berlin in Verbindung setzen müssen.

1. Als Dirksen eintrat, sagte er, er reise übermorgen auf Einladung von Seljamaa und Koskinen mit einer Exkursion von Mitgliedern des Moskauer diplomatischen Corps nach Reval und Helsingfors. Die Exkursion werde mindestens eine Woche dauern, und vor der Abreise komme er zu mir, um sich zu verabschieden und mit mir einige aktuelle Dinge zu besprechen.

2. Ich sagte Dirksen, obgleich die Initiative für das heutige Treffen bei ihm liege, sähe ich mich gezwungen, mit ihm eine sehr unangenehme Frage zu besprechen. Während meiner 13jährigen Arbeit auf dem Gebiet der sowjetisch-deutschen Beziehungen – neun Jahre in Berlin und bereits fast drei Jahre hier – hätte ich noch kein einziges Mal über eine derart unangenehme Sache sprechen müssen. Ich meine das schrill antisowjetische Auftreten der deutschen Delegation in London.

¹ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

² Vgl. „Intervencionistskie plany germanskich fašistov. Interv'ju pervogo sekretarja germanskogo posol'stva v Londone grafa Bismarka“ (Interventionistische Pläne der deutschen Faschisten. Interview des ersten Sekretärs der deutschen Botschaft in London Graf Bismarck). In: Pravda vom 17. Juni 1933, S. 4.

Vor zwei Tagen³ habe der Leiter der Delegation, Hugenberg⁴, dem Vorsitzenden der Konferenz oder dem Leiter der Wirtschaftskommission der Konferenz, dies wisse ich nicht genau, ein Memorandum überreicht, in dem Pläne für eine Kolonisierung des südlichen Teils Russlands und Osteuropas insgesamt dargelegt werden, wobei zugleich das Ziel gesetzt werde, der bis jetzt in der UdSSR herrschenden Revolution ein Ende zu bereiten. Obwohl die deutsche Delegation nun darum bemüht sei, Hugenberg zu desavouieren und sich von seinem Memorandum zu distanzieren, stelle sich mir das persönlich so dar, dass das Memorandum einen durchaus offiziellen Charakter trage, weil erstens dies Hugenberg selbst in dem Interview vor seiner Abreise aus London⁵ erklärt habe, und zweitens der gesamte Ideenkreis des Memorandums nicht der Ideenkreis von Hugenberg selbst sei, sondern der Ideenkreis von Rosenberg und anderen Führern der Nationalsozialisten. Deshalb trage die deutsche Regierung die Verantwortung für das Memorandum. Der Inhalt des Memorandums stehe in so einem krassen Widerspruch zum Berliner Vertrag und zu den zwischen der UdSSR und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, dass die deutsche Regierung uns eine Erklärung zu dieser Rede schulde.

Dirksen sagte mir, dass er erst gestern auf dem Empfang bei den Franzosen von dieser Geschichte erfahren und aus Berlin Informationen angefordert habe⁶, bisher sei jedoch nichts eingetroffen. Sobald sie vorliegen, werde er mich aufsuchen und mir die von mir geforderte Aufklärung geben⁷.

3. Sodann kam Dirksen auf die aktuelle Frage der Schiffslinien zwischen Leningrad, Stettin und Hamburg zu sprechen. Ich sagte, dass unser Beschluss, den gemeinschaftlichen Betrieb dieser Linien nicht fortzusetzen, endgültig sei⁸, doch wenn er mich schon danach frage, würde ich mich nochmals für diese Fragen interessieren und ihm sagen, ob es einen Sinn habe, noch weitere Verhandlungen zu diesem Thema zu führen.

4. Danach ging Dirksen zu politischen Fragen über. Er sprach über die Rede Litvinovs in London, über die Kleine Entente, über Italien, und in diesem Kontext sprach er davon, dass unsere Presse in einem scharfen Ton über antisowjetische anglo-deutsche Pläne schreibe.

Solange das Gespräch noch nicht auf unsere Presse kam, habe ich in knappen, allgemeinen Zügen geantwortet; an dieser Stelle angelangt, führte ich aus, dass ich

³ Am 16. 6. 1933.

⁴ Leiter der deutschen Delegation auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London war von Neurath.

⁵ Vor seiner Abreise aus London gab Hugenberg am 17. 6. 1933 ein Interview. Darin hieß es: „Anscheinend von marxistisch-bolschewistischer Seite werden in die englische Presse falsche Nachrichten über die deutsche Delegation lanciert. Es sollen angeblich Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Delegation vorhanden sein. Es wird insbesondere versucht, solche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich meiner gestern dem Herrn Präsidenten des wirtschaftlichen Ausschusses [Colijn] überreichten Ausführungen zu konstruieren. Herr Litwinow polemisiert in einem Interview gegen die deutsche Denkschrift, bemerkt aber selbst, dass er sie nicht gelesen habe. Er deutet ebenso wie eine hiesige Zeitung, die sich mit den deutschen Regierungsverhältnissen beschäftigt, auf angeblich gegen Russland gerichtete Pläne hin, von denen in dem Memorandum auch nicht im entferntesten die Rede ist.“ In: Die Regierung Hitler. Teil I, Bd. 1, Dok. 166, Anm. 14, S. 580.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 325, Anm. 1, S. 576.

⁷ Zur Wiedergabe dieses Teils der Unterredung vgl. Dok. 116. Zu der von Dirksen drei Tage später gegebenen Aufklärung vgl. Dok. 119.

⁸ Vgl. Dok. 92, Anm. 4.

es für vollkommen unangebracht empfinde, heute, noch vor dem Erhalt einer Antwort auf die von mir zu Beginn des ****Gesprächs****⁹ gestellte Frage, über unsere Presse zu sprechen. Denn wenn die Rede der deutschen Delegation in London tatsächlich stattgefunden und jenen Charakter getragen habe, wie ich ihn beschrieben hätte, so bedeute dies, dass die pessimistischsten Befürchtungen unserer Presse in Bezug auf Deutschland in Wirklichkeit 10 Mal schlimmer seien.

Dirksen setzte unverzüglich eine ernste Miene auf und sagte, dass er mit mir vollkommen übereinstimme, er unverzüglich den Kontakt mit Berlin aufnehmen werde und die Reise nach Estland absage. Er hoffe, sehr bald zu mir kommen zu können, um mir erschöpfende und zufriedenstellende Erklärungen abzugeben.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Šejn[in], Gen. Lev[in]. 20. VI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1224 vom 20. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], nach Berlin, an die 2. Westabteilung.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 248–246. Kopie.

Nr. 116

Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA von Bülow

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 19. Juni 1933

Ankunft: 20. Juni 2.20 Uhr

Cito!

Nr. 134 vom 19. 6.

W. 4122

Im Anschluss an Telegramm Nr. 132 vom 18. 6.¹

Für Herrn Staatssekretär² persönlich.

Gelegentlich meines heutigen Besuchs bei Krestinski³ in Verbindung mit den laufenden Fragen begann dieser sofort ernste Unterhaltung über angebliches Memorandum des Herrn Reichsministers Hugenberg⁴. Krestinski, der seine Ausführungen mit den Worten einleitete, dass er in den zwölf Jahren seiner Betätigung in deutsch-russischen Angelegenheiten noch nie eine so schwerwiegende und unangenehme Frage zu erörtern gehabt hätte, sagte, die Sowjetregierung habe zunächst

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Am Seitenrand handschriftlich: W 4054. Von Dirksen bat in diesem Telegramm um Hintergrundinformationen zu den Aussagen Hugenbergs auf der Weltwirtschaftskonferenz; vgl. PA AA, R 118564, Bl. E 652588.

² Bernhard von Bülow.

³ Vgl. Dok. 115.

⁴ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

vermutet, dass Reichsminister Hugenberg sein Memorandum ohne Billigung deutscher Gesamtdelegation verfasst hätte. Auch das wäre bedeutungsvoll genug gewesen. Nach einer der Tel[egraphen]-Union abgegebenen Erklärung des Reichsministers Hugenberg habe aber Memorandum Billigung der Reichsregierung. Die Sowjetregierung stehe somit vor der Tatsache, dass die Reichsregierung sich Denkschrift zu eigen gemacht habe, die die Sowjetunion unmittelbar angreife und schädliche und feindliche Vorschläge enthalte. Das Memorandum schlage Gewährung von Siedlungsraum an Deutschland in Osten Europas vor. Diese Kombination könne nur zu Lasten Russlands gehen. Trotz freundschaftlicher Erklärungen maßgebender deutscher Persönlichkeiten müsse die Sowjetregierung befürchten, dass sich die deutsche Regierung die Rosenbergschen Gedankengänge zu eigen gemacht habe.

Auf Grund tatsächlich und vertraglich zwischen beiden Staaten bestehender freundschaftlicher Beziehungen, in denen auch offene Aussprache über die politischen Absichten und Handlungen beider Kontrahenten vorgesehen sei, bitte er mich, eine Stellungnahme der Reichsregierung zu seinen Ausführungen herbeizuführen.

Ich erwiderte Herrn Krestinski, dass die bisher vorliegenden Meldungen offensichtlich unvollständig und entstellt seien. Ich zweifle nicht daran, dass Kenntnis vollen Wortlauts des Memorandums die Befürchtung der Sowjetregierung zerstreuen würde. Aus den Mitteilungen Krestinskis sowie aus einer Reihe anderer Anzeichen habe ich Eindruck, dass in hiesigen maßgebenden Kreisen große Bestürzung, Entrüstung und Unsicherheit über weitere Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion herrscht. Ich wäre daher für genaue Mitteilung des aus der hiesigen Presse nicht ersichtlichen Sachverhalts dankbar und bitte, mich zur Abgabe entsprechender Erklärung zu bevollmächtigen⁵.

Volle Wirkung würde solche Erklärung erst durch darauf folgende amtliche Veröffentlichung erhalten.

Falls hiesige Behauptung zutrifft, Reichsminister Hugenberg habe Siedlungsraum im Osten beziehungsweise wirtschaftliche Betätigung Deutschlands im Osten zur Behebung deutscher Raumnot verlangt, erbitte Weisung, welche praktischen Vorschläge wir zur Verwirklichung dieses Prinzips im Auge haben.

Von dem Inhalt des mit Pressetelegramm Nr. 133 vom 19. Juni⁶ gemeldeten Leitartikels der „Prawda“⁷ hatte ich wegen verspäteten Erscheinens der Zeitung bei meiner Unterhaltung mit Krestinski noch keine Kenntnis.

Stempel: Ganz Geheim!; Stempel: Arbeitsexemplar! Bei W eintragen. Verteilerschlüssel: An RP, RK, RM, Min Dir. Köpke, Gaus, Ritter, Dieckhoff, Frhr. v. Grünau, Meyer, St.S. Funk. Davon sind mit Haken abgezeichnet: R. M., Köpke, Ritter, Meyer; die anderen sind durchgestrichen; darunter Paraphe von B[ülow]s 20/6.

PA AA, R 118565, Bl. E 652613–652614.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 325, S. 576–577.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 327, S. 579.

⁶ Vgl. PA AA, R 118565, Bl. 652605.

⁷ „Don-Kichoty našego vremeni“ (Die Don Quichotten unserer Zeit). In: Pravda vom 19. Juni 1933, S. 1; darin heißt es u. a.: „Hugenberg hat nur ausgesprochen, worüber die gegenwärtig Regierenden in Deutschland träumen, wonach sie streben, was ihr Programm ist.“

Nr. 117

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID

Ganz geheim

Auszug aus dem Protokoll Nr. 20 der Sitzung des Kollegiums des NKID
vom 20. VI. 1933.

GEHÖRT: 3. DEUTSCHLAND: Hugenberg-Memorandum.

BESCHLOSSEN: 3. Gen. Chinčuk ist zu beauftragen, formal den Protest¹ gegen das Memorandum Hugenbergs² zu erklären, indem er als Grund auf die Verletzung des Vertrages von 1926³ hinweist. Der Protest ist zu veröffentlichen⁴.

Die Frage ist vorab der Regierung zur Prüfung vorzulegen⁵.

Krestinskij

Kopie: an Gen. Štern.

Unten rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1234 vom 21. 6. 1933.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 19. Kopie.

Nr. 118

Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 22. Juni 1933

Tgb. Nr. A/1245

An das

Auswärtige Amt

Berlin.

Durchschlag

Politischer Bericht

Inhalt: Das Hugenberg-Memorandum und die Sowjetöffentlichkeit.

I. Der Tatbestand.

II. Beweggründe für die Pressehetze.

III. Stellungnahme deutscher Öffentlichkeit.

I.

Die durch das Hugenberg-Memorandum hervorgerufene erneute Trübung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen verdient eine eingehendere Würdigung,

¹ Vgl. Note Chinčuks vom 22. 6. 1933 an von Bülow. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 331, Anlage, S. 586; DVP, Bd. XVI, Dok. 189, S. 359–360. Ins Deutsche übersetzter Text der Note auch in: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 99–100.

² Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

⁴ Vgl. „Nota polpreda SSSR v Germanii t. Chinčuka germanskomu ministerstvu inostrannyh del“ (Note des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland Gen. Chinčuk an das deutsche Außenministerium). In: Izvestija vom 24. Juni 1933, S. 1.

⁵ Vgl. Dok. 123.

nicht nur weil bei dieser Gelegenheit ohne sachlichen Anlass von der Sowjetöffentlichkeit in einer bisher noch nicht beobachteten Schärfe eine Pressehetze gegen Deutschland entfacht worden ist, sondern auch weil die Hintergründe dieses Verhaltens für die gegenwärtige sowjetische Mentalität bezeichnend sind.

Zunächst der Tatbestand: Der Wortlaut des Memorandums des Reichsministers Hugenberg wurde am Freitag, den 16. Juni 1933, durch WTB der Presse übergeben. Schon am 17. Juni wandte sich die deutsche Presse gegen die Tendenzen von Teilen der englischen und französischen Presse, das Memorandum in ein antisowjetisches Dokument umzufälschen.

Bis zum Montag, den 19. Juni, früh hat weder TASS noch Sowjetpresse zu dem Hugenberg-Memorandum Stellung genommen. Erst am 19. Mittag – also an einem Augenblick, wo der authentische Wortlaut des Memorandums nicht nur auf telegrafischem Wege, sondern auch durch die Post oder Flugpost in Moskau hätte bekannt sein müssen, – veröffentlicht die „Prawda“ ein scharfes und polemisches Interview Litwinows aus London¹ und bringt gleichzeitig einen Leitartikel², der an Gemeinheit der Sprache und Schärfe der Angriffe nicht zu überbieten ist. Am 20. folgt die gesamte übrige Sowjetpresse, einschließlich der Wirtschaftspresse.

Die Erregung und Wut, aus der heraus die Sowjetpresse schreibt, ist auf eine Entstellung und verfälschte Wiedergabe des Hugenberg-Memorandums zurückzuführen. Die Fälschung ist eine zweifache: Zunächst hatte das erste und bis zuletzt unberichtigte TASS-Telegramm aus London vom 17. Juni mit der Feststellung begonnen, dass das Memorandum des Reichsministers Hugenberg gefordert habe, „das Territorium der UdSSR und Osteuropas müsse für Kolonisation zugänglich gemacht werden“.

Die zweite Fälschung bestand darin, dass sowohl das TASS-Telegramm wie die übrigen Berichterstatte der Sowjetblätter aus London den folgenden Satz im letzten Absatz des Memorandums wegließen: „Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzutreten, ist sie durch künstliche Auspowerung der konsumfähigsten Kulturländer der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben.“ Durch Weglassung dieses Satzes wurde die Feststellung des Reichsministers Hugenberg, dass Krieg und Revolution in Russland ihren Ausgang genommen haben, in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schlusssatz des Memorandums gebracht, der feststellte, dass dieser zerstörende Vorgang einstweilen noch weiterlaufe und dass es gelte, ihn abzustoppen.

II.

Die Wiedergabe der zeitlichen Aufeinanderfolge der Ereignisse und der Anwendung der Fälschungsmethoden ist erforderlich gewesen, um sich darüber klar zu werden, dass diese Pressehetze gegen Deutschland mit vollem Vorbedacht und gegen besseres Wissen losgelassen worden ist. Es handelt sich hier also um einen politischen Vorgang, dessen Gründe erforscht werden müssen, um sich sodann über die Folgerungen klar zu werden, die gegebenenfalls aus dieser Erkenntnis zu ziehen sind.

Der erste und wichtigste Grund für die verantwortlichen Anstifter dieser Aktion ist wohl das infolge der Wirtschaftslage und der Bedrohung durch Japan

¹ Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

² Vgl. Dok. 116, Anm. 7.

außerordentlich gesteigerte Schwächegefühl der Sowjetunion, das automatisch dem ständigen Gespenst aller Sowjetpolitik – der Interventionsangst – neues Leben verliehen hat. Es ist immer die Taktik der Sowjetregierung gewesen, diese Interventionsangst durch lautes Geschrei, durch weit hergeholte und ausgeklügelte außenpolitische Kombinationen zu bannen. Während des Abbruchs der Beziehungen mit England³ wurden Chamberlain, Churchill und Deterding als die Anstifter eines solchen Interventionsplanes geißelt; später der französische Generalstab; jetzt ist es Deutschland, dem man misstraut und aus dessen Fall man außenpolitische Riemen schneiden zu können glaubt.

Der zweite Beweggrund – dem ersten an Wichtigkeit nicht nachstehend – ist die ehrliche Angst, dass Deutschland doch mit der Sowjetunion brechen und in das Lager der antisowjetischen Kreise Frankreichs und Englands übergehen könne; das würde eine Verstärkung der antisowjetischen Tendenzen bedeuten, durch die die ganze Weltlage für die Sowjetunion – im Zusammenhang mit der japanischen Bedrohung – aufs höchste gefährdet würde. Die Sowjetöffentlichkeit hat die positiven Taten und Worte des neuen Reichskabinetts gern, aber doch mit Misstrauen entgegengenommen. Immer wieder fürchtete man, dass die interventionistische „Rosenbergsche“ Tendenz innerhalb der nationalsozialistischen Partei sich durchsetzen würde. Der Ausdruck dieser Furcht kommt in der jetzigen, zum Teil durch Panik verursachten Hetze zum Ausdruck.

Der dritte Beweggrund, der bei der Entfaltung der Hetze gegen das Hugenberg-Memorandum mitgesprochen hat, war der Wunsch der Sowjetregierung nach einem innenpolitischen Ablenkungsmanöver. Das steigende wirtschaftliche Elend, die Mängel der Industrieproduktion, die tiefe, stimmungsmäßige Depression, die über der Sowjetöffentlichkeit lastet – all das waren Gründe, um an die patriotischen Instinkte der Massen zu appellieren und ihre Blicke über die Grenzen der Sowjetunion hinauszulenken. Als Objekt für ein solches Ablenkungsmanöver schien Deutschland gut genug.

Als vierter Beweggrund, der sehr im Unterbewusstsein mitspielt, als dass er in der Presse zum unmittelbaren Ausdruck kommt, sind die starken Gegensätze ideeller und parteipolitischer Art, die zwischen dem gegenwärtigen Deutschland der nationalen Revolution und dem bolschewistischen Russland klaffen. Die hiesigen, rein parteimäßig eingestellten Kreise haben das völlige Verschwinden der kommunistischen Partei Deutschlands eben doch nicht verwinden können. Die Durchsetzung der nüchternen Trennung zwischen Parteipolitik und positiven, freundschaftlichen politischen Beziehungen lässt sich daher Deutschland gegenüber viel schwerer durchführen, als gegenüber der Türkei und Italien. Die kommunistische Partei in Deutschland bildete das Paradepferd der Komintern; und die Hoffnungen auf die Weltrevolution klammerten sich vor allem an Deutschland. Die innere Erbitterung über das Fehlschlagen dieser Hoffnungen, verstärkt durch die Ressentiments jüdischer Publizisten, ist noch zu groß, als dass sie sich nicht von Zeit zu Zeit ein Ventil suchen müsste.

III.

Es erhebt sich nun die Frage, in welcher Form deutscherseits auf eine so unerhörte und verlogene Pressehetze zu reagieren ist, durch die die politische Be-

³ Vgl. Dok. 64, Anm. 8.

deutung der sowjetisch-deutschen Beziehungen vor der Weltöffentlichkeit entwerdet und bloßgestellt wird. Nach wie vor möchte ich davon abraten (vgl. Berichte Tgb. Nr. A/1183 vom 13. Juni d. J.), diese Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zu führen. Wir verschaffen dadurch der Sowjetöffentlichkeit nur die gewünschte Welt-Publizität, ohne das sachliche Moment weiterzufördern. Es wird wirksamer sein, durch Verschärfung des Ernstes der Sprache gegenüber maßgeblichen Sowjetvertretern die Alternative klar zu machen, dass die Sowjetregierung entweder solche Pressemanöver und Beunruhigungen aufzugeben hat, oder dass sie auf eine Fortführung der bisherigen positiven Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion nicht mehr rechnen kann. Ich darf in dieser Beziehung auf meinen Bericht Tgb. Nr. A/1244 vom 22. Juni d. J.⁴ Bezug nehmen.

gez. von Dirksen

Auf dem ersten Blatt befinden sich die Stempel: A.A. eing. 30 Jun. 1933 sowie Doppel für Ländergruppe IV, die Ziffer ist handschriftlich eingefügt; an der Seite: D Warschau London Paris Rom M[eyer] sowie [Bearbeitung erfolgt durch W]; Mitte: H. Pfeleiderer, H. v. Stohrer, z.d.A. T[ippelskirch] 3/7. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 83395, Bl. H 045811–045816.

Nr. 119

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**

Geheim
Expl. 9

TAGEBUCH
N. N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS VON DIRKSEN, 22. VI. 33

1. Dirksen kam um vier Uhr zu mir. Die Visite war auf seine Initiative am Vorabend anberaumt worden. Er beabsichtigte, mir die Erklärungen zu geben, die ich von ihm bei seinem letzten Besuch angefordert hatte. Ich ergriff jedoch zuerst das Wort und sagte: Nach unserem letzten Gespräch, das am 19. Juni¹ stattgefunden hat, habe ich der sowjetischen Regierung die gesamten Fragen hinsichtlich des Memorandums der deutschen Delegation in London berichtet². Die Regierung hat beschlossen, unseren Botschafter in Berlin, Gen. Chinčuk, zu beauftragen, dem deutschen Außenminister von Neurath eine Protestnote gegen die im Memorandum enthaltenen Verstöße bezüglich der zwischen Deutschland und der UdSSR bestehenden Vertragsverpflichtungen zu überreichen³. Chinčuk hat mir heute

⁴ Vgl. Dok. 120.

¹ Vgl. Dok. 115, 116.

² Am 21. 6. 1933 wurde Krestinskij zu Stalin gerufen. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 102.

³ Vgl. Dok. 117, Anm. 1.

Morgen telefonisch mitgeteilt, dass Neurath noch nicht nach Berlin zurückgekehrt sei, und ich habe ihn bevollmächtigt, die Note Neuraths Stellvertreter, Staatssekretär Bülow, zu überreichen. Wahrscheinlich ist die Note zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits ausgehändigt worden⁴. Unabhängig von der Notenüberreichung in Berlin wurde ich beauftragt, Herrn Dirksen einzubestellen und ihm parallel die gleiche Demarche zu machen, die Chinčuk in Berlin macht, und ihm die Kopie der von Chinčuk überreichten Note auszuhändigen.

Danach übergab ich Dirksen den Text der Note, und verlas sie, wobei er den Text verfolgte. Nach Beendigung des Vortrags sagte ich: Die Tatsache der Überreichung der Note und deren Inhalt beweisen Ihnen, dass die sowjetische Regierung in höchstem Maße besorgt über die Aufnahme von gegenüber der UdSSR feindlichen Erklärungen in das Memorandum und über diesen Schritt Deutschlands erstaunt ist.

Dirksen sagte erregt, dass ihn unsere Entscheidung, eine Protestnote zu überreichen, noch bevor er die von ihm angeforderten Erklärungen abgeben konnte, außerordentlich verwundere. Seiner Meinung nach könnten wir uns unterdessen anhand dieser Erklärungen davon überzeugen, dass unsere Unruhe und Empörung unbegründet seien.

Ich antwortete, dass seine Erklärungen eine Vorstellung davon vermitteln, wie sich die deutsche Regierung gegenwärtig zur Aushändigung des Memorandums und jenen antisowjetischen Ideen verhalte, die in ihm enthalten sind. Doch seine Erklärungen könnten die Tatsache nicht ungeschehen machen, dass es im Memorandum Passagen gebe, die von unserer gesamten Öffentlichkeit und von der ganzen Welt als antisowjetische Vorschläge verstanden würden.

2. Danach ging Dirksen zu den Erklärungen über, deretwegen er zu mir gekommen war. Er begann damit, dass sämtliche Artikel in unserer Presse und unsere Note auf einer ungenauen Wiedergabe des Textes des Memorandums Hugenbergs basieren. Er händigte mir in deutscher Sprache die letzten zwei Absätze des Memorandums aus⁵. Er machte darauf aufmerksam, dass in den Telegrammen un-

⁴ Vgl. Dok. 121.

⁵ Der Text der zwei letzten Absätze des von der WTB übermittelten Memorandums A. Hugenbergs lautet: „Von Deutschland aus gesehen, gäbe es bei einer klugen und friedfertigen Zusammenarbeit zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern noch zwei vorurteilslose Schritte, durch die Deutschland wieder in seiner internationalen Zahlungsfähigkeit gehoben werden könnte. Der eine dieser Schritte bestände darin, dass man Deutschland wieder ein Kolonialreich in Afrika gäbe, von dem aus es in diesem ganzen neuen Kontinent große Arbeiten und Anlagen ausführe, die sonst unterbleiben würden. Der zweite Schritt wäre der, dass dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werte des Friedens aufbauen könnte.“

Denn es ist ja ein falscher Gesichtspunkt, wenn man davon redet, dass die Welt an Überproduktion leide – ebenso wie es falsch gesehen ist, wenn man sagt, dass der Grund der augenblicklichen Not in der Ausbreitung des Maschinenbetriebs liege. Wir leiden in Wahrheit nicht an Überproduktion, sondern an erzwungener Unterkonsumtion. Die wesentlichste Ursache der gegenwärtigen Zustände liegt im Ausfall der Kaufkraft, also der Konsumkraft. Krieg, Revolution und innerer Zerfall haben in Russland und in großen Teilen des Ostens den Anfang gemacht. Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzutreten, ist sie durch künstliche Auspowerung der konsumfähigsten Kulturländer der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben. Dieser zerstörende Vorgang läuft einstweilen noch weiter. Ihn gilt es abzustoppen.“ Die deutsche Fassung ist in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 312, S. 561–562; die russische Übersetzung vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 255. Die unterstrichenen Textpassagen kommen weder in der sowjetischen Protestnote noch in den verschiedenen Zeitungsveröffentlichungen vor, in denen auszugsweise aus dem Hugenberg-Memorandum zitiert wurde.

serer Korrespondenten aus London jener Teil der Textpassage ausgelassen worden ist, der zwischen der Stelle des Memorandums steht, wo von der Notwendigkeit gesprochen wird, Deutschland Gebiete für Siedlungen zur Verfügung zu stellen, und sich auf den Passus bezieht, in dem die Rede davon ist, dass „man diesem zerstörerischen Prozess ein Ende bereiten muss“. In dieser Auslassung heißt es, dass sich im Ergebnis von Krieg und Revolution und innerem Zerfall eine Verarmung und eine Verringerung der Kaufkraft in einer Reihe von Ländern, darunter auch in Deutschland, vollzogen haben. Deshalb bezieht sich die Formulierung über die Notwendigkeit, diesem zerstörerischen Prozess ein Ende zu bereiten, nach tiefer Überzeugung der deutschen Regierung und laut exaktem Text des Memorandums gerade auf diesen Prozess und nicht auf die Revolution in Russland. In dem Memorandum Hugenbergs ist nicht die Rede davon, auf dem Territorium oder überhaupt im Osten deutsche Kolonien zu schaffen. Hugenberg hat lediglich gesagt, dass dem Volk, dem der Raum genommen worden ist, Gebiete zur Verfügung gestellt werden müssen, wo es seine Siedlungen errichten und einer friedlichen Arbeit nachgehen könnte.

Die Interpretation der sowjetischen Presse und Öffentlichkeit erfolge so, als ob das Hugenberg-Dokument den Aufruf zum Überfall auf die UdSSR und überhaupt feindliche Vorschläge an ihre Adresse beinhalte. Sie erscheine der deutschen Regierung völlig unverständlich. Die Erwähnung von Russland und der Großräume im Osten in den letzten zwei Absätzen des Memorandums stehen in keinerlei Zusammenhang zur Frage des Siedlungsraumes. Dieser Zusammenhang sei künstlich durch die Deutschland feindliche Auslandspresse konstruiert worden, und das Auswärtige Amt drücke seine äußerste Verwunderung darüber aus, dass die sowjetische Presse entgegen dem klaren Text des Memorandums, der ihr aus der deutschen Presse und aus der offiziellen Wiedergabe durch die Nachrichtenagentur Wolff bekannt sein müsste, diese haltlose und falsche Interpretation übernommen hat.

Die Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR habe sich in keiner Weise verändert.

Der deutschen Regierung sei es äußerst unangenehm, dass unsere Presse, indem sie sich kritiklos die unglaublichen Meldungen der feindlichen Auslandsquellen zu eigen machte, mit einer ganzen Reihe von unerhört feindlichen Artikeln über Deutschland geantwortet habe.

3. Ich antwortete Dirksen Folgendes: Dem Standpunkt der deutschen Regierung zufolge enthält das von der deutschen Regierung in London überreichte Memorandum keine Ausfälle gegenüber der UdSSR und es ist völlig unverständlich, warum wir plötzlich Deutschland beschuldigen. Schuld ist somit nicht Deutschland, sondern wir sind schuld. In Wirklichkeit verhält sich die Sache aber genau umgekehrt. Die ideologischen Führer der Partei der Nationalsozialisten, die gegenwärtig die einzige Regierungspartei in Deutschland ist, haben während vieler Jahre den Plan des Vorrückens Deutschlands nach Osten und der Besiedlung eines bedeutenden Teils des Territoriums der UdSSR durch Deutsche entwickelt. In voller Übereinstimmung mit diesen althergebrachten politischen Plänen wird in dem Memorandum von der Notwendigkeit gesprochen, Deutschland neue, umfangreiche Gebiete zur Verfügung zu stellen, um dort deutsche Kolonien zu errichten. Weil von der Rückgabe der afrikanischen Kolonien an Deutschland zuvor, in ei-

nem anderen Punkt, ****gesprochen****⁶ wird, und weil die Forderung nach Bereitstellung von neuen Territorien nach einigen Sätzen kommt, wo über die Revolution und den Zerfall in Russland und über die Großräume des Ostens die Rede ist, ist jedem unvoreingenommenen Leser des Memorandums klar, dass die Autoren die Absicht im Auge hatten, Territorien der UdSSR und anderer östlicher Länder für die Kolonisierung zu gewinnen. So wurde dieses Memorandum nicht nur von uns, sondern auch von der ganzen Welt verstanden.

Unabhängig davon, dass der Text des Memorandums in dieser Hinsicht keinen Zweifel zulässt, bestätigt das ganze weitere Verhalten der deutschen Delegation und der deutschen Regierung, dass das Memorandum uns gegenüber feindliche Ziele verfolge. Als wir uns sofort nach der Veröffentlichung des Memorandums an die Konferenzorgane mit der Bitte gewandt haben, uns das Memorandum auszuhändigen, erhielten wir die Antwort, dass das Memorandum von der deutschen Delegation zurückgezogen worden sei. Der deutsche Botschafter in London, Hoesch, sagte im Gespräch mit Vertretern unserer Delegation, das Memorandum sei kein offizielles Dokument der Delegation, sondern widerspiegele allein die Auffassung Hugenbergs. Die Zurücknahme des Memorandums und der Versuch, die Verantwortung für das Memorandum einzig und allein auf Hugenberg abzuwälzen, zeigt deutlich, dass selbst die deutsche Delegation uns gegenüber nicht die Verantwortung für die im Memorandum enthaltenen Gedanken übernehmen will.

Wir haben das Memorandum richtig verstanden und es ist richtig, dass wir protestieren.

4. Dirksen sagte, dass er überhaupt nicht die Bezugnahme auf den inoffiziellen Charakter des Memorandums verteidige. Er persönlich meine, dass dieses Memorandum ein unnötiges, unvernünftiges Dokument sei. In Deutschland gebe es noch sehr viele unberührte Räume und man brauche keine Kolonien, keine neuen Territorien. Das deutsche Volk müsse noch viel bei sich selbst im Innern tun. Es habe keinerlei Notwendigkeit gegeben, mit solch einem Memorandum hervorzutreten und die ganze Welt zu reizen. Er meine jedoch, dass in Bezug auf uns in diesem Memorandum nichts Feindliches enthalten sei. Darin bestärke ihn der exakte Wortlaut der letzten Absätze des Memorandums. Außerdem sei es schwerlich anzunehmen, dass Hugenberg in einem von ihm verfassten Dokument Ideen ausbreite, die unserer Auffassung nach Ideen der Partei der Nationalsozialisten seien, von denen sich die Nationalsozialisten jetzt lossagen würden.

Ich antwortete Dirksen, meiner Meinung nach sei dieses Dokument nicht das persönliche Werk Hugenbergs, sondern ein offizielles Dokument, das die Ideen der jetzt in Deutschland herrschenden Partei zum Ausdruck bringe. Die Autoren des Dokuments hätten es mit dem Kalkül verfasst, um einerseits den Lesern in aller Welt klar zu machen, dass es Vorschläge für eine antisowjetische Koalition enthalte. Andererseits biete der exakte Wortlaut für den Fall unseres Protestes dann die Möglichkeit zu beweisen, dass es nicht gegen uns gerichtet ist. Dies sei ein Zeichen jenes Doppelspiels, das wir in den letzten Monaten in Deutschland in Bezug auf uns beobachten. Neurath und selbst Hitler richteten an unsere Adresse freundschaftliche Erklärungen, zugleich betrieben die Nationalsozialistische Partei und

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

andere Regierungsorgane uns gegenüber eine feindliche Politik. Wir könnten uns nicht lange mit solcherart Doppelspiel abfinden. Es sei vollkommen natürlich, dass unsere Öffentlichkeit und unsere Presse scharf darauf reagieren. Mich be- trübe die ganze Geschichte mit dem Memorandum sehr und ich möchte hoffen, dass die deutsche Regierung aus unserer Reaktion auf das Memorandum die erfor- derlichen Schlussfolgerungen ziehen und Klarheit über die Politik Deutschland uns gegenüber herbeiführen werde⁷.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šejn[in]. 23. VI. 33. Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1264 vom 23. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 11 Expl., [die Expl.] 1 und 2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, [die Expl.] 4 bis 8 an die Kollegiumsmitglieder des NKID, das 9. an die 2. Westabteilung, das 10. nach Berlin, das 11. [Expl.] an Gen. Doleckij.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 260–256. Kopie.

Nr. 120

Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Moskau, den 22. Juni 1933

Geheim!

zu IV Ru 3010
Tgb. Nr. A/1244
An das
Auswärtige Amt
Berlin.
Durchschlag
1 Anlage

Inhalt: Besprechung mit Herrn Krestinski über das Hugenberg-Memorandum¹.
Im Anschluss an anderweitigen Drahtbericht vom 22. d. Mts.²

In der Anlage beehre ich mich, die eingehende Aufzeichnung über eine Unter- terhaltung mit dem Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski betreffend den sowjetischen Einspruch gegen das Hugenberg-Memorandum vorzulegen. Ich darf meine Bitte wiederholen, dass dem Botschafter Chintschuk ebenfalls nachdrückliche Vorhaltungen über die Haltung der Sowjetpresse gemacht werden mögen, auf

⁷ In dem Telegramm, das von Dirksen nach der Unterredung an das AA schickte, wurde die von Krestinskij zum Ausdruck gebrachte Befriedigung bezüglich der offiziellen Erklärung der Re- gierung Deutschlands hervorgehoben, wonach das Memorandum Hugenbergs keinerlei Ausfälle gegen die UdSSR enthalte. Vgl. PA AA, R 105702, o.P. Zur Aufzeichnung dieser Unterredung von Dirksens mit Krestinskij vgl. Dok. 120.

¹ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

² Vgl. Dok. 118.

Grund des Materials, das in der anliegenden Aufzeichnung (Seite 8–10³) sowie in früheren Berichten der Botschaft niedergelegt worden ist.

Ich wäre dankbar, wenn diese Vorhaltungen mit der Feststellung endeten, dass unsererseits aus der Fortdauer einer solchen Hetze politische Folgerungen geschlossen werden müssen.

gez. von Dirksen

Moskau, den 22. Juni 1933

Geheim!

Tgb. Nr. A/1244

Aufzeichnung

über die Besprechung mit dem Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski am 22. Juni 1933 betreffend das Hugenberg-Memorandum.

Herr Krestinski eröffnete die Unterhaltung mit den Worten: er sei beauftragt, mir eine Abschrift der Protest-Note zu übergeben, welche der Botschafter Chintschuk beauftragt sei, heute dem Staatssekretär von Bülow in Anwesenheit des Herrn Reichsministers zu überreichen⁴. Es handelt sich um dieselbe Angelegenheit. Herr Krestinski las mir sodann den Text der Note vor.

Ich drückte Herrn Krestinski mein lebhaftes Erstaunen darüber aus, dass die Sowjetregierung es für nötig befunden habe, in derselben Angelegenheit, die Herr Krestinski bereits bei mir anhängig gemacht habe⁵, durch eine schriftliche Protestnote in Berlin vorstellig zu werden; die Sowjetregierung hätte zum mindesten die heutige Unterhaltung abwarten können. Dann wäre die ganze Note überflüssig geworden.

Ich machte Herrn Krestinski ferner darauf aufmerksam, dass die Protestnote sich auf denselben verfälschten Text des Hugenberg-Memorandums stütze wie die gesamten Presseangriffe. Ich las dem stellvertretenden Volkskommissar aus dem gedruckten WTB-Exemplar vom 16. Juni den authentischen Wortlaut vor, stellte fest, dass durch die Unterdrückung des Satzes: „Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzutreten, ist sie durch künstliche Auspowerung der konsumfähigsten Kulturländer der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben worden“ der Sinn völlig verfälscht worden sei. Ich frage Herrn Krestinski, was dies denn für ein Text sei.

Herr Krestinski erwiderte, dies sei der Text des Prawda-Korrespondenten. Die Lage sei in London so unübersichtlich gewesen, dass man sich einen authentischen Text nicht habe besorgen können. Die Mitglieder der Sowjetdelegation in London seien in die Kommission gegangen, um sich den Text zu beschaffen; man habe ihnen dort erwidert, dass der Wortlaut des Memorandums nicht erhältlich sei. Sie hätten sich darauf an die Deutsche Botschaft mit derselben Bitte gewandt. Herr von Hoesch habe erklärt, das Memorandum sei keine Verlautbarung der gesamten Deutschen Delegation, deswegen sei der Text zurückgezogen worden. In

³ Gemeint sind die Punkte 1–9 in der nachfolgenden „Aufzeichnung über die Besprechung mit dem Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski am 22. Juni 1933 betreffend das Hugenberg-Memorandum“.

⁴ Vgl. Dok. 117, Anm. 1.

⁵ Vgl. Dok. 115.

Berlin habe Herr Hugenberg dann erklärt, dass er das Memorandum mit Übereinstimmung der Deutschen Delegation und offiziell überreicht habe; diese Erklärung sei in der deutschen Presse nicht abgedruckt worden. In diesem Hin und Her sei es für die Sowjetregierung eben sehr schwer gewesen, sich den richtigen Text zu beschaffen.

Ich erwiderte, dass der authentische Text in diesem wie in anderen Fällen durch WTB herausgegeben worden sei; das WTB-Telegramm habe am Freitag, den 16., vorgelegen; bis Montag, den 19. Juni, mittags habe die Sowjetpresse und TASS völlig zu dem Hugenberg-Memorandum geschwiegen. Die „Prawda“ sei erst nachmittags herausgekommen; die übrige Presse mit ihrer einheitlichen Hetze sei erst am Dienstag, den 22.⁶, gefolgt. Aus dieser zeitlichen Aufeinanderfolge könne man ersehen, dass es dem Außenkommissariat sehr wohl hätte möglich sein müssen, sich den authentischen WTB-Text, wenn schon nicht telegraphisch, dann doch mindestens durch Flugpost oder durch gewöhnliche Post schon bis zum Montag, den 16. Juni⁷, zu beschaffen. Hätte man sich den Wortlaut genau angesehen, so wäre die ganze Hetze überflüssig gewesen. Ich sei überrascht, dass diese selbstverständlichen Maßnahmen unterlassen worden seien und dass sogar jetzt, am 22. Juni, also eine Woche nach der Übergabe des Memorandums, noch immer auf Grund eines falschen Textes operiert werde.

Da Herr Krestinski auf diese Vorwürfe keine stichhaltige Antwort zu geben wusste, fuhr ich fort, ihm die Fälschungen nachzuweisen, die die Sowjetpresse aus London nach Moskau gemeldet habe und auf Grund deren erst der Sturm gegen das Hugenberg-Memorandum in Szene gesetzt worden sei: schon das erste TASS-Telegramm aus London vom 17. Juni habe die Forderung Hugenberg's folgendermaßen gefälscht wiedergegeben: „Das Territorium der UdSSR und Osteuropa müsse für Kolonisation zugänglich gemacht werden.“⁸ Sodann sei durch Weglassung eines Satzes im Schlussabsatz der rein wirtschaftliche Sinn dieses Absatzes in einen politischen und antisowjetischen umgefälscht worden. Ich ging dann über, Herrn Krestinski die durch Telegramm Nr. 141 vom 20. Juni⁹ vorgeschriebenen Erklärungen abzugeben, die sich Herr Krestinski wörtlich aufschrieb.

Der stellvertretende Volkskommissar erwiderte mir sodann, dass er die Erklärungen der Reichsregierung gern annehme und sich darüber freue, dass hierdurch von irgendwelchen antisowjetischen Tendenzen so nachdrücklich abgerückt werde. Dass aber eine lebhaft Beunruhigung in der Sowjetöffentlichkeit über das Memorandum entstanden sei, sei doch begreiflich. Die ganze Welt habe sich über das Memorandum aufgeregt und es als gegen die Sowjetunion gerichtet empfunden. Er müsse mir auch sagen, dass auch der WTB-Text ihn nicht völlig davon überzeugen könne, dass Herr Hugenberg damit keine antisowjetischen Absichten und Pläne verbunden habe. Der Kolonisationsgedanke und die These von dem „Volk ohne Raum“, für das Siedlungsraum geschaffen werden soll, sei doch eng

⁶ So im Dokument; richtig: 20.

⁷ So im Dokument; richtig: 19. Juni.

⁸ In der ersten Mitteilung der sowjetischen Presse bezüglich des Hugenberg-Memorandums konnten diese Worte nicht nachgewiesen werden; vgl. „Intervencionnistskij memorandum germanskoj delegacii na ekonomičeskoj konferencii“ (Das interventionistische Memorandum der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz). In: Prawda vom 19. 6. 1933, S. 1.

⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 327, S. 579.

verkoppelt. Eine Verwirklichung dieser Gedanken sei nur in Osteuropa und direkt oder indirekt auf Kosten der Sowjetunion möglich. Immer wieder werde bei der Sowjetregierung die Befürchtung wach, dass die durch Herrn Rosenberg verkörperten Gedankengänge einer Aufteilung der Sowjetunion zu Gunsten eines deutsch-polnischen Ausgleichs wieder akut werden könnten. Diese Gedanken fänden sich, wenn auch in versteckter Form, in dem Hugenberg-Memorandum wieder – so begrüßenswert es auch sei, dass die Deutsche Regierung so nachdrücklich davon abrücke.

Ich führte nunmehr eingehend aus, dass mir die Besorgnisse der Sowjetregierung, ob sie sich nun auf den zutreffenden oder gefälschten Text stützten, gleichermaßen unverständlich seien. Zunächst könne Herr Krestinski nicht die Ansichten des Reichsministers Hugenberg mit denen der nationalsozialistischen Partei in einen Topf werfen: dies seien zwei ganz verschiedene Gedankenwelten, die oft im Widerspruch miteinander stünden. Wenn er die Ereignisse in Berlin genauer verfolgt hätte, so würde er gesehen haben, dass gerade seitens der nationalsozialistischen leitenden Stellen alles geschehen sei, um den Eindruck zu verwischen, als ob das Hugenberg-Memorandum gegen die Sowjetunion gerichtet sei: schon am 17. habe die gesamte deutsche Presse – als die englisch-französische Presseintrige gegen das Hugenberg-Memorandum in London am 16. bekannt geworden sei – einmütig auf Grund offiziöser Information sich dagegen gewandt, dass Reichsminister Hugenberg seinen Vorschlag auf Kosten der Sowjetunion gemacht habe. Heute, am 22. d. Mts., geben die „Iswestija“ einen Artikel des „Völkischen Beobachters“ wieder¹⁰, der ganz einwandfrei von dem Hugenberg-Memorandum abrücke und die Rede des Reichskanzlers als maßgebende Richtlinie der deutschen Politik bezeichnet. Aber all diese Bekundungen deutscher Loyalität würden seitens der Sowjetpresse verschwiegen oder verzerrt wiedergegeben. In den langen Jahren seiner Betätigung mit deutsch-sowjetischen Angelegenheiten sei mir nicht ein Fall bekannt, wo die Sowjetöffentlichkeit mit einem derartig bösen Willen und einer derartigen Verhetztheit gegen Deutschland vorgegangen sei wie jetzt.

Herr Krestinski führte daraufhin sehr lebhaft aus, dass zwar die positiven Bekundungen des Reichskanzlers und die Erklärungen von Herrn von Neurath und von mir mit Befriedigung aufgenommen worden wären, aber trotzdem habe man hier in Moskau die Gegenströmungen der regierenden nationalsozialistischen Partei wohl bemerkt; die Reise des Herrn Rosenberg nach London sei unvergessen; das Hugenberg'sche Memorandum schließe sich diesen Tendenzen an und verstärke sie. Die Sowjetöffentlichkeit wolle und müsse Klarheit über die deutschen Absichten haben und zwar müsse die Klarheit von den leitenden Stellen der jetzt ausschlaggebenden nationalsozialistischen Partei kommen. Das sei der den Presseangriffen zu Grunde liegende Gedanke gewesen.

Ich wies Herrn Krestinski erneut darauf hin, dass auch von leitender nationalsozialistischer Seite durch Worte und Taten die positive Gesinnung gegenüber der Sowjetunion einwandfrei bekundet worden sei. Dass gerade die Sowjetöffentlichkeit sich so aufrege und ihr Gebiet bedroht glaube, sei unerklärlich und schiene

¹⁰ „Fašistskij oficioz zametaet sledy“ (Das halbamtliche faschistische Presseorgan verwischt die Spuren). In: Izvestija vom 22. Juni 1933, S. 1; Dr. W. Sch.: „Freie Diskussion“. In: Völkischer Beobachter vom 18./19. Juni 1933, Berliner Ausgabe, S. 5.

mir gekünstelt. Schließlich sei Polen der unmittelbare Nachbar Deutschlands und nicht die Sowjetunion. Es wäre mir eher verständlich, wenn Herr Krestinski und ich dieses Gespräch in Warschau führten, er als polnischer Außenminister und ich als deutscher Gesandter bei der Polnischen Regierung, als hier in Moskau. Die polnische Öffentlichkeit aber, die sonst sehr empfindlich gegen irgendwelche deutsche Gebietsforderungen sei, habe sich durchaus ruhig verhalten – das beste Zeichen dafür, dass das Hugenberg-Memorandum von ihr nicht als eine Bedrohung empfunden worden sei.

Die Hetze der Sowjetpresse sei selbst für mich, der ich das Land und seine Mentalität so gut kenne, völlig überraschend gewesen – wenn man nicht bei der ganzen Sache politische Hintergedanken vermuten wolle. Täte man dies, so bekäme allerdings die Pressehetze gegen das Hugenberg-Memorandum sofort Sinn und Verstand. Man brauche sie dann nur zusammenzuhalten mit der Stellungnahme der Sowjetpresse gegenüber Deutschland vor Veröffentlichung des Hugenberg-Memorandums, und dann hätte man eine völlig geschlossene politische Linie.

Über diese politische Linie der Sowjetöffentlichkeit hätte ich mich mit Herrn Krestinski bereits wiederholt unterhalten; meine großen Besorgnisse, dass die Sowjetregierung im Begriff sei, eine politische Umorientierung vorzunehmen, hätten sich in der letzten Zeit wieder verschärft. Es gäbe kaum eine Presse der Welt, die so gehässig und verletzend für Deutschland schreibe, wie die sowjetische.

Ich zählte Herrn Krestinski sodann die folgenden einzelnen Beispiele auf:

- 1) Bei Besprechung des Vierer-Paktes¹¹ sei nicht Italien von der Sowjetpresse angegriffen worden, sondern in erster Linie Deutschland, das eine deutsch-englische Kombination gegen die Sowjetunion eingegangen sei.
- 2) Die Sowjetpresse, insbesondere Radek in einem Artikel¹², gehe so weit, Frankreich beinahe vor den „Revanche-Gelüsten“ der deutschen Faschisten zu warnen. Dies sei die gefährliche Radek'sche These von der „Atempause“, die der deutsche Faschismus bis zu seiner Erstarkung nötig habe.
- 3) Der Empfang der englischen Flieger in Berlin sei ebenfalls als eine gegen die Sowjetunion gerichtete Tatsache geschildert worden.
- 4) Die Sowjetpresse habe das Transformatorium als Bankrott Deutschlands umschrieben und besprochen.
- 5) Die Sowjetpresse denunziere Deutschland jetzt direkt der Kriegsvorbereitungen; sie weise darauf hin, dass die Einführung des Arbeitsdienstes¹³ nichts weiter sei als die Vorbereitung zum Kriegsdienst und zum Krieg, dass ferner die Finanznot des Deutschen Reiches von den übermäßigen Ausgaben für die Reichswehr und sonstigen Kriegsvorbereitungen herühre.
- 6) Sogar in Notizen der kleinen Tagespresse werde über die fieberhafte Tätigkeit der deutschen Rüstungsindustrie berichtet.

¹¹ Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

¹² Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

¹³ Das Reichsarbeitsministerium legte am 2. 6. 1933 einen Gesetzentwurf zur Einführung eines verpflichtenden Arbeitsdienstes vor, der jedoch in den Jahren 1933 bis 1934 aufgrund internationaler Proteste nicht in Kraft treten konnte.

- 7) Die ideologische Kluft zwischen der deutschen und der sowjetischen Auffassung in Bezug auf den Versailler-Vertrag, über die ich mich schon wiederholt mit Herrn Krestinski unterhalten habe, vertieft sich immer mehr. Das bezeuge der Rundfunk-Vortrag vom 7. d. Mts. (vgl. Erlass IV Ru 2658 vom 12. Juni). Hier werde ausdrücklich ein Unterschied in der Haltung der Sowjetöffentlichkeit zum Versailler Diktat gemacht gegenüber einer deutschen faschistischen Regierung und einer anderen deutschen Regierung. Dies sei eine vollkommen neue These und beweise, dass die Sowjetregierung sich innerlich ganz vom deutschen Standpunkt entfernt habe.
- 8) Auch die These, dass deutscherseits dauernd Losreißungsbestrebungen hinsichtlich der Ukraine in Gange seien, sei von langer Hand vorbereitet und nicht erst durch das Hugenberg-Memorandum hervorgerufen. Ich verwies auf den Artikel des ukrainischen Volkskommissars Chwylja im „Charkower Kommunist“¹⁴ vom 12. Juni.
- 9) Noch in den letzten Tagen habe die Sowjetpresse in ganz gehässiger Weise das Märchen verbreitet, dass deutscherseits englische Bombenflugzeuge angekauft worden seien.

Wenn man diese gesamten Tatsachen zusammenhalte, so ergäbe sich der ganz bestimmte Eindruck von einer einheitlichen politischen, gegen Deutschland gerichteten Linie. Es erhebe sich daher für uns die Frage, welches die Absichten der Sowjetregierung gegenüber Deutschland seien. Herr Krestinski habe darauf früher immer geantwortet, dass die Sowjetregierung, beunruhigt durch die noch nicht gefestigte Haltung der Deutschen Regierung gegenüber Sowjetrußland, sich abwartend verhalte. In den letzten Tagen und Wochen sei die Haltung der Sowjetöffentlichkeit nicht abwartend, sondern aggressiv gegen Deutschland.

Herr Krestinski wiederholte seine Ausführungen über die Unsicherheit der Sowjetregierung und ihre Besorgnis, ob die Taten der Deutschen Regierung ihren Worten entsprechen würden. Die Sowjetregierung wünsche nichts mehr als die Wiederkehr des Vertrauensverhältnisses, wie es durch den Berliner Vertrag vorgesehen sei. Aber angefangen von der Kanzlerschaft des Herrn von Papen bis in die letzte Zeit sei so vieles passiert, was sie stutzig und misstrauisch gemacht habe. Die Sowjetregierung halte sich zurück – das gehe auch aus der Haltung der „Iswestija“ hervor; sie könne es nicht verhindern, dass die Beunruhigung der Öffentlichkeit sich in anderen Presseorganen in einer für uns manchmal unerwünschten Weise Luft mache. Er und die Sowjetregierung hätten aber die dringende Hoffnung, dass dies alles nur vorübergehende Erscheinungen seien.

Ich erwiderte dem Stellvertretenden Volkskommissar, seine Versicherung, dass die Sowjetregierung das alte Vertrauensverhältnis zu Deutschland wieder herstellen wolle, sei mir für seine Haltung und die des Außenkommissariats erwünscht; ich müsse ihn aber darauf aufmerksam machen, dass durch die von mir dargelegte Pressepolitik ein für den weiteren Bestand der deutsch-sowjetischen Beziehungen sehr gefährliches Spiel getrieben werde.

Damit schloss ich die Unterhaltung.

gez. von Dirksen

¹⁴ So im Dokument; richtig: Kommunist, herausgegeben in Char'kov.

Auf dem ersten Blatt oben rechts befindet sich der Stempel: Doppel für Ländergruppe IV, die Ziffer ist handschriftlich eingefügt, außerdem Repr[oducatur] Dienstag, Mittwoch T[ippelskirch] 3/7. Links: London, Warschau, Rom, Paris M[eyer]; unten: Büro IV Ru bitte bei W feststellen, dass Verteilung wie verfügt erfolgt ist! Darunter nein W 4360 – an W zurück 11/7. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497072–497083.

Nr. 121

Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow

Berlin, den 22. Juni 1933

Der russische Botschafter¹ überreichte mir heute die anliegende Note², deren Wortlaut, wie er mir später sagte, ihm von Moskau vorgeschrieben worden sei. In der Note wird gegen das der Londoner Konferenz überreichte Memorandum des Reichswirtschaftsministers³ Einspruch erhoben.

Meine Unterhaltung mit dem Botschafter hatte von Anfang an einen ungewöhnlich scharfen Charakter und wurde erst zum Schluss einigermaßen versöhnlich⁴. Ich sagte dem Botschafter, wir würden seine Note beantworten und er dürfe sich nicht wundern, wenn unsere Note eine sehr scharfe Sprache führen würde. Wir hätten uns schon seit Tagen über die unglaublichen Unterstellungen erregt, die in Moskau sowohl seitens Krestinskis gegenüber dem Botschafter von Dirksen⁵ wie auch in der russischen Presse beliebt worden seien. Nichts in der Rede des Reichswirtschaftsministers Hugenberg rechtfertigte diese Unterstellungen, dass Deutschland russisches Gebiet als Siedlungsraum anstrebe oder gar die Konferenz zu einem Kreuzzug gegen Russland auffordere. Die beiden letzten Absätze des Hugenbergschen Memorandums behandelten zwei verschiedene Probleme. In dem Abschnitt, wo von Siedlungsraum die Rede sei, würden die koloniale Frage und die Frage der nützlichen Auswertung des Bevölkerungsüberschusses behandelt. Mir sei kein Projekt bekannt, Deutsche in Russland anzusiedeln, wohl aber gebe es zweifellos derartige Projekte für die Ansiedlung Deutscher in Brasilien, Paraguay, Chile, Bolivien, Peru und anderen Ländern. Aus älteren deutschen Siedlungen hätten wir große wirtschaftliche Vorteile gezogen, seit Jahren würden unserer Auswanderung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen Schwierigkeiten bereitet. Das sei eine Sache, die mit Russland nicht das Mindeste zu tun habe. Russland werde lediglich in dem letzten Absatz des Hugenbergschen Memorandums erwähnt, zusammen mit China bei Behandlung der Frage der Unterkonsumtion im Gegensatz zu der fälschlich vielfach behaupteten Überproduktion. Es sei eine historische Tatsache, dass Krieg, Revolution und innerer Zerfall (letzteres beziehe sich offensichtlich auf China) den Anfang einer Entwicklung gezeitigt habe, die sich heute in fast allen Ländern auswirke, nämlich die unfreiwillige Unterkonsumtion.

¹ Lev Michajlovič Chinčuk.

² Vgl. Dok. 117, Anm. 1.

³ Alfred Hugenberg.

⁴ Vgl. auch Dok. 122.

⁵ Vgl. Dok. 116.

Der Botschafter erwiderte hierauf, Russland sei nun einmal empfindlich und habe auf Grund seiner Erfahrungen auch jede Ursache dazu. Die Äußerungen Reichsministers Hugenberg seien geradezu beleidigend für Russland. Auf der Londoner Konferenz habe sie jedermann so verstanden wie sie in der Note dargestellt würden und es sei unerträglich, den in London versammelten Mächten das Schauspiel deutsch-russischer Auseinandersetzungen dieser Art zu geben. Alle Welt in London habe natürlich gefragt, was wird Litwinow den Deutschen antworten?

Ich erwiderte dem Botschafter, die russische Empfindlichkeit sei wirklich übertrieben. Was Reichsminister Hugenberg über Russland gesagt habe, sei eine historische Tatsache und nicht wegzuleugnen, alles andere seien Unterstellungen, geschöpft aus Büchern des Abgeordneten Rosenberg, der in keiner Weise die Außenpolitik des Deutschen Reiches bestimme, und dessen Ideen in Bezug auf den Osten von keiner maßgebenden Stelle in Deutschland geteilt würden.

Es sei auch eine ungeheure Übertreibung zu behaupten, dass die Londoner Konferenz in ihrer Gesamtheit dem Memorandum Hugenbergs die russische Interpretation gegeben habe. Meines Wissens habe lediglich der Daily Herald, der weder uns noch Russland wohlwolle, diese unsinnige Idee unterstellt und einige andere Blätter hätten die abwegigen Gedanken dieses Blattes aufgenommen. Eine russische Empfindlichkeit in Bezug auf den Gedanken eines Kreuzzuges gegen Russland könnte ich nach den von Russland gemachten Erfahrungen einigermaßen verstehen. Das sei aber der unerschütterliche Fels, auf den die deutsch-russischen Beziehungen aufgebaut seien, dass wir niemals uns an einer solchen Aktion beteiligen würden und dass dank unserer geographischen Lage jede Möglichkeit einer derartigen antirussischen Allianz fortfalle.

Durch diese Bemerkungen meinerseits nahm das Gespräch eine versöhnlichere Wendung und klang aus in einer Erörterung der aktuellen Schwierigkeiten in den beiderseitigen Beziehungen.

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt befindet sich unten am linken Seitenrand der maschinenschriftliche Vermerk zum Umlauf: Herrn Reichsminister, Abteilung IV, Abteilung W, Abteilung II, Abteilung III. Handschriftlich: ab 23/[6].

PA AA, R 29453, Bl. E 189423–189425.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 331, S. 584–585.

Nr. 122
Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 656¹

Berlin, 23. Juni 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

1. Am 20. VI. kam Hoetzsch. Er brachte mir das in russischer und deutscher Sprache [erschienene] Buch „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“, Serie III, Bd. II². Er sprach über die nicht nur für Deutschland große Bedeutung der aus den Archiven veröffentlichten Dokumente der zarischen und der Provisorischen Regierung. Dieser Band³ umfasst die Zeitspanne von 1914 bis 1917.

Hoetzsch beklagte sich, dass die Arbeiten langsam vorangehen, da die vorbereiteten Materialien zögerlich aus der UdSSR einträfen. Er bat darum, ihm behilflich zu sein und bei Tomskij diesbezüglich vorzusprechen. Hoetzsch beabsichtigt, im Juli zusammen mit seiner Frau erneut nach Moskau zu fahren.

[...]⁴

3. Am 22. VI. war ich bei Bülow⁵ und erklärte im Namen der sowjetischen Regierung den Protest bezüglich des Memorandums Hugenbergs auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London. Ich habe den Protest in der aus Moskau abgeschickten und in die deutsche Sprache übersetzten Redaktion vorgelesen. (Die Kopie der Übersetzung füge ich bei)⁶.

Nach dem Vorlesen habe ich Bülow den von mir unterzeichneten Protest überreicht.

Zu Beginn erklärte Bülow in einem höchst gleichgültigen Ton, dass er morgen in den Urlaub fahre. Die Antwort würden wir dann von Neurath erhalten, doch er mache bereits jetzt darauf aufmerksam, dass die Antwort in scharfer Form abgefasst sein werde. Ich entgegnete ihm, dass es nicht um die Form, sondern um den Inhalt geht.

Bülow, der offensichtlich von Dirksen über die Stimmung der sowjetischen Regierung vorgewarnt worden war, hatte ein Material vorbereitet, welches uns beweisen sollte, dass unsere Befürchtungen und unsere Interpretation der Rede Hugenbergs haltlos seien. Dabei bemerkte er, dass er nicht für die Exaktheit der Wiedergabe des gesamten Inhalts des von Hugenberg übergebenen Memorandums ein-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² *Meždunarodnye otnošenija v epochu imperializma. Dokumenty iz archivov carskogo i vremenogo pravitel'stv 1878–1917 gg. T. II: 14 marta–13 maja 1914, Moskva/Leningrad 1933; Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Reihe I, Bd. 2, hrsg. von Otto Hoetzsch, Berlin 1933.*

³ So im Dokument; richtig; Serie.

⁴ Ausgelassen sind die Reden von Weigelt und Chinčuk während des Frühstücks anlässlich der Sitzung des Aufsichtsrates der Deruluft am 21. 6. (I. 96–97).

⁵ Zu von Bülows Aufzeichnung dieser Unterredung vgl. Dok. 121.

⁶ Vgl. Dok. 117, Anm. 1.

stehen könne, doch habe er sich den Teil, der sich auf die UdSSR bezieht, telefonisch aus London durchsagen lassen und er bürge für seine Authentizität. Der Abschnitt, in dem es um die UdSSR gehe, habe überhaupt nichts mit dem ersten Teil über die Kolonisierung in Afrika zu tun. Es sei nicht die Rede von einem Krieg gegen die UdSSR und auch nicht von Ansiedlungen in der UdSSR gewesen. Gemeint seien Siedlungen in Kanada, Chile und anderen südamerikanischen Ländern, wo Deutschland bei seinen Siedlungsbemühungen auf Schwierigkeiten stoße. In Bezug auf Russland und die Länder des Ostens, vor allem auf China, sei die Rede von einer verringerten Kaufkraft in diesen Ländern gewesen. Er meine, dass wir allein ^{**wegen**} übertriebener Empfindlichkeit jene Gedanken in dem Memorandum Hugenbergs zu erkennen geglaubt hätten, die uns Anlass zum Protest geboten hätten. Solche fälschlichen Gedanken habe zunächst der „Daily Herald“, eine Deutschland feindlich gesonnene Zeitung, geäußert. Deutschland stehe in Bezug auf die UdSSR unverändert auf dem Standpunkt der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen, es werde sich niemals an interventionistischen Plänen gegen die UdSSR beteiligen und es habe keinerlei territoriale Forderungen an sie.

Ich wandte ein, dass wir allen Grund hätten, empfindlich zu reagieren, weil es in der Regierungspartei der Nazis Leute wie Rosenberg und andere gebe, die immer noch der Illusion nach einer Aufteilung der UdSSR und einer Expansion auf Kosten der UdSSR anhängen, und auch in Anbetracht dessen, was in den letzten Monaten auf dem Gebiet der sowjetisch-deutschen Beziehungen geschehen sei und heute geschehe. Außerdem seien der eigentliche Gedanke und der gesamte Text dergestalt, dass wir uns genötigt sähen, entschiedenen Protest zu erheben. Die Rede Hugenbergs sei, unbeschadet der Absichten, von denen er sich leiten ließ, einzig und allein dazu geeignet, unsere Beziehungen zu verschlechtern, und sie nutze dem lachenden Dritten.

Bülow versuchte erneut, den Sinn, den wir dem Memorandum zuschreiben, zu widerlegen. Er erklärte, dass er gestern Hugenberg den ganzen Tag gesucht habe, er habe ihn telefonisch aber nicht erreichen können, weil Hugenberg augenscheinlich mit den Angelegenheiten beschäftigt sei, die im Zusammenhang mit der Schließung der Organisationen der Deutschnationalen stehen.

Weiter sagte er, er sei in der Tiefe seiner Seele davon überzeugt, dass es auch in Zukunft die engsten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht nur geben müsse, sondern diese auch tatsächlich geben werde. Diese seine Überzeugung habe er auch den Herren von der Reichswehr mitgeteilt, die sich danach erkundigten, weil die UdSSR Kurs auf Schließung der gemeinschaftlichen Betriebe genommen habe.

Ich sagte Bülow weiter, dass das Polizeipräsidium uns keine Genehmigung für die Durchführung der Versteigerung unserer antiquarischen Exponate erteilt habe⁸. Bülow erklärte, dass er davon nichts wisse, er aber die Beamten des Auswärtigen Amtes beauftragen werde, sich der Sache anzunehmen.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Nachdem er diese Aufzeichnung gelesen hatte, schickte Štern am 1. 7. 1933 an Krestinskij ein Schreiben, in dem er vorschlug, „die Bevollmächtigte Vertretung darauf hinzuweisen, ernste politische Protesterklärungen nicht mit solchen laufenden Fragen zu verknüpfen“. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 302.

4. 23/V. Just suchte mich auf. Er hat sich noch nicht abschließend mit der „Kölnischen Zeitung“ geeinigt, doch er habe andere Angebote aus Berlin. Auf alle Fälle habe er vor, nach Moskau zurückzukehren und dort mindestens bis Oktober zu bleiben.

Er versichert, dass er seinen 10tätigen Aufenthalt in Berlin dazu genutzt habe, um die Haltung der Personen, die den hiesigen führenden Leuten nahestehen, zur UdSSR zu ergründen. Er habe sich davon überzeugt, dass die deutsche Regierung zurzeit ernste Absichten hat, ihre Geschäftsbeziehungen zur UdSSR zu verstärken und zu vertiefen. –

L. Chinčuk⁹

Wie Sie bereits wissen, hat das Auswärtige Amt zu dem von mir gegenüber Bülow [erklären] Protest nicht nur eine ungenaue, sondern eine falsche Mitteilung¹⁰ herausgegeben. Bülow versuchte, mir auf alle mögliche Weise zu beweisen, dass in dem Memorandum Hugenbergs keine Gedanken seien, wie wir ihm zuschreiben. Er machte mich vorsorglich darauf aufmerksam, dass er in den Urlaub fahre und ich die Antwort daher vom Auswärtigen Amt erhalten werde, vielleicht sogar von Neurath selbst, wobei ich davon ausgehen müsse, dass die Antwort in einem scharfen Ton abgefasst sein werde. Darüber habe ich Ihnen ein Telegramm geschickt, und ich warte auf Ihre Mitteilung, wie in dieser Angelegenheit zu reagieren ist. Es ergibt sich der gleiche Kasus, wie ich ihn schon einmal mit Neurath hatte, als er erklärte, dass er keine Kenntnis von einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes habe und wir damals entschieden hatten, dass ich zu dieser Sache eine gesonderte amtliche Mitteilung¹¹ herausgebe.

L. Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Paraphe N. N. Krestinskij: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2864 vom 29. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 7 Expl.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 96–98. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 190, S. 360–361¹².

⁹ Darunter folgte der Vermerk über die Anzahl der Exemplare und zum Verteiler: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

¹⁰ In der veröffentlichten Mitteilung hieß es, „Staatssekretär v. Bülow [habe], wie von zuständiger Stelle verlautet, die Beschwerde aufs schärfste zurückgewiesen, da das Memorandum keinen Anlass zu einer Beschwerde seitens der Sowjetunion bilde“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 1933, Abendausgabe, S. 1.

¹¹ Vgl. Dok. 53, Anm. 10.

¹² Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

Nr. 123

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Ganz geheim
Persönlich

1309

23. Juni [1933]

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN
KOPIE: an GEN. MOLOTOV

Werter Genosse,

gestern habe ich Dirksen den Wortlaut unseres Protestes ausgehändigt. Die Aufzeichnung der Unterredung, die sich dabei ergab, füge ich bei¹.

Ebenfalls gestern, am Abend, hat Gen. Chinčuk dem Geschäftsführenden Außenminister Deutschlands, Staatssekretär Bülow (Neurath befand sich nicht in Berlin), das Original unserer Protestnote überreicht². Der Inhalt des dabei stattgefundenen Gesprächs³ ist knapp im chiffrierten Telegramm dargelegt, das an Sie abgegangen ist.

Nunmehr muss die Frage einer Veröffentlichung geklärt werden. Als wir die Note verfassten, hatten wir dies mit Blick auf eine Veröffentlichung getan, doch wir trafen keine endgültige Entscheidung darüber, ob wir den Text der Note an die Presse geben oder ob wir lediglich eine Mitteilung über deren Aushändigung geben, wie dies Gen. Litvinov vorgeschlagen hat.

Ich würde es für richtig halten, die Note zu veröffentlichen⁴. Dies würde die deutsche Regierung zwingen, auch eine Antwortnote zu veröffentlichen. Die Antwortnote wird in der Tat vermutlich in einem scharfen Ton abgefasst sein. Doch wird sie unter dem Aspekt unserer allgemeinen internationalen Lage für uns Nützlichkeits beinhalten: die Distanzierung der deutschen Regierung von den anrühigen Stellen des Memorandums. Diese Distanzierung ist bereits eingetreten, wenn auch nur in Form von offiziellen Kommentaren in dem vom Außenministerium herausgegebenen Bulletin „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“.

Nachdem ich das Diktat des Schreibens beendet hatte, ging ein Anruf aus dem Büro Dirksens ein, wonach er mich bitte, ihn um 4 Uhr zu empfangen. Vermutlich wird er die offizielle Antwort auf unsere Note mitbringen⁵.

Wenn dies der Fall sein sollte, so müssen wir nach dem Erhalt der Antwort nochmals die Veröffentlichungsfrage erörtern, da es dann schon nicht gut aussehen könnte, wenn wir nur unsere Note ohne die deutsche Antwort bringen würden.

¹ Vgl. Dok. 119.

² Vgl. Dok. 117, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 122.

⁴ Vgl. Dok. 117, Anm. 4.

⁵ Vgl. Dok. 124.

Nach der Visite Dirksens werde ich Sie anrufen. –

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2368 vom 23. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., [die Expl.] 1, 2, 3 an die Adressaten, 4 bis 8 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID].

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 3–4. Kopie.

Nr. 124

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN, 23. Juni 1933

Dirksen bat mich am Vormittag, ihn umgehend zu empfangen. Er erschien vereinbarungsgemäß um 4 Uhr. Er begann damit, dass er heute in einer äußerst unangenehmen Sache komme.

Die „Komsomol'skaja Pravda“ habe die Rede abgedruckt, die gestern der deutsche politische Emigrant Heckert bei der Beisetzung von Clara Zetkin gehalten hat¹; er zitiere nach der „Koms[omol'skaja] Pravda“, weil er die „Pravda“ und die „Izvestija“ noch nicht erhalten habe. Diese Rede enthalte scharfe, beleidigende Ausfälle an die Adresse einer ganzen Gruppe von deutschen Regierungsmitgliedern. Dirksen zitierte die Worte, mit denen Heckert Göring, Hitler, Frick, Hugenberg, Rust und andere² bedacht hatte.

Die Rede sei vor Tausenden von Moskauer Arbeitern gehalten worden, neben Heckert hätten an dieser Feier der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotov und weitere Mitglieder der sowjetischen Regierung teilgenommen. Die Rede Heckerts und die Atmosphäre, in der sie gehalten worden sei, würden in Deutschland einen äußerst ungünstigen Eindruck hinterlassen. Dirksen befürchte, dass im Ergebnis dessen erneute Spannungen zwischen Deutschland und der UdSSR eintreten könnten. Dirksen bat mich, mir vorzustellen, welchen Eindruck es bei uns machen würde, wenn im Zentrum Berlins eine Großveranstaltung stattfände, auf der solche Leute wie Svetozarov, Besedovskij und andere Reden hielten, insbesondere, wenn Hitler und andere Mitglieder des deutschen Kabinetts an dieser Versammlung teilnehmen würden, und sei es nur als Privatpersonen. Er sehe sich

¹ Vgl. Komsomol'skaja Pravda vom 23. Juni 1933, S. 1.

² Hitler – „der Ataman der faschistischen Banditen“; Göring – „der Brandstifter des Reichstages“; Frick – „der feige Held der Etappe“; Hugenberg – „der kapitalistische Ober-Räuber“; Rust – „der Psychopath“; Goebbels – „der Bastard und Organisator der jüdischen Pogrome“. Ebenda.

deshalb genötigt, entschieden dagegen zu protestieren, dass wir die Rede Heckerts und deren Veröffentlichung zugelassen hätten.

Ich antwortete Dirksen Folgendes: Sie werden verstehen, dass der Tod von Clara Zetkin ein herausragendes Ereignis ist, an das man nicht die üblichen formalen Maßstäbe anlegen kann. Gestern hat das gesamte revolutionäre Moskau und die ganze Sowjetunion eine Führerin des Weltkommunismus beigesetzt. Die Beisetzung gestaltete sich zu einer spontanen Demonstration von Tausenden von Arbeitern Moskaus. Es ist selbstverständlich, dass alle Mitglieder der sowjetischen Regierung an der Beisetzung ihres Genossen und geistigen Führers, Clara Zetkin, teilnahmen. Doch diese Teilnahme trug, wie auch die gesamte **Beisetzungszeremonie**³, keinen offiziellen, staatlichen, sondern einen rein gesellschaftlichen Charakter. Sie haben sicherlich bemerkt, dass es unter den zahllosen Veröffentlichungen zum Tod und zur Beisetzung Clara Zetkins keine Mitteilung vom CIK und vom SNK gegeben hat. Sie können nicht übersehen haben, dass Gen. Molotov, der auf der Beisetzung das Wort ergriff, das der verstorbenen Genossin galt, nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare gesprochen hat, sondern im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In der gleichen Eigenschaft, in der Eigenschaft als Mitglieder der Partei und als Mitglieder ihres Zentralkomitees haben auch die übrigen Regierungsmitglieder an der Beisetzung teilgenommen. Wenn Sie nach Hause zurückkehren und die „Izvestija“ aufschlagen, so werden Sie sehen, dass die „Izvestija“ die Rede Heckerts überhaupt nicht wiedergibt, sondern sich auf den Abdruck der Rede des Gen. Molotov beschränkt⁴. Und wenn Sie die anderen Zeitungen zur Hand nehmen, die ihr Informationsmaterial von unserem offiziellen Organ TASS erhalten, so können Sie sich davon überzeugen, dass die von TASS weitergeleitete Rede Heckerts an diese Zeitungen nicht jene beleidigenden Ausdrücke an die Adresse von deutschen Regierungsmitgliedern enthält, auf die Sie hinweisen. Die „Pravda“⁵ und auch die „Komsomol'skaja Pravda“ haben als Parteiorgane ihre eigenen Informationen veröffentlicht, nicht aber die offiziellen Informationen von TASS.

Sie müssen deshalb anerkennen, dass die Sowjetische Regierung und die sowjetischen offiziellen Organe keine Schuld für die Beleidigungen an die Adresse von deutschen Regierungsmitgliedern trifft und sie dafür keine Verantwortung übernehmen können.

Aus diesem Grund muss ich Ihren Protest als unbegründet zurückweisen.

Dirksen sagte, dass er selbstverständlich all das, was ich ihm gesagt hätte, seiner Regierung übermitteln und er seinerseits alles unternehmen werde, damit die gestrige Rede Heckerts nicht zu neuen Komplikationen in unseren Beziehungen führt.

Ihm scheine jedoch, dass sich in der UdSSR gegenüber Deutschland ein Umschwung in eine feindliche Richtung abzeichnet. Er zweifle nicht daran, dass die Sowjetische Regierung ungeachtet der tiefen Veränderungen in der inneren Lage Deutschlands den Wunsch hege, die früheren Beziehungen zu Deutschland zu er-

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: die Beisetzung.

⁴ Izvestija vom 23. Juni 1933, S. 1.

⁵ Pravda vom 23. Juni 1933, S. 1.

halten. Doch sei dies offenbar schwieriger als in den Beziehungen zur Türkei oder zu Italien. In der Türkei gebe es ein paar Tausend Kommunisten, die italienische kommunistische Partei sei ebenfalls nicht zahlreich und zudem schwach, dagegen habe die deutsche kommunistische Partei bis zu ihrer Zerschlagung und ihrem Verbot durch die neue deutsche Regierung eine beachtliche Größe dargestellt und auch eine der Säulen der Komintern gebildet. Auch unter rein parteimäßigem Gesichtspunkt falle es den Mitgliedern der VKP schwer, sich damit abzufinden, dass die Sowjetische Regierung die freundschaftlichen Beziehungen zu der jetzigen deutschen Regierung, die mit der deutschen kommunistischen Partei abgerechnet habe, beibehalten werde. Offensichtlich sei die Parteiführung nicht in der Lage, den Stimmungen der breiten Parteimassen entgegen zu steuern. In dieser Hinsicht seien der Artikel Lunačarskijs in der gestrigen Nummer der „Večernjaja Moskva“⁶ und der Umstand bezeichnend, dass unsere Zeitungen bereits zwei Tage keine Meldungen der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz“ bringen, in der im Namen der deutschen Regierung Beteuerungen über die Unveränderlichkeit der früheren Politik abgegeben werden. Dies veranlasse ihn dazu, die Zukunft unserer Beziehungen mit einem gewissen Pessimismus zu betrachten, wobei sein Pessimismus nichts mit den Stimmungen der deutschen Regierung zu tun habe.

Ich antwortete: Sie haben vollkommen recht, dass die breiten Massen nicht nur unserer Partei, sondern auch der ganzen Sowjetunion sehr nervös darauf reagieren, was in Deutschland geschieht, sowohl in Bezug auf die UdSSR als auch in Bezug auf die Kommunisten, Arbeiter, Juden und die fortschrittliche Intelligenz in Deutschland. Doch die Autorität unserer Parteiführung ist derartig groß, dass sie selbstverständlich eine eigenständige außenpolitische Linie in Bezug auf Deutschland zu verfolgen in der Lage wäre. Dafür wäre es aber unabdingbar, dass die Führungskreise unserer Partei das volle Vertrauen in die gutnachbarschaftlichen Beziehungen und in das loyale Verhalten der deutschen Regierung uns gegenüber hätten. Doch leider gibt es durch die Schuld der deutschen Regierung dieses Vertrauen nicht und die deutsche Regierung sollte, falls sie die früheren Beziehungen erhalten möchte, bemüht sein, eine derartige Zuversicht zu schaffen.

Danach erhob sich Dirksen und sagte noch einmal, dass er seinen ganzen Einfluss geltend machen werde, um wegen der gestrigen Demonstration keine neuen Komplikationen aufkommen zu lassen. Er bitte mich, mich ebenfalls für die Erhaltung der früheren Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland einzusetzen⁷.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Šejn[in], Gen. Lev[in]. 25. VI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1269 vom 25. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 11 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Stalin, Molotov, an die 2. Westabteilung, nach Berlin, an Gen. Doleckij.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 264–261. Kopie.

⁶ A. Lunačarskij: „Ešče odna tragikomedija“ (Noch eine Tragikomödie). In: Večernjaja Moskva vom 22. Juni 1933, S. 1.

⁷ Zum Bericht von Dirksens über diese Unterredung vgl. Dok. 125.

Nr. 125

Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 23. Juni 1933

Tgb. Nr. A/1290

1 Anlage

Im Anschluss an anderweitige Berichterstattung vom 23. Juni d. Js.

Politischer Bericht

Inhalt: Beleidigung amtlicher deutscher Persönlichkeiten durch die Rede des deutschen Kommunisten Heckert bei der Beisetzung Clara Zetkins.

Der Tod und die Beisetzung der deutschen Kommunistin Clara Zetkin ist hier unter einer Massenbeteiligung gefeiert worden, die, wie mir gesagt wurde, nur mit der Beteiligung an der Beerdigung Lenins und Dsershinskis zu vergleichen ist. Die Überführung der Überreste der Verstorbenen vom Krematorium zur Beisetzung an der roten Mauer erfolgte unter der Beteiligung Hunderttausender. Die Urne wurde von Stalin, Molotow und einer Reihe der hervorragenden Sowjetpersönlichkeiten getragen.

Bei der Trauerversammlung wurden zahlreiche Reden gehalten, u. a. von dem Leiter der Versammlung, dem japanischen Kommunisten Katajama, von Molotow und anderen hervorragenden Persönlichkeiten. Es trat auch der hier als politischer Emigrant lebende reichsdeutsche Kommunist Fritz Heckert auf. Seine Rede bestand in einer Aneinanderreihung von Schmähungen gegen Deutschland und die deutschen Persönlichkeiten, die in der Vergangenheit und Gegenwart eine politische Rolle in Deutschland gespielt haben. Insbesondere erging sich Heckert in schweren Beleidigungen des Reichskanzlers, der Reichsminister Göring, Goebbels, Frick, Hugenberg und anderer bekannter Persönlichkeiten. Der Wortlaut der Rede ist in der Anlage hinzugefügt¹.

Ich habe darauf sofort den Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski aufgesucht und gegen diese Beschimpfung amtlicher deutscher Persönlichkeiten nachdrücklichen Einspruch erhoben². Ich habe ausgeführt, dass sich die Sowjetbotschaft mit jeder kleinen und harmlosen Demonstration einiger dutzend russischer Emigranten beschwerdeführend an das Auswärtige Amt wende und das Einschreiten amtlicher Stellen verlange. Herr Krestinski möge sich vergegenwärtigen, wie die Sowjetregierung darauf reagieren würde, wenn auf einer von vielen Tausenden besuchten Versammlung Swetosarow oder Bessedowski oder irgendein anderer russischer Emigrant in Anwesenheit des Reichskanzlers, der meisten Reichsminister und zahlreicher amtlicher Persönlichkeiten schwere Beleidigungen gegen Molotow, Woroschilow und amtliche Sowjetpersönlichkeiten ausspreche. Dazu habe Heckert ganz offenkundig zum Umsturz der gegenwärtigen deutschen Regierung und zur Errichtung einer Räteherrschaft in Deutschland aufgefordert. Eine derartige Handlungsweise könne unsererseits nicht geduldet werden und müsse schwere und nachteilige Folgen für die beiderseitigen Beziehungen haben.

¹ Als Anlage liegt ein deutschsprachiger Zeitungsausschnitt der Rede Heckerts bei (PA AA, R 83395, Bl. 262).

² Vgl. Dok. 124.

Herr Krestinski, der sichtlich bedrückt war, erwiderte, man müsse die Bedeutung der Beisetzung Klara Zetkins für die kommunistische Partei der Sowjetunion und die ganze Sowjetöffentlichkeit berücksichtigen. Die Beisetzung sei ein Volkstrauertag gewesen, ähnlich wie die Beisetzung Lenins. Sie habe sich völlig als eine Veranstaltung der Partei und der breiten Menge abgespielt; *die Sowjetregierung habe sorgfältig alles vermieden, was der Feier einen amtlichen Charakter hätte geben können*³. Sie sei auch nicht amtlich und offiziell angekündigt worden. Die Redner, die dort aufgetreten seien, seien als Parteileute aufgetreten und nicht in ihrer Eigenschaft als amtliche Persönlichkeiten. Der private und parteimäßige Charakter der Veranstaltung gehe auch daraus hervor, dass die „Iswestija“ die Rede Heckerts ebenso wenig gebracht habe wie die TASS.

Auf meine Frage, ob die „Prawda“ die Rede Heckerts veröffentlicht habe, erwiderte Krestinski, er glaube, das dies der Fall sei⁴, weil die Parteiblätter ihre eigenen Informationen über solche Parteiveranstaltungen bezögen, während der Bericht der „Iswestija“ über die offiziöse Telegraphenagentur TASS ginge.

Ich führte sodann aus, dass die Trennung zwischen der Eigenschaft als Parteimitglied und als amtliche Persönlichkeit nicht durchschlagend sei. Es bleibe die Tatsache bestehen, dass Herr Molotow und alle anderen hohen Sowjetfunktionäre sich die Beschimpfungen der deutschen Staatsmänner durch Heckert ruhig mitangehört hätten.

Herr Krestinski erwiderte darauf, es sei für Molotow und die anderen amtlichen Persönlichkeiten nicht möglich gewesen, durch Verlassen der Versammlung auf die beleidigende Rede Heckerts zu reagieren; und zwar einerseits aus verständlichen parteipolitischen Rücksichten heraus, andererseits aber auch, weil die meisten der Beteiligten die deutsche Sprache – Heckert hat deutsch gesprochen – gar nicht verstanden hätten. Deswegen habe auch der Vorsitzende der Trauerversammlung, der Japaner Katajama nicht einschreiten können.

Ich erwiderte, dass eben vorher durch Anweisung an die Redner rechtzeitig hätten Vorkehrungen getroffen werden müssen, um einen derartigen Vorgang zu verhindern. Ich fragte Herrn Krestinski, ob denn Molotow und die anderen Sowjetpersönlichkeiten – ob nun als Privatleute oder als amtliche Persönlichkeiten – derartige Beschimpfungen der Deutschen Reichsregierung billigten.

Herr Krestinski verneinte diese Frage und wiederholte noch einmal die Gründe, weswegen diese Kundgebung als eine rein parteimäßige anzusehen sei, die auf die offiziellen Beziehungen der beiden Regierungen keine Rückwirkungen haben sollte.

Ich schloss diesen Teil der Unterhaltung mit den Worten, dass ich diese Überzeugung nicht zu teilen vermöge; Zwischenfälle von solcher Bedeutung würden zweifellos dauernde und schädliche Spuren hinterlassen.

Ich ging sodann dazu über, den Stellvertretenden Volkskommissar auf einen gestern in der „Wetschernaja Moskwa“ von Herrn Lunatscharski veröffentlichten Aufsatz hinzuweisen⁵, in dem Lunatscharski Deutschland der Vorbereitung der Revanche gegen Frankreich, antisowjetischer Pläne und kriegerischen Geistes an-

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ „Traurnyj miting na Krasnoj ploščadi“ (Trauer-Meeting auf dem Roten Platz) mit Redenauszügen von Katajama, Marty, Heckert, Molotov und Krupskaja. In: Prawda vom 23. Juni 1933, S. 1.

⁵ Vgl. Dok. 124, Anm. 6.

klagt. Ich erinnerte Herrn Krestinski daran, dass diese Bekundung *einer scharf antideutschen und denunziatorischen Gesinnung nur eines mehr von den vielen Beispielen sei, die ich ihm*⁶ in unserer gestrigen Unterhaltung für die scharfe antideutsche Einstellung der Sowjetpresse gegeben habe. In dem Munde eines so bekannten Mannes wie Lunatscharski wögen solche Beschimpfungen besonders schwer.

*Ich führte im Anschluss hieran aus, dass diese deutschfeindliche Stimmung in der Sowjetöffentlichkeit nach meiner sich immer mehr festigenden Überzeugung tiefere Gründe habe. Diese Gründe seien parteipolitischer Art: im Gegensatz zur Türkei und zu Italien, wo die kommunistische Partei und ihre Unterdrückung durch die dortigen Regierungen auf die offiziellen freundschaftlichen Beziehungen keine Rückwirkung gehabt habe, bedeute die Ausschaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, rein*⁷ vom Standpunkt der kommunistischen Parteidoktrin, insbesondere der weltrevolutionären Ideologie, einen schweren Schlag. Die Sowjetregierung behaupte zwar, dass die Regierungsform anderer Länder für die politischen Beziehungen auch im Falle Deutschlands unerheblich seien, es scheine mir aber nicht der Fall zu sein; *ich hätte den Eindruck, als ob die parteimäßigen Einflüsse in der Einstellung der Sowjetregierung*⁸ zur neuen Deutschen Regierung über die realpolitischen Erwägungen die Oberhand behielten. *Das müsse natürlich entsprechende Gegenwirkungen auf deutscher Seite auslösen und würde*⁹ sehr weittragende Folgen haben.

Herr Krestinski erwiderte, ich hätte Recht mit meinen Ausführungen von der Bedeutung des Verschwindens der Kommunistischen Partei Deutschlands für die hiesigen Parteikreise; diese müssten mit der Stimmung der Massen rechnen. Wohl sei aber die Macht der Regierung groß genug, um die realpolitischen Erwägungen gegenüber den Parteirücksichten zu verwirklichen, vorausgesetzt, dass man auf der deutschen Seite auf eine dauernde positive und freundliche Einstellung rechnen könne.

Ich schloss die Unterhaltung mit den Worten ab, dass Zwischenfälle wie der heutige nicht dazu beitragen könnten, eine solche Einstellung in Deutschland zu fördern; ich wolle der Hoffnung Ausdruck geben, dass auf der Sowjetseite künftig die Beleidigungen Deutschlands unterblieben und die positiven Bekundungen guten Willens auf deutscher Seite von der Sowjetöffentlichkeit mehr anerkannt und in der Sowjetpresse gewissenhafter wiedergegeben würden.

v. Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Eingangsstempel: A. A. eing. 30 Jun. 1933. Handschriftlicher Vermerk: IV Ru 2941; an der Seite: Stempel St. S. und Min. Dir. Köpcke sowie Kenntnisnahme von N[euraths]. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 83395, Bl. 258–261.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Absatz ist am Rand angestrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 126

**Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den
Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg**

Berlin, den 23. Juni 1933

Abschrift zu W 4174

Herrn Reichsminister Hugenberg,

Berlin

Sehr verehrter Herr Hugenberg,

durch die Ihrem Büro vorgestern übersandten beiden Telegramme¹ unseres Botschafters in Moskau sind Sie bereits darüber unterrichtet, dass die letzten beiden Absätze Ihres in London Herrn Colijn und der Presse übergebenen Memorandums in Moskau große Aufregung hervorgerufen haben. Obwohl wir den Unterstellungen Krestinskis durch Herrn von Dirksen bereits entgegengetreten sind², hat gestern der Russische Botschafter Herrn von Bülow die abschriftlich beigefügte Note übergeben³. Herr von Bülow hat in gleichem Sinne, in dem unser Botschafter in Moskau mit Krestinski gesprochen hat, Herrn Chintschuk mit aller Deutlichkeit erklärt, dass die Interpretation Ihres Memorandums durch die Russen eine böswillige Missdeutung Ihrer Ausführungen sei. Die von den Russen beanstandeten beiden letzten Absätze Ihres Memorandums behandelten zwei verschiedene Probleme. In dem Abschnitt, wo von Siedlungsraum die Rede sei, würden die koloniale Frage und die Frage der nützlichen Auswertung des Bevölkerungsüberschusses behandelt. Hier sei kein Projekt bekannt, Deutsche in Russland anzusiedeln, wohl aber gebe es zahllose derartige Projekte für die Ansiedlung Deutscher in Brasilien, Paraguay, Chile, Bolivien, Peru, Canada und anderen Ländern. Aus älteren deutschen Siedlungen hätten wir große wirtschaftliche Vorteile gezogen, seit Jahren würden unserer Auswanderung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen Schwierigkeiten bereitet. Das sei eine Sache, die mit Russland nicht das Mindeste zu tun habe. Russland werde lediglich in dem letzten Absatz Ihres Memorandums erwähnt, zusammen mit großen Teilen des Ostens bei Behandlung der Frage der Unterkonsumtion im Gegensatz zu der fälschlich vielfach behaupteten Überproduktion. Es sei eine historische Tatsache, dass Krieg, Revolution und innerer Zerfall (letzteres bezieht sich offensichtlich auf China) den Anfang einer Entwicklung gezeigt habe, die sich heute in fast allen Ländern auswirke, nämlich die unfreiwillige Unterkonsumtion.

Mit dieser mündlichen Aussprache ist jedoch die Angelegenheit noch nicht erledigt, da wir auf die Note der Russen eine schriftliche Antwort erteilen müssen. Im Interesse unserer Beziehungen zu Russland ist es unerlässlich, den Zwischenfall sobald wie möglich aus der Welt zu schaffen. Ich wäre Ihnen daher sehr ver-

¹ Dazu am Rand folgende maschinenschriftliche Anmerkung: „Geh. Tel. Nr. 134 v. 19. VI. und Nr. 138 v. 20. VI.“ Vgl. Dok. 116 [Telegramm Nr. 134] und PA AA, R 105702, o.P. [Telegramm Nr. 138].

² Vgl. Dok. 118 bis 120.

³ Vgl. Dok. 121, 122.

bunden, wenn Sie mir Ihre Stellungnahme zu den Auslassungen der Russen tunlichst bald zugehen lassen würden⁴.

Mit den verbindlichsten Grüßen

(Schluss m. p.)
(gez.) von Neurath

Auf dem ersten Blatt Paraphe von R[itter].

PA AA, R 105702, o.P., 2 Bl.

Nr. 127

**Schreiben des Reichsministers für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung
Hugenberg an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**

Berlin, den 24. Juni 1933

Herrn
Reichsminister des Auswärtigen
Freiherrn v. Neurath
Berlin W 8
Wilhelmstraße

Sehr geehrter Herr von Neurath!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 23. d.M.¹ Das namens der deutschen Delegation in London überreichte Memorandum² enthält zunächst folgenden Absatz:

„Von Deutschland aus gesehen gäbe es bei einer klugen und friedfertigen Zusammenarbeit zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern noch zwei vorurteilslose Schritte, durch die Deutschland wieder in seiner internationalen Zahlungsfähigkeit gehoben werden könnte. Der eine dieser Schritte bestände darin, dass man Deutschland wieder ein Kolonialreich in Afrika gäbe, von dem aus es in diesem ganzen Kontinent große Arbeiten und Anlagen ausführte, die sonst unterbleiben würden. Der zweite Schritt wäre der, dass dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werke des Friedens aufbauen könnte.“

Es folgen zwei Absätze, die sich mit der Feststellung befassen, dass nicht Überproduktion und Ausbreitung des Maschinenbetriebes, sondern Ausfall der Konsumkraft immer weiterer Gebiete das wirkliche Kennzeichen der Weltwirtschaftskrise darstellen. Dann heißt es weiter:

„Krieg, Revolution und innerer Zerfall haben in Russland und in großen Teilen des Ostens den Anfang gemacht. Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzutreten, ist sie durch künstliche Auspowerung der konsumfähigsten Kulturländer

⁴ Von Neurath hatte Hugenberg dies Schreiben persönlich auf der Kabinettsitzung am 23. 6. 1933 übergeben.

¹ Vgl. Dok. 126.

² Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben. Dieser zerstörende Vorgang läuft einstweilen noch weiter. Ihn gilt es abzustoppen.“

Es bestand und besteht weder für Herrn Litwinow, der in seinem Interview³ bezeichnenderweise selbst erklärte, dass er die Denkschrift nicht gelesen habe, noch für die russische Regierung ein Anlass, sich über eine Wendung oder ein Wort dieser Ausführungen zu beschweren. Ich glaube keinen Grund zu haben, dazu irgendwelche Erklärungen abzugeben, weil der vorstehend wiedergegebene Wortlaut so klar ist, dass jeder Zusatz sich erübrigt.

Wenn man in Russland anscheinend einen Gedankenzusammenhang zwischen meinen Worten und den Ausführungen herstellen möchte, die angeblich Herr Rosenberg kürzlich in London⁴ und auch sonst vertreten haben soll, so lege ich Wert auf die Feststellung, dass ich diese Ausführungen nur vom Hörensagen kenne und dass sie meinen Auffassungen nicht entsprechen. Der Inhalt meiner Worte bietet keinen Anlass, sie mit den Rosenbergschen Ausführungen in Verbindung zu bringen.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr von Neurath, beabsichtigen sollten, von dem Inhalt dieses Briefes nach irgendeiner Seite Gebrauch zu machen, so würde ich bitten, es nur durch seine vollständige Wiedergabe zu tun.

Mit den verbindlichsten Grüßen
Ihr ergebener

Hugenberg

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem Dokument befindet sich die Paraphe von Neuraths vom 27. Juni. Auf Kopfbogen des Reichswirtschaftsministers geschrieben. Stempel AA: W 4296 eing. 28. Jun. 1933. Bemerkungen von Meyer und weitere, nicht entzifferte Bemerkungen.

PA AA, R 118565, Bl. E 652713–652715.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 336, S. 598–599.

Nr. 128

Vermerk des Ministerialrats in der Reichskanzlei Thomsen

Berlin, den 26. Juni 1933

Rk. 7910

1.) Vermerk.

Das Auswärtige Amt befürwortet den Empfang einer Abordnung der Organisation „Brüder in Not“¹ durch den Herrn Reichskanzler. Diese Organisation hat sich die Ausübung der Wohltätigkeit unter den Auslandsdeutschen zur Aufgabe gemacht. Ihr gehört auch das Zentral-Komitee der Deutschen aus Russland korporativ an, das seinerzeit um eine besondere Audienz gebeten hatte.

2.) Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Thomsen

³ Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

⁴ Vgl. Dok. 90, Anm. 7.

¹ Der Text ist unterstrichen.

- 1.) Der Reichskanzler möchte von dem Empfang einer Abordnung der Organisation „Brüder in Not“ absehen.
- 2.) Dem Herrn Ref. erg. mit der Bitte um weitere Veranlassung.

B., d. 27. Juni 1933

Eigenhändige Unterschrift. Oben Stempel Der Staatssekretär der Reichskanzler. *Am Blattende ist handschriftlich hinzugefügt:* 1) Vermerk. Ich habe dem Referenten im A.A., Reg.Rat Kundt, von der Entscheidung des Herrn RK's Mitteilung gemacht. Das A.A. nimmt einen entsprechenden Aktenvermerk zu seinen Akten. *Am Seitenrand* zdA Th[omsen] 27/6.

BArch, R 43 I/ 141, Bl. 186.

Nr. 129

Rundschreiben des Reichsministers für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung Hugenberg und des Reichsinnenministers Frick

Berlin, den 27. Juni 1933

Abschrift.

Der Reichswirtschaftsminister
Der Reichsminister des Innern

II 15982

An

- a) den Herrn Reichsminister der Finanzen
- b) den Herrn Reichswehrminister (Heeresleitung)
Mit einem Durchschlag für die Marineleitung
- c) den Herrn Reichspostminister
- d) den Herrn Reichsverkehrsminister
- e) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt
- f) die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
(Hauptverwaltung)
(durch den Herrn Reichsverkehrsminister)
– je besonders –.

Betr.: Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte A. G.

Wie von dem Herrn Reichskanzler auch der Öffentlichkeit gegenüber betont worden ist, ist der Reichsregierung daran gelegen, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten und zu festigen.

Infolge der durchgreifenden Maßnahmen, welche durch den Herrn Preußischen Minister des Innern¹ bei der Deutschen Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte A. G. (Derop) zu dem Zwecke ergriffen worden sind, die Derop auf nationale Basis umzustellen und sie den nationalen Interessen anzupassen, ist den bisher gegen die Derop in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen der Boden entzogen worden.

¹ Hermann Göring.

Für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Sowjetunion in die Lage versetzt wird, ihre den deutschen Lieferfirmen gegenüber eingegangenen Zahlungsverpflichtungen durch Steigerung ihrer Exporttätigkeit abzudecken. Nachdem es im Rahmen der Hilfe für die deutsche Landwirtschaft notwendig geworden ist, Maßnahmen zu treffen, die auch die Einfuhr aus Russland berühren und demgemäß auf diesen Gebieten einer Steigerung des russischen Exports entgegenstehen, erscheint es im Interesse des deutschen Warenaustausches besonders zweckmäßig, auf dem Gebiet der Erdölprodukte, auf welchem Deutschland in großem Umfange auf fremde Einfuhr angewiesen ist, den sowjetrussischen Export nach Deutschland möglichst zu unterstützen.

Hierfür sprechen auch Gründe der Devisenersparnis insofern, als für die Bezahlung russischer Naphthaprodukte keine Devisen angeschafft zu werden brauchen, der Kaufpreis vielmehr durch Verrechnung mit bereits ausgeführten deutschen Warenlieferungen nach Russland entrichtet wird.

Unter diesen Umständen bitte ich für den dortigen Geschäftsbereich gefälligst veranlassen zu wollen, dass die für den Bezug von Erdölprodukten in Frage kommenden Einkaufsstellen darauf hingewiesen werden, dass, soweit nicht Erdölprodukte deutschen Ursprungs zur Bedarfsdeckung zur Verfügung stehen, eine Abnahme von sowjetrussischen Naphthaprodukten, die von der Derop vertrieben werden, und eine Steigerung des Bezugs dieser Produkte im deutschen Interesse liegt.

Der Reichsminister des Innern
gez. Frick

Der Reichswirtschaftsminister
gez. Hugenberg

Auf dem ersten Blatt unten Stempel: II 14321.

GStA PK, Rep 120, C XIII, 6a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 103–103R.

Nr. 130

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim
Expl. Nr. 6

1321

27. VI. 1933¹

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

ich will Ihnen knapp schreiben, wie ich die Lage verstehe, die sich in unseren Beziehungen zu Deutschland herausgebildet hat.

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

Hugenbergs Memorandum² ist keinesfalls seine ganz persönliche Meinungsäußerung, sondern stellt einen streng durchdachten Schritt der deutschen Regierung dar. Diese Erklärung zeigt uns, dass sich die jetzige Regierung, ungeachtet der wiederholten Beteuerungen Dirksens, Neuraths, Görings und Hitlers hinsichtlich ihres festen Willens, die Politik der Freundschaft gegenüber der UdSSR fortzusetzen, faktisch nicht von jenen außenpolitischen Leitlinien lossagt, die die Nationalsozialisten in allen ihren sowohl theoretischen als auch agitatorischen Werken während der Jahre ihres Kampfes um die Macht entwickelt haben. Die deutsche Regierung ist bereit, an einer Kriegskoalition gegen uns teilzunehmen. Sie ist bereit, die Hauptstreitmacht für diesen Krieg gegen uns zu stellen. Dafür fordert sie nur zwei Dinge: die Freiheit der Rüstung und eine Kompensation auf Kosten der UdSSR.

Die deutsche Regierung ist zu dem Schluss gekommen, dass der gegenwärtige Zeitpunkt, da die Möglichkeit eines Überfalls Japans auf uns noch nicht ausgeschlossen ist, die Beziehungen mit England noch sehr gespannt sind, eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Ver[einigten] Staaten aber noch nicht eingetreten ist und möglicherweise sich nur für eine gewisse Zeit hinauszögern wird, bereits so günstig ist, um ihre Dienste im Kampf gegen uns offen anzubieten. Es stellte sich jedoch heraus, dass sich die deutsche Regierung in ihren Plänen etwas verkalkuliert hat. Die englische Regierung denkt noch nicht an einen sofortigen Krieg gegen uns. Sie hat es vorgezogen, den Konflikt mit der UdSSR aus der Welt zu schaffen und wieder normale Handelsbeziehungen aufzunehmen. Andere Länder – Frankreich, Italien, die Kleine Entente, Polen – haben das Hugenberg-Memorandum ablehnend aufgenommen.

Die Japaner sind noch nicht bereit, einen Krieg gegen uns vom Zaun zu brechen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass dieses Jahr ohne einen Überfall Japans auf unsere Grenzen vergehen wird.

Die deutsche Regierung musste den Rückzug antreten, das Memorandum zurückziehen, ihm eine ganz andere Deutung verleihen und seine antisowjetische Ausrichtung kategorisch leugnen.

Wir haben noch keine Antwort auf die von Ihnen überreichte Note erhalten³. Diese Antwort wird voraussichtlich recht scharf ausfallen, doch ihr Wesen wird dennoch darauf hinauslaufen, dass die deutsche Regierung jedwede feindliche Absichten uns gegenüber leugnen wird⁴.

Falls im Ergebnis der Londoner Begegnungen und Verhandlungen eine Beilegung des englisch-sowjetischen Konflikts erreicht werden sollte, so werden sich die Deutschen mäßigen und wieder zu dem Ton zurückfinden, in dem sie mit uns vor London gesprochen haben.

Was können wir tun? Vor allem müssen wir daran denken, dass man nicht den freundschaftlichen Versicherungen der deutschen Regierung glauben darf, dass ein Krieg gegen uns in die langfristigen Planungen Deutschlands eingeschlossen ist und dass die gegenwärtige Lage nur eine zeitweilige Atempause darstellt.

² Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 121, 122.

⁴ Vgl. Schreiben von Neuraths an Chinčuk vom 29. 6. 1933; Vgl. PA AA, R 105702; AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 140–139. Vgl. auch Dok. 132.

Wir müssen jedoch diese Atempause in wirtschaftlicher Hinsicht nutzen und von Deutschland Kredite, Ausrüstungen usw. nehmen, alles das, was wir zu besseren Konditionen als in anderen Ländern erhalten können.

Was die übrigen Beziehungen betrifft, so werden wir, wenn wir unsere einstige Freundschaft mit Deutschland nicht fortsetzen und Deutschland der Möglichkeit berauben würden, die sowjetische Karte unverändert für die eigenen Interessen auszuspielen, nicht gezwungen sein, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Wir müssen nicht ohne Grund überall verkünden, dass die früheren Beziehungen zwischen uns und Deutschland völlig beseitigt sind. Wenn wir dies aber ohne Not verkünden würden, so hätten die Deutschland feindlich gesonnenen Staaten keinen Antrieb, uns diese oder jene Zugeständnisse mit dem Ziel zu machen, uns von Deutschland loszureißen.

Alle diese meine Überlegungen sind vorläufig und privat. Ich gebe Sie Ihnen zu Ihrer Orientierung und in der Erwartung zur Kenntnis, damit Sie mir Ihrerseits darlegen, wie Sie die Grundmotive für das Verhalten der Deutschen sowohl in London als auch in Berlin verstehen⁵.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Šejn[in]. 28. VI. 33. Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1285 vom 28. 6. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], 2. Westabteilung.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 267–265. Kopie.

Nr. 131

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, 28. 6. 33
Ankunft: 30. Juni

II F. 2002

Deutsche Botschaft Moskau.

Der Militärattaché.

Nr. 149/33

An das Auswärtige Amt mit 2 Beilagen und 1 Unterbeilage¹

An das Reichswehrministerium mit Beilagen und 1 Unterbeilage

z. H. Herrn Chef des Truppenamtes

In militär-politischer Hinsicht haben sich die früheren vorzüglichen, dann mehr und mehr gelockerten Beziehungen von Armee zu Armee leider weiterhin

⁵ Vgl. Dok. 150.

¹ Beilage I: Militärische usw. Nachrichten (Bl. E 432450–432452), Beilage II: Übungen (Bl. E 432453) und Unterbeilage: Abschrift eines Briefes von Hartmann an Suchorukoff (Datum nicht lesbar) (Bl. E 432454).

verflüchtigt. Die Russen haben sich in einer Eröffnung vom 26. 5. folgerichtig, aber unangenehm fühlbar von der bisherigen Form gemeinsamer militärischer Zusammenarbeit noch deutlicher freigemacht². Die Einzelheiten darüber enthält eine Niederschrift, die dem Herrn Botschafter³ vorgelegen hat und mit Rücksicht auf die unerlässliche breitere Behandlung geheimer militärischer Angelegenheiten an das Reichswehrministerium unmittelbar vorgelegt wird mit der Bitte, die Unter- richtung des Auswärtigen Amts vorzunehmen.

War bisher die bewährte enge Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee gewissermaßen die Brücke, die in den letzten Jahren auch in gespannten Lagen beide Parteien unschwer zusammenführte, und schien diese Brücke auch die letzte Belastungsprobe des nationalen revolutionären Umschwungs in Deutschland zu bestehen, so scheint man jetzt diese Brücke gewissermaßen „wegen Unsicherheit für den allgemeinen Verkehr gesperrt“ zu haben und nur noch gelegentlich einzelnen Personen das Betreten zu gestatten.

Diese russische Maßnahme ist gewiss kein Ausdruck eigenen Kraftbewusstseins, aber sicherlich auch nicht nur Bluff. So nüchtern und leidenschaftslos man die Dinge nehmen muss, weil man selbstverständlich von der Sowjetunion nicht verlangen kann, dass sie eine andere als ihre eigene Politik treibt, so wenig wird man um der in ihrem militärpolitischen Wert gesunkenen sowjetischen Freundschaft willen eigene Belange zurücksetzen oder mit übermäßigem Aufwand erkaufen dürfen. Daher steigt – m.E. noch ohne augenblickliche Dringlichkeit – die Frage empor, ob man die bisherige militärische Freundschaft gegenüber der Sowjetunion weiterhin erkalten lassen oder ob man unter Vorbehalt präziser Alternativen eine Klärung herbeiführen soll.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Stempel: Kenntnis genommen. Der Botschafter. *Darunter eigenhändige Unterschrift:* von Dirksen. *[Stempel des AA nicht entziffert].*

PA AA, R 30097, Bl. E 432448–432449.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 339, S. 603–604.

Nr. 132

Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Berlin, den 30. Juni 1933

*RM 903*¹

Ich habe heute morgen den Russischen Botschafter zu mir bestellt und habe ihm die Note vom 29. Juni persönlich übergeben². Dabei habe ich noch mündlich

² Vgl. Dok. 109.

³ Herbert von Dirksen.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 135; die Note ist vorhanden in: PA AA, R 105702, o.P.; AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 140–139.

hinzugefügt, dass es mir unverständlich sei, wie die Russische Regierung aus dem Memorandum des Herrn Hugenberg die in ihrer Note vom 22. Juni³ erwähnten Schlüsse hätte ziehen können. Dies sei nur möglich bei einem ausgesprochen bösen Willen. Zu meinem Bedauern müsste ich feststellen, dass in letzter Zeit der Ton der russischen Presse, insbesondere der „Prawda“ und der „Iswestija“ gegenüber Deutschland in einer Weise unfreundlich geworden sei, dass ich nur annehmen könne, man habe es darauf abgesehen, die russische Politik gegenüber Deutschland zu ändern. Dies sei umso auffallender, als dem Botschafter bekannt sei, dass deutscherseits gegenüber den russischen Beschwerden über gewisse unliebsame Vorgänge in den letzten Monaten von allen amtlichen Stellen das größte Entgegenkommen gezeigt worden sei. Das gleiche sei der Fall gegenüber den russischen Wünschen bei Beseitigung der Zahlungsschwierigkeiten, die im Frühjahr gedroht hätten⁴. Die deutsche Politik gegenüber Russland sei dem Botschafter klar und eindeutig durch den Reichskanzler Hitler persönlich⁵ sowie zu wiederholten Malen durch mich erklärt worden. Es sei aber nicht zu vermeiden, dass eine Fortsetzung des jetzigen Tones in der russischen Presse auf die Dauer eine Trübung der deutsch-russischen Beziehungen herbeiführen müsse. Ich würde dies außerordentlich bedauern, sehe aber eine Möglichkeit, dies zu verhindern, nur in einer anderen Haltung der Russischen Regierung und ihrer Organe.

Der Botschafter antwortete darauf: Seine Einstellung zu Deutschland sei zur Genüge bekannt. Es sei aber nicht zu leugnen, dass das Vorgehen gegen die Derop sowie die noch jetzt immer andauernden Verhaftungen von Russen, nur weil sie Russen seien, und endlich die neuerdings zutagetretende Unterstützung der Weißrussen⁶ eine Verstimmung in Russland hervorgerufen habe. Dazu komme, dass man die Wünsche der Russen auf wirtschaftlichem Gebiet bisher völlig abgelehnt habe. Er gebe zu, dass in Russland eine gewisse Nervosität in Bezug auf Deutschland herrsche und er bemühe sich andauernd, dieser entgegenzuwirken.

Ich erwähnte dem Russischen Botschafter gegenüber sodann noch die Mitteilung des Botschafters von Dirksen über den bevorstehenden Abschluss eines multilateralen Nichtangriffspaktes zwischen Russland und seinen sämtlichen Angrenzungen⁷ und bemerkte, dass ich erwarten könne, dass man russischerseits im Falle einer solchen Absicht uns zum mindesten davon verständige. Herr Chintschuk erklärte, von einer solchen Absicht nichts zu wissen.

gez. Frhr. v. Neurath

PA AA, R 28807, Bl. 10–11.

Veröffentlicht in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler, Teil I, Bd. I/1, Dok. 174, S. 607–609.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 331, Anlage, S. 586; vgl. auch Dok. 121.

⁴ Gemeint ist das Kreditabkommen vom 25. 2. 1933; vgl. Dok. 17.

⁵ Vgl. Dok. 79.

⁶ Gemeint sind die russischen Emigranten, hier insbesondere Rond.

⁷ So im Dokument; gemeint sind die Konventionen über die Definition des Angreifers, die zwischen der UdSSR und einer Reihe von Staaten geschlossen wurden. Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

Nr. 133
Aufzeichnung des Reichswirtschaftsministers Schmitt

[1. Juli 1933]¹

Abschrift II [...]71/33

Der Reichswirtschaftsminister

IB 6154/33.

Betr. Russengeschäfte1.) Vermerk:

1.) Der Staatsbank der UdSSR sind seitens zweier Bankenkonsortien – das eine unter Führung der Dresdner Bank, das andere unter Führung der Dedibank² – durch Kreditabkommen vom 25. Februar 1933 zwei Überbrückungskredite von insgesamt 140 (90 + 50) Mill. RM eingeräumt worden³. Das Reich hat sich in voller Höhe der Kredite für deren Rückzahlung selbstschuldnerisch verbürgt. Die Kredite sind gesichert durch

a) Schuldverschreibungen russischer Wirtschaftsunternehmungen mit Verbürgung der Sowjetunion;

b) Abtretung von Forderungen der UdSSR aus Exportverträgen mit ausländischen (nicht deutschen) Unternehmungen;

c) Verpfändung von Waren.

Ferner hat sich die Sowjetseite verpflichtet, in den Jahren 1933 und 1934 Gold im Umfang von 125 und 100 Mill. RM der Deutschen Reichsbank gegen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

2.) Die – auf 14 Monate gegebenen – Kredite dürfen von der Sowjetseite nur zur Einlösung verbürgter Russenwechsel verwendet werden.

3.) Die Sowjetseite hat erklärt, dass mit der Krediteinräumung der Eingang aller im Jahre 1933 fälligen deutschen Forderungen an die UdSSR gewährleistet sei. Der Gesamtumfang dieser Forderungen wird von der Sowjetseite auf 750 Mill. RM geschätzt. Der Überbrückungskredit von 140 Mill. RM beträgt daher bei Zugrundelegung dieser Schätzung weniger als $\frac{1}{5}$ der auf 1933 entfallenden Gesamtsumme.

4.) Dass „für 1933 keinerlei Zahlungen mehr erfolgen“, trifft nicht zu. Die UdSSR ist bisher ihren Verpflichtungen gegenüber deutschen Gläubigern nachgekommen.

5.) Es ist richtig, dass Oldenburg sich vom Russengeschäft frühzeitig zurückgezogen hat⁴. Sein Interesse an Russlandverpflichtungen ist indessen niemals groß

¹ Ein Begleitschreiben dieses Datums erläutert, dass das Dokument über die sogenannten Russengeschäfte im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsminister für Finanzen an das Innenministerium verschickt wurde; vgl. BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 64.

² Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft AG, gegr. 1929 in Berlin.

³ Vgl. Dok. 17.

⁴ Das Oldenburgische Staatsministerium hatte am 8. 3. 1933 an das Reichswirtschaftsministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es mitteilte, dass es schon seit 1931 schwere Bedenken gegen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland habe. In dem Entwurf eines Antwortschreibens an das Oldenburgische Staatsministerium heißt es: „Die von der Oldenburgischen Regierung gegenüber dem Russlandgeschäft geltend gemachten Bedenken sind von der Reichsregierung und den beteiligten Landesregierungen fortlaufend ernster Würdigung unterzogen worden. Wenn gleichwohl auch weiterhin Bürgschaften zur Verfügung gestellt werden, so geschieht dies nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch im Hinblick auf die Bedeutung, die dem Russlandgeschäft unter

gewesen; seit Wiederaufnahme der Bürgschaftsaktion im Jahre 1929 ist Oldenburg nur an ganz wenigen – davon allerdings 2 umfangreichen – Geschäften beteiligt gewesen, die einen Fakturenbetrag von insgesamt rund 2,5 Mill. RM – davon die Haftung Oldenburgs: rd. 600 000 RM ausmachen. Das gegenwärtig noch laufende Russenobligo Oldenburgs beträgt rd. 350 000 RM.

6.) Allgemein darf zum Russengeschäft Folgendes bemerkt werden:

Die Ausfallbürgschaften für Russengeschäfte gehen zurück auf den sogenannten 300 Mill. Kredit vom Jahre 1926⁵. Im Bestreben, einerseits die Exportmöglichkeiten während der schweren Absatzkrise zu erweitern und dadurch einer möglichst großen Anzahl von Arbeitern ihre natürliche Arbeitsstätte zu erhalten, andererseits den – zumal gegenüber der Vorkriegszeit – erheblich zurückgegangenen Anteil Deutschlands an der deutschen Einfuhr zu heben, entschloss sich die Reichsregierung damals, Ausfallbürgschaften im Umfang von 105 Mill. RM zur Verfügung zu stellen, auf deren Grundlage bei 35%iger Haftung (die Länder beteiligten sich schon damals zusätzlich mit 25%) Verträge im Umfang von 300 Mill. RM (bis zum Jahre 1927 erweitert auf 370 Mill. RM) getätigt werden konnten.

Mit dem April 1931 waren die Geschäfte abgewickelt, die Ausfallbürgschaften aus der ersten Aktion im vollen Umfang wieder frei geworden.

Im Jahre 1929 wurde die Einräumung von Ausfallbürgschaften für russische Geschäfte wieder aufgenommen und zunächst bis zum Herbst 1931 weitergeführt, zu welchem Zeitpunkt eine Haftungsgrenze des Reichs von rund 400 Mill. RM (Gesamtumfang der verbürgten Geschäfte: rund 1 Milliarde RM) erreicht war.

Die in der Folgezeit ständig zunehmende Schrumpfung der inländischen und ausländischen Absatzmöglichkeiten mit ihrer bedrohlichen Auswirkung für den Arbeitsmarkt zwangen die Reichsregierung, den Plan, das Russenobligo abzubauen, noch hinauszuschieben und sich zu entschließen, die freiwerdenden Bürgschaften erneut zur Verfügung zu stellen.

Haftung des Reichs nach dem Stand vom 30. Juni 1933:

Laufend eingeräumte Bürgschaften	rund 300 Mill. RM
Haftung für die bisher gewährten Raten des	
unter 1) und 2) angeführten Überbrückungskredits	rund 125 Mill. RM
	rund 425 Mill. RM.

Die gegen die UdSSR bestehenden Kaufpreisforderungen aus den verbürgten Geschäften betragen nach dem Stand vom 30. Juni 1933 rund 955 Millionen RM, von denen fällig sind im Jahre

1933	285 Mill. RM
1935	515 Mill. RM
1935	105 Mill. RM
1936	30 Mill. RM
1937	17 Mill. RM
1938	3 Mill. RM.

Im ersten Halbjahr 1933 hat die UdSSR 332 Millionen RM zurückgezahlt.

arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zukommt. Den erwähnten Bedenken wird dadurch Rechnung getragen, dass die Bürgschaftseinräumung in einem gegenüber der früheren Übung wesentlich eingeschränkten Umfang und nur im Rahmen der jeweiligen Rückflüsse erfolgt.“ Vgl. BAArch, R 43 II/ 1488, Bl. 67.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. II/2, Dok. 25, S. 62–63; DVP, Bd. IX, Dok. 195, S. 324–325.

Welche Bedeutung der Außenhandel mit der UdSSR für Deutschland in den Jahren seit 1925 erlangt hat, zeigt folgende Aufstellung:

Der deutsche Außenhandel mit Russland (UdSSR)
(Mill. RM)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr(-) bzw. Ausfuhr- Überschuss (+)	Rangstellung der UdSSR im Gesamtrah- men der deut- schen Ausfuhr
1925	229,8	251,1	+ 21,3	14
1926	323,3	265,6	– 57,7	13
1927	433,2	329,6	–103,6	13
1928	378,5	403,4	+ 24,9	12
1929	425,7	353,9	– 71,8	13
1930	436,3	430,6	– 5,7	11
1931	303,5	762,7	+459,2	4
1932	270,9	625,8	+354,9	2
1. Vj. 1933 ^{x)}	40,6	89,0	+ 48,4	3

^{x)} vorläufige Ergebnisse.

Auf dem ersten Blatt unten handschriftlich: zu RK 8393³³

BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 65–66R.

Veröffentlicht in: Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Teil 1, Bd. I/1, Dok. 176, S. 611–614.

Nr. 134

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**

Geheim

Tagebuch

N. N. Krestinskij

Empfang des deutschen Botschafters von Dirksen, 2. Juli 1933

Von Gen. Litvinov traf heute aus London das Telegramm über die gestern Abend von uns, Estland, Lettland, Polen, Rumänien und der Türkei vorgenommene vorläufige Unterzeichnung der Konvention¹ ein, die den Begriff der angrei-

¹ Am 3. 7. 1933 unterzeichneten die Vertreter der UdSSR, Estlands, Lettlands, Polens, Rumäniens, der Türkei, Persiens und Afghanistans die Konvention über die Definition einer Aggression. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 213, S. 388–392.

fenden Seite im Sinne jenes Beschlusses definiert, der auf der Grundlage unseres Vorschlages² auf der Abrüstungskonferenz gefasst wurde, sowie über die bevorstehende Unterzeichnung einer zweiten, gleichartigen Konvention, an der außer uns und der Türkei die Staaten der Kleinen Entente³ teilnehmen, und die offen für diejenigen bleibt, die sich ihr anschließen wollen⁴. In seinem Telegramm bat mich Litvinov, noch heute Dirksen herzubitten und ihn über diese Konvention entsprechend zu informieren, damit er davon in Kenntnis gesetzt wird und Berlin bereits informieren kann, noch bevor die Abendpresse am 3. [Juli] über die Unterzeichnung der Konvention berichtet.

Ich bestellte Dirksen zu 16.30 Uhr. Dirksen erschien, obgleich es Sonntag war.

Nachdem Dirksen meine Information entgegengenommen und sich einige Notizen gemacht hatte, stellte er mir einige Fragen. Die erste Frage bezog sich darauf, ob sich Litauen der ersten Konvention anschließen werde. Darauf antwortete ich, dass, soviel ich der lückenhaften telegrafischen Information aus London entnehmen könne, sowohl Litauen als auch Polen nicht wünschten, die Konvention gemeinsam zu unterzeichnen. Zudem werde dieser Konvention der Charakter eines Regionalabkommens verliehen, Litauen grenze aber nicht unmittelbar an uns an. Die zweite Frage Dirksens bezog sich darauf, ob auch Japan und China zur ersten Konvention herangezogen werden sollen. Ich antwortete, dass man nicht an Japan und China herangetreten sei, der Konvention beizutreten. Die dritte Frage war, ob Litauen zu den Hauptteilnehmern der zweiten Konvention gehören werde. Darauf antwortete ich, dass mir darüber nichts bekannt sei. In Litvinovs heutigem Telegramm sei Litauen nicht erwähnt, doch die von ihm angeführte Teilnehmerliste der Staaten sei nicht vollständig, sondern sie sei eher vorläufig.

Danach fragte Dirksen, ob mit Rumänien Verhandlungen über den Abschluss eines Paktes geführt würden und ob die Meldung zutreffe, dass die Kleine Entente es wünsche, mit uns einen allgemeinen Pakt abzuschließen, die diplomatischen Beziehungen mit uns wieder aufzunehmen und zu uns einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter der Kleinen Entente zu entsenden, damit auch wir nur einen einzigen Vertreter schicken.

Ich antwortete, dass Rumänien einen Paktabschluss nicht wünsche und auch wir kein Interesse daran hätten. Verhandlungen über einen allgemeinen Pakt fänden nicht statt. Wenn die Frage einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen aktuell werden würde, so glaube ich nicht an eine gemeinsame Vertretung. Wir würden jedenfalls unsere Vertreter in all diese Staaten entsenden.

Als Dirksen seine Frage gestellt hatte, ging ich zu einem für Dirksen unangenehmeren Thema über. Ich las ihm die bei TASS aus Berlin eingegangenen Telegramme vom 1. Juli vor, in denen über den von der Wolff-Agentur veröffentlichten antisowjetischen Aufruf des Vereins für das Deutschtum im Ausland⁵, über einen

² Vgl. ebd., Dok. 32, S. 73–83, hier S. 80–82.

³ Am 4. 7. 1933 unterzeichneten die Vertreter der UdSSR, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Türkei und Jugoslawiens die Konvention über die Definition einer Aggression. Vgl. ebd., Dok. 218, S. 403–406.

⁴ Am 5. 7. 1933 unterzeichneten die UdSSR und Litauen die Konvention über die Definition einer Aggression. Vgl. ebd., Dok. 220, S. 408–411.

⁵ Der Verein für das Deutschtum im Ausland wurde Ende April 1933 in Volksbund für das Deutschtum im Ausland – VDA – umbenannt. Er unterstützte die deutsche Minderheit in verschiedenen Ländern auf dem Gebiet von Erziehung und Bildung (Einrichtung von Kindergärten,

gleichlautenden Aufruf der deutschen evangelischen Kirche⁶, über eine große antisowjetische Kundgebung, die für den 3. Juli angesetzt ist, über eine Demonstration im Lustgarten am 7. Juli und über eine Büchsensammlung am 9. Juli berichtet werde. Diese Kampagne werde mit verleumderischen Berichten über den Hungertod der gesamten deutschen Bevölkerung in der UdSSR begründet und sei mit Aufrufen an die gesamte kultivierte Welt und an alle Deutsche begleitet, die Stimme des Protests gegen die schändliche Lage in der UdSSR zu erheben.

Ich sagte Dirksen, dass ich mit ihm kein Streitgespräch über die Lage der Deutschen in der UdSSR führen werde. Wir beide lebten ja hier und wir wüssten, dass zwar ***vereinzelte***⁷ Notlagen sowohl unter der deutschen als auch unter der russischen Bevölkerung der UdSSR entstanden seien; dennoch sei das gesamte von der Berliner Presse gezeichnete Bild grob verzerrt und verleumderisch. Mich interessiere die politische Seite der Frage. In Deutschland werde von einigen gesellschaftlichen Organisationen, darunter von der Regierungspartei und von dem Bund der Auslandsdeutschen, der engen Kontakt zur Regierung unterhält und auf Kosten der Regierung existiert, eine gewaltige gegen uns gerichtete Kampagne organisiert, die das Ziel verfolge, in der deutschen Bevölkerung ein Gefühl des Hasses und der Feindschaft gegenüber der UdSSR zu erzeugen.

Diese Kampagne werde bei uns einen bei weitem nachhaltigeren Eindruck hinterlassen, ***als der Eindruck, der in Deutschland entstehen könnte***⁸, wenn unsere Presse oder die Organisation MOPR⁹ oder andere gesellschaftliche Organisationen in der UdSSR Demonstrationen, Kundgebungen, Ausstellungen usw. im Zusammenhang mit den Exzessen und der Willkür, die es in Deutschland gegeben hat, veranstalten würden. Dirksen müsse anerkennen, dass unsere Öffentlichkeit eine große Zurückhaltung in Bezug auf die Vorgänge in Deutschland an den Tag gelegt habe. Umso mehr sei das, was zurzeit in Berlin angezettelt werde, unverständlich und unzulässig.

Gen. Chinčuk wird morgen Neurath mit dem offiziellen Protest aufsuchen¹⁰. Ich benutzte die heutige Begegnung, um gleichfalls gegen die Zulassung der geplanten Maßnahmen zu protestieren und ihn vor den möglichen Folgen im Sinne einer entsprechenden Reaktion von unserer Seite zu warnen.

Dirksen kam darauf zu sprechen, dass die Not tatsächlich sehr groß sei und man sie lindern könne, wenn wir es gestatten würden, Päckchen aus Deutschland zuzulassen oder zumindest erlauben würden, hier bei uns im Torgsin¹¹ für die deutschen Kolonisten Päckchen zu bestellen.

Schulen, Krankenhäusern, Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten usw.). Nach dem Machtantritt Hitlers und der Gleichschaltung des gesellschaftspolitischen Lebens in Deutschland geriet der VDA nach und nach unter den Einfluss der NSDAP.

⁶ Am 2. 7. 1933 verbreitete die Agentur Conti den Aufruf des Rates der evangelischen Kirche an die Kirchengemeinden, in dem den Pastoren nahegelegt wurde, im Sonntagsgottesdienst auf die Lage der „hungernden Brüder in Russland“ einzugehen. Vgl. Informationsbericht der 2. Westabteilung des NKID vom 8. 7. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 331–324, hier l. 327.

⁷ Das Wort ist korrigiert: ursprünglich: einzelne.

⁸ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Die MOPR wurde auf Beschluss des 4. Kongresses der Komintern 1922 geschaffen, sie unterstützte politische Häftlinge und deren Familien materiell. Zu Beginn der 1930er Jahre gehörten ihr 70 nationale Sektionen an; außerhalb der UdSSR hatte sie ca. 5 Millionen Mitglieder.

¹⁰ Vgl. Dok. 135 sowie die Aufzeichnung der Unterredung von Neuraths mit Chinčuk am 3. 7. 1933. In: PA AA, R 28307, Bl. D 562484.

¹¹ Allunionsvereinigung für den Handel mit Ausländern. Über eine eigene Handelskette

Ich antwortete, dass unter Druck zu derartigen Themen keine Verhandlungen geführt würden, insbesondere nicht unter solch einem unzulässigen Druck, wie er jetzt in Deutschland aufgebaut werde. Dirksen könne davon überzeugt sein, dass – und dies verstehe sich von selbst – kein einziges Päckchen, das mit dem am 9. Juli gesammelten Geld zusammengestellt wurde, in die UdSSR hinein gelassen werde. Er habe die Päckchenfrage in seiner Unterredung mit Gen. Molotov vor 1½ Jahren aufgeworfen¹². Das war zur Blütezeit der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens in unseren Beziehungen. Dessen ungeachtet und auch ungeachtet der persönlichen Sympathie gegenüber von Dirksen habe er zu der von ihm bei Gen. Molotov aufgeworfenen Päckchenfrage keine günstige Entscheidung erhalten. Meine er tatsächlich glauben zu können, dass heute eine günstige Entscheidung mit den Mitteln herbeigeführt werden könne, die derzeit in Deutschland Anwendung finden?

Dirksen sagte, dass die Regierung offensichtlich keine Möglichkeit gehabt hätte, die in der Öffentlichkeit angestauten Stimmungen einzudämmen.

Ich antwortete, dass unsere Öffentlichkeit die Berliner Veranstaltungen am 3., 7. und 9. Juli als eine Kriegserklärung durch die deutschen politischen Kreise und die deutsche Öffentlichkeit auffassen werde.

Ich hielt es für meine Pflicht, Dirksen auf die Entwicklungen hinzuweisen, die die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland noch mehr belasten könnten. Ich hätte ihn gewarnt.

Dirksen erhob sich und verabschiedete sich sehr betroffen¹³. –

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, Gen. Šejn[in], Gen. Lev[in]. 3/VII. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1329 vom 3. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. [Die Expl.] 1.–5. an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. [Expl.] an die 2. West[abteilung], das 7. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 271–268. Kopie.

wurden Nahrungsmittel und defizitäre Konsumartikel gegen Devisen, Edelmetalle und Schmuck verkauft. Es bestand von 1930 bis 1936 und stand unter der Kontrolle der OGPU/NKVD.

¹² Am 7. 2. 1931. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 2, Dok. 212, S. 514–516.

¹³ In einem Schreiben an Hey vom 4. 7. 1933 ging von Dirksen auf seine Unterredung mit Krestinskij ein und stellte fest: „Der Hinweis Krestinskis, dass ein großer deutscher Propaganda-Feldzug zu Gunsten einer Hilfsaktion der Sowjetregierung ein Entgegenkommen völlig unmöglich macht, weil sie dadurch unter Druck gesetzt und vor eine Prestige-Frage gestellt wird, ist zweifellos richtig. Andererseits erkenne ich natürlich nicht, dass eine solche deutsche Bewegung auch nützlich wirken und uns die Erreichung von Zielen ermöglichen kann, die wir bisher nicht erkämpfen konnten (vgl. die Paketzölle). Man wird zwischen diesen beiden Gesichtspunkten abzuwägen haben.“ In: PA AA, Moskau 214, Bl. 429667–429671, hier Bl. 429669.

Nr. 135

**Aufzeichnung der Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**

GEHEIM

Expl.Nr. 1

Nr. 689¹

Berlin, 3. Juli 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

1. Am 30. Juni bat mich Außenminister Neurath zu sich². Er erklärte, dass er mir die Antwort auf den Protest bezüglich des Hugenberg-Memorandums übergebe, den ich Staatssekretär Bülow ausgehändigt hatte³. Neurath erklärte, dass er äußerst verwundert gewesen sei, als er das Interview Litvinovs⁴ zu Gesicht bekommen habe, das auf der Grundlage von Zeitungsberichten zusammengestellt worden sei, die, Neuraths Worten zufolge, den eigentlichen Sinn des Hugenberg-Memorandums absolut verfälscht hätten. In dem Memorandum sei weder von irgendwelchen Ansiedlungen auf dem Territorium der UdSSR noch von einem Aufruf zu einem Krieg gegen die UdSSR die Rede gewesen. Neurath erklärte weiter, dass das Memorandum entgegen seiner [Hugenbergs] Absicht der Kommission der Wirtschaftskonferenz übergeben worden sei; als er von der Übergabe erfuhr, habe er das Memorandum unverzüglich zurückgezogen. Neurath bemerkte, mir müsse bekannt sein, dass das Memorandum in erheblichem Maße als Grund für das Ausscheiden Hugenbergs aus dem Kabinett gedient habe⁵.

Neurath konstatierte, indem er auf die in der letzten Zeit schroffen Äußerungen der sowjetischen Presse sowie auf den Beschluss zur Liquidierung der gemeinsamen Militärbetriebe verwies, eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland und sagte, er beobachte eine Veränderung der gesamten Politik der UdSSR **gegenüber Deutschland**⁶.

Zugleich verwies Neurath u.a. auf die Mitteilungen, die er von Dirksen hinsichtlich unserer Verhandlungen mit der Kleinen Entente, mit Afghanistan und Persien bezüglich eines Nichtangriffspaktes bekommen habe⁷. Er mache darauf aufmerksam, dass das Auswärtige Amt darüber nicht informiert gewesen sei⁸, während es seinerseits stets die UdSSR über alle seine Schritte in Bezug auf andere Länder informiert habe.

Neurath bemerkte, dass er alle Anstrengungen unternehme, sämtliche Kon-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Über die Unterredung von Neuraths mit Chinčuk, die am 30. 6. 1933 stattfand, vgl. auch Dok. 132 sowie DVP, Bd. XVI, Dok. 209, S. 383–384.

³ Vgl. Dok. 121, 122.

⁴ Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

⁵ Am 27. 6. 1933 erklärte Hugenberg Hitler seinen Rücktritt als Minister für Wirtschaft und als Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I, Bd. 1, Dok. 170, S. 600–601.

⁶ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 132, Anm. 7 und Dok. 134, Anm. 1, 3.

⁸ Meyer schlug von Neurath vor, gegenüber Chinčuk seine Verwunderung darüber auszudrücken, „dass die Sowjetregierung uns über ihre Absichten in keiner Weise informiert hat“. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 342, S. 608.

flikte zu bereinigen und ein Höchstmaß an freundschaftlichen Beziehungen herzustellen. In letzter Zeit könne er dieses jedoch seitens der UdSSR nicht feststellen, was sowohl ihn als auch Reichskanzler Hitler betrübe.

Ich erklärte Neurath, dass das Memorandum Hugenbergs von uns richtig verstanden worden sei, dass es ein Appell an die Weltkonferenz darstelle, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen und Forderungen nach Ansiedlungen auf dem Territorium der UdSSR enthalte. So sei es nicht nur von uns, sondern auch von der ganzen Welt verstanden worden. Wenn man das Memorandum in den Kontext der Tätigkeit Rosenbergs und seiner Reise nach London⁹ in Verbindung mit der unerträglichen Lage betrachtet, in der sich unsere Organisationen, z.B. die Derop, und unsere Bürger in Deutschland befinden, sowie [in Verbindung] mit der antisowjetischen Hetze stelle, die die deutsche Presse mit der von ihr organisierten Ausstellung von Briefen von Hungernden aus der UdSSR betreibe¹⁰, so wird vollkommen klar, dass unsere Presse und unsere Öffentlichkeit nicht umhin können, als auf all das zu reagieren.

Über Verhandlungen mit der Kleinen Entente sei mir nichts bekannt, jedoch erachte ich es für erforderlich zu betonen, dass das Auswärtige Amt uns nicht immer über seine Verhandlungen mit anderen Völkern unterrichte. So wüssten wir nach wie vor nichts über die Verhandlungen Deutschlands mit dem ungarischen Minister Gömbös¹¹.

Sodann habe ich auf die Tätigkeit der weißgardistischen Organisation ROND¹² hingewiesen. Diese Tätigkeit stoße nicht nur nicht auf keinerlei Behinderung, sondern sie genieße im Gegenteil die volle Unterstützung und sogar den Segen der deutschen Regierung. So habe ROND an der staatlichen 1. Mai-Demonstration teilgenommen und lasse ihre Mitglieder auf Plätzen militärisch exerzieren. Die Krönung des Ganzen bildet die Übergabe einer Andreas-Flagge¹³, die Deutsche von einem ehemaligen russischen Kriegsschiff mitgenommen hatten, an ROND durch den Chef der nationalsozialistischen Sturmtruppler.

Ich habe Neurath weiter darauf aufmerksam gemacht, dass die deutsche Geheimpolizei ohne sichtlichen Grund sowjetische Bürger verhafte. Dies geschehe fast tagtäglich und der einzige Grund für die Verhaftung bestehe darin, dass sie sowjetische Staatsbürger sind.

Alle oben angeführten Sachverhalte könnten kaum als Zeichen der Freundschaft uns gegenüber gelten.

Ich wisse gut, dass meine Regierung ihre Sicht auf die Beziehungen zu Deutschland nicht verändert habe. Die von mir aufgezählten Fakten zeigten im Gegenteil, dass, wenn schon jemandem Vorhaltungen zu machen seien, so doch Deutschland und nicht der Sowjetunion.

Der Text der Antwort Neuraths lautet:

„Durch die lückenhafte Wiedergabe einiger aus dem Zusammenhang gerisse-

⁹ Vgl. Dok. 106.

¹⁰ Vgl. „Eine Million Wolgadeutscher vor dem Hungertode. Große Hilfsaktion des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“. In: Völkischer Beobachter vom 2./3. Juli 1933, Berliner Ausgabe, 1. Beiblatt.

¹¹ Gyula Gömbös de Jáfka war der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. 6. 1933 eine Visite abstattete. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 324, 330.

¹² Vgl. Dok. 102, Anm. 4.

¹³ Von 1712 bis 1917 die Hoheitsflagge für Russlands Seekriegsflotte.

ner Sätze des Memorandums sind Sinn und Tragweite der einschlägigen Ausführungen des Memorandums entstellt worden. Ich muss dagegen Einspruch erheben, dass durch die Aneinanderreihung von einzelnen Sätzen, die nichts miteinander zu tun haben, versucht wird, den irreführenden Eindruck zu erwecken, als ob das Memorandum die UdSSR irgendwie in dem behaupteten Sinne berühre. Dass dies nicht der Fall ist, geht ohne weiteres aus dem vollständigen Wortlaut der letzten Absätze des Memorandums hervor, die ich nachstehend hier wiedergebe:

„Von Deutschland aus gesehen gäbe es bei einer klugen und friedfertigen Zusammenarbeit zwischen Gläubiger- und Schuldnerländer noch zwei vorurteilslose Schritte, durch die Deutschland wieder in seiner internationalen Zahlungsfähigkeit gehoben werden könnte. Der eine dieser Schritte bestände darin, dass man Deutschland wieder ein Kolonialreich in Afrika gäbe, von dem aus es in diesem ganzen neuen Kontinent große Arbeit und Anlagen ausführe, die sonst unterbleiben würden. Der zweite Schritt wäre der, dass dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werke des Friedens aufbauen könnte.“

Denn es ist ja ein falscher Gesichtspunkt, wenn man davon redet, dass die Welt an Überproduktion leide – ebenso wie es falsch ist, wenn man sagt, dass der Grund der augenblicklichen Not in der Ausbreitung des Maschinenbetriebes liegt. Wir leiden in Wahrheit nicht an Überproduktion, sondern an erzwungener Unterkonsumtion. Die wesentlichste Ursache der gegenwärtigen Zustände liegt im Ausfall der Kaufkraft, also der Konsumkraft. Krieg, Revolution und innerer Zerfall haben in Russland und in großen Teilen des Ostens den Anfang gemacht. Statt dieser Entwicklung heilend entgegenzuwirken, ist sie durch künstliche Auspowerung der konsumfähigsten Kulturländer der Erde nach und nach auf die Spitze getrieben. Dieser zerstörende Vorgang läuft einstweilen noch weiter. Ihn gilt es abzustoppen.“

Hieraus ergibt sich, dass in dem Memorandum weder von einem Verlangen Deutschlands, ihm für Siedlungszwecke Territorien der UdSSR zu überlassen noch gar von einem Aufruf zum Kriege gegen die UdSSR die Rede ist. Ich muss daher die in Ihrer Note enthaltene Missdeutung des Memorandums als ungerechtfertigt und den daran geknüpften Protest wegen eines angeblichen Verstoßes gegen den deutsch-russischen Vertrag vom 24. April 1926¹⁴ als unbegründet schärfstens zurückweisen. Freiherr von Neurath.“¹⁵

Zum Ende der Visite erklärte Neurath, dass er das mir überreichte Dokument nicht zu veröffentlichen gedenke, sondern es der sowjetischen Regierung lediglich zur Kenntnis übergebe.

2. 3. Juli. Ich habe bereits aus der Presse vom 1. Juli von der großen antisowjetischen Kampagne erfahren, die der Volksbund der Auslandsdeutschen und das Rote Kreuz vorbereiten, worüber ich Sie bereits telegrafisch informiert habe.

Die Nazis haben eine Kampagne zur Rettung der angeblich vor Hunger sterbenden Deutschen in der UdSSR entfacht, um in Deutschland das erschütternde

¹⁴ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

¹⁵ Vgl. Dok. 132, Anm. 2.

Bild von Arbeitslosigkeit und Elend zu verdecken und um die Werktätigen Deutschlands von all den Nöten, die sie erdulden müssen, abzulenken.

Am 3. Juli bin ich von Neurath empfangen worden; ich habe ihn darauf hingewiesen, dass ich ihn wegen der äußerst feindlichen Kampagne, die jetzt in Deutschland gegen die Sowjetunion geführt wird, aufsuche. Ich verwies auf den Aufruf, den der Volksbund der Auslandsdeutschen zur schrecklichen Lage der deutschen Brüder in der Sowjetunion veröffentlicht habe¹⁶. Ich hätte ihn bereits zuvor auf einzelne Formulierung dieses Aufrufs aufmerksam gemacht wie „Das direkte Auslöschen der deutschen Minderheit durch Hunger“ ...; „In der Antike lebten die Sklaven besser, als gegenwärtig die deutschen Menschen in Russland leben“ ... Ich bemerkte weiter, dass man derartige im Aufruf angeführte „Gräuel“ nicht anders als eine reine Phantasie oder als eine verlogene Provokation bezeichnen könne.

Danach machte ich darauf aufmerksam, dass der Bund der Auslandsdeutschen am 7. Juli im Lustgarten eine große Demonstration veranstaltet und am 9. Juli mit Unterstützung des Roten Kreuzes eine Spendensammlung organisiere. Die Demonstration am 7. Juli werde der Vorsitzende der Jugendorganisation des Bundes der Auslandsdeutschen, Erich Klinghammer, eröffnen, danach würden der stellvertretende Berliner Chef des Bundes, der Nationalsozialist Görlitzer, und der Vertreter der Geistlichkeit, Schleining, sprechen. Es sei darauf zu verweisen, dass der oben erwähnte Volksbund der Auslandsdeutschen eng mit der deutschen Regierung zusammenarbeite. So habe der Bayerische Statthalter General von Epp als Vertreter der Regierung an dem Kongress dieses Bundes in Passau¹⁷ teilgenommen. Ich nehme an, er, Neurath, habe sich bereits selbst davon überzeugt, dass diese antisowjetische Kampagne von der gesamten deutschen Presse wie auf ein Kommando, angefangen mit dem „Völkischen Beobachter“, geführt werde.

Ich erachte es als erforderlich, darauf hinzuweisen, dass alle Meldungen über einen Hungersnot unter den Deutschen in der Sowjetunion absolut falsch seien und jeglicher Grundlage entbehrten. Wenn einige entkulakiserte Kulaken und weißgardistische Elemente diese falschen, provokatorischen Berichte lieferten, so könnten als Antwort darauf hunderttausende Erklärungen von in der UdSSR lebenden Deutschen gegeben werden, die die oben angeführten Berichte kategorisch als falsch widerlegen.

Mir sei jetzt vollkommen klar, zu welchem Zweck die Ausstellung mit den sogenannten „Hungerbriefen“ aus Russland organisiert worden sei¹⁸. Ich hätte zunächst angenommen, dass sich diese Ausstellung zufällig ergeben habe, doch inzwischen gelte sie als Auftakt für jene gegen die Sowjetunion gerichtete feindliche [Kampagne], über die ich spräche. Diese „Gräuel-Propaganda“¹⁹ gegen die Sowjet-

¹⁶ Der Aufruf wurde von der WTB am 1. 7. 1933 verbreitet.

¹⁷ Vgl. Niederschrift über die Hauptversammlung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland am 3. 6. 1933 in Passau. In: Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937, hrsg. von H.-A. Jacobsen, Boppard a. Rhein 1970, Dok. 11, S. 62–64.

¹⁸ Die Ausstellung wurde Anfang Juni in dem Gebäude Belle Alliance-Platz 6a in Berlin eröffnet. Dagegen legten Botschaftssekretär Giršfel'd bereits am 7. 6. 1933 (vgl. PA AA, R 83395, Bl. H 045741) und Chinčuk am 8. 6. 1933 Protest ein (vgl. PA AA, R 29453, Bl. E 189420). Diese privat organisierte Ausstellung wurde am 20. 6. 1933 geschlossen (vgl. Brief Heys an von Dirksen, 20. 6. 1933; PA AA Moskau 214, Bl. 429661–429663).

¹⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

union entlarve die wahren Absichten dieser Elemente, die sich gegenüber den freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion feindlich verhalten. Ich betrachte diese Kampagne als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion.

Im Zusammenhang mit dem Hugenberg-Memorandum, der Tätigkeit Rosenbergs und seiner Reise nach London, den fast täglichen Übergriffen von Polizeibeamten auf sowjetische Organisationen und sowjetische Bürger und im Kontext der kürzlichen Rede Posse in London über den sogenannten „anonymen Staat“²⁰ erlange diese Kampagne eine besondere Bedeutung.

Alles dies veranlasse mich, Protest gegen die bevorstehende Demonstration zu erheben und ich fordere, entschiedene Maßnahmen zur Verhinderung sowohl der Demonstration als auch der Geldsammlung sowie zur Einstellung der feindlichen Kampagne gegen die Sowjetunion generell zu ergreifen.

Neurath versprach, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Demonstration²¹ zu verhindern, jedoch machte er den Vorbehalt, dass er nicht wisse, ob ihm dies noch gelingen werde, gleichwohl hoffe er auf Erfolg.

Ich machte Neurath auf die schweren Folgen aufmerksam, die diese Kampagne auslösen werde, wenn es ihm nicht gelingen sollte, sie zu verhindern.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR vom 13. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 104–106. Original.

²⁰ Am 24. 6. 1933 sprach Posse auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London in der geschlossenen Sitzung der Unterkommission zur Frage der Meistbegünstigung im Handel dem japanischen Delegierten die Dankbarkeit dafür aus, dass er rechtzeitig die Frage nach „dem anonymen Staat, der allen sehr gut bekannt sei“, aufgeworfen habe. „Laut Posse ist es zweifelhaft, ob man mit solch einem Staat überhaupt ein beliebiges Abkommen über Meistbegünstigung oder über Zolltarife abschließen könne.“ Vgl. „Japano-germano-anglijskij vypad protiv SSSR“ (Eine japanisch-deutsch-englische Verleumdung der UdSSR). In: Izvestija vom 26. Juni 1933, S. 1.

²¹ Laut Aufzeichnung über diese Unterredung führte von Neurath aus: „Ich würde aber versuchen, auf die Veranstalter vom 7. Juli dahingehend einzuwirken, dass sie in ihren Reden jeden Angriff auf die Sowjetrussische Regierung unterlassen.“ Vgl. Vermerk über das Gespräch mit Chintschuk vom 3. 7. 1933. In: PA AA, R 28307, Bl. D 562484.

Nr. 136
**Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der
Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey**

3. Juli 1933

Sehr verehrter, lieber Herr Hey!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 20. v. Mts¹, danke ich Ihnen bestens.

Was die von Ihnen angeregte Vorstellung wegen der Propaganda-Postkarte anlangt, die ich in der Anlage wieder beifüge², so scheint es mir vor irgendwelchen amtlichen Schritten notwendig, eine Reihe von Fragen zu klären. Die beanstandete Zeichnung, die zum Schutze der UdSSR aufruft, ist m.E. nur deshalb angreifbar, weil die Hand, die den Sowjetfeind versinnbildlichen soll, das Hakenkreuz-Abzeichen trägt. Es wird nun zunächst die Frage zu entscheiden sein, ob das Hakenkreuz als solches – also auch ohne die in unserer Fahne gegebene Farbenzusammenstellung – zu den deutschen Hoheitszeichen gehört, deren internationale Achtung wir unter allen Umständen und mit allen Mitteln schützen müssen. Die Frage, ob das Hakenkreuz als solches hierzu gehört, ist mit dem hiesigen Außenkommissariat anlässlich des Kiewer Plakat-Falles erörtert worden. Das Außenkommissariat brachte dabei zum Ausdruck, dass man in der Sowjetunion in dem Hakenkreuz-Abzeichen nicht so sehr das Symbol des deutschen Nationalsozialismus wie das des internationalen Faschismus überhaupt erblicke. Wenn man etwas mit dem Hakenkreuz versähe, so bedeute es nicht nur Deutschland allein, sondern die entsprechende Bewegung auch in den anderen Ländern, wie Italien, Türkei usw.

Unter diesen Umständen wird sich die weitere Frage ergeben, ob es sich nicht empfiehlt, die deutschen nationalen Embleme, die wir zu schützen haben, möglichst restriktiv zu bestimmen und auszulegen, damit wir nicht in die Verlegenheit kommen, uns für Fragen einzusetzen, die uns nur teilweise oder gar nichts angehen.

Ich wäre Ihnen daher für eine Mitteilung dankbar, ob diese Fragen bereits grundsätzlich geprüft und entschieden worden sind; gegebenenfalls scheint mir die Herbeiführung einer allgemeinen Richtlinie zu dem oben erwähnten Punkte geboten zu sein.

Mit den besten Grüßen bin ich
Ihr aufrichtig ergebener

Auf dem ersten Blatt befinden sich handschriftlicher Vermerk von Dirksens: Herrn Hilger zgK [zur gefälligen Kenntnisaufnahme] zdA D[irksen] 4/7 und Hi[lger] 5/7 sowie der handschriftliche Vermerk: A 9 geh. Oben handschriftlich: A 1345.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429664–429666.

¹ Hey hatte von Dirksen über verschiedene Angelegenheiten (Hunger-Ausstellung, Postpropaganda, Hugenberg-Memorandum) informiert; vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429661–429663.

² Liegt nicht vor.

Nr. 137

**Telegramm des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA
von Bülow**

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 3. Juli 1933 21.42 Uhr

Ankunft: 3. Juli 23.55 Uhr

Cito!Geheim!

Nr. 151 v. 3. 7.

Für Herrn Staatssekretär persönlich.

In meinem Telegramm Nr. 139^x) vom 22. Juni¹ und im Bericht vom gleichen Tage A 1244² hatte ich vorgeschlagen, dass dem Botschafter Chintschuk über die deutschfeindliche Haltung der Sowjetpresse dieselben ernstesten Vorhaltungen gemacht werden möchten, wie ich es gegenüber Krestinski getan habe³. Das Material für die Verdächtigungen Deutschlands ist in meinem Bericht bzw. Telegramm enthalten. Seitdem hat sich die Haltung der Sowjetpresse nicht geändert; im Hinblick auf Verleumdungen der deutschen Delegation in London und auf sich wiederholende Meldungen über deutsche Aufrüstung kann sogar von einer gewissen weiteren Verschärfung gesprochen werden. Gleichermäßen hatte sich m.E. die Notwendigkeit der Unterhaltung mit Chintschuk verstärkt. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn der Herr Reichsminister oder Ew. Hochwohlgeboren⁴ Chintschuk empfangen und ihm sehr ernste Vorhaltungen im Sinne meiner Berichterstattung machen könnte. Wenn sich darüber hinaus Gelegenheit zu entsprechenden Unterhaltungen mit Litwinow bietet, sei es in London durch den Herrn Reichsminister oder bei Durchreise Litwinows in Berlin, so würde ich das lebhaft begrüßen.

Dirksen

Stempel: Ministerialdirektor Ritter. Daneben Paraphe R[itters]. Stempel: Ganz Geheim! Randbemerkungen auf dem ersten Blatt: ^x) bei W (nach W handschriftlich): 4175 /W. 4360 (Besprechungen über das Hugenberg-Memorandum) und zu vgl. bl. Schriftstück. Oben handschriftliche Notiz: 4463 Bei W eingetragen!

PA AA, R 105702, o.P., 2 Bl.

¹ In: PA AA, R 105702, o.P.

² Vgl. Dok. 118.

³ Vgl. Dok. 120.

⁴ Gemeint ist Bernhard von Bülow.

Nr. 138
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Ganz geheim
Expl. Nr. 6

1326

4. Juli [1933]

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

ich bin der Meinung, dass Sie in der Unterredung mit Neurath bezüglich der Hungerkampagne absolut richtig den Ton des entschiedenen Protests und der entschiedenen Forderung gewählt haben¹.

Ich glaube jedoch nicht, dass die deutsche Regierung die Kampagne stoppen wird. Diese Kampagne erklärt sich zum Teil aus innenpolitischen Beweggründen und sie ist außerdem die bewusste Antwort auf den demonstrativen Rahmen der Beisetzung von Clara Zetkin².

Wir werden deshalb die Telegramme von TASS und von den Korrespondenten der „Izvestija“ und „Pravda“ in unserer Presse veröffentlichen und scharf auf die Kampagne antworten müssen.

Ich schreibe dies einstweilen unter Vorbehalt, weil ich diese Frage noch besprechen möchte³.

Wie es um unsere anderen Angelegenheiten mit den Deutschen bestellt ist, erfahren Sie aus meinen und Šterns Gesprächsaufzeichnungen, die heute mit der Post abgehen.

Die allgemeine Lagebewertung bleibt so, wie ich sie Ihnen im letzten Schreiben mitgeteilt habe⁴.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabteilung.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 158. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 135. Noch am 3. 7. 1933 hatte Chinčuk den Inhalt dieser Unterredung an das NKID telegraphiert. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 217, S. 402–403.

² Vgl. Dok. 124, 125.

³ Vgl. Dok. 141.

⁴ Vgl. Dok. 130.

Nr. 139
Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei

Berlin, den 4. Juli 1933

Der Staatssekretär
in der Reichskanzlei
Rk. 8285

1) Vermerk

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes bittet den Herrn Reichskanzler, sich mit 1000 RM an die Spitze einer Sammlung für das Hilfswerk „Brüder in Not“ zu stellen und die Sammlung gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten, der den gleichen Betrag in Aussicht gestellt habe, zu eröffnen.

Der Antrag ist wärmstens zu befürworten. Das Hilfswerk „Brüder in Not“, zu dem sich die deutschen Kirchenverbände und die Deutschturnverbände mit Unterstützung der zuständigen Reichsressorts zusammengeschlossen haben, bezweckt, vor allem den von Hungersnot bedrohten deutschen Kolonisten in Russland zu Hilfe zu kommen. Die Lage dieser Russland-Deutschen kann nach den vorliegenden Berichten nicht anders als erschütternd und verzweifelt bezeichnet werden.

2) An den
Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes
Herrn von Winterfeldt-Menkin
Berlin W. 10.
Corneliusstraße 4 B.

Auf das Schreiben vom 29. Juni d. Js. beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, dass der Herr Reichskanzler dem Antrag des Deutschen Roten Kreuzes, sich gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten an die Spitze der Sammlung „Brüder in Not“ zu stellen, gern entsprochen hat. Der Herr Reichskanzler, dem die erschütternde Notlage vor allem der Volksgenossen in der Sowjet-Union genau bekannt ist, wünscht der Sammlung einen vollen Erfolg.

Der Betrag von 1000 RM wird demnächst auf das angegebene Postscheckkonto überwiesen werden. Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Büro des Herrn Reichspräsidenten und den zuständigen Reichsressorts zugehen lassen¹.

(N. d. H. St. S.)

3) Über Abschrift von 1):

An

- a) das Büro des Reichspräsidenten,
- b) das Auswärtige Amt,
- c) den Herrn Reichsminister des Innern,
- d) den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

Abschrift beehre ich mich zur gefälligen
Kenntnisnahme zu übersenden.

(N. d. H. St. S.)

¹ Der Text einer Mitteilung für WTB über die Beteiligung des Reichskanzlers an der Hilfsaktion „Brüder in Not“ vom 5. 6. 1933. In: BArch. R 43 I/ 141, Bl. 191.

4) Vor Abgang

dem Herrn Reichskanzler mit der Bitte um Genehmigung vorzulegen.

5) Herrn Min.Amtmann Steinmeyer mit der Bitte um weitere Veranlassung ergehenst.

6) Z. d. Akten.

(N. d. H. St. S.)

Auf dem ersten Blatt nicht entzifferte Vermerke. Neben Punkt 4) befindet sich der Stempel: Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis sowie handschriftlich: ist einverstanden. Am Ende Paraphen von L[ammers] und Th[omsen] 3/7.

BArch, R 43 I/ 141, Bl. 189–190.

Nr. 140

**Schreiben des Reichswehrministers von Blomberg an Reichskanzler Hitler und
den Ministerpräsidenten Preußens Göring**

Berlin W 10, den 5. Juli 1933
Königin-Augusta-Straße 38/42

Nr. W I c

An

1.) den Herrn Reichskanzler¹,

2.) den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten,

Berlin

Betrifft: Russische Emigranten Organisation Rond².

Aus Pressenachrichten ist bekannt geworden, dass sich ein großer Teil der in Deutschland lebenden russischen Emigranten unter dem Deckmantel der nationalsozialistischen Weltanschauung in der Reichshauptstadt zu einem Verband Rond zusammengeschlossen haben. Es ist eine der offiziellen russischen Regierung feindliche Organisation, die die nationale Erhebung Russlands mit Hilfe Deutschlands anstrebt und durch zahlreiche Veranstaltungen usw. für ihre Zwecke Propaganda macht. Ich darf auf nähere Angaben in der Presse, z.B. in der DAZ Nr. 276 vom 4. 7. 33³ Bezug nehmen.

Für die Wehrmacht sind diese politischen Vorgänge nicht ohne Bedeutung. Da sich in der Führung der Bewegung zahlreiche ehemalige russische Offiziere befinden, besteht die Gefahr, dass diese mit deutschen Offizieren in Verbindung zu kommen versuchen, wobei ihnen aus missverständlicher Kameradschaft und ungenügender außenpolitischer Übersicht entgegenkommen gezeitigt werden könnte.

¹ Der Staatssekretär in der Reichskanzlei schickte das Schreiben am 6. 7. 1933 im Auftrag des Reichskanzlers an den Reichsinnenminister zur Kenntnisnahme; vgl. BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 72.

² Vgl. Dok. 102, Anm. 4.

³ „Russische Nationalsozialisten“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 1933, Morgenausgabe, S. 2. Darin wird ausgeführt, dass es in Berlin etwa 5000–8000 russische Emigranten gebe, von denen 1000 aktive Mitglieder von Rond seien. Unter der Führung von Andrej Svetoza-rov trete Rond seit dem 1. 5. 1933 in der Öffentlichkeit auf.

Dadurch kann die Wehrmacht in den Verdacht geraten, Beziehungen zu unterhalten, die mit der Politik der Reichsregierung im Widerspruch stehen. Da auch sonst die Bestrebungen der Organisation Rond zweifellos eine Belastung der deutsch-russischen Beziehungen darstellen, *halte ich es für notwendig, die Vereinigung Rond durch die Regierung zu verbieten und aufzulösen*⁴.

Blomberg

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Reichswehrministers geschrieben. Vermerk: Rk. 8591 (die Ziffer ist handschriftlich eingefügt), Datumsstempel: 5. JUL 1933 sowie handschriftlich: (Wienst[ein]) Hoffm. Handschriftliche Länderzuordnung: Russland [Zwei handschriftliche Vermerke (mit Paraphe L[ammers] 5/7 und L 6/7) nicht entziffert].

BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 70–71.

Nr. 141

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 7

1336

5. Juli [1933]

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B),
Gen. STALIN
Kopie: An Gen. MOLOTOV

Werter Genosse,

in Deutschland beginnt eine neue, gewaltige antisowjetische Kampagne unter der Losung der Hilfe für die in der UdSSR Hungernden und vor Hunger sterbenden Glaubens- und Volksbrüder.

Initiator der Kampagne ist der Bund der Auslandsdeutschen. Dieser Bund ist eng mit Regierungsstellen verknüpft und existiert dank staatlicher Zuwendungen. An dieser Kampagne beteiligen sich ferner führende Organisationen der evangelischen Kirche. Schließlich hat auch die Nationalsozialistische Partei diese Kampagne unter ihre Fittiche genommen. Der Aufruf des Bundes der Auslandsdeutschen, der in außerordentlich feindseligen Formulierungen uns gegenüber abgefasst ist, wurde von der offiziellen deutschen Telegraphenagentur¹ verbreitet.

Für den 7. Juli ist in Berlin in dem im Stadtzentrum gelegenen Lustgarten, wo gewöhnlich die größten Demonstrationen stattfinden, extra eine Protestdemonstration gegen die Lage der Deutschen in der UdSSR angesetzt worden, und im Anschluss an die Demonstration werden ebenfalls hier im Freien Kundgebungen abgehalten.

⁴ Der Text ist am linken Rand durch senkrechten Strich hervorgehoben. Vgl. Dok. 218, Anm. 5.

¹ Vgl. Dok. 135.

Am 9. Juli wird in Berlin, vielleicht aber auch in ganz Deutschland, eine Spendensammlung für die Deutschen in der UdSSR durchgeführt werden.

Ich habe hier gegenüber Dirksen den Protest bezüglich der geplanten Kampagne erklärt², während Chinčuk, wie Sie aus dem gestrigen chiffrierten Telegramm wissen, scharfen Protest erhoben und die Absetzung der Demonstration und der Büchsensammlung gefordert hat³.

Obleich Neurath versprach, diese Frage in der Regierung zur Sprache zu bringen und danach eine Antwort zu geben, bin ich mir ganz sicher, dass die Demonstration, die Kundgebungen und die Spendensammlung nicht abgesagt werden.

Denn diese ganze Kampagne verfolgt [erstens] das Ziel, die Aufmerksamkeit der breiten Massen in Deutschland von dem inneren Durcheinander und den Nöten abzulenken. Die deutsche Regierung will, zweitens, mit dem Geschrei über die in der UdSSR hungernden Deutschen den Eindruck ausbügeln, der von der im Ausland geführten Kampagne gegen die durch die Nationalsozialisten verübten Gewaltakte entstanden ist. Schließlich ist, drittens, die antisowjetische „Hunger“-Kampagne eine bewusste Antwort der Nationalsozialisten auf die grandiose antifaschistische Demonstration anlässlich der Beisetzung von Clara Zetkin.

Sämtliche Meldungen über die neue antisowjetische Kampagne sind bis jetzt in den Bulletins von TASS aufgenommen worden, die nicht für die Veröffentlichung bestimmt sind⁴. Auch die Telegramme der Korrespondenten der „Pravda“ und „Izvestija“ sind bislang unveröffentlicht geblieben.

Ich meine, dass es jetzt an der Zeit ist, die gesamten Informationen in unserer Presse zu veröffentlichen; in den Zeitungen von morgen (6. Juli) oder spätestens übermorgen (7. Juli) ist den Deutschen eine scharfe Abfuhr zu erteilen⁵.

Dafür erbitte ich die Genehmigung des PB.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

² Vgl. Dok. 134.

³ Vgl. Dok. 138, Anm. 1.

⁴ Das Sonderbulletin von TASS wurde in einer Auflage von einigen Dutzend Exemplaren gedruckt und gemäß einer Auswahlliste an Mitglieder der Partei- und Staatsführung der UdSSR verteilt.

⁵ Wir verfügten über keine dokumentarisch festgehaltene Reaktion Stalins auf diesen Vorschlag, doch indirekt kann man anhand der Thematik und der Abfolge der Zeitungsveröffentlichungen auf sie schließen. Vgl. „Golod i niščeta v fašistskoj Germanii“ (Hunger und Elend im faschistischen Deutschland). In: Pravda vom 7. Juli 1933, S. 4; „Golod i razorenje mass – sputniki germanskogo fašizma“ (Hunger und Verelendung der Massen, die Gefährten des deutschen Faschismus). In: Pravda vom 8. Juli 1933, S. 1; „Obniščanie germanskich rabočich“ (Die Verarmung der deutschen Arbeiter). In: Izvestija vom 9. Juli 1933, S. 2; „Pis'ma nemcev-kolchoznikov kolchoza „Rot Front“: Kommunističeskaja partija vyvela nas na svetluju kolchoznuju dorogu“ (Briefe von deutschen Kolchosbauern der Kolchose „Rot Front“: Die Kommunistische Partei hat uns auf den lichten Kolchos-Weg geführt). In: Pravda vom 10. Juli 1933, S. 2; „Kolchozy nem[ec]koj respubliki svoimi dostiženijami oprovergajut izmyšlenija germanskich fašistov: Peredovye kolchozy respubliki uverenno idut k zažitočnoj žizni“ (Die Kolchosen der deutschen Republik widerlegen mit ihren Erfolgen die Erfindungen der deutschen Faschisten: Die führenden Kolchosen schreiten selbstbewusst zu einem wohlhabenden Leben). In: Izvestija vom 12. Juli 1933, S. 2; „Nemcy-kolchosniki otvečajut na klevetu germanskich fašistov [Po stranicam pisem]“ (Die deutschen Kolchosbauern antworten auf die Verleumdung der deutschen Faschisten [Nach Leserbriefen]). In: Pravda vom 13., 14., 15., 16., 20., 22. und 24. Juli 1933.

Vermerk von [M. M. Litvinov]: L.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2444 vom 16. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. [Die Expl.] 1.–3. an die Adressaten, die 4.–7. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 8. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 15–16. Kopie.

Nr. 142

Bericht des Generalkonsuls in Char'kov Walther an das AA

[Anfang Juli 1933]¹

Deutsches Generalkonsulat **in Charkow**²

Tgb. Nr. 108

An das

Auswärtige Amt

in Berlin

Auf Erlass P 2143 vom 26. April d. J.

Betr.: Propaganda gegen Deutschland

Auf die politischen Ereignisse in Deutschland seit dem 30. Januar hat die hiesige Presse im Allgemeinen nicht mehr, als zu erwarten, reagiert. In Korrespondenzmeldungen, Artikeln und Karikaturen wird das neue deutsche Regime als reaktionär und arbeiterfeindlich dargestellt, über die Maßnahmen gegen die Juden wurde ausführlich, jedoch nicht im Sinne einer „Gräuelpropaganda“ berichtet, schärfer waren Artikel über Angriffe gegen Sowjetbürger und Sowjeteigentum gehalten. Ein hetzerisches Plakat war in Charkow erschienen und in verschiedenen Buchhandlungen ausgehängt; auf die Beschwerde des Generalkonsulats hat der Bevollmächtigte des Außenkommissariats³ veranlasst, dass es aus dem Verkehr gezogen wird. Filme, Theaterstücke und sonstige literarische Erzeugnisse, die sich gegen das neue Deutschland richten, sind nicht bekannt geworden.

In den letzten Tagen wurde in Charkow *eine Ausstellung über den „fascistischen⁴ Vandalismus in Deutschland“⁵ eröffnet. Die Ausstellung ist in dem literarischen Museum in einem einzigen mittelgroßen Zimmer untergebracht und in folgende Abteilungen gegliedert: 1. Wahlkampagne 1933, 2. die internationale Hilfe der Revolutionäre MOPR im Kampf gegen den fascistischen Terror, 3. Drosselung der kommunistischen und revolutionären Presse, 4. schwarze Liste der verbotenen Literatur und deren Verbrennung, 5. Werke der Klassiker des Marxismus und Lenismus auf dem fascistischen Scheiterhaufen, 6. Verbot der bourgeoisen wissenschaftlichen Verlage, 7. fascistische Folterkammer, 8. Pogromagitation und Juden-

¹ Das Dokument wurde chronologisch nach dem Eingangsstempel des AA (6. 7. 1933) eingeordnet.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

³ Stefan Ioachimovič Brodovskij.

⁴ So im Dokument.

⁵ Der Text ist handschriftlich unterstrichen.

pogrome, 9. illegale Presse im fascistischen Deutschland. Ausgestellt sind in der Hauptsache zufällig zusammengetragene und schlecht angeordnete Ausschnitte aus deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, Broschüren und Briefe deutscher Kommunisten. In der Abteilung „schwarze Liste der verbotenen Literatur“ sind anscheinend Stücke ausländischer Schriftsteller, welche in russischer Übersetzung aufgetrieben werden konnten, gesammelt, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Deutschland jemals angegriffen worden sind oder nicht, z.B. Shakespeare, Othello; Boccaccio, Decamerone; Cervantes, Don Quichote; Flaubert, Mad[ame] Bovary; Romain Rolland, Jean Christophe; Kipling, Das Djungelbuch; Mark Twain, Tom Sawyer u.a.m. In der überaus unbedeutenden Ausstellung waren zur Zeit des Besuches durch Mitglieder des Generalkonsulats andere Gäste nicht zu erblicken.

Eine besondere Note erhält die ukrainische Presse dadurch, dass die Befürchtungen vor angeblichen deutschen interventionistischen Plänen mit dem Ziele einer Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion zum Ausdruck kommen. Auf die Berichte 56 vom 16. 3. 33, 79 vom 7. u. 11. 4. 33, 136 vom 15. 6. 33 und 159 vom 30. 6. (Seite 7, 8) darf Bezug genommen werden⁶.

Da die Presse und Propaganda in der Sowjetunion bei ihrer Abhängigkeit von der Partei und Regierung sowie ihrer zentralisierten Leitung die Auffassung der maßgebenden Stellen wiedergibt und auch die ukrainische Presse durchaus nur im Sinne der Moskauer Weisungen schreibt und z.T. die Artikel Moskaus übernimmt, sind hier Schritte zwecklos, wie sich auch aus einer Besprechung mit dem Bevollmächtigten des Außenkommissariats ergab.

Die öffentliche Meinung ist bei dieser Sachlage weitgehend festgelegt, eine Gegenpropaganda durch Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, die nicht die Sowjetzensur passiert haben, ist nicht möglich. Es kommt mithin nur eine mündliche Aufklärung kleiner Kreise in Betracht. Eines Ausbaus der Abwehr und Gegenpropaganda bedarf es nicht.

Sonstige ausländische, insbesondere französische und polnische Propaganda oder Einflüsse aus Deutschland sind nicht zu beobachten.

Die Botschaft hat Durchdruck erhalten.

gez. Walther

Auf dem ersten Blatt befinden sich mehrere Eingangsstempel: A.A. eing. – 6 Jul. 1933; darunter aus dem Büro R.M. 10 Jul. 1933, darunter Auswärtiges Amt IV Ru 3148 Eing. 12. Juli 1933. Die Registriernummer ist handschriftlich eingetragen. Oben Stempel: Doppel für Ländergruppe IV Ru [handschriftlicher Eintrag]. Handschriftliche Randbemerkungen: Büro R.M. wegen zgK. erg. H. Pfeiderer H.v. Stohrer T[ippelskirch] 7/7; unten: Po 2, Ru. Gefertigt in zwei Durchschlägen.

PA AA, R 83395, Bl. H 045903–045905.

⁶ Die Rechenschaftsberichte, die die verschiedenen Konsulate an die Botschaft Moskau zu schreiben hatten und die wiederum Grundlage für eigene Berichte der Botschaft an das Auswärtige Amt wurden, sind in dem Bestand der Botschaft Moskau nicht einzeln eruiert worden.

Nr. 143
**Schreiben des Staatssekretärs im Reichsluftfahrtministerium Milch an den
 Botschafter in Moskau von Dirksen**

Berlin W 8, den 6. Juli 1933

Der Staatssekretär
 für die Luftfahrt.
 Behrenstraße 68–70.
 An den
 Deutschen Botschafter in Moskau,
 Herrn H. von Dirksen,
Moskau.

Mein lieber Herr von Dirksen!

Mein Minister beabsichtigt, im Ausbau der Luftfahrtorganisation bei den diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reichs im Ausland auch an die Einrichtung der Stellen von Luftfahrtattachés heranzugehen. Zunächst ist an die Schaffung einer derartigen Stelle bei der Deutschen Botschaft in Moskau gedacht.

Die bisher guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, insbesondere auf militärpolitischem Gebiet, würden an sich erwarten lassen, dass bei der russischen Regierung einem derartigen Wunsch ohne weiteres entsprochen wird.

In letzter Zeit verstärkt sich hier in Berlin der Eindruck, dass die russische Regierung vorzugsweise aus wirtschaftlichen Erwägungen ständig engere Anlehnung an Frankreich sucht und bereit ist, von den Bindungen an Deutschland sich entsprechend zu lösen. Dies dürfte sich auf die militärpolitischen Beziehungen ungünstig auswirken. Wenn auch keineswegs daran gedacht wird, den Russen in irgendeiner Form nachzulaufen, so besteht doch der Wunsch, wenigstens auf wehrpolitischem Gebiet ein möglichst gutes Verhältnis zu Russland aufrecht zu erhalten.

Unter dem Eindruck, dass wir uns offenbar an einer Wende der russischen Politik befinden, möchten wir uns nicht gern dem aussetzen, dass die unmittelbare Anfrage um Einrichtung der Stelle eines Luftattachés bei der Deutschen Botschaft in Moskau durch die russische Regierung abgelehnt wird. Ich möchte Sie deshalb bitten, in Moskau gelegentlich vorzufühlen, wie die Stimmung für die Entsendung eines deutschen Luftattachés nach Moskau ist und ob ein offizieller Vorschlag in dieser Richtung auf Zustimmung rechnen kann. Bevor Sie mich nicht über die Moskauer Auffassung unterrichtet haben, werde ich in dieser Angelegenheit weiteres nicht veranlassen.

Mit der Bitte, mich Ihrer sehr verehrten Gattin angelegentlich empfehlen zu wollen, verbleibe ich mit den besten Grüßen von Haus zu Haus

stets Ihr

gez. E. Milch

Stempel: Deutsche Botschaft Moskau. Eing. 10. Juli 1933. Nr. A 1445 [die Zahl ist handschriftlich eingefügt]. Bearbeitungsvermerke mit Paraphe von D[irksens] 18/7; Wiedervorgelegt 2/10 und zdA von T[wardowski] 3/10. Unten Vermerk: A 9 geheim.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429675–429676.

Nr. 144
Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses Schauke

Berlin, den 6. Juli 1933

Vertrauliche Aktennotiz¹

Betrifft: Russland.

Herr Weizer, der jetzt die Stellung eines Chefs aller in Europa sitzenden russischen Handelsvertretungen einnimmt, ist aus Moskau zurückgekehrt. Es hat mit ihm eine eingehende Besprechung am 5. 7. 1933 stattgefunden, an der die Herren Dr. O. Wagener, Direktor Möllers und der Unterzeichnete (Schauke) teilnahmen. Vor dieser Besprechung hat der Unterzeichnete mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt, der Reichsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft (als Führerin des Bankkonsortiums Russland) eingehende Rücksprachen gehabt und Übereinstimmung in der Grundauffassung über die allgemeine Lage des russischen Geschäfts sowie die zukünftige Taktik festgestellt. Herr Weizer begründete eingehend, dass es der Sowjet-Union nicht möglich wäre, vor Sept. ds. Js. klar die Finanzlage und die Entwicklung des Außenhandels zu übersehen und dass infolgedessen *größere Bestellungen erst wieder im Oktober/November und Dezember ds. Js. für 1933 in Frage kämen. Diese Bestellungen würden zum großen Teil unsere Eisen- und Stahlindustrie betreffen, und man habe ein Geschäft in dem Umfange in Aussicht gestellt, wie es Ende vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres mit den Herren Klotzbach, Poensgen und Klöckner verhandelt wäre*². Wie sich der andere Teil der Bestellungen auf unsere Industrie verteilen wird, konnte Herr Weizer noch nicht angeben. Auch über die Höhe dieser Gesamtbestellung konnte er noch nichts Bestimmtes sagen, obgleich im Laufe der Unterhaltung, ebenso wie in einer vor einigen Tagen stattgefundenen Unterhaltung zwischen dem Stellvertretenden Handelsvertreter Schukowski und dem Unterzeichneten *Beträge von 120–150 Millionen RM*³ genannt wurden. *Hiervon bleibt unabhängig das laufende, gegenüber früher sehr verkleinerte Geschäft, das sich im I. Halbjahr etwa auf 90 Millionen RM,*⁴ in der Hauptsache Ersatzteillieferungen, nach der UdSSR erstreckte. Da Herr Weizer die Entscheidung über die fernere Bestelltätigkeit der UdSSR in allen Ländern davon abhängig machte, wie sich die russischen Exportaussichten gestalten würden, wurde ihm *zugesagt*⁵, dass von deutscher Seite, und zwar im Einvernehmen zwischen Russland-Ausschuss und Behörden, ernsthaft geprüft werden sollte, *wie der russische Import schnell und unseren Erfordernissen entsprechend gehoben werden könnte,*⁶ damit die Russen evtl. schon vor dem September erhöhte Bestellungen in Deutschland unterbringen könnten. Herr Weizer äußerte als weitere Vorbedingung für eine wieder umfangreiche Bestelltätigkeit in Deutschland den Wunsch, dass der *Überbrückenskredit

¹ Schauke schickte diese Aufzeichnung am 13. 7. 1933 an das AA zu Händen von Tippelskirchs.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

von 140 Millionen RM,^{*7} der im nächsten Jahre von den Russen, und zwar von April bis Oktober, in monatlichen Raten zurückgezahlt werden muss, *wenigstens eine teilweise Prolongierung bis auf das II. Halbjahr erfahren sollte.^{*8} Wünsche hinsichtlich der Prolongierung von Wechseln einzelner Firmen beschränkten sich auf eine Entlastung des I. Quartals 1934 um 18 Millionen RM durch teilweise *Vorverlegung der Fälligkeiten^{*9} auf das IV. Quartal 1933 und teilweise *Hinausschiebung^{*10} auf das IV. Quartal 1934. Der Unterzeichnete hat Herrn Weizer nicht verschwiegen, dass die Industrie den Überbrückungskredit durch die Hergabe von Solawechseln¹¹ seinerzeit ermöglicht habe in der Erwartung, dass die Russen im Jahre 1933 Bestellungen in einem Gesamtumfange von etwa 300–400 Millionen bei der deutschen Industrie tätigen sollten. Die Industrie¹² würde über diese Erklärung des Herrn Weizer mit Recht *enttäuscht sein^{*13} und sie hätte einen moralischen *Anspruch, dass Deutschland nach wie vor bei den russischen Bestellungen in erster Linie berücksichtigt werden müsste^{*14}. Man höre vielfach von russischen größeren Bestellungen im anderen Auslande: Amerika, Italien, England, Frankreich usw. und sei auch über die Vergebung der großen Eisenaufträge nach Polen wenig erfreut. Man habe den Eindruck, als wenn Russland gewissermaßen auf dem finanziellen Fundament des deutschen Überbrückungskredites zum Teil Bargeschäfte in anderen Konkurrenzländern machte. Herr *Weizer bestritt^{*15} wiederholt entschieden, dass größere Aufträge in der letzten Zeit oder auch in der nächsten Zeit nach anderen Ländern gelegt worden wären, noch gelegt werden sollten. Russland könne nirgends zur Zeit aus den oben angegebenen Gründen wesentliche Aufträge erteilen. Er verstehe den Unwillen bei der Industrie über die ausbleibenden russischen Bestellungen, aber die Finanzlage in Russland hätte sich aus verschiedenen Gründen, darunter auch das Absinken des Preises für russische Artikel auf dem Weltmarkte gegenüber dem Frühjahr, so geändert, dass Russland nicht anders könne, als erst die Aussichten der Ernte und andere Entwicklungen innerhalb der UdSSR und auf dem Weltmarkte abzuwarten, ehe es sich zu neuen Verpflichtungen bereit finden könne. *Größere Bestellungen müssten aus diesem Grunde so gelegt werden, dass erst das Ende 1935 und das Jahr 1936 aus ihnen belastet werden sollten.^{*16} Der Russland-Ausschuss hat von den Russen eine Liste ihrer für den Export in Frage kommenden Waren erhalten und wird im Zusammenhang mit den Behörden prüfen, was zur Hebung des russischen Imports und damit zur Hebung der Zahlungsfähigkeit der UdSSR getan werden kann. Hinsichtlich des *polnischen Geschäftes^{*17} betonte Herr Weizer, dass die Preise mit RM 82,– und RM 7,– pro Tonne *Frachtersparnis^{*18}, also einem Effektivpreis von 75,–, für die Russen ein so großes Plus bedeuten, dass sie sich für Polen entschieden hätten, zumal die

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Das Wort ist unterstrichen.

¹¹ Vgl. Dok 17, Anm. 21.

¹² Das Wort ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Das Wort ist unterstrichen.

polnische Industrie wesentliche Mengen russischer Erze für die Eisenlieferungen verwendet hat bzw. verwendet und die deutsche Industrie sich nicht entschließen konnte. Es wurde Herrn Weizer gegenüber noch einmal betont, dass für Lieferungen auf Kredit nach der UdSSR nur die Ziele des Pjatakoff-Abkommens vom 15. 6. 1932¹⁹, das noch bis zum 31. 12. 1933 läuft, in Frage kämen und niemals mehr 48 Monate. *Es ist in Aussicht genommen, zunächst mit den Russen Verhandlungen über die Bereinigung verschiedener einzelner Streitfragen, die unsere Industrie zum Teil belasten, zu führen, und zwar im Zusammenhang mit den Behörden, die auch verschiedene Forderungen gegenüber den Russen durchsetzen wollen, und erst nach dieser Bereinigung überhaupt auf die Frage der Verlängerung des Überbrückungskredites zurückzukommen. Die Einzelverhandlungen der Russen über Prolongierungen von Wechseln einzelner Firmen werden von deutscher Seite abgelehnt. Auch dieses könne nur zentral vom Russland-Ausschuss und im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium als der federführenden Stelle für die Garantieerteilung erledigt werden *²⁰.

Die Geschäftsführung des Russland-Ausschusses ist in ständiger Verbindung mit den zuständigen Behörden und Bankinstituten sowie der russischen Handelsvertretung, um nichts zu versäumen, das Geschäft mit Russland wieder mehr in Schwung zu bringen. Es ist sogar vom Auswärtigen Amt auch mit Rücksicht darauf, dass die Meldungen über die Geschäftsabschlüsse und Verhandlungen der Russen im anderen Ausland aufgebauscht erscheinen, gebeten worden, bei Presse-Äußerungen und auch sonst nicht zu sehr an den russischen Besteller heranzutreten, sondern aus taktischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung – allerdings bei angepasster Aufmerksamkeit – zu beobachten.

gez. Schauke

Auf dem ersten Blatt befindet sich unten der Registraturvermerk: Ru 3194.

PA AA, R 31474, Bl. H 097489–097493.

¹⁹ Abkommen vom 15. 6. 1932 (sogenanntes 2. Pjatakoff-Abkommen); vgl. Die Ostwirtschaft, 1932, S. 95–97; DVP, Bd. XV, Dok. 250, S. 362–364.

²⁰ Der Text ist am linken Seitenrand handschriftlich mit zwei senkrechten Strichen hervorgehoben.

Nr. 145

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Geheim
Expl. Nr. 6

1338

7. Juli [1933]

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

vor drei Tagen habe ich Ihnen geschrieben¹, dass ich nicht mit einem Erfolg unserer Demarchen bezüglich der „Hungerkampagne“ rechne und wir deshalb den Deutschen in dieser Frage in der Presse einen Kampf liefern müssen.

Am nächsten Tag habe ich meine diesbezüglichen Vorschläge² formuliert, bevor sie aber erörtert werden konnten, traf von Ihnen das Telegramm mit der Mitteilung über die Absetzung der Demonstration ein³.

Ich habe unverzüglich meine Vorschläge zurückgezogen und beschlossen abzuwarten, ob sich Neurath an seine Zusage hält oder ob er nicht doch von Regierungsmitgliedern, die über einen großen Einfluss verfügen, reingelegt worden ist.

Während dieser Tage habe ich mich nicht mit Dirksen getroffen, Gen. Štern dagegen hatte Besuche von Mitarbeitern der Deutschen Botschaft, er wird Ihnen die Aufzeichnungen seiner Unterredungen mit ihnen zuschicken.

Den Rückzug der Deutschen in der Frage der „Hungerkampagne“ erkläre ich erstens mit der Beilegung unseres Konfliktes mit England⁴, zweitens mit der internationalen Resonanz, die die auf unsere Initiative in London abgeschlossenen Konventionen ausgelöst haben⁵. Die Deutschen haben begriffen, dass sie es sich bei einer Verbesserung unserer internationalen Position und bei einer Verstärkung ihrer Isolation nicht erlauben können, uns erneut scharf herauszufordern.

Schreiben Sie, wie die Reaktion der deutschen Regierungskreise (nicht der Presse) auf die Reden Litvinovs in London und Paris⁶ ausfallen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Vgl. Dok. 138.

² Vgl. Dok. 141.

³ Chinčuk erhielt am 5. 7. 1933 im AA die Mitteilung, dass die im Lustgarten anberaumte Demonstration zur Unterstützung der hungernden Deutschen in der UdSSR nicht stattfindet, und erwiderte hierauf von Tappeler: „Oh, das ist gut! Das hätte nur eine Gegenkundgebung in Moskau hervorgerufen. Bitte sagen Sie dem Herrn Reichsminister, dass er mir persönlich mit dieser Mitteilung eine große Freude bereitet hat.“ Vgl. PA AA, R 28307, Bl. D 562490.

⁴ Am 1. 7. 1933 wurden die Beschränkungen im Handel zwischen Großbritannien und der UdSSR aufgehoben. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 212, S. 387–388.

⁵ Vgl. Dok. 134.

⁶ Vgl. Erklärung Litvinovs vor der Presse in London am 3. 7. 1933. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 214, S. 393–395; Erklärung Litvinovs vor der Presse in Paris am 7. 7. 1933. In: ebd., Dok. 224, S. 419–420.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. West[abteilung].

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 159. Kopie.

Nr. 146

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Sekretär des
ZK der VKP (B) Kaganovič**

GEHEIM

Expl. Nr. ...

Nr. 696

7. Juli 33

AN DEN

SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. KAGANOVIČ

Lieber Lazar' Moiseevič!

Ich möchte Ihnen einige Überlegungen über die innere Lage Deutschlands und über unsere Beziehungen zu ihm zukommen lassen. Sie haben sicherlich bereits gelesen, dass Deutschland von einer zweiten Welle der Gleichschaltung erfasst ist, in deren Ergebnis die Reste der politischen Parteien endgültig liquidiert worden sind: die SPD, die Deutsch-Nationalen, die Volkspartei, das Zentrum und andere; die Nationalsozialisten haben sich der bäuerlichen Gewerkschaften¹ bemächtigt und sie in die allgemeine nationalsozialistische Gewerkschaftsorganisation, die nach der Einverleibung der sozialdemokratischen Gewerkschaften geschaffen worden ist, überführt, und schließlich ist der Bund der Frontsoldaten, der Stahlhelm, ebenfalls in das allgemeine System der nationalsozialistischen Organisationen eingegliedert und noch stärker und direkter der nationalsozialistischen Führung unterstellt worden. Diese „zweite Welle der nationalsozialistischen Revolution“ ging mit einem verstärkten Terror einher, der sich in erster Linie gegen die Arbeiter richtete. Zugleich wurde eine ganze Reihe von alten bürgerlichen Politikern und von Mitgliedern sowohl der SPD als auch der Zentrumspar-
teie in Schutzhaft² genommen. Es wäre äußerst oberflächlich und politisch falsch, in dieser „zweiten Welle“ eine Stärkung des faschistischen Regimes in Deutschland und die Verwirklichung des alten Plans eines totalen nationalsozialistischen Staates zu sehen, in dem einzig die Partei der Nationalsozialisten, die für sich beansprucht, alle Klassen zu vertreten, und den gesamten Regierungsapparat in ihrer Hand zentralisiert, das Existenzrecht besitzt. Niemand in Deutschland zweifelte daran, dass Hugenberg früher oder später aus dem Kabinett ausscheiden und der totale Staat in dieser oder jener Form errichtet werden wird. Wichtig ist nicht dies. Wichtig ist, dass diese „zweite Welle“ nicht zufällig ist, sie ergibt sich gewissermaßen aus der „ersten Welle“ der Schwierigkeiten des Hitler-Regimes. Gerade diese

¹ So im Dokument; wahrscheinlich sind Bauernverbände gemeint.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Schwierigkeiten lösten die neue Stufe der Repressionen und den Feldzug gegen alle Andersdenkenden aus. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus der unerfreulichen wirtschaftlichen Situation Deutschlands. Die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück, und der Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen erklärt sich mit den statistischen Manipulationen des faschisierten Konjunkturinstituts³ sowie mit der Abwanderung einer gewissen Anzahl von Arbeitslosen in die SA, in den Arbeitsdienst usw. Neben einem relativen, frühjahrsbedingten Aufschwung ist eine recht ungewöhnliche Belebung in der Textilindustrie zu beobachten, die Uniformen für die zahllosen nationalsozialistischen Organisationen herstellt. Durch die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte schrumpft der Binnenmarkt weiter, die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Die Außenmärkte verschließen sich den deutschen Waren immer mehr, weil sich die Weltkrise verstärkt und auch deshalb, weil sich der Boykott auf deutsche Waren ausweitete und einige Staaten dem deutschen Außenhandel Hindernisse in den Weg legen. Damit reagieren sie auf die Zollpolitik der deutschen Regierung. Da der deutsche Goldvorrat fast vollständig aufgebraucht ist, war Deutschland gezwungen, ein teilweises Moratorium für seine langfristigen Verbindlichkeiten⁴ zu verkünden (kurzfristige Verbindlichkeiten werden bereits seit langem nicht mehr bedient und bilden die sogenannten eingefrorenen Kredite). Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellte Hitler grandiose Projekte von öffentlichen Arbeiten, den Bau von Autobahnen, die Reorganisation des Eisenbahntransportes usw. in Aussicht. Außerdem „bekämpft“ er die Arbeitslosigkeit durch die Auslastung der Rüstungsindustrie und durch die Schaffung von zahllosen militarisierten Organisationen. Die Verwirklichung aller dieser Projekte und vor allem die Aufrüstung Deutschlands sind ohne Inflation nicht möglich. Die Inflation hat im Prinzip bereits eingesetzt, doch die deutsche Regierung wird bestrebt sein, sie so lange wie möglich den breiten Massen der Bevölkerung und den Sparern zu verschweigen. Zugleich bereitet sie die formale Abkehr von dem Goldstandard und die Abwertung der Mark um 25 bis 35% vor. Dies soll die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf den Außenmärkten stärken sowie die bankrotte Industrie und die Landwirtschaft beleben.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Lage wird verständlich, warum sich selbst derart rechte faschistoide Parteien und Gruppen wie die Deutsch-Nationalen und der Stahlhelm in Kristallisationspunkte der Unzufriedenheit mit der Regierung verwandelt haben. In kleinbürgerlichen Kreisen, die als die Hauptstütze Hitlers gelten, hat ebenfalls die Unzufriedenheit eingesetzt – wegen der Verteuerungen und der Nichteinlösung der alten von Hitler gegebenen Versprechen, das Großkapital zu bekämpfen. Die Unzufriedenheit erfasst sogar die Leibgarde des Hitlerregimes, die Sturmabteilungen, der demokratische Elemente angehören und die verschwommen-radikale Umgestaltungen anstreben. Man spricht in allem Ernst über mögliche Unruhen unter den SA-Leuten und auch darüber, dass man sie mit Hilfe von SS, Stahlhelm oder Reichswehr wird bändigen müssen. Ganz zu schweigen davon, dass die Stimmung der Arbeiterklasse für Hitler ein noch gefährlicheres Symptom darstellt, weil die Kommunistische Partei in letzter Zeit ihre Tätigkeit stark aktiviert hat und die illegale „Rote Fahne“ sogar in die SA-Ka-

³ Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin war 1925 gegründet worden.

⁴ Nach Absprache Schachts mit ausländischen Gläubigern verkündete die Reichsbank ab 1. 7. 1933 bei langfristigen Krediten ein befristetes Moratorium für den Transfer von Zahlungen.

sernen einsickert. Als Ergebnis all dieser Schwierigkeiten verschärft sich der Kampf zwischen den Cliques in der Nationalsozialistischen Partei. Da alle übrigen politischen Parteien jetzt bedeutungslos sind und die Unzufriedenheit der Massen nicht mehr auf den Reaktionär Hugenberg abgewälzt werden kann, ist eine Verschärfung des Kampfes innerhalb der Nationalsozialistischen Partei zu erwarten. Gerade erst stießen im Kampf um das Wirtschaftsministerium zwei Gruppierungen aufeinander, die hier als die „kapitalistische“ und als die „sozialistische“ bezeichnet werden. Die sozialistische Gruppierung, die von dem Kommissar für Volkswirtschaft Wagener geleitet wird und die die radikalen Stimmungen in der Partei und in der SA unterstützt, ist eine Anhängerin von staatskapitalistischen Wirtschaftsmethoden und eines radikalen Programms zur Aufteilung der junkerlichen Güter und Siedlungen in neue, kleine Parzellen für die städtischen Arbeitslosen. Als die zweite Welle der Repressionen und der Gleichschaltung einsetzte, zeichnete sie sich durch eine verstärkte radikale Phraseologie aus und es schien, als ob die „sozialistische“ Clique den Sieg davon tragen würde. Hitler wandte sich jedoch, nachdem er die Reste der alten bürgerlichen politischen Parteien zerschlagen hatte, der diametral entgegengesetzten Richtung zu und ernannte den Vertreter der kapitalistischen Clique, Schmitt, einen Anhänger der Privatinitiative und des Privatkapitals, zum Minister für Volkswirtschaft. Das Siedlungsprogramm⁵ hängt ebenfalls in der Luft. Hitler selbst steht ohne Frage der kapitalistischen Gruppierung näher, und wenn er radikale Manöver durchführt, so geschieht dies lediglich den Worten nach und aus taktischen Erwägungen. Als Hitler bei der Durchführung der zweiten Gleichschaltungswelle Zuflucht zu einer radikalen Phraseologie nahm, um die Unterstützung der Massen zu erhalten, hielt er zur Beruhigung der kapitalistischen Kreise auf einer Tagung der Führungselite der Nationalsozialistischen Partei in Reichenhall⁶ eine Rede, in der er sich offen gegen eine wie auch immer geartete neue Revolution und gegen Experimente mit der Privatwirtschaft aussprach. Es wäre nicht richtig zu behaupten, dass sich Hitler ein für allemal von linken Manövern losgesagt hätte und die radikale Gruppe in der Partei liquidiert worden sei. Der im Dienst des Großkapitals stehende kleinbürgerliche Politiker Hitler wird unweigerlich eine Schaukelpolitik betreiben und dabei vor allem die Linie des deutschen Monopolkapitals befolgen. Es bedurfte nur weniger Monate der Herrschaft Hitlers und das faschistische Regime erzittert, trotz des nationalsozialistischen Stimmungsaufschwungs in Deutschland, unter den ersten Schlägen von außen und zeigt im Inneren erste Auflösungserscheinungen. Damit will ich nicht sagen, dass Hitler politisch erledigt ist und ihm nur noch einige Monate zum Überleben bleiben. Dies wäre ein grober Fehler, wenn auch anderer Art. Dennoch sind die derzeitigen Prozesse außerordentlich bedeutungsvoll.

Die außenpolitische Orientierung der Nationalsozialisten ist Ihnen hinlänglich bekannt. Im Ergebnis dieser Orientierung sind die sowjetisch-deutschen Beziehungen, die in den letzten Jahren ohnehin schon eine krisenhafte Entwicklung durchlebten, nach dem Machtantritt Hitlers in eine Phase starker Spannungen ein-

⁵ Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Pogramm der Regierung Brüning gemeint „Programm zur Minderung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Kleinsiedlerstellen“. Vgl. Die Kabinette Brüning, Bd. I/2, Boppard a. Rhein 1982, Dok. 465, S. 1664–1666.

⁶ Am 2. 7. 1933 hielt Hitler auf der Tagung des Führungsstabes von SA, SS und Stahlhelm in Bad Reichenhall eine Rede. Vgl. Völkischer Beobachter vom 3. Juli 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

getreten. Sie wissen, dass die letzten Kettenglieder der Konflikte, die wir seit Januar dieses Jahres haben, das Memorandum Hugenbergs und die Hilfskampagne für die angeblich hungernden Deutschen in der UdSSR sind. Auf das Memorandum haben wir entschieden geantwortet und absolut richtig gehandelt. Was die unverschämte Hilfskampagne betrifft, so ist mir hier ein Erfolg in dem Sinne gelungen, dass die für den 7. Juli im Lustgarten anberaumte Protestdemonstration abgesagt worden ist⁷. Jetzt werde ich die komplette Zurücknahme der Spendenaktion zu erreichen versuchen. Im Zusammenhang mit den Erfolgen unserer Diplomatie in London⁸ hat sich die Lage für uns hier zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwas verbessert. Die Deutschen haben gespürt, dass wir von ihnen abrücken und zugleich eine Reihe von neuen Abkommen abschließen. Sie befürchten eine Isolierung und eine Verstärkung unserer Position im Baltikum und auf dem Balkan. Nunmehr sind ihnen nicht nur unsere diplomatischen Erfolge ein Dorn im Auge, sondern auch die Handelsexpansion in die Länder, die mit uns ein Abkommen abgeschlossen haben. Es versteht sich von selbst, dass eine Verbesserung der Lage nicht von Dauer und als höchst relativ zu betrachten ist. Den Deutschen bleibt nichts übrig, als unserem wachsenden Einfluss Rechnung zu tragen. Unsere Erfolge können die außenpolitische Grundorientierung der Nationalsozialisten nicht verändern, zumindest nicht im gegenwärtigen Stadium. Sie begreifen, dass, falls die Großmächte es ihnen gestatten, gegen irgendjemand Krieg zu führen, dies nur gegen die UdSSR möglich ist. Gegen Polen Krieg zu führen ist unmöglich, weil Frankreich es Hitler nicht zum Fraß vorwerfen wird. Gegen Frankreich und Polen gleichzeitig Krieg zu führen, würde bedeuten, die angelsächsischen Länder erneut gegen sich aufzubringen. Zudem ist auch in militärischer Hinsicht diese Sache ziemlich hoffnungslos. Dabei auf eine Zusammenarbeit mit Italien zu rechnen, kommt nicht in Frage, weil Italien im Kampf um Mitteleuropa immer mehr der Seite Frankreichs zuneigt und ebenso wie Frankreich eine übermäßige Stärkung Deutschlands befürchtet, wenn letzteres sich Österreich angliedert. Es bleibt somit nur ein einziger Plan übrig, der dennoch gewissermaßen bessere Chancen hat als ein Krieg gegen Polen und Frankreich: der Plan zur Zerstückelung der UdSSR und die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates unter deutschem Protektorat, eine Entschädigung Polens auf Kosten von Litauen und der Ukraine und die Rückgabe des Korridors. Dieser Plan kann nur mittels eines Militärbündnisses mit Polen und, falls möglich, mit Frankreich verwirklicht werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es kein Zufall, dass Hitler den polnischen Gesandten Wysocki empfing⁹, die Danziger nationalsozialistische Regierung zu einem Besuch nach Warschau schickte¹⁰ und er in seiner Rede vor dem Reichstag¹¹ eine für ihn noch vor einem halben Jahr für undenkbare Sache getan hat: er erkannte das Recht des polnischen Volkes auf eine unabhängige Existenz an und verkündete eine Friedenspolitik gegenüber Polen. Zugleich hören wir, dass Göring bis zu drei Stunden

⁷ Vgl. Dok. 145, Anm. 3.

⁸ Die Unterzeichnung der Konvention über die Definition einer Aggression Anfang Juli 1933. Vgl. Dok. 134.

⁹ Am 2. 5. 1933. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 201, S. 363–364.

¹⁰ Anfang Juli besuchten der Senatspräsident von Danzig Rauschnig und sein Stellvertreter Greiser Warschau. Sie wurden von Außenminister Beck, Finanzminister Zawadzki und vom Staatsoberhaupt Piłsudski empfangen.

¹¹ Am 17. 5. 1933. Vgl. Dok. 98, Anm. 10.

bei dem französischen Botschafter François-Poncet verbringt und für die französische Presse freundschaftliche Interviews¹² gibt. Neben dem Werben um Polen und Frankreich, dessen antisowjetischer Beweggrund offenkundig ist, setzt die Hitlerregierung ihre Gespräche über eine Intervention gegen die UdSSR mit den englischen konservativen Kreisen (Rosenberg), mit Italien, mit dem Vatikan, mit der ukrainischen und russischen Emigration (Rond usw.) fort. Es ist kaum zu erwarten, dass die Reichswehr einen ernsthaften Widerstand gegen die abenteuerlichen außenpolitischen Pläne der Nationalsozialisten leisten wird. In der Reichswehr gab es noch zu Zeiten Schleichers starke Tendenzen zugunsten eines Militärblocks mit Frankreich und Polen auf Kosten der UdSSR. Diese Tendenzen werden sich unter dem Einfluss der Nationalsozialisten zweifellos verstärken.

Auch wenn man sich über die Endziele der Außenpolitik der Nationalsozialisten insgesamt völlig im Klaren ist, gilt es zu berücksichtigen, dass diese sich bislang in einer außenpolitischen Isolation befinden und auf eine ganze Reihe von aggressiven, nicht von ihnen abhängenden Schwierigkeiten stoßen, die der unverzüglichen Verwirklichung ihrer Pläne im Wege stehen. Dies zwingt sie dazu, mit uns das Rapallo-Spiel fortzusetzen, den Berliner Vertrag zu verlängern und die Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Ich meine, dass auch wir bei der Annäherung an Frankreich, Polen und an andere Staaten nicht verfrüht die Maske fallen lassen und eine zügellose antideutsche Kampagne beginnen sollten. Hier muss man gewisse Proportionen beachten, die ausschließlich durch außenpolitische Zweckmäßigkeiten definiert werden. Wenn wir offen anerkennen, dass von den sowjetisch-deutschen Beziehungen nur eine leere Hülse übrig geblieben ist, so würde dies in den Augen der Gegner Deutschlands nur unseren Preis senken.

Sie sehen, lieber Lazar' Moiseevič, dass die Lage hier außerordentlich kompliziert ist und ich beständig auf der Hut vor unseren Rapallo-„Freunden“ in nationalsozialistischer Uniform sein muss.

Sie wissen, dass ich in letzter Zeit gegenüber Neurath dreimal Protest bezüglich des Hugenberg-Memorandums und bezüglich der sogenannten Hungerkampagne erklären musste. Gestern protestierte ich gegen die gegenüber der UdSSR feindselige politische Demonstration, die ich darin sehe, dass die Spendensammlung nun doch stattfinden wird, sowie darin, dass Hitler und Hindenburg je 1000 Mark gespendet haben¹³. Dies ist umso sonderbarer, da ich erklärt habe, dass wir diese Mittel in der UdSSR nicht zur Nutzung freigeben werden.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Technischen Sekretariats des Orgbüros des ZK der VKP (B) mit der Eingangs-Nr. 00237¹⁴ vom 7. 7. 1933.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 2 Expl. Das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. zu den Akten. 8. VII. 33.

RGASPI, f. 17, op. 120, d. 107, l. 84–87. Original.

¹² M. Comment: Hermann Goering comprend les relations franco-allemandes. In: Le Petit Journal, 7. Juni 1933, S. 1.

¹³ Vgl. Dok. 139.

¹⁴ Die ursprüngliche Eingangs-Nr. 1514 ist durchgestrichen.

Nr. 147
**Aufzeichnung des Leiters der Abteilung für Handelspolitik der
 Handelsvertretung Levitin**

Vertraulich

50103

AUFZEICHNUNG DER SITZUNG
 IM DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSMINISTERIUM am 7. JULI 1933

Seitens der Deutschen nahmen teil MOSSDORF, TIPPELSKIRCH und vier Vertreter der Ministerien für Wirtschaft und Ernährung.

Von unserer Seite waren es die Genossen FRIDRICHSON, BESSONOV und LEVITIN.

Bei der Eröffnung der Sitzung erklärte Mossdorf, dass das Rundschreiben bezüglich eines verstärkten Einkaufs bei der Derop schließlich am 27. Juni unterzeichnet worden ist und an die entsprechenden Ministerien und Regierungen der einzelnen Länder, die zu Deutschland gehören, verschickt wird¹.

Auf unsere Bitte wurde uns dieses Rundschreiben noch einmal vorgelesen. In dem Rundschreiben heißt es, dass die Passivität der Handelsbilanz der UdSSR mit Deutschland und die großen Verbindlichkeiten der Sowjetunion gegenüber deutschen Firmen eine Erhöhung des sowjetischen Exports nach Deutschland erfordere. Andererseits sei die Arbeit der Derop durch die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen auf nationaler Grundlage reorganisiert worden. Somit entspreche der Erwerb von Erdölprodukten der Derop den Interessen Deutschlands. Zugleich werden in dem Rundschreiben besonders die Vorzüge eines Einkaufs bei der Derop hervorgehoben, weil damit keine Inanspruchnahme von ausländischen Devisen verbunden sei, da die Derop den Verkauf auf Mark-Basis tätige, so dass der gesamte Erlös für die Begleichung der sowjetischen Verbindlichkeiten gegenüber den deutschen Firmen eingesetzt werde. Im Zusammenhang damit empfiehlt das Rundschreiben allen Ministerien und Regierungen der einzelnen Länder, die ihnen unterstehenden staatlichen und kommunalen Einrichtungen anzuweisen, ihre Einkäufe bei der Derop zu steigern. Das Rundschreiben ist vom Minister für Wirtschaft (Hugenberg) und für Inneres (**Frick**²) unterzeichnet.

Auf unsere Frage antwortete Mossdorf, dass wir selbstverständlich das Recht hätten, uns bei unseren Anfragen bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen auf dieses Rundschreiben zu berufen, wobei er unterstrich, dass ein derartiges Rundschreiben eine einmalige und bis jetzt beispiellose, noch nie dagewesene Maßnahme in der deutschen Handelspolitik darstelle.

Mossdorf ging dann dazu über, die Ergebnisse der Prüfung unserer verbliebenen Anträge in den zuständigen Ministerien bezüglich der von den handelspolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung betroffenen Artikel des sowjetischen Exports bekanntzugeben.

FISCH. Bei Zander sind die Deutschen bereit, die Klausel anzuwenden, die bei dem ungarischen Fogasch praktiziert wird, doch Mossdorf fügte hinzu, dass

¹ Vgl. Dok. 129.

² Der Name ist handschriftlich geschrieben.

momentan mit den Ungarn Verhandlungen geführt würden, die vergünstigte Ausfuhr von Fogasch durch ein festgesetztes Kontingent einzugrenzen. Dieses Kontingent werde dann zu den gleichen Bedingungen auch für unsere Ausfuhr von Zander zur Anwendung gelangen. Wir erklärten, dass dieses Kontingent allem Anschein nach absolut unbedeutend sein werde, weil Ungarn eine verschwindend kleine Menge an Fogasch exportiert, und wir die jetzige Entscheidung nur als Ablehnung unseres Wunsches betrachten könnten.

Bei Keta-Lachs können uns die Deutschen keine Vergünstigungen gewähren.

BUTTER. Es können keine zusätzlichen Vergünstigungen gewährt werden.

EIER. Es ist nicht möglich, von den Standardanforderungen, wie sie bei der Einfuhr von holländischen Eiern angewandt werden, abzurücken. Unser Vorschlag, die Zölle für 10 Jahre zu stunden, ist ebenfalls nicht annehmbar. Laut deutscher Gesetzgebung beträgt die Stundung von Zöllen maximal 3 Monate.

ÖLKUCHEN. Bezüglich der Einfuhr von Ölkuchen empfiehlt Mossdorf, die Geschäftskontakte mit MORITZ aus dem Ministerium für Ernährung fortzusetzen.

Pflanzenöl. Bezüglich der Einfuhr empfiehlt Mossdorf ebenfalls, mit Moritz zu sprechen. Mossdorf teilte u.a. mit, dass das Staatliche Ölmonopol die Anweisung erteilt habe, die Gesuche nach Einfuhr von Pflanzenölen aus der Sowjetunion, in erster Linie von Sonnenblumenöl, mit maximalem Wohlwollen zu behandeln.

Nachdem Mossdorf die Auflistung der behandelten Fragen beendet hatte, fügte er hinzu, dass damit im Prinzip das Programm, das während der Unterredung mit Hugenberg³ festgelegt worden war, erschöpft sei. In der Erwiderung erklärten wir, dass wir eine völlige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen feststellen müssten, weil keine einzige Frage in einer für uns zufriedenstellenden Weise entschieden worden sei. Selbst die Rundschreibenfrage bezüglich der Derop sei im Prinzip bereits vor diesen Verhandlungen entschieden worden, so dass wir es nicht auf der Aktivseite der Verhandlungen verbuchen könnten.

Danach sprachen wir den Aufkauf von sowjetischem Getreide in Deutschland an, wobei wir Mossdorf daran erinnerten, dass wir bereits auf der letzten Sitzung angekündigt hatten, dies zur Sprache zu bringen. Die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen bezüglich der übrigen Positionen unseres Exportes mache die Frage nach dem Absatz von Getreide besonders aktuell. Wir müssten erstens von den Deutschen die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß Abkommen vom 2. Mai 1932, Abschnitt Aufkauf von Getreide für 1932/33⁴ erreichen und zweitens über das Verkaufsvolumen von Getreide auch für 1933/34 eine Einigung erzielen. Dabei verwiesen wir darauf, dass der für 1932/33 vereinbarte Absatz von Getreide uns nicht zufriedenstelle und wir für 1933/34 mit einer bedeutenden Erhöhung unseres Anteils an der deutschen Einfuhr von Getreide rechnen, so bei Weizen um bis 65–70%, bei Gerste bis zu 65–70% und bei Roggen mindestens bis zu 75 Prozent.

³ Vgl. Dok. 103.

⁴ Im 4. Protokoll zum Abkommen vom 2. 5. 1932 hieß es: „2. Für den Fall, dass im Getreidewirtschaftsjahr 1932/33 (1. Juli 1932 bis 30. Juni 1933) ein Einfuhrbedarf an [...] vorliegt, erklärt sich die deutsche Regierung zu folgenden Maßnahmen auf den entsprechenden Gebieten bereit: a) [...] Die deutsche Regierung wird 75% der deutschen Roggeneinfuhr in der Sowjetunion kaufen. b) [...] Die deutsche Regierung wird 30% der deutschen Weizeneinfuhr in der Sowjetunion kaufen.“ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 72, Anlage 4, S. 158–160, hier S. 158.

Mossdorf erklärte zunächst, dass es jetzt zu früh sei, über den Umfang des Absatzes von Getreide zu sprechen, weil die Ernteerträge noch nicht bekannt seien und man nicht feststellen könne, wie viel Getreide Deutschland einführen werde. Darauf entgegneten wir, dass im vergangenen Jahr das Abkommen noch früher abgeschlossen worden sei, nämlich Anfang Mai, und die Ungewissheit der Ernteausichten die deutsche Regierung nicht daran hindere, jetzt mit Ungarn Verhandlungen über den Absatz von ungarischem Weizen in Deutschland zu führen.

Darauf erklärte Mossdorf, die jetzige Kommission sei nicht bevollmächtigt, die Frage des Absatzvolumens von sowjetischem Getreide in Deutschland zu erörtern, und er versprach, diese Frage ergänzend zu prüfen und uns in allernächster Zeit eine Antwort zu geben.

Damit endete die Sitzung und mit ihr zugleich auch die Arbeit der Kommission.

Leiter der Handelspolitischen Abteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland

Levitin

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk: an den Gen. Š. M. Dvolajckij Moskau. NKVT. Sektor Handelspolitik.

Vermerk von Š. M. Dvolajckij: zu den Akten.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Dvolajckij, 1 an Gen. Bessonov, 1 zu den Akten.

RGAE, f. 413, op. 13, d. 520, l. 73–73R. Original

Nr. 148

Aufzeichnung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 701

Berlin, 8. Juli 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

Am 1. VII. gab Hammerstein ein Frühstück für unsere roten Kommandeure¹, die nach einem halbjährigen hiesigen Aufenthalt in die Heimat abreisen. Am Frühstück nahmen folgende Personen teil: Hammerstein, von Kuntzen (Oberstleutnant), Stülpnagel (Oberst), Sodenstern (Oberstleutnant), Tippelskirch (Oberstleutnant), Spalcke (Hauptmann), Scholl (Hauptmann), Krebs (Hauptmann).

Hammerstein hielt eine Rede über die traditionelle Freundschaft der zwei Armeen, der sowjetischen und der deutschen. Ihm antwortete unser sibirischer roter Kommandeur Gen. Levandovskij, der auf die positive Bedeutung des Aufenthaltes unserer Kommandeure hier einging und das Bedauern zum Ausdruck brachte,

¹ Ivan Naumovič Dubovoj, Michail Karlovič Levandovskij, Vitalij Markovič Primakov, Semen Petrovič Urickij.

dass die Bedingungen der deutschen Armee es nicht ermöglichten, alle neuen militärtechnischen Neuerungen vollständig studieren zu können.

Am 3. VII. gab ich aus dem gleichen Anlass einen abendlichen Gegenempfang. Folgende Personen nahmen daran teil: Reichswehrminister von Blomberg, Oberstleutnant von Sodenstern, Oberst von Reichenau, der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein, Oberstleutnant Schmidt, die Hauptleute Spalcke, von Funck, von der Decken, Scholl und Oberstleutnant Kuntzen². Von unserer Seite nahmen teil: Levičev, Šnitman, Levandovskij, Primakov, Dubovoj, Urickij, Chinčuk, Giršfel'd, Vinogradov und Borisov. Ich hielt eine knappe Rede, in der ich der deutschen Reichswehr die Dankbarkeit für die Aufmerksamkeit gegenüber unseren militärischen Kommandeuren, die in Deutschland zu einem Praktikum weilten, zum Ausdruck brachte. Ich machte darauf aufmerksam, dass der militärische Bereich Deutschlands nicht von dem übrigen Land abzutrennen ist, deshalb sei die bestehende Freundschaft zwischen den beiden Armeen, der sowjetischen und der deutschen, besonders wichtig. Ich verwies darauf, dass die Freundschaft zwischen den beiden Armeen und den beiden Staaten, der UdSSR und Deutschlands, auch künftig gefestigt werden muss. Die Antwortrede hielt Blomberg. Er dankte mir für die freundlichen Worte, die ich an die Offiziere gerichtet hatte, die die Kommandeure der Roten Armee während ihres Aufenthaltes in der Reichswehr empfangen und betreut hätten.

Das Verhältnis zwischen Reichswehr und RKKA habe, so fuhr er fort, eine lange Geschichte und gründe sich auf gegenseitige Interessen. Gegenwärtig durchlebe Deutschland, so sagte Blomberg, eine Periode der nationalen Wiedergeburt, eine Phase der Umgestaltung der gesamten Staatsordnung. Solche Ereignisse seien zwangsläufig mit allerlei Komplikationen verbunden, bisweilen von höchst unerwünschter Art. Man müsse jedoch vermerken, dass allein die jetzige Regierung es vermocht habe, in Bezug auf die Sowjetunion eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die die Grundlinie der Regierung Hitler hinsichtlich der UdSSR charakterisierten. Die Ratifizierung des Berliner Vertrages³ bestätige und beweise dies anschaulich.

Blomberg wies weiter auf zwei Momente hin, die die politischen Beziehungen zwischen den Staaten kennzeichnen:

1. Dies seien die Wirtschaftsbeziehungen. Die jetzige Regierung ergreife alle Maßnahmen zur Festigung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR.

2. Die Militärbeziehungen. Die gegenwärtige Regierung Deutschlands erkläre, dass sie eine Politik des Friedens verfolge. Da wir davon überzeugt seien, dass die Regierung der Sowjetunion diesen Standpunkt ebenfalls vollinhaltlich teile, bestünden zwischen der RKKA und der Reichswehr alle Voraussetzungen für eine Festigung der freundschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens.

Zwei Arten von Menschen wüssten, was Krieg bedeute und wie schrecklich er sei – dies seien die Diplomaten und die Militärs. Durch die gemeinsamen Bemühungen der Diplomaten und der Militärs von solch einem gewaltigen Land wie

² Sämtliche Amtsbezeichnungen und Dienstränge sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Gemeint ist die Ratifizierung des Protokolls von 1931 über die Verlängerung des Berliner Vertrages von 1926. Vgl. Dok. 85, 87, 88.

die Sowjetunion und des neuen Deutschland werde es gelingen, das Gleichgewicht in Europa aufrechtzuerhalten.

Blomberg sagte, nunmehr bereits bei Tisch, Hitler habe ihm empfohlen, unbedingt am Abendessen zugegen zu sein und eine sehr freundschaftliche Rede zu halten.

In den Gesprächen nach dem Abendessen bemühten sich sowohl Blomberg als auch Hammerstein uns davon zu überzeugen, dass die Reichswehr nach wie vor vollkommen auf dem Standpunkt stehe, dass die sowjetisch-deutsche Freundschaft entwickelt und ausgebaut werden müsse. Blomberg beteuerte, dass die Reichswehr die wichtigste Wehrkraft Deutschlands darstelle und sie als solche auch keiner Gleichschaltung unterworfen werde, auch stünde keinerlei Säuberung an. Blomberg äußerte sich sehr zustimmend zum Buch von Seeckt⁴. Letzterer soll sich bereits auf der Rückreise aus China nach Deutschland befinden⁵.

Hammerstein erklärte, dass nur drei Personen der Regierung über Einfluss verfügen: dies seien Hitler, Göring und Blomberg. Blomberg genieße ein großes Ansehen bei Hitler. Das Verhältnis der Reichswehr zur Führung der Nationalsozialistischen Partei sei recht gut.

Ich erzählte Blomberg von den Schwierigkeiten, mit denen ich angesichts der Übergriffe von Polizeibeamten und SA-Leuten auf unsere Einrichtungen und auf unsere sowjetischen Bürger zu kämpfen habe. Ich verwies auf die angekündigte Demonstration bezüglich der angeblich hungernden Deutschen in der UdSSR. Ich machte darauf aufmerksam, dass diese Demonstration zwangsläufig auch bei uns unverzüglich entsprechende Gegen-Demonstrationen auslösen werde, was auf keinen Fall der Freundschaft zuträglich sein könne.

Blomberg bot sich von selbst an, darüber mit Hitler zu sprechen und die Absetzung der Demonstration zu erwirken.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von N. N. Krestinskij: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3095 vom 13. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Kopien und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 111–112. Original.

⁴ H. von Seeckt: Deutschland zwischen West und Ost, Hamburg 1933.

⁵ Zur Reise von Generaloberst a.D. von Seeckt nach China im Sommer 1933 vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 412, S. 764–767.

Nr. 149
**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
Vinogradov mit dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium
von Reichenau**

GEHEIM
Expl. Nr. 6

Nr. 698¹

Berlin, 8. Juli 33

TAGEBUCH
B. VINOGRADOVS

Auf dem Empfang für die Militärs in der Bevollmächtigten Vertretung² hatte ich Gelegenheit, ausführlich mit dem Chef des Ministeramtes³ von Reichenau zu sprechen. Reichenau erwies sich als ein mitteilbarer Gesprächspartner, vielleicht suchte er auch die Möglichkeit, mit einem Mitarbeiter der Vertretung über die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu sprechen. Reichenau erklärte mehrere Male feierlich und kategorisch, dass die Reichswehr nach wie vor für die Entwicklung und die Vertiefung der sowjetisch-deutschen Freundschaft einstehe. Als die letzte Broschüre von General Seeckt⁴ erschien, habe Kriegsminister Blomberg gesagt: Die Gedanken Seeckts sind absolut richtig. Dies ist das, was wir brauchen. Reichenau versicherte, dass General Blomberg bei Hitler in außenpolitischen Fragen ein außerordentliches Ansehen genieße. Blomberg habe mehrfach in dieser Hinsicht auf Hitler eingewirkt und werde dies auch künftig tun, um eine Veränderung der alten außenpolitischen Leitsätze der Nationalsozialisten in Bezug auf die UdSSR herbeizuführen. Reichenau zufolge sei Hitler von seinen Phantasieplänen bezüglich der Ukraine usw. vollständig „geheilt“ (so die wörtliche Formulierung von R[eichenau]) worden. R. unterstrich mehrmals, dass die Reichswehr äußert vertrauensvolle und enge Beziehungen zur Führung der Nationalsozialistischen Partei unterhalte, in erster Linie zu Hitler. Hier, auf dem gleichen Empfang, erzählte Reichenau laut vernehmbar, er habe in Begleitung von fünf hochrangigen Offizieren an der Führertagung⁵ in Reichenhall teilgenommen, auf der sich Hitler gegen eine zweite Revolution ausgesprochen habe. Ein anderer deutscher Offizier, der an unserem Empfang teilnahm, erzählte mir, dass auf der Tagung in Reichenhall zum ersten Mal Abgesandte des Stahlhelms teilgenommen hätten. Daher habe Blomberg es als erforderlich erachtet, einige Offiziere unter Führung Reichenaus als Vertreter des Heeres dorthin abzukommandieren. Reichenau bat, den Beginn der Umgestaltung Deutschlands durch Hitler nicht mit dem 30. Januar, sondern mit dem 5. März anzusetzen, d.h. mit dem entscheidenden Sieg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen. Erst seit diesem Zeitpunkt sei Hitler vollkommen Herr der Lage, und erst seit dieser Zeit beginne seine Wandlung zu einem Staatsmann. Man

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 148.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 148, Anm. 4.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Die Führertagung fand vom 1. 7. bis 2. 7. 1933 statt.

sollte von dem Menschen, der erst seit einigen Monaten für das Schicksal Deutschlands verantwortlich ist, nicht zuviel erwarten. Hitler habe in dieser Zeit gezeigt, dass er fähig sei, vieles zu lernen und auf vieles zu verzichten. Hitler besitze in der Partei uneingeschränkte Autorität. Als er sich auf der Tagung in Reichenhall gegen eine zweite Revolution ausgesprochen habe, seien einige Unterführer⁶ erschüttert gewesen; doch im Gespräch hätten sie sogleich erklärt: Was Hitler auch sagt – wir folgen ihm. Reichenau bat, die Position Rosenbergs nicht überzubewerten. Seine Kommission⁷ werde, wie auch all die Wirtschaftskommissare, allmählich von der Bildfläche verschwinden, weil es unmöglich sei, neben dem Außenministerium und dem Wirtschaftsministerium parallele Ministerien in Gestalt von Parteikommissionen und Kommissaren bestehen zu lassen. Auf der letzten Sitzung des Ministerkabinetts⁸, an der auch Reichenau teilgenommen habe, hätten er, Darré und Funk dazu ihre Meinungen ausgetauscht. Funk hätte gesagt: Wäre ich an der Stelle des Kommissars für Volkswirtschaft Wagener, so würde ich den Rücktritt einreichen, um dem neuen Wirtschaftsminister die Arbeit zu erleichtern. Darré schloss sich dieser Meinung an und sagte, dass er, falls Wagener nicht zurücktrete, Maßnahmen zu dessen Ausschaltung ergreifen werde. Reichenau betonte, dass die Reichswehr überhaupt keine Konkurrenten haben werde, wenn die parallelen Organisationen bei den anderen Ministerien schrittweise beseitigt würden. Hitler erklärte und erkläre, dass die Reichswehr die Hauptstütze der Wehrkraft Deutschlands sei und bleibe. Die Reichswehr unterliege nicht der Gleichschaltung, und alle Gerüchte über eine bevorstehende Säuberung in der Reichswehr, über einen Führungswechsel usw. seien Unsinn. Wir sind vollkommen Herr der Lage, sagte Reichenau unter Anspielung darauf, dass sich die Reichswehrführung nicht in Abhängigkeit von Hitler befinde, sondern das Gegenteil der Fall sei. Wir sind keine Feiglinge, keine Frackträger vom Schlage unserer alten bürgerlichen Politiker, die den Boden unter den Füßen verloren haben und jetzt zu uns, zur Reichswehr kommen, um sich an unserer Brust auszuweinen, und eine finstere Zukunft prophezeien. Wir sind davon überzeugt, so fuhr er fort, dass Hitler mit unserer Hilfe alle Schwierigkeiten meistern wird, so auch die innerparteilichen. Hitler ist ein klar denkender Mensch mit großen staatsmännischen Fähigkeiten und er weiß, was er will. Reichenau ließ es sich nicht nehmen, auf Schleicher zu schimpfen, der eine vollkommen falsche Politik in Bezug auf die Nationalsozialisten betrieben habe. Schleicher habe unlängst Reichenau aufgesucht und eingestanden, dass sich die früheren Vorhersagen Reichenaus vollständig bewahrheitet hätten und er, Schleicher, „gesteht seine Fehler ein“. (R. sagt, dass Schleicher sich tatsächlich ganz und gar aus der Politik zurückgezogen habe und nunmehr in seiner Villa „privatisiert“⁹).

Auf meine provozierende Bemerkung, dass Deutschland in einigen Jahren gut gerüstet und damit seine Bedeutung steigern wird, antwortete Reichenau: Ich weiß nicht, ob wir vollständig gerüstet sein werden, doch eins ist absolut klar, dass wir in einigen Jahren bedeutend stärker als heute sein werden. Durch meine provozierenden Fragen zu den französisch-deutschen Beziehungen aus der Reserve ge-

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ So im Dokument; gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

⁸ Am 30. 6. 1933.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

lockt, führte Reichenau aus: Wenn die Franzosen auch nur ein Körnchen politische Vernunft besitzen, so müssen sie mit uns ein Militärbündnis eingehen. Nichts steht einem solchen Bündnis im Wege, weil wir keinen Anspruch auf Elsass-Lothringen erheben, das immer eine unzufriedene Region war und ist, und dem Staat, zu dem sie gehört, Unruhe beschert. Dieses Bündnis wird nicht gegen die UdSSR gerichtet sein, doch es könnte sich gegen England wenden, dessen Handels- und Industriekonkurrenz uns bereits zum Krieg von 1914 geführt hat. Ein französisch-deutsches Bündnis kann für Italien, das sich unter den Kanonenmündungen der englischen Mittelmeerflotte befindet, nicht gefährlich sein. Wenn die Position der englischen Mittelmeerflotte geschwächt wird, so kann Italien bei einer französisch-deutschen militärischen Übereinkunft eine viel größere koloniale Aktivität an den Tag legen, als es bisher möglich war. Polen wird im Ergebnis eines französisch-deutschen Militärbündnisses gezwungen sein, seine Westgrenzen zu revidieren und mit irgendwelchen Kompensationen entschädigt werden, unter Umständen auch auf Kosten Litauens.

Reichenaus freimütige Erklärung über die Bereitschaft der Reichswehr zu einem Militärabkommen mit Frankreich betrachte ich als außerordentlich wichtig. Sie zeigt, dass die Reichswehrführung, wie auch unter Papen und unter Schleicher, ein Abkommen mit Frankreich anstrebt. Dieses Abkommen wird unweigerlich einen antisowjetischen Charakter tragen. Es ist damit zu rechnen, dass die Reichswehr, die bei Hitler tatsächlich Ansehen genießt und die, im Unterschied zu ihm, die deutsch-englischen und deutsch-italienischen Beziehungen absolut nüchtern einschätzt, die Misserfolge des Faschismus (des deutschen) in Rom und London dazu ausnutzen wird, um Hitler in Richtung eines französisch-deutschen Komplotts zu drängen. In dieser Hinsicht sind das Interview Görings, das er kürzlich der französischen Presse gegeben hat¹⁰, und die dreistündige Visite Görings bei Poncet aufschlussreich, worüber ich unlängst in meinem Tagebuch geschrieben habe. Ich setze die Aufzeichnung des Gesprächs mit Reichenau fort.

Reichenau war mit unserem Abkommen mit England¹¹ offen unzufrieden und bezichtigte uns der Nachgiebigkeit. Er spielte darauf an, dass unsere Annäherung an England nicht nur auf der wirtschaftlichen, sondern offenbar auch auf der politischen Linie erfolge. In diesem Zusammenhang führte er aus, dass ihn in diesen Tagen der Vertreter der Hearstpresse (es kann sich nur um Wiegand handeln, der mir wiederholt sagte, dass er mit den höchsten Führungsoffizieren der Reichswehr im Gespräch sei) aufgesucht habe. Dieser habe sich ebenfalls über unsere Nachgiebigkeit gegenüber den Engländern „beklagt“, allerdings aus amerikanischer Sicht.

Das Gespräch drehte sich nun um Rond. Unsere auf dem Empfang anwesenden Militärs erzählten Reichenau über das von Rond im Lunapark begangene Fest, auf dem zarische Offiziere in voller Uniform umher stolzieren. Ich informierte Reichenau ausführlich über Rond und wies darauf hin, dass in Berlin zum ersten Mal im Verlaufe unserer vertraglichen Beziehungen mit Deutschland eine militärische Organisation sogenannter russischer Nationalsozialisten aufgetaucht ist. Früher hatten wir in dieser Hinsicht nur mit Frankreich und Polen Konflikte gehabt,

¹⁰ Vgl. Dok. 146, Anm. 12.

¹¹ Vgl. Dok. 145, Anm. 4.

die noch bis vor kurzem eine interventionistische Politik gegenüber der UdSSR betrieben hätten. Ich erzählte Reichenau auch, dass Rond von Berliner Nationalsozialisten eine alte russische Kriegsflagge von der „Rostislaw“¹² überreicht bekommen hat. Reichenau erwiderte, dass er eine Verbindung zu Rond kategorisch ablehne, obwohl viele Rond-Leute versuchen würden, zu ihm vorzudringen. Er betrachte diese Leute als unnütz und nicht verwendbar. R. missbilligte das ganze Vorhaben mit Rond und versprach mir, sich für eine vollständige Beseitigung von Rond zu verwenden. R. sagte: Ich muss Sie dennoch darauf hinweisen, und damit will ich überhaupt nicht die Existenz von Rond rechtfertigen, dass auch bei Ihnen in der Sowjetunion mitunter für uns äußerst unangenehme Zwischenfälle inszeniert werden. Ich selbst, so fuhr R. fort, habe gehört, dass in der UdSSR Leute in Erscheinung getreten sind, die sich als Vertreter des deutschen Heeres und der Marine ausgaben, der Roten Armee Glückwunschschreiben sandten und ihrerseits Dankesschreiben erhielten. Ich antwortete R., dass ich den Zwischenfall, über den er spreche, nicht kenne, doch ich könne ihm mit Bestimmtheit erklären, dass es auf dem Territorium der UdSSR niemals militärische Organisationen gegeben hat, die sich zum Ziel gesetzt hätten, die deutsche Regierung zu stürzen. R. fragte mich, womit die Kündigung¹³ für einige deutsche Militärbetriebe in der UdSSR zu erklären sei. Wir zerbrechen uns den Kopf darüber, sagte er, und wir finden darauf keine Antwort. Ich antwortete ihm, dass ich in dieser Angelegenheit nicht kompetent sei, privat könne ich ihm aber meine Meinung dazu sagen. Sie bestehe in Folgendem: Unsere militärischen Beziehungen stellen keine sich selbst genügende Größe dar, sondern sie sind lediglich eine Funktion der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wenn die politischen Beziehungen gespannt sind, wenn Vertreter der deutschen Regierung und der Nationalsozialistischen Partei offen zum Krieg gegen die UdSSR aufrufen, so darf man sich nicht wundern, dass die Funktion dieser bestimmenden politischen Beziehungen ebenfalls einen gewissen Wandel erfährt. In seiner Antwort begann R. erneut, Rosenberg, Hugenberg und Papen zu desavouieren, indem er meinte, man sollte sie nicht ernst nehmen. R. erklärte, dass Deutschland es niemals zulassen werde, sich in ein antisowjetisches Abenteuer zu verwickeln, weil die Reichswehr die Lehren des Jahres 1914 sehr wohl verinnerlicht habe. Die Reichswehr lasse sich von dem Ausspruch von General Seeckt leiten: Macht uns den Rücken frei.¹⁴ Auf meine Frage, ob nicht das Spiel Hitlers mit Polen die Ernsthaftigkeit der Pläne Rosenbergs und anderer Interventionisten bestätige, antwortete R.: Die freundschaftlichen Gesten Hitlers an die Adresse der Polen sind das direkte Ergebnis eures Nichtangriffspaktes mit Polen¹⁵. Weil die UdSSR ihre Beziehungen zu Polen normalisiert hat, können wir es nicht provozieren. Als ich Reichenau die zahlreichen von den Nationalsozialisten seit ihrer Machtübernahme begangenen politischen und polizeilichen Provokationen gegenüber der UdSSR aufzählte, bat er mich, diese Fakten in einem Dokument zu-

¹² Das Panzerschiff „Rostislaw“ der Schwarzmeer-Flotte wurde 1896 zu Wasser gelassen. Es nahm am Ersten Weltkrieg und am Bürgerkrieg in Russland teil und wurde im November 1920 in der Meerenge von Kerč' versenkt. Am 5. 6. 1933 überreichte die Berliner Führung der SA in einem feierlichen Akt die Andreas-Flagge der „Rostislaw“ an Rond. Vgl. Russkaja nedelja, Berlin, Nr. 5 vom 18. Juni 1933, S. 8.

¹³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁴ Der Satz ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁵ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

sammenzutragen. Allerdings äußerte er diesen Gedanken eher beiläufig, er kam darauf nicht mehr zu sprechen.

Blomberg hat auf diesem Empfang eine gefühlvolle Rede in Entgegnung auf die Rede von Gen. Chinčuk gehalten. Ich habe auf unseren militärischen Empfängen früher die Reden Groeners gehört, die immer korrekt, freundschaftlich und mitunter nicht ohne Wärme waren. Blomberg jedoch hat Groener übertrumpft, er sprach länger als dies allgemein üblich ist. Er bemühte sich insbesondere zu unterstreichen, dass die Reichswehr, ungeachtet der Ereignisse der letzten Monate, nach wie vor, ebenso wie die deutsche Regierung, für die politische und militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR einstehe. Von deutschen Militärs wissen wir, dass Blomberg, bevor er unsere Einladung annahm und seine Rede hielt, bei Hitler war, der sowohl sein Erscheinen bei uns als auch den Inhalt der Rede gebilligt habe. Zu Beginn seiner Rede wies Blomberg darauf hin, dass die sowjetisch-deutschen Beziehungen, die sich über viele Jahre ausnehmend freundschaftlich gestaltet hätten, in der letzten Zeit ****betrübt und verwirrt****¹⁶ gewesen seien. Doch diese Periode sei nunmehr überwunden, und die Beziehungen zwischen der großen Sowjetunion und seinem Land seien auf ein stabiles Fundament gestellt worden. Auf politischem Gebiet seien sie durch die Verlängerung des Berliner Vertrages gekennzeichnet. Die Wirtschaftsbeziehungen würden sich ebenfalls entwickeln ****und sind ausgezeichnet****¹⁷. Auf militärischem Gebiet werde die langjährige Zusammenarbeit fortgesetzt, und er sei froh, hier die Vertreter der Roten Armee begrüßen zu können. Die Interessen der „Sozialistischen Sowjetrepublik“ fielen mit den Interessen Deutschlands zusammen, weil beide Länder danach strebten, den Frieden zu erhalten und alles unternähmen, um einen Krieg zu verhindern.

VINOGRADOV

Vermerk von F. V. Linde: An Šejnin und Levin. 13/VII.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3102 vom 11. 7. 1933.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1382 vom 13. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 10 Expl., 7 an Krestinskij, das 8. an G., das 9. zu den Akten, das 10. [Expl.] an Gen. Levičev. 5. VII. 33.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 74, d. 12, l. 337–331. Kopie.

¹⁶ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁷ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 150

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 693

8. Juli 1933

An

Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

Ihre Einschätzung der deutschen Haltung¹ ist meiner Meinung nach vollkommen richtig. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die antisowjetische Konzeption die entscheidende oder, genauer gesagt, eine der entscheidenden Konzeptionen der nationalsozialistischen Ideologie war. Bis zum Machtantritt hielten sie an dieser Konzeption fest. Nachdem sie an die Macht gelangt waren, verkündeten sie sie unverzüglich. Danach versuchten sie, diese Konzeption auf der Londoner Wirtschaftskonferenz in die Tat umzusetzen.

Man sollte jedoch nicht vergessen, dass die antisowjetische Konzeption der Nationalsozialisten stets unausgegoren in dem Sinne war, dass es keine klare – und in einigen Fällen überhaupt keine – Vorstellungen hinsichtlich der konkreten Wege und Methoden gab, mit denen sie verwirklicht werden könnte.

Deshalb zeigten sich die deutschen Faschisten geradezu erschrocken, als sich herausstellte, dass zum Teil aufgrund ihrer Handlungen und fraglos unter einem gewissen Einfluss ihrerseits der Osten, von dem man erwartete, dass er alle deutschen Probleme hätte lösen sollen, nunmehr mit dem durch Gen. Litvinov organisierten Pakt – wenn auch nicht direkt, sondern indirekt – gegen Deutschland wendete². Dieser Zustand der Verwirrung, ja sogar der direkten Angst, hat sich insbesondere dadurch verstärkt, dass der Westen Deutschland die erhoffte Unterstützung versagt hat. Frankreich glaubt ganz offensichtlich keinerlei Erklärungen und setzt die militärischen Vorbereitungen verstärkt fort. Die germanophilen Stimmungen Englands erweisen sich als äußerst instabil und werden bisweilen direkt durch germanophobe Stimmungen abgelöst. Italien verhält sich bei aller ideologischen Verwandtschaft äußerst vorsichtig, während die Vereinigten Staaten als Akteur für eine gewisse Zeit überhaupt aus dem europäischen Spiel ausfallen.

Die deutschen Aufregungen, Ängste und Verwirrungen vor den Folgen der eigenen Politik verstärken sich insbesondere dadurch, dass auch die anderen zwei Grundlinien der außenpolitischen Konzeption des deutschen Faschismus, und zwar der Kampf gegen Versailles und die Kolonialfrage, bei der ersten aktiven Runde Schiffbruch erlitten haben.

Die Tatsache, dass die Deutschen auf unseren Druck die bereits für den 7. Juli angesetzte Demonstration im Lustgarten zur Unterstützung der angeblich „hungrigen“ Deutschen in der UdSSR abgesetzt haben, liefert den besten Beweis für

¹ Vgl. Dok. 130.² Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

ihre Verwirrung und Ratlosigkeit, die sich angesichts des ersten ernsthaften Scheiterns ihrer antisowjetischen außenpolitischen Konzeption eingestellt haben.

Angesichts dieser Misserfolge stimme ich mit Ihnen darin überein, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass die deutsche Außenpolitik in eine Phase einer gewissen Passivität eintreten könnte, die es ihr ratsam erscheinen lässt, uns gegenüber auf diese oder jene Weise Loyalität zu bekunden. Selbstverständlich dürfen wir zu keinem Zeitpunkt vergessen, dass eine solche Atempause lediglich vorübergehend sein kann. Nichtsdestotrotz müssen wir sie für die Lösung der laufenden Fragen unserer Beziehungen nutzen. Ich meine hier in erster Linie unsere Wirtschaftsfragen und gleichfalls, wenn möglich, auch die Fragen der Schlichtungskommission.

Zugleich möchte ich unterstreichen, dass selbst unter Berücksichtigung der Atempause, die sich Deutschland bei seinen außenpolitischen Vorstößen gönnt, der innere Druck und die Schikanen wahrscheinlich fortgesetzt werden, so dass wir auch bei einer außenpolitischen Atempause mehr als genug an kleinen Sorgen mit Deutschland haben werden.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3092 vom 13. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 163–163R. Original.

Nr. 151

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1¹

Nr. 700²

Berlin, 8. Juli 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

War am 8. VII. erneut bei Neurath. Ich erklärte ihm, dass ich bei meinem letzten Besuch³ mit ihm über die Liquidierung der von dem Volksbund der Auslandsdeutschen entfachten Kampagne gesprochen hätte. Inzwischen sei aber, der Erklärung dieses Bundes zufolge, diese Demonstration nicht abgesetzt, sondern ange-

¹ Die Ziffer ist durchgestrichen und handschriftlich durch „6“ ersetzt.

² Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Dok. 135.

lich verschoben worden. Außerdem werde am 9. VII. die Spendensammlung ungehindert und sogar in vollem Ausmaß durchgeführt.

Er, Neurath, habe sicherlich den Bericht seines Botschafters in Moskau, von Dirksen, über dessen Unterredung mit dem Stellv. Volkskommissar Gen. Krestinskij erhalten, in deren Verlauf Krestinskij dem Botschafter erklärt habe, dass wir eine Verwendung der in Deutschland gesammelten Mittel in der Sowjetunion nicht zulassen würden⁴. Somit werde eine Spendensammlung von keiner diesem Zweck dienenden praktischen Bedeutung sein. Wenn man die Aufmerksamkeit auf die geklebten, unzumutbaren Plakate, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hätten, und insbesondere auf die Spenden von Hitler und Hindenburg in Höhe von jeweils 1000,- Mark zum gleichen Zweck⁵ lenkte, so zeichne sich vollkommen klar das Bild einer politischen Demonstration ab, gegen die ich protestiere.

Neurath erklärte, dass er es nicht vermocht habe, die Spendensammlung zu verhindern. Es habe ihn viel Mühe gekostet, die Absetzung der Demonstration zu erwirken. Die Form spiele dabei keine Rolle. Ich bemerkte, dass ich ihm in dieser Angelegenheit behilflich gewesen sei, da ich mit Blomberg gesprochen hätte, der sich selbst angeboten habe, dies bei Hitler zur Sprache zu bringen. **Neurath**⁶ bestätigte, dass auch Blomberg in dieser Sache interveniert habe.

Ich machte Neurath weiter auf die wohlwollende Duldung der Tätigkeit von ROND seitens der deutschen Regierung aufmerksam. Ich sähe nicht, dass sich jemand von der Regierung mit dieser Frage beschäftige⁷. Indessen nehme die Tätigkeit von ROND immer mehr zu. Jede Woche führe ROND im Lunapark zahlreiche Versammlungen durch. Neurath versprach, sich dieser Sache anzunehmen. Nach eigenem Bekunden habe er nicht gedacht, dass die Tätigkeit von ROND von irgendeiner Bedeutung sei.

Neurath interessierte sich dafür, ob und wann Litvinov in Berlin sein werde, weil Neurath bald für einige Tage nach Bayern abzureisen gedenke. Ich erklärte, dass mir darüber keine Angaben vorlägen.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Paraphe N. N. Krestinskij's: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3125 vom 13. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 114-114R. Original.

⁴ Vgl. Dok. 134.

⁵ Vgl. Dok. 139.

⁶ Der Name ist handschriftlich über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Blomberg.

⁷ Am 5. 7. 1933 richtete Reichswehrminister von Blomberg an Hitler und an den Ministerpräsidenten von Preußen Göring ein Schreiben mit dem Vorschlag, Rond zu verbieten und aufzulösen. Vgl. Dok. 140.

Nr. 152
Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 10. Juli 1933
Vertraulich!

Tgb. A/1396
An das
Auswärtige Amt
Berlin.
Rein-¹Durchschlag

Inhalt: Behandlung sowjetischer Beschwerden und Erschwerung der Arbeit
sowjetischer Wirtschaftsorganisation.

Eine Unterredung mit einem Botschaftsmitglied am 10. Juli d. J. leitete der Abteilungsdirektor Stern im Außenkommissariat mit der Feststellung ein, dass das Außenkommissariat ständig bemüht sei, alle laufenden Angelegenheiten zur Zufriedenheit der Botschaft möglichst schnell zu erledigen. Im Gegensatz hierzu erhalte die Sowjetbotschaft in Berlin vom Auswärtigen Amt auf seine Noten entweder gar keine oder völlig nichtssagende Antworten, aus denen in der Regel nur zu entnehmen sei, dass wegen der betreffenden Angelegenheit die inneren Behörden befragt worden seien. In den meisten Fällen erfolge sodann keine weitere Mitteilung.

Diesseits wurden die Ausführungen Sterns energisch zurückgewiesen mit dem Bemerken, dass fast jeder Fall eine genaue und zeitraubende Untersuchung erfordere und dass die Sowjetbotschaft nicht eher eine Antwort erwarten könne, als bis ein schlüssiges Ergebnis in jedem einzelnen Falle vorliege. Nach einem Umschwung, wie er in Deutschland stattgefunden habe, seien die inneren Behörden besonders stark belastet und könnten daher Beschwerdefälle nicht so schnell erledigen, wie man es in Deutschland sonst gewohnt sei.

Anschließend erklärte Herr Stern, dass er noch eine weitere unangenehme Sache zur Kenntnis der Botschaft bringen müsse. Es handle sich um die Beeinträchtigung der Tätigkeit der sowjetischen wirtschaftlichen Organisationen in Deutschland, die dadurch hervorgerufen werde, dass deutsche Rechtsanwälte – und zwar auch solche, die in den Zulassungslisten eingetragen seien – sich neuerdings weigerten, die Interessenvertretung der sowjetischen Wirtschaftsorganisationen und der Handelsvertretung zu übernehmen. Eine derartige Stimmung in den entsprechenden deutschen Kreisen würde zweifellos erzeugt durch Reden, wie sie im Kampfbund der Deutschen Architekten² (vgl. angeblich Hamburger Tageblatt vom 11. Juni d. J.) kürzlich gehalten worden seien. Der Redner habe erklärt, dass es bei Sachverständigen mit ihrer Stellung als deutsche Staatsbürger unvereinbar sei, wenn sie in Streitfällen zwischen deutschen Firmen und ausländischen Gesellschaften bzw. Institutionen wie die Handelsvertretung der UdSSR Gutachten abgäben, die zugunsten des ausländischen Partners lauteten.

¹ Das Wort ist eingefügt.

² Der „Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure“, der innerhalb des seit 1928 bestehenden und von Rosenberg geleiteten „Kampfbundes für deutsche Kultur“ existierte, wurde 1931 von Feder zusammen mit anderen gegründet.

Diesseits wurde auch die Beschwerde mit dem Hinweis auf den zeitweiligen Charakter derartiger Erschwerungen abgetan. Nichtsdestoweniger wäre ich dankbar, wenn mir das Auswärtige Amt Material zur Verfügung stellen könnte, mit dem ich die Beschwerde des Außenkommissariats – gegebenenfalls unter Berufung auf den hohen Prozentsatz der erledigten Fälle – mit Erfolg zurückweisen könnte.

gez. v. Dirksen

Auf dem ersten Blatt handschriftliche Vermerke: 1975, Kl[einer]Uml[auf] und abg. 11. 7. Paraphen von Di[rksen] 14/7 und Hi[lger] 21/9, unten: A 9. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau 209, Bl. 425458–425460.

Nr. 153

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

11. Juli 1933

Lieber Meyer!

Sie erinnern sich vielleicht, dass ich Ihnen seinerzeit über die Schwierigkeiten schrieb, die maßgebende Sowjetpersönlichkeiten bei der Verwirklichung ihrer Absicht hatten, in diesem Jahr einen deutschen Kurort aufzusuchen¹. Ich erwähnte den Fall Jenukidse, der im Kurhaus in Bad Königstein absteigen wollte. Damals hat sich das Auswärtige Amt an die zuständigen Behörden gewandt mit dem erfreulichen Erfolge, dass der Besitzer des Kurhauses sich bereit erklärte, Herrn Jenukidse als Kurgast bei sich zu sehen. Jenukidse, der zunächst in Wien bei Professor Noorden in Behandlung und sodann auf dem Semmering² war, hat sich in Österreich nicht wohl gefühlt; er ist vielmehr bald nach Deutschland und nach Bad Königstein, wohin es ihn viel mehr zog, zurückgekehrt und fühlt sich m.E. dort sehr wohl.

Wie nun heute Ministerialdirektor Stern im Außenkommissariat Herrn Hilger vertraulich und inoffiziell mitteilte, liegt hinsichtlich von Herrn Krestinski derselbe Fall vor. Herr Krestinski sucht – noch von seiner Berliner Zeit her – mit Vorliebe Bad Kissingen auf und wohnt dort in dem Sanatorium Villa Thea, die Herrn Dr. med. Leusser gehört. Er hatte in diesem Jahr wieder – ich glaube zum ersten Mal seit seiner Versetzung nach Moskau – an Herrn Dr. Leusser schreiben lassen, um mit ihm einen Kuraufenthalt zu verabreden. Er hat darauf von diesem die Antwort erhalten, er bäte, Herr Krestinski möge aus naheliegenden und verständlichen Gründen davon absehen, bei ihm Wohnung zu nehmen und stattdessen im staatlichen Kurhaus absteigen. Auf diese Antwort hin – so fügte Herr Stern hinzu – werde sich Herr Krestinski überlegen, ob er nach Deutschland gehen solle; wahrscheinlich würde er jetzt ein französisches Bad aufsuchen, wenn er nicht überhaupt in der UdSSR bleiben werde.

¹ Vgl. dazu Dok. 89.

² Luftkurort in Niederösterreich und Höhenzug der Ostalpen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie durch die zuständigen behördlichen Stellen darauf hinwirken wollten, dass Herr Dr. med. Leusser in Kissingen sich bereit erklärt, Herrn Krestinski bei sich aufzunehmen, und wenn diese Bereitwilligkeitserklärung Herrn Krestinski sei es durch die Sowjetbotschaft, sei es durch mich mitgeteilt werden könnte. Sachliche Bedenken dürften nicht bestehen, zumal da nach den Weisungen der Reichsregierung der Hebung des Fremdenverkehrs erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Ich weiß selbstverständlich nicht, ob Herr Krestinski sich im Falle einer Zusage von Herrn Dr. Leusser zur Reise nach Kissingen entschließen würde; ich würde es aber auf jeden Fall aus politischen Gründen für erwünscht halten, dass Herr Krestinski diese Bereitwilligkeitserklärung mitgeteilt werden kann³. Es ist immerhin ein erfreuliches Zeichen, dass ein Sowjetpolitiker in der verantwortlichen Stellung von Herrn Krestinski sich so offen zu deutsch-freundlichen Tendenzen bekennt in einer Zeit, wo andere Sowjetpolitiker, wie Litwinow und Radek, ihren Kotau vor Frankreich und Polen machen.

Für Beschleunigung der Angelegenheit und eventuell für eine telegrafische Mitteilung wäre ich besonders dankbar.

Mit

[von Dirksen]

Dokument ohne Grußformel und Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Abzeichnungen von Hi[lger] 12/7, von T[wardowski] und D[irksen] 11/7; oben handschriftlicher Vermerk: A 1400, unten: A 9.

PA AA, Moskau 209, Bl. 425463–425465.

Nr. 154

Aufzeichnung aus dem Reichswirtschaftsministerium

Berlin, den 13. Juli 1933

II 22032/33.

Vermerk

über eine Besprechung betreffend das Russlandgeschäft am 10. Juli 1933.

Anwesend:

Ministerialrat Mossdorf als Vorsitzender.

Gerichtsassessor Pohle, R.Wi.Min

Legationsrat v. Tippelskirch,

Legationsrat Frhr. v. Stein

Vizekonsul Pfeleiderer

Ministerialrat Dr. Düring

Oberregierungsrat Schefold

Regierungsrat Dr. Härtig

Ministerialrat Leeser

} Auswärtiges Amt

} Reichsministerium für

} Ernährung und Landwirtschaft

} Reichsfinanzminist.

} Preuß. Ministerium f. Wirtsch. u. Arbeit.

³ Am 15. 7. 1933 telegraphierte Meyer an die Moskauer Botschaft, dass Dr. Leusser bereit sei, Krestinskij zu beherbergen, was von Dirksen Levin am 19. 7. 1933 mitteilte. Vgl. PA AA, Moskau 209, Bl. 425469.

1.) Ministerialrat Mossdorf teilt mit, dass der Handelsvertreter der UdSSR, Weizer, am 6. Juli 1933 ihn aufgesucht und ihm verschiedene Wünsche der UdSSR vorgetragen habe. Bevor er Herrn Weizer Antwort auf seine Fragen erteile, halte er eine gemeinsame Erörterung dieser Fragen für zweckmäßig.

Herr Weizer habe folgende Wünsche vorgetragen:

1. Zur Erweiterung des Getreideexports der UdSSR sei es notwendig, dass das Getreideabkommen aus dem Jahr 1932¹ für das kommende Erntejahr verlängert werde. Er bäte, dass deshalb möglichst bald Verhandlungen aufgenommen würden.
2. Die Belastung des 1. Quartals 1934 mit 81 Millionen Rubel sei sehr stark. Er bäte deshalb, damit einverstanden zu sein, dass bei den in diesem Zeitraum fälligen Wechseln eine Verschiebung vorgenommen würde, so dass ein Teil von etwa 3 Millionen Rubel auf das 4. Quartal 1933 vorverlegt würde. Zum Ausgleich könne ein Teil der Fälligkeiten des Jahres 1935 auf das 4. Quartal 1934 vorverlegt werden, so dass die durchschnittliche Kreditfrist gewahrt bliebe.
3. Der Rückgang des Exportes der UdSSR nach Deutschland habe auch im zweiten Vierteljahr 1933 weiter zugenommen. Um die Zahlungsverpflichtungen Deutschland gegenüber pünktlich erfüllen zu können, bäten sie darum, den jetzt auf 60 Millionen jährlich festgesetzten Betrag zur Verwendung von Spermark² um 40 Millionen Mark zu erhöhen. Dies sei besonders für das 3. Quartal 1933 wichtig, während zum 4. Quartal der Getreideexport wieder einsetze.

I.

Zur Frage der Getreideabnahme äußerte sich zunächst Herr Ministerialrat Dr. Düring:

Der alte Getreidevertrag mit Russland enthalte ein pactum de contrahendo³. *Die deutsche Seite würde wohl kaum die Verlängerung des Abkommens vermeiden können*⁴. Die Getreideabnahmeverpflichtung habe sich jedoch als außerordentlich drückend erwiesen. Die Durchführung koste außerdem viel Geld. Die Russen verlangten neuerdings nicht nur den Abschluss dieses Vertrages für das kommende Getreidejahr, sondern sie forderten *darüber hinaus auch die Abnahme derjenigen Mengen des alten Vertrages, welche bisher in Deutschland nicht abgesetzt worden seien. Er halte diese Auffassung für völlig unbegründet, da die Russen gar nicht in der Lage gewesen seien, ernstlich Getreide anzubieten*⁵, insbesondere nicht in der Qualität, wie es nach dem Vertrage geliefert werden müsste. Die Mühlen hätten im vergangenen Jahr 10000 to Weizen gekauft. Diese Mengen seien vermahlen worden. Außerdem seien durch die Zentralstelle 37000 to Roggen erworben worden. Diese hätten noch nicht verwertet werden können. Ebenso

¹ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

² Eine besondere (virtuelle) Verrechnungseinheit für einen begrenzten Verwendungszweck, insbesondere für die Bezahlung des Imports aus Deutschland, wodurch der Preis verbilligt werden konnte.

³ Im Vertragsrecht üblicher Terminus für Vorvertrag.

⁴ Der Satz ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

befänden sich auf dem Lager noch weitere 65 000 to Roggen aus früheren Lieferungen. Fernerhin habe die Regierung Ausfuhrscheine aufkaufen müssen. Wären diese Scheine im freien Handel geblieben, so würden die privaten Händler sie benutzt haben, Getreide einzuführen. Die Russen hätten dann auf Grund des alten Vertrages das Recht gehabt, entsprechend der Einfuhr aus anderen Ländern auch ihrerseits Getreide einführen zu dürfen. Das Reich habe zum Erwerb der Roggen-einfuhrscheine 3 Millionen und zum Einkauf der Weizeneinfuhrscheine 5,5 Millionen ausgeben müssen.

Was diese Frage anbelange, so sei jetzt bekannt gegeben worden, dass die Ernte hinter der des Jahres 1932 zurückbleibe. Dies sei zwar richtig, die Ernte übersteige gleichwohl nach den Vorschätzungen den Durchschnitt der letzten 5 Jahre. Der deutsche Markt könne deshalb ausländisches Getreide kaum aufnehmen. Es sei allerdings gegenüber früheren Jahren eine gewisse Entlastung eingetreten, weil unerwünschte Zufuhren hätten abgehalten werden können.

Über die gesetzlichen Maßnahmen, die für die Erntebehandlung erforderlich seien, müsse das Kabinett entscheiden. Davon würde abhängig sein, ob und was an Getreide eingeführt werden könne. Sollte es wieder zu einem Austauschverfahren kommen, so könnte jedenfalls *kein Roggen eingeführt*⁶ werden. Es bestände dann nur ein schmaler Raum für Weizeneinfuhr und gewisse Möglichkeiten für Mais und Gerste. Im Übrigen sei an Herrn Ministerialdirektor Dr. Ritter die Bitte ergangen, im handelspolitischen Ausschuss die Getreidefrage zu erörtern, insbesondere die Frage, von wem evtl. Getreide bezogen werden solle.

Bei den Verhandlungen mit Russland müsse auch auf die Qualität Rücksicht genommen werden. Die Getreidezucht wäre von den Russen zwar in den Versuchsanstalten auf eine beachtliche Höhe gebracht worden. Diese Erfolge hätten sich jedoch vorläufig in der Praxis noch nicht bemerkbar gemacht. Die Qualität sei daher immer noch verhältnismäßig schlecht. Außerdem ließe die Behandlung des Getreides nach der Ernte zu wünschen übrig. Die von Herrn Professor Friedrichson kürzlich vorgelegten Proben seien außerordentlich schlecht gewesen. Die Qualität des kanadischen Weizens könne von den Russen in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Bei den Verhandlungen müsse diesmal von vornherein darauf geachtet werden, dass das abzunehmende Getreide spätestens zu einem bestimmten Termin in Deutschland sein müsse, damit den Russen die Möglichkeit genommen würde, dasselbe Spiel im nächsten Jahr zu treiben, wie sie es jetzt tun. Der neue Vertrag dürfe auch nicht wieder ein pactum de contrahendo enthalten. Es sei wohl aus handelspolitischen Gründen erforderlich, den Russen, wie im vergangenen Jahr, eine Quote von 30% zuzugestehen.

Ministerialrat Leeser bemerkte hierzu, unter Umständen müsse man hinsichtlich der Qualität des russischen Weizens nachsichtig sein, falls hierdurch handelspolitische Vorteile erreicht werden könnten. Er fragte weiterhin, ob es nicht möglich sei, auf chemischem Wege den Klebergehalt zu ersetzen. Es sei außerordentlich wünschenswert, wenn die Quote von 30 auf 33% erhöht werden könnte. Man hätte alsdann ein, wenn auch geringes, Verhandlungsobjekt. Außerdem könne er sich kaum vorstellen, wie die Russen bei einer geringen Einfuhr im Jahre 1934 ihre Wechsel einlösen sollten.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

Ministerialrat Mossdorf betonte, dass den Russen im vergangenen Jahr die Quoten zugestanden worden seien, um ihre Zustimmung zu den mit Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Präferenzverträgen⁷ zu erreichen. Diese seien jedoch nicht in Kraft getreten, so dass man sich auf den Standpunkt stellen könne, für die Reichsregierung bestehe den Russen gegenüber überhaupt keine Verpflichtung, einen neuen Vertrag abzuschließen.

Legationsrat v. Toppelskirch führte aus, dass bisher immer nur die russischen Wünsche erörtert worden seien. Man müsse erreichen, dass über die Erfüllung der Wünsche Zug um Zug verhandelt werde. Aus taktischen Gründen erscheine ihm deshalb der von Ministerialrat Mossdorf vorgeschlagene Weg der richtigste. Man müsse den Russen sagen, von dem alten Vertrag sei keine Rede mehr, man wäre jedoch gern bereit, über die Abnahme von Getreide schlechthin neu zu verhandeln. Es sei erforderlich, den Russen eine verhältnismäßig große Einfuhr zu gestatten. Die einzigen Gebiete, auf denen wir zur Aufnahme sowjetischer Waren in der Lage seien, wären Öl und Getreide.

Ministerialrat Düring bemerkte, es sei unter Umständen nicht ausgeschlossen, die Weizenquote von 30 auf 33% zu erhöhen. Die Verbesserung der Qualität auf chemischem Wege ließe sich zwar schon jetzt erreichen, jedoch nur in sehr geringem Umfange. Es sei auch nicht klargestellt, ob hierdurch nicht das Getreide weniger bekömmlich sei.

Ministerialrat Mossdorf betonte noch Folgendes: Wenn man den durchaus richtigen Standpunkt in Zukunft vertreten wolle, auch deutsche Wünsche durchzusetzen, die bisher niemals von den Russen erfüllt worden seien, so könne man die Verlängerung des Getreideabkommens verbinden mit der Abnahme litauischer Schweine⁸, woran uns sehr gelegen sei.

Legationsrat Frhr. v. Stein schloss sich diesem Vorschlage an und hob hervor, dass die Verhandlungen mit Litauen eingeschlafen seien, weil ein Entgegenkommen höchstens auf dem Gebiete der Frachten möglich sei. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, die Verhandlungen durch den Plan mit den russischen Schweinen wieder in Gang zu bringen.

Ministerialrat Leeser schloss sich dieser Auffassung an.

II.

Ministerialrat Mossdorf kam sodann auf den Wunsch der Russen zu sprechen, die Fälligkeit der im 1. Quartal 1934 zahlbaren Wechsel zu verlegen. Er erklärte, im Februar des Jahres sei den Russen der 140 Millionen Kredit gegeben worden⁹, weil man diesem Weg den Vorzug gegenüber Prolongierung von Wechseln gegeben habe. Die Russen hätten die im 1. Halbjahr 1933 fälligen Wechsel in Höhe von 332 Millionen eingelöst. Im 2. Halbjahr seien noch 285 Millionen zu zahlen, und zwar verteilten sich die Fälligkeiten auf die einzelnen Quartale wie folgt:

⁷ Im Juni und Juli 1931 geschlossene Abkommen des Deutschen Reiches, in denen Ungarn und Rumänien Vorzugszölle für die Einfuhr von Gerste, Mais und Weizen eingeräumt wurden. Im Gegenzug senkten die beiden Länder zahlreiche Industriezölle.

⁸ Vgl. Dok. 104.

⁹ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

		<u>Mill.</u>	
III. Quartal 1933		155	
IV. " "		<u>130</u>	285 Mill. RM
I. " 1934		155	
II. " "		155 (davon 55 Finanz-Kredit)	
III. " "		156 (" 75 " ")	
IV. " "		<u>65 (" 10 " ")</u>	531 Mill. RM
I. " 1935		40	
II. " "		40	
III. " "		30	
IV. " "		<u>10</u>	120 Mill. RM
1936			30 Mill. RM
1937/38			20 Mill. RM
Insgesamt			986 Mill. RM

Der Wunsch der Russen ging noch dahin, **das erste Quartal 1934 zu entlasten, sodass von diesen Fälligkeiten**¹⁰ Wechsel im Wert von 5 Millionen Rubel bereits im 4. Quartal 1933 eingelöst werden sollten. Dagegen sollten 12 Millionen Rubel vom 1. auf das 4. Quartal verlegt werden. Ein entsprechender Teil von Wechseln aus dem Jahr 1935 sollte dann wiederum in das Jahr 1934, 4. Quartal, vorverlegt werden, so dass an der durchschnittlichen Gesamtkreditfrist aller Wechsel keine Änderung eintreten würde.

Dieser russische Vorschlag müsse jedoch abgelehnt werden. Die Reichsregierung habe stets darauf bestanden, dass die Russen wechselmäßige Verpflichtungen eingehen, weil hierdurch eine größere Sicherheit gewährleistet sei. Eine Verschiebung der Fälligkeit würde die Sicherheit, die gerade mit dem Verlangen der Wechsel beabsichtigt gewesen sei, hinfällig machen. Außerdem entstünden außerordentlich technische Schwierigkeiten, da das Verhältnis zwischen garantierten und ungarantierten Wechseln verschoben und damit in die Regelung der Vermarktung eingegriffen würde. Endlich bedeute eine Verschiebung des Termins eine nachträgliche Veränderung der Kreditfristen. Der ganze Kampf um die Kreditfristen und die mühevollen Vereinbarungen auf diesem Gebiete würden also auf diese Weise nachträglich hinfällig und bedeutungslos gemacht. Die Russen seien der Auffassung, dass sie gewisse Prolongation des Finanzkredits im nächsten Jahre erreichen werden. Eine derartige Verlängerung sei wohl nicht ganz ausgeschlossen, jedoch müsste etwas Entsprechendes eingehandelt werden, jedenfalls sei dies richtiger als eine Verlegung der Wechselhäufigkeiten.

Ministerialrat Leeser betonte, dass die Russen mit einer Verlängerung des Finanzkredits rechneten und bereits der Industrie erklärten, sie könnten zu den eingeräumten Kreditfristen keine Bestellungen vergeben, weil sie sich die entsprechenden Termine für die verschobene Rückzahlung des Finanzkredits offen halten müssen. Auf diese Weise werde Deutschland doppelt geschädigt. Eine Verlängerung könne deshalb nur unter besonderen Bedingungen bewilligt werden.

Regierungsrat Härtig erklärte, dass eine Verlängerung des Finanzkredits nach

¹⁰ Der Text ist maschinenschriftlich eingefügt.

Möglichkeit verhindert werden sollte, dass jedenfalls stets auf den *Abbau der russischen Verpflichtungen hingezielt*¹¹ werden müsse.

III.

Ministerialrat Mossdorf führte aus, dass die Frage einer erhöhten Zuweisung von Sperrmarkbeträgen in der Hauptsache eine devisenpolitische sei, die in erster Linie das hierfür zuständige Reichswirtschaftsministerium und die Reichsbank interessiere. Die Frage würde daher zunächst zwischen diesen Stellen zu klären sein.

Auf Kopfbogen des Reichswirtschaftsministers geschrieben. Stempelermerke: W und Auswärtiges Amt IV Ru 3195 Eing. 14. Juli 1933, die Registriernummer und das Tagesdatum sind handschriftlich eingefügt. Handschriftlich: H.M.D. Meyer erg. vorgelegt, so dann H. Pfeleiderer. Paraphe von T[ippelskirchs] 14/7; Paraphe von B[ülows] 18/1 unten: H 10 Ru a.

PA AA, R 31474, Bl. H 097494–097503.

Nr. 155

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Kopie¹

GEHEIM

Expl. Nr. 6

Nr. 732²

Berlin, 15. Juli 1933

AN

GEN. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Ich betrachte es als erforderlich, Sie über die hiesige Lage zu informieren. Der Kampf zwischen Wagener und Keppler, der sich nicht anders als ein Kampf zwischen den „radikalen“ und den „reaktionären“ Elementen des deutschen Faschismus darstellt, endete mit dem vollständigen Sieg der letzteren. Auf die Reden Hitlers und die Rundschreiben von Frick, mit denen das Ende der „nationalen Revolution“³ verkündet wurde, folgte die Rede des neuen Wirtschaftsministers Schmitt, der das freie Kräftespiel der privatkapitalistischen Interessen proklamierte⁴. Zu-

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

² Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Amtliche Mitteilung vom 6. 7. 1933 über eine Erklärung Adolf Hitlers vor Reichsstattaltern zum Abschluss der Revolution. In: Ursachen und Folgen, Bd. 9, Dok. 2077, S. 233–235; Rundschreiben von Reichsminister Wilhelm Frick an alle Reichs- und Landesregierungen vom 11. 7. 1933. In: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, München 1934, S. 172–173.

⁴ Vgl. „Die wirtschaftlichen Aufgaben im neuen Staat. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt vor führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Presse“. In: Völkischer Beobachter vom 14. Juli 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

gleich ist auch Wagener⁵ gefallen, der in verschwommener Form die Stimmung des radikalen Flügels des deutschen Faschismus vertrat, von einem stärkeren Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben, von Spezialvereinigungen der Industrie, von verschiedenartigen Monopolen, insbesondere auf dem Gebiet der Erdölwirtschaft, träumte und sich für eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR aussprach. Der nunmehr als politischer Leiter der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus eingesetzte Keppler ist ein Anhänger der freien Privatwirtschaft, ein Befürworter einer stärkeren Orientierung auf die Handelskammern und anderer Organisationen, die die Kapitalisten selbst nach Gutdünken schaffen. Der „Umschwung“ in der Stimmung der herrschenden Kreise des deutschen Faschismus fand u. a. seinen Ausdruck darin, dass der neue Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Feder, auf einer Sonderberatung von deutschen Erdölkreisen erklärte, man müsse mit dem Gerede über Monopole in der Erdölwirtschaft aufhören und die gesamte Politik auf die Nichteinmischung in das freie Spiel der privaten Kräfte auf dem Erdölmarkt ausrichten.

Zugleich hat der bisherige spürbare Zustand einer gewissen Passivität der Deutschen gegenüber unseren Wirtschaftsangelegenheiten offenbar einer Haltung des aktiven Drucks auf uns Platz gemacht, der uns dazu veranlassen soll, unsere Verpflichtung hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen nachzukommen, die wir bei Erhalt des 140 Millionen-Kredits moralisch verbindlich eingegangen sind⁶. In diesem Zusammenhang ist nicht nur das Gespräch Bessonovs mit Twardowski interessant, sondern insbesondere das Gespräch Vejcers mit Mossdorf am 14.VII. Mossdorf erklärte gegenüber Vejcer unverblümt, dass wir sie regelrecht betrogen hätten, da wir gerade nach dem Erhalt des 140 Millionen Kredits fast vollständig die Vergabe von Aufträgen eingestellt hätten. In der Entgegnung auf die Ausführung Vejcers, der einerseits auf die vollkommene Unbestimmtheit der politischen und wirtschaftlichen Linie des gegenwärtigen Deutschlands in Bezug auf die UdSSR, auf den permanenten Wechsel in der Wirtschaftsführung und auf den sich fortsetzenden starken Rückgang unseres Exports als die wichtigsten Gründe für unsere Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen aufmerksam machte, erklärte Mossdorf, dass nach ihrer allgemeinen Überzeugung der tatsächliche Grund überhaupt nicht darin liege, sondern darin, dass wir in dieser Zeit neue Freunde gefunden hätten und mit ihnen sozusagen verstärkt flirten und dabei Deutschland vollkommen übergehen würden. Er verwies insbesondere auf die Tatsache, dass sich Vejcer, der seinerzeit einen Großteil seiner Zeit in Berlin verbracht habe, nunmehr in einer absolut umgekehrten Situation befinde; er sei ständig überall hin unterwegs, nur nicht nach Deutschland⁷. Was die Politik der deutschen Regierung bezüglich der sowjetischen Aufträge betreffe, so habe sich diese nach Mossdorfs Auffassung in keiner Weise verändert, so dass man den Grund nicht auf der deutschen Seite suchen müsse, sondern auf unserer. Zugleich brachte Mossdorf erneut und

⁵ Wagener war seit dem 24. 4. 1933 Reichskommissar für Wirtschaft. Er fiel bei Hitler in Ungnade und wurde am 30. 6. 1933 seines Postens enthoben.

⁶ Vgl. Dok. 17, Anm. 1. Es geht hier um die laufenden Bestellungen, deren Umfang ursprünglich nicht vereinbart wurde.

⁷ Vejcer war nicht nur der Handelsvertreter in Deutschland, sondern seit 1930 auch Stellvertretender Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR und koordinierte zugleich den sowjetischen Außenhandel mit Westeuropa.

mit ungewöhnlichem Nachdruck die litauische Schweine-Problematik zur Sprache⁸. Offensichtlich hat er Gen. Vejcer auch zu verstehen gegeben, dass man ohne die Klärung der Auftrags-Angelegenheit kaum auf einen Erfolg der Gespräche über die Prolongierung für die fälligen Zahlungen auf das 1. Quartal 1934 wird rechnen können.

Bei mir verfestigt sich der Eindruck, dass es uns kaum länger als bis Mitte September 1933 gelingen wird, ernsthafte Gespräche mit den Deutschen über Wirtschaftsfragen hinauszuschieben. Vor diesem Zeitpunkt ist es kaum zweckmäßig, damit zu beginnen. Wie Otto Wolff, der bei Vejcer weilte, richtig bemerkte, ist es jetzt sehr schwer, ja fast unmöglich, festzustellen, wer denn bei den Faschisten der tatsächliche Ansprechpartner für unsere Fragen sei. Dabei illustrierte er die Unwägbarkeit der Personalpolitik im Bereich der faschistischen Wirtschaftsführung am Beispiel des Sturzes von Wagener, der übrigens eine gewisse Aktivität in unseren Fragen an den Tag gelegt habe.

Was das Wesen der bevorstehenden Verhandlungen betrifft, so wird in deren Zentrum allem Anschein nach das 1. Quartal 1934 stehen, in dem unsere Zahlungen an Deutschland die gewaltige Summe von 100 Mio. erreichen werden, die wir, selbst bei teilweiser Prolongierung, kaum schultern können. Indes ist davon auszugehen, dass die Deutschen die Vergabe von Aufträgen in Deutschland in einem bestimmten Umfang als Grundbedingung für eine Prolongierung von uns fordern werden. Jedoch würde bei den jetzt in Deutschland üblichen durchschnittlichen Kreditfristen die Vergabe von Großaufträgen an Deutschland praktisch darauf hinauslaufen, nicht nur das Jahr 1935, sondern auch das Jahr 1936 mit Zahlungen zu belasten. Dies würde erneut jenes Ziel in die Ferne rücken, welches wir uns selbst gestellt haben, nämlich die mehr oder weniger vollständige Tilgung der anhängigen Schulden, um dadurch zu einem anderen Einkaufssystem überzugehen, was uns in die Lage versetzen würde, uns von den bislang mit einem Kredit bislang verbundenen großen Überzahlungen zu befreien.

Es ist kaum mit einer Verlängerung der Kreditfristen in Deutschland ernsthaft zu rechnen. Aus den Gesprächen, die Vejcer in Paris mit Litvinov und Ozerskij geführt hat, geht hervor, dass unser Milliarden-Vorschlag auf der Londoner Konferenz⁹ gewissermaßen in der Schwebe geblieben ist. Es gab, wie man sagt, kein einziges konkretes Gespräch zu diesem Thema, weder in London noch anderen Orts. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so ist trotz der wahrscheinlich kurz bevorstehenden Anerkennung¹⁰ kaum mit einer großen Kreditvergabe und längeren Laufzeiten zu rechnen. Nach Vejcers Auffassung werden sich unsere Kreditoperationen mit den Vereinigten Staaten eine gewisse Zeit auch weiterhin auf Operationen von der Art des unlängst durchgeführten Baumwoll-Geschäfts beschränken¹¹.

⁸ Vgl. Dok. 104.

⁹ Litvinov machte in einer Rede am 14. 6. 1933 auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London auf die Möglichkeit aufmerksam, im Ausland über den Importplan hinaus Waren für 1 Milliarde Dollar zu bestellen, was dazu beitragen würde, die Exportzweige in anderen Ländern zu fördern. Dies ginge nur unter der Voraussetzung, dass für den sowjetischen Export die diskriminierenden Bedingungen aufgehoben würden. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 178, S. 343–348, hier S. 345–346.

¹⁰ Die UdSSR und die USA nahmen am 16. 11. 1933 ihre diplomatischen Beziehungen auf.

¹¹ Im Juli 1933 fasste die Reconstruction Finance Corporation der USA den Beschluss, amerikanischen Exporteuren Darlehen zur Finanzierung zum Verkauf von 60000 bis 80000 Baumwollballen an die UdSSR zu gewähren.

Da ich es zurzeit für unmöglich halte, irgendeine Lösung vorzuschlagen, erachte ich es als angebracht, Sie über alle sich in unseren Beziehungen zu Deutschland aufdrängenden Fragen, die demnächst aktuell werden, zu informieren

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3322 vom 20. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 5 [Expl.] an Sokol'nikov, das 6. an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 166–167. Original.

Nr. 156

**Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov
an das NKID**

GEHEIM

Expl. Nr. 6

Nr. 733¹

Berlin, 15. Juli 1933

ZUR AUßENPOLITIK HITLERS

Es fiel mir schon einmal zu, zu diesem Thema zu schreiben². Dieses Mal will ich mich auf einige Bemerkungen beschränken, die die aktuelle deutsche Außenpolitik betreffen.

Die außenpolitische Isolierung Deutschlands ist eine allgemein anerkannte Tatsache. Ausländische Journalisten äußern sich in Gesprächen unverhohlen in dem Sinne, dass die jetzige Isolierung Deutschlands alles das übersteige, was es während des Weltkrieges gegeben habe. Der Hauptgrund für die Isolierung Deutschlands war die unverhüllte Proklamierung des außenpolitischen Programms Hitlers – eines Programms des Neo-Pangermanismus, einer nahezu vollständigen Eroberung Europas. Dieses Programm brachte selbst England und Italien, d. h. jene Staaten, in denen nach wie vor die freundschaftlichen Tendenzen gegenüber dem deutschen Faschismus recht stark sind, gegen Deutschland auf.

Das Scheitern der Pläne Hitlers bezüglich eines Militärbündnisses mit Italien steht im direkten Zusammenhang mit der Politik Hitlers in Zentraleuropa, mit seinem brutalen Plan, wenn nicht mit einer sofortigen Angliederung Österreichs an Deutschland zu beginnen, so doch zumindest einen faktischen Anschluss auf dem Wege einer inneren Fasisierung Österreichs bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer fiktiven Unabhängigkeit des Staates zu vollziehen. Ungeachtet des Wunsches, sich Deutschland anzunähern und die Hitler-Karte im Kampf gegen

¹ Die Nummer ist handschriftlich geschrieben.

² Vgl. Dok. 66.

Frankreich auszuspielen, sieht sich Mussolini angesichts der drohenden Gefahr gezwungen, auf eine Annäherung an Frankreich einzugehen. Die Annahme der französischen Korrekturen bei der Ausarbeitung des Vierer-Paktes³ und der Austausch einiger freundschaftlicher Gesten zwischen Frankreich und Italien waren Etappen der bislang rein politischen Annäherung. Für Mussolini war die Perspektive, im Zuge eines formalen und faktischen Anschlusses Österreichs an Deutschland mit dem faschistischen Deutschland eine gemeinsame Grenze zu bekommen, derart real und unangenehm, dass er damit begann, sich in Zentraleuropa recht aktiv für unverzügliche Umgestaltungen einzusetzen, so für die Schaffung einer österreichisch-ungarischen Union oder für die Wiedereinsetzung der Habsburger, um einen Anschluss zu verhindern. Ungeachtet des Umstandes, dass er die Begegnung zwischen Gömbös und Hitler vermittelte⁴, ist er gezwungen, mehr mit Frankreich als mit Deutschland zu koalieren. Mit anderen Worten: Die Hitler-Aggression im zentraleuropäischen Kampfabschnitt um die europäische Hegemonie führte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Isolation Deutschlands und beförderte die italienisch-französische Annäherung.

Was England betrifft, so hat Rosenberg in London, trotz ernstzunehmender antisowjetischer interventionistischer Kreise, im Grunde genommen einen Misserfolg einstecken müssen, und das nicht nur deshalb, weil die Verfolgungen von Juden und Demokraten die englische öffentliche Meinung gegen Deutschland aufgebracht hat, sondern auch deshalb, weil eine Verwirklichung des außenpolitischen Programms Hitlers das englische System des europäischen Gleichgewichts völlig zerstören und die Gefahr heraufbeschwören würde, ganz Europa unter die Herrschaft des deutschen Imperialismus zu bringen. Ein pangermanisches Europa sagt England am wenigsten zu, das seine Politik traditionell auf die Existenz mehrerer sich im Gleichgewicht haltender europäischer Mächte gründet. Eine Germanisierung Europas würde unweigerlich die Wiederherstellung, ja sogar die Verschärfung jener englisch-deutschen Gegensätze bewirken, die bereits einmal zum Krieg, nämlich dem von 1914, geführt haben. Die Forderungen nach Rückgabe der Kolonien, die ursprünglich nicht von den Nationalsozialisten ausgingen, sondern von Vertretern faschisierter **rechter**⁵ Kreise, löste bei den Engländern ebenfalls eine gewisse Beunruhigung aus, was seine Widerspiegelung bei der Veröffentlichung des Hugenberg-Memorandums⁶ gefunden hat. Gut unterrichtete englische Politiker wissen sehr wohl, dass Hitler die Forderungen nach Rückgabe der deutschen Kolonien nicht ernst meint und sie eher als Sprungbrett betrachtet, als Tauschobjekt für die Erhebung ernsthafter Forderungen bezüglich der Aufteilung Europas und von Eroberungen im Osten. Auf gar keinen Fall darf man den Misserfolg Rosenbergs in London als das letzte Wort der englischen Konservativen betrachten. Sie verbieten Hitler einen Krieg gegen Polen und Frankreich. Doch die Verhandlungen über eine Expansion in Richtung Osten und über Eroberungen auf Kosten der UdSSR werden zweifellos fortgesetzt. Es versteht sich von selbst, dass die interventionistischen englischen Kreise dafür Sorge tragen werden, dass aus den hitlerischen Eroberungen im Osten keine deutsche Hegemonie in Europa er-

³ Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

⁴ Vgl. Dok. 135, Anm. 11.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

wächst. Anders formuliert: die Proportionen und Ausmaße der deutschen Eroberungen in Europa werden eine große Rolle in den Verhandlungen zwischen Hitler und den englischen Konservativen spielen. Aus diesem Grund darf man, trotz der gegenwärtigen außenpolitischen Isolation Deutschlands und **ungeachtet der Beilegung unseres Konflikts⁷ mit England**⁸, nicht einen Augenblick lang die Gefahr und die Möglichkeit eines englisch-deutschen antisowjetischen Komplotts außer Acht lassen.

Was das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und zu Polen betrifft, so müssen die deutschen Faschisten, obgleich sie einen unbändigen Hass auf beide Länder haben, damit rechnen, dass weder England noch Amerika einen Krieg Deutschlands gegen Polen oder Frankreich unterstützen werden. Ein solcher Krieg würde außerdem im Prinzip auch einen Krieg gegen die Kleine Entente bedeuten und unter politisch-wirtschaftlichen und militär-technischen Gesichtspunkten völlig hoffnungslos sein. Selbst wenn sich Deutschland im Laufe der nächsten Jahre bis an die Zähne bewaffnet, so wäre es dennoch sehr schwer, an zwei Fronten zu kämpfen; derartige Pläne genießen nicht nur in der Reichswehr, sondern auch bei Hitler keinen Zuspruch. Das Gerede, dass es möglich sein könnte, nur gegen Polen Krieg zu führen, und Frankreich der Zerschlagung Polens ruhig zuzuschauen werde, ist nicht ernst zu nehmen. Die Franzosen hätten es selbst Schleicher wohl kaum gestattet, Polen auf diese Weise zu exekutieren, umso weniger würden sie dies Hitler erlauben.

Da in den nächsten Jahren der deutschen Expansion die zentraleuropäische Richtung, die koloniale Richtung und die antipolnische und antifranzösische Richtung mehr oder weniger versperrt oder zumindest erschwert sind, was bleibt dann noch für den Hitler-Imperialismus übrig? Es bleibt nur die UdSSR übrig. Mit anderen Worten, das, was Hitler noch in „Mein Kampf“ vorhergesehen hat, nämlich, dass es unmöglich sei, die deutsche Expansion in Richtung Westen fortzusetzen und sich deshalb die Notwendigkeit einer neuen Expansion in Richtung Osten, in erster Linie gegen Russland, ergebe, wird jetzt praktisch durch alle Misserfolge und alle Erfahrungen bestätigt, die die Nationalsozialisten in den ersten sechs Monaten ihrer Regierung in der Außenpolitik erlebten. In dieser kurzen Zeitspanne haben sie sich davon überzeugen können, dass vorschnelle Angriffe gegen die UdSSR nicht die erwünschten Ergebnisse zeitigen würden und man deshalb selbst mit der UdSSR über eine gewisse Zeit hinweg in Frieden leben muss, da die Bedingungen für eine antisowjetische Intervention noch nicht gegeben sind. Doch gerade die Misserfolge der ersten antisowjetischen interventionistischen Versuche und insbesondere der Misserfolg der Reise Rosenbergs nach London stellen den deutschen Faschismus, neben den Hindernissen für eine Expansion in irgendeine andere Richtung, vor die Aufgabe, die antisowjetische Intervention ernsthaft, langfristig und gründlich vorzubereiten. Hier kommt es vor allem darauf an, die Linie gegenüber Polen zu verändern. Wenn es früher Rosenberg und Hitler vor dem Machtantritt schien, dass der Vormarsch im Osten ein Triumphzug durch Polen werden würde, in dessen Verlauf Polen beiläufig zerschlagen werden könnte, so zwingen die Fakten dazu, Polen bereits als einen unvermeidlichen Ver-

⁷ Vgl. Dok. 145, Anm. 4.

⁸ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

bündeten zu betrachten, ohne den es wegen der oben angeführten Gründe unmöglich sein wird, einen Überfall auf die UdSSR zu organisieren. Die Großmächte erlauben es nicht, Polen zu zerschlagen. Dies bedeutet, dass man für einen Feldzug gegen die UdSSR Polen für seine Reihen gewinnen muss. Und wir sehen, dass die Hitler-Leute bereits seit einigen Monaten mit den Polen in einer ganz anderen Sprache sprechen. Hitler empfängt Wysocki besonders freundlich und gibt ein feierliches Kommuniqué heraus. In seiner Rede vor dem Reichstag findet er besonders freundliche Worte an die Adresse Polens und erklärt feierlich, dass die Polen ein historisches Recht auf Existenz haben⁹: eine aus dem Munde Hitlers bislang für unmöglich gehaltene Erklärung. Hitler sorgt dafür, dass in Danzig die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten ohne jegliche Exzesse gegenüber den Polen vorgenommen wird und sich die neue nationalsozialistische Regierung von Danzig zu einer freundschaftlichen Visite nach Warschau begibt¹⁰. Es ist verständlich, dass bei allen diesen Gesten gegenüber Polen die Furcht der deutschen Faschisten vor einem eventuellen Präventivkrieg eine nicht geringe Rolle spielt. Doch möglicherweise spielt das oben angeführte Moment, Polen für eine antisowjetische Front zu gewinnen, eine noch größere Rolle. Die Kombination, die Hitler den Polen anbietet, ist allgemein bekannt: Die Deutschen bekommen den Korridor zurück, die Polen werden auf Kosten der Ukraine entschädigt, die Ukraine wird von der UdSSR abgetrennt. Die Frage, unter wessen Protektorat die Ukraine nach der Zerschlagung der UdSSR stehen wird, ist für Hitler zum jetzigen Zeitpunkt nicht so wichtig. Diese Frage hängt von dem Kräfteverhältnis ab, das sich zwischen Polen und Deutschland während des Interventionskrieges herausbilden wird. Die Hitler-Leute gehen davon aus, dass sie von den Großmächten die Erlaubnis für die Kriegführung und somit für die Rüstung bekommen müssen, und alles andere wird sich zeigen. Sie folgen dem Grundsatz: Lasst uns nehmen, was wir bekommen können. Und Deutschland kann in dem Fall, wenn man ihm aufzurüsten und Krieg zu führen gestattet, sehr viel nehmen. Hierbei kann der polnische Partner natürlich sehr großen Schaden nehmen, weil die Bedingungen, die Hitler vor Beginn der Intervention stellt, wahrscheinlich nicht mit denen identisch sein werden, die er im Falle seines Sieges einfordern wird. Das Bemühen um ein Abkommen mit den Polen, und somit auch mit den Franzosen, bricht sich nicht nur in der Nationalsozialistischen Partei, sondern auch in Reichswehrkreisen immer mehr Bahn. Meine Unterredung mit Reichenau¹¹ ist in dieser Hinsicht, wie mir scheint, überaus bezeichnend. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Reichenau mir von der Neigung der Reichswehr zu einem Militärabkommen mit Frankreich zum Zwecke erzählt hat, mich zu desinformieren. Was wäre dies für eine Desinformation, wenn bis jetzt die Taktik der Reichswehr darin bestand, uns zu zeigen, dass ein deutsch-französisches und ein deutsch-polnisches Militärbündnis absolut unmöglich wären und dass Frankreich und Polen die einzigen und natürlichen Feinde Deutschlands seien. Dies mir zum Zwecke der Einschüchterung zu sagen, ist ebenfalls unsinnig, weil wir wiederholt gesagt haben, dass gerade die Gefahr in einem französisch-deutschen Bündnis besteht und somit die Einschüchterung

⁹ Vgl. Dok. 98, Anm. 10.

¹⁰ Vgl. Dok. 146, Anm. 10.

¹¹ Vgl. Dok. 149.

durch eine derartige Möglichkeit uns zwingt, uns aus präventiven Gründen Frankreich anzunähern. Die Tendenz zu einem Militärbündnis mit Polen und Frankreich war in der Reichswehr noch unter Schleicher recht **ausgeprägt**¹². Im Zusammenhang mit der internationalen Isolierung Deutschlands und der Abkühlung der politischen und militärischen Beziehungen zur UdSSR werden sich jetzt diese Tendenzen zweifellos verstärken. Göring, einer der am meisten entschlossenen und impulsivsten Personen in der Hitler-Regierung, bemüht sich, alle Seiten der staatsmännischen Tätigkeit zu erfassen. Er widmet sich mit besonderem Eifer der Außenpolitik, führt Gespräche mit den Botschaftern und hat bereits einiges von diesen Plänen ausgeplaudert. Sein euphorisches Interview für die französische Presse¹³ spricht für sich. Seine dreistündige Visite bei François-Poncet und auch sein Wunsch, nach Paris zu fliegen, sind berechtigt genug.

Bei der Einschätzung der antisowjetischen Politik der Nationalsozialisten und ihres Zickzack-Kurses muss man immer mit allerlei Überraschungen und Provokationen rechnen. Es kann keineswegs ausgeschlossen werden, dass die Nationalsozialisten gegenüber der Sowjetunion irgendwann eine Provokation unternehmen werden, die in ihrer Tragweite nicht dem Reichstagsbrand oder der Geschichte mit den roten Piloten¹⁴ nachsteht. Dem deutschen Faschismus ist die Provokation nicht deshalb immanent, weil an seiner Spitze Provokateure und Abenteurer stehen, sondern weil er im Ergebnis der äußersten Zuspitzung aller Widersprüche des deutschen Kapitalismus an die Macht gekommen ist und der Boden unter seinen Füßen tatsächlich brennt. Die impulsive und sogar provokatorische Innen- und Außenpolitik bedarf in einer derartigen Situation keiner besonderen Erläuterungen. Sie [die Provokation] liegt sozusagen in der Natur der Dinge.

Alles, was oben ausgeführt wurde, bedeutet nicht: 1) den vollständigen Verzicht der Nationalsozialisten auf eine imperialistische Expansion auch in alle anderen östlichen Richtungen; 2) dass die Pläne Rosenbergs und Hitlers bezüglich eines Bündnisses mit Polen und Frankreich mit Unterstützung durch England und ein Überfall auf die UdSSR zwangsläufig und unter allen Umständen realisierbar sind. Die Verwirklichung dieser Pläne stößt nach wie vor auf große Schwierigkeiten. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten in Europa nach dem Machtantritt Hitlers haben sich nicht verringert, sondern vielmehr verschärft. Bisher haben wir keine Verbesserung, sondern eine Verschärfung der deutsch-französisch-polnischen Beziehungen und eine Annäherung Frankreichs und Polens an die UdSSR. Das Spiel Hitlers mit Polen ist begleitet von wütenden Ausfällen der deutschen Presse gegen die Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen u.a. Meinungsverschiedenheiten. Obgleich es in Polen auch Kreise gibt, die geneigt sind, die Vorschläge der Hitler-Leute bezüglich einer Aufteilung der UdSSR und der Ukraine anzunehmen, können die Polen nicht ignorieren, dass sie damit rechnen müssen, dass das Auftauchen von deutschen Truppen an der polnisch-sowjetischen Grenze so etwas wie ein Trojanisches Pferd bedeuten könnte. Eine anti-sowjetische Intervention kann für Polen sehr traurig ausgehen, nicht allein des-

¹² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹³ Vgl. Dok. 146, Anm. 12.

¹⁴ Vgl. „Ausländische Flugzeuge werfen über Berlin marxistische Hetz-Flugblätter ab. Wir fordern unverzügliche Schutzmaßnahmen gegen die rote Fliegerpest“. In: Völkischer Beobachter vom 24. Juni 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

halb, weil die UdSSR wahrscheinlich die einzige Siegerin sein wird, sondern auch deshalb, weil sich die Hitler-Soldateska auch gegen die Polen richten könnte. Ein Polen, eingezwängt zwischen Hitler-Deutschland und einer hitlerfreundlichen Ukraine, ist wohl nicht das Ideal, das Piłsudski und seine Obersten anstreben.

Zur gleichen Zeit nimmt die internationale Bedeutung der Sowjetunion zu. **Der Konflikt mit England, auf den Rosenberg große Hoffnungen gesetzt hatte, ist beigelegt**¹⁵. Die Londoner Pakte¹⁶ haben das Ansehen der Sowjetunion nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in Deutschland selbst erhöht. Zudem verstehen die Deutschen sehr wohl, dass diese Pakte, ungeachtet des harmlosen Inhalts, objektiv die internationale Isolierung Deutschlands verstärken und vertiefen. Zugleich nimmt das Abrücken der UdSSR von Deutschland immer klarere Formen an, die man vor der übrigen Welt bereits nicht mehr verheimlichen kann und die sogar schon vertragliche Konturen annehmen. Die sich ankündigende Regelung unserer Beziehungen mit Amerika¹⁷ wirkt in die gleiche Richtung. Die Deutschen reagieren äußerst gereizt auf die Festigung unserer internationalen Position und auf den Verlust ihrer Monopolstellung als „Freunde der UdSSR“. Doch offiziell können sie ihren tatsächlichen Gefühlen keinen freien Lauf lassen, weil dies endgültig den Schleier über der Krise der sowjetisch-deutschen Beziehungen zerreißen und die Reste der russischen Karte, über die Deutschland noch verfügt, aus der deutschen Hand schlagen würde. Die Festigung unserer internationalen Position, gekoppelt mit den Schwierigkeiten, eine antisowjetische Intervention vorzubereiten, und die Möglichkeit eines Präventivkrieges durch Polen und Frankreich (die Deutschen befürchten, dass im Herbst die Franzosen und die Polen vor der ganzen Welt die deutschen Rüstungen zur Sprache bringen und eine Kontrolle fordern werden!) zwingen die deutschen Regierungskreise dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um die Beziehungen zur UdSSR auf einem mehr oder weniger anständigen Niveau aufrechtzuerhalten, wenigstens für eine gewisse Zeitspanne. Es taucht die Befürchtung auf, dass die Freundschaft mit der UdSSR verloren gehen könnte, bevor neue Verbündete gewonnen sind. Anders gesagt – man muss mit dem Spatzen in der Hand zufrieden sein, weil die Taube nach wie vor auf dem Dach sitzt. Doch diese Versuche des Außenministeriums und der Reichswehr stoßen auf gegenläufige Tendenzen der abenteuerlichen antisowjetischen Elemente in der Nationalsozialistischen Partei und sie werden durch sie im Prinzip zunichte gemacht. Dem Außenministerium gelang es dennoch, in dieser Frage einen ersten Sieg zu erringen, indem es die Absetzung der für den 7. Juli angesetzten Demonstration im Lustgarten durchzusetzen vermochte. Wir vernehmen weiter, es sei entschieden, den Eifer der Presse und der sattem bekannten Rond etwas zu dämpfen.

Doch es versteht sich von selbst, dass die Verwirklichung des unbändigen Wunsches von Hitler und Rosenberg, gegen die Ukraine zu marschieren, nicht nur von dem Anwachsen der internationalen Bedeutung der Sowjetunion, nicht nur

¹⁵ Der Text ist handschriftlich an den linken Seitenrand geschrieben.

¹⁶ Vgl. Dok. 134.

¹⁷ Über die zunehmende Bewegung in den USA, die UdSSR anzuerkennen und zu ihr diplomatische Beziehungen herzustellen vgl. den Auszug aus dem Informationsschreiben des diplomatischen Vertreters des NKID in den USA Skvirskij an Litvinov vom 20. 6. 1933. In: *Sovetsko-amerikanskije otnošenija. Gody nepriznanija 1927–1933* (Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Jahre der Nichtanerkennung 1927–1933), Sost. Ju. V. Ivanov i dr., Moskva 2002, Dok. 346, S. 702–703.

von der Entwicklung und der Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten in Europa, nicht nur von der Verschärfung des Hauptantagonismus in der Welt, des anglo-amerikanischen, der die Kräfte und die Aufmerksamkeit des englischen Imperialismus von der UdSSR in eine andere Richtung lenkt, abhängen wird, sondern auch von der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und von seinen rüstungs-technischen Möglichkeiten. Letztere sind vorerst noch begrenzt und unzureichend für die Führung eines Krieges im großen Stil. Doch Deutschland rüstet fieberhaft auf, und bei einer Hilfeleistung für eine antisowjetische Intervention, sei es auch nur durch England, könnte es ziemlich schnell aufrüsten, sozusagen im Verlaufe des Krieges selbst. Viel ernster ist es um die innere und wirtschaftliche Lage bestellt. Über das Anwachsen der revolutionären und antikapitalistischen Stimmungen unter den Massen und insbesondere innerhalb der Nationalsozialistischen Partei habe ich bereits in dem letzten Bericht geschrieben¹⁸. Die wirtschaftliche Situation des Landes verdient eine gesonderte Betrachtung, obgleich, ganz allgemein gesprochen, keiner der objektiven Betrachter die Ausweglosigkeit und die Perspektivlosigkeit der deutschen Wirtschaft in Abrede stellt. Die Zunahme der inneren Widersprüche des deutschen Faschismus und seine Zersetzung könnten Hitler bewegen, den Weg außenpolitischer und sogar militärischer Abenteuer einzuschlagen. Doch eingedenk dessen, dass die Möglichkeiten für eine deutsche außenpolitische Expansion stark eingeengt sind, und der Tatsache, dass selbst ein vielversprechender und scheinbar leichter Plan für eine antisowjetische Intervention ebenfalls auf eine Reihe von sehr ernsten Schwierigkeiten stoßen wird, muss man berücksichtigen, dass der deutsche Faschismus einem hermetisch abgeschlossenen Kessel gleicht, der sich unter einem hohen Druck befindet. Mit anderen Worten: Wenn das antisowjetische Komplott zu spät kommt, und es kann, trotz der Verhandlungen der Nazis mit den englischen Starrköpfen, mit den Japanern und mit den Polen, zu spät kommen, so kann die innerdeutsche Eruption und die Krise des faschistischen Systems früher eintreten, bevor es Hitler schafft, das äußere Ventil zu öffnen.

VINOGRADOV

Vermerk von F. V. Linde: an Levin und Šejnin. 21. 7. 33.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3321 vom 20. 7. 1933.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1452 vom 20. 7. 1933

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 9 Expl., 7 [Expl.] an Krestinskij, das 8. [Expl.] an G., das 9. zu den Akten, 15. VII. 33.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 74, d. 12, l. 380–371. Kopie.

¹⁸ Vgl. den analytischen Bericht von Vinogradov vom 28. 6. 1933 „Einige Bemerkungen zur ‚zweiten Welle‘ der nat[ional]-soz[ialistischen] Revolution“. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 74, d. 12, l. 313–295, hier l. 304–301.

Nr. 157

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Expl. Nr. 7

1365.

17. Juli [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

da in den Beziehungen zwischen uns und Deutschland eine gespannte Stille herrscht, schreibe ich nicht zu allgemeinpoltischen Fragen. Darüber, wie wir auf die Hungerkampagne der Deutschen antworteten und antworten, wird Ihnen heute Gen. Linde schreiben¹, der für die Zeit des Urlaubs von Gen. Štern die 2. Westabteilung leitet.

Heute will ich lediglich zu Ihrem Telegramm und zu dem Schreiben bezüglich der Geldüberweisungen an in der UdSSR lebende Deutsche² schreiben, die über die Deutsche Bank von der Firma „Fast und Brilliant“ getätigt werden.

Wären bis zu den jüngsten demonstrativen Spendensammlungen keine Überweisungen in die UdSSR getätigt worden, so könnten wir zu Recht annehmen, dass alle Gelder, die jetzt über diese Firma laufen, das Ergebnis der jüngsten demonstrativen Spendensammlungen seien. Laut Gosbank sind über diese Firma auch vordem recht umfangreiche, wenn auch nicht so zahlreiche, Überweisungen getätigt worden.

Wenn wir die Überweisungen verbieten würden, so würden wir damit nicht nur den Transfer der in der letzten Zeit gesammelten Gelder, sondern auch den Zufluss jener Valuta-Mittel in die UdSSR unterbinden, die sowohl individuell als auch korporativ bereits vor dieser Geldsammlung überwiesen wurden. Dies wäre für uns mit einer empfindlichen Valuta-Einbuße verbunden.

Deshalb habe ich entschieden, Gosbank nicht daran zu hindern, weiterhin von der Deutschen Bank Überweisungen der Firma „Fast und Brilliant“ entgegenzunehmen und sie über Torgsin an die Empfänger weiterzuleiten.

Wir werden alle paar Tage den Umfang der Gesamtsumme der Überweisungen an die Adresse von Deutschen ermitteln und klären, ob die Tatsache, dass wir diese Überweisungen durch die Gosbank annehmen, triumphierende und bösarartige Äußerungen der uns feindlich gesonnenen Kreise der deutschen Öffentlichkeit hervorruft.

Sollte sich herausstellen, dass der Empfang von einer großen Anzahl von Überweisungen an deutsche Adressaten durch die Gosbank die antisowjetische Kampagne verstärkt oder zumindest deren Zurücknahme verzögert, werden wir uns erneut dieser Frage annehmen und unsere jetzige vorläufige Entscheidung vielleicht noch revidieren.

¹ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 341–340.

² Vgl. Schreiben Chinčuks an Krestinskij vom 12. 7. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 165–165R.

Diese unsere Entscheidung steht überhaupt nicht im Widerspruch zu den Erklärungen, die ich gegenüber Dirksen³ und Sie gegenüber Neurath⁴ abgegeben haben, weil wir bereits über unsere Weigerung gesprochen haben, Päckchen, die von diesem Geld zusammengestellt worden sind, an die Adressen von Deutschen zu verschicken. Dabei habe ich mich darauf berufen, dass Dirksen in einer viel günstigeren Situation bei Gen. Molotov die Zulassung der Päckchen zur Sprache gebracht hat und keine positive Lösung erzielen konnte.

Wir lassen die Päckchen auch jetzt nicht durch.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. West[abteilung].

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 168–169. Kopie.

Nr. 158

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 17. Juli 1933

1) An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Russische nationalsozialistische Organisationen in Deutschland.

Die Nachrichten über die Bildung und das öffentliche Auftreten russischer nationalsozialistischer Organisationen in Deutschland haben in den hiesigen Partei- und Regierungskreisen eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet **hier**¹ offenbar die Möglichkeit der Entstehung von politischen Keimzellen in Deutschland, die nicht **allein**² gegenüber dem Kommunismus, sondern auch gegenüber dem Sowjetstaate feindlich eingestellt sind und einen entsprechenden Einfluss auf die deutsche Außenpolitik ausüben könnten. Infolgedessen wird **hier**³ jede Zeitungsnotiz über die russischen nationalsozialistischen Organisationen argwöhnisch gesammelt und der Botschaft mit entsprechenden Kommentaren vorgehalten.

Diesseits wurden solche Vorstellungen bisher immer kategorisch zurückgewiesen mit dem Bemerken, dass es sich um einen rein weltanschaulichen Zusammenschluss der beteiligten russischen Kreise handele, der nichts mit der deutschen Außenpolitik zu tun habe. Viel besorgniserregender vom deutschen Stand-

³ Vgl. Dok. 134.

⁴ Vgl. Dok. 151.

¹ Das Wort ist eingefügt.

² Das Wort ist eingefügt.

³ Das Wort ist eingefügt.

punkte ****aus****⁴ sei das ****Treiben****⁵ der deutschen Kommunisten in der UdSSR, denen ****hier****⁶ kein Einhalt geboten würde und die ****sogar****⁷ eine amtliche Förderung erführen, was von den russischen Organisationen in Deutschland sicher nicht behauptet werden könnte.

Hierauf stellte das Außenkommissariat die Behauptung auf, dass die russische nationalsozialistische Organisation Rond, – die übrigens in einem Feuilleton der heutigen „Prawda“⁸ ⁹ verächtlich gemacht wird, – von ¹⁰ deutschen Stellen eine russische Nationalfahne aus den Beständen der deutschen Kriegstrophäen von 1914–1918 erhalten habe¹¹. Dies sei in den Augen der Sowjetregierung ein Beweis, dass die Bewegung auch ****von****¹² amtlicher ****deutscher Seite****¹³ unterstützt würde.

Ich wäre dem Auswärtigen Amt für eine Nachprüfung des vorstehenden Sachverhaltes und für eine Orientierung über den Charakter der ****nationalsozialistischen Bewegung unter****¹⁴ den russischen Emigranten dankbar.

gez. v. Dirksen

Das Dokument ist mit der Paraphe v. Dirksens mit Datum vom 18. 7. abgezeichnet. Unten rechts Hi[lger] 17/7. Auf dem ersten Blatt befinden sich oben sich die handschriftlichen Vermerke: A 1569, A 1441/33; am Blattende: A 9 m. Am linken Seitenrand: ab 18. 7. Weitere, nicht entzifferte Vermerke. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau 234, o. P., 2 Bl.

Nr. 159

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 18. Juli 1933

Geheim!

Aufzeichnung

Die Entwicklung der Dinge in den letzten Monaten in Deutschland und in der *Sowjet-Union*¹ führt dazu, dass hinsichtlich der *deutsch-sowjetischen Beziehungen*² Bilanz gezogen wird und eine nüchterne Überprüfung der deutschen Russlandpolitik vorgenommen wird. Wenn man sich in die Vergangenheit zurückversetzt, so ist nicht zu verkennen, dass sowohl von Deutschland als auch von

⁴ Das Wort ist eingefügt.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Wüten.

⁶ Das Wort ist eingefügt.

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: hier im Gegenteil.

⁸ Vgl. M. Kol'cov: „Ljudi temnogo naznačenija“ (Zwielichtige Leute). In: Pravda vom 17. Juli 1933, S. 4.

⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „höchst“ ist gestrichen.

¹⁰ Das an dieser Stelle stehende Wort „amtlichen“ ist gestrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 149.

¹² Das Wort ist eingefügt.

¹³ Der Text ist eingefügt.

¹⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Nationalsozialisten innerhalb.

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

Sowjet-Russland Hoffnungen und Wünsche gehegt worden sind, die mit den vertraglichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nichts zu tun haben. In Deutschland ist vielfach der Glaube genährt worden, dass in dem Kampf gegen Versailles auf die Unterstützung der Roten Armee gerechnet werden könne und dass die Sowjet-Union Deutschland bei seinen Revisionsbestrebungen im Osten ihre Hilfe leihen würde. Auf der anderen Seite hat Moskau das Verhältnis zu Deutschland mit Nebengedanken gepflegt, durch die Kommunistische Partei Deutschlands die Geschicke Deutschlands zu beeinflussen und mehr oder weniger offen dem Wunsche Ausdruck verliehen nach der Errichtung eines Sowjet-Deutschlands. Heute besteht über das deutsch-sowjetische Verhältnis insoweit Klarheit, dass die erwähnten Hoffnungen und Wünsche als Illusionen und Fehlrechnungen anzusehen sind. Die „optische Wirkung“ des deutsch-sowjetischen Verhältnisses im politischen Spiel ist restlos zerstört worden. Die von Graf Brockdorff-Rantzau sogenannte „Bluff-Politik“ hat vorläufig ein Ende erreicht. Aber auch dem Vorwurf, als ob Deutschland der „Hehler der Weltrevolution“ ist, ist nunmehr die Grundlage entzogen.

Die Politik der Sowjetregierung in den letzten Jahren wird von zwei Faktoren bestimmt: Die Sowjet-Regierung ist sich einmal der Tatsache bewusst, dass sie infolge der aus der wirtschaftlichen Umgestaltung (Industrialisierung, Kollektivierung der Landwirtschaft) resultierenden inneren Schwäche auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage ist, einen Krieg zu führen. Die Sowjetregierung steht sodann unter dem Zwange, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um sich gegen die Bedrohung durch Japan zu sichern und sich mit aller Energie auf eine mögliche Auseinandersetzung mit Japan vorzubereiten. Die sowjetrussische Politik der Nichtangriffspakte erklärt sich jedoch nur, wenn man berücksichtigt, dass die Sowjetregierung dabei auch die ständig wachsende nationalsozialistische Bewegung und die Möglichkeit einer etwaigen Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland im Auge hat. Das Misstrauen der Sowjetregierung glaubte in dieser Auffassung eine Bestätigung zu finden durch die Versuche der deutschen Politik, mit Frankreich zu einem Ausgleich zu gelangen (angeblicher Militärbündnisvorschlag Papens an Herriot³) sowie durch die Teilnahme Deutschlands am Viermächte-Pakt⁴ (angebliches Programm der nationalsozialistischen Außenpolitik).

Der Kampf Deutschlands gegen den Marxismus, der für die Komintern auch bezüglich ihrer Wirksamkeit in anderen Ländern ein schwerer Schlag ist, und die Maßnahme der Deutschen Regierung gegen das Judentum, die innerhalb der Sowjet-Regierung tiefgehende Ressentiments ausgelöst hat, haben eine schwere Erschütterung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses bewirkt, die bisher in keiner Weise überwunden ist. Die Sowjet-Regierung hat darauf in der Weise reagiert, dass sie durch eine umfassende Hetzkampagne die Massen in Sowjet-Russland gegen das neue Deutschland einzunehmen sucht.

Die Deutsche Regierung hat in dem Bestreben, das deutsch-sowjetische Verhältnis zu erhalten, von vornherein ihre Einstellung Sowjet-Russland gegenüber klar und eindeutig präzisiert. Reichskanzler Adolf Hitler hat am 23. März 1933 bei der Eröffnung des Reichstags erklärt, dass die Reichsregierung wünscht, gegenüber

³ Vgl. Dok. 18, Anm. 19.

⁴ Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

Sowjet-Russland freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen und dass der Kampf gegen den Kommunismus deutsche innere Angelegenheit ist, in die Einmischungen von außen nicht geduldet werden⁵. Die Sowjet-Regierung ist nicht auf diesen Boden getreten! Sie hat zwar unter vier Augen versichert, dass auch Sowjet-Russland das deutsch-sowjetische Verhältnis fortzusetzen wünsche, dessen ungeachtet hat aber die Sowjet-Regierung ihre Sicherungspolitik fortgesetzt (neue Londoner Ostpakete⁶) und jede Gelegenheit benutzt, um an der Hand von Fälschungen, Verdrehungen und Übertreibungen es so hinzustellen, als ob die deutsche Politik insgeheim gegen die Sowjet-Union gerichtet sei.

So wie die Dinge heute liegen, muss festgestellt werden, dass eine tiefgehende Entfremdung zwischen Deutschland und der Sowjet-Union Platz gegriffen hat. Es wird Aufgabe der politischen Willensbildung in Berlin und Moskau sein, diese Entfremdung zu überbrücken. Dazu gehört in erster Linie, dass die Achtung der beiden Länder vor einander wieder hergestellt und das Verständnis für die von den beiden Regierungen verfolgten politischen Absichten geweckt wird. Es wird vorerst notwendig sein, das deutsch-sowjetische Verhältnis – politisch, wirtschaftspolitisch und militärpolitisch – auf einem wenn auch gegen früher niedrigen Niveau zu stabilisieren, damit zunächst einmal eine feste Grundlage geschaffen wird, von der aus man später wieder aufbauen kann.

Die politische Bedeutung Sowjet-Russlands für Deutschland ist nach wie vor so groß, dass auf Sowjet-Russland als Faktor der deutschen Außenpolitik nicht verzichtet werden kann.

A. Deutschland-Russland-Polen.

Es ist zu beobachten, dass jedes Mal, wenn Deutschland versucht, sich Polen zu nähern, die Sowjet-Union ihrerseits sich beeilt, ihr Verhältnis zu Polen zu bessern, gleich als ob die Sowjet-Regierung befürchte, durch einen deutsch-polnischen Ausgleich ins Hintertreffen zu kommen. *Hieraus ergibt sich die Verbundenheit der deutschen und der sowjetischen Politik gegenüber Polen*⁷ und die Notwendigkeit einer Verständigung und einer Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, weil die deutsche Politik Wert darauf legen muss, Sowjet-Russland als Gegengewicht zu Polen zu erhalten und zu benutzen. Die sowjetischen Nichtangriffspakte und auch die neuen Londoner Ostverträge hindern die Sowjet-Regierung nicht in ihrer Handlungsfreiheit im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes, vorausgesetzt, dass sich Polen als der Angreifer erweist. Welche Folgen aus der Entfremdung zwischen Deutschland und Sowjet-Russland bereits eingetreten sind, ergibt sich daraus, dass die Polnische Regierung sich in der Lage gesehen hat, 14 polnische Divisionen von der polnischen Ostgrenze zu dislozieren.

B. Russland als Absatzmarkt.

Noch vor kurzem hat sich das Obligo⁸ Sowjetrusslands gegenüber deutschen Firmen auf 1,2 Milliarden Mark beziffert. Dass die sowjetischen Bestellungen ei-

⁵ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁶ Vgl. Dok. 134.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

nen solchen Umfang annehmen konnten, war nur durch die Gewährung zweier oder sogar mehrjähriger Kredite möglich und durch die Unterstützung durch die Banken und das Reich. (Das Reich und die Länder haben eine Ausfallbürgschaft von insgesamt 60% übernommen.) In Anbetracht der gesunkenen Ausfuhrmöglichkeiten Sowjet-Russlands wird sich das Obligo auf dieser Höhe nicht erhalten lassen; bereits jetzt ist ein Absinken unter die Milliarden Grenze (945 Millionen Mark) festzustellen. Es ist auch politisch nicht erwünscht, dass außenpolitische Entschließungen dauernd der Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit des russischen Schuldners untergeordnet werden. Andererseits besteht ein dringendes staatliches Interesse daran, zu Gunsten einer produktiven Arbeitslosenfürsorge der deutschen Industrie den russischen Absatzmarkt soweit als irgend möglich zu erhalten. In Anbetracht der Tatsache, dass sowjetische Erzeugnisse (in erster Linie Naphtha-Produkte und Getreide) zur Zeit in Deutschland nur begrenzt absatzfähig sind, wird man dahin gelangen, die deutsche Ausfuhr nach Sowjet-Russland zunächst auf einen Umfang von rund 300 Millionen Mark im Jahr zu stabilisieren. Da es sich bei der deutschen Ausfuhr nach Russland um hochwertige Erzeugnisse (Maschinen) handelt, in denen ein besonders großes Maß von Arbeit steckt, kommt diesem Betrag sowohl volkswirtschaftlich als auch in der deutschen Handelsbilanz eine erhebliche Bedeutung zu. Wichtig ist, dass das russische Geschäft keine Opfer an Devisen erfordert.

C. Internationale Zusammenarbeit.

Zwischen Deutschland und der Sowjet-Union bestehen auf internationalem Gebiet keine Reibungsflächen. Auf der Abrüstungskonferenz und auf der Weltwirtschaftskonferenz war beispielsweise eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjet-Russland möglich. Von Italien ist diese Möglichkeit weitgehend ausgenutzt worden. Für eine solche Zusammenarbeit ist jedoch Vorbedingung, dass die beiderseitigen Regierungen vorher in freundschaftliche Verbindung treten, um ihre Meinungen auszutauschen und ihre Interessen soweit möglich in Einklang zu bringen. Auf diese Weise wird auch die Gefahr von Missverständnissen im Verlauf der Konferenzen herabgemindert. Die Möglichkeit zu praktischer Betätigung einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit werden in nächster Zeit die Differenzen ergeben, die sich zwischen den Goldblockländern und den goldlosen Ländern entwickeln. Das große wirtschaftliche Interesse, das Deutschland am Absatzmarkt der Sowjet-Union hat, wird ohne weiteres dahin führen, dass es zu einer deutsch-sowjetischen Verständigung im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den erwähnten Ländergruppen kommt. Unser Interesse an dem großen russischen Käufer wird hierbei noch dadurch verstärkt, dass das russische Geschäft sich lediglich auf der Basis von Markzahlungen vollzieht.

D. Reichswehr – Rote Armee.

Es mag bedauerlich erscheinen, dass die militärpolitischen Möglichkeiten in Sowjet-Russland zu einem Teil weggefallen sind. Auf der anderen Seite ist damit aber eine wesentliche Angriffsfläche der deutsch-sowjetischen Beziehungen beseitigt, die durch tendenziöse Übertreibungen der Öffentlichkeit im Ausland eine ständige Quelle von Verdächtigungen gewesen ist. Es bleibe auch dahingestellt, ob die militärischen Erwartungen sich voll haben erfüllen lassen. Demgegenüber sind

die sich nunmehr nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit gestaltenden Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee völlig ausreichend und für beide Teile gleich nützlich, um in die Arbeit der Wehrmacht in Deutschland und Sowjet-Russland den erforderlichen Einblick zu gewinnen.

Die Gefahr eines französischen Einflusses auf die Rote Armee braucht nicht überschätzt zu werden.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass es nicht möglich ist, die Beziehungen zwischen zwei Ländern, noch dazu zwischen solchen von so verschiedener Struktur und Weltanschauung wie Deutschland und die Sowjet-Union, zu erhalten, wenn hierzu nicht der politische Wille vorhanden ist. *Es ist unbedingt notwendig, dass Verständnis über Absichten und Ziele der Politik der beiden Regierungen geschaffen wird. Vor allem anderen ist somit Gelegenheit für Aussprachen maßgeblicher Politiker zu suchen.*⁹ Die Öffentlichkeit ist durch geeignete Interviews aufzuklären. Die deutsche Haltung muss dabei ernst und würdig sein, denn es darf keinesfalls der Anschein erweckt werden, als ob Deutschland der Sowjet-Union nachläuft. Es muss jedoch bei der Sowjet-Regierung die Überzeugung erweckt werden, dass Deutschland die Sowjet-Union ernst nimmt und dass die deutsche Politik nach wie vor Sowjet-Russland als einen Faktor in ihrer politischen Rechnung betrachtet.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölckers]s 9/9; Paraphe vN[euraths] 9/9. Weitere, nicht entzifferte Bemerkung von Tippelskirchs.

PA AA, R 31498, Bl. E 497093–497100.

Nr. 160

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darré

Berlin, den 19. Juli 1933

Abschrift II / 6.-524

Israel Weizer

Berlin SW. 68

Lindenstr. 21/22

An den

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Walter Darré

Berlin

Die *systematische*¹ Verringerung der Sowjetausfuhr nach Deutschland führt zu einer Bedrohung der normalen Entwicklung der sowjetisch-deutschen wirtschaftlichen Beziehungen, deren Wichtigkeit von den maßgeblichsten Repräsentanten der deutschen Regierung wiederholt unterstrichen wurde.

Diese Verringerung ergab, dass bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres die *Einfuhr der UdSSR nach Deutschland*² – nach Angaben der deutschen Zoll-

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

statistik – im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres eine *Verminderung von 63,8 Millionen*³ Mark auf *40,4 Millionen Mark*⁴, d. h. um 36,7% erlitt, während die Ausmaße der gesamten deutschen Einfuhr in diesem Zeitabschnitt bloß um 13,4% gekürzt wurden. Infolgedessen verminderte sich der Anteil der UdSSR an der deutschen Einfuhr im ersten Quartal des Jahres 1933 im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 1932 von 5,1% auf 3,7%.

Die operativen Angaben der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland über den Gang der Realisierung der sowjetischen Exportwaren der ersten Hälfte des laufenden Jahres zeigen ein weiteres Sinken der Ausmaße der Realisierung.

Beunruhigt über die Lage der Sowjetausfuhr nach Deutschland, hatte der Sowjetbotschafter, Herr Chintschuk, und der Stellvertretende Volkskommissar der UdSSR für den Außenhandel, Herr Weizer, eine Unterredung über diesen Gegenstand mit Herrn Minister Dr. Hugenberg⁵. Im Ergebnis dieser Unterredung beauftragte Herr Dr. Hugenberg maßgebliche Herren des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, zusammen mit der Handelsvertretung der UdSSR die einzelnen Fragen der Sowjetausfuhr nach Deutschland zu überprüfen und zu untersuchen mit dem Ziele, die unumgänglichen nötigen Maßnahmen zur Stärkung des Sowjetexports und zur Beseitigung der Umstände, die dessen Entwicklung hindern, zu treffen.

Die *gemeinschaftliche Überprüfung*⁶ der konkreten Fragen der Sowjetausfuhr führte jedoch zu *keinerlei Ergebnis*⁷. Auch nicht einer der Wünsche der Handelsvertretung der UdSSR wurde befriedigt und die Bedingungen für die Einfuhr einer Reihe von Sowjetwaren, die durch die letzten handelspolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung betroffen wurden (Butter, Eier, Ölkuchen, Pflanzenöl, Fische usw.) bleiben weiterhin außerordentlich ungünstig, da sie in einer Reihe von Fällen sogar die Möglichkeit der Einfuhr dieser Waren nach Deutschland ausschließen.

Inzwischen geht die Verminderung der Sowjetausfuhr nach Deutschland weiter.

Als Beispiel mag die Verringerung angeführt werden, die die einzelnen Artikel unserer Ausfuhr während der fünf Monate des Jahres 1933 erfuhren:

Roggen weist einen Rückgang von 209,3 Tausend Tonnen auf

Mais	"	"	14,8	"	"	"
Mineralöle weisen	"	"	108,9	"	"	"
Geschlachtetes Geflügel	"	"	3,7	"	"	"
Pflanzenöle	"	"	9,7	"	"	"
Butter	"	"	1,5	"	"	"
Ölfrüchte u. Saaten	"	"	3,2	"	"	"
Eier	"	"	13,3	Millionen Stück		
Fische	"	"	678	Tonnen		

und eine Anzahl anderer Waren.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen. Außerdem handschriftliche Einfügung: ^{X)} in 5 Monaten von 44,2 1932 auf 48,1 1933 russ. Statistik

⁵ Vgl. Dok. 103.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

Die systematische Kürzung der Sowjeteinfuhr nach Deutschland lässt sich durch eine Reihe von Ursachen erklären. Erstens: die ungünstige Gesamtlage, die sich um die Handelsvertretung und um die Handelsorganisationen der Sowjets herausgebildet hat. Die Haussuchungen bei der Derop, bei den Zweigniederlassungen der Handelsvertretung in Hamburg und in Leipzig, die Verhaftungen von Mitarbeitern der Handelsvertretung und Sowjethandelsorganisationen, das Verbot der Versteigerung von antiquarischen Sowjetwaren, die Boykottmaßnahmen gegen Sowjethandelsorganisationen usw. schufen um den Handel der UdSSR eine Atmosphäre der Ungewissheit. Die deutschen Firmen haben nicht nur vor einer Ausbreitung, sondern sogar vor einer Fortsetzung der Handelsoperationen mit den sowjetischen Handelsorganisationen *Angst*⁸.

Zweitens beeinträchtigt eine Reihe handelspolitischer Maßnahmen der deutschen Regierung die Interessen der Sowjetausfuhr nach Deutschland besonders stark. Zu diesen Maßnahmen können die Kontingentierung der Einfuhr von Butter, die Einrichtung des Monopols auf den Handel mit Ölkuchen und mit Ölsaaten, die Beschränkung der Margarineproduktion, die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Eier, Fische und auf eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Produkte gezählt werden.

Im Interesse der Erstarkung und Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ist es unumgänglich nötig, entscheidend dringende Maßnahmen zu treffen, um günstigere Bedingungen für die Sowjetausfuhr zu schaffen und um alle Hindernisse, die ihrer normalen Entwicklung im Wege stehen, im Geiste des Artikels I des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 12. Oktober 1925⁹, zu beseitigen.

Es ist unerlässlich hinzuzufügen, dass auch zur Zeit der Unterredungen, im Januar dieses Jahres, die mit der Gewährung eines Kredits von 140 Millionen Mark an die Sowjetunion abgeschlossen wurden¹⁰, beide Teile von der Voraussetzung ausgegangen sind, dass die Ausmaße der Sowjetausfuhr nach Deutschland im Jahre 1933 jedenfalls nicht geringer sein werden als im Jahre 1932. Inzwischen hat die Erfahrung des verfloßenen Halbjahres gelehrt, dass der Sowjetexport nach Deutschland, im Vergleich mit dem Vorjahr, tatsächlich bedeutend zurückgegangen ist.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass die *Zahlungsbilanz*¹¹ der UdSSR mit Deutschland einen überaus passiven Saldo aufweist. Schon im Jahre 1932 hat sich der passive Saldo der Zahlungsbilanz der UdSSR mit Deutschland auf ungefähr 300 Millionen Mark beziffert. Der passive Saldo der Zahlungsbilanz der UdSSR mit Deutschland im Jahre 1933 muss auf Grund der bereits eingegangenen Verpflichtungen der Handelsvertretung und unter Berücksichtigung des Tempos der Ausfuhrrealisierung auf einen Betrag von nicht weniger als 450–500 Millionen Mark geschätzt werden, wenn man den in diesem Jahre der UdSSR gewährten Kredit von 140 Millionen Mark nicht berücksichtigt.

Es versteht sich von selbst, dass unter solchen Umständen die Erweiterung und die *Steigerung des Sowjetexports*¹² nach Deutschland eine *unerlässliche Notwendigkeit*¹³ darstellt.

⁸ Das Wort ist unterstrichen. Der gesamte Absatz ist zusätzlich am Rand angestrichen.

⁹ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

¹⁰ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

¹¹ Das Wort ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

Ich erachte es deshalb für unumgänglich nötig, dass die deutsche Regierung *baldmöglichst Maßnahmen zwecks Förderung der deutschen Einfuhr aus der UdSSR*¹⁴ ergreift. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es geboten, alle die Probleme, die seitens der Handelsvertretung vor Repräsentanten der Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministerien aufgeworfen wurden¹⁵, *von neuem zu überprüfen und falls die Vorschläge der Sowjetdelegierten als unannehmbar erscheinen sollten, mögen die deutschen Unterhändler ihrerseits andere Maßnahmen vorschlagen, die eine bedeutende Steigerung der Sowjetausfuhr nach Deutschland gewährleisten würde*¹⁶.

*Ich erachte es ferner als unaufschiebbar, dass die Frage über den *Anteil der UdSSR an der Einfuhr Deutschlands von Getreide*¹⁷ im neuen Getreidewirtschaftsjahr 1933/34 schleunigst gelöst werde. In dieser Frage ist im Mai 1932 zwischen der UdSSR und der deutschen Regierung ein Sonderabkommen abgeschlossen worden¹⁸. Dieses Abkommen ist jedoch schon im vergangenen Jahre nur unvollständig erfüllt und für das angebrochene neue Jahr sind die Mengen der aus der UdSSR nach Deutschland einzuführenden Getreide noch nicht festgesetzt worden. Bedeutende Mengen von Getreide blieben trotz der Vereinbarung vom 2. Mai 1932 unverkauft. Zu den nachfolgenden Verhandlungen hat sich die Handelsvertretung einverstanden erklärt, die Mengen der zeitlichen, noch zu übernehmenden Getreide auf 75 000 Tonnen Weizen, 60 000 Tonnen Roggen und 25 000 Tonnen Gerste zu reduzieren; jedoch auch diese Mengen sind trotz des Beginns des neuen Getreidewirtschaftsjahres bisher nicht angekauft worden.*¹⁹

Ich erachte [es], im Interesse der Erweiterung und Steigerung Sowjetexportes nach Deutschland, für *unerlässlich, den Anteil der UdSSR an der Einfuhr Deutschlands von Getreide im Getreidewirtschaftsjahr 1933/34 in der allernächsten Zeit auf dem Verhandlungswege festzusetzen*²⁰. Es muss hierbei hervorgehoben werden, dass der Ankauf von Getreide bei der UdSSR für Deutschland auch den zusätzlichen Vorteil bietet, dass er nicht mit der Auslage von Auslandsdevisen verbunden ist, da alle Zahlungen in Reichsmark getätigt werden.

Unter Berücksichtigung der großen Verluste, die der UdSSR infolge der scharfen Kürzung der deutschen Einfuhr von einer ganzen Reihe sowjetischer Exportartikel erwachsen, betrachte ich es für unbedingt notwendig, den *Anteil der UdSSR*²¹ an der deutschen Einfuhr von Getreide im angebrochenen Getreidewirtschaftsjahre *bedeutend zu erhöhen*²².

In Erwartung Ihrer geschätzten baldmöglichsten Rückäußerung verbleibe ich mit dem Ausdruck

vorzüglichster Hochachtung
Stellvertretender Volkskommissar der UdSSR für den Außenhandel

Unterschrift

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Vgl. Dok. 111, 144, 147.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text unterstrichen.

¹⁸ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

¹⁹ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Der Text ist unterstrichen.

Gleichzeitig erlaube ich mir ein Schreiben gleichen Inhalts an den Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. jur. Kurt Schmitt zu richten.

Auf dem ersten Blatt unten Stempel: IV Ru 3426.

PA AA, R 94657, Bl. E 664667–664670.

Nr. 161

Schreiben des Chefs der Heeresleitung im Reichswehrministerium Freiherr von Hammerstein-Equord an das AA

Berlin, den 20. 7. 1933
Geheim

Der Reichswehrminister
T.A.Nr. 523/33 Geh. R. T 3 V
An
das Auswärtige Amt

Am 15. 7. wurde die hiesige russische Botschaft um die Visen von 16 Pässen für ein Kommando, das zur Auflösung einer V[ersuchs]-Station nach Russland fahren sollte, gebeten. Der russische Militärattaché¹ verlangte daraufhin zunächst die Aufstellung einer Liste, in der für jede einzelne Persönlichkeit dieses Kommandos begründet wurde, warum ihre Entsendung erforderlich sei.

Seitens des Rw.Min. wurde geantwortet, dass es dem Rw.Min. überlassen bleiben müsste, in welcher Stärke und mit welchen Einzelaufträgen das Kommando zu entsenden sei. Zugleich wurde der Militärattaché darauf aufmerksam gemacht, dass die Auflösung der V-Station nicht zu dem von der R.A. selbst beantragten Termin durchgeführt werden könne, wenn das Kommando nicht in der vorgesehenen Zusammensetzung abfahren würde. Das Rw.Min. würde dann der R.A. mitteilen müssen, dass die Schuld an der Verzögerung die russische Botschaft in Berlin träge.

Am 17. 7. antwortete der Militärattaché, dass es ihm nur gelungen sei, für 6 Herren des Kommandos das Visum zu erhalten. Am 18. 7. wurden die Pässe der restlichen Herren des Kommandos ohne Visen von der Botschaft zurückgegeben.

Dieses Verhalten der russischen Botschaft macht es unmöglich, planmäßig zu dem vereinbarten Termin die Räumung der V-Station durchzuführen, gleichzeitig widerspricht es allen Gepflogenheiten vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Das Reichswehrministerium bittet daher ergebenst, *den Herrn Botschafter in Moskau ersuchen zu wollen,² in diesem Sinne beim *russischen Außenkommissariat³ vorstellig zu werden.

I. A.

gez. Frhr. v. Hammerstein

Auf dem ersten Blatt handschriftlich oben: A 1520, unten: A 9 geheim.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429681.

¹ Vasilij Nikolaevič Levičev.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 162

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer
mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Berlin, den 21. Juli 1933

Abschrift zu IV Ru 3367/33

Aufzeichnung

Ich habe heute den russischen Botschafter aufgesucht und ihn in sehr nachdrücklicher Weise darauf aufmerksam gemacht, dass das Verhalten des Herrn russischen Militärattachés¹ in der fraglichen Passangelegenheit² sowohl den Herrn Reichswehrminister³ wie den Chef der Heeresleitung⁴ und den Reichsaußenminister⁵ auf das Äußerste befremdet hat. Ich habe ausgeführt, dass diese Handlungsweise nicht geeignet ist, die guten und vertrauensvollen Beziehungen, die bisher auch in militärpolitischer Hinsicht zwischen den beiden Ländern bestanden haben, zu festigen.

Herr Chintschuk erklärte, über die ganze Angelegenheit nichts zu wissen. Er sagte zu, sich der Angelegenheit sofort annehmen zu wollen und unverzüglich nach Moskau zu telegrafieren. Weitere Mitteilung wird er mir nach Eingang des Bescheides aus Moskau zukommen lassen.

Hiermit dem stellvertretenden Herrn Staatssekretär⁶ gehorsamst vorgelegt⁷.

gez. Meyer

PA AA, Moskau 214, Bl. 429682.

Nr. 163

**Mitteilung des Chefs der Heeresleitung im Reichswehrministerium Freiherr
von Hammerstein-Equord an den Volkskommissar für Heeres- und
Marineangelegenheiten Vorošilov**

Moskau, 22. 7. 1933

Erklärung¹

„Am 11. Januar dieses Jahres hat Oberst Köstring dem Chef des russischen Generalstabs, Jegoroff, davon Mitteilung gemacht, dass der Herr Chef der Heereslei-

¹ Vasilij Nikolaevič Levičev.

² Vgl. Dok. 161.

³ Werner von Blomberg.

⁴ Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord.

⁵ Konstantin Freiherr von Neurath.

⁶ Gerhard Köpke.

⁷ Meyer schickte am gleichen Tag ein Schreiben an das Reichswehrministerium, in dem er seinen Besuch bei Chinčuk und seine Beschwerde dort mitteilte; vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429682.

¹ In dem Begleitschreiben an Volkskommissar Vorošilov teilte der Militärattaché Deutschlands in der UdSSR Hartmann mit, dass die am 9. 7. 1933 in mündlicher Form im Auftrag des

tung² beabsichtige, im Herbst 1933 die Jagdfliegerausbildung in Lip[eck] einzustellen.

Die Gründe, die den Herrn Chef der Heeresleitung zu dieser Maßnahme veranlasst haben, sind der Roten Armee bekannt. Es wird jedoch nochmals hervorgehoben, dass lediglich der Zwang zu eiserner Sparsamkeit die Veranlassung zu dieser Maßnahme gewesen ist. Bei der derzeitigen Finanzlage des Reiches lässt es sich nicht mehr rechtfertigen, die hohen Geldsummen zur Weiterführung dieser Station aufzuwenden. Dazu tritt erschwerend, dass das bisher in Lip verwendete Flugzeugmaterial verbraucht ist; eine Weiterführung der Station Lip über das Jahr 1933 hinaus würde deshalb eine Neuinvestierung besonders hoher Geldmittel erfordern, die das Reichsheer ohne Schädigung seiner sonstigen Interessen nicht freizumachen vermag.

Aus diesen Erwägungen heraus hat sich der Herr Chef der Heeresleitung nunmehr endgültig entschlossen, die Ausbildung in Lip einzustellen.

Es ist der ernste Wunsch des Reichsheeres, trotz der Aufgabe der Ausbildungstätigkeit in Lip alle Mittel und Wege auszunützen, um die jahrelang bewährte und für beide Armeen nutzbringende Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Flugwesens unverändert fortzuführen. Der Herr Chef der Heeresleitung würde es deshalb besonders begrüßen, wenn

1.) Ein gegenseitiger Austausch von Offizieren und Spezialisten zum Besuch von technischen Einrichtungen, Fabriken und Flieger-Schulen erfolgen würde.

2.) Ein gegenseitiger Austausch von taktischen und technischen Berichten und Erfahrungen erfolgte.

Der Herr Chef der Heeresleitung, überzeugt von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer weitgehenden Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Flugwesens, würde dankbar jeden Vorschlag der R[oten] A[rmee] und R[oten] L[uftflotte] begrüßen, der im Rahmen unserer Möglichkeiten noch eine Vertiefung unserer Zusammenarbeit zum Ziele hätte.

Was die Gebäude und Einrichtungen in Lip anbetrifft, so wird Folgendes angeboten:

Die Gebäude und alle in Lip zurückbleibenden Einrichtungen werden, soweit nicht eine Rückführung nach Deutschland erfolgt, der R. L. zur freien Verfügung und eigenen Verwaltung übergeben. Der R. L. wird das volle und uneingeschränkte Nutzungsrecht der Anlagen zugestanden. Die Pauschalübergabe erfolgt durch den Leiter der Station Lip³ an den russischen Verbindungsoffizier.

Für die jahrelange, bereitwilligst gewährte Gastfreundschaft in Lip spricht der

Reichswehrministers von Blomberg und des Chefs der Heeresleitung Freiherrn von Hammerstein dem Chef der Abteilung für internationale Beziehungen des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR Suchorokov überbrachte Erklärung bezüglich der Beendigung der Ausbildung von deutschen Jagdfliegerpiloten in Lipeck, „dem Wunsch von Herrn Suchorokov entsprechend in schriftlicher Form“ Vorošilov überreicht werde. Am 26. 7. 1933 stellte der Chef der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin diese Dokumente Vorošilov zu. Am 4. 8. 1933 sandte der Sekretär des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Antonov im Auftrag von Vorošilov an Stalin eine Kopie der Materialien „bezüglich der Liquidierung der Unternehmen der ‚Freunde‘ in Lipeck“. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 51, 50, 49.

² Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord.

³ Hauptmann Gottlob Müller.

Herr Chef der Heeresleitung im Namen des Reichsheeres der R. A. und R. L. seinen besonderen Dank aus.“

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 54–55. Original. In deutscher Sprache.

Veröffentlicht in russischer Sprache in: D'jakov/ Bušueva, Fašistskij meč, S. 173–174⁴.

Nr. 164

Schreiben des Legationsrats im AA Röhrecke an die Reichskanzlei

Berlin, den 24. Juli 1933

Prot. 3642 VII 100

An den

Herrn Staatssekretär

in der Reichskanzlei

Auf das Schreiben vom 13. d. M.

– Rk 8853 –

Die Tätigkeit russischer Emigranten-Organisationen in Deutschland hat bei der Sowjetregierung Beunruhigung hervorgerufen. Der hiesige Botschafter der Sowjet-Union hat seine Bedenken bezüglich der russischen nationalsozialistischen Organisation „Rond“ soeben erst gegenüber dem Reichsminister zum Ausdruck gebracht¹. Wenn bekannt werden sollte, dass der Herr Reichskanzler dem jungrussischen Bund² in Bulgarien für eine Adresse gedankt hat, so würde dies die Beunruhigung der Sowjet-Regierung weiter verstärken.

Unter diesen Umständen und im Hinblick darauf, dass sich die Oberleitung des betreffenden Bundes in Paris befindet und ihr eine besondere politische Bedeutung nicht zukommt, beabsichtigt das Auswärtige Amt, von einer Übermittlung des Dankes des Herrn Reichskanzlers abzusehen.

Im Auftrag

Röhrecke

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Auswärtigen Amtes geschrieben. Vermerk, oben, über Eingang und Registrierung in der Reichskanzlei: Rk 9508 26 Jul 1933, die Registriernummer ist handschriftlich eingefügt, dazu die Paraphe von Tho[msen]. Handschriftliche Bemerkung, unten: Das hätte das A.A. auch gleich mitteilen können. Handschriftliche Länderzuordnung: Russland 1.

BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 115.

⁴ Das Dokument wurde nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Vgl. Dok. 151.

² Der Jungrussische Bund (1925–1942, seit 1934 Jungrussische Partei) war eine national-revolutionäre Organisation, die in den 30er Jahren in allen Ländern der russischen Emigration Gruppierungen besaß. Geleitet wurde sie von Alexander Kazem-Bek.

Nr. 165

**Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

Moskau, den 25. Juli 1933

Tgb. Nr. A. 1501¹

Vermerk

über eine Unterhaltung mit dem Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski

Zu Beginn des Gespräches gab ich Herrn Krestinski Kenntnis von dem Inhalt des Telegramms Nr. 161 betreffend die Abrüstungsverhandlungen mit Henderson² in Berlin. Herrn Krestinski schienen diese Mitteilungen lebhaft zu interessieren; er stellte einige ergänzende Fragen.

Ich fragte Herrn Krestinski sodann nach dem Stande der italienischen Paktverhandlungen³, worauf er mir erwiderte, dass der Botschafter Potjemkin vorläufig nur eine Besprechung mit Mussolini gehabt habe, wobei er Mussolini den sowjetischen Paktentwurf überreicht hätte. Dieser Entwurf decke sich mit dem sowjetischen Standardentwurf für Nichtangriffspakte.

Ich wies Herrn Krestinski darauf hin, dass Botschafter Potjemkin der italienischen Regierung die Erklärung abgegeben habe, dass der Londoner Pakt⁴ nicht gegen Italien gerichtet sei.

Herr Krestinski meinte, dass dies keine formelle Erklärung sei, sondern dass in den freundschaftlichen Gesprächen zwischen Attolico und Litwinow hier in Moskau Attolico die Ansicht vertreten habe, dass der Litwinow-Pakt nur ein Gegenschlag gegen den Mussolini-Pakt⁵ sei. Dies habe Potjemkin in Abrede gestellt; der Sowjetregierung sei der Mussolini-Pakt nicht sympathisch, aber es träfe nicht zu, dass er solche Gegenwirkungen wie den Litwinow-Pakt ausgelöst habe.

Ich wies Herrn Krestinski darauf hin, dass die deutsche Öffentlichkeit den Litwinow-Pakt sehr viel ruhiger beurteilt habe, dass Deutschland aber von der Sowjetpresse wegen des Mussolini-Paktes viel heftiger angegriffen worden sei als Italien selbst.

Meine Frage, ob Finnland vorbehaltlos beigetreten sei⁶, bejahte Herr Krestinski. Die Frage der Vorbehalte sei mehr eine innerpolitische finnische Erörterung gewesen.

Bei Besprechung beiderseitiger Urlaubspläne wurde dann auch der Kissinger Aufenthalt von Herrn Krestinski (vgl. Brief an Ministerialdirektor Meyer⁷) besprochen.

Zum Schluss wandte sich das Gespräch den allgemeinen deutsch-sowjetischen Beziehungen zu. Herr Krestinski sagte, dass die Sowjetregierung gewisser-

¹ Die Nummer ist handschriftlich eingefügt.

² Am 20. 7. 1933 empfing Hitler in München den Leiter der Genfer Abrüstungskonferenz Arthur Henderson, der die Möglichkeiten einer Fortsetzung der Konferenz sondierte.

³ Die UdSSR und Italien unterzeichneten am 2. 9. 1933 in Rom einen Freundschafts-, Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 277, S. 494–496.

⁴ Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

⁵ Viermächte-Pakt; vgl. Dok. 50, Anm. 15.

⁶ Finnland ratifizierte seinen Beitritt zu der Londoner Konvention am 31. 1. 1934.

⁷ Vgl. Dok. 153.

maßen auf eine prinzipielle deutsche Stellungnahme hinsichtlich der deutsch-sowjetischen Beziehungen warte.

Ich erwiderte mit dem höchsten Erstaunen, dass ich einen Grund für **diese Erwartung**⁸ nicht finden könne. Es sei vielmehr an uns, auf Erklärungen der Sowjetregierung zu warten, da die Sowjetregierung ihre politische Haltung gegenüber Deutschland geändert habe. Ich erörterte sodann in lebhafter Weise noch einmal die politische Entwicklung der vergangenen Monate, wies darauf hin, dass Ende Mai alle Voraussetzungen für ein stabiles freundschaftliches deutsch-russisches Verhältnis gegeben gewesen seien, dass dann aber die Sowjetregierung ihrerseits sich auf allen Gebieten von der deutschen Orientierung gelöst habe. Ich belegte dies im Einzelnen mit Beispielen.

Herr Krestinski erwiderte, dass die Sowjetöffentlichkeit eben noch immer nicht ganz davon überzeugt sei, dass die Deutsche Regierung die frühere Russlandpolitik beibehalten wolle. Im Einzelnen zitierte er als Beweis dafür die Begünstigung der russischen Nationalsozialisten⁹ sowie die Sympathien, die von deutschen nationalsozialistischen Kreisen Japan entgegengebracht würden.

Auf meinen Einwand, dass mir von solchen Sympathie-Bekundungen in der Presse und der Öffentlichkeit nichts bekannt sei, erwiderte er, dass der Sowjetregierung zuverlässige Nachrichten darüber vorlägen.

Ich erwiderte, dass dies alles Sachen von minderer Bedeutung seien. Hinsichtlich der Haltung der Sowjetregierung sei aber die Tatsache entscheidend, dass eben die parteimäßigen Einflüsse in die offizielle Sowjetpolitik hineinspielen.

Herr Krestinski lehnte dies sehr nachdrücklich ab, viel nachdrücklicher als bei unserer ersten Unterhaltung über dieses Thema vor einigen Wochen¹⁰. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass nach einigen Schwankungen, die vielleicht einige Monate dauern könnten, das deutsch-sowjetische Verhältnis sich in alter Intensität wieder herstellen lassen könnte.

Auf dem ersten Blatt unten ist der handschriftliche Vermerk: A 9 geheim. Auf dem letzten Blatt befindet sich der Vermerk: Hiermit Herrn B.R. von Twardowski, L.R. Hilger zur gefl. Kenntnis. Z. d. A. Paraphen von Dirksens, von Twardowskis und Hilgers mit Tagesdatum 26. 7.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429677–429680.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: die Erwartungen.

⁹ Gemeint ist die Emigrantenorganisation Rond. Vgl. Dok. 140, 151, 158.

¹⁰ Vgl. Dok. 124.

Nr. 166

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschaftsrat von Twardowski**Geheim
Expl. Nr. 8Tagebuch
N. N. KrestinskijEMPFANG DES BOTSCHAFTSRATES TWARDOWSKI,
27. Juli 1933

Twardowski weilte über ein halbes Jahr nicht in Moskau, da er zum Mitglied der deutschen Delegation für die Abrüstungskonferenz berufen worden war. Er kehrte vor einigen Tagen zurück und wandte sich mit der Bitte an mich, ihn zu empfangen, um mir nach seiner Rückkehr nach Moskau seine Aufwartung zu machen.

Da Twardowski aber ein alter Bekannter und ein Mensch mit einem klar ausgeprägten politischen Verstand ist, der sich immer die sowjetisch-deutschen Beziehungen nah zu Herzen nahm, konnte sich das Gespräch selbstverständlich nicht auf den Austausch von Begrüßungsfloskeln beschränken, sondern es erstreckte sich auf den gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR. Twardowski hat ungefähr vier Monate in Genf zugebracht, danach war er in Urlaub und erst auf dem Rückweg machte er für zwei Wochen in Berlin Station. In dieser Zeit lernte er Göring kennen, traf mit Goebbels zusammen, den er seinerzeit bei seinem Aufenthalt in Berlin vor einem Jahr kennengelernt hatte, und schloss Bekanntschaft mit einigen weniger prominenten Nationalsozialisten, die dennoch eine mehr oder weniger wichtige Rolle spielen.

Sein Eindruck ist, dass auf deutscher Seite vollends die Bereitschaft und der Wunsch bestehe, die früheren freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR fortzusetzen. In Berlin trage man aber dem Rechnung, dass es auf sowjetischer Seite nicht mehr das frühere Vertrauen gebe und dadurch die Politik des Abwartens der sowjetischen Regierung in Bezug auf Deutschland bestimmt werde. In der deutschen Öffentlichkeit und in Regierungskreisen sei man darüber verstimmt, dass unsere Presse den Ton gegenüber Deutschland nicht nur radikal geändert habe, sondern sogar aus französischen und **englischen**¹ Zeitungen Fasseleien über die deutsche Aufrüstung nachgedruckt würden. Er sei ebenso wie Dirksen der Meinung, dass die deutsche Seite bereits ihren guten Willen gezeigt habe und wir unsere Vorsicht und unser Misstrauen abbauen könnten.

Ich zählte Twardowski die Tatsachen der letzten Zeit auf: die Reise Rosenbergs nach London, das Memorandum Hugenbergs, die Rede Posses in der Wirtschaftskommission², die Schauernmärchen von roten Flugzeugen über Berlin, die Ausstellung von Hungerbriefen, die antisowjetische Kampagne unter der Losung der Hilfe für die hungernden Deutschen, die Aufnahme von russischen Weißgardisten in nationalsozialistische Abteilungen. Alle diese Tatsachen zwängen uns

¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: deutschen.

² Vgl. Dok. 135, Anm. 20.

dazu, der außenpolitischen Linie Deutschlands mit Misstrauen zu begegnen. Ich wisse, dass die deutsche Presse sich in den letzten zwei Wochen etwas beruhigt habe und weniger Ausfälle uns gegenüber bringe. Doch von uns werde das logischerweise darauf zurückgeführt, dass Anfang Juli der englisch-sowjetische Konflikt beigelegt und auf unsere Initiative zwei internationale Konventionen unterzeichnet worden seien. Die Verbesserung unserer internationalen Stellung, insbesondere die Beilegung des Konfliktes mit der englischen Regierung, habe der Führung der Nationalsozialistischen Partei gezeigt, dass es in naher Zukunft nicht gelingen werde, einen Block gegen uns zu organisieren, und es deshalb erforderlich sei, den Weg einer vorübergehenden Regelung der Beziehungen zur UdSSR zu beschreiten. Die diesem Motiv folgende vorübergehende Einstellung der antisowjetischen Aktionen in Deutschland könne bei uns nicht den unangenehmen Nachgeschmack und das Misstrauen beseitigen.

Twardowski antwortete Folgendes: Die Reise Rosenbergs nach London sei nicht mit Hitler³ abgestimmt gewesen, als Folge der Reise habe sich das Verhältnis zwischen ihnen verschlechtert, der Einfluss Rosenbergs sei zurückgegangen. Das Hugenberg-Papier sei von uns nicht richtig interpretiert worden. Außerdem hätte es seine persönlichen Ansichten wiedergegeben und sei ein Grund für seinen Rücktritt gewesen. Posse sei seit 1925 ein aktiver Anhänger der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR. Seine Rede sei ebenfalls tendenziös interpretiert worden. Twardowski stimme zu, dass sowohl das Hugenbergsche Memorandum als auch die Rede Posses willkommene Anlässe geboten hätten, um eine Kampagne bezüglich der antisowjetischen Absichten Deutschlands zu entfachen. Doch er verneine, dass das Auftreten sowohl Hugenbergs und als auch Posses tatsächlich von antisowjetischen Stimmungen durchdrungen gewesen sei.

Ich antwortete Twardowski, dass sich der Rücktritt Hugenbergs natürlich auch mit ganz anderen, innenpolitischen Gründen erklären lasse und sein Memorandum diesen Rücktritt in keiner Weise verursacht und schon gar nicht beschleunigt habe. Das Argument der deutschen Seite, dass in unserer Presse und in unserer Note Zitate unvollständig angeführt worden seien, die den Sinn des Memorandums verfälschten⁴, sei bedeutungslos. Denn: wenn man den vollständigen und exakten Wortlaut des Memorandums nehme, so könne man ihn nicht anders als ein Programm für die politische und insbesondere für die wirtschaftliche Expansion in Richtung Osten verstehen. Was die Rede Posses betreffe, so habe seine vor dem Forum der internationalen Konferenz prononciert vorgetragene und demonstrative Erklärung darüber, dass es unmöglich sei, mit Staaten ein Abkommen über Meistbegünstigung abzuschließen, die das Außenhandelsmonopol eingeführt haben, einen ausgeprägt antisowjetischen Charakter getragen, die als Versuch gewertet werden **könne**⁵, alle bürgerlichen Kräfte gegen uns zu mobilisieren.

³ Hitler hatte im Gespräch mit dem britischen Botschafter in Deutschland, Sir Horace Rumbold, am 11. 5. 1933 die Reise Rosenbergs nach London als eine Privatreise, ohne einen offiziellen Auftrag, bezeichnet. Sie hätte jedoch das Ziel gehabt, „dort sich ein persönliches Bild von der Stimmung in England zu machen und, wenn möglich, aufklärend über die Vorgänge in Deutschland zu wirken“. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 223, S. 400.

⁴ Vgl. Dok. 119.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Twardowski fuhr fort: Ich habe im April mit Hitler gesprochen, jetzt mit Göring und Goebbels. In Genf habe ich zwei Wochen lang mit Oberst Haselmayr zusammengearbeitet, der die militärische Abteilung in der Nationalsozialistischen Partei leitet. Seine Stellung in der Nationalsozialistischen Partei in Bezug auf die Reichswehr ist mit der Stellung Rosenbergs in der auswärtigen Politik vergleichbar; doch stehe Haselmayr Hitler näher als Rosenberg und verfügt somit über einen größeren Einfluss. In den zwei Wochen habe Twardowski mehrmals und längere Gespräche mit Haselmayr über die Politik der Nationalsozialistischen Partei gegenüber der Sowjetunion geführt. Haselmayr habe gesagt, es sei nötig, eine enge Zusammenarbeit mit England anzustreben, wobei er mehrfach den Vorbehalt geäußert habe, dass ein Bündnis mit England nicht dazu gebraucht werde, um irgendwelche antisowjetischen Ostpläne zu verwirklichen, sondern um die Sicherheit Deutschlands vor Frankreich zu gewährleisten. Göring sei zweifellos ein Anhänger der Fortführung der bisherigen Freundschaftspolitik mit der UdSSR. Auch Goebbels habe nichts gegen diese Politik einzuwenden.

Doch Twardowski berücksichtigt die Tatsache, dass sich in den Beziehungen zwischen unseren Staaten ein Riss aufgetan habe und wir der Außenpolitik der jetzigen deutschen Regierung großes Misstrauen entgegenbrächten. Er verstehe, dass für die Beseitigung dieses Misstrauens und für die Abdichtung des Risses eine gewisse Zeit erforderlich sei. Er sei außerdem der Auffassung, dass das Misstrauen nur aus der Welt geschafft werden könne, wenn im Vorfeld ein freimütiger Meinungsaustausch zwischen autorisierten Vertretern beider Regierungen geführt werde.

Er meine, dass die Zeit für ein solches Treffen und für einen Meinungsaustausch noch nicht herangereift sei. Außerdem verstehe er, dass es auf dem Weg zu einem solchen Meinungsaustausch viele Hindernisse gebe, sowohl technischer als auch prestigeträchtiger Art. Wir seien der Auffassung, dass die deutsche Regierung nicht nur den Worten nach, sondern auch durch Taten ihren guten Willen und ihre Aufrichtigkeit bezüglich einer Fortführung der bisherigen Politik beweisen müsse. Die deutsche Regierung meine, dass sie bereits genügend dafür getan habe, das Misstrauen auf unserer Seite zu zerstreuen, und es unangebracht wäre, uns weiterhin mit Bitten zu bestürmen, zu den früheren Beziehungen zurückzukehren. Es sei die Sache der Diplomaten, wenn sie aufrichtige Anhänger für eine Wiederherstellung der früheren Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland seien, diese Prestigemomente aus dem Weg zu räumen und die erforderlichen Begegnungen und den Meinungsaustausch zu organisieren.

Das gesamte Gespräch wurde vertraulich geführt. Zum Abschluss bat Twardowski in ebenfalls vertraulicher Weise, meine Aufmerksamkeit nochmals darauf zu lenken, welch überaus ungünstigen Eindruck die in letzter Zeit nicht nur in der „Pravda“⁶, sondern auch in der „Krasnaja zvezda“⁷ erschienenen Artikel über die

⁶ Vgl. „Vooruženija Germanii“ (Die Aufrüstung Deutschlands). In: Pravda vom 3. Juli 1933, S. 4; „Vozdušnye vooruženija Germanii“ (Die Luftwaffenrüstung Deutschlands). In: ebd. vom 7. Juli 1933, S. 4; „Francuzskaja pečat' o germanskich vooruženijach“ (Die französische Presse über die deutsche Aufrüstung). In: ebd. vom 9. Juli 1933, S. 2. „Dejli Telegraf o germanskich vooruženijach“ (Der ‚Daily Telegraph‘ über die deutsche Aufrüstung). In: ebd. vom 24. Juli 1933, S. 4.

⁷ Vgl. „Vooruženija Germanii. Soobščeniya francuzskoj pečati“ (Die Aufrüstung Deutschlands. Berichte der französischen Presse). In: Krasnaja zvezda vom 10. Juli 1933, S. 4; „Germanskije vooruženija na more. Soobščeniya ‚Pol'ska zbrojna‘“ (Die deutsche Aufrüstung zu Wasser. Be-

deutsche Aufrüstung in der gesamten Regierung und insbesondere in der Reichswehr hinterlassen haben.

N. Krestinskij

Vermerk von F. V. Linde: an die Gen. Šejnin und Levin. 28. VII.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1479 vom 28. 7. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[exemplare]. 5 [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], 1 [Expl.] nach Berlin, 1 an die 2. West[abteilung], 1 [Expl.] an Gen. Stalin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 293–290. Kopie.

Nr. 167

Aufzeichnung der Unterredung des Ministerialdirektors im AA Ritter mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov

Berlin, den 28. Juli 1933

Aktenvermerk

Botschaftsrat Bessonow von der Sowjet-Botschaft war heute bei mir. Er begann gleich damit, dass nach einer Zeitungsnotiz im Pester Lloyd vom 23. 7.¹, aber auch nach anderen Zeitungsmeldungen wir mit Ungarn einen Vertrag über die Einfuhr größerer Mengen Weizen geschlossen hätten. Bei den letzten Besprechungen im R.W.M. und R.M.f.E.u.L.² über den Bezug von russischem Getreide sei den russischen Herren gesagt worden, dass wir auch aus Russland Weizen einführen werden, wenn wir aus Ungarn Weizen beziehen. Er frage daher, in welcher Form diese Zusage eingelöst werde. Ich sagte ihm, dass bei den jetzigen Verhandlungen mit Ungarn kein Abkommen abgeschlossen worden sei, auf Grund dessen auch nur ein Kilogramm Weizen oder anderes Getreide aus Ungarn nach Deutschland eingeführt werde. Ich hätte gewünscht, dass die Russische Botschaft zur Geltendmachung angeblicher Ansprüche sich nicht auf falsche Informationen in ausländischen Blättern beziehe, sondern zu ihrer Information die Erklärungen benütze, die von der allerzuständigsten Stelle in der deutschen Presse gegeben werden. In der DAZ³ von gestern Abend habe der Min. Dir. Moritz zur Widerlegung dieser falschen Nachrichten im Pester Lloyd erklärt, dass Deutschland nicht beabsichtige, in diesem Jahr Getreide nach Deutschland einzuführen. Ich bäte, dass die Russische Regierung diese Information zugrunde lege und nicht die im Pester Lloyd.

richte der „Polska Zbrojna“). In: ebd. vom 11. Juli 1933; „Inostrannaja pečat' o vooruženijach Germanii“ (Die ausländische Presse über die Aufrüstung Deutschlands). In: ebd. vom 14. Juli 1933, S. 4; „Vooruženija Germanii“ (Die Aufrüstung Deutschlands). In: ebd. vom 24. Juli 1933, S. 1.

¹ „Zusatzabkommen zum deutsch-russischen Handelsvertrag“. In: Pester Lloyd vom 23. Juli 1933, Morgenblatt, S. 13.

² Vgl. Dok. 154, 160.

³ „Getreidejahr 1933. Zurück zu natürlichen und gerechten Marktverhältnissen“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 1933, Abendausgabe, S. 1.

Ich führte weiter aus, dass im Übrigen Russland auf Grund des Protokolls vom 2. Mai zurzeit keinen formalrechtlichen Anspruch habe, dass Deutschland von Russland Getreide beziehe. Ziff. 2 des Protokolls sei zeitlich dadurch erledigt, dass sie sich nur auf das Erntejahr bis 30. Juni 1933 beziehe⁴. Ziff. 4 sei zurzeit nicht aktuell, da „die Präferenzverträge nicht laufen“. Bessonow versuchte, diese Auslegung zu bestreiten. Er sagte, der Nebensatz „solange die Präferenzverträge laufen“ beziehe sich nicht auf das Getreide-Wirtschaftsjahr 1933/34, sondern auf Verhandlungen „in den folgenden Jahren“. Er berief sich dabei darauf, dass er damals bei den Verhandlungen beteiligt gewesen sei und dass – vielleicht nicht in dem Protokoll, aber damals bei den mündlichen Verhandlungen – man klar unterschieden habe zwischen einer ersten Periode Getreide-Wirtschaftsjahr 1932/33/34 und „den folgenden Jahren“. Der Bezug in der ersten Periode sollte unabhängig sein davon, ob die Präferenzverträge tatsächlich in Kraft treten. Ich bestritt diese Auslegung und bezog mich dabei auch auf den Wortlaut der Ziff. 4. Aus dem Wort „auch“ gehe hervor, dass der Nachsatz „so lange die Präferenzverträge laufen“ sich auch auf den ersten Teil des Satzes beziehe. Aber abgesehen davon, ob der Nachsatz „so lange die Präferenzverträge laufen“ sich auch auf den ersten Teil des Satzes beziehe oder nicht, liege auch zurzeit eine andere Voraussetzung nicht vor, nämlich dass Russland nach der Ziff. 4 nur einen Anspruch auf Beteiligung „an der Deckung des Einfuhrbedarfs“ habe. Wie aus der Erklärung von Moritz hervorgehe, bestehe wenigstens zurzeit ein Einfuhrbedarf nicht. Daher habe Russland auch keinen formalrechtlichen Anspruch. Die Berechtigung dieses Arguments wenigstens für die gegenwärtige Beurteilung der Lage des Getreide-Wirtschaftsjahrs gab Bessonow zu.

Ich knüpfte daran die Bemerkung, dass ich unter anderen Umständen die formalrechtliche Basis nicht so sehr in den Vordergrund geschoben hätte und wahrscheinlich bereit gewesen wäre, auch ohne eine rechtliche Verpflichtung mit Russland über weitere Möglichkeiten auf dem Gebiete der Getreide-Einfuhr zu sprechen. Unter den gegenwärtigen Umständen, wo von Moskau aus eine sehr unerfreuliche Haltung gegenüber Deutschland eingenommen werde, lehne ich persönlich es aber ab, über die bestehende Rechtslage hinaus weitere Verpflichtungen zum Bezuge von Getreide aus Russland zu übernehmen. Wenn der Ton aus Moskau sich ändere, dann wäre ich auch bereit, etwaige Möglichkeiten erneut zu prüfen. Diese Bemerkung gab Herrn Bessonow Anlass, auf die Londoner Vorgänge mit dem Hugenberg-Statement zurückzukommen. Ich legte ihm den Hergang der damaligen Vorgänge in London im Einzelnen dar, um die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, dass nach diesem Verlauf der Dinge, über die Herr Litwinow von mir bis ins Einzelne informiert worden sei, Herr Litwinow und die Regierung in Moskau keinen Anlass gehabt hätten, aus dem Zwischenfall Hugenberg-Statement eine solche Pressehetze gegen Deutschland herzuleiten. Ich ging mit ihm den Wortlaut der letzten zwei Absätze des Hugenberg-Statements⁵ durch, um ihm nachzuweisen, dass die in der russischen Presse gezogenen Schlussfolgerungen über deutsche Absichten auf russisches Gebiet unberechtigt und tendenziös entstellt seien. Herr Bessonow kam dann auf angebliche frühere Erklärungen in der gleichen Richtung

⁴ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

⁵ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

des Herrn Reichskanzlers, des Preuß. Ministerpräsidenten Herrn Göring gegenüber dem hiesigen französischen Botschafter⁶, des Herrn Rosenberg gelegentlich seines Aufenthaltes in der Schweiz und des Mitgliedes der Deutschen Botschaft Fürsten Bismarck gegenüber amerikanischen Journalisten in London⁷ zu sprechen. Ich sagte ihm, alle diese Äußerungen stützten sich auf falsche Behauptungen. Bezüglich des Gesandtschaftsrats Fürsten Bismarck liege außerdem anscheinend auch noch eine Personalverwechslung vor mit dem Landrat von Bismarck. Für die Russische Regierung habe allein zu gelten die offizielle Erklärung des Herrn Reichskanzlers, dass durch die Umwälzung im Innern sich an dem politischen Verhältnis gegenüber Russland nichts geändert habe⁸.

Diese deutlich, aber sehr freundschaftlich geführte Unterredung schloss Herr Bessonow mit der Bemerkung, dass es unter diesen Umständen anscheinend keinen Zweck habe, über Getreidegeschäfte zu sprechen. Ich habe ihm das bestätigt.

Vorzulegen dem Herrn Staatssekretär[,] der Abt. IV[,] Herrn V.L.R. Ulrich.

gez. Ritter

Vermerk auf dem ersten Blatt oben: Abdruck für Hrn. M.D. Ritter.

PA AA, R 105702, o.P., 4 Bl.

Nr. 168

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim

Tagebuch

N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN, 1. August 1933

1. Dirksen sagte, dass er mir diesmal bereits offiziell mitteile, worüber er bei der letzten Begegnung¹ nur vertraulich gesprochen hatte, und zwar, dass von der japanischen Regierung das Agrément für seine Ernennung zum Botschafter in Tokio eingegangen und der Beschluss der Regierung zu seiner Ernennung bereits erfolgt sei².

Zugleich sei er beauftragt, die Sowjetische Regierung zu bitten, seinem Nachfolger, dem jetzigen deutschen Botschafter in der Türkei, Richard³ Nadolny, das Agrément zu erteilen. Nadolny sei uns sicherlich aus den Berichten von Suric gut bekannt. Außerdem würden die meisten von uns ihn persönlich kennen, deshalb meine er, dass es nicht nötig sei, ihn ausführlich vorzustellen.

⁶ Vgl. Dok. 35, Anm. 2.

⁷ Vgl. Dok. 115, Anm. 2.

⁸ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

¹ Am 25. 7. 1933. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 90, d. 11, l. 180.

² Die Ernennung von Dirksens zum Botschafter in Japan erfolgte am 31. 8. 1933.

³ So im Dokument; richtig: Rudolf.

Ich erklärte mich damit einverstanden und stellte lediglich zwei Fragen. Ich fragte erstens, wie alt Nadolny jetzt sei. Dirksen antwortete, dass er in diesen Tagen 60 Jahre alt werde⁴. Weiter fragte ich, wie das Verhältnis Nadolnys zu Hitler und generell zur Führung der Partei der Nationalsozialisten sei. Mir sei bekannt, dass Hindenburg sehr große Stücke auf Nadolny halte und ich wisse, dass er ein gutes Verhältnis zu Neurath habe. Doch in welchem Maße stehe er der jetzigen Führung der Regierung nahe und ob er gegenüber der Regierung ^{**}über Einfluss verfüge^{**5}? Dirksen antwortete, dass einigen Verlautbarungen zufolge ^{*}Nadolny bereits vor einem halben Jahr in die Partei der Nationalsozialisten⁶ eingetreten sein solle^{*7}. Allerdings seien diese Informationen wieder dementiert worden, und deshalb könne Dirksen nicht absolut versichern, dass dem so sei. Jedenfalls könne man mit Sicherheit sagen, dass Nadolny der Führung der Nationalsozialisten sehr nahe stehe und man ihm dort Vertrauen entgegenbringe.

^{**}Ich versprach^{**8} Dirksen, der Regierung Bericht zu erstatten und bezüglich Nadolny in einigen Tagen eine Antwort zu geben⁹.

Dirksen sagte, dass er nach Berlin an Staatssekretär von Bülow geschrieben habe, der gegenwärtig, da sich Neurath in Urlaub befinde, das Ministerium leite, und dass er beabsichtige, am 15. August für ungefähr zwei Monate in Urlaub zu gehen, und danach noch für einige Wochen nach Moskau fahren werde. In den nächsten Tagen erwarte er die Antwort, und dann könne er mir bereits definitiv sagen, wann man in Moskau die Ankunft des neuen Botschafters erwarten kann.

2. Dirksen würde vor seiner Abreise in den Urlaub oder wenigstens vor seiner endgültigen Abreise sehr gern von Molotov empfangen werden, um sich persönlich von ihm zu verabschieden und mit ihm über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu sprechen. Ich antwortete, dass es meiner Meinung nach besser wäre, nach der Rückkehr Dirksens aus dem Urlaub und vor seiner endgültigen Abreise aus Moskau um einen Empfang bei Molotov nachzusuchen, da es letzterem vermutlich jetzt schwer fallen wird, Zeit für einen Empfang Dirksens zu erübrigen. Dirksen sagte, dass es ihm angenehmer wäre, jetzt empfangen zu werden, weil er dann, wenn er in Berlin sei, das übermitteln könnte, was er direkt von Molotov zur Einschätzung unserer Regierung hinsichtlich der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu hören bekomme. Doch er möchte auf keinen Fall auf einem Empfang bestehen, falls dies meiner Meinung nach für Molotov gegenwärtig beschwerlich sein sollte. Er wäre mir dankbar, wenn ich diese Frage sondieren und ihm sagen könnte, ob er jetzt oder nach der Rückkehr aus dem Urlaub bei Molotov um einen Empfang bitten solle.

^{*}Ich versprach, dies zu tun und in 2–3 Tagen eine Antwort zu geben¹⁰.

3. Schließlich lenkte Dirksen, bereits bei der Verabschiedung, meine Aufmerksamkeit darauf, dass in der Nummer der „Krasnaja Zvezda“¹¹, dem offiziellen

⁴ Nadolny wurde am 12. 7. 1873 geboren.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Einfluss nehme.

⁶ Nadolny war nicht Mitglied der NSDAP; vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes: 1871–1945, Bd. 3, S. 342–344.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Die Wörter sind über die Zeile geschrieben.

⁹ Vgl. Dok. 171.

¹⁰ Molotov empfing von Dirksen am 4. 8. 1933. Vgl. Dok. 172.

¹¹ Der Zeitungsname ist unterstrichen.

Organ des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten, vom 23. Juli ein Artikel¹² erschienen sei, in dem Vergleichszahlen für die Armeen aller Länder angeführt seien. Dort wurde u.a. ausgeführt, dass Deutschland 1925 ein Heer von 100 000 Mann besessen habe, die derzeitige Stärke der deutschen Armee jedoch bei 400 000–450 000 Mann liege^{*13}.

Dirksen erinnerte mich daran, dass die deutsche Regierung, die Reichswehr und insbesondere er persönlich sehr sensibel auf jegliche Berichte über die deutsche Rüstung reagieren, besonders dann, wenn sie einer solchen Quelle wie unserem offiziellen Organ, das im Ausland als ein Deutschland freundliches und gut unterrichtetes Organ gelte, entspringen. Die in der „Krasnaja Zvezda“ angeführten Zahlen würden von allen Gegnern Deutschlands als verlässlich und nicht in Frage stehend aufgefasst werden. *Dirksen bat mich sehr, ich möge seine letzte Bemerkung Gen. Vorošilov zur Kenntnis bringen^{*14}.

N. KRESTINSKIJ

Anweisung K. E. Vorošilovs: „Mir ist die Nr. der Kr[asnaja] Zvezda zu geben, wo es um die deutschen Rüstungen geht.“

Unten befindet sich der Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS mit der Eingangs-Nr. 3209 vom 1. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Kopien und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Stalin, Molotov, Vorošilov, nach Berlin, an die 2. Westabteilung.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 95–97. Kopie.

¹² „Inostrannaja pečat' o voruženijach Germanii“ (Die ausländische Presse über die Aufrüstung Deutschlands). In: Krasnaja zvezda vom 14. Juli 1933, S. 4. Darin wird der Inhalt eines Artikels in der „Gazeta Polska“ vom 16./17. Juni 1933 wiedergegeben. Darin hieß es: „Dank verschiedener Kombinationen und Zugeständnisse der Verbündeten ist es der Reichswehr faktisch gelungen, bis zum Jahr 1933 Reservisten in einer Stärke von 350 000 Mann auszubilden.“ Nicht am 23. 7., sondern am 24. 7. 1933 brachte die „Krasnaja zvezda“ einen Artikel zur deutschen Aufrüstung; zur Berichterstattung der „Krasnaja zvezda“ vgl. Dok. 166, Anm. 7.

¹³ Der Absatz ist am linken Seitenrand zweimal angestrichen. Zum Text des Absatzes gibt es die Bemerkung von Vorošilov: „Gen. Landa ist zu zeigen, es ist interessant, wie er sich unsere Politik gegenüber Deutschland vorstellt. Gen. Landa ist daran zu erinnern, dass die „Kr[asnaja Zvezda]“ das Organ des RVS ist, und ob er sich darüber im Klaren ist, was sich daraus ergibt. V“.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen. In der Aufzeichnung von Dirksens vom 2. 8. 1933 über diesen Teil der Unterredung ist vermerkt, dass Krestinskij auf die Ausführungen des Botschafters die Zusage gegeben habe, hinsichtlich der angeschnittenen Frage mit Vorošilov zu sprechen. Vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429684.

Nr. 169

Schreiben des Vizekanzlers von Papen an Reichskanzler Hitler

den 1. August 1933

F. von Papen
Stellvertreter des Reichskanzlers
Berlin W 9
Vosstrasse
Fernspr.: A2 Flora 6941
z. Zt. Wallerfangen/Saar
Herrn
Reichskanzler Adolf Hitler

Sehr verehrter Herr Kanzler!

Anlässlich unserer vorgestrigen Besprechung über die außenpolitische Lage habe ich vergessen, Ihnen einen Gedanken zu unterbreiten, der sich mit der psychologischen Verbesserung unserer Gesamtlage befasst.

Die Nachrichten, die allerorten über die Zustände in Russland vorliegen, sind entsetzlich. Auch Mussolini bestätigte mir¹, dass nach seinen Berichten wahrscheinlich viele Millionen Menschen dem Hungertode geweiht sind. Nach weiteren Meldungen soll sich darunter ein hoher Prozentsatz von Deutsch-Russen befinden. Während die Weltmeinung sich fast ausschließlich und in schärfster Kritik mit den Geschehnissen in Deutschland befasst, nimmt sie in keiner Weise irgendwie Notiz von der jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Entwicklung in Russland.

Im Gegenteil wird durch die neuen Ostpakete², die französische und amerikanische Haltung das dortige Regime moralisch unterstützt. Wenn Sie in dieser Lage sich an die Spitze eines großen, die gesamten zivilisierten Staaten umfassenden Hilfswerks für die verhungernenden Russen stellen würden, so würde das meines Erachtens eine gewaltige moralische Stärkung unserer Position bedeuten. Sie müssten gleichzeitig an alle Regierungen einen Aufruf erlassen, diesem Hilfswerk beizutreten, das man ungeachtet des von uns aufs schärfste bekämpften sowjetischen Regimes im Interesse der Menschlichkeit unternimmt. Neben dem moralischen Gewinn, der in der Aktion selbst begründet liegt, würde sie insbesondere den Franzosen und allen denen, die heute damit beschäftigt sind, die öffentliche Meinung der Welt gegen Deutschland aufzubringen, den Wind aus den Segeln nehmen und unsere allgemeine Lage für den Herbst wesentlich verbessern.

Ich bitte Sie, diese Frage einmal ernstlich zu prüfen. Sollten Sie ihr im Prinzip zustimmen, so könnte das Material über die russischen Zustände als Unterlage zu dem an die anderen Regierungen zu richtenden Aufruf sofort durch das A. A. beschafft werden.

An Cerruti habe ich einige Worte im Sinne unserer Besprechung bezüglich der österreichischen Frage geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 66, Anm. 10.

² Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

Dass Herr Wasserbäck³ meinen Privatbrief an ihn zu einer politischen Aktion benutzt hat, ist eine Verfrorenheit, die ich ihm nicht zugetraut hatte.

Ich stehe noch ganz unter dem Eindruck der wundervollen Stuttgarter Tagung⁴ und hoffe, dass Sie eine nicht zu schlechte Heimfahrt gehabt haben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr getreuer

Papen

Grußformel und Unterschrift sind handschriftlich geschrieben. Auf Kopfbogen von Papens geschrieben. Auf dem ersten Blatt oben befinden sich handschriftliche Vermerke: Rk 4473, die Paraphe Tho[msen], darunter Vertraulich und zum Büro am 26. 9. 33 mit Paraphe. Unten der handschriftliche Ländervermerk: Russland.

BArch, R 43 II/ 1488, Bl. 371519–371521.

Nr. 170

**Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Leiter der
Politabteilung der MTS in Akkarža Poljanskij**

Chiffriert

Nr. 1352/š

12–45 [Uhr]

2/VIII 33

An den

Leiter der Politabteilung der MTS in Akkarža, Rayon Spartakovsk,

Gebiet Odessa, Gen. Poljanskij. NR 1/s

Kopie an den Sekretär des Obkom von Odessa, Veger

an den Leiter des Politischen Sektors Oblzu von Odessa, Temkin

Als Antwort auf die in deutschen Kolchosen eingetroffenen Postsendungen¹ der **Hilfsgesellschaft „Fast und Brilliant“ aus Berlin**² haben Sie dafür Sorge zu tragen, dass in diesen Kolchosen auf Versammlungen entsprechende Beschlüsse gefasst werden, die eingegangenen Gelder an den Hilfsfond der MOPR für die Opfer des deutschen Faschismus zu überweisen. PR. 1352/š

Sekretär des ZK

Kaganovič

³ Erwin Wasserbäck, bis Juni 1933 Presseattaché an der Gesandtschaft Österreichs in Berlin. Zum Vorgang vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 298, S. 542; Dok. 307, S. 551–552; Dok. 310, S. 555–556; Dok. 313, S. 562.

⁴ Am 30. 7. 1933 sprach Hitler vor mehr als 100 000 Menschen auf der Schlusskundgebung des 15. Deutschen Turnfestes.

¹ Gemeint sind die Geldüberweisungen. Die im Rahmen der Kampagne „Brüder in Not“ zur Hilfe der deutschen Diaspora in der UdSSR abgeschickten Päckchen wurden nicht ins Land gelassen. Vgl. Dok. 157.

² Der Text ist von Kaganovič korrigiert; ursprünglich lautete die Passage: aus Berlin durch die Hilfsgesellschaft „Fast und Brilliant“.

Eigenhändige Unterschrift.
Vermerk: P[oskrebyšev].

RGASPI, f. 17, op. 167, d. 38, l. 201. Original.

Nr. 171

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 4

1385

3. August [1933]

An den
Generalsekretär des ZK der VKP (B),
Gen. STALIN
Kopie: an Gen. MOLOTOV

Werter Genosse,

der englische Geschäftsträger¹ erbittet im Auftrag seiner Regierung das Agrément für den zum neuen englischen Botschafter ernannten Lord Chilston.

Dirksen bittet um das Agrément für seinen Nachfolger Nadolny.

[...]²

Nadolny strebt schon seit langem nach dem Botschafterposten in Moskau. Er beherrscht die russische Sprache und arbeitete bereits vor 30 Jahren, vor dem Abschluss des russisch-deutschen Handelsabkommens von 1904³, auf dem Gebiet der deutsch-russischen Handelsbeziehungen und war an der Vorbereitung dieses Abkommens beteiligt. Nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrages hatte uns die deutsche Regierung vorgeschlagen, als ersten deutschen Botschafter zwischen Brockdorff-Rantzau und Nadolny, der damals deutscher Gesandter in Schweden⁴ war, zu wählen. Wir hatten Brockdorff-Rantzau den Vorzug gegeben. Unser damaliger Bevollmächtigter Vertreter in Schweden, Gen. Osinskij⁵, berichtete, dass Nadolny sich nicht besonders freundlich gegenüber unserer Bevollmächtigten Vertretung verhalte. Nach dem Tod von Brockdorff-Rantzau tauchte zum zweiten Mal die Nadolny-Frage auf, obwohl wir damit nicht offiziell konfrontiert wurden. Nadolny war zu dieser Zeit bereits als deutscher Botschafter in der Türkei tätig. Da die deutsche Regierung befürchtete, dass wir uns unfreundlich gegenüber der Kandidatur Nadolnys verhalten würden, schickte sie Dirksen zu uns.

Doch Hindenburg, der Nadolny wohlgesonnen war, gab ihm das Versprechen,

¹ William Strang.

² Der ausgelassene Text bezieht sich auf die Charakteristik des britischen Botschafters Lord Chilston (l. 67).

³ Zusatzvertrag zum Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Russland vom 10. 2. (29. 1.) 1894, vom 28. 7. (15. 7.) 1904. In: Reichsgesetzblatt 1905, S. 35–154.

⁴ Nadolny war von 1920 bis 1924 Gesandter in Schweden.

⁵ Osinskij war von 1923 bis 1924 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Schweden.

dass er, Nadolny, der nächste Botschafter in Moskau sein werde. Jetzt wird dieses Versprechen eingelöst.

Nadolny arbeitet seit acht Jahren Seite an Seite mit Gen. Suric in der Türkei. Er verhält sich dort uns gegenüber außerordentlich freundschaftlich. Die Politik der deutschen Regierung uns gegenüber kritisiert er stets dahingehend, dass sie in ihrer sowjetophilen Orientierung nicht konsequent genug sei. Er erklärte und erklärt, dass er alle Anstrengungen unternehmen werde, die Linie einer ****großen****⁶ Entwicklung sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Beziehungen einzuschlagen.

In dieser Hinsicht wird es zwischen seiner Leitlinie und den Leitlinien Dirksens eine gewisse Kontinuität geben.

Er ist aber ein bei Weitem unnachgiebigerer Mensch. Er wird zielstrebigere als Dirksen uns zu Zugeständnissen bei einzelnen Konflikten veranlassen und entschiedener auf die Einhaltung der Beschlüsse des Handelsvertrages, des Abkommens über Niederlassung usw. durch uns drängen.

Es ist jedoch besser, einen Menschen als Botschafter zu haben, der seine Karriere auf die Festigung und Entwicklung der friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR gründet, als jemanden, der einen eindeutig Rosenbergischen Kurs befolgt.

Laut Mitteilung Dirksens soll Nadolny in letzter Zeit den Nationalsozialisten sehr eng verbunden sein und in deren Kreisen über Einfluss verfügen.

Das Kollegium des NKID ist deshalb der Auffassung, Nadolny das Agrément zu erteilen⁷.

Ich bitte Sie, die Beschlüsse des Kollegiums zu beiden Fragen zu bestätigen.

Da die Antwort in Agrément-Angelegenheiten gewöhnlich nicht länger als einige Tage dauert, möchte ich bitten, den Beschluss per Befragung zu fassen.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2508 vom 16. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xpl.] [Die Expl.] 1, 2, 3 an die Adressaten, [die Expl.] 4–8 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID].

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 67–69. Kopie.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 24 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 2. 8. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 21.

Nr. 172

Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau von Dirksen mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov4. 8. 1933¹Geheim!

Tgb. Nr. A/1575.

Aufzeichnung

über eine Unterhaltung mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare
Molotow am 4. August 1933

I.

Zu Beginn der Unterhaltung brachte ich Herrn Molotow zum Ausdruck, dass ich großen Wert darauf gelegt habe, ihn noch vor meiner Reise nach Berlin zu sprechen, da die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten Monaten vielen Erschütterungen ausgesetzt gewesen seien; mir läge daran, hierüber in einer offenen Sprache Klarheit zu schaffen **², damit ich meiner Regierung entsprechend Bericht erstatten könne.

Vorweg wolle ich bemerken, dass das in der heutigen „Iswestija“ veröffentlichte angebliche Interview des Reichsministers Goebbels an den Sunday Referee³ mit seiner absprechenden Äußerung über den Rapallo-Vertrag zweifellos entstellt wiedergegeben worden sei. Herr Goebbels könne eine derartige Äußerung nicht getan haben; ich hätte mit ihm im Mai eingehend über die deutsch-russischen Beziehungen gesprochen⁴; er sei dazu ganz positiv eingestellt gewesen. Ich zweifle nicht, dass ein Dementi erfolgen würde und dass damit die von der „Iswestija“ gezogenen Schlussfolgerungen auch hinfällig werden würden.

Ich gab sodann einen Überblick über die Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten Monaten: Die Übernahme der Macht in Deutschland durch ein nationalsozialistisches Kabinett habe eine gewisse Unruhe in die deutsch-sowjetischen Beziehungen gebracht. Sehr bald aber sei deutscherseits durch den Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 23. März⁵ Klarheit geschaffen und die deutsche Russlandpolitik eindeutig festgelegt worden. Dann sei Empfang Chintschuks durch den Reichskanzler⁶ und Ministerpräsidenten Göring⁷ erfolgt sowie die Verlängerung des Berliner Vertrages und die positiven Kommentare der gesamten deutschen Presse, auch der nationalsozialistischen. Damit seien deutscherseits die Voraussetzungen für eine stabile und positive deutsche Russland-Politik geschaffen gewesen.

Da die Sowjetunion ihrerseits früher auch immer den Grundsatz proklamiert

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

² Am Seitenrand befindet sich der handschriftliche Vermerk: Aussprache?.

³ So im Dokument; richtig: Review. Vgl. „Germanskij ministr agitiruet protiv Rapall'skovo dogovora“ (Deutscher Minister agitiert gegen der Vertrag von Rapallo). In: Izvestija vom 4. August 1933, S. 1.

⁴ Vgl. Dok. 105, Anm. 2.

⁵ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁶ Vgl. Dok. 79.

⁷ Vgl. Dok. 83.

habe, dass sie auch mit Ländern von ganz verschiedener Regierungsform gut befreundet sein könne, so schienen mir die Voraussetzungen für eine unveränderte Fortsetzung der bisherigen Politik auch auf der Sowjetseite gegeben.

Meine Erwartungen hätten sich aber nicht bewahrheitet; ich hätte vielmehr die Beobachtung machen müssen, dass die Sowjetregierung in den letzten Monaten sich in allen Punkten des gemeinschaftlichen politischen Denkens und Handelns von der bisherigen gemeinschaftlichen Grundlage entfernt habe.

Ich spräche hierbei nicht von den außenpolitischen Handlungen der Sowjetunion. Sowohl bei dem Abschluss der Nichtangriffsakte mit Polen und Frankreich wie bei dem Abschluss der Londoner Pakte⁸ habe sich die deutsche Öffentlichkeit ganz loyal verhalten und habe anerkannt, dass diese Verträge in legitimer Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen durch die Sowjetunion abgeschlossen seien und dass sie an sich nicht gegen Deutschland gerichtet seien. Ebenso sei die Annäherung der Sowjetunion an Frankreich in der Abrüstungspolitik sowie die zahlreichen Freundschaftsbezeugungen gegenüber Frankreich und Polen in Deutschland mit voller Ruhe aufgenommen worden.

Über diese politischen Tendenzen hinaus habe aber die Sowjetöffentlichkeit in den letzten Monaten Deutschland gegenüber eine Einstellung gezeigt, die nur so gedeutet werden könne, dass die Sowjetunion sich ganz von der bisherigen Politik Deutschland gegenüber abkehren solle: die Sprache der gesamten Presse sei so feindlich gegenüber Deutschland wie sonst in keiner anderen Presse der Welt. Der Vertrag von Versailles werde nicht mehr bekämpft, Revision nicht mehr gefordert. Stattdessen werde jetzt die These: „Revision bedeutet Krieg“ propagiert⁹.

Auch in der Korridor-Frage habe die Sowjetöffentlichkeit den deutschen Standpunkt verlassen; stattdessen schreibe Herr Radek in das goldene Buch der Stadt Gdingen, dass das Meer Polen und die Sowjetunion verbinde¹⁰. Die früher vertrauensvollen militärpolitischen Beziehungen seien von der Sowjetseite systematisch gelockert worden¹¹ und erst kürzlich habe der Sowjetflieger Ingaunis laut „Gazeta Polska“ in Warschau¹² von der Möglichkeit gemeinsamer Fliegerübungen unter Verwertung gemeinsamer Erfahrungen auf dem Fliegergebiet gesprochen.

Schließlich beschuldige auch die gesamte Sowjetpresse Deutschland geheimer Aufrüstung und behaupte, dass Deutschland ein Heer von 400000 Mann statt der erlaubten 100000 Mann habe.

Überblicke man all diese Tatsachen, so könne man nur zu dem Ergebnis gelangen, dass die Sowjetunion ihre Politik Deutschland gegenüber ändern wolle. Aus welchen Gründen: ob wegen größerer wirtschaftlicher oder militärpolitischer Vorteile, die sie sich von einer anderen Kombination verspräche, oder aus parteipolitischen Gründen – wegen der Unterdrückung der KPD in Deutschland – das

⁸ Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

⁹ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

¹⁰ Radek wollte als Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ vom 6. bis 22. Juli 1933 in Polen. In das Gedenkbuch des Magistrats in Gdingen machte Radek folgende Eintragung: „Ein großer Sieg der polnischen Arbeiter. Auf dass Gdingen die guten Beziehungen zwischen Polen und [der] Räteunion stärken möge, die sich auf die gemeinsame Arbeit stützen. Das Meer kann verbinden.“ Vgl. Bericht von Schliep (Deutsche Gesandtschaft Warschau) an das AA vom 19. 7. 1933. In: PA AA, R 83660. Bl. E 672137–672139, hier Bl. E 672139.

¹¹ Vgl. Dok. 103.

¹² Ingaunis absolvierte am 18. 7. 1933 den Flug Moskau–Gomel’–L’vov–Warschau.

entziehe sich meiner Kenntnis. Es genüge die Feststellung der Tatsache, dass bei uns der Eindruck einer vollkommenen politischen Abkehr der Sowjetunion von Deutschland vorherrsche.

II.

Aufzeichnung des Legationsrats Hilger über die Erwiderung von Herrn Molotow.

Herr Molotow leitete seine Besprechung mit Herrn von Dirksen mit dem Ausdruck des aufrichtigen Bedauerns ein, dass der Herr Botschafter demnächst seinen Posten verlasse. Der Herr Botschafter sei von der Sowjetregierung sehr geschätzt worden, da er produktive Arbeit geleistet hätte, die auf gegenseitigem Vertrauen basiere. Die Sowjetregierung bedauere seine neue Ernennung, die nach Ansicht der Sowjetregierung gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht notwendig gewesen wäre. Die Sowjetregierung sei der Meinung, dass der Herr Botschafter hier noch viel nützliche Arbeit leisten könnte, aber die Entscheidung über die weitere Verwendung des Herrn Botschafters stehe ihr leider nicht zu.

Herr Molotow ging sodann auf die Ausführungen des Herrn Botschafters ein und erklärte etwa Nachstehendes: Er könne den Herrn Botschafter versichern, dass die Sowjetregierung unveränderlich die Erhaltung und Festigung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Staaten anstrebe und zwar unabhängig von ihrer innerpolitischen Struktur. Von diesem Gesichtspunkte betrachte die Sowjetregierung auch die Beziehungen zu Deutschland. Die Sowjetregierung sähe auch keinen Anlass, die Frage einer Abänderung des Rapallovertrages zu ventilieren. Was die innerpolitische Lage Deutschlands betreffe, so halte die Sowjetregierung an dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der anderen Länder unerschütterlich fest. Er müsse jedoch feststellen, dass eine Reihe von unerwarteten und unzulässigen Übergriffen, die in Deutschland gegen Sowjetstaatsangehörige im Laufe der letzten Zeit verübt worden seien, einen nachhaltigen Eindruck in der Sowjetunion hinterlassen hätten. Er denke dabei an die Haussuchungen, Verhaftungen und Gewalttaten gegen Sowjetstaatsangehörige, die eine Bestürzung in der Sowjetunion hervorgerufen und die Sowjetregierung zu Protesten veranlasst hätten, wozu sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätte.

Auf die Frage des Herrn Botschafters, warum sich die Politik der Sowjetregierung verändert habe, könne er unter Bezugnahme auf das Goebbels-Interview mit einer entsprechenden Gegenfrage antworten. Goebbels habe sich in seinem Interview unmissverständlich geäußert und habe sogar die Verträge von Versailles und Rapallo auf einen Nenner gebracht. Während die Sowjetregierung die Aufrechterhaltung normaler und guter Beziehungen zu Deutschland anstrebe, stoße sie bei führenden deutschen Persönlichkeiten auf eine Reihe ungewöhnlicher Äußerungen, die eine genaue Prüfung erfordern mit dem Ziele festzustellen, was solche Äußerungen, wie sie z.B. in London gefallen seien¹³, bedeuten und wieweit sie die Absicht einer Änderung der bisherigen Politik widerspiegeln. Er könne nicht umhin festzustellen, dass solche Äußerungen bei der Sowjetregierung eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hätten. Andererseits hätte sich auf der Sowjetseite nichts ereignet, was der deutschen Seite Anlass geben könnte anzunehmen,

¹³ Gemeint ist das Hugenberg-Memorandum; vgl. Dok. 114–123, und die Rede Posses; vgl. Dok. 135, Anm. 20.

dass die Sowjetregierung eine Änderung ihrer Politik beabsichtige. Die von dem Herrn Botschafter angeführten Äußerungen (Radeks Eintragung in das Gästebuch von Gdingen) seien nicht stichhaltig, da es sich um nicht offizielle Personen handle. Abgesehen hiervon sei die Äußerung Radeks nicht derart, dass man weitergehende Schlussfolgerungen aus ihr ziehen könnte. Bei den Verlautbarungen amtlicher deutscher Persönlichkeiten handle es sich dagegen um Tatsachen von großer Bedeutung, die die Frage berechtigt erscheinen ließen, was der Anlass zu diesen Äußerungen gewesen sei.

Er stimme mit dem Herrn Botschafter in der Beurteilung der von der Sowjetregierung in letzter Zeit abgeschlossenen Verträge in dem Sinne überein, dass diese Verträge nicht gegen andere Staaten gerichtet seien. Sie seien diktiert durch die Politik, die die Sowjetregierung unabänderlich durchführe. Die Interessen Deutschlands in der Sowjetunion seien aber mit den Interessen des allgemeinen Friedens eng verknüpft. Die Einstellung der Sowjetregierung zum Versailler Vertrag sei ebenfalls unverändert. Diese Einstellung sei diktiert durch das Streben nach dem allgemeinen Frieden und nach der Wahrung der Interessen der nationalen Entwicklung der Staaten. An diesen Grundsätzen der Sowjetpolitik habe sich nichts verändert. Die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland hingen von der Politik ab, die Deutschland in Zukunft führen würde. Bleibe die Politik die gleiche wie vor den letzten Ereignissen, so liege kein Anlass zu einer Veränderung in den gegenseitigen Beziehungen vor¹⁴.

III.

Auf die Ausführungen von Herrn Molotow erwiderte ich mit einigen Worten des Dankes für die freundlichen Worte, die er für mich und meine hiesige Tätigkeit gefunden habe. Auf die von Herrn Molotow geltend gemachten Punkte, die in der Sowjetunion den Eindruck einer Abkehr Deutschlands von Russland erweckten, hätte ich Folgendes zu erwidern:

Die sogenannten Gewaltakte gegen Sowjetbürger seien zunächst einmal nicht gegen Sowjetbürger als solche gerichtet gewesen; es sei vielmehr gegen Staatsangehörige anderer Staaten in viel umfangreicherem Maße eingeschritten worden, wie gegen Sowjetstaatsangehörige; z. B. gegen Polen und Tschechoslowaken. In den Fällen, so Übergriffe vorgekommen seien, hätten wir unser Möglichstes zur Beilegung getan, wir hätten unser Bedauern ausgesprochen und, wie z. B. im Falle des Hamburger Sowjetklubs¹⁵, den angerichteten Schaden durch Zahlung einer erheblichen Summe ersetzt. Eine Reihe von Fällen würde noch geprüft und sei in der Beilegung begriffen.

Was das Auftreten von Herrn Hugenberg auf der Londoner Konferenz betreffe, so sei mir die hier entstandene Erregung nicht recht verständlich¹⁶. In Polen und

¹⁴ Von Dirksen schrieb am gleichen Tag im Telegramm Nr. 168 an von Bülow über das Gespräch mit Molotov u. a.: „Die Äußerungen Molotows als die eines der wirklich maßgebenden Männer und engsten Mitarbeiter Stalins verdienen zweifellos ernste Beachtung. Die von ihm geäußerte Besorgnis über künftige Einstellung deutscher Politik gegenüber Russland schien mir echt zu sein. Die Unterhaltung könnte meines Erachtens zu einem uns geeignet erscheinenden Zeitpunkt zum Ausgangspunkt für eingehendere Besprechungen über Bereinigung deutsch-russischen Verhältnisses benutzt werden.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 389, S. 710.

¹⁵ Vgl. Dok. 89, Anm. 1.

¹⁶ Vgl. Dok. 118.

in den Randstaaten, die sich als Nachbarn viel bedrohter hätten fühlen müssen, sei keine Erregung entstanden. Der Wortlaut des Memorandums sei falsch wiedergegeben worden, schließlich sei Herr Hugenberg, nicht zum Wenigsten wegen dieses Memorandums, zurückgetreten. Mehr könne man schließlich nicht verlangen.

Es entspann sich hierüber eine kurze Rede und Gegenrede, wobei Herr Molotow geltend machte, dass das Hugenberg-Memorandum in der ganzen Weltöffentlichkeit als gegen die Sowjetunion gerichtet empfunden worden sei. Ihm sei auch der authentische Text bekannt und auch dieser ließe den Verdacht aufkommen, dass er sich auf die Sowjetunion beziehe¹⁷.

Ich fuhr fort, indem ich nochmals auf das Goebbels-Interview einging und Herrn Molotow sagte, dass die Worte in dieser Form nicht gesprochen sein könnten; ich hoffe, dass ich ihm binnen Kurzem eine authentische Richtigstellung würde mitteilen können¹⁸. Es sei ebenfalls verfrüht, irgendwelche Schlussfolgerungen daran zu knüpfen.

Ich schloss mit den Worten, dass ich von der Absicht der Deutschen Regierung, an der bisherigen Russland-Politik festzuhalten, fest überzeugt sei. Ich hätte bei meinem Aufenthalt in Berlin im Mai d. Js. mit dem Reichskanzler und mit sämtlichen nationalsozialistischen Führern eingehende Besprechungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen gehabt und bei ihnen ausnahmslos eine positive Einstellung und viel Verständnis gefunden.

Die Unterredung dauerte 45 Minuten¹⁹.

gez. von Dirksen

Auf dem ersten Blatt handschriftlich: mit 2 Durchschlägen z. d. A. Unten: A 9 geheim.
Am Ende der Vermerk: Hiermit Herrn B.R. von Twardowski zur gefl. Kenntnis. Z. d. A. mit Paraphen von T[wardowskis] und von D[irksens] 7/8.

PA AA, Moskau 214, Bl. 429688–429697.

¹⁷ Nach der von Štern gemachten Aufzeichnung dieses Gespräches sagte Molotov: „Ich antwortete, dass ich sowohl den in der Presse veröffentlichten Text als auch den authentischen Text gelesen habe und feststellen müsse, dass noch vor einem Jahr Memoranden dieser Art nicht erschienen wären und es auch keinen Bedarf gegeben hätte, Zuflucht in einem Streit über die Authentizität von Texten zu suchen.“ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 266, S. 481.

¹⁸ Am nächsten Tag veröffentlichte die „Izvestija“ eine Meldung der WTB, mit der das Interview von Goebbels dementiert wurde. Die Redaktion kommentierte die Meldung folgendermaßen: „Wir nehmen zu Kenntnis, dass die Wolff-Agentur, wenn auch mit einer sechstägigen Verspätung, die Meldung der ‚Sunday Review‘ über die Erklärung des Herrn Goebbels zum Rapallo-Vertrag dementiert. Es versteht sich von selbst, dass damit, da Herr Goebbels nicht die von der englischen Zeitung wiedergegebene Erklärung gemacht hat, unsere im Zusammenhang mit dem Interview an seine Adresse gerichteten Kritikpunkte entfallen sollten.“ Vgl. Izvestija vom 5. August 1933, S. 1.

¹⁹ Die sowjetische Aufzeichnung über das Gespräch Molotovs mit von Dirksen endet mit der Bemerkung: „Es ist anzumerken, dass der Botschafter während der gesamten Unterredung Anzeichen einer starken Erregung zeigte.“ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 266, S. 476–481, hier S. 481.

Nr. 173

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Ganz geheim
Expl. Nr. 7
4. August [1933]

An den
Geschäftsträger der UdSSR in Deutschland
Gen. BESSONOV

Sehr geehrter Sergej Alekseevič,

1. Ich schicke Ihnen die Aufzeichnung meiner letzten Unterredung mit Dirksen am 1. August¹, in der er bereits über seine Versetzung nach Japan offiziell informierte und uns um das Agrément für Nadolny bat.

Die Agrément-Frage werden wir in den nächsten Tagen klären, voraussichtlich wird die Antwort positiv ausfallen.

2. Ich leitete Gen. Molotov die Bitte Dirksens nach einem Empfang zu; heute hat ihre Begegnung stattgefunden². Die Unterredung bezog sich auf die gleichen Fragen, wie es bereits in den letzten zwei Gesprächen mit mir³ und in meinem Gespräch mit Twardowski⁴ der Fall gewesen war. Dirksen war sehr erregt. Er versicherte Molotov, dass die gesamte deutsche Regierung den Wunsch habe, die früheren Beziehungen zur UdSSR fortzuführen und bat Molotov, eine Erklärung darüber abzugeben, dass unsere Zurückhaltung gegenüber Deutschland nicht das Ergebnis der Politik der deutschen Regierung gegenüber den deutschen Kommunisten ist.

Gen. Štern, der bei der Begegnung zugegen war, fertigt heute eine Aufzeichnung der Unterredung an und nach Bestätigung durch Vjačeslav Michajlovič schicken wir Ihnen mit der nächsten Post eine Kopie zu.

Aus dem, was mir Gen. Štern zur Atmosphäre und zum Inhalt der Gesprächs mitteilte, ziehe ich die Schlussfolgerung, dass Dirksen mit den von Molotov abgegebenen Erklärungen zufrieden war und er auf der Grundlage dieser Erklärungen versuchen wird, von der deutschen Regierung eine entschiedenere und nachhaltigere Politik uns gegenüber zu erreichen.

3. Heute erschien in der „Izvestija“ aus englischen Zeitungen ein Nachdruck der Erklärung von Goebbels⁵, die Ausfälle gegen den Rapallo-Vertrag beinhaltet. Der Abdruck war mit entsprechenden Kommentaren versehen. Dirksen erklärte in seiner Unterredung mit Molotov zweimal, dass er diese Erklärung als apokryph betrachte. Er werde sich unverzüglich mit Berlin in Verbindung setzen, um die Angelegenheit zu klären; er hoffe, dass diese Erklärung von deutscher Seite entschieden dementiert wird. Es bleibt abzuwarten, ob Goebbels damit einverstanden sein wird, die ihm zugeschriebene Erklärung öffentlich zu dementieren⁶.

¹ Vgl. Dok. 168.

² Vgl. Dok. 172.

³ Am 25. 7. 1933 (vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 90, d. 11, l. 178–182) und am 1. 8. 1933 (vgl. Dok. 168).

⁴ Vgl. Dok. 166.

⁵ Vgl. Dok. 172, Anm. 3.

⁶ Vgl. Dok. 172, Anm. 18.

4. Obwohl Sie sich bezüglich der Kulturbeziehungen an Milch, der nicht der richtige Adressat dafür ist, gewandt haben, und obwohl Sie in diesem Gespräch die Frage nach den am wenigsten benötigten früheren Gesellschaften, und zwar der Arplan⁷, aufwarfen, sind die Ergebnisse des Gesprächs dennoch sehr wertvoll⁸. Milch ging an die Frage umfassend und klug heran. Er gab eine klare, vernünftige und aufrichtige Antwort. Da ich Milch kenne, habe ich nicht erwartet, dass er sich so detailliert in dieser Frage auskennt. *Nunmehr sollte es für uns vollkommen klar sein, dass es, vielleicht mit Ausnahme auf dem Gebiet der Technik, in den nächsten Monaten keine Hoffnungen gibt, eine gemeinsame kulturelle Tätigkeit zu entfalten*⁹. Eine derartige Tätigkeit wird erst dann möglich sein, wenn die Nationalsozialisten alle wissenschaftlichen Gesellschaften und gesellschaftlichen Organisationen in Deutschland gleichgeschaltet haben und nachdem in diesen reorganisierten Gesellschaften eine neue Leitung eingesetzt ist, die das Vertrauen der Regierung genießt.

5. Ein Vergleich Ihrer Gespräche mit **Fischer**¹⁰ und der Gespräche Giršfel'ds mit Tippelskirch macht auf mich den Eindruck, dass sich das Auswärtige Amt Schritt für Schritt von den uns interessierenden operativen Fragen zurückzieht und uns dazu nötigt, mit den Polizeibehörden direkt zu verhandeln.

Der direkte Kontakt zu den Kreisen, die tatsächlich die Macht ausüben, hat seine Vorteile, doch er sollte lediglich eine Nebenrolle spielen. Das Auswärtige Amt ist nicht von seinen Pflichten und Aufgaben zu entbinden, alle unsere Erklärungen ohne Ausnahme zu bearbeiten, sich zu diesem Zweck mit anderen Ämtern in Verbindung zu setzen und von letzteren die Erfüllung unserer Forderungen zu erwirken.

6. Zu den laufenden Angelegenheiten wird Ihnen Gen. Štern schreiben.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Šejn[in]. 5. VIII. 33.

Im oberen Teil rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1541 vom 5. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 E[xemplare]. Kopien an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. West[abteilung].

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 298–297. Kopie.

⁷ Arplan – Gesellschaft zum Studium der Planwirtschaft. Im Januar 1932 in Berlin unter Vorsitz des Gießener Universitätsprofessors Lenz gegründet.

⁸ Am 27. 7. 1933 sprach Bessonov im Auftrag von Chinčuk mit Milch unter anderem über die Kulturbeziehungen: „Milch unterstrich in seiner Antwort, dass die Leute der ‚ersten Kategorie‘ des heutigen Deutschland keine Zeit haben, sich mit den Kulturbeziehungen mit der UdSSR zu befassen. Eine Gesellschaft in der Art von Arplan zu gründen, habe keinen Sinn, da die dafür erforderlichen Leute fehlen.“ Dazu äußerte sich Štern: „Obgleich die Antwort Milchs die tatsächliche Lage widerspiegelt, ist es völlig unangebracht, bei Milch die Erneuerung der Kulturbeziehungen ins Spiel zu bringen. Die negative Antwort Milchs bringt die Bevollmächtigte Vertretung in eine höchst heikle Lage. Die 2. Westabteilung erachtet es als angebracht, die Aufmerksamkeit unserer Bevollmächtigten Vertretung in Berlin darauf zu lenken, dass das Aufwerfen von derartigen Fragestellungen unzumutbar ist, nicht unserem politischen Interesse entspricht und uns in eine zweideutige Lage versetzt.“ Bericht Štern an Krestinskij vom 2. 8. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 348.

⁹ Der Satz ist am rechten Seitenrand angestrichen.

¹⁰ Der Name ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Ritter.

Nr. 174
Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 7. August 1933

Ganz geheim!

Tgb. Nr. A/1609
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Politischer Bericht

Inhalt: deutsch-sowjetische Beziehungen.

In einem privaten Gespräch über die deutsch-sowjetischen Beziehungen hat der Direktor der 2. Westeuropäischen Abteilung des Außenkommissariats, Stern, gegenüber Botschaftsrat von Twardowski folgende Ausführungen gemacht:

Bis in den Monat Mai d. J. hinein habe bei der Sowjetregierung die Ansicht überwogen, dass durch den Umschwung in Deutschland die deutsch-sowjetischen Beziehungen nur vorübergehend eine Trübung erfahren hätten, dass jedenfalls in der Grundeinstellung der Deutschen Regierung zur Sowjetunion eine Änderung nicht eingetreten sei. Beweis für diese Auffassung der Sowjetregierung sei die musterhafte Disziplin, mit der sich die Sowjetpresse jeder Kommentierung der innerpolitischen Vorgänge in Deutschland enthalten habe. Diese Zurückhaltung sei umso bemerkenswerter, als mehrfach von französischer und sonstiger Seite geradezu die Aufforderung ergangen sei, sich der allgemeinen Weltmeinung über die Vorgänge in Deutschland anzuschließen. Etwa Mitte Mai aber sei die Sowjetregierung in den Besitz authentischer Informationen darüber gelangt, dass *Vizekanzler von Papen kürzlich, wohl in Rom, dem französischen Botschafter de Jouvenel bis ins letzte Detail die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit mitgeteilt habe¹. Diese mehrfach nachgeprüfte Information, an deren Authentizität die Sowjetregierung nicht mehr zweifle, habe Moskau davon überzeugt, dass sich die Grundeinstellung Deutschlands gegenüber der Sowjetunion geändert habe, und *dass mit diesen Mitteilungen an Frankreich ganz bestimmte politische Absichten seitens Deutschland verfolgt würden². Es habe damit für die Sowjetregierung kein Interesse mehr vorgelegen, Deutschland einen zu tiefen Einblick in die Rote Armee zu gewähren oder die militärische Zusammenarbeit *fortzusetzen³. Das Hugenberg-Memorandum und das Auftreten des Herrn Posse in London auf der Weltwirtschaftskonferenz wären eine klare Fortsetzung der mit dem Papen-Gespräch begonnenen Schwankung der deutschen Politik. Auch die Reise des Herrn Rosenberg nach London habe nachträglich eine viel größere Bedeutung für die Sowjetregierung bekommen, als ihr ursprünglich beigelegt worden sei.

Herr von Twardowski hat diese Konstruktion als absurd zurückgewiesen. Herr von Papen habe in Rom über das Konkordat verhandelt; er sei mit dem Fran-

¹ Der Text ist am Seitenrand mit drei senkrechten Strichen hervorgehoben.

² Der Text ist am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

zösischen Botschafter in Rom höchstens gesellschaftlich kurz zusammengekommen. Es sei völlig ausgeschlossen, dass Herr von Papen Herrn de Jouvenel derartige Mitteilungen gemacht hätte, vielmehr liege ganz klar eine politische Intrige großen Maßstabes vor. *Herr Stern wies demgegenüber nochmals darauf hin, dass die Sowjetregierung an der Authentizität dieser Information keinen Zweifel habe und dass dies der Grund gewesen sei, warum sowjetischerseits auf eine beschleunigte Auflockerung der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit gedrängt worden sei*⁴.

Die Behauptungen des Herrn Stern konkretisieren vage Mitteilungen, die Herr Krestinski mir vor einiger Zeit machte⁵ und die darauf hinausliefen, dass *Herr von Papen bei einem Gespräch in Paris den Franzosen „die Verträge übergeben hätte, die zwischen deutschen und sowjetischen militärischen Stellen über eine Zusammenarbeit beständen“*⁶. Herr Krestinski bagatellierte damals selbst diese Behauptung mit dem Hinweis, dass dies gar nicht möglich sei, da ja keine Verträge beständen. Vor einigen Wochen hat Herr Stern auch den Militärattaché Oberst Hartmann auf ein solches angebliches Gespräch zwischen Herrn von Papen und einer französischen Stelle in Paris hingewiesen.

Nachdem nunmehr, wenn auch in privater Unterhaltung, sowjetischerseits derartig konkrete Angaben über das angebliche Gespräch von Herrn von Papen gemacht und anscheinend derartige Konsequenzen hieraus gezogen worden sind, *erscheint es mir unerlässlich, durch Befragen des Herrn Vizekanzlers eine einwandfreie Aufklärung herbeizuführen*⁷, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass bezüglich des Ortes und des angeblichen Vertrauensmannes des Herrn Vizekanzlers drei Versionen existieren: 1) Das Gespräch habe in Berlin mit dem Französischen Botschafter François-Poncet stattgefunden; 2) das Gespräch sei in Paris geführt worden und 3) der Gesprächspartner des Herrn Vizekanzlers sei der Französische Botschafter de Jouvenel in Rom gewesen.

Die Mitteilungen des Herrn Stern scheinen mir in mehrfacher Hinsicht interessant und instruktiv zu sein:

Einmal zeigen sie wieder deutlich, dass die deutsche Politik hier auf einem Boden geführt werden muss, der zwischen Angst, Misstrauen und theoretischen Konstruktionen schwankt und der daher politische Intrigen, Verleumdungen und Einflüsterungen in weitestem Maße möglich und erforderlich macht.

Dann bringen sie Klarheit über die bisher unverständlich gebliebene scharfe Zäsur in der Haltung der Roten Armee der Reichswehr gegenüber, die in den letzten Tagen des Mai eintrat⁸.

Endlich wird sichtbar, dass wir einem sehr geschickt auf die hiesige Mentalität eingestellten Intrigenspiel französischer und sonstiger uns feindlicher ausländischer Kreise gegenüberstehen: Immer wieder stoße ich bei meinen Unterhaltungen mit Sowjetpersönlichkeiten auf die Tatsache, dass entweder Gespräche deutscher maßgeblicher Politiker mit Ausländern über die Sowjetunion den Russen in gröblich entstellter Form mitgeteilt werden oder dass in der Wertung und Beurtei-

⁴ Der Text ist am Rand mit zwei senkrechten Strichen hervorgehoben.

⁵ Vgl. Dok. 105.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁸ Vgl. Dok 109.

lung deutscher Handlungen die russische Beurteilung zu unseren Ungunsten von den Franzosen und ihrem Anhang beeinflusst wird. Erst wenn es gelingt, in einem eklatanten Falle die Unglaubwürdigkeit der sowjetischen Gewährsmänner nachzuweisen, wird es vielleicht möglich sein, den weiteren Erfolg dieses Intrigenspiels einzudämmen.

gez. von Dirksen

Auf dem ersten Blatt oben ist der Stempelvermerk: Doppel IV Ru 3614, die Zahl ist handschriftlich eingefügt. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 28307, Bl. 562503–562507.

Nr. 175
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

[7. 8. 1933]

Zur Konzession Drusag.¹
ENTWURF² EINES BESCHLUSSES.

1. ****** Angesichts des antisowjetischen Verhaltens des Konzessionärs^{**3} ist es als politisch unumgänglich anzusehen, die Liquidierung der Konzession Drusag unverzüglich vorzunehmen.

2. Die Verhandlungen über die Liquidierung sind nicht mit dem Konzessionär, sondern auf diplomatischem Wege mit der deutschen Botschaft in Moskau zu führen, wobei die Notwendigkeit der Liquidierung mit dem illoyalen Verhalten des Konzessionärs zu begründen ist, insbesondere mit der Protektion, die er staatsfeindlichen Elementen aus dem Kreis von Bürgern der UdSSR gewährt.

3. Für die Anleitung der Verhandlungen ist eine innere Kommission bestehend aus den Genossen Jakovlev, Grin'ko und Krestinskij zu bilden.

Vermerk: Dafür. Stalin.

Eigenhändige Unterschriften von Molotov und Kaganovič.

Aufzeichnung des Sekretärs über das Abstimmungsergebnis der Politbüromitglieder:

Kalinin – dafür, Kujbyšev – dafür, Vorošilov – dafür, Mikojan – dafür.

Aufzeichnung des Sekretärs über die Registrierung des Dokuments: P[rotokoll] 143/54/40, opr. [Befragung] vom 7. 8. 33, o.p. [Sondermappe]

Am Anfang des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 2 [Expl.] an Gen. Molotov, 2 an Gen. Stalin, 2 [Expl.] zu den Akten.

Vermerk über die Zustellung von Auszügen: an Krestinskij, Grin'ko, Jakovlev, Molotov.

Kanzleivermerk: Konzession Drusag + Konzessionspolitik.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 502, l. 25. Original.

¹ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

² Das Wort ist durchgestrichen.

³ Die Textpassage hat Stalin handschriftlich und mit blauem Farbstift geschrieben.

Nr. 176
Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den
Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov

GANZ GEHEIM

Nr. 2 – 6052

9. August 1933

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR HEERES- UND MARINEANGELEGENHEITEN UND
VORSITZENDEN DES REVOLUTIONÄREN MILITÄRRATES DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Gemäß dem von Ihnen bestätigten Truppenschauplan von Verbänden der RKKA für Offiziere der Reichswehr wurde beschlossen, zum Ende der Sommerperiode d. J. Offizieren der Reichswehr Folgendes zu zeigen:

1. 1 Schießen eines schweren Artillerieregiments für 2 Offiziere der Reichswehr;
2. 2 Manöver eines Mot.-Schützenverbandes;
3. 1 Divisionsmanöver für 4–5 Offiziere der Reichswehr.

Der Militärattaché, Oberst HARTMANN, teilte am 8. 8. mit, dass er vom *Reichswehrminister eine Mitteilung erhalten hat, dass in diesem Jahr keine deutschen Offiziere zu dem Manöver von Verbänden der RKKA kommen können*¹, was damit begründet wird, dass die Offiziere bei den Truppen für die „Sommermanöver“ gebraucht werden.

Die Absage des Reichswehrministers, Offiziere zu RKKA abzukommandieren, ist zweifellos auf unsere *Absage, Kommandeure der RKKA zur Besichtigung von Verbänden der Reichswehr abzukommandieren*², zurückzuführen.

Erbitte Anweisungen.

ANLAGE: Das Schreiben HARTMANN'S.

CHEF DER IV. VERWALTUNG DES STABES DER RKKA

BERZIN

[Anlage]
KOPIE

Die Deutsche Botschaft³
Der Militärattaché

Moskau, den 8. 8. 1933

Sehr geehrter Herr SMAGIN,

bezüglich der Anwesenheit von deutschen Offizieren bei Manövern von Verbänden der RKKA während der Sommerperiode habe ich unlängst, wie mit Ihnen

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Schreiben Hartmanns ist aus dem Russischen rückübersetzt.

vereinbart, beim Reichswehrministerium angefragt. Heute habe ich die Antwort erhalten, dass die Teilnahme im laufenden Jahr wegen der bereits früher angeführten Gründe leider generell nicht möglich ist.

Ich bedaure sehr, dass ich erst heute in der Lage bin, Ihnen auf Ihr Schreiben vom 5. d. M. zu antworten.

Hochachtungsvoll Ihr

HARTMANN

Richtig: [Es folgt eine nicht entzifferte Unterschrift.]

Bemerkung von K. E. Vorošilov: Sehr gut! V. 15/VIII-33.

Das Anschreiben trägt den Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3405 vom 10. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Expl.

Auf Kopfbogen des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA geschrieben.

Die Anlage trägt den Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4298 vom 17. 10. 1933.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 103–104. Original, beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: D'jakov/ Bušueva, Fašistskij meč, S. 330–331⁴.

Nr. 177

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen und Botschaftsrat von Twardowski

Geheim

Nr. 16972

11/VIII-33¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT DIRKSEN UND TWARDOWSKI, 10. August 1933

Auf dem Empfang, den Dirksen zu Ehren von Prof. Hoetzsch gab, schlug mir Twardowski vor, mit ihm die uns gleichermaßen bewegende Frage der, wie er sich ausdrückte, Rettung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern. Er schlug mir vor, in das Dienstzimmer Dirksens zu gehen, in dem wir dann über zwei Stunden die Unterredung führten. In der letzten halben Stunde kam Dirksen hinzu und beteiligte sich an der Unterredung. Im Prinzip versuchte Twardowski, und später auch Dirksen, zum wiederholten Mal mich davon zu überzeugen, dass seitens der nationalsozialistischen Regierung, seit es sie gibt, jede aufgetretene antisowjetische Tendenz nicht auch zurückgewiesen worden wäre. Ich habe meinerseits anhand einer Reihe von Beispielen argumentiert, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass Hitler, den ich persönlich für einen sehr überzeugten Menschen halte, sich binnen kürzester Zeit von all dem lossagt, woran er viele Jahre geglaubt hat.

⁴ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

Twardowski bemühte sich, auch in unserer Politik eine Evolution nachzuweisen. Er betonte, dass wir in der Anfangsphase mit einer Revolution in Deutschland gerechnet und sich viele unserer Politiker, in erster Linie Gen. Radek, aktiv in diese Angelegenheit eingeschaltet hätten. Deutschland brachte dessen ungeachtet die erforderliche Geduld und politische Weisheit auf, indem es darauf baute, dass sich die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR stabiler als die Hoffnung auf eine Revolution in Deutschland herausstellen werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten auch wir den deutschen Weg beschreiten, d.h. daran glauben, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen alles verkraften können, darunter auch die phantastischen und irrealen Zielvorstellungen der Nationalsozialisten vor ihrem Machtantritt. Weiter teilte mir Twardowski mit, dass er aus Berlin Informationen erhalten habe, denen zu entnehmen sei, dass Rosenberg die alten Meldungen kategorisch zurückweise, dass er in London angeblich gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt habe. Wenn Hitler davon überzeugt wäre, dass Rosenberg solche Verhandlungen geführt hat, so wäre dies Rosenberg sehr schlecht bekommen. Deutschland befinde sich zurzeit in einer vollständigen Isolierung. Die Beziehungen zu England gestalteten sich äußerst ungünstig. Die englische öffentliche Meinung richte sich gegen das neue Deutschland. Wie könne die Sowjetunion bei solch einer Sachlage Deutschland als einen Bedrohungsfaktor ansehen? Die Regierung Hitler interessiere sich am wenigsten für außenpolitische Fragen. Ihre Bemühungen richteten sich in erster Linie auf die Innenpolitik, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die Beruhigung der Massen usw. Hinsichtlich der außenpolitischen Fragen Deutschlands würden nur die Bewahrung und die Festigung der Beziehungen zur UdSSR Probleme bereiten.

Ich äußerte, indem ich Twardowski in vertraulicher Form antwortete, folgende Gedanken. Ich sei vollkommen damit einverstanden, dass Deutschland gegenwärtig isoliert und seine internationale Lage höchst ungünstig sei. Aber dies sei genau der Umstand, der auch die Rückkehr Deutschlands zur Rapallo-Linie erklären könne. Es gebe Grund anzunehmen, dass die herrschenden Kreise des jetzigen Deutschlands ihre Möglichkeiten überschätzen, unsere internationale Stellung nicht richtig bewerten, an unsere inneren Schwierigkeiten falsche Hoffnungen geknüpft und versucht hätten, antisowjetische Pläne zu verwirklichen. Diese Versuche seien gescheitert, und nun versuche man uns davon zu überzeugen, dass alles in bester Ordnung sei und die weitere Entwicklung der Beziehungen einzig und allein von uns abhängen würde. Twardowski führte in seiner Antwort aus, dass er in Berlin von Nationalsozialisten den absolut gleichen Gedankengang, jedoch mit veränderten Vorzeichen, gehört habe. Die nationalsozialistischen Führer hegten gegenüber der Außenpolitik der Sowjetunion ein tiefes Misstrauen. Twardowski sei mir sehr für die Mitteilung dankbar, die sich auf die Einstellung der Militärbeziehungen im Zusammenhang mit den sogenannten Verhandlungen Papens beziehe. Er persönlich und auch der Botschafter seien mir dafür sehr dankbar, weil sich in den letzten Tagen herausgestellt hatte, dass Dirksen nach der Unterredung Twardowskis mit mir² mit Gen. Krestinskij über dieses Thema gesprochen habe

² In der Unterredung mit von Twardowski am 5. 8. 1933 führte Stern aus: „Was die Militärbeziehungen betrifft, so ist dies von Dirksen und Oberst Hartmann bereits bekannt, wir wissen aus

und es versäumt habe, darüber nach Berlin zu berichten. Dies lasse sich damit erklären, dass er entweder das, was man ihm sagte, teilweise überhört oder er die Wichtigkeit dessen, was ihm Krestinskij mitteilte, nicht erfasst habe. (Dirksen, der später hinzukam, wiederholte mir diese Version.)³ Twardowski ist überzeugt, dass sich Hitler dieser Sache aktiv annehmen und sie vollständig aufklären werde.

Danach lenkte Twardowski meine Aufmerksamkeit darauf, dass wir die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht falsch einschätzen sollten. Hitler habe entschieden, alles Erdenkliche zu unternehmen, um eine Atempause zu erwirken. Er sei deshalb bemüht, die deutsch-polnischen Gegensätze abzuschwächen, wohl wissend, dass sie unversöhnlich sind. Schon allein dieser Umstand sei für Deutschland ein hinreichender Stimulus, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu festigen. Danach erklärte Dirksen, der sich der Unterredung anschloss, Folgendes: Noch vor zwei Wochen sei er gänzlich liquidatorisch gesinnt gewesen. Ihm schien es, als ob sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen angesichts unseres Wunsches, sie zu liquidieren, in einem hoffnungslosen Stadium befunden hätten. Die letzten Tage und insbesondere die Unterredung mit Gen. Molotov⁴ hätten ihn etwas optimistischer gestimmt. Am schlimmsten sei nach Dirksens Auffassung, dass gegenwärtig ein kolossaler Desinformationsapparat tätig sei, um der Sowjetunion einzureden, dass Deutschland ihr potenzieller Feind sei. Er müsse bemerken, dass analoge Versuche auch in Berlin unternommen würden. Von verschiedenen Quellen würde der deutschen Regierung eingeredet, dass die Sowjetunion die Rapallo-Linie endgültig aufgegeben habe. All dies sei mit großen, folgens schweren Gefahren verbunden, und deshalb meint Dirksen, dass es zweckmäßig wäre, eine Begegnung von führenden Politikern beider Länder zu organisieren. ****Dazu****⁵ gab Twardowski vorsichtig zu verstehen, dass es am besten wäre, eine Begegnung Hitlers mit Molotov zu arrangieren. Ich habe dieses Thema nicht vertieft, sondern lediglich bemerkt, dass zum jetzigen Zeitpunkt das Misstrauen, von dem Dirksen und Twardowski sprechen, nicht einfach mit Deklarationen und Worten aus der Welt geschafft werden könne. Darauf stellten sowohl Twardowski als auch Dirksen gleichzeitig die Frage, was die sowjetische Regierung wünsche und welche Beweise sie brauche. Wenn wir tatsächlich meinten, dass Deutschland uns gegenüber eine aggressive Tendenz hege, so wäre es vielleicht angebracht, so etwas wie einen Nichtangriffspakt zu unterschreiben, aber ****nicht****⁶ in der Art, dass sich Deutschland einer Konvention anschließt⁷. Man könnte zur Definition des „Aggressor“-Begriffs ein gesondertes Abkommen abschließen. Dies sei selbstverständlich vorerst seine persönliche Meinung, doch wolle er unsere Haltung dazu in Erfahrung bringen. Twardowski bemerkte dabei, dass er den Auftrag habe, für die Regierung eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen vorzubereiten. Des-

zuverlässiger Quelle von den Verhandlungen, die von Papen zu diesem Thema geführt hat. Ich meine, Deutschland sollte, bevor es sich über uns empört, von Papen Erklärungen einholen.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 373.

³ Zu der Position der deutschen Diplomaten zu dieser Frage vgl. auch die Aufzeichnung der Unterredung von Dirksens mit Krestinskij am 3. 6. 1933. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 284, S. 513–518; vgl. auch Dok. 105.

⁴ Vgl. Dok. 172.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile anstelle von „deshalb“ geschrieben.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Gemeint ist die Konvention zur Definition einer Aggression, die die UdSSR und einige Staaten Anfang Juli 1933 unterzeichneten. Vgl. Dok. 134.

halb betrachte er es als seine Pflicht, wie dies auch die meine sei, einen Weg ausfindig zu machen, um die momentanen Beziehungen beizulegen, die ausschließlich auf Missverständnissen und gegenseitigem Unverständnis gegründet seien.

Ich antwortete, dass das Misstrauen nur dann zerstreut werden könnte, wenn Beweise dafür geliefert würden, dass alle Ost- und Territorialpläne endgültig begraben wären. Ich persönlich meine, dass z.B. der Ukraine-Plan bei Weitem nicht beerdigt, sondern lediglich aufgeschoben worden sei, und seine Anhänger in Deutschland nur einen günstigen Zeitpunkt für neuerliche Versuche abwarten, um diesen Plan zu verwirklichen. Weiter bemerkte ich, falls die deutsche Regierung tatsächlich gewollt hätte, die Atmosphäre des Misstrauens zu beseitigen, dann hätte sie nicht die auf Anweisung von oben organisierte sogenannte Hungerkampagne entfachen dürfen. Für uns sei übrigens die Verknüpfung dieser Kampagne mit einer Reihe von diplomatischen Aktivitäten und Schritten des Auswärtigen Amtes aufschlussreich. Zukünftig wäre es nützlich, wenn Rosenberg von außenpolitischer Betätigung fern gehalten werden würde. Dazu erklärte Dirksen in seiner Antwort, dass sich die Sache in diese Richtung entwickle, Rosenberg werde Schritt für Schritt mit kulturellen Fragen betraut, und dass es sehr gut wäre, wenn alle Balten entfernt werden würden.

Danach erklärte Dirksen, dass er in Berlin alle seine Anstrengungen darauf richten werde, mit Schritten auf die deutsche Regierung einzuwirken, die unser Misstrauen ausräumen könnten; er hätte gern von uns nur einige Ausgangspunkte für diese Arbeit erhalten. Danach ging Dirksen für einige Minuten aus dem Zimmer, und ich führte die Unterredung mit Twardowski zu Ende.

Twardowski bemerkte, dass die Versetzung Dirksens nach Tokio ein schwerer Schlag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen sei. Dafür seien jedoch überhaupt nicht außenpolitische Momente ausschlaggebend, sondern es sei ausschließlich eine Personalfrage. Es gehe darum, dass Hindenburg seinerzeit in verbindlicher Form Nadolny den Moskauer Posten versprochen habe, und nun sei die Zeit gekommen, um dieses Versprechen einzulösen, weil Nadolny bereits 60 Jahre alt sei. Twardowski bemerkte weiter, dass er mir ein Beispiel anführen möchte, welches die Loyalität und die Aktivität des Auswärtigen Amtes unter Beweis stelle. Die Rede sei von der Königsberger Messe⁸. Das Auswärtige Amt knüpfte an die Versendung der Einladung an uns die Bedingung, dass es die absolute Garantie erhalte, dass unsere Teilnahme an der Messe von keinerlei Exzessen begleitet sein werde. Diese Frage sei über einen Monat lang erörtert worden, und erst unlängst habe Oberpräsident Koch verbindlich die Garantie gegeben, dass er die volle Verantwortung übernehmen werde. In meiner Antwort entgegnete ich Twardowski, ich glaube, dass wir wohl kaum an der Messe teilgenommen **hätten**⁹, wenn wir früher von der Angelegenheit um die Einladung gewusst hätten. Das, was mir Twardowski mitteile, beweise doch nur, dass es antisowjetische Stimmungen und Tendenzen gebe. Für eine relativ belanglose Sache sei, wie Twardowski sagte, ein gewaltiger Arbeitsaufwand erforderlich gewesen. Twardowski stimmte dem zu,

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Die Messe in Königsberg, nach dem Krieg zur Förderung der Wirtschaft in Ostpreußen eingerichtet, wurde ab 1928 in der zweiten Augushälfte veranstaltet.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

doch bemerkte er, dass sich die Schwierigkeiten nicht aus dem Verhalten von führenden Personen ergäben, sondern aus den Stimmungen von Teilen der SA. Er sei dennoch sehr froh, dass wir an der Messe teilnehmen, weil unsere Absage als eine überaus ernste Demonstration aufgefasst worden wäre.

Zum Ende der Unterredung bat Twardowski, in streng vertraulicher Form mit mir über die Angelegenheit der verhafteten Sowjetbürgerin Volkova, vormals die deutsche Staatsbürgerin Bob, zu sprechen¹⁰. Über dieses Thema hat bereits Hilger mit mir wiederholt gesprochen, wobei ich es ablehnte, irgendetwas in dieser Sache zu unternehmen. Ich antwortete Twardowski, wenn unser [Botschafts]Rat ^{**11} den Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes aufgesucht und zugunsten eines beliebigen deutschen Staatsbürgers interveniert hätte, so wäre dies unweigerlich als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten qualifiziert worden. Ich nähme solch eine Qualifizierung nicht vor, doch hielt ich es leider nicht für möglich, im Fall der Bürgerin Volkova irgendetwas zu unternehmen. Darauf sagte mir Twardowski Folgendes: Ich will vollkommen offen zu Ihnen sein. Für die Bürgerin Volkova interessieren sich aus irgendeinem Grund höchst einflussreiche nationalsozialistische Kreise. Es gibt die Redewendung: „Eine Hand wäscht die andere“. Wenn Sie es wünschen sollten, einen der in Deutschland Verhafteten zu benennen, so denke ich, dass man diesen mit der Volkova austauschen könnte. Ich zeigte an dem Vorschlag Twardowskis kein Interesse. Twardowski bat dennoch eindringlich, über diesen Vorschlag nachzudenken.

Leiter der 2. Westabt[eilung]

Štern

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3695 vom 10. 8. 1933.

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

***5 Expl**¹². Das 1. [Expl.] an Gen. Kr[estinskijs], das 2. an Gen. Kara[chan], das 3. an Gen. Sok[ol'nikov], **das 4. an Gen. St[omonjakov]**¹³, das 4. nach Berlin, das 5. (Expl.) zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 62–67. Kopie.

¹⁰ Volkova war 1933 von der OGPU verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt worden.

¹¹ Das an dieser Stelle stehende Wort „seinerzeit“ ist durchgestrichen.

¹² Die Zahl ist korrigiert; ursprünglich: 6 Expl.

¹³ Der Text ist durchgestrichen.

Nr. 178
**Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den
Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov**

GANZ GEHEIM

Nr. 2 – 6054

11. August 1933

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR HEERES- UND MARINEANGELEGENHEITEN
UND VORS[ITZENDEN] DES RVS DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Der Militärattaché Deutschlands, Oberst HARTMANN, hat auf dem Empfang am 11. Juli folgende Bitte vorgetragen: General LUTZ, Chef der Kraftfahrtruppen der Reichswehr (der ehemalige Kursleiter der „Freunde“¹ in K[ama]²) wünscht Moskau zu besuchen und einigen der höchsten Kommandeure der RKKA einen Besuch abzustatten, darunter dem Chef der UMM, Gen. CHALEPSKIJ, und die Dankbarkeit für die Zusammenarbeit auf der Station K[ama] auszusprechen.

Der günstigste Termin für die Anreise von General LUTZ wäre (Hartmann zufolge) der 20. August d. J.

Ich erbitte Ihre Anweisungen: 1) zur Möglichkeit, General LUTZ in Moskau zu empfangen; 2) wem General LUTZ einen Besuch abstatten kann.

CHEF DER IV. VERWALTUNG DES STABES DER RKKA:
BERZIN

Eigenhändige Unterschrift.

Weisung von K. E. Vorošilov: Er kann besuchen, wen er will, unsere Leute dürfen nur nicht plaudern, dies ist alles. V. 15/VIII-33.

Auf Kopfbogen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA geschrieben.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 3 Expl.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 105. Original.

¹ Vgl. Dok. 110, Anm. 1.

² Vgl. Dok. 109, Anm. 8.

Nr. 179
Bericht des Botschafters in Moskau von Dirksen an das AA

Moskau, den 14. August 1933
Geheim!

IV Ru. 3714
Tgb. Nr. A/1684
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

- I. Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme der beiderseitigen Beziehungen.
- II. Gegenwärtige Einstellung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland.
- III. Herbeiführung einer Klärung durch politische Aussprache?
- IV. Einleitung sowie zeitliche und inhaltliche Durchführung solcher Besprechungen.
- V. Schlussbemerkungen.

I.

Die Haltung der Sowjetunion gegenüber Deutschland während der letzten Monate musste den Anschein erwecken, als hätte Russland den endgültigen Entschluss gefasst, sich völlig von Deutschland abzuwenden und sich dem Block Frankreich-Polen-Kleine Entente ganz in die Arme zu werfen. Darauf deutete die Haltung der Sowjet-Öffentlichkeit gegenüber Deutschland: die zügellose Pressehetze, die Aufbauschung weit hergeholter Vorwände zu schweren Verdächtigungen der deutschen Regierung (Hugenberg-Memorandum, Rosenberg-Reise nach London, Erklärungen Posses¹); darauf deutete auch die positive Politik gegenüber dritten Staaten; die Anbiederung an Polen; das Sich-Herandrängen an Frankreich; der in London abgeschlossene Pakt Litwinows² und viele andere politische Bekundungen minderer Bedeutung.

Erst in der letzten Zeit fängt eine gewisse Klärung und Beruhigung an, sich durchzusetzen. Damit ergibt sich die Möglichkeit einer nüchternen Bestandsaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen und einer Prüfung der weiteren Gestaltungsmöglichkeiten dieser Beziehungen.

II.

Ich glaube nicht, dass die Sowjetregierung beabsichtigt, Deutschland völlig „abzuschreiben“. Es würde ihrem obersten politischen Grundsatz, durch Addition möglichst vieler Sicherheitskoeffizienten ihre eigene Sicherheit zu festigen, widersprechen, Deutschland ohne zwingende Gründe in das gegnerische Lager zu treiben. Aber sie ist entschlossen, die verschiedenen Faktoren, die dritte Länder zu einer Annäherung an Russland veranlasst haben, rücksichtslos und gegebenenfalls

¹ Vgl. Dok 135, Anm. 20.

² Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

unter Opferung entsprechender Interessen Deutschlands auszunutzen. Sie erstrebt freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, um über die Schwächeperiode hinwegzukommen, die durch die Wirtschaftskatastrophe und die Bedrohung Japans gegeben ist. Eine feste Bindung nach einer bestimmten Seite will sie vermeiden. Die Möglichkeit, in einer günstigeren Zeit ihr Gewicht in die eine oder andere Waagschale zu legen, will sie sich offenhalten.

Die Avancen, die der Sowjetregierung von dritten Staaten und mehr noch von der Presse dieser Staaten gemacht werden, sind ihr wohl auch aus taktischen Gesichtspunkten Deutschland gegenüber erwünscht. Man registriert die Freundlichkeiten der französischen und polnischen Presse in Moskau wahrscheinlich auch in der stillen Hoffnung, dass sie auf Deutschland in einem für die Sowjetunion positiven Sinn wirken werden. Jedenfalls werden diese Freundlichkeiten in der Sowjetpresse mehr registriert als erwidert; auch Radek hat eine publizistische Auswertung seiner Reise nach Polen³ bislang unterlassen.

Die Haltung der Sowjetregierung Deutschland gegenüber – das wird in letzter Zeit immer klarer – ist vor allem durch zwei Erwägungen bestimmt worden: durch die immer stärker werdende Besorgnis, fast Angst, *vor den ideologischen Rückwirkungen des nationalsozialistischen Sieges in Deutschland auf Bolschewismus und Weltrevolution*⁴; und durch das bis zur Hysterie gesteigerte Misstrauen, ob nicht doch das Deutschland der nationalen Revolution, allen amtlichen Versicherungen zum Trotz, feindliche Pläne gegen die Sowjetunion (Losreißung der Ukraine) verfolge oder demnächst verfolgen werde. Dieser Komplex kann durch die Schlagworte: antirussische Ausführungen des Reichskanzlers in seinem Buch „Mein Kampf“, Rosenbergs Pläne der Losreißung der Ukraine, Auftreten Hugenburgs und Posses auf der Weltwirtschaftskonferenz, Aktion „Brüder in Not“, Begünstigung der russischen Emigranten-Bewegung „Rond“, Verbindung des Vizekanzlers von Papen mit französischen Kreisen umgrenzt werden.

Aus der Beobachtung der hiesigen politischen Entwicklung gewinne ich die Überzeugung, dass die Pressehetze gegen Deutschland nicht nur auf taktische Erwägungen, sondern auch auf ein wirklich vorhandenes Misstrauen und eine ehrliche Angst vor der künftigen deutschen Politik zurückzuführen ist. Die Sowjetregierung weiß zwar, dass Deutschland jetzt keine antisowjetischen Kombinationen verwirklichen kann; aber sie will schon jetzt Gegenmaßnahmen treffen, um eine spätere Verwirklichung zu verhindern. In ihrer Einstellung Deutschland gegenüber schwankt sie gegenwärtig zwischen dieser negativen Haltung und zwischen dem Wunsch nach einem Ausgleich mit Deutschland.

In den letzten Tagen haben sich m. E. die positiven Momente Deutschland gegenüber verstärkt. Aus der Haltung der Sowjetpresse und aus Unterhaltungen mit Herrn Molotow⁵, Herrn Krestinski⁶ und anderen Persönlichkeiten glaube ich schließen zu können, dass der Höhepunkt der gegen Deutschland gerichteten Hysterie zu schwinden und einer etwas nüchternen Auffassung Platz zu machen beginnt. In den Gesprächen äußerte sich diese Geisteshaltung in dem Wunsch, die deutsche Seite möge doch die Initiative zu einer Aussprache und zur Abgabe beru-

³ Vgl. Dok. 172, Anm. 10.

⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁵ Vgl. Dok. 172.

⁶ Vgl. Dok 165 und 168.

higender Erklärungen ergreifen⁷ – als ob es nicht die Sowjetseite gewesen ist, die in den letzten beiden Monaten die Schuld für die eingetretene beiderseitige Entfremdung zu tragen hat.

III.

Bei dieser Einstellung auf der Sowjetseite stellt sich die Frage, was zu einer Klärung bzw. Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unsererseits unternommen werden kann. Es bieten sich jetzt offenbar zwei Möglichkeiten: entweder abzuwarten, den weiteren Gang der Sowjetpolitik zu beobachten und die Initiative zu einer Bereinigung der Atmosphäre der Sowjetseite zu überlassen; oder selbst die Initiative zu ergreifen und die Sowjetregierung zu einer grundlegenden Aussprache zu veranlassen.

Ich neige dazu, der zweiten Möglichkeit den Vorzug zu geben. Zunächst aus allgemeinen politischen Gründen. *Die gesamte außenpolitische Lage Deutschlands drängt m. E. darauf hin, Klarheit darüber zu erhalten, ob und in welchem Umfange die Sowjetunion als aktiver Faktor in unsere Bilanz einzusetzen ist*⁸. Je länger die Unklarheit dauert, desto mehr machen sich die nachteiligen Folgen geltend, die sich schon jetzt in unseren Beziehungen zu befreundeten Mächten abzeichnen: in der Besorgnis Italiens; in der Unsicherheit der Türkei; in dem Schwanken Litauens.

Außerdem ist das Risiko solcher Besprechungen verhältnismäßig gering; im schlimmsten Fall könnten die Besprechungen nur die Bestätigung des bisherigen negativen Eindrucks der Haltung Russlands gegenüber Deutschland bringen: möglich und vielleicht wahrscheinlich ist aber eine Klärung in einem beschränkten positiven Sinn.

Es ist schließlich eine Erfahrungstatsache in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, dass es besonders schädlich ist, eine unklare politische Situation weiter schwelen zu lassen. Die Herbeiführung einer Klärung ist der Unsicherheit vorzuziehen. Dazu kommt, dass jetzt Besprechungen herbeigeführt werden könnten, ohne dass wir uns dem Vorwurf aussetzen brauchten, „den Russen nachzulaufen“; denn wir haben angesichts der Haltung der Sowjetöffentlichkeit Deutschland gegenüber in den letzten Monaten das Recht, an die Sowjetregierung mit der Frage heranzutreten, welches ihre politischen Absichten gegenüber Deutschland sind.

IV.

Wie ist die Einleitung, die zeitliche und inhaltliche Durchführung einer solchen Aktion zu denken?

Die Einleitung der Besprechungen könnte auf meine Unterredung mit Herrn Molotow (vgl. Telegramm Nr. 168 vom 4. August⁹) gegründet werden. Molotows Erklärungen an mich, dass die Sowjetunion ihre Politik Deutschland gegenüber nicht ändern wolle, wenn Deutschland keine Änderung seiner Politik vornehmen werde, könnte als Anknüpfungspunkt genommen werden, um unsererseits Besprechungen hierüber in einem uns geeignet erscheinenden Rahmen vorzuschlagen.

⁷ Randbemerkung von Neuraths: „Wie oft noch!“

⁸ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 389, S. 708–710.

Der Zeitpunkt der Besprechungen wäre von der jeweilig herrschenden politischen Atmosphäre abhängig zu machen. Die Zwischenzeit würde zu einer weiteren psychologischen Vorbereitung der Besprechungen zu verwenden sein. Hierfür könnte insbesondere die Durchreise des Stellvertretenden Volkskommissars Krestinski Anfang September durch Deutschland benutzt werden¹⁰. Krestinski hat sich auch in den letzten Monaten der schweren Belastung als ein gemäßigter, versöhnlicher und zuverlässiger Anhänger guter deutsch-russischer Beziehungen gezeigt.

Was den Inhalt der Besprechungen selbst betrifft, so müssten sie mit der Absicht der Erreichung eines konkreten, greifbaren Zieles geführt werden. Es würde sich also darum handeln, im Falle eines positiven Verhandlungsverlaufs zu einer mehr oder weniger losen, aber *schriftlichen*¹¹ Abmachung zu gelangen. Dieses Protokoll, das für die weitere Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen grundlegend sein würde, könnte etwa folgende Punkte umfassen:

Festlegung der politischen Verhandlungsergebnisse, beiderseitige Erklärung darüber, ob und in welchem Umfang an den bisherigen Grundlagen (Rapallo-Vertrag und Berliner Vertrag) festgehalten werden soll; Vereinbarung darüber, dass beide Regierungen in ihrem eigenen Land Bestrebungen entgegnet werden, die den oben festgelegten Grundlagen widersprechen (Rundfunkpropaganda, Tätigkeit von Polit-Emigranten usw.).

Die Wirksamkeit der politischen Abmachung würde wesentlich gefestigt werden, wenn es gelänge, sie auch wirtschaftlich zu untermauern. Es scheinen mir in dieser Beziehung Möglichkeiten gegeben zu sein, die für beide Teile nicht nur wirtschaftlich nützlich, sondern auch für die Sowjetregierung aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Erwägungen verlockend sein könnten. Nähere Ausführungen hierzu darf ich mündlicher Berichterstattung vorbehalten.

Auch andere Verhandlungsthemata, deren Behandlung erwünscht wäre, möchte ich erst anlässlich meiner Anwesenheit in Berlin zur Erörterung stellen.

V.

Ich habe durch die vorstehenden Ausführungen einige Gedanken aufgeworfen, wie die deutsch-sowjetischen Beziehungen aus ihrer gegenwärtigen Unklarheit und Trübung herausgeführt werden könnten. Ich bin mir darüber klar, dass die Einzelheiten dieses Programms abänderungsfähig sind; dass vor allem der Augenblick für die Einleitung solcher Besprechungen, wie ich schon hervorhob, noch nicht gekommen ist. Der Zeitpunkt wird erst zu *bestimmen sein, wenn die Haltung der Sowjetregierung klarer erkennbar sein wird*¹². Bei der Plötzlichkeit des politischen Stimmungsumschlages, der ein Kennzeichen des slawischen Charakters ist, ist die Möglichkeit einer beschleunigten Ernüchterung nicht von der Hand zu weisen, zumal wenn die Verhandlungen mit Frankreich hier enttäuschen sollten. Die grundsätzliche Frage aber, deren Beantwortung schon jetzt gefunden werden muss, ist die folgende: Sollen im geeigneten Zeitpunkt deutscherseits Besprechungen mit der Sowjetregierung zur Klärung der politischen Lage herbeigeführt

¹⁰ Zu der Auffassung des AA zu diesem Vorschlag von Dirksens vgl. Dok. 203.

¹¹ Das Wort ist unterstrichen und am Rand mit Fragezeichen versehen.

¹² Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

werden? Und mit welchem Endziel werden diese Besprechungen unsererseits zu führen sein?¹³

v. Dirksen

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Eingangsstempel des AA: 17. AUG 1933. Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölk-ker]s 22/8. Paraphe von B[ülows] 17/8. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497106–497114.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 404, S. 735–739.

Nr. 180

Aufzeichnung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath

Leinfelden, den 14. August 1933

Aufzeichnung

zu dem Bericht der Botschaft Moskau vom 7. August 1933¹ betreffend
deutsch-sowjetische Beziehungen.

Ich habe den oben genannten Bericht dem Vizekanzler von Papen zu lesen gegeben. Herr von Papen hat darauf Folgendes erklärt:

Er habe in Rom² den Französischen Botschafter de Jouvenel überhaupt nicht gesprochen. Damit entfiele von selbst die Behauptung über angebliche Mitteilungen betreffend deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit. Ganz abgesehen davon aber wäre er gar nicht in der Lage gewesen, darüber Mitteilungen zu machen, da ihm jede Kenntnis über diese ^{**3} militärische Zusammenarbeit fehle.

Über die deutsch-russischen Beziehungen habe er nur einmal, und zwar in einer Unterredung mit Mussolini sich geäußert. Der italienische Regierungschef sei von sich aus darauf zu sprechen gekommen und habe unter Hinweis auf die offensichtlich sich verschlechternden deutsch-russischen Beziehungen auf die Notwendigkeit einer pfleglichen Behandlung derselben hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit habe Herr von Papen Mussolini gesagt, dass unsererseits alles geschehe und geschehen sei, um das deutsch-russische Verhältnis wie bisher freundschaftlich zu gestalten. Auf russischer Seite sei jedoch seit dem Umschwung in Deutschland und der Unterdrückung der Kommunistischen Partei ein bisher nicht zu überbrückendes Misstrauen gegenüber der jetzigen Regierung in Deutschland festzustellen. *Es erkläre sich das wohl daraus, dass die Hoffnung der Bolschewiken auf eine Ausdehnung ihrer Ideen in Europa durch das Zurmachtkommen der Nationalsozialistischen Partei in Deutschland aufs Schwerste enttäuscht worden sei*⁴.

Die Äußerungen von Herrn Krestinski, wonach Herr von Papen bei einem Gespräch in Paris den Franzosen die Verträge übergeben hätte, die zwischen deut-

¹³ Vgl. Dok 186.

¹ Vgl. Dok 174.

² Vgl. Dok. 66, Anm. 10.

³ An dieser Stelle gestrichen: angebliche.

⁴ Der Satz ist in runde Klammern gesetzt.

schen und sowjetischen militärischen Stellen bestünden, bezeichnete Herr von Papen, abgesehen von dem bereits oben genannten Grund, dass er solche Verträge nicht kenne, auch aus dem Grunde für absurd, weil er gar nicht in Paris gewesen sei. Endlich erklärte Herr von Papen, dass er auch mit dem Französischen Botschafter in Berlin keinerlei Gespräche über deutsch-russische Beziehungen geführt habe.

Die Äußerungen der russischen Stellen sind danach von Anfang bis zu Ende unwahr und müssen als ein ****russischer****⁵ Versuch, die bisher freundschaftlichen Beziehungen zu sabotieren, energisch zurückgewiesen werden⁶.

gez. Frhr. von Neurath

PA AA, Moskau 214, Bl. 429725–429726.

Ein weiteres Exemplar ist veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 403, S. 734–735.

Nr. 181

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen

Geheim
Expl. Nr. 11

TAGEBUCH
N. N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS VON DIRKSEN, 15. VIII. 1933

Ich bestellte Dirksen ein, um mit ihm über die Drusag¹ zu sprechen. Da Dirksen in den nächsten Tagen abreist und Gen. Štern die weiteren Unterredungen mit Twardowski führen wird, habe ich Gen. Štern gebeten, bei unserer Unterredung zugegen zu sein.

Ich begann damit, dass die Frage, zu der ich sprechen werde, eigentlich nicht der Erörterung zwischen dem NKID und der Botschaft unterliege, sondern in die Kompetenz unserer Wirtschaftsorgane falle (Glavkoncesskom, Narkomzem, Narkomfin); doch ich hätte entschieden, mit Dirksen ****in****² persönlicher und halboffizieller Form diese ****Frage****³ zu besprechen, weil ich nicht möchte, dass sie einen Anlass für politische Reibereien zwischen Deutschland und der UdSSR liefere.

Es gehe um die deutsche landwirtschaftliche Konzession Drusag im Nordkaukasus.

Von unseren örtlichen Behörden sei festgestellt worden, dass diese Konzes-

⁵ Über das Wort ist „französischer“ geschrieben.

⁶ Von Bülow schickte die Aufzeichnung am 15. 8. 1933 an die Botschaft Moskau mit der Bitte, Krestinskij über den Inhalt zu informieren und gegen die „zumindest grob fahrlässige Verbreitung tendenziöser Nachrichten Einspruch zu erheben“. Vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429723. Vgl. dazu auch Dok. 183.

¹ Vgl. Dok. 32, Anm. 12. Am 7. 8. 1933 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss, die Drusag aufzulösen. Vgl. Dok. 175.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

sion in den letzten zwei Jahren ein Unterschlupf für eine sehr große Anzahl von konterrevolutionären Elementen aus dem Kreise sowjetischer Staatsbürger sei, sie sei für sie ein organisatorisches Sammlungszenrum. Auf der Konzession sei eine außerordentlich große Anzahl von Entkulakisierten beschäftigt, darunter viele Entflozene aus der Verbannung sowie viele ehemalige Offiziere. **4 Nicht wenige hielten sich dort ohne Dokumente oder mit gefälschten Dokumenten auf. Die Konzession gebe ihnen Obdach, Verpflegung, ein Einkommen und verstecke sie vor den Behörden.

Auch einige deutsche Angestellte der Konzession verhielten sich illoyal. So habe der Leiter der Traktorenstation Greitschneider während der Kampagne zur Zeichnung von Anleihen unter Flügen die in den Räumen seiner Traktorenhalle aufgehängten Plakate abgerissen; der persönliche Gehilfe des Direktors der Konzession, Weimert, verwende in seinem Schriftverkehr mit den örtlichen Behörden unerhörte Ausdrücke und Drohungen, aus denen ersichtlich sei, dass Weimert das Territorium der Konzession als ein exterritoriales Gebiet betrachte, welches nicht den sowjetischen Gesetzen unterliegt.

In ihrer kommerziellen Tätigkeit umgehe die Konzession unsere Handelsgesetze und verstoße auch gegen die Steuergesetze.

Aus Gründen der staatlichen Sicherheit könnten unsere Behörden solch eine Situation nicht dulden. Zugleich seien sie aufgrund von Erfahrungen davon überzeugt, dass der Konzessionär von sich aus nicht die Situation zu verändern wünsche oder es nicht vermöge. Aus diesem Grund hätten die Kommissariate, denen die Konzession behördlich unterstellt sei, entschieden, für die Konzession einen Kommissar zu ernennen, der eine Säuberung unter den Angestellten und Arbeitern durchführen und künftig die Leitung des Personalbestandes der Konzession in seine Hände nehmen werde. Ebenso sei beschlossen worden, einen Kommissar zu ernennen, der die kommerzielle Tätigkeit der Konzession kontrollieren werde.

Dies bedeute keinen Anschlag auf die Rechte, die dem Konzessionär mit dem Konzessionsvertrag gewährt worden seien. In seinen Händen verbleibe die wirtschaftliche und kommerzielle Leitung der Konzession; er werde den mit dem Erzeugungsvertrag von 1932 zugesicherten Gewinn erhalten⁵.

Ich dachte jedoch, dass es für den Konzessionär nicht angenehm sein werde, künftig mit zwei Kommissaren zu tun zu haben. Möglicherweise werde er die unverzügliche Liquidierung der Einsetzung von Kommissaren vorziehen.

Ich hätte deshalb unsere Behörden gebeten, für eine gewisse Zeit die Ernennung der Kommissare aufzuschieben und mir die Möglichkeit zu geben, mit Ihnen, Herr Botschafter, zu sprechen. Ich bin davon überzeugt, dass Sie persönlich es als vernünftiger anerkennen werden, die Konzession unverzüglich aufzulösen, als sich auf die neuen Arbeitsbedingungen umzustellen, die insbesondere in der ersten Zeit unausweichlich zu Reibungen führen werden⁶.

⁴ An dieser Stelle ist das Wort „Aber“ gestrichen.

⁵ Abkommen vom Juni 1932 über die Änderung des Konzessionsvertrages vom 21. 9. 1927 und über die Regelung des Geldtransfers; vgl. dazu Die Ostwirtschaft, 1932, S. 159; 1933, S. 199.

⁶ Krestinskij schrieb in seinem Bericht vom 31. 8. 1933 an Poskrebyšev: „Ich betonte, dass wir keinen Vorschlag unterbreiten werden, die [Drusag] aufzulösen, doch falls ein solcher vom Konzessionär gemacht werden sollte, so würden wir ihn wohlwollend prüfen.“ Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 99.

Dirksen stellte hier die Frage: „Bei einer Liquidierung der Konzession ist doch aber die Zahlung einer bestimmten Summe vorgesehen?“

Ich bestätigte, dass mit dem Abkommen von 1932 bei einer Liquidierung die Zahlung einer bestimmten Summe vorgesehen worden sei. Unsere Behörden wollten aus der vorzeitigen Liquidierung der Konzession keinen Gewinn ziehen und würden nicht das Recht des Konzessionärs anfechten, die im ****Abkommen****⁷ vorgesehene Ablösesumme zu erhalten. Das einzige, worüber gesprochen werden könne, sei eine Teilzahlung, weil wir doch nicht beabsichtigt hätten, die Konzession umgehend zu liquidieren und deshalb in unseren Plänen die unverzügliche Zahlung einer verhältnismäßig großen Ablösesumme nicht vorgesehen gewesen sei. Deshalb müsse sich der Konzessionär darauf einstellen, die Ablösesumme in einigen Tranchen in den Jahren 1935–1936 zu erhalten. Doch Dirksen und ich bräuchten darüber nicht zu sprechen, darüber würden sich die Vertreter des Narkomfin und des Glavkoncesskom mit dem Konzessionär verständigen, und ich dachte, sie würden sich sehr schnell und leicht einigen. Es sei vorab die Frage zu klären, ob die deutsche Seite die unverzügliche Liquidierung der Konzession oder die Ernennung von Kommissaren bevorzuge.

Als ich geendet hatte, fragte mich Dirksen: Auf der Grundlage welchen Punktes des Konzessionsabkommens beabsichtigt die sowjetische Regierung Kommissare zu ernennen?

Ich antwortete, dass die Ernennung von Kommissaren nicht auf der Grundlage des Konzessionsabkommens vorgenommen werde, sondern aus Erwägungen der staatlichen Sicherheit. Jeder Staat sei souverän auf seinem Territorium und ergreife Maßnahmen gegen die auf seinem Territorium begangenen Gesetzesverletzungen. Ich erinnerte Dirksen an die Geschichte mit der Derop. Obgleich sich die Leiter unserer Derop keinerlei Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten erlaubt und auch nicht gegen deutsche Gesetze verstoßen hätten, d.h. im Unterschied zu den Leitern der Drusag hätten sie sich gegenüber der deutschen Regierung vollkommen loyal verhalten, hätte dessen ungeachtet die deutsche Regierung der Leitung der Derop und unserer Botschaft erklärt, sie könne nicht die Tatsache hinnehmen, dass in der Derop eine große Anzahl von deutschen Kommunisten beschäftigt sei, welche die deutsche Regierung als staatsfeindliche Elemente betrachte, und für die Derop einen Kommissar ernannt. Unser Narkomzem und andere interessierte Organe hätten für die Ernennung von Kommissaren viel gewichtigere Beweggründe.

Die Ernennung von Kommissaren sei beschlossene Sache. Dass ich mich in dieser Frage an Dirksen wende, betrachte ich als meine Intervention, die den Interessen der deutschen Regierung und des Konzessionärs entgegenkomme. Ich hätte unseren Behörden das Einverständnis abgerungen, die Kommissare nicht zu ernennen, falls sich der Konzessionär mit der Liquidierung der Konzession nicht zu Beginn 1935, wie es im Abkommen vorgesehen sei, sondern unverzüglich einverstanden erkläre.

Ich bat Dirksen diese Frage zu überdenken, sich mit den zuständigen Stellen zu beraten, und mir eine Antwort zu geben. Doch ich bäte, mir sobald wie möglich die Antwort zu geben, auf alle Fälle vor meiner Abreise in den Urlaub, der in den

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Konzession.

letzten Augusttagen beginne. Mein Vorschlag sei mein persönlicher Vorstoß, und falls ich bis zu meiner Abreise dem Narkomzem, Narkomfin und Glavkoncesskom nicht mitteilen könne, dass die deutsche Seite im Prinzip einverstanden sei, die Konzession unverzüglich zu liquidieren, so werde Ende August die Ernennung der Kommissare erfolgen.

Dirksen hörte mir zu Beginn mit großer Besorgnis zu, doch er wurde allmählich ruhiger und schließlich antwortete er schon ganz und gar entspannt. Er sagte, dass er die Drusag als einen der Betriebe betrachte, deren Ziel darin bestehe, die wirtschaftliche Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland zu verwirklichen. Er wolle durchaus nicht, dass die Drusag stattdessen eine Quelle für Reibereien und Konflikte zwischen unseren Staaten sei. Auch wenn ihm persönlich der Misserfolg der Hoffnungen, die er mit der Drusag verbunden habe, sehr nahe gehe, so sei er nichtsdestotrotz damit einverstanden, lieber die Konzession unverzüglich zu liquidieren als durch sie eine lang andauernde Vergiftung unserer Beziehungen in Kauf zu nehmen⁸. Er werde sich umgehend mit den Konzessionären, faktisch seien dies einzelne deutsche Ministerien, in Verbindung setzen, Dittloff hierher bestellen und mit ihm sprechen.

Er räume ein, dass es auf der Konzession vielleicht entkulakiserte deutsche Kolonisten gäbe. Denn unter den in verschiedenen Teilen der Sowjetunion lebenden deutschen Kolonisten gebe es seit langem Verbindungen und Gerüchte, die sogar bis zu den sibirischen Kolonisten gelangten, dass es im Nordkaukasus eine deutsche Konzession gebe, auf der man Arbeit bekommen könne. Es sei vollkommen natürlich, dass deutsche Kolonisten ****in****⁹ diesen oder jenen Gegenden, in denen es Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung gebe, zur Konzession drängten und darum bäten, sie einzustellen. Dem Konzessionär falle es in solchen Fällen sehr schwer, eine Ablehnung auszusprechen, zumal es für die Leitung der Konzession günstiger sei, Arbeiter zu haben, die deutsch sprechen, da sie sich leichter mit ihnen verständigen könne, als mit denjenigen aus der Administration der Konzession, die selbst die russische Sprache nicht beherrschen. Dirksen glaube jedoch nicht, dass es sich um eine bewusste Illoyalität der Leiter der Konzession handele.

Ich antwortete, dass mich die subjektive Loyalität oder Illoyalität des Herrn Dittloff und seiner Angestellten absolut nicht interessiere. Ich sei bereit, ihnen keine böse Absicht zu unterstellen. Mir sei einzig und allein die Tatsache wichtig, dass objektiv für uns eine absolut untragbare ****Situation****¹⁰ geschaffen worden sei und deshalb diese Situation so schnell wie möglich zu beenden sei¹¹.

⁸ Von Dirksen reagierte seiner Aufzeichnung vom 15. 8. 1933 zufolge auf den Vorschlag Krestinskijs: „Ich könnte nicht mit Sicherheit sagen, welchen Entschluss die Inhaber der Konzession fassen würden; ob sie es versuchen würden, den Betrieb mit den Kommissaren fortzuführen, ob sie aus dem Wortlaut des Vertrages Einwendungen gegen diese Maßnahme erheben würden oder sie sich mit einer vorzeitigen Liquidation einverstanden erklären würden.“ In: PA AA, Moskau II 326, Bl. 145–153, hier Bl. 150.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Eindruck [nicht durchgestrichen].

¹¹ Laut seiner Aufzeichnung entgegnete von Dirksen Krestinski u.a. Folgendes: „Ich könne dem auch nicht zustimmen, dass Herr Krestinski sage, die Drusag passe als Betriebsform nicht mehr in die gegenwärtige Entwicklung der Agrarpolitik der Sowjetunion hinein. Die Drusag sei niemals als ein für Erwerbszwecke bestimmtes Unternehmen gedacht gewesen; es sei deutscherseits immer beabsichtigt gewesen, sie für Zwecke gemeinschaftlicher Arbeit auf landwirtschaft-

Dirksen versprach, sich dieser Angelegenheit umgehend anzunehmen¹².

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, zu den Akten. 19/VIII. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1629 vom 19. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Dokumente und der Verteiler vermerkt: 11 Expl. An die Kollegiumsmitglieder [des NKID] [die Expl.] 1–5, an die Genossen Molotov das 6. [Expl.], Grin'ko das 7., an Jakovlev das 8., an Trifonov das 9., an Štern das 10., nach Berlin das 11. [Exemplar].

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 307–303. Kopie.

Nr. 182

Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey

15. August 1933

Lieber Herr Hey!

Herr Krestinski hatte mich zu heute Mittag zu sich gebeten, um mir die aus der anliegenden Aufzeichnung¹ ersichtlichen Eröffnungen über die Drusag und den *Wunsch der Sowjetregierung, ihre Liquidation herbeizuführen*², zu machen. Da die Zeit bis zum Abgang des Kuriers nicht ausreicht, um die ganze Frage in einem eingehenden Bericht zu erörtern und zu ihr endgültig Stellung zu nehmen, schicke ich Ihnen lediglich den Wortlaut der Aufzeichnung und möchte in aller Eile einige begleitende Worte hinzufügen.

Der Grund für das Vorgehen der Sowjetregierung bzw. der inneren Behörden liegt m. E. klar zu Tage: einerseits erschien es unerwünscht, in der landwirtschaftlichen Einöde, zu der der Nordkaukasus jetzt mehr oder weniger geworden ist, ein so blühendes, unter fremder Leitung stehendes Unternehmen bestehen zu lassen. Dazu kam, dass der Zustrom von Hungernden und Arbeitssuchenden aus anderen Teilen des Nordkaukasus, der Ukraine und sogar Westsibiriens den inneren Behörden ein Dorn im Auge war, zumal da diese Zustände sich vor den Augen einer großen Anzahl von Ausländern abspielten. Schließlich kam die allgemeine Erwägung

lichem Gebiete zu verwenden. In dieser Beziehung sei sie aber von den Sowjetinstitutionen und Behörden nicht ausgenutzt worden. Es wäre möglich gewesen und unsererseits vorgeschlagen worden, dort Lehrkurse für Viehzüchter und Schweinezüchter einzurichten, es wäre dort ein für die Sowjetunion geeignetes Saatgetreide gezüchtet worden, Kreuzungen von verschiedenen Viehrassen vorgenommen worden und viele andere wertvolle wissenschaftliche Versuche mehr. Es sei nicht unsere Schuld, dass von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht worden sei.“ In: PA AA, Moskau II 326, Bl. 152–153.

¹² Vgl. Dok. 182.

¹ Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs durch von Dirksen vom 15. 8. 1933. In: PA AA, Moskau II 326, Bl. 145–153. Vgl. auch Dok. 181.

² Der Text ist unterstrichen.

dazu, dass die Drusag als Betriebsform im Allgemeinen mit ihrem stark privatwirtschaftlichen Einschlag als unerwünscht und unzeitgemäß empfunden wurde.

Ferner haben Beweggründe taktischer und **„polemischer“**³ Art eine erhebliche Rolle gespielt: das Vorgehen gegen die Drusag ist zu einem großen Teil auch der Gegenschlag gegen die Derop-Angelegenheit und gegen die „Brüder in Not“-Aktion gewesen. Der höchst unerwünschte und unglückliche Artikel von Herrn Ammende in der „Wiener Reichspost“⁴, in dem er als seine Vertrauensleute ausdrücklich Angestellte der Drusag nannte, hat den Becher zum Überlaufen gebracht⁵.

So wie ich die Dinge beurteile, verspreche ich mir von einer Fortführung des Betriebes unter der Aufsicht von Sowjetkommissaren nichts. Ich halte es für besser, die uns gebotene Gelegenheit zu einer freiwilligen Liquidation des Unternehmens zu benutzen. Ich glaube auch, dass wir durch ein solches Verfahren finanziell verhältnismäßig gut abschneiden könnten. Dass es mir nicht leicht wird, zu dieser Stellungnahme zu gelangen und die Liquidation eines Unternehmens herbeizuführen, in dem so viel Mühe und Arbeit steckt und das so vielversprechend war, brauche ich nicht besonders hinzuzufügen.

Ich habe Herrn Dittloff telegraphisch gebeten, sich baldmöglichst nach Moskau zu begeben, um im Anschluss hieran die Reise nach Berlin anzutreten. Ich bitte Sie aber trotzdem, die erforderlichen Besprechungen schon jetzt einzuleiten, ohne auf seine Ankunft in Berlin zu warten. Ich glaube, dass der Rat von **Krestinski**, seine Anwesenheit in Moskau zum Beginn der Liquidationsverhandlungen zu benutzen, gut gemeint und beherzigenswert ist⁶.

Mit den besten Grüßen bin ich

[von Dirksen]

Ohne Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befinden sich oben folgende handschriftliche Vermerke: A/1692 [durchgestrichen] gelöscht und zu D 1048/33. Darunter: ZdA und Drusag Hil[fer] An der Seite: 1) Günt[he]r 2) Herrn v. Twardowski, Herrn Stelzer, Herrn Schiller [jeweils mit Paraphe abgezeichnet] zdA D[irksen] 15/8. Unten: D hat Durchschlag der Aufzeichnung. A 9.

PA AA, Moskau II 326, Bl. 142–144.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: völkischer.

⁴ Vgl. E. Ammende: Der Massentod schreitet durch Russland. In: Reichspost (Wien) vom 16. Juli 1933, S. 1–4.

⁵ Vgl. „Antisovetskaja kleveta avstrijskoj gazety“ (Die antisowjetische Verleumdung einer österreichischen Zeitung). In: Izvestija vom 20. Juli 1933, S. 7.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 183

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**

Geheim

Tagebuch
N. KrestinskijEMPfang DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN,
17. August 1933

Obwohl ich mich am Tag zuvor während des Frühstücks bei Gen. Enukidze bereits von Dirksen verabschiedet hatte und wir vereinbart hatten, dass er mich extra aufsuchen werde, um sich zu verabschieden, rief Dirksen am Morgen des 17. an und bat, ihn für einige Minuten zu empfangen. Ich **empfang**¹ Dirksen um 4 Uhr.

Dirksen brachte die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee zur Sprache. Als Twardowski am 5. oder 7. August nach seiner Rückkehr aus Berlin mit Gen. Štern² bezüglich der Einstellung der bisherigen Form der Zusammenarbeit gesprochen und nach den Gründen für diesen unseren Entschluss gefragt hatte, habe ihm Štern geantwortet, dass man nicht uns danach fragen müsse, sondern von Papen, der die Franzosen in unsere Beziehungen eingeweiht habe.

In einem meiner früheren Gespräche mit Dirksen hätte auch ich mich auf die Indiskretion Papens bezogen³.

Darüber habe die Botschaft an das Auswärtige Amt⁴ berichtet und dieses sich daraufhin an von Papen gewandt⁵.

Dieser Tage habe Papen seinen Vertreter, einen gewissen Savigny, zu Staatssekretär von Bülow geschickt, der Bülow gegenüber Folgendes erklärt habe:

a) Als Papen in Rom gewesen sei⁶, habe er sich überhaupt nicht mit dem französischen Botschafter de Jouvenel getroffen, und deshalb könne er auch nicht mit ihm über dieses Thema gesprochen haben.

b) Mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, habe er zu keinem Zeitpunkt über die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der sowjetischen Armee oder über die deutsch-sowjetischen Beziehungen generell gesprochen.

c) Von Papen sei seit seiner Ernennung zum Reichskanzler im vergangenen Jahr überhaupt nicht in Paris gewesen und schließlich habe

d) von Papen mit keinem der französischen Politiker über die Abkommen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee sprechen können, weil er von diesem Abkommen und überhaupt von der Zusammenarbeit keine Kenntnis gehabt habe.

¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: bat.

² Vgl. Dok. 177, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 105.

⁴ Vgl. Dok. 174.

⁵ Vgl. Brief von Neuraths an von Bülow vom 14. 8. 1933. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 403, S. 733–735.

⁶ Vgl. Dok. 66, Anm. 10.

Nachdem Savigny von Bülow diese Mitteilung vorgetragen hatte, habe Außenminister Neurath kurz darauf selbst mit Papen über das gleiche Thema gesprochen⁷. Dirksen könne nicht sagen, ob dies in Berlin oder während ihres gemeinsamen Aufenthaltes in München gewesen sei. Von Papen habe ihm all das bestätigt, was sein Vertreter Bülow gesagt habe. Er habe insbesondere unterstrichen, dass er über die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee absolut nicht informiert gewesen sei, und deshalb hätte er niemandem etwas über diese Beziehungen mitteilen können.

Dirksen sei sehr froh, dass er von Papen solch ein kategorisches Dementi erhalten habe. Dies beweise, dass alle Informationen, die uns von französischer Seite zugetragen worden seien, eine bewusste Desinformation seien⁸. Er hoffe, dass dieses Dementi dazu beitragen werde, die Atmosphäre, die sich in letzter Zeit zwischen den Regierungen der UdSSR und Deutschlands aufgebaut habe, zu entspannen.

Ich brachte eine gewisse Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass sich von Papen aus welchem Grund auch immer auf Jouvenel berufe, zumal wir in unseren Unterredungen niemals darauf verwiesen hätten, dass die Mitteilung über die Indiskretionen von Papens von Jouvenel ausgegangen seien.

Ich versprach, die von Dirksen vorgetragene Mitteilung Gen. Vorošilov und unseren führenden Genossen zur Kenntnis zu bringen.

Danach verabschiedete sich Dirksen, wegen seiner Abreise voraussichtlich bis zum 20. Oktober.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde. 20. VIII. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1621 vom 20. 8. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

10 E[xemplare]. An die Kollegiumsmitglieder [des NKID] 5 [Expl.], nach Berlin das 6. [Expl.], an die 2. West[abteilung] das 7., an die Genossen Stalin das 8., Molotov das 9., Vorošilov das 10 [Expl.].

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 302–301. Kopie.

Nr. 184

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow

Berlin, den 17. August 1933

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Am 16. August ds. Js. brachte der „Deutsche“, „die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront“ einen Leitartikel mit der sensationellen Überschrift „Geheim-

⁷ Vgl. Dok. 180.

⁸ In seiner Aufzeichnung über diese Unterredung führte von Dirksen aus, dass Krestinskij die Tatsache bestätigt habe, die Informationen über die Gespräche von Papens von französischer Seite erhalten zu haben. Vgl. PA AA, Moskau 214, Bl. 429728.

komplott gegen Hitler“¹. In diesem Artikel werden dem Leser verschiedene unglaubliche Geschichten erzählt über das angebliche Zusammentreffen von Litwinow, Tardieu, Trotzki, Suriz und Baruch in Royat² zum Zwecke „eine neue Kampf-front gegen den Nationalsozialismus zu bilden“.

Ich brauche nicht viele Worte zu verlieren, um zu erklären, dass die ganze Geschichte von A bis Z vollkommen erfunden ist.

Die Zeitung geht aber weiter. In unerhörter Weise versucht sie gegen den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Herrn Litwinow, persönlich zu hetzen. Sie schreibt u. a.: „Auf einmal erfährt man, dass der russische Außenminister, der allerdings genau so Jude und genau so Verbrecher – nach der „Deutschen Wochenschau“, dem Blatt des Staatssekretärs Feder, sogar Bankräuber – sein soll, mit diesem Verräter Russlands³ eine Konferenz gehabt hat.“ (Hervorgehoben durch die betreffende Zeitung.)

Der Artikel der „Deutschen Wochenschau“, auf den der „Deutsche“ sich beruft, wurde am 12. August ds. Js. veröffentlicht mit der Überschrift „Geheimkonferenzen in Royat“⁴. In diesem Artikel wird der Außenkommissar der UdSSR Herr Litwinow auch in derartiger Form beschimpft, dass man seinen Augen kaum trauen kann, wenn man sieht, dass der Herausgeber dieser Zeitung der jetzige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herr Gottfried Feder, ist.

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken erhebt den entschiedensten Protest gegen diese unerhörte, allen internationalen Gepflogenheiten widersprechende Hetze gegen den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten eines befreundeten Landes, mit dem das Deutsche Reich durch Rapallo- und Berliner Vertrag in freundschaftlichen Beziehungen steht. Die Botschaft der UdSSR bittet Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um die genannten Zeitungen zur Besinnung und zur strengsten Verantwortung zu bringen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Bessonoff
Geschäftsträger a. i. der UdSSR⁵

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 26, d. 20, l. 23–23a. Kopie. In deutscher Sprache.

¹ Der Deutsche vom 16. August 1933, S. 1.

² Eine Gemeinde in Frankreich in der Region Auvergne im Département Puy-de Dôme im Arrondissement Clermont-Ferrand mit der gleichnamigen Bezirksstadt.

³ Gemeint ist Lev Davidovič Trockij.

⁴ Vgl. Deutsche Wochenschau, Nr. 32 vom 12. August 1933, S. 1.

⁵ Zur mündlichen Erklärung Bessonovs bei der Aushändigung der Note vgl. Aufzeichnung Meyers vom 17. 8. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659837.

Nr. 185
**Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Staatssekretär im AA
von Bülow**

17. August 1933
Vertraulich!

Lieber Bülow!

Ich möchte Ihnen heute über eine Unterhaltung mit Herrn Jenukidse privat-brieflich berichten, da die ganzen Umstände dieses Besuches sehr vertraulicher Art sind. Herr Jenukidse, dessen Stellung etwa der des Staatssekretärs Meissner beim Reichspräsidenten entspricht, ist kürzlich von einem Kuraufenthalt zurückgekommen, den er entgegen der diesjährigen Parole Moskaus, Deutschland zu meiden, zum größten Teil in Deutschland – und zwar in Königstein im Taunus – zugebracht hat. *Er ist einer der aufrichtigsten und wärmsten Freunde Deutschlands in der Sowjetunion. Da er zur nächsten Umgebung Stalins gehört – er ist auch Georgier – ist auch sein politischer Einfluss groß*¹.

Herr Jenukidse hat meine Frau und mich sowie Herrn und Frau von Twardowski gestern zu sich auf seine „Datsche“ eingeladen; eine hübsche kleine Villa dreißig Kilometer von Moskau entfernt. Herr und Frau Krestinski und Herr Karachan nahmen auch an dem Essen teil. Da diese Einladung auf die Datsche besonders freundschaftlich gemeint ist und als etwas Außergewöhnliches bezeichnet werden kann, wäre ich für vertrauliche Behandlung der näheren Umstände unserer Unterhaltung dankbar.

Mir hat an der Unterhaltung mit Herrn Jenukidse auch aus dem Grunde besonders gelegen, weil ich jetzt bemüht bin, unseren Standpunkt einflussreichen Sowjetpersönlichkeiten gegenüber zur Geltung zu bringen, die nicht dem Außenkommissariat angehören. Ich glaube, dass die beiden Unterhaltungen, die ich mit Molotow² und Jenukidse gehabt habe, ihren Zweck voll erreicht haben, indem sie mir einerseits Erklärungen von ganz maßgebender Sowjetseite brachten und mir andererseits die Möglichkeit zu einer Einwirkung auf die höchsten Parteistellen gaben. Die Unterhaltung mit Jenukidse ist also in den Rahmen meines Berichtes Nr. A/1684 vom 14. August³ hineinzustellen.

Ich nahm auf die Erklärungen Bezug, die mir Herr Molotow hinsichtlich der Politik der Sowjetregierung gegenüber Deutschland gegeben hatte und führte aus, dass diese Erklärungen für mich von großem Wert gewesen seien. Ich hätte während verschiedener Monate den festen Eindruck gehabt, dass die Sowjetregierung ihre Politik gegenüber Deutschland völlig zu ändern beabsichtige und dass sie eine ganz andere Orientierung eingeschlagen habe. Ich nahm Bezug auf die politischen Verhandlungen der Sowjetregierung in diesen Monaten und vor allem auf die Pressekampagne, die gegen uns in unerhörter Schärfe geführt worden sei; im Einzelnen hob ich die Beschuldigung der Sowjetpresse, dass wir aufrüsteten und den Krieg vorbereiteten, sowie die veränderte Haltung zu Versailles und zu Polen hervor.

Herr Jenukidse ging sogleich sehr lebhaft auf meine Ausführungen ein und

¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

² Vgl. Dok. 172.

³ Vgl. Dok. 179.

gab mir Erklärungen ab, die viel wärmer und viel positiver waren als die Äußerungen von Herrn Molotow. Er führte aus, die jetzt vielfach verbreiteten Gerüchte über eine Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik und eine entscheidende Annäherung an Frankreich und Polen seien falsch. Die Sowjetregierung wolle ihre Politik gegenüber Deutschland nicht ändern und sie in der bisherigen Weise fortführen; das sei die Ansicht Stalins und entspräche auch den mir von Molotow gegebenen Erklärungen. Die Politiker der Sowjetunion würden ja auch Dummköpfe sein, wenn sie anders handelten, denn freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland entsprächen den eigenen Interessen der Sowjetunion ebenso wie das umgekehrt auch der Fall sei. Herr Jenukidse sprach dann noch ziemlich eingehend über Versailles, zitierte die Aussprüche Lenins, der diesen Vertrag für unhaltbar und untragbar erklärt und seine Bekämpfung empfohlen hatte.

Ich gab darauf meiner Genugtuung über diese Erklärung von Jenukidse Ausdruck und fügte hinzu, ich könnte nur wiederholen, was ich Herrn Molotow und Herrn Krestinski erklärt habe, dass nämlich die Deutsche Regierung ebenfalls an der bisherigen Russland-Politik festhalten wolle und dass auf unserer Seite alle Voraussetzungen dafür gegeben seien. Ich machte darauf aufmerksam, dass von Sowjetseite Einzelfälle, wie z.B. das Hugenberg-Memorandum oder die Reise Rosenbergs nach London, in ganz falscher Beleuchtung dargestellt worden seien und dass daran ganz unzulässige Schlussfolgerungen geknüpft worden seien.

Herr Jenukidse erwiderte, dass gerade er und die leitenden Leute in der Sowjetunion viel Verständnis für die Entwicklung in Deutschland hätten und sich darüber vollkommen klar wären, dass gerade in den ersten Zeiten nach der Übernahme der Macht das agitatorische und das staatspolitische Element innerhalb der Partei sich erst allmählich trennten und dass erst allmählich die staatspolitische Linie sich bildete. Dies könne vielleicht auch von der Stellung von Herrn Rosenberg gesagt werden. Herr Jenukidse gab zu, dass die Sowjetpresse eine ungehörige Sprache gegen Deutschland geführt hätte, aber er meinte, das dürfe auch nicht überschätzt werden. Es gäbe genau wie in Deutschland auch in der Sowjetunion viele Leute, die rein parteipolitische Ziele in den Vordergrund stellten und von den staatspolitisch Denkenden in Schach gehalten werden müssten.

*Im Lauf des Gesprächs wiederholte Herr Jenukidse nochmals und mit Nachdruck den Willen der Sowjetregierung zur unveränderten Fortführung der Politik gegenüber Deutschland, vorausgesetzt, dass auf der Gegenseite dieselbe Einstellung vorhanden sei*⁴.

Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen möge, die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder zu einer Stabilisierung zu bringen, worauf Herr Krestinski einwarf, dass der Zeitpunkt für solche Besprechungen vielleicht im Oktober gekommen sein würde.

Durch die Unterhaltung mit Herrn Jenukidse festigt sich mein Eindruck, dass sich hier allmählich die stimmungsmäßige Grundlage bildet, auf der meine im Bericht Tgb. Nr. A/1684 vom 14. August angeregten Besprechungen geführt werden könnten. Es wird wichtig sein, in der Zwischenzeit den Boden weiter vorzubereiten, und ich glaube, dass eins der geeignetsten Mittel hierzu eine freundschaftliche Fühlungnahme mit Herrn Krestinski wäre, falls dieser – was ich annehme –

⁴ Der Satz ist am Seitenrand angestrichen.

seinen Urlaub zu einer Kur in Kissingen gebrauchen wird. Ich möchte es dringend empfehlen, Krestinski anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin – der wohl 2–3 Tage dauern würde, besonders *freundlich aufzunehmen und eine Unterhaltung mit dem *Reichskanzler*⁵ oder den Ministerpräsidenten Göring in die Wege zu leiten. Ich würde ebenfalls sehr begrüßen, wenn auch Herr von Neurath oder in seiner Abwesenheit Sie Herrn Krestinski ein Essen oder ein Frühstück mit einigen leitenden Persönlichkeiten des neuen Deutschland geben könnten. Herr Krestinski ist zum ersten Mal wieder in Deutschland, nachdem er es im Oktober 1930 nach neun Jahren Botschaftertätigkeit verlassen hat.

Über all diese Fragen hoffe ich mich in den nächsten Tagen mit Ihnen unterhalten zu können, da ich am 21. in Berlin eintreffen werde*⁶.

Eine Abschrift dieses Briefes habe ich Herrn Hey zugeleitet.

Mit herzlichem Gruß bin ich

gez. von Dirksen

PA AA, R 31498, Bl. E 497125–497132.

Nr. 186 Aufzeichnung des AA

Berlin, *den 21. August*¹ 1933

e. o. IV Ru. 3841/33²

****Aufzeichnung**³**

Für die Beurteilung der sowjetrussischen Politik müssen als wesentliche Faktoren die ernste wirtschaftliche Lage im Innern, die Besorgnisse vor einer Komplikation im Fernen Osten, das Bedürfnis erhöhter Sicherung gegen jede erdenkliche Bedrohung im Westen und der Wunsch, Sowjetrusslands Position im europäischen Konzert zu heben, in Betracht gezogen werden.

Die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Union ist außerordentlich schlecht. Die Umgestaltung der Wirtschaft (Industrialisierung, Kollektivierung der Landwirtschaft) hat das gesamte Wirtschaftsleben desorganisiert. Die katastrophale Lage der Landwirtschaft hat einen Zustand geschaffen, den man am treffendsten mit organisiertem Hunger bezeichnen kann. **In nächster Zeit**⁴ wird sich die Lage zwar durch Einbringung der Ernte etwas bessern, aber es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass in den späteren Monaten infolge des allgemeinen Mangels die wirt-

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Die Registriernummer ist handschriftlich eingefügt.

³ Das Wort ist handschriftlich eingefügt und unterstrichen. Ursprünglich handelte es sich um einen Brief an von Dirksen. Die erste Passage lautete: „Lieber Dirksen, Ihrer Berichterstattung über die russische Politik in den letzten Wochen und Monaten möchte ich zustimmen und nur noch einige Ausführungen machen, um darzulegen, wie die ganze Lage von hier aus zu beurteilen ist.“ Vermutlich war Meyer der Verfasser.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: In den nächsten Monaten.

schaftlichen Schwierigkeiten wieder zunehmen. Innenpolitische Gefahren für das bestehende Regime dürften sich daraus nicht ergeben, solange es der Sowjetregierung gelingt, die Städte, die großen Industriezentren sowie die Rote Armee mit den notwendigen Nahrungs- und Bedarfsmitteln hinreichend zu versorgen und die Disziplin im Parteiapparat und in der Verwaltung aufrecht zu halten. Den praktischen Erfordernissen dürfte sie, wenn auch unter rücksichtslosester Ausbeutung der Bevölkerung, gerecht werden.

Die Sowjet-Regierung ist sich bewusst, dass sie bei dieser Wirtschaftslage und angesichts der unzureichenden Verkehrsverhältnisse auf Jahre hinaus einen erfolgreichen Krieg auch in der Abwehr nicht führen kann. Diese Erkenntnis erfüllt sie angesichts der Lage im Fernen Osten mit schwerer Besorgnis. Die Entwicklung in Ostasien hat es mit sich gebracht, dass die Einflussosphäre der Sowjet-Union in der Nordmandschurei sowie in der inneren Mongolei fast völlig vernichtet ist. Die letzte Position der Sowjet-Regierung in diesem Gebiet bildet die ostchinesische Bahn, über deren Verkauf Verhandlungen stattgefunden haben, ohne dass ein Ergebnis erzielt werden konnte⁵. Die Stellung der Sowjet-Regierung hierbei ist aber so schwach, dass sie voraussichtlich genötigt sein wird, das Angebot von Mandschukuo anzunehmen oder das Risiko einer gewaltsamen Enteignung seitens des mandschurisch-japanischen Militärs zu laufen, ohne Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die Sowjet-Union ist auch wegen ihres Besitzstandes in Wladiwostok besorgt, wenn auch die dortige Befestigung soweit fortgeschritten ist, dass eine militärische Operation den Japanern teuer zu stehen kommen würde und Japan zur Zeit wohl kaum ein mittelbares Interesse an einer Gewaltaktion haben dürfte. Die Sowjet-Regierung weiß, dass sie bei einem Konflikt den kürzeren ziehen müsste, wodurch auch unerwünschte Rückwirkungen entstehen könnten.

Die wirtschaftliche Schwäche und die Gefahr im Fernen Osten haben es der Sowjet-Regierung erwünscht erscheinen lassen, ihre Sicherungen im Westen noch weiter zu verstärken, als dies schon im Litwinow-Protokoll⁶, im Kellogg-Pakt und in den Nichtangriffsverträgen geschehen ist. Hinzu kam das Bedürfnis, ihre diplomatisch-politische Stellung im Konzert der europäischen Mächte zu stärken und durch eine internationale Aktion die Nachbarstaaten unter ihrer Führung zu gruppieren. Dieses Sicherheitsbedürfnis entspringt der schon beinahe pathologischen Angst der Sowjet-Regierung vor Interventionen und Koalitionen. Voriges Jahr sah sie eine Gefahr für ihre Interessen in dem als reine Phantasie zu bezeichnenden angeblichen Plan des **damaligen**⁷ Reichskanzlers von Papen **eines deutsch-französischen Militärbündnisses**⁸ mit dem Ziele eines Kreuzzuges gegen die Sowjet-Union. Jetzt wittert sie ganz zu Unrecht eine Gefährdung ihres Besitzstandes durch die nationalsozialistische Bewegung, obwohl der Herr Reichskanzler in

⁵ Die ostchinesische Eisenbahn wurde 1897 bis 1903 als der südliche Teil der transsibirischen Eisenbahn zwischen Cita und Vladivostok bzw. Port Arthur durch die Mandschurei gebaut und war russisches Eigentum. Im Mai 1933 hatte die sowjetische Regierung Mandschukuo, das sich seit März 1932 auf japanischen Druck als von China unabhängig erklärt hatte, den Verkauf der ostchinesischen Eisenbahn vorgeschlagen. Im Juni begannen auf einer sowjetisch-mandschukischen Konferenz in Tokio die Verhandlungen darüber, die im Oktober 1933 aufgrund von Zwischenfällen abgebrochen wurden. Die Unterzeichnung eines Vertrages und die Übergabe der Eisenbahn an Mandschukuo erfolgten im März 1935.

⁶ Vgl. Dok. 94, Anm. 8.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: ehemaligen.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: über ein deutsch-französisches Militärbündnis.

seiner Rede vor dem Reichstag am 23. März d. J. den Standpunkt der deutschen Regierung zur Sowjet-Union klar präzisiert hat. Bei einigermaßen kühler Überlegung müsste die Sowjet-Regierung zu dem selbstverständlichen Schluss kommen, dass kein Staat und keine Regierung irgendwie an einen Eingriff in die Verhältnisse oder gar in den Besitzstand der Sowjet-Union denken.

Das völlige Fiasko der Londoner Konferenz und die dort herrschende internationale Atmosphäre boten der Sowjet-Regierung die günstige Gelegenheit, die gewünschten Sicherheitsverträge mit den Nachbarstaaten und der Kleinen Entente abzuschließen⁹ und auf diese Weise auch das Prestige der Sowjet-Union zu stärken.

Die Durchführung dieser Pläne wurde durch die Haltung ihrer Kontrahenten gegenüber Deutschland erleichtert. Für diese war nicht etwa der Wunsch maßgebend, die Stellung Sowjet-Russlands politisch oder wirtschaftlich besonders zu stärken; richtunggebend war vielmehr für Frankreich, Polen und die Kleine Entente der Wunsch, keine Möglichkeit einer Entfremdung zwischen Deutschland und Sowjet-Russland ungenutzt vorübergehen zu lassen, für Polen und die Kleine Entente insbesondere der Gedanke, einen Gegenzug gegen den Viermächtepakt zu unternehmen. Durch Eingehen auf die Wünsche der Sowjet-Regierung sollte ihr die Zweckmäßigkeit vor Augen geführt werden, sich von Deutschland abzuwenden und sich an die Westmächte anzulehnen. Hinzu kam der Wille der Kleinen Entente, Beziehungen zu Sowjet-Russland anzuknüpfen und insbesondere für Rumänien die Gelegenheit, die durch die Ablehnung des Nichtangriffspakts gespannte Lage einer Entspannung entgegenzuführen, ohne dabei einen Prestigeverlust in der Bessarabienfrage¹⁰ zu erleiden. Ob die Sowjet-Diplomatie, die – ungeachtet ihres Nachgebens in der Bessarabienstreitfrage – ihrerseits die Überprüfung des Gegensatzes zu Rumänien und die Anbahnung von Beziehungen zur Kleinen Entente als Erfolg bucht, ihre Hoffnung auf eine baldige de jure-Anerkennung durch die Staaten der Kleinen Entente erfüllt sehen wird, bleibt ungewiss.

Die Litauische Regierung wollte den regionalen Vertrag oder den allen Staaten offen stehenden Vertrag in seiner vorliegenden Fassung nicht unterzeichnen und insbesondere nicht mit Polen ihre Unterschrift unter den regionalen Vertrag setzen. Diese Haltung hatte ihre Gründe darin, dass in dem Vertrag auf den Politis-Bericht¹¹, der eine Begriffsbestimmung des Territoriums enthält, Bezug genommen war und Litauen sich in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, an diese Begriffsbestimmung, die als ein Verzicht auf das Wilna-Gebiet gedeutet werden konnte, binden wollte. Die sehr weitgehenden Abänderungswünsche des Vertragstextes hatte Litwinow abgelehnt; da Litauen aber nicht ganz beiseite stehen konnte, sah es sich genötigt, mit Litwinow in London einen Sondervertrag zu unterzeichnen, der dem Text des regionalen Vertrages entspricht, aber keine Bezugnahme auf den Politis-Bericht enthält¹². Finnland konnte sich anfangs über seine

⁹ Zum Londoner Abkommen über die Definition des Angreifers vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

¹⁰ Die sowjetische Regierung hatte den Anschluss Bessarabiens an Rumänien nicht anerkannt.

¹¹ Nach dem Berichterstatter, dem früheren griechischen Außenminister Nikolaos Politis benannter Bericht des Komitees für Fragen der Sicherheit vom 24. 5. 1933; in Auszügen veröffentlicht in: Documents on International Affairs 1933, hrsg. von J. W. Wheeler-Bennett, London 1934, S. 218–230.

¹² Konvention vom 5. 7. 1933; vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 220, S. 408–411.

Haltung nicht schlüssig werden. Die Finnische Regierung hatte im Hinblick auf Polen Bedenken, auch wollte sie das Ergebnis der finnischen Reichstagswahlen abwarten. Nachdem sie sich überzeugt hatte, dass einige Sonderwünsche nicht erfüllbar seien, hat sie sich nachträglich dem regionalen Vertrag angeschlossen¹³.

Bei dem Zustandekommen der Verträge hat die Türkei eine rührige Tätigkeit entwickelt. Der sehr geschäftige türkische Außenminister Tewfik Ruschtü Bei hat wohl auf Wunsch Litwinows sehr aktiv mitgewirkt. Den Türken lag daran, eine sowjetrussisch-rumänische Entspannung herbeizuführen und durch einen Ausgleich des rumänisch-sowjetrussischen Gegensatzes allen Konfliktmöglichkeiten zwischen den Balkan- und Schwarzmeer-Staaten vorzubeugen. Die Türkei hat die Bedeutung ihrer Mitarbeit dadurch unterstrichen, dass sie sowohl den regionalen Vertrag als auch den allen Staaten offen stehenden Vertrag unterzeichnet hat.

Zu dem Inhalt der Verträge füge ich eine kurze Aufzeichnung bei¹⁴.

Die politische Tätigkeit der Sowjetregierung erschöpft sich aber nicht mit dem Abschluss der Ostverträge. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht sind auch die Londoner Abmachungen zwischen Sowjetrussland und England¹⁵ sowie die Verhandlungen zwischen Sowjetrussland und Amerika. Die Stellungnahme der neuen amerikanischen Administration zu Sowjet-Russland ist bekannt. Es kann dahingestellt bleiben, ob die amerikanische Administration in absehbarer Zeit die Sowjet-Union de jure anerkennen oder de facto etwa in Form der Entsendung von Handelsdelegationen die Beziehungen aufnehmen wird¹⁶. Es ist kein Zweifel, dass die amerikanische Verwaltung Sowjet-Russland freundlich gegenübersteht und wenn nicht ganz unvorhergesehene kommunistische Zwischenfälle, an denen Moskau beteiligt ist, in Amerika erfolgen, zumindest wirtschaftlich eine Annäherung an Sowjet-Russland suchen wird. Der 4 Millionen-Dollar-Kredit zu Baumwollkäufen¹⁷ dürfte nur eine Einleitung dieser Entwicklung sein. Die Engländer haben eingesehen, welche Nachteile für sie entstehen, wenn ein amerikanisch-sowjetrussisches Einvernehmen herbeigeführt wird, ohne dass ihre Beziehungen zur Sowjet-Union normalisiert sind. Sie haben deshalb schnell – und die Sowjet-Regierung ist ihnen dabei sehr entgegengekommen – ihren politischen und ihren wirtschaftlichen Frieden mit Sowjet-Russland gemacht, sodass sie jederzeit in der Lage sind, mit den amerikanisch-sowjetrussischen Geschäften in Wettbewerb zu treten. Vom deutschen Standpunkt aus ist diese Entwicklung zu begrüßen, da wir immer für die Einbeziehung Sowjet-Russlands in die Weltwirtschaft gewesen sind sowie ein Interesse daran haben, dass die Amerikaner und Engländer sich wirtschaftlich in Sowjet-Russland betätigen und das finanzielle Risiko nicht auf uns allein liegt. In gleicher Weise haben wir die italienisch-sowjetrussischen Verhandlungen über einen Freundschaftspakt¹⁸ begrüßt. Dieser Pakt hat nicht nur die Wirkung, das Misstrauen Moskaus gegenüber dem Viermächtepakt zu verringern, er ist auch ein Zeichen dafür, dass Sowjetrussland sich nicht einseitig an die Westmächte zu binden beabsichtigt.

¹³ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 253, S. 459–460.

¹⁴ Liegt nicht vor.

¹⁵ Vgl. Dok. 145, Anm. 4.

¹⁶ Vgl. Dok. 155, Anm. 10.

¹⁷ Vgl. Dok. 155, Anm. 11.

¹⁸ Vgl. Dok. 165, Anm. 3.

Die sowjetrussisch-französischen Besprechungen dürften nicht sehr weit gediehen sein. Es hat zweifellos eine politische Annäherung stattgefunden, aber konkrete Aussichten auf Gewährung großer finanzieller Hilfe durch Frankreich sind bisher nicht zutage getreten. Die Annäherung wirkt sich aber indirekt aus durch eine üble Stimmungsmache gegen uns.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dem deutsch-sowjetrussischen Verhältnis machen, es wird meines Erachtens beherrscht durch die tiefgehende Verärgerung der Sowjet-Regierung, die in erster Linie in der Unterdrückung des Kommunismus ihren Grund hat. Die Beschwerden der Sowjet-Regierung über die Behandlung ihrer Staatsangehörigen in Deutschland kommen erst in zweiter Linie. Die deutsche Einstellung gegenüber Sowjet-Russland ist durch den Herrn Reichskanzler in seiner Rede vor dem Reichstag am 23. März d. J. zum Ausdruck gebracht worden. Trotz aller Misshelligkeiten und trotz aller Presseangriffe und Verdächtigungen wird an dieser Einstellung festgehalten. Wir werden dabei aber in keiner Weise der Sowjet-Regierung irgendwie nachlaufen und in keiner Weise irgendwelche Konzessionen machen, die nicht von den nötigen Gegenleistungen begleitet sind. Wir werden die Politik mit Ernst und Würde, aber ohne jede Sentimentalität fortführen und es wird Sache der Sowjet-Regierung sein, wieder eine vernünftige Einstellung zu uns zu finden. Die Russen haben wohl erst in der letzten Zeit die volle Bedeutung des Verlustes erkannt, der für sie das Verschwinden der kommunistischen Partei in Deutschland mit sich bringt. Sie mögen zunächst noch geglaubt haben, dass die Regierung der nationalen Erhebung nicht von Dauer sein würde sowie, dass es ihnen möglich sein würde, unterirdisch die Partei aufrecht zu erhalten und durch eine zeitweise Verlegung der Zentralen nach Prag und nach Paris den Bestand der kommunistischen Partei zu gewährleisten. Sie haben jetzt einsehen müssen, dass Deutschland für sie als Tummelplatz kommunistischer Ideen vollkommen verloren ist. Sie haben auch eingesehen, dass die Möglichkeit der Wirkung auf ihre anderen Agitationszentren in Amsterdam usw. durch den Ausfall Deutschlands sehr beeinträchtigt worden ist, und diese Erkenntnis hat bei ihnen Ranküne und Hass ausgelöst, zumal sie auch fühlen, dass der Kommunismus als Idee an Zugkraft zu verlieren beginnt. Nichtsdestoweniger haben sie die Hoffnung neuer kommunistischer Aktion nicht aufgegeben. Sie glauben, dass das Verschwinden der ihnen so verhassten Gewerkschaften es ihnen später ermöglichen werde, wieder an die Massen heranzukommen. Ein weiteres Moment besteht darin, dass in vielen Regierungs- und Parteistellen, insbesondere im Außenkommissariat und im Außenhandelskommissariat zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten Juden sind, die aus persönlichem Ressentiment sich Deutschland gegenüber ablehnend verhalten. Diese beiden Momente muss man in Rechnung stellen. Der Gang der Ereignisse und die politischen Realitäten werden meines Erachtens die Sowjet-Regierung zwingen, ihren Standpunkt allmählich zu revidieren. Jedenfalls wollen wir die politische Linie gegenüber Sowjet-Russland unverändert fortführen. Wir lehnen es auch nicht ab, politische Gespräche über alle Themen, mag es Abrüstung oder sonst etwas sein, mit der Sowjet-Regierung zu führen, und werden die Sowjet-Union nach wie vor als einen wesentlichen Faktor unserer Außenpolitik zu erhalten wünschen und versuchen auch zurzeit die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen in politischer und in wirtschaftlicher Hinsicht, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als früher, zu stabilisieren. Wir werden aber

nicht unsere Hand dazu bieten, den Glauben bei der Sowjet-Regierung aufkommen zu lassen, als ob wir die Sowjet-Union unbedingt brauchen und als ob wir geneigt wären, irgendeine Konzession zu machen, die sachlich nicht gerechtfertigt ist und die nicht von den entsprechenden Gegenleistungen begleitet ist. Die Sowjetregierung weiß, dass die Reichsregierung entschlossen ist, an ihrer bisherigen Politik festzuhalten. Es wird ihre Sache sein, zu ihrer früheren Einstellung zurückzufinden.

PA AA, R 35960, Bl. E 659782–659791.

Nr. 187

Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Stern

Moskau, den 21. August 1933

Notiz

betr. Liquidation der Drusag¹

Herr Stern führte auf Grund umfangreichen, ihm vorliegenden Materials der inneren Behörden aus, dass sich bei den örtlichen Behörden eine Unmenge von Missstimmungen gegen die Drusag angesammelt habe: Nicht nur, dass auf der Drusag alle die Elemente Unterschlupf fänden, die als staatsfeindlich angesehen würden (Großgrundbesitzer, weißgardistische Offiziere, Popen, Kulaken), sondern auch die Mitarbeiter der Drusag seien in steigendem Maße in letzter Zeit den inneren Behörden gegenüber in einer Art und Weise aufgetreten, als ob sie es darauf anlegten, die Autorität der Sowjetbehörden zu untergraben: Am 1. und 18. Mai seien Plakate, die zur Zeichnung der Anleihe für die zweite Pjatiletka² aufforderten, von dem deutschen Führer der Traktoren-Kolonnie unter wüsten Beschimpfungen der Sowjetregierung abgerissen worden. Bei verschiedenen Fällen von Steuer-Eintreibungen hätten Angestellte der Drusag sich erlaubt, Anweisungen an die Miliz zu geben und sogar Drohungen auszustößen. Die Briefe des Herrn Weimert seien in ihrer Unverschämtheit unerträglich geworden. Angestellte der Drusag hätten dem Vorsteher der Miliz und auch anderen Persönlichkeiten gegenüber in sehr verächtlicher, höhnischer und überheblicher Art über das Sowjetsystem, die Sowjetregierung (Verbrecherbande) und den baldigen Sturz des Sowjetsystems gesprochen. Abgesehen davon seien die Handels-Operationen der Drusag zu beanstanden. Es werde eine verschiedene Steuer für Öle zu menschlichem Verbrauch und für technische Zwecke erhoben. Die Drusag habe an die örtlichen Behörden nur die Steuer für technische Zwecke abgeführt, bei ihrer Abrechnung aber gemäß Konzessionsvertrag nur die Steuer für menschlichen Verbrauch in Anrechnung gebracht. Im März sei an eine staatliche Organisation reine Wolle verkauft worden, bei der sich nachträglich eine Beimischung von 30% Baumwolle herausgestellt habe.

¹ Vgl. Dok. 175, 181, 182.

² Fünfjahresplan.

Ich habe diese Dinge bagatellisiert im Vergleich zu der großen **kulturpolitischen**³ Aufgabe der Drusag, eine Zusammenarbeit Deutschlands und der Sowjetunion auf agrarpolitischem Gebiete zu erhalten. Herr Stern erwiderte, dass er außerordentlich bedauere, mir sagen zu müssen, dass die Geduld der inneren Behörden völlig erschöpft sei, dass sie Kommissare einsetzen wollten und dass bei der Stimmung der Behörden eine Zusammenarbeit der Konzession mit den Kommissaren ihm ausgeschlossen erscheine. An einer Liquidation der Konzession hätten die inneren Behörden, Narkomsem⁴ und Narkomfin⁵ kein Interesse, wohl aber das Außenkommissariat, dem daran liege, Reibungsflächen zu vermeiden. Das Außenkommissariat habe aber keinen Einfluss auf die Liquidation, es habe bei den inneren Behörden nur erreichen können,

1) dass, wenn bis zum 1. September 1933 die Liquidationsverhandlungen in Gang gekommen seien, die Einsetzung der Kommissare hinausgeschoben werden könnte,

2) dass die finanziellen Auseinandersetzungen zwischen Drusag und Hauptkonzessions-Komitee in einer fairen Weise erfolgen.

Allerdings wolle er mir sagen, dass eine sofortige Zahlung der fälligen Gelder nicht in Frage kommen könne, sondern voraussichtlich eine Verteilung auf zwei Jahre. Man habe jedenfalls von Seiten der inneren Behörden die Versicherung abgegeben, dass man bei der Liquidierung der Drusag keine Geschäfte machen wolle.

Ein Liquidationsantrag von der Sowjetseite sei außerdem gemäß Konzessionsvertrag erst 1935 möglich. Der offizielle Antrag müsse also von deutscher Seite gestellt werden.

Auf meine Einwendungen erwiderte Herr Stern nur, dass das Außenkommissariat bei den inneren Behörden interveniert habe, um einen Konfliktfall mit der Drusag zu vermeiden, dass an eine Erhaltung der Konzession in irgendeiner Form nicht zu denken sei, dass die Zeit sehr beschränkt sei und dass wir nun zu wählen hätten, was wir tun wollten.

Ich hatte aus den Ausführungen des Herrn Stern den Eindruck, dass das Außenkommissariat sich große Mühe gegeben hat, die inneren Behörden vor weitergehenden Maßnahmen zurückzuhalten, dass aber seine Mittel erschöpft sind und dass, falls bis zum 1. September ein Liquidationsantrag nicht gestellt ist, Kommissare mit sehr scharfen Instruktionen auf der Drusag eingesetzt werden.

Auf dem ersten Blatt: D 1048. Am Ende der Aufzeichnung befindet sich der Vermerk: Hiermit Herrn Stelzer, H. Dittloff zur gefälligen Kenntnis. vT[wardowski] 21[8].

PA AA, Moskau II 326, Bl. 125–126.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: kulturhistorischen.

⁴ Volkskommissariat für Landwirtschaft.

⁵ Volkskommissariat für Finanzen.

Nr. 188
Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA

Berlin, den 24. August 1933

Abschrift Ref. D. 4106

Botschaft

der Union der Sozialistischen

Sowjet-Republiken in Deutschland

– 540 –

An

das Auswärtige Amt, Berlin

Verbalnote

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken beehrt sich, dem Auswärtigen Amt folgende Angelegenheit zu unterbreiten:

Die leitenden Persönlichkeiten der Deutsch-Russischen Lager- und Transportgesellschaft (Derutra) in Berlin und Hamburg, sowie der Selskosojus-Export in Hamburg¹, die Staatsangehörige der UdSSR sind, haben vom Zollamt I in Berlin-Osthafen, Zollamt Altona Seeschiffhafen, Hauptzollamt Stettin Auslandsverkehr und dem Hauptzollamt Berlin-Packhof Schreiben erhalten mit der Aufforderung, eine Erklärung in folgender vorgeschriebener Form einzureichen:

„Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, dass ich nicht-arischer Abstammung sei, oder dass einer meiner Eltern oder Großeltern zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört habe.“

Daneben wird in diesem Schreiben erläuternd hinzugefügt, „dass Armenier ebenfalls zu den Nichtariern gehören“.

Von der Abgabe dieser Erklärung soll für die oben genannten Sowjetstaatsangehörigen und leitenden Persönlichkeiten der zitierten Handelsinstitutionen abhängen, ob ihnen das Auftreten in Zoll- und Verbrauchssteuerangelegenheiten zugebilligt werden kann.

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken betrachtet diese belästigenden Schreiben und Forderungen nach der zitierten Erklärung als für Sowjetstaatsangehörige nicht angebracht und bittet das Auswärtige Amt, die in Frage kommenden Behörden entsprechend zu instruieren.

Um Mitteilung des entsprechend Veranlassten darf gebeten werden².

PA AA, Moskau 210, Bl. 428615–428616.

¹ Die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR ergänzte am 11. 9. 1933 die Verbalnote mit der Mitteilung darüber, dass „den leitenden Personen der Selskosojus G.m.b.H. in Hamburg durch Schreiben vom 3. September d. J. die Rechte zur Vertretung in Zoll- und Steuersachen entzogen worden sind“. Vgl. PA AA, Moskau 210, Bl. 428617.

² Das AA teilte am 30. 9. 1933 der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR nach Rücksprache mit dem Innenministerium mit, dass sich diese Frage ausschließlich nach deutschem Recht (Artikel I §1, Absatz 2 des Gesetzes über die Zulassung von Steuerberatern vom 6. 5. 1933) richte und Personen nichtarischer Abstammung als Bevollmächtigte oder Beistände in Steuersachen nicht zugelassen werden könnten. „Die deutschen Behörden sind daher nicht in der Lage, in den mitgeteilten Fällen die Zollstellen mit anderen Anweisungen zu versehen.“ Vgl. PA AA, Moskau 210, Bl. 428618.

Nr. 189
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

Ganz geheim
Kopie

Nr. 1444

26. August 1933

An den
Sekretär des ZK der VKP (B) Gen. KAGANOVİČ
Kopie an Gen. MOLOTOV

Sehr geehrter Lazar' Moiseevič,

Botschaftsrat Twardowski von der Deutschen Botschaft, der gegenwärtig der Geschäftsträger ist, hat in einer Unterredung mit Gen. Štern gesagt, dass einige führende Personen der deutschen N[ational]S[ozialistischen] Partei an dem Schicksal der bei uns wegen politischer Dinge verhafteten sowjetischen Staatsbürgerin Volkova, die vormals deutsche Staatsbürgerin war, interessiert seien¹.

Als es Gen. Štern ablehnte, gegenüber anderen Behörden aktiv zu werden, um Erleichterungen für die Volkova zu erreichen, sagte Twardowski, die deutsche Regierung wäre für die Freilassung und Ausweisung der Volkova sicherlich bereit, einen in Deutschland verhafteten deutschen Staatsbürger, an dem wir interessiert seien, freizulassen und in die UdSSR auszuweisen.

Gen. Štern hat Twardowski dahingehend verstanden, dass im Austausch für die Volkova die Deutschen einverstanden wären, einen der verhafteten Kommunisten freizulassen. Es sei selbstverständlich nicht von Thälmann oder Torgler die Rede. Jedoch könnte die Freilassung eines weniger bekannten ZK-Mitgliedes oder eines verhafteten ehemaligen kommunistischen Politikers oder eines Schriftstellers, etwa vom Rang des Gen. Wittfogel, erwirkt werden.

Da Twardowski in den nächsten Tagen auf diese Unterredung zurückkommen und Gen. Štern fragen wird², ob eine Antwort in der Volkova-Angelegenheit vorliegt, teile ich Ihnen diesen inoffiziellen deutschen Vorschlag mit und erbitte Ihre Anweisungen.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2946 vom 4. 9. 1933.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Kopien an die Genossen Jagoda, Pjatinickij, Litvinov.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 88. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 177.

² Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Šterns mit von Twardowski am 22. 8. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 397.

Nr. 190

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den
Staatssekretär im AA von Bülow**

Berlin, den 28. August 1933

Botschaft
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
in Deutschland
Herrn
Staatssekretär Dr. B. W. von Bülow,
Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

vor kurzem hatte ich die Gelegenheit, in einem besonderen Briefe Sie auf die Verleumdungen und die Hetze einiger deutscher Zeitungen gegen den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Herrn Litwinow, aufmerksam zu machen¹. Im Namen der Botschaft erhob ich damals Protest gegen diese unerhörte, allen internationalen Gepflogenheiten widersprechende Hetze und bat um unverzügliche Maßnahmen gegen die in diesem Brief erwähnten Zeitungen.

In Ihrem Schreiben vom 19. August 1933² haben Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, mitgeteilt, dass das Auswärtige Amt sofort, nachdem es von den Veröffentlichungen Kenntnis erhalten hat, die nötigen Maßnahmen veranlasst habe³.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, davon in Kenntnis setzen, dass in der Zwischenzeit nicht nur keine Maßnahmen gegen die in meinem Briefe erwähnten Zeitungen bekannt geworden sind, sondern vielmehr die Hetze gegen den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Herrn Litwinow, andauert.

Die Nummer 35 der Zeitung „Deutsche Nachrichten“⁴ wiederholt von neuem die Ausführungen des Leitartikels des Blattes der deutschen Arbeitsfront „Der Deutsche“, den ich in meinem Brief vom 17. August erwähnt habe. Die „Deutschen Führerbriefe“ bringen in Nr. 66 vom 25. August d. J. unter „Information des Tages“ folgende Nachricht:

„Die Linie der russisch-deutschen Politik ist zur Zeit in Moskau stark umkämpft. Während sich der frühere Botschafter in Berlin Krestinski energisch für

¹ Vgl. Dok. 184.

² Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 137–136.

³ Auf der Pressekonferenz im Reichspropagandaministerium am 18. 8. 1933 wurde ein im Auftrag der Regierung an den Verlag, der die Zeitschrift „Der Deutsche“ herausgibt, gerichtetes offizielles Schreiben verlesen, in dem es u. a. hieß, „dass es sich bei dem Bericht um völlig haltlose politische Kombinationen handele. Der Artikel sei außerdem in einer Ausdrucksweise verfasst worden, die aufs schärfste missbilligt wird. Die scharfen Beleidigungen fänden keinerlei sachliche Rechtfertigung und die Reichsregierung wünsche, dass derartig unqualifizierte Artikel in Zukunft unter Androhung weittragender Konsequenzen nicht mehr im „Deutschen“ erscheinen dürften.“ In: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 1: 1933, S. 105. Am 7. 9. 1933 unterrichtete von Twardowski Stern von diesem offiziellen Vorgang. Vgl. Schreiben von Twardowski an das AA. In: PA AA, R 83396, Bl. H 046112–046113.

⁴ „Das Freimaurerkomplott: Die Zentrale der Verschwörer“. In: Deutsche Nachrichten, Nr. 35, August 1933, S. 2.

den deutschen Kurs einsetzt, vertritt der Außenkommissar Litwinow eine Deutschland feindliche Haltung. Diese Meinung dürfte ihm, der Jude ist, in erster Linie Ressentiment diktieren.“⁵

Die Botschaft der UdSSR in Deutschland erhebt wiederholt entschiedenen Protest gegen diese fortgesetzte Hetze gegen den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten eines befreundeten Landes und bittet Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, nochmals, im Einklang mit Ihrem Brief vom 19. d. M. tatkräftige Maßnahmen treffen zu wollen, um dieser Hetze ein Ende zu bereiten.

Ich benutze auch diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, erneut die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung zu übermitteln⁶.

Ihr ergebener

S. Bessonoff
Geschäftsträger a. i.
der UdSSR in Deutschland

*Grußformel und Unterschrift der vorliegenden Kopie erfolgte maschinenschriftlich.
Vermerk auf dem ersten Blatt: Doppel IV Ru 3886, die Nummer ist handschriftlich eingefügt.*

PA AA, Moskau 210, Bl. 428550–428551.

Nr. 191

Bericht des Gehilfen des Militärattachés in Moskau Krebs an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, 29. 8. 33

Deutsche Botschaft
Der Militärattaché
Zu Nr: 158/33
Beilage: I¹

Bericht über den Aufenthalt des Generalleutnant Lutz in Moskau

Nachtrag zum Bericht 157/33².

Am 22. 8. besuchte General Lutz vormittags in Begleitung von Sutschkoff das *Automobilwerk „Stalin“³ (früher Amo). Die Führung durch das Werk selbst übernahm der technische Direktor, der mehrere Jahre in Deutschland (Benz) und Amerika ausgebildet worden ist. Das Automobilwerk ist in den Jahren 1929–31 unter amerikanischer Leitung neu eingerichtet worden. Es fertigt 2½ to. Lastkraft-

⁵ Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, Nr. 66 vom 25. August 1933, S. 4.

⁶ Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok 197.

¹ Der Bericht umfasst sechs Anlagen: 1. Aufenthalt General Lutz, 2. Zersetzungspropaganda, 3. Tag der Fliegerei, 4. Lage in Sinkiang, 5. Militärische Nachrichten, 6. Marine Nachrichten. Vgl. PA AA, R 30097, Bl. E 432567–432569.

² Dieser Bericht stammt vom 22. 8. 1933; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 409, Anm. 2, S. 758.

³ Der Text ist unterstrichen.

wagen nach dem amerikanischen Modell „Autocar“. Das Werk ist völlig modern eingerichtet und macht einen übersichtlichen, sauberen Eindruck. Es ist offenbar voll beschäftigt. Ausländische Spezialisten sollen sich nur noch in sehr geringer Anzahl in dem Werk befinden. Die Zahl der Arbeiter beträgt zurzeit 22000. *Tagesleistung* wurde mit *80 Lastkraftwagen* angegeben. *Hierzu kommen* *monatlich* noch *15–20 Autobusse*⁴. Nach dem Plan soll im Jahre 1935 eine Jahresleistung von 50000 Lastkraftwagen erreicht werden. Der 6 Zyl.Motor hatte bisher 65 PS; durch geringfügige Verbesserungen ist die Stärke kürzlich auf 73 PS gebracht worden.

Die Besichtigung dauerte etwa 2 Stunden. Der technische Direktor gab sich große Mühe, die Fabrik zu zeigen und alle Fragen möglichst offen zu beantworten.

Am gleichen Tage um 16 Uhr empfing der Generalstabschef⁵ General Lutz, Hauptmann Breith und Hauptmann Krebs. General Lutz brachte den Dank des deutschen Reichsheeres zum Ausdruck für die erwiesene Gastfreundschaft und für die Möglichkeit, technische Kampfmittel weiter zu entwickeln und an ihnen eine Ausbildung zu betreiben, die in Deutschland nicht möglich ist. Jegoroff erwähnte die Liquidation nicht; er betonte in der kurzen Unterhaltung lediglich, dass er sich immer besonders gern an seinen deutschen Aufenthalt erinnere.

Der Herr deutsche Geschäftsträger⁶ gab am Abend desselben Tages ein Essen, zu dem von der russischen Armee Jegoroff, Chalepskij, Grjasnoff (4 Rhomben)⁷, Appoga und die drei Angehörigen der Abteilung „Ausländische Verbindungen“, vom Narkomindel Stern und Linde teilnahmen. Die russischen Gäste zeigten ein auffallend freundliches und offenes Verhalten, das von dem sonst üblichen gezwungenen Wesen sehr abstach⁸. Offizielle Reden wurden nicht gewechselt. Die *russischen Kommandeure betonten wiederholt in privaten Gesprächen ihre Deutschfreundlichkeit*⁹. Dabei wurde aber stets hervorgehoben, dass zurzeit alle Deutschfreundlichkeit zwecklos wäre, da man *ja in Deutschland offenbar kein Zusammengehen mit Russland wolle*¹⁰. Die Hinweise auf die *freundschaftlichen Erklärungen über die deutsche Russlandpolitik durch den Herrn Reichskanzler, den Herrn Reichsaußenminister und den Herrn Reichswehrminister begegneten nur wenig Glauben*¹¹.

Am 23. 8. vormittags wurden auf Einladung der Abt. „Ausländische Verbindungen“ der Kremlbesuch und eine Fahrt nach dem Schloss Archangelskoje unternommen. Am Abend hatte der Chef des Generalstabs in das Repräsentationshaus der Roten Armee eingeladen. Von deutscher Seite nahmen außer General Lutz, Hauptmann Breith und Hauptmann Krebs der Herr Geschäftsträger und Legationssekretär Pfeiffer teil. Bei Beginn des Abends teilte Chalepskij mit, dass Jegoroff infolge einer starken Erkältung verhindert sei, an dem Essen teilzunehmen. Er

⁴ Die Textstellen sind unterstrichen und zusätzlich am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Aleksandr Il'ič Egorov.

⁶ Fritz von Twardowski.

⁷ So im Dokument; vier Rhomben besaßen nur die höchsten Kommandeure der RKKA.

⁸ Von Twardowski schreibt in seiner Aufzeichnung vom 24. 8. 1933 zu diesem Treffen: „Die betont freundschaftliche Haltung der russischen Herren kam u.a. darin zum Ausdruck, dass sie bis ½ 3 nachts in meinem Hause blieben.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 409, S. 758–759.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

hätte deshalb die Ehre, Gastgeber zu sein. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es sich hier nur um eine vorgetäuschte Krankheit gehandelt hat. *Man sah offenbar das überaus freundliche Verhalten des Generalstabschefs am Vortage als genügende Geste an*¹². Von russischen Kommandeuren nahmen teil: der Chef der Hauptverwaltung Feldmann, die beiden Vertreter von Chalepskij, Grjasnoff und Germanowitsch (beide 4 Rhomben), Smagin und Sutschkoff, sowie Stern und Linde vom Narkomindel. *Der Abend verlief etwas steifer und gezwungener als am Vortage*¹³. Trotzdem war aber festzustellen, dass alle russischen Vertreter freundschaftliche Gefühle gegenüber den deutschen Gästen an den Tag legen wollten. Als Einzelheit verdient hervorgehoben zu werden, dass Chalepskij die höchsten russischen Kommandeure stets als Generale bezeichnete und auch einige Male selbst sie mit diesem Titel anredete.

Am 24. 8. um 23.00 Uhr fuhr General Lutz mit Hauptmann Breith von Moskau ab. Der Leiter der Abt. „Ausländische Verbindungen“, Smagin, war zum Abschied an der Bahn.

Schlussfolgerung.

Die Reise von General Lutz hat ihren Zweck, den freundschaftlichen Abschluss der bisherigen Zusammenarbeit zu betonen, wie bereits gemeldet, erfüllt. Die Unterhaltungen bei den beiden Einladungen haben deutlich zu erkennen gegeben, dass die höchsten Führer der Armee an den freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland und für die deutsche Armee festhalten. Natürlich denkt man nicht daran, jetzt neben der offiziellen Politik der Sowjetregierung oder gar gegen sie besondere Bindungen mit dem deutschen Reichsheere einzugehen. *Die bisherige Form der Zusammenarbeit ist für die Russen endgültig erledigt*¹⁴. Vielleicht ist aber die Möglichkeit vorhanden, dass man zu einem späteren Zeitpunkt in einer anderen Form die Zusammenarbeit wieder aufnehmen will, wenn die allgemeine politische Lage zwischen den beiden Ländern dies gestatten sollte.

In einer Unterhaltung zwischen Smagin und Hauptmann Krebs gelegentlich der letzten Einladung äußerte sich jener sehr skeptisch über eine etwaige russisch-französische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. Er betonte seine große Deutschfreundlichkeit und gab der Hoffnung Ausdruck, dass durch deutsche Initiative bald eine völlige Bereinigung auch auf militärischem Gebiete eintreten möchte. Weiteren Fragen, wie er sich diese Initiative vorstelle, wich Smagin aus.

I[n] V[ertretung]
Krebs

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt des Berichts (Bl. E 432567) Eingangsstempel: Ausw. Amt, II F 2873, Eing. 1. Sep. 1933, Gelesen: von Twardowski [eigenhändige Unterschrift].

PA AA, R 30097, Bl. E 432570–432573.

¹² Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand zweimal angestrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen, dieser und der Satz zuvor sind zudem am linken Seitenrand angestrichen.

Nr. 192

Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Moskau, den 29. August 1933

Notiz

Herr Stern nahm mich gestern Abend nach einem Diner beiseite, um mir Folgendes zu sagen: Seit langer Zeit bestehe zwischen ihm und mir ein persönliches Vertrauensverhältnis, das es ermögliche, delikate Angelegenheiten in „Privatgesprächen“ zu behandeln. Diese „Privatgespräche“ hätten sich, so glaube er sagen zu können, für beide Teile als außerordentlich nützlich erwiesen. Umso mehr bedauere er es, mir mitteilen zu müssen, dass er bis zur völligen Klärung einer Angelegenheit nicht mehr in der Lage sei, mit mir privatim über Dinge zu sprechen, die die deutsch-sowjetische Politik angingen. Es handle sich um Folgendes:

Vor einiger Zeit habe er mir in einem ganz privaten Gespräch über die deutsch-sowjetischen Beziehungen einen Tipp geben wollen, wie man eine Ursache des Misstrauens in leitenden Sowjetkreisen gegen Deutschland beseitigen könne: die angeblichen Gespräche des Herrn von Papen¹. Er habe dieses in loyalster Absicht getan. Nun sei vor etwa einer Woche der Sowjet-Geschäftsträger in Berlin, Herr Bessonow, *zu Herrn Ministerialdirektor Meyer*² gerufen worden und dieser *habe*³ in außerordentlich scharfer Weise *sich beschwert über die „Demarche, die Herr Stern in der Angelegenheit Papen bei mir gemacht habe“*⁴. Herr Bessonow habe ihm geschrieben, dass die Ausführungen des Herrn Meyer darin gipfelten, dass die deutsche Regierung sich die Verbreitung solcher falschen, zum mindesten tendenziösen Nachrichten verbitten müsse, dass der deutschen Regierung die Quellen genau bekannt wären, aus denen man in Moskau diese Weisheit schöpfe; auch die Photographien **⁵ seien bekannt. Zum Schluss habe Herr Meyer sehr scharf gegen ihn, Stern, Stellung genommen und es als unmöglichen Zustand bezeichnet, wenn ein offizieller Vertreter der Sowjetregierung wie Herr Stern solchen Unsinn zum Gegenstand einer Demarche mache.

Herr *Stern*⁶ fuhr fort: Er *sei durch diese ihm völlig unverständliche Demarche in Berlin in eine höchst unangenehme Lage gekommen*⁷ und, wie schon anfangs gesagt, nicht in der Lage, mich irgendwie anders als ganz offiziell zu empfangen, bis diese Affäre völlig aufgeklärt sei.

Ich habe Herrn Stern erwidert, dass mir von diesem Gespräch zwischen Herrn Ministerialdirektor Meyer und Herrn Bessonow nichts bekannt wäre⁸. Ich bestätigte ihm gern, dass ich seine damaligen Ausführungen dahin verstanden hätte, wir sollten dem Gerücht über die Papen-Gespräche nachgehen und dem Außenkommissariat ein klares Dementi übermitteln. Von einer sowjetischen Demarche kann

¹ Vgl. Dok. 174, 180.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ An dieser Stelle fügte von Twardowski ein Fragezeichen in Klammern ein.

⁶ Der Name ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Aufzeichnung Meyers vom 17. 8. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659837.

gar keine Rede sein, denn es habe sich um ein Gespräch nach Tisch gehandelt, das etwa 1½ Stunden dauerte und bei dem wir in vertraulicher Form unsere Ansichten über das deutsch-sowjetische Verhältnis austauschten. Ich möchte ihm noch ausdrücklich erklären, dass ich an seiner Loyalität keinen Zweifel hätte, dass ich im Gegenteil fest davon überzeugt sei, dass gerade in ihm die deutsch-sowjetischen Beziehungen einen aufrichtigen Sachwalter hätten. Ich würde es im Interesse der Sache sehr bedauern, wenn er nicht mehr in der Lage wäre, wie bisher mit mir vertraulich und persönlich zu sprechen, ich würde sofort nach Berlin schreiben, um die Angelegenheit aufklären zu lassen⁹. *Herr Stern antwortete darauf, dass es ihm erwünscht wäre, wenn Herr Meyer oder, falls dieser auf Urlaub sei, sein Vertreter mit Herrn Bessonow noch einmal über die Angelegenheit spreche und dabei zum Ausdruck bringe, dass das Auswärtige Amt nunmehr wisse, dass es sich nicht um eine offizielle Demarche und nicht um die Verbreitung falscher Nachrichten gehandelt habe, dass damit auch die persönlichen Vorwürfe gegen ihn, Stern, fortfielen^{*10}. Er versicherte dann lebhaft, dass sowohl er wie Herr Krestinski an der Loyalität der Botschaft nicht zweifelten.

v. Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben ist der handschriftliche Vermerk: Geheim.

PA AA, R 35960, Bl. E 659834–659836.

Nr. 193

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 31. August 1933

Aufzeichnung

Nach anliegendem Brief¹ von Botschaftsrat von Twardowski an Min.Dir. Meyer hat Herr Stern in Moskau sich darüber beschwert, dass seine in einem privaten Gespräch gemachten Mitteilungen über die angeblichen Gespräche von Herrn von Papen von Min.Dir. Meyer zum Anlass einer Demarche gegenüber dem Sowjetgeschäftsträger Bessonoff gemacht worden seien². Durch diese unverständliche Demarche sei er in eine höchst unangenehme Lage gekommen. Stern hat sich auch darüber beschwert, dass Min.Dir. Meyer seine „privaten Mitteilungen“ als „Demarche“ bezeichnet und ihm den Vorwurf der Verbreitung falscher Nachrichten gemacht habe. Stern wünscht, Min.Dir. Meyer oder sein Vertreter möchte noch einmal mit dem Sowjetgeschäftsträger Bessonoff über die Angelegenheit sprechen.

Nachdem wir eben erst den Russen wegen der angeblichen Gespräche von Herrn von Papen eine Abfuhr erteilt haben, können wir uns von ihnen wegen ei-

⁹ Brief von Twardowskis an Meyer vom 28. 8. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659832–659833.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand angestrichen.

¹ Am Seitenrand maschinenschriftlich und unterstrichen: Anl. 1. Der Brief wird nicht veröffentlicht; vgl. PA AA, R 35960, Bl. E 659832–659833.

² Vgl. Dok. 192.

ner Formalie nicht ins Unrecht setzen lassen. Die Vorwürfe, die Herr Stern jetzt erhebt, gehen zudem am Kern der Sache völlig vorbei. Die anliegende Aufzeichnung³ über die fragliche Unterredung zwischen Min.Dir. Meyer und dem Sowjetgeschäftsträger Bessonoff vom 17. August 1933 enthält kein Wort über den betreffenden Gegenstand. Min.Dir. Meyer hat lediglich notiert: „Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, über das gesamte deutsch-russische Verhältnis eingehende Ausführungen zu machen und insbesondere auf die Haltung der russischen Presse gegenüber Deutschland hinzuweisen.“ Es kann somit nicht behauptet werden, dass eine Demarche in der Angelegenheit der angeblichen Gespräche des Herrn v. Papen stattgefunden hat. Andererseits ist nicht zu verwundern, dass die Behauptungen des Herrn Stern, die lediglich frühere Mitteilungen Sterns an den Militärattaché Oberst Hartmann⁴ und Krestinskis an Botschafter von Dirksen⁵ konkretisiert haben, von uns außerordentlich ernst genommen worden sind und dass Min.Dir. Meyer die erste Gelegenheit benutzt hat, um den Sowjetgeschäftsträger auf die Sache anzusprechen. Denn es musste uns mit Recht befremden, dass Herr Stern erklärt hat, es handle sich um mehrfach nachgeprüfte Informationen, an deren Authentizität die Sowjetregierung nicht mehr zweifle, und dass die Sowjetregierung ohne irgendwelche Rückfrage bei der Deutschen Regierung aus den ihr zugegangenen Informationen die Konsequenzen gezogen und ihre militärpolitische Einstellung zu Deutschland geändert hat. Wir können daher der Sowjetregierung den Vorwurf nicht ersparen, dass sie in der fraglichen Angelegenheit keine Demarche unternommen hat, während es ihr doch in Anbetracht der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen ein Leichtes gewesen wäre, sich davon zu überzeugen, dass die Behauptungen über die Gespräche des Herrn von Papen auf böswillige Verleumdungen zurückgehen.

Es kann nur der Klärung der Situation dienen, wenn mit dem Sowjetgeschäftsträger noch einmal in obigem Sinne gesprochen werden würde. Dabei dürfte es sich empfehlen, auf Einzelheiten nicht weiter einzugehen, sondern den Schwerpunkt darauf zu legen, dass die beiden Regierungen es sich angelegen sein lassen müssen, derartige Momente des Misstrauens, die von dritter Seite in das deutsch-sowjetische Verhältnis hineingetragen werden, in freundschaftlicher Aussprache zu beseitigen. Dies ist aber auch der Zweck der Unterredung zwischen Min.Dir. Meyer und dem Geschäftsträger Bessonoff gewesen.

[von Tippelskirch]

Vermerk zum Abschluss: Hiermit nebst Vorgängen Herrn Votr. Legationsrat Michelsen ergebenst vorgelegt. *Danach eigenhändige Unterschrift von Tippelskirchs. Handschriftlicher Vermerk:* Herrn St. S. mit der Bitte um Weisung geh[orsamst] vgt. [vorgelegt] Ich möchte den Vorschlag des Herrn von Tippelskirch befürworten und um Ermächtigung bitten, Herrn Bessonoff entsprechend aufzuklären. Michelsen i.V. 1/9. 33. *Dazu Randvermerk:* Einverst[anden] B[ül]ow 1/9. *Auf dem ersten Blatt handschriftliche Länderzuordnung: IV Ru und Abzeichnung Meyers.*

PA AA, R 35960, Bl. E 659829–659831.

³ Am Seitenrand maschinenschriftlich und unterstrichen: Anl. 2. Die Aufzeichnung wird nicht veröffentlicht; vgl. PA AA, R 35960, Bl. E 659837.

⁴ Vgl. Dok. 174.

⁵ Vgl. Dok. 183.

Nr. 194

Schreiben des Vortragenden Legationsrats im AA Michelsen an den deutschen
Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Berlin, den 4. September 1933

Lieber Herr von Twardowski!

Da ich zur Zeit Ministerialdirektor Meyer vertrete, habe ich nach Rücksprache mit Herrn von Tippelskirch und mit Genehmigung des Herrn Staatssekretärs die Mitteilung in Ihrem freundlichen Schreiben vom 29. v.M.¹ zum Anlass genommen, um mit Herrn Bessonoff die Beschwerden des Herrn Stern² zu besprechen und auszuräumen.

Ich erklärte Herrn Bessonoff, dass – wie er sich erinnern werde – Herr Min.Dir. Meyer im Verlaufe einer Unterredung aus anderem Anlass Ausführungen über das gesamte deutsch-russische Verhältnis gemacht und bei dieser Gelegenheit auch die Mitteilungen des Herrn Stern zur Sprache gebracht habe. Von einer „Demarche“ des Herrn Min.Dir. Meyer könne daher gar nicht die Rede sein; ebenso wenig seien die privaten Mitteilungen des Herrn Stern vom Auswärtigen Amt als Demarche aufgefasst worden.

Herr Bessonoff gab dies ohne Einschränkung zu; es habe sich um einen zwanglosen Austausch von Ansichten gehandelt, wie er im diplomatischen Verkehr üblich und unentbehrlich sei.

Anschließend führte ich aus, dass es die Deutsche Regierung begrüßt hätte, wenn die Sowjetregierung die ihr zugegangenen Nachrichten über die Gespräche des Herrn von Papen zum Gegenstand einer „Demarche“ gemacht hätte, anstatt ohne eine Rückfrage bei der Deutschen Regierung auf Grund dieser Informationen ihre militärpolitische Einstellung zu Deutschland zu ändern.

Wir würden es begrüßen, wenn die Sowjet-Regierung künftig in allen Fällen, wo von dritter Seite Momente des Misstrauens in das deutsch-sowjetische Verhältnis hineingetragen würden, eine offene Aussprache mit der Deutschen Regierung herbeiführte, um jeden Zweifel auszuräumen und von dritter Seite kommende Intrigen unschädlich zu machen.

Herr Bessonoff nahm diese Ausführungen zustimmend entgegen und versprach, Herrn Stern alsbald zu schreiben, um die bestehende irrige Auffassung richtig zu stellen.

Ich glaube, dass es Ihnen auf Grund dieser Mitteilungen ein Leichtes sein wird, Herrn Stern nunmehr davon zu überzeugen, dass es dem Auswärtigen Amt durchaus fern gelegen hat, ihm wegen seiner persönlichen Mitteilungen an Sie irgendwelche Vorwürfe zu machen, und dass einer Fortsetzung derartiger persönlicher Gespräche zwischen Ihnen beiden durchaus nichts im Wege stehen sollte. Andererseits können wir uns hier des Eindrucks nicht erwehren, als wenn die Empörung des Herrn Stern weniger einem Unwillen über eine – angebliche – indiskrete Behandlung persönlicher Mitteilungen entspricht, als dem Wunsche, die

¹ Vgl. Dok. 193, Anm. 1.

² Vgl. Dok. 192.

Verantwortung für das unloyale Verhalten der Sowjet-Regierung in dem ganzen Falle auf uns abzuschieben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Michelsen

Auf dem dem ersten Blatt, links unten am Seitenrand, handschriftliche Notiz: ab am 5/9. 33 La. Am Ende Paraphe Mi[chelsens] 4/9 und Verteiler: 1. Original an Herrn Bot-schaftsrat v. Twardowski, Moskau, 2. Durchschlag an Herrn Staatssekretär von Bülow, 3. Durchschlag an IV Ru, 4. Herrn Min.Dir. Meyer n. R. geh[orsamt] vorzulegen., 5. z. d. A.

PA AA, R 35960, Bl. 95–97.

Nr. 195

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

Geheim

Expl. 6

4. 09. 33

An den
Sekretär des ZK der VKP (B)
Gen. L. M. Kaganovič

Die deutsche Botschaft hat bereits am 8. Juli das NKID über die beabsichtigte Ernennung eines Gehilfen des Militärattachés für Marineangelegenheiten in Kenntnis gesetzt, wobei als Kandidat Kapitänleutnant Baumbach genannt wurde. Das NKID hat sich an den Revolutionären Militärrat gewandt, um dessen Standpunkt einzuholen, von dort jedoch keine Antwort erhalten¹.

Angesichts dessen, dass die Antwort nicht weiter hinausgezögert werden kann, möchte ich darum bitten, einen Beschluss in dieser Frage herbeizuführen.

Das NKID würde es als unangenehm empfinden, der deutschen Regierung eine Absage zu erteilen², weil wir selbst in einigen Ländern bereits gesondert Marineattachés haben; normale diplomatische Beziehungen sehen automatisch eine Ernennung sowohl von Militär- als auch von Marineattachés vor, in letzter Zeit auch von Luftattachés.

Litvinov

Vermerk: Arch[iv].

Vermerk zum Verteiler: 1. [Expl.] an Gen. Kaganovič, [Expl.] 2, 3 an Gen. Poskrebyšev, das 4. an Gen. Tuchačevskij, das 5. an M. M. [Litvinov], das 6. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 89. Kopie.

¹ Zur Haltung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA in dieser Frage vgl. Dok. 232.

² Am 1. 9. 1933 fasste das Kollegium des NKID der UdSSR den Beschluss, das Einverständnis zur Ernennung von Norbert Baumbach zu geben und diese Frage vor das Politbüro des ZK der VKP (B) zu bringen. Vgl. Auszug aus dem Protokoll Nr. 26 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 1. 9. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 23.

Nr. 196

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 5. September 1933

Tgb. E/379¹

An das

A. A.

Bln.

Betr.: Verhandlungen Prof. Hoetzsch und Dr. Mehnert in Moskau

Herr Prof. Hoetzsch und Dr. Mehnert von der Gesellschaft zum Studium Osteuropas, die sich auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes im August d. J. in Moskau aufhielten, haben nach vielfachen Schwierigkeiten schließlich ein nach der Sachlage befriedigendes Ergebnis in der Frage der Fortführung der Aktenpublikation erzielen können².

Über die Einzelheiten des getroffenen Abkommens dürfte das Ausw. Amt bereits unterrichtet sein³. Von Bedeutung erscheint hier, dass die Zusammenarbeit der Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit dem Staatsverlag nunmehr auf einen längeren Zeitraum als ursprünglich beabsichtigt verteilt ist, ohne dass die deutsche Seite hierfür große Opfer bringen muss. Wesentlich ist auch, dass dieses Abkommen die ausdrückliche Billigung des Zentralkomitees gefunden hat, wodurch aller Voraussicht nach eine größere Stetigkeit in der Durchführung der Arbeiten als bisher gewährleistet sein wird.

Bei der allgemeinen Lage kann das Ergebnis der Verhandlungen und das bei dieser Gelegenheit beobachtete Verhalten der sowjetischen wissenschaftlichen Stellen als ein Zeichen dafür angesehen werden, dass die Russen nicht die Absicht haben, die wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen zu Deutschland aufzugeben, **obwohl sie die kulturellen Beziehungen zu anderen Ländern gerade jetzt in erhöhtem Maße zu pflegen bereit sind**⁴.

gez. v. Twardowski

¹ Die Nummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. „Bericht von Professor Hoetzsch über seine Reise nach Moskau in Sachen der Russischen Aktenpublikation“. In: PA AA, Moskau II 405, Bl. 183–192. Bei der Aktenpublikation handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt, das auf der russischen Historikerwoche 1928 in Berlin zwischen dem Mitglied der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas Hoetzsch und dem sowjetischen Historiker Pokrovskij ins Leben gerufen und über das am 6. 6. 1930 ein Vertrag zwischen der Gesellschaft und dem Staatsverlag der UdSSR geschlossen wurde. Auf Deutsch erschienen die Bände unter dem Titel „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung“. Ein erster Band wurde im Jahr 1931 publiziert, bis zum Jahr 1943 erschienen 15 Halbbände in drei Reihen. Vgl. auch Dok. 122.

³ In einer Notiz der Botschaft Moskau vom 28. 8. 1933 hieß es: „Dem vom wissenschaftlichen Standpunkt aus berechtigten Wunsch der Russen auf Erweiterung der Publikationen um etwa 2 Bände wurde von der deutschen Seite entsprochen. Dafür verzichtete die russische Seite auf das ihr vertraglich zustehende Recht auf Lieferung der russischen Ausgabe seitens der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Außerdem ist die Höhe der russischen Auflage für die bereits im Druck befindlichen Bände III u. V von 2600 auf 1600 Bände herabgesetzt worden, um die Selbstkosten der deutschen Seite zu verringern.“ In: PA AA, Moskau II 405, Bl. 250.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: „oder zu erschweren und damit anderen Ländern, die sich gerade jetzt in starkem Maße um eine Ausgestaltung der kulturellen Beziehungen mit der Union bemühen, auf Kosten Deutschlands weitere Chancen zu geben“. Die Textstelle ist am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

Auf dem ersten Blatt oben handschriftlicher Vermerk: 3 Dschl. [Durchschläge]. Handschriftliche Vermerke zum Umlauf und Kenntnisnahmen mit Paraphen und Datum. Am Ende: 2.) zu d. A. und Paraphe vT[wardowskis].

PA AA, Moskau II 405, Bl. 225–225R.

Nr. 197

Aufzeichnung der Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 847¹

Berlin, 8. IX. 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT STAATSSSEKRETÄR BÜLOW, 28. August 33

Ungeachtet des Schreibens von Bülow, in dem er mitteilte, dass er Maßnahmen gegen die Zeitungen von Ley und Feder ergriffen habe, die scharfe Angriffe gegen den Gen. Litvinov veröffentlicht hatten², sind diese Ausfälle in den letzten zwei Wochen von der Zeitung „Deutsche Nachrichten“ und vom Bulletin „Deutsche Führerbriefe“ wiederholt worden. Damit im Zusammenhang habe ich Bülow ein zweites Schreiben³ übergeben, in dem ich darauf aufmerksam machte, dass die von ihm ergriffenen Maßnahmen augenscheinlich nicht effektiv genug waren, und ihn deshalb bitte, härtere und entschiedeneren Maßnahmen zu ergreifen, um dieser ^{**4} Kampagne ein Ende zu bereiten. Als ich das Schreiben überreichte, machte ich ihn darauf aufmerksam, dass wir uns nicht von dem Gefühl einer gewissen Diskriminierung frei machen könnten. Dies sei dadurch entstanden, dass die „Deutsche Zeitung“, die seinerzeit eine unbedeutende Notiz über Balbo⁵ brachte, für drei Tage verboten worden sei, wogegen die in der internationalen Praxis beispiellose Kampagne gegen den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten eines befreundeten Staates keinerlei erkennbare Zurückweisung seitens des Auswärtigen Amtes erkennen lasse.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 184.

³ Vgl. Dok. 190.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „ähnlichen“ ist gestrichen.

⁵ In einer Buchbesprechung der „Deutschen Zeitung“ wurde die Politik der italienischen faschistischen Partei in der Rassenfrage einer Kritik unterzogen. Als Beispiel wurde auf Luftfahrtminister Balbo verwiesen, der laut Behauptung der Zeitung ein getaufter Jude sei. Vgl. Deutsche Zeitung vom 16. Juli 1933, Morgenausgabe, Beilage, S. 5. Auf Weisung des Ministerpräsidenten Preußens Göring wurde die Zeitung für drei Monate verboten, da die „enthaltene[n] unwahre[n] Ausführungen geeignet waren, die Beziehungen des Reiches zu einer befreundeten auswärtigen Macht zu beeinträchtigen und hierdurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden“. Doch nach dem öffentlichen Ausdruck des Bedauerns seitens der Redaktion und des Verlages zu dem Vorfall sowie der Entlassung des Redakteurs der Zeitung erschien auf Entscheidung Görings die „Deutsche Zeitung“ bereits wieder nach drei Tagen. Vgl. Deutsche Zeitung vom 19. Juli 1933, Morgenausgabe, S. 1.

Bülow erklärte, dass er unsere Empörung bezüglich dieser Kampagne vollkommen teile und er sie ebenso für unzulässig halte, was er auch schon in seinem Schreiben festgestellt habe. Er teilte mir mit, er habe angeregt, die Zeitungen von Ley und Feder wegen der Veröffentlichung der Artikel gegen Litvinov zu schließen, doch seinem Vorschlag konnte deshalb nicht entsprochen werden, da man ihm erklärt habe, dass es seinerzeit falsch gewesen sei, die „Deutsche Zeitung“ zu verbieten und es unerwünscht sei, diese falsche Maßnahme noch einmal zu wiederholen. Dafür wurde, Bülow zufolge, an die Redakteure der beiden Zeitungen eine persönliche Verwarnung geschickt, und diese Verwarnung wurde in Kopie allen anderen Teilnehmern der Pressekonferenz beim Auswärtigen Amt ausgehändigt. Ich wies Bülow darauf hin, dass sich die von mir im zweiten Schreiben genannten Fälle offensichtlich bereits nach der von ihm erwähnten Verteilung zuge tragen hätten. Bülow war darüber ⁶empört, erklärte dies aber damit, dass die „Deutsche Nachrichten“ überhaupt nicht zu den Teilnehmern der Pressekonferenz gehörten, wie auch nicht die „Deutschen Führerbriefe“, die zudem keine Zeitung, sondern ein ⁷Informationsblatt seien. Er versprach, unverzüglich Maßnahmen bezüglich dieser Zeitungen zu ergreifen. Im Schreiben vom 7. 9. hat er mir in der Tat geschrieben, dass bereits entsprechende Maßnahmen in Bezug auf die „Deutsche Nachrichten“ unternommen worden sind, was die „Deutsche Führerbriefe“ betreffe, so wurde der Redaktion vorgeschlagen, ihren Beitrag über Gen. Litvinov „zu berichtigen“⁸.

Danach lenkte ich die Aufmerksamkeit Bülows auf einen anderen Fall von Diskriminierung. Englischen Zeitungen hätten wir entnommen, dass auf Protest der amerikanischen Botschaft wegen der Verprügelung eines amerikanischen Bürgers durch SA-Leute nicht nur eine formale Entschuldigung durch das Außenministerium erfolgt sei, vielmehr habe auch der Führer der Berliner SA, Ernst, es für nötig befunden, die amerikanische Botschaft aufzusuchen und dort seine Entschuldigung auszusprechen und zu erklären, dass die Schuldigen für die Prügel den Gerichtsinstanzen übergeben worden seien. Dagegen habe es einen ähnlichen Fall gegeben, der dem Angestellten der Handelsvertretung, dem sowjetischen Bürger Grišin, passiert sei. Dieser sei nur deshalb, weil er den Arm nicht zum Gruß erhoben habe, von SA-Leuten dermaßen zugerichtet worden, dass er sogar Schäden am Trommelfell davontrug. Auf unsere diesbezügliche Protestnote habe sich das Außenministerium in seiner Antwort mit der formal-bürokratischen Mitteilung begnügt, dass die Note eingegangen, den Innenbehörden übergeben worden sei und nach Erhalt einer Antwort wir lediglich darüber in Kenntnis gesetzt werden würden. Wir erachteten die Antwort des Auswärtigen Amtes nicht nur als unbefriedigend, sondern wir sähen darin eine offene Diskriminierung von sowjetischen Staatsbürgern. Bülow erklärte, dass er den vorgefallenen Zwischenfall tief bedauere. Seiner Meinung nach habe gerade der Zwischenfall mit Grišin, der im Übrigen kein Einzelfall sei, ähnliche Fälle habe es auch mit Schweizern und Spaniern gegeben, seinerzeit den ⁹Anlass für die bekannte Verordnung über die Aufhebung des zum Gruß erhobenen Arms für Ausländer geliefert. Er bedauere

⁶ Das an dieser Stelle folgende Wort „fürchterlich“ ist gestrichen.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 135–135R.

⁹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Stimme.

außerdem sehr, dass Grišin so schwere gesundheitliche Schäden davon getragen habe. Jedoch sehe er keine diskriminierenden Momente, da im Fall Grišins bis jetzt noch keine Schuldigen ermittelt werden konnten und es deshalb sehr schwer sei, eine Genugtuung in Form einer Bestrafung der Schuldigen zu geben. Auf meine direkte Frage, ob man ihn in dem Sinne verstehen müsse, dass man gegen die Schuldigen an der Verprügelung Grišins ermittle und diese nach ihrem Auffinden exemplarisch bestraft würden, antwortete Bülow bejahend. Am nächsten Tag fragten wir im Auswärtigen Amt unter Berufung auf die Unterredung mit Bülow nach, in welchem Stadium sich die Ermittlungen und die Bestrafung der Schuldigen für die Verprügelung von Grišin befänden.

Danach habe ich die antisowjetischen Kampagnen in der deutschen Presse zur Sprache gebracht, insbesondere zum sogenannten Hunger in der UdSSR, ****insbesondere****¹⁰ habe ich auf den absolut unzulässigen Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ mit Fotografien aus der Zeit 1921–1922¹¹, die zum Teil überhaupt nicht ****aus****¹² Russland stammen, hingewiesen. Bülow sagte, dass ihm selbst der Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ aufgefallen sei und er eine spezielle Beratung der Presse einberufen habe, auf der er den Vorschlag unterbreite – und jetzt sei er verwirklicht –, den Abdruck von Leitartikeln und generell von Artikeln, die der UdSSR feindlich gesonnen sind, wie auch Berichte mit marginalen antisowjetischen Überschriften vollkommen zu unterlassen. Er halte es für durch und durch falsch, derartige Artikel, die den sowjetisch-deutschen Beziehungen schaden, zu veröffentlichen. Seiner Meinung nach sei der Ton der Presse seitdem viel besonnener geworden.

[...]¹³

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT BÜLOW, 8. 9. 1933.

Mit Gen. Vejcer war ich bei Bülow, weil Gen. Vejcer bereits seit langem beabsichtigte, Bülow und Schmitt aufzusuchen, um mit ihnen über jene Befürchtungen zu sprechen, die sich bei uns aus dem Rückgang des sowjetischen Exports nach Deutschland einstellen. Obgleich ich bei Schmitt viel früher als bei Bülow um einen Empfang gebeten habe, hat Schmitt bis jetzt keinen Empfang für uns anberaumt, und so waren wir gezwungen, zuerst Bülow aufzusuchen.

Gen. Vejcer, und teilweise ich, legten Bülow die Sachlage hinsichtlich unseres Exports nach Deutschland dar. Im ersten Halbjahr 1933 verringerte sich der Export gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres um 44 Prozent, d. h. in einem viel größeren Umfang als der Rückgang des gesamten deutschen Imports. Die Ursachen dafür sind: in erster Linie die Maßnahmen zur Kontingentierung, die Monopolisierung des Imports nach Deutschland, die ständige Erhöhung der Zölle; andererseits die Desorganisation der Tätigkeit der Derop, die durch die Maßnahmen zu ihrer Gleichschaltung verursacht worden ist. Außerdem war der

¹⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: ebenso.

¹¹ Vgl. „Das wahre Gesicht Räte-Russlands“. In: Völkischer Beobachter vom 18. August 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

¹² Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹³ Ausgelassen sind die Aufzeichnung der Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter der IV. Abteilung im AA Michelsen am 2. 9. (l. 247R–248) und mit dem amtierenden Leiter der Kulturabteilung im AA Roediger (l. 248–248R).

Abschluss des deutsch-holländischen Abkommens¹⁴, das den sowjetischen Export von Eiern nach Deutschland stark getroffen hat, von großer Bedeutung. Die Zollmaßnahmen und die Maßnahmen zur Kontingentierung und zur Monopolisierung des Imports haben den sowjetischen Export solch wichtiger Produkte wie Butter, Pflanzenöl, Ölkuchen usw. schwer getroffen. Schließlich verschlechterten sich in letzter Zeit die Bedingungen für den sowjetischen Export von Getreide nach Deutschland deutlich. Erstens, weil es die deutsche Seite im völligen Gegensatz zum Geist und Buchstaben des Getreideabkommens zwischen der UdSSR und Deutschland vom 2. 5. 1932¹⁵ ablehnt, dessen Gültigkeit für das jetzige Jahr anzuerkennen, und Verhandlungen zu diesem Thema ausschlägt. Darüber hinaus ist der deutsche Getreidemarkt fast vollständig von den Donauländern gesättigt, was die Folge von privaten Kompensationsgeschäften ist, die in die Nähe von Präferenzgeschäften geraten. Es genügt darauf zu verweisen, dass auf der Grundlage des Geschäfts der IG Farben Industrie mit Rumänien Deutschland von den Rumänen ca. 400 000 Tonnen Gerste und Mais¹⁶ abnehmen muss, während der gesamte Umfang des deutschen Marktes im vergangenen Jahr 600 000 Tonnen ausmachte. Infolge dieser Geschäfte wird der Getreideexport aus der UdSSR nach Deutschland physisch beschnitten. Bei den Kompensationsgeschäften Deutschlands mit Jugoslawien, die, zumindest von jugoslawischer Seite, durchaus einen Regierungskarakter tragen, verpflichtete sich Deutschland, von Jugoslawien für 17 Mio. Mark Getreide zu kaufen, während Jugoslawien Waren in Höhe von 11 Mio. Mark liefert¹⁷. Dies würde bedeuten, dass Deutschland gezwungen wäre, auf der Grundlage dieses Kompensationsgeschäftes an Jugoslawien Devisen, die Deutschland jetzt hauptsächlich von der Sowjetunion erhält, in Höhe von 4 Mio. Mark dazuzahlen, wobei zugleich der Markt für sowjetische Getreidelieferungen geschlossen wird. Wir erachten solch eine Situation als absolut unnormal. Die Lage unseres Exports beunruhigt uns sehr¹⁸. Wir haben in den zurückliegenden Verhandlungen immer wieder betont, dass unser Export die Basis unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der Außenwelt ist. Inzwischen ist die Situation entstanden, dass infolge der abrupten Einschränkung unseres Exports nach Deutschland der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz mit Deutschland in diesem Jahr, selbst unter Berücksichtigung des gewährten 140 Mio. Kredites, die gewaltige Summe von 360–370 Mio. Mark erreichen wird, die wir mit Gold oder Devisen abdecken müssen. Wir haben wiederholt versucht, diese Frage bei den deutschen Wirtschaftsinstitutionen zur Sprache zu bringen. Unsere Vorschläge, die wir in zahlreichen privaten und offiziellen Verhandlungen unterbreiteten, wurden von der deutschen Seite sämtlich abgelehnt. Uns wurde unlängst zugesichert, das Sperrmark-Kontingent¹⁹ von 60 Mio. auf 90 Mio. aufzustocken. Doch auch diese in letzter Zeit gewährte geringe Er-

¹⁴ Vgl. Deutsch-niederländischer Zollvertrag vom 27. 4. 1933. In: Reichsgesetzblatt 1933, Teil II, S. 163, Anlage zu Artikel A, S. 166.

¹⁵ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

¹⁶ Laut dem am 30. 8. 1933 abgeschlossenen Kompensationsgeschäft sollte Deutschland für den eigenen Bedarf 150 000 Tonnen Gerste und Mais einführen, die dieses Volumen übersteigende Menge sollte reexportiert werden. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 414, S. 768.

¹⁷ Gemeint sind die Vereinbarungen des im August 1933 abgeschlossenen, bis zum 1. März 1934 befristeten deutsch-jugoslawischen Handelsabkommens.

¹⁸ Das ursprüngliche Komma ist zu einem Punkt geändert und das nachfolgende Wort „weil“ gestrichen.

¹⁹ Vgl. Dok. 154, Anm. 2.

leichterung wäre beinahe zurückgenommen worden, weil die deutsche Seite es ablehnte, die Zusicherung zu geben, dass diese zusätzlichen 30 Mio. Mark uns nicht auf den 140 Mio. Kredit angerechnet werden. Hinsichtlich des Getreideankaufs durch Deutschland haben wir im laufenden Jahr wiederholt versucht, mit den Wirtschaftsministerien in Verhandlungen zu treten, doch jedes Mal ergebnislos. Heute haben wir endlich von Wirtschaftsminister Schmitt eine Antwort erhalten, in der er es vermeidet, seine Haltung zur juristischen Gültigkeit des Abkommens vom 2. Mai 1932 darzulegen. Er erklärt, dass er den Ankauf von Getreide bei der UdSSR für wünschenswert im beiderseitigen Interesse erachtet. Für diesbezügliche Verhandlungen verweist er uns aber an das Ministerium für Ernährung, von dem wir nicht nur einmal Absagen bekommen haben. Diese Antwort des Wirtschaftsministers betrachten wir als ein Ablenkungsmanöver, um der Lösung dieser Frage aus dem Wege zu gehen. Wir haben deshalb Bülow aufgesucht, um ihm zu erklären, dass wir unserer Auffassung nach alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage des sowjetischen Exports nach Deutschland ausgeschöpft haben und wir keine neuen Vorschläge unterbreiten können, da uns nichts mehr einfällt, was wir nicht schon mehrfach den Deutschen vorgeschlagen und worauf wir jedes Mal eine Absage bekommen haben. Wir erachten es als vollkommen nutzlos, nochmals Verhandlungen aufzunehmen, wie sie unlängst Fridrichson mit Mossdorf und mit dem Ministerium für Ernährung geführt hat. Wir erwarten daher, dass die deutsche Seite entweder direkte Maßnahmen ergreift oder mit einer Erklärung bezüglich ihres Verhältnisses zu unserem Export an die Öffentlichkeit tritt.

Bülow sagte, dass er nicht kompetent sei, sofort eine bestimmte Position zu den von uns aufgeworfenen Fragen zu beziehen. Er erlaube sich deshalb, lediglich auf ***Details***²⁰ einzugehen. Was die Derop betrifft, so habe er gestern mit dem Vorsitzenden des Russlandausschusses der deutschen Industrie²¹ ein Gespräch über Hilfsmaßnahmen geführt, um den Absatz der Derop zu steigern. Er erinnere deshalb daran, um zu zeigen, dass das Auswärtige Amt dieses Problem nicht für eine Minute aus den Augen verliere. Was das deutsch-holländische Abkommen betrifft, so kenne er sich leider in dieser Frage nicht aus, er werde aber alle erforderlichen Erkundigungen einholen. Zur Frage der Sperrmark sagte er, dass sie, d. h. das Auswärtige Amt, die Sache bereits als erledigt betrachten. Sie hätten nichts von den aufgetretenen Schwierigkeiten gewusst. Zur Frage der Kompensationsgeschäfte mit Rumänien und Jugoslawien sei ihm unlängst berichtet worden, dass uns ebenfalls ein Geschäft dieser Art unterbreitet worden sei, wir dieses Geschäft jedoch abgelehnt hätten. Wir antworteten darauf sofort, dass uns nichts über Vorschläge dieser Art bekannt sei.

Was das Getreideabkommen betrifft, so meinte Bülow, dass, da die Präferenzen für Rumänien und Ungarn nicht in Kraft getreten seien, das Abkommen vom 2. V. 32 automatisch seine Gültigkeit verliere. Ich wandte sofort ein, dass ich nicht mit seiner Auffassung einverstanden sei. Das Abkommen vom 2. V. 32 sei damals abgeschlossen worden, als es noch keine Präferenzen gegeben habe. Nicht die Existenz von Präferenzen, sondern ausschließlich unser Einverständnis **für deren*

²⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: eine Teilseite.

²¹ Hermann Reyß.

Einführung*²² sei für das Zustandekommen des Abkommens maßgeblich gewesen. Bei Abschluss des Abkommens sei es noch völlig unklar gewesen, ob diese Präferenzen in Kraft treten oder nicht. Ich hätte bereits die Gelegenheit gehabt, Ritter auf diesen Umstand hinzuweisen, und er habe die Stichhaltigkeit meiner Argumente anerkennen müssen.

Bülow bemerkte, dass er angesichts seiner fehlenden juristischen Kompetenz nicht mit mir in einen juristischen Disput über die Gültigkeit des Abkommens vom 2. 5. 1932 eintreten möchte, doch er meine, dass die Sache nicht so sehr eine Frage des juristischen Verständnisses als vielmehr des Wesens der Wirtschaftsbeziehungen sei. Auf letztere eingehend, bemerkte er, dass seiner Ansicht nach der wichtigste Punkt unserer Erklärungen darin bestünde, dass wir uns weigern, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten. Daraus ergebe sich, dass die deutsche Seite Vorschläge unterbreiten müsse. Er verspreche, umgehend eine Beratung einzuberufen, zunächst im Rahmen des Außenministeriums, um unsere Erklärung zu erörtern und zu überlegen, was real unternommen werden könne. Obwohl er das Wesen unserer Erklärung vollkommen erfasst habe, wäre er dennoch dankbar, wenn wir ihm eine knappe Übersicht der Grundfakten unserer Argumentation²³ zukommen ließen. Damit endete der Hauptteil der Unterredung²⁴.

Danach lenkte ich die Aufmerksamkeit Bülows auf zwei Fälle empörenden Verhaltens deutscher Behörden gegenüber sowjetischen Staatsbürgern. In Hamburg und in Berlin hätten unsere Angestellten, die mit dem Zoll zu tun haben, von letzterem die Aufforderung erhalten, eine Erklärung über ihre arische Abstammung vorzulegen. In dieser Angelegenheit hätten wir an das Auswärtige Amt eine Note mit der Bitte gerichtet, die örtlichen Behörden auf die Unzulässigkeit derartiger Forderungen gegenüber sowjet[ischen] Bürgern hinzuweisen²⁵. Dessen ungeachtet hätten die Hamburger Zollbehörden gestern einem der Direktoren von Sel'skosojuz, Leonidov, und den Prokuristen von Sel'skosojuz das Recht entzogen, mit den Zolleinrichtungen zu verkehren, weil sie bis jetzt noch nicht den von ihnen geforderten „Ariernachweis“ abgegeben hätten. Wir erachteten eine solche Behandlung als absolut unzulässig und bäten das Auswärtige Amt, Maßnahmen zur Zügelung der über die Stränge schlagenden Zollbehörden zu ergreifen.

Bülow schüttelte tief betrübt den Kopf und sagte, dass er sich an die Note erinnere. Sie hätten bereits Hamburg angewiesen, diese Forderung zurückzuziehen. Er werde jedoch selbstverständlich unverzüglich Maßnahmen zu einer raschen positiven Klärung dieser Frage ergreifen.

Ich wies Bülow ferner auf das Verhalten des deutschen Konsulats in London hin, das das Visum für Chazanov mit dem Stempel „Ostjude“ versehen sowie das persönliche Erscheinen des Vorsitzenden von Arkos²⁶, Gurevič, zwecks Befragung bezüglich seiner nichtarischen Abstammung verlangt habe, und das nunmehr generell für sowjetische Bürger eine Praxis eingeführt habe, wonach die Visaertei-

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Vgl. Dok. 202.

²⁴ Zur Aufzeichnung von Bülows über diesen Teil der Unterredung vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 421, S. 778–779.

²⁵ Vgl. Dok. 188.

²⁶ ARCOS (All Russian Cooperative Society Limited, ab 1922 Arcos Ltd.), Aktiengesellschaft, 1920 in London gegründet, registriert als private Gesellschaft mit begrenzter Haftung, vertrat sowjetische Handelsorganisationen in einer Reihe von Staaten.

lung eine persönliche Vorsprache erfordere, was es vordem nicht gegeben hatte. Wir erachteten das Verhalten des Londoner Konsulats für absolut unzulässig und bäten das Auswärtige Amt, unverzüglich Schritte zu unternehmen.

Bülów zeigte sich von dieser Mitteilung offensichtlich betroffen und sogar erschüttert; er erklärte, dass er zum ersten Mal von der Existenz eines derartigen Stempels höre, und versprach, alles Erforderliche für die Wiederherstellung des normalen Verfahrens bei der Visaerteilung in London zu tun²⁷.

BESSONOV

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3031 vom 13. 9. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten. 8. IX. 33.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 246–251. Original.

Nr. 198

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 848/s¹

Berlin, 8. IX. 33

TAGEBUCH

B. VINOGRADOVS

Treffen mit dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der Nationalsozialisten, Rosenberg, seinem Stellvertreter, Schickedanz, und dem amerikanischen Journalisten Flick-Steger². In der vorherigen Eintragung ins Tagebuch habe ich geschrieben, dass ich den Vertreter der Hearst-Presse Flick-Steger kennengelernt habe. Am nächsten Tag rief mich Flick-Steger an und bat, sich mit mir im Restaurant zu treffen, weil er mir einen hochrangigen Nationalsozialisten vorstellen wolle. Da ich solchen Bekanntschaften nicht aus dem Weg gehe, sondern sie im Gegenteil suche, sagte ich zu. Als ich das Separée des Restaurants betrat, sah ich, dass dieser hochrangige Nationalsozialist Rosenberg war, der mit seinem Stellvertreter Schickedanz erschienen war. Es versteht sich, dass ich nicht vorhatte, vor diesen Leuten davon zu laufen, da nicht ich, sondern sie es wünschten, sich mit mir bekannt zu machen, und ich bereits einmal die Gelegenheit gehabt hatte, zusammen mit unseren Journalisten an einem von Rosenberg veranstalteten Presseempfang teilzunehmen, wobei dazu seinerzeit seitens des NKID keine Proteste erfolgten. R[osenberg] erklärte, er erachte es als seine Pflicht, den um seinen Namen und seine Anschau-

²⁷ Vgl. auch Aufzeichnung von Bülows über die Beschwerden Bessonovs vom 8. 9. 1933. In: PA AA, R 29453, Bl. E 189431–189432.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Im Dokument: Flik Steger, im Folgenden dann nur Steger.

ungen in Bezug auf die UdSSR sowie den vielen um das Außenpolitische Amt³ und die Nationalsozialistische Partei rankenden Legenden und Gerüchten entgegenzutreten. *Das Außenpolitische Amt gebe es und werde es auch künftig geben*⁴, und alle Gerüchte über seine Auflösung würden jeglicher Grundlage entbehren. Zwischen dem Außenpolitischen Amt der Partei und dem Auswärtigen Amt des Reiches gebe es keinen Parallelismus, so wie es auch keinen Parallelismus zwischen der III. Internationale und dem NKID gebe. Hier unterbrach ich ihn und sagte ihm, dass diese Analogie nicht richtig sei, weil es bei uns kein dem Außenpolitischen Amt vergleichbares Organ gebe, und falls wir etwas Ähnliches einzurichten wünschten, so wäre dies eine internationale Abteilung beim Zentralkomitee der Partei. Eine derartige Abteilung gebe es aber bei uns nicht. Rosenberg entgegnete mir: Sie brauchen solch eine Abteilung auch nicht, weil Sie die III. Internationale haben. Weiter wies Rosenberg kategorisch die Anschuldigung zurück, Interventionsabsichten in Bezug auf die UdSSR und insbesondere gegenüber der Ukraine zu hegen. *Er sei lediglich davon ausgegangen, dass die zentrifugalen Kräfte, die in der UdSSR in dem Bestreben einzelner Völkerschaften zur Selbstbestimmung wirken, früher oder später zur Abtrennung der Ukraine führen werden*⁵. Ich antwortete ihm, dass das ukrainische Volk bereits die Selbstbestimmung und auch die nationale Unabhängigkeit erreicht habe und jedwede Veränderung der sowjetischen Staatsordnung der Ukraine, die Mitglied der Sowjetunion ist, nur mittels einer ausländischen Intervention möglich sei. Rosenberg erklärte erneut, dass weder er noch Hitler eine Intervention und Eroberung der Ukraine propagiert hätten und *man seine theoretischen Äußerungen bezüglich der prinzipiellen Unhaltbarkeit des sowjetischen Regimes nicht als eine **Vorbereitung**⁶ zu Intervention auffassen dürfe*⁷. Es war zwecklos, mit ihm über dieses Thema zu streiten. Ich beschränkte mich lediglich auf den Hinweis, dass sich, unabhängig davon, ob Hitler und Rosenberg dies wollten oder auch nicht, nicht nur in Moskau, sondern in der ganzen Welt auf Grund der Äußerungen der Nationalsozialisten in der Presse und mit ihrem Machtantritt die Überzeugung herausgebildet habe, dass sie in Bezug auf die Ukraine interventionistische Absichten hegten. Weiter versuchte Rosenberg, meinen Vorwurf, die Nationalsozialisten strebten danach, die Sowjetunion zu zerschlagen, auf folgende Weise zu parieren: Sie wollten, sagte er, Ihrerseits Deutschland sowjetisieren, aber eine kommunistische Revolution in Deutschland hätte unweigerlich zu einer internationalen Intervention und zur Aufteilung Deutschlands geführt. Er wollte damit offenbar sagen, dass wir, da die UdSSR in Gestalt der III. Internationale wohl oder übel eine Aufteilung Deutschlands und die Nationalsozialisten eine Zerschlagung der UdSSR anstreben würden, somit jetzt quitt seien. Ungeachtet der Uneinsichtigkeit meines Gesprächspartners habe ich ihm dennoch gesagt, dass auch diese seine Analogie nicht stimme, weil 1) er die sowjetische Regierung mit der III. Internationale vermische; 2) selbst wenn man über die Politik der III. Internationale spreche, so sei letztere

³ Hier und im Folgenden ist die Bezeichnung sowohl des Außenpolitischen als auch des Auswärtigen Amtes in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

immer auf die Entwicklung der revolutionären Kräfte im Inneren Deutschlands gerichtet und propagierte und propagiere niemals eine bewaffnete Intervention gegen Deutschland und seine Zerschlagung als Staat. Indes sei die Frage, ob eine Intervention als Folge einer kommunistischen Revolution in Deutschland unausweichlich wäre, strittig und führe von dem Wesen der Sache weg, weil zum jetzigen Zeitpunkt keine Gefahr einer Sowjetisierung Deutschlands bestehe, dagegen wolle aber das Gerede über eine Eroberung der Ukraine nicht verstummen. Bei diesem Punkt erklärten sowohl Rosenberg als auch Schickedanz, sich gegenseitig unterbrechend: Halten Sie uns denn für Idioten? Von welcher Intervention kann hier die Rede sein? Wir haben doch noch nicht einmal eine gemeinsame Grenze. Oder meinen Sie, wir kommen mit Flugzeugen angeflogen und erobern die Ukraine? Sie müssen begreifen, dass es eine Sache ist, was vor der Machteroberung geschrieben wurde, es aber eine andere ist, was heute geschieht, da wir eine gänzlich neue Situation und eine neue außenpolitische Plattform haben. Früher führten wir einen erbitterten Kampf gegen den deutschen Kommunismus, und wir waren gezwungen, den Kampf im internationalen Maßstab gegen den Herd des internationalen Kommunismus, die UdSSR, auszuweiten. Doch jetzt verhalte es sich ganz anders. Ich antwortete Rosenberg, dass es nicht unsere, insbesondere nicht meine Sache sei, ihm zu zeigen, wie gegen die UdSSR die Intervention zu organisieren sei, solange Deutschland mit uns keine gemeinsame Grenze habe. Denken Sie, sagte ich ihm, selbst darüber nach und versuchen Sie, diese zu organisieren. An dem Ergebnis habe ich keine Zweifel. Außerdem wissen Sie ausgezeichnet, so fuhr ich fort, dass es eine ganze Reihe von Plänen gibt, angefangen mit den riskantesten von der Art, mit Flugzeugen die Anführer eines antisowjetischen Aufstandes in die Ukraine einzufliegen, **und**⁸ endend mit dem nicht weniger riskanten Plan, mit Polen ein Abkommen zu schließen und mit dem Einverständnis der polnischen Regierung durch das polnische Territorium zu marschieren. Es versteht sich von selbst, dass sich Rosenberg zu all diesen Plänen sehr ironisch ausließ und fortfuhr, die Vorbereitung einer Intervention gegen uns als Phantasie und als unseriöse Erfindungen zu qualifizieren. Da ich zur praktischen Politik der Regierung Hitler gesprochen hatte, baten Rosenberg und Schickedanz mich, ihnen alle unsere Forderungen, die ihnen unverständlich seien, aufzuzählen, da die nationalsozialistische Regierung den Berliner Vertrag verlängert und Hitler vor dem Reichstag sein Bestreben erklärt habe, eine Politik der Freundschaft zur UdSSR zu betreiben. Ich kam dieser Bitte mit großem Vergnügen nach und nannte in aller Offenheit sämtliche Angelegenheiten beim Namen und zählte die Hauptmomente der antisowjetischen Politik der deutschen Regierung auf, angefangen mit dem Vorschlag Papens eines gegen uns gerichteten Militärbündnisses mit Frankreich, die Verhandlungen Rosenbergs mit englischen Konservativen und mit Deterding, die Geschichte mit der Derop usw. und endend mit dem Hugenberg-Memorandum und der jüngsten antisowjetischen Propaganda der deutschen Presse über den Hunger in der UdSSR usw. Abschließend sagte ich, dass es nicht so sehr auf die einzelnen Momente der antisowjetischen Politik der deutschen Nationalsozialisten ankomme, sondern vielmehr auf die Hauptrichtung dieser Politik. Diese Hauptrichtung sei in den Werken Hitlers und meines Gesprächspartners absolut unmissverständlich aufge-

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

zeigt worden, sie sei dort philosophisch, politisch und wirtschaftlich begründet, und die einzelnen von mir aufgezählten Momente seien lediglich Illustrationen, die diese Hauptrichtung verdeutlichen. Rosenberg ließ sich erneut zu allen möglichen Dementis herab und sagte u. a. ohne mit der Wimper zu zucken, dass er Detterding in seinem ganzen Leben noch nicht getroffen habe und dies alles Erfindungen der Presse seien, insbesondere des „Daily Herald“. Papen nahm er nicht in Schutz. Im Gegenteil erklärte er, dass Hitler, *als Papen den Franzosen seine militärischen Vorschläge unterbreitete*⁹, mit einem offenen Brief im „Völkischen Beobachter“¹⁰ gegen diese Vorschläge protestiert habe. Was die übrigen Momente betreffe, so erklärte Rosenberg sie mit den revolutionären Zeiten, die Deutschland durchlebe, d. h. Zwischenfälle seien nicht zu vermeiden. Die Hilfskampagne für die „Hungernden“ in der UdSSR sei eine rein humanitäre Angelegenheit. Ich wies ihn darauf hin, dass diese Philanthropie schon einen recht spezifischen Charakter trage, wenn man im „Völkischen Beobachter“ Fotografien aus dem Jahr 1921 abdruckte, die unter Umständen in einem anderen Land aufgenommen wurden, und sie als Fotografien aus der Sowjet-Ukraine ausgabe. Abschließend fragte mich Rosenberg, welche Haltung wir gegenüber Deutschland in der Frage der Rüstungskontrolle einnehmen werden. Ich antwortete ihm, dass diese Frage auf der Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundes, dem wir nicht angehören, stehe. Obwohl wir keine exakten Informationen hätten, könne man annehmen, dass diese Frage für unsere Regierung überhaupt nicht relevant sei. Wenn man aber das Verhalten unserer Presse in jüngster Zeit mit dem der Presse anderer Staaten vergleiche, und insbesondere mit der des von Rosenberg so geschätzten England, so müsse selbst er unsere Loyalität anerkennen. Auf die Frage nach Rapallo antwortete ich Rosenberg im Sinne des Artikels von Gen. Radek¹¹, indem ich ihm sagte, dass es in Moskau keine Gegner der Rapallo-Politik gebe, und wir, im Unterschied zur deutschen Regierung, keine gegen Deutschland gerichteten Militärbündnisse vorgeschlagen hätten, obgleich unsere Vorschläge vielleicht eine günstigere Aufnahme als die deutschen gefunden hätten. Auch träumen wir nicht von Eroberungen auf Kosten Deutschlands. In den beiden letzten Sätzen habe ich das Wort „bislang“ benutzt und ergänzt, dass die künftige Entwicklung der Außenpolitik der UdSSR bis zu einem gewissen Grade auch von der deutschen Regierung abhängen werde. Ich habe ziemlich durchsichtig angedeutet, falls der jetzige feindliche Kurs nicht verändert werde, so werden wir auf ihn in entsprechender Weise zu reagieren wissen. Rosenberg versäumte nicht, ebenso wie auch Sommerfeldt¹², mir die Gegnerschaft zu den anderen Gruppierungen in der Partei vor Augen zu führen. Dies zeigte sich darin, dass, als Flick-Steger, der bei dem Gespräch zugegen war, Göring und seine Gruppierung der Verbreitung von Gerüchten über die bevorstehende Auflösung

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Vgl. „Nationalistische Weltauffassung gegen Ideenlosigkeit und Dilettantismus“. Schreiben an Franz von Papen [vom 16. Oktober 1932]. In: A. Hitler: Reden, Schriften, Anordnungen, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Bd. 5: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932–Januar 1933, hrsg. und kommentiert von Ch. Hartmann, K. A. Lankheit. Teil 2: Oktober 1932–Januar 1933, München 1998, Dok. 15, S. 56.

¹¹ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

¹² Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Vinogradovs mit Sommerfeldt am 8. 9. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 238–242.

des Außenpolitischen Amtes bezichtigte, Rosenberg und Schickedanz mitfühlend mit den Köpfen nickten.

Als sich Rosenberg von mir verabschiedete, fragte er mich besorgt, wann ich aus dem Urlaub zurückkehre. Schickedanz war noch „liebenswürdiger“ und sagte mir, dass wir uns in allernächster Zeit davon überzeugen werden können, dass die Erklärungen der deutschen Regierung hinsichtlich des Strebens nach Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR nicht nur Worte seien, sondern diese auch verwirklicht würden.

In dieser ganzen Geschichte mit Rosenberg ist Folgendes wichtig:

1) Da ich meinerseits keinerlei Initiative ergriffen habe, unternahm Rosenberg selbst einen Versuch, Kontakt zu einem Vertreter der sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung aufzunehmen, und bediente sich dabei recht vorausschauend der Hilfe des Amerikaners, den er offensichtlich gebeten hatte, mir nicht zu sagen, mit wem ich es zu tun haben werde.

2) Verbal sagt sich Rosenberg, wenn auch nur im Gespräch unter vier Augen, von seinem alten außenpolitischen Programm los und schlüpft in die Toga eines Rapallo-Politikers.

3) Da sich sein außenpolitisches Programm in Wirklichkeit keineswegs verändert hat, so ist dieses Manöver mit der dramatischen Verschlechterung der internationalen Lage Deutschlands und im Kontext mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes¹³ sowie der Behandlung der Kontrollfrage zu erklären. Um die internationale Isolierung wenigstens etwas zu mindern, beginnen die Nationalsozialisten darüber nachzusinnen, die europäischen Staaten erneut mit der Gefahr einer Annäherung an die UdSSR zu erpressen.

Wenn ich mein Gespräch mit Sommerfeldt dem mit Rosenberg gegenüberstelle, so komme ich zu der Schlussfolgerung, dass alle Gruppierungen der Nationalsozialistischen Partei beschlossen haben, auf eigene Gefahr Sondierungen in Richtung UdSSR zu führen. Es ist darauf hinzuweisen, dass neben der Gruppierung um Göring und um Rosenberg sich in letzter Zeit auch ein Kontakt unmittelbar mit der Gruppierung um Hitler in Person seines Stellvertreters in der Partei, Heß, abzeichnet. In einer der letzten Tagebucheintragen habe ich über einen gewissen Gärtner¹⁴ geschrieben, der sich darum bemüht, zwischen uns und Heß zu vermitteln, und insbesondere eine Begegnung mit Gen. Krestinskij anstrebt. Unbeschadet dessen, dass die Nationalsozialisten es mit Vertretern der Sowjetunion zu tun haben, schrecken sie in Gesprächen mit uns nicht davor zurück, die konkurrierende Gruppierung in unseren Augen zu kompromittieren. Bislang bleibt mehr oder weniger nur der Führer davon verschont, obgleich Sommerfeldt bereits darüber sprach, dass Hitler eine Art Ikone sei, zu der man beten könne, die aber für die praktischen Dinge keinerlei Bedeutung habe. Ich meine, dass man die „Initiativen“, mit denen die Vertreter der einzelnen Gruppierungen hervortreten, unterstützen und mit ihnen gesondert den Kontakt aufrechterhalten muss. Dies wird es uns ermöglichen, mehr Informationen zu erhalten. Zugleich wird das die Herbeiführung einiger operativer Entscheidungen erleichtern.

VINOGRADOV

¹³ Der Völkerbund nahm am 22. 9. 1933 seine Sitzungen wieder auf.

¹⁴ Informationen über diese Person konnten nicht ermittelt werden.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3036 vom 13. 9. 1933.

Am Ende des des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 11 Expl., das 8. [Expl.] an Krestinskij, das 10. an Mazing, das 11. zu den Akten. Berlin, 8. IX. 33.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 234–237. Original.

Nr. 199

**Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den
Legationsrat im AA von Tippelskirch**

Moskau, den 12. September 1933

Lieber Tippelskirch!

In einer Unterredung am 7. d. Mts. brachte Herr Stern wieder die zahlreichen Zwischenfälle vor, die sich in Deutschland mit Sowjetbürgern ereignet haben: Haussuchung bei dem Direktor der DEROP¹, Leibesvisitation des Ingenieurs Emeljanow, der in Essen bei Krupp arbeitete usw. usw. Herr Stern betonte, dass diese Belästigungen von Sowjetbürgern durch Polizeiorgane unbedingt Konsequenzen auf wirtschaftlichem Gebiete haben müssten. Abgesehen davon wirkten diese immer wieder sich ereignenden Zwischenfälle politisch störend, weil man in der Sowjetunion allmählich die Überzeugung gewinnen müsse, dass ein Sowjetbürger in Deutschland nicht ruhig leben könne. Die Sowjetbürger würden erheblich schlechter behandelt als die Angehörigen anderer Staaten, besonders etwa Amerika. Ein Beispiel hierfür sei der Fall Grischin. Grischin sei von SA-Leuten verprügelt worden, etwa gleichzeitig sei ein Amerikaner ebenfalls verprügelt worden. Während aber neben der offiziellen Entschuldigung des Auswärtigen Amtes bei dem Amerikaner der betreffende Sturmbannführer sich persönlich entschuldigt hätte, sei gegenüber dem Sowjetbürger nichts dergleichen geschehen. Man verfolge hier alles Derartige sehr genau und ziehe daraus seine Schlüsse.

Ich erwiderte Herrn Stern mit den bekannten Argumenten und verwies auch auf die zahlreichen Zwischenfälle mit deutschen Staatsangehörigen in der Sowjetunion. Mit zunehmender Liquidierung des Revolutionszustandes, der natürlich die Polizei-Organen zu schärferem Vorgehen nötige, würden auch die Zwischenfälle fortfallen, sobald sich die Sowjetbürger der nötigen Zurückhaltung befleißigten. Irgendeine Verallgemeinerung aus Einzelfällen zu konstruieren, sei völlig falsch. Was den Fall Grischin betreffe, so sei das Aussprechen des Bedauerns durch das Auswärtige Amt erheblich formeller und bedeutungsvoller als etwa die persönliche Entschuldigung eines Sturmbannführers. Es sei eine merkwürdige Auffassung, in diesem Entschuldigungsbesuche des betreffenden SA-Mannes eine besondere politische Geste sehen zu wollen.

Über das gleiche Thema ließ sich am 7. September Herr Lorenz in einer Besprechung mit Herrn Stelzer aus. Um die augenblickliche Zurückhaltung der sow-

¹ Franc Francevič Enko.

jetischen Einkäufe auch großen Firmen gegenüber zu begründen, müsse er sagen, dass neben der allgemeinen Einschränkung das Moment der persönlichen Sicherheit eine gewisse Rolle spiele. Da diese Sicherheit in Deutschland noch nicht gewährleistet sei, hätte es vorkommen können, dass kürzlich einer der maßgebenden Funktionäre sich geweigert habe, den Auftrag des Herrn Ordshonikidse, nach Deutschland zu reisen, auszuführen. Dies sei für die Situation bezeichnend und zeige vor allem, wie ungern Vertreter der Sowjetindustrie jetzt nach Deutschland gingen. Sie reisten sogar nach Österreich, um Deutschland zu vermeiden, obwohl die österreichische Industrie keinerlei nennenswerte Bedeutung besitze. Auf die Besuche höherer Funktionäre käme es aber gerade bei großen Geschäftsabschlüssen an. Diese könnten über ihre Aufträge hinaus eigene Initiative entwickeln und, wie die Erfahrungen zeigten, seien große Abschlüsse vielfach ein Niederschlag dessen gewesen, was erst in Deutschland gesehen und besprochen worden sei.

Auf Stelzers Frage, ob sich auch noch in letzter Zeit Unannehmlichkeiten persönlicher Art für die Vertreter der sowjetischen Industrie ergeben hätten, sagte Herr Lorenz, dass er fast täglich derartige Mitteilungen bekäme. Früher seien die Herren überall gut aufgehoben gewesen, heute bestehe überall ein Gefühl der Unsicherheit. Zum Beweise erwähnte er einen kürzlich eingegangenen Brief von Vertretern der Vereinigung „Spezstalj“, die zu Verhandlungen nach Essen gefahren waren und über ihre Behandlung Klage führten. Herr Lorenz erklärte zum Schluss, dass man diesen vielfachen Klagen und Beschwerden hier deswegen keine besondere Bedeutung beilege, weil man wisse, dass die deutschen Industriellen damit nichts zu tun hätten. Er betonte jedoch, dass man die Einwirkung dieser Tatsachen auf den Fortgang der Geschäfte mit Deutschland nicht in Abrede stellen könne.

Die einzelnen Fälle sind Ihnen wohl aus den Verbalnoten der Sowjetbotschaft bestens bekannt. Dort findet sich ja auch immer wieder der Hinweis auf die durch die Zwischenfälle hervorgerufene Beeinträchtigung der Wirtschaftsbeziehungen. Ich wollte aber nicht verfehlen, Sie auch über die Äußerungen von Herrn Stern und Herrn Lorenz zu informieren. Von einem amtlichen Bericht habe ich abgesehen, weil Herr Stern auf meine ausdrückliche Frage erklärt hat, dass seine Äußerungen nicht als eine offizielle Beschwerde aufzufassen seien.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

[von Twardowski]

Mit Paraphe von Twardowskis abgezeichnet. Auf dem dem ersten Blatt befinden sich am Seitenrand handschriftliche Bemerkungen: 1) Herrn Stelzer m[it] d[er] B[itte] um Mtg. [Mitteilung] 2) Im Entwurf dem G.L.R. [Geheimen Legationsrat] vorzulegen.

PA AA, Moskau 210, Bl. 428534–428537.

Nr. 200
Schreiben des Legationsrats im AA von Tippelskirch an den deutschen
Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Berlin, den 12. September 1933

Lieber Twardowski,

der Sowjethandelsvertreter Weizer hat vorige Woche dem neuen Vorsitzenden des Russlandausschusses, Herrn Direktor Reyß, einen Besuch gemacht und dabei eingehend über den gegenwärtigen Stand des deutschen Russlandgeschäfts gesprochen. Aus den Mitteilungen, die Herr Reyß über seine Unterredung mir gemacht hat, ist das Folgende für uns von Interesse:

Im Anschluss an die Klagen des Herrn Weizer fragte Herr Reyß nebenher nach den Schwierigkeiten der Russen bei der Erfüllung ihrer Zahlungen uns gegenüber. Angeblich hat Herr Weizer darauf erwidert, die Zahlungsfähigkeit der Sowjetunion sei außer Frage. Selbstverständlich könnten die Russen bezahlen, die Frage sei jedoch, ob sie Deutschland bezahlen wollten! Die Deutschen sollten nur nicht denken, dass die Nichtbezahlung der deutschen Wechsel den russischen Kredit schädigen würde. Er, Weizer, sei davon überzeugt, dass, wenn Russland seine Zahlungen gegenüber Deutschland einstelle, dies höchstens den Kredit der Sowjetunion bei der Bankwelt anderer Länder heben würde. Das jüdische Element in der internationalen Finanz würde bei der gegenwärtigen Stimmung gegen Deutschland hoch befriedigt sein, wenn Russland Deutschland nicht bezahle und Deutschland auf diese Weise schädige.

Am Schluss der Unterhaltung ging Herr Reyß auf die Streitfrage bezüglich der Dollarklausel eines Teils der deutschen Russenwechsel ein. Herr Weizer zeigte sich völlig ablehnend. Als Herr Reyß auf die Möglichkeit eines Schiedsgerichts anspielte, hat Herr Weizer angeblich sehr schroff erklärt, die russische Seite würde für diese Frage keinen Schiedsrichter ernennen und, *falls das Schiedsgericht doch stattfinden sollte, einen dem russischen Standpunkt ungünstigen Spruch niemals anerkennen*¹.

Vielleicht bietet sich Ihnen eine Gelegenheit, bei der sie Obiges dem Außenkommissariat gegenüber verwerten können.

Mit freundlichem Gruß wie stets Ihr

(gez. v. Tippelskirch)

Eigenhändige Unterschrift. Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt: H. Bräutigam zum Verbleib. T[ippelskirch] 12/9 und Paraphe von B[ülows] 14/9. Unten: H 11 Ru; links Paraphe von B[ülows] 18/I.

PA AA, R 94657, Bl. E 664698–664699.

¹ Der Text ist am Seitenrand zweifach angestrichen.

Nr. 201

Aufzeichnung der Unterredungen des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationsrat im AA von Tippelskirch und dem Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Mehnert

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 853¹

Berlin, 12. IX. 1933

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

Am 8. September war ich wegen folgender Fragen bei Tippelskirch. Ich bat darum, zwei Mitarbeitern des CAGI² sowie dem Mitarbeiter der Ingenieurabteilung der Handelsvertretung, Gen. Kvitko, die Genehmigung zu erteilen, Luftfahrttestlaboratorien zu besuchen. Tippelskirch versprach, dies zu klären.

Ich teilte Tippelskirch mit, dass Gen. Krestinskij nach Kissingen fahren wird. Tippelskirch antwortete, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, damit der Aufenthalt Krestinskij's in Kissingen für ihn auf die angenehmste Weise verlaufen werde.

Sodann lenkte Tippelskirch meine Aufmerksamkeit auf eine Postkarte – eine sowjetische Ansichtskarte mit der Darstellung des Hakenkreuzes³ usw. und mit dem Aufruf der MOPR, für die Gefangenen des Kapitalismus und des Faschismus zu spenden. Ich antwortete Tippelskirch, dass der Faschismus erstens kein deutsches Monopol sei, und zweitens sei dies im Vergleich zu dem, was vollkommen unverblümt gegen die Sowjetunion geschrieben, im Film gesprochen usw. werde, eine derart unbedeutende Angelegenheit, dass ich es absolut nicht verstehe, wie er meine Aufmerksamkeit auf solche Dinge lenken könne. Weiter beklagte sich Tappelskirch darüber, dass in Moskau eine Thälmann-Gruppe (eine Theatergruppe) gegründet worden ist, die antideutsche Stücke aufführe. Ich sagte, dass die Deutsche Botschaft in Moskau sicherlich die Möglichkeit gehabt hätte, diese Frage, wenn sie es als erforderlich erachtet hätte, beim Narkomindel zur Sprache zu bringen. Was mich betreffe, so gibt mir die Beobachtung der antisowjetischen Agitation in Deutschland keine Möglichkeit, Erklärungen ähnlicher Art in Form von begründeten Ansprüchen anzunehmen.

Danach zeigte mir Tippelskirch eine Notiz⁴ bezüglich eines gewissen Klau, Adolf Robert, der im Juli 1933 in Samara wegen des Verkaufs von gestohlenen Schreibmaschinen zum Tod durch Erschießen verurteilt worden sei. Tippelskirch sagte, dass er darauf hoffe, dass das Urteil gemildert werde. Ich antwortete ihm, dass ich, da es sich um ein Urteil unseres Gerichtes handelt, keine Möglichkeit hätte, mit ihm diese Frage zu erörtern. **Herr Klau hat geklaut**⁵ und erhielt für seine Straftat gemäß der sowjetischen Gesetzte die entsprechende Bestrafung. Tip-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 112, Anm. 3.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

pelskirch bat dennoch, über seine Unterredung mit mir zu dieser Frage nach Moskau zu berichten. Ich sagte, dass ich berichten werde.

Am 9. September habe ich mit Mehnert gefrühstückt. Mehnert erklärte, dass die Ergebnisse seiner Reise mit Hoetzsch nach Moskau erfreulich seien⁶. Mit der Kommission zur Herausgabe historischer Werke und mit Socëkgiz wurde eine Vereinbarung getroffen, wobei anstelle der ursprünglich vorgesehenen 12 Bände nunmehr 15 Bände herausgegeben werden⁷. Hoetzsch reiste noch vor Beendigung der Verhandlungen ab, so dass es Mehnert zufiel, sie zu Ende zu führen. Hoetzsch nahm in Warschau an dem Historikerkongress teil⁸. (Von der Reise Hoetzschs nach Warschau erzählte mir Gen. Gorin; er berichtete auch von der ausgesprochen aufmerksamen Haltung Hoetzschs gegenüber unserer Delegation⁹, wobei dieses betont aufmerksame Verhalten offensichtlich einen demonstrativen Charakter gegenüber den polnischen Wissenschaftlern trug. Hoetzsch bemühte sich darum, sich insbesondere mit unseren Delegierten zu treffen.) Die deutsche Botschaft habe vom Propagandaministerium eine Anfrage bezüglich der mit französischen Geldern finanzierten antideutschen Propaganda erhalten, die offensichtlich im gleichen Wortlaut auch an alle anderen Länder verschickt worden ist. Die Botschaft habe angeblich geantwortet, dass keine Rede von einer von Frankreich finanzierten Propaganda in der UdSSR sein könne, wie es auch unmöglich sei, einen Redakteur einer beliebigen sowjetischen Zeitung zum Frühstück einzuladen und abschließend ****ihm etwas unter den Teller schieben****¹⁰, d.h., um es einfach zu sagen, ihn zu bestechen. Die Botschaft empfahl dem Propagandaministerium, eine Beratung mit Vertretern von Osteuropa¹¹, der Deutschen Kunstgesellschaft¹² und der Notgemeinschaft¹³ einzuberufen, um Leitsätze für die Belebung der Kulturbeziehungen mit der UdSSR auszuarbeiten. Zu diesem Zweck habe der Leiter der Abteilung Russland Behrends (im Propagandaministerium) Mehnert zu sich gerufen. Behrends mache, laut Mehnert, den Eindruck eines Menschen, der mit den sowjetischen Verhältnissen absolut nicht vertraut, aber dennoch eher positiv als negativ eingestellt sei. Diese Beratung werde in allernächster Zeit stattfinden. Mehnert bat mich, ihm bei der Ausarbeitung der Thesen behilflich zu sein, weil ihm voraussichtlich die Aufgabe zufallen werde, einen Vortrag zu halten. Ich antwortete ihm, dass ich davon überzeugt sei, dass er die Thesen auch allein aufzustellen vermöge; er möge doch die Aufmerksamkeit der Anwesenden darauf lenken, dass die absolut unsinnige antisowjetische Propaganda, die die angestrebte

⁶ Vgl. Dok. 196, Anm. 2.

⁷ Vgl. Dok. 122.

⁸ Vom 21. bis 28. 8. 1933 fand in Warschau der VII. Internationale Historikerkongress statt.

⁹ Der sowjetischen Delegation gehörten an: Volgin, Gorin, Deržavin, Lukin, Pankratova und Preobraženskij. Vgl. Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij (Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen), Moskva 1969, Bd. 6, Dok. 48, S. 75–77.

¹⁰ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ Gemeint ist die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“.

¹² Die Deutsche Kunstgesellschaft, 1920 von Bettina Feistel-Rohmeder gegründet, trat gegen die „Verrottung der Kunst“ und für eine „rein deutsche“, dem „deutschen Wesen“ entsprechende Kunst auf.

¹³ Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wurde im Oktober 1920 gegründet, um die Wissenschaft zu fördern (Finanzierung, Wissenschaftlertausch, Programme usw.). 1929 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung“.

Belebung der Kulturbeziehungen behindere, eingestellt werden müsse. Ich erzählte ihm von den unglaublichen Ausfällen in der deutschen Presse gegen die Leiter unserer Außenpolitik usw., lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit von „Brüder in Not“ usw. usf. Unter diesen Bedingungen falle es der Bevollmächtigten Vertretung sehr schwer, selbst jenes konkrete Vorhaben zu verwirklichen, welches die **Gesellschaft zum Studium Osteuropas**¹⁴ vor einem Jahr vorgeschlagen habe, und zwar eine Theaterausstellung der UdSSR.

Mehnert hat von seinem Bekannten Röhm einen Brief erhalten, in dem dieser Mehnert mitteilte, dass er ihn in nächster Zeit zu Verhandlungen über die Tätigkeit von Osteuropa einzuladen gedenke. In diesem Zusammenhang werde es aller Voraussicht nach auch um die sowjetisch-deutschen Beziehungen insgesamt gehen. Mehnert legte mir knapp dar, in welchem Licht und in welcher Reihenfolge er Röhm über die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu informieren beabsichtigt. Dies klang alles sehr annehmbar.

GIRŠFEL'D

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3091 vom 14. 9. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl., 6. [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten. 12. IX. 33.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 231–232. Original.

Nr. 202

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer und des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA von Bülow

[12. 9. 33]¹

An den
Herrn Staatssekretär im Auswärtigen Amt,
von Bülow,
Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Bezugnehmend auf unsere Unterredung vom 8. September dieses Jahres² erlauben wir uns, Ihnen eine kurze Aktennotiz über die wesentlichsten Momente der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen – pro memoria – ergebenst beizulegen.

¹⁴ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹ Das Dokument ist nach dem Vermerk von Bülows datiert. Vgl. auch Dok. 214.

² Vgl. Dok. 197.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

I. Weizer
Stellvertreter
des Volkskommissars für Außenhandel
der UdSSR

S. Bessonoff
Geschäftsträger i. m.³
der UdSSR in Deutschland

I.

Rückgang der deutschen Einfuhr aus der UdSSR

Ein besonders starker Rückgang der Sowjeteinfuhr nach Deutschland ging im Jahre 1933 vor sich. Im ersten Halbjahr 1933 fiel sie auf 83 Millionen Reichsmark, d. h. um 44% gegenüber dem ersten Halbjahr 1932. Dabei erfordert eine besondere Aufmerksamkeit die Tatsache, dass die Gesamteinfuhr Deutschlands im ersten Halbjahr 1933 insgesamt nur um 12,5% gefallen ist.

Die wichtigsten Ursachen dieses Rückganges der deutschen Einfuhr aus der UdSSR sind Folgende:

*1. Desorganisierung der Arbeit bei der *Derop*⁴ und seinem Gesamtnetz führte zu einem scharfen Rückgang des Absatzes der sowjetischen Naphtaprodukte in Deutschland. Infolgedessen fällt der Absatz der Derop bis auf den heutigen Tag*⁵.

2. *Die Zollerhöhungen*⁶ und *anderweitige Drosselungen*⁷ der Einfuhr (durch Kontingente und Monopole), die in der letzten Zeit durchgeführt wurden, haben besonders stark die wichtigsten Artikel der Sowjeteinfuhr wie *Butter, Eier, Pflanzenöl, Fische, Ölkuchen*⁸ und andere getroffen.

3. Der scharfe *Rückgang der Getreideeinfuhr*⁹ Deutschlands aus der UdSSR steht in unmittelbarem Zusammenhang damit, *dass das Getreideabkommen vom 2. Mai 1932*¹⁰ nicht erfüllt worden ist*¹¹, im Sinne dessen im Jahre 1932/33 noch mindestens 160 000 t gekauft werden sollten. Die von der deutschen Seite in der Frage der Getreideeinfuhr im Jahre 1933/34 eingenommene Linie bedroht die Lage der Sowjeteinfuhr von Getreideprodukten nach Deutschland weiter zu verschlimmern. Während die Erfüllung des Abkommens vom 2. Mai 1932 verzögert wird und keine Einkäufe sowjetischer Getreideprodukte stattfinden, wird die UdSSR vom deutschen Markt infolge der mit Jugoslawien, Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Verträge und getätigten Kompensationsgeschäfte, die einen Präferenzcharakter tragen, faktisch abgedrängt (vergleiche insbesondere unsere Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium vom 25. 7., Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. 8., Herrn Reichswirtschaftsminister vom 14. 8., Reichswirtschaftsministerium vom 21. 8. und Herrn Reichswirtschaftsminister vom 4. 9.).

³ So im Dokument; die Abkürzung konnte nicht entschlüsselt werden.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Der Absatz ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

II.

Die Zahlungsbilanz zwischen Deutschland und der UdSSR

Im Jahre 1933 gestaltet sich die Zahlungsbilanz zwischen der UdSSR und Deutschland folgendermaßen: Im ersten Halbjahr 1933 übersteigen die Zahlungen der UdSSR an deutsche Firmen die Erlöse aus dem Sowjetexport nach Deutschland um eine Summe von etwa 260 Millionen Reichsmark. Nach den vorliegenden Berechnungen werden die Sowjetzahlungen in Deutschland im zweiten Halbjahr die Erlöse aus dem Sowjetexport gleichfalls um etwa 260 Millionen Reichsmark übersteigen. Auf diese Weise wird der Passivsaldo für die UdSSR *im Jahre 1933*¹² etwa 520 Millionen Reichsmark erreichen. Wenn der Kredit, der von den Sowjetorganisationen im Betrage von 140 Millionen Reichsmark festgestellt wurde, berücksichtigt wird, wird der Passivsaldo der Zahlungen der UdSSR an Deutschland für das Jahr 1933 *etwa 380 Millionen Reichsmark*¹³ erreichen.

III.

Vorschläge der Handelsvertretung

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hat den zuständigen Behörden wiederholt Vorschläge betreffs konkreter Maßnahmen zwecks Erweiterung des Sowjetexportes nach Deutschland unterbreitet, um die Passivität der Zahlungsbilanz mit Deutschland zu vermindern.

Derartige Vorschläge wurden seitens der Handelsvertretung sowohl zur Zeit der deutsch-sowjetischen Verhandlungen, die sich von Oktober 1932 bis Januar 1933 hingen, wie auch zur Zeit der Unterredungen mit den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und des Auswärtigen Amtes im Juni und Juli dieses Jahres und ebenso in einer Anzahl von Briefen und Verbalnoten, die während der gleichen Zeit an das Reichswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt gerichtet wurden, unterbreitet. So zum Beispiel in den Briefen der Handelsvertretung *vom 10. 4. dieses Jahres an Herrn Minister Hugenberg*¹⁴ (wovon eine Abschrift seitens der Botschaft der UdSSR dem Herrn Außenminister von Neurath zugestellt wurde¹⁵), in dem Briefe, den die Handelsvertretung am 29. 4. dieses Jahres gleichfalls an Herrn Minister Hugenberg richtete, in den beiden Schreiben vom 19. 7.¹⁶ und 14. 8.¹⁷ dieses Jahres an die Herren Reichsminister Dr. Schmitt und Dr. Darré und andere.

In diesen Vorschlägen hat die Handelsvertretung der UdSSR insbesondere folgende Fragen berührt:

1. Hinsichtlich der Erweiterung der Getreideeinfuhr aus der UdSSR. Als baldiges Inkraftsetzen des Abkommens vom 2. 5. 1932 und die Erweiterung des Anteils der UdSSR bei Deckung der deutschen Getreideeinfuhr im Getreidewirtschaftsjahr 1933/34.

2. Hinsichtlich der Erweiterung der Einfuhr von Naphtaprodukten. Der von

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Vgl. Dok. 63.

¹⁶ Vgl. Dok. 160.

¹⁷ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 39–37.

dem Reichswirtschaftsministerium und Ministerium des Innern herausgegebene Runderlass¹⁸ hat bisher keinen merklichen Einfluss auf den Absatz der sowjetischen Naphtaprodukte in Deutschland gezeigt, *was die Notwendigkeit weiterer, konkreter Maßnahmen nahelegt*¹⁹.

3. Hinsichtlich der Erweiterung der Einfuhr von Ölkuchen, Butter, Pflanzenölen, Eiern und Fischen und anderem. Fast alle diese Vorschläge wurden jedoch mit dieser oder jener Begründung abgelehnt und nicht durchgeführt.

IV.

Sperrmark-Kontingent

Die Handelsvertretung hat sich an das Reichswirtschaftsministerium auch mit der Bitte um die Erhöhung des der Handelsvertretung zur Ausnützung gewährten Kontingentes der Sperrmark von 60 bis auf 90 Millionen Reichsmark gewandt²⁰. Dieses Gesuch der Handelsvertretung wurde jedoch faktisch abgelehnt. Es sollte uns nämlich in diesem Falle gleichzeitig zugesprochen werden, dass der § 4 des Vertrages über den 140 Millionen-Kredit, der eine entsprechende Rückzahlung des Kredites im Falle einer Überschreitung des 60 Millionen-Kontingentes vorsieht, bei dieser Erweiterung nicht in Anwendung tritt. Es hat sich aber herausgestellt, dass das Reichswirtschaftsministerium, indem es dazu nicht Stellung genommen hat, uns statt einer Erweiterung faktisch nur eine Ausnützung des 60 Millionen-Kontingentes in kürzerer Zeit gewährt hat.

Unter derartigen Bedingungen verliert das Gesuch der Handelsvertretung jeden Sinn.

Auf dem ersten Blatt eigenhändige Unterschriften. Handschriftliche Vermerke, oben: Eilt IV u W B[ülow] 12/9, W IV Ru 4191, unten: H 11 Ru, Mitte handschriftlicher Vermerk: für Tippelskirch zdA und Eilt M[eyer].

PA AA, R 94657, Bl. E 664685–664689.

Nr. 203

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 13. September 1933

e. o. IV Ru 4110
eing. 13. 9. 1933

Aufzeichnung¹

Der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und frühere langjährige Sowjetbotschafter in Berlin Nicolai Krestinski, der zurzeit in Bad Kissingen zur Kur weilt und danach noch für kurze Zeit nach Meran reisen

¹⁸ Vgl. Dok. 129.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen, außerdem ist der Punkt 2 am Rand zweimal angestrichen.

²⁰ Vgl. Dok. 154.

¹ Vgl. auch Dok. 247, 250–254.

will, wird voraussichtlich um den 10. Oktober herum in Berlin eintreffen und einige Tage hier bleiben².

Es liegt in unserem Interesse, Herrn Krestinski betont freundschaftlich aufzunehmen und durch eine offene Aussprache über die deutsch-sowjetischen Beziehungen die Atmosphäre zu entspannen. Auch erscheint es erwünscht, Herrn Krestinski ein Frühstück von dem Herrn Reichsminister zu geben, zu dem möglichst zahlreiche führende Persönlichkeiten der Regierung einzuladen wären. (Teilnehmerliste zu dem Frühstück s. Anlage³).

Für den Fall der Abwesenheit des Herrn Reichsministers wäre es zu begrüßen, dass Herr Krestinski durch den Herrn Reichskanzler empfangen wird. In diesem Falle würde das Frühstück durch Herrn Staatssekretär von Bülow gegeben werden müssen.

Über Empfang und Frühstück wäre ein freundschaftlich gehaltenes Communiqué durch WTB geboten.

Hiermit **über den Herrn Staatssekretär**⁴ dem Herrn Reichsminister gehorsamst vorgelegt.

gez. Meyer

Handschriftlicher Vermerk: Repr[oducatur] 1. Oktober. Stempel: Wiedervorgelegt am 2/10 Büro IV. Ru. Das Datum ist handschriftlich eingefügt. Handschriftlicher Vermerk: Po 2 Ru. Weitere Vermerke über Kenntnisaufnahmen mit Datumsangabe.

PA AA, R 83396, Bl. H 046125.

Nr. 204

Beschlussentwurf des Politbüros des ZK der VKP (B)

[Entwurf]

[nicht später als 13. September 1933]

Über die Presse im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess.

**1. Die Presse muss die Materialien des „Braunbuchs“¹, die Materialien der internationalen Untersuchungskommission² (Romain Rolland, Branting u.a.) sowie die Informationen der ausländischen Presse ausführlich verwenden, die sowohl den Reichstagsbrand als auch den Gerichtsprozess als eine faschistische Inszenierung gegen Torgler und die bulgarischen Kommunisten entlarven.

Dabei hat sich die „Izvestija“ des Abdrucks jenes Teils des Materials zu enthalten, der einzelne deutsche Regierungsmitglieder persönlich betrifft.

² Am Ende des Absatzes ist am Seitenrand maschinenschriftlich vermerkt: St. S.

³ Liegt nicht vor.

⁴ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

¹ Vgl. Koričnevaja kniga o podžoge reičstaga i gitlerovskom terrore (Das Braunbuch über den Reichstagsbrand und den Hitler-Terror), Moskva 1933.

² Vom 14. 9. bis 20. 12. 1933 tagte in London die Internationale Untersuchungskommission zum Reichstagsbrand, der angesehene Juristen und Personen des öffentlichen Lebens angehörten.

Die Presse muss das faschistische Gericht ^{**3} ^{**}und^{**4} die Anklage gegen die Kommunisten als eine provokatorische Verleumdung der Faschisten entlarven, die das Ziel verfolgt, die wachsende Autorität der deutschen Kommunistischen Partei bei den Werktätigen zu untergraben und deren zunehmende Aktivität im Kampf gegen den Faschismus zu verschleiern.^{**5}

^{**2}^{**6}. Es ist eine Kommission zur Anleitung der Presse in folgender Zusammensetzung zu bestätigen: die Genossen Steckij ^{**}(Vors[itzender])^{**}, Pjatnickij, Litvinov, Doleckij, ^{**}Mechlis und Gronskej^{**7}.

A. Steckij⁸

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von A. N. Poskrebyšev: Erledigen.

Vermerke: Gen. Andreev – dafür; Auszüge an die Kollegiumsmitglieder.

Geschäftsvermerk: Akte I – Deutschland. Kein Material.

RGASPI, f. 17, op. 163, d. 990, l. 208. Original.

Veröffentlicht in: Bol'shaja censura: Pisateli i žurnalisty v Strane Sovetov. 1917–1956. Sost. L. V. Maksimenkov, pod. obšč. red. A. N. Jakovleva, Moskva 2005, Dok. 224, S. 300–301.

Nr. 205

Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Geheim

Nr. 17122¹

14.² September 1933

BERICHT

AN DEN VOLKSKOMMISSAR,

Gen. LITVINOV

Die 2. Westabteilung erachtet es als notwendig, Ihnen ihre Überlegungen in folgender Frage zur Kenntnis zu bringen:

Gen. Vinogradov berichtet, dass er am 8. September ein Treffen mit Rosenberg und dessen Stellvertreter Schickedanz hatte³. In erster Linie ist festzuhalten, dass diese Begegnung von dem amerikanischen Journalisten [Flick-]Steger, der ein Mitarbeiter der Hearst-Presse ist, organisiert wurde, mit dem Gen. Vinogradov erst am Vorabend bekannt wurde. Am Tag darauf schlug [Flick-]Steger Gen. Vinogradov

³ Die nachfolgenden Wörter „als Inszenierung, aber“ sind von Steckij gestrichen.

⁴ Das Wort ist von Steckij handschriftlich eingefügt.

⁵ Der 1. Punkt ist von Kaganovič gestrichen, danach folgen seine Korrekturen.

⁶ Die Zahl ist korrigiert in „1“.

⁷ Die Funktion und die Namen sind eingefügt.

⁸ Der Beschluss des Politbüros erfolgte am 13. 9. 1933 (Protokoll Nr. 145, Pkt. 131/115). In: RGASPI, f. 17, op. 3, d. 930, l. 38.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Tagesdatum ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Dok. 198.

eine Begegnung mit einem bekannten Nationalsozialisten vor, womit sich Gen. Vinogradov einverstanden erklärte, ohne zu fragen, mit wem man ihn zusammenführen möchte. Im Ergebnis dessen hatte Gen. Vinogradov ein langes Gespräch mit Rosenberg und dessen Stellvertreter.

Die 2. Westabteilung erachtet den Umgang des offiziellen Vertreters der Bevollmächtigten Vertretung mit Rosenberg sowie die Diskussion mit ihm über ukrainische Themen, insbesondere im Beisein des Gen. Vinogradov fast unbekannten amerikanischen Journalisten, als politisch schädlich. Es besteht kein Zweifel, dass Rosenberg dieses Treffen für die Festigung seiner Position und für ****Erklärungen****⁴ nutzen wird, dass er einen persönlichen Kontakt zur Bevollmächtigten Vertretung hat. Zugleich ist damit festzuhalten, dass sowohl Rosenberg als auch andere Nationalsozialisten, mit denen Gen. Vinogradov in den letzten Tagen gesprochen hat (mit Sommerfeldt, dem Pressechef Görings, mit Bade, dem Leiter der Internationalen Abteilung des Propagandaministeriums), Gen. Vinogradov ****in ihre****⁵ Ränke einspannen werden, wobei Gen. Vinogradov in seinen Erklärungen die eine Gruppierung gegen die andere Gruppierung unterstützt (er stellt Göring Goebbels gegenüber).

Die 2. Westabteilung ist der Meinung, ****dass****⁶ derartige Gespräche zu höchst unerwünschten Ergebnissen führen können und in bedeutendem Maß einen für uns kompromittierenden Charakter tragen⁷.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3087 vom 14. 9. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl., das 1. an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 233–233R. Original.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Erklärung.

⁵ Die Wörter sind über die Zeile korrigiert; ursprünglich: in die.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Zur Reaktion Litvinovs auf den Bericht Šterns vgl. Dok. 207.

Nr. 206

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski**

Geheim

Nr. 17135
17/IX. 33¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI,
16. September 1933

Twardowski bat mich, ihn in einer sehr dringenden Angelegenheit für einige Minuten zu empfangen.

Als T[wardowski] bei mir erschien, teilte er mit, dass er Neurath in letzter Zeit hartnäckig vorgeschlagen habe, mit einer Erklärung über den freundschaftlichen Charakter der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen an die Öffentlichkeit zu treten. Nun seien soeben seine Bemühungen von Erfolg gekrönt worden, und Neurath habe in seiner Rede, die er vor Vertretern der ausländischen Presse gehalten habe², Folgendes erklärt:

„Es mögen sich nach so einer völligen Neugestaltung des inneren Regimes, wie sie jetzt in Deutschland und wie sie früher in anderen Ländern erfolgt ist, anfangs psychologische Hemmungen dieser oder jener Art bemerkbar machen. Sie werden, wenn die Absichten auf beiden Seiten ehrlich sind und wenn der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Landes respektiert wird, in der realen außenpolitischen Arbeit schnell überwunden werden. So bin ich überzeugt, dass sich die nun schon in einer Reihe von Jahren bewährten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auch weiterhin fruchtbar gestalten werden.“³

T. wandte sich mit einer persönlichen Bitte an mich:

Angesichts dessen, dass er der Initiator dieser Erklärung Neuraths sei, wäre es ihm äußerst unangenehm, wenn unsere Presse die Meldung über die Rede Neuraths feindselig kommentieren würde. Er unterstreiche, dass er mit mir absolut vertraulich spreche. Ich stellte fest, dass die Rede Neuraths fast zeitgleich mit den unerhörten Ausfällen des Conti-Nachrichten-Büros⁴ gegen die Sowjetunion zusammenfalle. T. zuckte mit den Schultern und erklärte, dass nach seinen Informationen das Auswärtige Amt Bessonov eine diesbezügliche Erklärung abgeben

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Am 15. 9. 1933.

³ Vgl. „Neurath spricht zur Welt“. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 16. September 1933, Morgenausgabe, S. 2–3; K. Schwendemann: Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage. Mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente, Bd. 2, Berlin 1935, Anlage 20, S. 449.

⁴ Das Conti-Nachrichten-Büro verbreitete Auszüge aus dem Buch von Ehrh (Adolf Ehrh: Bewaffneter Aufstand! Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution, Berlin 1933). Darin wurden Mitglieder der sowjetischen Handelsvertretung und der Botschaft beschuldigt, an einem kommunistischen Aufstandsversuch beteiligt gewesen zu sein. Vgl. Schreiben Bessonovs an von Bülow vom 13. 9. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 219; PA AA, R 29453, Bl. E 189435–189436; Aufzeichnung von Bülows über Gespräch mit Bessonov am 13. 9. 1933. In: ebd., Bl. E 189433–189434. Ferner: „Antisovetskaja kampanija v svjazi s processom o podžoge reichstaga“ (Die antisowjetische Kampagne im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess). In: Pravda vom 14. September 1933, S. 2.

habe. Ich wandte ein, dass das Auswärtige Amt der Conti-Erklärung einen privaten Charakter zu verleihen versuchte, was absolut nicht überzeugend sei. Was die Kommentare unserer Presse betreffe, so hingen diese ganz und gar von den entsprechenden Redaktionen ab. Wir sehen unter den gegebenen Bedingungen keine Möglichkeit, irgendeinen Druck auf unsere Öffentlichkeit auszuüben. Deshalb könne ich nichts zum Wesen der Kommentare auf die Erklärung Neuraths⁵ sagen. T. bemerkte, er verstehe, wie ungünstig die Situation sei. Er hielt es für möglich, mit mir diese Frage ausschließlich auf der Grundlage unserer persönlich guten Beziehungen zu besprechen.

Štern

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3140 vom 17. 9. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., 1.–4. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 5. nach Berlin, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 228–229. Kopie.

Nr. 207

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Geheim
Expl. Nr. 2

Nr. 105/1

17. September 1933

AN DEN
GESCHÄFTSTRÄGER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. BESSONOV

Sie haben sich sicherlich mit den letzten Tagebucheinträgen des Gen. Vinogradov vertraut gemacht. Seine Mitteilung, dass er sich auf Vorschlag eines amerikanischen Journalisten zu einem Treffen mit Rosenberg begeben hat, ohne zu wissen, mit wem dieser ihn zusammenführt¹, konnte nicht meiner Aufmerksamkeit entgehen. Solch eine Praxis könnte Gen. Vinogradov und die gesamte Bevollmächtigte Vertretung unter Umständen in eine höchst heikle Situation bringen,

⁵ Vgl. „Zajavlenie fon Nejrata“ (Erklärung von Neuraths). In: Pravda vom 17. September 1933, S. 1. Von Twardowski berichtete am 19. 9. 1933 an das AA: „Bemerkenswert ist, dass die gesamte Sowjetpresse sich bis jetzt jeder eigenen Stellungnahmen zu der Rede des Herrn Reichsaußenministers enthalten hat. Wie ich unter der Hand erfahren habe, hat der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten eine unfreundliche Stellungnahme als unerwünscht bezeichnet.“ Von Twardowski fand keine Übereinstimmung der Haltung der sowjetischen Presse mit der Kritik, mit der die Auslandspresse an exponierter Stelle die Rede von Neuraths bedachte. Vgl. „Francuzskie otkliki na zajavlenie fon-Nejrata“ (Das französische Echo auf die Erklärung von Neuraths). In: Izvestija vom 18. September 1933, S. 1. Vgl. auch PA AA, R 83396, Bl. H 046158–046159.

¹ Vgl. Dok. 198.

und ich meine, dass sich Gen. Vinogradov nicht zu derartigen Begegnungen einverstanden erklären sollte, zumal dann nicht, wenn er nicht vorab genau weiß, mit wem er sich treffen wird.

Als Gen. Vinogradov Rosenberg gegenüberstand, blieb ihm natürlich nichts anderes übrig, als sich mit ihm zu unterhalten, wobei uns diese Unterhaltung nichts bringen konnte und völlig überflüssig war. Dies verschafft Rosenberg und dem AA die Gelegenheit, von einer Milderung unseres Verhältnisses zu ihm zu sprechen, was auch bei ^{**seiner**}² weiteren Tätigkeit eine gewisse Rolle spielen könnte. Falls die Mitteilung Attolicos, dass der Rücktritt Rosenbergs vorentschieden sei³ (vgl. die Aufzeichnung meiner Unterredung mit ihm), tatsächlich zutreffen sollte, so muss man dies als eine Geste an unsere Adresse interpretieren. Deshalb verwundert es überhaupt nicht, dass Rosenberg von sich aus eine Begegnung mit einem Vertreter unserer Bevollmächtigten Vertretung aus Karrieregründen gesucht hat. Jetzt verbreiten die Deutschen das Gerücht, dass es Vinogradov gewesen sei, der eine Begegnung mit Rosenberg angestrebt hätte (vgl. das Tagebuch von Gen. Podol'skij). Ich bitte Sie, Gen. Vinogradov das oben Dargelegte mitzuteilen oder ihm diesen Brief zu zeigen und ihm vorzuschlagen, bei seinen Begegnungen mit den Nazis nunmehr besonders vorsichtig zu sein. Es ist zwar zulässig, deren Informationen über die inneren Kämpfe anzuhören, doch hat sich Gen. Vinogradov jeglicher Bemerkungen zu diesen Themen zu enthalten⁴. Twardowski übersandte mir eine Protestnote bezüglich der in der Zeitung des VCSPS „Trud“ veröffentlichten persönlichen Ausfälle gegen Göring⁵.

Mit Gruß

M. Litvinov

Vermerke [M. M. Litvinovs]: NN und N. N. Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4068 vom 11. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID]; Gen. Štern.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 174–175. Kopie.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. auch das Gespräch Krestinskijs mit Attolico vom 14. 8. 1933. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 270, S. 483–486, hier S. 485.

⁴ Vom Verhältnis Litvinovs zu Vinogradov und der Wertschätzung für dessen Arbeit zeugt ein Bericht des Volkskommissars an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič vom 19. 9. 1933, in dem er darum bat, den Beschluss des Orgbüros des ZK der VKP (B), Vinogradov nach Moskau abzubufen, zu überprüfen. Litvinov schrieb u. a., dass „Gen. Vinogradov gegenwärtig ein unersetzbarer Mitarbeiter der Berliner Bevollmächtigten Vertretung ist [...] Gen. Vinogradov unterhält mit hochgestellten Nazis Kontakte. Diese Verbindungen werden von uns genutzt und ermöglichen es uns, über die Pläne, Absichten und Tendenzen des nationalsozialistischen Lagers im Bilde zu sein. Der Weggang des Gen. Vinogradov aus Berlin würde der Arbeit der Bevollmächtigten Vertretung einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.“ In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 97.

⁵ A. Lenovič: „Koričnevaja kniga“ (Das Braunbuch). In: Trud vom 14. September 1933, S. 2. Vgl. auch Bericht von Twardowski an das AA vom 19. 9. 1933. In: PA AA, R 83396. Bl. H 046160–046161.

Nr. 208
Notiz für den Staatssekretär im AA von Bülow

Berlin, den 19. September 1933

Konzept.

Die Reichskanzlei teilte soeben im Auftrage von Staatssekretär Lammers wegen der Frage der Zulassung von russischen Pressevertretern zum Reichstagsbrandprozess in Leipzig¹ mit, dass der Reichskanzler sich gegen die Zulassung eines russischen Pressevertreters, auch des TASS-Vertreters², ausgesprochen habe.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär ergebenst vorgelegt.

Abschrift

Herrn Dir. IV

Ministerialdirigenten Aschmann.

Kenntnisnahme von V[ölcker]s 19/9, unten handschriftlich: ab 19/9 und [A] 9.

PA AA, R 28308, Bl. D 562531.

Nr. 209
Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 19. September 1933

IV Ru. 4232

Tgb. Nr. A/1997

2 Anlagen

An das

Auswärtige Amt in

Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Deutsch-sowjetische Beziehungen

Die Gereiztheit der hiesigen amtlichen Stellen über die nicht abreißende Kette von Zwischenfällen, insbesondere aber über die Ehrtsche Broschüre¹, hat einen ungewöhnlichen hohen Grad erreicht. Sie beginnt eine ernste Gefährdung guter deutsch-sowjetischer Beziehungen zu werden und kann, wenn die Zwischenfälle nicht aufhören, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete zu für Deutschland höchst unerwünschten Folgen führen.

Zwei Notizen über Unterredungen mit Herrn Litwinow und Herrn Stern füge ich bei.

Twardowski

¹ Der Leipziger Prozess fand vom 21. 9. bis zum 23. 12. 1933 statt.

² Ivan Michajlovič Běspalov.

¹ Vgl. Dok. 206, Anm. 4.

[Anlage 1]

Moskau, den 14. September 1933

Notiz

Bei meinem heutigen Besuch bei Herrn Litwinow kam das Gespräch auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Ich führte aus, dass die andauernden, nunmehr monatelangen Veröffentlichungen und Registrierungen aller Deutschland ungünstigen Pressestimmen der Welt und ihre Verbreitung durch Zeitungen, Broschüren und den Rundfunk in Deutschland einen äußerst schlechten Eindruck machten. Im Interesse der guten politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sei es notwendig, dass das Außenkommissariat seinen Einfluss auf die zuständigen Stellen dahin ausübe, mehr Objektivität zu wahren; ich müsse entschieden fordern, dass die mehr oder minder direkten Beschimpfungen deutscher Reichsminister und der Hoheits-Embleme des Deutschen Reiches unterblieben. Man sei in Deutschland allmählich zu der Überzeugung gekommen, dass die Sowjetregierung alle diese Exzesse wohlwollend dulde, dass sie ein politisches Interesse daran habe, der Welt, insbesondere Frankreich und Polen, die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu demonstrieren. Herr Litwinow erwiderte mit ungewohnter Heftigkeit, das, worauf es ankomme, seien die Handlungen der Regierungen, und hier sei festzustellen, dass zwar die Reichsregierung in ihrer Regierungserklärung gute deutsch-sowjetische Beziehungen proklamiert habe², dass aber die Handlungen der deutschen Regierungsorgane und der Organe der deutschen nationalsozialistischen Partei, also der Regierungspartei, das volle Gegenteil von dem bewiesen, was der Herr Reichskanzler gesagt habe. Es verginge kein Tag, ohne dass Sowjetbürger belästigt würden, dass Sowjet-Institutionen beschimpft würden, dass die deutsche Presse mit Unterstützung amtlicher Stellen eine Hetz-Kampagne gegen die Sowjetunion führe. Jetzt sei sogar eine Broschüre mit amtlichem Material und mit amtlichen Mitteln verbreitet worden, die offizielle Sowjetpersönlichkeiten und Sowjetinstitutionen in übelster Weise beschimpfte und angreife. Wenn Herr Hitler tatsächlich gute Beziehungen zur Sowjetunion haben wolle, so müsse es für ihn doch ein Leichtes sein, die Weisung zu geben, mit der antisowjetischen Hetzkampagne aufzuhören. Es müsse für den Kanzler doch eine Kleinigkeit sein, anzuordnen, dass die deutschen Polizei-Organen in Zukunft Sowjetbürger nicht mehr einem Sonderregime unterwürfen und dass SA und SS die Beauftragten der Handelsvertretung nicht mehr belästigten: Aber nichts dergleichen geschehe.

Ich habe versucht, mit bekannten Argumenten die Ausführungen des Volkskommissars zu widerlegen. In seiner Replik wies der Außenkommissar noch darauf hin, dass es doch ein unerhörter Vorgang sei, dass der Außenminister einer angeblich befreundeten Nation von einem hauptstädtischen Organ in der gemeinsamen Weise beschimpft werde³, ohne dass man es deutscherseits für nötig halte, der Zeitung gegenüber ein Exempel zu statuieren. Wenn Herr Balbo oder Herr Mussolini in ähnlicher Weise beschimpft werden würden, so wäre doch wahrscheinlich die Zeitung auf längere Zeit verboten und der verantwortliche Redakteur bestraft

² Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 184, 190, 197.

worden. Hierauf entgegnete ich, ich hätte bislang noch nicht gemerkt, dass Sowjetorgane, die insbesondere den Preußischen Ministerpräsidenten Göring und Reichsminister Goebbels beschimpften, auch nur dazu veranlasst würden, diese Beschimpfung zurückzunehmen, geschweige denn, dass das Außenkommissariat bei uns schriftlich sein Bedauern ausgesprochen habe, wie dies im Falle des Außenkommissars seitens des Herrn Staatssekretärs von Bülow bei der Sowjetbotschaft geschehen sei⁴. Herr Litwinow kam dann auf die unerfreuliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen, ohne auf Details einzugehen. Auch hierin sei Beweis zu sehen, dass Deutschland keinen Wert mehr auf Zusammenarbeit lege.

In dieser unerfreulichen Weise ging das Gespräch noch eine Weile fort, bis schließlich Herr Litwinow das Thema mit der Feststellung verließ, das Auswärtige Amt wolle vielleicht gute Beziehungen – andere Kräfte in Deutschland seien stärker. Er sei überzeugt – von dieser Überzeugung könne er nun nur mehr durch Taten und nicht mehr durch Worte, auch nicht in offiziellen Reden, abgebracht werden –, dass Deutschland einen sowjetfeindlichen Kurs eingeschlagen habe.

[Anlage 2]

Moskau, den 19. September 1933

Notiz

Herr Stern teilte mir heute wieder eine Anzahl von Zwischenfällen in Deutschland mit Sowjetbürgern mit. In Sowjetkreisen verschlechtere sich die Stimmung von Tag zu Tag, das Außenkommissariat werde jetzt bereits, wenn es zu bremsen versuche und immer wieder vorbringe, man müsse abwarten, ausgelacht. Herr Litwinow sei besonders empört darüber, dass unmittelbar auf die freundlichen Worte des Herrn von Neurath⁵ zu verzeichnen sei, dass SA und Polizei in den Sowjetklub in Berlin eingedrungen seien. Er lasse mir sagen unter Hinweis auf unsere letzte Unterredung, dass die Divergenz zwischen Worten und Taten gegenüber der Sowjetunion täglich größer werde. Über das Echo sollten wir uns nicht wundern. Herr Stern fügte hinzu, vom guten Willen des Auswärtigen Amtes sei man hier überzeugt, aber man sei auch ebenso überzeugt, dass das Auswärtige Amt sich nicht durchsetzen könne. Als alter Freund guter deutsch-sowjetischer Beziehungen möchte er mich dringend davor warnen, die wachsende Erregung in der Sowjetunion leicht zu nehmen. Gewiss sei der einzelne Zwischenfall nicht so tragisch; aber die Häufung und das Nicht-Abreißen immer neuer Vorkommnisse zeigen ein System, auf das die Sowjetregierung schließlich reagieren müsse. Er wolle mir im Vertrauen sagen, dass die Wirkung der Ehrtschen Broschüre mit ihren Angriffen gegen offizielle Sowjetvertreter, die Verbreitung durch das dem WTB gehörende Conti-Büro, die Einleitung des Conti-Büros etc. hier den dankbar schlechtesten Eindruck gemacht hätten und die Bemühungen des Außenkommissariats, die Sowjetpresse zu einer gemäßigten Sprache aus Anlass des Reichstagsbrand-Prozesses zu veranlassen, voll und ganz zerschlagen hätten. Gegenüber der jetzt in allen Kreisen hier herrschenden Stimmung könne sich die deutsche Abteilung nicht mehr durchsetzen. Auf meine Einwände wiederholte Herr Stern, was

⁴ Zum Schreiben von Bülows an Bessonov vom 19. 8. 1933 vgl. Dok. 190, Anm. 2.

⁵ Am 15. 9. 1933. Vgl. Dok. 206.

mir neulich schon Herr Litwinow sagte, wenn man in Deutschland tatsächlich auf gute Beziehungen mit der Sowjetunion Wert lege, wenn die Worte des Reichskanzlers und des Außenministers nicht nur Beruhigungspillen für die Sowjetunion wären, so müsse es bei der Diszipliniertheit der nationalsozialistischen Bewegung für den Führer eine Kleinigkeit sein, die Belästigung von Sowjetbürgern zu verbieten und unter Strafe zu stellen und diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die in der Öffentlichkeit Akte unternähmen, die das Ansehen der befreundeten Sowjetunion herabsetzten. So sei es in Italien, so sei es in der Türkei geschehen. Nichts dergleichen aber würde in Deutschland gemacht. Die Sowjetunion sei anscheinend „frei gegeben“, Sowjetbürger und Sowjet-Institutionen seien „Freiwild“. Seit Monaten warne die Sowjetregierung, seit Monaten weise sie darauf hin, wie man diese Zwischenfälle hier empfinde. Wenn man in Deutschland auf diese Warnungen nicht reagiere, so sei der allein zulässige Schluss, dass man eben auf freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion keinen Wert lege.

Zum Schluss verwies Herr Stern noch auf den nationalsozialistischen Liederschatz „Sturm- und Kampfliederbuch“, Seite 10, Maschinengewehrkompanie-Lied, in dem zum Kampf gegen das bolschewistische Russland aufgefordert werde⁶. Dieses Lied werde, wie er von der Sowjetbotschaft gehört habe, mit voller Begeisterung gesungen.

Anschreiben mit eigenhändiger Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Stempel: A.A. eing. 21. Sep. 1933 V[or]m[it]tags[.]

PA AA, R 83396, Bl. E 667478, Bl. H 046198–046203.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 438, S. 805–808.

Nr. 210

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 19. September 1933

Geheim

Deutsche Botschaft

Der Militärattaché

Zu Nr. 161/33

Beilage I¹

Zur deutsch-russischen militär-politischen Lage

Die Stationen sind mit dem 15. 9. aufgelöst.

⁶ In dem Lied „Die M.G.K. Du kleiner Tambour“ heißt die erste Strophe: „Du kleiner Tambour, schlage ein, nach Russland wollen wir marschieren. Nach Russland wollen wir hinein, der Bolschewik soll uns're Kräfte spüren. Am Wege wilde Rosen blüh'n, wenn die M.G.K. nach Russland zieh'n.“ In: Sturm- und Kampfliederbuch. Der nationalsozialistische Liederschatz Bd. 1, Berlin 1933, S. 10.

¹ Der Bericht enthält folgende Beilagen: 1. Militärpolitische Lage Deutschland/Russland; 2. Militärische Nachrichten; 3. Luftnachrichten; 4. Parteireinigung in der Wehrmacht. Vgl. PA AA, R 30097, Bl. E 432621.

Damit ist die langjährige Periode deutsch-russischer militärischer Zusammenarbeit in ihrer bisherigen Form beendet. Dieser Abschluss ist allerdings nur die folgerichtige äußere Erscheinungsform einer schon seit etwa 1½ Jahren zu verfolgenden Änderung der beiderseitigen politischen Beziehungen von der sowjet-russischen Seite her. Immerhin bedeutet die Einstellung der Versuchsarbeit einen Wendepunkt, dem entscheidende Bedeutung zukommen kann.

Die Tatsache der Wandlung und die Möglichkeit einer weiteren Verschlechterung unserer Beziehungen wird durch die beiden Besuche französischer Staatsmänner unterstrichen². Herriots Reise durch Russland trug zwar angeblich privaten Charakter; aber alle Stellen Russlands, von den offiziellen Regierungsbehörden bis zu den besuchten Schulen, Betrieben usw., hatten sich bemüht, den Gast mit höchster Ehrung und Zuvorkommenheit zu behandeln und ihm die Fortschritte möglichst augenfällig zu machen. Nach meinen persönlichen Beobachtungen ist der Zweck dieser geschickt durchgeführten russischen „Fürsorge“ vollauf erreicht. *Herriot hat aus seiner Bewunderung für den Aufbau in der Sowjetunion kein Hehl gemacht; sie beruht auf Überzeugung; sie überschreitet weit das Maß konventioneller Höflichkeit*³. Die weitere Annäherung Frankreich-Russland wird von ihm nach Kräften gefördert werden und kann in einer entsprechenden innenpolitischen Konstellation Frankreichs jederzeit aktuell werden. Herriots Ansichten sind ein politisches Bekenntnis und Programm.

Kann man immerhin noch sagen, dass die derzeitige französische Regierung, insbesondere auch die militärischen Kreise, mit gewisser Reserve sich etwas abseits von den Herriotschen Lobeshymnen halten, so kommt dem offiziellen Staatsbesuch des französischen Luftfahrtministers *Pierre Cot noch größere Bedeutung zu; er trägt den Stempel der militärpolitischen Aktion*⁴. Cot ist von hohen französischen Fliegeroffizieren (Inspekteur der Fliegertruppen, Chef des Stabes im Luftfahrtministerium, Chef des Mil.-Kabinetts im Luftfahrtministerium u. a.; insgesamt 10–12 aktive Fliegeroffiziere) begleitet. Der Empfang des Ministers in Kiew, Charkow, Moskau trug den für Russland neuartigen Charakter internationaler militärischer Ehrung: Trikoloren-Schmuck auf dem Flugplatz und am Hotel; Ehrenwache, deren Vorbeimarsch der Minister abnahm; Ehrengelcit durch ein russisches Jagdgeschwader der Luftbrig[ade] 20 auf dem Fluge von Charkow nach Moskau, Begrüßungsansprachen durch militärische Befehlshaber als Regierungsvertreter; offizielle Gastlichkeiten von Seiten der Militärbehörden. In den Reden fielen Sätze wie: „voller und regelmäßiger Austausch der Errungenschaften des Flugwesens“; „Entwicklung und Befestigung der Beziehungen auf dem Gebiete des Flugwesens, die sich auch auf andere (!) Gebiete übertragen werden“; „normale politische Beziehungen, gegenseitiges Vertrauen“; „Besuch ist Glied in der Kette von Tatsachen (!) seit dem Nichtangriffspakt“; „Zunehmender Einfluß der Kreise, die den Frieden und darum die Verstärkung der Zusammenarbeit in militärischen Dingen (!) wol-

² Herriot besuchte vom 26. 8.–10. 9. 1933, der französische Luftfahrtminister Cot vom 15. 9.–22. 9. 1933 die Sowjetunion. Vgl. Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie (1932–1935), Bd. IV, Paris 1968, Dok. 204, S. 345–346; Dok. 251 und 252, S. 427–433; Dok. 308, S. 569–572. Herriot beschreibt seine Reise in dem Buch „Orient“, Paris 1934 (russ. Ausgabe: Moskva 1935).

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

len“; Herriot als Vorkämpfer des Friedens und als Gegner der internationalen Politik der französischen Rechten gefeiert.

Die *politischen, wirtschaftlichen und militärischen Folgen dieses Besuches sind noch nicht abzusehen*⁵. Das Geschick, mit dem auf beiden Seiten verfahren wird, scheint gewisse Erfolge herbeizuführen, wenn auch nicht alle Hoffnungen beider Parteien in Erfüllung gehen werden. Die möglicherweise immer enger werdende Zusammenarbeit der beiden Staaten mit ihren militärpolitischen Perspektiven muss die militärpolitische Lage Deutschlands empfindlich schädigen; *denn es muss immer wieder schärfstens herausgestellt werden, dass es von der französischen Seite her bei dem ganzen russischen Spiel nicht um russische und primär nicht um französische Interessen, sondern in erster Linie um das Ziel der deutschen Isolierung geht*⁶.

Der polnische Flieger-Besuch Philipowitschs kam durch den Unfall der Maschine nicht recht zur Geltung⁷. Immerhin hat man russischerseits jede erdenkliche Hilfe gewährt und dem an seinen Verletzungen verstorbenen Piloten (Fliegerhauptmann) bei der Überführung der Leiche von Moskau nach Warschau volle diplomatische und militärische Ehrung zuteil werden lassen (Ehrenkompanie, Abordnungen, Kranzniederlegung usw.). Der Faden wird von den Polen nochmals aufgegriffen, da eine offizielle polnische Kommission zur Bedankung nach Moskau entsandt wird.

Vor einigen Wochen, zu Beginn der Liquidation, kam hinzu, dass auch die äußere Verkehrsform der Russen uns gegenüber – wie gemeldet – sich erheblich verschlechterte. In die gleiche Zeit fällt *die brüske Absage für die – auf russischen Wunsch – nach Deutschland eingeladenen russischen Kommandeure*⁸. Die ganze Atmosphäre war ausgesprochen unfreundlich. In den letzten Wochen ist jedoch in dieser Hinsicht eine erhebliche Änderung zu beobachten gewesen. Die reibungslose, großzügige, freundschaftliche Durchführung der Liquidation hat hierzu wohl in erster Linie beigetragen. Dies kam in bezeichnender Weise bei einem Abendessen zum Ausdruck, das ich am 12. 9. für die scheidenden Stationsleiter gab. Diesem Abend wohnte von russischer Seite außer Smagin und Sutschkow (beide von der Abt. „Ausländische Verbindungen“) noch der Chef des Stabes der Luftflotte, Chripin, bei, eine sehr sympathische, offenbar sehr fähige Führerpersönlichkeit von bemerkenswerter Geisteskultur. Ich hatte absichtlich bei Tisch nur einige kurze neutrale Begrüßungsworte an meine Gäste gerichtet. Darauf antwortete Chripin ausführlich und in sehr freundschaftlicher Weise. Er betonte, dass die russische Armee mit Befriedigung auf die gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete des Flugwesens zurückblickte und dass sie hoffe, in einer anderen Form den gegenseitigen Erfahrungsaustausch fortzusetzen. Mit besonderer Befriedigung habe man den guten Willen empfunden, mit dem von deutscher Seite die Liquidation durchgeführt worden sei. In der später anschließenden Unterhaltung benutzte Smagin

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist am Rand angestrichen.

⁷ Oberstleutnant Filipowicz verunglückte am 11. 9. 1933 in der Nähe der Stadt Jadrina bei der Teilnahme eines Direktfluges von Warschau nach Krasnojarsk. Sein Bericht vom 16. 9. 1933 über den Unfall, bei dem der Pilot ums Leben kam; vgl. Dokumenty i materialy po istorii sovetko-pol'skich otnošenij (Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen), Bd. 6: 1933–1938, Moskva 1969, Dok. 50, 52.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

die Gelegenheit, den Stationsleitern gegenüber zu erklären, dass der ausgesprochene Dank sich auch auf die Zusammenarbeit in den anderen militärischen Gebieten bezöge. Er bedauerte, dass Vertreter der beiden anderen Ressorts, deren Chefs auch eingeladen waren, wegen Abwesenheit bei den Manövern nicht hatten erscheinen können. Weiter hob Smagin in der Unterhaltung die besonders geschickte Verhandlungsführung des Leiters ZM⁹ hervor, der durch seine von freundschaftlichem Geist erfüllte Arbeit alle Bedenken zerstreute, die bei der russischen Seite zu Anfang der Liquidation bestanden hätten. Es sei auch von dem Volkskriegskommissar besonders angenehm empfunden worden, dass die in der schriftlichen Eröffnung im Auftrage des Herrn Chefs der Heeresleitung¹⁰ zur Liquidation der Station L.¹¹ (dort. Bericht 18/33 vom 26. 6. 33, Anlage I¹²) geäußerten Grundsätze weiterer freundschaftlicher Zusammenarbeit nicht konventionelle Liebeshwürdigkeiten gewesen, sondern dass sie von ZM und den Stationen in ihrem Rahmen in die Tat umgesetzt worden seien. Diese Form der Liquidation habe dazu beigetragen, ein Fundament zu schaffen, auf dem die freundschaftlichen militärischen Beziehungen in einer anderen Form zum Nutzen beider Armeen neu gegründet werden könnten. Diese Äußerungen von Chripin und Smagin waren offensichtlich ehrlich gemeint; sie erhoben sich nach hiesiger Gepflogenheit aus dem persönlichen in das gewissermaßen amtliche Urteil. *Meine bisherige, mit dem Herrn Botschafter vollauf übereinstimmende Auffassung, dass die russische Seite sich immer wieder bemüht, den Faden zu uns nicht abreißen zu lassen, wird durch diese Auslassungen erneut bestärkt*¹³. Es hat sogar den Anschein, als ob man militärischerseits die Zeit bereits für gekommen hielte, die militärischen Beziehungen wieder wärmer zu gestalten. Der augenblickliche Tiefstand, der durch das Streben nach hastigem Abschluss der Liquidation, durch das Nichterscheinen zu den zuerst selbst gewünschten Kommandos und durch das Fehlen einer deutschen Abordnung zu den russischen Manövern gekennzeichnet wird und politischen Charakters (Genf, französische Annäherung, polnisches Arrangement, Ostpakete) ist, soll offenbar von der militärischen Seite her keineswegs verschärft, sondern womöglich geglättet werden. Immerhin sind dies alles mehr stimmungsmäßige Erscheinungen. Denn ob, wann und in welcher Form eine tatsächliche Änderung zu erzielen ist, hängt natürlich ganz ausschließlich von der Entwicklung der gegenseitigen politischen Beziehungen ab. *In dieser Hinsicht müsste allerdings m.E. zum mindesten verhütet werden, dass der gegenwärtige Zustand anhält oder gar eine weitere Verschlechterung eintritt*¹⁴; sie müsste zweifellos auch eine Wiederanknüpfung freundschaftlicher militärischer Beziehungen verhindern. Auf jeden Fall könnten aber jetzt schon – wenigstens innerhalb des Ressorts der Wehrmacht – Erwägungen darüber angestellt werden, in welcher Weise späterhin die Aktivierung und Neugestaltung der militärischen Beziehungen von uns gefördert werden könnte. Der Abschluss der Liquidationen, die auch von russischer Seite bereitwillig und reibungslos durchgeführt wurden und die beiden Teilen –

⁹ Lothar Schüttel. Vgl. Dok. 109, Anm. 5.

¹⁰ Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord.

¹¹ Station Lipeck.

¹² Laut ADAP nicht ermittelt.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

wunschgemäß – Handlungsfreiheit gaben, könnte m.E. ohne weiteres den ersten Auftakt bilden. Ich darf dabei darauf hinweisen, dass die zeitweiligen schwerwiegenden Sorgen einzelner Stationsleiter, die ich übrigens zu keinem Zeitpunkt geteilt hatte, sich in keiner Weise bewahrheiteten. Im Gegenteil hat durch alle Unterredungen die vom Herrn Chef der Heeresleitung eröffnete Bereitwilligkeit zur Fortführung der gemeinsamen Arbeit in neuer Form auf russischer Seite als Bekenntnis gewirkt und immer wieder ähnliche Gegenäußerungen – wie wiederholt gemeldet – ausgelöst¹⁵. Es sei auch darauf verwiesen, dass nach Smagins Äußerungen die Abt. „Ausländische Verbindungen“ des Stabes der Roten Armee als Abschluss der Zusammenarbeit noch ein gemeinsames Essen für den Leiter ZM in Aussicht genommen hat¹⁶, an dem russischerseits auf die persönliche Teilnahme der Chefs der betreffenden Verwaltungen (Alksnis, Chalepski und Fischmann) besonderer Wert gelegt wird; dadurch wird noch einmal eine abschließende freundliche Geste gezeigt. Ich kann mir allerdings nicht denken, dass schon in nächster Zeit von der russischen Seite her eine sehr starke Geste für die Wiederannäherung überhaupt erwartet werden kann. Dagegen spricht die Labilität und vielseitige politische und wirtschaftliche Bedingtheit der militärpolitischen Verhältnisse bei den großen europäischen Mächten; dagegen spricht, dass die militärischen Zukunftsaufgaben der Sowjetunion mit dem Schwerpunkt im Fernen Osten liegen; dagegen spricht endlich *die ausgesprochen unfreundlich gegen Deutschland eingestellte politische Führung des derzeitigen Außenkommissars*¹⁷. Und die russische militärische Leitung kann keine selbständigen Wege außerhalb des gesamtpolitischen Rahmens der Sowjetunion gehen. Wenn man aber, allein dem deutschen Interesse folgend, eine solche Annäherung militärpolitisch überhaupt zum Ziele hat, so könnten die von den Russen gebotenen Hinweise m.E. genügen, um nunmehr auch deutscherseits wieder aktiver hervorzutreten.

Der Gedanke, dass man im Reichswehrministerium aus Anlass des Liquidationsabschlusses den sowjetischen Mil[itär]attaché¹⁸ empfängt und ein Gespräch mit ihm herbeiführt, das in Anknüpfung an die bisherige Arbeit die Möglichkeit für die Zukunft geradewegs erörtert, ist vielleicht noch verfrüht. Dagegen schlage ich vor, dem sowjetrussischen Volkskommissar Woroschilow in einem Schreiben des Herrn Reichswehrministers anlässlich des Abschlusses der Liquidation den Dank für das dabei gezeigte russische Entgegenkommen zu übermitteln und mit einer allgemeinen Wendung über die stets betonte deutsche Bereitwilligkeit nunmehr eine positive Äußerung der russischen Seite über ihre Auffassung hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit herbeizuführen¹⁹.

Dieser Brief könnte mir zur persönlichen Übergabe an den Herrn Volkskriegskommissar zugestellt werden. Eine noch stärkere Betonung könnte die Geste erfah-

¹⁵ Vgl. Dok. 191.

¹⁶ Vgl. Dok. 216.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Vasilij Nikolaevič Levičev.

¹⁹ Bülow fügte an dieser Stelle folgenden Vermerk in das Dokument ein: „Nach Mitteilung Oberst v. Stülpnagels ist der von Hartmann angeregte Brief an Woroschilow bereits abgegangen. Er enthält aber nur einen Dank für das aus Anlass der Liquidation russischerseits gezeigte Entgegenkommen. Dagegen hat St[ülpnagel] aus dem Referentenentwurf eine Bemerkung herausgestrichen, in der der Hoffnung auf weitere deutsch-russ[ische] Zusammenarbeit Ausdruck gegeben wurde. Bülow 7. X. 33.“ (Bl. E 432629). Vgl. Dok. 229.

ren, wenn ein solcher Brief durch einen vom Herrn Reichswehrminister beauftragten höheren Offizier, etwa den Herrn Leiter der Abteilung Fremde Heere²⁰, überbracht würde.

Der Herr Geschäftsträger²¹ teilt vorstehende Auffassungen und würde den vorgeschlagenen Schritt seinerseits sehr lebhaft begrüßen²².

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Gelesen: v. Twardowski [eigenhändige Unterschrift]. Auf erster Seite des Berichts (Bl E 432620): Eingangsstempel AA: II F 3130 Eing. 22. Sep. 1933.

PA AA, R 30097, Bl. E 432622–432630.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 439, S. 808–813.

Nr. 211

Geheimdienstliche Information des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov

Ganz geheim

Übersetzung aus dem Deutschen¹

AN DEN
NARKOMVOENMOR
und Vorsitzenden des RVS der UdSSR
Gen. VOROŠILOV
Es meldet:
Chef der IV. Verwaltung des Stabes
der RKKA Berzin

20.² September 33

Nr. 057485/ss³

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER UdSSR UND DEUTSCHLAND

Oberst HARTMANN war zum Reichsminister⁴ gerufen worden, um seine Meinung zum Verhältnis Russlands zu Deutschland darzulegen.

Vor allem wies Oberst HARTMANN darauf hin, dass sich alles das, was er über die heutige Lage vorzutragen habe, mit der Auffassung von Botschafter DIRKSEN decke und sie beide eine einheitliche Meinung hinsichtlich der in Moskau bestehenden Situation vertreten. Die Abberufung DIRKSENS ist im gegenwärtigen Moment, selbst wenn dies früher beabsichtigt und entschieden worden sei, wenig

²⁰ Carl-Heinrich von Stülpnagel.

²¹ Fritz von Twardowski.

²² Randvermerk: „Gelesen. Twardowski.“ Vgl. auch Dok. 237.

¹ Das Original konnte nicht ermittelt werden.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

³ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

⁴ Das Datum des Vortrages von Hartmann bei von Blomberg und die Quelle dieser Information konnten nicht ermittelt werden.

glücklich. Noch weniger glücklich ist die Versetzung DIRKSENS nach Tokio. Die Wahl NADOLNYS als Stellvertreter⁵ von DIRKSEN ist nach Auffassung von HARTMANN und sämtlicher höherer Offiziere außerordentlich unglücklich. HARTMANN zeichnet nicht so ein düsteres Bild von den Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR, wie man es sich bis jetzt in Berlin im Reichswehrministerium und im Auswärtigen Amt vorgestellt hat.

Die gegenwärtige überaus freundschaftliche Politik Russlands gegenüber Polen und Frankreich, und nunmehr auch gegenüber Rumänien, hat durchaus gut verständliche Gründe. Erstens gibt es die Sorgen im Fernen Osten, die Russland dazu nötigen, seine Sicherheit im Westen, wo dies auch sein möge, zu gewährleisten. Zweitens, die gerade jetzt zunehmende Gefahr der Bildung eines selbständigen Ukrainischen Staates diktiert Russland zwangsläufig seine jetzigen Beziehungen zu Polen. Die Abkommen mit Frankreich fußen, neben dem oben Dargelegtem, hauptsächlich auf wirtschaftlicher Grundlage. Folglich wäre es nicht richtig, anhand der Ereignisse der letzten Zeit Schlussfolgerungen bezüglich einer feindlichen Haltung Russlands gegenüber Deutschland zu ziehen. Seit der nationalen Revolution gibt es gegenüber Deutschland zweifellos eine Verhärtung, ebenso unstrittig ist es, dass diese Verhärtung durch die ersten Reden der führenden Staatsmänner und durch zahlreiche Maßnahmen der neuen Regierung gefördert worden ist. Doch Russland hat die Tür vor uns vermutlich nicht endgültig zugeschlagen; es bedarf geschickter diplomatischer Fähigkeiten seitens aller interessierter deutscher Instanzen, um das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland soweit wie möglich zu verbessern und die alten freundschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. In diese Richtung und mit diesem Ziel sollten der neue Botschafter und auch Oberst HARTMANN vollkommen selbständig ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Die Übersetzung ist korrekt:⁶

Auf dem ersten Blatt oben: eigenhändige Unterschrift: Ja. K. Berzin.

Vermerk [K. E. Vorošilov]: N. K.⁷

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 160. Beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 336–337⁸.

⁵ Ungenauigkeit der Übersetzung aus dem Deutschen, richtig ist: Nachfolger.

⁶ Es folgt eine nicht entzifferte Unterschrift.

⁷ Es ist anzunehmen, dass Vorošilov es als erforderlich erachtete, Krestinskij das Dokument vorzulegen.

⁸ Das Dokument wurde nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

Nr. 212

**Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 870¹

Berlin, 21. September 1933

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT MEYER, 20. September

Ich brachte Meyer die als Anlage *beigefügte*² Kopie unseres Protestes bezüglich der Nichtzulassung der sowjetischen Journalisten zum Leipziger Prozess³ mit. Meyer erklärte, dass er eine negative Antwort des Ministeriums in dieser Frage befürchte, weil die Entscheidung über die Nichtzulassung von einem Gericht, das in Deutschland „teuflich unabhängig“ sei, getroffen worden sei. Er meinte außerdem, dass sich unsere Presse und insbesondere unser Rundfunk in letzter Zeit in Bezug auf den Prozess fürchterlich gebärden würden⁴. Sie würden nicht nur die Protokolle der Londoner Sitzungen⁵ vollständig wiedergeben, sondern fügen von sich aus unerhörte Beschuldigungen gegen Staatsmänner Deutschlands⁶ hinzu, und dies zu einer Zeit, wo sich alle Zeitungen der Welt zum Londoner Prozess bereits skeptisch verhielten.

Ich antwortete Meyer, dass man die Nichtzulassung von sowjetischen Journalisten nicht als eine einfache Diskriminierung der kommunistischen Presse betrachten dürfe. Die Sache sei die, dass hier die gesamte Presse eines Staates diskriminiert werde, mit dem Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen zu verbleiben wünsche, jedenfalls nach den Erklärungen seiner verantwortlichen Politiker zu urteilen. Der Hieb, den das deutsche Gericht gegen bestimmte politische Strömungen austeile, treffe in Wirklichkeit den Sowjetstaat als solchen. Dies sei äußerst gefährlich und ein ernster Präzedenzfall, dessen Folgen schwer abzuschätzen seien. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR lebten bei aller prinzipiellen Unterschiedlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Strukturen von mancherlei praktischen Kompromissen. Wenn deutsche Organe nunmehr im Zusammenhang mit dieser Einzelfrage erklärten, dass jegliche praktische Kompromisse ausgeschlossen seien, so sei dies selbstverständlich ein sehr ernstes und ein

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 293, S. 524.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers von Twardowski mit Stern vom 7. 9. 1933. Laut Twardowskis habe Stern ihm mitgeteilt, „dass das Außenkommissariat neuerdings ausdrücklich die hierfür zuständigen Stellen darauf aufmerksam gemacht habe, dass eine Beschimpfung regierender deutscher Minister und der Hoheits-Embleme des Deutschen Reiches nicht statthaft sei“. In: PA AA, R 83396, Bl. H 046110–046113, hier Bl. H 046110.

⁵ In London befasste sich eine Internationale Untersuchungskommission mit dem Reichstagsbrandprozess.

⁶ Vgl. Dok. 207, Anm. 5.

sehr gefährliches Symptom. Ich würde Meyer empfehlen, sehr ernst nachzudenken, bevor man sich zu solch einem Schritt entschieße.

Ich wies Meyer ferner darauf hin, dass mich seine Argumentation hinsichtlich der „Unabhängigkeit“ der deutschen Gerichte einigermaßen in Erstaunen versetze. Die Sache sei die, dass wir die Verhandlungen in dieser Frage keineswegs mit einem deutschen Gericht, sondern mit dem Propagandaministerium geführt hätten. Es sei das Propagandaministerium gewesen, das uns einen offiziellen Vorschlag zugeschickt habe, eine Liste der sowjetischen Pressevertreter zum Prozess einzureichen. Darüber hinaus hätten wir mit Saucken Gespräche geführt, der uns erklärt habe, dass er alle Maßnahmen für die Zulassung ergreifen werde, zumindest für den TASS-Vertreter. Im gleichen Sinne habe sich auch Staatssekretär Bülow ausgesprochen, der erklärt habe, er werde sich für die Zulassung unserer Pressevertreter zum Prozess einsetzen. Aus all dem sei ersichtlich, dass das Gericht hier absolut keine Rolle spiele, da die Verhandlungen ausschließlich mit den Ministerien geführt worden seien⁷. Die Ministerien hätten uns versichert, sich nicht davon beeindrucken zu lassen, dass das Gericht in Deutschland „teuflisch unabhängig“ sei.

Was die Unabhängigkeit des deutschen Gerichts betreffe, so wolle ich seine Aufmerksamkeit auf die heute veröffentlichte Erklärung von Justizminister Frank⁸ lenken, der sich nicht geniert habe, einige Schlüsse aus dem Prozess zu ziehen, bevor er überhaupt eröffnet wurde.

Was seine Bemerkungen zu unserer Presse und zu unserem Rundfunk beträfen, so sei es gestattet direkt zu fragen, ob dies bedeute, dass die Zulassungsverweigerung für unsere Journalisten zum Prozess in gewisser Weise ein Racheakt an unserem Rundfunk und an unseren Zeitungen sei. Meyer rief entgeistert aus: „Verschone uns Gott vor solch einer Annahme!“ „In diesem Fall“, so erklärte ich, „verstehe ich nicht, warum Sie auf unseren Rundfunk und unsere Presse verweisen, wenn Sie unseren Journalisten die Zulassung zum Prozess verweigern.“

Schließlich müsse ich hinsichtlich des Londoner Prozesses sagen, dass ich mich, der die ausländischen Zeitungen regelmäßig lese, veranlasst sähe festzustellen, dass sie sich mit dem Londoner Prozess nicht weniger als unsere sowjetischen Zeitungen beschäftigen, und vor allem täten sie dies im gleichen Sinne. Doch dies führe nicht dazu, dass die Journalisten anderer Länder unbegründet von dem Prozess [in Leipzig] komplett ausgeschlossen würden.

Meyer erklärte, dass er sich umgehend mit Bülow in Verbindung setzten und ihm von unserem Protest und von meinen Überlegungen berichten werde. Nach seinen Worten habe Bülow bereits beabsichtigt, uns eine Antwort auf unseren Protest zu geben, und wir würden diese Antwort sicherlich im Verlaufe des Tages erhalten.

Wir haben jedoch weder an diesem Tag noch bis 12.00 Uhr des folgenden Tages eine Antwort erhalten. Am 21. rief ich am Morgen Meyer an. Meyer tat äußerst verwundert, dass wir keine Antwort erhalten hätten, und versprach, sich umgehend mit Bülow in Verbindung zu setzen; doch bis jetzt hat er immer noch nicht

⁷ Das nachfolgende Wort „Dass“ ist gestrichen.

⁸ Vgl. „Eine Stellungnahme des Reichsjustizkommissars Dr. Frank zum Beginn des Leipziger Prozesses“. In: Völkischer Beobachter vom 20. September 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

angerufen⁹. Es ist anzumerken, dass wir der Instruktion von Gen. Umanskij folgend mit amerikanischen, französischen und polnischen Journalisten Verbindung aufgenommen haben und uns bemühen, aus erster Hand von ihnen in Leipzig, wohin Gen. Bepalov gefahren ist, Informationen über den Prozess zu erhalten.

BESSONOV

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3348 vom 1. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 [Expl.] an Litvinov, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 204–205. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 296, S. 525–527¹⁰.

Nr. 213

Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Chiffriertes Telegramm

Aus Moskau am 22/IX-33, um 4.40 Uhr

Eingangs-Nr. 38

An Gen. Stalin

Obwohl zum Reichstagsbrandprozess aus allen Ländern Korrespondenten zugelassen worden sind, ist lediglich unseren Korrespondenten der Zugang verwehrt worden (darunter auch dem TASS-Vertreter¹).

Gen. Litvinov schlägt vor, unseren Protest zu erklären und zu warnen, dass wir unsererseits nichts schuldig bleiben und wir ihre Korrespondenten ausweisen und unsere zurückberufen werden.

Wir bitten, uns Ihre Meinung mitzuteilen².

NR 40.

Kaganovič, Molotov

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 33. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 358, S. 356.

⁹ Das Schreiben von Bülows, in dem er über die Entscheidung des Gerichtes informierte, die sowjetischen Journalisten nicht zum Prozess zuzulassen, erhielt die Bevollmächtigte Vertretung am gleichen Tag. Vgl. das chiffrierte Telegramm Chinčuks an das NKID. In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 16, S. 71.

¹⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Ivan Michajlovič Bepalov.

² Am gleichen Tag, um 15.22 Uhr, gab Stalin sein Einverständnis; vgl. Stalin i Kaganovič, S. 356. Am 23. 9. 1933 fasste das Politbüro einen entsprechenden Beschluss; vgl. Dok. 218, Anm. 11.

Nr. 214

**Schreiben des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam
an das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsministerium für Ernährung
und Landwirtschaft**

Berlin, den 25. September 1933¹

zu W IV Ru 4191, II

An das

Reichswirtschaftsministerium

Reichsernährungsministerium

– je besonders –

Ein „Pro Memoria“ der hiesigen Sowjetbotschaft und Sowjethandelsvertretung vom 12. d. M.² über die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen wird nebst einer Stellungnahme **des Auswärtigen Amts**³ hierzu zur gefälligen Kenntnisnahme abschriftlich ergebenst übersandt.

Im Auftrag

gez. Bräutigam

Aufzeichnung

Zu dem Pro Memoria der hiesigen Sowjetbotschaft ist Nachstehendes zu bemerken:

I.

Die im ersten Absatz des Pro Memoria genannten Ziffern treffen zu. Sie sind der deutschen Handelsstatistik entnommen. Zu bemerken wäre jedoch, dass nach der sowjetischen Statistik der Sowjetexport nach Deutschland im ersten Halbjahr 1933 gegenüber dem ersten Halbjahr 1932 nur von 111,7 Mill. RM auf 103,2 Mill. RM zurückgegangen ist. Da offenbar in beiden Statistiken Fehlerquellen sind, dürfte die Wahrheit in der Mitte liegen. Es muss auch hervorgehoben werden, dass der deutsche Export nach der Sowjetunion in erheblich größerem Maße, nämlich von 356,5 im ersten Halbjahr 1932 auf 173,6 Mill. RM im ersten Halbjahr 1933 zurückgegangen ist.

1. Der Rückgang des Derop-Absatzes lag in den von Sowjetseite selbst verschuldeten politischen Zuständen in der Derop. Inzwischen ist hier dadurch Abhilfe geschaffen worden, dass die Derop von kommunistischen Elementen gesäubert worden ist. Das Reichsministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium haben darauf in einem gemeinsamen Schreiben den nachgeordneten Stellen, vor allem den Kommunalbehörden empfohlen, in erhöhtem Maße sowjetische Naphtaprodukte zu beziehen⁴. Am 5. September d. J. hat der dem Reichsstand der Industrie angeschlossene Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft seinerseits in einem Schreiben an die Fachverbände gleichfalls darauf hingewiesen, dass der vermehrte Bezug von sowjetischen Naphtaprodukten im deutschen

¹ Das Tagesdatum ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 202.

³ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁴ Vgl. Dok. 129.

Interesse liege. Es liegt auf der Hand, dass diese Empfehlungsschreiben sich nicht von heute auf morgen auswirken können. Es steht aber außer Zweifel, dass sie mit der Zeit ihre Wirkung tun und zu einer starken Absatzsteigerung des sowjetischen Naphtas in Deutschland beitragen werden. Im Übrigen ist zu bemerken, dass nach der sowjetischen Statistik trotz der Vorgänge bei der Derop *in den ersten 7 Monaten 1933 der sowjetische Naphtaexport nach Deutschland 304 201 to gegen 308 207 to*⁵ in der entsprechenden Zeit des Vorjahres betragen hat.

2. Es trifft zu, dass die zum Schutze der deutschen Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen den Absatz verschiedener sowjetischer Produkte in Deutschland stark zurückgedrängt haben. Die Maßnahmen wurden jedoch unter äußerster Schonung der sowjetischen Interessen und weitgehendster Anwendung des Art. 14 des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens durchgeführt, nach dem Einfuhrverbote oder -beschränkungen keine Anwendung auf Waren finden, die am Tage der Bekanntmachung bereits zur Beförderung aufgegeben waren. So ist es z. B. möglich gewesen, dass trotz des im April eingeführten Ölkuchenmonopols der Ölkuchenabsatz der Sowjetunion im ersten Halbjahr 1933 beinahe 2 Mill. Rubel betragen hat, gegen 1,26 Mill. Rubel in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

3. Es trifft zu, dass Deutschland im Getreidewirtschaftsjahr 1932/33 nicht die Getreidemenge abgenommen hat, zu deren Abnahme es nach dem Abkommen vom 2. Mai 32 verpflichtet war. Der Grund hierfür lag jedoch in dem Unvermögen der Sowjetseite, die entsprechende Menge in der in dem Abkommen vorgesehenen Qualität zu liefern. Das Abkommen vom 2. Mai enthält keine Verpflichtung zu einer nachträglichen Abnahme der im Vorjahre nicht angelieferten Menge. Die in dem Getreideabkommen vom 2. Mai 32⁶ für 1933/34 und die folgenden Jahre enthaltenen Bestimmungen waren ausdrücklich von dem Laufen der Präferenzverträge zwischen Deutschland einerseits und Ungarn und Rumänien andererseits abhängig gemacht worden. Da diese Verträge nicht in Kraft getreten sind, besteht für die Deutsche Regierung keine Verpflichtung zur Abnahme weiterer Getreidemengen. Trotzdem hat die Deutsche Regierung mit der Sowjetseite eingehend über die Abnahme von Getreide verhandelt und im Juli d. J. der Handelsvertretung mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, den deutschen Mühlen die Auflage zu machen, ein Drittel des einzuführenden Weizens aus der Sowjetunion zu beziehen, und die deutschen Importeure anzuweisen, den Einfuhrbedarf von Gerste und Mais vorzugsweise in der Sowjetunion zu decken. Auf das ganze Jahr berechnet hätte diese Regelung den Russen eine Absatzmöglichkeit von etwa 25 Mill. RM eröffnet. Unser Entgegenkommen war davon abhängig, dass die Russen 150 000 litauische Schweine abnähmen, die wir von Litauen kaufen wollten. Die Handelsvertretung hat dieses Entgegenkommen als nicht genügend bezeichnet und die Abnahme der litauischen Schweine abgelehnt, ohne auch nur den Versuch zu machen, über den deutschen Vorschlag zu verhandeln. Zu den Kompensationsgeschäften mit Getreide ist zu bemerken, dass bereits anlässlich eines derartigen Geschäfts mit Ungarn im Juli d. J. *das Reichsernährungsministerium der Handelsvertretung ange-

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

boten hat, auch für die Russen ein solches Geschäft*⁷ zu vermitteln. Die Handelsvertretung hat aber von dieser Anregung keinen Gebrauch gemacht.

Das negative Ergebnis erklärt sich somit daraus, dass die Russen es abgelehnt haben, auch auf unsere Wünsche einzugehen und stattdessen immer von neuem den Versuch gemacht haben, uns zur Erfüllung des Protokolls vom 2. Mai 1932 zu veranlassen, aus dem wir Verpflichtungen für das Jahr 1933/34 nicht anerkennen.

II.

Die Ausführungen über die Passivität der Zahlungsbilanz dürften zutreffend sein.

III.

1. Eine Erweiterung der Getreideeinfuhr aus der Sowjetunion liegt im Bereich der Möglichkeit. Nach der Ablehnung unseres Kompensationsobjekts, der Abnahme von 150 000 litauischen Schweinen, ist es jedoch Sache der Sowjetseite, ihrerseits ein anderes Kompensationsobjekt anzubieten. Diese Auffassung der deutschen Seite ist den Sowjetstellen bekannt.

2. Eine Möglichkeit, durch weitere konkrete Maßnahmen den Absatz sowjetischer Naphtaprodukte zu steigern, besteht nicht.

3. Eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Einfuhr von Ölkuchen, Butter, Pflanzenölen, Eiern und Fischen würde der agrarpolitischen Linie der Reichsregierung widersprechen. Einseitige Maßnahmen zugunsten der Sowjetunion auf diesem Gebiete sind schon deswegen nicht möglich, weil sie in gleicher Weise den meistbegünstigten Nationen zugute kommen würden.

IV.

Es besteht die Möglichkeit, dass hinsichtlich einer weiteren Freigabe von Sperr- und Registermark der Sowjetregierung Entgegenkommen gezeigt wird. Die Verhandlungen hierüber schweben noch.

Den ständigen Beschwerden der Sowjetregierung über nicht genügende Berücksichtigung ihrer Wünsche ist entgegenzuhalten, dass die Sowjetregierung die in Verbindung mit dem Abschluss des Kreditabkommens vom 25. 2. d. J.⁸ vorgebrachten deutschen Wünsche, über die Herr Botschafter von Dirksen zu verhandeln ausdrücklich beauftragt war, bis zum heutigen Tage völlig unberücksichtigt gelassen haben⁹. Es handelte sich

1. um den Transfer des Vermögens aus der Sowjetunion abgewanderter Reichsdeutscher,

2. um die Errichtung einer Verrechnungsstelle für Rubelguthaben deutscher Firmen in der UdSSR,

3. um die Fortführung von Urheberrechtsverhandlungen,¹⁰

⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁸ Vgl. Dok. 17.

⁹ Vgl. Dok. 9, Anm. 19.

¹⁰ Die Verhandlungen über den Schutz literarischen Eigentums waren im Sommer 1931 gescheitert und auch auf deutsche Initiative von 1932 hin nicht wieder aufgenommen worden. Auch im April 1933 sah von Dirksen keine Chance auf eine Verständigung, da in Moskau „in der Tat noch viel stärker als im Jahre 1931 die Tendenz [herrscht], Bindungen zu vermeiden, die zu

4. um Zoll- und Gebührenermäßigung für Liebesgabenpakete,
5. um das grundsätzliche Einverständnis der Sowjetregierung, Transiterlaubnis durch die UdSSR von Fall zu Fall zu gewähren,
6. um die Regelung des Falles Resch. (Hierbei handelt es sich darum, dass die Sowjetregierung den über die Auflösung der Konzessionen abgeschlossenen Liquidationsvertrag in gröblichster Weise verletzt hat, wodurch nicht nur der Konzessionär, sondern mehrere deutsche Firmen aufs Schwerste geschädigt worden sind.)

Als besonders unfreundlich wurde deutscherseits ferner empfunden, dass entgegen dem Sinn von im Dezember 1928 mit der Sowjetregierung getroffenen Vereinbarungen die deutschen Reedereien Rud. Chr. Gribel-Stettin und Russ-Hamburg im Mai d. J. aus dem Tourendienst Stettin-Leningrad bzw. Hamburg-Leningrad ausgeschlossen worden sind¹¹. Vorstellungen der Botschaft in Moskau sind ergebnislos geblieben.

Berlin, den 15. September
gez. Bräutigam

Das erste Blatt enthält mehrere handschriftliche Vermerke und Abzeichnungen: T[ippelskirch] 21/9 und B[ülows] 21/9. Unten handschriftlicher Vermerk zur Zuordnung: H 11 Ru sowie ab 26/9 als Schnellbrief. Maschinenschriftlicher Vermerk am Seitenrand des ersten Blattes: bzfg. [beizufügen] Abschrift d. Pro Memoria u. d. Aufzeichnung; darunter maschinenschriftlich, aber handschriftlich durchgestrichen: Nach Abgang: bei W z.g.K. [zur gefälligen Kenntnis] Wvl[Wiedervorlage]; Abzeichnung B[ülows] 10/12. Auf dem zweiten Blatt: zu IV Ru 4191.

PA AA, R 94657, Bl. E 664690-664696.

Nr. 215

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 25. September 1933

Tgb. E/411

An das

Auswärtige Amt

Berlin.

****Rein-***¹Durchschlag

Auf anderweitige Weisung vom 16. September Nr. 198.

Inhalt: Einladung sowjetischer Juristen zum deutschen Juristentag in Leipzig

Nach Eingang des nebenstehenden Erlasses hat sich die Botschaft privatim mit dem Außenkommissariat in Verbindung gesetzt, da eine andere Möglichkeit nicht bestand, die Namen der für den deutschen Juristentag in Leipzig gegebenen-

einer, wenn auch nur geringen, finanziellen Belastung führen könnten“. Vgl. Bericht von Dirksens „Verhandlungen über ein Urheberrechtsabkommen“ vom 3. 4. 1933. In: RGVA, f. 1146/K, op. 1, d. 14, l. 363-364, hier l. 364.

¹¹ Vgl. Dok. 92, Anm. 4.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

falls in Frage kommenden Persönlichkeiten rechtzeitig in Erfahrung zu bringen. Wie ich feststellen konnte, hat man im Außenkommissariat geschwankt, ob die Einladung des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen unter den augenblicklichen Verhältnissen angenommen werden könne oder nicht. Schließlich hat jedoch die positive Einstellung gesiegt. Nach Bekanntwerden der vorübergehenden Verhaftung des TASS-Vertreters Bepalow und der Frau Dr. Kaith² wurde mir jedoch mitgeteilt, dass einer Einladung nicht Folge geleistet werden könne. Unter diesen Umständen erübrigte es sich, den Inhalt des Telegrammerlasses vom 21. September Nr. 201, wonach die Einladung nicht erfolgen solle, weiterzugeben, was zweifellos bei der gegenwärtigen Gereiztheit der maßgebenden Sowjetkreise eine schwere Verstimmung nach sich gezogen hätte.

Die Ablehnung einer eventuellen Einladung zu einem Kongress seitens der Russen ist ein ernstzunehmendes Signal für den Grad der Gereiztheit, der durch die andauernden Zwischenfälle mit Sowjetbürgern in Deutschland hier allmählich erreicht ist.

Andererseits haben wir mit der Kundgebung unserer Absicht, russische Juristen nach Leipzig einzuladen, eine freundliche Geste gemacht, die zunächst ihre Wirkung auch nicht verfehlt hatte.

gez. v. Twardowski

Auf dem ersten Blatt befinden sich handschriftliche Vermerke über Kenntnisnahmen und: ab 26. 9. Gefertigt in zwei Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 405, Bl. 168–169.

² Die sowjetischen Pressevertreter Bepalow (TASS) und Kajt (Izvestija) waren am 22. 9. 1933 um 7 Uhr morgens im Hotel Kaiserhof in Leipzig verhaftet worden, wogegen die Bevollmächtigte Vertretung am 22. 9. und 23. 9. 1933 in zwei Verbalnoten Protest einlegte. Zu den Einzelheiten der Verhaftung von Bepalow und Kajt in Leipzig vgl. den Bericht Bepalows vom 23. 9. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 173–175.

Nr. 216
Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und
das Reichswehrministerium

Moskau, 26. 9. 33

Deutsche Botschaft
 Der Militärattaché
 Zu Nr: 162/33¹
Beilage: I²

Abschiedseinladung für den Leiter Z. M.³
Aussprache über schwebende Fragen mit dem Leiter der Abt.
„Ausländische Verbindungen“ im Stabe der Roten Armee.

1. Es wird die Absendung folgenden Telegrammes vom 18. 9. bestätigt: „Smagin beabsichtigt Abschiedsessen Schüttel im persönlichen Beisein Alksnis, Chalepskij, Fischmann. Diese erst nach Manöver hier. Erbitte drahtliche Genehmigung für Aufschub Abreise Schüttel bis gegen Monatsende, um beabsichtigte starke Geste der Roten Armee zur Auswirkung zu bringen. Hartmann“.

Mit der Verzögerung der Abreise hat sich das Reichswehrministerium einverstanden erklärt. (Sie ist inzwischen am 24. 9. erfolgt.)

Die Einladung ging am 23. 9. abends vor sich. Es nahmen teil von deutscher Seite:

Herr Schüttel

Herr Graßhoff

Herr Krebs und ich.

Von russischer Seite vom Stabe der Roten Armee die Herren
 Smagin und Smolin.

Die zu dem Abend erwarteten Chefs der Luftflotte, der chemischen Verwaltung, der Motorisierung und Mechanisierung waren nicht persönlich erschienen. Als Vertreter waren entsandt:

an Stelle von Alksnis die Kommandeure Tschernobrowkin und Feodoroff;

für die beiden anderen Verwaltungen je ein bisher nicht bekannter Vertreter.

Die Einladung fand im Hause der Regierung an der Spiridonowka statt. Krebs und ich erschienen in Uniform.

2. Es wirkte im ersten Augenblick unbedingt befremdend, dass von Seiten der drei russischen Verwaltungen nur Vertreter entsandt waren, wiewohl die persönliche Anwesenheit der Chefs in Aussicht gestellt war. Ich möchte aber mit Be-

¹ Der Bericht selbst, der am 28. 9. 1933 im AA einging, handelt von verschiedenen militärischen Angelegenheiten (1. Teilnahme an einem Manöver, 2. Besuch des französischen Luftfahrtministers Cot, 3. Nachfolger von Gol'cman, 4. Entsendung eines französischen Luftattachés nach Moskau, 5. Aussprache mit Smagin). Es wird nur die Beilage I (zu Punkt 5) abgedruckt. Vor der Beilage befindet sich folgender Nachtrag Hartmanns vom 29. 9. 1933 nachmittags: „Nach Abschluss des Berichts wurde die Zurückziehung der sowjetischen Korrespondenten aus Berlin und die brüske, kurzfristige Ausweisung der deutschen Korrespondenten aus Moskau bekannt. Diese Maßnahme beleuchtet mit greller Schärfe die Spannung der allgemeinen politischen Lage, die wahrlich jetzt zu keinerlei Optimismus mehr berechtigt und die bei längerer Dauer auch auf die Beziehungen von Armee zu Armee nicht ohne Rückwirkung bleiben kann.“ PA AA, R 30097, Bl. E 432646–432650, hier Bl. E 432650.

² Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Dok 109, Anm. 4.

stimmtheit annehmen, dass die zweifellos bestehende Absicht Smagins, die Chefs persönlich beizuziehen, sich aus tatsächlichen Gründen nicht hat verwirklichen lassen. Eine beabsichtigte Irreführung von Seiten Smagins kann ich nicht annehmen; der weitere Verlauf des Abends hätte damit im Widerspruch gestanden. Übrigens ließ sich unter den gegebenen Verhältnissen im Laufe des Abends umso besser eine eingehende Aussprache mit Smagin herbeiführen.

Die Tischreden standen durchweg unter dem Zeichen der *anererkennenden Würdigung der bisherigen Zusammenarbeit und des Wunsches nach ihrer Fortsetzung in neu zu findenden Formen*⁴. Die Rede Smagins erhob sich wesentlich über das Maß des Konventionellen und über den unmittelbaren Anlass des geselligen Zusammenseins als Abschiedsessen für Herrn Schüttel. Er führte sehr eingehend aus, dass die Sowjetunion Frieden nach allen Seiten wünsche; dass die Rote Armee für diesen Frieden arbeite; dass die Zusammenarbeit gleichfalls diesem Ziele gedient habe; und endlich, dass nach wie vor der Vertrag von Rapallo die Grundlage der freundschaftlichen deutsch-russischen politischen Beziehungen und auch des Friedens in Europa bilde, der sehr wesentlich von der Bedeutung der Roten und Deutschen Armee und ihren Beziehungen zueinander abhängt.

In meiner Erwiderung konnte ich nochmals „anlässlich der Beendigung der Zusammenarbeit in der bisherigen Form mit Freude und Genugtuung feststellen, dass diese gemeinsame Arbeit anerkanntermaßen den Interessen beider Armeen gedient hat und dass es dem Wunsche beider Armeen entspricht, die Zusammenarbeit fortzusetzen.“ Dabei konnte ich mich beziehen: auf die Worte des Herrn Chefs der Heeresleitung⁵ in seiner Erklärung zur Liquidation L.⁶, auf den freundlichen Widerhall, den diese Worte auf Seiten der Roten Armee gefunden hatten; auf die wiederholten Bezugnahmen und ähnliche Äußerungen hoher Führer (Woroschiloff, Jegoroff, Chripin, Smagin usw.); auf das unmittelbar vorausgegangene erneute gleichartige Bekenntnis aus dem Munde Smagins; auf viele Äußerungen der Anerkennung und Dankbarkeit, die hohe Führer der Roten Armee in der Sowjetunion und im Ausland gegenüber der Reichswehr zum Ausdruck gebracht haben.

Herr Schüttel brachte kurz seinen **persönlichen**⁷ Dank zum Ausdruck.

Darauf ergriffen nacheinander die drei Vertreter der Verwaltungen im Namen ihrer Chefs das Wort. Der Vertreter der Luftflotte rühmte, dass das Reichsheer trotz des Fehlens einer eigenen Luftwaffe das hohe Maß fliegerischen Könnens in taktischer und technischer Hinsicht vom Kriege her erhalten und gepflegt habe und dass die Rote Armee daraus großen Nutzen habe ziehen können. Der Vertreter der Gasverwaltung⁸ unterstrich die Bedeutung der chemischen Waffe für den nächsten Krieg und würdigte im Zusammenhang damit die deutsche chemische Industrie. Auch der Vertreter der Mot.-Mech.-Verwaltung fand höchstes Lob für die deutsche Industrie, die er gelegentlich verschiedener Besuche in Deutschland schätzen gelernt habe.

3. Nach dem Essen fand sich Gelegenheit zu einer sehr langen, sehr offenen,

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord.

⁶ Zur Auflösung der Station in Lipeck vgl. Dok. 163.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Gemeint ist die Verwaltung für Militärchemie.

in freundschaftlichem Ton und doch in vollem eindringlichen Ernst geführten Aussprache zwischen mir und Smagin. Aus dem Inhalt lassen sich folgende Hauptthemen herauschälen:

a) Vorhalt wegen der russischen Absage im Sommer dieses Jahres nach Inhalt und Form:

Smagin nahm Bezug auf die vielen unliebsamen Vorkommnisse in Deutschland, die sich in einem Falle auch gegen einen Kommandeur der Roten Armee gerichtet hatten. Er meinte, bei aller Würdigung der erhitzten politischen Atmosphäre dürfte man diese Dinge nicht bagatellisieren. Sowjetbürger sei nicht gleich Sowjetbürger. Wenn man Vorkommnisse gegenüber beliebigen Sowjetleuten vielleicht nicht völlig ausschließen könne, so ließe sich das hinnehmen. *Aber die überragende Stellung der Roten Armee im Gefüge des Sowjetstaates und der hohe Rang der nach Deutschland geschickten Offiziere der Roten Armee (in letzter Zeit fallen häufig Ausdrücke wie „Offizier“ oder „General der Roten Armee“) lasse es unter keinen Umständen zu, sie der Gefahr einer ungerechtfertigten Behelligung auszusetzen. Diese Möglichkeit habe nach russischer Meinung – die ich als völlig ungerechtfertigt verwarf – im Sommer unbedingt bestanden*⁹ und habe in der Hauptsache zu der Absage geführt. Die damalige Begründung mit dienstlichen Belangen hat Smagin nicht mehr recht aufrecht erhalten. Eine tiefere außenpolitische Bedeutung wollte er der Absage nicht zugemessen wissen. Smagin wies auf die unwiderlegbare Tatsache der bevorzugten Behandlung deutscher militärischer Gäste in Russland hin. Er sagte auch, wenn die zu den Manövern eingeladenen und erwarteten deutschen Offiziere nach Russland gekommen wären (vergleiche unter b), so hätte sich seiner Meinung nach die Entsendung russischer Offiziere nach Deutschland auch nachträglich noch ermöglichen lassen. Er sähe im Übrigen für die Zukunft keine prinzipiellen Schwierigkeiten für die Entsendung russischer Offiziere nach Deutschland, sofern gewährleistet sei, dass sie nicht politischen oder polizeilichen Zwischenfällen ausgesetzt seien. *Ich sagte Smagin, dass es wohl besser gewesen wäre, diese tatsächlichen Gründe damals gleich beim richtigen Namen zu nennen, anstatt die Absage mit dienstlichen Belangen zu verbrämen, die unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland schwerlich hätten Glauben finden können*¹⁰.

b) Nichterscheinen der deutschen Offiziere zu den russischen Manövern.

Das Nichterscheinen¹¹ hat in der Roten Armee befremdet und wurde bedauert; Smagin spürte den Gründen nach, da er angeblich noch heute keine rechte Deutung dafür habe. Ich erwiderte ihm, dass ihm die Gründe damals mitgeteilt worden seien. Es habe freilich auch bei uns neben den sachlichen Gründen die Tatsache eine Rolle gespielt, dass die unmittelbar vorausgegangene, in brüsker Form und nur telephonisch erfolgte Absage Schnittmanns hinsichtlich der Teilnahme russischer Offiziere an den deutschen Übungen peinlich und verletzend gewirkt habe, insbesondere auch bei Persönlichkeiten, deren volles und nachdrückliches Eintreten für die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen von Armee zu Armee außer allem Zweifel stünden. Smagin gab zu, dass hier ein erhebli-

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 176.

cher Formfehler unterlaufen sei. Im Übrigen verwies ich Smagin auf den Besuch Lewitscheffs im Reichswehrministerium und die ihm dort in dieser Angelegenheit erteilten Aufschlüsse, die er offenbar auch zutreffend verstanden habe.

c) Kommandowünsche des Militärattachés und des Gehilfen.

Im Zusammenhang mit den Gesprächen zu a) und b) konnte ich Smagin vorhalten, dass die russische Bereitwilligkeit zur Aufnahme deutscher Offiziere bei der Erfüllung unserer Wünsche bezüglich der Informationskommandos nicht in Erscheinung getreten sei. Nicht einmal die Gegenseitigkeit sei in Ansehung der bereitwilligen Erfüllung aller Wünsche Lewitscheffs gewahrt worden. Smagin versuchte zuerst tatsächlich die Gegenseitigkeit an Hand der allgemeinen hiesigen Attaché-Besuche nachzuweisen; dann versuchte er, Zeitmangel im Zusammenhang mit dem Stellenwechsel Suchorukoff/Smagin und mit den französischen Besuchen Herriots und Pierre Cots¹² geltend zu machen. Schließlich erklärte er sich bereit, eine Verwirklichung der Wünsche noch in Aussicht zu stellen, denn die Ausbildungsperiode sei noch nicht abgeschlossen. Nachdem in diesem Zusammenhang noch einmal Gelegenheit gegeben war, über diese Punkte zu sprechen, werde ich von mir aus auf diese Wünsche nicht mehr zurückkommen, denn wirklich aufschlussreiche Kommandos haben wir – mindestens zurzeit – nicht zu erwarten.

Auf die Gegenüberstellung der Zurückhaltung zu unseren gerechtfertigten Kommandowünschen als Vertreter einer befreundeten Armee gegenüber der weitgehenden Zulassung japanischer Offiziere zu langdauernden Truppenkommandos erklärte Smagin wiederholt und nachdrücklich, die Kommandos seien beendet und es seien jetzt keinerlei japanische Offiziere mehr innerhalb der Roten Armee kommandiert (!).

*d) Bereitwilligkeit zur Fortsetzung gegenseitiger Kommandos.

In den Gesprächen zu a), b) und c) klang durch, dass die Rote Armee vom militärischen Standpunkt aus betrachtet ohne Weiteres zu fernem Kommando-Austausch bereit wäre. Eine direkte Erörterung dieser Frage erfolgte von keiner Seite.*¹³

e) Russische Freundschaftsbezeugungen gegenüber Frankreich und Polen. Militärvertrag mit Frankreich.

*Ich fragte Smagin, wie wir die Freundschaftsbeweise gegenüber Frankreich und Polen mit den bisherigen deutsch-russischen militärischen Beziehungen und dem wiederholt geäußerten Wunsche nach ihrer weiteren Pflege in Einklang bringen sollten. Smagin betonte, dass ihnen eine tiefere militärpolitische Bedeutung gegenwärtig nicht zukomme. Die Sowjetunion habe den Wunsch, mit allen Staaten in Frieden zu leben; demgemäß müsste sie auch nach allen Seiten freundschaftliche Beziehungen pflegen. Was in dieser Hinsicht gegenüber einem Staat geschehe, sei kein Zeichen der Unfreundlichkeit gegenüber anderen. Es sei allerdings selbstverständlich, dass man in Russland die deutsche außenpolitische Entwicklung aufmerksam verfolge. Es sei an Deutschland, sich positiv und eindeutig zu bekennen. Immer wieder leuchtete bei Smagin der Hinweis auf die politischen Ideen Rosenbergs durch, denen man in der Sowjetunion schärfstens misstraue und in denen man allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz amtlichen Charakter

¹² Vgl. Dok. 210, Anm. 2.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

oder mindestens amtlichen Rückhalt zu erkennen glaube^{*14}. Die in der Literatur, Regierungspresse und öffentlichen Reden propagierten Gedankengänge könnten nicht als private Äußerungen beiseite geschoben werden, wenn die Regierung nicht unzweideutig von der *Person Rosenbergs, die ein politisches Programm bedeute, abrücke. Halte dieser, von der sowjetischen Seite her gesehen unklare Zustand an, so beschwöre er für den Bestand der Sowjetunion ernste und unmittelbare Gefahr herauf; und dann wäre es nach Smagins Meinung allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass den Freundschaftsbezeugungen gegenüber Frankreich und Polen^{*15} mit der Zeit tiefere politische Bedeutung zukomme.

*Ein Militärvertrag zwischen der Sowjetunion und Frankreich besteht nach Smagins Äußerung nicht und wird auch von der Sowjetunion nicht angestrebt^{*16}. Smagin führte aus, dass nach seiner Meinung ein Militärvertrag überhaupt nur Sinn habe, wenn er zwei Staaten mit der Spitze gegen einen Dritten zusammenschließen solle. Es gäbe aber für die Sowjetunion nach seiner Meinung zurzeit keinen Staat, gegen den ein solcher Zusammenschluss erforderlich wäre. Aber usw.¹⁷, wie im vorhergehenden Absatz. („Rosenbergkomplex“)

In diesem Zusammenhang verdient auch die Wiedergabe eines Artikels aus dem „Petit Parisien“ in der „Iswestija“ vom 24. 9.¹⁸ Beachtung, der das französische Desinteressement an einem französisch-russischen Militärbündnis ausdrückt.

*Nachrichten über sehr viel weitergehende Annäherungen, insbesondere, dass diese bereits in das Stadium der Aufnahme von Militärinstrukteuren und der gleichen getreten seien, finden m.E. namentlich dann keinen Glauben, wenn sie aus französischer Quelle stammen. Tatsachen in dieser Hinsicht sind mir nicht bekannt. Auch die anderen hiesigen Attachés stehen effektiven militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und Russland mit großen Zweifeln gegenüber. Die Absicht der Diskriminierung der Russen gegenüber uns liegt zu nahe und weist zu viel Ähnlichkeit mit der vorausgegangenen Diskriminierung der Deutschen gegenüber den Russen (angebliche Papengespräche) auf.^{*19}

Den Hinweis, dass die russische öffentliche Meinung in ihrer Einstellung zum Versailler Vertrag und zu den Genfer Problemen jetzt anders formuliert würde wie früher, wollte Smagin nicht gelten lassen.

f) Schlussfolgerungen:

aa) Smagin ist in seinen Gesprächen natürlich nur als Privatperson aufgetreten. Da er aber eine ausgeprägte Persönlichkeit ist, die geschmeidig denkt und selbständig handelt, gehen seine Auffassungen über das hinaus, was von seinen Vorgängern in gleicher Stellung zu erwarten war. Die Tatsache, dass er auf derartige Gespräche bereitwillig und in freier Diskussion eingeht, verdient umso mehr Beachtung, als Smagin selbst andeutete, dass er auch weitgehend das Ohr Woro-

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen. Zudem sind die Passagen „politischen Ideen Rosenbergs“ sowie „mindestens amtlichen Rückhalt zu erkennen glaube“ handschriftlich unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist bis zu dreimal am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen, der gesamte Absatz ist zudem am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁷ So im Dokument.

¹⁸ In dem Artikel von Sadoul „P'er Kot o svoej poezdke v SSSR“ (Pierre Cot über seine Reise in die UdSSR), Izvestija vom 24. September 1933, S. 1, werden Auszüge aus einem Artikel des Moskauer Korrespondenten Luciani der Zeitung „Petit Parisien“ wiedergegeben.

¹⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

schiloffs habe. – Ich habe die Meinung, dass derartige Gespräche die Atmosphäre reinigen und niemals auseinander, sondern persönlich nur zusammenführen können, auch wenn stark voneinander abweichende Auffassungen zu Tage treten.

bb) Der Wunsch und die Bereitwilligkeit, die militärischen Beziehungen in neuer Form, aber ernsthaft und aufrichtig fortzusetzen, ist m.E. – noch – ein feststehendes politisches Gedankengut; aber es ist unterhöhlt. Die russische Sorge vor den zukünftigen Wegen unserer Außenpolitik, die sich u.a. auch in den militärpolitischen Beziehungen ausdrückt, ist elementarer Natur. Ihre Gründe liegen nicht im Parteimäßigen, Weltanschaulichen, sondern in der nackten Besorgnis um den territorialen Bestand der Sowjetunion. Diese Besorgnis mag nach unserer Auffassung zwar weit übertrieben sein. Vom russischen Standpunkt aus ist sie eine Realität. Ich halte sie daher für ehrlich und im Grunde nicht auf Bluffwirkung abgestellt.

Die inhaltliche Übereinstimmung der russischen Gedankengänge, gleichgültig ob sie auf dem amtlichen Wege oder in privater Unterhaltung, von Politiker zu Politiker oder von Soldat zu Soldat erfolgt, erscheint als eine gewisse Gewähr für ihre innere Geschlossenheit, aber auch ihre ernste Bedeutung im gegenwärtigen Zeitpunkt. Auf die militärischen Beziehungen beschränkt, stellt sich die Lage – noch – so dar, als wolle man russischerseits aus der augenblicklichen Spannung herauskommen, versuche aber dem anderen Partner die Schuld zuzuschreiben, um sich den Anspruch darauf zu sichern, dass die Initiative von der anderen Seite ausgehen müsste.

Die deutsche Hand hierzu zu bieten, bedeutet m.E. die Erhaltung der militärpolitischen Freundschaft, die sich aber nicht als Einzelercheinung auswirken kann, sondern die Ausschließung aller, das politische Verhältnis trübende Nebenerscheinungen zur Voraussetzung haben müsste; die *deutsche Seite müsste zu Angebot*²⁰ und Einsatz bereit sein (Bezug: Bericht 161/33 vom 19. 9. Beilage: I Seite 6–8²¹). Die russische Initiative abwarten heißt m.E. nicht etwa nur, die Wiederannäherung aufschieben, sondern bedeutet die Inkaufnahme eines fortschreitenden Verfalls der bisherigen Beziehungen. Dabei möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, dass sich mir das Bild auf Grund der russischen Haltung gegenüber uns Deutschen darstellt. Es ist aber noch zu günstig gesehen, wenn es zutrifft, dass man uns gegenüber etwa aus „Schonung“ jetzt noch in freundlicheren Farben malt, als bei der Diskussion mit nicht unmittelbar beteiligten Ausländern.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben: Gelesen: vTwardoswki [eigenhändige Unterschrift], unten: II F 3202³³.

PA AA, R 30097, Bl. E 432651–432661.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 460, S. 843–849.

²⁰ Der Text ist unterstrichen sowie am rechten Seitenrand mit einer Wellenlinie versehen.

²¹ Vgl. Dok. 210.

Nr. 217
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

Aus dem Protokoll Nr. 146 der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 26. September 1933.

Gehört: 133/97. Mitteilung von TASS.¹

Beschlossen:

Von TASS ist folgende Pressemitteilung abzugeben:

„Angesichts der unhaltbaren Arbeitsbedingungen, die seitens der deutschen Regierungsorgane für die Tätigkeit der sowjetischen Pressevertreter in Deutschland geschaffen wurden, die Verhaftungen, Durchsuchungen usw. unterzogen und schließlich vom Leipziger Gerichtsprozess ausgeschlossen wurden, zu dem die Pressevertreter anderer Länder zugelassen sind, haben TASS, die „Izvestija CIK SSSR i VCIK“ und die „Pravda“ ihre Korrespondenten aus Berlin abberufen.

Zugleich hat die Regierung der UdSSR beschlossen, sämtliche in Moskau tätigen deutschen Pressevertreter auszuweisen, die am 26. September aufgefordert wurden, in einer Frist von drei Tagen das Territorium der UdSSR zu verlassen“².

RGASPI, f. 17, op. 162, d. 15, l. 85. Original.

Veröffentlicht in: Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa, Dok. 201, Anm. 1.

Nr. 218
**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
 Angelegenheiten Litvinov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau
 von Twardowski**

Geheim
 Expl. Nr. 2

TAGEBUCH
 M. M. LITVINOVS

EMPfang TWARDOWSKIS, 26. IX. 1933

Twardowski teilte mit, dass er sich nach Erhalt der Mitteilung von Gen. Linde bezüglich der Ausweisung der Journalisten sofort telefonisch mit Berlin in Verbindung gesetzt habe¹, wo man von dieser Maßnahme angeblich keinerlei **Ahnung**² hatte. T[wardowski], der stark erregt war, wies auf die sich immer **mehr**³ verschlechternden Beziehungen zwischen unseren Staaten hin, unge-

¹ Der Entwurf für die TASS-Mitteilung wurde im NKID ausgearbeitet. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 116. Die endgültige Fassung stammt von Molotov. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 505, l. 75.

² „Soobščenie TASS“ (Meldung von TASS). In: Izvestija vom 27. September 1933, S. 1.

¹ Vgl. auch das Telegramm von Twardowskis an das AA vom 26. 9. 1933. In: BArch, R 43 II/1399, Bl. 78.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Vorstellung.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

achtet dessen, dass die Regierungskreise Deutschlands den aufrichtigen Wunsch hätten, diese Beziehungen wieder in Ordnung zu bringen, alle Mängel und alle Anlässe für die Beschwerden abzustellen. Vertraulich teilte er mir mit, dass der Beschluss gefasst worden sei, Rond aufzulösen⁴. Er bemerke bei uns ein immer stärkeres Abdriften unserer Politik in Richtung Frankreich. Die Sache sei so weit gediehen, dass ein Gesandter einer befreundeten Macht berichtet habe, die sowjetische Regierung hätte angeblich detaillierte Informationen über die deutschen Rüstungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Gaskrieges und der Luftwaffe an Paris geliefert, die die Franzosen auf der Abrüstungskonferenz zu verwenden beabsichtigen⁵. Die Ausweisung der Korrespondenten sei eine außerordentlich radikale Maßnahme⁶. Er, Twardowski, räume die Schuld der Deutschen für die Nichtzulassung unserer Journalisten zum Leipziger Prozess und für deren Verhaftung ein⁷, doch für letzteres habe der Polizeipräsident bereits seine Entschuldigung ausgesprochen⁸. Er meint, es wäre unsererseits eine ausreichende Geste, unsere Journalisten aus Berlin abzurufen, ohne die deutschen auszuweisen. Wir müssten verstehen, dass in Deutschland eine Revolution, wenn auch eine unblutige, stattgefunden habe, die die Machtverhältnisse gründlich erschüttert und gewisse Undiszipliniertheiten der Behörden nach sich gezogen habe. In der UdSSR habe es nicht wenige Verhaftungen von deutschen Bürgern gegeben und die deutsche Regierung habe niemals so reagiert, wie wir dies jetzt täten.

Ich erinnerte Twardowski an die zahlreichen Verhöhnungen und Beleidigungen unserer Pressevertreter. Ich sagte, dass dies vollkommen ausreiche, um unsere Gegenmaßnahmen zu verstehen. Wir könnten aber nicht den Hintergrund außer Acht lassen, vor dem die deutschen Behörden tätig waren. Ich zählte die selbstverständlich bei weitem nicht vollständigen Aktionen der deutschen Behörden auf, zu denen wir absolut ergebnislos protestiert hätten. Das Auswärtige Amt sei so lebenswürdig, unsere Proteste entgegenzunehmen, es drücke sein Bedauern aus, spreche Entschuldigungen aus, versichere, Maßnahmen zu ergreifen, doch am nächsten Tag wiederholen sich die antisowjetischen Ausfälle. Mir scheine, in

⁴ WTB-Meldung vom 28. September 1933: „Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 PVG [Polizeiverwaltungsgesetz] hat das Geheime Staatspolizeiamt die russische nationalsozialistische Bewegung ‚Rond‘ für das Land Preußen verboten und aufgelöst.“ In: BAArch, R 43 II/1488, Bl. 150. Das Verbot von Rond in ganz Deutschland erfolgte durch Verfügung des Reichsjustizministers Gürtner vom 9. 4. 1934.

⁵ Die Information, die der ungarische Gesandte von Masirevich „aus zuverlässiger Quelle“ dem AA zukommen ließ, bestand in der Mitteilung, „dass die Sowjetregierung in Paris detaillierte Angaben über angebliche Vorbereitungen Deutschlands auf dem Gebiete des Gaskrieges und der Lufrüstungen gemacht habe“. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 459, Anm. 1. Über die Instruktion, die von Twardowski wegen dieser Information erhalten hatte, und der Reaktion Litvinovs auf diese Mitteilung vgl. ebd., Dok. 459, S. 842–843.

⁶ Laut der Aufzeichnung von Twardowskis über diese Unterredung erklärte er Litvinov im Zusammenhang mit der Entscheidung, die deutschen Journalisten aus der UdSSR auszuweisen, den Protest. Vgl. ebd., Dok. 458, S. 840.

⁷ Vgl. Dok. 215, Anm. 2. Vgl. ferner die Noten der Bevollmächtigten Vertretung an das AA vom 22. 9. und 23. 9. 1933 bezüglich der Verhaftung von Kajt und Bepalov. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 121, 120–119. Vgl. auch Dok. 238, Anm. 2.

⁸ Laut der Aufzeichnung von Twardowskis heißt es: „Habe nachdrücklichst unterstrichen, dass Verhaftung Sowjetkorrespondenten in Leipzig Übergriff untergeordneter Organe gewesen sei, dass der Polizeipräsident sich persönlich entschuldigt und Auswärtiges Amt Bedauern ausgesprochen habe, damit sei jede denkbare Genugtuung geschehen.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 458, S. 840–842, hier S. 841.

Deutschland überschätze man unsere Geduld. Man verweise auf die Undiszipliniertheit, doch sei uns kein einziger Fall bekannt, dass eine solche „Undiszipliniertheit“, die uns Schaden zugefügt hat, bestraft worden wäre, selbst das Bedauern und die Entschuldigungen seien nicht bekannt gemacht worden; die deutsche Öffentlichkeit, wie auch die Schuldigen der Exzesse selbst, könnten nicht wissen, wie sich die deutsche Regierung zu alldem verhält, ob sie es billigt oder verurteilt. Deshalb dürfe man sich nicht über die Ergebnislosigkeit unserer Proteste und die „Fortsetzung der Undiszipliniertheit“ wundern. Wir wüssten aber andererseits, dass eine deutsche Zeitung, als sie es wagte, Herrn Balbo „zu beleidigen“, indem sie ihn einen Juden nannte, sofort verboten wurde⁹; als ein amerikanischer Privatmann auf der Straße beleidigt wurde, eilte ein deutscher Beamter in die amerikanische Botschaft, um die Entschuldigung auszusprechen. Es scheint so, dass sich die deutsche Regierung an unseren Protest schon als eine ganz normale Begebenheit gewöhnt hat und dafür nicht mehr empfänglich ist. Offenbar seien stärkere Mittel nötig, um der deutschen Regierung zu verdeutlichen, dass unsere Geduld Grenzen habe. Die von Twardowski unterbreitete Geste würde sicherlich in Deutschland auf Genugtuung stoßen, jedoch keineswegs in der UdSSR. Man dürfe die strafrechtliche Verfolgung von Schiebern¹⁰, Spekulanten, Spionen und anderen Straftätern, die unsere Gesetze verletzen, nicht mit den Verhöhnungen unserer gänzlich unbescholtenen Pressevertreter auf eine Ebene stellen. Die heute verkündeten Maßnahmen hätten wir schweren Herzens ergriffen, wir seien uns über deren politische Bedeutung vollkommen im Klaren, doch dies hätten uns unsere Würde und die Unmöglichkeit diktiert, das hohnsprechende Verhalten der deutschen Behörden weiter zu dulden.

Die Mitteilung Twardowskis, wir hätten den Franzosen Informationen gegeben, sei ein absolutes Hirngespinnst eines nicht ausgelasteten oder eines böswilligen Diplomaten. Wenn Deutschland unsere Freundschaft geringschätze, andere Staaten aber diese Freundschaft suchten, so näherten wir uns selbstverständlich diesen anderen Staaten an, doch daraus ergebe sich keine wie auch immer geartete Feindschaft gegenüber Deutschland oder der Wunsch, ihm zu schaden.

Twardowski äußerte seine Verwunderung, als er von mir erfuhr, dass wir bereits am 23. Chinčuk beauftragt hätten, das Auswärtige Amt über die möglichen Maßnahmen zu warnen¹¹, und Berlin diese Warnung vollkommen ignoriert habe. Er sprach den Wunsch aus, den Konflikt zu lokalisieren, und bat, die Frist für die Ausweisung der deutschen Journalisten zu verlängern, Baum aber zu gestatten, als Mitarbeiter der Botschaft zu verbleiben. Ich antwortete, da Twardowski den Korrespondenten bereits den Inhalt seiner Note¹² mitgeteilt habe, so sähen wir uns veranlasst, unsere Antwort auch zu veröffentlichen¹³. Was die Bitte bezüglich der

⁹ Vgl. Dok. 197, Anm. 5.

¹⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 23. 9. 1933, Chinčuk zu beauftragen, im Zusammenhang mit der Nichtzulassung der sowjetischen Journalisten zum Reichstagsbrandprozess, ihrer Verhaftung und Durchsuchung „unverzüglich den Protest zu erklären“ sowie „zu warnen, dass wir unsererseits nichts schuldig bleiben und die deutschen Journalisten ausweisen und unsere abberufen werden“. In: Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa, Dok. 200, S. 293. Vgl. auch dazu Dok. 238, Anm. 2.

¹² Text der deutschen Note vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 117. Nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 300, Anlage, S. 537–538.

¹³ Vgl. Dok. 221, Anm. 2.

Fristverlängerung und den Fall Baum betreffe, so sei ich an den Regierungsbeschluss über die dreitägige Frist gebunden.

Twardowski bat, den offiziellen Teil der Unterredung als beendet zu betrachten und ihm vertraulich zu sagen, welchen Ausweg ich aus dieser Situation sähe. Ich antwortete, dass wir diese Frage nicht erörtert hätten, doch persönlich scheine mir, dass sich der Ausweg von selbst aufdränge: man müsse zumindest jene Ursachen beseitigen, die zu diesem Konflikt geführt haben. Folglich müsse man meiner Meinung nach unsere Journalisten zum Leipziger Prozess sofort zulassen, sich für die Verhaftungen in Leipzig entschuldigen, die Schuldigen bestrafen und dies in der Presse bekannt geben.

LITVINOV

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4119 vom 11. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

9 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, die 2.–5. an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Kaganovič, das 7. an Gen. Molotov, das 8. an Gen. Štern, das 9. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 40–43. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 301, S. 538–540¹⁴.

Nr. 219

Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Berlin, den 26. September 1933

Herrn Reichsminister (Genf)
Abteilung IV
Abteilung V
Abteilung W

Der russische Botschafter besuchte mich heute¹ und brachte den Leipziger Journalisten-Zwischenfall² und die Abberufung der hiesigen russischen Korrespondenten bzw. die Ausweisung der deutschen Korrespondenten aus Russland zur Sprache³. Er machte dabei geltend, dass die beiden Korrespondenten, die nach Leipzig gefahren seien, bei ihrer Abreise noch nicht gewusst hätten, dass sie keinen Zutritt zu dem Reichstagsbrandprozess erhalten würden, also noch berechtigt waren, zu hoffen, dass man ihnen Zutritt gewähren werde.

Ich wies meinerseits darauf hin, dass die Angelegenheit der Korrespondenten durch den Artikel der „Iswestija“⁴ verdächtig gemacht worden sei, in dem be-

¹⁴ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Vgl. die Aufzeichnungen Chinčuks in: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 180–181.

² Vgl. Dok. 212, 215, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 217 und 218.

⁴ „Bojazn' glasnosti“ (Die Furcht vor der Öffentlichkeit). In: Izvestija vom 22. September 1933, S. 2.

hauptet wurde, die Sowjetpresse werde Mittel und Wege finden, um sich erschöpfend über den Verlauf des Prozesses zu informieren. Dadurch sei der Verdacht entstanden, die russischen Korrespondenten würden unerlaubterweise in das Gerichtsgebäude eindringen. Der Botschafter erklärte, von der Reise der Korrespondenten nichts gewusst und auf den endgültigen Bescheid hin, dass sie keine Zulassungskarte erhalten würden, sofort ihre Rückberufung telefonisch versucht zu haben. Im Hotel habe man ihm die Auskunft gegeben, die beiden seien bereits nach Berlin abgereist. Als sie hier nicht eintrafen, habe er ihre Verhaftung vermutet und sofort seinen Sekretär Hirschfeld nach Leipzig gesandt, sie zurückzuholen. Ich wies darauf hin, dass der Leipziger Polizeipräsident⁵ sich entschuldigt habe, und sprach auch mein Bedauern über den Zwischenfall aus. Im Übrigen erinnerte ich den Botschafter daran, dass nach einer früheren Abrede die Abberufung der Frau Keith uns schon vor längerer Zeit in Aussicht gestellt worden sei. Dann erläuterte ich dem Botschafter die Schwierigkeiten, die wir hätten, mit Länderregierungen derartige und ähnliche Fälle in kurzer Zeit in Ordnung zu bringen, und kritisierte unter diesem Gesichtspunkt die Absicht der russischen Regierung, der Tätigkeit der beiderseitigen Korrespondenten binnen drei Tagen ein Ende zu bereiten. Der Botschafter pflichtete mir hierin bei. Auch er bedauerte sehr den Entschluss seiner Regierung, den er aber nicht habe aufhalten können, da er auf Anfrage aus Moskau auf keinerlei Genugtuung hätte hinweisen können, die ihm zuteil geworden sei. Ich wies darauf hin, dass ein Schritt wie der russische vom Ausland begeistert aufgegriffen werden würde, um das Ende der deutsch-russischen politischen Beziehungen zu proklamieren. Man werde darlegen, dass nach den russischen Nichtangriffsverträgen⁶ und den Besuchen von Herriot und Cot⁷ der Abbruch der alten Beziehungen nunmehr eklatant festgestellt werde. Dazu kommt, dass bei Fehlen von Korrespondenten, so unzulänglich sie auch sein mögen, die öffentliche Meinung beider Länder durch die Agentur- und sonstigen Berichte aus dritten Ländern noch weiter vergiftet würden. Auch sei es schwer, die Pressebeziehungen später wieder in Gang zu bringen. Schließlich sei der Augenblick für eine derartige Aktion der denkbar ungünstigste. Der Reichstagsbrandprozess bildet naturgemäß einen Höhepunkt der Agitation. Dies sei deutscherseits der Fall angesichts der Agitation, die in den vergangenen Wochen und Monaten wegen des Reichstagsbrandes in Russland und anderen Ländern betrieben worden sei. Während des Prozesses eine öffentlich sichtbare Entspannung herbeizuführen sei unmöglich. Ich hätte schon lange das Ende des Prozesses als den Zeitpunkt für den Versuch einer solchen öffentlichen Entspannung ins Auge gefasst. Das werde erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, durch das übereilte und unkluge Vorgehen der Regierung in Moskau. Ich hätte mir vorgenommen, unabhängig von der russischen Note den Leipziger Fall und seine Hintergründe heute im Kabinett zur Sprache zu bringen, oder wenn das nicht möglich sein sollte, dem Herrn Reichskanzler vorzutragen⁸. Ob dies angesichts der Haltung der russischen Regierung zu irgendeiner befriedigenden Erklärung unsererseits führen werde, müsse ich dahingestellt sein lassen.

⁵ Oskar Knoke.

⁶ Vgl. Dok. 132, Anm. 7 und Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

⁷ Vgl. Dok. 210, Anm. 2.

⁸ Vgl. Dok. 220.

Der Botschafter benahm sich sehr verständig und bat, über meine sehr offenen Darlegungen seiner Regierung berichten zu dürfen. Ferner bat er, ihn möglichst bald zu unterrichten, falls mein Vortrag beim Herrn Reichskanzler etwas Neues erbebe.

Schließlich beklagte sich der Botschafter darüber, dass der Herr Reichswirtschaftsminister⁹ es bisher nicht möglich gemacht habe, den russischen Geschäftsträger¹⁰ und Herrn Weizer zu empfangen. Er – der Botschafter – hoffe nun, morgen den Herrn Reichswirtschaftsminister zu sprechen¹¹. Er bat auf diesen einzuwirken, dass er dem russischen Botschafter morgen Verständnis entgegenbringe.

Der Botschafter hinterließ mir eine Aufzeichnung über die deutsch-sowjetrusischen Beziehungen im Jahre 1933, in der die Lage der Sowjetangehörigen in Deutschland (Verhaftungen, Haussuchungen, Belästigungen), die Führung der Handelstätigkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen und politische Kampagnen behandelt werden¹². Er bemerkte dazu, dass er diese Aufzeichnung noch nicht nach Moskau eingereicht habe.

Im Laufe des Gesprächs erwähnte der Botschafter, dass er sich vorgenommen habe, nach Moskau zu fahren, um die deutsch-russischen Beziehungen einmal grundlegend zu besprechen. Da Stalin auf Urlaub sei, habe diese Reise keinen Zweck, denn nur mit dem Außenministerium zu verhandeln würde zu nichts führen. Er entsende aber seinen Botschaftsrat¹³ im Flugzeug nach Moskau, um zu versuchen, die gegenwärtige akute Spannung irgendwie zu überbrücken.

Bülow

Eigenhändige Unterschrift; Kenntnissnahmen, u. a. von M[eyer] 28/9.; Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 27/9. Stempel: Eingegangen 27. Sep. 1933.

PA AA, R 28308, Bl. D 562539–562541.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 455, S. 833–835.

Nr. 220

Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow

Berlin, den 26. September 1933

Herrn Reichsminister
Abteilung IV m. 2 Durchschl[ägen].

Im Anschluss an die Kabinettsitzung habe ich heute in einer Ministerbesprechung, an der der Reichswehrminister¹, der Reichsinnenminister² und Vertreter des Reichswirtschaftsministers³ sowie des Preußischen Ministerpräsidenten⁴ teil-

⁹ Kurt Schmitt.

¹⁰ Sergej Alekseevič Bessonov.

¹¹ Vgl. Dok. 223.

¹² Vgl. „Einige Bemerkungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933“. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 133–126.

¹³ Bessonov.

¹ Werner von Blomberg.

² Wilhelm Frick.

³ Hans Ernst Posse.

⁴ Erhard Milch.

nahmen, die jüngste Entwicklung der *deutsch-russischen Spannung⁵ dargelegt, wie sie in dem Abbruch der journalistischen Beziehungen ihren Ausdruck findet⁶. Ich wies auf die russischen Beschwerden, wie sie mir heute vom Botschafter⁷ in einer Zusammenstellung überreicht wurden⁸, hin und erläuterte die eigene Zusammenstellung, die wir zu diesem Kapitel gemacht haben. Dabei betonte ich besonders, dass praktisch für Russen in Deutschland Rechtlosigkeit bestehe, dass in kaum einem Falle sie auf ihre Beschwerden Genugtuung erhalten hätten und dass naturgemäß das Gefühl entstehe, dass sie willkürlich behandelt würden. Daraus sei in Moskau der Eindruck entstanden, dass die anfangs geübte Geduld keinen Zweck mehr habe, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen nicht aufrechterhalten ließen, und aus dieser Stimmung heraus werde eklatant vor aller Welt der Bruch durch Abberufung bzw. Ausweisung der Korrespondenten angekündigt. Das sei außenpolitisch schwer tragbar. Man habe früher viel von Ost- und Westorientierung gesprochen, im heutigen Augenblick könnten wir für den Bruch mit Russland außenpolitisch nichts eintauschen und könnten auch in unserer gegenwärtigen Lage nur schwer auf den „russischen Schatten“ verzichten. Dazu komme der Abbruch der bisherigen militärischen Beziehungen, die an sich sehr wohl durch neue und anders geartete ersetzt werden könnten, wenn eine einigermaßen normale Atmosphäre wiederhergestellt würde. Schließlich legte ich die Notlage der wirtschaftlichen Beziehungen dar mit einem besonderen Appell an den Reichswirtschaftsminister und warnte vor der Gefahr, dass die Russen, die ängstlich jede Zahlungseinstellung vermieden, um ihren Kredit nicht zu gefährden, politische Vorwände suchten und fänden, um ihre Schuld an Deutschland loszuwerden. Ich bat, mich zu ermächtigen, dem russischen Botschafter hier beruhigende Erklärungen abzugeben und den Herrn Reichskanzler persönlich, Krestinski zu empfangen, wenn er Mitte Oktober durch Berlin komme⁹.

Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen dar, dass eine Wiederherstellung des deutsch-russischen Verhältnisses unmöglich sei, da die Neugestaltung in Deutschland jede Hoffnung der Russen auf Durchführung der Weltrevolution vernichtet habe. Ein scharfer Antagonismus zwischen Deutschland und Russland werde naturgemäß bleiben, er sei aber nicht dafür, die deutsch-russischen Beziehungen unsererseits abubrechen oder den Russen Vorwände für diesen Abbruch zu geben. Deshalb sei er einverstanden, dass ich dem russischen Botschafter beruhigende Zusicherungen mache, und sei auch bereit, so unsympathisch ihm dies sei, Krestinski zu empfangen. Wir dürfen uns aber keinen Illusionen darüber hingeben, dass die Russen uns immer belügen und eines Tages doch im Stich lassen würden, den letzten Rest ihrer Schulden würden sie wahrscheinlich niemals abtragen.

Staatssekretär Posse machte einige Ausführungen über die Schwierigkeiten, die russischen Wünsche auf wirtschaftlichem Gebiete zu erfüllen, und der Herr Reichswehrminister erläuterte kurz die deutsch-russischen Beziehungen in der Vergangenheit.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 456, S. 837–838.

⁷ Lev Michajlovič Chinčuk.

⁸ Vgl. Dok. 219.

⁹ Vgl. Dok. 203.

Ich bat dann noch einmal, dass Maßnahmen ergriffen würden, um die zahllosen nicht genügend begründeten Übergriffe gegen Russen in Deutschland einzuschränken, wenn nicht zu verhindern. Einige Beispiele, die ich nannte, wurden erörtert. Der Reichsinnenminister führte diese unerfreulichen Erscheinungen in erster Linie auf Unklarheit der Kompetenzen und Instanzen zurück und stellte in Aussicht, hierüber dem Kanzler in anderem Zusammenhange Vortrag zu halten.

Zum Schluss der Besprechung schien die allgemeine Meinung dahin zu gehen, dass man wohl den Beschwerden der Russen nicht ganz gerecht werden könne, aber erhebliche Anstrengungen machen solle, um wenigstens einen Teil der Beschwerdepunkte zu beseitigen.

Bülow

Eigenhändige Unterschrift. Nicht entzifferte Kenntnisnahmen.

PA AA, R 28308, Bl. D 562542–562544.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 457, S. 839–840.

Nr. 221

Entwurf einer Note des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

****Anlage**

Zu Punkt 134/98-durch Befragung.

Protokoll des PB. 146**¹

[26. 9. 1933]

***ENTWURF EINER ANTWORTNOTE AN TWARDOWSKI*²**

Herr Geschäftsträger,

die Maßnahmen, die den Anlass für Ihre Note vom heutigen Datum³ geben, sind durch die systematische Verfolgung der Pressevertreter der UdSSR und eine Reihe von beleidigenden Handlungen durch deutsche Behörden hervorgerufen worden. Diese Handlungen schufen für die sowjetischen Journalisten ****in Deutschland****⁴ ein besonderes Regime und Bedingungen, die sie der Möglichkeit beraubten, ihrer Tätigkeit nachzugehen.

Es genügt daran zu erinnern, dass während der letzten sechs Monate (**ohne jegliche Veranlassung und Begründung**)⁵ der Vertreter der „Izvestija CIK“ (**SSSR i VCIK**), Frau⁶ Kajt, zweimal einer Durchsuchung und Verhaftung unterzogen

¹ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

² Der Text ist unterstrichen. Das Politbüro des ZK der VKP (B) bestätigte am 26. 9. 1933 diesen Entwurf. In: RGASPI, f. 17, op. 162, d. 15, l. 85, 89–90. Die Note wurde veröffentlicht in: Izvestija vom 27. September 1933, S. 1; sowie in: DVP, Bd. XVI, Dok. 300, S. 536–537.

³ Vgl. Dok. 218, Anm. 7.

⁴ Der Text ist über die Zeile geschrieben. Diese und die weiteren Korrekturen wurden von Molotov vorgenommen.

⁵ Die hier und im Weiteren in runden Klammern, halbfett und kursiv geschriebenen Texte fehlen in dem von Molotov korrigierten Entwurf der Note, doch sind sie in der veröffentlichten Note enthalten.

⁶ Bei der Veröffentlichung durch „Bürgerin“ ausgetauscht.

wurde. Ebenso wurde der Vertreter der „Pravda“, Herr⁷ Černjak, **zweimal**⁸ verhaftet **(und durchsucht)** *<und seine Wohnung wurde einer Haussuchung unterzogen*⁹¹⁰. Nicht von Verhaftung verschont blieb auch der Vertreter der Agentur TASS, Herr¹¹ Bepalov, der zudem grob behandelt **und**¹² einer Leibesvisitation unterzogen wurde ¹³. Ich spreche schon gar nicht von den zahlreichen Fällen des erniedrigenden ¹⁴ Eindringens von SA-Leuten in¹⁵ die Wohnungen der genannten *<sowjetischen*¹⁶ Journalisten¹⁷.

Ferner beschritten die deutschen Behörden bereits seit März den Weg der **Diskriminierung**¹⁸ der Pressevertreter der UdSSR im Vergleich zu denjenigen anderer Staaten, indem ersteren die Zulassung zur ¹⁹ Eröffnung des Reichstages²⁰ verwehrt wurde. Es bedurfte des Protests der sowjetischen Botschaft, damit wenigstens eine Ausnahme für den TASS-Korrespondenten gemacht wurde. Die gleiche Diskriminierung zeigte sich in ²¹ der Nichtzulassung der sowjetischen Journalisten zu dem in Leipzig stattfindenden Prozess, dem eine **große**²² gesellschaftliche Bedeutung zukommt und der für die UdSSR von keinem geringeren Interesse als für andere Länder ist.

Gegen diese Diskriminierung wie auch gegen die anderen feindseligen Akte gegenüber den sowjetischen Pressevertretern hat die sowjetische Botschaft in Berlin zahlreiche Proteste erhoben. Das Außenministerium hat diese Proteste als begründet und gerechtfertigt befunden und versprochen, Maßnahmen zu ergreifen. Doch dessen ungeachtet hörten diese Übergriffe nicht nur nicht auf, sondern sie nahmen nur noch beleidigendere Formen an, wobei der sowjetischen Regierung kein einziger Fall bekannt ist, dass die schuldigen Personen oder Regierungsorgane für die Undiszipliniiertheiten, auf die sich bei derartigen Fällen das Außenministerium beruft, in irgendeiner Weise bestraft worden wären.

Man darf sich nicht wundern, dass die sowjetischen Presseorgane es nicht für möglich erachteten, sich weiter mit dieser Situation abzufinden, und zu der Schlussfolgerung gelangten, dass ihre Vertreter in eine absolut **unzumutbare**²³ Situation gebracht wurden, die **ihnen**²⁴ die Möglichkeiten raubten, ihrer Arbeit nachzugehen; ihr weiterer Aufenthalt **(in Deutschland)** *<im Ausland>* ist somit sinnlos und mit der Würde der Sowjetpresse unvereinbar.

⁷ Bei der Veröffentlichung durch „Bürger“ ausgetauscht.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Sämtliche in spitze Klammern gesetzte Textpassagen sind nicht in das veröffentlichte Dokument aufgenommen worden.

¹¹ Bei der Veröffentlichung durch „Bürger“ ersetzt.

¹² Das Wort ist anstelle eines durchgestrichenen Buchstabens korrigiert worden.

¹³ Der an dieser Stelle folgende Text „und dem gedroht wurde, ihn zu erschießen“ ist gestrichen.

¹⁴ Das an dieser Stelle folgende Wort „Besuchs“ ist gestrichen.

¹⁵ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

¹⁶ Das Wort ist handschriftlich unter die Zeile geschrieben.

¹⁷ Der an dieser Stelle folgende Text „durch SA-Leute“ ist gestrichen.

¹⁸ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „feierlichen“ ist gestrichen.

²⁰ Am 22. 3. 1933.

²¹ Der an dieser Stelle folgende Text „der unbegründeten Ablehnung“ ist gestrichen.

²² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: gewaltige.

²³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: unerträgliche.

²⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Auch die sowjetische Regierung kann sich nicht mit dieser Situation abfinden. Von dem Wunsch geleitet, nicht den Weg von Repressivmaßnahmen gegen die ****Vertreter****²⁵ der deutschen Presse zu beschreiten und sie einem besonderen Regime und den gleichen erniedrigenden Handlungen auszusetzen, die die sowjetischen Journalisten in Deutschland erdulden müssen, hat die sowjetische Regierung (*es*) vorgezogen, direkt zu erklären, dass es für sie nicht möglich ist, weiterhin in der UdSSR zu verbleiben, ****solange****²⁶ die sowjetischen Journalisten in Deutschland faktisch dieser Möglichkeit beraubt sind. Ich muss bemerken, dass (***entgegen Ihrer Erklärung***) kein einziger der deutschen Journalisten, der aufgefordert worden ist, das Territorium der UdSSR zu verlassen, in den offiziellen Mitarbeiterlisten der Deutschen Botschaft geführt wird, die sie dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten überreicht hat. Sie alle haben mit dem NKID und mit anderen sowjetischen Organen ausschließlich in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Presse verkehrt.

Was Ihre Hinweise, Herr Geschäftsträger, auf die bestehenden sowjetisch-deutschen Abkommen betrifft, so nehme ich an, dass, wenn die oben aufgezählten Handlungen der ****deutschen Behörden****²⁷ mit diesen Abkommen vereinbar sind, auch die erforderlich gewordenen Gegenmaßnahmen der sowjetischen Regierung nicht als im Widerspruch zu ****ihnen****²⁸ zu betrachten sind.

Das deutsche Außenministerium ist noch am 24. des Monats²⁹ von der sowjetischen Botschaft in Berlin über die von der sowjetischen Presse beabsichtigte Abarufung ihrer Journalisten und über die möglichen Maßnahmen der sowjetischen Regierung benachrichtigt worden.

Ich bedaure es sehr, zu diesen Maßnahmen greifen zu müssen, und ich bin mir über ihre Bedeutung vollkommen im Klaren, sie sind uns aber, wie oben ausgeführt, durch das Vorgehen der deutschen Regierungsorgane aufgezwungen worden, die auch die Verantwortung für die entstandene Lage ******³⁰ tragen.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 505, l. 77–79. Original.

²⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: wenn.

²⁷ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

²⁸ Das Wort ist unter die Zeile eingefügt worden.

²⁹ Die Verbalnote, die den Protest und die Warnung enthielt, überreichte Bessonov am 23. 9. 1933 von Tippleskirch. Vgl. Dok. 218, Anm. 8; ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 455, Anm. 2, S. 833; DVP, Bd. XVI, Anm. 227, S. 858.

³⁰ Der an dieser Stelle folgende Text „und deren Abänderung auch von ihnen abhängt“ ist gestrichen.

Nr. 222

**Rundschreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
und des Leiters der Rechtsabteilung im NKID Sabanin an verschiedene
Volkskommissariate und Behörden**

GEHEIM

Nr. 22098/s¹

26. September 1933

NARKOMTJAŽPROM
NARKOMLEGPROM
NARKOMLESPROM
NARKOMFIN
NARKOMVOENMOR
NARKOMSVJAZI
NARKOMPUTI
NK RKI
CUNCHU
OGPU

Im Zusammenhang damit, dass in letzter Zeit eine Zunahme von direkten Kontakten der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft zu den wirtschaftlichen Volkskommissariaten der Sowjetunion in verschiedenen Angelegenheiten zu verzeichnen ist, die keinen Informationscharakter haben, hat das Kollegium des NKID am 10. 9. 33 beschlossen, den entsprechenden Volkskommissariaten Nachstehendes zur Kenntnis zu bringen.

Der Geschäftsverkehr zwischen der Deutschen Botschaft mit den wirtschaftlichen Volkskommissariaten erfolgt gemäß Protokoll von 1928 nur zum Zweck der Information. Infolgedessen wird bei Anfragen der Wirtschaftsabteilung, die den Rahmen von informativen Auskünften überschreiten, empfohlen, gemäß Artikel 3 des Beschlusses von CIK und SNK vom 27. August 1926 (Gesetzessammlung, Nr. 58, Artikel 426²) die schriftlichen Ersuchen zur Beantwortung an das NKID unter Beifügung von Informationen zu der Angelegenheit weiterzuleiten, die das NKID in die Lage versetzen, eine Antwort zu erteilen; bei einem persönlichen Ersuchen ist der Fragesteller an das NKID zu verweisen.

Was die Anfragen nach Informationen betrifft, mit denen die Deutsche Botschaft kraft des Protokolls von 1928 das Recht hat, sich an die Volkskommissariate zu wenden, so bittet das NKID, die Antworten zu diesen Anfragen vorab mit dem NKID abzustimmen.

Volkskommissar
Leiter der Rechtsabt[eilung]

Litvinov
Sabanin

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik* (Sammlung von Gesetzen und Verfügungen der Arbeiter- und Bauernregierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken), Moskva 1926, Nr. 58, 1. Abschnitt, Artikel 426, S. 1018–1019.

Eigenhändige Unterschriften.

Vermerke: Mitteilung. Der Beschlussentwurf ging ans Präsidium zur Unterschrift [die Unterschrift ist nicht entziffert] an Pjatakow; zur Akte Nr. 203.

Kanzleivermerke: INO Geheimbefehl. 26/IX und an Lorenc 29/IX.

Im oberen Teil befindet sich der Stempel des Sekretariats des NKTP mit der Eingangs-Nr. 2457 vom 27. 9. 1933.

Im oberen Teil befindet sich der Stempel des Sekretariats des INO NKTP mit der Eingangs-Nr. 3185 vom 28. 9. 1933.

Auf Kopfbogen der Rechtsabteilung des NKID der UdSSR geschrieben.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 10 Expl.

RGAE, f. 7297, op. 38, d. 62, l. 71–71R. Original.

Nr. 223

**Aufzeichnung der Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk mit dem Staatssekretär im AA von Bülow und mit dem
Reichswirtschaftsminister Schmitt**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 879¹

Berlin, 27. September 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

War am 27. bei Bülow auf dessen Einladung. Bülow teilte mir mit, dass er gestern, den 26. IX., nach der Kabinettsitzung am Abend mit Hitler im Beisein einiger Minister gesprochen habe². Hitler habe erklärt, dass sich seine Haltung ****gegenüber****³ der UdSSR darauf gründe, die Innenpolitik absolut von der Außenpolitik zu trennen⁴. Er hoffe auf Gegenseitigkeit seitens der UdSSR, die gleichfalls solch eine Haltung einnehmen ****sollte****⁵.

Mit Bitterkeit habe der Reichskanzler daran erinnert, dass sich Deutschland in den letzten Jahren unter dem Einfluss der kommunistischen Propaganda befunden hätte und in Deutschland Emissäre aufgetaucht wären, die in der UdSSR geschult worden seien. Daher rühre gegenwärtig auch die derart starke antibolschewistische Strömung in Deutschland. „Und jetzt“, sagte er, „nährt der Rundfunk in der UdSSR die antibolschewistische Kampagne in Deutschland.“ Dennoch erklärte der Kanzler, dass er in der Lage sei, die Frage der kommunistischen Propaganda von der der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu trennen. Für ihn sei klar, dass sich die aktuelle gespannte Lage in kurzer Zeit auflösen werde und die herrschende Missstimmung⁶ in Deutschland gegenüber der UdSSR

¹ Die Nummer ist handschriftlich geschrieben.

² Vgl. Dok. 220.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ In dem Telegramm, das Chinčuk sofort nach der Unterredung mit von Bülow an das NKID schickte, hieß es weiter: „Er [Hitler] ist in der Lage und bereit, in der Praxis die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR wieder in Ordnung zu bringen und die momentane angespannte Lage zu zerstreuen.“ Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 18, S. 72.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

wegen deren Propaganda ebenfalls verschwinden werde. Der Leipziger Prozess erschwere dies, weil die mit dem Prozess einhergehende Verschärfung in beiden Ländern nicht zur gegenseitigen Verständigung⁷ beitrage. Hitler würde gern mit Gen. Krestinskij bei dessen Durchreise durch Berlin⁸ sprechen wollen (ich sagte, dass ich nicht wisse, ob Krestinskij über Berlin fahren werde), weil er wünsche, wie er dies seinerzeit dem Botschafter mitgeteilt habe, jemandem aus dem Kreise der verantwortlichen Politiker aus dem Zentrum seinen festen Willen zu bekunden, die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR wiederherzustellen. Hitler sagte, dass sowohl die politischen als auch die geographischen Gegebenheiten eine vorbehaltlose Freundschaft zwischen der UdSSR und Deutschland gebieten, und dies müsse verwirklicht⁹ werden, so stark die Bestrebungen anderer Staaten auch sein mögen, zwischen uns einen Konflikt zu schaffen.

Bülow habe Hitler über eine Reihe von ****Konflikten****¹⁰ informiert, die sich in Deutschland mit sowjetischen Organisationen und Sowjetbürgern zugetragen haben, und nannte die Zahl derartiger Fälle (an dieser Stelle machte mich Bülow darauf aufmerksam, dass es mit der Tschechoslowakei über 200 Konfliktfälle mehr gegeben habe). Sowohl Hitler als auch Innenminister Frick hätten sich über diese große Anzahl von Konfliktfällen gewundert. Die Hauptursache dafür würden beide darin sehen, dass den Ortsbehörden nach wie vor ungenügend klar gemacht worden sei, dass die Regierung Deutschlands kategorisch die Einstellung jeglicher feindlicher Akte gegenüber der UdSSR und ihrer Organe fordert. Bezüglich des Leipziger Prozesses habe Hitler gesagt, dass er mit dem Urteil des Gerichts einverstanden sei, die sowjetische Presse nicht zuzulassen, die in Bezug auf die Angeklagten den Standpunkt der deutschen kommunistischen Partei vertrete. Die sowjetischen Journalisten seien deshalb nicht zugelassen worden, weil sie Vertreter der Parteipresse sind, nicht aber der sowjetischen Regierung. Das Urteil des Gerichts betreffe generell die Nichtzulassung von sozialdemokratischen und kommunistischen Journalisten, und deshalb könne keine Ausnahme für die oben angeführten „Partei“journalisten gemacht werden¹¹.

Ich erklärte Bülow, dass ich die Beteuerungen des Reichskanzlers auch von ihm selbst gehört hätte, ich sähe jedoch nicht, dass die Wirklichkeit mit diesen Beteuerungen übereinstimme. In dem gestern Bülow überreichten Memorandum¹² sei eine Bilanz all jener Gewaltakte gezogen worden, die gegen Einrichtungen und Bürger der UdSSR verübt worden sind. „Sie können sich davon überzeugen“,

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Dazu führte Chinčuk in seinem Telegramm aus: „Hitler erklärte, dass er Krestinskij gern empfangen wird, wenn er über Berlin zurück fährt und ihm seinen Standpunkt über unsere freundschaftlichen Beziehungen darlegt.“ In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 18, S. 72. In der von Bülow angefertigten Aufzeichnung über diese Besprechung habe Hitler auf die beharrliche Bitte des Staatssekretärs im AA, Krestinskij zu empfangen, gesagt, er „sei auch bereit, so unsympathisch ihm dies sei, Krestinski zu empfangen“. Vgl. Dok. 220.

⁹ Laut der Aufzeichnung von Bülows sagte Hitler, dass „eine Wiederherstellung des deutsch-russischen Verhältnisses unmöglich sei [...] Ein scharfer Antagonismus zwischen Deutschland und Russland werde naturgemäß bleiben.“ Vgl. Dok. 220.

¹⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Zwischenfällen.

¹¹ In seinem Telegramm verwies Chinčuk darauf, dass er von Bülow erwidert habe, dessen Ausführung entsprächen nicht der Wirklichkeit, da zum Prozess nur sowjetische Journalisten nicht zugelassen worden seien. In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 18, S. 72.

¹² Vgl. Dok. 219, Anm. 12.

sagte ich, „unter welchen Bedingungen eines erbarmungslos brutalen Regimes und unter welcher Gewalt unsere Journalisten ihre Arbeit verrichteten“.

Bülow erklärte weiter, er habe von Twardowski die Mitteilung erhalten, dass Volkskommissar Litvinov zwei Bedingungen stelle, unter denen der Beschluss bezüglich der Journalisten revidiert werden könnte:

- 1) die Zulassung unserer Journalisten zum Prozess in Leipzig,
- 2) die Bestrafung der Polizeiorgane¹³.

Die erste Bedingung sei unerfüllbar, weil die Argumente des Gerichts richtig seien und die Regierung nicht das Urteil des Gerichts beeinflussen könne.

Ich sagte, dass ich mich über seine Erklärung bezüglich der Richtigkeit der Argumente des Gerichts wundere, da er selbst gesagt habe, dass er sich um die Zulassung unserer Journalisten bemüht habe, was bedeute, dass er diese Argumente nicht als richtig anerkenne. Was die Einflussnahme auf das Gericht anbelange, wäre es besser, nicht darüber zu sprechen, weil ich solch einem Argument seitens des Staates, und insbesondere eines Staates, der erklärt, dass er die gesamte Macht in seinen Händen halte, nicht glaube.

Die zweite Bedingung stößt laut Bülow, auf technische Schwierigkeiten, weil dies nicht in drei Tagen durchzuführen ist, insbesondere dann nicht, wenn es um die Polizei gehe. Gestern wurde ein Sonderemissär dorthin geschickt, um die ganze Angelegenheit an Ort und Stelle zu untersuchen. Der Emissär kehrt erst morgen zurück.

Ich sagte ihm, dass dies derartig ernste Dinge seien, dass es für sie keine technischen Schwierigkeiten geben dürfe und man sie äußerst schnell lösen müsse.

Weiter wies mich Bülow erneut darauf hin, dass der Abbruch unserer journalistischen Beziehungen von den Ländern aufgebläht werden würde, die uns zu entzweien bestrebt seien; ein endgültiger Abbruch unserer Beziehungen würde bedeuten, eine Verbesserung erheblich zu erschweren. Es liege im gegenseitigen Interesse, den Beschluss über die Journalisten aufzuheben. Ich sagte, dass nicht wir diesen Konflikt ausgelöst hätten und deshalb das Weitere von ihnen abhängen. Zum Abschluss sagte ich Bülow, dass ich die heutige Unterredung dem Narkomindel zur Kenntnis bringen werde¹⁴.

Am 27. September hatte ich beim Frühstück bei Graf Bassewitz eine Unterredung mit Wirtschaftsminister Schmitt. Es stellte sich heraus, dass er das von Vejcer zugesandte Memorandum¹⁵ nicht gelesen hat, dagegen besaß er die Vorlage von Referent Mossdorf. Ich sprach mit ihm über die Sperrmark, worüber er sich im Bilde zeigte und zusicherte, eine Entscheidung in unserem Interesse zu treffen. Obwohl er sehr beschäftigt ist, hat er dennoch versprochen zu klären, ob er mich und Vejcer am Freitag, den 29. IX., empfangen kann¹⁶.

CHINČUK

¹³ In dem Telegramm des Botschaftsrats von Twardowski an das AA vom 16. 9. 1933 wurde diese Bedingung Litvinovs so wiedergegeben: „[...] wenn in irgendeiner Form die deutsche Öffentlichkeit zu erfahren bekomme, dass ein jeder, der einen Sowjetbürger unberechtigt behellige, zur Verantwortung gezogen werde“. In: ADAP, Ser. C, Bd. 1/2, Dok. 458, S. 840–842, hier S. 842.

¹⁴ Siehe Anm. 4. Vgl. auch von Bülows Aufzeichnung der Unterredung. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 461, S. 849–850.

¹⁵ Möglicherweise handelt es sich um ein ähnliches Dokument wie das pro memoria Vejcers und Bessonovs vom 12. 9. 1933 an von Bülow. Vgl. Dok. 202.

¹⁶ Vgl. Dok. 230.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3355 vom 1. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Litvinov, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 176–177. Original.

Nr. 224

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

Geheim
Expl. Nr. 10

119/L

27. September 1933

AN DEN
SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B), GEN. KAGANOVIČ
KOPIE: AN GEN. MOLOTOV

ZU DEN DEUTSCHEN KORRESPONDENTEN

Alle deutsche Korrespondenten haben heute das Ersuchen eingereicht, die Frist für die Ausreise zu verlängern, um ihre persönlichen Angelegenheiten zu regeln (Auflösung der Wohnung, Entlassung der Angestellten usw.). Dieses Ersuchen wird von dem deutschen Geschäftsträger von Twardowski unterstützt, der sich darauf beruft, dass im vergangenen Jahr, als der Beschluss zur Ausweisung von Kajt¹ aus Deutschland erging, ihr die Frist auf drei Wochen verlängert worden war. Er bittet, den deutschen Journalisten eine Frist von zwei Wochen zu gewähren. Außerdem bittet Twardowski, den Vertreter der Agentur Wolff, Baum, als Mitarbeiter der Botschaft hier belassen zu dürfen.

Ich schlage vor, dass eine 15tägige Frist den Journalisten nicht gewährt werden sollte, da in diesem Zeitraum der Leipziger Prozess² zu Ende gehen könnte und damit eine unserer Forderungen zur Zulassung unserer Journalisten zu diesem Prozess hinfällig wird. Darauf spekuliert wahrscheinlich Twardowski, wenn er eine solch lange Frist fordert, die keineswegs durch die Interessen der Ausgewiesenen gedeckt wird. Ich schlage deshalb vor, ihnen eine Fristverlängerung von zwei Tagen zu gewähren, d.h. bis zum 30., und ihnen mitzuteilen, dass dies der äußerste Termin ist.

Was Baum betrifft, so ist er, obwohl er nicht in den Mitarbeiterlisten der Deutschen Botschaft geführt wird, uns allen als solcher bekannt. Es ist ein Schreiben der Deutschen Botschaft aktenkundig, in dem Baum als Mitarbeiter der Botschaft genannt wird. Sein Pass trägt einen Aufenthaltsvermerk des NKID, welcher bestätigt, dass Baum Mitarbeiter der Botschaft ist. Unter diesen Bedingungen halte ich es für möglich, ihm einen weiteren Aufenthalt zu erlauben, jedoch ohne Rechte

¹ Vgl. Schreiben Aleksandrovskijs vom 15. 10. 1932 an Umanskijs. In: AVP RF, f. 056, op. 17, p. 36, d. 11, l. 90–90R.

² Der Leipziger Prozess fand vom 21. 9. bis zum 23. 12. 1933 statt.

als Korrespondent, sobald uns Twardowski offiziell davon in Kenntnis setzt, dass er ein Mitarbeiter der Botschaft ist.

Ich möchte darum bitten, den Beschluss noch heute zu fassen, damit er morgen früh den Deutschen mitgeteilt werden kann.

LITVINOV

BESCHLUSSENTWURF³

1) Die Frist zur Ausweisung für die deutschen Journalisten ist um zwei Tage, d. h. bis zum 30. September zu verlängern, wobei ihnen mitzuteilen ist, dass weitere Ersuchen um Fristverlängerung nicht geprüft werden.

2) Falls von der deutschen Botschaft eine offizielle Mitteilung darüber ergeht, dass Baum der Botschaft angehört, ist ihm zu gestatten, in Moskau ohne Rechte als Korrespondent zu verbleiben.

Vermerk: Archiv.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

10 Expl., an Gen. Kaganovič, an Gen. Molotov, an Gen. Poskrebyšev, an die Koll[egiums]-mit[glieder], an M. M. [Litvinov], ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 118–119. Kopie.

Nr. 225

**Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski
an das AA**

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 28. September 1933 21.31 Uhr

Ankunft: 28. September 23.55 Uhr

Nr. 218 vom 28. 9.

Heutiger Besuch im Außenkommissariat ergab Folgendes:

1. Aus persönlichem Entgegenkommen gegen deutsche Journalisten und „aus Humanitätsgründen“ wird die Ausweisungsfrist um 48 Stunden verlängert. Abreise muss also Sonnabend¹ erfolgen.

2. Aus Entgegenkommen gegen Botschaft wird Baum von Anweisung nicht betroffen, wenn die Botschaft Außenkommissariat mitteilt, dass Baum ausschließlich Pressebeirat Botschaft ist und Tätigkeit für WTB eingestellt hat.

3. Sonst in Haltung Sowjetregierung Milderung nicht bemerkbar. Stern ausführte: WTB-Kommuniqué habe die Lage verschärft, denn es behauptet, Sowjetjournalisten hätten sich in Leipzig „verdächtig“ gemacht. Kommuniqué versuche ferner, Sowjetjournalisten Schuld für Verhaftung zuzuschieben, weil sie sich nach Leipzig begeben hätten. Da in Leipzig auch andere zum Prozess nicht zugelassene

³ Am 27. 9. 1933 billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den von Litvinov unterbreiteten Beschlussentwurf. Vgl. Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa, Dok. 201, S. 293.

¹ 30. 9. 1933.

Zeitungsvertreter anwesend seien, bedeute diese Behauptung neue Diskriminierung. Auch Gespräch Chintschuk-Staatssekretär zeige keinen Weg zur Beilegung Konflikts².

4. Als Voraussetzung für Beilegung Konflikts wird hier nach wie vor völlige Gleichberechtigung und Gleichstellung Sowjet-Journalisten mit anderen ausländischen Korrespondenten verlangt. Äußeres Zeichen erfolgter Gleichstellung wäre die Zulassung zu Leipziger Prozess. Habe den Eindruck, dass Sowjetregierung von dieser Forderung nicht abgehen wird.

Kennzeichnend für Situation erscheint mir Nachstehendes:

Während bei früheren Konflikten zwischen ausländischen Staaten und Sowjetregierung hiesiges diplomatisches Corps und ausländische Journalisten stets einmütig gegen Sowjetregierung Stellung nahmen, wird gegenwärtig trotz persönlicher Anteilnahme für betroffene deutsche Journalisten unserem Standpunkt überraschend wenig Verständnis entgegengebracht. Dies dürfte Sowjetregierung weiter Rücken stärken.

Twadowski

Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. P (Arb.-Expl.), Abt P, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an RM gerichtet.

PA AA, R 28308, Bl. D 562556–562557.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 467, S. 858–859.

Nr. 226

Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Adjutanten Röhms, Maier

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 883

Berlin, den 28. 9. 33

TAGEBUCH des Gen. GIRŠFEL'D

[...]¹

19. IX. Mich suchten Mehnert und Richard Maier, der Adjutant Röhms, auf. Röhms ist der Ehrenpräsident der Münchener Gesellschaft für den Studentenaustausch². Richard Maier ist Leiter dieser Einrichtung. Richard Maier erklärte, dass

² Vgl. Dok. 223.

¹ Ausgelassen ist die Aufzeichnung des Telefongesprächs mit dem Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums, Meyer-Heidenhagen, am 19. 9. 1933 bezüglich der Einladungskarten für die Vertreter der sowjetischen Presse zum Leipziger Prozess. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 207.

² Gemeint ist die Akademische Auslandsstelle in München, die im Dezember 1927 gegründet worden ist.

er im Auftrag von Röhm folgenden Vorschlag zu unterbreiten habe. Da München eine Reihe von gut ausgestatteten technischen Hochschuleinrichtungen besitze, schlage das Büro für den Studentenaustausch zwecks Belebung der Kulturbeziehungen vor, eine Gruppe von sowjetischen Studenten bei sich unterzubringen, wobei ihnen alle erdenklichen Vergünstigungen gewährt würden, vor allem sei daran gedacht, ermäßigte Eisenbahnreisen zu verschaffen. Im Falle unseres Einverständnisses sei ferner beabsichtigt, ein Wohnheim für die sowjetischen Studenten zu organisieren. Die Bezahlung für das Studium, für die Unterkunft und die Verpflegung sei sehr moderat und brauche nicht in Devisen zu erfolgen, sondern könne mit der Zusendung einer entsprechenden Menge sowjetischer Literatur abgegolten werden. Was die allgemeinen Bedingungen betreffe, so bürge Röhm dafür, dass ihnen (d. h. den sowjetischen Studenten) kein einziges Haar gekrümmt werden wird. Ich habe diese Erklärung entgegengenommen und sagte danach zu Maier, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen, angesichts der antisowjetischen Ausfälle und der Verleumdungskampagnen, ein derartiger Vorschlag auf solch einen großen Widerstand in der sowjetischen Öffentlichkeit stoßen werde, dass man sich seine Realisierung kaum vorstellen könne, solange nicht eine Normalisierung eingetreten sei und die antisowjetischen Ausfälle nicht eingestellt seien. Im Übrigen habe ich ihm einige Stellen aus dem Buch von Ehrts³ zitiert. Maier antwortete, dass er die Gründe für meine Haltung zu ihrem Vorschlag angesichts der gegebenen Bedingungen vollkommen verstehe. Er sagte, dass das Buch Ehrts Ausdruck einer Psychose sei (ich bemerkte, dass diese sogenannte Psychose in recht organisierter Form zu Tage tritt) und bat, diesen Vorschlag den an den Kulturbeziehungen interessierten Organisationen zur Kenntnis zu bringen.

[...] ⁴

Giršfel'd

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3347 vom 1. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 207–210. Original.

³ Vgl. Dok. 206, Anm. 4.

⁴ Ausgelassen sind die Gesprächsaufzeichnung mit Meyer-Heidenhagen im Reichspropagandaministerium am 20. 9. 1933 bezüglich der Einladungskarten für die Vertreter der sowjetischen Presse zum Leipziger Prozess (l. 207R–208) sowie die Aufzeichnung über die Reise nach Leipzig am 22. 9. 1933 im Zusammenhang mit der Verhaftung der sowjetischen Journalisten Kajt und Bespalov (l. 208–210).

Nr. 227

Telegramm des Generalkonsuls z.D. im AA Crull an die Botschaft in Moskau

Telegramm (offen)

Abgang: Berlin 29. September 1933 12.10 Uhr

Ankunft: Moskau 29. September 1933 21.05 Uhr

Nr. 209

DIPLOGERMA

Moskau

Nachstehende Verbalnote wurde heute Vormittag Sowjetbotschaft zugestellt:

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der UdSSR auf die Verbalnote vom 22. und 23. d.M.¹ Folgendes mitzuteilen:

Die Tatsache der Nichtzulassung kommunistischer und sozialistischer Pressevertreter zum Reichstagsbrandprozess in Leipzig war der Botschaft der UdSSR bereits am 20. d.M. bekannt, denn sie hat in ihrer Verbalnote vom 20. d.M. gegen die endgültige Mitteilung der Nichtzulassung Protest erhoben². Über die Gründe, die das Reichsgericht zu einem Ausschluss von Pressevertretern genannter Richtung veranlassen, wurde die Botschaft der UdSSR durch ein Schreiben des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amts am 21. d.M. unterrichtet³. *Da Herr Bespalow, der Vertreter der amtlichen Sowjetischen Telegraphenagentur, und Frau Kaith, Vertreterin des offiziösen Blattes „Iswestija“, sind, müssen die beiden genannten Persönlichkeiten zum mindesten von der – Tatsache – der Nichtzulassung unterrichtet sein, als sie nach Leipzig fahren*⁴. Die Reise konnte also nur den – Zweck – haben, die vom Reichsgericht ausgesprochene Nichtzulassung zu umgehen. Die beiden Pressevertreter setzten sich durch diese Reise dem Verdacht aus, auf einem ungesetzlichen Wege die Teilnahme am Reichstagsbrandprozess zu erreichen. Das Verhalten der Genannten in Leipzig und deren Berichterstattung aus Leipzig, die in tendenziöser Weise den Tatbestand der Beweisaufnahme entstellte, verstärkte den bereits bestehenden Verdacht und führte zu einer vorläufigen Festnahme. Schon nach einigen Stunden jedoch erfolgte die Freilassung. Der Polizeipräsident in Leipzig wie auch die Reichsregierung haben sofort ihr Bedauern ausgesprochen. Eingehende Ermittlungen sind unverzüglich eingeleitet worden. Nach Abschluss dieser Ermittlungen wird das Auswärtige Amt die Botschaft der UdSSR von dem Ergebnis unterrichten. In einer Note des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an den Deutschen Geschäftsträger in Moskau vom 26. d.M.⁵ hat die Regierung der UdSSR den Vorfall in Leipzig zum Anlass genommen, um ganz allgemein auf die Rechtsstellung der Vertreter der Sowjetpresse in Deutschland einzugehen. Das Auswärtige Amt hält es für notwendig, hierzu Folgendes festzustellen:

Seit Monaten hat die Berichterstattung der Vertreter der Sowjetpresse zu

¹ Vgl. Dok. 218, Anm. 7.

² Vgl. Text der Note in: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 206 (in deutscher Sprache); DVP, Bd. XVI, Dok. 293, S. 524.

³ Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 16, S. 71.

⁴ Satzzeichen so im Dokument.

⁵ Vgl. Dok. 221.

schwersten Beanstandungen Anlass gegeben. Die Berichterstattung, insbesondere die der amtlichen und halbamtlichen Pressevertreter, entbehrte nicht nur der zu erwartenden üblichen Korrektheit, sie war vielmehr stets in tendenziösester Weise gefärbt und enthielt fortgesetzt starke Angriffe gegen das Deutsche Volk, die Deutsche Regierung und leitende Staatsmänner. Zu wiederholten Malen ist die Regierung der UdSSR auf das Unhaltbare dieses Zustandes aufmerksam gemacht und um Abhilfe gebeten worden, ohne dass hieraus irgendwelche Schlussfolgerungen gezogen worden wären. Die bereits seit Monaten in Aussicht gestellte Abberufung von Frau Kaith ist nicht erfolgt. Inhalt und Form der Berichterstattung der Berliner Vertreter der Sowjetpresse überschreiten in sich steigernder Weise jedes erträgliche Maß. Trotzdem sind die sowjetischen Pressevertreter in Deutschland nicht einer diskriminierenden Behandlung unterworfen worden. Wenn in letzter Zeit Pressevertreter Gegenstand unliebsamer Vorkommnisse waren, so muss in Betracht gezogen werden, dass die oben dargelegte Tendenz ihrer Berichterstattung zu einer großen Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland geführt hat, die von dieser Berichterstattung durch die ständigen deutschsprachigen Rundfunksendungen aus der Sowjetunion Kenntnis erhielt. Andererseits muss festgestellt werden, dass die in Moskau lebenden deutschen Pressevertreter zeitweilig nicht einmal ohne besondere Genehmigung amtlicher Stellen der Sowjetregierung Moskau verlassen durften. Ihre Berichterstattung unterliegt einer ständigen Kontrolle. Der Nachweis einer tendenziösen Berichterstattung dieser deutschen Pressevertreter, die auch nur im entferntesten mit der der sowjetischen Pressevertreter verglichen werden könnte, ist nicht zu erbringen. Der Grundsatz, durch eine sachliche Berichterstattung den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder zu dienen, ist von den sowjetischen Pressevertretern in Berlin fast immer verletzt worden. Auf Grund dieses ganzen Sachverhalts vermag das Auswärtige Amt eine Berechtigung für die von der Regierung der UdSSR getroffene Maßnahme nicht anzuerkennen. Die Repressalie gegen die deutschen Pressevertreter in Moskau kann keine Begründung finden in einem Vorfall, für den die Berliner Sowjetkorrespondenten selbst die Verantwortung tragen. Die Ausweisung der deutschen Pressevertreter aus der Sowjetunion ist auch aus pressepolitischen Gründen gänzlich unverständlich und stellt für die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder eine schwere Belastung dar, für die die Regierung der UdSSR die alleinige Verantwortung trägt.

Crull

Maschinenschriftliche Unterschrift als Krull. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts der handschriftliche Vermerk: A 2070, unten: A 9 f (Doppel A 9). Am linken Seitenrand befindet sich die Paraphe von Twardowskis sowie der Vermerk von gleicher Hand zdA.

PA AA, Moskau 226, o. P., 4 Bl.

Nr. 228

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 29. September 1933

Ganz geheimAufzeichnung

Herr Oberst von Stülpnagel (Reichswehrministerium – Abteilung Fremde Heere) besuchte mich heute, um Folgendes mitzuteilen:

Die Liquidation der Militärstationen in Sowjetrußland sei zufolge gestern eingetroffener Meldung restlos durchgeführt. Die anfänglichen Schwierigkeiten und Unfreundlichkeiten der lokalen Sowjetbehörden hätten nach der damaligen Intervention von Herrn Ministerialdirektor Meyer beim Sowjetbotschafter Chintschuk¹ mit einem Schlage aufgehört. Die Liquidation sei danach in den freundschaftlichen Formen erfolgt, wobei es offenbar die Sowjetmilitärbehörden angenehm überrascht habe, dass der größte Teil des Materials² ihnen zu treuen Händen und kostenlos überlassen worden ist³.

Die hohen Sowjetmilitärs hätten von den deutschen Herren aufs freundschaftlichste Abschied genommen und immer wieder ihren Dank für die wertvolle Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Dabei hätten Woroschilow und andere maßgebende Militärpersonen (außer Tuchatschewski) die Hoffnung durchblicken lassen, dass die Politik es erlauben würde, die militärischen Beziehungen demnächst wieder enger zu gestalten.

Oberst von Stülpnagel fügte hinzu, nach seinen Beobachtungen sei in den deutsch-sowjetischen militärischen Beziehungen in letzter Zeit ****eher**** eine Besserung zu verzeichnen. In Italien, von wo er soeben zurückgekehrt ist, habe er festgestellt, dass die dort befindlichen Offiziere der Roten Armee sich ostentativ unseren Offizieren angeschlossen hätten, sehr zum Missfallen z.B. der französischen Offiziere, die ihre Kritik darüber nicht hätten unterdrücken können. Auch hier glaubt Oberst von Stülpnagel eine Annäherung in der Haltung des Sowjetmilitärattachés Lewitschew erkennen zu können. Dieser habe bereits wegen Zulassung von Offizieren der Roten Armee zu deutschen Lehrgängen und wegen der Verabredung neuer Kommandos sondiert.

Reichsminister General von Blomberg habe zur Zeit Zurückhaltung empfohlen. Oberst von Stülpnagel erkundigte sich nach der Einstellung des Auswärtigen Amts.

*Ich habe mich vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Staatssekretärs zunächst dahin geäußert, dass vor Abschluss des Reichstagsbrand-Prozesses und der nächsten Abrüstungsverhandlungen in Genf meines Erachtens den Russen unsererseits keine Vorschläge gemacht werden sollten*⁵.

Hiermit – über den Herrn Gesandten Hey – dem Herrn Staatssekretär gehorsamst vorgelegt.

¹ Vgl. Dok. 162.

² Randbemerkung von Tippelskirchs: „Wert: 2,9 Millionen M[ark].“ Vgl. Dok. 248.

³ Vgl. Dok. 248.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: sogar.

⁵ Der Text ist am Rand angestrichen und handschriftliche Bemerkung: „s.r.“ [sehr richtig].

Sodann Herrn Ministerialdirektor Meyer – nach Rückkehr.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Randvermerk: Hat dem RM vorgelegen. V[ölcker]s 30/9. unter besonderem Umschlag zdA Ti[ppelskirch] 16/10. Auf dem letzten Blatt: Repr[oducatur] und Paraphe von M[eyer] 16/10.

PA AA, R 31498, Bl. E 497198–497199.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 470, S. 861–862.

Nr. 229

**Schreiben des Reichswehrministers von Blomberg an den Volkskommissar für
Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov**

Berlin W 10, den 29. September 33

Der Reichswehrminister

Sehr verehrter Herr Volkskommissar!

Die Liquidation der drei Versuchsstationen wurde am 15. 9. 1933 beendet. Damit ist eine langjährige Periode enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit zum Abschluss gekommen, die sicher nicht ohne bleibenden Wert für die Armeen beider Staaten gewesen ist.

Aus diesem Anlass ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Volkskommissar, für die wertvolle Hilfe zu danken¹, die Sie und der Stab der Roten Armee uns bei der Durchführung der Liquidationsarbeiten zuteil werden ließen. Diese Hilfe hat es allein ermöglicht, die Liquidation zu einem beide Teile befriedigenden Abschluss zu bringen².

Ich bitte Sie, hochverehrter Herr Volkskommissar, meinen Dank allen an der Liquidation beteiligten Herren zu übermitteln, und verbleibe mit den Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr ergebener

Blomberg³

*Eigenhändige Unterschrift.
Auf Kopfbogen des Reichswehrministers geschrieben.*

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 172. Original.

¹ Zur Initiative für den Brief vgl. Dok. 210, 237.

² Vgl. Dok. 248.

³ Am 8. 10. 1933 erstattete Berzin Vorošilov folgende Meldung: „Der deutsche Militärattaché Oberst HARTMANN bittet Sie persönlich um einen Empfang für die Überreichung eines Schreibens von Kriegsminister General BLOMBERG. Die Kopie der Übersetzung des oben angeführten Schreibens ist als Anlage beigelegt. Ich erbitte Ihre Weisung, ob Sie Oberst HARTMANN empfangen werden.“ Vorošilov schrieb auf die Meldung: „Wenn man dem Empfang ausweichen könnte, wäre das gut. Blomberg muss man antworten. V.“. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 158.

Nr. 230

**Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk und des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer mit
Reichswirtschaftsminister Schmitt**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 885¹

Berlin, 29. September 1933

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. CHINČUK

War heute, 29. IX., gemeinsam mit Vejcer bei Schmitt (Reichswirtschaftsminister²). Wir haben ihm alle Schwierigkeiten ausführlich dargelegt, auf die unser Export nach Deutschland stößt; wir haben darauf verwiesen, dass laut Februar-Abkommen unser Exportvolumen nicht den Export des Vorjahres³ unterschreiten sollte, unterdessen ist es aber um 44–45% zurückgegangen, während sich zur gleichen Zeit der Gesamtexport nach Deutschland lediglich um 12–13% verringerte.

Wir haben weiter auf die unkorrekte Interpretation unseres Getreideabkommens⁴ hingewiesen, nach dem die Deutschen verpflichtet sind, auch 1934 Getreide bei uns zu kaufen.

Schließlich haben wir auf das unerträgliche Verwirrspiel um die Sperrmark verwiesen: einmal bewilligt man uns zusätzlich 15 Mio. Mark und fordert eine Entschädigung von 100 000 Mark für das verkaufte Vermögen in Deutschland, das andere Mal lehnt man es plötzlich ab.

Schmitt, der sich wohlwollend gab, sagte, dass er sich bemühen werde, alles in Erfahrung zu bringen und alles Erdenkliche zu tun, und bot sich an, mit Schacht bezüglich der Sperrmarkfrage zu sprechen, bat mich jedoch, ebenfalls mit Schacht zu sprechen.

Die Begegnung mit Schacht findet erst am Mittwoch, den 4. 10., statt⁵.

Bei unserer Begegnung waren Posse und Mossdorf zugegen.

Morgen reisen alle unsere Journalisten ab⁶.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3396 vom 3. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Litvinov, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 170. Original.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Der Export der UdSSR nach Deutschland betrug 1932 270,9 Mio. Mark. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1933, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1933, S. 220.

⁴ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

⁵ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks und Vejcers mit Schacht am 4. 10. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 142–143.

⁶ Gemeint ist die während des Journalistenkonfliktes erfolgte Abberufung der sowjetischen Journalisten aus Deutschland.

Nr. 231

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen
Russlands im AA Bräutigam mit dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung
in Berlin Vejcer**

Berlin, den 30. September 1933

e. o. W. IV Ru. 4409

Am 27. d.M. besprach ich mit dem stellvertretenden Außenhandelskommissar und Leiter der hiesigen Sowjethandelsvertretung, Herrn Weizer, deutsch-russische Wirtschaftsfragen. Herr Weizer begann mit der Frage der zusätzlichen Freigabe von Sperrmarkbeträgen¹ und teilte mir mit, dass die ablehnende Haltung der deutschen Regierung in Moskau einen überaus ungünstigen Eindruck gemacht habe, da die Sowjetregierung auf dem Standpunkt stehe, dass das Reichswirtschaftsministerium eine bereits einmal gegebene Zusage wieder zurückziehen wolle. Es erscheine im Gesamtrahmen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen vielleicht merkwürdig, wenn dieser Angelegenheit eine solche Bedeutung beigemessen werde. Es käme aber eins zum andern, und es bestände die Gefahr, dass die Spannung das erträgliche Maß überschreite. Genau wie im Falle der deutschen Journalisten² genüge schließlich eine Kleinigkeit, um das Maß zum Überlaufen zu bringen. Gestörte Wirtschaftsbeziehungen seien aber viel schwerer wieder einzurenken als politische Unstimmigkeiten, für deren Gestaltung letzten Endes die gemeinsamen politischen Interessen maßgebend seien.

Ich erwiderte Herrn Weizer, dass das Auswärtige Amt sich sehr stark für eine befriedigende Regelung der Angelegenheit eingesetzt habe, dass aber, wie wir gehört hätten, die finanzpolitischen Bedenken sehr stark seien. Immerhin sei das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Herr Weizer erörterte dann eingehend die Getreidefrage mit den bekannten Argumenten. Moskau und er verträten den Standpunkt, dass Deutschland das Getreideabkommen vom 2. Mai 1932³ gebrochen habe. Umso größere Verstimmung habe es hervorgerufen, dass Deutschland in Ungarn, *Jugoslawien⁴ und Rumänien in größerem Umfange Getreidekäufe getätigt habe, wenn es sich auch um private Kaufabschlüsse handle. Man sei aber überzeugt, dass die Reichsregierung Hilfestellung geleistet habe. Tatsache sei jedenfalls, dass die Sowjetunion hinsichtlich des deutschen Getreideimports völlig unberücksichtigt bleibe. Ohne eine regierungsseitige Einwirkung auf die deutschen Mühlen sei nicht daran zu denken, dass die Sowjetunion in Deutschland Getreide absetzen könne, da die deutschen Mühlen bei den hohen Zöllen eine größere Gewinnmarge bei der Einfuhr von hochwertigem kanadischen Weizen (Manitoba) hätten.

Ich erwiderte Herrn Weizer, dass nach unserer Auffassung der Text des Getreideabkommens vom 2. Mai v. J. uns keine Verpflichtungen für das laufende Jahr auferlegte, dass das Reichsernährungsministerium sich aber trotzdem bereit gefunden habe, mit der Handelsvertretung über die Einfuhr von sowjetischem Getreide

¹ Vgl. Dok. 154, Anm. 2.

² Vgl. Dok. 217.

³ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

⁴ Das Wort ist unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

zu verhandeln. Selbstverständlich seien von deutscher Seite Gegenwünsche vorgebracht worden, die die Sowjetseite jedoch abgelehnt habe, ohne auch nur den Versuch zu machen, hierüber zu verhandeln. Ein Anerbieten des Reichsernährungsministeriums, ein Kompensationsgeschäft in Getreide zu vermitteln, sei von Sowjetseite unbeachtet geblieben.

Herr Weizer hob besonders hervor, dass die Stimmung in Moskau berücksichtigt werden müsse. Die Sowjetregierung müsse zur Zeit die allergrößten Anstrengungen machen, um ihren Zahlungsverpflichtungen an Deutschland gerecht zu werden. Gold und fast alle zur Verfügung stehenden Devisen müssten zur Bezahlung der Schulden in Deutschland verwandt werden. Diese ungeheure Kraftanstrengung werde von Deutschland nicht gewürdigt. Der Export nach Deutschland gehe stark zurück, und in allen Fragen, die eine Verbesserung der sowjetischen Zahlungsbilanz bedeuteten, nähme die deutsche Regierung eine ablehnende Haltung ein. Die Sowjetregierung sei gewillt, ihren Verpflichtungen in Deutschland nachzukommen. Deutschland dürfe aber den Bogen nicht überspannen. Im Falle einer Zahlungseinstellung nach Deutschland – selbstverständlich sei dies nur hypothetisch gesagt – würde der Weltkredit der Sowjetunion in keiner Weise erschüttert werden. Im Gegenteil, die internationale jüdische Finanzwelt würde sich freuen, und die Sowjetregierung würde wahrscheinlich eher Finanzkredite im Auslande erhalten, wenn sie nicht mehr mit der deutschen Hypothek belastet sei. Noch dieser Tage hätten holländische Regierungs-Kreise ihn gefragt, warum denn die Sowjetregierung immer noch an Deutschland zahle, das seinerseits an seine ausländischen Gläubiger keine Zahlungen leiste. Nachdem so viele Staaten ihren Auslandsverpflichtungen nicht mehr nachkämen, meinte Herr Weizer, könne es den Sowjetkredit auch nicht erschüttern, wenn – er betonte wiederholt das Hypothetische seiner Äußerungen – die Sowjetregierung ihre Zahlungen an Deutschland in Moskau in Rubeln auf Sperrkonto leiste und den Transfer vorläufig aufschöbe.

Ich wies Herrn Weizer eingehend auf die nunmehr zwei Jahre andauernden ständigen Bemühungen der deutschen Regierung hin, der Sowjetunion bei der Abdeckung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber Deutschland zu helfen (Protokoll vom 22. 12. 31⁵, Reichsmarkabkommen vom 2. 5. 1932⁶, Zolltarifabkommen vom 27. Mai 1932⁷, Protokoll vom 17. 1. 33⁸, Überbrückungskredit vom 25. 2. 1933⁹, Empfehlungsschreiben hinsichtlich des Bezuges von sowjetischem Naphtha¹⁰ usw.), und erklärte, wir könnten nicht einsehen, dass wir als Entgelt für die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung, die in Deutschland gekauften Waren auch zu bezahlen, noch Sonderleistungen zu übernehmen hätten. Wir seien durchaus bereit, die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion weiter zu pflegen,

⁵ Vgl. Protokoll über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, 22. 12. 1931. In: DVP, Bd. XIV, Dok. 386, S. 728–730.

⁶ So im Dokument; richtig: 3. 5. 1932. Vgl. Vereinbarungen zwischen der Reichsbank und der Handelsvertretung der UdSSR, 3. 5. 1932. In: ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 72, Anlage 3, S. 157–158; DVP, Bd. XV, Dok. 200, S. 294–296.

⁷ So im Dokument; richtig: 28. 5. 1932. Vgl. Protokoll über Zolltariffragen und gegenseitige Anerkennung der Warenursprungszeugnisse. In: Reichsgesetzblatt 1932, Teil II, S. 143–144.

⁸ Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 16, S. 31–36.

⁹ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

¹⁰ Vgl. Dok. 129.

unsere Bereitwilligkeit finde jedoch ihre Grenze an der innerdeutschen Wirtschaftspolitik. Außerdem wüßten wir nicht, wie die Sowjetregierung uns hinsichtlich weiterer Bestellungen behandeln würde. In den letzten Monaten seien die Bestellungen auf ein Minimum zurückgegangen; die Sowjetbestellungen hätten in den letzten 2 Monaten nur 9 Mill. RM betragen.

Herr Weizer erklärte, dass bisher nicht beabsichtigt sei, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber anderen Staaten differenziert zu behandeln. Er müsse aber darauf aufmerksam machen, dass in den Ländern mit abgewerteten Valuten, aber auch in Frankreich, Belgien, Holland und Polen die Preise erheblich unter den deutschen lägen. Auch könne die Sowjetunion z.B. Produkte der IG-Farben-Industrie heute billiger aus Holland beziehen als bei der IG selbst, da die Exporte der IG nach dritten Ländern in sehr großem Umfange mit billig gekaufter Sperrmark bezahlt würden.

Das Ergebnis des Gesprächs lässt sich etwa wie folgt zusammenfassen:

1) Die Sowjetregierung beabsichtigt nach wie vor, ihre Zahlungen an Deutschland zu leisten. Sie hat jedoch offenbar bereits Erwägungen darüber angestellt, welche Auswirkungen eine Einstellung der Zahlungen an Deutschland zur Folge haben würde. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetregierung einen neuen schwerwiegenden wirtschaftlichen Zwischenfall zum Anlass nehmen würde, den Transfer ihrer Schulden nach Deutschland zu unterbrechen. Dieser Gefahr könnte deutscherseits dadurch vorgebeugt werden, dass die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, die glaubt, für die prompte Durchführung der Zahlungen an Deutschland eine Anerkennung erwarten zu können, weiterhin eine pflegliche Behandlung erfahren.

2) Es liegt bisher keine Anweisung vor, Deutschland hinsichtlich der künftigen Bestellungen der Sowjetunion zu diskriminieren. Eine solche Diskriminierung kann aber eintreten, wenn deutscherseits den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen nicht ein größeres Interesse entgegengebracht wird.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94658, Bl. E 664702-664706.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 462, S. 851-853.

Nr. 232

Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin und des Chefs des Sektors für Heeres- und Marineattachés im Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten Langovoj an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov

Ganz geheim¹
[September 1933]

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR HEERES- UND MARINEANGELEGENHEITEN
UND VORS[ITZENDEN] DES RVS
Gen. VOROŠILOV

Im Zusammenhang mit der Vorlage eines Auszugs aus dem Schreiben von Gen. LEVIČEV melden wir:

Die Deutschen versuchen auf nachdrücklichste Weise der ganzen Welt zu beweisen, dass in den deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen keinerlei ernste Veränderungen vor sich gegangen sind. Dies wird mit dem (allerdings erfolglosen) Versuch demonstriert, eine ganze Abteilung von 18 Offizieren unter dem Vorwand nach Tomka zu schicken, um das Eigentum abzutransportieren. In Wirklichkeit soll damit aber mit den angeblich engen militärischen Kontakten zur Sowjetunion spekuliert werden. Dies bestätigt auch das Schreiben des Gen. Levičev. Die Deutschen hielten es nicht einmal für nötig, die Frage prinzipiell zur Sprache zu bringen, sondern konfrontieren uns mit der Tatsache, dass sie einen Kandidaten für die Dienststellung eines Gehilfen des Militärattachés für die Marine benennen. Es ist durchaus möglich, dass uns das gleiche mit dem Luftgehilfen passieren wird. Im Ergebnis dessen würde sich in Moskau eine komplette Militärmission bilden, und dies ausgerechnet jetzt.

Möglicherweise wäre es jetzt (wie dies Gen. KRESTINSKIJ meint) unangenehm, die Ernennung des Gehilfen für die Marine abzulehnen². Wir schlagen jedoch vor, dass man Gen. LEVIČEV folgende Weisung erteilen muss:

1. Den Deutschen zu verstehen zu geben, dass es unserer Meinung nach für eine Erweiterung der militärischen Vertretung einer *vorherigen prinzipiellen*³ Erörterung und Entscheidung bedarf.

2. Den Deutschen mitzuteilen, dass wir von Baumbach nur deshalb empfangen, weil wir sie nicht in eine peinliche Situation bringen wollen.

3. Den Deutschen mitzuteilen, dass wir den Personalbestand unserer (der sowjetischen und der deutschen) Militärvertretungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Erfüllung ihrer Funktionen als ausreichend betrachten.

*Zu dem Dargelegten sowie zur Frage der Entsendung eines Gehilfen des Militärattachés für die Marine nach Deutschland bitten wir um Ihre Weisungen*⁴.

CHEF DER IV. VERWALTUNG
DES STABES DER RKKA
BERZIN

CHEF DES SEKTORS FÜR
MILITÄR- UND MARINEATTACHÉS
LANGOVOJ

¹ Die Geheimhaltungsstufe ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 195.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

[Anlage]

AUSZUG AUS DEM SCHREIBEN
des Gen. LEVIČEV

Auf meine Meldung, dass die Deutschen den Austausch von Marine- und Luftattachés aufzunehmen wünschen, wurde mir mitgeteilt, das K[liment] E[fremovič]⁵ der Meinung ist, dass eine derartige Erweiterung der Beziehungen auf der militärischen Schiene zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwünscht ist. Nichtsdestoweniger habe ich heute von dem Marineverwaltungsamt die Beurteilung eines Marineoffiziers mit Namen von Baumbach erhalten, der ab 1. Oktober in die UdSSR als Attachégehilfe⁶ für die Marine abreist.

Unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin hat, soviel ich weiß, lediglich die Frage nach dem Austausch von Luftattachés aufgeworfen, in meiner Anwesenheit war eigentlich von Marineattachés nicht die Rede. Wenn diese Frage bereits tatsächlich entschieden ist, so bleibt uns nichts anderes übrig, als einen Marineattaché hier zu haben.

Was die Kandidatur von Baumbachs betrifft, so liegen mir über ihn keine Erkenntnisse vor, außer die beigefügte Auskunft des Ministeriums⁷. Nach dieser Auskunft zu urteilen, kennt er sich in den russischen Angelegenheiten offenbar aus, spricht Russisch und war Referent für russische Angelegenheiten, kurzum, er ist ein waschechter Nachrichtendienstler.

AUSZUG BEGLAUBIGT:

Stellvertreter des Chefs des Sektors für Militärattachés

M. Glinskij

Eigenhändige Unterschriften.

Beglaubigte Kopie mit eigenhändiger Unterschrift.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 129–130. Original und beglaubigte Kopie.

⁵ Vorošilov.

⁶ Das Wort „Gehilfe“ ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Nicht in der Akte enthalten.

Nr. 233
**Bericht eines deutschen Gewährsmannes aus Moskau an
 das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin**

Abschrift¹

Moskau, September 1933

Bericht No. 27

Russland

Mit der russisch-deutschen Freundschaft ist es nun endgültig aus. Was bisher seitens der Sowjet-Russen bemäntelt und in verkleideter Form betrieben wurde, wird jetzt offen ausgesprochen und gezeigt. Die offiziellen Beziehungen sind zurzeit so schlecht, dass nur eine Kriegserklärung es noch verschlimmern könnte – wohlgemerkt die offiziellen Beziehungen, *denn in der russischen Armee, wie im russischen Volk denkt man anders*².

Auf Verlangen der Sowjet-Regierung findet nunmehr *die Auflösung unserer geheimen Militärorganisationen statt und erfolgt die Liquidierung der Drusag, der Deutsch-Russischen Saatgemeinschaft*³, unserer einzigen landwirtschaftlichen Konzession. Über diese beiden Institutionen folgt näheres im nächsten Bericht. Heute nur soviel, dass in beiden Fällen die Sowjets auf äußerste Beschleunigung der Auflösung dieser großen Organisationen drängten. Tatsächlich ist die Übergabe unserer Flieger-, Tank- und Gasstationen bereits im vollen Gange. Viele deutsche Offiziere und Techniker haben Russland schon verlassen. Hervorzuheben ist, dass die Sowjet-Regierung, nachdem einmal die Einwilligung zur Räumung seitens der deutschen Regierung gegeben war, im Gegensatz zu ihrem bisherigen Verhalten sich großzügig und entgegenkommend zeigte und auf unsere Forderungen, bestimmte Flugzeuge, Tanks und dergleichen herauszugeben, sowie auf unsere Ersatzansprüche einging. Auch die Verhandlungen über die Liquidierung der Drusag, die noch im Gange sind⁴, verlaufen bisher reibungslos.

Wollte man nach dem Grund zu dieser Schwenkung in der russischen Politik suchen, so müsste man bis auf die Zeiten zurückgreifen, in denen Stresemann unsere Politik leitete. Jene Schaukel-Politik Rapallo-Locarno, die weder in Frankreich noch in Russland wirklich gute Beziehungen aufkommen ließ. Trotzdem darf man nicht verkennen, dass uns diese russische Freundschaft jahrelang eine große Hilfe war. Natürlich, diese Hilfe war nur eine imaginäre, aber auch in der Politik haben imaginäre Größen einen gewissen Wert.

Der innere Bruch zwischen den Sowjets und uns vollzog sich in dem Augenblick, als sich die jüdisch-mongolischen Machthaber der Hitler-Regierung gegenüber sahen. Äußerlich fand das in der Gräuel-Hetze seinen Ausdruck, die immer

¹ Dazu gibt es ein Anschreiben des AA auf Kopfbogen mit folgendem Wortlaut: „Auswärtiges Amt, Nr. IV Ru 580. Berlin, den 28. Februar 1934. Im Anschluss an das Schreiben vom 22. d. M. – IV Ru 580 – betreffend die Konzession der Deutsch-Russischen Saatbau AG (Drusag) im Nordkaukasusgebiet, wird anliegend die versehentlich hier zurückgebliebene Anlage des dortigen Schreibens vom 2. d. M. – II F 1 – 382/ 73 – ergebnis zurückgesandt. Büro IV. An das Geheime Staatspolizeiamt.“ Das Anschreiben ist mit dem Stempel: Gestapa 4. März 1934. II F versehen. Vgl. RGVA, f. 501/K, op. 1, d. 1476, l. 1.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 181, 187.

schlimmer wurde, als unsere Presse über das Hungerelend in Russland berichtete, als einige Sowjetjuden in Deutschland verprügelt und als die Aufkäufer, die die Sowjet-Regierung zum offiziellen Ankauf von Maschinen zu Krupp entsandt hatte, durch die Polizei nach Propagandamaterial durchsucht wurden, als Hugenbergs Memorandum⁵ erschien und besonders, als *Pg. Rosenberg Leiter des APA wurde*⁶.

Alles dies kam den Franzosen sehr gelegen. Der neue französische Botschafter Alphand⁷, der im Mai nach Moskau kam, bereitete den Schlag vor, Herr Herriot führte ihn durch und besiegelte jetzt den neuen Freundschaftsbund *Russland-Frankreich*⁸. Die grundlegende Bedingung der Franzosen war: *Ehe wir verhandeln, müssen die Deutschen aus Russland heraus*⁹. Sie wurde prompt erfüllt. Auch sonst taten die Russen alles, um die französische Freundschaft zu gewinnen, und ließen es sich etwas kosten, Herrn Herriot Potjomkinsche Dörfer vorzuführen¹⁰: Als Herriot Rostow besuchte, wurden alle schlecht gekleideten Leute in ihren Häusern eingesperrt, aus der Umgegend wurden Autos zusammengezogen, um lebhaften Verkehr zu markieren; in Moskau gab es in einem der großen Arbeiter-Speisehäuser statt der sonst üblichen Wassersuppe ein richtiges Mittagessen mit Fleisch, als Herriot die Anstalt besuchte; zu der großen Festvorstellung „Paris in Flammen“ in der großen Oper zu Ehren des französischen Freundes wurden Karten nur an bessergekleidete Leute ausgegeben. Mit dem Riesen-Ballett wurde erneut vor Frankreich und der französischen Revolution Kotau gemacht, wie im Frühjahr beim Eintreffen des französischen Botschafters (siehe Bericht No. 24). Trotz der wahrhaft fürstlichen Ehren zweifelt doch jedermann an dem Bestand dieser überschwänglichen Freundschaft. Es fehlen ihr die natürlichen Grundlagen. Schon jetzt hält sich die französische Regierung bei der Gewährung der Kredite zurück und überlässt dies der Privatinitiative.

Die Veränderung der Stimmung Deutschland gegenüber betrifft nur die offiziellen Kreise; das muss besonders betont werden. *Das Volk hat im Wesentlichen nur einen Gedanken: nämlich den, den Hunger zu stillen, und hofft im Übrigen auf – Hitler!*¹¹ Ja selbst die Judenschaft würde, soweit sie nicht in Staatsstellen sitzt, eine Staatsform wie die unsrige als das kleinere Übel ansehen. Wie das Volk denkt, zeigt die Tatsache, dass – wie mir kürzlich ein deutscher Pfarrer erzählte – in seinem Bezirk über die Hälfte der neugeborenen Knaben „Adolf“ getauft werden.

Einzelheiten:

1. Die Wirkung des Beileidstelegramms des Herrn Luftfahrtministers Göring¹² war so günstig, dass man vorschlagen möchte, ein namhaftes Mitglied der NSDAP als offizielle Persönlichkeit nach Moskau zu senden.

⁵ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

⁶ Der Text ist unterstrichen. Mit der Abkürzung ist das Außenpolitische Amt der NSDAP gemeint.

⁷ Alphand überreichte am 14. 6. 1933 Kalinin das Beglaubigungsschreiben.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Vgl. Dok. 210, Anm. 2.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Am 9. 9. 1933 schickte Göring an Molotov ein Beileidstelegramm anlässlich des Flugzeugunglücks am 5. 9. 1933 unweit von Moskau, bei dem führende Persönlichkeiten der Flugzeugindustrie und der Zivilluftfahrt der UdSSR ums Leben kamen. Vgl. Izvestija vom 10. September 1933, S. 2.

2. Ebenso würde die Entsendung *deutscher Künstler*¹³ günstige Wirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen haben. Bisher war die deutsche Kunst nur vertreten durch die jüdischen Herren Toller, Stiedry, Feuermann u. a.

3. Da deutsche Reisende in Russland sowohl von der Polizei wie von der Bevölkerung mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt werden, wäre zu raten, Sowjet-Russen in Deutschland ebenso zu begegnen.

4. Dem Vernehmen nach soll erneut versucht werden, die Mitglieder der deutschen Botschaft in Moskau geschlossen in der NSDAP aufzunehmen. Ich warne nochmals eindringlich davor, die Partei mit *Leuten vom Schlage des v. Twardowsky, Hilger, Lamla*¹⁴ und Metzger *zu belasten*¹⁵.

5. Ich schlage vor, Leute von internationalen Ruf, wie den Prof. Grabbay¹⁶, als unsern Gast nach Deutschland einzuladen.

RGVA, f. 501/K, op. 1, d. 1476, l. 2–4. Kopie. In deutscher Sprache.

Nr. 234

Schreiben des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey an die Botschaft in Moskau

Berlin W 8, den 2. Oktober 1933

IV Ru 4356

An die
Deutsche Botschaft
in Moskau

Auf den Bericht vom 19. d. Mts.

– Nr. A 1997¹ –

In einer Unterredung, die der Sowjetbotschafter mit dem Herrn Staatssekretär am 26. d. Mts. über den Journalistenkonflikt gehabt hat², hat Herr Chintschuk eine Aufzeichnung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933 hinterlassen, in der die von der Sowjetseite beanstandeten Vorkommnisse der letzten Zeit zusammengestellt sind³. Der Botschafter bemerkte dazu, dass er diese Aufzeichnung noch nicht nach Moskau eingereicht habe. Abschrift der Aufzeichnung folgt.

Im Laufe des Gesprächs mit dem Herrn Staatssekretär erwähnte der Botschafter, dass er sich vorgenommen habe, *demnächst nach Moskau zu fahren, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen dort mit Stalin grundlegend zu besprechen, sobald dieser vom Urlaub zurückgekehrt sei.*⁴ Inzwischen entsende *er Bot-

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁵ Die Textstelle ist unterstrichen.

¹⁶ Darunter ist handschriftlich „Grabar“ geschrieben. Gemeint ist Igor' Ėmmanuilovič Grabar'.

¹ Vgl. Dok. 209.

² Vgl. Dok. 219.

³ Vgl. Dok. 219, Anm. 12.

⁴ Der Text ist unterstrichen, der Name Stalin zweimal.

schaftsrat Bessonoff im Flugzeug nach Moskau^{*5}, um zu versuchen, die gegenwärtige akute Spannung irgendwie zu überbrücken.

Der Herr Staatssekretär hat, nachdem er eingehend seine Ansicht über den Journalisten-Konflikt geäußert hatte, dem Sowjetbotschafter erklärt, er habe die Absicht gehabt, unabhängig von der Beschwerdenote der Sowjetbotschaft die Festnahme der beiden Sowjetpressevertreter⁶ sogleich im Kabinett zur Sprache zu bringen, oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, dem Herrn Reichskanzler Vortrag zu halten. Ob dies angesichts des übereilten Vorgehens der Sowjetregierung zu irgendeinem befriedigenden Ergebnis führen werde, müsse dahingestellt bleiben. Botschafter Chintschuk bat, diese Mitteilungen seiner Regierung berichten zu dürfen, sowie um möglichst baldigen Bescheid über das Ergebnis der beabsichtigten Schritte.

In einer zweiten Unterredung vom 27. d. Mts.⁷ hat der Herr Staatssekretär dem Sowjetbotschafter Mitteilungen darüber gemacht, welche Einstellung der Herr Reichskanzler und die zuständigen Reichsminister zu dem Leipziger Zwischenfall und seinen Auswirkungen, sowie zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen überhaupt eingenommen haben.

Der Herr Reichskanzler habe erklärt, er sei durchaus in der Lage und *bereit, zwischen parteipolitischen und außenpolitischen Fragen zu unterscheiden^{*8} und die deutsch-sowjetischen Beziehungen danach zu gestalten. Er frage sich aber, *ob Sowjetrussland, das die Weltrevolution zum Programm^{*9} erhoben habe, in der Lage sei, dieselbe Unterscheidung zu machen. Auch sei in Deutschland nicht vergessen, dass *10 Jahre lang russische Emissäre und für diesen Zweck in Sowjetrussland besonders ausgebildete Deutsche kommunistische Propaganda in Deutschland getrieben hätten^{*10}. Infolgedessen sei die antibolschewistische Stimmung in Deutschland außerordentlich stark, zumal die Sowjetpropaganda in Gestalt des *Rundfunks und anderer Mittel noch immer anhalte^{*11}. Der gegenwärtige Prozess über die Reichstagsbrandstiftung in *Leipzig bilde einen Höhepunkt^{*12} sowohl dieser Propaganda *wie auch der Erregung bei uns gegen den Bolschewismus, und dieser Höhepunkt sei nicht der gegebene Moment, um eine Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeizuführen^{*13}. *Trotzdem^{*14} sei der Herr Reichskanzler bereit, den Stellvertretenden Volkskommissar *Krestinski^{*15}, *falls er den Wunsch danach äußere,^{*16} auf der Durchreise hier zu empfangen und *die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit ihm zu besprechen^{*17}. *Der Herr Reichskanzler halte sich vor Augen, dass Fragen der Parteipolitik ihr Gesicht wandelten, dass aber die Völker, die außenpolitischen Interessen und die geographische Lage

⁵ Vermerk am Seitenrand: auf Urlaub.

⁶ Lili Maksimovna Kajt und Ivan Michajlovič Bepalov.

⁷ Vgl. Dok. 223.

⁸ Der Text ist unterstrichen und am Rand handschriftlich mit 1) versehen.

⁹ Der Text ist unterstrichen und am Rand handschriftlich mit 2) versehen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen und am Rand handschriftlich mit 3) versehen.

¹⁴ Das Wort ist zweifach unterstrichen.

¹⁵ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist zweifach unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

unverändert bleiben, und er sei bereit, dies bei der Beurteilung und Behandlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu berücksichtigen^{*18}.

Dem Herrn Reichskanzler seien die zahlreichen Zwischenfälle vorgetragen worden, die sowjetischerseits hier zur Sprache gebracht worden wären, wobei der Herr *Reichsinnenminister¹⁹ in Aussicht gestellt habe, mit dem Herrn Reichskanzler organisatorische Maßnahmen zu besprechen, um diesem Übel abzuhelpfen,^{*20} das seiner Ansicht nach in erster Linie auf die Überschneidung der Kompetenz verschiedener Stellen zurückzuführen sei. Der Herr Staatssekretär erwähnte beiläufig hierzu, dass *andere Länder sogar in noch zahlreicheren Fällen Beschwerden ähnlicher Art anzuführen hätten^{*21}.

Der Herr Reichskanzler habe sich weiter dahin ausgesprochen, dass er die Haltung des Staatsgerichts in Leipzig, das kommunistische und sozialdemokratische Korrespondenten nicht zulassen wolle, durchaus verstehe. *Angesichts der dauernden Parteinahme der Sowjetpresse für die Angeklagten und ihre Motive sei eine objektive Berichterstattung durch Sowjet-Pressevertreter nicht denkbar.^{*22} Diese Sowjetpressevertreter verlangten nicht als Vertreter der Sowjetunion zugelassen zu werden, sondern als Vertreter der kommunistischen Weltanschauung, und sie *betrachteten demgemäß auch die Verhandlungen des Leipziger Gerichts nur vom kommunistischen Parteistandpunkt aus, wie ihre bisherige Haltung sattem erwiesen habe^{*23}.

Der Herr Staatssekretär sagte dem Botschafter ferner, dass er nach dieser Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler aus Moskau erfahren habe, dass Herr Litwinoff zwei Bedingungen für die Beilegung des Journalisten-Konflikts aufgestellt hätte, nämlich die *nachträgliche Zulassung von Sowjetpressevertretern zu dem Leipziger Prozess, eine Forderung, die gänzlich unerfüllbar sei, und ferner eine Bestrafung der Polizeiorgane, die sich Übergriffe gegen die beiden Sowjet-Pressevertreter in Leipzig erlaubt hätten. Die letztere Forderung sei voreilig^{*24}, und es sei zu bedauern, dass die Sowjetregierung nicht die Klugheit gehabt habe, abzuwarten, was die Untersuchung in Leipzig ergeben würde. Von Berlin aus sei inzwischen ein besonderer Beamter zur beschleunigten Untersuchung der Angelegenheit nach Leipzig entsandt worden. Sein Bericht liege dem Herrn Staatssekretär noch nicht vor. Anschließend wiederholte der Herr Staatssekretär seine bei der vorhergegangenen Besprechung gegenüber dem Sowjetbotschafter gemachten Ausführungen über die Unklugheit des von der Sowjetregierung beabsichtigten Abbruchs der journalistischen Beziehungen.

Botschafter Chintschuk teilte zunächst mit, dass er die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs vom Vortage bereits nach Moskau gemeldet habe. Auch werde Botschaftsrat Bessonoff, der am 27. September nach Moskau geflogen sei, mit dem Volkskommissar Litwinoff sprechen. Er – Chintschuk – *verstehe auch

¹⁸ Der Satz ist am Rand zweifach angestrichen und handschriftlich mit 4) versehen.

¹⁹ Wilhelm Frick.

²⁰ Der Text ist unterstrichen und der Halbsatz davor am Rand handschriftlich mit 5) versehen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Der Satz ist unterstrichen und der Satz davor am Rand handschriftlich mit 6) versehen.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Der Text ist unterstrichen.

nicht die Übereilung, mit der seine Regierung handle*²⁵. Eben sowenig verstehe er allerdings unsere Haltung gegenüber den Sowjet-Pressevertretern und ihre Nichtzulassung zu dem Leipziger Prozess. Tatsache bleibe, dass kein einziger Sowjet-Pressevertreter zugelassen werde. Dies scheine ihm auch aus dem Grunde nicht zweckmäßig, weil ein zugelassener Pressevertreter – und sowjetischerseits hätte man sich mit der Zulassung eines offiziellen TASS-Vertreters begnügt – viel vorsichtiger und objektiver berichten würde als die Korrespondenten, die nunmehr auf die Beobachtung anderer Journalisten angewiesen seien.

Im Auftrag
Hey

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Auswärtigen Amtes geschrieben. Stempel Deutsche Botschaft Moskau Eing. 5. Okt. 1933 Tgb. Nr. A 2127. Die Journalnummer ist handschriftlich eingefügt. Vermerk: Kl. Umlauf. Vermerke am Seitenrand: Mapped Stern und Seitenende: A 9 geh (Vorm A 9 f) und Kenntnisnahmen mit Datumsangaben von: D[lirksen] 12/10, Hi[lger] 11/10, Tw[ardowski].

PA AA, Moskau 215, Bl. 429766–429770.

Nr. 235

**Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des
Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin**

Chiffriertes Telegramm

Aus Moskau 2/X-33, um 3.00 Uhr
Eingangs-Nr. 48

[2. Oktober 1933]

An
Gen. Stalin

Wir sind der Ansicht, dass man auf die Chinčuk ausgehändigte deutsche Note¹, die Ihnen gestern zugeing, nicht mit einer Note des NKID antworten, sondern es bei folgender TASS-Mitteilung belassen sollte:

„Am 29. September ist in der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Berlin eine Verbalnote des deutschen Außenministers eingegangen, mit der auf die Proteste der sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung in Berlin² und im Zusammenhang mit der Entscheidung der sowjetischen Presse, ihre Vertreter aus Deutschland abzuverufen, und auf den Beschluss der Sowjetischen Regierung, die Tätigkeit für die deutschen Journalisten in der UdSSR zu beenden³, geantwortet wird.

In der Note werden die zahlreichen Fälle von Verunglimpfungen und polizeilicher Verfolgung sowjetischer Pressevertreter, auf die die Note des Volkskommis-

²⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 227.

² Vgl. Dok. 212 sowie Dok. 218, Anm. 7.

³ Vgl. Dok. 217.

sars Gen. Litvinov⁴ hingewiesen hat, mit Schweigen umgangen, und versucht, die sowjetischen Maßnahmen ausschließlich mit der Verhaftung der sowjetischen Journalisten in Leipzig zu erklären. Wie wir feststellen konnten, hat die deutsche Verbalnote in sowjetischen Regierungskreisen einen unvorteilhaften Eindruck hinterlassen. Dort ist man der Meinung, dass die deutsche Regierung, wenn sie früher das bekannte Vorgehen der deutschen Behörden auf Undisziplinertheiten zurückführte und diese Handlungsweise missbilligte, mit ihrer jetzigen Verbalnote diese Handlungen nunmehr decke und die volle Verantwortung dafür übernehme. Eine solche Haltung bestätigt vollkommen die Stichhaltigkeit und die Folgerichtigkeit der von der sowjetischen Regierung ergriffenen Maßnahmen“.

Teilen Sie Ihre Meinung mit⁵. NR 51.

Kaganovič, Molotov

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 81. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 375, S. 370.

Nr. 236

Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Moskau [z. Zt. in Berlin] von Dirksen

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 2. Oktober 1933 21.35 Uhr

Ankunft: 3. Oktober 1.40 Uhr

Nr. 222 vom 2/10.

Für Herrn Botschafter von Dirksen ausschließlich.

Unser Sowjetfreund¹ nachsuchte Unterredung mit mir. Ausführte:

Atmosphäre hier sehr verschlechtert, Verbesserung vor Ende Reichstagsbrandprozesses kaum zu erwarten. Journalistenkonflikt darf man nicht laufen lassen, weil hier wie vielleicht auch in Deutschland Kräfte am Werk, diesen Konflikt zu vertiefen. Litwinow habe Note an mich² selbst entworfen, Note sei für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich mild und andeute bereits Möglichkeiten Beilegung Konflikts.

Ich fragte präzise, welche Möglichkeiten Beilegung Konflikts er sähe, da es ausgeschlossen, dass Sowjetjournalisten jetzt Leipziger Prozess zugelassen würden. Er erwiderte: Konflikt als solcher kann natürlich zunächst nicht beigelegt werden, nur im Rahmen größerer Aktion, Atmosphäre zwischen Deutschland und Sowjetunion bereinigt und altes Verhältnis wiederherstellen. Er fragte dann, wie es mit *Krestinskis Reise³ stehe*⁴. Ich erwiderte ihm, dass deutscherseits zurzeit keine

⁴ Vgl. Dok. 221.

⁵ Am gleichen Tag gab Stalin aus Gagra mit chiffriertem Telegramm um 17.10 Uhr sein Einverständnis (RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 80). Am 3. 10. 1933 wurde die TASS-Meldung veröffentlicht. Vgl. Izvestija vom 3. Oktober 1933, S. 1.

¹ Diese Person konnte nicht identifiziert werden.

² Vgl. Dok. 221.

³ Vgl. Dok. 252–254.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Initiative ergriffen werden könnte, Krestinski nach Berlin einzuladen. Wenn aber die Sowjetbotschaft Auswärtiges Amt inoffiziell wissen lasse, dass Krestinski in Berlin sei, glaubte ich, dass Reihe interessanter Gespräche geführt werden könnte. Um dies vorbereiten zu können, wäre mir erwünscht, wenn unser Freund mich möglichst bald wissen ließe, ob Krestinski durch Berlin kommen werde und ob er von Litwinow oder von anderen Stellen Erlaubnis erhalten werde, Gespräche zu führen mit dem Ziel Bereinigung Atmosphäre. Hierzu bemerkte Gewährsmann, dass ihm als Abschlussart ganz kurzer Abschluss Protokolls vorschwebte, etwa im Sinne:

Die vielfachen Missverständnisse und Zwischenfälle zwischen Deutschland und Sowjetunion in der letzten Zeit sind Gegenstand eingehender Aussprache zwischen den beiden Regierungen gewesen. Die Aussprachen haben Ergebnis gehabt, dass für beide Regierungen die in der Vergangenheit liegenden Zwischenfälle als nicht mehr vorhanden angesehen werden. Damit wäre auch gleichzeitig Journalistenkonflikt aus dem Wege geschafft. Ich habe nochmals ausdrücklich betont, dass deutsche Initiative zurzeit nicht in Frage käme, dass Besuch Krestinskis in Berlin voraussichtlich willkommen sei.

Beurteilung Gesprächs: *Gewährsmann ist bestimmt nicht ohne Auftrag zu mir gekommen. Er*⁵ hat bei Gesprächsführung immer wieder *betont*⁶, dass man Journalistenkonflikt lokalisieren und möglichst *schnell beilegen*⁷ müsse. Interessant, dass, trotz Konflikt, seiner persönlichen Ansicht nach Krestinskis Besuch in Berlin möglich. Ich habe den Eindruck, dass das Außenkommissariat mit schnellem Nachgeben deutscherseits in Journalistenkonflikt gerechnet hat und dass *jetzt entstandene Situation*⁸ besonders bei Verschärfung Lage im Fernen Osten *Regierungskreisen unangenehm*⁹.

Twardowski

Auf dem ersten Blatt: Verteilt in 5 Expl. Davon sind gegangen: Expl. 1 an v.Dirksen, 2 an RM, 3 an St.S., 4 an Dir.Abt. I, 5 an Dir.Abt. IV. Dies ist Expl. Nr. 2.

PA AA, R 28308, Bl. D 562561–562562.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 477, S. 869–870.

Nr. 237

Brief des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Moskau [z. Zt. in Berlin] von Dirksen

Moskau, den 3. Oktober 1933

Hochverehrter Herr Botschafter!

Im Nachgang zu meinem Telegramm¹ möchte ich auf Grund vielfacher Unterhaltungen Ihnen die Situation folgendermaßen schildern:

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 236.

*Die Stimmung ist hier über alle Maßen schlecht und gereizt*². Bei dieser Atmosphäre wirkt jede Lappalie unter hundertfacher Vergrößerung. Diejenigen hier, die eine Restaurierung der deutsch-sowjetischen Freundschaft befürworten, werden immer mehr in die Ecke gedrückt durch die *Gegenseite*³, die aus Zwischenfällen und unserer Haltung im Journalistenkonflikt Material für die feindliche Haltung Deutschlands, zum mindesten aber für seine völlige Verständnislosigkeit schöpft. Was hier am meisten erregt, ist, *dass im Gegensatz zu anderen Ausländern der Sowjetbürger **in Deutschland**⁴ als Mensch zweiter Klasse angesehen wird*⁵ und dass die ewigen Anrenpeleien und Zwischenfälle von der Regierung nicht öffentlich angeprangert und die betreffenden Schuldigen bestraft werden. Da man der Auffassung ist, dass die Regierung die Macht zur Bestrafung und öffentlichen Anprangerung hätte, sieht man in dem Unterlassen dieser Maßnahmen bösen Willen. Mir ist immer wieder versichert worden: Dass bei einer Revolution und nach einer Revolution Zwischenfälle der geschilderten Art vorkommen, ist verständlich, *dass aber keine Bestrafungen und keine öffentlichen Anprangerungen erfolgen, ist ein Zeichen für die politische Haltung*⁶. Wie soll der verhetzte Nazi denn zur Raison gebracht werden, wenn er nicht scharf bestraft wird und dies öffentlich bekannt gegeben wird, falls er sich an einem Sowjetbürger vergreift!

Für Ihre Gespräche mit Wirtschaftlern sollten Sie stark unterstreichen, dass, während früher eine Reise nach Deutschland eine Belohnung war, jetzt besonders aus den Wirtschafts- *oder Handelsorganisationen kein Mensch mehr nach Deutschland gehen will*⁷. Dies muss sich auf die Bestelltätigkeit auswirken. Es wird überall mit Wasser gekocht, persönliche Einflüsse spielen überall eine Rolle, und wenn man früher Deutschland manchen Auftrag zuschanzte, um nach Deutschland reisen zu können, so fällt dies eben jetzt völlig weg.

*Ich höre, dass Blomberg nach wie vor stark verärgert über die Sowjetunion*⁸ ist. Ich habe durch Hartmann anregen lassen, dass *Blomberg an Woroschilow*⁹ einen Brief schreibt anlässlich der Liquidation, in dem er die *Hoffnung ausspricht*¹⁰, dass sich in anderer Form auch in Zukunft eine Zusammenarbeit ermöglichen lassen werde¹¹. Dieser Brief sollte entweder durch einen Abgesandten des Reichswehrministers (Stülpnagel?) oder durch Hartmann¹² persönlich übergeben werden. Ich würde es für sehr zweckmäßig halten, wenn Sie diese Anregung unterstützen würden. Die Russen sind eitel und ein persönliches Schreiben wird seinen Eindruck nicht verfehlen.

In der *Drusag-Angelegenheit sind wir nicht weitergekommen. Die Liquidation hängt noch in der Luft.*¹³ Nachdem eine Zeitlang auf unseren Protest die Ar-

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 229.

¹² Der Absatz ist von Beginn bis zu dieser Stelle am Seitenrand angestrichen und mit der Bemerkung versehen: dafür nicht der Augenblick.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

beiten auf der Konzession selbst ungestört weitergehen konnten, scheint in den letzten Tagen wieder eine erhebliche Verschlimmerung eingetreten zu sein.

Über den Journalistenkonflikt wird man Sie in Berlin genügend informiert haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die grundsätzliche Auffassung hier den Berliner Stellen recht eindringlich klar machen wollten. Ich habe versucht, in einem Drahtbericht eine möglichst klare Formulierung dieser Grundanschauung zu geben.

*Just hat seinen Vertrag zum 1. Oktober bislang leider nicht verlängern können.¹⁴ Dadurch wird seine wirtschaftliche *Situation schwierig¹⁵. Da die Journalisten nicht aus persönlichen, sondern aus rein politischen Gründen ohne eigenes Verschulden ausgewiesen sind, müsste man sie meiner Ansicht nach seitens des Amtes *unterstützen¹⁶. Ich habe vorgeschlagen, da Frau Keith nach Prag gegangen ist, dass *man unsere drei zur Berichterstattung über Russland nach Riga setzt¹⁷. Dass würde die Russen sicher ärgern und sie vielleicht etwas weicher machen.

Von dem *schweren Angriff auf Schiller¹⁸ in der „Prawda“¹⁹ wird man Ihnen im Amt erzählt haben. Die Situation ist meiner Ansicht nach dadurch sehr kompliziert, da noch nicht zu übersehen ist, ob der Angriff auf Schiller lediglich zur Herstellung des Gleichgewichtes auf die Angriffe gegen *Goldenstein und Schnittmann²⁰ resp. die Handelsvertretung in der *Ehrt'schen Broschüre²¹ erfolgte, oder ob er der Anfang von einer Kampagne ist mit dem Ziele, Schiller aus der Sowjetunion herauszuekeln. Nach der Auffassung der Situation richten sich die von der Botschaft zu unternehmenden Schritte. Ich habe Berlin um Weisung gebeten, was man dort wünscht.

*Meine Geschäftsträgerzeit²² ist wie jedes Mal in den vier Jahren wieder *höchst unerfreulich²³ und sorgenvoll. Ich kann wohl sagen, dass meine Sehnsucht, dieses Land zu verlassen, mit Riesenschritten wächst.

Ich hoffe, dass Sie dafür eine umso angenehmere Zeit verlebt haben, und

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ In der „Prawda“ war am 2. Oktober 1933 (S. 4) unter der Überschrift „Gospodin Otto Šiller kleveščet“ (Herr Otto Schiller verleumdet) eine Rezension über das Buch des Agrarexperten Schiller „Krisis der sozialistischen Landwirtschaft in der UdSSR“ (Berlin 1933) erschienen. Darin wurde Schiller scharf angegriffen. Hintergrund des Artikels waren höchstwahrscheinlich einerseits freizügige Reisen Schillers durch die sowjetische Provinz, andererseits Veröffentlichungen eines Berichtes Schillers über die Lage im Nordkaukasusgebiet, die ohne Wissen Schillers oder des AA am 22. 8. 1933 in der Pariser Emigrantenzeitung „Vozroždenie“ sowie am 25. 8. 1933 im „Daily Telegraph“ erschienen waren. Nach einer Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes soll der Bericht von Beauftragten des Secret Service fotografiert worden sein. Die Botschaft Moskau legte gegen den „Prawda“-Artikel Protest ein und veranlasste über das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Stellungnahme in den Heften „Berichte über Landwirtschaft“. Nach Beilegung des Journalistenkonfliktes erschien dem AA eine Fortsetzung der Pressepolemik nicht angezeigt; weitere sowjetische Angriffe gegen Schiller unterblieben offensichtlich. Vgl. PA AA, Moskau 227 [Sonderband: Angriffe gegen landwirtschaftlichen Sachverständigen der Deutschen Botschaft Dr. Schiller].

²⁰ Die Namen sind unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen. Zu der Broschüre vgl. Dok. 206, Anm. 4.

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Der Text ist unterstrichen.

kann mir vorstellen, dass auch Ihnen durch die politische Entwicklung der letzten Wochen *der Abschied von der Sowjetunion leicht werden wird*²⁴.

Ich hoffe Sie und Ihre verehrte Gattin bei guter Gesundheit und bin mit den aufrichtigsten Grüßen von mir und den Meinen und der ganzen Botschaft wie stets

Ihr sehr gehorsamer

Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Handschriftliche, nicht entzifferte Kommentare am Seitenrand.

PA AA, NL Dirksen, Bd. I, Bl. M 014508–014511.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 71, S. 272–274.

Nr. 238

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 2

Nr. 128/L

4. Oktober 1933

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. L. M. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

in dem chiffrierten Telegramm und in Ihrem Schreiben (Nr. 886) weisen Sie den Vorwurf, unsere Direktiven nicht zu erfüllen, zurück. Doch Sie können es nicht abstreiten, dass Sie den Deutschen die Warnungen nicht in der Form übermittelt haben, wie dies Ihnen aufgetragen worden war. Ihnen war vorgeschlagen worden, vor einer Ausweisung der Deutschen zu warnen¹, stattdessen haben Sie geschrieben, dass eine Abberufung unserer Journalisten nicht ohne Auswirkung auf die Lage der deutschen Journalisten bleiben könne². Sie müssen zugeben, dass dies nicht ein und dasselbe ist. Ich weiß nicht, ob es die Lage verändert hätte, wenn Sie unsere Warnung exakt übermittelt hätten, auf jeden Fall ist es aber nicht zuzulassen, dass ein hier in Moskau gefasster Beschluss von Bevollmächtigten Vertretern abgeändert oder abgeschwächt wird, zudem noch ohne Ankündigung.

²⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 213, 218, Anm. 11.

² In der Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung, die Bessonov von Tippelskirch am 23. 9. 1933 aushändigte, hieß es: „Die Botschaft lenkt die Aufmerksamkeit des Außenministeriums darauf, dass diese unablässigen Verfolgungen der sowjetischen Journalisten in Deutschland, für deren Schutz die Deutsche Regierung keinerlei Maßnahmen unternimmt, die Sowjetische Regierung vor das Erfordernis stellen können, aus Deutschland alle sowjetischen Journalisten ab-zuberufen, was sich verständlicherweise auf die Stellung der deutschen Journalisten in der UdSSR auswirken könnte.“ In: DVP, Bd. XVI, S. 858, Anm. 227.

Sie gestehen die „unglückliche Formulierung“ des schriftlichen Protestes ein. Doch es geht nicht um die Formulierung, sondern um die Veränderung des Inhalts der Warnung. Eine Sache ist die Ausweisung, eine andere ist es, diese oder jene Modifizierung in der Stellung der Korrespondenten in Moskau vorzunehmen, möglicherweise auch ohne Ausweisung. Sie berufen sich auch auf die mündliche Warnung. Doch in solchen Fällen zählt die schriftliche Fixierung mehr als alle mündlichen Formulierungen, an die man sich dann nicht immer exakt erinnert. Im Übrigen haben wir bei weitem nicht beabsichtigt, eine schriftliche Note abzuschicken, sondern nur mündlich zu warnen.

Weiter, wenn Sie schon den Inhalt der Warnung verändert haben, so hätten Sie uns wenigstens unverzüglich davon in Kenntnis setzen und die genaue Formulierung oder den Text der Note mitteilen müssen, so aber sind wir in unseren weiteren Schritten von der Annahme ausgegangen, dass unsere Warnung exakt übermittelt wurde.

Ich betrachte es auch nicht als richtig, dass wir die Kopien Ihrer Noten nicht rechtzeitig erhalten. Es ist ganz und gar unnötig, ausschließlich auf die Entsendung von Kurieren, was nicht öfter als einmal in der Dekade geschieht, zu warten. Es ist festzulegen, dass in der Regel die Kopien von Noten, sowohl die ein- als auch die ausgehenden, uns unverzüglich mit der normalen Post oder bei sich bietender Gelegenheit zugestellt werden.

Ich war äußerst erstaunt, dass Bessonov, als er hierher kam, uns keine einzige Kopie des Briefwechsels mit dem Auswärtigen Amt zu der Frage, die uns in jenen Tagen so interessierte, mitgebracht hatte.

Im Prinzip brauchen Sie jetzt in der Konfliktangelegenheit nichts zu unternehmen. Falls die Deutschen auf ihre Initiative zu dieser Frage zurückkehren werden, so muss man auf die von uns gestellten Bedingungen bestehen, d.h. auf die offizielle Anerkennung der Unkorrektheit, unsere Journalisten nicht zum Prozess zuzulassen, und auf die Korrektur dieser Unkorrektheit. Doch ich meine, dass die Deutschen bis zum Ende des Leipziger Prozesses diese Frage nicht aufgreifen werden. Dann entfällt natürlich eine unserer Forderungen, doch auch dann werden wir die Anerkennung der Unkorrektheit der Diskriminierung und Garantien für die Zukunft durchsetzen müssen.

In den Gesprächen mit den Deutschen ist darauf aufmerksam zu machen, dass wir jeglicher Beteuerungen und Deklarationen überdrüssig sind und damit die Beziehungen nicht verbessert werden können. Vielmehr ist eine Veränderung der gesamten Politik der deutschen Regierung uns gegenüber und die Einstellung der Willkür der unteren Machtorgane erforderlich. Wie es scheint, setzen die Deutschen große Hoffnungen auf die bevorstehenden Unterredungen mit Gen. Krestinskij, dem sie höchstwahrscheinlich erneut eine Erklärung zu machen gedenken. Wir sind nicht daran interessiert, ihnen diese Möglichkeit zu verschaffen, und deshalb haben wir, noch vor der Abreise von N[ikolaj] N[ikolaevič], mit ihm vereinbart, in Berlin offizielle Gespräche und bei seiner Rückreise auch die Reise über Berlin zu vermeiden. Diese Direktive, die ich mit dem, der dafür zuständig ist, abgestimmt habe, bleibt vollkommen in Kraft; und wenn es Ihnen möglich ist, sollten Sie N. N. noch einmal vorschlagen, nach Wien zurückzufahren, ohne nach Berlin zu fahren.

Ich habe von Nadolny ein persönliches Schreiben erhalten. Er verspricht na-

türlich, alle Anstrengungen usw. zu unternehmen. Ich habe ihm noch nicht geantwortet, doch ich werde recht kühl antworten.

LITVINOV

Vermerk [von M. M. Litvinov]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in]. 5. X. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1917 vom 5. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl., Kopie an: Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 320–318. Kopie.

Nr. 239

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 904

6. Oktober 1933

An

Gen. M. M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Sie haben vollkommen recht, dass die Deutschen vor Beendigung des Leipziger Prozesses keine praktischen Verhandlungen zur Beilegung des Journalisten-Konfliktes aufnehmen werden, sowohl aus Prestigeüberlegungen als auch deswegen, weil während des Prozesses die Berichterstattung in die UdSSR recht polemisch sein wird.

All unsere Verhandlungen mit den Deutschen durchzieht als roter Faden, dass die Zeit für Freundschaftsbekundungen bereits abgelaufen ist. Unsere Beziehungen können nur verbessert werden, wenn die deutsche Regierung die gesamte Politik gegenüber der UdSSR tatsächlich verbessert und die örtlichen staatlichen Behörden ihr rüdes Benehmen einstellen. Somit deckt sich Ihre Direktive¹ mit der Praxis unserer Gespräche mit den Deutschen.

Ich schätze die Haltung der Deutschen unseren Journalisten gegenüber als sehr ernst ein; die Deutschen haben bislang immer einen Kompromiss gefunden, der ihnen die Möglichkeit verschaffte, nachzugeben. So war das bei allen unseren Verhandlungen der Fall.

Nunmehr ist auch auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Unnachgiebigkeit zu spüren: sie lehnten alle unsere Vorschläge ab, verstießen gegen unser Getreideabkommen² und sie weigern sich kategorisch, für uns das Sperrmarklimit zu erhöhen. Dies alles bereitet mir Sorge.

¹ Vgl. Dok. 238.

² Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

Die Journalistenfrage könnte sich als langwierig herausstellen. In diesem Fall könnten die Deutschen möglicherweise den Wunsch äußern, uns in einigen Punkten unserer Ansprüche durch Kompensation zufriedenzustellen, um auf diese Weise zur Entspannung der Atmosphäre beizutragen.

Die Deutschen können uns hinsichtlich unserer Forderungen nur in einem einzigen Punkt zufriedenstellen, d.h. die Schuldigen an der Verhaftung unserer Journalisten zu bestrafen. Doch sie werden nicht darauf eingehen, unsere Journalisten zum Prozess zuzulassen und dies öffentlich bekannt zu geben.

Nikolaj Nikolaevič beabsichtigt nicht, über Berlin zurückzufahren, sondern er wird über Wien reisen.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3505 vom 10. 10. 1933.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokumentes ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 168–168R. Original.

Nr. 240

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Ministerialdirigenten im Preußischen Innenministerium Fischer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 905¹

Berlin, 6. Oktober 1933

TAGEBUCH

des Gen. CHINČUK

Mich suchte Fischer, der Chef der Geheimpolizei², auf. Er zeigte sich an unserem Konflikt interessiert und teilte mit, dass diese Sache das Werk von Goebbels sei³. Die jungen Beamten des Goebbels-Ministeriums hätten auf die Leipziger Polizeibehörde starken Druck ausgeübt und die Verhaftung unserer Journalisten durchgesetzt⁴. (In dieser Version kommt offensichtlich die missgünstige Haltung Görings gegenüber Goebbels und der Kampf zwischen ihnen zum Ausdruck.)

Fischer missbilligte ausdrücklich und tadelte sogar das Vorgehen der Leipziger Polizisten, indem er meinte, dass sie sich höchst unüberlegt zum Werkzeug in den Händen von Goebbels gemacht hätten. Er bedaure sehr, was passiert sei.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; Fischer war Ministerialdirigent in der Abteilung II des Preußischen Innenministeriums, der die Polizei unterstand.

³ Vgl. Brief von Neuraths an Funk vom 3. 10. 1933. In: PA AA, R 28308, Bl. D 562563–64.

⁴ Vgl. Dok. 215, Anm. 2.

Er teilte mit, dass auch Göring über diesen Konflikt betrübt sei und er sich in diese Angelegenheit einschalten wollte. Dies könne er aber aus „psychologischen“ Gründen nicht tun, weil der Moskauer Rundfunk ihn in Sendungen in deutscher Sprache zum Leipziger Prozess mit derartigen Schmähungen belege, so dass er sich über alle Maßen beleidigt fühle. Fischer fragte, ob man denn nicht eine Veränderung in der Haltung gegenüber Göring, der der UdSSR ausnehmend freundlich gesonnen sei, herbeiführen könne⁵.

Ich verwies darauf, dass es nach all den Konflikten und Ausfällen, die im Verlaufe von acht Monaten der Nazi-Herrschaft gegen unsere Organe, gegen unsere Regierungsmitglieder und gegen sowjetische Staatsbürger geschehen seien, es lächerlich wäre anzunehmen, wir könnten auf unsere öffentliche Meinung, die wegen all dieser Dinge stark empört sei, und auf unsere gesellschaftlichen Organe, zu denen der Rundfunk gehöre, Einfluss nehmen. Nur eine radikale Änderung der Politik der deutschen Regierung könne einen Umschwung in unserer Öffentlichkeit bewirken.

Im Übrigen teilte er mir mit, dass er ein aus 3000 Mann bestehendes Feldjägerkorps gebildet habe, welches das Recht habe, SS- und SA-Leute zu verhaften⁶. Er habe dieses Korps damit beauftragt, unseren Klub vor der SS und der SA zu schützen, und wir müssten uns jetzt deswegen keine Sorgen machen.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3506 vom 10. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 [Expl.] an Litvinov, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 167–167R. Original.

⁵ Am 8. 10. 1933 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss „Über die Rundfunksendungen in ausländischer Sprache“, in dem es insbesondere hieß: „2. Die Sendungen in deutscher Sprache sind hauptsächlich zu Fragen der inneren Lage zu gestalten, dabei hat die Information über den Leipziger Prozess nach TASS und ohne persönliche Ausfälle gegen deutsche Regierungsmitglieder zu erfolgen.“ (Protokoll Nr. 147, Pkt. 76/53 „Sondermappe“. Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 22, S. 75.)

⁶ Die SA-Feldpolizei (seit Februar 1933) bzw. das SA-Feldjägerkorps (seit Oktober 1933) war eine innerhalb der SA bestehende Sondereinheit, die die reguläre Polizei bei der Bekämpfung der politischen Gegner unterstützen sollte.

Nr. 241
Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk
mit dem Staatssekretär im AA von Bülow

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 894¹

Berlin, 6. Oktober 1933

TAGEBUCH
des Gen. CHINČUK

Bülow bat mich heute Abend zu sich. Er teilte mir mit, dass er heute eine unangenehme Information erhalten habe, die er mir persönlich übermitteln wolle. In den vergangenen Tagen, führte er aus, wurden sechs deutsche Mitarbeiter der Handelsvertretung verhaftet. Ihnen sei illegale Arbeit nachgewiesen worden. Sie hätten eine illegale Gruppe gebildet, welche die kommunistische Arbeit finanziell unterstützt habe, insbesondere für Kurierverbindungen zwischen den kommunistischen Organisationen, für den Druck der verbotenen „Roten Fahne“ usw.² Ihm sei mitgeteilt worden, weitere Fahndungsmaßnahmen seien eingeleitet. Ich machte Bülow darauf aufmerksam, dass in unseren sowjetischen Organisationen viele Deutsche verhaftet worden seien und wir uns nicht in diese Sache einmischen. Ihm sei doch bekannt, dass wir an unsere Mitarbeiter die Forderung stellen, sich in unseren Organisationen in keiner Weise politisch zu betätigen. „Ich habe keine Vorstellung von dieser Angelegenheit“, sagte Bülow, „ich weiß nur, dass für die oben genannten Zwecke recht große Geldmittel ausgegeben worden sind. Wenn mir“, sagte er, „etwas über den weiteren Verlauf der Angelegenheit bekannt werden sollte, so werde ich Sie davon in Kenntnis setzen.“ Ich antwortete ihm, dass ich selbstverständlich für jegliche Information dankbar wäre, sowohl in dieser Angelegenheit als auch zu anderen Dingen. Ich wüsste jedoch keinen Grund und keinerlei Anlass, weshalb dies für mich von Bedeutung sein könnte.

In unserem weiteren Gespräch ging es um den Journalistenkonflikt zwischen der UdSSR und der deutschen Regierung. Bülow erklärte, er denke nicht, dass man während des Leipziger Prozesses die Wiederherstellung der normalen journalistischen Beziehungen erreichen könne, weil beide Seiten eine verstärkte Agitation in der Prozessangelegenheit betrieben. Doch er wisse, dass die deutsche Regierung ein recht großes Missbehagen über das Fehlen eigener Informationen über die UdSSR empfinde, da die jetzt zur Verfügungen stehenden Informationen (französische, englische, aus Riga, Reval usw.) ganz und gar nicht unseren freundschaftlichen Beziehungen angemessen seien. Dabei handele es sich gerade um jene Länder, die uns zu entzweien trachten. Der Prozess selbst solle, wie angenommen wird, fünf bis sechs Wochen dauern. Es bleibe somit nicht viel Zeit. In dieser Zeit müsse man aber wenigstens vorbereitende Maßnahmen treffen. Er würde es begrüßen, sagte Bülow, wenn es möglich wäre, mit Krestinskij auf seiner Rückreise im Beisein von Dirksen, den man eigens zu diesem Zweck hierher rufen könnte, zu

¹ Die Nummer ist handschriftlich geschrieben.

² Vgl. Dok. 244.

sprechen. Ich erklärte Bülow, dass nach den mir vorliegenden Informationen Krestinskij beabsichtige, auf der Rückreise Wien aufzusuchen, weil er sich dort den Ärzten vorstellen müsse, und ich mir deshalb nicht sicher sei, ob Krestinskij nach Berlin kommen werde³.

Ich erklärte Bülow, dass ich über den Inhalt der Note des Auswärtigen Amtes⁴ höchst erstaunt sei, weil die Schuld, folge man seinen Beteuerungen und denjenigen anderer Vertreter des Staates mir gegenüber, für diesen letzten Konflikt ausschließlich bei den Leipziger Behörden liege⁵. Außerdem hätten die Untersuchungen aller Übergriffe, die früher in Form von Haussuchungen und sogar von kurzfristigen Verhaftungen usw. gegen die Journalisten unternommen wurden, ohne Ergebnisse geendet, während die Schuldigen für die Übergriffe nicht ein einziges Mal bestraft worden seien. „Man muss“, sagte ich Bülow, „über den Vorurteilen stehen, die durch Prestigeüberlegungen genährt werden. Da nun mal die Verantwortung für die Drangsalierung unserer Journalisten in allen Fällen auf Ihrer Seite liegt, so ist es auch Aufgabe der deutschen Regierung, einen entsprechenden Ausweg aus dieser Situation zu finden. Und dieser Ausweg besteht darin, uns volle Genugtuung zu geben.“

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3509 vom 10. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 6 [Expl.] an Litvinov, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 163–163R. Original.

³ Laut handschriftlichem Vermerk von Bülows über die Unterredung mit Chinčuk am 6. 10. 1933: „Der russ[ische] Botschafter sagte mir heute streng vertraulich, er wisse nicht, ob Krestinski durch Berlin kommen werde, da er zu einem Arzt nach Wien müsse. Wir sollten auch lieber nicht auf Krestinski setzen, der Konflikt könne nur mit Litwinow selbst bereinigt werden.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 487, Anm. 4, S. 886.

⁴ Vgl. Dok. 227.

⁵ Laut Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit von Bülow vom 26. 9. 1933 erklärte der Staatssekretär, dass „er den Zwischenfall in Leipzig in jeder Hinsicht als bedauerlich betrachte und noch einmal sein tiefstes und aufrichtiges Bedauern wegen dieses Zwischenfalls zum Ausdruck bringe“. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 180R.

Nr. 242

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Geheim
Expl. Nr. 2

Nr. 136/L

7. Oktober 1933

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND
GEN. L. M. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

noch vor dem Erhalt Ihres heutigen chiffrierten Telegramms über das Gespräch mit Bülow war mir klar, dass die Deutschen keineswegs bemüht sein werden, den Pressekonflikt noch vor Beendigung des Leipziger Prozesses beizulegen. Diese Bestätigung durch Bülow bedeutet, dass während des Prozesses weitere antisowjetische Ausfälle zu erwarten sind. Es ist bezeichnend, dass Bülow, als er über die Agitation der beiden Seiten während des Prozesses sprach, eingestand, dass Deutschland beabsichtige, auch weiterhin eine antisowjetische Agitation zu betreiben. Man hätte an dieser Stelle sofort einhaken und darauf verweisen müssen, dass von unserer Seite keinerlei Agitation geführt wird und der Prozess in unserer Presse keine schärfere Beleuchtung als in der Presse anderer Länder erfährt. Man sollte bei Gelegenheit darauf verweisen, dass unsere Presse neben den Berichten von sowjetischen Journalisten zahlreiche Äußerungen der ausländischen bürgerlichen Zeitungen über den **Prozess**¹ bringt, die sich vollkommen mit den Berichten unserer Journalisten decken und die bisweilen deutlich schärfer ausfallen. Wenn die Deutschen jene Äußerungen als objektiv anerkennen, unsere aber als tendenziös bezeichnen, so beschreiten sie auch in dieser Frage den Weg der Diskriminierung, gegen die wir gleichfalls protestieren. Zugleich sollten Sie auf keinen Fall irgendein Interesse an einer beschleunigten Beilegung dieses Konfliktes zeigen, aber seine Vertiefung und Ausweitung vermeiden. Wenn nach dem Prozess die Beilegung des Konfliktes aktuell wird, so werden wir darauf beharren müssen, Garantien dafür zu bekommen, dass es künftig keine Diskriminierung geben wird und man sich unseren Journalisten gegenüber wie gegenüber Repräsentanten des Staates und nicht der Partei oder bestimmter Ansichten und Weltanschauungen verhalten wird. Es ist vorhersehbar, dass die Deutschen versuchen werden, Kajt oder andere unserer Journalisten abzulehnen. Unabhängig davon, ob die „Izvestija“ wünscht, Kajt erneut nach Berlin zu schicken oder auch nicht, werden wir im Falle einer Ablehnung einen der Deutschen ablehnen, in erster Linie natürlich Just. Deshalb darf man Just keine Hoffnungen machen.

Mich hat die Ankunft Bessonovs, die mit dem Urlaub des Gen. Vinogradov zusammenfiel, etwas verwundert. Es ist kaum zu glauben, dass die gleichzeitige

¹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Abwesenheit von zwei der wichtigsten Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung Ihnen keine Arbeiterschwernisse bereitet. Ich werde übrigens im Kollegium den Vorschlag einbringen, den Urlaub der verantwortlichen Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung mit dem NKID abzustimmen.

Mit Gruß.

Litvinov

P.S.: Falls die Deutschen ihre Unzufriedenheit darüber ausdrücken, dass Gen. Krestinskij auf der Rückreise Berlin meidet, so wird es nützlich sein, sich auf die Erklärung Bülows zu berufen, wonach eine Beilegung des Konfliktes und eine Verbesserung der Beziehungen während des Prozesses nicht möglich sei². Da der Prozess noch andauert, hätte es keinen Sinn, wenn Krestinskij nach Berlin fahren würde, um sich Deklarationen und Erklärungen anzuhören, die weit von der Realität entfernt sind. Man muss selbstverständlich nicht davon sprechen oder andeuten, dass N[ikolaj] N[ikolaevič] Berlin bewusst meidet, es ist vielmehr darauf hinzuweisen, dass er genötigt war, in Wien Station zu machen, von wo aus der Weg nach Moskau normalerweise über Warschau führt.

M. L.

Vermerk [M. M. Litvinovs]: NN.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4181 vom 11. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Chinčuk, die 2.–5. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder, das 6. an Gen. Štern, das 7. an Gen. Umanskij, das 8. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 176–177. Kopie.

² Vgl. Dok. 241.

Nr. 243

Materialien der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA

Ganz geheim

[8. 10. 1933]¹

Übersetzung aus dem Deutschen²

DIE AUßENPOLITISCHE LAGE DEUTSCHLANDS.

(Eine vom Reichswehrminister auf einer Tagung von Abteilungsleitern von Regierungsorganen gegebene Einschätzung.)

(Die Quelle, die den Führungskreisen der Reichswehr nahesteht, ist vertrauenswürdig.)

Nach den ausführlichen Verhandlungen Blombergs mit Hitler gab das Reichswehrministerium folgende allgemeine Lageeinschätzung ab:

Gegenwärtig ist die außenpolitische Lage Deutschlands zweifellos außerordentlich ungünstig. Sofort nach dem nationalen Umsturz in Deutschland (als Hitler an die Macht gelangte – Anm. der IV. Verwaltung) konzentrierte Frankreich alle seine Kräfte darauf, Deutschland zu isolieren, und es erreichte in dieser Hinsicht bedeutende Erfolge. Der wichtigste Erfolg besteht darin, dass Frankreich eine gewisse Abkühlung (Entfremdung) in den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland erreichen konnte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt genießt das nationale Deutschland im Prinzip nur in Italien Sympathien, doch auch diese Sympathie ist rein weltanschaulichen Charakters. Die Politik Italiens gegenüber Deutschland ist offensichtlich nicht aufrichtig, da es um Österreich geht. Ungeachtet aller Sympathien für das nationalsozialistische Regime ist Italien deswegen aber nicht gewillt, auch nur einen einzigen Schritt von seinen Interessen abzuweichen. Es ist aber mit Sicherheit mit einer Unterstützung durch Italien auf der Abrüstungskonferenz zu rechnen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und dem französischen Mächteblock waren noch nie so gespannt, und sie haben sich seit dem nationalen Umsturz von Tag zu Tag verschärft. England befindet sich immer noch vollends im Fahrwasser der französischen Politik. Die Position Polens hat sich seit der Veränderung der polnisch-russischen Beziehungen außerordentlich gefestigt; Polen fühlt sich jetzt gegenüber Deutschland bei weitem stärker als es jemals früher der Fall war. Die Beziehungen zu den Nord- und Nachbarstaaten haben sich nicht verändert; abgesehen von offenen Sympathiebekundungen seitens einzelner Gruppen uns gegenüber, ist auch hier eine allgemeine negative Stimmung zum nationalen Deutschland offen festzustellen; dies trifft insbesondere auf Lettland und Estland zu.

Der wichtigste Faktor unserer, wie wir sehen, überhaupt nicht beneidenswerten Lage ist Russland, das uns momentan Anlass zu sehr ernsten Befürchtungen

¹ Die Datierung erfolgt nach dem Datum des Begleitschreibens vom 8. 10. 1933 des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin und des Chefs der III. Abteilung Nikonov an den Chef des Stabes der RKKA Egorov. Die Aufzeichnung hat die Geheimhaltungsstufe „ganz geheim“ und trägt den Vermerk zur Weiterleitung des Dokumentes an Vorošilov, Tuchačevskij sowie Vermerke über Kenntnisnahme durch andere Personen und andere Bearbeitungsvermerke. In: RGVA, f. 37977, op. 3, d. 414, l. 91.

² Hier erfolgt die Rückübersetzung aus dem Russischen.

gibt. Mir gelang es, den Reichskanzler davon zu überzeugen, dass die Position Russlands und seine Haltung zu uns für uns von überragender und entscheidender Bedeutung sind. Der Reichskanzler zeigte bezüglich dieser meiner Ansichten volles Verständnis und Wohlwollen. Gegenwärtig ist es überflüssig, sich mit Mutmaßungen darüber zu beschäftigen, in welchem Maße die Russen Herriot bei seinem Aufenthalt in Russland³ über die militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland ins Bild gesetzt haben, um Frankreich in die Lage zu versetzen, auf unsere Aktivitäten in Genf entsprechend zu reagieren. Ich persönlich – und mit mir auch die in dieser Hinsicht verantwortlichen Chefs (gemeint sind hauptsächlich Hammerstein und Adam) – vertrete die Auffassung, dass Gefahren dieser Art unbegründet sind und wir keine ernste Veranlassung haben, unseren russischen Kollegen nicht zu vertrauen. Die UdSSR hat das volle Recht, den freundschaftlichen Einladungen durch Frankreich und Polen entgegenzukommen, und dies ist insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftsinteressen der UdSSR verständlich. Auch in dieser Hinsicht gelang es mir, den Reichskanzler zu überzeugen. Zwischen mir und dem Außenminister⁴ gibt es in dieser Frage eine volle Übereinstimmung. Die gegenwärtige unbestreitbare Spannung in den ehemals guten Beziehungen könnte beseitigt werden. Die UdSSR hatte allen Grund, und dies verwundert nicht, in der ersten Zeit dem neuen Deutschland angesichts der ersten offiziellen Reden usw. (offenbar ist das Buch Hitlers „Mein Kampf“ gemeint) mit Misstrauen zu begegnen.

Angesichts dieser äußerst ungünstigen außenpolitischen Lage erscheint folgende Haltung auf der Abrüstungskonferenz als zwingend:

Im Mittelpunkt bleibt nach wie vor unsere energische Forderung nach Gleichberechtigung, d. h. nach Abrüstung der anderen Länder. Wir werden in dieser Hinsicht natürlich auf den Widerstand der von Frankreich angeführten und von England freundschaftlich unterstützten Einheitsfront der Versailler-Mächte stoßen. Die Bemühungen Frankreichs und Englands, auch die USA in die antideutsche Front einzubinden, scheinen erfolglos geblieben zu sein. So ist anzunehmen, dass der Rüstungskontrollplan in gewisser Hinsicht zu dem Abrücken der USA von dem anglo-französischen Block beigetragen hat. Unsere Forderung sollte nicht in einer Aufrüstung Deutschlands bestehen, sondern in der Abrüstung der anderen Länder, um auf diese Weise die Realisierung unserer Forderung nach Gleichberechtigung zu erreichen. Angesichts unserer heutigen schlechten außenpolitischen Lage sollten wir auf der Abrüstungskonferenz vermeiden, den Bogen zu überspannen. Gegenwärtig ist der Völkerbund für uns von großem Wert; ein Austritt aus ihm würde den unverzüglichen Übertritt aller mit Frankreich verbundenen Staaten ins Lager unserer Feinde zur Folge haben. Folglich sollten wir fortfahren, den Völkerbund für die Führung von Verhandlungen und die Annahme von Beschlüssen zu nutzen und dies solange zu tun, wie wir unseren Worten nicht durch Stärke Ausdruck verleihen können. Diese Wehrkraft in den nächsten fünf Jahren zu schaffen, wird eine erstrangige und unsere wichtigste Aufgabe sein. Dazu ist es jedoch erforderlich, einer Spaltung im Völkerbund unbedingt aus dem Wege zu gehen.

³ Vgl. Dok. 210, Anm. 2.

⁴ Konstantin Freiherr von Neurath.

[Anlage Nr. 2]
Ganz geheim

INHALT DER BERICHTE VON OBERST HARTMANN AN DAS REICHSWEHRMINISTERIUM

Oberst Hartmann teilte Folgendes mit:

Bereits seit dem 1. April des laufenden Jahres hat Russland eine außerordentlich zurückhaltende Haltung uns gegenüber eingenommen. Auf dem zu Ehren der Verabschiedung von Köstring und zugleich zu Ehren des Amtsantritts von Hartmann gegebenen ****Raout****⁵ kam dies besonders deutlich in der Rede Egorovs zum Ausdruck, indem dieser davon sprach, dass die neue nationale Regierung vom rechten Weg abgekommen sei. Hartmann hat dies insbesondere bei dem Empfang am 3. 4. bei Krestinskij verspürt, der Hartmann Folgendes gesagt hat: „Sie nehmen Ihre Tätigkeit in einer außerordentlich schweren Zeit auf, da unsere Beziehungen recht angespannt sind.“⁶ Zugleich erklärte Krestinskij gegenüber Hartmann, dass das Auseinanderklaffen zwischen den Worten und den Taten der neuen deutschen Regierung und vor allem der Umstand, dass für die Nationalsozialisten offenbar nicht mehr die früheren Wirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland gelten, in der UdSSR einen sehr schlechten Eindruck gemacht hätten.

Im gleichen Sinne habe sich Litvinov ausgesprochen, als er Hartmann das erste Mal empfangen habe⁷. In einem anderen Bericht zeichnete Hartmann ein höchst wohlwollendes Bild von der großen Parade zum 1. Mai. Hartmann richtete insbesondere die Aufmerksamkeit auf die in Uniformen gekleideten Kolonnen der Jugendlichen, die einen vorzüglichen Eindruck gemacht hätten. Einzig die mangelhafte Ordnung und die schlechte Führung der motorisierten Einheiten seien auf dieser Parade kritikwürdig gewesen. In dem Rapport vom 4. V. 33 wies Herr Hartmann darauf hin, dass sich, falls vom Reichswehrministerium nicht entschiedene Maßnahmen ergriffen würden, die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR weiter verschlechtern würden. In diesem Rapport beklagte sich Hartmann darüber, dass man sich in Deutschland gegenüber den hierher abkommandierten russischen Kommandeuren nicht richtig verhalten hatte und ihnen nicht alles gezeigt worden sei, was sie während ihres Aufenthaltes interessiert hatte. In dem Bericht vom 26. V. 33 berichtete Hartmann über die Reise des Chefs für Bewaffnung⁸.

Dem Bericht über diese Reise fügte er die Bemerkung an, dass die russische Industrie bereits zu einem großen Teil ein bedeutendes Niveau erreicht habe und die Behauptung, die russische Industrie verfüge nicht über ausreichende Fachkräfte, unbegründet und unhaltbar sei.

Im Bericht vom 5. V. 33⁹ fasste Hartmann die Unterredung zwischen Dirksen und Krestinskij bezüglich des Rückgangs und der Verschlechterung der militäri-

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben. Raout, franz. = veraltet für glänzende Abendgesellschaft, Galaempfang.

⁶ Vgl. Dok. 49.

⁷ Vgl. Dok. 50.

⁸ Zu den Berichten über die Reise des Chef des Heereswaffenamtes der Reichswehr Generalleutnant Alfred von Vollard-Bockelberg in die UdSSR vgl. Dok. 98 und Dok. 112.

⁹ So im Dokument; richtig: 5. 6. 1933.

schen Zusammenarbeit zusammen¹⁰. Krestinskij bemühte sich, Dirksen die gegenseitige Abkühlung in den Militärbeziehungen mit Verweis auf Genf zu erklären, doch diese Erklärung habe Dirksen nicht überzeugen können. Dirksen äußerte gegenüber Hartmann die Auffassung, dass der freundschaftliche Umgang, der dem Chef für Bewaffnung in der Sowjetunion bereitet wurde, lediglich eine Tarnung gewesen sei, um unter Wahrung des Anstandes zu der veränderten Lage überzugehen. Hartmann teilt in seinem Rapport diese Auffassung Dirksens nicht.

Hartmanns Rapport vom 20. 6. 33 ist erstmals pessimistisch und ungefähr im Sinne von Dirksen abgefasst. In diesem Bericht spricht Hartmann davon, dass sich der Amtsantritt des neuen französischen Militärattachés¹¹ als ein spürbares Hindernis in seinen Beziehungen zu den militärischen Instanzen bemerkbar mache. Die militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR würden sich mit jedem Tag verschlechtern und er (Hartmann) spüre deutlich, dass die Russen bereits jetzt die militärische Zusammenarbeit mit uns als ein Hindernis empfinden und bei den führenden russischen Militärinstanzen der Eindruck entstanden sei, dass wir, die Deutschen, nichts Reales mehr haben, was wir der Sowjetunion anbieten könnten. Vor allem sieht Hartmann bei den höchsten sowjetischen Militärs keine einheitliche Sichtweise auf unsere Zusammenarbeit. Er habe den Eindruck gewonnen, dass alles auf den früheren freundschaftlichen Zustand gebracht werden könnte, wenn unsere Außenpolitik stärker mit der Militärpolitik abgestimmt wäre. In diesem Bericht verweist Hartmann insbesondere auf den Artikel in der „Pravda“ vom 20. VI. 33¹².

Am 4. VII. 33 berichtet Hartmann, dass sich die Lage immer klarer abzeichne und er auf jeden Schritt und Tritt das Abrücken von uns auch in militärischer Hinsicht verspüre. Als Beweis dafür führt er an, dass die UdSSR angeblich bereits einige Flugzeuge in Frankreich bestellt habe.

In dem Rapport vom 11. VII. 33 teilt Hartmann mit, dass sich seine Auffassung, die er im letzten Bericht zum Ausdruck gebracht hatte, noch deutlicher bei den Visiten, die Hauptmann Krebs am 7. VII. anlässlich seines Dienstantritts gemacht hatte, bestätigt habe. Er sieht sich immer öfter in seiner Auffassung bestätigt. In diesem Bericht verweist er vor allem auf die Absage, russische Offiziere nach Deutschland zu entsenden¹³, und bezeichnet die dafür gegebene Begründung, dass sie wegen der großen Belastung mit anderen Arbeiten nicht kommen könnten, als fadenscheinig. Danach spricht er von seiner gemeinsam mit Krebs gemachten Visite bei Štern, der über die angeblichen Ränke Papens in Paris sprach, welche er (Hartmann) nicht beurteilen könne. (Anmerkung der Quelle: Papen hat in Paris anscheinend tatsächlich etwas über die russisch-deutschen Beziehungen ausgeplaudert.)

Am 18. VII. 33 berichtet Hartmann über den Besuch der Militärattachés im Feldlager Kubinka. Am 15. VII. 33 seien dort sehr gute und interessante Übungen

¹⁰ Vgl. Dok. 105.

¹¹ Michel-Joseph Mendras.

¹² Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich um den Artikel „Die Don Quichotten unserer Zeit“ in der Pravda vom 19. Juni 1933, S. 1, in dem die Frage nach der Orientierung der Außenpolitik Deutschlands im Licht des Hugenberg-Memorandums behandelt wurde. Vgl. Dok. 116, Anm. 7.

¹³ Vgl. Dok. 176.

durchgeführt worden. Einige heikle Situationen, die es dabei gegeben habe, erklärten sich mit den Bedingungen des Übungsgeländes und seien entschuldbar. Die dort vorgeführten Kavallerieattacken hätten jedoch nicht der Realität im modernen Krieg entsprochen. Insgesamt seien aber die Übungen sehr gut, mit großer Begeisterung und jugendlichem Eifer durchgeführt worden. Auffällig sei die bevorzugte Behandlung gewesen, die dem französischen Attaché erwiesen wurde.

Am 1. VIII. 33 berichtet Hartmann über seine Reise nach Leningrad und Luga zur Artillerieschule „Roter Oktober“, die am 19./20. VII. 33 stattgefunden hat. Hartmann gibt zu dem, was er zu sehen bekam, folgende Einschätzung: das Schießen steht auf einem hohen Niveau. Ausbilder und Rekruten sind erstklassiges Material. *Beim Frühstück saß Hartmann neben Jakovenko, der sich ihm gegenüber, natürlich weisungsgemäß, sehr zurückhaltend verhielt*¹⁴. Im zweiten Teil seines Rapports vom 1. VIII. 33 berichtet Hartmann von seinem Besuch bei Smagin am 26. VII. Aus der Unterredung habe Hartmann den Eindruck gewonnen, dass die Absage von deutschen Offizieren, die UdSSR zu besuchen, für die Russen unerwartet gekommen sei. Die Unterredung sei übrigens in einem sehr freundschaftlichen Ton und höflich verlaufen, im Gegensatz zu dem Verhalten von Suchorukov. Hartmann schlägt in diesem Bericht vor, für Levičev den gleichen Empfang zu bereiten, den das Kommando in der UdSSR für Hartmann und Krebs angedeihen ließ. Hartmann hob auch hervor, dass der Empfang von Hauptmann Krebs bei Egorov am 31. VII. sehr freundschaftlich gewesen und keine einzige der strittigen Fragen angesprochen worden sei. Der Einbruch in die Wohnung von Hartmann war ein gewöhnlicher Diebstahl und steht in keinem Zusammenhang mit irgendwelchen anderen Belangen.

RGVA, f. 37977, op. 3, d. 414, l. 91–98. Kopie.

Nr. 244

Schreiben des Leiters der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA Hey an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Berlin, den 10. Oktober 1933

Geheim

IV Ru 4448, Ang. II

Herrn

Geschäftsträger

Dr. von Twardowski

Deutsche Botschaft

Moskau

Am *28.*¹ September sind 6 reichsdeutsche Angestellte der Sowjethandelsvertretung festgenommen worden wegen Unterstützung des illegalen Apparates der KPD. Die Unterstützung erfolgte auf finanziellem Gebiet und in der prakti-

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹ Die Zahl ist unterstrichen.

schen Arbeit. Mitgliedsbeiträge wurden durch Kassierer der Handelsvertretung gesammelt und auf ein Sonderkonto bei der sowjetrussischen Garantie- und Kreditbank für den Osten, Berlin, Unter den Linden, eingezahlt. Ende August enthielt das Konto 48 000 RM, Anfang Oktober 1200,—, so dass im September 46 800 RM verbraucht sind. Die Verhafteten geben als Verwendungszwecke an: illegaler Kurierapparat, Druck der illegalen „Roten Fahne“ u. a. Von ca. 180 reichsdeutschen Angestellten sollen noch etwa 80 im illegalen Apparat arbeiten.

Diese Vorkommnisse möchte ich zunächst nur *zur dortseitigen persönlichen Information*² mitteilen. Der Herr Staatssekretär³ hat dem Sowjetbotschafter⁴ nur die Tatsache der Verhaftung der Angestellten mitgeteilt⁵, ihn auf den Ernst der Vorkommnisse nachdrücklich hingewiesen und dabei betont, dass die Vorfälle den wiederholten Versicherungen der Sowjet-Botschaft, dem Personal der amtlichen Vertretungen der Sowjet-Regierung in Deutschland wäre jede inner**politische**⁶ aktive Betätigung ausdrücklich verboten, widersprechen.

Die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit lässt sich noch nicht beurteilen.

Im Auftrag

Hey

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Auswärtigen Amtes geschrieben. Auf dem ersten Blatt, oben rechts, Stempel: Deutsche Botschaft Moskau Eing. 12. Okt. 1933 Tgb. Nr. A 2230, die Journalnummer ist handschriftlich eingefügt; oben: A 31, handschriftlich, rechts: Geheim. Am Seitenrand Paraphen u. a.: Hi[lger] 14/11, Pfeiffer, (Mappe Stern), zdA v[on] T[wardowski] 28/11.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429779–429780.

Nr. 245

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 10. Oktober 1933

IV Ru. 4531
Tgb. Nr. A/2180
1 Anlage
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Deutsch-sowjetische Beziehungen

Die Unterhaltungen, die ich im Laufe der letzten Woche mit hohen Beamten des Außenkommisariats und anderen Sowjetfunktionären zu führen Gelegenheit

² Der Text ist handschriftlich unterstrichen.

³ Bernhard von Bülow.

⁴ Lev Michajlovič Chinčuk.

⁵ Vgl. Dok. 241.

⁶ Das Wortteil ist eingefügt; ursprünglich: -aktive.

hatte, ließen keinen Zweifel darüber, dass die *Gereiztheit*¹ gegen Deutschland, weit entfernt davon, sich allmählich zu beruhigen, sich im Gegenteil noch *gesteigert*² hat. Diese beinahe als hysterisch anmutende Erregung lässt bei dem geringsten Anstoß die Möglichkeit neuer unangenehmer Überraschungen offen. Ich habe daher am 7. d.M. den Direktor der II. Westabteilung³ aufgesucht und mit ihm im Laufe einer Besprechung über geschäftliche Dinge den gegenwärtigen Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen besprochen. Diese Unterhaltung, über die ich eine Notiz in der Anlage beifüge, hat den Eindruck, den ich aus sonstigen Gesprächen gewonnen hatte, dahingehend bestätigt, dass gegenwärtig der Zeitpunkt, in Besprechungen [mit] der Sowjetregierung über eine gründliche *Bereinigung*⁴ [der] deutsch-sowjetischen Beziehungen einzutreten, *noch nicht*⁵ gekommen ist. Hierzu bedarf es vorerst einer Beruhigung der hier herrschenden Stimmung, die durch das Aufhören der Zwischenfälle in einem beträchtlichen Umfang erreicht werden kann.

Andererseits habe ich aber *nicht*⁶ den Eindruck – und diese Auffassung wird von den meisten hiesigen Diplomaten geteilt –, dass die Sowjetregierung jetzt schon *endgültig*⁷ einen *Kurswechsel*⁸ gegen Deutschland vorgenommen hat. Ich glaube vielmehr, dass zunächst noch die Direktive des Kreml für das Außenkommissariat, die Sowjetunion an keine europäische Konstellation zu binden und möglichst gute Beziehungen zu allen europäischen Staaten zu unterhalten, um freie Hand zu behalten, nach wie vor in Kraft ist. Sollte allerdings der deutsch-sowjetische Konflikt sich vertiefen und eine längere Periode gegenseitiger Verärgerung schaffen, so erscheint es nicht ausgeschlossen, dass hier diejenigen Faktoren die Oberhand gewinnen, die einer endgültigen Abkehr von Deutschland das Wort reden.

v. Twardowski

Zu Tgb. Nr. A/2180

Moskau, den 7. Oktober 1933

Geheim

Notiz betreffend deutsch-sowjetische Beziehungen

Nach Erledigung der verschiedenen geschäftlichen Angelegenheiten wandte sich meine heutige Unterhaltung mit Herrn Stern den deutsch-sowjetischen Beziehungen zu. Herr Stern sagte mir, dass die letzten Tage nicht nur keine Besserung, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung der Atmosphäre in Moskau gegenüber Deutschland gebracht hätten. Insbesondere gäben die Unterhaltungen des Herrn Staatssekretärs von Bülow mit dem Botschafter Chintschuk vom 26.⁹ und

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ David Grigor'evič Stern.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Das Wort ist unterstrichen.

⁹ Vgl. Dok. 219.

27.¹⁰ September und vom 5. oder 6. Oktober¹¹ der Sowjetregierung keine Möglichkeit, an eine Beendigung des akuten Konfliktes zu denken.

Ich erwiderte, von einer Unterhaltung Anfang Oktober sei mir nichts bekannt, dagegen hätte ich die Niederschriften über die Unterhaltungen vom 26. und 27. September zwischen Herrn Chintschuk und dem Staatssekretär von Bülow erhalten, und es scheine mir unverständlich, wie diese Besprechungen zu einer Verschärfung der Situation hätten führen können. An der Hand von Notizen über die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wiederholte ich Herrn Stern noch einmal die Auffassung des Herrn Reichskanzlers und fragte, worin denn die Verschärfung zu sehen sei.

Herr Stern erwiderte, die Auffassung des Herrn Reichskanzlers über den Komplex Sowjetpresse und Leipziger Prozess bestätige die Richtigkeit der Haltung der Sowjetregierung und zeige keine Möglichkeit einer Überbrückung der Gegensätze. Bezüglich der vielen sonstigen Zwischenfälle seien zwar Maßnahmen in Aussicht gestellt worden, aber eben bisher auch nur in Aussicht gestellt. Im Übrigen könne er nur wiederholen, was Herr Litwinow mir schon mehrmals gesagt habe: Worte über guten Willen habe man genug von Deutschland gehört, aber es fehle leider jedes Anzeichen dafür, dass diesen Worten auch Taten folgten. Die Erklärungen des Herrn Reichsaußenministers vor der ausländischen Presse¹² hätten gewiss in einem günstigeren Zeitpunkte eine vorteilhafte Wirkung auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben können. Im Zusammenhang mit den Zwischenfällen aber seien sie für die Sowjetregierung völlig wertlos.

Daraufhin habe ich wiederholt, dass die Sowjetregierung den Zwischenfällen in Deutschland, so bedauerlich sie auch sein mögen, eine viel zu große und symptomatische Bedeutung beimesse: das, worauf es ankomme, sei der Wille der Regierung, und dieser gehe nach wie vor dahin, mit der Sowjetregierung in guten Beziehungen zu bleiben. In diesem Zusammenhange erkundigte ich mich, wann Herr Krestinski nach Berlin kommen werde. Herr Stern erwiderte, *voraussichtlich würde Herr Krestinski gar nicht nach Berlin kommen. Seine Dispositionen ständen zwar noch nicht endgültig fest, aber eine Reise über Berlin sei nicht mehr wahrscheinlich¹³. Ich habe daraufhin mit großem Ernste darauf hingewiesen, dass der Herr Staatssekretär von Bülow dem Herrn Sowjetbotschafter im Auftrage des Reichskanzlers eröffnet habe, dass der Herr Reichskanzler bereit sei, Herrn Krestinski auf seiner Durchreise durch Berlin zu empfangen, falls Herr Krestinski diesen Wunsch äußere. Wenn Herr Krestinski nach dieser Bereitschaftserklärung des deutschen Regierungschefs seine ursprünglichen Reisedispositionen ändere, so könne dies von deutscher Seite nicht anders aufgefasst werden, als dass Herr Krestinski auf Weisung seiner Regierung diesem Gespräch ausweichen wolle. Das bedeute also, dass das Außenkommissariat eine günstige Gelegenheit, die bestehende Spannung und Mißverständnisse durch eine offene Unterhaltung zu beseitigen, nicht ergreifen wolle, woraus wir unsere Schlussfolgerung ziehen müssten.

Herr Stern erwiderte, Herr Krestinski habe eine Kur gebraucht, sei jetzt beinahe 1½ Monate von Moskau fort und wisse daher in den Geschäften nicht genug

¹⁰ Vgl. Dok. 223.

¹¹ Vgl. Dok. 241.

¹² Vgl. Dok. 206, Anm. 3.

¹³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Bescheid, um eine solche Unterhaltung mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Dagegen führte ich an, dass in Berlin eine Sowjetbotschaft existiere, die über die Geschäfte genau im Bilde sei und durch die Herr Litwinow ohne Schwierigkeiten entsprechende Instruktionen übersenden könne. Diese Ausrede sei doch zu schwach, um von mir akzeptiert werden zu können. Hierauf entgegnete Herr Stern, *von einer Unterhaltung im gegenwärtigen Augenblick bei der jetzt herrschenden Atmosphäre zwischen beiden Ländern sei ein Erfolg nicht zu erwarten*¹⁴. Eine Zulassung der Sowjetjournalisten zum Leipziger Prozess habe der Herr Reichskanzler abgelehnt. Dies sei die *conditio sine qua non*¹⁵ für die Sowjetregierung, um mit Deutschland wieder in bessere Beziehungen zu kommen, weil dies als Beweis dafür betrachtet werde, dass Deutschland die Diskriminierung der Sowjetunion aufgegeben habe. Nachdem sich die Situation nun so versteift habe, könnte eine Unterhaltung zwischen Herrn Krestinski und dem Herrn Reichskanzler doch auch nichts anderes ergeben, als dass man sich wieder die gegenseitigen Standpunkte vortrage. Der Standpunkt der Sowjetregierung sei der deutschen Regierung bekannt. Ebenso kenne die Sowjetregierung den Standpunkt der deutschen Regierung. Dazu komme, dass die Atmosphäre zwischen beiden Ländern denkbar schlecht sei. Es bleibe also nichts übrig, als einige Monate zu warten, ob sich inzwischen die Atmosphäre beruhigt habe. Wenn es in der Zwischenzeit in Deutschland gelinge, die Zwischenfälle abzustellen, so dass kein neuer Erregungsstoff in die Sowjetöffentlichkeit getragen werde, so könne man später vielleicht mit mehr Aussicht auf Erfolg in Besprechungen eintreten.

Ich habe Herrn Stern erwidert, dass ich seine Ausführungen zur Kenntnis nehme. Deutscherseits sei durch die Bereitschaftserklärung des Herrn Reichskanzlers, sich mit Herrn Krestinski zu unterhalten, ein entgegenkommender Schritt gemacht worden, um die bestehenden Missverständnisse zu beseitigen. Wenn die Sowjetregierung von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch mache, so würden wir daraus unsere Schlüsse ziehen, und jedenfalls sei es nunmehr wohl selbstverständlich, *dass die nächste Anregung zu einer Bereinigung des Konfliktes von Sowjetseite ausgehen müsste*¹⁶.

Herr Stern, an dessen positiver Arbeit für gute deutsch-sowjetische Beziehungen kein Zweifel ist, machte bei dieser Unterredung einen höchst resignierten Eindruck. Er hatte offenbar ganz strikte Vorschriften für die Führung des Gespräches. In meiner mehrjährigen Zusammenarbeit mit ihm ist er noch nie so unzugänglich gewesen wie dieses Mal.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich im Verlaufe des Gespräches Herrn Stern nicht vorenthielt, dass nach meiner Auffassung der akute Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetregierung wegen der Journalisten von Sowjetseite herbeigeführt worden sei, um der Weltöffentlichkeit, insbesondere Frankreich, einen offenkundigen Beweis der Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu geben, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass dadurch Freundschaftsbeweise von Frankreich materieller Art leichter zu erreichen wären. Herr Stern bestritt dies selbstverständlich lebhaft und unterstrich, dass das Streben der Sowjetpolitik ein-

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist mit Wellenlinie unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

zig und allein darauf gerichtet sei, in möglichst guten Beziehungen zu allen Staaten zu stehen.

gez. von Twardowski

Eigenhändige Unterschrift unter dem Bericht. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 14. 10. Stempel St.S. und Paraphe B[ülows] 13/10. Stempel: A.A. eing. 12. OKT. 1933. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497201–497208.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 487, S. 885–888.

Nr. 246

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv. Vorsitzenden der VOKS Lerner

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 925

13. Oktober 1933
Eingangs-Nr. 4. 16/X

AN DEN

STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER VOKS

Gen. LERNER

Kopien: 1) an den Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige
Angelegenheiten, Gen. KRESTINSKIJ

2) an den Leiter der 2. Westabteilung, Gen. ŠTERN

Auf Nr. 448/s vom 27. IX-33¹

Ihr Schreiben vom 27. IX. habe ich erhalten. Vor allem *erlaube ich mir, Sie darauf hinzuweisen, dass die Tätigkeit der VOKS in Deutschland nicht nur in der Arbeit Ihres Beauftragten Gen. Giršfel'd besteht, sondern sie ist ein Bestandteil der gesamten Tätigkeit der Bevollmächtigten Vertretung und kann von der Bevollmächtigten Vertretung nicht abgetrennt werden*². Ein diplomatischer Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung, in diesem Fall Gen. Giršfel'd, leistet diese Arbeit gemäß der Anweisungen von VOKS, jedoch unter der unmittelbaren Leitung des Bevollmächtigten Vertreters. Aus diesem Grund bitte ich Sie mir mitzuteilen, *wie, wo und worin die Arbeit der Bevollmächtigten Vertretung prinzipiell von Ihren Richtlinien abweicht*³. Aus Ihrem langen Brief kann ich lediglich eine andere Haltung zu Arplan⁴ entnehmen, doch Sie sollten das nötige Vertrauen in die

¹ Vgl. Brief Lerner an Chinčuk vom 27. 9. 1933. In: GA RF, f. R-5283, op. 1a, d. 218, l. 36–42.

² Der Text ist am linken Rand angestrichen, unterstrichen ist „kann von der Bevollmächtigten Vertretung nicht abgetrennt werden“. Das Wort „deshalb“, das nach dem Punkt steht, ist durchgestrichen.

³ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen und daneben wurde „Antwort“ geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 173, Anm. 7.

Beurteilung der tatsächlichen Lage in Deutschland durch die Bevollmächtigte Vertretung aufbringen und verstehen, dass wir uns hier vor Ort besser orientieren können, um die Kulturarbeit in Deutschland praktisch zu verwirklichen. Wir haben Arplan geschaffen⁵, als die Nazis an die Fenster und Türen in Deutschland klopfen. Als sich uns die Arbeit mit den bestehenden Organisationen als unzureichend erwies, mussten neue geschaffen werden, um unsere kultur-politische Tätigkeit zu erweitern und zu vertiefen. Schlimmer wäre es gewesen, wenn wir lediglich mit den vorhandenen Organisationen nach Schablone gearbeitet hätten, ohne uns um die Ergebnisse zu kümmern. Und wenn unsere Tätigkeit wegen unserer Schuld ins Stocken geraten sein sollte, so hätten Sie das Recht, an uns Forderungen zu stellen, aber da dies nicht der Fall ist, so meine ich nicht, dass Sie Gründe haben, uns irgendetwas vorzuwerfen, insbesondere nicht „den hartnäckigen Widerstand gegen die neuen, von der neuen Leitung der VOKS angenommenen prinzipiellen und organisatorischen Direktiven im Hinblick auf die Arbeit der VOKS allgemein und auf die Arbeit der ausländischen Gesellschaften der Annäherung und insbesondere der Arbeit mit Deutschland“. Was die geplanten Formen, den Charakter und die Möglichkeiten der Tätigkeit betrifft, so sehe ich mich genötigt festzustellen, dass wir von Ihnen in dieser Hinsicht keinerlei Direktiven erhalten haben; und wir fordern sie auch nicht von Ihnen, weil wir wissen, dass es Ihnen schwer fällt, diese neuen Tätigkeitsformen für die jetzigen Bedingungen in Deutschland auszuarbeiten und uns zu unterbreiten. Doch im Interesse einer exakten Wiedergabe der tatsächlichen Lage der Dinge gehe ich auch auf diese Frage ein. Hinsichtlich der Finanzen erachte ich es für erforderlich zu bemerken, dass die Finanzmittel entweder mit meinem oder mit dem Einverständnis meines Stellvertreters verwendet wurden. Überhaupt reichten die von der VOKS zur Verfügung gestellten Mittel für die Realisierung der von uns zu leistenden Arbeit auf dem kultur-politischen Gebiet nicht aus und die Bevollmächtigte Vertretung war oft gezwungen, Mittel aus anderen Quellen zu erschließen.

Was die Informationen der VOKS über die Vorgänge in Deutschland betrifft, so sollte Ihnen klar sein, dass wir Informationen jeglicher Art über Deutschland an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten leiten. Weil unser Informationsmaterial derartig mit der Tätigkeit der Bevollmächtigten Vertretung und speziell mit der Tätigkeit des NKID verwoben ist, fällt es uns mitunter außerordentlich schwer, aus dieser allgemeinen Materialmasse das herauszunehmen, was auch die VOKS interessieren könnte. Die uns interessierenden Informationen werden oft in die allgemeinen Aufzeichnungen des Gen. Giršfel'd über Gespräche und Begegnungen aufgenommen, deshalb wäre es zweckmäßig, sich nach Möglichkeit in der 2. Westabteilung mit diesem Material vertraut zu machen. Was die Spezialinformation allgemeinen Charakters über das kultur-politische Leben in Deutschland betrifft, so könnten Sie sie der Übersicht des Gen. Giršfel'd entnehmen, die ebenfalls an das NKID gegangen ist. In Zukunft werden wir uns bemühen, Sie gesondert zu informieren.

Als Sie uns Vorhaltungen machten, hätten Sie die konkrete Situation berücksichtigen müssen, in der wir, darunter auch der Gen. Giršfel'd, in Deutschland zu

⁵ Zur Rolle der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR bei der Gründung von Arplan vgl. das Schreiben Giršfel'ds an Gusev vom 8. 8. 1932. In: RGASPI, f. 17, op. 120, d. 63, l. 43–44.

arbeiten genötigt sind. Die Tätigkeit des Gen. Giršfel'd in der Bevollmächtigten Vertretung beschränkt sich nicht darauf, die Aufträge der VOKS auszuführen. Die Anzahl der Diplomaten unserer Bevollmächtigten Vertretung ist derart gering, die Arbeit aber derartig umfangreich und vielschichtig, dass unsere Diplomaten, und in erster Linie Gen. Giršfel'd, viele äußerst dringende und wichtige Arbeiten und Aufgaben zu erledigen haben⁶.

In Ihrem Schreiben gibt es einen Punkt, in dem Ihre Vorwürfe gegenüber Gen. Giršfel'd vollkommen gerechtfertigt sind – nämlich die Tatsache, dass Gen. Giršfel'd Sie bei seinem Aufenthalt in Moskau nicht aufgesucht hat. Dies ist sicherlich damit zu erklären, dass er während seines kurzen Aufenthaltes in der Sowjetunion mit allerlei Dingen überlastet gewesen ist. Ich bin aber davon überzeugt, dass Gen. Giršfel'd bei seinem bevorstehenden Urlaub wird Zeit dafür abzwacken können, um mit Ihnen ausführlich die uns interessierenden Fragen zu besprechen. Ich sehe mich genötigt, Ihren Vorschlag, einen anderen Genossen mit der VOKS-Tätigkeit zu betrauen, abzulehnen, da er unannehmbar und völlig undurchführbar ist. Gen. Giršfel'd eignet sich meiner Meinung nach sehr gut für diese Arbeit, er ist auf sie gut vorbereitet worden, und ich kann nicht erkennen, dass Sie künftig mit ihm hinsichtlich der Arbeit Meinungsverschiedenheiten haben könnten.

Die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR in Deutschland wird Ihr Interesse an den deutschen Verhältnissen und an den Arbeitsmethoden auf kultur-politischem Gebiet unter den heutigen Bedingungen berücksichtigen und sich nach Maßgabe der Möglichkeiten bemühen, für Sie die Versorgung mit Materialien zu regeln, auf deren Grundlage die VOKS ihre Vorstellungen über die konkrete Lage für die kultur-politische Arbeit in Deutschland in angemessener Weise präzisieren kann.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

BEVOLLMÄCHTIGTER VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von E. O. Lerner: nach meiner Rückkehr aus Leningrad ist mir der Brief für eine Antwort zu geben. 15. X. 33.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Umlauf vermerkt:

4 Expl., das 1. [Expl.] an Lerner, das 2. an Krestinskij, das 3. an Štern, das 4. zu den Akten.

GA RF, R-5283, op. 1a, d. 218, l. 43–43R. Original.

⁶ Zum Tätigkeitsfeld von Giršfel'd vgl. das Personenregister.

Nr. 247
**Telegramm des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und
des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin**

Chiffriertes Telegramm
[13. 10. 1933]

An
Stalin

Dirksen teilte Chinčuk in Berlin mit, dass die deutsche Regierung den Unwillen Krestinskijs, in Berlin Station zu machen, nachdem der Reichskanzler den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, sich mit ihm zu treffen¹, als eine politische Demonstration auffasse.

Litvinov rügt Chinčuk wegen seines ungeschickten Auftretens, hält jedoch einen Zwischenstopp Krestinskijs in Berlin auf dem Wege aus Wien, wo er sich momentan wegen einer Heilbehandlung aufhält, für unnötig und ^{**2} sogar für unangebracht³.

^{**}Wir meinen, da wir es für unangebracht halten, die Verschlechterung unserer Beziehungen zu Deutschland zu unterstreichen^{**4}, dass ^{**5} Krestinskij nach Berlin fahren und sich zu Hitler begeben sollte, da letzterer solch einen Vorschlag gemacht hat⁶. ^{**}Nr. 83/s – 2199/š^{**7}.

23. 10. [Uhr]

13/X. 33

Molotov, Kaganovič

Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 48, l. 12–13. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič Perepiska, Dok. 398, S. 388.

¹ Vgl. Dok. 223 sowie ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 14, S. 20–21.

² Das an dieser Stelle stehende Wort „jetzt“ ist durchgestrichen.

³ Vgl. Dok. 238.

⁴ Der Text ist handschriftlich über die Zeile anstelle von „dessen ungeachtet meinen wir“ geschrieben.

⁵ Der an dieser Stelle stehende Text „es besser wäre, wenn“ ist gestrichen.

⁶ Stalin gab am 14. 10. 1933 mit chiffriertem Telegramm aus Gagra um 15.43 Uhr sein Einverständnis (Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 140).

⁷ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

Nr. 248

**Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den
Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov**

GANZ GEHEIM

Nr. 2–4234

14. Oktober 1933

AN DEN

NARKOMVOENMOR UND VORSITZENDEN DES RVS DER UdSSR

Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Gemäß Ihrem Befehl, alle Maßnahmen zur schnellen, aber schmerzlosen Stilllegung sämtlicher Unternehmen „der Freunde“ in allen Stationen (Tomka, Lipeck, Kazan') zu ergreifen¹, ist die Tätigkeit „der Freunde“ vollkommen eingestellt worden, das Eigentum „der Freunde“ wurde nach Deutschland abtransportiert, der Personalbestand der Betriebe hat die UdSSR verlassen.

Die Verwaltung der Unternehmen hat am 12. d.M. ihre Tätigkeit eingestellt.

In der Anfangsperiode der Verhandlungen bemühten sich „die Freunde“, die Liquidation der Unternehmen hinauszuzögern, da sie offensichtlich von der Annahme ausgingen, dass im Verlaufe der Verhandlungen eine Veränderung eintreten und ihr Aufenthalt in der UdSSR auf eine unbestimmte Zeit verlängert wird.

Als sich jedoch „die Freunde“ von der Nutzlosigkeit dieses Versuchs überzeugten hatten, haben sie selbst, um das „Gesicht zu wahren“, relativ schnell die Unternehmen aufgelöst, wobei sie erklärten, dass sich dies vollkommen mit ihren Wünschen decke und die jetzige Situation neue Formen der Zusammenarbeit erfordere, die gleichwohl auch künftig nach der Liquidation der Unternehmen fortgeführt werden müsse.

Dies hatte gleichfalls der in Moskau weilende² Chef für Motorisierung der Reichswehr³, General Lutz, erklärt.

Angesichts des Interesses der Reichswehr an der Beibehaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur RKKA und der immensen Kosten für den Rücktransport der Güter nach Deutschland haben sich „die Freunde“ bei der Liquidation der Unternehmen nicht gegen unsere Wünsche ausgesprochen, uns diesen oder jenen Posten an Ausrüstung und Bewaffnung zu überlassen. Konkret:

a) Auf allen Stationen haben sie uns eine große Anzahl von Vermögenswerten, hauptsächlich Gebäude und Anlagen, unentgeltlich überlassen,

b) sie verkauften der RKKA gerade die Vermögenswerte, an denen die RKKA am meisten interessiert war,

c) sie kamen den Preisvorstellungen der RKKA hinsichtlich des Verkaufs der Vermögenswerte weit entgegen.

Der von Ihnen bestätigte Plan sah die Liquidation der Unternehmen in Tomka

¹ Vgl. Dok. 110.

² Lutz hielt sich vom 22. bis 24. 8. 1933 in Moskau auf. Vgl. Dok. 191.

³ So im Dokument; Lutz war Inspekteur der Kraftfahrtruppen des Wehramtes im Reichswehrministerium.

zum 15. August, des Unternehmens in Kazan' zum 1.–15. Oktober und des Unternehmens in Lipeck zum 1. Oktober d. J. vor.

Die Liquidation ging wie folgt vonstatten.

I. Tomka.

Die Liquidation der Station begann am 26. Juli 1933. Auf unser Drängen brachten „die Freunde“ das gesamte uns überlassene Gut in Ordnung und reparierten es.

Die Liquidation war am 15. August beendet, am 16. August hatten alle „Freunde“ Tomka bereits verlassen; die Station ging in die Zuständigkeit von VOCHIM über.

In den Besitz der VOCHIM sind unentgeltlich übergegangen: sämtliche von „den Freunden“ errichteten Gebäude, der Hangar, die mechanischen Werkstätten mit dem gesamten Inventar, den Werkbänken und einem kompletten Werkzeugsatz; die komplette Ausstattung der Feldtankstelle für den Schießplatz, das Elektrokraftwerk und die Wasserpumpenanlage mit einem neuen Motor, die das Gebiet vollständig versorgt; eine Garage mit sechs PKW und drei LKW und eine Zugmaschine, die Ausrüstung für einen mobilen Werkstattwagen; ein Chemielabor; eine Entgasungsanlage, ein Casino, technische Materialien, Reagenzien, Haushaltsgegenstände usw.

Nach groben Berechnungen der VCHU beträgt der Wert des in Tomka zurückgelassenen Vermögens 40–50 000 Goldrubel.

Wir haben von „den Freunden“ einen Versuchskampfwagen für die chemische Kriegführung von Krupp für 5000 Rubel sowjetischer Wertzeichen erworben (wie „die Freunde“ versicherten, hat sie dieser Wagen 15 000 Mark gekostet).

Von „den Freunden“ wurden abtransportiert: die Geschütze mit den dazugehörigen Ersatzteilen, ein PKW, das Sportinventar, verschiedene Werkzeuge, ein Vorführapparat, ein Mikroskop und diverse technische und Haushaltsgegenstände – alles Dinge, die nach Auffassung des Chefs der VOCHIM für uns bedeutungslos sind.

Die Grenze passiert haben am 29. 8. 33 über Sebež zwei Waggons und zwei Plattformwagen sowie am 11. 9. 33 zwei Plattformwagen über Leninport.

Die zurückgelassenen und von uns erworbenen Güter gehen zum einen Teil zum Ausbau des Truppenübungsplatzes in Tomka und zum anderen Teil ans Institut für chemische Verteidigung.

II. Kazan'.

Die Liquidation der Station begann am 20. Juli. Mit drei Transporten am 11. 8., 19. 8., und 4. 9. wurden die ****Güter****⁴ „der Freunde“ aus Kazan' abtransportiert.

Am 6. September war keiner „der Freunde“ mehr vor Ort.

Nach sehr vorsichtigen Schätzungen wird der Wert der von der UMM unentgeltlich übernommenen Güter auf rund eine Million Rubel veranschlagt. Sie bestehen aus umgebauten und neu errichteten Gebäuden für das Pulverlager, für Wohnhäuser, für die Funkstation, für den Wachschatz, für die Kooperative, für die Kühlanlage, einem Tanklager für 20 Tonnen Kraftstoff, einem Elektrokraftwerk, einer rekonstruierten Wasserpumpenanlage, einer Garage mit Kompressor, einem mobi-

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

len Werkstattwagen (für die Montage, für Reparatur), einem mit Importmaschinen ausgerüsteten zentralen Fernwärmesystem, Garagen und Lagern, der Kanalisation, einem Schießstand, befestigten Straßen, Baumaterialien usw.

Die UMM hat Güter in einer Höhe von 220 000 Rubel erworben: Autos und Traktoren mit Ersatzteilen, Kanalisationsrohre und Geräte, die Ausstattung des Kühlhauses und der Kantine.

Nach Deutschland abtransportiert wurden: sechs große und zwei kleine Panzer, ein achtradriger Panzer mit Ersatzteilen, Munition, Bewaffnung.

Die gesamte aus dem Kazan'er Unternehmen abtransportierte Fracht (19 Wagons) passierte am 4., 11. und 18. September d. J. über Leninport die Grenze.

III. Lipeck.

Die Liquidation begann am 19. Juli d. J. Am 18. wurde der Flugplatz und am 20. der Bombenabwurfplatz aufgegeben. Die Liquidation war am 11. 9. beendet, und am 14. 9. verließen „die Freunde“ Lipeck.

Die von der UVVS übernommenen unentgeltlichen Güter sind von beträchtlichem Wert. Neben den von „den Freunden“ errichteten Baulichkeiten (vier große Hangar, die Flugplatzverwaltung, ein Schießstand, Wohnhäuser, die Kantine, 11 neue Wohnbaracken für das Personal) haben „die Freunde“ einige Werkstätten zurückgelassen, so für Motoren, Maschinengewehre, für die Reparatur von Flugzeugen, ein Labor, eine Garage mit kompletter Ausrüstung, ein Elektrokraftwerk, ein Fotolabor usw. Dazu kommen 15 Flugzeuge mit Motoren und Ersatzteilen, acht Flugzeugrumpfen, der gesamte Fuhrpark (sieben PKW, 10 LKW, ein Tankwagen, zwei Propellerschlitten), eine automatische Telefonanlage, das Materialhauptlager mit Inventar, ein intaktes Lazarett, ein Lager, ein Flugplatz und ein Bombenabwurfplatz usw.

Die UVVS erwarb Güter für 13 500 Rubel, hauptsächlich Ersatzteile für die BMW-Motoren, Schnellschusskameras, Fotoapparate.

Nach Deutschland abtransportiert wurden: drei Flugzeuge (im Sommer), sämtliche Maschinengewehre, die Ausrüstung der Versuchsgruppe, vier „Siemens-Jupiter“-Motoren mit Spezialteilen, sämtliche Fallschirme, Atemgeräte, einige Werkzeuge, Ersatzteile für die „Junkers-15“ Motoren, Waffen, Munition, Schnellschusskameras, optische Zielgeräte, Modelle, Funkapparate, Fotoapparate, Archive, Winterbekleidung, Tafelsilber usw.

Die UVVS zeigte kein Interesse, irgendetwas von den Dingen zu erwerben, die von „den Freunden“ abtransportiert wurden.

Die Lipecker Transporte (sieben Waggon zu 581 Kg.) passierten am 11. 9. und am 30. 9. die Grenze bei Leninport und am 19. 9. und 20. 9. bei Sebež.

Auf allen Stationen verliefen die Arbeiten, ungeachtet dessen, dass für die Zeit der Liquidation ein besonderes Regime eingeführt wurde, vollkommen reibungslos. Unser Verhältnis zu „den Freunden“ war durchaus korrekt. Dies wurde auf den von „den Freunden“ vor Ort ausgerichteten Festempfangen und in Gesprächen hervorgehoben.

Auf dem Abschiedsempfang, welcher von dem deutschen Militärattaché, Oberst Hartmann, gegeben wurde, und auf dem von unserer Seite ausgerichteten Empfang, an dem Vertreter von der Abteilung für internationale Beziehungen, der Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung der RKKA, der Verwaltung für

Militärchemie und der Verwaltung der Luftstreitkräfte teilnahmen, unterstrichen „die Freunde“ die Wichtigkeit, in einer wie auch immer gearteten Form die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Reichswehr und der RKKA fortzuführen.

CHEF DER IV. VERWALTUNG DES STABES DER RKKA

BERZIN

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von K. E. Vorosilov: Ende gut, alles gut. V.

Auf dem letzten Blatt befindet sich der Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4317 vom 14. X. 1933.

Auf Kopfbogen des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschrieben 5 Expl., Expl. Nr. 1. an Gen. Vorosilov, Expl. Nr. 2 an Gen. Tuchačevskij, Expl. Nr. 3 an Gen. Egorov, Expl. Nr. 4 an Gen. Gaj, Expl. Nr. 5 zu den Akten.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 504, l. 161–165. Original.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 202–205⁵.

Nr. 249

Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an das NKID

Ganz geheim

Sofort

Expl. Nr. 9¹

Nr. 11429

[14. 10. 1933]

Fischer suchte mich nach seinem Vortrag bei Göring auf, der sich selbst davon überzeugt habe, dass in letzter Zeit weder in der Presse noch im Rundfunk gegen ihn Ausfälle vorkämen². Er habe Fischer die Weisung erteilt, in seinem Namen den Gerichtspräsidenten(?) Binger³ aufzusuchen und von ihm die Erlaubnis für unsere Journalisten zu erwirken, am Prozess teilzunehmen. Außerdem werde der Vertreter der Polizei, der den Befehl zur Verhaftung unserer Journalisten gegeben hatte, bestraft werden. Ich sagte, dass in der UdSSR darauf geachtet werde, dass sowohl Göring als auch andere Personen der Regierung nicht beleidigt würden⁴. Ich sagte, Göring täte gut daran zu verstehen, dass die deutsche Regierung verpflichtet sei, Maßnahmen zur Beseitigung des Konflikts zu ergreifen. Fischer begab sich von mir zu Binger in der Hoffnung, ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Chinčuk

14. X. 33

Bevollmächtigter Vertreter

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 23, S. 75.

⁵ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

¹ Dieses Exemplar war für Stalin bestimmt.

² Vgl. Dok. 240.

³ So in der Publikation; richtig: Büniger.

⁴ Vgl. Dok. 240, Anm. 5.

Nr. 250

**Telegramm des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und
des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič an den Generalsekretär des
ZK der VKP (B) Stalin**

[16. 10. 1933]

An
Gen. Stalin

Angesichts der veränderten Lage, die mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund¹ entstanden ist, sollte unserer Meinung nach die Rückreise Krestinskijs über Berlin² nicht mehr aktuell sein.

Nr. 84/s, Nr. 2224/š.

Molotov, Kaganovič

16/X. 33
1 Uhr

Eigenhändige Unterschrift von Kaganovič.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 48, l. 14. Original. Handschriftlicher Text.
Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 399, S. 388.

Nr. 251

**Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin und des Vorsitzenden
des CIK Kalinin an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov
und den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič**

Es ist unverständlich, warum die Reise Krestinskijs entfallen soll¹. Was geht uns der Völkerbund an, und warum sollten wir demonstrativ für den beleidigten Bund und gegen Deutschland, das ihn beleidigt hat, eintreten? Vielleicht sind uns nicht alle Umstände bekannt? Von dem Austritt aus dem Völkerbund haben wir erst aus Ihrem chiffrierten Telegramm erfahren, und mehr wissen wir nicht.

Stalin, Kalinin

**Nr. 76
16/X. 33**²

Text als Autograph Stalins. Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 144–144R. Original.
Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 400, S. 388–389.

¹ Am 14. 10. 1933.² Vgl. Dok. 238, 247.¹ Vgl. Dok. 250.

² Die Nummer und das Datum sind von einem Sekretär handschriftlich eingefügt. Am 16. 10. 1933 um 14.30 Uhr wurde das chiffrierte Telegramm mit dem Vermerk „sofort“ aus Gagra abgeschickt (Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 81, l. 143).

Nr. 252

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau
von Twardowski**

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG VON TWARDOWSKI, 16. X. 1933

Die verfrühte Mitteilung der Genossen Chinčuk und Štern an die Deutschen, dass Gen. Krestinskij nicht anreisen wird¹, musste bei den Deutschen den Eindruck erwecken, als ob er absichtlich die Reiseroute nach Wien ausgewählt hätte, um einer Begegnung mit Hitler aus dem Wege zu gehen. Ich habe deshalb heute Twardowski einbestellt² und ihm erläutert, dass Krestinskij seine Reiseroute Berlin-Kissingen-Meran-Wien-Moskau noch in Moskau festgelegt habe und er aus persönlichen Gründen und Erfordernissen nach Wien fahren müsse, wobei er nicht beabsichtigte, über Berlin zurückzukehren. Seinerzeit habe Bülow Gen. Chinčuk mitgeteilt, falls Krestinskij auf der Rückreise den Wunsch äußere, von Hitler empfangen zu werden, sich dies auch arrangieren ließe³. Wir hätten dies als einen Akt der Courtoisie⁴ betrachtet, der an die Annahme geknüpft gewesen sei, Krestinskij würde über Berlin reisen. Wir hätten ihm keine Instruktion für seine Rückreisroute erteilt⁵. Wenn uns mitgeteilt worden wäre, dass der Kanzler oder die deutsche Regierung es wünschen, mit Krestinskij ein sachliches Gespräch zur Klärung der Ursachen für die aufgetretenen Missverständnisse und Konflikte und für die Ergreifung von Maßnahmen zu deren Beseitigung zu führen, so hätten wir Krestinskij die Weisung erteilt, ob er es doch irgendwie einrichten könne, in Berlin Station zu machen. Stattdessen habe Bülow uns gegenüber zweimal davon gesprochen, sogar unter Berufung auf *Hitler, dass es bis zur Beendigung des Prozesses wohl kaum möglich wäre, den Konflikt beizulegen, da beide Seiten eine verstärkte Agitation betrieben⁶. Wir führen überhaupt keine Agitation*⁷, Bülow erkannte dagegen an, dass Deutschland *während des Prozesses gegen die Sowjetunion eine Agitation betreibe*⁸. Weiter sagte ich zu Twardowski, dass der Eindruck, der sich ihm aus der Unterredung mit Štern vermittelt hätte, als würden wir nicht beabsichtigten, uns mit der Beilegung des Konfliktes zu beeilen, absolut nicht richtig sei⁹. Die bestehenden Missverständnisse und Konflikte seien nicht von uns geschaffen worden, wir hätten sie nicht gewollt und wir seien ganz und gar nicht an

¹ Vgl. Dok. 241, 245.

² Zur Aufzeichnung von Twardowskis über das Gespräch mit Litvinov vgl. Dok. 253; vgl. auch ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 12, S. 14–19.

³ Vgl. Dok. 223.

⁴ Ausgesuchte Höflichkeit.

⁵ Vgl. Dok. 238.

⁶ Vgl. Dok. 219, 241.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Vgl. Dok. 245.

ihrer Verschleppung interessiert. Von der deutschen Regierung hänge es ab, sie aus der Welt zu schaffen, und je schneller sie sich darum kümmere, desto größer werde unsere Genugtuung sein. T[wardowski] bezog sich nun auf irgendeine Unterredung mit Krestinskij in Moskau, wonach Twardowski ihn rechtzeitig darüber informiert hätte, dass die Deutschen beabsichtigten, seine Reise über Berlin dafür zu nutzen, die gegenseitigen Ansprüche zu klären und eine Bilanz zu ziehen, worauf Krestinskij jedoch geantwortet habe, dass er zu erschöpft wäre, um sich auf dem Wege zum Kurort mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen¹⁰. Daraus habe Twardowski die Schlussfolgerung gezogen, dass sich Krestinskij auf dem Rückwege dieser Sache annehmen werde. Danach habe Bülow Gen. Chinčuk mitgeteilt, falls Krestinskij den Wunsch habe, so werde der Kanzler ihn empfangen¹¹. Dies sei nicht zuletzt aus Prestigegründen in dieser unverbindlichen Form vorgetragen worden, der Kanzler habe jedoch tatsächlich beabsichtigt, mit Krestinskij ein sachliches Gespräch zu führen.

*Ich antwortete, dass mir nichts über eine Unterredung Twardowskis mit Krestinskij bekannt sei¹². Die Erklärung Bülows bezüglich der Bereitschaft des Kanzlers, Krestinskij zu empfangen, **hätten**¹³ wir in dem Sinne verstehen können, dass der Kanzler erneut wünsche, uns sein Bestreben zur Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu versichern. So sehr wir solche Erklärungen auch schätzten, werde ihre Bedeutung doch relativiert oder sie würden gänzlich aufgehoben, solange das Verhalten der deutschen Behörden im Gegensatz zu solchen Erklärungen stehe. *Unsere Beziehungen könnten nicht allein mithilfe solcher Deklarationen verbessert werden. Derartige Erklärungen würden insbesondere dann nicht sehr überzeugend klingen¹⁴, wenn man sie zum Zeitpunkt des Journalistenkonfliktes abgeben würde. Angesichts dieser Umstände hätte unsere Öffentlichkeit die Bedeutung der Erklärung Hitlers absolut nicht verstanden. Außerdem sei zu befürchten gewesen, *dass Hitler auch gegenüber Krestinskij wiederholen würde¹⁵, der Konfliktzustand müsse bis zur Beendigung des Leipziger Prozesses so bleiben. *Unter diesen Umständen hätten wir es nicht als erforderlich erachtet, von Krestinskij eine Abänderung seiner Reiseroute für eine spezielle Fahrt nach Berlin zu fordern¹⁶.

Ich fragte T., ob er den heutigen Bericht von Sadoul über die Rundfunkansprache Hitlers gelesen habe¹⁷. T. antwortete, dass er den Text dieser Rundfunkansprache erhalten hätte, darin jedoch keinerlei Bemerkungen über den Osten finden könne. Er versprach, mir den Text zur Kenntnisnahme zu schicken.

T. teilte mit, dass Dirksen am 25. in Moskau ankomme und am 2. November

¹⁰ Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Krestinskis mit von Twardowski vom 22. 8. 1933. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 17, d. 1, l. 309–308.

¹¹ Vgl. Dok. 223.

¹² Der Text ist unterstrichen. Die Aufzeichnung der Unterredung Krestinskis mit Twardowski vom 22. 8. 1933 ist auch an Litvinov gegangen; vgl. Verteilerliste im Dokument (Anm. 9).

¹³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Gemeint ist die Rundfunkrede Hitlers vom 14. 10. 1933 im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz. Vgl. J. Sadoul: „Ocenka francuzskich političeskich krugov“ (Eine Einschätzung der französischen politischen Kreise). In: Izvestija vom 16. Oktober 1933, S. 1.

abreise und es ihm somit leider nicht möglich sein werde, sich von mir zu verabschieden. Nadolny werde jedoch nach Angora¹⁸ fahren, um an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag¹⁹ teilzunehmen, und er rechne damit, ausführlich über die gegenseitigen Beziehungen sprechen zu können. Unlängst habe Twardowski von Bülow die Anfrage erhalten, ob ich über Berlin nach Genf fahren würde. Er verweise auf den Wunsch der deutschen Regierung, sich mit uns zu verständigen und einen Weg für die Beseitigung der Missverständnisse ausfindig zu machen. Dieses könne man wohl kaum auf dem üblichen diplomatischen Weg bewerkstelligen, und deshalb lege Deutschland die Hoffnungen auf eine Begegnung von hochgestellten Personen.

Sodann erläuterte mir T. die Gründe für den Rückzug Deutschlands aus dem Völkerbund und von der Abrüstungskonferenz. Diese Gründe sind mir jedoch hinlänglich bekannt: die fehlende Gleichberechtigung, die Verweigerung der Erlaubnis, dass Deutschland bestimmte Waffenarten besitze, der Versuch, eine einseitige Kontrolle einzurichten usw. T. brachte seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, wie unsere Presse die Vorgänge behandle und dabei die Betonung auf eine Steigerung der Kriegsgefahr lege. Wir sollten den Rüstungszustand Deutschlands besser als alle anderen kennen und wissen, dass Deutschland nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen. Ich entgegnete, dass eine Kriegsgefahr keineswegs unbedingt von Deutschland ausgehen müsse. Der Auszug Deutschlands aus dem Völkerbund verstärke ohne Frage die Stellung Japans und folglich auch die Gefahr im Osten. Aus irgendeinem Grund verheimliche Japan nicht, dass es auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland baue. Für die Zukunft könne man die Aufrüstung Deutschlands unter Verletzung des Versailler Vertrages absehen. Damit stelle sich die Frage nach den Gegenmaßnahmen Frankreichs. Sanktionen seien nicht auszuschließen, jedoch bedeuten Sanktionen Krieg, insbesondere angesichts von Locarno. In der Presse werde nicht von ungefähr über die Möglichkeit eines Präventivkrieges seitens Frankreichs geschrieben. Die Pflicht unserer Zeitungen sei es, auf diese Gefahr hinzuweisen.

Als sich T. von mir verabschiedete, brachte er seine Genugtuung über meine Erklärung zum Ausdruck, dass das Fernbleiben Krestinskijs von Berlin keine bestimmte Absicht verfolge und wir zur Beilegung aller Konflikte mit Deutschland bereit seien.

LITVINOV

Vermerk [M. M. Litvinovs]: an Gen. Štern

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in]. Mit mir ist zu sprechen. 17. X. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1995 vom 17. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 7 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, die 2.–5. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder des NKID, das 6. an Gen. Štern, das 7. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 329–326. Kopie.

¹⁸ Der frühere Name für Ankara. 1930 erfolgte die Umbenennung von Angora in Ankara.

¹⁹ Der 29. 10. 1923 ist das Gründungsdatum der von Mustafa Kemal (Atatürk) geschaffenen Republik Türkei.

Nr. 253
Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski
an das AA

Telegramm in Ziffern (Geh. Ch. Verf.)

Auswärtig
 Berlin.

Telegramm Nr. 234 vom 16. Oktober.

Litwinow, der mich heute zu sich bat, erklärte, Botschafter von Dirksen habe Chintschuk darauf hingewiesen, dass meiner Berichterstattung zufolge Nichterscheinen Krestinskis in Berlin auf Weisung der Sowjetregierung erfolgt sei, die im jetzigen Augenblick nicht in Gespräche mit Reichsregierung einzutreten wünsche¹. Ferner hätte ich berichtet, dass ich aus einer Unterredung mit Stern entnehme, dass der Sowjetregierung zurzeit nichts an einer Beilegung des Konfliktes mit Deutschland liege². Er, Litwinow, wolle mir hierzu Folgendes sagen: Krestinski habe seines Wissens nie die Absicht gehabt, über Berlin zurückzureisen **(!)**³. Zwar habe Staatssekretär von Bülow Chintschuk mitgeteilt, dass Reichskanzler bereit sei, Krestinski bei einem eventuellen Aufenthalt in Berlin zu empfangen⁴. Gleichzeitig aber habe Staatssekretär unterstrichen, dass Leipziger Prozess Höhepunkt der gegenseitigen Agitation bedeute und dass vor dessen Ablauf Verhandlungen aussichtslos seien. Aus Bereitwilligkeit Reichskanzlers, stellvertretenden Volkskommissar zu empfangen, allein gehe doch nicht hervor, dass von deutscher Seite beabsichtigt gewesen sei, mit Krestinski wichtige politische Fragen zu besprechen. Betonen möchte er, dass mein Eindruck, Sowjetregierung habe zurzeit kein Interesse, Konflikt mit Deutschland beizulegen, unzutreffend sei. Sowjetregierung lege großen Wert auf möglichst gute und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland und sei jederzeit bereit, in Besprechungen über Beilegung Konfliktes einzutreten. Aber nach deutscher Auffassung sei während des Leipziger Prozesses der Zeitpunkt hierzu noch nicht gekommen.

Ich habe Litwinow erwidert, ich sei sehr erfreut, von ihm zu hören, dass Sowjetregierung bereit sei, in Verhandlungen über eine Beilegung des Konfliktes einzutreten und dass sie großen Wert auf gute und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland lege. Was den Besuch Krestinskis in Berlin anbelange, so hätten sowohl von Dirksen wie ich bis unmittelbar vor der Abreise Krestinskis mit ihm die Möglichkeit einer gründlichen Aussprache mit maßgebenden deutschen Staatsmännern während Berliner Aufenthaltes um 10. Oktober in recht konkreter Form besprochen. Ich hätte bei meinen Besprechungen mit Litwinow sowohl am 14. wie am 26. September nachdrücklich auf den Besuch Krestinskis und die daraus sich ergebenden Möglichkeiten hingewiesen⁵, von ihm, Litwinow, aber beide Male die

¹ Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs Chinčuks mit von Dirksen am 12. 10. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 146–148, hier l. 146.

² Vgl. Dok. 245.

³ Das Ausrufungszeichen ist handschriftlich eingefügt.

⁴ Vgl. Dok. 223.

⁵ Weder in den Aufzeichnungen Litvinovs über die Gespräche mit von Twardowski am 14. und 26. 9. 1933 (vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 39 sowie Dok. 218), noch in den Mittei-

Antwort erhalten, dass Worte genug gewechselt wären. Auch Stern hätte ich in vielfachen Unterhaltungen niemals darüber im Unklaren gelassen, dass die Anwesenheit von Krestinski in Berlin die gegebene Gelegenheit sei, um in ernsthafter Weise die Möglichkeiten zu erörtern, wie die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetunion wiederhergestellt werden könnten. Ich sei daher überrascht, dass Litwinow sich hierüber nicht orientiert fühle. Litwinow beharrte auf seinem Standpunkte mit dem Hinzufügen, dass angesichts des akuten Konfliktes zwischen Deutschland und Sowjetunion und mit Rücksicht auf Weltmeinung Anwesenheit Krestinskis in Berlin nur zu rechtfertigen gewesen wäre, wenn sein Besuch zu einer Beilegung des Konfliktes hätte führen können. Hierauf seien der Sowjetregierung von deutscher Seite keine Aussichten eröffnet worden. Daher habe Sowjetregierung sich in Urlaubspläne Krestinskis nicht eingemischt und habe keine Veranlassung gehabt, ihn nach Berlin zu beordern, sonst hätte sie es getan. Ich stellte daraufhin fest, es habe nicht in den Intentionen Deutscher Regierung gelegen, etwa eine Aufforderung an Sowjetregierung zu richten, Krestinski mit Verhandlungen in Berlin zu beauftragen, man sei vielmehr deutscherseits der Auffassung gewesen, dass zufälliger Besuch Krestinskis Möglichkeit ergebe, um durch Fühlungnahme eines verantwortlichen Staatsmannes der Sowjetunion mit verantwortlichen Leitern deutscher Politik Missverständnisse aufzuklären. Diese Gelegenheit sei leider von der Sowjetregierung nicht ergriffen worden. Was meine Unterhaltungen mit Stern anbelangt, so hätte ich allerdings den Eindruck gehabt, dass bei der gegenwärtigen Stimmung der Sowjetregierung Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg nicht möglich wären und dass insbesondere während der Dauer des Leipziger Prozesses in der Frage der Zulassung der Sowjetjournalisten eine Verständigung ausgeschlossen sei. Umso erfreuter sei ich von ihm zu hören, dass Sowjetregierung jederzeit bereit sei, in Verhandlungen über eine Beilegung des Konfliktes einzutreten. Litwinow bejahte letzteres ausdrücklich und bat, seine Ausführungen nach Berlin zu telegraphieren.

Ich setzte sodann Litwinow die Gründe auseinander, die Deutschland zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Verlassen der Abrüstungskonferenz⁶ gezwungen hätten. Litwinow zeigte für unseren Standpunkt so viel Verständnis, dass ich mein Bedauern darüber aussprach, dass diese Auffassung des verantwortlichen Leiters der sowjetischen Außenpolitik sich nicht in der Sowjetpresse widerspiegele. Es würde die Beilegung des Konfliktes außerordentlich erleichtern, wenn die Sowjetpresse im Sinne seiner Worte schriebe. Litwinow entgegnete, er habe in der Sowjetpresse bisher nichts finden können, was für den deutschen Standpunkt ungünstig sei, seiner Auffassung nach seien die hiesigen Leitartikel völlig farblos und uninteressant. Ich entgegnete, die Sowjetpresse werfe Deutschland kriegerische Absichten vor. Litwinow erwiderte, an einem Angriffskrieg Deutschlands denke kein Mensch; wohl aber sei durch Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Japans Position gestärkt. Die deutsch-japanische Freundschaft sei jetzt in aller Leute Mund. Japan habe kriegerische Absichten gegenüber der Sowjetunion. Es sei auch nicht zu leugnen, dass durch den Austritt Deutschlands

lungen von Twardowskis über diese Gespräche (vgl. Dok. 209 sowie ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 458, S. 840–842) wird der Besuch Krestinskis in Berlin erwähnt.

⁶ Am 14. 10. 1933.

aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz die Gefahr eines Präventivkrieges Frankreichs gegen Deutschland außerordentlich gestiegen sei. Die Sowjetpresse habe also allen Grund, davon zu sprechen, dass durch die letzten Schritte der deutschen Regierung die Kriegsgefahr unendlich gestiegen sei, aber an einen Angriffskrieg Deutschlands denke natürlich kein Mensch. Allerdings werde Deutschland wohl jetzt aufrüsten, dann könnten auch die Pläne von Hugenberg, Rosenberg etc. wieder akut werden. Ich erwiderte, ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, dass er für absehbare Zeit von friedlichen Absichten Deutschlands überzeugt sei, und übergab ihm die letzte Rede des Reichskanzlers⁷, die in vorbildlicher Weise den Friedenswillen des neuen Deutschlands dokumentiere.

Die Unterhaltung mit Litwinow, die fast eine Stunde dauerte, verlief sehr im Gegensatz zu den letzten Unterhaltungen in ausgesprochen freundschaftlichem und entgegenkommendem Tone. Die Tatsache, dass im gegenwärtigen Augenblick der Leiter der Sowjetaußenpolitik mich zu sich kommen ließ, um es so darzustellen, als ob Ausbleiben Krestinskis nicht Ausdruck politischen Willens sei und dabei zu betonen, dass Sowjetregierung jederzeit bereit sei, in Verhandlungen über Beilegung Konfliktes einzutreten und größten Wert auf gute und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland lege, kann eine überraschende Wandlung der hiesigen amtlichen Kreise bedeuten. Ob diese auf die Zuspitzung der Lage im Fernen Osten und die Furcht vor einer Vertiefung der deutsch-japanischen Freundschaft zurückzuführen ist oder ob der Ausbruch des Konfliktes zwischen Deutschland und den Westmächten es der sowjetischen Politik als erwünscht erscheinen lässt, sich bei Deutschland als verkannter Freund wieder zu melden, lässt sich zurzeit nicht übersehen⁸.

von Twardowski

Vermerk auf dem letzten Blatt unten: Gefertigt in 3 Exemplaren: 1) f. H. Botschafter, 2) z. d. Sachakten A, 3) zur chronolog. Sammlung. Dies ist Nr. 2. *Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.* *Vermerke auf dem ersten Blatt:* A 9 geh[eim]. *Am Seitenrand:* Kl. Umlauf sowie Kenntnissnahmen.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429781–429786.

⁷ Rundfunkansprache Hitlers am 14. 10. 1933 anlässlich des Austritts aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz. In: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 308–314.

⁸ Vgl. Bericht von Twardowskis über das Gespräch mit Litvinov. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 12, S. 14–19; Aufzeichnung Litvinovs über das Gespräch mit von Twardowski vgl. Dok. 252.

Nr. 254

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 6

Nr. 150/L

17. Oktober 1933

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. L. M. CHINČUK

Lieber Lev Michajlovič,

wir alle hier sind der Meinung, dass Štern und Sie nicht richtig gehandelt haben, als Sie ohne Not und angeblich in Kenntnis der Angelegenheit verfrüht davon sprachen, dass Gen. Krestinskij nicht über Berlin zurückreisen werde¹. N[ikolaj] N[ikolaevič] fährt in persönlicher Angelegenheit in Urlaub, er bestimmt seine Reiseroute natürlich selbst und ist nicht verpflichtet, uns darüber vorab in Kenntnis zu setzen. Man hätte daraus die Schlussfolgerungen ziehen können und müssen, dass uns seine Rückreisroute völlig unbekannt sei. Nach seiner Rückkehr nach Moskau hätte man den Deutschen mitteilen können, dass er, in Italien angekommen, den bequemsten und direkten Weg ausgewählt hätte, zumal er über Wien fahren musste. In diesem Fall hätte es keine Kränkungen gegeben. Ich dachte, dass aus meinem Schreiben 128/l² an Sie klar hervorgegangen sei, dass man mit den Deutschen nach und nicht vor der Reise von N. N. hätte sprechen sollen. Die verfrühten Gespräche zu diesem Thema haben tatsächlich den Eindruck entstehen lassen, als ob wir das Fernbleiben von N. N. von Berlin von Anfang an organisiert haben. Bei den Deutschen musste natürlich die Frage aufkommen, warum wir N. N. nicht von dem uns gegenüber geäußerten Wunsch Hitlers, sich mit ihm zu treffen, vorinformiert hätten, als wir erfuhren, dass er nach Wien zu fahren beabsichtigt. Da wir dies nicht mitgeteilt hätten, bedeute dies, dass wir diese Begegnung nicht wollten. Es ergab sich eine unangenehme Situation und eine unnötige Brüskierung und Gereiztheit. Twardowski sprach mir gegenüber auch über die Perspektiven der Unterredungen mit N. N. in Berlin, ich habe dies aber überhört und mich überhaupt nicht beeilt, ihn mit der Mitteilung einer angeblich ein für allemal festgelegten und nicht veränderbaren Reiseroute zu enttäuschen. Es wäre weder von Ihnen noch von Štern nötig gewesen, darüber zu sprechen. Zweifellos ist die Gereiztheit Neuraths in dem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten, über das Sie heute berichtet haben, auf die oben angeführten Umstände zurückzuführen.

Zu Ihrer Kenntnis teile ich Ihnen mit, dass wir, nachdem wir von den Beschwerden Dirksens erfahren hatten³, schon N. N. nach Wien telegrafieren wollten, er möge dennoch nach Berlin fahren. Dies wurde jedoch wegen der am glei-

¹ Vgl. Dok. 223, 245.

² Vgl. Dok. 238.

³ Vgl. die Unterredung Chinčuks mit von Dirksen am 12. 10. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 146–148; ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 14, S. 20–21.

chen Tag eingetroffenen Nachricht vom Rückzug Deutschlands aus dem Völkerbund und von der Abrüstungskonferenz verhindert. In einer solchen Situation erschien uns eine Begegnung mit Hitler als besonders ungeeignet⁴.

Mit Gruß

Litvinov

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1998 vom 19. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Chinčuk, die [Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder des NKID, das 6. an Gen. Štern und das 7. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 325–324.

Nr. 255

Schreiben des Sekretärs der Kommission zur Förderung der Wissenschaftler beim Rat der Volkskommissare Asmus an den Stellv. Kommissionsvorsitzenden zur Förderung der Wissenschaftler Bachutov

Geheim

Eingangs-Nr. 59¹

7. X. 33²

[17. 10. 1933]

An die

Genossen BACHUTOV, DONEC, PREZENT

Am 15. X. war ich im NKID beim Leiter der 2. Westabteilung Gen. Štern. Ich sprach mit ihm über die Beziehungen unserer Wissenschaftler zu den deutschen. Š[tern] teilte mit, dass die Informationen, Hitler habe angeblich seinen Wissenschaftlern verboten, mit unseren Wissenschaftlern zu verkehren, nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen. Eigentlich ist es ihnen gestattet, einen Briefwechsel zu führen, allerdings in Absprache mit dem Propagandaminister Goebbels. Faktisch haben die Wissenschaftler, die mit uns freundschaftliche Beziehungen unterhielten, von sich aus den Briefwechsel eingestellt. Viele baten sogar darum, ihnen keine Briefe mehr zu schreiben. Andererseits ist festzustellen, dass die Regierung die faschistischen Wissenschaftler zum Briefwechsel mit unseren Wissenschaftlern ermuntert. Letzteres ist vollkommen verständlich. Es gab von deutschen offiziellen Organisationen sogar Beschwerden darüber, dass wir nicht auf die Anfragen der Wissenschaftler (der Faschisten) antworten würden.

*Da in Deutschland ein Niedergang der Wissenschaft auf allen Gebieten zu verzeichnen ist, und im Bereich der Gesellschaftswissenschaften eine schnelle Fasisierung stattfindet, kann man über einen schnelleren Abbruch von Kontakten zu jeglichen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften nachdenken und die Verbindungen aus-

⁴ Vgl. Dok. 250, 251.

¹ Die Eingangs-Nr. ist durchgestrichen.

² So im Dokument; es muss offensichtlich 17. X. 33 heißen.

schließlich auf die Naturwissenschaften beschränken. Das gleiche trifft auch auf die Herausgabe von Literatur zu*³.

Die 2. Westabteilung des NKID erklärte sich damit einverstanden, uns die uns interessierende Information zuzuschicken. *Für heute bittet sie, eine kleine Auflistung der uns interessierenden Fragen zur Lage der Wissenschaftler und der Wissenschaften in Deutschland anzufertigen, damit diese Auflistung dem Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Berlin übermittelt werden kann*⁴.

Ė. Asmus

17. X. 1933

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von A. M. Bachutov: Gen. Asmus. 1. Lassen Sie uns mit Gen. Steckij sprechen, wobei vorab eine Denkschrift zu diesem Gegenstand zu verfassen ist. 2. Es ist eine Liste von Fragen aufzustellen. A. Bach[utov] 21. X. 33.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 1 Expl.

GA RF, f. R-4737, op. 4, d. 6, l. 1. Original.

Nr. 256

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 18. Oktober 1933

zu IV Ru 4600

Aufzeichnung

Bei der Weiterführung des Gesprächs mit der Sowjetregierung müsste an folgendem Gedankengang festgehalten werden:

Nach den letzten Unterredungen des Geschäftsträgers von Twardowski mit Litwinoff¹ und Stern² in Moskau (Berichte vom 19. September und 10. Oktober 1933 Nr. A 1997 und 2180)³ bedeutet die Erklärung Litwinoffs, dass die Sowjetregierung großen Wert auf möglichst gute und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland lege und jederzeit bereit sei, in Besprechungen über die Beilegung des Konflikts einzutreten⁴, einen wesentlichen Fortschritt. Deutscherseits ist gegenüber der Sowjetregierung niemals ein Zweifel daran gelassen worden, dass wir zu einer Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bereit sind. Dementsprechend ist auch der Sowjetregierung mitgeteilt worden, dass der Herr Reichskanzler bereit sei, Herrn Krestinski, falls er den Wunsch danach äußere, auf der Durchreise in Berlin zu empfangen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit ihm zu besprechen⁵. Die Sowjetregierung hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 209.

² Vgl. Dok. 245.

³ Maschinenschriftliche Randbemerkung: „IV Ru 4232/4531“.

⁴ Vgl. Dok. 253.

⁵ Vgl. Dok. 272.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Haltung Litwinoffs von der Absicht beeinflusst ist, die Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sich selbst vorzubehalten. Auch sollen Gründe für das veränderte Verhalten Litwinoffs in diesem Stadium der Angelegenheit einstweilen unerörtert bleiben. Es erscheint daher als taktisch richtig, dass Twardowski die Erklärung Litwinoffs als Initiativschritt der Sowjetregierung festgenagelt hat.

Das Gespräch müsste so fortgesetzt werden, dass es nicht gleich wieder auf den toten Punkt gelangt. Zu diesem Zweck wäre es notwendig, zunächst lediglich von der veränderten Haltung Litwinoffs mit Interesse Kenntnis zu nehmen und festzustellen, dass beide Seiten gleichermaßen Wert auf gute und freundschaftliche Beziehungen zueinander legen und bereit sind, in Besprechungen über die Beilegung der Divergenzen einzutreten. Eine öffentliche Bereinigung wird so lange nicht möglich sein, als der Reichstagsbrandprozess in Leipzig im Gange ist. Man müsste sich daher im Augenblick darauf beschränken, durch Besprechungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen das Terrain für eine Bereinigung der bestehenden Divergenzen vorzubereiten.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

Ich schlage vor, ein kurzes Telegramm an Twardowski abzusenden und Herrn Botschafter von Dirksen mit entsprechender Weisung zu versehen.

gez. von Tippelskirch

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich die handschriftliche Notiz: Die Sache hat sich inzwischen weiter entwickelt! (Dirksen). vT[ippelskirch] 18/10 und z. d. A. vT 2/11 [so wie eine nicht entzifferte Abzeichnung].

PA AA, R 31498, Bl. E 497237–497239.

Nr. 257

Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov an Reichswehrminister von Blomberg

[Entwurf]

[20. Oktober 1933]¹

Sehr verehrter Herr Minister!

Ihr freundliches Schreiben vom 29. September² habe ich erhalten.

Meinerseits möchte ich Sie und Ihre Mitarbeiter bitten, meine Dankbarkeit für die große Arbeit entgegenzunehmen, die hinsichtlich der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Armeen geleistet worden ist, eine Arbeit, die von nicht geringer Bedeutung auch für die Beziehungen zwischen unseren Ländern ist.

¹ Die Datierung erfolgt nach dem Datum des Begleitschreibens von Antonov, Nr. 3554 vom 20. 10. 1933, an das Politbüro des ZK der VKP (B), an Kaganovič und Molotov, mit der Bitte, den Entwurf des Schreibens von Vorošilov als Antwort auf das an ihn gerichtete Schreiben von Reichswehrminister von Blomberg vom 29. 9. 1933 zu bestätigen. Vgl. RGVA, f. 339987, op. 3, d. 505, l. 169. Am gleichen Tag billigte das Politbüro diesen Entwurf. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 507, l. 39 (Protokoll Nr. 148, Pkt. 53, „Sondermappe“).

² Vgl. Dok. 229.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung³.

Vermerk von V. M. Molotov: Dafür.

Das Datum des Schreibens ist vermutlich: 21/X. 33.

Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Vermerk: Bestätigung. Der Entwurf der Antwort wurde gebilligt. Auszug Nr. 148/34 vom 20. 10. 33.

Eigenhändige Unterschriften von: L. M. Kaganovič, G. K. Ordžonikidze, K. E. Vorosilov.

Auf Kopfbogen des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und Vorsitzenden des RVS der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 339987, op. 3, d. 505, l. 170. Original.

Nr. 258

Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Streng geheim
chiffriert

Nach Gagra

**An

Gen. Stalin

[20. 10. 1933]

Aus Berlin ist folgendes chiffriertes Telegramm eingegangen**1:

„An Litvinov. Fischer erklärte, dass Hitler persönlich die Anweisung zur Zulassung unserer Journalisten Bepalov und Kajt zum Prozess erteilt habe. Er drückte seine Zuversicht aus, dass unsere Journalisten objektiv sein werden. Ich verwies darauf, dass unsere Journalisten in ihrer Berichterstattung immer objektiv waren. Deshalb hätte es auch keinen Grund gegeben, ihnen das Recht zu entziehen, beim Prozess anwesend zu sein. Bünger habe von Fischer die Vorlage einer Regierungsanordnung gefordert; deshalb habe sich Fischer zu Bünger begeben, um sich im Namen der Regierung für die Zulassung der Journalisten einzusetzen². Der

³ In der Akte gibt es einen weiteren Entwurf einer Antwort, der auf Kopfbogen des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten geschrieben ist und den Vermerk trägt: „Entwurf, ausgearbeitet von der IV. Verwaltung [des Stabes der RKKa]: Sehr verehrter Herr Minister, mit dem Gefühl tiefer Zufriedenheit muss ich hervorheben, dass die Ihnen bekannten Maßnahmen ohne jegliche Beeinträchtigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der RKKa und der Reichswehr durchgeführt worden sind. Ich meine, dass die langjährige Zusammenarbeit zwischen den beiden Armeen zweifellos tiefe Spuren in den weiteren Beziehungen hinterlassen und zum Nutzen beider Armeen dienen wird. Ich wage Sie zu versichern, Herr Minister, dass die Vertreter des Kommandos der RKKa und die Vertreter der Reichswehr in der UdSSR alles ihnen Mögliche getan haben, um die Grundlage für eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Armeen zu bewahren. Indem ich die Bedeutung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der RKKa und der Deutschen Armee für die Festigung des Friedens in Europa hoch einschätze und ich Ihnen meine herzliche Dankbarkeit für Ihr Schreiben ausdrücke, verbleibe ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung, Ihr.“ Vgl. RGVA, f. 339987, op. 3, d. 504, l. 159. Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S. 339–340; D'jakov/Buschujewa, Das faschistische Schwert, S. 344.

¹ Am 19. 10. 1933. Der Text ist handschriftlich von Kaganovič geschrieben.

² Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit Ministerialdirigent Fischer am 19. 10. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 153–153R. Chinčuk gibt folgende Darlegung dieses Sachverhaltes: „Fischer erklärte, dass er jetzt von mir zu Senatspräsident Bünger gehe und

Schuldige für die Verhaftung von Bepalov und Kajt werde bestraft werden. Ich wies darauf hin, dass man dies publik machen müsse. Fischer warf die Frage nach dem Schicksal der deutschen Journalisten auf. Ich antwortete, dass ich dies nach Moskau berichten und klären werde, wie es um diese Frage bestellt ist. Chinčuk.“

Wir meinen, dass man nicht auf die Zulassung des „Pravda“-Vertreter zum Prozess bestehen sollte und folgende Antwort geben könnte³:

„Berlin. An den Bevollmächtigten Vertreter. Ihre Nr. 11630. Wenn eine Erklärung veröffentlicht wird, dass Bepalov und Kajt zum Prozess zugelassen werden und die Schuldigen für deren Verhaftung in Leipzig bestraft worden sind, so werden wir die deutschen Journalisten wieder hereinlassen. Es versteht sich von selbst, dass Černjak das Recht erhalten muss, nach Berlin zurückzukehren, und dies sollte sofort gesondert vermerkt werden.“

Wir erbitten Ihre Meinung⁴.

Kaganovič, Molotov

**Nr. 98/s. Nr. 2278/s

20/X-33, 21 Uhr 15**⁵

Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 48, l. 28–29. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 412, S. 397.

Nr. 259

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 3

Nr. 164/L

22. Oktober 1933

AN

GEN. L. M. CHINČUK

Berlin

Lieber Lev Michajlovič,

Ihre Erläuterung **¹, dass Sie lediglich Zweifel an der Reise von N. N.² über Berlin zum Ausdruck gebracht haben³, ändert nichts am Wesen der Sache. Da Sie

ihm die Erklärung im Namen der Regierung über die Zulassung von Bepalov und Kajt zum Prozess vorlege. (Offensichtlich hat die erste Erklärung, die Fischer Bünge im Namen von Göring abgegeben hat, auf Bünge keinen Eindruck gemacht, der wohl gefordert hatte, eine Erklärung im Namen des „Führers“ zu bekommen).“ In: ebd., l. 153R.

³ Der Text ist handschriftlich von Kaganovič geschrieben.

⁴ Der Text ist handschriftlich von Kaganovič geschrieben. Stalin gab am 21. 10. 1933 um 15 Uhr aus Gagra telegrafisch sein Einverständnis (RGASPI, f. 558, op. 11, d. 48, l. 24).

⁵ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

¹ Das an dieser Stelle stehende Wort „darüber“ ist gestrichen.

² Hier und im Folgenden ist Nikolaj Nikolaevič Krestinskij gemeint.

³ Vgl. das Schreiben von Chinčuk an Litvinov vom 18. 10. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 135.

lediglich Zweifel hatten, bedeutet es, Sie haben auch die Möglichkeit der Reise über Berlin in Betracht gezogen. Sie hätten ihn von dem Vorschlag der Deutschen unterrichten und zum Aufenthalt in Berlin bewegen müssen. Anders wäre es, wenn Sie überhaupt nichts gesagt und so getan hätten, als wüssten Sie nicht, ob er nun fahren wird oder nicht ^{**4}, dann wäre die Möglichkeit entfallen, N. N. gesondert bezüglich des deutschen Vorschlages zu informieren. Im Übrigen lohnt es nicht weiter darüber zu schreiben, zumal wir uns wahrscheinlich bald treffen werden.

Da ich nicht in die Türkei fahre, führt der Weg nach Amerika⁵ zwangsläufig über Berlin. Den Dampfer werde ich in einem französischen oder englischen Hafen besteigen, folglich kann ich von Negoreloe bis nach Paris fahren ohne den Waggon zu verlassen, ^{**doch**}⁶ ich befürchte, dass die Deutschen ^{**dies**}⁷ als einen weiteren Versuch werten werden, Gesprächen mit ihnen auszuweichen. Wir erörtern deshalb die Frage, ob ich mich dennoch in Berlin für die Zeit bis zur Abfahrt des nächsten Zuges aufhalten sollte. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen worden⁸. Dagegen ist eines klar, dass ich auf keinen Fall um eine Begegnung mit Hitler nachsuchen und einer solchen Begegnung nicht zustimmen werde, selbst dann nicht, wenn die Initiative von den Deutschen ausgehen würde, sie der Angelegenheit jedoch formal den Anschein geben wollten, als sei die Begegnung auf meinen Wunsch zustande gekommen, wie sie es mit N. N. vorhatten. Möglicherweise wird es als unerwünscht angesehen werden, dass ich mich an Neurath wende. Eine Begegnung mit ihm könnte nur in dem Fall stattfinden, wenn er nach Bekanntwerden meiner Ankunft in Berlin selbst den Wunsch äußert, mich zu sehen. Darüber werden wir Sie gesondert telegrafisch unterrichten, sobald eine Entscheidung gefallen ist. Falls eine Begegnung mit Neurath zustande kommt, müssten Sie vorab die Bedingung stellen, dass keine einzige, nicht einmal eine einzeilige Mitteilung über die Begegnung in die Presse gelangt, wenn der Text der Mitteilung nicht mit uns abgestimmt worden ist.

Ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass mir die amerikanischen Journalisten auf den Fersen sein werden, die den Wunsch haben, mich nach Amerika zu begleiten. Ich muss deshalb Maßnahmen für eine maximale Geheimhaltung der Reiseroute, des Reiseterrains usw. ergreifen. Deshalb bitte ich Sie, meine Ankunft vor unnötiger Publizität zu schützen.

Mit Gruß

M. Litvinov

Vermerk [von M. M. Litvinov]: an Gen. Štern.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2033 vom 23. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Chinčuk, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Štern, das 4. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 332–331. Kopie.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „und“ ist gestrichen.

⁵ Litvinov reiste in die USA, um Fragen der Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu erörtern.

⁶ Das Wort ist handschriftlich geschrieben.

⁷ Das Wort ist handschriftlich geschrieben.

⁸ Die Direktiven für Litvinov wurden am 25. 10. 1933 bestätigt. Vgl. Dok. 260.

Nr. 260

**Entwurf eines Telegramms des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des
Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin**

[22. 10. 1933]

An
Gen. Stalin

1.) Litvinov wird in 2–3 Tagen abreisen¹. Angesichts dessen, dass er durch Deutschland fahren wird, stellte er uns die Frage, ob er in Berlin Station machen oder weiterfahren solle, ohne den Waggon zu verlassen?

Wir meinen, dass es zweckdienlich wäre, in Berlin Station zu machen und eine Unterredung mit Neurath nicht auszuschlagen². Oder falls es Hitler wünscht, so auch mit ihm. Zum Wesen der Gespräche: Wenn sie uns vorschlagen, ein Protokoll darüber zu unterzeichnen, dass alle Konflikte beigelegt sind, so kann man unter der Bedingung darauf eingehen, dass sie öffentlich in dieser oder jener Entschuldigungsform das Bedauern bezüglich einer Reihe von unkorrekten Aktionen der deutschen Behörden ^{***3} ^{***im}^{***4} Konflikt ^{***}bezüglich der Journalisten^{***5} zum Ausdruck bringen. Wenn sie aber kein Protokoll fordern werden, so ist das Gespräch in einem Ton zu halten, der ihnen zu verstehen gibt, dass wir nicht beabsichtigen, den Konflikt zu vertiefen, und wir bereit sind, alles Erforderliche für die Wiederherstellung der früheren Beziehungen zu tun.

2.) Litvinov wird von Berlin aus weiter nach Paris fahren. Wir denken, dass er auch dort eine Begegnung mit Paul-Boncour⁶ nicht verweigern sollte. ^{***}Falls Litvinov ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden sollte^{***7}.

Erbitten Ihre Meinung⁸. ^{***}Nr. 100/s Nr. 2284/š^{***9}

Kaganovič, Molotov

^{***}22/X-33

0 [Uhr] 30 [Min.]^{***10}

Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 48, l. 33. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 413. S. 398.

¹ Vgl. Dok. 259, Anm. 5.

² Litvinov traf am 28. 10. 1933 mit von Neurath zusammen. Vgl. Dok. 269 sowie ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 34, S. 52–53.

³ Der an dieser Stelle stehende Text ist von Kaganovič gestrichen: „gegenüber sowjetischen Organen wie der Derop und sowjetischen Staatsbürgern und insbesondere gegenüber letzteren“.

⁴ Das Wort ist handschriftlich geschrieben.

⁵ Die Textstelle ist korrigiert; ursprünglich: mit dem Journalisten.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Litvinovs mit Paul-Boncour. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 332, S. 595–596.

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Man kann es auch so machen, dass Litvinov nicht über Paris, sondern London reist.

⁸ Stalin gab am gleichen Tag aus Gagra sein Einverständnis (Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 82, l. 28). Am 25. 10. 1933 bestätigte das Politbüro die im Telegramm dargelegten Direktiven für Litvinov für dessen Unterredungen in Berlin und Paris. Vgl. Politbjuro CK RKP (b)-VKP (b) i Evropa, Dok. 203, S. 295.

⁹ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

Nr. 261

Aufzeichnung des Telefongesprächs des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Ministerialdirigenten im Preußischen Innenministerium Fischer

Berlin, den 22. Oktober 1933

Heute rief mich der Ministerialdirigent Fischer im preuß[ischen] Innenministerium (Staatspolizei) an und teilte mir Folgendes mit:

In den letzten Tagen habe er mit der russischen Botschaft Verhandlungen wegen Beilegung des durch die Verhaftung der russ[ischen] Journalisten entstandenen Zwischenfalles geführt¹. Mit Zustimmung des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten Göring sei abgemacht worden, dass die Vertreter der TASS² und der „Iswestija“³ zu dem Reichstagsbrandprozess zugelassen werden sollten, wenn der russ. Botschafter⁴ die Zusicherung gebe, dass die Berichterstattung rein objektiv bleibe, und wenn ferner die bereits gegebene Zusicherung, dass der russ. Sender seine antideutsche Hetze unterlasse, weiterhin ****einhalte****⁵. Endlich, dass die ausgewiesenen deutschen Journalisten sofort wieder in Russland zugelassen würden⁶. Diese Zusicherung habe der russ. Botschafter gegeben. Daraufhin habe der Senat des Reichsgerichts die Zulassung der beiden russ. Journalisten beschlossen. Die Karten liegen bereit und sollten ***morgen***⁷ ausgehändigt werden.

Ich äußerte mein Erstaunen über dieses Vorgehen der Staatspolizei und fragte, wie er dazu komme, mit dem russ. Botschafter direkt zu verhandeln. Fischer erklärte, er habe dies auf Weisung Görings getan, weil die Staatspolizei ja durch die ungerechtfertigte Verhaftung der beiden Russen an dem ganzen Zwischenfall schuldig sei. Göring habe gesagt, die Sache müsse in Ordnung gebracht werden. Die deutsch-russischen Beziehungen ertrügen keine solche Belastung.

Ich sagte darauf Herrn Fischer Folgendes: Die Aushändigung der Karten an die russ. Journalisten dürfe nicht erfolgen, ehe ich oder mein Vertreter eine Aussprache mit dem russ. Botschafter gehabt hätte. Es handle sich hier um die Erledigung eines politischen Zwischenfalls mit seinen Konsequenzen, der auf diplomatischem Wege beigelegt werden müsse.

Eine Ermächtigung, die Karten an die Journalisten auszuhändigen, erhalte er von mir erst, nachdem ich die Angelegenheit noch einmal nachgeprüft hätte, frühestens am Dienstag morgen⁸.

v. N[eurath]⁹

¹ Vgl. die Aufzeichnungen Chinčuks. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 150–151.

² Ivan Michajlovič Bespalov.

³ Lili Maksimovna Kajt.

⁴ Lev Michajlovič Chinčuk.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: eingehalten werde.

⁶ Vgl. auch Dok. 249 und 258.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Am 24. 10. 1933.

⁹ Bei der Vorlage befindet sich folgende Notiz: „22. Okt. St. S.: Ich bitte entweder den russ[ischen] Botschafter kommen zu lassen u. mit ihm die Angelegenheit zu besprechen oder Meyer zu beauftragen, damit die Sache in unserem Sinn erledigt wird. Neurath.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 21, Anm. 6, S. 35.

Auf dem ersten Blatt eigenhändige Unterschrift von Neuraths.

PA AA, R 83658, Bl. E 666736–666737.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 21, S. 34–35.

Nr. 262

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 23. Oktober 1933

Aufzeichnung¹

Falls der Beschluss gefasst werden sollte, die Sowjetregierung-Presserepäsentanten zum Reichstagsbrandprozess wieder zuzulassen, dürfte die Erörterung über die Lösung des Journalistenkonfliktes am zweckmäßigsten an die Erklärung Litwinskys gegenüber Herrn von Twardowski² anknüpfen, in der die Sowjet-Regierung sich bereit erklärte, jederzeit in Besprechungen über die Beilegung des Konflikts einzutreten. Es könnte dem Botschafter mitgeteilt werden, dass im Anschluss an diese Erklärung eine erneute Prüfung der Sachlage erfolgt sei und deutscherseits durchaus die Bereitschaft bestehe, den Konflikt beizulegen. Eine solche Beilegung sei umso leichter und schließe die Gefahren einer Wiederholung von Zwischenfällen aus, wenn das Prinzip streng eingehalten werde, dass³ die Verschiedenheit der Staatssysteme in keiner Weise auf die außenpolitischen Beziehungen beider Länder einzuwirken brauche und wenn die Gewähr dafür übernommen werde, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates direkt oder indirekt einzumischen. In diesem Sinne würde es vor allem notwendig sein, dass der Moskauer Rundfunk ebenso wie die⁴ Moskauer offiziöse Presse ihre bisherige Taktik ändern und sich sowohl jeder wie immer gearteten Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse als auch jeder aggressiven Tendenz gegenüber der Deutschen Regierung und ihren maßgebenden Vertretern enthalten. Selbstverständlich sei ferner, dass die deutschen ausgewiesenen Journalisten wieder zugelassen würden, und bei dieser Zulassung⁵ könnten die Vertreter der deutschen Regierungs-Presse, insbesondere von „Völkischer Beobachter“ und „Angriff“ nicht ausgeschlossen werden. Deutscherseits würde es begrüßt werden, wenn die russischen Journalisten wieder in Deutschland⁶ ihre Tätigkeit aufnehmen würden, wobei wir allerdings davon ausgingen, dass ein Wiedereerscheinen von Frau Keit⁷ nicht in Frage käme und die russischen Journalisten hier sich in ihrer Berichterstattung über Deutschland einer vollkommenen Objektivität befleißigten. Ebenso wie sowjetrussische Zeitungen in Deutschland unge-

¹ Von Neurath verwendete diese Aufzeichnung Meyers im Gespräch mit Chinčuk; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok 25, Anm. 2, 3, S. 40.

² Vgl. Dok. 252.

³ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit a) versehen.

⁴ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit b) versehen.

⁵ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit c) versehen.

⁶ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit d) versehen.

⁷ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit e) versehen.

hindert verbreitet werden *könnten, gäben wir uns der Hoffnung hin, dass auch dortseits*⁸ die Möglichkeit gesehen würde, die Blätter der Regierungspresse zuzulassen. Auf diese Weise würde eine Basis hergestellt werden, um die gespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder freundschaftlich zu gestalten, und der Zulassung der Journalisten zum Reichstagsbrand-Prozess stände dann nichts mehr im Wege.

[Meyer]

PA AA, R 35960, Bl. 83–84.

Nr. 263

**Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

Ganz geheim

Expl. Nr. 8

Nr. 11910, 11906

25. Oktober 1933

Berlin

Sofort

An Krestinskij. Vinogradov war heute bei Meyer und erhielt den Entwurf des Kommuniqués. Nach einigen Korrekturen, die Meyer selbst vornahm, erhielten wir den endgültigen Text, der wie folgt lautet: „Offiziell WTB [...] [N]achdem die zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der UdSSR aus Anlass des Journalistenkonflikts entstandenen Meinungsverschiedenheiten in jüngster Zeit wiederholt Gegenstand von diplomatischen Verhandlungen waren, fand gestern eine Unterredung zwischen Neurath und Chinčuk zu dieser Frage statt. Dabei wurde eine Einigung über eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten erzielt. Ausgangspunkt und Grundlage der Übereinkunft ist die Bereitschaft beider Regierungen, die gegenseitigen Beziehungen aufrechtzuerhalten, ohne die unterschiedlichen Regierungssysteme in beiden Ländern zu verletzen und ohne sich in die inneren Verhältnisse des anderen Staates einzumischen. Ebenso werden Presse und Rundfunk angewiesen, ein aggressives Verhalten in Bezug auf das andere Land zu vermeiden. Auf dieser Grundlage wird sich die Tätigkeit der sowjetischen Journalisten in Deutschland und der deutschen in der UdSSR gestalten. Auf Beschluss des Senatspräsidenten¹ erhalten die Vertreter von TASS² und „Izvestija“³ Einlasskarten für den Reichstagsbrandprozess.“ Außerdem versuchte Meyer zu Beginn, das Kommuniqué durch unsere Zusage zu ergänzen, in Moskau Vertreter des „Angriffs“ und des „Völkischen Beobachters“ zuzulassen. Vinogradov wies dieses An-

⁸ Diese Zeile ist am Seitenrand handschriftlich mit f) versehen.

¹ Wilhelm Bünger.

² Ivan Michajlovič Bespalov.

³ Lili Maksimovna Kajt.

sinnen mit dem Hinweis darauf zurück, dass dies eine besondere Frage sei, die in keinerlei Beziehung zur Beilegung des Konfliktes steht. Meyer antwortete, dass er einverstanden sei, dies aus dem Kommuniqué herauszunehmen, doch die Beilegung des Konfliktes werde solange nicht möglich sein, wie die Deutschen nicht die schriftlichen oder mündlichen Zusicherungen bezüglich der Zulassung von Vertretern der nationalsozialistischen Presse in Moskau erhalten haben werden⁴. Wir haben ebenso die Aufnahme des Passus über die gegenseitige Unvorteilhaftigkeit⁵ zurückgewiesen, da dies nichts mit dem Konflikt zu tun hat. Die Übernahme irgendwelcher Verpflichtungen gegenüber Presse und Rundfunk, zumal in Form eines Kommuniqués, lehnten wir ebenfalls ab. Auf die kategorische Forderung Meyers, den Tag der Abreise von Kajt aus Berlin – die nicht später als einen Monat nach ihrer Ankunft abreisen müsse – zu benennen, antwortete Vinogradov ablehnend und erklärte gemäß der Weisung Litvinovs, die er für den Fall hatte, dass die Deutschen die Abberufung von Kajt fordern sollten, dass Just aus unserer Sicht ebenfalls unerwünscht sei⁶. Nach der Erörterung des deutschen Kommuniqué-Entwurfs legte Vinogradov unseren Entwurf vor, der unsere alten Forderungen beinhaltet: 1) die Feststellung der Gleichstellung von sowjetischen Journalisten mit den Journalisten anderer Nationen, 2) die Verurteilung des Vorgehens der Leipziger Polizei und Zusicherung nach Bestrafung der Verantwortlichen, 3) die Zulassung zum Prozess, 4) die Feststellung der Beilegung des Konfliktes. Meyer lehnte alle Punkt ab, indem er sie entweder als unnötig oder als unannehmbar erklärte. Morgen oder übermorgen werde ich Neurath sehen⁷.

Chinčuk

25. X. 33

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 27, S. 77–78.

⁴ Vgl. dazu Dok. 269, 270.

⁵ So im Dokument; richtig: Nichteinmischung. Vgl. Dok. 265.

⁶ Vgl. Dok. 242. Laut deutscher Aufzeichnung über die Unterredung von Ministerialdirektor Fischer mit Chinčuk, die vor dem 25. 10. 1933 stattfand, wurden die Bedingungen für die Beilegung des Journalistenkonfliktes erörtert. Dabei habe der Bevollmächtigte Vertreter erklärt, „es liege gegen Herrn Just nichts vor, und er persönlich habe nichts gegen Herrn Just“. Aufzeichnung von Tippielskirchs vom 26. 10. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659827–659828, hier Bl. E 65928.

⁷ Vgl. Dok. 266.

Nr. 264

**Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 943

Berlin, [nicht vor dem 26.] Oktober 1933¹

TAGEBUCH
des Gen. CHINČUK
[...]²

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NEURATH, 24/X.

Am Abend des 24/X. war ich bei Neurath. Er entschuldigte sich, dass er wegen Zeitmangels mich nicht früher zu einem Gespräch habe einladen können, da er sehr mit den Angelegenheiten des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz beschäftigt gewesen sei. Als er aus Genf zurückgekehrt sei, habe er angesichts der Ergebnislosigkeit seiner dortigen Verhandlungen dem Reichskanzler sofort erklärt, dass er nicht mehr nach Genf fahren werde, da es keinen Sinn habe. Er billige die vom Reichskanzler eingeschlagene Linie³ und sei überzeugt, dass allein diese Taktik Ergebnisse zeitigen könnte. Er meine, dass der Völkerbund seine Rolle nicht erfüllt habe, sondern lediglich der Beschwichtigungspolitik gegenüber zwei Ländern diene, nämlich Frankreich und England. Die Abrüstungskonferenz werde aller Voraussicht nach vertagt und eine Kommission für die Abfassung der Resolution gebildet werden. Im Übrigen werde die Zeit alles richten. Und bereits jetzt könne man sagen, dass die Öffentlichkeit in England die Lage Deutschlands zu verstehen beginne. Mit der Zeit werde das Verständnis größer werden. Neurath drückte ferner sein Bedauern bezüglich des Sturzes der Daladier-Regierung⁴ aus, weil sich Daladier gegenüber Deutschland seriöser als andere verhalten habe und er von Zeit zu Zeit an die Adresse Deutschlands Worte zu finden vermochte, die er in einem Ton vorgetragen habe, der nicht dem üblichen Ton von französischen Premier- und Außenministern entsprochen hätte. Neurath nimmt an, dass Daladier dem neuen Kabinett als Außenminister angehören werde⁵. Überhaupt ließ Neurath deutlich seine Sympathie für Daladier durchblicken.

Sodann ging Neurath zum Journalistenkonflikt über⁶. Er erklärte sein Bedau-

¹ Die Datierung erfolgte auf der Grundlage des Inhaltes des Dokuments.

² Ausgelassen sind die Gesprächsaufzeichnungen: mit Hoetzsch am 18. 10. (l. 152), mit Nadolny während des Abendessens in der türkischen Botschaft am 19. 10. (l. 152), mit Fischer (Preußisches Innenministerium) am 19. und 21.–22. 10. (l. 152–152R, 153–153R), mit Phipps am 21. 10. (l. 152R), mit Dymša am 21. 10. (l. 152R), mit Reyß am 23. 10. (l. 153R), mit von Dirksen am 23. 10. (l. 153R–154), mit Nadolny am 24. 10. (l. 154).

³ Gemeint sind der Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz am 14. 10. 1933.

⁴ Am 24. 10. 1933.

⁵ Im neuen Kabinett Sarrautts bekleidete Daladier den Posten des Ministers für nationale Verteidigung.

⁶ Eine knappe Darlegung dieses Teils der Unterredung mit von Neurath hat Chinčuk am 24. 10. 1933 in seinem Telegramm an Krestinskij gegeben. Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 25, S. 76.

ern über seine Abwesenheit zu dieser Zeit, da er es nicht zu diesem Konflikt hätte kommen lassen. Die Angelegenheit hätte mit einem Telefongespräch bereinigt werden können. Ich sagte Neurath, dass sich wohl kaum etwas geändert hätte, weil ich zweimal mit Staatssekretär Bülow bezüglich einer möglichen Beilegung des Konfliktes gesprochen hätte⁷, und ich hätte auch mit Dirksen⁸ gesprochen, wobei beide unter Berufung auf die Erklärung des Reichskanzlers beteuert hätten, dass man den Konflikt erst nach dem Prozess beilegen könne. Ich sei mir sicher, dass Bülow Neurath diese Richtlinie zur Kenntnis gebracht habe. Somit sei mir nichts anderes übrig geblieben als abzuwarten. Doch eine Dienststelle des Innenministeriums habe es für angezeigt gehalten, über Ministerialdirektor⁹ Fischer an mich den Vorschlag zu richten, den Konflikt augenblicklich durch die Genehmigung für unsere Journalisten, am Prozess teilzunehmen¹⁰, beizulegen. „Aus der Unterredung des Volkskommissars Litvinov mit Twardowski¹¹ können Sie entnehmen, dass wir nicht an einer Verschleppung des Konfliktes interessiert sind.“

Neurath zeigte sich bezüglich der Unterredung Litvinovs mit Twardowski zufrieden, womit der anfängliche Eindruck zerstreut wurde, den das Schreiben Twardowskis über die Unterredung mit Štern hinterlassen hatte¹².

Neurath erklärte weiter, er habe keine Einwände bezüglich meiner Verhandlungen mit Fischer, weil letzterer in bester Absicht sowohl im Geiste als auch in der Richtung, die vom Auswärtigen Amt geteilt werde, gehandelt habe. Er, Neurath, rügte jedoch Fischer dafür, dass dieser die ganze Geschichte mit dem sowjetischen Botschafter beenden wollte, und erklärte ihm, dass er, Neurath, die ganze Sache gemeinsam mit dem sowjetischen Botschafter *zu Ende führen*¹³ werde¹⁴. Ich erklärte meinerseits, dass ich mir die Angelegenheit auch nicht anders vorgestellt hätte, dass das Kommuniqué im Ergebnis meiner Unterredung mit Neurath vom Auswärtigen Amt ausgehen müsse, jedoch müsse das Kommuniqué mit mir abgestimmt sein.

Neurath sagte, die Grundlage für die Beilegung des Konfliktes müsse darin bestehen, dass unsere beiden Journalisten von der „Izvestija“ und von TASS die Genehmigung erhalten, am Prozess teilzunehmen, und nur Kajt ausgeschlossen werde. Ich unterbrach ihn und sagte, damit sei für mich klar, dass von einer Beilegung des Konfliktes nicht die Rede sein könne. Ich protestiere gegen eine solche Forderung von Seiten Neuraths, denn dies sei für uns absolut unannehmbar. Gerade Kajt und Bepalov müssten die Genehmigung erhalten, die zwei anderen Journalisten, Izakson von TASS und Černjak von der „Pravda“, müssten aber wegen ihrer journalistischen Tätigkeit nach Berlin zurückkehren. Neurath erklärte, dass dies für ihn schwierig durchzuführen sei. Ich wies darauf hin, dass er als Außenminister bei der Durchsetzung dieser unbedeutenden Angelegenheit doch

⁷ Vgl. Dok. 219, 223, 241.

⁸ Vgl. Dok. 254, Anm. 3.

⁹ So im Dokument; richtig: Ministerialdirigent.

¹⁰ Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit Fischer vom 19. 10. 1933, in deren Verlauf dem Bevollmächtigten Vertreter das Einverständnis Hitlers übermittelt wurde, die zwei sowjetischen Journalisten Bepalov und Kajt zum Leipziger Prozess zuzulassen. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 153–153R.

¹¹ Vgl. Dok. 252 sowie ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 12, S. 14–19.

¹² Vgl. Dok. 245.

¹³ Das Verb ist über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Vgl. Dok. 261.

nicht auf Schwierigkeiten stoßen könne. Diese Frage sei bereits einmal aktuell gewesen, sie stehe aber in keinem Bezug zur Beilegung des Konfliktes. Neurath versprach dies zu tun, sagte aber, dass wir uns dennoch um einen Ersatz für Kajt kümmern sollten. Ich sagte, dass dies eine Sache der „Izvestija“ sei¹⁵.

Auf die Frage Neuraths, was mit den deutschen Journalisten geschehen werde, sagte ich, dass man ihnen die Rückkehr nach Moskau gestatten werde¹⁶. Wir haben weiterhin vereinbart, dass am nächsten Tag, d.h. am Mittwoch, den 25. 10., Vinogradov und Meyer zusammenkommen würden, um das Kommuniqué abzufassen, das veröffentlicht werde, nachdem ich und Neurath es gebilligt hätten.

Ich muss darauf hinweisen, dass bei der Abstimmung unseres und des deutschen Textes für das Kommuniqué bereits am 25. 10. große Schwierigkeiten aufgetreten sind, worüber ich Moskau telegrafisch berichtet habe¹⁷.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4472 vom 31. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 152–155. Original.

Nr. 265

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters Chinčuk mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 950¹

Berlin, 27. Oktober 1933

TAGEBUCH

des Gen. CHINČUK

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT MEYER, 27/X-33

Am 27. X. suchte mich Meyer im Namen von Neurath auf, um sich mit mir bezüglich des Inhalts des Kommuniqués und einiger Bedingungen zur Beilegung des Konfliktes zu verständigen.

Meinungsverschiedenheiten zeigten sich in vier Punkten:

¹⁵ Von Neuraths Aufzeichnung dieses Teils der Unterredung lautet: „Bezüglich des Wiedererscheinens der Frau Keith müsse er [Chinčuk] allerdings den Vorbehalt machen, dass sie gleichfalls zugelassen werde. Er verspreche jedoch, dafür zu sorgen, dass Frau Keith etwa in einem Monat aus Deutschland verschwinde.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 25, S. 40–41. Die Journalistin wurde im Mai 1934 aus Deutschland abberufen.

¹⁶ Eine entsprechende Entscheidung war am 21. 10. 1933 getroffen worden. Vgl. Dok. 258.

¹⁷ Vgl. Dok. 263.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Erster Punkt – die Frage bezüglich Kajt. Man fordert von mir ein Schreiben, dass Kajt im Verlaufe eines Monats abberufen wird. Ich habe es abgelehnt, ein solches Schreiben zu geben, wobei ich erklärte, dass diese Frage keinerlei Bezug zum Konflikt habe und von mir solch ein Schreiben nicht zu erwarten sei. Als es um die Ausweisung von Kajt gegangen sei, ungefähr vor einem Jahr, hätte ich tatsächlich gesagt, dass Kajt von sich aus abreisen werde, da sie um ihre Abberufung in die UdSSR gebeten habe. Nach langen Wortgefechten nahm Meyer von diesem Punkt Abstand².

Zweiter Punkt – zur Frage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Meyer bestand darauf, im Kommuniqué auszuführen, dass beide Seite die Verpflichtung eingehen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Ich erklärte Meyer, dass beide Seiten solche Zusicherungen bereits mehrmals abgegeben hätten, und falls die Deutschen dennoch darauf bestünden, einen solchen Punkt in das Kommuniqué aufzunehmen, so ginge es dabei offenkundig nicht um Zusicherungen. Darüber hinaus stehe dies in überhaupt keiner Beziehung zum jetzigen Konflikt. Das Auswärtige Amt verkompliziere und erschwere die Beilegung des Konflikts, indem es abseitige Umstände, die überhaupt nichts mit dem Konflikt zu tun hätten, ins Feld führe, anstatt die Beilegung des Konflikts zu vereinfachen. Nach wiederum langen und ermüdenden Argumenten für die Aufnahme eines derartigen Punktes erklärte sich Meyer einverstanden, auch diesen Punkt zu streichen.

Der dritte Punkt: Presse und Rundfunk. Meyer bestand kategorisch darauf, einen Absatz in das Kommuniqué aufzunehmen, dass sich die Presse und der Rundfunk in beiden Ländern einer aggressiven Berichterstattung enthalten werden. Meyer erklärte, dass die Hauptursache für den Konflikt bei der Presse und beim Rundfunk liege, was besondere Maßnahmen ihnen gegenüber erfordere, um sie in bestimmten Grenzen zu halten und keine aggressiven Äußerungen zuzulassen. Ich habe vor allem darauf hingewiesen, dass weder unsere Presse noch unser Rundfunk die Ursache für den Konflikt seien. Mit dem Prozess in Leipzig und der Ablehnung, unseren Journalisten zu gestatten, bei diesem Prozess anwesend zu sein, sei eine Atmosphäre geschaffen worden, die zu den scharfen Äußerungen sowohl seitens unserer als auch der deutschen Presse geführt habe. Die Angelegenheit bestehe somit darin, eine entsprechende freundschaftliche Atmosphäre zu schaffen, nicht aber demonstrative Erklärungen im Kommuniqué aufzunehmen. Ich habe mich kategorisch gegen die Aufnahme eines solchen Punktes im Kommuniqué ausgesprochen³.

Darauf erklärte Meyer, dass er noch einen Punkt habe, dem Neurath eine außerordentlich große Bedeutung beimesse. Von dessen positiver Lösung werde es abhängen, ob auf den Punkt über die Presse und den Rundfunk im Kommuniqué

² In der von Meyer abgefassten Aufzeichnung dieser Unterredung heißt es: „In der Frage der Frau Keith hat Herr Chintschuk die bindende Zusicherung gegeben: a) dass Frau Keith innerhalb der nächsten Monate aus Deutschland verschwindet, b) dass die Tätigkeit der Frau Keith während ihres Aufenthaltes in Deutschland in keiner Weise zu Beanstandungen Anlass geben wird.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 30, S. 47.

³ Dazu Meyer in seiner Aufzeichnung: „In der Frage des Rundfunks gab Herr Botschafter Chintschuk die Erklärung ab, er werde dafür sorgen, dass der Moskauer Rundfunk, wie dies bereits in den letzten 14 Tagen der Fall gewesen sei, zu Beschwerden keinerlei Anlass gebe. Er führte aus, dass es ihm unmöglich sei, einen Satz über den Rundfunk in das Kommuniqué aufzunehmen, und bat dringend, ihm die Aufgabe der Lösung des Konfliktes durch diese Forderung nicht zu erschweren.“ In: ebd., S. 47.

verzichtet werden könne. Diese vierte Frage betreffe die Zulassung von Vertretern des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“ in der UdSSR. Dies sei eben die Regierungspresse oder die der Regierung sehr nahestehende Presse, und Neurath bat, ihm persönlich entgegenzukommen, indem er mich bat, sich bei Litvinov für eine Lösung dieser Frage zu verwenden, der, wie er sagte, morgen früh in Berlin eintreffen werde. Ich sagte ihm, dass Litvinov wohl kaum auf der Durchreise diese Frage entscheiden werde, doch ich habe mich einverstanden erklärt, ihm die Bitte Neuraths vorzutragen⁴.

Somit hängt jetzt die Beilegung dieses Konfliktes und die Veröffentlichung des Kommuniqués, das dem Schreiben beigelegt ist⁵, von der Lösung dieses vierten Punktes ab.

Weiter übermittelte Meyer die Bitte Neuraths, Gen. Litvinov zu treffen. Ich teilte mit, dass Litvinov bis 15.00 Uhr Neurath aufsuchen könne⁶.

Wir vereinbarten, dass ich ihm morgen das Ergebnis meines Gesprächs mit Litvinov mitteilen werde. Ich werde heute um 19.00 Uhr Neurath treffen⁷.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4473 vom 31. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 159–160. Original.

Nr. 266

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 957¹

Berlin, 27. Oktober 1933

TAGEBUCH

des Gen. CHINČUK

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NEURATH, 27/X-1933

Am 27. X. war ich um 19.00 Uhr bei Neurath, dem ich einige Veränderungen zum Kommuniqué unterbreitet habe: erstens stilistischer Art und zweitens die

⁴ Dazu Meyer in seiner Aufzeichnung: „Der Herr Botschafter hatte weitgehendes Verständnis für unseren Standpunkt und erklärte sich bereit, ihn sich voll und ganz zu eigen zu machen und die Angelegenheit morgen Vormittag sofort mit Herrn Litvinov zu besprechen. Er hoffe, mir noch morgen einen günstigen Bescheid geben zu können.“ In: ebd., S. 47.

⁵ Dieses fehlt in der Akte. Zur Veröffentlichung des Kommuniqués vgl. Dok. 270.

⁶ Vgl. Dok. 269.

⁷ Vgl. Dok. 266.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich geschrieben.

Aufnahme eines Punktes darüber, dass die Journalisten beider Länder die gleichen Rechte wie auch die Journalisten anderer Länder genießen.

Neurath bat mich, dies nicht zu tun, weil der Text des Kommuniqués bereits den verantwortlichen Personen vorgelegt worden sei. Ich habe ihn so verstanden, dass er ihn dem Reichskanzler gezeigt hat.

Neurath erklärte, dass er Zugeständnisse gemacht habe, weil er an der Herstellung normaler freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten überaus interessiert sei.

Ich machte Neurath darauf aufmerksam, dass der Konflikt noch nicht erledigt sei, weil die Beilegung von der Zulassung von zwei Vertretern vom „Völkischen Beobachter“ und vom „Angriff“ abhängig gemacht werde. Meyer habe in seinem [Neuraths] Namen gebeten, dass ich mich zwecks Lösung dieser Frage an Litvinov wende². Da er nun mal darum gebeten habe, so würde ich dies selbstverständlich tun, doch ich müsse sagen, dass unser Volkskommissar es ablehne, irgendwelche Dinge zu entscheiden, wenn er sich auf Durchreise befinde. Somit trete eine Verzögerung und ein Zeitverlust ein, weil diese Frage nur in Moskau endgültig entschieden werden könne³.

Neurath antwortete, dass er von dieser Bedingung nicht Abstand nehmen könne. Es könne sein, dass keiner der Journalisten der angeführten Zeitungen fahren werde, doch er brauche prinzipiell unsere positive Entscheidung. Es handele sich um Regierungszeitungen, und wenn er dies nicht durchzusetzen vermöge, so würde man ihm Vorwürfe machen, und dies umso mehr, da er kein Nazi sei. „Ich“, sagte er, „werde Litvinov sagen, versetzen Sie sich in meine Lage, denn auch Sie sollten mich verstehen und unterstützen.“ Falls Litvinov diese Frage nicht ohne Moskau entscheiden kann, bleibt die Antwort Moskaus abzuwarten⁴.

Neurath empfängt Litvinov morgen um 12¾ Uhr⁵.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4474 vom 31. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p.27, d. 25, l. 157–157R. Original.

² Vgl. Dok. 265.

³ Von Neurath schrieb an den Seitenrand der Aufzeichnung Meyers über die Unterredung mit Chinčuk am 27. 10. 1933: „Dir. IV: ... In der Frage der Zulassung der nat[ional] soz[ialisti-]schen Zeitungen will er [Chinčuk] morgen Litvinov fragen. Sollte dieser eine Entscheidung ablehnen, will der Botschafter an Stalin direkt berichten. Er erklärte, dass er überzeugt sei, dass die Frage in unserem Sinne geregelt werde.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 30, Anm. 4, S. 48.

⁴ Vgl. auch das Telegramm Chinčuks an Krestinskij vom 27. 10. 1933, in dem eine Bilanz der Unterredungen mit Meyer und von Neurath gezogen wurde. In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 28, S. 78.

⁵ Vgl. Dok. 269.

Nr. 267

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger
in Moskau von Twardowski

Geheim

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS von TWARDOWSKI,
27. X. 1933

1. Zunächst fragte ich Twardowski, ob Dirksen eingetroffen sei. Twardowski antwortete, dass Dirksen heute angekommen sei, er lasse grüßen und bitte, ihn morgen zu empfangen¹. Frau Dirksen fühle sich sehr schlecht, und die Ärzte hätten ihr nicht erlaubt, jetzt nach Moskau zu fahren. Sie werde direkt nach Italien fahren und dort auf Dirksen warten, der am 11. November auf einem Dampfer von Neapel nach Japan reisen wird. Sowohl Dirksen als auch seine Frau seien sehr betrübt, dass es ihr nicht möglich sei, jetzt in Moskau zu sein und sich von allen persönlich zu verabschieden. Dirksen habe ursprünglich daran gedacht, über Sibirien zu reisen, doch in der Mandschurei würden die Züge sehr unregelmäßig verkehren, und über Vladivostok reise er deshalb nicht, weil die japanischen Dampfer, die auf der Linie Vladivostok – Tokio verkehren, sehr klein und unbequem seien.

2. Nach diesen Präliminarien sagte ich Twardowski, dass ich mit ihm eine Frage besprechen möchte, die zu einer unerwünschten Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR führen könne, wenn die deutsche Regierung nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen ergreife.

Bei den Verhandlungen des Gen. Ordžonikidze und danach der Genossen Pjatakow und Vejcer mit Vertretern der deutschen Industrie und der deutschen Regierung sei von deutscher Seite die Forderung erhoben worden, dass die Handelsvertretung und unsere Wirtschaftsorgane ihre Wechsel nicht in deutscher Mark, sondern in amerikanischen Dollar ausstellen mögen². Obgleich diese Forderung angesichts unseres geringen Exportvolumens mit Amerika für unsere Behörden ein erhebliches Erschwernis bedeute, hätten wir diese Bedingung dennoch angenommen³, **und**⁴ in allen Fällen, in denen vom Verkäufer diesbezügliche Forderungen gestellt worden seien, hätten unsere Behörden die Wechsel in Dollar ausgestellt. In Dollar seien diese Wechsel auch **zum Fälligkeitstermin**⁵ ausgezahlt worden. Jetzt, da der Dollar stark gefallen sei, richteten einige Firmen, die wegen

¹ Vgl. Dok. 273.

² Vgl. den Bericht des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland Ljubimov an Stalin, Ordžonikidze, Andreev und Rozengol'c vom 12. 7. 1931. In: Moskva–Berlin, Bd. 2, Dok. 240, S. 572–580, hier S. 578.

³ Vgl. den Bericht von Rozengol'c an Stalin vom 22. 4. 1932 und den Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 28. 4. 1932. In: Moskva–Berlin, Bd. 2, Dok. 290, Anhang 1, S. 694–695; Dok. 291, S. 696.

⁴ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile korrigiert; ursprünglich: rechtzeitig.

des Kursverfalls des Dollars keine Verluste einstecken wollen, an die Handelsvertretung die Forderung, die Dollarwechsel nicht in Dollar, sondern in Deutscher Mark gemäß der Goldparität zu bezahlen. Diese Forderung sei von unseren Behörden selbstverständlich abgelehnt worden.

Daraufhin hätten zwei bis drei Firmen versucht, ihre ungesetzliche Forderung durch die Anrufung des Schiedsgerichtes durchzusetzen.

Twardowski müsse einsehen, dass für eine derartige Frage nicht das Schiedsgericht zuständig sei. Denn laut Verträgen sei das Schiedsgericht für die Klärung von Streitfällen zuständig, die sich aus den konkreten Bedingungen eines Geschäftsabschlusses ergeben. Das Schiedsgericht könne nicht eine Finanzfrage von internationalem Rang klären, die als Folge der Weltwirtschaftskrise entstanden ist.

Unsere Behörden hätten es selbstverständlich abgelehnt, das Schiedsgericht zu dieser Frage zu bemühen. Daraufhin hätten sich die Firmen an das Landgericht⁶ gewandt.

Auch das deutsche Krongericht⁷ sei für diese Frage nicht zuständig. ^{**8} Denn unsere Handelsvertretung unterliege als Teil der exterritorialen Bevollmächtigten Vertretung nur in dem Maße der deutschen Gerichtsbarkeit, wie wir dies selbst im Handelsabkommen bezüglich der Einschränkung unserer Exterritorialität vereinbart hätten, und vereinbart hätten wir die Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Handelsvertretung lediglich bei konkreten Streitfällen, die sich aus den von der Handelsvertretung abgeschlossenen Handelsverträgen ergeben. Die allgemeine Frage nach den Verlusten, die sich aus dem Kursverfall des Dollars, des Pfund Sterlings und anderer Währungen ergeben, könne natürlich nicht als ein Streitfall angesehen werden, der sich aus den Geschäftsabschlüssen der Handelsvertretung ergebe. Diese Frage könne nicht von einem Gericht eines Landes durch eine einseitige Entscheidung im Rahmen eines Einzelfalles entschieden werden.

Deshalb würden unsere Behörden, unabhängig davon, dass die Ansprüche auch dem Wesen nach absolut ungerechtfertigt seien, auf keinen Fall ihr Einverständnis für eine Untersuchung bezüglich einer Revalorisation⁹ durch ein Schieds- oder Krongericht geben.

Falls die Firmen auf dem von ihnen eingeschlagenen Prozessweg bestünden und das Gericht den unrechtmäßigen Ansinnen der Firmen stattgeben sollte, so würden unsere Behörden es ablehnen, dieses dem Völkerrecht und den sowjetisch-deutschen Abkommen widersprechende Urteil zu erfüllen.

Eine solche Situation würde sich sehr ungünstig auf die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen auswirken.

Deshalb lenke ich über Twardowski die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die nicht korrekte Handlungsweise einzelner Firmen. Ich erwarte, dass das Außenministerium direkt oder über die entsprechenden Wirtschaftsministerien jenen deutschen Firmen, die gegen die Handelsvertretung die von mir oben

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ So im Dokument. Gemeint ist das Reichsgericht; über dessen Vollmachten vgl. Gerichtsverfassungsgesetz vom 22. 3. 1924. In: Reichsgesetzblatt 1924, Teil I, S. 299–370, insbesondere § 133, S. 315, über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

⁸ Das an dieser Stelle stehende Wort „Dann“ ist gestrichen.

⁹ Revalorisation (franz.): Aufwertung, Anpassung. Die Anhebung des Marktpreises einer Ware bis zu der Höhe vor dem Preissturz.

genannten Klagen eingereicht hätten, vorschläge, ihre unrechtmäßigen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen schadenden Schritte einzustellen. Ich hoffe, dass auch den deutschen Krongerichten die gleiche Erklärung gegeben werde.

Twardowski, der die formale Richtigkeit unserer Position nicht in Abrede stellte, versuchte die Handlungsweise der deutschen Firmen mit folgenden Argumenten zu verteidigen. Als die deutsche Seite die Ausstellung der Wechsel in Dollar forderte, hätten die Seiten das Ziel verfolgt, die Auszahlungen an die Lieferfirmen nicht in entwerteten Banknoten zu tätigen. Nun aber, nach der Abwertung des Dollars, ^{**}erlitten ^{**}¹⁰ die Lieferfirmen große Verluste, während unsere Behörden aber beträchtliche Gewinne einstrichen. Der Gerechtigkeit halber müsste die Frage so geregelt werden, dass die Lieferfirmen wenigstens teilweise für ihre Devisenverluste entschädigt würden.

Ich antwortete Twardowski, dass ich nicht auf den Kern der Frage eingehen könne, wenngleich ich meine, dass die Lieferfirmen im Prinzip im Unrecht seien. Wir wollten damals keine Verpflichtungen in Dollar eingehen, weil dies für uns schwierig gewesen sei; aber man habe von uns gerade die Ausstellung der Wechsel in Dollar und nicht in Mark gefordert, mit irgendwelchen Garantieklauseln¹¹. Die Seite, die uns eine einseitige, für uns schwere Forderung aufgebürdet habe, müsse in Gänze das Risiko dafür tragen, wenn sich nun diese ihre Forderung gegen sie selbst wende.

Ich spräche lediglich von der prozessualen Seite dieser Angelegenheit. Dies sei eine überaus bedeutsame Frage, denn eine internationale Frage von internationaler Tragweite könne nicht von einem nationalen Gericht im Rahmen eines konkreten Streitfalles entschieden werden. Wollte man einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, so käme dabei heraus, dass ein Gericht in ^{**}¹² Deutschland die Frage zugunsten einiger deutscher Firmen entscheiden würde. Zur gleichen Zeit würde die gleiche Frage aber in England, Amerika und in anderen Ländern in einer bedeutend größeren Anzahl von Fällen gegen deutsche Firmen zugunsten von englischen, amerikanischen und anderen Kreditgebern entschieden werden. Solche Fragen müssen durch Verhandlungen zwischen den Staaten auf Konferenzen oder auf diplomatischer Ebene entschieden werden.

Twardowski gab durch Kopfnicken zu verstehen, dass er mit einer solchen Entscheidungsweise von Fragen, die mit dem Kursverlust von Währungen im Zusammenhang stehen, einverstanden sei. Er sagte mir, dass er es nicht versäumen werde, dem Auswärtigen Amt unverzüglich über den Inhalt der Unterredung mit mir zu berichten¹³.

3. Danach fragte mich Twardowski nach meinem Gesundheitszustand, wie ich den Urlaub verbracht hätte usw., wobei er mir keine Fragen bezüglich meiner Rückreise, die mich nicht über Berlin führte, stellte.

N. Krestinskij

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile korrigiert; ursprünglich: verlören.

¹¹ So im Dokument; aller Wahrscheinlichkeit „ohne irgendwelche Garantieklauseln“ gemeint.

¹² Der an dieser Stelle stehende Text „einem deutschen Gericht“ ist gestrichen.

¹³ Vgl. das Telegramm von Dirksens an das AA vom 27. 10. 1933. In: PA AA, R 28308, Bl. D 562583.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in]. 31. X. 33.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2063 vom 28. 10. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 E[xemplare], die 1.–5. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an die 2. Westabteilung, das 7. nach Berlin, das 8. an Gen. Rozenol'c: Punkt 2, das 9. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 337–334. Kopie.

Nr. 268

**Bericht des Stellv. Vorsitzenden des Gosplan Trojanovskij und des amtierenden
Sektorleiters für Außenhandel des Gosplan Sovalov an den Stellv. Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Rudzutak**

Streng geheim

Expl. Nr.

1472/328s

28/X-33¹

AN DEN

STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DES SNK DER UdSSR

Gen. JA. Ė. RUDZUTAK

Bericht.

Über unseren Handel mit Deutschland.

In der gegenwärtigen größten Absatzkrise in der Geschichte erlangt der Export für einzelne kapitalistische Länder eine außerordentliche Bedeutung. Indem wir das Interesse der kapitalistischen Länder an unseren Einkäufen ausnutzen, bietet sich uns die Möglichkeit, die handelspolitischen Beziehungen zu einzelnen Ländern zu verbessern und einen erfolgreichen Kampf gegen die Hindernisse zu führen, die unserem Export in den Weg gelegt werden.

Die Praxis unserer Außenhandelstätigkeit zeigt jedoch, dass die Verteilung der Einkäufe nach Ländern nicht immer den tatsächlichen Aufgaben der Handelspolitik der UdSSR entspricht.

Wir wickeln nach wie vor unseren Handel hauptsächlich mit Deutschland ab, ungeachtet der veränderten internationalen Lage.

Die folgende Tabelle verdeutlicht unsere Abhängigkeit von dem deutschen Markt und das Interesse Deutschlands an unseren Einkäufen.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

Außenhandel der UdSSR.

Jahr	Anteil Deutschlands am Export der UdSSR	Anteil Deutschlands am Import der UdSSR
1913	30%	47%
1928	24%	25%
1929	23%	22%
1930	20%	24%
1931	16%	37%
1932	17%	46%
1933 (8 Monate)	19%	49%

Der Außenhandel Deutschlands (in Millionen deutscher Mark)

Jahr	Import Deutschlands		Export Deutschlands	
	Aus der UdSSR	Anteil der UdSSR	In die UdSSR	Anteil der UdSSR
1929	425,7	3,2	353,9	2,6
1930	436,3	4,2	430,6	3,6
1931	303,5	4,5	762,7	7,9
1932	196,1	3,9	648,8	10,6

Das zarische Russland deckte 1913 seinen Import zu 47% mit Einfuhren aus Deutschland, während im gleichen Zeitraum nur 30% der Ausfuhr nach Deutschland ging. Von 1928 bis 1929 entsprach der Anteil unseres Exportes dem Anteil unserer Einfuhr im Außenhandel mit Deutschland. Seitdem hat sich die Situation abrupt verschlechtert, und sie verschlechtert sich auch weiterhin.

1932 betrug der Anteil Deutschlands am Import der UdSSR bereits 46 Prozent, d. h. er erreichte fast den Vorkriegsstand. Dagegen ist in den ersten acht Monaten des Jahres 1933 der ^{**2} Anteil Deutschlands an unserem Import noch mehr gestiegen und erreichte 49 Prozent, d. h. die Hälfte des gesamten Imports der UdSSR für diesen Zeitraum. Zugleich betrug der Anteil Deutschlands an unserem Export nur 19 Prozent. Allerdings erfolgte die Zunahme des Anteils Deutschlands an unserem Import parallel zur Verringerung der Gesamtsumme des Imports. So verringerte sich der Import aus Deutschland in den ersten acht Monaten des Jahres 1933 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 48 Prozent und gegenüber der entsprechenden Periode von 1931 um 49 Prozent. Nichtsdestoweniger hat sich in prozentualer Hinsicht unsere Abhängigkeit von dem deutschen Import nicht nur nicht verringert, sondern ist im Gegenteil sogar gestiegen.

Von der Gesamtsumme der Einkäufe der von uns im Ausland vergebenen Aufträge, die wir in den acht Monaten des Jahres 1933 in Höhe von 120,5 Millionen Rubel getätigt haben, entfallen 55,2 Millionen Rubel oder 46% auf Deutschland.

² Das an dieser Stelle stehende Wort „Vorkriegs“ ist gestrichen

Wegen des starken Ungleichgewichts zwischen unserem Export nach Deutschland und dem Import aus diesem Land entwickelt sich unsere Handelsbilanz mit Deutschland höchst ungünstig.

Bilanz des Außenhandels mit Deutschland (in Mio. Goldrubel)

	1930	1931	1932	1933 (8 Monate)
Import aus Deutschland	250,8	410,6	324,4	121,5
Export nach Deutschland	205,7	129,3	98,0	59,8
Saldo im Handel mit Deutschland	– 45,1	–281,3	–226,4	– 61,7
Aktiv- oder Passivsaldo des Außenhandels der UdSSR	– 22,4	–293,8	–134,8	– 68,4

Bei zahlreichen Waren, deren Einfuhr auch in den nächsten Jahren die Hauptmasse des Imports ausmachen wird, ist nicht eine Verringerung unserer Abhängigkeit vom deutschen Markt, sondern im Gegenteil eine Verstärkung dieser Abhängigkeit zu beobachten.

Davon zeugt folgende Tabelle:

Bezeichnung der Ware	Anteil Deutschlands an unserem Import	
	1931	Für 8 Monate von 1933
Kupfer	57,3%	42%
Zinn	3,3%	7,1%
Blei	3,9%	14,3%
Zink	14,6%	14,3%
Aluminium	13,1%	14,7%
Schwarzmetalle	50,0%	53,0%
Elektroanlagen	52,1%	49%
Industriearüstungen	43,7%	72,7%
Landwirtschaftliche Geräte	5,5%	53,7%
KfZ- und Fahrradzubehör	12,9%	22,4%

Bei Industriearüstungen, die gegenwärtig die wichtigste Importware darstellen (die Einfuhr für 8 Monate des Jahres 1933 beläuft sich auf 93,4 Millionen Rubel), sowie bei Schwarzmetallen (die Einfuhr für 8 Monate des Jahres 1933 beträgt 31,6 Millionen Rubel), bei Elektroanlagen (14 Millionen), bei Kupfer (1,3 Millionen), bei landwirtschaftlichen Geräten (2,4) ist unsere Abhängigkeit vom deutschen Markt immer noch sehr groß, und bei den Hauptwaren weist sie eine steigende Tendenz auf. Die Importvereinigungen (insbesondere Sojuzmetimport) rechtfertigten solch einen bedeutenden Anteil Deutschlands an unserer Einfuhr (hinsichtlich der Auftragsvergabe) damit, dass die Kredit- und Preisbedingungen in Deutschland für unsere Einkäufe günstiger als in anderen Ländern sind. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache. Aus den Rechenschaftsberichten der

Importvereinigungen ist ersichtlich, dass wir z.B. Walzstahl in Polen billiger als in Deutschland einkaufen; bei Elektroimporten bekommen wir in Italien und Schweden bessere Kreditbedingungen als in Deutschland, nur in Österreich, Finnland und England sind sie etwas schlechter usw.

In den Rechenschaftsberichten der Importvereinigungen wird darauf verwiesen, dass der Grund für die Konzentration unserer Aufträge auf Deutschland in der schlechten Kenntnis der entsprechenden Märkte anderer Länder und im Fehlen eines qualifizierten Einkaufsapparates in diesen Ländern usw. besteht. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Importvereinigungen erklären selbst, dass sie über eine Auftragsvergabe außerhalb Deutschlands „einfach nicht nachgedacht haben“ (Tekstil'import) und dass „alle Möglichkeiten, unsere Aufträge auf die übrigen Märkte zu platzieren, bei weitem nicht genutzt worden sind“ (Metalloimport).

Obgleich sich einige Momente objektiven Charakters in den ersten zwei Dritteln dieses Jahres ungünstig auf unsere Auftragsvergabe in anderen Ländern, außerhalb Deutschlands (Embargo für die Erteilung von Aufträgen in England, ein spätes Eintreffen der Spezifizierung usw.), ausgewirkt haben, bleibt es nichtsdestoweniger unbestritten, dass unsere Importorganisationen noch nicht die Notwendigkeit einer entschiedenen Wende erkannt haben, sich konsequent einer Erschließung neuer Importmärkte und einer maximalen Verringerung unserer Einfuhrabhängigkeit vom deutschen Markt zuzuwenden.

Dieser Frage kommt neben der herausragenden politischen Brisanz auch eine große wirtschaftliche Bedeutung zu. 1934 wird die UdSSR eine starke aktive Außenhandelsbilanz haben³. Unter diesen Bedingungen werden angesichts des Bestrebens der Mehrheit der kapitalistischen Staaten, ihren Handel mit der UdSSR auszugleichen, zweifellos die Schwierigkeiten zunehmen, unsere Waren abzusetzen.

Wenn wir den hohen Anteil Deutschlands an unseren Einkäufen beibehalten, werden wir damit zugleich die Absatzschwierigkeiten unseres Exports in andere Länder noch mehr verstärken.

Um eine reale Wende in Richtung einer maximalen Verringerung der Importabhängigkeit der UdSSR vom deutschen Markt zu gewährleisten, ist es erforderlich:

1. Das NKVT zu verpflichten, zum 15. XI. einen auf Länder aufgeschlüsselten Außenhandelsplan für 1934 vorzulegen, der die Verbesserung unserer Handelsbilanz mit Deutschland und die Verlagerung unserer Einkäufe in andere Länder vorsieht.

2. Die führende Rolle der deutschen Handelsvertretung bei unserem Handel in Westeuropa unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Verlagerung des Führungszentrums in eine andere europäische Hauptstadt (z.B. nach Paris) zu prüfen⁴.

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER
DES GOSPLAN DER UdSSR:

TROJANOVSKIJ

KOMMISSARISCHER SEKTORLEITER
FÜR AUSSENHANDEL DES GOSPLAN DER UdSSR:
28/X 1933.

SOVALOV

³ Gemäß dem vom Politbüro des ZK der VKP (B) beschlossenen Ex- und Importplan für das Jahr 1934 sollte der sowjetische Export im Jahr 1934 den auf Gold- und Valutabasis getätigten Import der UdSSR um das 2,83fache übersteigen. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 15, l. 155 (Protokoll Nr. 151, Pkt. 100/75 vom 20. 10. 1933, „Sondermappe“).

⁴ Zur Reaktion des NKVT auf den Bericht von Gosplan vgl. Dok 297.

Eigenhändige Unterschriften.

Vermerk: Ins Archiv. Nach Absprache mit Gen. Trojanovskij und Gen. Rozengol'c wird die Erörterung abgesetzt [*Unterschrift nicht entziffert*] 29/XI.

Verschiedene handschriftliche Vermerke.

Auf Kopfbogen des Rates der Volkskommissare, Staatliche Plankommission, geschrieben. Oben links befindet sich der Stempel des Verwaltungsamtes des SNK der UdSSR und des STO, Geheimabteilung, mit der Eingangs-Nr. 11990 vom 28. 10. 1933.

Am Anfang des Dokuments befindet sich der Vermerk: Geschr. 2 Expl.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Geschr. 1 Kol[pie]. An das NKVT. 31/X-33.

GA RF, f. R-5446, op. 14a, d. 1048, l. 1–4. Original.

Nr. 269

Aufzeichnung der Unterredungen des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem amerikanischen Journalisten Wiegand

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 960¹

Berlin, 28. Oktober 1933

AUS DEM TAGEBUCH M. M. LITVINOVS

Auf Einladung von Neurath hatte ich mit ihm eine halbstündige Unterredung². Nach dem Austausch der üblichen Freundlichkeiten ging das Gespräch sofort zum Journalisten-Thema über. Ich drückte meine Verwunderung bezüglich der mit dem Kommuniké verknüpften Forderung aus, in Moskau Vertreter des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“ zuzulassen³. Ich stellte klar, dass aus einer solchen Forderung unweigerlich die Schlussfolgerung gezogen werden würde, dass wir früher die Zulassung dieser Journalisten abgelehnt hätten, was aber in Wirklichkeit nicht der Fall gewesen sei, da wir diesbezüglich überhaupt keine Anfragen erhalten hätten. Wir könnten auch nicht die Schlussfolgerung akzeptieren, dass wir das unkorrekte Verhalten der deutschen Seite beim Ausschluss unserer Journalisten vom Prozess⁴ durch irgendwelche Zugeständnisse ausgleichen wollten. Dabei habe ich Neurath empfohlen, mit dem Kommuniké keinerlei Forderungen zu verknüpfen. Ich fügte hinzu, falls nach der Beilegung des Konfliktes uns vorgeschlagen werden sollte, Vertreter von faschistischen Zeitungen zuzulassen, so würden wir diese Frage regulär erörtern, wobei wir uns natürlich das Recht vorbehielten, personelle Ablehnungen auszusprechen. Ich fügte im Scherz hinzu, falls man uns Rosenberg vorschlagen sollte, so würden wir erörtern, wo er uns am meisten schaden könnte: in Berlin oder in Moskau. Neurath erklärte uner-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. ebenso die Aufzeichnung dieser Unterredung in ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 34, S. 52–53.

³ Vgl. Dok. 265.

⁴ Gemeint ist der Reichstagsbrandprozess in Leipzig.

wartet, dass meine Mitteilung für ihn neu sei und er den Eindruck gehabt hätte, dass wir früher die Zulassung von Vertretern der oben genannten Zeitungen abgelehnt hätten. Da dies aber nicht der Fall sei, so sähe er tatsächlich keinen Bedarf, diese neue Frage mit dem Communiqué zu verknüpfen. Gen. Chinčuk erinnerte ihn daran, bereits früher darauf verwiesen zu haben, dass ^{**5} es von unserer Seite keine Ablehnungen gegeben habe.

Ich wies Neurath abermals darauf hin, dass die angestrebte Beilegung des Konfliktes keinerlei Garantie gegen eine künftige Wiederholung solcher Zwischenfälle biete und dass eine öffentliche Entschuldigung und ebenso eine öffentliche Mitteilung über die Bestrafung der Schuldigen ein Mindestmaß an Sicherheit geben würde. Neurath, dem die Röte ins Gesicht schoss und der für einen Augenblick die Selbstbeherrschung verlor, erklärte erregt, dass wir von der deutschen Regierung keine derartigen öffentlichen Manifestationen erwarten könnten, zumal für die Leipziger Verhaftung bereits zweimal öffentlich das Bedauern ausgesprochen worden sei. Außerdem würden wir selbiges in analogen Fällen nicht tun. Er legte die uns bereits bekannte deutsche Argumentation dar, dass nach revolutionären Erschütterungen Undiszipliniertheiten seitens der Behörden und gewisse Exzesse unvermeidlich seien, diese Exzesse immer weniger würden und es die gleichen Erscheinungen auch nach unserer Revolution gegeben habe usw. Darauf entgegnete ich: 1) wir hätten in der Tat eine radikale Revolution gehabt, der gesamte Staatsapparat sei zerschlagen und durch einen neuen ersetzt worden, was in Deutschland nicht der Fall sei; 2) wir hätten uns nach der Revolution mit der Mehrheit der Länder im Krieg befunden und die Beziehungen seien mit allen Ländern unterbrochen gewesen; indes habe der deutsche Umsturz in Friedenszeiten stattgefunden und bei Aufrechterhaltung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland; 3) wir ^{**}scheuten niemals davor zurück^{**6}, nichtkorrektes Verhalten von örtlichen Behörden in den Fällen publik zu machen, in denen wir diese Inkorrektheit selbst anerkennen; ich führte dafür als Beispiel ^{**7} die Bestrafung unserer Zöllner wegen der Durchsuchung des Gepäcks des türkischen Botschafters an; 4) sähe ich kein anderes Mittel, die deutschen örtlichen Behörden vor Exzessen abzuhalten, als dass die Zentralgewalt die von ihnen begangenen Inkorrektheiten öffentlich missbillige.

Danach versicherten wir uns gegenseitig, dass unsere Regierungen bestrebt seien, gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, wobei das Verhältnis zu Frankreich und zu Polen zur Sprache kam. Ich bemerkte, dass wir ebenso wie Deutschland eine weitere Annäherung zu diesen beiden Ländern anstreben würden. Ich fügte scherzhaft hinzu, dass sich unsere Zuneigung zu Frankreich und Polen in dem Maße steigern werde, wie sich die Liebe Deutschlands zu ihnen verstärke. Neurath antwortete, dass er nichts gegen eine derartige „Konkurrenz“ einzuwenden habe. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, Daladier möge den Posten des Außenministers Frankreichs bekommen, mit ihm könnten sich die Deutschen leichter als mit Paul-Boncour verständigen. Meine Vorhersage, dass Herriot demnächst an die Macht gelangen könnte, löste bei meinem Gesprächspartner keine Begeisterung

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „er“ ist durchgestrichen.

⁶ Der Text ist über die Zeile korrigiert; ursprünglich: machen nicht halt.

⁷ Das an dieser Stelle stehende Wort „als“ ist gestrichen.

aus. Neurath könne nicht verstehen, warum sich Herriot so vor Deutschland fürchte, das doch höchst friedlich gesonnen sei. Ich versuchte, diese Furcht mit der Doppelzüngigkeit der deutschen Agitation zu erklären: für die Außenwelt würden Reden über die Friedensliebe gehalten und zur gleichen Zeit werde das Land augenscheinlich im Geiste des Militarismus und der Verherrlichung des Krieges erzogen; die deutschen amtlichen Agitatoren sprächen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über ihre einstigen und über die eventuellen künftigen Verdienste bei der Bekämpfung des Bolschewismus. Zwar meinten sie vielleicht damit die Innenpolitik, doch im Ausland und in der UdSSR verstehe man dies als Angebot, den Bolschewismus auch außerhalb Deutschlands auszurotten. Die Politiker sollten nicht nur auf die von ihnen in ihrer Wortwahl benutzen Begriffe achten, sondern auch deren objektiven Inhalt und deren Verständnis in der Außenwelt berücksichtigen. Auf meine Frage, ob die Gerüchte über seine bevorstehende Reise in die Türkei wahr seien, antwortete Neurath, dass er nicht vor dem Frühjahr zu reisen beabsichtige.

Neurath, der mir Erfolg in Amerika wünschte, fragte bei der Verabschiedung, ob man ein Communiqué an die Presse geben könne. Ich habe sofort Gen. Chinčuk vorgeschlagen, die Antwort aus Moskau abzuwarten⁸. Neurath sagte, dass es keine Eile habe und er zu warten bereit sei.

Nachdem wir gegangen waren, riefen wir im Auswärtigen Amt an, um sicherzustellen, dass über unsere Unterredung keine Mitteilung an die Presse erfolge, die nicht mit mir abgestimmt wäre. Uns wurde geantwortet, dass beabsichtigt sei, lediglich die Tatsache meines Besuches mitzuteilen. Diese Zusage wurde dann auch eingehalten.

Ich habe die in Berlin tätigen amerikanischen Journalisten empfangen. Ich erklärte ihnen, dass nicht wenige ihrer Kollegen den Wunsch ausgesprochen hätten, mich bis Washington zu begleiten, offensichtlich in der Hoffnung, unterwegs von mir ein Interview zu bekommen, welches ich aber nicht zu geben beabsichtige und somit die von den Journalisten verausgabten Energien und Gelder umsonst seien. Um sie vor Enttäuschungen zu bewahren, hätte ich beschlossen, ihnen keine Auskünfte über meine weiteren Reisepläne zu geben. Ich hätte überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn es sie auf meinen Dampfer verschlägt. Aber ich ermuntere sie nicht dazu und mein Gewissen bliebe rein. Es folgten einige belanglose Fragen, die ich beantwortete.

Etwas länger verweilte bei mir der Hearst-Vertreter Wiegand. Über viele Jahre hinweg pflegte er gute Beziehungen zu Hitler, doch seitdem dieser die Macht übernahm, hat es kein Treffen mehr mit ihm gegeben. **Gestern**⁹ lud ihn Hitler von sich aus ein und führte mit ihm ein langes, vertrauliches Gespräch. Hitler hat auf Wiegand den Eindruck eines äußerst exaltierten Menschen gemacht, der sich über alle Realitäten und Schwierigkeiten hinwegsetze und bereit sei, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Hitler habe sogar davon gesprochen, für den Fall einer Blockade für einige Importwaren Substitute¹⁰ herzustellen. Er sei bereit, gegen die ganze Welt zu kämpfen. Ihn schrecke lediglich die Möglichkeit eines sofortigen

⁸ Vgl. Dok. 270.

⁹ Das Wort ist über die Zeile korrigiert; ursprünglich: am Abend.

¹⁰ Von lat. substitutio – Ersatz, hier Ersatzstoffe. Rohstoffe, Materialien oder Produkte werden durch andere Verfahren und Technologien ersetzt.

Einmarschs der Franzosen etwas ab. Doch jeder Tag Verzug sei für ihn ein wertvoller Gewinn. Er rechne damit, dass England und Amerika sich nicht in diesen Kampf einmischen werden, und auch Mussolini sich nicht gegen ihn wenden wird. Wiegand sagte, dass er Hitler in gedrückter Stimmung und in dem Bewusstsein verlassen habe, dass ein Zusammenstoß in allernächster Zeit unausweichlich sei, wenn Hitler tatsächlich das Programm verwirklichen sollte, von dem er sprach. Da es überhaupt keine Veranlassung gibt anzunehmen, dass Wiegand mit seiner Mitteilung eine Absicht verfolgt, so kann angenommen werden, dass das Gespräch mit Hitler kein Hirnspinnweb ist und er es exakt wiedergegeben hat. Man kann sicherlich kaum annehmen, dass Hitler absichtlich dies alles Wiegand gesagt hat, um es an andere weiterzugeben, weil Deutschland keinerlei Nutzen aus dem Bekanntwerden solcher Gespräche ziehen kann.

LITVINOV

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von N. N. Krestinskij: NK.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4527 vom 1. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 4 [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 5. [Expl.] an Gen. Kaganovič, das 6. an Gen. Molotov, das 7. an Gen. Chinčuk.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 49–51. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 329, S. 589–592¹¹.

Nr. 270

Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an das NKID

GANZ GEHEIM

Anfertigung einer Kopie verboten

Expl. Nr. 9

29. Oktober 1933

Sofort¹

CHIFFRIERTES TELEGRAMM aus Berlin Nr. 12038

29/10.

Auf Ihre Nr. 8741. Die Bedingung für eine gesonderte Lösung des Journalistenkonfliktes ist erfüllt worden, da im Entwurf des Kommuniqués lediglich von der Zulassung unserer Journalisten zum Prozess gesprochen wird und von der Rückkehr der deutschen Journalisten keine Rede ist². Die Erwähnung der Unter-

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

² Die Rückkehr der Journalisten beider Länder sowohl in die UdSSR als auch nach Deutschland war eine Bedingung für die Beilegung des Journalistenkonfliktes. Sie war auch nicht Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten. In der endgültigen Fassung des Kommuniqués hieß es

schiedlichkeit der Systeme ändert daran überhaupt nichts. Ich habe den Eindruck gewonnen, falls Sie auf eine neue Entschuldigung für die Leipziger Verhaftung, wofür die Deutschen bereits zweimal öffentlich ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht haben, und dazu noch auf die Bestrafung der Schuldigen beharren, so wird der Konflikt einen langwierigen Charakter annehmen und die Beziehungen werden immer gespannter. Ich empfehle sehr, die Zustimmung zu geben, bereits morgen das Kommuniqué zu veröffentlichen³, weil dies immerhin unser Sieg ist und dadurch meine Position in Amerika etwas gefestigt wird. Bezüglich der Parteizeitungen haben wir keine Zusicherungen abgegeben, ich denke jedoch, dass man nach der Beilegung des Konfliktes zumindest den „Beobachter“⁴ nicht ablehnen sollte, anderenfalls werden wir niemanden von der „Pravda“ entsenden können.

LITVINOV

29/10–21.00

Vermerke von V. M. Molotov und L. M. Kaganovič: Ich stimme dafür. Molotov. Dafür. Kaganovič.

Eigenhändige Unterschriften von G. K. Ordžonikidze und A. I. Mikojan.

Auf Kopfbogen der SŠO des NKID der UdSSR geschrieben.

Oben rechts ist der Verteiler vermerkt: 11 Expl., Nr. 3 ins Sonderarchiv, Nr. 4 an Krestinskij, Nr. 5 an Sokol'nikov, Nr. 6 an Stomonjakov, Nr. 7–8 an Stalin, Nr. 9 an Molotov, Nr. 10 an Vorosilov, Nr. 11 an Stern.

Oben rechts befindet sich der Stempel: AN MOLOTOV.

Oben rechts befindet sich der Stempel für laufende Angelegenheiten des Sekretariats des Politbüros mit der Eingangs-Nr. 17379 vom 1. 11. 1933.

Unten links befindet sich der Stempel des IV. Sektors der SO des ZK VKP (B) mit der Eingangs-Nr. 2213/šs vom 31. X. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Dokumente und der Verteiler vermerkt: 11 Expl. Auszug JAKOVLEV.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 507, l. 140. Original.

Veröffentlicht in: SSSR i Germanija: 1933–1941, Dok. 30, S. 80–81⁵.

dazu: „Die Journalisten der Sowjetunion werden ihre Tätigkeit in Deutschland und die deutschen Journalisten ihre Tätigkeit in der Sowjetunion wieder aufnehmen.“ Vgl. „Soglašenje s Germanijom o likvidaciji konflikta po povodu sovjetskich žurnalistov“ (Übereinkunft mit Deutschland zur Beilegung des Konfliktes bezüglich der sowjetischen Journalisten). In: Izvestija vom 1. November 1933, S. 2.

³ Am 29. 10. 1933 billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den Vorschlag Litvinovs (Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 15, l. 121, Protokoll Nr. 14, Pkt. 146/128-opr[osom] – „Sondermappe“); vgl. ferner: Politbjuro CK RKP (b)-VKP (b) i Evropa, Dok. 204, S. 296; ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 34, Anm. 3, S. 53. Das Kommuniqué wurde in Deutschland und in der UdSSR veröffentlicht. Vgl. Beilegung deutsch-sowjetischer Missverständnisse. In: Völkischer Beobachter vom 31. Oktober 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 6 und Izvestija vom 1. November 1933, S. 2.

⁴ Gemeint ist der „Völkische Beobachter“.

⁵ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 20, d. 115, l. 75–76.

Nr. 271
**Schreiben des Botschafters in Moskau von Dirksen an den Reichswehrminister
von Blomberg**

Moskau, den 30. Oktober 1933

Geheim!

Seiner Excellenz
dem Reichswehrminister
Herrn Generaloberst von Blomberg
Berlin W
Reichswehrministerium
Königin Augustastraße.

Durch Boten gegen Quittung

(Reinschrift mit zwei Durchschlägen)¹

Sehr verehrter Herr Blomberg!

Gestatten Sie mir, durch die nachfolgenden Zeilen auf den Teil unseres **letzten**² Gespräches³ zurückzukommen, der die Mitteilungen über unlautere Machenschaften der militärischen Sowjetstellen hinsichtlich der deutsch-sowjetischen militärpolitischen Beziehungen betraf. Sie sagten mir, dass Ihnen aus einer ganz einwandfreien und uninteressierten französischen Quelle Nachrichten zugegangen seien, dass die betreffenden russischen militärischen Stellen alle Einzelheiten der Zusammenarbeit mit uns den zuständigen französischen Militärbehörden preiszugeben sich angeboten hätten.

Ich habe diese Mitteilung, die mir einen nachhaltigen Eindruck gemacht hat, da ein solcher Vertrauensmissbrauch eine Wiederausgestaltung unserer militärpolitischen Beziehungen kaum ermöglichen würde, gründlich durchdacht. Ich habe dann ferner im Auswärtigen Amt gehört, dass diesem von ungarischer Seite eine entsprechende Mitteilung zur Kenntnis gebracht worden sei, die aus französischer Quelle stamme und über eine italienische Mittelperson zur Kenntnis der Ungarn gelangt sei.

Sollte diese Nachricht mit der von Ihnen erwähnten Meldung identisch sein, so möchte ich doch sehr nachhaltige Zweifel in ihre Zuverlässigkeit setzen. Einerseits darum, weil sie durch verschiedene Mittelsmänner gegangen ist, was **der**⁴ Zuverlässigkeit von Nachrichten Abbruch zu tun pflegt; zweitens darum, weil die französische Quelle sehr wohl die Absicht verfolgt haben kann, ihre Mitteilung indirekt weiterzuleiten und bei einer deutschen **Stelle**⁵ einmünden zu lassen. Jedenfalls habe ich aus einer genauen Beobachtung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den vergangenen Monaten den bestimmten Eindruck ge-

¹ Von Dirksen hatte Meyer nach einem Gespräch über diese Angelegenheit einen Brief an Blomberg in Aussicht gestellt, den er ihm nun in Abschrift mit der Bitte „um ganz vertrauliche Behandlung“ zukommen ließ, was von Dirksen am 31. 10. 1933 abzeichnete. Vgl. PA AA, Moskau 215, Bl. 429802–429803.

² Das Wort ist eingefügt.

³ Das Datum konnte nicht ermittelt werden.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: einer.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Quelle.

wonnen, dass die Franzosen mit Geschick und ****Beharrlichkeit****⁶ tätig sind, um sowohl bei den Russen wie bei uns Misstrauen zu säen.

Ich möchte daher eine derartige Meldung aus französischer Quelle nur dann für glaubwürdig halten, wenn sie uns unmittelbar und ganz einwandfrei – wie z. B. durch in unsere Hände gelangte Originaldokumente – zugegangen ist.

Ich habe geglaubt, Ihnen diese ****Überlegungen****⁷ nicht vorenthalten zu sollen im Hinblick auf die weitreichenden politischen Folgen, die aus einem dauernden Erkalten der deutsch-russischen militärischen Beziehungen durch Entstehen von Argwohn unsererseits sich ergeben müssten.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen verbleibe ich, ****sehr verehrter Herr Generaloberst****⁸,

[v. Dirksen]

Handschriftliche Korrekturen und Paraphe von Hilger. Handschriftliche Vermerke auf dem ersten Blatt: A/2307, zdA vT[wardowski] 3/10⁹ und A 9 geh.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429800–429802.

Nr. 272

Gesprächsvorlage des AA für Reichskanzler Hitler

[Oktober 1933]

Aufzeichnung

für die Unterredung zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Nicolai Krestinski

Der Stellvertretende Volkskommissar Krestinski hat soeben einen mehrwöchigen Erholungsurlaub in Bad Kissingen verbracht. Er befindet sich auf der Durchreise nach Moskau in Berlin¹. Krestinski ist bis 1930, etwa 9 Jahre lang, Botschafter der UdSSR in Berlin gewesen. Er hat sich in diesen Jahren stets als Förderer guter deutsch-sowjetischer Beziehungen erwiesen. Im Außenkommissariat in Moskau verkörpert Krestinski diejenige Haltung der Sowjetpolitik, die für Zusammenarbeit mit Deutschland eintritt. Es wird daher von Nutzen sein, Herrn Krestinski freundschaftlich zu begegnen, damit er in seinen Bestrebungen bestärkt wird.

Die anliegende Notiz enthält einige Bemerkungen, die für die Führung des Gesprächs als Richtlinien dienen können.

Ferner ist ein WTB-Kommuniqué mit der Bitte um Genehmigung beigelegt, das nach Stattfinden der Unterredung veröffentlicht werden soll.

⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: beharrlich.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Auslegung.

⁸ Der Text ist eingefügt.

⁹ So im Dokument.

¹ In dieser undatierten Aufzeichnung ging das AA noch von der Durchreise Krestinskis durch Berlin aus. Krestinskij wählte die Rückreise über Wien. Vgl. Dok. 250 bis 253.

Berlin, den Oktober 1933.
IV Ru.

Aufzeichnung
zum Empfang des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken beim
Herrn Reichskanzler.

Herr Nicolai Krestinski kehrt von einem mehrwöchigen Erholungsurlaub in Bad Kissingen nach Moskau zurück. Bis 1930 war er – etwa 9 Jahre – Botschafter in Berlin, erwies sich als Förderer der deutsch-sowjetischen Beziehungen und hat diese Linie auch in seiner Tätigkeit im Außenkommissariat beibehalten.

Zum voraussichtlichen Inhalt der Unterredung:

1.) Ausweisung der deutschen Journalisten aus Moskau.

Für Nichtzulassung der Sowjet-Pressevertreter zum Leipziger Prozess war entscheidend, dass deren Berichterstattung in den Wochen vor Beginn des Prozesses klar erwies, dass eine objektive Berichterstattung von der Sowjetpresse keinesfalls erwartet werden konnte. Aus diesem Grunde wurde die sozialdemokratische und kommunistische Presse allgemein nicht zugelassen. Weder die Weltanschauung der Sowjet-Berichtersteller noch ihre Eigenschaft als Sowjet-Staatsangehörige, wie von Sowjetseite verschiedentlich behauptet wurde, waren keinesfalls der Grund der Ausschließung².

Sowjetregierung hatte Rücknahme der Ausweisung von der nachträglichen Zulassung ihrer Pressevertreter zum Leipziger Prozess abhängig gemacht. Diese Forderung kann nicht erfüllt werden. Somit hängt es von Sowjetregierung ab, ob der Konflikt vor Beendigung des Leipziger Prozesses beigelegt werden kann. Dabei muss die Sowjetregierung, da sie die journalistischen Beziehungen abgebrochen hat, die Initiative ergreifen. Eine baldige Beilegung ist unsererseits durchaus erwünscht. Dabei müsste der Einzelfall zum Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Regelung der Pflichten und Rechte der beiderseitigen Pressevertreter, auch der Propaganda im Rundfunk, genommen werden, da der russische Rundfunk häufig auf Grund der Berichterstattung der Sowjetpressevertreter über die Verhältnisse in Deutschland in deutscher Sprache berichtet.

2.) Allgemeine deutsch-sowjetische Politik.

Der Journalistenkonflikt ist der Ausdruck der gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Spannung, die letzten Endes auf dem Misstrauen der Sowjetseite gegenüber dem neuen Deutschland beruht. Im beiderseitigen Interesse liegt eine baldige Bereinigung dieser Atmosphäre. Die erste allgemeine Voraussetzung hierfür ist die strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes. Deutschland ist nach wie vor bereit, auf dieser Grundlage trotz weltanschaulicher Gegensätze und staats- wie wirtschaftspolitisch verschiedener Organisation mit der Sowjetunion wie bisher weiter zu arbeiten. Den beiderseitigen Interessen nützlich wäre, unter die beiderseits angehäuften Missverständnisse, Zwischen- und Vorfälle des letzten Jahres einen Strich zu ziehen und sich über die Möglichkeiten zu verständigen, Wiederholungsfällen künftig vorzubeugen. Erwünscht wäre es,

² So im Dokument.

dem Berliner Vertrag, der eine vertrauliche laufende Aussprache über die beiderseitigen politischen Interessen vorsieht, seine praktische Wirkung wiederzugeben.

3.) Wirtschaftlich.

Die Bereinigung der politischen Atmosphäre wird die Förderung des wirtschaftlichen Austausches erleichtern. In dieser Richtung hat Deutschland durch die Gewährung des Überbrückungskredites durch die Erlasse der zentralen Behörden wegen vermehrten Sowjetbenzin-Bezuges³ seinen guten Willen auch in letzter Zeit unabhängig von der bestehenden politischen Spannung gezeigt.

IV Ru.

Zusammenfassung.

1.) Journalistenkonflikt:

Die Initiative zur Aufnahme des Themas wäre der Sowjetseite zu überlassen. Eine baldige Beilegung ist unsererseits durchaus erwünscht. In den Besprechungen müsste eine grundsätzliche Regelung der Presse- und Rundfunkfragen zwischen beiden Staaten erfolgen.

2.) Allgemein-Politisches:

Unter der Voraussetzung absoluter Nichteinmischung in die beiderseitigen inneren Angelegenheiten behält die deutsche Politik gegenüber der Sowjet-Union nach wie vor auf den Verträgen beruhenden freundschaftlichen Charakter. Bereinigung der gegenwärtig gespannten Atmosphäre durch offene Aussprache liegt im beiderseitigen Interesse.

3.) Wirtschaftlich:

Deutschland ist zu jeder wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, soweit sie das eigene Interesse und die Grundsätze seiner Handelspolitik ermöglichen.

WTB.

Berlin, den Oktober 1933.

Amtlich. Der Herr Reichskanzler empfing heute den Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Nicolai Krestinski, der sich auf der Durchreise von Bad Kissingen nach Moskau in Berlin befindet. Es fand ein freundschaftlicher Gedankenaustausch über aktuelle, die beiden Länder berührende Fragen statt.

PA AA, R 31498, Bl. E 497228–497233.

³ Vgl. Dok. 129.

DEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION
Bd. 1: 1933/1934

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und
deutschen Archiven

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und deutschen Archiven

Bd. 1: 30. Januar 1933–31. Dezember 1934

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Hrsg. von Sergej Slutsch und Carola Tischler
unter Mitarbeit von Lothar Kölm

Projektbetreuung: Bianka Pietrow-Ennker

Teilband 2
November 1933–Dezember 1934

OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München/Deutschland
www.oldenbourg-verlag.de
Ein Unternehmen von De Gruyter

Lektorat: Florian Hoppe
Herstellung: Karl Dommer
Einbandgestaltung: hauser lacour

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-71295-7
eISBN 978-3-486-73606-9

Inhalt

Vorwort	VII
I. Einleitung	1
II. Dokumentenverzeichnis	51
III. Dokumente	133
IV. Abkürzungsverzeichnis	1479
V. Archive	1487
VI. Veröffentlichte Dokumente und Nachschlagewerke	1489
VII. Personenregister	1491
VIII. Sachregister	1547

Nr. 273

**Aufzeichnung der Unterredungen des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau von Dirksen**

Geheim
Expl. Nr. 7

Tagebuch
N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von DIRKSEN,
28. X. und 1. XI. 1933.

Am 27. traf Dirksen ein und am 28. suchte er mich auf, um mir die Visite zu machen. Er verhielt sich zwar freundschaftlich, jedoch etwas zurückhaltender als sonst.

Er sprach davon, wenngleich auch nicht sofort, dass man in Berlin sehr enttäuscht darüber sei, dass ich aus dem Urlaub nicht über Berlin zurückgereist bin, weil sowohl er als auch das AA mit meiner Durchreise Pläne verknüpft hätten, mit mir ausführlich alle Konfliktfragen zu besprechen. Mein Fernbleiben von Berlin wurde anfangs möglicherweise als Unwillen der sowjetischen Regierung empfunden, auf dem Wege einer Unterredung mit hochrangigen Vertretern der deutschen Regierung die gespannten Beziehungen zu verbessern. Nach der Erklärung, die Gen. Litvinov am 14. Oktober¹ gegenüber Twardowski abgegeben hat, seien diese Bedenken verschwunden. Die deutsche Regierung gehe davon aus, dass wir zu erschöpfenden Verhandlungen bereit wären, und sie erwarte von uns konkrete Vorschläge, wann und wo sie stattfinden und wer von unserer Seite diese Verhandlungen führen wird.

Ich antwortete, dass Gen. Litvinov, wie Dirksen bekannt sei, heute in Berlin eintreffe und dort auf jeden Fall den ganzen Tag über verweilen werde. Außenminister Neurath sei darüber vorinformiert worden und ihm biete sich die volle Möglichkeit, mit Gen. Litvinov all jene Fragen zu besprechen, die die Deutschen mit mir besprechen wollten.

Dirksen fragte mich, ob Litvinov beabsichtige, Neurath um ein Treffen zu bitten, und ob ich sicher sei, dass diese Begegnung stattfinden werde. Ich antwortete, dass mir nicht bekannt sei, ob Litvinov vorhat, um eine Begegnung zu bitten, doch ich wisse genau, dass er rechtzeitig seine Reise und seine Bereitschaft, sich mit Neurath zu treffen, angekündigt hat. Deshalb wäre dies, falls ein Treffen nicht zustande kommen sollte, was ich nicht annähme, jedenfalls nicht unsere Schuld².

Dirksen fragte, ob Litvinov den Auftrag habe, sich über künftige Verhandlungen zu verständigen. Ich äußerte ein gewisses Unverständnis darüber, weshalb man zukünftig Verhandlungen brauche, wenn man bereits jetzt alle Fragen mit Litvinov besprechen könne, und fragte, wie die deutsche Regierung den Inhalt und das Ziel dieser künftigen Verhandlungen verstehe.

Dirksen antwortete, dass die deutsche Seite wünsche, im Ergebnis dieser künftigen Verhandlungen ein gemeinsames Protokoll zu unterzeichnen und zu

¹ So im Dokument; richtig: 16. Oktober. Vgl. Dok. 252.

² Zu dem Gespräch zwischen von Neurath und Litvinov vgl. Dok. 269.

veröffentlichen, in dem festgehalten werde, dass beide Seiten alle Meinungsverschiedenheiten erörtert und beigelegt hätten und zur Überzeugung gelangt seien, dass es durchaus möglich sei, in den gegenseitigen Beziehungen die frühere Politik fortzusetzen.

Ich sagte, dass sein Nachfolger³ die Frage bezüglich derartiger Verhandlungen aufgreifen könne, falls es aufgrund der heutigen Unterredung Litvinovs mit Neurath einen Bedarf an diesen zusätzlichen Verhandlungen geben sollte.

Danach ging Dirksen zu verschiedenen Fragen über, die mit den letzten Tagen seines Aufenthaltes in Moskau verknüpft sind: Überreichung der Urkunden, Verabschiedung usw.

Er erklärte mir, dass seine Frau ernstlich erkrankt sei. Sie befinde sich in Berlin in einem Sanatorium, die Ärzte hätten ihr untersagt, jetzt nach Moskau zu reisen. Sie wolle in Neapel ca. zwei Tage vor dem Ablegen des Dampfers ankommen, von wo sie am 12. November auf einem japanischen Schiff in See stechen werden.

Über Sibirien reise Dirksen nicht, weil die japanischen Dampfer, die zwischen Vladivostok und Tokio verkehren, außerordentlich klein und schlecht ausgestattet seien, und durch die Mandschurei nach Dairen zu reisen, sage ihm nicht zu, weil er diese Strecke nicht für zuverlässig und sicher halte.

Von Moskau fährt Dirksen über Warschau und Wien nach Rom, ohne in Berlin haltzumachen. Wenn es ihm gelingen sollte, am 3. aus Moskau abzureisen, so würde er am 7. morgens in Rom ankommen, und den Abend des 7. würde er gern in unserer Bevollmächtigten Vertretung mit Gen. Potemkin verbringen.

Ich sagte, dass ich Gen. Potemkin telegrafisch vorinformieren würde und eine Einladung zum Empfang in unserer Bevollmächtigten Vertretung in Rom für Dirksen hinterlegt werde.

2. Am 1. November kam Dirksen zum offiziellen Abschiedsbesuch zu mir. Am Vortag hatte ich ihm ein Essen zur Verabschiedung gegeben, an dem die Gen. Enukidze, Mikojan, Rozengol'c, Grin'ko, Ljubimov, Mežlauk, Tuchačevskij, Egorov und einige Vertreter anderer Behörden und Mitarbeiter des NKID zugegen waren.

Die herzlichen Worte zum Abschied bewegten Dirksen sehr und er selber sprach inniger und offener als bei unserer Begegnung vor einigen Tagen. Dirksen sagte, dass er mir absolut vertraulich ein Bild von der *Berliner Atmosphäre in Bezug auf die UdSSR⁴ zeichnen wolle.

Der wohl günstigste Moment für die Beilegung aller Konflikte und für die Normalisierung der Beziehungen sei der Mai gewesen. In den 10 Tagen, die Dirksen damals in Berlin zugebracht habe, habe er sich mit fast allen Verantwortlichen der Nationalsozialistischen Partei und der Regierung getroffen. Er sei zu der tiefen Überzeugung gelangt, dass alle die Wiederherstellung der früheren Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR aufrichtig wünschten.

Danach seien aber von unserer Seite einige Tatsachen geschaffen worden, die ****in Deutschland****⁵ einen außerordentlich ungünstigen Eindruck hinterlassen hätten. Dies waren der Artikel Radeks über den Versailler Frieden⁶, unsere nach

³ Nadolny überreichte am 16. 11. 1933 sein Beglaubigungsschreiben.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist korrigiert, ursprünglich: mit Deutschland.

⁶ Vgl. Dok. 90, Anm. 2.

Auffassung der Deutschen vollkommen ungerechte und unverständliche Reaktion auf das Hugenberg-Memorandum und die Rede von Posse in London, schließlich die zahlreichen Artikel in *unserer*⁷ Presse mit Enthüllungen über deutsche Rüstungsanstrengungen. Bei vielen sei der Eindruck entstanden, dass wir uns endgültig an Frankreich gebunden hätten und mit Deutschland die früheren Beziehungen nicht beibehalten wollten und könnten. Deshalb gebe es in diesen Kreisen bereits kein intensives Bemühen mehr nach erschöpfenden Gesprächen, um die durch die angehäuften Konflikte entstandene Atmosphäre zu klären.

*Selbst unter den Militärs gebe es die frühere Einmütigkeit nicht mehr*⁸. Die einen (der Großteil) meinten, dass sich die sowjetische Regierung und die Führung unserer Roten Armee nach wie vor gut gegenüber Deutschland und der deutschen Armee verhielten, wir gegenüber Frankreich und Polen keinerlei feste Verpflichtungen eingegangen seien, unsere **⁹ Annäherung an die Polen und Franzosen von dem Wunsch geleitet sei, bei einem Überfall der Japaner auf uns ein sicheres Hinterland im Westen zu haben, und wir uns jetzt einfach die Handlungsfreiheit sichern wollen, ohne die Beziehungen mit Deutschland zu verderben. Dieser Teil der Militärs werde, wie mir Dirksen absolut vertraulich sagte, von Hammerstein angeführt.

Die anderen Militärs (die Minderheit) meinten, dass wir mit Frankreich und Polen bereits eng verbunden wären, auf Forderung Frankreichs die Beziehung der Roten Armee zur Reichswehr abgebrochen hätten und wegen Frankreich in diesem Jahr sogar solch einer legalen Beziehungsform wie der Entsendung unserer Militärs zu den deutschen Manövern *ausgewichen wären*¹⁰. Dieser Teil der Militärs meint, dass Deutschland, da wir uns mit Frankreich und Polen verbunden hätten, ohne Rücksicht auf Deutschland zu nehmen, seinerseits bestrebt sein müsse, sich mit Frankreich und Polen zu verständigen und die zwischen *ihnen bestehenden Streitfragen zu klären. Kriegsminister Blomberg, **ergänzte Dirksen**¹¹ (nach einem gewissen Zögern und unter dem Vorbehalt der absoluten Geheimhaltung), schwanke zwischen diesen beiden Gruppen und sei von seiner früheren klaren sowjetophilen Position abgewichen*¹².

Ein gewisser Teil der Regierungskreise meine, dass eine starke nationalsozialistische Regierung bei den Verhandlungen, z.B. mit Polen, größere Zugeständnisse machen könne, als dies der früheren Regierung der Zentrumspartei möglich gewesen wäre, die immer gezwungen war, Rücksicht auf die rechte nationale Opposition zu nehmen. Dirksen leugnete nicht, dass es Versuche gebe, mit Polen Verhandlungen zu führen.

Dirksen antwortete, er halte es für absolut unwahrscheinlich, dass irgendeine polnische Regierung auf den polnischen Korridor und auf Oberschlesien verzichten würde. Zugleich meinte er, dass die deutsche Regierung, auch die nationalsozialistische, sich nicht mit dem Verbleib des Korridors im System Polens abfinden

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „Bewegung“ ist durchgestrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

könne. Aus diesem Grunde halte er den Gedanken bezüglich einer Einigung zwischen Deutschland und Polen für utopisch.

Er selbst bleibe ein aufrichtiger Anhänger der früheren Politik Deutschlands in Bezug auf die Sowjetunion und hoffe, dass dieser Standpunkt in deutschen Regierungskreisen obsiegen werde.

Dirksen sagte mir, dass die Franzosen, die raffinierte Politiker seien, zwischen der UdSSR und Deutschland eine Atmosphäre des Misstrauens schaffen würden. Uns sagten die Franzosen, dass Papen ihnen von den zwischen der Roten Armee und der Reichswehr bestehenden Beziehungen erzählt und den Franzosen ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion vorgeschlagen habe. Den Deutschen hingegen erzählten die Franzosen, dass wir ihnen alle uns zur Verfügung stehenden Informationen über den Rüstungsstand der Reichswehr übergeben hätten.

Dirksen mahnte deshalb, den uns von den Franzosen gemachten Mitteilungen nicht blind zu vertrauen. Weiter sagte Dirksen, dass Göring, der ein größerer Staatsmann als Hitler wäre, der Initiator für die Beilegung des Journalistenkonfliktes gewesen sei. Jedoch habe selbst Göring nicht ohne Hitler diese Frage entscheiden können, weshalb es zu einer gewissen Verzögerung gekommen sei, Hitler habe aber ebenso das uns in dieser Frage von deutscher Seite gemachte Zugeständnis gebilligt.

Zum Abschluss wiederholte Dirksen, was er mir bei der ersten Begegnung gesagt hatte, wonach die deutsche Regierung ihn bevollmächtigt habe, offiziell ihren Wunsch zu erklären, durch Verhandlungen zwischen verantwortlichen Vertretern der Regierungen alle Konfliktfragen zu regeln. Er erwarte von uns konkrete Vorschläge zum Termin und Ort der Verhandlungen.

Ich beschränkte mich darauf, mir alles anzuhören, was Dirksen erzählte. Danach gingen wir zu weniger bedeutsamen Themen über, die mit seiner Verabschiedung zusammenhingen, und dann ging Dirksen.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in]. 5/XI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2110 vom 5. 11. 1933.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 347–343. Kopie.

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 31, S. 81–83¹³.

¹³ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 686, l. 101–105.

Nr. 274

**Schreiben des Stellv. Vorsitzenden der OGPU Prokof'ev an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare
Molotov und den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič**

Ganz geheim

Nr. 50762

3. November 1933

Durch die weitere Ermittlung im Fall der deutschen Diversions- und Aufstandsorganisation, die unter dem Deckmantel der Firma Controll-Co.¹ tätig war, ist ein außerordentlich großes Ausmaß der Diversions- und Aufstandstätigkeit der Organisation aufgedeckt worden².

Es wurde festgestellt, dass der Brand in der geschlossenen Helling für U-Boote des Marty-Werkes³ (in Nikolaev) von der aufgedeckten Organisation unter der Leitung von Weinzettel⁴ (der Vertreter der Firma Controll-Co. in der Ukraine, er ist österreichischer Staatsbürger) gelegt worden ist. Der verhaftete Ingenieur Gummert gestand, dass er im Auftrag des Ingenieurs Karl (Ingenieur im Marty-Werk, deutscher Staatsbürger) über den Leiter des Planungsbüros der Rumpfbauhalle des Werkes, Golovenko⁵, und den Meister dieser Halle, Plochoj, den Brand in der Helling gelegt hat.

Aufgrund der Aussagen des besagten Gummert konnte ermittelt werden, dass im Auftrag von Karl für die nächsten Tage folgende Diversionsakte vorgesehen waren:

a) Die Versenkung des leistungsstarken Schwimmkrans des Marty-Werkes (mit der unmittelbaren Durchführung war der Abnahmekapitän⁶ Kožušenko beauftragt worden, er wurde verhaftet); b) der Brand der Tankbauhalle des Marty-Werkes (mit der Ausführung war Beljaev⁷, Ingenieur des NKPS und Parteimitglied, beauftragt worden).

Somit wurden die Ausgangsmaterialien durch die weiteren Ermittlungen vollauf bestätigt, dass der Hauptorganisator für die Diversionsakte der Ingenieur Karl ist, der im engen Kontakt mit dem österreichischen Staatsbürger Grischey⁸ (Ingenieur des Marty-Werkes) stand.

¹ Controll-Co. – eine deutsche GmbH, die sich in der UdSSR mit der Kontrolle des Gewichtes, der Fracht und der Qualität der ins Ausland exportierten Waren (Getreide, Kohle, Erdöl usw.) beschäftigte. Sie hatte in den Häfen der Ostsee, des Schwarzen und Asovischen Meeres ihre Kontore (in Leningrad, Nikolaev, Novorossijsk, Odessa, Berdjansk, Mariupol').

² Aus deutscher Sichte vgl. die Akte „Verhaftung von Angestellten der Controll Co m. b. H. in Sowjetrussland“, PA AA, R 83891.

³ Die nach André Marty benannte Großwerft (bis 1922 Naval'-Werft), die sich auf den Bau von Überwasserschachtschiffen und von U-Booten spezialisiert hatte, wurde 1897 in Nikolaev gegründet.

⁴ Weinzettel wurde 1933 verhaftet und im März 1934 aus der UdSSR ausgewiesen.

⁵ Möglicherweise Gorovenko; vgl. Lubjanka. Stalin i VČK, GPU-OGPU-NKVD, Dok. 401,409.

⁶ Vergleichbar mit dem Hafenskapitän in deutschen Werften.

⁷ Laut Protokoll des Kollegiums der OGPU vom 25. 5. 1933 war Beljaev, der im Februar 1933 verhaftet worden war, „wegen mangelnder Beweise für ein begangenes Verbrechen gemäß Artikel 202 des Strafgesetzbuches der RSFSR“ aus der Haft entlassen worden. In: CA FSB RF, d. R-32084, Bd. 14.

⁸ So im Dokument; richtig: Krischey.

Gleichzeitig konnte durch die Aussagen der Ingenieure Becker und Meščerjakov⁹ eine umfangreiche planmäßige Tätigkeit des deutschen Geheimdienstes bei der Vorbereitung von Diversionsakten gegen Krašmaštroj¹⁰ und gegen das Kramatorsker Wasserkraftwerk festgestellt werden, die mit der Bildung von Diversionsgruppen aus den in den Betrieben untergetauchten deutschen Kulaken einherging.

Neben den Diversionsgruppen konnte durch die Aussagen der Verhafteten im Donbass, im Raum von Dnepropetrovsk und Odessa eine weit verzweigte Aufstandsorganisation, die sich auf die Gebiete von Dnepropetrovsk und Odessa, auf den Donbass, Kiew und auf den SKK¹¹ erstreckte, sowie die Tätigkeit eines umfangreichen Spionagenetzes in Einheiten der Roten Armee in der Ukraine aufgedeckt werden.

Es wurden Maßnahmen zur verstärkten Bewachung des Marty-Werkes und von Krammaštroj ergriffen.

Es wurde festgestellt, dass die Firma Controll-Co., unter deren Deckmantel eine umfangreiche Diversions- und Spionagetätigkeit in der Ukraine betrieben wurde, bereits im imperialistischen Krieg als Deckmantel für den deutschen Generalstab gedient hatte. Aus den uns vorliegenden Materialien der zarischen Gegenabwehr ist eine aktive Spionagetätigkeit seitens des damaligen Vertreters der Controll-Co. in Rostov, des belgischen Staatsangehörigen Bernard, Silvain¹² (zurzeit Generalvertreter der Controll-Co. in Moskau), ersichtlich, der über diese Arbeit mit dem deutschen Staatsbürger Schöngé (zurzeit im Moskauer Büro von Controll-Co. tätig) in Kontakt steht. Im Verlauf der Ermittlungen haben die Ingenieure Stavrovskij (Il'ič-Werk in Mariupol')¹³, Gummert (Marty-Werk in Nikolaev), Scheffer (Marty-Werk) und die Angestellten der Firma Controll-Co. Sturm (Nikolaev), Garscher (aus Odessa) und andere in ihren Aussagen die Diversionstätigkeit eingestanden. Es ist festgestellt worden, dass die gesamte Diversionstätigkeit, darunter auch der Brand der Helling für U-Boote in Nikolaev, von dem österreichischen Staatsbürger Weinzettel, Leiter des Büros der Controll-Co. in Mariupol', dem deutschen Staatsbürger Karl, Ingenieur im Marty-Werk, und von dem österreichischen Staatsbürger Grischey, Ingenieur im gleichen Werk, geleitet worden ist.

Zwecks vollständiger Aufdeckung und Unterbindung der Diversionstätigkeit erachten wir es als nötig, Josef Weinzettel, Gustav Karl und Richard Grischey zu verhaften.

Stellvertretender Vorsitzender der OGPU

PROKOF'EV

⁹ Meščerjakov war 1933 verhaftet worden und wurde im Februar 1934 vom Kollegium der OGPU zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt.

¹⁰ So in der Publikation; richtig: Krammaštroj. 1929 wurde in Kramatorsk (Donbass) der Grundstein für das Novokramatorsker Werk für Schwermaschinenbau gelegt, dessen erste Ausbaustufe 1934 in Betrieb genommen wurde.

¹¹ SKK = Severo-Kavkazskij kraj (Die Region des Nordkaukasus).

¹² Bernard wurde im November 1933 in Moskau verhaftet und im März 1934 aus der UdSSR ausgewiesen.

¹³ Das metallurgische Il'ič-Kombinat in Mariupol' (bis 1920 die Nikopol'-Mariupol'er metallurgische Fabrik) wurde 1897 gegründet.

Am Ende des Dokuments befindet sich der handschriftliche Vermerk: Dafür. Molotov. Kaganovič.

Vermerk zum Verteiler des Dokuments: Verschickt: an den Sekretär des ZK der VKP (B) Gen. STALIN, an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Gen. MOLOTOV, an den Sekretär des ZK der VKP (B) Gen. KAGANOVIČ.

*Veröffentlicht in: **Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 398, S. 470–471.***

Nr. 275

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 6. November 1933

Geheim

IV Ru. 4915

Tgb. Nr. A/2410

An das

Auswärtige Amt

Berlin

1 Anlage

Politischer Bericht

Inhalt: Unterredung mit dem Stellvertreter des Kriegskommissars Tuchatschewski.

In der Anlage wird die Aktennotiz über eine Unterredung mit Herrn Tuchatschewski vorgelegt, die ich anlässlich des Abschiedsessens für den Herrn Botschafter¹ mit ihm gehabt habe. Die Unterredung, die nur auszugsweise wiedergegeben wird, dauerte etwa dreiviertel Stunden. Wenn auch vieles, was Herr Tuchatschewski als seine Meinung über die politischen Zusammenhänge äußerte, falsch oder schief gesehen ist, so sind seine mit großem Ernst vorgetragenen Erklärungen, dass die Rote Armee niemals anderen Mächten gegenüber die Zusammenarbeit mit der Reichswehr preisgeben würde und dass in der Roten Armee nach wie vor größte Sympathien für die Reichswehr herrschen, bedeutungsvoll und interessant. Die Persönlichkeit und das Ansehen Tuchatschewskis sind derartig, dass seinen Worten Gewicht beizumessen ist.

v. Twardowski

Anlage

Moskau, den 1. November 1933

Notiz

Ich hatte gestern Abend Gelegenheit zu einer ausgedehnten Unterhaltung mit dem Stellvertretenden Kommissar für das Kriegswesen, Tuchatschewski. Herr Tuchatschewski sprach in sehr freundlichen Worten über die Tätigkeit des Herrn Botschafters von Dirksen und betonte, wie sehr man in der Sowjetunion sein

¹ Abschiedsessens für von Dirksen am 31. 10. 1933; vgl. Dok. 273.

Scheiden bedauere, da man hier überzeugt gewesen sei, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen bei ihm in den besten Händen gelegen hätten. Das Gespräch wandte sich dann allgemein den deutsch-sowjetischen Beziehungen zu. Herr Tuchatschewski unterstrich mehrfach, dass trotz der bedauerlichen politischen Entwicklung die Gefühle der Roten Armee gegenüber der Reichswehr und dem deutschen Volke die alten geblieben seien und dass man nie vergessen werde, dass die Reichswehr die Rote Armee bei ihrem Aufbau entscheidend unterstützt habe.

Ich erwiderte, auch die Reichswehr erinnere sich gern der Zeit gemeinsamer Arbeit, aber ich möchte ihm nicht verhehlen, dass wir in letzter Zeit aus guten Quellen von den verschiedensten Seiten in den Besitz von Nachrichten gekommen wären, dass die Sowjetregierung oder die Rote Armee, um ihre neue Freundschaft mit Frankreich zu festigen, den Franzosen oder Polen Material über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit in die Hände gespielt habe. Das habe bei uns, besonders in der Reichswehr, natürlich eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.

Herr Tuchatschewski wurde über diese meine Ausführungen sehr erregt und führte etwa aus, dass solche Nachrichten doch deutlich den Stempel der politischen Intrige trügen und in Deutschland doch nicht ernst genommen werden könnten. Denn erstens wäre es von der Roten Armee eine große Dummheit, etwas Derartiges zu tun, da die Reichswehr über den inneren Aufbau und die Stärke und die strategischen Absichten der Roten Armee weit besser orientiert sei als die Rote Armee über die Reichswehr, so dass also in der Beziehung die Rote Armee sich sehr viel mehr preisgegeben habe als die Reichswehr; zweitens aber gäbe es auch in der Roten Armee eine soldatische Ehre. Ebenso wenig, wie man bei der Roten Armee jemals auf den Gedanken kommen würde, dass der deutsche Offizier die ihm vertrauensvoll gewährten Einblicke in die Rote Armee anderen Ländern gegenüber verwenden könne, ebenso wenig dürfe die Reichswehr etwas Derartiges von der Roten Armee annehmen. Der Begriff der Ehre sei mit dem Soldaten untrennbar verbunden, und die Rote Armee habe, auch wenn ihre Weltanschauung anders sei als die der Reichswehr, genau die gleiche soldatische Ehre und erhebe unbedingten Anspruch auf sie. Es sei völlig ausgeschlossen, dass von der Roten Armee jemals etwas Derartiges gemacht würde.

Ich warf darauf ein: „Auch von der Sowjetregierung?“, worauf Herr Tuchatschewski erwiderte: „Auch von der Sowjetregierung.“ Ich entgegnete, leider gäbe es gewisse Fakten, die diese Verdachtsgründe bei uns verstärkt hätten: die Reise des Generals von Bockelberg in der Sowjetunion sei sehr harmonisch verlaufen², aber in der Zeit zwischen seiner Abreise von Moskau und seiner Ankunft in Berlin habe die Rote Armee plötzlich ganz unerwartet die Forderung nach einer sofortigen Liquidation der Unternehmungen gestellt³. Kurz darauf sei in einer äußerst unhöflichen Form die Absage für die Teilnahme an Kursen in Deutschland durch Offiziere der Roten Armee erfolgt, die auf Wunsch der Roten Armee für sowjetische Kommandeure eingerichtet worden wären. Um diese Zeit seien auch die ersten Nachrichten zu uns gedrungen, die davon sprachen, dass die Rote Armee sich auf eine engere Zusammenarbeit mit Frankreich einstelle. Er werde also verstehen,

² Vgl. Dok. 98, 112.

³ Vgl. Dok. 109, 110.

dass diese Fakten einen guten Nährboden abgegeben hätten für solche Nachrichten, die er als politische Intrige bezeichnet hätte.

Herr Tuchatschewski entgegnete, die Liquidation der Stationen sei eine politische Konsequenz gewesen, nachdem man sich in der Sowjetunion davon überzeugt hätte, dass der Kurs der deutschen Regierung eine sowjetfeindliche Richtung nähme. Er möchte in diesem Zusammenhang an die Tätigkeit des Herrn Dr. Rosenberg, an das Memorandum des damaligen Ministers Hugenberg etc. etc. erinnern. Die Absage der Kurse hänge damit zusammen, dass der Kommandeurbestand in diesem Sommer außerordentlich beansprucht gewesen sei und dass man daher geglaubt habe, im gegenwärtigen Augenblick bei dem jetzigen Ausbildungsstande der Roten Armee auch eventuell ohne die Kurse auskommen zu können. Irgend-eine Kränkung der Reichswehr sei damit nicht beabsichtigt gewesen, und ihm sei nichts davon bekannt, dass die Form der Absage ungehörig gewesen wäre. Was die Zusammenarbeit mit der französischen Armee anbelange, sei natürlich davon keine Rede; so etwas entwickle sich nicht von heute auf morgen und sei, wie er mir ganz bestimmt versichern könne, zum allergrößten Teil auch von der deutschen Politik abhängig. Andererseits könne es doch kein denkender Mensch der Roten Armee übelnehmen, dass sie, wenn man ihr die Gelegenheit biete, etwas von der französischen Luftwaffe einmal zu sehen, dass sie diese Gelegenheit gern ergreife. Die Rote Armee sei den Franzosen gegenüber noch sehr zurückhaltend. Was habe denn Herr Cot viel gesehen! In Charkow habe man ihm von einem Geschwader einen Schaulflug vorführen lassen. In Moskau habe man ihn und seinen Stab die Fabriken besichtigen lassen, die uns Deutschen doch bis ins kleinste Detail gezeigt worden wären. General Bockelberg, das wolle er mir auf das bestimmteste versichern, habe unendlich viel mehr gesehen als Herr Pierre Cot. Er möchte noch einmal betonen, dass die Rote Armee nie und nimmer irgend etwas von der Zusammenarbeit mit der Reichswehr preisgeben würde, dass solche Nachrichten gemeine Denunziationen darstellten; er möchte unterstreichen, dass die Gefühle der Roten Armee gegenüber der Reichswehr und dem deutschen Volke die gleichen geblieben seien und dass man gern zu den alten Beziehungen zurückkommen würde. Aber das sei eine Frage, die einzig und allein von der Politik abhängen. Man sei in der Sowjetunion trotz gewisser offizieller Erklärungen der Überzeugung, dass die neue deutsche Regierung in ihren letzten Absichten der Sowjetunion feindlich oder zum mindesten gleichgültig gegenüberstehe. Gelingen es der Politik, diese Bedenken bei der Sowjetregierung zu zerstreuen, so gäbe es keinen Grund, die alte Zusammenarbeit zwischen beiden Armeen nicht wieder aufzunehmen, die von der Roten Armee aufs Freundlichste begrüßt werden würde. Natürlich sei die Sowjetunion bestrebt, auch ihre Beziehungen zu Polen und zu Frankreich möglichst freundschaftlich zu gestalten, weil dies der allgemeinen Friedenspolitik der Sowjetregierung entspreche. Das habe aber nichts mit einer intimen Zusammenarbeit der Armeen zu tun. In der Sowjetunion bleibe die Rapallopolitik die populärste, und die Reichswehr sei die Lehrmeisterin der Roten Armee in schwerer Zeit gewesen; das sei unvergessen und werde nicht vergessen werden.

Durch das Hinzutreten anderer Personen wurde das Gespräch abgebrochen.

Bei der Verabschiedung, etwa eine Stunde später, gab mir Herr Tuchatschewski die Hand mit den Worten: Vergessen Sie nicht, es ist die Politik, Ihre Politik, die uns trennt, nicht unsere Gefühle der Freundschaft der Roten Armee zur

Reichswehr! (N'oubliez pas, mon ami, c'est la politique, seulement votre politique, qui nous sépare, pas nos sentiments, nos sentiments les plus amicaux pour la Reichswehr.)⁴

gez. von Twardowski

Eigenhändige Unterschrift unter dem Bericht. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. V[ölcker]s 10/11. Nicht entzifferte Bemerkung von Neuraths. Stempel des AA: Eing. 8. NOV. 1933. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 31498, Bl. E 497288–497294.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 47, S. 79–82.

Nr. 276

Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Moskau, den 8. November 1933

Notiz

Bei der heutigen Revolutionsfeier sprach mich Herr Krestinski auf die Drusag¹ an und sagte mir, er habe Herrn Stern beauftragt, mit mir über die Liquidierung des Unternehmens zu sprechen. Als ich fragte, ob sich irgend etwas Neues ereignet habe, sagte Herr Krestinski ziemlich brüsk, die inneren Behörden wollten sich die Verhandlungsweise des Herrn Dittloff nicht länger mehr gefallen lassen, und wenn Herr Dittloff seine Methoden nicht ändere, so würden die Verhandlungen abgebrochen werden und ein Kommissar auf der Drusag eingesetzt. Als ich hierauf erwiderte, antwortete Herr Krestinski, er bäte mich, die Angelegenheit mit Herrn Stern zu besprechen, der von ihm ausführlich instruiert sei. Einige Minuten darauf zog mich Herr Stern in ein anderes Zimmer und sagte mir, er habe mir etwas sehr Wichtiges und Unangenehmes mitzuteilen. Herr Krestinski habe vor 3 Monaten dem Botschafter von Dirksen den freundschaftlichen Rat gegeben, die Drusag zu liquidieren². Seither halte das Außenkommissariat seine schützende Hand über den Liquidationsverhandlungen. Leider aber werde die entgegenkommende Haltung, die das Glawkonzessionskomitee auf Veranlassung des Außenkommissariats bei den Liquidationsverhandlungen einnehme und die zum Zweck habe, die Drusag in Freundschaft zu liquidieren, von Herrn Dittloff in einer schamlosen Weise ausgenutzt, die man sich nun nicht mehr länger gefallen lassen könne. Auf meine sehr erstaunte Frage erwiderte Herr Stern, Herr Dittloff mache an einem Tage Zugeständnisse, die er am nächsten Tage wieder zurückziehe, deute Entgegenkommen an, wolle aber nachher wieder nichts gesagt haben, kurz, bilde sich ein, dass er auf Grund des Schutzes der Botschaft und des Außenkommissariats

⁴ Vgl. den Kommentar des Militärattachés zu der Äußerung Tuchačevskijs im Bericht Hartmanns Nr. 167/33 vom 7. 11. 1933. In: PA AA, R 30097, Bl. E 432735–432738.

¹ Vgl. Dok. 32, Anm. 12.

² Vgl. Dok. 181.

mit der Liquidation der Drusag noch große Geschäfte verbinden könne. Die Sowjetseite habe zwar die Absicht, in Freundschaft die Drusag zu liquidieren, wolle sich aber nicht an der Nase herumführen lassen und ungerechtfertigte Forderungen erfüllen. Ich erwiderte Herrn Stern, dass ich mit solchen allgemeinen Wendungen nicht viel anfangen könne und bäte ihn, doch einmal konkreter zu werden. Hierauf entgegnete Herr Stern, nachdem man sich über alle Punkte einig geworden sei, habe Herr Dittloff die Forderung gestellt, dass die Dollarsumme, die nach dem Vertrage von Russland zu zahlen sei, in Reichsmark umgewandelt würde. Die Sowjetseite dachte natürlich nicht daran, auf diese Forderung einzugehen, denn sie sei es nicht gewesen, sondern die deutsche Seite, die die Hälfte des Rückkaufpreises in Dollar festgelegt hätte³. Die Sowjetseite könnte nichts dafür, wenn sogar das Reichsfinanzministerium als Besitzer der Drusag so wenig Vertrauen in die Währung des Reiches gehabt habe, dass es die Fixierung der Summe zur Hälfte in Dollar verlangt habe. Nun sei diese Spekulation fehlgeschlagen, die Mark sei stabil geblieben, der Dollar entwertet. Das sei für Deutschland ebenso unangenehm wie es für die Sowjetunion angenehm sei. Er möchte mir kategorisch erklären, dass der Kaufpreis in effektiven Dollar gezahlt würde und nicht in Reichsmark. Im Übrigen lasse mir Herr Krestinski sagen, dass er seine schützende Hand über den Verhandlungen bisher gehalten habe, weil er sich Herrn von Dirksen gegenüber für verpflichtet gehalten habe. Wenn die Verhandlungen jetzt wegen der unsinnigen Forderungen des Herrn Dittloff scheiterten, so würde das Außenkommissariat keinen Finger rühren. Herr Krestinski habe die Absicht, noch 2 oder 3 weitere Verhandlungstage abzuwarten; wenn dann keine Einigung erzielt werde, so würde ein Kommissar auf der Drusag eingesetzt und dann sollten wir sehen, wie wir weiter kommen. Ich habe Herrn Stern entgegnet, dass solche Drohungen mir keinen Eindruck machten. Wenn er mich freundschaftlich darauf aufmerksam mache, dass die Verhandlungstaktik des Herrn Dittloff der russischen Seite missfalle und mich bäte, auf Herrn Dittloff entsprechend einzuwirken, so sei ich dazu gern bereit. Wenn er aber drohe, so könne ich ihm nur erwidern, dass, wenn die Sowjetseite mit der Drusag, die dem Reich gehöre, irgendwelche Experimente mache, ich ihm jetzt schon versichern könne, dass entsprechende Maßnahmen gegen die sowjetischen Handelsorganisationen in Deutschland wie DEROP usw. ergriffen werden würden. Mit Drohungen käme er bei mir nicht weit. Herr Stern lenkte dann ein und meinte, er hätte mir nur reinen Wein über die russischen Absichten einschenken wollen, damit ich wisse, was bevorstehe. Das Außenkommissariat könne sich in der Drusag-Angelegenheit gegenüber den inneren Behörden nun nicht mehr länger durchsetzen. Ich antwortete, dass es nicht unsere Schuld sei, dass die Verhandlungen sich so hinzögen. Auf Verlangen der russischen Seite seien den halben September und den halben Oktober die Verhandlungen ausgesetzt worden. Was die Dollarforderung anbelange, so verlange die russische Seite ein Entgegenkommen in den Fälligkeitsterminen. Wenn wir hierzu bereit seien, so müssten selbstverständlich entsprechende Konzessionen von der russischen Seite an uns gemacht werden. Ob diese nun in einer Fixierung des Dollarkurses oder in einer Erhöhung des Rückkaufpreises liegen, sei mir gleichgültig und Sache des Unterhändlers. Jedenfalls sei es selbstverständlich, dass ein Entgegenkommen von

³ Vgl. Dok. 289.

uns in den Fälligkeiten der Kaufsumme von den Russen durch ein Entgegenkommen auf anderem Gebiete ausgeglichen werden müsse. Dies gab Herr Stern zu. Er fügte hinzu, dass wir uns über den Ernst der Lage keinen Illusionen hingeben sollten, und im Interesse der Vermeidung von ernststen Reibereien bäte er mich, auf Herrn Dittloff einzuwirken, dass er seine Verhandlungstaktik ändere und sich nicht Instruktionen geben lasse, die zu einem Abbruch der Verhandlungen führen müssten. Ich erwiderte Herrn Stern, dass ich mit Herrn Dittloff Rücksprache nehmen würde und ihm von der Demarche Kenntnis geben werde. Auf die Verhandlungen selbst könnte ich keinen Einfluss üben, da Herr Dittloff vom Reichsfinanzministerium zusammen mit Professor Lührs als alleinige Generalbevollmächtigte mit den Verhandlungen beauftragt worden seien.

Auf dem ersten Blatt oben befinden sich die Paraphen von Dirksens, Hilgers 14/XI sowie die handschriftlichen Vermerke: zdA Drusag und D 1349/33 Drusag. Das Dokument ist am Ende mit der Paraphe von Twardowskis abgezeichnet.

PA AA, Moskau II 326, Bl. 67–70.

Nr. 277

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 988¹

TAGEBUCH
des Gen. CHINČUK

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NEURATH, 8/XI-33

War am 8. November bei Neurath wegen der Abwertung des Dollars. Ich erklärte ihm Folgendes:

1. Bei den Verhandlungen, die die deutschen Industrievertreter mit Herrn Ordžonikidze in Moskau² und später mit den Herren Pjatakow, Ljubimov und Vejcer in Berlin 1931/1932³ geführt haben, stellten die Vertreter der deutschen Industrie die Forderung, in einigen Fällen die Akzepte⁴ der Handelsvertretung der UdSSR nicht in deutscher, sondern mehrheitlich in amerikanischer Währung auszustellen. Trotz der mit dieser Forderung für die UdSSR verbundenen Schwierigkeiten – bekanntlich war und ist bis heute der Export der UdSSR in die Vereinig-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Zum Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen in Moskau vom 28. 2.–9. 3. 1931 vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XVII, Dok. 14, S. 38–40; DVP, Bd. XIV, Dok. 70, S. 116–119; Dok. 114, S. 246–248; Moskva–Berlin, Bd. 2, Dok. 213, S. 517–527.

³ Vgl. DVP, Bd. XV, Dok. 200, S. 294–296; Dok. 250, S. 362–364.

⁴ In diesem Fall handelt es sich um einen Wechsel, der von dem Staat, in dessen Namen die Handelsvertretung handelt, garantiert ist.

ten Staaten gering⁵ – kam die Handelsvertretung der UdSSR dennoch den deutschen Firmen entgegen und stellte 1931/1932 auf Wunsch der deutschen Firmen zahlreiche Akzepte in amerikanischer Währung aus. Viele dieser Akzepte haben wir termingemäß und akkurat in amerikanischer Währung bezahlt.

Einige deutsche Firmen stellen gegenwärtig, nachdem bereits die Zahlung erfolgt ist, an die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland zusätzlich Forderungen auf Ausgleichszahlung der Kursdifferenz und bringen diese Frage sogar vor das Schiedsgericht, um auf diesem Wege einen Präzedenzfall für die Zukunft zu schaffen. Wie die Botschaft informiert ist, gibt es zwei bis drei solche Fälle, bei denen von deutschen Firmen ein Schiedsverfahren angestrengt wurde. Für diese Frage ist aber ein deutsches Schiedsgericht nicht zuständig.

Abgesehen davon, dass die oben angeführten Forderungen der deutschen Firmen absolut unbegründet sind, können durch Schlichtungsverfahren einzig und allein jene Konditionen verteidigt und geschützt werden, die zu jedem einzelnen Geschäftsabschluss vertraglich vereinbart worden sind.

Die Kursunterschiede stehen aber in keinem Zusammenhang mit den Konditionen eines einzelnen Geschäftsvertrages, sondern sie ergeben sich aus dem Verlauf und der Entwicklung der Weltkrise. Vollkommen unerklärlich ist, wie diese Frage und die Folgen der Weltkrise von einem deutschen Schiedsgericht entschieden werden könnten. Diese Frage fällt ebenso wenig in die Kompetenz des Reichsgerichtes. Die Sowjetunion hat mit dem Abkommen vom 12. Oktober 1925 dennoch das Recht anerkannt, Konflikte, die sich aus jedem einzelnen **Geschäftsabschluss** ergeben, durch deutsche Gerichte prüfen zu lassen⁷. Dieses Anerkenntnis darf jedoch nicht weitergehend ausgelegt werden, zumal es hier nicht um einen einzelnen Geschäftsabschluss geht, sondern um die Weltwirtschaft insgesamt, die alle Verträge berührt und nicht nur die mit Deutschland abgeschlossenen Verträge.

Von diesem Grundsatz ausgehend, bezogen die Gerichte in vielen Ländern, darunter auch die deutschen, in allen Streitfällen im Zusammenhang mit der Abwertung vieler Währungen in der Devisenfrage den Standpunkt des Nominalismus (Pfund gleich Pfund, Reichsmark gleich Reichsmark, Dollar gleich Dollar). Die deutschen Firmen, die jetzt unbegründete Forderungen an die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland stellen, sind wie auch die deutschen Gerichte darüber im Bilde.

Daraus folgt, dass das Eingreifen von Schiedsgerichten oder eines deutschen Gerichtes in Fragen, die von internationaler Relevanz sind, von der sowjetischen Seite auf gar keinen Fall anerkannt werden kann und geeignet sein könnte, überaus ernste Folgen bezüglich der weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen hervorzurufen.

Deshalb müssen die im Zusammenhang mit den oben erwähnten Devisenkonflikten eingeleiteten Gerichts**verfahren**⁸ unverzüglich eingestellt werden.

⁵ Der Export der UdSSR in die USA betrug 1933 11,7 Mio. Dollar. Vgl. Rossijskaja i SŠA: Ékonomičeskie otnošenija. 1917–1933 (Russland und die USA: Wirtschaftliche Beziehungen), otv. red. G. N. Sevost'janov, E. A. Tjurina, Moskva 1997, Dok. 161, S. 382.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. dazu Artikel 7 des Wirtschaftsabkommens vom 12. 10. 1925. Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

⁸ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Neurath hörte sich das alles an und sagte, dass er meinen Ausgangspunkt für richtig halte, doch er müsse sich mit dieser Frage beschäftigen⁹. Ich bat, dies schnell zu tun.

2. Ferner lenkte ich die Aufmerksamkeit Neuraths darauf, dass in der WTB-Meldung, die die Interpretation der ausländischen Presse der Rede Görings bezüglich unserer Zahlungsunfähigkeit¹⁰ dementiert, die ausländische Presse unnötig genannt wird, weil auch die gesamte deutsche Presse das gleiche berichtet. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass die „Frankfurter Zeitung“ die Äußerung Görings brachte, der die Erklärung Dimitrovs, dass die Kommunisten auf 1/6 der Weltkugel herrschen¹¹, mit dem Zwischenruf „leider“ quittierte; und im [„Berliner] Lokal-Anzeiger“ stand sogar die Erklärung Görings, dass in allen Ländern die Kommunisten verbrecherisch seien¹².

Neurath sagte, dass dies eine unerhörte Erklärung sei. Er machte mich darauf aufmerksam, dass sich Göring zur UdSSR mit ausgesprochenem Wohlwollen verhalte und er viel für die Beilegung des Konfliktes getan habe. Er sei aber auch ein impulsiver Mensch und wenn er sich erregt, gehe er aus sich heraus und wisse selbst nicht, was er sagt. Auch in den Kabinettsitzungen gebe es mit ihm oft derartige Situationen. Als Göring von Neurath per Telefon von unserem Protest erfuhr, habe er WTB gebeten, das Dementi zu bringen¹³.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4731 vom 15. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 167–168. Original.

⁹ Vgl. auch das Aide-Mémoire, das Chinčuk am 8. 11. 1933 von Neurath übergab. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 111–110.

¹⁰ Göring hatte in der Gerichtsverhandlung in der Polemik mit Dimitrov erklärt: „Es ist mir zunächst einmal bekannt, dass die Russen mit Wechseln bezahlen, und es wäre mir noch lieber, wenn mir bekannt wäre, dass die Wechsel auch eingelöst werden.“ Vgl. „Die weiteren Bekundungen des Ministerpräsidenten Göring“. In: Frankfurter Zeitung vom 6. November 1933, S. 4–5, hier S. 4.

¹¹ Frankfurter Zeitung vom 6. November 1933, S. 4.

¹² In dem Artikel hieß es u. a.: „... die Kommunisten in anderen Ländern [...] werden überall genau so von Verbrechern geführt wie in Deutschland.“ Vgl. „Görings große Anklagerede im Reichstagsbrandstifter-Prozess“. In: Berliner Lokal-Anzeiger vom 4. November 1933, Abendausgabe, S. 1–2, hier S. 1.

¹³ In dem veröffentlichten Dementi hieß es: „Gegenüber den in einem Teil der ausländischen Presse erschienenen falschen Wiedergaben und tendenziösen Interpretationen der Aussage des Herrn Ministerpräsidenten Goering im Reichstagsbrandprozess wird von zuständiger Seite festgestellt, dass die Sowjetunion ihren Zahlungsverpflichtungen in Deutschland bisher stets pünktlich nachgekommen ist.“ Vgl. „Russland zahlte pünktlich“. In: Berliner Börsen-Courier vom 8. November 1933, Morgenausgabe, S. 2.

Nr. 278

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 6

1498

9. November [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

die Versuche einiger Firmen, über Schiedsgerichte durchzusetzen, von der Handelsvertretung einen Ausgleich für den durch den Kursverfall des Dollar verursachten Schaden erstattet zu bekommen, beunruhigen mich außerordentlich.

Das ist eine absolut absurde Forderung, denn von den nationalsozialistischen Kronrichtern¹ und von den in gleicher Weise zusammengesetzten Schiedsgerichten kann man nur die Befriedigung der Forderungen unserer Gegner erwarten. Sie verstehen, dass wir derartigen Zahlungsaufforderungen nicht nachkommen werden. Doch dieser Forderung wird Vollstreckungskraft verliehen und die Kläger werden danach trachten, unsere Waren und Geldeinlagen zu beschlagnahmen.

Mit derartigen Versuchen hatten wir in Frankreich bezüglich der Ihnen bekannten Fälle von Gercfel'd² und Savelij L.³ zu tun. Dort waren wir gezwungen, außerordentlich radikale Maßnahmen zu ergreifen: die Einstellung unserer Warenlieferungen an Frankreich und das Verbot für unsere Schiffe, Frankreich anzulaufen. Bei dem Umfang unseres Handelsverkehrs mit Deutschland würden Maßnah-

¹ So im Dokument; vgl. Dok. 267, Anm. 7.

² Gercfel'd schloss als Staatsbürger Russlands 1920 in Konstantinopel mit der Gesellschaft „Dobroflot“ einen Frachtvertrag ab. Da „Dobroflot“ diesen Vertrag nicht erfüllte, verurteilte ein englisches Gericht im Mai 1925 „Dobroflot“ dazu, dem Kläger Gercfel'd einen Schadensersatz in Höhe von 9140 Pfund Sterling sowie Zinsen in Höhe von 1276 Pfund Sterling zu zahlen. Angesichts dessen, dass das Urteil des englischen Gerichts nicht vollstreckt wurde, wandte sich Gercfel'd 1928 an ein französisches Gericht, um dem Urteil des englischen Gerichtes in Frankreich Vollstreckungskraft zu verleihen, und zwar nicht nur gegenüber der Gesellschaft „Dobroflot“, sondern auch gegenüber der UdSSR in Gestalt der Handelsvertretung in Frankreich, da sie auf Grund des Gesetzes über die Nationalisierung angeblich der Rechtsnachfolger dieser Gesellschaft sei. Nachdem der Fall vor verschiedenen Gerichtsinstanzen in Frankreich verhandelt worden war und Moskau diplomatische Schritte unternommen hatte, wurden die Forderungen des Klägers und seines Rechtsnachfolgers (Gercfel'd war unterdessen verstorben) abgewiesen, auf das Vermögen der Handelsvertretung der UdSSR in Frankreich zuzugreifen.

³ Savelij M. Litvinov, der jüngere Bruder von Maksim M. Litvinov, geriet in den Mittelpunkt einer Affäre, die die Ausgabe von Wechseln in einer Höhe von 200 000 Pfund Sterling oder über 25 Mio. Francs durch die Handelsvertretung der UdSSR in Berlin betraf. Er wurde in der UdSSR zum „Nichtrückkehrer“ (vgl. Dok. 416, Anm. 10) erklärt, in Frankreich verhaftet und von einem französischen Gericht Ende Januar 1930 als unschuldig frei gesprochen. Der Fall des S. M. Litvinov und die Situation, die sich aufgrund der Klagen auf Zahlung der von ihm unterschriebenen Wechsel ergeben hatte, wurde in den Jahren 1928 bis 1931 wiederholt in den Sitzungen des Politbüros des ZK der VKP (B) erörtert. Im November 1933 wies ein französisches Gericht die Klage S. M. Litvinovs gegen die UdSSR, die Wechsel zu bezahlen, wegen Nichtigkeit zurück. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 7, 12.

men dieser Art sehr schwer durchzuführen sein und nicht nur die Deutschen treffen, sondern auch uns selbst. Deshalb darf unter keinen Umständen zugelassen werden, dass die Versuche der gewissenlosen Kläger mit Erfolg gekrönt werden. Es ist der entschiedenste Druck auf das Auswärtige Amt auszuüben. Ich habe hier mit Twardowski gesprochen⁴, Sie haben mit Neurath gesprochen⁵. Man darf es aber nicht mit diesen Unterredungen belassen. Man muss erreichen, dass sich Neurath dieser Sache auch wirklich annimmt und er sowohl den Industriellen als auch den Gerichtsorganen tatsächlich Anweisungen erteilt. Sie und Ihre Mitarbeiter müssen in den nächsten Tagen vielleicht nicht nur einmal sowohl mit Neurath⁶ als auch mit Meyer⁷ und Ritter über dieses Thema sprechen und sich solange nicht zufriedengeben, bis der Beschluss des Landgerichtes annulliert worden ist, für uns Schiedsrichter zu ernennen.

Wir erörtern hier die Frage, ob der Beschluss des Landgerichtes⁸ bezüglich der Ernennung von Schiedsrichtern vor die Berufungsinstanz gebracht werden soll. Wir würden sehr gern diesen Weg nicht beschreiten wollen, denn sonst würden wir in einem gewissen Maße die Kompetenz des Krongerichtes, diese Frage zu entscheiden, zumindest aber die Zuständigkeit für die jetzigen gerichtlichen ***Klagen***⁹, anerkennen. Doch andererseits würde unsere Anfechtung des Beschlusses des Landgerichtes die Bildung des Schiedsgerichtes vertagen und der deutschen Regierung etwas die Möglichkeit erleichtern, das noch nicht in Kraft getretene Urteil des Gerichtes zu annullieren.

Die Entscheidung zu dieser Frage werden wir hier nicht später als morgen¹⁰ gefasst haben und ich werde gemeinsam mit dem Volkskommissar für Außenhandel¹¹ Sie und die Handelsvertretung telegrafisch noch vor Ablauf der Frist darüber in Kenntnis setzen, ob eine Klage zu erheben ist.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Lev[in]. 10. XI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2129 vom 10. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Rozen-gol'c, Štern und Rozenbljum.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 349–348. Kopie.

⁴ Vgl. Dok. 267.

⁵ Vgl. Dok. 277.

⁶ Vgl. Dok. 283.

⁷ Vgl. Dok. 285.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Das Wort ist handschriftlich korrigiert; ursprünglich: Personen.

¹⁰ Vgl. Dok. 279.

¹¹ Arkadij Pavlovič Rozen-gol'c.

Nr. 279

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c und des
Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim
Expl. Nr. 8

1500

10. November [1933]

An den
Generalsekretär des ZK der VKP (B)
Gen. STALIN
Kopie: an Gen. MOLOTOV

Werter Genosse,

das ZK ist bereits mit dem Schreiben vom 25. Oktober, Nr. 1474, an Gen. Kaganovič **von Gen. Krestinskij**¹ davon unterrichtet worden, dass sich zwischen unserer Handelsvertretung und einigen deutschen Firmen ein Rechtsstreit abzeichnet, der die Gefahr einer sehr ernsten Verschlechterung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland heraufbeschwört.

Die Deutschen haben beim Abschluss des Kreditabkommens **mit**² Gen. Pjatakov³ und bei der nachfolgenden Erneuerung dieses Abkommens⁴ darauf bestanden, da sie ein Absinken ihrer Mark befürchteten, dass unsere Wirtschaftsorgane die Aufträge mit Wechseln nicht in Mark, sondern in Dollar bezahlten. Es stellte sich jedoch heraus, dass sich diese Forderung der Deutschen gegen sie selbst wandte. Sie erhielten wegen des Kursverfalls des Dollars für die von ihnen erfüllten Aufträge bedeutend weniger gemäß der Goldparität ausgezahlt, als wenn die Wechsel in Mark ausgestellt worden **wären**⁵.

Die bei den Banken hinterlegten Wechsel sind von unseren Wirtschaftsorganen bereits längst bezahlt und von den Banken zurückgegeben worden; die Geschäftsbeziehungen zwischen den Lieferfirmen und unseren Wirtschaftsorganen, den Käufern, sind damit beendet. Einige dieser Firmen haben sich jedoch offenbar im Einvernehmen mit den Unternehmerverbänden und mit dem stillschweigenden Segen der Regierung dazu entschlossen, gegen die Handelsvertretung Musterklagen zu führen, um die durch den Kursverfall des Dollars verursachten Verluste erstattet zu bekommen. Da in den Lieferverträgen festgehalten war, sich aus dem Vertrag ergebende Streitfälle durch ein Schiedsgericht klären zu lassen, haben sich diese Firmen an die Handelsvertretung mit dem Vorschlag gewandt, ein Schiedsgericht einzuberufen.

Die Handelsvertretung antwortete, dass das Schiedsgericht für Streitfälle im Zuge der Erfüllung des Vertrages vorgesehen war, der Vertrag ist aber bereits von beiden Seiten erfüllt worden. Generell kann die Verantwortung für die durch den

¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: von mir.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

⁴ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Dollarsturz verursachten Verluste auf keinen Fall Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sein, schon gar nicht eines Schiedsgerichtes.

Da die Handelsvertretung es abgelehnt hat, einen Richter zu benennen, haben sich die Firmen an ein deutsches Landgericht mit dem Ersuchen gewandt, für die Handelsvertretung einen Vertreter für das Schiedsgericht zu berufen. Die Handelsvertretung erschien auch nicht vor dem Landgericht, und **Krestinskij**⁶ hat gemäß Auftrag des PB am 27. September Twardowski zu sich einbestellt und ihm eine sehr ernste Vorstellung gemacht, wobei er vor den Folgen der von den Firmenvertretern unternommenen Schritte warnte und forderte, dass die deutsche Regierung Maßnahmen ergreifen müsse, um die ungesetzlichen Erpressungen einzustellen⁷. Trotz dieser Demarche hat das Landgericht in drei Fällen (ein Fall vor **der**⁸ Demarche und die zwei restlichen danach) entschieden, für die Handelsvertretung einen Richter für das Schiedsgericht zu benennen. Das Schiedsgericht, das aus drei Deutschen besteht (einer vertritt die Interessen unseres Gegners, der zweite wurde vom Gericht für uns bestellt und der dritte wurde von den beiden anderen einvernehmlich benannt), wird uns selbstverständlich zur Zahlung der Summe verurteilen, die der Kläger fordert.

Gen. Chinčuk begab sich zu Neurath, um mit ihm diese Frage zu erörtern. Er erhielt von ihm die Zusicherung, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und die Frage zu regeln⁹. Als jedoch Gen. Bessonov am nächsten Tag das Auswärtige Amt aufsuchte, um sich zu erkundigen, wie die Zusicherung Neuraths erfüllt wird, stellte sich heraus, dass der Apparat des Auswärtigen Amtes nicht geneigt war, irgendeinen Einfluss weder auf das Gericht noch auf die Industriellen geltend zu machen, sondern die Angelegenheit ihrem normalen Lauf überlassen wollte.

Morgen endet die Frist für die Berufung, um auf dem Appellationswege gegen die Entscheidung des Landgerichtes bezüglich der ersten Sache vorzugehen.

Für uns ergibt sich die Frage, entweder Klage einzureichen oder aber das Gericht weiterhin zu boykottieren.

Wenn wir Klage einreichen, so würde die deutsche Regierung dies als Zeichen unserer Schwäche ansehen, und bei ihr könnte die Hoffnung aufkommen, dass wir einen ernsten Konflikt scheuen und deshalb unsere Interessen in dieser Angelegenheit nicht schützen werden. Wenn wir aber keine Klage einreichen, so wird andererseits der Beschluss Rechtskraft erlangen und sofort ein Schiedsgericht gebildet werden, und nach einigen Tagen werden die Kläger mit Vollstreckungsbefehlen kommen und damit beginnen, unser Vermögen und Eigentum, welches in Deutschland in ausreichender Zahl vorhanden ist, zu beschlagnahmen.

Das NKVT und das NKID **erachten**¹⁰ es als erforderlich, die Klage nicht einzureichen und die deutsche Regierung mit der Perspektive zu konfrontieren, entweder unserer Forderung nachzukommen oder sich auf einen ernsten Wirtschaftskonflikt einzulassen.

⁶ Der Name ist korrigiert; ursprünglich: ich.

⁷ Vgl. Dok. 267.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: meiner.

⁹ Vgl. Dok. 277.

¹⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: meint man.

Da wir fast vor einem Wirtschaftskrieg stehen, erachten wir es als unumgänglich, den Stand der Angelegenheit dem Politbüro zur Kenntnis zu bringen.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Rozengol'c Krestinskij

[Anlage]
Geheim

BESCHLUSSENTWURF¹¹

1. Der Berliner Bevollmächtigten Vertretung ist vorzuschlagen, gegen die Entscheidung des Landgerichtes bezüglich der Bildung eines Schiedsgerichtes keine Klage einzureichen und sich weiterhin jeglicher Teilnahme an Gerichtsverfahren zu verweigern.

2. Das NKVT und die Handelsvertretung sind zu beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten, um unser Vermögen in Deutschland vor einer Beschlagnahme zu schützen.

3. Das NKID ist zu beauftragen, in Berlin und in Moskau der deutschen Regierung und der deutschen Botschaft in Moskau bezüglich des unkorrekten Vorgehens des deutschen Gerichtes eine entschiedene Vorstellung zu machen¹².

*Vermerk: **an A. Rozengol'c**¹³*

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3853 vom 13. 11. 1933.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81. l. 142–145. Kopie.

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 33, S. 84–85¹⁴.

Nr. 280

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Geheim

Nr. 17349

13/XI. 33

Aufzeichnung der Unterredung mit dem **Deutschen**¹ Geschäftsträger
TWARDOWSKI, 13. November 1933

Twardowski bat, ihn dringend in einer wichtigen Angelegenheit zu empfangen. Es stellte sich heraus, dass er mich im Auftrag der Regierung mit einem offi-

¹¹ Der Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) wurde am 11. 11. 1933 gefasst. Seinem Text wurde der Punkt 4 hinzugefügt: „Die Genossen Rozengol'c und Krestinskij sind zu beauftragen, diese Angelegenheit durch eine Meldung der Informationsabteilung des NKVT und einen entsprechenden Artikel in der Presse Öffentlichkeit zu verleihen.“ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 508, l. 16 (Protokoll Nr. 149, Pkt. 61/64, „Sondermappe“).

¹² Vgl. Dok. 280, 283.

¹³ Der Name ist durchgestrichen.

¹⁴ Veröffentlicht ohne Beschlussentwurf nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 661, l. 219–220. Stalins Exemplar enthält den Vermerk: „Man müsste diese Sache öffentlich [machen]. I. St.“.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

ziellen entschiedenen Protest bezüglich des Artikels von Kol'cov in der „Pravda“ vom 10. November² aufsuchte. Die deutsche Regierung halte die unerhörten Beleidigungen, die in dem Artikel gegenüber dem deutschen Minister Göring enthalten sind, der als Lügner und Eidbrecher bezeichnet wird, für absolut unzulässig. Die deutsche Regierung protestiere entschieden gegen derartige Beleidigungen und bestehe auf einer Antwort. Ich machte T[wardowski] auf den Eindruck aufmerksam, den der Auftritt Görings **vor dem Gericht**³ auf unsere Presse gemacht hat. Uns sei gesagt worden, dass dieser unzulässige Auftritt durch die persönliche Erregung und durch die **Impulsivität**⁴ Görings hervorgerufen worden sei⁵. Selbst wenn dies tatsächlich so der Fall gewesen sein sollte, so sei es vollkommen unverständlich, weshalb die deutsche Presse Görings Entgleisung gegen die Sowjetunion wiedergegeben habe. Dies alles zusammengekommen wirke sich natürlich auf die Haltung unserer Presse aus. Ich würde jedoch eine offizielle Antwort auf den mir von T. erklärten Protest etwas später geben. T. erklärte darauf, dass er die Situation verstehe und er mit meiner Erklärung, die ein Bedauern in einer beliebigen für uns annehmbaren Form enthalten **würde**⁶, vollkommen zufrieden wäre. Er persönlich meine, dass die Wortmeldung der „Pravda“ auch deshalb unannehmbar sei, weil sie unmittelbar nach der Beilegung des Journalistenkonfliktes erfolgte.

Danach machte mich T. vertraulich auf die Rede des Gen. Postyšev in Char'kov aufmerksam, der erklärt habe, dass Deutschland aufrüste und sich zusammen mit Japan auf einen Krieg gegen die UdSSR vorbereite. T. stelle zu seinem Bedauern fest, dass wir immer noch Misstrauen gegenüber Deutschland hegen. Er verstehe dies absolut nicht, weil Deutschland jetzt nicht der Sinn nach Krieg steht, gegen wen auch immer, und insbesondere natürlich nicht gegen die Sowjetunion. Wenn es in der Welt tatsächlich ein bedrohtes Land gebe, so sei dies Deutschland. Und es bekümmere ihn, dass die Bemühungen Deutschlands, seine Sicherheit wenigstens teilweise zu gewährleisten, in der UdSSR derartig feindselig aufgenommen würden.

Ich nutzte die Gelegenheit und erklärte T. Folgendes: in Deutschland wird alles unternommen, um den sowjetisch-deutschen Beziehungen einen Hieb nach dem anderen zu versetzen. Ich meine, dass man sich in Berlin über die Bedeutung bezüglich der Valorisation unserer Dollar- und Pfundwechsel nicht im Klaren ist. Ungeachtet dessen, dass Gen. Krestinskij gegenüber T. in sehr ernster Form auf diese Angelegenheit aufmerksam gemacht und ihm die sich daraus ergebenden Konsequenzen⁷ verdeutlicht hat, **nimmt**⁸ das Auswärtige Amt eine absolut unverständliche Haltung ein. Von Neurath hat auch noch nach der höchst ersten Unterredung des Gen. Krestinskij mit T. erklärt, dass er über diese Ange-

² „Pered prigovorom“ (Vor dem Urteil). In: Pravda vom 10. November 1933, S. 6. In dem Artikel von Kol'cov hieß es unter anderem: „Als nicht weniger schändlich präsentiert sich die offene Falschaussage von Herrn Göring. [...] der Zeuge Göring verstieß gegen den Eid, und ohne mit der Wimper zu zucken, log er wiederholt in seinen Aussagen.“

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: im Reichstag.

⁴ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 277.

⁶ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 267 sowie das Telegramm von Dirksens an das AA vom 27. 10. 1933. In: PA AA, R 28308, Bl. D 562583.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: offenbart.

legenheit nicht im Bilde sei⁹. Gen. Bessonov hatte Meyer gebeten, ihn zu empfangen, worauf dieser ihn zu Bräutigam schickte, der seinerseits erklärte, dass das Auswärtige Amt seine Hände in Unschuld wasche. Danach wandte sich Gen. Bessonov im Auftrag des Botschafters erneut an Meyer, der ihm den Besuchstermin für den Empfang mitteilte; Gen. Bessonov hat im Vorzimmer Meyers anderthalb Stunden gewartet. Ich bezweifle, dass T. in einer ähnlichen Situation soviel Geduld aufgebracht hätte. (T. bemerkte: „Ich wäre nach 20 Minuten gegangen“.) Danach begab sich Gen. Bessonov erneut zu Bräutigam, der es nicht einmal für nötig hielt, ihm die Gründe für die Abwesenheit Meyers zu erklären. Dazu bemerkte T., dass M[eyer] ein äußerst unorganisierter Mensch sei und er selbst stundenlang auf ihn gewartet habe. Ich entgegnete, wenn die „Unorganisiertheit“ auf die offiziellen Beziehungen übertragen werde, so bringe dies ein Maximum an Unkorrektheit und einen Mangel an Höflichkeit zum Ausdruck. Twardowski widersprach nicht¹⁰.

Nichtsdestoweniger spräche ich jetzt mit T. nicht über das unzulässige Verhalten Meyers, sondern zum Wesen der Sache. Unsere Staatsorgane meinten, dass ihre gerechten und ganz und gar begründeten Forderungen abgewiesen worden seien und zögen daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen. Ich betrachte es als meine Pflicht, T. nochmals zu warnen, wie ernst diese Angelegenheit sei und welche wichtigen Folgen sie haben werde. Mit jeder Stunde verschärfe sich die Lage.

T. dankte mir **für**¹¹ die ihm gegenüber abgegebene Erklärung und bemerkte, dass er bereits nach der Unterredung mit Gen. Krestinskij die Lage vollkommen klar verstanden und Berlin telegrafisch entsprechend informiert habe. Er habe alles getan, was von ihm abhinge. Er werde heute noch einmal das Auswärtige Amt über unser Gespräch unterrichten¹².

Danach teilte ich T. (in Beantwortung der **vorangegangenen**¹³ Bitte der Botschaft) mit, dass die Verhandlungen bezüglich einer sowjetisch-polnischen Luftlinie noch sehr weit von einem Abschluss entfernt seien und deshalb auch der zweite Teil der Bitte der Botschaft (der Wunsch Deutschlands, sich an dieser Linie zu beteiligen) verfrüht sei.

Zum Ende der Unterredung bat T., die Angelegenheit mit dem Kol'cov-Artikel nach Möglichkeit noch vor der Ankunft Nadolnys aus der Welt zu schaffen, weil er anderenfalls seine Moskauer Karriere mit einem Protest beginnen müsse. Meiner-

⁹ Laut Chinčuks Aufzeichnung der Unterredung mit von Neurath vom 8. 11. 1933 hatte der Reichsminister erklärt, „er müsse sich mit dieser Frage beschäftigen“. Vgl. Dok. 277.

¹⁰ Von Twardowski reagierte auf diese Ausführungen von Štern gemäß seiner Notiz wie folgt: „Ich entgegnete, das sei ein völliger Unsinn, Herr Meyer sei Leiter einer großen Abteilung und infolgedessen außerordentlich beschäftigt. Obgleich ich von dem Vorgange nichts wüsste, sei ich überzeugt, dass hier irgendein technisches Versehen vorliege. Ich wisse genau, dass die besten persönlichen Beziehungen zwischen der Sowjetbotschaft und dem Auswärtigen Amt, besonders Abt. IV Ru, beständen und dass Herrn Meyer sicher nichts ferner gelegen habe als Herrn Bessonow zu brüskieren.“ Vgl. Notiz von Twardowskis vom 15. 11. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659815–659819, hier Bl. E 659817.

¹¹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹² Im Telegramm Twardowskis an das AA vom 13. 11. 1933 wurde unterstrichen, Štern „mache darauf aufmerksam, dass Sowjetregierung fest entschlossen sei, weitgehendst politische und wirtschaftspolitische Konsequenzen aus dieser Haltung [im Dollar-Konflikt] zu ziehen“. In: PA AA, R 94600, Bl. E 665066–665067, hier Bl. E 665067.

¹³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

seits habe ich gegenüber T. noch einmal den Ernst der von mir während der Unterredung abgegebenen Erklärung betont.

Štern

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4709 vom 13. 11. 1933.

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 2. an Gen. Sokol'nikov, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 68–70. Kopie.

Nr. 281

Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den designierten Botschafter in Moskau Nadolny

Berlin, den 13. November 1933

IV Ru. 4969/33

Herrn Botschafter Nadolny

z. Zt. Berlin

– 1 Anlage –

In der Anlage beehre ich mich, Ihnen die Richtlinien für ihre Tätigkeit als Botschafter in Moskau zu übersenden. Ich habe dem Herrn Reichskanzler von der Instruktion für Sie Mitteilung gemacht. Der Herr Reichskanzler hat die „Richtlinien“ gebilligt¹.

gez. Neurath

Richtlinien für Herrn Botschafter Nadolny anlässlich seiner Entsendung als Botschafter nach Moskau

Berlin, den 11. November 1933

e. o. IV Ru. 4969

1.) Als allgemeine Grundlage unserer Beziehungen zur Sowjet-Union haben die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers in seiner Reichstagsrede vom 23. März 1933 zu gelten:

„Gegenüber der Sowjet-Union ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjet-Russland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns wichtige gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.“

¹ Notiz von Bülow vom 11. 11. 1933 an von Neurath: „Der H[err] R[eichs]K[anzler] müsste wohl von der Generalinstruktion an Nadolny Kenntn[is] haben. Nadolny hat selbst um „Richtlinien“ gebeten.“ PA AA, R 83631, Bl. E 666889.

2.) Die vertragliche Grundlage bilden nach wie vor die bestehenden Verträge zwischen Deutschland und der Sowjet-Union, und zwar insbesondere:

- a) der Rapallo-Vertrag,
- b) der Berliner Vertrag,
- c) das Vertragswerk vom 12. Oktober 1925².

3.) Auf dieser Grundlage sind die Beziehungen so zu gestalten, dass Deutschland in der Sowjet-Regierung wieder einen wertvollen Faktor für seine Außenpolitik erhält und dass die Sowjet-Union ein lohnendes Feld für die deutsche wirtschaftliche Betätigung bietet.

4.) Im Hinblick auf die gegenwärtige Spannung kommt es zunächst darauf an, wieder eine bessere Atmosphäre herzustellen, auf ihrer Basis eine Eliminierung der vorhandenen Streitpunkte herbeizuführen, die zum Teil aus der Verschiedenheit der beiden Staatssysteme erwachsenden Misshelligkeiten zu beseitigen und ihrer Wiederholung für die Zukunft vorzubeugen. Die Verträge müssen wieder sinngemäß und voll zur Anwendung gebracht werden. Bei alledem ist nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit zu verfahren. Nach Lage der Dinge wird der Prozess einer freundschaftlichen Gestaltung der Beziehungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen; es wäre schädlich, das zu erhoffende Ergebnis durch allzu großes Empressement forcieren zu wollen.

5.) Insbesondere ist auf folgendes Bedacht zu nehmen:

a) Politisch:

Gute deutsch-sowjetische Beziehungen sind für Deutschland von wesentlicher Bedeutung. Im Verhältnis Deutschlands zu Polen sind sie sogar von außerordentlicher Wichtigkeit. Es wird in vorsichtiger Weise zu klären sein, wohin in dieser Beziehung die wirklichen Ziele der sowjetischen Außenpolitik gehen und ob diese noch, wie früher, gewillt ist, das Versailler System abzulehnen. Nötigenfalls muss versucht werden, die sowjetische Politik wieder in die alten Bahnen zurückzulenken. Wir können und brauchen es nicht zu bekämpfen, dass die Sowjet-Regierung ihre Beziehungen zu anderen Mächten, wie Polen und Frankreich, normalisiert. Was aber natürlich verhindert werden muss, ist eine Eingliederung der Sowjet-Union in eine irgendwie gegen Deutschland gerichtete politische Front. In bestimmten Einzelfragen wird das Interesse Deutschlands darin liegen, sich in die Auseinandersetzung zwischen der Sowjet-Union und ihren Nachbarstaaten in geeigneter Weise einzuschalten.

Das gute Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Roten Armee ist zu pflegen.

b) Wirtschaftlich:

Für die deutsch-sowjet-russischen Wirtschaftsbeziehungen gelten die in Artikel 1 des Wirtschaftsabkommens vom 12. Oktober 1925 niedergelegten Richtlinien³. Es muss weiterhin unser Bestreben sein, der deutschen Industrie einen

² Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

³ „Die vertragschließenden Teile werden bestrebt sein, die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede Weise zu fördern, die möglichste Stabilisierung des Warenverkehrs zu erzielen und den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Vorkriegsmaß zu bringen, wobei sie sich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt leiten lassen werden.“ Vgl. Ebenda.

möglichst großen Anteil am Russlandgeschäft zu sichern. Es muss aber auch darauf Bedacht genommen werden, den russischen Erzeugnissen einen entsprechenden Absatz auf dem deutschen Markt zu sichern, um der Sowjet-Regierung die Abdeckung ihrer Verpflichtungen gegenüber Deutschland zu erleichtern. Diese Interessen müssen miteinander in Einklang gebracht und die notwendige Stabilität des Warenverkehrs muss hergestellt werden.

c) Hinsichtlich der beiden Staatssysteme:

Die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Staatssysteme braucht kein Hindernis für die gedeihliche Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu sein. Dabei ist jedoch an dem Grundsatz festzuhalten, dass alle Versuche einer Beeinflussung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterbleiben haben (Rundfunk, Presse).

6.) Bei den Schwierigkeiten unserer Beziehungen zur Sowjet-Regierung erfordert die Lösung der gestellten Aufgaben, dass ein besonders enger und ständiger Kontakt der Botschaft in Moskau mit dem Auswärtigen Amt besteht. Auf die Aufrechterhaltung dieses Kontakts, im Bedarfsfalle durch mündliche Aussprache in Berlin, ist daher von dem Botschafter besonders zu achten.

Randvermerk auf dem ersten Blatt: H[errn] Botschafter Nadolny persönlich übergeben.
Paraphe M[eyers] 13/12, unten: Po 10 Ru.

PA AA, R 83631, Bl. E 666883–666887.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 66, S. 118–120.

Nr. 282

**Schreiben des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten
Vorošilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Kopie
Ganz geheim

Nr. 3583¹

14. November 1933

AN DAS
POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Der ehemalige deutsche Botschafter DIRKSEN bemüht sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten, seine „freundschaftliche“ Haltung zur Roten Armee zu unterstreichen. Deshalb habe ich außer den Einladungen zu den Essen (an denen ich zweimal teilnahm) von DIRKSEN ein Geschenk erhalten: ein Fotoalbum mit Arbeiten seiner Frau.

Doch mir war es aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, mich vor der Abreise DIRKSENS „loszueisen“ und die Liebenswürdigkeit mit einer Liebenswürdigkeit zu beantworten.

¹ Die Ausagnsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Aus diesen protokollarischen Gründen habe ich entschieden, DIRKSEN ein Abschiedsgeschenk² zu schicken – eine Palecher Schreibgarnitur, er hat sich immer für die Palecher Arbeiten begeistert.

Das Geschenk wurde DIRKSEN (während meines Aufenthaltes in der Türkei³) von einem meiner Sekretariatsmitarbeiter am Tage der Aushändigung seiner Abberufungsurkunde übergeben.

Das Dankschreiben DIRKSENS und die Aufzeichnung des Gesprächs mit ihm füge ich bei⁴.

VOROŠILOV

[Anlage]

Kopie⁵

An den

Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten

Herrn K. E. VOROŠILOV

Moskau

Sehr geehrter Kliment Efremovič!

Da ich heute Moskau verlasse, ist es mir eine Herzensangelegenheit, Ihnen mein tiefes Bedauern auszusprechen, dass ich wegen Ihrer Reise in die Türkei nicht die Möglichkeit hatte, mich von Ihnen persönlich zu verabschieden. Die Erinnerungen an die Jahre, die ich in der Sowjetunion verbracht habe, werden für mich für immer unzertrennbar mit den tiefen Gefühlen der hohen Wertschätzung, die ich Ihnen gegenüber stets empfunden habe, verknüpft sein.

Nehmen Sie bitte meine aufrichtige Dankbarkeit für Ihr wunderbares Geschenk entgegen, mit dem Sie mir eine große Freude bereitet haben. Ich werde es als gute Erinnerung an Sie und an unsere gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Festigung und Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufbewahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

DIRKSEN

Die Kopie des Berichtes von K. E. Vorošilov an I. V. Stalin ist auf Kopfbogen des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und Vorsitzenden des RVS der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 179, 180. Beglaubigte Kopien.

² Über die vom NKID organisierten Abschiedsbesuche für von Dirksen schrieb Štern an Chinčuk am 4. 11. 1933: „Wir verabschiedeten Dirksen überaus herzlich. Im Namen des CIK erhielt Dirksen recht wertvolle Geschenke. Frau Dirksen erhielt aus der Rüstkammer eine goldene Tabaksdose, eine Wiener Arbeit aus dem XVIII. Jahrhundert, eine wundervolle Emaillearbeit [...] Dirksen wurde eine Nephrit-Vase, ebenfalls aus der Rüstkammer, überreicht, an der über 10 Jahre lang gearbeitet worden war.“ In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 482. Vgl. auch ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 44, S. 74–76, hier S. 75.

³ Vorošilov leitete die Regierungsdelegation, die anlässlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik vom 26. 10. bis 9. 11. 1933 in die Türkei gereist war.

⁴ Aufzeichnung des Gesprächs des Chefs des Sektors für Militär- und Marineattachés des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten Langovoj mit von Dirksen während der Überreichung des Geschenkes von Vorošilov am 2. 11. 1933 (RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 181–182); wird hier nicht abgedruckt.

⁵ Dies ist eine Rückübersetzung aus dem Russischen.

Nr. 283

**Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in
Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 1013¹

Berlin, 15. November 33

AUS DEM TAGEBUCH DES Gen. CHINČUKAUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NEURATH, 14. XI.

Neurath kannte offenbar das Ziel meines Besuches, weil er sofort die Unterredung mit dem Hinweis begann, dass er und seine Mitarbeiter sich aufmerksam für diese Angelegenheit² interessieren und sie sich bezüglich unseres Standpunktes aufgrund der Unterredungen, die wir in dieser Angelegenheit mit dem Auswärtigen Amt geführt haben, vollkommene Klarheit verschafft hätten. Nichtsdestotrotz sei er bereit, sich noch einmal meine Überlegungen anzuhören, insbesondere angesichts des Umstandes, da heute Abend im Auswärtigen Amt eine Sonderberatung zu dieser Frage unter Beteiligung der Ministerien für Wirtschaft und Finanzen, der Reichsbank und anderer interessierter Einrichtungen stattfinden wird³.

Davon ausgehend, dass unsere grundsätzliche Argumentation in unserer von mir seinerzeit Neurath übergebenen „Niederschrift“⁴ dargelegt worden ist, die von Bessonov in seinen Unterredungen mit Meyer und anderen⁵ fortgeführt wurde, ging ich nur auf die wichtigsten inhaltlichen Aspekte dieser Angelegenheit ein. Ich verwies darauf, dass ich in meiner 30jährigen Geschäftstätigkeit zum ersten Mal mit einem solchen mehr als eigenartigen Verhalten von deutschen Firmen konfrontiert worden sei, welches meiner Meinung nach in der Geschichte eines normalen Geschäftsverkehrs ohne Beispiel ist. Die deutschen Firmen genossen und genossen in ihren Geschäften mit der UdSSR Sonderkonditionen. Während sie bei den Geschäften mit anderen Ländern einen großen Teil des Risikos selbst tragen müssten, entfalle für die Firmen bei den Geschäften mit der UdSSR aufgrund der Regierungsgarantien bis zu einem gewissen Grade das Risiko. Doch damit noch nicht zufrieden, sicherten sich die Firmen bei Geschäften mit der UdSSR zusätzlich derartig hohe Preise, was ihnen die Möglichkeit verschaffe, unsere Wechsel mit einem gewaltigen Disagio⁶ an der schwarzen Börse zu veräußern, was ihnen bis zu 30 und mehr Prozent Gewinn einbringe. Doch auch diese zweifache Absicherung scheine ihnen noch nicht zu reichen. Die Firmen hätten von uns, als

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Gemeint ist die Revalorisation der bezahlten sowjetischen Wechsel.

³ Die Beratung fand im Reichswirtschaftsministerium statt. Vgl. Dok. 284.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Vgl. das von Chinčuk am 8. 11. 1933 (es war mit 6. 11. 1933 falsch datiert) von Neurath überreichte Aide-Mémoire. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10, l. 111–110.

⁵ Vgl. die Aufzeichnungen von Bessonov vom 8., 9., 11., 13. 11. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 95–101, 90–94.

⁶ Dies ist die in Prozent ausgedrückte Differenz zwischen dem Nominalpreis eines Wertpapiers und seines Marktpreises.

sie auf einen Kursverfall der deutschen Mark spekulierten, trotz unseres starken Widerstandes noch eine zusätzliche Absicherung durch die Ausstellung der Wechsel in amerikanischen Dollar gefordert, und in einigen Fällen sei ihnen dies auch gelungen. Deshalb sei die große Empörung der Geschäftskreise der Sowjetunion hinsichtlich der jetzigen Forderungen der Firmen, ihnen den Kursunterschied zu den von ihnen geforderten Dollar-Wechseln zu zahlen, absolut natürlich. Eine normale kaufmännische Praxis könne sich nicht mit einer Situation abfinden, in der die ungesunde Spekulation der deutschen Firmen auf einen Wertverlust der deutschen Mark nicht nur auf keinen Widerspruch seitens der deutschen Gerichts- und Regierungsorgane stoße, sondern diese offenbar die Firmen noch unterstützten. Solange die deutsche Regierung in dieser Frage keine klare und feste Haltung einnehme und die deutschen Firmen, die jedes Maß vergessen, nicht zurechtweise, solange könnten die sowjetisch-deutschen Beziehungen in Zukunft nicht frei von folgenschweren Komplikationen sein. Diese Frage sei somit von einer großen politischen Bedeutung, die seitens des Auswärtigen Amtes eine überaus sorgsame Behandlung erfordere.

Neurath erklärte, dass er nicht wisse, worum es in den einzelnen Streitfällen geht, doch scheine ihm, dass meine Argumentation jegliche Aufmerksamkeit verdiene und ihrem Wesen nach vollkommen gerecht sei. Er versprach, sich dafür einsetzen zu wollen, die Angelegenheit in dem von uns gewünschten Sinne zu lösen, obgleich er selbstverständlich den Vorbehalt machen müsse, dass diese Frage nicht von ihm allein abhängen und er deshalb verständlicherweise nicht für einen Erfolg seiner Bemühungen bürgen könne. Unter dem Aspekt seines taktischen Vorgehens auf der bevorstehenden Beratung erscheine es ihm überaus wichtig zu erfahren, was wir den geschädigten deutschen Firmen anstelle einer gerichtlichen Verhandlung anzubieten hätten. Könnten wir denn diese Firmen nicht mit der Zusage beruhigen, ihnen in der nächsten Zeit zusätzliche Aufträge zu erteilen? Obwohl ich ein aufrichtiger Verfechter der Festigung und Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen bin und in diesem Sinne mich bei den Geschäftskreisen der Sowjetunion eingesetzt habe und auch weiterhin einsetzen werde, erklärte ich ihm entschieden, dass von einer Auftragszusage an einzelne Firmen überhaupt nicht die Rede sein könne, schon gar nicht an Firmen, die sich uns gegenüber derartig illoyal verhalten. Für die Sowjetunion seien die von ihr erteilten Aufträge zu keinem Zeitpunkt und auch von ihrem Wesen her kein Mittel gewesen, um die Firmen für irgendetwas zu belohnen oder zu ermutigen oder sie gar zu bestrafen. Deshalb lehne ich eine derartige Fragestellung rundweg ab.

Neurath erklärte, er habe mit Genugtuung meine Erklärung darüber zur Kenntnis genommen, dass ich persönlich ein Anhänger der Festigung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sei. Er bedaure jedoch, dass ich es ablehne, den geschädigten deutschen Firmen zusätzliche Aufträge zu erteilen, weil es ihm damit sicherlich erschwert werde, die Frage zu regeln. Danach versuchte Neurath, auf die Unterredung von Gen. Štern mit Twardowski in Moskau⁷ und auf den negativen Eindruck, den diese Unterredung im Auswärtigen Amt gemacht hat, einzugehen. Ich erklärte Neurath, dass ich eine Unterredung zu diesem Thema hier in Berlin für völlig unangebracht halte, zumal wir aus Moskau noch nicht die

⁷ Vgl. Dok. 280.

Aufzeichnung dieser Unterredung erhalten hätten. Neurath bestand nicht darauf und wir verabschiedeten uns, wobei Neurath versprach, dass Meyer uns spätestens morgen die Haltung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage mitteilen wird⁸.

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4870 vom 22. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten. 16. XI. 33.

AVP RF, f.010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 172–173. Original.

Nr. 284

Vermerk über eine Sitzung im Reichswirtschaftsministerium

Berlin, den 16. November 1933

Abschrift III B 37449/33.

Vermerk

*Am 14. November 1933 fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz von Herrn Min.Dir. Dr. Heintze eine Besprechung über die durch die Dollarentwertung im Russlandgeschäft entstandenen Streitigkeiten statt.

Anwesend waren die in der beiliegenden Anwesenheitsliste¹ bezeichneten Personen.*²

In der Aussprache ergab sich folgender Sachverhalt:

*Zahlreiche deutsche Firmen haben in ihren Lieferverträgen mit der **HV der**³ UdSSR teils der Reichsmark eine Dollarklausel hinzugefügt, teils in Dollar abgeschlossen, teils aber auch den Dollar durch eine Reichsmarkklausel zu sichern versucht. Im Ganzen sind 17 verschiedene Klauseln bekannt geworden. Die Firmen verlangen die Bezahlung des vollen Kaufpreises ohne Rücksicht auf die Dollarentwertung. Die Russen haben dagegen nur die Dollarbeträge bzw. die entsprechenden (geringeren) Summen in Reichsmark gezahlt. 6 Firmen haben deshalb bereits das in § 11 der jedem Verträge beigefügten allgemeinen Bestell- und Lieferbedingungen vorgesehene Schiedsgericht angerufen, und zwar die Firmen Schiess-Defries, Agrargesellschaft, Haubold A.G., Schütz, Loewe-Gesfürel und Vereinigte Stahlwerke. Viele andere Firmen, insbesondere 6 Großfirmen, wollen sich diesem Vorgehen anschließen. Die Russen vertreten jedoch die Auffassung, es handle sich nicht um eine Streitigkeit aus den einzelnen Lieferverträgen, sondern um eine Währungsstreitigkeit und um einen Streit darüber, wer die Folgen der

⁸ Vgl. Dok. 285.

¹ In der Akte nicht vorhanden.

² Der Textabschnitt ist in spitze Klammern gesetzt.

³ Der Text ist eingefügt.

Weltwirtschaftskrise zu tragen habe. Sie halten deshalb das Schiedsgericht nicht für zuständig und lehnen die Ernennung von Schiedsrichtern ab.

******In zwei Fällen (Schiess-Defries und Haubold A.G.) haben sie jedoch ****4** bereits Schiedsrichter ernannt⁵. Sie haben sowohl gegenüber der Deutschen Botschaft in Moskau als auch gegenüber dem Auswärtigen Amt Vorstellungen erhoben und zum Ausdruck gebracht, dass ein Zusammentritt und eine Entscheidung des Schiedsgerichts eine außerordentliche Belastung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen darstelle und möglicherweise zu einem Abbruch der Handelsbetätigung der UdSSR in Deutschland führen werde (vgl. Bericht des Auswärtigen Amts vom 31. Oktober und 9. November 1933 – III B 37449, 38708). ******Ein etwa gegen sie ergangenes Urteil würden sie nicht anerkennen⁶ und eine Vollstreckung zu verhindern wissen.

Die Ansicht der Anwesenden ging übereinstimmend dahin, dass es sich um Streitigkeiten aus den einzelnen Verträgen handle und dass deshalb die vertraglich vereinbarten Schiedsgerichte zuständig seien. Die Regierung besitze kein Recht, die Firmen an der Verfolgung ihrer privatrechtlichen Ansprüche in der vertraglich vorgesehenen Weise zu verhindern. Es könnte allerdings in materieller Hinsicht die Auffassung vertreten werden, dass die eine oder andere Klausel eine Wertsicherung nicht bedeute, dass in manchen Fällen auch ein Ausgleichs- oder Aufwertungsanspruch möglicherweise nicht gegeben sei und dass unter Umständen auch geprüft werden müsse, ob die Lieferfirmen durch die Dollarentwertung ihrerseits Vorteile erlangt hätten oder nicht. Immerhin sei zu erwarten, dass die Schiedsgerichte den deutschen Lieferfirmen nicht unerhebliche Beträge (es wurde die Zahl von 60 Mill. genannt) zusprechen würden.

Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass eine Verständigung mit der UdSSR einer Entscheidung der Schiedsgerichte vorzuziehen sei. Da jedoch die Russen bisher nicht die Neigung gezeigt haben, in Verhandlungen einzutreten, soll das Auswärtige Amt zunächst versuchen, die Russen zu Verhandlungen mit dem Russlandausschuss zu bewegen. Es ist beabsichtigt, den Firmen einen Ausgleich entweder durch Zahlung eines bestimmten Betrages in jedem Einzelfalle oder durch Erteilung neuer Aufträge zu verschaffen. Es wurde hierzu auf das Abkommen zwischen der General Electric Co. und der UdSSR hingewiesen, in welchem die Russen diese Firma durch ein Entgegenkommen hinsichtlich der Zinsfrage und der späteren Aufträge entschädigt habe. Die Schiedsgerichtsverfahren sollen daher nicht weiter betrieben werden, es sollen auch keine neuen Verfahren anhängig gemacht werden, bis das Auswärtige Amt die endgültige Stellungnahme der UdSSR bekanntgegeben hat.

Auf der ersten Seite handschriftlich: zu IV Ru 5006.

PA AA, R 94600, Bl. E 665077–665079.

⁴ Der Text ist korrigiert, ursprünglich: Allerdings haben sie in zwei Fällen (Schiess-Defries, Haubold A.G.).

⁵ Der Textabschnitt ist in spitze Klammern gesetzt.

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich lautete die Textpassage: Sie würden ein etwa gegen sie ergangenes Urteil nicht anerkennen. Die alte Textpassage ist außerdem in spitze Klammern gesetzt und an das Ende des dritten Absatzes platziert.

Nr. 285

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der IV. Abteilung im AA
Meyer mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Berlin, den 16. November 1933

Aufzeichnung

Ich habe heute den Russischen Botschafter aufgesucht, um mit ihm die Frage des Schiedsgerichts über die Dollar-Klausel zu besprechen¹. In Einleitung meiner Ausführungen habe ich dargelegt, dass die Art und Weise, wie Herr Stern in Moskau gegenüber Herrn von Twardowski² die Frage behandelt habe, nicht geeignet sei, eine Lösung zu erleichtern. Mit Drohungen bezgl. der Auswirkung auf die politischen deutsch-sowjetischen Beziehungen und sonstigen Insinuationen werde der Sache in keiner Weise gedient. Des Weiteren habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, dass die Veröffentlichung der TASS-Vertretung mit einseitiger Stellungnahme des Außenhandelskommissariats während schwebender Verhandlungen sehr befremdet habe.

Zu diesen beiden Fragen führt Herr Chintschuk zunächst aus, dass er *bedauere, dass Herr Stern sich in dieser Weise geäußert habe. Es wäre viel besser gewesen, Herr von Twardowski hätte diese Sache mit Herrn Krestinski und nicht mit Herrn Stern besprochen. Die TASS-Meldung war ihm noch nicht bekannt; er bat um Abschrift dieser TASS-Meldung*³.

Zur Sache selbst habe ich ausgeführt, dass zwei Fragen ganz getrennt voneinander behandelt werden müssten:

1. die materielle Frage, *ob*⁴ die Firmen Anspruch auf eine Aufwertung hätten und

2. die *prinzipielle Frage, ob*⁵ die Sowjetregierung berechtigt sei, einseitig das in den Verträgen vorgesehene Schiedsgericht *in einer Streitfrage, die aus dem Lieferungsvertrage stamme, abzulehnen*⁶.

Die erste Frage interessiere mich sehr wenig; sie läge je nach den Verträgen verschieden, und ob die Firmen bei einem Schiedsgericht Recht bekämen oder nicht, wäre ganz offen. Die prinzipielle Frage aber sei wesentlich: *wir könnten die Firmen nicht veranlassen, den Standpunkt der Russischen Sowjethandelsvertretung anzunehmen, dass in dieser Frage die Kompetenz des Schiedsgerichts nicht gegeben sei und dass sie auf Rechte verzichteten*⁷, die sie auf Grund des Lieferungsvertrags zu haben glaubten. Ich habe des längeren ausgeführt, dass der Standpunkt der Sowjethandelsvertretung darauf hinauslaufe, die Frage der Schiedsgerichtsklausel überhaupt zur Diskussion zu stellen; der Wert dieser Klausel würde illusorisch werden, falls es in das Belieben eines Vertragsteiles gestellt werde, selbständig darüber zu entscheiden, ob eine Frage dem Schiedsgericht un-

¹ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit Meyer am 16. 11. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 49–50.

² Vgl. Dok. 280.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand angestrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

terbreitet werden dürfe oder nicht. Ich habe dann ausgeführt, dass es mir nicht möglich scheine, bei den divergierenden Standpunkten eine Einigung herbeizuführen. Es sei aber mein Bestreben, zu einer *praktischen*⁸ Lösung zu gelangen, und ich *möchte ihm deswegen vorschlagen, dass beide Seiten den prinzipiellen Standpunkt beiseite stellen und versuchen, in unmittelbaren Verhandlungen mit den Firmen eine Einigung herbeizuführen*⁹. Herr Krestinski habe gesagt, die Firmen sollten sich unmittelbar mit der Sowjethandelsvertretung einigen. Eine Einigung setze aber voraus, dass beide Teile bereit seien, zu einem Kompromiss zu gelangen. Die Firmen seien hierzu bereit. Wenn allerdings die Handelsvertretung davon ausgehe, dass sie sich in gar kein Gespräch einlassen wolle, so wäre es zwecklos für die Firmen, ein Gespräch zu beginnen.

Ich schlug dem Botschafter vor, persönlich mit Herrn Direktor Reyß vom Russlandausschuss in einen Gedankenaustausch über die Möglichkeiten einer gütlichen Beilegung des Konflikts einzutreten.

Herr Chintschuk wiederholte in eingehenden Darlegungen den russischen Standpunkt und betonte insbesondere, dass mit dem Augenblick der Auslieferung des Akzeptes die Verpflichtungen der Sowjethandelsvertretung erschöpft seien und über dieses ausgehändigte Akzept kein Schiedsgericht mehr entscheiden könne. Herr Chintschuk erklärte sich aber bereit, Herrn Direktor Reyß zu empfangen, um mit ihm zunächst einmal eine Aussprache über den Fragenkomplex zu haben. Die Besprechung findet heute Nachmittag statt¹⁰.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt handschriftlich: e.o. IV Ru 5010, dsgl. IV Ru 5008. Stempel: Hat dem R.M. vorgelegen und Stempel v. R.M. 17. Nov. 1933. Paraphen von B[ülow] 16/11 und M[eyer] 16/11.

PA AA, R 94600, Bl. E 665094–665096.

Nr. 286

Auszug aus einer Aufzeichnung der Botschaft Moskau

Auszug aus der Notiz vom 16. November 1933.

III. Kunst. Der im Jahre 1932 beabsichtigte Austausch von Künstlern zwischen Berlin und Moskau ist nicht zustande gekommen. Die Russen haben wegen einiger hierbei aufgetauchter Schwierigkeiten im Frühjahr 1933 die Beziehungen zur Deutschen Kunstgesellschaft¹ gelöst. Seitdem hat lediglich der reichsdeutsche Dirigent Sebastian, der mit der an der Berliner Staatsoper tätigen Sängerin Delia Reinhardt verheiratet ist, in der Sowjetunion dirigieren können. Der Erfolg seiner Tätigkeit im Mai dieses Jahres ist so groß gewesen, dass im Zusammenwirken des Radiokomitees mit dem Volksbildungskommissariat für Herbst 1933 und Frühjahr 1934 ein weiterer Vertragsabschluss unter verhältnismäßig sehr günstigen Bedin-

⁸ Das Wort ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit Reyß am 16. 11. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 45–49.

¹ Vgl. Dok. 201, Anm 12.

gungen getätigt worden ist. Eine weitere Entwicklung ist dadurch zu erwarten, dass Herrn Sebastian die musikalische Oberleitung des Radio übertragen werden soll, mit der ausdrücklichen Weisung, auch Engagements von deutschen Künstlern vorzunehmen, um deutsche Opernwerke aufzuführen. Der erste Versuch dieser Art mit russischen Künstlern wird am 18. d.M. vor geladenem Publikum aus Kreisen der Regierung und Kunst mit der Aufführung der Oper „Don Juan“ gemacht werden. Herr Sebastian plant im Jahre 1934 einen „Wagner Zyklus“ mit deutschen Künstlern in Moskau durchzuführen.

Bei dieser Gelegenheit ist zu bemerken, dass besonders von polnischer Seite augenblicklich überaus intensive und erfolgreiche Anstrengungen gemacht werden, den Deutschland auf dem Gebiete der Kunst verlorengegangenen Platz einzunehmen. Auch Frankreich und Italien arbeiten in gesteigertem Maße an der Vertiefung der künstlerisch-kulturellen Beziehungen mit der Sowjetunion.

Für die Ausgestaltung der Beziehungen zu der neu organisierten Deutschen Kunstgesellschaft scheinen in absehbarer Zeit trotzdem Möglichkeiten gegeben zu sein.

IV. Wissenschaft. 1. Deutsch-russisches Laboratorium für geographische Pathologie in Moskau: Das Laboratorium ist z.Z. ohne Leiter, nachdem Prof. Nauck-Hamburg die Weiterführung seiner Arbeiten unter den von sowjetischer Seite neuerdings gestellten Bedingungen als unzweckmäßig erachtet hat. Gegenüber dem von der Notgemeinschaft vertretenem Standpunkt, das Laboratorium zu schließen, hat die Botschaft geltend gemacht, dass ein solcher Schritt von deutscher Seite gerade in der jetzigen Lage aus politischen Gründen vermieden werden müsse. Die grundsätzliche Zustimmung der Russen zur Weiterführung des Laboratoriums liege vor, und die Unkosten für diesen einzigen Stützpunkt deutscher Wissenschaft in der Union seien minimal. Eine Entscheidung des Ausw. Amts hierauf ist noch nicht gefallen.

2. Zusammenarbeit der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit der Zentralarchivverwaltung in Moskau:

Die Verhandlungen, die Herr Prof. Hoetzsch über einen neuen Vertrag zwecks Weiterführung der sogenannten Aktenpublikationen im August d. J. in Moskau führte², haben die Genehmigung des Auswärtigen Amtes gefunden, so dass die Zusammenarbeit der beiden Institutionen auf längere Zeit hinaus gesichert ist.

Außerdem ist es gelungen, einige bedeutende sowjetische Gelehrte zur gelegentlichen Mitarbeit an der Zeitschrift „Ost-Europa“ auch unter den heutigen Verhältnissen zu bewegen.

3. Verhandlungen mit der Zentral-Bücherkammer in Moskau auf Veranlassung der Notgemeinschaft über die Fortsetzung des Austausches von Büchern und insbesondere wegen der Frage der Preise werden fortgesetzt.

4. Expeditionen. Zwei Expeditionen in die Arktis, die im Jahre 1932 begannen und an denen die Deutschen Dr. Schulz und Dr. Woelcken teilnahmen, sind vor kurzem abgeschlossen worden. Im Anschluss daran wurde Dr. Schulz gebeten, zur Berichterstattung über die wissenschaftlichen Ergebnisse der Expedition und zur Vorbereitung einer neuen Expedition nach Kamtschatka im April 1934 nach Leningrad zu kommen.

² Vgl. Dok. 196.

5. Absage von geplanten kulturellen Veranstaltungen im Jahre 1933:

Die als Antwort auf die Ausstellung deutscher Architektur in Moskau³ geplante Ausstellung des russischen Theaters in Berlin ist infolge der politischen Verhältnisse nicht zustande gekommen, desgleichen eine für September 1933 in Erwiderung des Besuches einer sowjetischen Ärztedelegation in Deutschland⁴ beabsichtigte Reise deutscher Mediziner nach der Sowjetunion.

Die vollständige Notiz konnte nicht ermittelt werden. Auf dem ersten Blatt oben handschriftlich: E 553/33, am Ende: Z.d.A.

PA AA, Moskau II 405, Bl. 1–3.

Nr. 287

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Geheim

Expl. Nr. 7

17. November [1933]

An den

Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland

Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

1. Sie haben sicherlich schon die gestern in der „Pravda“ und in der „Izvestija“ veröffentlichte Mitteilung der Informationsabteilung des NKVT und den umfangreichen Artikel in der „Izvestija“ unter dem Titel „Ein Attentat mit untauglichen Mitteln“¹ gelesen. Wir verfolgen mit unserer Veröffentlichung in der Presse das Ziel, die ganze Angelegenheit öffentlich zu machen und der deutschen Seite die Möglichkeit zu nehmen, klammheimlich und sich hinter einer verfehlten Auslegung der Regeln der deutschen Zivilprozessordnung versteckend, uns zur Bedienung der ungesetzlichen Forderungen zu zwingen. Wir wollen, dass die deutsche öffentliche Meinung erfährt, auf was für einen Konflikt die deutsche Regierung zusteuert, wenn sie die ungesetzlichen Erpressungsversuche und hartnäckigen Bitten einzelner Industrieller unterstützt. Wir wollen den deutschen Industriellen und Handelskreisen klar machen, dass die logische Entwicklung des Konfliktes zu einer zeitweiligen Lähmung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR führen kann und diese Kreise das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium veranlassen, unsere Demarchen und Proteste anders zu behandeln.

Es ist uns natürlich daran gelegen, dass zwischen uns und Deutschland kein echter Wirtschaftskrieg ausbricht, wir wollen in Deutschland nicht alles das wiederholen, was wir in Frankreich im Zusammenhang in den Angelegenheiten mit

³ Am 15. 9. 1932 wurde in Moskau die von der Deutschen Kunstgesellschaft und der Leipziger Messe geförderte Architekturausstellung eröffnet, die anschließend in Leningrad und Char'kov gezeigt wurde.

⁴ Vom 28. 11. bis 3. 12. 1932 nahm eine sowjetische Ärztedelegation an der deutsch-sowjetischen Medizinerwoche in Berlin teil.

¹ Vgl. „Pokušenie s negodnymi sredstvami“. In: Izvestija vom 15. November 1933, S. 1.

Gercfel'd und den falschen Wechseln² zu tun gezwungen waren. Doch zugleich werden wir auf keinen Fall die Kursdifferenz zahlen, und wir werden es dem deutschen Gericht und der deutschen Regierung nicht erlauben, diese Frage einseitig gegen uns zu entscheiden. Ich denke, dass die deutsche Regierung dies begriffen hat und nach einigen Schwankungen einlenken wird.

2. Die deutsche Seite hat sich in den Unterredungen mit Gen. Bessonov bemüht, die Sache so darzustellen, als ob die Handelsvertretung verpflichtet sei, die Kursdifferenz zu zahlen, wenn es unabhängig von den formellen Normen des Wechselrechtes zu einer Verhandlung des Rechtsstreits zwischen der Handelsvertretung und den deutschen Firmen auf der Grundlage der Lieferverträge kommen sollte. ****Gen. Bessonov****³ tat so, als ob er diese Gegenüberstellung von Wechselrecht und Verträgen akzeptieren würde, und verwies auf die Notwendigkeit, das erstere anzuwenden.

Mir scheint, dass sich die Sache anders verhält und die Berufung auf die Verträge unseren Gegnern keinerlei Nutzen bringen wird. Denn in den Lieferverträgen ist sicherlich vereinbart worden, dass die Firmen in einer bestimmten Frist diese und jene Ausrüstung liefern müssen, und wir verpflichtet sind, ihnen dafür bestimmte Summen zu zahlen, wobei im Vertrag festgehalten ist, zu welchen Fristen und mit welchen Wechseln wir die Zahlungen zu tätigen haben. Wenn wir die in den Verträgen exakt bezeichneten Wechsel zu den vertraglich vereinbarten Fristen eingelöst haben, so haben wir die Vertragsverpflichtungen erfüllt; und nun bleibt uns nur übrig, die Wechsel einzulösen, was wir auch tun.

Dahingehende Erwägungen, dass ****Dollar****⁴-Wechsel ausgegeben werden, um den Verkäufer vor einem Kurssturz zu schützen, sind ****vielleicht****⁵ mündlich in den Verhandlungen der Genossen Pjatakow, Ljubimov und Vejcer mit den deutschen Industriellen geäußert worden⁶, vielleicht gibt es diesbezüglich diese oder jene Andeutungen in dem allgemeinen Kreditabkommen, welches Gen. Pjatakow und Vertreter der deutschen Industriellen unterzeichnet haben, doch in den einzelnen Lieferverträgen kommt diese ganze Philosophie nicht vor und kann auch nicht vorkommen. Auf der Anwendung des Wechselrechtes beharrend, kann man deshalb in dem argumentativen Teil kühner auftreten, in Wirklichkeit aber auch die Bezugnahme auf die Verträge miesmachen. Darüber werden heute die Genossen Rozenbljum und Plotkin ausführlich schreiben.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 19. XI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2247 vom 19. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Ex[emplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an Štern, an Rozenbljum.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 353–352. Kopie.

² Vgl. Dok. 278, Anm. 2, 3.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Geschäfts-.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 277, Anm. 2.

Nr. 288

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem designierten Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY,
17. November 1933

Der gestern in Moskau angekommene neue deutsche Botschafter suchte mich heute zur ersten Visite auf. Ich sagte, dass ich sehr froh sei, dass ich die Gelegenheit hätte, ihn hier bei uns in Moskau zu begrüßen.

Nadolny antwortete: Wie Sie sehen, bin ich schließlich doch bei Ihnen. Ich kann Ihnen nicht in Worten ausdrücken, wie froh ich bin, dass ich endlich in Moskau arbeiten werde.

Ich antwortete, dass ich seine Freude teile, obgleich er seine Arbeit, anders als sein Vorgänger, in einer weniger günstigen Situation aufnehme.

Nadolny antwortete: Die Arbeit in einem leichten Moment zu beginnen, ist nicht interessant. Es ist interessant, die Arbeit in einer schweren Zeit aufzunehmen und danach zu streben, dass die Beziehungen wieder den früheren freundschaftlichen und aufrichtigen Charakter annehmen. Sie kennen mich seit Langem und ich halte an der Meinung fest, dass sich Regierungssysteme ablösen, kleine Missverständnisse kommen und gehen, doch die Grundlinie, die eine feste Verbindung zwischen der Sowjetunion und Deutschland erfordert, bleibt unerschütterlich und muss obsiegen.

Ich antwortete, dass dieser sein Standpunkt von vielen führenden deutschen Politikern vor dem Krieg geteilt worden sei. Auch nach dem Krieg und während der Revolution habe er in Regierungs- und Industriellenkreise in Deutschland Zuspruch gefunden, nunmehr seien aber in Deutschland neue Leute an die Macht gekommen, die sich über viele Jahre ihrer früheren politischen Tätigkeit gerade gegen dieses Prinzip gewandt hätten, dessen Verfechter Nadolny sei. Deshalb meine ich, dass er bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf Schwierigkeiten stoßen könne, aber nicht von unserer Seite.

Nadolny antwortete: Es sei eine Sache, wenn junge Politiker, die gerade erst ihre Laufbahn begannen, Broschüren veröffentlichten, politische Reden hielten und dabei nicht die geringste Vorstellung vom Staatsdienst und wirklicher staatspolitischer Verantwortung hätten. Eine andere Sache sei es, wenn die gleichen Leute am Steuerruder der Staatsmacht stünden und zu begreifen begännen, dass jedes ihrer Worte und jeder ihrer Schritte zu bestimmten Folgen für das von ihnen geleitete Land führe. Sie würden beginnen, ihre früheren Positionen zu überdenken, und bei einer ganzen Reihe von Fragen seien sie gezwungen, sich die Positionen ihrer früheren politischen Gegner zu eigen zu machen. So verhielte es sich auch mit der Orientierung der nationalsozialistischen Führer in Bezug auf die UdSSR. Gegenwärtig sei die deutsche Regierung bemüht, zur sowjetischen Regierung die früheren Beziehungen herzustellen, die sich auf dem Rapallo-Vertrag und

auf dem Berliner Pakt gründen. Doch damit nicht genug, wenn bei früheren Regierungen bisweilen eine ungenügend klare Umsetzung der in diesen Dokumenten festgehaltenen politischen Linie zu verzeichnen gewesen sei und wenn es Schwankungen und Versuche gegeben habe, sich nicht auf die UdSSR zu orientieren, so wolle die jetzige Regierung die Rapallo-Linie fest und konsequent verwirklichen und ausbauen. Nadolny beabsichtigt, darauf in seiner Rede bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens einzugehen¹.

Ich antwortete, dass es von unserer Seite selbstverständlich nicht den Wunsch gegeben habe und es ihn auch nicht gebe, die früheren Beziehungen zu verändern, und wenn es Nadolny gelingen sollte, die jetzige deutsche Regierung zu einer klaren freundschaftlichen Politik uns gegenüber zu bewegen, so könne er mit einem ebensolchen Echo unsererseits rechnen.

Weiter sagte Nadolny: Nach der Überreichung der Beglaubigungsurkunde komme ich zu Ihnen, um mit Ihnen die laufenden Sachfragen zu besprechen². Die heutige Visite soll, wie es Brauch ist, nur ein Protokollbesuch sein. Ich bin jedoch kein Protokollmensch und deshalb erlaube ich mir noch einige Bemerkungen.

Die erste Bemerkung bezieht sich darauf, dass ich ein direkter und offener Mensch bin. Ich werde mit Ihnen immer offen sowohl zu Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen als auch zu den innerdeutschen Angelegenheiten sprechen, weil ich meine, dass Sie nur dann den einen oder anderen ****Schritt****³ der deutschen Regierung vollkommen richtig einschätzen können, wenn Ihnen alle inneren Triebfedern der deutschen Politik verständlich werden. Ich bitte Sie, auf diese meine Direktheit und Offenheit mit Vertrauen und einer direkten Fragestellung von Ihrer Seite zu antworten.

Die zweite Bemerkung betrifft die sowjetisch-türkischen Beziehungen. Ich war neun Jahre lang in der Türkei⁴. Ich bin ein aufmerksamer Beobachter, der nicht nur sieht, was auf der Bühne gespielt wird, sondern der es auch vermag, hinter die Kulissen zu schauen. Ich sah den Empfang, der Ihrer Delegation⁵ bereitet wurde, und ich muss sagen, dass ich Vergleichbares noch niemals gesehen habe. Sie haben in der Türkei eine sehr starke Position. Ihre Politik und Ihre Diplomatie haben Ihnen die aufrichtige Liebe der ganzen Türkei eingebracht. Ich komme nicht umhin, dieser Politik meinen tiefen Respekt zu zollen und meine Hochachtung für Ihre Delegation in der Türkei zum Ausdruck zu bringen.

Die dritte Bemerkung bezieht sich auf den Konflikt zwischen der Handelsvertretung und einigen deutschen Firmen bezüglich der Dollar-Wechsel. Ich weiß nicht, ob Sie von Herrn Chinčuk bereits den Bericht über sein letztes Treffen mit Neurath erhalten haben (ich fügte ein, dass dies nicht der Fall sei)⁶. Dieses Treffen fand bereits nach meiner Abreise aus Berlin statt, doch ich habe von Neurath die telegrafische Mitteilung bekommen, dass er mit Herrn Chinčuk gesprochen und

¹ Nadolny händigte am 20. 11. 1933 Kalinin das Beglaubigungsschreiben aus. Vgl. das Telegramm Nadolnys an das AA vom 20. 11. 1933. In: PA AA, R 28308, Bl. D 562599–562600.

² Vgl. Dok. 296 und das Telegramm Nadolnys an das AA vom 26. 11. 1933. In: PA AA, R 105702, o.P.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Tatsache.

⁴ Nadolny leitete von 1924 bis 1933 die Diplomatische Mission (seit 30. 3. 1925 die Botschaft) Deutschlands in der Türkei.

⁵ Vgl. Dok. 282, Anm. 3.

⁶ Vgl. Dok. 283.

ihm irgendwelche Vorschläge unterbreitet hat und danach der Vertreter der deutschen Industrie, Herr Reyß, ****bei****⁷ Herrn Chinčuk war⁸. Ich hoffe, dass der Konflikt bezüglich dieser Frage ausgemerzt werden wird. Doch davon unabhängig möchte ich sagen: Die Politik und die freundschaftlichen Beziehungen stehen über den Dollar-Rechnungen und ich bin überzeugt, dass dieser kleine Konflikt sich nicht auf unsere Beziehungen auswirken wird.

Ich antwortete Nadolny: Falls absolut unbegründete Forderungen, bei denen es um sehr hohe Summen geht, erhoben werden und falls diese ungesetzlichen Forderungen offiziell unterstützt werden, kann es selbstverständlich nicht ausbleiben, dass sich dies auf die Beziehungen auswirkt, unabhängig von dem gegenseitigen Wunsch, die besten politischen Beziehungen beizubehalten.

Nadolny gab seiner Gewissheit Ausdruck, dass der Konflikt schnell beigelegt sein werde.

Danach erhob er sich, händigte mir eine Kopie seines Beglaubigungsschreibens und den Entwurf seiner Rede aus, die er bei der Überreichung der Urkunde an Gen. Kalinin zu halten gedenkt. Wir verabschiedeten uns, indem wir nochmals uns des gegenseitigen Wunsches versicherten, die Herstellung der besten Beziehungen zwischen unseren Staaten zu fördern.

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 19. XI. 33.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2248 vom 19. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Ex[emplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], die 2. West[abteilung], die Genossen Stalin, Molotov, Vorošilov, nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 356–354. Kopie.

Nr. 289

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an das Politbüro des ZK der VKP (B)

Ganz geheim
Expl. Nr. 9

1507

19. November 1933

AN DAS POLITBÜRO DES ZK der VKP (B)

Zur Liquidation der Konzession Drusag

Die Bilanz der zu liquidierenden landwirtschaftlichen Konzession Drusag wurde zum 1. Januar 1932 mit 8 Mio. Rubel bewertet und zum 1. Januar 1933 mit

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 285, Anm. 10.

12,2 Mio. Rubel. Der Gewinn der Konzession betrug 1931 5 Mio. Rubel und 1932 6,4 Mio. Rubel.

Im Zusatzabkommen, das mit dem Konzessionär 1932 abgeschlossen wurde, ist vereinbart worden, dass im Falle eines vorzeitigen Rückkaufs der Konzession dem Konzessionär am Tag der Unterzeichnung des Protokolls zur Übernahme des Konzessionsunternehmens unbeschadet der Bilanz des Konzessionsunternehmens eine feststehende Summe in Höhe von 926 000 Rubel ausgezahlt wird, und zwar: 50% dieser Summe in amerikanischen Dollar und 50% in deutscher Mark.

Außerdem erlöschen am Tag der Unterzeichnung des Übernahmeprotokolls des Konzessionsunternehmens auch die Wechsel, die von der Regierung dem Konzessionär in einer Summe ausgegeben worden sind, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt 574 000 Rubel mit Zahlungsfristen zum April und Oktober 1934 ausmachen würde.

Somit müsste laut dem oben erwähnten Zusatzabkommen bei einer vorzeitigen Liquidation der Konzession die Regierung zum Zeitpunkt der Auflösung einmalig ca. 1 500 000 Rubel in ausländischer Währung zahlen.

Da aber die Verhandlungen zur Liquidation formell von dem Konzessionär begonnen wurden (er stand vor dem Dilemma, entweder mit der Einsetzung von Regierungskommissaren für die Konzession einverstanden zu sein oder die Konzession zu liquidieren; er zog die Liquidation vor), konnten wir durchsetzen:

1) dass die bereits ausgestellten Wechsel nicht unverzüglich erlöschen, sondern zu den Fristen, zu denen sie ausgestellt worden sind, und

2) dass die gesamte Rückkaufsumme (926 000 Rubel) nicht sofort am Tag der Unterzeichnung des Liquidationsabkommens gezahlt werden muss, sondern auf mehrere Tranchen verteilt wird: die Hälfte dieser Summe wird in amerikanischen Dollar zu drei Terminen – am 1. April, 1. Juli und am 1. Oktober – fällig, die zweite Hälfte wird in deutscher Mark zum 1. Januar 1935 ausgezahlt werden.

Uns gelang es ebenfalls, den im Zusatzabkommen von 1932 vereinbarten Wechselkurs von Rubel zum amerikanischen Dollar beizubehalten, was faktisch eine Verringerung der Rückkaufsumme um ungefähr 180 000 Rubel ausmacht.

Dagegen ist es uns nicht gelungen, das Einverständnis des Konzessionärs dahingehend zu erwirken, die Bezahlung der gesamten Rückkaufsumme bis zum 1. Januar 1935 aufzuschieben.

Der beigelegte Entwurf des Liquidationsabkommens ist in allen Punkten, mit Ausnahme des Punktes 3, § 5, mit dem Konzessionär abgestimmt worden. Dieser Punkt beinhaltet unser Recht, in dem Fall einen Abzug von der dem Konzessionär zustehenden Rückkaufsumme vorzunehmen, wenn bei der Übernahme des Unternehmens festgestellt werden sollte, dass der Konzessionär im Verlaufe von 1933 Mittel zu Zwecken ausgegeben hat, die nichts mit dem Konzessionsunternehmen zu tun haben oder Ausgaben getätigt hat, die sich nicht „aus der gesetzlichen, geschäftsmäßigen und üblichen Tätigkeit des Konzessionsunternehmens“ ergeben.

Der Konzessionär spricht sich kategorisch gegen diesen Punkt aus. Er behauptet nicht ohne Grund, dass dieser Punkt uns in dem Fall, dass wir ihn böswillig anwenden wollten, die Möglichkeit verschaffen könnte, die gesamte Rückkaufsumme zwecks Deckung der unserer Meinung nach nicht sachgemäßen Ausgaben des Konzessionärs für 1933 einzubehalten.

Der Konzessionär lehnt eine jegliche redaktionelle Bearbeitung dieses Punktes ab. Er hat nichts gegen eine Überprüfung der Tätigkeit der Konzession einzuwenden, sofern sie sich auf eine sehr kurze Zeitspanne bezieht: Vom Zeitpunkt der Aufstellung der Inventarliste (1. Dezember) bis zum Tag der Unterzeichnung des Übergabe-Übernahme-Protokolls des Unternehmens (10. Januar). Er ist bereit, die in dieser Zeitspanne festgestellten fehlenden Vermögenswerte aus der Rückkaufsumme zu ersetzen. Die Bedeutung dieser Korrektur besteht aus unserer Sicht im Folgenden:

Mit dem Konzessionär werden bereits seit einigen Monaten Verhandlungen geführt. Die nahe Liquidation vor Augen, könnte der Konzessionär selbstverständlich irgendwelche Summen, die sich nicht aus der Tätigkeit der Konzession ergeben, verwenden. Darüber hinaus nimmt das Narkomfin bei der Prüfung der Bilanz des Konzessionärs bisweilen bedeutende Korrekturen vor. Folglich hätten wir, bliebe unsere Fassung dieses Punktes über die Abzüge in Kraft, die Möglichkeit, die vom Konzessionär nicht sachgemäß verbrauchten Mittel durch eine entsprechende Verringerung der Rückkaufsumme zurückzufordern. Es ist jedoch nicht mit einer bedeutenden Verringerung der Rückkaufsumme rechnen, weil das Abkommen vorsieht, dass die Frage bezüglich der Abzüge zwischen den Parteien vor der Unterzeichnung des Abkommens abgestimmt sein muss, und der Konzessionär wird, selbst wenn er unserer Fassung zustimmt, selbstverständlich später nicht darauf eingehen, sich mit einer wesentlichen Verringerung der Rückkaufsumme abzufinden.

Somit sind wir jetzt gezwungen, entweder mit dem Konzessionär zu brechen und auf eine weitere Existenz der Konzession zuzusteuern oder dem Konzessionär entgegenzukommen.

Im Prinzip entspricht der Wortlaut des Liquidationsabkommens dem üblichen Vertragstext bei der Liquidation von Konzessionen, mit Ausnahme von zwei Besonderheiten:

1) Die Unterzeichnung des Liquidationsabkommens erfolgt zeitgleich mit der Übernahme des Konzessionsunternehmens. Im Zusammenhang damit werden wir mit dem Konzessionär vor der Unterzeichnung des Abkommens Schreiben bezüglich der Ernennung von Bevollmächtigten für die Vorbereitung der Übernahme des Unternehmens austauschen.

2) Das Abkommen sieht bei Streitfällen zwischen den Parteien keine Schlichtungsprozedur vor. Der Konzessionär bestand darauf, dass ein Oberschiedsrichter mit internationalem Ansehen auf dem Gebiet der Landwirtschaft ernannt wird, der nicht Staatsbürger der UdSSR und Deutschlands ist und der von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR benannt werden müsste.

Wir sprachen uns gegen den Vorbehalt bezüglich der Staatsbürgerschaft aus und kamen schließlich überein, dass der Vertrag keinen Passus bezüglich des Verfahrens zur Behandlung von Streitfällen enthalten **sollte**¹, da wir in diesem Fall davon ausgehen können, dass Streitfragen zwischen den Parteien einer Überprüfung dem allgemein gültigen Rechtsweg unterliegen.

¹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Ich bitte um die baldmöglichste Entscheidung, weil sich die unbestimmte Lage auf den Gang der landwirtschaftlichen Arbeiten nachteilig auswirkt².

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3900 vom 21. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 E[exemplare]. An die Genossen: Stalin – 2, Molotov – 1, Jakovlev – 1, Grin'ko – 1, Trifonov – 1, Litvinov – 1, Stomonjakov – 1, zu den Akten – 2 [Exemplare].

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 149–152. Kopie.

Nr. 290

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Ganz geheim

Expl. Nr. 7

19. November [1933]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

die Deutschen versuchen hinsichtlich der Dollar-Wechsel folgendes **komplizierte**¹ Spiel zu spielen. Sie möchten, erstens, die Frage so stellen, als ob man die freundschaftlichen politischen Beziehungen beibehalten könne, und zugleich mithilfe der eigenmächtig einberufenen Schiedsgerichte von uns Geld aufgrund übertriebener und ungesetzlicher Ansprüche eintreiben (die Idee Nadolnys, die er in der ersten Unterredung mit mir² vorsichtig vorgetragen und ausführlich am nächsten Tag in der Unterredung mit Štern³ bei dessen Gegenvisite entwickelt hat). Zweitens bemühen sie sich, die Angelegenheit so darzustellen, als ob es in dieser Frage zwischen Moskau und Berlin keine völlige Abstimmung geben würde. In Berlin gibt es den lieben Chinčuk, der es lieber hätte, die Frage bezüglich der Wechsel nicht politisch zu interpretieren und gern bereit wäre, auf irgendeine wirtschaftliche Entschädigung einzugehen, falls ihm dies Moskau gestatten

² Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) „Über die Drusag-Konzession“ vom 23. 11. 1933. In: RGASPI, f. 17, op. 162, d. 15, l. 144–145 (Protokoll Nr. 149, Pkt. 66/47, „Sondermappe“). Die Vereinbarung über die Außerkraftsetzung des Konzessionsvertrages mit der Drusag und der Übergabe des Unternehmens an die UdSSR war am 22. 12. 1933 erzielt worden.

¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: symbolhafte.

² Vgl. Dok. 288.

³ Die Unterredung Šterns mit Nadolny fand am 17. 11. 1933 statt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 510–507.

würde. In Moskau aber sitzt der böse Štern (aus taktischen Erwägungen wurde nicht ich, sondern Štern als Zielscheibe ausgewählt), der mit Twardowski⁴ schroff spricht und droht, dass sich der Konflikt bezüglich der Dollar-Wechsel zu einem ernststen Konflikt zwischen den Staaten ausweiten kann.

Die Sache verhält sich indes ganz anders.

Die Deutschen versuchten uns vor die Tatsache zu stellen, unsere Geld- und Warenfonds infolge von absolut willkürlichen und unbegründeten Forderungen zu beschlagnahmen. Wenn wir nicht so wachsam gewesen wären und ihnen nicht auf die Finger geklopft hätten, so wären den drei Forderungen Dutzende und Hunderte von Ansprüchen in einer Höhe von einigen Millionen gefolgt.

Das Verhalten des deutschen Gerichts und des Außenministeriums in dieser Angelegenheit erinnert an das Verhalten der französischen Gerichte und der französischen Regierung während der schlechtesten Zeit in den Beziehungen zwischen uns und Frankreich.

Noch am 27. Oktober hatte ich mit Twardowski eine sehr ernste Unterredung⁵, in der ich eine Analogie zwischen den Handlungen der Deutschen und den Handlungen der Franzosen im Fall von **Gercfel'd**⁶ und anderer zog und erklärte, dass wir uns unter keinen Umständen den willkürlichen Urteilen von willkürlichen Gerichten unterordnen werden, und ihn bat, Maßnahmen zu ergreifen, damit dieser Konflikt nicht in einen ernststen Konflikt mündet, der sich sehr stark und sehr schwer auf die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen auswirken könnte.

Twardowski hatte mich sehr gut verstanden, zumal ich, um Missverständnisse zu vermeiden, meine Erklärung sowohl auf Russisch als auch auf Deutsch vorgetragen hatte. Twardowski gab uns vom juristischen Standpunkt her Recht, er versuchte nur durchzuführen ...⁷.

Seit meiner letzten Unterredung mit Twardowski sind fast zwei Wochen vergangen. Während dieser Zeit hat sich herausgestellt, dass die Offensive gegen unsere Handelsvertretung fortgesetzt wird, wobei sogar Außenminister Neurath über die von mir vorgetragene ernste Demarche nicht in Kenntnis gesetzt worden ist. Neurath, der versichert hatte, die Frage zu prüfen und positiv zu bescheiden⁸, hat nichts unternommen. Er hatte Bräutigam und Meyer, der in den letzten Monaten seine Haltung uns gegenüber bereits hinlänglich gezeigt hat, beauftragt, diese Frage zu erledigen.

Die Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten. Meyer wich in unverblümter Form einer Unterredung mit Bessonov aus und ließ ihm über Bräutigam ausrichten, dass das Auswärtige Amt seine Hände in Unschuld wasche und sich nicht in die Angelegenheit einmischen werde.

Darauf bat ich Štern, Twardowski einzubestellen und ihm unter Bezugnahme auf meine grundsätzliche Demarche klar zu machen, wohin die sich vom Auswärtigen Amt zu eigen gemachte Taktik führen kann. Štern musste Twardowski gar

⁴ Vgl. Dok. 280.

⁵ Vgl. Dok. 267.

⁶ Der Name ist über die Zeile geschrieben. Vgl. Dok. 278, Anm. 2.

⁷ Die Auslassungszeichen sind im Dokument.

⁸ Vgl. Dok. 277.

nicht einbestellen, weil dieser ihn in einer anderen Angelegenheit aufsuchte⁹. Štern hat meinen Auftrag gewissenhaft ausgeführt und Twardowski hat eingesehen, dass man nicht mit dem Feuer spielen darf. Die Deutschen verdrehten selbstverständlich den Text der Erklärung Šterns, doch in einem haben sie Recht, dass er Twardowski eine ernste Warnung ausgesprochen hat. Es gibt und gab keine Unterschiede zwischen dem, was ich gesagt habe, was Štern gesagt hat und dem, was Sie laut unseren Berichten gesagt haben; sie [die Unterschiede] hat es nicht gegeben und darf es nicht geben.

Mit Nadolny werden wir den freundschaftlichsten persönlichen Kontakt pflegen, doch wir werden für seine Freundschaft nicht Millionen zahlen, und in dieser Frage werden wir uns auf keine Zugeständnisse und Kompromisse einlassen.

Jetzt gehe ich auf die Besuche von Meyer¹⁰ und Reyß¹¹ ein. Die Ausführungen Meyers trugen den für ihn typischen feindseligen, herausfordernden Charakter. Anstatt zu erklären, die deutsche Seite verstehe, dass die an uns gestellten Forderungen formal unbegründet und ungesetzlich seien, sagte er, das Auswärtige Amt interessiere sich nicht dafür, wer Recht hat und wer schuld ist; offensichtlich überträgt er die Frage, welche Seite im Recht ist, eben jenem Gericht zur Entscheidung, dessen Kompetenz wir nicht anerkennen und nicht anerkennen werden. Weiter unternimmt er den Versuch, uns damit zu erschrecken, dass unsere Weigerung, sich dem Schiedsgericht unterzuordnen, unserem Ansehen in anderen Ländern schade. Er erklärt irgendetwas in der Art eines Protestes gegen die Unterredung Šterns mit Twardowski und gegen unsere Veröffentlichung in der Presse und endet damit, dass die deutsche Regierung unsere Vorschläge erwarte.

Reyß ist klüger und bescheidener. Er erkennt an, dass das Recht auf unserer Seite ist, und schlägt vor, indem er an unser Herz appelliert, einen Kompromiss zu schließen, wonach unsere laufenden Bezahlungen der Dollar-Wechsel nur auf der Grundlage des heutigen Dollarkurses erfolgen sollten.

Einen Kompromiss kann es in dieser Angelegenheit nicht geben: Entweder wir haben Recht, dann werden wir wie alle Schuldner in allen Ländern die Dollar-Wechsel mit nominalen Dollar bezahlen, unabhängig von dem Kurs zum Zeitpunkt der Bezahlung. Oder wir erkennen an, dass man von irgendwelchen anderen, nicht rechtlichen, sondern von „moralischen“ Erwägungen ausgehen muss. In diesem Fall kann man uns verschiedene, willkürliche Forderungen stellen, bis hin zu Zahlungen gemäß Goldparität des Dollars.

Wir bleiben bei unserer früheren Position. Wir haben die Dollar- und Pfundwechsel mit Dollar und Pfund bezahlt, wir schulden nichts, wir werden nichts dazuzahlen, wir werden auch keine Entschädigung in anderer Form leisten, deutsche Gerichte sind für diese Klagen nicht zuständig. Wir werden nicht **vor**¹² Gericht erscheinen und uns deren Urteilen nicht unterordnen.

Nicht wir sollten Vorschläge machen, sondern die deutsche Seite sollte Maßnahmen ergreifen, um die gegen uns eröffnete ungesetzliche Gerichtskampagne einzustellen.

Falls im Ergebnis Ihrer Unterredungen mit Meyer und Reyß bei den Deut-

⁹ Vgl. Dok. 280.

¹⁰ Vgl. Dok. 285; Vgl. auch AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 29, l. 183–183R.

¹¹ Vgl. Dok. 285, Anm. 10.

¹² Das Wort ist korrigiert, ursprünglich: bei.

schen der Eindruck entstanden sein sollte, dass Sie Moskau anfragen und Sie ihnen eine Antwort geben werden, ob Moskau auf den Vorschlag von Reyß eingeht (nach dem von Nadolny erhaltenen Telegramm zu urteilen, erwarten die Deutschen von Ihnen eine Antwort), können Sie den Deutschen sagen, dass wir selbstverständlich den Vorschlag von Reyß nicht annehmen können und unverändert bei unserer Position bleiben.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

P. S.: Bis zur Klärung der weiteren Taktik der Deutschen würde ich ein bisschen mit der Durchführung der Maßnahmen warten, die auf der Beratung bei Ihnen¹³ vorgeschlagen worden sind, doch möge diese Frage Gen. Rozengol'c entscheiden.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Levin. 20. XI. 33.

Oben links befindet sich der Stempel des Geheimarchivs des NKID der UdSSR mit der Eingangsakte 1845 vom 20. 11. 1933. 3. Westabteilung¹⁴.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2253 vom 20. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments (vor dem P. S.) sind die Anzahl der Kopien und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Štern und Rozengol'c.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 360–357. Kopie.

Nr. 291

Protokollauszug der Sitzung des Kollegiums des NKID

Geheim

Auszug aus dem Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Kollegiums des NKID
vom 20. XI. 1933

Gehört:

19. DEUTSCHLAND-VOLKSKOMMISSARIAT: Anfrage des Volkskommissariats für Post und Fernmeldewesen bezüglich der Möglichkeit, die ausländischen Postverwaltungen über die von Glavlit verbotenen Veröffentlichungen zu benachrichtigen.

Beschlossen:

19. Dem Volkskommissariat für Post und Fernmeldewesen ist mitzuteilen, dass das NKID nichts dagegen einzuwenden hat, die deutsche Hauptpostverwaltung (im Falle von erneuten Anfragen) darüber zu benachrichtigen, dass einzelne Nummern, die nicht eingetroffen sind, von der Zensur verboten worden sind.

Štern

¹³ Die Information konnte nicht ermittelt werden.

¹⁴ Der Stempel ist durchgestrichen.

Unten rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2315 vom 23. 11. 1933.

Vermerk zum Verteiler: Kopien: an die Genossen Štern und Nejman.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 2, l. 32. Kopie.

Nr. 292

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung Štern mit dem Botschafter in Moskau Nadolny und Botschaftsrat von Twardowski

Geheim

Nr. 17 444¹
25/XI-33

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NADOLNY UND TWARDOWSKI, 23. November 1933

Nadolny gab für mich ein Essen, an dem Gen. Levičev (unser Militärattaché in Berlin), Twardowski mit Frau und Tochter, Hartmann mit Frau und Herwarth teilnahmen. Nadolny begann vor allem damit, sich bei mir über die für ihn absolute Zumutung seiner Wohnung in dem Čistyj pereulok² zu beschweren. Er wunderte sich, wie Dirksen so viele Jahre in diesem Gebäude bleiben konnte. In erster Linie sei es ihm nicht möglich, für das gesamte Diplomatische Corps einen Empfang zu geben, da es kein einziges Zimmer gebe, in dem mehr als 20 Personen Platz finden könnten. Außerdem seien die für Wohnzwecke bestimmten Zimmer dunkel, niedrig und, nach N[adolnys] Meinung, absolut unhygienisch. Während der deutsche Botschafter unter solchen Bedingungen zu wohnen gezwungen sei, besitze allerlei Kropfzeug (ein Ausdruck N.s) wunderbare Palais. Ich lenkte N.s Aufmerksamkeit darauf, dass sich die Deutsche Botschaft ausgebreitet habe und in Moskau über eine Reihe von Villen verfüge. N. antwortete, dass er mit Vergnügen auf die Hälfte dieser Villen und auch auf das Gebäude in dem Leont'evskij pereulok³ und auf seine jetzigen Räumlichkeiten im Tausch gegen eine gute Villa verzichten würde.

Nach dem Essen schlug mir N. vor, unter vier Augen zu sprechen. Uns schloss sich Twardowski an. Das Gespräch dauerte über 1½ Stunden und beinhaltete hauptsächlich allgemeine Themen, angefangen mit dem Buch von N. „Germanisierung und Slavisierung“⁴ und endete mit Fragen des Balkans. N. prahlte mit seiner politischen Unabhängigkeit. Als z.B. Twardowski ihm sagte, dass ich gründlich die gesamte nationalsozialistische Literatur und die Arbeiten der Begründer der nationalsozialistischen Theorie gelesen hätte, bemerkte N.: „Sie vergeuden umsonst die Zeit für einen solchen Unsinn.“

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Die Residenz des deutschen Botschafters befand sich in der Villa Čistyj pereulok Nr. 5.

³ Von 1922 bis 1941 befand sich in dem Leont'evskij pereulok Nr. 10 die Kanzlei der Botschaft Deutschlands.

⁴ R. Nadolny: Germanisierung oder Slavisierung? Eine Entgegnung auf Masaryks Buch: Das neue Europa, Berlin 1928.

N. erging sich sehr lange zur schweren Lage Deutschlands. Er sei überzeugt, dass alle führenden französischen Militärs sehr gut wüssten, dass Deutschland ^{**5} bei einem beliebigen Rüstungstempo nicht in der Lage sein werde, nicht einmal in zehn Jahren, gegen Frankreich Krieg zu führen. Französische Politiker schürten jedoch mit einer gekünstelten Panik eine Kriegsbedrohung durch Deutschland. Dabei sei Deutschland gegenwärtig das Opfer zahlreicher Fälschungen. Als klassisches Beispiel dafür diene der angebliche Artikel von Goebbels zum polnischen Korridor⁶. N. drückte seine Verwunderung aus, wieso die „Pravda“ die Fälschungen der französischen Presse wiederhole. Ich bemerkte zu N., dass die Sowjetunion Zeit ihres Bestehens das Opfer von Fälschungen sei. Wobei ein „Eldorado“ der Fälscher immer Deutschland gewesen sei, wo die Orlovs, Druželovskijs, Ašfars usw. aufblühten. Jetzt müsse Deutschland auch die Kehrseite der Medaille kennenlernen. N. tat so, als ob ihm die Tätigkeit der von mir aufgezählten Fälscher nicht bekannt sei, was er damit erklärte, dass er sich in der Türkei aufgehalten habe.

Danach bemerkte N., dass es in Deutschland selbst Professoren-Kretins vom Schlage eines Banse und andere Vielschreiber gebe, die Deutschland großen Schaden zufügen. Alle wüssten, dass ihre Darlegungen in keiner Weise den Standpunkt der deutschen Regierung widerspiegeln, doch nichtsdestoweniger würden sie von allen benutzt. Nach Auffassung von N. ist z.B. die sowjetische Diplomatie Rosenberg und den Autoren aller absurden Theorien zweifellos sehr dankbar, von ihnen höchst dankbares Material geliefert zu bekommen. „Ich bin überzeugt“, sagte N., „dass die ^{**}Dummheiten, die^{**7} verantwortungslose Leute in Deutschland sagen und schreiben, ganz und gar Ihrem taktischen Interesse entsprechen.“ Ich erwiderte N., dass die sowjetische Diplomatie nicht über derart ausgeklügelte machiavellische und sogar dämonische Charaktereigenschaften verfüge und wir es vorziehen würden, wenn es keinen „ukrainischen Plan“ gäbe, wenn die „Vossische Zeitung“ nicht den Artikel von Miles gebracht hätte, in dem er die UdSSR als einen Kontinentaldegen betrachtet und die Friedensliebe Japans der sowjetischen Aggressivität gegenüberstellt⁸. Uns erfreue sehr ^{**wenig**}⁹ die Serie des „Völkischen Beobachters“ mit den scheußlichen antisowjetischen Fälschungen¹⁰, die das Produkt der gleichen Fälschungen seien, über die sich N. so empöre und deret-

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „sogar“ ist gestrichen.

⁶ „Gebbel's progovorilsja“ (Goebbels hat sich verplappert). In: Pravda vom 19. November 1933, S. 1. Unter Bezugnahme auf die polnische Zeitung „Ilustrowany Kurier Codzienny“ gab die „Pravda“ die wichtigsten Thesen des in der britischen „Saturday Review“ veröffentlichten Artikels von Goebbels wieder, in dem die Forderung vorgetragen wurde, von Polen Pommerellen und Oberschlesien abzutrennen. Vgl. ferner: „Agenstvo Rejter podtverždaet podlinnost' antipol'skogo interv'ju Gebbel'sa“ (Die Agentur Reuter bestätigt die Echtheit des antipolnischen Interviews von Goebbels). In: Izvestija vom 21. November 1933, S. 2. Goebbels notierte am 18. 11. 1933 in seinem Tagebuch: „'Saturday Review' bringt einen Aufsatz von mir, den ich garnicht geschrieben habe. Mit frechen Forderungen. Ich telegraphiere an die Redaktion. Heute Demarche in Paris und London. Krach schlagen! Sonst glaubt es die Welt. Keine Ruhe die ganze Nacht. A.A. sehr schlapp.“ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2/III, S. 318.

⁷ Die Textstelle ist korrigiert, ursprünglich: Dummheiten, über die.

⁸ Miles: „Russland in Ostasien“. In: Vossische Zeitung vom 9. November 1933, S. 12.

⁹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Vgl. Völkischer Beobachter vom 5./6. November 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 9; Völkischer Beobachter vom 10. November 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 11; Völkischer Beobachter vom 12./13. November 1933, Berliner Ausgabe, S. 4.

wegen er gefordert habe, eine internationale Konvention zu schaffen, die es erlaube, Fälscher zu Zwangsarbeit zu verurteilen. N. antwortete, dass er nicht die entsprechenden Nummern des „Völkischen Beobachters“ gelesen habe, doch er treffe seine Maßnahmen. Er bitte mich, in unserer zukünftigen Arbeit die verantwortungslosen Äußerungen vollkommen zu ignorieren und mich nur an die offiziellen Erklärungen und Akte zu halten und nicht Zuflucht zu der bevorzugten Methode zu nehmen, verantwortungslose Leute zu zitieren. Ich drückte die Hoffnung aus, dass N. seinerseits keine Aufmerksamkeit darauf verwenden werde, auf diesen oder jenen Artikel der sowjetischen Presse usw. zu reagieren (ich spielte auf den Artikel von Kol'cov in der „Pravda“ vom 10. November¹¹ an, der der Grund für den entschiedenen Protest der Botschaft war). N. verstand meine Anspielung und erklärte, wenn das Erfordernis bestehen sollte, werde er zu mir kommen und mir die entsprechende Stelle in der Zeitung zeigen und sagen: „Ich weiß, dass bei Ihnen die Presse frei ist, richten Sie deshalb Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass man dieses und jenes nicht tun sollte.“ Darauf antwortete ich, dass auch ich mich von dem gleichen Prinzip leiten lassen werde: ich werde nichts zitieren, doch ich werde auf die Primärquelle verweisen und zu N. sagen: „Sie haben einen autoritären Staat. Richten Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die verantwortungslosen Leute und deren unzulässiges Auftreten.“ N. lachte auf und erklärte, er sei davon überzeugt, dass wir gut zusammenarbeiten würden.

Zum Ende der Unterredung äußerte N. den Wunsch, den Genossen Molotov, Vorošilov, Enukidze und Rozengol'c Besuche abzustatten.

Danach bat mich Twardowski, zu einem vertraulichen Gespräch zu bleiben. Es handelte sich um drei Fragen.

1. **Twardowski**¹² wisse, dass die Übermittlung seiner Unterredung mit mir¹³ in Berlin einen gewaltigen Eindruck hinterlassen habe. Er möchte mir seine absolute Loyalität versichern. Nach der Unterredung mit mir habe er ein sehr energisches Telegramm nach Berlin geschickt, in dem er betont habe, dass sich die Geschichte mit den Journalisten erneut wiederholen würde. Seiner Überzeugung nach habe man im Auswärtigen Amt den Ernst der Frage nicht berücksichtigt, und er sei genauso wie auch Nadolny mir für die direkte und offene Warnung sehr dankbar. Die Botschaft wäre in eine unmögliche Lage versetzt worden, wenn das Kommuniqué von Narkomvneštorg ohne mein vorheriges Gespräch mit ihm, Twardowski, erschienen wäre. Auf meine Frage, ob er das übermittelt habe, was ich bezüglich des Konflikts zwischen den Staaten gesagt hätte, antwortete Twardowski, dass er dies nicht geschrieben habe, er habe lediglich meine Worte „der Konflikt wird die ernstesten politischen Konsequenzen haben“ übermittelt. Ich bestätigte, was ich zu Twardowski gesagt hatte und betonte, dass das, was ich ihm gesagt hätte, bei weitem nicht nur meine persönliche Meinung sei, sondern dem amtlichen Standpunkt entspreche. Twardowski erklärte, dass er daran niemals zweifelt habe, zumal die Ablehnung der Vorschläge von Reyß und Meyer das bestätige, was ich ihm gesagt hätte. Laut Twardowski richte das Auswärtige Amt seine Aufmerksamkeit auf folgendes Moment. Neurath bestreitet vor allem, dass er

¹¹ Vgl. Dok. 280, Anm. 2.

¹² Der Name ist korrigiert; ursprünglich: Nadolny.

¹³ Vgl. Dok. 280.

Chinčuk gesagt habe, dass er in dieser Sache nicht informiert sei¹⁴. Zweitens habe unsere Botschaft dem Missverständnis zwischen Meyer und Bessonov¹⁵ keinerlei Bedeutung beigemessen, und Gen. Chinčuk hat in der Unterredung mit Meyer¹⁶ und Neurath¹⁷ absolut keine Forderungen vorgetragen. Drittens, Bräutigam erklärte, dass er niemals die Formulierung „ich wasche meine Hände“ benutzt habe. Twardowski erachte es als seine Pflicht, mir zu erklären, dass meine Unterredung mit ihm einen äußerst nützlichen Effekt gehabt habe, weil das Auswärtige Amt veranlasst worden sei, ernsthaft nachzudenken und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Nadolny sehe dies auch so. Sein Verhältnis zu mir werde, wie Twardowski meint, dadurch sehr gut illustriert, dass Nadolny speziell für mich ein Essen gegeben hat. Twardowski bittet, wie bisher auch in Zukunft direkt und offen der Botschaft unseren Standpunkt zu dieser oder jener Frage mitzuteilen. Er sei davon überzeugt, wenn ähnliche Erklärungen während des Journalistenkonfliktes gemacht worden wären, hätte dieser Konflikt bedeutend früher beigelegt werden können.

2. Twardowski teilte mir streng vertraulich Folgendes mit. Er habe den Eindruck gewonnen, dass die OGPU gegenwärtig irgendeinen Prozess, in den die Deutsche Botschaft involviert wird, vorbereitet. Er habe folgende Gründe für diese Annahme: Während der Verhöre der Personen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Controll-Co.¹⁸ verhaftet worden seien, habe es die ganze Zeit über die Tendenz gegeben, eine Beteiligung der Deutschen Botschaft und des Konsulats an der faschistischen Propaganda in der UdSSR nachzuweisen. Er wisse, dass auch in Moskau einige Personen von der OGPU einbestellt und darüber befragt worden seien, ob sie irgendetwas von der Deutschen Botschaft erhalten hätten. Gegenwärtig befänden sich fünf Wolgadeutsche, es seien Verwandte des Dienstpersonals von Twardowski, in Moskau in Haft. In normalen Zeiten würde er dem überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken, weil aber die fünf verhafteten Personen angesichts der Atmosphäre verhaftet worden sind, meint Twardowski, dass auch er persönlich in diese Sache hineingezogen werden könnte. Er müsse mir entschieden versichern, dass er mit aller Konsequenz die Politik der Nichteinmischung der Botschaft in die inneren sowjetischen Angelegenheiten befolge und er deshalb, wenn es bezüglich seiner Person Zweifel auftauchen sollten, die entsprechenden Konsequenzen werde ziehen müssen und nicht mehr in Moskau arbeiten könne¹⁹. Ich erklärte T[wardowski], dass ich absolut nicht darüber informiert sei, was er mir mitgeteilt habe, doch ich meine, dass es sich hier um durch **nichts**²⁰ begründete Gerüchte handele und T. bei uns eine hohe Wertschätzung genieße. T. bat mich um mein Einverständnis, mir vertraulich eine Liste der verhafteten Verwandten seines Personals zu dem Zwecke zuzuschicken, dass ich ebenfalls vertraulich klären möge, ob die Verhaftungen in einem Bezug zu ihm persönlich stün-

¹⁴ Vgl. Dok. 277.

¹⁵ Vgl. Dok. 280.

¹⁶ Vgl. Dok. 285.

¹⁷ Vgl. Dok. 283.

¹⁸ Vgl. Dok. 274, Anm. 1.

¹⁹ Diese Äußerung von Twardowskis wurde der OGPU überbracht. Vgl. Sonderbericht des Gehilfen des Chefs der 1. Abteilung des Sondersektors Vol'ynskij vom 20. 12. 1933. In: CA FSB RF, f. 2, op. 11, d. 1565, l. 221.

²⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

den. Ich gab dazu mein Einverständnis, ohne etwas Konkretes zu versprechen. T. bemerkte danach, dass sich in letzter Zeit weder ein Tischler noch ein Maler bereit erklären würden, in die Deutsche Botschaft zu kommen, um Arbeiten auszuführen, indem sie sagten, dass dies viel zu riskant sei: „Wir gehen zu jeder anderen, nur nicht zur Deutschen Botschaft.“ Ich bemerkte zu T., dass unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin noch mit viel schwierigeren Bedingungen zu tun habe. T. erklärte mir dann unerwartet, dass er mir vertraulich mitteilen könne, dass in Deutschland in nächster Zeit die Konzentrationslager aufgelöst werden.

3. T. bitte mich, nunmehr offiziell, zu berücksichtigen, dass man in Berlin den sowjetisch-polnischen Luftverhandlungen eine sehr ernste Bedeutung beimesse²¹. Er könne mir mitteilen, dass in den nächsten Tagen Verhandlungen zur Einrichtung der Luftlinie Berlin–Warschau aufgenommen werden. Jetzt gebe es bereits die Linie London–Paris–Berlin. Die deutsche Regierung sei deshalb äußerst daran interessiert, eine Fluglinie London–Paris–Berlin–Warschau mit dem Ziel einzurichten, in Zukunft diese Linie, falls wir es wünschen sollten, in Richtung China zu verlängern. Seiner Meinung nach sei es für die Sowjetunion bei weitem günstiger, eine solche Linie einzurichten, als zuzulassen, dass die Engländer ihren Plan umsetzen und eine über Suez und Indien führende Fluglinie einrichten. T. bitte mich deshalb, ihm rechtzeitig mitzuteilen, wenn sich unsere Verhandlungen mit den Polen dem Ende nähern, damit die Botschaft nicht uninformiert bleibe, weil die Polen der deutschen Mission dies rechtzeitig mitteilen werden. Außerdem bittet T., wenn die Verhandlungen mit den Polen dem Ende entgegengehen, ihm eine Antwort darauf zu geben, ob wir mit einem Anschluss der Linie Berlin–Warschau an unsere Linie einverstanden sind.

Zum Ende der Unterredung lud mich T. zum 2. Dezember zu sich ein; an diesem Tag wird ein Laienballett, dem neun Diplomaten-Damen angehören, vor dem Diplomatischen Corps auftreten.

Bei der Verabschiedung teilte Nadolny mit, dass er in den nächsten Tagen zu mir zum ersten dienstlichen Besuch kommen werde.

Štern

Vermerk von N. N. Krestinskij: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4935 vom 25. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Die Expl. 1–4 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 5. Expl. nach Berlin, das 6. Expl. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 72–78. Kopie.

²¹ In den letzten Oktobertagen 1933 begannen in Moskau sowjetisch-polnische Verhandlungen zum Abschluss einer Luftkonvention, um eine reguläre Passagierverbindung zwischen Warschau und Moskau aufzunehmen. Vgl. Izvestija vom 27. Oktober 1933, S. 2.

Nr. 293
Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 23. November 1933

Aufzeichnung

In der heutigen Besprechung beim Reichswirtschaftsministerium wurde mit den Vertretern des Russlandausschusses (Herrn Direktor Reyß und Herrn Schauke) die Sachlage, die sich aus der Ablehnung der Schiedsgerichte durch die Sowjetunion ergeben hat, besprochen. Ich habe wiederholt, die Deutsche Regierung halte den prinzipiellen Standpunkt aufrecht, dass nicht das Schiedsgericht einseitig abgelehnt werden könne. Ich habe aber darauf hingewiesen, dass die Beschreitung des Schiedsgerichtsweges für die deutschen Firmen keinen Erfolg haben werde, dass eine Zwangsvollstreckung unmöglich sei und nach der Mitteilung der Russen derartige Maßnahmen zu einem Wirtschaftskriege führen und das Russlandgeschäft auf absehbare Zeit vernichten würde. Dieser Einsicht haben sich die Vertreter des Russlandausschusses nicht verschlossen; es herrschte Übereinstimmung darüber, dass zunächst Zeit gewonnen werden müsste, um einen gütlichen Ausgleich doch noch herbeizuführen, der wohl am besten in einer größeren Auftragsbestellung der Russen zum Ausdruck kommen würde. Direktor Reyß wird nächste Woche die beteiligten ca. 150 deutschen Firmen zu einer vertraulichen Aussprache einladen, ihnen die Situation auseinandersetzen und sie auffordern, einstweilen den Weg der Schiedsgerichte nicht zu beschreiten. Es wurde gebeten, der Herr Reichsminister möge in der heutigen Besprechung dem Botschafter Chintschuk etwa Folgendes vorschlagen:

„Ich schlage vor, die prinzipiellen Fragen zurückzustellen und eine praktische Lösung zu versuchen: Es scheint mir das Beste, dass die deutschen Firmen die Anrufung des Schiedsgerichts zurückstellen und dass aus vorliegenden Kostenfeststellungsbeschlüssen keinerlei Zwangsvollstreckungen erfolgen. Sie (Botschafter Chintschuk) müssten dann aber versuchen, Bestellungen in Moskau zu erreichen. Derartige Bestellungen würden auch der Zusicherung auf Auftragserteilung, wie sie bei Einräumung des Überbrückungskredites¹ auf der Grundlage des Jahres 1932 gemacht worden ist, entsprechen.“

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt handschriftlich: zu IV Ru 5137 und handschriftliche Bemerkung von Neuraths: In untenstehendem Sinn mit dem Russ. Botschafter besprechen 23/11.

PA AA, R 94600, Bl. E 665112–665113.

¹ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

Nr. 294
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 23. November 1933

Aufzeichnung

Der Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft bittet, dass der Herr Reichsminister den Sowjetbotschafter¹ auf folgende Entgegenkommen hinweist, die in letzter Zeit der Sowjethandelsvertretung seitens der deutschen Industrie gezeigt worden sind:

1) Für den der Sowjetregierung im Februar d. J. eingeräumten Überbrückungskredit in Höhe von 140 Mill. Reichsmark, durch den der Kredit der Sowjetunion vor Erschütterungen bewahrt worden ist, haben die deutschen Firmen Solawechsel² in Höhe von 90 Mill. RM zur Verfügung gestellt.

2) Die deutschen Firmen haben sich auf Wunsch der Handelsvertretung seinerzeit bereit erklärt, 70% der laufenden in New York domizilierten Dollarakzepte der Handelsvertretung auf Berlin umzuschreiben, wodurch der Handelsvertretung die Anschaffung von effektiven Dollar, die ihr damals sehr schwer fiel, erspart blieb. Diese Dollarakzepte konnten daraufhin in Reichsmark eingelöst werden.

3) Der Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft hat im September d. J. ein Rundschreiben an alle in Frage kommenden Verbände erlassen, in dem darauf hingewiesen wurde, dass eine Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphtaprodukte im deutschen Interesse liege.

4) Im Lieferungsabkommen vom April 1931 (erstes Pjatakoffabkommen³) ist der Zinssatz für die Akzepte der Handelsvertretung auf 2% über Reichsbankdiskont festgesetzt worden. Als nach dem Bankenkraich im Juli 1931 der Diskontsatz auf 15 und 20% stieg, ist von den Firmen freiwillig eine Höchstgrenze von 10% für die Zinsen der Handelsvertretung zugestanden worden. Die Firmen haben hierdurch große Verluste erlitten.

Im zweiten Pjatakoffabkommen vom 15. Juni 1932⁴ sind gleichfalls Zinsen in Höhe von 2% über Reichsbankdiskont festgelegt worden, jedoch mit der Maßgabe, dass der Höchstsatz 10%, der Mindestsatz 7% betrage. Als der Reichsbankdiskont dann jedoch auf 4% herabging, haben die Firmen sich damit einverstanden erklärt, dass an Zinsen nur 6% vergütet wurden.

*Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt*⁵.

gez. Bräutigam

Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt oben: H. Bräutigam, ich wäre dafür, dass Sie die Sache mit Bessonoff gelegentlich besprechen. Von anderer Hand: e. o. W IV Ru 5141 per 24. 11. 33. Kenntnisnahmen mit Datum.

PA AA, R 94658, o. P., 2 Bl.

¹ Das Gespräch von Neuraths mit Chinčuk fand am 24. 11. 1933 statt; vgl. Dok 295.

² Vgl. Dok 17, Anm. 21.

³ Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

⁴ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

⁵ Der Text ist am Rand angestrichen, daneben handschriftlicher Randvermerk: Orig[inal] vorgelegt 27/11.

Nr. 295

**Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath
mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Berlin, den 24. November 1933

e. o. IV Ru 5150/33

Aufzeichnung

Der Herr Reichsminister hat heute den Sowjetbotschafter empfangen und mit ihm die Frage des Schiedsgerichts wegen der Dollarklausel erneut eingehend besprochen. Das Ergebnis der Unterhaltung lässt sich dahin zusammenfassen, dass Herr Chintschuk versprochen hat, am Sonntag nach Moskau zu fahren¹ und dort zu versuchen, große Bestellungen für Deutschland zu erreichen. Er hofft, dass ihm dies gelingen und dadurch der Streitfall über die Schiedsgerichte und die Dollar-Aufwertung aus der Welt geschafft werden wird². Er bittet aber dringend, den Firmen hiervon nichts zu sagen und keinerlei Erörterungen auszulösen. Der Herr Reichsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt und zugesagt, dass er die Firmen zu veranlassen suchen wird, einstweilen keine Schiedsgerichte anzurufen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die präjudizierend wirken könnten.

Den Firmen soll lediglich mitgeteilt werden, dass Verhandlungen über die Beilegung der Streitfrage schweben und dass es im höchsten Maße unerwünscht sei, diese Verhandlungen durch einseitige Maßnahmen zu gefährden. Sollten aber trotzdem einzelne Firmen eigenmächtig vorgehen wollen, so wäre ihnen zu eröffnen, dass die Regierung ihre Haltung missbilligt und sie die volle Verantwortung für evtl. Störungen der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu tragen haben.

PA AA, R 35960, Bl. E 659820.

Nr. 296

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 7

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY, 25. November 1933

1. Dies war die erste dienstliche Visite Nadolnys nach der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens an Gen. Kalinin¹. Nadolny begann damit, dass er uns

¹ Chinčuks Reise nach Moskau erfolgte aus persönlichen Gründen, nämlich wegen der Krankheit seiner Tochter. Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit von Neurath vom 24. 11. 1933 In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 185–186.

² Chinčuk erklärte laut seiner Aufzeichnung gegenüber von Neurath, dass „die sowjetischen Wirtschaftsorgane erst dann Gespräche über Bestellungen werden aufnehmen können, wenn die deutschen Firmen gänzlich auf ihre unbegründeten Forderungen verzichten“. In: ebd., l. 186.

¹ Am 20. 11. 1933. Vgl. Dok. 288, Anm. 1.

zur Normalisierung unserer Beziehungen zu Amerika beglückwünschte². Danach fragte er, ob wir bereits im Besitz des exakten Wortlautes der Schreiben sind, die Litvinov und Roosevelt zu verschiedenen Fragen ausgetauscht haben³. Ich antwortete, dass diese Texte mit der Post kommen werden, und telegrafisch habe sie TASS übermittelt. Nadolny sagte, dass er die von TASS übermittelten Schreiben gelesen habe, er meinte lediglich, dass bei der telegrafischen Übermittlung und bei der Übersetzung diese oder jene Auslassung vorkommen könnte. Ich antwortete, soweit mir bekannt sei, seien der Inhalt der vereinbarten Schreiben aus dem früheren telegrafischen Schriftverkehr mit Litvinov und dessen Gedanken von TASS absolut richtig übermittelt worden und ich hätte keinerlei Grund zur Annahme, dass bei der telegrafischen Übermittlung der in der amerikanischen Presse veröffentlichten Schreiben irgendwelche Veränderungen vorgekommen seien. Jedenfalls würden wir die Originaltexte bald erhalten.

2. Danach äußerte Nadolny die Bitte, von Gen. Molotov empfangen zu werden. Außer Molotov würde er gern den Genossen die Aufwartung machen, mit denen er sich bei den Jubiläumsfeierlichkeiten in der Türkei⁴ bekannt gemacht habe, und zwar: mit Vorošilov, Bubnov, Kržižanovskij und Budennyj. Er wünsche weiter von Gen. Enukidze, der bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens zugegen war, und von Gen. Rozengol'c empfangen zu werden.

Ich antwortete, dass Gen. Molotov ihn selbstverständlich empfangen werde⁵, ich jedoch nicht **versprechen**⁶ könne, dass der Empfang in nächster Zeit stattfinden werde, weil Gen. Molotov momentan im Zusammenhang mit der bevorstehenden Sitzung des CIK sehr beschäftigt sei.

Ich würde bezüglich des Empfangs bei den Genossen Molotov, Vorošilov und Enukidze versprechen. Was die übrigen von ihm genannten Genossen betreffe, so möge sich die Botschaft direkt mit den Sekretariaten dieser Genossen in Verbindung setzen und den Tag festlegen, an dem sie Nadolny empfangen werden.

3. Danach setzte Nadolny eine feierliche Miene auf und fragte, ob ich in eine allgemeine Erörterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen eintreten oder zu einzelnen Sachfragen übergehen möchte.

Ich antwortete, dass wir zu allgemeinen Themen bereits unsere Meinungen während seiner ersten Visite⁷ und während seines Empfangs bei Gen. Kalinin ausgetauscht hätten. Beide Seiten hätten ihren Wunsch erklärt, die früheren guten Beziehungen beizubehalten. **⁸ Unser Wunsch sei vollkommen aufrichtig und wir unternähmen unsererseits alles, um die früheren Beziehungen aufrechtzuerhalten. Jetzt sei die deutsche Seite an der Reihe, durch Taten zu beweisen, dass sie es auch tatsächlich wünsche, die früheren Beziehungen zu bewahren.

Nadolny sagte, dass ihn meine Fragestellung etwas verwundere, denn er habe dieser Tage Gen. Kalinin offiziell im Namen des Präsidenten der Deutschen Republik und der deutschen Regierung erklärt, dass die deutsche Seite es wünsche,

² Vgl. Dok. 155, Anm. 10.

³ Vgl. DVP, Bd. XVI. Dok. 363, 364, 365, 366, 367.

⁴ Vgl. Dok. 282, Anm. 3.

⁵ Molotov empfing Nadolny am 16. 12. 1933, die Unterredung hatte einen protokollarischen Charakter. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 8–9.

⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: mitteilen.

⁷ Vgl. Dok. 288.

⁸ Das an dieser Stelle stehende Wort „Leider“ ist gestrichen.

nicht nur nach wie vor die Verträge von Rapallo⁹ und Berlin¹⁰ als Grundlage für die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu betrachten, sondern sie die Rapallo-Linie sogar konsequenter zu befolgen wünsche.

Ich antwortete, dass ich nicht das Recht hätte, an der Aufrichtigkeit seiner Erklärung zu zweifeln, doch ich könne nicht umhin zu bemerken, dass trotz dieser Erklärungen die deutsche Seite in der Praxis nicht die frühere Linie befolgt. Der zwischen uns bestehende und unlängst verlängerte **Berliner**¹¹ Vertrag verpflichte die deutsche Seite, uns über ihre Schritte auf dem Gebiet der internationalen Politik zu informieren. Auf diesem Gebiet habe es in letzter Zeit zwei bedeutende Ereignisse gegeben. Erstens, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz. Von dieser Entscheidung und dem Schritt der deutschen Regierung hätten wir erst aus Zeitungen erfahren. Weiter, unlängst hätten die deutsche und die polnische Regierung Erklärungen ausgetauscht, keine Gewalt bei der Lösung von Fragen, die zwischen ihren Ländern strittig sind, anzuwenden¹². Von diesem Schritt hätten wir ebenfalls erst aus den Zeitungen erfahren, und die deutsche Regierung habe es weder vor dem Austausch der Erklärungen noch danach für nötig erachtet, uns **über die Umstände**¹³ und Bedingungen des zwischen ihr und der polnischen Regierung abgeschlossenen Abkommens zu informieren. Allein die zwei letzten von mir angeführten Tatsachen zeigten, dass es zwischen den offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung und ihren praktischen Taten eine gewisse Diskrepanz gebe.

Nadolny antwortete, dass die Entscheidung zum Austritt aus dem Völkerbund und der Konferenz in Eile getroffen worden sei, ohne diese Frage vorher durchzuarbeiten. Er habe bei der Entscheidung **mitgewirkt**¹⁴ und wisse, dass es keine Möglichkeit gegeben habe, uns darüber vorab zu informieren. Was den zweiten von mir angeführten Fall betreffe, so habe er in Berlin angefragt, ob er die sowjetische Regierung informieren solle¹⁵. Er habe die Antwort erhalten, dass man Gen. Chinčuk eine entsprechende Mitteilung gemacht habe.

Ich antwortete Nadolny, dass Gen. Chinčuk uns nicht mitgeteilt habe, dass ihm von Neurath oder Bülow bezüglich dieser Frage irgendetwas mitgeteilt worden wäre.

Nadolny sagte, dass er vor seiner Abreise gefordert habe, ihm eine schriftliche Instruktion zu geben, die eine Darlegung jener Aufgaben enthält, die die deutsche Regierung in ihren Beziehungen zur UdSSR stellt, und eine Aufzählung der Schritte, die er unternehmen müsse, um dieses Ziel zu erreichen¹⁶. Das nächste Mal werde er diese Instruktion mitbringen und sie mir vorlesen, und ich würde mich davon überzeugen können, dass die Erklärungen bezüglich der Fortführung

⁹ Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

¹⁰ Vgl. Dok. 12, Anm. 12.

¹¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: deutschen.

¹² Am 15. 11. 1933. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 69, S. 126–127.

¹³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: über die Motive.

¹⁴ Das Verb ist korrigiert; ursprünglich: war anwesend. In einem Briefentwurf an von Blomberg vom 21. 11. 1933 schrieb Nadolny darüber: „Ohne im geringsten über die Berliner Absichten ins Bild gesetzt zu sein, insbesondere ohne zu wissen, dass man den Abbruch wollte und – wie ich später erfahren habe – schon entschieden hatte, bin ich von Genf angesaust gekommen.“ In: PA AA, NL Nadolny, Nr. 1450.

¹⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 75, S. 134.

¹⁶ Vgl. Dok. 281.

der früheren Politik und sogar bezüglich der Ausweitung und Vertiefung der Freundschaft zwischen unseren Staaten nicht nur seine persönlichen Bestrebungen darstellen, sondern völlig den Absichten der deutschen Regierung entsprechen.

4. Danach sagte ich, dass ich zu einer konkreten Frage unserer Beziehungen überginge, die sich mir gegenwärtig mit überaus ernsten Folgen darstelle, und zwar gehe es um die an die Berliner Handelsvertretung gerichteten Forderungen bezüglich der in Dollar ausgestellten und bezahlten Verpflichtungen.

Nadolny, der bereits bei der ersten Begegnung versucht hatte, eine Trennung zwischen der hohen Politik und den Niederungen von Geschäftsrechnungen, die sich nicht auf die allgemeine politische Linie auswirken ^{**können**}¹⁷, vorzunehmen, drückte seine Verwunderung aus, dass ich dieser zweitrangigen Frage eine solch große Bedeutung beimesse.

Ich drückte meinerseits meine Verwunderung darüber aus, dass Nadolny diese Frage unterschätze. Ich legte das Wesen der Frage so dar, wie wir es verstünden, und zwar:

Bei den von unseren Wirtschaftsorganen in Deutschland getätigten Aufträgen hat die Handelsvertretung eine große Anzahl von Wechseln akzeptiert, die auf ausdrücklichen Wunsch der Firmen nicht in Mark, sondern in Dollar und Pfund ausgestellt wurden. Als die deutschen Firmen die Wechsel in ausländischer Währung forderten, rechneten sie sich aus, dadurch Gewinn zu machen, da sie davon ausgingen, dass die deutsche Mark wahrscheinlich im Kurs fallen werde. Wie dies oft bei Spielen passiert, kam alles ganz anders: die deutsche Mark hält bis jetzt ihren früheren Kurs, dagegen sind Dollar und Pfund stark gefallen. Die deutschen Firmen haben somit nicht gewonnen, sondern verloren. Die Firmen wollen nun eine Entschädigung für ihre Kursverluste bekommen, und sie versuchen, sich diese Entschädigung von der Handelsvertretung zu holen. Dabei nehmen die Firmen, die sich ausschließlich von privatwirtschaftlichen ^{**Überlegungen**}¹⁸ leiten lassen, keine Rücksicht auf den Schaden, den ihre Schritte für den sowjetisch-deutschen Handel anrichten können. Doch die deutsche Regierung und die deutschen Gerichte müssen an diese Versuche einzelner Industrieller unter dem allgemeinpolitischen Gesichtspunkt und unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Beziehungen zwischen den Staaten herangehen.

Nach den allgemeinen Normen des ^{**internationalen Privat**}¹⁹-Rechts werden die in Pfund und Dollar ausgestellten Wechsel in Banknoten von Pfund und Dollar ausgezahlt, vollkommen unabhängig von dem Kurs dieser Pfund- und Dollarbanknoten am Zahltag. Dies wird in der ganzen Welt so gehandhabt, und selbst die Deutschen bezahlen ihre Verpflichtungen, wenn sie sie an Amerika und England bezahlen, in nominalen Pfund und Dollar, ohne irgendeine Umrechnung vorzunehmen.

Die deutsche Regierung kann nicht umhin, sich in dieser Frage mit unserem Standpunkt einverstanden zu erklären. Weiter zur Frage der Gerichtsbarkeit. Nach den allgemeinen Normen des Völkerrechts darf bei Gerichten eines Landes keine

¹⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: könnten.

¹⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Interessen.

¹⁹ Der Text ist über der Zeile korrigiert, ursprünglich: international-bürgerlichen.

Klage gegen eine ausländische Regierung erhoben werden. Eine Ausnahme ist nur bei vorliegendem Einverständnis der ausländischen Regierung erlaubt. Bei Abschluss des Handelsvertrages mit Deutschland haben wir uns damit einverstanden erklärt, Streitfälle mit der Handelsvertretung durch deutsche Gerichte klären zu lassen. Unser Einverständnis war jedoch an die einschränkenden Bedingungen geknüpft, **denen zufolge**²⁰ die allgemeine Regel bezüglich der Nichtzuständigkeit von deutschen Gerichten für die sowjetische Regierung in Kraft bleibt. Die Handelsvertretung hat sich laut Vertrag vor deutschen Gerichten nur zu den Streitfällen zu verantworten, die sich aus einer Nichterfüllung der von ihr abgeschlossenen Verträge ergeben. Die Klagen aber, die gegen die Handelsvertretung im Zusammenhang mit den Dollar-Wechseln eingereicht werden, sind keine Klagen, die die Vertragserfüllungen betreffen (die Handelsvertretung hat alle ihre Vertragsverpflichtungen erfüllt), sondern es sind Klagen, die eine Entschädigung für Verluste betreffen, die durch die Weltwirtschaftskrise und durch den Kursverfall des amerikanischen Dollar entstanden sind. Solche Klagen sind überhaupt keine Klagen, die sich aus einem Rechtsstreit bezüglich von Vertragserfüllungen ergeben. Wir haben niemals unsere Zustimmung dazu gegeben, solche Fälle vor einem ausländischen Gericht zu verhandeln, wir werden an keinem Gerichtsverfahren teilnehmen und die Urteile, die vielleicht in diesen Angelegenheiten von **deutschen Gerichten**²¹ gefällt werden, werden wir selbstverständlich nicht anerkennen.

Wenn entgegen unseres zweifelsfreien prozessualen und materiellen Rechts deutsche Gerichte bezüglich der als Folge des Kursverfalls des Dollars eingetretenen Verluste Klageverfahren eröffnen und dazu Urteile fällen sollten, Vollstreckungsbefehle zu erteilen und die Geldeinlagen und Waren der Handelsvertretung zu beschlagnahmen, so wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die Warenlieferung nach Deutschland einzustellen und unser Geld dort in den Banken zu belassen. Und dies wird natürlich zur Einstellung des Handels zwischen Deutschland und uns führen. Meine Aufgabe bestehe darin, Nadolny und über ihn der deutschen Regierung klar zu machen, dass entgegen unseres Wunsches und möglicherweise entgegen des Wunsches der deutschen Regierung der Fall eintreten könnte, dass wir genötigt sein könnten, den Handel mit Deutschland einzustellen. Falls die deutsche Regierung dies nicht wünschen sollte, müsse sie Maßnahmen ergreifen und den deutschen Firmen vorschlagen, an uns keine Forderungen zu stellen, die keine gesetzlichen Grundlagen haben. Sie müsse den Gerichten klar machen, dass sie zu diesen Fällen keine Verfahren eröffnen.

Ich sähe die Bezugnahme auf die Unabhängigkeit der Gerichte voraus. Ich bestreite nicht diese Unabhängigkeit. Der Richter sei nach seinem Gewissen frei, den ihm zur Behandlung vorgelegten Gerichtsstreit zu entscheiden. Doch er entscheidet bei weitem nicht nach eigenem Ermessen, sondern auf der Grundlage des Gesetzes. Die von der deutschen Regierung mit anderen Staaten abgeschlossenen internationalen Verträge seien für die Richter ebenfalls bindende Gesetze. Die Regierung, die diese Verträge abgeschlossen habe und wisse, was sie **gerade**²² damit bei der Abfassung dieses oder jenes Artikels des Vertrages im Sinn gehabt

²⁰ Die Textstelle ist korrigiert, ursprünglich: in denen.

²¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: den Deutschen.

²² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

hätte, habe das Recht, dem Gericht die Bedeutung der Verträge zu erläutern und ****diese****²³ Erläuterungen als für das Gericht verbindlich zu erklären. Das deutsche Außenministerium habe nicht das Recht, sich einer solchen Erläuterung für die Gerichte zu entziehen, die das Wesen des Teils des Handelsvertrages zwischen der UdSSR und Deutschland betreffen, in dem von der Gerichtszuständigkeit die Rede ist.

Ich hätte diesen Standpunkt bereits in meiner Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger Twardowski am 27. Oktober dieses Jahres ausführlich dargelegt²⁴. Das Außenministerium habe trotz meiner Unterredung nichts unternommen, und das Gerichtsverfahren gegen unsere Handelsvertretung sei fortgesetzt worden. Auf unseren Vorschlag habe Gen. Chinčuk zu diesem Thema mit Minister Neurath gesprochen²⁵. Trotz dieser Unterredung sei das gerichtliche Vorgehen gegen die Handelsvertretung fortgesetzt worden, wobei die Vertreter des Außenministeriums, denen Neurath diese Frage übertragen hatte, den Vertretern unserer Handelsvertretung erklärt hätten, dass sie in diese Angelegenheit nicht eingreifen würden.

Ich hätte darauf Gen. Štern beauftragt, über Twardowski die deutsche Regierung noch einmal ernsthaft vor möglichen Folgen aus der gegen die Handelsvertretung eingeleiteten Gerichtskampagne zu warnen²⁶. Erst danach hätte diese Angelegenheit seitens der deutschen Regierung eine gewisse Aufmerksamkeit erfahren.

Doch die Antwort, die Ministerialdirektor Meyer Gen. Chinčuk gegeben habe²⁷, und der Vorschlag, der ihm vom Vorsitzenden des Russlandausschusses der Deutschen Industrie, Direktor Reyß²⁸, unterbreitet worden sei, seien absolut unannehmbar.

Dies sei auch der Grund, weshalb ich genötigt sei, noch einmal diese Frage aufzugreifen und Herrn Nadolny zu bitten, energische Schritte zu unternehmen, um die Versuche einzustellen, von der Handelsvertretung unberechtigte Summen zwangsweise einzutreiben.

Nadolny antwortete, dass sich der deutschen Seite die Angelegenheit anders darstelle: In Deutschland gebe es Privatbesitz, und die Firmen, die von der Regierung unabhängig und nicht mit ihr verbunden seien, verteidigten ihre Geschäftsinteressen, ohne sich dabei mit dem Außenministerium zu konsultieren. Deshalb sei bis zu dem Moment, als sich die sowjetische Regierung an die Deutsche Botschaft in Moskau gewandt habe, dem Außenministerium bezüglich des Aufkommens von Gerichtsstreitigkeiten nichts bekannt gewesen. Erst als ich seinerzeit Twardowski die erste Vorstellung gemacht hätte, habe sich das Außenministerium dieser Frage angenommen und sie geprüft. Dies sei keine Frage der Außenpolitik, dafür gebe es die dafür zuständigen Ministerien für Wirtschaft, Justiz und andere;

²³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²⁴ Vgl. Dok. 267.

²⁵ Vgl. Dok. 277.

²⁶ Vgl. Dok. 280.

²⁷ Vgl. Dok. 285.

²⁸ Die Vorschläge liefen auf Folgendes hinaus: 1. Um weitere Wertverluste der im Umlauf befindlichen und der noch auszustellenden Dollar-Wechsel zu vermeiden, ist eine Festsetzung des Wechselkurses zwischen Dollar und Mark zu vereinbaren, und dieser Kurs ist dann bei den weiteren Verrechnungen in Anwendung zu bringen. 2. Den Firmen, die wegen der Dollar-Wechsel Verluste erlitten haben, ist im Jahr 1934 eine Erhöhung der sowjetischen Bestellungen proportional in Höhe ihrer Verluste zu gewähren. Vgl. Dok 285, Anm. 10.

deshalb sei eine gewisse Frist für die interministerielle Bearbeitung der Frage erforderlich gewesen. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb Neurath Gen. Chinčuk in dieser Angelegenheit nicht sofort eine Antwort geben konnte, und er den Auftrag erteilt habe, diese Frage umgehend zu bearbeiten.

Für viele Streitsachen zwischen den Firmen und der Handelsvertretung bezüglich der Dollar-Wechsel seien nach Auffassung der kompetenten Ämter sowohl Schiedsgerichte als auch die Landgerichte in Deutschland zuständig. Zu dieser Schlussfolgerung seien die zuständigen Behörden aufgrund der exakten Wortlaute der konkreten Lieferverträge gelangt, die zwischen der Handelsvertretung und den Firmen abgeschlossen worden seien. Denn die Verträge seien nicht alle völlig gleichlautend. Es gebe 17 Vertragstypen. Einige Verträge seien so abgefasst, dass sie keine Zweifel hinsichtlich des Rechts der Handelsvertretung aufkommen ließen. Einige Verträge räumten den Lieferanten diese oder jene juristische Möglichkeit ein, Entschädigungen für ihre Verluste zu fordern und dies zudem über das Gericht einzuklagen. Da aber die Sowjetregierung außergewöhnlich scharf erklärt habe, dass sie nicht vor Gericht erscheinen und sich nicht den Urteilen unterwerfen würde, habe die deutsche Regierung in der Absicht, die Angelegenheit nicht zu verschärfen, den Firmen vorgeschlagen, von den Gerichtsverfahren Abstand zu nehmen, worüber die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR in Deutschland in Kenntnis gesetzt worden sei. Doch jetzt ergebe sich die Frage, wie es weiter gehen solle. Die deutsche Regierung schlage uns vor, sich an einen Tisch zu setzen, wobei nach Auffassung von Nadolny nicht wir beide dies tun sollten, und auch nicht Chinčuk, sondern Vejcer und Vertreter der deutschen Industrie, die sämtliche Verträge durchsehen und sich darüber verständigen sollten, zu welchen Verträgen die Handelsvertretung irgendetwas nachzahlen müsse und zu welchen nicht.

Ich antwortete Nadolny, dass ich zum ersten Mal von ihm höre, dass die deutsche Regierung den Firmen vorgeschlagen habe, nicht mit Gerichtsklagen gegen die Handelsvertretung vorzugehen. Solch eine Erklärung sei bis jetzt in Berlin nicht abgegeben worden. In Berlin sei der Handelsvertretung der Vorschlag unterbreitet worden, sich auf einen fixen Dollarkurs zu einigen, nach dem die weiteren Zahlungen gemäß den Dollar-Wechseln vorgenommen werden sollen, unabhängig davon, ob der Dollar weiter falle oder nicht. Nadolny, der mir heute die Einstellung der gerichtlichen Eintreibungsverfahren mitgeteilt habe, verknüpfe seine Mitteilung mit dem Vorschlag, Verhandlungen aufzunehmen, um diese oder jene Firma, die, wie er behaupte, in „Mitleidenschaft gezogen“ worden sei, zu befriedigen. Mit anderen Worten: Uns stelle man eine Reihe von unbegründeten Forderungen und danach gebe man sein Einverständnis, Einfluss auf die Kläger zu nehmen, damit sie von dem Gerichtsweg Abstand nehmen, wenn wir uns damit einverstanden erklären, ohne Gericht irgendwelche Summen auf der Grundlage der ungerechtfertigten Forderungen zu zahlen. Wir lehnten Zuzahlungen, welcher Art sie auch sein mögen, kategorisch ab, und Gen. Chinčuk hat auf unsere Weisung bereits gestern Außenminister Neurath mitgeteilt, dass wir den Vorschlag von Reyß ablehnen²⁹. Dies sei unsere endgültige Antwort.

²⁹ In der Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit von Neurath vom 24. 11. 1933 wird die sowjetische Reaktion auf den Vorschlag von Reyß nicht erwähnt. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 185–186.

Nadolny erbleichte und sagte: Wenn dies Ihre endgültige Antwort ist und wenn Ihr Botschafter sie bereits unserem Außenminister übermittelt hat, so sehe ich nicht ein, weshalb wir über diese Frage sprechen und warum ich mich um diese Fragen sorgen muss. Möge man sich damit in Berlin befassen.

Ich antwortete, dass mich eine solche Fragestellung verwundere. Erstens hätte ich den Auftrag meiner Regierung, ausführlich unsere Haltung sowohl hier als auch in Berlin darzulegen, und da er die ganze Zeit über seinen Wunsch spreche, unsere Beziehungen „in Ordnung zu bringen“, so bestehe seine Aufgabe darin, bei der Beseitigung der ernststen Hindernisse auf dem Weg zu einer Verbesserung unserer Beziehungen mitzuwirken.

Ich rechnete damit, dass er alle von mir ausgeführten Überlegungen nach Berlin übermitteln und er seiner Regierung empfehlen werde, die Rechtmäßigkeit unserer Haltung anzuerkennen und jeglichen Schaden für unsere Beziehungen abzuwenden, der durch nicht mit der Regierung abgestimmte Schritte einzelner Firmen entstehen könnte.

Nadolny antwortete, dass seine Regierung auf meine Argumente antworten könnte, so wie wir von der Rechtmäßigkeit unserer Position überzeugt seien, so könnten viele deutsche Firmen auch von der Rechtmäßigkeit ihrer Position überzeugt sein; die deutsche Regierung protestiere dagegen, dass wir die vorgebrachten Forderungen der Firmen als ungesetzlich erachten, die deutsche Regierung protestiere gegen unsere Forderung, die Unabhängigkeit der Gerichte usw. anzugreifen. Er wolle nicht, dass durch derartige offizielle Antworten eine Verschärfung eintritt. Er beschränke sich deshalb darauf, unsere endgültige ultimative Antwort anzuhören und sie seiner Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Ich antwortete, dass die Frage, ob er seiner Regierung empfehlen werde, diesen Konflikt ohne Restbestände zu beseitigen, selbstverständlich seine persönliche Angelegenheit sei und in den Bereich der Innenbeziehungen zwischen dem Außenministerium Deutschlands und der Deutschen Botschaft in Moskau falle. Ich lenke jedoch noch einmal seine Aufmerksamkeit auf das Erfordernis, diese ganze Angelegenheit umgehend aus der Welt zu schaffen, wenn er wünsche, die Hindernisse bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern aus dem Weg zu räumen.

Danach drückte Nadolny sein Bedauern aus, dass unsere erste dienstliche Unterredung solch einem unangenehmen Thema gewidmet gewesen sei. Zugleich hoffe er, dass wir bei der nächsten Begegnung auf etwas angenehmere Themen eingehen könnten; damit verabschiedeten wir uns³⁰.

Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 28. XI. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2341 vom 28. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 11 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Stalin, Molotov, Vorošilov, Štern, P[unkt] 4 an Rozenbljum, nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1, l. 373–365. Kopie.

³⁰ Zur deutschen Version der Unterredung bezüglich des Dollar-Konfliktes vgl. Telegramm Nadolnys an das AA vom 26. 11. 1933. In: PA AA, R 105702, o.P.

Nr. 297
**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rudzutak**

GANZ GEHEIM
[25. November 1933]¹

AN DEN
STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DES SNK DER UdSSR
Gen. JA. Ė. RUDZUTAK
Kopie an: GOSPLAN der UdSSR
Gen. TROJANOVSKIJ

Stellungnahme zum Bericht von Gosplan über unseren Handel mit Deutschland
(28/X/33 Nr. 1472/328s.)²

Der Bericht von Gosplan über unseren Handel beruht auf veralteten Daten der Zollstatistik. Die Zollstatistik registriert die Ausfuhr von den Waren aus Deutschland, die bedeutend früher gekauft oder bestellt worden sind. Deshalb ist die Zollstatistik bezüglich unserer Einfuhr zum jetzigen Zeitpunkt kein Gradmesser für unsere Aktivität mit diesem oder jenem Land, sondern für unsere Tätigkeit vor ca. einem halben Jahr. Dies ist auch der Grund ****dafür****³, dass der abrupte Rückgang unserer Einkaufstätigkeit in Deutschland auch erst in späteren Daten der Zollstatistik seinen Niederschlag finden wird.

Wenn man die Zahlen der von uns in Deutschland getätigten Aufträge nimmt, so ergibt sich folgendes Bild:

1932 wurden in Deutschland Aufträge in Höhe von 252 Mio. Rubel vergeben (53,8% der Gesamtsumme der von der UdSSR ins Ausland vergebenen Aufträge). Im Zeitraum von neun Monaten 1933 verringerte sich die Auftragserteilung in Deutschland um das 3½ fache im Vergleich zu der gleichen 9-Monate-Zeitspanne von 1932 und machte insgesamt nur 65,3 Mio. Rubel aus (42% der Gesamtsumme der realisierten Aufträge). Man muss jedoch berücksichtigen, dass von dieser Summe 24 Mio. Rubel für Röhren auf der Grundlage des Sonderabkommens mit Wolff bezüglich des Vier-Jahres-Kredites ausgegeben worden sind⁴. Wenn man diese Summe herausnimmt, so erreicht der Anteil Deutschlands bei den übrigen Aufträgen nicht einmal 33% für die vergangenen neun Monate des laufenden Jahres. Für das IV. Quartal dieses Jahres war vorgesehen, in Deutschland Aufträge in einer Gesamtsumme von 7,3 Mio. Rubel oder 15% des Quartalplans zu tätigen. Somit ergibt sich für die Dynamik unserer Auftragserteilung in Deutschland für das Jahr 1933 folgendes Bild:

¹ Datiert nach dem Vermerk der Schreibkraft.

² Vgl. Dok. 268.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Der Vertrag mit der Firma Otto Wolff über die Lieferung von Metallen, Röhren und Anlagen an die UdSSR in Höhe von 65 Mio. Mark zu den Konditionen eines vierjährigen Kredites (65% jährlich) war am 17. 12. 1932 abgeschlossen worden. Vgl. RGAE, f. 413, op. 13, d. 521, l. 37–38.

Quartal	Summe der Auftragserteilungen	In % von der Gesamtsumme
I.	11,9 Mio. Rubel	37%
II.	40,2 – " –	61 "
III.	11,8 – " –	24 "
Plan IV. Quartal	7,3 – " –	15,5%
Gesamt für das Jahr	71,2 Mio. Rubel	36%
Nach Abzug der Aufträge an Wolff	47,2 Mio. Rubel	28%
Ohne Röhrenauftrag an Wolff	16,2 Mio. Rubel	38%

Die Tabelle verdeutlicht die beständige Verringerung der Summe der von uns in Deutschland getätigten Aufträge, nicht nur in absoluten, sondern auch in prozentualen Zahlen.

Zur Charakteristik für den *abrupten Umschwung*⁵, der sich in unseren Beziehungen zu Deutschland vollzogen hat, sind folgende Daten aufschlussreich:

Wir exportierten nach Deutschland in den ersten 9 Monaten 1933 für 68 Mio. Rubel

–"– –"– –"– –"– 1932 für *75*⁶ –"–

Wir erteilten Aufträge in Deutschland in den ersten 9 Monaten 1933 für 65,4 Mio. Rubel

–"– –"– –"– –"– 1932 für *211*⁷ –"–

Noch stärker wird sich das Verhältnis zwischen Ex- und Import im Jahr 1934 verändern: Nach dem vorläufigen Planentwurf wird unser Export 1934 nach Deutschland ungefähr 90 Mio. Rubel Fob⁸ betragen, bei einem Import in einem Umfang von etwa 20% des gesamten Importplans. Dies bedeutet, dass wir *1934 zum ersten Mal nach vielen Jahren eine aktive Handelsbilanz mit Deutschland haben werden*⁹.

Daraus kann man den Schluss ziehen, dass die Behauptung bezüglich einer angeblich spürbaren Verstärkung unserer Importabhängigkeit vom deutschen Markt nicht dem tatsächlichen Stand der Dinge entspricht.

Das Narkomvneštorg misst dem nach Ländern aufgeschlüsselten Ex- und Importplan eine außerordentliche Bedeutung bei, weil dies die handelspolitische Situation in allen Ländern erfordert, mit denen wir Handelsbeziehungen pflegen. Dem Narkomvneštorg ist es in den letzten 2½ Jahren gelungen, auf diesem Gebiet große Erfolge zu erzielen. *Ich erachte jedoch den Vorschlag, der Regierung die Länderpläne zur Bestätigung vorzulegen, für nicht richtig. Das Narkomvneštorg muss die von ihm aufgestellten Länderpläne unter den Bedingungen einer sich schnell verändernden Konjunktur und einer sich ständig verändernden handelspolitischen Situation in den einzelnen Länder realisieren*¹⁰. Dies erfordert von dem Narkomvneštorg allerhöchste Manövrierfähigkeit und Flexibilität. Angesichts

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Die Zahl ist unterstrichen.

⁷ Die Zahl ist unterstrichen.

⁸ Free On Bord; der in Fob abgerechnete Export beinhaltet den Frachtpreis der exportierten Waren, abzüglich aller Kosten (Frachtversicherung, Transport- und andere Kosten) bis zur Bordkante des Transportmittels.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

dieser Bedingungen würde eine Bestätigung unseres nach Ländern aufgeschlüsselten Ex- und Importplans durch die Regierung dem *Narkomvneštorg die nötige Manövrierfähigkeit nehmen und seine Arbeit äußerst erschweren*¹¹.

Was nun den Vorschlag von Gosplan betrifft, das Führungszentrum für den Außenhandel in Europa von Berlin in eine andere europäische Hauptstadt zu verlegen, so hat diese Frage keinerlei Bezug zu dem Umfang unserer Auftragserteilung in Deutschland, und man darf sie nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Umfanges unseres Handels mit Deutschland entscheiden. **Ich erachte diesen Vorschlag für nicht richtig.*¹²

VOLKSKOMMISSAR FÜR
AUßENHANDEL

Rozengol'c

Eigenhändige Unterschrift.

Eigenhändige Unterschrift von: Ja. Ė. Rudzutak.

Vermerk eines Unbekannten: Zu den Akten.

Oben links befindet sich der Stempel der Geheimabteilung des Verwaltungsamtes beim SNK der UdSSR und des STO mit der Eingangs-Nr. 175 vom 5. 1. 1934.

Auf Kopfbogen des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Nr. 14006 Geschr. 3 Expl., an die Adressaten, zu den Akten. 25/XI-33.

GA RF, R-5446, op. 14a, d. 1048, l. 1–3. Original.

Nr. 298

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski

Geheim

Nr. 17447

26. XI. 33¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI, 25. XI. 33

1. Twardowski bat mich, ihn in dringenden Angelegenheiten zu empfangen.

T[wardowski] bat mich, ihm eine Antwort auf den Protest gegen den Artikel von Kol'cov in der „Pravda“ vom 10. November zu geben, in der nach Auffassung der deutschen Regierung Minister Göring in unzulässiger Weise verunglimpft worden sei². Ich erinnerte T. daran, dass Nadolny in der Unterredung mit mir vorgeschlagen habe, nur die offiziellen Erklärungen maßgeblicher Politiker zu berücksichtigen³. Da nun aber T. einmal zu seinem Protest zurückkehre, sei ich gezwungen, seine Aufmerksamkeit auf eine Serie des „Völkischen Beobachters“ zu len-

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist handschriftlich geschrieben; der ursprüngliche Satzsatz wurde gestrichen: Persönlich meine ich, dass das Europazentrum wegen einer Reihe von höchst ernstesten Gründen in Deutschland verbleiben muss.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 280.

³ Vgl. Dok. 292.

ken, der eine Reihe von Fotos bringe, die Fälschungen seien. Diese zeigten Grausamkeiten der Weißen im Bürgerkrieg, die die Zeitung uns aber anlastete⁴. Ferner bringe eine Nummer des „Völkischen Beobachters“ eine Fotografie Lenins mit der Unterschrift „Der blutige Zar Russlands“⁵. T. wisse sehr gut, was Lenin für uns bedeute und wie unsere Öffentlichkeit auf derartige unzulässige Veröffentlichungen des „Völkischen Beobachters“, der nicht nur das Partei-, sondern zugleich das Regierungsorgan ist, reagieren müsse. T. erklärte mir genervt Folgendes: Man darf die Frage nicht ständig so stellen, wie Sie es tun. Wenn Sie es für nötig erachten, können Sie in Berlin oder hier gegen die Veröffentlichungen des „Völkischen Beobachters“, die ich persönlich als schädlich und unzulässig erachte, protestieren. Doch man darf nicht ständig eine Erscheinung mit der anderen verknüpfen. Danach sagte T. den folgenden, etwas merkwürdigen Satz: „Falls Sie uns sagen, dass dieser oder jener unserer Attachés irgendetwas Illoyales macht, werden wir Ihnen doch nicht erwidern, dass Ihr Attaché beleidigende Dinge über einen unserer Politiker sagt“. Auf meine befremdete Frage, was konkret denn T. meine, erklärte er, dass ihm dies einfach als Beispiel, das keinen konkreten Bezug habe, in den Sinn gekommen sei. Weiter erklärte T.: „Als eine deutsche Zeitung den schädlichen und beleidigenden Artikel über Volkskommissar Litvinov veröffentlichte und die sowjetische Bevollmächtigte Vertretung dagegen protestierte⁶, ist ihm auf der Pressekonferenz eine vollkommene Genugtuung gegeben worden, die Regierung erteilte der **Presse**⁷ einen Verweis und es wurde eine Entschuldigung ausgesprochen, wobei kein einziger Versuch unternommen wurde, die gegen Gen. Litvinov gerichteten Angriffe mit irgendwelchen Materialien **der sowjetischen**⁸ Presse in Verbindung zu bringen. Ich bitte Sie deshalb noch einmal, auf meinen Protest einzugehen, weil ich anderenfalls Ihnen versichern kann, dass alle Schritte Ihrer Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland, die sie bei einer Beleidigung von sowjetischen Staatsmännern unternehmen wird, mit diesem oder jenem Argument abgewiesen werden.“ Weiter unterstrich T., dass er nicht um irgendein Dementi oder eine konkrete Erklärung bitte. Er bitte lediglich darum, ihm eine Erklärung abzugeben, dass die sowjetische Regierung den für den deutschen Minister beleidigenden Presseartikel bedauere. T. bemerkte, dass er in einigen Tagen wiederkommen werde, um über diese Frage zu sprechen⁹.

2. T. las mir ein an alle Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten gerichtetes Rundschreiben des Preußischen Außenministeriums¹⁰ vor, in dem auf eine Reihe von Geheimanweisungen verwiesen wird, nach denen sie gemäß Niederlassungsabkommen verpflichtet seien, alle Verhaftungen von sowjetischen Staatsbür-

⁴ Vgl. Dok. 292, Anm. 10.

⁵ Vgl. Völkischer Beobachter vom 4. November 1933, Berliner Ausgabe, S. 4. Die Bildunterschrift neben der Fotografie lautet: „Von der Kanzel des Bürgerkriegs befahl der rote Zar Lenin blutigsten Terror und Mord ohne Ende.“

⁶ Vgl. Dok. 184.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist handschriftlich korrigiert; ursprünglich: Ihrer.

⁹ Am 16. 12. 1933 mahnte von Twardowski in der Unterredung mit Štern erneut die Antwort des NKID auf den Protest der Botschaft bezüglich des Artikels von Kol'cov an. Štern antwortete, dass er den Protest nicht annehmen könne, sprach jedoch sein Bedauern dahingehend aus, „dass die ‚Pravda‘ einen Artikel gebracht habe, der einige nicht korrekte Formulierungen, die sich auf den deutschen Minister bezogen, enthalte“. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 11–12.

¹⁰ So im Dokument; gemeint ist das Preußische Innenministerium.

gern der sowjetischen Botschaft in einer bestimmten Frist mitzuteilen¹¹. Diese Anweisungen seien genauestens zu erfüllen. T. bemerkte, dass dem Außenministerium in Berlin von der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR bekanntlich niemals etwas über analoge Direktiven seitens der sowjetischen Regierung erklärt worden sei.

3. T. möchte mit mir über eine seiner Meinung nach heikle Angelegenheit sprechen. Sie läuft auf Folgendes hinaus: Am 24. Dezember solle es wie jedes Jahr in der Moskauer lutherischen Kirche einen Weihnachtsgottesdienst geben. Alljährlich nähmen an diesem Tag die evangelischen Mitarbeiter der deutschen Botschaft an diesem Gottesdienst teil, bei dem das zu diesem Anlass übliche Ritual befolgt werde. In diesem Jahr habe sich die Frau T.s dieser Sache angenommen; und wie sie festgestellt hätte, habe die Leitung der lutherischen Kirche, die aus sowjetischen Staatsbürgern besteht, der Botschaft zu verstehen gegeben, dass es in diesem Jahr wünschenswert wäre, nichts zu organisieren. Zugleich habe der Kirchenchor dieser Kirche erklärt, dass er am 24. Dezember nicht singen werde. Wie die Botschaft feststellen konnte, gingen diese Erklärungen darauf zurück, dass am 4.¹² November im Zusammenhang mit dem Luther-Jubiläum¹³ Botschaftsangehörige am Gottesdienst teilgenommen hätten. Danach seien die Chormitglieder und die Kirchenleitung von bestimmten Leuten auf die möglichen Folgen **hingewiesen**¹⁴ worden, die sich daraus für sie persönlich ergeben könnten. T. wolle diese Frage nicht offiziell aufwerfen und uns zusätzlich Schwierigkeiten bereiten. Er wisse nicht, ob sich die Botschaft mit einem Schreiben an den Mossovet wenden und bitten sollte, den Gottesdienst in der lutherischen Kirche am 24. Dezember zu genehmigen. Er bitte mich deshalb, diese Angelegenheit irgendwie vertraulich zu regeln. Es könnte für uns unerwünschte Folgen haben, wenn sich herausstellen sollte, dass am 24. Dezember kein Gottesdienst nach dem gewohnten Ritual stattfinden könne. Er verstehe, dass es in der UdSSR gegenwärtig erhebliche Verdachtsmomente in Hinblick auf die faschistische Propaganda gebe. Er wolle mir erneut versichern, dass sich die Botschaft jeglicher Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten enthalte und sie dies auch von den deutschen Staatsbürgern fordere, soweit sie einen Einfluss auf sie habe. T. bittet mich, der Botschaft bekannt gewordene Fälle von Einmischungen von deutschen Staatsbürgern in die inner-sowjetischen Angelegenheiten mitzuteilen.

4. T. erachtet es als nötig, mit mir über eine sehr ernste Frage zu sprechen. Die Sache ist die, dass in den letzten Monaten die deutschen Staatsbürger keine Zeitungen aus Deutschland erhalten, da sie von der Zensur beschlagnahmt werden. Die Botschaft bemühte sich seinerzeit, diese Angelegenheit nicht aufzubauschen. Jedoch haben nationalsozialistische Partei-**Instanzen**¹⁵ aufgrund von Beschwerden, die von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR eintreffen, das Außenministerium aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den deutschen Staatsbürgern die Möglichkeit zu verschaffen, sich über die deutschen Angelegenheiten in-

¹¹ Vgl. Dok. 27, Anm. 9.

¹² Die Zahl ist korrigiert; ursprünglich: 24.

¹³ Der 450. Geburtstag von Martin Luther.

¹⁴ Das Verb ist korrigiert; ursprünglich: gab zu verstehen.

¹⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Organe.

formieren zu können. Dabei wurde die Forderung erhoben, in Berlin¹⁶ einen deutschen Klub nach dem Beispiel des sowjetischen Klubs in Deutschland einzurichten. T. hat, ohne mit mir darüber gesprochen zu haben, dem Auswärtigen Amt erklärt, dass diese Forderung zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt kommt, nur zusätzliche Unannehmlichkeiten bereiten und deshalb abgewiesen werden wird. Daraufhin ist die Botschaft von Berlin aufgefordert worden, die Einrichtung eines von der Botschaft organisierten Leseraumes durchzusetzen, wo die deutschen Staatsbürger Zeitungen lesen könnten, ohne sie jedoch mitnehmen zu können. Insbesondere wurde vorgeschlagen, zu diesem Zwecke die leerstehende Räumlichkeit in der deutschen Schule in dem Anan'evskij pereulok, in dem Haus, das dem Narkomtjažprom gehört, zu verwenden. Ich erklärte T., dass es zwischen unserem Klub in Berlin und dem geplanten Klub in Moskau keine Analogie gebe. Dort sei die Rede von Mitarbeitern der sowjetischen Einrichtungen, hier dagegen gehe es um in der UdSSR lebende deutsche Staatsangehörige. T. wandte darauf ein: „Ich empfehle Ihnen, diese Frage nicht auf diese Ebene zu stellen, weil man in Berlin das Prinzip der Gegenseitigkeit vollkommen anders versteht.“ Ich erklärte T. weiter, dass es nicht möglich sei, die ehemalige Räumlichkeit der deutschen Schule als Leseraum zu nutzen. Dieser Vorschlag sei absolut indiskutabel. Darauf sagte T. erregt Folgendes: „Sie wissen nicht, wie viel Unannehmlichkeiten wir mit dieser Sache haben. **In Berlin**“¹⁷ wollte man sogar in den jetzigen Räumlichkeiten der deutschen Schule einen Leseraum einrichten. Ich habe mich dem kategorisch widersetzt. Sie müssen jedoch wissen, dass Sie uns gegenüber irgendeine Zugeständnisse machen müssen. Davon ganz zu schweigen, dass Sie die Botschaft in eine unmögliche Lage bringen, wird man in Berlin dies dennoch in entschiedenster Form fordern.“ Falls das NKID die Variante mit dem Anan'evskij pereulok für unannehmbar halten sollte, verblieben noch immer zwei Auswege: entweder lasse die sowjetische Zensur die deutschen Zeitungen für die deutschen Staatsangehörigen zu oder im Botschaftsgebäude werde ein Leseraum eingerichtet werden. Dabei sei nur zu berücksichtigen, dass es zu einem großen Konflikt kommen werde, wenn die den Raum verlassenden deutschen Staatsangehörigen Unannehmlichkeiten bekommen sollten. Wir vereinbarten, dieses Thema nochmals aufzugreifen.

5. T. teilte mir in Ergänzung unseres Gesprächs beim Essen bei Nadolny bezüglich der verhafteten Verwandten seines Dienstpersonals Folgendes mit. Es handele sich nicht um fünf, wie er annahm, sondern um vier Personen. Und zwar um Aleksandr Aleksandrovič Šul'c, 27 Jahre, er arbeitete in der deutschen Konzession Drusag¹⁸, und Emma Aleksandrovna Šul'c, Hausfrau, 29 Jahre alt¹⁹. Beide sind Kinder des Portiers Twardowskis. Der Sohn wohnt in Vyšeslavcevo, Aleksandrovskaja ploščad' Nr. 1, Wohnung Nr. 4. Weiter geht es um Fridrich Gjunter, 29 Jahre alt, Buchhalter, er arbeitet in einem Gemüselager, David Gjunter, 26 Jahre alt,

¹⁶ So im Dokument; richtig: in Moskau.

¹⁷ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Aleksandr Šul'c war im Oktober 1933 von der OGPU verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft (Vorkuta) verurteilt worden.

¹⁹ Emma Šul'c war im Oktober 1933 von der OGPU verhaftet und zu fünf Jahren Lagerhaft (Vorkuta) verurteilt worden.

Schlosser in einer Militärwerkstatt, wo er seit dem 9. November 1933 arbeitet²⁰. Beide sind Söhne der Köchin Twardowskis, sie wohnen in der Stadt Toržok, Krasnoarmejskaja ul. 19, Wohnung Nr. 6.

Bei der Verabschiedung bat T. erneut, ihm möglichst bald eine Antwort auf die von ihm aufgeworfenen Fragen zu geben.

Štern

Vermerk N. N. Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4939 vom 26. 11. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., die 1.–4. [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder, das 5. nach Berlin, das 6. und 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 79–83. Kopie

Nr. 299

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov**

Ganz geheim

Expl. Nr. 3

1524

27. November [1933]

An

Gen. VINOGRADOV

Sehr geehrter Boris Dmitriewiĉ,

nachdem ich Ihren letzten Bericht über den Ausgang der Wahlen und des Referendums¹ sowie die Aufzeichnung der Unterredung mit Trębicki und anderen Diplomaten gelesen habe, fühle ich mich genötigt, zur Frage bezüglich des Charakters Ihrer Gespräche mit ausländischen Diplomaten zurückzukehren.

Als Sie mit Angehörigen der polnischen, tschechischen und französischen Botschaft sprachen, kritisierten Sie deren Schritte gegenüber Deutschland und drückten unsere Unzufriedenheit damit aus, dass die polnische Regierung eine Annäherung an Deutschland betreibt. Sie drohten damit, falls sie diese Linie fortsetze, würden auch wir denselben Weg beschreiten und die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland erneuern. Ihre Gesprächspartner müssen aus den Gesprächen mit Ihnen die Schlussfolgerung ziehen, dass wir eine Koordinierung

²⁰ Die Brüder Gjunter wurden im November 1933 von der OGPU verhaftet und im Februar 1934 für drei Jahre nach Kasachstan verschickt.

¹ Bei den nach dem Auszug Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz anberaumten Reichstagswahlen, die zusammen mit dem Referendum zur Außenpolitik des NS-Regimes durchgeführt wurden, wurde die Einheitsliste der NSDAP nach offiziellen Angaben mit 92,2% der Stimmabgaben (bei einer Wahlbeteiligung von 95,2%) bestätigt.

ihrer Schritte mit uns gegen Deutschland anstreben und wir ihre Annäherung an Deutschland als einen illoyalen Akt uns gegenüber betrachten.

Tatsächlich aber haben wir Polen, der Tschechoslowakei oder Frankreich niemals ein Abkommen gegen Deutschland vorgeschlagen. Andererseits haben wir es nicht als erforderlich erachtet, sowohl Polen als auch Deutschland zu erklären, dass wir mit ihrer sich abzeichnenden Annäherung unzufrieden wären.

Wir haben sowohl vor der Begegnung Hitlers mit Lipski² als auch danach Vorsicht und Zurückhaltung walten lassen und werden dies auch weiterhin tun.

*Würden wir den Polen diesen oder jenen Vorschlag unterbreiten oder eine Erklärung im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden polnisch-deutschen Annäherung abgeben wollen, so würden wir dies in Warschau oder in Moskau vornehmen, auf keinen Fall aber in Berlin. Wir würden über dieses Thema mit Beck oder Łukasiewicz sprechen, aber nicht mit dem Sekretär der polnischen Botschaft in Berlin*³.

Ihr Gespräch mit ihm kann für uns nicht von Nutzen sein, weil die polnische Regierung ihre Haltung gegenüber Deutschland selbstverständlich nicht auf der Grundlage von Gesprächen zwischen den Sekretären der sowjetischen und polnischen Botschaft entscheiden wird. Dieses Gespräch wird uns zweifellos schaden, weil das, was Sie mit Trębicki besprochen haben, den Deutschen angesichts der jetzigen Beziehungen zwischen den Polen und den Deutschen selbstverständlich zu Ohren kommen wird. Letztere werden dies aber nicht Ihnen persönlich in Rechnung stellen, sondern uns allen anlasten, weil niemand annehmen kann, dass Sie solche verantwortungsvollen Gespräche ohne direkte Beauftragung oder nicht zumindest mit der Erlaubnis Ihrer Dienststelle führen.

Meine eindringliche Bitte an Sie ist, in Ihren Gesprächen mit ausländischen Diplomaten mehr zuzuhören als zu sprechen und sich in Ihren Äußerungen von all dem zurückzuhalten, was eine Entscheidung der sowjetischen Regierung zu Fragen ihrer Außenpolitik vorwegnehmen könnte.

N. Krestinskij

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats von B. S. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 4714 vom 10. 12. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 E[xemplare]. Kopie an Gen. Litvinov.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 190–191. Kopie.

² Am 15. 11. 1933; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 69, S. 126–127.

³ Der Text ist am linken Seitenrand zweimal angestrichen.

Nr. 300

Aufzeichnung der Unterredung des Militärattachés in Moskau Hartmann mit
dem Militärattaché in Berlin Levičev

Moskau, den 28. November 1933

Deutsche Botschaft
Militärattaché
Bericht Nr. 170/33
Beilage I¹

Niederschrift

über den Besuch des sowjetrussischen Militärattachés in Berlin Lewitscheff

a) Schon vor 2 Monaten erzählte mir der Leiter der 2. Westabteilung im Nar-komindel, Stern, dass Lewitscheff nach Moskau komme und dass er angewiesen werde, mir seine Aufwartung zu machen. Da ich inzwischen verreist war und Lewitscheff längst nach Deutschland zurückgekehrt wähnte, kam ich auf die Sache nicht mehr zurück.

Am 20. 11. gelegentlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens des Herrn Botschafters fragte mich Herr Stern, ob Lewitscheff seine Aufwartung gemacht habe. Ich verneinte mit der rhetorischen Frage, ob denn Lewitscheff nicht inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt sei. Herr Stern sagte, Lewitscheff halte sich noch in Moskau auf und er werde ihn erneut an den Besuch erinnern. Im Anschluss daran sprach ich Smagin darauf an, dass mir Herr Stern den Besuch Lewitscheffs in Aussicht gestellt habe, dass Letzterer jedoch nicht erschienen sei.

b) Anscheinend dem Druck von beiden Seiten folgend, sagte Lewitscheff seinen Besuch für den 23. an. Bei der Aufwartung waren beide Gehilfen zugegen. Lewitscheff bat um Gelegenheit, dem Herrn Botschafter² vorgestellt zu werden. Er wurde daraufhin für den 23. abends beim Herrn Botschafter zu Gast gebeten. Außerdem folgte er einer Einladung, die ich zu Ehren des Herrn Botschafters unter Zuziehung der Chefs der Armee, der Flotte und Luftflotte am 25. veranstaltete.

c) Aus den wiederholten eingehenden, größtenteils unter 4 Augen geführten Gesprächen ist hervorzuheben:

Herr Lewitscheff machte einen frischen, vom langen Urlaub gut erhaltenen Eindruck. Er äußerte sich befriedigt über seine Berliner Eindrücke, über das, was er bei dienstlichen und privaten Reisen, die er offenbar in ausgedehntem *Maße (im Kraftwagen, allein) ausführte, gesehen hat. Er erkundigte sich nach unseren Eindrücken. Ich nahm die Gelegenheit wahr, ihm zu bemerken, dass uns trotz der wiederholten Versprechungen vor und nach den Manövern bisher nichts gezeigt worden sei³, abgesehen von den 3 kurzen allgemeinen Attachébesuchen (Iwano-

¹ Der Bericht enthält folgende Beilagen: 1. Niederschrift über den Besuch des sowjetrussischen Militärattachés in Berlin Lewitscheff, 2. Militärpolitische Nachrichten, 3. Militärische Nachrichten, 4. Luftbericht Nr. 2 (RWM nur bei 1. Ausfertigung); vgl. PA AA, R 30097, Bl. E 432829–432830.

² Rudolf Nadolny.

³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

wosnessensk⁴, Kubinka, Luga) und von der Teilnahme an dem Attachémanöver. *Lewitscheff war über diese Kommandos völlig unterrichtet, wich aber dem Vergleich der unterschiedlichen Behandlung aus^{*5}.

Lewitscheff bemerkte, dass er auf privaten Reisen auch viel von der Industrie gesehen habe, insbesondere soweit sie mit sowjetrussischen Lieferungsauträgen versehen sei.

Der Reichswehr im Allgemeinen zollte er hohe Achtung. Er äußerte volles Vertrauen in Bezug auf das Festhalten der Reichswehr an gemeinsamer Zusammenarbeit, insbesondere auch, was die persönliche Einstellung der maßgeblichen höchsten Führer anbelangt. Dagegen schien er besorgt, ob Regierung und Reichswehr in der Lage wären, ihre Auffassung gegenüber anderen Tendenzen zur vollen Auswirkung zu bringen, wobei er auf den zahlenmäßigen Bestand, das militärähnliche Gefüge und die propagandistische Arbeit in der SA und SS anspielte. *Ich versuchte, ihm diese irrige Auffassung sehr nachdrücklich zu widerlegen unter Hinweis auf die straff disziplinierte Durchführung des Führergedankens, auf die Stellung des Reichswehrministers⁶ im Kabinett, auf die Tatsache, dass SA und SS keineswegs bewaffnete Verbände seien^{*7} und nach den wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers die Reichswehr die einzige bewaffnete Macht im Staate sei und bleibe.

Lewitscheff sprach davon, dass die Ernennung eines *sowjetrussischen Marineattachés in Berlin für den 24.^{*8} bevorstände; es sei nur noch aus 5 Kandidaten die letzte Wahl zu treffen. Von der Absicht einer derartigen Ernennung war hier bisher nicht gesprochen worden.

Lewitscheff erzählte ferner, dass er vor mehr als 2 Monaten, noch vor seiner Abreise aus Deutschland, beim Chef T 3⁹ gesprächsweise unverbindlich angefragt habe, ob ein Antrag auf Teilnahme an den Akademiekursen von Erfolg sein würde, wobei er auf Jakowienkos Teilnahme Bezug nahm. Er habe den Bescheid erhalten, für die Teilnahme bestünde Aussicht, falls in Moskau eine gleichartige Teilnahme für Herrn Krebs oder mich zugestanden würde. L[ewitscheff] hat nach seiner eigenen Angabe hier mit keiner Stelle „im Sinne der Gegenseitigkeit“ verhandelt. Da meine bisherige Instruktion dahin ging, in Fragen des Kommando austauschs und der sonstigen Aktivierung unserer militärischen Beziehungen nichts zu unternehmen, sondern abzuwarten, bis die Dinge von Berlin aus zeitgerecht erneut aufgegriffen würden (Truppenamt Nr. 32/33 T V vom 2. 10. 33, Anlage 2), ging ich auf das Gespräch nicht weiter ein und unterlasse weitere Schritte bis zum Eintreffen neuer Weisungen. In diesem Zusammenhang bestätige ich das Telegramm vom 24. 11. mit folgendem Wortlaut:

„23. besuchte mich Lewitscheff. Mitteilte Ernennung russischen Marineattachés Berlin erfolge 24. Mitteilte ferner, dass er vor 2 Monaten im Reichswehrministerium Teilnahme Sonderausbildung gesprächsweise anschnitt und Auskunft

⁴ So im Dokument; richtig: Ivanovo, die Stadt Ivanovo-Vosnessensk wurde am 27. 12. 1932 umbenannt.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Werner von Blomberg.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen und der nachfolgende Satz am linken Seitenrand angestrichen.

⁹ Carl-Heinrich von Stülpnagel.

erhielt, Teilnahme sei voraussichtlich möglich, wenn hier entsprechende Gegenseitigkeit für mich oder Krebs. Lewitscheff eintrifft 28. Berlin. Wird dann seine Teilnahme offiziell beantragen. Hartmann.“

Die Neuorganisation der Gruppe Ausland im Rahmen des Ministeramtes empfindet Lewitscheff – anscheinend in Übereinstimmung mit seinen Berliner Kollegen – als nachteilig, weil den fremden Attachés auf diese Weise nicht mehr die Möglichkeit gegeben sei, mit den Bearbeitern ihrer Länder innerhalb der T 3 in Berührung zu kommen und weil auch sonst die hochgestellten Persönlichkeiten (Chef Ministeramt¹⁰, Chef T A¹¹ usw.) in praxi für ihre Anliegen sehr schwer erreichbar geworden seien. Ich entgegnete ihm, dass diese Organisation durchaus derjenigen entspreche, die in der Roten Armee von jeher üblich sei und dass für uns eine *Möglichkeit, Offiziere der Roten Armee an ihrer Arbeitsstelle aufzusuchen und sich mit ihnen unmittelbar zu besprechen, niemals bestanden habe^{*12}.

Beim Gespräch über die innerdeutsche Entwicklung betonte Lewitscheff ganz im Sinne der allgemeinen hiesigen Einstellung, dass man in der *Sowjetunion an eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, auch in den Kampf gegen den Marxismus nicht denke; dass man es aber auch strikte ablehne, wenn der deutsche Kampf gegen den Kommunismus über die deutschen Grenzen hinausgreife und man den russischen Bolschewismus als die Quelle allen Übels anprangere^{*13}. Beide Völker könnten ihren Staat nach eigenem Willen aufbauen. Das Zusammenleben der Völker sei von der politischen Struktur des einzelnen Staates unabhängig und regle sich nach den realen gegenseitigen Interessen. *Lewitscheff betonte die geschichtliche Erkenntnis der weitgehenden Übereinstimmung der deutschen und russischen Interessen und insbesondere auch die Tradition unserer letzten militärischen Zusammenarbeit^{*14}.

*Ich fragte Lewitscheff darauf, wie das russische Werben um Polen damit übereinstimme^{*15}; man könne darin außer dem Zusammenhang mit der Bedeutung für die russische fernöstliche Frage die antideutsche Pointe nicht übersehen. L. griff das Thema sofort auf, wobei spontan das *russische Misstrauen gegenüber der deutschen Außenpolitik und die gewisse hysterische Angst vor deutschen gewaltsamen Expansionsabsichten^{*16} zum Durchbruch kam. L. räumte ohne weiteres ein, dass die *russische polnische^{*17} Freundschaft weniger der Ausdruck gemeinsamer Interessen sei, als dass sie vorwiegend vorbeugenden Charakter trage. Sie sei gewissermaßen eine Verstandesehe ohne tiefere Neigung. Aus der offen ausgesprochenen Besorgnis Lewitscheffs vor einem gemeinsamen deutsch-polnischen Angriff auf die Sowjetunion ging klar hervor, dass die überlaute Betonung der Freundschaft gewissermaßen Polen den Deutschen als Bundesgenossen vorzunehmen soll, wenn auch ursprünglich die Politik der Nichtangriffspakte im Westen auf ganz anderen Erwägungen fußte. *Unter dem deutsch-polnischen Zusammenwirken versteht man die materielle oder allerwenigstens diplomatische

¹⁰ Walther von Reichenau.

¹¹ Ludwig Beck.

¹² Die Textstelle ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁷ So im Dokument; der Text ist unterstrichen.

Unterstützung Polens bei der Losreißung der Ukraine als Gegenleistung für die Rückgabe des Korridors und der verlorenen schlesischen Gebiete. Von der völligen Abwegigkeit solcher Gedankengänge ließ sich L. nicht überzeugen^{*18}. Diese Vorstellungen sitzen zu fest in dem gegenwärtigen russischen politischen Gedanken- gut.

Auch bezüglich des deutsch-französischen Verhältnisses schien Lewitscheff überzeugt von deutschen Revanchegedanken. Er meinte, es sei doch klar, dass Deutschland das Ziel vor Augen habe, durch Krieg seine westlichen Grenzen von 1914 wieder herzustellen. L. geht dabei von ganz überraschend irrigen Annahmen aus. Als ich ihn auf die eindeutige Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers bezüglich unseres Desinteresses an *Elsass-Lothringen* hinwies¹⁹, meinte er, es bliebe dann immerhin noch die Rückgewinnung des Saargebiets und *Luxemburgs*^{*20} (!) zu vollziehen. Die völkerrechtliche Lage hinsichtlich des Saargebiets ließ sich ohne weiteres klarstellen. Der geographische Irrtum bezüglich Luxemburgs ist allerdings kaum verzeihlich. *In solchen Gedankengängen sieht man die Saat der französischen Verhetzung gegen Deutschland blühen*^{*21}. Trotz des Hinweises auf die völlige Entwaffnung Deutschlands im Vergleich zu dem hochgerüsteten westlichen Nachbarn und auf die neuerliche Tatsache der dauernden Verlegung farbiger französischer Truppenteile in das Mutterland beharrte L. auf der Meinung, dass bei einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich der Erfolg unzweifelhaft auf deutscher Seite liegen würde, sofern beide Länder auf sich allein gestellt wären. Die französische effektive militärische Rüstung erschien L. durch die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie für ausgeglichen ohne Rücksicht auf die Anlaufzeit einer umfassenden Kriegserzeugung.

In wirtschaftlicher Hinsicht begrüßt man naturgemäß ganz besonders die Aufnahme der Beziehungen mit Amerika²². Gegen den französischen und englischen Lieferanten sprach sich L. sowohl vom Standpunkt der Qualität als [auch] der Kreditgewährung aus. Bei Deutschland erkannte er die qualitative Bewährung und insbesondere die völlige Zuverlässigkeit aller vertraglichen Bindungen an; dagegen hatte er Bedenken, ob das russische Kreditbedürfnis nach *Umfang und Zeitdauer befriedigt werden könne oder wolle. Dagegen erwartet man – vielleicht in übertriebenem Optimismus – von Amerika eine nach Zahl und Zeitdauer geradezu unbegrenzte Kreditgewährung*^{*23}. In diesem außerordentlichen Kreditbedürfnis liegt offenbar der springende Punkt.

d) Gesamturteil:

Lewitscheff brachte keine grundsätzlich neuen Gedanken. Da er seit 2 Monaten in Russland weilt und ohne Gegenwirkung durch persönliche Eindrücke und

¹⁸ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁹ Gemeint ist die Rede Hitlers vom 14. 10. 1933 aus Anlass des Austritts aus dem Völkerbund, in der er, an Frankreich gerichtet, die Rückkehr des Saargebietes als Recht aus dem Versailler Vertrag proklamiert, aber betont, dass es „darüber hinaus zwischen den beiden Ländern keine territorialen Konflikte mehr für Deutschland gibt. [...] Denn niemand könnte verlangen, dass um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Umfange und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl blühender Menschenleben vernichtet würde!“ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 312.

²⁰ Beide Ortsbezeichnungen sind unterstrichen

²¹ Die Textstelle ist am linken Seitenrand angestrichen.

²² Am 16. 11. 1933.

²³ Die Textstelle ist am linken Seitenrand angestrichen.

durch die Lektüre der deutschen Presse einseitig der russischen Sachdarstellung ausgesetzt war, kann es nicht wunder nehmen, dass er bis in die Einzelheiten der Argumentation hier das Lied so singt, wie die politische Leitung die Noten gesetzt hat. Die Linienführung und Beharrlichkeit seiner Gedankengänge ist bemerkenswert. Bei der Fortdauer dieses Zustandes werden wir trotz Aufrechterhaltung äußerlich korrekter Formen *mehr und mehr damit rechnen müssen, dass die bei vielen und einflussreichen Führern vorhandenen Sympathien für Deutschland immer mehr schwinden*²⁴. Hierfür sorgt nicht allein das weiterfressende russische Misstrauen im allgemeinen und die gegenwärtige Linie der russischen Politik und Presse gegenüber Deutschland im besonderen, sondern auch die rührige aktive allgemein politische Gegenarbeit von französischer und polnischer Seite, die sich auf die Neuheit und Schwungkraft der von Rückschlägen noch nicht belasteten neuen Freundschaften stützt und mit der Zeit auch nicht ohne Rückwirkung auf unsere deutsch-russischen militärischen Beziehungen bleiben kann. Gleichwohl halte ich Lewitscheff, der eine selbstbewusste Persönlichkeit mit klarem Blick ist, einer sachlichen Aufklärung in Deutschland durchaus für zugänglich, freilich darf diese nicht den mindesten Beigeschmack des Propagandistischen haben, sonst verkehrt sich die Wirkung ins Gegenteil.

*Ich schlage vor, Lewitscheff bei seinen Aufwartungen beim Chef M.A. und T.A., die er alsbald nach seiner Rückkehr ausführen will*²⁵, in ausgiebigen Unterredungen zu Worte kommen zu lassen, um ihn anschließend zu bearbeiten, ihm geeignetes Tatsachenmaterial (namentlich hinsichtlich Frankreich und Polen) an die Hand zu geben, ferner ihm womöglich die erstrebte Teilnahme an der Sonderausbildung zu gewähren; *letzteres am wenigsten wegen seiner sachlichen Weiterbildung, sondern um des lebendigen Kontaktes mit einem ausgewählten Kreis deutscher Offiziere und um des für uns besonders wichtigen Einblicks in den Stand und die Methode der russischen Akademieausbildung willen*²⁶.

Wenn Lewitscheff auch die gegenseitigen Beziehungen von Armee zu Armee als normal bezeichnet, so liegt doch anscheinend von seiner Seite her bisher *kein Zug*²⁷ besonderer Wärme darin und es besteht die Tatsache, dass L. *während seines Aufenthalts in der Sowjetunion für eine positive Verbesserung der Beziehungen nicht tätig geworden ist*²⁸.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt des Berichts (Bl. E 432829) Stempel des AA: II M 3970, Eing. 1. Dez. 1933, Gelesen: Nadolny [eigenhändige Unterschrift].

PA AA, R 30097, Bl. E 432831–432839.

²⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen, unterstrichen sind zusätzlich „rechnen müssen“ und „Sympathien für Deutschland immer mehr schwinden“.

²⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

²⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

²⁷ Der Text ist unterstrichen.

²⁸ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

Nr. 301
**Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Leiter der IV. Abteilung
im AA Meyer**

Moskau, den 28. November 1933

Lieber Herr Meyer!

Haben Sie vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 18. ds. Mts.; selbstverständlich werde ich nicht verfehlen, die von Ihnen darin behandelte Frage gelegentlich in geeigneter Weise zu verfolgen. Was die hiesigen Verhältnisse ^{**}in dieser Hinsicht ^{**1} anbetrifft, so scheint es mir allerdings, dass Ihre Annahme hinsichtlich der Person von Herrn Stern nicht ganz zutrifft. Ich habe in meinen bisherigen Unterhaltungen den Eindruck gewonnen, dass gerade er es ist, der immer versucht, milde Saiten aufzuziehen, während die schärfere Tonart von oben her, und zwar insbesondere von Herrn ^{*}Krestinski ^{*2} angeschlagen wird. Ob es bei Letzterem an seiner ^{*}Nervosität liegt^{*}, die ihn ^{*}starke Ausdrücke^{*3} wählen lässt, oder ob er tatsächlich einen ^{*}intransigenten^{*4} Standpunkt einnimmt, ist mir noch nicht klar geworden. Jedenfalls war er in der Unterhaltung über die Dollar-Angelegenheit ^{*}außerordentlich aufgeregt^{*} und ließ sich zu so ^{*}scharfen Ausdrücken hinreißen^{*5}, dass ich ihn sehr energisch zurückholen musste⁶. Allerdings ist diese Angelegenheit vielleicht gerade kein guter Maßstab für die Beurteilung und vielleicht darf man die jetzige Situation überhaupt nicht als maßgebend für die Haltung auffassen, die im Allgemeinen uns gegenüber beobachtet wird. Denn es ist ziemlich deutlich zu erkennen, dass augenblicklich hier eine gewisse ^{*}Übertreibung in der Kritik^{*7} an uns gesucht wird. Über die Gründe, die natürlich mit der ganzen augenblicklichen Situation zusammenhängen, werde ich mich nach einiger Zeit, nachdem mein Urteil sicherer geworden ist, entweder schriftlich oder mündlich eingehend äußern.

Was aber speziell die Dollar-Angelegenheit betrifft, so scheinen mir die Gründe für eine absichtlich scharfe Haltung der hiesigen Leute so klar auf der Hand zu liegen, dass ich sie in meinen letzten Telegrammen offen aussprechen zu können glaubte; und leider sind die Russen in dieser Sache nun einmal handelspolitisch und taktisch in einer unangreifbaren Position, sodass uns, wenn wir nicht zeitweilig einen gänzlichen Bruch riskieren oder wenigstens den Anspruch auf Bestellungen opfern wollen, wohl nichts übrig bleibt, als in unserer Politik elastisch zu sein und zunächst einmal an der Klippe des Abbruchs vorüberzugehen. Das Amt hat dies ja auch schon selbst getan, indem es die Frage der schiedsgerichtlichen Entscheidung einstweilen beiseite gestellt und eine Einigung in der Sache selbst herbeizuführen gesucht hat. Auf dieser Linie würde wohl weiter zu marschieren sein, und ich werde versuchen, sie auch hier in den Unterhaltungen

¹ Der Text ist eingefügt.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 296.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

mit Chintschuk und Krestinski zu verfolgen. Chintschuk ist eben angekommen, und ich habe ihn sowie Krestinski und Stern für morgen zum Frühstück eingeladen. Wahrscheinlich werden Sie also übermorgen zusammen mit diesem Brief ein weiteres Telegramm über die Angelegenheit erhalten.

Übrigens haben Sie in dieser Sache meinen lieben Botschaftsrat mit Ihren Briefen m.E. doch etwas zu hart angefasst. Herr von Twardowski hat mir die Notiz vorgelegt, die er nach der Unterhaltung mit Stern diktiert hat, und ich lasse sie Ihnen in der Anlage⁸ unter Rückerbittung zur Kenntnis bringen. Wie Sie daraus ersehen, ist er Herrn Stern auf dessen Ausführungen, die übrigens ausdrücklich im höheren Auftrag so gemacht wurden, tatsächlich die Antwort nicht schuldig geblieben. Derartige eigene Ausführungen pflegt man ja im Allgemeinen nicht in das Telegramm aufzunehmen, weil es sich von selbst versteht, dass man Anwürfe der anderen Seite nicht unerwidert lässt. – Übrigens ist mit der Behauptung, dass Herr Reichsminister nicht informiert gewesen sei⁹, Herr Krestinski auch mir gegenüber gekommen¹⁰. Ich habe darauf erwidert, der Minister sei selbstverständlich auf dem Laufenden gewesen, habe aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Ressortbesprechung sich nicht näher äußern wollen. – Also, wie gesagt, Herr von Twardowski hat, glaube ich, getan, was er nach seiner Kenntnis der Dinge und gerade in den Tagen, da er meine Ankunft erwartete, tun konnte, und man kann ihm keine besonderen Vorwürfe machen. Ich habe ihm daher auch geraten, mir die Antwort auf die Briefe zu überlassen, und darf wohl annehmen, dass die Sache damit ihre Erledigung gefunden hat.

Entschuldigen Sie, wenn ich im Übrigen einstweilen wenig von mir hören lasse. Ich muss mich in das mir doch ziemlich neue Milieu erst einleben und die Sicherheit des Urteils gewinnen, die zu einer maßgeblichen Äußerung notwendig ist. Auch warte ich die Rückkehr von Herrn Litwinow ab, der schließlich für die Gestaltung der hiesigen außenpolitischen Verhältnisse doch derjenige ist, an den man sich zu halten hat. Wenn ich in einigen Wochen wieder nach Berlin komme, hoffe ich so weit zu sein, dass ich Ihnen mit einer Beurteilung der hiesigen Lage und des sowjetischen Verhältnisses zu uns und vielleicht auch schon mit Vorschlägen über die weitere Gestaltung der Dinge aufwarten kann. Einstweilen bin ich mit herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Nadolny

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.

Handschriftlicher Vermerk: Anlage fehlt T[ippelskirch]1/12. Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt, oben links: WK Tippelskirch, bitte Antwort-Entwurf [nicht entzifferter Text] M[eyer].

PA AA, R 35960, Bl. E 659810–659814.

⁸ Vgl. Notiz von Twardowskis vom 15. 11. 1933. In: PA AA, R 35960, Bl. E 659815–659819.

⁹ Vgl. Dok. 280.

¹⁰ Vgl. Dok. 296.

Nr. 302

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 30. November 1933 0.32 Uhr

Ankunft: 30. November 0.45 Uhr

Cito!Nr. 269 vom 29 / Di.

Auf Tel. vom 28. d. M. Nr. 252 *).

*) IV Ru. 5190

Bei meinem heutigen Besuch beim Außenkommissar¹ *Rosenholz kam Dollarangelegenheit*² zur Sprache. Auf meinen Hinweis, wir hätten aus dieser Angelegenheit, aus dem fast gänzlichen Mangel an Bestellungen sowie aus auffälliger Zunahme von Beanstandungen deutscher Lieferungen durch die russische Importorganisation Eindruck gewonnen, dass man den Handel mit Deutschland *einschränken wolle*³, erwiderte Rosenholz, das sei *keineswegs der Fall*⁴. Deutschland stehe immer noch an erster Stelle. Bestellungen seien wohl allgemein zurückgegangen, weil man eine gewisse Pause eintreten lassen müsse, um *übermäßig anwachsende Verpflichtungen abzudecken*⁵, aber Zurücksetzung Deutschlands bestehe nicht und sei nicht beabsichtigt. Allerdings sei Erteilung von Aufträgen von (...Gr[uppe] fehlt), Kreditfrist und Verständigung über Lieferbedingungen abhängig. Auch könne Dollarangelegenheit, wenn deutscherseits bisheriges Verhalten fortsetzt, zu weittragender Störung führen. In dieser Frage sei russischer Standpunkt absolut klar und gerechtfertigt, es handele sich um Wechselverbindlichkeiten, die bekanntlich überall formal zu erfüllen und an denen nicht zu deuten sei. Auch von russischer Seite seien bei Export Wechsel auf Dollar entgegengenommen und man müsse die Konsequenzen der Entwertung tragen. Auch seien die Wechsel vielfach in anderen Händen, und gerade mit Rücksicht hierauf sei es die Natur des Wechsels, dass Prüfung des Rechtsverhältnisses ausgeschlossen bleibe. Ich habe auf Grund des inzwischen von mir gelesenen Rechtsgutachtens von Reichsgerichtsrat Zeiler eingehend den deutschen Standpunkt begründet, Rosenholz blieb jedoch bei seiner Auffassung. *Er ging auch der Frage einer Kompensation des Verlustes durch neue Bestellungen*⁶, die ich wiederholt als Möglichkeit einer Lösung andeutete, aus dem Wege. Ich habe infolgedessen Unterhaltung mit Rücksicht auf Eintreffen Chintschuks zunächst abgebrochen.

*Chintschuk hat sich einstweilen nur dahin geäußert, dass er auf große Schwierigkeiten gestoßen sei und es *für unmöglich halte, vor Erledigung der Dollarfrage Bestellungen durchzusetzen*⁷ (Hinweise auch auf die Veröffentlichung

¹ So im Dokument; richtig: Volkskommissar für Außenhandel.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

des Urteils in Sachen Vereinigter Stahlwerke im Handelsblatt der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 640⁸, die hier natürlich auch bekannt geworden ist.).

Aussichten, Russen zur Aufgabe ihres intransigenten Standpunktes zu bewegen, haben sich hiernach bisher nicht verbessert^{*9}.

Nadolny

Auf Blatt unten handschriftlich [A] 9. Maschinenschriftliche Randbemerkung über Anzahl und Verteilung der Exemplare: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an RM gerichtet.

PA AA, R 28308, Bl. D 562604–562605.

Nr. 303

Aufzeichnung der IV. Abteilung im AA

Berlin, den 30. November 1933

zu IV Ru 4838

Aufzeichnung

Weisungsgemäß habe ich heute im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, gemäß der Vorbesprechung von Herrn Legationsrat von Tippelskirch und Herrn von Feldmann, die Frage der Wiederaufnahme austauschweiser Kulturbeziehungen zur Sowjetunion mit R.R. Unverfehrt und M.A.¹ Klaus besprochen.

Von Seiten des Propagandaministeriums bestehen keine Bedenken, die bisherigen Pläne der Kunstgesellschaft (Veranstaltung einer Ausstellung von Kinderzeichnungen in Moskau und Entsendung deutscher Musiker (Mitja Nikisch), sowie Veranstaltung einer sowjetischen Theaterausstellung in Berlin und Entsendung Leningrader Balletttänzer hierher) weiter zu verfolgen. Das Propagandaministerium möchte jedoch, ehe an die Durchführung dieser Pläne gegangen wird, die Botschaft in Moskau auffordern, einen möglichst umfassenden kulturpolitischen Arbeitsplan vorzulegen. Das Schreiben des Propagandaministeriums wird seinerzeit über das AA geleitet werden.

Handschriftliche Bemerkung: Herrn LR v. Tippelskirch vorzulegen. Zweimal handschriftlicher Vermerk: Repr[oducatur]. in 1 Monat. Zweimal Vorlage-Stempel: Wiedervorgelegt am 2. 1. 34. Büro IV. Ru; Wiedervorgelegt am 17. 1. 34. Büro IV. Ru. Die Eintragung des jeweiligen Datums erfolgte handschriftlich. Vermerk über Zuordnung: A 2 Ru. Kenntnismenahmen mit Datum.

PA AA, R 94538, o.P., 1 Bl.

⁸ „Die Dollarklausel der Reichsmarkanleihe der Ver. Stahlwerke“. In: Kölnische Zeitung vom 26. November 1933, S. 1 des Handelsblattes.

⁹ Die letzten beiden Sätze sind am Seitenrand angestrichen.

¹ Die Abkürzung bedeutet wahrscheinlich Ministerialassessor.

Nr. 304
Aus dem Bericht des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk
an das NKID

GEHEIM¹**1. XII. 33 Moskau**²

Zur inneren und äußeren Lage Deutschlands

[...]³

II. Außenpolitik

Im März setzte die erste Welle von Aktivitäten in der Außenpolitik des Faschismus ein. Diese Welle trug sowohl ihrem Wesen nach als auch hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes einen klar ausgeprägten antisowjetischen Charakter. Ihr Kernstück bestand in dem Versuch, England in einen antisowjetischen Block hineinzuziehen und sich den Engländern für einen Feldzug gegen die Sowjetunion anzudienen. Dieser Versuch schlug fehl und mündete in eine weitere Isolierung Deutschlands, was die Faschisten ihrerseits dazu veranlasste, sich auf die inneren Probleme umzuorientieren, um wenigstens eine Konsolidierung der „nationalen Kräfte“ um das faschistische Regime sicherzustellen. Der Erntetag⁴, der Nürnberger Parteitag⁵ und die Wahlen am 12. November waren die markantesten Meilensteine dieser Entwicklungsetappe des faschistischen Regimes. Die Wahlergebnisse vom 12. November⁶ gaben den Faschisten den formalen Anlass zu glauben, oder zumindest dies so der übrigen Welt darzustellen, dass die „Konsolidierung der nationalen Kräfte“ abgeschlossen und Deutschland zu einer neuen Runde der aktiven Außenpolitik bereit sei. Der Austritt aus dem Völkerbund, die Botschaft Hitlers an Frankreich⁷ und die deutsch-polnische Nichtangriffsdeklaration⁸ waren die ersten Höhepunkte dieser neuen Linie in der Außenpolitik des deutschen Faschismus.

Unsere Presse hat zu Recht vermerkt, dass der Austritt aus dem Völkerbund einerseits durch die inneren Widersprüche des faschistischen Regimes diktiert war, um die unzufriedenen Bevölkerungsschichten auf außenpolitische Fragen abzulenken und durch einen chauvinistischen Taumel zu verdummen. Doch die außenpolitische Aggression des deutschen Faschismus wird ebenso durch die Lage des deutschen Monopolkapitals bedingt, das über gewaltige Produktionsmöglichkeiten verfügt, jedoch die Kolonien, die Möglichkeiten für den Kapitalexpert und

¹ Stempel.² Der Text ist handschriftlich geschrieben.³ Der ausgelassene Teil des Berichtes behandelt die innenpolitische Lage Deutschlands. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 192–200.⁴ Er wurde von 1933 bis 1937 jeweils am ersten Sonntag des Oktobers begangen.⁵ „Reichsparteitag des Sieges“ vom 31. 8.–3. 9. 1933.⁶ Vgl. Dok. 299, Anm. 1.⁷ Vgl. Völkischer Beobachter vom 15./16. Oktober 1933, Berliner Ausgabe, S. 2. Vgl. auch Dok. 300, Anm. 19.⁸ Vgl. das Kommuniqué, das zu den Ergebnissen des Treffens Hitlers mit dem neuen Gesandten Polens in Deutschland Lipski am 15. 11. 1933 veröffentlicht wurde: „Der polnische Gesandte beim Reichskanzler“. In: Völkischer Beobachter vom 16. November 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 9.

die militärische Basis verloren hat. Die Tendenzen zu einer Neuaufteilung der Welt treten bei dem deutschen Monopolkapital nicht weniger deutlich als bei Japan zutage, jedoch mit wesentlichen Unterschieden zwischen den imperialistischen Tendenzen dieser zwei Länder.

Die wirtschaftlichen Vorbereitungen auf ein Kriegsabenteuer sind eigentlich vom deutschen Monopolkapital bereits vor dem Machtantritt der Faschisten begonnen worden. Der ausgeprägte Agrarprotektionismus und die Tendenzen zu einer landwirtschaftlichen Autarkie waren im Wesentlichen von den Regierungen vor Hitler betrieben worden. Hitler hat sich diese Politik vollkommen zu eigen gemacht. Er hat sie vollendet mit dem unmittelbaren Übergang zur reinen Kriegsvorbereitung (Ausbildung von militärischen Kadern, die Wehrrüstung der Bevölkerung, die Produktion von Militäruniformen, der Übergang zur Produktion von militärischer Ausrüstung, Munition und Kriegsgerät, insbesondere der fieberhafte Aufbau der Luftwaffe). Auf einer gewissen Entwicklungsstufe musste diese eindeutig militärische Vorbereitung mit einem weiteren Verbleib im Völkerbund unvereinbar werden, was dann auch tatsächlich eintrat. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund war somit durch den eigenen Entwicklungsgang des faschistischen Deutschlands vorgezeichnet worden. Zugleich hat er den Faschisten eine willkommene demagogische Losung für die chauvinistische Propaganda im Inneren geliefert.

Die Bevollmächtigte Vertretung hat in ihren Berichten bereits wiederholt festgestellt, dass das faschistische Regime ernsthafte Befürchtungen hinsichtlich der Folgen dieses seines Schrittes hegt. Die Furcht vor einem Präventivkrieg seitens Polens und Frankreichs zwang das faschistische Regime zu einigen pazifistischen Erklärungen, die das Ziel verfolgten, den Zeitpunkt eines möglichen Zusammenstoßes hinauszuzögern und die eigene fieberhafte Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Die pazifistischen Gesten Hitlers gegenüber Polen und Frankreich waren umso überzeugender, als ihre tatsächliche Bedeutung durch antisowjetische Ausfälle, die an die insgeheimen Gefühle der französischen und polnischen Bourgeoisie appellierten, verschleiert werden konnte. Der antisowjetische Tenor der pazifistischen Deklarationen Hitlers bestimmt alle Bereiche des faschistischen Regimes, das sich auch nicht eine einzige Minute von der Rosenbergschen Konzeption einer Aufteilung der Welt auf Kosten der UdSSR verabschiedet hat. Die antisowjetische Grundorientierung des Hitlerregimes zeigt sich übrigens auch in der betonten Freundschaft des faschistischen Deutschlands zu Japan.

Das Hitlerregime treibt gegenwärtig auf dem Gebiet der Außenpolitik – es hat bis jetzt die außenpolitische Isolierung Deutschlands in keinerlei Hinsicht überwunden, sondern sogar noch verstärkt (Österreich, Schweiz, Dänemark) – ein äußerst gefährliches und im Prinzip ein kompliziertes Spiel, um den Konflikt mit Frankreich hinauszuzögern und die Kriegsvorbereitung durch pazifistische Reden mit gleichzeitigen scharfen antisowjetischen Noten zu verschleiern.

III. Die Beziehungen zur UdSSR

Die Grundlage für die Beziehungen des faschistischen Deutschlands zur UdSSR bildet die tief verwurzelte Feindschaft. Die faschistische Grundkonzeption war und bleibt die Konzeption zur Neuaufteilung der Welt auf Kosten der UdSSR. Das faschistische Regime, das durch die heldenhafte Tätigkeit der deutschen kom-

munistischen Partei in tiefste Beunruhigung versetzt und zur Raserei gebracht wird, überträgt einen Teil dieser Raserei zwangsläufig auf die UdSSR, womit sich möglicherweise die Verschärfung der antisowjetischen Stimmung in letzter Zeit erklären lässt, insbesondere bei Goebbels, der quasi von Amtswegen am stärksten die Hiebe der deutschen kommunistischen Partei fühlen muss.

Sämtliche Deklarationen des Hitlerregimes und alle seine Handlungen gegenüber der UdSSR, mit denen die Rapallo-Reminiszenzen wiederbelebt werden sollen, sind nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver. Die deutschen Kreise, die es mit der Rapallo-Politik ernst meinten, sind zerschlagen und vernichtet worden und wagen es nicht, sich zu rühren.

Zugleich empfindet das Hitlerregime eine gewisse Furcht vor der UdSSR. Die gewaltigen Erfolge beim inneren Aufbau der UdSSR, das schmachvolle Fiasko der ersten antisowjetischen außenpolitischen Kampagne des deutschen Faschismus, die gewaltigen außenpolitischen Erfolge der UdSSR, der unumstrittene Misserfolg der „Hunger“- und anderer gegen die UdSSR gerichteter Kampagnen in Deutschland, die klare Niederlage im Journalistenkonflikt – alles dies flößt den deutschen faschistischen Kreisen einen unwillkürlichen Respekt vor der UdSSR ein. Deshalb kann man die deutsche Politik gegenüber der UdSSR knapp so charakterisieren: Man möchte wohl, traut sich aber nicht.

In dieser Hinsicht ist der Dollar-Konflikt aufschlussreich. Die deutsche Regierung wollte im Grunde genommen uns zum Zahlen nötigen. Zugleich aber ist ihr klar geworden, dass sie nicht in der Lage ist, dies zu tun. Deshalb hat die deutsche Regierung mit der für die gesamte faschistische Außenpolitik typischen Unentschlossenheit auf alle erdenkliche Art die endgültige Darlegung ihrer Haltung hinausgezögert. Zugleich versuchte sie, unsere Verletzbarkeit zu erkunden, indem sie eine unbedeutende Klage gegen die Handelsvertretung einreichte, von der sie dann im Falle eines ernststen Konfliktes jederzeit Abstand nehmen kann. Wie wir uns erinnern, war diese gleiche Halbherzigkeit, Unentschlossenheit und Furcht, die bei aller Feindschaft an Feigheit grenzte, für die Haltung im Journalistenkonflikt typisch. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Haltung des deutschen Faschismus solange Bestand haben wird, solange es den deutschen Faschisten gelingt, irgendwelche spürbaren Erfolge auf dem Gebiet der Konsolidierung der antisowjetischen Kräfte in Europa zu erringen.

Angesichts solcher Bedingungen ist von unserer Seite selbstverständlich nur eine einzige Taktik möglich: keine Minute zu vergessen, dass die Faschisten unverändert an der antisowjetischen Orientierung festhalten, die ihr ausschließliches Ziel in der Aufteilung der Sowjetunion zugunsten Deutschlands sieht. Es ist weiterhin nicht zu vergessen, dass die Faschisten vorerst viel zu schwach sind, um die Verwirklichung dieses Ziels in Angriff zu nehmen und sie alles Erdenkliche unternehmen werden, um die UdSSR zu schwächen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die allgemeine Haltung des deutschen Faschismus zwangsläufig ein ängstlich-frechtes Verhalten in allen sowjetisch-deutschen Fragen nach sich zieht. Deshalb müssen wir uns stets vor Augen halten, dass es von unserer eigenen Politik in einem nicht geringen Maße abhängen wird, wie lange der deutsche Faschismus in dieser Position einer frechen und feigen Angst verbleiben wird und in welchem Umfang man diese Situation für die UdSSR nutzen kann.

Man muss alle außenpolitischen Handlungen der Regierung Hitler aufmerk-

sam verfolgen und ihr die eigenen Handlungen entgegenstellen. In dieser Hinsicht sind Polen, Frankreich und Japan besonders wichtig.

Bei der entschiedenen Abwehr aller Angriffe des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR dürfen wir jedoch auf keinen Fall zulassen, dass eine Situation entstehen könnte, in der ein Abbruch oder ein offen feindseliges Verhältnis unvermeidbar wären. Man sollte sogar darüber nachdenken, ob es nicht nützlicher wäre zu erwägen, einen Teil der Aufträge für 1934 an Deutschland unter der Maßgabe zu vergeben, dass die deutschen Firmen für immer auf ihre Forderungen im Dollar-Konflikt verzichten.

L. CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk: an Gen. Krestinskij.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5005 vom 1. 12. 1933.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 192–205. Original.

Nr. 305

**Schreiben des Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Staatssekretär im AA
von Bülow**

Botschaft
der Union der Sozialistischen
Sowjet-Republiken in Deutschland.

Berlin, den 5. Dezember 1933

Herrn
Dr. B. W. von Bülow
Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Am 8. August d. J., als ich und Herr Weizer die Ehre hatten, mit Ihnen zu sprechen, erwähnte ich u. a. die unberechtigte Forderung der deutschen Zollbehörden, die dahin geht, dass sämtliche sowjetstaatsangehörige Zollbevollmächtigten der Sowjet-Handelsorganisation in Deutschland eine Erklärung über ihre arische Abstammung abgeben sollen¹. Sie sagten damals, dass Sie diese Forderung auch für unberechtigt halten und versprachen mir, Maßnahmen treffen zu wollen, um die Zollbehörden zu veranlassen, von dieser Forderung Abstand zu nehmen.

Seit dieser Zeit hat die Botschaft der UdSSR nicht weniger als fünf Verbalnoten an das Auswärtige Amt anlässlich dieser Frage gestellt, ohne irgendein Resultat zu erzielen. Die sowjetstaatsangehörigen Zollbevollmächtigten der Sowjethandelsorganisationen in Deutschland (Derutra, Selskosojus-Export in Hamburg) werden von den deutschen Zollbehörden zur Durchführung ihrer Pflichten nicht zu-

¹ Vgl. z. B. Dok. 188.

gelassen, weil sie, unseren Anweisungen folgend, keine Erklärung über ihre arische Abstammung abgegeben haben.

Indessen haben die Zollbehörden die Lage derartig zugespitzt, dass es für beide oben erwähnte Organisationen jetzt beinahe unmöglich ist, ihre Handelstätigkeit auszuüben, weil ihre sowjetstaatsangehörigen Zollbevollmächtigten von den deutschen Behörden zurückgewiesen werden.

Ich erlaube mir, sehr geehrter Herr Staatssekretär, mich noch einmal unmittelbar mit der Bitte an Sie zu wenden, in diese Frage eine entscheidende Wendung bringen zu wollen, gemäß dem Versprechen, dass Sie mir liebenswürdigerweise am 8. August d. J. gegeben haben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

gez. S. Bessonoff
Geschäftsträger a. i. der UdSSR

Dieses Exemplar ist maschinenschriftlich so abgezeichnet. Maschinenschriftlicher Vermerk, oben: Abschrift Ref. D. 7889. Handschriftlicher Vermerk, unten: Rk 14461³³

RGVA, f. 1235/K, op. 4, d. 1, l. 10.

Nr. 306

Schreiben des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den Botschafter in Moskau Nadolny

Berlin, den 5. Dezember 1933¹

An den
Herrn Botschafter Nadolny D.
Moskau
Deutsche Botschaft.

Lieber Herr Nadolny!

Vielen Dank für Ihren Brief². Ich habe die Aufzeichnung von Herrn von Twardowski mit Interesse gelesen; wenn das Telegramm³ entsprechend abgefasst gewesen wäre, wäre mein Brief auch anders ausgefallen; **der Vorwurf, Herr von Twardowski habe die Vorhaltungen der Russen nicht zurückgewiesen, ist formal nicht berechtigt**⁴. Die Angelegenheit ist selbstverständlich erledigt. Es bleibt nur eins übrig: entweder Bessonoff oder Stern lügt. Bessonoff lehnt es kategorisch ab, jemals irgendetwas in dem fraglichen Sinne nach Moskau berichtet zu haben, Stern sagt das Gegenteil! Jedenfalls scheint mir größte Skepsis gegenüber beiden Herren am Platze. Nach den Eindrücken der letzten Jahre waren wir bisher der Überzeu-

¹ Das Tagesdatum ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 301.

³ Gemeint ist das Telegramm von Twardowskis vom 13. 11. 1933; vgl. PA AA, R 94600, Bl. E 665066–665067.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: ich habe davon Kenntnis genommen, dass der Vorwurf, Herr von Twardowski habe die Vorwürfe der Russen nicht zurückgewiesen, nicht berechtigt sei.

gung, dass die gemäßigte, zu Deutschland positiv eingestellte Richtung gerade von Herrn Krestinski vertreten wird und es hat mich daher sehr überrascht, dass er Ihnen gegenüber jetzt eine so scharfe Tonart angeschlagen hat. Ob sein verändertes Verhalten daran liegt, dass er vielleicht von Litwinow Auftrag hat, uns möglichst scharf anzufassen, lässt sich von hier aus schwer beurteilen. Immerhin ist auch hier zu beobachten, dass die Sowjet-Botschaft jedes noch so geringfügige Vorkommnis zum Anlass nimmt, um uns ihr Missvergnügen zu zeigen. Dies lässt sich an dem immer stärker in Erscheinung tretenden schroffen und polemischen Ton der dem Auswärtigen Amt übersandten Verbalnoten und der sonstigen Demarchen deutlich erkennen. Vielleicht bietet die Anwesenheit von Litwinow in Berlin Gelegenheit zu einer aufschlussreichen Aussprache.

Hoffentlich bringt Chintschuk die Dollarangelegenheit einigermaßen in Ordnung, sonst weiß ich nicht, wie ich die Firmen beeinflussen kann. Über den Verlauf dieser Angelegenheit sind Sie aus unseren Telegrammen unterrichtet. Wir haben erreicht, dass die Firmen den Schiedsgerichtsweg einstweilen nicht beschreiten und bis Ende des Jahres weder ein Schiedsgericht anrufen, noch einen Beschluss der schwebenden *Schieds-*⁵Gerichtsverfahren herbeiführen wollen. Wir haben damit gezeigt, dass wir bereit sind, alles nur Mögliche zu tun, um zu einem praktischen Ausweg aus der schwierigen Situation zu gelangen. Zu einem elastischen Verfahren gehören aber zwei, und wir müssen daher darauf rechnen, dass auch die Sowjet-Regierung zu ihrem Teil dazu beiträgt, eine Regelung zu finden. Dies ist nur dadurch möglich, dass sie sich zu größeren Bestellungen an Deutschland bereit erklärt. **⁶ Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, dass es auch unter solchen Bedingungen einen sehr harten Kampf mit den Firmen geben wird.

**⁷

Bitte geben Sie diesen Brief auch Herrn von Twardowski zu lesen und grüßen Sie ihn vielmals von mir.

Auf dem ersten Blatt unten ist handschriftlich vermerkt: ab 5. 12. mit Kurier. Auf dem letzten Blatt unten die Paraphen von T[ippelskirchs] 4/12 und M[eyers] 4/12.

PA AA, R 35960, Bl. E 659807-659809.

⁵ Wort handschriftlich eingefügt.

⁶ An dieser Stelle stand folgender, handschriftlich gestrichener Satz: Denn nur dadurch sind wir in der Lage, auf die Firmen weiter einzuwirken und sie zu veranlassen, von dem Schiedsverfahren überhaupt Abstand zu nehmen.

⁷ An dieser Stelle stand folgender, handschriftlich gestrichener Satz: Wenn sich die Sowjet-Regierung ungeachtet unserer Bemühungen nicht zu einem tragbaren Entgegenkommen entschließen kann, so weiß ich nicht, wie es weitergehen soll.

Nr. 307
Notiz des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Reichsaußenminister
Freiherrn von Neurath

Berlin, 6. Dezember 1933

*Herrn Reichsminister*¹
Abteilung IV
" VI

Staatssekretär Funk rief mich heute Mittag an, um mitzuteilen, der Herr Reichskanzler habe sich selbst gestern Abend den Film „Flüchtlinge“² angesehen³ und sei von der Darstellung begeistert. Dies sei der beste Film dieser Art, der bisher überhaupt hergestellt worden sei. Ein Verbot erscheine nicht möglich⁴. *Der Herr Reichskanzler wolle jede Verantwortung für die Rückwirkungen auf Russland selbst übernehmen, er stelle sogar anheim, den Russischen Botschafter, falls dieser sich beschweren sollte, an ihn zu verweisen*⁵.

Bülow

Eigenhändige Unterschrift. Handschriftlich am Blattende: [A] 9.

PA AA, R 28308, Bl. D 562608.

Nr. 308
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Leiter der Geheimabteilung beim ZK der VKP (B) Poskrebyšev

Geheim

1539

[7. Dezember 1933]¹

An
Gen. POSKREBYŠEV

Werter Genosse,

die Kontrolle des PB² fragt mich, was das NKID zum Beschluss des PB vom 11. November /Protokoll Nr. 149, P.[unkt] 46/ hinsichtlich der deutschen Forderungen in der Frage der Dollar-Wechsel unternommen hat³.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Flüchtlinge (Universum-Film AG/ Ufa), Regie: Gustav Ucicky; Uraufführung: 8. 12. 1933. Vgl. auch Dok. 314.

³ Handschriftlicher Vermerk am Seitenrand: Ko⁶.

⁴ Goebbels notierte am 6. 12. 1933 in seinem Tagebuch: „Hitler sieht Film ‚Flüchtlinge‘. Wird nicht verboten. Aber erst aufgeführt, wenn Litwinow weg, der heute nach Berlin kommt. Film macht phantastischen Eindruck.“ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2/III, S. 331.

⁵ Der Satz ist am Seitenrand zweifach angestrichen.

¹ Die Datierung erfolgte nach dem Inhalt des Dokuments.

² Eine Struktureinheit im Apparat des ZK der VKP (B), die die Kontrolle bezüglich der Erfüllung der Beschlüsse des Politbüros ausübte.

³ Vgl. Dok. 279, Anm. 11.

Ich teile mit: Zu diesem Thema hatte ich hier zwei Unterredungen mit dem neuen Deutschen Botschafter Nadolny⁴; Gen. Štern hat mehrere Male mit dem Rat der Deutschen Botschaft Twardowski und ebenfalls mit Nadolny⁵ gesprochen; Gen. Chinčuk sprach zweimal mit Außenminister Neurath⁶; und der Rat unserer Bevollmächtigten Vertretung Gen. Bessonov hat wiederholt mit den Mitarbeitern des Außenministeriums Meyer und Bräutigam⁷ gesprochen. Die deutsche Regierung hat im Ergebnis all dieser Schritte entschieden, den deutschen Industriellen vorzuschlagen, sämtliche gegen die Handelsvertretung gerichteten Klagen vorläufig auszusetzen. Ein entsprechender Beschluss ist von der gemeinsamen Versammlung der Vertreter der Firmen gefasst worden, die bezüglich der Dollar-Wechsel Forderungen an die Handelsvertretung stellen.

Von dieser Entscheidung der Industriellenvertreter wurde unsere Bevollmächtigte Vertretung in Kenntnis gesetzt, worüber Nadolny hier Gen. Chinčuk informiert hat⁸. Diese beiden Mitteilungen sind bis jetzt noch nicht ganz offiziell, und beide heben gleichermaßen den befristeten Charakter des Verzichts auf den Gerichtsweg hervor.

Morgen wird Nadolny bei mir sein⁹. Er wird mir wahrscheinlich die Aussetzung der Klage offiziell mitteilen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, zu den Akten. 9. XII. 33.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2429 vom 8. XII. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopie an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 16, p. 71, d. 1. 379. Kopie.

⁴ Am 25. 11. 1933 (vgl. Dok. 296) und am 3. 12. 1933 In: AVP RF, f. 082, op. 16, d. 1, l. 378–377.

⁵ Vgl. Dok. 280, 292, 298.

⁶ Am 8. 11. 1933 (vgl. Dok. 277), am 23. 11. 1933 Vgl. AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 185–186.

⁷ Am 13. 11. 1933 mit Meyer. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 92–94; am 8., 9. 11. mit Bräutigam. Ebd. l. 95–100.

⁸ Der Aufzeichnung der Unterredung Chinčuks mit Nadolny vom 4. 12. 1933 zufolge hatten die deutschen Industriellen entschieden, die Forderungen in der Dollar-Angelegenheit bis nach Neujahr aufzuschieben. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 51–51R. Vgl. ferner Dok. 306.

⁹ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Krestinskij mit Nadolny vom 8. 12. 1933. In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 92, d. 29, l. 40–42.

Nr. 309
Brief von Professor Hoetzsch an den Botschafter in Moskau Nadolny

Berlin W. 62., den 8. Dezember 1933

Professor Dr. Otto Hoetzsch

Maassenstr. 35

An

Seine Exzellenz

den Botschafter des Deutschen Reichs,

Herrn Nadolny,

Moskau

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Meine Gedanken haben Sie in den letzten Wochen immer verfolgt und ich darf wohl annehmen und hoffen, dass Sie jetzt einigermaßen sowohl im Leontjewski wie in Tschisty 5¹ eingerichtet sind. An Arbeit wird es ja gewisslich nicht fehlen.

Ich erlaube mir in der Anlage eine private und persönliche Aufzeichnung über den Stand der Dinge in der Aktenpublikation² zu überreichen. Ich habe immer den Herrn Botschafter in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden gehalten und füge hinzu, dass freundlicher Weise alle Vermittlung in diesen Fragen, wenn wir nicht da waren, Legationssekretär Stelzer wahrgenommen hat, der über die Einzelheiten vollkommen orientiert ist und im besonderen die Beziehungen mit dem Generalsekretär der Kommission³, Herrn Notowitsch, hält.

Gleichzeitig wird das eben erschienene Heft der Zeitschrift „Osteuropa“ Ihnen zugehen, das vornehmlich Amerika und Russland gewidmet ist. Ich hoffe, dass die beiden ersten Artikel Sie interessieren werden⁴ und füge hinzu, dass wir in Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt nun versuchen, die Zeitschrift für die russisch-amerikanischen Beziehungen im deutschen Sinn stärker nutzbar zu machen. Das bedeutet: wir versuchen unseren älteren Plan, eine englische Ausgabe in den Vereinigten Staaten erscheinen zu lassen, in Gang zu bringen. Ich darf annehmen, dass dieser Standpunkt auch Ihre Billigung findet und wir werden für jeden Wink, jede Anregung oder Direktive auch in dieser Beziehung von Ihrer Seite sehr dankbar sein. Gesellschaft und Zeitschrift sind ja nichts anderes als, wie man es ausgedrückt hat, eine Verlängerung des Auswärtigen Amtes.

Ich halte Sie heute nicht länger auf, denn ich darf nach Ihren letzten Worten neulich annehmen, dass Sie über Weihnachten in Berlin sind und ich dann die Freude habe, diese Fragen mündlich mit Ihnen besprechen zu können. Ein paar Sonderwünsche, mit denen ich Sie belästigen möchte, schreibe ich gleichzeitig an Herrn Hilger.

¹ Vgl. Dok. 292, Anm. 2, 3.

² Vgl. Dok. 196.

³ Gemeint ist die Kommission für die Herausgabe der Dokumente aus dem Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten [des zarischen] Russlands.

⁴ Es wird Bezug genommen auf die Artikel von David Prescott Barrows („USA und UdSSR“) und Otto Hoetzsch („Amerika und Sowjetrussland“). In: Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens, Dezember 1933, S. 131–149.

In der Hoffnung, dass diese Zeilen Sie bei bester Gesundheit antreffen und wie stets mit besten Wünschen für Ihre schwere Tätigkeit auf dem mir so wohl vertrauten Boden und vielen Empfehlungen von meiner Frau, bin ich mit besten Grüßen

Ihr ergebenster

Otto Hoetzsch

[Anlage]

Berlin, den 9. Dezember 1933

Vertraulich.

Aufzeichnung
über den Stand der russischen Aktenpublikation.

Indem ich mich auf meinen Bericht vom 30. August 1933 beziehe⁵, schließe ich daran zunächst, dass Band V beinahe abgeschlossen ist und Anfang 1934 erscheint. Damit ist dann die 2. Serie Januar – 4. August 1914 abgeschlossen⁶. Sie enthält im 5. Band ein längeres Vorwort und das Register über die 5 Bände. Eine Gesamtübersicht über den Inhalt der 5 Bände in größerem Umfang wird gleichzeitig von mir zum Druck vorbereitet, die das Ergebnis für die gesamte russische Politik dieser Monate und für die Kriegsschuldfrage ziehen wird.

Meine Vorschläge auf Grund der Verhandlungen in Moskau über die Fortführung sind im Grundsatz vom Auswärtigen Amt angenommen worden. Die Verhandlungen mit dem Verlag Reimar Hobbing haben auch einen günstigen Verlauf genommen und stehen vor dem Abschluss. Demgemäß wird nun in Angriff genommen die sog. Kriegsserie ab 4. August 1914 bis Herbst 1915 in dem größeren Umfang, den die russische Seite, ohne uns zu benachrichtigen, diesen Bänden gegeben hat. Sowie alle Fragen auf unserer Seite geregelt sind, wird der mit der russischen Seite verabredete Arbeitsplan entsprechend der seitdem verflossenen Zeit festgelegt. *Zwei Bände, die auf 90 Bogen berechnet werden, sind im Manuskript bereits in meiner Hand, so dass nur ein 3. Band aussteht*⁷. Die Übergabe erfolgt jeweils, wie verabredet, von der russischen Kommission durch Herrn Notowitsch an die Deutsche Botschaft in Moskau. Auf die russische Ausgabe ist auf der russischen Seite verzichtet worden, damit das Unternehmen überhaupt weitergeführt werden kann. Die Kriegsserie erscheint also nur in deutscher Ausgabe⁸.

Dieser Verlauf hat insofern eine Änderung erfahren, als die Durchsicht der beiden Bände in meiner Hand ergab eine zu große Zahl von Dokumenten, die bereits anderweit veröffentlicht sind, insonderheit in der Veröffentlichung: *Die europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges, Konstantinopel und die Meerengen, deutsche Ausgabe in 4 Bänden*⁹ bei Karl Reissner in Dresden 1932 erschienen. Es bestand und besteht Übereinstimmung darüber, dass bereits

⁵ Vgl. PA AA, Moskau II 405, Bl. 183–192.

⁶ Die Reihe I (Das Jahr 1914 bis zum Kriegsausbruch) erschien in fünf Bänden in den Jahren 1931 bis 1934.

⁷ Der Satz ist am Seitenrand angestrichen.

⁸ Die Reihe II (Vom Kriegsausbruch bis zum Herbst 1915) erschien in drei Bänden in den Jahren 1934 bis 1936.

⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

veröffentlichte Dokumente, soweit nötig, wieder erscheinen dürfen. Die jetzt abgeschlossene Serie bringt auch einen großen Teil dieser Art. *Indes ist der Prozentsatz¹⁰ bei den mir übermittelten neuen Bänden sowohl vom Standpunkt des Herausgebers wie des Verlags zu hoch*¹¹. Ich habe demgemäß meinen in Moskau gemachten Vorschlag an die Russische Kommission wiederholt, das Gelingen des Unternehmens rein wirtschaftlich dadurch zu erleichtern, dass auf die Wiedergabe schon veröffentlichter Dokumente verzichtet würde. Eine andere Verarbeitung wissenschaftlicher Art würde stattdessen durchgeführt, deren Einzelheiten nicht interessieren.

Auf diesen Vorschlag habe ich von der russischen Kommission noch keine Antwort. Ich teile dies hier nur mit zur Erklärung, dass dadurch eine Verzögerung entsteht. Die Direktive für mich bleibt nach wie vor die alte, vom Auswärtigen Amt gegebene, dass aus höheren politischen Rücksichten unter allen Umständen die Publikation fort- und zu Ende geführt wird. Ich werde deshalb bestimmt an der Frage der schon veröffentlichten Dokumente die Sache nicht scheitern lassen, aber mit meinen Wünschen bis an die äußerste Grenze gehen, gegebenenfalls bis zu mündlicher erneuter Verhandlung in Moskau selbst. Denn der Gesichtspunkt ist wissenschaftlich wie geschäftlich zu wichtig, dass nicht allzu große Teile schon veröffentlichter Dokumente wiederkehren, zumal es sich dabei um eine so zentrale Frage wie der Meerengen handelt. Die Zusammenarbeit mit der russischen Kommission, insbesondere ihrem Generalsekretär, Herrn Notowitsch, hat sich so gut eingespielt, und das Entgegenkommen von russischer Seite war bei meinem letzten Aufenthalt so groß, dass ich nicht daran zweifle, dass in meinem Vorschlag jedenfalls kein böser Wille geargwöhnt werden wird. *Sobald eine Einigung hergestellt ist, kann die Übersetzung und Vorbereitung zur Herausgabe für die in meiner Hand befindlichen 90 Bogen sofort in voller Kraft in Angriff genommen werden*¹².

Otto Hoetzsch

Eigenhändige Unterschriften. Vermerk auf dem ersten Blatt: Mit Kurier. Vermerk, oben: Zu E/428. Handschriftlicher Text, links: Herrn Botschafter nebst Abschrift einer [Antwort] von mir an Herrn Hoetzsch [nicht entzifferter Text] nach Rückkehr gehorsamst vorgelegt Stelzer 15/12. Am linken Seitenrand handschriftlich: f. Stelzer 14/12.

PA AA, Moskau II 405, Bl. 135–138.

¹⁰ So im Dokument.

¹¹ Der Satz ist am Seitenrand angestrichen.

¹² Der Satz ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 310
Auszug aus dem Bericht der Auslandsabteilung im Volkskommissariat
für Schwerindustrie

[8. 12. 1933]

Prüfungsbericht zum Vertrag mit der Firma Friedrich Krupp, Essen¹

[...]²

G. Die gegenwärtigen politischen Bedingungen in Deutschland, die sich auf die Arbeit unserer Praktikanten auswirken³

Die Veränderung der politischen Lage hat objektiv und subjektiv die Arbeit für unsere Praktikanten in Essen stark erschwert. Zur Einschätzung der Haltung der Firma Krupp uns gegenüber ist zu unterstreichen, dass es gegenüber unseren bei den Firmen Röchling in Wetzlar und Völklingen tätigen Praktikanten keine Übergriffe weder seitens der Nationalsozialisten noch seitens der Polizei gegeben hat, während unsere Praktikanten in Essen in der Zeit vom 3. März bis zum 19. August in 13 Fällen Haussuchungen und Verhaftungen unterworfen waren.

[...]⁴

Natürlich haben die im Verlaufe von fünf Monaten aufgetretenen Übergriffe gegen Vertreter der Sowjetunion eine gespannte Arbeitsatmosphäre geschaffen. Dies ist im Verlaufe von fünf Monaten selbstverständlich nicht eingestellt worden. Den Praktikanten wurde die Möglichkeit genommen, Material mit nach Hause zu nehmen, insbesondere technische Zeichnungen, da sie befürchten mussten, im Falle einer Haussuchung wegen der technischen Zeichnungen verhaftet zu werden. Einige Wirtinnen erklärten, dass sie keine Russen aufnehmen können, weil sie Unannehmlichkeiten befürchten. Um sie zu provozieren, wird den Praktikanten untersagt, auf der Straße russisch zu sprechen. Bei einigen Arbeitern des Werkes, sogar bei Meistern, ist eine misstrauische Haltung bemerkbar. Einige Praktikanten sprachen die Bitte aus, nach Moskau zurückkehren zu dürfen, weil sie unter solchen Bedingungen nicht arbeiten können.

RGAE, f. 7297, op. 41, d. 173, l. 57. Kopie.

¹ Der Bericht war dem an den Stellvertretenden Volkskommissar des NKTP Pavlunovskij und den Leiter der Hauptverwaltung für Hüttenindustrie im NKTP Gurevič gerichteten Schreiben des Chefs des INO NKTP Suškov vom 8. 12. 1933 beigelegt, eine Kopie ging an den Direktor der Vereinigung „Specstal“ Tevosjan. In: RGAE, f. 7297, op. 41, d. 173, l. 96.

² Der Bericht besteht aus folgenden Kapiteln: I. Einleitung. II. Allgemeine Angaben zum Vertrag. III. Die Kontrolle der Vertragserfüllung. IV. Die Vertragserfüllung. V. Die Handhabung des Vertrages bei den untersuchten Werken. VI. Überblick über die Handhabung des Vertrages in anderen Werken. VII. Ergebnisse der Vertragshandhabung. VIII. Die Wünsche der Werke, insbesondere zur Erweiterung des Vertrages. IX. Ansprüche an Firmen. X. Schlussfolgerungen. XI. Vorschläge. In: Ebd., l. 95–52.

³ Der veröffentlichte Punkt gehört zum Kapitel IX.

⁴ Ausgelassen wurde die Aufzählung aller Begleitumstände der erwähnten Verhaftungen von Praktikanten.

Nr. 311

Übersetzung des Berichts des Militärattachés in Moskau Hartmann an das Reichswehrministerium

Ganz geheim
[9. 12. 1933]¹

ÜBERSETZUNG DES BERICHTS² DES DEUTSCHEN MILITÄRATTACHÉS
HARTMANN vom 27. 3. 1933³

Obwohl ich über keine eigenen Vergleichsdaten aus der Vergangenheit verfüge, nehme ich eine Bewertung der Roten Armee in Bezug auf ihre Ausbildung, technische Ausstattung und Disziplin vor, indem ich mich auf die wiederholten Besuche bei den Truppenverbänden stütze.

*Beim Offizierskorps ist eine weitgehende Furcht vor Verantwortung bemerkbar⁴. Diese Erscheinung hat seine tiefen Wurzeln im Charakter des Volkes selbst und befindet sich im Widerspruch zu dem allgemeinen Streben nach Fortschritt und politischem Klassenbewusstsein. Selbst unter Friedensbedingungen *führt die Furcht vor Verantwortung* bei der Ausbildung und dem Einsatz der Truppen *zu einem großen Schematismus*⁵, der zum Teil nur dadurch gerechtfertigt werden kann, dass die Praxis nicht mit der Theorie Schritt hält. Es ist unbestritten, dass die Furcht vor Verantwortung auch aus politischer Feigheit und aus dem Misstrauen gegenüber allem resultiert, was von dem bestehenden politischen System eingepflegt worden ist. *Diese Furcht führt dazu, dass es nicht empfohlen wird, seine Meinung zu äußern, bevor nicht in klarer Form die Meinung der Führung vorliegt*⁶. Bei der Bewertung eines Kommandeurs darf ein derartiger Charakterzug nicht ignoriert werden, weil er unter Kriegsbedingungen schwere Folgen nach sich ziehen kann⁷.

*Nichtsdestoweniger muss der Wert der Armee als verhältnismäßig hoch angesetzt werden, umso mehr, als sie sich im Prozess der weiteren Konsolidierung befindet*⁸.

Die Industrie befindet sich ebenfalls in einem realen Aufschwung, doch man darf sich niemals von dem Gedanken täuschen lassen, indem man sich auf die örtlichen sprunghaften Errungenschaften stützt, als ob der absolute Wert bereits generell ein hohes Niveau erreicht hätte. *Die Industrie des Landes ist noch nicht in der Lage, die allernötigsten Massenbedürfnisse zu befriedigen*⁹.

¹ Die Datierung des Dokuments erfolgt nach dem Begleitschreiben vom 9. 12. 1933, das der Chef der IV. Verwaltung des Stabes RKKA Berzin mit der Geheimhaltungsstufe „Ganz geheim“ an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov schickte. Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Vermerk, eine Kopie des Berichts von Hartmann an Stalin zu schicken. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 216.

² Dies ist eine Rückübersetzung aus dem Russischen.

³ Dies ist eine falsche Datierung des Berichts von Hartmann, der erst am 1. 4. 1933 sein Amt als Militärattaché in der UdSSR antrat. Der Adressat des Berichtes wird im Dokument nicht genannt.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der gesamte Absatz ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Der Text ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

Die Industrie des Landes war, nach den Worten VOROŠILOVS, „in den letzten vier Jahren“, d. h. seit dem Zeitpunkt ihrer Systematisierung¹⁰, fast ausschließlich mit Arbeiten für militärische Belange beschäftigt gewesen, und auch heute noch überwiegt die Arbeit für militärische Bedürfnisse.

*Die Qualität der Produkte*¹¹ in einigen Zweigen (Optik, Präzisionsinstrumente, die Produktion von Zündern, die Bearbeitung von Leichtmetallen) *ist nicht ausreichend*¹².

Es ist nicht anzunehmen, dass Ersatzteile im bedeutenden Umfang auf Lager sind, und ebenso verfügt man nicht über Arbeitsfähige, die problemlos von einer Produktionsstätte in einen anderen Industriebetrieb umgesetzt werden könnten.

Daraus ergibt sich, dass *die Möglichkeit, die vollständig oder teilweise mobil gemachte Armee mit allem Erforderlichen zu versorgen, vollkommen ausgeschlossen ist*¹³.

In einer noch *schlechteren Verfassung befinden sich die Nahrungsmittelversorgung und das Transportwesen*¹⁴. Auf beiden Gebieten ist die Tendenz zum Niedergang augenfällig. Das Lebensmittelproblem befindet sich trotz der Mobilisierung, der politischen Bearbeitung und der Militarisierung aller und alles am Rande des Hungers, selbst in den großen Städten, die sich in einer privilegierten Lage befinden. Die Krisenerscheinungen sind spürbar. Die Armee verfügt zweifellos über die benötigten Vorräte, um die laufenden Bedürfnisse zu befriedigen, und über gewisse Lebensmittelreserven.

Doch *ich glaube nicht an die Möglichkeit, durch eine große Mobilisierung der Armee die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern, im Gegenteil, eine Mobilmachung könnte nur noch die Katastrophe beschleunigen*¹⁵. Wenn andererseits dank des Territorialsystems und der politischen Arbeit in der Armee und in der Bauernschaft auch in einem zunehmenden Maße der politische und militärische Einfluss auf die Massen deutlich zutage tritt, so strömt *bei einer Mobilisierung der Kader- und Territorialdivisionen das unzufriedene Element der Bauernschaft*¹⁶, die als ein bedeutender Faktor der Unzuverlässigkeit gilt, in die Armee. Davon zeugt, dass sogar in Friedenszeiten die Einberufungen zum Militärdienst in den unzuverlässigen Gebieten in einem begrenzten Rahmen durchgeführt werden.

Neben dem Lebensmittelproblem steht die Frage bezüglich der Zugkraft. *Der vorhandene Bestand an lebendiger Zugkraft, die ausgezehrt ist, kann in keinem Maße die Bedürfnisse befriedigen, selbst in Friedenszeiten nicht*¹⁷.

In einem gleichen Zustand befindet sich das *Transportwesen, das nicht die an ihn steigenden Anforderungen bewältigen kann, bei einer Mobilmachung die Konzentrierung und die Versorgung zu gewährleisten*¹⁸. Die Berechnungen bezüglich des Transportwesens müssen in der Konsequenz zu schweren Folgen füh-

¹⁰ Gemeint ist der erste Fünfjahresplan.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

ren, die Möglichkeit der Improvisation ist angesichts der allgemeinen technischen Unzulänglichkeit ebenfalls äußerst beschränkt.

*Die Finanzlage erlaubt es, bei der zwangsweisen und rein fiktiven Stützung der Kaufkraft des Geldes, auf dem Binnenmarkt beliebig [Geld]Mittel zu bevorzugen. Bei einem großen Krieg kann Russland nicht mit einer ausländischen finanziellen oder materiellen Unterstützung rechnen. Von den Kriegsergebnissen wird es abhängen, ob es gelingen wird, während des Krieges oder danach der wirtschaftlichen Vernichtung zu entgehen*¹⁹.

*Die Friedenspolitik wird eingedenk der äußersten Notwendigkeit nach Frieden durchgeführt, nicht aber auf der Grundlage prinzipieller Erwägungen, den Krieg zu verneinen*²⁰. Das Wort „Pazifist“ ist in Russland ein Schimpfwort, im gleichen Maße wie „Schädling“ oder „Verräter“.

Das Leitmotiv bei der Vorbereitung auf einen künftigen Krieg besteht darin, in der Armee und im Volk die Idee zu verbreiten, sich vor der von den westlichen Staaten beabsichtigten Intervention zu verteidigen.

Die erforderliche allgemeine Schlussfolgerung mache ich unter dem Vorbehalt, dass die Umstände, die „im Moment“ keinen Angriffskrieg zu führen erlauben, noch viele Jahre von Bestand sein werden, und selbst nach dieser Frist eine schnelle und spürbare Veränderung des gegenwärtigen Zustandes unmöglich ist. *Ich teile ebenso nicht die Meinung, dass die Rote Armee in der Lage sei, einen Verteidigungskrieg gegen einen beliebigen Gegner zu führen, weil die allgemeine Situation und der Zustand des Landes es der Armee nicht gestatten, alle erforderlichen Kräfte zu entfalten (zum Beispiel im Fernen Osten)*²¹. In der Vorstellung der Außenwelt gründet sich die Stärke der Sowjetunion auf ihre wenig bekannte Kriegsstärke, die schwer zu schützenden gewaltigen Räume, die Unmöglichkeit, ihren inneren Zustand zu studieren und schließlich auf jene zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen die möglichen Gegner der UdSSR in ihren eigenen Ländern ankämpfen müssen. Alle diese Umstände stärken das Prestige der Sowjetunion und liefern ihr unerschöpfliche Möglichkeiten, erfolgreich das außenpolitische Spiel zu betreiben.

Unbedeutende kriegerische Ereignisse können die Sowjetunion nicht beeinflussen, selbst nicht im Fall von territorialen Verlusten. Russland wird solange einem großen Krieg aus dem Weg gehen, solange dies die Prestigegründe es erlauben.

*Die Richtigkeit und die Notwendigkeit der deutsch-russischen Zusammenarbeit wird durch das oben Gesagte nicht verneint, sie sollte im Gegenteil aufgrund der dargelegten Gründe sogar verstärkt werden*²².

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 505, l. 216–220. Kopie.

Veröffentlicht in: D'jakov/Bušueva, *Fašistskij meč*, 309–310²³.

¹⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Das Dokument wurde mit Kürzungen und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht.

Nr. 312

Auszug aus dem Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern

10. Dezember [1933]¹

DIE BEZIEHUNGEN DER SOWJETUNION ZU DEN KAPITALISTISCHEN
LÄNDERN IN DER ZEIT VON 1930 BIS 1933

In der Zeit von 1930 bis 1933 vollzogen sich in den Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Staaten ernsthafte Veränderungen und Wandlungen. Wenn bis 1932 Deutschland, außer der Türkei und in einem gewissen Grade Italien, der positive Hauptfaktor in der Außenpolitik der Sowjetunion war, so veränderte sich 1932–1933 die Situation radikal. In dieser Zeit verschlechterten sich die sowjetisch-deutschen Beziehungen erheblich, während die Beziehungen der UdSSR zu Frankreich und Polen weitreichende Verbesserungen aufwiesen. Die Beziehungen der UdSSR zu England blieben unverändert. Die Beziehungen zu Japan haben sich bedeutend verschlechtert. Die Wandlungen, die sich in der internationalen Stellung der Sowjetunion vollzogen haben, sind durch die Weltwirtschaftskrise, durch die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Hauptmächten und durch die außerordentliche Stärkung der Position der UdSSR bewirkt worden. Im Wesentlichen werden die Beziehungen der Sowjetunion durch folgende Momente charakterisiert:

DEUTSCHLAND

Die sowjetisch-deutschen Beziehungen in der Zeit von Januar 1930 bis November 1933² waren von beständiger Natur und stabilisierten sich in einem bestimmten Rahmen. Der Schwerpunkt dieser Beziehungen lag auf wirtschaftlichem Gebiet. 1930 stellte sich jedoch heraus, dass der sowjetische Export nach Deutschland abnahm, während sich die Einfuhr aus Deutschland unablässig erhöhte. Am 14. April 1931 wurde das sogenannte Pjatakow-Abkommen über den 300-Millionen-Kredit³ unterzeichnet, wodurch der sowjetische Import aus Deutschland 1931 411 Mio. **Rubel**⁴ gegenüber 251 Mio. **Rubel**⁵ im Jahr 1930 erreichte. Zugleich ging der Export von 205 Mio. **Rubel**⁶ auf 129 Mio. **Rubel**⁷ zurück.

¹ Die Datierung erfolgt nach dem Datum des Begleitschreibens Krestinskijs an Poskrebyšev vom 10. 12. 1933 mit dem Vermerk „Ganz geheim. Persönlich“. Poskrebyšev wurden drei Übersichten zugestellt: 1. Die Versuche der kapitalistischen Staaten, einen Ausweg aus der Krise zu finden; 2. Die Beziehungen der UdSSR zu den kapitalistischen Staaten in der Zeit 1930–33; 3. Die vertraglichen Beziehungen der UdSSR zu den kapitalistischen Ländern (Tabelle). In dem Schreiben Krestinskijs hieß es: „In den Übersichten zu Deutschland und Polen ist die Entwicklung der Außenpolitik dieser Länder uns gegenüber absolut offen dargelegt worden. Ob man auf dem Parteitag [der XVII. Parteitag der VKP (B)] mit einer derartigen Offenheit wird sprechen können, muss gesondert erörtert werden.“ In: AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 179. Eine Kopie der Materialien wurde an Litvinov geschickt.

² So im Dokument; richtig: bis Januar 1933. Vgl. die Übersicht „Die sowjetisch-deutschen Beziehungen von Januar 1930 bis November 1933“, die von der 2. Westabteilung des NKID erstellt wurde. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 533–521, hier l. 533.

³ Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Mark.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Mark.

⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Mark.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Mark.

1932 und 1933 hat sich unsere passive Zahlungsbilanz weiter vergrößert. Bei den Wirtschaftsverhandlungen trat zutage, dass man nichts für den sowjetischen Export nach Deutschland unternehmen könne. Dafür wurde uns 1933 ein Finanzkredit in Höhe von 140 Mio. Mark gewährt⁸.

Auf dem Gebiet der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR war in dieser Zeit der Regierungsantritt von Papens am 1. Juni 1932 der erste Schlag, wobei sich bei der deutschen Regierung ausgeprägte antisowjetische Orientierungen offenbarten. Am 30. Januar 1933 gelangte in Deutschland die Nationalsozialistische Partei an die Macht, die in ihrer Außenpolitik ein klar formuliertes antisowjetisches Programm besitzt. Sofort nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten setzte eine neue Entwicklungsperiode der deutsch-sowjetischen Beziehungen ein, in deren Verlauf die aggressiven antisowjetischen Tendenzen des faschistischen Deutschlands vollauf zum Tragen kamen. Bereits am 3. März⁹ 1933 hielt Hitler im Sportpalast im Beisein des Diplomatischen Corps eine Rede, in der er erklärte, dass die Rote Armee die marxistisch-pazifistischen Ideen symbolisiere. „Dort, wo der Marxismus herrscht, dort beobachtet man Armut und Not. Ich kämpfe bereits seit 14 Jahren gegen diesen Irrsinn.“¹⁰ Doch am 23. März erklärte Hitler in seiner Rede **bei der Eröffnung**¹¹ des Reichstages seinen festen Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten. „Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland berührt nicht die politischen Beziehungen zur UdSSR.“¹² Diese Erklärungen Hitlers wurden von den Nationalsozialisten als klare Definition für die Beziehungen des nationalsozialistischen Deutschland zur Sowjetunion betrachtet. Dennoch wurden sowohl von Hitler als auch von anderen Führern der Nationalsozialistischen Partei beständig antisowjetische Erklärungen abgegeben, teilweise in verschleierte Form. Noch am 22. November erklärte Hitler in einem dem französischen Journalisten de Brinon¹³ gegebenen Interview, dass er seine Lehre vollkommen aufrechterhalte und auf der Grundlage der Bekämpfung des Bolschewismus eine französisch-deutsche Zusammenarbeit vorschlage. Die Tendenzen der deutschen Regierung kamen seinerzeit in dem von Hugenberg am 18. Juni der Wirtschaftskonferenz in London unterbreiteten Memorandum zum Ausdruck, in dem er forderte, Deutschland Siedlungsgebiete im Osten zur Verfügung zu stellen. Im August dieses Jahres hat Axel Schmidt, ein ehemaliger Mitarbeiter von General Hoffmann, in der der Reichswehr nahestehenden Zeitschrift „Volk und Reich“ einen Artikel veröffentlicht, in

⁸ Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

⁹ So im Dokument; richtig: am 2. 3. 1933.

¹⁰ Wörtlich führte Hitler aus: „Wenn Marxismus in der Praxis herrscht, widerlegt er sich in allem selbst. Kein Glück, keine Wohlfahrt, kein sozialer Emporstieg, sondern nur gleiches graues Elend, gleiche graue Not. ... Wenn vor diesem Wahnsinn ein schwaches Bürgertum kapitulierte, – den [Kampf] nehmen wir auf! ... Schon vor 14 Jahren habe ich ihn aufgenommen.“ Vgl. Völkischer Beobachter vom 3. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 2.

¹¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: vor der Eröffnung.

¹² Wörtlich führte Hitler aus: „Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einnischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Ländern, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.“ Vgl. Völkischer Beobachter vom 24. März 1933, Berliner Ausgabe, S. 3.

¹³ Am 19. 11. 1933 gab Hitler dem außenpolitischen Kommentator der Zeitung „L'Information“ de Brinon ein Interview, welches in Deutschland nachgedruckt wurde. Vgl. Völkischer Beobachter vom 23. November 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

dem er darlegte, dass die Bildung eines selbständigen ukrainischen Staates die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sein müsse¹⁴.

In den zehn Monaten, die seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten vergangen sind, gab es eine Reihe von antisowjetischen Handlungen und Exzessen. Der Konflikt, der im Zusammenhang mit der Nichtzulassung der sowjetischen Journalisten zum Reichstagsbrandprozess stand, nahm einen scharfen Charakter an. Dank der entschlossenen Politik, die die sowjetische Regierung in dieser Frage verfolgte, ist der Konflikt mit einer vollständigen Kapitulation der deutschen Regierung ausgegangen.

In jüngster Zeit wurden von deutscher Seite erneut Beteuerungen hinsichtlich der freundschaftlichen Tendenzen Deutschlands gegenüber der Sowjetunion abgegeben. Dazu gehörte die Rede Neuraths vor der ausländischen Presse¹⁵, die Rede Nadolnys bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens an Gen. Kalinin¹⁶. Ungeachtet aller „freundschaftlichen“ Schritte und Beteuerungen der deutschen Regierung, ist dennoch zu konstatieren, dass die Rapallo-Periode in den Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR abgeschlossen und eine Rückkehr zu ihr nicht möglich ist, weil das nationalsozialistische Deutschland den Weg der antisowjetischen aggressiven Politik nicht verlassen kann. Dem Kalkül des nationalsozialistischen Deutschlands auf dem Gebiet der Außenpolitik lagen folgende Überlegungen zugrunde: Deutschland wird in einem schnellen Tempo aufgerüstet werden. Frankreich kann wegen des Widerstandes Englands und Italiens keinen bewaffneten Präventivangriff gegen Deutschland führen und wird um der eigenen Sicherheit willen gezwungen sein, den Widerstand gegen die deutschen Aggressionspläne im Osten aufzugeben.

[...] ¹⁷

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 95, d. 81, l. 180–197. Kopie.

¹⁴ A. Schmidt: Das ukrainische Problem. In: Volk und Reich. Politische Monatshefte, H. 8/1933, S. 711–720. Schmidt schrieb: „Die Entwicklung des ukrainischen Volkes zum eigenen Staat liegt nicht nur im Interesse der Ukrainer selber, sondern auch in dem Europas und der gesamten Welt.“ Ebd., S. 719.

¹⁵ Am 15. 9. 1933 Vgl. Dok. 206.

¹⁶ Am 20. 11. 1933.

¹⁷ Die knappen Übersichten zu den Beziehungen der UdSSR zu folgenden Ländern wurden ausgelassen: Frankreich (l. 183–184), Großbritannien (l. 184–185), Italien (l. 185–186), Polen (l. 186–187), Litauen (l. 187–188), Lettland (l. 188), Norwegen (l. 189–190), Schweden (l. 190), Estland (l. 191), Finnland (l. 191–192), Rumänien (l. 192–193), Tschechoslowakei (l. 193), Türkei (l. 193–194), Persien (l. 194–195), Afghanistan (l. 195), Japan (196–197), USA (l. 197).

Nr. 313
Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 11. Dezember 1933

Ankunft: 14. Dezember

Geheim

IV Ru. 5467

D 1449

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Inhalt: Gedankengänge zur gegenwärtigen Lage des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs.

Die in einigen Kreisen der deutschen Wirtschaft verbreitete Auffassung, dass der Rückgang der Bestellungen der Sowjetregierung an die deutsche Industrie vorwiegend auf die seit dem Umsturz in Deutschland entstandene Erkaltung der gegenseitigen politischen Beziehungen zurückgeführt werden muss, ist nicht zutreffend. Es kann zwar nicht geleugnet werden, dass gewisse Erschwerungen, denen sowjetische Wirtschaftsorganisationen und Einzelpersonen in den ersten Monaten nach der Errichtung des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland begegnet sind, einen ungünstigen Einfluss auf die Bestellungs politik der Sowjetregierung gegenüber Deutschland ausgeübt haben. Ebenso darf der retardierende Einfluss einzelner maßgebender jüdischer Sowjetwirtschaftler, die aus persönlichem Resentiment dem deutschen Geschäftspartner gegenüber neuerdings Zurückhaltung an den Tag legen, nicht unterschätzt werden. Nichtsdestoweniger müssen die entscheidenden Gründe dafür, dass der Umfang der Bestellungen an die deutsche Industrie in diesem Jahre bis auf ein Minimum von einigen Millionen Mark monatlich zurückgegangen ist, viel tiefer gesucht werden, nämlich in der allgemeinen Wirtschaftslage der UdSSR sowie in ihren Beziehungen zu anderen Ländern.

Was die Beziehungen zu anderen Ländern anbetrifft, so geht die Sowjetregierung in ihrer gegenwärtigen Zurückhaltung bei der Erteilung von Auslandsbestellungen zweifellos auch von der Überlegung aus, dass ihr bei den kommenden Verhandlungen mit den USA wirtschaftliche Manövriermöglichkeiten und Lockmittel zur Verfügung stehen müssen, die nur durch Aufspeicherung eines gewissen Vorrates von fälligen, aber noch nicht erteilten Aufträgen geschaffen werden können.

Der Hauptgrund für die Zurückhaltung ist aber in der inneren wirtschaftlichen Lage der UdSSR zu suchen. Sie hat es mit sich gebracht, dass in diesem Jahre sämtliche Lieferanten der UdSSR von dem Rückgang der Sowjetkäufe im Auslande empfindlich getroffen worden sind. Die interessierten deutschen Wirtschaftskreise müssen sich dabei vor allem darüber klar sein, dass das Jahr 1931 mit seinem Höhepunkt an russischen Bestellungen eine einmalige Erscheinung darstellt, die mit der forcierten Durchführung des ersten Fünfjahresplanes unmittelbar zusammenhing. Inzwischen hat sich die Sowjetregierung zu einer erheblichen Einschränkung sowohl der Zielsetzung als auch der Tempi der Industrialisierung

gezwungen gesehen, da sie erkannt hat, dass die übersteigerten Anforderungen an die Kräfte des Volkes zu einer allgemeinen wirtschaftlichen „Überanstrengungskrise“ geführt haben, die eine „Atempause“ dringend erforderlich machte. Und es war ferner das Bestreben, den ausländischen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, das die Sowjetregierung zu einer generellen Importdrosselung gezwungen hat. Diese Verpflichtungen waren überaus stark angewachsen und wurden umso drückender, als infolge der Weltwirtschaftskrise die Sowjetausfuhr eine starke Schrumpfung erfahren hatte.

Der primäre Grund für den Rückgang der deutschen *Ausfuhr in die UdSSR ist somit die innere wirtschaftliche Lage der UdSSR sowie die Sorge der Sowjetregierung um die Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit*¹. Was die letztere anbetrifft, so erscheint sie auch heute trotz der Aktivität der sowjetischen Handelsbilanz noch nicht als ganz behoben. Tritt doch die Sowjetregierung allein Deutschland gegenüber mit einem Zahlungsobligo von rund 700 Millionen RM in das neue Jahr, einem Obligo², für das vorderhand kein entsprechendes Äquivalent in Gestalt von Exportaussichten gefunden worden ist. Im Verkehr aller übrigen Länder mit der Sowjetunion aber macht sich immer stärker und deutlicher die Tendenz bemerkbar, Handelsabkommen nur auf der Basis von Nettobilanzen abzuschließen. So erscheint das Bestreben der Sowjetregierung begreiflich, auch hinsichtlich Deutschlands ihre Einkäufe mit dem Umfang ihrer Ausfuhr in Einklang zu bringen. Es ist also damit zu rechnen, dass die künftigen Absatzmöglichkeiten der deutschen Industrie nach der UdSSR mit der Schaffung einer gesicherten und konstanten Ausfuhr von Sowjetprodukten nach Deutschland unzertrennlich verknüpft sind. Die klare Erkenntnis dieser Tatsache und die beschleunigte Herbeiführung entsprechender Schlussfolgerungen ist um so notwendiger, als überdies die in Deutschland auf eine Ausfuhr agrarischer Produkte gerichteten Bestrebungen immer mehr nach Berücksichtigung drängen und auf diese Weise unser wirtschaftspolitisches Verhältnis zur Sowjetunion derart aus seinem natürlichen Gleichgewicht gebracht werden kann, dass der russische Markt für unsere Fertigprodukte in Gestalt hochwertiger Maschinen endgültig verschlossen bleibt. Dass eine solche Entwicklung von entscheidender Bedeutung für die gesamte deutsche Schwerindustrie werden kann, bedarf angesichts der sich fortdauernd steigernden Konkurrenz der Industrieländer untereinander kaum einer näheren Begründung.

Die gegenwärtige unbefriedigende Lage des deutsch-sowjetischen Handelsverkehrs stellt jedoch meiner Ansicht nach darum noch keineswegs eine chronische und noch weniger eine unheilbare „Erkrankung“ dar. Eine Voreingenommenheit gegen uns, die von dauernder Einwirkung auf die Wirtschaftsbeziehungen sein könnte, besteht jedenfalls hier einstweilen nicht. Dies hat mir auch eine Unterhaltung mit dem Außenhandelskommissar der Sowjetunion, Herrn Rosenholz, gezeigt³. Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass der Volkskommissar mich wesentlich zu täuschen versuchte, als er erklärte, dass der Sowjetregierung die Absicht einer irgendwie gearteten Diskriminierung Deutschlands völlig fern liege, dass vielmehr bei Schaffung der entsprechenden wirtschaftlichen Voraussetzun-

¹ Der Text ist am Seitenrand durch von Neurath angestrichen.

² Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

³ Vgl. Dok. 302.

gen, als die er neben der Steigerung des sowjetischen Exportes nach Deutschland eine Verständigung über Preise, Kreditfristen und Lieferungsbedingungen bezeichnete, eine Vertiefung und Entwicklung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs durchaus möglich sei. Wenn der Volkskommissar dabei auf den bevorstehenden Ablauf des Abkommens vom 15. Juni 1932⁴ und die noch ausstehende Verständigung über die Lieferungsbedingungen anspielte, so handelt es sich bei diesen Fragen um weitere Ursachen, die zu der gegenwärtigen Stagnation in der Bestellungs politik geführt haben; denn es liegt auf der Hand, dass die Sowjetregierung, nachdem sie sich bei Inanspruchnahme des Überbrückungskredites zu einer Verlängerung des Abkommens vom 15. Juni bereit fand, nunmehr nicht vor Toreschluss Bestellungen in Deutschland zu Bedingungen erteilen will, die sie – vielleicht mit Unrecht – künftig zu ihren Gunsten umzugestalten hofft.

Auf dem Gebiete der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sind somit in den nächsten Monaten Entschlüsse zu fassen, die angesichts ihrer Bedeutung für das weitere Schicksal dieser Beziehungen unverzüglich zur Diskussion gestellt werden müssen.

Alle vorhandenen Anzeichen lassen darauf schließen, dass die Sowjetregierung zwar entschlossen ist, die Industrialisierung des Landes grundsätzlich weiter zu verfolgen, dass aber die entsprechenden Maßnahmen im Rahmen des zweiten Fünfjahresplanes nicht auf die Errichtung neuer schwerindustrieller Bauten, sondern mehr auf die Vollendung der bereits in Angriff genommenen Werke und ihre sachgemäße technische Betriebsführung gerichtet sein werden. Gleichzeitig soll der Schwerpunkt der industriellen Bautätigkeit auf Gebiete verlegt werden, die bei der Durchführung des ersten Fünfjahresplanes, der vorwiegend auf den Ausbau der Schwerindustrie abgestellt war, offensichtlich vernachlässigt worden sind, wie die Konsumwarenindustrie und das Eisenbahnwesen. Die allgemeine Einschränkung des Industrialisierungsprogramms einerseits und die Tatsache andererseits, dass die Sowjetregierung inzwischen eine Reihe von Industriezweigen geschaffen hat, deren Erzeugnisse sie bisher aus dem Auslande einführen musste, werden zur Folge haben, dass die Ausfuhr von bestimmten Warengattungen, wie Werkzeugmaschinen, Generatoren, Berg- und Hüttenwerksmaschinen u.a.m., in den nächsten Jahren einen wesentlichen Rückgang erfahren wird. Dazu kommt, dass gerade auf diesem Gebiet sowohl die amerikanische Konkurrenz nach der erfolgten Aufnahme der Beziehungen als auch die englische im Hinblick auf die fortschreitenden Verhandlungen in London sich zweifellos stärker fühlbar machen werden, als dies bisher der Fall war. Die deutsche Industrie wird nicht umhin können, sich dieser Änderung der geschäftlichen Situation anzupassen, indem sie gleichzeitig ihr Augenmerk auf die neuen Möglichkeiten richtet, die ihr aus der Verlagerung des Schwerpunktes der russischen Wirtschafts pläne auf die Konsumwarenindustrie und das Eisenbahnwesen erwachsen.

Ein weiteres, wichtiges Gebot der Stunde ist ferner die Herbeiführung der klaren und nüchternen Erkenntnis darüber, dass Deutschland angesichts der gestiegenen Weltgeltung der Sowjetunion und des erhöhten Konkurrenzkampfes mit anderen Ländern sich nur dann auf dem Sowjetmarkte wird behaupten können, wenn es sich schnell *auf eine neue Methode des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjet-

⁴ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

union umstellt, und zwar auch auf die Gefahr hin, dass es dabei – wie schon so oft – zum Schrittmacher für die anderen Staaten wird. Je eher wir der Tatsache bewusst⁵ werden, dass der Sowjetmarkt heute nicht mehr mit Warenkrediten und Reichsausfallgarantien allein erhalten und neu erobert werden kann, um so besser für uns. Es ist bereits eine geraume Zeit her, seit der Außenhandelskommissar der UdSSR den Grundsatz proklamiert hat, dass die Sowjetunion in ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstadium aus dem Rahmen des Warenkreditgeschäftes hinausgewachsen und daher entschlossen sei, höhere Ansprüche an das Vertrauen derjenigen Länder zu stellen, die in Zukunft Geschäfte mit ihr machen wollen. Es dürfte daher kein Zweifel darüber bestehen, dass die Union, nachdem sie im Verlaufe eines für sie in finanzieller Hinsicht besonders schweren Jahres allen ihren Zahlungsverpflichtungen prompt nachgekommen ist, jetzt erneut auf die Forderung von Finanzkrediten zurückkommen wird. Deutschland wird gut tun, sich mit diesem Gedanken rechtzeitig vertraut zu machen, und es wird gleichzeitig seiner alten Erfahrung im Verkehr mit der Sowjetunion gedenken müssen, dass es stets vorteilhafter ist, neue Wege als erster und nicht im Schlepptau der anderen zu beschreiten. Dabei ist zu bedenken, dass eine deutsche Initiative in dieser Richtung sich nicht nur wirtschaftlich auf weite Sicht bezahlt machen würde, sondern dass sie bei entsprechender Handhabung auch unmittelbar zu einer Entlastung der Beziehungen und ihrer Bereinigung von schwebenden Streitfällen, einschließlich der mangelnden Verständigung über die Lieferungsbedingungen, führen könnte.

Ein deutscher Entschluss in der von mir angedeuteten Richtung hätte ferner den Vorteil, dass er die Frage des Sowjetexportes nach Deutschland, deren Lösung aus deutschen innerwirtschaftlichen Gründen mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist, für eine Weile in den Hintergrund drängen könnte.

Hiernach möchte ich dem Auswärtigem Amt nahelegen, die vorstehenden Gedankengänge, zu deren Erläuterung ich während meines bevorstehenden Aufenthaltes in Berlin zur Verfügung stehen werde⁶, unverzüglich zum Gegenstand von Besprechungen mit den beteiligten Wirtschaftsressorts zu machen.

Nadolny

Eigenhändige Unterschrift. Stempel des AA IV Ru 5467, Eing. 14. Dez. 1933; Stempel: Durchschlag an W gegeben. Handschriftlich: Original. Paraphen von Neuraths und Bülows.

PA AA, R 94658, Bl. E 664735–664742.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 119, S. 199–203.

⁵ Der Text ist am Seitenrand durch von Neurath angestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 319.

Nr. 314

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 11. Dezember 1933

Tgb. E/523

An das

Auswärtige Amt

Berlin**Rein**¹-DurchschlagInhalt: Propagandatätigkeit der Aktion „Brüder in Not“².

Die Aktion „Brüder in Not“ scheint zur Erweiterung ihrer Tätigkeit und zum Zwecke einer stärkeren Heranziehung von Mitteln in letzter Zeit wieder eine erhöhte Propaganda zu entfalten. So ist im „Völkischen Beobachter“ vom 6. Dezember³ ein Tonfilm der Ufa angezeigt, der unter der Bezeichnung „Flüchtlinge“ in nächster Zeit seine Uraufführung erleben soll⁴. Den Hintergrund für diesen Film stellt die Wanderung der Wolgadeutschen aus der Sowjetunion dar. Hierzu ist von vornherein zu bemerken, dass zwischen zwei getrennten Fragen unterschieden werden muss, nämlich der Auswanderung Deutschstämmiger im Jahre 1929, hauptsächlich aus Sibirien, wobei Wolgadeutsche fast unbeteiligt gewesen sind, und den Folgen und Opfern der Hungerkatastrophe des Jahres 1933. Der Sowjetseite wird dadurch, dass Wolgadeutsche in den Mittelpunkt der Auswanderungsbewegung nach dem Fernen Osten gestellt werden, eine bequeme Handhabe gegeben, um auch gegen die historische Unrichtigkeit des Films anzugehen.

Soweit der Inhalt des Films aus der Beschreibung ersichtlich ist, handelt es sich darum, „die nackte Fratze des Vernichtungstriebes des Bolschewismus“ zu schildern und dessen „blut- und gehirnleere Ideologie“ einer Kritik zu unterziehen.

So erwünscht es auch ist, die karitative Werbetätigkeit der Organisation „Brüder in Not“ auf eine möglichst breite Basis zu stellen, so bedenklich ist es andererseits, wenn diese Propaganda in das politische Fahrwasser hinübergeleitet und dadurch unbeabsichtigt Folgen für das deutsch-russische Verhältnis entstehen. Bereits in ihrem Bericht vom 5. Juli 1933 E/283 hat die Botschaft nachdrücklich den Standpunkt vertreten, dass bei einer so delikaten Frage wie der Unterstützung deutschstämmiger Sowjetstaatsangehöriger seitens einer deutschen Organisation, die mit ausdrücklicher Zustimmung der Reichsregierung arbeitet, genauestens erwogen werden müsse, in welche Bahnen die Aktion zu leiten wäre, um den von Hunger Betroffenen ein Maximum von Hilfe zu bringen und den deutsch-russischen Beziehungen ein Minimum von Schaden zuzufügen.

Die Verbindung einer propagandistischen Schilderung der Zustände, unter denen deutschstämmige Sowjetstaatsangehörige hier leben, mit einer vernichten-

¹ Das Wort ist eingefügt.

² Vgl. Dok. 128, 135 und 139.

³ Georg Hildebrandt: „Auf den Straßen des Ostens“. In: Völkischer Beobachter vom 6. Dezember 1933, Norddeutsche Ausgabe, S. 6.

⁴ Vgl. Dok. 307.

den Kritik des bolschewistischen Systems muss, da sie hier als Einmischung in innerrussische Verhältnisse ausgelegt werden wird, erneut eine schwere Wunde des deutsch-russischen Verhältnisses aufreißen. Es scheint mir daher unbedingt erforderlich, bei der weiteren propagandistischen Behandlung des Hungerproblems die politische Seite sowie eine Verallgemeinerung der Zustände zu vermeiden. Das deutsche karitative Hilfswerk zu Gunsten der notleidenden Stammesbrüder in der Sowjetunion darf nur als selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit erscheinen und darf nicht anders propagiert werden, als wenn es sich um eine Naturkatastrophe irgend sonst in der Welt handelt. Damit würde der Sowjetseite auch der Anlass genommen werden, das Hilfswerk als eine gegen das hier herrschende System gerichtete Aktion zu betrachten und zu Gegenmaßnahmen zu greifen, die einerseits zu einer erneuten Belastung der Beziehungen führen, andererseits den praktischen Erfolg der deutschen Hilfe illusorisch machen würden.

Ich bitte daher das Auswärtige Amt sich mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda baldigst in Verbindung setzen zu wollen, um die Propagandatätigkeit der Aktion „Brüder in Not“ auf einen die deutsch-russischen Beziehungen nicht gefährdenden Weg zu leiten. Hierfür wäre vor allem die Frage zu prüfen, ob der Film „Flüchtlinge“ zur öffentlichen Aufführung ohne Änderungen zugelassen werden kann, bzw. ob es den außenpolitischen Interessen des Reiches nicht mehr entspräche, wenn der Film nur in nichtöffentlichen Veranstaltungen gezeigt würde.

In Sowjetkreisen wird ferner darauf hingewiesen, dass Plakate der Aktion „Brüder in Not“ mit Angriffen auf die Zustände in der Sowjetunion sich in großer Anzahl gerade in reichseigenen Gebäuden (Post, Eisenbahn usw.) befinden, worin eine regierungsseitige Förderung der sowjetfeindlichen Tendenzen der Aktion erblickt wird. Es erscheint mir daher erwünscht, dass die Plakate allmählich unter der Hand verschwinden und die Werbetätigkeit zu Gunsten der Hungernden in Zukunft weniger in der Öffentlichkeit als in geschlossenen Versammlungen stattfindet.

Wie im Übrigen hier auf derartige Kundgebungen reagiert wird, geht daraus hervor, dass in Moskau zurzeit unter der Bezeichnung „Zerrissene Schuhe“⁵ ein Film in Vorbereitung ist, der die „trostlose Lage“ des deutschen proletarischen Kindes schildert. Die „Prawda“ vom 10. Dezember⁶ bringt bereits eine genaue Beschreibung dieses Films, aus der hervorgeht, dass er eine tendenziöse und gehässige Darstellung der deutschen Verhältnisse gibt.

Ich werde bei Litwinow sofort energischen Protest gegen die Aufführung dieses Films einlegen und seine Absetzung von der öffentlichen Aufführung bzw. Änderung verlangen.

gez. Nadolny

Auf dem ersten Blatt handschriftliche Vermerke sowie Kenntnismnahmen, auf dem letzten Blatt Paraphe von Hi[lger] 12/12. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 405, Bl. 20–23.

⁵ Rvanye bašmaki (Zerrissene Stiefel, Mežrabpomfil'm, 1933), Regie: Margarita Barskaja; Uraufführung: 17. 12. 1933.

⁶ „Rvanye bašmaki“. In: Pravda vom 10. Dezember 1933, S. 4.

Nr. 315

**Aufzeichnung der Unterredungen des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 2

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS am 11. XII. und 13. XII. 33

Am 11. hatte ich mit Nadolny nur ein kurzes Gespräch¹, das wir am 13. fortzuführen beschlossen². Ich gab ihm die Möglichkeit, alles das auszusprechen, was sich bei ihm angestaut hatte, da er gleich zu Beginn erklärte, dass er uns die Schuld für die Verschlechterung der Beziehungen gebe und er die Ursache für die Verschlechterung in der antideutschen Haltung unserer Presse sehe. Die Verschlechterung habe seiner Auffassung nach mit dem Abschluss unseres Nichtangriffspaktes mit Polen³ eingesetzt, über die diesbezüglichen Verhandlungen hätten wir die deutsche Regierung angeblich nicht informiert. Der Abschluss der Locarno-Verträge sei notgedrungen erfolgt, weil sich Deutschland von der Rhein-Besetzung befreien musste. Nach dem Machtantritt Hitlers habe unsere Presse mit einer systematischen Hetze gegen Deutschland begonnen. Wir hätten nicht den uns wohl gesonnenen Artikel Rosenbergs veröffentlicht, der am Tag meiner Ankunft in Berlin erschienen sei⁴. Die Kommunistische Internationale habe Instruktionen an die deutschen Kommunisten veröffentlicht⁵. Bessonov habe im Zusammenhang mit dem Schiedsspruch zu den Dollargeschäften eine Note verfasst, in der er mit politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen drohte⁶. Dies alles lasse Nadolny zu dem Schluss kommen, dass eine Verbesserung der Beziehungen allein von uns abhängе, d. h. von der Veränderung unserer Haltung, insbesondere der Presse.

Von dem Wunsch geleitet, Eindruck zu machen, ergänzte er bedeutungsvoll, dass ihm die Lage im Fernen Osten nicht sonderlich gefalle. Ich antwortete, dass sie auch mir nicht gefalle, aber sie gefalle offensichtlich jemandem in Deutschland. Darauf erlaubte sich Nadolny die absolut erpresserische Aussage, dass dies, d. h. die Annäherung Deutschlands an Japan, von uns abhängе.

Am 13. antwortete ich Nadolny. Eingangs wies ich seine Bemerkung zurück, dass wir Deutschland nicht über die Verhandlungen mit Polen bezüglich eines Nichtangriffspaktes informiert hätten. Ich erinnerte ihn daran, dass Deutschlands Eintritt in den Völkerbund⁷, das Locarno-Abkommen, die Unterredung Strese-

¹ Zu diesem Gespräch vgl. das Telegramm Nadolnys vom 12. 12. 1933. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 122, S. 206–207.

² Zur Wiedergabe dieses Gesprächs vgl. Dok. 316.

³ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

⁴ A[lfred] R[osenberg]: „Litwinow in Berlin“. In: Völkischer Beobachter vom 7. Dezember 1933, Beiblatt: Berliner Beobachter, S. 9.

⁵ Vgl. F. Gekkert [d. i. Fritz Heckert]: „Sovremennoe položenie v Germanii – zadači KPG“ (Die gegenwärtige Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD). In: Kommunističeskij International, Nr. 34–35/1933, S. 1–15.

⁶ Vgl. dazu Dok. 332.

⁷ Am 10. 9. 1926.

manns mit Briand in Thoiry⁸, die weitere Annäherung Deutschlands an Frankreich, die Erklärung der Fünf in Genf⁹ alles Schritte seien, die Deutschland unternehmen habe, ohne sich mit uns zu konsultieren. Jedoch sei ich nicht der Meinung, dass diese Vorgänge oder unsere mit Frankreich und Polen abgeschlossenen Pakte unsere Beziehungen tatsächlich verschlechtert hätten. Diese Verschlechterung habe mit dem Machtantritt von Papen und von Hitler eingesetzt. Ich zählte alle Reden Papens und die literarischen Werke Hitlers auf, die Reisen Rosenbergs, dessen Beziehungen zu weißgardistischen Organisationen, die Verfolgung unserer Staatsbürger usw. Bereits nach meiner letzten Begegnung mit Neurath in Berlin¹⁰ habe es zwei antisowjetische Vorfälle gegeben: 1) den Auftritt Görings vor dem Leipziger Gericht¹¹ und 2) die ob ihrer Haltlosigkeit unglaubliche Forderung nach einem Schiedsverfahren bezüglich der Dollargeschäfte. Zu dem Zeitpunkt, da unsere Beziehungen zu Japan gespannt seien, verspüre Deutschland plötzlich eine große Liebe zu diesem Land und sehe eine Gemeinsamkeit der Interessen. Was jedoch die Anschuldigungen Nadolnys betreffen, so sagte ich, dass die Kommunistische Internationale seit dem ersten Tag ihrer Existenz sowohl den Kommunisten Deutschlands als auch anderer Länder Instruktionen erteile, doch in dieser Hinsicht habe der Vorgänger Nadolnys nicht ein einziges Mal protestiert. Aus Erfahrung wüssten wir, dass die Komintern für ein diplomatisches Argument immer dann bemüht werde, wenn es den Wunsch gebe, die Beziehungen zu verschlechtern oder ^{**12} die Verschlechterung der Beziehungen zu rechtfertigen. Deshalb habe mich der unerwartete Verweis Nadolnys auf die Komintern auch nicht verwundert. Unsere Presse habe meiner Meinung nach bei weitem nicht die Empörung widergespiegelt, die die von mir aufgezählten deutschen Handlungen bei uns ausgelöst hätten. Jedenfalls reagiere die Presse lediglich auf die deutschen Handlungen, und ihr die Ursache für die Verschlechterung unserer Beziehungen zuzuschreiben, bedeute nichts anderes, als Ursache und Wirkung zu vertauschen. Ich könne nicht annehmen, dass Nadolny im Ernst von unserer Schuld für die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland spreche; wenn er dies aber tatsächlich meine, so befürchtete ich, dass es uns nicht leicht werden würde, sich mit ihm zu verständigen. Verständigen könne man sich nur dann, wenn zumindest nicht die eindeutigen und für alle sichtbaren Fakten gelegnet würden.

Nadolny nahm zu ^{**}den üblichen Rechtfertigungen^{**13} Zuflucht. Rosenberg spiegele nicht die Meinung der Regierung wider. Er sei tatsächlich ein Emigrant, und wenn er Beziehungen zu anderen Emigranten unterhalte, so könne die deutsche Regierung dafür nicht in die Verantwortung genommen werden. Im Übrigen habe sich Rosenberg bereits selbst von seiner Dummheit überzeugt. Zum Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen¹⁴ sei er deshalb berufen worden, weil man nicht

⁸ Am 17. 9. 1926. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. I/2, Dok. 88, S. 188–191; Dok. 94, S. 202–210.

⁹ Auf der Beratung der Vertreter der fünf Mächte (Großbritannien, Deutschland, Italien, die USA, Frankreich) am 11. 12. 1932 in Genf wurde die Übereinkunft erzielt, Deutschland „die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet“. Vgl. K. Schwendemann: Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage. Mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente. Bd. 1, Leipzig 1933, S. 479–480.

¹⁰ Vgl. Dok. 269.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 277.

¹² Das an dieser Stelle stehende Wort „Wunsch“ ist gestrichen.

¹³ Die Textstelle ist korrigiert; ursprünglich: der üblichen Rechtfertigung.

¹⁴ Gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

gewusst habe, was man mit ihm anfangen sollte. In Deutschland nehme ihn niemand ernst. Papen sei tatsächlich immer für eine Annäherung an Frankreich eingetreten, doch keineswegs auf Kosten der UdSSR. Das Buch Hitlers¹⁵ sei Vergangenheit. Jetzt aber sollten wir uns an seine Erklärung vor dem Reichstag am 23. März halten¹⁶, die die Grundlage für die Weisungen bildete, die Nadolny erhalten habe¹⁷. Die Annäherung an Japan sei überhaupt nicht gegen uns gerichtet, sondern sei auf den Austritt der beiden Länder aus dem Völkerbund zurückzuführen. Er, Nadolny, sei mit den besten Absichten hierher gekommen und wünsche unter allen Umständen die „Atmosphäre zu bereinigen“; doch unsere Presse hindere ihn daran. Er sei bereit, darauf hinzuwirken, in Berlin Weisungen an die deutsche Presse durchzusetzen, damit sie ihre Haltung gegenüber der UdSSR verändere, ja er sei bereit, mir sogar die Instruktionen zu zeigen, wenn wir unsererseits unserer Presse in gleicher Weise instruieren würden.

Ich bemerkte, dass ich mit seinen Rechtfertigungsargumenten nicht einverstanden sei. Papen habe immer von einem gemeinsamen Abkommen mit dem Westen für einen Feldzug gegen die UdSSR gesprochen und geschrieben und habe dies auch Herriot in Lausanne vorgeschlagen¹⁸. Uns lägen auch zu anderen deutschen Vorschlägen ähnlicher Art genügend Informationen vor. Hitler habe sich von seinem Buch nicht losgesagt, und es sei in Deutschland weiter im Umlauf. Wir seien bereit, seinen offiziellen Erklärungen zu glauben, aber wir kämen nicht umhin, auch den ^{**}¹⁹ Tatsachen Glauben zu schenken, die diesen Erklärungen widersprächen. Hitler mache wahrscheinlich nicht allein die Außenpolitik. Wir gäben unserer Presse generell keine Instruktionen. Sie beobachte von sich aus unsere internationale Lage und reagiere dementsprechend. Wenn Deutschland die antisowjetische Politik einstellen sollte, so würde unsere Presse dies als erste vermerken. Ich fragte Nadolny, was denn Deutschland eigentlich von uns zu erreichen hoffe. Wünsche es, dass wir nicht aufrichtig sprechen und wir ausschließlich den Erklärungen Hitlers Glauben schenken sollen? Dies würde zu noch größeren Missverständnissen und Enttäuschungen führen. Wir führten nichts gegen Deutschland im Schilde, wir verhandelten nicht auf seine Kosten und unsere gesamten diplomatischen Schritte trügen allein Verteidigungscharakter. Wie beabsichtigten nicht, uns an irgendwelchen Intrigen gegen Deutschland zu beteiligen. An dem Tag, an dem Deutschland uns reinen Herzens eine ebensolche Erklärung abgeben könne

¹⁵ Gemeint ist „Mein Kampf“.

¹⁶ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

¹⁷ Vgl. Dok. 281.

¹⁸ Vgl. Dok. 18, Anm. 19. In der Unterredung mit dem Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Italien Potemkin am 3. 6. 1933 erzählte Mussolini über sein Gespräch mit von Papen, in dessen Verlauf er an ihn die Frage gerichtet habe: „Stimmt es, dass er [Papen] den Franzosen ein Bündnis mit Deutschland angeboten habe. Von Papen erklärte, dass die Franzosen ihn mit einer rein dialektischen Vorgehensweise gepackt hätten. Als er sich davon überzeugt hätte, dass Herriot und der französische Generalstab in Bezug auf Deutschland keine Ruhe geben könnten und Sondergarantien seitens Deutschlands forderten, habe er, von dem Wunsch geleitet, ihnen die Absurdität dieser Forderungen bewusst zu machen, erklärt: ‚Nun, was kann man machen? Uns bleibt nur eins übrig – ein deutsch-französisches Bündnis abzuschließen.‘ Die Franzosen hätten diese Formulierung aufgegriffen und die Legende geschaffen, dass von Papen Frankreich formal eine Allianz vorgeschlagen habe. Der Eindruck Mussolinis ist der, dass Papen, als er von dieser Angelegenheit erzählte, völlig aufrichtig gewesen sei.“ Vgl. Moskva–Rim: Politika i diplomatija Kremlja 1920–1939 (Moskau–Rom: Politik und Diplomatie des Kremls 1920–1939), otv. red. G. N. Sevost'janov, Moskva 2002, Dok. 151, S. 311.

¹⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „anderen“ ist gestrichen.

und uns keine Tatsachen bekannt würden, die dem widersprächen, würden die Beziehungen den von uns beiden gewünschten Charakter annehmen.

Nadolny breitete die Arme aus und erklärte, dass meine Worte ihn vollkommen mutlos machen würden, denn wenn er das, was ich gesagt hätte, nach Berlin übermitteln würde, entstünde dort der Eindruck einer absoluten Hoffnungslosigkeit der Beziehungen. Er schlug vor, sich zumindest auf drei Prinzipien zu einigen: 1) jede Seite erklärt, dass sie keine bösen Absichten gegenüber der anderen Seite hegt; 2) beide Seiten bemühen sich, auf die Öffentlichkeit und auf die Presse im Geiste der Verbesserung der Beziehungen Einfluss zu nehmen; 3) beide Seiten werden sich gegenseitig die ihnen vorliegenden Informationen über Intrigen von anderen Seiten zur Kenntnis bringen.

Ich sagte, dass ich gegen diese Prinzipien nichts einzuwenden hätte, doch könne man nicht immer über die erhaltenen Informationen im Detail sprechen. Danach ging Nadolny zur Frage der Dollargeschäfte über. Er versuchte mich davon zu überzeugen, dass einige, wenn auch nicht alle, Geschäfte zweifellos ein Schiedsverfahren rechtfertigen würden. Die Firmen hätten sich damit einverstanden erklärt, ihre Geschäfte gemäß dem Schiedsverfahren bis zum 1. Januar auszusetzen. Nadolny schlägt vor, an die in Mitleidenschaft gezogenen Firmen neue Aufträge zu vergeben, um ihnen damit die Möglichkeit zu geben, die erlittenen Verluste zu kompensieren. Dies würde übrigens zu einer Belebung der Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Außerdem führte Nadolny darüber Klage, dass über Jahre hinweg nicht über die Verhaftung von deutschen Staatsangehörigen informiert worden sei.

Ich antwortete Nadolny, dass ich noch nicht die Möglichkeit gehabt hätte, mich eingehend mit den Geschäftsabschlüssen auf Dollarbasis vertraut zu machen, dennoch sei es für mich vollkommen klar, dass, da auf Forderung der Deutschen die Wechsel in Dollar ausgestellt und in den Geschäftsverträgen kein fester Dollarkurs vereinbart worden sei, die Deutschen das Risiko eines Kursverfalls des Dollars zu tragen hätten. Wenn sie sich ***selbst***²⁰ vor diesem Risiko hätten schützen wollen, so hätten sie ohne Frage auf einem bestimmten Kurs bestanden. Deutschland selbst habe bezüglich seiner Gläubiger nicht wenig von dem Kursverfall des Dollars profitiert, und es werde den Gläubigern wohl kaum dafür einen Ausgleich zahlen wollen.

Die Frage der Aufträge sei absolut eigenständig, sie stehe in keinem Bezug zu diesen Geschäften.

LITVINOV

Vermerk [von M. M. Litvinov]: N.N. 4/1.

Vermerk von N. N. Krestinskij: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 42 vom 2. 1. 1934.

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 1 [Expl.] ins Archiv, die [Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Stern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 24, l. 52–56. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVI, Dok. 424, S. 740–744²¹.

²⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 316

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 14. Dezember 1933 3.40 Uhr

Ankunft: 14. Dezember 6.45 Uhr

IV Ru. 5479

Nr. 281 vom 13/12

Hatte heute 2½ stündige weitere¹ Unterredung mit Litwinow, die teilweise zu sehr scharfen Auseinandersetzungen führte, aber schließlich in freundlichem Ausgang endete. Litwinow begann Unterhaltung mit Erwiderung auf meine vorgestri- gen Vorwürfe über Hetze Sowjetpresse gegen Deutschland. Es käme nicht darauf an, was die Zeitungen schrieben, sondern allein maßgebend seien die Absichten der Regierungen. Sowjetregierung habe keine schlechten Absichten gegenüber Deutschland, sondern lege Wert auf gutes Verhältnis zu ihm. Schuld an Verschlechterung Beziehungen liege allein bei uns. Er aufzählte die einzelnen altbe- kannten Punkte:

Angebliche Verhandlungen Papens mit Franzosen auf Kosten Sowjetruss- lands, Hitler-Buch, Bestrebungen Rosenbergs etc., wobei er nur das Hugenberg- Memorandum vergaß, worauf ich ihn ironisch aufmerksam machte. In neuester Zeit habe Deutschland, wie hier bekannt geworden sei, Fühlung mit Japan aufge- nommen, was in Sowjetunion angesichts ihrer gespannten Beziehungen zu Japan große Beunruhigung hervorrufe. Auch habe die Sowjetregierung zuverlässige In- formationen, dass deutsche Stellen mit ukrainischen Konterrevolutionären in Ver- bindung ständen und Selbständigkeitsbewegung in Ukraine förderten.

Ich zurückwies diese Vorwürfe scharf und machte Litwinow darauf aufmerk- sam, dass für die Beziehungen allein Haltung der Regierungen maßgeblich sein könnte. Reichskanzler habe am 23. März d. J. im Reichstag, also vor aller Welt, die Absicht des neuen Deutschlands verkündet, zur Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Das allein sei maßgebend und einen Zweifel hieran ließe ich nicht zu. Wenn die Beziehungen sich verschlechtert hätten, so läge die Schuld allein auf Sowjetseite, deren Öffentlichkeit in maßloser Weise gegen neues Deutschland aufgehetzt werde. Was unsere Beziehungen zu Japan angehe, so seien sie nicht von irgendwelchen feindlichen Absichten gegen Sowjetunion getragen; dies erklärte ich ihm hiermit offiziell. Seine angeblichen Informationen müsse ich als unwahre Verleumdungen zurückweisen. Ich ersuchte ihn, sie mir zugänglich zu machen, damit ich sie prüfen könne. Der erste Schritt zur Wiederherstellung guter Beziehungen müsse darin bestehen, dass zunächst einmal in der Öffentlich- keit eine bessere Atmosphäre geschaffen werde. In Deutschland sei die Presse sehr gemäßigt geworden, dagegen fortahre die Sowjetpresse in gehässiger Hetze. Den freundlichen Artikel Rosenbergs im „Völkischen Beobachter“², also einem offiziö- sen Organ, habe sie totgeschwiegen, während alles Ungünstige sorgfältig registriert werde. Litwinow entgegnete, dass er auf meine entsprechende Bemerkung von

¹ Die Gespräche fanden am 11. 12. und 13. 12. 1933 statt; vgl. Dok. 315.

² Vgl. Dok. 315, Anm. 4.

vorgestern bei der TASS bereits die Nichtverbreitung Rosenberg-Artikels beanstandet habe. Im übrigen nehme er meine Erklärungen zur Kenntnis, aber man könne hier die Ansicht über feindliche Einstellung maßgebender deutscher Kreise gegen Sowjetunion nicht ohne weiteres ändern und müsse abwarten, bis Deutschland durch Taten seine freundschaftliche Gesinnung bewiese. Ich entgegnete, seine Sprache klinge beinahe wie die französische Forderung nach Bewährungsfrist, was ich entschieden zurückweisen müsse. Alles in allem habe mich diese Unterhaltung tief enttäuscht. Ja, die dauernden grundlosen Hinweise auf unsere bösen Absichten trotz unserer deutlichen und formellen Erklärung des Gegenteils mache mich sogar stutzig.

Zwar würden die friedlichen Absichten der Sowjetunion immer betont, gleichzeitig dauere aber die Hetze gegen Deutschland an. Mit Frankreich und Polen werde intim verhandelt. Die deutschen Offiziere seien aus der Sowjetunion entfernt, dafür kämen polnische und französische Militärs ins Land. Polen und Frankreich aber seien Nachbarn von Deutschland. Das gebe Anlass zum Nachdenken, und ich müsste, wenn ich nun nach Berlin käme, doch die Aufmerksamkeit meiner Regierung hierauf richten. Außerdem würde ich, wenn sich Ton Sowjetpresse nicht entschieden ändere, veranlassen, dass deutsche Presse ihre bisherige Zurückhaltung gegen Sowjetunion aufgebe und denselben Ton anschlage wie die hiesige Presse; dies möchte ich hiermit ausdrücklich gesagt haben. Hierauf einlenkte Litwinow: es sei durchaus nicht seine Absicht, mich zu entmutigen und unsere Beziehungen noch zu verschlechtern. Er erklärte mir hiermit nochmals offiziell, dass die Sowjetunion großen Wert auf gute Beziehungen zu Deutschland lege und keine feindlichen Absichten hege. Immer wieder erwiderte ich, ich nehme mit Genugtuung diese Erklärung zur Kenntnis und könne für Deutschland das gleiche erklären. Wenn aber beiderseitig gute Absichten beständen, müsse auch die Öffentlichkeit entsprechend beeinflusst werden, und man dürfe sich nicht auf böswillige Informationen berufen, die der andere nicht kenne. Wir übereinkamen darauf schließlich, unseren Regierungen vorzuschlagen, auf die Presse beruhigend einzuwirken, und sich in Zukunft im Geiste Berliner Vertrags offen auszusprechen, wenn bei einem oder dem anderen Informationen vorliegen, die auf angeblich böse Absichten des einen Teils gegen den anderen schließen lassen.

Ich habe dann Litwinow noch auf Stagnation in den Bestellungen und intransigente Haltung Sowjetregierung in der Dollarfrage hingewiesen, wobei ich Bedeutung großer Bestellungen stark unterstrich. Litwinow versprach, sich für diese Fragen, deren Einzelheiten er nicht kenne, zu interessieren.

Nadolny

Auf dem ersten Blatt Verteilerstempel: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Abt. IV (Arb.-Expl.) gerichtet.

PA AA, R 31498, Bl. E 497298–497300.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 127, S. 220–222.

Nr. 317
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 19. Dezember 1933

Aufzeichnung

Herr Weizer, der sich heute bei Herrn Reichswirtschaftsminister Schmitt oder Herrn Staatssekretär Posse angemeldet hatte, wurde von Herrn Min.Dir. Heintze in Gegenwart von Herrn Min.Rat Mossdorf empfangen.

Herr Weizer teilte Folgendes mit: Die Sowjetunion habe 1934 für 675 Millionen Reichsmark an Deutschland zu zahlen. Sie sei bereit, davon 300 Millionen in Devisen zu zahlen, jedoch keinen Pfennig mehr. 300 bis 350 Millionen würde sie in Waren zahlen. Was wir von diesem Betrag nicht in Waren abnähmen, bliebe dann eben unbezahlt. Eine Verlängerung des 140 Millionen-Kredits werde abgelehnt. Damit der erwähnte Betrag in Waren bezahlt werden könne, seien folgende Maßnahmen erforderlich:

1) *Steigerung* des *Naphtha-Absatzes* in Deutschland, vor allem Verlängerung der zu *Ende dieses Jahres* gekündigten Verträge mit der *Reichskraft-Spritgesellschaft* und dem *Benzolverband*¹.

2) Eine Steigerung des Absatzes sowjetischer Butter und Eier in Deutschland.

Die Bezahlung mit Waren sei ein Modus, der ja auch von deutscher Seite akzeptiert worden sei. Nach dem deutschen Wirtschaftsabkommen mit Holland zahle Deutschland ja einen Teil in Roggen. Im Übrigen sei es der Sowjetunion gleichgültig, ob Deutschland die von Russland angebotenen Waren nach Deutschland importiere, auf dritten Märkten absetze oder in Russland selbst übernehme.

Zu der vom Reichswirtschaftsministerium aufgeworfenen Frage nach neuen Bestellungen erklärte Herr Weizer, sich hierzu nicht äußern zu können. Wenn wir unbedingt sofort Bestellungen haben wollten, so sollten wir der Sowjetregierung einen Finanzkredit von 100 Millionen Reichsmark für 8 bis 10 Jahre einräumen. Sie würde dann in dieser Höhe Aufträge erteilen und die Firmen bar bezahlen. An den langen Kreditfristen hätte sie gar nicht mehr das große Interesse, da diese nur dazu geführt hätten, dass die Firmen Risikoaufschläge in ihre Preise einkalkuliert hätten, sodass die Sowjetunion in den vergangenen Jahren bei Aufträgen in Höhe von 4 Milliarden an deutsche Firmen Mehrpreise in Höhe von 1½ Milliarden gezahlt hätte.

Ferner verlangte Herr Weizer Beteiligung am *Scrips*²-Verfahren.

Auf die Frage des Reichswirtschaftsministeriums nach der Stellung der Sowjetregierung zu einer Verlängerung des Rahmenabkommens vom 15. 6. 1932³ erklärte Herr Weizer, dass hiergegen wohl keine Bedenken bestünden⁴.

¹ Die Wörter sind unterstrichen.

² Das Wort ist am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen. Scrip-Verfahren ist die Ausgabe von Gutscheinen/Gutschriften für nicht gezahlte Zinsen.

³ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

⁴ Meyer verfasste am 21. 12. 1933 einen Entwurf an das Reichswirtschaftsministerium, in dem er darum bat, dass der Russland-Ausschuss zu einer Verlängerung des Abkommens ermächtigt werden sollte. Vgl. PA AA, R 94658, Bl. E 664733.

Zur Frage der Dollarklauseln erklärte Herr Weizer, dass hier der russische Standpunkt unverändert sei. Sobald der erste Gerichtsvollzieher käme, um Sowjetigentum zu pfänden, würde die Handelsvertretung geschlossen werden.

Die Ausführungen von Herrn Weizer werden nach den Feiertagen zunächst zum Gegenstand interministerieller Besprechungen gemacht werden⁵.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

gez. Bräutigam

Handschriftlicher Randvermerk auf dem ersten Blatt: Abdruck f Md. Ritter. Paraphe R[iters] und M[eyers] 20/12.

PA AA, R 105702, o.P., 3 Bl.

Nr. 318

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den Reichswirtschaftsminister Schmitt

11.¹ Schreiben der Handelsvertretung an Wirtschaftsminister Schmitt bezüglich der Vertragsverletzungen mit der Derop durch den Benzolverband und die Reichskraftsprit

Handelsvertretung der
UdSSR in Deutschland
Weizer

An Reichswirtschaftsminister
Dr. Kurt Schmitt

Berlin, den 20. Dezember 1933

Wie Ihnen wohl bekannt ist, bilden die Naphtaprodukte und insbesondere Benzin einen der Hauptartikel der sowjetischen Ausfuhr nach Deutschland.

Der Absatz der sowjetischen Naphtaprodukte wird in Deutschland sowohl im Wege des Detailhandels seitens der Derop (Deutsche Vertriebs-Gesellschaft für Russische Öl-Produkte A. G.) wie auch im Wege der Großhandelsgeschäfte getätigt, die seitens der Derunapht mit den bedeutendsten Organisationen des Naphtahandels, und zwar mit dem Benzolverband und der Reichskraftsprit G.m.b.H. abgeschlossen werden.

Der Benzolverband und die Reichskraftsprit G.m.b.H. sind im Laufe von mehreren Jahren ständige Abnehmer der sowjetischen Naphtaprodukte gewesen; diese Organisationen hatten mit der Derunapht langjährige Verträge.

⁵ Schauke notierte am Schluss eines Berichtes über eine Besprechung am gleichen Tag mit Weizer und Reyß: „Der Gesamteindruck, den man von der Unterhaltung mit Herrn Weizer erhielt, war der, dass auf russischer Seite auch bei einem an sich zu den deutsch-russischen Beziehungen so positiv eingestellten Manne wie Herrn Weizer Verstimmung und starke Zurückhaltung zur Zeit obwalten.“ Vgl. PA AA, R 94658, Bl. E 664748–664753, hier Bl. 664753.

¹ Aus der thematischen Dokumentensammlung des Archivs der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland zur Situation bezüglich der Derop.

Soeben erhalte ich die Mitteilung, dass der Benzolverband seinen langjährigen Vertrag mit der Derunapht auf Benzinlieferungen ab 1. Januar 1934 nicht mehr erneuern kann, da er sich inzwischen bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft (Standard) auf längere Jahre eingedeckt habe.

Gleichzeitig ist auch der langjährige Benzinlieferungsvertrag der Reichskraftsprit G.m.b.H. mit der Derunapht per 31. Dezember 1933 gekündigt worden.

Die Ablehnung seitens des Benzolverbandes, seinen Benzinlieferungsvertrag mit der Derunapht zu verlängern und die Kündigung des Vertrages der Reichskraftsprit G.m.b.H. mit der Derunapht stehen im völligen Widerspruch zu den mehrfachen Erklärungen sowohl des Reichswirtschaftsministeriums wie auch der übrigen verantwortlichen Reichsstellen, dass eine Steigerung des Bezuges sowjetischer Naphtaprodukte im deutschen Interesse liege.

Die außerordentlich hohe Passivität der sowjetisch-deutschen Zahlungsbilanz sowie die hierdurch bedingte Notwendigkeit einer maximalen Steigerung des sowjetischen Exportes nach Deutschland haben das Reichswirtschaftsministerium veranlasst, zusammen mit dem Reichsministerium des Innern im Juni dieses Jahres ein Rundschreiben zu erlassen, welches allen deutschen Organisationen empfohlen hat, den Bezug sowjetischer Naphtaprodukte zu steigern².

Demgegenüber ist zu bemerken, dass die Verträge der Derunapht, deren Verlängerung der Benzolverband und die Reichskraftsprit G.m.b.H. gegenwärtig ablehnen, den Absatz von sowjetischem Benzin in Deutschland in einer Menge von ungefähr 140 000 t jährlich, und zwar im Werte von 10 Millionen RM sicherstellten.

Angesichts dessen halte ich es für unbedingt notwendig, dass entweder Mittel und Wege gefunden werden, auf den Benzolverband wie auch auf die Reichskraftsprit G.m.b.H. dahingehend einzuwirken, dass ein weiterer Bezug ihrerseits von sowjetischem Benzin in dem früheren Umfange sichergestellt werde, oder aber das Reichswirtschaftsministerium uns dabei behilflich ist, diesen Ausfall durch Heranziehung anderer Abnehmer sowjetischen Benzins wieder wettzumachen.

Ich ersuche Sie höflichst, sehr geehrter Herr Reichsminister, die hier aufgeworfene Frage möglichst umgehend zu untersuchen und ihre schleunige Erledigung im Interesse des Exportes der UdSSR nach Deutschland zu veranlassen.

Genehmigen Sie usw.

(Archiv der Botschaft)

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 35 Expl., 20 Expl. an das NKID, das 21. [Expl.] an Gen. Chinčuk, das 22. an Gen. Bessonov, das 23. an Gen. Vinogradov, das 24. an Gen. Giršfel'd, das 25. an Gen. Levičev, das 26. an Gen. Gordon, das 27. an Gen. Kaplan, das 28. an Gen. Mazing, das 29. an Gen. Vejcer, das 30. [Expl.] an Gen. Levitin, die [Expl.] 31–35 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 1, p. 73, d. 10, l. 2–1. Kopie. In deutscher Sprache.

² Vgl. Dok. 129.

Nr. 319
Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 21. Dezember 1933

Aufzeichnung
über die Besprechung zwischen Herrn Ministerialdirektor Meyer und
Herrn Botschafter Nadolny

Botschafter Nadolny berichtete über seine Unterredungen mit Herrn Staatssekretär von Bülow und Herrn Reichsminister von Neurath. Die Vereinbarung mit Volkskommissar Litwinow (zu vergl. Telegramm des Herrn Botschafters Nr. 281 vom 13. Dezember IV Ru 5479¹) sei genehmigt worden. Botschafter Nadolny beabsichtigt, noch mit dem Propagandaministerium (Min.Dir. Greiner) zu sprechen, um dort Zurückhaltung gegenüber Sowjetrussland zu empfehlen.

Ministerialdirektor Meyer bemerkte dazu, dass durch Geh.Rat² Aschmann auf die Presse eingewirkt worden sei und noch weiter eingewirkt werden würde. Weitere Maßnahmen (Rundschreiben an Ministerien pp.) sollen einstweilen unterbleiben.

Entsprechend der für die Tätigkeit in Moskau maßgebliche Formel, politische Beruhigung und wirtschaftliche Intensivierung, sei es wichtig, durch Vereinbarung eines wirtschaftlichen Bestellprogramms auf längere Sicht zu einer Stabilität zu gelangen.

Botschafter Nadolny äußerte sich hinsichtlich des deutsch-russischen Vertragswerkes vom 12. Oktober 1925³ dahin, dass einzelne der darin enthaltenen Verträge überholt seien. Hierüber befinde sich bei der Botschaft in Moskau ein umfangreiches Material. Es sei notwendig, dass die Vertragsbestimmungen und das Material geprüft würden mit dem Ziel, sie den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. In dieser Hinsicht wurde ins Auge gefasst, Herrn Gesandten Göppert zu gegebener Zeit nach Moskau zu entsenden, um diese Frage zu studieren⁴.

Über die deutsch-sowjetischen militärischen Beziehungen hat Botschafter Nadolny ein Gespräch mit Reichsminister Generaloberst von Blomberg und Oberst von Reichenau gehabt. Es bestand Übereinstimmung darüber, dass an unserer bisherigen Haltung festgehalten werden sollte.

Ministerialdirektor Meyer unterrichtete Herrn Botschafter Nadolny über die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Hinsichtlich der Entsendung eines Vertreters der Zeitung „Angriff“ wird verabredet, dass Herr Botschafter Nadolny diese Frage noch einmal mit Herrn Kampmann von der Redaktion des „Angriff“ besprechen wird.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt unten: Po 2 Ru, oben: e.o. IV Ru 5623/23.12. Bemerkungen am Seitenrand über Ablage und Kenntnissnahmen.

PA AA, R 83396, Bl. H 046537–046538.

¹ Vgl. Dok. 316.

² So im Dokument; richtig: Vortragender Legationsrat.

³ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

⁴ Göppert war in den Monaten März/April 1934 an der Deutschen Botschaft in Moskau.

Nr. 320

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**Geheim
Expl. Nr. 8

Nr. 175/1

23. Dezember 1933

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
GEN. STALIN

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten schlägt vor, die Herausgabe der in deutscher Sprache wöchentlich erscheinenden „Moskauer Rundschau“ einzustellen.

Die „Moskauer Rundschau“ war Ende 1928 formal als Organ für die Deutschen in der UdSSR gegründet worden. Faktisch sollte sie sich aber an breite Leserkreise in Deutschland und in anderen deutschsprachigen Ländern wenden. Der „Moskauer Rundschau“ war ein parteiloses Erscheinungsbild gegeben worden, was äußerlich dadurch dokumentiert wurde, dass die Redaktion der Wochenzeitung bei Otto Pohl, einem linken Sozialisten und ehemaligem Gesandten Österreichs in Moskau¹, lag.

Die „Moskauer Rundschau“ erfüllte die sehr wichtige Funktion, einem qualifizierten bürgerlichen Leser (Industrielle, Bankier usw.) in den deutschen Ländern das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Sowjetunion nahezubringen.

Die „Moskauer Rundschau“ ist in Deutschland und in Österreich zurzeit verboten und hat damit das Hauptkontingent ihrer ausländischen Leserschaft eingebüßt. In den anderen deutschsprachigen Ländern (Schweiz, Tschechoslowakei) ist die „Moskauer Rundschau“ minimal verbreitet.

Angesichts der deutschen Tageszeitung „Deutsche Zentral-Zeitung“² braucht der deutsche Leser in der UdSSR nicht die „Moskauer Rundschau“. Der Herausgeber der „Moskauer Rundschau“, Otto Pohl, der schon lange nicht mehr an der Zeitung mitarbeitet, fordert zudem, seinen Namen als Herausgeber aus der Titelzeile der Zeitung zu streichen, da sich der Wirkungskreis der „Moskauer Rundschau“ auf die Sowjetunion beschränkt. Die Entfernung von Pohls Namen aus der Titelzeile würde aber bedeuten, formal auf die „Parteiunabhängigkeit“ der Zeitung zu verzichten und die „Moskauer Rundschau“ in eine gänzlich überflüssige Ausgabe zu der vorhandenen deutschen Tageszeitung zu verwandeln.

Diese Frage erfordert eine schnelle Lösung, da es am besten wäre, zum 1. Januar, d.h. ohne das neue Jahresabonnement zu erneuern, das Erscheinen der „Moskauer Rundschau“ einzustellen.

LITVINOV

¹ Pohl war in den Jahren 1924 bis 1927 Gesandter Österreichs in der UdSSR.

² Die „Deutsche Zentral-Zeitung“ erschien in deutscher Sprache seit 1926 bis zum Sommer 1939 (seit August 1938 „Deutsche Zeitung“) in Moskau.

[Anlage]

BESCHLUSSENTWURF:

Gegen die Einstellung des Erscheinens der „Moskauer Rundschau“ ab 1934 bestehen keine Einwände³.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., das 1.–2. [Expl.] an Gen. Stalin, die 3.–6. an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 7. an M. M. [Litvinov], das 8. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 13, p. 94, d. 78, l. 200–201. Kopie.

Nr. 321

**Aufzeichnung der Unterredung des Vertreters der Staatsbank der UdSSR in
Deutschland Majofis mit dem Präsidenten der Reichsbank Schacht**

ANLAGE
Geheim

Ausgangs-Nr. 115/s
25/XII-33

AN DEN VORSTAND DER GOSBANK DER UdSSR
DEM VORSTANDSVORSITZENDEN DER GOSBANK DER UdSSR Gen.
KALMANOVIČ UND DEM STELLVERTRETENDEN VORSTANDSVORSITZENDEN
Gen. ARKUS ZUR KENNTNIS
Kopie: AN DEN BOTSCHAFTER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND Gen. CHINČUK

Am 13. Dezember empfing mich der Präsident der Reichsbank Herr SCHACHT.

Obwohl mein Besuch offiziell war, dauerte er 40 Minuten; in den ersten 20 Minuten waren keine weiteren Personen zugegen, in den letzten 20 Minuten war Direktor Herr PUHL anwesend.

Es ist hervorzuheben, dass SCHACHT bei der Begrüßung, der Verabschiedung und während des ganzen Gesprächs eine außergewöhnliche Liebenswürdigkeit und Interessiertheit gegenüber der UdSSR zeigte. Anfangs trug die Unterredung einen allgemeinen Charakter, wobei SCHACHT an folgenden Fragen ein besonderes Interesse zeigte:

1. Unsere künftigen Finanz- und Handelsbeziehungen mit Amerika, wobei seinen Ausführungen zu entnehmen war, dass er glaubt, wir hätten in dieser Hinsicht mit Amerika bereits eine konkrete Vereinbarung.
2. Unsere Schulden gegenüber Deutschland und die Tilgungsfristen.
3. Die Situation unseres Handels mit Deutschland.
4. Die Vergabe von Aufträgen für das Jahr 1934.
5. Der Verlauf des industriellen Aufbaus in der UdSSR.
6. Unsere Waren- und Exportrohstoffe.

³ Am 23. 12. 1933 billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den Vorschlag Litvinovs. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 937, l. 15 (Protokoll Nr. 152, Pkt. 61/42, „Sondermappe“).

Zur ersten Frage antwortete ich, dass unsere offizielle Anerkennung durch Amerika zweifellos von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung sei, doch dies dürfe nicht so aufgefasst werden, als ob wir uns anschicken würden, mit anderen Ländern keinen Handel mehr zu treiben; wie auch in den Jahren zuvor werde alles von den Vorzugsbedingungen sowohl hinsichtlich des Handels als auch des Kredits abhängen, die wir von diesen oder jenen Ländern gewährt bekommen.

Zu den Punkten 2 und 3 antwortete ich ihm, obwohl unser Exporterlös um 2 bis 3 Mal niedriger als unsere Zahlungsverpflichtung ausfalle, zahlten wir im Gegensatz zu anderen Ländern pünktlich, insbesondere an Deutschland.

Zum Punkt 4 antwortete ich ihm, dass ich die genaue Summe nicht kenne, die für die Vergabe von Aufträgen für das Jahr 1934 zur Verfügung stehe. Dies hänge vom Haushaltsplan 1934 ab, der auf der Sitzung des CIK am 25¹. Dezember 1933 behandelt werde.

Zu den Punkten 5 und 6 informierte ich ihn im Geiste unserer offiziellen Presse über unsere Errungenschaften.

Bezüglich der Kredite sagte SCHACHT: „Amerika, Frankreich und England, die einen kolossalen Goldvorrat besitzen, begreifen nicht, dass Deutschland und die UdSSR in der Lage sind, den Warenverkehr auf Hunderte von Millionen auszubauen“, und bemerkte lächelnd: „Vielleicht sollten wir gemeinsam eine Aufnahme von Krediten bei den oben genannten Ländern durchsetzen.“

Als er weiter auf die Industrialisierung der UdSSR einging, sagte er ebenfalls lächelnd: „Ich verstehe nicht, weshalb Sie Ihr Land zu einer Zeit industrialisieren, da Ihnen Deutschland mit einer starken Industrie vor der Tür liegt. Bis zum Weltkrieg waren wir Nachbarn, jetzt aber haben sich die Polen mit ihren Korridoren dazwischen geschoben. Falls ich nach Moskau reisen sollte, so würde ich lieber fliegen, als durch diese polnischen Gebiete zu fahren.“

Auf Fragen des Außen- und Binnenhandels Deutschlands eingehend, äußerte er sich so: ich verstehe nicht, weshalb sich die deutschen Juden so erschreckt haben. Für Juden sind bei uns die Türen offen, wir wünschen aber nicht, dass sich die Juden in unsere Politik einmischen, doch zum Handeltreiben sind sie, bitte schön, willkommen.

Auf die UdSSR eingehend sagte er: „Sie sind das reichste Land in der Welt, welches solch einen herausragenden, klugen und geschickten Leiter wie STALIN hat. Sie brauchen keine Keller mit Gold und Devisen. Stalin ist für Sie die beste Währung. Ich bin kein Bolschewik, doch ich verneige mich vor ihm.“

Zum Abschluss der Unterredung bat er, dem Vorsitzenden der Gosbank seine Grüße zu übermitteln, und zu Direktor Puhl sagte er: „Ich bitte Sie, der Gosbank ausgesuchte Aufmerksamkeit zu erweisen und sie auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen.“

* * *

Was Herr Schacht oben ausgeführt hat, werde ich unkommentiert lassen, doch ich meine, Herr Schacht hat sehr gut verstanden, dass ich über das gesamte

¹ So in der Publikation; die IV. Tagung der 6. Legislaturperiode des CIK der UdSSR fand vom 28. 12. 1933 bis 4. 1. 1934 statt.

Gespräch berichten werde². Davon ausgehend muss man alles, was er gesagt hat, als den ausdrücklichen Wunsch betrachten, uns zu orientieren.

Abschließend muss ich sagen, dass wir, falls es sich als nötig erweisen sollte, in Deutschland wirtschaftspolitische Fragen aufzuwerfen, seitens der Finanzkreise *eine jegliche Unterstützung erhalten*³ würden.

Vertreter der Gosbank der UdSSR in Deutschland

Majofis

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 35, S. 87–88.

Nr. 322

**Aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
auf der IV. Tagung der 6. Legislaturperiode des CIK der UdSSR**

[29. Dezember 1933]

Deutschland

Zehn Jahre lang verbanden uns mit Deutschland enge wirtschaftliche und politische Beziehungen. Wir waren die einzige Großmacht, die mit dem Versailler Vertrag und seinen Folgen nichts gemein haben wollte. Wir verzichteten auf alle Rechte und Vorteile, die uns aus dem Vertrag hätten erwachsen können. Deutschland nahm in unserem Außenhandel den ersten Platz ein. Diese politischen und wirtschaftlichen Beziehungen waren sowohl für Deutschland als auch für uns außerordentlich vorteilhaft. Deutschland, das sich auf diese Beziehungen stützte, konnte kühner und souveräner mit seinen gestrigen Siegern sprechen. Es gelang ihm, sich von einigen besonders schweren Folgen von Versailles zu befreien. Es suchte die Annäherung zu allen gestrigen Siegern, obgleich ihm dies nicht immer gelungen ist. Es schloss mit Frankreich den Locarnopakt ab, der nichts anderes als ein Nichtangriffspakt ist, ja sogar noch mehr, da es dort dritte Garantiemächte gibt. Ebenso hat es in Locarno mit Polen einen Schiedsvertrag¹ geschlossen, der ebenfalls nichts anderes als ein Nichtangriffspakt ist. Deutschland trat dem Völkerbund bei und erkannte seinen Pakt² an, der ebenfalls ein Nichtangriffspakt ist, der zudem Sanktionen vorsieht. Wir haben unsererseits, sobald sich dazu die Möglichkeit bot, mit Frankreich und Polen ebenfalls Nichtangriffspakte geschlossen. Diese Abkommen und Pakte waren von beiden Seiten keineswegs dazu angetan, unsere

² Am 7. 1. 1934 schickte Kalmanovič das Schreiben von Majofis an Stalin.

³ Den Text hat Stalin dreimal unterstrichen und am linken Seitenrand vermerkt: „NB Das ist wichtig.“

¹ Der Schiedsvertrag beinhaltet das Instrumentarium für die völkerrechtliche Prozedur bei der Behandlung von strittigen Fragen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, die nach dem Vertragsabschluss auftreten könnten. Vgl. Reichsgesetzblatt 1925, Teil II, S. 994–1001; Lokarnskaja konferencija 1925: Dokumenty, Redkol.: A. F. Dobrov i dr., Moskva 1959, Dok. 30, S. 489–497.

² Gemeint ist die Satzung des Völkerbundes; vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 717–745; Versal'skij mirnyj dogovor (Der Versailler Friedensvertrag), pod red. Ju. V. Ključnikova, A. Sabanina, Moskva 1925, S. 7–15.

Beziehungen zu Deutschland zu verschlechtern, die niemals auf der Feindschaft gegenüber dritten Staaten basierten. Man könnte dessen ungeachtet sagen, dass unsere Beziehungen zu Deutschland seit dem letzten Jahr nicht wiederzuerkennen sind. In Deutschland gab es Reden, Erklärungen und Handlungen, die unseren früheren Beziehungen nicht nur widersprachen, sondern vielmehr Anlass zu der Auffassung geben, dass sich diese Beziehungen in ihr Gegenteil gekehrt haben. Die Gründe dafür sind Folgende: Bei dem 1932 in Deutschland vollzogenen Regierungswechsel gelangte ein Politiker³ an die Macht und danach sogar an das Steuerruder, der zum Zeitpunkt unserer besten Beziehungen mit Deutschland offen gegen diese Beziehungen auftrat und die Annäherung an den Westen propagierte, um gemeinsam die Sowjetunion anzugreifen. Er schuf einen politischen Klub, der diese Idee propagierte; er persönlich hat nicht wenig und hartnäckig an ihrer Verwirklichung gearbeitet. Als er an die Macht gelangt war, versuchte er, wenn auch erfolglos, diese Idee umzusetzen.

Danach kam es in Deutschland zu einem Umsturz. Es gelangte eine neue Partei an die Macht, die extreme antisowjetische Ideen vertrat. Der Begründer dieser Partei legte in seiner Schrift ausführlich die Konzeption der Außenpolitik Deutschlands dar. Nach dieser Konzeption soll Deutschland nicht nur alle Territorien, die nach dem Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt wurden, durch Krieg zurückerobern, nicht nur Länder unterwerfen, in denen es eine deutsche Minderheit gibt, sondern sich auch mit Feuer und Schwert den Weg der Expansion nach Osten bahnen, ohne vor den Grenzen der Sowjetunion Halt zu machen, um die Völker der Sowjetunion zu unterjochen.

Ein anderer führender Politiker dieser Partei, ein ehemaliger Untertan des Russischen Reiches⁴, hat nicht nur genau die gleichen Ideen vertreten, sondern sie sowohl im Auftrag als auch im Namen der Partei in Umlauf gebracht und einen engen Kontakt zu den russischen, vorwiegend ukrainischen, konterrevolutionären Organisationen unterhalten. Doch vielleicht haben sich diese Leute, nachdem sie an die Macht gelangt waren und verantwortungsvolle Posten eingenommen hatten, von dieser Konzeption losgesagt? Wir sehen sehr wohl den Unterschied zwischen Politik und Doktrin. Es kommt vor, dass eine Oppositionspartei, wenn sie an die Macht gelangt, bemüht ist, jene Losungen vergessen zu machen, die sie früher zur Bekämpfung des politischen Gegners verkündete. Doch dies ist in unserem Fall nicht eingetreten. Zumindest ist uns keine einzige offizielle Erklärung bekannt, die die von mir erwähnte Konzeption gänzlich außer Kraft gesetzt hätte. Die Schrift, in der diese Konzeption propagiert wird, ist in Deutschland weiterhin in neuen Auflagen ohne jegliche Ausnahme im Umlauf, einschließlich der Ausgabe, die das Erscheinungsjahr 1934 trägt (Gelächter). Diese gleiche Konzeption wird auch heute offen auf den Seiten der deutschen Presse diskutiert. Erst vor einem halben Jahr hat ein Regierungsmitglied⁵ auf der Londoner internationalen Konferenz in dem von ihm vorgestellten Memorandum dieselbe Idee zur Eroberung des Ostens dargelegt. Zwar wurde er desavouiert, und wir haben nicht das Recht, dieses Memorandum weiterhin als ein offizielles Dokument zu betrachten, doch die

³ Franz von Papen.

⁴ Alfred Rosenberg.

⁵ Alfred Hugenberg.

Desavouierung des Ministers hebt nicht die Tatsache des Memorandums auf, und sie zeigt, dass die in dem Dokument dargelegten Ideen nach wie vor selbst in Regierungskreisen umher geistern. Es gab von außenstehenden Leuten, die zwar keine staatlichen, aber dennoch durchaus einflussreiche Posten bekleideten, nicht wenige antisowjetische Verhandlungen und Vorschläge, die aus dem gleichen Ideenkreis hervorgegangen sind. Wir besitzen auch Informationen über offizielle Vorschläge dieser Art. Wir können nicht behaupten, dass diese gesamte Information absolut der Wirklichkeit entspricht, doch sie vollständig ignorieren können wir auch nicht, weil die Erkenntnisse aus verschiedenen Quellen stammen – und dies sind Quellen, die durchaus nicht an einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Deutschland interessiert sind. Ich möchte nicht weiter auf die unsere Beziehungen vergiftende Praxis der systematischen Verfolgung von sowjetischen Einrichtungen und sowjetischen Staatsbürgern durch alle möglichen deutschen Behörden eingehen, die nicht irgendwelcher Vergehen belangt worden sind, sondern lediglich deshalb, weil sie sowjetisch sind. Dies ist eine Praxis, die unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin zeitweilig dazu gezwungen hat, zu einer Massenproduktion von Protestnoten überzugehen. Es scheint, als ob diese Praxis eingestellt worden ist, und wir wollen hoffen, dass sie nicht wieder um sich greift. Dies ist der Grund, warum unsere früheren Beziehungen zu Deutschland nicht mehr erkennbar sind.

Ich hielt es für notwendig, dies offen zu sagen, weil von deutscher Seite nicht selten der Versuch unternommen wird, uns die Initiative für die Veränderung der Beziehungen anzulasten und dies mit unserer Abneigung gegenüber dem gegenwärtigen deutschen Regime, mit der Verfolgung der Kommunisten und so weiter zu begründen. Wir haben natürlich unsere Meinung über das deutsche Regime, und die Leiden unserer deutschen Genossen gehen uns natürlich nahe, aber uns Marxisten kann man am wenigsten vorwerfen, dass wir unsere Politik von Gefühlen beherrschen lassen. (Beifall) Die ganze Welt weiß, dass wir gute Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten jeden beliebigen Regimes unterhalten können und unterhalten, einschließlich des faschistischen. Darum geht es nicht. Wir mischen uns weder in die inneren Angelegenheiten Deutschlands noch anderer Länder ein, und unsere Beziehungen zu ihm werden nicht durch seine Innen-, sondern durch seine Außenpolitik bestimmt.

In den Gesprächen zu diesem Thema verweisen die Deutschen häufig auf die von höchsten Vertretern der deutschen Regierung offiziell vorgetragenen Erklärungen, wonach sie den Wunsch haben, mit uns gute Beziehungen zu unterhalten, und fragen: Können Sie denn diesen Erklärungen wirklich keinen Glauben schenken? Wir antworten, dass wir die offiziellen Erklärungen nicht außer Acht lassen können, doch zugleich können wir jene Handlungen und Fakten nicht ignorieren, die diesen Verlautbarungen zuwiderlaufen, weil es bereits zu viele von diesen Handlungen und Fakten gibt. Selbst wenn dazu nur ein verschwindend kleiner Teil der Informationen wahr sein sollte, so wäre dies Grund genug, auf der Hut zu sein und unsere Gegenmaßnahmen zu treffen.

Vertreter der deutschen Regierung fragen mich, was wir denn eigentlich von Deutschland wollen und was es machen müsse, damit wir keine Zweifel an seiner Loyalität hegten. Darauf antworte ich gewöhnlich: Möge es das unterlassen, was es macht (Gelächter, Beifall), möge die deutsche Regierung darauf achten, was ihre

zahlreichen Agenten und Emissäre tun, und möge sie ihnen sagen, dies zu unterlassen. Wir erklären aber auch Folgendes: Wir wollen mit Deutschland, wie auch mit den anderen Staaten, die besten Beziehungen pflegen. Sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland werden daraus nur Nutzen ziehen. Wir streben unsererseits weder eine Expansion nach Westen noch nach Osten, noch in andere Richtungen an. Wir hegen keinerlei Feindschaft gegenüber dem deutschen Volk, wir trachten weder nach seinem Territorium noch nach seinem Recht, und was wir auch unternehmen mögen, wir werden niemals andere Staaten dazu ermuntern. Wir wünschten, dass Deutschland uns dasselbe sagen könnte und es keine Fakten gäbe, die dem widersprächen. Wir würden gern sehen, dass solche Erklärungen sich nicht nur auf die Gegenwart beziehen, sondern auch auf die Zeit, wenn Deutschland über größere Kräfte verfügen wird, um jene Aggressionsideen zu verwirklichen, die seine gegenwärtigen Führer schon propagierten, bevor sie an die Macht gelangten, und die einige von ihnen sogar auch noch heute vertreten.

Veröffentlicht in: 4-ja sessija CIK Sojuza SSR 6-go sozyva. Stenografičeskij otčet. 28 dekabrja 1933–4 janvarja 1934. Bjuleten' Nr. 3, Moskva 1934, S. 15–18.

Nr. 323

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Botschafter in Moskau [z. Zt. in Berlin] Nadolny

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 1106/s¹

Berlin, 30. XII. 33

AUS DEM TAGEBUCH DES Gen. CHINČUK

Aufzeichnung des Gesprächs mit Nadolny am 22. XII. 33

Nadolny war bei mir zu Besuch. Er ging in erster Linie auf sein Gespräch mit Gen. Vejcer ein. Nach Nadolnys Auffassung stellt Vejcer die Frage viel zu scharf, wenn er vorschlägt, die Hälfte der Verbindlichkeiten des folgenden Jahres 1934 unbedingt mit Waren begleichen zu wollen. Nach Auffassung Nadolnys müsste die alte Verbindlichkeit unter allen Umständen beglichen werden; was den Exportumfang der UdSSR nach Deutschland betrifft, so muss er nach dem Umfang unserer Aufträge in Deutschland bestimmt werden. Nadolny erklärte gleichfalls, dass er die Bemerkung Vejcers nicht ganz verstehe, wonach die Sowjetunion unter Umständen die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland abbrechen könnte. Ich erwiderte Neurath², dass er die Bedeutung unserer früheren Verbindlichkeiten bei den Gesprächen bezüglich der Ausweitung unseres Exportes nach Deutschland gänzlich falsch einschätze. Zu einer Zeit, als unsere Bilanz mit Deutschland aktiv gewesen sei, hätten die Deutschen vorgeschlagen, sie zu ihren Gunsten auszugleichen. Danach habe sich die Situation verändert, unsere Bilanz mit Deutschland

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; richtig: Nadolny.

begann passiv zu werden, und nun hätten wir unsererseits vorgeschlagen, sie durch eine Erweiterung unseres Exportes auszugleichen. Nadolny wisse als neuer Mann anscheinend nicht, dass die deutsche Regierung trotz der Krise und der protektionistischen Politik es niemals abgelehnt habe, uns entgegenzukommen, indem sie sogar in einem ihrer Dokumente die Notwendigkeit anerkannt habe, unseren Export, ausgehend von dem Umfang unserer Zahlungen für die vorherigen Aufträge, bis auf eine Summe von 750 Mio. Mark zu erhöhen. Schließlich habe in allerjüngster Zeit, und zwar Anfang 1934³, die deutsche Regierung beim Abschluss des 140-Millionen-Kredites noch einmal die Notwendigkeit erklärt, unseren Export zu erweitern, ausgehend von unseren vorherigen Zahlungsverpflichtungen in Deutschland. Somit weiche Nadolny, wenn er erkläre, dass unsere vorherigen Verpflichtungen überhaupt keinen Bezug zur Erweiterung unseres Exports nach Deutschland hätten, auffallend und wesentlich von der Auffassung seiner eigenen Regierung ab. Hinsichtlich der beiläufig hingeworfenen Bemerkung Nadolnys, dass uns eigentlich nicht 140, sondern 200 Millionen Mark gewährt worden seien, bemerkte ich, dass dies überhaupt nicht zutreffe und die 60 Millionen Sperrmark überhaupt kein Kredit seien und die [Sperrmark] uns ebenso wie auch einigen anderen Länder gewährt worden sei. Was die Aufträge betrifft, so habe ich Nadolny darauf hingewiesen, dass unsere Aufträge immer erst dann vergeben werden, wenn unsere Haushaltspläne endgültig feststehen. Der Umfang der Aufträge stehe in keinem Bezug zum Export nach Deutschland. Der Export unserer Produkte nach Deutschland müsse unabhängig vom Umfang unserer Aufträge in Deutschland erhöht werden, wobei ausschließlich von der Höhe unserer Zahlungen an Deutschland im Jahr 1934 auszugehen sei. Wir hätten dem Außenministerium bereits einige Vorschläge unterbreitet, und wir rechneten damit, dass sich das Außenministerium nicht mit Worten begnügen, sondern durchaus reale Schritte für die Erweiterung unseres Exports für das Jahr 1934 einleiten werde. Bezüglich der Unterredung mit Vejcer bemerkte ich, dass ich über dieses Gespräch nicht im Bilde sei. Ich wolle lediglich bemerken, dass wir bereits mehrmals der deutschen Regierung erklärt hätten, dass der katastrophale Rückgang unseres Exports nach Deutschland unweigerlich zu einer drastischen Abschwächung der Wirtschaftsbeziehungen führen werde.

Nadolny erzählte, dass er in Berlin tagelang von einer Institution zur anderen gegangen sei. Er habe sich mit Neurath, Schmitt, Mossdorf und Heintze getroffen. Der Dollar-Konflikt werde wahrscheinlich noch um einen weiteren Monat hinausgeschoben werden, und vielleicht auch noch länger, solange keine Klarheit herbeigeführt worden sei. Ich bemerkte, dass die Klarheit in diesem Konflikt nicht zu Lasten unserer Interessen geschaffen werden dürfe und wir von unserer prinzipiellen Haltung nicht abweichen würden. Nadolny teilte mit, dass am 29. Dezember im Ministerium für ****Wirtschaft****⁴ unter Beteiligung von anderen Ministerien und Nadolnys eine Beratung zur Frage der Erweiterung unseres Exports stattfinden werde. Nadolny hoffe, dass die Ergebnisse dieser Sitzung ihm in Moskau bei den Unterredungen mit Litvinov helfen werden. Außerdem hoffe er in Moskau Vejcer anzutreffen, der dort bis zum 5. Januar zu bleiben gedenkt.

³ So im Dokument; richtig: 1933.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Nadolny traf sich mit Blomberg, zu dem er nahe persönliche Beziehungen pflegt, ungeachtet der Missverständnisse in der Vergangenheit, die heute vollkommen ausgeräumt sind. Blomberg hat, laut Nadolny, einen großen Einfluss auf Hitler, den er zwei bis drei Mal am Tag sieht. Blomberg hat nach dem Gespräch mit Nadolny zugesichert, mit Hitler über unsere Angelegenheit zu sprechen. Mit Hitler hatte sich Nadolny nur flüchtig getroffen, er werde aber noch eine Begegnung mit ihm haben. Er habe jedoch den Eindruck gewonnen, dass Hitler der UdSSR sehr freundschaftlich gesonnen sei. Was unsere Zweifel bezüglich der deutschen Außenpolitik betreffe, so verstünden die Deutschen diese, doch sie teilten sie nicht, weil es keine Feindschaft zwischen uns gebe und nicht geben werde. Nadolny meint, dass diese Zweifel bei uns von denen geschürt würden, die uns zu entzweiten trachten. Im Gegenteil, vor der Abreise nach Berlin habe Nadolny in der Unterredung mit Litvinov⁵, laut Nadolny, eine Art gentlemen's agreement geschlossen. Es umfasst die Akzeptanz, dass die Unterschiedlichkeit der Systeme nicht die gegenseitige Freundschaft stört und die These, dass es nötig ist, Informationen gegenseitig mitzuteilen, wenn diese Informationen zum Schaden der anderen Seite verwandt werden könnten. Darauf bemerkte ich zu Nadolny, dass wir, obwohl wir nicht über die deutschen Verhandlungen informiert seien, dennoch annähmen, dass wir, falls diese Verhandlungen ****nicht****⁶ zu Lasten der UdSSR geführt würden, selbstverständlich nichts gegen sie einzuwenden hätten, genauso wie auch Deutschland nichts gegen unsere Verhandlungen haben könne, ****weil****⁷ sie nicht zu Lasten Deutschlands geführt würden.

Zur Information und „vertraulich“ teilte Nadolny mit, dass sie einen Geheimbericht des französischen Botschafters in Moskau, Alphand, abgefangen hätten, in dem er seiner Regierung empfehle, unverzüglich Maßnahmen für die Beteiligung Frankreichs an dem bevorstehenden Eisenbahnbau in der UdSSR zu ergreifen. Nadolny sagte, dass sich die deutsche Regierung ebenfalls mit dieser Frage beschäftige. Ich bemerkte trocken, dass es insgesamt richtiger wäre, es der UdSSR selbst zu überlassen, diese Fragen zu entscheiden, und sich nicht als Vormund zu betätigen, um dessen Dienst niemand gebeten hat.

L. Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 8 vom 1. 1. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., 6 an Krestinskij, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 25, l. 200–201. Original.

⁵ Vgl. Dok. 315.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: insofern.

Nr. 324
Aus dem Rechenschaftsbericht der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin
für das Jahr 1933 an das NKID

Vertraulich

RECHENSCHAFTSBERICHT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND FÜR 1933

Die Zusammenstellung wurde beendet

31. XII. 1933¹

[...]²

[Kapitel V]³

DIE SOWJETISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN IM JAHR 1933

Das Jahr 1933 verlief im Zeichen einer ernsthaften Verschlechterung der Situation für die sowjetischen Staatsbürger und für die sowjetischen Organisationen in Deutschland. Das faschistische Regime zeichnete sich durch zügellosen Terror aus, der sich nicht nur gegen die kommunistischen Verbände und Arbeiterorganisationen in Deutschland, sondern auch die in Deutschland befindlichen sowjetischen Einrichtungen und Organisationen und ebenso gegen sowjetische Staatsbürger richtete.

In der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen im Jahre 1933 sind drei Perioden zu unterscheiden. Die erste Periode reicht vom Machtantritt der Faschisten bis zur März-Rede Hitlers vor dem Reichstag⁴. In diesem Zeitabschnitt zeichneten sich nicht nur die örtlichen Behörden durch eine hemmungslose Willkür gegen sowjetische Organisationen und Bürger aus. Auch zentrale Regierungsorgane schwankten stark und spürbar zwischen zaghaften Versuchen, den alten Rapallo-Kurs beizubehalten, und einer sich immer stärker abzeichnenden Notwendigkeit, einen neuen, harten antisowjetischen Kurs einzuschlagen. Nach der März-Rede Hitlers vor dem Reichstag, in der er erklärte, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR fortführen zu wollen, haben die zentralen Regierungsorgane bezüglich der zahllosen Konflikte uns gegenüber eine wohlwollende, betont demonstrative Haltung an den Tag gelegt. Im Ministerium⁵ versicherte man uns ohne Unterlass, dass der alte Rapallo-Kurs in Kraft bleibe, die Gesetzlosigkeit und die Willkür gegenüber sowjetischen Einrichtungen und Bürgern auf die mangelhafte staatsrechtliche Qualifikation der örtlichen Machtorgane zurückzuführen sei und dem freundschaftlichen Kurs der zentralen Regierung gegenüber der UdSSR grundlegend zuwiderlaufe. Diese Erklärungen waren jedoch nichts anderes als ein Manöver, um uns einerseits zu beschwichtigen und um die zentralen Regierungsorgane Deutschlands von der Schuld für den Terror gegen sowjetische Einrichtungen und Bürger freizusprechen, und andererseits, um Zeit

¹ Das Vorwort wurde von Chinčuk unterzeichnet und auf den 1. 1. 1934 datiert.

² Die folgenden Abschnitte werden hier nicht abgedruckt: Vorwort, Inhaltsverzeichnis und Resümee (l. 2–21), Kapitel I: Die Außenpolitik der Hitlerregierung (l. 22–51); Kapitel II: Die Innenpolitik 1933 (l. 52–96); Kapitel III: Die Wirtschaftskrise in Deutschland 1932 (l. 97–121); Kapitel IV: Zu den Ergebnissen des sowjetisch-deutschen Handels 1933 (l. 122–138).

³ Das Kapitel wurde von Bessonov und Giršfel'd verfasst.

⁴ Am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁵ Gemeint ist das Auswärtige Amt.

zu gewinnen und den lokalen Behörden die Möglichkeiten zu geben, den neuen antisowjetischen Kurs voll auszuschöpfen, ohne dafür irgendeine Verantwortung tragen zu müssen. *Die von der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland in dieser Periode vorgetragenen zahllosen Noten und Protesterklärungen sind in der überwiegenden Mehrheit ohne jegliche Genugtuung geblieben*⁶. Gesetzlosigkeit und Ausschreitungen gegenüber sowjetischen Einrichtungen und Organisationen hielten mit unveränderter Intensität bis September an, als die entschiedene Haltung der UdSSR im Journalistenkonflikt die deutsche Regierung dazu veranlasste, ernsthaft über die Auswirkungen ihres Vorgehens nachzudenken, und sie ihr Verhältnis zu den sowjetischen Einrichtungen und Staatsbürgern in Deutschland recht radikal zu verändern begann. Die deutsche Regierung übte angesichts der offensichtlichen Niederlage im Journalistenkonflikt auf die lokalen Behörden einen gewissen Druck aus, wodurch die Welle von Ausschreitungen und Exzessen gegen sowjetische Einrichtungen und sowjetische Bürger merklich abebbte und zum Ende des Jahres fast gänzlich auslief.

1. Die Lage für die sowjetischen Staatsbürger in Deutschland im Jahr 1933.

a) Verhaftungen. Im Laufe des Jahres 1933 wurden 47 sowjetische Staatsbürger, davon waren neun Personen Angestellte der Handelsvertretung, der Derop sowie einige Journalisten verhaftet. Einige der Verhafteten wurden anschließend aus Deutschland ausgewiesen, einige wenige wurden freigelassen und eine geringe Anzahl befindet sich nach wie vor in Gefängnishaft oder in Konzentrationslagern.

Den Verhaftungen gingen in allen Fällen Haussuchungen voraus, wobei in vielen Fällen die Haussuchungen durch eigenmächtig handelnde Organisationen und Behörden von Diebstählen und dem Verlust von verschiedenen Wertgegenständen (Schreibmaschinen, Uhren, Fotoapparate, Filme usw.) begleitet waren. In vielen Fällen waren die Verhafteten unglaublichen Verhöhnungen, Verprügelungen und Folter ausgesetzt, z.B. in den Fällen von Lukašević, Perkal', Prigožin, Lur'e, Išlonskij⁷, Elenevič, Izraëlit, Šajak und Čelnokov⁸.

In allen Fällen liegt eine eklatante Verletzung des Niederlassungsabkommens vom 12. Oktober 1925⁹ vor, weil die lokalen Behörden es ausnahmslos unterlassen haben, der Botschaft über die vollzogenen Verhaftungen Mitteilung zu machen. Sehr oft blieben die Versuche der Konsularabteilung der Botschaft, eine Besuchs- und Sprecherlaubnis mit den Verhafteten zu bekommen, unbeantwortet. In einigen Fällen sind die von der Konsularabteilung der Botschaft organisierten Päckchen für die verhafteten sowjetischen Staatsbürger zurückgeschickt worden.

b) Haussuchungen. Neben den Haussuchungen, die *im Zusammenhang mit den Verhaftungen standen, wurden 1933 69 Haussuchungen bei sowjetischen Staatsbürgern vorgenommen, darunter 51 Haussuchungen bei Mitarbeitern der Handelsvertretung, der Derop, der Derutra und bei Journalisten*¹⁰. Selbst die leitenden Angestellten der Handelsvertretung sind davon nicht verschont geblieben.

⁶ Der Text ist unterstrichen und am rechten Seitenrand angestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 50, Anm. 4.

⁸ Čelnokov wurde am 13. 4. 1933 in Deutschland verhaftet und befand sich seit 24. 6. 1933 im KZ Golditz, dann im Schutzhaftlager Sachsenberg.

⁹ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

Haussuchungen gab es beispielsweise bei Gen. Fajnštejn, dem Stellvertretenden Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, ungeachtet dessen, dass er dem Diplomatischen Corps angehört und Inhaber eines Diplomatenpasses ist¹¹.

Sämtliche Haussuchungen verliefen absolut ergebnislos, in einigen Fällen wurden bei den Haussuchungen die Einrichtungen völlig demoliert, wie dies bei den Haussuchungen bei den Professoren Čachotin, Maslov und anderen der Fall war.

c) Ausschreitungen und Verhöhnungen gegenüber sowjetischen Staatsbürgern. Viele sowjetische Staatsbürger hatten 1933 wegen ihrer Aufenthaltserlaubnis ernste Unannehmlichkeiten mit den Polizeibehörden. 1933 hat die Polizei 41 sowjetischen Staatsbürgern die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für Deutschland verweigert, was in vielen Fällen automatisch zu einer Zwangsausweisung der betreffenden sowjetischen Staatsbürger aus Deutschland geführt hat. Diese neue Verhöhnung durch die Polizei hat diejenigen sowjetischen Staatsbürger besonders hart getroffen, die bei der Derop arbeiteten.

Die Staatsbürgerschaft der UdSSR war im zurückliegenden Jahr wiederholt Grund dafür, dass viele sowjetische Staatsbürger aus deutschen Einrichtungen und Betrieben entlassen wurden. Der Bevollmächtigten Vertretung sind sieben derartige Fälle bekannt.

Während des Judenboykotts am 1. April 1933 waren viele sowjetische Staatsbürger, die in Deutschland irgendeinem Handwerk nachgingen oder einen Kleinhandel betrieben, von dem Boykott betroffen, unbeschadet dessen, ob sie Juden waren oder nicht. Der Botschaft sind 14 derartige Fälle bekannt.

Sehr viele Mitarbeiter von sowjetischen Organisationen in Deutschland sind im zurückliegenden Jahr belästigt worden, entweder durch Leibesvisitationen oder durch körperliche Gewaltanwendung oder schließlich in Form von grundlosen Vernehmungen auf Polizeirevieren oder in Nazi-Lokalen. Der Botschaft sind 21 derartige Fälle bekannt, darunter solche Fälle wie die Misshandlung des Angestellten der Handelsvertretung Grišin¹² wegen des Ausbleibens der Grußbezeugung durch Heben des rechten Armes beim Vorbeimarsch einer SA-Kolonne, wie die Misshandlung des Mitarbeiters der Handelsvertretung Novickij auf dem Bahnhof durch eine Meute von Faschisten, wie der Versuch einer Meute von Faschisten, den Konsul der UdSSR in Hamburg, Gen. Krumin¹³, auf der Straße vor dem Eingang zum Klub der sowjetischen Angestellten in Hamburg einer Leibesvisitation zu unterziehen.

Selbst hochrangige Vertreter sowjetischer Organisationen sind bei ihren Reisen nach Deutschland 1933 verschiedenen Beleidigungen ausgesetzt gewesen. Der Bevollmächtigten Vertretung sind acht Fälle dieser Art bekannt, darunter: Durchsuchungen von sowjetischen Staatsbürgern mit Diplomatenpass an der Grenze (der Fall des Gen. Kilevič); der Versuch, in einer Wohnung, in der sich zu diesem Zeitpunkt vier sowjetische Staatsbürger mit Diplomatenpässen (Volynskij, Frum-

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 157, S. 288–289; vgl. auch „Obysk u zam. torgpreda SSSR v Germanii tov. Fajnštejna“ (Haussuchung bei dem Stell. Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland Fajnštejn). In: Izvestija vom 14. April 1933, S. 1.

¹² Vgl. Dok. 197.

¹³ Vgl. Dok. 89.

kin, Fridrichson u.a.) aufhielten, eine Haussuchung vorzunehmen¹⁴; Durchsuchungen und sogar Verhaftungen von hochrangigen Angestellten sowjetischer Organisationen, die sich zur Kur in Deutschland aufhielten (die Fälle Il'in, Bakunin); die Anbringung des erniedrigenden Vermerks „Ost-Jude“ (Fall Chazanov) auf dem Einreisevisum¹⁵; spezielle Anfrage an das Konsulat über eine nichtarische Abstammung (Fall Gurevič); Belästigungen in den Zügen (Fall Serganin).

2. Störung der Handelstätigkeit von sowjetischen Organisationen in Deutschland.

a) Derop. Neben den zahlreichen Verhaftungen, Haussuchungen und Ausweisungen von sowjetischen Mitarbeitern der Derop, die oben erwähnt wurden, und die übrigens höher ausfielen, hat die Derop im Jahr 1933 unter verschiedenen Verfolgungen durch die faschistischen Behörden zu leiden gehabt. Die Einsetzung des faschistischen Staatskommissars am 24. April 1933 für die Derop war mit gravierenden personellen Veränderungen in der Derop-Belegschaft verbunden, so dass für eine lange Zeit eine normale Arbeit fast unmöglich gemacht wurde. In dieser Zeit (März/April), da die deutschen Unternehmen und Organisationen üblicherweise die Jahres- und Halbjahresverträge für die Lieferung von Erdölprodukten abschließen, wurde die Derop mit einem amtlichen Boykott und polizeilichen Verfolgungen belegt. In dieser Zeit wurden mindestens 15 Haussuchungen in der Hauptverwaltung der Derop in Berlin und in ihren Filialen in der Provinz durchgeführt. Große Mengen von Erdölprodukten wurden in dieser Zeit in verschiedenen Filialen der Derop durch SA-Trupps und andere Organisationen eigenmächtig unentgeltlich requiriert. Während des antijüdischen Boykotts wurden in einigen Gegenden die Tankstellen der Derop genauso wie die jüdischen Läden und Geschäfte unter Boykott gestellt. In vielen Regionen Deutschlands, darunter in ganz Mitteldeutschland, wurden Erzeugnisse der Derop durch Sonderverordnungen der Kommissare der nationalsozialistischen Partei einem öffentlichen Boykott unterworfen. Viele Organisationen und Einrichtungen sowie Industrieunternehmen, die früher zu den ständigen Kunden der Derop gehört hatten, kündigten¹⁶ aus Angst ihre Verträge und lehnten weitere Geschäftskontakte mit der Derop ab. Stadt- und Gemeindeverwaltungen lehnten in dieser Zeit die Gesuche der Derop ab, ihr Grundstücke für die Errichtung von Tankstellen, Lagern usw. zur Verfügung zu stellen, oder sie nahmen die früher überlassenen Grundstücke wieder zurück. Die Lagerbesitzer, Tankstellenpächter usw. kündigten ebenfalls vielfach aus Angst ihre Verträge mit der Derop. Der Absatz von Derop-Erzeugnissen sank infolgedessen im 1. Halbjahr um mehr als 40% gegenüber dem 1. Halbjahr von 1932. Die Derop hoffte auf eine gewisse Verbesserung der Lage im 2. Halbjahr. Zum Ende des Sommers wurde nach langen und ermüdenden Verhandlungen schließlich eine Sonderverordnung der Ministerien für Wirtschaft und Inneres erlassen, in der staatliche, städtische und kommunale Einrichtungen angewiesen wurden, vorrangig Derop-Erzeugnisse einkaufen. Die Wirkung dieser Verordnung ist jedoch mehr als fraglich. Die Spuren der Hetze, die im Frühjahr 1933 gegen die Derop geführt worden ist, können wohl kaum mit dieser Verordnung verwischt werden. In vielen

¹⁴ Vgl. Dok. 105.

¹⁵ Vgl. Dok. 197.

¹⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Gegen den Deutschlands wurde diese Verordnung dahingehend ausgelegt, dass eine Stadt oder ein Kreis bei einem Kauf von Derop-Erzeugnissen damit das Recht erhält, sowjetische Aufträge als Kompensation für die von ihnen angeblich gebrachten Opfer zu bekommen. In Schlesien erklärte man dem Vertreter der Handelsvertretung in privaten Gesprächen, dass man erst dann sowjetisches Erdöl kaufen werde, wenn sich die UdSSR mit Polen überwerfe. In Mitteldeutschland dauert trotz Aufhebung der Boykottverordnungen die Boykottstimmung weiterhin an. In Westdeutschland erklärte man zu einem übergroßen Teil gegenüber Vertretern der Handelsvertretung, ungeachtet des liebenswürdigen Empfangs, dass man kein Erdöl bei uns kaufen könne, selbst wenn man es wollte, da man bereits an andere Lieferanten durch Lieferverträge gebunden sei. Alles in allem muss die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sich die Derop von dem schweren Schlag, den sie durch die Hetze im März und April erlitten hat, bis jetzt noch nicht erholt hat.

b) Derutra. Die Derutra hat, wie die Derop, außer den zahlreichen Haussuchungen und Verhaftungen zudem unter dem Druck von mannigfaltigen Verfolgungen gestanden, die ihre Handelstätigkeit stark behindert haben. In diesem Jahr wurden Haussuchungen in der Hauptverwaltung der Derutra in Hamburg und in ihrer Filiale in Stettin vorgenommen. In Hamburg versuchte man, die Zusammensetzung des Betriebsrates in der Derutra zwangsweise zu bestimmen. Die polizeilichen Übergriffe gegen sowjetische Dampfer haben die Derutra besonders schwer getroffen. Im zurückliegenden Jahr wurden vier sowjetische Schiffe durchsucht, und auf drei Dampfern führte die Polizei eine Leibesvisitation der Besatzung durch. Außerdem wurden drei Durchsuchungen auf Leichtern der Derunapht vorgenommen. Die Polizeiaktionen gegen die sowjetischen Dampfer verliefen ohne Ausnahme absolut ergebnislos, mit einer Ausnahme, wo man auf dem Dampfer „Rudzutak“ einen deutschen Staatsbürger, der sich hier versteckt hatte, aufspürte. Über ihn hat sogar die faschistische Presse geschrieben, dass es eine direkte Polizeiprovokation gewesen sei. Bei fast allen Polizeiaktionen gegen die sowjetischen Dampfer ist gegen den Konsularvertrag vom 12. X. 25 verstoßen worden.

c) Handelsvertretung. Außer den zahlreichen Verhaftungen, Haussuchungen und Ausweisungen von sowjetischen Mitarbeitern der Handelsvertretung gab es im abgelaufenen Jahr zwei Polizeiüberfälle: auf die Niederlassung der Handelsvertretung in Hamburg und auf die Niederlassung der Handelsvertretung in Leipzig¹⁷. Die Räume dieser Niederlassungen sind gründlich durchsucht worden, was bei den Kunden dieser Niederlassungen natürlich eine große Panik ausgelöst hat und verständlicherweise nicht ohne Auswirkung auf ihre Handelstätigkeit bleiben konnte.

Polizeiübergriffe wurden auch auf die Niederlassung der Handelsvertretung in der Kurfürstenstr. 33 registriert, wo einige Tage lang sämtliche Lastkraftwagen, die das Grundstück verlassen wollten, aufgehalten und durchsucht wurden.

Die Abnahme-Mitarbeiter der Handelsvertretung wurden in verschiedenen Gegenden Deutschlands fast ausnahmslos durchsucht und viele sind verhaftet worden, so dass sich die Abnahme von fertigen Ausrüstungen mit allen daraus resultierenden Begleitumständen verzögerte.

¹⁷ Vgl. Dok. 49, Anm. 3.

Im zurückliegenden Jahr hat die Polizei zum ersten Mal die Auktion des Antiquariats der UdSSR verboten¹⁸, die früher immer glatt und ohne jegliche Behinderung durch die Polizei verlief.

Im August 1933 ging die Polizei dann sogar so weit, dass sie damit begann, Haussuchungen bei Geschäftskunden der Handelsvertretung vorzunehmen, darunter auch bei Ausländern. Die Furcht, wegen Verbindungen zu den Bolschewiki beschuldigt zu werden, war generell so groß, dass viele Firmen, insbesondere jüdische, jegliche Beziehungen mit der Handelsvertretung im zurückliegenden Jahr abgebrochen haben.

Die gleiche Wirkung hatte die im März und April einsetzende Hetze gegen jene deutschen Fachleute und Wissenschaftler, die mit der Handelsvertretung oder mit der UdSSR diese oder jene Beziehungen unterhielten und unterhalten. Der deutsche Wissenschaftler Förster, der ein Gutachten gegen eine deutsche Firma zugunsten der Handelsvertretung erstellt hatte, wurde von seinem Berufsverband öffentlich des Hochverrats beschuldigt, was bei den Fachleuten, Juristen usw. massenhafte Absagen und Weigerungen bewirkte, sich in irgendeiner Weise zugunsten der Handelsvertretung der UdSSR zu betätigen. Sogar das Verhalten der deutschen Gerichte, die sich bis jetzt relativ loyal verhalten haben, wurde bis zu einem gewissen Grade vom Druck der faschistischen öffentlichen Meinung bestimmt. Gegen Ende des Jahres war dieser Faschisierungsprozess der deutschen Gerichte mit den entsprechenden Konsequenzen für die uns betreffenden Angelegenheiten deutlich und endgültig zutage getreten.

d) Film. Sämtliche Filme sowjetischer Produktion sind im zurückliegenden Jahr in Deutschland verboten worden, einschließlich der rein wissenschaftlichen. Sämtliche Kopien sowjetischer Filme, die sich im Lager der Firma „Weltfilm“ befanden, sind beschlagnahmt worden. Selbst die Entwicklung von sowjetischen Filmen in deutschen Laboratorien, die bislang völlig reibungslos verlief, wurde in diesem Jahr unter Androhung einer dreijährigen Haftstrafe verboten, unabhängig davon, wohin und für welches Land der Filmstreifen bestimmt war¹⁹.

e) Bücher. Der Verkauf fast aller sowjetischen Zeitschriften und Zeitungen sowie der Mehrheit der sowjetischen Bücher ist im zurückliegenden Jahr in Deutschland verboten worden. Selbst der Verkauf sowjetischer Ausgaben, deren Einfuhrgenehmigung vorlag, war von Verfolgung und bisweilen von Verhaftungen der Verkäufer dieser Ausgaben begleitet. In sehr vielen Fällen, wenn bei Haussuchungen bei sowjetischen Staatsbürgern sowjetische Zeitschriften und Zeitungen gefunden wurden, diente dies der Polizei als hinlänglicher Grund, um diese Bürger einer feindlichen politischen Tätigkeit zu bezichtigen.

f) Intourist. Angesichts der entfachten antisowjetischen Hetze wurden Reisen von deutschen Reichsangehörigen in die UdSSR von der faschistischen Presse geradezu als ein Verbrechen qualifiziert. Viele Intellektuelle, die früher zu wissenschaftlichen Zwecken in die UdSSR reisten, sind in diesem Jahr deswegen Verfolgungen ausgesetzt gewesen und wurden in vielen Fällen nur deshalb entlassen.

¹⁸ Vgl. Dok. 56.

¹⁹ Vgl. die Verbalnoten der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin sowie die Stellungnahme des Reichsinnenministeriums vom 10. 5. 1933 dazu. In: Sowjetischer Film in Deutschland 1922–1932. Eine Dokumentation. Filmwissenschaftliche Mitteilungen Heft 3/1967, S. 991–997.

Die Fachleute, die früher gern zu verschiedenen Technikkonferenzen und -kongressen in die UdSSR reisten, wurden 1933 als Landesverräter bezeichnet, da sie bei diesen Reisen angeblich ihre Fachkenntnisse, die geistiges Eigentum der deutschen Nation seien, an einen anderen, zudem feindlichen Staat, die UdSSR verkauft hätten und verkauften. Die Furcht vor Reisen in die UdSSR hält bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos an, wenn auch durch spezielle Verhandlungen mit dem Außenministerium in dieser Frage eine gewisse praktische Regelung erzielt werden konnte. Die Hetze gegen Reisen in die UdSSR hat u.a. auch dazu geführt, dass die deutschen Postbehörden Intourist untersagten, Werbeaufschriften zu verwenden, wie das bei deutschen Firmen üblich ist.

Wenn somit einerseits die Deutschen ihre frühere Reisetätigkeit in die UdSSR eingestellt haben, so haben sich andererseits die Reisen von sowjetischen Staatsbürgern nach Deutschland reduziert. Hierbei hat sich nicht nur die allgemeine Verringerung des Handelsumsatzes zwischen der UdSSR und Deutschland 1933 ausgewirkt, sondern auch die Tatsache, dass wegen des neuen Regimes in Deutschland viele sowjetische Patienten darauf verzichteten, zur Kur nach Deutschland zu fahren und stattdessen entweder in die Tschechoslowakei oder nach Österreich reisten. Alle diese Dinge haben dazu geführt, dass wir in diesem Jahr einen starken Rückgang im Passagierverkehr zwischen Deutschland und der UdSSR und eine fast vollständige Lahmlegung der Tätigkeit von Intourist in Deutschland zu verzeichnen haben.

g) Sonstige Organisationen. Nach wie vor ist die Frage der dreisten Forderungen der deutschen Zollbehörden gegenüber sowjetischen Staatsbürgern, die mit Zolleinrichtungen zu tun haben, nicht geklärt, wonach diese durch eine spezielle Erklärung ihre arische Abstammung nachweisen sollen²⁰. In Sel'skosojuz und in der Derutra in Hamburg haben wir diese Forderung selbstverständlich entschieden zurückgewiesen. Dies hat zu einer recht spürbaren Beeinträchtigung in der praktischen Handelstätigkeit geführt.

Folgende Polizeiaktionen haben die sowjetische Kolonie in Deutschland schwer getroffen:

- 1) Der Polizeiüberfall auf den Klub der sowjetischen Mitarbeiter in Hamburg²¹, bei dem die Klubräume demoliert und die dort anwesenden Mitarbeiter ausgeraubt wurden;
- 2) Der Polizeiüberfall auf den Klub der sowjetischen Angestellten in Leipzig, bei dem die Klubräume teilweise demoliert und der Klub versiegelt wurden;
- 3) Der Versuch am 16. IX. 1933, den Klub der sowjetischen Kolonie in Berlin zu stürmen;
- 4) Der Versuch, die sowjetische Berufsschule in Berlin zu überfallen, dem ständige verschiedene Drohungen und Beleidigungen gegenüber dem Schulpersonal und den Schülern vorausgingen;
- 5) Durchsuchung der Räume der sowjetischen Pension in Berlin;
- 6) Teilhaussuchung in dem sowjetischen Wohnheim in Berlin, Lietzenburger Str. 11.

²⁰ Vgl. Dok. 197.

²¹ Vgl. Dok. 89, Anm. 1.

3. Die Wirtschaftsbeziehungen 1933.

Ganz zu Beginn von 1933 wurden die noch Ende 1932 aufgenommenen turnusmäßigen Verhandlungen mit den Deutschen bezüglich der Unterstützung für unseren Export nach Deutschland abgeschlossen. Mit den Protokollen vom 17. Januar und 25. Februar 1933 haben die Deutschen offiziell eingestanden, dass sie nicht in der Lage sind, uns im Sinne einer Ausweitung unseres Exportes ernsthaft entgegenzukommen, obwohl sie auch seine Bedeutung als unsere Hauptquelle anerkennen, unsere Finanzverpflichtungen gegenüber den deutschen Firmen zu erfüllen. Obgleich sie sich somit der Aufgabe entzogen haben, unseren Export ernsthaft zu erweitern, erklärten sich jedoch die Deutschen damit einverstanden, uns einen kurzfristigen Kredit in einem Volumen von 140 Mio. Mark zur Erleichterung unserer Zahlungen für das Jahr 1933 zu gewähren²². Außerdem haben sich die Deutschen damit einverstanden erklärt, uns ein Spermarkkontingent in Höhe von 60 Mio. Mark zum Export unserer Waren in andere Länder zu gewähren (später wurde dieses Kontingent auf 75 Mio. Mark und dann auf 90 Mio. Mark erhöht). Die Deutschen haben ihrerseits für diesen Kredit gefordert, die mit dem zweiten „Pjatakow-Abkommen“ von 1932 angenommenen Kreditbedingungen beizubehalten²³. Die im Verlaufe dieser Verhandlungen gebildete Hey-Kommission, die Maßnahmen zur Unterstützung unseres Exports ausarbeiten sollte, hat, wie bereits oben bemerkt, zu keinen Ergebnissen geführt. Ebenso fruchtlos war auch die im Sommer 1933 gebildete Mossdorf-Kommission. Sämtliche Vorschläge der sowjetischen Seite zur Verbesserung der Position des sowjetischen Exports in Deutschland sind mit geringfügigen Ausnahmen von den Deutschen verworfen worden.

Die deutschen Industriellen waren zu Beginn des Machtantritts der Faschisten noch nicht davon überzeugt, dass die faschistische Regierung ihre Geschäfte mit der UdSSR nicht behindern wird. In der von Krupp geleiteten Industriellengruppe, zu der die Vereinigten Stahlwerke, die Demag und andere gehörten, entstand der Gedanke, eine neue Finanzbasis für den Handel mit der UdSSR für den Fall zu schaffen, dass die Regierung Hitler die Erteilung von Garantien für die sowjetischen Wechsel einstellen und deren Diskontierung durch die Reichsbank ablehnen sollte. Deshalb haben die genannten Industriellen den nicht unbekannten Schlesinger, der als Nichtarier aus dem Auswärtigen Amt gejagt worden ist, nach Amerika geschickt. Schlesinger erhielt den Auftrag, von amerikanischen Banken Kredite für deutsche Lieferungen in die UdSSR zu erwirken. Schlesinger hat den Gerüchten zufolge anfangs in Amerika den ihm übertragenen Auftrag recht erfolgreich bewältigt. Doch zur gleichen Zeit stellte sich heraus, dass infolge einer übergroßen Vorsichtigkeit, die die sowjetischen Wirtschaftsorgane bei der Vergabe der Aufträge in Deutschland an den Tag legten, 1933 erstmals die deutschen Regierungsgarantien in einem großen Umfang nicht in Anspruch genommen wurden und sich bei den Finanzierungsorganisationen (Ifago²⁴, Golddiscontbank²⁵) recht bedeutende Überschüsse von nicht verbrauchten Mitteln bildeten. Außerdem hat sich endgültig herausgestellt, dass die Hitler-Regierung keineswegs

²² Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

²³ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

²⁴ Vgl. Dok. 17, Anm. 20.

²⁵ Die Golddiscontbank war eine 1924 gegründete öffentliche Bank, die die deutsche Exportindustrie durch die Finanzierung von Rohstoffimporten fördern sollte.

beabsichtigt, die Positionen der deutschen Firmen in ihrem Handel mit der UdSSR zu verschlechtern. Damit im Zusammenhang haben sich die Projekte einer deutsch-amerikanischen „Zusammenarbeit“ auf dem sowjetischen Markt erübrigt, und falls sie erneut auftauchen sollten, dann nur in Form eines neuen Projektes zur Verwendung amerikanischen Geldes für deutsche Lieferungen von Eisenbahnmaterialien in die UdSSR für die bevorstehende Rekonstruktion des Verkehrswesens, an die die Deutschen große Hoffnungen knüpfen.

Unterdessen hat sich 1933, wie bereits oben ausgeführt wurde, die Position des sowjetischen Exports auf dem deutschen Markt stark verschlechtert, zum Teil wegen des eingeschlagenen antisowjetischen Kurses und der offenen Hetze gegen sowjetische Organisationen in Deutschland, zum Teil aus anderen Gründen. Der sowjetische Export nach Deutschland verringerte sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 37% gegenüber zum Vorjahr bei einem allgemeinen Rückgang des deutschen Imports um insgesamt 9,1% in der gleichen Zeitspanne. Die stark zum Tragen gekommenen Protektionsmaßnahmen der deutschen Handelspolitik 1933 haben solch wichtige sowjetische Exportartikel wie Butter, Eier, Ölkuchen, Pflanzenöle usw. schwer getroffen.

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hatte in diesem Jahr gehofft, mit der deutschen Regierung bei Getreide umfangreiche Geschäfte auf der Grundlage des Getreideabkommens vom 2. Mai 1932 zu tätigen²⁶. Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt, da die deutsche Regierung dieses Abkommen einseitig als hinfällig erklärte und von bedeutenden Einkäufen von sowjetischem Getreide Abstand nahm.

Bei einer derartigen Position des sowjetischen Exports auf dem deutschen Markt ist die übergroße Zurückhaltung unserer Wirtschaftsorgane bei der Auftragserteilung in Deutschland absolut verständlich. Angesichts der stark passiven Handelsbilanz der UdSSR mit Deutschland und bei den zunehmenden Schwierigkeiten, die Erlöse aus anderen Ländern nach Deutschland zu transferieren, sowie der gewachsenen Konzentration unseres Exports auf den deutschen Markt ist eine außerordentliche Vorsicht bei der Auftragsvergabe in Deutschland die einzig richtige und mögliche Politik.

Deutsche Firmen und die deutsche Regierung fügten in die allgemeine Verschlechterung unserer Handelsbeziehungen mit Deutschland noch einen Misston hinzu. Die Rede ist von dem sogenannten Dollar-Konflikt, dessen Wesen im Folgenden besteht: Als im Sommer 1932 die deutschen Industriellen ernsthaft über die Inflation nachzudenken begannen, richteten sie an uns die Forderung nach Valorisierung der von uns ausgegebenen Wechsel mittels einer ausländischen Währung, hauptsächlich in Dollar. Trotz unserer seit 1930 prinzipiellen Politik, unsere sämtlichen Wechsel in Deutschland vorrangig in Mark auszustellen, und ungeachtet dessen, dass die Ausstellung der Wechsel in Dollar für uns mit großen finanztechnischen Schwierigkeiten verbunden war, sahen wir uns dennoch genötigt, in einem gewissen Umfang die Forderung der deutschen Firmen zu erfüllen und ihnen die Wechsel nicht in Mark, sondern in Dollar und in Pfund auszustellen. Natürlich haben die deutschen Firmen, die seinerzeit von uns die Ausstellung der Wechsel in Dollar gefordert hatten, einen beträchtlichen Geldverlust er-

²⁶ Vgl. Dok. 147, Anm. 4.

litten, da der Kurs des Dollars nunmehr gefallen ist. Anstatt sich mit der von ihnen selbst geschaffenen Situation abzufinden, haben sie über Schiedsgerichte versucht, von uns die Ersetzung der ihnen wegen des Kursverfalls des Dollars entstandenen Verluste zu erwirken. Anfangs hatten drei kleinere Firmen das Gericht eingeschaltet, das den Weg für große Firmen sondieren sollte. Doch am 6. November haben wir der deutschen Regierung offiziell erklärt²⁷, dass wir die Kompetenz von deutschen Gerichten (sowohl von Schiedsgerichten als auch von gewöhnlichen) nicht anerkennen, wir an diesen Gerichtsverfahren nicht teilnehmen und keinen einzigen Groschen in keinem der Valorisierungs-Streitfälle zahlen werden. Mehr noch: wir haben darauf hingewiesen, dass, wenn die deutschen Firmen nicht ihre absurden und unhaltbaren Forderungen aufgeben sollten, die darauf hinauslaufen, mit Hilfe von deutschen Gerichten die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf uns abzuwälzen, dies zu einer sehr ernststen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR führen könnte. Die deutschen Regierungskreise, die durch unsere Erklärung in eine äußerst schwierige Lage versetzt wurden, versuchen nun Zeit zu gewinnen. Auf Weisung der Regierung sind die Valorisierung-Klagen der Firmen gegen die Handelsvertretung vorläufig bis zum 1. Januar in der Erwartung ausgesetzt worden, dass es danach schon gelingen werde, irgendeinen einvernehmlichen Ausweg aus dem Konflikt zu finden. Da sich aber an der Haltung der sowjetischen Seite, die der deutschen Regierung bereits Anfang November dargelegt worden ist, überhaupt nichts ändert, so verbleiben nach dem 1. Januar vielleicht nur zwei Auswege: Entweder die Deutschen kapitulieren in dieser Frage vollständig und bedingungslos oder es steht eine weitere Verschärfung und Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bevor.

4. Politische Kampagnen.

1) Das zurückliegende Jahr war durch viele scharfe gegen die UdSSR gerichtete politische Kampagnen gekennzeichnet, die zu einem großen Teil unter der unmittelbaren Leitung des neu eingerichteten Ministeriums für Propaganda organisiert worden sind. Gemessen an der Vielzahl und der Schärfe der Kampagnen nimmt das Jahr 1933 ohne Frage einen besonderen Platz in der Geschichte der sowjetisch-deutschen Beziehungen ein.

Von Februar bis Juni 1933 stand die deutsche Presse ganz und gar im Banne jener Ideen, die seinerzeit in Bezug auf die UdSSR in den Arbeiten Hitlers und Rosenbergs entwickelt worden sind und deren Wesen darin bestand, die Außenpolitik Deutschlands in eine ausgeprägt antisowjetische Richtung umzulenken. Die Tatsache, dass das Buch Hitlers „Mein Kampf“ in seiner unveränderten Form zur Grundlage für das gesamte Schulsystem des faschistischen Deutschland und für die politische Erziehung der deutschen Jugend, der Sturm-Abteilungen und der Armee genommen wurde, schuf eine ausnehmend günstige Lage für die allgemeine Verbreitung und für die Vorherrschaft dieses antisowjetischen Ideenkreises. Die Reden Görings, Rosenbergs, Bismarcks, Hugenbergs, Posses und vieler anderer zeigten anschaulich, dass die Idee Hitlers, die UdSSR aufzuteilen, aufgehört hat,

²⁷ So im Dokument. Gemeint ist die Erklärung Chinčuks gegenüber von Neurath vom 8. 11. 1933; vgl. Dok. 277.

nur eine Idee zu sein, und sie sich als Grundlage für die reale außenpolitische Orientierung Deutschlands herauszubilden beginnt. Die Gründung und offizielle Begünstigung der weißgardistischen nationalsozialistischen Organisation ROND durch die Regierung, die unverhüllte Unterstützung des Abschaums der ukrainischen Weißgardisten, die offene Kampagne in der deutschen Presse für die Bildung einer selbständigen Ukraine – dies alles sind Vorgänge, denen der gleiche „Ideen“-Kreis Hitlers zugrunde liegt. Die Rede Hitlers vor dem Reichstag im Mai 1933²⁸, die Erneuerung und Ratifizierung des Berliner Vertrages und die Rede Neuraths am 16. September 1933²⁹ konnten die sowjetische Öffentlichkeit selbstverständlich in keiner Weise zufriedenstellen. Die faschistische Presse und die faschistische Wirklichkeit waren und sind von der antisowjetischen Propaganda durchdrungen. Die Sturm-Trupps singen auf den Straßen nach wie vor antisowjetische Lieder, nach wie vor werden die Parteitage der Faschisten im antisowjetischen Duktus abgehalten, so wie der faschistische Parteitag in Nürnberg im September 1933, nach wie vor sind die Vorträge der führenden Faschisten von einer antisowjetischen Note geprägt (Vortrag Röhm im Dezember vor dem Diplomatischen Corps³⁰). Die offiziellen Erklärungen und Beteuerungen sind deshalb nichts anderes als ein Manöver, um Zeit zu gewinnen; sie können und sollten auch nicht anders eingeschätzt werden.

2) Seit Juli 1933 läuft in Deutschland die sogenannte „Hunger“-Kampagne gegen die UdSSR, die bis heute andauert. Alles wurde in den Dienst dieser Kampagne gestellt: Unzählige Leitartikel in den faschistischen Zeitungen mit reißerischen Überschriften; zahllose, offensichtlich gefälschte Illustrationen und Fotografien in den Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Büchern; die Organisation von Sonderausstellungen zum „Hunger“ in der UdSSR; die Anbringung von speziellen Plakaten auf Bahnhöfen und Plätzen zum „Hunger“ in der UdSSR; die Einführung einer besonderen Chronik des „Hungers“ in der UdSSR bei Filmvorführungen; die Herausgabe von speziellen Broschüren und Büchern, darunter solche, die ganz offensichtlich die Handschrift von Mitarbeitern des deutschen diplomatischen Corps in Moskau tragen; öffentliche Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen; Geldsammlungen für die angeblich in der UdSSR Hungern- den; Predigten in der Kirche; Vorlesungen und Rundfunksendungen usw. usf. Ungeachtet dessen, dass sich schon längst jeglicher Sinn der Kampagne erübrigt hat und jeder Deutsche jetzt bereits weiß, dass es in der UdSSR keinen Hunger gibt, wird die Kampagne nichtsdestotrotz fortgeführt. Es werden neue Ausstellungen organisiert, neue Sonderfilme („Flüchtlinge“)³¹ werden gezeigt usw.

3) Im August 1933 haben einige deutsche Zeitungen, darunter die von Ley und von Feder (beide sind bekanntlich hohe Beamte des faschistischen Staates) herausgegebenen Zeitungen, gegen Gen. Litvinov ungeheuerliche persönliche Ausfälle veröffentlicht³². Für die internationale Praxis waren diese Ausfälle derar-

²⁸ Am 17. 5. 1933; vgl. Dok. 98, Anm. 10.

²⁹ So im Dokument; richtig: 15. September. Vgl. Dok. 206, Anm. 3.

³⁰ Auf Einladung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP hielt Röhm am 7. 12. 1933 vor den in Berlin akkreditierten Diplomaten einen Vortrag „Warum SA?“. Vgl. Völkischer Beobachter vom 8. Dezember 1933, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

³¹ Vgl. Dok. 307.

³² Vgl. Dok. 184, 190, 197.

tig ungewöhnlich, dass selbst das Auswärtige Amt sich genötigt sah, deren absolute Unzulässigkeit einzugestehen. Doch das Auswärtige Amt erwies sich als derartig schwach, dass trotz der von ihm ausgesprochenen Warnung an die Adresse der Herausgeber dieser Zeitungen andere Zeitungen die Verleumdungen gegen Gen. Litvinov nachdruckten.

4) Im September 1933 wurde in Deutschland zuerst über die Conti-Agentur, danach in einer Sonderbroschüre eines gewissen Dr. Ehrh mit dem Titel „Der bewaffnete Aufstand“³³ ein polizeiliches Elaborat verbreitet und dessen Material als amtlich deklariert. Ein Kapitel dieser Broschüre von Ehrh enthält unglaubliche Anschuldigungen gegen die Handelsvertretung und gegen die Bevollmächtigte Vertretung, die der Organisation der Spionage in Deutschland bezichtigt wird, und einige ehemalige Angehörige des sowjetischen diplomatischen Corps in Berlin werden persönlich heftig angegriffen. Nach dem Protest der Bevollmächtigten Vertretung ist zwar die 2. Auflage des Buches gestoppt worden, die 1. Auflage ist aber mit allen darin enthaltenen Ausfällen gegen die UdSSR und gegen die sowjetischen Organisationen in Deutschland in einer Höhe von 50000 Exemplaren verkauft worden.

5) Ende September entzündete sich der sogenannte Journalistenkonflikt, der der deutschen Presse erneut Nahrung lieferte, um gegen die UdSSR eine spezielle Kampagne zu organisieren. Seit Jahresbeginn wurden die sowjetischen Journalisten in Deutschland einem Sonderregime unterworfen. Bei allen sind Haussuchungen vorgenommen worden, einige wurden zwangsweise zu erniedrigenden Verhören zur Polizei gebracht, sie wurden daran gehindert, in den Wohnungen zu arbeiten, sie wurden nicht dorthin zugelassen, wohin Journalisten aller anderen Länder Zutritt hatten, insbesondere wurden sie nicht zum Leipziger Prozess zugelassen³⁴. Obgleich unsere Journalisten noch vor der offiziellen Ablehnung ihrer Zulassung nach Leipzig gereist waren, sind sie in Leipzig verhaftet worden, mit allen erniedrigenden Begleitumständen eines faschistischen Arrests. Die sowjetische Regierung hat, wie bekannt, auf diese Verhaftung mit der Abberufung der sowjetischen Journalisten aus Deutschland und mit der Ausweisung der deutschen Journalisten aus der UdSSR geantwortet. Nach ein paar Wochen nahm die deutsche Regierung die von uns unterbreiteten Bedingungen an und der Konflikt wurde beigelegt. Dies hat eine gewisse Rolle bei dem allgemeinen Umschwung gespielt, der seitdem in der Haltung der Deutschen zu unseren Erklärungen und Protesten zu beobachten ist. Im Zusammenhang mit dem Journalistenkonflikt war die deutsche Presse erneut voller scharfer Artikel gegen die UdSSR.

6) Einen zweifellos politischen Charakter hatte der antisowjetische Auftritt Görings vor dem Leipziger Gericht, wo er sich nicht nur eine Reihe von beleidigenden Bemerkungen in Bezug auf die UdSSR erlaubte, sondern die Verleumdung in die Welt setzte, wir würden angeblich unseren finanziellen Verpflichtungen

³³ Vgl. Dok. 206, Anm. 4.

³⁴ Laut Information der Bevollmächtigten Vertretung an das NKID waren einige ausländische Journalisten nicht zum Leipziger Prozess zugelassen worden, darunter die Vertreter der französischen Zeitung „Dernières nouvelles“ und der englischen Zeitungen „Daily Herald“ und „The Manchester Guardian“. Vgl. Bericht der 2. Westabteilung des NKID vom 21. 11. 1933 über die Ausweisung der deutschen Journalisten aus der UdSSR. In: AVP RF, f. 082, op. 16, p. 72, d. 3, l. 514.

nicht nachkommen. Die faschistische Regierung sah sich nach unserem Protest gezwungen, diese Erklärung Görings zu dementieren³⁵.

5. Unsere Kulturverbindungen in Deutschland 1933.

Es ist natürlich, dass bei der entstandenen Lage den Kulturbeziehungen der Sowjetunion mit Deutschland im zurückliegenden Jahr eine höchst beschränkte Bedeutung zukam. Erhalten hat sich der Buchaustausch, der seit dem Frühjahr 1933 aufgenommen wurde, und der sogar eine Tendenz zum Wachstum aufweist³⁶. Die Bevollmächtigte Vertretung hat ihre alten Kontakte zu einigen amtlichen Einrichtungen bewahrt, die sich mit Fragen der sogenannten Kulturbeziehungen zu dem Osten beschäftigen, darunter sind die Deutsche Gesellschaft zum Studium Ost-Europas³⁷, das Institut für Russlandkunde in Königsberg³⁸, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft³⁹, die Deutsche Kunstgesellschaft⁴⁰ usw., sowie zu einigen herausragenden deutschen Wissenschaftlern (Prof. Vogt, Institut für Hirnforschung in Berlin, Oskar von Miller, München, usw.). Die Kontakte zu Künstlern beschränken sich auf ein Minimum, die Verbindungen zu Schriftstellern mussten umgruppiert werden, wobei die Bevollmächtigte Vertretung auf diesem Gebiet zuverlässige Kontakte zu Schriftstellern knüpfen konnte, die auf dem äußerst rechten Flügel stehen, sich dabei aber in Opposition zu Hitler befinden (Jünger, Heinz, Hielscher, Niekisch, von Salomon usw.).

Die Gesellschaft der Freunde des Neuen Russland, die formal nicht verboten worden ist, ist faktisch zerschlagen, und der Generalsekretär der Gesellschaft, Gen. Baron, ist von Hitlerleuten im Gefängnis aufgehängt worden. Die Gesellschaft zum Studium der sowjetischen Planwirtschaft⁴¹ ist formal ebenfalls nicht verboten worden, faktisch aber jeder Möglichkeit beraubt, irgendetwas zu unternehmen.

Von deutscher Seite ist eine Reihe von Vorschlägen zur Belebung der Kulturbeziehungen mit der Sowjetunion unterbreitet worden – die Organisation von Vorträgen, Konzerten, von Ausstellungen in Deutschland (Deutsche Kunstgesellschaft mit Zustimmung der Leitung des Kampfbundes für deutsche Kultur) sowie die Organisation eines Studentenwohnheims zu ermäßigten Bedingungen für sowjetische Studenten an der Münchener Universität unter der Schirmherrschaft von Röhm⁴². Die Bevollmächtigte Vertretung hat sich zu dieser Art von Vorschlägen höchst zurückhaltend verhalten, indem sie die Tatsache hervorhob, dass der Abbruch der Kulturbeziehungen nicht auf Initiative der sowjetischen Seite zustande gekommen ist und jetzt für die Wiederherstellung dieser Beziehungen gesicherte und stabile Voraussetzungen für die normalen allgemeinen Beziehungen zwischen beiden Ländern erforderlich wären.

³⁵ Vgl. Dok. 277, Anm. 13.

³⁶ Vgl. Dok. 521.

³⁷ Vgl. Dok. 11, Anm. 2.

³⁸ Das Institut für Russlandkunde wurde 1919 in Königsberg gegründet, 1929 wurde eine Geschichtsabteilung eingerichtet, die von Professor Martin Winkler geleitet wurde.

³⁹ Vgl. Dok. 201, Anm. 13.

⁴⁰ Vgl. Dok. 201, Anm. 12.

⁴¹ Vgl. Dok. 173, Anm. 7.

⁴² Vgl. Dok. 226.

6. Die Arbeitsbedingungen für die Bevollmächtigte Vertretung 1933.

Aus den oben dargelegten Ausführungen ist ersichtlich, dass die Bedingungen für die Tätigkeit der Bevollmächtigten Vertretung 1933 nicht gerade günstig waren. Das gesamte Personal der Bevollmächtigten Vertretung war das ganze Jahr über damit beschäftigt, eine Unzahl von Konfliktangelegenheiten zu bearbeiten und mit dem Ministerium zu diesen Fragen zu verkehren. 1933 war die Botschaft gezwungen, an das Auswärtige Amt 358 Noten zu richten, darunter 217 Noten zu Konfliktangelegenheiten. Die Mitarbeiter der Botschaft mussten fast jeden Tag das Ministerium aufsuchen, um in diesen Angelegenheiten persönlich Aussprachen zu führen. Die Konsularabteilung der Bevollmächtigten Vertretung übernahm die gesamte Arbeit zur Aufrechterhaltung der Kontakte zu den Verhafteten, bei deren Verhören usw.

Doch die Hauptschwierigkeit bestand nicht darin. Eine sehr schwierige Lage ist für die Bevollmächtigte Vertretung dadurch entstanden, dass infolge der in Deutschland 1933 vorherrschenden Stimmung die Vorstellungen und Noten der Bevollmächtigten Vertretung gewöhnlich entweder gänzlich unbeantwortet blieben oder absolut formal beantwortet wurden. Gegen die Ausschreitungen und Exzesse der lokalen Behörden wurde in Wirklichkeit überhaupt nicht ermittelt, die Schuldigen wurden nicht bestraft, Entschuldigungen wurden nicht ausgesprochen, und wenn dies doch einmal ausnahmsweise vorkam, so wurde die Öffentlichkeit darüber nicht informiert, so dass die erzieherische Wirkung solcher Entschuldigungen somit gänzlich ausblieb. Erst nach dem Journalistenkonflikt setzte eine gewisse Aufmerksamkeit gegenüber unseren Erklärungen ein, allerdings hauptsächlich der Form halber.

AVP RF, f. 010, op. 8, p. 28, d. 31, l. 1–160. Original.

Nr. 325

Aufzeichnung der Unterredungen des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov und dem Mitglied des Redaktionskollegiums der „Izvestija“ Radek

Moskau, den 1. Januar 1934

A 26

Notiz

Anlässlich des Neujahrsempfanges auf der italienischen Botschaft hatte ich Gelegenheit, mit Litwinow über seine Rede vom 29. Dezember¹ zu sprechen. Auf einige einleitende Worte von mir äußerte sich der Volkskommissar etwa folgendermaßen: Er halte es immer für besser, in der Politik einmal mit größter Offenheit zu sagen, wie die Dinge wirklich ständen, als immer um die Dinge herumzureden. Er nähme an, dass seine Rede den deutschen leitenden Kreisen die Augen

¹ Vgl. Dok. 322.

darüber geöffnet hätte, dass die Sowjetunion nicht gewillt sei, sich alles gefallen zu lassen, und er erwarte darauf eine günstige Reaktion für das deutsch-sowjetische Verhältnis. Ich erwiderte, die Vorwürfe, die er Deutschland mache, seien lächerlich, und die Verdachtsmomente seien in Hunderten von Gesprächen aufgeklärt worden. Aber die Sowjetunion wolle anscheinend den amtlichen Versicherungen und den amtlichen Verlautbarungen keinen Wert beimessen und halte sich für ihre politischen Zwecke lieber nicht an offizielle Quellen. Hierauf entgegnete Herr Litwinow, er habe sich kürzlich lange und ausführlich mit Herrn Botschafter Nadolny unterhalten, und gerade diese Unterhaltung habe ihm bewiesen, dass es einmal nötig sei, mit uns in der Öffentlichkeit sehr offen zu sprechen, weil alles andere ja nicht fruchte. Herr Nadolny habe die Behauptung aufgestellt, die Sowjetunion sei schuld an der Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen². Auf diese Behauptung habe er jetzt öffentlich Antwort gegeben. Als ich darauf erwiderte, der Herr Botschafter habe mit ihm doch gerade, um die Atmosphäre zu klären, eine sehr offene und große politische Aussprache gehabt, erwiderte Litwinow, man **habe eben leider hauptsächlich über törichte Presseartikel und sonstige Kleinigkeiten gesprochen und**³ nicht über die großen Dinge der Politik. Als Herr Litwinow dann fortfuhr, ob ich glaube, dass seine Rede in dem gewünschten Sinne zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wirken würde, habe ich geantwortet, dass ich das nicht glauben könne, dass die Rede in Berlin einen sehr schlechten Eindruck machen und die Situation erschweren werde, dass ich aber im übrigen ihm vorschlage, mit seiner Erörterung über die Rede zu warten bis zu der morgigen Rückkehr des Herrn Botschafters. Durch das Hinzutreten des französischen Botschafters⁴, der Litwinow mit beiden Händen begrüßte und ihm viele Schmeicheleien über seine Rede sagte, wurde die Unterredung beendet.

Kurz darauf habe ich mich längere Zeit mit Karl Radek, der als außenpolitischer Vertrauensmann des ZK in der Redaktion der „Iswestija“ sitzt, über die Situation, die durch die Rede Litwinows geschaffen sei, unterhalten. Ich machte Radek bittere Vorwürfe besonders über den Ton der Rede, worauf Radek ohne weiteres zugab, dass der Ton vielleicht unnötig scharf gewesen sei, dass aber der Zweck der Rede in einer Bereinigung der Atmosphäre liege. Ich bezweifelte dies und wies darauf hin, dass die Rede vermuten lasse, dass die Sowjetpolitik vollständig ins französische Fahrwasser hinüber geglitten sei. Das sei eine **Sprache**⁵, die auf eine Annäherung auf den Völkerbund oder sogar an die französischen Pakt-Ideen schließen ließe. Radek erwiderte, die Sowjetpolitik habe bewiesen, dass sie nicht die Absicht habe, für andere Länder Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das habe er auch neulich erst dem französischen Botschafter gesagt, als dieser ihm derartige Gedankengänge entwickelt habe. Er habe dem französischen Botschafter schließlich gesagt: Wir machen nur eine Politik, die unseren Interessen dient. Als dieser darauf erwidert habe, vielleicht laufen unsere und Ihre Interessen parallel, habe er entgegnet, vielleicht später einmal, aber jetzt noch nicht.

² Vgl. Dok. 315, 316.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich lautete die Textpassage: habe leider nur über Kleinigkeiten gesprochen, über törichte Presseartikel und sonstige Kleinigkeiten, aber eben.

⁴ Charles-Hervé Alaphand.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Situation.

Radek sagte dann mit größter Offenheit, alles hänge von der weiteren Entwicklung im Fernen Osten ab. Dass Deutschland zurzeit keine kriegesischen Abenteuer gegen die Sowjetunion suche, sei selbstverständlich. Wenn aber die Sowjetunion in einem schweren Kampf mit Japan stände, sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass Deutschland die Gelegenheit benutzen werde, um über Polen herzufallen, und wenn es Polen geschlagen habe, den polnischen Nationalstolz dadurch beruhigen werde, dass es Polen anbiete, sich an der Ukraine für den Korridor schadlos zu halten. Dagegen müsse die Sowjetunion Vorkehrungen treffen. Als ich entgegnete, dass **doch Frankreich existiere, das kaum einen Angriff auf Polen zulassen werde, und dass er doch zugeben müsse**⁶, dass Deutschland einem Zweifrontenkrieg nicht gewachsen sei, entgegnete Radek, dass der Sinn der russischen Politik darin liege, zu verhindern, dass Deutschland eine günstige Gelegenheit benutzen könne, um mit Polen das oben angedeutete Tauschgeschäft zu machen. Ich legte daraufhin in längeren Ausführungen dar, dass solche phantastischen Ideen wie seine nichts mehr mit Politik zu tun hätten, das seien hysterische Angstgebilde, denen jede Realität fehle, und darüber könne man schließlich nicht ernsthaft sprechen. Radek entgegnete darauf, dass wir **doch offen sprechen sollten: Auch in der Sowjetunion wisse man ganz genau, wie man politische Ideen lanciere. Solange man zu schwach sei, um offiziell etwas zu fordern oder durchzusetzen, solange**⁷ benutze man das Mittel der Presse, der Broschüren, Bücher und Aufklärungsreden unoffizieller Leute, um das eigene Volk und wohlwollende Kreise des Auslandes mit gewissen Gedankengängen vertraut zu machen. Es sei ein nicht aus der Welt zu schaffendes Faktum, dass das Buch des Reichskanzlers „Mein Kampf“ den Kreuzzug gegen die Sowjetunion predige. Natürlich sei dieses Buch zu einer Zeit geschrieben, als **der RK**⁸ noch Oppositionsführer war. Aber jetzt sei er Reichskanzler, und in der Neuauflage seines Buches sei das Kapitel 14 keineswegs geändert worden⁹. Also unter der Autorität des Reichskanzlers würden Ideen propagiert, die das Sowjetfeindlichste darstellten, was geschrieben sei. Demgegenüber spielten irgendwelche offiziellen Erklärungen von der Reichstagstribüne oder von Diplomaten überhaupt keine Rolle. Was Diplomaten sagten und was man von der Reichstagstribüne verkünde, seien Dinge, die für die Tagespolitik gelten. Aber was in Büchern geschrieben sei, dass seien die Ideen, nach denen sich die Politik auf lange Sicht orientieren wolle, und wir kämen nicht um das Faktum herum, dass der Reichskanzler, wie die Neuauflage seines Buches beweise, nach wie vor den Kreuzzug gegen die Sowjetunion predige. Daher das Misstrauen in den hiesigen leitenden politischen Kreisen, über dessen Größe und Tiefe wir uns keine Illusionen machen sollten, und

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich lautete die Textpassage: leider noch Frankreich existiere, dass Polen kaum einen Angriff auf Polen zulassen werde und dass doch Polen zugeben müsse.

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich lautete die Textpassage: doch einmal kurz offen sprechen wollten: In der Sowjetunion wisse man ganz genau, wie man politische Ideen lanciert. Wenn man zurzeit noch zu schwach sei, um offiziell etwas zu fordern oder durchzusetzen, so.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: er.

⁹ Das 14. Kapitel behandelt unter der Überschrift „Ostorientierung oder Ostpolitik“ die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion.

daher die Politik der Sowjetunion, die auf Frieden und auf Sicherung ihres Besitzstandes ausgehe.

Da Radek alle großen außenpolitischen Leitartikel der „Iswestija“ selbst schreibt und da er in außenpolitischen Dingen in der Partei eine große Rolle spielt, glaube ich, dass diese seine Gedankengänge von großer Bedeutung sind.

Hiermit Herrn Botschafter vorgelegt.

Auf dem ersten Blatt: A 26 und A 9 generalia sowie das Datum 1. I. 1934.

PA AA, Moskau 210, Bl. 428718–428722.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 161, S. 288–291.

Nr. 326

**Schreiben des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an
verschiedene Firmen**

Berlin, den 2. Januar 1934

VERTRAULICH!

Abschrift

RUSSLAND-AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Tgb. Nr. 23./R.

An die interessierten Firmen!

Betrifft: Russlandgeschäfte, Dollarentwertung.

In der Sitzung am 30. November 1933, an der wohl alle an der Frage der Dollarentwertung, soweit sie sich auf die Liefergeschäfte nach der UdSSR bezieht, interessierten Firmen vertreten waren, wurde aus sehr gewichtigen Gründen beschlossen, in dieser Frage bis zum Ende des Jahres 1933 deutscherseits stillzuhalten. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen, und eine Klarheit über das Verhalten der Russen wird erst in etwa einer Woche zu erlangen sein, wenn der russische Handelsvertreter Herr Weizer aus Moskau nach Berlin zurückgekehrt ist und der Leiter der Sitzung vom 30. 11. 1933 Herr Direktor Reyß mit ihm eingehend gesprochen hat.

Da die jetzige Zeit von besonderer Bedeutung für die Klärung grundlegender Fragen der Beziehungen (vor allem auch der geschäftlichen) der UdSSR zu anderen Ländern, insbesondere zu Deutschland, ist, so wäre es auch nach Ansicht unserer zuständigen Regierungsstellen von den interessierten Firmen schwer zu verantworten, wenn sie nach Ablauf der Stillhaltezeit ihre Ansprüche aus der Dollarentwertung den Russen gegenüber erneut zu verfechten beginnen, bevor eine endgültige Stellungnahme der Russen erfolgt ist. Wir werden sogleich nach der Rückkehr des Herrn Weizer unsere Führerschaft zusammenrufen, um nach Kenntnis der Haltung der russischen Geschäftspartner zu prüfen, wie sich die deutschen Firmen zweckmäßigerweise weiter verhalten sollten. Wir werden die interessier-

ten Firmen sofort hiervon ins Bild setzen und empfehlen, ohne Verbindlichkeit für uns, bis dahin weiter stillzuhalten.

Mit deutschem Gruß!
Für den RUSSLAND-AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
Reichsstand der Deutschen Industrie
Die Geschäftsführung:
gez.

Ohne Unterschrift.

BArch, NS 43/ 38, Bl. 5.

Nr. 327

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID

AUSZUG

Aus dem Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom
2. bis 3. Jan[uar] 1934

GEHÖRT:

6. KULTURBEZIEHUNGEN – DEUTSCHLAND: Die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“.

BESCHLOSSEN:

6. [a)] Wenn vom Volkskommissariat für Schwerindustrie diese Frage aufgeworfen wird, so ist auf der Sitzung¹ der Vorschlag zu unterstützen, in Moskau eine einheitliche Gesellschaft für den technischen und industriellen Erfahrungsaustausch zwischen der UdSSR und dem Ausland unter der Leitung eines leitenden Mitarbeiters von Volkskommissariat für Schwerindustrie zu bilden.

b) Die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ ist noch nicht aufzulösen, sondern sie ist nach einer gewissen Zeit mit ihrem gesamten Apparat in die neue Gesellschaft einzugliedern².

(Stomonjakov)

Die Unterschrift [des Sekretärs] ist nicht entziffert. Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 30 vom 4. 1. 1934. Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Kopien: an die Presseab[teilung], an die 2. Westab[teilung].

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 2, l. 3. Kopie.

¹ So im Dokument; gemeint ist mit dem Wort „sessija“ das Politbüro des ZK der VKP (B).

² Vgl. Dok. 477.

Nr. 328

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 8

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS AM 3. JANUAR 1934

Nadolny sprach anlässlich des Todes Lunačarskijs¹ das Beileid aus und ging danach sofort zu politischen Fragen über.

Nadolny zeigte sich von meiner Rede auf der Sitzung des CIK² nach der Aussprache, die er mit mir vor seiner Abreise nach Berlin³ gehabt hätte, sehr erstaunt; er sei darüber erstaunt, dass ich mich über unsere Beziehungen zu Deutschland öffentlich geäußert hätte. Die Rede hätte ihn, Nadolny, gewissermaßen desavouiert. Wir hätten vereinbart, auf die Öffentlichkeit und die Presse einzuwirken und uns gegenseitig über die Umtriebe dieses oder jenes Landes zu informieren. Dies habe Nadolny nach Berlin telegraphiert und anschließend persönlich berichtet. Dort habe man ihm zugestimmt und ihn beauftragt, in diesem Sinne tätig zu werden. Mit meiner Rede hätte ich unser Gespräch der Öffentlichkeit preisgegeben und Nadolny frage sich, zu welchem Zweck ich dies getan hätte. Ob ich auf diesem Forum eine Antwort der deutschen Seite erreichen wollte und ob ich die in solch einem Fall unvermeidbare Polemik als erstrebenswert erachte. Ich hätte Glück gehabt, dass er, Nadolny, nicht in Moskau gewesen sei, ansonsten wäre er während meiner Rede gegangen. Auch in Berlin sei jetzt niemand anwesend, weder Hitler noch Neurath noch Bülow, die mir sofort antworten könnten. Meine Rede desavouiere Nadolny und provoziere den Kanzler. Nadolny verstehe den Sinn dieser Rede umso weniger, als ein „Kreuzzug“ gegen Deutschland jetzt wohl kaum angebracht wäre⁴, da alle Staaten mit Deutschland eine Verständigung anzustreben versuchen.

Ich erklärte Nadolny, dass der unmittelbare Zweck meiner Rede darin bestanden habe, unsere höchste sowjetische Institution und somit auch alle unsere Völker über den Zustand unserer internationalen Beziehungen, so auch die zu Deutschland, zu informieren. Solch eine ausführliche Rede hielte ich nicht alle Jahre, und deshalb müsse ich ein absolut klares Bild der Lage zeichnen. Außerdem hätte ich es als nützlich erachtet, auch Deutschland unseren Standpunkt zu den Fragen darzulegen, an denen es Interesse hat. Im vergangenen Jahr hätten Hitler, Göring, Goebbels, Papen, Rosenberg und andere Dutzende von Reden gehalten, auf die wir nicht reagiert hätten. Ich hätte es umso mehr für angebracht gehalten, mich

¹ Lunačarskij verstarb am 26. 12. 1933 in Menton, Frankreich.

² Am 29. 12. 1933. Vgl. Dok. 322.

³ Am 13. 12. 1933. Vgl. Dok. 315, 316.

⁴ Von Twardowski, der mit anderen Diplomaten der Rede Litvinovs auf der Sitzung des CIK der UdSSR beiwohnte, telegraphierte am 29. 12. 1933 an das AA: „Habe bei Anhören der Rede Eindruck gewonnen, dass sie lange erwartete Abrechnung mit neuem Deutschland bezweckt.“ In: PA AA, R 83396, Bl. H 046556.

zu erklären, als Nadolny mich vor seiner Abreise mit der Erklärung vollkommen in Erstaunen versetzt hätte, dass sich in den sowjetisch-deutschen Beziehungen entweder nichts verändert hätte oder wenn doch, dann sei ausschließlich die UdSSR daran Schuld und keineswegs Deutschland⁵. Ich hätte beschlossen, dass, wenn der Botschafter, der mit der Geschichte unserer Beziehungen zu Deutschland vertraut sein müsste, derartige Erklärungen abgäbe und er aufrichtig so dächte, sich in Deutschland genügend Leute finden könnten, die einen ähnlich naiven Standpunkt vertreten, sie etwas aufklären müsste. Ich sehe nicht, wie ich mit meiner Rede Nadolny hätte desavouieren können. Ich habe ihm gesagt, dass wir mit Deutschland gern die ****besten****⁶ Beziehungen pflegen würden, unter welchen Bedingungen dies möglich wäre und was dem abträglich sei. Auf der Sitzung [des CIK] hätte ich das gleiche wiederholt und damit sollte der Bericht Nadolnys nach Berlin bekräftigt und bestätigt werden. Ich sähe nicht, was die deutsche Regierung daran hindern könnte, auf ihre Öffentlichkeit und Presse Einfluss zu nehmen, weil meine Rede ihr lediglich dabei behilflich sei, dies zu tun. Ich hätte keineswegs beabsichtigt, eine öffentliche Antwortrede des Kanzlers herauszufordern, ja ich hätte noch nicht einmal daran gedacht, ich hätte aber gegen eine solche Antwort nichts einzuwenden. Insbesondere wäre es für uns interessant, vom Kanzler die Antwort auf die von mir gestellte Frage zu vernehmen, wie er sich zu den Expansionsideen in Richtung Osten verhalte, die er in seinem Buch, welches bis jetzt dazu dient, diese Ideen in Deutschland und in der ganzen Welt zu verbreiten, dargelegt hätte. Erst gestern hätten wir durch Rosenberg im Interview des „Paris Midi“⁷ erneut eine Bestätigung seiner Ansichten erfahren. Da es Rosenberg abgelehnt habe, die Frage zu beantworten, zu der er sich wiederholt in einem bestimmten Sinne geäußert habe, so könne keine andere Schlussfolgerung gezogen werden als die, dass er an den alten Ideen festhalte, ansonsten hätte er zweifellos dargelegt, was er denkt. Ich müsse den Vorwurf Nadolnys bezüglich der Schärfe meiner Rede zurückweisen. Man müsse zwischen dem ersten Teil, in dem ich Deutschland überhaupt nicht erwähnt, aber es im Sinne gehabt hätte, als ich über den Faschismus sprach, und dem zweiten Teil unterscheiden, in dem ich Deutschland genannt hätte und in dem überhaupt keine Schärfe vorkomme. Es läge natürlich nahe, dass ich Deutschland gemeint hätte, als ich über den Faschismus sprach, da sich Italien von dem deutschen Faschismus distanzieren; jedenfalls hätte ich über den Faschismus nicht schärfer als Hitler, Göring und Goebbels gesprochen, wenn sie über den Kommunismus sprächen, mit dem sie selbstverständlich die UdSSR meinten. Ich wiederholte, dass wir keineswegs etwas gegen eine öffentliche Erwiderung Hitlers als Antwort auf meine Rede einzuwenden hätten, obgleich wir im Voraus wüssten, dass er nichts Neues sagen könne, außer, dass er seine Erklärungen bezüglich der guten Beziehungen zu uns anderen Reden und Tatsachen entgegenstellen werde. Sollte dieser Fall eintreten, so würde eine weitere Polemik in der Presse nicht zu vermeiden sein.

⁵ Laut Litvinovs Aufzeichnung der Unterredung habe Nadolny gleich zu Beginn erklärt, „dass er uns der Verschlechterung der Beziehungen beschuldigt und den Grund für die Verschlechterung sieht er in der antideutschen Haltung unserer Presse“. Vgl. Dok. 315.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben,

⁷ Vgl. „Unterredung Alfred Rosenbergs mit dem Sonderberichterstatter des „Paris Midi““. In: Völkischer Beobachter vom 3. Januar 1934, Berliner Ausgabe, S. 1. Vgl. auch Dok. 330.

Auf die Frage N[adolnys], ob die Wirkung meiner Rede nicht irgendwie korrigiert werden könnte, antwortete ich, dass ich sie überhaupt nicht als einen Fehler betrachte, den man korrigieren müsse, und ich in der nächsten Zeit keine Reden mehr halten werde; was aber unsere Presse anbelange, so berichte sie objektiv über alle Reaktionen in der deutschen Presse, die sie besonnen und in einem sachlichen Ton kommentiere.

Nadolny wechselte das Thema. Unter Berufung auf den Berliner Vertrag wünsche er, mit mir über die internationale Lage zu sprechen und mich über die Absichten der deutschen Regierung zu informieren, wobei er hoffe, dass auch wir den Berliner Vertrag als bindend betrachten und dementsprechend handeln würden. Die deutsche Regierung betreibe eine Friedenspolitik und sie werde, obgleich sie den Versailler Status quo nicht anzuerkennen wünsche, eine Revision der Verträge mit friedlichen Mitteln anstreben. Bezüglich der Abrüstung wolle England zu seinem alten Plan zurückkehren und übe einen entsprechenden Druck auf Frankreich aus, das einverstanden sei, diesen Plan mit einigen Abänderungen als Grundlage zu akzeptieren. Das französische Memorandum lehne im Wesentlichen die deutschen Vorschläge ab, doch der Tenor lasse erkennen, dass Frankreich eine Fortsetzung der Verhandlungen wünsche. Nadolny erklärt den Doppelcharakter des Memorandums mit dem Kampf zwischen den verschiedenen Strömungen in Frankreich, wobei sich bis jetzt keine durchsetzen konnte. Was Deutschland betreffe, so fordere es ein reorganisiertes Heer in einer Stärke von 300000 Mann und mit einer einjährigen Wehrdienstzeit. Frankreich fordere, die SA dem Heer zuzurechnen, was Deutschland jedoch ablehne, es weigere sich jedoch nicht, den militärischen Charakter der SA-Organisationen zu erörtern. Deutschland werde erst dann nach Genf gehen, wenn alle wichtigen Fragen der Gleichberechtigung geklärt sind. Es werde auch solange nicht an den Sitzungen des Völkerbundes teilnehmen, solange der Völkerbund nicht reorganisiert sei. Nadolny fügte vertraulich hinzu, dass jetzt in Berlin die Möglichkeiten geprüft würden, besondere Kontakte zwischen den Staaten herzustellen, die nicht Mitglieder des Völkerbundes seien. Mit Polen habe es bislang nur Gespräche über einen Gewaltverzicht gegeben. Die Polen würden einen Nichtangriffspakt anstreben, doch Deutschland verhalte sich dazu reserviert, weil es die Anerkennung des Status quo befürchte. Beide Seiten seien bestrebt, auf wirtschaftlichem Gebiet die Atmosphäre zu entspannen, wobei hier die Hauptschwierigkeit in der von Polen aufgezwungenen Kohle bestehe, die Deutschland nicht brauche. Mit Japan habe Deutschland keine Verhandlungen geführt.

Als Nadolny seine Ausführungen beendete, fragte er, ob ich ihn über unsere Haltung in der Abrüstungsfrage informieren und den Sinn meiner und Molotovs Andeutungen hinsichtlich des Völkerbundes und der Revision der Verträge erläutern könne. Außerdem wolle er wissen, ob die Gerüchte in der Presse stimmen, wonach Frankreich uns ein Bündnis und einen Beistandspakt angeboten habe.

Ich teilte Nadolny Folgendes mit: Unsere Haltung zur Abrüstung sei bekannt und habe sich nicht verändert. Wir seien zu einer jeglichen Reduzierung der Rüstung unter der Bedingung bereit, dass dies für alle bindend sei. Da wir aber wüssten, dass Japan, unabhängig von den französisch-deutschen Verhandlungen, generell keiner Abrüstungskonvention zustimmen werde, betrachteten wir diese Frage als absolut hinfällig. An einer von wem auch immer betriebenen Aufrüstung seien

wir nicht interessiert. Wir beurteilten den Völkerbund nach seiner Tätigkeit und seinen Bestrebungen. Wir hätten ihn stets wegen seiner Tätigkeit, mit der wir nicht einverstanden wären, kritisiert und gescholten. Da wir jetzt der Meinung seien, dass dort Friedenstendenzen überwögen, könnten wir dem Völkerbund Gerechtigkeit widerfahren lassen. Dies bedeute nicht, dass wir jetzt dem Völkerbund beitreten wollten⁸. Frankreich habe uns keinerlei Bündnis angeboten, Nadolny sollte aber aus seiner Genfer Zeit der alte Vorschlag Frankreichs bezüglich eines Beistandspaktes bekannt sein. Frankreich habe uns sowohl in Genf als auch danach dringend geraten, diesem Pakt beizutreten. Darüber habe Frankreich auch in letzter Zeit mit uns gesprochen.

Nadolny versuchte mir einzureden, dass wir uns früher dem Völkerbund allein deshalb ferngehalten hätten, weil er eine Revision der Verträge verhindert habe. Wenn wir von Friedenstendenzen des Völkerbundes sprächen, so meinten wir jene Länder, die den Frieden auf der Grundlage des Status quo wollten. Indem wir mit ihnen auf dieser Grundlage eine Zusammenarbeit eingingen, schlossen wir uns ihrer Politik an, eine Revision der Verträge nicht zuzulassen. Was den französischen Vorschlag in Genf betreffe, so sei damit ein allgemeiner Pakt zwischen allen europäischen Staaten gemeint gewesen. Ich sollte wissen, dass ein derartiger Pakt nicht realisierbar sei, weil ihm weder England noch Italien noch andere Länder zustimmen würden, und folglich könne jetzt nur von einem beschränkten Pakt die Rede sein. Ein Pakt zwischen uns und Frankreich könne nur gegen Deutschland gerichtet sein, und N. bitte auf die Frage zu antworten, ob ich solch einen Pakt als vereinbar mit den Verträgen von Rapallo und Berlin erachte.

Ich antwortete, dass Nadolny den Grund für unsere frühere negative Haltung zum Völkerbund in der Frage der Revision der Verträge nicht richtig sehe. Es könnte sehr gut möglich sein, dass die europäischen Staaten, die nach Frieden strebten, sich einer Revision der Verträge entgegenstellten, doch für uns sei wichtig, dass sie den Frieden wollten, den auch wir anstreben, und dass wir bei aller Unterschiedlichkeit ihrer und unserer Motive ein gemeinsames Ziel verfolgten. Ich verstehe, dass Deutschland für die Revision der Verträge kämpfe, doch daraus folge überhaupt nicht, dass auch wir diesen Kampf führen müssten. Ich hätte unsere Haltung zur Revision der Verträge völlig unmissverständlich und eindeutig auf der Sitzung des CIK dargelegt. Ich wiederholte, dass Frankreich uns kein Bündnis oder einen bilateralen Pakt vorgeschlagen habe und deshalb jegliche Erörterungen zu diesem Thema rein akademisch und theoretisch seien. Ich sähe keine Notwendigkeit, jetzt in eine theoretische Diskussion darüber einzutreten, was mit dem Berliner Vertrag vereinbar oder nicht vereinbar wäre, und ob insbesondere die von Papen in Lausanne unterbreiteten Vorschläge bezüglich eines Bündnisses mit Frankreich, welches sich allein gegen uns gerichtet hätte, mit diesem Vertrag vereinbar seien. Falls es etwas geben sollte, worüber die deutsche Regierung informiert werden sollte, so würden wir dies tun. Zurzeit gebe es dazu nicht mehr zu sagen.

N. versuchte erneut, mich in eine Diskussion über ein Bündnis mit Frank-

⁸ Im Telegramm Nadolnys an das AA über diese Unterredung wird die Haltung Litvinovs zum Völkerbund wie folgt dargestellt: „Eintritt Sowjetunion werde nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, es sei aber darüber bisher noch nicht verhandelt worden.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 163, S. 294–296, hier S. 295.

reich und zum Berliner Vertrag zu verstricken. Als ich ausweichend antwortete, rief N. erregt aus, dass dies eine ****unehrliche Politik****⁹ sei. Ich sagte N., er möge sich beherrschen, und ich erlaube ihm nicht, mit mir in solch einem Ton zu sprechen. Falls er nicht sofort seine Worte zurücknehme und sich entschuldige, würde ich die Unterredung abbrechen. Ich klappte mein Notizbuch zu und erhob mich. N. flehte mich an, die Unterredung nicht abzubrechen, ich beharrte nachdrücklich auf seiner unverzüglichen Entschuldigung. Nadolny entschuldigte sich, streckte mir die Hand entgegen und versuchte, seine Entgleisung mit seiner „patriotischen“ Erregung zu erklären.

Als ich mich hinsetzte, bat N. erneut darum, irgendetwas zu unternehmen, um den Effekt meiner Rede auf der Sitzung des CIK zu korrigieren. Ich wiederholte, dass ich dazu keine Veranlassung sähe, und ich in nächster Zeit keineswegs vorhätte, mich öffentlich oder in der Presse zu äußern. Ich fügte hinzu, dass ich mich glücklich schätzen würde, auf einer der nächsten Sitzungen des CIK eine andere Erklärung über das Verhältnis uns gegenüber und über die Politik der deutschen Regierung¹⁰ abgeben zu können.

LITVINOV

Vermerk: an Gen. Štern.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 32 vom 5. 1. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

10 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, die 2. bis 5. an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Stalin, das 7. an Gen. Molotov, das 8. an Gen. Štern, das 9. nach Berlin, das 10. [Expl.] nach Paris.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 13–7. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 2, S. 17–22¹¹.

⁹ Nach dem russischen Ausdruck folgt in Klammern der Text in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁰ Die Übermittlung des Inhalts der Unterredung mit Litvinov schloss Nadolny mit folgender Passage ab: „Ich abbrach Gespräch mit der Feststellung, dass ich von seinem Verlauf sehr unbefriedigt und beunruhigt sei; Litvinovs intransigente Haltung müsse zu Konsequenzen führen, die nicht im Interesse beider Länder lägen. Hierauf zuckte er [Litvinov] die Achseln.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 163, S. 296. In der Unterredung mit Karachan, die am 5. 1. 1934 stattfand, brachte Nadolny seine Unzufriedenheit über die Ergebnisse seiner Begegnung mit Litvinov zum Ausdruck, „mit dem er ein ganz schweres Gespräch gehabt habe“. In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 34, S. 86. Der Bericht Nadolnys über die Unterredung mit Litvinov wurde Gegenstand einer speziellen Analyse im AA und einer Vorlage für von Neurath; vgl. Dok 331.

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 329

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Sokol'nikov und des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Ganz geheim

UdSSR – NKID
Wirtschaftsabteilung
Nr. 24 006¹

4. Januar 1934

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

Gen. Vejcer hat Sie sicherlich bereits über die Beschlüsse in Kenntnis gesetzt, die hier zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland im Jahr 1934 und der Taktik, die wir in diesen Fragen befolgen müssen, gefasst wurden. Zu Ihrer Information fassen wir diese Beschlüsse und das taktische Vorgehen knapp zusammen.

1. 1934 werden sich unsere Zahlungen an Deutschland auf ungefähr 675 Mio. Mark belaufen. Diese Summe hatte Gen. Vejcer bereits in den *Vorgesprächen*² mit den Deutschen genannt und deshalb mussten Sie in den weiteren Gesprächen mit den Deutschen zu diesem Thema an dieser Summe festhalten.

2. Wir sollten erreichen, dass die Deutschen für **ungefähr**³ 350 Mio. Mark von uns Exportgüter abnehmen, so dass wir nur 325 Mio. durch Gold und Devisen abdecken müssen. Dieses Ziel vor Augen, müssen wir ausschließlich mit dem Umfang unserer Zahlungen an Deutschland im Jahr 1934 argumentieren. Wir können **⁴ jedoch den Deutschen nicht erklären, dass unsere Zahlungen gefährdet sind, falls wir keine Exportaufträge bekommen. Zudem ist den Deutschen vollkommen klar, dass wir, da wir für 1932/33 gezahlt haben, zweifellos auch 1934 zahlen werden. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Deutschen, die davon überzeugt sind, dass wir zahlen werden, kein gesteigertes Wohlwollen gegenüber unserem Export aufbringen werden. Dennoch müssen wir an unserer Haltung unbeirrt festhalten.

3. Es ist davon auszugehen, dass die Deutschen, die keine Möglichkeit haben, uns Exportgüter für solch eine bedeutende Summe abzunehmen, uns einen Finanzkredit in der Art des vorjährigen Kredites vorschlagen werden. Falls ein solcher Vorschlag unterbreitet werden sollte, so kann man ihn prüfen, zumal wir vielleicht zum Ende des 1. Quartals an einem solchen Kredit interessiert sein könnten, falls es uns in den nächsten Monaten nicht gelingen sollte, von den Deutschen etwas zu bekommen. Die uns interessierende Kreditsumme wäre jedoch unbedeutend, in der Größenordnung von etwa 100 Mio. Mark. Es steht fest, dass in dieser Angelegenheit von uns keinerlei Vorschläge zu unterbreiten sind, und es ist aus-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „leider“ ist durchgestrichen.

schließlich der deutschen Initiative zu überlassen, auf unsere Forderungen nach Exportverträgen zu antworten.

4. Wir können keine Auftragsverhandlungen für 1934 führen, vor allem deshalb nicht, weil die für Deutschland vorgesehene Auftragssumme derartig gering ist, dass sie, falls sie genannt werden sollte, auf deutscher Seite nur Gereiztheit hervorrufen könnte. Zu Ihrer persönlichen Information teilen wir Ihnen mit, dass sich diese Summe um 25 Mio. Rubel bewegt. Es ist klar, dass man nicht mit einem ⁵ ⁶ Auftrags-Portfolio ⁷ in Höhe von 50 Mio. Mark vor die Deutschen treten kann, dies umso mehr, als sich unsere Aufträge im Jahr 1933, das von den Deutschen als ein Jahr der „Pause“ betrachtet wird, in Wirklichkeit auf 100 Mio. Mark beliefen, nach deutschen Berechnungen auf 130–140 Mio. Mark. Angesichts dessen müssen wir bedacht sein, den Verhandlungen mit den Deutschen über Aufträge konsequent aus dem Wege gehen, indem wir dies im Wesentlichen damit begründen, dass ⁸ ⁹ ¹⁰ ¹¹ ¹² ¹³ ¹⁴ ¹⁵ ¹⁶ ¹⁷ ¹⁸ ¹⁹ ²⁰ ²¹ ²² ²³ ²⁴ ²⁵ ²⁶ ²⁷ ²⁸ ²⁹ ³⁰ ³¹ ³² ³³ ³⁴ ³⁵ ³⁶ ³⁷ ³⁸ ³⁹ ⁴⁰ ⁴¹ ⁴² ⁴³ ⁴⁴ ⁴⁵ ⁴⁶ ⁴⁷ ⁴⁸ ⁴⁹ ⁵⁰ ⁵¹ ⁵² ⁵³ ⁵⁴ ⁵⁵ ⁵⁶ ⁵⁷ ⁵⁸ ⁵⁹ ⁶⁰ ⁶¹ ⁶² ⁶³ ⁶⁴ ⁶⁵ ⁶⁶ ⁶⁷ ⁶⁸ ⁶⁹ ⁷⁰ ⁷¹ ⁷² ⁷³ ⁷⁴ ⁷⁵ ⁷⁶ ⁷⁷ ⁷⁸ ⁷⁹ ⁸⁰ ⁸¹ ⁸² ⁸³ ⁸⁴ ⁸⁵ ⁸⁶ ⁸⁷ ⁸⁸ ⁸⁹ ⁹⁰ ⁹¹ ⁹² ⁹³ ⁹⁴ ⁹⁵ ⁹⁶ ⁹⁷ ⁹⁸ ⁹⁹ ¹⁰⁰ ¹⁰¹ ¹⁰² ¹⁰³ ¹⁰⁴ ¹⁰⁵ ¹⁰⁶ ¹⁰⁷ ¹⁰⁸ ¹⁰⁹ ¹¹⁰ ¹¹¹ ¹¹² ¹¹³ ¹¹⁴ ¹¹⁵ ¹¹⁶ ¹¹⁷ ¹¹⁸ ¹¹⁹ ¹²⁰ ¹²¹ ¹²² ¹²³ ¹²⁴ ¹²⁵ ¹²⁶ ¹²⁷ ¹²⁸ ¹²⁹ ¹³⁰ ¹³¹ ¹³² ¹³³ ¹³⁴ ¹³⁵ ¹³⁶ ¹³⁷ ¹³⁸ ¹³⁹ ¹⁴⁰ ¹⁴¹ ¹⁴² ¹⁴³ ¹⁴⁴ ¹⁴⁵ ¹⁴⁶ ¹⁴⁷ ¹⁴⁸ ¹⁴⁹ ¹⁵⁰ ¹⁵¹ ¹⁵² ¹⁵³ ¹⁵⁴ ¹⁵⁵ ¹⁵⁶ ¹⁵⁷ ¹⁵⁸ ¹⁵⁹ ¹⁶⁰ ¹⁶¹ ¹⁶² ¹⁶³ ¹⁶⁴ ¹⁶⁵ ¹⁶⁶ ¹⁶⁷ ¹⁶⁸ ¹⁶⁹ ¹⁷⁰ ¹⁷¹ ¹⁷² ¹⁷³ ¹⁷⁴ ¹⁷⁵ ¹⁷⁶ ¹⁷⁷ ¹⁷⁸ ¹⁷⁹ ¹⁸⁰ ¹⁸¹ ¹⁸² ¹⁸³ ¹⁸⁴ ¹⁸⁵ ¹⁸⁶ ¹⁸⁷ ¹⁸⁸ ¹⁸⁹ ¹⁹⁰ ¹⁹¹ ¹⁹² ¹⁹³ ¹⁹⁴ ¹⁹⁵ ¹⁹⁶ ¹⁹⁷ ¹⁹⁸ ¹⁹⁹ ²⁰⁰ ²⁰¹ ²⁰² ²⁰³ ²⁰⁴ ²⁰⁵ ²⁰⁶ ²⁰⁷ ²⁰⁸ ²⁰⁹ ²¹⁰ ²¹¹ ²¹² ²¹³ ²¹⁴ ²¹⁵ ²¹⁶ ²¹⁷ ²¹⁸ ²¹⁹ ²²⁰ ²²¹ ²²² ²²³ ²²⁴ ²²⁵ ²²⁶ ²²⁷ ²²⁸ ²²⁹ ²³⁰ ²³¹ ²³² ²³³ ²³⁴ ²³⁵ ²³⁶ ²³⁷ ²³⁸ ²³⁹ ²⁴⁰ ²⁴¹ ²⁴² ²⁴³ ²⁴⁴ ²⁴⁵ ²⁴⁶ ²⁴⁷ ²⁴⁸ ²⁴⁹ ²⁵⁰ ²⁵¹ ²⁵² ²⁵³ ²⁵⁴ ²⁵⁵ ²⁵⁶ ²⁵⁷ ²⁵⁸ ²⁵⁹ ²⁶⁰ ²⁶¹ ²⁶² ²⁶³ ²⁶⁴ ²⁶⁵ ²⁶⁶ ²⁶⁷ ²⁶⁸ ²⁶⁹ ²⁷⁰ ²⁷¹ ²⁷² ²⁷³ ²⁷⁴ ²⁷⁵ ²⁷⁶ ²⁷⁷ ²⁷⁸ ²⁷⁹ ²⁸⁰ ²⁸¹ ²⁸² ²⁸³ ²⁸⁴ ²⁸⁵ ²⁸⁶ ²⁸⁷ ²⁸⁸ ²⁸⁹ ²⁹⁰ ²⁹¹ ²⁹² ²⁹³ ²⁹⁴ ²⁹⁵ ²⁹⁶ ²⁹⁷ ²⁹⁸ ²⁹⁹ ³⁰⁰ ³⁰¹ ³⁰² ³⁰³ ³⁰⁴ ³⁰⁵ ³⁰⁶ ³⁰⁷ ³⁰⁸ ³⁰⁹ ³¹⁰ ³¹¹ ³¹² ³¹³ ³¹⁴ ³¹⁵ ³¹⁶ ³¹⁷ ³¹⁸ ³¹⁹ ³²⁰ ³²¹ ³²² ³²³ ³²⁴ ³²⁵ ³²⁶ ³²⁷ ³²⁸ ³²⁹ ³³⁰ ³³¹ ³³² ³³³ ³³⁴ ³³⁵ ³³⁶ ³³⁷ ³³⁸ ³³⁹ ³⁴⁰ ³⁴¹ ³⁴² ³⁴³ ³⁴⁴ ³⁴⁵ ³⁴⁶ ³⁴⁷ ³⁴⁸ ³⁴⁹ ³⁵⁰ ³⁵¹ ³⁵² ³⁵³ ³⁵⁴ ³⁵⁵ ³⁵⁶ ³⁵⁷ ³⁵⁸ ³⁵⁹ ³⁶⁰ ³⁶¹ ³⁶² ³⁶³ ³⁶⁴ ³⁶⁵ ³⁶⁶ ³⁶⁷ ³⁶⁸ ³⁶⁹ ³⁷⁰ ³⁷¹ ³⁷² ³⁷³ ³⁷⁴ ³⁷⁵ ³⁷⁶ ³⁷⁷ ³⁷⁸ ³⁷⁹ ³⁸⁰ ³⁸¹ ³⁸² ³⁸³ ³⁸⁴ ³⁸⁵ ³⁸⁶ ³⁸⁷ ³⁸⁸ ³⁸⁹ ³⁹⁰ ³⁹¹ ³⁹² ³⁹³ ³⁹⁴ ³⁹⁵ ³⁹⁶ ³⁹⁷ ³⁹⁸ ³⁹⁹ ⁴⁰⁰ ⁴⁰¹ ⁴⁰² ⁴⁰³ ⁴⁰⁴ ⁴⁰⁵ ⁴⁰⁶ ⁴⁰⁷ ⁴⁰⁸ ⁴⁰⁹ ⁴¹⁰ ⁴¹¹ ⁴¹² ⁴¹³ ⁴¹⁴ ⁴¹⁵ ⁴¹⁶ ⁴¹⁷ ⁴¹⁸ ⁴¹⁹ ⁴²⁰ ⁴²¹ ⁴²² ⁴²³ ⁴²⁴ ⁴²⁵ ⁴²⁶ ⁴²⁷ ⁴²⁸ ⁴²⁹ ⁴³⁰ ⁴³¹ ⁴³² ⁴³³ ⁴³⁴ ⁴³⁵ ⁴³⁶ ⁴³⁷ ⁴³⁸ ⁴³⁹ ⁴⁴⁰ ⁴⁴¹ ⁴⁴² ⁴⁴³ ⁴⁴⁴ ⁴⁴⁵ ⁴⁴⁶ ⁴⁴⁷ ⁴⁴⁸ ⁴⁴⁹ ⁴⁵⁰ ⁴⁵¹ ⁴⁵² ⁴⁵³ ⁴⁵⁴ ⁴⁵⁵ ⁴⁵⁶ ⁴⁵⁷ ⁴⁵⁸ ⁴⁵⁹ ⁴⁶⁰ ⁴⁶¹ ⁴⁶² ⁴⁶³ ⁴⁶⁴ ⁴⁶⁵ ⁴⁶⁶ ⁴⁶⁷ ⁴⁶⁸ ⁴⁶⁹ ⁴⁷⁰ ⁴⁷¹ ⁴⁷² ⁴⁷³ ⁴⁷⁴ ⁴⁷⁵ ⁴⁷⁶ ⁴⁷⁷ ⁴⁷⁸ ⁴⁷⁹ ⁴⁸⁰ ⁴⁸¹ ⁴⁸² ⁴⁸³ ⁴⁸⁴ ⁴⁸⁵ ⁴⁸⁶ ⁴⁸⁷ ⁴⁸⁸ ⁴⁸⁹ ⁴⁹⁰ ⁴⁹¹ ⁴⁹² ⁴⁹³ ⁴⁹⁴ ⁴⁹⁵ ⁴⁹⁶ ⁴⁹⁷ ⁴⁹⁸ ⁴⁹⁹ ⁵⁰⁰ ⁵⁰¹ ⁵⁰² ⁵⁰³ ⁵⁰⁴ ⁵⁰⁵ ⁵⁰⁶ ⁵⁰⁷ ⁵⁰⁸ ⁵⁰⁹ ⁵¹⁰ ⁵¹¹ ⁵¹² ⁵¹³ ⁵¹⁴ ⁵¹⁵ ⁵¹⁶ ⁵¹⁷ ⁵¹⁸ ⁵¹⁹ ⁵²⁰ ⁵²¹ ⁵²² ⁵²³ ⁵²⁴ ⁵²⁵ ⁵²⁶ ⁵²⁷ ⁵²⁸ ⁵²⁹ ⁵³⁰ ⁵³¹ ⁵³² ⁵³³ ⁵³⁴ ⁵³⁵ ⁵³⁶ ⁵³⁷ ⁵³⁸ ⁵³⁹ ⁵⁴⁰ ⁵⁴¹ ⁵⁴² ⁵⁴³ ⁵⁴⁴ ⁵⁴⁵ ⁵⁴⁶ ⁵⁴⁷ ⁵⁴⁸ ⁵⁴⁹ ⁵⁵⁰ ⁵⁵¹ ⁵⁵² ⁵⁵³ ⁵⁵⁴ ⁵⁵⁵ ⁵⁵⁶ ⁵⁵⁷ ⁵⁵⁸ ⁵⁵⁹ ⁵⁶⁰ ⁵⁶¹ ⁵⁶² ⁵⁶³ ⁵⁶⁴ ⁵⁶⁵ ⁵⁶⁶ ⁵⁶⁷ ⁵⁶⁸ ⁵⁶⁹ ⁵⁷⁰ ⁵⁷¹ ⁵⁷² ⁵⁷³ ⁵⁷⁴ ⁵⁷⁵ ⁵⁷⁶ ⁵⁷⁷ ⁵⁷⁸ ⁵⁷⁹ ⁵⁸⁰ ⁵⁸¹ ⁵⁸² ⁵⁸³ ⁵⁸⁴ ⁵⁸⁵ ⁵⁸⁶ ⁵⁸⁷ ⁵⁸⁸ ⁵⁸⁹ ⁵⁹⁰ ⁵⁹¹ ⁵⁹² ⁵⁹³ ⁵⁹⁴ ⁵⁹⁵ ⁵⁹⁶ ⁵⁹⁷ ⁵⁹⁸ ⁵⁹⁹ ⁶⁰⁰ ⁶⁰¹ ⁶⁰² ⁶⁰³ ⁶⁰⁴ ⁶⁰⁵ ⁶⁰⁶ ⁶⁰⁷ ⁶⁰⁸ ⁶⁰⁹ ⁶¹⁰ ⁶¹¹ ⁶¹² ⁶¹³ ⁶¹⁴ ⁶¹⁵ ⁶¹⁶ ⁶¹⁷ ⁶¹⁸ ⁶¹⁹ ⁶²⁰ ⁶²¹ ⁶²² ⁶²³ ⁶²⁴ ⁶²⁵ ⁶²⁶ ⁶²⁷ ⁶²⁸ ⁶²⁹ ⁶³⁰ ⁶³¹ ⁶³² ⁶³³ ⁶³⁴ ⁶³⁵ ⁶³⁶ ⁶³⁷ ⁶³⁸ ⁶³⁹ ⁶⁴⁰ ⁶⁴¹ ⁶⁴² ⁶⁴³ ⁶⁴⁴ ⁶⁴⁵ ⁶⁴⁶ ⁶⁴⁷ ⁶⁴⁸ ⁶⁴⁹ ⁶⁵⁰ ⁶⁵¹ ⁶⁵² ⁶⁵³ ⁶⁵⁴ ⁶⁵⁵ ⁶⁵⁶ ⁶⁵⁷ ⁶⁵⁸ ⁶⁵⁹ ⁶⁶⁰ ⁶⁶¹ ⁶⁶² ⁶⁶³ ⁶⁶⁴ ⁶⁶⁵ ⁶⁶⁶ ⁶⁶⁷ ⁶⁶⁸ ⁶⁶⁹ ⁶⁷⁰ ⁶⁷¹ ⁶⁷² ⁶⁷³ ⁶⁷⁴ ⁶⁷⁵ ⁶⁷⁶ ⁶⁷⁷ ⁶⁷⁸ ⁶⁷⁹ ⁶⁸⁰ ⁶⁸¹ ⁶⁸² ⁶⁸³ ⁶⁸⁴ ⁶⁸⁵ ⁶⁸⁶ ⁶⁸⁷ ⁶⁸⁸ ⁶⁸⁹ ⁶⁹⁰ ⁶⁹¹ ⁶⁹² ⁶⁹³ ⁶⁹⁴ ⁶⁹⁵ ⁶⁹⁶ ⁶⁹⁷ ⁶⁹⁸ ⁶⁹⁹ ⁷⁰⁰ ⁷⁰¹ ⁷⁰² ⁷⁰³ ⁷⁰⁴ ⁷⁰⁵ ⁷⁰⁶ ⁷⁰⁷ ⁷⁰⁸ ⁷⁰⁹ ⁷¹⁰ ⁷¹¹ ⁷¹² ⁷¹³ ⁷¹⁴ ⁷¹⁵ ⁷¹⁶ ⁷¹⁷ ⁷¹⁸ ⁷¹⁹ ⁷²⁰ ⁷²¹ ⁷²² ⁷²³ ⁷²⁴ ⁷²⁵ ⁷²⁶ ⁷²⁷ ⁷²⁸ ⁷²⁹ ⁷³⁰ ⁷³¹ ⁷³² ⁷³³ ⁷³⁴ ⁷³⁵ ⁷³⁶ ⁷³⁷ ⁷³⁸ ⁷³⁹ ⁷⁴⁰ ⁷⁴¹ ⁷⁴² ⁷⁴³ ⁷⁴⁴ ⁷⁴⁵ ⁷⁴⁶ ⁷⁴⁷ ⁷⁴⁸ ⁷⁴⁹ ⁷⁵⁰ ⁷⁵¹ ⁷⁵² ⁷⁵³ ⁷⁵⁴ ⁷⁵⁵ ⁷⁵⁶ ⁷⁵⁷ ⁷⁵⁸ ⁷⁵⁹ ⁷⁶⁰ ⁷⁶¹ ⁷⁶² ⁷⁶³ ⁷⁶⁴ ⁷⁶⁵ ⁷⁶⁶ ⁷⁶⁷ ⁷⁶⁸ ⁷⁶⁹ ⁷⁷⁰ ⁷⁷¹ ⁷⁷² ⁷⁷³ ⁷⁷⁴ ⁷⁷⁵ ⁷⁷⁶ ⁷⁷⁷ ⁷⁷⁸ ⁷⁷⁹ ⁷⁸⁰ ⁷⁸¹ ⁷⁸² ⁷⁸³ ⁷⁸⁴ ⁷⁸⁵ ⁷⁸⁶ ⁷⁸⁷ ⁷⁸⁸ ⁷⁸⁹ ⁷⁹⁰ ⁷⁹¹ ⁷⁹² ⁷⁹³ ⁷⁹⁴ ⁷⁹⁵ ⁷⁹⁶ ⁷⁹⁷ ⁷⁹⁸ ⁷⁹⁹ ⁸⁰⁰ ⁸⁰¹ ⁸⁰² ⁸⁰³ ⁸⁰⁴ ⁸⁰⁵ ⁸⁰⁶ ⁸⁰⁷ ⁸⁰⁸ ⁸⁰⁹ ⁸¹⁰ ⁸¹¹ ⁸¹² ⁸¹³ ⁸¹⁴ ⁸¹⁵ ⁸¹⁶ ⁸¹⁷ ⁸¹⁸ ⁸¹⁹ ⁸²⁰ ⁸²¹ ⁸²² ⁸²³ ⁸²⁴ ⁸²⁵ ⁸²⁶ ⁸²⁷ ⁸²⁸ ⁸²⁹ ⁸³⁰ ⁸³¹ ⁸³² ⁸³³ ⁸³⁴ ⁸³⁵ ⁸³⁶ ⁸³⁷ ⁸³⁸ ⁸³⁹ ⁸⁴⁰ ⁸⁴¹ ⁸⁴² ⁸⁴³ ⁸⁴⁴ ⁸⁴⁵ ⁸⁴⁶ ⁸⁴⁷ ⁸⁴⁸ ⁸⁴⁹ ⁸⁵⁰ ⁸⁵¹ ⁸⁵² ⁸⁵³ ⁸⁵⁴ ⁸⁵⁵ ⁸⁵⁶ ⁸⁵⁷ ⁸⁵⁸ ⁸⁵⁹ ⁸⁶⁰ ⁸⁶¹ ⁸⁶² ⁸⁶³ ⁸⁶⁴ ⁸⁶⁵ ⁸⁶⁶ ⁸⁶⁷ ⁸⁶⁸ ⁸⁶⁹ ⁸⁷⁰ ⁸⁷¹ ⁸⁷² ⁸⁷³ ⁸⁷⁴ ⁸⁷⁵ ⁸⁷⁶ ⁸⁷⁷ ⁸⁷⁸ ⁸⁷⁹ ⁸⁸⁰ ⁸⁸¹ ⁸⁸² ⁸⁸³ ⁸⁸⁴ ⁸⁸⁵ ⁸⁸⁶ ⁸⁸⁷ ⁸⁸⁸ ⁸⁸⁹ ⁸⁹⁰ ⁸⁹¹ ⁸⁹² ⁸⁹³ ⁸⁹⁴ ⁸⁹⁵ ⁸⁹⁶ ⁸⁹⁷ ⁸⁹⁸ ⁸⁹⁹ ⁹⁰⁰ ⁹⁰¹ ⁹⁰² ⁹⁰³ ⁹⁰⁴ ⁹⁰⁵ ⁹⁰⁶ ⁹⁰⁷ ⁹⁰⁸ ⁹⁰⁹ ⁹¹⁰ ⁹¹¹ ⁹¹² ⁹¹³ ⁹¹⁴ ⁹¹⁵ ⁹¹⁶ ⁹¹⁷ ⁹¹⁸ ⁹¹⁹ ⁹²⁰ ⁹²¹ ⁹²² ⁹²³ ⁹²⁴ ⁹²⁵ ⁹²⁶ ⁹²⁷ ⁹²⁸ ⁹²⁹ ⁹³⁰ ⁹³¹ ⁹³² ⁹³³ ⁹³⁴ ⁹³⁵ ⁹³⁶ ⁹³⁷ ⁹³⁸ ⁹³⁹ ⁹⁴⁰ ⁹⁴¹ ⁹⁴² ⁹⁴³ ⁹⁴⁴ ⁹⁴⁵ ⁹⁴⁶ ⁹⁴⁷ ⁹⁴⁸ ⁹⁴⁹ ⁹⁵⁰ ⁹⁵¹ ⁹⁵² ⁹⁵³ ⁹⁵⁴ ⁹⁵⁵ ⁹⁵⁶ ⁹⁵⁷ ⁹⁵⁸ ⁹⁵⁹ ⁹⁶⁰ ⁹⁶¹ ⁹⁶² ⁹⁶³ ⁹⁶⁴ ⁹⁶⁵ ⁹⁶⁶ ⁹⁶⁷ ⁹⁶⁸ ⁹⁶⁹ ⁹⁷⁰ ⁹⁷¹ ⁹⁷² ⁹⁷³ ⁹⁷⁴ ⁹⁷⁵ ⁹⁷⁶ ⁹⁷⁷ ⁹⁷⁸ ⁹⁷⁹ ⁹⁸⁰ ⁹⁸¹ ⁹⁸² ⁹⁸³ ⁹⁸⁴ ⁹⁸⁵ ⁹⁸⁶ ⁹⁸⁷ ⁹⁸⁸ ⁹⁸⁹ ⁹⁹⁰ ⁹⁹¹ ⁹⁹² ⁹⁹³ ⁹⁹⁴ ⁹⁹⁵ ⁹⁹⁶ ⁹⁹⁷ ⁹⁹⁸ ⁹⁹⁹ ¹⁰⁰⁰ ¹⁰⁰¹ ¹⁰⁰² ¹⁰⁰³ ¹⁰⁰⁴ ¹⁰⁰⁵ ¹⁰⁰⁶ ¹⁰⁰⁷ ¹⁰⁰⁸ ¹⁰⁰⁹ ¹⁰¹⁰ ¹⁰¹¹ ¹⁰¹² ¹⁰¹³ ¹⁰¹⁴ ¹⁰¹⁵ ¹⁰¹⁶ ¹⁰¹⁷ ¹⁰¹⁸ ¹⁰¹⁹ ¹⁰²⁰ ¹⁰²¹ ¹⁰²² ¹⁰²³ ¹⁰²⁴ ¹⁰²⁵ ¹⁰²⁶ ¹⁰²⁷ ¹⁰²⁸ ¹⁰²⁹ ¹⁰³⁰ ¹⁰³¹ ¹⁰³² ¹⁰³³ ¹⁰³⁴ ¹⁰³⁵ ¹⁰³⁶ ¹⁰³⁷ ¹⁰³⁸ ¹⁰³⁹ ¹⁰⁴⁰ ¹⁰⁴¹ ¹⁰⁴² ¹⁰⁴³ ¹⁰⁴⁴ ¹⁰⁴⁵ ¹⁰⁴⁶ ¹⁰⁴⁷ ¹⁰⁴⁸ ¹⁰⁴⁹ ¹⁰⁵⁰ ¹⁰⁵¹ ¹⁰⁵² ¹⁰⁵³ ¹⁰⁵⁴ ¹⁰⁵⁵ ¹⁰⁵⁶ ¹⁰⁵⁷ ¹⁰⁵⁸ ¹⁰⁵⁹ ¹⁰⁶⁰ ¹⁰⁶¹ ¹⁰⁶² ¹⁰⁶³ ¹⁰⁶⁴ ¹⁰⁶⁵ ¹⁰⁶⁶ ¹⁰⁶⁷ ¹⁰⁶⁸ ¹⁰⁶⁹ ¹⁰⁷⁰ ¹⁰⁷¹ ¹⁰⁷² ¹⁰⁷³ ¹⁰⁷⁴ ¹⁰⁷⁵ ¹⁰⁷⁶ ¹⁰⁷⁷ ¹⁰⁷⁸ ¹⁰⁷⁹ ¹⁰⁸⁰ ¹⁰⁸¹ ¹⁰⁸² ¹⁰⁸³ ¹⁰⁸⁴ ¹⁰⁸⁵ ¹⁰⁸⁶ ¹⁰⁸⁷ ¹⁰⁸⁸ ¹⁰⁸⁹ ¹⁰⁹⁰ ¹⁰⁹¹ ¹⁰⁹² ¹⁰⁹³ ¹⁰⁹⁴ ¹⁰⁹⁵ ¹⁰⁹⁶ ¹⁰⁹⁷ ¹⁰⁹⁸ ¹⁰⁹⁹ ¹¹⁰⁰ ¹¹⁰¹ ¹¹⁰² ¹¹⁰³ ¹¹⁰⁴ ¹¹⁰⁵ ¹¹⁰⁶ ¹¹⁰⁷ ¹¹⁰⁸ ¹¹⁰⁹ ¹¹¹⁰ ¹¹¹¹ ¹¹¹² ¹¹¹³ ¹¹¹⁴ ¹¹¹⁵ ¹¹¹⁶ ¹¹¹⁷ ¹¹¹⁸ ¹¹¹⁹ ¹¹²⁰ ¹¹²¹ ¹¹²² ¹¹²³ ¹¹²⁴ ¹¹²⁵ ¹¹²⁶ ¹¹²⁷ ¹¹²⁸ ¹¹²⁹ ¹¹³⁰ ¹¹³¹ ¹¹³² ¹¹³³ ¹¹³⁴ ¹¹³⁵ ¹¹³⁶ ¹¹³⁷ ¹¹³⁸ ¹¹³⁹ ¹¹⁴⁰ ¹¹⁴¹ ¹¹⁴² ¹¹⁴³ ¹¹⁴⁴ ¹¹⁴⁵ ¹¹⁴⁶ ¹¹⁴⁷ ¹¹⁴⁸ ¹¹⁴⁹ ¹¹⁵⁰ ¹¹⁵¹ ¹¹⁵² ¹¹⁵³ ¹¹⁵⁴ ¹¹⁵⁵ ¹¹⁵⁶ ¹¹⁵⁷ ¹¹⁵⁸ ¹¹⁵⁹ ¹¹⁶⁰ ¹¹⁶¹ ¹¹⁶² ¹¹⁶³ ¹¹⁶⁴ ¹¹⁶⁵ ¹¹⁶⁶ ¹¹⁶⁷ ¹¹⁶⁸ ¹¹⁶⁹ ¹¹⁷⁰ ¹¹⁷¹ ¹¹⁷² ¹¹⁷³ ¹¹⁷⁴ ¹¹⁷⁵ ¹¹⁷⁶ ¹¹⁷⁷ ¹¹⁷⁸ ¹¹⁷⁹ ¹¹⁸⁰ ¹¹⁸¹ ¹¹⁸² ¹¹⁸³ ¹¹⁸⁴ ¹¹⁸⁵ ¹¹⁸⁶ ¹¹⁸⁷ ¹¹⁸⁸ ¹¹⁸⁹ ¹¹⁹⁰ ¹¹⁹¹ ¹¹⁹² ¹¹⁹³ ¹¹⁹⁴ ¹¹⁹⁵ ¹¹⁹⁶ ¹¹⁹⁷ ¹¹⁹⁸ ¹¹⁹⁹ ¹²⁰⁰ ¹²⁰¹ ¹²⁰² ¹²⁰³ ¹²⁰⁴ ¹²⁰⁵ ¹²⁰⁶ ¹²⁰⁷ ¹²⁰⁸ ¹²⁰⁹ ¹²¹⁰ ¹²¹¹ ¹²¹² ¹²¹³ ¹²¹⁴ ¹²¹⁵ ¹²¹⁶ ¹²¹⁷ ¹²¹⁸ ¹²¹⁹ ¹²²⁰ ¹²²¹ ¹²²² ¹²²³ ¹²²⁴ ¹²²⁵ ¹²²⁶ ¹²²⁷ ¹²²⁸ ¹²²⁹ ¹²³⁰ ¹²³¹ ¹²³² ¹²³³ ¹²³⁴ ¹²³⁵ ¹²³⁶ ¹²³⁷ ¹²³⁸ ¹²³⁹ ¹²⁴⁰ ¹²⁴¹ ¹²⁴² ¹²⁴³ ¹²⁴⁴ ¹²⁴⁵ ¹²⁴⁶ ¹²⁴⁷ ¹²⁴⁸ ¹²⁴⁹ ¹²⁵⁰ ¹²⁵¹ ¹²⁵² ¹²⁵³ ¹²⁵⁴ ¹²⁵⁵ ¹²⁵⁶ ¹²⁵⁷ ¹²⁵⁸ ¹²⁵⁹ ¹²⁶⁰ ¹²⁶¹ ¹²⁶² ¹²⁶³ ¹²⁶⁴ ¹²⁶⁵ ¹²⁶⁶ ¹²⁶⁷ ¹²⁶⁸ ¹²⁶⁹ ¹²⁷⁰ ¹²⁷¹ ¹²⁷² ¹²⁷³ ¹²⁷⁴ ¹²⁷⁵ ¹²⁷⁶ ¹²⁷⁷ ¹²⁷⁸ ¹²⁷⁹ ¹²⁸⁰ ¹²⁸¹ ¹²⁸² ¹²⁸³ ¹²⁸⁴ ¹²⁸⁵ ¹²⁸⁶ ¹²⁸⁷ ¹²⁸⁸ ¹²⁸⁹ ¹²⁹⁰ ¹²⁹¹ ¹²⁹² ¹²⁹³ ¹²⁹⁴ ¹²⁹⁵ ¹²⁹⁶ ¹²⁹⁷ ¹²⁹⁸ ¹²⁹⁹ ¹³⁰⁰ ¹³⁰¹ ¹³⁰² ¹³⁰³ ¹³⁰⁴ ¹³⁰⁵ ¹³⁰⁶ ¹³⁰⁷ ¹³⁰⁸ ¹³⁰⁹ ¹³¹⁰ ¹³¹¹ ¹³¹² ¹³¹³ ¹³¹⁴ ¹³¹⁵ ¹³¹⁶ ¹³¹

tragsbedingungen bereit. Gen. Vejcer beabsichtigt aber, das Einverständnis zur Erneuerung dieses Abkommens nicht sofort zu geben und dieses Zugeständnis dafür zu nutzen, um mit der Verlängerung der Gültigkeit des ****Mai****¹¹-Abkommens von 1932 sicherzustellen, damit die Zahlungen der deutschen Firmen für unseren Export in Mark nicht in die diesen Firmen gewährten Kontingente einfließen. Die Verhandlungen bezüglich der allgemeinen Lieferbedingungen, die unterbrochen wurden, werden nach der Rückkehr von Gen. Vejcer wieder aufgenommen. Somit kommen wir, was die Abkommen über die Kredit- und über die Lieferbedingungen betrifft, den Deutschen in gewisser Weise entgegen.

STELLV. VOLKSKOMMISSAR

Sokol'nikov

LEITER DER WIRTSCHAFTSABTEILUNG

Rozenbljum

Vermerk: an Gen. Krest[inskij].

Vermerk Krestinskijs: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 98 vom 5. 1. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl., das 1. Expl. an den Adressaten, das 2. Expl. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Krestinskij, das 4. Expl. an Gen. Stern, das 5. Expl. zu den Akten

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 2–3. Kopie.

Nr. 330

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 7¹

6. Januar 1934

AN

M. M. LITVINOV

Sehr geehrter Maksim Maksimovič!

Im Zusammenhang mit Ihren letzten Unterredungen mit Nadolny über Rosenberg möchte ich Ihnen einige zusätzliche Informationen zur Kenntnis bringen.

1. Der Artikel Rosenbergs, der im „Völkischen Beobachter“ am Tag Ihrer letzten Ankunft in Berlin² erschien, distanziert sich nicht von der alten Rosenbergischen Konzeptionen. Der Artikel enthält lediglich Erklärungen, welche den Wunsch der deutschen Regierung zum Ausdruck bringen, „korrekte Beziehungen“ zur UdSSR zu unterhalten. Aus diesem Artikel könnte geschlussfolgert werden,

¹¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: deutschen.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 315, Anm. 4.

dass die Deutschen bereit wären, mit Ihnen Verhandlungen aufzunehmen, falls die Initiative von Ihnen ausgehen würde.

2. In dem Interview, welches Rosenberg dem Korrespondenten des „Paris Midi“ gegeben hat und das im *,*Völkischen Beobachter*“ vom 3. Januar 1934³ abgedruckt worden ist⁴, gibt es folgenden Absatz. Der Korrespondent fragt Rosenberg: In Frankreich befürchtet man, dass sich ein Abkommen mit Deutschland gegen Russland oder gegen andere östliche Staaten richten könnte. Rosenberg antwortete: Eine Verständigung kann nicht darin bestehen, dass man Deutschland alle Wirtschaftsmöglichkeiten nach dem Osten abschneidet. Sie darf nicht dazu dienen, die Abdrosselung fortzuführen. Wir brauchen Absatzgebiete, um 65 Millionen Menschen zu ernähren.

Somit kann man nicht sagen, dass Rosenberg es generell abgelehnt hätte, auf die Frage nach der Haltung gegenüber Russland zu antworten. Indirekt hat er geantwortet, und diese Antwort klingt eingedenk der alten Rosenbergschen Konzeptionen höchst doppeldeutig. Nebenbei hat Rosenberg in der Unterredung mit mir⁵, die Ihnen bekannt ist, auch gesagt, Deutschland fordere für sich keine Kolonien in der UdSSR, jedoch habe es stets für Absatzmärkte im Osten und in der UdSSR gekämpft und werde es kämpfen. Schon damals habe ich ihn auf die Doppeldeutigkeit dieser Formulierung aufmerksam gemacht, weil der Außenhandel in der UdSSR in den Händen des sowjetischen Staates monopolisiert sei. Daher könnten Absatzmärkte in der UdSSR (mit anderen Ländern) nur auf dem Wege der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur sowjetischen Regierung erobert werden.

3. Ich meine, dass die kürzlichen Äußerungen Rosenbergs, die er sowohl im Interview für den Korrespondenten des „Paris Midi“ als auch in seinem offiziell-trockenen Artikel am Tage Ihrer Ankunft in Berlin gemacht hat, weniger Bedeutung zu kommt, als seinem Vortrag im Harnackhaus⁶ über die Aufgaben der deutschen Ostpolitik (das genaue Datum ist mir entfallen. Den Vortrag hat er vor ungefähr 1½ Monaten gehalten, in der Presse erschien ein Bericht offiziellen Charakters). In diesem Vortrag ging Rosenberg auf die für uns wichtigste Frage, die ukrainische, ein. Rosenberg erklärte, dass Deutschland bezüglich der Ukraine und der UdSSR keine Eroberungsabsichten hege, doch fände im Innern der Sowjetunion zwischen Moskau und Char'kov⁷, zwischen der ukrainischen Nationalität und den Bolschewiki ein Kampf statt, wobei er, Rosenberg, davon überzeugt sei, dass sich die Ukraine im Ergebnis dieses inneren Kampfes um ihre Unabhängigkeit schließlich von der Sowjetunion abtrennen werde. Es liegt vollkommen auf der Hand, dass wir es hier mit einer neuen Formulierung der alten Rosenbergschen Konzeption bezüglich der Ukraine zu tun haben. Das einzige „Zugeständnis“, das uns Rosenberg aus diplomatischen Erwägungen macht, besteht darin, dass er verbal auf eine Eroberung der Ukraine durch eine bewaffnete Intervention verzichtet und bescheiden darauf hofft, dass die Ukraine „selbst“ die Unabhängigkeit erringen

³ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 328, Anm. 7.

⁵ Vgl. Dok. 198.

⁶ Am 15. 11. 1933. Vgl. „Alfred Rosenberg über: Deutschland und der europäische Osten“. In: *Völkischer Beobachter* vom 17. November 1933, Beiblatt: *Berliner Beobachter*, S. 6.

⁷ Char'kov war von März bis Juni 1919 und anschließend von Dezember 1919 bis Juni 1934 Hauptstadt der Ukraine, danach wurde Kiev die Hauptstadt.

werde. Rosenberg hat diesen gleichen taktischen Kunstgriff im Gespräch mit mir angewandt. Ich habe ihn damals darauf hingewiesen, dass seine neue Formulierung absolut nichts ändere und uns nicht zufriedenstelle, und ich habe festgestellt, dass Rosenberg in der für uns wichtigsten Frage der territorialen Integrität der UdSSR und der Unantastbarkeit ihrer Grenzen auf den alten Positionen verharre. In den Verhandlungen mit den Deutschen könnte vielleicht dieses Moment zur Sprache gebracht werden, falls sie erneut auf die „freundschaftlichen“ Artikel Rosenbergs verweisen sollten.

4. Was das Buch Hitlers „Mein Kampf“ betrifft, so ist daran zu erinnern, dass es in millionenfacher Auflage nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, verkauft wird. Somit wird die in diesem Buch enthaltene Propagierung einer Intervention gegen die UdSSR nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch im Ausland als ein außenpolitisches Kampfprogramm der Nationalsozialisten verstanden.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

B. VINOGRADOV

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 181 vom 11. 1. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 4 Expl., das 1. [Expl.] an Litvinov, das 2. an Krestinskij, das 3. an Stern, das 4.

[Expl.] zu den Akten. 6. 1. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 4–5. Original.

Nr. 331

Aufzeichnung des AA

Berlin, den 7. Januar 1934

zu IV Ru. 46¹

Aufzeichnung zum Bericht der Botschaft Moskau über die Unterredung
Botschafter Nadolny – Volkskommissar Litwinow vom 4. Januar² 1934

I.

Die intransigente Haltung Litwinows, seine ausdrückliche Ablehnung, den Botschafter über die gegenwärtigen außenpolitischen Absichten der Sowjet-Regierung zu unterrichten, wie seine übrigen von Misstrauen gegen die Politik der Reichsregierung getragenen Ausführungen, besonders über seine Annäherung an die französische Gruppe, lassen kaum noch einen Zweifel, dass die Sowjet-Regierung einen der „Rapallo-Politik“ entgegengesetzten Frontwechsel ihrer Außenpo-

¹ Bericht Nadolnys an das AA vom 5. 1. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 163, S. 294–296.

² So im Dokument; richtig: 3. Januar. Vgl. Dok. 328.

litik vollzieht oder bereits vollzogen hat und in allen uns interessierenden Fragen auf der Seite der französischen Gruppe zu finden sein wird. Die Sowjet-Regierung hat damit den Berliner Vertrag in seiner praktischen Bedeutung ausgeschaltet, wodurch für uns das Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen in seiner Gesamtheit aufgerollt wird.

Unter diesen Umständen müsste es als ein Nachlaufen hinter der Sowjet-Regierung erscheinen, wenn unsererseits jetzt der Versuch unternommen würde, den politischen Gedankenaustausch mit der Sowjet-Regierung in Moskau oder Berlin fortzusetzen. Ebenso wenig kann zurzeit die Initiative eines Angebotes unsererseits in Betracht gezogen werden. Der Ernst der Lage, die aus dem Verhalten der Sowjet-Regierung entstanden ist, macht es aber notwendig, deren Haltung, wie sie von Litwinow in seinem Gespräch mit dem Botschafter und vorher in seiner Rede vom 29. Dezember³ zum Ausdruck gebracht wurde, von Seiten der Reichsregierung festzulegen sowie zu einigen Punkten seiner Ausführungen, wenn sie auch bereits vom Botschafter Nadolny erwidert wurden, Stellung zu nehmen. Es empfiehlt sich, dass der Herr Reichsminister zu diesem Zweck den Sowjetbotschafter kommen lässt.

II.

Herrn Chintschuk könnte zunächst das Erstaunen ausgesprochen werden, dass die Sowjet-Regierung auf den von Botschafter Nadolny bereits vor Weihnachten gemachten Vorschlag einer grundlegenden politischen Aussprache im Sinne des Berliner Vertrags nicht eingegangen ist und damit die Grundlagen dieses Vertrages verlassen hat. Die Grundlagen des Berliner Vertrages seien aber nicht nur formal verletzt, sondern die Ausführungen Litwinows lassen erkennen, dass die Politik der Sowjet-Regierung sich grundsätzlich von den Voraussetzungen des Berliner Vertrages entfernt hat. Wenn Litwinow behauptet, dass die Sowjet-Regierung häufig über die Absichten der deutschen Politik nicht informiert worden sei, so ist das nicht richtig. Es dürfte sich nicht empfehlen, im Gespräch mit dem Botschafter jetzt schon auf Folgerungen einzugehen, die die Reichsregierung aus der Nichtbeachtung des Berliner Vertrages sowjetischerseits ziehen könnte.

Mit allem Nachdruck wäre es zurückzuweisen, dass Litwinow wie auch andere leitende Sowjet-Persönlichkeiten immer wieder in provozierender Weise die friedliche Tendenz der deutschen Politik in Zweifel ziehen und vor der Welt verdächtigen. Es müsse weiter außerordentlich befremden, wenn der Volkskommissar die unfreundliche Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in seiner Rede gegenüber dem Botschafter mit der Absicht begründet, „dem deutschen Volk die Augen öffnen zu wollen“. Unbegründet ist auch die immer wiederkehrende Behauptung einer von Deutschland ausgehenden antisowjetischen Tätigkeit, die sich auf die Losreißung der Ukraine und des russischen Fernen Ostens u. ä. beziehen soll. Sollten in nichtamtlichen Kreisen solche Tendenzen bestehen, was die Sowjet-Regierung vermeintlich glaubwürdigen Quellen entnehmen zu können glaubt, so würden solche Bestrebungen weder die Zustimmung noch die Unterstützung der Reichsregierung finden.

³ Vgl. Dok. 322.

Dem Sowjet-Botschafter gegenüber wäre offen zu lassen, wie sich die Reichsregierung die weitere Gestaltung ihres Verhältnisses zur Sowjet-Union denkt.

III.

Litwinow lässt die Wünsche, die er in Bezug auf die Politik der Reichsregierung hegt und deren Erfüllung die Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeiführen könnte, zwar nicht klar erkennen, sie lassen sich aber zusammenfassen in dem Gedanken: Befreiung von dem Alpdruck der vermeintlichen Ziele der deutschen Ostpolitik und dadurch Wiederherstellung des Vertrauens. Bereits einleitend wurde festgestellt, dass gegenwärtig eine entgegenkommende Initiative deutscherseits nicht in Frage kommen kann. Indessen wäre zu erwägen, ob die von Litwinow angedeutete antisowjetische Tätigkeit nichtamtlicher deutscher Kreise, soweit sie in der Tat betrieben wird, der amtlichen Politik förderlich oder abträglich ist.

IV.

Die Wandlung der Sowjet-Politik zwingt zur Überprüfung der Politik der Reichsregierung gegenüber dem Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Dieses kann nicht gesondert, sondern nur im Rahmen der Gesamtaußenpolitik des Reiches gelöst werden. Auf Grund der zu treffenden Entscheidung, die der Botschafter in Moskau erbittet, wäre er mit Weisung zu versehen.

Die Nichtbeachtung des Berliner Vertrages durch die Sowjet-Regierung, die einem Bruch nahekommt, wirft die Frage auf, ob deutscherseits der Vertrag zum nächsten Termin zu kündigen wäre. Im gegenwärtigen Stadium ist hierzu nicht zu raten, da dieser Schritt die Brücken zu früh abbrechen würde. Ein anderer Gedanke wäre, dem endgültigen Zusammenschluss der Sowjet-Union mit der französischen Gruppe durch das Angebot eines Paktes zuvorzukommen suchen, der die Grenzen und das Territorium der Union gegen irgendwelche Aspirationen von deutscher Seite garantiert und dagegen die Union aus dem neuen politischen System löst. Diese Möglichkeit dürfte durch die Entwicklung der Gesamtlage überholt sein. Zu erwägen wäre vielleicht auch die Einschaltung Deutschlands in das östliche Sicherungssystem, worauf Litwinows Bemerkung gegenüber dem Botschafter zu der Frage eines Paktes der assistance hindeuten könnte.

Als praktisches Ergebnis der Überlegungen, das der Weisung an die Botschaft Moskau zugrunde gelegt werden könnte, dürfte sich zunächst vorschlagen lassen: Zurückhaltung in politischen Fragen, ohne ein eventuelles sowjetisches Entgegenkommen abzulehnen. Eingehende Beobachtung der Entwicklung der außenpolitischen Lage der Union und ihrer Beziehungen zu den übrigen Mächten. Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sind nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und zu fördern, da sie bei dem gespannten politischen Verhältnis an Bedeutung als Verbindungsglied gewinnen. In den militärischen Beziehungen erscheint Zurückhaltung am Platze, ohne Misstrauen zu erkennen zu geben. Das Ziel der abwartenden und beobachtenden Haltung ist die Vorbereitung einer endgültigen Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

V.

Die Botschaften in London und Rom wären anzuweisen, ihrerseits nach Möglichkeit die weitere Entwicklung der französisch-sowjetischen Annäherung zu stören.

Dem Herrn Reichsminister über den Herrn stellvertretenden Staatssekretär⁴ gehorsamst vorgelegt.

[Meyer]⁵

PA AA, R 35960, Bl. E 659792–659796.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 165, S. 299–301.

Nr. 332

**Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter der
2. Westabteilung im NKID Stern**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 13/s¹

7. Januar 1934

AN DIE

2. WESTABTEILUNG

Gen. D. G. ŠTERN

Lieber David Grigor'evič!

Mir geht es sehr schlecht und ich schreibe deshalb knapp.

1. Ich schicke Dir vier Bücher, davon drei laut Deiner zugesandten Liste. Mit der nächsten Post schicke ich Dir zusätzlich einige Bücher.

2. In letzter Zeit waren wir alle mit der Fertigstellung des Rechenschaftsberichtes eingespannt. Der Rechenschaftsbericht ist fertig und wird mit dieser Post abgeschickt². Gegen Ende Januar werden wir als Anlage einen Dokumentenband zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen im Jahr 1933 herausgeben. Darüber habe ich Dir bereits geschrieben. Mit dem Rechenschaftsbericht ist uns ein Missgeschick passiert. Ursprünglich hatten wir einen Beitrag des Gen. Gasjuk (aus der Handelsvertretung) als Kapitel über den sowjetisch-deutschen Handel im Jahr 1933 gebracht, den mir Gen. Levitin als sehr interessant empfohlen hatte und mir gestattete, dieses Material für unseren Rechenschaftsbericht zu verwenden. Der Grundgedanke Gasjuks bestand darin, dass der Rückgang unseres Exports nach Deutschland im Jahr 1933 nicht nur mit Gründen erklärt werden kann, die auf deutscher Seite liegen, sondern es eine Gruppe von Ursachen unsererseits gibt. Der Beitrag endete mit der Schlussfolgerung, dass diese Ursachen unbedingt analysiert werden müssen. Als der Rechenschaftsbericht bereits geschrieben war und die Handelsvertretung einige Exemplare erhalten hatte, entschieden die Genossen der Handelsvertretung plötzlich, dass dieser Beitrag nicht ihre Auffassung widerspiegele und forderten, ihn auszutauschen. Im Ergebnis dessen musste dieses Kapitel noch einmal umgeschrieben werden. Nachdem die Änderungen der Genos-

⁴ Gerhard Köpke.

⁵ Die Aufzeichnung wurde laut ADAP vermutlich von Meyer angefertigt; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 165, Anm. 1, S. 299.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Im Auszug vgl. Dok. 324.

sen aus der Handelsvertretung eingearbeitet worden waren, lautete die Grundaussage, dass der Rückgang des sowjetischen Exports nach Deutschland lediglich in einem geringen Maße, höchstens zu 8%, auf Ursachen zurückzuführen ist, die bei uns liegen.

Durch dieses Missgeschick wäre fast die Versendung des Rechenschaftsberichtes mit dieser Post geplatzt, doch unsere Genossen haben Druck gemacht und der Rechenschaftsbericht wird somit abgeschickt.

*3. In der letzten Aufzeichnung der Unterredung des Gen. Litvinov mit Nadolny habe ich mit Erstaunen gelesen, dass Nadolny speziell auf mich in dem Sinne zu sprechen gekommen ist, als ob ich hier in der Dollarfrage Noten schreiben und mit wirtschaftlichen und politischen Komplikationen drohen würde³. Ich möchte Dich bitten zu berücksichtigen, und dies vielleicht auch gegebenenfalls Maksim Maksimovič zu sagen, dass dies die komplette Unwahrheit ist, weder ich noch die Botschaft haben überhaupt in der Dollarfrage irgendwelche *Noten*⁴ geschrieben. Zu dieser Frage hat es lediglich **zahlreiche**⁵ mündliche Gespräche gegeben und in zwei Fällen sind Aide-Mémoire überreicht worden. Das eine Aide-Mémoire mit dem Titel **„Niederschrift“**⁶ hat Gen. Chinčuk am 6. XI. Neurath⁷ übergeben, und das andere mit dem Titel **„Aufzeichnung“**⁸ übergab ich Meyer entweder Mitte oder Ende November⁹. Zu dieser Frage haben wir keine **offiziellen**¹⁰ Noten geschrieben. – **Was die wirtschaftlichen und politischen Komplikationen betrifft, so haben wir selbstredend jede unserer Unterredungen, wie auch in den oben erwähnten Dokumenten, unablässig mit dem Hinweis darauf ausklingen lassen, dass die Folgen unausweichlich sind, falls die Deutschen nicht ihre absurde Haltung aufgeben sollten**¹¹.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß**¹²

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk D. G. Sterns: an Gen. Linde. 7. I. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 54 vom 11. 1. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 38–38R. Original.

³ Vgl. Dok. 315.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ So in Deutsch im Dokument.

⁷ Vgl. Niederschrift von der Botschaft der UdSSR vom 6. 11. 1933. In: PA AA, R 94600, Bl. E 665060–665062.

⁸ So in Deutsch im Dokument.

⁹ Vermutlich handelt es sich um die nicht unterzeichnete Aufzeichnung vom 21. 11. 1933. In: PA AA, R 94600, Bl. E 665120–665121.

¹⁰ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹¹ Der Absatz (Punkt 3) ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹² Der Text ist handschriftlich geschrieben.

Nr. 333
Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 9. Januar 1934

Ankunft: 12. Januar

Geheim

IV Ru. 166
Tgb. Nr. A/90
An das
Auswärtige Amt
Berlin
1 Anlage

Politischer Bericht

Inhalt: Die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen.

Als ich in Berlin meine Instruktion für den hiesigen Posten¹ in Empfang nahm, wusste ich, dass zwischen Deutschland und Sowjetrußland heute ein Berg von Voreingenommenheit und Misstrauen liegt, dessen Abtragung bis auf das Niveau guter, den Richtlinien der Instruktion und den beiderseitigen realen Interessen entsprechender Beziehungen sehr schwer sein würde. Aber ich dachte, mit der Zeit die Schwierigkeiten zu überwinden und doch erreichen zu können, dass uns Rußland in seiner traditionellen Bedeutung, nämlich als ein großes wirtschaftliches und kulturelles Betätigungsgebiet und als ein positiver Faktor unserer Außenpolitik erhalten bleibt. Wie ich unser Verhältnis zu Sowjetrußland noch unter den heutigen Umständen der Spannung ansah, das habe ich in der anliegenden Aufzeichnung darzustellen versucht. Zudem hat mein Vorgänger auf dem hiesigen Posten zwar den Schlussbericht seiner hiesigen Tätigkeit mit dem Satz beendet: „Das Rapallo-Kapitel ist abgeschlossen.“ Aber er hat dabei zugleich gesagt: „Die Sowjetregierung wird eine einseitige und vertragsmäßige Bindung gegenüber dem französisch-polnischen Block vermeiden und über kurz oder lang einen verstandesgemäßen Ausgleich mit Deutschland anstreben. Die Anzeichen zeigen sich schon jetzt. Es wird das nächste Ziel unserer Rußlandpolitik sein müssen, diese verstandesmäßige Bereinigung durchzuführen.“² Auch dies hat mich in meinem Vorsatz bestärkt.

Nun, ich muss sagen, dass ich hier die Stimmung gegenüber Deutschland viel schlechter vorgefunden habe und dass die Abwendung von uns und die Einschwenkung in die französische Front viel weiter gediehen ist, als ich dachte. Konnte meine erste Unterhaltung mit Litwinow³ noch einen verhältnismäßig günstigen Eindruck erwecken, so hat seine kurz darauf gehaltene Rede⁴ sowie die Unterhaltung, die ich nach meiner Rückkehr von Berlin mit ihm hatte⁵, klar ge-

¹ Vgl. Dok. 281.

² Die sinngemäßen Zitate befinden sich in dem Bericht von Dirksens vom 30. 10. 1933. In: PA AA, R 94532, Bl. E 661809–661822, hier Bl. E 661814.

³ Vgl. Dok. 315.

⁴ Am 29. 12. 1933. Vgl. Dok. 322.

⁵ Vgl. Dok. 328.

zeigt, dass mindestens beim Außenkommissar die Würfel über dem Entschluss des Übertritts zur französischen Gruppe schon so gut wie gefallen sind.

Es fragt sich, ob es möglich ist, doch noch eine Änderung dieser Einstellung im Sinne der mir erteilten Instruktion zu erreichen.

Litwinow hat seine **Geneigtheit, mit der französischen Gruppe zusammenzugehen, damit begründet, dass diese Gruppe absolute Anhängerin des Friedens sei; die Sowjetregierung aber müsse jetzt angesichts der Spannung im Fernen Osten vor allem darauf Bedacht nehmen, den Frieden zu erhalten. Zwar sei die französische Gruppe zugleich **⁶ antirevisionistisch, während die Sowjetregierung die Friedensverträge für ungerecht halte und für eine friedliche Revision eintrete. Indessen könne bei der heutigen Geistesverfassung Deutschlands Revision auch Krieg bedeuten. Denn es sei sicher, dass das heutige Deutschland darauf ausgehe, die Revision mit militärischen Mitteln vorzunehmen, und die Friedenserklärungen des Kanzlers dienten nur dazu, um zunächst wieder eine hinreichende deutsche Rüstung zu schaffen und dann die deutschen Wünsche mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Diese Methode habe Adolf Hitler ausdrücklich in seinem Buch „Mein Kampf“ als sein Programm verkündet, und es spreche nichts dafür, dass die Tendenz dieses Buches, das noch heute in immer neuer Auflage millionenweise verbreitet werde, aufgegeben sei. Überdies solle die Revision augenscheinlich auf Kosten Russlands gehen oder Russland solle auf andere Weise ein Opfer des von Hitler betriebenen deutschen Militarismus werden. Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der Nationalsozialistischen Partei, Alfred Rosenberg, habe wiederholt über die Absicht eines deutsch-polnischen Geschäftes auf Erwerb der Ukraine durch Polen gegen Rückgabe des Korridors an Deutschland oder einer sonstigen Abtrennung der Ukraine von Sowjetrußland gesprochen und stehe mit ukrainischen Separatisten im Verkehr. Hitler selbst aber habe das ganze 14. Kapitel seines Buches „Mein Kampf“ dem Gedanken des sowjetrussischen Zusammenbruchs und der Benutzung dieses Zusammenbruchs für deutsche koloniale Zwecke gewidmet. Es sei darum durchaus zu befürchten, dass Deutschland einen russisch-japanischen Konflikt zur Verwirklichung dieser Pläne benutze, und die in Deutschland neuerdings zum Ausdruck gekommenen Sympathien für Japan sprächen dafür, dass dies auch beabsichtigt werde. Die Sowjetunion müsse unter diesen Umständen die Gruppe Frankreichs und seiner Anhänger unterstützen, da diese den Frieden wolle und Deutschland in Schach halte.

Das ist – ich lasse die sonst noch immer wieder vorgebrachten Beispiele für den bösen Willen Deutschlands gegenüber Sowjetrußland, wie z.B. die Papenschen Verhandlungen mit Herriot, das Hugenbergische Memorandum u.a.m., beiseite – der wesentlichste Inhalt der Litwinowschen Argumentation, mit der er in seiner Rede vor dem Zentral-Exekutiv-Komitee und mir gegenüber die sowjetfeindliche Tendenz des heutigen Deutschland und die Notwendigkeit, sich dieser Tendenz zu erwehren, dargelegt hat. Dass er damit bei der **Sowjetregierung und beim Politbüro sowie beim Zentral-Exekutiv-Komitee und in ganz Sowjetrußland eine gute Resonanz gefunden hat, darf uns nicht wundern. Die japanische Gefahr wird hier aufs äußerste gefürchtet. Ich verweise hinsichtlich der militärischen

⁶ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

Lage auf die mit gleichem Kurier abgehenden Berichte des hiesigen Militärattachés Oberst Hartmann vom 10. d. Mts. – 1/34 Beilage I und II.⁷ Hinsichtlich der politischen Situation im Fernen Osten aber schreibt mir Konsul Kastner aus Wladivostok unterm 26. Dezember:⁸

„Mein allgemeiner Eindruck von der Lage ist der, dass es hier zu einem Krieg kommen muss, sowohl wegen der tiefliegenden prinzipiellen Interessengegensätze wie des gehäuften und sich ständig neu ansammelnden aktuellen Konfliktstoffs. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Amerika keine Entspannung der fernöstlichen Lage gebracht, sondern die aktuelle Kriegsgefahr womöglich doch gesteigert hat. Wenn es gleichwohl vorläufig noch zu keinem Krieg kommt, so liegt der Grund meines Erachtens darin, dass in Japan diejenigen Kreise, die einen Krieg mit Amerika und der Sowjetunion als eine unausweichliche Notwendigkeit ansehen, noch nicht 100%-ig an der Macht sind. Daneben mag mitspielen, dass die Japaner sich in der Mandschurei und Mongolei noch keine genügend sichere und starke Etappenbasis geschaffen haben.“

Natürlich geben andererseits die Sowjets sich die größte Mühe, dem Kriege auszuweichen. Die Erinnerung an die umwälzenden Folgen des ersten japanischen Krieges⁹ lässt sie, die ohnehin jede Erschütterung von außen her möglichst vermeiden müssen, von einem Zusammenstoß im Osten ein großes Risiko für ihre Herrschaft erwarten. Da fällt es nicht schwer, auch die alte Angst vor einer Intervention des Westens wieder anzufachen und unter den heutigen Umständen den Deutschen als den Träger einer solchen Intervention hinzustellen. Wir müssen bedenken, dass die dynamische Tendenz unserer Politik nach Osten den östlichen Völkern ohnehin immer bewusst ist. So sehr diese Völker seit Jahrhunderten unsere Arbeit in ihrem Gebiet gewohnt sind, immer besteht bei ihnen zugleich eine gewisse Abwehr gegen den deutschen „Drang nach dem Osten“. Auch im Panslawismus¹⁰ lag nicht nur Aggressivität und unberechtigter Deutschenhass, sondern schließlich doch auch ein Quentchen verständlicher Gegenwehr. *Heute nun hat sich speziell in Sowjetrußland die Furcht vor dem deutschen Drang nach Osten bis zum Alpdruck gesteigert.¹¹ Eine solche Furcht mag kaum glaublich erscheinen. Sie wäre uns allenfalls bei Polen noch verständlich, bei Rußland dagegen, das nicht unser Nachbar ist und dessen Bedrohung uns durchaus fernliegt, ist sie uns unverständlich. Und doch ist sie tatsächlich vorhanden. Wenn die sowjetrussische Presse und die Staatsmänner Moskaus von der Bedrohung durch den deutschen Imperialismus reden, so ist das nicht nur eine vom bösen Willen gegen den nationalsozialistischen und antikommunistischen Staat diktierte Verdächtigung, sondern es handelt sich um eine tatsächlich vorhandene Furcht vor uns. In Rom

⁷ Vgl. Dok. 334.

⁸ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

⁹ Gemeint sind der russisch-japanische Krieg 1904/05 und die sich daran anschließende Russische Revolution von 1905.

¹⁰ Panslawismus, eine kulturelle und politische Bewegung in den Staaten mit slawischer Bevölkerung. Ihr lag die Idee zugrunde, diese Völker zu einer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaft zu vereinen.

¹¹ Der Satz ist am Rand angestrichen.

hat man, wie ich einem Telegramm unseres Botschafters von Hassell¹² entnehme, den Eindruck, dass bei der uns gegenüber herrschenden Stimmung diese Furcht sogar an erster Stelle steht und dass ihr gegenüber die Regime- und die **Judenfrage nur eine untergeordnete Rolle spielen. Man ist dort der Ansicht, dass der alten Ressentiments unzugängliche Litwinow viel zu sehr Realpolitiker ist, als dass er sich von dergleichen Motiven auf die Dauer maßgebend beeinflussen lasse, und man**¹³ glaubt, dass man in Moskau im Grunde einer Verständigung nicht abgeneigt wäre.

*Diese Ansicht kann ich indessen, wenigstens soweit gerade Litwinow in Frage kommt, nicht teilen.*¹⁴ Ich glaube, dass wohl auch bei Litwinow die Furcht vor einer Ausnutzung der Schwierigkeiten im Fernen Osten durch uns eine gewisse Rolle spielt. Allerdings ist es vielleicht mehr die Furcht, dass bei einer solchen Komplikation Russland allgemein als gutes Objekt für einen Ausgleich territorialer Ungerechtigkeiten und eine Befriedigung territorialer Wünsche dienen könnte, als gerade die, dass wir aggressiv werden; denn er kennt zweifellos die europäischen Machtverhältnisse genügend, um zu wissen, dass eine solche deutsche Aktion nicht ohne weiteres durchführbar ist. Aber in erster Linie dient ihm diese Furcht, das möchte ich bestimmt annehmen, *nur als Aushängeschild und als Mittel zur Beeinflussung seiner Genossen und der Öffentlichkeit, und das wesentlichste Motiv seiner Einstellung ist gerade ein starkes Ressentiment gegenüber Berlin*¹⁵. Es ist ein Ressentiment gegenüber dem Deutschland, das bisher allen Anstürmen des Kommunismus widerstanden hat; es ist ein – wahrscheinlich aus Hass und Furcht zusammengesetztes – Ressentiment gegenüber dem Hitlerismus, der dem Kommunismus in Deutschland den Kampf auf Tod und Leben angesagt, die Juden – Litwinow ist bekanntlich Herr Wallach aus Bjalystock – in Acht und Bann getan hat und von Tag zu Tag an Boden gewinnt; und es ist – last not least – ein Ressentiment gegenüber der wenig aufmerksamen Behandlung, die er, Litwinow, in letzter Zeit in Berlin genossen hat. Man muss sich erinnern, dass, seit Litwinow Außenminister ist, jedesmal eine Annäherung Moskaus an unsere Gegner erfolgt ist, wenn es uns schlecht ging und der Ring um uns sich wieder schloss. Und der Anfang der jetzigen Schwenkung datiert von Genf her, von dem Zeitpunkt, da die nationalsozialistische Regierung die ganze Abrüstungskonferenz gegen sich hatte. Dass aber einem Litwinow, der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten¹⁶ und von Mussolini eingeladen war, die Begrüßung lediglich durch einen Legationsrat in Berlin¹⁷ und die kühle Überlassung der Initiative zu einer etwaigen politischen Aussprache stark gegen die Eitelkeit gegangen ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Wieweit bei den anderen maßgebenden Sowjetleuten, insbesondere bei den Mitgliedern des Politbüros, das schließlich doch auch in der Außenpolitik die

¹² Bericht von Hassells an das AA, 15. 12. 1933; In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 130, S. 227–229.

¹³ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

¹⁴ Der Satz ist am Rand angestrichen.

¹⁵ Die Textstelle ist am Rand angestrichen.

¹⁶ Franklin D. Roosevelt.

¹⁷ Litvinov hatte am 7. 12. 1933 auf der Rückreise aus den USA in Berlin Station gemacht und war durch von Tippielskirch am Bahnhof begrüßt und verabschiedet worden.

Entscheidung über alle bestimmenden Akte und über die einzuhaltende Gesamtlinie hat, Furcht vor einer deutschen Aktion oder Ressentiments uns gegenüber das Wort haben, ist schwer zu sagen. Es scheint, dass es verschiedene Arten der Dosierung **gibt, dass dabei aber im allgemeinen das Bedauern über das Zerwürfnis mit Deutschland und die Lust, sich zu verständigen, vorherrscht, besonders seitdem ich ziemlich deutlich habe durchblicken lassen, dass man uns durch eine Sprache, wie**¹⁸ Litwinow sie führe und in der Öffentlichkeit führen lasse, geradezu in die uns unterstellte Politik hineintreibe und dass man sich dann über die Folgen nicht wundern dürfe. Jedenfalls höre ich, dass man das Gefühl habe, Litwinow sei in seiner Sprache zu weit gegangen, und es ist mir in den letzten Tagen von anderen Persönlichkeiten, die nicht ohne Bedeutung sind – allerdings noch nicht von Mitgliedern des Politbüros, die ich noch nicht habe sprechen können –, versichert worden, dass noch nichts Entscheidendes vor sich gegangen sei, dass die Sowjetunion sich nur im Notfalle an die andere Seite vertraglich binden werde und dass wir unsere Sache hier noch nicht verloren zu geben brauchten.

Welche Taktik wir in dieser Lage einzuschlagen haben, das hängt, wie ich schon in meinem Telegramm über die Unterhaltung mit Litwinow¹⁹ ausführte, meiner Ansicht nach davon ab, welche Bedeutung wir der Abschwenkung Russlands ins französische Lager beimessen und was uns ihre Verhinderung wert ist. Was die Bedeutung der Abschwenkung anbetrifft, so bin ich zwar überzeugt, dass die Bäume des Litwinowschen Ressentiments nicht gleich in den Himmel wachsen werden, d. h. dass man hier vorerst eine Bindung an die französische Gruppe, die eine Verpflichtung hinsichtlich der Friedensverträge in sich schliesse, nach Möglichkeit vermeiden wird. Aber wer weiß, wohin der schlaue Herr Wallach seine Leute mit der Zeit führt. Andererseits wird es sich nicht vermeiden lassen, dass die Freundschaft mit Frankreich sich auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu unserem Schaden auswirkt, und damit stände unsere hiesige Arbeit der letzten zehn Jahre und unsere gesamte Position auf dem hiesigen großen Arbeitsfeld, das uns von der Natur und Geschichte zugedacht ist, auf dem Spiel. Ich brauche daher nicht zu sagen, dass ich meinerseits dafür bin, die Absichten des Herrn Litwinow nach Möglichkeit zu durchkreuzen und Sowjetrussland uns nicht entgleiten lassen. Die in meiner anliegenden Aufzeichnung dargelegten Gesichtspunkte über die Zweckmäßigkeit eines guten deutsch-russischen Verhältnisses halte ich auch in der vorliegenden Situation für maßgebend.

Was aber wäre zu tun? – Meiner Ansicht nach muss man sehen, Herrn Litwinow den Wind aus den Segeln zu nehmen, die er zu seiner Fahrt benutzt, und denen, die hier der Ansicht sind, er sei zu weit gegangen, Oberwasser gegen ihn zu verschaffen. *Das heißt zum ersten, die Sowjetregierung muss über unsere imperialistischen Absichten im Osten und in Sonderheit über die Absicht, etwaige Schwierigkeiten mit Japan zu Angriffen auf russisches Gebiet zu benutzen oder gar die Japaner gegen Sowjetrussland zu unterstützen, in überzeugender Weise beruhigt werden.*²⁰ Wie dies geschehen könnte, wäre nach der dortigen grundsätzli-

¹⁸ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

¹⁹ Vgl. Dok. 331, Anm. 1.

²⁰ Der Satz ist am Rand angestrichen.

chen **Stellungnahme zu entscheiden. In Frage käme m.E. eine die Vorurteile gegen das Buch „Mein Kampf“ und gegen das Wirken Rosenbergs ausräumende und die Grundsätze der Reichstagsrede vom 23. März v. Js. bekräftigende**²¹ sowie direkt jede Absicht einer Ausnutzung *sowjetrussischer Schwierigkeiten von unsweisende Auslassung des Herrn Reichskanzlers*²², vielleicht aber auch eine speziell auf *die Lage im Fernen Osten zugeschnittene diplomatische Zusage*²³.

Zum zweiten wäre bis auf weiteres jedes augenfällige Sympathisieren mit den Japanern zu unterlassen. Was wir zu wählen haben, wenn es sich um einen Vergleich der realen Vorteile guter Beziehungen zu Sowjetrußland oder zu Japan handelt, darüber braucht wohl kein Wort verloren zu werden.

Zum dritten wäre meines Erachtens jede Feindseligkeit gegen das sowjetrussische Regime in der deutschen Presse nach Möglichkeit zu unterdrücken. Die deutsche Presse hat bisher dem bolschewistischen Schmerz über den Verlust Deutschlands ziemlich viel Verständnis entgegengebracht. Sie sollte dies auch weiter tun. Sie sollte auch mit ihrer Kritik an den Zuständen in Sowjetrußland zurückhalten – „Brüder in Not“²⁴ z. B. ist nach der letzten guten Ernte als allgemeine und gar gegen bolschewistische Misswirtschaft gerichtete Aktion überhaupt nicht mehr am Platz und sollte schleunigst ihre Reklame einstellen –, und sie sollte möglichst den Grundsatz vertreten, dass man jedem Land sein eigenes Wesen lassen und sich in seine Verhältnisse nicht einmischen sollte. Vor allem aber ist es schädlich, wenn bei uns amtliche Beziehungen, und zwar auch parteiamtlicher Stellen, zu weißgardistischen Emigrantenkreisen erkennbar werden. Nationalismus ist stärker als Internationalismus, und die Idee des Nationalismus marschiert heute von selbst; ihre Erfolge sind ihre beste und unwiderstehlichste Propaganda. Am zweckmäßigsten wäre es, in unserer Öffentlichkeit immer wieder zu betonen, dass wir nicht daran denken, einen anderen Staat in seinem Regime zu beeinflussen.

Schließlich kommen als Ergänzung und Bekräftigung unseres politischen Willens noch *Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet*²⁵ in Frage, und zwar solche, die eine Intensivierung des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs mit sich bringen und die insbesondere als eine Dokumentierung unseres Vertrauens der Sowjetregierung gegenüber gelten können.

Auf die Zweckmäßigkeit, Herrn Litwinow, wenn er wieder durch Berlin kommt und die Verhältnisse mit Moskau sich nicht etwa noch mehr verschlechtern, etwas ehrenvoller zu behandeln und großpolitischer zu nehmen, brauche ich wohl nicht näher einzugehen. War Paris eine Messe wert, so ist für Sowjetrußland eine nette Behandlung von Herrn Litwinow schließlich kein zu hoher Preis.

Ich möchte annehmen, dass es uns bei einem sofortigen energischen Vorgehen in dieser Richtung doch noch gelingen könnte, die auf die Einreihung Sowjetrußlands in den französischen Ring gerichteten Absichten Litwinows zu durch-

²¹ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

²² Der Text ist am Rand angestrichen und mit dem Datum 30. 1. 34 versehen.

²³ Der Text ist am Rand angestrichen und mit Fragezeichen versehen.

²⁴ Vgl. Dok. 128, 139, 314.

²⁵ Der Text ist unterstrichen.

kreuzen. Sowjetrussland ist heute **international nicht mehr der Paria, dem wir 1923²⁶ in Rapallo die Hand reichten und den wir die ganzen Jahre hindurch zwar gern für die Absatzbedürfnisse unserer Wirtschaft benutzten, aber im Salon der**²⁷ großen Politik nicht für voll nahmen. Es ist heute, kommunistisches Regime hin oder her, wieder ein Großfaktor der allgemeinen Politik geworden, und man kann, was ihm auch an Schwierigkeiten bevorstehen könnte, nicht damit rechnen, dass es diese Bedeutung bald wieder verliert. Die Überwindung seiner Abneigung gegen die Teilnahme an einer Staatengemeinschaft kann seine Bedeutung sogar noch erhöhen. Unter diesen Umständen müssen wir alles tun, um seinen Übergang auf die andere Seite zu verhindern.

Nadolny

Anlage

Geheim!

Aufzeichnung
Unser Verhältnis zu Sowjetrussland

Die deutsche Politik ist in ihrer Auswirkung nach Westen und Osten seit jeher auf den Leitsatz eingestellt: Im Westen Statik, im Osten Dynamik. Im Westen Beschränkung auf die Erreichung unserer nationalen Einigung und Herbeiführung stabiler Verhältnisse gegenüber den europäischen Altstaaten, nach Osten dagegen die Dynamik im Sinne einer Ausdehnung unseres Einflusses in die Weiten des ost-europäischen und asiatischen Territoriums. Dieser Leitsatz hat bis heute auch unsere Politik gegenüber Russland bestimmt. Angesichts der großen, insbesondere wirtschaftlichen und kulturellen Mission, die uns nach unserer Ansicht im Osten obliegt, haben wir besonders zu Russland, dem Hauptrepräsentanten des Ostens, immer nach Möglichkeit gute Beziehungen unterhalten. Und der Umstand, dass uns außerdem Russland im Laufe der Jahrhunderte mehrfach als ein lebenswichtiger Rückhalt gegenüber westlichen Bedrohungen gedient hat, ließ die guten Beziehungen noch als notwendiger erscheinen. Das bekannte Wort, dass wir den Draht nach Russland nicht abreißen lassen dürfen, ist ein Ausdruck dieser Notwendigkeit.

Auch der Nationalsozialismus vertritt den Grundsatz der Notwendigkeit einer dynamischen Politik im Osten. Bei ihm hat jedoch, entsprechend seiner Einstellung gegenüber dem heutigen kommunistischen Sowjetregime, die Idee der Dynamik, soweit es auf Sowjetrussland ankommt, den Charakter eines sehr entschiedenen politischen Vorsatzes angenommen. Adolf Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ und Alfred Rosenberg in seinen Reden und Schriften wünschen und erwarten den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und empfehlen ihm gegenüber eine Politik, die sich auf die Katastrophe einstellt und bei diesem Anlass nach Möglichkeit territoriale, wirtschaftliche und kulturelle Vorteile zu erreichen sucht; Rosenberg hat dabei noch speziell auf die Möglichkeit einer Ausnutzung ukrainischer Selbständigkeitsbestrebungen hingewiesen. Die Ansicht dieser beiden Männer hat sich natürlich in weitem Umfang den deutschen Volks-

²⁶ So im Dokument; richtig: 1922.

²⁷ Das Dokument ist in diesem Bereich stark beschädigt; der Text folgt der Rekonstruktion der ADAP.

kreisen mitgeteilt, und so hat sich, obgleich der Reichskanzler Hitler am 23. März v. J. vor dem Reichstag unser Verhältnis zu Russland neuerdings dahin festgelegt hat, dass wir mit der Sowjetunion gute Beziehungen im Sinne der mit ihr abgeschlossenen Verträge halten wollen und dass die Verschiedenheit der Regierungssysteme diesen Beziehungen nicht entgegenstehen soll, in Deutschland gegenwärtig eine starke Strömung herausgebildet, die den Zusammenbruch der Union wünscht und sich der Unterhaltung guter Beziehungen mit ihr entgegenstellt. Im Augenblick sympathisiert sie mit Japan, da man von diesem den Anstoß zum bolschewistischen Zusammenbruch erwartet.

In der Tat ist die Lage zwischen Russland und Japan im Fernen Osten sehr gespannt, und ein baldiger Zusammenstoß liegt im Bereich der Möglichkeit. Die Japaner sind nämlich heute vielleicht noch in der Lage, sich durch Wegnahme des russischen Küstengebiets von der russischen Flankierung zu befreien und den Besitz der Mandschurei zu sichern; auch die Verständigung der Sowjetunion mit Amerika könnte bei der gegenwärtigen maritimen Schwäche Amerikas diese Entscheidung schwerlich abwenden. Mit der Zeit aber werden sich die Verhältnisse sicherlich zugunsten Russlands wenden; ja, die Japaner können dann sogar Gefahr laufen, die Mandschurei wieder einmal aufgeben zu müssen. Es spricht also vieles dafür, dass sie bald losschlagen. Und zweifellos kann die Sowjetunion dann in ernste Schwierigkeiten geraten.

Haben wir nun tatsächlich ein Interesse daran, derartige Schwierigkeiten Sowjetrusslands zu begrüßen, eventuell im Sinne der Herbeiführung einer Katastrophe zu fördern und in der genannten Weise auszunutzen? – Haben wir überhaupt ein Interesse daran, den Zusammenbruch Sowjetrusslands zu wünschen?

Bei der Untersuchung dieser Fragen müssen wir, wie bei allen Fragen unserer Außenpolitik, in erster Linie von den Zielen ausgehen, die sich für uns aus der durch den Weltkrieg entstandenen Lage ergeben haben. Diese Ziele lassen sich etwa folgendermaßen formulieren:

1. Ein Deutschland von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt,
2. ein Mitteleuropa unter Deutschlands Führung und
3. eine Welt, in der Deutschland eine gleichberechtigte Großmacht ist.

Diese Zielsetzung besagt hinsichtlich des Ostens, dass wohl Polen und vielleicht auch noch Litauen Objekte unserer nationalen und mitteleuropäischen Ansprüche sein können, dass aber die Sowjetunion außerhalb dieser Ansprüche liegt. Denn sie hat weder Territorium im Besitz, auf das wir einen nationalen Anspruch erheben, noch gehört sie zu Mitteleuropa, noch macht sie uns unsere Geltung als gleichberechtigte Großmacht streitig. Allerdings wird die Sowjetunion mit unseren nationalen Ansprüchen insofern in Verbindung gebracht, als der Gedanke geäußert worden ist, Polen könnte sich seinen Ausgang zum Meere im Süden schaffen und uns den Korridor gegen eine polnische Ausdehnung in Richtung der Ukraine wiedergeben. Es ist aber wohl kaum notwendig, die Ungereimtheit derartiger Kombinationen darzutun. Polen denkt nicht daran, den Ausgang zur Ostsee gutwillig aufzugeben, und wenn überhaupt der Gedanke eines Austausches außerdeutschen Gebietes gegen den Korridor in Frage kommt, so böte sich hierfür anderweitig durchaus hinreichende und viel zweckmäßigere Gelegenheit. Eine deutsche Kooperation mit Polen, um unsere nationalen Gebietsansprüche

im Osten auf Kosten Russlands zu verwirklichen, ist also eine Schimäre. Auch die andere Möglichkeit, einen derartigen Anspruch auf Kosten der Sowjetunion zu verwirklichen, nämlich der Gedanke, Polen in einen Krieg mit der Union zu verflechten und bei der Gelegenheit den Korridor gegen den polnischen Willen zurückzunehmen, kann nicht Gegenstand einer mit dieser Zielsetzung betriebenen oder gar öffentlich verkündeten Politik sein. Derartige Möglichkeiten können sich vielleicht einmal aus einer entstehenden Situation ergeben, und wir werden dann den Moment in unserem Interesse auszunutzen haben. Der heutigen Lage nach aber ist wohl Polen ein Gegenstand unserer Ansprüche, Russland dagegen nicht. Und da Russland im Rücken von Polen liegt, so haben wir kein anderes Interesse als das, dass die beiden Staaten nicht zusammengehen und dass Polen keine Anlehnung an Russland als *Stärkung uns gegenüber benutzen kann. Dieses Interesse aber gebietet, dass wir uns möglichst mit beiden Staaten gut stellen und einen Gegensatz zwischen ihnen nähren, vor allem aber mit Russland gut stehen und nicht gar als die Inspiratoren aggressiver Pläne gegen die Sowjetunion erscheinen*²⁸.

Vom Standpunkt unserer außenpolitischen Ziele haben wir somit nur das Interesse, uns mit Sowjetrussland gut zu stellen. Wie steht es aber mit unserem sonstigen Interesse an ihm? Und wie steht es, wenn ohnehin ein Zusammenbruch des Sowjetstaates zu erwarten steht?

Das heutige Russland ist für uns in dreierlei Hinsicht von Interesse: erstens großpolitisch, zweitens als wirtschaftliches und kulturelles Betätigungsfeld und drittens als kommunistischer Staat und Sitz der 3. Internationale.

Großpolitisch hat die Sowjetunion für uns nach dem Kriege durch den Rapallo-Vertrag fast ein Jahrzehnt lang wieder die alte Bedeutung eines Rückhalts gegenüber den Westmächten gehabt. Als ultimum refugium²⁹ gegenüber westmächtlichen Pressionen stand der Verzweiflungssprung in die Arme Sowjetrusslands im Hintergrunde. Diese Bedeutung Russlands ist freilich mit der Änderung unseres Regimes, vor allem auch mit dem Eintritt der Sowjetunion in den allgemeinen Rahmen der europäischen und der Weltpolitik verschwunden. Heute ist Sowjetrussland für uns großpolitisch eine Großmacht wie die anderen. Ihr Wert ist auf der einen Seite dadurch gemindert, dass seine Regierung doch noch nicht ganz als salonfähig gilt und dass man ihr, insbesondere für den Fall eines Krieges, keine Stabilität zutraut, andererseits ist sie geopolitisch wegen ihrer Größe und Volkszahl und infolge ihrer geschickten Außenpolitik doch ein politischer Faktor ersten Ranges. Für uns ist es jedenfalls nützlicher, Sowjetrussland als Freund auf unserer Seite denn als Gegenspieler auf der Gegenseite zu wissen.

Über die große Bedeutung, die das sowjetrussische Gebiet für uns als wirtschaftliches und kulturelles Betätigungsfeld hat, braucht, da es sich um allgemein bekannte Dinge handelt, nicht viel gesagt zu werden. Es sei jedoch daran erinnert, dass wir auf diesem Feld einen großen, auf alter Tradition beruhenden Vorsprung vor allen anderen Mächten haben. Die Betätigung auf russischem Gebiet ist von uns in Jahrhunderten geübt worden, das russische wirtschaftliche und kulturelle Leben ist sozusagen von deutscher Arbeit durchsetzt. Gerade in dieser Durchset-

²⁸ Der Text ist am Rand angestrichen.

²⁹ Lat.: letzte Zuflucht.

zung beruht ja hauptsächlich die Dynamik unserer östlichen Außenpolitik, soweit der russische Osten in Betracht kommt. Als traditionelles wirtschaftliches und kulturelles Kraftfeld im Ausland aber kann uns Russland noch für eine lange Zukunft dienen. Es in seinem Gesamtbestande zu erhalten, daran haben wir darum ein sehr wesentliches Interesse. Wird es geteilt, so werden andere in diesem oder jenem Teil uns wegen der natürlichen oder politischen besonderen Verhältnisse den Rang ablaufen; in Gesamtrussland dagegen können wir, wenn wir richtig vorgehen, stets an erster Stelle sein. – Es kann sich fragen, ob bei dem heutigen bolschewistischen System dieses Betätigungsfeld noch lohnend ist oder bleiben wird. Ein Urteil darüber ist sicherlich nur mit Vorsicht abzugeben. Jedenfalls dürften aber zunächst einmal diejenigen, die in der russischen Autarkiebestrebung eine Gefahr für unsere *Betätigung erblicken, nicht Recht haben. Eine vollkommene Autarkie gibt es nirgends, und Russland wird sicherlich für seine Wirtschaft immer noch so viel Ergänzung vom Ausland brauchen, dass unser Absatz dahin unter diesem Bestreben^{*30} nicht zu leiden braucht. Ob aber sonst in der sowjetrussischen wirtschaftlichen Entwicklung eine gute oder schlechte Aussicht für unsere Betätigung liegt, das wird davon abhängen, ob diese Entwicklung aufwärts zu einer höheren wirtschaftlichen Stufe oder abwärts zum Zusammenbruch der Wirtschaft führt. Geht sie trotz der Schwierigkeiten, die jetzt zweifellos in Sowjetrussland bestehen, schließlich doch aufwärts, so wird auch die Betätigungsmöglichkeit sich erhöhen, geht sie abwärts, so muss auch die Bedeutung des Gebietes für unsere Betätigung abnehmen; und zwar so lange, bis – mit oder ohne Katastrophe – das jetzige System einem neuen Platz macht. *Denn die Entwicklung eines Volkes von 160 Millionen kann nicht auf die Dauer zum Stillstand gebracht werden.^{*31}

Eine Einrichtung des bolschewistischen Systems gibt unseren wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion ein besonderes Gepräge und hat sich vielfach als ein erschwerender Faktor erwiesen. Das ist das aus der staatskapitalistischen Planwirtschaft des Sowjetsystems folgende Außenhandelsmonopol. Die Sowjetregierung hat, indem sie den gesamten Import und Export Russlands in ihrer Hand vereinigte und alle damit zusammenhängenden Transaktionen durch ihre im Ausland stationierten Handelsvertretungen vornehmen lässt, gegenüber allen auf dem Grundsatz des privaten Handels fußenden Staaten eine sehr starke handelspolitische und sogar allgemeinpolitische Waffe in die Hand bekommen. Nicht nur, dass die nach vielen Hunderten zählenden Mitglieder ihrer Handelsvertretungen einen starken Faktor der Beeinflussung im Auslande bilden können und dass die Vornahme aller mit dem Geschäft zusammenhängenden Transaktionen durch sie der Sowjetregierung auch den größten Teil der mit dem Handel verbundenen Nebenspesen zufließen lässt; die Sowjetregierung ist dadurch, dass sie ihre Bestellungen bald in diesem, bald in jenem Lande machen und die Lieferanten einen gegen den anderen ausspielen kann, jederzeit in der Lage, diese oder jene wirtschaftliche oder politische Situation zu ihrem Vorteil oder zum Nachteil eines anderen Staates auszunutzen. Leider bieten einstweilen weder unsere Handelseinrichtungen noch die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge eine Handhabe, um die-

³⁰ Der Text ist am Rand angestrichen.

³¹ Der Satz ist am Rand angestrichen.

sem Übelstand entgegenzutreten und eine Gleichheit der Positionen herzustellen. Es wird aber unser Bestreben sein müssen, eine Änderung dieses Verhältnisses herbeizuführen, die unseren Interessen in besserer Weise Rechnung trägt, als dies bisher der Fall war.

Der Charakter der Sowjetunion als kommunistischer Staat und Sitz und Repräsentant der 3. Internationale ist zweifellos für die deutsch-russischen Beziehungen eine schwere Belastung. Die Tatsache des kommunistischen Regimes allein brauchte die Beziehungen noch nicht zu stören. Jeder Staat hat das Recht, dieses oder jenes Regime zu besitzen. Die Frage aber, ob die zeitweilige Einführung des kommunistischen Systems für die Entwicklung Russlands zweckmäßig oder unzweckmäßig war, kann heute wohl noch nicht beantwortet werden. Vielleicht boten Gleichmachung nach unten und kollektivistisches System in der Tat die beste Möglichkeit, um die unermessliche graue Masse des russischen Volkes aus der Starre der Stagnation in die Bewegung des Fortschritts zu einer höheren Entwicklungsstufe zu versetzen. Der russische Bauer, der früher nur mit den primitiven Mitteln arbeitete, ist jetzt immerhin mit der Technik zusammengekommen, und hiervon wird sicherlich eine gewisse wirtschaftlich und kulturell modernisierende Wirkung und eine Steigerung der Konsumansprüche zurückbleiben, mag das Experiment zunächst so oder so ausgehen. – Auch die Moskauer Judenherrschaft brauchte uns an sich nicht zu stören. Gäbe es einen vollkommenen jüdischen Staat, so würden wir auch mit diesem Beziehungen haben, und jedes Land hat schließlich die Juden, die es verdient. Schlimm ist jedoch, dass Moskau zugleich der Sitz der 3. Internationale ist, dass die Machthaber der Sowjetunion zugleich die Leiter dieser Internationale sind und dass diese vor allem darauf ausgeht, durch eine in allen Ländern ausgeübte kommunistische Propaganda die Weltrevolution zu entfachen. Deutschland als Herz Europas und Hauptträger des sozialen Gedankens aber ist seit jeher das wichtigste Objekt der bolschewistischen Wünsche gewesen, und seit den Fehlschlägen der bolschewistischen Generalanstürme von 1918³² und 1923³³ setzte die 3. Internationale noch ihren besonderen Ehrgeiz darein, gerade in diesem Land die kommunistische Herrschaft aufzurichten.

Nun ist der Traum der 3. Internationale und damit der Sowjetregierung, in Deutschland die kommunistische Revolution herbeizuführen, durch den Nationalsozialismus zunichte gemacht worden. Die russische offizielle Regierungs- und Parteipresse und mit ihr die Presse des ganzen Landes zieht darum in heftigster Weise gegen den deutschen „Faschismus“ zu Felde, und die Volksstimmung wird systematisch gegen Deutschland aufgebracht. Dabei ist es augenscheinlich nicht nur Ärger über die Vernichtung des deutschen Kommunismus, was die Missstimmung nährt. Die Sowjetleute sehen zweifellos, dass die Idee des Nationalismus heute stärker ist als die des Internationalismus, dass der Nationalismus unaufhaltsam vorwärts dringt, in einem Lande nach dem anderen die – durch die außenpolitischen Rücksichten Sowjetrusslands ohnehin geschwächte – Arbeit der marxistischen Internationale lahmlegt und vielleicht sogar vor den Toren Sowjetrusslands selbst *nicht Halt macht. Es ist daher zugleich die Angst um den eigenen

³² Gemeint ist die Novemberrevolution in Deutschland.

³³ Gemeint sind der Hamburger Aufstand und die Kämpfe in Mitteldeutschland.

russischen Besitzstand, die bei der Schmähung des deutschen „Faschismus“ in der Sowjetpresse mitspricht³⁴, und wenn Anzeichen bemerkbar geworden sind, dass man in Moskau damit umgeht, Antifaschistenprozesse zu konstruieren, so ist dabei aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur Retorsionsabsicht, sondern auch wirkliche Besorgnis im Spiel.

Dieser Umstand ist ohne Zweifel geeignet, eine sehr störende Bedeutung für das deutsch-russische Verhältnis zu haben. Wohl sehen wir, dass der russische Kommunismus sich mit dem italienischen Faschismus abgefunden hat. Mit der Türkei unterhält die Sowjetunion sogar die freundschaftlichsten Beziehungen, obgleich dort der Kommunismus in keiner Weise geduldet, vielmehr auf das strengste geahndet wird. Reale politische Interessen können also bei ihr sogar vor der Idee der Weltrevolution durchaus den Vorrang haben. Indessen hat Deutschland für die Verwirklichung der *Weltrevolution eine viel größere Bedeutung als Italien und die Türkei³⁵. Auch ist der deutsche Nationalismus den Sowjetleuten durch die Behandlung der Juden in Deutschland sehr viel verhasster als der italienische und türkische. Immerhin ist zu bedenken, dass heute in der Frage des Austrags zwischen Nationalismus und Marxismus das Gesetz des Handelns sich mehr in unserer Hand befindet als in der Moskaus. Es müsste daher vielleicht doch gelingen, die beiden Staaten zu einer gegenseitigen Respektierung ihres Regimes zu bringen und derart auch diese Gesinnung in den Beziehungen zwischen Sowjetrussland und uns zu überwinden.

Was schließlich die Sympathie deutscher Kreise für Japan anbetrifft, so lässt sie sich augenscheinlich nicht von der Betrachtung unseres realen Interesses an diesem Staat, sondern lediglich von einer gewissen Freude daran leiten, dass die Japaner gleich uns dem Völkerbund den Rücken gekehrt haben und dass sie vielleicht den Bolschewiken auf den Pelz rücken werden. *Denn was kann uns Japan sein? Nichts anderes als ein sehr unbequemer, uns überall unterbietender Konkurrent auf dem Weltmarkt. Die Segnungen aber, die ihm unsere militärische und kulturelle Erziehung gebracht hat, sind uns von ihm im Weltkriege schlecht gelohnt worden³⁶.

Aber wie nun, wenn die Sowjetunion ohnehin der Katastrophe und dem Zerfall entgegengeht? – Wir wissen, dass viele an einen solchen Ausgang des bolschewistischen Systems in Russland glauben, ja ihn seit Jahren erwarten; Adolf Hitler hat in seinem Buch „Mein Kampf“ sogar bestimmt damit gerechnet. In der Tat bedeutet der Umstand, dass die Sowjetherrschaft sich seit sechzehn Jahren über Wasser hält, noch nicht, dass sie ihre Tauglichkeit und Beständigkeit erwiesen hat. Die unermessliche Größe und die reichen natürlichen Hilfsquellen des Landes im Verein mit der Bedürfnislosigkeit und Leidenschaftlichkeit des russischen Volkes bringen es mit sich, dass das Land sehr lange von der Substanz zehren kann, ohne in Erschöpfung zu verfallen. Allerdings scheint der Moment nicht mehr fern zu sein, wo es sich erweisen muss, ob es bei der neuen Betriebsweise möglich ist, die zum Leben des Volkes und zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz notwendigen Überschüsse zu erzielen, oder ob es tatsächlich zu einem wirtschaftlichen Zusam-

³⁴ Der Text ist am Rand angestrichen.

³⁵ Der Text ist am Rand angestrichen.

³⁶ Der Text ist am Rand angestrichen. Zusätzlich sind letzten fünf Wörter unterstrichen.

menbruch mit allen seinen Folgen kommen muss. Der Wirtschaftsverlauf des letzten Jahres erweckt den Eindruck, dass gewisse vernünftige Reformen die Wirtschaft sehr gestärkt haben und dass diese, wenn nicht Erschütterungen von außen auftreten, lebensfähig ist. Aber mit Bestimmtheit lässt sich nichts darüber sagen. Auch brauchte ein Misserfolg des Systems noch nicht zu bedeuten, dass die jetzigen Machthaber ihr Feld räumen müssten. Stalin ist zwar nicht so elastisch wie Lenin, der ohne weiteres zum Rückzug blies und die NEP einführte, als er sah, dass der Bogen überspannt war. Aber auch er hat die ärgsten Konsequenzen der kommunistischen Wirtschaft immer noch zu vermeiden gewusst. So sind z.B. auch jetzt in der ländlichen Zwangswirtschaft gewisse Lockerungen zu verzeichnen, indem den Kolchosbauern die praktische Möglichkeit gegeben wird, ihre Gemüsegärten zu bebauen und eigenes Hausvieh zu halten. Und für die städtischen Arbeiter sucht man jetzt einen eigenwirtschaftlichen Kleingartenbetrieb nach deutschem Muster einzuführen. Auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch und ein Abtreten der Machthaber aus diesem Grunde ist also nicht ohne weiteres zu rechnen.

Auch den nationalen Selbständigkeitsbestrebungen einzelner Teilrepubliken der Sowjetunion, insbesondere der separatistischen Bewegung in der Ukraine, auf die *man bei uns zu rechnen scheint, sollte keine entscheidende Bedeutung für die Dauer des Sowjetregimes beigemessen werden*³⁷. Schlussfolgerungen von dem eigenstaatlichen Gefühl Polens und der Randstaaten auf die Ukraine, deren Aufstand allein imstande wäre, die Union bis in ihre Fugen zu erschüttern, lassen sich nicht ohne weiteres ziehen. Die Ukrainer haben bei aller Eigenart doch mehr russisches Gefühl, als man denkt, wie überhaupt durch das ganze gewaltige Gebiet vom Pripet³⁸ bis zum Pazifik ein gesamtrussisches Gefühl viel stärker strömt, als man im Allgemeinen voraussetzt.

Nun könnte vielleicht ein Anstoß von außen, eben gerade ein unglücklicher oder überhaupt ein Krieg im Fernen Osten – so wie es 1905 der Fall war – der Unzufriedenheit im Lande, die natürlich in großem Umfang besteht, die erforderliche Aktionskraft und Führung verleihen und das heutige Regime – wahrscheinlich dann unter einem Judenpogrom, wie er noch nie erlebt worden ist – zu Fall zu bringen. Und dabei könnten vielleicht auch zentrifugale Kräfte in den einzelnen nationalen Unterbezirken, insbesondere in der Ukraine, so die Oberhand bekommen, dass eine Zerreißung des Gesamtstaates vor sich geht. Zweifellos ist das möglich. Und die Sowjetmachthaber sehen heute darin auch die größte Gefahr, die ihnen droht. Sollte sie wirklich eintreten, so *wird es Sache unserer Politik sein, für uns die besten Konsequenzen aus der Lage zu ziehen*³⁹. Aber es ist ebenso gut möglich, dass die Sowjetherrschaft sogar einen solchen Stoß ungefährdet übersteht; denn die Leiter wissen, worum es geht, und werden aus der Vergangenheit, die sie damals selbst herbeigeführt haben, gelernt haben. Sie können eine deutsche *Politik, die sich erkennbar auf eine solche Möglichkeit einstellt, unschwer als gegen den Bestand des russischen Reiches und russischen Volkes und nicht gegen die Sowjetherrschaft gerichtet hinstellen*⁴⁰, zumal die russische Volksstim-

³⁷ Der Text ist am Rand angestrichen.

³⁸ So im Dokument; richtig: Pripjat', ein rechter Nebenfluss des Dnjepr.

³⁹ Der Text ist am Rand angestrichen.

⁴⁰ Der Text ist am Rand angestrichen.

mung von ihnen die ganze Zeit über auf die Furcht vor einer Intervention des Westens gedrillt worden ist und Erinnerungen an den Deutschen als Gegner vom Weltkriege her leicht wieder lebendig werden können. So wäre es auch von diesem *Gesichtspunkt aus verfehlt, den Zusammenbruch der Sowjetunion als einen unsere Politik bestimmenden Faktor unserm Kalkül zugrunde zu legen*⁴¹. Wir haben kein reales Interesse an ihm, und es ist einstweilen kein Umstand vorhanden, der uns nötigt, mit ihm zu rechnen. –

So kommt man hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Sowjetrussland zu folgenden Schlüssen:

1. Wir haben nach wie vor ein Interesse daran, uns Sowjetrussland in seiner Gesamtheit als großpolitischen Rückhalt und als wirtschaftliches und kulturelles Betätigungsgebiet zu erhalten.

2. Die Verschiedenheit der Regierungssysteme braucht die Betätigung dieses Interesses nicht zu hindern. Es ist nur darauf zu achten, dass die Verschiedenheit vom andern Teil respektiert wird und dass, soweit sich aus ihr Unstimmigkeiten im Verkehr zwischen den beiden Ländern ergeben, diese eine zweckentsprechende Regelung erfahren.

3. Über die Dauer und Standhaftigkeit des Sowjetregimes lässt sich ein Urteil nicht abgeben. Die Mehrheit der sachverständigen Beurteiler hält es unter der Voraussetzung des Eintritts einiger praktischer Änderungen und der Erhaltung des Friedens für dauerhaft. Infolgedessen kann auch die Möglichkeit eines Sturzes der Sowjetregierung oder die eines Systemwechsels in der Sowjetunion nicht als ein unser Verhältnis bestimmender Faktor in Rechnung gestellt werden, und dieses Verhältnis darf darunter nicht leiden⁴².

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt Stempel: R.M. 10. JAN. sowie Kenntnisnahmen, die aufgrund der beschädigten Vorlage nicht zu entziffern sind.

PA AA, R 31499, Bl. E 497341–497370.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 171, S. 310–323.

⁴¹ Der Text ist am Rand angestrichen.

⁴² Eine bei der Vorlage befindliche Notiz von Tippelskirchs lautet: „Der Herr RM hat den Eingang und den Erlass vom 17. I. im Durchschlag Herrn Reichsminister Generaloberst von Blomberg zur Kenntnis gebracht.“ Für den Erlass von Neuraths vgl. Dok. 337.

Nr. 334
**Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das
Reichswehrministerium**

Moskau, den 10. Januar 1934

Deutsche Botschaft
Der Militärattaché
Zu Bericht Nr. 1/34.
Beilage II.¹

Zur deutsch-russischen militärpolitischen Lage
an der Jahreswende 1933/34

Die Tatsache der veränderten politischen Lage zwischen Deutschland und der Sowjet-Union wurde um die Jahreswende mit voller Deutlichkeit erkennbar, als gewisse französische Bündnisangebote an die SU bekannt wurden und als der Volkskommissar Litwinow vor dem ZEK. der UdSSR sich öffentlich und grundlegend über die Außenpolitik der SU ausließ². Hinsichtlich beider Vorgänge darf auf die mehrfache politische Berichterstattung der Botschaft Bezug genommen werden. Der nunmehr, trotz einzelner unverbindlicher versöhnlicher Sätze in der Litwinowrede, gewissermaßen öffentlich bestätigte Wandel in den politischen Beziehungen kann auch auf die militär-politische Lage zwischen beiden Ländern nicht ohne Auswirkung bleiben.

Bereits das Jahr 1933 stand für die SU unter dem Zeichen der im Fernen Osten heraufziehenden Kriegsgefahr. Die SU wollte den Krieg nicht. Sie sah zu, wie Japan seine Herrschaft in der Mandschurei ausdehnte und festigte. Die russische Passivität war aber auch geboten, weil zu Anfang des Jahres weder die militärische Lage noch die äußere und innere Lage [der] SU das Risiko eines Krieges zuließen.

Die SU hat aber das Jahr 1933 – durch allerhand Umstände der Weltlage und der inneren Entwicklung begünstigt – vollauf genutzt, um ihre unmittelbare und mittelbare militärische Kraft im Fernen Osten zu Lande, zur See und in der Luft zu verstärken und um ihre fernöstliche Armee mehr und mehr selbstversorgerisch auszustatten, damit sie unabhängig würde von Ergänzung und Nachschub aus dem europäischen Hinterland und vor allem unabhängig von der Gestaltung der politischen Ereignisse in Europa. Was noch wichtiger ist, die Sowjet-Union hat es verstanden, ihre außenpolitische Lage im Laufe des Jahres 1933 durch den weiteren Ausbau ihrer Sicherungspolitik durch Nichtangriffspakte im Westen³ und vor allem gegen Jahresende durch die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Amerika⁴ mit ihren unermesslichen militär-politischen Perspektiven ungemein zu festigen. *Zu einem Nichtangriffspakt mit Japan kam es allerdings nicht, weil Japan

¹ Der Bericht an das Reichswehrministerium und das Auswärtige Amt, der am 13. 1. 1934 im AA einging, enthielt folgende Beilagen: 1. Kurze militärpolitische Beurteilung zur Lage im Fernen Osten, 2. Zur deutsch-russischen militärpolitischen Lage an der Jahreswende 1933/34, 3. Militärische Nachrichten, 4. Rüstungsindustrie-Nachrichten. Vgl. PA AA, R 30097, Bl. E 432936–432937. Die Akte ist durch Brand leicht beschädigt.

² Vgl. Dok 322.

³ Vgl. Dok. 132, Anm. 7 und Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

⁴ Am 16. 11. 1933.

in die dargebotene Hand nicht einschlagen wollte⁵. Dem Friedenswerk fehlte die Krönung⁶.

Auch heute ist die Kriegsgefahr im Fernen Osten keineswegs gebannt; im Gegenteil, sie ist näher gerückt. (Bezug: Gleichzeitige Beilage I „Kurze militär-politische Beurteilung zur Lage im Fernen Osten“.)

Daher lastet denn auch, trotz größter und sichtbarer politischer Erfolge, die ernste Sorge um die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten schwer auf der politischen und militärischen Führung der SU. Die SU ist örtlich im F[ernen] O[sten] zur **ernsten**⁷ Verteidigung als hinreichend gerüstet anzusehen. Die politische Sicherung gegen jeden Versuch, eine kriegerische **Bindung**⁸ der SU im F.O. zu einer Intervention gegen sie von Europa her auszunutzen, schien sich im Laufe des Jahres 1933 zuverlässig zu vervollständigen, namentlich da Polen durch einen Nichtangriffspakt⁹ unmittelbar gebunden schien und da bis dahin ein der SU befreundetes Deutschland im Rücken Polens stand. Das Vertrauen in die deutsche politische und militärische Freundschaft ist im Laufe des Jahres überraschend schnell dahin geschwunden. Es wurde durch die mehr und mehr hervortretende Sorge vor deutschen Expansionsbestrebungen völlig verdrängt, da Deutschland nach sowjetrussischer Vorstellung gemeinsam mit Polen in das Sowjetterritorium einfallen oder eine friedliche Revision der deutschen Ostgrenze erstreben und dafür Polen gegen Russland unterstützen will. Man glaubte 1932/33 das Interventionsgespenst früherer Vorstellungen (unter französischer und englischer Führung) durch allerhand Pakte mit den westlichen Nachbarn beschworen zu haben. An seine Stelle trat nunmehr das deutsche Expansionsgespenst. Die Angst vor diesem sitzt so tief, dass man bereitwillig die Lehren der Geschichte zu vergessen, präzise deutsche Versicherungen zu überhören und sich sogar in politisch bindende Kombinationen hineintreiben zu lassen scheint. Das Interventionsgespenst war nur durch ein starkes Deutschland zu bannen, dem man in seinem matten und aussichtslosen Kampf gegen Versailles billig eine platonische Unterstützung zuteil werden lassen konnte (Theorie: Schutz der unterdrückten Völker). Das Expansionsgespenst lässt sich nur vertreiben, wenn ein schwaches Deutschland durch Unterstützung jeder gegen es gerichteten Kombination in Schach gehalten wird (Theorie: Revision ist Krieg).

Die Vorstellung, als ob die Sowjet-Union durch einen Krieg im Fernen Osten so stark „gebunden“ würde, dass sie schutzlos jedem Einfall über die europäischen Grenzen preisgegeben wäre, ist überdies vollkommen abwegig. Die sowjetrussische fernöstliche Armee ist rein militärisch vorwiegend auf sich selbst gestellt. Natürlich würde im Kriegsfall die innere Lage des gesamten Rätebundes, seine Wirtschaft, seine Ernährungslage, sein Verkehrswesen, sein Kredit usw. mitbeeinflusst. Jedoch ist m.E. keine Rede davon, dass wesentliche weitere Teile der R[oten] A[rmee] aus dem europäischen Russland nach dem F.O. abgezogen würden. Die fernöstliche Armee wird in einem Kriege mit Japan allein niemals mehr

⁵ Litvinov schlug am 31. 12. 1931 dem Außenminister Japans Yoshizawa einen Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Japan vor. Vgl. DVP, Bd. XIV, Dok. 401, S. 746–748.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Das Blatt ist beschädigt; die Einfügung ist nicht gesichert.

⁸ Das Blatt ist beschädigt; die Einfügung ist nicht gesichert.

⁹ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

als 1/7 bis 1/5 (20–30 Divisionen) der gesamten militärischen Macht der SU beanspruchen. Die in Europa verbleibende Masse des Heeres (130–120 Divisionen) würde dann immer noch mehr als das Doppelte des Höchstmaßes einer polnischen Kriegsmacht (50–60 Divisionen) ausmachen, mithin rein militärisch eine durchaus ausreichende Verteidigungskraft besitzen. Die Rechnung würde erst anders, wenn bei langer Dauer ein fernöstlicher oder allgemeiner Krieg die SU von innen heraus zum Erliegen brächte. Ist daher die „Expansion“ für ein selbstwillig handelndes oder angeblich von Deutschland vorgeschobenes Polen nach dem gegenwärtigen Stand überhaupt schon sehr riskant, so werden derartige Gedankengänge auf der sowjetrussischen Seite nur verständlich, wenn man sie als Angst- oder Schwächepsychose auffasst, sie als eine politische Tarnung für eine aus anderen Gründen hergeleitete Schwenkung der sowjetrussischen Politik ansieht oder mit diesen Dingen eine andere Macht ihr ****istisches****¹⁰ Spiel treibt.

Für die letztere Annahme fehlt es nicht an Hinweisen. Mit großem Geschick hat Frankreich seine Intrigen eingefädelt, indem es über dritte Mächte der SU und später Deutschland auf immer neuen Wegen dasselbe „Geheimnis“ zuflüstern ließ, der andere Partner habe die gemeinsame geheime deutsch-russische militärische Zusammenarbeit an Frankreich verraten¹¹; in Wahrheit wird Frankreich nach meiner Meinung nicht mehr gewusst haben, als ihm deutsche Pazifisten und polnische Spione schon früher zugetragen hatten. Der militär-politische Erfolg für Frankreich war aber die Sprengung dieser Zusammenarbeit, die entgegen der ursprünglich von der R.A. erklärten Bereitwilligkeit seither auch in anderer Form nicht mehr aufgenommen wurde. ***Der politische Erfolg war die ständige Vertiefung des Misstrauens zwischen Deutschland und der SU. Der Boden war für das französische Spiel umso günstiger, als für die SU aus vermehrter Bedrohung im F.O. ein vermehrtes Streben nach Sicherheit an den europäischen Grenzen erwuchs***¹². Auf die besonderen Vorteile, die Frankreich für seine westeuropäische Politik durch die Vervollständigung der deutschen Einkreisung zog, ist hier nicht näher einzugehen. Für Russland ergab sich der weitere Vorteil, dass seine Annäherung an Frankreich, den Bundesgenossen Polens, gleichzeitig als bestes Mittel erschien, die deutsch-polnischen Annäherungsversuche zu stören. Die geschickte Art, die rührige Aktivität und der trotz des Ausbleibens tatsächlicher militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Einzelerfolge erzielte politische Gewinn der französischen Störungsarbeit ist zweifellos das gefährlichste Symptom für die deutsch-russischen Beziehungen und ihre militärische Auswirkung.

Das Fazit an der Jahreswende ist die Erkenntnis, dass ***sich eine durchgreifende, von Deutschland sich abwendende Schwenkung in der sowjetrussischen Außenpolitik vollzieht***¹³, gestützt auf die Überwindung innerer Krisen, auf die weithin sichtbare Stärkung ihrer internationalen Position und auf die fortschreitende Festigung der militärischen Lage sowie der sonstigen Erweiterung der Kriegsbereitschaft. Deutschland, das zu Anfang des Jahres 1933 in der SU noch unbestrittenen Vorrang genoss, um dann bald in der Masse der Gleichberechtigten eingereiht zu werden, wird am Jahresende nunmehr in einem Satz mit dem ost-

¹⁰ Die Vorlage ist beschädigt.

¹¹ Vgl. Dok. 105.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

asiatischen Erzfeind der SU genannt und „außerhalb der Klammern“ behandelt. Für die Betätigung unserer bisherigen militär-politischen Freundschaft und Zusammenarbeit ist augenblicklich kein Raum mehr.

Für 1934 wird man damit rechnen müssen, dass die SU bestrebt bleibt, namentlich unter Ausnutzung ihrer Beziehungen zu Amerika, Japan in Schach zu halten und notfalls ihr Gebiet gegen einen japanischen Angriff zu verteidigen. Die Sicherungspolitik im Westen neigt zur Preisgabe der bisher ängstlich beobachteten Fernhaltung der SU von politischen Bindungen. Sollte tatsächlich die ursprünglich französische Idee einer allgemeinen europäischen assistance mutuelle¹⁴ nur in der Form eines begrenzten Zweckbündnisses zwischen der SU und Frankreich unter Einschluss Polens, der kleinen Entente und der Randstaaten wirksam werden, so bleibt kaum ein Zweifel, in wessen Hände die politische Führung übergehen und gegen wen sie sich allein auswirken würde. Damit wären auch die Bestrebungen Deutschlands, seine militär-politische Lage durch eine Annäherung an Polen zu entlasten, paralyisiert. Die sowjetrussische These, nicht nur ihr eigenes Land, sondern auch dessen „Vorgelände“ zu verteidigen, würde verwirklicht; die SU könnte jeden Angriffstoß zunächst durch die vorliegenden westlichen Nachbarstaaten auffangen lassen. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung wären für Deutschland nicht nur zu Lande außerordentlich schwerwiegend; auch das Kräfteverhältnis in der Ostsee würde grundlegend verschoben. In Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen wäre der Kräftezuwachs durch die sowjetrussische baltische Flotte an Großkampfschiffen, namentlich aber an Zerstörern und U-Booten, schon allein materiell eine verhängnisvolle Bedrohung, selbst dann, wenn man den Gefechtswert der sowjetrussischen Schiffe nur bescheiden einsetzt.

*Mit den bisherigen Mitteln (gelegentlicher Kommandoaustausch, Versuchsstationen usw.) die deutsch-russischen militärischen Beziehungen wieder in Gang zu bringen, kommt m.E. heute nicht mehr ernsthaft in Frage^{*15}. Die Erwägungen zur Herbeiführung einer Besserung können – sofern auf deutscher Seite der Wunsch und auf sowjetrussischer Seite die Bereitwilligkeit vorliegt – davon ausgehen, dass in der SU noch auf Jahre hinaus ein unabweisbares Friedens- und Sicherheitsbedürfnis bestehen bleiben wird und dass dieses ernstlich nur von Japan gestört werden kann. Ein Hervortreten der SU zum Zwecke einer Wiederannäherung an Deutschland, insbesondere etwa eine vereinzelte Annäherungsaktion der R.A. ist m.E. unter keinen Umständen zu erwarten. Beabsichtigte Vorschläge müssten allerdings ohne Aufschub erfolgen, um einer weiteren Vertiefung des Misstrauens vorzubeugen und um zu verhindern, dass entgegen den deutschen Interessen die sowjetrussische militär-politische Initiative aus ihrem Schutzbedürfnis heraus Anlehnung an andere politische Kombinationen findet. Es kommen meiner Ansicht nach gegenüber der SU nur Vorschläge in Frage, die richtungsändernd, aktiv, groß und überzeugend wirken; *die den Verdacht der sympathisierenden Förderung japanischer Aktionen und die Furcht vor sonstigen deutschen

¹⁴ Vgl. den Vertragsentwurf über gegenseitigen Beistand, der am 28. 9. 1923 der IV. Bundesversammlung des Völkerbundes eingereicht wurde. In: Sbornik dokumentov po meždunarodnoj politike i po meždunarodnomu pravu, Vyp. XI: Garantii bezopasnosti po statutu Ligi Nacij (Dokumentensammelband zur internationalen Politik und zum Völkerrecht. Ausg. XI: Sicherheitsgarantien gemäß Statut des Völkerbundes), Moskva 1937, Dok. 15, S. 81–87.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

oder von Deutschland geförderten annexionistischen Absichten auf Kosten der SU zerstreuen; die dem Bedürfnis der SU nach territorialer Sicherheit und nach weiterer Besserung ihrer Rüstungslage entsprechen*¹⁶. Solche Vorschläge wären wohl nur in einer großzügigen einheitlichen Aktion auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu finden.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt des Berichts (Bl. E 432936) Eingangsstempel des AA: II, M 58, Eing 13. Jan 1934. Gelesen: Nadolny [eigenhändige Unterschrift].

PA AA, R 30097, Bl. E 432957–432964.

Nr. 335

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 11. Januar 1934 21.56 Uhr

Ankunft: 12. Januar 2.05 Uhr

Geheim

Nr. 5 vom 11. 1.

IV Ru. 146

Hatte gestern einstündige Unterredung mit Kriegskommissar Woroschilow, bei dem ich mich angemeldet hatte. Unterhaltung wurde in sehr offenem, ausgesprochen freundschaftlichem Ton geführt. Woroschilow brachte sogleich Gespräch auf Sympathien und gute Beziehungen, die zwischen Japan und Deutschland bestanden und naturgemäß in Sowjetunion angesichts der Lage im Fernen Osten große Besorgnis auslösten. Als Beweis für regierungsseitig geförderte pro-japanische Propaganda in Deutschland anführte er Radiovortrag hohen preußischen Beamten, der in gestriger „Iswestija“ wiedergegeben war¹. Ich erwiderte, dass dies lediglich Reaktion auf Rede Litwinows² darstelle, die uns mit Japaner auf gleiche Linie als Friedensstörer stelle. Wenn leitende Staatsmänner der Sowjetunion fortführen, in diesem Sinne zu sprechen, würde das Echo aus Deutschland noch ganz anders werden. Ich darlegte ihm kurz Absichten deutscher Regierung, hinwies vor allem auf deutschen Willen, Politik Berliner Vertrags fortzuführen und bei möglichst guten politischen Beziehungen zum Nutzen beider Länder intensiv deutsch-russischen Handelsaustausch zu fördern. Feindliche Absichten gegen Sowjetunion lägen uns fern. Woroschilow begrüßte diese Einstellung, die ganz seinen Ansichten entspräche, konnte sich dann aber nicht enthalten, auch wieder auf bekanntes störendes Moment hinzuweisen, mit dem Litwinow augenscheinlich sehr

¹⁶ Der Text ist am linken Seitenrand zweifach angestrichen, einzelne Textstellen sind unterstrichen.

¹ Gemeint ist ein Rundfunkvortrag von Ministerialrat Halensleben vom Preußischen Kultusministerium. Vgl. „Predstavitel' prusskogo ministerstva voshchaljaet japonskuju voenščinu“ (Ein Vertreter des preußischen Ministeriums lobt die japanische Militärclique). In: Izvestija vom 10. Januar 1934, S. 1.

² Vgl. Dok. 322.

stark operiert. Besonders lange verweilte er bei Hitlers „Mein Kampf“, wobei er schließlich sagte, dass zwei Worte des Kanzlers in Öffentlichkeit genügen würden, um Eindruck (... fehlt offenbar etwas), dass sowjetfeindliche Tendenz Buches noch heute Gültigkeit haben soll. Selbstverständlich habe ich erneut unsere Gegenargumente hervorgebracht, doch zurück kam er immer wieder darauf.

*Woroschilow unterstrich auch mehrfach, dass Rote Armee mit großer Genugtuung an Zusammenarbeit mit Reichswehr zurückdenke; er hoffe, dass auch in dieser Beziehung altes gutes Verhältnis wieder hergestellt werde. Ich entgegnete, dass auch bei Reichswehr gleicher Wunsch bestehe, wie ich noch kürzlich durch Gespräch mit Reichswehrminister³ hätte feststellen können. Wir müssten aber offen erklären, dass, nachdem uns von Roter Armee sozusagen Stuhl vor die Tür gesetzt sei, wir Reserve beobachten und abwarten, bis Rote Armee Initiative zur Wiederaufnahme der Beziehungen ergreift. Dies machte Woroschilow sehr nachdenklich, und er antwortete nichts*⁴.

Allgemeiner Eindruck der Unterhaltung: Woroschilow, der zu engsten Kreisen um Stalin gehört und einer der einflussreichsten Persönlichkeiten Sowjetunion darstellt, ist im Grunde für beste deutsch-russische Beziehungen. Ich gewann auch unzweideutigen Eindruck, dass bei ihm persönlich der Wille und Wunsch vorhanden ist, in dieser Richtung zu wirken. Litwinows Argumentation über Möglichkeiten feindlicher Absichten Deutschlands hat aber zweifellos auch auf ihn starken Eindruck gemacht, zum mindesten fehlt ihm das Argument, um erfolgreich dagegen auftreten zu können. Besonders für ihn würde daher eine deutsche Initiative zur Entkräftigung Litwinows Argument große Stütze.

Nadolny

Auf dem ersten Blatt Verteilerstempel und umfangreiche handschriftliche Anmerkungen, die aufgrund der beschädigten Vorlage und der Verfilmung des Dokuments nicht entziffert sind.

PA AA, R 31499, Bl. E 497336–497338.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 176, S. 329–330.

Nr. 336

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 11. Januar 1934 21.57 Uhr

Ankunft: 12. Januar 0.50 Uhr

Nr. 4 vom 11/1

In einer Unterhaltung mit Radek, dessen Stellung *als außenpolitischer Berater des Zentralkomitees der Partei neuerdings wieder sehr einflussreich geworden*¹ ist, brachte ich Rede auf Auslandsberichterstattung der „Iswestija“ und ver-

³ Werner von Blomberg.

⁴ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

¹ Der Text ist in eckige Klammer gesetzt.

wies auf Notwendigkeit Ablösung der Frau Kaith. Radek erwiderte, dass Ersetzung Kaith längst beschlossene Sache sei, dass es aber schwerer sei, geeignete Persönlichkeit zu finden, die einerseits genügendes politisches Format habe, andererseits nicht allzu sehr parteipolitisch befangen sei, um auch objektiv berichten zu können. Ich hinwies auf Rajewski oder Gnedin. Aus Radeks Antwort hervorging, dass er diese Kandidaten für möglich halte.

Ferner hinwies ich Radek auf Notwendigkeit, im Interesse der deutsch-russischen Beziehungen für „Iswestija“ nach Paris anstelle des ehemaligen französischen Offiziers Sadoul, der doch letzten Endes französische Politik treibe, einen Russen zu setzen, der ohne Ressentiment so berichte, wie es tatsächliche Interessen der Sowjetunion verlangten. Radek zusagte, auch diese Frage prüfen zu wollen. – Aus sonstigem Gespräch mit Radek bemerkenswert, dass er *Konfliktgefahr im Fernen Osten nicht für unbedingt gegeben hält, dass er Besserung deutsch-russischen Beziehungen in erheblichem Maße hiervon abhängig macht² und schließlich in Bezug auf deutsch-russisches Verhältnis sehr stark Notwendigkeit unterstrich, auf beiden Seiten große Politik von dem „Riesenberg von Geröll gegenseitiger persönlicher und weltanschaulicher Ressentiments“ allmählich zu befreien.

Nadolny

Oben rechts befindet sich ein Eingangsstempel des AA: IV Ru 307, Eing. 22. Jan. 1934, daneben handschriftlich: Warschau. Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. P (Arb.-Expl.), Abt. P, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Dir.-Abt. IV gerichtet. Am Ende des Dokuments befindet ein nicht entzifferter handschriftlicher Vermerk, ebenso unter Eingangsnummer.

PA AA, R 83397, Bl. H 046655.

Nr. 337

Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau

Berlin, den 17. Januar 1934

Eilt

An die
Deutsche Botschaft
in Moskau
Auf den Bericht vom 9. d. M.
zu IV Ru. 166¹

Die Haltung der deutschen Regierung Russland gegenüber hat sich in letzter Zeit in keiner Weise geändert, sie ist auf allen Gebieten, wirtschaftlich, politisch und militärisch, zu freundschaftlichen Beziehungen bereit. Es hängt demgemäß

² Der Text ist unterstrichen, in spitze Klammern gesetzt und am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 333.

nur von den Russen ab, ob und in welchem Umfange das frühere freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland wieder hergestellt werden kann. Konkrete Angebote und Vorschläge unsererseits kommen in dieser Beziehung zurzeit nicht in Frage.

Wenn man sich die neue Politik der Sowjetunion klarmacht, so ergibt sich, dass sie in erster Linie durch zwei Momente bestimmt wird:

1. durch die Sorge um die Erhaltung des Friedens um jeden Preis,
2. durch das Ressentiment gegen die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland und gegen alle sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen.

Eine Friedensbedrohung sieht die Sowjetunion im Osten durch Japan und im Westen durch Deutschland. Die Japaner haben ihre Machtsphäre bis zu den transbaikalischen Gouvernements über die gesamte Mandschurei, die innere Mongolei und Jehol² ausgedehnt. Die Sowjetunion hat in diesen Gebieten alle politischen und militärischen Positionen räumen müssen, und auch die ostchinesische Bahn wird mit oder ohne Verkauf kampflos den Japanern anheimfallen. Der letzte wichtige russische Stützpunkt ist Wladiwostok. Der Wunsch der Japaner, auch diesen Platz und die russische Stellung östlich des Baikalsees der Sowjetunion zu entreißen, ist begreiflich. Sie würden dadurch jede Bedrohung in der Luft oder durch U-Boote unterbinden und ihre kontinentale Position in der Mandschurei und Mongolei sichern. Die Entscheidung der Frage, ob es zu einer kriegerischen *Verwicklung*³ mit Japan im Frühjahr 1934 kommen wird, wird in Tokio von militärischen und politischen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden. Politisch werden die Japaner internationale Verwicklungen mit anderen Staaten im Falle eines Angriffs aus Wladiwostok oder Tschita kaum zu befürchten haben, auch nicht von Seiten Amerikas. Es bleibt mithin nur die Frage des militärischen Risikos, insbesondere in der Luft. Die starke Vermehrung der Luftstreitkräfte in Wladiwostok birgt Gefahren für die Städte der japanischen Insel. Auch die sonstigen russischen Vorkehrungen im Raum östlich des Baikalsees würden den Kampf für die Japaner außerordentlich schwierig gestalten.

Gleichwohl ist die Lage im Osten gefahrdrohend. Das veranlasst die Sowjetregierung zu dem Versuch, den Frieden im Westen mit allen Mitteln zu sichern. Jede Möglichkeit einer Erschütterung in Europa begegnet deshalb ihrem Widerstand. Jede Veränderung des Kräfteverhältnisses, wie sie in einer deutschen Aufrüstung liegen würde, stößt auf ihren Widerspruch. Die Sowjetunion sucht sich den Mächten zu nähern, die den Status quo in allen Punkten zu erhalten wünschen, d.h. Frankreich, Polen und der kleinen Entente. Denn in jeder Revision des Versailler Vertrages, in jeder Erstarkung Deutschlands sieht sie ein Gefahrenmoment für den Frieden, der sich **indirekt**⁴ gegen die Sowjetunion auswirken könnte. Zu diesem Zweck verbreitet sie **Behauptungen über**⁵ die angeblichen Absichten Deutschlands, nach dem Osten vorzustößen und die Revision der Verträge auf Kosten der Sowjetunion vorzunehmen. *In den gleichen Zusammenhang gehören die russischen Versuche, zusammen mit Polen eine Front des Baltikums gegen Deutschland herzustellen.*⁶

² Provinz in Nordchina, benannt nach dem früheren Namen der Provinzhauptstadt Chengde.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

⁵ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁶ Der Satz ist am Rand angestrichen.

Durch die Vernichtung des Kommunismus **in Deutschland**⁷ hat die dritte Internationale einen tödlichen Schlag erhalten. Der deutsche Kommunismus war immer ein Paradepony von Moskau. Deutschland diente als zuverlässigstes Verbindungsglied zwischen Moskau und den übrigen Ländern. Der deutsche Kommunismus ist tot. Die Verbindungen, die über Deutschland gegangen sind, sind zerrissen. Die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland hat allen Ländern, in denen der Kommunismus noch besteht, gezeigt, dass er bei tatkräftigem Zupacken zu überwinden ist, und hat so die Idee zerstört, dass die Gefahr des Bolschewismus unüberwindlich sei. Die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland durch die nationalsozialistische Bewegung hat ähnliche Bewegungen in anderen Ländern, z. B. in den Rand- und nordischen Staaten gefördert und auch dort die Möglichkeit der Entfaltung kommunistischer Ideen und Pläne weitgehend eingeengt.

Zu dieser allgemeinen politischen Einstellung der Sowjetunion und der dritten Internationale zu der deutschen Regierung kommt noch der persönliche Hass und das Ressentiment von Personen wie Litwinow und anderen maßgebenden Mitgliedern der Sowjetunion.

Wenn man diese Gesichtspunkte der Beurteilung der Politik gegenüber Russland zugrunde legt, so ergibt sich, dass jetzt eine kühle, ruhige Reserve die einzig mögliche Haltung gegenüber der Sowjetunion ist. Es genügt, dass der Herr Reichskanzler in seiner Reichstagsrede⁸ und in seinen Besprechungen mit dem russischen Botschafter ebenso wie ich in meiner Rede von Genf⁹ und in zahlreichen Besprechungen mit Chintschuk und Litwinow klar zum Ausdruck gebracht haben, dass die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion sich nicht ändern werde und dass wir dabei die Haltlosigkeit der russischen Insinuationen betont haben. Der Grad der freundschaftlichen Beziehungen hängt demnach lediglich von den Staatsmännern der Sowjetunion ab. Alle Momente, die Litwinow anführt, sind nichts als Vorwände; denn Litwinow kennt genau die Richtlinien der deutschen Politik und weiß *auch, dass die **¹⁰ deutsch-polnischen Besprechungen keinerlei Spitze gegen Russland haben. Unter diesen Umständen verspreche ich mir auch nichts von neuerlichen besonderen Erklärungen¹¹ gegenüber den Russen. Sie werden – wie immer sie auch lauten mögen – als ungenügend und zweideutig hingestellt werden. Die Haltung der Russen würde hierdurch nicht geändert werden. Ich kann auch nicht anerkennen, dass Herr Litwinow **in Berlin**¹² nicht genügend geehrt worden sei¹³. Alles, was wie Nachlaufen aussehen könnte, würde sich in der heutigen Zeit nur zu unseren Ungunsten auswirken.

Ich bitte deshalb, zunächst keine Initiative in Gesprächen mit maßgebenden Persönlichkeiten über das deutsch-russische Verhältnis zu ergreifen, sondern in kühler, selbstsicherer Reserve die weitere Entwicklung abzuwarten. Die große Bedeutung Russlands für Deutschland auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet wird von uns in keiner Weise unterschätzt, und es besteht nicht im

⁷ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁸ Am 23. 3. 1933; vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁹ Erklärung von Neuraths am 15. 9. 1933 vor Vertretern der ausländischen Presse; vgl. Dok. 206.

¹⁰ Der an dieser Stelle stehende Text „im Gange befindlichen“ ist gestrichen.

¹¹ Der Text ist am Rand angestrichen.

¹² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

¹³ Vgl. dazu Dok. 333, Anm. 17.

Entferntesten die Absicht, uns von uns aus gegen Moskau einzustellen. Aber es hat keinen Zweck, von vornherein nutzlose Versuche zu machen, um die Haltung der maßgebenden Staatsmänner der Sowjetunion zu ändern.

(I.R.N.d.H.R.M.)¹⁴

Auf dem ersten Blatt: Kurier 17. I.! sowie Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen und verschiedene Abzeichnungen. Auf dem letzten Blatt Paraphen von M[eyer] 16/1 und B[ülöw] 17/1.

PA AA, R 31499, Bl. E 497372–497377.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 190, S. 365–367.

Nr. 338

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 17. Januar 1934

Deutsche Botschaft
Der Militärattaché

Marinebericht Nr. 3/34

Im Anschluss an die Unterredung des Herrn Botschafters mit dem Volkskommissar Woroschilow vom 10. 1. 34 (Bericht der Botschaft vom 11. 1. 34 Nr. 5¹) und des Herrn Botschaftsrats mit dem Chef des Stabes der Roten Armee Jegorow vom 12. 1. 34 (Telegramm der Botschaft vom 13. 1. 34 Nr. 7²) ist über die Einstellung hoher russischer Offiziere zur deutsch-russischen militärpolitischen Lage Folgendes zu berichten:

Am 13. 1. 34 fand für den *scheidenden hiesigen italienischen Militärattaché de Ferrari*³ ein von der Roten Armee veranstaltetes Abschiedsessen statt. An diesem Abend wurden wir deutschen Offiziere – ganz außerhalb des Rahmens dieses Festes – *in auffälliger Weise bevorzugt, was um so mehr hervortrat, als bei den sonstigen zahlreichen gesellschaftlichen Zusammentreffen uns gegenüber von den Kommandeuren der Roten Armee eine im Vergleich zu früher fühlbare Zurückhaltung beobachtet wird*⁴.

Jegorow zog mich zweimal in lange Gespräche, in denen [er]⁵ sich in soldatisch offener Weise und mit nachdrücklichem Ernst *voll Hochachtung, Anerkennung und Freundschaft für Deutschland und die Reichswehr aussprach*⁶. Er lasse an der Treue seiner Überzeugung nicht rütteln. Leider sei gegenwärtig die Lage et-

¹⁴ Die Abkürzung bedeutet: In Reinschrift Name des Herrn Reichsministers.

¹ Vgl. Dok. 335.

² Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 181, S. 343–344.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Die Akte ist beschädigt; der Text folgt hier wie auch an den übrigen Stellen in eckigen Klammern der Rekonstruktion der ADAP.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

was getrübt, was nicht der Sowjetunion zur Last falle. Er hoffe, dass diese Periode überwunden werde. Sein Vertrauen sei besonders befestigt worden durch seine persönlichen Eindrücke anlässlich seiner Studien in Deutschland und durch seine Unterredungen mit maßgebenden Führern des Reichsheeres; dabei gedachte er besonders des längeren der Generale von Hammerstein, Adam, von Leeb, von Brauchitsch, Halm. Er bedauerte, dass die ihm bekannten Personen zum Teil ausgeschieden, zum Teil in anderen Stellungen verwendet sind. Die an die Stellen des Chefs HL und TA getretenen Generale⁷ seien ihm leider persönlich nicht bekannt; er würde sie gerne jederzeit kennenlernen, um sich offen mit ihnen auszusprechen.

Damit war ein sehr verständlicher Wunsch in prägnanter Form ausgesprochen. Um Jegorow auf den Zahn zu fühlen, inwieweit seine Anregung über das Konventionelle hinausging, sagte ich ihm, [er] brauche doch nur den Wunsch äußern, in Berlin mit den bezeichneten Führern bekannt zu werden. Jegorow ließ aber erkennen, dass er dabei einen Besuch von deutscher Seite in Moskau im Auge habe.

An der Aufrichtigkeit Jegorows hinsichtlich seiner Deutschfreundlichkeit besteht keinerlei Zweifel. Der von ihm geäußerte Wunsch, bei dem er in seinen Gesprächen längere Zeit verweilte, ist keine Redensart, er ist auch mehr als eine Sondierung; mir erscheint er geradezu als inoffizielle Aufforderung, *wobei er die Initiative zur Verwirklichung allerdings der deutschen Seite*⁸ zuschiebt. Letzteres aus den bekannten – auch für ihn bindenden – offiziellen Gedankengängen von Regierung und Partei heraus, dass Deutschland der „abgeirrte“ Teil sei und daher ihm die erste positive Geste einer Wiederannäherung zufällt. So sehr ich unter den klaren Verhältnissen von früher für eine baldige Verwirklichung der Anregung eingetreten wäre, so glaube ich, dies im Augenblick noch nicht tun zu können. Eine Reise des neuen Herrn Chefs TA nach hier, früher geradezu traditioneller Brauch, ist eine so starke militärpolitische Geste, dass ihr auch der entsprechende Untergrund in der allgemeinen politischen Situation nicht fehlen darf, im Gegenteil, er muss vorher vorhanden sein. Das ist zurzeit nicht der Fall. Immerhin halte ich die Anregung Jegorows für sehr beachtlich und erfreulich, zumal sie sicherlich nicht ohne Billigung des Volkskommissars⁹ eigenmächtig erfolgt ist; man wird vielleicht [spät]er daran anknüpfen können. Auch dann wird man aber m. E. vorher [erst] einmal bei den Russen sondieren müssen, wie sich die oberste [poli]tische und militärische Leitung zu einem deutschen Besuchsan[gebot] stellt, um das Risiko einer ausweichenden russischen Antwort [künft]ig auszuschließen.

Die am gleichen Tage mit dem Oberbefehlshaber des Moskauer [Mili]tärbezirks Kork, dem Chef der Roten Flotte Orlow, mit [dem] politisch als Sprachrohr nicht unwichtigen Reiterführer Budjonni u.a. geführten Gespräche verliefen gleichfalls sehr [vertrau]lich. Kork ist mit allerhand militärischen Einzelheiten heraus[gerück]t, über die an anderer Stelle (Beilage I des Berichts 2/34 an [Ministe]r-amt) gemeldet wird. Orlow hat mit besonderer Anerkennung und Dankbarkeit sei-

⁷ Der Chef der Heeresleitung von Hammerstein-Equord wurde im Januar 1934 durch von Fritsch abgelöst, der Chef des Truppenamtes Adams war im Oktober 1933 von Beck abgelöst worden.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Kliment Efremovič Vorosilov.

ner aufschlussreichen Eindrücke bei dem Besuch der neuesten deutschen Kriegsschiffe im Dienst und im Bau gedacht.

Mit ganz besonderer Herzlichkeit gedachte Jegorow auch der deutschen Offiziere Paulus und Reinhardt, auch Brennecke, die er unbegrenzt verehrt. „Wenn die deutsche Armee einmal keinen Raum mehr für P[aulus] und R[einhardt] hat“, sagte Jegorow, „nehmen wir sie mit offenen Armen auf; es sind unersetzliche Lehrkräfte, die wir besonders brauchen können.“

Alles in allem lag uns an diesem Abend wieder einmal – wie für Augenblicke aus der Ferne gezeigt – das ideelle und politische Gut vor Augen, das Deutschland in der Roten Armee noch besitzt, in der Armee, die es auch im Trommelfeuer anti-deutscher politischer Propaganda noch nicht so leicht vergisst, dass *Deutschland als erster Staat die Sowjetunion anerkannte¹⁰ und ihr bei der inneren Ausgestaltung der Roten Armee der ausschlaggebende Berater war. Man kann aus dieser Einstellung Folgerungen ziehen, aber nicht darauf bauen, dass sie etwa für alle Zeiten auch dann ein unveränderliches Gedankengut bleiben müsste, wenn die Außenpolitik beider Staaten auseinanderführt. (Gleichlautend an Ministeramt).

Es bestätigt sich, dass der Oberbefehl über die russischen Seestreitkräfte im Fernen Osten in den Händen des früheren langjährigen Chefs der Ostseeflotte Wiktorow liegt. Ihm unterstehen sowohl der Flottenstützpunkt Wladiwostok nebst den [dort] stationierten Seestreitkräften wie die Amur-Flottille. Wie aus Kreisen des Kriegskommissariats geäußert wird, gilt Wiktorow als der tüchtigste Seebefehlshaber; als solchem sei ihm augenblicklich die schwierigste Aufgabe anvertraut worden. Seine Kenntnisse als U-Boot-Spezialist werden besonders hervorgehoben. Aus den Nachrichten aus dem Fernen Osten ist von besonderem maritimen Interesse, dass die Schaffung eines Hafens in der Nagajewa-Bucht an der Nordküste des Ochotskischen Meeres neuerdings geplant ist. Die Bucht liegt im Inneren der Tauiskaja-Bucht (L. 150° O, Br. 59° N) und gilt als der bestgeschützte Platz in diesem Gebiet, der Raum für Schiffe jeder Größe bietet. Der Bau soll im Jahre 1934 begonnen werden. Weitere Nachrichten über Wladiwostok und dem Fernen Osten siehe Anlage I.

[Wie] aus einem Gespräch mit dem Stellvertreter des Chefs der Marine[leitung], Admiral Ludri, hervorgeht, beschäftigt sich die sowjetrussische Marine augenblicklich mit der Frage der Torpedo-Aus[rüstu]ng der neuen Unterseeboote. Es scheint, dass die Unterseeboote [...] Torpedos bekommen sollen. Admiral Ludri erwähnte italieni[sche] Torpedos und fragte, ob eine Torpedogeschwindigkeit von 50 sm [...] 000 m Schußweite für möglich gehalten werde. Da die Firma [White]head, soweit hier bekannt, tatsächlich Torpedos mit derartigen [Eigen]schaften anbietet, kann der Schluss gezogen werden, dass die [Verwen]dung italienischer Torpedoausrüstungen von der sowjetrussi[schen] Marine zurzeit erwogen wird.

Hinsichtlich der zweckmäßigsten Größe von Unterseebooten ist in Kreisen des Kriegskommissariats die Auffassung zu hören, dass für Operationen in größeren Seegebieten, wie dem Stillen Ozean, ein Displacement von 1000 t am besten sei. Man hegt Zweifel, ob ein Displacement von 600 t dort ausreichend sei. Es wurde hierzu unsererseits auf die deutschen Kriegserfahrungen mit U 53 und an-

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

deren Booten hingewiesen, die gezeigt hätten, dass Boote mittlerer Größe auch auf größtem Seeraum zu erfolgreichster Kriegführung geeignet seien.

Es ist beabsichtigt, dass Kapitänleutnant von Baumbach in der nächsten Zeit eine mehrtägige Informationsreise nach Leningrad macht.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Eingangsstempel des AA:II M 96. Eing. 20. Jan. 1934. Gelesen: Nadolny [eigenhändige Unterschrift].

PA AA, R 30098a, Bl. E 668266–668271.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 191, S. 367–370.

Nr. 339

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim

Expl. Nr. 6

TAGEBUCH

M. M. LITVINOVS

EMPFANG VON NADOLNY, 19. 1. 1934

Nadolny sagte, er sei gekommen, um zwei kleinere Fragen zu besprechen.

1. Nadolny zeigte sich von der Rede des Gen. Kaganovič auf der Moskauer Konferenz unterrichtet, in der dieser über die deutsche Kommunistische Partei gesprochen, ihr Grüße entboten und Anweisungen für ihre weitere Tätigkeit gegeben hat¹. N[adolny] befürchtet, dass sich ähnliche Reden auch auf dem Parteitag wiederholen könnten. Er sei gekommen, um mich persönlich zu bitten, bei den Zuständigen vorstellig zu werden, um weitere Reden unterbinden zu lassen, die die Beziehungen zu Deutschland verschlechtern würden. Die Sensibilität dieser Angelegenheit und meine möglichen Einwände verstehe er sehr gut, doch erachte er es dennoch als nötig, meine Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken. Ich antwortete, ich sei sehr froh, dass er meine Einwände verstehe. Ich würde auf sie deshalb nicht eingehen, um wiederholte Diskussionen, die wir bereits mehrfach mit Vertretern anderer Staaten gehabt hätten, zu vermeiden. Ich würde auch nicht meine Ausführungen zur Tätigkeit der Hitlerpartei wiederholen. Ich zöge es vor, seine Bitte schweigend anzuhören.

2. In der Angelegenheit der Controll-Co. seien einige Deutsche verhaftet worden. Nadolny befürchte sehr, dass ein Prozess in der Art des von Šachty² organisiert

¹ Kaganovič wandte sich am 16. 1. 1934 bei der Eröffnung der Vereinigten IV. Moskauer Gebiets- und der III. Stadtparteikonferenz mit folgenden Worten an die deutschen Kommunisten: „Trotz der Zügellosigkeit des Faschismus sagen wir unseren Brüdern ‚Kämpft standhaft‘ [...] Wir haben gekämpft und gesiegt. Kämpft auch ihr ebenso standhaft für ein Sowjetdeutschland.“ In: Pravda vom 17. Januar 1934, S. 1.

² Die Sondersitzung des Obersten Gerichts der UdSSR behandelte vom 18. 5. bis 6. 7. 1928 „Die Strafsache über die wirtschaftliche Konterrevolution im Donbass“. Unter den über 50 Angeklagten befanden sich auch einige deutsche Bergbauingenieure und -techniker, die unter Vertrag

werden könnte, der erneut Material für eine Verschlechterung der Beziehungen liefern würde. Er bitte deshalb, ich möge mich dafür einsetzen, einen Prozess abzuwenden. Nebenbei warf er ein, dass es in Deutschland nicht wenige unserer Staatsbürger gebe, doch halte er den Weg von Repressionen für nicht richtig. Ich antwortete, dass ich mit dieser Angelegenheit nicht vertraut sei, damit beschäftige sich Gen. Krestinskij. Doch ganz allgemein gesprochen falle es schwer, aus den Gerichtsverfahren, die sowohl gegen sowjetische als auch gegen ausländische Bürger laufen, einzelne Fälle herauszulösen, ohne dadurch das gesamte Gerichtsverfahren zu gefährden.

LITVINOV

Vermerk: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an die Genossen Linde und Lev[in]. 20. 1. 34.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 120 vom 20. 1. 1934.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: das 1. [Expl.] ins Arch[iv], [die Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 27. Kopie.

Nr. 340

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Kollegiums des NKID

GEHEIM

AUSZUG

aus dem Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Kollegiums des NKID vom 20/1 1934

GEHÖRT: 12. VÖLKERBUND – DEUTSCHLAND.

Beitritt der UdSSR zum internationalen Hilfskomitee für Flüchtlinge aus Deutschland¹.

BESCHLOSSEN: 12. Die Frage ist der Regierung vorzulegen, ihr ist zu empfehlen, den Vorschlag abzulehnen. (Krestinskij)²

in der Sowjetunion arbeiteten. Auf Vorschlag von Stalin und Molotov hatte das Politbüro des ZK der VKP (B) am 5. März 1928 den Beschluss gefasst, sie zu verhaften. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 6, l. 37 (Protokoll Nr. 14, Pkt. 18, „Sondermappe“). Stalin und Molotov machten in einem Schreiben vom 2. März an das Politbüro darauf aufmerksam, dass die „Angelegenheit die interessanteste Wendung nehmen kann, wenn man zum Zeitpunkt der Wahlen in Deutschland eine entsprechende gerichtliche Untersuchung organisiert“. (Vgl. Šachtinskij process 1928 g.: podgotovka, provedenie, itogi (Der Šachtij-Prozess von 1928: Vorbereitung, Durchführung, Ergebnisse) v 2-ch kn., otv. red. S. A. Krasil'nikov, Moskva 2011, Bd. 1, Dok. 328–8, S. 163.) Die Reichstagswahlen fanden am 20. 5. 1928 statt.

¹ Der Völkerbund bestimmte im Oktober 1933 James G. McDonald als Hohen Flüchtlingskommissar, dessen Kommission sich der Flüchtlinge aus Deutschland annehmen sollte. Im Januar 1934 hatte sich McDonald mit einer inoffiziellen Anfrage an Trojanovskij gewandt, ob es möglich wäre, einen sowjetischen Vertreter in die Internationale Hilfskommission für Flüchtlinge aus Deutschland zu entsenden.

² Am 23. 1. 1934 sandte Krestinskij an Stalin einen Bericht, in dem er den Beschluss des Kollegiums des NKID begründete und bat, ihn durch das Politbüro des ZK der VKP (B) zu bestätigen.

Eigenhändige Unterschrift von F. V. Linde.

Unten rechts befindet sich Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 404 vom 7. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: an die 3. Westabt[eilung], an die 2. Westabt[eilung].

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 2, l. 5. Kopie.

Nr. 341

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 22. Januar 1934

Aufzeichnung

Herr Dr. Mutzenbecher und Fräulein Dr. Delius von der Deutschen Kunstgesellschaft suchten mich heute auf, um über den Fortgang des ins Stocken geratenen deutsch-russischen Kunstaustausches zu sprechen.

Wie in der Aufzeichnung vom 14. November v. J. niedergelegt, war Folgendes geplant:

1) Die Veranstaltung einer Ausstellung deutscher Kinderzeichnungen in der Sowjetunion und im Austausch hiermit einer sowjetischen Theaterausstellung in Berlin;

2) die Entsendung deutscher Musiker nach Russland und im Austausch damit die von russischen Ballettkünstlern nach Deutschland.

Bezüglich der Ausstellung von Kinderzeichnungen stehen die inneren Behörden auf dem Standpunkt, dass eine solche nicht als repräsentativ für das heutige Deutschland bezeichnet werden könne. Sollten die Russen jedoch Wert darauf legen, im Rahmen der von ihnen geplanten internationalen Ausstellung auch deutsche Kinderzeichnungen zu zeigen, so bestünden keine Bedenken, das in Berlin verfügbare Material nach Moskau zu senden, **evtl. mit Frau Delbrück**¹.

Da aus der Presse bekannt geworden ist, dass sich Russland in New York an einer Ausstellung von Kulissenmalerei und zeichnerischen Entwürfen für Theaterausstellungen beteiligen will, wird, ehe dem Plane einer sowjetischen Theaterausstellung in Berlin nähergetreten wird, das Generalkonsulat in New York aufzufordern sein, über den Charakter der von Russland daselbst gezeigten Ausstellungsgegenstände zu berichten.

Bezüglich des Auftretens russischer Ballettkünstler in Berlin wird die Kunstgesellschaft noch nähere Feststellungen darüber treffen, ob angesichts der Haltung der inneren Stellen mit einem erfolgreichen Auftreten im Theater am Horst-Wesselplatz gerechnet werden könnte. Ein Schreiben des Generalintendanten der

Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 36, S. 89. Am 25. 1. 1934 fasste das Politbüro der VKP (B) den entsprechenden Beschluss. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 512, l. 8–9 (Protokoll Nr. 153, Pkt. 6, „Sondermappe“).

¹ Der Text ist eingefügt.

Preußischen Staatstheater² ist in der Anlage zur gefälligen Kenntnis ergebenst beigefügt.

Hiermit
Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts der handschriftliche Vermerk: e o IV Ru 331, unten ebenfalls handschriftlich: A 2, Ru. Am Ende des Dokuments befindet sich der Vermerk: Repr[oducatur] in 1. Monat sowie weitere, nicht entzifferte Vermerke.

PA AA, R 94538, o.P., 2 Bl.

Nr. 342

Brief des Botschaftsrats von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, den **23.**^{*1} Januar 1934

Sehr verehrter Herr von Dirksen!

Ich benutze die Gelegenheit der Reise des Herrn Eisenhart zum Amtsantritt in Wladiwostok, um endlich Ihnen einmal zu schreiben. Ich hoffe, Sie haben unsere verschiedenen drahtlichen Grüße bekommen und auch aus sonstigen Anzeichen ersehen, *dass wir unseren alten lieben Chef nicht vergessen haben*². Auch die *Erinnerungsgabe*³ der Botschaft wird hoffentlich *bald abgehen*⁴ können; es hat doch länger gedauert, als wir annahmen, bis alle gewünschten Fotografien zur Stelle waren. Lediglich Köstrings konnten wir bisher nicht habhaft werden, da kein Mensch weiß, wo er sich zur Zeit befindet. Diese Fotografie wird nachgeliefert werden, so dass Sie dann tatsächlich im Besitz der Konterfeis aller Ihrer Mitarbeiter der Jahre 1929–1933 sind.

Die Entwicklung der *deutsch-sowjetischen*⁵ Beziehungen seit Ihrem Weggang ist *schnell weiter bergab*⁶ gegangen. Die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten⁷, der große Empfang in Rom⁸ machten für Herrn Litwinow das Nichtnotiznehmen in Berlin⁹ um so fühlbarer und die Konsequenz von allem Gewesenen und allem Vermuteten besteht darin, dass *zum mindesten der Außenkommissar nunmehr fest entschlossen ist, den französischen Kurs zu steuern, der

² Heinz Tietjen.

¹ Unter dem Datum ist handschriftlich vermerkt: 25. 2.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Am 16. 11. 1933.

⁸ Gemeint ist der Aufenthalt Litwinovs vom 3. bis 5. Dezember 1933 in Rom auf Einladung der italienischen Regierung.

⁹ Vgl. Dok. 333, Anm. 17.

zwangsläufig^{*10} gegen Deutschland führt. Aus der Litwinow-Rede¹¹, die durch eine lange Unterhaltung zwischen Litwinow und Herrn Nadolny¹² noch verstärkt wurde, werden Sie das Nötige entnommen haben. Unserer Auffassung nach sind *hier Besprechungen im Gange^{*13}, die darauf hinzielen, einen der in der Abrüstungskonvention vorgesehenen *Regionalpakte für den Osten ins Auge zu fassen, d. h. also ein Defensivbündnis zwischen Polen, der Sowjetunion und vielleicht der Kleinen Entente^{*14}. Polen und die Sowjetunion wollten außerdem zu Beginn des neuen Jahres gemeinsam den Status quo der baltischen Staaten garantieren und diese Staaten eventuell für den Kriegsfall neutralisieren. Dieses Projekt ist vorläufig aber noch nicht zustande gekommen. Dazu kommt die starke *Annäherung der Sowjetunion an den Völkerbund^{*15}, der in seiner jetzigen Zusammensetzung mehr denn je ein Instrument der französischen Politik ist. Die Chancen für uns sind also trübe, besonders da *Berlin^{*16} einer gewissen Aktivität im Osten vorläufig immer noch abgeneigt ist und *immer noch den Schlüssel in der Hand zu haben glaubt^{*17} und in kühler Reserviertheit abwartet, bis die Russen einsehen, dass wir nichts Böses gegen sie vorhaben.

Die Lage im Fernen Osten wird hier sehr ernst angesehen, wenn man auch zurzeit glaubt, eine leichte Entspannung feststellen zu können. *Die japanische Behauptung, dass Deutschlands Stellung zur Frage der Anerkennung Mandschuos seit dem Botschafterwechsel in Tokio eine andere^{*18} geworden sei, hat hier verstimmend gewirkt. „Ist Herr von Dirksen noch unser Freund?“^{*19}

Für Ihren freundlichen *Brief vom 19. Dezember, den ich jetzt erhielt^{*20}, sage ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank. Ich hoffe, dass inzwischen die Möbel eingetroffen sind und dass Sie sich nun auch in Tokio wohl und zu Hause fühlen. *In Obuchow²¹ sind große bauliche Veränderungen geplant^{*22}; die Wand zwischen dem roten Salon und dem früheren Zimmer Ihrer Gattin soll weggenommen werden, um dadurch einen großen Empfangsraum zu schaffen; ebenso wird im Sommer die Verbindungswand zwischen dem kleinen Gartensalon und dem Speisezimmer entfernt werden. Dadurch wird man Raum erhalten, um etwa 36 Personen gleichzeitig abfüttern zu können. Das Schlafzimmer Ihrer Gattin ist in ein Badezimmer verwandelt worden. Das Projekt, das Haus Obuchow aufzustocken, hat man fallenlassen, da die technischen Schwierigkeiten bei einem Holzhaus doch zu groß sind.

An Veränderungen sind in der Botschaft seit Ihrem Weggang außer der Versetzung von Eisenhart nach Wladiwostok noch neuerdings die *Versetzung Pranges

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Am 29. 12. 1933; vgl. Dok. 322.

¹² Vgl. Dok. 328.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

²¹ Gemeint ist die Residenz des Botschafters in der Čistý pereulok, die bis 1922 Obuchov pereulok hieß.

²² Der Text ist unterstrichen.

nach Ankara herausgekommen^{*23}; sonstige Veränderungen sind für absehbare Zeit nicht vorgesehen. Das Haus *Gagarinski^{*24} haben wir aufgegeben. Dafür ist Schiller in das *Drusag-Haus gezogen; Herwarth führt jetzt gemeinsam mit Dittmann in Kalaschni^{*25} einen Haushalt, da mit der Rückkehr seiner Frau nicht mehr zu rechnen ist.

Die *deutsche Kolonie ist großen Schwankungen unterworfen^{*26}, da der Abbau deutscher Ingenieure lustig fortschreitet und ein nennenswerter Zuzug nicht zu verzeichnen ist. So sehen wir auch für die *deutsche Schule ein wenig bang in die Zukunft^{*27}.

Die Kassenangelegenheit ist einigermaßen zufriedenstellend erledigt; gegen einen Schönheitsfehler haben wir heftig protestiert und ich hoffe, dass auch dieser ausgemerzt wird.

An sonstigen Neuigkeiten aus dem schönen Russland ist noch zu berichten, dass Kiew im Sommer die Hauptstadt der Ukraine²⁸ werden soll und dass in den Volkskommissariaten die Kollegien abgeschafft werden²⁹. Welche Veränderungen hierdurch im Außenkommissariat hervorgerufen werden, ist noch nicht abzusehen; ziemlich sicher scheint nur zu sein, dass Karachan einen Außenposten, vielleicht Ankara, erhält.

Hilgers und uns geht es gesundheitlich soweit gut, nur *meine Frau^{*30} fühlte sich hier letzthin so schlecht und konnte nicht mehr schlafen, dass ich sie kurz entschlossen auf Raten des Arztes *in die Schweiz^{*31} geschickt habe, damit sie bei Höhensonne und Bergruhe sich etwas erholt. Ich glaube nicht, dass ihre Abwesenheit länger als vier Wochen dauern wird.

Mit der Bitte, meine aufrichtigsten Grüße Ihrer verehrten Gattin und Gräfin Wedel auszurichten, bin ich in *alter treuer Ergebenheit^{*32}

Ihr sehr gehorsamer

Fritz v. Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. I, Bl. M 014515–014518.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 73, S. 275–277.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Das Wort ist unterstrichen. Gemeint ist das Haus Gagarinskij pereulok Nr. 11, das das NKID in den 20er und 30er Jahren ausländischen Missionen vermietete.

²⁵ Der Text ist unterstrichen.

²⁶ Der Text ist unterstrichen.

²⁷ Der Text ist unterstrichen.

²⁸ Vgl. Dok. 330, Anm. 7.

²⁹ Die Kollegialverfassung des NKID wurde im Mai 1934 aufgelöst.

³⁰ Der Text ist unterstrichen.

³¹ Der Text ist unterstrichen.

³² Der Text ist unterstrichen.

Nr. 343
**Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA
von Bülow**

Moskau, den 23. Januar 1934

IV Ru. 799

Lieber Bülow!

Auf meinen Bericht vom 9. d. M¹. über die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Sowjetrussland liegt mir nunmehr die Antwort des Amtes IV Ru. 166 vom 17. Januar² vor. Bei der großen Bedeutung dieses Erlasses nicht nur für unser künftiges Verhältnis zur Sowjetunion, sondern wohl auch für unsere außenpolitische Lage überhaupt wäre es vielleicht meine Pflicht, dazu offiziell Stellung zu nehmen. Aber ich möchte begreiflicherweise im Interesse der Sache nicht, dass sich die Korrespondenz zu einer Kontroverse gestaltet, und so erlaube ich mir, Ihnen unter Bezugnahme auf unsere letzte Unterhaltung persönlich zu schreiben und Sie zu bitten, eine nochmalige eingehende Überlegung der Frage zu veranlassen.

Die Schlussfolgerungen des Erlasses bedeuten, das werden Sie mir zugeben, nichts anderes als Resignation. Denn „kühle Reserve“ als positive Taktik kann man doch nur dem gegenüber beobachten, an dessen guter Beziehung einem nichts liegt oder von dem man denkt, dass er doch nichts gegen einen unternimmt oder dass er einem doch wieder kommen muss. Dass aber all dieses bei Sowjetrussland nicht zutrifft, darüber sind wir uns doch wohl einig. Das geht auch aus dem Erlass selbst hervor, der ja überhaupt in der Beurteilung der Ursachen, der Bedeutung und der Folgen der deutsch-russischen Entfremdung völlig mit den Darlegungen meines Berichts übereinstimmt. Wenn der Erlass trotzdem zu der Schlussfolgerung kommt, dass keinerlei Initiative entwickelt werden soll, um der sichtbar vor sich gehenden Entwicklung der russischen Abschwenkung ins gegnerische Lager entgegenzuwirken, so bedeutet das einfach, dass man die Flinte ins Korn wirft. In der Tat bringt der Erlass ja auch ziemlich deutlich zum Ausdruck, dass man in Berlin der Ansicht ist, jede Initiative sei nutzlos, und es würde nur der Eindruck entstehen, dass wir den Sowjetleuten nachlaufen.

Nun liegt aber gerade hierin, nämlich in unserer beiderseitigen Auffassung über die hiesige gegenwärtige Situation, augenscheinlich ein grundlegender Unterschied vor: Das Amt ist anscheinend der Meinung, die Sowjetregierung habe bereits mehr oder minder für Frankreich optiert, die Würfel seien schon gefallen; daher wäre jeder weitere Schritt von deutscher Seite doch vergeblich, müsste uns sogar als ein Nachlaufen schaden. Ich dagegen bin auf Grund meiner hiesigen Eindrücke folgender Ansicht: Litwinoff ist zwar für seine Person ^{*so gut wie}³ entschlossen, den französischen Kurs zu steuern, auch wenn dies zu einer Entfremdung mit Deutschland führt; aber Litwinoff ist nicht der allein Ausschlaggebende. Die auswärtige Politik der Sowjetunion in ihren Grundlinien wird von Stalin und dem Politbüro festgelegt, zu dem Litwinoff nicht gehört; und in diesem hat heute

¹ Vgl. Dok. 333.

² Vgl. Dok. 337.

³ Der Text ist unterstrichen.

immer noch die Richtlinie Geltung: „Keine Bindung an irgendeine europäische Gruppierung, die die Sowjetunion gegen ihren Willen in die europäischen Konflikte hineinziehen könnte.“ Von dieser Politik der freien Hand gegenüber Europa wird das Politbüro sich nur entschließen abzugehen, wenn es überzeugt ist, dass wirklich von Deutschland Gefahr droht und dass ihr gegenüber keine andere Möglichkeit vorhanden ist, als mit unseren Gegnern zusammenzugehen. Litwinoffs Arbeit ist infolgedessen darauf gerichtet, dem Politbüro den Beweis zu erbringen, dass die undurchsichtige Haltung Deutschlands in der Tat gefährlich ist und dass man, um ihr zu begegnen, sich mit denjenigen europäischen Mächten verständigen oder sogar verbünden muss, die gewillt sind, Deutschland in Schach zu halten – also der Gruppe Frankreichs. Und wenn wir uns nicht rühren, so wird er es auch fertigbekommen, das Politbüro dazu zu bringen, zumal Stalin und die anderen Mitglieder des Politbüros das Ausland aus eigener Anschauung nur wenig kennen und unter den heutigen deutschen Verhältnissen das Ressentiment gegen uns natürlich stark ins Gewicht fällt.

Andererseits haben mich gerade die letzten Unterhaltungen hier mehr und mehr davon überzeugt, dass wir durchaus noch nicht die Segel zu streichen brauchen. Unsere Freunde – ich denke besonders an die Rote Armee und ihren Chef, den mächtigen Woroschilow, aber auch an viele andere – sind trotz aller Unbequemlichkeit des deutschen Regimes durchaus bereit, für gute deutsch-russische Beziehungen zu arbeiten, wenn wir ihnen überzeugendes Material an die Hand geben, um Litwinoffs Argumente zu entkräften. Diese Leute warten darauf, dass wir auf Litwinoffs Rede⁴ in einer Form reagieren, die unseren guten Willen zu einer Zusammenarbeit klar zum Ausdruck bringt. Die Reichskanzlerrede vom 23. März v. J.⁵ zieht in dieser Beziehung nicht mehr, denn es handelt sich darum, eine gerade jetzt hochgekommene Stimmung herabzudämpfen, und das kann man nicht mit einer Bezugnahme machen. Gerade jetzt, wo der erste verunglückte Anlauf in der Baltenpaktfrage Litwinoff hier anscheinend geschadet hat und Stimmen laut werden, er sei auch in seiner Rede gegenüber Deutschland zu weit gegangen (vgl. die neuerliche gemäßigte Sprache Kaganowitschs auf dem Moskauer Parteitag)⁶, würde eine demonstrative deutsche Erklärung voraussichtlich auf die Litwinoffsche Hetze wie ein kalter Wasserstrahl wirken.

Ich kann in einer solchen Erklärung auch kein großes Risiko für uns sehen, insbesondere kein Nachlaufen. Sie kann als Antwort auf Litwinoffs Rede erfolgen, die eine Zurückweisung doch reichlich verdient hat. In ihr könnte mit den ganzen fadenscheinigen Argumenten Litwinoffs ein für allemal aufgeräumt und das Verhältnis zwischen den beiden Staaten erneut dahin klargestellt werden, dass wir ebenso wie die russische Seite zur Wiederherstellung des Verhältnisses von Rapallo durchaus bereit sind und dass wir nichts anderes wollen als eine gegenseitige Respektierung des Systems. *Wir wollten uns nicht in das sowjetische einmischen, auch uns nicht einmal ein Urteil darüber erlauben, ob es für Russland nützlich ist oder nicht, wir verlangten aber von russischer Seite gegenüber unseren in-

⁴ Vgl. Dok. 322.

⁵ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁶ Vgl. Dok. 344.

neren Verhältnissen dasselbe^{*7}. *Aus dem Echo und der Aufnahme einer solchen Erwiderung in der Sowjetunion werden wir zum mindesten volle Klarheit gewinnen, wo die Sowjetunion politisch tatsächlich heute steht. Ist die Aufnahme günstig, so wird sich auch die Stimmung uns gegenüber hier wieder beruhigen, und wir werden erreichen, dass Russland zum wenigsten neutral bleibt. Ist die Aufnahme ungünstig, so können wir öffentlich feststellen, dass die Schuld nicht an uns liegt, was mir im Hinblick auf Italien, England und die USA nicht ohne Bedeutung zu sein scheint,^{*8} und wir können dann unsere Politik entsprechend einstellen.

Ich schätze den positiven Nutzen eines guten deutsch-russischen Verhältnisses für unsere derzeitigen politischen Interessen sicherlich nicht höher ein als Sie. Eine Einreihung der Sowjetunion in die gegnerische Front wäre aber für unsere außenpolitische Bilanz zweifellos ein großer Debetposten. Überdies haben wir hier große und für unsere Zukunft wichtige wirtschaftliche und kulturelle Positionen zu verteidigen. Wir kennen aber den Osten zu gut, um nicht zu wissen, dass hier, besonders unter einer Diktatur, sehr viel von den politischen Beziehungen abhängt. Sind diese schlecht, so sind Rückschläge in wirtschaftlicher und kulturpolitischer Hinsicht, speziell auch bezüglich des hiesigen Deutschtums, unvermeidlich. Es sind hier jetzt Riesenenergien eines jungen Volkes in Bewegung. Noch sind wir wirtschaftlich und kulturell unbestritten in der Führung. Wenn wir jetzt resigniert den Dingen ihren Lauf lassen, so könnten wir bei der schnellen Entwicklung sehr bald durch andere verdrängt werden, und dann wird es sehr mühsam und teuer sein, die verlorene Position wieder zu erobern. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung können wir, glaube ich, nicht übernehmen.

So bitte ich Sie nochmals, die in meinem Bericht vom 9. Januar gegebenen Anregungen einer erneuten Prüfung zu unterziehen und auf eine Stellungnahme hinzuwirken, die alles tut, um unsere hiesigen Interessen nicht preiszugeben.

Mit bestem Gruß stets Ihr

Nadolny

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Laut Stempel eingegangen im AA am 1. 2. 1934. Paraphen Meyers, von Bülow und von Tiplerskirchs sowie weitere, nicht entzifferte Bemerkungen.

PA AA, R 31499, Bl. E 497465–497470.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 210, S. 398–401.

⁷ Der Text ist am Rand angestrichen und mit der Randbemerkung von Neuraths versehen: „Das haben wir doch schon oft erklärt.“

⁸ Der Text ist am Rand angestrichen und mit Fragezeichen versehen.

Nr. 344

Bericht des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 24. Januar 1934

Tgb. A/171
 An das
 Auswärtige Amt
Berlin

Im Anschluss an den Drahtbericht
 Nr. 16 vom 23. 1. 34 **IV Ru 352**¹

Inhalt: Rede Kaganowitschs auf der Moskauer Gebiets-Parteikonferenz

In einem längeren Referate auf der Moskauer Gebiets-Parteikonferenz am 17. 1. 1934 kam Kaganowitsch auch auf die Außenpolitik der Sowjetunion zu sprechen.

Über Deutschland sagte er: „Wenn die deutsche Regierung mit uns Beziehungen herstellen wollen analog denjenigen, die vor dem faschistischen Regime bestanden haben, und wenn sie nicht überheblich sein wird, so wird unsere Regierung, wie sie mehrfach erklärt hat, darauf eingehen. Das sehen wir aber heute auf deutscher Seite nicht. Darum bleiben unsere Beziehungen zu Deutschland gespannt. Unsere Regierung hat der deutschen Regierung erklärt, dass wir ihre Versprechungen hinsichtlich der Fortsetzung der Rapallo-Politik, der Politik der normalen Beziehungen zu uns nicht nach Worten, sondern nach Taten beurteilen würden. Das haben wir besonders deutlich während des Journalistenzwischenfalles gezeigt. Wir blieben fest und setzten die Erfüllung unseres berechtigten Anspruchs auf Zulassung der Sowjetjournalisten zum Leipziger Prozess durch.“

Während Kaganowitsch in dem oben angeführten Passus in Bezug auf Deutschland eine mildere Sprache gebrauchte als Litwinow auf der Dezebembertagung des Bundes-ZIK², schlug er England gegenüber einen schärferen Ton an. Er führte aus: „Unsere Beziehungen zu England blieben die ganze Zeit über gespannt. Wir hatten einen Konflikt wegen der Schädlinge von der Gesellschaft Metro-Vickers³. Der Konflikt ist beigelegt. Wie haben den Diehards⁴ gezeigt, dass die Sowjetunion keine Kolonie ist und dass wir niemandem gestatten werden, bei uns eine Nachrichtenstelle einzurichten. Analysiert man die Einstellung der englischen Konservativen zur Sowjetunion, so kann man sagen, dass die Diehards bemüht sind, Hauptorganisatoren von allen möglichen Ränken und sogar eines Krieges gegen die Sowjetunion zu werden.“

Als die brennendste Frage bezeichnete Kaganowitsch das Verhältnis zu Japan. Die Lage im Fernen Osten – so führte er aus – sei gespannt. Jeden Augenblick sei ein Angriff zu gewärtigen. Jeder Imperialist sei heuchlerisch und heimtückisch, die japanischen Imperialisten legten uns aber diesen Gedanken ganz besonders nahe.

¹ Die Nummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 322.

³ Vgl. Dok. 66, Anm. 14, 18.

⁴ Engl.: Dickschädel.

Die Ausführungen Kaganowitschs, der hinter Stalin z.Zt. zweifellos die einflussreichste Persönlichkeit der Sowjetunion ist, über Deutschland sind verglichen mit den Angriffen Litwinows gegen die deutsche Politik in ruhigerem Tone gehalten. Dies fällt umso mehr auf, als die Redner auf den Parteikongressen für gewöhnlich noch weit schärfere Töne anschlagen als die offiziellen Regierungsvertreter. Die Rede Kaganowitschs, so weit sie Deutschland betrifft, ist daher als eine gewisse Abschwächung der Ausführungen Litwinows zu bewerten.

Kaganowitsch hat sich bei der Erwähnung Deutschlands auf den ruhigeren Standpunkt zurückgezogen, dem Molotow in seiner Rede vor dem Bundes-ZIK Ausdruck gab. Von Sowjetseite wurde in privaten Gesprächen ausdrücklich auf diesen abschwächenden Charakter der Rede Kaganowitschs hingewiesen.

Im Auftrag

Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Paraphen von N[euraths] 29/1 und von B[ülows] 29/1. Stempel: A.A. eing. 26. Jan 1934 sowie IV Ru 415 Eing. 27. Jan 1934. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 83397, Bl. H 046676–046678.

Nr. 345

Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Heintze für den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 26. Januar 1934

Abschrift.

I B 777/34

An das Auswärtige Amt,
zu Händen des Herrn Leg. Sekr.
Dr. Bräutigam
Berlin

Vermerk

Am Montag, dem 15. Januar 1934 empfing Herr Ministerialdirektor Dr. Heintze in Gegenwart von Herrn Ministerialrat Mossdorf und Assessor Pohle den Handelsvertreter der UdSSR, Herrn Weizer, der gerade aus Moskau zurückgekommen war. Herr Weizer erklärte, die UdSSR beabsichtige, ihre im Jahre 1934 fällige Schuld von ca. 685¹ Millionen RM, also rund 700 Millionen, wie er bereits früher gesagt habe, in der Weise zu bezahlen, dass sie *350 Millionen RM in Gold und Devisen und 350 Millionen RM in Waren*² zur Verfügung stellen werde.

Herr Ministerialdirektor Dr. Heintze entgegnete, die Erteilung einer Einfuhrgarantie an die UdSSR ganz allgemein und insbesondere in einer solchen Höhe werde auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen. Eine Einfuhr von 350 Millionen RM stelle gegenüber der Einfuhr im Jahre 1933 von etwa 180 bis 200 Millio-

¹ So im Dokument; richtig: 675 Mio. RM; vgl. Dok. 317.

² Die Zahlen und die Worte Gold, Devisen, Waren sind handschriftlich unterstrichen.

nen RM eine sehr große Steigerung des russischen Warenimports dar. Es werde nicht gelingen, so viele Waren in Deutschland ohne Schädigung der deutschen Interessen unterzubringen.

Herr Ministerialrat Mossdorf fügte hinzu, dass man zunächst, anstatt über eine Einfuhrgarantie zu sprechen, sich überlegen solle, ob nicht einzelne Waren, nach Möglichkeit auch nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse, in erhöhtem Maße eingeführt werden könnten. Es erscheine ihm nicht unmöglich, dass zum Beispiel deutsche Firmen in erhöhtem Maße Rauchwaren abnehmen würden unter der Voraussetzung, dass die Quote des Rohmaterials erhöht werde. Auch glaube er, dass die chemische Industrie nur ein Warenaustauschabkommen treffen könne. Im Übrigen könnte vielleicht in Erwägung gezogen werden, ob der UdSSR nicht auch bei Rückzahlung des in diesem Jahre fälligen 140 Mill.-Kredits eine Hilfe gewährt werden könne.

Herr Weizer erwiderte hierauf, dass ihn in erster Linie an einer Bezahlung der Schulden durch Lieferung von *Butter, Eiern, Getreide, Sonnenblumenöl, Naphta, Holz*³ usw. gelegen sei. Übrigens habe er in den letzten Tagen mit der rheinisch-westfälischen Industrie ein Abkommen abgeschlossen, nach welchem diese im Jahre 1934 120 000 Tonnen Manganerze abnehmen werde. Es könnten noch weitere Mengen von Manganerzen geliefert werden; es ließen sich auch noch größere Mengen Naphta einführen, wenn der *Vertrag des Benzol-Verbandes mit der Standard-Oil-Compangnie gelöst werde*⁴. Falls nicht genügend Waren in Deutschland verkauft würden, so könnte das Reich doch Vorräte anschaffen. Es wäre allerdings nicht möglich, Rauchwaren in größerem Umfange zur Verfügung zu stellen, da die diesjährige Ernte sehr schlecht wäre. Die UdSSR müsse sogar die vertraglich vorgesehenen Lieferungen nach den USA einschränken. An einer Erleichterung durch finanzielle Hilfen sei der UdSSR nach seiner Auffassung wenig gelegen. Immerhin *könnte man eine Verlängerung des 140 Millionen Reichsmark-Kredits in Erwägung ziehen*⁵. Dann brauchen nur für etwa 200 Millionen RM Waren abgesetzt zu werden. Allerdings müsste dann der heute 8,8% betragende Zinsfuß erheblich herabgesetzt werden. Auch sei es der UdSSR nicht angenehm, dass sie diesen Kredit nur gegen die bekannten Sicherheiten erhalten habe. Diese Tatsache schade ihr in den Verhandlungen über die *Staatsanleihe in den USA*⁶. Ferner sei zu berücksichtigen, dass die größten Zahlungen im ersten und zweiten Quartal 1934 lägen, dass der 140 Millionen-Reichsmark-Kredit und die Zinsen jedoch erst im 2. Quartal mit 55 Millionen und im 3. Quartal mit 80 Millionen zurückzuzahlen seien. Der *Überbrückungskredit müsste deshalb im 2. Quartal auf etwa 160 bis 170 Millionen erhöht werden können*⁷. Ein Entgegenkommen seitens der deutschen Regierung könnte ferner dadurch gezeigt werden, dass für das Jahr *1934 40 Millionen Spermark*⁸ zur Verfügung gestellt würden.

Herr Ministerialrat Mossdorf antwortete hierauf, dass bereits die Übertragung der im Jahre 1933 zur Verfügung gestellten, aber nicht ganz ausgenutzten Sperr-

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

markbeträge auf den Monat Januar dieses Jahres großen Bedenken begegnet sei und ein besonderes Entgegenkommen darstelle. Eine Bewilligung von 40 Millionen Sperrmark halte er nicht für möglich.

Herr Ministerialdirektor Dr. Heintze meinte, dass auch nach seiner Ansicht *Sperrmarkbeträge im Jahre 1934 überhaupt nicht zugestanden werden könnten⁹. Die anderen Fragen müssten zunächst im Reichswirtschaftsministerium beraten werden und könnten dann vielleicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Herr Weizer bat, diese Beratungen möglichst zu beschleunigen, da er bereits am 23. Januar zum Parteitage¹⁰ nach Moskau fahre und gern vor diesem Termin eine möglichst bestimmte Antwort besitzen würde.

Herr Ministerialdirektor Dr. Heintze sagte eine Beschleunigung zu und erklärte, dass die UdSSR eine Erfüllung der geäußerten Wünsche leichter machen werde, wenn sie durch Bestellungen eine günstige Stimmung schaffe. Herr Weizer sagte dagegen, dass die deutsche Regierung durch ein Eingehen auf die russischen Wünsche eine günstige Stimmung für Bestellungen vorbereiten würde. *Bestellungen könnten vielleicht vergeben werden, aber nur zu sehr langen Kreditfristen, etwa 8–10 Jahre¹¹. Der Kredit müsste dann aber in einer neuen Form gegeben werden, die sich von dem bisherigen Verfahren unterscheide, etwa in *Form einer Anleihe¹². Es sei für die UdSSR nicht tragbar und völlig ungerechtfertigt, dass ungarantierte Russenwechsel mit einem Diskontsatz von 30% und mehr an der schwarzen Börse gehandelt würden. Die UdSSR strebe es an, die Firmen in *bar [zu] bezahlen, um bessere Preise zu erhalten¹³ und die hohen Kreditkosten zu ersparen. Im Übrigen werden sie *Deutschland bei Bestellungen immer berücksichtigen¹⁴, auch wenn deutsche Angebote nicht ganz so günstig seien wie die anderer Länder. Die russische Industrie habe sich nämlich weitgehend auf die deutschen Firmen eingestellt. Die deutsche Seite müsse mit Vorschlägen herauskommen. Es seien ihm *bereits Kredite bis zu 6 Jahren angeboten worden¹⁵, unter anderem auch von der Tschechoslowakei. Er habe diese Angebote aber als zu gering abgelehnt.

Herr Ministerialdirektor Dr. Heintze erwiderte, dass nach seiner persönlichen Auffassung ein besonderer Kredit nur für ein besonderes Programm, für zusätzliche Bestellungen, in Frage komme. Eine Anleihe könnte von Deutschland nicht gewährt werden, man müsse vielmehr an dem bisherigen Verfahren der Reichsausfallbürgschaft festhalten. Die Waren, die mit Hilfe eines langen Kredites gekauft würden, müssten so beschaffen sein, dass sie noch nach Jahren eine Rente abwürfen. Es wäre nach seiner Ansicht nicht ausgeschlossen, dass man für ein Geschäft in rollendem Eisenbahn-Material von etwa 100 Millionen RM längere Fristen zustehen würde. Er halte 4 Jahre für sehr weitgehend, jedenfalls könne ein Zeitraum von mehr als 5 Jahren überhaupt nicht in Betracht kommen. Herr Weizer hielt sich diesem Vorschlag gegenüber, den Herr Ministerialdirektor Heintze als

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der XVII. Parteitag der VKP (B) fand vom 26. 1. bis 10. 2. 1934 statt.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

ganz unverbindlich und als seine persönliche Auffassung hingestellt hatte, nicht ganz ablehnend, konnte sich aber auch nicht positiv erklären.

Er kam dann auf Veranlassung von Herrn Ministerialdirektor Dr. Heintze noch auf den Streit über die *Dollarentwertung*¹⁶ zu sprechen und sagte, dass nach seiner Ansicht wohl unterschieden werden müsse, ob sich der Streit nur um die Frage drehe, ob in Reichsmark oder in Dollar abgeschlossen sei, bzw. ob Reichsmark- oder Dollarwechsel gegeben wären, oder ob lediglich eine *Aufwertung*¹⁷ verlangt werde. Im letzteren Falle wäre eine *Einigung oder eine Zustimmung zu einem Schiedsgericht schon mit Rücksicht auf alle anderen Länder ausgeschlossen*¹⁸. Er halte es auch nicht für wahrscheinlich, dass man sich etwa auf einen auch der UdSSR genehmen Schiedsrichter einigen könnte. Hierüber habe er jedoch nicht mit einem Juristen gesprochen.

Es wurde vereinbart, die Besprechung alsbald fortzusetzen.

Abschrift vorstehenden Vermerks übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnissnahme.

Im Auftrag

gez. Dr. Heintze

Beglaubigte Abschrift. Auf Kopfbogen des Reichswirtschaftsministers geschrieben. Auf dem ersten Blatt Stempel des AA: IV Ru 435, Eing. 29. Jan. 1934.

PA AA, R 94658, Bl. E 664776-664780.

Nr. 346

Aufzeichnung der Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 41¹

Berlin, 27. 1. 1934

AUS DEM TAGEBUCH des Gen. BESSONOV

Aufzeichnung der Unterredung mit Mossdorf am 19. 1. (während des Empfangs)

Auf meine Frage bezüglich der Perspektiven der Handelsverhandlungen antwortete Mossdorf, dass von deutscher Seite die Bereitschaft bestehe, uns entgegenzukommen und den 140 Millionen-Kredit zu verlängern sowie uns eine Ausweitung des Export bis auf 200 Millionen Mark unter der Bedingung zu garantieren, dass wir in Deutschland Aufträge für Transportmittel in Höhe von 100 Mio. Mark

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

vergeben. Nach Mossdorfs Auffassung könnte dies auch dazu beitragen, den Dollar-Konflikt endgültig beizulegen. Laut Mossdorf beabsichtige das Wirtschaftsministerium, in den nächsten Tagen mit Vejcer ausführlich über dieses Thema zu sprechen.

Aufzeichnung der Unterredung mit Meyer am 19. 1.
(während des Empfangs)

Auf meine Frage, was es Neues gebe, antwortete Meyer sehr erbst, dass jetzt Neuigkeiten nur von der sowjetischen Seite zu erwarten seien. Er habe mir bereits mehrmals gesagt und betone es noch einmal, dass sich seiner Ansicht nach der Wandel in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland ausschließlich durch die Veränderung in der Haltung der UdSSR erklären lasse. Er würde empfehlen, sich rechtzeitig bei allen Verhandlungen die Grundthese einzupauken, und zwar: „Die Lösung der Frage hängt ausschließlich von der Sowjetunion ab.“

Ich machte Meyer darauf aufmerksam, dass es in der Politik der UdSSR und Deutschlands einen kolossalen Unterschied gäbe. Die Regierung in der UdSSR sei die alte geblieben und sie werde auch künftig die gleiche bleiben, solange es die UdSSR gebe. Sie führe und führe die gleiche Politik durch, die Politik der Freundschaft und des Friedens mit allen Völkern. Dagegen habe in Deutschland ein Regierungswechsel stattgefunden, wobei die neue Regierung trotz ihrer friedliebenden Erklärungen gegenüber der UdSSR weiterhin die Propagierung eines Kreuzzuges gegen die UdSSR nicht nur dulde, sondern sogar fördere. Ich wies ihn darauf hin, dass Gen. Litvinov in seiner Rede die wichtigsten Fakten aufgezeichnet habe: die anhaltende Verbreitung des Buches Hitlers mit dem unveränderten Kapitel, in dem zu einem Feldzug gegen die UdSSR aufgerufen werde, die ungestörte Tätigkeit des russischen Emigranten Rosenberg als Leiter des Außenpolitischen Amtes der Nationalsozialistischen Partei und schließlich die betonte Freundschaft gegenüber Japan, das eine offen aggressive Politik gegenüber der UdSSR betreibe. Meyer erklärte, dass diese drei Momente in keinsten Weise miteinander verknüpft seien und man müsse sich, wenn überhaupt, für eins dieser Argumente entscheiden; insbesondere meine er, dass man sich nicht auf das Buch Hitlers berufen dürfe, weil es ein literarisches Werk Hitlers darstelle, dass er ****vor langer Zeit****² vor seinem Machtantritt geschrieben habe. Nachdem Hitler an die Macht gelangt sei, wären für uns nur seine offiziellen Erklärungen verbindlich. Außerdem meine er, Gen. Litvinov habe in seiner Rede auf der Dezembertagung des CIK³ eine offenkundig falsche Information bezüglich der antisowjetischen Umtriebe Papens verwendet, die es in Wirklichkeit nicht gegeben habe. Meyer sei bereit, anhand von Dokumenten zu beweisen, woher und wie die Fälschung bezüglich der angeblich antisowjetischen Umtriebe Papens zu uns gelangt sei.

Ich entgegnete ihm, dass es unabhängig von der Rolle Papens, die er bestreite, überreichlich andere Fakten gebe, die die abrupte Veränderung des deutschen Kurses gegenüber der UdSSR belegen, seitdem die Faschisten an die Macht gelangt seien. Ich fragte ihn direkt, ob die deutsche Seite beabsichtige, sich öffentlich zur Rede des Gen. Litvinov zu äußern. Darauf erklärte Meyer in einem sehr gereiz-

² Der Text ist korrigiert, ursprünglich: unlängst.

³ Am 29. 12. 1933. Vgl. Dok. 322.

ten Ton, dass wir dies niemals bekommen würden, und wir sollten uns mit jenen offiziellen Erklärungen begnügen, die bereits abgegeben worden seien sowie mit denjenigen, die von Zeit zu Zeit in den Gesprächen der Diplomaten gemacht würden. Die deutsche Politik sei und bleibe gegenüber der UdSSR unverändert, und es sei nicht die Schuld Deutschlands, dass die UdSSR abrupt ihre eigene Haltung verändert habe. Meyer schloss damit, verabschiedete sich rasch von mir und ging⁴. [...]⁵

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 476 vom 31. 1. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 7 Expl., 6 [Expl.] an Krestinskij, das 7. zu den Akten. 26. 1. 34.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 42, l. 4–7. Original.

Nr. 347

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Geheim

27. Januar [1934]

AN DEN

GESCHÄFTSTRÄGER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. BESSONOV

Sehr geehrter Sergej Alekseevič,

gestern begann der Parteitag¹, wo wir uns die ganze Zeit aufhalten. Deshalb beschränke ich mich auf dieses knappe Schreiben.

Sollte Hitlers Rede² Beleidigungen gegenüber der UdSSR enthalten, so müssen Sie aufstehen, die Diplomatenloge und den Reichstag verlassen.

Da der demonstrative Fortgang eine recht scharfe und schroffe Protestform ist, dürfen Sie nur im äußersten Fall davon Gebrauch machen, wenn die Rede tatsächlich beleidigende Elemente enthalten sollte. Kritische Ansichten über das sowjetische System, die keine beleidigende Form erkennen lassen, sollten Sie nicht als einen ausreichenden Grund für Ihren Weggang betrachten, insbesondere dann nicht, wenn die UdSSR dabei nicht namentlich genannt wird.

Da die Sitzung des Reichstages erst am 30. 1. stattfindet, Sie aber dieses, mein Schreiben am 29. erhalten werden, habe ich es vorgezogen, Ihnen schriftlich und

⁴ Die Aufzeichnung der Unterredung mit Meyer ist ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 18, S. 56–57.

⁵ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Unterredungen mit Bräutigam auf dem Empfang am 19. 1. (l. 5), mit dem Mitarbeiter der Derop Pieper am 23. 1. (l. 5–6) und mit dem Direktor der Derulft Vetter am 26. 1. (l. 6–7).

¹ Der XVII. Parteitag der VKP (B).

² Am 30. 1. 1934 auf der Sitzung des Reichstages.

nicht telegrafisch zu antworten; telegrafisch hatte ich lediglich angekündigt, dass die schriftliche Antwort auf dem Postweg erfolgen werde.

Die laufenden Dinge werde ich mit Lev Michajlovič³ besprechen. Zu den Fragen, die nicht so dringend sind, wird er die Antworten mitbringen, zu allen anderen wird man Ihnen telegrafieren.

Mit der heutigen Post schickte ich Ihnen die Aufzeichnung meiner Unterredung mit Nadolny vom 25. 1.⁴

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler der Kopien vermerkt: an die Genossen Litvinov und Stern.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 14. Kopie.

Nr. 348

Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 27. Januar 1934

Tgb. Nr. C/105/34
An das Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag
2 Anlagen

Inhalt: Unterschiedliche Behandlung der Sowjetbeschwerden in Deutschland und der deutschen Beschwerden in der Sowjetunion

Aus den der Botschaft vom Auswärtigen Amt übermittelten Abschriften der Verbalnoten der Sowjetbotschaft in Berlin und den Antworten des Auswärtigen Amts ersehe ich, dass die Beschwerden der Sowjetbotschaft über die Behandlung von Sowjetstaatsangehörigen in Deutschland bei den deutschen Behörden weit größere Beachtung und Aufmerksamkeit finden als gleichartige Beschwerden der Deutschen Botschaft in Moskau bei den Sowjetbehörden.

Die Sowjetbotschaft unterstellt die Angaben der beteiligten Sowjetstaatsangehörigen in jedem einzelnen Falle als vollkommen richtig und erachtet es als selbstverständlich, dass das Auswärtige Amt jeder Beschwerde nachgeht. Nicht selten übt die Sowjetbotschaft auch Kritik an den Maßnahmen der deutschen Behörden und zieht selbst die Richtigkeit der Erklärungen des Auswärtigen Amts in Zweifel. Der Ton der Noten ist unhöflich, zuweilen sogar anmaßend oder salopp (vergl. Verbalnoten der Sowjetbotschaft wegen Frau Grobin vom 6. Dezember 1933, Erlass des Auswärtigen Amts vom 29. Dezember 1933 – Ref. D. 943¹).

³ Chinčuk.

⁴ Vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 9–12.

¹ Die Dokumente konnten nicht ermittelt werden.

Das Auswärtige Amt hat in jedem Fall die Beschwerde geprüft und sich mit den inneren Behörden in Verbindung gesetzt. Die Sowjetbotschaft erhält **stets*² nach verhältnismäßig **kurzer*³ Zeit genaue Mitteilung über den Grund der getroffenen Maßnahmen und über das Ergebnis der Untersuchung. Wenn auf deutscher Seite nur im entferntesten eine Unkorrektheit vorliegt, wird der Sowjetbotschaft das Bedauern ausgesprochen.

**Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, dass die Praxis der Sowjetbehörden gegenüber den deutschen Vertretungen in der Union der SSR bei Beschwerdefällen ein ähnliches Entgegenkommen völlig vermissen lässt. In Haftfällen unterbleibt fast ausnahmslos die rechtzeitige Benachrichtigung. Auskünfte über den Grund der Festnahme werden in der Regel erst nach wiederholter Erinnerung gegeben und auch dann nur durch Hinweis auf einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, der angeblich verletzt sein soll. Über den Gang des Untersuchungsverfahrens ist keine Mitteilung zu erlangen. Besuche bei Verhafteten werden grundsätzlich erst nach Abschluss der Untersuchung und dann erst nur nach nachdrücklicher Erinnerung gestattet. Ein Gerichtsverfahren findet nur selten statt. Meist wird ein Haftfall abgeschlossen mit der lakonischen Mitteilung, der Verhaftete werde ausgewiesen. Es wird weder ein ordnungsmäßiger Ausweisungsbefehl ausgestellt noch wird ein Grund für die Ausweisung angegeben.*

In keinem einzigen Fall ist, was ich besonders hervorhebe, eine formelle Entschuldigung ausgesprochen worden, selbst dann nicht, wenn grobe Verletzungen der deutsch-sowjetischen Verträge zu Tage lagen. Ich erinnere nur an den Fall Endert (Bericht der Botschaft von 17. d. Mts. – Tgb. Nr. C 29/Endert)⁴.

Bei dieser Sachlage darf ich der Erwägung des Auswärtigen Amts anheimstellen, ob man nicht den Beschwerden der Sowjetbotschaft in Berlin so lange eine ähnliche Behandlung angedeihen lassen sollte, wie sie die Beschwerden der Deutschen Botschaft in Moskau erfahren, bis hier eine den Verträgen und dem internationalen Brauch entsprechende Änderung der Praxis eintritt. Gegenüber etwaigen Beschwerden der Sowjetbotschaft wegen der Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes könnte zweckmäßigerweise auf die Praxis der Sowjetbehörden gegenüber den deutschen Vertretungen in der Sowjetunion hingewiesen werden.

Als Vergleichsmaterial füge ich auszugsweise den Schriftwechsel zwischen der Botschaft und dem Außenkommissariat in den Fällen Hachmeister und Endert bei⁵.

Um dem Auswärtigen Amt Material gegenüber der Sowjetbotschaft an die Hand zu geben, wird die Botschaft künftig in größerem Umfang als bisher ihren Schriftwechsel mit dem Außenkommissariat in besonderen Beschwerdefällen unter Bezugnahme auf diesen Bericht abschriftlich vorlegen.

gez. Nadolny

Auf dem ersten Blatt befindet sich die Stempel Doppel und IV Ru mit der handschriftlichen Ziffer 500. Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt: H[errn] Pfleiderer. Den Vorschlag halte ich nicht für richtig. Gegenteil, nämlich erhöhte Verärgerung, würde ein-

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Die beiden Absätze sind am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Vgl. PA AA, R 83397, Bl. 046692–046713.

ziger Erfolg sein. Die Botschaft Moskau muss unter Hinweis auf das hier geübte korrekte Verfahren auf ordnungsgemäße Erledigung unserer Beschwerden dringen!! *Am Ende des ersten Blattes befindet sich der handschriftliche Vermerk: Ref. D. Gefertigt in zwei Durchschlägen.*

PA AA, R 83397, Bl. H 046714–046716.

Nr. 349

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 4

Nr. 4019/I

28. Januar 1934

AN
GEN. STALIN

Unsere Presse bittet um Anweisungen hinsichtlich der Kommentierung des polnisch-deutschen Abkommens¹. Meiner Meinung nach ist es nicht erforderlich, diesem Ereignis einen speziellen Artikel zu widmen, schon gar nicht einen Leitartikel. Man könnte sich damit begnügen, die Stellungnahme der deutschen Zeitung „Vossische Zeitung“², die TASS vorerst „nicht für die Veröffentlichung“ zusammengestellt hat, abzudrucken und sie mit unseren Kommentaren zu versehen. Dabei würde ich vorschlagen, folgende Gedanken darzulegen:

Wir begrüßen den Abschluss des polnisch-deutschen Nichtangriffsabkommens, da es der Festigung des Friedens generell und insbesondere in Osteuropa dient. Wir sind nicht an der Aufrechterhaltung von Spannungen in den Beziehungen zwischen unseren Nachbarn und Deutschland oder mit anderen Ländern interessiert. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt zutreffend, dass wir selbst das System von Nichtangriffspakten geschaffen³ und damit anderen Völkern ein Beispiel gegeben haben.

Die polnisch-deutschen Beziehungen werden von einigen Zeitungen vollkommen zu Recht als eine Art Ost-Locarno eingeschätzt. Es ist an jene Auseinandersetzung zu erinnern, die während des Abschlusses der Locarno-Abkommen bezüglich der Frage entbrannte, als Polen die Ausdehnung dieser Abkommen auf die Ostgrenze Deutschlands forderte. Die deutsche Regierung wies selbst unter Stresemann derartige Versuche beharrlich zurück. Diese Hartnäckigkeit hat Deutschland auch künftig beibehalten und sie diente als Stein des Anstoßes bei den Bemühungen um ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Es gab eine Zeit, da Deutschland Frankreich bedeutende Zugeständnisse hätte abringen können,

¹ Erklärung über Nichtangriff vom 26. 1. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 219, S. 411–412.

² „Ein Pakt mit Polen. Aufgebaut auf dem Kellogg-Pakt. Zehnjährige Dauer“. In: Vossische Zeitung vom 27. Januar 1934, S. 1.

³ Zu dieser Zeit hatte die UdSSR mit einer Reihe europäischer Staaten (Italien, Lettland, Litauen, Polen, Finnland, Frankreich und Estland) Nichtangriffsverträge geschlossen.

wenn Deutschland im Gegenzug darauf verzichtet hätte, die Frage seiner Ostgrenze durch Waffengewalt entscheiden zu wollen. Am wenigsten wäre solch ein Abkommen von Hitler zu erwarten gewesen, der die früheren Regierungen Deutschlands der unnötigen Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich und Polen bezichtigte sowie die Idee der Revanche und der gewaltsamen Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen Deutschlands propagierte. Das polnisch-deutsche Abkommen ist deshalb ein Zeichen der Schwäche Hitlerdeutschlands und Ausdruck jener Unruhe wegen der Isolierung, in welche Deutschland unter Hitler geraten ist. Das Abkommen kann zugleich als ein Schlag gegen das Ansehen des Hitlerismus betrachtet werden.

Doch haben wir es tatsächlich mit einer Kapitulation Hitlers zu tun? Kann man denn wirklich von einer Wende in seiner Außenpolitik und von einem Verzicht auf jene außenpolitischen Grundlagen sprechen, auf welcher der Hitlerismus seine Kräfte formierte? Hat sich denn Hitler tatsächlich auf ein äußerstes Zugeständnis ohne jegliche Kompensation eingelassen, worin besteht diese Kompensation und zu wessen Lasten erfolgte sie? Dies sind Fragen, die viele Staaten Europas und vor allem die unmittelbaren Nachbarn Polens zweifellos noch eine lange Zeit beschäftigen werden.

Eine andere Frage, die durch das Abkommen aufgeworfen wird, ist die, wie sich das Abkommen auf die polnisch-französischen Beziehungen auswirken wird. Es ist bekannt, welche Rolle die Sicherheit Polens in dem französisch-deutschen Antagonismus gespielt hat. In Frankreich gibt es viele Politiker, die bereits früher ihrer Regierung vorgeschlagen haben, die Interessen Polens zu opfern, um mit Deutschland ein Abkommen zu erreichen. Separate Abkommen Polens mit Deutschland sind geeignet, diese Tendenz in Frankreich nur zu verstärken und eine vollständige Isolierung Polens herbeiführen, da das Zehn-Jahres-Abkommen mit Hitler wohl kaum als eine ausreichende Garantie für die Sicherheit seiner Grenzen angesehen werden kann. Es liegt vollkommen auf der Hand, dass das Problem des polnischen Korridors und der polnisch-deutschen Grenze mit diesem Abkommen nicht gelöst werden wird.

Wenn Sie mit diesen Thesen einverstanden sind, so bitte ich, sie Gen. Steckij zu geben, um die Presse entsprechend zu instruieren⁴.

LITVINOV

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: [die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. an M. M.⁵, das 4. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 16–17. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 14, S. 30–31⁶.

⁴ In dem veröffentlichten Kommentar zum Artikel in der „Vossischen Zeitung“ über das deutsch-polnische Abkommen hieß es unter anderem: „Ungeachtet der Zustimmung, die die deutsche faschistische Presse Deutschlands im Zusammenhang mit diesem Vertrag bringt, stellt er einen erheblichen Schlag gegen das Ansehen der Regierung Hitler dar und ruft in den Kreisen der deutschen Nationalisten, insbesondere in Preußen, unvermeidlich eine große Unzufriedenheit hervor.“ Vgl. „Germano-pol’skoe soglašenje“ (Das deutsch-polnische Abkommen). In: Izvestija vom 29. Januar 1934, S. 1.

⁵ Litvinov.

⁶ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 692, l. 28–29.

Nr. 350
Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 29. Januar 1934 3 Uhr

Ankunft: 29. Januar 5.40 Uhr

Nr. 21 vom 28. 1.

IV Ru. 439

In großem Rechenschaftsbericht vor Parteikongress¹ behandelte *Stalin*² eingehend Verhältnis der Sowjetunion zu anderen Staaten. Inhalt ist, wie ich höre, ausführlich durch TASS verbreitet, annehme, dass er morgen dort vorliegt, und darf mich wegen der Länge Ausführungen einstweilen darauf beziehen.

Für die Frage Verhältnisses Russlands zu Deutschland und sein Abschwanken in französische Front ist m. E. Folgendes in Betracht zu ziehen:

1.) Beziehungen zu dem Völkerbund werden überhaupt nicht erwähnt (bemerke hierbei, dass Litwinow gestern dem italienischen Botschafter³ erklärt hat, die Sowjetunion sei *bisher nicht Kandidat für den Eintritt*⁴)⁵.

2.) Deutschland wird nicht, wie in Rede Litwinows⁶, zusammen mit Japan behandelt.

3.) Annäherung an Polen und Frankreich wird als im Interesse Erhaltung Friedens erfolgter Umschwung von schlechten zu besseren Beziehungen dargestellt, der hervorgerufen ist durch wachsende und darum anderen Staaten wertvollere Macht der Sowjetunion (man rechnet nur mit Starkem) und durch gewisse Änderungen der Politik in Deutschland, die ein Anwachsen revanchistischer und imperialistischer Stimmung aufweist. Dabei wird jedoch klar zum Ausdruck gebracht, dass es sich lediglich um eine Annäherung handelt, bei der zu überwindende Wechselfälle nicht ausgeschlossen sind, *nicht*⁷ dagegen um eine bereits *vollzogene Bindung*⁸.

4.) Es wird erneut ausdrücklich erklärt, dass das *deutsche Regime kein Grund zu einer anderen Einstellung Russlands*⁹ sei. Diese von dem Parteiführer vor dem Kongress abgegebene Erklärung dürfte nunmehr als *maßgebende Richtlinie*¹⁰ zu bewerten sein.

¹ Vgl. I. V. Stalin: Otčetnyj doklad o rabote CK VKP (b) (Rechenschaftsbericht über die Arbeit des ZK der VKP (B)). In: XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (b). 26 janvarja–10 fevralja 1934 g. Stenografičeskij otčet (XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei (B). 26. Januar–10. Februar 1934. Stenografischer Bericht), Moskva 1934, S. 8–36. Stalins Rechenschaftsbericht ist auf Deutsch veröffentlicht in: J. Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 513–589.

² Der Name ist unterstrichen.

³ Bernardo Attolico.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Die Unterredung Litvinovs mit Attolico war am 26. 1. 1934. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 29, S. 88–89, hier S. 88.

⁶ Vgl. Dok. 322.

⁷ Das Wort ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

Im Vergleich zu Rede Litwinows auffällt in Ausführungen Stalins ruhiger Ton und reine Sachlichkeit, die sich auf Feststellung der Lage und der in Deutschland bestehenden politischen Tendenzen beschränkt, ohne, wie Litwinow, direkt von bereits feststehenden aggressiven deutschen Plänen zu sprechen. Äußerung, dass Beziehungen zu Deutschland lediglich auf dessen veränderter Politik beruhen, bedeutet nach meiner Ansicht eine aus dem Mund Stalins erfolgte Bestätigung der mir gegenüber verschiedentlich zum Ausdruck gebrachten Erwartung, dass Deutschland durch eine *Erklärung*¹¹ von maßgebender Seite zu russischen Befürchtungen Stellung nimmt. Nachdem die vier maßgebendsten Männer der Sowjetunion (Molotow¹², Litwinow, Kaganowitsch¹³ und Stalin) sich öffentlich derart über Verhältnisse zu uns geäußert haben, kann m.E. in der Tat nicht mehr daran vorübergegangen werden, ohne dass ein Schweigen als Bestätigung der russischen Auffassung gedeutet wird und den francophilen Tendenzen entscheidenden Auftrieb gibt. Die im Ton gemäßigten Ausführungen Stalins dürften auch eine Beantwortung eher verdienen als die Ausfälle Litwinows.

Nadolny

Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Abt. IV (Arb.-Expl.) gerichtet. Kenntnisnahmen. Unten handschriftlich: Po 2 Ru.

PA AA, R 83397, Bl. H 046685–046686.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 227, S. 424–425.

Nr. 351

Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 29. Januar 1934

Tgb. Nr. A/231
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Russland und die Revision der Friedensverträge

In meinem Bericht vom 9. d. Mts. – Tgb. Nr. A/90¹ – über die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen bin ich auf das Litwinoffsche Argument, dass bei der heutigen deutschen Geistesverfassung eine Revision der Friedensverträge den Krieg bedeuten könne und dass daher die Sowjetunion aus Gründen der Erhaltung

¹¹ Das Wort ist unterstrichen.

¹² Vgl. Molotov: O narodnochozjajstvennom plane na 1934 god (Über den Volkswirtschaftsplan für 1934). In: 4-ja sessija CIK Sojuza SSR 6-go sozywa. Stenografičeskij otčet. 28 dekabnja 1933–4 janvarja 1934. Bjuulleten' Nr. 1, Moskva 1934, S. 5–32, hier S. 29–30.

¹³ Vgl. Dok. 339, Anm. 1.

¹ Vgl. Dok. 333.

des Friedens auf der Seite der antirevisionistischen Gruppe stehen müsse, nicht eingegangen. Nachdem es ² auch in der Rede Stalins³ als der wesentlichste Grund einer Annäherung zwischen Sowjetrussland und Frankreich und Polen hingestellt worden ist, dürfte es notwendig sein, auch dieser Argumentation entgegenzutreten und das russische Interesse an der Frage der Revision so zu kennzeichnen, wie es der Wirklichkeit entspricht.

Stalin hat unter Hinweis auf die Schmach des Friedens von Brest-Litowsk⁴ erneut erklärt, dass Sowjetrussland ein Gegner des Versailler Vertrages sei und ihn als ein Hindernis für einen wahren Frieden ansehe. Also muss er auch verstehen und billigen, dass wir gegen diesen Vertrag angehen und seine Abänderung zu erreichen suchen. Ist es da logisch und liegt es im Interesse der Erhaltung des Friedens, sich auf die Seite derer zu stellen, die eine Revision mit allen Mitteln verhindern wollen? Ist es nicht vielmehr logisch und politisch, alles zu tun, um eine friedliche Revision zu erreichen und auf diese Weise das Hindernis des Friedens zu beseitigen?

Die hiesige Argumentation geht dahin, dass man gegenwärtig vor allem auf die Erhaltung des Friedens bedacht sein und daher in diesem Moment die Kritik an den Friedensverträgen zurücktreten lassen müsse. Aber Litwinoff hat doch gerade zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland heute für einen militärischen Angriff noch zu schwach sei, und Sicherheit für die Zeit verlangt, da es wieder stärker geworden sein wird. Da wäre es doch zweifellos die beste Sicherheit, wenn man gerade jetzt nach Möglichkeit für eine friedliche Revision einträte und auf diese Weise künftigen Komplikationen vorbeugte, anstatt den Widerstand gegen jede Revision zu stärken und dadurch die Reibungsfläche noch zu vergrößern.

Es wäre vielleicht zweckmäßig, die vorstehenden Gedankengänge, falls sie dortseits als richtig angesehen werden, in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, und ich darf eine entsprechende Veranlassung anheimstellen.

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben links der Vermerk A 350 und Kl[einer] Umlauf mit Kenntnisnahmen, unten A 9 geheim (Vorm[als] A 13). An der Seite: ab 31. I. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429924–429926.

² Das Wort ist über die Zeile eingefügt.

³ Vgl. Dok. 350, Anm. 1.

⁴ Der am 3. 3. 1918 unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Russland und dem Deutschen Reich sah die Bildung deutsch kontrollierter Staaten von der Ukraine bis zum Baltikum vor. Russland sollte weit nach Osten gedrängt werden, es hätte über die Hälfte seiner industriellen Anlagen und fast ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Am 29. 3. 1918 wurden die deutsch-sowjet-russischen Ratifikationsurkunden ausgetauscht, am 13. 11. 1918 annullierte das Allrussische Exekutivkomitee den Brester Friedensvertrag.

Nr. 352

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschaftsrat von Twardowski und dem Legationsrat Hilger**

Geheim

Nr. 17624

1/II-34¹

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI,
30. Januar 1934**

T[wardowski] lud mich vor meiner Abreise in den Urlaub zu einem Abend in privater Atmosphäre ein. Das Gespräch, das sich über einige Stunden erstreckte, drehte sich fast gänzlich um die Problematik der deutsch-sowjetischen Beziehungen. T. brachte seine Genugtuung über den Rechenschaftsbericht des Gen. Stalin auf dem Parteitag zum Ausdruck, wobei er bemerkte, dass die Rede einen äußerst starken Eindruck auf ihn gemacht habe und Gen. Stalin auf dem Parteitag als ein Staatsmann großen Formats aufgetreten sei, der auf einem hohen Gipfel steht und von dem er die Möglichkeit hat, auf die Grundprozesse, die auf dem Erdball ablaufen, zu blicken, ohne auf Kleinigkeiten und Details achten zu müssen. Hinsichtlich der Rede hätten Nadolny und T. umgehend ihre ****Kommentare****² nach Berlin übermittelt³. Gen. Stalin habe ihrer Meinung nach in aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, dass die UdSSR geneigt sei, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern und nicht beabsichtige, eine antideutsche Politik zu betreiben.

Dem Vortrag des Gen. Stalin komme nach Auffassung von T. insofern eine große Bedeutung zu, als sich in Deutschland in letzter Zeit die Überzeugung dahingehend verfestige, ****dass****⁴ sich die UdSSR vollkommen in antideutsches Fahrwasser begeben habe und unsere Argumente, die sich im Wesentlichen auf das Buch Hitlers „Mein Kampf“ und auf die Reden Rosenbergs bezögen, an den Haaren herbeigezogen seien. Die sowjetischen Forderungen liefen im Prinzip auf Folgendes hinaus: die Distanzierung Hitlers von seinem Buch, die offizielle Desavouierung Rosenbergs und des Hugenberg-Memorandums⁵. Offen gesagt, bemerkte T., halte er es für möglich, uns entgegenzukommen. Doch im Auswärtigen Amt spreche man sich kategorisch dagegen aus, weil man meine, wir würden den Erklärungen Hitlers vor dem Reichstag am 23. März⁶ keinen Glauben schenken und auch nach den neuen Erklärungen weiterhin bei unserem Misstrauen bleiben. Im Auswärtigen Amt meine man außerdem, dass wir diese ****neue****⁷ „Erniedrigung“ Deutschlands dazu nutzen würden, um unsere Positionen in Frankreich im antideutschen Sinne zu verstärken. Aus diesem Grund würden unsere Forderungen nicht befriedigt werden. T. habe unlängst ein Schreiben von einem führenden

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Meinungen.

³ Vgl. Dok. 350.

⁴ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 114, Anm. 1.

⁶ Zur Rede Hitlers am 23. 3. 1933 vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Politiker erhalten, in dem dieser ihm gegenüber betont habe, er sei der Auffassung, dass die UdSSR die Rapallo-Linie endgültig verlassen habe.

Ich entgegnete T., dass mich jene Leichtigkeit verwundere, mit der in Berlin die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt werde. Die Deutschen hätten nicht ein einziges Argument oder einen Beweis dafür, dass wir eine antideutsche Politik betrieben, während wir auf unbestreitbare Tatsachen bezüglich Deutschlands verweisen können. An dieser Stelle unterbrach mich T. und erklärte: „Gemach. Hinsichtlich des Baltischen Garantiepaktes liegen Berlin aus allen baltischen Hauptstädten erschöpfende Informationen vor. Wir wissen, dass sowohl in Reval als auch in Riga, und insbesondere in Helsingfors, Ihr Vorschlag Empörung ausgelöst hat. Er ist allein in Kowno bei Smetona auf Zustimmung gestoßen, weil er sich zuvor mit dem deutschen Gesandten⁸ zerstritten hatte; sein Außenminister⁹ war darüber überhaupt nicht begeistert“. Ich antwortete T., dass **wir**¹⁰ den von ihm genannten Hauptstädten keine Vorschläge unterbreitet haben. Darauf bemerkte T.: „Gut, dann lassen wir das Thema“. ^{**11}

Danach fuhr ich fort: „Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die deutsche Regierung gegenwärtig die Beziehungen zur UdSSR nicht zu regeln und zu verbessern wünscht, sie wartet die Entwicklung der Ereignisse ab und hofft auf einen Konflikt im Fernen Osten.“ Dazu erklärte T. Folgendes: „Ich bin aufrichtig verwundert, dass diese Konzeption in Moskau zu einem Dogma erhoben wird. Bei uns in Deutschland ist die Situation in der UdSSR zu gut bekannt, um Hoffnungen mit dem Fernen Osten zu verknüpfen. Wir wissen sehr gut, dass im Fernen Osten im günstigsten Fall 12–15 Divisionen konzentriert werden können, ^{**und**}¹² von der Westgrenze kann nicht eine einzige Division abgezogen werden. Was auch immer im Fernen Osten geschehen möge, im Westen wird sich deshalb nichts verändern. Welche Hoffnungen könnten wir denn schon bei einem fernöstlichen Konflikt hegen?“ Danach ging T. zur ukrainischen Problematik über und erklärte Folgendes: „Noch vor einem halben Jahr waren in Deutschland nationalsozialistische Kreise tatsächlich von der Unausweichlichkeit eines Aufstandes in der Ukraine und des Zerfalls der Sowjetunion überzeugt. Darauf gründeten sich einige Hoffnungen. Nunmehr haben sich alle diese Hoffnungen zerschlagen, und von dem „ukrainischen Plan“ ist nichts übrig geblieben.“ Darauf stellte ich T. die Frage, ob es eventuell noch im April diese ^{**Kalkulationen**}¹³ gegeben habe. Er bestätigte dies. Ich entgegnete ihm, dass die nunmehr angeblich korrigierte Erklärung, die Hitler am 23. März, d. h. offensichtlich auf dem Höhepunkt der ukrainischen Spekulationen, abgegeben habe, im Lichte dieser Hoffnungen einen merkwürdigen Charakter annehme. T. bemerkte sichtlich gereizt, dass Hitler am 23. März nur das gesagt habe, was er tatsächlich denke.

T. nahm den Faden seiner Erörterungen wieder auf. Er führte Folgendes aus: „Wenn Frankreich der Bereitschaft Deutschlands misstraut, eine Friedenspolitik zu betreiben, so ist er geneigt, dies zu verstehen. Wenn Polen Deutschland keinen

⁸ Erich Zechlin.

⁹ Dovas Zaunius.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹¹ An dieser Stelle ist handschriftlich ein Absatzzeichen eingefügt.

¹² Das Wort ist über die Zeile anstelle eines Punktes geschrieben.

¹³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich; Kalkulation.

Glauben schenkt, dass es auf den Korridor verzichtet, so ist auch dies verständlich. Wenn England befürchtet, Deutschland könnte in Zukunft Kolonien fordern, so ist dies erklärlich. Wenn aber in der UdSSR Deutschland als der Hauptfeind dargestellt wird, so zeugt dies von einem ungeheuerlichen Unverständnis.“ T. bitte mich, ihm zu erklären, worauf sich dieser, wie er meinte, „wegen seiner Folgen verhängnisvolle Fehler“ gründe. In meiner Antwort führte ich Folgendes aus: „Auf der einen Seite haben wir es mit dem außenpolitischen Programm der Nationalsozialisten zu tun, das in allen Details ausgearbeitet und durchdacht ist. Auf der anderen Seite haben wir gegenwärtig die außenpolitische Praxis, die auf die Verkündung des allgemeinen Friedens und eines uneingeschränkten Pazifismus hinausläuft. Wenn wir in unserer Außenpolitik Nichtangriffspakte abschließen und eine konsequente Friedenspolitik betreiben, so entspricht dies der tatsächlichen Lage der Dinge und unseren objektiven Interessen; wenn aber das nationalsozialistische Deutschland den Weg einer ‚Friedenspolitik‘ einschlägt, gegen die Hitler in seinem Buch nicht scharf genug polemisieren konnte, so wird die ganze Welt dies skeptisch aufnehmen. Ich stimme mit T. nicht darin überein, dass innere Momente die ausschlaggebende Rolle in der Politik der Nationalsozialisten spielen. Sämtliche Methoden des wirtschaftlichen Aufbaus, die T. aufgezählt hat, sind Palliative, im Mittelpunkt der Politik bleibe jedoch die außenpolitische Expansion.“ An dieser Stelle unterbrach mich Hilger und tadelte in einem sehr erbosten Ton unsere Presse wegen ihrer Einschätzung bezüglich des deutsch-polnischen Abkommens¹⁴. Wenn wir konsequent wären, so müssten wir doch die deutsch-polnische Annäherung begrüßen, da sie allen unseren Prinzipien und Erklärungen entspreche. T., der Hilger nicht aussprechen ließ, bemerkte lediglich, dass er sich daran erinnere, Dirksen und er hätten seinerzeit sehr nachdrücklich auf die gefährlichen Folgen unseres Nichtangriffspaktes mit Polen aufmerksam gemacht¹⁵. „Es ist nicht daran zu zweifeln“, sagte T., „dass an dem Tag, an dem der Pakt unterzeichnet wurde, Rapallo zu Grabe getragen wurde, da die Rapallo-Politik im Wesentlichen auf der Erklärung Čičerins gegenüber Brockdorff-Rantzau fußte, wonach im Falle eines Zusammenstoßes Deutschlands mit Polen an der sowjetischen Grenze nicht weniger als 15 polnische Divisionen gebunden würden.“ Der sowjetisch-polnische Nichtangriffspakt sei bereits lange vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten unterzeichnet worden. Was das deutsch-polnische Abkommen anbelange, so habe Deutschland seine Haltung bezüglich des Korridors und Schlesiens selbstverständlich nicht aufgegeben, doch es beabsichtige nicht, diese Frage mit Waffengewalt zu lösen. In Berlin gebe es im Übrigen auch folgende Meinung: Polen werde früher oder später in schwere finanzielle Nöte geraten. Da von Frankreich keine Hilfe zu erwarten sei, werde es genötigt sein, auf einen Kompromiss und auf Zugeständnisse in Territorialfragen einzugehen, um von Deutschland eine Finanzhilfe zu bekommen.

Sodann ging T. zur nächsten Frage über. Er fragte mich, was ich ihm und Naldolny vertraulich konkret empfehlen könnte, um die Beziehungen zu verbessern. Persönlich meine er, man müsse mit der Wirtschaft beginnen. Seiner Meinung nach gebe es große objektive Möglichkeiten, insbesondere auf dem Gebiet des Ei-

¹⁴ Vgl. Dok. 349.

¹⁵ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XIX, Dok. 47, 60, 77, 137, 156, 176.

senbahnverkehrs. Wenn sich herausstellen sollte, wie T. meint, dass die deutsche Industrie uns umfangreiche Kredite mit langen Laufzeiten gewähre, so würde dies zweifellos unsere Version von den hinterhältigen Absichten Deutschlands widerlegen. Ich wich einem Gespräch zu diesem Thema aus, was mir durch den Einwurf Hilgers erleichtert wurde, der bemerkte, er bitte zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit den in der UdSSR vorgenommenen Verhaftungen in der deutschen Industrie in letzter Zeit eine starke Unzufriedenheit und Empörung um sich greife. Insbesondere sei eine Gruppe von deutschen Unternehmen, zu der die „Metallgesellschaft“¹⁶, „Lurgi“¹⁷ und andere gehören, über die Verhaftung von Etin¹⁸ empört; andere Firmen seien wegen der Verhaftung von Šverc¹⁹ äußerst ungehalten. Angesichts dessen, dass Hilger seine Erklärung in einem recht scharfen Ton vortrug, habe ich ihm in einer noch schärferen Form zu berücksichtigen empfohlen, dass Etin und Šverc keine deutschen Staatsbürger seien und ich ihm rate, kein derartiges Interesse am Schicksal dieser Bürger zu zeigen; die Firmen aber sollten, anstatt sich zu empören, viel vorsichtiger bei der Auswahl der Leute vorgehen, von denen sie sich in der UdSSR vertreten lassen.

T. bemühte sich, das Gespräch zu entschärfen, indem er auf die Angelegenheit der Controll-Co.²⁰ zu sprechen kam. Dazu erklärte er mir Folgendes: „In Berlin geht man davon aus, dass in der UdSSR ein Gegenprozess zum Leipziger Reichstagsbrandprozess vorbereitet wird. Falls dies eintreten sollte, so würde dies die schwersten Folgen nach sich ziehen.“ Ich erwiderte T., dass die Idee eines Gegenprozesses wahnwitzig und absurd sei, weil es sich bei der Controll-Co., wie ich ihm bereits mehrfach gesagt hätte, um eine sehr ernste Angelegenheit handele. Die lange Dauer der Ermittlungen zeuge doch von der Ernsthaftigkeit, mit der diese Angelegenheit behandelt werde. Als Hilger anzudeuten versuchte, dass dies alles nicht erwiesen sei, unterbrach ihn T. und erklärte, er persönlich halte es nicht für ausgeschlossen, dass diese oder jene Personen einer antisowjetischen Tätigkeit nachgegangen seien. Er verstehe nur eine Sache nicht, warum wir in dieser Angelegenheit nicht die Dienste der Deutschen Botschaft in Anspruch nehmen würden. Falls wir wünschten, **mittels eines Prozesses**²¹ oder auf einem anderen Wege die Angelegenheit zu bereinigen, so hätten wir ihm, T., oder Nadolny streng vertraulich mitteilen müssen, worum es gehe und dann hätte die Botschaft umgehend Berlin informieren können, dass diese Sache „stinkt“²². Damit wäre es gelungen, einer unnötigen Pressekampagne usw. aus dem Wege zu gehen. An dieser Stelle habe ich es für nötig erachtet, zu T. ergänzend zu bemerken, falls wir die Absicht

¹⁶ Metallgesellschaft AG, gegründet im Jahre 1881, das größte deutsche Unternehmen auf dem Gebiet des Handels in Nichteisenmetallen, Erzen, Schwefelkies, Phosphaten.

¹⁷ Lurgi Gesellschaft für Mineralöltechnik mbH, Frankfurt am Main. 1897 wurde die Lurgi unter dem damaligen Namen „Metallurgische Gesellschaft“ von der Metallgesellschaft AG gegründet. 1919 wurden die als Telegrammadresse gewählten Mittelbuchstaben LURGI als Firmenname übernommen. 1920 bis 1936 wurde die Kohlenveredelung durch Verschmelzung, Vergasung und Treibstoffsynthese entwickelt.

¹⁸ Etin wurde im Januar 1934 verhaftet, der Spionage für Deutschland beschuldigt, im März 1934 zum Tode verurteilt und im Mai erschossen.

¹⁹ Šverc, der Este war, wurde im Dezember 1933 verhaftet, zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt und im November 1934 auf Bitten der Estnischen Regierung aus der UdSSR ausgewiesen.

²⁰ Vgl. Dok. 274.

²¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: auf diesem.

²² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

hätten, einen Prozess „ad hoc“²³ zu führen, so könnten unsere Behörden ein kolossal reichhaltiges Material hinsichtlich unzulässiger Tätigkeit und Handlungen von zahlreichen deutschen Staatsbürgern vorlegen. Wenn sich unsere Bürger in Deutschland nur ein Hundertstel dessen erlauben würden, was Deutsche bei uns anrichten, so würde ein Riesenskandal die Folge sein. Ich möchte Hilger fragen, was er sagen würde, wenn sich beispielsweise einer unserer Bürger in Deutschland mit Flüchen über das faschistische Regime, die Behörden, das System usw. ergehen würde. Hilger antwortete, man würde ihn zweifellos einsperren. Darauf entgegnete ich, dass wir bei einem derartigen Vorkommnis Großzügigkeit walten ließen und die entsprechenden Subjekte lediglich ausweisen würden. So wird die Botschaft in den nächsten Tagen in der Sache eines gewissen Steinhauer eine Note erhalten.

Darauf bemerkte T., er halte es für möglich, dass diese oder jene verantwortungslosen Leute in Deutschland diese oder jene ukrainischen Nationalisten finanzierten. Er sei jedoch davon überzeugt, dass die führenden Parteiorgane mit diesen Dingen nichts zu tun hätten. Abschließend bat T. sehr darum, in der Angelegenheit der Controll-Co. baldigst Klarheit herbeizuführen und ihm mitzuteilen, wann wir es für angebracht halten, die Botschaft in diese oder jene Sache einzuschalten.

Zum Ende der Unterredung erging sich T. zum Thema Vertrauen und Hochachtung, die er persönlich und Nadolny mir gegenüber empfinden, was in Berlin allerdings nicht jeder vollauf teile. T. beabsichtigt, Anfang März in Urlaub zu gehen.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. [Die Expl.] 1–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. [Expl.] nach Berlin, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 45–39. Original.

Nr. 353

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA von Bülow

Moskau, den 30. Januar 1934

Geheim!

Lieber Bülow!

Auf der gestrigen Sitzung des Parteikongresses der Kommunistischen Partei Russlands wurde natürlich auch der deutschen Kommunisten lebhaft gedacht. Es wurde unter größten Beifallskundgebungen ein Begrüßungstelegramm des Zentralkomitees der deutschen Kommunistischen Partei verlesen, das allerdings keine Unterschriften trägt und wahrscheinlich hier in Moskau angefertigt ist. Ferner wurde Herrn Thälmann in absentia eine große Ovation dargebracht. Bei seiner Er-

²³ Der Ausdruck ist mit lateinischen Buchstaben geschrieben.

wähnung, „dessen Name dem ganzen Weltproletariat so teuer ist“, erhob sich der gesamte Kongress¹.

Dieser Vorgang hat mich auf die Idee gebracht, ob es nicht zweckmäßig und ein guter Trick wäre, wenn wir den Leuten Herrn Thälmann schenken.

Er und eine Reihe weiterer kommunistischen Funktionäre werden bei uns in Untersuchungshaft oder in Konzentrationslagern festgehalten. Eine Bekehrung dieser Leute zu den Ideen des neuen Staates ist ausgeschlossen, ebenso wenig kann man sie in Deutschland wieder in Freiheit setzen.

Andererseits ist der nationalsozialistische Staat heute so stark und die kommunistische Gefahr scheint mir in Deutschland so grundlegend beseitigt zu sein, dass eine ernstliche Gefährdung unserer innerpolitischen Lage durch die kommunistische Propaganda vom Auslande her nicht mehr zu befürchten ist. Infolgedessen spielen Thälmann und Genossen innerpolitisch für uns keine Rolle mehr. Für das Ausland dagegen werden sie, solange sie bei uns hinter Schloss und Riegel sitzen, als Märtyrer gelten und immer wieder dankbare Objekte zur Aufhetzung gegen Deutschland abgeben. Außerdem werden sie, wenn sie sich im Auslande befinden, voraussichtlich sehr bald ihren Nimbus und Einfluss verlieren. Wir haben das an Hölz² und anderen deutschen Kommunisten bereits gesehen. Schließlich wäre es die beste Dokumentierung dafür, dass wir den Leuten hier ihr Regime gönnen und es nur nicht bei uns haben wollen.

Ob man den Gedanken noch dahin erweitern könnte, mit der Abschiebung Thälmanns und anderer Führer des deutschen Kommunismus nach der Sowjetunion ein politisches *Austauschgeschäft*³ zu machen, wäre ebenfalls zu erwägen. In diesem Falle denke ich vor allem an die hier verhafteten katholischen und evangelischen Geistlichen deutschen Stammes, durch deren Befreiung wir in den kirchlichen Kreisen der ganzen Welt Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland erringen würden. Die Litauische Regierung hat vor kurzem einen ähnlichen Austausch durchgeführt und soll mit der moralischen Wirkung sowohl im Inlande wie im Auslande außerordentlich zufrieden sein. Aber zunächst schwebt mir eigentlich nur vor, dass wir den Russen mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die sie Herrn Thälmann beimessen, diesen Mann anbieten.

Meine Idee klingt vielleicht zunächst etwas abenteuerlich, aber sie ist vielleicht doch der Überlegung wert. Bitte seien Sie so gut, sie einer Prüfung zu unterziehen und eventuell weiter zu verfolgen⁴.

Mit herzlichen Grüßen wie stets Ihr

Nadolny

¹ Auf der Abendsitzung am 28. 1. 1934 wurde eine Grußadresse des ZK der KPD an den XVII. Parteitag verlesen, worauf es im Sitzungssaal zu Beifallsrufen kam: „Es lebe der Genosse Thälmann!“, „Es lebe die brüderliche Kommunistische Partei Deutschlands!“. In: XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (b), S. 135 [siehe Dok. 350, Anm. 1].

² Max Hoelz befand sich seit 1929 in der UdSSR. Im September 1933 ertrank er unter ungeklärten Umständen in der Oka nahe der Stadt Gor'kij.

³ Das Wort ist unterstrichen und am Rand mit der Bemerkung von Bülow's versehen: „niemals! (wäre ein Anlass f. d. Russen, Deutsche zu verhaften)“.

⁴ Auf einem nachfolgendem Zettel (PA AA, R 31499, o.P.) finden sich folgende Bemerkungen: „Dieser Nadolnysche Vorschlag über den Handel mit Thälmann scheint mir recht phantastisch [Meyer]; RM hat auch dagegen votiert [von Bülow].“

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben. Auf dem ersten Blatt: Ref. D m[it] d[der] B[itte] um Stellungn[ahme] B[ülow].

PA AA, R 31499, Bl. E 497417–497419.

Nr. 354

Bericht des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA Berzin an den Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten Vorošilov

Geheim

Nr. 2–1017¹

31.² Januar 1934

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR HEERES- UND MARINEANGELEGENHEITEN UND
VORSITZENDEN DES RVS DER UdSSR

Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Hauptmann KREBS, der Gehilfe des deutschen Militärattachés, hat den Chef der OVS³ darüber in Kenntnis gesetzt, dass unserem Militärattaché in Berlin Gen. LEVIČEV im Namen des Befehlshabers der Reichswehr General BLOMBERG⁴ der Vorschlag ausgehändigt worden ist, von jeder Seite je einen Offizier zum Besuch der Lehrveranstaltungen an den Militärakademien der RKKA und der Reichswehr zu entsenden; von der Reichswehr wäre dies Hauptmann KREBS, der Gehilfe des deutschen Militärattachés in Moskau, und seitens der RKKA der Militärattaché Gen. LEVIČEV.

Hauptmann KREBS versicherte dem Chef der OVS, dass seiner Meinung nach dem Vertreter der RKKA von der Akademie der Reichswehr⁵ die gleichen Bedingungen gewährt werden würden wie sie seinerzeit Gen. ZJUŽ'-JAKOVENKO geboten worden seien.

Hauptmann KREBS zeigte sich daran interessiert, wie die Frage entschieden wurde. Als er die Antwort erhielt, dass diese Frage noch nicht geklärt sei, bat er, ihm in den nächsten Tagen eine Antwort zu geben.

KREBS (er ist ein erfahrener und langjähriger Kundschafter) für einen mehr oder weniger langen Zeitraum den Zutritt zur Militärakademie⁶ zu gewähren, würde die Leitung der Akademie nicht nur in eine außerordentlich schwierige Lage versetzen, sondern würde KREBS zugleich die Möglichkeit verschaffen, dort seiner Kundschaftertätigkeit nachzugehen, zumal die Deutschen für die Japaner arbeiten.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Der Tag ist handschriftlich geschrieben.

³ Vasilij Vasil'evič Smagin.

⁴ So im Dokument; Generaloberst Werner von Blomberg war Reichswehrminister.

⁵ Gemeint ist die getarnte Ausbildung von Generalstabsoffizieren im Reichswehrministerium (Abteilung T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung). In Deutschland gab es nach dem Ersten Weltkrieg bis 1935 keine Kriegsakademie.

⁶ Allem Anschein nach ist die Frunse-Militärakademie in Moskau gemeint.

Außerdem könnte die Zulassung eines Deutschen zur Militärakademie bei den Franzosen zweifellos eine negative Reaktion auslösen und zugleich als Präzedenzfall für andere Militärattachés dienen.

Davon ausgehend würde ich es als zweckdienlich ansehen, den Vorschlag der Deutschen abzulehnen.

Ich bitte um Weisungen.

CHEF DER IV. VERWALTUNG DES STABES DER RKKA

BERZIN

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von K. E. Vorosilov: Ich habe Levičev doch bereits angewiesen, auf die „Liebenswürdigkeit“ zu verzichten und Krebs nicht zuzulassen. V. 4/II.-34.

Auf Kopfbogen des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA geschrieben.

Am Ende des Dokuments befindet sich der Stempel des Sekretariats des Vorsitzenden des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 723 vom 2. 2. 1934.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 631, l. 31–32. Original.

Nr. 355

**Schreiben des Leiters der Ingenieur-Abteilung in der Handelsvertretung
Savčenko an den Leiter der Abteilung für Auslandsaufträge im
Volkskommissariat für Außenhandel Gittis**

GEHEIM

PERSÖNLICH

Expl. Nr. 1

Nr. 58/**254**¹

31/1 34²

AN

OVZ NKVT

Gen. Gittis

Kopie: an den Militärattaché Gen. Levičev, Berlin

Werter Vladimir Michajlovič!

Nach der Ankunft von Gen. Michin habe ich vor allem ein bisschen Geld (340 RM) außerhalb meines Kostenvoranschlages erhalten und schrieb an einige Flugzeugfirmen Briefe mit der Bitte, ihre Betriebe besichtigen zu dürfen, um diesen meinen neuen Mitarbeiter vorzustellen; so habe ich auch an die Firma Siemens geschrieben. Die Firma antwortete, dass sie mit großem Vergnügen ihre Korridore (wie ich das nenne) zeige, jedoch nicht das Flugzeugmotorenwerk. Zugleich lud uns die Firma ein, E. A. Schwartz „zu besuchen“. Ich lehnte diesen Vorschlag selbstverständlich kategorisch ab und erklärte, wenn Herr Schwartz den Wunsch habe, mich zu sehen, so würde ich ihm in der Lindenstraße³ stets zu

¹ Die Ziffer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

³ In Berlin, in der Lindenstr. 20–25, befand sich der Sitz der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland.

Diensten sein. Auch ich hielte es für wichtig, noch vor meiner Reise nach Moskau einige Fragen zu besprechen. Früher, in „demokratischer Zeit“, war Schwartz lediglich der Leiter des Technischen Büros für den Osten (T. B. Ost), nunmehr ist er zu einem der zahlreichen Direktoren bei Siemens aufgestiegen. Wie Sie wissen, hat die Firma Siemens in faschistischer Zeit uns den Zutritt zu den uns interessierenden Werkshallen versperrt. In dieser Angelegenheit habe ich bereits wiederholt erfolglose Gespräche geführt, in deren Verlauf sich die Firma auf das zeitweilige Eingreifen der Militärbehörde berief. Schwartz begann heute damit, dass der Handel schlecht verlaufe usw. Ich entgegnete ihm, solange meine Ingenieure und ich nicht die Möglichkeit hätten, uns mit den Produkten vertraut zu machen, werde es in meinem Verantwortungsbereich wohl kaum eine Grundlage dafür geben, den Handel zu verbessern (es ist anzumerken, dass die Firma Siemens von der Handelsvertretung bereits seit langer Zeit nichts mehr bekommen hat). Was solle ich denn, trotz all meiner Achtung gegenüber einer solch großen Firma, nach Moskau berichten, außer, dass ich überhaupt nicht wisse, was man bei ihr kaufen könnte. Schwartz bemühte sich, dafür Erklärungen zu liefern, und breitete sich darüber aus, dass sie sich scheuen, uns die neuen Produkte vorzuführen, weil dies den Franzosen, angeblich durch uns, bekannt werden könnte. Sie schrieben ja ohnehin in ihren Zeitungen sehr viel über die Aufrüstung Deutschlands. Ich bat ihn, wenigstens einen einzigen Fall zu nennen, in dem wir über die Aufrüstung Deutschlands geschrieben hätten. Darauf gestand er, dass „ihre Meldungen aus Wiener Zeitungen stammen“ usw. usf. Da aber die Franzosen diese Zeitungen früher als wir lesen, halte ich dies nicht für richtig und bin geneigt zu denken, dass die Firma uns gegenüber einfach irgendwelche andere Gründe oder Vorbehalte hat. Sodann erging sich Schwartz in Erinnerungen an die „freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ämtern“ und drückte sein Bedauern über die Störung dieser Beziehungen aus. Letztendlich erklärte er „offen“, dass die Firma dies gern fortsetzen würde, doch die Führungsspitzen könnten sich partout nicht einigen und insbesondere das Kriegsministerium würde ihnen wohl Steine in den Weg legen. Das Kriegsministerium stehe auf dem Standpunkt, solange die Beziehungen zwischen den Ländern nicht geklärt seien, könne von einer Präsentation neuer Produkte nicht die Rede sein. Als er sich an das Kriegsministerium gewandt hätte, um für Gen. Michin die Genehmigung einzuholen, sei ihm dort erklärt worden, dass sich die Sowj[etische] Botschaft an das Kriegsministerium wenden möge, dann würden sie es prüfen. Ich entgegnete ihm darauf, dass ich hierher geschickt worden sei, um Handel zu treiben, nicht aber, um mich damit zu befassen, die Beziehungen zwischen den Ländern in Ordnung zu bringen, davon verstehe ich nichts und deshalb beabsichtigte ich nicht, Fragen dieser Art der Botschaft vorzulegen. – Darauf sprach Schwartz die Hoffnung aus, dass alles ins Lot kommen und er in der Lage sein werde, uns etwas zu zeigen. Das oben dargelegte Gespräch kennzeichnet und bestätigt die uns gegenüber eingeschlagene Linie für die Fälle, wenn wir für eine unbedeutende Summe Einkäufe tätigen. Anders sieht die Sache verständlicherweise aus, wenn es um Großaufträge geht.

G. Savčenko

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Bevollmächtigten des NKVT der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 169s vom 13. 2. 1934.

RGVA, f. 31863, op. 1, d. 2956, l. 88. Original.

Nr. 356

**Schreiben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda
an die Botschaft in Moskau**

Berlin, den 3. Februar 1934

Tagebuch Nr. VII. 7912–25/24. 1.34

An

die Deutsche Botschaft

Moskau

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 24. v. Mts. – A/129 –¹ betreffend Hetzfilm „Das laufende Band des Todes“ bitte ich, bei der dortigen Regierung gegen die Vorführung und Verbreitung dieses Films zu protestieren und *ein Verbot weiterer Vorführungen zu verlangen*².

Gleichzeitig bitte ich, der Herstellerfirma „Sojusfilm“ die Verwarnung aus *Artikel 15 der deutschen Kontingentsverordnung*³ auszusprechen.

Für eine Mitteilung des Veranlassten wäre ich dankbar⁴.

Im Auftrag

Eigenhändige Unterschrift, nicht entziffert. Auf Kopfbogen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda geschrieben. Handschriftlicher Vermerk: zu E/68.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 216.

¹ Unter dieser Nummer informierte von Twardowski das AA von dem Film „Konvejer smerti“ (Sojuzfil'm, 1933), Regie: Ivan A. Pyr'ev; vgl. PA AA, Moskau II 406, Bl. 217. Die Uraufführung des Films war am 7. 11. 1933 gewesen.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen, am linken Seitenrand angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen. Der Artikel 15 lautete folgendermaßen: „Die Erteilung von Bescheinigungen kann für Bildstreifen verweigert werden, deren Hersteller trotz Verwarnung durch die zuständigen deutschen Stellen Bildstreifen in der Welt weiter vertreiben, die eine dem deutschen Ansehen abträgliche Tendenz oder Wirkung haben oder die in einem Staate hergestellt sind, in dem die Verwertung deutscher Bildstreifen unter erschwerende Bedingungen gestellt ist.“ Vgl. Wortlaut der Ausführungsverordnung vom 21. 7. 1930. In: Reichsministerialblatt, Sp. 473. Diese Verordnung regelte das Gesetz über die Vorführung ausländischer Filmstreifen vom 15. 7. 1930; vgl. Reichsgesetzblatt 1930, Teil I, S. 215.

⁴ Twardowski berichtete am 28. 2. 1934 an das AA, dass die Botschaft von einem Protest abgesehen hätte, da der Film aus dem Programm der öffentlichen Kinos Moskaus und der Provinz verschwunden sei; vgl. PA AA, Moskau II 406, Bl. 214.

Nr. 357

**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde
an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov**

GEHEIM

UdSSR-NKID
2. Westabteilung
Nr. 17632¹

4/ **II**2 1934

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. BESSONOV

Werter Sergej Alekseewiĉ,

ich hatte die Gelegenheit, die Rede Hitlers³ zu lesen und bin der Ansicht, dass sich diese Rede in mancher Hinsicht von derjenigen unterscheidet, die er im Mai des vergangenen Jahres gehalten hat⁴. Seit dieser Zeit konnte die Regierung Hitler sowohl innen- als auch zu außenpolitisch Erfahrungen sammeln. Darauf aufbauend konnte Hitler nunmehr fundiertere Aussagen treffen, als dies noch im Mai der Fall gewesen war. Damals waren diese Aussagen stark parteipolitisch geprägt. Die Grundorientierung besteht in der Auffassung, dass der Sieg des Faschismus in Deutschland nicht nur von innerer, sondern zugleich von internationaler Bedeutung ist. Der „Völkische Beobachter“ erachtet es als angebracht, gerade diese Stelle der Rede Hitlers durch eine große Schrift hervorzuheben⁵. Momentan ist dies im Grunde genommen das Rückgrat der gesamten Außenpolitik Hitlers. Hitler hat gut verstanden, dass militante Reden und Auftritte eine gefährliche Angelegenheit sind, und zwar nicht nur für die faschistische Regierung selbst, sondern auch hinsichtlich jener potentiellen Verbündeten – in erster Linie England und danach auch Italien –, auf die Hitler die ganze Zeit seine Hoffnungen setzt. Die Abkehr von der früheren militanten Politik wurde höchst effektiv vollzogen, und zwar mit dem Abschluss des polnisch-deutschen Abkommens. Dass dieses Abkommen lediglich taktischer Natur ist, ergibt sich aus dem Teil der Rede Hitlers, wo er davon spricht, dass es eine Reihe von Problemen gebe, die in den polnisch-deutschen Beziehungen weiterhin einer Lösung harren. Damit wird auch seine Erklärung bezüglich des Abschlusses der sogenannten Ostpakte wie auch sein Wunsch verständlich, einen Pakt mit der Tschechoslowakei abzuschließen. Die nächste Zeit wird zeigen, ob Hitler in dieser Hinsicht selbständig handelt oder es hier ein konkretes Abkommen (taktischen Charakters) mit England und Italien geben wird. Es ist höchst aufschlussreich, dass sich England gegen eine Garantieerklärung für die Nachbarstaaten sperrt. Es spricht sich auch gegen einen Balkanpakt⁶ aus, wo sich seine Interessen mit denen Italiens decken.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Die Monatsangabe ist korrigiert, ursprünglich: Januar.

³ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 352–362.

⁴ Am 17. 5. 1933; vgl. Dok. 98, Anm. 10.

⁵ Vgl. Völkischer Beobachter vom 31. Januar 1934, Berliner Ausgabe, S. 2.

⁶ Der am 9. 2. 1934 in Athen zwischen Griechenland, Rumänien, der Türkei und Jugoslawien abgeschlossene Balkanpakt, ein militärisches und politisches Bündnis, garantierte die territoriale Integrität und die Sicherheit der Vertragspartner.

Somit kann man jetzt eine Kontaktlinie zwischen England, Deutschland und Italien feststellen. Ich denke nicht, dass sich die polnisch-deutschen Beziehungen vertieft haben und zu einem gegen uns gerichteten Bündnis führen könnten. Zurzeit kann mit Sicherheit gesagt werden, dass dies lediglich ein taktischer Schachzug Deutschlands ist. Vor diesem Hintergrund stärkt Deutschland insbesondere seine Stellung gegenüber Frankreich. Jener Teil der Rede, den Hitler den französisch-deutschen Beziehungen widmet, ist gut und höchst effektiv aufgebaut. In der Saar-Frage ist es Hitler gelungen, die Grundlage für ein Abkommen mit Frankreich zu schaffen, die es ihm erlaubt, geschickt Einfluss auf die öffentliche Meinung in Europa zu nehmen⁷.

Was hingegen den Teil der Rede betrifft, in dem er über die Beziehungen zur UdSSR spricht, so sagt er überhaupt nichts Neues. Dieser Teil klingt sogar etwas ironisch, wenn man ihn unter dem Aspekt des Hauptproblems betrachtet, nämlich der Verdienste Hitlers bei der Bekämpfung des Weltkommunismus. Doch auch hier zeichnet sich Hitlers künftige Taktik in den Beziehungen uns gegenüber ab. Mir stellt sie sich folgendermaßen dar. Hitler wird beständig seinen Wunsch hervorkehren, sich uns annähern zu wollen. Zugleich wird er jede sich bietende Möglichkeit nutzen, um gegen die Komintern vorzugehen und somit seine Grundidee zu erhärten, den Kommunismus im Weltmaßstab zu bekämpfen.

Dies sind meine ersten, ganz und gar persönlichen Schlussfolgerungen, die ich aus der Rede Hitlers gezogen habe.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Linde

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl., das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 77, p. 77, d. 3, l. 48–47. Kopie.

Nr. 358

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in London Majskij

Ganz geheim

Expl. Nr. 2

4. Februar [1934]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR
in Großbritannien
Gen. MAJSKIJ

Sehr geehrter Ivan Michajlovič,

wir haben beschlossen, uns aus zwei Gründen nicht an der Internationalen Hilfskommission für Flüchtlinge aus Deutschland zu beteiligen¹.

⁷ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, S. 361.

¹ Vgl. Dok. 340.

Der erste Grund besteht darin, dass wir uns, wenn wir an dieser Kommission offiziell teilnehmen, den Deutschen freie Hand dabei geben würden, den Flüchtlingen aus der UdSSR, d. h. den weißgardistischen Emigrantenorganisationen, materielle und andere Unterstützung zu gewähren. Jetzt tun sie dies zwar auch und unterstützen die Emigranten mehr oder weniger verdeckt, sie sind sich aber dessen bewusst, dass dies uns gegenüber einen unfreundlichen Akt darstellt, auf den wir in entsprechender Weise reagieren.

Das zweite Motiv besteht darin, dass mit unserer eventuellen Beteiligung an der Kommission dort die Frage auftauchen könnte, Flüchtlinge aus Deutschland in einer mehr oder weniger großen Anzahl in die UdSSR zu schicken, da dies ein Land sei, das mehr Platz und Möglichkeiten für die Aufnahme von Immigranten habe. Indessen sind die Flüchtlinge aufgrund sowohl ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung als auch ihrer politischen Anschauungen absolut nicht dazu geeignet, um sie in einer bedeutenden Anzahl bei uns aufzunehmen. Wir gewähren den deutschen Kommunisten das Asylrecht, und wir nehmen aufgrund von Einzelentscheidungen auch den einen oder anderen der anderen Flüchtlinge bei uns auf. Eine Masseneinwanderung aber wollen wir nicht und werden sie auch nicht zulassen. Es ist aber einfacher, derartige Vorschläge auf dem Wege eines Briefwechsels abzulehnen, als dies mündlich in Ausschusssitzungen zu tun.

Da es unangenehm ist, McDonald ^{**}(Vorsitzender der Kommission)^{**2} beide Motive mitzuteilen, haben wir entschieden, ihm zu antworten, dass die UdSSR bereits vielen Flüchtlingen aus Deutschland das Asylrecht gewährt hat, unsere gesellschaftlichen Organisationen den bei uns Zuflucht suchenden Flüchtlingen helfen und wir auf diese Weise bereits unseren Beitrag bei der Unterstützung von Flüchtlingen geleistet haben.

Diese Antwort erteilen Sie nur mündlich, zumal Gen. Trojanovskij keine offizielle schriftliche Anfrage erhalten hat³, auch Sie werden sie nicht erhalten, da diese Frage im Zuge einer mündlichen, inoffiziellen Sondierung aufgeworfen worden ist.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die Genossen Trojanovskij und Rubinin.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 47, l. 3–4. Kopie.

² Der Text ist über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. Dok. 340, Anm. 1.

Nr. 359
Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 5. Februar 1934 2.42 Uhr

Ankunft: 5. Februar 3.30 Uhr

IV Ru. 561

Eing. 5. Feb. 1934

Nr. 25 vom 4/2.

Heute Vormittag verabschiedete sich Chintschuk, der heute nach Berlin zurückreist, von mir. Er mitteilte mir auf Befragen, dass Frau *Kaith*¹ telegrafisch Weisung erhalten habe, abzureisen und bis zum 15. Februar bestimmt fort sein werde. Im weiteren Verlauf des Gesprächs machte ich ihn auf die zahlreichen Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger und deutscher Pfarrer in der letzten Zeit aufmerksam und bat ihn, die zuständigen Stellen auf den schlechten Eindruck und die ungünstige Wirkung dieser Maßnahme hinzuweisen und um Änderung zu ersuchen. Dabei übergab ich ihm auf seine Bitte eine Liste der in der letzten Zeit verhafteten Geistlichen. Er erklärte, er werde dieserhalb mit Jagoda sprechen und diesem auch die Liste geben.

Über die Rede des Herrn Reichskanzlers² äußerte sich Chintschuk recht befriedigt. Er habe auf Parteikongress fast alle maßgebenden Männer der Sowjetunion, auch Stalin und Molotow gesprochen. Nach seiner Feststellung seien die Worte des Herrn Reichskanzlers, wenn auch die Sowjetpresse bisher nur den Text gebracht und im übrigen geschwiegen habe, hier in ihrer Bedeutung erkannt und hätten günstige Aufnahme gefunden.

Nadolny

Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. P (Arb.-Expl.), Abt P, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Dir.-Abt. IV gerichtet. Kenntnisnahmen.

PA AA, R 83397, Bl. H 046774.

¹ Der Name ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 357, Anm. 3.

Nr. 360
Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär des AA
von Bülow

Moskau, den 6. Februar 1934
Persönlich und vertraulich!

Lieber Bülow!

Zunächst glaube ich, mich bei Ihnen für das Eingehen des Kanzlers auf Stalins Rede¹ bedanken zu können. Wenn auch bei dem hier bestehenden tiefen Resentiment gegenüber unserem Vorgehen gegen den Kommunismus sich nicht gleich alles zum Besten wenden konnte, so ist doch der gewünschte Eindruck nicht ausgeblieben. Chintschuk, der inzwischen dort eingetroffen ist, wird Ihnen das wohl bestätigen können.

Hoffentlich ist es Ihnen recht, wenn ich Ihnen nun noch weiter mit meinen Sorgen komme. Augenblicklich sind es deren zwei:

Zunächst habe ich Sorge um die Machenschaften *Litwinoffs*² hinsichtlich der *baltischen Staaten*³. Ich fürchte, dass Litwinoff trotz der erlittenen Schlappe nicht ganz von seinen Plänen absteht, sondern vielleicht den Umstand, dass Litauen die Idee einer polnisch-russischen Abmachung über seine Unabhängigkeit begrüßt hat, dazu benutzt, um sie wenigstens hinsichtlich dieses Landes weiter zu verfolgen. Es ist ja möglich, dass Polen ihm jetzt, nachdem es sich mit uns verständigt hat, die kalte Schulter zeigt. Aber ebenso gut kann es sein, dass Warschau dadurch doch in seiner Tendenz, die Randstaaten unter einen Hut zu bringen, weiterzukommen glaubt und sich darauf einlässt. Dass aber uns mit einer entsprechenden russisch-polnischen Vereinbarung gerade hinsichtlich Litauens schlecht gedient wäre, brauche ich nicht weiter auszuführen. Es fragt sich nun, ob es nicht möglich wäre, das Litwinoffsche Vorhaben zu durchkreuzen, indem *wir uns mit Polen über Litauen verständigen*⁴. In welcher Weise dies geschehen könnte, wäre allerdings sehr zu überlegen. Denn auf der einen Seite dürfte ein etwaiges Übereinkommen nicht als ein Angriff auf die Unabhängigkeit Litauens ausgelegt werden, andererseits darf es auch nicht als eine Anerkennung des Zustandes des Versailler Vertrages aufgefasst werden⁵ oder irgendwelche Möglichkeiten einer zukünftigen Entspannung verbauen. Mir schwebt eine ganz allgemeine Verabredung vor, über die Litauen betreffende Politik Fühlung zu unterhalten; aber das werden Sie dort besser überlegen können als ich hier. Jedenfalls wäre der Zweck der Übung, dem gegen uns gerichteten russisch-polnischen Zusammenspiel im Baltikum und speziell in Litauen einen Riegel vorzuschieben. Sollten Sie dem Gedanken nähertreten, so müssten wir die Sache in Anbetracht der augenscheinlich im Gange befindlichen Litwinoffschen Aktion wohl bald in Angriff nehmen.

Meine zweite Sorge betrifft die hier in letzter Zeit vorgenommenen *zahlrei-

¹ Zu Stalins Rede vom 26. 1. 1934 vgl. Dok. 350, Anm. 1; zur Rede Hitlers vgl. Dok. 357, Anm. 3.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Randbemerkung Bülows: „Wilna“.

chen Verhaftungen*⁶ von Leuten, die irgendwie – sei es durch ihre Deutschstämmigkeit, sei es durch geschäftliche Verbindungen – mit Deutschland in Beziehung stehen. Es handelt sich um eine größere Zahl von deutschstämmigen evangelischen und katholischen Pfarrern sowie von Vertretern deutscher Firmen und Angehörigen deutscher Unternehmungen. Der größte Teil ist russischer Staatsangehörigkeit, ein Teil gehört anderen Staaten an, und an Reichsdeutschen sind auch einige darunter. Die Verhaftungen gehen augenscheinlich ganz systematisch vor sich, und es heißt, dass es sich um „eine sehr böse Sache“ handelt. Irgendeine Auskunft bekommen wir aber natürlich nicht, und auch hinsichtlich der Reichsdeutschen ist in üblicher Weise erst auf unsere Anfrage hin eine Bestätigung der Verhaftung erfolgt, wobei man als Grund der Verhaftung den Kautschuk-Paragraphen 58,6 des Strafkodex angab (Spionage). Unsere Vermutungen über den wahren Grund gingen bisher nach verschiedenen Richtungen, aber in der letzten Zeit verstärkt sich immer mehr der Eindruck, dass es sich um die Einleitung eines Prozesses gegen angebliche nationalsozialistische Machenschaften aller Art, insbesondere auch eine *nationalsozialistische Unterstützung des ukrainischen Separatismus*⁷ handelt, also anscheinend um die Vorführung eines Gegenstücks zu dem Leipziger Brandprozess⁸. Hand in Hand mit den Verhaftungen kommen auch immer zahlreicher werdende Provokationen von Deutschen und sogar von Mitgliedern der Botschaft hinsichtlich einer Spionagetätigkeit zwischen Deutschland und Russland vor, was wohl auch der Inszenierung der beabsichtigten großen Demonstration dienen soll.

Ich frage mich nun, was man dagegen macht, und bin zu der Ansicht gekommen, dass wir in ähnlicher Weise, wie wir in politischer Hinsicht einerseits die gegen uns erhobenen Beschuldigungen zu entkräften und andererseits den russischen politischen Schachzügen durch eigene Schachzüge entgegenzuwirken suchen, so auch in diesem Fall mit Zuckerbrot und Peitsche vorgehen müssen, um das wildgewordene Sowjettier still zu bekommen. So möchte ich einerseits auf meine letzthin gegebene Anregung zurückkommen, den Russen durch Schenkung des Herrn Thälmann⁹ und etwaiger sonstiger Kommunisten eine große Geste zu erweisen. Auf der anderen Seite aber möchte ich anregen, der Aktion, die doch außerordentlich unangenehm werden kann, schleunigst entgegenzutreten. Ich lasse heute gleichzeitig einen offiziellen Bericht¹⁰ darüber abgehen und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ihn sich vorlegen und darauf eingehen wollten. Damit die doppelte moralische Wirkung eintritt, müssen wir, glaube ich, den Russen zeigen, dass wir ihnen ihren Kommunismus gönnen, aber uns andererseits ihre plumpen Manöver nicht gefallen lassen.

Mit herzlichem Gruß stets Ihr

Nadolny

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.

PA AA, R 31499, Bl. E 497420–497424.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 240, S. 442–444.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Vgl. Dok. 208, Anm. 1.

⁹ Vgl. Dok. 353.

¹⁰ Bericht Nadolnys vom 6. 2. 1934 über Hintergründe von Verhaftungen bei der Controll-Co und in der Ukraine; vgl. PA AA, R 83891, Bl. E 672588–672592.

Nr. 361

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**Geheim
Expl. Nr. 3Tagebuch
N. N. Krestinskij**EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY,
7. Februar 1934**

1. Bei der Begrüßung fragte mich Nadolny anscheinend beiläufig nach dem bevorstehenden Besuch von Beck. Gemäß vorheriger Absprache mit Gen. Litvinov sagte ich, dass Beck am 13. anreisen und zwei bis drei Tage bleiben wird. Ich erzählte die Vorgeschichte dieses Besuches in dem Sinne, wie sie dann am folgenden Tag in den Zeitungen veröffentlicht wurde¹.

2. Nadolny sagte weiter, er habe sich heute Morgen das Haus auf der Spiridonovka angesehen, wo früher das Oberste Gericht² seinen Sitz hatte, und er müsse sagen, dass ihm das Haus nicht zusage. Das Haus sei, erstens, viel zu düster, zweitens habe es keinen Garten, drittens befinde es sich in einem schrecklichen Zustand und müsse von Grund auf saniert und grundlegend umgebaut werden. Um das Haus in einen Zustand zu bringen, der für die Botschaft akzeptabel wäre, seien, wie Nadolny meinte, über eine Million Rubel erforderlich, und auch danach würde das Haus eine Reihe von strukturellen Mängeln beibehalten. Aus diesem Grund neige Nadolny dazu, in dem jetzigen Haus zu verbleiben und in ihm einige Umgestaltungen und Umbauten vorzunehmen. Wenn aber bei der Unterbringung der anderen Botschaften (er nannte die spanische, ungarische und eventuell die Botschaften der Kleinen Entente) in unsere Verfügungsgewalt ein Haus fallen sollte, welches für die deutsche Botschaft geeignet wäre, so bitte er darum, selbstverständlich auch seinen Antrag zu berücksichtigen.

Ich antwortete, dass wir alle Moskauer Villen mehr oder weniger gut kennen; und eine andere Villa, die in ihrer Größe den Anforderungen Nadolnys **genügen würde**³, gebe es nicht. Deshalb meine ich, dass Nadolny, wenn er das Gebäude des Obersten Gerichts ablehne, endgültig darüber entscheide, die deutsche Botschaft auch weiterhin in den gegenwärtig von ihr genutzten Häusern zu belassen⁴.

3. Weiter fragte mich Nadolny, welche Antwort ich ihm auf seinen Protest bezüglich des Artikels in der Zeitung „Za industrializaciju“ vom 15. 1.⁵ geben könne.

¹ Vgl. „Ministr inostrannyh del Pol'si g. Bek 13 fevralja priezžet v Moskvu“ (Der Außenminister Polens, Herr Beck, kommt am 13. Februar nach Moskau). In: Izvestija vom 8. Februar 1934, S. 4.

² Das Oberste Gericht der UdSSR befand sich bis zu Beginn der 1930er Jahre in der ehemaligen Villa des Kaufmanns Tarasov (Spiridon'evskaja ul. 30/1), die von 1908 bis 1912 nach Plänen des Architekten Zoltovskij erbaut wurde und eine Kopie des Palazzo Tien in Vicenza (Italien) darstellte.

³ Der Text ist korrigiert; das ursprüngliche Wort ist nicht entziffert.

⁴ Vgl. Dok. 292, Anm. 2, 3.

⁵ Vgl. A. Vilenčuk: „Trotz alledem!“ In: Za industrializaciju vom 15. Januar 1934, S. 2. Der

Ich antwortete, dass ich bereit sei, ihm gegenüber das Bedauern für jene Passagen des Artikels auszusprechen, die von ihm moniert worden seien. Nadolny sagte erfreut, dass meine Antwort ihm vollauf genüge.

4. Nadolny brachte seine Genugtuung bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Ungarn⁶ zum Ausdruck und fragte mich, ob wir bereits jemanden als Gesandten für Ungarn vorgesehen hätten und wen die Ungarn zu entsenden beabsichtigten.

Ich antwortete, dass wir noch keine Ernennung vorgenommen hätten, auch die Ungarn hätten noch kein Agrément erhalten.

5. Danach bat Nadolny darum, sich dafür einzusetzen, einem Mitarbeiter der Konsularabteilung der Botschaft eine Genehmigung zu verschaffen, um zwei deutsche Staatsbürger, und zwar Fleischle⁷ und Rohden⁸, aufzusuchen, die irgendwo in der Provinz verhaftet worden seien, sich gegenwärtig aber in Moskau befänden.

Auf meine Nachfrage sagte Nadolny, dass beide Verhafteten Angestellte der Controll-Co. gewesen seien. Ich sagte Nadolny, dass ich seine Bitte den Untersuchungsorganen übermitteln werde, da aber Fleischle und Rohden in diese ernste Angelegenheit verwickelt seien, sei ich nicht davon überzeugt, dass es sofort möglich wäre, eine Besuchserlaubnis zu erwirken.

Nadolny **erklärte**⁹, ihn interessiere allein die Möglichkeit, nach Berlin zu schreiben, dass dem Vertreter der Botschaft ein Besuch gewährt worden sei. Der Besuch werde selbstverständlich in Anwesenheit des Untersuchungsrichters oder eines Vertreters der Gerichtsbehörde stattfinden, während des Besuches werde man nicht auf den Fall zu sprechen kommen. Das ganze Gespräch werde sich auf die Begrüßung, auf die Erkundigung nach der Gesundheit und darauf beschränken, was die Verhafteten benötigen und was man ihnen zulassen kommen könne.

Ich wiederholte, dass ich den Wunsch des deutschen Botschafters den Untersuchungsbehörden zur Kenntnis bringen werde.

6. Danach sprach Nadolny darüber, er habe den Eindruck gewonnen, dass die Organe des Inneren im **großen**¹⁰ Maßstab Verhaftungen von deutschen und sowjetischen Staatsbürgern vornehmen, die in Verbindung mit deutschen Firmen stehen, wobei man sogar auf Provokationen zurückzugreifen versuche. Auf meine Nachfrage erzählte Nadolny, dass ein Mitarbeiter der Konsularabteilung einen Brief aus Leningrad erhalten habe, in dem er gebeten wurde, an einem bestimmten

Protest, den Nadolny während der Unterredung mit Krestinskij vortrug (vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 9–10), betraf in erster Linie folgende Passage des Artikels: „Das ‚Dritte Reich‘ löste das Weimarer Deutschland ab – ‚Die Missgeburt, die mit der Lüge, // Mit seinem geliebten Windspiel vielleicht // Der alte Sodomiter gezeugt‘ (Heine)“. Es handelt dabei sich um das Gedicht „Der Wechselbalg“.

⁶ Der Notenaustausch anlässlich der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Ungarn fand am 6. 2. 1934 in der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Italien statt.

⁷ Fleischle war 1933 von der OGPU verhaftet worden und wurde im März 1934 aus der UdSSR ausgewiesen.

⁸ Rohden war im Dezember 1933 von der OGPU verhaftet worden und wurde im März 1934 aus der UdSSR ausgewiesen.

⁹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: beschwor.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

Tag zum Bahnhof zu kommen, weil ein deutscher Staatsbürger, der über Moskau und ohne Aufenthalt weiterreise, ihm einen Brief übergeben müsse. Der Mitarbeiter sei zum Bahnhof gegangen, dort sei eine ihm vollkommen unbekannte Person auf ihn zugetreten, habe ihn mit Namen begrüßt und versucht, den Eindruck zu erwecken, dass sie sich früher begegnet wären und er damals in der OGPU gearbeitet hätte, nunmehr diese Arbeit aber hingeworfen hätte und der deutschen Botschaft Informationen zukommen lassen wolle, die sie interessieren könnten. Der Botschaftsmitarbeiter lehnte es ab, das Gespräch fortzusetzen und verließ den Bahnhof. Danach habe die gleiche Person in der Botschaft angerufen und auf einem neuen Treffen bestanden. Der Mitarbeiter habe eine Fortsetzung des Gesprächs abgelehnt und den Hörer aufgelegt. Über diesen groben Fall einer Provokation berichte mir Nadolny in streng vertraulicher Form, er möchte sie nicht zum Anlass für irgendeine Demarche nehmen. Er berichte von ihr lediglich zu dem Zwecke, um jene zunehmend ungesunde Atmosphäre zu illustrieren, die um die deutsche Botschaft und generell um die deutschen Staatsbürger in Moskau erzeugt werde. Er habe den Eindruck, als ob irgendein Monsterprozess vorbereitet würde. Es würde ihn außerordentlich bekümmern, wenn sich seine Vorahnungen bewahrheiten sollten, weil ein Prozess dieser Art einen verheerenden Einfluss auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen nehmen könnte.

Ich antwortete Nadolny, dass er uns einerseits zur Vorsicht bei Gerichtsprozessen gegen deutsche Staatsbürger ermahne, andererseits aber immer dagegen protestiere, auf deutsche Staatsbürger die administrative Haft oder die administrative Verbannung anzuwenden. Er wünsche ***offenbar***¹¹, dass wir uns auf eine Ausweisung von deutschen Staatsbürgern aus der UdSSR beschränken ****¹², ohne Rücksicht darauf, welche Straftaten sie auf dem Territorium der UdSSR begangen hätten. Darauf könnten wir uns nicht einlassen, weil dies faktisch auf eine Straffreiheit für Deutsche hinausliefe, die widerwärtigste kriminelle und politische Verbrechen mit dem Kalkül verüben könnten, dass ihnen schlimmstenfalls lediglich die Ausweisung aus der UdSSR drohen könnte.

Nadolny antwortete, dass er keineswegs darauf bestehe, für die Deutschen eine privilegierte Stellung und für sie eine Straffreiheit zu schaffen. Er verstehe, dass man uns gegenüber keine Forderungen dieser Art stellen könne. Doch würde er es gerne sehen, wenn die Untersuchungs- und Gerichtsorgane die faktische Seite der Angelegenheit sehr aufmerksam prüfen würden, wenn es darum gehe, einen deutschen Staatsbürger zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Ich antwortete, dass unsere Untersuchungs- und Gerichtsorgane die erforderliche Sorgfalt in allen Fällen walten ließen, sowohl dann, wenn Ausländer verhaftet würden, als auch dann, wenn sowjetische Staatsbürger angeklagt seien. Die Annahme Nadolnys, unsere Organe würden gegenwärtig deutsche Staatsbürger strenger als andere Staatsbürger behandeln, entspreche nicht der Wirklichkeit.

7. Danach bat mich Nadolny, ihm zu raten, was er sagen solle, um die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu verbessern.

Ich antwortete, dass es außerordentlich schwierig sei, ihm etwas zu raten, zumal es nicht um ihn, sondern um seine Regierung gehe. Ich bezweifle überhaupt

¹¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹² Das an dieser Stelle stehende Wort „würden“ ist durchgestrichen.

nicht die Aufrichtigkeit seines Wunsches, die sowjetisch-deutschen Beziehungen verbessern zu wollen. Doch dafür sei es nötig, dass auch seine Regierung solch einen Wunsch hege und ihn in die Tat umsetze.

Nadolny sagte, dass es bei uns in letzter Zeit keinen Mangel an antideutschen Erklärungen gebe. Doch er sei zufrieden, dass die letzten Reden der Genossen Stalin und Vorošilov¹³ keine Behauptungen bezüglich einer zwischen Deutschland und Japan abgestimmten Politik enthielten. Deutschland und Japan seien getrennt behandelt worden, sogar in verschiedenen Teilen der beiden Reden. Daraus ziehe Nadolny den Schluss, wir würden darauf verzichten, die deutsche und die japanische Regierung in einen Topf zu werfen. Insofern sei in den sowjetisch-deutschen Beziehungen eine gewisse **Entspannung**¹⁴ zu beobachten. Er bitte mich, ihm zu bestätigen, dass er in diesem Sinne die letzten Reden richtig einschätze.

Ich antwortete Nadolny, dass, soweit ich die Stimmungen in unserer Öffentlichkeit richtig deute, bei uns immer noch davon ausgegangen werde, es gebe zwischen der deutschen und der japanischen Politik einen Parallelismus, ja sogar eine gewisse Absprache.

Nadolny fragte, ob ich denn selbst eine solche Absprache für möglich halte?

Ich antwortete bejahend.

Nadolny sagte, dass ihn dies sehr betrübe, weil die Deutschen die Aggressionspolitik Japans negativ beurteilen und eine Annäherung der deutschen Politik an die japanische als für sich beleidigend betrachten würden. Zwischen Deutschland und Japan gebe es keinerlei politische Abkommen. Japan habe sich bezüglich der fernöstlichen Angelegenheiten nur ein einziges Mal an Deutschland gewandt, als es bei der deutschen Regierung nachsuchte, Mandschukuo anzuerkennen¹⁵. Die deutsche Regierung habe diesen Vorschlag abgelehnt¹⁶. Ihn betrübe es daher sehr, dass wir Deutschland unberechtigterweise verdächtigen, Abkommen mit Japan abgeschlossen zu haben.

Ich antwortete, dass wir sehr erfreut sein würden, wenn die weiteren politischen Schritte Deutschlands uns die Möglichkeit gäben, künftig keinen solchen Parallelismus zu ziehen.

8. Danach fragte mich Nadolny, ob wir hier die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland erörtert hätten. Er bringe dies im Zusammenhang mit dem hiesigen Aufenthalt Vejcers zur Sprache.

Ich antwortete, dass wir alle mit dem Parteitag beschäftigt seien und ich an keiner Beratung über die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland teilgenommen hätte. Ich denke, dass Vejcer die Direktiven auf dem Dienstweg erhalten habe.

Nadolny bat mich, in Erfahrung zu bringen, welche Direktiven Vejcer erhalten habe, da die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf zwei Beinen stünden, auf einem politischen und einem wirtschaftlichen. Wenn auf politischem Gebiet gegenwärtig einiges ins Stocken geraten und man gezwungen sei, auf eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu warten, so dürfe man die Wirtschaftskontakte nicht zum Erliegen kommen lassen. Ich antwortete N., dass ich mich umgehend

¹³ Gemeint sind die Reden auf dem XVII. Parteitag der VKP (B).

¹⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Spannungen.

¹⁵ Am 16. 10. 1933. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 7, S. 9.

¹⁶ Vgl. ebd., Dok. 198, S. 376–378.

für die Pläne des NKVT auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen interessieren würde. Doch bäte ich ihn zu berücksichtigen, dass wir auf große Schwierigkeiten stoßen, unsere Exportgüter auf dem deutschen Markt zu realisieren. Für diese Seite der Angelegenheit sollte sich Nadolny interessieren.

Nadolny versprach, seinerseits alles zu unternehmen, um die Bedingungen für den Absatz unserer Erzeugnisse in Deutschland zu verbessern.

N. Krestinskij

Vermerk von N. N. Krestinskij: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 630 vom 11. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. West[abteilung], nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30. l. 30–35¹⁷. Kopie.

Nr. 362

Brief des Legationsrats Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, 7. 2. 1934

Hochzuverehrender Herr Botschafter!

Lieber Herr von Dirksen!

Heute erhielt ich Ihre gütigen Zeilen vom 9. Januar und fühle mich tief beschämt, dass ich Ihnen seit Ihrer Abreise noch nicht geschrieben habe. Dieses Erkenntnis bedrückt mich umso mehr, als kein Tag vergeht, ohne dass meine Gedanken zu Ihnen hinüberwandern. Dass Sie nicht mehr in Moskau sind, empfinde ich nach wie vor als einen *großen persönlichen Verlust*¹; es fällt mir sehr schwer, ihn zu verwinden.

Das hindert mich aber nicht daran, mich für Sie zu *freuen, dass Sie den hiesigen Widerwärtigkeiten entronnen sind*². Die *Rede Litwinows*³ spiegelt die Atmosphäre wider, in der wir gegenwärtig hier arbeiten und die durch ein *unüberwindliches Misstrauen zu unserer Außenpolitik durchdrungen ist. Deutschland und Japan*⁴ sind – nach Ansicht Litwinows und mit ihm eines großen Teils der Partei und Regierung – die *Störenfriede, die nur auf den Augenblick warten, um über*⁵ die Sowjetunion herzufallen. Jeder deutsche Schritt in Japan und jede Sympathiekundgebung wird registriert und entsprechend ausgelegt. So auch die *Reise Knolls in die Mandschurei*⁶. Die angeblich in Deutschland bestehenden,

¹⁷ Ein Paginierungsfehler, es müsste l. 34 sein.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Die beiden Wörter sind unterstrichen. Zur Rede Litvinovs vgl. Dok. 322.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen. Vgl. Dok. 371, Anm. 5.

auf eine *Losreißung der Ukraine gerichteten Pläne spuken hier ebenfalls*⁷ in vielen Köpfen herum, was auch nicht gerade zu einer Entspannung der Atmosphäre beiträgt. In diesem Zusammenhang machen uns *zahlreiche Verhaftungen von Angestellten deutscher Firmen, von Pastoren und deutschstämmigen Sowjetbürgern*⁸ große Sorgen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier nach bekanntem Muster (Ramsin-Prozess⁹, Metro-Vickers-Affäre¹⁰) eine Sache vorbereitet wird, die uns noch viel Kummer bereiten wird.

*Auch wirtschaftlich sieht es nicht schön aus*¹¹. Unser Export in die UdSSR ist so gesunken, dass *unsere Handelsbilanz mit der Sowjetunion seit einigen Monaten passiv ist*¹². Bisher sind noch keine Mittel und Wege gefunden worden, um unseren Absatz nach der UdSSR wieder zu beleben. Die russischen Forderungen hinsichtlich der Steigerung ihres Exports nach Deutschland sind unerfüllbar und für ihre Wünsche betreffs *Finanzanleihe scheint der Boden in Deutschland immer noch nicht reif*¹³ zu sein. Ich fürchte, man wird sich vor dem Unvermeidlichen so lange sträuben, bis es zu spät ist. Sie werden sich meinen Gemütszustand unter diesen Umständen vorstellen können.

Ihr Nachfolger¹⁴ ist über Weihnachten nach Deutschland gefahren und hat seine Familie hergebracht. Am *Hause Tschisty*¹⁵ sind viele Mängel festgestellt worden*¹⁶; als besonders nachteilig wird das *Fehlen des Saales*¹⁷ empfunden. Um dem Übelstand abzuhelpen, soll im Sommer die Zwischenwand zwischen dem roten Empfangssalon und dem Schreibzimmer Ihrer Frau Gemahlin beseitigt werden, um auf diese Weise einen größeren Raum zu schaffen. Gleichzeitig soll das Esszimmer mit dem Gartenzimmer zu einem Raum vereinigt werden.

In personeller Hinsicht hat sich bisher bei uns nichts geändert; allerdings rechnet *Twardowski damit, dass er nicht länger hier bleiben wird*¹⁸ als bis zum Herbst. *Wegen meiner Person brachte Herr Nadolny*¹⁹ aus Berlin die Nachricht mit, dass *„alles in Ordnung“*²⁰ sei. Der am 15. Januar eingetretene *„vertragslose Zustand“* braucht mich daher wohl nicht weiter zu beunruhigen*²¹.

*In meiner Familie geht soweit alles nach Wunsch. Isika arbeitet fleißig auf

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Gemeint ist der Prozess gegen die sogenannte Industriepartei, der vom 25. 11. bis 7. 12. 1930 in Moskau stattfand und bei dem Ramzin einer der Hauptangeklagten war. Die dort angeklagten Angehörigen der technischen Intelligenz wurden beschuldigt, eine antisowjetische Untergrundorganisation (Industriepartei) gegründet und in den Jahren 1925 bis 1930 Schädlingssarbeit in der Industrie und dem Transportwesen durchgeführt zu haben. Vgl. Process „Prompartija“ (25 nojabrja – 7 dekabrja 1930 g.). Stenogramma sudebnogo processa i materialy, priobščennye k delu (Der Prozess „Industriepartei“. Stenogramm des Gerichtsprozesses und Materialien, die den Akten beifügt wurden), Moskva 1931.

¹⁰ Vgl. Dok. 108, Anm. 1.

¹¹ Der Satz ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Rudolf Nadolny.

¹⁵ Vgl. Dok. 292, Anm. 2.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

das Abitur hin und Andreas scheint seine Zeit in Lyon^{*22} gründlich auszunutzen. Seine Berichte sind zum Teil sehr interessant und zeigen, dass der Junge mit offenen Augen durch die Welt geht.

Was unsere diesjährigen Urlaubspläne betrifft, so will Twardowski Anfang März auf Urlaub gehen, weil Herr Nadolny im Mai eine Reise durch Russland antreten will, um anschließend seinen Urlaub zu nehmen. Ich werde infolgedessen ^{*voraussichtlich im Mai und Juni nach Deutschland}^{*23} fahren.

Dass wir das ^{*Haus Gagarinsky}^{*24} inzwischen aufgegeben haben, werden Sie gehört haben. Schiller ist in das Drusag-Haus eingezogen und Herwarth wohnt zusammen mit Dittmann in Kalaschny²⁵. ^{*Seine Ehescheidung scheint reibungslos vonstatten zu gehen.}^{*26}

Im diplomatischen Korps haben sich keine wesentlichen Veränderungen ereignet. ^{*Bullitt}^{*27} wird demnächst in Moskau zurückerwartet. Ich bin gespannt, wie lange seine Begeisterung anhalten wird. Er macht sicher den Fehler und geht zu sehr ins Geschirr, so dass die Enttäuschungen unvermeidlich sind.

Das wäre, glaube ich, alles, was von hier zu berichten wäre. Empfehlen Sie mich bitte Ihrer hochverehrten ^{*Frau Gemahlin}, die von meiner Frau schmerzlich und sehnsüchtig vermisst wird, und grüßen Sie^{*28} bitte Fräulein Elka, die wir in liebevoller Erinnerung bewahren.

Mit den herzlichsten Grüßen bin ich

^{**wie stets Ihr aufrichtig ergebener und unentwegt dankbarer}^{**29}

Hilger

Eigenhändige Unterschrift. Auf privatem Kopfbogen geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. I, Bl. M 014332-014335.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 30, S. 200-202.

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Die beiden Wörter sind unterstrichen. Zu dem Haus vgl. Dok. 342, Anm. 24.

²⁵ Vgl. Dok. 32, Anm. 9.

²⁶ Der Satz ist unterstrichen.

²⁷ Der Name ist unterstrichen.

²⁸ Der Text ist unterstrichen.

²⁹ Die Grußformel ist handschriftlich eingefügt.

Nr. 363

**Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer und dem Leiter des
Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 84¹

Berlin, 12. Februar 1934

AUS DEM TAGEBUCH DES Gen. BESSONOV

Aufzeichnung der Unterredung mit Meyer, 6. II. 1934

Der Direktor der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Meyer, lud mich am 6. II. zu einem Frühstück. Während des Frühstücks fragte er mich, in welcher Stimmung Lev Michajlovič² aus Moskau zurückkehrt sei. Ich antwortete, dass die Stimmung von Lev Michajlovič, wie bei uns allen, gegenwärtig von den Reden und Beschlüssen des 17. Parteitages und von den gewaltigen Erfolgen unseres Landes geprägt sei. Was Deutschland betreffe, so habe Meyer bereits aus den Reden auf dem Parteitag entnehmen können, dass sich unsere Politik gegenüber Deutschland nicht verändert habe und wir von der deutschen Regierung Taten fordern, mit denen sie bekräftigen könnte, dass ihre freundschaftlichen Verlautbarungen gegenüber der UdSSR der Wirklichkeit entsprechen und aufrichtig seien. Meyer sagte, dass die letzte Rede Hitlers³ seiner Meinung nach genau das zum Ausdruck bringe, was uns zufriedenstellen sollte. Ich antwortete, dass in dieser Hinsicht mir persönlich die Rede Hitlers als vollkommen unzureichend erscheine. Hitler habe das Jahr 1933 als das Jahr der Fortführung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR dargestellt. Indessen sei aber dies das Jahr mit den meisten gegen die UdSSR gerichteten Aktionen Deutschlands gewesen. Über die Zukunft habe Hitler überhaupt nichts gesagt, ebenso ist er mit keinem einzigen Wort auf jene konkreten Befürchtungen hinsichtlich der deutschen Politik eingegangen, die in den Reden von Molotov, Litvinov, Kaganovič und Stalin zum Ausdruck gebracht worden seien. Meyer entgegnete darauf recht gereizt, dass er unsere Verdächtigungen bezüglich des Buches von Hitler, welches ein vor fast 10 Jahren verfasstes journalistisches Werk darstelle, überhaupt nicht verstehe. Wenn die Deutschen denn unsere Befürchtungen hinsichtlich dieses Buches ernst nehmen sollten, so wären sie vollkommen im Recht, ihrerseits von den Russen eine Überprüfung und Korrektur beispielsweise der Arbeiten Lenins zu fordern, in denen es verschiedene gegen Deutschland gerichtete Stellen gebe. Ich sagte, dass ich es für unangebracht hielte, einen Vergleich zwischen Hitler und Lenin zu ziehen und es in der gesamten Literatur der Sowjetunion keine einzige Arbeit gebe, in der zu einem Kreuzzug gegen Deutschland und zu dessen Aufteilung aufgerufen worden wäre. Es gehe nicht um **unsere**⁴ Proteste gegen die in dem Buch Hit-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Chinčuk.

³ Am 30. 1. 1934 vor dem Reichstag; vgl. Dok. 357, Anm. 3.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

lers dargelegte faschistische „Weltanschauung“, sondern um unseren Protest gegen den in diesem Buch enthaltenen ganz konkreten Plan eines Kreuzzuges gegen die UdSSR und ihrer Aufteilung. Meyer erwiderte, dass die deutsche Regierung allen Grund hätte, gegen jene Sitzung des 17. Parteitages zu protestieren, auf der im Beisein aller sowjetischen Regierungsmitglieder die deutsche Kommunistische Partei begeistert begrüßt und an Thälmann⁵ eine Grußadresse gerichtet worden sei. Ich entgegnete Meyer, dass sein Argument in keinerlei Beziehung zur Frage stehe. Die von faschistischen Versammlungen gefassten Entschlüsse zum Kommunismus interessierten uns wenig. Nicht darin bestehe das Wesen unserer Befürchtungen, sondern darin, dass die Entschlüsse und Äußerungen der deutschen Faschisten gegen den Kommunismus ergänzt und flankiert würden durch einen detailliert ausgearbeiteten antisowjetischen außenpolitischen Plan. Wir erachteten es für unumgänglich, eben gegen diesen Plan zu protestieren. Danach brachte Meyer das Gespräch auf Rosenberg und sagte, dass Rosenberg seinen Einfluss eingebüßt habe und die Außenpolitik ganz und gar in den Händen des Kanzlers und von Neurath konzentriert sei. Meyer kehrte abschließend noch einmal zu seinem Lieblingsthema zurück, wonach sich Gen. Litvinov auf der Dezembersitzung des CIK⁶ hinsichtlich Papens und anderer auf falsche Informationen gestützt habe, deren Quellen Meyer angeblich gut bekannt seien. Meyer erklärte, dass er selbst über verschiedene Informationen über unsere insbesondere gegen Deutschland gerichteten Pläne und Reden verfüge, er sich aber niemals erlauben würde, sie zu benutzen, schon gar nicht offiziell. Zum Ende erklärte Meyer, dass seiner Auffassung nach die deutsche Seite alles Mögliche und Notwendige für die Wiederherstellung der früheren Beziehungen getan habe und nunmehr die Lösung der Frage ausschließlich von der sowjetischen Seite abhinge.

Aufzeichnung der Unterredung mit Bräutigam, 6. II.

Während des Frühstücks bei Meyer sprach ich mit dem Wirtschaftsreferenten der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Bräutigam, über die Dollarforderungen deutscher Firmen. Ich sagte Bräutigam, dass es uns einigermaßen beunruhige, wie sich die deutschen Firmen in der Dollarfrage verhalten. Vom Landgericht⁷ erhielten wir in jüngster Zeit nicht nur Mitteilungen über die Ernennung von Zwangsschlichtern in den Fällen der Firmen Gerhards, Hausbold und Sonnenberg, sondern auch darüber, dass die Schlichter in diesen drei Fällen bereits Obmänner bestimmt hätten. Bräutigam sagte, dies seien selbstverständlich Bagatellen und er werde Maßnahmen ergreifen, um diese Verfahren zu verzögern. Er könne jedoch nicht verschweigen, dass es dem Ministerium und dem russischen Ausschuss⁸ äußerst schwer falle, das Vorgehen der zahlreichen kleinen Firmen, die in dem Verfahren involviert sind, im Auge zu behalten. Nach Bräutigams Auffassung hätten wir selbst unsere Position in letzter Zeit dadurch verschlechtert, dass wir in sechs Fällen Gegenklagen auf Wertausgleich für bereits ausgegebene Wechsel einge-

⁵ Vgl. Dok. 353, Anm. 1.

⁶ Zur Rede Litvinovs am 29. 12. 1933 vgl. Dok. 322.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Gemeint ist der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

reicht haben. Es sei bezeichnend, dass z. B. manche unserer Firmen wie Torgprom⁹ an deutsche Firmen Forderungen auf Wertausgleich zu früher abgeschlossenen Geschäften stellten. Ich sagte, dass ich diese Fälle nicht kenne und ich nicht dächte, dass sich die Sache so verhalte, wie sie Bräutigam darstelle. Unser Standpunkt sei in dieser Frage völlig eindeutig und wir würden von ihm auf keinen Fall abrücken. Nach einer Polemik, die sich in gewohnter Weise um unseren Standpunkt drehte, fragte mich Bräutigam besorgt, welchen Ausweg wir dennoch sehen würden, um diese Situation zu bereinigen. Ich sagte, dass es nur einen Ausweg geben könne, und zwar den völligen, entschiedenen und endgültigen Verzicht der deutschen Firmen auf jegliche Forderungen uns gegenüber. Bräutigam sagte, dass sie auf die deutschen Firmen keinen direkten Einfluss ausüben könnten, weil es dafür erforderlich wäre, ein Sondergesetz zu erlassen. Ich sagte, dass dem vielleicht so sei, aber außer dem Mittel, auf die Firmen Einfluss zu nehmen, gebe es noch den Weg, auf die deutschen Gerichte einzuwirken, in der Art etwa, dass das Justizministerium sowohl gegenüber den ordentlichen Gerichten als auch den Schiedsgerichten klarstelle, dass diese Fragen nicht der Zuständigkeit deutscher Gerichte unterlägen. Bräutigam versuchte zunächst auf die Unabhängigkeit des deutschen Gerichts zu verweisen, musste jedoch nach einigen von mir vorgetragenen Gegenbeispielen zustimmen, dass ein derartiger Weg theoretisch denkbar sei. [...] ¹⁰

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 675 vom 14. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 8 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 6 an Gen. Krestinskij, 1 [Expl.] zu den Akten. 12. II. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 71–75. Original.

⁹ Informationen über Torgprom konnten in russischen bzw. sowjetischen Quellen nicht ermittelt werden. Laut deutschen Quellen handelte es sich um eine Struktureinheit der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, die sich mit der Akquise von Kunden im Umfeld der Schwerindustrie befasste. Vgl. „Bericht des Geheimen Polizeiamtes in Berlin betr.: Die amtlichen Einrichtungen und Vertretungen der UdSSR in Deutschland und ihre staats-, wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben (o.D.)“. In: RGVA, f. 501/K, op. 3, d. 322, l. 258.

¹⁰ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Gespräche während des Tee-Empfangs bei Frau Chinčuk am 9. Februar: mit den französischen Diplomaten François-Poncet, Arnal, Gauquié (l. 72R–73), mit dem finnischen Gesandten Wuorimaa und dem Rat der diplomatischen Mission Estlands (l. 73–73R), mit Ministerialdirektor Heintze (Wirtschaftsministerium) (l. 73R) sowie die Aufzeichnung der Gespräche während des Frühstücks bei Arnal am 10. 2. mit ihm und mit François-Poncet (l. 74–75R).

Nr. 364
Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter
in Moskau Nadolny

Berlin, den 12. Februar 1934

zu IV Ru. 799

Lieber Nadolny!

Vielen Dank für Ihre Briefe vom 23. 1.¹, 30. 1.² und 6. 2. 1934³. Ich glaube, dass der Hauptzweck Ihres ersten Briefes in den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers über Russland am 30. Januar im Reichstag⁴ erfüllt wurde. Jedenfalls haben die Reden Stalins und Hitlers die Situation geklärt und gebessert.

Ihr Brief vom 21. 1.⁵ befasst sich mit Ihrem Bericht vom 9. 1.⁶ und unserem Erlass vom 17. 1.⁷ Ich verstehe es sehr gut, dass Sie sich bei Übernahme eines neuen Postens über die vorgefundene Situation klarschreiben wollten, wie dies in Ihrem Januar-Bericht und besonders auch seiner Anlage geschehen ist. Ob es nötig war, das Ergebnis einzureichen, lasse ich dahingestellt, weil es doch für die mit dem Sachverhalt Vertrauten wenig Neues enthielt. Immerhin gaben Sie uns so Gelegenheit, die Ansichten zu vergleichen. Dies ist im Erlass vom 17. 1. geschehen. In allem Wesentlichen stimmen wir in den Voraussetzungen überein. In den Schlussfolgerungen ergeben sich gewisse Divergenzen. Diese sind im Grunde gering und erklären sich daraus, dass unser Blickfeld (und Sorgenkreis!) größer ist, Moskau infolgedessen für uns weniger im Vordergrund steht. Ferner sind wir überzeugt, dass die Bäume der franco-russischen Anforstung nicht in den Himmel wachsen werden, und wollen uns daher nicht in Unkosten stürzen, um ihnen das Wasser abzugraben. Auf die Kanzlerrede vom 30. 1. wies ich bereits hin. Darüber hinausgehende Erklärungen unserer friedlichen Absichten wären bedenklich, denn der Präzedenzfall würde uns zwingen, auf jede ähnliche unbegründete Unterstellung immer wieder neue Zusicherungen abzugeben, – und nicht allein Russland gegenüber. Man darf die Russen natürlich nicht reizen. Wir weichen daher den japanischen Anbiederungsversuchen aus. Die angeblichen nationalsozialistischen Intrigen in der Ukraine, die Sie in Ihrem ****Brief****⁸ vom 6. 2. erwähnen, halte ich für Hirngespinnste der Russen. Cui bono? Kein Mensch hätte an solchen Dingen das geringste Interesse. Die Ukrainebewegung in Polen haben wir früher aufmerksam verfolgt; in der russischen Ukraine interessiert uns eigentlich nur, ob sie separatistische Tendenzen im südöstlichen Polen erweckt oder nicht. Die Haltung unserer Presse loben Sie ja selbst. Die Auswüchse, die die Propaganda „Brüder in Not“ trieb, sind längst abgestoppt. Seitdem haben sich die Russen der Durchführung dieses rein karikativen Unternehmens, über dessen segensreiche

¹ Vgl. Dok. 343.

² Vgl. Dok. 353.

³ Vgl. Dok. 360.

⁴ Vgl. Dok. 357.

⁵ So im Dokument; richtig: 23. 1.

⁶ Vgl. Dok. 333.

⁷ Vgl. Dok. 337.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Bericht.

Wirkungen von verschiedenen Seiten bestätigt wird⁹, nicht mehr entgegengestellt, so dass es nicht zweckmäßig erscheinen würde, unsererseits die Fortsetzung der Unterstützung der Hungernden zu unterbinden. Die „weiß“-russische Nazibewegung in Deutschland wurde schon vor vielen Monaten verboten¹⁰, und den russischen Emigranten wird hier überhaupt die kalte Schulter gezeigt, auch seitens der Partei. Soweit Deutschbalten in dieser tätig sind, machen diese keine russische Emigrantenpolitik.

Um nun noch einmal auf Ihren Brief vom 23. Januar zurückzukommen: Bei der großen Sorge der Russen um ihre Fernost-Front scheint es nicht ausgeschlossen, dass Litwinow in der Annäherung an die französische Gruppe weiter gehen wird, als es bei der gegenwärtigen internationalen Lage an sich zu erwarten wäre. In Misstrauen und Furcht gegenüber Deutschland begegnet er sich auch mit den französischen Rechten. Die Ausführungen Stalins und anderer Sowjetvertreter auf dem Parteikongress über das Zusammengehen mit den Mächten, die unbedingt für den Frieden eintreten, lassen vermuten, dass die Sowjetregierung gegebenenfalls eine gewisse Einengung ihrer Politik der freien Hand auf sich nehmen würde.

Da aber nicht daran zu denken ist, dass Frankreich bereit sein könnte, sich zu verpflichten, Russland gegebenenfalls gegen Japan Beistand zu leisten, kommt ein eigentliches russisch-französisches Bündnis überhaupt nicht in Frage. Auf französischer Seite gibt es zweifellos Faktoren, die auf eine vertragliche Ausgestaltung des russisch-französischen Verhältnisses hinwirken (Herriot, Cot). Wäre Herriot statt Daladier letzthin Ministerpräsident und Außenminister geworden und hätte er es im Gegensatz zu Daladier verstanden, die schwierige innere Lage zu meistern, so hätte man mit ernsthaften französischen Versuchen in dieser Richtung rechnen müssen. Die Zusammensetzung des Kabinetts Doumergue lässt diese Möglichkeit in den Hintergrund treten, da der Einfluss der Sowjetrussland grundsätzlich ablehnend gegenüberstehenden Rechten im Kabinett (Marin, Tardieu) Experimente mit Sowjetrussland kaum zulassen wird. Frage man sich, was man sich überhaupt unter vertraglicher Ausgestaltung der französisch-russischen Verhältnisse vorstellen soll, so fällt die Unklarheit der Formulierungen auf, mit denen heutzutage operiert wird. Einschwenkungen oder Abschwanken Russlands ins französische Lager, Entschluss zum Übertritt zur französischen Gruppe, Einreihung der Sowjetunion in die gegnerische Front, Entschlossenheit, den französischen Kurs zu steuern usw. sind Schlagworte, hinter denen nichts wirklich Reales steht. Entscheidend ist die Frage, ob Russland gegenwärtig infolge bestehender Interessengemeinschaft (Aufrechterhaltung des bisherigen Kräfteverhältnisses in Europa) lediglich ein taktisches Zusammenspiel mit Frankreich verfolgt oder ob es unter Preisgabe der Politik der freien Hand sich vertraglich an Frankreich binden will. Prüft man, worin eine vertragliche Abmachung zwischen Frankreich und Sowjetrussland heute bestehen könnte, so ergibt sich als Möglichkeit weniger eine „Verpflichtung Russlands hinsichtlich der Friedensverträge“ oder gar ein allgemein gehaltener oder auch nur auf Europa beschränkter Bündnisvertrag, sondern höchstens eine französische Zusage, Russland im Falle ostasiatischer Verwicklungen den Rücken frei zu halten. Eine solche Zusage ist vertraglich außerordentlich

⁹ So im Dokument.

¹⁰ Vgl. Dok. 218, Anm. 4.

schwer zu fassen; dasselbe gilt von der russischen Gegenleistung, die vor allem in unbedingter Unterstützung Frankreichs in der Rüstungsfrage bestehen müsste. Die Bemühungen, einer Engergestaltung des beiderseitigen Verhältnisses mittels des Begriffs der *assistance mutuelle* näher zu kommen, haben offenbar zu nichts geführt und auf die Erwägung eines russischen Beitritts zum Völkerbund hinübergeleitet. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass dieser sich vollziehen sollte, würde hierin kein eigentliches russisch-französisches Vertragsverhältnis gesehen werden können. Ein Anlass zu wirklich ernststen Besorgnissen liegt also wohl nicht vor. Jedenfalls sehe ich keine Möglichkeit oder Notwendigkeit, die russische Haltung durch irgendwelche deutscherseits etwa zu machende besondere Zugeständnisse zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Was zur Beruhigung Russlands gesagt werden konnte, ist in weitgehendem Maße in der letzten Reichtagsrede des Kanzlers enthalten.

Jedenfalls darf uns die russisch-französische Annäherung nicht ins Bockshorn jagen. Sie kann nicht weit führen oder uns ernstlich gefährlich werden. Gewisse Schwankungen im deutsch-russischen Verhältnis sind unvermeidlich und müssen mit in Kauf genommen werden. Es stets konstant zu erhalten, würde große Opfer verursachen, die gar nicht zu rechtfertigen wären. Lassen wir das Pendel ruhig ausschlagen. Vom Standpunkte unserer Gesamtpolitik ist der Zeitpunkt für eine aktive Politik gegenüber Russland jedenfalls noch nicht gekommen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch. Daher empfiehlt sich die „kühle Reserve“, die Sie als „Resignation“ auslegen, m.E. zu Unrecht.

Die kühle Reserve verbietet auch Gespräche über die Revision von Versailles. Überall – im polnischen Abkommen¹¹, im Rahmen der Abrüstungsbesprechungen, d. h. der Sicherheitsfrage, Locarno usw. sowie dem Gedankenaustausch über die Reform des Völkerbundes – taucht das Gespenst der Vertragsrevision auf und droht unsre auf allgemeine Entspannung gerichteten Bemühungen zu sabotieren. Das Thema ist daher tabu. Wir lehnen jedes Gespräch darüber ab, auf allen Fronten. Unser Schiffelein ist schon so schwer genug beladen.

Diese Gesichtspunkte schließen auch deutsch-polnische Gespräche über Litauen aus. Wir würden uns damit auf eine Ebene begeben, die wir in den Besprechungen hier und in Warschau peinlichst vermieden haben. Der Baltenpakt schreckt uns nicht. Litwinow hat sich da die Finger verbrannt. Eine polnisch-russische Garantie bedeutet die Abhängigkeit der Randstaaten von Warschau und Moskau. Diese wünscht man nicht einmal in Kowno. Mein Motto für Litwinows Baltenpolitik ist: Bange machen gilt nicht! Mögen Polen und Russen ruhig die Unabhängigkeit der Randstaaten garantieren. Sie werden sich doch bald in die Haare geraten, und uns stören sie nicht, weil wir ja dort keine Absichten haben.

Auch uns beunruhigen die Deutschen-Verhaftungen in Russland sehr, und wir müssen hoffen, dass die Regierung in Moskau nicht darauf ausgeht, uns zu provozieren. Ich werde bei Gelegenheit in diesem Sinne mit Chintschuk sprechen. Was Thälmann anlangt, so gönne ich ihn den Russen nicht weniger, als Sie es tun. Machen wir aber wirklich den Russen damit eine Freude? Bestenfalls würden wir hiermit Herrn Thälmann, nicht aber den Russen ein Geschenk machen. Ihre Anregung, ihn und eventuell weitere deutsche Kommunisten auszuliefern und dafür

¹¹ Zur gemeinsamen deutsch-polnischen Erklärung vom 26. 1. 1934 vgl. Dok. 349, Anm. 1.

in Russland verhaftete deutschstämmige Geistliche einzutauschen, halte ich nicht für durchführbar. Ein solcher Vorschlag würde ein Anreiz für die Russen sein, zu dem Geiselsystem überzugehen und Zweckverhaftungen vorzunehmen. Die zunehmenden Verfolgungen der Deutschstämmigen in der Ukraine und anderen Orts sowie die anscheinend für einen politischen Prozess bestimmten Verhaftungen der Controll-Co-Angestellten u. a. m. zeigen, wie bedenklich es wäre, wenn wir uns auf ein Austauschverfahren einlassen würden. Das litauische Beispiel kann für uns nicht maßgebend sein, da in Litauen die Verhältnisse anders liegen. Im Übrigen schwebt gegen Thälmann ein Verfahren, das noch nicht abgeschlossen ist. Darüber hinaus wäre das Austauschverfahren mit Rücksicht auf die scharfe Durchführung des Gedankens, dass der deutsche Kommunismus unsere innere Angelegenheit ist und daher mit unseren Beziehungen zur Sowjetunion in keinerlei Verbindung gebracht werden darf, undurchführbar.

Soviel für heute.

Mit den besten Grüßen stets Ihr

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt handschriftlich: Konzept und Kurier 12. 2.

PA AA, R 31499, Bl. E 497471–497477.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 251, S. 463–466.

Nr. 365

Brief des Botschaftsrats von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, den **13.**^{*1} Februar 1934

Sehr verehrter Herr von Dirksen!

Hilger zeigte mir vorgestern den Brief, den er von Ihnen erhalten hatte. *Ich war sehr betroffen darüber, dass Sie von uns noch keine schriftliche Nachricht*² erhalten hatten. Die Frage der Korrespondenz mit Ihnen, sehr verehrter Herr Botschafter, und der Aufrechterhaltung des geistigen Kontaktes liegt mir wirklich sehr am Herzen. Leider sind aber die Gelegenheiten, Ihnen möglichst schnell Nachricht zukommen zu lassen, jetzt im Winter so selten, dass ich nicht recht weiß, wie man am besten vorgeht, um eine möglichst rege Korrespondenz mit Ihnen aufrecht zu erhalten. Die Sendungen über *Berlin brauchen sicher sechs bis sieben Wochen*³ und in dieser Zeit hat sich vieles wieder so geändert, dass Sie mit unseren Informationen nicht viel werden anfangen können. Immerhin will ich versuchen, Ihnen ein ungefähres Bild der augenblicklichen Lage hier zu geben, und sende probeweise den Brief über das Auswärtige Amt. Ich hoffe dabei, dass mein Brief vom Januar, den ich über Wladiwostok sandte⁴, inzwischen Sie erreicht haben wird.

¹ Unter dem Datum ist handschriftlich vermerkt: 12. 3.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 342.

Als Sie im November hier abreisten⁵, hatte ich das Gefühl, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht hatten, der eigentlich kaum mehr zu überbieten wäre. Bei aller Wertschätzung der Botschaft und vor allem ihres Leiters war das Misstrauen in die deutsche Politik groß und tief eingefressen. Die Monate November und Dezember haben mich aber gelehrt, dass damals der Tiefpunkt insofern nicht erreicht war, *als die Russen damals anscheinend noch nicht begonnen hatten, eine aktive Politik gegen uns zu führen. Die ersten Ansätze*⁶ für diese aktive Politik gegen uns zeigten sich gegen *Ende Dezember*⁷, als uns bekannt wurde, dass die Russen begonnen hatten, *ernsthaft mit den Franzosen zu sprechen über die Möglichkeit einer Annäherung an den Völkerbund und vor allem über die Möglichkeit eines Abschlusses von Regionalpakten im Rahmen der Abrüstungskonvention*⁸. Dann folgte die äußerst *üble Litwinow-Rede*⁹, „seine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus“¹⁰ und schließlich der Versuch Litwinows, zusammen mit den Polen einen gegenseitigen Versicherungsvertrag mit den *baltischen*¹¹ Staaten zu schließen, der in seiner ersten Etappe eine Garantierung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten durch Russland und Polen darstellen sollte¹². Nun, die Litwinow-Pläne sind anscheinend verfrüht gewesen und *das Echo, das seine Verhandlungen im Auslande fanden, haben den hiesigen maßgebenden Leuten doch wohl die Augen darüber geöffnet*¹³, dass die von Litwinow beabsichtigte Politik zum mindesten die bisher befolgte Grundlinie der Sowjetpolitik, freie Hand in allen europäischen Angelegenheiten zu behalten und sich nicht nach irgendeiner Seite zu binden, stark gefährdet. Hinzu kamen wohl Überlegungen derart, *dass der Nationalsozialismus keine vorübergehende Erscheinung sei*¹⁴ und dass es auf jeden Fall unklug wäre, sich gerade Deutschland absolut zum Feind zu machen. Infolgedessen fand Herr Nadolny im Januar zwar bei Litwinow keine sehr günstige Aufnahme für seine Vorschläge¹⁵. Litwinow war äußerst ablehnend; dafür aber interessierten sich unsere alten Freunde für die Möglichkeit, das Verhältnis zu Deutschland wieder zu verbessern, und *so haben wir den Eindruck, dass Litwinow etwas zurückgepiffen worden ist und dass die Reden, die Stalin und Kaganowitsch auf dem Kongress hielten, erheblich verständigungsbereiter waren als die Rede, die Litwinow vor dem ZIK hielt. Die Antwort des Kanzlers hat hier gut gewirkt*¹⁶, und so habe ich die Hoffnung, dass bei sehr langsamem und vorsichtigem Vorgehen wir vielleicht nicht nur das Misstrauen allmählich werden beseitigen können, sondern auch das hier sehr stark wirkende Ressentiment nüchternen politischen Erwägungen weichen wird.

Um zu einem Erfolge unserer Aufbauarbeit hier zu kommen, *muss allerdings von deutscher Seite alles vermieden werden, was neues Misstrauen säen kann. Die

⁵ Von Dirksen reiste am 3. 11. 1933 aus Moskau ab.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Zur Rede Litwinovs am 29. 12. 1933 vgl. Dok 322.

¹¹ Das Wort ist unterstrichen.

¹² Vgl. Dok. 364.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Vgl. Dok. 339.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

Frage Japan beherrscht hier nach wie vor fast ausschließlich das politische Denken^{*17} der leitenden Klasse, was besonders durch das sehr betonte „sie sollen nur kommen, wir sind gerüstet“ bewiesen wird. Vorläufig sitzt die Idee, dass Deutschland mit Japan über irgendwelche *geheimen Abmachungen^{*18} spricht, hier tief in den Köpfen. Die von irgendeiner Seite lancierte Nachricht, wir wollten Mandschukuo anerkennen, die Reise des Gesandtschaftsrats *Knoll nach Mandschukuo^{*19}, haben, wie Sie sich denken können, hier natürlich neues Misstrauen geweckt. Selbstverständlich wirkt bei alledem böser Wille gewisser hiesiger Kreise mit, vor allem des Leiters des Außenkommissariats, der nun einmal innerlich sich anscheinend auf eine französisch-amerikanische Linie festgebissen hat.

*Im Außenkommissariat werden voraussichtlich in absehbarer Zeit Veränderungen vorgehen. Die Kollegialverfassung ist durch Parteibeschluss^{*20} abgeschafft worden. Wie sich dies auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen. *Litwinows Stellung ist jedenfalls auch in der Partei jetzt sehr viel fester^{*21} geworden, was schon daraus hervorgeht, dass er in das ZK gewählt ist. *Kandidat für das ZK ist Sokolnikow^{*22} geblieben, während Krestinski, Karachan und Stomonjakow keine Parteistellung bekleiden. Sollte die Kollegialverfassung auch im Außenkommissariat abgeschafft werden²³, so ist anzunehmen, dass Litwinows Stellvertreter Sokolnikow wird. Krestinski ist außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend geworden, da seine deutschfreundliche Einstellung ihm anscheinend nicht genutzt hat. Karachans Einfluss ist anscheinend sehr zurückgegangen; er wird voraussichtlich einen Außenposten bekommen (Madrid?). *Stomonjakow gilt als Kandidat für Berlin^{*24}.

*Der Parteikongress war eine große Ovation für Stalin und^{*25} ein eindrucksvolles Bild der überragenden Herrscherstellung dieses Mannes. Die Partei steht geschlossen hinter ihm. Oppositionelle Regungen waren nicht zu bemerken, die alten Oppositionellen sind beschimpft worden und haben mal wieder kläglich ihre Fehler bekannt.

*Die Versorgung der Bevölkerung in den großen Städten ist sehr viel besser geworden^{*26}; besonders Leningrad und Moskau fangen an, Spuren eines normalen Lebens zu zeigen. Auch unsere Konsuln beurteilen die Lage nicht ungünstig. Die *Industrie macht sowohl quantitativ wie qualitativ entschiedene Fortschritte^{*27}, und es kam beim Parteikongress stark zum Ausdruck, dass man jetzt die Importe im großen Umfange nicht mehr lebensnotwendig braucht, dass vielmehr die Menge der Importe abhängt von der Bereitwilligkeit des Auslandes, Sowjetexporte aufzunehmen und sehr viel günstigere Kreditbedingungen zu stellen. *Weizer in Berlin fordert jetzt achtjährigen Kredit resp. langfristige^{*28} niedrigverzinsliche Staatsanleihen. Sie sehen aus alledem, dass man hier sehr groß wird.

¹⁷ Der Text ist unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Vgl. Dok. 342, Anm. 29.

²⁴ Der Text ist unterstrichen.

²⁵ Der Text ist unterstrichen.

²⁶ Der Text ist unterstrichen.

²⁷ Der Text ist unterstrichen.

²⁸ Der Text ist unterstrichen.

Heute Vormittag *trifft Beck ein*²⁹, der erste Außenminister, der die Sowjetunion besucht. Dass es ausgerechnet der Pole ist, ist für uns schmerzlich. Immerhin haben wir die Genugtuung, dass durch die innerpolitische Entwicklung in Frankreich wenigstens das *gemeinsame Auftreten von Beck und Paul-Boncour hier nicht zustande*³⁰ kam.

Die *Ereignisse in Frankreich*³¹ werden sicher nicht dazu beigetragen haben, die dortige Russenliebe zu verstärken*³². Auch die innerpolitische Entwicklung *in Spanien*³³ dürfte, wenn es zu einem Revolutionsversuch der extremen Linken kommt, die Sympathien der Welt für Russland nicht verstärken. So ist dafür gesorgt, dass die Sowjetbäume nicht in den Himmel wachsen, besonders, da die wirtschaftlichen Kreise sowohl in Amerika wie in Frankreich die Begeisterung gewisser politischer Zirkel für die Sowjetunion durchaus nicht zu teilen scheinen. *Das französisch-russische provisorische Handelsabkommen mit seinen 40 Millionen Mark Kredit für die Sowjetunion ist kein übermäßiges Zeichen*³⁴ des Vertrauens der französischen Finanz in die Sowjetunion. Die *amerikanischen Verhandlungen haben bislang noch zu nichts Greifbarem geführt*³⁵ und auch der englisch-russische Handelsvertrag scheint nicht sehr fett zu werden. Also genügend Chancen für uns, unsere Stellung zu verteidigen, wenn wir fest, konsequent und großzügig vorgehen. Die Stimmung in Deutschland ist in letzter Zeit etwas günstiger geworden; vom absoluten Gefrierpunkt hat man sich doch jetzt schon zu einer wenn auch noch sehr kalten Temperatur entwickelt. Wie gesagt, die Situation ist nicht ganz hoffnungslos, wenngleich sowohl auf russischer wie auf deutscher Seite immer noch gewaltige Widerstände vorhanden sind.

*Anfang März denke ich eine Zeitlang auf Urlaub zu gehen*³⁶, da der Herr Botschafter im Mai eine Reise durch die Sowjetunion machen und im Anschluss daran auf etwa zwei Monate in Urlaub gehen will, während welcher Zeit Obuchow³⁷ umgebaut werden soll.

Ich hoffe sehr, dass es Ihnen und den Ihren in Japan nach wie vor gefällt und dass Sie sich in die fremde Umgebung allmählich eingefunden haben. Die japanische Mentalität ist bei aller Höflichkeit sicher für uns äußerst schwer verständlich und auch das innerpolitische Leben scheint so kompliziert zu sein mit seinen vielen Strömungen, dass eine fundierte Beurteilung der tatsächlichen außenpolitischen Absichten mir äußerst schwer erscheint. Da das *Verhältnis Japan-Russland wohl noch eine Anzahl von Monaten*³⁸ für die hiesige Politik absolut bestimm-

²⁹ Der Text ist unterstrichen.

³⁰ Der Text ist unterstrichen.

³¹ Gemeint ist der Putsch der ultrarechten und faschistischen Kräfte am 6. 2. 1934 in Paris, der, obgleich er scheiterte, den Sturz der Regierung des Radikalsozialisten Daladier bewirkte und zur Bildung der rechten Regierung unter Doumergue führte.

³² Der Text ist unterstrichen.

³³ Die linken Kräfte erlitten bei den Wahlen im Herbst 1933 in Spanien eine Niederlage, die die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei in die Opposition zwang und ihre Radikalisierung bewirkte. Die Sozialistische Arbeiterpartei begann, sich auf den bewaffneten Kampf zu orientieren und sich an die Kommunisten sowie an die Nationalisten Kataloniens anzunähern.

³⁴ Der Text ist unterstrichen.

³⁵ Der Text ist unterstrichen.

³⁶ Der Text ist unterstrichen.

³⁷ Vgl. Dok. 342, Anm. 21.

³⁸ Der Text ist unterstrichen.

mend bleiben wird, würde ich Ihnen außerordentlich dankbar sein, *wenn Sie mir gelegentlich einiges über Japan mitteilen könnten*³⁹.

Mit den herzlichsten Grüßen an Sie und die verehrten Ihrigen, denen sich meine Frau und Tochter aufrichtigst anschließen, bin ich, hochverehrter Herr Botschafter, wie stets

Ihr sehr ergebener

Fritz v. Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. I, Bl. M 014525–014531.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 74, S. 277–280.

Nr. 366

**Bericht des Geschäftsführers der Unionsvereinigung „Specstal“ Tevosjan
an den Chefingenieur der Hauptverwaltung für die Hüttenindustrie im
Volkskommissariat für Schwerindustrie Točinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 104

14. II. 34 Nr. 129s¹

AN

GUMP NKTP der UdSSR

Gen. TOČINSKIJ

Im Zusammenhang mit den von Ihnen aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der Zweckmäßigkeit, den Vertrag mit KRUPP zu verlängern, erachte ich es für erforderlich, Folgendes mitzuteilen:

Obgleich sich die Umstände für die Realisierung des Vertrages bedeutend verschlechtert haben, wie dies auch in den Schlussfolgerungen des INO NKTP vermerkt worden ist, erschließt sich uns nichtsdestoweniger die Möglichkeit, auch weiterhin wertvolle Materialien zu bekommen, hauptsächlich über unsere zu KRUPP entsandten Fachleute. Wir haben dank dem Vertrag mit KRUPP die Möglichkeit, in den Besitz von Informationen und Materialien über die jüngsten Errungenschaften der ausländischen Technik nicht nur bei KRUPP, sondern auch anderer Werke in Deutschland und Europa zu gelangen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Hüttenwerke von KRUPP gegenwärtig mit Hochdruck an der Erfüllung von Militäraufträgen arbeiten, was uns die Möglichkeit bietet, uns äußerst wertvolle Informationen für unsere militärische Metallurgie zu verschaffen.

³⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹ Das Datum und die Ausgangsnummer sind handschriftlich eingefügt.

Zugleich bleibt KRUPP für unsere Ingenieure und Meister weiterhin eine Schule hoher technischer Kultur. Angesichts dessen halte ich es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unzeitgemäß und unzweckmäßig, den Vertrag aufzuheben.

GESCHÄFTSFÜHRER DER
UNIONSVEREINIGUNG „SPECSTAL“

Tevosjan

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. 2 Expl. Das 1. [Expl.] an die Adresse, das 2. zu den Akten. 13. II. 34.*

RGAE, f. 7297, op. 38, d. 138, l. 118. Kopie.

Nr. 367

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS, 17. II. 1934

Nadolny fragte mich nach dem Inhalt der Gespräche mit Beck¹. Ich antwortete, dass es außer einer Erörterung der internationalen Lage und der Entscheidung, die Mission in eine Botschaft umzuwandeln, nichts Weiteres gegeben habe. Nadolny brachte das Bedauern zum Ausdruck, dass wir Deutschland nicht im Voraus informiert hätten, um in der Botschaftsfrage gemeinsam vorzugehen. Er erklärte sich jedoch mit mir einverstanden, dass ich, da die Initiative von Beck ausging und wir selbst darüber nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden waren, meine Antwort nicht bis zu einer Konsultation mit Deutschland verschieben konnte.

Nadolny teilte mit, dass Nanking erneut General Seeckt nach China eingeladen habe², er jedoch nicht fahren wolle. Deshalb würden zwei andere Generale nach China entsandt werden, Seeckt werde sie aber für eine kurze Zeit begleiten, um sie mit der Angelegenheit bekannt zu machen.

Als Nadolny auf das Thema seiner Unterredung mit Gen. Krestinskij über die Controll-Co.³ und auf die Bemerkungen zu sprechen kam, die ich in diesem Zusammenhang auf unserem Empfang gemacht hatte⁴, bat er mich, ihm mitzuteilen, wessen denn die deutschen Staatsbürger beschuldigt würden. Er habe die Vorschläge des Gen. Krestinskij noch nicht nach Berlin übermittelt; bevor er eine Antwort geben könne, müsse er unbedingt wissen, inwieweit unsere Vorschläge auf

¹ Beck befand sich vom 13. bis 15. 2. 1934 zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR. Zu den Gesprächen mit Litvinov vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 53, S. 131–140.

² Seeckt war 1933 in China gewesen (vgl. Dok. 148, Anm. 5) und wurde erneut als Militärberater eingeladen; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 16, 48, 63.

³ Vgl. Dok. 361.

⁴ Am 13. 2. 1934. Vgl. Dok. 368.

Ausweisung begründet seien. Ich erläuterte ihm, dass die Angelegenheit äußerst ernst sei, sie reiche von Militärspionage und militärischer Schädlingstätigkeit bis hin zu Brandstiftungen. Ich hätte den Staatsanwalt⁵ gebeten, den Fall persönlich zu untersuchen und die Verhafteten zu vernehmen. Im Ergebnis dessen hätte er mir mitgeteilt, dass das Material ausreiche, um den Fall vor Gericht zu bringen. Auch der Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, habe sich stark kompromittiert, daher werde auch er die UdSSR verlassen müssen, wenn die deutsche Regierung uns bitte, die Verhafteten auszuweisen, um den Prozess zu vermeiden.

Nadolny „schwang sich auf das hohe Ross“ und sprach erregt darüber, dass eine Anklage gegen deutsche Beamte zugleich eine Anklage gegen die deutsche Regierung darstelle, zu deren Nutzen und in deren Auftrag sie allein spioniert haben könnten. Er fordere, Hahn unverzüglich nach Moskau zu überstellen und ihn in Anwesenheit eines Mitarbeiters der Botschaft zu verhören. Dazu erzählte er von irgendwelchen provokativen Telefonanrufen, die Mitarbeiter der Botschaft erhalten hätten. Unbekannte Leute hätten ihnen Treffpunkte genannt und Geheiminformationen angeboten⁶.

Ich wies Nadolny in die Schranken. In allen Ländern gebe es Provokationen **seitens Privatpersonen**⁷, worüber unsere Bevollmächtigten Vertretungen berichten, doch dies habe keinerlei Bezug zum vorliegenden Fall. Die Vernehmung von Hahn, falls sie als erforderlich erachtet werden sollte, werde entsprechend unserer Gesetze und unserer Verfahrensweise vorgenommen werden, und es sei nicht der deutschen Botschaft anzuzeigen **⁸, wann, wie und in wessen Anwesenheit die Vernehmung durchgeführt werde. Wenn Nadolny unbedingt Schuldbeweise fordere, so gäbe es dafür keinen anderen Weg, als den Prozess zu eröffnen, und falls Nadolny dies wünsche, so könne er ihn haben. Falls er dies aber nicht wünsche, so möge er uns eine klare Antwort auf die Vorschläge des Gen. Krestinskij geben.

Als ich auf unserem Empfang Nadolny gesagt hatte, dass sich Hahn wahrscheinlich nicht in der UdSSR aufhalte, er in Wirklichkeit aber in Odessa gewesen sei, bat mich Nadolny, nachdem er sich etwas beruhigt hatte, in Erfahrung zu bringen, ob es sich tatsächlich um Hahn und nicht um eine andere Person handele. Er wiederholte, dass er den Vorschlag des Gen. Krestinskij nach Berlin übermitteln wolle, es aber nicht auf sich nehmen könne, vorab eine Antwort zu geben.

Nadolny beklagte sich über TASS, die die Rede Stalins in gedrängter Form angeblich nicht richtig nach Berlin übermittelt habe, was einen ungünstigen Eindruck hinterlassen und nicht dem Geist der gesamten Rede entsprochen hätte. Zugleich beklagte er sich über irgendeine in Leningrad erscheinende deutsche Parteizeitung. Ich fragte N., ob er das von Bermond-Avalov herausgegebene Blättchen „Prosnis‘, Rossija!“⁹ gelesen habe. N. versuchte mir glaubhaft zu machen, dass niemand etwas mit dem Abenteurer Avalov zu tun habe, darüber habe ihm

⁵ Andrej Januar’evič Vyšinskij.

⁶ Vgl. Dok. 361 sowie die Aufzeichnung vom 3. 2. 1934. In: PA AA, R 83891, Bl. E 672598–672601.

⁷ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Das an dieser Stelle stehende Wort „wo“ ist gestrichen.

⁹ Wach auf, Russland!

****noch****¹⁰ unlängst Bülow geschrieben. N. meint, dass meine dem Blättchen entnommenen Informationen über die Organisation von Bermond-Avalov überholt seien.

Die Zeitungsmeldung über die Verleihung unserer Staatsbürgerschaft an Dimitrov berührte N. in vertraulicher, nichtoffizieller Weise. Er selbst versuche, seine Regierung die ganze Zeit von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Bulgaren frei zu lassen. Er sei sicher, dass wir die Bulgaren bekommen würden, falls sich Chinčuk mit einer persönlichen Bitte an Hitler wenden würde. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft erschwere seiner Meinung nach die Angelegenheit, und er wage es nicht, den Ausgang vorherzusagen.

LITVINOV

Vermerk: an Gen. Štern.

Vermerk von F. V. Linde: an die Genossen Levin und Rozovskij. 21. II.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 293 vom 20. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. Das 1. [Expl.] ins Archiv, [die Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. [Expl.] an Gen. Štern, das 7. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 53–51. Kopie.

Nr. 368

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 2

5069

20. Februar [1934]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der
UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

1. Auf unserem Empfang zu Ehren von Beck am 13. Februar haben ich und M. M.¹ Nadolny gesagt, dass unsere Untersuchungsorgane und die Staatsanwaltschaft die von den Ermittlungsorganen gesammelten Beweise in der Angelegenheit von Mitarbeitern der Controll-Co. als ausreichend einstufen, um den Fall vor Gericht zu bringen. Doch unter Berücksichtigung der wiederholten persönlichen Erklärungen Nadolnys, dass es ihm sehr ungelegen wäre, diesen Fall vor Gericht aufzurollen, hätten wir uns an die Untersuchungsbehörden mit der Frage gewandt,

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Litvinov.

ob es möglich wäre, sich auf die Ausweisung der verhafteten und zu belangenden deutschen Staatsbürger zu beschränken. Wir hätten den Eindruck gewonnen, dass, falls die deutsche Regierung an uns offiziell die Bitte richtet, den Fall nicht vor Gericht zu bringen, sondern die angeklagten Deutschen auszuweisen, es uns gelingen könnte, dies zu erreichen.

Nadolny bedankte sich und versprach, in ein, zwei Tagen eine Antwort zu geben. Er suchte am 16. oder 17. M. M. auf, sprach recht lange zu diesem Thema, versuchte das Wesen der Anklage und der Beweise in Erfahrung zu bringen und gab uns dennoch keine endgültige Antwort, ob die deutsche Regierung um eine Ausweisung nachsuchen wird oder nicht.

Alle Verhafteten sind hinlänglich belastet, und wenn die deutsche Regierung nicht um eine Ausweisung nachsucht, so wird der Gerichtsprozess stattfinden.

Doch ich meine, dass Nadolny, der, wie er mir wiederholt gesagt hat, auf keinen Fall einen Monsterprozess erleben möchte, in ein paar Tagen offiziell diese Frage stellen wird und wir darauf die Deutschen ausweisen werden.

Ich schreibe nicht ausführlicher, da die Aufzeichnung der Unterredung Litvinovs mit Nadolny² voraussichtlich mit der heutigen Post an Sie abgeht.

2. Zu den Problemen der Dollar-Wechsel und unserer Bestellungen in Deutschland schreibe ich nichts, weil Gen. Vejcer, der sich hier unlängst aufhielt, mit Ihnen sowieso den engsten Kontakt hält. Es sieht wohl so aus, als ob es von unserer Seite zu alldem, worüber wir mit Ihnen am Tag Ihrer Abreise gesprochen haben, nichts Neues geben wird.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von F. V. Linde: an die Genossen Levin und Rozovskij. 20/II.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 288 vom 20. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopien: an die Genossen Litvinov, Štern.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 50–49. Kopie.

² Vgl. Dok. 367.

Nr. 369
Rechenschaftsbericht des AA für das Jahr 1933

Berlin, den 20. Februar 1934

Bemerkungen über die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933.¹

I. Die Lage der deutschen Reichsangehörigen in der Sowjetunion.

1. Verhaftungen **2.

^{**3} Nach den bisherigen amtlichen Erhebungen wurden im Jahre 1933 bis zum 1. XII. in der UdSSR 78 deutsche Reichsangehörige in Haft genommen bzw. auf Grund einer früher erfolgten Festnahme in Haft gehalten. In fast allen Fällen ist die in Artikel 11 des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommens vom 12. X. 1925⁴ vorgesehene Mitteilung an die deutschen konsularischen Behörden nicht oder nicht fristgerecht erfolgt. Nur ein kleiner Teil der Verhafteten ist bisher freigelassen bzw. ausgewiesen worden. In zahlreichen Fällen ist der Grund der Verhaftung trotz mehrfacher Anfragen der Deutschen Botschaft bisher nicht mitgeteilt worden. Die Anfragen der Deutschen Botschaft und der deutschen konsularischen Behörden haben eine Beantwortung von sowjetamtlicher Seite zum Teil überhaupt nicht erfahren.

Besonders schwerwiegende Fälle sind die Haftfälle Endert und Lewandowski.

Der deutsche Reichsangehörige Adolf Endert aus Ostrowka, Rayon Pulin, wurde am 20. November 1932 wegen Nichterfüllung der ^{**}Getreidebeschaffung^{**5} verhaftet. Eine amtliche Mitteilung über die Verhaftung ist nicht erfolgt. Der Versuch des Konsulats in Kiew, den Verhafteten in Schitomir zu besuchen, scheiterte daran, dass Endert ^{*}plötzlich^{*6} abtransportiert worden war. Weder der Deutschen Botschaft in Moskau noch dem Deutschen Konsulat in Kiew ist es trotz zahlreicher Anfragen gelungen, von den Sowjetbehörden eine Auskunft über den Aufenthalt des Endert zu erhalten. Es wurden sogar bewusst unrichtige Auskünfte erteilt, so z. B., dass Endert wegen seines Gesundheitszustandes nach dem Süden verschickt worden ist. Wie später aus privaten Mitteilungen bekannt geworden ist, ist Endert s. Zt. nach dem Fernen Osten verbracht worden. Er soll dort am 30. Januar 1933 angeblich an Lungenentzündung verstorben sein. Eine amtliche Mitteilung über den Tod ist der Deutschen Botschaft in Moskau erst im Januar 1934 zugegangen.

¹ Meyer schickte eine Abschrift des Berichtes am 23. 2. 1934 an die Botschaft Moskau mit der Bitte, die Aufzeichnung Krestinskij zu überreichen. Er bezog sich in dem Begleitschreiben auf die von Chinčuk im September 1933 übergebene Aufzeichnung (vgl. Dok. 234, Anm. 3), in der von sowjetischer Seite eine Liste über beanstandete Vorkommnisse zusammengestellt worden war. Meyer schrieb, die Sowjetregierung sei „anlässlich der letzten Reden Litwinows und Molotows vor dem Zentralexekutivkomitee auf ihre Beschwerden zurückgekommen. Es erscheint daher zweckmäßig, dem Außenkommissariat auch unsererseits eine ähnliche Aufzeichnung vorzulegen“. In: RGVA, f. 1357/K, op. 1, d. 1, l. 256.

² Der an dieser Stelle stehende Text „und Todesfälle“ ist gestrichen.

³ Der an dieser Stelle stehende Gliederungspunkt „a)“ ist gestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 27, Anm. 9.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Brotbeschaffung.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

Der im März 1932 in Irkutsk verhaftete deutsche Reichsangehörige Lewandowski hat wegen der schlechten Behandlung und Ernährung im Gefängnis Selbstmord verübt. Entgegen der Wahrheit wurde dem Deutschen Konsulat in Nowosibirsk amtlich mitgeteilt, dass Lewandowski freigelassen worden sei und nach der Freilassung einen Selbstmordversuch begangen habe. In zahlreichen anderen Fällen ist festgestellt worden, dass die Verhafteten schlecht behandelt worden sind und mangelhafte Verpflegung, in einzelnen Fällen sogar mehrere Tage so gut wie gar keine Verpflegung, erhalten haben.

Bei einer Anzahl der Verhafteten sind gleichzeitig Haussuchungen vorgenommen worden, die zum Teil zu Beschlagnahmen geführt haben.

In vielen Fällen blieben Gesuche der deutschen Konsulate wegen Besuchs- und Sprecherlaubnis der Inhaftierten ohne Erfolg oder zuweilen sogar ohne jegliche Antwort.

***7.*

2. Belästigungen, Misshandlungen, Behinderungen.

1. Die Reichsdeutschen in der Sowjetunion haben im Zusammenhang mit ihrer Aufenthaltserlaubnis erhebliche Schwierigkeiten gehabt.

a) Die Erteilung von Aufenthaltsscheinen wurde in zahlreichen Fällen abgelehnt. Allein das Deutsche Konsulat in Nowosibirsk berichtet über 14 derartige Fälle.

b) Die Bestimmung, dass die Erteilung des Ausreisesichtvermerks schleunigste Behandlung finden und in der Regel binnen 48 Stunden erfolgen soll, wird häufig nicht eingehalten. Vielfach wird das Ausreisevisum aus unzulässigen Gründen, so z. B. auf Einspruch von Fabrikleitungen oder Parteiorganisationen abgelehnt bzw. verzögert. Wenn auch bei weitem nicht alle Fälle zur Kenntnis der deutschen Behörden gelangen, so sind allein 44 Fälle bekannt geworden, die eine Verletzung der Anlage 1 zum Protokoll über die Wirtschaftsverhandlungen vom 21. Dezember 1928⁸ darstellen. Während der langen Wartezeit auf das Visum wurden die betroffenen Personen mittellos und mussten aus amtlichen Mitteln der deutschen Vertretungen unterhalten werden.

c) Die Vorschrift des Artikel 1 des Niederlassungsabkommens⁹, dass die Erteilung von Wiedereinreisesichtvermerken an deutsche Reichsangehörige, die in der UdSSR ihren Wohnsitz haben, zugleich mit der Erteilung des Ausreisesichtvermerks erfolgen muss, ist wiederholt verletzt worden. Aus letzter Zeit sind 5 Fälle bekannt geworden.

d) Die deutsche Reichsangehörigkeit wird von den sowjetischen Behörden bei 135 Personen nicht anerkannt. In den meisten Fällen handelt es sich um deutsche Reichsangehörige, die es in Unkenntnis der sowjetischen Bestimmungen unterlassen haben, sich als Ausländer registrieren zu lassen. Diese Unterlassung ist nach

⁷ Der an dieser Stelle stehende Absatz ist gestrichen: b) Der Hungersnot in großen Teilen der Sowjetunion sind auch eine große Anzahl von reichsdeutschen Kolonisten und deren Familienmitglieder zum Opfer gefallen. Bisher sind dem Auswärtigen Amt 12 Fälle namentlich bekannt geworden, wo Reichsdeutsche Hungers gestorben sind.

⁸ Ergänzungsprotokoll zum Wirtschaftsabkommen vom 12. 10. 1925. In: Reichsgesetzblatt 1929, Teil II, S. 53–61, hier S. 55.

⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 6; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 584.

Auffassung der sowjetischen Behörden gleichbedeutend mit der Annahme der Sowjetstaatsangehörigkeit, was deutscherseits nicht anerkannt werden kann.

e) Die Ausbürgerung sowjetischer Ehefrauen von Reichsdeutschen, die gemäß Artikel 16 des Staatsangehörigkeitsgesetzes der UdSSR vom 22. April 1931¹⁰ in besonders vereinfachten Verfahren stattfinden soll, ist in zahlreichen Fällen abgelehnt worden. Ein deutsches Konsulat berichtet allein aus letzterer Zeit über 5 Fälle. In 4 von diesen Fällen beabsichtigen die Ehemänner wegen wirtschaftlicher Notlage auszureisen, wollen jedoch ihre Ehefrauen nicht zurücklassen. In diesen Fällen sind die Familien durch behördliche Maßnahmen dem Hunger preisgegeben worden.

2. Viele deutsche Reichsangehörige wurden persönlich belästigt.

Die Reichsangehörigen Thieme, Kaczmarczik, Preuß, Adolf Janke und Lydia Janke sind von amtlichen Sowjetorganen körperlich schwer misshandelt worden. In anderen Fällen sind schwere Bedrohungen durch die Vorsitzenden des Dorfrats erfolgt (Fall Mischewski u. a.). In den Fällen Teschke und Zehrt, die auswandern wollten, sind Bedrohungen durch den örtlichen Vorsitzenden der Parteizelle erfolgt. Am gleichen Tage verbrannte bezeichnenderweise das gesamte Anwesen des Teschke. Der Vorsitzende untersagte den Kollektivbauern die Hilfe bei den Löscharbeiten. Er erschien dann selbst am Brandplatz und verhöhnnte den geschädigten Reichsdeutschen. Eine Entschädigung ist bisher nicht erfolgt.

Der deutsche Reichsangehörige Robert Binder, der in der Kolonie Katharinenfeld ansässig war, erhielt von den Sowjetbehörden keine Aufenthaltserlaubnis mehr für sich und seine Familie. Er wurde genötigt, mit seiner Familie in kürzester Frist die Sowjetunion zu verlassen. Diese Haltung der Sowjetbehörden führt Binder darauf zurück, dass er sich gegenüber wiederholten Aufforderungen der GPU, in ihre Dienste zu treten, unzugänglich gezeigt hat.

Der deutsche Reichsangehörige Franz Kaffka wurde am 28. Dezember 1932 in Leningrad unter der Beschuldigung verhaftet, eine nach § 117 des Strafkodex der RSFSR strafbare Handlung (Bestechung) begangen zu haben. Bei den Verhören wurde Kaffka häufig beschimpft: wiederholt wurde ihm dabei die öffentliche Hinrichtung angedroht. Man sagte ihm, die einzige Möglichkeit sein Leben zu retten wäre, alles zu gestehen und alle Pläne aufzudecken, die das Deutsche Generalkonsulat in Leningrad zum Schaden der Sowjetunion vorbereite. Andernfalls würde seine Erschießung sofort erfolgen. Er wurde auch einmal sogar auf den Hof des Gefängnisses geführt und an die Wand gestellt. In der Nacht des 3. Februar 1933 ließ der Untersuchungsrichter sich Kaffka vorführen und teilte ihm mit, dass er verloren wäre, wenn er nicht mithilfe, eine große Sache gegen das Deutsche Generalkonsulat in Leningrad zu provozieren. Kaffka wurde mehrmals genötigt, seine Aussagen nach dem Diktat der vernehmenden Beamten zu schreiben. Unter Todesandrohung wurde Kaffka auch gezwungen, Protokolle mit fremdem Namen zu unterschreiben. Der Antrag des Generalkonsulats auf Besuchererlaubnis wurde erst am 17. März 1933 genehmigt. Ehe der für den 21. März mit den Behörden vereinbarte Besuch stattfand, wurde Kaffka nach Rajajoki an die finnische Grenze gebracht.

¹⁰ Vgl. das sowjetische Gesetz zur Staatsbürgerschaft vom 22. 4. 1931. In: G. Geilke: Das Staatsangehörigkeitsrecht der Sowjetunion, Abschnitt VII: Dokumentation, Dok. 22, Frankfurt a. M. 1964, S. 310–316.

Der deutsche Schifffahrtsagent in Batum wurde in seiner dienstlichen Tätigkeit als zugelassener Agent deutscher Reedereien fortgesetzt behindert. Im Gegensatz zu den Agenten aller anderen Nationen wurde ihm lange Zeit der Dauerpasse zum Betreten der von ihm betreuten Schiffe vorenthalten. Er musste in jedem Einzelfall um einen Bordpass nachsuchen, der ihm mehrmals verweigert worden ist.

Die Mehrzahl der deutschen Ingenieure beschwert sich darüber, dass die ihnen bei Vertragsabschluss von Sowjetseite gemachten Zusicherungen über die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten nicht eingehalten werden. Die Hauptbeschwerdepunkte waren: Vorenthaltung der zugesicherten Wohnung, mangelhafte Ernährung, Heranziehung zur Kultursteuer, der Zwang, Fahrkarten II. Klasse für den Auslandsurlaub gegen Valuta zu kaufen, schlechte Unterkunfts- und Unterhaltsbedingungen bei Kommandierungen und Inspektionsreisen, Verzögerung der Gehaltszahlungen und Valutaüberweisungen, Beschlagnahme von Akten technischen Inhalts, Leibesvisitationen bei der Grenzkontrolle beim Verlassen der Sowjetunion.

3. Selbst die deutschen Auslandsvertretungen in der UdSSR sind Belästigungen und Behinderungen unterworfen gewesen. So wurde das Auto des Deutschen Konsuls in Odessa¹¹ am 3. September von einem Sowjetstaatsangehörigen mit Schmutz beworfen. Ein Angestellter eines deutschen Konsulats, der seit 9 Jahren dortselbst beschäftigt war (Sowjetbürger), wurde verhaftet und seinen Angehörigen streng verboten, das Deutsche Konsulat zu benachrichtigen. Auf 5 schriftliche Anfragen hat das Konsulat keine Antwort erhalten. Der Hauslehrer des deutschen Konsuls in Kiew, Richard Göhring (Sowjetstaatsangehöriger) wurde verhaftet¹². Da die Sowjetbehörden über die Gründe, die zur Verhaftung des Herrn Göhring geführt haben, keinerlei konkrete Angaben machen wollen, hat es den Anschein, dass die Verhaftung nur wegen der Beziehung Göhrings zum deutschen Konsulat erfolgt sei. Die Depesche Nr. 68 mit amtlicher Dienstpost des Deutschen Generalkonsulats in Charkow wurde im Charkower Hauptpostamt aufgerissen und 6 amtliche Schreiben, darunter eins mit Personenstandsurkunden, sowie 5 Privatbriefe entwendet. Von den entwendeten Briefschaften erhielt das Generalkonsulat bis heute nichts zurück.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass sich sowjetische örtliche Behörden häufig gegenüber Reichsdeutschen noch dazu in Gegenwart Dritter in beleidigenden Ausdrücken über die deutschen Konsulate ergangen haben.

3. Vertragswidrige Eigentumsentziehungen und ungerechtfertigte Auflagen, zwangsweise Heranziehung zu Anleihen etc.

1. Den deutschen konsularischen Vertretungen sind bis zum 1. Dezember 1933 33 Fälle vertragswidriger entschädigungsloser Eigentumsentziehungen und ungerechtfertigter Auflagen zur Leistung von Arbeits- und Spanndiensten zur Kenntnis gelangt (Artikel 8 des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommen¹³). Tatsächlich dürften sich weit mehr derartige Fälle ereignet haben. Es handelt sich bei den Eigentumsentziehungen größtenteils um Fortnahme von Getreide

¹¹ Paul Roth.

¹² Göhring wurde im Dezember 1933 von der OGPU verhaftet und im Februar 1934 zu fünf Jahren Haft verurteilt.

¹³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 9; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 586.

und von sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die mit der Begründung erfolgte, dass die Getreide- und Viehablieferungspflichten nicht erfüllt seien. Die Beschwerden der deutschen Vertretungen führten nur in Ausnahmefällen zu einem Erfolg. Sie bleiben entweder unberücksichtigt oder wurden abschlägig beschieden. Die Geschädigten sind durch das Verhalten der Sowjetbehörden in den meisten Fällen in eine äußerst schwere Notlage geraten.

2. An Sonderfällen sind noch die folgenden hervorzuheben:

Den Reichsangehörigen Kartz und Völsch wurde im August 1932 ein Segelboot mit Zubehör, persönliche Ausrüstungsgegenstände und Geld beschlagnahmt. Eine Rückgabe ist nicht erfolgt. Der Forderung auf Schadenersatz wurde bisher keine Folge gegeben. Herrn Dr. Ahlfeld wurde beim Verlassen der UdSSR seine Mineraliensammlung, die ihm die usbekischen Behörden in Anerkennung seiner Tätigkeit geschenkt hatten, sowie Schriften beschlagnahmt. Eine Rückgabe ist nicht erfolgt. Das seinerzeit von der GPU in Minsk beschlagnahmte Eigentum des Reichsdeutschen Luczkowski ist nicht zurückgegeben worden.

3. Anfang März 1930 wurde in der Kolonie Katharinenfeld (Luxemburg) eine allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft sowie der Wein-pp-Kulturen durchgeführt. Die Besitzer dieser Kulturen, deutsche Reichsangehörige, wurden in das Kollektiv nicht aufgenommen, dagegen wurden ihre Wein- und sonstigen Kulturen dem Luxemburger Kollektiv übergeben. Auf ihren Antrag, ihnen eine angemessene Entschädigung zu bewilligen, wurden die Wein- und die sonstigen Kulturen der betreffenden Reichsangehörigen 1930 durch eine besondere Kommission abgeschätzt. Die Schätzung trug dem damaligen realen Wert der Kulturen Rechnung, ließ aber die Frage offen, wer die Entschädigung zu zahlen hätte. Die geschädigten Reichsdeutschen wandten sich nunmehr an die Sowjetgerichte. Das Recht auf Entschädigung wurde von den höchsten Sowjetinstanzen zwar anerkannt, jedoch wurde die Höhe der Einschätzung durch die Sowjetbehörden mit der Begründung beanstandet, dass die betreffenden Kulturen Reblausschäden erlitten hätten. Diese Begründung ist unhaltbar, da inzwischen 3 Jahre verflossen sind und die in dieser Zeit eingetreten Schäden nicht den ehemaligen Besitzern zur Last gelegt werden können. Ungeachtet dessen wurden die in Frage kommenden Kulturen nunmehr durch eine neue Kommission so niedrig eingeschätzt, dass nicht einmal die Rigolararbeiten, noch weniger der Wert der Rebpfähle, Drahtumzäunungen, Bewässerungsanlagen pp. berücksichtigt wurde. Durch diese Maßnahmen der Sowjetbehörden wurden die betreffenden Reichsangehörigen auf das schwerste geschädigt.

4. Reichsdeutsche klagen wiederholt über willkürliche Steuererhöhungen. Ein besonders krasser Fall sei angeführt:

Einem Reichsdeutschen im Kaukasusgebiet, der bisher jährlich 400 Rubel Steuer zahlte, sind im vergangenen Jahre plötzlich 40000 Rubel Steuer abverlangt und – da er diese Summe nicht bezahlen konnte – sein ganzes Eigentum versiegelt worden. Diese willkürliche Maßnahme hatte offenbar die wirtschaftliche Vernichtung des Betroffenen (Fall Hörbrand) zum Ziel.

5. Die beiden Mühlen des Reichsdeutschen Schandert sind Ende Juni 1933 geschlossen und erst nach vielfachen Interventionen der deutschen Vertretungen wieder geöffnet worden. Die Schließung der Mühlen, die sich im besten Zustande befanden, zur Erntezeit muss als gewollte Schikane angesehen werden. Ein Scha-

denersatz für den durch die Schließung der Mühlen eingetreten Verlust ist nicht erfolgt.

6. Besonders zahlreich sind die Fälle, in denen Reichsdeutsche unter Drohungen zur Zeichnung von Staatsanleihen gezwungen wurden. (Verletzung des Artikels 7 des Niederlassungsabkommens¹⁴). Im Konsulatsbezirk Kiew sind allein 16 derartige Fälle bekannt geworden. Auch aus den Geschäftsbereichen der übrigen Konsulate werden derartige Fälle gemeldet.

7. Eine ernste Schädigung aus der Sowjetunion abwandernder Reichsdeutscher wird dadurch verursacht, dass Artikel 5 des Niederlassungsabkommens hinsichtlich der Verpflichtung zur Überweisung des Verkaufserlöses bei Vermögensliquidation solcher Reichsdeutscher nicht eingehalten wird¹⁵. Nachdem bereits früher die durch das Finanzkommissariat zu überweisende Summe dadurch herabgemindert worden ist, dass weder erspartes bares Vermögen noch der Erlös aus dem Verkauf von Häusern, von gewerblichem Besitz oder Obligationen zur Überweisung gelangen durfte, wurde auch noch ein großer Teil des verbleibenden Restes willkürlich von der Überweisung ausgeschlossen. Die Erledigung von Anträgen, die aus der Sowjetunion abwandernde Reichsangehörige bei der Valutaverwaltung des sowjetischen Volkskommissariats für Finanzen auf Transferierung des Erlöses aus der Veräußerung ihres Vermögens stellen, wird von dieser ungewöhnlich lange hinausgeschoben, so dass eine Einwilligung des Finanzkommissariats zur Transferierung solcher Beträge im letzten Jahre überhaupt nicht erfolgt ist. Dass diese Lage völlig unhaltbar ist, ist von der Sowjetregierung dadurch anerkannt worden, dass von ihr ein Betrag von 100000 Rbl. zur Überweisung freigegeben worden ist. Dieser Betrag befriedigt indessen nur einen kleinen Teil der Überweisungsanträge.

8. Die in § 1 der Anlage zu Artikel 22 des deutsch-sowjetischen Konsularvertrages (Nachlassabkommen)¹⁶ vorgesehene unverzügliche Benachrichtigung über einen Todesfall deutscher Reichsangehöriger ist mehrfach nicht erfolgt. Fälle: Hahn, Liesheim, Rückner, Marks, Frommknecht u. a. Im Falle Frommknecht ist eine Benachrichtigung nicht erfolgt, obwohl Frommknecht nach zuverlässiger Nachricht auf freiem Felde erschossen aufgefunden wurde. Es ist nicht einmal bekannt geworden, dass die Sowjetregierung Maßnahmen getroffen hat, den offenbar gewaltsam erfolgten Tod des Frommknecht aufzuklären.

II. Störungen der Handelstätigkeit.

1. Die deutsche Konzession „Berger und Wirth“¹⁷ ist im Gegensatz zu den im Schlussprotokoll zu Artikel 17 des deutsch-russischen Niederlassungsabkommens¹⁸ enthaltenen Bestimmungen über die Behandlung deutscher zugelassener Unternehmungen im Verhältnis zu inländischen Unternehmungen in der Frage der Sozialversicherung erheblich benachteiligt worden. Ferner werden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohmaterial im Inland gemacht und die Konzession gegenüber anderen Fabriken benachteiligt. Der Konzessionsvertrag wird sys-

¹⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 8–9; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 586.

¹⁵ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 7–8; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 585.

¹⁶ Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. 10. 1926. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 60–83, hier S. 72.

¹⁷ Druckfarbenfirma in Schönefeld (heute Stadtteil von Leipzig).

¹⁸ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 52; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 613.

tematisch verletzt dadurch, dass keinerlei Valutalizenzen zur Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande seit Beginn des Jahres 1933 erteilt werden. Dies ist für die Konzession von größter Bedeutung, da die Erfüllung des Produktionsprogrammes hiervon abhängig ist und nach § 24 des Vertrages die schwersten Folgen bei Nichterfüllung des Produktionsprogrammes entstehen können.

Auch die Überweisung des Reingewinnes in Valuta erfolgt nicht gemäß dem Konzessionsvertrag, d.h. nach Bestätigung der Bilanz. Die Erledigung der diesbezüglichen Eingabe der Konzession vom Juni 1933 steht immer noch aus.

2. Die deutsche Konzession „Laboratorium Leo“¹⁹ in Moskau hat ähnliche Schwierigkeiten, wie die Konzession „Berger und Wirth“. Der gesamte vertragsgemäß zur Überweisung berechnete Teil des Gewinns der Konzession für das Jahr 1932 ist bisher nicht transferiert worden. Auch früher ist die Überweisung von Teilen des Gewinns nach Deutschland ohne Angabe stichhaltiger Gründe abgelehnt worden.

3. Die Angelegenheit des Kaukasischen Grubenvereins „Karuto“, dessen Gruben 1928 von Sowjetorganen in Besitz genommen wurden, hat ungeachtet größter Anstrengungen von deutscher Seite immer noch keine Erledigung gefunden. Die ursprüngliche Forderung des Kaukasischen Grubenvereins belief sich auf 3 202 923,42 RM, die sich durch das Harriman-Waschadse Abkommen²⁰ auf etwa 2 Millionen Mark ermäßigt. Gleichwohl ist von sowjetamtlicher Seite mitgeteilt worden, dass der Manganerztrust sich im Höchstfalle vielleicht zu einer Zahlung von 100 000 Papierrubeln entschließen würde, ein Angebot, das völlig undiskutabel ist. Die Haltung der Sowjetorgane kann nicht anders gedeutet werden, als dass die Sowjetregierung sich einer angemessenen Entschädigung entziehen will.

4. In der Angelegenheit der Konzession A. A. Resch, Rohstoff-Sammel A.G. Odessa, hat die Schlichtungskommission im August 1931 der Sowjetregierung empfohlen, „in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die von der Firma vorgebrachten Klagen wegen bei der Geltendmachung von Steuerforderungen und bei der Arrestanbringung auf Grund dieser Steuerforderungen vorgekommenen Härten begründet seien“.

Obwohl von deutscher Seite nachgewiesen worden ist, dass die Steuerforderungen unberechtigt sind, ist bisher jedes Entgegenkommen von Sowjetseite abgelehnt worden.

5. Die Sowjetischen Trusts haben sich trotz vertraglicher Vereinbarungen verschiedentlich geweigert, sich auf Klagen vor deutschen Gerichten einzulassen oder, falls sie sich eingelassen haben, die Urteile vollstrecken zu lassen. Einige Fälle mögen als Beispiel dienen.

a) Die sowjetische Zentralvereinigung Womt²¹ ist von dem deutschen Ingenieur Ufert auf Zahlung seines Gehalts vor einem deutschen Gericht verklagt worden. Womt hat sich auf den Prozess eingelassen und von sich aus die Berufungs-

¹⁹ Ein auf dem Dachboden einer Dresdner Apotheke entstandenes Laboratorium, das die Zahnpasta Chlorodont entwickelt hat; 1925 in Leo-Werke AG umgewandelt.

²⁰ Die Konzession für Mangangewinnung in der Transkaukasischen Republik für die amerikanische Firma „Harriman and Company“ vom 12. 6. 1925 mit Erweiterung vom 17. 7. 1927 wurde am 21. 8. 1928 gekündigt. Vgl. Die Ostwirtschaft, 1928, S. 92; ebd. 1932, S. 159; DVP, Bd. VIII, Anm. 19, S. 769; Bd. X, Anm. 71, S. 642.

²¹ Vsesojuznoe ob-edinenie tjaželogo mašinostroenija = Allunionsvereinigung für Schwermaschinenbau.

und Revisionsinstanz angerufen. Das rechtskräftige Urteil des deutschen Reichsgerichts wird trotzdem von der sowjetischen Organisation nicht anerkannt. Selbst die Zahlung der Gerichtskosten ist bisher trotz dringender Vorstellungen nicht erfolgt.

b) Die Deutsche Automobil-Construktions-Gesellschaft m.b.H. in Berlin hatte mit der Staatlichen Allunions-Geschütz- und Arsenal-Vereinigung in Moskau einen Lieferungsvertrag geschlossen, in dem als Zahlungs- und Erfüllungsort Berlin vereinbart war. Als die deutsche Firma Klage auf Erfüllung des Vertrages in Berlin erhob, hat die sowjetische Gesellschaft die Einlassung auf den Prozess in Berlin abgelehnt.

c) Die von dem Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrats bei der Handelsvertretung in Berlin dem deutschen Reichsangehörigen, Ingenieur Dr. Krebs gegebene schriftliche Zusicherung auf Zahlung der Abgangsentschädigung in Valuta ist von dem Volkskommissariat für Schwerindustrie für den sowjetischen Vertragspartner „Giprostal“ für nicht bindend erklärt worden, obwohl die Rechtsverbindlichkeit der Vereinbarung nicht bestritten wird.

6. Im Dezember 1933 sind ca. 2000 Fälle hier bekannt geworden, in denen die sowjetrussische Postverwaltung Postsachen deutscher Firmen mit den international zugelassenen völlig unpolitischen Werbestempelabdrücken „Kämpft mit gegen Hunger und Kälte“, „Gebt zur Winterhilfe, helft“ und ähnliche ohne Begründung zurückgewiesen hat, wodurch diesen Firmen sehr beträchtliche Portokosten und eine starke Störung ihres Geschäftsbetriebes entstanden ist.

III. Wirtschaftliche Beziehungen.

1. Der Auftragsbestand der Sowjetunion an Deutschland ist 1933 sehr stark zurückgegangen. Er betrug nur ca. 130 Millionen Reichsmark, während bei den Verhandlungen über den Überbrückungskredit im Februar 1933, wenn auch nur mündlich so doch ausdrücklich vereinbart worden ist, dass die Sowjetunion 1933 Aufträge in Höhe von ca. 300 Millionen RM erteilen werde.

2. Die Sowjetregierung weigert sich, bei Lieferungsverträgen, die eine Dollar-klausel enthalten, die Entscheidung über die Interpretation dieser Klausel einem Schiedsgericht zu unterbreiten, obwohl in den Lieferungsverträgen ausdrücklich vorgesehen ist, dass sämtliche Streitigkeiten aus dem Verträge schiedsgerichtlich zu regeln sind. Es handelt sich bei dem gegenwärtigen Dollarstand um einen Betrag von weit über 60 Millionen RM, um den die deutschen Firmen geschädigt werden.

3. Trotz entgegenstehender Vereinbarungen, die in dem Protokoll der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen vom Dezember 1928 enthalten sind, hat die Sowjetregierung es einseitig abgelehnt, mit den deutschen Reedereien Ruß (Hamburg) und Gribel (Stettin) für das Jahr 1933 neue Verträge über den von diesen Reedereien seit Jahren befahrenen Liniendienst Hamburg-Leningrad bzw. Stettin-Leningrad abzuschließen. Die Reedereien sind dadurch einseitig aus dem Liniendienst ausgeschaltet worden.

4. Der deutsche Schifffahrtsverkehr in den Häfen des Schwarzen Meeres ist in ständigem Rückgang. In den ersten 9 Monaten 1933 sind im Hafen Odessa nur 7 deutsche Schiffe gewesen gegen 25 in der gleichen Zeit 1932, 36 im Jahre 1931. Die Ursache hierfür liegt in dem Bestreben der Sowjetorgane, die deutsche Schiff-

fahrt bewusst zu Gunsten anderer Staaten zu vernachlässigen. Dies gilt nicht nur für Odessa.

IV. Einstellung der Sowjetöffentlichkeit gegenüber Deutschland.

1. Die sowjetische Presse war im Jahre 1933 grundsätzlich antideutsch eingestellt. Sie war bemüht, jede für Deutschland ungünstige Nachricht zu verbreiten und aufzubauschen, alle günstigen Meldungen zu ignorieren oder zu entwerten. Sie verfolgte damit offenbar die Absicht, ein falsches Bild über die Verhältnisse in Deutschland zu zeichnen und die Bevölkerung in der Sowjetunion gegen Deutschland einzunehmen. Sie schreckte zu diesem Zweck auch nicht vor Verdrehungen der Tatsachen und vor Denunziationen ^{**22} zurück. Durch zahlreiche äußerst gehässige Karikaturen wurden die Mitglieder der Deutschen Regierung verleumdet und verächtlich gemacht. Bei der Berichterstattung zum Reichstagsbrandprozess ging die Sowjetpresse so weit, die Unparteilichkeit des höchsten deutschen Gerichts anzuzweifeln und ^{**}die Propaganda des Scheinprozesses in London und des sogenannten Braunbuches zu übernehmen^{**23}. Diese Haltung muss umso eigenartiger berühren, als man die starke Empfindlichkeit kennt, mit der die Sowjetregierung bei den großen Moskauer Prozessen auf die kritischen Auslassungen der privaten deutschen Zeitungen zu reagieren pflegt, ^{**}Prozessen^{**24}, bei denen doch deutsche Reichsangehörige vor Gericht standen.

^{**25}

2. Nicht minder gehässig als die Presse betrieb der sowjetische Rundfunk durch die Sender Moskau, Leningrad und andere täglich eine aggressive antideutsche Propaganda, und ^{**}zwar^{**26} in deutscher Sprache. Teilweise nahm sich diese Agitation sogar heraus, deutschen staatsfeindlichen Elementen Anweisungen für ihre umstürzlerische Tätigkeit zu geben.

3. Ferner sind in der Sowjetunion eine Reihe von Filmen hergestellt worden, die in verzerrter Weise das Leben in Deutschland schildern und die offenbar zu dem Zwecke gedreht worden sind, um das Publikum gegen Deutschland aufzureizen (so z. B.: Das laufende Band des Todes²⁷, der Leipziger Prozess²⁸ u. a.).

4. Auch mit Plakaten, Transparenten und amtlichen Postkarten ist vielfach eine antideutsche Kampagne betrieben worden. So ist z. B. von Rotarmisten in geschlossenem Zuge eine gehässige Karikatur des Deutschen Reichskanzlers an einem deutschen Konsulat vorbei getragen worden.

²² Der an dieser Stelle stehende Text ist gestrichen: – z. B. über eine angebliche deutsche Ausrüstung –.

²³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: durch den Scheinprozess in London und das sogenannte Braunbuch das Urteil des Reichsgerichts vorzunehmen.

²⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Personen.

²⁵ Der an dieser Stelle stehende Absatz ist gestrichen: Dagegen konnte man fast niemals in der sowjetischen Presse eine objektive Würdigung deutscher Leistungen finden, wie dies von der deutschen Presse beispielsweise bei der Fertigstellung des Kanals zum Eismeer oder bei dem Stratosphärenflug der Sowjetunion gegenüber geschehen ist.

²⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: noch dazu.

²⁷ Vgl. Dok. 356.

²⁸ Hierbei handelte es sich um einen in Moskau hergestellten Film von etwa zwanzigminütiger Länge, der den „Verlauf des Leipziger Prozesses in karikiertem Form darstellte“ (PA AA, Moskau II 406, Bl. 55). Der Film wurde bald wieder von den Spielplänen abgesetzt.

In Kiew wurde an einem öffentlichen Gebäude unmittelbar gegenüber dem Deutschen Konsulat ein deutschfeindliches Plakat angebracht. Das Plakat wurde trotz sofort erhobenen Protestes erst nach einer Woche entfernt.

In den Heimen des „Internationalen Seemannsclubs“, die auch deutschen Seeleuten zugänglich sind, hängen antideutsche Hetzplakate aus. Auch wird in den Clubs fortgesetzt unter den deutschen Seeleuten gegen Deutschland agitiert. Vielfach kamen in den Häfen auch sogenannte Aktivistinnen an Bord und brachten Zeitungen, die Verleumdungen über Deutschland enthielten.

Im Laufe des Jahres 1933 sind in der Sowjetunion Postkarten herausgebracht worden mit einer amtlich aufgedruckten Aufforderung zum Kampfe gegen den Faschismus, in einer Form, die es ersichtlich macht, dass Deutschland hiermit gemeint ist.

Ebenso sind in einer Reihe von Orten in der Sowjetunion Sammlungen für die angeblichen „Opfer des deutschen Faschismus“ veranstaltet worden.

5. Gelegentlich der Beisetzung der deutschen Kommunistin Clara Zetkin wurde eine Rede zugelassen, die sich in schweren Beleidigungen des Deutschen Reichskanzlers sowie anderer Reichsminister erging²⁹. Der Veranstaltung wohnten führende Mitglieder der Sowjetregierung bei. Da auch weitere Fälle dieser Art sich ereignen, scheint die Sowjetregierung die gegen Deutschland gerichtete, einen schweren Missbrauch des Gastrechts darstellende politische Betätigung deutscher Emigranten zu billigen.

Auf dem letzten Blatt: St 16/2.

PA AA, R 83397, Bl. H 046861–046880.

Nr. 370

Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Lammers

Berlin, den 21. Februar 1934

Geheimes Staatspolizeiamt

II FR 382/4.

An

die Reichskanzlei

z. H. des Herrn Staatssekretärs

Lammers,

Berlin

*Reiseverkehr nach Russland*¹

Der Reiseverkehr nach der Sowjetunion hat im Jahre 1933 gegenüber dem Vorjahr *erheblich abgenommen*². Während im Jahre 1932 noch für insgesamt 4301 Personen Fahrkarten nach Russland ausgegeben wurden, sind es im Jahre

²⁹ Gemeint ist die Rede von Heckert. Vgl. Dok. 124, 125.

¹ Der Titel ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

1933 nur noch 1199 gewesen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass in den letzten 4 Monaten des Jahres 1933 nur 176 Personen nach der Sowjetunion gefahren sind, und zwar im September 48, im Oktober 49, im November 77 und im Dezember 2 Personen. Die Zahlen für die gleichen Monate des Jahres 1932 betrugen: 276, 262, 343 und 190 Personen. Die prozentual verhältnismäßig hohe Reiseziffer im Monat November dürfte darauf zurückzuführen sein, dass alljährlich in diesem Monat die sogenannten Novemberfeiern (zur Erinnerung an die russische Revolution) stattfinden und aus diesem Anlass viele Ausländer die Sowjet-Union besuchen.

In den Monaten Oktober bis Dezember 1933 sind 223 polizeiliche Ausreisichtvermerke erteilt worden, mithin 95 mehr als die Reichsbahn in derselben Zeitspanne Fahrkarten nach Russland ausgegeben hat. Ein großer Teil der nach Russland reisenden Personen hat demnach den Weg über andere ausländische Staaten genommen³.

Eine genaue Übersicht über die Entwicklung des Reiseverkehrs von der Sowjet-Union nach Deutschland ist leider nicht möglich, da die benutzten Fahrkarten vielfach als Belege für die Fahrkosten von den Reisenden zurückbehalten werden und daher nicht an die amtlichen Fahrkartensammelstellen gelangen.

Unterschrift nicht entziffert. Stempel von Vorgangsnummer und Datum: Rk 1944 24. Feb. 1934 Kenntnisnahmen von Lammers, Thomsen, Wienstein.

BArch, R 43 II/ 1488a, Bl. 83–83R.

Nr. 371

Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde mit dem Botschaftsrat von Twardowski

Geheim

Nr. 17685
25/II-34¹

UNTERREDUNG des Gen. LINDE MIT DEM RAT DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT
TWARDOWSKI, 22. Februar 1934

Twardowski kam auf seine Initiative. Er teilte mit, dass die Botschaft wie auch in den vergangenen Jahren am 24. Februar, um 12.00 Uhr, beabsichtige, auf dem Vvedenskij-Friedhof² der gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken. Obgleich der Trauertag in Deutschland eigentlich am 25. Februar begangen wird, habe die Botschaft entschieden, da dies ein Werktag sei, das Gedenken auf den 24. Februar vorzuverlegen. An den Gräbern der verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen werden Kränze niedergelegt werden: ein Kranz von der Botschaft, einer von den Militärbehörden und einer von der ortsansässigen deutschen Kolonie. Dies alles geschieht auf direkte Weisung des Auswärtigen Amtes. Die Schleifen für

³ Randvermerk: Seeweg.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Der Vvedenskij (Deutsche)-Friedhof, der sich in der Nähe der Deutschen Sloboda befand, wurde 1772 während der Pestepidemie eingerichtet und war für die Beisetzung von Ausländern lutherischen und katholischen Glaubens bestimmt.

die ersten zwei Kränze in den Farben der deutschen Nationalflagge sind aus Berlin geschickt worden.

Eingedenk der noch im Vorfeld ausgesprochenen Warnung des Gen. Krestinskij, dass die deutschen Arbeiter in den hiesigen Fabriken und Werken eine Einladung erhalten hätten, an dieser Feier teilzunehmen, stellte ich T[wardowski] die Frage, ob sie auch in den vergangenen Jahren eine ähnliche Feier abgehalten hätten. Darauf antwortete T., dass sie seit 1927 jährlich diesen Tag mit Kranzniederlegungen begingen. Sodann fragte ich T., ob von der Botschaft an die deutschen Arbeiter spezielle Einladung verschickt worden seien. T. fühlte sich unangenehm berührt und erklärte, es habe keine gesonderten Einladungen gegeben, es sei lediglich die Mitteilung verbreitet worden, dass an diesem Tag zur festgesetzten Uhrzeit der Botschafter und andere an den Gräbern der deutschen Kriegsgefangenen Kränze niederlegen werden. Daraufhin fragte ich, mit wieviel Teilnehmern die Botschaft rechne. T. antwortete, dass es vielleicht die gleiche Anzahl von Personen sein werde, die an der letzten Versammlung der deutschen Kolonie im Metropol³ teilgenommen habe, d. h. ca. 300 Personen. Ich erklärte T., dass es mir unbekannt sei, dass dieser Tag in den letzten Jahren mit solch einer Teilnehmerzahl unter freiem Himmel begangen worden wäre und ich jetzt keine abschließende Antwort auf seine Erklärung geben könne. Doch ich meine, dass Veranstaltungen unter freiem Himmel von den örtlichen Behörden zu genehmigen seien. T. fragte aufgeregt: „An wen müssen wir uns denn wenden?“ Ich sagte, dass in diesem Fall die zuständige Stelle der Moskauer Sowjet sei, den Ansprechpartner kenne ich nicht, ich würde ihn anschließend ermitteln und ihm den Namen nennen. Dennoch müsse ich diese Angelegenheit dem Stellvertretenden Volkskommissar Gen. Krestinskij vorlegen, der die weitere Weisung erteilen werde.

Auf mein Nachfragen erklärte T., dass der Botschafter auf dem Friedhof eine drei- bis fünfminütige Rede zum Gedenken an die gefallenen Soldaten zu halten beabsichtige; die Kranzschleifen werden keine politischen Aufschriften tragen. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ diesen Trauertag zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg Gefallenen mit dem Gedenken an die Gefallenen im Bürgerkrieg verknüpfe⁴. T. sagte, dass sie in dieser Hinsicht keinerlei Direktiven hätten und es keine politischen Reden geben werde.

Danach zeigte mir T. einen Ausschnitt aus der „Izvestija“ und die Notiz über die Reise des Rates der Deutschen Botschaft in Japan, Herrn Knoll, nach Mandschuko und machte mich darauf aufmerksam, dass dieser Bericht tendenziös sei⁵. Er zeigte mir sogleich einen Auszug aus dem Interview, das Knoll einer englischsprachigen Zeitung in Charbin gegeben hat. Ich erklärte T., dass ich nicht darüber informiert sei, da in unserer Notiz nicht vermerkt worden sei, woher das Interview stamme. Nach den mir zur Verfügung stehenden Informationen hat sich Herr Knoll mit unserem Generalkonsul in Charbin⁶ getroffen und ihn über seine

³ Gemeint ist das Hotel Metropol im Zentrum Moskaus.

⁴ Das Wort „Bürgerkrieg“ kommt in dem redaktionellen Artikel nicht vor. In ihm hieß es: „So wird der Heldengedenktage symbolisch bekunden, dass das deutsche Volk über äußere und innere Kämpfe hinweg sich zu einer Einheit zusammengefunden hat.“ In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Februar 1934, Morgenausgabe, S. 1.

⁵ Vgl. „Poezdka germanskogo diplomata v Mančžuriju“ (Die Reise eines deutschen Diplomaten in die Mandschurei). In: Izvestija vom 4. Februar 1934, S. 8.

⁶ Michail Michajlovič Slavuckij.

Reise informiert. Ich fragte T., ob er zu dieser Angelegenheit etwas zu sagen wünsche. T. antwortete, dass er uns lediglich das tatsächliche Ziel der Reise Knolls erläutern wollte, da wir aber darüber bereits in Kenntnis gesetzt worden seien, entfalle diese Frage.

Weiter machte mich T. darauf aufmerksam, dass sich Ėrenburg in dem am 18. Februar in der „Izvestija“ veröffentlichten Feuilleton „Kultur und Faschismus“ recht abfällig über den Nationalhelden Deutschlands Horst Wessel geäußert habe⁷. Auch der Minister der deutschen Regierung Röhm werde angegriffen, allerdings werde über ihn in Andeutungen gesprochen. Ich antwortete T., dass Ėrenburg eine Privatperson sei, sein Artikel ein Feuilleton und kein politischer Artikel im engeren Sinne des Wortes darstelle. Obgleich die Einschätzung Horst Wessels persönlichen Charakter trage, decke sie sich dennoch weitgehend mit der Mehrheit der Stimmen der Auslandspresse. Da ich das Feuilleton von Ėrenburg als eine private Meinungsäußerung betrachte, könne ich mich nicht mit der Meinung von Herrn T. einverstanden erklären. Ich möchte meinerseits ebenfalls vertraulich T. auf die jüngste Erklärung Görings, dass es notwendig sei, den Kommunismus in allen Ländern zu vernichten, und auf seine schroffen Ausfälle gegen Dimitrov, der sowjetischer Staatsbürger sei und unschuldig im Gefängnis festgehalten werde, aufmerksam machen. Derartige Äußerungen seien wohl kaum dazu angetan, jene Beruhigung in unseren Beziehungen herbeizuführen, über die die Deutsche Botschaft ständig Erklärungen abgebe. H[err] T[wardowski] wisse natürlich, wie stark die öffentliche Meinung nicht nur in der Sowjetunion, sondern in der ganzen Welt an dem Schicksal Dimitrovs und seiner Genossen Anteil nehme. Als Beispiel verwies ich auf die Ausführungen eines solch konservativen Blattes wie die „Times“⁸. T. versuchte sich damit herauszureden, dass Gen. Chinčuk sehr gut wisse, wie positiv sich Göring gegenüber der Sowjetunion verhalte, und der Hinweis auf die Notwendigkeit, den Kommunismus in anderen Ländern zu vernichten, nicht auf die Sowjetunion übertragen werden dürfe. Ich sagte, es sei schon merkwürdig, dass in Gesprächen unter vier Augen nicht nur Göring, sondern auch andere Staatsmänner davon sprächen, mit der Sowjetunion in Freundschaft leben zu wollen, in der Presse gäben sie jedoch Erklärungen ab, die man genau im entgegengesetzten Sinne interpretieren könne⁹.

T. erklärte, dass er an den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland außerordentlich interessiert sei, und alle Personen, mit denen er gesprochen habe, unterstrichen, dass es lediglich bei einer kleinen Gruppe der Nationalsozialisten aus der Umgebung von Rosenberg aggressive Absichten gegenüber der UdSSR gebe.

Danach habe ich gegenüber T. nochmals betont, dass ich beim Stellvertreten den Volkskommissar die Angelegenheit mit der Versammlung auf dem Friedhof zur Sprache bringen müsse und ich ihm die Antwort mitteilen werde¹⁰.

⁷ I. Ėrenburg: „Kul'tura i fašizm“. In: Izvestija vom 18. Februar 1934, S. 2.

⁸ Vgl. „Dimitroff and Soviet citizenship“. In: The Times vom 16. Februar 1934, S. 13; „Soviet and Leipzig Prisoners“. In: ebd. vom 17. Februar 1934, S. 12; „The Leipzig Prisoners“. In: ebd. vom 21. Februar 1934, S. 14.

⁹ Zu der Deutschen Aufzeichnung dieses Teils des Gesprächs vgl. Dok. 372.

¹⁰ Die von der Deutschen Botschaft geplante Veranstaltung auf dem Vvedenskij-Friedhof war Gegenstand der Erörterung Krestinskis mit Litvinov und danach mit Steckij am 22. 2. 1934. Es wurde der Beschluss gefasst, dass sich die Botschaft um eine entsprechende Genehmigung an den

Nachdem ich mit Gen. Krestinskij die Angelegenheit geklärt hatte, rief ich in seinem Auftrag Twardowski an und sagte, dass ich feststellen konnte, dass für die Versammlung eine Genehmigung vom Chef der Moskauer Miliz Gen. Vul' erforderlich ist, an den sich auch die Botschaft unter Angabe des Ortes der Versammlung und der Teilnehmerzahl wenden sollte¹¹.

T. bedankte sich, ohne etwas zu fragen.

Linde

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., [die Expl.] 1–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. nach Berlin, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 58–55. Original.

Nr. 372

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

22. Februar 1934

Deutsche Botschaft

IV Ru. 988

Eing. 27. Feb. 1934

Tgb. Nr. A/460

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Inhalt: Einlegung einer Verwahrung gegen den Artikel Ilja Ehrenburgs in der „Iswestija“ vom 18. Februar d. J. „Kultur und Faschismus“.

Weisungsgemäß ist heute im Außenkommissariat nachdrücklich Verwahrung gegen den Artikel Ilja Ehrenburgs, insbesondere gegen die Beschimpfung des deutschen Nationalhelden Horst Wessel und die Zweideutigkeiten gegenüber Reichs-

Chef der Moskauer Miliz wenden solle. Am gleichen Tag richtete Krestinskij an den Chef der operativen Abteilung der OGPU Pauker ein Schreiben mit der Bitte, den Chef der Moskauer Miliz in dem Sinne anzuweisen, dass für den Fall, dass sich Vertreter der Deutschen Botschaft an ihn wenden sollten, „er seine Genehmigung von der exakt formulierten Bedingung abhängig machen muss, damit die ganze Zeremonie keinen nationalsozialistischen Charakter erfährt, und er dafür Sorge zu tragen hat, dass sich der Zeremonie keine unbefugten Personen aus dem Umfeld nicht-deutscher Staatsbürger anschließen“. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 55–54. Noch am gleichen Tag setzten Pauker und Steckij Krestinskij davon in Kenntnis, dass weder sie selbst noch ihre Behörden imstande wären, die Verantwortung für frühere Absprachen zu übernehmen. Steckij empfahl, sich zwecks Entscheidung dieser Angelegenheit an Stalin zu wenden. Vgl. Bericht Krestinskij an Stalin vom 22. 2. 1934. In: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 18, S. 35–37.

¹¹ Linde teilte in einem Schreiben an Bessonov vom 25. 2. 1934 mit, dass sich auf dem Vvedenskij-Friedhof ungefähr 70 Personen eingefunden hätten. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 59.

minister Röhm eingelegt worden¹. Der stellvertretende Leiter der 2. Westeuropäischen Abteilung, Linde, erwiderte, dass der Artikel Ehrenburgs ein Feuilleton darstelle und unter dem Strich erschienen sei. Er dürfe also nicht politisch gewertet werden. Wenn die Entgleisungen Ehrenburgs auch sicher unerfreulich seien und er sie persönlich bedauere, so müsse er andererseits darauf hinweisen, dass alle Bemühungen des Außenkommissariats, die Presse zu einer gemäßigten Schreibweise anzuhalten, vergeblich seien, wenn von deutscher offizieller Seite immer wieder Öl ins Feuer gegossen werde. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten Göring über das Schicksal Dimitrows und die Notwendigkeit, den Kommunismus in der ganzen Welt zu vernichten, hätten hier größte Erregung hervorgerufen, und wir dürften uns nicht wundern, wenn die Sowjetpresse in schärfster Weise hiergegen Stellung nehmen werde. Auf die Erwiderung, dass doch ein großer Unterschied sei zwischen dem Kampf zweier Weltanschauungen – Reichsminister Göring bekämpfte den Kommunismus nicht schärfer als dieser den Nationalsozialismus – und der gemeinen Beschimpfung eines toten Helden eines anderen Volkes, antwortete Herr Linde, dass das Außenkommissariat sein Möglichstes tue, um Beleidigungen des Reichspräsidenten, der aktiven Reichsminister etc. zu verhindern, dass aber natürlich seine Einwirkungsmöglichkeiten beschränkt seien².

gez. Nadolny

Oben rechts befindet sich der Stempel: Arbeitsexemplar. Am linken Seitenrand Kennzeichnungen. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 83397, Bl. H 046939–046940.

Nr. 373

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Leiters der Rechtsabteilung im NKID Plotkin mit dem Legationssekretär Pfeiffer

GEHEIM

Nr. 21769
23/II-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES STELLV. LEITERS DER RECHTSABTEILUNG M. A. PLOTKIN MIT DEM SEKRETÄR DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT PFEIFFER. 22-II-34

Pfeiffer rief am Tag zuvor an und bat mich, ihn zu empfangen, um einige Rechtsfragen zu klären. Diese Fragen betrafen die Interpretation des Abkommens zwischen der UdSSR und Deutschland über Rechtshilfe in bürgerlichen Ange-

¹ Vgl. Dok. 371.

² Schon während des Journalistenkonfliktes gab es eine Verfügung des Politbüros vom Oktober 1933 in Bezug auf Rundfunksendungen, Beleidigungen von Regierungsmitgliedern zu unterlassen; vgl. Dok. 240, Anm. 5.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

legenheiten², des Patentschutzes, des Urheberrechts³ und der Literaturkonvention⁴.

1. Pfeiffer bemängelte die neue, vom Obersten Gericht der UdSSR eingeführte Ordnung zur Umsetzung von Gerichtsanordnungen, über die wir die Deutsche Botschaft in einer Note informiert haben. Laut Weisung des Obersten Gerichts sollen die Gerichtsvorladungen von deutschen Gerichten, die bis jetzt von den Konsuln direkt an unsere Volksgerichte geschickt wurden, nunmehr auf diplomatischem Wege zugestellt werden, d.h. über das NKID und die Obersten Gerichte der Republiken. Pfeiffer teilte mit, dass die Deutsche Botschaft vorerst diese neue Ordnung zur Kenntnis genommen habe, sich allerdings das Recht vorbehalte, nach dem Eingang von Weisungen aus der Zentrale, welcher sämtliche diese Frage betreffenden Materialien mitgeteilt worden seien, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Ich machte Pfeiffer darauf aufmerksam, dass die Zustellung der Gerichtsvorladung im Sinne des Abkommens über Rechtshilfe vom 12. 10. 1925 zu den gerichtlichen Anordnungen zu zählen sei, und das Oberste Gericht der UdSSR in dieser Hinsicht Veranlassung für seine Weisung gehabt hatte. Außerdem gewährleiste eine zentralisierte Zusammenfassung der gerichtlichen Anordnungen eine exaktere Ausführung. Diese Frage sei eigentlich akademischen Charakters, und wir sähen keine Einwände seitens des deutschen Justizministeriums auf uns zukommen.

2. Pfeiffer interessierte sich für die Patentgebühren, die in Leningrad erhoben würden und die angeblich nicht mit der seinerzeit offiziellen Erklärung in Übereinstimmung zu bringen seien. Von der Botschaft sei zu dieser Frage vor einem Monat eine Verbalnote zugestellt worden.

Ich versprach, die Antwort des Komitees für das Erfindungswesen auf die Anfrage der Botschaft zu beschleunigen.

3. Pfeiffer, der sich dabei auf Berichte der polnischen und deutschen Presse stützte, fragte mich, ob es zutrefte, dass wir 1) die Verhandlungen mit Polen über den Abschluss einer Literaturkonvention zum glücklichen Abschluss gebracht hätten und wir 2) beabsichtigten, der Berner internationalen Literaturvereinigung beizutreten⁵. Pfeiffer las mir Auszüge aus der deutschen Zeitschrift „Der Autor“ (Organ des deutschen Schriftstellerverbandes) vor, die sich ihrerseits auf polnische Quellen beruft, die diese Informationen enthielten.

P[feiffer] sagte mir weiter, dass ihm die Verhandlungen zwischen der UdSSR und Frankreich über eine Literaturkonvention bekannt seien, weil die Franzosen seinerzeit die Deutschen gebeten hätten, ihnen jenen Entwurf zu überlassen, der als Grundlage für die sowjetisch-deutschen Verhandlungen gedient habe.

² Vgl. Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten vom 12. 10. 1925. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 84–88; DVP, Bd. VIII, Dok. 344, S. 624–627.

³ Vgl. Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz vom 12. 10. 1925. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 46–49; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 609–610, 617.

⁴ Eine Vereinbarung über eine Literaturkonvention zwischen Deutschland und der UdSSR wurde nicht abgeschlossen; vgl. Dok. 214, Anm. 10.

⁵ Russland war der Berner Übereinkunft von 1886 zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst nicht beigetreten. Russland unterzeichnete nur mit Frankreich 1911 eine Konvention über literarisches und künstlerisches Eigentum.

Ich teilte P. mit, dass sich in der allgemeinen, prinzipiellen Haltung der UdSSR hinsichtlich des Abschlusses einer Literaturkonvention keinerlei Veränderungen ergeben hätten. Ein Beitritt zur Internationalen Vereinigung werde nach wie vor negativ beschieden. Es treffe zu, dass in der Vergangenheit sowohl die Literatur- als auch die Patentvereinigung Anfragen an uns gerichtet hätten, worauf wir stets geantwortet hätten, dass wir keiner Vereinigung beitreten würden. So würden wir auch nicht an dem internationalen Kongress zu Fragen des Schutzes industriellen Eigentums teilnehmen, der in London stattfindet⁶. Dies sei die allgemeine Haltung zu internationalen Vereinigungen auf dem Gebiet des Schutzes von speziellen Rechten. Solch eine allgemeine Haltung schließe allerdings, wie dies der deutschen Seite bekannt sei, nicht aus, bilaterale Verhandlungen mit einzelnen Staaten zu führen, und solche Verhandlungen habe es in der Vergangenheit mit Deutschland gegeben. Das Interesse, das die Franzosen und Polen an dieser Frage zeigten, sei verständlich, da insbesondere diese Länder gegenwärtig, soweit mir bekannt sei, in großem Umfange sowjetische Literatur übersetzen. Doch die UdSSR habe bis auf den heutigen Tag noch keinerlei Konvention abgeschlossen.

PLOTKIN

Vermerk von F. V. Linde: an Gen. Levin. 20. II.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 335 vom 23. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 1) an die 1. Westabteilung, 2) an die 2. Westabteilung, 3) an Gen. Krestinskij, 4) an Gen. Stomonjakov, 5) an Š[tern], 6) zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 64–63. Beglaubigte Kopie.

Nr. 374

Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Curtius

Berlin, den 24. Februar 1934

Der Reichsminister des Auswärtigen

Herrn Reichsminister a.D.

Dr. Julius Curtius

Berlin-Dahlem

Peter Lennéstr. 42.

Im Anschluss an unser Gespräch vom 24. d. M. bestätige ich, dass das Auswärtige Amt Wert darauf legt, dass die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ ihre Tätigkeit im Dienst der deutsch-russischen Beziehungen, insonderheit auch durch die in ihrem Namen von Professor Dr. Otto Hoetzsch herausgegebenen Veröffentlichungen: Zeitschrift „Osteuropa“ und Aktenpublikation: „Die in-

⁶ Auf dem Ende Mai bis Anfang Juni 1934 abgehaltenen Kongress wurden Korrekturen an der Pariser Konvention zum Schutz industriellen Eigentums (1883) vorgenommen, die für die Teilnehmerländer Fragen des völkerrechtlichen Schutzes von industriellem Eigentum regelten.

ternationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“¹, im Einvernehmen mit meiner Behörde wie bisher in dem Sinn fortgesetzt², wie *er durch die mehrfachen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers für die deutschrussischen Beziehungen vorgezeichnet ist*³. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass diese durch die Neuorganisation der Gesellschaft und die mir von Ihnen vorgetragenen Vorschläge und Absichten im Interesse des Reiches gefördert werden.

gez. Frhr. von Neurath

Maschinenschriftlicher Vermerk: Abschrift zu Pol. V 5003/36.

PA AA, Moskau II 407, Bl. 172.

Nr. 375

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOV

EMPFANG NADOLNYS, 25. II. 1934

Nadolny begann mit einer nichtoffiziellen, vertraulichen Mitteilung, die er nicht zu notieren bat. Aus Japan sei soeben ein deutscher Offizier zurückgekehrt, der dort Militärattaché werden soll. Dieser berichtete, dass in Europa die Kampfkraft der japanischen Armee überschätzt werde und ihre materielle Ausstattung, insbesondere bei Artillerie und Geschossen, von einem recht niedrigen Niveau sei; Japan könne seiner Meinung nach frühestens in zwei Jahren Krieg führen und werde dies vorerst auch nicht tun.

Als N[adolny] das offizielle Gespräch eröffnete, beklagte er sich über den Artikel Manuil'skijs im „Bol'shevik“, der angeblich Beleidigungen gegenüber Göring¹ enthalte, sowie über den Artikel in „Zarja Vostoka“, in dem Minister Darré angegriffen werde, wobei mir Nadolny Kopien der betreffenden Artikel aushändigte. Ich antwortete, dass ich diese Dokumente unserer Kollektion hinzufügen würde, eine solche führe wahrscheinlich auch die deutsche Seite mit unseren Beschwerden über persönliche Angriffe gegen Regierungsmitglieder.

Der eigentliche Grund für das Kommen von N. betraf den Fall der Controll-Co. Unter Berufung auf unsere letzte Unterredung² erklärte N., dass Berlin

¹ Vgl. dazu Dok. 196 und 309.

² So im Dokument.

³ Der Text ist am Rand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

¹ D. Manuil'skij: „Krizis kapitalizma i zadači mirovogo kommunističeskogo dviženija“ (Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung). In: Bol'shevik 1/1934, S. 23–37. In dem Artikel hieß es u. a.: [...] der Henker Göring steht mit verzerrem Gesicht vor dem Leipziger Gericht wie ein bespuckter, von der Allgemeinheit verachteter Verbrecher da“ (S. 37).

² Vgl. Dok. 367.

unseren Vorschlag nach Niederschlagung des Gerichtsverfahrens und über die Ausweisung der Verhafteten annehme. Was dagegen *Hahn betreffe³, so könne sich seine Regierung nicht mit seiner Abberufung einverstanden erklären, da sie nicht wisse, welche Materialien gegen ihn vorlägen und wessen er beschuldigt werde. Zwar könnten wir den Botschafter oder den Gesandten auch als persona ingrata behandeln, doch treffe dies nicht auf die übrigen Beamten zu.

Ich antwortete, dass es nicht um eine Annahme unseres Vorschlages gehe, den wir gar nicht unterbreitet hätten, sondern um das deutsche Angebot, das faktisch bereits vorliege und wir lediglich zu bestätigen bäten. Ich könne meiner Regierung nicht aus eigener Initiative so mir nichts, dir nichts vorschlagen, einen laufenden Gerichtsprozess einzustellen. Ich könnte dies nur unter der Voraussetzung tun, dass ich entsprechende diplomatische Vorschläge in den Händen hätte. Was Hahn betreffe, so müsse ich mir eine Antwort hinsichtlich der Möglichkeit, Einsicht in das Material zu nehmen, vorbehalten, ich sähe jedoch keinen Sinn für eine derartige Einsichtnahme. Nähmen wir an, ich würde Einsicht in die Aussagen der anderen Verhafteten, die Hahn belasten, gewähren, so sei es nicht schwer zu erraten, dass der Botschafter die Schuld Hahns dennoch verneinen und die vorgelegten Aussagen in Frage stellen werde. Unsere Diskussion werde absolut nutzlos sein. Den Wert dieser Aussagen könnte nur das Gericht feststellen, uns schlage man aber vor, gerade dies zu vermeiden. Ich betonte, dass ich überhaupt nicht versprochen hätte, die Verhafteten auszuweisen; ich hätte lediglich gesagt, dass ich mich mit dem diesbezüglichen Vorschlag an die zuständigen Stellen wenden müsse. Ich befürchtete jedoch, dass mich meine Kollegen in der Regierung nach dem Schicksal der Bulgaren fragen würden, die unsere Staatsbürgerschaft angenommen haben und für deren Schicksal sich unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin interessiert habe. Ich sei nicht bevollmächtigt, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten, ich hielte es aber für angebracht, den Botschafter vorab auf die Möglichkeit einer solchen Fragestellung hinzuweisen.

Nadolny riet vehement dazu, die Frage bezüglich der Bulgaren auf keinen Fall aufzugreifen. Er wiederholte erneut seine früher zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass wir uns inoffiziell über Chinčuk an Hitler wenden sollten. Dabei bedachte N. Göring und andere Weggenossen Hitlers mit wenig schmeichelhaften Einschätzungen, er lobte allein den Kanzler ^{***}⁴, der, obgleich er ein Fanatiker und Dogmatiker sei, großherzig und gegenüber Argumenten durchaus aufgeschlossen sei. Die Frage bezüglich der Bulgaren könne juristische Probleme aufwerfen, inwieweit die Verleihung der Staatsbürgerschaft an sie, ohne dass eine persönliche Erklärung vorliege, rechtmäßig sei. Ich sagte, falls die deutsche Regierung Zweifel an der Richtigkeit der Erklärungen ihrer Verwandten habe, so könne sie dies durch Befragung der Verhafteten selbst prüfen.

N. kam auch auf die Lage des deutschen Konsuls in Vladivostok⁵ zu sprechen, gegen den die örtlichen Behörden angeblich voreingenommen seien. Der Vertreter des NKID⁶ verhalte sich völlig korrekt, was man von den anderen Behörden nicht sagen könne. Unlängst seien sowjetische und chinesische Konsulatsmit-

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der an dieser Stelle stehende Name „Hitler“ ist durchgestrichen.

⁵ Hans Kastner.

⁶ Efrem Grigor'evič Ajzenštadt.

arbeiter verhaftet worden, der Konsul befinde sich in völliger Isolierung. N. bittet darum, auf die Behörden in Vladivostok Einfluss zu nehmen.

In dem Gespräch zu allgemeinen Themen stellte sich heraus, dass Deutschland, wie Nadolny sagte, den Vorschlag Edens, eine Abrüstungskonferenz der neun Mächte einzuberufen, tatsächlich abgelehnt hat⁷.

N. erkundigte sich nach der Lage in Xinjiang. Ich gab ihm einige Informationen, wobei ich mich bemühte, ihm klar zu machen, dass es dort keine neue Regierung gebe und die Aufständischen von dem Duban⁸ niedergeschlagen worden seien. N. sagte, dass er Gen. Sokol'nikov aufsuchen wolle, um darüber ausführlicher zu sprechen. Er fragte, ob wir nicht zu einem gewissen deutschen Doktor Kontakt aufnehmen könnten, der als technischer Berater in Xinjiang tätig ist. Ich verwies darauf, dass sich die Deutschen nach unseren Erkenntnissen auf der Seite der Aufständischen betätigen. Da wir uns aber gegenüber der bestehenden Regierung loyal verhielten, wäre es wohl kaum angemessen, Kontakte zu den Aufständischen zu suchen.

LITVINOV

Vermerk [M. M. Litvinovs]: an Gen. Štern.

Vermerk von F. V. Linde: an Gen. Levin und Rozovskij. 28/II-34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 351 vom 28. 2. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. [Das] 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Karachan, das 4. an Gen. Sokol'nikov, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p.77, d. 1. l. 60–58. Kopie.

Nr. 376

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim

5080

25. Februar [1934]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der
UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

im August vergangenen Jahres hätte in Königsberg die Tagung der Internationalen Assoziation für Agrarwirtschaft stattfinden sollen. Geplant war der Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Allunions-Lenin-Akademie für Agrarwis-

⁷ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 273, S. 507–510, hier S. 510.

⁸ Ein Duban ist in China die höchste Amtsperson mit Funktionen auf dem Gebiet der Militärverwaltung.

senschaften Burskij über „Die staatliche und kollektive Form der Organisierung des Landwirtschaftsbetriebes“ mit zwei Korreferaten. Als Korreferenten sollten Prof. Tossinari, Präsident der „Generalkonferenz der faschistischen Grundbesitzer“, und der Landwirtschaftsattaché der Deutschen Botschaft in Moskau, Schiller, auftreten.

Angesichts der damals für uns äußerst ungünstigen Atmosphäre in Deutschland sowie der feindseligen Haltung der deutschen Assoziation, die sich insbesondere darin äußerte, dass nach Burskij zwei offenkundig feindlich gesonnene Korreferenten das Wort ergreifen sollten, haben wir der Landwirtschaftsakademie empfohlen, unter einem glaubhaften Vorwand die Teilnahme an der Königsberger Tagung und den Vortrag abzusagen¹.

Wie sich später herausstellte, ist diese Tagung ohnehin abgesagt worden.

Nunmehr hat der Präsident der Lenin-Akademie Prof. Vavilov von Leonard Elmhirst aus England ein Schreiben erhalten, in dem er mitteilt, dass beabsichtigt ist, im August in Deutschland, in Bad Eilsen, eine Tagung der Assoziation mit dem ungefähr gleichen Programm abzuhalten, wie es bei der vorjährigen, nicht stattgefundenen Tagung geplant war. Leonard Elmhirst schreibt weiter, falls die sowjetischen Wissenschaftler nicht in Bad Eilsen vertreten sein würden, so würde die Tagung den Charakter einer internationalen Begegnung von agrarwirtschaftlichen Experten verlieren und wohl kaum einen Sinn haben. Er fragt deshalb bei Vavilov an, ob in diesem Jahr sowjetische Wissenschaftler teilnehmen werden. In Vollmacht des Vorsitzenden der deutschen Sektion Prof. Sering erklärt er, dass die sowjetischen Vertreter die volle Möglichkeit haben werden, ihre Ansichten uneingeschränkt darzulegen; ihnen werde die volle Bewegungsfreiheit in Deutschland garantiert.

Mir scheint, dass es angesichts der inneren Lage in Deutschland sowie des Charakters der sowjetisch-deutschen Beziehungen wohl kaum Grund zur Annahme gibt, die Vorträge unserer Genossen zu Fragen der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft könnten eine freundschaftliche Aufnahme finden. Ich wäre deshalb dafür, auch in diesem Jahr nicht teilzunehmen.

Doch es gibt auch Erwägungen, die für eine Teilnahme sprechen. Die erste Erwägung besteht darin, dass es unvorteilhaft wäre, zwei Jahre hintereinander die Teilnahme an dieser wissenschaftlichen Tagung abzusagen. Niemand wird der Begründung Glauben schenken, auf die unsere Genossen verweisen werden. Allen wird klar werden, dass der Absage politische Motive zugrunde liegen. Die zweite Erwägung ist anderer Art. Aus der Presse und aus Ihren Berichten wissen wir, dass unser Feind Prof. Auhagen unlängst einen Vortrag über die Lage der Landwirtschaft in der UdSSR gehalten hat. Selbst dieser Gegner sah sich in seinem Vortrag genötigt, eine Reihe von Erfolgen in unserer Agrarpolitik zu konstatieren. Das zeigt, dass sich die Atmosphäre etwas verändert hat und unsere Wissenschaftler vielleicht mit Erfolg und Nutzen auftreten könnten.

Ich möchte, dass Sie zusätzliche Informationen über die bevorstehende Tagung der agrarwirtschaftlichen Experten einholen und Sie mir Ihre Meinung schreiben, ob wir an ihr teilnehmen sollten. Die Klärung der Angelegenheit sollten Sie inoffiziell vornehmen, um bei den Deutschen, insbesondere bei Prof. Sering, den Eindruck zu vermeiden, als ob eine Absage, falls wir dies so entscheiden,

¹ Vgl. Dok. 113. In diesem Dokument war Berlin als Tagungsort erwähnt gewesen.

durch eine negative Stellungnahme der Bevollmächtigten Vertretung hervorgerufen worden wäre.

Es ist wünschenswert, Ihre Antwort baldigst zu bekommen, weil es für Gen. Vavilov unangenehm wäre, die Antwort auf die lange Bank zu schieben².

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von F. V. Linde: an Gen. Levin. 27/II.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 347 vom 27. 2. 1933.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopien: an die Genossen Litvinov und Stern.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 57–56. Kopie.

Nr. 377

**Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Giršfel'd mit dem Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der
Abteilung IV im AA Hey**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 98

Berlin, 26. Februar 1934

TAGEBUCH

des Gen. A. V. GIRŠFEL'D

[...]¹

16. II. War bei Hey, übergab ihm unsere Note in der Sache Dimitrov, Popov und Tanev² und sagte ihm Folgendes: Wir bitten darum, dass alles, was die sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Popov und Tanev betrifft, in kürzester Frist erledigt wird. Ich werde als Vertreter der Bevollmächtigten Vertretung erscheinen, um Dimitrov, Tanev und Popov nach der Entlassung aus der Schutzhaft³ in Empfang zu nehmen, was ich das Auswärtige Amt zu berücksichtigen bitte. Der Umstand, dass sich die sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Popov und Tanev bis zu ihrer Abreise in die Sowjetunion voraussichtlich in der sowjetischen Botschaft aufhalten werden, enthebt nicht von der Pflicht, für ihre Sicherheit zu sorgen, insbesondere während ihrer Fahrt bis zur deutschen Grenze. Aus diesem Grund

² Am 27. 3. 1934 setzte Krestinskij Chinčuk von der Entscheidung in Kenntnis, nicht an der Internationalen Tagung der Assoziation für Agrarwirtschaft in Bad Eilsen teilzunehmen; vgl. Dok. 403.

¹ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen von Unterredungen mit von Tippelskirch am 13. 2. (l. 107–109), mit dem Legationssekretär der Botschaft Deutschlands in Moskau Stelzer am 14. 2. (l. 109), während des Frühstücks beim Konsul der USA in Berlin Geist am 15. 2. (l. 109), mit dem Sekretär der Gesandtschaft Uruguays in Moskau Masanés am 15. 2. (l. 109R).

² Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 59, S. 150.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

behalten wir uns das Recht vor, uns gegebenenfalls an die deutschen Behörden zu wenden. Obwohl hinlänglich bekannt ist, dass sich die deutschen Behörden um den Schutz der Rechte der hier lebenden Ausländer umsichtig kümmern, wird man in diesem Fall eventuell nicht umhinkommen, die lebenswürdige Hilfe der deutschen Behörden in Anspruch nehmen zu müssen. Hey sagte, dass dies für ihn ein absolut neues und sehr kompliziertes Problem sei, selbstverständlich werde er unsere Note mit meinen Forderungen unverzüglich dem Minister vorlegen. Ich fragte ihn, in welchem Sinne und unter welchem Gesichtspunkt er diese Angelegenheit als kompliziert erachte. Hey antwortete, dass es mit ihrer Staatsbürgerschaft vielleicht doch nicht so klar sei, wie mir dies scheine. Darauf antwortete ich ihm Folgendes: ich könne mir nicht vorstellen, was Herr Hey in dieser Angelegenheit als kompliziert ansehen könnte. Dass die genannten Personen sowjetische Staatsbürger seien, gehe aus der von mir dem Auswärtigen Amt soeben vorgelegten Entscheidung der sowjetischen Regierung über die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft an Dimitrov, Popov und Tanev hervor⁴. Dies sei klar und eindeutig. Wenn aber Herr Hey meine, dass Dimitrov, Popov und Tanev bulgarische Staatsbürger seien, so sei er plus royaliste que le roi même, denn die bulgarische Regierung habe durch ihre zuständigen Beamten absolut eindeutig erklärt, dass sie Dimitrov, Popov und Tanev nicht als ihre Staatsbürger betrachte. Es verbleibe noch eine Variante. Vielleicht meine Herr Hey, dass die sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Tanev und Popov deutsche Staatsbürger seien. Hey winkte ab und sagte: O nein, Herr Giršfel'd. In diesem Fall, so erklärte ich Hey, sei die Sachlage nicht im Geringsten kompliziert, sondern denkbar einfach und die sowjetische Bevollmächtigte Vertretung bestehe darauf, dass umgehend Maßnahmen zur unverzüglichen Haftentlassung der sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Popov und Tanev ergriffen würden, die nach dem Freispruch durch das Leipziger Gericht⁵ juristisch freie Personen seien. Ich würde kategorisch jegliche Zweifel an ihrer Staatsbürgerschaft zurückweisen. Hey sprach eindringlich darüber, dass eine solche Frage nicht sofort entschieden werden könne. Darauf sagte ich ihm, falls die sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Tanev und Popov nicht heute oder morgen aus der Haft entlassen werden sollten, bäte ich darum, sie heute oder spätestens morgen besuchen zu dürfen. Es seien einige Formalitäten zu erledigen, die darin beständen, dass die sowjetischen Staatsbürger Dimitrov, Popov und Tanev die auf ihre Namen ausgestellten sowjetischen Pässe noch unterschreiben müssten. Hey antwortete, dass er den entsprechenden Instanzen alles unverzüglich zur Kenntnis bringen werde. Bei der Verabschiedung machte ich ihn noch einmal darauf aufmerksam, dass es notwendig sei, eine rasche Klärung der von der sowjetischen Botschaft aufgeworfenen Fragen durch das Auswärtige Amt herbeizuführen.

[...] ⁶

GIRŠFEL'D

⁴ Die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft war am 15. 2. 1934 erfolgt.

⁵ Der Freispruch war am 23. 12. 1933 wegen mangels an Beweisen erfolgt; die Bulgaren waren danach wieder in „Schutzhaft“ genommen worden.

⁶ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Sekretär der Vertretung Polens in Berlin, Trębicki, am 16. 2. (l. 110R).

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 922 vom 2. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 8 Expl. [Das] 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, [die Expl.] 2–7 an Gen. Krestinskij, das 8. zu den Akten. 19. II. 34.⁷

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 107–110. Original.

Nr. 378

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 108¹

Berlin, 26. II. 34

AN

M. M. LITVINOV

Kopie: an N. N. Krestinskij

Lieber Maksim Maksimovič!

Erlauben Sie mir, Ihnen über den Stand der Dinge in der Angelegenheit Dimitrov, Popov und Tanev zu berichten.

Am 16. II. haben wir nach Eingang der Mitteilung aus Moskau über die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft an Dimitrov, Popov und Tanev dem Auswärtigen Amt eine spezielle Note mit der Forderung übergeben, die Verhafteten unverzüglich freizulassen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, umgehend in die UdSSR auszureisen². Am 19. II. teilte Diels in der Unterredung mit Bessonov mit, dass die Geheimpolizei beabsichtige, dem Auswärtigen Amt vorzuschlagen, im Gegenzug für die Haftentlassung Dimitrovs, Popovs und Tanevs die Freilassung von drei verhafteten Deutschen aus der UdSSR sowie die Garantie zu fordern, dass Dimitrov in der UdSSR keine antideutsche Propaganda betreiben und die UdSSR nicht vor Ablauf eines Jahres verlassen werde³.

Die wiederholt an das Auswärtige Amt gerichteten Aufforderungen, auf unsere Verbalnote bezüglich der Freilassung von Dimitrov, Popov und Tanev zu reagieren⁴, blieben unbeantwortet. Unterdessen haben wir beim Auswärtigen Amt angefragt, ob Giršfel'd die Verhafteten besuchen kann. Am 26. II. hat Diels in einer zweiten Unterredung mit Bessonov diesem mitgeteilt, dass die Geheimpolizei dem Auswärtigen Amt bereits in schriftlicher Form ihre Erwägungen bezüglich der Haftentlassung von Dimitrov, Popov und Tanev übermittelt habe. Dabei ist in die-

⁷ Datum so im Dokument.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 377, Anm. 2.

³ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 76–75.

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 64, S. 159–160; vgl. auch Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR vom 21. 2. 1934. In: BArch R 43 II/ 294, Bl. 507.

sen Erwägungen allem Anschein nach die Forderung fallengelassen worden, wonach Dimitrov keine antideutsche Propaganda führen dürfe. Zugleich wurde eine praktische Lösung für die Frage nach einer baldigen Besucherlaubnis für Giršfel'd gefunden.

Die Tatsache der Übermittlung der „Erwägungen“ der politischen Polizei an das Auswärtige Amt kann nichts anderes bedeuten, als dass das Auswärtige Amt in den nächsten Tagen mit uns das Gespräch zu diesem Thema aufnehmen wird. Im Zusammenhang damit beabsichtigen wir, in den nächsten Tagen den Druck auf das Auswärtige Amt weiter zu erhöhen. Es ist beabsichtigt, dass ich eine Unterredung mit Bülow⁵ oder Neurath führen werde und Bessonov ein Gespräch mit Meyer.

Wir haben hier übrigens den Eindruck, dass die anhaltende Kampagne der englischen Presse, auch der bürgerlichen⁶, für die Befreiung von Dimitrov, Popov und Tanev bei den Deutschen eine gewisse Wirkung zeigt.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

L. Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 923 vom 2. 3. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Expl. [Das] 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05. op. 14, p. 98, d. 31, l. 111–111R. Original.

Nr. 379

Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten Göring an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Lammers und das AA

26. Februar 1934

Geheim!

Abschrift.III B – I Ad. II 834/33

An Herrn Staatssekretär Lammers

– Reichskanzlei –

Berlin

Wilhelmstraße

Betrifft: Dimitroff, Popoff und Taneff.

An das Auswärtige Amt in Berlin

In meinem Auftrage hat der Inspekteur der Geheimen Staatspolizei¹ wiederholt meine Bedenken gegen eine vorzeitige Aufhebung der gegen Dimitroff, Popoff

⁵ Vgl. Dok. 382.

⁶ Vgl. Dok. 371, Anm. 8.

¹ Rudolf Diels.

und Taneff verhängten Schutzhaft zum Ausdruck gebracht. Auch nach nochmaliger Prüfung sehe ich mich zu einer Abänderung der bisher von mir eingenommenen Auffassung nicht in der Lage. Ich bin überzeugt, dass Dimitroff, dessen Bedeutung für den internationalen Kommunismus durch den Reichstagsbrand-Prozess und die Art seines Auftretens vor Gericht in Verbindung mit der für ihn betriebenen internationalen Propaganda ins Ungemessene gestiegen ist, ebenso wie seine Genossen nach seiner Freilassung im Auslande eine ungeheuerliche Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland zu entfachen gewillt ist, die, nach den bisherig gemachten Beobachtungen zu urteilen, weit über die kommunistische Parteipresse und ihr nahestehenden Kreise hinausgreifen wird. Einem Vertreter des „Reuterschen Telegraphenbüros“ hat Dimitroff im Gefängnis auf die Frage, ob er sich verpflichten wolle, für den Fall seiner Freilassung jede deutschfeindliche Werbetätigkeit zu unterlassen, geantwortet, dass er Kommunist sei und bleiben werde, dass er aber kein Feind des deutschen Volkes sei und sich nicht mit der Absicht trage, in der Freiheit ein antideutscher Propagandist zu werden. Allerdings könne er keinerlei bindendes Versprechen für seine künftige Haltung in dieser Frage abgeben.

Wenn trotzdem entgegen der von mir dargelegten Ansicht dahin entschieden werden sollte, dass Dimitroff und seine Genossen zu entlassen und auszuweisen seien, werden doch jedenfalls geeignete Maßnahmen, die der Gefahr eines propagandistischen Missbrauchs der Personen der Häftlinge entgegenzuwirken dienlich sind, nicht unterlassen werden dürfen. Das Verhalten der russischen Behörden scheint darauf hinzudeuten, dass Russland mit der Möglichkeit eines Austauschs der Häftlinge gegen in Russland in Haft genommene deutsche Reichsangehörige rechnet und sie durch Methoden, wie sie schon mit Erfolg bei dem sogenannten „Tscheka-Prozess“² gegen Skoblewski und Genossen angewendet wurden, zu fördern sucht. So haben in letzter Zeit die Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger durch die GPU, die teilweise unter der Angabe der fadenscheinigsten Gründe erfolgten, in auffallendem Maße zugenommen. Bei dieser Sachlage halte ich es daher für geboten, dass die von den Sowjetbehörden gewünschte Freilassung *und Abschiebung Dimitroffs, Popoffs und Taneffs von der gleichzeitigen Befreiung einer möglichst großen Zahl in Betracht kommender deutscher Reichsangehöriger abhängig gemacht wird*³. Einer etwa von den Häftlingen zu erlangenden Erklärung, dass sie sich nach ihrer Entlassung jeder deutschfeindlichen Tätigkeit, insbesondere auf propagandistischem Gebiete, enthalten wollten, wird zwar ernsthaftes Gewicht nicht beizumessen sein. Dagegen würde eine dahingehende Verpflichtung der russischen Regierung immerhin die Möglichkeit bieten, gegen ein allzu starkes Hervortreten der Freizulassenden in der Öffentlichkeit bei den Sowjetbehörden Vorstellungen zu erheben.

Unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung meiner eingangs dargelegten Auf-

² In den beiden Tscheka-Prozessen 1924/25 ging es um die angebliche Untergrundorganisation Reichs-Tscheka, der vorgeworfen wurde, nach dem gescheiterten Hamburger Aufstand von 1923 mit Hilfe von terroristischen Akten einen Umsturz in Deutschland zu betreiben. Einer der Hauptangeklagten, der sowjetische Staatsbürger Skoblewski, wurde zum Tode verurteilt und 1927 im Rahmen eines Gefangenenaustausches in die UdSSR abgeschoben. Vgl. auch ADAP, Ser. B, Bd. II/2, Dok. 82, 83 und 99.

³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

fassung schlage ich daher vor, den künftigen Verhandlungen mit der Sowjetregierung folgende Gesichtspunkte zu Grunde zu legen:

1.) Dimitroff, Popoff und Taneff werden gegen in Sowjet-Russland aus politischen Gründen festgenommene deutsche Reichsangehörige im Austauschwege, dessen nähere Bedingungen weiteren Verhandlungen überlassen werden können, nach Sowjet-Russland ausgewiesen und den russischen Behörden übergeben.

An austauschfähigen Reichsdeutschen nenne ich Fleischle, Karll, Rohden, Wehrmann und Asche.

Die vier Erstgenannten sollen nach Pressemeldungen unter der Anschuldigung der Wirtschaftsspionage, Sabotage und Brandstiftung mit einer Anzahl sowjetrussischer Staatsangehöriger wie auch anderer Ausländer, namentlich Schweizer, von der G.P.U. in Haft genommen worden sein. Rohden befindet sich angeblich im G.P.U.-Gewahrsam in Moskau, Wehrmann in Charkow. Asche soll im G.P.U.-Gefängnis Petersburg einsitzen.

2.) Die russische Regierung verpflichtet sich, jede gegen Deutschland gerichtete Tätigkeit der freizulassenden russischen Staatsbürger Dimitroff, Popoff und Taneff, namentlich auf propagandistischem Gebiet, nach ihrer Freilassung zu unterbinden und die erforderlichen Maßnahmen für den Fall einer Zuwiderhandlung zu treffen.

gez. Göring

Auf Kopfbogen: Der Preußische Ministerpräsident Geheime Staatspolizei. *Auf dem ersten Blatt befinden sich die Nummern:* Rk 2040, 2047, 1982, 1984; *Paraphen von Lammers, Thomsen und Wienstein; Stempel:* Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis. *Unten handschriftlich:* Die Ausweisung von Dimitroff, Taneff und Popoff ist am 27. d. Mts. durchgeführt worden. *Am Ende Beglaubigungsstempel.*

BArch, R 43 II/ 294, Bl. 515–518.

Veröffentlicht in: Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933–1938, Teil I, Bd. 2, Dok. 309, S. 1163–1165.

Nr. 380

Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Lammers an den Preußischen Ministerpräsidenten Göring

26. Februar 1934

Persönlich!

Sofort abtragen.

Der Staatssekretär
in der Reichskanzlei

1. An den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten Reichsminister General
Göring

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass er auf Grund des Vortrags des Herrn Reichsministers des Auswärtigen aus außenpoliti-

schen Gründen die sofortige Abbeförderung von Dimitroff, Taneff und Popoff mittels Flugzeugs nach Russland angeordnet hat.

Der Herr Reichskanzler **lässt Sie bitten**¹, die erforderlichen Anweisungen zu erteilen, damit der Abtransport der nunmehr russischen Staatsangehörigen² morgen Vormittag (27. Februar) durchgeführt **werden kann**³.

Mit Hitler Heil
Ihr sehr ergebener

L[ammers]

2. Z. d. A.

Oben befinden sich die Nummern: Rk 1982, 1984, 2040. Handschriftlich hinzugefügt: 1a) R[eichs]Auß[en]Min[inister] v. Neurath ist vom Abgang des Schreibens zu 1[verständigt].

BArch, R 43 II/ 294, Bl. 513.

Veröffentlicht in: Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933–1938. Teil I, Bd. 2, Dok. 310, S. 1165–1166.

Nr. 381

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann und mit dem Referatsleiter von Saucken

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 123

Berlin, 27. II. 34

TAGEBUCH
B. VINOGRADOVS
[...]¹

Treffen mit Geheimrat² Aschmann und mit von Saucken, 21. II.

Aschmann bestellte mich zu sich, um die Antwort auf die Vorstellungen zu geben, die ich ihm gemacht und über welche ich in der letzten Post geschrieben habe. Aschmann teilte mir betont liebenswürdig mit, dass er mir auf alle meine Beschwerden eine zufriedenstellende Antwort geben könne. Er habe Scheffer wegen des Artikels im „Berliner Tageblatt“, mit dem die Hungerkampagne wieder an-

¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: ersucht Sie.

² Vgl. Dok. 377, Anm. 4.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: wird.

¹ Ausgelassen sind: Informationen über die Ausweisung von Dimitrov, Popov und Tanev aus Deutschland (l. 113–114); Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Lochner am 25. 2. (l. 114).

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. So im Dokument; Aschmann war Vortragender Legationsrat.

gefacht wurde³, bereits einen strengen Verweis erteilt. Auch die „Montagspost“ habe Weisungen erhalten, keine Gerüchte über die Ereignisse im Fernen Osten in die Welt zu setzen⁴. Aschmann habe schließlich mit dem Propagandaministerium bezüglich des Films „Flüchtlinge“ gesprochen. Dieses habe zugesichert, von der Erteilung weiterer Genehmigungen von antisowjetischen Filmen abzusehen. Danach trug mir Aschmann seinerseits eine Reihe von Beschwerden vor, wobei er sich dabei auf ein Dossier von Saucken stützte. In der „Pravda“ vom 1. Februar sei eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht worden, wonach 14 Millionen Deutsche in dieser oder jener Form von Sozialhilfe leben. Die „Pravda“ habe diese Meldung unter den Titel „14 Millionen hungern in Deutschland“⁵ gestellt. Am 6. II. habe die „Pravda“ eine Meldung über die Ermordung von Schehr und Genossen gebracht, während sie in Wirklichkeit bei einem Fluchtversuch erschossen worden seien⁶. Aschmann ging insbesondere auf das in der „Izvestija“ erschienene Feuilleton Ėrenburgs „Kultur und Faschismus“⁷ ein. Das Feuilleton enthalte Ausfälle gegen zwei Nationalhelden Deutschlands: Schlageter und Horst Wessel. Ebenso gebe es Ausfälle gegen Minister Frick und gegen den Biografen von Horst Wessel. Schließlich machte Aschmann darauf aufmerksam, dass in Kiev der anti-deutsche Film „Konvejer smerti“⁸ gezeigt worden sei. Ich entgegnete Aschmann, dass die „Pravda“, die er als halboffiziös bezeichnete, ein Parteiorgan sei und wir, im Unterschied zu den Nationalsozialisten, unsere Partei und unsere Parteipresse nicht „verstaatlichen“. Was die Ermordung Schehrs betreffe, so zweifelten nicht nur wir, sondern auch einige bürgerliche ausländische Zeitungen die Mitteilung der deutschen Polizei über die Tötung bei Fluchtversuch an. Es sei sehr schwer, etwas zu den Ausfällen Ėrenburgs gegenüber den Nationalhelden Deutschlands zu sagen. Bei uns ist es bereits zur Gewohnheit geworden, dass wir mit großer Sorgfalt sämtliche Beschwerden Deutschlands wegen der Ausfälle der Presse gegen Regierungsmitglieder behandelten. Wenn es aber um Ausfälle gegen Nationalhelden vom Schlage eines **Schlageters**⁹ und eines Horst Wessel und umso mehr gegen dessen Biografen gehe, so könnten wir nicht den gleichen Maßstab anlegen, mit dem wir an die Ausfälle gegen Regierungsmitglieder herangingen. Ich machte Aschmann darauf aufmerksam, dass ich ihn mit Protesten nur dann aufsuche, wenn es um höchst ernste Angelegenheiten gehe, und ich ihn nicht wegen Bagatellen belästige. Als z. B. der „Völkische Beobachter“ eine antisemitische Karikatur über Radek veröffentlicht habe, sei ich nicht in das Auswärtige Amt gegangen und hätte mich nicht über den „Völkischen Beobachter“ beschwert, weil Radek kein

³ Vgl. P. Sch[effer]: „Die darbringende Botschaft“. In: Berliner Tageblatt vom 12. Februar 1934, Abendausgabe, S. 2.

⁴ Gegen folgende Veröffentlichungen hatte die Bevollmächtigte Vertretung Einwände erhoben: „Russland erwartet Krieg mit Japan. Eine Alarmrede des russischen Kriegskommissars“. In: Berliner Montagspost vom 5. Februar 1934, S. 1; „Japaner besetzen Sowjet-Konsulat. Ernster Zwischenfall an der russischen Ostgrenze“. In: ebd. vom 12. Februar 1934, S. 1.

⁵ „V Germanii golodaet četvert' naselenija“ (In Deutschland hungert ein Viertel der Bevölkerung). In: Pravda vom 1. Februar 1934, S. 6.

⁶ „Nekrolog. Tovarišč Ion Šer“ (Nachruf. Genosse John Schehr). In: Pravda vom 6. Februar 1934, S. 6.

⁷ Izvestija vom 18. Februar 1934, S. 2.

⁸ Vgl. Dok. 356, Anm. 1.

⁹ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

Mitglied unserer Regierung sei. Ich hätte dies nicht getan, obgleich die Ausfälle gegen Radek, der in der UdSSR ein recht großes Ansehen als Journalist und Politiker genieße, keineswegs Bagatellen seien und nicht mit den Ausfällen Erenburgs gegen den Biografen von Horst Wessel vergleichbar seien. Was den antideutschen Film betrifft, so habe ich eingewandt, dass ich diesen Film nicht kenne. Ich fügte jedoch sogleich hinzu, *dass ich es durchaus für möglich hielte, dass es bei uns bereits irgendeinen antideutschen Film gebe*¹⁰, weil wir die zahlreichen antisowjetischen Filme, die nach dem nationalsozialistischen Umsturz in Deutschland gezeigt würden, nicht unbeantwortet lassen könnten. Ich wies Aschmann darauf hin, dass wir, was Film und Theater betreffe, gegenüber Deutschland stets eine außerordentliche Zurückhaltung an den Tag gelegt hätten. Wir seien stets den Wünschen der deutschen Regierung nachgekommen. Die nationalsozialistische Regierung gehe entschlossen den Weg der antisowjetischen Propaganda, sowohl auf dem Gebiet der Presse als auch auf dem des Films.

[...]¹¹

B. Vinogradov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 925 vom 2. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: Geschr. 10 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 7 an Gen. Krestinskij, 2 [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 113–117. Original.

Nr. 382

Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Berlin, den 28. Februar 1934

Abschrift zu IV Ru 1017

Der russische Botschafter, der schon gestern verlangt hatte, mich zu sprechen, besuchte mich heute und beschwerte sich ganz persönlich und in sehr freundschaftlicher Form darüber, dass er über die Abschiebung der drei Bulgaren¹ nicht unterrichtet worden sei: seine Regierung werde ihm deswegen Vorwürfe machen. Die russische Regierung habe zuerst von amerikanischen Journalisten von der Abschiebung der Bulgaren Kenntnis erhalten. Um $\frac{3}{4}$ 1 Uhr habe Krestinski ihn deswegen aus Moskau angerufen und gegen 2 Uhr auch hiesige amerikanische Zeitungsvertreter, die eine Bestätigung durch die Botschaft haben wollten. Krestinski habe seinerseits auch die ersten Nachrichten von amerikanischen Journalisten er-

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Ausgelassen sind die Gespräche mit Vertretern verschiedener Nachrichtenagenturen und mit Presseattachés einiger diplomatischer Missionen in Berlin (l. 115–117) sowie die Information über den Besuch von Eden in Berlin (l. 117).

¹ Gemeint sind die drei im Leipziger Reichstagsbrandprozess Freigesprochenen Dimitrov, Popov und Tanev.

halten. Er – der Botschafter – habe keinerlei Auskunft geben können, bis ihm die Deruluft bestätigt habe, dass die Bulgaren von Königsberg direkt nach Moskau abgeflogen seien. Er habe Krestinski, der sich wegen der fehlenden Pässe der Bulgaren Sorge gemacht habe, geraten, alle russischen Grenzstellen anzuweisen, die Bulgaren auch ohne Pässe hineinzulassen.

Ich sagte dem Botschafter, er könne sich über unser Vorgehen nicht beschweren. Wir hätten seinen Antrag auf Auslieferung der Bulgaren durch eine große und elegante Geste beantwortet und uns über alle Formalien, wie Pass und dergl. hinweggesetzt. In der Art der Regelung liege eine politische Absicht, nämlich die Außenpolitik und insbesondere die Russische Botschaft hier vollkommen von allem zu trennen, was parteipolitisch und propagandistisch möglicherweise jetzt in Russland mit den 3 Bulgaren vorgenommen werde. Der Botschafter sah dies sehr wohl ein und bedankte sich. Ich sagte ihm ferner, er könne sich seiner Regierung gegenüber damit rechtfertigen, dass wir ihn absichtlich nicht unterrichtet hätten und dass auch der Botschafter Nadolny nicht vorher von unserem Beschluss unterrichtet worden sei.

Das Gespräch ging dann auf die deutsch-russischen Beziehungen über. Der Botschafter versicherte mir, dass er namentlich bei Stalin in Moskau eine durchaus vernünftige Haltung gegenüber Deutschland vorgefunden habe. Die Rede Stalins² sei in diesem Sinne so günstig gewesen, wie es die Umstände zuließen. Er habe auch mit Woroschilow gesprochen, der mit der Offenheit eines Militärs ihm gesagt habe, Russland könne zu keinem Lande wirklich freundschaftliche Beziehungen haben und deshalb dürfe man auch den Franzosen und Polen niemals trauen. Sie suchten nur zwischen Deutschland und Russland Unfrieden zu stiften. Deutschland aber sei der gefährlichste der möglichen Gegner Russlands und deshalb müsse man stets danach trachten, zu Deutschland gute Beziehungen zu unterhalten, auch wenn eine Freundschaft zwischen einem bolschewistischen und einem kapitalistischen Staate niemals in Frage kommen könnte. Der Botschafter betonte, dass er alle diese Mitteilungen nur persönlich und vertraulich mache.

Ich schnitt dann meinerseits die Frage der in Russland verhafteten Deutschen an³. Der Botschafter sagte mir, er habe Nachricht von Litwinow, dass ein Prozess vermieden werden würde, *wenn wir dies wünschten*⁴. Soweit er unterrichtet sei, sei die Ausweisung der Angeklagten in Aussicht genommen. Es liege zweifellos gegen die Beschuldigten ausgiebiges Material vor, *er persönlich habe aber Zweifel, ob dieses Material stichhaltig sei*⁵, bei Spionageprozessen sei dies meist nicht der Fall. Auch das Material, das ihm gegen ein Mitglied der Handelsvertretung früher einmal vorgelegt worden sei, wäre für ihn nicht stichhaltig gewesen, da er den betreffenden Angestellten als einen ruhigen und vernünftigen Mitarbeiter gekannt habe. Wir haben die Frage nicht weiter vertieft und die Angelegenheit des Konsultssekretärs Hahn nicht erörtert.

Der Botschafter erzählte mir dann auf Grund eines erhaltenen Erlasses von dem Besuch Becks in Moskau⁶. Es sei hierbei nichts herausgekommen als die Ein-

² Zur Rede am 26. 1. 1934 vgl. Dok. 350, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 384.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 365.

richtung von Botschaften. Alle Fragen seien aber erörtert worden, z.B. die Angelegenheiten der baltischen Staaten und die Verlängerung des russisch-polnischen Nichtangriffspakts⁷ von drei auf zehn Jahre, ohne dass hierüber jedoch ein Beschluss gefasst worden sei.

Der Botschafter berührte dann auch wirtschaftliche Fragen und sprach von einer Regelung der Dollarklausel, die Herr Weizer versuchen solle, sowie von der Unmöglichkeit für die russische Regierung, ohne Anleihen oder Kredite Ankäufe im Auslande in größerem Umfange vorzunehmen, es sei denn zu Gunsten des Heeresbedarfs und der Rüstungsindustrie. Er sprach von der drohenden Gefahr in Ostasien und von dem absoluten Friedenswillen Stalins. Er fragte mich seinerseits nach unserem Verhältnis zu Polen und dem Stand der österreichischen Frage⁸, begnügte sich aber mit sehr kurzen Ausführungen meinerseits. Das Gespräch hatte einen intimen und freundschaftlichen Charakter⁹.

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts der Vermerk: A 558.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429931–429933.

Nr. 383
Aufzeichnung von Unterredungen des Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Chinčuk

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 127

3/III – 34¹

TAGEBUCH

des Gen. CHINČUK

ABENDESSEN BEI NEURATH, 1. III.-34

War am 1. III. bei Außenminister Neurath zum Abendessen, bei dem der Präsident der Reichsbank Schacht, General Reichenau (Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium²) sowie zahlreiche Diplomaten zugegen waren.

Mit Schacht unterhielt ich mich über die Inflation der deutschen Mark. Er verneinte kategorisch die Möglichkeit, dass Deutschland solch einen Weg gehen werde; er verwies darauf, dass Amerika durch die Inflation viel verloren habe und

⁷ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

⁸ Nach der Niederschlagung des Schutzbund-Aufstandes, der in einigen Teilen Österreichs vom 12. bis 15. 2. 1934 gegen die Dollfuß-Regierung entbrannt war, und dem Verbot der österreichischen Sozialdemokratie gaben Großbritannien, Frankreich und Italien am 17. 2. 1934 eine Erklärung zur Unabhängigkeit Österreichs ab, um Deutschland vor einem Engagement in Österreich zu warnen.

⁹ Die Aufzeichnung Chinčuks über diese Unterredung vgl. AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 39, l. 42–44.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; seit 13. 2. 1934 Wehrmachtsamt im Reichswehrministerium.

wir würden Zeugen werden, wie die Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der Inflation in einigen Monaten ebenfalls große Verluste erleiden werde.

Neurath äußerte sich optimistisch bezüglich der künftigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Dies sei, seinen Worten zufolge, die Orientierung der gesamten Regierung und in erster Linie von Reichskanzler Hitler. Auf meine Frage, was denn dafür praktisch unternommen werde, antwortete Neurath: „Ist Ihnen denn nicht aufgefallen, dass wir bei uns in letzter Zeit gegenüber der Sowjetunion eine sich loyal verhaltende Presse durchgesetzt haben, dass wir die Bulgaren, nachdem sie sowjetische Staatsbürger wurden, unverzüglich in die Sowjetunion haben ausreisen lassen?“ Ferner sei vom Reichskanzler die Weisung ergangen, uns bei den Handelsverhandlungen maximal entgegenzukommen.

Ich machte Neurath darauf aufmerksam, dass Rosenberg nach wie vor seinen Posten innehave, die antisowjetische Politik fortführe, weiterhin Kontakte zu Weißgardisten unterhalte und, soweit mir bekannt sei, die ukrainischen Emigranten und „ukrainische“ Bestrebungen unterstütze. Darauf konnte Neurath nur antworten, dass auch Rosenberg nicht mehr der sei, der er früher einmal war.

Ich unterhielt mich auch mit General Reichenau. Er erklärte, dass die Reichswehrführung nach wie vor bestrebt sei, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen. Er teilte mir mit, dass Levičev und Šnitman bei ihm erschienen seien und die Möglichkeit zur Sprache brachten, für Levičev die Genehmigung zu bekommen, die Kriegsakademie³ zu besuchen. Er wie auch Reichswehrminister Blomberg hätten die Genehmigung dazu erteilt. „Leider hat Levičev“, sagt Reichenau, „diese Möglichkeit nicht genutzt. Offenbar ist es ihm aus Moskau verboten worden.“

Ich bemerkte, dass sich Moskau wohl kaum für solch eine Frage interessieren dürfte⁴. Wenn aber Levičev die Zusage nicht genutzt habe, so gebe es hierfür ausschließlich persönliche, allein ihn betreffende Gründe. Er sei sehr beschäftigt und zudem gesundheitlich angegriffen. Offensichtlich habe er es deshalb nicht vermocht, die Zusage der Reichswehr, die Kriegsakademie zu besuchen, zu nutzen.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1022 vom 7. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–7 an Gen. Krestinskij, das 8. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 122–122R. Original.

³ Vgl. Dok. 354, Anm. 5.

⁴ Vgl. Dok. 354.

Nr. 384

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Ganz geheim
Expl Nr. 4

5089

4. März [1934]

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

in zwei bis drei Tagen werden wir die deutschen Staatsbürger ausweisen, die in dem so bezeichneten „Fall der Controll-Co.“ wegen Spionage und Diversionstätigkeit verhaftet worden sind¹. Ein Teil der Verhafteten, der in Char'kov inhaftiert ist, wird voraussichtlich über Šepetovka, die restlichen Verhafteten von Moskau aus ausgewiesen werden.

An diesen Fall ist auch unsere Forderung geknüpft, den Sekretär des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, abzuberufen. Nadolny sprach den Wunsch aus, ihm Einsicht in das Hahn belastende Material zu gewähren. Von den Untersuchungsbehörden erhielt ich heute Kopien einiger Zeugenaussagen. Ich werde sie durchsehen und danach werden wir entscheiden, ob wir sie Nadolny aushändigen werden. Wir haben beschlossen, die Angelegenheit Hahn vorerst zeitlich nicht mit dem restlichen Fall zu verknüpfen. Wir werden nach der Ausweisung der Personen, die formal in dieser Sache zur Verantwortung gezogen wurden, die Gespräche über ihn fortsetzen. Mit der letzten Post wurde Ihnen die Aufzeichnung der Unterredung von M. M.² mit Nadolny in dieser Angelegenheit geschickt³. In dieser Aufzeichnung gibt es, wie mir M. M. sagte, eine gewisse Ungenauigkeit. Nadolny hatte eingangs zu M. M. gesagt, dass die deutsche Regierung unseren Vorschlag annehme, die im Fall Controll-Co. verhafteten Deutschen auszuweisen. M. M. antwortete ihm, dass wir den Deutschen solch einen Vorschlag nicht unterbreitet hätten, wir würden jedoch bereit sein, sie auszuweisen, falls Nadolny im Namen der Regierung offiziell die Bitte um Ausweisung, die er in den Unterredungen mit Litvinov und mit mir vorgetragen habe, wiederhole. Darauf antwortete Nadolny, dass er in dieser Fragestellung keinen wesentlichen Unterschied sehe und bereit sei, an uns offiziell die Bitte um Ausweisung zu richten. Gerade diese letzte Erklärung Nadolnys gegenüber M. M. ist bei dem Diktat ausgefallen worden.

Berücksichtigen Sie diese Korrektur auch in Ihren künftigen Gesprächen mit den Deutschen, falls es solche geben sollte. Gehen Sie dabei davon aus, dass wir mit der Ausweisung der im Fall der Controll-Co. verhafteten deutschen Staatsbür-

¹ Vgl. Dok. 274.

² Litvinov.

³ Vgl. Dok. 375.

ger der Bitte der deutschen Regierung nachgekommen sind, und wir hingegen beabsichtigt hatten, die Angelegenheit auf dem Gerichtswege zu klären.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Levin. 5. III. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 389 vom 5. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopien: an die Genossen Litvinov und Štern.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 68–67. Kopie.

Nr. 385

Bericht des Vorsitzenden der GPU der Ukraine Balickij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

5. März 1934

Nr. 1504-sk

Ihre Hinweise bezüglich der Notwendigkeit, die Arbeit gegenüber den Konsulaten in Char'kov, Kiev und Odessa zu verstärken, haben sich ganz und gar durch das in unserem Besitz befindliche Material über die konterrevolutionäre Tätigkeit dieser Konsulate bestätigt.

Während früher, vor dem Machtantritt Hitlers, die deutschen religiösen und nationalistischen Gesellschaften und Organisationen auf unterschiedlichen Wegen versucht haben, auf die deutsche Bevölkerung der Ukraine, die eine halbe Million beträgt, einzuwirken, so KONZENTRIERT SICH SEIT DEM MACHTANTRITT HITLERS DIE GESAMTE GEGEN UNS GERICHTETE TÄTIGKEIT IN DEN DEUTSCHEN KONSULATEN, DIE DIE GESAMTE FASCHISTISCHE PANGERMANISCHE SPIONAGE- UND DIVERSIONSTÄTIGKEIT LEITEN, wobei sie sich in beträchtlichem Maße der lutherischen und katholischen Geistlichkeit bedienen.

Alle drei Konsulate – in Char'kov, Kiev und Odessa – werden von Faschisten geleitet.

Das Konsulat in Odessa wird von Konsul Roth und von Sekretär Hahn geleitet, beide sind Nationalsozialisten. Zur Charakterisierung von Roth ist es interessant darauf hinzuweisen, dass er der einzige der deutschen Diplomaten ist, der das faschistische Parteiabzeichen demonstrativ trägt¹. Hahn ist den Ermittlungsmaterialien zufolge als Organisator des Brandes der Helling in Nikolaev bekannt.

Das Konsulat in Kiev leitet der Nationalsozialist und ehemalige Reichswehr-offizier Hencke². Letzterer ist auf Drängen von Rosenberg, mit dem er direkte Kontakte unterhält, für diesen Posten ernannt worden; er ist der Resident des außenpolitischen Amtes der NSDAP.

¹ Paul Roth, Mitglied der NSDAP seit 1. 3. 1940.

² Andor Hencke, Mitglied der NSDAP seit 1. 11. 1935.

Generalkonsul in Char'kov ist der Nationalsozialist Walther³. Vizekonsul ist der Nationalsozialist Ehr⁴.

Wegen seiner Aktivität verdient Ehr, Sohn des Autors des bekannten Buches „Bewaffneter Aufstand“, das er zum Leipziger Prozess herausbrachte, eine besondere Aufmerksamkeit. Dank der Aktivität von Ehr beschränkte das Char'kover Konsulat seine Tätigkeit nicht allein auf die Ukraine. Über seinen Agenten, den von uns verhafteten Vorsteher der lutherischen Kirche, Probst Birth⁵, begann es damit, seinen Einfluss auf die deutschen Kolonien auf der Krim, des Nordkaukasus, Transkaukasiens und der Republik der Wolga-Deutschen auszudehnen, indem es dorthin Anweisungen gab, faschistische Wühlarbeit zu leisten, und diese auch finanzierte.

Aus dem uns vorliegenden Material *geht eindeutig hervor, dass die deutschen Konsulate in Char'kov, Kiev und Odessa folgende Tätigkeit direkt leiten:*

1. Eine NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEI DER UKRAINE aufzubauen, die in sich die faschistischen Elemente aller Nationalitäten und Jugendorganisationen in dem sogenannten „KAMPFBUND DER DEUTSCHEN JUGEND“ vereinen sollte.

2. Die Propagierung von pangermanischen Ideen unter der deutschen Bevölkerung und die Organisierung von Aufstandsgruppen nach dem Muster der Hitle-
rischen Sturmabteilungen.

3. Die Einschleusung von Diversions- und Spionagegruppen in unsere Verteidigungsindustrie.

Für diese Tätigkeit setzen die deutschen Konsulate in breitem Maße deutsche Fachleute in unserer Industrie, die deutsche Geistlichkeit sowie die eigenen Agenten in der deutschen chauvinistischen Intelligenz ein.

DAS ENDZIEL DIESER GESAMTEN TÄTIGKEIT BESTEHT DARIN, AKTIVE FASCHISTISCHE KADER AUSZUBILDEN, DIE FÜR DEN FALL VON ÄUßEREN KOMPLIKATIONEN ERFORDERLICH SIND, UM IM INNERN DEN INTERVENTEN ZUR HAND ZU GEHEN.

I

Wir besitzen nachrichtendienstliches Material, dass das Char'kover Konsulat damit beschäftigt ist, eine „NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEI DER UKRAINE“ zu schaffen, DAZU IST BEABSICHTIGT, DASS IHR NICHT NUR DEUTSCHE FASCHISTEN, SONDERN AUCH DIE FASCHISTEN ALLER ANDEREN NATIONALITÄTEN ANGEHÖREN SOLLEN.

Diese Angaben werden durch die Aussagen des von uns verhafteten Leiters der Mariupoler Filiale der Controll-Co. bestätigt. Es handelt sich dabei um den deutschen Residenten, den aus Deutschland angereisten österreichischen Staatsbürger Weinzettel, der aussagte: „Laut Anweisungen, die ich erhalten habe, sollte ich in erster Linie die Gründung einer solchen nationalsozialistischen Partei in Angriff nehmen, in die nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch Personen anderer Nationalitäten und insbesondere aus der russischen technischen In-

³ Karl Heinrich Walther, Mitglied der NSDAP seit 1. 7. 1936.

⁴ Oskar Ehr, Mitglied der NSDAP seit 1. 1. 1936.

⁵ Birth wurde im Januar 1934 verhaftet und zu Lagerhaft auf der Kola-Halbinsel verurteilt.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

telligenz, die vorwiegend in den industriellen Ballungszentren konzentriert ist, einbezogen werden sollten ...“.

Bezüglich des Aufbaus des „Kampfbundes der deutschen Jugend“ sagt das Mitglied dieses Bundes und Mitglied der NSDAP, der verhaftete Lehrer Schulz aus:

„... Bei meiner Ankunft in der UdSSR habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, die Deutsch-Russen mit allen Mitteln faschistisch zu beeinflussen. Als ich Lehrer in einer deutschen Schule wurde, habe ich der deutschen Schuljugend faschistisches Gedankengut eingeimpft ...

Meine gesamte Tätigkeit habe ich darauf ausgerichtet, für den Faschismus in der UdSSR so viel wie möglich Nutzbringendes zu leisten...

In dieser Absicht trat ich mit dem Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Kiev, Štrez, in Kontakt, der mir den Vorschlag unterbreitete, der illegalen faschistischen Organisation, die sich „Kampfbund der deutschen Jugend“ nennt, beizutreten ...

Štrez erteilte mir den Auftrag, in Kiev Gruppen dieser Organisation zu bilden und die deutsche Jugend in sie einzubinden...

Laut Weisung von Štrez bestand die Hauptaufgabe der Organisation darin, die Deutschen im faschistischen Geist zu erziehen und Mitglieder der Organisation zu Kämpfern der Sturmabteilungen auszubilden.“

II

Bis zum heutigen Tag haben wir 81 nach dem Muster der Hitlerischen Sturmabteilungen gebildete Aufstandsgruppen liquidiert. Davon entfallen auf das Gebiet von

Dnepropetrovsk	29
Odessa	23
Doneck	21
Kiev	8

Aufstandsgruppen.

Bezüglich der Anleitung für die Propagierung des Faschismus durch die Konsulate verfügen wir über folgendes Material. Das von uns verhaftete Oberhaupt der lutherischen Kirche in der Ukraine, Probst Birth, der einer der aktivsten deutschen Agenten ist, sagt zur Rolle des deutschen Konsulats in Char'kov aus: „Mit der konterrevolutionären pangermanischen Spionagetätigkeit habe ich im Auftrag und unter direkter Leitung des deutschen Generalkonsuls in Char'kov, Walther, und seines Vize-Konsuls Ehrh begonnen ...

Meine konterrevolutionäre pangermanische und Spionagearbeit sowie die der von mir zu diesem Zwecke herangezogenen Pastoren umfasste im Wesentlichen: 1) die Bearbeitung der deutschen Kolonisten im konterrevolutionären, nationalistischen, germanophilen Geiste; 2) aus dem Kreis der deutschen Kolonisten weltanschauliche Gegner der internationalistischen Politik der Sowjetmacht und ihrer Maßnahmen auf diesem Gebiet zu erziehen; 3) generell gegenüber allen Maßnahmen der Sowjetmacht in den deutschen Kolonien Widerstand zu leisten; 4) die Spionage zugunsten Deutschlands, die Sammlung von kompromittierendem Material und 5) aus den Reihen der deutschen Kolonisten, und darin bestand das Endziel der gesamten Tätigkeit, konterrevolutionäre, feindliche Leute für den Fall

auszubilden, dass irgendwelche äußere Komplikationen einen baldigen Sturz der Sowjetmacht begünstigen würden ...“

„In der Regel habe ich Konsul Walther direkt oder aber seinem Vize-Konsul Ehrh über meine gesamte konterrevolutionäre Spionagetätigkeit Bericht erstattet. Ich habe regelmäßig die von mir beschafften Spionageergebnisse Walther oder Ehrh übergeben. Bei Treffen sowohl im Konsulat als auch in meiner Wohnung habe ich sie immer ausführlich informiert, so über die Situation in den deutschen Kolonien, den Verlauf der wirtschaftspolitischen Kampagnen, die Aussaat-Kampagne, die Getreidebeschaffung, die Entkulakisierung und die Aussiedlung des Kulakentums und über die politischen Stimmungen der Kolonisten ...

Ebenso habe ich die UdSSR belastendes Material und Fakten beschafft und an Walther und Ehrh übergeben ...“

Auf die Finanzierung der Tätigkeit angesprochen, sagt Birth aus: „... Geld wurde mir von Vize-Konsul Ehrh auf Weisung von Konsul Walther bewilligt und ich habe es je nach Bedarf sowohl für mich selbst als auch für die anderen Pastoren in Empfang angenommen ...

Insgesamt habe ich von Walther und Ehrh 80 000 Rubel erhalten, die für die Aktivierung der konterrevolutionären, nationalistischen und pangermanischen Tätigkeit in den deutschen Kolonien in der Ukraine und auf der Krim eingesetzt wurden. Zusätzlich dazu sind von Walther, soweit mir bekannt ist, 52 000 Rubel für die Pastoren an der Wolga für die gleichen Zwecke bereitgestellt worden, davon wurden 22 000 Rubel mir persönlich ausgehändigt. 20 000 Rubel hat Bischof Meyer erhalten, als ich in Moskau war, 2000 Rubel gingen an das Mitglied des VCS⁷ Ahlhausen bei seiner Durchreise durch Char'kov, 30 000 Rubel hat Pastor Pfeifer bei seiner Ankunft in Char'kov erhalten ...“

Walther und Ehrh haben für die angeführten Zwecke an die Pastoren, soweit mir bekannt ist, bis zu 150 000 Rubel ausgegeben. Berücksichtigt man noch die Einzelzahlungen an die Pastoren und an die FAMILIEN DER WEGEN KONTERREVOLUTIONÄRE TÄTIGKEIT VERHAFTETEN PASTOREN, so beläuft sich die ausgezahlte Summe auf 200 000 Rubel, wenn nicht sogar mehr.“

Die Inhaftierung Births hat unseren nachrichtendienstlichen Unterlagen zufolge in den deutschen Konsularkreisen eine große Unruhe ausgelöst. Sechs Tage nach der Verhaftung hat Generalkonsul Walther dem Bevollmächtigten des Narkomindel eine Note überreicht, in der er schreibt: „Wir alle, die wir Probst Birth seit vielen Jahren kennen, schätzen ihn sehr und wir sind von seiner Loyalität gegenüber der Sowjetmacht überzeugt. Uns ist insbesondere unverständlich, dass er angesichts seiner hohen Stellung irgendwelche Handlungen zum Schaden der Sowjetmacht begehen könnte ... Hiermit habe ich die Ehre, dem Bevollmächtigten des NKID bei der Regierung der USSR⁸ die Bitte des Kirchenrates und der Gemeindeglieder vorzutragen, Maßnahmen zur Haftentlassung des Probstes zu ergreifen. Ich persönlich schließe mich dieser Bitte an, dies umso mehr, da Probst Birth nach deutschem Recht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und er deutscher Staatsbürger ist ...“

Zu einem späteren Zeitpunkt teilte Generalkonsul Walther bei einer Unterre-

⁷ Vysšij cerkovnyj sovet (Oberster Kirchenrat).

⁸ Stefan Ioachimovič Brodovskij.

dung mit dem Bevollmächtigten des Narkomindel diesbezüglich mit, dass der DEUTSCHE BOTSCHAFTER IN MOSKAU, NADOLNY, ÜBER DIESEN FALL EINE SPEZIELLE UNTERREDUNG MIT UNSEREM BERLINER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER, CHINČUK, GEFÜHRT UND IHN GEBETEN HABE, IN DIESER SACHE BEI DER GPU IN MOSKAU NACHZUFragen.

Es ist zu ergänzen, dass BIRTH ZU KEINEM ZEITPUNKT DIE DEUTSCHE STAATSBÜRGERSCHAFT BESESSEN HAT.

III

Die Konsulate haben bei der Einschleusung von Diversions- und Spionagegruppen in die Verteidigungsindustrie eine umfangreiche Arbeit geleistet. Die Tätigkeit des Sekretärs des Konsulats in Odessa, Hahn, der, wie wir ermittelt haben, im engen Kontakt zum JAPANISCHEN KONSUL IN ODESSA, TANAKA, steht, zeichnet sich durch eine besondere Aktivität aus.

Der von uns verhaftete Ingenieur Wehrmann, er ist deutscher Staatsbürger, SEIT 1908 AGENT DES DEUTSCHEN STABES, FÜR VERDIENSTE BEI DER SPIONAGE WÄHREND DER DEUTSCHEN BESETZUNG DER UKRAINE MIT DEM „EISERNEN KREUZ“ AUSGEZEICHNET, sagt aus: „Im Mai 1933 war ich am 14. oder 15. bei Hahn und händigte ihm einige nachrichtendienstliche Materialien aus. Hahn erklärte mir, dass aus Deutschland, aus der „Ost-Abteilung“⁹ die Weisung eingetroffen sei, unverzüglich mit der Organisation von Diversionsakten in großen Industrieobjekten und strategischen Anlagen zu beginnen.

In Verfolg dieser Direktive schlug Hahn vor, Diversionsakte im Werk „Marty“ und „61“, auf das Elektrokraftwerk, auf die Wasserleitung u. a. zu organisieren.[“]

Der Diversionsakt im Marty-Werk ist bekanntlich verübt worden.

Die Aussagen Wehrmanns werden völlig durch die Aussagen des verhafteten deutschen katholischen Paters Zysko bestätigt. Er sagt aus: „Ende Mai oder Anfang Juli 1932 fuhr ich nach Odessa zu Pater Schubert, um ihn über die von mir geleistete konterrevolutionäre und Spionagearbeit zu informieren und weitere Weisungen zu bekommen. Nachdem ich Schubert ausführlich über meine Arbeit erzählt hatte, erklärte er mir, dass er von dem deutschen Konsulat in Odessa für den Fall einer Intervention neue Direktiven bezüglich der Vorbereitung von neuen Diversionsakten erhalten habe ...

Schubert schlug mir vor, in den Werken „A. Marty“ und „61“, die für die Rüstung von Bedeutung sind, in den Einheiten der Roten Armee der Nikolaever Garnison, denen die Bewachung der Lager für Munition und Sprengstoffe obliegt, und aus dem Kreis von Personen, die Zutritt zur Nikolaever Eisenbahnbrücke und zum Bahnhof Vodopoj haben, Diversionsgruppen zu bilden ...

Laut Schubert sollte meine Diversionsarbeit darauf gerichtet sein, gegebenenfalls die militärischen Produktionsbereiche der Werke „A. Marty“ und „61“ außer Betrieb zu setzen und die Munitionslager, die Eisenbahnbrücke und die Hauptgleise des Bahnhofs Vodopoj zu sprengen.“

Die Aussagen, die der von uns verhaftete, direkt aus Deutschland entsandte Resident des deutschen Stabes und Leiter des Mariupoler Büros von Controll-Co., der österreichische Staatsbürger Weinzettel gemacht hat, werfen ein besonders

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

grelles Licht auf die Diversionsakte und die Tätigkeit der Deutschen auf dem Territorium der Ukraine. Seinen Aussagen zufolge sollte er:

2)¹⁰ Informationen über die Werke sammeln, die für die Verteidigungsindustrie von Bedeutung sind. „Zu diesem Zwecke sollte ich deutsche und russische Fachleute anwerben.

3) Ein besonderes Augenmerk sollte ich auf die Schiffsbaubetriebe und Werften richten.

4) Zusätzlich zur Erfüllung der oben angeführten Aufträge sollte ich mich auch mit der Auswahl von Leuten befassen, um Diversionsgruppen in den Werken der Verteidigungsindustrie zu bilden, um im Falle einer Intervention Diversionsakte zu verüben und Schädlingarbeit durchzuführen.

Nach meiner Ankunft in der UdSSR sollte ich umgehend mit der Umsetzung der ersten drei Punkte beginnen. Hinsichtlich der Fristen für die Verwirklichung des letzten Punktes sollte ich zusätzliche Weisungen erhalten ...

In Odessa sollte ich Kontakt zum Sekretär des deutschen Konsulats Hahn aufnehmen, der über meinen Einsatz informiert ist und zukünftig meine Arbeit leitet.“

Über die konkrete Arbeit, die Weinzettel bei der Verwirklichung der aus Berlin erhaltenen Direktiven geleistet hat, gibt die Aussage des angeworbenen Leiters der Dampferzeugungsanlage des Mariupoler Il'ič-Werkes, der rumänische Staatsbürger Tancu, Auskunft: „Neben der Erfüllung der nachrichtendienstlichen Arbeit beauftragte mich Weinzettel, Diversionsakte während der Kriegszeit durchzuführen, da, laut seinen Beteuerungen, ein baldiger militärischer Zusammenstoß Deutschlands mit der UdSSR bevorsteht ... Nach dem von ihm entworfenen Divisionsplan fiel mir folgende Aufgabe zu:

1) Das neue Elektro kraftwerk, dass das Il'ič-Werk mit Energie versorgt, außer Betrieb zu setzen. Das Kraftwerk ist mit 6 Kesselanlagen und mit 3 Turbinen mit einer Leistung von jeweils 6200 Kilowatt ausgerüstet.

Zu diesem Zweck war es erforderlich, zuverlässige Leute aus dem Bedienungspersonal der Dampfkessel, mit denen ich als Fachmann zu tun hatte, anzuwerben.

Um das Kraftwerk nach Bedarf außer Betrieb zu setzen, würde es genügen, die Pumpen, die das Wasser unter Druck setzen, stillzulegen, die Wasserzufuhr für die Kessel zu unterbrechen, die bei normaler Befeuerung nach max. 30 Minuten wegen Wassermangels verglühen würden.

Für die Wiederherstellung der Kessel wäre, sofern Druckröhren vorhanden sind, ein Zeitaufwand von einem Monat pro Kessel erforderlich, wenn diese Röhren fehlen sollten, so wäre eine längere Frist nötig.

2) Die Dampferzeugungsanlage des Il'ič-Werkes, das alle Aggregate des Werkes versorgt und aus 5 Kesselanlagen besteht, außer Betrieb zu setzen.

In diesem speziellen Fall sollte die Anwerbung so organisiert werden, in allen diesen Punkten Mitglieder der Divisionsorganisation einzuschleusen.

Es war erforderlich, für die Divisionsarbeit erprobte, zuverlässige und der Sowjetmacht feindlich gesonnene Leute zu gewinnen ...“

Wir haben Divisionsgruppen in insgesamt neunundzwanzig Betrieben auf-

¹⁰ Die Aufzählung im Dokument beginnt mit Punkt 2).

gedeckt, darunter im Krammaš-Werk, im Werk „OR“, in Lugansk, im Il'ič-Werk in Mariupol, im Stickstoff-Mineraldünger-Kombinat in Gorlov, in dem Schamottstein-Kombinat in Časov-Jar, in den Bergwerksanlagen von Donbasantracit, im Werk „61“ in Nikolaev, in dem Nikolaever Stadtwassernetz, in einer Reihe von Bergwerksanlagen in den Kreisen Kadiev, Krasnolučsk, Čistjakov und Gorlov, im „A. Marty“-Werk, im Nikolaever Elektrokraftwerk, in der Zaporožer Betriebsgruppe: im Dneprogès, im Aluminiumkombinat in Dnepropetrovsk, in Zaporožstal', im Werk „Kommunar“, im Flugzeugwerk Nr. 29.

Gesondert ist auf die Tätigkeit der im Dneprogès gebildeten Diversionsgruppe hinzuweisen, die mit ihren Aktionen erst zu Beginn des Krieges einsetzen sollte, und zwar im Moment eines voraussichtlichen Luftangriffes auf Dneprogès.

Der verhaftete Obermechaniker der Schaltwarte von Dneprogès, Kornis, sagt zu dieser Sache aus: „... Im Krieg mit Deutschland und beim Vorrücken der deutschen Truppen in die Ukraine, womit laut Finer (ein deutscher Ingenieur, Vertreter der Firma „Telefunken“ bei Dneprogès) spätestens 1934 zu rechnen ist, erregt Dneprostroj die Aufmerksamkeit der vorrückenden Truppen, die an seiner schnellstmöglichen Außerbetriebsetzung interessiert sind und es mit Luftangriffen, Bombardierungen usw. überziehen werden, da es die energetische Basis für die Südwest-Front ist und die Werke von Dneprokombinat, Zaporož'e, Dnepropetrovsk und Kamenskoe mit seiner Elektroenergie versorgt.

Bei solch einer Gelegenheit sollte ich die Funktion aller Hochfrequenzschaltstellen von DGES¹¹ unterbrechen, wofür es mir genügen würde, die Zentralsteuerung für DGES außer Betrieb zu setzen, was ich absolut unbemerkt bewerkstelligen könnte, und zwar durch die Beschädigung eines Relais, die Beschädigung der Abflussrohre für das Kondensatwasser usw. (was keine sichtbare Beschädigung hinterlässt und somit schwer zu entdecken ist). Zugleich sollte angestrebt werden, auch die Steuerungsverbindungen zu beschädigen (Beschädigung von Schutzschaltern in der Telefonvermittlungsstelle und im Dispatcherstand). Dadurch würde für eine recht lange Zeit die Lieferung von Elektroenergie für die Werke von Dneprokombinat, Zaporož'e, Dnepropetrovsk und Kamenskoe unterbrochen werden, weil, wie ich bereits oben ausgeführt habe, bei einem kompletten Ausfall der Steuerungssysteme die Übertragung von hoher Elektroenergie unverzüglich abgeschaltet wird – wegen großer Havariegefahr und schwerer Beschädigung der sehr teuren Elektroanlagen, für deren Reparatur eine lange Frist veranschlagt werden muss.“]

Die Leiter der Diversionsgruppen waren sich über die Folgen dieses Diversions[aktes] für die Stadt und die Betriebe, die mit Energie von Dneprogès versorgt werden, völlig im Klaren: „In den Städten Zaporož'e, Dnepropetrovsk und Kamenskoe würden mit der Unterbrechung der Elektroenergieversorgung die Wasserversorgung, der Straßenbahnverkehr zum Erliegen kommen, das Licht ausgehen usw. Mit einem Wort: der normale Lebensrhythmus der Stadt wäre stark beeinträchtigt. Außerdem würde die Stromabschaltung über eine gewisse Zeit hinaus (10–12 Stunden) zu außerordentlich ernsten und zu folgensweren Havarien bei den Hochöfen führen, da durch den Stromausfall die Gebläse und damit auch die Zufuhr von Heißluft in die Hochhöfen nicht funktionieren würde, wodurch die im Inneren des Hochofens befindliche Metallschmelze zu erkalten droht

¹¹ DGES = Dneprogès

und der Hochofen für eine lange Frist außer Betrieb gesetzt wird ...“ (Aussage von Kornis vom 2. 1. 34).

Sämtliche Mitglieder der Diversionsgruppe sind von uns verhaftet worden.

Auf der Grundlage Ihrer Hinweise habe ich den Apparat der GPU ausführlich instruiert, die Arbeit gegen die Konsulate in den Mittelpunkt zu stellen.

Vorsitzender der GPU der USSR Balickij¹²

Veröffentlicht in: Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 420, S. 494–500.

Nr. 386

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim

Expl. Nr. 6

Tagebuch

N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY, 5. März 1934

1. Nadolny sagte, er sei heute aus Leningrad zurückgekehrt. Er teilte seine Eindrücke über den dortigen dreitägigen Aufenthalt mit. Sowohl Leningrad selbst, wo er fast 30 Jahre nicht mehr gewesen sei, als auch die ihm dort bereitete Aufnahme habe ihn stark beeindruckt. Er sei von Kodackij empfangen worden, von dem er mit außerordentlicher Hochachtung sprach. Er sei mit unserem dortigen diplomatischen Vertreter Gen. Vajnštejn zusammengetroffen, beide seien seit ihrer gemeinsamen Zeit in Konstantinopel gut bekannt. Der deutsche Generalkonsul¹ habe ein kleines Essen gegeben, an dem einige Leningrader Funktionäre teilgenommen hätten. Schließlich habe Nadolny die Pelzwarenmesse besucht und sei im Mariinskij-Theater auf der „Pskovitjanka“ gewesen. Er und seine gesamte Familie seien voller wunderbarer Eindrücke, er beabsichtige, nach einer gewissen Zeit die Reise zu wiederholen.

2. Auf die Frage Nadolnys, was es zwischenzeitlich in Moskau an Neuigkeiten gegeben habe, antwortete ich, dass das NKID die Bitte der Deutschen Botschaft an die staatsanwaltliche Aufsicht weitergeleitet habe, den Prozess gegen die Controll-Co. durch die Ausweisung der in diesen Fall verwickelten deutschen Staatsbürger niederzuschlagen. Unsere Behörden hätten dieser Bitte entsprochen. In den nächsten Tagen werde die Ausweisung durchgeführt werden. Von dem Wunsche Nadolnys geleitet, diesen Fall nicht an die große Glocke zu hängen, sei das NKID mit unseren Untersuchungsbehörden dahingehend übereingekommen, in der Presse keinerlei Mitteilung zum Fall der Controll-Co. und über die Ausweisung der in diesen Prozess verwickelten deutschen Staatsbürger zu veröffentlichen.

¹² Der Bericht wurde laut Vermerk von Poskrebyšev durch Balickij übermittelt und hat Stalin vorgelegen, der vermerkte: „In mein Archiv“. Vgl. Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, S. 500.

¹ Rudolf Sommer.

Wenn jedoch die Ausgewiesenen nach ihrer Ankunft in der Heimat irgendwelche öffentlichen Erklärungen abgeben oder sich in der Presse äußern sollten, so würden unsere Behörden genötigt sein, in der Presse darüber zu berichten, worin das verbrecherische Treiben der Verhafteten bestanden habe und weshalb sie ausgewiesen worden seien. Somit hänge es von der deutschen Seite ab, dafür Sorge zu tragen, dass nicht jene Publizität eintrete, die die Deutsche Botschaft zu vermeiden wünsche.

Nadolny fragte mich, welche Entscheidung bezüglich des Mitarbeiters des Odessaer Konsulats getroffen worden sei.

Ich antwortete, dass wir unsere Haltung in dieser Angelegenheit nicht verändert hätten. Da aber Nadolny Gen. Litvinov gebeten hätte, ihm Einblick in einige Anklagepunkte gegen Hahn zu gewähren, hätten wir daraufhin die Ausweisung der Angeklagten von der Frage nach der Abberufung von Herrn Hahn abgetrennt.

3. Nadolny ging dann auf das Memorandum ein, welches Chinčuk im September oder Oktober im Auswärtigen Amt überreicht hatte². Darin waren die Forderungen der Botschaft an die deutsche Regierung und an die deutschen Behörden im Zusammenhang mit den Verletzungen der Interessen unserer Bürger und Einrichtungen aufgelistet, die im Verlaufe der ersten Monate des Jahres 1933 begangen worden waren. Er sagte, dass das Auswärtige Amt gleichfalls ein Memorandum vorbereitet habe, in dem die gravierendsten Fälle von Verletzungen von Vertragsverpflichtungen durch unsere Behörden zusammengefasst seien. Das Auswärtige Amt habe Nadolny beauftragt, uns dieses Memorandum zu überreichen, was er hiermit auch tue. Er händigte mir ein umfangreiches Dokument aus³.

Ich sagte, dass ich es Gen. Štern zur Prüfung übergeben und wir danach eine Antwort geben würden.

4. Zum Schluss sagte Nadolny, dass von ihrem Konsul in Vladivostok⁴ Berichte vorlägen, wonach sich die Atmosphäre um das Konsulat deutlich verschlechtert habe. Es habe Verhaftungen von russischen und chinesischen Mitarbeitern und Bediensteten gegeben. Auf die Haushälterin eines Mitarbeiters sei auf dem Basar ein Überfall verübt worden, ein Bediensteter sei sogar durch einen zufällig abgegebenen Schuss in die Brust verletzt worden. Im Zusammenhang damit bittet Nadolny, ob wir nicht den Polizeischutz für das Konsulat verstärken könnten. Dies würde das Personal des Konsulats beruhigen und Zwischenfälle verhindern, die uns zweifellos ebenso wie der deutschen Seite unangenehm wären.

Ich antwortete, dass ich diese Frage klären und die örtlichen Organe ersuchen würde, den Schutz zu verstärken.

N. Krestinskij

Vermerk von N. N. Krestinskij: MM.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1029 vom 7. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. [Die Expl.] 1–4 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 5. an die 2. West[abteilung], das 6. nach Berlin, das 7. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 36–37. Kopie.

² Zu der Aufzeichnung vom 26. 10. 1933 vgl. Dok. 219, Anm. 12.

³ Es fehlt in der Akte. Es handelt sich dabei vermutlich um Dok. 369.

⁴ Hans Kastner.

Nr. 387
**Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam**

Berlin, den 6. März 1934

e. o. W IV Ru 1140 pr. 6. III. 1934

Aufzeichnung
betr. deutsch-russische Wirtschaftsbesprechungen

Im Dezember v. J. erklärte der Stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel und Leiter der hiesigen Sowjethandelsvertretung, Herr Weizer, dem Reichswirtschaftsministerium, dass die Sowjetunion im Jahre 1934 Zahlungen in Höhe von 685¹ Mill. RM einschl. des Überbrückungskredits von 140 Mill. RM zu leisten habe. Die Sowjetunion könne hiervon etwa die Hälfte in Gold und Devisen zahlen, während die zweite Hälfte von Deutschland in Waren abgenommen werden müsse. Wie Deutschland diese Waren abnehme, sei seine Sache. Auf keinen Fall käme eine Gold- und Devisenzahlung über 350 Mill. RM in Frage.

Diese Erklärung bedeutete eine Gefahr für die von der Reichsregierung garantierten, 1934 fällig werdenden Russenwechsel. Die Garantieabteilung des Reichswirtschaftsministeriums trat daher mit Herrn Weizer in Fühlung. Es bestand die Absicht, diese Besprechungen zum Anlass zu nehmen, den gesamten Fragenkomplex der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen mit der Handelsvertretung zu erörtern. Unter Hinzuziehung der Ressorts fanden im Reichswirtschaftsministerium mehrere derartige Besprechungen statt². Es schien vor allem wichtig, den Streit über die Dollarklausel zu bereinigen, da die deutschen Firmen nur noch mit größter Mühe zu bewegen waren, die schiedsrichterliche Austragung des Streits zurückzustellen und im Falle der Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen gegen die Handelsvertretung nach den offiziellen Äußerungen der Sowjetseite ein ernster Konflikt, wenn nicht ein Abbruch der Handelsbeziehungen zu befürchten war. Ferner erschien es erforderlich, als Gegenleistung für die deutsche Bereitwilligkeit, die russischen Zahlungen für 1934 zu sichern, von Sowjetseite Zusicherungen über das laufende Geschäft zu erhalten. Dies war umso notwendiger, als in den letzten Monaten der deutsche Export nach der Sowjetunion den größten bisherigen Tiefstand (4 Mill. RM Bestellungen monatlich) erreicht hatte und man deutscherseits der Möglichkeit vorbeugen wollte, dass nach Behebung der russischen Zahlungsschwierigkeiten durch ein deutsches Entgegenkommen die künftigen russischen Bestellungen nach dritten Ländern (Frankreich, England, Amerika) vergeben würden.

Herr Weizer setzte der Ausdehnung dieser Besprechungen großen Widerstand entgegen. Ihm lag lediglich daran, die Zahlungen für 1934 zu sichern und ein sogenanntes zusätzliches Bestellprogramm (Heeresgerät, Dieselmotoren, Radsätze) in Höhe von ca. 50 Mill. RM bei einer Kreditfrist von 6 Jahren unterzubringen. Die deutsche Industrie vertrat den Standpunkt, dass die Bereinigung der Dollarfrage die vordringlichste Aufgabe sei und sie danach großen Wert darauf lege, von Sow-

¹ So im Dokument; richtig: 675 Mill. RM; vgl. Dok 317.

² Vgl. Dok. 345; vgl. auch Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 19, S. 38–39.

jetseite bindende Zusagen über die Höhe der laufenden Bestellungen zu erhalten. Das zusätzliche Auftragsprogramm von 50 Mill. RM begegne bei der Länge der Kreditfrist nur geringem Interesse. Auf keinen Fall könne dieser Auftrag ein Äquivalent für den Verzicht der deutschen Firmen auf die schiedsgerichtliche Austragung der Dollarfrage darstellen.

Die weiteren Verhandlungen, an denen das A. A. ständig beteiligt war, haben bisher zu folgendem Ergebnis geführt:

1) Dollarfrage.

Die Sowjetseite hat sich bereit erklärt, in einigen bestimmt gelagerten Fällen des Dollarstreits die Kompetenz der Schiedsgerichte anzuerkennen³. Dadurch soll auch dokumentiert werden, dass die Sowjetseite grundsätzlich dem Schiedsgerichtsgedanken in den deutsch-russischen Lieferungsverträgen positiv gegenübersteht. Dafür ist die deutsche Seite bereit, in den Fällen, in denen Faktura und Wechsel in Dollar ausgestellt waren, d. h. in den reinen Aufwertungsfällen zu erklären, dass nach ihrer Ansicht die Sowjetseite durch die Einlösung der Wechsel ihre Verpflichtungen erfüllt hat. Über die Formulierung der beiderseitigen Erklärungen wird noch verhandelt.

2) Zahlungen 1934.

Die Sowjetunion wird 350 Mill. RM in Gold und Devisen zahlen. Deutschland wird den Überbrückungskredit von 140 Mill. RM unter Freigabe des größten Teils der von Sowjetseite gegebenen Sicherungen sowie unter Herabsetzung des Zinsfußes von 8,6 auf 6,5% um 14 Monate verlängern. Der Restbetrag der Zahlungsverpflichtungen von etwa 200 Mill. RM soll durch Lieferung sowjetrussischer Waren getilgt werden. Über die Durchführung dieser Vereinbarung soll eine Kommission eingesetzt werden, deren Arbeit möglichst in Monatsfrist zum Abschluss gebracht werden soll. Da die Sowjetunion 1933 für 194 Mill. RM Waren in Deutschland abgesetzt hat, dürfte die Erfüllung dieses Punktes nicht zu schwer sein.

3) Neue Bestellungen.

Herr Weizer hat es strikt abgelehnt, hinsichtlich des laufenden Geschäfts irgendwelche Zusicherungen abzugeben. Über das zusätzliche Geschäft wird noch verhandelt. Deutscherseits wird eine Kreditfrist von 4 Jahren angestrebt, die Sowjetseite hat sich mit 5 Jahren bereits einverstanden erklärt. Schwierigkeiten bietet auch noch die Nomenklatur der zusätzlichen Bestellungen, da unter allen Umständen vermieden werden soll, dass Aufträge, die den laufenden Bestellungen zuzurechnen wären, in das Zusatzprogramm einbezogen werden.

Endlich hat sich die Sowjetseite bereit erklärt, 100 000 Rubel aus dem Vermögenserlös abgewanderter Reichsdeutscher nach Deutschland zu überweisen.

Somit bestehen Meinungsverschiedenheiten gegenwärtig nur noch über die Formulierung der die Dollarfrage behandelnden Erklärungen sowie über die vom Reichswirtschaftsministerium geforderte Kontrolle des zusätzlichen Bestellprogramms und die hierfür zu vereinbarende Kreditfrist. Herr Weizer hat am 5. d. M. den Vorschlag gemacht, im Falle eines deutschen Entgegenkommens bei den noch strittigen Punkten eine Verlängerung des Überbrückungskredits nur in Höhe von

³ Vgl. Brief Chinčuks an Krestinskij vom 26. 2. 1934 (AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 11–11R) und Telegramm Vejcers an Rozengol'c vom 28. 2. 1934 (Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 20, S. 39).

110 Mill. RM in Anspruch zu nehmen, d. h. weitere 30 Mill. RM Gold und Devisen für die Abdeckung der Verpflichtungen zur Verfügung zu stellen. Es ist damit zu rechnen, dass über die noch offenen Punkte im Laufe dieser Woche eine Einigung erzielt wird.

gez. Bräutigam

Handschriftlicher Vermerk auf dem ersten Blatt: Durchschlag für W. Dienststempel: Ministerialdirektor Ritter. Handschriftlich: Herrn Min. Dir. Ritter in Vorlage. Paraphe Ritters.

PA AA, R 105702, o.P., 5 Bl.

Nr. 388

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschaftsrat von Twardowski**

GEHEIM

Nr. 17734

8/III-34¹

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI,
7. März 1934**

Twardowski, der morgen zu einem zweimonatigen Urlaub abreist, suchte mich heute auf, um sich zu verabschieden. Er fragte mich, ob ich nichts gegen ein Gespräch auch zu sachlichen Themen einzuwenden hätte. Als ich mich damit einverstanden erklärte, brachte T[wardowski] folgende Dinge zur Sprache.

1. In einem Teil der Auslandspresse tauchte die Mitteilung auf, dass Gen. Litvinov beabsichtige, sich im April–Mai zu einem Besuch nach Riga zu begeben. T. fragte, ob diese Meldung zutreffe. Ich antwortete T., dass ich erst den dritten Tag wieder im Dienst sei und ich deshalb diese Frage erst klären müsse, zumal ich bislang derartiges nicht gehört hätte.

2. T. richtete vertraulich an mich die Bitte, die Botschaft in folgender Angelegenheiten zu unterstützen. Die Schule der Deutschen Botschaft in Moskau sei gegenwärtig im Wesentlichen an dem Programm für deutsche Schulen ausgerichtet, weil dies unter dem Gesichtspunkt erforderlich sei, den Kindern nach der Rückkehr der Eltern nach Deutschland einen schmerzlosen Übergang in die dortigen Schulen zu ermöglichen. An der Schule würden zurzeit insgesamt 32 Kinder unterrichtet. In letzter Zeit würden sich wiederholt Eltern der Schüler an die Botschaft wenden. Dies seien deutsche Fachleute, die Folgendes mitteilen: man habe sie zu den Direktoren der jeweiligen Betriebe (am Arbeitsort) gerufen und ihnen für eine Vertragsverlängerung die Bedingung gestellt, ihre Kinder von der „faschistischen Schule“ zu nehmen und in einer sowjetischen Schule anzumelden. T. verstehe, dass es dem Narkomindel nicht möglich sei, sich mit einem offiziellen Rundschreiben an die Betriebe zu wenden, nichtsdestoweniger würde er sehr da-

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

rum bitten, in offizieller Form einen entsprechenden Druck auszuüben, weil anderenfalls die Fachleute, die nach Deutschland zurückkehren, danach trachten würden, sich den Nimbus von Märtyrern zuzulegen, und in Deutschland nach links und nach rechts umher schreien würden, dass man sie aus der UdSSR deshalb ausgewiesen habe, weil sie nicht bereit gewesen seien, ihre Kinder von der deutschen Schule zu nehmen.

Ich antwortete T., dass ich versuchen würde, diese Angelegenheit zu klären, doch könne ich ihm nichts Positives versprechen. Zugleich machte ich T. darauf aufmerksam, dass wir unlängst von der Botschaft eine Note erhalten hätten, in der der mir vollkommen unverständliche Versuch unternommen wurde, das Gebäude, in dem sich die Schule befindet, als exterritorial zu betrachten. T. sagte mir verlegen, dass dies ohne seine Kenntnis geschehen sei. Er habe einen entsprechenden Verweis ausgesprochen und bitte darum, diese Note als nicht existent zu betrachten. Als Vorsitzender des Schulbeirates versicherte er mir, dass er alles Erforderliche unternehmen werde, um alles das, was von uns als faschistische Propaganda angesehen werden könnte, nicht zuzulassen.

3. T. beklagte sich, gleichfalls vertraulich, dass in letzter Zeit gegenüber der Deutschen Botschaft und den Wohnungen ihrer Angehörigen eine rigorose Außenbeobachtung praktiziert werde. Immer öfter würden Botschaftsbesucher verhaftet. Insbesondere seien dies sowjetische Bürger, die Verwandte des Personals seien. Als Beispiel könne T. folgende Episode anführen: seinerzeit sei der Sohn seiner Hausangestellten (ein Sowjetbürger) verhaftet und später zu 10 Jahren Verbannung verurteilt worden, wobei er aus der Haft entlassen und ihm gestattet worden sei, sich selbständig auf den Weg zum Verbannungsort zu begeben. Als der besagte Bürger die von T. genutzte Wohnung aufgesucht habe, um sich von seiner Mutter zu verabschieden, sei er anschließend verhaftet und mit einem Gefangenentransport abgeschickt worden. T. bitte mich vertraulich, Maßnahmen zu ergreifen, um das gegen die Deutsche Botschaft praktizierte Regime zu mildern.

4. In einem noch vertraulichen Ton teilte mir T. Folgendes mit. Nadolny leide gegenwärtig sehr unter der Haltung, die Gen. Vorošilov ihm gegenüber einnehme. Von sowjetischer Seite sei seinerzeit gegenüber Nadolny die Andeutung gemacht worden, dass er Gen. Vorošilov zum Essen einladen möge. Auf meine vorsichtige Frage, von wem dies empfohlen worden sei, antwortete T. nach einem gewissen Zögern, dass dies Gen. Štejger gewesen sei, doch bitte er, Štejger nicht in eine unangenehme Lage zu bringen. Nadolny habe über seine Militärs Gen. Vorošilov zum Essen eingeladen, wobei er darum gebeten habe, einen beliebigen Tag zwischen dem 25. und 28. Februar zu benennen. Es seien viele Tage vergangen, und Nadolny habe von Gen. Vorošilov keine Antwort erhalten. Am 25. Februar habe der Militärattaché auf Nadolnys Bitte im Revolutionären Militärrat angerufen. Dort habe man ihm mitgeteilt, dass Gen. Vorošilov überlastet sei und er vorab keinen Tag benennen könne. Man werde Nadolny bis zum 4. März einen für Gen. Vorošilov günstigen Termin mitteilen. Seitdem sei der 4., 5., 6. und der 7. März vergangen und Nadolny habe keinerlei Antwort erhalten. T. habe Nadolny den persönlichen Rat gegeben, diese Sache nicht weiter zu forcieren und davon auszugehen, dass Gen. Vorošilov offenbar die momentane politische Situation nicht als günstig betrachte, um an einem Essen in vertraulicher Atmosphäre teilzunehmen. T. meine, dass Nadolny nichts anderes übrig bleibe, als eine günstige Gelegenheit

abzuwarten. T., der mir dies zu meiner Kenntnis mitteilte, wollte zugleich, was völlig offenkundig war, von mir irgendeinen Rat bekommen. Ich bemerkte, dass Gen. Vorošilov in der Tat äußerst beschäftigt sei. Darauf bemerkte T. dennoch, dass es für Nadolny wesentlich angenehmer wäre, wenn man ihm direkt sagen würde, dass Gen. Vorošilov in nächster Zeit keine Möglichkeit sehe, seiner Einladung zu folgen. Dabei ließ er durchblicken, dass er, T., den morgigen ganzen Tag noch in Moskau sein werde. (Er rechnet offenbar damit, im Verlauf des Tages von mir diesen oder jenen ****nicht****² offiziellen Rat zu bekommen).

5. T. ging danach zum Fall Controll-Co. über. Er fragte mich, wann mit der Ausweisung gerechnet werden könne. Ich antwortete, dass es in den nächsten Tagen, vielleicht sogar schon morgen geschehen könne. Dann bemerkte T., dass er, obwohl es nicht üblich sei, über diese Themen zu sprechen, auf der Grundlage unseres persönlichen Verhältnisses es dennoch für möglich erachte, mir Folgendes mitzuteilen. Nadolny und er hätten bei allen deutschen Behörden angefragt, ob sie etwas mit einer geheimdienstlichen Tätigkeit zu tun haben im Sinne der Mitteilung, die Gen. Litvinov unlängst bezüglich der Verbrechen abgegeben habe, die im Fall Controll-Co. den verhafteten deutschen Staatsbürgern zur Last gelegt werde. Auf diese Frage sei die Antwort erfolgt, dass sämtlichen deutschen geheimdienstlichen Behörden untersagt worden sei, sich auf dem Territorium der UdSSR mit Spionage zu befassen. Außerdem verstehe T. überhaupt nicht, wem es in Deutschland von Vorteil sein sollte, sowjetische U-Boote zu sprengen, zudem zu einer Zeit, da die Sowjetunion mit einer holländischen Gruppe, die mit deutschen Unternehmen verbunden ist, über technische Hilfe beim Bau von U-Booten in Verhandlungen stehe. T. meine deshalb, dass es sehr nützlich wäre, wenn wir nach Maßgabe des Möglichen die Botschaft bezüglich des Falls Controll-Co. informieren würden. Weiter bat T. darum, gleichzeitig mit den bereits bekannten verhafteten deutschen Staatsbürgern auch den erneut in Kronstadt verhafteten Viktor Wehrmann, Sohn des Wehrmann, eines Ausgewiesenen im Fall Controll-Co., auszuweisen. Ich sagte zu, diese Frage zu klären.

6. Danach drehte sich die Unterredung um allgemeine Themen. T. bemerkte, er sei zutiefst davon überzeugt, dass es in Deutschland auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen positive Tendenzen gebe. Er nehme jedoch an, dass von deutscher Seite keinerlei Initiativen erfolgen werden. In Berlin meine man, dass es angesichts der momentanen Bedingungen am günstigsten wäre, bei uns Wandlungen gegenüber Deutschland abzuwarten. Er hoffe, dass sich der Lärm, der um die Ankunft von Dimitrov³ in Moskau entfacht worden sei, bald legen und somit die ganze Angelegenheit erledigt sein werde. Dabei bemerkte T., dass er von der Ausweisung und vom Flug Dimitrovs hierher erst von Just postfactum erfahren habe.

Weiter ging T. zu den Verhandlungen über, die Vejcer in Berlin führt, und bemerkte, dass es bei den Verhandlungen leider um ein sehr kleines Volumen von 60 bis 70 Millionen Mark gehe. Dies werde sich natürlich auch auf die Kreditbedingungen auswirken. Wenn die Verhandlungen um ein größeres Volumen geführt würden, so könnte die deutsche Seite bedeutend längere Kreditfristen gewähren.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Dimitrov traf am 27. 2. 1934 in Moskau ein.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik stehe für Deutschland gegenwärtig die Abrüstungsfrage im Mittelpunkt. Das österreichische Moment⁴ sei eher eine Parteiangelegenheit. Es sei aufschlussreich, dass sich Italien und Deutschland bezüglich der Abrüstung weiterhin höchst freundschaftlich verhielten, hingegen ihre Beziehungen in der österreichischen Angelegenheit äußerst gespannt seien. Für Deutschland stehe gegenwärtig das Problem der Luftrüstung im Rahmen der Luftverteidigungsflotte im Mittelpunkt. T. ist bezüglich dieser Fragen dennoch sehr pessimistisch gestimmt. Was die innenpolitische Lage Deutschlands betreffe, so müsse man, um ein richtiges Bild zu bekommen, direkt mit den Menschen vor Ort sprechen. Dies werde er auf dem Rückwege aus Italien tun, wo er seinen Urlaub zu verbringen gedenke. Nach seiner Ankunft werde er mich darüber ausführlich informieren.

Bevor T. wegging, brachte man mir die Pässe der im Fall Controll-Co. auszuweisenden ausländischen Staatsbürger. Ich händigte T. die Pässe von Wehrmann, Karll, Fleischle und Rohden aus, damit die Botschaft sie morgen um 12.00 Uhr mit den entsprechenden Vermerken zurückbringt, weil morgen Abend alle Verhafteten ausgewiesen werden. T. war äußerst dankbar. Er ließ keine Besuchsabsichten erkennen und bat lediglich darum, den Ausgewiesenen eine geringfügige Summe an Devisen für den Kauf von Bahnfahrkarten an der Grenze übergeben zu können. Dagegen hatte ich nichts einzuwenden. Zum Ende verwies T. darauf, dass er unter den Ausgewiesenen Asche und Viktor Wehrmann vermisse. Wie ich kurz zuvor erfuhr, liegt gegen beide im Fall Controll-Co. nichts vor, wovon ich T. umgehend in Kenntnis setzte.

(Bereits nach dem Weggang von T. hat sich Gen. Levin mit Pfeiffer bezüglich des Visums auch für **den Belgier**⁵ Bernard verständigt. Den Pass für den Dänen Larsen habe ich Gen. Gajkis zwecks Visumerteilung übergeben.)

Als sich Twardowski verabschiedete, dankte er erneut dem Narkomindel für die Niederschlagung des Prozesses gegen Controll-Co. und empfahl, die Botschaft im Rahmen des Möglichen über die konkreten Anklagepunkte zu informieren.

D. Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Karachan, das 4. an Gen. Sokol'nikov, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. nach Berlin, die [Expl.] 7 und 8 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 73–68. Original.

⁴ Vgl. Dok. 382, Anm. 8.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: den Bulgaren.

Nr. 389
Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 1

NKVT Nr. 108

9/III-34¹

[8. 3. 1934]

An

Gen. STALIN

Kopie: an Gen. MOLOTOV

*Gemäß Ihrer Direktive habe ich untersagt, ohne Genehmigung des Politbüros 1935 und in den folgenden Jahren Benzin zu verkaufen. Es ist jedoch erforderlich, die Verhandlungen über den Verkauf der DEROP zügig zum Abschluss zu bringen^{*2}.

Die Verhandlungen haben ein Stadium erreicht, wo man sie beenden muss, ansonsten können wir eine bedeutende Summe an Devisen verlieren.

*Für das Vermögen und die Firma DEROP bekommen wir ungefähr fünf Millionen Rubel^{*3}. Der Verkauf der DEROP ist an unsere Verpflichtung gekoppelt, Erdölprodukte zu liefern. Aus diesem Grund bitte ich Sie ^{**4}, dem SOJUZNEFTTEĖKSPORT umgehend zu gestatten, bei dem Verkauf der DEROP einen Liefervertrag von jährlich 175 000 Tonnen Benzin für die nächsten drei Jahre (1935–1937) abzuschließen⁵.

Unter diesen Gegebenheiten belaufen sich in den nächsten drei Jahren unsere Vertragsverpflichtungen auf jährlich:

450 000 Tonnen Benzin bei einem Plan von 1 600 000 Tonnen für 1934.

Was die Versorgung des eigenen Verteilungsnetzes betrifft, so ^{**}können^{**6} wir in Abhängigkeit von den uns für den Export zugeteilten Ressourcen manövrieren.

Ich bitte, den beigefügten Entwurf zu bestätigen⁷.

A. Rozengol'c

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von I. V. Stalin: an Gen. Molotov. Ich bin einverstanden, doch zweifle ich die Zahl von 175 000 Tonnen Benzin an (bedeutet dies nicht, den Export zu vergrößern?). I. St.

Handschriftlich unten: vgl. Entwurf des Protokolls 3 – Sondermappe.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist zweifach unterstrichen.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „schnellstmöglich“ ist durchgestrichen.

⁵ Dieser Absatz ist am linken Seitenrand mit dem Vermerk Stalins „Wem?“ versehen, der Vermerk ist durchgestrichen.

⁶ Das Wort hat Stalin handschriftlich korrigiert; ursprünglich: werden.

⁷ Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste zu dem von Rozengol'c eingereichten Entwurf am 10. 3. 1934 den Beschluss: „SOJUZNEFTTEĖKSPORT ist zu gestatten, beim Verkauf des Erdölnetzes der DEROP einen Vertrag für drei Jahre abzuschließen, jährlich 175 000 Tonnen Benzin zu liefern.“ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 522, l. 10 (Protokoll Nr. 3, Pkt. 61/41, „Sondermappe“).

Oben rechts befindet sich der Vermerk: Prot. P.B. Nr. 3 p. 61/41 – op [Sondermappe] vom 10. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Expl. [Die Expl.] 1–3 an das NKVT. 8/III-34.

Kanzleivermerk: Das Expl. Nr. 2 ist verbrannt.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 522, l. 11. Original.

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 23, S. 42–43⁸.

Nr. 390

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim
Expl. Nr. 4

Tagebuch
N. N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY am 14. März 1934

Ich bestellte Nadolny ein, um mit ihm über die Abberufung ^{**}des Sekretärs^{**1} des Generalkonsulats in Odessa, Hahn, aus der UdSSR zu sprechen. Ich habe Gen. Štern gebeten, an dem Gespräch mit Nadolny teilzunehmen.

Ich begann damit, dass ich Nadolny an seine Unterredung mit Litvinov erinnerte². Litvinov hatte Nadolny erklärt, dass wir angesichts der im Zusammenhang mit dem Spionagefall gegen Hahn vorliegenden schwerwiegenden Verdachtsmomente seine weitere Tätigkeit in der UdSSR nicht mehr als gegeben ansähen und die deutsche Regierung bäten, ihn abzurufen. Nadolny habe damals geantwortet, dass sich die deutsche Regierung nicht mit der Abberufung ihres langjährigen und angesehenen Mitarbeiters einverstanden erklären könne, solange ihr nicht Einsicht in das diesen Mitarbeiter belastende Material gewährt werde und die deutsche Regierung nach Prüfung dieses Materials nicht die Möglichkeit erhalte, sich zu äußern. Litvinov habe darauf zu Nadolny gesagt, dass wir uns mit einer derartigen Fragestellung nicht einverstanden erklären könnten. Er versprach jedoch zu überdenken, ob wir Nadolny nicht in der einen oder anderen Form mit dem Kern der gegen Hahn erhobenen Beschuldigungen vertraut machen könnten.

In Absprache mit Gen. Litvinov würde ich jetzt Nadolny Auszüge aus einigen Aussagen vorlesen, aus denen, davon sei ich überzeugt, eindeutig hervorgehe, dass ein weiterer Verbleib von Hahn in der UdSSR unmöglich sei.

Nadolny versuchte vorzubringen, dass die deutsche Regierung sich nicht damit zufriedengeben könne, wenn lediglich ihm die Einsicht in die Aussagen gegen Hahn gewährt würde und er auf einer vollständigen Übergabe des Untersuchungsmaterials bestehe, um ihr die Möglichkeit zu geben, es eingehend zu prüfen und

⁸ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 672, l. 34.

¹ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

² Am 25. 2. 1934. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 60–59.

sich zu den einzelnen Punkten zu äußern. In seiner Unterredung mit Litvinov habe er diesen Standpunkt verteidigt, ohne sich darüber mit Berlin zu verständigen, nunmehr wisse er aber, dass auch das Auswärtige Amt diesen Standpunkt nachdrücklich vertrete.

Ich entgegnete Nadolny, dass ich nicht beabsichtige, der Deutschen Botschaft irgendwelche Ermittlungsakten auszuhändigen, ich könne sie lediglich mit dem Wesentlichen der gegen Hahn vorliegenden Belastungen vertraut machen, soweit sie in den Aussagen zu diesem Fall ihren Niederschlag gefunden hätten. Falls er nicht wünsche, sich mit diesen Fakten vertraut zu machen, so würde ich nicht darauf bestehen, weil wir dies ausschließlich deshalb täten, um seiner Bitte und seinem Wunsch nachzukommen.

Nadolny bat darum, ihn damit bekannt zu machen.

Darauf las Gen. Štern langsam umfangreiche Auszüge aus zwei Aussagen von Wehrmann und aus zwei Aussagen von einem der Weinzettel vor, ohne ihm zu sagen, von wem diese Aussagen stammen.

Nadolny hörte aufmerksam zu. Anfangs notierte er sich einige Familiennamen, später hörte er damit auf. Doch es war ersichtlich, dass er sich die ihm vorgelesenen Fakten einzuprägen bemühte. Nach Beendigung des Vorlesens fragte er, wessen Aussagen wir zitiert hätten. Ich antwortete, dass diese Aussagen von zwei oder drei Ausländern stammen, die im Spionageprozess angeklagt gewesen waren, nunmehr aber ausgewiesen worden seien, einer davon sei Deutscher, der andere oder die anderen seien Österreicher. Nadolny bat, ihre Familiennamen zu nennen. Ich antwortete, dass ich es nicht als zweckmäßig erachte, dies zu tun. Nadolny entgegnete, dass die deutsche Seite auf der Grundlage des Inhalts der vorgelesenen Aussagen dennoch feststellen könnte, um wessen Aussagen es sich handle. Ich habe nicht widersprochen, die Familiennamen habe ich dennoch nicht genannt.

Danach erklärte Nadolny in einem sehr feierlichen Ton, dass die Beschuldigungen nicht nur Hahn trafen, sondern auch gegen die deutsche Regierung gerichtet seien. In den Aussagen sei darauf verwiesen worden, dass Hahn irgendwelche Weisungen von der Ostabt[eilung] erhalten habe, womit offenbar der Geheimdienst der deutschen Militärbehörde gemeint sei, es werde der Familienname eines gewissen Leutnant Brueser³ genannt, der den deutschen Geheimdienst leite. Schließlich werde ausgeführt, dass irgendein Angehöriger des deutschen Geheimdienstes einer der Personen, deren Aussagen wir vorgelesen hätten, vor der Abreise in die UdSSR Instruktionen erteilt habe. Somit würden Behörden der deutschen Regierung wegen ernster, gegen die UdSSR gerichteter feindlicher Akte beschuldigt. Diese Beschuldigungen seien ungerechtfertigt und nicht wahr, beide Regierungen seien daran interessiert, die Atmosphäre in den Beziehungen von den vorgetragenen Verdächtigungen zu reinigen. Er bestehe deshalb darauf, der deutschen Regierung über ihn das gesamte Ermittlungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Dann könnte die deutsche Regierung nach Prüfung aller Anschuldigungen den Beweis antreten, dass alle diese Vorwürfe vollkommen haltlos seien. Damit würde die Atmosphäre bereinigt werden, und in den Beziehungen zwischen

³ Vgl. dazu das Telegramm Nadolnys vom 15. 3. 1934. Dort heißt es: „Hahn habe bereits im Jahre 1922 in Charkow zusammen mit einem Leutnant Brueser für den militärischen Nachrichtendienst gearbeitet und entsprechende Aufträge erteilt.“ In: PA AA, R 83891, o.P.

Deutschland und der UdSSR könnte das frühere volle gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt werden.

Ich antwortete, wenn wir gegen die deutschen militärischen Einrichtungen und anderen Behörden Beschuldigungen vorzubringen wünschten, so würden wir zu diesem Zwecke der deutschen Regierung eine gesonderte Vorstellung machen. Dieses täten wir aber nicht, wir wünschten nicht, in einen Disput darüber einzutreten, ob nun Hahn, als er sich auf die Direktive aus der Ostabt[eilung] berief, seinen Agenten die Wahrheit oder die Unwahrheit gesagt habe. Doch wir könnten die Tatsachen nicht außer Acht lassen, dass einige in diesen Fall verstrickte Personen, darunter einige Ausländer, Hahn in dem Sinne belasten, dass er über 11 Jahre lang systematisch seiner Spionagetätigkeit nachgegangen sei und sogar Sabotageakte organisiert habe. Der Fall sei freilich nicht vor Gericht aufgerollt worden, die Aussagen der Zeugen und der Angeklagten seien nicht im Rahmen eines Gerichtsverfahrens überprüft worden. Außer von den unmittelbar zuständigen Ermittlungsbehörden seien alle Angeklagten jedoch auch von der staatsanwaltlichen Aufsicht vernommen worden, wir könnten ihre Aussagen als hinlänglich ernstes Material nicht unberücksichtigt lassen. Deshalb sei Hahn in unseren Augen, und noch viel mehr in den Augen der örtlichen Behörden, die näher mit den Ermittlungsmaterialien vertraut seien, eine Person, gegen die schwerwiegende Verdachtsmomente vorlägen. Bei der Bewertung dieser Verdächtigungen dürfe auch nicht der Umstand außer Acht gelassen werden, dass Hahn, den Nadolny als einen geschätzten und untadeligen Mitarbeiter charakterisiere, 11 Jahre lang ohne eine Beförderung den Posten eines Sekretärs eines kleinen Konsulats bekleide. Es dränge sich natürlich der Gedanke auf, dass sich Hahn aus dem Grunde mit diesem kleinen offiziellen Posten zufrieden gebe, weil er sowohl seine moralische als auch materielle Genußnahme durch seine andere, ^{**4} zusätzliche weder Nadolny noch dem Odessaer Konsulat bekannte Arbeit erfährt. Nadolny müsse verstehen, dass Hahn angesichts der Einstellung unserer Behörden ihm gegenüber nicht produktiv arbeiten könne, weil er nicht auf jenes entgegenkommende und vertrauensvolle Verhalten trafe, welches für eine erfolgreiche Tätigkeit eines jeden ausländischen Beamten in einem fremden Land erforderlich sei.

Nadolny antwortete, dass sich ihm meine letzte Erwägung bezüglich der viel zu langen Tätigkeit Hahns in Odessa nicht als überzeugend darstelle. Hahn sei kein Beamter des diplomatischen Dienstes, er sei ein kleiner Beamter, und vielleicht noch nicht einmal das, sondern ein Angestellter, der nicht mit einer großen dienstlichen Karriere rechnen könne. Nadolny sei auch nicht mit der Trennung zwischen Hahn und der deutschen Regierung einverstanden, die ich vornähme. Er meine nach wie vor, dass eine Abberufung Hahns einen Schatten auf deutsche Regierungsbehörden werfe, er halte seine Forderung aufrecht, ihm die Akten zu diesem Fall zwecks Prüfung auszuhändigen.

Ich erinnerte Nadolny daran, dass er bereits in der Unterredung mit Litvinov diese Forderung vorgetragen habe, worauf Litvinov ihm damals gesagt habe, man müsse einen von zwei Wegen wählen: entweder die Staatsanwaltschaft übergebe den Fall dem Gericht und dann würden alle Aussagen, sowohl der Angeklagten als auch der Zeugen, darunter auch die Aussagen gegen Hahn, einer gerichtlichen

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „vielleicht“ ist durchgestrichen.

Prüfung unterzogen. Wenn wir aber auf Ersuchen der deutschen Regierung die Staatsanwaltschaft bäten, den Fall nicht dem Gericht zu übergeben, und sie sich auf die Ausweisung der in diesem Fall angeklagten deutschen Staatsbürger beschränke, dann bestehe keinerlei Notwendigkeit, die Aussagen zusätzlich zu überprüfen. Nadolny solle einen der zwei Wege auswählen. Angesichts dieses klar formulierten Dilemmas habe Nadolny gesagt, dass er darum bitte, den Prozess durch die Ausweisung der Angeklagten niederzuschlagen. Somit erübrige es sich, über die Aushändigung des Materials oder über die Stichhaltigkeit oder die Unhaltbarkeit der Beschuldigungen gegen Hahn eine Diskussion zu führen.

Wir forderten von der deutschen Regierung kein Eingeständnis der Schuld Hahns. Wir erklärten lediglich, dass uns ernsthafte Verdächtigungen gegen Hahn vorlägen. Dadurch, dass ich heute Nadolny einen Teil des Ermittlungsmaterials vorstellte, hätte ich ihm aufgezeigt, worin diese Verdächtigungen bestünden. Nadolny müsse anerkennen, dass wir mit Hahn angesichts solch brisanter Verdächtigungen nicht zusammenarbeiten könnten. Das Auswärtige Amt müsse Hahn abberufen, wobei ich nochmals betone, dass wir dies nicht als eine Anerkennung der gegen Hahn erhobenen Anklage durch die deutsche Regierung betrachten würden. Die deutsche Regierung könne sogar den Vorbehalt vorbringen, dass die von uns geforderte Abberufung Hahns nicht die Anerkennung von dessen Schuld seitens der deutschen Regierung bedeute.

Nadolny sagte, er könne sich nicht mit meiner Argumentation einverstanden erklären, doch wie er sehe, werde es ihm nicht gelingen, mich zum Einlenken zu bewegen. Aus diesem Grunde bitte er, dass ich ihm keine endgültige negative Antwort auf seine Bitte gebe, ihm die Materialien auszuhändigen, sondern diese Frage nochmals zu überdenken und ihm dann eine Antwort zu geben.

Ich sagte, dass ich seiner Bitte nachkommen könne. Ich würde seine Argumente nochmals mit Litvinov erörtern, doch ich bezweifelte, dass sich unsere Entscheidung sowohl in Bezug auf Hahn als auch in Bezug auf die Aushändigung der Ermittlungsmaterialien an die deutsche Regierung verändern werde.

N. Krestinskij

Vermerk M. M. Litvinovs: L.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1215 vom 17. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabt[eilung], nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 38–42. Kopie.

Nr. 391

Aufzeichnung der Unterredung des Korrespondenten der „Pravda“ Gofman mit dem Referatsleiter der Presseabteilung im AA von SauckenGEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, 16. März 1934¹

Heute erhielt ich vom Außenministerium die erste Verwarnung wegen des Charakters meiner Artikel.

Ich wurde vom Leiter der Presseabteilung Aschmann einbestellt, doch mit mir gesprochen hat sein Gehilfe für russische Angelegenheiten Saucken, da Aschmann einen anderen dringenden Termin hatte.

Saucken erklärte in einem betont strengen Ton, dass ihm aufgetragen worden sei, mir wegen zwei meiner Artikel eine ernste Vorstellung zu machen:

- 1) „Die Prostitution und die faschistische Tugend“² (vom 8. III.).
- 2) „Göring ‚säubert‘ Berlin von den Arbeitslosen“^{3 **} (vom 11. 3.)⁴.

Nach Auffassung seiner Vorgesetzten seien beide tendenziös und böse, und würden Grenzen des für ausländische Korrespondenten in Deutschland zulässige „fair play“ überschreiten.

Bezüglich des ersten Artikels sagte Saucken, ich würde unter Ausnutzung meiner guten deutschen Sprachkenntnisse so geschickt mit den Worten von Frau Sieber und von Goebbels „jonglieren“, dass ich ihnen einen entgegengesetzten Sinn verliehen hätte. Weiter erklärte er, dass ich „prinzipiell im Unrecht sei“. Der Nationalsozialismus fördere nicht nur nicht die Prostitution, sondern bekämpfe sie im Gegenteil auf die entschiedenste Weise. Wenn ich zu Zeiten früherer Regierungen in Berlin gewesen wäre, so hätte ich mich davon überzeugen können, in welchem Maße sich die Prostitution jetzt durch die von der jetzigen Regierung energisch ergriffenen Maßnahmen verringert habe.

Ich antwortete, dass sich meine Beobachtungen nicht mit seinen Behauptungen deckten. Was aber die Anschuldigung betreffe, ich würde den Sinn der Erklärungen bewusst entstellen, so könne ich sie nicht akzeptieren, da diese Erklärungen immerhin gemacht worden seien und ich das Recht hätte, sie so zu interpretieren, wie ich es für richtig erachte. Ich hätte keineswegs die Absicht gehabt, gegenüber Frau Sieber und Goebbels in böse, Weise ausfällig zu werden, und daher müsse ich den Vorsatz der bösen, Mutwilligkeit entschieden zurückweisen.

Bezüglich des zweiten Artikels sagte Saucken, ich hätte Görings Worte so „kombiniert“, dass der Leser aus dieser Lektüre nur eine einzige Schlussfolgerung ziehen könne: „Der Nationalsozialismus bekämpft die Arbeitslosigkeit nicht wirk-

¹ In dem auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland getippten Begleitschreiben vom 16. 3. 1934 an Krestinskij, das die Nummer 155 und den Vermerk „Geheim“ trägt, heißt es: „Im Auftrag von Gen. Chinčuk wird Ihnen eine Kopie der Aufzeichnung des Gesprächs von Gen. Gofman mit Saucken (Presseabteilung des Auswärtigen Amtes) zugesandt, 16. III.-34“. In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 40, l. 130.

² „Prostitucija – fašistskaja dobrodetel’“. In: Pravda vom 8. März 1934, S. 4.

³ „Gering ‚očiščaet‘ Berlin ot bezrabotnych“. In: Pravda vom 11. März 1934, S. 4.

⁴ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

lich, sondern nimmt lediglich eine ‚Umverteilung‘ der Arbeitslosen im Lande vor“; und dies sei meinerseits wiederum eine bössartige und unlautere Information. Ich antwortete, dass den Anlass für diesen Artikel nicht ich geliefert hätte, sondern Herr Göring, da er in seiner Erklärung gerade dieses neue Moment bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betont habe. Ich hätte meine Pflicht als Journalist darin gesehen, dieses neue Moment in der Art, wie es Göring selbst formuliert hätte, meiner Zeitung zu übermitteln. Dabei sei nichts entstellt worden, und was meinen Kommentar in dem Einleitungsabsatz betreffe, so sei es wiederum mein Recht auf Kritik, was man mir nicht absprechen könne.

Darauf erklärte Saucken, dass er den Auftrag erhalten habe, mich zu verwarren, den er in dieser Unterredung hiermit erfülle. Sollten sich meinerseits ähnliche „bössartig-tendenziöse“ Artikel wiederholen, so würden sie entsprechende Schlussfolgerungen nach sich ziehen.

Ich antwortete, dass ich den Auftrag, der ihm erteilt worden sei, zur Kenntnis nähme und meinerseits erkläre, dass ich die Unterstellung bössartiger Absichten auf das entschiedenste zurückwies und niemand mich dazu zwingen könne, mein Recht auf Kritik preiszugeben.

Als dieser „offizielle“ Teil des Gesprächs beendet war, sagte Saucken etwas entspannter: „Warum wählen Sie derartig heikle und ausgesprochen negative Themen? Es gibt doch viele andere Dinge, über die es sich zu schreiben lohnt! Die anderen ausländischen Korrespondenten sind bemüht, solch heiklen Informationen aus dem Wege zu gehen.“ Ich antwortete, dass ich mir die Themenauswahl vorbehielte.

Zum Abschluss erklärte Saucken, er nehme meine Erklärung zur Kenntnis, dass ich keinen „bösen Willen“ gehegt hätte. Er hoffe, dass ich aus dieser Verwarnung meine Schlussfolgerungen ziehen werde.

Dazu ergänzte er, dass man meine Artikel nunmehr besonders aufmerksam und scharf im Auge behalten werde.

Damit endete die Unterredung.

K. Gofman

Eigenhändige Unterschrift.

Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1294 vom 19. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Expl.] an Mechlis, das 2. an Chinčuk, das 3. an Vinogradov, die [Expl.] 4–5 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 40, l. 131–133. Original.

Nr. 392

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der
Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov

GEHEIM

NKID der UdSSR
2. Westabteilung
Nr. 17793
17. März 1934¹

AN DIE BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. VINOGRADOV

Werter Genosse,

1. Wir haben N. N.² bezüglich der Ankunft Mehnerts als Korrespondent des „Berliner Tageblatts“³ Bericht erstattet. Die Abteilung sprach sich dahingehend aus, die Einreise Mehnerts zu genehmigen, obgleich ich persönlich gewisse Zweifel habe. Diese Zweifel laufen im Wesentlichen auf Folgendes hinaus: Mehnert ist überaus listig und gerissen. Da er mit seiner angeblichen Radikalität und freundschaftlichen Gesinnung spekuliert, wird es ihm gelingen, sehr weit vorzudringen. Dennoch meine ich, man wird auf Mehnert leichter als auf einen beliebig anderen Einfluss nehmen können. Die Presseabteilung wird die Frage mit den zuständigen Stellen endgültig abstimmen müssen.

2. Zurzeit haben wir mit Just einen sehr scharfen Konflikt. Sie haben das auf ihn gemünzte Feuilleton Kol'covs⁴ gelesen und ich lenke **Ihre**⁵ Aufmerksamkeit **darauf**⁶, dass man Kol'cov auf keinen Falle desavouieren und sich kritisch zu seinem Feuilleton verhalten darf. Die Botschaft ist wegen des Feuilletons sehr ungehalten.

3. „Schmieds-Korrespondenz“⁷ enthält recht interessante Fakten, die die innere Lage Deutschlands beleuchten. Im Wesentlichen sind sie ziemlich glaubwürdig.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl., 1 [Expl.] an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3. l. 84. Kopie.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Krestinskij.

³ So im Dokument. Mehnert arbeitete in Moskau für die drei Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten“, „Leipziger Neueste Nachrichten“ und „Hamburger Fremdenblatt“; vgl. K. Mehnert: Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981, Stuttgart 1983, S. 175.

⁴ M. Kol'cov: „Fašistskij podchalim na ékzamene“ (Ein faschistischer Speichellecker im Examen). In: Pravda vom 14. März 1934, S. 3.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Schmieds-Korrespondenz. Presse-Abteilung. Berlin; inoffizielles Informations-Bulletin, das die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR regelmäßig bezog (Vgl. AVP RF f. 82, op. 18, p. 63, d. 15). Es informierte über innenpolitische und wirtschaftliche Ereignisse in Deutschland. Weiterführende Angaben zu diesem Bulletin konnten nicht ermittelt werden.

Nr. 393

**Aufzeichnung der Unterredung des Kollegiumsmitgliedes des NKID Stomonjakov
mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 3

Nr. 9678
TAGEBUCH
B. S. STOMONJAKOV

UNTERREDUNG MIT DEM DEUTSCHEN BOTSCHAFTER, 17. III. 1934

Während des Essens bei Nadolny, an dem Attolico mit Frau, Chilston, Engell mit Frau und andere teilnahmen, habe ich mit Nadolny viel über die sowjetisch-deutschen Beziehungen gesprochen. Nadolny sprach, wie gewohnt, über die außenpolitischen Fehler der Hitlerleute, deren Ausmaß nach einem derartigen Umsturz unvermeidlich gewesen seien, über die Abstellung dieser Fehler durch die Führung der Nationalsozialisten und in erster Linie durch Hitler, über unsere Voreingenommenheit gegenüber Hitlerdeutschland, eine Voreingenommenheit, die sich¹ vor allem wegen der Enttäuschung unserer Hoffnungen, aus Deutschland einen zweiten Sowjet-Staat zu machen, erklären ließe, über die Notwendigkeit, sich allmählich von dem Erlebten zu trennen und auf den Rapalloweg zurückzukehren. Schließlich erklärte er, dass er angesichts meiner Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der sowjetisch-deutschen Beziehungen schon längst meine Meinung und meinen Rat dahingehend einholen wollte, was eigentlich gemacht werden müsste, um den Prozess der Wiederherstellung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu beschleunigen und erneut das Vertrauen zwischen den beiden Ländern herbeizuführen.

Ich entgegnete Nadolny, dass die schroffe antisowjetische Ideologie der nationalsozialistischen Partei der Hauptgrund für das Misstrauen in unserer Öffentlichkeit sei. Dieses Misstrauen könne man allein dadurch beseitigen, dass die Ursachen dafür abgestellt werden, d. h. die Abkehr Hitlers von allen seinen antisowjetischen Plänen, die er früher propagiert habe. Dabei könne solch ein Verzicht nur in dem Fall von ****Bedeutung****² sein, wenn er nicht in der Form einer erneuten Versicherung in einem diplomatischen Rahmen vorgenommen werde, sondern in solch einer nachdrücklich öffentlichen Form, die bei der Masse der Anhänger Hitlers keine Zweifel dahingehend hinterlassen würde, dass er seine politische Orientierung gegenüber der UdSSR tatsächlich aufrichtig verändere. Ohne einen derartigen Akt könne, wie ich persönlich meine, das Misstrauen unserer Öffentlichkeit gegenüber dem momentanen Deutschland nicht behoben werden.

Nadolny sagte, dass von Hitler eine derartige Erklärung nicht zu erwarten sei. „Hitler hält sich für einen Apostel“, sagte Nadolny mit einem diskret angedeuteten Lächeln. Hitler könne nicht, und besonders jetzt nicht, so kurz nach der Macht-

¹ In der in DVP veröffentlichten Aufzeichnung der Unterredung sind die Worte „seiner Meinung nach“ hinzugefügt worden (S. 191), die in dem hier abgedruckten 3. Exemplar des Dokumentes fehlen.

² Das Wort ist anstelle eines gestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

ergreifung, öffentlich eingestehen, dass er sich geirrt habe. Danach sagte Nadolny, dass es dabei nicht um das Verhalten der sowjetischen Öffentlichkeit zu Deutschland gehe, weil die Außenpolitik sowohl in der UdSSR als auch in anderen Ländern nicht von den Völkern, sondern von den Regierungen gemacht würde. Das ganze Unglück bestehe darin, dass die sowjetische Presse, **sie werde von der sowjetischen Regierung**³ geleitet, unser Volk Tag für Tag im antideutschen Geiste erziehe. Hier trug Nadolny einige konkrete Beschwerden gegen Veröffentlichungen in unserer Presse vor.

Ich erzählte Nadolny von dem außerordentlichen Interesse unserer Öffentlichkeit, insbesondere der Arbeiter, an Deutschland und an unserem Verhältnis zu ihm. Ich hätte recht oft die Gelegenheit, Vorträge zu halten, und aus den Zetteln, die ich während der Vorträge erhielt, und diese seien, da sie massenhaft vorkämen und zudem anonym seien, eine echte Äußerung der öffentlichen Meinung, wisse ich, dass es keine die Außenpolitik betreffende Frage gäbe, die unser Arbeiterauditorium so sehr wie die deutsche Frage interessiere. Wenn die „Pravda“ und die „Izvestija“ den Vorgängen in Deutschland große Aufmerksamkeit widmeten, so geschehe dies gerade wegen der Nachfrage der Lesermassen. Aus den Zetteln, die den Referenten aus dem Auditorium zugestellt wurden, gehe hervor, dass die Nachfrage bei Weitem nicht von unserer Presse befriedigt werde und die Masse stets zusätzliche Informationen fordere.

Nadolny folgte mit großem Interesse meinen Ausführungen über die Vorträge und über die Erkundung unserer öffentlichen Meinung zu den unterschiedlichen Fragen, die durch die schriftlichen Anfragen und durch die Meinungsäußerungen aus dem Auditorium erfolge. Danach sprach er viel über unsere Wirtschaftsbeziehungen, über die große Enttäuschung in Deutschland und darüber, dass die Belebung der Wirtschaftsbeziehungen eine gute Voraussetzung für die Verbesserung der politischen Beziehungen wäre. In dieser Angelegenheit bei mir Beistand suchend, appellierte er an meine Autorität, indem er mir im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit in Deutschland als Leiter der Handelsvertretung⁴ schmeichelte. Ich erklärte mich mit ihm bezüglich der Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen bei der Entwicklung der allgemeinen Beziehungen einverstanden, ich verwies jedoch zugleich darauf, dass bei der heutigen Situation nicht die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen als Voraussetzung dienen sollte, um die politischen Beziehungen zu verbessern, sondern vielmehr umgekehrt – für eine neue Entfaltung der Wirtschaftsbeziehungen wäre es sehr wichtig, die politische Atmosphäre beschleunigt zu bereinigen.

Nadolny und ich sprachen noch viel über internationale Themen, insbesondere über die Beziehungen der UdSSR und Deutschlands zu Polen und zum Baltikum. Nadolny sagte, dass der von uns mit Polen abgeschlossene Pakt⁵ seinerzeit in Deutschland Verbitterung ausgelöst habe, doch dies hätte auch zum Abschluss des Paktes zwischen Polen und Deutschland⁶ geführt. Ihm sei unverständlich, warum dies in der UdSSR Unzufriedenheit und Misstrauen ausgelöst habe, wo doch

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Von 1920 bis 1925.

⁵ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

⁶ Am 26. 1. 1934; vgl. Dok. 349, Anm. 1.

******der Abschluss eines solchen Paktes begrüßt werden sollte^{**7}, da wir doch immer für eine Befriedung eintreten, insbesondere in der Nähe unserer Grenzen.

In dem restlichen Gespräch gab es nichts von Interesse.

B. Stomonjakov

Vermerk [B. S. Stomonjakovs]: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1724 vom 21. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl., Nr. 1 und 2 zu den Akten, [Nr.] 3 an L[itvinov], 4 an Kr[estinskij], 5 an Ka[rachan], 6 an Sok[ol'nikov], 7 an die II. W[est] A[bteilung], [Nr. 8] nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 63–65. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 82, S. 191–193⁸.

Nr. 394

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

GEHEIM

UdSSR

NKID

2. Westabteilung

Nr. 17790

17. März 1934¹

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič.

1. Aus dem Urlaub zurückgekehrt, habe ich mit großem Interesse die Dokumentation gelesen, die dem Jahresrechenschaftsbericht der Berliner Bevollmächtigten Vertretung² beigelegt ist und den gesamten Komplex der sowjetisch-deutschen Beziehungen für das Jahr erfasst³. Vollkommen objektiv muss ich feststellen, dass diese Arbeit außerordentlich gewissenhaft und präzise ausgeführt worden ist. Sie kann als Beispiel für alle unsere Bevollmächtigten Vertretungen dienen. Der Wert dieser Dokumentation wird noch dadurch erhöht, dass sie auch als erschöpfendes Archivmaterial von Bedeutung ist. Die Tatsache, dass die Dokumente in der Regel in deutscher Sprache wiedergegeben werden, erhöht nur den Wert der Arbeit.

2. Auf die Frage der Revalorisierung werde ich nicht detailliert eingehen. Ich erachte es lediglich für angebracht zu bemerken, dass sich meiner Meinung nach

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: er begrüßt werden sollte.

⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 324.

³ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 16, p. 73, d. 10.

die Lage als höchst angespannt darstellt. Die Verhandlungen mit Vejcer werden augenscheinlich zu keinerlei Ergebnis führen und Sie haben vollkommen recht, wenn Sie meinen, dass die Deutschen nicht auf die Festschreibung ihrer und unserer Haltung bezüglich der Revalorisierung verzichten werden, weil dies die Hauptfrage ist, die sie in den Verhandlungen interessiert. Für uns ist nicht so sehr der deutsche Passus gefährlich, in dem davon die Rede ist, dass es nicht möglich sei, auf die Firmen Einfluss zu nehmen, als vielmehr der Absatz, in dem festgehalten ist, in welchen Fällen die deutsche Regierung meint, dass die Forderungen unbegründet seien. Falls es gelingen sollte, diesen Absatz um unser Verständnis zu erweitern, so wäre die Frage in einem bedeutenden Maße entschieden.

3. Ich informiere Sie bezüglich der Niederschlagung des Prozesses gegen eine Gruppe von Ausländern, die wegen Spionage und Diversionstätigkeit angeklagt ist; einige von ihnen waren Mitarbeiter der Gesellschaft Controll-Co. Wie Sie wissen, gaben die Deutsche Botschaft und die Österreichische Mission die Erklärung ab, dass sie die Ausweisung einem Prozess vorziehen. Im Ergebnis dessen sind die verhafteten deutschen Staatsbürger Wehrmann, Karll, Fleischle und Rohden ausgewiesen worden. Sodann wurde die Frage einer Abberufung des Sekretärs des Generalkonsuls in Odessa, Hahn, aufgeworfen. Nadolny hat darauf bestanden, dass man ihm darüber Auskunft erteilt, was Hahn zur Last gelegt wird. Darauf machte Gen. Krestinskij in mündlicher Form Nadolny mit Auszügen aus den Aussagen der verhafteten deutschen Staatsbürger vertraut, aus denen hervorgeht, dass Hahn ihnen über viele Jahre hinweg Spionageaufträge erteilt hatte. 1933 hatte er einem der Angeklagten den Auftrag erteilt, einen Brand der Stapel auf der Marty-Werft, wo kleinere U-Boote gebaut wurden, ****zu organisieren****⁴, was dann auch geschehen ist. Nadolny hat, wie Sie der Aufzeichnung von Gen. Krestinskij⁵ ersehen können, sehr heftig auf die ihm mitgeteilten Fakten reagiert und forderte von uns, ihm alle Aussagen in schriftlicher Form auszuhändigen. Er versuchte, in die Offensive zu gehen, und forderte Genugtuung im Zusammenhang mit den Beschuldigungen, die in den Aussagen der Verhafteten bezüglich des deutschen Generalstabes enthalten sind. Wir betonten, dass ****nicht****⁶ wir über den Generalstab sprächen, sondern die Angeklagten Hahn zitierten. Ob es der Wirklichkeit entspricht, dass ausgerechnet der Generalstab Hahn Aufträge erteilt hat, wissen wir nicht. Die Forderung Nadolnys, ihm die Materialien zur Verfügung zu stellen, ist völlig unannehmbar. Nachdem wir auf den Prozess verzichtet und die Verhafteten ausgewiesen haben, kann nun nicht die Rede von irgendeiner neuen Überprüfung und Untersuchung sein. Eine abschließende Antwort ist Nadolny jedoch noch nicht gegeben worden.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. 2 Expl., das 1. an den Adressaten, das 2. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 83–82. Kopie.

⁴ Das Verb ist korrigiert; ursprünglich: zu verwirklichen.

⁵ Vgl. Dok. 390.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Nr. 395
**Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

H[öchst] geheim¹
Expl. Nr. ...

Nr. 4061/I

21. März 1934

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
GEN. STALIN

Kopien: an Gen. Molotov
an Gen. Vorošilov

Gemäß Beschluss des P.B.² soll ich Nadolny einen Vorschlag bezüglich einer baltischen Erklärung unterbreiten. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich ihm sogleich einen konkreten Vorschlag anhand eines vorformulierten Textes unterbreiten. Ich meine, dass eine Deklaration Deutschland nicht zufrieden stellen wird. Deshalb ziehe ich es vor, die Form eines Protokolls zu wählen, dessen Entwurf ich zwecks Bestätigung beifüge.

Ich meine, dass man **nach Eingang einer mehr oder weniger bestimmten Antwort seitens der deutschen Regierung Frankreich, Polen und etwas später die baltischen Staaten über unsere Demarche informieren muss. Dabei kann man Polen vorschlagen, sich dem Protokoll anzuschließen**³.

Ich bitte **⁴, den Protokollentwurf zu bestätigen.

**⁵

LITVINOV

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. [Die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Vorošilov, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Stomonjakov, das 7. [Expl.] ins Archiv.

¹ Eine fast nicht gebrauchte Geheimhaltungsstufe, die zwischen „geheim“ und „ganz geheim“ angesiedelt ist.

² Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 16, l. 19 (Protokoll Nr. 3, Pkt. 175/155, „Sondermappe“ vom 18. 3. 1934).

³ Der Text ist von Litvinov handschriftlich über folgenden gestrichenen Text geschrieben: „vielleicht wäre es für uns selbst am besten, diesen Vorschlag sowohl Deutschland als auch Polen gleichzeitig zu unterbreiten, wobei wir jedem unsere Bereitschaft mitteilen könnten, im Falle einer Absage durch eine dritte Seite das Protokoll bilateral zu unterzeichnen. Dies hätte den Vorteil, dass wir dem Erfordernis ausweichen könnten, uns auf Weisung Deutschlands an Polen zu wenden. Außerdem würde die Teilnahme Polens dem Protokoll jenen intimen sowjetisch-deutschen Charakter nehmen, den die Franzosen in ihm erblicken könnten“.

⁴ Der an dieser Stelle stehende Punkt „1“ ist durchgestrichen.

⁵ Der an dieser Stelle stehende Text ist gestrichen: 2) Zu entscheiden, ob man es zuerst nur Deutschland oder sofort Polen und Deutschland vorschlägt.

[Anlage]

PROTOKOLL⁶

Geleitet von dem Bestreben, die ****gegenseitigen****⁷ Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern,

in der Erwägung, dass dieses Streben am besten auf dem Wege der gemeinsamen Mitwirkung an der Festigung des internationalen Friedens allgemein und insbesondere im östlichen Teil Europas verwirklicht werden kann,

in der Überzeugung, dass eine unerlässliche Voraussetzung für einen solchen Frieden darin besteht, die volle politische und wirtschaftliche ***Unabhängigkeit***⁸ und ****Unantastbarkeit****⁹ der baltischen Staaten zu wahren, die früher zum ehemaligen Russischen Reich gehörten,

haben die Regierungen der UdSSR und Deutschlands vorliegendes Protokoll darüber unterzeichnet, dass sie die Verpflichtung¹⁰ eingehen, in ihrer Außenpolitik stets die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit ******¹¹ der baltischen Staaten berücksichtigen und sich jeglicher Handlungen enthalten werden, durch die deren¹² Unabhängigkeit direkt oder indirekt Schaden nehmen könnte.

Das Protokoll ist offen für den Beitritt anderer an der gegebenen Problematik interessierter Staaten.

Das Protokoll unterliegt gemäß den Verfassungen und Gesetzen der Unterzeichnerstaaten der baldmöglichsten Ratifizierung¹³.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 50. Entwurf. Original.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 27. Kopie.

⁶ Das ist das Exemplar Krestinskijs, das ihm zusammen mit der endgültigen Fassung des Begleitschreibens Litvinovs an Stalin zugesandt wurde. In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 26.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist mit Bleistift eingekreist.

⁹ Das Wort ist handschriftlich an den Textrand geschrieben und mit Bleistift eingekreist.

¹⁰ In der endgültigen Fassung des Protokollentwurfs ist die Unterstreichung getilgt; vgl. AVP RF f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 43.

¹¹ In der endgültigen Fassung ist eingefügt: „und der Unantastbarkeit der genannten“. Zur Begründung der von Litvinov vorgenommenen Präzisierung vgl. das Schreiben Krestinskijs an Stalin vom 23. 3. 1934. In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 28.

¹² In der endgültigen Fassung ist „deren“ durch „diese“ ersetzt worden.

¹³ Der Beschluss über die Bestätigung des Protokollentwurfs konnte nicht ermittelt werden. Den Text des Protokolls händigte Litvinov am 28. 3. 1934 Nadolny aus; vgl. Dok. 407.

Nr. 396

**Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Vejcer an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Molotov**

Geheim

22. März 1934

ZK der VKP (B), an Gen. STALIN
SNK der UdSSR, an Gen. MOLOTOV

BETRIFFT: Das Abkommen mit den Deutschen vom 20. März 1934

Ich melde Ihnen, dass wir am 20. März d. J. mit den Deutschen das Abkommen zu folgenden Bedingungen abgeschlossen haben:

1. Die Deutschen stunden den sogenannten 40-Millionen-Kredit um weitere 14 Monate in einer Summe von 85 Mio. Mark, wobei wir bis zum 1. August das Recht haben, die Stundung einer zusätzlichen Summe in Höhe von 25 Mio. Mark zu fordern. Die Kreditbedingungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert: der Zinssatz beträgt p. a. 6,5% gegenüber 8,6% im Vorjahr, als Garantie vergeben wir nur Obligationen (im vergangenen Jahr haben wir zusätzlich zu den Obligationen Waren und Verträge mit großen Erdölfirmen draufgegeben).

2. Die Deutschen sind die Verpflichtung eingegangen, „sich zu bemühen, auf die Käufer Einfluss zu nehmen“ und „sich ihrerseits dafür einzusetzen“, dass unser Export nach Deutschland 1934 eine Summe von ca. 200 Mio. Mark erreicht. Diese Verpflichtung schützt uns, zumindest für das Jahr 1934, vor Sondermaßnahmen, die sich gegen unseren Export nach Deutschland richten.

3. Die Deutschen verlängerten für 1934 die bisherige Praxis, wonach die Deutschen uns die Waren unter Aufhebung der allgemeinen Devisenbestimmungen unbegrenzt in deutscher Mark bezahlen können. Für unseren Export nach Deutschland ist dies ein wichtiger Punkt, weil die Deutschen ohne ein solches Abkommen zu einem beliebigen Zeitpunkt über die Devisenregulierungsbehörde auf unseren Export Druck ausüben könnten. Außerdem haben sich dank diesem Abkommen unsere Exportbedingungen gegenüber den Exporteuren anderer Länder, für die nicht die Aufhebung der Devisenbestimmungen gilt, verbessert.

Wir sind keinerlei Verpflichtung eingegangen, in Deutschland Aufträge zu tätigen¹.

Vejcer

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 40, S. 92.

¹ Vgl. Wortlaut des Abschlussprotokolls der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen vom 20. 3. 1934. In: DVP, Bd. XVII, Dok. 85, S. 195–198. In der für von Neurath bestimmten „Aufzeichnung betreffend den Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen vom 20. März 1934“ führte Meyer aus: „Mit diesem Protokoll werden die russischen Zahlungen für 1934 gesichert, auf Deutschland wird kein Druck ausgeübt, mehr als 200 Millionen RM russische Waren abzunehmen; Deutschland erhält von dem im Vorjahr gewährten Überbrückungskredit 40 Millionen RM zurück, und die Sowjetunion zahlt im Jahre 1934 insgesamt 390 Millionen RM in Gold und Devisen an Deutschland; dieser Betrag übersteigt erheblich den gegenwärtigen Gold- und Devisenbestand der Reichsbank.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 342, S. 630–631, hier S. 631. Vgl. auch Dok. 405.

Nr. 397
Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 22. März 1934

Tgb. Nr. B/16
 An das Auswärtige Amt
Berlin
 Durchschlag
 1 Anlage
 Im Anschluss an Telegramm Nr. 55 vom 17. März d. Js.

Inhalt: Die Besonderheit unserer amtlichen Vertretung in der Sowjetunion¹

Die Besonderheit der Verhältnisse in der Sowjetunion macht es erforderlich, dass ihr auch hinsichtlich der Organisation, der Besetzung und der Tätigkeit unserer in ihr befindlichen amtlichen Vertretungen Rechnung getragen wird. Soweit ich aus den hiesigen Akten ersehe, ist die Art und Weise, wie dies bisher geschehen ist, in verschiedenen Zeiten verschieden gewesen. Um für die Zukunft möglichst eine einheitliche Praxis herbeizuführen und Korrespondenzen in Einzelfällen zu ersparen, erlaube ich mir in der Anlage eine Zusammenstellung der Besonderheiten, die sich aus den hiesigen Verhältnissen für unsere Vertretungen ergeben, sowie der Richtlinien, die infolgedessen hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Besetzung und ihrer Tätigkeit eingehalten werden müssen, zur Kenntnis mit der Bitte um Berücksichtigung vorzulegen.

gez. Nadolny

Anlage

Aufzeichnung

betreffend die Besonderheiten unserer amtlichen Vertretung in der Sowjetunion

Das in der Sowjetunion herrschende System bringt es mit sich, dass sie hinsichtlich ihrer staatlichen Organisation, hinsichtlich der Existenz ihrer Bewohner und hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Auslande eine Sonderstellung gegenüber allen anderen Staaten einnimmt.

1) Ihre Machthaber leben in der Vorstellung, dass die übrige Welt ständig und mit allen Mitteln auf einen Sturz des Sowjetsystems hinarbeitet; dabei erblicken sie selbst in der Ausbreitung ihrer kommunistischen Idee das Heil der Welt. Hieraus hat sich eine Mentalität ergeben, die gegenüber dem Ausland auf der einen Seite durch unüberwindliches Misstrauen und eine ausgesprochen feindliche Abwehrstellung, auf der anderen Seite durch Überheblichkeit und ständige Bereitschaft zum Angriff gekennzeichnet ist.

2) Das auf strengster Parteidisziplin aufgebaute diktatorische Regime und die bis in die letzte Einzelheit eindringende Planwirtschaft haben engste Zentralisierung der staatlichen Verwaltung und Verantwortung sowie eine Bürokratisierung

¹ In dem Begleitschreiben an Meyer teilte Nadolny mit, dass der Bericht für die Personalabteilung des AA abgefasst ist, und bittet darum, auch die Länderabteilung darauf hinzuweisen, dass den in der Anlage „zusammengestellten Gesichtspunkten nach Möglichkeit Rechnung getragen wird“. Vgl. PA AA, R 83631, Bl. E 666902.

des gesamten staatlichen Lebens gezeitigt. Private Initiative und Bewegungsfreiheit sind ausgeschlossen.

3) Alles staatliche und private Leben steht unter geheimer Kontrolle und Überwachung durch die GPU. Die Überwachung erstreckt sich auf die gesamte Lebensweise jedes Einzelnen und hat bei allen eine dauernde Gefahr der Festnahme und darum eine allgemeine Furcht vor einer solchen und größte Vorsicht in allen Lebensäußerungen zur Folge.

4) Die physischen Lebensverhältnisse in Sowjetrußland sind äußerst schwierig. Die Städte sind mit Menschenmassen überfüllt. Die Wohnungsnot ist unbeschreiblich, die Nahrung ist schwer erhältlich und nicht zureichend, Hygiene und sonstige Möglichkeit der Körperpflege sind in den primitivsten Zuständen, die Verkehrsverhältnisse sind miserabel. Der Rubel ist in freien Verkehr auf fast ein Fünfzigstel entwertet, wird aber dem Auslande gegenüber zum vollen Wert berechnet. Ausländer haben unter diesen Umständen eine besonders schwere Existenz. Reisen sind nur unter schwierigen Umständen möglich. Kenntnis der russischen Sprache ist für den Ausländer, der sich im Lande bewegen oder auch nur eine Zeitlang darin leben will, unbedingt erforderlich.

Aus diesen besonderen Verhältnissen ergeben sich für die Existenz, die Gestaltung und die Tätigkeit unserer amtlichen Vertretungen in Sowjetrußland gewisse Notwendigkeiten, denen zur Ermöglichung einer zweckmäßigen dienstlichen Betätigung, aber auch von menschlichen Gesichtspunkten aus Rechnung getragen werden muss. Nach den bisherigen Erfahrungen handelt es sich im Wesentlichen um Folgende:

1.) Es ist eine besondere Eignung der zur Verwendung gelangenden Beamten, insbesondere der diplomatischen, erforderlich.

In der Sowjetunion ist nach ungeschriebenen Gesetzen, die aber umso rigoroser und konsequenter gehandhabt werden, allen Einheimischen – bis auf einen kleinen Kreis speziell hierfür bestimmter amtlicher Personen – jeglicher Verkehr mit Ausländern, insbesondere mit den ausländischen Missionen, verboten. Die Folge ist, dass die natürlichen Quellen der politischen Information und Anregung nahezu verschlossen sind. Es bedarf einer ganz besonderen Geschicklichkeit und Anpassungsfähigkeit der ausländischen Beamten, um diese Lücke auszufüllen und – ohne sich und andere zu gefährden – den Anforderungen des Dienstes zu entsprechen. Der Mangel an lebenden Informationsquellen macht natürlich ein umso gründlicheres Studium des sowjetischen Pressematerials und damit auch aus diesem Grunde die Beherrschung der Landessprache erforderlich. Eine besondere Eignung ist auch für den Verkehr mit den sowjetischen Behörden notwendig. Die zahlreichen Vorkommnisse, die als Folge der feindseligen Abwehrstellung der Sowjetregierung gegenüber der übrigen Welt fortwährend zu verzeichnen sind, wie Verhaftungen, Ausweisungen, Schauprozesse usw. stellen an die Tätigkeit der amtlichen Vertreter außerordentlich hohe Anforderungen. Die Behandlung dieser Vorkommnisse verlangt eine gute Kenntnis der Gesetzgebung des Landes, vor allem ein gutes Einfühlungsvermögen in seine Psyche und die Ziele seiner Machthaber. Weiterhin machen die dauernde Überwachung durch die GPU, – die sich überdies noch in allerhand Provokationen, Versuchungen und Fallstricken zu äußern pflegt, sowie die Schwierigkeit der natürlichen Lebensverhältnisse eine besondere Eignung und Gewöhnung erforderlich. Es muss also von den in Sowjet-

russland tätigen Beamten in viel höherem Maße als anderswo Charakterfestigkeit und Einfühlungsvermögen, Takt und Zurückhaltung, eine gute Konstitution und physische Bedürfnislosigkeit sowie genaue Kenntnis des Landes, seiner Sprache und seiner Sitten verlangt werden. Dies macht die rechtzeitige systematische Heranbildung eines ausreichenden speziellen Nachwuchses für den Russlanddienst zu einem dringenden Bedürfnis. Schon in Deutschland sollte dafür gesorgt werden, dass eine gewisse Zahl von jungen diplomatischen und Bürobeamten, die für diesen Dienst geeignet erscheinen, durch Kenntnis des Russischen für den Dienst in der Sowjetunion vorbereitet wird. Bei der Größe Russlands und seiner Entwicklungsmöglichkeit und Bedeutung für uns dürfte sich dies verlohnen. Vor allem aber muss der Nachwuchs bei den Vertretungen in der Sowjetunion selbst gründlich geschult werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass junge Attachés, die der Botschaft überwiesen wurden, selbst bei guter Eignung in der Regel erst nach Verlauf etwa eines Jahres so weit verwendungsfähig sind, dass sie als Arbeitskräfte zählen können.

2.) Die besonderen Verhältnisse erfordern eine entsprechende besondere Organisation der amtlichen Vertretungen.

Ein erstes wesentliches Erfordernis in dieser Hinsicht ist die Notwendigkeit einer strengen Zentralisierung der Vertretungen. Sie ist eine Folge der allgemeinen Zentralisierung der Sowjetverwaltung. In allen Ländern sind unsere konsularischen Vertretungen der diplomatischen Mission nachgeordnet. In der Sowjetunion bilden sie sozusagen einen Apparat mit ihr und sind vollkommen von ihr abhängig. Sogar in ihrer Lebenshaltung hängen sie vom Botschafter ab, denn sie erhalten Lebensmittel vom Ausland nur auf sein Zollkonto. Sachlich aber können sie im Wesentlichen nur mit dem lokalen Vertreter des Außenkommissariats verkehren und dieser wiederum befasst mit allen Angelegenheiten die Zentrale in Moskau. So müssen auch die meisten lokalen Angelegenheiten bei dieser vertreten werden, und die Konsulate müssen sich in allen Fragen notgedrungen an die Botschaft wenden, zumal bei der Struktur des Sowjetstaates auch die geringste wirtschaftliche, konsularische oder kulturelle Frage auf das politische Gebiet hinübergreift und entsprechend behandelt werden muss. Die unumschränkte Anwendung des Führerprinzips auf den gesamten Apparat unserer amtlichen Vertretung in Sowjetrussland ist daher eine aus den Verhältnisse entspringende Notwendigkeit. Sie erfordert es, dass zwischen Botschafter und Konsuln ein engeres Verhältnis besteht als anderswo, dass der Botschafter sich auf die Konsuln verlassen kann und mit ihnen dauernd in Verbindung steht. Er muss sie von Zeit zu Zeit bei sich versammeln und die gemeinsamen Fragen mit ihnen durchsprechen, andererseits auch möglichst jeden von ihnen einmal aufsuchen, um ein anschauliches Bild von den örtlichen Verhältnisse zu erhalten. Auf ihm ruht hier viel mehr als anderswo die Verantwortung sogar für jede lokale Frage. Infolgedessen ist es auch zweckmäßig, wenn die in der Sowjetunion tätigen Konsuln nach Möglichkeit durch die Schule der Botschaft gegangen sind, und jedenfalls muss hinsichtlich der Besetzung aller Posten des Bereichs des Botschafters, also nicht nur der seiner Mitarbeiter bei der Botschaft, sondern auch der konsularischen in der ganzen Union auf ihn Rücksicht genommen und nur mit seinem Einverständnis vorgegangen werden.

Ein zweites wesentliches organisatorisches Erfordernis ist die Notwendigkeit einer hinreichenden Besetzung der Vertretungen mit Arbeitskräften. Es dürfte

schon aus den bisherigen Ausführungen erhellen, dass die besonderen Verhältnisse in der Sowjetunion für jeden zu erreichenden Zweck eine viel größere Arbeitsaufwendung erfordern als in anderen Ländern und dass insbesondere bei der Botschaft das Arbeitsgebiet sehr viel weiter gesteckt ist und in sehr viel komplizierterer Weise behandelt werden muss als bei unseren anderen Botschaften.

Dem Botschafter stehen zurzeit an diplomatischen Beamten zur Verfügung: ein Botschaftsrat², ein Gesandtschaftsrat³, 2 Legationssekretäre⁴ und 2 ältere Attachés⁵. Dieser Bestand ist das Mindestmaß, das ohne eine Gefährdung der dienstlichen Interessen nicht unterschritten werden darf. Auf diesen Bestand verteilen sich die nachfolgenden fünf Arbeitsgebiete: Politik, Wirtschaft, Konsulat, Kultur und Presse. Auf den Umfang der politischen Arbeit braucht bei der bekannten politischen Bedeutung der Sowjetunion und nach den bisherigen Ausführungen wohl nicht weiter eingegangen werden. Desgleichen nicht auf die Presse. Hinsichtlich der übrigen Arbeitsgebiete wäre auf Folgendes hinzuweisen:

Die Tätigkeit der Wirtschaftsabteilung ist besonders durch die Tatsache bestimmt, dass in der UdSSR der Außenhandel ein Staatsmonopol bildet. Die Folge davon ist, dass sämtliche Fäden des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und der Sowjetunion bei den amtlichen Stellen, also auch bei der Botschaft, zusammenlaufen. Der Umstand, dass der Partner eines jeden deutschen Wirtschaftsunternehmens, das Geschäfte mit der Sowjetunion tätigt, der Sowjetstaat selbst ist, bringt es mit sich, dass jeder deutsche Wirtschaftler, der in die Sowjetunion reist, Rat, Hilfe und Information bei der Botschaft sucht. Die Eigenart der russischen Geschäftsmethoden bringt es ferner mit sich, dass ein großer Teil der mit und in der Sowjetunion arbeitenden deutschen Firmen ständig mit Reklamationen zu schaffen hat. Es liegt auf der Hand, dass die Bearbeitung der Materie nur durch einen in wirtschaftlichen Fragen wohl bewanderten Beamten ausgeübt werden kann, da mangelnde Sachkenntnis und das Unvermögen, sich über jeden Fall ein Urteil zu bilden, fast immer zu den nachteiligsten Folgen führen. Dazu kommt, dass auch die laufende wirtschaftliche Berichterstattung angesichts des Mangels an privaten Informationsstellen und der dehnbaren Auslegung des Begriffs „Wirtschaftsspionage“ durch die Sowjetregierung besondere Anforderungen an die Eignung des Bearbeiters stellen.

Die Konsulatsabteilung hat die Last der sowjetischen Verhältnisse in ganz besonderem Maße zu tragen. Die Reichsdeutschen in der Union lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: Die Spezialisten, die auf Grund von Arbeitsverträgen mit sowjetischen Wirtschaftsorganisationen auf eine befristete Zeit nach der UdSSR kommen, und die Reichsdeutschen, die in der Sowjetunion dauernd ansässig sind. Die Spezialisten haben oft über vertragswidrige Behandlung, über Schwierigkeiten in der Versorgung mit Lebensmitteln, in Wohnungs- und Gehaltsfragen zu klagen. Sie wenden sich in all diesen Angelegenheiten ratsuchend an die Botschaft. Die in der Sowjetunion ansässigen Reichsdeutschen kämpfen einen verzweifelten Existenzkampf. Auf dem Lande werden sie durch rücksichtslose Kollektivierung bedroht, in den Städten durch übermäßige Besteuerung gefährdet. In jeder Frage su-

² Fritz von Twardowski.

³ So im Dokument; richtig Legationsrat, der Gustav Hilger war.

⁴ Peter Pfeiffer und Gerhard Stelzer.

⁵ Herbert Dittmann und Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld.

chen sie amtliche Hilfe. Dabei werden von der Sowjetregierung immer wieder neue Maßnahmen getroffen, die auch die Rechte der Reichsdeutschen berühren. Jede derartige neue Verordnung hat eine Flut von Anfragen und lange, schwierige Verhandlungen zur Folge.

Der Umfang der Tätigkeit der Konsulatsabteilung (ohne Passstelle) ist durch nachstehende Zahlen gekennzeichnet:

	1932	1933
Zahl der Eingänge	8216	9083
Publikumsverkehr (ohne die Besuche beim Leiter der Abteilung)	4656	4938
Stadtgänge zur Erledigung einzelner Angelegenheiten (Forderung Reichsdeutscher an Trusts u. a.)	928	738
Legalisierungen	3332	4207
Notariatsverhandlungen	229	229
Ausgänge	5793	5726
Berichte an Auswärtiges Amt	783	671
Erlasse an die Konsulate	871	990
Verbalnoten an Außenkommissariat	350	360

Die Passstelle der Botschaft, die mit der Konsulatsabteilung verbunden ist, hat im Jahre 1933 1564 Sichtvermerke an Sowjetstaatsangehörige, 1146 an Nichtsowjetstaatsangehörige erteilt. Die Zahl der ausgestellten oder verlängerten deutschen Ausweispapiere betrug 1152. Die Anträge von Sowjetstaatsangehörigen werden zum weitaus größten Teil durch das Außenkommissariat vorgelegt. Die strengen Bestimmungen, die für die Einreise von Sowjetstaatsangehörigen nach Deutschland gelten, erfordern trotzdem in jedem einzelnen Falle eine eingehende Prüfung.

Umfang und Charakter der Konsulatsabteilung machen es erforderlich, dass die Leitung auch dieser Abteilung in den Händen eines erfahrenen und besonnenen Beamten liegt. Er muss außerdem gute Kenntnisse des deutschen Rechts, des Völkerrechts und des sowjetischen Rechts, sowie auch gute russische Sprachkenntnisse besitzen. Infolge des Umfanges der Geschäfte kann sie von einem diplomatischen Beamten nicht bewältigt werden, und es sind in ihr der ältere Legationssekretär und ein Attaché tätig.

Zum Bereich des Kulturreferats gehören nachstehende Arbeitsgebiete:

- 1) Beobachtung der kultur-politischen Vorgänge in der UdSSR (Kunst, Wissenschaft, Theaterwesen usw.),
- 2) Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR (Reisen von Wissenschaftlern, Künstlern, Musikern u. a.),
- 3) die Beobachtung der politischen und kulturellen Lage der deutschstämmigen Bevölkerung in der UdSSR,
- 4) die kulturelle Betreuung der in der UdSSR lebenden Reichsdeutschen (Veranstaltung von Zusammenkünften, Vorträgen u. a. m.)
- 5) die Leitung der reichsdeutschen Schule in Moskau,
- 6) die Betreuung der evangelischen und katholischen Kirche sowie die Unterstützung der Geistlichen.

Die systematischen Bemühungen der sowjetischen Machthaber, die kulturelle Entwicklung der Sowjetunion als wirksames Propagandamittel für politische Zwecke zu benutzen, zwingen zu einer ständigen kritischen Beobachtung aller kulturpolitischen Vorgänge in der UdSSR. Es ist wichtig festzustellen, wo bei der Sowjetregierung die Kulturpflege aufhört und der Versuch der Partei anfängt, die Welt unter dem Deckmantel einer sogenannten „Kulturpropaganda“ für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Nicht weniger wichtig ist die Betreuung der deutschstämmigen Bevölkerung in der UdSSR. Sie verursacht der Botschaft außerordentlich große Schwierigkeiten. Das Gleiche gilt für die kulturelle Betreuung der Reichsdeutschen. Die meisten Mitglieder der deutschen Kolonien befinden sich in einem materiellen Abhängigkeitsverhältnis von der Sowjetregierung. Diese verbietet jeden Zusammenschluss der Reichsdeutschen, soweit sie der kommunistischen Partei nicht angehören, während andererseits die Partei eine straffe Organisation der kommunistischen Deutschen mit allen Mitteln fördert. Alle Zusammenkünfte der gutgesinnten Deutschen müssen daher als Einladungen der Botschaft in Erscheinung treten, und jeder von ihnen muss in allen Daseinsfragen auf Schritt und Tritt beraten werden.

Die reichsdeutsche Schule in Moskau ist nicht eine selbständige Organisation unter Leitung eines Schulvorstandes, sondern steht direkt unter der Leitung der Botschaft, und diese ist für alles, was in der Schule vorgeht, den Sowjetbehörden unmittelbar verantwortlich. Hinsichtlich der Betreuung der Kirche und ihrer Diener schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Zukunft der evangelischen Kirche Russlands sehr wesentlich davon abhängt, ob die Botschaft in der Lage ist, ihr eine ideelle und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen. Hinsichtlich der katholischen Kirche bezieht sich die amtliche Einwirkung auf die deutschstämmigen Elemente. Alles in allem dürfte diese kurze Übersicht zeigen, dass auch die kulturellen Fragen die Arbeitskraft eines Referenten voll in Anspruch nehmen.

3) Die Besonderheiten der Sowjetunion bringen äußerste schwierige Lebensverhältnisse der amtlichen Vertretungen mit sich.

Man wird sich ohne Weiteres vorstellen können, dass für jeden Nichtkommunisten das Leben in einem Staat, der seine Einwohner mit allen Mitteln zu kommunistischer Denkweise und Betätigung zwingt und diese mit allen Kräften propagiert und zur Schau trägt, nicht leicht ist. Dazu aber kommen noch die innerlich feindselige Einstellung der Behörden und der Öffentlichkeit gegenüber allem Nichtkommunistischen und speziell gegenüber dem „Faschismus“, die dauernde strenge Polizeiaufsicht und die allgemeine Schwierigkeit aller natürlichen Lebensverhältnisse, als da sind Wohnung, Ernährung, Reisen usw. Es ist daher unbedingt notwendig, dass den in der Sowjetunion tätigen Beamten gegenüber auf diese Umstände Rücksicht genommen wird und dass sie alle Erleichterungen und Entschädigungen erhalten, die den Umständen nach möglich sind. Wenn sie z. B. hinsichtlich ihres Urlaubs den Vertretern in anderen Ländern und sogar den Inlandsbeamten gleichgestellt werden, so lässt sich das vom Gesichtspunkt der Menschlichkeit und Gerechtigkeit nicht vertreten, desgleichen nicht, wenn auf die bei Reisen hinsichtlich der Benutzung von Zügen und der Menge des Gepäcks die für andere Länder mit normalem Verkehr geltenden Vorschriften angewendet werden, während in der Sowjetunion die gewöhnlichen Züge so gut wie unbenutzbar sind und

das Gepäck zugleich einen Lebensmittelvorrat und allerhand sonstige Bedarfsgegenstände umfassen muss, an die man in anderen Ländern nicht zu denken braucht. Einzelheiten in dieser Hinsicht werden bei der besonderen Behandlung der betreffenden Materien zur Sprache gebracht.

Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 83631, Bl. E 666903–666916.

Nr. 398

Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutmoser an den Unternehmer Wolff

23. März 34

O.Rd.V.¹

7616 A.

Herrn

Otto Wolff

Dresden-Loschwitz

Weidner's Sanatorium

Betr.: Russland

Sehr verehrter Herr Wolff!

Gestern fand ich die Gelegenheit, mit Herrn Ministerialdirektor Meyer über die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen zu sprechen. Herr Meyer sagte mir, der entscheidende Grund für das Scheitern der von den Russen angebotenen Sonderbestellungen habe nicht in der Länge der Kreditfrist von 5 Jahren, sondern darin gelegen, dass die Höhe der russischen Bestellungen zu niedrig gewesen wäre. Wenn die Russen bereit gewesen wären, nach Deutschland Aufträge im Werte von 500 Millionen RM zu vergeben, hätte sich über eine Kreditfrist von 5 Jahren reden lassen. Mit der Höhe der von den Russen zugestandenen Gold- und Devisenzahlungen könne man dagegen durchaus zufrieden sein². Herr Ritter teile diese Befriedigung freilich nicht.

Über den schwedischen Finanzkredit an Russland³ liegt im Auswärtigen Amt ein Bericht der Deutschen Gesandtschaft aus Stockholm vom 19. ds. Mts. vor, danach soll die Parlamentsverhandlung über die Ratifikation dieses Kreditabkommens erst nach Ostern stattfinden. In dem Bericht heißt es ferner, dass der schwedische Außenminister Sandler das Abkommen mit einer allgemeinen Umstellung des bisherigen russischen Systems der Warenkredite auf langjährige Finanzkredite begründe. Die schwedische Regierung habe geglaubt, sich dieser Umstellung anpassen zu müssen, um Arbeit zu schaffen und um Schweden den russischen Absatzmarkt zu erhalten. Die schwedische Ausfuhr nach Russland sei im letzten Jahr

¹ Die Abkürzung konnte nicht entschlüsselt werden.

² Vgl. Dok. 396, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 405, Anm. 4.

von 35,2 auf 13,3 Millionen schwedische Kronen zurückgegangen, und es habe die Befürchtung vorgelegen, dass sie noch weiter sinken würde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Deutelmoser

Eigenhändige Unterschrift. [Handschriftliche Vermerke wurden nicht entziffert.]

RWWA, 72/48/3, 1 Bl.

Nr. 399

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Legationsrat Hilger**

Geheim

Nr. 17818

23/III-34¹

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG des Gen. ŠTERN MIT HILGER,
23. März 1934**

Hilger stellte mir den neuen Attaché der Botschaft, Norden², vor. So weit ich **ihn verstanden habe**³, ist er nach Moskau zum Einarbeiten geschickt worden. Nach dem schmeichlerischen Ton Hilgers gegenüber Norden zu urteilen, der ein ganz junger Mann ist, muss man davon ausgehen, dass Norden ein Vertreter des nationalsozialistischen „Nachwuchses“⁴ ist.

Nachdem Norden gegangen war, erklärte mir Hilger, dass er im Auftrage des Botschafters gegen die Aufführung des Stückes „Fortsetzung folgt“⁵ im Moskauer Theater TRAM⁶ protestieren müsse. Dieses Stück enthalte einige für Deutschland beleidigende Stellen. So werde auf der Bühne eine Porträtkarikatur Hitlers gezeigt, eine Schmähung erfahre auch die deutsche Nationalflagge, die Hymne „Horst Wessels“⁷ werde entstellt gesungen. Angesichts des schlechten Eindrucks, den diese Inszenierung in Berlin machen werde, fordert H[ilger] die Absetzung des Stückes. Ich antwortete H. Folgendes: Vor allem mache ich darauf aufmerksam, dass TRAM kein staatliches, sondern ein Theater der Gewerkschaft sei. Allein schon deshalb verwundere mich der Protest von H., weil allem Anschein nach die Botschaft fordern werde, dieses oder jenes Theaterstück oder Aufführung in den Arbeiterclubs

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; richtig: Northe.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: mich erinnere.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Northe wurde am 1. 3. 1935 Mitglied der NSDAP.

⁵ „Prodolženie sleduet“. Das antifaschistische Theaterstück von Aleksandra Jakovlevna Bruštejn (1934) ist in vielen Theatern der UdSSR aufgeführt worden. Vgl. Dok. 400.

⁶ TRAM = Teatr Rabočej Molodeži (Theater der Arbeiterjugend) wurde 1927 in Moskau gegründet und 1931 in ein Berufstheater umgewandelt, das heutige Lenkom.

⁷ Das „Horst-Wessel-Lied“, seit 1930 Parteihymne der NSDAP, fungierte seit Juli 1933 praktisch als zweite deutsche Nationalhymne.

abzusetzen. Außerdem müsse ich H. darauf hinweisen, dass in Deutschland monatelang antisowjetische Filme gezeigt wurden und werden, wobei alle Proteste der Bevollmächtigten Vertretung ohne Ergebnis geblieben seien. Aus diesem Grunde gäbe ich der Botschaft die gleiche Antwort, die das Auswärtige Amt unserem Bevollmächtigten Vertreter gegeben habe, wobei ich unterstreiche, dass zwischen der Vorführung von Filmen in Hunderten von Kinos und der Aufführung von Theaterstücken in einem kleinen Theater Welten lägen. Zugleich würde ich klären, ob in der Aufführung eine Schmähung des Reichskanzlers vorkomme, im positiven Fall würde ich mich bemühen, entsprechende Veränderungen herbeizuführen.

D. Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt⁸.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 90. Original.

Nr. 400

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 23. März 1934

Deutsche Botschaft

E/145

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Reinkonzept

Inhalt: Protest gegen das Stück „Fortsetzung folgt“.

In einem kleinen und wenig bekannten Moskauer Theater TRAM (Theater für Arbeiterjugend) wird seit einiger Zeit unter der Bezeichnung „Fortsetzung folgt“ ein Stück aufgeführt, das in 6 Bildern die Stellung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland behandelt. Das Stück beschränkt sich jedoch nicht nur auf eine tendenziöse und gehässige Darstellung der entsprechenden Vorgänge, sondern es erscheinen darin auch die deutschen nationalen Symbole sowie ein karikiertes Bildnis des Herrn Reichskanzlers Hitler auf der Bühne¹.

Als ich von der Aufführung dieses Stückes Kenntnis erhielt, habe ich sofort im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten einen scharfen Protest gegen das Stück eingelegt und seine Absetzung verlangt. Das Außenkommissariat erklärte mir, dass es meinen Protest über die Verunglimpfung der deutschen nationalen Symbole und der Person des Oberhauptes der Reichsregierung als berechtigt anerkenne, ihm sofort nachgehen und die erforderlichen Maßnahmen treffen

⁸ Der Teil des Blattes mit dem Vermerk über die Anzahl der Exemplare ist beschädigt.

¹ Vgl. Notiz über das Stück „Fortsetzung folgt“ vom 22. 3. 1934. In: PA AA, Moskau II 406, Bl. 119.

werde. Was jedoch den Protest gegen den allgemeinen Inhalt des Stückes betreffe, so müsse die Sowjetregierung ihr Verhalten in diesem Falle von der künftigen Einstellung der Deutschen Regierung zu ähnlichen Protesten der Sowjetbotschaft abhängig machen. Bisher habe die Sowjetbotschaft in Berlin vergeblich gegen die Aufführung der Filme „SA-Mann Brand“², „Das blutende Deutschland“³ und „Die Flüchtlinge“⁴ protestiert. Solange diese in Deutschland hergestellten Filme in deutschen und ausländischen Lichtspielhäusern liefen, könne das Außenkommissariat mir keinerlei Zusicherungen in Bezug auf die Absetzung des Stückes „Fortsetzung folgt“ machen.

Dem Außenkommissariat wurde erwidert, dass das Stück „Fortsetzung folgt“ das Größte darstelle, was uns bisher in der Sowjetunion in dieser Richtung geboten worden sei. Im Vergleich hierzu seien die obengenannten deutschen Filme sehr viel harmloser. Hiergegen machte das Außenkommissariat jedoch geltend, dass das Stück „Fortsetzung folgt“ lediglich in einem kleinen und unbekannten Theater Moskaus gespielt würde, während die genannten deutschen Filme in zahlreichen Lichtspielhäusern Deutschlands und des Auslands liefen und auf diese Weise die Propaganda gegen die Sowjetunion in weite Kreise der Bevölkerung trügen⁵.

Ich werde Gelegenheit nehmen, mich zu vergewissern, zu welchen Folgen der Protest gegen das Stück „Fortsetzung folgt“ geführt hat⁶. Was die russische Entgegnung anbetrifft, so wäre ich dankbar, wenn ich baldigst darüber in Kenntnis gesetzt werden könnte, wie die Proteste der Sowjetbotschaft in der Angelegenheit der obengenannten Filme dortseits behandelt worden sind. Zugleich möchte ich darauf hinweisen, wie die Sowjetregierung sich ohne weiteres auf den Grundsatz „Wie du mir, so ich dir“ beruft.

gez. Nadolny

Die Unterschrift ist mit Paraphe von Hi[lger] 28/3 abgezeichnet. Der Bericht ist am 29. 3. abgegangen. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 115–116.

² SA-Mann Brand (Bavaria Film AG, 1933), Regie: Franz Seitz; Uraufführung: 14. 6. 1933. In dem Spielfilm werden die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten anhand zweier Familien dargestellt.

³ Blutendes Deutschland (Deutscher Film-Vertrieb/ Defi, 1933), Regie: Johannes Häußler; Uraufführung: 30. 3. 1933. Dieser Montagefilm aus Wochenschaubildern und Kriegsberichten handelt von der Entstehung des Kaiserreiches bis zur Machtübernahme Hitlers.

⁴ So im Dokument; richtig: „Flüchtlinge“; vgl. Dok. 307, 314, 381.

⁵ Vgl. Dok. 399.

⁶ Vgl. Dok. 414, 425.

Nr. 401

Note der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA

Verbalnote¹

An das
Auswärtige Amt
Berlin W 8

[24. 3. 1934]

Die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Deutschland beehrt sich, im Auftrage ihrer Regierung, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf Folgendes zu lenken:

1.) Die Botschaft der UdSSR in Deutschland und das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten haben schon mehr als einmal das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Moskau davon in Kenntnis gesetzt, dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken diejenigen Aufwertungsansprüche einiger deutscher Firmen für vollkommen willkürlich und jeder Grundlage entbehrend hält, die darin bestehen, dass diese Firmen von der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland die Zahlung von zusätzlichen Summen zu den seinerzeit von der Handelsvertretung in Zahlung gegebenen und von den Firmen angenommenen Dollar- und Pfund-Sterling-Akzepte der Handelsvertretung fordern, wobei die Forderung einer zusätzlichen Zahlung durch die Kursänderung dieser Währungen motiviert wird.

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, die alle ihre Vertrags- und Zahlungsverpflichtungen immer in prompter Weise erfüllt und erfüllt, lehnt diese Forderungen deutscher Firmen ab, da die Zahlungsverpflichtungen der Handelsvertretung in Bezug auf die von ihr abgeschlossenen Verträge durch die Aushängung (Akzeptierung) der Wechsel und durch ihre Annahme seitens der Firmen als vollkommen getilgt und die Verpflichtungen der Handelsvertretung in Bezug auf die Akzepte selbst durch ordnungsmäßige Einlösung dieser Akzepte nach ihrem Nominalwert als erfüllt betrachtet werden sollen.

Die Botschaft der UdSSR hatte mehr als einmal die Ehre, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes darauf zu lenken, dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken die Stellungnahme der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland in Bezug auf die Ansprüche deutscher Firmen für vollkommen richtig hält. Die internationale sowohl gesetzgeberische als auch gerichtliche Praxis hält fest an dem Prinzip der Einlösung der Akzepte nach dem Nominalwert der Akzepte ohne jegliche zusätzliche Zahlung. Wesentlich ist dabei, zu konstatieren, dass auch die deutsche Gesetzgebung sich an dasselbe Prinzip hält. Es genügt, sich auf Artikel 41 des Wechselgesetzes vom 21. Juni 1933 (RGBL. Teil I, Nr. 70 vom 29. Juni 1933)² zu berufen, wie auch auf den sechsten Abschnitt Artikel 41 des internationalen Abkommens zur Vereinheitlichung des Wechselrechts vom 29. Juni 1933 (RGBL. Teil II, Nr. 26, 29. Juni 1933)³. Schließlich bezahlen sowohl

¹ Zum Entstehungsprozess dieser Note in Moskau vgl. Dok. 403.

² Der Artikel lautet: „Der Wert der fremden Währung bestimmt sich nach den Handelsbräuchen des Zahlungsortes. Der Aussteller kann jedoch im Wechsel für die zu zahlende Summe einen Umrechnungskurs bestimmen.“ Aber diese Vorschriften „finden keine Anwendung, wenn der Aussteller die Zahlung in einer bestimmten Währung vorgeschrieben hat (Effektivvermerk)“. Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 402.

³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, Teil II, S. 411.

die deutschen Privatfirmen wie auch die Deutsche Reichsbank ihre in fremden Währungen ausgeschriebenen Verpflichtungen, sogar diejenigen, die Goldklauseln⁴ enthalten, in der Praxis auch nach ihrem Nominalwert ohne zusätzliche Zahlung wegen der Kursrückgänge.

2.) Ungeachtet dessen, dass die oben dargelegten Aufwertungsansprüche vollkommen unbegründet sind, haben eine Reihe von deutschen Firmen die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland vor den Schiedsgerichten verklagt, indem sie sich darauf beriefen, dass die zwischen diesen Firmen und der Handelsvertretung abgeschlossenen Verträge eine Schiedsgerichtsklausel enthalten.

Die Handelsvertretung hat es abgelehnt, sich an diesen Schiedsgerichten zu beteiligen, indem sie darauf hingewiesen hat, dass die in den Verträgen vorgesehene Schiedsgerichtsklausel keinerlei Beziehungen zu den von den deutschen Firmen aufgestellten Aufwertungsansprüchen hat, da diese Klausel ausschließlich die Streitfragen im Auge hat, die aus den Verträgen selbst resultieren und deswegen nicht auf alle beliebigen Fragen erweitert werden kann, die die interessierten Firmen für sich als wünschenswert gehalten hätten vor den Schiedsgerichten zu stellen. Insbesondere kann das Schiedsgericht nicht als kompetent anerkannt werden, die Ansprüche wegen des Rückganges der Kurse von Währungen zu behandeln, der durch die allgemeine Zerrüttung der internationalen Finanzsphäre bedingt ist.

Trotz dieser Antwort hielten es einige Firmen für möglich, sich an die ordentlichen (Reichs- und Länder-) Gerichte mit der Bitte zu wenden, Zwangsschiedsgerichtsverfahren in diesen Fragen einzuleiten. Obwohl die Gerichtsbarkeit der Handelsvertretung vor den deutschen Gerichten exakterweise in dem sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommen vom 12. Oktober 1925, Artikel 6 und 7⁵, bestimmt ist, und obwohl die Bitten bezüglich der Einleitung von Zwangsschiedsgerichtsverfahren in den Aufwertungsansprüchen mit diesen Artikeln des Wirtschaftsabkommens in keinem Einklang stehen, haben ordentliche deutsche Gerichte nichtsdestoweniger in einer Reihe von Fällen unter offensichtlicher Verletzung von Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens vom 12. Oktober 1925 und von den überall in den internationalen Praxis anerkannten Normen beschlossen, Zwangsschiedsgerichtsverfahren einzuleiten.

Es stehen der Botschaft Informationen darüber zur Verfügung, dass 1.) am 10. März 1934 ein Zwangsschiedsgericht, das ohne Beteiligung der Sowjetseite zusammengestellt worden ist, die Entscheidung getroffen hat, dass die Ansprüche der Firma Sonnenberg wegen zusätzlicher Zahlung von Summen, die im Lieferungsvertrage nicht vorgesehen waren, der Gerichtsbarkeit dieses Zwangsschiedsgerichts unterlägen. Die Botschaft ist auch unterrichtet, dass ähnliche Zwangsschiedsgerichte in einer Reihe von anderen analogen Fällen gebildet worden sind. 2.) am 14. März 1934 in den Räumen der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland ein Gerichtsvollzieher erschienen ist, der das Urteil eines Zwangsschiedsgerichts vom 21. Dezember 1933 wegen analoger Aufwertungsansprüche

⁴ Die Goldklausel ist eine Variante von Schutzklauseln, die in internationalen Kredit-, Zahlungs- und Handelsabkommen oder -verträgen aufgenommen wird. Mit ihr wird in der Regel der Goldgehalt der Zahlungsvaluta vereinbart, um eventuelle Abwertungsverluste der Verrechnungsvaluta zu vermeiden.

⁵ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 14–15.

der Firma Agrar-Gesellschaft vorlegte. Gemäß diesem Urteil wurde die Handelsvertretung in ihrer Abwesenheit zur Zahlung von 288528,— RM in der Aufwertungsklage der oben genannten Firma und zur Zahlung von 12276,— RM Gerichtskosten verurteilt.

3.) Unter Feststellung der Tatsache, dass ordentliche deutsche Gerichte eine Entscheidung getroffen haben, ein Zwangsschiedsgerichtsverfahren wegen der Firma Sonnenberg gegen die Handelsvertretung einzuleiten, obwohl die unbegründeten Ansprüche der Firma offensichtlich keiner Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichts unterliegen, und in Anbetracht dessen, dass ein auf diese Weise gebildetes Schiedsgericht bereits eine Entscheidung zu Ungunsten der Handelsvertretung in einer dem Schiedsgericht offensichtlich nicht unterliegenden Klage der Firma Agrar-Gesellschaft getroffen hat, hat die Botschaft der UdSSR in Deutschland die Ehre, die Deutsche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken die Entscheidungen von deutschen Gerichten, die wegen Ansprüchen dieser Art ergangen sind, nicht anerkennt und sich diesen Entscheidungen nicht unterwerfen wird.

******Wie das Auswärtige Amt informiert ist, hat die Sowjetregierung alle ihre Verpflichtungen immer in promptester Weise erfüllt. Es ist kein einziger Fall bekannt, wo eine wenn auch kleinste Unpünktlichkeit der Sowjetorgane in der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen festzustellen wäre. Willkürliche und unbegründete Forderungen werden jedoch von den Sowjetorganen nicht erfüllt werden ******⁶.

Angesichts dessen lenkt die Botschaft der UdSSR im Auftrage ihrer Regierung die Aufmerksamkeit des Auswärtiges Amtes auf den Ernst der geschaffenen Lage, die die unerwünschten Folgen für die normale Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern in sich birgt, und äußert die Überzeugung, dass die deutsche Regierung es für notwendig halten wird, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die oben erwähnten anormalen Zustände aus der Welt zu schaffen⁷.

Berlin, den 24. März 1934

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 38, l. 50–54. Kopie. In deutscher Sprache⁸.

⁶ Dieser Absatz wurde aller Wahrscheinlichkeit nach von Stalin hinzugefügt, da er in dem „endgültigen Notentext“, der von Krestinskij an Poskrebyšev am 21. 3. 1934 geschickt wurde, fehlt; vgl. AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 28–30.

⁷ Bei der Überreichung der Note am 26. 3. 1934 fand zwischen Chinčuk und von Bülow eine Unterredung statt, in deren Verlauf, laut der Aufzeichnung Chinčuks, der Bevollmächtigte Vertreter darauf verwies, dass „wir die Lage als sehr ernst einschätzen und auf entsprechende Maßnahmen seitens des Auswärtigen Amtes bestehen, um die arrogant gewordenen Firmen in die Schranken zu verweisen“. In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 149. Bülow vermerkte, Chinčuk habe ihm gegenüber insbesondere unterstrichen, „dass er von seiner Regierung ausdrücklich beauftragt worden sei, diese Verbalnote in der vorliegenden Form zu übergeben. Er selbst hätte eine freundschaftliche mündliche Aussprache vorgezogen. Er gab mir auch zu verstehen, dass es ihm sehr recht sein würde, wenn wir die Verbalnote überhaupt nicht beantworten. Es sei nicht schwer auf die Note zu antworten, auf diesem Wege würde man aber zu keinem Ergebnis kommen. Ferner versicherte er mir, dass er in der Sache der Dollar-Akzepte ständig in unserem Sinne bei seiner Regierung vorstellig geworden sei. Diesen Bemühungen sei es auch zu verdanken, dass russischerseits ein gewisses Entgegenkommen gezeigt werde. [...] Das Entgegenkommen der Russen besteht nach einem Schreiben, das er mir vorlas, aber nicht aushändigte, darin, dass eine Aufwertung des Dollar stattfinden soll, wenn die Akzepte noch nicht ausgehändigt worden sind und zweitens wenn eine Aufwertungsklausel, wie das in einigen Fällen geschehen sei, in die Vereinbarung aufgenommen wurde.“ In: PA AA, R 105702, o.P.

⁸ Der Text in russischer Sprache ist ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 88, S. 201–204.

Nr. 402
Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

GEHEIM

Nr. 17823
27/III-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NADOLNY,
26. März 1934

Kaum war ich bei Nadolny erschienen, als er mich nach dem Gesundheitszustand von Gen. Litvinov fragte. Ich antwortete ihm, dass es Gen. Litvinov besser gehe und er bereits Berichte einiger seiner Mitarbeiter entgegennehme. Auf die Frage Nadolnys, ob Gen. Litvinov Diplomaten empfangen, antwortete ich, dass Bullitt bei Gen. Litvinov gewesen sei. Darauf sagte Nadolny sichtlich enttäuscht: „Das habe ich nicht gewusst. In diesem Fall werde ich unbedingt um einen Empfang bei Herrn Litvinov bitten.“

Nach dem Essen, an dem die Gesandten Baltrušaitis und Tofer sowie Smetana zugegen waren, bat mich Nadolny zu einer Unterredung ins Nachbarzimmer. Zu Beginn der Unterredung zeigte er mir das Porträt von Tevfik Rüstü Bey und sagte: „Sehen Sie, dies ist der größte Wirrkopf in der Welt.“ Danach äußerte sich Nadolny in einem sehr scharfen Ton zur Politik Rüstüs in der Frage des Balkanpaktes². Tevfik Rüstü hätte sich, wie Nadolny meint, nichts Dümmeres ausdenken können, weil er damit alle Trümpfe aus der Hand gegeben und Jugoslawien überlassen habe. Jugoslawien werde nunmehr Bulgarien zwingen zu kapitulieren, und die Türkei gleite in die Isolierung.

Danach kam das Gespräch auf die letzte Rede von Beneš. Nadolny erklärte, wiederum erregt, dass Beneš listig, klug und ziemlich spitzbübisch sei. Er, Nadolny, habe Beneš **noch in Genf**³ im Scherz angeboten, den Posten als Außenminister Deutschlands zu übernehmen. Danach verfiel Nadolny in einen lyrischen Ton und sprach nun darüber, dass Deutschland ein Beneš gut zu Gesicht stehen würde, da die deutschen Politiker nichts taugen würden. Auf meine Frage, wen er gegenwärtig als einen echten Staatsmann in Deutschland betrachte, antwortete Nadolny, dass es keinen gebe. Hitler überrage alle. Er, Nadolny, zolle seinem Idealismus und seiner Ritterlichkeit Respekt, doch mit Idealismus allein komme man nicht weit. Die gesamte Außenpolitik Hitlers sei ihm, Nadolny, absolut unverständlich und er halte sie für naiv-infantil. Er, Nadolny, habe während seines letzten Aufenthaltes in Berlin Hitler hartnäckig die einfachsten Wahrheiten eingebläut. Dabei habe er ihm niemals nach dem Munde geredet. Dieses lange Gespräch mit Hitler habe ihn, Nadolny, zur Weißglut getrieben. Hitler, aus unterer Schicht aufgestiegen, berausche sich nun an seinem Messianismus. Er schwebe irgendwo in höheren Sphären, und dies zu einer Zeit, da die ihn umgebenden Leute eine Politik betrieben, die recht weit vom Idealismus entfernt sei. Danach begann Na-

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 357, Anm. 6.

³ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

dolny das deutsche Volk zu bemitleiden, welches mit den besten Eigenschaften und Werten ausgestattet, doch in der Regel nicht fähig sei, echte Führer hervorzu-
bringen. Alles das, was jetzt in Deutschland geschehe, alle Utopien und idealisti-
sche Phantasien würden das deutsche Volk teuer zu stehen kommen.

Sodann ging Nadolny zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen über. Er be-
gann mit folgender Erklärung. An den jetzigen Schwierigkeiten seien weniger die
neuen, sondern vielmehr die alten Leute schuld. „Ich habe bereits lange vor Hitler
der Linie des Auswärtigen Amtes widersprochen. Diese Leute bekannten sich ei-
nerseits zur Rapallo-Linie, andererseits betrieben sie eine Politik nach dem Motto
„Grüß mich nicht Unter den Linden“⁴. Die Ergebnisse zeigen sich jetzt.“ Weiter
meinte Nadolny, das Verhandlungsergebnis Vejcers habe ihn in volles Erstaunen
versetzt. Er müsse mich zu diesem Ergebnis beglückwünschen, doch zugleich ein-
räumen, dass sich Vejcers Verhandlungspartner als komplette „Deppen“ erwiesen
hätten. Vejcer habe alles das erreicht, was er durchsetzen wollte, dafür habe er ab-
solut nichts gegeben. Wenn er, Nadolny, in Berlin gewesen wäre, hätte er dies auf
keinen Fall zugelassen. Ich dankte Nadolny ironisch für diese Erklärung. Danach
plädierte Nadolny entschieden dafür, dass man eine konsequente Politik der Zu-
sammenarbeit mit der UdSSR und der Verbesserung der Beziehungen betreiben,
jedoch keine Dummheiten machen müsse. Nadolny erklärte, Vejcer habe im
Grunde genommen eine Kreditverlängerung bekommen, ihm seien 70 Mio. Mark
geschenkt worden, die die UdSSR aus der Differenz des Wechselkurses gezogen
hat, und jetzt ist man die Verpflichtung eingegangen, für 200 Mio. Mark sowjeti-
sche Exportgüter zu kaufen⁵. Einen größeren Unsinn habe Nadolny sein Lebtag
noch nicht gesehen. Danach verwies Nadolny übrigens darauf, dass die Initiative
für alle diese Dinge von ihm ausgegangen sei. Heute bleibe ihm aber „als altem
Mann nur noch übrig, herumzumosern“.

Während der gesamten Unterredung äußerte sich Nadolny wiederholt iro-
nisch zu deutschen Themen (er sprach über Schutzhaft, Konzentrationslager
usw.).

D. ŠTERN

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl., 5 [Expl.] an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], 1 nach Berlin, 1 [Expl.] zu den
Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 93–91. Original.

⁴ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Dies ist eine Zeile aus
einem Gedicht Heinrich Heines; in diesem Kontext: Wir haben nichts miteinander zu tun.

⁵ Vgl. Dok. 396.

Nr. 403

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk

Geheim
Expl. Nr. 6
27. März [1934]

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

1. Wundern Sie sich nicht, dass wir in der Note bezüglich der Dollarfrage so viele Veränderungen sowohl inhaltlicher als auch redaktioneller Art vorgenommen haben.

Der erste Entwurf der Note, der zwischen dem NKID und dem NKVT abgestimmt war¹, beschränkte sich ausschließlich auf Verfahrensfragen. Gen. Rozengol'c und ich baten um Weisungen, allerdings nicht bezüglich des Inhalts der Note, sondern deshalb, weil die Aushändigung der scharfen Note einen weiteren Schritt im sowjetisch-deutschen Konflikt in dieser Frage darstellt.

Die Instanz² zeigte jedoch Interesse am Inhalt der Note und wünschte, darin nicht nur Verfahrensfragen, sondern auch inhaltliche Punkte anzuschneiden, davon ausgehend, dass sie von den Deutschen oder von uns veröffentlicht bzw. auf anderem Wege in die Presse gelangen könnte. Dem Leser sollte klar werden, dass wir in der Sache Recht haben, wir uns in keiner Weise vor der Erfüllung der Verpflichtungen drücken und die zuverlässigsten Schuldner in der Welt sind.

Einerseits bestand die Notwendigkeit, in der Note sowohl das Wesen der Frage als auch deren verfahrensrechtliche Regelungen, die von deutschen Gerichten verletzt werden, einzugehen, wobei dies in einer Form dargelegt werden sollte, die auch für einen Laien verständlich ist, ohne dabei die Exaktheit der Formulierungen aufzuweichen. Andererseits musste der Text knapp gehalten sein, um nicht in ein endloses Traktat auszuufern. Das waren die Schwierigkeiten, an denen mehrere Entwürfe unserer Mitarbeiter und der Mitarbeiter des Außenhandels gescheitert sind.

****Als****³ wir diese Schwierigkeiten endlich überwunden zu haben glaubten und Ihnen die Note⁴ durchtelegrafierten, stellte sich heraus, dass die Genossen hier noch einige redaktionelle Veränderungen vorgeschlagen hatten⁵.

¹ Dieser Entwurf wurde Chinčuk am 17. 3. 1934 geschickt; vgl. Brief Krestinskij an Chinčuk vom 19. 3. 1934. In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 26.

² Vgl. Dok. 71, Anm. 4.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Gemeint ist der Text der Note, den Krestinskij am 19. 3. 1934 an Stalin zur Bestätigung geschickt hatte. Vgl. SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 38, S. 90–91.

⁵ Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste am 20. 3. 1934 den Beschluss: „Das NKID ist zu beauftragen, in die Note an Deutschland bezüglich der Devisenfrage Korrekturen auf der Grundlage des Meinungsaustausches einzufügen.“ In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 522, l. 3 (Protokoll Nr. 3, Pkt. 20, „Sondermappe“). Krestinskij schickte Poskrebyšev am 21. 3. 1934 den endgültigen Text der Note, der „aufgrund des gestrigen Meinungsaustausches geändert und mit dem Vertreter von Gen. Rozengol'c abgestimmt wurde“. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 27.

Ich möchte hoffen, dass bei der Chiffrierung und der Dechiffrierung sowohl der Note selbst als auch der vorgenommenen Korrekturen keinerlei Unklarheiten und Fehler aufgetreten sind, wovon ich ausgehe, da Sie uns telefonisch um keine Erläuterungen gebeten haben. Auf alle Fälle schicke ich Ihnen heute den beglaubigten Text der Note⁶ und erwarte von Ihnen mit der nächsten Post die Zusendung jenes deutschen Textes, den Sie von Bülow ausgehändigt haben⁷.

Unter Berücksichtigung Ihres wiederholten Rates, die Note nicht zu veröffentlichen und dazu auch keinen gesonderten Artikel zu bringen⁸, werden wir uns einer Veröffentlichung enthalten und die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.

2. Aus Ihren Telegrammen weiß ich, dass die Wirtschaftsverhandlungen mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Stundung eines Teils des vorjährigen Finanzkredites für 14 Monate und über die Verlängerung des früheren Abkommens über die Kreditfristen und die Garantien für unsere Aufträge zum Abschluss gebracht worden sind⁹. Wir warten auf die Texte.

*3. Bezüglich des Sekretärs des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, behalten wir unsere früheren Positionen bei¹⁰. Und zwar: wir bestehen auf der Abberufung aus der UdSSR und lehnen es ab, den Deutschen Kopien der Hahn belastenden Ermittlungsmaterialien auszuhändigen. Die Motive sind anfangs von M. M.¹¹ und danach von mir am 14. März¹² Nadolny gegenüber eingehend dargelegt worden. Die endgültige negative Antwort werde ich Nadolny bei dem nächsten Treffen geben^{*13}.

4¹⁴. Wir haben den Beschluss gefasst, nicht an der für den 27. August in Bad Eilsen anberaumten internationalen Konferenz für Agrarwirtschaft¹⁵ teilzunehmen. Die Absage wird Gen. Vavilov an den englischen Prof. Elmhirst schicken, wobei als Gründe selbstverständlich sachliche Argumente, jedoch keine politischen Charakters angeführt werden. Dieses Schreiben wird Ihnen die 2. Westabteilung mit der nächsten Post zu Ihrer Kenntnis zuschicken.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 28. III. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 568 vom 28. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 [Exemplare]. Kopien: an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], an die 2. Westabteilung].

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 83–82. Kopie.

⁶ Ebd., l. 32–35.

⁷ Vgl. Dok. 401.

⁸ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 91, S. 211–212.

⁹ Vgl. ebd., Dok. 85, S. 195–198. Vgl. auch Dok. 396, 404.

¹⁰ Am 21. 3. 1934 bat von Neurath Chinčuk zu sich und richtete an ihn erneut die Bitte, „der deutschen Regierung das Hahn überführende Material [...] zur Verfügung zu stellen“. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 150.

¹¹ Litvinov. Vgl. Dok. 375.

¹² Vgl. Dok. 390.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁴ Gegenüber Punkt 4. befindet sich der Vermerk Šterns: an Gen. Levin, mit mir ist zu sprechen.

¹⁵ Vgl. Dok. 376.

Nr. 404
Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 177/s¹

Berlin, 27. März 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

Zum Abkommen vom 20. März 1934²

20/III. Am Morgen begab ich mich mit Gen. Fajnsštejn zu Mossdorf, um den Text des Abkommens, welches am Abend des gleichen Tages unterzeichnet werden sollte, abschließend zu redigieren. Von deutscher Seite waren außer Mossdorf Bräutigam und Pohle anwesend. Die Bearbeitung verlief ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Von Interesse sind aber die Punkte, die die größten Diskussionen hervorgerufen haben. Die Deutschen wollten partout nicht einsehen, warum wir die Summe von 110 Mio. Mark in zwei Teile aufgliedern wollen: in sofort gestundete 85 Mio. Mark und in 25 Mio. Mark als Option³. Wir mussten ihnen nochmals erläutern, dass wir durchaus nicht an einer Aufstockung dieses Kredites interessiert sind und es vorziehen würden, selbst die Option nicht in Anspruch zu nehmen, falls sich die Möglichkeit dazu ergeben sollte. Auf die Deutschen machte dies offensichtlich einen recht starken Eindruck. Die zweite Frage, zu der eine Diskussion aufkam, betraf die Garantien bezüglich der gestundeten Summe von 110 Mio. Mark, einschließlich der Optionssumme von 25 Mio. Mark. Offensichtlich waren die deutschen Teilnehmer der Redaktionskommission nicht von der Korrektheit unserer Mitteilungen darüber überzeugt, dass die Obligationsgarantien bezüglich des 140-Millionen-Kredites in einer Höhe von 113 Mio. Mark von der erneut gestundeten Summe von 110 Mio. Mark vollkommen gedeckt werden. Allein diesem Umstand ist es geschuldet, dass in das Abkommen die Formulierung **, „so weit erforderlich“⁴ bezüglich der Ersetzung der übrigen Obligationsgarantien aufgenommen worden ist. Wir haben dagegen nichts eingewandt, weil dies nichts am Wesen der Sache ändert.

Etwas ausführlicher wurde die Frage bezüglich der Formulierung in dem Schreiben von Gen. Vejcer erörtert, die Kreditfristen des zweiten Pjatakow-Abkommens⁵ für 1934 beizubehalten. Die Deutschen wollten diese Formulierung etwas unbestimmter und allgemeiner haben, Fajnsštejn und ich wollten sie dagegen verknapen und eingrenzen.

Der letzte Punkt, der erörtert wurde, betraf die Frage, alle Anlagen im Schlussprotokoll⁶ anzuführen. Letzten Endes hatten wir nichts dagegen einzu-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 396.

³ Ein Termingeschäft mit Wertpapieren. Der Käufer hat das Recht (nicht die Pflicht), in einer bestimmten Frist zu einem bestimmten Preis bestimmte Aktiva zu kaufen oder zu verkaufen.

⁴ Der Text ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 144, Anm. 19.

⁶ Das Wort ist hier und nachfolgend in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

wenden und alle dem Abkommen beigelegte Dokumente sind im zweiten Paragraphen des Schlussprotokolls einzeln benannt⁷.

Am Abend des 20. März versammelten wir uns alle im Dienstzimmer von Meyer, um die Unterzeichnung des Schlussprotokolls vorzunehmen. Meyer hielt eine knappe Einführungsrede, in der er seine Genugtuung darüber zum Ausdruck brachte, dass das Abkommen zu einer Reihe von strittigen Fragen, die im Verlaufe der Verhandlungen erörtert wurden, zustande gekommen sei. Er sprach weiter die Hoffnung aus, dass das vorliegende Abkommen unter den gegebenen Umständen einen sehr wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der normalen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern darstellen werde. Zum Ende der Sitzung antwortete ich mit einer knappen Rede, in der ich darauf verwies, dass das jetzige Abkommen ein Glied in der langen Kette der von uns mit den Deutschen seit 1931 abgeschlossenen Abkommen darstelle. Auch ich hob meine Hoffnung hervor, dass dieses Abkommen zur Stärkung und Festigung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen dienen werde.

Bei der Durchsicht der Dokumente griff Meyer vollkommen unerwartet zu einem Trick, der darin bestand, dass er Vejcer vorschlug, eine mündliche Erklärung zur Dollarfrage abzugeben, deren vorab vorbereiteten Text er laut vorlas. Das Wesen der Erklärung, die Meyer von Gen. Vejcer wünschte, bestand darin, dass Vejcer erklären sollte, in welchen Fällen die sowjetische Seite es als möglich erachtet, in der Dollarfrage vor Gericht zu gehen. Vejcer wies dieses Ansinnen kategorisch zurück und erklärte, dass der von Meyer vorgelesene Text nicht nur unbefriedigend sei, sondern auch keinerlei Bezug zu den von uns heute erörterten Fragen habe, da vorab Einigung darüber erzielt worden sei, dass die Dollarfrage gänzlich aus den laufenden Verhandlungen ausgeklammert werde. Danach mäßigte Meyer sich in seinem Ton und begann Vejcer „vertraulich“ zu bedrängen, seine Haltung in dieser Frage dahingehend darzulegen, in welchen Fällen die sowjetische Seite es für möglich halten würde, in der Dollarfrage vor Gericht zu gehen. Vejcer sagte, dass er sich dies überlegen und möglicherweise auf nichtoffiziellen Wege Mossdorf seine Meinung zu dieser Frage übermitteln werde. Damit endete die Diskussion und man schritt zur Unterzeichnung des Schlussprotokolls und der Anlagen.

Am Abend des 23. März gab Vejcer für die Personen, die auf die eine oder andere Weise mit dem Abkommen zu tun hatten, ein Abendessen. Anwesend waren die Diplomaten Meyer und Bräutigam, vom Wirtschaftsministerium Heintze, Mossdorf, Hartenstein (für Devisenangelegenheiten zuständig) und Pohle, der Gehilfe Mossdorfs, von den Bankiers: Karpowski, Schippel, Ansbach⁸. Die Gäste waren mit dem Empfang über alle Maßen zufrieden, man unterhielt sich viel und lebhaft. Bräutigam und Mossdorf versuchten, mit mir den Text des Communiqués über die Unterzeichnung des Abkommens abzustimmen, da wir am 20. März vereinbart hatten, die Bearbeitung des Communiqués auf den heutigen Abend zu verlegen. Der von den Deutschen vorgeschlagene Text war natürlich absolut unannehmbar. Dort hieß es, dass das Schlussprotokoll Vereinbarungen über den Zahlungsplan für 1934, über die Verlängerung der Kreditfristen für das Pjatakow-

⁷ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 85, S. 197.

⁸ So im Dokument; gemeint ist vermutlich Richard Ansbach.

Abkommen und über die Zahlung von 100 000 Kulakengeld⁹ beinhalte. Ich erklärte, dass der Text unannehmbar sei und bat sie, die Abstimmung bis Donnerstag, den 26. III., zu vertagen, für den sie einen Gegenempfang, ein Frühstück, geplant hatten. Da aus Moskau noch keine Antwort auf die Frage Vejcers bezüglich des Kommuniqués vorlag und die Deutschen andererseits ein außerordentliches Interesse an einer Veröffentlichung zeigten, haben wir bei **Gen. Chinčuk**¹⁰ mehrere **interne**¹¹ Beratungen zu der Frage durchgeführt, wie aus dieser Situation herauszukommen sei. Danach traf ein Telegramm von Rozengol'c ein, dass man die Veröffentlichung einer wie auch immer gehaltenen Mitteilung vermeiden müsse.

Am Morgen des 26. März hatte ich während des Frühstücks bei den Deutschen, an dem außer denjenigen, die an unserem Abendessen teilgenommen hatten, noch einige Beamte des Auswärtigen Amtes anwesend waren, mit Mossdorf und Bräutigam bezüglich der Abfassung des Kommuniqués eine lange und lebhaft diskutierte Diskussion. Alle meine Versuche, die Deutschen davon zu überzeugen, keinerlei Mitteilung zu veröffentlichen, stießen ins Leere. Die Deutschen erklärten, sie würden von allen Seiten angesprochen werden, dass für sie die Unterzeichnung des Abkommens mit uns von großer Bedeutung sei, und falls wir uns nicht mit einem abgestimmten Kommuniqué einverstanden erklären würden, sähen sie sich gezwungen, einseitig eine eigene Veröffentlichung vorzunehmen. Nach einer Beratung mit Gen. Vejcer ging ich daran, den von den Deutschen vorgelegten Text zu redigieren. Nach langer und unangenehmer Diskussion gelang es, sich auf die Veröffentlichung des Kommuniqués in dem Wortlaut zu einigen, den wir bereits nach Moskau telegraphiert hatten und in dem es heute, am 27. III., in der Presse erschienen ist. Man muss sagen, dass wohl kaum ein noch inhaltsloseres Kommuniqué zu finden ist, da von den Sachfragen lediglich der Umsatz mit der Reichsbank und devisenrechtliche Aspekte erwähnt werden. So ist letztendlich jeglicher Versuch zum Scheitern verurteilt, sich anhand dieses Kommuniqués ein Bild von dem soeben abgeschlossenen Abkommen zu machen.

Bereits beim Abendessen am 23. III. hatte Heintze mit Gen. Vejcer darüber gesprochen, ob man nicht in Deutschland irgendetwas nach dem schwedischen Beispiel tun könnte, nämlich Obligationen durch Wechsel zu ersetzen, weil ein in Deutschland aufgenommenes Obligationsdarlehen im Ausland, an das Deutschland momentan keinen einzigen Groschen zahlt, natürlich als äußerst unangenehm auffallen würde. Heintze meinte, dass solch eine Sache durchaus möglich wäre. Er empfahl Gen. Vejcer eindringlich, unverzüglich mit den Banken Verhandlungen aufzunehmen, um in Deutschland den Boden für den Abschluss eines langfristigen Finanzdarlehens auf Wechselbasis zu sondieren. Die einzige Frage, die sich ihm dabei als unklar darstelle, sei die, was wir genau in Deutschland für das erhaltene Geld kaufen würden. Dabei kam natürlich wieder die alte Frage bezüglich der laufenden und der zusätzlichen Aufträge auf. Nach Heintzes Meinung sollte der langfristige Finanzkredit ausschließlich für zusätzliche Aufträge ver-

⁹ Gemeint ist die Verpflichtung der sowjetischen Seite zur Überweisung von 100 000 Rubel in deutscher Mark an Deutschland für das Vermögen der Deutschen, die aus der UdSSR ausge-reist waren.

¹⁰ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹¹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

wendet werden. Ich machte Heintze und Mossdorf auf die Erfahrungen der letzten Jahre aufmerksam, die zeigten, dass es vollkommen unmöglich sei, eine Trennung zwischen „laufenden“ und „zusätzlichen“ Aufträgen vorzunehmen. Darauf erklärte Mossdorf, die Hauptschwierigkeit werde offensichtlich darin bestehen, dass, falls Deutschland der UdSSR ein langfristiges Finanzdarlehen, beispielsweise für fünf Jahre, gewähre, man es nicht vermöge, eine Grenze zwischen den laufenden und den zusätzlichen Aufträgen zu ziehen. So könnte leicht der Fall eintreten, dass alle Aufträge als zusätzliche gemäß der fünfjährigen Kreditfrist firmieren würden und sich im Verlaufe von vier Jahren, solange noch nicht mit den Zahlungen begonnen worden wäre, für Deutschland eine passive Zahlungsbilanz gegenüber der UdSSR einstellen könnte. Dies erkläre, nach Mossdorfs Auffassung, jene Hartnäckigkeit, mit der die deutsche Seite auf einer parallelen Entwicklung von langfristigen und kurzfristigen Krediten beharre, um von der UdSSR die ganze Zeit über laufend Zahlungen zu bekommen.

Beim Frühstück am 26.III. interessierte sich Heintze sehr dafür, ob Vejcer bereits mit den Bankiers gesprochen habe, wobei er durchblicken ließ, dass die Bankiers zu diesem Gespräch bereit wären. Offensichtlich sind die Deutschen von der Perspektive eines Finanzdarlehens an die UdSSR sehr angetan.

Meyer, Mossdorf und Bräutigam bedrängten mich während des Frühstücks am 26. III. verstärkt, Gen. Chinčuk darzulegen, dass er ihrer Meinung nach keinerlei Veranlassung habe, in der Dollarfrage Bülow aufzusuchen. Sie sind darauf gekommen, weil Gen. Chinčuk in dem letzten Gespräch mit Bülow¹² eine entsprechende Bemerkung gemacht hatte. Dabei argumentieren die Deutschen wie folgt: Sie hätten im Verlaufe von sechs Monaten, von Oktober 1933 bis März 1934, in der Dollarfrage schließlich bewiesen, dass sie die Firmen bis zu einem gewissen Grade bei der Stange halten können. Wenn es auch im Fall der Agrargesellschaft einen gewissen Rückschlag gebe, so könne letztendlich dieser auch ohne Einschaltung des Staatssekretärs oder des Ministers aus der Welt geschafft werden, und sie versprächen definitiv, dass sie dies tun würden. Wenn sich aber Gen. Chinčuk an den Staatssekretär wende (der Minister ist zurzeit in Urlaub), so werde dies unweigerlich dazu führen, dass diese Frage noch einmal in ihrer ganzen prinzipiellen Tragweite aufgeworfen werde, wodurch ihre Lösung noch mehr erschwert werde. Auf meine Frage, welche Lösung ihnen denn vorschwebe, sagte mir Bräutigam, dass wir ihrer Meinung nach von den aus dem Wertverlust des Dollars erzielten Gewinn 10 Mio. Mark für die Auszahlung an kleine Firmen freigeben könnten, um auf der Grundlage neuer Aufträge zur Einigung mit den großen Firmen zu gelangen. Ich sagte, diese Erklärung zeige, dass sich die Deutschen um kein Jota von ihrer ursprünglichen Position entfernt hätten. Dies sei ein schlechtes Zeichen, weil die sowjetische Haltung, die sowohl der Form als auch dem Inhalt nach untadelig sei, absolut unverändert bleibe, was meiner Meinung nach der Botschafter der UdSSR der deutschen Regierung bereits mehrfach erklärt habe und auch heute voraussichtlich erklären werde.

BESSONOV

¹² Vgl. Dok. 401, Anm. 7.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1384 vom 29. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 8 Expl. [Expl.] 1 an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–7 an Gen. Krestinskij, das 8. zu den Akten. 27. III. 34

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 159–161. Original.

Nr. 405

**Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter der
2. Westabteilung im NKID Stern**

Geheim¹
PERSÖNLICH

Nr. 186/s²

Berlin, 27. 3. 34

Moskau, NKID

Gen. Stern

Lieber David Grigor'evič!

Mit der heutigen Post kommt das Material über die Unterzeichnung des Schlussprotokolls³ mit den Deutschen. Für mich war und bleibt es ein Rätsel, warum die Deutschen diesem zugestimmt haben. Immerhin bedeutet die Herausnahme der Dollarangelegenheit und des Problems der zusätzlichen Aufträge für die Deutschen eine ganz klare Niederlage. Als sie sich entschieden, die Dollarangelegenheit aus dem Protokoll über die Stundung des Kredites herauszunehmen, beraubten sie sich selbst des einzigen Mittels, um uns in der Dollarfrage unter Druck setzen zu können. Meiner Ansicht nach haben sie sich auch hier selbst zur Niederlage verurteilt. Bei den Deutschen macht sich bereits jetzt eine Stimmung bemerkbar, in der Dollarfrage eine Niederlage erlitten zu haben. Außerdem ist es überaus aufschlussreich, wie zuvorkommend die Deutschen jetzt mit uns umgehen. Meyer, der sich gewöhnlich recht grob verhält, ist nunmehr die Liebenswürdigkeit in Person. Außergewöhnlich liebenswürdig sind auch die anderen Beamten. Woran liegt das?

Ich würde folgende Überlegung anstellen wollen, zu der ich Dich bitten möchte, Deine Meinung zu äußern. Die deutsche Nachgiebigkeit erklärt sich in erster Linie aus dem inzwischen durch Schweden gewährten Darlehen⁴. Dies ist

¹ Die Geheimhaltungsstufe ist handschriftlich eingefügt.

² Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Dok. 404.

⁴ Am 16. 3. 1934 war in Stockholm ein Abkommen unterzeichnet worden, mit dem Schweden der UdSSR ein Staatsdarlehen in Höhe von 100 Millionen schwedischen Kronen mit einer Laufzeit von acht Jahren zum Einkauf von schwedischen Warengütern gewährte. Der Widerstand, der diesem Abkommen bereits bei der Ratifizierungserörterung im Parlamentsausschuss entgegengebracht wurde, veranlasste die sowjetische Führung dazu, am 25. 4. 1934 dem Außenminister Schwedens Rickard Sandler in einer Note mitzuteilen, dass das CIK der UdSSR von dem Ab-

selbstverständlich ein Detail, aber ein wesentliches. Das schwedische Darlehen ist der Beginn einer neuen Epoche in unseren Finanzbeziehungen mit dem Ausland. Es beweist, dass die Etappe der Firmenkredite, auf die wir unseren Import mehr als ein Jahrzehnt lang gegründet haben, zu Ende gegangen ist. Wir treten nunmehr in die Phase von Finanzkrediten ein, womit wir auf diesem rückständigen Gebiet unsere Verwandlung zu einer gleichberechtigten Großmacht demonstrieren. Obgleich wir über Informationen verfügen, dass wir in Schweden einen Teil des Geldes bekommen, welches real großen deutschen Konzernen gehört, besitzt dieser Umstand für die deutsche Regierung keine Relevanz, da wir in den Augen der Welt das Geld nicht von Deutschland, sondern von Schweden bekommen. Dies bedeutet, dass zum ersten Mal in der Geschichte des sowjetischen Außenhandels nicht Deutschland, sondern ein anderes Land die Initiative zur Herstellung von neuen, den veränderten Bedingungen entsprechenden Formen von Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR ergriffen hat. Die Deutschen haben, anders gesagt, zum ersten Mal die Rolle des Pioniers und des weltweiten Experten für unsere Angelegenheiten an die Schweden abgetreten. Man darf diese Tatsache weder überbewerten, noch deren Bedeutung unterschätzen. Wenn Du erleben könntest, mit welcher Ungeduld die Deutschen uns jetzt zu einer Operation ähnlich der schwedischen zu bewegen versuchen, so würdest Du verstehen, dass diese erste Überlegung zutreffend ist. Unabhängig davon, wie sie sich künftig ihre Beziehungen zu uns vorstellen, ist eines klar: Sie wollen sich in Zukunft die Chancen, die unserer Markt bietet, auf keinen Fall entgehen lassen. Gleichwohl muss offen gesagt werden, dass sie den Biss verloren haben und bereits zu Konservativen geworden sind. Obwohl sie prinzipiell beschlossen haben, die Schweden zu überholen und die erlittene Niederlage etwas abzumildern, befinden sie sich bezüglich der laufenden und zusätzlichen Aufträge, indem sie penibel wissen zu wollen, wofür wir den Finanzkredit im Einzelnen verwenden werden usw. usf., nach wie vor im Banne der alten Ideen. Es entsteht der Eindruck, dass sie, da sie nun einmal den antisowjetischen Weg eingeschlagen haben, innerhalb eines Jahres einen bedeutenden Teil ihrer Erfahrungen in den Beziehungen mit uns eingebüßt haben und Fehler begehen, die bei den englischen Konservativen noch verständlich sind, bei den Deutschen jedoch nur schwer. Nunmehr sind sie quasi erneut gezwungen, sich mit unserer Stärke und unserer Position auseinanderzusetzen, und dies fällt ihnen natürlich nicht leicht.

Doch nicht nur das schwedische Signal veranlasst die Deutschen dazu, bezüglich der Beziehungen zu uns Alarm zu schlagen. Die internationale Lage drängt sie unerbittlich dazu, die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR selbst um einen hohen Preis zu verbessern. Die Außenpolitik Deutschlands ist eine Kette ununterbrochener Niederlagen. Der Pakt mit Polen ist zweifellos eine Niederlage, weil er weder offene noch verborgene Pläne für einen künftigen gemeinsamen Kampf gegen die UdSSR beinhaltet. Die (relative) Ruhe an der Ostgrenze ist zu einem teuren, vielleicht sogar zu einem unangemessen hohen Preis erkaufte worden. In der Österreich-Frage erlitt man eine empfindliche Niederlage. Der Versuch, sich in Wirtschaftsfragen an Ungarn und Jugoslawien schadlos zu

kommen wegen „einiger ungünstiger Bedingungen“ Abstand nehme. Vgl. DVP, Bd. XVII. Dok. 145, S. 298.

halten, kann selbstverständlich nicht die gewünschte Genugtuung bringen. Im Konflikt mit Frankreich gab es eine Niederlage, wobei der anfängliche Erfolg der Bemühungen, England bei den Abrüstungsprojekten auf die Seite Deutschlands zu ziehen, bereits durch die von den Engländern betriebene fieberhafte Aufrüstung augenscheinlich zunichte gemacht wurde. Zudem hatte Frankreich unmissverständlich angedeutet, dass es die Abrüstung Englands zu Wasser und in der Luft in dem Fall fordern werde, dass England auf einer französischen Abrüstung und einer Aufrüstung Deutschlands beharren sollte. Nach der englischen Presse zu urteilen, sind die Engländer selbst über das Tempo, mit der Deutschland seine Luftwaffe aufzubauen beginnt, beunruhigt. Hinzu kommt die wachsende Verstrickung Englands in die fernöstlichen und asiatischen Probleme, die ein völliges Desinteresse an irgendeinem europäischen Konflikt zur Folge hat, jedoch mit Ausnahme eines Konfliktes mit der UdSSR. Und auch hier gibt es nach wie vor den alten Teufelskreis: Ein Konflikt mit der UdSSR ist ohne eine Aufrüstung Deutschlands undenkbar und die Aufrüstung Deutschlands ist ohne einen französisch-deutschen Konflikt undenkbar. Die französisch-deutschen Gegensätze machen somit auch dieses Mal eine deutsch-englische Sympathie unfruchtbar. Mir scheint, dass gerade darüber auch der deutsche Botschafter in England bei seinem kürzlichen Besuch in Deutschland berichtet hat⁵. Bei einer derartigen Konstellation könnte den Deutschen der Gedanke kommen, die sowjetische Karte in ihrem Spiel mit dem Westen erneut auszuspielen. Wenn es aber früher im sowjetischen Blatt starke Trümpfe von der Art der Militärabkommen, großer Kredite und umfangreicher Verbindungen geben hat, so muss man sich heute schon freuen, wenn man wenigstens eine Lusche wie das soeben abgeschlossene Schlussprotokoll ausspielen kann. Nicht ohne Grund haben die Deutschen uns offen gesagt, dass sie nicht so sehr am Inhalt des Abkommens interessiert sind. Vielmehr ist die Tatsache an sich von politischer Bedeutung, mit uns irgendein Abkommen abgeschlossen zu haben. Damit soll der ganzen Welt demonstriert werden, dass sich die Beziehungen nicht so weit verschlechtert haben, dass Abkommen überhaupt nicht mehr möglich wären.

Dies ist die Konzeption, die mir in den Sinn kommt. Vielleicht hast Du Informationen, die den Ansatz für eine andere Erklärung bieten?

Was den Dollar-Konflikt betrifft, so haben sich heute die Genossen Chinčuk und Vejcer an Moskau mit der Bitte gewandt, vorerst von einer Veröffentlichung und Kommentierung unserer Note in unserer Presse solange abzusehen⁶, bis die Einstellung der Deutschen zu ihr mehr oder weniger klar zutage tritt. Ich bitte Dich sehr, uns in diesem Punkt zu unterstützen, weil wir alle der Eindruck gewonnen haben, als ob sich die Deutschen bereits von dem toten Punkt in der Dollarfrage fortbewegt haben und aufrichtig wünschen, den Konflikt zu beseitigen, was nicht unbedingt geglaubt, auf jeden Fall jedoch umgehend genutzt werden muss. Dies umso mehr, als eine Verschiebung der Veröffentlichung uns keinen Schaden zufügen kann.

Damit beende ich vorerst den politischen Teil meines Briefes.

⁵ Am 15. 3. 1934 empfing Hitler Botschafter von Hoesch zum Vortrag. Vgl. Völkischer Beobachter vom 16. März 1934, Berliner Ausgabe, S. 1.

⁶ Vgl. das Schreiben Chinčuks und Vejcers an Krestinskij vom 27. 3. 1934. In: DVP, Bd. XVII, Dok. 91, S. 211–212.

Ich war natürlich über die schmeichelhaften Stellungnahmen hinsichtlich unserer Dokumentation für 1933⁷, die in den Schreiben von Dir und Rozenbljum abgegeben worden sind, sehr zufrieden. Natürlich war das Jahr 1933 in dieser Hinsicht besonders interessant, so dass die Dokumente dieses Jahres einer besonderen Fürsorge bedürfen, wobei zu berücksichtigen ist, dass sie uns künftig nützlicher sein werden als irgendwelche anderen Dokumente. Ich stimme jedoch absolut mit Dir überein, dass es günstig wäre, wenn auch die anderen Bevollmächtigten Vertretungen einen Dokumententeil in ihre Jahresberichte aufnehmen würden. Dann würde die politische Recherche und die wissenschaftliche Arbeit zu außenpolitischen Problemen der UdSSR erleichtert. Was meine jetzige Arbeit betrifft, so habe ich im letzten Monat die deutsch-japanischen Beziehungen studiert und beabsichtige, Anfang April dem NKID einen ersten Überblick meiner Analyse zu schicken. Leider ist, und dies ist bis zu einem Grade nicht zu vermeiden, in solchen Arbeiten der ideologische Teil ausführlicher als der faktologische gehalten, weil verständlicherweise weder die Japaner noch die Deutschen eine besondere Veranlassung haben, auszuposaunen, was sie für die Festigung der neu entfachten Freundschaft tatsächlich unternehmen. Im Übrigen wirst Du das selbst sehen, wenn Du es gelesen hast. Damit im Zusammenhang möchte ich Dir gern für die Sommerzeit, falls Du nicht bereits anderweitig engagiert bist, folgenden Plan vorschlagen. Vielleicht verfassen wir gemeinsam eine fundamentale Untersuchung über die Ostpolitik Deutschlands, einschließlich der UdSSR, des Baltikum, Polens und Japans. Schreib mir ein paar Zeilen, was Du davon hältst.

Dein Vorwort zu meiner Broschüre habe ich mit Vergnügen gelesen. Von Deinen früheren Bemerkungen ausgehend habe ich angenommen, dass Du hinsichtlich der Genealogie der Ostideen des deutschen Faschismus mit mir generell nicht übereinstimmst. Umso angenehmer ist es für mich festzustellen, dass ich absolut und auch in allen Punkten mit Deinem Vorwort einverstanden bin und insbesondere darüber zufrieden bin, dass Du die englische Haltung angesprochen hast. Grave bittet übrigens, das Pseudonym zu wechseln, weil die Ukrainer keinen Bondarčuk haben wollen. Falls es nicht zu spät sein sollte, würde ich Dich bitten, sie anzurufen und ihr zu sagen, dass ich mit jedem ukrainischen Familienamen einverstanden bin, sofern er nur mit B beginnt⁸.

Ich drücke Dir die Hand. Gruß an Deine Familie.

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 576 vom 29. 4. 1934.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 163–163R. Original.

⁷ Vgl. Schreiben Šterns an Chinčuk vom 17. 1. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 2.

⁸ Vgl. S. Bovdarenko: *Germanskij fašizm i Sovetskaja Ukraina. S predislaviem D. Gard* (Der deutsche Faschismus und die sowjetische Ukraine. Mit einem Vorwort von D. Gard), Moskva/Leningrad 1934, 104 Seiten.

Nr. 406
Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov an den Leiter
der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum

Kopie
GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 184/s.

27. März 1934

An
Gen. ROZENBLJUM

Lieber Gen. Rozenbljum,

1. Mit Enko habe ich ausführlich die Erdölfrage besprochen. Er bewertet die Perspektiven unseres Erdölmarktes in Deutschland sehr optimistisch. Deutschland wird hinsichtlich der Preisbedingungen und der Qualität unserer Erzeugnisse der Hauptabsatzmarkt für unser Benzin aus Baku bleiben, auch dann, wenn das Benzin aus Groznyj wegen schlechter Arbeit vor Ort aus unserem Export herausgenommen werden wird¹. Außerdem ist wegen der Entwicklung des Dieselmotorenbaus mit einer Absatzzunahme unseres Dieseltreibstoffes zu rechnen, zudem ist Deutschland nach England ohne Frage der wichtigste Markt für Maschinenschmiermittel. Schließlich meint er, dass die Regierungspolitik in Deutschland jetzt Kurs darauf nehmen werde, eine absolute Preisstabilität für den Markt von Erdölprodukten einzuführen, was sich bei unserem Devisengewinn sicherlich günstig auswirken wird. Angesichts all dessen vertritt er den Standpunkt, dass wir uns auf keinen Fall von uns aus vom deutschen Markt zurückziehen dürfen. Bezüglich der die Derop betreffenden Organisationsfragen scheint es uns nunmehr gelungen zu sein, eine Form der Beziehungen zu den Faschisten gefunden zu haben, die nicht die Arbeit beeinträchtigt.

Mir scheinen diese Erwägungen Enkos recht überzeugend zu sein.

*2. unlängst hat die Firma „Fast und Brilliant“ (offiziell „Fast & Co.“) uns eine äußerst schwierige Frage gestellt. Sie tätigt bekanntlich die Überweisungen der sogenannten Hungergelder in die UdSSR, wobei sie im Januar 40000 und im Februar 59000 Rubel überwiesen hat. Laut Auskunft der Firma stammen 80 bis 85% dieser Gelder aus Mitteln, die von den verschiedenen Gesellschaften zugunsten der sogenannten hungerleidenden Deutschen in der UdSSR gespendet werden. Im Sommer 1933 haben wir im Zusammenhang mit der sogenannten Hungerkampagne in Deutschland dem NKID die Frage gestellt, wie mit diesen Geldern zu verfahren ist². Allem Anschein nach ist damals in Moskau entschieden worden, dass wir nichts gegen Überweisungen von Privatperson an Privatperson einzuwenden haben und lediglich Überweisungen von Organisationen ablehnen werden. Doch

¹ 1933 war die Erdölförderung der Vereinigung „Grozneft“ durch starke Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, so ging sie bereits in den ersten acht Monaten im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um über 37% zurück.

² Vgl. Schreiben Chinčuks an Krestinskij vom 12. 7. 1933. In: AVP RF, f. 010, op. 8, p. 27, d. 23, l. 165–165R.

in letzter Zeit treffen bei Fast vermehrt Informationen darüber ein, dass ihre Überweisungen an Empfänger in irgendwelchen deutschen Siedlungen in der UdSSR dazu führten, dass sie als Kulaken oder mit Kulaken in Verbindung stehende Elemente drangsaliert werden, wodurch sich die Fälle häufen würden, dass die Empfänger zum Teil freiwillig, zum Teil erzwungenermaßen auf das überwiesene Geld verzichten³. Dieser Umstand wurde den Absendern bekannt, die jetzt auf Fast Druck ausüben, indem sie ihr erklären, dass sie die Geldüberweisungen einstellen würden, falls derartige Vorkommnisse der Wahrheit entsprechen sollten. Fast wendet sich nunmehr an Torgsin und an die Handelsvertretung mit der Bitte, ihr unsere offizielle Haltung hinsichtlich der Überweisung dieser Gelder mitzuteilen, damit sie sie ihren Kunden entweder durch die Versendung von Briefen oder durch die Veröffentlichung in ihren Bekanntmachungen zur Kenntnis bringen kann. Ich erspare es mir, Dir die ganze Brisanz dieser Frage und zugleich ihre politische Wichtigkeit zu erläutern. Ich möchte Dich bitten, mit der nächsten Post auf diese Frage ausführlich einzugehen *⁴.

S. BESSONOV

Richtig:

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in] 2. IV. 34.

Vermerk: Gen. Bessonov wurde geantwortet.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Levin, mit mir ist zu sprechen.

Oben in der Mitte befindet sich die Eingangs-Nr. 349 [der Wirtschaftsabteilung des NKID der UdSSR] vom 29. 3. 1934.

Unten rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 615 vom 2. 4. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 1 Expl.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 104. Kopie.

Nr. 407

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS, 28. III. 1934

Nadolny beglückwünschte mich zu dem erfolgreichen Wirtschaftsabkommen und brachte zugleich seine Unzufriedenheit mit Berlin zum Ausdruck, welches Vejcer zu weit entgegengekommen sei¹. Nadolny fragte, ob wir uns nicht damit

³ Vgl. Dok. 170.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 396, 405.

einverstanden erklären könnten, ² ihm mit dem Abschluss irgendeines großen Geschäftes mit Krupp oder mit der IG³ eine Gefälligkeit zu erweisen, um seine Position zu festigen. Er verstehe, dass wir jetzt laut Abkommen überhaupt nicht verpflichtet seien, in Deutschland Einkäufe zu tätigen, doch er würde es sehr gern sehen, wenn wir irgendetwas unternehmen könnten, was über das Abkommen hinausginge.

Ich versicherte Nadolny, dass wir, wenn wir ⁴ auch keine Verpflichtung zum Einkauf eingegangen seien, durchaus nicht daran dächten, uns jeglichen Imports aus Deutschland zu enthalten, es werde auch im laufenden Jahr zu Geschäftsabschlüssen kommen.

Nadolny teilte mit, dass nach den ihm vorliegenden Informationen die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz auf Forderung Englands verschoben werden wird. Er kritisierte dabei erneut den Rückzug ⁵ Deutschlands von der Konferenz, was sie⁶ nicht so sehr Hitler, als vielmehr seiner Umgebung zuschreiben müsse.

Ich unterrichtete Nadolny über den von uns unterbreiteten und vom Baltikum angenommenen Vorschlag, die Nichtangriffspakte zu verlängern⁷. Ferner sagte ich, dass ich im Krankenhaus genügend Zeit gehabt hätte, intensiv darüber nachzudenken, was man für die Verbesserung unserer Beziehungen mit Deutschland unternehmen könnte, was nur in dem Falle möglich wäre, wenn es mit irgendeinem Schritt gelingen würde, zu einem gewissen Grade jene Verdächtigungen und jenes Misstrauen abzubauen, welches die nationalsozialistische Literatur und die Reden einiger Führer der Bewegung in die Welt gesetzt hätten. Erklärungen allein, gute Beziehungen unterhalten zu wollen, reichten jedoch nicht aus. Es seien ernsthaftere Taten nötig. In diesem Zusammenhang sei mir der Gedanke in den Sinn gekommen, irgendeinen gemeinsamen Schritt gegenüber dem Baltikum zu unternehmen. Wir hätten unsererseits recht viel dafür getan, um unseren Wunsch zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten unter Beweis zu stellen. Wir würden es sehr gern sehen, wenn auch Deutschland diesen Wunsch durch irgendeinen Schritt zum Ausdruck bringen würde. Zu diesem Zwecke händigte ich Nadolny den Entwurf des Protokolls aus⁸.

Nachdem Nadolny ihn mehrmals gelesen hatte, fragte er, welche Länder als baltische zu verstehen seien. Ich sagte, in erster Linie seien das Estland, Lettland und Litauen und dann auch Finnland. Darauf sagte Nadolny, dass hinsichtlich Estlands und Lettlands keine Zweifel bestünden, weil diese Länder allein die UdSSR interessieren würden. Anders verhalte es sich aber mit Litauen, welches zwischen Deutschland und Polen liege. Zudem stehe die Memel-Frage im Raum. Er müsse die Meinung von Juristen einholen, ob nicht das Protokoll eine abermalige Anerkennung von Versailles bezüglich der Abtrennung Memels von Deutschland bein-

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Gemeint ist die IG Farbenindustrie.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ So im Dokument; richtig: er [Nadolny].

⁷ Die UdSSR unterzeichnete die Protokolle zur Verlängerung der Nichtangriffsverträge bis zum 31. 12. 1945 mit Lettland, Litauen und Estland am 4. 4., und mit Finnland am 7. 4. 1934. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 105, 106, 107, 114.

⁸ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 101.

halten könnte. Er fürchte, dass Finnland wohl kaum mit solch einem Protokoll zufrieden sein werde, weil es die Haltung kenne, die das Baltikum zu unserem Vorschlag an Polen einnehme.

Ich sagte, dass wir meiner Meinung nach wohl kaum das Einverständnis der baltischen Länder einholen müssten, weil das Protokoll ihnen auf keinen Fall einen Schaden zufügen, sondern im Gegenteil ihre internationale Stellung festigen werde. Auf die Frage Nadolnys, wie wir uns zu einer Erklärung verhalten würden, wenn beispielsweise England sein Interesse an einer Unabhängigkeit der UdSSR bekunde, antwortete ich, wenn England Japan erklären würde, dass es an einer Unabhängigkeit unserer Territorien interessiert sei, so würden wir wohl kaum dagegen protestieren.

Nadolny sagte, dass er in meinem Vorschlag einen ersten Schritt zur Verbesserung der Beziehungen sehe und dies sehr schätze, unabhängig davon, wie die Antwort seiner Regierung auf den Vorschlag ausfallen werde. Ich erklärte N[adolny], dass ich mit der Diskretion der deutschen Regierung rechne, da ich eine Erörterung unseres Vorschlages im gegenwärtigen Zeitpunkt in der Presse für nicht wünschenswert hielte.

N. fragte, ob es nicht möglich wäre, das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland wohlwollend zu kommentieren⁹ und die Ausfälle unserer Presse gegen Deutschland generell wenigstens etwas abzuschwächen¹⁰.

LITVINOV

Vermerk [von M. M. Litvinov]: an Št[ern].

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 29. III. 34.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 574 vom 29. 3. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, die [Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 86–84. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 94, S. 214–215¹¹.

⁹ Nach der Mitteilung über die Unterzeichnung des Abschlussprotokolls der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen (Pravda vom 28. März 1934) und des Echos in der deutschen Presse (Izvestija vom 28. März 1934), konnten in den erwähnten Zentralzeitungen zu diesem Thema keine weiteren Presseveröffentlichungen ermittelt werden.

¹⁰ Zu Nadolnys Bericht über das Gespräch mit Litvinov vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 362, S. 666–668, hier S. 667.

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 408

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Heeres- und
Marineangelegenheiten Vorošilov und des Stellv. Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim

Expl. Nr. 4

TAGEBUCH

N. N. KRESTINSKIJS

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS WÄHREND DES ESSENS BEIM
DEUTSCHEN BOTSCHAFTER NADOLNY, 28. März 1934

Nadolny gab am 28. März in der Botschaft zu Ehren von Gen. Vorošilov ein Essen, zu dem von unserer Seite außer Gen. Vorošilov Rozengol'c, Bubnov, ich, Karachan, Egorov, Štern und noch einige Genossen geladen waren.

Gen. Vorošilov, ich und Nadolny gingen nach dem Essen in dessen Dienstzimmer und es fand folgendes Gespräch statt, das ich aus dem Gedächtnis knapp wiedergebe.

Nadolny stellte mit Befriedigung fest, dass vor einigen Tagen in Berlin das Abkommen zwischen Vejcer und deutschen Wirtschaftskreisen zu einer Reihe von Wirtschaftsfragen zustande gekommen sei¹. Obgleich die Verhandlungen, wie Nadolny meint, zum Vorteil für die sowjetische Seite endeten und die Deutschen uns mehr zugestanden hätten, als es seiner Meinung nach nötig gewesen wäre, freue er sich dennoch über das Abkommen, weil es der erste Lichtblick vor dem dunklen Hintergrund der in letzter Zeit vergifteten sowjetisch-deutschen Beziehungen sei. In diesem Zusammenhang begrüße er auch den heutigen Vorschlag Litvinovs, ein sowjetisch-deutsches Protokoll zu unterzeichnen, welches die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantiert². Unbeschadet dessen, ob es zu einer Verständigung zu diesem Protokoll kommen werde oder nicht, erblicke er allein schon in der Tatsache des Vorschlages ein Zeichen unseres Vertrauens gegenüber Deutschland und einen Beleg für den Wunsch der sowjetischen Seite, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern.

Da den Ausführungen Nadolnys zu entnehmen war, dass er nicht unbedingt mit einer positiven Antwort Berlins auf den Vorschlag Litvinovs rechne, haben wir versucht, Nadolny verständlich zu machen, dass eine negative Antwort auf ****unseren****³ Vorschlag von der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt als ein Beweis dafür aufgefasst werden könnte, dass die deutsche Regierung aggressive Absichten gegenüber den baltischen Staaten hege. Eine negative Antwort werde vor allem von der öffentlichen Meinung im Baltikum und in der Sowjetunion in diesem Sinne aufgefasst werden⁴.

¹ Am 20. 3. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 85, S. 195–197.

² Vgl. Dok. 407.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Laut Nadolnys Bericht über diese Unterredung, den er am 29. 3. an das Auswärtige Amt schickte, bestätigte Vorošilov die Ausführungen Krestinskij's. Auf die entsprechende Frage des Botschafters, „ob er den Vorschlag kenne, entgegnete er: „Natürlich, ich bin doch Mitglied der Re-

Nadolny sagte, er persönlich meine, dass die Frage bezüglich der Garantie der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit Estlands und Lettlands keinen Widerspruch hervorrufen werde. Anders würde es sich aber bei Litauen verhalten, weil ein Teil des ehemaligen deutschen Territoriums nun zu Litauen gehört, und zwar das Memel-Gebiet. Bei einer Garantie der Unversehrtheit Litauens würde die deutsche Regierung erneut den Versailler Vertrag bestätigen, was für die momentane Regierung außerordentlich schwer und überhaupt wohl kaum annehmbar wäre. Ihm gebe das im Vertrag verwendete Wort „Unversehrtheit“ zu denken.

Wir antworteten, wenn das Protokoll lediglich die Unabhängigkeit der Staaten garantieren würde, so könnten die Deutschen z. B. den Hafen von Libau besetzen und ihn von Lettland abtrennen, ohne dabei die Unabhängigkeit Lettlands, allerdings in verringerten Grenzen und ohne Libau, in Frage gestellt zu haben. Eine solche Haltung wäre glatt eine offene Aggression gegenüber Lettland, zugleich würde sie aber dem Buchstaben des Protokolls nicht widersprechen, weil Lettland unabhängig bliebe. Um eine solche Interpretation des Protokolls auszuschließen, sprächen wir nicht nur von Unabhängigkeit, sondern auch von der Unversehrtheit.

Nadolny sagte, falls man den Punkt über die Unversehrtheit aufrechterhalten wolle, so komme man nicht umhin, einen Vorbehalt bezüglich des Memel-Gebietes einzufügen.

Wir sagten, dass solch ein von Deutschland unterbreiteter Vorschlag wohl kaum dazu geeignet wäre, sich günstig auf den Verlauf der Verhandlungen auszuwirken. Dabei brachten wir unsere Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass sich Deutschland derartig vehement an ein unbedeutendes Stückchen seines ehemaligen Territoriums klammere. Wir würden uns dagegen damit einverstanden erklären, die Unversehrtheit der baltischen Staaten zu garantieren, unabhängig davon, dass Finnland, Estland und Lettland vollständig sowie ein großer Teil Litauens zum Territorium des ehemaligen Russischen Reiches gehört hätten. Deutschland hingegen schwanke, unseren Vorschlag wegen des Memel-Gebietes, das klein und von geringem Wert sei, anzunehmen.

Nadolny sagte, dass ihm die im Protokoll verwendete Formulierung „die früher zum Russischen Reich gehörten“ sehr gefalle. Diese Formulierung könnte den Deutschen vielleicht die Möglichkeit verschaffen, ohne irgendwelche territoriale Vorbehalte auszukommen.

Er persönlich lege sich darüber Rechenschaft ab, welche Bedeutung das von Litvinov vorgeschlagene Protokoll für die sowjetisch-deutschen Beziehungen haben könnte. Er verstehe auch, in welchem Sinne eine negative Antwort Deutschlands ausgelegt werden würde. Deshalb werde er persönlich gegenüber der deutschen Regierung darauf bestehen, unseren Vorschlag anzunehmen⁵.

Danach gingen wir zum momentanen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen über. Wir verwiesen darauf, dass vor 11–12 Jahren (als Krestinskij als Bevollmächtigter Vertreter nach Deutschland kam)⁶, deutsche Regierungskreise of-

gierung'. Der Vorschlag ist also nicht eine Anregung von Litwinow allein, sondern hat der Regierung vorgelegen.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 364, S. 669.

⁵ Vgl. Dok. 409.

⁶ Krestinskij war seit Ende Oktober 1921 Bevollmächtigter Vertreter der RSFSR/UdSSR in Deutschland.

fizielle Beziehungen zu weißgardistischen Kreisen und zu Vertretern von Emigrantenregierungen unterhalten hätten. Erst nach Abschluss des Rapallo-Vertrages hätten diese Beziehungen ihren offiziellen Charakter eingeübt. Nichtsdestotrotz hätten auch nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrages führende deutsche politische Kreise für eine gewisse Zeit noch die weißgardistische Emigration unterstützt, da sie immer noch mit einem konterrevolutionären Umsturz in der Sowjetunion gerechnet hätten. Erst allmählich habe sich auch diese Situation verändert, und sowohl die deutsche Regierung als auch die deutsche Öffentlichkeit hätten freundschaftliche Beziehungen zur sowjetischen Regierung und zur sowjetischen Öffentlichkeit hergestellt.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten hätten die neuen herrschenden Kreise Deutschlands jedoch gegenüber der Sowjetunion und der Weißemigration eine jähe Wende vollzogen. Wir seien gewissermaßen in das Jahr 1921 zurückgekehrt: Regierungskreise sympathisierten mit den Weißemigranten, legten auf ihre Meinung wert, unterstützten sie auf jegliche Weise und bauten darauf, dass sie in der UdSSR an die Macht zurückkehren würden. Es sei absolut selbstverständlich, dass jene Politiker, die die Wiederherstellung der noch bis vor Kurzem bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR wünschen, ihre ganzen Bemühungen daran setzen müssten, die Unterstützung der russischen Weißemigration durch die derzeitige Regierung Deutschlands einzustellen.

Nadolny antwortete, dass es besser wäre, nicht über die Emigration zu sprechen. Denn es gebe in der Sowjetunion immerhin eine deutsche ***kommunistische***⁷ Emigration, und nicht nur diese. Bei uns genieße diese Emigration Freundschaft und Unterstützung. Allerdings erkläre die sowjetische Regierung unablässig, dass sie nichts mit der Komintern zu tun habe und die deutsche kommunistische Partei nicht unterstütze. Die deutsche Regierung stelle diese Verlautbarungen nicht in Frage, doch sie fordere ihrerseits, dass wir ihren offiziellen Erklärungen Glauben schenken, wonach sie russischen und ukrainischen Emigranten keinerlei Unterstützung in ihrem Kampf gegen die sowjetische Regierung gewähre.

Wir antworteten, dass die deutschen Kommunisten bei uns das gleiche Recht auf Asyl genössen, wie es im vergangenen Jahrhundert die ideologischen Gegner der zarischen und anderer reaktionärer Regierungen in der bürgerlichen Schweiz und in England genossen hätten. Wir verstünden nicht die Ironie, die bei einigen Ausführungen Nadolnys durchschien, als er davon gesprochen habe, dass die deutsche Regierung unseren Erklärungen bezüglich der Nichteinmischung der sowjetischen Regierung in die inneren Angelegenheiten ***anderer***⁸ Staaten keinem Zweifel unterziehe. Diese unsere Erklärungen entsprächen voll und ganz der Realität. Nehmen wir als Beispiel die letzten Ereignisse in Österreich⁹. Verstehe Nadolny tatsächlich nicht, dass alles einen anderen Verlauf genommen und vielleicht andere Ergebnisse gezeitigt hätte, wenn die sowjetische Regierung es als angebracht erachtet hätte, in die Kämpfe in Wien, in welcher Form auch immer, einzugreifen. Denn die österreichische Armee und die Polizei stellten keine so große

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Vgl. Dok. 382, Anm. 8.

Kraft dar, dass einige Tausend gut bewaffnete österreichische Arbeiter nicht in der Lage gewesen wären, im Kampf gegen beide zu bestehen, wenn diese Arbeiter nur eine echte politische und militärische Führung gehabt hätten. Nadolny wisse aber, dass es gerade eine derartige politische und militärische Führung nicht gegeben habe, und damit erkläre sich jene Leichtigkeit, mit der die Regierung Dollfuß ihren Sieg erringen konnte. Dies sei der schlagende Beweis dafür, dass die sowjetische Regierung konsequent das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten befolge.

Anders verhalte es sich in Deutschland, wo sich die weißgardistischen Elemente, die durch die langen Jahre der Emigration demoralisiert seien und jegliche Vorstellung von Ehre verloren hätten, von der nationalsozialistischen Partei organisiert und bewaffnet würden, wahrscheinlich nicht ohne eine gewisse Hilfestellung seitens von Regierungsorganisationen.

Nadolny beharrte weiterhin hartnäckig darauf, dass sich die Haltung unserer Regierungsorgane zur deutschen politischen Emigration in der UdSSR und der deutschen Regierung zur Weißemigration in Deutschland absolut gleiche und wir lieber nicht die Emigrationsfrage berühren und auf gegenseitige Beschuldigungen verzichten sollten, die sich auf die Lage der Emigration in unseren Ländern bezögen.

Nadolny wollte nicht akzeptieren, dass die Schuld für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bei der deutschen Seite liege.

Wir machten Nadolny darauf aufmerksam, dass es bei uns in der Sowjetunion seit Anfang 1933 keinerlei Veränderungen gegeben habe, weder ¹⁰in der Zusammensetzung unserer Regierung noch in der sozialpolitischen Struktur unseres Staates, noch in unseren außenpolitischen Grundsätzen. Wir seien deshalb bereit gewesen, die früheren Beziehungen mit Deutschland aufrechtzuerhalten. Dagegen seien in Deutschland jähe Veränderungen in allen Bereichen der Außen- und Innenpolitik eingetreten. Nicht wir, sondern Deutschland habe die früheren sowjetisch-deutschen Beziehungen zur Disposition gestellt. Die deutsche Regierungspartei habe in ihrem Programm die bewaffnete Intervention gegen die Sowjetunion verankert, und von diesem Punkt ihres Katechismus habe sie sich bislang nicht losgesagt. Allein die Art, wie Nadolny die Emigrationsfrage aufwerfe, unterscheide sich sehr stark von dem, was wir von ¹¹seinem Vorgänger und von früheren deutschen Regierungen zu hören bekommen hätten. Uns sei früher nie vorgeworfen worden, dass bei uns in der Sowjetunion eine verhältnismäßig kleine Anzahl von in Deutschland verfolgten Kommunisten Zuflucht gefunden hat. Zugleich hätten sich die deutschen Regierungskreise stets von jeglicher Solidarität mit der Weißemigration distanziert. Ungeachtet seiner formellen Erklärungen hinsichtlich der strikten Nichteinmischung in unsere inneren Angelegenheiten verteidige Nadolny nunmehr bis zu einem gewissen Grade das Recht der deutschen Regierungskreise, die antisowjetische Weißemigration zu unterstützen.

Im weiteren Gespräch kehrte Nadolny zur Erklärung bezüglich des Wunsches der derzeitigen deutschen Regierung zurück, die frühere Politik der Freundschaft

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

zur UdSSR fortzuführen. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Regelung aller Wirtschaftsfragen sowie auch der von Litvinov unterbreitete politische Vorschlag Meilensteine auf dem Wege zur Wiederherstellung der früheren Beziehungen sein mögen. Nichtsdestoweniger gab er keine Erklärungen ab, die seine Ausführungen zur Emigration desavouiert hätten, sondern er kam einfach nicht mehr auf dieses Thema zurück.

Das Gespräch verlief selbstverständlich in einem friedlichen, sogar freundschaftlichen Ton und Nadolny zeigte sich davon sehr angetan, dass es ihm gelungen war, Gen. Vorošilov zu Gast zu haben und mit ihm einen ****Meinungsaustausch****¹² zum Wesen der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu führen.

N. Krestinskij

Vermerk N. N. Krestinskij: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1537 vom 7. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. [Die Expl.] 1–4 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID] das 5. [Expl.] an die 2. West[abteilung], das 6. nach Berlin, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 46–51. Kopie.

*Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 95, S. 215–220*¹³.

Nr. 409

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 3. April 1934 2.43 Uhr

Ankunft: 3. April 6.45 Uhr

Geheim

Nr. 71 vom 2. 4.

IV Ru. 1581

Im Anschluss an Telegramm [Nr.] 64.¹

Meine Stellungnahme zu Vorschlag Litwinows (Telegramm Nr. 63)² darf ich noch folgendermaßen erläutern und ergänzen: Meine Bedenken betreffen erstens Memel, zweitens Umstand, dass für gewünschte Zusicherung hinsichtlich des Baltikums keinerlei Anlass von unserer Seite vorliegt, und drittens Wirkung der Vereinbarung bei baltischen Staaten, wobei Tatsache offizieller Notifizierung an diese Staaten, oder Unterlassung einer solchen, keine wesentliche Rolle spielen dürfte. Man braucht m.E. nicht so weit zu gehen, Litwinow zu unterstellen, dass er uns nur aufs Glatteis führen will. Denn in der Tat sind hier im Hinblick auf nationale Regungen in Lettland und Estland, die man auf nationalsozialistisches Konto

¹² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹³ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 364, S. 669–670.

² Vgl. Dok. 407 und ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 362, S. 666–668.

schreibt und mit These vom deutschen Drang nach Osten verknüpft, Befürchtungen wegen deutscher Absichten auf Baltikum vorhanden; auch sind Ablehnung Lettlands und Estlands bei russisch-polnischen Demarchen – im Gegensatz zu klarer Haltung Finnlands – wohl doch nicht so entschieden gewesen, wie man es hinterher uns gegenüber dargestellt hat³, und es sind anscheinend auch Russen gegenüber Äußerungen gefallen, dass Befürchtung deutschen Vordringens am besten durch Erklärung deutscher Regierung selbst der Boden entzogen würde. Trotzdem würde deutsch-russische Vereinbarung Staaten wohl ebenso wenig angenehm sein wie polnisch-russische und uns eher in schiefes Licht setzen als nützen können.

Andererseits würde Ablehnung Angebots hier nicht nur als Bestätigung unserer imperialistischen Absichten – die man freilich nötigenfalls durch einseitige Erklärung unsererseits gegenüber baltischen Staaten entkräften könnte –, sondern geradezu als Zurückweisung der uns dargebotenen Friedenshand aufgefasst und ausgenutzt werden und bereits jetzt gespannte Beziehungen wesentlich verschlechtern. Gute Beziehungen zur Sowjetunion aber sind uns wohl aus politischen wie auch besonders aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht. In letzterer Hinsicht möchte ich außerdem darauf hinweisen, dass nach meinen bisherigen Beobachtungen hiesige Situation für uns wahrscheinlich in Kürze grundlegende Entscheidungen notwendig machen wird und dass auch im Hinblick hierauf Herstellung eines guten politischen Verhältnisses zur Sowjetunion erforderlich, das ihr für deutschfeindliche Politik so wenig wie möglich Raum lässt. Näheres hierüber muss ich mündlichem vertraulichen Vortrag vorbehalten, zu dem ich mich bald nach Berlin zu rufen bitte.

Allerdings hat m.E. Abschluss einer für Herstellung guter Beziehungen bestimmten Vereinbarung mit Sowjetunion nur dann Zweck, wenn dadurch die dem guten Verhältnis entgegenstehenden Hindernisse auch wirklich beseitigt werden. Diese aber bestehen nicht in deutschen imperialistischen Absichten auf Baltikum, sondern in allgemeinem Misstrauen, in politischen Absichten des anderen Teils und in Gegnerschaft der beiderseitigen Regimes. Da Berliner Vertrag augenscheinlich nicht substantiiert genug, um dies auszuschließen, sollte Vereinbarung Vertrag entsprechend vervollständigen. Insbesondere könnte er hinsichtlich der mit den Nachbarn zu betreibenden Politik noch ausdrücklich dahin klargestellt werden, dass man sich vor jeder die Nachbarn betreffenden politischen Aktion mit dem andern Teil ins Benehmen zu setzen hat; was aber Verschiedenheit des Regimes anbetrifft, so sollte Ängstlichkeit beide Teile verpflichten, überhaupt auf ihrem Gebiet keine Bewegung und keine Veröffentlichung zu dulden, die gegen Bestand und Regime des andern gerichtet ist. Zweifellos werden sich Sowjetleute gegen zweite Abmachung mit Rücksicht auf Komintern sträuben. Aber es ist m.E. unerlässlich, dass auch in dieser Hinsicht einmal möglichst reiner Tisch gemacht wird, und sicherlich werden wir, wenn die Dinge an die Öffentlichkeit kommen, mit unserem Verlangen mehr Beifall in Welt haben als Herr Litwinow mit Verlangen nach Sicherung Baltikums.

Hiernach sollten wir m.E. antworten, dass auch wir gern bereit, beiderseitigen Willen auf Verbesserung politischer Beziehungen durch Vereinbarung zu konkretisieren und Anregung daher begrüßen. Wir hielten es aber nicht für zweckmä-

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 187, S. 359–360.

ßig und genügend, Vereinbarung auf baltische Staaten zu beschränken, zumal wir keine der Absichten hegten, die vorgeschlagenes Protokoll nötig machen. Wir schlagen deshalb vor, Vereinbarung auf allgemeine Basis zu stellen und als Ergänzung Berliner Vertrags Abmachungen zu treffen, die notwendig seien, um zwischen beiden Staaten alle bestehenden Hindernisse guter Beziehungen auszuräumen und für Zukunft eine hierdurch nicht gestörte freundschaftliche Politik sicherzustellen. Antwort könnte gleich entsprechende Formulierung als Gegenentwurf enthalten oder auch Gegenstände der gewünschten Vereinbarung zunächst nur allgemein angeben.

Nadolny

Auf dem ersten Blatt Verteilerstempel: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Abt. IV (Arb.-Expl.) gerichtet.

PA AA, R 31500, Bl. E 497799–497802.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 375, S. 684–686.

Nr. 410

Aufzeichnung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 193/s¹

Berlin, 3. April 1934

ANALYSE DER JÜNGSTEN AUßENPOLITIK DEUTSCHLANDS.

Im Mittelpunkt der Außenpolitik Hitlers steht momentan die Aufrüstung Deutschlands. Im Lande wird dazu verdeckt, halbverdeckt und mitunter auch unverhüllt alles unternommen, um bereits jetzt die Reichswehr aufzustocken, ihre Reserven aufzufüllen und eine ausreichende Anzahl von Waffen bereit zu stellen, von Geschützen und bis zu Flugzeugen. Um diese ^{**}Arbeit^{**2} zu bewerkstelligen, braucht Hitler aber Zeit und Geld. Um Zeit zu gewinnen und ausländische Kredite zu bekommen, nahm Hitler zu den ^{**3}bekannten pazifistischen Manövern Zuflucht und ist bereit, eine Militärkonvention abzuschließen, die die deutsche Aufrüstung legalisieren und damit die internationale Stellung Deutschlands festigen würde. Die letzte Note der deutschen Regierung an Frankreich⁴ ist, wie Sie wissen, in einem sehr versöhnlichen Ton abgefasst worden, und hinsichtlich des Völkerbundes werden sogar vielversprechende Andeutungen gemacht. Wir wissen nicht nur allein aus dieser Note, sondern auch von unseren politischen Informanten, dass in deutschen Regierungskreisen die Rückkehr in den Völkerbund ernsthaft erörtert wird, vorausgesetzt, die Konvention wird abgeschlossen. Hitler ist bereit,

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Politik.

³ Das an dieser Stelle stehende Wort „uns“ ist gestrichen.

⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 321, S. 584–588.

auch in der Frage der Sturmabteilungen Zugeständnisse zu machen. In der Note wird dazu nichts ausgeführt, doch wir wissen zuverlässig, dass Hitler im Gespräch mit Eden⁵ die Möglichkeit von Zugeständnissen auf diesem Gebiet angedeutet hat. Hier macht sich nicht nur der internationale Druck, sondern auch ein innenpolitisches Erfordernis bemerkbar: Die Sturmabteilungen werden immer unbequemer, weil sich bei ihnen der Radikalisierungsprozess fortsetzt. Es halten sich hartnäckig Gerüchte, dass die Bombe Unter den Linden⁶ von einem SA-Mann geworfen wurde und einen der SA-Führer (man spricht von Ernst) treffen sollte. Deshalb denke Hitler ernsthaft daran, die Sturmabteilungen bedeutend zu verringern, eine neue Säuberung durchzuführen usw.

Die Finanzlage Deutschlands ist außerordentlich angespannt, und Sie wissen sicherlich aus der Presse, dass die Devisen Deutschlands für die Bezahlung von Rohstoffeinkäufen lediglich bis Juni/Juli reichen. Es kursieren ernstzunehmende Gerüchte über eine Geldabwertung. Finanzminister Schwerin von Krosigk führte in seiner letzten Rede offen aus, dass Deutschland nur auf Kosten der Zukunft, d.h. auf Kosten von Darlehen, leben könne. Es gibt Informationen darüber, dass Schacht beabsichtige, nach Amerika zu reisen, um dort Rembourskredite⁷ zum Kauf von Rohstoffen zu beschaffen. Bei einer solchen Finanzlage gestaltet sich die Aufrüstung Deutschlands sicherlich sehr schwer, indessen hat sie aber bereits begonnen und wird verstärkt betrieben. Hitler hofft, dass die Unterzeichnung der Konvention ihm eine vorübergehende psychologische, und, im Falle von Krediten, ebenso eine ökonomische Atempause verschafft. Dann wird man ungestört die Aufrüstung Deutschlands vorantreiben können.

Wenn sich hinsichtlich der Finanzen die Hoffnungen hauptsächlich, aber dennoch unbegründet, auf Amerika richten, so entfaltet sich das politische Spiel in erster Linie in Richtung Frankreich und England.

Hitler, der auf die Unterstützung seiner antisowjetischen Pläne durch die Konservativen rechnet und bestrebt ist, das Vermittlungslavieren der Engländer zwischen den Deutschen und Franzosen auszunutzen, richtet sein Hauptaugenmerk nach wie vor auf England. Und die englische Diplomatie hat in der Tat den Deutschen in der letzten Zeit nicht geringe Dienste erwiesen. Darauf werde ich aber nicht eingehen, da hier ohnehin alles hinlänglich klar ist.

Bei weitem interessanter sind die weniger bekannten Versuche Hitlers, sich direkt mit den Franzosen zu verständigen. Vor etwa eineinhalb Monaten fand in Köln in der Wohnung des deutschen Industriellen Haniel erneut ein von Papen organisiertes Treffen zwischen französischen und deutschen Industriellen statt. Es liegen Erkenntnisse vor, dass Hitler versucht hat, den bekannten rechten französischen Abgeordneten Ybarnégaray nach Berlin einzuladen. Auch der Herrn-Klub⁸ setzt seine Vermittlungstätigkeit fort. François-Poncet unternimmt seinerseits

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 271, S. 504.

⁶ Am 21. 3. 1934 gegen 14.00 Uhr explodierte vor dem Haus Nr. 76 (Ecke Unter den Linden/ Wilhelmstraße) eine Bombe. Der Presse wurde nahegelegt, über diesen Zwischenfall nichts zu berichten. Vgl. NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 2: 1934, Dok. 388, S. 150.

⁷ Eine Form der kurzfristigen Bankkreditierung von Handelsgeschäften.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Der 1924 gegründete Deutsche Herrenklub war eine Vereinigung von Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Bankiers, hoher Ministerialbürokratie und Personen des öffentlichen Lebens; 1933 wurde er in „Deutscher Klub“ umbenannt.

nicht geringe Anstrengungen, um ein französisch-deutsches Abkommen herbeizuführen und Treffen jeglicher Art zwischen französischen und deutschen Politikern zu organisieren. Dieser Tage frühstückte Göring bei François-Poncet, der vorsorglich in der Presse erklärte (und dies ist nicht zum ersten Mal), dass es keinen Hinderungsgrund für eine Übereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland gebe und die Hauptgefahr für Frankreich nicht Hitler, sondern der deutsche Kommunismus sei. Poncet ist weiterhin bestrebt, die Kontakte zwischen den französischen und deutschen Militärs wieder in Gang zu bringen. So fanden unlängst in Deutschland Pferderennen unter Beteiligung französischer Offiziere statt. Die hiesige französische Botschaft und die französischen Journalisten sind fast ausnahmslos Anhänger einer Übereinkunft mit Deutschland und prophezeien den Abschluss einer Konvention, da es für Frankreich angeblich keine andere Alternative gebe. Weder England, noch Italien, ja nicht einmal Polen unterstützen Frankreich in der Abrüstungsfrage, und folglich bleibt den Franzosen nichts anderes übrig, als Zugeständnisse zu machen ⁹⁾. François-Poncet stellt die Frage so: entweder Präventivkrieg oder Verständigung mit den Deutschen. Da wir, wie er fortfährt, keinen Krieg führen wollen und auch nicht können, bleibt uns nur der Weg einer Übereinkunft übrig. Er wird nicht müde, die französische Regierung in seinen Berichten und Depeschen in diese Richtung zu lenken.

Diese französische Haltung macht sich zweifellos auch bei den französischen Verbündeten bemerkbar. Wir sehen, dass zunächst Polen, danach Belgien und schließlich Jugoslawien den Weg direkter Verhandlungen mit Deutschland einschlagen oder ernsthaft darüber nachzudenken beginnen bzw. zu Zugeständnissen gegenüber Deutschland aufrufen. Diese Länder werden zweifellos nicht nur durch die Doppeldeutigkeit der französischen Politik, sondern auch durch die englische Diplomatie in diese Richtung gestoßen. Wir verfügen über Informationen, dass auch die Tschechoslowaken direkte Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen haben, deren Ziel darin besteht, eine gewisse Entspannung der politischen Atmosphäre zwischen beiden Ländern zu erreichen.

Polen, das bereits mit Deutschland ein Abkommen abgeschlossen hat¹⁰⁾, reagierte auf den Zickzack-Kurs der französischen Außenpolitik entschiedener als die anderen. Dabei spielte verständlicherweise der Umstand eine herausragende Rolle, dass Polen nicht nur stets mit der Möglichkeit eines Verrats seitens Frankreich und eines direkten französisch-deutschen Komplotts rechnet, sondern auch mit der Unausweichlichkeit eines Krieges im Fernen Osten, der wahrscheinlich mit einer Niederlage der UdSSR in diesem Krieg endet. Für diesen Fall benötigt Polen freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland. Uns liegen jedoch keine Informationen vor, dass ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland über jene offiziellen Erklärungen hinausgehen würde, die in der Presse erschienen sind. Die Anzahl dieser Erklärungen und Pakte wächst allerdings von Tag zu Tag, und dies ist verdächtig. Höchst verdächtig erscheint auch die Zurückhaltung Becks in

⁹⁾ An dieser Stelle fügte Chinčuk handschriftlich ein: ^{x)} Die Einberufung des Büros der Abrüstungskonferenz für den 10. 4. lässt tatsächlich den Gedanken aufkommen, als ob es eine gewisse Übereinkunft gibt.

¹⁰⁾ Gemeint ist die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 26. 1. 1934; vgl. Dok. 349, Anm. 1.

Moskau¹¹. Am wahrscheinlichsten ist dennoch, dass Polen momentan keine konkrete Koalition wünscht. Die Polen wollen offensichtlich sowohl mit unserer als auch mit der deutschen sowie mit der französischen Karte spielen, von ihren Verbindungen zu den Engländern ganz zu schweigen. Die Lage ist für sie günstig, und aus dem Flirt mit den Deutschen haben sie bereits beträchtliche Vorteile gezogen. Die Polen haben unter Ausnutzung des pazifistischen Manövers der hitlerischen Außenpolitik faktisch ein Ost-Locarno und den Verzicht auf eine revisionistische Propaganda (zumindest offiziell) abgerungen. Ich denke nicht, dass der Preis dafür irgendein Geheimabkommen mit Hitler war. Hitler hat von ihnen auch ohne dies reichlich bekommen: Hitler hat mit dem Abkommen mit Polen den Ring der internationalen Isolierung Deutschlands gesprengt und das außerordentlich wichtige polnische Glied aus dem Gefüge der französischen Verbündeten heraus gebrochen. Das Abkommen mit Polen ist ohne Frage ein Erfolg der deutschen Außenpolitik, obgleich Hitler nicht umhin kam, für diesen Erfolg zu zahlen. Dieser Erfolg beflügelte die hitlerische Diplomatie, und ihre Bemühungen werden sich sehr bald auf eine weitere Desorganisierung des Versailler Lagers richten. Im Mittelpunkt der deutschen Diplomatie werden, wie es aussieht, Brüssel und Belgrad stehen, deren Tendenzen zur Separierung die Deutschen auszunutzen versuchen werden. Glaubt man Bülow, so hegen die Deutschen keine Hoffnungen auf einen Erfolg dieser Verhandlungen.

Im Zuge der Verhandlungen zu dem Abkommen mit den Polen rang er [Hitler] ihnen eine Erklärung bezüglich des Desinteresses Polens in der österreichischen Frage ab. Um sich vor Unannehmlichkeiten im Osten zu schützen, ging Hitler besonders brutal mit den Österreichern um und in der Luft lag ein Aufstandsplan der von der bayerischen SA unterstützten österreichischen Nationalsozialisten. Sie wissen aber, welche Wendung die österreichischen Ereignisse genommen haben¹², in deren Ergebnis die Zerschlagung der österreichischen Sozialdemokratie und der aktiven Politik Mussolinis stand. Wenn die Gegner Deutschlands nicht zu einem Präventivkrieg bereit sind, so stellte sich während des Blutbades in Wien ebenso heraus, dass auch Hitler nicht zu einem bewaffneten Zusammenstoß und zum Überschreiten der österreichischen Grenze bereit ist. Die Konzentration italienischer Truppen am Brenner hat auf Berlin einen recht starken Eindruck gemacht, und die Hitlerleute sahen sich gezwungen, vorübergehend aus dem österreichischen Spiel auszusteigen bzw. die Taktik zu ändern, was eher zutrifft. Hitler versucht, das Dollfuß-Regime lautlos zu untergraben oder aber sich mit ihm zu verständigen, während noch unlängst der Bevollmächtigte Hitlers, Habicht, mit Krieg drohte und Dollfuß über den Münchener Radiosender Ultimaten stellte¹³.

Die Reichswehrkreise waren mit der Politik Hitlers in der Österreich-Frage generell unzufrieden, weil sie den Schwerpunkt nicht in Österreich, sondern in der Aufrüstung sahen. Hierbei war ihnen die italienische Unterstützung außerordentlich wertvoll, unterdessen schien wegen Österreich ein Schlagabtausch mit Italien unausweichlich zu sein. Als dieser Schlagabtausch eintrat und sich offen eine Abkühlung der italienisch-deutschen Beziehungen einstellte, war es die

¹¹ Vgl. Dok. 367, Anm. 1.

¹² Vgl. Dok. 382, Anm. 8.

¹³ Rede vom 19. 2. 1934; vgl. Documents on International Affairs 1933, hrsg. von J. W. Wheeler-Bennett, London 1934, S. 395–396; vgl. auch ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 278, Anm. 3, S. 517.

Reichswehr, die als erste zum Rückzug blies und die Wiederherstellung der italienisch-deutschen Freundschaft im Interesse der Aufrüstung forderte.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR befinden sich die ganze Zeit über im Stadium einer versteckten oder offenen Spannung. Die Leitlinien der Nationalsozialisten und ihrer praktischen Politik uns gegenüber bleiben so wie früher unverändert, d. h. der „Drang nach Osten“ und die Bekämpfung des Welt-Bolschewismus. Seit sich herausstellte, dass eine Intervention gegen uns keine leichte Sache ist und dies eine ernsthafte wirtschaftliche, militärische und diplomatische Vorbereitung erfordert, änderten die Nazis ihre Taktik: der Frontalangriff musste raffinierten Manövern weichen. Ohne die Versuche nach einem antisowjetischen Komplott mit England, Japan, Polen, Frankreich und anderen Ländern aufzugeben, unternahmen die Nazis gegenüber der UdSSR dennoch einige Manöver mit dem Ziel, einen Modus vivendi für eine Übergangszeit zu schaffen, der uns vor einem offenen Zusammenstoß trennen soll. Somit wechseln sich permanente feindliche Auftritte von Regierungsmitgliedern mit wortkargen, jedoch offiziellen „freundschaftlichen“ Erklärungen ab. Es besteht die Absicht, uns als Karte in den Verhandlungen mit den Franzosen und Polen auszuspielen, zumal die Franzosen und die Polen ihrerseits nicht auf sie verzichten. Diese Tendenz zeigt sich allerdings sehr zaghaft und überschneidet sich beständig mit absolut negativen Einflüssen (Rosenberg) uns gegenüber. Die Deutschen gingen dennoch darauf ein, den Journalistenkonflikt aus der Welt zu schaffen, und ließen Dimitrov frei. Die internationale Lage Deutschlands ist nach wie vor sehr schlecht, und Hitler kann eine erneute Verschärfung in den Beziehungen zur UdSSR nicht riskieren.

Die gesamte deutsche Presse schätzt das unlängst unterzeichnete Wirtschaftsprotokoll¹⁴ als einen Schritt in Richtung Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen ein. Nach den Gesprächen mit leitenden Beamten aus den Ministerien für Wirtschaft und Äußeres zu urteilen, wünschen die Deutschen derzeit nicht, die Dollarfrage zu verschärfen, und sind im Gegenteil geneigt, Zugeständnisse zu machen.

So stellt sich aus meiner Sicht die Politik der Deutschen dar, soweit ich sie auf der Grundlage der mir hier in Berlin zur Verfügung stehenden Informationen beurteilen kann.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1566 vom 10. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2.–7. an Gen. Krestinskij, das 8. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 37–40. Original.

¹⁴ Vgl. Dok. 408, Anm. 1.

Nr. 411

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk**

Geheim

Expl. Nr. 4

3. April [1934]

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER der UdSSR IN DEUTSCHLAND,
Gen. CHINČUK

Sehr geehrter Lev Michajlovič,

Wir haben hier noch einmal die Bitte der Deutschen erörtert, ihnen eine Kopie der Hahn belastenden Aussagen und Materialien auszuhändigen, und wir sind bei der früheren Entscheidung geblieben, es bei den Informationen zu belassen, die wir hier Nadolny gegeben haben¹.

Da beim letzten Mal von Neurath Ihnen gegenüber diese Frage aufgeworfen hat², halten wir es für angebracht, Neurath unsere negative Antwort über Sie zu übermitteln³. Hier werde ich Nadolny beim nächsten Treffen sagen, dass Sie Neurath die offizielle Antwort überbringen werden, unser Standpunkt jedoch unverändert geblieben ist. Ihnen sind alle unsere Argumente bekannt. Sie sind in den Gesprächen mit Nadolny zuerst von M. M.⁴ und dann von mir ins Feld geführt worden. Wir haben von Anfang an Nadolny vor das Dilemma gestellt, entweder wird der Fall von einem Gericht geprüft werden oder wir sind, falls die deutsche Regierung dies bevorzugen sollte, damit einverstanden, den Fall durch eine Ausweisung der deutschen Staatsbürger, die in diese Sache verstrickt sind, niederzuschlagen. Im letzteren Fall werden wir uns aber auf keinerlei Erörterungen und Diskussionen einlassen, die sich auf das Wesen des Vorgangs und auf die Beweiskraft der Indizien beziehen. Vor diese Wahl gestellt, erklärte Nadolny im Namen der deutschen Regierung, dass sie es vorziehe, den Fall außergerichtlich auf dem Wege der Ausweisung zu bereinigen. Wir meinen, dass sich die deutsche Regierung, von Gen. Litvinov dahingehend vorgewarnt, mit ihrer Antwort darauf festgelegt hat, künftig auf jegliche Diskussionen über das Wesen der den deutschen Staatsbürgern angelasteten Vergehen zu verzichten.

Wir fordern von der deutschen Regierung nicht, Hahn als schuldig anzuerkennen. Wir verweisen jedoch darauf, dass seine weitere Arbeit in der UdSSR angesichts der von unseren Organen erhobenen Vorwürfe, die nicht im Rahmen eines Gerichtsprozesses entkräftet worden sind, unzumutbar und nicht möglich ist. Daher bestehen wir auf seine Abberufung aus der UdSSR.

Ich denke, dass die Deutschen in dieser Frage keinen Widerstand leisten und sich damit einverstanden erklären werden, Hahn abuberufen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Vgl. Dok. 390.

² Vgl. Dok. 403, Anm. 10.

³ Vgl. Dok. 416.

⁴ Litvinov. Vgl. Dok. 375.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Le[vin] 5. IV. 34

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 643 vom 4. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Kopien: an Gen. Litvinov, an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 90–89. Kopie.

Nr. 412

**Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär
im AA von Bülow**

Moskau, den 5. April 1934

Lieber Bülow!

Besten Dank für Ihr Telegramm vom 3. April¹ mit der Mitteilung Ihrer Auffassung über Litwinoffs Vorschlag und über die Anregungen, die ich dazu gegeben habe².

Trotz Ihrer Ablehnung möchte ich es versuchen, Sie doch noch meiner Ansicht näherzubringen. Bitte glauben Sie nicht, dass ich dabei der bekannten Tendenz vieler Diplomaten folge, die Bedeutung des Landes, wo sie beglaubigt sind, und die Wichtigkeit guter Beziehungen zu diesem Lande zu hoch zu veranschlagen. Ich habe mich aber in den Monaten meiner hiesigen Tätigkeit davon überzeugt, dass die *Lage in Russland tatsächlich ganz anders ist, als sie bei uns eingeschätzt wird*³. Ich selbst bin hier zuerst, das bekenne ich offen, einfach auf den Pfaden der Tradition gegangen und hielt es für unsere, vielleicht nicht einmal allzu schwer zu erfüllende Aufgabe, die Position, die Deutschland seit alters her hier besessen hatte, wieder zu gewinnen und zu behaupten. Diese meine Auffassung habe ich aber gründlich revidieren müssen, und ich glaube jetzt, dass es sich bald gar nicht mehr um unsere Stellung hier, sondern um ganz andere Dinge handeln wird. Meiner Überzeugung nach werden wir vor allem auf dem wirtschaftlichen Gebiet unsere Politik gegenüber Russland unter ganz anderen Gesichtspunkten handhaben und wohl auch entsprechend ändern müssen. Es wird m.E. zu Auseinandersetzungen sehr einschneidender Natur kommen müssen, und zwar wird sich das kaum lange aufschieben lassen. Diese Auseinandersetzungen würden aber natürlich bedeutend erschwert, wenn sie in eine Periode politischer Spannung fielen. Deshalb erscheint es mir so wichtig, die gebotene Gelegenheit zu benutzen, um die Beziehungen auf dem eigentlich politischen Gebiet möglichst zu verbessern und so reibungslos zu gestalten, wie das zwischen Ländern mit so verschiedener Grundeinstellung nur sein kann.

Ich möchte Sie bitten, die ganze Frage noch einmal unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte zu betrachten. Sie scheint mir so wichtig, dass ich *gern* Ihnen *selbst*⁴ und allen, die bei der Entscheidung mitzuwirken haben, *einge-

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 376, S. 686.

² Vgl. Dok. 409.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Die Wörter sind unterstrichen.

hend darlegen möchte, wie es hier in der Sowjetunion in Wirklichkeit aussieht und was wir meiner Ansicht nach zu erwarten haben. Das lässt sich aber nur mündlich machen. Deshalb wäre ich dankbar, wenn ich bald nach Berlin gerufen würde*⁵.

In der Hoffnung, bald von Ihnen zu hören⁶, und mit bestem Gruß

stets Ihr

Nadolny

*Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.
Stempel: Hat dem Herrn R.M. vorgelegen. Ko[tze] 8. [4.]. Paraphe M[eyers] 9/4.*

PA AA, R 31500, Bl. E 497777–497779.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 382, S. 695–696.

Nr. 413

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat Hilger

GEHEIM

Nr. 17863

7/IV-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT HILGER, 5. April 1934

1. H[ilger] erinnerte mich daran, dass er vor einigen Tagen darum gebeten habe, ihn zu unterrichten, ob wir ein Telegramm aus Mandschukuo über die Inthronisierung von Pu Yi² erhalten haben. Ich versprach H., ihm die erbetene Auskunft später zu geben.

2. H. erinnerte mich erneut an den Fall Müller-Hauf, dem die Ausstellung eines Einreisevisums verweigert worden ist.

3. H. kehrte zur Frage der ehemaligen Konzession „Krupp-Manyč“³ zurück. Er teilte mir mit, dass morgen die Frist für die Übergabe der Erklärung über die Bildung eines Schiedsgerichtes durch den Konzessionär endet. H. machte mich darauf aufmerksam, dass die Forderungen von „Krupp-Manyč“ vollauf begründet seien. Ich antwortete H., dass diese Frage nicht in die Zuständigkeit des NKID falle und ich mich deshalb nicht in diese Angelegenheit einmischen könne, zumal die Verhandlungen augenscheinlich noch nicht zum Abschluss gebracht worden seien. Darauf stellte H. fest, dass die Botschaft in Berlin sehr oft an das Auswärtige Amt Fragen richte, die absolut nicht zu dessen Kompetenz gehörten.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Bülow schrieb am 9. 4. 1934 an Nadolny u. a.: „Je nachdem, wie die Russen auf unsere Antwort [Ablehnung des Balten-Paktes] reagieren, werden wir Sie bald oder demnächst herbitten.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok 391, S. 716.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Die Krönung zum Kaiser erfolgte am 1. 3. 1934.

³ Die russisch-deutsche landwirtschaftliche Genossenschaft „Manytsch-Krupp“ wurde im Oktober 1928 im Okrug Sal'sk, Region Nordkaukasus, gegründet. Sie war auf die Züchtung von Merino-Schafen spezialisiert. Die Genossenschaft wurde im Oktober 1934 liquidiert.

4. H. überreichte mir ein Aide-Mémoire zum Fall der Konzession „Berger-Wirth“⁴. Außerdem versuchte er mir erneut zu beweisen, dass das Vorgehen der Bilanz-Kommission, die das Vermögen des Konzessionärs beschlagnahmt hat, absolut haltlos sei. Dies sei nicht nur eine Verletzung des Konzessionsvertrages, sondern auch des Niederlassungsabkommens. Ich wies die letzte Erklärung kategorisch zurück, indem ich betonte, dass das Abkommen über Niederlassung in keiner Weise durch die Entscheidung unserer Finanzbehörden berührt werde. Sodann machte mich H. darauf aufmerksam, dass man den Konzessionär genötigt habe, einen Kollektivvertrag abzuschließen, der den Punkt enthalte, wonach ein Teil des Lohnes an die Arbeiter in Torgsin-Gutscheinen⁵ (20 Rubel pro Monat) ausbezahlt sei. Nunmehr hätten die Finanzbehörden dem Konzessionär untersagt, jene Summen zu nutzen, die ins Ausland transferiert werden sollten, um für das Jahr 1932 die entsprechenden Gutscheine zu erwerben. Der Konzessionär sei bereit gewesen, in Liquidationsverhandlungen einzutreten, doch bestehe er, nachdem die sowjetischen Finanzbehörden zu solch unzulässigen Methoden gegriffen hätten, auf eine vorhergehende Regelung dieser Frage. Erst danach sei er bereit, Verhandlungen aufzunehmen. Ich gab H. zu verstehen, dass es aus ^{**6} der Sicht des Konzessionärs zweckdienlicher wäre, das Hauptaugenmerk auf die Liquidierung der Konzession zu richten.

5. H. kam erneut auf die massenhaften Verhaftungen von sowjetischen Staatsbürgern deutscher Nationalität in der UdSSR zu sprechen. Insbesondere ging er auf die Verhaftung des Vorstehers des Kirchenrates der Evangelischen Kirche in Moskau, Helms, ein. Dies alles zusammengekommen hinterlasse in Berlin den denkbar schlechtesten Eindruck. Ich antworte H., dass ^{**}das NKID^{**7} über keinerlei Möglichkeit verfüge, in Angelegenheiten einzugreifen, die sowjetische Staatsbürger betreffen. Dies umso mehr, da wir zu keinem Zeitpunkt Interesse an deutschen Staatsbürgern gezeigt hätten, die in Deutschland verhaftet worden seien.

6. H. erklärte, dass er mit mir vertraulich über den verhafteten deutschen Staatsbürger Asche sprechen wolle. Für seinen Fall interessiere sich Berlin sehr. Bei seinen Überlegungen, wie unangenehme Dinge aus der Welt geschafft werden könnten, sei ihm, wie er meint, eine glückliche Idee gekommen. Diese laufe auf einen faktischen Austausch von Asche gegen den ^{**}sowjetischen Mitarbeiter^{**8} Kogan hinaus, der wegen eines von ihm verursachten Autounfalls, bei dem zwei Personen zu Tode kamen, zu drei Jahren Haft verurteilt worden sei. Ich erklärte H., dass ich ein jegliches Junktim zwischen dem Fall Kogan und dem Fall Asche für unzulässig halte. Darauf geriet H. in Verlegenheit und sagte, dass er überhaupt kein Junktim vorschlage. Dies sei lediglich seine persönliche Idee, die er mit niemandem abgesprochen habe.

7. H. erinnerte mich an das Gespräch, welches er unlängst mit Gen. Linde über die faktische Nichtzulassung von einigen deutschen Zeitungen in der UdSSR

⁴ Die deutsche Aktiengesellschaft „Berger und Wirth“ wurde 1923 für den Handel mit dem Osten gegründet. Sie war auf die Herstellung von Druckerfarben, Ölfirnissen und Walzenmasse spezialisiert, das Werk befand sich in Leningrad.

⁵ Wechsel, die im Äquivalent für Devisen oder für wertvollen Schmuck ausgegeben wurden, mit denen in den Torgsin-Geschäften Nahrungs- und Konsumgüter erworben werden konnten.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „seiner“ ist durchgestrichen.

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: weder H[ilger] noch ich.

⁸ Der Text ist von Stern korrigiert; ursprünglich: Mitarbeiter einer sowjetischen Organisation.

geführt hatte⁹. Im Prinzip würden in letzter Zeit von 30 Zeitungsexemplaren den Abonnenten täglich nicht mehr als zwei bis drei Exemplare zugestellt. Dies käme einem faktischen Verbot der Zeitungen gleich. Währenddessen werde in Deutschland die „Izvestija“ ohne Behinderung verkauft, so in Köln, wo in den letzten Monaten auf dem Bahnhof täglich 30–40 Exemplare der „Izvestija“ verkauft würden. H. betonte, dass Berlin den festen Standpunkt vertrete, in dieser Frage den Weg der Gegenseitigkeit zu beschreiten. Dort sei man davon ausgegangen, dass die sowjetischen Verbotsmaßnahmen aufgehoben würden, da sich die deutsche Presse gegenüber der UdSSR ausgesprochen loyal verhalte. H. bitte mich daher sehr, dieser Frage ernsthaft nachzugehen.

8. H. zeigte mir die in Leningrad in deutscher Sprache erscheinende „Rote Zeitung“, die sich in beleidigender Weise über Goebbels¹⁰ geäußert habe, sowie eine Reihe von Karikaturen in Provinzzeitungen.

9. H. fragte mich, was wir wohl sagen würden, wenn in deutschen Häfen von sowjetischen Seeleuten Flugblätter in russischer Sprache verteilt würden, die antisowjetisches Material enthielten. Ich entgegnete, dass ich den Sinn dieser Frage nicht verstünde. Darauf zeigte mir H. die Beilage zur „Roten Zeitung“, der „Rote Seemann“, die regelmäßig im Leningrader Hafen an deutsche Seeleute verteilt werde¹¹.

10. H. bat mich, falls es möglich sei, ihm den Text des gestern von Litvinov mit Litauen, Lettland und Estland unterzeichneten Protokolls¹² zur Verfügung zu stellen.

Zum Ende der Unterredung bat mich H., zu bedenken, dass alle von ihm oben dargelegten Angelegenheiten äußerst unerwünschte Folgen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben könnten.

H. sprach später telefonisch zusätzlich die Bitte aus, die Angelegenheit Stühler und Riehm zu regeln, denen nahegelegt worden war, heute aus der UdSSR auszureisen. Nach einem Gespräch des Gen. Krestinskij mit Gen. Artuzov und dem Anruf des Gen. Bodesko unterrichtete Gen. Levin H. darüber, dass die Aufenthaltserlaubnis für Riehm und Stühler bis zum 7. des Monats verlängert worden sei und sie an diesem Tag um 12.00 Uhr in der Auslandsabteilung erscheinen sollten, um die Ausreisevisa in Empfang zu nehmen.

D. Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 1 [Expl.] zu den Akten, 5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], 1 nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 113–110. Original.

⁹ Am 29. 3. 1934. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 105–104.

¹⁰ Vgl. Rote Zeitung vom 3. April 1934, S. 2.

¹¹ Vgl. „1 Jahr Hitlerdiktatur und die deutschen Seeleute“. In: Der Rote Seemann. Beilage Nr. 3 der Roten Zeitung vom 21. Februar 1934.

¹² Vgl. Dok. 407, Anm. 7.

Nr. 414
Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny

Moskau, den 9. April 1934

Notiz

Am 7. April besuchte ich im Theater TRAM das Schauspiel „Fortsetzung folgt“. Im Vergleich mit den in der Notiz vom 22. März¹ geschilderten Bühnenvorgängen war gegenwärtig Folgendes festzustellen:

Gewisse leichte Abänderungen haben offenbar stattgefunden. Diese Retuschen sind aber so geringfügig, dass weder die Hereinziehung der deutschen nationalen Symbole dadurch beseitigt ist noch die Beschwerde hinsichtlich der Verwendung des Bildes des Reichskanzlers hinfällig wird. *Fahnen*² mit dem Hakenkreuz werden zwar nicht gezeigt, sondern eine dreifarbige Phantasiefahne (blau-weiß-schwarz) mit dem Hakenkreuz in der Mitte; um hierbei jedoch keinen Zweifel aufkommen zu lassen, was gemeint ist, werden in der betreffenden Szene *quadratische Tücher*³ an die Wand gehängt, die das Hakenkreuz schwarz auf weiß in roter Einrahmung, also gemäß der offiziellen Form zeigen.

Mit dem Hitlerbilde ist folgende Umgestaltung vorgenommen worden. Das Gesicht ist in der Tat nicht mehr sonderlich ähnlich. Die Züge sind abweichend, auch die Frisur ist anders. Dennoch kann keinen Augenblick ein Zweifel obwalten, wer gemeint ist. Dafür ist auf folgende Weise gesorgt. Der Dargestellte trägt einen kurzen gestutzten Schnurrbart, sehr ähnlich der Form, wie sie von Porträtbildern des Reichskanzlers her bekannt ist. Der Dargestellte trägt einen Schurrbart zwar nur auf *einer*⁴ Seite (die linke Oberlippe ist ausrasiert); das Bild wirkt infolgedessen als eine Art Zwischenstück zwischen Bild und Karikatur. Was aber, aller dieser Winkelzüge ungeachtet, weiterhin jeden Zweifel ausschließt, ist der Umstand, dass der Text sich durchweg völlig eindeutig auf Deutschland bezieht, dass **ausdrücklich**⁵ von den „Nationalsozialisten“ und der „Nationalsozialistischen Partei“ **⁶ die Rede ist und dass im besondern hinsichtlich des oben erwähnten Bildes die nationalsozialistischen Studenten **⁷ als vom Bilde „des Führers“ sprechen. Retuschen wie die Veränderung der Gesichtszüge und der einseitig rasierte Schnurrbart wirken daher nur wie schlechte Späße; ein Scheinzugeständnis durchsichtigster Verschleierung wird dazu benutzt, neuen Hohn hinzuzufügen und sich gewissermaßen über die Verschleierung selbst lustig zu machen.

Die Melodien, die während der Aufführung zu hören sind, erinnern, wie mir schien, nicht deutlich an gebräuchliche Lieder der NSDAP. Dagegen ist die Kennzeichnung der im Stück handelnd auftretenden Personen in SA-Uniform durch diese Uniform und auch dadurch, dass sie ausdrücklich als „Sturmabteilungs-

¹ Vgl. Dok. 400, Anm. 1.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: im besondern.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „ausdrücklich“ ist gestrichen.

⁷ An dieser Stelle ist über der Zeile eingefügt, aber wieder durchgestrichen: die sich selber Nationalsozialisten nennen.

Leute“ (schurturmowiki) bezeichnet werden, vollkommen unzweideutig. Dass die SA-Leute statt der roten eine schwarze Armbinde mit schwarzem Kreuz auf weißem Grunde tragen und dass das Braun ihrer Anzüge um eine Farbennuance vom authentischen SA-Braun abweicht, lässt sich gleichfalls nur zu den Formal-Tarnungen rechnen, die niemand einen Augenblick täuschen können.

Über die Tendenz des Stückes, die Nationalsozialisten als abstoßend, ehrlos und grausam, die Kommunisten und Juden als selbstlos und heldenhaft zu schildern, wurde schon in der Aufzeichnung vom 22. 3. berichtet.

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der handschriftliche Vermerk: zu E/145.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 110–111.

Nr. 415

Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an die Botschaft in Moskau

Berlin, den 9. April 1934

Diplogerma¹

Moskau

IV Ru. 1711 I

Auf Telegramme Nr. 63, 64 und 71.²

I. Ich bitte, Herrn Litwinow Folgendes mitzuteilen:

Wenn Herr Litwinow und, wie aus den Äußerungen der Herren Krestinski und Woroschilow zu entnehmen³, auch die Sowjet-Regierung als solche jetzt den Wunsch haben, etwas Konkretes zum Zwecke der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union zu tun, so können wir das selbstverständlich nur mit Genugtuung begrüßen. Wir haben unseren eigenen Willen in dieser Richtung bei jeder sich bietenden Gelegenheit unzweideutig betont und haben es deshalb nicht verstanden und zugleich bedauert, dass Herr Litwinow in seiner bekannten Rede vom 28. Dezember v. J.⁴ und in seiner bedeutsamen Unterhaltung mit Ihnen vom 4. Januar d. J.⁵ eine so negative, von offenem Misstrauen erfüllte Einstellung zum Ausdruck brachte. Leider müssen wir feststellen, dass uns das Mittel, das Herr Litwinow nunmehr vorschlägt, für die Verwirklichung des von ihm angegebenen Zweckes aus den verschiedensten Gründen nicht geeignet ersch[eint].

Es ist schon eine auffallende Tatsache, dass Herr Litwinow mit einem Projekt zur Sicherung des Bestandes der baltischen Staaten an uns herantritt⁶, das er, wie allgemein bekannt, noch vor kurzem gemeinsam mit der polnischen Regierung

¹ Das Schreiben war als Telegramm konzipiert, wurde dann aber mit Kurier verschickt.

² Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 362, 364; sowie Dok. 409 in diesem Band.

³ Vgl. Dok. 408.

⁴ So im Dokument; richtig: vom 29. 12. 1933. Vgl. Dok. 322.

⁵ So im Dokument; richtig: vom 3. 1. 1934. Vgl. Dok. 328.

⁶ Vgl. Dok. 407.

verfolgt hat⁷. Die russisch-polnische Initiative ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine Aktion mit politischer Spitze gegen Deutschland aufgefasst worden. Wenn wir auch nicht authentisch darüber unterrichtet sind, wie diese Aktion im Einzelnen verlaufen ist und ob sie noch weiterverfolgt wird, so ist es doch für uns einigermaßen überraschend, dass die Sowjet-Regierung diesen Plan jetzt in der Form eines deutsch-russischen Paktes verwirklichen möchte. Aber auch ganz abgesehen von dieser Vorgeschichte und von der Frage, wie sich die baltischen Staaten selbst zu dem Projekt gestellt haben oder stellen würden, sind wir der Ansicht, dass der Vorschlag jeder realpolitischen Grundlage entbehrt. Wenn die deutsche Regierung und die Sowjet-Regierung zum Zweck der Besserung ihrer Beziehungen eine besondere vertragliche Verpflichtung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten eingehen sollen, so setzt das sinngemäß doch voraus, dass diese Unabhängigkeit und Unversehrtheit ohne solche ausdrückliche Bindung von einem der beiden Kontrahenten bedroht werden könnte. Die deutsche Regierung nimmt nicht an, dass mit einer derartigen Bedrohung von Seiten Sowjet-Russlands zu rechnen wäre; selbstverständlich kann sie es ebenso wenig zulassen, dass ihr selbst in irgendeiner Weise Absichten und Möglichkeiten dieser Art unterstellt werden. Die Richtlinien der deutschen Politik im Osten sind von dem Herrn Reichskanzler bei den verschiedensten Anlässen öffentlich und in voller Klarheit dargelegt worden, und wir müssen jeden Versuch, die Aufrichtigkeit dieser Politik in Zweifel zu ziehen, kategorisch zurückweisen.

Wenn aber so die Möglichkeit einer Bedrohung der baltischen Staaten von Seiten Deutschlands und der Sowjet-Union ausscheidet, so bliebe als realer Anlass des vorgeschlagenen Paktes nur die Möglichkeit, dass die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Staaten von Seiten dritter Mächte gefährdet werden könnte. Auch eine solche Annahme entbehrt nach Ansicht der deutschen Regierung jeglicher Grundlage. Die deutsche Regierung vermag deshalb nicht zu sehen, inwiefern Deutschland und die Sowjet-Union einen Grund haben könnten, die Rolle von Schutzmächten der baltischen Staaten zu übernehmen.

*Da somit die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht ist, sieht sie keinen Anlass, zur Sicherung dieser Staaten einen besonderen Vertrag mit der Sowjet-Regierung zu schließen^{*8}.

Die Sowjet-Regierung wird sich bei unvoreingenommener Prüfung dieser Gesichtspunkte leicht davon überzeugen können, dass der von ihr für die Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorgeschlagene Weg tatsächlich nicht gangbar ist. Wenn sie, wie ich hoffen möchte, an ihrem Wunsche nach Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen festhält, wird dafür ein anderer Weg gesucht werden müssen und auch gefunden werden können. Ein Objekt, das den Gegenstand eines neuen politischen Vertrages bilden könnte, scheint uns allerdings nicht gegeben zu sein, da alle politischen Fragen, die sich für eine förmliche Vertragsregelung eignen, durch die in Geltung befindlichen Verträge, insbesondere durch den Berliner Vertrag, erschöpft sein dürften. Dabei darf nicht vergessen wer-

⁷ Vgl. den Entwurf der gemeinsamen sowjetisch-polnischen Deklaration bezüglich des Schicksals des Baltikums, den Litvinov am 14. 12. 1933 dem Botschafter Polens in der UdSSR Łukasiewicz ausgehändigt hatte. In: DVP, Bd. XVI, Dok. 426, S. 747.

⁸ Der Absatz ist in Klammern gesetzt.

den, dass es die neue deutsche Regierung gewesen ist, die die Verlängerung des Berliner Vertrages ratifiziert und sich dadurch in aller Form zu diesem Vertrage und der ihm zugrundeliegenden politischen Einstellung bekannt hat. Wir vermögen den eigentlichen Grund, der die bedauerliche Entfremdung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeigeführt hat, nur in der Einstellung der Sowjet-Regierung zu dem nationalsozialistischen Regime Deutschlands zu sehen. Wir können deshalb nur immer wieder betonen, dass die Verschiedenheit der beiderseitigen inneren Systeme der beiden Staaten nach unserer festen Überzeugung deren internationale Beziehungen nicht zu berühren braucht. Die gedeihliche Gestaltung dieser Beziehungen ist letzten Endes eine Frage des politischen Entschlusses. Irgendwelche Realitäten auf dem Gebiete der Außenpolitik stehen einem solchen Entschluss nicht entgegen; im Gegenteil weisen vielfach gemeinsame Interessen beider Staaten in diese Richtung. Es kommt deshalb darauf an, nicht auf **künstlichen**⁹ Konstruktionen, sondern auf der natürlichen und positiven Basis des Berliner Vertrags aufzubauen.

II. Im Zusammenhang mit der vorstehenden Antwort bitte ich die dortige Regierung zu fragen, ob sie andere Regierungen, insbesondere die Regierungen der baltischen Staaten selbst oder Polens, von ihrem Vorschlag irgendwie informiert habe. Wir müssen Wert darauf legen, dass nicht bei dritten Regierungen missverständliche Auffassungen über die deutsche Stellungnahme zu dem russischen Vorschlag aufkommen, und müssen uns deshalb vorbehalten, diese Stellungnahme den anderen Regierungen unsererseits mitzuteilen. Schon Presseäußerungen, wie die der „Iswestija“ vom 30. März und 5. April¹⁰, können zu allerlei unerwünschten Kombinationen Anlass geben.

III. Zu Ihrer Information möchte ich noch Folgendes hinzufügen:

Mir liegt daran, dass Sie die vorstehende Stellungnahme der dortigen Regierung möglichst genau mitteilen, und ich stelle deshalb anheim, die Ausführungen zu I zu verlesen¹¹. Eine sorgfältig formulierte Antwort ist besonders deshalb wichtig, weil damit zu rechnen ist, dass wir sie unter Umständen in der gleichen Form der Öffentlichkeit oder wenigstens den Regierungen der Randstaaten und Polens mitteilen müssen. Auf die von Ihnen angeschnittene Memelfrage sind wir bei der Formulierung der Antwort absichtlich nicht eingegangen. Das Argument ist zwar an sich richtig, könnte aber von sowjetischer Seite leicht zu der Behauptung missbraucht werden, dass wir uns freie Hand im Memelgebiet vorbehalten wollten.

In der Beurteilung der Wichtigkeit des Litwinowschen Vorschlags stimme ich mit Ihnen überein und halte es auch für möglich, dass der Vorschlag nicht nur gemacht worden ist, um uns in eine unbequeme Situation zu bringen. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, den Vorschlag in aller Bestimmtheit und Offenheit als unmöglich abzulehnen. *Nach der ganzen politischen Lage und nach dem ganzen Aufbau des Entwurfs würde seine Annahme das offene Zugeständnis in sich schließen, dass der deutsche Nationalsozialismus das Baltikum oder den Be-

⁹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: gesuchten negativen.

¹⁰ Vgl. „Novoe zveno v cepi mira“ (Ein neues Glied in der Friedenskette). In: Izvestija vom 30. März 1934, S. 1; „Pobeda mirnoj politiki SSSR“ (Der Sieg der Friedenspolitik der UdSSR). In: Izvestija vom 5. April 1934, S. 1.

¹¹ Eine leicht geänderte Fassung der Erklärung wurde am 14. 4. 1934 von Nadolny verlesen und Litvinov übergeben; vgl. Dok. 420.

stand der Sowjet-Union bedrohe. Auf der anderen Seite würde uns der Pakt in unserer Politik bezüglich der baltischen Staaten dauernde Bindungen gegenüber der Sowjet-Union auferlegen, deren künftige Tragweite nicht zu übersehen ist*¹². Wir haben überlegt, ob sich der am Schlusse Ihres Telegramms Nr. 71 angedeutete Gedanke einer Präzisierung oder Ergänzung des Berliner Vertrages verwirklichen ließe, sind aber auch dabei zu einem negativen Ergebnis gekommen. *Insbesondere erscheint es uns nicht möglich, politische Abmachungen mit der Sowjet-Union in irgendeiner Form auf unsere östlichen Nachbarn abzustellen. Eine Verpflichtung zum Beispiel, wonach wir uns bei jeder die Nachbarn betreffenden politischen Aktion mit der Sowjet-Regierung ins Benehmen zu setzen hätten, würde unserer Politik im Osten, vor allem gegenüber Polen, jede Bewegungsfreiheit nehmen*¹³.

(R.M.)

Auf dem ersten Blatt verschiedene Kenntnisnahmen. Auf dem letzten Blatt Paraphen von N[euraths] 9/4 und M[eyers] 10/4.

PA AA, R 31500, Bl. E 497824–497830.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 390, S. 713–716.

Nr. 416

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 211¹

Berlin, 11. April 1934

TAGEBUCH
des Gen. CHINČUK

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT NEURATH, 11. April 1934

Ich teilte Neurath mit, dass ich auf seine Bitte, ihm das Belastungsmaterial gegen den Sekretär des deutschen Konsulats in Odessa, Hahn, auszuhändigen², eine negative Antwort geben müsse³. Dabei versuchte ich, ihm die Motive für diese negative Antwort plausibel zu machen.

Nadolny hätte sich an unser Narkomindel mit der Bitte gewandt, keinen Prozess gegen die Controll-Co. zu eröffnen, damit die angeklagten Deutschen aus der UdSSR ausgewiesen werden könnten. Wir seien seiner Bitte nachgekommen, keinen Prozess anzustrengen, und hätten die deutschen Staatsbürger ausgewiesen. Im Zusammenhang mit dem Fall der Controll-Co. lägen gegen den Sekretär des deut-

¹² Der Text ist in spitze Klammern gesetzt.

¹³ Der Text ist in spitze Klammern gesetzt.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 403, Anm. 10.

³ Vgl. Dok. 411.

schen Konsulats in Odessa, Hahn, schwerwiegende Anschuldigungen vor. Der stellvertretende Volkskommissar Gen. Krestinskij habe Nadolny mündlich mit Auszügen aus den Aussagen der verhafteten ausländischen Bürger vertraut gemacht, aus denen klar hervorgehe, dass Hahn ihnen viele Jahre lang Spionageaufträge erteilt habe. 1933 habe er einen der Angeklagten beauftragt, einen Brand in der Helling der Marty-Werke zu legen⁴, wo bei uns kleinere U-Boote gebaut werden, was auch geschehen sei. „Urteilen Sie selbst“, sagte ich zu Neurath, „kann Hahn etwa unter diesen Umständen das Vertrauen der örtlichen Behörden genießen, kann seine Arbeit denn produktiv sein? Aus diesem Grund haben wir es als angebracht erachtet, uns an Sie zu wenden, damit Sie ihn abberufen. Sie haben mir erklärt, dass Sie ihn nicht abberufen können, weil diese Abberufung für Hahn erniedrigend sei und von Ihrer Seite das Anerkenntnis seiner Schuld bedeuten würde. Dies ist Ihre Angelegenheit. Sie können ihn abberufen und ihn als schuldig anerkennen. Sie können ihn aber auch ohne Schuldzuweisung abberufen. Ich wiederhole: hinsichtlich der Überlassung des Belastungsmaterials an Sie steht die Regierung der UdSSR nach wie vor auf dem Standpunkt, dass sie es Ihnen nicht aushändigen kann. Die Aushändigung des Belastungsmaterials an Sie hätte dann zur Diskussion stehen können, wenn es zu einem Gerichtsverfahren gekommen wäre, doch auf Ihre Bitte fand kein Prozess statt.“

Neurath sagte mir, dass diese Angelegenheit ihm höchst unangenehm sei, er verstehe jedoch meine Argumente und werde darüber nachdenken, dass es unter diesen Umständen vielleicht unumgänglich sei, Hahn abzuverufen⁵.

2. Ich machte Neurath darauf aufmerksam, dass wir die Mitteilung über das Verbot der „Pravda“⁶ erhalten hätten und in dem Abendartikel der „Diplomatischen Korrespondenz“ Klage über den Ton der sowjetischen Presse geführt werde, der böswillig, voller Hass gegenüber Deutschland und in seiner Schärfe beispiellos sei. Ich müsse ihm sagen, dass die Deutschen nur das bemerken, was ihnen wehtue, ohne die Gründe und Ursachen dafür zu ergründen. Wollte ich ihm eine Litanei jener feindseligen Artikel und Kampagnen vorlesen, die in Deutschland veröffentlicht werden, so würde er verstehen, dass die deutsche Seite keinen Anlass für Klagen habe. Nach wie vor laufe die Kampagne über den Hunger in der Sowjetunion. Die „Hunger“-Ausstellungen wandern von einem Berliner Stadtbezirk zum anderen, indes sei uns aber bereits vor langer Zeit gesagt worden, dass diese Ausstellungen eingestellt worden seien. Nach wie vor stoße man auf Beleidigungen gegenüber unseren Staatsmännern. In Deutschland habe der Bund der russischen Nationalsozialisten, das sind die Emigranten (Bermond-Avalov), festen Fuß gefasst. Die Emigranten veranstalteten Feiern. An einer solchen Feier habe Staatssekretär Feder teilgenommen. Nehmen Sie die Artikel von Scheffer im „Berliner Tageblatt“⁷ sowie die Artikel über das „Potjomkinsche Dorf“ zur Hand. Erst unlängst gab es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel mit Ausfällen gegen

⁴ Vgl. Dok. 385.

⁵ Vgl. auch R. Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, hrsg. und eingeleitet von G. Wollstein, Köln 1985, S. 276.

⁶ Das Verbot der „Pravda“ in Deutschland war im Bulletin des Reichspostministeriums vom 6. 4. 1934 veröffentlicht worden.

⁷ Vgl. P. Scheffer: „Nationalismus und Bolschewismus“. In: Berliner Tageblatt vom 27. Februar 1934, Morgenausgabe, S. 1–2.

die Sowjetunion: „Sowjetrussland von heute“⁸. Das offizielle Organ der Nationalsozialisten „Völkischer Beobachter“ erlaubt sich ebenfalls gegen die Sowjetunion gerichtete Ausfälle. In diesem Organ ist erst unlängst der Artikel „Die tatsächlichen Erfolge des sowjetischen 5-Jahrplans“ veröffentlicht worden. Dem Sekretär unserer Botschaft, Gen. Giršfel'd, wurde erklärt, dass die „Pravda“ wegen des Artikels von Dimitrov⁹ verboten wurde, unterdessen bringt die heutige Ausgabe der Zeitung „Zwölf Uhr Blatt“ den Nachdruck des empörenden Artikels des Nichtrückkehrers¹⁰ Kakabadze über Stalin¹¹.

Ich könnte diese Auflistung von Äußerungen und Ausfällen gegen die Sowjetunion beliebig fortsetzen, ich dünkte aber, dass auch dies bereits ausreiche. Meinte er, Neurath, tatsächlich, dass man mit solchen Methoden wie dem Verbot der „Pravda“ die Beziehungen zwischen unseren Ländern verbessern könne?

Neurath erklärte, dass er darüber überhaupt nichts wisse und sich dieser Angelegenheit annehmen werde. Ich machte Neurath darauf aufmerksam, dass Herr Saucken im Gespräch mit Giršfel'd tatsächlich darauf hingewiesen habe, dass diese Maßnahme von den Innenbehörden ergriffen worden sei, das Auswärtige Amt jedoch nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte. Mir erscheine es als eigenartig, dass das Außenministerium dies getan habe, ohne dass er, Neurath, davon Kenntnis gehabt hätte.

3. Ich machte Neurath ferner darauf aufmerksam, dass wir nach wie vor vom Auswärtigen Amt keine Antwort auf meine Protestnote erhalten hätten, die ich noch vor Ostern während seiner Abwesenheit Herrn Staatssekretär Bülow ausgehändigt hätte¹². Unterdessen sei in die Dollarangelegenheit Bewegung gekommen. Uns sei bekannt geworden, dass die Firma „Agrargesellschaft“¹³ bereits das Urteil des Gerichtes beim Landgericht¹⁴ eingereicht habe und auf diese Weise nunmehr den Vollstreckungstitel fordern könne. In der Angelegenheit von „Schieß-Defries“ habe das Landgericht zwangsweise einen Schiedsrichter ernannt. Dieser habe der Handelsvertretung bereits eine Rechnung zur Begleichung seiner Ausgaben zugestellt. **Ich ergänzte, dass die Handelsvertretung unter keinen Umständen Zahlungen aufgrund der Dollarforderungen leisten werde.**¹⁵

Neurath erklärte, dass ihm darüber nichts bekannt sei. Er habe die von mir überreichte Note nicht gelesen und angenommen, dass die Dollarangelegenheit bereits bereinigt worden sei. Er werde sich dieser Sache selbstverständlich annehmen.

4. Schließlich fragte mich Neurath, ob ich den Vorschlag kenne, den Volks-

⁸ Vgl. „Sowjetrussland von heute. Der Mensch und seine Lebensverhältnisse. Erfahrungen eines deutschen Spezialisten“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 1934, Morgenausgabe, S. 2; „Sowjetrussland von heute. Der Staat und seine Stützen. Erfahrungen eines Spezialisten“. In: ebd. vom 3. Februar 1934, Morgenausgabe, S. 2.

⁹ G. Dimitrov: „Pobeda proletarskoj solidarnosti“ (Ein Sieg der proletarischen Solidarität). In: Pravda vom 4. März 1934, S. 1.

¹⁰ Als „Nichtrückkehrer“ wurden sowjetische Staatsbedienstete, Wissenschaftler o.ä. genannt, die von einer Dienstreise im Ausland nicht in die UdSSR zurückkehrten.

¹¹ Vgl. „So lebt Stalin!“ In: Das 12 Uhr Blatt vom 11. April 1934, S. 3. Am 19. April wies das Propagandaministerium die Presse an, von dem Nachdruck und der Verbreitung der Veröffentlichung von Kakabadze abzusehen. Vgl. NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 2: 1934, S. 192.

¹² Vgl. Dok. 401.

¹³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁴ Das Wort ist hier und im Folgenden in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁵ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

kommissar Litvinov dem deutschen Botschafter in Moskau, Nadolny, bezüglich eines Garantiepaktes für das Baltikum¹⁶ unterbreitet habe. Ich antwortete bestätigend. Darauf erklärte mir Neurath, er habe an Nadolny eine ablehnende Antwort geschickt, da er papiernen Pakten keinerlei Bedeutung beimesse¹⁷. Die Deutschen hätten gegenüber dem Baltikum keinerlei Ansprüche. Er sei nicht gewillt, auf Äußerungen eines „gewissen“ Rosenberg Rücksicht zu nehmen. Anzunehmen, dass der Abschluss eines solchen Paktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland die Atmosphäre zwischen ihnen bereinigen könnte, entbehrten jedoch jeder Grundlage. Dies sei kein wirksames Mittel, um die Atmosphäre zu bereinigen. Er sei faktisch fest davon überzeugt, dass Deutschland und die Sowjetunion ähnliche Schicksale verbinden und deshalb zwischen ihnen eine freundschaftliche Atmosphäre herrschen müsse. Er wisse solche schriftlichen Dokumente zu schätzen, die der Freundschaft förderlich seien. Dies seien in der Hauptsache Dokumente wirtschaftlicher Art. Zwischen Deutschland und der UdSSR würden oft Verhandlungen zu Wirtschaftsfragen geführt, und zwar recht erfolgreich. Diese auch weiterhin zu unterstützen und zu fördern, sehe er als seine Pflicht an.

Ich wies Neurath darauf hin, dass es bei dem Vorschlag von Volkskommissar Litvinov nicht um die Überlegungen gehe, die er [Neurath] vorgebracht habe, d.h. zur Bereinigung der Atmosphäre. Diese Überlegung hätte Nadolny vorgetragen, als er die Einschätzung des Vorschlages von Litvinov vornahm. Der Vorschlag von Volkskommissar Litvinov sei hingegen völlig eindeutig, weil er, Neurath, selbst das Bedauern ausgesprochen hätte, dass die Deutschen seinerzeit nicht in den Pakt zur Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Baltikums¹⁸ einbezogen worden seien. Neurath bemühte sich, mich noch einmal von der höchst freundschaftlichen Haltung sowohl seinerseits als auch seitens der Regierung gegenüber der Sowjetunion zu überzeugen. Er sagte, er werde sich sowohl der Dollarangelegenheit als auch der Frage des Verbots der „Pravda“ ernsthaft annehmen.

5. Bezüglich der Tagung des Büros für die Abrüstungskonferenz meinte Neurath, es sei völlig überflüssig, sie einzuberufen. Er verstehe überhaupt nicht, was Eden dazu bewogen habe, zur Tagung des Büros mit 20 Personen anzureisen. Er meint, dass das Büro auch am 30. April nicht zusammentreten wird, weil er **die Möglichkeit**¹⁹ pessimistisch einschätzt, auf der Grundlage der gegenüber den Deutschen erhobenen Forderungen zu einer Einigung zu gelangen.

CHINČUK

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1638 vom 15. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 8 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, [die Expl.] 2–7 an Gen. Krestinskij, das 8. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 170–172. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 122, S. 253–256²⁰.

¹⁶ Vgl. Dok. 407.

¹⁷ Vgl. Dok. 415.

¹⁸ Die Republiken des Baltikums wurden von der Entente 1921–1922 anerkannt, Sowjetrussland hatte dies 1920 getan.

¹⁹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: dies.

²⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 417
Bericht des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 12. April 1934

Deutsche Botschaft
E/182
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Reinkonzept

Inhalt: I. Unionskongress der sowjet-deutschen Schriftsteller in Moskau

Am 21. März d. J. wurde im Hause der Ausländischen Arbeiter in Moskau¹ mit einem Festabend, zu dem die ausländischen Arbeiter und Spezialisten eingeladen waren, der I. Unionskongress der sowjetdeutschen Schriftsteller eröffnet. Der Kongress fand am 27. März im Hause des Organisationskomitees der Sowjetschriftsteller sein Ende. In den Vorträgen und Debatten ist zu wiederholten Malen die Lage in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht worden, so dass es erforderlich erscheint, hierauf kurz einzugehen.

Als Hauptaufgaben des Kongresses wurden in der Fachpresse bezeichnet: 1) die Vereinigung sämtlicher deutscher Schriftsteller in der Union, 2) die Schaffung eines ideologischen Zentrums für die sowjetdeutsche Literatur, 3) die Schaffung eines zentralen deutschen Verlages und einer literarischen Zeitschrift, 4) die Anknüpfung und Festigung von Verbindungen der sowjetdeutschen Schriftsteller mit den proletarisch-revolutionären Schriftstellern in Deutschland.

Über die Tätigkeit des Kongresses sind in der „Deutschen Zentralzeitung“², in der deutschen „Leningrader Roten Zeitung“ und in den literarischen Zeitungen einige nähere, wenn auch keineswegs erschöpfende Mitteilungen, erschienen. Hier-nach hat nach der Eröffnung des Kongresses im Namen des Zentralkomitees der deutschen kommunistischen Partei Friedrich Heckert das erste Referat über das Thema „Analyse der internationalen Lage, insbesondere in Deutschland“ gehalten. Später folgten Vorträge, die den Kampf für die Verbesserung der Sprache, die Fortschritte und Mängel der sowjetdeutschen Literatur, das Schaffen der sowjetdeutschen Schriftsteller, die Entwicklung der deutschen Literatur im alten Russland u. a. m. zum Gegenstand hatten. Hieran schlossen sich Berichte der Vertreter aus den vier Mittelpunkt der sowjetdeutschen Literatur Moskau, Leningrad, Charkow und Engels über die Tätigkeit der dortigen Gruppen an. Die Debatten wurden durch zusammenfassende Ausführungen des Schriftstellers Schmückle über die revolutionäre deutsche Literatur und des Literaturhistorikers Friedrich Schiller über die Verwertung des klassischen Erbes zur Verbesserung der Sprache beendet. Der Kongress schloss mit der Wahl von Delegierten für die im Juni d. J. stattfindende Unionskonferenz der Sowjetschriftsteller und mit einem einmütig aufgenommenen Appell zur

¹ Das Haus befand sich in der Bol'saja Nikitskaja ulica 19.

² Karl Schmückle: „Vom Kampf der revolutionären Literatur“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 21. März 1934, S. 4; Ernst Fabri: „Die Sowjetdeutsche Literatur“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 22. März 1934, S. 2.

Errettung Thälmanns. Ferner wurde die Einrichtung eines vierwöchigen Seminars für sowjetdeutsche Schriftsteller und die Herausgabe einer monatlich erscheinenden zentralen sowjetdeutschen Zeitschrift für Literatur und Kunst beschlossen.

Abgesehen von dem erwähnten Referat Heckerts, in dem, wie die „Deutsche Zentralzeitung“ behauptete, „jedes Wort eine tödliche Charakteristik des Faschismus“ darstellte, ist der Vortrag des Schriftstellers Schmückle hervorzuheben. Dieser stellte insbesondere den sozialistischen Realismus, der den Sowjetschriftsteller auszeichne, der Losung von der aktiven und stählernen Romantik gegenüber, die der Nationalsozialismus durch Goebbels propagierte. Diese Losung bedeute den äußersten Gegensatz zum sozialistischen Realismus; sie bedeute Romantisierung und Verschleierung der Wirklichkeit, eine Verfälschung der bewegenden Kräfte des historischen Prozesses und eine Bestätigung der Mystik und des Idealismus, wogegen der historische Realismus zur größtmöglichen Wahrhaftigkeit in der Darstellung verpflichtete.

Weiterhin behandelte Schmückle die Flucht von Schriftstellern aus Deutschland, stellte aber fest, dass die revolutionäre Arbeit dort mit ungebrochener Kraft weitergeführt werde. Dies wurde auch von anderen Rednern betont. Ein bedeutender Teil der Schriftsteller sei in Deutschland verblieben, arbeite dort illegal, beteilige sich an der Herausgabe kommunistischer Zeitungen und veröffentliche sogar eine antifaschistische künstlerische Zeitschrift.

Von deutschen oder in Deutschland bekannten Schriftstellern waren an dem Kongress scheinbar nur Dr. Friedrich Wolf, Becher und Kisch beteiligt, die aber nicht besonders hervorgetreten sind.

Anlässlich des Kongresses wurde in der Presse die Bedeutung der sowjetdeutschen Literatur in der Sowjetunion stark unterstrichen. Sie sei jetzt in vier Zentren (Wolgarepublik, Ukraine, Moskau und Leningrad) organisiert und habe seit der historischen Resolution vom 23. April 1932 „Über die Umbildung der literarisch-künstlerischen Organisationen“³ durch Herausgabe von drei monatlich erscheinenden Zeitschriften („Der Kämpfer“, „Der Sturmschritt“, „Zwei Welten“), sowie durch die Schaffung einer besonderen literarischen Beilage in einer Reihe von sowjetdeutschen Zeitungen eine bedeutende Anregung erfahren. Insbesondere habe sich die Leningrader Gruppe gut entwickeln können, seitdem in der dort erscheinenden „Roten Zeitung“ eine literarische Beilage geschaffen sei. Die dortige Gruppe zähle jetzt 22 Mitglieder. Im Ganzen seien etwa 200 sowjetdeutsche Schriftsteller auf dem Gebiet der Sowjetunion vorhanden.

Das Fehlen guter Kinderliteratur war vielfach Gegenstand von Erörterungen. Ebenso sind die verschiedenen, in der letzten Zeit erschienenen deutschen Romane, Novellen und Gedichte eingehend besprochen worden, wobei es an Kritik, besonders in sprachlicher Beziehung, nicht fehlte. Das Studium des klassischen Erbes zur Überwindung der Sprachschwierigkeiten und der von Gorky künstlich

³ Mit dieser Verfügung des ZK der VKP (B) wurden alle unterschiedlichen künstlerisch-proletarischen Organisationen aufgelöst und stattdessen ein einheitlicher Verband für die jeweilige künstlerische Sparte geschaffen. Für die Schriftsteller war dies der Verband der sowjetischen Schriftsteller mit kommunistischer Fraktion. Vgl. Vlast' i chudožestvennaja intelligencija (Die Macht und die künstlerische Intelligenz). Dokumenty CK RKP (B) – VKP (B), VČK-OGPU-NKVD o kul'turnoj politike, 1917–1953, sost. A. Artizov, O. Naumov, pod. red. A. N. Jakovleva, Moskva 1999, Teil 3, Dok. 7, S. 172–173.

eingeleitete Feldzug zur Verbesserung der russischen Literatursprache wurden hervorgehoben.

Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, dass das Zustandekommen dieses Kongresses wesentlich durch die Entwicklung in Deutschland und die damit verbundene Befürchtung beeinflusst worden ist, die Vorgänge bei uns könnten in der hiesigen deutschstämmigen Bevölkerung einen für die Sowjetregierung unerwünschten Niederschlag finden. Bezeichnend hierfür ist die wiederholte Erwähnung des Hilfswerks „Brüder in Not“ in dem Sinne, dass man durch dessen Organisation nur das bei uns in Deutschland herrschende Elend verschleiern wolle.

Aus diesen Erwägungen erklärt es sich auch, dass der Kongress in weitgehendem Maße von den Sowjetorganisationen unterstützt worden ist. Das praktische Ergebnis der Veranstaltung, die als eine ideologische Gegenpropaganda gegen den Nationalsozialismus aufzufassen ist, wird zunächst in einer strafferen Zusammenfassung der sowjetdeutschen Schriftsteller im Kampfe gegen die Idee des „Faschismus“ zu suchen sein. Sollte es zweckmäßig erscheinen, den Kongress in der deutschen Presse zu behandeln, so stelle ich anheim, ihn auch unter dem Gesichtspunkte der Betätigung deutscher Emigranten darzustellen.

gez. Nadolny

Auf dem ersten Blatt befindet sich der Hinweis Kl[einer] Uml[auf], darunter verschiedene Kenntnisnahmen sowie an der Seite abg. 13/4. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 68–72.

Nr. 418

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 13. April 1934

Geheim

Tgb. Nr. A/644
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Auf den Erlass vom 3. März d. Js.

– 83–80 3/3 –.

Wie dem Auswärtigen Amt bereits berichtet wurde, stößt die Verwertung des an die deutschen Vertretungen in der Sowjetunion gesandten Propagandamaterials mit Rücksicht auf die hier herrschenden besonderen Verhältnisse auf große Schwierigkeiten. Propagandaschriften können von der Botschaft in der Regel weder an Reichsdeutsche noch an fremde Staatsangehörige weitergeleitet werden, da die Einfuhr und Verbreitung von Propagandamaterial in der Sowjetunion streng verboten ist und Privatpersonen, bei denen solches Material gegebenenfalls gefunden würde, schwerer Strafen gewärtig sein müssen.

Um den deutschen Reichsangehörigen in Moskau aufklärende Schriften und

Broschüren über das neue Deutschland zugänglich zu machen, hat die Botschaft im Amtsgebäude ein Lesezimmer eingerichtet¹, in dem diese Schriften ausgelegt werden. Da das Auswärtige Amt und das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda der Botschaft mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Sowjetunion das Propagandamaterial nur in wenigen Exemplaren übersandt haben, konnte dieses durch Auslage im Lesezimmer restlos verwertet werden. In denjenigen Fällen, wo der Botschaft eine größere Anzahl von Exemplaren übersandt werden, sind diese noch an hiesige Diplomaten und ausländische Journalisten weitergeleitet worden.

gez. Nadolny

Stempelvermerk: Doppel für Ländergruppe. Posteingangsstempel des Auswärtigen Amtes: 16. April 1934. Gefertigt in drei Durchschlägen. Unten: Po 26.

PA AA, R 31835, Bl. 4–5.

Nr. 419

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS, 14. IV. 1934

Nadolny begann damit, dass er seine Unzufriedenheit wegen des heutigen Artikels von Radek „Šipjaščaja gadina“¹ zum Ausdruck brachte. Ich sagte, dass das deutsche offiziöse Presseorgan² den Anlass für diesen Artikel geliefert habe und sich die Kritik nicht gegen die deutsche Regierung, sondern gegen den Faschismus richte. Als N[adolny] die Frage verallgemeinern und sich über die Feindseligkeit unserer Presse auslassen wollte, empfahl ich ihm, er möge sich an Štern wenden, der ihm das Dossier der antisowjetischen Veröffentlichungen in der deutschen Presse zur Verfügung stellen könne.

Sodann ging N. zum eigentlichen Zweck seines Besuches über und las mir die weitschweifige Antwort der deutschen Regierung auf unseren Vorschlag vor, das Baltische Protokoll zu unterzeichnen³. Obgleich Nadolny angeblich den Auftrag hatte, mir diese Antwort nur vorzulesen, überließ er mir auf meine Bitte die schriftliche Fassung dieser Antwort⁴.

¹ Vgl. dazu Dok. 298.

² Vgl. „Šipenie fašistskoj gadiny“ (Das Zischen der faschistischen Natter). In: Izvestija vom 14. April 1934, S. 2.

³ Gemeint ist der Artikel „Die Möglichkeiten einer Rettung“. In: Völkischer Beobachter vom 3. April 1934, Berliner Ausgabe, S. 1.

⁴ Vgl. Dok. 395, 407.

⁵ Vgl. Dok. 420.

Ich behielt mir das Recht vor, ihm nach Prüfung des Dokuments beim nächsten Treffen unsere Einwände auf die deutsche Antwort darzulegen⁵. Wesentlich sei nicht die Argumentation, sondern die bloße Tatsache der Ablehnung unseres Vorschlages, was ich nur bedauern könne, da ich darin ein wirksames, ja vielleicht das einzige Mittel erblicke, um unsere Beziehungen zu verbessern. Während die deutsche Seite unsere Vorschläge ablehne, unterbreite sie ihrerseits keinerlei konstruktive Vorschläge, sondern weise von vornherein die Unterzeichnung von diplomatischen Schriftstücken jeglicher Art zurück. In meinem Gedächtnis habe sich nur der Teil der deutschen Antwort eingeprägt, in dem die Befürchtung ausgesprochen werde, das vorgeschlagene Protokoll könne Verdächtigungen auslösen. Mir stelle sich die Sache so dar: Wenn es früher keine Verdächtigungen gegeben habe, so würden sie nunmehr durch die Ablehnung unseres Vorschlages ausgelöst werden, sollte es aber Verdächtigungen gegeben haben, so würden sie durch diese Tatsache bekräftigt werden. Dabei hätte man diese mit der Unterzeichnung des Protokolls aus der Welt schaffen können. Ich habe Nadolny wiederholt darauf hingewiesen, dass in der jetzigen Situation mit Lippenbekenntnissen und Erklärungen über friedfertige Absichten allein kein gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden könne.

Nadolny sagte, dass er sich nicht vor einer Zunahme der Verdächtigungen fürchte und seine Regierung bereit sei, öffentlich das zu erklären, was er mir heute vorgelesen habe. Dabei fragte er, ob wir irgendeinen anderen Staat von unserem Vorschlag unterrichtet hätten, worauf ich verneinend antwortete⁶.

Die Bitte N. aufgreifend, ihn rechtzeitig über die bei uns eingehenden Informationen über antisowjetische Handlungen der deutschen Regierung zu informieren, teilte ich ihm mit, dass uns die Informationen über Verbindungen Deutschlands zur ukrainischen konterrevolutionären Emigration nunmehr von der Regierung eines Staates, der nicht zum sogenannten französischen Block gehöre, bestätigt worden seien. Ich könne ihm die Namen derjenigen ukrainischen Politiker nennen, zu denen Kontakte unterhalten würden. Ich würde Nadolny diese Namen keineswegs deshalb nennen, um von ihm eine Klarstellung oder eine Antwort zu fordern, weil ich sehr wohl wisse, dass alles dies in Abrede gestellt werde. Dennoch hielt ich es für nötig, dies eingedenk der Bitte Nadolnys zu tun.

Die Bitte N., ihm die entsprechenden Dokumente auszuhändigen, lehnte ich ab.

LITVINOV

Vermerk [von M. M. Litvinov]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 26. IV. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 692 vom 16. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 1 [Expl.] ins Arch[iv], die [Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 100–99. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 126, S. 260–261⁷.

⁵ Vgl. Dok. 422, 424.

⁶ Zu Teilen der Unterredung Nadolnys mit Litvinov, die sich auf die Ablehnung des Vorschlages über die gemeinsamen Garantien für die Staaten des Baltikums beziehen; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 401, S. 729–730.

⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 420

Memorandum der deutschen Regierung an die sowjetische Regierung

[14. 4. 1934]

Wenn die Sowjetregierung den Wunsch hat, etwas Konkretes zum Zwecke der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu tun, so können wir das selbstverständlich nur mit Genugtuung begrüßen. Wir haben unseren eigenen Willen in dieser Richtung bei jeder sich bietenden Gelegenheit unzweideutig betont und haben es deshalb nicht verstanden und zugleich bedauert, dass Herr Litwinow in seiner bekannten Rede vom 28. Dezember v. J.¹ und in seiner bedeutsamen Unterhaltung mit Ihnen² vom 4. Januar d. J.³ eine so negative, von offenem Misstrauen erfüllte Einstellung zum Ausdruck brachte. Leider müssen wir feststellen, dass uns das Mittel, das Herr Litwinow nunmehr vorschlägt, für die Verwirklichung des von ihm angegebenen Zweckes aus den verschiedensten Gründen nicht geeignet erscheint.

Es ist schon eine auffallende Tatsache, dass Herr Litwinow mit einem Projekt zur Sicherung des Bestandes des baltischen Staaten an uns herantritt⁴, das er, wie allgemein bekannt, noch vor kurzem gemeinsam mit der Polnischen Regierung verfolgt hat⁵. Die russisch-polnische Initiative ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine Aktion mit politischer Spitze gegen Deutschland aufgefasst worden. Wenn wir auch nicht authentisch darüber unterrichtet sind, wie diese Aktion im einzelnen verlaufen ist und ob sie noch weiter verfolgt wird, so ist es doch für uns einigermassen überraschend, dass die Sowjetregierung diesen Plan jetzt in der Form eines deutsch-russischen Paktes verwirklichen möchte. Aber auch ganz abgesehen von dieser Vorgeschichte und von der Frage, wie sich die baltischen Staaten selbst zu dem Projekt gestellt haben oder stellen würden, sind wir der Ansicht, dass der Vorschlag der realpolitischen Grundlage entbehrt. Wenn die Deutsche Regierung und die Sowjetregierung zum Zweck der Besserung ihrer Beziehungen eine besondere vertragliche Verpflichtung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten eingehen sollen, so setzt das sinngemäß doch voraus, dass diese Unabhängigkeit und Unversehrtheit ohne solche ausdrückliche Bindung von einem der beiden Kontrahenten bedroht werden könnte. Die Deutsche Regierung nimmt nicht an, dass mit einer derartigen Bedrohung von Seiten Sowjetrusslands zu rechnen wäre; selbstverständlich kann sie es aber ebenso wenig zulassen, dass ihr selbst in irgend einer Weise Absichten und Möglichkeiten dieser Art unterstellt werden. Die Richtlinien der deutschen Politik im Osten sind von dem Herrn Reichskanzler bei den verschiedensten Anlässen öffentlich und in voller Klarheit dargelegt worden, und wir müssen jeden Versuch, die Aufrichtigkeit dieser Politik in Zweifel zu ziehen, kategorisch zurückweisen.

Wenn aber so die Möglichkeit einer Bedrohung der baltischen Staaten von Seiten Deutschlands und der Sowjetunion ausscheidet, so bliebe als realer Anlass

¹ Vgl. Dok. 415, Anm. 4.

² So im Dokument; richtig: mit Herrn Nadolny.

³ Vgl. Dok. 415, Anm. 5.

⁴ Vgl. Dok. 407.

⁵ Vgl. Dok. 415, Anm. 7.

des vorgeschlagenen Paktes nur die Möglichkeit, dass die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Staaten von Seiten dritter Mächte gefährdet werden könnte. Auch eine solche Annahme entbehrt nach Ansicht der Deutschen Regierung jeglicher Grundlage. Die Deutsche Regierung vermag deshalb nicht zu sehen, inwiefern Deutschland und die Sowjetunion einen Grund haben könnten, die Rolle von Schutzmächten der baltischen Staaten zu übernehmen.

Da somit die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der Deutschen Regierung in keiner Weise bedroht ist, sieht sie keinen Anlass, zur Sicherung dieser Staaten einen besonderen Vertrag mit der Sowjetregierung zu schließen.

Die Sowjetregierung wird sich bei unvoreingenommener Prüfung dieser Gesichtspunkte leicht davon überzeugen können, dass der von ihr für die Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorgeschlagene Weg tatsächlich nicht gangbar ist. Wenn sie, wie ich hoffen möchte, an ihrem Wunsche nach Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen festhält, wird dafür ein anderer Weg gesucht werden müssen und auch gefunden können. Ein Objekt, das den Gegenstand eines neuen politischen Vertrages bilden könnte, scheint uns allerdings nicht gegeben zu sein, da alle politischen Fragen, die sich für eine förmliche Vertragsregelung eignen, durch die in Geltung befindlichen Verträge, insbesondere durch den Berliner Vertrag, erschöpft sein dürften. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es die neue Deutsche Regierung gewesen ist, die die Verlängerung des Berliner Vertrages ratifiziert und sich dadurch in aller Form zu diesem Vertrage und der ihm zugrunde liegenden politischen Einstellung bekannt hat. Wir vermögen den eigentlichen Grund, der die bedauerliche Entfremdung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeigeführt hat, nur in der Einstellung der Sowjetregierung zu dem national-sozialistischen Regime Deutschlands zu sehen. Wir können deshalb nur immer wieder betonen, dass die Verschiedenheit der beiderseitigen inneren Systeme der beiden Staaten nach unserer festen Überzeugung deren internationale Beziehungen nicht zu berühren braucht. Die gedeihliche Gestaltung dieser Beziehungen ist letzten Endes eine Frage des politischen Entschlusses. Irgendwelche Realitäten auf dem Gebiete der Außenpolitik stehen einem solchen Entschluss nicht entgegen; im Gegenteil weisen vielfach gemeinsame Interessen beider Staaten in diese Richtung. Es kommt deshalb darauf an, nicht auf **künstlichen Konstruktionen**⁶, sondern auf der natürlichen und positiven Basis des Berliner Vertrages aufzubauen.

In diesem Vertrag ist vorgesehen, dass die beiden Regierungen in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen. Die Deutsche Regierung ist gern bereit, gemäß dieser Vereinbarung mit der Regierung der UdSSR die Wiederherstellung vertrauensvoller, für beide Länder nutzbringender Beziehungen zu besprechen.⁷

⁶ Von Neuraths Text hatte ursprünglich „auf gesuchten negativen Konstruktionen“ geheißen, was er auf telefonischem Vorschlag von Nadolny abänderte. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 398, S. 724.

⁷ Auf ein Telegramm von Nadolny hin (vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 396, S. 722–723) telegraphierte von Neurath am 12. 4. 1934 sein Einverständnis, diesen Absatz hinzuzufügen (vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 398, S. 724). Vgl. auch Dok. 415 in diesem Band.

Vermerk [des Sekretärs]: Von Nadolny dem Volkskommissar vorgelesen 14/IV-34.

Vermerk [von M. M. Litvinov]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 19. IV. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 59–62. Kopie. In deutscher Sprache.

Veröffentlicht in russischer Sprache in: DVP, Bd. XVII, Dok. 139, S. 284–286.

Nr. 421

Bericht des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 15. April 1934

e. o. W IV Ru 2017 pr. 26. IV. 1934

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen 1933

Anfang 1933 betrug das russische Obligo¹ gegenüber Deutschland ca. 1, 2 Milliarden RM. Die 1933 fälligen Zahlungen stellten sich auf ca. 750 Millionen Reichsmark. Somit bedeutete 1933 einen Höhepunkt hinsichtlich der Zahlungsverpflichtungen der Sowjetunion an Deutschland. Es bestand die Gefahr, dass die Sowjetunion angesichts der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Absatzschwierigkeiten und Preissenkungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Diese Gefahr war besonders akut, als im April v. J. der englisch-sowjetische Konflikt² eines der wichtigsten russischen Exportländer, England, ausfallen ließ. Es bestand ferner die Möglichkeit, dass die Russen angesichts der nach der nationalen Erhebung in Deutschland eingetretenen Spannung in den Beziehungen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen wollten. Den Entschluss hierzu hätte den Russen der Umstand erleichtert, dass eine große Anzahl von Ländern Transfer-Beschränkungen vorgenommen hatten und bei der allgemeinen Animosität gegen das neue Deutschland ein diesbezüglicher Entschluss der Sowjetregierung in weiten Kreisen des Auslandes Verständnis gefunden hätte. Dass die Sowjetregierung derartige Erwägungen angestellt hat, steht außer Zweifel. Trotz zahlreicher, auch in die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen hinüberspielender Zwischenfälle (besonders bezüglich der Derop) ist es jedoch gelungen, den Zahlungswillen und das Zahlungsvermögen der Sowjetregierung aufrecht zu erhalten. Allerdings war hierzu die Gewährung eines gesicherten Überbrückungskredits in Höhe von 140 Mill. RM sowie die Freigabe von 60 Mill. Sperrmark erforderlich. Dass der letztgenannte Betrag im Herbst v. J., in einem Zeitpunkt großer Spannung, noch um 15 Mill. RM erhöht werden konnte, hat nach Mitteilung des Leiters der hiesigen Sowjethandelsvertretung³ sich sehr günstig ausgewirkt. Ferner sind die russischen Absatzbestrebungen in Deutschland noch besonders unterstützt worden durch ein Empfehlungsschreiben der Reichsregierung, in vermehrtem Umfang russische Naphtaprodukte zu beziehen⁴.

¹ Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

² Vgl. Dok. 108, Anm. 1.

³ Israil' Jakovlevič Vejcer.

⁴ Vgl. Dok. 129.

Die 750 Mill. RM sind in folgender Weise von den Russen gezahlt worden:

1) Export nach Deutschland	194 Mill. RM
2) Überbrückungskredit ⁵	140 " "
3) Sperrmark ca.	70 " "
4) durch Einnahmen aus Intourist-Reisen und Übersendung von Geld und Devisen (Brüder in Not) an Bedürftige in Russland ca.	10 " "
5) Gold	153 " "
6) fremde Devisen ca.	183 " "
Sa.	750 Mill. RM.

Der deutsch-sowjetische Wirtschaftsverkehr hat somit im Jahre 1933 der deutschen Wirtschaft 153 Mill. RM. in Gold und 183 Mill. RM. in Devisen zugeführt. Gleichzeitig ist die von der Reichsregierung dringend gewünschte Herabminderung des russischen Obligos gegenüber Deutschland erzielt worden. Das Obligo stellt sich Anfang 1934 auf ca. 720 Mill. RM.

Obligo am 1. 1. 1933	ca. 1200 Mill. RM
Rückzahlungen 1933	ca. -750 " "
	+ 450 Mill. RM
Überbrückungskredit	+ 140 " "
neue Bestellungen 1933	ca. + 130 " "
	720 Mill. RM.

Die Außenhandelsziffern für 1933 sind die folgenden in Mill. RM (in Klammern die Ziffern für 1932).

1) Die Gesamtausfuhr der UdSSR	1070 (1218)
Ausfuhr nach Deutschland	194 (270)
Anteil Deutschlands in%:	18 (22)
2) Gesamteinfuhr der UdSSR	752 (1510)
Einfuhr aus Deutschland	282 (625)
Anteil Deutschlands in%:	37,5 (41)

Die hauptsächlichen Konkurrenzländer Deutschlands bei der Ausfuhr nach der Sowjetunion weisen 1933 folgende Ziffern auf: (in Klammern die Ziffern für 1932)⁶.

	Mill. RM
1) England	66 (198)
2) USA	36 (68)
3) Italien	36,5 (58,5)

⁵ Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: Der zur Verfügung gestellte Betrag ist 1933 nicht voll ausgenützt worden.

⁶ Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: Diese Ziffern entstammen der russischen Statistik, die infolge anderer Berechnung bei den Einfuhrzahlen stets höhere Ziffern aufweist als die deutsche Statistik. Nach der russischen Statistik betrug die Einfuhr aus Deutschland nicht 194 Mill. RM, sondern 220 Mill. RM.

Die Bestelltätigkeit der Sowjetunion in Deutschland hat 1933 stark nachgelassen. Sie betrug, wie angegeben, ca. 130 Mill. RM. Der Gesamtumfang der Sowjetbestellungen 1933 ist nicht bekannt. Immerhin steht außer Zweifel, dass trotz der Schwierigkeit des Jahres 1933 Deutschland auch in diesem Jahre weitaus an erster Stelle hinsichtlich der von Sowjetseite vergebenen Aufträge gestanden hat.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94658, Bl. E 664799–664802.

Nr. 422

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim
Expl. Nr. 4

Nr. 4094/1

17. April 1934

AN
GEN. STALIN

Als Nadolny mir die Antwort der deutschen Regierung überbrachte, mit der sie unser Baltisches Protokoll ablehnte, las er die weitschweifige Erklärung vom Blatt ab¹. Ich versprach Nadolny, ihm meine Bemerkungen nach eingehender Prüfung der von ihm abgegebenen Erklärung mitzuteilen.

Die Erklärung ist offensichtlich in der Absicht verfasst worden, sie anschließend zu veröffentlichen. In dem Gespräch stellte Nadolny sogar die Bereitschaft der deutschen Regierung in Aussicht, all das zu veröffentlichen, was uns erklärt worden ist. Ich meine, dass auch ich ihm eine Antwort geben sollte, die im Bedarfsfall zu veröffentlichen nützlich wäre. In der Anlage übersende ich Ihnen den Entwurf der Antwort und bitte Sie, mir Ihre Bemerkungen mitzuteilen².

Eine sofortige Veröffentlichung der Erklärungen scheint mir nicht zweckmäßig zu sein, weil dies in Berlin eine gewisse Gereiztheit auslösen und den Eindruck erwecken könnte, als ob wir mit unserem Vorschlag lediglich das Ziel verfolgen würden, die deutsche Regierung bloßzustellen. Ich würde vorschlagen, nachdem wir Nadolny unsere Antwort mitgeteilt haben³, die baltischen Staaten, Polen⁴ und Frankreich⁵ von unserem Vorschlag und der deutschen Antwort in

¹ Vgl. Dok. 420. Die russische Fassung des Textes in DVP, Bd. XVII, Dok. 139, Anhang, S. 284–286.

² Die von Stalin redigierte Version dieser Erklärung erschien in der „Izvestija“ vom 27. April 1934, S. 2; vgl. auch in: DVP, Bd. XVII, Dok. 139, S. 280–284. In den Anmerkungen sind die Änderungen verzeichnet.

³ Litvinov händigte Nadolny die Antwort am 21. 4. 1934 aus. Vgl. Dok. 424.

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 143, S. 293–295.

⁵ Ebd., Dok. 136, S. 277.

Kenntnis zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass in der Auslandspresse dazu Meldungen erscheinen werden⁶, was auch uns den Anlass liefern würde, mit einer Mitteilung und mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten.

Anlage: Der Entwurf.

Litvinov

[Entwurf der Antwort M. M. Litvinovs an den Botschafter Deutschlands
in der UdSSR R. Nadolny]

Meine Regierung und auch ich haben mit aufrichtigem Bedauern die Mitteilung der deutschen Regierung zur Kenntnis genommen, den Vorschlag bezüglich des Baltischen Protokolls abzulehnen. Allein die Tatsache der Ablehnung des Vorschlages ist relevant, zumal die von der deutschen Regierung abgegebene Erklärung es nicht vermag, die Bedeutung dieser Tatsache abzuschwächen.

Gestatten Sie, Herr Botschafter, Sie auf einige nicht zutreffende Annahmen in Ihren Darlegungen über Ziele und Motive hinsichtlich des von mir unterbreiteten Vorschlages und auf nicht zutreffende Schlussfolgerungen, die auf der Grundlage dieser Annahmen gezogen wurden, aufmerksam zu machen.⁷

******Unser der deutschen Regierung unterbreiteter Vorschlag ließ sich von der allgemeinen Politik der sowjetischen Regierung zur Festigung des Friedens generell und insbesondere in den an die Sowjetunion angrenzenden Regionen leiten^{**8}. Zweifellos hätte die Realisierung unseres Vorschlages die Wirkung gehabt, wieder ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland herzustellen. Das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern sind ausschließlich auf der Grundlage der gemeinsamen Bemühungen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit für alle Völker möglich.

Die von der deutschen Regierung geäußerte Vermutung, dass wir uns mit gleichlautenden Vorschlägen zunächst an die polnische Regierung und erst dann an die deutsche Regierung gewandt hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben der polnischen Regierung zu keinem Zeitpunkt vorgeschlagen, irgendein Protokoll bezüglich des Baltikums⁹ generell zu unterschreiben ******und insbeson-

⁶ Am 26. 4. 1934 teilte Nadolny Krestinskij mit, „da die lettische amtliche Nachrichtenagentur eine offizielle Mitteilung über sowjetisch-deutsche Verhandlungen zu einem baltischen Protokoll verbreitete und in einer Rigaer Zeitung bereits ein Artikel aus diesem Anlass erschienen ist, der feindselig und unkorrekt die Ablehnung Deutschlands interpretiert, sieht sich die deutsche Regierung genötigt, in der Presse ihre Haltung in dieser Frage dazulegen“. Dazu bemerkte Krestinskij, dass die sowjetische Seite ebenfalls in der Presse eine Erklärung abgeben und möglicherweise die Dokumente veröffentlichen werde. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 55.

⁷ An dieser Stelle wurde für die Veröffentlichung eingefügt:

Ich muss deshalb daran erinnern, dass wir vorgeschlagen haben, lediglich ein Protokoll darüber zu unterzeichnen, dass die Regierungen der UdSSR und Deutschlands „die Verpflichtung eingehen, in ihrer Außenpolitik stets die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der Unantastbarkeit der Baltischen Staaten berücksichtigen und sich jeglicher Handlungen enthalten werden, die dieser Unabhängigkeit direkt oder indirekt Schaden zufügen könnte“ und dass „das Protokoll offen (ist) für den Beitritt anderer an der gegebenen Problematik interessierter Staaten“.

⁸ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Dieser Vorschlag der sowjetischen Regierung ist von ihrer allgemeinen Politik geleitet, den Frieden generell und insbesondere in den an die Sowjetunion angrenzenden Ländern zu festigen.

⁹ Vgl. Dok. 419, Anm. 6.

dere nicht solchen Inhalts, wie wir es jetzt der deutschen Regierung unterbreitet haben**¹⁰.

Gegenwärtig die Kriegsgefahr in einem beliebigen Teil der Welt leugnen kann man nur, wenn man die Realität der internationalen Lage, die öffentliche Meinung der ganzen Welt und insbesondere die politischen Aufgaben, die sich einige Staaten ganz offen stellen, völlig ignoriert¹¹. **Am wenigsten kann der Raum, den der sowjetische Vorschlag im Auge hatte, als frei von diesen Bedrohungen betrachtet werden. Es ist unbestritten, dass die in diesem Raum gelegenen kleinen Staaten um ihr Schicksal und um ihre Unabhängigkeit sehr besorgt sind**¹². **In diesem Raum**¹³ kann sich eine Verletzung des Friedens aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Auftakt für einen neuen Weltkrieg entwickeln. Die sowjetische Regierung, die um die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens besorgt ist, muss sowohl unter diesem allgemeinen Aspekt als auch vom Standpunkt der Sicherheit der Grenzen für die Sowjetunion selbst **den Garantien, die die Unverletzlichkeit des Friedens gerade in diesem Raum betreffen**¹⁴, eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Diesem Ziel diene die Sondierung der Haltung der polnischen Regierung in dieser Frage; **auf diesen Vorstoß spielt offenbar auch die deutsche Regierung an**¹⁵. Mit dem gleichen Ziel unterbreitete die sowjetische Regierung der deutschen Regierung den Vorschlag, ein Protokoll zu unterzeichnen. Um den anderen Ländern ein Beispiel zu geben, hat die sowjetische Regierung auf eigene Initiative die bestehenden Nichtangriffspakte mit den **4**¹⁶ baltischen Staaten unlängst verlängert¹⁷. Alle diese Maßnahmen dienen einem einzigen Ziel, sie bilden ein einheitliches System, ergänzen einander und schließen sich nicht gegenseitig aus.

Jede Maßnahme zur Festigung des Friedens richtet sich selbstverständlich gegen jene Staaten, die diesen Frieden zu verletzen beabsichtigen. Doch kein einziger Staat sollte diese Maßnahme als gegen sich gerichtet ansehen, wenn er keine derartigen Absichten hegt.

¹⁰ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

sondern wir haben ihr lediglich vorgeschlagen, gemeinsam mit der Regierung der UdSSR ihre Entschlossenheit zu erklären, „den Frieden in Osteuropa zu bewahren und zu verteidigen“ und anzuerkennen, dass „beide Staaten die Unantastbarkeit und die völlige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der neuen politischen Gebilde, die sich aus dem Bestand des ehemaligen Russischen Reiches abgesondert haben, als notwendige Voraussetzung dieses Friedens erachten“. Der Unterschied zwischen unseren Vorschlägen an Polen und Deutschland geht absolut eindeutig aus den von mir wörtlich zitierten entsprechenden Dokumenten hervor.

¹¹ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Gegenwärtig kann man eine Bedrohung der Sicherheit einiger kleiner Staaten nur leugnen, wenn die Realität der internationalen Lage und die öffentliche Meinung der ganzen Welt völlig ignoriert werden.

¹² Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Am wenigsten kann man die Länder als frei von derartigen Bedrohungen betrachten, die der sowjetische Vorschlag im Auge hatte, und die zweifellos sehr um ihr Schicksal und um ihre Unabhängigkeit besorgt sind.

¹³ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

In diesem Teil Europas

¹⁴ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

vor allem der Erhaltung des Friedens gerade in diesem Teil Europas.

¹⁵ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

diesen Schritt hat offenbar auch die deutsche Regierung im Blick.

¹⁶ In der veröffentlichten Fassung wurde die Zahl ausgeschrieben.

¹⁷ Vgl. Dok. 407, Anm. 7.

Die deutsche Regierung weist in ihrer Erklärung völlig zu Recht darauf hin, dass von Sowjetrußland keine Bedrohung für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ausgeht. Die sowjetische Regierung hat dafür zahlreiche Beweise geliefert, darunter auch die kürzliche Verlängerung der Nichtangriffspakte mit diesen Ländern über die Laufzeit von 10 Jahren hinaus. Ein noch überzeugenderer Beweis ist ihr eigener Vorschlag, ein sowjetisch-deutsches ****Nichtangriffsprotokoll** für die baltischen Staaten^{**18} abzuschließen. ****Sie****^{**19} befürchtet keineswegs, dass die Unterzeichnung eines derartigen Protokolls den Verdacht hervorrufen könnte, sie bedrohe ihrerseits die Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Sie betrachtet das Protokoll vielmehr als das beste Mittel, um solcherart Verdächtigungen gegenüber jenen Ländern vorzubeugen oder aus dem Weg zu räumen, die sich bereit erklären würden, das Protokoll zu unterzeichnen oder sich ihm in der Folgezeit anzuschließen. Die Annahme der deutschen Regierung, wonach das ****Dokument** eventuell gegen dritte Länder gerichtet sein könnte^{**20}, ist nicht richtig und aus dem Entwurf des Protokolls auch nicht ableitbar. Laut Protokollentwurf ist jeder Teilnehmer nur für seine Handlungen verantwortlich. Es sieht keine gemeinsamen Handlungen gegen dritte Länder vor²¹. ****Somit entfällt auch die Annahme bezüglich der Rolle von Schutzmächten, obgleich die UdSSR keineswegs auf die höchst ehrenvolle Rolle einer Schutzmacht des Friedens verzichtet****^{**22}.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass eine Realisierung des sowjetischen Vorschlages nicht anders als eine wesentliche Stärkung des Friedens in Osteuropa interpretiert werden könnte. Ebenso kann nicht geleugnet werden, dass damit das Sicherheitsgefühl bei den interessierten baltischen Staaten gestärkt werden könnte, die selbstverständlich rechtzeitig darüber in Kenntnis gesetzt werden und ****sich sicherlich nicht anders als****^{**23} in wohlwollender Weise gegenüber dem Protokoll verhalten würden. Zugleich würde das Protokoll nicht im geringsten Maße²⁴ die Interessen seiner Teilnehmer verletzen, da sie gegenüber dem Baltikum keine aggressiven Absichten hegen. Von dieser Annahme ausgehend, findet die sowjetische Regierung in der Erklärung der deutschen Regierung kein einziges

¹⁸ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Protokoll über die Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit der baltischen Länder.

¹⁹ Das Wort wurde in der veröffentlichten Fassung ersetzt durch: Die sowjetische Regierung.

²⁰ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Protokoll als gegen dritte Staaten gerichtet aufgefasst werden könnte.

²¹ An dieser Stelle wurde in der veröffentlichten Fassung eingefügt:

sondern es sieht im Gegenteil für beliebige dritte Länder die Möglichkeit vor, sich diesem Protokoll anzuschließen. Ebenso ergibt sich aus dem Protokoll auch nicht die künstlich mit ihm assoziierte Vorstellung bezüglich eines Protektorats. Die Sicherheit eines beliebigen Landes zu garantieren, bedeutet kein Protektorat. So wurden beispielsweise mit den Locarno-Abkommen die durch dritte Staaten garantierten Ostgrenzen Frankreichs und Westgrenzen Deutschlands von Frankreich und Deutschland niemals als ein Protektorat interpretiert. Im vorliegenden Fall geht es aber nicht um vergleichbare Grenzen, sondern um viel weniger, nämlich darum, dass zwei Staaten freiwillig die Verpflichtung eingehen, die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit anderer Staaten zu achten. Außerdem wird jegliche Vorstellung von einem Protektorat im vorliegenden Fall auch dadurch ausgeschlossen, dass die Sowjetische Regierung mit ihrem Vorschlag, dass das Protokoll offen für den Beitritt beliebiger dritter Staaten ist, den Beweis erbrachte, dass sie keine Ausschlussituation anstrebt, sondern allen, die es wünschen, die Möglichkeit anbietet, gleichlautende Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit der Baltischen Staaten zu übernehmen.

²² Der Text wurde gestrichen.

²³ Der Text ist korrigiert: würde sich zweifellos ... verhalten.

²⁴ An dieser Stelle wurde eingefügt: verständlicherweise.

überzeugendes ²⁵ Argument, das gegen die Unterzeichnung des Protokolls sprechen würde, und **auch keine Motive, um es abzulehnen**²⁶.

Es erübrigt sich, auf die günstige Wirkung einzugehen, die dieser **Pakt**²⁷ auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen haben könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Annahme der deutschen Regierung zurückweisen, wonach sich die von der deutschen Regierung konstatierte bedauerliche Entfremdung in den sowjetisch-deutschen Beziehungen **in keinem geringen Maße**²⁸ aus der Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland ergebe. Der Sowjetstaat hat während der 16 Jahre seiner Existenz unter Beweis gestellt, dass er zu anderen Staaten die besten Beziehungen unterhalten kann, unabhängig von deren Regime im Innern. **Die Regierung der Union hat sich während dieser 16 Jahre nicht verändert, und ebenso hat sich auch ihre Politik nicht verändert**²⁹. **Die von der deutschen Regierung vermerkte Entfremdung hat ihre Quelle ausschließlich in der**³⁰ aggressiv-feindseligen Haltung gegenüber der UdSSR und in dem ihrer Friedenspolitik entgegengesetzten außenpolitischen Programm der in Deutschland an die Macht gelangten neuen Partei, welches in den Werken ihrer maßgeblichen Führer dargelegt und bis jetzt nicht aufgehoben worden ist, sowie in den vom Geist dieses Programms geprägten Taten und Reden von einzelnen Vertretern dieser Partei zum Ausdruck kommen. Angesicht dieser Fakten kann die Entfremdung wohl kaum allein durch unverbindliche diplomatische Beteuerungen und Erklärungen beseitigt werden**³¹. Sie, Herr Botschafter, haben mich gebeten, auf jegliche Mittel hinzuweisen, die diese Entfremdung beseitigen oder abschwächen könnten. Aus diesem Grund war ich bemüht, Ihnen solch ein Mittel vorzuschlagen, das nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die ganze Welt überzeugender als diverse Reden und Erklärungen wäre. Mir verbleibt lediglich zu **bedauern übrig**³², dass von Ihrer Regierung dieses Mittel zurückgewiesen wird, zumal dies ohne eine **jegliche**³³ überzeugende Begründung geschieht.

Ich begrüße die Erklärung Ihrer Regierung bezüglich ihres Wunsches, sich für freundschaftliche Kontakte zu meiner Regierung und sich für ein Einvernehmen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen einzusetzen, die beide Seite betreffen, sowie bezüglich ihrer Bereitschaft, die Frage zur Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zu erörtern. Mit der Erörterung dieser Frage haben wir bereits mit meiner ersten Unterredung mit Ihnen³⁴, Herr Botschafter, begonnen. **Der Weg**³⁵, der zur Wiederherstellung dieses Vertrauens führt, ist von mir auf-

²⁵ An dieser Stelle wurde eingefügt: Motiv oder.

²⁶ Der Text wurde gestrichen und in der Veröffentlichung ergänzt durch: über die Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Länder.

²⁷ Das Wort ist korrigiert: Akt.

²⁸ Der Text wurde gestrichen.

²⁹ Der Text wurde gestrichen.

³⁰ Das an dieser Stelle stehende Wort „feindlichen“ ist gestrichen.

³¹ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Die tatsächlichen Gründe für die angeführte Entfremdung sind der Deutschen Regierung hinlänglich bekannt, sowohl aus dem öffentlichen Auftreten von Mitgliedern der Sowjetischen Regierung als auch aus meinen Unterredungen mit Ihnen, Herr Botschafter, so dass es nicht erforderlich ist, sie erneut zu wiederholen.

³² Der Text ist korrigiert: noch einmal das Bedauern auszusprechen.

³³ Das Wort wurde gestrichen.

³⁴ Vgl. Dok. 315.

³⁵ Der Text ist korrigiert: Einer der Wege.

gezeigt worden. Ihre Regierung, die diesen Weg leider nicht zu beschreiten wünscht, zeigt aber keine anderen Wege auf. Angesichts der neuen internationalen Lage können indes nur konkrete Vorschläge, die diese Lage berücksichtigen, von Bedeutung sein, nicht aber allgemeine, abstrakte Erklärungen. Der Berliner Vertrag deckt ³⁶ nicht jene die Sowjetunion betreffenden Fragen ab, die durch die neue internationale Situation und die Politik der neuen deutschen Regierung entstanden sind. **Wir werden immer bereit sein, konkrete Vorschläge der deutschen Regierung wohlwollend zu prüfen, sofern sich diese Vorschläge im Rahmen der Friedenspolitik der Sowjetunion sowohl in allgemeiner als auch in regionaler Hinsicht bewegen werden**³⁷.

Auf der Beschlussvorlage befindet sich der Vermerk [M. M. Litvinovs]: NN und der von N. N. Krestinskij: NK.

Auf dem Entwurf der Antwort Litvinovs an Nadolny befindet sich der Vermerk [M. M. Litvinovs]: N. N.

Oben in der Mitte sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommisars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1772a vom 19. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das **3. an Gen. Molotov**³⁸, das 4. an Gen. Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. an M. M.³⁹, das 7. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 33, 38–42. Kopie.

Nr. 423

Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationssekretär im AA von Stechow

GEHEIM

Expl. Nr. 6

Nr. 233/s¹

Berlin, 19. IV.² 34

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

[...]³

17/IV. Von Stechow rief mich gegen Abend an und sagte, dass er mich gern in einer Sache aufsuchen möchte. Er erklärte, dass es ihm sehr unangenehm sei, uns

³⁶ An dieser Stelle wurde in der veröffentlichten Fassung hinzugefügt: bei all seiner Bedeutung und seinem Wert.

³⁷ Der Text lautete in der veröffentlichten Fassung:

Ich kann Ihnen versichern, Herr Botschafter, dass wir immer bereit sein werden, konkrete Vorschläge der Deutschen Regierung wohlwollend zu prüfen, die die Verbesserung der Beziehungen und die Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen unseren Ländern nach sich ziehen könnten.

³⁸ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

³⁹ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

³ Ausgelassen sind die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Botschaftssekretärs Frankreichs, Gauquié, am 14. 4. (l. 126) und über das Telefongespräch mit dem Leiter des Referats IV der Presseabteilung im AA von Saucken am 14. 4. (l. 126).

unliebsame Neuigkeiten mitzuteilen, aber da könne man nichts machen. Jegliche Bemühungen des Außenministeriums, für unsere jungen Chemiker eine Besuchsgenehmigung für die Werke der IG⁴ zu erwirken, seien fehlgeschlagen. Die Unternehmen der chemischen Industrie hätten mit einer Ablehnung geantwortet, wobei sie diese mit folgenden Argumenten begründeten: 1) sowjetische Chemiker hätten bereits Chemieunternehmen aufgesucht, was das Personal von der Erfüllung der eigentlichen Aufgaben ablenke; die Chemieunternehmen hätten darauf gehofft, Aufträge zu bekommen, was ihnen zwar bisweilen versprochen wurde, jedoch seien diese Zusagen niemals eingehalten worden; 2) der Besuch von sowjetischen Wissenschaftlern ziehe die Preisgabe von Produktionsgeheimnissen nach sich, worauf sich die Chemieunternehmen nicht einlassen könnten. Stechow ergänzte, dass hierbei die Staatsbürgerschaft, d.h. die Zugehörigkeit zur Sowjetunion, überhaupt keine Rolle spiele, da die Chemieunternehmen selbst gegenüber deutschen Staatsbürgern keine Produktionsgeheimnisse preiszugeben beabsichtigen.

Ich sagte Stechow, dass mich seine Mitteilung außerordentlich verwundere, zumal sie nach den Moskauer Verhandlungen zu diesem Thema⁵ für mich vollkommen unerwartet komme. Denn in Moskau sei nicht nur der Besuch, sondern auch der Aufenthalt in den Unternehmen zwecks wissenschaftlicher Arbeit exakt vereinbart worden, wobei die deutsche Vertretung in Moskau, wenn ich mich nicht irre, sei es Hilger gewesen, in Berlin angefragt hätte, und erst nach Eingang der entsprechenden Antwort sei den interessierten Moskauer Einrichtungen ein positiver Bescheid gegeben worden. Daher sei mir Stechows Mitteilung unverständlich. Stechow entgegnete mir darauf, dass in Moskau keinerlei Vereinbarung getroffen worden sei. Es sei lediglich gesagt worden, dass das Außenministerium sich vermittelnd einzusetzen verspreche. Ich antwortete ihm, dass diese Erklärung unwahrscheinlich klinge. Stechow ergänzte, dass von zwei, drei Firmen noch keine Antworten vorlägen, sie müssten in den nächsten Tagen eingehen. Sodann empfahl er, sich an den Geschäftsführer⁶ des Verbandes der deutschen chemischen Industrie, Dr. Ungewitter, zu wenden, wobei es am besten wäre, wenn dies von der Handelsvertretung ausginge. Ich brachte Stechow gegenüber meine äußerste Unzufriedenheit über den Stand der Dinge zum Ausdruck, und damit gingen wir auseinander.

GIRŠFEL'D

*Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in] 23 IV
Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1729 vom 22. 4. 1934.
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 739 vom 23. 4. 1934.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 1 [Expl.] an Litv[inov], 6 an Krest[inskij], 1 zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 126–125. Kopie.

⁴ Gemeint ist die IG Farbenindustrie.

⁵ Es konnte nicht ermittelt werden, um welche Verhandlungen es sich handeln könnten.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 424

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Nadolny**

Geheim
Expl. Nr. 6

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG NADOLNYS, 21. IV. 1934

Ich trug Nadolny auf Deutsch die Erklärung (siehe Anlage)¹ vor. Anschließend händigte ich ihm den Text der Erklärung in russischer Sprache aus². Nadolny hörte mir aufmerksam zu und zeigte insbesondere an dem Schlussteil das größte Interesse³. Er fragte, ob er das Resümee dahingehend verstehen könne, dass wir Deutschland vorschlagen, nach Ablehnung unseres Vorschlages andere Angebote zu unterbreiten. Ich wies Nadolny darauf hin, dass dies in meiner Erklärung direkt gesagt werde und wir selbstverständlich bereit seien, jegliche Vorschläge zu erörtern. Ich könne mir aber keine praktikablen Vorschläge vorstellen, wenn sie nicht in der einen oder anderen Form schriftlich fixiert worden seien; ^{***} in der deutschen Erklärung würden indessen vorsorglich jegliche neue, schriftlich fixierte Garantien ausgeschlossen. Dies scheine mir umso merkwürdiger zu sein, als diese Erklärung nach dem Abschluss des Abkommens mit Polen⁵ und nach den zahlreichen Erklärungen Hitlers hinsichtlich seiner Bereitschaft, mit wem auch immer einen Nichtangriffspakt abzuschließen, erfolgt sei. Dem sei zu entnehmen, dass Hitler den formalen und schriftlichen Garantien eine Bedeutung beimesse, uns aber, aus welchen Gründen auch immer, darauf hinweise, dass nach dem Berliner Vertrag weitere Abkommen mit uns nicht in Betracht kämen. Nadolny zeigte sich verlegen und versuchte, mit Mühe und Not die entsprechende Stelle in dem Sinne auszulegen, dass es neue Abkommen nur im Rahmen des Berliner Vertrages geben könnte.

Seiner Gewohnheit folgend, bat N[adolny] darum, inoffiziell sprechen zu dürfen. Er kritisierte die deutsche Antwort unverhüllt von Grund auf. Er beklagte die übertriebene Empfindsamkeit der Antwort der Deutschen und bezeichnete das Ausbleiben einer Desavouierung von Hitlers Buch „Mein Kampf“ als einen großen Fehler. Er überlegte laut, ob er nicht mit unserer Antwort nach Berlin fahren sollte, um dort irgendwelche neuen Vorschläge zu erörtern, worauf ich nicht reagierte. Als er sich verabschiedete, brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass wir die Angelegenheit vertraulich behandeln würden. Ich sagte, wir hätten nicht die Absicht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendetwas publik zu machen, aber wir sähen es als unsere Pflicht an, die interessierten Staaten zu informieren. Nadolny versuchte erregt, mich davon zu überzeugen, dies nicht zu tun, indem er sich sogar

¹ Vgl. Dok. 422.

² Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 139, S. 280–284.

³ Zum Bericht Nadolnys über die Unterredung mit Litvinov am 21. 4. 1934 vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 414, S. 745–746.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „aber“ ist gestrichen.

⁵ Vgl. Dok. 349, Anm. 1.

auf die von mir angeblich abgegebene Zusage berief. Ich erinnerte ihn daran, dass ich ihm keinerlei Zusagen gegeben hätte. Auf seine Frage, ob wir irgendjemanden von unserem Vorschlag unterrichtet hätten, antwortete ich verneinend. Doch dies bezöge sich auf die Vergangenheit, und zwar auf die Zeit unserer Verhandlungen mit Deutschland. Nunmehr aber, da die Verhandlungen abgeschlossen seien und wir von Deutschland eine eindeutige Absage erhalten hätten, sähe ich keine Möglichkeit, unseren Schritt vor denjenigen Staaten zu verheimlichen, die dies betreffe, zumal es keine Gewähr gäbe, dass sie davon nicht aus anderen Quellen erfahren würden. Als Beispiel führte ich den Artikel in der „Rigaschen Rundschau“ an, eine Deutschland nahestehende Zeitung, die bereits Andeutungen auf unseren Vorschlag gebracht habe.

LITVINOV

Vermerk von [M. M. Litvinov]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: Mir zurückzugeben. An Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 22. IV. 34; zu den Akten.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID mit der Eingangs-Nr. 720 vom 23. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl., 1 [Expl.] ins Archiv, die [Expl.] 2–5 an die Kollegiumsmitglieder [des NKID], das 6. an Gen. Štern, das 7. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 130–129. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 140, S. 286–287⁶.

Nr. 425

Schreiben des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Moskau, den 24. April 1934

Deutsche Botschaft

Tgb. E/145/II

An das

Auswärtige Amt

Berlin**Rein-**¹DurchschlagIm Anschluss an den Bericht vom 23. März 1934 E/145²

Inhalt: Protest gegen das Stück „Fortsetzung folgt“.

Auf die mehrfachen ausdrücklichen Vorstellungen der Botschaft hin ist das Schauspiel „Fortsetzung folgt“³ nunmehr den Änderungen unterworfen worden, deren Durchführung das Außenkommissariat seinerzeit in Aussicht gestellt hatte.

Die deutsche Fahne mit dem Hakenkreuz wird nicht mehr gezeigt, sondern lediglich eine dreifarbige Phantasiefahne (blau-weiß-schwarz) mit einem gelben

⁶ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Das Wort ist eingefügt.

² Vgl. Dok. 400.

³ Vgl. dazu Dok. 399, 414.

Hakenkreuz in der Mitte. Das Bild des Herrn Reichskanzlers ist nicht mehr auf der Bühne sichtbar; anstelle dessen erscheint ein anderes Bild, das allerdings eine gewisse Ähnlichkeit mit der bekannten Karikatur des Grafen Brockdorff-Rantzau von Georg Grosz⁴ aufweist. Die Personen, die in SA-Uniformen auftraten, tragen anstatt der roten eine schwarze Armbinde mit schwarzem Kreuz auf weißem Grunde, und das Braun ihrer Anzüge ist dunkel.

Was die Benutzung des Hakenkreuzes betrifft, so hat das Außenkommissariat gegenüber unseren Protesten zu wiederholten Malen betont, dass das Hakenkreuz an sich hier nicht als Hoheitssymbol des national-sozialistischen Deutschlands aufgefasst werde, sondern als Zeichen des Faschismus schlechthin. So habe z.B. auch die Eiserne Garde in Rumänien das Hakenkreuz auf ihre Fahnen geheftet⁵. Es sei also nicht möglich, in diesem Falle das Hakenkreuz als solches von der Bühne zu entfernen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit erneut um eine Mitteilung darüber bitten, wie die Proteste der Sowjetbotschaft in der Angelegenheit der Filme „SA-Mann Brand“, „Das blutende Deutschland“ und „Flüchtlinge“ dortseits behandelt worden sind, um gegebenenfalls eine Grundlage für die Weiterführung meiner Demarchen zu gewinnen.

gez. Nadolny

Auf dem ersten Blatt abg. 26. 4. und zdA Hi[lger] 26/4. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 103–104.

Nr. 426

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 25. April 1934 2.46 Uhr

Ankunft: 25. April 3.50 Uhr

IV Ru 2000

Nr. 94 vom 24. 4.

[Im] Anschluss [an Telegramm Nr.] 92¹

Annahme, dass Übersetzung Litwinows Erwiderung² inzwischen dort eingegangen. Auf ihren gegen unsere Ablehnung des Baltenpakts polemisierenden Teil mit seinen verschiedentlichen Widersprüchen und Spitzen einzugehen, kann ich mir wohl ersparen, da ich annehme, dass diese Angelegenheit – abgesehen von der Verständigung der betreffenden Regierungen durch uns – auch unsererseits bis auf weiteres als erledigt angesehen wird.

⁴ Veröffentlicht in: Das Gesicht der herrschenden Klasse, 55 politische Zeichnungen von George Grosz, Berlin 1921.

⁵ Das Symbol der Eisernen Garde, einer seit 1927 in Rumänien agierenden faschistischen und antisemitischen Bewegung, hatte als Symbol ein Gitter aus drei waagerechten und drei senkrechten schwarzen Balken.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 414, S. 745–746.

² Vgl. Dok. 422.

Es fragt sich aber, ob hinsichtlich der allgemeinen Bereinigung deutsch-russischer Beziehungen der Faden weiter zu spinnen sein wird. Litwinow hat ihn trotz allem Ressentiment, das auch in dieser Hinsicht aus seinen Ausführungen spricht, nicht ganz abreißen lassen, so dass Möglichkeit dazu vorhanden, wenn wir Bereinigung tatsächlich wünschen und nach Möglichkeit herbeiführen wollen. In dieser Hinsicht möchte ich bemerken, dass sich meines Erachtens unsere jetzige Taktik – allgemeine Reserve mit Protesten bei besonders augenfälligen Übergriffen – nicht mehr lang einhalten lässt, da hiesige schlechte Stimmung trotz all unserer Zurückhaltung und ohne Zutun doch immer durch Anlässe aller Art neue Nahrung erhält und sich *immer mehr und immer stärker in Zwischenfällen und Übergriffen äußert*³. Wir müssen uns daher meines Erachtens entschließen, entweder den Kampf mit gleichen Mitteln aufzunehmen oder auf Bereinigung der Atmosphäre zu bestehen, wobei wir *unsere Wünsche formulieren und Sowjetregierung*⁴ auffordern sollten, sich hinsichtlich ihrer Wünsche nicht mit Hinweis Litwinows auf Reden und Unterhaltungen zu begnügen, sondern sie *ebenfalls zu konkretisieren*⁵.

*Zu mündlicher Besprechung, die ich aus besonderen, das Wirtschaftsgebiet betreffenden Gründen für erwünscht halte, würde ich am besten gleich nach dem 1. Mai nach Berlin kommen können*⁶.

Nadolny

Auf dem ersten Blatt: Ru 1960. Stempel über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Abt. IV (Arb.-Expl.) gerichtet. Randbemerkung: Herr MD Meyer hat bez[üg]lich <-> [d. i. letzter Absatz] zustimmendes Antworttelegramm verfügt. v. T[ippelskirch] 28. 4.⁷

PA AA, R 31500, Bl. E 497903.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 424, S. 757–758.

Nr. 427

Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats Hilger mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Moskau, den 25. April 1934

Aktennotiz

Betrf.: Bild von Maljkow (vgl. „Prawda“ vom 24. April 1934)

Gegen das in der „Prawda“ vom 24. April veröffentlichte Bild („Bei einem Fluchtversuch“)¹ und gegen seine beabsichtigte Aufhängung in der Ausstellung

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist in spitze Klammern gesetzt.

⁷ Von Neurath teilte am 1. 5. 1934 Nadolny mit, dass er nach der Rückkehr von Twardowskis nach Moskau nach Berlin kommen könne. Nadolny traf am 14. 5. 1934 in Berlin ein.

¹ Vgl. Pravda vom 24. April 1934, S. 4.

der jungen Künstler habe ich bei Herrn Stern heute scharfen Protest eingelegt². Ich habe ihm erklärt, dass das Bild unter keinen Umständen in der Ausstellung erscheinen dürfe. Seine Aushängung würde eine weitere schwere Belastung der Beziehungen zur Folge haben.

Das Argument Sterns, aus dem Bilde sei nicht zu ersehen, dass der Vorgang sich in Deutschland abspiele, habe ich scharf zurückgewiesen. Ich habe ihm erklärt, dass wir keinerlei Argumente gelten lassen könnten und verlangen müssten, dass das Bild nicht auf der Ausstellung erscheine. Einen erneuten Versuch des Herrn Stern, über den Charakter des Bildes zu diskutieren und zu behaupten, dass Deutschland als Handlungsort nicht erkennbar sei, schnitt ich mit der Bemerkung ab, dass der Helm eines Rotarmisten oder eines GPU-Beamten auch schon genüge, um gegebenenfalls den Ort einer Handlung mit ausreichender Deutlichkeit zu kennzeichnen.

Hiermit Herrn Botschafter gehorsamst vorgelegt.

Hilger

2) Herrn Baum zur Kenntnisnahme und gefl. Rücksprache.

Eigenhändige Unterschrift. Handschriftliche Vermerke: E/226; Eilt. Vermerk von Hilger: Am 26. 4. teilte mir Herr Stern telefonisch mit, dass er die Angelegenheit mit dem Veranstalter der Ausstellung besprochen habe. Er könne mir noch nichts versprechen, müsse sich vorderhand auf die vorstehende unverbindliche Mitteilung beschränken³. [Weitere, nicht entzifferte Vermerke].

PA AA, Moskau II 406, Bl. 36.

Nr. 428

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 252/s¹

Berlin, den 27.² April 1934

TAGEBUCH

B. VINOGRADOVS

Auf unserem Empfang am 24. IV. sprach ich mit Ministerialdirektor Meyer. Meyer rechtfertigte die Ablehnung Deutschlands, mit uns einen baltischen Pakt abzuschließen. Deutschland benötige, wie er meint, keine neuen politischen Pakte mit der UdSSR, weil die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern durch

² Vgl. Aufzeichnung Šterns über das Gespräch mit Hilger. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 128. Vgl. dazu auch Dok. 475.

³ Štern teilte am 13. 5. 1934 Bessonov mit, dass die getroffene Entscheidung der Veranstalter die Deutsche Botschaft nicht zufriedenstellen wird. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 133.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

die bestehenden Verträge völlig geregelt seien. Zudem bedrohe niemand das Baltikum und es wäre seltsam, wenn Deutschland und die UdSSR als Beschützer der Unabhängigkeit von Staaten auftreten würden, die solch einen Schutz gar nicht bedürfen. Diesen Pakt bräuchten weder Deutschland noch die baltischen Staaten. Mit dem gleichen Effekt könnte man Verhandlungen über den Abschluss eines die Unabhängigkeit Portugals betreffenden Paktes führen. Ich wies Meyer darauf hin, dass es zwischen dem Baltikum und Portugal einen Unterschied gebe. Das Baltikum grenze an die UdSSR, Deutschland und Polen und habe in den sowjetisch-deutschen Beziehungen immer eine große Rolle gespielt. Die sowjetische und deutsche Diplomatie hätten im Baltikum vor nicht langer Zeit Hand in Hand gearbeitet. Im Baltikum sei die Lage bei weitem gespannter und es interessiere uns viel mehr als irgendeine andere europäische Region (von wenigen Ausnahmen abgesehen). Ich machte Meyer darauf aufmerksam, falls sich Deutschland dazu entschließen könnte, den Pakt zu unterzeichnen, so würde sich dies sogleich auf den allgemeinen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen auswirken, die sich in letzter Zeit abgekühlt hätten. Ich wies ihn darauf hin, dass Reichskanzler Hitler den Wunsch ausgesprochen hätte, mit jedem Staat einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Mit Polen sei ein Abkommen abgeschlossen worden, das über den Rahmen eines Nichtangriffspaktes hinausgehe und seinem Wesen nach faktisch ein Ostlocarno sei, d. h. einen Garantiepakt darstelle. Deutschland sei somit bereit, mit Polen einen beliebigen Pakt abzuschließen, und es habe bereits einen Pakt abgeschlossen, der Polen faktisch den Besitz des Korridors und Schlesiens für mindestens 10 Jahre garantiere. Mit der UdSSR wolle Deutschland hingegen keine politischen Pakte abschließen, selbst wenn es um die Garantie der Unabhängigkeit der baltischen Staaten gehe, d. h. es gehe anscheinend um eine Frage, die für Deutschland von geringerer Bedeutung als der Korridor ist. Meyer ließ sich erneut darüber aus, dass niemand das Baltikum bedrohe und deshalb der baltische Pakt gegenstandslos sei. Die alten sowjetisch-deutschen Verträge seien völlig ausreichend. Ich wies Meyer darauf hin, dass die deutschen Diplomaten uns noch unlängst stark bedrängt hätten, eine beliebige politische, eben politische, Demonstration zu unternehmen, um damit ein Zeichen für die Erneuerung der sowjetisch-deutschen Freundschaft zu setzen. Sowohl bei den Gesprächen über ein mögliches Treffen Hitlers mit Litvinov als auch während der Beilegung des Journalistenkonfliktes hätten die deutschen Diplomaten stets unterstrichen, dass es notwendig sei, die gespannte Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland durch eine beliebige politische, eben politische, Erklärung zu entschärfen. Wir bekämen aber nunmehr zu hören, dass auf politischem Gebiet zwischen uns alles zum Besten stehe, so dass Deutschland und die UdSSR keinerlei neue Novellen bräuchten. Meyer antwortete: Ja, ja, man muss versuchen, irgendetwas auf wirtschaftlichem Gebiet in die Wege zu leiten. Wenn wir die Wirtschaftsbeziehungen wiederherstellen könnten, so würde dies in der ganzen Welt auch einen großen politischen Eindruck machen. Sprechen wir nicht weiter über das Baltikum, sondern über den Handel. Meyer unterstrich in der Unterredung mit mir mehrfach, dass die deutsche Antwort eine politische und absolut ehrliche Antwort sei³.

³ Auf diesem Empfang sprach Bessonov auch mit Meyer. Bessonov hatte den Auftrag, herausfinden, was „in Wirklichkeit der Hauptgrund für die negative Entscheidung“ des AA auf den

Ich meine ebenfalls, dass die Deutschen uns eine ausgesprochen politische Antwort gegeben haben. Der Ablehnung unseres Vorschlages lagen hochpolitische und nicht konjunkturelle Motive zugrunde. Unter konjunkturellem Gesichtspunkt wäre es für die Deutschen von Vorteil gewesen, unseren Vorschlag anzunehmen, da sie objektiv eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen im Kampf um die Wiederaufrüstung gegen Frankreich hätten ausnutzen können. Diese konjunkturellen Vorteile würden jedoch nicht jenen politischen und prinzipiellen Verlust aufwiegen, der sich für die Grundlinie der Außenpolitik Hitlers, nämlich die Expansion nach Osten und in erster Linie gegen die UdSSR, ergeben würde. Dieser Verlust wäre im Falle eines so ernsten politischen Abkommens zwischen Deutschland und der UdSSR, wie es der baltische Garantiepakt wäre, unausweichlich. Hitler baut die Freundschaft zu Polen erfolgreich aus, deren Spitze gegen die UdSSR gerichtet ist. Ein Abkommen mit der UdSSR, welches die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantiert, ohne Polen würde bei den Polen zweifellos Misstrauen und Unzufriedenheit auslösen, was Hitler unter allen Umständen zu vermeiden bemüht ist. Aus diesem Unwillen der Hitler-Regierung, mit uns wie auch immer geartete neue politische Pakte abzuschließen, geht klar hervor, dass die Deutschen ihre faschistische Weste nicht mit irgendwelchen Abkommen mit den Bolschewiken zu beflecken wünschen. Die Rettung Europas und der ganzen Welt vor dem Bolschewismus steht nach wie vor auf dem Programm, mit dessen Hilfe Hitler seine Stellung nicht nur im Innern des Landes, sondern auch im Ausland zu festigen beabsichtigt. In letzter Zeit äußert Göring nicht nur unter vorgehaltener Hand, sondern auch in Presseinterviews offen, dass die bolschewistische Gefahr solange bestehen wird, solange der Bolschewismus in anderen Ländern existiert⁴, d. h. er ruft recht unverblümt zum Feldzug gegen die UdSSR auf.

Nach diesem Exkurs wende ich mich wieder der Unterredung mit Meyer zu. Meyer erklärte, dass das Verbot der „Pravda“ am 1. Mai endet. Doch sollte die „Pravda“ erneut in solch einem Deutschland beleidigenden Ton schreiben, so werde sie erneut verboten werden. Ich bin überzeugt, sagte er, dass Sie in Moskau keine deutsche Zeitung dulden würden, die gegen die UdSSR derartig massive Beleidigungen veröffentlicht, wie man sie in der „Pravda“ antrifft. Ich wies Meyer darauf hin, dass es einen Unterschied zu der „Pravda“ gebe, die von der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung in Berlin bezogen und in wenigen Dutzend Exemplaren in Deutschland verkauft werde, in einem Land, in dem nur sehr wenige Menschen die russische Sprache beherrschen. Die in Deutschland verkaufte „Pravda“ könne der deutschen Regierung faktisch keinen politischen Schaden zufügen. Deshalb schikanieren⁵ die deutsche Regierung mit dem Verbot

sowjetischen Vorschlag gewesen sei. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 128, S. 263. Dazu notierte Bessonov: „Von den Argumenten, die in der deutschen Erklärung nicht angesprochen worden sind, führte Meyer lediglich ein einziges an, und zwar, dass die Deutschen generell nicht wünschen, Versailles ein weiteres Mal und in welcher Form auch immer zu sanktionieren. Indessen würde eine Unterzeichnung des Baltenpaktes aber gerade eine indirekte Bestätigung von Versailles bedeuten.“ Vgl. AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 212R.

⁴ Göring hatte am 20. 4. 1934 dem Korrespondenten der Reuter-Agentur in Berlin in einem Interview erklärt: „Der Kommunismus ist niedergerungen, aber selbstverständlich nicht vernichtet, wie er überhaupt nicht vernichtet werden kann, solange er noch in anderen Ländern existiert.“ Vgl. AVP RF, f. 82, op. 18, p. 63, d. 15, l. 304.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben, aber mit russischer grammatikalischer Endung geschrieben.

der „Pravda“ allein die Bevollmächtigte Vertretung und die Handelsvertretung und könne daher kein anderes als dieses Ergebnis erzielen. Dagegen gebe es in der UdSSR eine kompakt siedelnde deutsche Minderheit, zudem beherrschen die deutsche Sprache noch weite Kreise unserer Intelligenz. Deshalb könne eine in der UdSSR verbreitete antisowjetische deutsche Zeitung der Sowjetunion tatsächlich einen großen politischen Schaden zufügen. Ich sagte zu Meyer, dass ich unabhängig von diesen Überlegungen schließlich darauf verweisen müsse, dass in der „Pravda“ niemals verleumderische Kampagnen gegen Deutschland geführt worden seien, was von der deutschen Presse nicht gesagt werden könne, die sich mit der Hungerkampagne und anderen endlosen Ausfällen gegen die Sowjetunion hervorsetze. Die von der „Pravda“ vorgenommene Einschätzung der Maßnahmen der deutschen Regierung könne nicht als verleumderisch bezeichnet werden. Dies sei die Darlegung unseres Parteistandpunktes, worauf ****wir****⁶ niemals verzichten würden. Meyer antwortete, dass die deutsche Presse die Sowjetunion in letzter Zeit überhaupt nicht angreife. Ich widersprach und verwies auf eine Reihe von Fakten. Darauf sagte Meyer, wenn auch in Deutschland niemand die „Pravda“ lesen würde, so müsste die deutsche Regierung sie dennoch wegen ihres Tones verbieten. Ich entgegnete ihm, dass dies eine Politik des Prestiges ****und****⁷ der Nadelstiche sei. Meyer endete mit neuerlichen Drohungen gegen die „Pravda“, falls sie ihren Ton nicht ändern sollte.

Vinogradov

[...]⁸

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1885 vom 29. 4. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 10 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–8 an Krestinskij, 9–10 zu den Akten. 27. 4. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 31, l. 186–193. Original.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Ausgelassen sind folgende Aufzeichnungen: Telefongespräche mit dem Reichspropagandaministerium und mit der Presseabteilung des AA am 24. 4. (l. 188); das Gespräch mit Generaloberst a.D. von Hammerstein-Equord und mit dem Außenminister a.D. Curtius am 24. 4. (l. 191); das Gespräch während des Essens bei der Ehefrau des Botschafters der USA in Deutschland Dodd (l. 192–193) sowie die Gespräche in der Zeit vom 19. bis 26. 4. 1934 mit in Berlin akkreditierten Journalisten verschiedener Länder.

Nr. 429
Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den
Unternehmer Wolff

28. April 34

O. RD (V)
7719A
Herrn
Otto Wolff
Köln a.Rh.
Zeughausstr. 2.

Betr.: Russland

Sehr verehrter Herr Wolff!

Von Herrn Dr. Bräutigam erfuhr ich heute, dass Herr Weizer vorgestern nochmals im Reichswirtschaftsministerium gewesen ist und sich dort wiederum wegen einer deutschen Finanzanleihe für die Sowjet-Union bemüht hat. Er hat erklärt, dass er beim Zustandekommen einer solchen Anleihe Bestellungen im Werte von 180 bis 200 Millionen Reichsmark in Deutschland unterbringen würde. Die Anleihe müsste aber auf mindestens 5 Jahre und zu niedrigen Zinsen gegeben werden.

Der neue Vorstoß von Weizer ist, wie Herr Bräutigam vermutet, wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass die Russen für ihre Verhandlungen mit den Amerikanern den Präzedenzfall einer anderweitigen Finanzanleihe schaffen möchten, nachdem der schwedische Plan gescheitert ist¹. Die deutsche Regierung ist dem Wunsche der Russen aber nach wie vor abgeneigt, schon weil seine Gewährung bedeuten würde, dass das Reich für die auf der neuen Anleihebasis geschlossenen Lieferungsgeschäfte die volle Bürgschaft übernehmen müsste. Auf das risikolose Russland-Geschäft würden sich dann wahrscheinlich besonders die kleineren Firmen stürzen, die dem russischen Preisdruck noch weniger Widerstand leisten könnten als die großen und mit mehr Erfahrung ausgestatteten Firmen.

Der im Zusammenhange mit den russischen Vorschlägen aufgetauchte Gedanke, dass die Russen aus der Finanzanleihe nur 70% des Warenwertes bar und die restlichen 30% mit Wechseln bezahlen sollten, scheint mir undurchführbar. Denn die Lieferfirmen würden bei stark gedrückten Preisen selbst dann noch mit 20% für mindestens 5 Jahre im Risiko bleiben, wenn die an der Anleihe beteiligten Banken verpflichtet würden, 10% der Wechsel zu diskontieren. Die Banken würden sich auch ihrerseits auf ein solches Geschäft kaum einlassen.

Mit freundlichen Grüßen Ihr sehr ergebener

[Deutelmoser]

Ohne Unterschrift, Kenntnisnahmen am Rand.

RWWA, 72-48-3.

¹ Vgl. Dok. 405, Anm 4.

Nr. 430
Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny

April 1934
Ganz geheim

Das deutsch-sowjetische Verhältnis

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren eine gewaltige militärische und wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht und ist auf dem Wege, sich zu einem riesigen Machtfaktor zu gestalten. Ihre militärische Kraft steht heute bereits unter den Militärmächten in der ersten Reihe (Aufzeichnung)¹. Ihre wirtschaftliche Entfaltung aber hat einen Charakter angenommen, der uns und das gesamte Ausland sehr tief berührt. Vermöge der mit eiserner Energie durchgeführten Fünfjahrespläne entwickelt sie sich in überaus schnellem Tempo zu einem gigantischen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsorganismus, der mit beliebig reguliertem gewaltigem Angebot auf dem Weltmarkt auftreten kann. Und es steht außer Frage, dass dieser Organismus nach den Absichten der Sowjetmachthaber als das hauptsächliche Instrument ihrer weltrevolutionären Absichten dienen soll (Aufzeichnung)². Jedenfalls bedeutet die Entstehung dieses mächtigen Organismus für unsere Wirtschaft eine Gefahr, der wir zu begegnen suchen müssen.

Es ist klar, dass unter diesen Umständen die Frage der Gestaltung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion ein anderes Gesicht erhält. Nicht lediglich die Frage der Zweckmäßigkeit guter Beziehungen zu einem politisch und wirtschaftlich wertvollen Objekt, das wir ausnutzen wollen, steht vor uns, sondern die Notwendigkeit der Abwehr eines uns gefährlichen Subjekts, dessen Opfer wir werden sollen. Die Überlegung hat also nicht lediglich dahin zu gehen, wie wir es am besten anfangen, um die uns abspenstig gewordene Sowjetunion wieder in den Rahmen unseres politischen und wirtschaftlichen Interesses zu spannen, sondern vor allem dahin, wie wir es fertig bekommen, die drohenden Absichten der Sowjetmachthaber zu vereiteln. Natürlich gilt die Bedrohung nicht nur uns allein, sondern der gesamten privatkapitalistischen Staatenwelt; aber wir wissen, dass die Sowjetmachthaber bei ihren weltrevolutionären Absichten Deutschland in erster Linie im Auge haben.

Angesichts des allgemeinen Charakters der Bedrohung liegt es nahe, sich dem Gedanken der Bildung einer antisowjetischen Front hinzugeben und Alarm zu schlagen. *Aber die Zeit der Kreuzzugsgedanken in diesem Sinne ist vorüber. Bei der heutigen internationalen Lage kann es sich nur darum handeln, der Bedrohung mit taktischen Mitteln zu Leibe zu gehen, die Pläne der Sowjetmachthaber durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu durchkreuzen und schließlich auf diese Weise die Sowjetunion Schritt für Schritt doch dazu zu bringen, dass sie sich zu einem normalen Großstaat entwickelt, der sich politisch in den allgemeinen internationalen Rahmen einfügt und wirtschaftlich ein wichtiges Austausch- und Betätigungsgebiet wird*³.

¹ Vgl. PA AA, NL Nadolny, Bd. V, Nr. 171 b.

² Vgl. „Die Bedeutung der Sowjetunion als kommunistische und weltrevolutionäre Kraft“, April 1934. In: PA AA, NL Nadolny, Bd. V, Nr. 171a.

³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

Bisher wird gegenüber den weltrevolutionären Tendenzen der Sowjetleute allgemein folgende Methode befolgt: Politisch sucht man die Union so weit wie möglich in den Rahmen des allgemeinen Völkerlebens einzubeziehen und mit der internationalen Politik zu verflechten. Das legt ihr eine gewisse Verpflichtung und Gewöhnung auf, sich in den Bahnen dieser Politik zu bewegen, und hemmt ihre revolutionäre Stoßkraft. Außerdem wird auf diese Weise der eigentliche Kampf gegen sie ebenso verschleiert, wie sie umgekehrt durch ihre Teilnahme an der allgemeinen Politik ihre revolutionären Absichten verschleiert. Weltanschaulich sucht man sich gegenüber der von Moskau aus dirigierten kommunistischen Propaganda und Wühlarbeit zu wehren, und zwar nach dem Grundsatz, dass die Gestaltung des Regimes eine innere Angelegenheit jedes Staates und eine auswärtige Einwirkung darauf unzulässig ist. In Befolgung dieses Grundsatzes werden kommunistische Einwirkungen Moskaus zurückgewiesen, eine Bekämpfung des Kommunismus in der Sowjetunion selbst findet jedoch nicht statt. – Von dieser Methode abzugehen, liegt einstweilen kein Grund vor.

Gegenüber den wirtschaftlichen Absichten der Sowjetleute ist, da sie bisher nicht als Bedrohung erkannt worden sind, eine Gegenwehr noch nicht in Angriff genommen. In welcher Weise sie erfolgen könnte, muss sich vor allem nach den Mitteln und Möglichkeiten richten, die den Sowjetmachthabern für die Durchführung ihrer Absichten zur Verfügung stehen, und nach den Hindernissen und Schwächen, die ihnen dabei noch im Wege sind.

Unter den Mitteln und Möglichkeiten der Sowjetmacht für die wirtschaftliche Revolutionierung der Welt steht an erster Stelle die gewaltige natürliche Potenz des sowjetrussischen Wirtschaftsbereichs. Sie erfährt eine Einschränkung durch den Abstand, um die wirtschaftliche Ergiebigkeit des Landes und die Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung heute noch hinter der hochentwickelter Staaten zurückstehen.

An zweiter Stelle stehen die Mittel und Methoden der Sowjetmachthaber. Es handelt sich dabei um die diktatorische Regierungsmethode, um die von den Grundsätzen der Rentabilität jedes Betriebes unbeschwerte und ganz auf den Zweck eingestellte staatliche Planwirtschaft, um die skrupellos betriebene Ausbeutung und Anspornung des eigenen Volkes zu höchster Kraftleistung und um die rücksichtslose Behandlung und Ausnutzung des Auslandes mit den Mitteln des Außenhandelsmonopols, des Dumpings und der unerlaubten Nachahmung. Als Hindernisse stehen dem gegenüber die schlimmen Folgen der Übertreibung der Planwirtschaft, die Schwierigkeit der Erziehung der Bevölkerung zu rationeller Arbeitsweise und ein gewisses Misstrauen des Auslandes.

Unter diesen Umständen kommen folgende Gegenmaßnahmen in Betracht:

1. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluss des Auslandes zu einem oder mehreren so potentiellen Wirtschaftsgebieten, dass sie vom russischen Markt möglichst unabhängig sind und dem sowjetrussischen Vordringen bei sich selbst und auf dritten Märkten erfolgreich entgegenwirken können. Damit könnte auch dem sowjetischen Ausspielen eines Staates gegen den anderen ein Ende bereitet und den sonstigen rücksichtslosen Methoden der Sowjetleute gegenüber dem Ausland ein geschlossener Widerstand entgegengesetzt werden. Die auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluss Mitteleuropas gerichteten Bestrebungen liegen durchaus in der Linie dieses Zweckes.

2. Die Wahrung des wirtschaftlichen Vorsprungs, insbesondere auf industriellem Gebiet, den heute noch das hochentwickelte Ausland vor der Sowjetunion besitzt. Hierbei wäre daran zu denken, dass es vor allem die Fähigkeit der sowjetischen Staatswirtschaft, jeden Betrieb ohne Rücksicht auf seine Rentabilität und die daran zu wendenden Kosten mit modernster Ausstattung zu versehen, die skrupellose Nachahmung fremder Errungenschaften und die systematische Heranziehung ausländischer Experten und Organisatoren sind, die den Sowjetleuten die Möglichkeit geben, den Vorsprung von Tag zu Tag kleiner werden zu lassen. Es müsste also besonders dieser Möglichkeit durch eine spezielle Pflege, Förderung und Beschützung mindestens gewisser hochwertiger und spezieller Fabrikationszweige tunlichst entgegengewirkt werden. Auch käme mindestens für hochwertige Spezialitäten eine Kontrolle der von der Sowjetregierung angeworbenen Kräfte in Frage.

3. Schutzmaßnahmen gegenüber gewissen das Ausland schädigenden handelspolitischen Praktiken der Sowjetregierung, insbesondere gegenüber der willkürlichen Handhabung des Außenhandelsmonopols und gegenüber dem Dumping. Im Zusammenhang hiermit würde es sich auch empfehlen, dem Begriff der Handelsspionage eine für die Abwehr geeignete Regelung zuteil werden zu lassen.

Inwieweit und in welcher Weise diese Abwehrmaßnahmen durchgeführt werden können und welche sonst noch in Betracht kommen, ist im Benehmen mit den handelspolitischen Autoritäten zu prüfen. Dass die Durchführung nicht von heute auf morgen erfolgen kann, sondern systematische Arbeit von langer Hand erfordert, versteht sich von selbst.

Es fragt sich, ob vielleicht diese gegenüber der wirtschaftlichen Bedrohung durch die Sowjetunion vorgeschlagenen Maßnahmen, die offensichtlich Kampfmaßnahmen sind, es erforderlich machen, das Verhältnis zu ihr auf offenen Kampf einzustellen. Die Frage ist zu verneinen. Die Taktik der äußeren Unterhaltung guter Beziehungen braucht dadurch nicht geändert zu werden. Im Gegenteil machen gerade diese Maßnahmen noch mehr als unser sonstiges Interesse an der Sowjetunion die Unterhaltung eines guten Verhältnisses notwendig. Denn die meisten von ihnen werden, wenn sie im Zeichen gespannter oder gänzlich abgebrochener Beziehungen getroffen werden, den Charakter einer offenen Frontbildung annehmen. Mit einer solchen aber würden wir sicherlich kein Glück haben. Sowohl ein wirtschaftlicher Zusammenschluss wie auch die sonstigen Maßnahmen dürfen nicht offen als gegen die Sowjetunion gerichtet erkennbar sein; sie müssen vielmehr nach außen als den allgemeinen wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend erscheinen. Überhaupt muss das Gegenspiel rationell, geschickt und vorsichtig betrieben werden, da wir sonst gewärtigen können, dass die anderen Staaten um des augenblicklichen Interesses willen uns entgegenarbeiten und wir nur Schaden erleiden, ohne die Lage zu bessern.

*Die geschilderten Umstände erfordern es also, dass wir das heutige gespannte Verhältnis möglichst schnell zu beseitigen suchen und mit der Sowjetunion zu einem auf ihr Wesen und ihre Absichten eingestellten und unseren Interessen Rechnung tragenden Verhältnis gelangen*⁴. Dieses muss zweckmäßigerweise Folgendes sein: politisch und überhaupt allgemein gute Beziehungen, welt-

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

anschaulich und sozial strenge Scheidung, wirtschaftlich Abwehr und rationeller Minenkrieg unter äußerlich guten Beziehungen – solange, bis unser Ziel erreicht ist.

[Nadolny]

PA AA, NL Nadolny, Bd. V, Nr. 171.

Nr. 431

Aufzeichnung des Legationsrats im AA von Tippelskirch

Berlin, den 2. Mai 1934

Zu e. o. W. IV Ru. 2153

Aufzeichnung

Im Reichswirtschaftsministerium hat heute die erste Sitzung der Kommission stattgefunden, die gemäß dem deutsch-russischen Wirtschaftsprotokoll vom 20. März 1934¹ zur Unterbringung von 200 Mill. RM Sowjetwaren im Jahre 1934 zu bilden ist. Deutscherseits waren die beteiligten Ressorts vertreten. Die Russen waren zahlreich erschienen (Bessonoff, Friedrichson, Fainstein und zwei weitere Herren). Die Kommission hat sich konstituiert und sich über das Programm geeinigt. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Nach der Sitzung teilte Min.Rat Mossdorf (Reichswirtschaftsministerium) mit, er habe den Auftrag erhalten, dem russischen Handelsvertreter Weizer morgen auf die Anfrage betr. Gewährung einer Finanzanleihe zu antworten. Er werde Herrn Weizer mitteilen, dass es bei der bisherigen ablehnenden Antwort leider verbleiben müsse. Er solle jedoch Herrn Weizer einen Gegenvorschlag machen.

Mossdorf führte sodann aus, der Herr Reichswirtschaftsminister² wünsche, dass im Rahmen der allgemeinen Ausfuhrsteigerung auch die Russen zu veranlassen seien, sofort größere Bestellungen in Deutschland zu placieren. Um dies zu erreichen, sei er bereit, in Ausnutzung des Vorteils der Bezahlung in Mark sogleich für größere Beträge Waren in Russland zu kaufen. Der Herr Reichskanzler habe dies gebilligt, sich jedoch dahin ausgesprochen, dass die Waren in erster Linie in Polen und in zweiter Linie in Russland gekauft werden sollten. Mossdorf beabsichtigt demgemäß, Herrn Weizer mitzuteilen, dass wir bereit seien, Naphta, Holz und Erz im Betrage von 30–50 Mill. RM gegen sofortige Barzahlung zu kaufen, wenn die Russen ihrerseits Bestellungen in etwa dem dreifachen Wert in Deutschland placieren.

Ich habe Herrn Mossdorf gebeten, das Auswärtige Amt über den Verlauf dieser Angelegenheit genauestens auf dem Laufenden zu halten.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt. Sodann H[er]rn LR Bräutigam n. R.

von Tippelskirch

¹ Vgl. Dok. 396, Anm. 1.

² Kurt Schmitt.

Auf dem ersten Blatt Stempel: Hat dem Herrn RM vorgelegen. Ko[tze] 3. [5.] sowie Kenn•isnahmen von B[ülows] 3/5, M[eyers] 3/5, B[räutigams], vT[ippelskirchs] 4/5.
Unten handschriftlich: H 13 Ru A.

PA AA, R 94733, Bl. E 663914–663915.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 433, S. 773–774.

Nr. 432

Verbalnote der Botschaft Moskau an das NKID

Moskau, den 7. Mai 1934

Deutsche Botschaft
 Tgb. Nr. C 29/Gen.¹

An das
 Volkskommissariat für
 Auswärtige Angelegenheiten
 in Moskau
 1 Durchschlag

Verbalnote

Die Deutsche Botschaft beehrt sich, die Aufmerksamkeit des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten auf folgende grundsätzliche Frage zu lenken:

In Ziffer 2 des Schlussprotokolls zu Artikel 11 des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommens vom 12. Oktober 1925 ist zwischen den beiden vertragschließenden Staaten die Vereinbarung getroffen worden, dass „die Gefangenenanstalten aller Art den Wünschen der konsularischen Vertreter, in Haft befindliche Angehörige ihres Landes zu besuchen oder durch Bevollmächtigte besuchen zu lassen, beschleunigt entgegenkommend stattgeben sollen“².

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre muss jedoch die Deutsche Botschaft feststellen, dass die Praxis der sowjetischen Behörden bei Erteilung der Besuchserlaubnis für deutsche Reichsangehörige den vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und der Union der SSR nicht entspricht.

So ist z. B. seit dem 1. Januar 1933 den Anträgen der Konsularabteilung der Deutschen Botschaft auf Erteilung der Besuchserlaubnis nur in zwei Fällen entsprochen worden, und zwar im Falle der Frau Hachmeister und der deutschen Reichsangehörigen Bergmann, Kahmann und Edel. In allen anderen Fällen ist entweder eine Entscheidung über die Anträge der Deutschen Botschaft gar nicht erfolgt oder aber die Anträge sind abschlägig beschieden worden, wie z. B. in den Fällen Stechele, Volkmann, Fleischle, Rohden, Paul Schmidt. Die Ablehnung der Erlaubnis zum Besuch der Frau Volkmann erfolgte mit der Begründung, dass der Besuch aus technischen Gründen nicht stattfinden könne (Verbalnote des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vom 9. März 1934 – Nr. 532

¹ Hilger schickte diesen Durchschlag am gleichen Tag unter dieser Tagebuch-Nummer an das Auswärtige Amt zur Kenntnisnahme (vgl. PA AA, R 83398, Bl. H 046989) und bezog sich auf den Bericht vom 27. 1. 1934; vgl. Dok. 348.

² Vgl. Dok. 91.

****GE**³**). Die Deutsche Botschaft vermag nicht einzusehen, welche technischen Schwierigkeiten dem Besuch einer in einem Moskauer Gefängnis inhaftierten deutschen Reichsangehörigen durch einen Vertreter der Konsularabteilung der Deutschen Botschaft entgegenstehen sollten.

Auch die anderen deutschen konsularischen Vertretungen in der Sowjet-Union erhalten die Genehmigung zum Besuch der in ihrem Amtsbezirk verhafteten Reichsdeutschen entweder gar nicht oder erst nach unverhältnismäßig langer Zeit.

Die Deutsche Botschaft sieht sich genötigt, gegen die vorstehend dargelegte Praxis der sowjetischen Behörden, die dem Wortlaut und dem Sinn des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommens widerspricht, Einspruch zu erheben, und bittet das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Praxis der sowjetischen Behörden mit den völkerrechtlich übernommenen Verpflichtungen der Sowjet-Union in Einklang gebracht und in Zukunft den Anträgen der deutschen Konsuln zum Besuch inhaftierter deutscher Reichsangehöriger vertragsgemäß „beschleunigt entgegenkommend stattgegeben wird“.

*Auf dem ersten Blatt befindet sich unten der handschriftliche Vermerk: IV Ru 2314/34.
Am Ende des Dokuments steht das Wort: Stempel.*

PA AA, R 83398, Bl. H 046990–046992.

Nr. 433

Telegramm des Botschafters in Moskau Nadolny an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 12. Mai 1934 2.13 Uhr

Ankunft: 12. Mai 4.05 Uhr

Geheim!

Nr. 110 vom 11. 5.

IV Ru. 2378

Bei heutigem Abschiedsbesuch¹ bei Litwinow sprach dieser wieder über deutsch-russische Beziehungen und sagte, er habe gehört, ich hätte mich pessimistisch darüber ausgesprochen und Ansicht geäußert, dass Sowjetregierung eine Verbesserung nicht wünsche. Dies sei vollkommener Irrtum. Sowohl er wie alle anderen maßgebenden Leute hier bedauerten schlechtes Verhältnis außerordentlich und wünschten durchaus Wiederherstellung guter Beziehungen. In diesem Zusammenhang möchte er mir Folgendes mitteilen:

Botschafter Chintschuk, der sich nicht als Politiker fühle, habe schon wiederholt gewünscht, Berliner Posten aufzugeben. Bisher habe man diesem Wunsch nicht entsprochen, aber nun habe Regierung auf seinen Antrag beschlossen, es zu

³ Die kyrillisch geschriebenen Buchstaben sind eingefügt.

¹ Nadolny trat am 12. 5. 1934 seine Dienstreise nach Berlin an. Vgl. Dok. 445.

tun und an seine Stelle Suritz von Angora² (der augenblicklich hier ist) nach Berlin zu senden. Er hoffe, nicht nur ich, der ich mit Suritz in Angora viele Jahre freundschaftlich zusammengearbeitet hätte³, sondern auch Reichsregierung werde diesen Wechsel als Zeichen aufrichtigen Willens nach Verbesserung der Beziehungen ansehen, da Suritz' deutschfreundliche Einstellung zur Genüge bekannt sei. Er bitte mich, in diesem Sinne mit Reichsregierung zu sprechen und um Agrément zu bitten. Auf meine Erwiderung, Chintschuk könne wohl hinsichtlich Antrags auf Agrément nicht gut übergangen werden, erklärte er, dieser sei heute vertraulich informiert, *er werde ihn jedoch beauftragen, Dienstag⁴ offiziell Agrément zu beantragen*⁵.

Entsendung Suritz' ist wohl in der Tat als Geste guten Willens zu bewerten. Näheres darf ich mündlichem Vortrag vorbehalten.

Nadolny

Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 10 Exemplaren gegangen an Abt. Prot. (Arb.-Expl.), Abt. Prot., RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V. Vorliegendes Exemplar ist an St.S. gerichtet. Außerdem Kenntnissnahmen.

PA AA, R 31499, Bl. E 497484.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 447, S. 796–797.

Nr. 434

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

GEHEIM

Nr. 17981

16. Mai 1934¹

15. Mai 1934

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI

Twardowski suchte mich heute auf und sagte sogleich, dass er keinerlei praktische Fragen besprechen wolle, außer der Katastrophe mit dem Luftfahrtballon². Aus Anlass der Katastrophe sprach ich T[wardowski] im Namen von Gen. Krestinskij und in meinem eigenen Namen das Beileid aus. T. dankte für die umgehende

² Vgl. Dok. 252, Anm. 18.

³ Suric war seit 1923 Bevollmächtigter Vertreter in Angora, Nadolny dort in den Jahren 1925–1933 Botschafter.

⁴ 15. 5. 1934.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Der deutsche Stratosphärenballon „Bartsch von Sigsfeld“ startete am 13. 5. 1934 mit zwei Besatzungsmitgliedern an Bord in Bitterfeld, seine Trümmer wurden am Morgen des nächsten Tages 20 km von der Stadt Sebež (im Südwesten des Gebietes Pskov) entdeckt. Der Flug war von dem Laboratorium zur Erforschung kosmischer Strahlung in Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Luftfahrtministerium und der Bitterfelder Gruppe des Deutschen Sportfliegerverbandes organisiert worden. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 27, S. 45.

Unterrichtung der Botschaft und deutete dabei an, dass es unabdingbar sei, eine Obduktion der ****Leichen****³ vorzunehmen, um damit in Deutschland den Nährboden für Gerüchte zu entziehen, der Ballon könnte von unserem Grenzschutz abgeschossen worden sein. Nach einer vorherigen Abstimmung der Angelegenheit mit den Genossen Alksnis und Chripin teilte ich T. mit, dass die Verwaltung der Luftstreitkräfte die Überführung der tödlich verunglückten Piloten nach Moskau vornehmen werde. Zu diesem Zweck werde unverzüglich ein Flugzeug aus Moskau dorthin entsandt. Ich bezweifelte, dass es mit dem Zug, der heute um 6 Uhr abfahre, möglich sein werde, die Leichen zu überführen. Ab Sebež müsste man dies sicherlich um einen Tag verschieben. Ich bemerkte, dass es außerdem Schwierigkeiten gebe, vor Ort Metallsärge zu beschaffen.

T. bedankte sich erneut und bat lediglich, ihm das Ankunftsdatum der Leichen mitzuteilen (während des Gesprächs mit T. rief Pfeiffer an und teilte mit, dass der Botschaft im Namen der UVVS das Beileid ausgesprochen worden und aus Moskau ein Flugzeug abgeflogen sei).

In der weiteren Unterredung wurden folgende Fragen besprochen:

1. T. schilderte mir ausführlich seine Eindrücke vom 1. Mai in Berlin. Er berichtete von der tadellosen Organisation der Maifeierlichkeit und bemerkte, dass er sich wie ein Ausländer gefühlt habe, dennoch sei das Schauspiel überaus imposant gewesen. Insgesamt komme T. zu der Schlussfolgerung, dass das Regime Wurzeln geschlagen habe. Besonders anerkennend äußerte sich T. über die organisatorischen Fähigkeiten von Goebbels, dem hohe deutsche Offiziere der alten Armee zu Seite stünden, deren Einfluss sich auf die Organisation der Feierlichkeiten bemerkbar gemacht hätte. Im gleichen Atemzug sprach T. über die großen Erfolge der deutschen Technik, insbesondere über den bereits zur Verfügung stehenden Apparat, der Radiosendungen nicht mittels Zeichen, sondern mit Hilfe von Buchstaben des Alphabets aufzeichne. Weiter sprach er über einige Erfindungen auf dem Gebiet von Infrarotstrahlen usw. und endete mit der Feststellung: „Wie Sie sehen, ist der deutsche technische ****Genius****⁴ auch unter neuen Bedingungen aktiv.“

2. Danach ging T. zu der Frage über, die, wie er meinte, für ihn persönlich von sehr großer Bedeutung sei – die Verhaftung seiner Hausangestellten Schönknecht. Er, Twardowski, könne nicht tatenlos zusehen, wie die Personen, die entweder bei ihm arbeiten oder mit seinem Personal verwandt seien, regelmäßig verhaftet würden. Obgleich es sich dabei um sowjetische Staatsbürger handele, kenne er dennoch die sowjetischen Verhältnisse und verstehe, was dies bedeute. Er betrachte die Verhaftung von Schönknecht als eine gegen ihn persönlich gerichtete Maßnahme. Ich erklärte T. in entschiedener Form, dass die Verhaftung Schönknechts in keiner Weise etwas mit ihrer Tätigkeit im Hause von T. zu tun habe. Als mich Hilger von der Verhaftung der Schönknecht unterrichtet hatte, hätten wir umgehend alle erforderlichen Schritte⁵ unternommen, wobei sich herausgestellt habe, dass gegen Schönknecht laut Auskunft unserer Behörden sehr ernste Anschuldigungen vorlägen, die, und ich wiederholte dies noch einmal, nicht in geringster Weise in einem Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei T. stünden. T. erklärte mir

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist handschriftlich geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 459.

in scharfer Form Folgendes: „Was würden Sie sagen, wenn man in Deutschland deutsche Staatsbürger verhaftet, die bei Angehörigen Ihrer Botschaft tätig sind, wenn man beispielsweise die Hausangestellte Bessonovs verhaften würde? Ich kann Ihnen versichern **⁶, dass das Auswärtige Amt die Angestellten der Botschaft auf die umsichtigste Weise vor allen möglichen Unannehmlichkeiten schützt, während man dies in Bezug auf meine, Twardowskis, Person nicht sagen kann.“ Er müsse feststellen, dass derlei Verhaftungen ihn nicht in seinem Wunsch bestärken würden, weiterhin in Moskau zu arbeiten. Er gehe berechtigterweise davon aus, dass unsere Behörden, wenn sie seine Hausangestellte zu verhaften beabsichtigten, ihn oder die Botschaft davon vorab in Kenntnis hätten setzen müssen. Ich entgegnete T., laut Mitteilung unserer Behörden handele es sich bei der Verhafteten um eine Person, der eine bestimmte Straftat zur Last gelegt werde. Ich müsse T. darauf aufmerksam machen, wenn sich (sowjetische Staatsbürger) in Deutschland das erlauben würden, was sich deutsche Staatsbürger in der UdSSR herausnehmen, so würde die Angelegenheit nicht mit einer Ausweisung enden, sondern in ein kolossales Getöse und in ein Kesseltreiben ausarten. Meiner Meinung nach habe T. keine Vorstellung davon, was in letzter Zeit auf diesem Gebiet vor sich gehe und welche Unannehmlichkeiten sich daraus für das NKID ergäben. Damit meine ich ernste und schwerwiegende Dinge und lasse die zweitrangigen Momente außer Betracht, wie die Verprügelung eines Milizionärs durch einen deutschen Staatsbürger und seine eindeutig antisowjetischen Ausrufe. T. war sehr verlegen, breitete die Hände aus und stellte fest, dass wir in einer schweren Zeit leben.

3. Sodann ging er zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen über. Er brachte auf Grund seiner Gespräche in Berlin seine tiefe Überzeugung zum Ausdruck, dass die deutschen Regierungskreise bestrebt seien, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Unser Vorschlag, das Baltische Protokoll zu unterzeichnen⁷, wäre leider kein geeignetes Mittel, die Beziehungen zu verbessern. Er müsse mir vertraulich und vollkommen offen Folgendes mitteilen: Er verstehe nicht, warum dem Vorschlag keine, nicht einmal eine minimale, diplomatische Vorbereitung vorgegangen sei; hätten wir wenigstens etwas die deutsche Regierung auf unseren Vorschlag eingestimmt, so **wäre**⁸ das Ergebnis vielleicht ein anderes gewesen. In Berlin habe unser derart unerwartet vorgelegter Entwurf starke Beunruhigung hervorgerufen und man sei davon ausgegangen, dass dies ein Spiel wäre. Dies sei in der uns erteilten Antwort zum Ausdruck gekommen. Außerdem meine er, Twardowski, man dürfe die Verbesserung der Beziehungen nicht mit Pakten beginnen, die Pakte sollten vielmehr ein Ergebnis der gegenseitigen Annäherung sein. Auf meine Frage, worin sich denn diese Annäherung äußern könnte, antwortete T.: vor allem in einem freundschaftlichen Meinungsaustausch. Ich antwortete, dass keine Erklärungen, sondern **allein**⁹ praktische politische Maßnahmen den Wunsch der deutschen Regierung zum Ausdruck bringen könnten, unsere Beziehungen verbessern zu wollen. Auf die Frage von T., was in dieser Richtung zu unternehmen sei, antwortete ich, dass wir unsererseits bereits einen Vorschlag unterbreitet

⁶ Der an dieser Stelle stehende Name „Herr Twardowski“ ist durchgestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 407.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

hätten. Er sei jedoch abgelehnt worden, und nunmehr sei es an der deutschen Seite, aktiv zu werden, wenn sie tatsächlich an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert sei. Darauf begann T. laut darüber nachzudenken, dass es zwischen uns und Deutschland keine Probleme auf dem Gebiet der Abrüstung mehr gebe, wo von einer Parallelität unserer Interessen gesprochen werden könnte: die UdSSR, die über eine Armee verfüge, die ihresgleichen suche, befinde sich in einer gänzlich anderen Position als das entwaffnete Deutschland. Gen. Litvinov könne gelassen über Frieden und Abrüstung sprechen, während Gen. Vorošilov immer neue Panzer und Flugzeuge in Dienst stelle. Die Haltung der Sowjetunion, fuhr T. fort, laufe momentan faktisch darauf hinaus, den Status quo und die Ruhe in Europa zu bewahren; Deutschland hingegen müsse eine Überprüfung des Status quo fordern. Auf meine Frage, mit welchen Mitteln dies geschehen solle, antwortete T.: natürlich mit friedlichen. Daraufhin stellte ich fest, dass ich in diesem Fall nicht sähe, inwiefern unsere Politik der deutschen von Schaden sein könnte. T. bemerkte darauf, dass wir uns wiederum in unterschiedlichen Situationen befinden würden. Danach fragte mich T., worin die UdSSR die Wurzeln für das ***nunmehrige***¹⁰ Misstrauen der deutschen Außenpolitik gegenüber der UdSSR sehe. Ich antwortete, dass diese Wurzeln allgemein bekannt seien. Mir persönlich sei im Grunde genommen jedoch nicht klar, welche konkreten Ziele die deutsche Außenpolitik insgesamt verfolge und welche Aufgaben sie sich stelle. Darauf antwortete T.: die Gleichberechtigung in der Rüstung. Ich erwiderte, dass dies kein Ziel, sondern ein Mittel der Außenpolitik sei. Ich bezweifle, ***ob***¹¹ T. in der Lage sei, mir auf die Frage nach der Linie der deutschen Außenpolitik als solcher konkret ***zu antworten***¹². T. breitete erneut die Arme aus und erklärte: „Ich kann Ihnen nichts sagen.“

4. Gegen Ende der Unterredung bemerkte T., dass man in Berlin über die Kandidatur des Gen. Suric sehr angetan sei. Dabei bitte er zu berücksichtigen, dass Gen. Chinčuk in deutschen Regierungskreisen wegen seiner Aufrichtigkeit und äußersten Loyalität ein hohes Ansehen genossen habe. Die Tatsache, dass man entschieden habe, ihn durch einen Diplomaten wie Suric zu ersetzen, hinterlasse in Berlin einen sehr guten Eindruck.

T. fragte mich, ob ich geneigt sei, auch künftig mit ihm, so wie in der Vergangenheit, inoffizielle Unterredungen zu führen, denen er eine große Bedeutung beimesse. Ich antwortete bejahend.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: ***4***¹³ Expl., ¹⁴, das 2. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. [Expl.] zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 139–135. Original.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: dass.

¹² Das Verb ist über die Zeile geschrieben.

¹³ Die Zahl ist korrigiert, ursprünglich: 5.

¹⁴ Der nachfolgende Text „an Gen. Litvinov“ ist durchgestrichen.

Nr. 435
**Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
 Bräutigam**

Berlin, den 16. Mai 1934

e. o. W. IV Ru 2381 pr. 16. Mai 1934

Aufzeichnung

Im Laufe der ständig mit den sowjetischen Wirtschaftsorganisationen geführten Besprechungen über den deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsverkehr hat sich ergeben, dass die Sowjetseite an ihrer Idee, ihre künftigen Bestellungen in Deutschland aus Mitteln eines *Finanzkredits*¹ zu bezahlen, festhält. Als Hauptgrund hierfür wird angegeben, dass die Firmen infolge der langen Kreditfristen und der Schwierigkeit, den ungarantierten Wechselbetrag zu mobilisieren, Preisaufschläge einkalkulierten, die zu einer Überteuerung führten. Von deutscher Seite wird jedoch nach wie vor aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen die Gewährung einer Finanzanleihe an die Sowjetunion *abgelehnt*². Im Laufe der Besprechungen ist versucht worden, die beiderseitigen Standpunkte miteinander zu vereinen, und es ist das Projekt entstanden, dessen nähere Einzelheiten aus den von der Revisions- und Treuhandgesellschaft ausgearbeiteten Anlagen ersichtlich sind. Nach diesem Projekt geben die Russen an deutsche Firmen Bestellungen in Höhe von 200 Mill. RM. Diese Bestellungen umfassen Waren einer genau aufgestellten Liste, so dass nicht das gesamte laufende Geschäft auf das neue Verfahren umgestellt werden muss. Die Russen bezahlen die Aufträge an die deutschen Firmen in bar aus einem Kredit, der ihnen von einem deutschen *Bankenkonsortium*³ (Ifago⁴) eingeräumt wird. Die Länge der Kreditfrist wäre mit der Sowjetseite auszuhandeln. Diese verlangt nach wie vor *5 Jahre*⁵. Als Unterlagen für den Kredit dienen die aus dem Lieferungsgeschäft herrührenden *Wechselakzepte*⁶ der Sowjethandelsvertretung, die zu 70% vom Reich garantiert werden. Hinsichtlich der übrigen 30% haften die Firmen dem Bankenkonsortium. Subsidiär haftet das Reich dem Bankenkonsortium gegenüber noch für weitere 20%.

Bei dieser Regelung werden die deutschen Firmen bar ausgezahlt. Das Reich haftet primär mit 70%, subsidiär mit weiteren 20%. Die Firmen haften den Banken gegenüber mit 30%. Da im Falle des Unvermögens der Firmen das Reich mit weiteren 20% einspringt, tragen die Banken ein Eigenrisiko von 10%, falls die Firmen nicht zahlen. Bei dieser Regelung wird die Gefahr vermieden, dass sich Außenseiter oder Firmen über ihre Kapazität hinaus am Russlandgeschäft beteiligen, da die Banken sich die Firmen, denen der Kredit eingeräumt wird, genau ansehen werden. Mit anderen Worten: Die Sowjethandelsvertretung hat sich bei dem Bankenkonsortium vor Abschluss eines Kaufvertrages zu vergewissern, ob die Banken für das betreffende Geschäft die Kaufsumme aus dem 200 Mill.-Kredit zur Verfügung stellen werden.

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 17, Anm. 20.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

Die Sowjetseite hat für dieses Projekt Sympathie bekundet. Eine endgültige Stellungnahme liegt noch nicht vor. Seitens der deutschen Banken wird gegen das 10%ige Eigenrisiko opponiert.

Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Hiermit
Herrn Ministerialdirektor Meyer
Herrn Ministerialdirektor Ritter
– je besonders – ergebenst vorgelegt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Ritter hat auf drittem Blatt mit Paraphe abgezeichnet. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben der Stempel: Ministerialdirektor Ritter. Weitere, nicht entzifferte handschriftliche Vermerke auf dem ersten Blatt.

PA AA, R 105702, o.P., 3 Bl.

Nr. 436
Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers
in Berlin Bessonov

GEHEIM
Expl. Nr. 5

Nr. 292/s¹

Berlin, 17. Mai 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT MEHNERT, 14. V-34

Mehnert wird in Moskau drei deutsche Zeitungen vertreten und außerdem Bevollmächtigter der Danziger Regierung sein, die keine eigene Vertretung in Moskau unterhält. Er reist im Auto über Polen, Litauen, Lettland und Estland, um danach in der Nähe von Narva die Grenze zur UdSSR zu passieren. Er wird in Leningrad einige Zeit Station machen und von dort im Auto nach Moskau fahren. Offenbar sammelt er von Anfang an Material für eine große Arbeit über den Osten. Er beabsichtigt, nicht in Moskau, sondern in Krylackoj², in der Nähe von Kuncevo, zu wohnen und rechnet damit, dass ihn seine Kenntnisse der russischen Sprache und auch seine alten Bekanntschaften ihm die Möglichkeit verschaffen, jene Isolierung vom sowjetischen Leben zu durchbrechen, die momentan das Leben der Deutschen Botschaft in Berlin³ kennzeichnet.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Alte Bezeichnung für das Dorf Krylackoe, in den 20er–30er Jahren ein bekannter Datschenort, auf hohen Hügeln gelegen und mit einem großen alten Wald in der Nähe (heute ein Stadtteil von Moskau). Mehnert hat sich ein Jahr nach seiner Ankunft in Moskau in Krylackoe niedergelassen. Vgl. K. Mehnert: Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981, Stuttgart 1981, S. 194.

³ So im Dokument; richtig: in Moskau.

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT BRÄUTIGAM AM 15. V.
zur Frage der Dollarforderungen

Bräutigam erschien bei mir mit einem im Namen des Außenamtes und des Wirtschaftsministeriums unterbreiteten formellen Vorschlag, den Dollar-Konflikt in der Weise zu beenden, dass wir eine Pauschalsumme von 9–10 Mio. Mark zahlen, aus der die deutsche Regierung danach unter strenger Geheimhaltung, damit darüber nichts in anderen Ländern bekannt wird, vollständig oder teilweise die Forderung von besonders in Mitleidenschaft gezogenen kleineren Firmen befriedigt. Der Anlass für die Unterbreitung eines solchen Vorschlages ergab sich angeblich aus dem Gespräch des Leiters der Rechtsabteilung der Handelsvertretung, Gen. Vol'fson, mit dem Referenten Mossdorfs, Dr. Pohle. In diesem Gespräch habe Vol'fson unter Berufung auf seine außerordentliche Belastung, einen nicht ausreichenden Apparat und insbesondere auf die viele Arbeit im Zusammenhang mit den Dollarforderungen gegenüber Pohle erklärt, dass er es für möglich erachte, diese ganze Angelegenheit durch eine Zahlung einer Pauschalsumme von 5 Mio. Mark zu beenden. Die Berechnung, nach der das Außenamt und das Wirtschaftsministerium zu einer Summe von 9–10 Mio. gelangten, ist Folgende: Die deutsche Regierung selbst kann einerseits die unbegründeten, reinen Valorisationsforderungen der deutschen Firmen anerkennen, d.h. die Forderungen zu jenen Geschäftsabschlüssen, deren Aufträge, Spezifikationen, Verträge und Wechsel auf Dollarbasis ausgestellt worden waren. Aus der Gesamtsumme der Valorisationsansprüche in Höhe von 60 Mio. Mark entfallen auf diese Gruppe nach Berechnungen der Deutschen 37 Mio. Mark. Wenn wir jetzt mit den Deutschen zu einem **Übereinkommen**⁴ gelangen sollten, so würden sie den Firmen entsprechende Weisungen erteilen, auf diese reinen Valorisationsforderungen zu verzichten.

Die 2. Gruppe umfasst die Forderungen, zu denen wir laut Erklärung des Gen. Vejcer vom 20. III. 34 bereit sind, die Angelegenheit der schiedsgerichtlichen Prüfung zu übergeben. Nach Berechnungen der Deutschen entfallen auf diese Gruppe ungefähr 10 Mio. Mark an Valorisationsforderungen.

Wenn man diese zwei Gruppen addiert, ergibt sich eine Summe von 47 Mio. Mark, so dass ein Anteil von 13. Mio. Mark für die tatsächlich strittigen Fragen offen bleibt.

Bräutigam erklärte: „Vol'fson hielt es für möglich, sich auf 5 Mio. Mark zu einigen. Wir bieten Ihnen an, die Summe auf 10 Mio. Mark festzuschreiben. Unser Vorschlag ist darauf ausgerichtet, so schnell wie möglich eine kleine Kommission zu bilden, in der man sich auf die Summe verständigt, um die Dollarangelegenheit endgültig zu bereinigen.“

Angeichts dessen, dass Gen. Vejcer, laut Bräutigam, in unserer früheren Argumentation sehr oft darauf verwiesen hat, dass wir der Befriedigung der Valorisationsforderungen deshalb nicht nachkommen können, weil dies unverzüglich zu ähnlichen Forderungen in allen anderen Ländern führen würde, schlagen die Deutschen uns nunmehr vor, diese Angelegenheit in absoluter Abgeschlossenheit in Verhandlungen zwischen der Bevollmächtigten Vertretung und dem Auswärtigen Amt in dem Sinne zu regeln, dass die von uns zu zahlende Pauschalsumme

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Abkommen.

entweder dem Reichsnährstand⁵ oder dem Russischen Komitee⁶ zwecks **geheimer**⁷ Aufteilung auf die Firmen übergeben werden wird.

Ich machte Bräutigam darauf aufmerksam, dass keine Umstände eingetreten seien, die eine Veränderung jenes Standpunktes bewirken könnten, den wir in unserer bekannten Note zu dieser Frage dem Auswärtigen Amt dargelegt hätten⁸. Bräutigam entgegnete darauf, dass es schon nicht mehr um die Zuständigkeit eines Schiedsgerichtes für diese Angelegenheiten gehe, sondern um die absolut praktische Beilegung dieses Konfliktes, der sich bereits über ein halbes Jahr hinziehe und jeder Zeit zu einem Handelskrieg zwischen den beiden Ländern führen könne.

Ich sagte ihm, dass mir nichts über die Gespräche Vol'fsons mit Dr. Pohle bekannt sei. Ich persönlich lehne eine derartige Lösung des Problems ab, welches für uns von großer, prinzipieller Bedeutung sei. Ich sähe mich außerstande, ihm auch nur geringste Hoffnungen bezüglich der Moskauer Haltung zu diesem Vorschlag zu machen. Dessen ungeachtet würde ich selbstverständlich diesen Vorschlag sowohl der Handelsvertretung als auch den Moskauer Stellen zur Kenntnis bringen.

Danach teilte mir Bräutigam mit, dass in deutschen Wirtschaftskreisen momentan gern die Idee kolportiert werde, uns einen 200-Millionen-Finanzkredit mit einer Laufzeit von drei Jahren zum Einkauf von Waren in Deutschland zu gewähren. Zur Finanzierung dieser Operation werde die Ifago⁹ ein Bankenkonsortium gründen, das uns das Geld zum Kauf von Waren auf unsere dreijährigen Wechsel gebe, welche vom Staat zu 70% und zu 30% von denjenigen Firmen garantiert seien, bei denen wir die Waren kaufen würden.

Um diesen Kredit maximal abzusichern, sei die Regierung damit einverstanden, über die Garantien hinaus weitere 20% zu den bereits garantierten 70% für den Fall zu übernehmen, dass eine Firma Bankrott geht und ihrer Garantieverpflichtung (30%) nicht nachkommen kann.

In diesem ganzen Projekt gibt es laut Bräutigam einen einzigen unsicheren Punkt, und zwar die Befürchtung der deutschen Firmen, dass wir, da wir in bar bezahlen, einen sehr starken Druck auf die Preise ausüben würden, die bei Rusesengeschäften auch so schon sehr niedrig seien. Zuvor hatte mich Bräutigam darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Aufteilung der Garantie in 70% und 30% damit erkläre, dass die Regierung diese 30% als Gewinn der Firmen aus den Geschäften mit uns betrachte und nicht wünsche, diesen Gewinn zu garantieren. Darauf entgegnete ich Bräutigam, dass die Klagen der Firmen völlig unhaltbar seien, wonach Geschäfte mit uns unvorteilhaft seien. Schließlich erwirtschafteten diese Firmen laut Eingeständnis der deutschen Regierung einen Gewinn von 30 Prozent¹⁰.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Der Reichsnährstand war eine nationalsozialistische öffentlich-rechtliche Gesamtkörperschaft, die alle in der Ernährungswirtschaft tätigen Personen und Betriebe (einschließlich Handel und Verarbeitung) sowie alle landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane und Verbände zwangsweise zusammenfasste.

⁶ Gemeint ist der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 401.

⁹ Vgl. Dok. 17, Anm. 20.

¹⁰ Vgl. auch Dok. 435.

Am gleichen Tag habe ich Gen. Fridrichson, der den zeitweilig abwesenden Gen. Vejcer vertritt, über den Inhalt dieses Gesprächs informiert.

Gen. Fridrichson teilte mir mit, dass Vol'fson offenbar den Deutschen tatsächlich den Vorschlag bezüglich der 5 Mio. Mark unterbreitet hat¹¹, obgleich er dazu nicht bevollmächtigt war.

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT DEM SEKRETÄR DER GESELLSCHAFT
ZUM STUDIUM OSTEUROPAS, MARKERT, 16. V. 34.

Der neue Sekretär der Gesellschaft Markert, der Mehnert abgelöst hat, war der Erzieher der Kinder Twardowskis in Moskau, danach leitete er ein halbes Jahr das Seminar für Geschichte Osteuropas in Leipzig. Er liest frei und spricht leidlich russisch. Sein Spezialgebiet ist die russische Geschichte. Er ist ein junger Mann und Mitglied der Nationalsozialistischen Partei. Er suchte mich auf, um den Empfang seitens des Luftfahrtministeriums und der interessierten deutschen Wissenschaftskreise für Šmidt zu besprechen. Ich sagte ihm, dass wir nicht wüssten, ob Gen. Šmidt über Berlin fahren und gesundheitlich in der Lage sein werde, an einem solchen Empfang teilzunehmen.

Dem Gespräch mit Markert war zu entnehmen, dass Curtius nach wie vor Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium Osteuropas und Hoetzsch weiterhin sein Stellvertreter ist. Die Tätigkeitskommission der Gesellschaft wird wie auch früher aus Zeiss, Niedermayer und je einem Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums bestehen. Die Gesellschaft verfügt über drei Ortsgruppen: in Königsberg, nach wie vor von Jonas geleitet, in Hamburg unter der Leitung von Henkel und in Köln, der Oberbürgermeister Benner¹² vorsteht. In der Tätigkeit der Gesellschaft nahm in letzter Zeit Polen einen großen Platz ein. Momentan organisiert die Gesellschaft einen Wissenschaftlertausch mit Polen. Außerdem ist beabsichtigt, in der Gesellschaft eine Serie von polnischen Vorträgen zu halten.

Markert versuchte mir jedoch zu versichern, die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber Polen bedeute in keiner Weise, dass in der Tätigkeit der Gesellschaft Polen die UdSSR verdrängen werde. Laut Markert müsse die UdSSR in der Arbeit der Gesellschaft weiterhin den ersten Platz einnehmen.

Markert beklagte, dass sich die Zahl der Russlandkenner in Deutschland Schritt für Schritt verringere und wissenschaftlicher Nachwuchs fehlen würde. Die Schwierigkeit bestehe seiner Meinung darin, dass die Gesellschaft gezwungen sei, auf die große Anzahl der bei ihr eingehenden Anfragen der deutschen studierenden Jugend bezüglich der Möglichkeit, zu Studienaufenthalten in die UdSSR zum Studium des Landes und der Sprache zu reisen, mit einem negativen Bescheid zu antworten, da sie nicht darauf hoffen könne, für diese Arbeit Visa für die UdSSR zu bekommen. Ganz anders verhalte es sich in dieser Sache mit Polen. Ich entnahm seinen Worten, dass sie bereits 20 Studenten für ein Jahr nach Polen mit

¹¹ Im Brief vom 17. 5. 1934 teilte Bessonov Štern mit, dass Fridrichson „die Meinung vertrete, dass, wenn die Deutschen einverstanden wären, den Konflikt gänzlich zu bereinigen, d.h. alle Forderungen fallen zu lassen, dann könnte man mit ihnen über eine Globalsumme sprechen“. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 160R.

¹² So im Dokument; kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Köln war seit 13. 3. 1933 Günter Riesen.

dem Auftrag geschickt haben, die Sprache zu erlernen und sich mit einem beliebigen Bereich des polnischen Lebens vertraut zu machen, um später, nach ihrer Rückkehr, an deutschen Hochschulen Fachleute für Polen zu werden.

[...] ¹³

BESSONOV

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2316 vom 20. 5. 1934.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 890 vom 21. 5. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–7 an Gen. Krestinskij, das 8. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 171–166. Kopie.

Nr. 437

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

17. Mai 1934

ZSg. 101/3/322/Nr. 505

Bestellung a. d. Pressekonferenz v. 17. Mai 1934

Die Regierung bittet, die Meldungen über die Hilfe und Anteilnahme der Russen bei dem Ballonglück der deutschen Ballonexpedition¹ stärker in der Zeitung zu berücksichtigen².

Gesehen: D., Fa., K.³

Hbg.⁴ 1.05 Uhr

Bresl.⁵ 1.10 Uhr

Chmn.⁶ 1.35

Veröffentlicht in: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Bd. 2: 1934, S. 218.

¹³ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Geschäftsträger Litauens in Deutschland Dymša am 17. 5. (l. 166).

¹ Vgl. Dok. 434, Anm. 2.

² Vgl. Dok. 441, besonders Anm. 4.

³ Paraphen der Dienatag [Dienst nationaler Tageszeitungen]-Redakteure Georg Dertinger, Hans Falk und Hans-Joachim Kausch.

⁴ Redaktion „Hamburger Nachrichten“, Hamburg.

⁵ Redaktion „Schlesische Zeitung“, Breslau.

⁶ Redaktion „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Nr. 438

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 2. Sekretär der
Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd

Geheim

Nr. 17987¹

17.² Mai 1934

UdSSR-NKID

2. Westabteilung

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. GIRŠFEL'D

Sehr geehrter Aleksandr Vladimirovič,

Ich danke Ihnen sehr für die Übersendung der Liste von antisowjetischer Literatur, ich werde sie in den nächsten Tagen verwenden. Ich möchte Sie sehr bitten, mich auch künftig über diese Art von Literatur auf dem Laufenden zu halten. Zu Ihrer Information teile ich Ihnen vertraulich mit, dass sich bei uns ein Theaterstück oder ein Film, dies ist noch nicht ganz klar, mit dem Titel „Der braune Affe“ in Vorbereitung befindet. Die Handlung spielt in einem arischen Land, wohin es einen Orang-Utan verschlägt und wo er von allen für einen reinblütigen Arier gehalten wird. Sodann werden seine Abenteuer in diesem Land gezeigt. Das Finale besteht darin, dass der Orang-Utan dies alles nicht mehr aushält und die Flucht ergreift. Ich habe mich noch nicht endgültig entschieden, ob ich diesem Drehbuch zustimmen werde, obgleich ich meine, dass wir nach der Prämierung von „Flüchtlinge“³ stets die Möglichkeit haben werden, deutsche Forderungen zurückzuweisen.

LEITER DER ABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 141. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

³ Am 1. 5. 1934 wurde der Film mit dem Deutschen Staatspreis ausgezeichnet. Zu dem Film vgl. auch Dok. 307, 314, 381.

Nr. 439
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Ganz geheim

Nr. 5219-PB

19. Mai 1934

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES
ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Werter Genosse,

da die „Izvestija“ heute nicht erschienen ist, wird das Telegramm, welches die Ausfälle Hitlers gegen uns¹ enthält, erst in der morgigen Nummer der „Izvestija“ veröffentlicht werden².

Da ich meine, dass die Rede Hitlers eine neue große Kampagne in Deutschland gegen uns einleitet, würde ich es für nützlich erachten, die Rede Hitlers mit einem recht scharfen Kommentar zu versehen, um damit die Gegenoffensive zu eröffnen. Dieser Kommentar kann zusammen mit dem Protest des Gen. Bessonov³ eine mäßige Wirkung erzielen.

Ich übersende den Entwurf für den Kommentar.

Wenn er Ihnen unter redaktionellem Gesichtspunkt nicht zusagt, Sie aber damit einverstanden sind, dass ein Kommentar dieser Art zweckdienlich ist, erteilen Sie der „Izvestija“ eine entsprechende Weisung⁴.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

ENTWURF FÜR DEN KOMMENTAR

Die Weltöffentlichkeit hat sich bereits an das eigenartige Verhalten der Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands und an die beständige Diskrepanz zwischen den Worten der jetzigen deutschen Führer und ihren Handlungen gewöhnt. Die Führer des III. Reiches sind offenbar fest davon überzeugt, dass in der Außenpolitik die gleichen Betrugs- und Demagogiemethoden angewandt werden können, mit deren Hilfe die Nationalsozialistische Partei an die Macht gelangte. Man hält den Palmzweig in der Hand, schwingt pazifistische Reden, rüstet zur gleichen Zeit fieberhaft auf und führt in fast allen Ländern Europas eine Wühlarbeit durch.

Die Nationalsozialisten erachten es gegenüber der Sowjetunion jedoch noch nicht einmal für nötig, dieses Doppelspiel ihrer Politik konsequent durchzuhalten:

¹ Vgl. „Adolf Hitler vor dem 2. Deutschen Arbeiterkongress“. In: Völkischer Beobachter vom 17. Mai 1934, Berliner Ausgabe, S. 1–2.

² Das Telegramm aus Berlin über diese Rede war nicht in die Nummer der „Izvestija“ vom 20. Mai 1934 aufgenommen worden.

³ Vgl. Dok. 443.

⁴ Vgl. E[vgenij] G[nedin]: „Povtorenie projdennogo“ (Die Wiederholung des Vergangenen). In: Izvestija vom 20. Mai 1934, S. 1.

Herr Hitler hat noch unlängst Reden gehalten, in der er das Bestreben Deutschlands hervorhob, die Beziehungen zur Sowjetunion zu vertiefen und zu festigen, und sich zum Thema über Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ausließ. Die deutschen Diplomaten interpretierten diese Erklärungen als ein historisches Ereignis in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, was die Nationalsozialisten jedoch nicht daran hinderte, privat ihre antisowjetische Tätigkeit fortzusetzen. Herr Hitler hielt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch für angebracht, in seiner Rede, die er auf dem berüchtigten „Arbeitskongress“ gehalten hat, eine Reihe von offen antisowjetischen Ausfällen vorzubringen.

Herr Hitler spricht über das Sowjetland wie „von einem Mann, der immer am Arm eines starken Menschen durch einen Sumpf wandert“. Danach existiere die Sowjetunion nur auf Kosten der kapitalistischen Länder und dank deren Unterstützung. In der UdSSR würden Millionen von Menschen vor Hunger umkommen usw. Der deutsche Reichskanzler hat sich offensichtlich sehr stark in die Ideen seines programmatischen Werkes „Mein Kampf“ verrannt und zieht es vor, die gewaltigen Siege der sowjetischen Volkswirtschaft und die Errichtung immer neuer Industriegiganten nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Hitler hält es für angemessen, auch die Siege der sozialistischen Landwirtschaft im Sowjetland zu ignorieren und die von nationalsozialistischen Agenten und Fälschern in der deutschen Presse lancierten verleumderischen Ausfälle zu wiederholen.

Eine jegliche Erscheinung hat bestimmte Ursachen. Auch die gegenwärtigen antisowjetischen Ausfälle des deutschen Reichskanzlers haben ihre Gründe. Für niemanden ist es ein Geheimnis, dass sich das nationalsozialistische Deutschland in einer Sackgasse befindet; seine Finanzen stehen am Rande des Bankrotts; die Wirtschaftspolitik gründet sich auf künstliche Injektionen, die sämtliche Finanzreserven des Landes aufbrauchen. Das Monopolkapital, das hinter den Nationalsozialisten steht, fordert eine „gesunde“ Wirtschaftspolitik: eine starke Absenkung der Löhne und die Einstellung der gefährlich werdenden sozialen Demagogie. Die nationalsozialistische Führung versteht jedoch sehr gut, dass ohne Demagogie das Kartenhaus des III. Reiches durch den heftigen Ansturm der Klassenkräfte unverzüglich zusammenbricht. Doch auch die Demagogie büßt bereits ihre Wirkung ein; in der deutschen Bauernschaft wächst die Unzufriedenheit mit der reaktionären Agrarpolitik der Regierung, die die bäuerlichen Massen ruiniert; in der nationalsozialistischen Basis nehmen die kritischen Stimmungen, die Enttäuschung und die Verbitterung zu.

Unter diesen Bedingungen greift Herr Hitler erneut zu der von ihm bevorzugten Agitationsmethode, und zwar zu antisowjetischen Reden, mit deren Hilfe er den peinlichen Bankrott des nationalsozialistischen Regimes zu vertuschen versucht. Der Herr Reichskanzler spricht äußerst unvorsichtig von dem Sumpf, über den angeblich das Sowjetland schreitet. Wir empfehlen ihm, sich an den Sumpf zu erinnern, in den Deutschland durch die Politik der Nationalsozialisten immer tiefer hineingezogen wird.

Vermerk I. V. Stalins: Arch[iv] St.

Auf Kopfbogen des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR geschrieben.

Veröffentlicht in: SSSR-*Germanija*: 1933–1941, Dok. 41, S. 92–93.

Nr. 440

**Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von
Twardowski mit dem Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij**

Moskau, den 19. Mai 1934

Notiz

Herr Krestinski erklärte mir heute anlässlich eines Besuches in anderer Angelegenheit¹, er müsse meine Aufmerksamkeit auf die letzte Rede des Herrn Reichskanzlers² richten. Der Herr Reichskanzler habe Ausführungen gemacht in dem Sinne, dass der wirtschaftliche Aufbau der Sowjetunion ohne die Hilfe des Auslandes, ohne ausländisches Kapital, ausländische Ingenieure und ausländische Maschinen unmöglich gewesen wäre und dass in diesem Bauernvolke, in dem 92 % der Bevölkerung auf dem Lande lebten, Hungersnot herrschte, die Millionen von Menschen hingerafft hätte. Dies sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion, gegen die er protestieren müsse.

Ich erwiderte, mir läge der authentische Text der Rede des Herrn Reichskanzlers nicht vor und ich sei infolgedessen nicht in der Lage, ihm Erklärungen abzugeben. Soviel ich wüsste, handele es sich um eine Rede des Herrn Reichskanzlers auf dem Arbeitskongress, bei der sich der Herr Reichskanzler anscheinend auch über die Frage geäußert habe, ob die kommunistische Wirtschaftsform auch für Deutschland passe. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion liege ganz bestimmt nicht vor. Im Übrigen hätte man in Sowjetzeitschriften gelesen, dass bereits vor mehreren Tagen der Sowjetgeschäftsträger³ in Berlin gegen die Rede protestiert habe⁴. Damit sei die Sache in Berlin anhängig gemacht und ich sei ohne Instruktionen nicht in der Lage, mich zu äußern. Herr Krestinski erwiderte darauf, er habe mit seiner Demarche auch nur bezweckt, der deutschen Regierung zur Kenntnis zu bringen, dass die Sowjetregierung das Vorgehen ihres Geschäftsträgers in Berlin billige. Herr Krestinski führte dann in sehr freundlichen Worten etwa aus: Er könne den Zweck dieses Ausfalls gegen die Sowjetunion nicht einsehen. Der Herr Reichskanzler habe sich, indem er sich die Argumente weißgardistischer und Emigranten-Kreise zu eigen machte, persönlich an die Spitze der Antisowjet-Propaganda gestellt. Das habe nichts mehr zu tun mit einem weltanschaulichen Kampf, sondern sei ein direkter Ausfall gegen die Sowjetunion. Bisher hätten die Freunde guter deutsch-sowjetischer Beziehungen sich immer noch darauf berufen können, dass das Buch „Mein Kampf“ vor längerer Zeit geschrieben sei, dass der Herr Reichskanzler in seinen offiziellen Erklärungen seine Bereitwilligkeit, mit der Sowjetunion zusammen zu arbeiten, ausgesprochen habe und dass die Antisowjet-Propaganda letzten Endes von zwar einflussreichen, aber nicht entscheidenden Kreisen ausgehe. Jetzt aber habe der Führer sich diese Argumentation der sowjetfeindlichen Kreise offiziell zu eigen gemacht und das mache natürlich hier einen sehr schweren Eindruck.

¹ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 170, S. 343–344.

² Vgl. Dok. 439, Anm. 1.

³ Sergej Alekseewič Bessonov.

⁴ Vgl. Dok. 443.

Ich habe Herrn Krestinski erwidert, dass er sehr mit Recht die offiziellen Regierungserklärungen des Herrn Reichskanzlers zitiert habe, in denen der Herr Reichskanzler seine Politik festlegte. Dass diese Erklärungen heute noch Geltung hätten, wäre selbstverständlich. Die Erwägungen praktischer Politik, die zu möglichst freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion führten, besagten niemals, dass man das betreffende Regierungssystem bilige oder mit ihm Sympathien habe. Die Ausfälle der Sowjetpresse gegen Deutschland, das absichtliche Missverstehen aller Maßnahmen, die in Deutschland auf irgendeinem Gebiete getroffen würden, wären ein Beweis für die Richtigkeit dieser These. Die nationalsozialistische Bewegung bekämpfe den Kommunismus in Deutschland als ihren ärgsten Feind. Das sei bekannt und darüber habe niemals ein Zweifel bestanden. In dem Falle der letzten Reichskanzlerrede habe es sich um eine rein innerpolitische Veranstaltung gehandelt, bei der der Herr Reichskanzler seinen Zuhörern klarmachte, dass für Deutschland mit seiner hochentwickelten Industrie das kommunistische Wirtschaftssystem nicht anwendbar sei. Aus diesen Ausführungen des Herr Reichskanzlers eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion herauslesen zu wollen, sei nicht angängig, und ich sei überzeugt davon, dass dem Herrn Reichskanzler bei seinen Worten nichts ferner gelegen habe, als sich etwa an die Spitze der Propaganda der russischen Emigranten zu stellen. Wir hätten durch Verbot des Rond⁵ und anderer Organisationen doch zur Genüge bewiesen, dass wir die Propaganda dieser Kreise nicht schätzten.

Das seien aber alles meine persönlichen Ansichten und ich müsse mir vorbehalten, nach Empfang von Instruktionen auf seine Ausführungen zurückzukommen.

Herr Krestinski schloss die Unterhaltung mit den Worten: „Wir alle, die wir für gute deutsch-sowjetische Beziehungen arbeiten, haben es wirklich schwer.“

Auf dem ersten Blatt oben: A 1380, an der Seite: zdA v T[wardowski] 24[5].

PA AA, Moskau 211, Bl. 428861–428863.

⁵ Vgl. dazu Dok. 140, 218.

Nr. 441
Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen
Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Geheim
PERSÖNLICH

UdSSR
Volkskommissariat für
Auswärtigen Angelegenheiten
2. Westabteilung
Nr. 17988¹

20. Mai 1934

An die
Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR
in Deutschland
Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

1. Unsere Abteilung war wegen der Katastrophe, die sich mit dem deutschen Stratosphärenballon² ereignet hat, sehr gespannt. Wir entschieden, die ganze Prozedur in würdiger Weise zu gestalten³, und dies hat bei der Botschaft einen sehr starken Eindruck hinterlassen⁴, die von uns eine solche Geste nicht erwartet hätte. Wenn sich ein ähnlicher Fall mit unserem Luftfahrtballon in Deutschland ereignet hätte, so würde, und dies steht außer Frage, das Verhalten (seitens der Deutschen) bei weitem nicht so entgegenkommend ausfallen. Im Zusammenhang damit hat Prof. Kohlhörster⁵ gestern einen Kranz am Grab unserer Genossen niedergelegt, die bei der Katastrophe des Stratosphärenballons „Osoaviachim“⁶ ums Leben gekommen sind.

2. Dein Protest auf die Rede Hitlers war völlig angebracht. Schade nur, dass es nicht anders ging, als ihn Meyer vorzutragen. Schau Dir den Kommentar in der „Krasnaja Zvezda“ an⁷, dessen Verfasser offenbar Gard⁸ ist. Er ist etwas scharf,

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 434.

³ Zu den Maßnahmen, die Stalin am 16. 5. 1934 zur Bestätigung vorgelegt wurden, vgl. Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 28, S. 46–50.

⁴ Dazu legte Scheffer in seinem Bericht „Totenfeier in Moskau. Die Ehrung der verunglückten deutschen Ballonfahrer“ dar: „Die Feierlichkeiten, die die Überführung der deutschen Ballonfahrer nach Moskau begleiten, sind eine schöne Handlung in einem Augenblick, wo es den amtlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern an Dissonanzen nicht mangelt. Eine offizielle Geste. Sie gibt zugleich eine gute Gelegenheit, der Hilfsbereitschaft zu gedenken, die die Bevölkerung und die Armee der russischen Erde bei der Suche und der Bergung den Opfern gezeigt haben.“ In: Berliner Tageblatt vom 19. Mai 1934, Morgenausgabe, S. 1.

⁵ So im Dokument; richtig: Kohlschütter.

⁶ Der Stratosphärenballon „Osoaviachim“ erreichte am 30. 1. 1934 mit einer dreiköpfigen Besatzung zum ersten Mal in der Welt eine Höhe von 22000 Metern, er verunglückte jedoch beim Sinkflug.

⁷ Vgl. den Kommentar (ohne Unterschrift) zum Protest des Geschäftsträgers der UdSSR in Deutschland Bessonov anlässlich der Äußerungen Hitlers in seiner Rede auf dem „Arbeiterkongress“ am 16. 5. 1934. In: Krasnaja zvezda vom 20. Mai 1934, S. 1.

⁸ Štern veröffentlichte in dieser Zeit in der Presse Kommentare zu außenpolitischen Fragen

aber offenbar nützlich. Ich persönlich führe die Rede Hitlers nicht so sehr auf außenpolitische, als vielmehr auf innenpolitische Motive zurück. Dies kann aber unsere Reaktion nicht abschwächen. Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass mit weiteren antisowjetischen Ausfällen auf allen Ebenen zu rechnen ist. Es ist aufschlussreich, dass uns die Botschaft mit Noten bombardiert, die den Vorwurf beinhalten, dass das Abkommen durch unsere Organe verletzt wird⁹. Wir unternehmen energische Schritte, um einige Fälle zu klären, da dies unsere Position nur festigen kann.

3. Ich mache Dich auf die gegen uns gerichteten niederträchtigen Ausfälle des „Berliner Tageblatt“ aufmerksam (auf den Artikel Scheffers „Menžinskij und Jagoda“¹⁰ sowie den jüngsten Bericht über religiöse Verfolgungen in der UdSSR auf der ersten Seite¹¹). Falls es Deiner Meinung nach nützlich wäre, sollten diese Ausfälle im Ministerium zur Sprache gebracht werden. Ich persönlich werde als Antwort auf die Proteste der Deutschen Botschaft, die sie im Zusammenhang mit Veröffentlichungen in unserer Presse vorträgt, diese Materialien verwenden. Ich habe bereits geschrieben, dass es für uns sehr wichtig ist, von der Bevollmächtigten Vertretung Zeitungsausschnitte aus der Provinzpresse zu bekommen, die Ausfälle gegen uns enthalten.

4. Ich teile Dir mit, dass Gen. Levičev abberufen wird, Šnitman übernimmt seine Aufgaben bis zur Ernennung eines Militärattachés. Gen. Levičev ist darüber von seiner Dienststelle in Kenntnis gesetzt worden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 143–142. Kopie.

unter dem Pseudonym „Gard“. Obwohl dies Bessonov bekannt war (vgl. Dok. 405, Anm. 8), wählte er in diesem Briefwechsel diese Form der Mitteilung über die eigene Publikation.

⁹ Gemeint sind die Protestnoten gegen die Verhaftung von deutschen Staatsbürgern, die gegen das Niederlassungsabkommen verstoße; vgl. Dok. 27, Anm. 8.

¹⁰ Vgl. P. Sch[effer]: „Menschinski und Jagoda. Zur Geschichte der GPU“. In: Berliner Tageblatt vom 11. Mai 1934, Abendausgabe, S. 1–2.

¹¹ Vgl. „Katakomben in Russland. Neue Christenverfolgung. Auch die GPU soll helfen“. In: ebd. vom 15. Mai 1934, Morgenausgabe, S. 2.

Nr. 442

Schreiben des Stellv. Vorstandsvorsitzenden der Staatsbank der UdSSR Arkus an
den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GANZ GEHEIM

Nr. 870/s¹

23/V [1934]

An den
Stellvertretenden Volkskommissar
für Auswärtige Angelegenheiten
Gen. N. N. KRESTINSKIJ
Hier.

Über die Reichsbank erhalten wir aus Deutschland eine beträchtliche Anzahl von Überweisungen an Privatpersonen, an Deutsche. Diese Überweisungen belaufen sich in der Regel auf kleine Summen von 8–15 Mark, in der Gesamtsumme machten sie aber in den letzten vier Monaten ungefähr 400 000 Mark aus.

Diese Überweisungen sind offenbar das Ergebnis der in Deutschland unter der Losung der Hilfe für „die hungernden Deutschen in der UdSSR“ geführten politischen Kampagne, sie werden im Auftrag der Firma „Fast & Co.“ getätigt.

Das Gros der Überweisungen wird von den Empfängern entgegengenommen, doch wir haben auch Fälle, wo der Empfang mit folgender Begründung verweigert wurde:

1. Der Empfänger kann die Überweisung nicht annehmen, da er nicht weiß, von wem das Geld stammt;
2. Der Empfänger will nicht von Faschisten Geld annehmen;
3. Der Empfänger hat keinen Bedarf und bietet an, die Überweisungssumme für die hungernden Arbeitslosen in Deutschland usw. zu spenden.

Der Anlage sind Kopien von einigen typischen Briefen beigelegt².

Indem wir Sie darüber unterrichten, bitten wir Sie, uns darüber in Kenntnis zu setzen, ob Sie es nicht für angebracht erachten, irgendwelche Schritte bezüglich dieser Überweisungen zu unternehmen und ob nicht solche Briefe, die eine Annahmeverweigerung zum Ausdruck bringen, in unserer Presse veröffentlicht werden sollten.

Wir erwarten Ihre Weisungen zu dieser Frage³.

STAATSBANK
Verwaltung für Auslandsoperationen

Arkus

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: Zum Telefongespräch mit Arkus. NK.

Vermerk: Ausgeführt 31/V 34.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2386 vom 25. 5. 1934.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Die Anlage wird hier nicht abgedruckt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 135–131.

³ Vgl. Dok. 448.

*Auf Kopfbogen des Vorstandes der Staatsbank der UdSSR geschrieben.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Anhänge und der Exemplare vermerkt:
Anhänge – 5, 2 Expl. 22/V-34.*

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 136. Original.

Nr. 443

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 304/s¹

Berlin, 26. Mai 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT DEM DIREKTOR DER OSTABTEILUNG DES AUSWÄRTIGEN AMTES MEYER, 18. Mai 1934

Als ich mich mit den antisowjetischen Ausfällen in Hitlers Rede vor dem sogenannten Arbeiterkongress² vertraut gemacht hatte, bat ich am 17. V. Neurath um ein Treffen, um gegen diese Rede zu protestieren. Aus dem Büro Neuraths wurde ich gebeten mitzuteilen, in welcher Angelegenheit ich Neurath aufzusuchen beabsichtige. Als ich ihnen sagte, dass ich über die Rede des Kanzlers vor dem Arbeiterkongress sprechen möchte, erteilte Neurath den Auftrag, mir mitzuteilen, dass er mich leider nicht empfangen könne, weil er zu einem Kurzurlaub verreise und vor der Abreise absolut keine Zeit erübrigen könne. Ich versuchte, mich an Bülow zu wenden, doch Bülow war erkrankt und bereits drei Tage nicht im Auswärtigen Amt erschienen.

So sah ich mich gezwungen, meinen Protest bei Meyer vorzubringen, mit dem ich am 18. V. sprach³.

Ich machte Meyer vor allem darauf aufmerksam, dass die Rede Hitler vor dem Arbeiterkongress in dem Teil, der sich auf die UdSSR beziehe, im schreienden Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen stehe, die der Reichskanzler in letzter Zeit zu verschiedenen Anlässen in Bezug auf die UdSSR abgegeben habe.

Es könne selbstverständlich niemand verlangen, dass sich die Staatsmänner Deutschlands, wenn sie über die UdSSR reden, durch eine Detailkenntnis über die tatsächliche Lage in der Sowjetunion auszeichnen. Die Rede des Kanzlers auf dem Arbeiterkongress am 16. V. 34 enthalte jedoch Behauptungen, die nicht zutreffen, was jedem, der auch nur halbwegs mit der Lage in der UdSSR vertraut sei, ins Auge springe.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 439, Anm. 1.

³ Zur deutschen Aufzeichnung der Unterredung Bessonovs mit Meyer am 18. 5. 1934 vgl. PA AA, R 31499, Bl. E 497486–497488.

Der Reichskanzler habe z.B. in dieser Rede behauptet, dass die UdSSR alles, was sie für die Industrialisierung benötige, aus dem Ausland erhalte. Indes verhalte sich die Sache so, dass von den 50 Milliarden Rubel Kapitalinvestitionen für den ersten Fünfjahresplan der Anteil von Einfuhren aus dem Ausland ungefähr 1,5 Milliarden Rubel betrage. Bei über 20 Mio. Arbeitern und Angestellten der Sowjetunion betrage der Anteil von ausländischen Arbeitern und Angestellten weniger als 10000 Personen. Von der verzerrten Darstellung der tatsächlichen Lage in der UdSSR abgesehen, erführen wir zum ersten Mal mit Verwunderung aus der Rede des Reichskanzlers, dass z.B. der Kauf von Maschinen im Ausland einen Vorgang darstelle, der nicht mit unserem System zu vereinbaren sei. Indessen sei in einer Reihe von Verträgen und Abkommen zwischen der UdSSR und Deutschland wiederholt der Gedanke hervorgehoben worden, dass Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ungeachtet der Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme möglich seien und die Erfahrungen zeigten, dass dem auch so sei. Die Rede des Reichskanzlers gebe Anlass zu meinen, dass die Handelsbeziehungen der UdSSR mit dem Ausland einseitigen Charakter tragen würden. Folge man dem Gedankengang des Reichskanzlers, könnte aber mit gleichem Recht gesagt werden, dass Deutschland nicht ohne sowjetisches Erdöl, ohne sowjetisches Holz, ohne sowjetisches Leinen, Pelzwaren usw. auskommen könne. Der Reichskanzler habe somit jenes elementare Gesetz außer Acht gelassen, wonach die Wirtschaftsbeziehungen eines beliebigen Landes mit der übrigen Welt nicht einseitig sein können und in diesen Beziehungen die Abhängigkeit immer gegenseitig ist. Ich ^{**verwies**}⁴ auf diesen Umstand, wobei ich bei weitem nicht die Absicht hätte, mit dem Reichskanzler zu polemisieren, sondern ich wolle lediglich darauf aufmerksam machen, dass die diesbezüglichen Ausführungen des Reichskanzlers im Widerspruch zu den wiederholt in den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommen festgehaltenen Deklarationen und Erklärungen stünden. Um diesen Teil meiner Erklärung zu beenden, wolle ich noch die Aufmerksamkeit auf eine eklatante Ungenauigkeit in der Rede des Reichskanzlers lenken. Der Reichskanzler habe erklärt, dass in der UdSSR nach wie vor nur 8% der Bevölkerung in Städten leben und 92% der Bevölkerung Bauern seien. Ich wollte das Ministerium darauf aufmerksam machen, dass bereits 1932 die Stadtbevölkerung der UdSSR 23,3% der Gesamtbevölkerung ausgemacht habe.

Alle diese meine Bemerkungen seien jedoch nur zweitrangigen Charakters. In der Rede des Reichskanzlers gebe es hingegen Passagen, die mich dazu zwängen, gegen sie im Auswärtigen Amt in aller Form zu protestieren. Der Reichskanzler habe die Industrie- und die Außenpolitik der UdSSR einer Kritik unterzogen (aus meinen oben gemachten Bemerkungen gehe hervor, dass diese Kritik haltlos sei). Zudem habe er sich erlaubt, in einem sehr scharfen Ton zu erklären, dass die UdSSR eine völlig andere Politik führen müsse, falls sie es wünsche, ihren Prinzipien treu zu bleiben. „Folglich“, erklärte er, „müsste man sie (offenbar sind damit die Kommunisten der UdSSR gemeint) auf ihre eigenen Füße stellen, dies ist aber in solchen einem Land wie es Russland ist, absolut möglich, und sagen: Nun, schafft jetzt euer Paradies. Nur in solch einem Fall könnte man die Ergebnisse sehen. Jetzt aber leben sie, die Kommunisten, nur dank der Hilfe der nichtkommunistischen

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: wies darauf hin.

Organisiertheit dieser Welt“⁵. Im Namen der Botschaft erhebe ich gegen diese Stelle der Rede des Reichskanzlers den formalen Protest, da sie als ein Einmischungsversuch in die **Festlegung unserer Industrie- und Außenhandelspolitik**⁶, d. h. als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR betrachtet werde.

Ebenso protestiere ich wegen einer anderen Stelle in der Rede des Reichskanzlers, wo er gesagt habe, dass Millionen von Menschen in der UdSSR vor Hunger umgekommen seien⁷. Der Reichskanzler sanktioniere und stelle sich mit dieser Äußerung offiziell an die Spitze der Kampagne zum sogenannten Hunger in der UdSSR, die seit dem vergangenen Jahr von einem gewissen Teil der deutschen Presse geführt werde, und von der sich deutsche Regierungsbehörden seitdem formal zu distanzieren bemüht gewesen seien. Die Erklärung des Reichskanzlers zeige, dass diese Kampagne, gegen die die Botschaft sich wiederholt zu protestieren veranlasst gesehen habe, nunmehr durch die Autorität des höchsten Regierungsrepräsentanten in Deutschland geschützt sei.

Nachdem sich Meyer meine Erklärung angehört hatte, sagte er, dass er meinen Protest nicht annehmen könne und ihn zurückweisen müsse, weil der Kanzler, als er über die UdSSR sprach, den Kommunismus und das kommunistische System insgesamt gemeint habe, gegen das er mit der gleichen Gelassenheit polemisiert habe wie auch im Falle anderer Wirtschaftssysteme, von denen er in seiner Rede gesprochen habe. Was die Ungenauigkeit von Fakten in der Rede des Kanzler betreffe, so könne er selbstverständlich nicht mit mir streiten. Er halte diese Frage für absolut zweitrangig und nicht relevant, da die Statistik in der UdSSR angeblich von sehr großen inneren Widersprüchen geprägt sei und **derartige**⁸ Fehler begünstige. Da ich aber auf meinem Protest bestünde, werde er, Meyer, ihn seinen Instanzen selbstverständlich zur Kenntnis bringen.

Damit endete das Gespräch. Als ich Meyer verließ, stieß ich im Korridor fast mit Nadolny zusammen, der mich jedoch nicht erkannte. Nadolny eilte ins Zimmer von Meyer. Dabei hatte ich den Eindruck, als ob er im Nachbarzimmer gesessen und nur darauf gewartet hatte, wann Meyer das Gespräch mit mir beendet, um sich sogleich über dessen Inhalt informieren zu lassen.

[...]⁹

Bessonov

⁵ Im Dokument ist diese Passage nicht ganz exakt ins Russische übersetzt worden. In der veröffentlichten Fassung lautet sie: „Man sollte sie [die UdSSR]“, erklärte er, „auf ihre eigenen Füße stellen – dies wäre bei einem Lande wie Russland durchaus möglich – und sagen: Jetzt schafft euch euer Paradies. Dann würde man die Resultate sehen. Heute leben sie als Kommunisten nur von den nichtkommunistischen Einrichtungen dieser Welt.“ Vgl. Völkischer Beobachter vom 17. Mai 1934, Berliner Ausgabe, S. 2.

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: in unsere festgelegte Industrie- und Außenhandelspolitik.

⁷ In der Aufzeichnung Meyers über die Unterredung mit Bessonovs hieß es: „Herr Bessonov bestritt, dass im vorigen Jahre überhaupt ein einziger Mensch in der Sowjetunion an Hunger gestorben sei. Es wäre eine Verleumdung der deutschen Presse. Ich habe ihm erwidert, dass dies nicht nur keine Verleumdung der deutschen Presse, sondern eine von der ganzen Welt anerkannte Tatsache sei, und ich müsse es ablehnen, mit ihm über diese Tatsache zu streiten.“ Vgl. PA AA, R 31499, Bl. E 497487.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: diese.

⁹ Ausgelassen sind die Gesprächsaufzeichnungen: auf dem Empfang des Botschafters der USA Dodd am 18. 5. (l. 2R–3R), mit Bräutigam am 23. und 25. 5. (l. 3R–6), mit dem Gesandten Litauens in Deutschland Saulys am 25. 5. (l. 6R).

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links vom der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2150 vom 31. 5. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 1–6. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 169, S. 341–343¹⁰.

Nr. 444

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den
Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 308/s¹

28. Mai 34

AN

GEN. ROZENBLJUM

Kopie: an Gen. ŠTERN

Lieber Boris Danilovič!

Ich übersende Dir die Nummer 5 der Zeitschrift „Ostwirtschaft“. Der Leitartikel behandelt die Wünsche, die die Deutschen hinsichtlich der Verhandlungen hegen, die zurzeit mit der Warenkommission geführt werden². Er gibt im Wesentlichen die Rede Mossdorfs anlässlich der Arbeitsaufnahme der Warenkommission wieder, worüber ich seinerzeit berichtet habe. Außerdem enthält der erwähnte Leitartikel eine Reihe von zweitrangigen Punkten (Schlichtung, Preispolitik). Aus diesem Leitartikel geht klar hervor, dass Mossdorf in seiner Rede von dem Russischen Komitee³, dem nunmehr völlig neue Leute angehören, angeregt wurde. Sie gehen von der Annahme aus, dass sie den Status quo der sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen, der sich bereits bei der alten Zusammensetzung des Russischen Komitees herausgebildet hatte, zu verändern in der Lage wären. Ich meine, dass wir dennoch, obgleich die Warenkommission jetzt auch die Prüfung dieser Fragen abgelehnt hat, zum Ende ihrer Tätigkeit nicht umhin kommen werden, uns mit ihnen auseinanderzusetzen.

Mit der heutigen Post schicken wir die Kopie der Note des Auswärtigen Amtes nach Moskau, mit der es uns die Gerichtsdokumente zurückgibt, die wir ihm in der Dollarangelegenheit zugesandt hatten.

Außerdem möchte ich Dich bitten, Dich mit der Aufzeichnung meines Gesprächs mit Bräutigam am 23. und 25. Mai zu befassen. Diesen Materialien wirst

¹⁰ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. F.: Zur Frage des Sowjetimports nach Deutschland. In: Die Ostwirtschaft, 1934, S. 61–62.

³ Gemeint ist der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

Du entnehmen können, dass die Dollarfrage jetzt erneut in ein kritisches Stadium eintritt, das hauptsächlich durch unsere unglückliche Entscheidung des Streits mit der „Viktoria Versicherungsgesellschaft“ ausgelöst worden ist. Die Tatsache, dass wir in der „Viktoria“-Angelegenheit auf eine 100%ige Befriedigung der Forderungen der Firma eingegangen sind, um ein Gerichtsverfahren zu vermeiden, hat den Deutschen offensichtlich die Gewissheit gegeben, dass wir zu großen Zugeständnissen gezwungen sein werden, wenn sie uns nur mit Gerichtsverfahren unter Druck setzten. Der Beschluss des NKVT in der „Viktoria“-Angelegenheit ist daher eine Tatsache, die unsere Position in der Dollarfrage ernsthaft verschlechtert. Wir haben seinerzeit, wie Du Dich vielleicht erinnerst, gegen diesen Beschluss protestiert und die Zurücknahme durchgesetzt. Wenn ich mich nicht irre, hat das NKID unsere Haltung und die der Handelsvertretung in dieser Angelegenheit unterstützt, die ebenfalls nicht wünschte, der „Viktoria“ nachzugeben und es für angebracht hielt, in dieser Sache vor Gericht zu gehen.

Eine andere Tatsache, die die Situation in der Dollarangelegenheit bedenklich verschlechterte, ist die unvorsichtige Erklärung von Vol'fson, die er im Gespräch mit dem Referenten Mossdorfs, Pohle, abgab, wonach er, Vol'fson, es angesichts der Überlastung seiner Abteilung durch die Dollarklagen durchaus für möglich erachte, den gesamten Dollarstreit mit der Zahlung einer Pauschalsumme in Höhe von 5 Mio. Mark aus der Welt zu schaffen⁴. Im Gespräch am 20. 5. hat Bräutigam darauf verwiesen, dass angeblich auch Vejcer in einem Gespräch die Möglichkeit hat durchblicken lassen, den Konflikt auf der Grundlage einer vereinbarten Gesamtsumme zu bereinigen.

Wie man es auch nimmt, die Deutschen ziehen aus diesen zwei Tatsachen – aus der Erklärung Vol'fsons und aus unserem Beschluss in der Viktoria-Angelegenheit – die Schlussfolgerung, dass man uns nur drücken muss, um irgendetwas von uns zu bekommen. Und wie es scheint, sind sie jetzt auf breiter Front zur Druckausübung übergegangen. In der Angelegenheit der Agrargesellschaft gibt es bereits einen Gerichtstitel zur Vollstreckung des Urteils⁵. Die Formulierung des Gen. Vejcer vom 20. III. als Ausgangspunkt nehmend, wird jetzt damit begonnen, sämtliche Fälle dem Gericht **, „zu übertragen“⁶.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass man sich im NKVT dieser Angelegenheit nicht gebührend annimmt, womit sich auch das Schwanken seiner Politik in dieser Sache erklärt.

Inzwischen war, wie Du Dich erinnerst, der Beschluss gefasst worden, dem NKID die Verantwortung zu übertragen, auf dem Wege von diplomatischen Verhandlungen mit den Deutschen diese Angelegenheit zum Abschluss zu bringen. Zwischenzeitlich ist aber die Lage jetzt so, dass zum Beispiel wir, die Mitarbeiter des NKID, keine Erklärung für den Beschluss des NKVT in der „Viktoria“-Angelegenheit finden können.

⁴ Vgl. Dok. 436. Am 27. 5. 1934 schrieb Rozenbljum an Bessonov: „Vol'fson besaß keinen Auftrag, den Vorschlag über 5 Mill. M[ark] zu machen.“ In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 47.

⁵ Štern teilte am 4. 6. 1934 Bessonov in einem Schreiben mit, dass nach Informationen des NKVT „die Agrargesellschaft aufgrund des Drucks der Bevollmächtigten Vertretung auf das Auswärtige Amt die Vollstreckungslisten zurückgezogen hat“. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 150.

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: einzureichen.

Ich möchte Dich bitten, diese Angelegenheit noch einmal im NKID vorzubringen und irgendeine klare und entschiedene Haltung in dieser Frage durchzusetzen. Entweder wir halten an unserem alten Standpunkt weiterhin fest, und in diesem Fall ist er konsequent zu befolgen, wobei eventuelle Komplikationen nicht zu befürchten sind, da man gewiss sein kann, dass die Deutschen nicht zu halbwegs ernststen Repressionen greifen werden. Oder wir wünschen, die Angelegenheit mit den Deutschen letztendlich mit einem Pauschalabkommen von der Art des Vorschlags von Vol'fson zu bereinigen. In diesem Fall müssen so schnell wie möglich Verhandlungen über den Umfang dieser pauschal zu vereinbarenden Summe aufgenommen werden.

Ein Hin- und Herschwanken zwischen diesen beiden Richtungen, welches es offenbar im Apparat des NKVT gibt, ist lediglich dazu angetan, unsere Position zu verschlechtern.

Schreib' mir bitte zu dieser Angelegenheit⁷.

BESSONOV

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in] 31. V. 34

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 931 vom 31. 5. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Rozenbljum, das 2. an Gen. Štern, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 186–184. Kopie.

Nr. 445

Aufzeichnung des Botschafters in Moskau Nadolny

[nach dem 27. 5. 1934]

Notiz

Meine Dienstreise nach Berlin hatte den Zweck, die Reichsregierung zu einer Initiative hinsichtlich der Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu veranlassen. Im Auswärtigen Amt fand ich auch einen positiven Willen dafür vor, man wusste nur nicht, wie man vorgehen könnte. Die Meinungen hierüber gingen auseinander, im Allgemeinen war man der Ansicht, dass es vor allem darauf ankomme, den Kanzler zu einem positiven Entschluss für die Herstellung guter Beziehungen zu bewegen; das weitere werde dann im Amt überlegt und gefunden werden. Auch *der Reichsminister*¹, dem ich gleich am *ersten Tag, Montag*² den *14. Mai*³, über die Lage in Russland, über die Bedeutung der Entsendung von Suritz als neuen Botschafter nach Berlin und über die Notwendigkeit der Be-

⁷ Auf diese Bitte hin schrieb Rozenbljum am 4. 6. 1934 Bessonov: „Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht gefallen. [...] Solange die Entscheidung noch nicht getroffen wurde, muss in den Gesprächen mit den Deutschen die frühere reservierte Haltung eingenommen werden.“ In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 49.

¹ Der Text ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

² Der Text ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

reinigung des Verhältnisses Vortrag hielt, äußerte mir gegenüber, dass ich im Amt keinen Widerstand finden würde, *der Widerstand läge beim Kanzler*⁴. Ich sprach weiter mit dem Reichswehrminister von Blomberg, der auch für eine positive Einstellung zur Sowjetunion war, und dieser veranlasste, **wie ich hinterher gehört habe**⁵, dass mich der Kanzler zu sich rufen ließ. Ich trug dem Kanzler alles Wichtige über die Verhältnisse in der Sowjetunion vor und ließ ihm die Unterlagen meines Vortrages zur Lektüre zurück. Inzwischen war Pfingsten. Nach den Feiertagen war ich zusammen mit Min. Dir. Meyer beim Minister, und wir besprachen erneut die Frage der Initiative, wobei ich für eine Fortsetzung der aus dem Baltenpakt-Vorschlag entstandenen mündlichen und schriftlichen Unterhaltung mit Litwinow – natürlich unter Berücksichtigung der sich aus seinem Genfer Verhalten ergebenden Situation – war, während Herr Meyer vorschlug, dass ich zunächst mit Krestinski die weitere Unterhaltung mit Litwinow vorbereiten solle, was ich indessen als zwecklos erklärte. Hierbei erwähnte Herr Meyer auch, dass ich bereits mit dem Kanzler gesprochen hätte. Der Minister schien unangenehm davon berührt zu sein, ich mitteilte ihm jedoch, dass man mich habe rufen lassen und dass die Unterhaltung nur die Information des Kanzlers über die Verhältnisse in Russland zum Gegenstand gehabt habe. Am Freitag den 25. [Mai] nachmittags wurde ich vom Sekretär des Ministers angerufen, der mir mitteilte, der Kanzler habe dem Minister gegenüber eine Denkschrift von mir erwähnt, die ich ihm übergeben hätte und die der Minister nicht kenne. Ich möchte sie auch dem Minister übergeben. Ich erwiderte, es handle sich nur um die Unterlagen meines Vortrages, den ich auch dem Minister gehalten hätte, **und ich hätte keine weiteren Exemplare davon**⁶. Wenn er sie zu lesen wünsche, so könne er sie sich vom Kanzler geben lassen. – Am Sonntag den 27.⁷ wurde ich vormittags zum Kanzler gerufen. Dieser gab mir die ihm übergebenen Unterlagen wieder zurück und sagte, er sei mit der Darstellung der Verhältnisse und meiner Ansicht darüber einverstanden, *aber er könne nicht verstehen, warum wir auf Herstellung eines guten Verhältnisses zu den Sowjets Wert legen müssten*⁸. In diesem Moment erschien auch der Außenminister, dessen Teilnahme an der Besprechung mir der Kanzler bereits angekündigt hatte. Der Kanzler verbreitete sich dann in langen Ausführungen über die Außenpolitik, *wobei er die russisch-französische Annäherung als eine von ihm vorausgesehene Zwangsläufigkeit darstellte und sich wiederholt gegen die Initiative zur Herstellung eines guten deutsch-russischen Verhältnisses aussprach*⁹. Zu meinem Erstaunen stellte sich der Minister vollständig auf den Standpunkt des Kanzlers und unterstrich diesen sogar wiederholt durch Zwischenbemerkungen. Alsdann wurde ich aufgefordert, meine Gründe für ein deutsches Interesse und eine deutsche Initiative gegenüber Sowjetrußland darzustellen. Ich tat dies, wobei ich wiederholt vom Kanzler unterbrochen wurde und wobei der Minister sich wiederum ganz dem Kanzler anschloss. Schließlich erklärte

⁴ Der Text ist mit einer Wellenlinie unterstrichen.

⁵ Der Text ist über der Zeile eingefügt.

⁶ Der Text ist über der Zeile handschriftlich eingefügt.

⁷ Handschriftlich am Rand: 27. Mai.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

der Kanzler, ich möchte **¹⁰ konkrete Vorschläge schriftlich formulieren¹¹ und ihm über den Außenminister vorlegen.

Nadolny

Eigenhändige Unterschrift. Auf der ersten Seite oben befindet sich handschriftlich der Zusatz: Vorgänge betr. Antritt der Dienstreise in den Botschaftsakten.

PA AA, NL Nadolny, Bd. V, Nr. 170.

Nr. 446

Aufzeichnungen des Botschafters in Moskau Nadolny und des AA

Berlin, den 30. Mai 1934

[Anlage]

Vorschläge für die Gestaltung unseres Verhältnisses zur Sowjet-Union

Das deutsch-sowjetische Verhältnis zeigt gegenwärtig eine von Tag zu Tag zunehmende feindliche Einstellung der Sowjet-Regierung gegen Deutschland. Diese äußert sich in mannigfacher Weise. In der Sowjetpresse hat eine spezifische Gehässigkeit gegen Deutschland eine geradezu chronische Form angenommen. Theater, Film und innenpolitische Propaganda der Sowjet-Union sind voll von Angriffen gegen Deutschland. Das Deutschtum in der Sowjet-Union wird systematisch bekämpft, verdächtigt, ausgeschaltet und aus dem Lande verdrängt. Zwischenfälle auf diesen Gebieten machen dauernd diplomatische Interventionen und Proteste notwendig. Großpolitisch schlägt sich die Sowjet-Union demonstrativ auf die Seite Frankreichs und der Kleinen Entente. Militärisch sind die früheren intimen Beziehungen zu uns abgebrochen und durch eine intime Zusammenarbeit mit Frankreichs militärischen Stellen ersetzt. Wirtschaftlich ist der Handelsverkehr mit uns auf ein Minimum zurückgegangen, frühere Lieferungen von uns werden in schikanöser Weise nachträglich beanstandet, deutsche Konzessionen in der Sowjet-Union werden restlos liquidiert.

Unsererseits wird demgegenüber bis jetzt eine abwartende kühle Zurückhaltung beobachtet. Dieser Zustand lässt sich jedoch nicht länger aufrechterhalten. Wir können uns das sowjetische Verhalten nicht weiter ohne Gegenwehr gefallen lassen. Eine Abschwächung ohne unser Zutun ist nicht zu erwarten, und Reaktionen unsererseits, die schließlich zu einem Bruch führen müssen, sind unvermeidlich, wenn nicht eine allgemeine entspannende Klärung eintritt.

Dabei ist außerdem zu bedenken, dass das ungünstige Verhältnis sich im Wesentlichen nur zu unserem Schaden auswirkt, der Sowjet-Union dagegen keinen nennenswerten Nachteil zufügt, ihr vielleicht sogar als innenpolitisches Stimulans ganz genehm ist. Die Russen sind auf ein gutes Verhältnis zu uns heute nicht mehr sehr angewiesen. Politisch können wir ihnen kaum schaden, und wirtschaftlich wäre ihnen zwar eine gute, sich insbesondere in einer deutschen Kredithilfe auswirkende Beziehung zu uns wohl erwünscht, aber sie ist für sie nicht lebenswichtig. Bei uns dagegen liegt eine Schädigung sowohl auf politischem wie auch

¹⁰ An dieser Stelle ist gestrichen: positive.

¹¹ Vgl. Dok. 446, Anlage.

auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vor. Politisch bedeutet der Übertritt der Sowjet-Union zur französischen Gruppe zweifellos eine erhebliche Erschwerung unserer Außenpolitik. Die Nachteile der Einschränkung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs brauchen nicht näher dargestellt zu werden, da die ungeheure Wichtigkeit des russischen Wirtschaftsgebietes für uns genügend bekannt ist. Überdies ist es neuerdings nicht nur für unseren Export und für unsere wirtschaftliche Betätigung im Ausland, sondern auch für unsere Versorgung mit Rohstoffen kaum zu entbehren. Der Herr Reichsbankpräsident¹ hat kürzlich sehr entschieden betont, dass bei unserer schlechten Devisenlage ein möglichst umfangreicher, sich auf den Austausch von Exportware gegen Rohstoffe erstreckender Wirtschaftsverkehr mit der Sowjet-Union unbedingt erforderlich ist und dass es im Interesse unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit sogar sehr erwünscht wäre, mit ihr – selbst gegen Gewährung einer namhaften und langfristigen Kredithilfe – einen Minimalkontingentsvertrag auf mindestens 5 Jahre abzuschließen. – Kulturell wird unsere jahrhundertealte sehr starke Stellung im russischen Geistesleben erheblich beeinträchtigt, insbesondere gehen die deutschen Kirchen und Schulen sowie das ansässige Deutschtum einem sicheren Untergang entgegen.

Die genannten Umstände sind noch einmal kurz hervorgehoben worden, um darzutun, wie sehr eine Bereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses in unserem Interesse liegt. Was nun die Art der Bereinigung anbetrifft, so wird sie sich nach den Gründen der Spannung und nach dem Interesse richten müssen, das die Russen an ihrer Beseitigung haben. Das russische Interesse beschränkt sich, wie vorher dargestellt worden ist, im Wesentlichen auf ein gutes, sich insbesondere in einer deutschen Kredithilfe auswirkendes wirtschaftliches Verhältnis. Somit kommt als erstes Mittel für die Wiederherstellung guter Beziehungen ein Entgegenkommen gegenüber sowjetischen wirtschaftlichen Wünschen in Betracht. Solche Wünsche sind gerade gegenwärtig geäußert worden. Die Sowjet-Regierung hat bisher gegen Wechselkredit eingekauft, ihre Wechsel auch stets prompt eingelöst. Neuerdings möchte sie, da bei reinen Kreditkäufen die Preise zu teuer werden, von dem betreffenden Ausland gegen ihre Wechsel einen Barkredit auf etwa 5 Jahre zur Verfügung erhalten, mit dem sie ihre Bestellungen in dem betreffenden Lande gegen bar tätigen kann. Sie hat kürzlich einen entsprechenden Kreditvertrag mit Schweden über 100 Millionen Kronen abgeschlossen, aber dieser stieß in der schwedischen Kammer auf Widerspruch, und die Sowjet-Regierung ließ ihn darauf scheitern. Nun liegt ihr viel daran, ihr Prestige in dieser Hinsicht zu retten, und sie möchte mit uns ein entsprechendes Kreditabkommen gegen Bestellungen in Höhe von 200 Millionen RM abschließen. Da an der Zahlungsfähigkeit der Sowjet-Regierung in solcher Höhe kein Zweifel besteht, das Geld in Deutschland bleibt und der Export uns im Interesse der Arbeitsbeschaffung dringend not tut, so empfiehlt es sich, auf dieses Geschäft einzugehen. Unsere Wirtschaftsbehörden sind auch grundsätzlich dazu geneigt, und es wird darüber verhandelt². Was dabei von unserer Seite noch zu erstreben wäre, das ist eine Verknüpfung mit dem vom Herrn Reichsbankpräsidenten gewünschten langfristigen Kontingentsabkommen. Ein solches ist nicht nur im Interesse unserer Rohstoffver-

¹ Hjalmar Schacht.

² Vgl. Dok. 387, 398, 429, 431, 435.

sorgung erwünscht, sondern es würde auch zugleich eine feste Wirtschaftsbeziehung für eine längere Dauer schaffen und damit eine gute Dokumentierung des Willens nach stetigen guten Beziehungen bedeuten.

Natürlich kann aber der Abschluss eines Kredit- und Kontingentabkommens für die Bereinigung des Verhältnisses nicht genügen. Er kann höchstens ein Auftakt dafür sein. Die eigentliche Bereinigung muss auf politischem Gebiet erfolgen. Als Grund der Spannung wurde von uns bisher vor allem das Ressentiment der Sowjetleute gegenüber dem Nationalsozialismus als Unterdrücker des Kommunismus angenommen. Zweifellos spielt der Misstrauen über die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland und der Ärger über die Rassentheorie dabei eine sehr wesentliche Rolle, und gerade Litwinow, der uns wohl ohnehin nicht sehr liebt, ist augenscheinlich ein Hauptträger dieses Ressentiments. Aber das viel stärkere und sicherlich ausschlaggebende Motiv der sowjetischen Einstellung ist nicht das Ressentiment, sondern die Furcht. Und zwar die Furcht sowohl vor dem Nationalsozialismus als Vertreter eines nach Osten gerichteten deutschen Imperialismus wie auch vor dem Nationalsozialismus als einer zusehends an Boden gewinnenden, den Bolschewismus bedrohenden Idee. Die früher bei uns gegen Sowjet-Russland gerichteten, bisher nicht ausdrücklich korrigierten Äußerungen über unsere Ostpolitik, speziell über das Baltikum und die Ukraine, gelten als die wahren Äußerungen dieses militanten Nationalsozialismus, und ihnen gegenüber werden, solange sie nicht durch eine offizielle Erklärung ausdrücklich entkräftet sind, die allgemeinen Erklärungen des Reichskanzlers und der Reichsregierung über die friedlichen Absichten Deutschlands und seinen Grundsatz der Nichteinmischung in fremde innere Verhältnisse nur als für die Weltmeinung bestimmte politische Zweckerklärungen betrachtet. Die bei uns immer wieder hier und da fallenden öffentlichen Äußerungen über die Notwendigkeit der Auswirkung unserer Politik nach dem Osten sowie die in Moskau eingehenden Nachrichten über angebliche Verbindungen offizieller parteiamtlicher deutscher Stellen mit konterrevolutionären russischen und ukrainischen Kreisen geben den Befürchtungen immer wieder neuen Antrieb. Als die – jetzt augenscheinlich wesentlich verringerte – Gefahr im Fernen Osten akut war und sich gelegentlich des Austritts Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund gewisse gemeinsame Interessen der beiden Staaten bemerkbar zu machen schienen, fürchtete man in Moskau, dass wir einen Krieg im Fernen Osten gegen die Sowjet-Union ausnutzen würden; und jetzt sind es die deutsch-polnische Verständigung und gewisse nationale Regungen im Baltikum, denen gegenüber in Moskau ein wachsendes Gefühl der Bedrohung hat. Die Litwinksche erneute Festlegung des sowjetischen Verhältnisses zu Polen und seine Aktionen gegenüber Polen und uns hinsichtlich der baltischen Staaten sind aus dieser Furcht entsprungen, und sie ist, ob Schimäre oder nicht, zweifellos das entscheidende Motiv der sowjetischen Einstellung gegenüber Deutschland.

Wenn uns die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zur Sowjet-Union erwünscht ist, so werden wir uns darum, so wenig das angesichts der friedlichen deutschen Absichten notwendig erscheinen mag, wohl oder übel dazu verstehen müssen, diesen Befürchtungen der Sowjet-Regierung den Boden zu entziehen. Das braucht nicht unter ausdrücklicher Benennung der einzelnen Gravamina zu geschehen, immerhin müsste es eine – selbstverständlich beiderseitig abgegebene – Erklärung sein, die allen Verdächtigungen beiderseitiger feindlicher Absichten ge-

genüber dem anderen Teil den Boden entzieht. Da Litwinow in seiner auf unsere Ablehnung des Baltenpakts erfolgten Erklärung³ ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass der Berliner Vertrag trotz seiner Bedeutung und seinem Wert ****nicht****⁴ diejenigen die Sowjet-Union berührenden Fragen umfasse, die durch die neue internationale Lage und durch die Politik der neuen deutschen Regierung ins Leben gerufen sind, und da in der Tat der Berliner Vertrag keine den russischen Befürchtungen den Boden entziehenden Bestimmungen enthält, so könnte an diesen Hinweis Litwinows angeknüpft werden. Der Inhalt der Vereinbarung aber sollte sich auf dreierlei erstrecken: 1) auf die Ausschaltung der beiderseitigen Absicht, den Bestand des anderen Staates durch eine Bedrohung seines Gebietes oder eine Einmischung in seine inneren Verhältnisse zu gefährden, 2) auf die Verpflichtung, keine Bestrebungen der in einem der beiden Staaten befindlichen Emigranten des anderen Staates gegen dessen Bestand oder Regime zu unterstützen, und 3) auf die Verpflichtung, keine gegen den Bestand oder das Regime des anderen Staates gerichtete Äußerung in Wort und Schrift oder sonstiger Darstellung zu dulden.

Was die Art des Vorgehens von unserer Seite anbetrifft, so wäre es sicherlich am besten und eindrucksvollsten, wenn in derselben Weise verfahren würde, wie dies Polen gegenüber geschehen ist, also im vorliegenden Falle vermittels eines Schrittes des Herrn Reichskanzlers beim Vorsitzenden der Volkskommissare Molotow. Polen, das inzwischen sein Verhältnis zur Sowjet-Union ebenfalls bereinigt hat, braucht sich dadurch nicht benachteiligt zu fühlen. Welcher Zeitpunkt für den Schritt zu wählen ist, wird von den Umständen abhängen. Auch wird der Schritt durch eine gewisse Vorführung vorzubereiten sein. Jedenfalls sollte aber ein längerer Aufschub vermieden werden.

Hiernach werden also folgende zwei Maßnahmen vorgeschlagen:

1) Abschluss eines mit Einräumung eines Barkredites verbundenen Lieferungs- und, wenn möglich, zugleich eines Kontingentsabkommens auf längere Frist als Einleitung der politischen Verständigung.

2) Herbeiführung einer als Ergänzung des Berliner Vertrages zu betrachtenden Erklärung der beiden Regierungen auf dem oben angegebenen Wege und mit dem oben angegebenen Inhalt.

Natürlich müssen wir uns darüber klar sein, dass das auf solche Weise herbeizuführende gute Verhältnis zur Sowjet-Union nur ein Zweckverhältnis ist – wie auch das Verhältnis zu Polen. Dort wie hier bleiben Gegensätze bestehen und Fragen offen, und es handelt sich nur darum, das Verhältnis von dauernden Störungen zu bereinigen und zu normalisieren. Auch ist nicht gesagt, dass die vorgeschlagenen Schritte, selbst wenn sie mit aller Geschicklichkeit und unter Berücksichtigung aller Umstände unternommen werden, uns gleich ohne Schwierigkeit zum Ziele führen. Dazu ist das deutsch-sowjetische Verhältnis bereits zu sehr verlagert und in der Spannung befangen. Aber es sprechen doch sehr viele Umstände dafür, dass auch von der Sowjet-Seite auf eine Normalisierung des Verhältnisses Wert gelegt wird. So sollten wir nicht vor dem Versuch zurückscheuen, unsere bisherige Zurückhaltung aufzugeben und die Bereinigung und Normalisierung auf den angegebenen Wegen in Angriff zu nehmen.

³ Vgl. Dok. 422, 424.

⁴ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

Berlin, den 31. Mai 1934
1 Anlage

Botschafter Nadolny hat sich, der Anordnung des Herrn Reichskanzlers gemäß, in der anliegenden Aufzeichnung auf Grund der Beobachtungen von seinem Moskauer Posten aus zu der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen geäußert. In Ergänzung seiner Ausführungen wird nachstehend die Frage der deutsch-russischen Beziehungen vom Standpunkt unserer allgemeinen politischen Lage aus erörtert⁵.

1.) Die deutsch-russischen Beziehungen haben ihre vertragliche Grundlage im Rapallo-Vertrag und dem Berliner Vertrag. Diese Verträge bezweckten, die Sowjetunion aus der Front der deutschen Reparationsgläubiger auszuschalten, die Isolierung Deutschlands zu durchbrechen und ein Gegengewicht gegen das französische Bündnissystem zu schaffen. Die Verträge haben der deutschen Politik eine gewisse Manövrierfähigkeit gegeben und sich früher als eine ausreichende Grundlage für die praktische Zusammenarbeit zwischen der deutschen Regierung und der Sowjetregierung auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet erwiesen.

2.) Seit dem Abschluss der Verträge hat sich nicht nur die politische Lage Deutschlands, sondern auch die der Sowjetunion wesentlich geändert. Wenn Churchill damals das deutsch-russische Verhältnis eine „Kameradschaft des Unglücks“ genannt hat, so trifft dies heute nicht mehr zu. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Sowjetunion ist außerordentlich gestiegen. Die russisch-amerikanischen Abmachungen⁶ haben ihr Prestige weiter erhöht; das Werben der Großmächte um die Sowjetunion macht ihre internationale Bedeutung augenfällig.

Die Sowjetunion ist in den letzten Jahren aber auch schweren Belastungsproben ausgesetzt gewesen, insbesondere durch den japanisch-chinesischen Konflikt⁷ und die sich daraus ergebende Gefahr einer Konflagration im Fernen Osten. Da die Sowjetunion für einen Konflikt noch nicht ausreichend vorbereitet war, versuchte sie einerseits dem Ausbruch eines Krieges in Ostasien auszuweichen und andererseits mit allen Kräften für eine erhöhte Sicherheit im Westen zu sorgen. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgten in den letzten Jahren der Abschluss von Nichtangriffsverträgen⁸ und die Abmachungen über die Definition des Angreifers⁹. Aus der gleichen Erwägung trat die Sowjetregierung für die Erhaltung des Status quo in Europa ein und lehnte alle Revisionsbestrebungen mit Schärfe ab; jede Veränderung von Status quo erschien ihr als eine Bedrohung des Friedens, die letzten Endes zu Aktionen gegen die Sowjetunion führen könnte. Diese Einstellung der Sowjetregierung führte zu der Annäherung an Frankreich und Polen.

3.) In diesem Stadium der Entwicklung erfolgte die Machtergreifung durch die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland. Sie löste bei der Sowjetregie-

⁵ In seinen Memoiren schrieb Nadolny, dass diese Aufzeichnung von Meyer und Gaus verfasst und durch von Bülow gebilligt worden sei. Vgl. Nadolny, Mein Beitrag, Köln 1985, S. 167–168.

⁶ Vgl. Dok. 155, Anm. 10.

⁷ Gemeint ist die Besetzung der Mandschurei durch Japan im September 1931 und die Errichtung des Staates Mandschukuo im Februar 1932.

⁸ Vgl. Dok. 349, Anm. 3.

⁹ Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

rung die Befürchtung aus, die deutsche Politik könnte die bisherige Basis der deutsch-russischen Beziehungen verlassen. Ernste Besorgnisse traten auf, die deutsche Regierung wolle den Kampf gegen den Kommunismus nicht nur im eigenen Lande, sondern im Weltmaßstabe führen und eine Antisowjetfront schaffen, deren letztes Ziel ein Kreuzzug gegen das bolschewistische Russland sein müsste. Für besonders bedrohlich erachtete sie Gedankengänge über deutsche Expansion im Baltikum und über eine Loslösung der Ukraine von Russland. Der Kampf gegen das Judentum wirkte sich in starken persönlichen Ressentiments leitender Kreise der Sowjetregierung aus.

Allen diesen Erwägungen hat Litwinow um die Jahreswende in seiner Rede vor dem Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjetunion¹⁰ Ausdruck gegeben und so die Notwendigkeit für die Sowjetregierung begründet, alle zur Erhaltung des Friedens dienlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dabei hat er aber auch unterstrichen, dass ungeachtet der Verschiedenheit der in den beiden Ländern herrschenden Regierungssysteme gute Beziehungen zu Deutschland erwünscht seien. In ähnlicher Weise hat sich Stalin auf dem XVII. Parteitag¹¹ ausgesprochen. Die Sowjetregierung hat aber diesen Worten keine Taten folgen lassen, sondern die Aktion zum Schutze ihrer angeblich von Deutschland bedrohten Interessen fortgesetzt. In den Rahmen dieser Aktion gehört auch der uns letzthin gemachte unannehmbare Vorschlag zur Garantierung des Baltikums.

Von dem nationalsozialistischen Deutschland, das seinem politischen Willen, gute, für beide Teile nutzbringende Beziehungen mit der Sowjetregierung zu pflegen, wiederholt autoritativ Ausdruck verliehen hat, ist der Berliner Vertrag verlängert worden. Diese Verlängerung hat aber die deutsch-russischen Beziehungen nicht in der erwünschten Weise entspannt. Die Sowjetunion hat vielmehr in ihrem Antagonismus zu Deutschland beharrt und ist in ihrer Annäherungspolitik an Frankreich und Polen weiter fortgeschritten.

4.) Die politische Bedeutung der Sowjetunion ist zu groß, *als dass wir uns der bisherigen Entwicklung der Dinge gegenüber einfach passiv verhalten*¹² könnten. Deutschland kann es sich nicht leisten, dass der Ring zu seiner Einkreisung sich schließt. Polen wird uns auch bei weitgehender Auswirkung des mit ihm geschlossenen Abkommens¹³ doch nicht die notwendige Flankendeckung im Osten gewähren. Unsere gesamte internationale Lage ist deshalb nicht unerheblich von dem Charakter unseres Verhältnisses zur Sowjetunion abhängig. Allerdings wird ein wirklich freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion, ebenso wenig wie früher so auch jetzt, möglich sein; dazu ist der Gegensatz der beiden Staatsauffassungen zu groß. Die Einstellung Deutschlands zum Kommunismus kann sich nicht ändern, und der Kampf gegen den Kommunismus muss rücksichtslos fortgeführt werden. Diese Tatsache braucht aber eine sachgemäße Gestaltung der staatspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu verhindern. Die Politik Italiens und der Türkei ist hier entsprechendes Beispiel. *Der Versuch einer Besserung des deutsch-russischen Verhältnisses ist auch nicht aussichtslos*¹⁴. Die Sowjetunion

¹⁰ Vgl. Dok. 322.

¹¹ Vgl. Dok. 350, Anm. 1.

¹² Der Text ist unterstrichen und am Rand angestrichen.

¹³ Deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag vom 26. 1. 1934; vgl. Dok. 349, Anm. 1.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen und am Rand angestrichen.

wird bei der Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses sicherlich erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Sie ist sich auch darüber klar, dass Deutschland, nicht zuletzt dank seiner geographischen Lage, stets ein maßgebender Faktor für ihre internationale Position sein wird. *Die russische Politik ist, wie bereits gesagt, in erster Linie von der wirklichen Besorgnis vor angeblich aggressiven Tendenzen der deutschen Politik bestimmt. Die politischen Erklärungen, die wir abgegeben haben, werden von der Sowjetunion als platonisch bezeichnet; jedenfalls haben sie nicht vermocht, die russischen Besorgnisse zu beseitigen. Hiervon muss bei jedem Versuche, zu einer Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu gelangen, ausgegangen werden*¹⁵.

5.) Wir müssen uns darüber klar sein, dass der Versuch einer Wiederherstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht leicht ist und Geduld erfordert; *der Versuch muss aber gemacht werden*¹⁶. Sein Erfolg wird davon abhängen, ob eine entsprechende politische Willensbildung in Berlin und Moskau erfolgt. Selbstverständlich dürfen wir nicht überstürzt vorgehen und nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob Deutschland der Sowjetunion nachlaufe oder unter dem Eindruck des letzten Auftretens der Sowjetregierung in Genf handle. Wir müssen die nächste passende Gelegenheit benutzen, um mit den Russen wieder in ein ernsthaftes politisches Gespräch zu kommen. Es muss zunächst die Atmosphäre bereinigt und die Möglichkeit von Reibungen vermindert werden. *Hierfür ist es wichtig, dass auch deutscherseits in Wort und Schrift keine Tendenzen zutage treten, die gegen den Bestand des Sowjetstaates gerichtet sind, und dass jedes Einlassen auf Pläne von Emigranten und ukrainischen Revolutionären vermieden wird*¹⁷. Im Verlaufe des politischen Gedankenaustausches müssen wir darauf hinwirken, die Grundgedanken des Berliner Vertrages wieder zu beleben und die Sowjetunion davon abzubringen, dass sie die Sicherheit ihres Staates in einer antideutschen Politik, vor allem in einer Bindung an Frankreich zu verwirklichen sucht. Es wird sich dabei zeigen, ob es möglich ist, das politische Ergebnis des Gedankenaustausches in *einem politischen Dokument (Protokoll, Deklaration)*¹⁸ niederzulegen.

6.) Politische Versuche in dieser Richtung würden natürlich durch eine schnelle intensive Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen gefördert werden. Diese ist namentlich vom Standpunkt der Rohstoffversorgung Deutschlands sowie im Hinblick auf die Devisenknappheit von besonderer Bedeutung.

Die Wiederherstellung der politischen Beziehungen und die Verstärkung des Wirtschaftsverkehrs werden dann naturgemäß auch dazu führen, dass die militärischen Beziehungen wieder aufgenommen werden.

*Der erste Teil ist auf dem ersten Blatt oben von Nadolny eigenhändig unterschrieben.
Der zweite Teil ist auf Kopfbogen des Auswärtigen Amtes geschrieben.*

PA AA, R 31499, Bl. E 497498–497505, E 497491–497497.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 476, S. 844–848, 841–844.

¹⁵ Der Text ist am Rand angestrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen und am Rand zweifach angestrichen.

¹⁷ Der Text ist am Rand angestrichen.

¹⁸ Der Text ist unterstrichen und am Rand zweifach angestrichen.

Nr. 447
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 31. Mai 1934

e. o. W IV Ru 2612 pr. 31. Mai 1934

Aufzeichnung

über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium mit dem Leiter
der Handelsvertretung der UdSSR, Herrn Weizer am 30. Mai 1934.

Vorsitzender: Min.Dir. Heintze.

Weitere Teilnehmer: Min.Rat Mossdorf, Assessor Pohle, Ges.Rat Bräutigam.

Der Besprechung mit Herrn Weizer ging eine interne Vorbesprechung voraus, in der ich den Standpunkt des Auswärtigen Amts bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums entwickelte.

Min. Dir. Heintze fragte zunächst Herrn Weizer, wie er sich zu den Vorschlägen des Herrn Botschafters Nadolny stelle, die dieser ihm anlässlich des Abendessens unterbreitet habe¹. Herr Weizer bemerkte, dass man für solche Vorschläge in der Sowjetunion nur die Ausdrücke *Phantasie*² und *Dichtung*³ kenne. Falls die deutsche Seite beabsichtige, den deutsch-russischen Geschäftsverkehr im voraus gleich für *5*⁴ Jahre festzulegen, so könne er nur erklären, dass die Verhandlungen sich etwa 2 Jahre hinziehen würden, da erst dann die Sowjetunion in der Lage sei, die Verhältnisse zu überschauen.

Ich bemerkte, dass der Vorschlag des Botschafters der Sowjetregierung zeige, dass Deutschland bereit sei, großzügig den ganzen Fragenkomplex der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen anzufassen. Das Abkommen vom 20. März⁵ habe viel Kritik erfahren, da es nur Teilgebiete der Wirtschaftsbeziehungen regele.

Herr Weizer erklärte, dass man nur mit derartigen Einzelabkommen praktisch arbeiten könne. Die Verhältnisse änderten sich zu schnell, als dass man bereits für viele Jahre im Voraus disponieren könne. Er sei gleichfalls wegen des Protokolls vom 20. März in Moskau stark angegriffen worden. Er müsse heute zugeben, dass er durch dieses Abkommen, welches so harmlos aussehe, übertölpelt worden sei. Die Folge des Abkommens sei, dass die Sowjetunion außerordentlich hohe Beträge an Gold und Devisen nach Deutschland bringen müsse. Es sei ihm in Moskau verübelt worden, dass er nicht verlangt habe, einen Teil der Schulden durch Dollarbonds abzudecken⁶.

Ich erwiderte, dass es doch nicht möglich sei, Wechselverbindlichkeiten durch Dollarbonds zu bezahlen, worauf Herr Weizer erwiderte, dass keine deut-

¹ Vgl. Dok. 455, Anm. 4.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Die Zahl ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 396, Anm. 1.

⁶ An dieser Stelle befindet sich maschinenschriftlicher Vermerk: Aus der Berichterstattung unserer Vertretungen in USA ist bekannt, dass die Russen in größerem Umfange deutsche Dollarbonds aufgekauft haben.

sche Gesetzgebung sie hindern könne, deutsche Firmen, an die die Sowjetunion Zahlungen zu leisten habe, mit den von diesen Firmen selbst emittierten Dollarbonds zu bezahlen. Die Sowjetunion hätte in diesem Falle außerordentlich hohe Beträge gespart. Jedenfalls könne er versichern, dass die Sowjetunion heute ein Abkommen wie das vom 20. März nicht mehr abschließen würde, sich sogar nicht scheuen würde, eine Wechselprolongation von 10–15% zu verlangen und dieses Verlangen vor der Welt zu vertreten. Bei den letzten Transferbesprechungen hätte Deutschland anschaulich gemacht, wie man Gläubiger behandeln müsse, die nicht genügend Waren von dem Schuldnerland bezögen.

Nach dieser Abschweifung ging man zu den konkreten Fragen über. Herr Weizer bat, das beabsichtigte *200*⁷ Millionen-Geschäft nicht durch alle möglichen Forderungen und Bedingungen zu belasten, sondern zunächst einmal dieses zuwege zu bringen.

Von deutscher Seite wurde eindringlich erklärt, dass die Gewährung eines 200 Millionen-Kredits ein derartiges Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion bedeute, dass diese entsprechende Gegenleistungen machen müsse. Die Sowjetunion solle sich verpflichten, *25%*⁸ mehr Waren aus der Zusatzliste in Deutschland zu bestellen, als der Kredit betrage. Bei einer Kredithöhe von 200 Mill. RM müsse demnach Deutschland Aufträge in Höhe von 250 Mill. RM verlangen. Herr Weizer lehnte dies ab. Auf die Frage, ob er dann wenigstens hinsichtlich des laufenden Geschäfts der deutschen Forderung gleichwertige Zugeständnisse machen könne, erklärte Herr Weizer, dass dies nicht möglich sei. Das laufende Geschäft sei lediglich eine Frage des günstigsten Angebots. Die deutschen Preise seien gegenüber denen anderer Länder viel zu hoch. So sei dieser Tage ein Auftrag auf Edelstahl, der bisher nur in Deutschland gekauft sei, an die Tschechei (Firma Wittkowitz) gegangen, da dort die Preise 60% unter den deutschen gelegen hätten. Von deutscher Seite wurde erklärt, man müsse daran festhalten, dass die sowjetischen Zusatzkäufe 25% größer seien als die Kreditsumme.

Zu der Frage der *zusätzlichen Käufe Deutschlands*⁹ von Rohmaterialien (*Naphtaprodukte, Erze*¹⁰) von der Sowjetunion erklärte Herr Weizer, dass diese Frage für die Sowjetunion kein besonderes Interesse besitze. Diese Produkte seien allgemein gut abzusetzen. Er schlage vor, diese Frage mit dem 200-Millionen-Kredit nicht zu verquicken. Man könne nach Abschluss des Kredits diese Frage in Ruhe behandeln. Er betonte noch einmal, dass es nicht gut sei, so viele Sachen auf einmal erledigen zu wollen.

Von deutscher Seite wurde erwidert, dass diese Frage dadurch zu dem Kredit in einem unmittelbaren Verhältnis stehe, da der langjährige Kredit den Deviseneingang aus der Sowjetunion stark herabmindern müsse, sodass wir schon jetzt darauf bedacht sein müssten, einen genügenden Rohstoffbezug aus der Sowjetunion gegen Reichsmark sicherzustellen. Es wäre sehr wünschenswert, dass die Sowjetunion uns bereits im Rahmen des geplanten Abkommens für die nächsten 5 Jahre eine Option auf den Bezug der von uns benötigten Rohstoffe gegen Reichsmark einräumen würde.

⁷ Die Zahl ist unterstrichen und an dieser Stelle am linken Seitenrand mit 1) versehen.

⁸ Die Zahl ist unterstrichen und an dieser Stelle am linken Seitenrand mit 2) versehen.

⁹ Der Text ist unterstrichen und an dieser Stelle am linken Seitenrand mit 3) versehen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

Herr Weizer erklärte, sich hierzu heute nicht äußern zu können.

Die auf Wunsch der Reichsbank vorgebrachte deutsche Forderung, in den geplanten 200 Mill.-Kredit eine Valorisierungsklausel für die Reichsmark einzufügen, wurde von Herrn Weizer strikt abgelehnt; gleichfalls die deutsche Alternativ-Forderung, dann wenigstens bei den sowjetischen Verkaufsabschlüssen mit deutschen Firmen auch generell auf die Valorisierungsklausel zu verzichten. Herr Weizer erklärte, dass auf manchen Gebieten, z.B. bei Rauchwaren, eine Goldklausel bereits *usance* in der ganzen Welt geworden sei und die Sowjetunion daher nicht einseitig auf eine solche Klausel verzichten könne.

Zu dem Streit wegen der Dollarklausel erklärte Herr Heintze, dass dieser Streit nunmehr unbedingt aus der Welt geräumt werden müsse, da es unmöglich sei, größere Kreditabschlüsse mit der Sowjetunion zu tätigen, wenn ständig das Damoklesschwert des von der Sowjetunion angedrohten Wirtschaftskrieges über Deutschland schwebe. Herr Weizer meinte, dass diese Frage die hohe Diplomatie beschäftige und daher aus diesen Wirtschaftsbesprechungen fortgelassen werden müsse. Ich widersprach dem entschieden und erklärte, dass vom Beginn des Streites an Übereinstimmung darüber geherrscht habe, dass es das Zweckmäßigste sei, unter Aufrechterhaltung des beiderseitigen Rechtsstandpunktes eine praktische Lösung der Frage herbeizuführen. Herr Weizer erklärte, dass es der Handelsvertretung im Falle des Zustandekommens des 200 Mill.-Kredits leicht gelingen würde, bei der Auftragsvergebung an die Firmen auch die Dollarsache zu bereinigen. Er sei bereit, bei der Auftragserteilung gerade diejenigen Firmen zu berücksichtigen, die Dollarverluste erlitten hätten. Von deutscher Seite wurde erwidert, dass in diesem Falle sicher eine Anzahl von Firmen übrig bleiben würde und damit die Frage als solche nicht aus der Welt geschafft sei. Es sei daher besser, wenn die Sowjetunion eine angemessene Pauschalsumme, etwa 15 Mill. RM, zur Verfügung stellen würde. Dies könne vielleicht in Form eines 1%igen Provisionsaufschlags auf den 200 Mill.-Kredit geschehen, wobei die Sowjetunion vielleicht diese Provision für 5 Jahre im Voraus bezahlen könne. Das mache einen Betrag von 10 Mill. RM aus.

Herr Weizer wies diesen Vorschlag nicht unbedingt zurück, erklärte aber nochmal, dass er mindestens 90% aller Streitfälle schon durch die Vergabung von Aufträgen bereinigen könne.

Die Sitzung wurde abgebrochen und eine weitere Besprechung mit Herrn Weizer für *den 4. Juni*¹¹ vereinbart. Inzwischen soll am 31. Mai eine Ressortbesprechung stattfinden.

gez. Bräutigam

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben der maschinenschriftliche Vermerk: Durchschlag für Herrn Ministerialdirektor Ritter, dieser hat mit Paraphe abgezeichnet. Weitere, nicht entzifferte handschriftliche Vermerke.

PA AA, R 105702, o.P., 6 Bl.

¹¹ Das Datum ist unterstrichen. Vgl. Dok. 449, 450.

Nr. 448
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Stellv. Vorstandsvorsitzenden
der Staatsbank der UdSSR Arkus

Ganz geheim
Persönlich

5244

1. Juni [1934]

AN DEN
STELLV. VORSTANDSVORSITZENDEN
DER GOSBANK
GEN. ARKUS

Sehr geehrter Grigorij Moiseevič,

Ihr Schreiben vom 23. Mai, Nr. 870¹, verstehe ich im folgenden Sinne:

Sie schlagen nicht vor, den Empfang von „Hunger“-Überweisungen und deren Aushändigung an die Empfänger einzustellen, und zwar nicht so sehr aus devisenrechtlichen Überlegungen, sondern vielmehr angesichts der außerordentlichen technischen Schwierigkeit, die sich bei der Durchführung solch einer Maßnahme ergibt.

Sie schlagen ebenfalls nicht vor, eine spezielle Agitation unter den Empfängern zu führen, damit sie die Annahme des Geldes verweigern und das überwiesene Geld an die MOPR oder andere gesellschaftlichen Organisationen abführen.

Sie erachten es dagegen als wünschenswert und als möglich, vereinzelt Briefe mit der Annahmeverweigerung zu veröffentlichen. Insbesondere wären das Briefe, die eine negative Einschätzung und mitunter auch starke Formulierungen an die Adresse der deutschen Regierung, die Partei der Nationalsozialisten und die deutschen gesellschaftlichen Organisationen, die die „Hungerkampagne“ führen, zum Ausdruck bringen. Dabei wird die Gosbank selbstverständlich nicht als Informationsquelle **in**² der Presse in Erscheinung treten.

Seitens des NKID gibt es zu diesem Ihrem Vorschlag keine Einwände.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Levin, zu den Akten. 1 VI 34
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 960 vom 1. 6. 1934.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl. Kopie: an Gen. Štern.*

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 137. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 442.

² Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Nr. 449
**Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam**

Berlin, den 5. Juni 1934

e. o. W IV Ru 2893 pr. 5. Juni 1934

Aufzeichnung

über die Besprechung mit Herrn Handelsvertreter Weizer im
Reichswirtschaftsministerium am 4. Juni.

Vorsitzender: Min.Dir. Heintze.

Weitere Teilnehmer: Min.Rat Mossdorf, Assessor Pohle (R.Wi.Min.)

Ges.Rat Frhr. von Stein und Ges.Rat Bräutigam (Ausw. Amt)

Die Besprechung hatte folgendes Ergebnis:

1) Höhe der Bestellungen.

Herr Weizer will bei einem Kredit von 200 Mill. RM unter keinen Umständen zusätzliche Bestellungen über einen größeren Betrag vergeben. Das Reichswirtschaftsministerium ist hier zum Entgegenkommen bereit.

2) Liste der Bestellungen.

Herr Weizer hat dem Reichswirtschaftsministerium eine Liste derjenigen Artikel übergeben, die die Sowjetunion zusätzlich im Rahmen des beabsichtigten Abkommens aus Deutschland beziehen will. Es handelt sich in erster Linie um heereswichtige Artikel, Eisenbahnmaterialien, Dieselmotoren und optische Geräte. Das R.Wi.M. ist der Ansicht, dass einige Artikel gestrichen werden müssen.

3) Das R.Wi.M. schlug vor, dass in das Abkommen eine Generalklausel hinsichtlich des laufenden Geschäfts aufgenommen werde. Diese Klausel soll etwa dahin lauten, dass das laufende Geschäft durch die Zusatzbestellungen nicht berührt werde. Herr Weizer meinte, dass eine solche Klausel wahrscheinlich angenommen werden könne. Meiner Ansicht nach verpflichtet sie die Russen zu nichts, wenn das laufende Geschäft nicht zahlenmäßig festgelegt wird. Solche Festlegung wird von Sowjetseite aber entschieden abgelehnt.

4) Technische Abwicklung des Kredits.

Die Sowjethandelsvertretung gibt für jede Bestellung nach erfolgter Lieferung dem Bankenconsortium Wechsel, das seinerseits die Firmen bar auszahlt. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, dass nach wie vor Anzahlungswechsel vielleicht in Höhe von 20% gegeben werden müssten, damit die Banken ihrerseits den Firmen eine Baranzahlung geben könnten. Über die Einzelheiten soll noch gesprochen werden. Von Sowjetseite dürften hier Schwierigkeiten nicht zu erwarten sein.

5) Preise.

Herr Weizer verlangte eine Bestimmung, dass die Sowjetseite zu der Auftragserteilung nur bei angemessenen Preisen verpflichtet sei. Das R.Wi.M. erklärte sich hiermit einverstanden.

6) Zinsen.

Von deutscher Seite werden 2½% über Reichsbankdiskont verlangt. Herr Weizer will nur 1½% zahlen. Eine Einigung auf der Mitte dürfte sich erzielen lassen.

7) Kreditfrist.

Das R.Wi.M. will eine Kreditfrist von 4½ Jahren zugestehen. Herr Weizer fordert nach wie vor 5 Jahre. Es hat aber den Anschein, dass er sich letzten Endes mit 4½ Jahren einverstanden erklären wird. Damit eine Häufung von Fälligkeiten vermieden wird, soll die Kreditfrist eine durchschnittliche sein. Von deutscher Seite wurde vorgeschlagen, die Wechsel auf 3½, 4½, 5½ Jahre auszustellen.

8) Valorisierung der Reichsmark.

Von deutscher Seite wurde erneut eine Valorisierung der Reichsmark gefordert. Herr Weizer lehnte dies entschieden ab. Von deutscher Seite wurde alsdann erneut auf Herrn Weizer eingewirkt, auch seinerseits bei Verkäufen nach Deutschland allgemein auf eine Valorisierungsklausel zu verzichten mit Ausnahme von Abschlüssen über Successivlieferungen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die Frage soll intern erneut mit der Reichsbank besprochen werden.

9) Zusätzliche deutsche Bestellungen in der Sowjetunion.

Diese Frage wurde als eine der wichtigsten des Abkommens besonders ausführlich behandelt. Die deutsche Seite erklärte sich bereit, von der Sowjetunion zusätzlich für ca. 50 Mill. RM Rohstoffe zu beziehen, von denen ca. die Hälfte auf Naphta-Produkte, die andere Hälfte auf Schnittholz, Papierholz, Mangan- und Chromerze entfallen würde. Voraussetzung der Bestellungen sei, dass diese erstens in Reichsmark getätigt würden, zweitens, dass die Reichsmarkbeträge nicht zur Abdeckung der laufenden russischen Verpflichtungen dienten, damit die deutsch-sowjetische Zahlungsbilanz hierdurch nicht verschlechtert werde. Diese ist 1935 noch aktiv für Deutschland. Nach dem gegenwärtigen Stande hat die Sowjetunion incl. der Zahlungen aus dem Überbrückungskredit 1935 ca. 200 Mill. Reichsmark an Deutschland zu zahlen, während Deutschland 1935 für kaum mehr als 180 Mill. RM Waren aus der Sowjetunion beziehen dürfte. Von deutscher Seite wurde daher verlangt, dass der Betrag von 50 Mill. RM auf ein Sonderkonto gezahlt würde und von der Sowjetseite entweder zur vorzeitigen Abdeckung des 200 Millionenkredits oder für die Finanzierung neuer russischer Bestellungen verwandt würde. Herr Weizer erwiderte, dass diese Zusatzbestellungen für die Sowjetunion von sehr geringem Interesse wären. Wenn Deutschland diese Bestellungen wünsche, so dürfe es diese nicht noch durch Bedingungen erschweren. Im Übrigen könnten 1934 weder Benzin, noch Holz, noch Erze von der Sowjetunion zusätzlich geliefert werden. Es käme höchstens eine Lieferung von Solar-Öl und Schmieröl in Frage. Alle anderen Lieferungen müssten über die Jahre 1936–1937 verteilt werden. Von deutscher Seite wurde verlangt, dass diese Fristen möglichst abgekürzt werden. Ich betonte noch einmal ausdrücklich, dass wir uns unter keinen Umständen mit einer Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz für 1935 einverstanden erklären könnten und dieser Punkt von ganz besonderer Bedeutung sei. Herr Weizer erklärte, dass er diese Beträge nur dann zu einer vorzeitigen Abdeckung des Kredits verwenden könne, wenn die Kreditfristen entsprechend herausgezogen würden. Dies wurde deutscherseits abgelehnt. Herr Weizer schien aber zum Schluss nicht abgeneigt zu sein, die Verwendung der Beträge für die Finanzierung neuer Aufträge in Erwägung zu ziehen.

10) Termin für die Bestellungen.

Das R.Wi.M. verlangte, dass die Bestellungen bis zum 1. April n. J. vergeben sein

müssten, davon mindestens 75% bis zum 1. Januar k. J. **Herr Weizer verlangte ein ganzes Jahr, dürfte aber den deutschen Vorschlag letzten Endes annehmen.**¹

11) Dollarstreit.

Von deutscher Seite wurde erneut der Vorschlag gemacht, durch Zahlung einer Pauschalsumme unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Rechtsauffassung die Angelegenheit zu liquidieren. Herr Weizer meinte, dass diese Art der Lösung umfangreiche Verhandlungen erforderlich mache und daher nicht in den Rahmen des Kreditgeschäfts passe, dessen baldiger Abschluss erwünscht sei. Er erklärte noch einmal, dass er sich stark genug fühle, bei der Vergebung der Aufträge über 200 Mill. RM mit mindestens 90% der durch den Dollarsturz betroffenen Firmen zu einer Einigung zu gelangen. Herr Heintze erwiderte, dass z.B. die Agrargesellschaft, die bereits die Guthaben der Handelsvertretung habe pfänden lassen, so lange nicht warten könne und angesichts ihres obsiegenden Urteils auch nicht warten wolle. Nach längeren Verhandlungen machte Herr Weizer zunächst unverbindlich den Vorschlag, 100 000 RM für die Firma zur Verfügung zu stellen. Das sei der Betrag, den die Firma bei den Verhandlungen mit der Handelsvertretung gefordert habe. In dem abzuschließenden Protokoll müsse dieser Betrag aber als „Kulakengeld“ in die Erscheinung treten, d.h. als ein Betrag, der aus dem Vermögenserlös von Reichsdeutschen stamme, die aus der Sowjetunion ausgewandert seien. Deutscherseits wurde eine Stellungnahme vorbehalten.

12.) Form der Wechsel.

Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass Endwechsel, keine Prolongationswechsel ausgestellt würden. Herr Weizer verlangte noch, deutscherseits solle Vorsorge getroffen werden, dass die Wechsel, die doch lediglich zur Sicherung dienten, nicht an die schwarze Börse gelangten. Dieser Punkt soll intern mit den deutschen Banken besprochen werden.

13.) Schifffahrtsfrage.

Ich beantragte, auch die Frage der Beteiligung der deutschen Tonnage an den beiderseitigen Bestellungen zu regeln. Herr Weizer erklärte, über Schifffahrtsfragen nicht reden zu können und lehnte es auch ab, die geplanten zusätzlichen deutschen Bestellungen fob² Sowjethafen zu liefern.

Die nächste Besprechung mit Herrn Weizer soll am Donnerstag, dem 7. Juni, 4 Uhr Nachmittags, stattfinden³. Der Besprechung soll am Donnerstag Vormittag eine interne deutsche Sitzung mit den Banken und dem Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft vorangehen⁴.

gez. Bräutigam

Auf der ersten Seite unten handschriftlich: H 11 Ru.

PA AA, R 105702, o.P., 7 Bl.

¹ Dieser Satz ist nachträglich in den Durchschlag eingetippt.

² Vgl. Dok. 297, Anm. 8.

³ Vgl. Dok. 454.

⁴ Vgl. Dok. 453.

Nr. 450
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 5. Juni 1934

zu W IV Ru 2693

Anliegende Aufzeichnung Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

Meines Erachtens ist das Ergebnis etwas dürftig. Herr Weizer ist nach Kräften bemüht, das 200 Mill. Kreditgeschäft von allem Beiwerk freizuhalten. Er erklärt wiederholt, wir seien scheinbar der Auffassung, dass dieser Kredit ein großes Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion bedeute. Dies sei jedoch nicht der Fall, sondern die vorliegende Form der Kreditgewährung nach allen offiziellen Erklärungen der Sowjetregierung das einzige Mittel, mit der Sowjetunion größere Geschäfte zu tätigen. Die Sowjetunion sei heute in der glücklichen Lage, warten zu können. Er betrachtet daher das angestrebte Abkommen als eine Art neues Pjatakoff-Abkommen¹ unter der Gegenwart angepassten Bedingungen. Das Pjatakoff-Abkommen sei seinerzeit auch nicht mit allem möglichen Beiwerk ausgeschmückt worden.

Das vom A.A. angestrebte Ziel, Bestellungen über den zur Verfügung gestellten Kreditbetrag zu erhalten, wird in gewissem Umfang auch erreicht, wenn der Betrag für die unter Punkt 9) behandelten deutschen Bestellungen auf ein Sonderkonto abgeführt und in der angegebenen Weise verwertet wird.

Ich bitte um Weisung, ob bei einer befriedigenden Regelung dieses Punktes auf der gegenwärtigen Grundlage weiter verhandelt werden kann.

gez. Bräutigam

PA AA, R 105702, o. P., 2 Bl.

Nr. 451
Brief des Botschafters in Moskau Nadolny an den Staatssekretär im AA
von Bülow

Moskau, den 7. Juni 1934

Persönlich!¹

Lieber Bülow!

Leider konnte ich mich nicht mehr persönlich von Ihnen verabschieden, da Sie besetzt waren, als ich im Amt dazu erschien. Nun bin ich schon hier eingetroffen. Die Fahrt ist diesmal sowohl hinsichtlich des Wetters – kühl und staubfrei – wie auch sonst besonders angenehm verlaufen, speziell die Russen waren besonders liebenswürdig und zuvorkommend. Trotzdem hatte man nicht mehr das Gefühl, in seinen Bereich zu fahren, so schnell stellt sich der Mensch innerlich um.

¹ Vgl. Dok. 17, Anm. 35; Dok. 144, Anm. 19.

¹ Das Wort ist eingefügt.

Natürlich habe ich mir unterwegs die ganze – wie Sie sagten „alberne“ – Sache ****nochmals****² durch den Kopf gehen lassen. Und ich finde immer mehr, dass ich recht daran getan habe, zu meiner Überzeugung zu stehen und endlich den Strich zu ziehen. Die überhebliche Einstellung gegen meine Person und Arbeit wurde persönlich und sachlich unerträglich, ging auch zu sehr auf Kosten der Politik. Ob es aber von der anderen Seite klug war, so zu handeln, wird sich erst noch zeigen. Dass jetzt die Frage „Wie sag’ ich’s meinem Kinde?“ eine solche Rolle spielt, spricht nicht sehr dafür.

Aber es hat keinen Zweck, Leichenreden zu halten, und was geschehen ist, ist geschehen. Ich erwarte nun Ihr Telegramm wegen des Nachfolgers, um sofort „in Urlaub“ abzureisen. Dabei darf ich noch bemerken, dass dieses in unserer letzten Besprechung vereinbarte Verfahren an sich der Erklärung widerspricht, die mir Neurath vorher abgegeben hatte. Er hatte ausdrücklich gesagt, dass er jede Rücksicht nehmen möchte; ich sollte also erst in Urlaub gehen, und im Anschluss daran sollte erst die Loslösung erfolgen. Der Grund, dass keine Geschäftsträgerzeit eintreten soll, ist ja auch nicht stichhaltig. Denn dass während meines Urlaubs der Geschäftsträger in Funktion tritt, ist durchaus normal. Und politisch wäre es wohl auch zweckmäßiger, als dass jetzt meine Demission sozusagen als Antwort auf die Ernennung von Suritz erfolgt. Aber ****der Minister****³ wollte und will wohl möglichst schnell ein *fait accompli* schaffen. Und ich ***persönlich***⁴ bin auch durchaus damit einverstanden, dass der Strich möglichst schnell und möglichst entschieden gezogen wird. Denn ich muss mich doch auf einen neuen Erwerb umstellen, und dazu ist es gut, wenn bald Klarheit besteht. Andererseits lege ich natürlich, wie ich schon in der letzten Besprechung zum Ausdruck brachte, allen Wert darauf, dass mein Ausscheiden nicht so dargestellt wird, als ob ich gehen ***musste***⁵ und als ob mein Abgang von hier nicht aus sachlichen Gründen erfolgt ist. Es ist die urkundlich festgelegte Wahrheit, dass ich auf Grund einer politischen Meinungsverschiedenheit meinerseits den Posten zur Verfügung gestellt habe, und ich hoffe, es wird sich auch für die Öffentlichkeit eine Formel finden lassen, die der Wahrheit entspricht und politisch nicht schadet⁶. Denn politischen Schaden anzurichten ist nicht meine Absicht.

Mit nochmals bestem Dank für alle Ihre Freundlichkeit und mit herzlichen Grüßen

stets Ihr

Nadolny

² Das Wort ist eingefügt.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: er.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Am 18. 6. 1934 erging die Presseanweisung, dass über den Rücktritt Nadolnys nichts berichtet werden soll; vgl. NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 2: 1934, S. 241. Die am 21. 6. 1934 mit Nadolny abgesprochene Presseerklärung lautete: „Der Herr Reichspräsident hat den Botschafter in Moskau, Herrn Nadolny, in den einstweiligen Ruhestand versetzt und den bisherigen Gesandten Grafen von der Schulenburg zum Botschafter in Moskau ernannt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, bedeutet die vom Botschafter Nadolny erbetene Enthebung von seinem Posten in keiner Weise eine Änderung der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion. Ausländische Zeitungskombinationen, die den Botschafterwechsel in Moskau mit bestimmten Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in Verbindung bringen wollen, entbehren jeder Grundlage.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 488, Anm. 3, S. 864.

Eigenhändige Unterschrift. Auf privatem Kopfbogen geschrieben. Auf dem ersten Blatt Paraphen von B[ülows] 9/6 und von Gr[ünaus] 9/6.

PA AA, R 29520, Bl. E 200774–200775.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 488, S. 863–864.

Nr. 452
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 7. Juni 1934

Geheim!

e. o. W IV Ru 2741 pr.7. Juni 1934

Aufzeichnung

Mit Min.Rat Mossdorf (R.Wi.M.) suchte ich gestern N[ach]m[ittag] Herrn General Liese im Reichswehrministerium auf. Es wurden folgende Fragen besprochen:

1) Die geplanten Bestellungen der Sowjetunion im Rahmen des zusätzlichen Bestellprogramms.

Das Reichswehrministerium hat keine Bedenken gegen die in der Liste enthaltenen Bestellungen auf Heeresgerät (Diesel-Motoren für Kriegsschiffe, Entfernungsmesser, Scheinwerfer, Periskope u.a.). Gewisse Bedenken bestünden gegen die Lieferung von *Flugzeugen*¹ mit kompletter Innenausrüstung für Heereszwecke, doch meinte General Liese, dass auch hier ein Ausweg gefunden werden könne.

2) Die zusätzlichen deutschen Bestellungen.

General Liese bekundete großes Interesse an einem Abkommen mit der Sowjetregierung über den Bezug heereswichtiger Rohstoffe in den nächsten Jahren gegen *Reichsmark*². Wichtig sei indessen, dass hierdurch ein ähnliches Geschäft mit der *Shell-Gruppe*³, das vor dem Abschluss stehe, nicht gestört werde. Nach diesem Abkommen lagert die Shell-Gruppe in eigens von ihr zu erbauenden Tanks *1 Million*⁴ to Naphta-Produkte, hauptsächlich Benzin, in Deutschland ein. Diese „Benzin-Anleihe“ wird von deutscher Seite verzinst, im Übrigen wird das Benzin jedoch erst auf Abruf bezahlt. Die Bezahlung erfolgt in Valuta. Der Vorteil des Shell-Abkommens besteht darin, dass die Shell-Gruppe die Lagerung selbst übernimmt und Deutschland das Benzin erst auf Abruf zu bezahlen hat. Der Nachteil besteht in erster Linie in der Valutazahlung. Der Vorteil des mit Russland angestrebten Geschäfts besteht in der Möglichkeit, in Reichsmark zu zahlen, der Nachteil gegenüber dem Shell-Geschäft darin, dass die russischen Naphtaprodukte bei Abnahme zu bezahlen sind und Deutschland für die Einlagerung selbst Sorge zu tragen hat. Allerdings hat der Reichskanzler in einer kürzlichen Bespre-

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

chung darauf hingewiesen, dass es auf die Dauer nicht angängig sei, dass die fremden Konzerne die Einlagerung von Rohstoffen vornähmen, die für die deutsche Heeresleitung von Bedeutung seien. Es wird deshalb bereits der Plan erwogen, eigene Tankanlagen nach militärischen Gesichtspunkten (Dislozierung, unterirdische bombensichere Tanks usw.) in Mitteldeutschland anzulegen.

Ich wies darauf hin, dass nach der grundsätzlichen Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums noch folgende Fragen geklärt werden müssten:

- 1) Wer tritt als Käufer auf?
- 2) die Frage der Lagerung
- 3) die Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

Im Übrigen sei die Klärung dieser Fragen nicht so dringlich, da die Russen doch erst ab 1935, abgesehen von Schmieröl und Solaröl, liefern könnten.

General Liese wiederholte, dass trotz des Shell-Geschäfts die 600000 t, die von Russland zu erwarten seien, dem Reichswehrministerium sehr willkommen seien. Für den Ankauf müsse nötigenfalls eine besondere Gesellschaft gegründet werden. Wegen der Finanzierung sehe er keine größeren Schwierigkeiten, nur wegen der Lagerung müssten noch Feststellungen getroffen werden. Er bat das Reichswirtschaftsministerium, sich diese Frage ebenfalls zu überlegen. Das Wichtigste sei auch seiner Ansicht nach, den Vertrag mit den Russen zunächst einmal unter Dach und Fach zu bringen und zwar so, dass das Shell-Geschäft hierdurch nicht gestört werde.

gez. Bräutigam

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts die Paraphe von T[ippelskirchs] 7/6.

PA AA, R 105702, Bl. E 666233–666235.

Nr. 453

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

7. Juni 1934

e. o. W IV Ru 2746 pr. 8. Juni 1934

Aufzeichnung

über die interne Besprechung im Reichswirtschaftsministerium
am 7. d. M. über das geplante deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen

Vorsitzender: Min.Dir. Heintze.

Vertreten: das Ausw. Amt, Reichsfinanzministerium, Reichsbankdirektorium, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft.

In dem geplanten Abkommen ist bekanntlich vorgesehen, dass ein deutsches Bankenkonsortium der Sowjethandelsvertretung einen Kredit einräumt, aus dem die Firmen bar bezahlt werden sollen. Dieser Kredit ist durch Akzepte der Handelsvertretung gedeckt, die das Giro der Staatsbank der UdSSR tragen. Diese Akzepte werden zu 70% von Reich und Ländern garantiert. Für die übrigen 30% haften die Firmen den Banken. Für 20 von diesen 30% soll die öffentliche Hand sub-

sidiär gleichfalls die Ausfallbürgschaft übernehmen, so dass ein Risiko der Banken von 10% übrig bleiben würde. Das Reichswirtschaftsministerium ist aber im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium bereit, nötigenfalls den Betrag von 20% auf 25% zu erhöhen, so dass das staatlich nicht gesicherte Risiko der Banken nur noch 5% betragen würde.

Seitens der Deutschen Bank (Direktor Mosler) wurde jedoch erklärt, dass selbst ein Eigenrisiko von 5% für die Banken nicht tragbar sei. Bei einigen deutschen Großfirmen könne man ja allerdings sicher sein, dass sie auch nach 5 Jahren noch zahlungsfähig seien, man könne dies jedoch nicht von den kleinen und mittleren deutschen Firmen voraussagen, die doch auch im Russlandgeschäft beteiligt werden sollten.

Das Reichswirtschaftsministerium bemerkte, dass die zusätzlichen Bestellungen in Höhe von 200 Mill. RM in der Hauptsache an die deutschen Großfirmen fallen würden. Ich bemerkte, dass die Banken ja auch die wechselfähige Haftung des Sowjetstaates besäßen und die Vergangenheit gezeigt habe, dass die Sowjetregierung es mit ihren wechselfähigen Verpflichtungen sehr genau nähme.

*Direktor Mosler erwiderte, dass bei den deutschen Banken die russischen Akzepte mit Null bewertet würden*¹. Es sei allerdings zuzugeben, dass die Russen bisher ihren Wechselverpflichtungen nachgekommen seien. Die russische Wirtschaft befinde sich aber in einem Zustande fortschreitenden Verfalls und es müsse unbedingt einmal der Zeitpunkt kommen, an dem die Russen nicht mehr zahlen könnten. Die Dresdner Bank hatte sich den Ausführungen von Herrn Direktor Mosler, wenn auch in etwas reservierterer Form, angeschlossen. Sie erklärte gleichfalls nicht in der Lage zu sein, ein Eigenrisiko von 5% zu übernehmen.

Hieraus entspann sich eine zum Teil etwas erregte Debatte, in der ich u. a. darauf hinwies, dass die Dresdner Bank zu Beginn dieses Jahres Herrn Dr. Anspach, der an der Sitzung teilnahm, nach der Sowjetunion entsandt habe und dieser in seinen mündlichen Darlegungen gegenüber dem Herrn Botschafter² wie auch in seinem dem Auswärtigen Amt übersandten Berichte die Kreditwürdigkeit der Sowjetunion durchaus positiv beurteilt habe. Dr. Anspach gab dies zu, erklärte aber, dass sich die von ihm beurteilte Kreditwürdigkeit nur auf die Gegenwart beziehe, er aber nicht imstande sei, heute schon die Entwicklung der Verhältnisse in der Sowjetunion in den nächsten 5 Jahren zu beurteilen.

Min.Dir. Heintze brach die Erörterung über diesen Punkt ab und behandelte die weiteren Fragen wie die Höhe der Zinsen, Stempelsteuer, Prolongations- oder Endwechsel, Durchschnitts- oder Endfristen und die sonstigen Modalitäten der praktischen Durchführung des Geschäfts.

gez. Bräutigam

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der Stempel: Ministerialdirektor Ritter sowie dessen Paraphe. Am linken Seitenrand befinden sich Abzeichnungen über Kenntnisnahmen mit Datum.

PA AA, R 105702, o.P., 3 Bl.

¹ Der Text ist am linken Seitenrand zweimal angestrichen.

² Rudolf Nadolny.

Nr. 454
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 11. Juni 1934

Aufzeichnung

über die Besprechung mit Herrn Handelsvertreter Weizer im
Reichswirtschaftsministerium am 8. Juni

Vorsitzender: Min.Dir. Heintze
Weitere Teilnehmer: Min.Rat Mossdorf (R.Wi.M.)
Min.Dir. Meyer (zeitweise), Ausw. Amt
Ges.Rat Dr. Bräutigam, Ausw. Amt
sowie zeitweilig ein Vertreter der Reichsbank

Die Besprechung dauerte 3½ Stunden und behandelte sämtliche Punkte des geplanten Kreditabkommens. Trotzdem konnte ein Fortschritt nicht erzielt werden. Gegenüber allen deutschen Vorschlägen verhielt sich Herr Weizer ablehnend.

1) Höhe der Bestellungen.

Min. Direktor Meyer vertrat noch einmal mit Nachdruck die deutsche Forderung, dass bei einem Kredit von 200 Mill. RM Bestellungen über 250 Mill. RM erteilt würden. Herr Weizer lehnte dies ab.

2) Valorisierung der Reichsmark.

Von Herrn Min.Dir. Meyer und Herrn Min.Dir. Heintze wurde noch einmal eine Valorisierung der Reichsmark im Hinblick auf die lange Dauer des Kredits gefordert. Wenn dies von Sowjetseite abgelehnt werde, müsse die deutsche Seite darauf bestehen, dass auch die Sowjetunion bei ihren Verkäufen nach Deutschland auf Valorisierung verzichte. Herr Weizer erwiderte, eine Valorisierung des 200 Mill.-Kredits unter keinen Umständen vornehmen zu können, er sei aber auch nicht in der Lage, seinerseits auf jede Valorisierung bei Verkäufen nach Deutschland zu verzichten, da solche Valorisierungen bereits bei vielen Geschäften, z.B. bei Rauchwaren, handelsüblich geworden seien.

3) Zinsfuß.

Deutscherseits wurden erneut 6½% gefordert, russischerseits höchstens 5½% angeboten.

4) Zusätzliche deutsche Bestellungen in der Sowjetunion.

Herr Weizer erklärte, dass er nach erneuter Überlegung der Frage nicht in der Lage sei, irgendeine Bindung für die der Sowjetunion aus diesen Bestellungen anfallenden Reichsmarkbeträge einzugehen. Wenn Deutschland seine Zahlungsbilanz gegenüber der Sowjetunion im Jahre 1935 nicht verschlechtern wolle, so könne man ja die Bestellungen in folgender Weise aufteilen: 15 Mill. im Jahre 1935, 20 Mill. im Jahre 1936, 15 Mill. im Jahre 1937.

Anmerkung: Meines Erachtens kann man äußerstenfalls auf diesen Vorschlag eingehen. Falls der 200 Mill.-Kredit zustande kommt, erhält Deutschland aus diesem bei einem Zinsfuß von 6% jährlich 12 Mill. RM; bei Annahme des Vorschlags von Herrn Weizer würde somit die Verschlechterung der Zahlungsbilanz 1935 nur 3 Mill. RM betragen.

5) Dollarstreit.

Herr Weizer erklärte, sich auf die Zahlung einer Pauschalsumme nicht einlassen zu können. Er betonte noch einmal, dass im Falle der Vergebung neuer Aufträge er die Angelegenheit mit den bedachten Firmen schon regeln würde.

Diese Lösung erscheint insofern bedenklich, als Herr Weizer offenbar beabsichtigt, nur denjenigen Firmen Aufträge zu erteilen, die auf ihre Forderungen aus dem Dollarstreit verzichten. Da ferner, wie von Sowjetseite angekündigt, die neuen Aufträge zu erheblich niedrigeren Preisen wegen der Barzahlung an die Firmen vergeben werden sollen, dürfte es diesen schwerfallen, den Dollarverlust in die Preise für die neuen Bestellungen einzukalkulieren.

Es wurde vereinbart, beiderseits diejenigen Punkte zu fixieren, über die noch Meinungsverschiedenheiten herrschen und diese Aufstellungen der Gegenseite zu übersenden. Da Herr Weizer für einige Tage verreist, soll die nächste Besprechung am Mittwoch, den 13. Juni, stattfinden.

gez. Bräutigam

PA AA, R 105702, o.P., 3 Bl.

Nr. 455

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 329/s¹

12. Juni 1934

An

N. N. KRESTINSKIJ

Kopien: 1) an Gen. ŠTERN

2) an Gen. ROZENBLJUM

Moskau

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Ich informiere knapp über den Stand der Verhandlungen des Gen. Vejcer mit den Deutschen bezüglich eines langfristigen Finanzkredits².

Die Verhandlungen sind derartig vorangekommen, dass bereits jetzt die Hauptpunkte auszumachen sind, zu denen es sachliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Bis jetzt hat Gen. Vejcer nur das ZK über die Verhandlungen informiert. Selbst das NKVT ist, wie er selbst sagt, in dieser Angelegenheit nicht vollständig im Bilde³.

Der Stand der Angelegenheit ist in groben Zügen ungefähr so, wie ihn mir seinerzeit Bräutigam dargelegt hat, worüber ich Moskau bereits unterrichtet habe.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. auch Dok. 435, 447, 449, 450, 454.

³ Vejcer schickte in der Regel die Dokumente zum Stand der Verhandlungen zum Kreditabkommen an Stalin, Molotov und Rozenol'c. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 29, 30, 32.

Das Kreditvolumen beträgt 200–225–250 Mio. Mark, wobei die Deutschen bemüht sind, die Summe nicht zu verringern, sondern eher zu erhöhen. Der Finanzkredit erfolgt auf Wechselbasis mit einer Laufzeit von vier Jahren. Gen. Vejcer fordert übrigens, die Laufzeit auf sechs Jahre auszudehnen. Die praktische Realisierung des Kredits wird wie folgt angestrebt. Mit einer Firma handeln wir einen Vertrag über Aufträge aus. Nach Abschluss der Verhandlungen mit der Firma vergeben wir für das gesamte Auftragsvolumen einen Wechsel, der jedoch nicht an die Firma, sondern an ein Bankenkonsortium geht, welches eigens zu diesem Zwecke gegründet werden wird. Dieses zahlt die Auftragssumme an die Firma in bar aus, wobei unser Wechsel bei der Bank bleibt. Die Deutschen hegen die Absicht, diese Wechsel in Stundungswechsel umzuwandeln, doch Vejcer meint, dass sie auch auf Wechsel mit einem Endtermin eingehen würden. Was die Zinsen für den Kredit anbelangt, so strebt Vejcer an, sich auf die Festschreibung eines Warenprozentsatzes von 6–5% zu verständigen, wobei die Deutschen einen frei vereinbarten Prozentsatz fordern, nämlich den Reichsbankdiskontsatz plus 2,5 Prozent.

So sehen die Grundbedingungen für den Finanzkredit aus. Die Deutschen stellen jedoch außer den Kreditbedingungen noch eine Reihe zusätzlicher Forderungen. Ursprünglich war von ihrer Seite beabsichtigt, die Gewährung dieses Finanzkredites davon abhängig zu machen, dass wir den „Fünfjahresplan“ Nadolnys⁴ annehmen, über den ich Ihnen bereits geschrieben habe und den Sie in einem Ihrer Schreiben als „konfus“ bezeichneten. Als Gen. Vejcer diesen Plan kategorisch ablehnte, haben die Deutschen nicht weiter auf ihn bestanden. Dafür offerierten sie die folgenden ^{**4**5} Bedingungen, unter denen sie uns den oben genannten Finanzkredit gewähren würden:

1) Wir haben im Rahmen des Finanzkredites das Recht, beliebige Waren laut Liste, die mit den Deutschen gesondert abgestimmt wird, zu bestellen und zu kaufen. Laut Gen. Vejcer wird diese Liste derart liberal zusammengestellt sein, dass sie uns praktisch nicht einschränkt. Außer den Aufträgen im Rahmen des Finanzkredites (200–225 Mio. Mark) gibt es jedoch Aufträge, die wir zu 85% gegen Ende 1934 und den Rest bis zum 1. März oder bis zum 1. April 1935 zu tätigen haben. Nach Auffassung der Deutschen sollten wir noch im Verlaufe des Jahres 1934 die weiteren gewöhnlichen Aufträge zu den alten Kreditbedingungen und auf der Grundlage des Firmenkredites in einem Volumen von 50–60 Mio. Mark unterbringen. Die Deutschen begründen diese Forderung mit der Notwendigkeit, die Diskrepanz in unserer Zahlungsbilanz, die 1936 unweigerlich eintreten wird, abzufangen, falls wir nur einen Finanzkredit erhalten und keine Aufträge zu den Bedingungen eines kurzfristigen Kredits, der bis dahin in Kraft ist, vergeben sollten.

2) Die Deutschen haben nichts dagegen einzuwenden, dass der neue Finanzkredit auf Mark-Basis erfolgt, dies aber unter der Bedingung, dass die Mark valori-

⁴ Nadolny trug am 26. 5. 1934 in einer Unterredung mit Vejcer die Idee vor, „die deutsche Regierung möge uns einen Fünfjahresplan für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland unterbreiten, wonach wir uns jährlich dazu verpflichten sollten, für eine bestimmte Summe Bestellungen zu tätigen. Im Gegenzug würden sich die Deutschen dazu verpflichten, uns die Möglichkeit zu garantieren, alljährlich für eine bestimmte Summe unsere Waren nach Deutschland zu exportieren“. In: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 29, S. 51. Zu diesem Plan Nadolnys vgl. ausführlicher das Gespräch Bessonovs mit Bräutigam vom 25. 5. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 174–173.

⁵ Die Zahl ist korrigiert; ursprünglich: drei.

sierungsfähig gemacht wird. Nachdem Gen. Vejcer diese Forderung abgelehnt hatte, forderten die Deutschen von uns, dass wir auf die Valorisierung der Mark bei unseren Exportverkäufen verzichten, was Gen. Vejcer ebenfalls ablehnte. Am 11. VI. war Bräutigam bei mir und sagte, dass die Deutschen diesen Punkt als außerordentlich wichtig erachten. Zugleich gab er mir zu verstehen, dass sie von ihrer Forderung Abstand nehmen könnten, indem sie uns die Möglichkeit einräumen, die Mark beim Verkauf einiger unserer Waren zu stützen, wie es bei langfristigen Verträgen praktiziert wird.

3) Wichtiger scheint folgende Forderung der Deutschen zu sein. Die Deutschen bieten uns an, bei uns über unseren normalen Export hinausgehende Waren (in der Hauptsache Erdölprodukte) in einem Umfang von 50–75–100 Mio. Mark zu kaufen (die Deutschen sind an einer Aufstockung dieser Summe interessiert), um die aus diesem zusätzlichen Export gewonnenen Gelder entweder in deutschen Banken als Garantie des uns gewährten Finanzkredites zu deponieren oder von uns als Barzahlung für einen zusätzlichen Import aus Deutschland zu verwenden (über die oben angeführten Limits hinaus). Diese Forderung wird gleichfalls damit begründet, die Zahlungsbilanz mit uns zu verbessern (wenig logisch!) und für die deutsche Industrie, die von der Perspektive des Exports in die UdSSR auf der Grundlage eines langfristigen Kredites nicht sonderlich angetan ist, sofort einen sichtbaren Effekt zu erzielen. Die Deutschen schlugen vor, noch 1934 mit dieser Operation zu beginnen. Gen. Vejcer lehnte dies kategorisch ab, wobei er dies, neben anderen Erwägungen, damit begründete, dass in diesem Jahr zusätzliche Lieferungen unserer Erdölprodukte nicht möglich sind. Laut Bräutigam ist die letzte Vorschlagsvariante auf der Sitzung am 8. VI.⁶ folgendermaßen umrissen worden: Wir sollten ihnen zusätzlich Waren liefern und sie würden bei uns zusätzlich Waren einkaufen. 1935 würde die Warensomme ein Volumen von 15 Mio. betragen, 1936 entsprechend 20 Mio. Mark und 1937 ein Volumen von 15 Mio. Mark. Das Gesamtvolumen würde somit 50 Mio. Mark betragen, das entweder für drei Jahre als Garantie des uns zur Verfügung gestellten Finanzkredites deponiert werden sollte, wodurch sich die Laufzeit natürlich verkürzt, oder es ist zum Bareinkauf von Waren in Deutschland zu verwenden.

4) Die letzte Bedingung besteht in der Beilegung des Dollar-Konfliktes durch eine von uns zu zahlende Pauschalsumme, die Heintze vom Wirtschaftsministerium auf 15 Mio. festsetzte, während das Auswärtige Amt aber von dem bekannten Vorschlag von Bräutigam von 10 Mio. Mark ausgeht. Die Deutschen schwören, sie würden diese Angelegenheit so handhaben, dass keine Sterbensseele davon erfährt, dass wir uns von ihren Valorisierungsforderungen freigekauft haben. Eine der von ihnen vorgeschlagenen Verschleierungsvarianten besteht darin, dass wir uns damit einverstanden erklären mögen, den Zinssatz des uns zur Verfügung gestellten Finanzkredites zu dem Zwecke etwas zu erhöhen, um aus diesem erhöhten Zinssatz dann die in Mitleidenschaft gezogenen Firmen zufriedenstellen zu können. Die Deutschen üben in diesem Punkt einen ungewohnten Druck aus. Bräutigams Besuch bei mir am 11. 6. diente nur diesem einen Ziel, wobei er erklärte, dass er im Namen von Bülow und Meyer nochmals darum bitte, nach Moskau zu schreiben. Die Antwort auf den von ihnen unterbreiteten Vorschlag sei un-

⁶ Vgl. Dok. 454.

bedingt zu beschleunigen, da das Auswärtige Amt absolut machtlos sei, eine Wiederholung von ähnlichen Fällen wie die unlängst durch die Agrargesellschaft erwirkte Zustellung⁷ zu verhindern.

Zum Abschluss möchte ich bemerken, dass es sowohl nach Auffassung von Gen. Vejcer als auch laut den Äußerungen Bräutigams auf deutscher Seite Kräfte gibt, die gegen dieses Abkommen sind, wobei sich der Eindruck aufdrängt, dass zu diesen Kräften sowohl Nadolny als auch das Auswärtige Amt gehören.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

S. Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2744 vom 14. 6. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 4 Expl., 3 an die Adressaten, das 4. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 49, l. 54–55. Original.

Nr. 456

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Nadolny

Geheim

Expl. Nr. 6

[13. 6. 1934]¹

Tagebuch

N. N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS NADOLNY,

11. VI. 1934

Nadolny kehrte dieser Tage aus Berlin zurück. Am 8. Juni ließ Nadolny in meinem Sekretariat anrufen und bat, dass ich ihn am 11. d. M. empfangen möge. Aus dem Gespräch mit Nadolny vor seiner Abreise nach Berlin wusste ich, dass er nach seiner Rückkehr nach Moskau Anfang Juni den Sommer in der UdSSR zu verbringen beabsichtigt, um durch die Sowjetunion zu reisen, und erst danach im August nach Deutschland in Urlaub zu fahren gedenkt. Indessen wurde es bereits am 10. Juni, d. h. ein Tag vor dem mit Nadolny vereinbarten Termin, im Kommissariat bekannt, dass Nadolny am 12. erneut nach Berlin abreist, wobei aus einigen Informationen der Schluss gezogen werden konnte, dass diese unerwartete Abreise auf eine Weisung aus Berlin erfolgte.

Als Nadolny bei mir erschien und wir uns begrüßten, kam er sofort auf seine bevorstehende Abreise zu sprechen. Er sagte, bei seinem Aufenthalt in Berlin sei

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹ Die Datierung erfolgte anhand des Inhalts des Dokuments.

entschieden worden, dass er lieber jetzt in Urlaub gehen solle, was u.a. mit seinem Gesundheitszustand zusammenhänge. Er müsse seinen Rheumatismus gründlich auskurieren, und aus Moskau kommend werde er direkt weiter in den deutschen Kurort Bad Homburg, unweit von Frankfurt am Main, fahren. Nadolny sprach allgemein über seine Gesundheit, danach über den Rheumatismus, sodann über den Anfang Mai in Moskau stattgefundenen internationalen Kongress zur Bekämpfung des Rheumatismus², über seine Gespräche mit deutschen Professoren, die an diesem Kongress teilgenommen hatten. Danach sprach er über seine Familie, teilte die Verlobung seiner Tochter mit und fragte, wo sich jetzt Suric aufhalte und wann er nach Berlin zu kommen beabsichtige.

Ich antwortete, dass Suric momentan in Marienbad sei, gegen Monatsmitte kehre er nach Ankara zurück, verbleibe dort 2–3 Wochen und komme danach nach Moskau, um sich intensiv mit den deutschen Angelegenheiten vertraut zu machen. Nach Berlin werde er sich voraussichtlich gegen Ende Juli oder in den ersten Augusttagen begeben. Nachdem Nadolny diese einzige halbwegs sachliche Frage gestellt hatte, wandte er sich erneut verschiedenen neutralen und privaten Themen zu, stand dann auf, um sich zu verabschieden.

Auf meine Frage, wann er aus dem Urlaub zurückzukehren gedenke, antwortete er, dass ^{**}dies^{**3} noch nicht bekannt sei, zum Teil hänge dies von seinen persönlichen Angelegenheiten (er müsse seine Berliner Wohnung renovieren), zum Teil von der politischen Lage ab.

Nadolnys Besuch hinterließ bei mir einen eigenartigen Eindruck. Normalerweise spricht er viel über die deutsche Außen- und Innenpolitik und stellt Fragen, die sich auf unsere Außenpolitik beziehen. In diesem Gespräch verlor er jedoch kein einziges Wort ^{**}weder^{**4} über die Genfer Reden Litvinovs⁵, noch zu den Pressegerüchten über ein Ostlocarno und auch nicht über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rumänien und der Tschechoslowakei⁶.

Als Nadolny gegangen war, sagte ich zu den Genossen, dass die eilige Abreise Nadolnys und die Art seines Gespräches mit mir entweder damit zu erklären sei, dass Nadolny abberufen werde, oder dass die deutsche Regierung entschieden habe, Nadolny für einige Monate aus Moskau abzuziehen, um uns durch den demonstrativ feindseligen Akt zu brüskieren und bei uns lediglich den Geschäftsträger zu belassen. Als am nächsten Tag ein Telegramm von Litvinov mit der Mitteilung eintraf, dass er, wenn er am 13. d. M. in Berlin ist, vielleicht Neurath aufsucht⁷, hielt ich es für angebracht, ihn telegrafisch über die Abreise Nadolnys und den Charakter unseres letzten Treffens in Kenntnis zu setzen.

Heute, am 13. Juni, traf ein Schreiben des deutschen Geschäftsträgers Twardowski ein, in dem mitgeteilt wird, dass Hindenburg der Bitte Nadolnys nach seiner Abberufung vom Posten des Botschafters in der UdSSR entsprochen habe und

² Der IV. Internationale Kongress zur Bekämpfung des Rheumatismus, an dem Wissenschaftler aus 19 Ländern teilnahmen, fand vom 3. bis 7. 5. 1934 in Moskau statt.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Litvinov nahm von Ende Mai bis in die erste Hälfte Juni 1934 an den Sitzungen der Konferenz für Abrüstung teil. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 179, 182, 191.

⁶ Die Sowjetunion nahm am 9. 6. 1934 mit Rumänien und der Tschechoslowakei diplomatische Beziehungen auf.

⁷ Vgl. Dok. 458.

vorgeschlagen worden sei, an seiner Stelle Graf Schulenburg, den jetzigen deutschen Gesandten in Bukarest, zu ernennen.

Die Abberufung Nadolnys habe ich Berlin telefonisch mitgeteilt, um Litvinov davon zu informieren.

N. Krestinskij

Vermerk N. N. Krestinskijs: MM

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2245 vom 13. 6. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 [Exemplare]. 1 [Expl.] zu den Akten, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an Gen. Štern, 1 nach Berlin, 2 [Expl.] an Gen. Stalin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 68–69. Kopie.

Nr. 457

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Geheim

Expl. Nr. 2

Tagebuch

N. N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS TWARDOWSKI,

13. Juni 1934

Noch am 11. Juni rief man am späten Abend, eine halbe Stunde, nachdem Nadolny sich von mir verabschiedet hatte, im Namen Twardowskis in meinem Sekretariat an und bat für den 13. um einen Termin.

Ich bat auszurichten, dass ich am 13. keine Zeit hätte, ihn aber am 14. empfangen könne. Bei meiner Antwort war ich davon ausgegangen, wenn die Deutsche Botschaft dringende Fragen gehabt hätte, so hätte sie Nadolny, der sich soeben vor mir verabschiedet hatte, vorbringen können. Wenn es keine dringlichen Fragen geben sollte, so könne Twardowski auch noch einen Tag warten.

Doch am Morgen des 13. rief die Deutsche Botschaft erneut an und teilte mit, dass Twardowski eine dringende Angelegenheit habe. Es wurde darum gebeten, dass ich ihn unbedingt noch heute empfangen möge. Falls ich ihn heute nicht empfangen könne, bitte er darum, von Gen. Stomonjakov empfangen zu werden.

Ich antwortete Twardowski, dass ich ihn um halb vier empfangen würde.

Als Twardowski bei mir erschien, sagte er, von Neurath habe er telegrafisch den Auftrag erhalten, mich umgehend aufzusuchen und zu erläutern, dass die Abberufung Nadolnys ausschließlich auf persönliche Gründe Nadolnys zurückzuführen sei. Die Abberufung Nadolnys bedeute keine Änderung der Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion. Deutschland wünsche weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und werde Gen. Suric nach wie vor gern als unseren Botschafter empfangen.

Ich antwortete Twardowski offiziell, dass ich die Mitteilung Neuraths zur Kenntnis nähme und an unsere Regierung weiterleiten würde.

Als ich danach zum inoffiziellen Gespräch übergang, sagte ich Twardowski, dass es mir eigenartig erscheine, weshalb Nadolny, als er am 11. bei mir war, lediglich über seine Abreise in den Urlaub gesprochen habe. Er habe kein Wort darüber verloren, dass er Moskau für immer verlassen werde. Wenn denn der Rücktritt Nadolnys nicht mit politischen, sondern mit rein persönlichen Gründen zu erklären sei, und zudem mit einer Initiative, die, wie aus dem offiziellen Schreiben Twardowskis, das ich am Morgen erhalten hätte, von Nadolny selbst ausgehe, warum habe er mir dann nicht einfach sagen können, dass er aus diesen und jenen persönlichen Gründen beschlossen habe, in den Ruhestand zu treten. Dies wäre einfach und verständlich gewesen. Jetzt aber würden unwillkürlich Mutmaßungen darüber angestellt werden, dass diese Sache nicht aus persönlichem Antrieb Nadolnys erfolgt sei, sondern seiner Abberufung irgendwelche politische Meinungsverschiedenheiten oder andere Motive zugrunde gelegen hätten.

Twardowski antwortete mir, dass Nadolny bis zu seiner Abreise aus Moskau niemandem etwas von seinen Rücktritt hätte sagen wollen.

Ich wiederholte, dass dieser Unwille Nadolnys, mir, seinem alten Bekannten, seinen Entschluss zum Rücktritt und den Grund für seine Entscheidung zu erklären, vermuten ließe, dass Nadolny die Motive für seine Entscheidung nicht habe darlegen wollen. Offenbar seien diese Gründe politischer Natur gewesen und Nadolny habe es für unangenehm gehalten, sie mir mitzuteilen.

Twardowski sagte, soviel er verstehe, habe Nadolny nicht gewollt, dass ich ihm nach seiner Mitteilung über seinen endgültigen Rücktritt vom Posten des Botschafters die eine oder andere weiterführende Frage stellen könnte, auf die er vielleicht nicht zu antworten wüsste.

Als sich Twardowski bereits erhob, gab er mir einige Informationen über Schulenburg, für den die deutsche Regierung um das Agrément bittet. Er ist 59 Jahre alt und Junggeselle.

Ich antwortete Twardowski, dass ich Schulenburg persönlich recht gut kenne; vor seiner Abreise nach Persien vor 8–9 Jahren habe er mich aufgesucht, um sich mit mir bekannt zu machen. Danach habe er mich in Berlin jedes Mal während seines Urlaubs besucht. Mir scheine, ich hätte ihn einmal ^{**auch**}¹ in Moskau getroffen, entweder bei Brockdorff-Rantzau oder bei Dirksen. Ich versprach Twardowski, ihm in einigen Tagen bezüglich des Agréments eine Antwort zu geben².

N. Krestinskij

Vermerk von N. N. Krestinskij: MM

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2278 vom 16. 6. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Kopien: an die Genossen Litvinov, Stomonjakov, Štern, nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 70–71. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 198, S. 389–390³.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 464, Anm. 4.

³ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 458

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**

Geheim

Expl. Nr. 6

Berlin, 13. VI. 34

AUS DEM TAGEBUCH M. M. LITVINOVS

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT NEURATH, 13. VI. 34

Ich hatte mit Barthou für den Fall, dass ich entweder nicht den Wunsch oder nicht die Möglichkeit hätte, mich mit Neurath oder Bülow in Berlin zu treffen, vereinbart, den französischen Botschafter François-Poncet kommen zu lassen, damit er mich über die deutsche Antwort bezüglich des Paktes informiere. Die Zeitungen schrieben zwar, dass Bülow François-Poncet sehr kühl empfangen habe, teilten jedoch nichts über den Inhalt der Antwort mit. Nach meiner Ankunft in Berlin schickte ich Gen. Bessonov zu François-Poncet, von dem ich erfuhr, dass Bülow nach Anhörung des Vorschlages von François-Poncet lediglich gesagt habe, dass er der Regierung darüber berichten werde und somit keinerlei Antwort gegeben habe. Dies veranlasste mich dazu, Neurath um ein Treffen zu bitten.

Aus dem Ministerium wurde mitgeteilt, dass Neurath, obgleich er in einer Stunde nach Italien abreisen müsse¹, bereit sei, mich sogleich zu empfangen². Er empfing mich mit der gewohnten Freundlichkeit. Ich legte ihm sofort den Zweck meines Besuches dar, indem ich mich auf die uns knapp bemessene Zeit berief. Ich sagte, dass ganz Europa von dem Gefühl der Sorge und der Beunruhigung hinsichtlich der Sicherheit erfasst sei. Auch unsere Sowjetunion sei in den letzten Jahren nicht frei von solchen Stimmungen. Ich hätte keine Veranlassung, auf die Gründe einzugehen, die bei uns solche Stimmungen hervorriefen, da sie Neurath hinlänglich bekannt seien. Andererseits erkläre auch Deutschland, dass es der Sicherheit bedürfe; von daher sei die Idee der Regionalpakete aufgetaucht, worüber die Presse in letzter Zeit verstärkt schreibe. Uns schwebte ein Regionalpakt vor, der sowohl dem ****allgemeinen****³ Sicherheitsbedürfnis als auch den Interessen der einzelnen Länder diene, dem die Sowjetunion, Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien angehören sollten. Er würde sich auf dem Prinzip des Nichtangriffs und des gegenseitigen Beistandes durch alle Paktmitglieder gegenüber einem Paktmitglied gründen, das Opfer eines Angriffs durch einen Paktteilnehmer geworden sei.

Neurath antwortete, dass ihm die Stimmungen in der UdSSR, von denen ich gesprochen hätte, bekannt seien. Soweit sie Deutschland beträfen, könne er mir versichern, dass es dafür keine Veranlassung gebe. Es möge vielleicht einige Dummköpfe in Deutschland geben, die von einer Ostexpansion, von einer Koloni-

¹ Von Neurath begleitete Hitler zu Gesprächen mit Mussolini am 14./15. 6. 1934 in Venedig; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 5–7.

² Vgl. Aufzeichnung der Unterredung von Neuraths in: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 504, S. 884–885.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

sierung usw. träumen, die deutsche Regierung denke jedoch nicht im Geringsten daran. Er verstehe, dass die Unterschiedlichkeit der Regime bei uns die bekannte Reaktion auslösen musste, unsere Verdächtigungen bezüglich der Aggressivität Deutschlands seien jedoch unbegründet. Das von mir dargelegte Paktschema sei für Deutschland unannehmbar. Es sei entwaffnet und verfüge nicht über ausreichende Kräfte zur eigenen Verteidigung, geschweige denn zur Verteidigung anderer Staaten. Es könnte nicht den ihm vom Pakt zugedachten Pflichten nachkommen und deshalb auch nicht die ihm zugewiesene Rolle in der vorgeschlagenen Kombination spielen. Er, Neurath, glaube nicht an den Pakt, da er viel zu bindend sei, indessen könnten aber Situationen eintreten, die einer Hilfeleistung im Wege stünden. Er ziehe es vor, gegenseitig Versicherungen darüber abzugeben, dass keine Aggressionsabsichten vorliegen, oder bilaterale Nichtangriffspakte abzuschließen.

Ich erwiderte, dass nicht nur „einige Dummköpfe“ über die Ostexpansion geschrieben hätten, sondern auch der jetzige „Führer“ des Landes. Er habe sich niemals von diesem Programm losgesagt. Er erlaube im Gegenteil, nach wie vor Bücher in Deutschland zu vertreiben, in denen dieses Programm dargelegt werde. Auf der Grundlage dieses Programms erfolge die Erziehung des deutschen Volkes, das an den Gedanken der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit der Ostexpansion gewöhnt werden solle. Ich wundere mich darüber, dass Neurath die Unterschiedlichkeit der Regime ins Feld führe, weil wir wiederholt erklärt hätten, dass aus dieser Unterschiedlichkeit nicht der gegenwärtige Zustand der Beziehungen zu Deutschland hervorgehen müsse. Bis zum Machtantritt der Nazis hätten wir es für möglich gehalten, dass sie bei passender Gelegenheit ihrem antisowjetischen Programm abschwören und die Politik der vorherigen deutschen Regierungen gegenüber der UdSSR fortführen würden; wir selbst seien davon ausgegangen, mit ihnen auf den gleichen, früheren Grundlagen zusammenzuarbeiten. Leider sei der Machtantritt der Nazis mit einer Reihe von Handlungen verbunden gewesen, die auf ihre Entschlossenheit hindeuteten, das im Buch Hitlers verkündete Programm zu verwirklichen. Ich ersparte mir, die Reden Hugenburgs und Rosenbergs aufzuzählen oder auf Rosenbergs fortwährende Verbindungen zur ukrainischen Konterrevolution einzugehen. Der Reichskanzler habe aber dieser Tage eine Rede gehalten, in der er die ganze Welt zur Blockade der UdSSR aufgerufen habe⁴. Aus allen diesen Reden, und nicht aus der Unterschiedlichkeit der Regime, speise sich unsere Beunruhigung. Selbst wenn wir zu 99% den Erklärungen Glauben schenken würden, dass einige deutsche Regierungskreise keine aggressiven Absichten hegen, und nur zu 1% Zweifel bestehen sollten, so müsste der Staat selbst bei einer solchen Konstellation alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen in die Wege leiten. Die Sicherheit der Völker gründe sich niemals auf gegenseitige Freundschaftsbekundungen. Über 10 Jahre lang habe die ganze Welt die Sicherheit in der Abrüstung gesucht, dies sei jedoch nicht gelungen. In der Vorkriegszeit habe man zu Bündnissystemen Zuflucht genommen, im Vergleich dazu seien jedoch die heutigen ins Auge gefassten Beistandspakte zweifellos ein Schritt nach vorn. Angesichts der auf der Hand liegenden Aussichtslosigkeit der Abrüstungskonferenz in

⁴ Gemeint ist die Rede Hitlers vor dem 2. Deutschen Arbeitskongress am 16. 5. 1934 in Berlin. Vgl. Dok. 443.

Europa bleibe nichts anderes übrig, als zwischen Beistandspakten oder Bündnis-systemen zu wählen. Wenn die deutsche Regierung bereits die Entscheidung getroffen habe, den Pakt abzulehnen, so erübrige es sich für mich, Neurath überzeugen zu wollen. Ich erlaubte mir lediglich zu bemerken, dass das einzige Argument, welches mir gegen den Pakt genannt worden sei, nicht überzeugend sei. Der Pakt trete nur in dem Fall in Kraft, dass eine teilnehmende Seite einem Angriff ausgesetzt sei. Deshalb sei es nicht angebracht, von irgendeiner Rolle dieses oder jenes Paktmitgliedes zu sprechen. Niemand erwarte von Deutschland eine größere Hilfeleistung, als es selbst zu leisten imstande wäre. Wenn diese Hilfe aus objektiven Gründen begrenzt sei, so folge daraus nicht, dass es einen geringeren Anteil als andere Paktteilnehmer in die gemeinsame Sache einbringen würde. Da Neurath selbst gesagt habe, dass Deutschland mehr als andere der Sicherheit bedürfe, würde es vom Pakt mehr als andere Paktmitglieder profitieren, da sie mit ihrer geballten Kraft Deutschland uneingeschränkt zur Hilfe eilen würden. Außerdem würde der Pakt wahrscheinlich mit einer langen Laufzeit abgeschlossen werden, in dem Deutschlands Verteidigungskraft zweifellos anwachsen werde. Was die Geringfügigkeit von Pakten betreffe, so habe doch Deutschland selbst unlängst mit Polen einen Pakt abgeschlossen, folglich messe ⁵es ⁵Pakten doch eine gewisse Bedeutung bei. Im Pakt suchten wir nichts anderes als Sicherheit. Unsere Annäherung an Frankreich vollziehe sich ausschließlich auf dem Boden, dass wir ein konkretes Sicherheitssystem übereinstimmend als positiv bewerten würden. Die anderen Elemente der Außenpolitik Frankreichs interessierten uns nicht. Wenn sich dank des Paktes unser Sicherheitsgefühl verstärke, werde es möglich werden, die besten Beziehungen zu Deutschland auf allen Gebieten zu entwickeln. Wenn ich über die Sicherheit spräche, dann meine ich keineswegs die Sicherheit der Grenzen, die wir trotz aller Unwägbarkeiten zu schützen in der Lage seien, sondern die Sicherheit des Friedens, weil wir nicht an einem Kräfteressen interessiert seien und auch keinen Bedarf an siegreichen Kriegen hätten⁶. Mir verbleibe lediglich zu fragen, ob ich die Antwort Neuraths als endgültig und als offizielle Antwort der deutschen Regierung betrachten müsse, die sicherlich die Wirkung und die Folgen der Ablehnung unseres Vorschlages ins Kalkül gezogen habe.

Neurath war etwas verlegen und sagte: „Jedenfalls wird die offizielle Antwort die sein, wie ich sie Ihnen soeben mitgeteilt habe.“⁷ Deutschland strebe in keine Richtung eine Expansion an, es interessiere nur der Korridor. Deutschland habe in dieser Hinsicht Polen aber eine Garantie von 10 Jahren zugesichert. Er drückte die Hoffnung aus, dass unser persönliches Verhältnis „trotz alledem“ davon unberührt bleibe.

Bei der Verabschiedung sagte ich Neurath, dass ich soeben aus Moskau die Nachricht von der Abberufung Nadolnys erhalten hätte. Neurath unterbrach mich und sagte, dass er die Absicht gehabt hätte, mit mir darüber zu sprechen. Die Abberufung Nadolnys sei ausschließlich auf persönliche Gründe zurückzuführen,

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ In der Aufzeichnung von Neuraths bezüglich der Argumentation Litvinovs zur Frage des Ostpaktes heißt es: „Ich begründete ihm unsere ablehnende Stellung gegenüber dem neuen Projekt mit den bekannten Gründen, ohne dass er darauf viel zu antworten wusste.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 504, S. 885.

⁷ Vgl. Dok. 508.

und zwar auf die nicht ausgeräumten Meinungsverschiedenheiten zwischen Naldony und dem Kanzler. Zu uns werde Schulenburg entsandt werden.

Litvinov

Vermerk [M. M. Litvinovs]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in], 16/VI. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1029 vom 16. 6. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl., das 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Stalin, das 5. an Gen. Vorošilov, das 6. an Gen. Štern, das 7. nach Berlin, das 8. [Expl.] nach Paris.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 143–139. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 197, S. 386–389⁸.

Nr. 459

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Geheim

Nr. 18096

15/VI-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI,

14. Juni 1934

Twardowski kam zu mir, um eine ganze Reihe von laufenden Fragen zu besprechen:

1. Twardowski teilte vertraulich mit, dass er mit mir über eine heikle Frage sprechen wolle. Die Angelegenheit bestehe im Folgenden. Als in Berlin bekannt geworden sei, dass O. Ju. Šmidt durchreisen würde, hätten „Osteuropa“ und andere Organisationen entschieden, Šmidt sehr feierlich zu empfangen. Zu diesem Zweck seien mit Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung Gespräche geführt worden². Die Bevollmächtigte Vertretung habe indes weder vor noch nach der Durchreise Šmidts irgendeine Antwort gegeben, weder dem Außenministerium noch „Osteuropa“. Dies sei als Unwillen der sowjetischen Seite aufgefasst worden, den Aufenthalt Šmidts in Berlin feierlich zu gestalten. Deshalb hätten sich „Osteuropa“ und andere Organisationen genötigt gesehen, davon Abstand zu nehmen, Šmidt auf dem Bahnhof zu empfangen, eine Delegation zur Bevollmächtigten Vertretung zu entsenden usw.

Davon ausgehend meine Twardowski, dass es nunmehr tatsächlich ratsam wäre, sich jeglicher Bekundungen der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu

⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 436.

enthalten. Ich erklärte Twardowski, dass Gen. Šmidt sich sehr schlecht gefühlt habe, und **nur**³ damit sei es zu erklären, dass er in Berlin nicht Station gemacht habe⁴.

Darauf erwiderte Twadowski, wenn eine solche Erklärung in Berlin abgegeben worden wäre, so hätte sich die Frage erübrigt und niemand wäre gekränkt gewesen.

2. T[wardowski] ging zur nächsten, ebenfalls vertraulichen Frage über:

Nach der Katastrophe des deutschen Stratosphärenballons⁵ habe er allen sowjetischen Organisationen, die ein hohes Maß an Taktgefühl und Energie bei der Überführung der Leichname der verunglückten Ballonfahrer nach Deutschland bewiesen hätten, im Namen der deutschen Regierung den Dank ausgesprochen.

Doch T. habe es damit nicht bewenden lassen und Berlin zu verstehen gegeben, dass es angebracht wäre, wenn Blomberg Oberst Hartmann beauftragen würde, seinen Dank gegenüber Vorošilov auszusprechen. Blomberg habe dem Militärattaché eine entsprechende Weisung erteilt. Letzterer habe mit Gen. Smagin darüber gesprochen. Ihm sei zunächst geantwortet worden, dass Gen. Vorošilov krank sei. Nichtsdestoweniger habe Gen. Vorošilov zwei Tage später an einer Fahrt zur Moskau-Volga-Baustelle teilgenommen. Hartmann habe sich erneut an Gen. Smagin gewandt, doch bislang keine Antwort erhalten. Aus diesem Grund fühle sich Blomberg brüskiert, und T. verstehe nicht die Gründe für ein derartiges Verhalten gegenüber Hartmann, der als Vertreter des Kriegsministers aufgetreten sei. Hartmann habe nicht beabsichtigt, Gen. Vorošilovs Zeit über Gebühr zu beanspruchen. Er wollte ihm lediglich in zwei Minuten in seinem Namen und im Namen Blombergs den Dank aussprechen, Gen. Smagin habe gewusst, worüber Hartmann mit Gen. Vorošilov zu sprechen wünschte.

3. T. teilte mit, dass er von unserer Entscheidung erfahren habe, Asche auszuweisen; er sei uns für diese Mitteilung sehr dankbar. Damit habe sich selbstverständlich auch die Kogan-Angelegenheit erübrigt. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass wir selbstverständlich mit einer Einstellung der Kogan-Angelegenheit rechneten. Asche sei jedoch auf Grund der wiederholten Bitten der deutschen Botschaft ausgewiesen worden.

4. T. ging zum Fall Paul Schmidt über und erklärte Folgendes:

„Ich verstehe die Taktik Ihrer Behörden überhaupt nicht. Sie verhaften deutsche Staatsbürger. Ich gehe davon aus, dass sie dafür zwingende Gründe haben. Jedoch verletzen **sie**⁶ permanent sämtliche Bestimmungen des Abkommens über Niederlassung, anstatt alle Formalitäten zu befolgen, die absolut keine Mühe bereiten, wie die fristgemäße Benachrichtigung über die Verhaftung, die Gewährung einer Besuchserlaubnis usw. Damit schaden Sie ihrer eigenen Position und spielen Berlin die stärksten Argumente in die Hand. Berlin bedrängt uns, und wir bedrängen das NKID. Eine derartige Taktik ist mir vollkommen unverständlich.“

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Linde teilte am 27. 5. 1934 dem sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov in einem Schreiben mit, dass „es sich nach Auffassung des Gen. Krestinskij nicht als wünschenswert darstellt, die Durchreise von Gen. Šmidt durch Deutschland zu nutzen, damit er einen Vortrag hält. [...] Im Zusammenhang damit lehnen Sie den Vorschlag der Deutschen ab, den Aufenthalt Šmidts in Berlin zu nutzen.“ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 145.

⁵ Vgl. Dok. 434, Anm. 2.

⁶ Das Wort ist der Hand über die Zeile geschrieben.

Ich teilte T. mit, dass wir mit der Klärung des Falls Schmidt befasst seien⁷.

T. erklärte weiter, dass Erscheinungen wie der Fall Viktor Wehrmann zu beobachten seien: Das NKID teile der Botschaft mit, dass sich Wehrmann in Moskau in Haft befinde, danach erfahre die Botschaft von Verwandten, dass sich Wehrmann in Leningrad aufhalte. Auf Grund dessen meine man in Berlin, dass das NKID entweder bewusst die Botschaft in die Irre führe oder die Innenbehörden führten das NKID in die Irre. So oder so werfe dies einen Schatten auf das NKID.

5. T. fragte mich, wann wir die 100 000 Rubel „Kulakengeld“, wie es Gen. Vejcer nenne, zu überweisen gedenken. Ich teilte Twardowski mit, dass ich diese Frage klären und ihm in den nächsten Tagen das Ergebnis meiner Prüfung übermitteln würde.

6. Tippelskirch habe T. gebeten, sich darum zu kümmern, vom NKID ein im Archiv des Außenamtes fehlendes sowjetisches Dokument zu bekommen. Es handle sich um die Note an die polnische Botschaft vom 5. April 1923⁸, auf die in der Note des Gen. Čičerin an die litauische Regierung vom 28. September 1926⁹ verwiesen werde.

7. T. wandte sich in folgender Sache mit einer persönlichen Bitte an mich:

Wie mir bekannt sei, sei kürzlich in Moskau der evangelische Bischof Meyer verstorben, die Hinterbliebenen seien seine Frau und die erwachsene Tochter. Beide Frauen verfügten über keine Existenzmittel, weil die Tochter Meyers, die bis dahin bei der Sowjetenzyklopädie beschäftigt gewesen sei, entlassen worden sei, nachdem ihr Bruder Traugott Meyer verurteilt worden sei. T. bitte, beiden Frauen, der Witwe Meyers und ihrer Tochter, zu gestatten, aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft auszutreten und nach Deutschland auszureisen.

8. T. bat mich vertraulich, seine zweite Bitte anzuhören.

Nach den der Botschaft vorliegenden Informationen drohe dem am 14. Januar 1934 in Char'kov verhafteten Geistlichen Birth die Erschießung. Birth **sei in Deutschland sehr bekannt**¹⁰ und deshalb würde seine Erschießung eine sehr schmerzliche Reaktion hervorrufen. T. bitte mich, nach Möglichkeit etwas für Birth zu unternehmen.

9. Die Botschaft bitte um Hilfe beim Genehmigungsverfahren für den Übersetzer des Generalkonsulats in Tiflis, Nieman, aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft auszutreten und nach Deutschland auszureisen. T. bitte ferner darum, den weiteren Aufenthalt der Frau des Mitarbeiters des Konsulats in Novosibirsk, Pausch, zu gestatten, die aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft ausgetreten ist, aber nicht auszureisen wünscht. T. denkt, dass es ausnahmsweise möglich sein sollte, seiner Bitte hinsichtlich des Mitarbeiters des Konsulats zu entsprechen.

10. T. fragte mich, ob mir etwas über das Schicksal Schönknechts, der Haushälterin Twardowskis, bekannt sei (sie wurde in der Republik der Wolgadeutschen verhaftet). Auf meine negative Antwort teilte mir T. mit, dass Schönknecht zu fünf Jahren Zwangsarbeit am Moskau-Volga-Kanalbau verurteilt worden sei.

11. T. machte mich auf die jüngste Karikatur in der Leningrader „Roten Zei-

⁷ Vgl. Dok. 471.

⁸ Vgl. DVP, Bd. VI, Dok. 138, S. 241–242.

⁹ Vgl. DVP, Bd. IX, Dok. 272, S. 448.

¹⁰ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: kennt Deutschland.

tung“¹¹ aufmerksam, die erneut die Saar-Frage zum Gegenstand gehabt habe, sowie auf den Artikel von Gen. Kozyrev in der „Pravda“, der sich im Zusammenhang mit der Reise von Gen. O. Ju. Šmidt gegen Deutschland richtete¹². In meiner Antwort verwies ich auf Veröffentlichungen in der deutschen Presse.

12. Nachdem T. die laufenden Angelegenheiten abgearbeitet hatte, ging es in der weiteren Unterredung um die Abberufung Nadolnys. T. betonte, dass der Rücktritt Nadolnys, wie er dies bereits Gen. Krestinskij gesagt habe, persönlich motiviert sei. Auf meine Geste der Verwunderung bemerkte Twardowski: „Nadolny hat eben solch ein Temperament.“ Auf meine Frage, inwiefern das Temperament Nadolnys bei seinem Rücktritt eine Rolle gespielt habe, erklärte T. nach einem Zögern Folgendes: „Sie wissen, dass Nadolny, wie alle Ostpreußen, sehr stur ist. Er hat Krach geschlagen und dafür nun die Quittung erhalten.“

Als sich Nadolny auf dem Bahnhof von T. verabschiedete, habe er zu ihm gesagt, er hoffe, dass T. jetzt leichter werde arbeiten können, weil er, Nadolny, in Berlin der „bête noire“¹³ gewesen sei, und alles, was er angepackt habe, immer zu den entgegengesetzten Ergebnissen geführt habe. Was Schulenburg betreffe, so meint Twardowski, dass er im Oktober nach Moskau kommen werde, weil der zurückgetretene Botschafter (Nadolny erhalte keine neue Ernennung) aufgrund der deutschen Haushaltsbestimmungen einen Anspruch auf eine dreimonatige Zahlung seiner Bezüge habe, im Haushalt jedoch keine Mittel dafür vorgesehen seien, für drei Monate zwei Botschafter auf einem Posten zu bezahlen. Ihn, Twardowski, mache jedoch ein Umstand stutzig. Soviel ihm bekannt sei, solle Gen. Litvinov laut Absprache mit Barthou Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter über einen neuen Pakt führen. T. sei sich nicht sicher, ob das Auswärtige Amt ihn als kompetent genug betrachte, um solche Verhandlungen zu führen.

Zum Ende der Unterredung bemerkte Twardowski, dass er mit mir sehr gern über allgemeinpolitische Themen sprechen würde. Er ziehe es aber vor, dies aufzuschieben, weil er befürchte, dass momentan die Situation für einen derartigen Meinungsaustausch nicht so günstig sei.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomobjakov, das 4. nach Berlin, das 5. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 156–152. Original.

¹¹ Vgl. Rote Zeitung vom 30. Mai 1934, S. 2.

¹² Gemeint ist der Artikel des Generalsekretärs des ZK des Komsomol Kosarev, der allen Teilnehmern gewidmet war, die an der Rettung der Schiffsbesatzung der „Čeljuskin“ mitgewirkt hatten. Das Schiff war im Februar 1934 im Cukotskischen Meer von den Eismassen zerdrückt worden. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt: „Zu welchen Heldentaten sind die jungen Schläger aus den Reihen der Sturmabteilungen fähig, die mit der Milch des Dritten Reiches aufgezogen worden sind? Zu zehnt einen unbewaffneten Arbeiter überfallen, Bücher auf Scheiterhaufen verbrennen und Universitäten vernichten, Häftlinge in den Konzentrationslagern schlagen und vor Gericht falsch aussagen – darin besteht ihr Heldentum.“ Vgl. „Gerojam“ (Den Helden). In: Pravda vom 5. Juni 1934, S. 3.

¹³ Bête noire, hier im Sinne von „Dorn im Auge“.

Nr. 460

Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 15. Juni 1934 19.26 Uhr

Ankunft: 15. Juni 23.55 Uhr

Geheim

Nr. 145 vom 15. 6.

II Abr. 1641

Auf 110

Krestinski wie auch Stomanjakoff ansprachen mich gestern gelegentlich eines Diners auf den *Ostpakt*¹. Litwinow habe sehr enttäuscht über Unterredung mit Reichsminister² gedrahtet:

Reichsminister habe *Pakt* mit merkwürdiger Begründung *abgelehnt*³, dass Deutschland nicht genügend gerüstet sei, um sich an solchem System zu beteiligen. Reichsminister habe zwar die Prüfung zugesagt, aber auf konkrete Fragen keine Zweifel gelassen darüber, dass Deutschland Plan endgültig ablehnen werde. *Damit sei der Ostpakt, der zur Beruhigung der Atmosphäre gedacht gewesen sei, wohl gescheitert und deutsch-russische Beziehungen einer neuen Belastung ausgesetzt.*⁴

Habe demgegenüber Verlauf der Unterredung gemäß dem dortseitigen Telegramm Nr. 110⁵ dargestellt und unter Verwendung der Gedankengänge Erlasses – II F Abr. 1565 II – vom 8. Juni als meine persönliche Meinung betont, *dass wir Verhandlungen über Ostpakt nicht von vornherein ablehnten*⁶. Vorläufig liege in Berlin doch nicht einmal ein ausgearbeiteter Plan vor. *Reichsregierung lege*, wie ich bestimmt versichern könne, *großen Wert auf gute Beziehungen zur Sowjetunion*⁷. Meines Erachtens könne aber Deutschland, das durch Versailler System in seiner Bewegungsfreiheit schon äußerst gehindert sei, nicht ein weiteres System mit weitreichenden Konsequenzen unbedacht nur deshalb annehmen, weil man in Moskau eine uns unverständliche Angst vor eingebildeten bösen Absichten Deutschlands habe.

*Ich habe den Eindruck, dass Litwinow aus taktischen Gründen jetzt mit Ablehnung Paktvorschlags durch Deutschland operieren will, um uns wieder als das schwarze Schaf vor der Welt hinstellen zu können*⁸.

Erbitte Weisung, ob ich Litwinow, der heute hier eingetroffen ist, aufsuchen soll, um ihm Möglichkeit zu nehmen, bereits jetzt von einer Ablehnung seines Paktvorschlags durch uns zu sprechen⁹.

Twardowski

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 458.

³ Die drei Wörter sind unterstrichen.

⁴ Der Satz ist unterstrichen.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 505, Anm. 1, S. 886.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁸ Der Satz ist am Rand angestrichen.

⁹ Vgl. Dok. 465.

Am linken Seitenrand befindet sich die Paraphe von L[ammers]. Darunter der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. [nicht entziffert] (Arb.-Expl.), Abt [nicht entziffert], RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg.

BArch, R 43 II/ 1488a, Bl. 105–106.

Nr. 461

Aus einem Informationsbericht des Wehrmachtsamtes

Berlin, den 16. Juni 1934

Geheim!

Wehrmachtsamt

Nr. 660/34 geh. Ausl.

Nr. 10.

Übersicht über außenpolitische Vorgänge vom 2. bis 16. Juni 1934

c) Russland und der Völkerbund

Bei der nun abgeschlossenen Reise Litvinoffs¹ hat die Frage des Eintritts der Sowjetregierung in den Völkerbund eine bedeutende Rolle gespielt. Früher stand diese Regierung in krassem Gegensatz zum Völkerbund. Sie griff den „kapitalistischen, heuchlerischen Völkerbund“ in Wort und Schrift an und lehnte jegliche Beteiligung an seinen Konferenzen schroff ab. 1927 hat sie ihre Haltung aber geändert, als sie zum ersten Mal an den Abrüstungsverhandlungen teilnahm. Die russische Polemik gegen den Völkerbund dauerte aber bis zum vergangenen Winter, wo man zum ersten Mal anerkennende Worte bolschewistischer Staatsmänner hörte.

Sofort tauchte die Frage auf, ob Russland dem Völkerbund beitreten wollte, wofür es ja plausible Gründe gab: der Austritt Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund, die Bedeutung Russlands in Asien, das russische Bedürfnis nach Rückendeckung in Europa, der Übertritt Russlands in das Lager der antirevisionistischen und nach Sicherheit schreienden Staaten². Wirtschaftliche und finanzielle Gründe, die Möglichkeit einer Erhöhung des sowjetischen Ansehens sowie der Betätigung der französisch-russischen Freundschaft innerhalb des Völkerbundes scheinen auch dafür zu sprechen.

Andererseits verkennt man nicht die vielen Schwierigkeiten, die dem Eintritt der Sowjetregierung in den Völkerbund entgegenstehen würden. Die frühere systematische Bekämpfung des Völkerbundes durch die Sowjetregierung war so ausgesprochen, dass es dieser Regierung trotz der bereits erfolgten Abschwächung ihres

¹ Litvinov hatte an der Abrüstungskonferenz in Genf teilgenommen, deren Sitzungen am 29. 5. 1934 wiederaufgenommen worden waren, und dort auch mit einer Reihe von Diplomaten über die Projekte des Baltischen und des Ostpaktes sowie über die zweiseitigen Beziehungen gesprochen. Auf dem Rückweg hatte er sich am 13. 6. 1934 in Berlin mit von Neurath getroffen; vgl. Dok 458.

² Unten maschinenschriftliche Anmerkung: Es steht noch nicht fest, ob die Sowjetregierung den Gedanken der Rückgewinnung ehemaliger russischer Landesteile endgültig aufgeben hat – es hat auf Bessarabien nicht ausdrücklich verzichtet – oder ob es nur für die Zeit seiner Schwierigkeiten mit Japan Rückendeckung in Europa sucht.

Standpunktes innerpolitisch unangenehm sein wird, den Beitritt zu dieser Organisation zu motivieren. Diese scharfe Schwenkung müsste dann als großer außenpolitischer Erfolg bezeichnet werden können und hierzu würde die Initiative zum Beitritt nicht offiziell von der Sowjetregierung ausgehen, sondern diese müsste hierzu von dem Völkerbund oder von seinen wichtigsten Mitgliedern in irgendeiner Form aufgefordert werden. Das ist aber trotz der Unterstützung Frankreichs, der Türkei und der Kleinen Entente nicht so bald zu erwarten und die Atmosphäre würde bei den eigentlichen Beitrittsverhandlungen durch die heimliche oder offene Opposition mancher Staaten, der sich manche Zeitungen selbst in Frankreich anschließen würden, nicht günstig für die Sowjetregierung sein.

Seit dem Beginn des Jahres findet die Sowjetregierung freundliche Worte für den Völkerbund und sendet Versuchsballons, um festzustellen, wie die verschiedenen Staaten sich zum Beitritt Russlands stellen würden. Die Reaktion ist in manchen Kleinstaaten nicht günstig gewesen, in der Schweiz ist sogar die Rede von einem Volksbegehren zum Austritt aus dem Völkerbund, falls Russland ihm beitreten sollte. Ein sozialistischer Antrag auf Anerkennung der Sowjetregierung durch die Schweiz ist soeben mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Erfahrungsgemäß würden die Kleinstaaten aber ihren Widerstand wohl aufgeben, wenn die Großmächte in dieser Frage einig und fest entschlossen wären. England, Italien und Polen erklären zwar, dass sie einen solchen Beitritt begrüßen würden, sie sind aber eigentlich nicht einverstanden, sich einer Allianz von Frankreich, Russland, der Türkei und der Kleinen Entente gegenüber zu sehen, sehr wahrscheinlich werden sie unter der Hand den Eintritt Russlands in den Völkerbund erschweren.

Abgesehen von diesen politischen Schwierigkeiten kämen noch verschiedene formale Hindernisse hinzu, die nur langsam überwunden werden können, bzw. bei denen die Sowjetregierung in peinliche Lage versetzt werden könnte. Wenn auch hierüber keine Bestimmungen vorliegen, müssten doch in der Praxis sämtliche Staaten vorher die Sowjetregierung de jure anerkennen, der Völkerbund müsste feststellen, dass die russischen Rüstungen den Bedingungen eines neuen Völkerbundsmitgliedes entsprechen, die Sowjetregierung müsste sich bereit erklären, dem Ständigen internationalen Schiedsgerichtshof (den sie bisher so bekämpfte) beizutreten, sie würde vielleicht gefragt werden, ob sie die Minderheitenschutzverpflichtungen annehmen will (was sie verneinen würde) und endlich müsste die Bundesversammlung die Aufnahme mit Zweidrittelmehrheit annehmen. Hiermit könnte sich die Sowjetregierung aber nicht begnügen, weil bisher alle Staaten einstimmig aufgenommen wurden. Auch die Frage der Verteilung der Ratssitze würde hierbei Schwierigkeiten bereiten: Russland beansprucht einen ständigen Ratssitz, Polen würde bei dieser Gelegenheit dasselbe verlangen (hat bisher einen halbständigen Ratssitz), gewisse Staaten sind gegen jegliche Vermehrung oder sogar für Abschaffung der ständigen Ratssitze.

Der Weg, auf dem Frankreich Russland in den Völkerbund zu führen sucht, ist also ziemlich schwierig. In letzter Zeit ist ja darauf hingewiesen worden, dass die Frage des Eintritts Russlands in den Völkerbund noch nicht aktuell sei, und Litvinoff hat der Abrüstungskonferenz vorgeschlagen, sich in eine ständige Friedenskonferenz umzuwandeln. Russland, welches noch vor einem Jahr zu dem Viererpakt³

³ Unten maschinenschriftliche Anmerkung; nicht in Kraft getreten. Vgl. Dok. 50, Anm. 15.

nicht herangezogen wurde, würde hierdurch einen dauernden maßgebenden Einfluss ausüben können, ohne dem Völkerbund anzugehören. Es fragt sich überhaupt, ob die Sowjetregierung dem Völkerbund beitreten will oder ob sie nur davon spricht, um dadurch politische Vorteile zu gewinnen. Wie an anderer Stelle erwähnt, ist es ihr jetzt geglückt, von Rumänien und von der Tschechoslowakei anerkannt zu werden⁴, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südslawien und Bulgarien⁵ ist bald zu erwarten. (Nur die Schweiz, Holland und Belgien halten noch Stand.) Im Zusammenhang mit seinem vermeintlichen Eintritt in den Völkerbund wird Russland noch andere Vorteile erringen können.

Nach den letzten Meldungen scheint man in Frankreich bezüglich Russlands etwas stutzig geworden zu sein, wobei der Zweifel an Russlands Absicht, dem Völkerbund anzugehören, wahrscheinlich auch eine Rolle spielt.

Auf dem ersten Blatt befindet sich der Stempel des T 2 mit Datum vom 23. Juni 1934 und der Registriernummer 482/34.

BA-MA, RH 2/ 980, Bl. 91/R-92.

Nr. 462

Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung Vinogradov an das NKID

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 338/s¹

Berlin, 18. 6. 34

DIE SOWJETISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN.

Zu diesem Thema habe ich in letzter Zeit in meinen Tagebüchern viel geschrieben. Es ist jedoch darüber hinaus angebracht, einige allgemeine Überlegungen anzustellen. Im Zusammenhang mit der Reise von Gen. Litvinov über Wien nach Genf und seinen Verhandlungen mit Barthou² war in der deutschen Presse und in Berliner politischen Kreisen eine geradezu panische Stimmung zu beobachten. Man befürchtete ein französisch-sowjetisches Militärbündnis und hatte Angst, dass es Gen. Litvinov in Genf gelingen könnte, sein Programm vollständig umzusetzen. Die deutsche Presse eröffnete unter dem Einfluss dieser Panik und zur Abwehr der Pläne Litvinovs ein neues Kesseltreiben gegen die UdSSR, hauptsächlich unter außenpolitischem Aspekt. Unerwartet stellte sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ an die Spitze dieses Kesseltreibens, die über ihren neuen Re-

⁴ Vgl. Dok. 456, Anm. 6.

⁵ Die diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Bulgarien wurden am 23. 7. 1934 aufgenommen (vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 265, S. 494), diejenigen zwischen der UdSSR und Jugoslawien am 24. 6. 1940 (vgl. DVP, Bd. XXIII/1, Dok. 221, S. 369–370).

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² In der Zeit von der zweiten Maihälfte bis Anfang Juni traf sich Litvinov wiederholt mit Barthou in Menton und in Genf. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 168, 186, 189, 192.

dakteur Silex, der als Korrespondent der DAZ viele Jahre in London lebte, auf engste mit dem Propagandaministerium und jenen deutschen Kreisen verbunden ist, die auf eine Unterstützung durch England bauen. Silex hat in recht ausführlicher Weise den deutschen Standpunkt hinsichtlich der Vorgänge in Genf dargelegt: die Politik Litvinovs und Barthous sei eine Politik der Militärbündnisse, die Politik Hitlers dagegen die der Gleichberechtigung und des Friedens in Europa³. Ebenso wurde die DAZ wie auch die anderen deutschen Presseorgane nicht müde, Frankreich des Verrats an der europäischen Zivilisation zugunsten der Bolschewiki, der Mésalliance der Franzosen mit den Bolschewiki hartnäckig zu bezichtigen, das Trojanische Pferd Litvinov zu beschwören usw. Auch Ausfälle gegen Gen. Litvinov blieben nicht aus. So schrieb beispielsweise Scheffer, dass Gen. Litvinov mit einem Koffer mit doppeltem Boden durch Europa reise⁴. Mit besonderer Genugtuung registrierte die deutsche Presse die kühle Aufnahme des Auftretens der UdSSR im Völkerbund durch einige Staaten, insbesondere durch England, Polen und die Schweiz. Die deutsche Presse bauschte die möglichen Schwierigkeiten, die es beim Eintritt der UdSSR im Völkerbund eventuell geben könnte, bewusst auf. Zudem haben die Deutschen, wie mir meine Gesprächspartner mitteilten, auf einige Staaten dahingehend Einfluss zu nehmen versucht, um der UdSSR beim Eintritt in den Völkerbund Steine in den Weg zu legen. Die Deutschen befürchten sehr, dass die UdSSR früher dem Völkerbund beitrifft, als Deutschland nach Genf zurückkehrt und Deutschlands Wiedereintritt in den Völkerbund dann mit einem großen moralischen Verlust einhergehen könnte. Es ist ganz offensichtlich, dass die Deutschen während der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz in Genf alle Vermittlungshebel (gegenüber den Engländern, Amerikanern usw.) in Gang gesetzt haben, um die Annahme irgendeiner Formulierung durchzusetzen, die Deutschlands Rückkehr nach Genf erleichtern würde. In dieser Hinsicht ist die Erklärung des amerikanischen Botschafters Dodd bezeichnend, die Sie in meiner heutigen Tagebucheintragung finden. Danach habe Neurath im Gespräch mit ihm am 31. Mai gesagt: Wenn Frankreich irgendein Zugeständnis machen würde, wenn auch nur ein rein formales, so würde Deutschland nach Genf zurückkehren.

Die deutsche Presse nahm den Genfer Kompromiss mit offenkundiger Besorgnis auf, weil die Deutschen am meisten eine Erneuerung der englisch-amerikanischen-französischen Einheitsfront in der Abrüstungsfrage befürchten, die es in der jüngsten Vergangenheit gegeben hat. Zugleich können die Deutschen aus innerpolitischen Erwägungen nur dann nach Genf zurückkehren, wenn sie zuvor wenigstens eine formale Befriedigung ihrer Forderungen nach Gleichberechtigung erhalten haben. Einzig die DAZ schrieb von einem Erfolg Deutschlands in Genf, obgleich auf der Konferenz keine deutschen Vertreter anwesend waren.

Das erwähnte Kesseltreiben gegen die UdSSR wird auf einen Wink von oben auch nach Beendigung der Genfer Tagung fortgesetzt werden. So wurde die belanglose Mitteilung über eine Anfrage eines konservativen Parlamentsabgeordneten, die sich auf eine kommunistische Propaganda in der Armee bezog, von allen deutschen Zeitungen in großen Balkenüberschriften als „Die Zersetzungsarbeit

³ Vgl. z. B. „Unsere Meinung“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 1934, Morgenausgabe, S. 1.

⁴ Vgl. Sch[effer]: „Litwinows Fahrten“. In: Berliner Tageblatt vom 22. Mai 1934, Abendausgabe, S. 1–2, hier S. 2.

Moskaus“ wiedergegeben. Tag für Tag erscheinen Berichte über sowjetische Rüstungen sowohl generell als auch insbesondere im Fernen Osten; nicht Japan, so der Tenor, sondern die UdSSR entwickle sich immer mehr zu einem Angreifer im Fernen Osten. Es tauchen Berichte über einen neuerlichen Hunger in der UdSSR und über die Vernichtung der Ernte auf. Es erscheinen verschiedene dubiose antikommunistische Publikationen des Propagandaministeriums und von antisowjetischen Organisationen, als Beispiel füge ich das Bulletin „Antikomintern“⁵ dieser Aufzeichnung bei⁶.

Der Inhalt der Unterredung des Gen. Litvinov mit Neurath⁷ wurde bereits über Nacht bekannt, und zwar durch einen Nachdruck aus der „Times“ und in letzter Zeit aus der italienischen Presse. Es versteht sich von selbst, dass die deutsche Presse die Ablehnung des Ostpaktes durch Neurath als eine absolut folgerichtige Ablehnung der Politik der Militärbündnisse durch Deutschland bewertet. Sie stellt den französischen und sowjetischen Projekten sowie ihren Bündnis- und Koalitionsplänen das Treffen Hitlers mit Mussolini in Genf⁸ als Ausdruck der neuen Politik in Europa gegenüber, die aus ihrer Sicht vorbildhaft für eine Politik in Europa steht, die nicht auf die Abschlüsse von Militärbündnissen setzt und auch nicht gegen dritte Staaten gerichtet ist. Hinter diesen starken Worten, wonach sich das Treffen Hitlers und Mussolinis angeblich nicht gegen dritte Staaten richte und nicht zu einer Blockbildung führe, verbirgt sich das Eingeständnis der Ergebnislosigkeit dieses Treffens. Es ist vollkommen klar, dass dieses Treffen angesichts einer ganzen Reihe von Gegensätzen, vor allem in der österreichischen Frage, nicht zu einer engen Annäherung zwischen Italien und Deutschland geführt hat. Wieder und wieder ist man gezwungen, dieses Treffen als eine außenpolitische Demonstration zu feiern, welches sowohl für Mussolini als auch für Hitler, die in Genf isoliert blieben, von Vorteil gewesen sei. Von Interesse ist der Bericht des „Berliner Tageblatt“ vom 17. 6. aus Rom, demzufolge bei dem Treffen in Venedig auch die Beziehungen zur UdSSR erörtert worden seien⁹. So weit man diesem Bericht entnehmen kann, soll Mussolini versucht haben, Hitler verständlich zu machen, dass es ohne eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen schwer sei, der französischen Hegemonie in Europa und der französischen Blockpolitik zu widerstehen, selbst dann nicht, wenn England die antifranzösischen und insbesondere antisowjetischen Manöver Deutschlands und Italiens unterstützen sollte. Der Korrespondent zieht daraus den Schluss, dass Neuraths Ablehnung des von den Franzosen unterbreiteten und von Litvinov unterstützten Ostpaktes nicht bedeutet, dass Deutschland auf eine Aussöhnung mit der UdSSR verzichte. Wenn Mussolini den Versuch unternommen haben sollte, Hitler in der russischen Frage „zur Vernunft zu bringen“, so hätte er in dieser Hinsicht wohl kaum mit einem großen Erfolg rechnen können. Denn Hitler und seine Ministerien haben gerade in letzter Zeit gezeigt, dass gegenüber der UdSSR die alte Linie beibehalten wird. Die Entlas-

⁵ Antikomintern. Halbmonatsschrift, hrsg. vom Gesamtverband Deutscher antikommunistischer Vereinigungen, erschien seit Mai [?] 1934.

⁶ Fehlt im Vorgang.

⁷ Am 13. 6. 1934 Vgl. Dok. 458.

⁸ So im Dokument; richtig: Venedig, wo sich Hitler vom 13. bis 15. 6. 1934 aufhielt. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 5, S. 10–12; Dok. 10, S. 17–18.

⁹ In dem Bericht geht es um die Darlegung des im „Giornale d'Italia“ veröffentlichten Materials. Vgl. „Die Bilanz von Stra“. In: Berliner Tageblatt vom 17. Juni 1934, S. 1–2, hier S. 2.

sung Nadolnys und ihre Umstände sind in diesem Sinne äußerst symptomatisch. Die Orientierung auf Polen und die damit verbundene beschleunigte Annäherung bleiben weiterhin in Kraft. Ebenso bleibt die Orientierung auf die englischen Konservativen, die bei der Zusammenfassung der antisowjetischen Kräfte in Europa führend sind, im Prinzip unverändert bestehen. Silex wiederholt im heutigen Artikel in der DAZ erneut, dass Deutschland weder einen Baltischen Pakt noch ein Ost-Locarno brauche und die Beziehungen zur UdSSR durch den Berliner Vertrag völlig geregelt seien¹⁰. Die neuerliche Wiederholung dieser Erklärung, die wir in letzter Zeit mehrfach von deutschen Diplomaten und Politikern zu hören bekommen, bedeutet, dass Hitler generell keinen neuen politischen Vertrag mit der UdSSR will, und auch keine politische Geste, die auf eine Annäherung zwischen Deutschland und der UdSSR hinweisen könnte.

Die zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten, über die ich in meinem heutigen Tagebuch geschrieben habe, und die Vorbereitung eines regelrechten Komplotts gegen die Regierung Hitler durch den altkonservativen Flügel des deutschen Faschismus (Reichswehr, Stahlhelm, die monarchistisch gesinnten Hugenberg-Kreise) werden die deutsche Regierung auf außenpolitischem Gebiet zweifellos zu neuen krampfhaften Schwankungen und zur Anwendung von rein abenteuerlichen Methoden drängen. Es war vorgesehen, diese Attentatsserie in Österreich als eine Art Karte auszuspielen, die Hitler Mussolini gegen das Versprechen verkaufen könnte, die innere Ruhe in Österreich wiederherzustellen, sofern Mussolini zu Zugeständnissen in anderen Fragen bereit wäre. Auch das Kesselreiben gegen die UdSSR trug in letzter Zeit einen provokanten Charakter und die sowjetisch-deutschen Gegensätze rückten, insbesondere bei der DAZ, an die erste Stelle. Begleitet wurde dies mit unablässigen Aufrufen an England, Hilfe gegen den sich verstärkenden Einfluss der Sowjets in Europa zu leisten. Litvinov wird als Anstifter von Militärbündnissen und beinahe als Kriegstreiber dargestellt, der immer wieder mit dem Friedensstifter Hitler frontal zusammenstoße. Der Ton der Presse gegenüber Frankreich ist die ganze Zeit über ebenfalls in einem erheblichen Maße von provokanter Natur. Die Angriffsziele wechseln ständig. Vor einiger Zeit war die Saarpolitik die Zielscheibe, jetzt sind es die französische Aufrüstung und die von Barthou betriebene Politik der Militärbündnisse. Dagegen hat Polen unverändert eine gute Presse. Sie wissen bereits, welches Brimborium die deutschen Zeitungen um die Reise von Goebbels nach Warschau machen¹¹.

Die Deutschen setzen große Hoffnungen auf die Nichtanerkennung der UdSSR durch Jugoslawien und auf einen Übertritt Jugoslawiens aus dem französischen Verbündetenlager auf die Seite Deutschlands.

B. Vinogradov

P.S.: Von Klein, dem ehemaligen Redakteur der DAZ habe ich erfahren, dass Hitler unter dem Eindruck der außenpolitischen Misserfolge und des festlichen Empfangs in Venedig bereit gewesen sei, Mussolini eine Reihe von unnötigen Zugeständnissen zu machen, und es Neurath und Hassell große Mühe gekostet habe, den Führer davon abzuhalten, in Großzügigkeit zu verfallen.

¹⁰ Vgl. „Gegen die Auskreisung“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 1934, Abendausgabe, S. 1.

¹¹ Goebbels weilte vom 13. bis 15. 6. 1934 zu einem offiziellen Besuch in Polen.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2355 vom 22. 6. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 5 an Gen. Krestinskij, 2 [Expl.] zu den Akten. 18. 6. 34

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 41–43. Original.

Nr. 463

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Geheim

UdSSR-NKID
2. Westabteilung
Nr. 18105¹

19.² Juni 1934

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND
Gen. BESSONOV

Sehr geehrter Sergej Alekseevič,

1. Gen. Rozenbljum übersandte mir einen Auszug aus ***Deinem***³ an ihn gerichteten Schreiben, in dem es um die Königsberger Messe geht, weil Fragen dieser Art in die Zuständigkeit der Politischen Abteilung fallen. In einer Vorbesprechung habe ich mit N. N.⁴ dieses Thema erörtert. Wir gelangten zu der Schlussfolgerung, dass wir die Teilnahme an der Königsberger Messe nicht in Analogie zur Leipziger Messe⁵ entscheiden sollten. Unsere Entscheidung, an der Königsberger Messe nicht teilzunehmen, werde als eine politische Demonstration aufgefasst werden. Deshalb meinen wir, unter der Bedingung keine Demonstration vorzunehmen, dass die Handelsvertretung und das Volkskommissariat für Außenhandel keine objektiven Gründe gegen eine Messebeteiligung⁶ vorzubringen haben⁷.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Krestinskij.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Chinčuk und Vejcer unterbreiteten den Vorschlag, nicht an der Königsberger Messe teilzunehmen, wobei sie sich dabei auf die Information des Generalkonsuls in Königsberg I. G. Gusev stützten, dass „die Vorbereitung der Messe im antisowjetischen Geist vorgenommen wird und die Hauptstände dem 20jährigen Jubiläum des Weltkrieges und der Rassenfrage gewidmet sein werden“. Vgl. Schreiben von Bessonov an Štern vom 13. 7. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 238R. Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste am 15. 7. 1934 den Beschluss, die Teilnahme der UdSSR an den Ausstellungen in Bari (Italien), Marseille (Frankreich) und Königsberg (Deutschland) als „nicht notwendig anzusehen“. In: RGASPI, f. 17, op. 3, d. 948, l. 2 (Protokoll Nr. 10, Pkt. 6).

⁷ Anfang August informierte die Bevollmächtigte Vertretung in Deutschland die Veranstalter der Königsberger Messe darüber, dass die UdSSR nicht an der Messe teilnehmen werde. Vgl. Telegramm Meyers an die Deutsche Botschaft in Moskau vom 4. 8. 1934. In: PA AA, Moskau II 288, Bl. 26. Zur Begründung dieser Entscheidung der sowjetischen Führung vgl. Dok. 490.

2. Die Veröffentlichung des Falls Paul Schmidt in der Presse⁸ und die Aussprache **mit**⁹ Hey zu diesem Thema, die diesbezügliche Aufzeichnung habe ich noch nicht erhalten, veranlassen uns anzunehmen, dass sich die Deutschen gegenwärtig unserer Haftsachen ernsthaft annehmen. Auf dieser Ebene unternehmen wir alles, was in unseren Kräften steht, doch die Deutschen besitzen eine bedeutende Anzahl von für uns unangenehmen Fällen. Du hast richtig gehandelt, dass Du Hey eine Liste unserer Forderungen bezüglich der Haftsachen geschickt hast, doch darf man sich selbstverständlich keinerlei Illusionen hingeben, da es sich nicht um adäquate Dinge handelt. Gen. Levin wird Dir ausführlicher über die Ausweisung von Asche und über die Notwendigkeit schreiben, in diesem Zusammenhang den Fall Kogan einzustellen, insbesondere im Hinblick auf die für ihn hinterlegte Kautions. Gegenüber Twardowski habe ich betont, dass die Ausweisung von Asche kein Äquivalent für die Niederschlagung des Kogan-Falles darstellt, weil es sich im Fall von Asche um ein recht schweres Verbrechen handelte. Dennoch unterstrich Twardowski im Gespräch mit mir, dass der Fall Kogan niedergeschlagen werden wird¹⁰.

3. Die Auslandspresse schreibt bereits über Nadolnys Rücktritt und erklärt ihn letztlich mit seinem Unwillen, die nationalsozialistische Außenpolitik umzusetzen. Uns liegen Informationen vor, dass Nadolny tatsächlich ein erregtes Gespräch mit Hitler hatte. Höchst unangenehm dabei ist, dass erst jetzt deutlich wurde, dass Nadolny Hitler nicht nur nicht nahestand, sondern in dessen Augen auch eine ungünstige Reputation besaß. Wie sich herausstellte, war dies in Berlin mehr oder weniger bekannt. Trotzdem haben wir aus Berlin keinerlei Informationen erhalten, die ein korrektes Bild von dem Verhältnis zwischen Nadolny und der nationalsozialistischen Führung vermittelt hätten. Die Information des Gen. Vinogradov vom 9. Juni über den bevorstehenden Rücktritt Nadolnys ändert in dieser Hinsicht nichts an der Sachlage.

4. Es wäre sehr nützlich, wenn es gelingen könnte, in Berlin über Zeitungsberichte hinausgehende Informationen bezüglich der Ergebnisse des Treffens Mussolinis mit Hitler¹¹ zu bekommen. Ich nehme an, dass Hitler in der österreichischen Frage Mussolini gegenüber irgendwelche Zusicherungen gegeben hat.

5. Zur Angelegenheit Šverc kann ich nichts Konkretes sagen. Ich habe mit den dafür zuständigen Genossen gesprochen, von diesen jedoch die Antwort bekommen, dass diese Frage nicht auf zwischenbehördlichem Wege entschieden werden könne, sondern einer besonderen Entscheidung bedürfe.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Expl.] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 159–158. Kopie.

⁸ Vgl. „Ein Deutscher seit November 1933 in russischer Haft“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 9. Juni 1934, Abendausgabe, S. 2.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Vgl. Dok. 459.

¹¹ Vgl. Dok. 458, Anm. 1.

Nr. 464

**Brief des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den
Botschafter in Tokio von Dirksen**

Moskau, den 19. Juni 1934

Hochverehrter, lieber Herr von Dirksen!

Ich habe mehrere Monate nichts von mir hören lassen und infolgedessen ein gehörig schlechtes Gewissen. Aber zunächst war ich zwei Monate auf Urlaub und dann traten Ereignisse ein, deren Entwicklung ich erst abwarten musste, ehe ich darüber schreiben konnte. Mein Urlaub, den ich mit meiner Familie im Auto in Italien verlebte, war herrlich. Wir haben das schöne Land bei herrlichstem Frühlingswetter kreuz und quer durchstreift, tiefe und bleibende Eindrücke gesammelt und die etwas abgenutzten Nerven wieder aufgefrischt – eine Vorsichtsmaßnahme, die sich jetzt bestens bewährt. Leider traf ich Ihren Herrn Schwager und Ihre Frau Schwester in Rom nicht an. Mit Herrn von Hassell hatte ich eine ausführliche Unterredung, so dass auch er jetzt eingehend über unsere russischen Nöte informiert ist.

Am 11. Mai traf ich in Moskau ein, am 12. fuhren Herr Nadolny und Herr Hilger nach Berlin, Hilger auf Urlaub, Herr Nadolny zu grundsätzlichen Besprechungen über unsere Russlandpolitik¹. Die Rückkehr des Herrn Botschafters nach Moskau zog sich etwa vier Wochen lang hin. Als er zurückkehrte, teilte er mir mit, dass er sein Amt zur Verfügung gestellt habe und in einigen Tagen Moskau wieder verlassen werde. Aus seinen Erzählungen und aus Instruktionen durch Herrn Meyer habe ich entnommen, dass persönliche Differenzen Herrn Nadolny schließlich veranlassten, seine Demission zu nehmen². Er fuhr von Moskau, ohne sich zu verabschieden, in Urlaub, und am Tage nach seiner Abreise hatte ich die angenehme Aufgabe, Herrn Krestinski um das Agrément für den Grafen Schulenburg als Botschafter in Moskau zu bitten³. Natürlich werden trotz aller gegenteiligen Versicherungen von mir sowohl von den Russen wie vom diplomatischen Korps die Ursachen des Rücktritts in politischen Differenzen gesehen. Meine Situation wurde dem diplomatischen Korps gegenüber noch dadurch erschwert, dass Krestinski und Stomonjakow bei einem Diner für die Missionschefs ganz offen über den Rücktritt des Herrn Nadolny sprachen, obgleich die russische Regierung bis zum heutigen Tage das Agrément für Herrn von Schulenburg nicht erteilt hat⁴. Auch dies ist ein charakteristisches Zeichen für die Stimmung, die gegenwärtig hier Deutschland gegenüber herrscht.

Ich kenne den Grafen Schulenburg persönlich flüchtig vom Jahre 1923 her, wo er mehrere Tage in Moskau weilte, bevor er nach Teheran⁵ ging. Für mich persönlich hat der Botschafterwechsel insofern wieder einen bitteren Beigeschmack,

¹ Vgl. Dok. 445.² Vgl. Dok. 451.³ Vgl. Dok. 457.⁴ Am 19. 6. 1934 wurde von Twardowski davon in Kenntnis gesetzt, dass die sowjetische Regierung die Frage positiv entschieden habe, das Agrément für Graf von der Schulenburg zu erteilen. Vgl. das Schreiben Krestinskis an Bessonov vom 19. 6. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 153.⁵ Graf von der Schulenburg war von 1923 bis 1931 Gesandter Deutschlands in Persien gewesen.

*als meine Chancen, aus Moskau wegzukommen, vorläufig wieder annulliert*⁶ sind. Dies tut mir besonders aus dem Grunde leid, als durch die Abberufung von Herrn Martius⁷ *Riga*⁸ gerade wieder frei wurde. Wir haben alle den Entschluss des Herrn Nadolny außerordentlich bedauert, da er trotz des etwas merkwürdigen Rufes, der ihm vorausging, sich als ein sehr *angenehmer und verständnisvoller*⁹ Chef erwies und sowohl im Außenkommissariat wie im diplomatischen Corps durch seine Persönlichkeit in überraschend kurzer Zeit großes Ansehen sich erworben hatte.

Das große politische Ereignis hier ist das Angebot eines *Ostpaktes durch Litwinow*¹⁰. François-Poncet hat zwei Tage vor der Durchreise Litwinows durch Berlin dem Herrn Außenminister Mitteilung davon gemacht, dass von interessierter Seite uns ein Angebot auf Abschluss des Ostpaktes gemacht werden würde¹¹, für den sich Herr Barthou¹² interessiere. Der Pakt soll umfassen einen Konsultativpakt, einen Nichtangriffspakt und einen Pakt für assistance mutuelle und Garantie des Besitzstandes. Er soll abgeschlossen werden zwischen den baltischen Staaten, Polen, Tschechoslowakei, Deutschland und der Sowjetunion. Als Garant zu fungieren ist Frankreich bereit, falls die Sowjetunion als Garant zum Locarno-Vertrag hinzutritt.

Anscheinend soll oberste Instanz dieses Ost-Locarnopaktes der Völkerbund sein. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund¹³ ist also Bedingung für das Zustandekommen des Paktes.

Ihnen brauche ich wohl kein Wort über die Bedeutung dieses Paktes und den Geist, aus dem er geboren wurde, zu sagen. Das Angebot dieses Paktes schließt eine *Entwicklungsreihe ab, die ich seit langer Zeit kommen sah, ohne aber viel Verständnis für meine Warnungen zu finden*¹⁴. Dass die Russen auch dieses Angebot wieder unter der Flagge segeln lassen, sie wollten die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wiederherstellen, ist ein Zynismus, der schwer übertroffen werden kann. Jedenfalls haben wir damit zu rechnen, dass die Sowjetunion bis auf weiteres nicht nur 100%ig im französischen Fahrwasser segelt, *sondern auch mit voller Absicht beginnt, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen und Stellung zu nehmen*¹⁵, was sie bisher ängstlich vermieden hatten. Um ein Beispiel zu nennen: In Karikaturen und in Tendenzmeldungen über die Saarfrage zeigen sie deutlich, dass sie für alle unsere berechtigten Ansprüche auf die Saar keinerlei Verständnis haben.

Es wird Sie nicht weiter wundern, dass der *Ton der Sowjetpresse*¹⁶ gegen uns sich immer mehr *verschärft*¹⁷ hat und dass es keine Ereignisse in Deutschland gibt, die nicht ungünstig ausgelegt werden, die nicht mit schlimmster Ten-

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Martius wurde am 5. 7. 1934 zum Leiter des Sonderreferats Schifffahrt berufen und verließ Riga am 22. 9. 1934.

⁸ Das Wort ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen. Zu dem Angebot vgl. Dok. 458.

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 486, S. 861–862.

¹² Vgl. Dok. 462, Anm. 2.

¹³ Der Eintritt in den Völkerbund erfolgte am 18. 9. 1934.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Das Wort ist unterstrichen.

denz gemeldet werden. Auch im kleinen normalen Geschäftsverkehr mit dem Außenkommissariat ist wohl der Ton *höflich und korrekt*¹⁸, man ist zu uns besonders nett, aber sachlich wird nur sehr selten irgendetwas Positives erreicht.

Die *Verschlechterung der Beziehungen hat natürlich sehr unangenehme Rückwirkungen auf unsere Schützlinge, die deutschstämmigen Kolonisten*¹⁹ und die Kirche. Der ganze Moskauer Kirchenrat ist etwa seit zwei Monaten verhaftet, *Bischof Meyer*²⁰ ist vor Aufregung gestorben, sein Sohn, an dessen Verhaftung Sie sich vielleicht noch erinnern, *ist erschossen*²¹; im Zusammenhang mit der *,Brüder in Not“-Aktion*²² sind Hunderte und Hunderte von den *deutschen Bauern*²³ verschickt worden, immer neue Geistliche werden verhaftet, Probst *Birth soll in großer Gefahr*²⁴ schweben. Während meines Urlaubs hat man mein eigenes Dienstmädchen in Marxstadt²⁵ verhaftet und zur Zwangsarbeit am Wolga-Moskwa-Kanal verurteilt, ohne dass es mir möglich war, auch nur die geringste Nachricht durch die russischen Behörden zu bekommen. Der *kleine Ruderer Ihrer Frau Gemahlin ist verhaftet*²⁶, kurz und gut, alles was mit uns im Zusammenhang steht oder stand, wird als Nazi indiziert, verdächtigt und ist in höchstem Maße gefährdet.

Wie dies alles auf unsere Stimmung wirkt, werden Sie sich leicht ausmalen können. Interessieren wird es Sie auch, dass es in den höchsten *Sowjetkreisen einen großen Skandal gegeben hat, weil die Damen Bubnow²⁷, Jegorow²⁸ und anscheinend auch Litwinow²⁹ zuviel mit Ausländern*³⁰ im diplomatischen Korps geflirtet haben, resp. zu familiär mit ihnen verkehrten. Die Konsequenz ist, dass diesen Damen der Verkehr mit dem diplomatischen Korps striktest untersagt ist und wir dieselben nicht mehr sehen. Die Erlaubnis zum Verkehr mit dem diplomatischen Korps sollen zurzeit nur *Frau Krestinski³¹, Frau Stomonjakow³² und Frau Woroschilow*³³ haben.

Äußerlich schreitet die *Verbourgeoisierung*³⁴ der Sowjetunion, jedenfalls der größeren Städte, *ziemlich rasch vorwärts*³⁵. Das äußere Bild normalisiert sich in europäischem Sinne und die Oberschicht hebt sich immer deutlicher ab. Die Versorgungs- und Verpflegungslage in den großen Städten ist erheblich besser als im Vorjahre, auch auf dem flachen Lande soll es eigentlichen Hunger nur sehr wenig geben. Allerdings sind durch die kolossale Dürre die Ernteaussichten nicht

¹⁸ Der Text ist unterstrichen.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen.

²⁰ Der Name ist unterstrichen.

²¹ Der Text ist unterstrichen.

²² Der Text ist unterstrichen.

²³ Der Text ist unterstrichen.

²⁴ Der Text ist unterstrichen.

²⁵ Stadt im Gebiet von Saratov, von den eingewanderten Deutschen 1766 als Katharinenstadt gegründet, umbenannt in Jekateringrad (1915) und Marxstadt (1920–1942).

²⁶ Der Text ist unterstrichen.

²⁷ Ol'ga Nikolaevna Bubnova.

²⁸ Galina Antonovna Egorova.

²⁹ Ajvi Val'terovna Litvinova.

³⁰ Der Text ist unterstrichen.

³¹ Vera Moiseevna Krestinskaja.

³² Maria Osipovna Lebedeva.

³³ Ekaterina Davidovna Vorosilova. Die Namen sind unterstrichen.

³⁴ Das Wort ist unterstrichen.

³⁵ Der Text ist unterstrichen.

sehr günstig. Das aber muss man erst einmal abwarten. Die *Kriegsgefahr mit Japan^{*36} wird zwar nicht als unbedingt aktuell, wohl *aber doch als immanent weiter angesehen^{*37} und infolgedessen wird in einem Tempo gerüstet, dass man nur über den Zynismus staunen kann, mit dem die Russen unsere Forderungen auf einen gewissen Rüstungsausgleich als Kriegsgefahr bezeichnen.

Für Ihre gütigen Briefe vom Mai und April sage ich Ihnen meinen gehorsamsten Dank. Besonders gefreut hat es mich, dass Ihnen das Erinnerungsalbum an Moskau so wertvoll erscheint.

Ich darf Sie bitten, Ihrer verehrten Gattin und Fräulein Elka³⁸ meine und meiner Frau herzlichste Grüße zu übermitteln. Ich darf hoffen, dass es Ihnen allen gesundheitlich gut geht und dass Japan Ihnen nach wie vor gefällt. *Meine Frau und ich sind in Moskau allein^{*39}, da Gerda wegen ihres Fußes in Berlin bleiben musste und die Jungen als *Primaner nun heftig in Schondorf^{*40} arbeiten müssen. Zum Juli erwarten wir aber alle für die Ferien in Moskau.

Mit nochmaligen herzlichen Grüßen bin ich in alter Ergebenheit

Ihr stets gehorsamer

Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt handschriftliche, nicht entzifferte Notiz.

PA AA, NL Dirksen, Bd. I, Bl. M 014540–014545.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 79, S. 286–288.

Nr. 465

Telegramm des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Telegramm in Ziffern. (Geh. Chiffr. Verf.)

Berlin, den 22. Juni 1934

Geheim!

zu IV Ru 2961/34

Diplogerma

Moskau

Nr. 118

Auf Drahtbericht Nr. 150 vom 20. 6.¹

Die Ansicht Sterns, dass Außenkommissariat vor weiteren Schritten Mitteilung der zugesagten Prüfung Paktgedankens durch Reichsregierung abwarten

³⁶ Der Text ist unterstrichen.

³⁷ Der Text ist unterstrichen.

³⁸ Elka Gräfin von Wedel.

³⁹ Der Text ist unterstrichen.

⁴⁰ Der Text ist unterstrichen. Schondorf ist eine Internatsschule am Ammersee in Bayern.

¹ In diesem Telegramm erbat von Twardowski Anweisung, ob er mit Litvinov um ein Gespräch und ob er um einen präzisierten Paktentwurf ersuchen soll. Vgl. PA AA, R 31611, Bl. H 100057–100058.

werde, ist nach dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit völlig abwegig. Reichsminister hat Litwinow erklärt, dass wir, wenn Sowjet-Regierung uns einen Entwurf vorlegen würde, diesen prüfen wollten². Bei diesem Stand der Dinge besteht kein Anlass, dass Sie Ihrerseits irgendeine Initiative ergreifen, um Litwinow gegenüber unseren Standpunkt nochmals darzulegen. Dagegen bitte ich Sie, wenn Sie auf die Angelegenheit angesprochen werden, im gleichen Sinne gemäß Postchiffre IV Ru 2758³ und Drahterl. Nr. 110 u. 111⁴ zu sprechen, wie Sie das bisher getan haben. Ich bitte dabei aber nicht ****extra****⁵ auf Präzisierung des russischen Vorschlages zu drängen, da wir, wie ich zu Ihrer vertraulichen Information bemerke, kein Interesse daran haben, dass ein formuliertes Projekt uns vorgelegt wird.

Meyer

Stempel: abgesandt 22. 6. 34; *Paraphen u. a. von* Neu[raths] 23/6, M[eyers] 23/6 und von T[ippelskirchs] 22/6. *Handschriftlicher Vermerk:* Po 3 Ru Ostpakt.

PA AA, R 31611, Bl. H 100059.

Nr. 466

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 340/s¹

23. Juni 1934

An das
NKID
Gen. M. M. LITVINOV

Betr.: Die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt.

Sehr geehrter Maksim Maksimovič!

In dieser Woche sah ich mich genötigt, Ihnen zwei widersprüchliche Telegramme bezüglich der Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt zu schicken. Wie sich nunmehr abzeichnet, geht diese Widersprüchlichkeit nicht auf Mängel unserer Informationen zurück, sondern spiegelt die Situation im Auswärtigen Amt wider.

Am 19. Juli² suchte mich Tippelskirch unter dem Vorwand auf, mir den Inhalt des Schreibens von Göring an die sowjetische Regierung mitzuteilen, in dem er den Dank für die Ehrerbietung, die die UdSSR den tödlich verunglückten Pilo-

² Vgl. Dok. 458.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 491, S. 866–868.

⁴ Vgl. Dok. 460, Anm. 5.

⁵ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; richtig: 19. Juni.

ten des deutschen Stratosphärenballons erwiesen hat, zum Ausdruck bringt³. Als während des Gesprächs die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt und die Antwort Neuraths auf Ihren Vorschlag⁴ zur Sprache kam, erklärte mir Tippelskirch völlig unerwartet, dass Sie die Antwort Neuraths nicht als endgültig betrachten sollten und Ihr Vorschlag, obgleich er ohne einen schriftlichen Entwurf unterbreitet worden sei, im Auswärtigen Amt ernsthaft geprüft werde, wobei er nach Auffassung des Auswärtigen Amtes zwei Dinge enthalte, die auf das unbedingte Interesse des Auswärtigen Amtes stoßen, und zwar *die Frage des Nichtangriffs und die der gegenseitigen Konsultationen*⁵. Dem Auswärtigen Amt erscheint dagegen die Frage über den gegenseitigen Beistand für Deutschland bereits im jetzigen Stadium als unannehmbar.

Da ich Tippelskirch als einen Beamten kenne, der es niemals wagt, mehr zu sagen als ihm aufgetragen wurde, fragte ich zwei Mal nach, ob er sicher sei, dass die Antwort Neuraths, die er Ihnen gegeben hat, nicht als endgültig betrachtet werden sollte. Darauf antwortete Tippelskirch bejahend⁶, worauf ich es für erforderlich erachtete, Ihnen dies telegrafisch mitzuteilen.

Am 21. Juni, zwei Tage nach diesem Treffen, traf Vinogradov bei einem Vortrag von Schacht Meyer und fragte ihn, ob es stimme, was Tippelskirch mir bezüglich der Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt erklärt hatte. Meyer, der mit Formulierungen, die keinen Zweifel aufkommen lassen, Tippelskirch völlig desavouierte, sagte, dass Tippelskirch nicht autorisiert gewesen sei, Derartiges zu äußern⁷. Die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt bleibe unverändert so, wie sie Neurath in der Unterredung mit Ihnen dargelegt hatte. Mir blieb nichts anderes übrig, als Ihnen auch diese Erklärung telegrafisch mitzuteilen.

Stellen Sie sich meine Verwunderung vor, als am 22. Juni der französische Geschäftsträger Arnal mir mitteilte, dass vor vier Tagen, d. h. am 18./19., Bülow ihn zu sich gebeten und ihm die Haltung des Auswärtigen Amtes zum Ostpakt ungefähr mit den gleichen Worten dargelegt habe, wie dies Tippelskirch mir gegenüber getan hatte. Bülow habe ihm erklärt, dass die Antwort, die Ihnen Neurath gegeben habe, nicht als endgültig betrachtet werden könne. Und dies allein schon deshalb, weil einerseits Sie Neurath *keinerlei Paktentwurf*⁸ überreicht und ihn lediglich in allgemeinen Zügen mündlich dargelegt hätten, und andererseits weil *Neurath offensichtlich noch keine Zeit gehabt hätte, Ihren Vorschlag*⁹ zu prüfen. Vor allem hätte er noch keine Möglichkeit gehabt, sich *mit Hitler*¹⁰ in dieser Frage zu beraten. Im Auswärtigen Amt stießen indes einige Passagen auf ein gewisses Interesse an solch einem Pakt, was in den zuständigen Instanzen geprüft werde. Arnal verstehe seinen Ruf zu Bülow¹¹ und dessen Erklärung als offizielle Antwort auf jene Sondierung, die seinerzeit der französische Botschafter Poncet¹²

³ Vgl. Dok. 441.

⁴ Vgl. Dok. 458.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 467.

⁷ Vgl. Dok. 467, Anm. 4.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Am 14. 6. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 1, S. 1–2.

¹² Am 7. 6. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 486, S. 861–862.

in dieser Frage vorgenommen hatte. Arnal beteuert, dass es im Auswärtigen Amt eine einflussreiche Gruppe gibt, zu der insbesondere Bülow und Köpke (Leiter der Westabteilung im AA) gehören, die nicht mit der Antwort Neuraths, die er Ihnen gab, einverstanden ist. Diese Gruppe erachtet es als erforderlich, dass Deutschland in der einen oder anderen Form an dem Ostpakt teilnehmen sollte, um zwischen den deutschen Positionen einerseits und den französischen, und zum Teil auch englischen Positionen andererseits gewissermaßen eine Brücke zu schlagen.

Arnal legte mir außerdem seinen persönlichen Standpunkt dar, der darin besteht, dass es seiner Meinung nach zurzeit vorteilhafter wäre, die Absage der Deutschen an den Ostpakt nicht dazu verwenden, um ihnen den Weg zu weiteren Verhandlungen zu versperren. Dagegen wäre es zurzeit im höchsten Maße wünschenswert, den Deutschen in der einen oder anderen *Form einen schriftlich fixierten Entwurf des Paktes^{*13} auszuhändigen. Diese letzte Erklärung Arnals deckt sich auch vollkommen mit der Haltung von François-Poncet, der unter allen Umständen darum bemüht ist, eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen durchzusetzen, wenn auch zu dem Preis, die kontrollierten Rüstungen Deutschlands anerkennen zu müssen.

Zu den Verhandlungen Ribbentrops mit Barthou und Doumergue lehnte Arnal jegliche Information unter dem Vorwand ab, dass er darüber nichts wisse. Zur Frage des Treffens in Venedig¹⁴ erklärte er dagegen, ihr Eindruck sei der, dass das Treffen in Venedig keinerlei konkrete Ergebnisse gebracht habe. Denn Mussolini solle insbesondere in der österreichischen Frage als Antwort auf den Vorschlags Hitlers, in Österreich Wahlen abzuhalten, um damit den Nationalsozialisten in der österreichischen Regierung eine gebührende Stellung zu verschaffen, geantwortet haben: Wie könne er dies Dollfuß empfehlen, wenn die deutschen Nationalsozialisten an ihrer Taktik festhalten, in Österreich unablässig Attentate zu organisieren. Arnal zweifelt nicht daran, dass das Treffen in Venedig im Großen und Ganzen von einem antifranzösischen und antisowjetischen Gedanken inspiriert war, insbesondere in dem Sinne, eine allgemeine negative Einstellung zum Ostpakt herbeizuführen.

Was die Reise von Goebbels nach Warschau¹⁵ betrifft, so herrsche, wie Arnal meint, in deutschen Kreisen eine starke Enttäuschung, denn es sei insbesondere die Frage nach einem Treffen Hitlers mit Piłsudski ungeklärt und offen geblieben, zu dessen Vorbereitung Goebbels eigentlich nach Warschau gereist sei.

Noch zwei Worte zum Treffen in Venedig.

Das Gespräch zwischen Hitler und Mussolini sei die ganze Zeit über unter vier Augen geführt worden. Mussolini beherrsche aber die deutsche Sprache sehr schlecht. Trotzdem habe Arnal bei Bülow ein umfangreiches Dossier Neuraths über das Treffen in Venedig gesehen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Vgl. Dok. 462, Anm. 8.

¹⁵ Vgl. Dok. 462, Anm. 11.

P. S.: Ich füge ein Exemplar der von mir angefertigten Übersetzung des vollständigen Textes der Rede Papens vom 17. VI. 34¹⁶ bei.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2416 vom 25. 06. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 4 Expl., das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an die 2. Westabteilung, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 44–45. Original.

Nr. 467

**Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin
Bessonov mit dem Legationsrat im AA von Tippielskirch**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 346/s¹

Berlin, 25. VI. 34

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Treffen mit Tippielskirch, 19.VI. Tippielskirch kam zu mir, um mich mit dem an die zuständigen sowjetischen Stellen gerichteten Schreibens Görings vertraut zu machen, in dem dieser in einem überschwänglichen Ton der sowjetischen Regierung für die Ehrbezeugung dankt, die sie den tödlich verunglückten deutschen Piloten erwiesen hat, und für die Aufmerksamkeit, die der aus diesem Anlass in die UdSSR gereisten Kommission entgegengebracht wurde. Als Tippielskirch diesen Brief vorlas, schmunzelte er die ganze Zeit über, als ob er zu verstehen geben wollte, dass die ganze Sache nicht einen Pfifferling wert und dieses Schreiben lediglich ein Akt der gebotenen Höflichkeit sei. Ich dankte ihm in einem ernsten Ton für die Mitteilung und machte ihn darauf aufmerksam, dass sich die Anteilnahme der sowjetischen Behörden am Schicksal des Stratosphärenballons und seiner Piloten ausschließlich damit erklären lasse, dass auch die Sowjetunion eine gewaltige Forschungsarbeit leiste und auf diesem Gebiet bereits nicht nur einmal große Opfer zu beklagen gehabt hätte, so dass die Behörden der Sowjetunion nur zu gut den schmerzlichen Verlust verstünden, den die deutsche Wissenschaft durch die tödlich verunglückten Ballonpiloten erlitten habe.

Danach wandte sich das Gespräch dem Ostpakt zu. Auf die Frage von Tippielskirch bezüglich unserer Haltung zur Unterredung Neuraths mit Litvinov²

¹⁶ Die Rede (AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 46–57), die von Papen in Marburg hielt, wird hier nicht abgedruckt. Zu dem Wortlaut der Rede vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 10, Dok. 2375a, S. 157–163.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 458.

sagte ich, dass die negative Antwort Neuraths, wie er sie bereits zum Baltischen Pakt erteilt habe, in weiten Kreisen der sowjetischen Bevölkerung zweifellos das Gefühl der Beunruhigung verstärken werde, was die wahren Absichten Deutschlands gegenüber dem Osten Europas betrifft. Zu meiner Verwunderung entgegnete T[ippelskirch] darauf, dass die Antwort Neuraths, die er Litvinov gegeben habe, keineswegs endgültig sei und die von Litvinov unterbreiteten Vorschläge im Auswärtigen Amt ernsthaft geprüft und erörtert würden, wobei einige Seiten seines Vorschlages durchaus auf Interesse der deutschen Seite stießen³. Dazu gehörten die Fragen des Nichtangriffs und der gegenseitigen Konsultationen. Dagegen sei für Deutschland die Fixierung von gegenseitigen Beistandsverpflichtungen im Pakt, über die man sich angeblich vorab verständigt hätte, grundsätzlich unannehmbar.

Ich machte Tippelskirch darauf aufmerksam, dass seine Mitteilung bei mir eine gewisse Verwunderung auslöse, weil nach den uns vorliegenden Informationen die Erklärung Neuraths gegenüber Litvinov endgültig sei und Neurath dies unmissverständlich verkündet habe. Auf meine wiederholte Frage, ob er sicher sei, dass die Antwort Neuraths gegenüber Litvinov tatsächlich nicht als endgültig zu betrachten sei, antwortete Tippelskirch jedesmal bejahend und sagte mir sogar, dass das Ministerium Twardowski in diesem Sinne Weisungen erteilt habe⁴.

Die Gelegenheit nutzend machte ich T. darauf aufmerksam, dass in Deutschland die Erziehung der Massen im antisowjetischen Geist neue Formen anzunehmen beginne. Dabei verwies ich auf die große Versammlung in Berlin-Schmargendorf, bei der der Korrespondent der „Pravda“ in Berlin, Gofman, zufällig anwesend gewesen sei. Der Referent, der Gauleiter der örtlichen Nationalsozialisten, habe von der UdSSR unverblümt als einem Todfeind gesprochen. Tippelskirch bemühte sich, dies mit der noch nicht abgeschlossenen revolutionären Periode zu erklären, worauf mir nichts anderes übrig blieb, als ihn darauf hinzuweisen, dass es

³ Am 8. 6. 1934 unterrichtete von Neurath in einem Telegramm die Botschaften in einigen europäischen Hauptstädten über die Haltung zum sowjetisch-französischen Ostpakt-Entwurf, in dem es u. a. hieß: „Die Russen und Franzosen können sich kaum darüber im Klaren sein, dass wir auf einen solchen Pakt nicht eingehen können. Sie spielen aber mit dem Gedanken, dass wir, wenn wir den Vorschlag ablehnen, damit das Odium für ein Scheitern der internationalen Bemühungen um eine Regelung der Rüstungsfragen auf uns ziehen. Um diese Absicht zu durchkreuzen, werden wir gut tun, den Vorschlag nicht a limine abzulehnen, sondern ihn dilatorisch zu behandeln, wobei wir neben unseren Bedenken auch gewisse positive Momente des Vorschlages erwähnen können und dafür sorgen müssen, dass möglichst zahlreiche Hemmungen auch von seiten anderer Staaten in die Erscheinung treten.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 491, S. 867.

⁴ In der Unterredung mit Stern am 20. 6. 1934 teilte von Twardowski mit, „er bleibe auf der Grundlage der aus Deutschland erhaltenen Materialien bei seinem Standpunkt, dass die Deutsche Regierung nicht der Auffassung sei, die Frage bezüglich eines Regionalpaktes sei bereits endgültig im negativen Sinne entschieden worden. In Berlin erwarte man von unserer Seite die Aushandigung des konkreten Vorschlagsentwurfs und betrachte die Unterredung von Gen. Litvinov mit Neurath lediglich als einen unverbindlichen Meinungsaustausch (Fühlungnahme).“ In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 72. Vinogradov, der Meyer am 21. 6. 1934 auf dem Presseempfang im Propagandaministerium traf, interessierte sich dafür, „ob die Erklärung Tippelskirchs hinsichtlich der Haltung Deutschlands zum Ostpakt irgendetwas Neues beinhalte. Meyer antwortete mit einem Ausdruck der Verwunderung, dass seit der Zeit des Gesprächs Litvinovs mit Neurath absolut nichts Neues eingetreten sei und Tippelskirch hätte Bessonov nur das sagen können, was Neurath seinerzeit bereits zu Litvinov gesagt hat. [...] Meyer desavouierte Tippelskirch gänzlich. Für mich ist klar, dass Tippelskirch keinen Auftrag hatte, in der Ostpakt-Frage mit uns ein neues Spiel anzuzetteln.“ In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 16.

im Juni 1934 schon deplaziert sei, sich darauf zu berufen, da Hitler bereits am 15. Juni 1933 die Revolution für abgeschlossen erklärt hätte⁵.

[...]⁶

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2464 vom 28. 6. 1934.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 10–15. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 208, S. 402–403⁷.

Nr. 468

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Geheim

Expl. Nr. 4

Nr. 4141/I

26. Juni 1934

AN DEN

GESCHÄFTSTRÄGER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

GEN. BESSONOV

Ich finde keinen wesentlichen Widerspruch zwischen den Erklärungen von Tippleskirch¹ und von Meyer², ebenso auch keinen in der Erklärung Hitlers gegenüber Mussolini³. Wir hatten bisher lediglich die knappe chiffrierte Übermittlung der Mitteilung in Händen, die Suvich über die Gespräche Hitlers mit Mussolini gegenüber Potemkin gemacht hat. Aus der chiffrierten Mitteilung ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob Hitler tatsächlich davon gesprochen hat, dass er einem allgemeinen Pakt den Vorzug vor einem Regionalpakt gibt oder umgekehrt. Klar ist nur, dass Hitler gesagt hat, er werde seine Haltung zu unserem Vorschlag nach seiner Rückkehr nach Berlin überdenken, was sich genau mit der Erklärung von Tippleskirch deckt.

Ich erinnere mich daran, dass Nadolny mir seinerzeit vorgeworfen hatte, ich würde seinen Vorschlag bezüglich der Unabhängigkeit des Baltikums sogleich in

⁵ Hitler erklärte in seiner Rede am 6. 7. 1933 vor den Reichsstatthaltern in Berlin die nationalsozialistische Revolution für abgeschlossen. Vgl. Völkischer Beobachter vom 8. Juli 1933, Berliner Ausgabe, S. 1.

⁶ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen von Unterredungen: mit dem Rat der Botschaft der USA White am 20. 6. (l. 10R–11R), mit von Tippleskirch und Meyer am 21. 6. (l. 11R), mit den Generälen Beck und Liese am 21. 6. (l. 11R–12), mit Reichsminister Darré und den Mitarbeitern seines Amtes Winter, Koller und anderen am 21. 6. (l. 12–14); mit dem Geschäftsträger Frankreichs in Deutschlands Arnal am 22. 6. (l. 14–15).

⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Aufzeichnung der Unterredung Bessonovs mit von Tippleskirch am 19. 6. 1934; vgl. Dok. 467.

² Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Vinogradovs mit Meyer am 21. 6. 1934. In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 16.

³ Vgl. das Schreiben Bessonovs an Litvinov vom 23. 6. 1934; vgl. Dok. 466.

die Form eines Protokolltextes kleiden, anstatt vorab über die Prinzipien des Abkommens zu sprechen⁴. Die Deutschen werfen uns jetzt anscheinend das Gegenteil vor, da wir ihnen nicht gleich den schriftlichen Text des Abkommens ausgehändigt haben. An einem solchen Text gibt es solange keinen Bedarf, solange keine Verständigung über die Grundprinzipien des Abkommens vorliegt. Ich habe Neurath mitgeteilt, dass es sich um einen Nichtangriffspakt handelt, bei dem die Paktteilnehmer im Falle einer Vertragsverletzung dem Staat zur Hilfe eilen, der einem Überfall ausgesetzt ist. Von Konsultationen habe ich nicht gesprochen. Neurath sagte mir sogar, dass Deutschland bilateralen Nichtangriffspakten den Vorzug gebe und es nicht bereit sei, weiterzugehen. Wenn die Deutschen nunmehr erklären, dass die Antwort Neuraths nicht als endgültig zu betrachten sei, so meinen sie unter Umständen die Möglichkeit eines Gegenvorschlages seitens Deutschlands hinsichtlich des Abschlusses von Nichtangriffspakten, von denen mir Neurath erzählte. Was dagegen den gegenseitigen Beistand betrifft, lehnt ihn Deutschland gegenwärtig selbstverständlich ab, und in dieser Hinsicht betrachte ich diesen Punkt in Neuraths Antwort als vorerst endgültig. Dies ist der Grund, weshalb ich meine, dass es keinerlei Widerspruch zwischen den oben genannten Erklärungen gibt. Diejenigen, die von der Endgültigkeit der Antwort sprechen, meinen damit den gegenseitigen Beistand, diejenigen aber, die weitere Verhandlungen für möglich halten, denken dabei an Nichtangriffspakte. Es versteht sich von selbst, dass der Kern unseres Vorschlages aber gerade in dem Punkt der gegenseitigen Hilfeleistung besteht, nicht aber dem des Nichtangriffs und auch nicht der gegenseitigen Konsultationen. Der Hinweis Bülow's, dass Neurath angeblich keine Zeit und Gelegenheit hatte, meinen Vorschlag zu überdenken und sich mit Hitler zu beraten, ist offenkundig nicht stichhaltig, weil Neurath bereits vor meinem Besuch von dem Wesen des Vorschlages von François-Poncet unterrichtet worden war. Für mich gibt es keinen Grund daran zu zweifeln, dass das Problem zwischen Neurath und Hitler noch vor meinem Besuch sorgfältig erörtert worden ist.

Wir beabsichtigen nicht, in Berlin irgendwelche weiteren Schritte zu unternehmen, und überlassen es Frankreich, das auf London und Warschau Druck ausüben muss, die weiteren Verhandlungen zu führen.

LITVINOV

Vermerk [M. M. Litvinovs]: an Gen. Štern.

Vermerk von D. G. Štern: an Gen. Linde, an Gen. Lev[in]. 27. VI. 34.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1118 vom 27. 6. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 13 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Bessonov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Paris, das 6. nach London, das 7. nach Rom, das 8. nach Warschau, das 9. nach Reval, das 10. nach Riga, das 11. nach Kowno, das 12. nach Prag, das 13. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 157–156. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 217, S. 409–410⁵.

⁴ Darüber ging es auch in der Unterredung von Twardowskis mit Štern am 15. 5. 1934; vgl. Dok. 434.

⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 469
Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers
in Berlin Bessonov

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 351/s¹

Berlin, 28. VI. 34

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

Treffen mit Meyer, 26. VI.

Meyer beteuert, dass es bezüglich der Haltung Deutschlands zum Ostpakt keinerlei Unstimmigkeiten zwischen seiner Erklärung gegenüber Vinogradov und der Erklärung Tippelskirchs mir gegenüber gebe. Neurath habe in der Unterredung mit Litvinov unterstrichen, dass für Deutschland die Ideen eines Nichtangriffs und gegenseitiger Konsultationen durchaus annehmbar seien, doch es bestehe angesichts der Existenz des unlängst von beiden Seiten ratifizierten Berliner Protokolls² kein Bedarf an einem neuen Pakt mit der UdSSR. Wenn in Äußerungen einzelner Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zu dieser Frage ein Unterschied empfunden werde, so sei er eher darauf zurückzuführen, dass ein Mitarbeiter eine Seite, ein anderer Mitarbeiter eine andere Seite der Unterredung Neuraths mit Litvinov hervorgehoben habe. Was den Pakt selbst betrifft, so führt Meyer als Hauptargument gegen eine Teilnahme Deutschlands den Umstand an, dass die UdSSR und Deutschland keine gemeinsamen Grenzen haben. Zudem könne die große Anzahl von Paktteilnehmern dazu führen, dass Deutschland auf der Grundlage des Punktes über gegenseitige Hilfeleistung in Streitigkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Polen, zwischen Litauen und Polen, Finnland und der UdSSR, die es überhaupt nicht interessierten, hineingezogen werden könnte. Nach Auffassung Meyers steht Ost-Locarno in keinerlei Analogie zu West-Locarno, weil in West-Locarno nur die deutschen Westgrenzen garantiert werden, keineswegs aber die Grenzen aller Staaten, die West-Locarno unterzeichneten. Was unser Argument betrifft, dass ein Paktabschluss das Sicherheitsgefühl in Osteuropa kolossal stärken würde, so weist Meyer dieses Argument mit dem Hinweis zurück, dass kein einziger baltischer Staat, soweit er dies aus den Gesprächen mit den baltischen Gesandten entnehmen konnte, einen Bedarf an einer Erhöhung der Sicherheit habe, da sie durch nichts bedroht sei. Dabei verwies er insbesondere auf Estland. Er lasse gelten, dass das Gefühl einer Bedrohung in gewisser Weise bei Litauen zutreffe. Er erklärte jedoch, dass auch die Beziehungen Deutschlands zu Litauen bereits morgen normalisiert sein könnten, wenn sich Litauen in Memel etwas anständiger aufführen würde. Die litauischen Drangsalierungen in Memel seien indessen nicht entschuldbar. Die Litauer entließen beispielsweise deutsche Schullehrer allein deshalb, weil in ihren Klassen Bilder von Friedrich dem Großen hingen oder sich Glo-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 85.

ben mit den alten deutschen Grenzen befänden. Ferner verhafteten die Litauer wahllos unschuldige Deutsche allein deshalb, weil im Wald in der Nähe Memels beispielsweise Schützengräben entdeckt worden seien, die von Kindern, die Krieg spielten, ausgehoben worden waren. Die Litauer hätten trotz aller Anfragen bis jetzt keine einzige ernsthafte Tatsache anführen können, die gegen die Deutschen in Memel sprechen würde. Somit wäre selbst im Hinblick auf Litauen unter normalen Bedingungen ein Paktabschluss ein absolut unnötiges Unterfangen, von den anderen Staaten ganz zu schweigen.

Zum Treffen Hitlers mit Mussolini erklärte Meyer: 1) dass zwischen der Reise von Goebbels nach Warschau und dem Flug Hitlers nach Venedig absolut kein Zusammenhang bestehe; 2) dass das Gespräch Hitlers mit Mussolini ausschließlich den Charakter eines Meinungsaustauschs über beide Länder interessierende Fragen getragen habe, wobei vorab bekannt gewesen sei, dass es keinerlei schriftliche Dokumente geben würde.

Es seien folgende Fragen erörtert worden: 1) Zu den Rüstungen Deutschlands. Mussolini habe nochmals den Standpunkt bekräftigt, der in dem bekannten italienischen Memorandum vom Januar 34 dargelegt worden sei³. Das Treffen habe laut Meyer in dieser Hinsicht nichts Neues gebracht. 2) Zu Ost-Locarno. Beide Seiten seien zur Schlussfolgerung gelangt, dass die Unterzeichnung eines Ost-Locarno bedeuten würde, die Blockpolitik der Vorkriegszeit wiedererstehen zu lassen, und dies zu einer Zeit, da beide Seiten an Abkommen gesamteuropäischen Typs interessiert seien. 3) Zu Österreich. Meyer bemühte sich, diese Frage ganz und gar zu umgehen. Er erklärte, dass zu diesem Punkt nichts gesagt werden könne und die allernächste Zeit zeigen werde, wie sich die Dinge entwickeln, insbesondere unter dem Aspekt, ob es in Österreich Wahlen geben werde oder nicht, wodurch eine Regierung gebildet werden könnte, die besser als die jetzige den Interessen der österreichischen Bevölkerung entsprechen würde. 4) Zum allgemeinen Meinungsaustausch zu Fragen der deutsch-italienischen Beziehungen. Meyer konnte zu dieser Frage nichts Konkretes sagen. Auf meinen Einwand, dass sich die Informationen Meyers nicht unbedingt durch Faktenreichtum und Ausführlichkeit auszeichneten, hob Meyer die Schulter und sagte, dass das Treffen den Charakter eines vertraulichen Gesprächs zwischen den beiden Staatsmännern getragen habe, um die Grundlagen für den weiteren Kontakt zu schaffen.

Was die Reise von Goebbels nach Warschau betreffe, so habe sie angeblich ausschließlich zum Ziel gehabt, die Kulturbeziehungen zu Polen herzustellen. Sie habe überhaupt nichts mit den in der Presse verbreiteten Informationen zu tun, wonach Goebbels angeblich eine Begegnung Piłudskis mit Hitler vorbereiten sollte.

Auf die Frage nach Nadolny bemerkte Meyer gereizt, dass die in der französischen und englischen Presse veröffentlichten Berichte über angeblich politische Motive für den Rücktritt Nadolnys jeglicher Grundlage entbehren und der Rücktritt Nadolnys ausschließlich auf seine persönlichen Meinungsverschiedenheiten mit Hitler zurückzuführen sei. Auf meine Bemerkung, was denn diese

³ Die Grundgedanken des Memorandums hat Mussoini in einem Telegramm an die Botschafter und Gesandten einige Länder dargelegt; vgl. I Documenti Diplomatici Italiani, 7. Serie (1922–1935), Bd. XIV, Roma 1989, Dok. 651, S. 730–731.

persönlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Nadolny und Hitler gewesen sein könnten, wenn sie einen Bezug zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen hätten, sagte Meyer, dass er leider nichts mehr dem hinzufügen könne, was nicht schon in der Presse gesagt worden sei, und zwar, dass der Rücktritt Nadolnys keinerlei Veränderung in der Politik gegenüber der UdSSR bedeute und bedeuten könne.

Bei der Frage der sowjetisch-deutschen Beziehungen griff Meyer noch einmal sein Lieblingsthema auf, wonach nicht allein Deutschland, sondern in einem nicht geringeren Maße auch die UdSSR schuld an der Abkühlung der Beziehungen sei. Dabei habe sich insbesondere jene Gruppe im Narkomindel hervorgetan, die sofort nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland eine dezidiert feindliche Haltung gegenüber Deutschland eingenommen habe, die ihren Kulminationspunkt mit der Rede Litvinovs im Dezember 1933⁴ erlebt hätte. Eine Verbesserung der Beziehungen stelle er sich vor allem durch eine Änderung des Tons der sowjetischen Presse sowie durch eine Belebung auf wirtschaftlichem Gebiet vor. Auf Wirtschaftsfragen eingehend unterstrich Meyer u. a., dass die Erklärung, die Meyer gegenüber Vejcer vor dessen Abreise nach Moskau abgegeben habe, wonach die Gewährung des 200 Mio. Kredites selbstverständlich die vorherige Beendigung des Dollar-Konfliktes auf der Grundlage des bekannten Vorschlages von Bräutigam voraussetze, ****als****⁵ die offizielle deutsche Haltung zu betrachten sei. Zum 1. Punkt seiner Erklärung führte ich Meyer Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart an, die die antisowjetischen Tendenzen in der deutschen öffentlichen Meinung und in Regierungskreisen veranschaulichen, insbesondere verwies ich auf die jüngste antisowjetische Rede Hitlers⁶.

Ich unterrichtete Meyer über jüngste Fälle, bei denen einige Regierungs- und Wirtschaftsorganisationen ein ausgesprochen widerwärtiges Verhalten gegenüber der Derop an den Tag gelegt hätten, das sich u. a. darin äußerte, dass deutschen Derop-Direktoren unverblümt gesagt worden sei, man müsse sie dafür erschießen, dass sie für die Derop tätig seien, die russischen Direktoren würden derweil bei Empfängen in einer absolut unanständigen Weise behandelt. Meyer sprach sein Bedauern über derartige Fälle aus und bat darum, dass die Mitarbeiter der Derop über solche Fälle entweder an von Wittersheim (Vorstandsmitglied der Derop), der laut Meyer das uneingeschränkte Vertrauen der deutschen Kreise genießt, oder aber an Bräutigam unverzüglich Mitteilung machen, um sie umgehend zu korrigieren und abzustellen.

Zum Kogan-Fall erklärte Meyer, dass man in der Tat Maßnahmen zu ergreifen beabsichtige, um in dieser Angelegenheit unseren Wünschen entgegenzukommen. Danach berichtete ich ihm vom Fall Pal'čik und erklärte, obgleich unsere Note zu dieser Angelegenheit einstweilen den Charakter einer Anfrage trage, würden wir dessen ungeachtet unbedingt die Freilassung Pal'čiks und gegebenenfalls die Umwandlung seiner Strafe in eine Ausweisung in die UdSSR fordern. Meyer versprach, die Abwicklung des Falls Pal'čik zu beschleunigen. Er ging sodann unver-

⁴ Vgl. Dok. 322.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 439, 443.

mittelt zu Schmidt über und erklärte, dass das Auswärtige Amt ein außerordentliches Interesse am Fall Schmidt habe⁷.

Zum Schluss fragte Meyer, wann Suric kommen werde. Ich sagte, dass Gen. Suric beabsichtige, Anfang August nach Berlin zu reisen. Meyer erklärte, dass von Mitte August bis Mitte September weder Hindenburg noch Neurath in Berlin sein würden, und er selbst, Meyer, fahre in Urlaub. Er meint, dass es deshalb günstiger wäre, wenn Gen. Suric nicht im August, sondern im September in Berlin anreisen würde.

Treffen mit Hilger, 26. VI.

Zur Abberufung Nadolnys erklärte Hilger, dass Nadolny wegen eines heftigen Zusammenstoßes mit Hitler gehen musste, der sich an den unterschiedlichen Akzentsetzungen hinsichtlich des Charakters und vor allem des Entwicklungstempos der Beziehungen zur UdSSR entzündet habe. Da das Verhältnis zwischen dem Kanzler und Nadolny zudem auch schon vorher recht gespannt gewesen sei, so hätte angesichts der bekannten Impulsivität und Starrköpfigkeit Nadolnys diese Meinungsverschiedenheit unweigerlich zum Rücktritt Nadolnys führen müssen. Hilger war bei Nadolny, der mit seiner Familie in Nikolassee lebt und eine Seereise zu unternehmen beabsichtigt, um seine Nerven etwas zu beruhigen. Wie Hilger meint, sehe Nadolny nicht gut aus. Ihn habe insbesondere erschüttert, dass dessen Augen den Glanz verloren hätten. Über Schulenburg äußert sich Hilger verständlicherweise begeistert. Er bezeichnete ihn als einen Mann von Welt und außerordentlich umgänglichen Menschen, den Geduld und Großzügigkeit auszeichnen. Nach den Informationen zu urteilen, die Hilger von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes erhalten hat, beabsichtigt Schulenburg spätestens in drei Wochen in Moskau zu sein, da nach Auffassung des Auswärtigen Amtes die Übergabe des Beglaubigungsschreibens in Moskau weniger Probleme als in Berlin bereitet. In Moskau gebe es sechs Vorsitzende des VCIK, die das Beglaubigungsschreiben in Empfang nehmen können. In Berlin könne dies allein Hindenburg entgegennehmen, der den ganzen Sommer in Neudeck verbringe. Hilgers Worten war zu entnehmen, dass an der Moskauer Botschaft Deutschlands keine personellen Veränderungen vorgesehen seien, mit Ausnahme von Pfeiffer, der nach Paris versetzt werde. Seine Stelle werde Hangel'ns (? – der Name wurde nicht korrekt übermittelt)⁸ einnehmen, der allem Anschein nach Konsul in Shanghai war.

Hilger fragte mich, wie unsere Haltung im Fall Šverc sei. Ich sagte ihm, es scheine, als ob diese Angelegenheit ihre Schärfe verloren habe, weil Reusch angeblich seine absurde Politik des Boykotts sowjetischer Aufträge aufgegeben habe. Hilger sagte mir, der Vertreter Reuschs habe ihm ein diesbezügliches Rundschreiben an seine Fabriken und Werke gezeigt, womit dieser Boykott aufgehoben worden sei. Danach klagte Hilger darüber, dass er wegen der allgegenwärtigen Isolierung der deutschen Botschaft in Moskau fast verlernt habe, russisch zu sprechen. Die Wirtschaftsangelegenheiten, zu deren Zwecke er in Moskau sitze, seien fast zunichte gemacht worden, so dass er bei seiner diesjährigen Reise nach Deutschland im Unterschied zu früheren Jahren keine Beratungs- und Vortragstermine für

⁷ Vgl. Dok. 471.

⁸ Gemeint ist Legationssekretär Herbert Hensel.

die Industriellen zu vereinbaren brauche. Ich bemerkte darauf, dass unsere deutsche Sprachpraxis momentan auch nicht gerade sehr intensiv sei.

[...] ⁹

Treffen mit Niedermayer, 28. VI.

Niedermayer macht sich mit seinem Partebuch, seinem wachsenden Einfluss an der Universität und damit, dass er nun zu den großen Leuten gehöre, sehr wichtig. Er habe sich kürzlich mit Heß getroffen, den er, wie er sagte, angeblich prosoowjetisch einzustimmen versucht habe. In der nächsten Woche werde er sich mit Rosenberg treffen. Niedermayer behauptet, dass in letzter Zeit eine große Nachfrage nach solchen Fachleuten bestehe, die nicht nur einfach über die UdSSR lärmten würden, sondern die seriös, objektiv und nüchtern die Situation in der UdSSR einzuschätzen in der Lage wären. Niedermayer hat angeblich endgültig mit dem alten Haushofer wegen dessen japanophiler Politik gebrochen, er beabsichtige, in seinen Vorlesungen gegen ihn zu polemisieren. N[iedermayer] lehrt nach wie vor an der Berliner Universität und bestätigt, dass man ihn zum Zensor für die gesamte Literatur über die UdSSR und die Geopolitik ernannt habe. Aus dem Treffen mit Heß hat Niedermayer den Eindruck mitgenommen, dass Heß nicht abgeneigt wäre, zu einer Studienreise in die UdSSR zu fahren. Niedermayer fragte, wie wir uns dazu verhalten würden. Ich antwortete, dass wir dazu keinerlei Haltung einnehmen könnten, solange nicht die Frage an uns offiziell und in der üblichen Verfahrensweise herangetragen werde.

N. gab mir übrigens zu verstehen, dass nach dem Rücktritt Nadolnys eine zeitlang der Gedanke umhergeistert sei, Göring als Botschafter bei uns zu ernennen.

S. Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 25414¹⁰ vom 1. 7. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 6 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 [Expl.] zu den Akten. 28. VI. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 34–37. Original.

⁹ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Geschäftsträger Estlands in Deutschland Melder (l. 37).

¹⁰ So im Dokument, wahrscheinlich ein Schreibfehler.

Nr. 470

**Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Chinčuk mit dem Botschafter z.D. Nadolny**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 355/s¹

Berlin, 2. Juli 1934

TAGEBUCH
des Gen. CHINČUK

Am Abend des 28. Juni rief mich Nadolny an und bat darum, ihn am 29. zu empfangen. Bei seinem Besuch teilte er mir mit, dass sein Rücktritt für ihn nicht unerwartet gekommen sei, weil er von Anfang an Reibungen mit Neurath gehabt hätte. Als Neurath zum Minister ernannt worden sei, habe dieser ihn von den Abrüstungsangelegenheiten fernhalten wollen. Laut Nadolny habe Neurath in Genf eine sehr missglückte Rede gehalten. Danach sei Nadolny erneut beauftragt worden, die Abrüstungsangelegenheiten zu leiten. Diese gesamte angestrenzte Arbeit hätten Neurath und Hitler mit der Entscheidung, die Konferenz² zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten, zunichte gemacht. Zuvor hätte Neurath ihn in seinem eigenen Namen in Genf anrufen lassen, damit er nach Berlin komme. Als aber Nadolny dies abgelehnt hätte, habe Neurath zum zweiten Mal Nadolny telefonisch aufgefordert, nach Berlin zu kommen, nun aber im Namen des Kanzlers. Auf der Kabinettsitzung habe Nadolny geschlagene zwei Stunden akribisch den Beweis angetreten, dass ein Rückzug von der Konferenz eine falsche Entscheidung wäre. Nach der Sitzung hätten ihm seine Freunde unter den Ministern mitgeteilt, dass die Entscheidung bereits vor seiner Abreise aus Genf getroffen worden sei.

Darauf habe Nadolny die Frage aufgeworfen, als Botschafter nach Moskau zu gehen. Dem sei auch stattgegeben worden³, und Nadolny erklärt dies damit, dass Neurath ihn nicht in seiner Nähe und möglichst weit weg von Berlin haben wollte. Entscheidend sei jedoch gewesen, dass Nadolny in eine für ihn schwierige Lage versetzt wurde, *weil ihm die Direktive erteilt worden sei, keinerlei Politik zu betreiben⁴, d.h. sich passiv zu verhalten*⁵. Vor seiner Abreise nach Moskau sei es Nadolny dennoch gelungen, sich mit Hitler zu treffen, und er habe einiges erreichen können.

Der Hauptkonflikt habe sich an dem Vorschlag des Gen. Litvinov zum Baltischen Pakt⁶ entzündet. Er habe Gen. Litvinov davor gewarnt, eine fertige Formel vorzuschlagen, ohne mit ihm darüber vorab gesprochen zu haben. Im Prinzip sei er aber damit einverstanden gewesen. Die kategorische Ablehnung durch das Aus-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Gemeint ist die Abrüstungskonferenz in Genf.

³ Von Dirksen hatte am 1. 8. 1933 um das Agrément für Nadolny gebeten; vgl. Dok. 168. Die Ernennung Nadolnys zum Botschafter in der UdSSR erfolgte am 31. 8. 1933.

⁴ Eine solche Weisung hatte Nadolny am 17. 1. 1934 erhalten; vgl. Dok. 337. Vgl. mit den Richtlinien für Nadolny anlässlich seiner Entsendung als Botschafter nach Moskau vom 11. 11. 1933; Dok. 281.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 407.

wärtige Amt sei für ihn jedoch vollkommen unerwartet gekommen. Er habe zweimal gefordert, ihm zu erlauben, nach Berlin zu kommen, doch vergebens. Schließlich habe er kategorisch erklärt, dass er nach Berlin fahren werde. Daraufhin habe er die Erlaubnis erhalten. In den Verhandlungen mit Neurath habe dieser ihm erklärt, dass er mit seinen Standpunkt einverstanden sei, doch oben wäre man anderer Meinung gewesen. Als Nadolny erklärt habe, dass er selbst mit Hitler darüber sprechen wolle, habe Neurath ein Gespräch unter vier Augen verhindert. Er sei bei dem Gespräch zugegen gewesen, vorher habe er Hitler gegen Nadolny eingestellt⁷. Hitler habe im Gespräch Nadolny bezichtigt, dass er eine Privatpolitik betreibe, und Neurath hätte sogleich in die gleiche Kerbe geschlagen, um Hitler noch mehr gegen Nadolny aufzubringen. Danach sei Nadolny nichts anderes übrig geblieben, als den Rücktritt einzureichen⁸. Bezüglich der Abfassung des Kommunique's sei es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, weil Neurath lange Zeit der Formulierung die Zustimmung versagte, wonach Nadolny selbst den Rücktritt eingereicht habe⁹.

Nadolny könne bis heute nicht verstehen, warum es Neurath nötig gehabt hätte, gegen ihn zu intrigieren.

Nadolny habe für sich entschieden, sich vorübergehend aus der Politik zurückzuziehen. Er fahre für zwei Wochen weg, um seinen Rheumatismus zu behandeln. Danach hoffe er, dass die Verwaltung ihm einen angemessenen Posten vorschlagen werde. Er hoffe aber immer noch darauf, dass für ihn die Zeit kommen und er die Gelegenheit haben werde, sich zu bewähren.

Hindenburg habe seinen Rücktritt mit großem Bedauern aufgenommen. Mit Hindenburg selbst habe er sich jedoch nicht getroffen, da letzterer sehr krank sei (dem Reichspräsidenten geht es schlecht, wie sich Nadolny ausdrückte).

Wenn Nadolny wieder in Berlin ist, wird er sich darum kümmern, Gen. Suric die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen, weil Nadolny viele Freunde in Deutschland hat. Nadolny meint, dass Neurath nunmehr, nach der Ablösung Nadolnys, bessere Beziehungen zur UdSSR herzustellen gedenkt, um auch damit zu zeigen, dass dies besser ohne und nach Nadolny zu bewerkstelligen sei.

Chinčuk

P. S. Nadolny charakterisierte Neurath übrigens als einen Snob, indem er erklärte: Ist er etwa kein Snob, wenn er bei der Durchreise des Gen. Litvinov aus Amerika Tippleskirch zum Bahnhof schickt¹⁰. Denn Mussolini sei noch in Ame-

⁷ Nadolny traf in der zweiten Maihälfte zweimal mit Hitler zusammen. An dem zweiten Gespräch nahm von Neurath teil. Vgl. Dok. 445.

⁸ Bei Chinčuks Abschiedsbesuch am 3. 7. 1934 legte ihm von Neurath die Gründe für Nadolnys Rücktritt dar, die nach Auffassung des Reichsministers „ausschließlich persönlicher Natur waren und in keinem Zusammenhang mit den Beziehungen zur UdSSR standen. [...] Nadolny sei viel zu direkt und sogar grob gewesen und habe selbst die Weisungen des Reichskanzlers nicht befolgt. Zudem habe er intrigiert: Er habe Hindenburg und Blomberg erklärt, dass er, Nadolny, und nicht Neurath, Außenminister sein müsse. In dem Gespräch mit dem Reichskanzler sei es zu Zusammenstößen gekommen, worauf er sich genötigt sah, in den Ruhestand zu treten.“ In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 48–48R.

⁹ Zu den mit dem Rücktritt Nadolnys verbundenen Einzelheiten und der offiziellen Begründung vgl. die Aufzeichnung Chinčuks über den Besuch bei Nadolny am 21. 7. 1934. In: ebd., l. 55–56 (Aufzeichnung vom 22. 7.). Vgl. auch Dok. 451, Anm. 6.

¹⁰ Am 7. 12. 1933.

rika auf Gen. Litvinov zugegangen, um sich mit ihm zu treffen. Neurath hätte in Italien auf Gen. Litvinov zugehen sollen, um ihm einen gebührenden Empfang zu bereiten¹¹. Doch er, Neurath, habe kein Gespür für ein wahrhaft diplomatisches Auftreten. Und in diesem Sinne habe er sich wie ein Snob verhalten.

Chinčuk

Eigenhändige Unterschriften.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2658 vom 13. 7. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 39–41. Original.

Nr. 471

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Ganz geheim

Nr. 5315

3. Juli 1934

Werter Genosse,

im November 1933 hat uns die Deutsche Botschaft davon unterrichtet, dass in *Moskau der deutsche Staatsbürger Paul Schmidt verhaftet worden ist. Auf Anfrage des NKID hat die OGPU mit einer gewissen Verzögerung bestätigt, dass der deutsche Staatsbürger P. Schmidt tatsächlich verhaftet und nach Artikel 58,6^{*1} des Strafgesetzbuches der RSFSR² verurteilt wurde. Später wurde mit Schreiben

¹¹ Noch vor der Abreise des Volkskommissars in die USA warf das italienische Außenministerium die Frage eines Besuches Litvinovs in Italien und eines Treffens mit Mussolini auf. Dazu fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) am 10. 11. 1933 einen entsprechenden Beschluss. Vgl. Moskva–Rom: Politika i diplomatija Kremlja 1920–1939 (Moskau–Rom: Politik und Diplomatie des Kremls 1920–1939), otv. red. G. N. Sevost'janov, Moskva 2002, Dok. 169, 171. Das Treffen mit Mussolini fand in Rom am 4. 12. 1933 während der Rückreise Litvinovs in die UdSSR statt. Vgl. DVP, Bd. XVI, Dok. 405, S. 712–714.

¹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

² Unter den Artikel 58, 6 des Strafgesetzbuches der RSFSR fielen sämtliche Handlungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung an Organisationen standen, deren Ziel sich darauf richtete, den Sturz oder die Schwächung der in der UdSSR bestehenden gesellschaftlich-politischen Ordnung „mittels Anstiftung der Bevölkerung zu Massenunruhen, zur Nichtzahlung von Steuern, der Nichterfüllung von Pflichten oder mittels eines beliebig anderen Weges zum offensichtlichen Schaden der Diktatur des Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution herbeizuführen, auch wenn ein bewaffneter Aufstand oder ein bewaffneter Einfall nicht als unmittelbare Aufgabe in der Tätigkeit dieser Organisationen bestand“. Eine Verurteilung nach diesem Artikel zog „die Erschießung und die Konfiszierung des gesamten Vermögens nach sich, bei Vorliegen mildernder Umstände Freiheitsentzug mit strenger Isolierung mit einer Frist von mindestens fünf Jahren mit gleichzeitiger Konfiszierung des gesamten Vermögen“. Vgl. Sbornik zakonodatel'nych i normativnyh aktov o repressijach i rehabilitacii žertv političeskich repressij (Sammelband von Gesetzen und normativen Akten zu den Repressionen und zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen), Moskva 1993, S. 23, 22.

vom 4. März 1934 mitgeteilt, *dass auf Beschluss des Kollegiums der OGPU P. Schmidt zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt worden ist*³.

Die Verurteilung eines deutschen Staatsbürgers zu Lagerhaft durch Beschluss der OGPU stellt eine direkte Verletzung der zwischen der UdSSR und Deutschland bestehenden Vertragsverpflichtungen dar, weil wir (und die Deutschen) verpflichtet sind, entweder den Fall vor das Gericht zu bringen oder, falls wir dies aus irgendeinem Grund nicht wollen, aus der UdSSR (oder aus Deutschland) auszuweisen.

Aus diesem Grund habe ich am 25. Mai an Gen. Artuzov geschrieben, dass P. Schmidt aus dem Lager zurückgeholt werden muss. Sein Fall muss entweder vor Gericht gebracht werden oder der Betreffende ist auszuweisen. Noch bevor von Gen. Artuzov irgendeine Antwort eintraf, habe ich von dem deutschen Geschäftsträger Twardowski eine recht scharfe persönliche Protestnote wegen der administrativen Verurteilung von P. Schmidt erhalten. *Darauf habe ich mich am 9. Juni in dieser Angelegenheit direkt an Gen. Jagoda gewandt, der mir erläuterte, dass die administrative Verbannung von P. Schmidt, der mit einer terroristischen Gruppe von sowjetischen Staatsbürgern in Verbindung gestanden habe, vom PB bestätigt worden sei und er deshalb von sich aus keinerlei Veränderungen am Urteil der OGPU vornehmen könne*⁴.

Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung des Gen. Jagoda *bittet das NKID das PB, der OGPU vorzuschlagen, entweder den Fall des P. Schmidt an ein Gericht zu verweisen oder das gegen ihn verhängte Urteil in eine Ausweisung aus der UdSSR umzuändern*⁵.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von I. V. Stalin: Ich bin dafür, die Strafe in eine Ausweisung umzuwandeln.

I. Stalin.

Vermerk: Gen. Jagoda wurde unterrichtet. 6. VII.

Im Dokument ist der Verteiler vermerkt: an die Genossen Jagoda, Litvinov, Stomonjakov.

Veröffentlicht in: *Ljubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 454, S. 542.*

³ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁴ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

Nr. 472

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Ganz geheim
Expl. Nr. 1
3. Juli 1934

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN
Kopie: an Gen. MOLOTOV

Werter Genosse,

im *April d. J. unterrichtete die Deutsche Botschaft das NKID darüber, dass nach den der Botschaft vorliegenden Informationen in der Nacht vom 2. zum 3. April 1934 in Sverdlovsk der deutsche Staatsbürger und im Uralmaßstroj beschäftigte Ingenieur Waldemar Jost*¹ verhaftet wurde. Auf Anfrage des NKID vom 15. April hat das *INO OGPU in seinem Antwortschreiben vom 25. April bestätigt, dass Jost tatsächlich verhaftet worden ist und im Gefängnis bei der PP OGPU für den Ural einsitzt*².

Am 27. Mai hat die Staatsanwaltschaft der Republik ein Schreiben des Staatsanwalts des Gebietes Sverdlovsk³ an das NKID übermittelt, in dem mitgeteilt wurde, dass Jost der Organisator einer Reihe von Diversionsakten und sein Fall an das Kollegium der OGPU verwiesen worden sei.

*Laut geheimem Notenaustausch zwischen dem deutschen Botschafter*⁴ und Gen. Litvinov, der am 25. X. 1925⁵ anlässlich der Unterzeichnung des Handelsvertrages stattgefunden hat, *haben sich die deutsche Regierung und die sowjetische Regierung dazu verpflichtet, auf ihrem Territorium einen Bürger des anderen Landes keiner außergerichtlichen Verurteilung zu unterwerfen, und in den Fällen, in denen es unumgänglich ist, einem Bürger eines anderen Landes auf administrativem Wege die Freiheit zu entziehen, so ist dieser Freiheitsentzug in eine Ausweisung aus dem Land umzuwandeln*⁶. Deshalb habe ich am 4. Juni Gen. Jagoda geschrieben, dass der Fall Jost nicht durch einen Beschluss der OGPU entschieden werden dürfe. Jost sei entweder dem Gericht zu überstellen oder aus der UdSSR auszuweisen, falls das ihn belastende Material nicht in einer öffentlichen Gerichtssitzung vorgelegt werden könne.

*Nach einigen Tagen teilte mir der stellvertretende Leiter des INO OGPU Gen. Sluckij im Auftrag von Gen. Jagoda mit, dass der Fall Jost dem Gericht übergeben werde. Ich habe meinerseits darum gebeten, noch vor der Übergabe des Falls an

¹ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

² Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

³ Gustav Ivanovič Lejman.

⁴ Der Text mit blauem Bleistift ist unterstrichen. Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau. Der Notenwechsel ist veröffentlicht in: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 139–142; DVP, Bd. VIII, Dok. 343, S. 618–624.

⁵ So im Dokument; richtig: 12. 10. 1925; vgl. Dok. 27, Anm. 8.

⁶ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

das Gericht Einsicht in die Anklageschrift nehmen zu dürfen⁷, da die Erfahrung aus einigen bisherigen Gerichtsprozessen zeige, dass Anklageschriften und Urteile bisweilen unter außenpolitischen Gesichtspunkten ungünstige Formulierungen beinhalten⁸.

*Dieser Tage wurde mir aus der OGPU mitgeteilt, dass das Ermittlungsmaterial im Fall Jost bereits an den Staatsanwalt des Gebietes Sverdlovsk zurückgeschickt worden sei und deshalb könne die OGPU mir nicht die Einsichtnahme in den Entwurf der Anklageschrift ermöglichen⁹. Darauf habe ich mich mit dem Staatsanwalt der RSFSR Gen. Antonov-Ovseenko in Verbindung gesetzt. Dabei hat sich herausgestellt, dass sich die sowjetischen Staatsbürger, die in den Fall Jost verwickelt sind, schuldig bekannt haben und bezeugen, dass Jost nicht nur ein Mittäter, sondern auch der Anstifter zur Verübung von Diversionsakten gewesen sei. Jost selbst verneint jedoch kategorisch eine jegliche Beteiligung an Diversionsakten. *Konkrete Beweise, außer den Aussagen der Mitangeklagten, liegen jedoch nicht vor; Indizienbeweise sind aber unzureichend, um die Vertreter der Auslandspresse von der Schuld Josts zu überzeugen, die zweifellos zum Prozess anreisen werden¹⁰.

*Das NKID ist der Auffassung, dass es unter solchen Bedingungen politisch nicht zweckdienlich ist, den Fall Jost dem Gericht zu übergeben, und unterbreitet den Vorschlag, sich mit seiner Ausweisung aus der UdSSR zu begnügen¹¹.

Mit kameradschaftlichem Gruß

*N. Krestinskij¹²

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk I. V. Stalins: Dafür. I. Stalin.

Eigenhändige Unterschriften von V. M. Molotov, L. M. Kaganovič, V. V. Kujbyšev.

Vermerk des Sekretärs über die Abstimmung der Politbüromitglieder des ZK der VKP (B):

Gen. Ordžonikidze – dafür, Gen. Vorošilov – dafür, Gen. Čubar’ – dafür, Gen. Mikojan – dafür, Gen. Kalinin – dafür, Gen. Rudzutak – dafür.

Vermerk von A. N. Poskrebyšev: Von Gen. *Krestinskij¹³.

Auf Kopfbogen des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 E[emplare]. Die [Expl.] 1–2–3 an die Adressaten, das 4. [Expl.] an Gen. Jagoda, das 5. an Gen. Litvinov, das 6. an Gen. Stomonjakov, die [Expl.] 7–8 zu den Akten.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 529, l. 52–52R. Original.

⁷ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

⁸ Am 4. 6. 1934 schrieb Štern an Bessonov: „Vertraulich teile ich mit, dass wir die Möglichkeit prüfen, in nächster Zeit 2–3 Prozesse zu führen. Zuvor muss ich aber gründlich das Ermittlungsmaterial prüfen. Wie ich bereits Twardowski zu verstehen gegeben habe, führen sich in jüngster Zeit die Nationalsozialisten bei uns immer hemmungsloser auf, und ich bin der Meinung, dass es nicht zweckdienlich wäre, sich in diesen Fällen mit Ausweisungen zu begnügen.“ In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 150.

⁹ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

¹¹ Der Text ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

¹² Der Name ist mit blauem Bleistift unterstrichen. Am 5. 7. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) auf der Grundlage des Berichtes von Krestinskij folgenden Beschluss: „Der Vorschlag des NKID, dass es unzweckmäßig ist, den Fall Jost vor das Gericht zu bringen und sich darauf zu beschränken, ihn aus der UdSSR auszuweisen, ist anzunehmen.“ In: Protokoll Nr. 10, Pkt. 99/82, „Sondermappe“. Auszüge dieses Beschlusses wurden zugestellt: Krestinskij, Jagoda, Antonov-Ovseenko. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 529, l. 51.

¹³ Der Name ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

Nr. 473
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

GEHEIM

P 1089/72-op
vom 5. VII. 34¹

Zu Deutschland

Gen. Vejcer hat sich bei den Verhandlungen mit den Deutschen über neue Importkredite in einem Volumen von 200 Mio. Mark² von folgenden Festlegungen leiten zu lassen:

I. Die Gewährung des Kredites erfolgt in der Weise, dass wir einem Bankenkonsortium Wechsel ausstellen, welches auf unsere Weisung an die Firmen den Auftragswert in bar auszahlt, wobei die Wechsel unbedingt mit Endfristen ausgegeben werden.

II. Die Auftragserteilung erfolgt auf der Grundlage dieses Kredites in einer Frist von 9–10 Monaten, gerechnet ab dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens, wobei 75% der Aufträge in einem Zeitraum von 6–7 Monaten zu tätigen sind.

III. Es ist zuzustimmen, einen Punkt in das Abkommen aufzunehmen, welcher unsere Bereitschaft fixiert, im gleichen Zeitraum in Deutschland über die oben genannte Summe hinaus zusätzlich gewöhnliche Aufträge zu vergeben, jedoch ohne Angabe einer Summe.

IV. Die Vertragsvergabe ist von akzeptablen Preisen abhängig zu machen.

V. Wechsel werden gemäß dem Kredit in Mark ohne Wechselkursgarantie ausgegeben, wobei wir uns zugleich verpflichten, unsere Exportwaren in Mark und ebenfalls ohne Wechselkursgarantie zu verkaufen (in der Zeitspanne bis zur Tilgung dieses Kredites).

VI. Der Überweisung von 100 000 Rubel aus der Summe [des Vermögens] der deutschen Repatrianten nach Deutschland ist zuzustimmen³.

VII. Bei den übrigen Bedingungen ist im Sinne der ersten Position von Folgendem auszugehen:

a) Die durchschnittliche Laufzeit des Kredites beträgt 5½ Jahre. Bei der Bestellung von Hochseeschiffen ist eine Laufzeit des Kredites von 6 Jahren anzustreben.

b) Der Kreditzins beträgt 5,5% p.a. (vorzugsweise ohne Bindung an den Diskontsatz der Reichsbank).

c) Es ist zuzustimmen, zwecks Befriedigung der Forderungen bezüglich der Dollar-Wechsel (nach Valorisierung) an die Deutschen eine *Pauschalsumme von 5 Mio. Mark*⁴ zu zahlen. Die Zahlung sollte in der Weise vorgenommen werden, dass:

¹ Die Nummer, der Protokollpunkt des Beschlusses des Politbüros des ZK der VKP (B) und das Datum sind handschriftlich eingefügt.

² Zum Verlauf der Verhandlungen zu dem 200-Millionen-Kredit vgl. Dok. 493, 494, 504, 505, 512, 537, 540, 544, 548, 552 und auch: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 39, 42, 43, 57, 62, 63.

³ Gemeint ist die Entschädigung für das in der UdSSR zurückgelassene Vermögen derjenigen deutschstämmigen sowjetischen Staatsbürger, die die Sowjetunion verließen.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

1) sie nicht als Präzedenzfall für unsere Beziehungen zu anderen Ländern aufgefasst werden könnte;

2) alle an uns gestellten Forderungen der Firmen in der Valorisierungsfrage, die wir nicht vor Gericht verhandeln wollen, mit dieser Zahlung gegenstandslos werden;

3) die von uns zu zahlende Pauschalsumme ist in Raten zu zahlen, und zwar zeitgleich mit den Darlehenszinsen.

Dabei sind die Deutschen darauf hinzuweisen, dass wir in den Kreditverhandlungen diese Kompensation als ein maximales Zugeständnis betrachten.

VIII. Wenn sich die Deutschen mit der Gewährung eines Kredites mit einer Laufzeit von 5,5 Jahren einverstanden erklären sollten, so wäre es möglich:

a) sich auf einen Kreditzins von 6% p. a. zu einigen (vorzugsweise ohne Bindung an den Diskontsatz der Reichsbank);

b) das Volumen zur Regelung der Forderungen hinsichtlich der Dollarwechsel (nach Valorisierung) auf 8 Mio. Mark aufzustocken;

(Die Art der Bezahlung ist die gleiche wie im ersten Punkt).

c) im Sinne eines Entgegenkommens ist den Deutschen das Recht einzuräumen, bei uns im Verlaufe der Jahre 1935, 1936 und 1937 Waren einzukaufen, die in Mark ^{**}bezahlt^{**5} werden, und zwar in einem Volumen von 50 Mio. Mark (davon 30 Mio. Mark für Benzin und Schmierstoffe mit einer Lieferfrist von 3 Jahren und für 20 Mio. Mark für Holz und Erze mit einer Lieferzeit von 2 Jahren), mit der Maßgabe, dass wir 50% dieser Summe für unsere sämtlichen Ausgaben einsetzen könnten, die Tilgung der alten Verbindlichkeiten ausgeschlossen;

d) sich mit der Aufnahme eines Punktes einverstanden zu erklären, wonach beide Seiten ihre Bereitschaft bekunden, in Verhandlungen über eine Verbesserung der Methoden des Zahlungsverkehrs zwischen beiden Ländern einzutreten, falls sich die Zahlungsbilanz mit Deutschland zu unseren Gunsten aktiv entwickeln sollte.

Eigenhändige Unterschriften: V. M. Molotov, A. P. Rozengol'c.

Vermerk über den Verteiler von Auszügen: an Rozengol'c, Vejcer, Gen. Litvinov⁶.

Bearbeitungsvermerke: Akte: Deutschland; (O. P.).

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 529, l. 39–41. Original.

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 36, S. 58–59⁷.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Litvinovs Name ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

⁷ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 640, l. 46–46R.

Nr. 474

Verbalnote des AA an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin

– VI R 73 –

An
die Botschaft der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken
Berlin

[5. 7. 1934]

Verbalnote

Auf die Verbalnote vom 9. Mai d. J. – Nr. 160 –¹ betr. Reichssammlung „Brüder in Not“ hat das Auswärtige Amt Veranlassung genommen, die Angelegenheit einer Prüfung zu unterziehen. Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft danach mitzuteilen, dass die von ihr erhobenen Vorwürfe gegen die Reichssammlung durchaus unbegründet sind.

Die von den Christlich-Caritativen Kreisen auch in gelegentlichen Aufrufen zum Ausdruck gebrachte kritische Ernährungslage in der Sowjetunion ist allgemein bekannt. Im Übrigen bestätigt das bei der Reichssammlung vorliegende umfangreiche Material aus dem In- und Auslande die in vielen Gegenden der Sowjetunion herrschende ernste Notlage der Bevölkerung, die in letzter Zeit durch Teuerung und Misswuchs infolge Dürre wiederum eine erhebliche Verschärfung erfahren haben dürfte. Wenn die Reichssammlung dem hierdurch hervorgerufenen starken Drängen der individuellen Spender stattgegeben und ihre Tätigkeit fortgesetzt hat, so erfolgt diese Tätigkeit rein auf caritativer Basis und ausschließlich unter Benutzung des von der Sowjetregierung konzessionierten und empfohlenen Torgsinweges. Auf diese Weise, d. h. durch die Zusammenfassung der Spenderkreise in der Reichssammlung „Brüder in Not“, ist die wünschenswerte Entpolitisierung des caritativen Werkes gewährleistet. Daher ist der von der Botschaft erhobene Vorwurf unverständlich, dass sich mit dieser rein humanitären Aktion eine anti-sowjetische Propaganda verbinde.

Dagegen sind die von einzelnen örtlichen Sowjetstellen veranlassten Schmähartikel in sowjetischen Zeitungen rein politisch-propagandistisch und unmittelbar gegen die neue Deutsche Regierung gerichtet. Dasselbe gilt für die Schmähbriefe, mit denen auf Betreiben von einzelnen örtlichen Sowjetstellen einzelne Bauern oder in Listen zusammengefasste Gruppen von Bauern die vorher in Briefen erbetenen Spenden mit ungehörigen, aber stereotypen Ausfällen zurückweisen. Es sind bei der Reichssammlung zahlreiche Fälle festgestellt worden, in denen durch örtliche Maßnahmen deutsche wie auch amerikanische Spenden, nachdem die für den Spender bestimmte Empfangsquittung ausgefüllt war, nachträglich der Roten Hilfe (MOPR)² zugeführt wurden. Hierdurch sind die in- und ausländischen Absender in ihrem Vertrauen auf den sowjetischerseits überall propagierten amtlichen Torgsinweg getäuscht und durch die erwähnten Schmähungen persönlich und als Bürger ihrer Länder beleidigt worden.

¹ Vgl. AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 259–258.

² Vgl. Dok. 134, Anm. 9.

Es sei hierbei erwähnt, dass die Torgsinzentrale in Moskau sich auf entsprechende Beschwerden in anerkennenswerter Weise bemüht, den oben erwähnten örtlichen Übergriffen gegenüber Abhilfe zu schaffen und sich bestrebt, die einzelnen Sendungen ihrer wirklichen Bestimmung zuzuführen. In dieser Hinsicht wäre es durchaus angezeigt, wenn auch seitens der Botschaft mit Nachdruck darauf hingewirkt würde, dass die örtlichen Störungen des rein caritativen Werkes der Reichssammlung „Brüder in Not“ in Zukunft unterblieben.

Berlin, den 5. Juli 1934.

Am Ende des Dokuments steht das Wort: Stempel.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 38, l. 111–113. Kopie. In deutscher Sprache.

Nr. 475

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 9. Juli 1934

Tgb. Nr. E/ 226¹
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Deutschfeindliches Bild auf einer Moskauer Bilderausstellung.

In Verbindung mit der bevorstehenden Eröffnung einer „Ausstellung junger Künstler“ brachte die „Prawda“ vom 24. April die Reproduktion eines Bildes von Malkow, das den Titel „Bei einem Fluchtversuch“ trägt und die Erschießung eines Häftlings durch einen SA-Mann darstellt.

Die Botschaft hatte seinerzeit beim Außenkommissariat gegen die beabsichtigte Aufhängung dieses Bildes scharfen Protest eingelegt und gefordert, dass das Bild unter keinen Umständen in der Ausstellung erscheinen dürfe, da es eine schwere Verunglimpfung der deutschen Verhältnisse darstelle².

Das Außenkommissariat teilte der Botschaft nach einigen Tagen mit, dass es sich mit den Veranstaltern der Ausstellung in Verbindung gesetzt habe und hoffe, dass dem Wunsche der Deutschen Botschaft Rechnung getragen werden könne.

Nichtsdestoweniger ist das Bild auf der Ausstellung, die am 2. Juli eröffnet worden ist, aufgehängt worden. Es befindet sich an sichtbarer Stelle im ersten Ausstellungsraum und lenkt die Aufmerksamkeit der Besucher unwillkürlich auf sich.

Ich bin infolgedessen erneut im Außenkommissariat vorstellig geworden, habe gegen die erfolgte Aufhängung des Bildes scharfen Protest erhoben und seine unverzügliche Beseitigung gefordert.

Das Außenkommissariat erwiderte, dass es seinerzeit auf Grund der ersten Demarche der Botschaft Schritte unternommen und die Hoffnung gehabt hätte, dass es ihm gelingen würde, sein Ziel zu erreichen. Man habe aber an zuständiger

¹ Die Nummer ist handschriftlich eingetragen.

² Vgl. Dok. 427.

Stelle erklärt, dass gegenwärtig keine Neigung bestehe, dem Wunsche der Botschaft stattzugeben, da in Deutschland viel antisowjetische Literatur verbreitet würde; besonders unangenehm falle hier auf, dass neuerdings in der deutschen Presse wieder Nachrichten über angebliche Hungersnot in Russland erscheinen und dass der gegen die Sowjetunion gerichtete Film „Flüchtlinge“ eine Prämie erhalten habe³. Unter diesen Umständen sehe das Außenkommissariat keine Möglichkeit, weitere Schritte mit Aussicht auf Erfolg zu unternehmen.

gez. von Twardowski

Die Unterschrift ist durch von Twardowski mit Paraphe abgezeichnet. Auf der ersten Seite Kenntnisnahmen von Stelzer und Baum. Der Bericht ist am 9. 7. abgegangen. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau II 406, Bl. 30–31.

Nr. 476

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 8

Nr. 4164/I

11. Juli 1934

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
GEN. STALIN
KOPIEN: AN GEN. MOLOTOV
AN GEN. JAGODA

In Deutschland wird die Agitation bezüglich des angeblichen Hungers in der UdSSR fortgesetzt und sogar verstärkt. Dies wird von einigen speziellen antisowjetischen Organisationen ausgenutzt, die Geld sammeln, um es den in der UdSSR angeblich Hunger leidenden Deutschen zu überweisen. Erst dieser Tage hat das offizielle Organ, der „Völkische Beobachter“, einen Aufruf veröffentlicht (siehe TASS-Bulletin, NPO vom 9. VII., Blatt 7), in dem es heißt, dass die Organisationen „den Spendern garantieren, dass ihre Spenden die Adressaten erreichen“ und „die Organisationen ein Abkommen mit Torgsin haben“.

Ich schlage vor, die erwähnte Mitteilung in der „Izvestija“ mit Kommentaren zu veröffentlichen und jegliche Kontakte zwischen deutschen Organisationen und Torgsin oder anderen sowjetischen Einrichtungen oder Banken zurückzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, dass wir es wahrscheinlich mit betrügerischen Organisationen zu tun haben, die sich das Geld für andere Zwecke aneignen wollen¹. Ich möchte vorschlagen, die gleiche Zurückweisung auch im Rundfunk in deutscher Sprache zu senden.

³ Vgl. Dok. 438, Anm. 3.

¹ Vgl. Dok. 487, Anm. 4.

Über Gosbank gelangt das Geld tatsächlich an die Empfänger und vielleicht auch an Torgsin, in solchen Fällen werden aber als Absender nicht Organisationen, sondern Privatpersonen oder Handelsfirmen genannt. Diese Tatsache steht jedoch nicht im Widerspruch zu unserer Zurückweisung, in der ausschließlich deutsche Organisationen genannt werden.

Gen. Jakovlev hat mich kürzlich auf unerwünschte Auswirkungen auf die Getreidebeschaffung aufmerksam gemacht, die der Empfang von Geld und Päckchen aus dem Ausland bei den deutschen Kolonisten auslösen könnte, und gefragt, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um diese Geldüberweisungen zu unterbinden. Ich sehe jedoch keine andere Möglichkeit als die oben beschriebene, um gegen die Tätigkeit der deutschen Organisationen vorzugehen².

LITVINOV

Vermerk: Archiv.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl. [Die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Jagoda, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Stomonjakov, das 7. an M. M. [Litvinov], das 8. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 174–175. Kopie.

Nr. 477

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim
Expl. Nr. 6

Nr. 4166/ss¹

11. Juli 1934

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Bei uns existiert die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“, deren Aufgabe darin besteht, die Zusammenarbeit der wissenschaftlich-technischen Kreise der UdSSR und Deutschlands zu unterstützen. Diese Gesellschaft beschäftigte sich in der Hauptsache damit, deutsche Professoren und hochqualifizierte Fachleute für Vorträge, für die Teilnahme an Konferenzen und für Konsultationen zu allen erdenklichen Fragen unseres Aufbaus zu gewinnen. Neben dem Nutzen, der aus der Annäherung der wissenschaftlich-technischen Kreise der bei-

² Am 25. 7. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) zu der von Litvinov aufgeworfenen Frage den folgenden Beschluss: „1. Die Kommission in der Zusammensetzung von NKID (Gen. Krestinskij), Gosbank (Gen. Arkus) und Torgsin unterbreitet Vorschläge für konkrete Maßnahmen, um die Aushändigung von Geldüberweisungen aus Deutschland zu verzögern. 2. Die Erklärung der Deutschen über ein Abkommen mit Torgsin ist in der Presse und im Rundfunk zurückzuweisen.“ In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 530, l. 79–79R (Protokoll Nr. 11, Pkt. 94/76, „Sondermappe“).

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

den Länder entstand, brachte diese Tätigkeit eine erhebliche Devisenersparnis ein, weil die gewonnenen deutschen Wissenschaftler und Fachleute ihre Arbeit in der UdSSR ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis leisteten, d. h. ohne Zahlung eines Honorars.

Mit dem Machtantritt Hitlers ist diese Arbeit stark erschwert und rückläufig. Jeder deutsche Wissenschaftler, der von dieser Gesellschaft eine Einladung erhält, benötigt für die Reise in die UdSSR die Zustimmung von drei Ministerien. Auch unsere Wirtschaftsfachleute veränderten ihre Haltung bezüglich der Einbeziehung von deutschen Wissenschaftlern und Fachleuten. So hat die Gesellschaft auf diese Weise allmählich ihre Existenzberechtigung verloren. Andererseits ist es angesichts unserer heutigen Beziehungen zum Ausland nicht normal, wenn es bei uns eine Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ausschließlich mit einem einzigen Land gibt, nämlich mit Deutschland.

Angesichts unserer gegenwärtigen Beziehungen zu Frankreich und den USA, wie auch zu anderen Staaten, würde es als sinnvoll erscheinen, eine Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland ins Leben zu rufen. Solch eine Gesellschaft, die die Kontakte zu den wissenschaftlich-technischen Kreisen Frankreichs, der USA, Englands und anderer Länder auf der Basis gesellschaftlicher Kontakte organisiert und ausbaut, könnte für unsere wissenschaftlich-technischen und Wirtschaftsorganisationen von großer Hilfe sein. Durch die Vermittlung von ausländischen Wissenschaftlern und Technikern, die kostenlos Vorträge halten und Konsultationen gewähren, könnten Einsparungen erzielt werden. Dass es einen günstigen Boden für solch eine Gesellschaft gibt, ist beispielsweise der Tatsache zu entnehmen, dass es im Herbst des vergangenen Jahres der sowjetisch-deutschen Gesellschaft „Kultur und Technik“ ohne große Mühe gelang, neben deutschen Fachleuten ungefähr 20 führende Fachleute aus England, Belgien, Frankreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei und den USA für die von der Gesellschaft gemeinsam mit Glavenergo² vorbereitete Konferenz zum Thema Hochdruck zu gewinnen. Die Teilnehmer erklärten sich damit einverstanden, auf ein Honorar zu verzichten, sie erhielten lediglich die Reisekosten erstattet. Besonders wichtig ist indes der Umstand, dass bei den momentan bestehenden reichen Möglichkeiten für eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der UdSSR mit anderen Ländern und bei dem im Ausland bestehenden Interesse an der UdSSR, insbesondere in Frankreich und in den USA, diese Gesellschaft auch von nicht geringer politischer Bedeutung sein könnte.

Ich schlage vor, die [Abteilung für] Kulturpropaganda beim ZK der VKP (B) zu beauftragen, interessierte Einrichtungen und Behörden zu gewinnen und solch eine Gesellschaft mit der Maßgabe zu gründen, die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ aufzulösen. Wenn auch die weitere Existenz der zuletzt genannten Gesellschaft als unzweckmäßig angesehen wird, so könnte deren einfache Auflösung, ohne vorher die von mir vorgeschlagene Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland zu gründen, von den Hitlerleuten trotz aller Bedeutungslosigkeit des eigentlichen Faktums der Auflösung dieser Gesellschaft und angesichts der gegenwärtigen Um-

² Glavnoe upravlenie énergetičeskoj promyšlennosti SSSR = Hauptverwaltung für Energieindustrie der UdSSR.

stände als ein besonders anschaulicher Beweis für unsere Feindschaft gegenüber Deutschland aufgebauscht werden. Die Hitlerleute könnten behaupten, dass wir nach der Reduzierung aller anderen Beziehungen nunmehr dazu übergehen würden, selbst die wissenschaftlich-technischen Kontakte zu Deutschland, die früher als alle anderen Kontakte zwischen Russland und Deutschland bestanden, zu beseitigen.

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland der VOKS zu übertragen, ist unzweckmäßig. Diese Tätigkeit erfordert eine Spezialisierung und ingenieurtechnisches Personal. Zudem leidet die VOKS ohnehin schon unter dem komplexen Charakter ihrer Aufgaben, und die Zuweisung eines neuen Arbeitsgebietes wird weder für diese Arbeit noch für die VOKS von Nutzen sein. Es ist ebenfalls nicht möglich, der VOKS lediglich einen Teilbereich der Tätigkeit von „Kultur und Technik“ zu übertragen, weil die politische Wirkung mit der gleichzusetzen wäre, wie sie von einer einfachen Auflösung von „Kultur und Technik“ ausgehen würde.

Dagegen würde die Auflösung der sowjetisch-deutschen Gesellschaft „Kultur und Technik“ im Gefolge der Gründung einer Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit allen Ländern selbst in Deutschland als natürlich und verständlich angesehen werden.

LITVINOV

BESCHLUSSENTWURF³

1. Die [Abteilung für] Kulturpropaganda beim ZK der VKP (B) ist zu beauftragen, unter Heranziehung von interessierten Einrichtungen eine Allunionsgesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland zu organisieren.

2. Nach der Gründung dieser Gesellschaft ist die sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ aufzulösen und deren Aufgaben der neu geschaffenen Gesellschaft zu übertragen.

Vermerk: Archiv.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. [Die Expl.] 1 und 2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. ins Archiv, das 7. [Expl.] an M. M. [Litvinov].

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 169–171. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 37, S. 60–62⁴.

³ Am 25. 7. 1934 billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den Vorschlag des Narkomindel. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 949, l. 19 (Protokoll Nr. 11 vom 5. 8. 1934, Pkt. 93/75).

⁴ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 64, d. 687, l. 78–80.

Nr. 478

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von TwardowskiGeheimNr. 18183
13/VII-34¹**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT TWARDOWSKI,
11/VII-1934**

Ich bat Twardowski, **wegen einer Reihe von Angelegenheiten**² zu kommen.

1. Ich teilte T[wardowski] mit, dass der Fall Waldemar Jost, über den die Botschaft wiederholt mit uns gesprochen hat, nunmehr geregelt sei und Jost in aller nächster Zeit ausgewiesen werde. Ich erachte es jedoch für unabdingbar, T. auf Folgendes aufmerksam zu machen: der Fall hätte den Gerichtsbehörden in Sverdlovsk übergeben werden müssen. Gegen Jost habe ein sehr umfangreiches Belastungsmaterial vorgelegen. Insbesondere hätten ihn die angeklagten sowjetischen Bürger belastet, die als unmittelbare Täter des Brandanschlages gegen das Uraler Maschinenbauwerk gelten, wodurch ein Schaden von 11 Mio. Rubel und ½ Goldrubel³ entstanden ist. Sie hätten ausgesagt, dass sie auf direkte Weisung von Jost gehandelt hätten. Außerdem lägen schwerwiegende indirekte Hinweise vor. Davon ausgehend, dass dieser Prozess die Aufmerksamkeit der Auslandspresse erregen und Deutschland in eine unangenehme Lage bringen könnte, was zu einer erneuten Verschärfung der Beziehungen führen würde, wenn auch durch Verschulden der Deutschen **⁴, hätten wir indes durchgesetzt, die Angelegenheit Jost durch Ausweisung zu regeln⁵. Tw[ardowski] bedankte sich sehr und bemerkte, dass Jost immer den Ruf gehabt hätte, der UdSSR ideologisch nahestehen. Er verstehe natürlich, dass dieser Umstand nichts zu bedeuten habe.

2. Weiter teilte ich T. mit, dass eine analoge Entscheidung im Fall Paul Schmidt⁶ getroffen worden sei, der aktiv an einer inneren konterrevolutionären Organisation mitgewirkt habe, wobei die Beteiligten der sowjetischen Seite schwere Strafen erhalten hätten. Um kein großes Aufsehen zu erregen, hätten unsere Behörden Schmidt auf administrativem Wege verurteilt. Wie auch im Fall Jost hätten wir es unsererseits als zweckdienlich angesehen, von einem Gerichtsverfahren Abstand zu nehmen, obgleich laut Auskünften unserer Behörden gegen Schmidt ein umfangreiches Belastungsmaterial vorliege. Schmidt werde in Kürze ausgewiesen.

T. dankte erneut und bemerkte, er sei der Auffassung, dass Entscheidungen dieser Art vollauf dazu angetan seien, die Beziehungen zu verbessern, er verstehe jedoch, dass das NKID Mühe gehabt hätte, dies durchzusetzen.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Der Text korrigiert; ursprünglich: zu folgenden Angelegenheiten.

³ So im Dokument.

⁴ Das an dieser Stelle stehende Wort „entschieden“ ist durchgestrichen.

⁵ Zu den Motiven, die der Entscheidung für die Ausweisung von Jost zugrunde lagen, vgl. Dok. 472.

⁶ Vgl. Dok. 471.

3. Ich teilte T. mit, dass die Frage der Überweisung von 100 000 Rubel für das zurückgelassene Vermögen deutscher Staatsbürger geregelt sei⁷. Die Botschaft könne nunmehr ihren Vertreter zur Internationalen Abteilung der Gosbank, zu Sattler schicken, der die Überweisung vornehme.

4. Danach fragte mich T., ob ich mit dem Fall Schlichting vertraut sei, der Pfeiffer viel Verdruss bereitet habe. Ich antwortete bejahend und teilte T. mit, dass unsere Behörden bereits zweimal die Ausweisung Schlichtings verschoben hätten. Am ^{**7.}^{**8} des Monats sei es ^{**9} Levin mit großer Mühe gelungen, von unseren Behörden eine Aufschiebung der Ausweisung bis zum 10. zu erwirken. Daraufhin habe Schlichting eine erneute Aufschiebung gefordert. Diese Angelegenheit hätte letztlich mit seiner Verhaftung enden können, und wir ^{**wären}^{**10} nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit noch etwas zu unternehmen. T. bemerkte, dass er mit mir vollkommen übereinstimme, zumal er Schl[ichting] als einen Trinker und recht zwielichtigen Menschen kenne.

5. T. händigte mir eine Notiz¹¹ aus, in der die Botschaft uns bittet, nach Möglichkeit zum Schicksal der deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Dorn und Gustav Hanneken Nachforschungen anzustellen. Ersterer sei 1933 mit der Auto-Karawane „Eurasien“ von Peking nach Urumchi gefahren, der zweite habe sich zur gleichen Zeit über Chami nach Urumchi begeben. Beide Personen seien in Urumchi nicht angekommen. Zugleich bitte mich T. vertraulich darum, bei der Befreiung des in Haft befindlichen Fasel behilflich zu sein. Ich antwortete, dass wir keine Möglichkeit hätten, auf dem Territorium von Xinjiang irgendwelche Nachforschungen zu betreiben, ich würde aber sehen, ob sich durch einen Zufall etwas klären lasse, ^{**im Fall von Fasel} seien uns leider die Hände gebunden, um etwas unternehmen zu können^{**12}.

6. Ich teilte T. Folgendes mit: Hilger habe sich während unseres letzten Treffens mit ungeheuchelter Empörung über das in der Ausstellung gezeigte Bild von Mal'kov „Beim Fluchtversuch erschossen“¹³ geäußert. Ich hätte Hil[ger] damals auf die unzulässigen Veröffentlichungen in der deutschen Presse aufmerksam gemacht. Diesmal könne ich T. auf den „Völkischen Beobachter“ verweisen, der eine ganzseitige Anzeige bringe, die für das Buch eines gewissen Maschin¹⁴ wirbt: Es werden Szenen von Erschießungen von Rotarmisten durch Kommissare usw. dargestellt¹⁵. Das Bild von Mal'kov sei im Vergleich zu dieser Anzeige eher harmlos. Deshalb wies ich T. darauf hin, dass in Zukunft die Anfragen der Botschaft zu ähnlichen Fällen wohl kaum berücksichtigt werden können. T. entgegnete darauf nichts und ging zu allgemeinen Fragen über. Er bemerkte, dass Hitler am 13. Juli vor dem Reichstag eine große Rede halten werde, in der der Außenpolitik eine

⁷ Vgl. Dok. 473.

⁸ Die Ziffer ist korrigiert; ursprünglich: 5.

⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „H[errn]“ ist gestrichen.

¹⁰ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹² Der Text ist handschriftlich geschrieben.

¹³ In dem Dokument wird dieser Titel für das Bild verwendet: „Ubit pri popytke k begstvu“. Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Sterns mit Hilger vom 7. 7. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 167R; sowie auch Dok. 475.

¹⁴ B. Maschin: Russische Erde. Roman aus dem heutigen Russland, Berlin 1934.

¹⁵ Vgl. Völkischer Beobachter vom 1./2. Juli 1934, Berliner Ausgabe, Beiblatt, S. 4.

große Aufmerksamkeit geschenkt werde¹⁶. Ich bemerkte, ich hoffe, dass die neue Rede des Reichskanzlers nicht den gleichen Charakter wie die letzte tragen werde¹⁷. Twardowski hob abwehrend die Hände und erklärte: „Das hätte noch gefehlt.“ Tw. bemerkte weiter, dass er noch kein klares Bild von den Vorgängen in Deutschland habe¹⁸. Es sei nicht ausgeschlossen, dass François-Poncet irgendeinen Kontakt zu Schleicher gehabt habe. Dazu bemerkte ich, dass T. uns einst empfohlen hätte, Kontakte zu Röhm zu knüpfen. Wären wir seinem Rat gefolgt, so wäre wahrscheinlich ein Gerücht von einer neuen Verschwörung in Umlauf gebracht worden. T. breitete verlegen die Hände aus und bemerkte: „Wer hätte das voraussehen können.“

Tw. teilte mir mit, dass **Schulenburg**¹⁹ beabsichtige, im August-September hierher zu kommen. Er, Tw., meine, dass dies richtig sei, weil Schulenburg nicht jener vom sowjetischen Standpunkt aus betrachtet positive Ruf, wie ihn Dirksen und Nadolny hatten, vorausseile. Deshalb werde es das Beste sein, dass er erst dann anreist, wenn in der Frage des Ostpaktes Klarheit geschaffen worden sei. Tw. möchte meine Meinung zu seinem soeben dargelegten Standpunkt in Erfahrung bringen. Ich antwortete, dass diese Frage von der deutschen Seite entschieden werden müsse. **Im Zusammenhang damit**²⁰ möchte ich lediglich die Aufmerksamkeit von T. auf die äußerst merkwürdige Situation lenken, in die Suric gebracht worden sei: Das Auswärtige Amt hätte sehr wohl gewusst, wann Suric anzureisen beabsichtige, trotzdem habe es uns vorab nicht davon unterrichtet, dass der Präsident das Beglaubigungsschreiben von Suric nicht in Empfang nehmen könne. Wäre dies bekannt gewesen, so hätte Suric noch eine gewisse Zeit in der Türkei bleiben können. Darauf habe uns Berlin vorgeschlagen, dass Suric das Beglaubigungsschreiben in Neudeck überreichen könne. Ungeachtet dessen, dass dieser Vorschlag für uns mit Unannehmlichkeiten verbunden gewesen sei, hätten wir ihm zugestimmt. Jetzt sage man uns jedoch, dass eine solche Übergabe des Beglaubigungsschreibens ein Präzedenzfall sei. Uns werde nunmehr empfohlen, dass Suric nach Berlin komme, die Aushändigung des Beglaubigungsschreibens jedoch um zwei Monate vertagt werde. Ich hoffte, dass T. verstehe, dass diese Situation für uns gänzlich unannehmbar sei. T. bemerkte dazu, dass dies offenbar auf die schlechte Arbeit der Protokollabteilung in Berlin zurückzuführen sei. Er könne mir versichern, dass dabei keine böse Absicht im Spiel sei. T. fragte mich, ob er in dieser Angelegenheit an Neurath oder Bülow einen privaten Brief schreiben solle. Ich antwortete, dass er diese Frage selbst in Abhängigkeit davon entscheiden müsse, ob er diese Situation als normal oder als anormal empfinde. T. bemerkte, dass er unverzüglich nach Berlin schreiben werde. Zum Ende der Unterredung fragte mich T., ob ich nichts dagegen einzuwenden hätte, einen Abend

¹⁶ Hitler sprach am 13. 7. 1934 vor dem Reichstag zu den innenpolitischen Vorgängen in Deutschland, vor allem zur Röhm-Affäre; vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/1, S. 410–424.

¹⁷ Zur Rede vom 17. 5. 1934 vgl. Dok. 443.

¹⁸ Gemeint sind die Ereignisse des 30. 6. 1934, in deren Verlauf Röhm und die gesamte Führungsspitze der SA sowie einige führende Persönlichkeiten des politischen Lebens der Weimarer Republik, darunter General von Schleicher, umgebracht wurden.

¹⁹ Der Name ist über die Zeile geschrieben.

²⁰ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

bei ihm zu Hause in privater Umgebung zu verbringen. Ich antwortete zustimmend.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonnjakov, das 4. nach Berlin, das 5. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 171–168. Original.

Nr. 479

**Aufzeichnung der Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung Vinogradov mit dem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ Leopold
und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 365/s¹

12. VII. 34

TAGEBUCH

B. VINOGRADOVS

Treffen mit dem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ Leopold

Ich lernte den Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ kennen, der die die UdSSR betreffenden Materialien bearbeitet. Leopold erwies sich als ein redseliger Mensch, wahrscheinlich gehört er zu den „verkappten“ Radikalen, die sich hinter der Maske der Loyalität gegenüber dem Hitlerregime verstecken. Leopold ist der Auffassung, dass Deutschland im Herbst genötigt sein wird, sich dem Ostpakt anzuschließen, weil die internationale Tendenz zur Isolierung Deutschlands weiterhin zunehme. Nach den Leopold vorliegenden Informationen soll es im Auswärtigen Amt bezüglich des Ostpakt Meinungsverschiedenheiten geben. So seien Meyer und Neurath demnach Gegner des Paktes. Leopold schätzt Neurath als einen Menschen ein, der sich gegenüber der Rapallo-Politik recht feindselig verhalte, wenngleich man ihn selbstverständlich nicht auf die gleiche Stufe mit Hitler und Rosenberg stellen dürfe. Bülow und Köpke seien Befürworter des Paktes. Sie verstünden sehr gut, dass der Pakt Deutschland keine Vorteile verspricht. Angeblich würden sie bedauern, dass die deutsche Regierung den Baltischen Pakt abgelehnt hat, der sich ihnen im Vergleich zum Ostpakt als weniger nachteilig darstelle. Nunmehr bleibe nichts anderes übrig, als die Zeche für die Fehler der Vergangenheit zu begleichen und einen höheren Preis zu zahlen, d. h. den Ostpakt anzunehmen.

Treffen mit Ministerialdirektor Meyer, 10. VII.

Ich fragte Meyer, ob es irgendwelche Neuigkeiten gibt, die auf eine veränderte Haltung Deutschlands gegenüber dem Ostpakt hindeuten könnten. Meyer erklärte

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

in dem für ihn typischen bärbeißigen Ton, dass es keinerlei Neuigkeiten gebe und auch nicht geben könne. Deutschland könne sich nicht an einem Ostpakt beteiligen, weil sich diese Koalition gegen Deutschland richten würde. Meyer behauptet, dass er im Auswärtigen Amt keinen einzigen getroffen habe, der den Ideen eines Ostpaktes aufgeschlossen wäre. Außerdem würden sich Polen, Italien und England gegen diesen Pakt aussprechen. Ich wies Meyer darauf hin, dass sich England, wie selbst deutsche Zeitungen berichten, nicht gegen den Pakt, sondern für ihn ausspreche. Meyer antwortete selbstgefällig: „Keineswegs. England war gegen den Pakt und wird weiterhin dagegen sein. Wir haben an einem Ost-Locarno keinen Bedarf, weil uns der Vertrag mit Polen vollauf genügt.“ Meyer erklärte: „Lesen Sie Scheffers Artikel über Ost-Locarno. Dort finden Sie unsere gesamte Argumentation. Beachten Sie den Passus, in dem Scheffer davon spricht, dass sich die Deutschen nicht an einem Spiel beteiligen könnten, bei dem die Spielregeln und der Ausgang ihr² ungewiss seien³. Wenn Deutschland den Ostpakt tatsächlich unterzeichnen sollte, so würde dies bedeuten, dass es beispielsweise in einem Kriegsfall zwischen Polen und der Tschechoslowakei eingreifen müsste. Wir wollen uns aber ganz und gar nicht in einen möglichen polnisch-tschechischen Konflikt einmischen und wir wünschen, die Neutralität zu bewahren.“ Darauf sagte ich Meyer, dass sich Deutschland nicht auf dem Mond, sondern in der Mitte Europas befinde, und in dem theoretisch angenommenen Fall, dass es zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu einem Krieg kommen sollte, würde ihm (Deutschland) ohnehin nichts anderes übrig bleiben, als *seine*⁴ Haltung zu diesem Konflikt zu erklären, wobei es am günstigsten wäre, dies im Rahmen eines gemeinsamen Paktes zu tun, der den gegenseitigen Beistand gegen den Friedensverletzer vorsehe. Meyer antwortete, dass Deutschland selbstverständlich seine Haltung bei solch einem Konflikt offenlegen würde, es wünsche jedoch nicht, vorzeitig Verpflichtungen einzugehen. Es würde seine Haltung erst bei Ausbruch des Konfliktes erklären, sozusagen in individueller Weise. Daraufhin machte ich Meyer darauf aufmerksam, dass seine Befürchtungen, Deutschland könnte genötigt werden, sich bei einem beliebigen europäischen Konflikt zu engagieren, in einem gewissen Widerspruch zu der gegenüber Litvinov abgegebenen Erklärung Neuraths stehe, wonach sich Deutschland nicht an Sanktionen beteiligen werde, weil es entwaret sei⁵. Wenn es sich so verhalte, dann werde Deutschland, wie dies Litvinov bereits seinerzeit festgestellt habe, nur von den Vorzügen des Paktes profitieren und keineswegs verpflichtet sein, bei Ausbruch dieses theoretisch angenommenen Konflikts seine gesamte Armee gegen Polen und die Tschechoslowakei einzusetzen. Meyer antwortete, dass Deutschland seine Verpflichtungen ernst nehme. Wenn es den Ostpakt unterzeichnen sollte, so müsste es sich auch an den Sanktionen beteiligen. Wir halten immer Wort, erklärte er pathetisch. Das gilt auch für den Baltischen Pakt, fuhr Meyer fort. Falls wir, die Deutschen, diesen Pakt unterzeichnen sollten, so würde dies bedeuten, dass wir beispielsweise bei einem Aufkreuzen

² So im Dokument; richtig: ihnen.

³ Scheffer schrieb: „Jedes juristische Instrument ist in der Hand der Mächtigen zu allen Zwecken zu gebrauchen, die ihnen dienlich scheinen, und wir ziehen es vor, uns nicht in ein Spiel einzulassen, dessen Regeln wir nicht entscheidend beeinflussen können.“ In: P. Scheffer: „Ost-Locarno? An die, die es angeht“. In: Berliner Tageblatt vom 8. Juli 1934, S. 1–2, hier S. 2.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 458.

der englischen Flotte vor Riga oder Reval gemeinsam mit der UdSSR gegen England vorgehen müssten. An derartigen Abenteuern wollen wir uns nicht beteiligen. Glauben Sie mir, fuhr Meyer fort, dass wir im Auswärtigen Amt hinsichtlich des Baltischen Paktes und des Ostpaktes erst dann zu einem negativen Ergebnis gelangten, nachdem wir alle denkbaren Situationen, in die Deutschland bei einem Beitritt zu diesen Pakten geraten könnte, durchgespielt hatten. Sämtliche dieser „Situationen“ erwiesen sich dabei als für Deutschland ungünstig. Meyer machte mich auf einen, wie er meinte, merkwürdigen Vorgang aufmerksam: Als François-Poncet im Auswärtigen Amt war und über den Ostpakt sprach, erklärte er, dass die Deutschen die Einzelheiten von Litvinov erfahren werden. Litvinov habe sich bei seinem Besuch bei Neurath aber auf François-Poncet berufen. Meyer beendete die Unterredung mit der Erklärung, die fast wie ein Schwur klang, dass sich Deutschland niemals dem Ostpakt anschließen werde.

B. Vinogradov

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit den Eingangs-Nr. 3304 vom 15. 7. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 5 an Gen. Krestinskij, 2 [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 41, l. 116–118. Kopie.

Nr. 480

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 380/s¹

Berlin, 16. Juli 1934

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

[...]²

Aufzeichnung des Gesprächs mit Meyer (Auswärtiges Amt), 12. VII.

1. Zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Gen. Suric

Ich erzählte Meyer noch einmal die Geschichte dieser Angelegenheit. Ich verwies darauf, dass die Deutschen im Mai, als L. M.³ sie von seiner Abberufung und über die Termine seiner Abreise unterrichtet habe, absolut keine Erklärung bezüglich des Termins der Anreise von Gen. Suric abgegeben und damit die sowjetischen Behörden in dem guten Glauben gelassen hätten, dass, wenn Gen. Suric im

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Ausgelassen sind die Aufzeichnungen von Unterredungen mit Graf von Bassewitz am 9. 7. (l. 42), mit Reyß am 9. 7. (l. 42–42R) und mit Hoetzsch am 9. 7. 1934 (l. 42R–43).

³ Chinčuk.

August anreise, alle erforderlichen Formalitäten erledigt werden könnten, um die Arbeit aufzunehmen. Später hätten uns die Deutschen erklärt, dass sie sich geirrt hätten, als sie annahmen, dass Hindenburg im August nach Berlin kommen werde, wie er dies in den letzten Jahren nicht selten getan habe, um die Beglaubigungsschreiben der auf diese Gelegenheit wartenden Botschafter und Gesandten entgegenzunehmen. Wie sich herausgestellt habe, werde Hindenburg in diesem Jahr nicht im August nach Berlin kommen und somit werde die Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Suric auf Ende September, Anfang Oktober vertagt werden. Die deutsche Seite hätte von sich aus den Vorschlag unterbreitet, dass Gen. Suric nach Neudeck reise. Sie hätte aber sogleich wieder ihren Vorschlag mit dem Hinweis darauf verworfen, dass dies dem Ansehen des Abgesandten einer Großmacht wohl kaum dienlich sei. In der Annahme, dass gerade das Prestige den Punkt bilde, um den sich alles drehe, habe die Botschaft in dieser Angelegenheit beim NKID angefragt und die Weisung erhalten, dass für Gen. Suric die Prestigefrage von keiner großen Bedeutung sei und er sehr gern auf ein Ehrengelait und andere Ehrbezeugungen in Berlin verzichte, wenn dies dazu beitragen würde, dass er schnellstmöglich die Gelegenheit bekommt, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen und die Arbeit aufzunehmen. Als wir das Auswärtige Amt von dieser Auffassung des NKID unterrichtet hätten, habe sich zu unserer Verwunderung herausgestellt, dass das Auswärtige Amt ohne Anführung von Gründen generell eine ablehnende Haltung zu der von ihm selbst vorgeschlagenen Variante einnahm, Gen. Suric nach Neudeck reisen zu lassen. Wir verstünden nicht die Motive, die der ablehnenden Haltung des Auswärtigen Amtes zugrundelägen. Wir bestünden erneut darauf, diese Frage schnellstmöglich in dem Sinne zu entscheiden, dass Gen. Suric nach seiner Ankunft so schnell wie möglich seine Reise nach Neudeck antrete.

Meyer sagte, dass er unseren Unmut verstehe. Er werde sich in dieser Frage noch einmal mit Bassewitz in Verbindung setzen, die Frage könne aber selbstverständlich nicht eigenmächtig entschieden werden. Er bitte uns, uns solange zu gedulden, bis diese Frage mit der Kanzlei des Präsidenten geklärt worden sei.

2. Zu den Steuern der Handelsvertretung

Ich überreichte Meyer eine Note, um gegen die Einstellung der Verhandlungen des Finanzministeriums mit der Handelsvertretung bezüglich der Pauschalisierung der Steuern zu protestieren und zugleich zu fordern, die von der örtlichen Finanzbehörde willkürlich festgesetzten Steuern für die Handelsvertretung aufzuheben. Denn die örtliche Finanzbehörde hat völlig unbegründet den Umsatz der Handelsvertretung mit 200 Mio. Mark angesetzt und von dieser Summe ausgehend die Handelsvertretung mit 3 Mio. Mark besteuert. Ich erinnerte Meyer an die Geschichte dieser Angelegenheit, die sich seit 1½ Jahren hinzieht. Trotz der nachdrücklichen Ermahnungen und Weisungen, die die Handelsvertretung, die Bevollmächtigte Vertretung und auch das Auswärtige Amt in dieser Frage vortrugen, drückt sich das Finanzministerium beständig davor, seine Haltung zum Problem der Pauschalisierung der Steuern für die Handelsvertretung offen darzulegen.

Meyer versprach mir, sich mit dem Finanzministerium umgehend in Verbindung zu setzen, um es zu veranlassen, die Verhandlungen, die ohne unser Verschulden abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen.

3. Zu den Kreditfristen

Meyer kam von sich aus auf diese Frage zu sprechen. Er sagte, dass er sehr gern wissen möchte, was Gen. Vejcer aus Moskau konkret mitgebracht habe.

Ich sagte, dass es Gen. Vejcer trotz der großen Skepsis der Moskauer Behörden gelungen sei, das Einverständnis Moskaus einzuholen, mit den Deutschen zu den von ihnen zusätzlich aufgeworfenen Fragen, die in Verbindung mit dem 200 Mio. Kredit⁴ stünden, Verhandlungen aufzunehmen. Dieses Einverständnis sei Gen. Vejcer jedoch unter der unverrückbaren Bedingung erteilt worden, dass der Kredit, von dem die Rede sei, eine Laufzeit von 5½ Jahren haben werde.

Meyer erklärte, dass dies seiner Meinung nach völlig ausgeschlossen sei, da die deutsche Regierung selbst den vier Jahren, von denen früher die Rede war, erst nach Zaudern und ernsten Zweifeln zugestimmt habe⁵. Ich korrigierte Meyer sofort und wies ihn darauf hin, dass von deutscher Seite zum Ende der Verhandlungen mit Vejcer bereits nicht mehr von vier, sondern von 4½ Jahren die Rede gewesen sei. Somit betrage die Differenz zwischen dem, womit sich die Deutschen vor der Abreise Vejcers nach Moskau einverstanden erklärt hätten und dem Vorschlag, den Vejcer aus Moskau mitgebracht habe, insgesamt nur ein Jahr. Ich machte Meyer gleichfalls darauf aufmerksam, dass die Gewährung des Kredites zu diesen Bedingungen für Deutschland ganz offensichtlich die einzige Chance darstelle, die Geschäftsbeziehungen mit der UdSSR aufrechtzuerhalten, um damit für deren künftige Entwicklung auch eine gewisse Grundlage zu schaffen. Sollte dieser Kredit nicht zu den von der UdSSR gestellten Bedingungen zustande kommen, so sei völlig klar, dass die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland genötigt sein werde, ihren Apparat bedeutend zu verringern. Im anderen Fall bleibe der Apparat, der mit Blick auf den 200 Mio. Kredit aufgebaut wurde, in den nächsten Jahren bestehen, um die erforderlichen Arbeiten bewältigen zu können. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre außerdem gezeigt hätten, bildeten die Geschäfte eines Jahres bis zu einem gewissen Grade die Grundlage und auch den Rahmen für die Geschäfte des darauf folgenden Jahres. Wenn also die deutsche Seite der Handelsvertretung einen Kredit mit einer Laufzeit von 5½ Jahren gewähre, schaffe sie damit die Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Handelsgeschäfte. Was die Dauer der Kreditfrist betreffe, so sollte sie die deutsche Seite nicht schrecken, und dies aus zwei Erwägungen: im Unterschied zu den langfristigen Investitionen in öffentliche Bauten, die jetzt in Deutschland erfolgen, biete sich der Export in die UdSSR als eine zuverlässige Kapitalanlage an, deren Gewinnrückfluss wiederholt durch die verlässliche und unter Beweis gestellte Kreditfähigkeit der UdSSR garantiert sei. Außerdem erfolge die Zahlung der im Portefeuille der Reichsbank befindlichen Wechsel der Sowjetunion jetzt und wie auch in den vergangenen Jahren auf die prompteste Weise und zudem in Devisen und Gold, woran es Deutschland mangle. Damit würde sich Deutschlands Kreditwürdigkeit erhöhen und die Möglichkeit einer Rückdiskontierung von sowjetischen Wechseln in andere Länder er-

⁴ Vgl. Dok. 473.

⁵ Ungeachtet der Erklärungen der deutschen Verhandlungsführer, wonach die Gewährung eines derart langen Kredites unannehmbar sei, schätzte Bessonov ein, dass „bei den Deutschen eine große Befürchtung besteht, mit der Ablehnung unseres Vorschlages endgültig den Weg zu einer wie auch immer gearteten Wirtschaftsbelebung mit uns zu versperren“. Vgl. Schreiben Bessonovs an Stern vom 13. 7. 1934. In: AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 8, l. 238.

leichtern. Seinerzeit seien die Kreditfristen des Pjatakow-Abkommens auch als außerordentlich lang erschienen, und Deutschland habe damals nicht geschwankt, sich mit der Sowjetunion auf eine umfangreiche Aktion einzulassen. Die Erfahrungen lehrten, dass sich die damalige Initiative Deutschlands voll und ganz bezahlt gemacht habe. Es sei nicht daran zu zweifeln, dass sich auch diese Aktivität ganz und gar bezahlt machen werde. Schließlich sollte sich die deutsche Seite auch aufgrund einer anderen Erwägung hinsichtlich der Dauer der Kreditfristen nicht irritieren lassen. Die Deutschen beharrten in den Gesprächen mit uns stets darauf, dass wir unseren Export nach Deutschland auf Baumwolle, Wolle, Erdöl und ähnliche Produkte umstellen sollten. Wenn wir tatsächlich auf diesen Vorschlag eingehen sollten, so würde dies bedeuten, dass wir damit zugleich auf einige Jahre den Charakter und die Orientierung unserer Agrar- und Industrieproduktion umstellen müssten, was wir aber selbstverständlich niemals machen würden, solange wir keine stabilen, ****auf****⁶ lange Fristen berechnete Beziehungen mit Deutschland hätten. Es verstehe sich, dass diese zwei Fragen in keinem direkten Zusammenhang stünden. Trotzdem sei es unbestritten, dass nach der Rede von Gen. Litvinov auf der internationalen Wirtschaftskonferenz⁷ der ganzen Welt klar geworden sein müsste, dass die UdSSR nicht mehr Waren zu den bisher üblichen Kreditfristen kaufen werde und die Entwicklung des Exports in die UdSSR nur auf der Grundlage eines langfristigen Kredites einerseits und von Vergünstigungen andererseits möglich sei.

Meyer erklärte, dass ihm meine Überlegungen unter diplomatischem Gesichtspunkt als recht triftig erschienen, doch das letzte Wort in dieser Frage habe selbstverständlich Minister Schmitt, insbesondere jetzt, da er über diktatorische Vollmachten verfüge. Deshalb könne er sich bestenfalls an der Erörterung dieser Frage beteiligen, wobei er verspreche, sich seinerseits dazu wohlwollend zu verhalten.

4. Zur DEROP

Ich übergab Meyer Dokumente bezüglich eines Monteurs der DEROP, eines Deutschen, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und Mitglied einer ****Verteidigungs****⁸-Staffel (SS)⁹, der in Hannover ergriffen wurde und wegen des Verdachts der Brandstiftung in einem Flugzeugwerk von Henkel¹⁰ für eine kurze Zeit ins Gefängnis kam. Bei der Verhaftung erklärte man dem Monteur, dass er deshalb verdächtigt werde, weil er Angestellter der DEROP sei, was nach deutscher Auffassung identisch mit Spionage zugunsten für die UdSSR sei. Bei der Übergabe der Dokumente machte ich Meyer darauf aufmerksam, dass damit die schlechte Behandlung, die die DEROP in letzter Zeit in vielerlei Hinsicht erfahre, sehr gut illustriert werde. Ich erinnerte ihn noch einmal an den Zwischenfall mit dem Direktor der Berliner Transportgesellschaft Gen. Maškevič sowie an die Drohung, mit den deutschen DEROP-Direktoren abzurechnen, weil sie bei den Bolschewiken arbeiten. In diesem Zusammenhang verwies ich auf die Verhaftung von Wittersheim

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Am 14. 6. 1933. Vgl. Dok. 155, Anm. 9.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Sturm.

⁹ Die Abkürzung ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁰ So im Dokument; richtig: Heinkel.

(dem von der Regierung ernannten Vorstandsmitglied), die, zugegebenermaßen, mit der Haftentlassung nach zwei Tagen endete, aber dennoch dem gleichen Misstrauen gegenüber der DEROP geschuldet war.

Meyer erklärte, er betrachte derartige Fakten für untragbar und werde versuchen, sie zu prüfen. Sollten sie sich bestätigen, so würden die Schuldigen mit ganzer Strenge zur Verantwortung gezogen werden. Der Kurs der deutschen Regierung bleibe in der DEROP-Frage unverändert in Kraft.

5. Zur Presse

Ich lenkte Meyers Aufmerksamkeit auf den Roman „Russische Erde“, mit dessen Abdruck im „Völkischen Beobachter“ begonnen wurde¹¹, und auf die Reklame, die dem Abdruck dieses Romans voraus ging¹². In dieser Reklame wird die Rote Armee der Sowjetunion vorsätzlich in betont vordergründiger Weise als Waffe des angeblich erbarmungslosen Terrors gegen die sowjetische Bevölkerung dargestellt. Ich sagte Meyer, obgleich der Roman „Russische Erde“, von dem die Rede sei, sich in dem Wahrheitsgehalt seiner Darstellung der bekannten Erzählung von der auswuchernden Moosbeere annähere, betrachteten wir ihn dennoch, wie auch die erneut zum Leben erweckte „Hungerkampagne gegen die UdSSR“, als ein Anzeichen der in der deutschen Presse bewusst geführten feindseligen Propaganda gegen die Sowjetunion.

Meyer erklärte wie gewohnt, dass er den Roman nicht gelesen, die Plakate nicht gesehen habe und sich mit all dem erst später befassen werde. Er versäumte aber nicht zu bemerken, dass sich die sowjetische Presse seiner Meinung nach unvergleichlich schlechter als die deutsche aufführe, und versprach, mir sogleich Musterbeispiele für deren Verhalten zu präsentieren¹³.

Wie ich erwartet hatte, war M[eyer] dazu nicht in der Lage, er blätterte in seinen Papieren und erklärte mir, wie auch beim letzten Mal, er werde diese Beispiele später schicken. Als Ersatz dafür las er mir aus der „Leningrader Pravda“ etwas vor, was so ähnlich wie ein Aufruf in der Art der MOPR oder des EKKI zu den deutschen Ereignissen klang. Er erklärte, dass dies der Leitartikel der „Leningrader Pravda“ sei¹⁴. Aufgrund des Textes der von ihm vorgelesenen Notiz erkannte ich, dass dies auf keinen Fall ein Leitartikel oder irgendeine abgezeichnete Notiz sein könnte und erklärte ihm sofort, dass er sich irre und es sich um irgendeinen Aufruf einer internationalen Organisation handele, der die „Leningrader Pravda“ Platz eingeräumt habe¹⁵.

Meyer gestand dies sofort ein und ließ die Frage der „Leningrader Pravda“ fallen. Dafür behauptete er völlig grundlos, dass sich unsere Zeitungen unablässig Beleidigungen der Führer des deutschen Faschismus zuschulden kommen ließen,

¹¹ Vgl. Völkischer Beobachter vom 8./9. Juli 1934, Berliner Ausgabe, Beiblatt, S. 7.

¹² Vgl. Dok. 478, Anm. 15.

¹³ Vgl. Aufzeichnung von Meyer vom 12. 7. 1934. In: PA AA, R 31499, Bl. E 497515.

¹⁴ Der Leitartikel, der sich mit der „Nacht der langen Messer“ beschäftigte, endete mit den Worten: „Die revolutionäre Krise reift heran und der Faschismus ist bei weitem nicht von Dauer“ (Stalin). Das letzte Wort haben die deutsche Arbeiterklasse und ihre heldenhafte Führerin – die Kommunistische Partei!.“ „Po veleniju Kruppa“ (Auf Geheiß von Krupp). In: Leningradskaja Pravda vom 2. Juli 1934, S. 1.

¹⁵ In der ersten Hälfte des Monats Juli 1934 konnten in der „Leningradskaja Pravda“ keinerlei Aufrufe von internationalen Organisationen, die sich auf innenpolitische Ereignisse in Deutschland bezogen, ermittelt werden.

was die deutschen Zeitungen gegenüber sowjetischen Staatsmännern niemals tun würden.

Ich entgegnete ihm, dass sich unsere Presse hinsichtlich der Ereignisse in Deutschland unvergleichlich korrekter als die Presse anderer Länder verhalte und seine Behauptung jeglicher Grundlage entbehre. Was aber die deutsche Presse betreffe, so könne ich ihm zu einem beliebigen Zeitpunkt ein ganzes Kompendium von absolut unzulässigen Ausfällen gegenüber sowjetischen Staatsmännern zusammenstellen. Um sich davon zu überzeugen, genüge es, sagte ich, auf das Buch von Herman Fehst „Bolschewismus und Judentum“¹⁶ sowie auf das vom Bund der antikommunistischen Organisationen herausgegebene Bulletin mit dem Titel „Antikomintern“¹⁷ zu verweisen.

6. Als ich meine Fragenliste beendet hatte, bat mich Meyer, ihm zu gestatten, mir seinerseits eine Frage zu stellen. Nach einem kurzen Schweigen fragte er mich sodann mit einem geheimnisvollen Gesichtsausdruck, wann der Text des zwischen Frankreich und der UdSSR abgeschlossenen Militärabkommens veröffentlicht werde und ob er überhaupt veröffentlicht werde.

Ich sagte M., dass mir nichts über ein derartiges Abkommen zu Ohren gekommen sei, obgleich ich die Gelegenheit gehabt hätte, unlängst mit Gen. Litvinov persönlich über Fragen der Europapolitik der Sowjetunion zu sprechen.

Darauf bemerkte M., dass ich offensichtlich nicht informiert sei, und ich solle doch zu dieser Frage bei unserem Militärattaché in Paris, Vencov, nachfragen.

Ich entgegnete M., dass er offensichtlich Opfer einer weiteren Fälschung geworden sei. Darauf bemerkte M., dass seine Informationen aus englischen Quellen stammten. In diesem Zusammenhang sprachen wir über den Ostpakt, wobei M. alle seine Überlegungen noch einmal wiederholte, die ich von ihm bereits mindestens 4 oder 5 Mal zu hören bekommen hatte. Deutschland könne und dürfe danach nicht in Streitfälle dritter Staaten eingreifen. Es könne für Missverständnisse, die zwischen den anderen Paktteilnehmern aufträten, keine Verantwortung übernehmen. Es wünsche nicht, sich in ein Durchzugsgebiet für fremde Truppen zu verwandeln, die auf der Grundlage des vorgeschlagenen Paktes zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet seien. Deutschland sei gern bereit, einen Nichtangriffspakt abzuschließen und zu unterzeichnen, es weise jedoch den Gedanken einer assistance mutuelle¹⁸ entschieden zurück.

Nachdem ich mir dies von Meyer alles noch einmal angehört hatte, gab ich ihm zu verstehen, dass die Unterzeichnung des Paktes auch ohne Deutschland stattfinden könnte, wenn Deutschland sich die ihm bietende Gelegenheit bewusst verstreichen lasse, der ganzen Welt das Fehlen jedweder aggressiver Absichten zu demonstrieren¹⁹. Sollte dieser Fall eintreten, so würde Deutschland selbstverständlich in einen Gegensatz zu allen diesen Pakt unterzeichnenden Ländern geraten, d. h. in eine Isolation.

¹⁶ H. Fehst: Bolschewismus und Judentum. Das jüdische Element in der Führerschaft des Bolschewismus, Berlin/Leipzig 1934.

¹⁷ Vgl. Dok. 462, Anm. 5.

¹⁸ Gegenseitiger Beistand.

¹⁹ Am 14. 7. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) folgenden Beschluss: „Der Unterzeichnung eines dreiseitigen Abkommens mit Frankreich und Deutschland, die den regionalen Ostpakt garantieren, ist zuzustimmen.“ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 529, l. 74 (Protokoll Nr. 10, Pkt. 194/177, „Sondermappe“).

In seiner Entgegnung fragte mich M. misstrauisch, ob ich denn tatsächlich eine Isolierung Deutschlands für möglich halte. In diesem Fall wäre ich anscheinend unzureichend informiert. Deutschland habe Freunde, die in der Frage des Ostpaktes, und dies wisse er zuverlässig, diesen Standpunkt teilen. Bei solch einer Konstellation schätze er die Möglichkeit einer Isolierung als sehr gering ein.

Ich sagte, dass Deutschland, unabhängig davon, wie groß die Wahrscheinlichkeit auch sein möge, ernsthaft nachdenken müsse, bevor es seinen Standpunkt zum Ostpakt endgültig verkündet.

[...] ²⁰

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2782a vom 20. 7. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 42–47. Original.

Nr. 481

Runderlass des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath

[17. Juli 1934]

e. o. IV Ru. 3375

Die Politik der Sowjetunion ist in den letzten Jahren von zwei Momenten maßgeblich beeinflusst worden, von der Besorgnis einer Konflagration im Fernen Osten und von der Besorgnis einer Aggressivität Deutschlands gegenüber Sowjetrussland und den baltischen Staaten. Da die Sowjetunion für einen Konflikt im Fernen Osten noch nicht ausreichend vorbereitet war, versuchte sie einerseits dem Ausbruch eines Kriegs in Ostasien auszuweichen und andererseits mit allen Kräften für eine erhöhte Sicherheit im Westen zu sorgen. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgten in den letzten Jahren der Abschluss von Nichtangriffsverträgen¹ und die Abmachungen über die Definition des Angreifers². Aus der gleichen Erwägung trat die Sowjetregierung für die Erhaltung des Status quo in Europa ein und lehnte alle Revisionsbestrebungen mit Schärfe ab; jede Veränderung des Status quo erschien ihr als eine Bedrohung des Friedens, die letzten Endes zu Aktionen gegen die Sowjetregierung führen könnte. Diese Einstellung der Sowjetregierung führte zur Annäherung an Frankreich. Die Machtergreifung durch die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland löste bei der Sowjetregierung die Befürchtung aus, die deutsche Politik könnte die bisherige Basis der deutsch-russischen Beziehungen verlassen. Ernste Besorgnisse traten auf, die deutsche Regierung wolle den Kampf

²⁰ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Gespräche während eines Abendessens am 21. 7. 1934 in der Bevollmächtigten Vertretung mit von Bülow (l. 46R–47) und mit Aschmann (l. 47–47R).

¹ Vgl. Dok. 349, Anm. 3.

² Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

gegen den Kommunismus nicht nur im eigenen Lande, sondern im Weltmaßstabe führen und eine Antisowjetfront schaffen, deren letztes Ziel ein Kreuzzug gegen das bolschewistische Russland sein müsste. Für besonders bedrohlich erachtete sie Gedankengänge über deutsche Expansion im Baltikum und über eine Loslösung der Ukraine von Russland. Litwinow hat, obwohl er die Richtlinien der deutschen Politik genau kannte und wusste, dass keinerlei aggressive Tendenzen gegenüber Russland oder den Baltenstaaten von Deutschland verfolgt werden, an seinem vorgefassten Standpunkt festgehalten. Von diesem Standpunkte aus hat Litwinow vor einigen Monaten die Vorschläge betreffend die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit der baltischen Staaten³ mit dem bekannten negativen Erfolg gemacht.

Die Annäherung an Frankreich kam besonders deutlich auf dem Gebiete der Abrüstung zum Ausdruck. Während die Sowjetunion sich zunächst scharf dagegen gewandt hatte, dass die Konferenz auf Grund der französischen Einflussnahme sich immer mehr von dem eigentlichen Thema der Abrüstung entfernte und mit der Frage der vertraglichen Sicherheit beschäftigte, ist seit Februar 1933 ein Umschwung eingetreten. Die Sowjetunion trat immer mehr auf den Boden der französischen Sicherheitspolitik und ging schließlich so weit, auf der letzten Tagung die Umgestaltung der Abrüstungskonferenz in eine Art ständiger Sicherheitskonferenz vorzuschlagen⁴.

In dem Bestreben, den Status quo auf allen Gebieten erneut festzulegen, sind Frankreich und Russland zur Ausarbeitung eines Projektes geschritten, von dem sie die Erreichung ihrer politischen Ziele erwarten zu können glauben; Ausbau und Festigung der französischen Hegemonialstellung in Europa, Sicherstellung einer französisch-russischen Kooperation gegenüber Deutschland bei gleichzeitigem Eintritt Russlands in das französische Bündnissystem und in den Völkerbund sowie Entlastung der Sowjetunion an ihrer Westgrenze im Falle eines Konfliktes in Ostasien. In diesem Sinne ist der Vertragsentwurf abgefasst, den der englische Botschafter⁵ vor einigen Tagen mir übergeben hat⁶.

I. Das diplomatische *procedere* in dieser Angelegenheit hat stärkstes Befremden ausgelöst. Die Paktidee wurde zunächst in ganz allgemeiner Form mündlich durch den französischen Botschafter in Berlin angekündigt und als eine russische Idee charakterisiert; wenige Tage darauf wurden sodann diese Gedankengänge durch Herrn Litwinow bei seiner Durchreise durch Berlin⁷ ebenfalls mündlich an uns herangebracht, wobei er durchblicken ließ, dass sie französischer Konzeption seien. Meinerseits hatte ich die positiven und negativen Elemente der mir vorgetragenen Ideen auseinandergesetzt und im Übrigen gegebenenfalls eingehende Prüfung zugesagt. Nun wird, ohne dass unsere Stellungnahme abgewartet oder mit uns über die gegebenen Möglichkeiten vertraulich gesprochen wird, **dieser Paktvorschlag**⁸ durch eine gar nicht beteiligte Macht, nämlich England, Deutschland vorgelegt und gleichzeitig der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

³ Vgl. Dok. 395.

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 184, S. 366–368.

⁵ Sir Eric Phipps.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 85, S. 159–162.

⁷ Vgl. Dok. 458.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: diese Paktidee.

Deutschland wird dadurch diplomatisch vor eine Art *fait accompli* gestellt. Gleichzeitig erklärt die französische Botschaft in London, es habe sich gar nicht um ein fertiges Dokument gehandelt, sondern nur um eine Vertragsskizze, welche die französische Botschaft in London mit dem Foreign Office gemeinsam ausgearbeitet habe. Wir können eine Macht, die selbst jede Beteiligung an dem Vertragswerk und jede weitere Verpflichtung ihrerseits ablehnt, nicht wohl als legitimiert ansehen, sich zum offiziellen Befürworter und Propagator des neuen Paktsystems zu machen. Die vielleicht für die englische Initiative erklärliche Erwartung, mit der Zustimmung zu einem solchen Paktsystem die ewigen Sicherheitsforderungen und Bündnisangebote der Franzosen loszuwerden, wäre, abgesehen davon, dass diese Erwartung falsch sein dürfte, in keiner Weise geeignet, unsere Entschlüsse zu beeinflussen.

II. Der Kreis der Teilnehmerstaaten in dem neuen Paktsystem ist ganz willkürlich gebildet. Ein gerechtfertigter Gesichtspunkt, der gerade diese Staaten zusammenführen könnte, ist nicht zu erkennen. Wenn man die Tschechoslowakei beteiligt, warum beteiligt man dann nicht Rumänien oder auch Schweden und Norwegen? Vor allem muss man sich fragen, mit welcher politischen Legitimation Frankreich in einen Pakt zur Befriedigung Osteuropas hineingezogen wird. Die politische Tendenz, die der Beteiligung Frankreichs zugrunde liegt, wird besonders deutlich durch die Sonderstellung, die ihm in dem Paktsystem zugewiesen wird. Ganz abgesehen davon, dass das Paktsystem durch diese Sonderstellung schon äußerlich schief und künstlich wird, zeigt es sich ganz klar, dass es nichts anderes als eine russisch-französische Kombination darstellt, die sich in erster Linie gegen Deutschland richtet. Eine französische Garantie zu Gunsten Deutschlands für den Osten ist doch nur eine leere Phrase. Deutschland hat es bekanntlich bei den Vorverhandlungen von Locarno abgelehnt, das deutsch-polnische Verhältnis von Frankreich garantieren zu lassen (in dem französischen Vorschlage war damals eine Garantie für die Innehaltung des deutsch-polnischen Schiedsvertrages vorgesehen). Der neue Entwurf bedeutet deshalb politisch nichts anderes als den Versuch, die Hegemoniestellung Frankreichs in Europa, die auf seiner militärischen Übermacht und seinen Militärbündnissen einschließlich seiner neuen Entente mit Russland beruht, auszubauen und zu befestigen. Mit den französischen Wünschen verbindet sich der russische Wunsch, gemeinsam mit Frankreich Deutschland in der Zange zu halten und sich zugleich den Rücken für die Entwicklung im Fernen Osten zu decken.

III. Die Grundlage von Locarno wird durch den völlig unmotivierten Einbau der russischen Garantie verfälscht. Der Rheinpakt von Locarno ist ein an sich ausbalanciertes System. Sein Funktionieren wird durch die strenge Abgrenzung sowohl der stipulierten Grundverpflichtung (Kriegs-⁹ und Angriffs⁹verzicht zwischen Deutschland einerseits und Frankreich-Belgien andererseits) als auch durch den eng begrenzten Kreis der Garanten, deren politische Einstellung zu jener Grundverpflichtung von vornherein übersehen werden kann, ermöglicht. Bei den beiden Garanten England und Italien sowie auch bei Frankreich kann man annehmen, dass sie an der Erhaltung des Friedens am Rhein objektiv interessiert sind; Russland würde zu einem deutsch-französischen Konflikt aber nur vom Stand-

⁹ Der Text ist eingefügt.

punkt seiner wechselnden Sonderinteressen aus Stellung nehmen und sich in absehbarer Zeit voraussichtlich niemals zugunsten Deutschlands entscheiden. Die von England jetzt befürwortete Ausdehnung der russischen Locarno-Garantie auf Deutschland ist deshalb politisch für uns völlig wertlos. Es ist auch nicht verständlich, wie sich insbesondere England mit einer Einbeziehung Russlands in das Locarno-System einverstanden erklären konnte. Es müsste sich auch darüber klar sein, dass es bei wirklicher Anwendung von Locarno leicht mit Russland in Konflikt geraten könnte. Wir können jedenfalls von unserem Standpunkt aus die Zustimmung zum Beitritt Russlands zum Rheinpakt von Locarno nicht geben. Dass dieser Beitritt der Zustimmung aller Locarnomächte bedürfte, ist selbstverständlich.

IV. Alle Erfahrungen über internationale Verhandlungen der Nachkriegszeit haben den evidenten Beweis erbracht, dass ein solches Paktsystem mit automatischer, militärischer Unterstützungspflicht überhaupt niemals wirklich gerecht und paritätisch funktionieren kann. Ein solches System kann sich immer nur gegen den militärisch schwachen, niemals aber gegen den militärisch starken Partner auswirken. Dieser Mangel an paritätischer Auswirkungsmöglichkeit wird umso evidenter, wenn einzelne militärisch starke Teilnehmerstaaten durch besondere Abrede untereinander gebunden sind. Um zu erkennen, dass ein solcher Pakt keine wirkliche Friedenssicherung darstellt, braucht man nur Folgendes zu überlegen:

Die militärische Unterstützung soll nach dem Regionalvertrag „immediately“ gewährt werden. Das soll offenbar bedeuten, dass sie in keiner Weise von den Ergebnissen der vorgesehenen Konsultation oder von der Entscheidung sonstiger Instanzen (Völkerbund etc.) abhängen soll. Das ist allerdings der bekannten Bestimmung des Rheinpaktes von Locarno nachgebildet, wonach die Garantiepflicht Englands und Italiens in flagranten Fällen ohne weiteres eintritt. Im System des neuen Paktes würde das aber zu unmöglichen Konsequenzen führen. Es muss angesichts der völlig disparaten politischen Interessen der hier beteiligten Mächte durchaus mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass diese Mächte in konkreten Fällen keineswegs einer Meinung darüber sein werden, wer der Angreifer ist. **Die Entscheidung hierüber würde praktisch allein durch Frankreich und Russland erfolgen. Die übrigen Staaten würden, obwohl sie in keiner Weise an dieser Entscheidung maßgeblich mitwirken könnten, automatisch gezwungen sein, das gesamte Risiko mitzutragen und sich für fremde Interessen mit ihrer Existenz einzusetzen; sollten die übrigen Staaten sich dieser Entscheidung nicht fügen, so würde eine Bildung feindlicher Mächtigkeitsgruppen unter den Vertragspartnern entstehen und zum Kriege aller gegen alle führen. **¹⁰ Das Problem ist dasselbe wie bei Art[ikel] 16 des Völkerbunds Paktes¹¹, dessen falsche Konzeption gerade auch mit diesem Punkt zusammenhängt. Die Komplikationen, die sich hieraus ergeben können, sind, wie bereits erwähnt, um so gefährlicher, als einzelne der an dem neuen Pakt

¹⁰ Der Text ist korrigiert. Die ursprüngliche Passage lautete: Der Pakt würde in einem solchen Falle zu einem Krieg aller gegen alle, also nur zu einer Verbreiterung des Konfliktes beitragen. Aus einem Konflikt zwischen zwei Mächten würde ein Konflikt zwischen einer großen Anzahl von Mächten entstehen.

¹¹ Dieser Artikel regelt die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten bei einem Angriff eines Mitgliedes durch ein anderes. Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 733–735.

beteiligten Mächte (Frankreich-Polen, Frankreich-Tschechoslowakei) bereits durch Bündnisverträge gebunden sind. Wollte man diese Schwierigkeiten dadurch beseitigen, dass die Unterstützungsverpflichtung nur auf Übereinstimmung aller nicht am Konflikt beteiligten Signatarmächte eintritt (was offenbar nicht die Absicht ist), so wäre der ganze Pakt natürlich von vornherein ein Schlag ins Wasser. Es greifen hier alle die bekannten Argumente ein, die wir stets dagegen geltend gemacht haben, dass man den Frieden nicht durch Vorbereitung des Krieges gegen den Krieg sichern könne. Man kann sich zur Widerlegung dieser prinzipiellen Gesichtspunkte in keiner Weise auf den Rheinpakt von Locarno berufen, der, wie bereits gesagt, zur Lösung einer besonderen, genau abgegrenzten politischen Situation bestimmt ist. Ein solcher Pakt würde nur dann funktionieren, wenn er die internationale Grundlage für eine Kooperation Frankreichs und Russlands gegen Deutschland abgeben soll.

V. Selbst wenn man aber über die prinzipiellen Möglichkeiten solcher Paktssysteme anderer Ansicht sein will, wird man zugeben müssen, dass für ein Land wie Deutschland eine Beteiligung unmöglich ist, weil die Gefahren für Deutschland riesengroß sind und auch weil keine Contrepartie besteht. Eine erhöhte Sicherheit wird nicht gewährt. Die vorgeschlagene Art von Sicherheit mit französischen Truppen im Osten und russischen Truppen am Rhein lehnen wir als utopisch wie gefährlich ab. Wie kann sich Deutschland bei seiner geographischen Lage und bei seiner militärischen Unterlegenheit dazu verpflichten, in alle möglichen, gar nicht zu übersehenden Konflikte anderer Staaten hineingezogen zu werden, obwohl es daran in keiner Weise beteiligt oder interessiert ist? Als Deutschland in Verfolg des Locarnopaktes die Pflichten eines Völkerbundsstaats gemäß Art[ikel] 16 der Satzung auf sich nahm, wurde seiner geographischen und militärischen Lage ausdrücklich Rechnung getragen. Ein solcher Vorbehalt ist im Ostpakt nicht vorgesehen. Deutschland würde also z.B. im Falle eines Angriffs Russlands auf einen Baltenstaat oder der Tschechoslowakei auf Polen eingreifen müssen und darüber hinaus noch genötigt sein, französische Truppen durchmarschieren zu lassen. Deutschland würde sich damit für alle denkbaren Konflagrationen in Europa zum eigentlichen Kriegsschauplatz machen. Das kann niemand, der solche Pakte ernst nimmt, Deutschland zumuten.

Ebenso wenig wird irgendwie die volle Gleichberechtigung gewährt. Nach dem ganzen Verlauf der Abrüstungsbesprechungen ist es eine unmögliche Zumutung an uns, jetzt allein über die sogenannte Sicherheitsfrage zu sprechen, ohne dass die Lösung der Abrüstungsfrage irgendwie sichergestellt wird. Die Zusage, auf die sich die englische Regierung anscheinend so viel zugute tut, ist nicht nur völlig inhaltslos, sondern sie bleibt auch hinter den Deutschland **früher**¹² gemachten Zusicherungen weit zurück. Sie bestätigt ferner, dass von einer Fortführung der Abrüstungsverhandlungen überhaupt erst die Rede sein soll, nachdem die russisch-französischen Paktideen verwirklicht sind. In seiner Rede in Bayonne¹³ hat Barthou ausdrücklich erklärt, dass vor Abschluss der Pakte von irgendeinem Abrüstungsgespräch nicht die Rede sein könne; später könnte der Abschluss des Ostpaktes vielleicht eine **neue Atmosphäre schaffen, welche die

¹² Das Wort ist eingefügt.

¹³ Am 15. 7. 1934. Vgl. „Le Temps“ vom 17. Juli 1934.

Prüfung einer Auswirkung auf die Abrüstung gestatten könnte**¹⁴. Angesichts dieser Tatsache ist es unverständlich, wie auch Mussolini die Durchführung der vollen Gleichberechtigung als gesichert ansehen zu können glaubt. Mit einem so vagen Abrüstungsversprechen hat man Deutschland bereits einmal abgespeist, nämlich im Schlussprotokoll von Locarno. Die deutsche Regierung wird sich auf eine derartige zeitliche Ordnung der Probleme nicht noch einmal einlassen. Es wird damit von uns eine Vorleistung gefordert, die in keiner Weise gerechtfertigt ist, **eine Forderung, der auch dann nicht entsprochen werden könnte, wenn die Paktidee im Übrigen den Interessen Deutschlands gerecht werde**¹⁵.

Dazu kommt, dass unsere Rückkehr in den Völkerbund als ganz selbstverständlich angenommen wird, ohne dass von einer Reform des Völkerbundes oder von einer wirklich gleichberechtigten Stellung Deutschlands im Völkerbund die Rede ist. Demgegenüber soll Russland jetzt in den Völkerbund eintreten, das bisher jeden derartigen Gedanken aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt hat. Die Sowjetunion wollte sich unter keinen Umständen Schiedssprüchen und Gerichtsurteilen der „bürgerlichen“ Welt fügen. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund würde den Anschluss an die bürgerliche Welt und die Auslieferung an ihre Jurisdiktion bedeuten. **Das kann nicht ehrlich gemeint sein. Russland beabsichtigt offenbar, zusammen mit Frankreich, den Völkerbund eigennützigen Zwecken dienlich zu machen. Das kann den Völkerbund nur noch weiter entwerten**¹⁶. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund würde aber auch bedeuten, dass sie sich an allen Entscheidungen über die Anwendung der Sanktionsbestimmungen der Artikel 10 und 16 der Satzung maßgebend beteiligen könnte. **Das kann unsere Besorgnis wegen des Missbrauchs dieser Bestimmungen nur erhöhen**¹⁷.

Zusammenfassend kann von den neuen Entwürfen nur gesagt werden, dass sie in keiner Weise geeignet sind, wirklich den Frieden zu sichern, sondern dass sie nur dazu dienen würden, eine im wesentlichen gegen Deutschland gerichtete Konstellation zu bemänteln bzw. zu legalisieren. Russland sucht die Annäherung und die militärische Verbindung mit Frankreich. Nach vorliegenden **französischen**¹⁸ Meldungen soll Russland in letzter Zeit nicht weniger als 6 Mal Frankreich ein Bündnis angetragen haben. Frankreich ist es offenbar lieber, in der Form eines solchen Paktes als durch ein direktes und isoliertes russisch-französisches Militärbündnis die Verbindung mit der Sowjetunion herzustellen. Eine Drohung mit einem solchen Militärbündnis kann uns nicht schrecken. Denn wir sind nicht so leicht angreifbar; Deutschland wird seinerseits niemanden angreifen, im Westen schützt uns unverändert Locarno und die englisch-italienische Garantie, Polen wird aber aus Gründen der Selbsterhaltung einen Einmarsch der Russen zwecks eines Angriffes auf Deutschland nicht zulassen. Ein französisch-russisches Bündnis würde vielleicht anderen Ländern viel unbequemer sein als Deutschland. Das gesamte Ostpaktsystem, das neben dem Balkanpakt auch durch einen Mittelmeer-

¹⁴ Der Text ist von Meyer handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Der Text ist von Meyer handschriftlich eingefügt.

¹⁶ Der Text ist von Bülow handschriftlich eingefügt.

¹⁷ Der Text ist von Bülow handschriftlich eingefügt worden; ursprünglich: Demgegenüber treten die Fragen des Ratssitzes und der Beteiligung am Völkerbundssekretariat zurück.

¹⁸ Das Wort ist eingefügt.

pakt ^{**}(der uns nicht mitgeteilt worden ist)^{**19} weiter ausgestaltet werden soll, läuft auf einen Ausbau und eine Befestigung der Hegemonialstellung von Frankreich hinaus. Frankreich und Russland sollen arbiters²⁰ in Europa werden, und das Paktsystem soll die internationale Grundlage für eine gemeinsame Kooperation gegen Deutschland abgeben.

Trotzdem bitte ich bei Ihren Unterhaltungen nicht schon von einer ^{**}deutschen^{**21} Ablehnung zu sprechen, sondern in der vorstehend angedeuteten Weise die Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die sich teils aus allgemeinen Gründen, teils von der besonderen Lage Deutschlands aus diesem Plan entgegenstellen²².

R.M v. Neurath

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 31612, Bl. H 100375–100386.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 92, S. 171–177.

Nr. 482

Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow

Berlin, den 21. Juli 1934

e. o IV Ru. 4140

^{*}Der russische Botschafter¹ meldete sich heute dringlich bei mir an und erklärte im Auftrage seiner Regierung², dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken einverstanden sei mit der Verbreiterung der Garantien des Ergänzungsabkommens auch auf Deutschland und der Erweiterung der Garantien seitens Frankreich in Bezug auf Deutschland nicht widerspreche. Dies sei russischerseits bereits den Regierungen von Frankreich und England mitgeteilt worden^{*3}.

Ferner erklärte der Botschafter, ebenfalls im Auftrage seiner Regierung, diese habe den ursprünglichen französischen Entwurf eines Pakts⁴ erhalten, den sie aber einer Beurteilung (gemeint ist wohl gemeinsame Prüfung) mit der französischen Regierung nicht unterzogen habe; auf Details sei die russische Regierung nicht eingegangen. Deshalb habe die russische Regierung diesen Entwurf keiner anderen Regierung in ihrem eigenen Namen überreicht.

Zur Erläuterung sagte mir der Botschafter, die französische Regierung habe (offenbar vor Barthous Besuch in London) einen schriftlichen Paktentwurf nach

¹⁹ Die Klammer ist eingefügt.

²⁰ Lat. arbiters: Schiedsrichter.

²¹ Das Wort ist eingefügt.

²² Randvermerk von Bülow: „Sofort. Herrn MD Meyer. RM ist einverstanden. Bülow 17/7.“ Der Erlass wurde nach Moskau am 18. 7. per Kurier abgeschickt; vgl. PA AA, R 31612, Bl. H 100387.

¹ Lev Michajlovič Chinčuk.

² Für die Weisung Litvinovs vom 20. 7. 1934 zur Führung dieses Gesprächs vgl. DVP, Bd. XVII. Dok. 260, S. 490–491.

³ Der Absatz ist am Rand angestrichen.

⁴ Vgl. Dok 481, Anm. 4; DVP, Bd. XVII, Dok. 254, S. 480–482.

Moskau übermittelt. Zu diesem Entwurf habe die russische Regierung bisher im Einzelnen nicht Stellung genommen. Bei aller Übereinstimmung mit Frankreich über die Grundgedanken behalte sie sich also Stellungnahme zu den Formulierungen und sonstigen Einzelheiten des Pakts noch vor. Er, der Botschafter, habe vor wenigen Tagen aus Moskau diesen französischen Text erhalten, der mit dem Londoner Text übereinstimme, nur dass der Moskauer Text noch eine kurze Präambel enthalte.

Der Botschafter fragte mich nach unseren Absichten und war sehr erfreut zu hören, dass wir den Pakt nicht ohne weiteres ablehnen, sondern prüfen würden und im Prinzip zu einer Aussprache in der Frage bereit seien. Er meinte ganz persönlich, auch wenn man den Pakt zum Schluss eventuell ablehnen würde, müsse man sich Verhandlungen nicht entziehen, einmal aus sachlichen Gründen nicht, vor allen Dingen aber, um kein Odium auf sich zu laden.

Ich setzte dem Botschafter auseinander, dass unsere Bereitschaft zum Gedankenaustausch keineswegs eine Zustimmung zum Inhalt des Pakts bedeute. Die Verfasser des Pakts hätten offenbar keinerlei Verständnis für unsere besondere Lage gehabt. Wir müssten Sanktionen, insbesondere automatische Sanktionen aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen ablehnen. Ferner bedeute der Standpunkt der anderen Mächte in Bezug Abrüstung und Gleichberechtigung einen erheblichen Rückschritt gegenüber dem Stand von Locarno. Schließlich, sagte ich ihm, würden wir niemals ein Abkommen unterzeichnen, ehe nicht die Frage unserer Gleichberechtigung befriedigend geklärt sei.

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt maschinenschriftlich und durchgestrichen: Herrn Reichsminister, Abteilung II, Abteilung III, Abteilung IV, Abteilung V; stattdessen handschriftlich: für Tappelskirch und Moskau.

PA AA, R 31613, Bl. H 100735–100737.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 106, S. 203–204.

Nr. 483

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 23. Juli 1934

IV Ru 4165
Tgb. Nr. A/1922
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Meldung der „Prawda“ über einen angeblichen deutschen Provokationsplan gegen die UdSSR.

Wie bereits durch diesseitigen Drahtbericht vom 21. Juli¹ mitgeteilt wurde, brachte die „Prawda“ vom gleichen Tage unter der Überschrift „Der Berliner ge-

¹ Vgl. Telegramm von Twardowskis. In: PA AA, R 31499, Bl. E 497517.

heime Erkundungsdienst bereitet eine antisowjetische Provokation vor“ folgende Meldung:

Brüssel. 20. Juli. (Eig. Korr. der „Prawda“). „Ihr Korrespondent erfährt, dass, um die fortschreitende politische Annäherung zwischen der UdSSR und Frankreich zu erschweren, seitens einer deutschen Verbindungsstelle in Frankreich eine groß angelegte Provokation gegen die Sowjetunion und die Komintern vorbereitet wird. In Berlin sind zu diesem Zweck bereits die notwendigen Falsifikate, die angeblich von der Komintern ausgehen sollen, fabriziert worden. Diese Provokation soll von den Leitern des Berliner nationalsozialistischen geheimen Erkundungsdienstes vorbereitet worden sein, wobei man als ausführende Werkzeuge russische Weißgardisten hinzugezogen hat. Es verlautet, dass zu dieser Provokation der bekannte nationalsozialistische Polizeispezialist für russische Angelegenheiten Hildebrand in Beziehung stehe.“

Die „Krassnaja Swesda“, die „Rabotschaja Moskwa“ und verschiedene andere Blätter vom 22. Juli druckten die Meldung aus der „Prawda“ vom Vortage mit Quellenangabe nach. Am 23. Juli wurde die Meldung, gleichfalls mit Quellenangabe, auch von den „Iswestija“ übernommen².

Folgende Deutschland verdächtigende Behauptungen werden in der Meldung aufgestellt: 1) ein „geheimer Erkundungsdienst“ (raswedka) der NSDAP, der einerseits mit russischen Emigranten, andererseits mit der Polizei zusammenarbeitet, unterhalte eine „Verbindungsstelle“ (agentura) in Frankreich; 2) mit Hilfe dieser Verbindungsstelle beabsichtige der genannte Erkundungsdienst gefälschte Dokumente zu lancieren.

Bei der Schwere dieser Verdächtigungen gewinnt die Frage an Bedeutung, wer es unternommen hat, solche Beschuldigungen auszusprechen. Die Meldung der „Prawda“ trägt den Quellenvermerk: „Brüssel. 20. Juli (Eig. Korr.)“. Von dieser Angabe wäre also zunächst auszugehen.

Als sehr unglaublich ist dabei die Ortsdatierung zu bezeichnen. Zu Belgien bestehen nicht nur keine offiziellen, sondern auch nachrichtendienstlich nur geringe Beziehungen der UdSSR. Die TASS, die mehrere Dutzend Auslandskorrespondenten zählt, unterhält dennoch keinen in Brüssel, sondern lässt sich über belgische Ereignisse regelmäßig via Paris berichten. Die „Prawda“ selber tat das Gleiche. So findet sich z.B. in ihrer Nummer vom 22. Juli eine kurze Meldung ihres Pariser Berichterstatters über das belgische Ermächtigungsgesetz. Aus demselben Anlass bringt die „Prawda“ vom 23. Juli einen Artikel „Faschistisierung Belgiens“³, aber nicht etwa als Korrespondenz aus Brüssel, sondern in der Art bezeichnet, wie es bei Beiträgen in der UdSSR befindlicher Mitarbeiter geschieht. Und nur an einem einzigen Tag, am 21. 7., und ausgerechnet in einer Belgien überhaupt nicht betreffenden Angelegenheit, tauchte plötzlich ein eigener Korrespondent der „Prawda“ in Brüssel auf, der sogleich mit einer Sensationsmeldung über eine deutscherseits in Frankreich vorbereitete antisowjetische Provokation aufwartet. Kaum aber hatte er diese Meldung an die „Prawda“ gesandt, so war er auch bereits wieder verschwunden, – wie die obigen Hinweise auf tatsächlich Belgien betreffende Beiträge der „Prawda“ vom 22. und 23. Juli zeigen.

² „Berlinskaja razwedka podgotavlivaet antisovetskiju provokaciju“. In: Pravda vom 21. Juli 1934, S. 1. Vgl. auch Izvestija vom 23. Juli 1934, S. 1.

³ „Fašizacija Bel'gii“. In: Pravda vom 23. Juli 1934, S. 5.

Dass es sich somit am 21. Juli nur um eine Tarnung handeln konnte, erscheint also mehr als wahrscheinlich; die Wahl der Datierung „Brüssel“ war dabei außerdem nicht eben geschickt.

Scheidet Brüssel als Ursprungsort der Meldung aus, so kommen Paris und Berlin in Frage. Welchen Grund aber sollte der Pariser Korrespondent der „Prawda“ haben, wenn er eine interessante und zur deutschfeindlichen Tendenz seines Blattes vortrefflich passende Nachricht zu melden in der Lage ist, seine Autorschaft zu verbergen. Im Gegenteil, er hätte alles politische und berufliche Interesse daran, seine Informiertheit herauszustreichen. In derselben Lage wäre jeder andere „eigene“ Korrespondent der „Prawda“ – mit einer einzigen Ausnahme: mit Ausnahme des Prawda-Korrespondenten in Berlin.

Dass der Berliner Prawda-Vertreter Hoffmann, falls er eine derartige Insinuation in die Welt setzen sollte, sich durch Scheindatierung seiner Meldung aus einem anderen Ort ein Alibi schaffen wollte, wäre verständlich. Auf Brüssel konnte er – oder seine Redaktion – verfallen, weil es beiden in der Meldung erwähnten Ländern, Deutschland und Frankreich, benachbart ist. Die Unglaubwürdigkeit dieser Datierung aber wurde offenbar in der Eile nicht genug in Betracht gezogen. Für die Annahme, dass Berlin der Ursprungsort der Meldung sei, spricht im Übrigen auch der Umstand, dass alle in der Meldung angeführten Einzelheiten sich nur auf Berlin beziehen (Berliner politischer Erkundungsdienst der NSDAP, Hinzuziehung russischer Emigranten, namentliche Nennung eines Polizeibeamten Hildebrand).

Woher Hoffmann seine neueste propagandistische Eingebung hat, lässt sich von hier aus natürlich schwer beurteilen. Im B.T.⁴ vom 20. Juli, von welchem Tage die „Brüsseler“ „Prawda“-Meldung datiert war, findet sich eine „Ostexpress“-Meldung, die einen Frankreich betreffenden Artikel der Zeitschrift „Kommunistisches International“ behandelt und die von B.T. mit der Überschrift versehen worden war „Moskau an Frankreichs Kommunisten. Neue Richtlinien der Kominintern“. Vielleicht besteht zwischen dieser für die französisch-sowjetische Entente unerwünschten Meldung und dem vorbeugenden Warnungsalarm der „Prawda“-Telegramme aus Brüssel ein gewisser ursächlicher Zusammenhang.

Trotz der erwähnten Indizien wird man vorsichtigerweise wohl nur von einem begründeten Verdacht, nicht von Gewissheit sprechen. Auch wird man schon aus Gründen der Reziprozität einen Korrespondenten nicht leicht offen für eine Meldung verantwortlich machen können, die er nicht gezeichnet hat und die sein Blatt aus anderer Quelle erfahren zu haben behauptet. Immerhin dürfte die dargelegte Ansicht darüber, wie die Dinge zusammenhängen, einen so hohen Grad der Wahrscheinlichkeit für sich haben, dass sie für die interne Beurteilung zur Charakteristik Hoffmanns einen weiteren Strich hinzufügt.

Hinsichtlich der Betätigungsweise Hoffmanns – sofern er mit dem „Brüsseler“ Prawda-Korrespondenten identisch ist – wäre es im Übrigen die mildere Version, wenn ihm „nur“ propagandistische, auf Umwegen lancierte Erdichtungen zur Last fielen. Sollte ihn dagegen sein Übereifer dazu treiben, im Ernst angeblichen Antisowjetplänen angeblicher deutscher „Erkundungsdienste“ nachzuspü-

⁴ Berliner Tageblatt vom 20. Juli 1934, Morgenausgabe, S. 2.

ren, so wäre es schlimmer. Denn er könnte Situationen herbeiführen, die für die beiderseitigen Pressebeziehungen alles andere als nützlich wären.

Zur Sache selbst stelle ich anheim, da die „Brüsseler“ Meldung der „Prawda“ durch die Sowjetpresse die Runde macht und heute auch von den „Iswestija“ übernommen wurde, eine Zurückweisung durch eine entsprechende DNB-Meldung in Erwägung ziehen zu wollen.

von Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt befinden sich die Stempel: St.S. und 25. JUL 1934 sowie die Abzeichnung B[ülows]. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, R 31499, Bl. E 497519–497523.

Nr. 484

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

27. Juli [1934]

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

KOPIE: *AN Gen. MOLOTOV*¹

Werter Genosse,

Gemäß Beschluss des PB vom 25. Juli d. J. bezüglich der deutschen Hungerkampagne² trat heute die Kommission, der die Genossen Krestinskij, Arkus und Must (Torgsin) angehören, zusammen. *Die Kommission stellte fest*³, dass weder Torgsin noch unsere Banken Abkommen mit der Organisation „Brüder in Not“ haben und Torgsin auch keine Päckchen direkt von dieser Gesellschaft erhalten hat. Zugleich wurde jedoch festgestellt, dass die bereits seit einigen Jahren existierende Firma „Fast und Co.“, die seinerzeit gegründet wurde, um in die UdSSR Päckchen **mit Konsumgütern**⁴ zu schicken, *im abgelaufenen Jahr die Anzahl der Überweisungen von kleinen Geldbeträgen an Privatpersonen bedeutend erhöht hat*⁵. Die Geldüberweisungen dieser Firma belaufen sich in letzter Zeit auf ca. 50 000 Rubel im Monat. Es gibt keine Zweifel, dass diese Firma Aufträge der Gesellschaft „Brüder in Not“ ausführt. Den gleichen Ursprung haben offensichtlich die von der Firma „Fast und Co.“ über Torgsin abgeschickten Päckchen.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 476, Anm. 2.

³ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁴ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

*Die Kommission gelangte zu folgender Schlussfolgerung*⁶:

1. Es ist erforderlich, den Empfang sowohl von Geldanweisungen als auch von Bestellungen von Päckchen durch die Firma „Fast und Co.“ einzustellen, worüber unsere Gosbank unverzüglich alle ihre deutschen Kunden, in erster Linie die Reichsbank, in Kenntnis setzen muss. Torgsin muss bezüglich der Päckchen die Firma „Fast und Co.“ auf direktem Wege im gleichen Sinne in Kenntnis setzen.

2. Falls sich herausstellt, dass nach der Unterbindung der Geschäftsbeziehungen mit der Firma „Fast und Co.“ andere Strohfirmen gegründet oder genutzt werden bzw. Personen in Erscheinung treten, die die gleichen Transaktionen in einem nennenswerten Umfang durchführen, so sind die unter Punkt 1 genannten Maßnahmen auch auf diese Firmen und Personen anzuwenden.

3. Das Netz der Verkaufseinrichtungen von Torgsin im Wolgagebiet, in den Kreisen Vinnica und Melitopol' sowie im Gebiet von Odessa ist zu reduzieren*⁷.

4. In unserer Presse ist im Namen von Torgsin ein Dementi zu veröffentlichen, dessen Entwurf beigefügt ist⁸.

Es wird gebeten, diese Vorschläge zu bestätigen⁹.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von V. M. Molotov: Dafür (mit den Textkorrekturen). V. Molotov.

Vermerk von L. M. Kaganovič: Dafür mit den Textkorrekturen. L. Kaganovič.

Vermerk des Sekretärs über das Abstimmungsergebnis der Kandidaten und Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B): Kalinin – dafür, Mikojan – dafür, Gen. Rudzutak – dafür, Gen. Čubar' – dafür.

Eigenhändige Unterschriften: Ordžonikidze, Molotov.

Vermerk von A. N. Poskrebyšev: Von Gen. *Krestinskij*¹⁰.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl. [Die Expl.] 1, 2, 3 an den Adressaten, das 4. [Expl.] an Gen. Arkus, das 5. an Gen. Must, das 6. an Gen. Litvinov, das 7. an N. N., das 8. [Expl.] zu den Akten.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 530, l. 119–120. Kopie.

⁶ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen und trägt den Vermerk: OP.

⁸ Danach folgt der Geschäftsvermerk: Der Entwurf ist der Akte mit Korrekturen zugefügt.

⁹ Am 1. 8. 1934 beschloss das Politbüro des ZK der VKP (B) die Punkte 1 bis 3 dieser Vorlage; vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 16, l. 147 (Protokoll Nr. 11, Pkt. 183/166, „Sondermappe“). Die laut Ziffer 4 vorgesehene Presseerklärung wurde bereits am 28. 7. 1934 veröffentlicht; vgl. Dok. 487, Anm. 4.

¹⁰ Der Name ist mit Bleistift unterstrichen.

Nr. 485
Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den sowjetischen
Geschäftsträger in Berlin Bessonov

GEHEIM

UdSSR-NKID
2. Westabt[eilung]
Nr. 18232¹

27. Juli 1934

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND
Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

In der Anlage übersende ich bezüglich der Kampagne „Brüder in Not“ den Text der persönlichen Antwortnote an Neurath oder Bülow. Der uns von der Bevollmächtigten Vertretung zugesandte Text der Note hat uns nicht befriedigt, weil er einen Agitationscharakter trug und polemisch abgefasst war. Unser Text ist recht knapp und kurz, zugleich aber bestimmt gehalten, insbesondere bezieht sich dies auf den letzten Absatz unseres Textes. Wir bitten um Bestätigung der Übergabe der Note und um nachfolgende Information.

LEITER DER II. WESTABTEILUNG:

ŠTERN

Vertraulich²

ENTWURF EINER PERSÖNLICHEN NOTE DES BEVOLLMÄCHTIGTEN
VERTRETERS DER UdSSR IN DEUTSCHLAND AN DEN DEUTSCHEN
AUßENMINISTER.

Herrn von Neurath
Reichsaußenminister
Berlin

Herr Minister,

am 5. Juli³ 1934 lenkte die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf die antisowjetische Tätigkeit der Organisation „Brüder in Not“. Indem die Botschaft der UdSSR ihren Protest gegen die in der deutschen Presse veröffentlichten antisowjetischen Ausfälle der Organisation „Brüder in Not“ erhob, brachte sie gleichzeitig ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass das Auswärtige Amt die notwendigen Maßnahmen treffen werde, um die oben genannte Organisation zu veranlassen, ihre einen offenen antisowjetischen Charakter tragenden Ausfälle einzustellen.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: GEHEIM.

³ So im Dokument; richtig: 9. Mai. Vgl. Verbalnote der sowjetischen Botschaft in Deutschland vom 9. 5. 1934. In: AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 259–258.

Die Antwort des Auswärtigen Amtes, die der Botschaft der UdSSR in der Verbalnote vom 5. Juli d. J. zugeing⁴, enthält nicht nur keine Befriedigung der gerechtfertigten Ansprüche der Botschaft der UdSSR, sondern bezeugt im Gegenteil, dass das Auswärtige Amt ganz unzweideutig die antisowjetischen Ausfälle der oben genannten Organisation sanktioniert.

Meine Regierung hat mich beauftragt, Ihnen, Herr Minister, einen entschiedenen Protest gegen die ihrem Inhalt und ihrer Form nach einen präzedenzlosen Charakter tragende Verbalnote vom 5. Juli d. J. zu erklären.

Ich sehe davon ab, die in der oben erwähnten Verbalnote enthaltene Beurteilung des Auswärtigen Amtes über die Lage in der Sowjetunion einzuschätzen, insofern diese eine eindeutige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken darstellt und sich gleichzeitig in krassem Widerspruch mit allbekannten und unbestreitbaren Tatsachen befindet.

Was die Berufung der Verbalnote des Auswärtigen Amtes auf das Verhalten der Sowjetpresse anbelangt, so erlaube ich mir, mich auf den Hinweis zu beschränken, dass die Sowjetpresse für die Information ihrer Leser über die Lage in Deutschland Mitteilungen verwendet, die in der Welpresse erscheinen und allgemein bekannte Tatsachen wiedergeben, welche die wirkliche Lage in Deutschland charakterisieren.

Ich benutze diesen Anlass, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, meine vorzügliche Hochachtung zu versichern⁵.

Am Ende des Begleitschreibens sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 180–179. Kopie.

Nr. 486

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 404/s

Berlin, 27. Juli 1934

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT DEM DIREKTOR DER OSTABTEILUNG DES AUSWÄRTIGEN AMTES MEYER, 27. VII-34

Hatte zur Frage des *Ostpaktes mit Meyer*¹ ein langes Gespräch. Auf meine Frage, wann die deutsche Haltung zum Pakt feststehen und wie sie ausfallen

⁴ Vgl. Dok. 474.

⁵ Der Text wurde mit unbedeutenden stilistischen Änderungen dem Staatssekretär im AA von Bülow am 30. 7. 1934 ausgehändigt. Vgl. RGVA, f. 1357/K, op. 3, d. 17, l. 455–456. Der Text in russischer Sprache ist veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 285, S. 523–524.

¹ Der Text ist unterstrichen.

werde, sagte Meyer verlegen, sie hätten bereits Phipps mitgeteilt², dass sie den ihnen unterbreiteten Vorschlag einer sorgfältigen Erörterung unterzögen und momentan mit dessen Prüfung **beschäftigt seien**³.

Der prinzipielle Ausgangspunkt bei der Prüfung dieser Frage bestehe für Deutschland in dem Unwillen, sich in irgendeinen bewaffneten Konflikt verwickeln zu lassen und in dem Wunsch, das Land vor einem Einfall fremder Truppen und vor einer Umwandlung des deutschen Territoriums in ein Durchmarschgebiet für die Armeen fremder Länder zu bewahren.

Indessen beinhalte der Ostpakt in der jetzt vorgeschlagenen Form eine derart große Anzahl von Möglichkeiten, Deutschland in ein Durchmarschgebiet für französische, polnische, tschechische und russische Truppen zu verwandeln, dass Deutschland **nicht**⁴ anders könne, als sich zu einem solchen Pakt mit großer Skepsis zu verhalten, zumal es für sich selbst keinen besonderen Bedarf an einem derartigen Pakt sehe. Die Westgrenzen seien durch den Locarno-Vertrag geschützt und durch die Italiener und Engländer garantiert. Was die Ostgrenze Deutschlands anbelange, so sei sie durch den 10jährigen Vertrag mit Polen gesichert; mit der Sowjetunion gebe es aber keine gemeinsamen Grenzen. Der Ostpakt besitze unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für Deutschland im Vergleich zu dem jetzt bestehenden System keinerlei Vorzug.

Der Ostpakt, der Deutschland somit keinerlei zusätzliche Sicherheitsgarantien verschaffe, würde Deutschland zugleich einer Reihe von Gefahrenmomenten aussetzen. Für Deutschland stelle sich das Problem des Durchmarschs von fremden Truppen als die Kernfrage des Ostpaktes dar, die auch in allen vorherigen Abkommen für Deutschland eine ausschlaggebende Rolle gespielt habe. Hinsichtlich dieses Punktes hätten die Deutschen stets spezielle Vorbehalte vorgetragen, dies sei so gewesen, als sie dem Völkerbund angehört und auch dann, als sie den Locarno-Vertrag unterzeichnet hätten. Indessen sei im Ostpakt diese Angelegenheit so dargestellt, als ob die Frage bezüglich des Truppendurchmarschs überhaupt nicht berührt werde. Wenn sie aber in dem von Deutschland gewünschten Sinne behandelt werden sollte, d. h. in dem Sinne, dass der Durchmarsch von Truppen eines Landes durch das Territorium eines anderen Landes verboten werde, so verliere der Ostpakt über gegenseitigen Beistand jeglichen Sinn.

Der zweite für die Deutschen unannehmbare Punkt sei die Definition des Angreifers. Die Deutschen verstünden nicht, wer bestimme, welche der am Konflikt beteiligten Parteien die angreifende und welche die sich verteidigende Seite sei. Indessen sehe der Pakt eine unverzügliche Hilfeleistung seitens der Pakteilnehmer für jenes Land vor, welches angegriffen wurde. Angesichts dessen, dass diese wichtige Frage nicht geklärt sei, kämen die Deutschen zu dem Ergebnis, dass der Ostpakt in Wirklichkeit ein neues Mittel darstelle, um mit der Hilfe von russischen Bajonetten die französische Hegemonie in Europa zu stützen, weil gerade Frankreich und die Sowjetunion in militärischer Hinsicht die stärksten Mächte unter den am Ostpakt teilnehmenden Staaten seien und von dieser Position aus willkürlich entscheiden würden, welche der Seiten die angreifende ist. Die militä-

² Vgl. Dok. 481, Anm. 4.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

risch schwachen Länder würden bei der Entscheidung dieser Frage kein Gehör finden. Somit sehe bei näherer Prüfung der gesamte Ostpakt, wie Meyer meint, wie eine Keimzelle des französisch-sowjetischen Militärbündnisses aus, das sich in Wirklichkeit gegen Deutschland richte. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass vielleicht dieses Bündnis bislang noch nicht zustande gekommen ist, aber sozusagen in der Natur des Ostpaktes eingebettet sei.

Als Meyer seine Rede beendet hatte, bat er mich, dass ich mich zu der von ihm dargelegten Argumentation äußere.

Ich machte Meyer darauf aufmerksam, dass sich seine gesamte Argumentation auf die Annahme gründe, dass ^{**5} Deutschland niemals und unter keinen Umständen in die Lage einer angreifenden Seite geraten könnte. Alle seine gegen den Ostpakt vorgebrachten Einwände brächen indessen dann zusammen oder erwiesen sich als äußerst fragwürdig, wenn man nur für einen einzigen Augenblick den Fall annehme, dass Deutschland selbst in der Rolle eines Angreifers⁶ auftreten könnte. Es ergebe sich daher die Frage, ob Deutschland in dieser Rolle auftreten könne oder nicht. Es verstehe sich von selbst, dass Meyer nicht das Recht zu nehmen sei, zu beteuern, dass Deutschland niemals in diese Rolle schlüpfen könne. Ebenso dürfe aber auch nicht die Tatsache geleugnet werden, dass die heute in Deutschland herrschende nationalsozialistische Ideologie die Grundlage für die Erziehung der Jugend, der Armee und der Polizei bilde, und ganz und gar auf eine Neuaufteilung der Welt zugunsten Deutschlands und hauptsächlich auf Kosten der Sowjetunion ausgerichtet sei. Im Lichte der Ideen des deutschen Nationalsozialismus sei gerade Deutschland, und niemand anders, dazu berufen, die Initiative zur Neuaufteilung der Welt zu ergreifen, d. h. um es grob zu sagen: in die Rolle des Angreifers zu schlüpfen. Aufgrund dieses Sachverhaltes werde auch die Haltung jener Länder völlig verständlich, die die nationalsozialistische Konzeption und den Nationalsozialismus ernst nehmen. Sie schlugen Deutschland deshalb vor, sich an solch einem Pakt zu beteiligen, bei dem es gemeinsam mit anderen Ländern die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Europa tragen würde sowie für die Folgen seines eigenen Angriffs gegen andere Länder, falls es solche Absichten hegen sollte, einzustehen hätte. Da es sehr viele Gründe gebe, davon auszugehen, dass gerade die nationalsozialistische Konzeption in Deutschland mit ihrer Idee der Neuaufteilung der Welt zugunsten Deutschlands die Quelle für die Beunruhigung in Europa ist, könne Deutschlands Ablehnung, sich am Ostpakt zu beteiligen, von der Weltöffentlichkeit nicht anders als der Wunsch Deutschlands gewertet werden, in dieser Beziehung jeglichen Verpflichtungen aus dem Wege gehen zu wollen.

Für Meyer stelle sich der Pakt als eine Anhäufung von Ungereimtheiten und Schwierigkeiten allein deshalb dar, weil er von der Grundannahme ausgehe, dass Deutschland stets neutral sein werde oder selbst einem Angriff ausgesetzt sein könnte. Sich in der Mitte Europas auf die Position der Neutralität zurückzuziehen, halte jedoch im Lichte der historischen Fakten keinerlei Kritik stand. Es wäre lächerlich zu denken, dass bei einem Konflikt in Europa, egal, wo er auch ausbrechen möge, nicht alle europäischen Länder betroffen sein könnten. Selbst das

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „zweitens“ ist gestrichen.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

kleine Österreich könnte sich zu einem europäischen Konfliktherd entwickeln, so wie es seinerzeit das kleine Serbien gewesen sei. Die Bedeutung des Paktes bestehe darin, nicht so sehr die Pflichten der Teilnehmer bei einem möglichen Konfliktfall festzuschreiben, als vielmehr solche Pflichten festzulegen, um die Möglichkeit eines Konfliktes auszuschließen. Zu diesem Zweck sollte der Ostpakt eine ganze Reihe von Ländern, darunter auch Deutschland, in sich vereinen und in eine gewisse Relation zu dem bereits bestehenden Locarno-Vertrag gestellt werden.

England und Italien, die eine wohlwollende Haltung zum Pakt einnehmen, hätten gerade darin seine Bedeutung gesehen. Der Pakt stelle somit ein starkes Mittel zur Bewahrung des Friedens dar, weil er denen die Lust zum Angriff nehme, die gegenwärtig diese Lust verspürten. Und wenn Deutschland keinerlei Angriffsabsicht hege, so hindere es nichts daran, diesem Pakt beizutreten und seinen gewichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa zu leisten.

Meyer entgegnete darauf mit dem Hinweis, dass die UdSSR vielleicht gewohnt sei, in großen Dimensionen zu denken, die Deutschen würden sich dagegen die etwas bescheidenere Aufgabe stellen, nämlich ausschließlich an die eigenen Interessen zu denken. Unter diesem Gesichtspunkt erscheine es ihnen unzumutbar, sich an einem Pakt zu beteiligen, der sie in Streitigkeiten, die andere Länder unter sich austrügen, hineinziehen könnte.

Ich entgegnete ihm, dass die Teilnahme Deutschlands an einem solchen Pakt augenblicklich zu einer raumgreifenden Beruhigung in Europa führen könnte, weil gerade jetzt jene Länder, die den Frieden tatsächlich wollten, mit einer gewissen Vorsicht ihre Blicke auf Deutschland richten würden.

Danach fragte ich Meyer direkt, ob seine Erklärungen dahingehend zu verstehen seien, dass die Deutschen bereits die Entscheidung getroffen hätten, auf den ihnen unterbreiteten Vorschlag zu einer Paktteilnahme negativ zu antworten. Meyer sagte, dass man auf keinen Fall solch eine Schlussfolgerung ziehen dürfe, die Deutschen diese Frage prüfen und dabei abwarten würden, wie sich die anderen Länder positionieren. Dazu sagte Meyer, dass auch bei den Polen, Esten, Finnen und vielleicht auch bei den Letten ähnliche Bedenken gegenüber dem Ostpakt bestünden. Die deutsche Regierung ziehe es deshalb vor, abzuwarten, bis die Haltung der anderen Länder zu dieser Frage Gestalt annehme. Nach Meyers Auffassung ist auch die Haltung der westlichen Länder in dieser Frage nicht ganz eindeutig. Zum Punkt 3 des Zusatzabkommens existierten beispielsweise zwischen den Engländern, Franzosen und Italienern ernsthafte Meinungsverschiedenheiten. Während die Engländer erklärt hätten, dass sie im Falle eines Abschluss eines solchen Paktes bereit wären, auch die Frage bezüglich eines gewissen Minimums der Gleichberechtigung für Deutschland zu prüfen, habe Barthou in seiner letzten Rede sogleich ausgeführt, dass die Franzosen vor Unterzeichnung des Paktes keinerlei Zusicherungen abgeben könnten⁷. Die Italiener verträten dagegen nach wie vor den Standpunkt, dass die Deutschen hinsichtlich der Rüstungen die volle Gleichberechtigung besitzen müssten. Somit sei nach Meyers Auffassung keine Einheit unter diesen Ländern zu dieser wichtigen Frage festzustellen und deshalb

⁷ Allem Anschein nach ist die Rede Barthous vom 15. 7. 1934 auf dem Bankett in Bayonne gemeint. Vgl. Dok. 481, Anm. 13.

sei auch keine Eile bei der Festlegung der deutschen Haltung gegenüber dem Ostpakt geboten.

Ich wies Meyer darauf hin, dass die von ihm angeführte Meinungsverschiedenheit dem Wesen nach in keinerlei Beziehung zum Ostpakt stehe, der, wie es die Ereignisse zeigten, sowohl seitens der Engländer als auch seitens Italiens außerordentlich wohlwollend aufgenommen werde.

Damit endete das Gespräch über den Pakt und ich ging zu den laufenden Angelegenheiten über. Ich erinnerte Meyer an den Protest, den Giršfel'd bereits in der Presseabteilung angesichts der neuen von der deutschen Presse gegen die UdSSR entfachten Kampagne vorgetragen habe. Insbesondere machte ich auf die Artikel von Scheffer, Silex und Rosenberg sowie auf den absolut unzulässigen Ton aufmerksam, den sie sich gegenüber der UdSSR erlauben. Ich bat Meyer, unverzüglich Maßnahmen zur Einstellung dieser Kampagne zu ergreifen und wies darauf hin, dass sie die ohnehin schon komplizierte Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur noch verschlechtere. Dabei erklärte ich Meyer, dass er in der sowjetischen Presse nichts Vergleichbares finden werde, weder in der Vergangenheit noch gar in jüngster Zeit, in der sich die sowjetische Presse ausgesprochen korrekt verhalte.

Meyer erklärte natürlich, dass er die Artikel noch nicht gelesen habe, aber versuchen werde, Maßnahmen zur Abänderung des Tons der deutschen Presse zu ergreifen, obgleich er ihr nicht die Freiheit der Kritik nehmen könne, insbesondere nicht hinsichtlich des Ostpaktes.

Zum Abschluss habe ich mit Meyer vereinbart, dass die Frage des Überflugs des Flugzeuges von Molokov nach Kopenhagen morgen entschieden wird. Was den Überflug von ****Unšlicht****⁸ betrifft, so hat auf die spezielle Anfrage Meyers das Luftfahrtministerium in meiner Anwesenheit geantwortet, dass ihnen vorerst die von mir übermittelten Angaben genügen. Sie erwarten von mir lediglich die Mitteilung, wann die Flüge stattfinden werden und die Übermittlung der Namen der Piloten und der Besatzungsmitglieder.

Bessonov

Vermerk von N. N. Krestinskij: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3570 vom 29. 7. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerk:

6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 42, l. 168–174. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 276, S. 507–511⁹.

⁸ Der Name ist korrigiert, ursprünglich: Gen. Unšlicht.

⁹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 487

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

GANZ GEHEIM

Nr. 18259¹

29/VII-34²

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT TWARDOWSKI,
28. Juli 1934.

Auf dem Empfang, den Gen. Litvinov zu Ehren von Seljamaa³ gab, hatte ich mit Twardowski auf dessen Wunsch eine sehr lange vertrauliche Unterredung. Twardowski erklärte mir zu Beginn unseres Gesprächs: „Ich bin heute auf die Deutschen sehr böse und deshalb werden Sie vielleicht von mir Dinge zu hören bekommen, die ich ansonsten unter anderen Umständen nicht auszusprechen wagen würde.“ Danach fragte mich Twardowski nach den Gründen, die uns dazu veranlassten, im Zusammenhang mit der Kampagne „Brüder in Not“ die heutige TASS-Mitteilung über Torgsin zu veröffentlichen⁴. Ich antwortete, dass wir eine zeitlang die Übersendung von Geld und Päckchen **von Privatpersonen und Firmen**⁵ hauptsächlich deshalb geduldet hätten, um die Situation für die Botschaft zu erleichtern. Dabei erinnerte ich ihn an die an uns gerichteten Anfragen bezüglich der Lebensmittel-Päckchen. Alles habe jedoch seine Grenzen, und die von Deutschland gegen uns geführte unverfrorene Kampagne habe uns dazu gezwungen, mit dieser Sache Schluss zu machen. Außerdem habe dabei die völlig unzumutbare **Antwort**⁶-Note bezüglich der Kampagne „Brüder in Not“ eine große Rolle gespielt, die vom Auswärtigen Amt unserer Botschaft ausgehändigt worden sei⁷. Twardowski ließ mich nicht aussprechen und bemerkte: „Ich sage jetzt **selbstverständlich**⁸ nicht in meiner Eigenschaft als deutscher Geschäftsträger, dass ich Ihre Entscheidung vollkommen billige und mit großem Vergnügen die heutige TASS-Mitteilung gelesen habe. Ich habe dutzende Male nach Berlin geschrieben: Stellt diese Kampagne ein. Mit ihr erreicht ihr nur, dass die Bolschewiki entweder diese ganze Geschichte verbieten oder euch mit Geldüberweisungen über die MOPR nach Deutschland antworten werden. Ich erhielt darauf zur Antwort, dass die Sowjetische Regierung im Interesse von Torgsin alles schlucken

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Das Ausgangsdatum ist handschriftlich eingefügt.

³ Der Außenminister Estlands Seljamaa befand sich vom 28.–31. 7. 1934 zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR.

⁴ Vgl. „Antisowetskaja kampanija germanskoj pečati“ (Eine antisowjetische Kampagne der deutschen Presse). In: Izvestija vom 28. Juli 1934, S. 1. In der Veröffentlichung hieß es: „TASS ist bevollmächtigt mitzuteilen, dass weder Torgsin noch eine andere sowjetische Handelsorganisation oder Banken mit der Gesellschaft ‚Brüder in Not‘ Vereinbarungen getroffen und auch keine Geldüberweisungen von dieser Gesellschaft empfangen haben. Torgsin trifft alle Maßnahmen, damit der Organisation ‚Brüder in Not‘ die Möglichkeit genommen wird, um auf Umwegen die von ihr in Deutschland gesammelten Gelder in die UdSSR zu überweisen.“

⁵ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 474.

⁸ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

werde. Nunmehr“, so unterstrich Twardowski, „bekommt man in Berlin zu spüren, womit derartige Dummheiten enden.“

Was die Note betreffe, die das Auswärtige Amt unserer Bevollmächtigten Vertretung ausgehändigt habe, so habe Twardowski davon eine Kopie erhalten. Darauf habe er an Meyer geschrieben, der der Verfasser dieser Note sei, dass er in aller nächster Zeit den Eingang der sowjetischen Note erwarten könne, die in Moskau abgefasst und, woran Twardowski nicht zweifle, im schärfsten Ton gehalten sein werde⁹.

Danach ging Twardowski zu dem ständigen Thema unserer Unterredungen über, den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er bemerkte, dass sich in Deutschland Leute mit den deutsch-sowjetischen Angelegenheiten befassen, die dafür völlig ungeeignet seien: Neurath sei in diesen Fragen ein absoluter Laie und schenke der Sowjetunion keinerlei Aufmerksamkeit, Bülow vertraue alle die UdSSR betreffenden Angelegenheiten seinem engen Freund ** („Busenfreund“) ¹⁰ Meyer an, vom dem er sich ganz und gar beeinflussen lasse. Meyer sei erstens politisch unbegabt, zweitens bemühe er sich, auf antisowjetischer Grundlage Karriere zu machen. Hey sei eine Null, Tippelskirch verfüge über keinerlei Einfluss. Dadurch würden, so fasste Twardowski zusammen, zusätzlich zu den großen Problemen, derentwegen wir uns in die Haare gerieten, in Berlin im Auswärtigen Amt immer neue Missstimmungen geschaffen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen durch die stümperhafte und erbärmliche Politik der Beamten des Auswärtigen Amtes Belastungen ausgesetzt. Ich nutzte den Gemütszustand Twardowskis und durch einige Einwürfe gelang es mir, die Unterredung zu vertiefen. Twardowski führte weiter aus: „Mich empört in unserer Außenpolitik, nicht nur auf die UdSSR bezogen, sondern generell, die absolute Inkonsequenz und der beispiellose Dilettantismus. Das Auswärtige Amt ist jeglichen Einflusses beraubt, auf die Meinung der deutschen Auslandsvertretungen hört niemand. Wenn wir Kurs auf eine Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion nehmen würden, um damit bestimmte politische Ziele durchzusetzen, so würde ich, offen gesagt, ¹¹ bemüht sein ¹², diese Politik nicht schlechter als eine beliebig andere ¹² umzusetzen ¹². Wenn mir aber die Weisung erteilt wird, es sei erforderlich, die Beziehungen zu verbessern, zugleich aber alles Erdenkliche unternimmt, um dies zu hintertreiben, so kann ich solch eine Inkonsequenz nicht ertragen. Ich spiele hier die Rolle eines Hanswursts, die ich, wie ich gestehe, satt habe. Ich kann nicht zu den Herren Litvinov oder Krestinskij gehen und mit ihnen über den Wunsch Deutschlands sprechen, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern. Sie werden mich bestenfalls auslachen.“

Sodann ging Twardowski zum Problem des Ostpaktes über. Dazu erklärte er mir Folgendes: „Das Außenministerium vertritt offiziell den Standpunkt, dass es keinerlei Vorschlag zum Ostpakt erhalten habe, weil anfangs Poncet erschienen sei, der einige Ausführungen zum Pakt gemacht und erklärt habe, das Übrige werde Gen. Litvinov mitteilen. Letzterer habe jedoch überhaupt nichts Konkretes

⁹ Vgl. Dok. 485.

¹⁰ Das Wort ist so mit lateinischen Buchstaben handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹¹ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: zu betreiben.

gesagt. Darauf sei unerwartet der englische Botschafter¹³ mit einem nicht ganz verständlichen Text erschienen, dessen Verfasser nicht bekannt sei. Unter solchen Vorzeichen könne Deutschland keinerlei Antwort geben. Dies ist die offizielle Sprachregelung.¹⁴ Twardowski meint deshalb, dass es günstiger wäre, wenn Deutschland einen durchaus konkreten Entwurf erhalten würde. Ich machte Twardowski darauf aufmerksam, dass uns die deutsche Seite auf unseren Vorschlag, das Baltische Protokoll zu unterzeichnen, erklärt habe, wir würden Deutschland mit einem zur Unterschrift fertigen Text vor vollendete Tatsachen stellen¹⁵. Nunmehr erkläre man uns das glatte Gegenteil, indem argumentiert werde, dass der Entwurf zu unpräzise sei. Darauf erklärte Twardowski, dass er persönlich fast davon überzeugt sei, dass die sowjetische Regierung von Deutschland gar keine positive Antwort zu erhalten wünsche, sondern an einer Ablehnung dieses Vorschlages durch Deutschland interessiert sei. Dies sei genau der Grund, weshalb Twardowski meine, dass die deutsche Politik plump und fehlerhaft und die gesamte von deutscher Seite vorgetragene Argumentation nicht überzeugend sei. Wenn wir tatsächlich zu einem Durchbruch in Deutschland beitragen wollten, so würde Twardowski folgende Schritte vorschlagen: Zunächst wäre es erforderlich, die Veröffentlichungen der sowjetischen Presse, die ihre Haltung zur Kriegsschuldfrage einer einschneidenden Korrektur unterzieht, einzustellen. In den sowjetischen Zeitungen werde immer deutlicher und bestimmter von Deutschland als dem Hauptschuldigen am Krieg gesprochen. Dies rufe in Berlin blanke Gereiztheit hervor. Ferner wäre es erforderlich, eine Gültigkeitsfrist für den Ostpakt festzuschreiben, weil ein unbefristeter Pakt für Deutschland unannehmbar sei. Schließlich könnte die Sowjetunion irgendeine Erklärung zugunsten der Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstungen abgeben. Twardowski ***vermutet***¹⁶, wenn dies alles geschähe, könnte Deutschland den Pakt unterstützen. Darauf fügte Twardowski jedoch sogleich hinzu, dass er den Ostpakt als eine irrealen Fiktion betrachte, wozu er folgende Überlegungen anführte. Angenommen, Österreich beteiligte sich am Ostpakt und es bräche im Land ein nationalsozialistischer Aufstand aus. Auf Ersuchen der gestürzten Regierung würde die Tschechoslowakei in Österreich einmarschieren, und Deutschland mit dem gleichen Mittel antworten, so entstünde damit eine ungelöste Frage: Wer ist der Aggressor? Nehmen wir weiter an, dass in Lettland ein kommunistischer Aufstand stattfinde, die gestürzte Regierung sich an Estland um Hilfe wende und dessen Truppen die Grenze zu Lettland überschritten. Damit ergäbe sich die Frage, ob Estland ein Aggressor sei. Dies alles mache nach Twardowskis Auffassung den Ostpakt unrealistisch. Ich entgegnete Twardowski, dass es bei einer derartigen Herangehensweise an Abkommen und diplomatische Dokumente völlig unmöglich sei, einen beliebigen Vertrag zum Abschluss zu bringen. Beispielsweise verpflichteten sich laut polnisch-deutschem Pakt beide Seiten zu einem Gewaltverzicht. Nehmen wir an, dass in Danzig ein Umsturz geschähe und die Polen oder die Deutschen ihre Truppen dort einmarschieren ließen, wie verhalte es sich dann mit dem Nichtangriffsabkommen. Ein analoges Beispiel könnte man zu einem beliebigen Umsturz in Polen anfüh-

¹³ Sir Eric Phipps.

¹⁴ Zur offiziellen Sprachregelung des AA vgl. Dok. 481.

¹⁵ Vgl. Dok. 434.

¹⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: zweifelt nicht daran.

ren. Dazu stellte Twardowski fest, dass das deutsch-polnische Abkommen durch den Wunsch hervorgerufen worden sei, dass gegenseitige Misstrauen abzubauen. Darauf entgegnete ich, dass genau in diesem Sinne auch der Ostpakt eine große Rolle spielen würde. Zum Ende der Unterredung beklagte sich Twardowski erneut bitter über die Lage in Deutschland und unterstrich, dass niemand den Deutschen Glauben schenke, und begann, die Fehler der nationalsozialistischen Regierung aufzuzählen. Twardowski betonte insbesondere, dass ihn nach wie vor die antisemitische Politik des Regimes bedrücke. Seine, Twardowskis, besten Freunde seien stets Juden gewesen, nunmehr befänden sie sich entweder in Konzentrationslagern oder seien ins Ausland geflohen; sie seien alle überzeugte deutsche Patrioten gewesen. Twardowski habe versucht, zu ihnen Kontakt aufzunehmen. Er habe ihnen allerwärmste Briefe geschrieben, doch diese Menschen seien, wie er sagte, derart verbittert und von Misstrauen geprägt, dass seine Bemühungen erfolglos geblieben seien.

D. ŠTERN

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 191–187. Original.

Nr. 488

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM
Expl. Nr. 1

Nr. 422/s¹

Berlin, 2. August 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT NEURATH, 2.VIII-34

War bei Neurath zum Kondolenzbesuch und überbrachte ihm das Beileid der sowjetischen Regierung zum Tod von Hindenburg. Neurath bat, dem NKID und der gesamten sowjetischen Regierung den Dank für die erwiesene Anteilnahme zu übermitteln. Neurath bemerkte, dass sich Hindenburg persönlich seinerzeit dafür eingesetzt habe, die sowjetisch-deutschen Beziehungen in Ordnung zu bringen. Er bedauerte es sehr, dass Chinčuk abreisen musste, ohne sich von Hindenburg verabschieden zu können. Die Symptome für die Verschlechterung von Hindenburgs Gesundheitszustand hätten sich bereits vor langer Zeit bemerkbar gemacht, und das Auswärtige Amt habe ihn geschont, indem es ihn vor Besuchen abschirmte. Der Tod sei plötzlich und für alle unerwartet gekommen.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Danach wandte sich Neurath dem Empfang von Gen. Suric zu. Ich erläuterte Neurath, dass Gen. Suric, wie ich vermute, zwischen dem 10. und 15. August eintreffen werde. Neurath sagte, dass auf Beschluss der Regierung beabsichtigt sei, in ungefähr zwei Wochen in Deutschland ein Plebiszit darüber durchzuführen, ob das Volk es billige, dass Hitler in seiner Person die Funktion des Kanzlers und des Präsidenten vereinige. Das Plebiszit solle ungefähr am 19. August stattfinden. Danach werde eine entsprechende Verfassungsänderung vorgenommen, die Hitler dann Rechte einräumen werde, die vom Ausmaß her denen des Präsidenten der USA ähnlich sein werden. Nach Auffassung Neuraths wird eine solche Wendung die Amtseinführung des neuen Botschafters sehr erleichtern.

Was ihn selbst betreffe, so sei er sich nicht sicher, ob er zum Zeitpunkt der Anreise von Suric in Berlin sein werde, weil er beabsichtige, erneut für fünf bis sechs Tage in den Urlaub zu gehen, den er unterbrechen musste.

Danach kam das Gespräch auf den Ostpakt. Neurath erklärte, dass selbst das, was die Engländer den Deutschen übergeben hätten², nichts anderes als einen Entwurf darstelle, auf dessen Grundlage es recht schwierig sei, eine Vorstellung zu allen Details des Ostpaktes **zu gewinnen**³. Was ihn persönlich betreffe, so sei er generell ein absoluter Gegner von Regionalpakten, er setze sich für den Abschluss von bilateralen Pakten und Abkommen in der Art des kürzlich abgeschlossenen Abkommens mit **Polen**⁴ ein. Die Haltung der deutschen Regierung sei insgesamt, wie er dies bereits Gen. Litvinov persönlich zu sagen die Gelegenheit gehabt hätte, dem Pakt ebenfalls nicht günstig gesonnen. Die deutsche Regierung habe dennoch den Pakt nicht in Bausch und Bogen verworfen, sondern ihn im Gegenteil einer gründlichen Prüfung unterzogen. Erstens, die Verpflichtung, den Ländern, die einem Angriff ausgesetzt sind, unverzüglich militärische Unterstützung zu gewähren: Deutschland könne solch eine Verpflichtung nicht eingehen, weil es sich nicht sicher sein könne, ob es in der Lage wäre, diese zu erfüllen. Ginge der Entscheidung bezüglich einer militärischen Hilfeleistung eine Konsultation voraus, so wäre das eine andere Sache. Zweitens, und dies ist nach Auffassung Neuraths der wichtigste Punkt: Der Pakt komme nicht der deutschen Forderung nach absoluter Gleichberechtigung nach. Hingegen sei den Reden von Simon und Barthou zu entnehmen, dass es zwischen den Franzosen und den Engländern bezüglich **dieser**⁵ Frage noch keinerlei Vereinbarung gebe.

Nichtsdestoweniger sei die Paktfrage derart kompliziert, dass noch viel Zeit verstreichen werde und viele Diskussionen geführt werden müssten, bevor sich Deutschland in dieser Frage endgültig festlege. Auf meine Frage, wie er sich den weiteren Verlauf der Angelegenheit vorstelle, antwortete Neurath, da sie von den Engländern etwas mehr oder weniger Konkretes zum Pakt erfahren hätten, so würden sie den Engländern in allernächster Zeit dazu auch ihre Antwort übergeben⁶, die eine Reihe Deutschland interessierender Gegenfragen enthalten werde.

BESSONOV

² Vgl. Dok. 481, Anm. 4.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: vorzustellen.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Japan.

⁵ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben,

⁶ Vgl. Dok. 508.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3017 vom 4. 8. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Expl.] an Litvinov, die 2.–5. [Expl.] an Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 59–60. Original.

Nr. 489

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat Hilger

GEHEIM

Nr. 18279

4/VIII-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT HILGER vom 4. August 1934

H[ilger] kam zu mir mit einer Reihe von, wie er vorwarnte, unangenehmen Dingen. Er ließ sich einleitend zu zweitrangigen Dingen aus, die nicht in diese Kategorie (der unangenehmen Dinge) fielen.

1. H. teilte mit, dass das Auswärtige Amt im Fall von Pal'čik alles Erdenkliche zu unternehmen bemüht sei, doch die Umstände in dieser Angelegenheit seien äußerst schwerwiegend, da Pal'čik beschuldigt werde, Materialien hergestellt zu haben, die unter Landesverrat fallen².

2. Was den Fall Kogan betreffe, so sei es ihm durch den Druck der Botschaft gelungen, die Angelegenheit beizulegen, allerdings müsse Kogan 12000 Mark bezahlen. Unter dieser Voraussetzung könne er dann weiterhin in Deutschland verbleiben. Darauf machte ich H. auf folgenden Sachverhalt aufmerksam. Wir hätten hier durchgesetzt, dass die von der Botschaft vorgetragenen Ersuchen in einer Reihe schwerster Fälle, insbesondere der Fälle von Jost, Asche, Schmidt und anderen, befriedigt werden konnten³. In Berlin komme man unserer Botschaft indessen in keiner einzigen Angelegenheit entgegen, wozu der Fall Pal'čik gehöre. Was den Fall Kogan betreffe, so zeuge die Entscheidung, dass er 12000 Mark zahlen solle, von keiner loyalen Haltung gegenüber unseren Bitten.

3. Darauf entgegnete mir H. in einem äußerst gereizten Ton Folgendes: Auf den Fall Jost dürfen nicht Sie sich berufen, sondern wir. Twardowski beauftragte mich, Ihre Aufmerksamkeit in entschiedenster Form auf den Artikel in der Zeitung „Za industrializaciju“ vom 3. August zu lenken. Der Artikel trägt die Überschrift „Vrediteli na Uralmaše“. Der Verfasser ist L. Averbach, der Sekretär des Parteikomitees von Uralmaš. In diesem Artikel heißt es unter anderem: „Uralmaš ist ein Werk, das bei der Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Verteidigungsfähigkeit unserer sozialistischen Heimat eine herausragende Rolle spielt. Aus diesem Grund war im Uralmaš eine Gruppe von gedungenen Agenten des ausländi-

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Aufzeichnung von Tippelskirchs über das Gespräch mit dem Botschaftssekretär Giršfel'd vom 2. 8. 1934. In: RGVA, f. 501/K, op. 3, d. 322, l. 238–239, hier l. 239.

³ Vgl. Dok. 459, 478.

schen Kapitals tätig. Wenn wir die im Uralmaš bereits aufgenommene Produktion von Baggern, Kränen und Hebebühnen zur vollen Leistung bringen, dann werden wir uns nicht an solche deutschen Maschinenbauunternehmen wie die „Demag“ wenden müssen. Wir beginnen bereits jetzt selbst zu produzieren und streichen von der Importliste vieles von dem, was wir zuvor bei „Krupp“ zu kaufen gezwungen waren. Uralmaš konkurriert mit dem kapitalistischen Maschinenbau der ganzen Welt, vor allem prallt er mit deutschen Firmen zusammen, weil sie besonders stark auf dem Binnenmarkt der Sowjetunion vertreten sind. Es ist verständlich, dass die kapitalistischen Maschinenbauunternehmen an einer Sabotierung der Arbeit solcher Giganten, wie es das Uraler Werk ist, interessiert sind. Jetzt ist festgestellt worden, dass Uralmaš Tag für Tag den pausenlosen und vielfältigen Angriffen seitens ausländischer Firmen ausgesetzt war, die sich auf die Hilfe gedungener Agenten stützen. Die Versuche der ausländischen Firmen, Spionage zu betreiben und direkte Diversion durchzuführen, stehen im Mittelpunkt des Prozesses gegen die konterrevolutionäre Organisation im Uralmaš ... Es ist kein Zufall, dass die Schmiedepressenhalle in Brand gesteckt wurde; dies erfolgte auf direkte Forderung einiger ausländischer Fachleute.“⁴

H. sah sich veranlasst, mir in dieser Angelegenheit den Protest zu erklären und mich darauf aufmerksam zu machen, dass der Artikel in „Za industrializaciju“, dem Organ des NKTP, bei „Krupp“ und „Demag“ eine gewaltige Empörung ausgelöst habe. Es stehe außer Frage, dass Jost, wenn er nach Deutschland zurückgekehrt sei, erklären werde, wie es sich tatsächlich im Werk zugetragen habe. Er, Hilger, sei in Sverdlovsk gewesen, als das Werk aufgebaut wurde und habe gesehen, wie dort in den glühendheißen Werkhallen Trennwände aus Holz gezogen wurden. Dort sei alles so gebaut worden, was einen Brand auslösen könnte. Nachdem wir unlängst der Botschaft gesagt hätten, dass gegen Jost schwerste Anschuldigungen vorlägen, so stelle sich jetzt heraus, dass wir nicht Jost bezichtigten, sondern deutsche Firmen mit Weltruf wie „Demag“ und „Krupp“. Ich machte H. darauf aufmerksam, dass wir, wie er unserer Presse entnehmen könne, nicht preisgeben wollten, wer genau von den Ausländern zum Kreis der Brandstifter gehöre. Der Artikel in „Za industrializaciju“ entspreche selbstverständlich nicht der allgemeinen Linie unserer Presse. Nachdem sich H. etwas beruhigt hatte, machte er mich darauf aufmerksam, dass die „Za industrializaciju“ die Deutschland am feindlichsten gesonnene Zeitung in der UdSSR sei.

4. H. machte mich in entschiedenster Form auf die TASS-Meldung über den von Giršfel'd im Auswärtigen Amt vorgetragenen Protest aufmerksam⁵. Twardowski und H. zweifelten nicht daran, dass dies ohne mein Wissen geschehen sei, weil die TASS-Meldung absolut unzulässig sei. „Was würden Sie dazu sagen, wenn nach meinem heutigen Gespräch mit Ihnen am nächsten Tag in der deutschen Presse eine Meldung über die von mir vorgetragenen energischen Proteste erscheinen würde; insbesondere protestiere ich hier gegen die „Deutsche Zentral-Zeitung“, die in deutscher Sprache erscheint und deren Redaktion aus deutschen Kommunisten besteht. Ferner protestiere ich gegen die Verbreitung von „Der Rote

⁴ L. Averbach: „Vrediteli na Uralmaše“ (Schädlinge im Uralmaš). In: Za industrializaciju vom 3. August 1934, S. 3. Der wiedergegebene Text des Artikels ist gekürzt.

⁵ „Protest polpredstva SSSR v Berlín“ (Protest der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Berlin). In: Izvestija vom 27. Juli 1934, S. 1.

Seemann“ in Leningrad unter deutschen Seeleuten. Ich weise Sie vorsorglich darauf hin, dass mein Protest in Berlin vielleicht in entsprechender Weise verwendet werden wird.“ Ich machte H. darauf aufmerksam, dass die DZZ für sowjetische Bürger herausgegeben werde. H. entgegnete mir, dass solche Argumente bereits nicht mehr greifen würden. „Zwischen uns besteht eine völlige Parität. „Novoe Slovo“⁶ wird von russischen Emigranten für Emigranten herausgegeben, und steht in keinem Bezug zur Sowjetunion oder zur deutschen Regierung. Die Zeit ist vorbei, als man sich in Berlin mit Ihren Argumenten zufriedengab.“ H. bitte mich zu berücksichtigen, zu welchen Ergebnissen die Meldung über die Proteste der sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung in Berlin führen könne. Wenn das Auswärtige Amt den gleichen Weg beschreiten sollte, so würden in der deutschen Presse sämtliche Proteste der deutschen Botschaft in Moskau bezüglich der Verhaftungen wiedergegeben werden.

5. Danach erklärte mir H., dass er mit mir eine ernste Angelegenheit besprechen möchte, die der Hauptgrund seines Besuches sei. Es handele sich um „Brüder in Not“. Die Botschaft habe vom Auswärtigen Amt ein Telegramm erhalten⁷, mit dem ihr aufgetragen worden sei, dem NKID Folgendes zu erklären:

a) „Brüder in Not“ sei ausschließlich eine Wohlfahrtsorganisation;

b) alle Unternehmungen dieser Gesellschaft bezüglich der Übermittlung von Geld und Päckchen würden über die Konzessionsgesellschaft Torgsin, die für sich in Deutschland auf alle mögliche Weise werbe, abgewickelt;

c) es werde dessen ungeachtet eine Massenerscheinung registriert, dass die Empfänger von Päckchen in der UdSSR Verfolgungen unterworfen würden, bis hin zu Verhaftungen;

d) der Aufruf, auf den sich die TASS-Meldung berufe, sei am 6. Mai in der deutschen Presse veröffentlicht worden, d. h. vor fast drei Monaten;

e) in diesem Aufruf sei fälschlicherweise von vertraglichen Beziehungen zwischen Torgsin und „Brüder in Not“ die Rede. Solche Beziehungen gebe es nicht. Torgsin verkehre ausschließlich mit der Firma „Fast“;

f) von dem Wunsch getragen, diese unangenehme Angelegenheit zu bereinigen, wäre das Auswärtige Amt bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentlichen Spendensammlungen der Gesellschaft „Brüder in Not“ zu unterbinden. Dafür benötige er aber von mir eine offizielle Erklärung darüber, dass die Repressionen, von denen in der TASS-Meldung⁸ die Rede sei, eingestellt würden⁹.

In meiner Entgegnung bemerkte ich zu H., dass ich die Erklärung, um die er mich bitte, weder vertraulich noch offiziell abgeben könne. Unserer Entscheidung habe nicht nur der Aufruf von „Brüder in Not“ zugrunde gelegen, sondern auch die Antwortnote des deutschen Außenministeriums, das sich mit der Tätigkeit der genannten Gesellschaft solidarisiert habe¹⁰. Darauf bemerkte H., dass unsere Antwortnote¹¹ in Berlin einen äußerst bedrückenden Eindruck hinterlassen habe. Ich

⁶ „Novoe Slovo“ erschien in Berlin in russischer Sprache von 1933 bis 1944.

⁷ Am 2. 8. 1934. Vgl. RGVA, f. 1357/K, op. 3, d. 17, l. 461–461R.

⁸ Vgl. Dok. 487, Anm. 4.

⁹ Die im Punkt „e“ im Telegramm von Bülow (vgl. oben Anm. 7) enthaltene Weisung lautete: „Auf öffentliche Werbung ‚Brüder in Not‘ könnte gegebenenfalls verzichtet werden.“

¹⁰ Vgl. Dok. 474.

¹¹ Für die Note vom 30. 7. 1934 vgl. Dok. 485, Anm. 5.

entgegnete, dass die Note die angemessene Antwort auf die Note des Auswärtigen Amtes gewesen sei. Darauf versuchte H. mich mit der Drohung zu beeindrucken, dass im August in Berlin ein Baptisten-Kongress¹² stattfinde, an dem nicht nur Deutsche, sondern auch Amerikaner teilnehmen würden, wobei es nicht ausgeschlossen sei, dass auf dem Kongress die Hungersnot in der UdSSR zur Sprache kommen werde. Ich habe diese Bemerkung von H. übergangen¹³.

6. H. erinnerte mich daran, dass ich seinerzeit mit ihm über das Buch von Kleist, das von Hoetzsch herausgegeben wurde, gesprochen hätte¹⁴. H. habe darüber an Hoetzsch geschrieben, der ihm mit einem achtseitigen Brief geantwortet habe. Hoetzsch sei sehr niedergeschlagen, dass ich das Buch als uns feindlich gesonnen aufgefasst hätte. Insbesondere gehe es darum, dass der Autor des Buches den Brief Zinov'evs¹⁵ wiederabgedruckt und dazu bemerkt habe, dass die sowjetische Seite die Echtheit des Briefes nicht anerkenne. Ich entgegnete H., dass ich in der Lage sei, beliebige Texte zu lesen, und ihn bitte, die Seiten 89–90 des Buches zu beachten, wo definitiv festgestellt werde, dass der Brief Zinov'evs die Missachtung der vertraglichen Verpflichtungen durch die Sowjetunion unzweifelhaft beweise. H. war verlegen und bemerkte, dass Hoetzsch das Buch vielleicht schlecht gelesen habe; ****ich****¹⁶ antwortete, dass dies die einzig mögliche, Hoetzsch entlastende Erklärung sei, die ****dann****¹⁷ aber präzisiert werden müsse, dass er dieses Buch nicht nur schlecht, sondern überhaupt nicht gelesen habe.

7. H. bat mich eindringlich, ihm eine Antwort auf seine Bitte bezüglich der Angelegenheit von Šverc und Ėtin zu geben.

8. H. teilte mir mit, dass der Gedenkgottesdienst für Hindenburg in der evangelischen Peter-und-Paul-Kirche¹⁸ am 7. August, um 12 Uhr, abgehalten werde. Zum Ende der Unterredung ließ er sich lang und breit über die Bürden unserer Arbeit aus. Dabei unterstrich er, dass nicht nur die deutsche Seite, sondern auch wir in den Beziehungen immer neue Schwierigkeiten schaffen und Komplikationen verursachen würden.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Dokumente und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij (3 Expl.), das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. nach Berlin, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p.77, d. 3, l. 203–199. Original.

¹² Der 5. Kongress des Weltbundes der Baptisten fand in Berlin vom 4. bis 10. 8. 1934 statt.

¹³ Bezüglich der Ergebnisse der Unterredung Hilgers mit Štern am 4. 8. 1934 stellte von Twardowski im Telegramm vom 6. 8. 1934 an von Bülow fest: „Sowjetregierung sei fest entschlossen, Hilfstätigkeit endgültig zu unterbinden, da deutsche Seite trotz wiederholter Warnungen Hilfsaktion zu sowjetfeindlicher Propaganda ausgenutzt hätte. [...] Unterredung mit Außenkommissariat ergab Eindruck, dass Sowjetregierung bei gegenwärtiger politischer Situation eine von Deutschland ausgehende Propaganda zugunsten der Hungernden nicht fürchtet und dass daher weitere Bemühungen bei dem augenblicklichen Charakter unserer Beziehungen keine Erfolge versprechen.“ In: RGVA, f. 1357/K, op. 3, d. 17, l. 462–462R.

¹⁴ P. Kleist: Die völkerrechtliche Anerkennung Sowjetrusslands, Königsberg/Berlin 1934.

¹⁵ Vgl. Dok. 64, Anm. 7.

¹⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: und.

¹⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Die lutherische Kirche in Moskau in dem Starosadskij pereulok war 1819 errichtet worden. Bis November 1936 wurden in ihr Gottesdienste abgehalten. Sie ist heute wiederhergestellt.

Nr. 490

Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats Hilger mit dem Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde

Moskau, den 8. August 1934

Aktennotiz¹Betr. Ostmesse in Königsberg

Die Frage des Fernbleibens der Sowjetunion von der Ostmesse in Königsberg habe ich auf Grund des Telegramms des Auswärtigen Amtes Nr. 158 vom 4. August² am 8. d. M. im Außenkommissariat bei Herrn Linde zur Sprache gebracht. Ich berief mich dabei auf die Tatsache, dass Herr Linde selbst Generalkonsul in Königsberg gewesen sei und ich daher bei ihm besonderes Verständnis für die Bedeutung der Beteiligung der Sowjetunion an der Ostmesse in Königsberg voraussetzen dürfe.

Herr Linde erklärte, dass für das Fernbleiben der Sowjetunion von der Ostmesse in Königsberg nicht politische Gründe, sondern nur rein wirtschaftliche Erwägungen maßgebend gewesen seien³. Bei der gegenwärtigen Schrumpfung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs böte für die Sowjetunion eine Beteiligung an der Ostmesse in Königsberg kein Interesse mehr. Allein aus Prestigegründen an der Ostmesse teilzunehmen rechtfertige nicht die Kosten.

Ich erklärte Herrn Linde, dass wir diese Stellungnahme bedauerten. Ich wolle von ihm wissen, ob der Beschluss endgültig sei oder eventuell noch geändert werden würde.

Herr Linde erwiderte, dass er sich zwar noch vorbehalten wolle, mit Herrn Krestinski über die Frage zu sprechen⁴, er glaube jedoch nicht, dass dies an dem Beschluß der zuständigen Sowjetstellen etwas ändern würde, **zumal die Zeit bis zur Eröffnung der Ostmesse nur noch beschränkt sei u[nd] man die Aufforderung zur Beteiligung sehr spät erhalten habe**⁵.

Hilger

Eigenhändige Unterschrift. Oben befindet sich der Vermerk: D / 1017/34 und A 1, unten: W. v. 13. 8.

PA AA, Moskau II 288, Bl. 24.

¹ Twardowski telegraphierte diese Informationen am 9. 8. 1934 (Telegramm Nr. 200) an das AA; vgl. PA AA, Moskau II 288, Bl. 25.

² Meyer hatte auf die „große politische Bedeutung der Tatsache hingewiesen, dass die Sowjetunion seit 12 Jahren zum ersten Mal Ostmesse fernbleiben wolle“. Dies stände im Gegensatz zu den gegenwärtigen Bestrebungen Deutschlands, die Beziehungen zur Sowjetunion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet wieder enger und freundschaftlicher zu gestalten. Er wies die Deutsche Botschaft an, bei der Regierung „zum Ausdruck zu bringen, dass unsererseits auf Beteiligung Russlands an Ostmesse größter Wert gelegt wird“. In: PA AA, Moskau II 288, Bl. 26. Am 10. 8. 1934 wiederholte Meyer den dringlichen Wunsch des AA an einer Beteiligung der Sowjetunion; vgl. Telegramm Nr. 160. In: PA AA, Moskau II 288, Bl. 23.

³ Vgl. Dok. 463.

⁴ Mit Telegramm Nr. 213 vom 11. 8. 1934 teilte Twardowski dem AA mit, dass Krestinski nochmals bei der Sowjetregierung die Frage der Beteiligung zur Sprache bringen werde. Die Absage sei auf Vorschlag des Finanzkommissariats aus finanziellen Gründen gegen den Willen des Außenkommissariats geschehen, und Krestinski glaube an keine Änderung der Entscheidung; vgl. PA AA, Moskau II 288, Bl. 22. Vgl. auch Dok. 491.

⁵ Der Text wurde handschriftlich von Hilger eingefügt.

Nr. 491

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau
von Twardowski

Geheim
Expl. Nr. 2

Tagebuch
N. N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS TWARDOWSKI,
11. August 1934

1. Twardowski bittet im Auftrag des Auswärtigen Amtes, die Entscheidung der Berliner Handelsvertretung zu überprüfen, nicht an der Königsberger Messe teilzunehmen¹. Insbesondere besteht der Oberpräsident Ostpreußens, Koch, auf unsere Teilnahme, notfalls auch in einem kleineren Rahmen, falls es aus Zeitmangel nicht möglich sein sollte, einen Pavillon von der Größe des Vorjahres zu gestalten. Die deutsche Seite fasst unsere Absage, an der Messe teilzunehmen, als ein weiteres Zeichen für die politische Spannung in den Beziehungen zwischen unseren Ländern auf.

Ich antwortete, dass sich unser Verzicht, an der Königsberger Messe teilzunehmen, nicht mit politischen, sondern mit wirtschaftlichen Erwägungen erklären lasse². Als die Entscheidung fiel, nicht an der Königsberger Messe teilzunehmen, sei am gleichen Tag auch entschieden worden, ebenfalls nicht an den Messen in Marseille und in Bari teilzunehmen.

****Dieser****³ Tatsache könne Twardowski entnehmen, dass es hier nicht um Politik, sondern um Wirtschaft gehe.

Ich würde die Bitte der deutschen Regierung und des ostpreußischen Oberpräsidenten an das NKVT weiterleiten, doch ich bezweifelte sehr, dass die Entscheidung korrigiert werde, und ich wolle ihm deshalb keine Hoffnungen machen.

2. Danach fragte Twardowski, was es an Neuigkeiten hinsichtlich unseres Beitritts zum Völkerbund gebe. Ob wir denn die Schritte unternommen hätten, über die die Presse schreibe?

Davon ausgehend, dass die Deutschen von den Polen über die Gespräche informiert worden sind, die Barthou und Laroche mit ihnen bezüglich unseres Beitritts zum Völkerbund geführt haben, antworte ich Twardowski Folgendes.

Wir hätten keine neuen Schritte unternommen. Als wir vor einigen Monaten gefragt wurden, wie unsere Haltung zum Völkerbundsbeitritt sei, hätten wir geantwortet, wie er dies den Reden Litvinovs und Molotovs entnehmen könne, dass wir zu den bekannten Bedingungen bereit wären, dem Völkerbund beizutreten.

Nunmehr zeichne sich die Frage etwas konkreter ab, denn wir würden nun gefragt, ****ob****⁴ wir dem Völkerbund beitreten würden, falls die Generalversamm-

¹ Vgl. auch Dok. 490.

² Vgl. Dok. 463.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

lung des Völkerbundes an uns eine entsprechende Einladung richten würde. Wir seien geneigt, positiv zu antworten. Wir hätten von uns aus gegenüber dem Völkerbund keine Erklärungen abgegeben und würden dies auch nicht tun.

Twadowski sagte, dass ihren Informationen zufolge im Apparat des Völkerbundes mit unserem bevorstehenden Beitritt gerechnet werde. Im Sekretariat werde ein neuer Sektor geschaffen, den, wie man annehme, der von der UdSSR gestellte Gehilfe des Generalsekretärs leiten werde.

Ich antwortete, dass wir uns für Fragen dieser Art nicht interessieren und uns darüber nichts bekannt sei.

N. Krestinskij

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3116 vom 17. 9. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 6 Expl., 1 [Expl.] ins Archiv, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Stomonjakov, 1–2 an die Westabteilung, 1 [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 82–83. Kopie.

Nr. 492

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twadowski an das AA

Moskau, den 11. August 1934

Ankunft: 15. August

IV Ru. 4498

Nr. A 2144

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Ostpakt

Der Urlaubsantritt des Volkskommissars Litwinow bedeutet eine Zäsur in der Aktivität der Sowjetregierung in Bezug auf den Ostpakt. Ein sorgfältiger Vergleich der mir von den verschiedensten hier akkreditierten Diplomaten wiedergegebenen Äußerungen maßgebender Sowjetpolitiker über den Ostpakt und der Stellungnahme der betreffenden Gewährsmänner hierzu ergibt, *dass im hiesigen diplomatischen Korps die Lage mit überraschender Einmütigkeit beurteilt*¹ wird. Da von maßgebender Sowjetseite der Botschaft gegenüber in der Ostpaktfrage größte Zurückhaltung geübt wird, fehlt mir die Möglichkeit, Authentisches über die Absichten der Sowjetregierung zu berichten. Ich beschränke mich daher auf die Wiedergabe der Beurteilung, wie sie von der Mehrzahl der hiesigen Missionen ihren Regierungen gegenüber vertreten wird.

¹ Der Text ist unterstrichen.

1) Die Deklarationen der baltischen Staaten zum Ostpakt anlässlich der Ministerbesuche in Moskau² haben zweifellos der Idee des Ostpaktes eine moralische Stütze gegeben und werden infolgedessen als propagandistisch recht wertvoll für die Sowjetregierung angesehen. Sie sind auch insofern von nicht zu unterschätzender Bedeutung, als Litwinow ausdrücklich die Erlangung der prinzipiellen Zustimmung zur Idee des Ostpaktes als erste Etappe seiner Bemühungen vorgesehen hat. Aber es hat sich bei diesen Besuchen auch herausgestellt, dass trotz starken sowjetischen Druckes zum mindesten *Lettland und Estland nicht gewillt sind, am Ostpakt bedingungslos teilzunehmen*³, dass insbesondere ihre Zusage nur für den in der Erklärung genannten Teilnehmerkreis Geltung haben soll. Außerdem haben beide Staaten es für nötig befunden, bereits im jetzigen Stadium Reserven bezüglich der endgültigen Gestaltung des Paktes öffentlich anzumelden.

2) Bezüglich der *Teilnahme Polens und Deutschlands*⁴ am Ostpakt will die Sowjetunion durch starken Druck Polen zu einer positiven Stellungnahme veranlassen, um dann das isolierte Deutschland vor die Alternative zu stellen. Die Tendenz, auf Deutschland als Friedensstörer schon jetzt aufmerksam zu machen, tritt in der Sowjetpresse deutlich hervor.

3) Den Eintritt in den Völkerbund, die französische Vorbedingung für ein vertraglich geregeltes enges Verhältnis mit der Sowjetunion, *scheint die Sowjetregierung für den September fest beschlossen zu haben*⁵. Es ist zu erwarten, dass die Sowjetregierung gewisse Vorbehalte machen wird. Insbesondere betrifft dies die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit. Bezüglich der Mandate und vielleicht auch der Minderheitenfrage ist sie nicht gewillt, die bisher getroffenen Maßnahmen des Völkerbundes, die sie verwirft, mit ihrer Autorität zu decken. Sie verlangt aber nicht Reformen, so dass ihre eventuellen diesbezüglichen Reserven rein propagandistischen Charakter haben dürften. *Dagegen scheint das Zustandekommen des Ostpaktes nicht mehr Vorbedingung für den Eintritt zu sein*⁶. Die Erteilung eines ständigen Ratssitzes ist für die Sowjetregierung eine ebenso selbstverständliche Angelegenheit wie die einer Weltmacht entsprechende Vertretung im Sekretariat. Soweit bisher festzustellen war, wird die Sowjetregierung ihrerseits keinen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund stellen, wohl aber einer Einladung, auf deren Ergehen sie zum September rechnet, Folge geben, falls ihre Reserven anerkannt werden.

4) *Sollte der Ostpakt nicht zustande kommen, so scheint die Sowjetregierung entschlossen zu sein, ein enges Bündnisverhältnis mit Frankreich anzustreben*⁷. Konkrete Verhandlungen über diese französisch-sowjetische Allianz sollen bislang nicht geführt worden sein. Jedenfalls wird dies von Sowjetseite entschieden in Abrede gestellt. Es scheint vorläufig nur die beiderseitige grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einer solchen Allianz vorhanden zu sein und die französische Bedingung, dass eine solche Allianz unter der Ägide des Völkerbundes zu stehen hätte, dem also die letzte Entscheidung über den Bündnisfall obliegen würde. Es

² Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 280, 283, 295. Siehe auch ADAP, Ser C, Bd. III/1, Dok. 133, 140.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen und am Rand viermal angestrichen.

wird bestimmt behauptet, dass eine solche Allianz eine Besitzgarantie nicht enthalten würde.

Es ist hier *allgemeine Überzeugung, dass die Sowjetregierung die Allianz mit Frankreich nur für den Fall erstrebt, dass eine andere reale Sicherung der sowjetischen Westgrenze*⁸ nicht zu erreichen ist. Daher wird der von französischer Seite lancierten Nachricht, die Sowjetunion dränge auf eine Allianz und habe bereits mehrmals ein entsprechendes Angebot an Frankreich gerichtet, hier wenig Wahrscheinlichkeit beigelegt: Die Sowjetregierung habe ihrer ganzen politischen Einstellung nach kein Interesse, sich an eine Macht in Europa zu binden, ebenso wenig wie sie Wert darauf legen könne, in die europäischen Handel, soweit ihre Interessen nicht berührt sind, hineingezogen zu werden. Infolgedessen wird hier vielfach die *Meinung laut, dass die Bedeutung einer französisch-sowjetischen Allianz für die Gegenwart zwar nicht überschätzt werden sollte, wohl aber berge sie für die Zukunft, wenn die Sowjetunion erst einmal aus ihren gegenwärtigen Nöten heraus sei, außerordentliche Gefahren in sich. Auch werde sie, einmal abgeschlossen, die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion außerordentlich erschweren. Wenn daher Deutschland überhaupt die Absicht habe, gute Beziehungen zur Sowjetunion wiederherzustellen, so sei dies ohne allzu große deutsche Opfer nur noch möglich, bevor die Allianz zur Tatsache geworden sei*⁹. Der Wunsch Litwinows, der jetzigen deutschen Regierung eine diplomatische Niederlage beizubringen, decke sich zwar mit gewissen Tendenzen der Komintern, die das „Naziregiment“ erschüttern möchte; die sehr realistische Einstellung des Politbüros, das sich durchaus nicht etwa bedingungslos der politischen Führung Frankreichs anvertrauen oder sich wie die letzte zaristische Regierung für französische Interessen einsetzen wolle, sei aber ein sehr starker Hemmschuh hiergegen.

Ich darf in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, dass Litwinow den Gedanken, dass im Falle des Scheiterns eines Ostpaktes Deutschland als dritter Partner sich an einer französisch-sowjetischen Allianz beteiligen solle (Telegramm Nr. 194 vom 5. August d. J.¹⁰) anscheinend nicht nur dem italienischen Botschafter gegenüber ausgesprochen hat. Aus der Art seiner Gesprächsführung scheint hervorzugehen, dass er den Eindruck erwecken will, dass er die deutsch-sowjetischen Beziehungen gerne in Ordnung bringen möchte, dass Deutschland aber auf nichts eingehe.

5) Die völlig unerwartete „Urlaubsreise“ Litwinows ins Ausland wird allgemein politisch gewertet. Welche dunklen Absichten Litwinow im Schilde führt, ist bisher noch nicht zu übersehen. Da er sich nach Italien begibt, dürfte es vielleicht interessieren, dass in den letzten Wochen die Aktivität der hiesigen italienischen Botschaft sowohl auf politischem wie auf militärischem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet ungewöhnlich groß ist. Auch hier darf nicht übersehen werden, dass die früher Herrn von Dirksen eingeräumte besondere Freundschafts- und

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist am Rand dreifach angestrichen. Der Beistandspakt mit Frankreich wurde am 2. 5. 1935 geschlossen und trat nach der Ratifizierung am 27. 3. 1936 in Kraft.

¹⁰ In diesem Telegramm berichtete von Twardowski über das Gespräch Litwinovs mit dem italienischen Botschafter Attolico in Moskau am 4. 8. 1934. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 148, S. 284–285.

Vertrauensstellung bei der Sowjetregierung nicht auf den französischen Botschafter¹¹ übergangen ist, sondern auf Herrn Attolico.

v.Twardowski

*Eigenhändige Unterschrift. Vermerk: Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis. L[ammers]
21. 8. Verschiedene Paraphen auf dem ersten Blatt.*

PA AA, R 31614, Bl. H 101138–101142.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 156, S. 302–305.

Nr. 493

**Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin**

Chif[friertes] Telegramm

[14. 8. 1934]

An

Gen. Stalin

Am 5. Juli hat das Politbüro dem NKVT gestattet, in das Abkommen über neue Importkredite in einer Höhe von 200 Millionen Mark den Punkt über unser Einverständnis aufzunehmen, in Deutschland auch laufende Aufträge zu den alten Bedingungen zu tätigen, jedoch ohne Fixierung einer Summe¹. Die Deutschen drängen jetzt nachdrücklich darauf, **diese**² Summe in einer Höhe von 60 Mio. Mark festzusetzen. Alternativ soll in das Abkommen die Formulierung aufgenommen werden, wonach wir bemüht sein werden, die laufenden Aufträge zumindest auf dem Niveau der letzten 12 Monate zu halten.

NKVT, Rozengol'c bat um die Erlaubnis, sich mit der zweiten Formulierung der Deutschen einverstanden zu erklären. Wenn wir die Formulierung der Deutschen annehmen würden, so wären wir zu den laufenden Aufträgen in einer Summe von über 60 Mio. Mark verpflichtet, weil wir im zweiten Halbjahr 33 und im ersten Halbjahr 34 Aufträge in einem Volumen von **74 Mio. Mark**³ getätigt haben.

Unserer Auffassung nach dürfen wir uns nicht auf solch eine große Summe einlassen. **Wir meinen, dass man die frühere Haltung beibehalten muss und sich nur im äußersten Fall damit einverstanden erklärt**⁴, die gewöhnlichen Aufträge in einem Volumen von bis zu 30 Mio. Mark zu tätigen. **Wir bitten, uns Ihre Meinung mitzuteilen**⁵. NR 2003/ž.

Kaganovič, Molotov

Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 50, l. 20. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 463, S. 434–435.

¹¹ Charles Alphonse.

¹ Vgl. Dok. 473.

² Das Wort ist von Molotov handschriftlich über die Zeile geschrieben.

³ Der Text ist von Kaganovič korrigiert; ursprünglich: 33,5 Mio. Rubel.

⁴ Der Text ist von Kaganovič korrigiert; ursprünglich: Es wird genügen, wenn wir uns einverstanden erklären.

⁵ Der Text ist von Kaganovič handschriftlich eingefügt.

Nr. 494

**Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär
des ZK der VKP (B) Kaganovič**

[14. 8. 1934]

Ihre [Nr.] 20. Den Kredit für laufende Aufträge zu den üblichen Konditionen zu nehmen, bedeutet, sie [die Aufträge] zu schlechteren Konditionen im Vergleich zum 200-Millionen-Kredit zu nehmen. Wir brauchen den 200-Millionen-Kredit zu verbesserten Bedingungen, um den Großteil unserer laufenden Aufträge dorthin unterzubringen. Wenn wir den deutschen Vorschlag annehmen, knechten wir uns selbst. Aus diesem Grund dürfen wir das Limit von 20 oder im äußersten Fall von 30 Millionen Mark nicht überschreiten¹.

Stalin

**Nr. 20

14/VIII. 34**²*Eigenhändige Unterschrift.***RGASPI, f. 558, op. 11, d. 83, l. 64R. Original.***Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 464, S. 435.*

Nr. 495

**Bericht des Stellv. Chefs der Verwaltung für Information und Statistik der RKKa
Artuzov an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov**Ganz geheimNr. 40808/ss¹

14. August 1934

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR

Gen. VOROŠILOV

Der ISU ist es gelungen, eine neue Quelle anzuwerben, die im deutschen Luftfahrtministerium beschäftigt ist.

Die besagte Quelle beschaffte eine Reihe von Dokumenten, die die militärischen Vorbereitungen der deutschen Luftstreitkräfte charakterisieren.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Befehl vom 22. 3. 34 zur Reorganisation der Verwaltung der Luftstreitkräfte. In diesem Dokument wird ohne jegliche Verschleierung die militärische Organisation des Luftfahrtministeriums dargestellt.

¹ Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste dazu am 15. 8. 1934 entsprechend der Auffassung Stalins den Beschluss. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 531, l. 149 (Protokoll Nr. 12, Pkt. 103, „Sondermappe“). Vgl. auch Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 41, S. 64.

² Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt. Das chiffrierte Telegramm wurde am 15. 8. 1934, um 1 Uhr, 31 Min. aus Sotschi abgeschickt (RGASPI, f. 558, op. 11, d. 83, l. 63).

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Nach dem neuen Verwaltungsaufbau werden die Luftstreitkräfte (Luftkommandoamt²) aus folgenden Abteilungen bestehen

1. Der Führungsstab mit folgenden Funktionen: Vorbereitung zum operativen Luftkrieg, Luftwaffenmanöver, gemeinsame Übungen mit der Luftabwehr, das Studium von Objekten für Bombardierungen, Beschaffung und Auswertung von Daten über ausländische Luftflotten usw.

2. Die Organisationsabteilung.

3. Die Ausbildungsabteilung.

4. Die Truppenabteilung: Lenkung des Personalbestandes, technische Versorgung, KfZ-Wesen.

Somit beweist das angeführte Dokument, dass das deutsche Luftfahrtministerium entschieden den Weg der Verletzung des Versailler Friedensvertrages eingeschlagen hat, ohne innerhalb des Ministeriums den Aufbau der Luftstreitkräfte zu verschleiern, während die militärischen Abteilungen selbst in offiziellen Dokumenten, die nicht das Haus verließen, stets Tarnbezeichnungen trugen.

Andere Dokumente der gleichen Quelle geben ein Verzeichnis der dem Luftfahrtministerium unterstellten militärischen Verbände und Einrichtungen unter Nennung ihrer Tarnbezeichnung (so wird ein Jagdgeschwader zwecks Tarnung als Werbeabteilung des Luftsportverbandes bezeichnet). Gegenwärtig erstellt die ISU einen Bericht über die Luftstreitkräfte Deutschlands, der es uns erlauben wird, die faktische Stärke der deutschen Luftstreitkräfte, welche uns bislang unbekannt ist, exakt festzustellen.

Es ist anzunehmen *), dass die Nachrichtendienste der „Verbündeten“ solche Dokumente, die derartig offen den Aufbau der Luftwaffe darlegen, bis jetzt nicht besitzen. Ihre Vorbehalte gegen den Aufbau von deutschen Luftstreitkräften stützen sich auf weniger bedeutende Fakten der Verletzung des Versailler Vertrages und spätere Festlegungen von der Art, dass die Mitglieder des Luftsportverbandes militärische Uniformen tragen und deutsche Zivilflugzeuge in Militärflugzeuge umgerüstet werden können.

STELLVERTRETENDER CHEF DER ISU DER RKKA

ARTUZOV

** *) Im Apparat des INO NKVD gibt es Materialien, die sich auf das Jahr 1934 beziehen und aus denen hervorgeht, dass weder die Franzosen noch die Engländer, noch die Amerikaner dokumentarische Beweise darüber besitzen, dass die Deutschen den Aufbau der Luftstreitkräfte organisiert betreiben **3.

Eigenhändige Unterschrift.

Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 14. 8. 1934.

Auf Kopfbogen der Informations- und Statistikverwaltung der RKKA NKO der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 631, l. 247–248. Original.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Der Text ist von Artuzov eingefügt.

Nr. 496
Schreiben des Stabsamtes des Reichsnährstandes an das AA

Berlin, den 16. Ernting [August] 1934

Der Reichsbauernführer
Stabsamt
Berlin W 35
Tiergartenstr. 3
A. Z. E/II: 65.13
An das
Auswärtige Amt,
Berlin W 8
Wilhelmstr. 74–76

Betr.: Deutsch-Russische Agrarausstellung

In der Anlage übersenden wir Ihnen den Plan für eine Deutsch-Russische Agrarausstellung, der uns vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ref.: II, 4, zugesandt wurde.

Wir bitten um Stellungnahme an uns¹.

Heil Hitler!
Im Auftrage

Stock
(Dr. Stock)

Anlage!

Abschrift.

Ref.: II, 4
Dr. Taubert

An Herrn Runge,
im Hause.

Berlin, den 24. Juli 1934

Betr.: Deutsch-Russische Agrarausstellung.

Auf keinem Gebiet kommt der Unterschied der Ideen des Nationalsozialismus und des Kommunismus so stark zum Ausdruck wie auf dem der Landwirtschaft, vor allem ist auf diesem Gebiete klar erkennbar, in welchem Maße bei uns der Idealismus, in der Sowjet-Union aber der Materialismus das grundlegende Prinzip ist.

Dieser Unterschied zeigt sich aber besonders stark bei den praktischen Ergebnissen beider Systeme auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Im Augenblick steht die

¹ Das AA sandte am 27. 8. 1934 folgende Antwort an den Reichsbauernführer: „Eine deutsch-russische Agrarausstellung der gedachten Art begegnet aus außenpolitischen Gründen schwerwiegenden Bedenken; sie würde zu Schwierigkeiten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zu diplomatischen Auseinandersetzungen führen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwünscht sind.“ Vgl. Entwurf vom 22. 8. 1934. In: PA AA, R 94538, o.P.

Sowjet-Union agrarpolitisch völlig am Abgrunde. Der einst blühende Bauernstand ist ausgerottet (Kampf gegen die Kulaken). Das Zugvieh ist in hohem Prozentsatz eingegangen und die überlebenden Tiere sind unterernährt. Die Bevölkerung ist durch den Jahr für Jahr wiederkehrenden Hunger gerade in den Kornkammern des Landes auf einen Bruchteil zusammengeschmolzen. Es wird schlecht gesät und schlecht geerntet. Auch in diesem Jahre wieder steht die Sowjet-Union vor einer Hungerkatastrophe schlimmsten Ausmaßes.

Ich schlage nun Folgendes vor:

Es wird eine Ausstellung über Theorie und Praxis des Nationalsozialismus und des Kommunismus auf dem Gebiete der Landwirtschaft veranstaltet. In dieser werden die Theorien und die weltanschaulichen Grundsätze an Zitaten führender Männer, Tabellen, Modellen usw. klar gemacht. Im praktischen Teil der Ausstellung werden die Folgen beider Systeme an Statistiken nachgewiesen.

Ich möchte hier betonen, dass die Russlandforschung auf dem Gebiete der Landwirtschaft augenblicklich noch immer in den Händen von Reaktionären, Juden und Freimauern liegt, die aus Böswilligkeit oder Unwissenheit einfach die Propagandazahlen der Sowjet-Statistik aufnehmen, sodass sie z.B. im vergangenen Jahre auf Grund der hypothetischen Berechnung der Sowjet-Statistiker eine Rekordernste herauskonstruierten, während in Wirklichkeit schwerste Hungersnot herrschte. Ich habe aber Sachverständige an der Hand, die auf Grund von Meldungen der Sowjet-Presse und von den Bolschewisten nicht abzuleugnenden Materials die wirkliche Lage in der Vergangenheit und Gegenwart nachweisen können. Die Ausstellung wird einen Triumph des Nationalsozialismus gegen den Kommunismus darstellen.

Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass die Ausstellung nicht propagandistisch und tendenziös aufgemacht werden darf, sondern rein wissenschaftlich objektiv vom Standpunkt des Agrarpolitikers, der sich über Theorie und Praxis beider Systeme an Hand von wissenschaftlichem Material informieren möchte.

Da es sich eben um rein objektives Material handelt und eine propagandistische Tendenz nicht nachweisbar ist, besteht auch für die Sowjet-Union keine Möglichkeit zu diplomatischem Protest. Wir können uns auch ruhig Tendenz und propagandistische Schlussfolgerungen schenken, denn das Material spricht für sich selbst, sodass es dem Besucher überlassen bleiben darf, die Schlussfolgerung zu ziehen.

gez. Dr. Taubert

Eigenhändige Unterschrift auf Anschreiben. Dies ist auf Kopfbogen des Reichsnährstandes geschrieben. Stempel des Reichsnährstandes, Stabsamt. Eingangsstempel des Auswärtigen Amtes, IV Ru mit der Nummer 4556 und Datum vom 18. August 1934. Unten links befinden sich die Vermerke: Tippelskirch [nicht entzifferter Text] Rücksprache und Sofort, H[errn] Bräutigam, Repr[oducatur] sowie die Paraphe von T[ippelskirch] 20/8.

PA AA, R 94538, o.P., 3 Bl.

Nr. 497

Aufzeichnung der Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski mit dem designierten Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Moskau, den 17. August 1934

Ganz geheimNotiz¹

Ich hatte heute eine lange private Aussprache mit Botschafter Suritz. Er erzählte, dass er die letzten Wochen dazu benutzt habe, um alle seine alten Freunde in der Regierung und Partei aufzusuchen. Er erwähnte dabei Stalin, Kaganowitsch, Woroschilow etc. Das Misstrauen gegen Deutschland sei allgemein und tief verwurzelt. Es beruhe nicht nur auf den Reden Rosenbergs, auf dem Buche des Reichskanzlers etc., sondern auch auf politischen Fakten. Zum Beispiel habe die schnelle und radikale Änderung des deutsch-polnischen Verhältnisses hier sehr beunruhigt.

Das vorhandene Misstrauen gegen Deutschland könne seines Erachtens nur durch radikale Mittel beseitigt werden. Ihm persönlich scheine der Ostpakt als ein gutes Mittel. Die grundsätzliche Zustimmung zur Idee des Paktes würde sofort hier ein sehr freundliches Echo erwecken.

Ich habe ihm ausführlich den deutschen Standpunkt in der Ostpaktfrage² dargelegt. Er erwiderte, er habe seinen Posten noch nicht angetreten, könne also nur seine persönliche Meinung äußern. Die deutschen Argumente überzeugten ihn nicht, da wir [eines] E[rachtens] von einem ganz falschen Standpunkt aus den Ostpakt betrachteten: Der Ostpakt solle nur eine Friedenssicherung sein, er solle so konstruiert sein, dass er einen Krieg unmöglich mache, weil für den Fall, dass ein Teilnehmer gewaltsame Aktionen unternähme, sofort die übrigen Teilnehmer in Aktion treten. Ein solches Risiko werde keine Regierung auf sich nehmen können. Der Unterstützungsfall solle also gar nicht eintreten können. Die Befürchtung, Deutschland werde durch den Pakt das Schlachtfeld künftiger Kriege werden, sei nur theoretisch richtig, sie lasse aber die praktischen Möglichkeiten außer Betracht.

Der Pakt sei vor allem eine psychologische Angelegenheit, er sei ein Instrument, um die Atmosphäre des Misstrauens, die in Europa herrsche, zu beseitigen. Das einzige Argument, das er vielleicht anerkennen könne, sei, dass der Pakt zeitlich befristet werden sollte. Darüber werde sich sprechen lassen.

Wenn Deutschland um seine Sicherheit besorgt sei, so biete sie ihm der Pakt. Deutschland brauche nicht der Auffassung zu sein, dass sich die Sowjetunion zum Handlager fremder Interessen machen werde. Wenn Deutschland die augenblickliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion unbequem sei, so sei gerade das Eingehen auf Litwinows Idee das beste und seiner Ansicht nach zurzeit einzige Mittel, um dies zu ändern. Die Sowjetunion wolle Sicherheit haben

¹ Twardowski schickte diese Notiz am 20. 8. 1934 als Anlage an das AA. Im Begleitschreiben teilte er mit, dass Suric voraussichtlich am 25. 8. 1934 aus Moskau nach Berlin abreisen werde. Vgl. PA AA, R 31499, Bl. 497526.

² Zum deutschen Standpunkt in der Ostpaktfrage vgl. Dok. 481.

und nehme sie, wo sie sie bekomme. Frankreich sei bereit, ihr die Sicherheit zu garantieren. Beteilige sich Deutschland am Ostpakt, so sei für die Sowjetunion die Sicherheitsfrage gelöst und sie könne sich dann wieder frei bewegen. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, warum nach Beseitigung des nun einmal durch die nationalsozialistische Revolution entstandenen Misstrauens die deutsche und die russische Politik nicht wieder zusammenarbeiten sollten. Solange Misstrauen herrsche, brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Sowjetunion unserer Aufrüstung nicht wohlwollend gegenüberstehe. Wäre das Misstrauen beseitigt, so trete für die Sowjetunion die Erwägung ein, ob es ihren Interessen nicht mehr diene, wenn Deutschland stark und unabhängig sei, um so im politischen Spiel ein Faktor zu sein.

Er könne also wirklich für Deutschlands Interessen nichts Schlimmes in der Idee des Ostpaktes entdecken. Über die praktischen Fragen, die Dauer, Angreifer-Defintion, automatische Sanktionen etc. etc. würde sich sprechen lassen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches wandte sich Herr Suritz sehr energisch dagegen, dass Litwinow eine Politik gegen Deutschland führe. Er kenne ihn seit über 30 Jahren, sei mit ihm eng befreundet und wisse genau, wie sehr Litwinow die deutsche Kultur und Deutschland schätze. Aber schließlich dürften wir nicht verkennen, dass es auch in der Sowjetunion eine Innenpolitik gebe, dass Litwinow ein temperamentvoller Mann sei und dass daher manchmal seine Formulierungen aus innerpolitischen Gründen schärfer seien, als ihm nachher aus außenpolitischen Gründen lieb wäre. In der Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern wäre nun einmal die Sprache massiver, als vielleicht im internationalen Verkehr üblich sei, aber schließlich nehme man sich ja jetzt in Deutschland auch kein Blatt vor den Mund. Die Tatsache, dass Litwinow gerade ihn nach Deutschland entsende, sei doch wohl der beste Beweis dafür, dass er großen Wert darauf lege, gute Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. Er persönlich halte seine Aufgabe nicht für hoffnungslos, sonst hätte er sie nicht übernommen. Aber mit Palliativmitteln komme man jetzt, wo die Situation so weit gediehen sei, nicht mehr aus. Es müsste etwas Durchgreifendes und ganz Sichtbares gemacht werden. Er habe die Entwicklung der griechisch-türkischen Beziehungen aus nächster Nähe gesehen und an ihrer Entspannung persönlich Anteil genommen. Er könne mir nur sagen, dass, seitdem man sich beiderseits dazu entschlossen gehabt hätte, prinzipiell ein gutes Einvernehmen herzustellen, die Lösung der schwierigsten Detail-Fragen, die vorher unmöglich schien, fast reibungslos vor sich gegangen wäre.

gez. v. Twardowski

PA AA, R 31499, Bl. E 497527–497530.

Nr. 498

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 448/s¹

18. August 1934

ANGEN. N. N. KRESTINSKIJZur Frage: Ostpakt.

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Ich denke, dass Sie darüber bereits aus anderen Quellen Informationen haben, doch ich teile Ihnen für alle Fälle mit, was uns bezüglich der voraussichtlichen Haltung der Deutschen in der Ostpaktfrage bekannt geworden ist.

Wie Sie sich erinnern, hat mir Neurath bereits am 6. VIII.² gesagt, dass die deutsche Antwort auf die englischen Vorschläge in allernächster Zeit und eine Reihe von Gegenfragen erfolgen werden, unter denen die deutsche Gleichberechtigung die Hauptfrage einnimmt.

Nunmehr ist uns bekannt geworden, dass die Deutschen beabsichtigen, folgende sechs Bedingungen für ihre Beteiligung am Ostpakt vorzubringen: a) die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung bei den Rüstungen; b) der Verzicht Frankreichs und der UdSSR auf die Rolle als gegenseitige Garantiemächte für West- und Ostlocarno; c) mit dem Pakt die gleichzeitige Unterzeichnung eines Zusatzabkommens über Maßnahmen zur Kriegsverhütung vorzunehmen; d) England und Italien unbedingt in die im Pakt vorgesehenen Konsultationen einzubeziehen; e) die Einschränkung der im Pakt vorgesehenen Maßnahmen zum gegenseitigen Beistand; f) die baltischen Staaten sollten keine gleichberechtigten Teilnehmer des Paktes sein, sondern als Mündel in Erscheinung treten.

Zur Frage, was die Deutschen unter Einschränkung der Maßnahmen zum gegenseitigen Beistand verstehen, gibt die Aufzeichnung meines Gesprächs mit Šaulys vom 18. VIII. eine gewisse Erklärung. Die Liste der Bedingungen ist von den Deutschen von einer Sonderkommission unter dem Vorsitz von Bülow ausgearbeitet und Hitler zur Bestätigung vorgelegt worden.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von N. N. Krestinskij: Eine Kopie anfertigen und an Litvinov, Molotov und Stomonjakov schicken. 25. VIII. N. K.

Geschäftsvermerk: Angefertigt 3 Expl. von Kopien gemäß Anweisung von Gen. N. N. [Krestinskij]. Zugestellt: an die Genossen Molotov, Litvinov, Stomonjakov. 26. VIII. 1934. Für den Sekretär (*Unterschrift nicht lesbar*).

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; richtig: am 2. 8. 1934. Vgl. Dok. 488.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1011 vom 22. 8. 1934. Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 58–58R. Original

Nr. 499

**Aufzeichnung der Unterredung des Pressebeirats der Botschaft in Moskau Baum
und des Professors Oberländer mit dem Leiter des Büros für Internationale
Information des ZK der VKP (B) Radek**

Moskau, 24. August 1934

Aufzeichnung

Besuch Prof. Oberländers und des unterzeichneten Pressebeirats Baum bei Radek
am 22. 8. 34.

Am 22. August fand ein Besuch des Professor Oberländer, den ich begleitete, bei Radek statt. Wir ^{*suchten Radek in}^{*1} seinem Landhaus in Schodnja auf. Radek empfing uns mit lebhafter Gastfreundlichkeit; der Besuch währte zweieinhalb Stunden. Außer Professor Oberländer, Radek und mir war auch Bucharin die ganze Zeit über anwesend. Er ist in Schodnja Radeks Nachbar und wir fanden ihn bereits vor. Zum Schluss erschien noch Zypin, Chef vom Dienst der „Iswestija“. Bucharin griff nur wenig in die Unterhaltung ein, Zypin gar nicht.

Das Gespräch wurde mit jener Zwanglosigkeit und derben Offenheit geführt, die für solche Unterhaltungen mit Radek ebenso charakteristisch ist, wie die Tatsache, dass Radek während neun Zehntel der Zeit allein das Wort führt und infolge der Sprunghaftigkeit seiner Einfälle vom Hundertsten ins Tausendste gerät. Im Folgenden sollen nur einige derjenigen Radekschen Äußerungen berücksichtigt werden, die den ^{*gegenwärtigen} Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen^{*2} betrafen und nicht bloß Wiederholungen bekannter sowjetischer Behauptungen darstellten.

Mit solchen Wiederholungen verschonte uns Radek an sich freilich keineswegs, wenn er seinen Propagandapart noch mit unterhaltenderen Variationen abspielte als die meisten andern Sowjetdebatter, denen Radeks Witz fehlt. Inhaltlich aber bekamen wir zu 90 Prozent dasselbe zu hören, was die „Iswestija“ schreiben: nicht die Gegensätze der Ideologien, nicht das „faschistische“ Regime in Deutschland seien die Ursache der außenpolitischen Entfremdung zwischen Berlin und Moskau, sondern einzig und allein „das begründete Misstrauen Russlands“ – Radek sagte erstaunlich oft nicht „Sowjetunion“, sondern „Russland“ – gegenüber den Ostexpansionsplänen des Nationalsozialismus. Die deutschen Friedensversicherungen nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ^{**}machten den Ein-

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

druck als seien sie bloß taktisch begründet, als bezweckten sie^{**3} nur Zeitgewinn. Auch die Rede des Führers v. 17. Mai 1933⁴ entkräftete nicht das im Buche „Mein Kampf“ niedergelegte außenpolitische Programm, so lange es nicht durch eine andere programmatisch veränderte, in sich geschlossene außenpolitische Konzeption abgelöst worden sei, die der Welt glaubwürdig vor Augen führte, welche „Strategie im Auswärtigen“ Deutschland anzuwenden gedenke, um die vom Nationalsozialismus angestrebten Ziele des „Aufstiegs Deutschlands“ zu verwirklichen. Die deutschen Friedensdeklarationen könnten eine solche „neue Konzeption“ nicht ersetzen; sie wirkten daher vorläufig nur als taktische Manöver, nicht als grundlegende Abänderung des nationalsozialistischen „Schließenplans“ für die äußere Politik.

Damit kam das Gespräch auf den Ostpakt. Radek sagte, „Russland“ würde es vorziehen, kein Bündnis mit *Frankreich^{*5} schließen zu müssen; der Ostpakt würde dieser Nötigung vorbeugen. Gegen den Einwurf, der Ostpakt sei, wie die Dinge liegen, schon als nichts anderes konzipiert denn als ein russisch-französisches Bündnis, nur in einer verschleierte und darum für den Bolschewismus bequemer tragbaren Form, verteidigte sich Radek nicht sehr überzeugend. Er deutete an, auch Frankreichs innere Entwicklung sei nicht unbedingt vorauszusehen. Gegen ein faschistisch geführtes Frankreich würde man in der UdSSR seinerseits Grund zum Misstrauen haben. Kurzum, bei dieser – wie bei anderer – Gelegenheit gab Radek zu, dass die Sowjetaußenpolitik keineswegs von Rücksichten auf das innere **Regime**^{**6} des Partnerlandes unabhängig sei. „Wir lehnen auch die sog. Demokratie ab“, sagte er. „Aber wenn ich die Wahl habe, ziehe ich natürlich ein Regime, unter dem meine Freunde leben und politisch tätig sein können, einem solchen vor, wo sie geköpft werden.“ Ähnlich äußerte er sich, um die antideutsche Haltung der Sowjetpresse zur Saarfrage zu begründen.

Nicht eben sehr vielversprechend waren auch Radeks Ausführungen, welche die Lage Deutschlands nach seinem etwaigen Beitritt zum Ostpakt schildern sollten. Es ergab sich nämlich per saldo dabei keineswegs der Eindruck, dass mit einem solchen deutschen Beitritt das „russische“ Misstrauen zerstreut wäre. Radek verweilte vielmehr ausgiebig bei der „Unberechenbarkeit“ der heutigen Machtfaktoren in Deutschland; der 30. Juni beweise⁷, dass man vor keinerlei Überraschungen sicher sei; waren sie im Innern so einschneidend, so könnten sie sich auch nach außen wenden; es gebe in Deutschland außenpolitisch abenteuerlustige Kreise, worüber man in Moskau solche Informationen habe, die aus naheliegenden Gründen nicht genauer angegeben werden könnten usw. Die Aufforderungen an Deutschland, seinen Friedenswillen in Osteuropa zu beweisen, ließe sich daher etwa mit dem Vorgehen Lloyd Georges in den Anfangsstadien des Sowjetstaates vergleichen. „Ich riskiere ein Auge.“

Auf den Einwand, was Radek als Folge des Ostpakts für die deutsch-sowjetischen Beziehungen in Aussicht stelle, klinge nicht sonderlich verlockend, beeilte

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: seien taktisch begründet, bezweckten.

⁴ Vgl. Dok. 98, Anm. 10.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist eingefügt.

⁷ Gemeint sind die Verhaftung Röhm und seiner Anhänger und die anschließenden Erschießungen.

er sich dann freilich hinzufügen, es würde sich doch wenigstens um einen guten neuen Start handeln. Der nächste Schritt wäre dann, dass die Haltung der Presse beiderseits entspannt würde – womit also Radek zugab, dass gegenwärtig eine *beiderseits*⁸ an den Tag gelegte Spannung besteht. Im Weiteren würden dann die Wirtschaftsbeziehungen sich besser entwickeln können usw.

Wenig anzuführen hatte Radek gegen das unsrerseits vorgebrachte Argument, ein Ostpakt der geplanten Art habe doch zur Voraussetzung, dass nicht nur die Partner Deutschland vertrauen, sondern dass auch Deutschland seinen Partnern vertraue. Nun hätte aber die Sowjetpolitik seit anderthalb Jahren in keiner Deutschland berührenden internationalen Frage jemals zu Deutschlands Gunsten, stets nur zu Deutschlands Ungunsten Stellung genommen. Die Sowjetpresse aber mache unausgesetzt und in jedem Anlass gegen Deutschland Stimmung, wobei es nur eine Frage leicht durchschaubarer Technik sei, ob man Propaganda in eigenem Namen oder „Zitierpropaganda“ treibe. Hätte nicht Deutschland demgemäß zu befürchten, dass auch bei Situationen, die die Maschinerie des Pakts in Bewegung setzen könnten, die Sowjetpolitik immer und unter allen Umständen in einer solchen Weise optieren würde, die gegen Deutschlands Interessen gerichtet wäre? Müsste nicht zum mindesten irgendeine Handlung der Sowjetpolitik erfolgen, welche ihrerseits Deutschland davon überzeugte, es könne auch auf etwas anderes von Sowjetseite rechnen als auf Verdächtigungen, Angriffe und Schädigung?

Diese Fragestellung passte Radek nicht sonderlich und er suchte das Gesprächsthema anders zu fassen. Immerhin replizierte er mit der Behauptung, die Sowjetpresse sei häufig zurückhaltender gewesen als die Presse anderer Länder, so z. B. in der Frage der Authentizität des Vermächtnisses Hindenburgs⁹. Dass die Sowjetpolitik Deutschland in außenpolitischer Hinsicht auch etwas Positives bieten könnte und würde, läge wohl nicht so fern, wie wir behaupteten. Auf die Frage, was er damit meine, sagte Radek man könne nicht seine Karten aufdecken. Er ließ sich auch im Weiteren nicht näher darauf ein. Wie diese Äußerung einzuschätzen war, ob als bloße bequeme Ausflucht im Gespräch, ob als absichtliche falsche Vorspiegelung, ob in irgendwie ernst zu nehmendem Sinne, blieb somit völlig offen.

Aus den sonstigen Äußerungen Radeks waren seine Urteile über die nationalsozialistische Bewegung am interessantesten. Radek erklärte, mit den Schriften der meisten Wortführer der NSDAP könne er nichts anfangen, ebenso wenig übrigens mit den meistens „gleichgeschalteten“ geschichtlichen und geschichtsphilosophischen Büchern, die heute in Deutschland erscheinen. Eine Ausnahme mache er jedoch mit dem Buch des Führers „Mein Kampf“. Es sei das Buch eines Gegners, aber eines sehr ernst zu nehmenden Gegners; er könne uns vertraulich sagen, dass davon eine russische Übersetzung angefertigt und einem engeren Kreise in-

⁸ Das Wort ist unterstrichen.

⁹ Vgl. z. B. „Zavešćanie Gindenburga“ (Das Testament Hindenburgs). In: Izvestija vom 16. August 1934, S. 2. Das von Hindenburg im Jahr 1919 geschriebene Vermächtnis an das Deutsche Volk wurde am 11. 5. 1934 um einige Passagen ergänzt, deren Urheberschaft zum Teil von Papen zugeschrieben wird. Darin heißt es unter anderem: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzufassen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ In: Hindenburgs Testament, Köln 1934, S. 6.

nerhalb der Partei zugänglich gemacht worden sei, damit er sich damit bekannt machen könnte.

In weiteren Worten Radeks, die in der Grundeinstellung sich natürlich an die kommunistische orthodoxe Glaubenslehre hielten, fehlte es nicht an mittelbarer und unmittelbarer Anerkennung zum mindesten für die politisch-organisatorische Leistung, die die Schaffung der NSDAP bedeute, für die Kraft der Bewegung, „die Millionen erfasst hätte und an die Millionen glaubten“, für die opferwillige Begeisterung, die sich in der nationalsozialistischen Jugend finde. Bei einem Vergleich zwischen einer Gruppe deutscher Studenten in SA-Uniform, die er in einem illustrierten Werk über die Hitlerbewegung gefunden hätte, jungen Kommandeurs-Aspiranten der Roten Armee und preußischen Freiwilligen von 1813 wurde Radek geradezu lyrisch. „In den Gesichtern aller dieser jungen Menschen lese ich die gleiche Hingebung und Begeisterung.“

Im Übrigen äußerten sich sowohl Radek wie Bucharin, wenn auch auf ihre Weise und in ihrer Sprache, wiederholt voll „unveränderter Bewunderung für das deutsche Volk als solches“. „Feinde, Feinde!“ sagte Radek. „Aber die Deutschen sind vortreffliche Leute.“

Die Vielfältigkeit der sonstigen Urteile und Stimmungsäußerungen über die Einstellung des sowjetkommunistischen „Russland“ zum nationalsozialistischen Deutschland lässt sich nicht leicht auf einen Nenner bringen. Es fehlte nicht an der Propagandathese, dass der Nationalsozialismus unfreiwilliger Schrittmacher des Kommunismus sei: „In der SA und SS sind prachtvolle Kerle“, sagte Radek. „Sie werden noch für uns die Handgranaten schmeißen!“ Das käme aber von selbst, durch innere Entwicklung; die UdSSR brauche nichts dazu zu tun. Für sie genüge die innere Polizeiregel: „Die Nazis exekutieren die Kommunisten. Wenn wir Nazis in unsern Laden kriegen, exekutieren wir die Nazis.“ Im Übrigen hätte jeder bei sich zu Hause genug zu tun. Entwicklungs-Fristen anzugeben unternehme der Marxismus-Leninismus nicht. Im Eifer des Gesprächs unterließ freilich Radek dennoch die Äußerung, die wirtschaftlichen und sozialen Krisen, in denen Deutschland schon mitten drin stehe, müssten das nationalsozialistische Regime in wenigen Jahren zusammenbrechen lassen; es könnte aber nur einen Erben haben, den Kommunismus. Bei anderer Gelegenheit klang es wieder anders. Radeks Gedankengänge bewegten sich eben auf zwei Gleisen, sie operierten mit einer Alternativ-Prognose. Die eine Prognose sei parteiideologisch-propagandistisch und veranlasste ihn, dem Nationalsozialismus baldigen Untergang zu weissagen; die andere Prognose war realistisch und staatspolitisch; ihr entsprach die Äußerung: „Wir müssten den Ostpakt auf zehn Jahre schließen.“

Gerade die unausgeglichene Widersprüche, die in Radeks temperamentvollen Improvisationen zu Tage traten, dürften im Übrigen nicht am wenigsten instruktiv gewesen sein. Man ist sich eben auf der Sowjetseite selber noch nicht darüber klar, wie man sich Deutschlands inner- und außenpolitisches Schicksal der nächsten Jahre vorzustellen habe und welche Folgerungen sich daraus für die Sowjetpolitik ergeben. Die Mischung von Äußerungen einer extremen Gegnerschaft, die sich in einen Dauerbestand des Nationalsozialismus noch nicht schicken will und ihn aus „frischem Hass“ mehr als Italo-Faschismus und Westdemokratie bekämpft, mit den oben genauer angeführten außenpolitischen Kalkulationen, zugleich aber auch mit Symptomen gewisser psychologischer Unterströmungen,

gen, die dem heutigen Deutschland gegenüber nicht ausnahmslos negativ sind – diese Mischung war für das geschilderte Gespräch am meisten charakteristisch.

Hiermit Herrn Botschaftsrat¹⁰
gehorsamst vorgelegt.

Wilhelm Baum

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Eingangsstempel der deutschen Botschaft mit Datum 24. August 1934 unter der Tagebuchnummer A 2267; Kleiner Umlauf und Paraphen.

PA AA, Moskau 211, Bl. 428927–428934.

Nr. 500

**Bericht des Leiters der Alluniosvereinigung „Specstal“ Tevosjan an
die Kommission für Sowjetkontrolle**

Geheim

Expl. Nr. 1

Nr. 851/s¹

Nr. 888

25. August 1934

AN DIE

KOMMISSION FÜR SOWJETKONTROLLE

Zur Frage: Zum Vertrag mit der Firma KRUPP über technische Hilfe.

BERICHT

Seit dem IV. Quartal 1933 begann die Firma KRUPP damit, dem Zutritt **unserer Fachleute**² zu einzelnen Werkhallen ihres Werkes in Essen Hindernisse in den Weg zu legen, was sie damit begründete, dass in diesen Fertigungshallen Aufträge ausgeführt würden, zu denen unsere Fachleute nicht zugelassen werden könnten. Dies rief unsererseits entschiedene Proteste mit dem Hinweis darauf hervor, dass dies eine Vertragsverletzung darstelle und wir den Zutritt zu den betreffenden Werkhallen fordern (Schreiben vom 2/XII-33 und vom 22/III-34). Die Firma antwortete am 31/III-34, dass sie sich das Recht vorbehalte, den Zutritt zu den Werkhallen für unsere Praktikanten zu verwehren, wann immer sie dies für erforderlich erachte.

Am 14/IV-34 und am 28/IV-34 setzte uns die Firma über eine Vertragsverletzung unsererseits in Kenntnis, die in der Veröffentlichung und in der Weitergabe von Materialien der Firma Krupp in zwei Fällen zum Ausdruck komme: 1) Die den sowjetischen Fachleuten Demosfenov, Propner und Prof. Gračev gewährte Konsultation zu der von Krupp verwendeten Methode zur Herstellung von großformatigen Schmiedestücken sei von Sojuzmetimport bei der Erörterung des Konflikts um Importanlagen an die Firma „Hydraulik“ weitergegeben worden.

¹⁰ Fritz von Twardowski.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

2) Die Veröffentlichung von Materialien von Krupp zum Problem der Herstellung von Metallschwamm durch Ingenieur Grannikov. Im Zusammenhang damit teilte uns die Firma mit, dass sie uns bitte, bis zum Erhalt unserer Antwort von einer weiteren Entsendung unserer Fachleute in Betriebe der Firma Abstand zu nehmen.

Am 15/V-34 ließen wir die Firma wissen, dass wir die einseitige zeitweilige Aussetzung des Vertrages nicht als richtig erachteten und die Forderungen der Firma im ersten Fall (Demosfenov und andere) für unbegründet hielten, im zweiten Fall (Grannikov) aber mitteilten, dass wir Grannikov entlassen hätten.

Vom 14/VIII. bis 19/VIII. fanden in Moskau mündliche Verhandlungen mit den Firmenrepräsentanten Dr. **Emke**³ und Schuh statt. In diesen Verhandlungen machten sie zusätzlich zu den bereits genannten Forderungen Ansprüche wegen unkorrekter Zahlungen geltend, die sich aus dem Vertrag ergeben würden, was wir zurückwiesen. Ebenso sei bei Vertragsabschluss eine bedeutende Auftragserteilung vorgesehen gewesen, was bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht geschehen sei. Auch dies wurde von uns zurückgewiesen. Dr. Schuh erklärte vertraulich, dass sie angesichts der momentanen Lage in Deutschland die Wirksamkeit des Vertrages nicht in seinem bisherigen Umfang aufrechterhalten könnten; ihnen sei offiziell vorgeschlagen worden, ein Abkommen über technische Hilfe abzuschließen, das die Möglichkeit vorsehe, mit Einverständnis der Firma in Einzelfällen Praktikanten zu entsenden. Diesen Vorschlag haben wir unter Berufung darauf zurückgewiesen, dass sie sich, ohne die Gültigkeit des Vertrages zeitweilig auszusetzen, an ein Schiedsgericht wenden könnten, falls sie dies für erforderlich erachteten.

Am 25/VI. teilte uns die Firma die Aufkündigung des Vertrages mit und legte uns nahe, unsere Praktikanten und unseren Bevollmächtigten, der im Werk „Elektrostal“⁴ als Werkmeister beschäftigt ist, bis zum 15. VII. zurückzurufen; ab diesem Tag wurde ihnen der Zutritt zu den Werkshallen untersagt. Die Argumente sind die gleichen, wie sie bei den mündlichen Verhandlungen in Moskau vorgebracht worden sind. Am 15/VII. schickten wir den Antwortprotest. Zur gleichen Zeit führte Gen. Vejcer inoffizielle Verhandlungen mit der Firma, um den Konflikt beizulegen, die mit einem Misserfolg endeten.

Am 9/VIII. traf die Antwort der Firma ein, die die Argumente unseres Protestes infrage stellte und den Vorschlag wiederholte, ein neues Abkommen über technische Hilfe abzuschließen, das die Firma vor der Preisgabe ihrer Produktionsgeheimnisse schützt.

Dem Stellvertreter des Handelsvertreters in Deutschland Gen. Fridrichson wird der Auftrag von **INO NKTP**⁵ erteilt, mit der Firma zu dieser Frage offiziell zu verhandeln. Eine Antwort ist aus Berlin bislang nicht eingetroffen.

Die tatsächlichen Motive, die die Firma dazu veranlassen, den Vertrag aufzulösen, sind:

- a) die politische Situation in Deutschland (antisowjetische Einflüsse),
- b) der halblegale Übergang der Krupp-Werke zur vorrangigen Ausführung von Rüstungsaufträgen. Bezeichnend ist, dass Vertreter der unteren Verwaltungsebene

³ Der Name ist korrigiert, ursprünglich: Eschke.

⁴ Gemeint ist das elektrometallurgische Werk „Elektrostal“ in der Stadt Elektrostal im Gebiet Moskau.

⁵ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

der Krupp-Werke in den Gesprächen mit unseren Fachleuten den Verdacht geäußert haben, wir könnten, da mit Frankreich ein Bündnis besteht, die Krupp-Geheimnisse Frankreich preisgeben. **⁶

I. Tevosjan⁷

Eigenhändige Unterschrift.

Auf Kopfbogen der Allunionsvereinigung „Specstal“ des NKTP der UdSSR geschrieben. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. Das 1. an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

RGAE, f. 7297, op. 38, d. 138, l. 203–203R. Original.

Nr. 501

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič**

Geheim
Expl. Nr. 9

Nr. 5417

27. August [1934]

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. KAGANOVİČ

Kopien: an die Genossen MOLOTOV, VOROŠILOV

Sehr geehrter Lazar' Moiseevič,

für Gen. Suric rückt der Abreisetermin nach Berlin immer näher. Er bittet um Weisungen, wie er sich bei den ersten Gesprächen mit den Deutschen verhalten soll. Soll er die Initiative ergreifen und das Gespräch über den Ostpakt beginnen, oder soll er lieber abwarten, bis die Deutschen auf dieses Thema zu sprechen kommen? Weiter: Soll er, wenn schon der Pakt zur Sprache kommt, ob auf unsere oder auf deutsche Initiative, von den Deutschen eine positive oder negative Antwort bezüglich ihrer Haltung zu den Prinzipien des vorgeschlagenen Paktes einfordern? Oder soll er mit ihnen in die Erörterung einzelner, mit dem Pakt verknüpfter Fragen eintreten, noch bevor die Deutschen ihr prinzipielles Einverständnis erklären, den Pakt abzuschließen?

Ich meine, dass Gen. Suric bei seinem ersten politischen Gespräch mit Außenminister Neurath von sich aus die Frage bezüglich des Abschlusses eines re-

⁶ Der an dieser Stelle folgende Text ist gestrichen: Wir meinen, dass der Abschluss eines neuen Vertrages mit Krupp, wenn auch in eingegrenzter Form, aber mit der Garantie des Zutritts für unsere Fachleute zu den Werkhallen zweckmäßig ist. Zugleich hat das INO NKTP dem ZK der VKP (B) das Problem unterbreitet, die Angelegenheit aufgrund der entsprechenden Vertragspunkte dem Schiedsgericht zu übergeben. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt.

⁷ Am 28. 8. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss: „Dem Narkomtjažprom ist vorzuschlagen, die Verhandlungen mit Krupp fortzusetzen und nach einem Monat dem Politbüro über die Ergebnisse Bericht zu erstatten.“ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 531, l. 1 (Protokoll Nr. 12, Pkt. IV, „Sondermappe“).

gionalen Ostpaktes und unseres Deutschland unterbreiteten Vorschlages, sich diesem Pakt anzuschließen, aufwerfen sollte. Wenn Gen. Suric nicht von sich aus auf diese Frage eingeht, so könnten die Deutschen sagen, dass wir eine Beteiligung Deutschlands am Pakt nicht wünschen und es vorziehen würden, den Pakt ohne Deutschland abzuschließen, den es dann als ein antideutsches Abkommen betrachten könnte. Die Deutschen könnten ihre Behauptung dadurch untermauern, dass in unseren ersten Gesprächen über den Pakt Deutschland nicht als Paktteilnehmer genannt wurde und der Vorschlag, Deutschland als Paktteilnehmer aufzunehmen, nicht von uns, sondern von Frankreich ausgegangen sei, und wir mit Deutschland überhaupt nur ein einziges Mal über dieses Thema gesprochen hätten (Gen. Litvinov mit Neurath in Berlin am 13. Juni¹). Danach hätten wir uns auf die erste, negative Antwort Neuraths berufen, die eine vorläufige und zudem persönlicher Natur gewesen sei. In den folgenden Gesprächen mit den Deutschen seien wir auf die Paktfrage nicht mehr zu sprechen gekommen.

Um der deutschen Regierung die Möglichkeit zu nehmen, derartige Überlegungen ins Feld zu führen, ist es erforderlich, dass unser Bevollmächtigter Vertreter bei seinem ersten Treffen mit dem Außenminister Deutschlands bei der Erörterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen erneut die ****Frage****² nach dem Abschluss eines Ostpaktes aufwirft und unseren Wunsch nachdrücklich zum Ausdruck bringt, Deutschland zu einer Teilnahme an diesem Abkommen zu bewegen. Somit entscheide ich die Frage, ob wir die Initiative zu einem neuen Gespräch mit den Deutschen ergreifen sollen oder nicht, positiv.

Anders verhalte ich mich zu der Frage, ob man bereits Verhandlungen zu Details mit den Deutschen aufnehmen sollte, bevor sie eine konkrete Antwort darüber abgegeben haben, ob sie am Pakt teilnehmen wollen oder nicht.

Meiner Meinung nach ist es nicht nötig, über Details zu sprechen, solange die Deutschen nicht ihre prinzipielle Haltung zum Pakt erklärt haben.

Auf der Grundlage seiner Gespräche mit dem deutschen Botschafter in der Türkei, Rosenberg, und mit dem deutschen Geschäftsträger ****in Moskau****³, Twardowski⁴, meint Gen. Suric, dass die Deutschen ihm zu beweisen versuchen werden, dass es völlig unmöglich sei, eine konkrete Antwort zu geben, solange bei einigen Vorfragen keine Klarheit herbeigeführt worden ist. Insbesondere werden sie eine Antwort auf die Frage zu erhalten bestrebt sein, ob wir uns den Pakt als ein unbefristetes Abkommen vorstellen oder eine bestimmte Laufzeitbegrenzung anstreben. Die Deutschen werden sich ferner für die Frage interessieren, in welcher Form die Paktteilnehmer dem Teilnehmer zur Hilfe kommen sollten, der einem Angriff durch einen anderen Paktteilnehmer ausgesetzt ist. Soll diese Hilfe einen militärischen oder irgendeinen anderen Charakter tragen. Sodann wird das Konsultationsproblem in dem Sinne aufgeworfen werden, wer die Angriffs-Frage entscheidet, da dies die unerlässliche Vorbedingung für eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund usw. sein könnte. Dabei werden die Deutschen vielleicht bestrebt sein, Artikel für Artikel jener Paktskizze zu erörtern, die von Léger oder Barthou angefertigt worden ist und die Barthou Gen. Rozenberg übergeben hat. Die

¹ Vgl. Dok. 458.

² Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

³ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 497.

Deutschen haben diesen Entwurf offiziell von den Engländern erhalten⁵. Anscheinend sind sie geneigt anzunehmen, ihn als ein gemeinsames sowjetisch-französisches Projekt anzusehen. Wir sagen dazu, wie wir dies überall tun, dass nicht wir die Autoren dieses Entwurfs sind und wir ihn auch nicht erörtert haben, nicht einmal mit Barthou. Deshalb wollen wir nicht in eine Erörterung einzelner Artikel eintreten. Daraufhin könnten die Deutschen uns aber vorschlagen, unseren Paktentwurf vorzulegen, um ausführlich jeden Artikel unseres vorgelegten Entwurfs erörtern zu wollen.

Darauf können wir den Deutschen ungefähr Folgendes antworten: Als wir ihnen vorgeschlagen hätten, ein Protokoll über Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten zu unterzeichnen, hätten sie unseren Vorschlag abgewiesen und sich unter anderem darüber beklagt, dass wir ihnen vorgeschlagen hätten, einen fertigen, ohne ihre Mitwirkung verfassten Text zu unterbreiten, ohne vorab in einen Meinungs austausch zum Wesen unseres Vorschlages eingetreten zu sein⁶. Es sei vollkommen natürlich, dass wir bei der Vorlage eines neuen Vorschlages bestrebt wären, eine Wiederholung der Irritationen und Missverständnisse zu vermeiden, und es als wünschenswert erachteten, vor Übergabe unseres Entwurfs die Haltung der deutschen Regierung zum Wesen des beabsichtigten Pakt in Erfahrung zu bringen.

Das Wesen des Paktes bestehe doch gerade darin, dass er kein bilateral er Pakt, sondern ein multilaterales Abkommen sein werde, an dem sieben oder acht Staaten beteiligt sein würden, die im östlichen Teil Europas liegen. Dies sind Staaten, die die Verpflichtung übernehmen, gegeneinander keine Gewalt anzuwenden, und sich zugleich darüber verständigen, dass, falls irgendein Paktteilnehmer in Verletzung des Abkommens einen anderen Teilnehmer überfällt, die übrigen Teilnehmer verpflichtet sind, dem Opfer des Angriffs militärische Hilfe zu leisten. Dazu kann man ergänzen, dass wir nicht auf einer unbefristeten Gültigkeit bestehen und vorschlagen, die Laufzeit des Ostpaktes an die Fristen der Nichtangriffspakte der UdSSR mit ihren Nachbarn zu orientieren, d.h. er wäre bis zum 31. Dezember 1945 in Kraft. Wir sind jedoch bereit, auch jeden anderen Vorschlag bezüglich der Laufzeit zu erörtern. Diese unsere Erklärung würde die Antwort auf zwei wesentliche Deutschland interessierende Fragen enthalten, und zwar bezüglich des Charakters der Hilfeleistung und zweitens bezüglich der Gültigkeitsdauer des Vertrages. **Die Deutschen**⁷ würden eine klare Vorstellung von der Zukunft des Paktes erhalten und auf der Grundlage dieser unserer Antwort die Entscheidung treffen können, an dem Pakt teilzunehmen oder nicht.

Solange sie aber nicht die Entscheidung über die Teilnahme treffen und uns darüber in Kenntnis setzen, sollte Gen. Suric in keine Erörterung von irgendwelchen anderen mit dem Pakt verknüpften Fragen eintreten. Gen. Suric wirft zusätzlich zu der Paktfrage das Problem auf, ob er umgehend abreisen soll, und zwar am 4.-5. September, um die Möglichkeit zu haben, Hitler sofort nach dessen Rückkehr vom Nürnberger Parteitag das Beglaubigungsschreiben auszuhändigen. Oder soll er seine Reise erst dann antreten, wenn zwischenzeitlich geklärt ist, ob wir dem Völkerbund beitreten werden oder nicht?

⁵ Vgl. Dok. 481, Anm. 4.

⁶ Vgl. Dok. 434.

⁷ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

Gen. Suric ist nicht an einer Verlängerung seines Aufenthaltes in Moskau interessiert, doch ihm scheint, dass seine Gespräche mit den Deutschen sowohl über den Pakt als auch über den Völkerbund erleichtert werden könnten, wenn bereits jetzt Klarheit in der Frage über unseren Beitritt zum Völkerbund bestehen würde.

Ich dagegen meine, dass man die Abreise des Gen. Suric nicht mit unserem Beitritt zum Völkerbund verknüpfen darf, weil es nicht sicher ist, ob diese Frage unmittelbar nach der Eröffnung der Generalversammlung des Völkerbundes entschieden und nicht auf Ende September vertragen werden wird⁸.

Ich bitte um Weisungen zu den im Schreiben aufgeworfenen Fragen.

Den Beschlussentwurf füge ich bei.

Eine Kopie dieses Schreibens schicke ich heute mit Kurier an Gen. Litvinov.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

[Anlage]

BESCHLUSSENTWURF

Zur Reise des Gen. Suric

1. Es ist zweckmäßig, dass Gen. Suric nicht später als in den ersten Septembertagen nach Berlin abreist.

2. Es ist zweckmäßig, dass Gen. Suric bei dem Treffen mit Neurath von sich aus die Frage nach der Teilnahme Deutschlands am Ostpakt aufwirft.

3. Es ist nicht als wünschenswert zu erachten, in detaillierte Verhandlungen über den Pakt einzutreten, solange die deutsche Seite nicht ihre positive Haltung bezüglich der eigenen Paktteilnahme erklärt. Gen. Suric ist jedoch zu gestatten, in seinem allgemeinen Gespräch auf entsprechende Fragen Neuraths zu antworten, dass der Pakt vorsieht, dem Teilnehmer militärische Hilfe zu leisten, der Opfer eines Überfalls geworden ist, und wir bereit sind, die Frage der Laufzeit des Paktes zu erörtern.

N. Kr[estinskij]

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
9 E[xemplare]. [Die Exemplare] 1–3 an die Adresse, 4–5 an Gen. Stalin, das 6. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an N. N.⁹, das 9. [Expl.] ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 9., p. 38, d. 45, l. 59–63. Kopie.

⁸ Kaganovič gab in einem Schreiben an Stalin vom 28. 8. 1934 die Auffassungen der beiden Diplomaten wie folgt wieder: „Suric meint, dass er sich jetzt nicht beeilen muss und bei seiner dortigen Ankunft nicht die Frage bezüglich des sogenannten Ost-Locarnos aufwerfen sollte. Krestinskij meint dagegen, dass Suric jetzt abreisen muss und nach seiner Ankunft in der Unterredung mit Neurath die Frage bezüglich des Abschlusses des Ostpaktes aufwerfen soll. Wir entschieden uns für den Vorschlag Krestinskij's und beschlossen, dass Gen. Suric am 3. September abreist. Wir bitten, uns ihre Meinung telegrafisch mitzuteilen.“ In: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 494, S. 458–459. Am 30. 8. 1934 telegrafierte Stalin an Kaganovič: „Mit der Abreise von Suric nach Berlin hat es keine Eile, es wird besser sein, sie aufzuschieben.“ In: ebd., Dok. 503, S. 466. Am 31. 8. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss: „Die Abreise des Gen. Suric nach Berlin ist aufzuschieben“. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 532, l. 22 (Protokoll Nr. 13, Pkt. 75, „Sondermappe“).

⁹ Krestinskij.

Nr. 502
Bericht des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Eliava an den Sekretär des
ZK der VKP (B) Kaganovič

Geheim

NKVT Nr. 487

29. August 1934

AN DAS
POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)
Gen. KAGANOVIČ

Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Politbüros vom 22. August¹ teile ich die Exportzahlen im Ergebnis der Verhandlungen mit den Deutschen mit, die mit der Unterzeichnung des Abschlussprotokolls am 2. August² d. J. beendet wurden.

Den Exportplan für 1934 nach Deutschland haben wir unter Berücksichtigung jener Importbeschränkungen, die von der deutschen Regierung vorgenommen worden sind, in einem Volumen von 77,8 M[illionen] Rubel auf der Grundlage der cif³-Preise (ungefähr 165 Mio. Mark) aufgestellt.

Unser Ausfuhrplan gliedert sich in folgende Hauptpositionen (in Mio. Rubel):

Holz	19,0
Erdöl	11,9
Erze	3,0
Proméksport ⁴	4,8 (darunter Pflanzenöl 0,5)
Mineralsilikat ⁵	0,4
Getreide und Nahrungsgüter	11,9 (darunter Butter 1,7)
Rauchwaren	8,2
Fischkonserven	1,7
Tabak	1,6
Lektechsyr'e ⁶	1,3
Raznoéksport ⁷	7,3 (darunter Därme 3,2 und Rohleder 1,1)
Leinen	4,0
Sonstiges	2,7
Gesamt	77,8

¹ Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 531, l. 84 (Protokoll Nr. 12, Pkt. 169, „Sondermappe“).

² So in der Publikation; richtig: 8. 8. 1934. Vgl. Schlussprotokoll über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen der deutsch-sowjetischen Warenkommission vom 8. August 1934. In: AVP RF, f. 82, op. 18, p. 62, d. 7, l. 118–136; PA AA, R 94658, Bl. E 673022–673057.

³ Cif = Abkürzung für cost, insurance, freight [Kosten, Versicherung, Fracht]. Der Preis, der die Ausgaben des Exporteurs für die Anlieferung der Ware bis zum Verladeort (Hafen, Bahnhof) und seine Versicherung der Ladung/Fracht bis zum Verladehafen bzw. -bahnhof einschließt.

⁴ Export von Industriewaren.

⁵ Export nichtmetallischer Mineralien.

⁶ Export wildwachsender Früchte, Beeren und Pilze sowie medizinisch-technischer Rohstoffe.

⁷ Export u.a. von Tierrohstoffen (Häute, Haare, Federn), Wolle, Teppiche, Glas, Streichhölzer, Salz, Kunstgewerbe- und Kunstwaren.

Bei den Verhandlungen mit den Deutschen im März 1934 haben wir ihre Erklärung erwirkt, dass sie darum bemüht sein werden, das Volumen unseres Exports nach Deutschland im Jahr 1934 bis zu ca. 200 Mio. Mark (ungefähr 90 Mio. Rubel) zu erweitern.

Es versteht sich, dass wir diese Summe durch eine Erweiterung des Exports von Erdölprodukten und Pelzwaren erreichen könnten, doch bei Erdölprodukten sind unsere Ressourcen beschränkt, bei Pelzwaren sind wir aber, abgesehen von dem schlechten Verlauf der Bereitstellung, nicht daran interessiert, Leipzig mit Rohstoffen zu überladen.

Im laufenden Jahr (teilweise auch schon seit dem vergangenen Jahr) sind in Deutschland die Einfuhrbeschränkungen für Butter, Pflanzenöl, Rohleder, Därme, Getreide und Ölkuchen verschärft worden.

Somit ist der von uns aufgestellte Exportplan für Deutschland auch bei diesen Artikeln nicht erfüllt worden.

In den Verhandlungen haben wir den Deutschen eine teilweise Befriedigung unserer Forderungen abringen können, und zwar:

- 1) Wir erhielten ein Zusatzkontingent bei Butter in einem Volumen von ca. 420 Tsd. Rubel in cif;
- 2) bei Pflanzenöl in einem Volumen von ca. 160 Tsd. Rubel in cif und
- 3) bei Därmen erhielten wir bis zum Jahresende ein Kontingent für eine Summe von 4,5 M[illionen] Rubel, die wir angesichts unserer Ressourcen nur in einem Umfang von 2,3–2,4 M[illionen] Rubel ausschöpfen werden können.

Ohne dieses Kontingent hätte unser Exportjahresplan bei Därmen nach Deutschland nicht erfüllt werden können.

Die Kontingente, die wir erhalten haben, machen somit ungefähr 3,0 M[illionen] Rubel (ca. 6,5 Mio. Mark) aus. Diese Summe würde ohne das Abkommen mit den Deutschen aus unserem Jahresplan herausfallen.

Unser Plan vergrößert sich real nicht.

Darüber hinaus gaben die Deutschen das Versprechen, uns beim Absatz von Textil- und Lederrohstoffen, deren Einfuhr nach Deutschland monopolisiert ist, zu unterstützen. Doch ist es schwer, ihr Versprechen in eine bestimmte Ziffer zu kleiden.

Ėliava

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von L. M. Kaganovič: an die Mitglieder des PB durch Umlauf. L. Kaganovič.

Eigenhändige Unterschriften von: V. Molotov, V. Čubar', V. Kujbyšev, Ja. Rudzutak, A. Mikojan, A. Andrejev, A. Ždanov.

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 43, S. 95.

Nr. 503

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an den
deutschen Konsul in Kiev Hencke

Moskau, den 31. August 1934

Botschaftsrat Dr. v. Twardowski

Lieber Hencke!

Von Herrn Oberländer höre ich, dass er nach einem kurzen Aufenthalt in Odessa nach Kiew zurückkehren will, um mit Ihnen die geplante Autoreise zu unternehmen. Herr O[berländer] hat hier in Moskau sehr viel Verständnis für die Notwendigkeit unserer Russlandpolitik gezeigt und schien auch bereit, seine Eindrücke in Berlin in höchsten Parteikreisen vertreten zu wollen, um eine Änderung der dort herrschenden Auffassung herbeizuführen. *Schiller, Hilger und ich haben in allen unseren Gesprächen ihm gegenüber die Linie vertreten, dass keinerlei Ansichten zu bemerken sind, dass aus der Ernährungslage des Landes heraus in nächster Zeit derartige innerpolitische Schwierigkeiten zu erwarten sind, dass dadurch das hiesige Regime gefährdet werden könnte*¹. Wir haben weiter die Auffassung vertreten, dass bei allen Schwierigkeiten, die bestehen und weiter bestehen werden, *eine gewisse Besserung in der Gesamtlage sowohl bei der Industrie wie bei der Landwirtschaft nicht zu verkennen ist und dass die Kurve des Lebensstandards nach vielen Jahren des Absinkens sich langsam wieder nach oben bewegt*². Es kam uns bei allen unseren Gesprächen darauf an, Herrn O. davon zu überzeugen, dass eine Ernährungslage, die in Europa bestimmt zur Rebellion führen würde, hier noch nicht viel bedeutet und dass streng unterschieden werden muss zwischen Hunger und Hungertod. Wir haben ihn darauf aufmerksam gemacht, dass die ganze Propaganda in Deutschland wegen der angeblichen Hungersnot in Russland schief liegt, dass sie mehr und mehr in der Welt als deutsche Propaganda gegen die „liebe Sowjetunion“ aufgefasst wird und dass infolgedessen wir aus egoistischen politischen Interessen am besten tun, wenn wir die Russen in Russland nach ihrer Façon selig werden lassen, sei es mit Hunger oder ohne Hunger, und uns darauf beschränken, mit der Sowjetunion Politik zu machen.

Wir sind zu dieser Linie berechtigt, weil nach Auffassung aller hiesiger Missionen die industrielle Entwicklung der Sowjetunion erhebliche Fortschritte macht und weil das Gesamtbild der Ernährungslage in der Sowjetunion ergibt, dass genügend Vorräte da sind und genügend geerntet wird, um eine Katastrophe im nächsten Frühjahr zu verhindern.

Ich schreibe Ihnen dieses, damit Sie wissen, welche politische Linie die Botschaft Herrn O. gegenüber verfolgt, um auch seine Kraft dafür einzuspannen, dass wir aus der Sackgasse, in der wir uns politisch zurzeit hier im Osten befinden, herauskommen. Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie auf der Autofahrt, wo Sie ja viel und eingehend Gelegenheit haben werden, mit Herrn O. zu sprechen, dieselbe Linie verfolgen wollten und wenn Sie ihn vor allem darauf aufmerksam machen möchten, dass eventuelle Elendsbilder und schlechte Ernteergebnisse in Ihrem Amtsbezirk doch wahrscheinlich nur lokale Bedeutung haben.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

Ich hoffe sehr, dass Ihre eigene politische Meinung und Ihre dortigen Beobachtungen es Ihnen möglich machen werden, Herrn O. gegenüber auf unserer Linie mitzumarschieren.

Wir kommen gerade von einem sehr hübschen Ausfluge nach Nowgorod zurück, wo es wirklich ungeheuer interessant war. Vielleicht lässt es sich in den nächsten drei Wochen doch noch ermöglichen, einmal auf 24 oder 36 Stunden nach Kiew zu kommen.

Hoffentlich geht es Ihnen und den Ihren recht gut. Mit dem Wunsche für gute Fahrt bin ich wie stets

Ihr

Twadowski

****NB Handkuss der Gattin. Tw.**³**

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf dem ersten Blatt befindet sich die Paraphe Henckes.

PA AA, R 27438, o.P., 3 Bl.

Nr. 504

Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Chiff[riertes] Telegramm
[2. 9. 1934]

****Sotschi. An Stalin**¹**

Die Deutschen gaben ****im Gespräch mit Vejcer**²** zu verstehen, dass sie dem Fünffjahres-Kredit zustimmen werden, wenn wir uns damit einverstanden erklären, dem Punkt über die laufenden Aufträge in ihrer Formulierung zuzustimmen, d.h. wir erklären, dass wir bemüht sein werden, das Volumen der laufenden Aufträge auf dem Niveau der letzten 12 Monate zu halten. Nach deutschen Berechnungen macht dies ca. 45 Mio. Mark aus. Die Deutschen schlagen vor, den Zinssatz für das Kreditabkommen aus dem Diskontsatz der Reichsbank plus 2,1% festzusetzen, was gegenwärtig 6,1% ausmacht³.

In der vorhergehenden Direktive wurde als Ausgangspunkt vorgeschlagen, von einer durchschnittlichen Laufzeit des Kredites von fünfeinhalb Jahren auszugehen und unter dieser Voraussetzung einem Kreditzins von 6% p.a. zuzustimmen, nach Möglichkeit ohne Verknüpfung mit dem Diskontsatz der Reichsbank⁴.

³ Der Text ist handschriftlich hinzugefügt.

¹ Der Text ist über das durchgestrichene Wort „TELEGRAMMENTWURF“ eingefügt. Diese und die folgenden Korrekturen stammen alle, soweit nicht anders ausgewiesen, von Kaganovič.

² Der Text ist eingefügt.

³ Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 42, S. 65–66.

⁴ Vgl. Dok. 473.

Hinsichtlich der laufenden Aufträge lautete die letzte Direktive, sich auf 20, höchstens auf 30 Mio. Mark zu verständigen⁵.

Wir halten es für möglich, das Abkommen auf der Grundlage des fünfjährigen Kredites und des Zinssatzes abzuschließen, der sich zusammensetzt aus dem Diskontsatz der Reichsbank plus **2,1%, d. h. 6,1%**⁶, jedoch mit der Maßgabe, hinsichtlich der laufenden Aufträge das Limit von 30 Mio. Mark nicht zu überschreiten.

Wir bitten, uns Ihre Meinung mitzuteilen⁷. NR 63.

Kaganovič, Molotov

**2/IX-34

21.20**⁸

Eigenhändige Unterschriften.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl., das 1. an Gen. Kaganovič, das 2. [Expl.] zu den Akten. 1. IX. 34.⁹

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 50, l. 66. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 511, S. 471.

Nr. 505

Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

[3. 9. 1934]

An

Kaganovič, Molotov

Ihre [Nr.] 63. Ich bin mit Ihrem Vorschlag unter der Bedingung einverstanden, dass erstens Ihr Vorschlag als das letzte Zugeständnis zu verstehen ist und wir kein weiteres Entgegenkommen zeigen werden, und dass zweitens die Deutschen sich bei **unserer**¹ Auftragserteilung **verpflichten**², uns den Zutritt zu ausnahmslos allen Werken zu gewähren, so **zu den**³ Zellulosewerken, zu allen anderen Chemiebetrieben, zu den **Rüstungs-⁴ und Flugzeugbaubetrieben und ohne Einschränkung generell zu allen Werken und Instituten, damit wir die Möglichkeit haben, unser Recht als **freier⁵ Auftraggeber **vollständig⁶ realisieren

⁵ Vgl. Dok. 494.

⁶ Der Text ist eingefügt.

⁷ Der Text ist eingefügt; stattdessen gestrichen: telegrafieren Sie.

⁸ Die Angaben sind von einem Sekretär handschriftlich eingefügt.

⁹ Am Ende des Dokumentes befindet sich ein Text, den Vejcer schräg auf das Blatt geschrieben und mit Bleistift durchgestrichen hat: „Posse (Staatssekretär des Ministeriums für Volkswirtschaft) und Mossdorf (Beamter des Ministeriums für Volkswirtschaft) gaben mir bei dem letzten Treffen zu verstehen, dass sie dem Fünfjahreskredit zustimmen werden, wenn wir a) unsere Zustimmung zu den laufenden Aufträgen in einem Umfang von ungefähr 45 Mio. Mark geben; b) wenn wir einen Diskontsatz von 6,1% gewähren. Vejcer.“

¹ Hier und die weiteren Textstellen sind von Stalin handschriftlich über die Zeilen geschrieben.

zu können. Ohne diese Bedingungen rate ich davon ab, den Vertrag zu unterzeichnen, weil wir nicht beabsichtigen, bei ihnen allen ****möglichen**** Plunder zu kaufen².

Stalin

****Nr. 48**

3/IX. 34^{**3}

Eigenhändige Unterschrift.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 84, l. 86–86R. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 512, S. 472.

Nr. 506

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationssekretär Hensel

Geheim

Nr. 18371

9/IX-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT DEM 1. SEKRETÄR DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT HENSEL, 5. SEPTEMBER 1934

Mich suchte der 1. Sekretär der deutschen Botschaft Hensel auf, der anstelle von Pfeiffer ernannt worden ist, um mir einen Besuch abzustatten. Hensel war bereits in der UdSSR tätig gewesen². Nach einer langjährigen Arbeit in China³ wurde er nach Moskau berufen. H[ensel] kehrt auf jegliche Weise hervor, dass er ein ****leidenschaftlicher****⁴ Nationalsozialist und ****überzeugter****⁵ Hitleranhänger sei⁶. Er erklärte, dass er seine Kinder nicht mit nach Moskau bringen werde, zumindest nicht in diesem Jahr, weil er wünsche, dass sie eine rein nationalsozialistische Erziehung erhalten sollen. Weiter gab H. zu verstehen, dass er der einzige Nationalsozialist in der Botschaft sei. Dies lege ihm eine besondere Verantwortung auf. Er könne selbstverständlich nicht wegen jeder Kleinigkeit zu mir kommen, doch bitte er mich, ihn ab und an zu empfangen, weil er meine, dass es für mich

² Am 3. 9. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) (durch Befragung) einen entsprechenden Beschluss über die neuen Instruktionen, einschließlich der Vorschläge, die Kaganovič und Molotov im Telegramm an Stalin vom 2. 9. 1934 genannt hatten (vgl. Dok. 504), und der von Stalin in seinem Telegramm ergänzten Bedingungen, um mit den deutschen Vertretern die Konditionen des der UdSSR zu gewährenden Fünfjahres-Kredites zu verhandeln. Vgl. Politbjuro CK RKP (b)-VKP (b) i Evropa, Dok. 216, S. 315.

³ Die Angaben sind von einem Sekretär handschriftlich eingefügt. Das chiffrierte Telegramm wurde um 17 Uhr, 24 Min. aus Sotschi abgeschickt; vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 84, l. 85.

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Hensel war von Juni bis November 1922 Attaché und von 1925 bis 1928 Legationssekretär an der Botschaft Moskau gewesen.

³ In den Jahren 1929 bis 1931 war Hensel Vizekonsul am Generalkonsulat Shanghai, 1931 bis Mitte Januar 1934 am Konsulat Tientsin.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: außerordentlicher.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: der Überzeugung nach ein.

⁶ Hensel war Mitglied der NSDAP seit 1. Juli 1933.

angenehmer wäre, es mit einem echten Nationalsozialisten als mit Personen mit undefinierbaren Ansichten zu tun zu haben. Zumindest habe er persönlich sich immer so zu sowjetischen Amtsträgern verhalten, da er es vorziehe, mit überzeugten Kommunisten zu tun zu haben.

Ich habe diese Auslassungen Hensels zurückhaltend zur Kenntnis genommen.

LEITER DER II. WESTABTEILUNG

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an die Botschaft in Berlin, 1 an die II. Westabteilung, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 219. Original.

Nr. 507

**Nachrichtendienstliche Information an die Auslandsabteilung der
Hauptverwaltung der Staatssicherheit NKVD**

GANZ GEHEIM

Kopie

7/IX 34¹

TREFFEN DER QUELLE *A/13*², AUFGEZEICHNET VON „LITERAT“.

1) Schulenberg³, der neue deutsche Botschafter in Moskau, hatte in Nürnberg mit Hitler und Rosenberg Gespräche geführt⁴. Schulenberg berichtete Rosenberg über die vom Auswärtigen Amt erhaltene Weisung, „auf jede Art und Weise korrekte Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu fördern“. Diese Weisung wird von Rosenb[erg] entschieden abgelehnt. Ros[enberg] ist auch nicht mit dem Entwurf der Rede Schulenbergs auf dem Empfang bei Kalinin einverstanden. Diese Rede ist zu freundlich. Rosenberg wird selbst den Text der Rede schreiben.

Rosenberg wies Schulenberg an, bei seinen Obliegenheiten in Moskau „zuerst daran zu denken, dass er den nationalsozialistischen Staat vertritt“.

Laut Instruktion Ros. muss die Hauptsorge Schulenbergs darin bestehen, die Ränke der sowjetischen Regierung und der Komintern zu beobachten, insbesondere deren Maßnahmen gegen Deutschland. Da es das sowjetische Außenhandelsmonopol gibt und keine Einheit der Kräfte der kapitalistischen Länder besteht, um diesem Monopol entgegenzutreten, ist Deutschland sehr an der Festigung der Beziehungen und der Entwicklung des Handels mit der jetzigen Regierung der UdSSR interessiert. Schul[enberg] wurde gleichfalls angewiesen, aufmerksam die

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist unterstrichen.

³ So im Dokument; richtig: Schulenburg.

⁴ Es konnte nicht festgestellt werden, ob derartige Gespräche stattgefunden haben.

Evolution der inneren Kräfte und der verschiedenen Strömungen in der UdSSR zu verfolgen, insbesondere in der Bauernschaft.

Bezüglich der Ernennung von vielen neuen Mitarbeitern der Botschaft und der Konsulate (um die alten durch Mitglieder der Nazipartei und durch Nachrichtendienstler auszutauschen, wie wir dies bereits gemeldet haben) wurde eine völlige Übereinstimmung erzielt. Das VPO⁵ konfrontiert die Reichswehr mit der Frage, auch die Militär- und Marineattachés abzuberaufen, um diese Posten mit „den eigenen Leuten“ zu besetzen.

Über das Gespräch mit Hitler ist uns nichts bekannt (Sudak-Tatarin⁶).

BArch, N 2273/ 29, Bl. 9. Kopie⁷.

Nr. 508

Memorandum der deutschen Regierung

Berlin, den 8. September 1934

Memorandum

Die deutsche Regierung ist im Juni ds. J. durch die französische Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mündlich und in großen Zügen von dem Plan eines sogenannten Ostpaktes über gegenseitige Unterstützung unterrichtet worden. Im Juli ds. J. wurde ihr dann von der britischen Regierung das schriftliche Schema eines solchen Pakts übermittelt¹. Danach soll der erste Teil des neuen Paktsystems ein Vertrag zwischen Deutschland, Polen, Russland, der Tschechoslowakei, Finnland, Estland, Lettland und Litauen sein, dessen Hauptbestimmungen dahin gehen, dass sich diese Staaten für den Fall einer Krise zu gemeinsamer Konsultation und für den Fall des Angriffs eines Kontrahenten gegen einen anderen Kontrahenten zur sofortigen militärischen Unterstützung des angegriffenen Landes verpflichten. Dieser Vertrag der acht Mächte soll durch einen Zusatzvertrag zwischen Frankreich und Russland ergänzt werden, worin Russland dieselben Verpflichtungen übernehmen würde, die England und Italien als Garanten des Rheinpakts von Locarno obliegen, und wonach andererseits Frankreich gegenüber Deutschland und Russland als Signatarmacht des Vertrags der acht Mächte zu gelten hätte und berechtigt wäre, an den Konsultationen dieser Mächte teilzunehmen.

Obwohl die ihr bisher über den Plan gemachten Mitteilungen noch viele wichtige Punkte offen lassen, hat die deutsche Regierung es sich angelegen sein lassen, die Grundlinien eines solchen Paktsystems sorgfältig zu prüfen. Das ihr übermittelte Material gibt ihr zu einer Reihe von Bemerkungen Anlass, die sie den

⁵ Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich hierbei um das von Rosenberg geleitete Außenpolitische Amt der NSDAP.

⁶ Tarnnamen geheimer Informanten.

⁷ Das Dokument stammt aus dem Dossier, dass das NKVD der UdSSR über Graf von der Schulenburg führte. Kopien der Dokumente aus diesem Dossier sind Anfang der 1990er Jahre dem Bundesarchiv übergeben worden.

¹ Vgl. Dok. 481, Anm. 4.

beteiligten Regierungen schon jetzt vorlegen möchte, um auf diese Weise zur Klärung der Lage beizutragen.

Dabei muss die deutsche Regierung eine Bemerkung grundlegender Art an die Spitze stellen. Sie hat im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen stets den Standpunkt vertreten, dass das weitaus wirksamste Mittel zur Garantierung der Sicherheit aller Länder darin liegen würde, die allgemeine Abrüstung durchzuführen oder wenigstens vernünftige und gerechte Rüstungsverhältnisse zwischen den einzelnen Staaten herzustellen. Gleichzeitig hat sie aber erklärt, dass sie bereit sei, sich auch an anderweitigen Abmachungen politischer Art zu beteiligen, sofern diese dem Erfordernis völliger Gegenseitigkeit genügten und wirklich geeignet wären, der Sicherung des Friedens zu dienen. In diesem Sinne hat die deutsche Regierung insbesondere wiederholt angeboten, mit allen Nachbarländern langfristige Nichtangriffspakte abzuschließen, in denen auf jede Art der Anwendung von Gewalt verzichtet wird. An diesem Standpunkt hält die deutsche Regierung auch heute fest. Sie will für Deutschland nichts anderes als den Frieden. Jeden Gedanken an ein aggressives Vorgehen gegen andere Staaten oder an sonstige Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen weist sie weit von sich zurück. Ebenso selbstverständlich ist es aber für sie, dass sie sich an neuen internationalen Sicherheitssystemen, welcher Art auch immer, nicht beteiligen kann, solange andere Mächte die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Rüstungen noch bestreiten zu können glauben. Es kann einem ehrliebenden Volk nicht zugemutet werden, in eine besondere politische Gemeinschaft mit anderen Mächten einzutreten, wenn es von diesen gleichzeitig in einer Frage, die mit dem Zwecke dieser Gemeinschaft aufs engste zusammenhängt, als Volk zweiten Ranges und minderen Rechts behandelt wird. Außerdem muss sich jedes Sicherheitssystem dieser Art, das nicht auf dem festen Fundament der militärischen Gleichberechtigung steht, praktisch mit Naturnotwendigkeit einseitig zu Ungunsten des differenzierten Staates auswirken. Angesichts der langwierigen Diskussion über das Verhältnis der Begriffe Sicherheit und Abrüstung zueinander, angesichts der Fünf-Mächte-Erklärung vom Dezember 1932², angesichts der Tatsachen, die zum Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund³ geführt haben, und vor allem angesichts der Abrüstungsverhandlungen der Großmächte in den ersten Monaten dieses Jahres hatte die deutsche Regierung nicht erwartet, dass man ihr jetzt ansinnen könnte, sich unter Übernahme weitgehender neuer Bindungen an einem Vertragssystem zu beteiligen, während man die Gleichberechtigung Deutschlands noch als offene Frage behandelt. Nach den von der britischen Regierung mitgeteilten Dokumenten hat sie die Zustimmung der französischen Regierung zu einer Erklärung veranlasst, durch die der Abschluss des geplanten Paktes in eine Beziehung zu den Verhandlungen über die Rüstungsfragen gebracht wird. Mit dieser Erklärung werden aber die Befürchtungen der deutschen Regierung über die Absicht der Autoren des Planes viel eher bestätigt als beseitigt. „Der Abschluss eines solchen Paktes und die Teilnahme Deutschlands an dem jetzt ins Auge gefassten System gegenseitiger Garantien – so heißt es in den briti-

² Für die Erklärung vom 11. 12. 1932 vgl. Dok. 315, Anm. 9 sowie ADAP, Ser. C, Bd. I/1, S. 19.

³ Am 14. 10. 1933.

schen Dokumenten – würde die beste Grundlage bilden für die Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss einer Konvention, die eine vernünftige Anwendung des Grundsatzes der deutschen Gleichberechtigung in einem Sicherheitsregime für alle Nationen vorsehen würde.“ Wie die Autoren des Planes diese Erklärung verstehen, ist von dem Herrn französischen Außenminister⁴ selbst deutlich ausgesprochen worden, als er in öffentlicher Rede feststellte, dass „von einer Parallelität der Verhandlungen über die Rüstungsfragen und über den Ostpakt nicht die Rede sein könne; man könne nur sagen, dass der Abschluss des Ostpakts vielleicht eine neue Atmosphäre schaffen würde, die die Prüfung einer Rückwirkung des Paktes auf die Abrüstung gestatten könnte“⁵. Die deutsche Regierung muss demgegenüber mit aller Bestimmtheit betonen, dass sie sich auf eine derartige Politik nicht einlassen kann. Man fordert damit von Deutschland eine Vorleistung, die durch nichts gerechtfertigt ist und die auch dann abgelehnt werden müsste, wenn die Gestaltung des Paktes selbst der deutschen Auffassung gerecht würde. Die Verhandlungen über die Verwirklichung der Gleichberechtigung Deutschlands in den ersten Monaten dieses Jahres haben zu einer fast vollständigen Übereinstimmung der britischen, italienischen und deutschen Regierung geführt und hätten auf der von diesen drei Mächten akzeptierten Grundlage bei gutem Willen aller beteiligten Mächte ohne Schwierigkeit schnell zum Abschluss gebracht werden können. Wenn jetzt die internationale Regelung der Rüstungsfragen hinter die Verwirklichung der neu aufgeworfenen Sicherheitsforderungen zurückgeschoben und damit völlig ins Ungewisse gestellt werden soll, so kann die deutsche Regierung sich damit umso weniger einverstanden erklären, als die hochgerüsteten Staaten seit dem Frühjahr durchweg noch zu einer weiteren Verstärkung ihrer Rüstungen übergegangen sind und damit der Aussicht auf eine allgemeine Limitierung der Rüstungen, ganz zu schweigen von einer allgemeinen Abrüstung, immer mehr den Boden entzogen haben.

Mit der vorstehenden Frage hängt noch ein anderer Punkt zusammen. Das vorliegende Schema macht das Inkrafttreten des neuen Paktsystems von dem Eintritt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den Völkerbund abhängig. Von dem künftigen Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund ist in dem Schema nicht die Rede. Sollte das etwa dahin zu verstehen sein, dass die Autoren des Planes die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund stillschweigend als selbstverständlich voraussetzen, so müsste die deutsche Regierung demgegenüber auf die bereits wiederholt von ihr abgegebene Erklärung hinweisen, dass das künftige Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund so lange nicht erörtert werden kann, als die Gleichberechtigung Deutschlands von anderer Seite noch in Zweifel gestellt wird.

Nach Klarstellung dieser entscheidenden Punkte möchte die deutsche Regierung zu dem geplanten Paktsystem selbst Folgendes bemerken.

Das System soll seinen eigentlichen Kern offenbar in der Verpflichtung der Vertragsstaaten zum sofortigen gegenseitigen Beistand im Kriegsfall haben. Damit wird wieder einmal der Gedanke des solidarischen Einstehens der Staaten für einen angegriffenen Staat zur Diskussion gestellt, der von gewisser Seite seit der Gründung des Völkerbundes in immer neuen Formen verfolgt worden ist. Alle in-

⁴ Louis Barthou.

⁵ Vgl. Dok. 481, Anm. 13.

ternationalen Verhandlungen, die, anknüpfend an die Sanktionsbestimmungen des Völkerbundsstatuts, über diesen Gedanken geführt worden sind, haben aber nur immer deutlicher erwiesen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten sich dem Versuch entgegenstellen, ein kollektives Paktsystem mit automatischer militärischer Unterstützungspflicht einzuführen, das im Ernstfall gerecht und paritätisch funktionieren würde. Diese Schwierigkeiten sind kaum geringer, wenn der Gedanke eines alle Staaten oder eine große Zahl von Staaten umfassenden Sanktions- und Garantiesystems durch regionale Pakte bestimmter Staatengruppen ersetzt wird. Von ganz besonders gearteten Umständen und Problemlagen abgesehen, wie sie z.B. für den Rheinpakt von Locarno vorliegen, wird in aller Regel auch ein regionales Paktsystem dieser Art praktisch entweder überhaupt versagen oder sich doch nur so auswirken, wie sich dies aus anderweitigen, außerhalb des Zweckes des Pakts liegenden politischen Bindungen und Interessen der einzelnen Mächte ergibt. Selbst dann aber, wenn man voraussetzen will, dass die Vertragstreue der Partner auch im äußersten Falle die Oberhand über solche anderweitigen Bindungen und Interessen behält, bleibt es schwer denkbar, wie ein solcher Pakt militärisch schwachen Partnern einen wirksamen Schutz gegen militärisch starke Partner geben könnte. Auch wird das Bestreben, ein möglichst automatisches Eintreten der Unterstützungspflicht sicherzustellen, auf der anderen Seite die Gefahr mit sich bringen, dass der Paktmechanismus umso leichter durch Willkür und politische Machinationen in Bewegung gesetzt werden kann.

Prüft man das jetzt vorgeschlagene Vertragssystem unter den vorstehend angedeuteten Gesichtspunkten, so müssen ernste Zweifel darüber entstehen, ob dieses System unter den gegebenen realen Verhältnissen tatsächlich als ein wirksames und in allen in Betracht kommenden Fällen gleichmäßig funktionierendes Friedensinstrument beurteilt werden darf. Es stellt sich die Frage, unter welchen Gesichtspunkten gerade die genannten acht Mächte als Partner des Ostpakts gewählt worden sind. Man kann auch die weitere Frage nicht umgehen, aus welchem Grunde Frankreich zu der Rolle eines Garanten des Ostpakts berufen wäre und aus welchem Grunde diese Garantie in einem Sondervertrage so gestaltet werden soll, dass sie sich nur auf Deutschland und die Sowjetunion, nicht dagegen auf die übrigen Kontrahenten des Ostpakts erstreckt. Die bedenklichen Komplikationen, die sich bei dieser oder einer ähnlichen Gruppierung der Mächte ergeben können, sind leicht zu erkennen, sobald man die geographische Lage der beteiligten Mächte, die von ihrer Politik verfolgten individuellen Interessen und überdies die Tatsache in Rechnung stellt, dass zwischen einigen dieser Länder bereits anderweitige politische Bindungen bestehen. Ohne die Loyalität der beteiligten Regierungen in Zweifel ziehen zu wollen, vermag sich die deutsche Regierung nicht ohne weiteres davon zu überzeugen, dass sich die durch das neue Paktsystem geschaffenen Bindungen in jedem Falle als stark genug erweisen und nicht mit den gegebenen Realitäten in Konflikt geraten würden. Die im Pakt vorgesehene Unterstützung soll im Kriegsfall „unmittelbar“, d.h. sofort und unbedingt, erfolgen, ohne dass das Ergebnis dieser Konsultation der Regierungen oder die Entscheidung irgendeiner anderen Instanz abzuwarten wäre und ohne dass dafür die Übereinstimmung der zum Beistand verpflichteten Staaten vorausgesetzt würde. Muss bei einer solchen Regelung nicht mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass die zur Unterstützung verpflichteten Mächte verschiedener Ansicht darüber sind,

welches der am Konflikt beteiligten Länder angegriffen worden ist? Werden sich bei einer solchen Meinungsverschiedenheit die Dinge nicht sehr leicht so entwickeln, dass entweder die Stellungnahme der stärksten Macht oder der stärksten Mächte den Ausschlag gibt und die übrigen Partner zur Gefolgschaft zwingt oder dass die Streitfrage zur Bildung gegnerischer Gruppen innerhalb der Vertragsgemeinschaft und damit zum Krieg aller gegen alle führt? Muss es nicht auch, ganz abgesehen von der Möglichkeit derartiger Meinungsverschiedenheiten, in vielen Fällen zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen, wenn die einzelnen Kontrahenten nicht nur zu militärischem Beistand, sondern auch dazu verpflichtet sind, ihr Gebiet fremden Truppen beliebiger anderer Partner zum Durchmarsch zu öffnen? Schließlich darf auch nicht außer Betracht bleiben, ob nicht eine Gruppenbildung dieser Art, soweit sie wirklich die Sicherheit der Teilnehmerstaaten erhöht, gerade dadurch unter Umständen im Verhältnis zu der außerhalb stehenden Staatenwelt Rückwirkungen auslösen könnte, die nicht dem allgemeinen Interesse an der Erhaltung des Weltfriedens dienen würden.

Man darf sich gegenüber solchen Möglichkeiten nicht auf das Beispiel des Rheinpakts von Locarno berufen, der unter bestimmten Voraussetzungen gleichfalls das automatische Eintreten der Beistandspflicht der Garantiemächte vorsieht. Der Rheinpakt regelt ein ganz konkretes, genau abgegrenztes politisches Problem. Seine Tragweite war für den engen Kreis der beteiligten Mächte von vornherein klar genug erkennbar, um ihnen auch über die Tragweite ihrer Verpflichtungen ein bestimmtes Urteil zu ermöglichen. Komplikationen der oben erwähnten Art sind bei ihm nach der ganzen Lage der Verhältnisse praktisch so gut wie ausgeschlossen. Es bedarf nicht des Beweises, dass die Dinge bei dem neuen Pakt wesentlich anders liegen würden.

Die Regierungen, die jetzt für den Plan des Ostpakts eintreten, müssen Verständnis dafür haben, dass die deutsche Regierung an ein so weitreichendes Projekt nur mit Vorsicht und genauer Erwägung aller Eventualitäten herantreten kann. Dazu zwingt sie die zentrale Lage Deutschlands inmitten hochgerüsteter Staaten. Wie könnte Deutschland die Verpflichtung übernehmen, in nicht zu übersehende Konflikte anderer Staaten einzugreifen, an denen es nicht beteiligt und nicht interessiert ist? Es würde sich dadurch für alle möglichen Konflagrationen in Europa zum eigentlichen Kriegsschauplatz machen und Gefahren auf sich ziehen, die ihm niemand, der solchen Pakt ernst nimmt, zumuten kann. Diese Befürchtungen lassen sich nicht einfach mit der Begründung abtun, dass der Pakt gerade den Zweck verfolge, das Eintreten des Kriegsfalls zu verhindern, und dass deshalb an diesen Fall nicht ernstlich gedacht zu werden brauche. Das ist eine *petitio principii*; denn mit einer solchen Begründung wird das als feststehend vorausgesetzt, was nach Ansicht der deutschen Regierung bezweifelt werden muss, ob nämlich ein derartiger Pakt tatsächlich die Folge haben würde, die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Vertragsstaaten unter allen Umständen zu gewährleisten. Es geht deshalb nicht an, die Befürchtungen hinsichtlich der Folgen der geplanten Vertragsbestimmungen mit der bloßen Hoffnung zu beschwichtigen, dass diese Vertragsbestimmungen niemals zur praktischen Anwendung gelangen würden.

Dazu kommt, dass Deutschland für sich aus dem Pakt schwerlich reale Vorteile zu erwarten hätte, die den erwähnten Gefahren das Gleichgewicht zu halten vermöchten. Die deutsche Regierung kann es nicht vermeiden, sich hier auch über

delikate Seiten des ihr vorgelegten Problems ganz offen auszusprechen, nachdem die anderen Regierungen den Plan des Ostpakts öffentlich zur Diskussion gestellt haben, obwohl sie sich über den deutschen Standpunkt kaum im Zweifel sein konnten. Die deutsche Regierung hat den Eindruck, dass der ganze Zusatzvertrag, der sich auf die von Frankreich und Russland zu übernehmenden Verpflichtungen bezieht, eine Konstruktion darstellt, die weder durch natürliche Bedürfnisse der Situation in den östlichen Gebieten Europas noch durch ein Bedürfnis nach größerer Stabilität des Locarno-Systems gefordert oder nahegelegt wird. Wie aber auch die übrigen an den östlichen Fragen interessierten oder am Locarno-System beteiligten Mächte über die jetzt den beiden Ländern Frankreich und Russland zuge dachte Rolle denken mögen, Deutschland kann sich davon keinen Gewinn versprechen. Auch wenn der Zusatzvertrag so gestaltet wird, dass die Garantie Frankreichs und Russlands mit zu Gunsten Deutschlands zu spielen hätte, wäre das im Grunde doch nur die Herstellung einer formalen Parität. Die deutsche Regierung vermag es sich nicht als Realität vorzustellen, dass Deutschland eines Tages auf seinem Gebiet von sowjet-russischen Truppen gegen einen Angriff im Westen oder von französischen Truppen gegen einen Angriff im Osten unterstützt würde.

Die deutsche Regierung will sich mit der Hervorhebung der vorstehend angeführten Zweifel und Bedenken nicht einer gemeinsamen Prüfung der Frage entziehen, ob und welche neuen Sicherheitsgarantien neben der Regelung der Rüstungsfrage für Europa oder bestimmte europäische Gebiete geschaffen werden können. Sie neigt allerdings zu der Auffassung, dass im allgemeinen die Methode zweiseitiger Abmachungen den besten Erfolg verspricht, weil solche Abmachungen stets den konkreten Verhältnissen angepasst werden können und deshalb nicht das Risiko in sich schließen, entweder bloße Theorien zu bleiben oder zu Komplikationen zu führen. Sie will aber auch den Gedanken mehrseitiger Verträge nicht ohne weiteres ablehnen. Nur möchte sie, wenn die anderen Regierungen den Gedanken mehrseitiger Verträge weiterverfolgen wollen, ihnen dringend zur Erwägung stellen, dabei den Schwerpunkt nicht in die Vereinbarung sofortiger militärischer Unterstützung im Kriegsfall, sondern in andere Methoden der Friedenssicherung zu legen. Hierfür bieten sich in erster Linie der Gedanke einer kollektiven Nichtangriffsverpflichtung und der Gedanke der Konsultation der an einer politischen Krise interessierten Mächte. Beide Gedanken sind bekanntlich bereits in den Genfer Abrüstungsverhandlungen erörtert und damals allgemein als Bestandteil der Abrüstungskonvention akzeptiert worden. Sie ließen sich aber nach verschiedener Richtung hin noch weiter ausgestalten, so dass damit tatsächlich reale Friedensgarantien geschaffen werden. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte die deutsche Regierung hiermit nur die Richtung zeigen, in der sich nach ihrer Ansicht die weiteren Überlegungen zweckmäßigerweise zu bewegen hätten. Etwaige andere Überlegungen sollen dadurch nicht ausgeschlossen werden. Sie müssten nur immer unter den Gesichtspunkt gestellt werden, dass die beste Friedenssicherung stets die sein wird, nicht den Krieg gegen den Krieg vorzubereiten, sondern die Mittel zu erweitern und zu verstärken, die dazu dienen, die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs überhaupt zu verhüten.

PA AA, R 31627, Bl. H 104940–104952.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 200, S. 385–390.

Nr. 509

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Prokof'ev
an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič**Ganz geheim

[9. 9. 1934]

AN DEN
SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. KAGANOVIČ

BERICHT

*Wir haben die Ermittlungen im Fall der Residentur der deutschen Geheimpolizei und des Kriegsmarinennachrichtendienstes in Leningrad und Murmansk abgeschlossen. Durch die Aussagen der Angeklagten, der Zeugen und des in unserem Besitz befindlichen Beweismaterials, welches bei der Verhaftung der Angeklagten sichergestellt wurde, konnte Folgendes festgestellt werden*¹:

1) *Die deutsche Geheimpolizei hat durch den Leiter der Ostabteilung NORDMANN² für die Militärspionage an der Ostseeküste das Mitglied der deutschen Nationalsozialistischen Partei, den in dieser Angelegenheit verhafteten Kurt Adol'fovič FUCHS³ angeworben (er ist deutscher Staatsangehöriger, bis November 1933 arbeitete er auf Vertragsgrundlage im Leningrader Fleischkombinat*⁴, nach Vertragsende reiste er nach Deutschland zurück, in der Folgezeit versuchte er, in die UdSSR zurückzukehren. Die Einreise in die UdSSR wurde FUCHS angesichts des zu dieser Zeit in unserem Besitz befindlichen Belastungsmaterials verweigert), in der Geheimpolizei war er unter dem Decknamen „Wolf“ tätig.

2) Zu den Aufgaben von FUCHS gehörte die Beschaffung von militärisch-nachrichtendienstlichen Materialien über den Zustand der Küstenverteidigung an der Ostseeküste, von Informationen über die Rüstungsindustrie und das Flugwesen sowie die Beschaffung von Plänen von Rüstungsbetrieben. Dies alles erfolgte mit dem Ziel, wenig gesicherte Stellen zwecks nachfolgender Installation von Diversionsnetzen zu finden.

3) Zur Verwirklichung dieser Ziele wurde FUCHS durch die deutsche Geheimpolizei in die Besatzung des Dampfers „Boltenhagen“, der regelmäßig den Leningrader Hafen anläuft, eingeschleust. Nach seiner Ankunft in Leningrad verkleidete sich Fuchs und fuhr in die Stadt, um sich mit Agenten des von ihm geschaffenen Netzes zu treffen.

4) FUCHS wickelte als Resident der deutschen Geheimpolizei die Hauptarbeit über den in diesem Fall verhafteten Hans Francevič KOTHGASSER⁵ ab (österreichischer Staatsbürger, Mitarbeiter von Mursnabstroj, er hat die Spionagetätigkeit vollständig gestanden und sein ganzes Netz preisgegeben). Er ist im Februar

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Es konnten weder die Angaben über eine Ostabteilung im Geheimen Staatspolizeiamt noch über einen Mitarbeiter Nordmann verifiziert werden.

³ Fuchs wurde am 9. 8. 1934 verhaftet.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Kothgasser wurde am 9. 8. 1934 verhaftet und am 7. 10. 1934 zu 6 Jahren Haft verurteilt, Ende 1940 nach Deutschland ausgewiesen und in die Wehrmacht eingezogen.

1934 unter dem Decknamen „Rolli“ angeworben worden und dehnte seine Tätigkeit sowohl auf Murmansk als auch auf Leningrad aus.

5) Um die Spionagetätigkeit im Raum Leningrad auszuweiten, haben *FUCHS und KOTHGASSER im März d. J. den Monteur der LSPO P. BORCIKOVSKIJ*⁶ angeworben (er ist Pole und Bürger der UdSSR, er ist verhaftet worden und hat die Spionagetätigkeit voll gestanden). BORCIKOVSKIJ sollte Informationen über die Standorte von Truppenteilen im Leningrader Militärbezirk sammeln und die Pläne des Baltischen Werkes und der Werke „Bol’ševik“ und „Krasnyj Putilovec“ beschaffen, um dort ein Diversionsnetz aufzubauen. *Um die Militärspionage fortzusetzen und auszubauen, warb FUCHS im Mai d. J. den österreichischen Staatsbürger V. F. KADLETZ an*⁷ (ein Deutscher, der auf Vertragsbasis seit 1932 als Montagemeister im „Giprocholod“ arbeitet, er ist nicht verhaftet worden, da er sofort nach der Anwerbung dies dem NKVD gemeldet hat). Im Ermittlungsverfahren sagte er aus, dass ihm angeboten worden sei, Materialien über die Baltische Flotte zu beschaffen, Skizzen von Standorten der Leningrader Elektrokraftwerke und Gaswerke anzufertigen und Material über den Luftstützpunkt in Pulkovo vorzulegen.

* FUCHS und KOTHGASSER haben während ihrer Tätigkeit in Leningrad zwecks Ausweitung der Spionageverbindungen A. G. MICHEL’SON*⁸ (Bürger der UdSSR, parteilos, zum Zeitpunkt der Verhaftung arbeitslos, die Mittäterschaft bei der Spionagearbeit hat er gestanden) und *A. Ja. MICHEL’SON*⁹ (Bürgerin der UdSSR, parteilos, Hausfrau, sie wurde verhaftet, die Mittäterschaft bei der Spionagearbeit hat sie gestanden) angeworben.

6) Für die Durchführung der direkten Spionagetätigkeit *in Murmansk sind von H. F. KOTHGASSER folgende Bürger der UdSSR angeworben worden: die Mitarbeiter von Mursnabstroj A. Ja. PETROVSKIJ*¹⁰ (verhaftet und der Spionagetätigkeit geständig), *A. Ja. GOLUBČIKOV*¹¹ (verhaftet und der Spionagetätigkeit geständig) und *P. K. GRINFEL’D*¹² (verhaftet und der Spionagetätigkeit geständig). Diese haben ihm Informationen über den Bau von militärischen Anlagen entlang der Murmansker Küste, über Trawler und die Handelsflotte beschafft.

7) Es ist ermittelt worden, dass FUCHS und KOTHGASSER für die Kontakte eine Geheimschrift und konspirative Deckadressen in Finnland benutzten (entsprechende Beweise liegen uns vor).

FUCHS hat die Spionagetätigkeit und die Zugehörigkeit zur deutschen Geheimpolizei nicht gestanden, trotz des ihm vorgelegten dokumentarischen Belastungsmaterials (ein vom ihm geschriebener Anleitungsbrief zur Anwendung der Geheimschrift, Berichte und Materialien mit Spionagecharakter) und der Gegenüberstellung mit anderen Angeklagten und mit dem Zeugen, dem österreichischen Staatsbürger V. KADLETZ (parteilos, arbeitet seit Juli 1932 auf Vertragsbasis im „Giprocholod“ als Reparaturmeister).

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Name ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Name ist unterstrichen. Golubčikov wurde im August 1934 vom NKVD verhaftet.

¹² Der Name ist unterstrichen. Grinfel’d wurde im August 1934 vom NKVD verhaftet.

*Ich erachte es als erforderlich, den Fall dem Militärkollegium des Obersten Gerichts zwecks Eröffnung eines Gerichtsverfahrens zu übergeben. Erbitte Weisungen*¹³.

Stellvertretender Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR

PROKOF'EV¹⁴

9. September 1934

NR. 30483¹⁵

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerke von B. A. Dvinskij: Gen. Prokof'ev mitgeteilt. 23. IX. 34; Gen. Ul'rich mitgeteilt. 12/X.

Vermerke von A. N. Poskrebyšev: Von Gen. Prokof'ev; ins Archiv; Gen. Krest[inskij] fragen.

Vermerk von L. M. Kaganovič: Dafür. L. Kaganovič.

Eigenhändige Unterschriften von: Molotov, A. Mikojan, V. Kujbyšev, Ordžonikidze, Andreev.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 534, l. 74–76. Original.

Veröffentlicht in: Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 471, S. 566–567¹⁶.

Nr. 510

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

GEHEIM¹

Tagebuch

N. N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS VON TWARDOWSKI,
10. IX. 1934

Twardowski sagte, dass er vom AA den Auftrag erhalten habe, mir ein Memorandum auszuhändigen, das die Ergebnisse der Prüfung bezüglich des sogenannten Osteuropapaktes zusammenfasst. Darauf händigte er mir ein umfängliches

¹³ Der Text ist unterstrichen und am linken Seitenrand zweimal angestrichen.

¹⁴ Am 12. 10. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) auf der Grundlage des Berichtes von Prokof'ev (durch Befragung) folgenden Beschluss: „Fuchs ist zu 8 Jahren Haft zu verurteilen, Kothgasser zu 6 Jahren Haft, Borcikovskij ist zum Tod durch Erschießen mit anschließender Änderung des Urteils durch das CIK zu 10 Jahren Haft zu verurteilen; Petrovskij, Grišfel'd [so im Dokument; richtig: Grinfel'd] und Golubčikov sind zu 10 Jahren Haft zu verurteilen; Michel'son (angeklagt wegen unterlassener Anzeige) ist zu 1 Jahr Zwangsarbeit zu verurteilen, Anneta Michel'son ist wegen Mangels von Beweisen freizusprechen.“ In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 534, l. 73 (Protokoll Nr. 15, Pkt. 199, „Sondermappe“).

¹⁵ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

¹⁶ Veröffentlicht nach: AP RF, f. 3, op. 58, d. 246, l. 92–94.

¹ Stempel.

Exemplar (12½ Seiten) in deutscher Sprache² und zugleich in französischer Übersetzung aus.

Ferner legte Twardowski im Verlaufe von 10 Minuten knapp Punkt für Punkt den Inhalt des Memorandums dar.

Nachdem Twardowski seine Ausführungen beendet hatte, sagte ich, dass ich eine Antwort und eine Einschätzung des Memorandums selbstverständlich erst dann geben könne, wenn ich mich mit diesem grundlegenden Dokument eingehend vertraut gemacht hätte. Mein erster Eindruck aufgrund der knappen Darlegung des Inhalts des Dokuments durch Twardowski sei der, dass die deutsche Regierung zwar einem Regionalpakt zustimme, der die Verpflichtung zum Nichtangriff und zu Konsultation im Falle eines Angriffs vorsehe, es aber ablehne, einen Beistandspakt abzuschließen.

Twardowski sagte, dass mein Eindruck im Großen und Ganzen richtig sei. Er bitte mich, ihn zu bemühen, wenn ich beim detaillierten Studium des Memorandums auf die eine oder andere Frage stoßen sollte, die einer Erläuterung bedürfe. Er würde mir diese Erläuterungen gern geben.

Ich antwortete, dass ich bei Bedarf auf sein Angebot zurückkommen würde. Damit verabschiedeten wir uns.

N. Krestinskij

Vermerk von N. N. Krestinskij: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3199 vom 19. 9. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 E[xemplare]. Das 1. [Expl.] zu den Akten, das 2. an Gen. Molotov, das 3. an Gen. Litvinov, das 4. an Gen. Stomonjakov, das 5. an die 2. West[abteilung], das 6. [Expl.] nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 84. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 327, S. 586–587³.

² Vgl. Dok. 508.

³ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 511

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Ždanov und den
1. Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Kujbyšev**

GEHEIM
Expl. Nr. 12

5455

11. September [1934]

An
Gen. ŽDANOV
Gen. KUJBYŠEV

Werter Genosse,

ich übersende Ihnen die russische Übersetzung des umfangreichen Memorandums, das mir gestern Twardowski ausgehändigt hat¹.

Das Memorandum ist das Ergebnis der eingehenden Prüfung der Paktfrage durch die deutsche Regierung. Es enthält Einwände gegen den Pakt sowohl insgesamt als auch gegen einzelne seiner Teile sowie Fragen, die an die Initiatoren des Paktes gerichtet sind.

Das Memorandum gibt keine explizit negative Antwort auf die Frage, ob die deutsche Regierung bereit ist, am Pakt teilzunehmen. Das Ziel des Memorandums besteht darin, die Erörterung der Paktfrage in die Länge zu ziehen.

Die deutsche Regierung händigte gestern diesen Pakt² nicht nur uns aus, sondern auch Frankreich, England, Italien und allen vorgesehenen Paktteilnehmern, d.h. Polen, der Tschechoslowakei und den Balten. Die deutsche Regierung teilte vorsorglich mit, dass sie nicht beabsichtige, das Memorandum zu veröffentlichen. Sie bittet uns zugleich, es ebenfalls nicht zu tun, zumindest nicht ohne vorherige Kontaktaufnahme mit der deutschen Regierung.

Das NKID wird das Memorandum prüfen und in einigen Tagen Vorschläge unterbreiten, welche Antwort darauf zu geben ist und ob man sich mit einer Antwort beeilen sollte.

Die deutsche Regierung hat über ihre amtliche Agentur die Meldung über die Aushändigung des Memorandums und eine knappe Darlegung der neuen Gedanken dieses Memorandums veröffentlicht.

Für uns macht es keinen Sinn, und es ist auch unangenehm, diese deutsche Antwort unserem Leser zu verheimlichen. Gen. Doleckij wird darauf in seinem für die Presse vorgesehenen Bulletin eingehen.

Es ist jedoch dafür zu sorgen, dass unsere führenden Zeitungen in Artikeln (nicht in den Leitartikeln) das Memorandum einer Kritik unterziehen und darauf hinweisen, dass die deutsche Antwort im Prinzip eine Absage darstellt, den Pakt

¹ Vgl. Dok. 508, 510.

² Es ist das Memorandum gemeint.

abzuschließen. In diesem Sinne werde ich mich mit der „Izvestija“, der „Pravda“ und der „Krasnaja Zvezda“ verständigen³.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk: Der deutsche Text: an Suric + russischer Text, die 2. Westabteilung ohne Schreiben, an Stomonjakov, zu diesem Brief.

Geschäftsvermerke: zurückge[geben] von [A. A. Ždanov] 25. IX., vern[ichtet] am 27. IX. V. Roz[ovskaja]; 1 Expl. vern[ichtet] 28. I. [1935] V. Roz[ovskaja], Nazarov.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

12 Expl. [Die Expl.] 1–2 an die Adresse, 3–4 an Gen. Stalin, das 6. [Expl.] an Gen. Vorosilov, das 7. an Gen. Molotov, das 8. an Gen. Kaganovič, das 9. an Gen. Doleckij, das 10. an Gen. Litvinov, das 11. an N. N. [Krestinskij], das 12. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 64–65. Kopie.

Nr. 512

Telegramm des 1. Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Kujbyšev an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

III. TEIL

KOPIE

Chif[friertes Telegramm]

[13. IX. 34]

SOTSCHI

An Gen. STALIN

Ich schicke Ihnen das Telegramm von Fridrichson¹: „7. September. Zum Punkt zwei und drei schlagen die Deutschen folgende endgültige Fassung vor. Die deutsche Regierung wird ihre Unterstützung gewähren, damit zu allen, ich wiederhole, zu allen Objekten, die in der Nomenklaturliste mit denjenigen Industrieverbänden, von denen die Rede ist, enthalten sind, Geschäftsabschlüsse zustande kommen und diese Aufträge in gewohnter Weise erfüllt werden. Die deutsche Regierung wird ferner auf die Industrie Einfluss nehmen, um Schwierigkeiten zu beseitigen, die bei der Vergabe von Aufträgen oder deren Erfüllung auftreten werden. Weiter wird die deutsche Regierung bestrebt sein, den Bevollmächtigten der Handelsvertretung aufgrund der vergebenen Aufträge die Möglichkeit zu gewähren, die Betriebe aufzusuchen, um sich von dem Stand der Erfüllung der Aufträge zu vergewissern. Dazu können die Bevollmächtigten die erforderlichen Stichproben bei den Sonderaufträgen machen und die ordnungsgemäße Abnahme vornehmen

³ Vgl. „Otnošenje Germanii k vostočnomu paktu“ (Die Haltung Deutschlands zum Ostpakt). In: Izvestija vom 12. September 1934, S. 1; „Germanija otklonjaet vostočnyj pakt“ (Deutschland lehnt den Ostpakt ab). In: Pravda vom 12. September 1934, S. 1; „Neubeditel'naja argumentacija“ (Eine nicht überzeugende Argumentation). In: Krasnaja Zvezda vom 14. September 1934, S. 4.

¹ Fridrichsons Telegramm aus Berlin mit der Nr. 8739 hatte der Stellv. Volkskommissar für Außenhandel Eliava am 11. 9. 1934 abgeschickt.

sowie in den Betrieben die Qualität der auftragsrelevanten Objekte sichern, da die jeweilige Firma mit der Auftragsübernahme dazu ihre Bereitschaft erklärt hat. Zu allen übrigen Punkten des Abkommens haben wir die Möglichkeit, im Rahmen der Direktive abzuschließen². Möglicherweise gelingt es, das Mark-Abkommen³ für 1935 zu verlängern, was unter den momentanen Bedingungen äußerst wichtig ist. Telegrafieren Sie umgehend. 11. IX. Fridrichson.“

Unsere Vorschläge werden heute sofort nach der Erörterung mitgeteilt werden⁴.

KUJBYŠEV

Nr. 2429/š⁵

13. IX. 1934

RICHTIG:⁶

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 85, l. 26. Beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: *Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 523, S. 481, Anm. 1.*

Nr. 513

Denkschrift des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Zu Nr. 497/s¹

Berlin, 13. September 1934

KNAPPE BEMERKUNGEN ZUM DEUTSCHEN MEMORANDUM

vom 8. September 1934² zum Ostpakt.³

Das Memorandum erklärt (S. 2)⁴ [S. 1333], dass die deutsche Regierung die Grundlagen des Ostpaktes unbeschadet dessen, dass in ihm eine Reihe von wichti-

² Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Direktive des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 5. 7. 1934 gemeint; vgl. Dok. 473. Siehe auch die ergänzenden Direktiven für die weiteren Verhandlungen über den Fünfjahres-Kredit: Dok. 494, 505, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 231, Anm. 6.

⁴ In dem Telegramm, das von Kujbyšev und Ždanov am 14. 9. 1934, um 00 Uhr, 15 Min. an Stalin abgeschickt wurde, heißt es: „Wir halten es für möglich, uns mit der von den Deutschen unterbreiteten Formulierung einverstanden zu erklären (die Formulierung der Deutschen ist Ihnen im Telegramm Fridrichsons übermittelt wurden), und Fridrichson die Weisung zur Unterzeichnung des Vertrages zu geben. Wie bitten, uns Ihre Meinung mitzuteilen. NR 91.“ In: RGASPI, f. 558, op. 11, d. 85, l. 32. Zur Antwort Stalins vgl. Dok. 514.

⁵ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

⁶ Unterschrift unleserlich.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 508.

³ Bessonov schrieb in seinem Begleitschreiben vom 17. 9. 1934 an Litvinov: „In der Anlage füge ich knappe Darlegungen meiner persönlichen Bemerkungen zum deutschen Memorandum vom 8. IX-34 zur Frage des OSTPAKTES bei, die ich an das NKID als Material für die Ausarbeitung einer Antwort auf dieses Memorandum geschickt habe.“ In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 58.

⁴ Im Text erfolgen die Seitenangaben nach dem übersetzten Text in die russische Sprache. In eckige Klammer sind die entsprechenden Seiten des Memorandums (vgl. Dok. 508) in diesem Band gesetzt.

gen Punkten offen geblieben ist, einer gründlichen Prüfung unterzogen hat. Angesichts solch einer Sachlage wäre es natürlich gewesen, in Verhandlungen zu Sachfragen einzutreten, um diese Punkte zu klären, bevor die deutsche Haltung zum Wesen des Paktes artikuliert wird. Da es Deutschland dennoch als erforderlich erachtete, die Grundlagen des Paktes im vorliegenden Memorandum einer scharfen Kritik zu unterziehen und zu einer, wie wir aus den weiteren Darlegungen ersehen werden, ausgesprochen negativen Haltung zum Pakt gelangt, ohne dabei einen einzigen Versuch zu unternehmen, bei den für Deutschland unklaren, aber wichtigen Fragen, die im Pakt angeblich nicht beleuchtet sind, eine Klärung herbeizuführen, so kann dies nur in dem Sinne verstanden werden, dass die deutsche Regierung das Memorandum keineswegs zu dem Zweck vorgelegt hat, auf dem Wege einer sachlichen Erörterung des Paktes eine Annäherung zu erzielen, sondern bereits davor eine prinzipiell negative Position gegenüber dem Pakt eingenommen hat und ihre Antwort nunmehr dazu nutzt, erneut einige Forderungen zu stellen, die mit dem Pakt nicht unmittelbar in Verbindung stehen.

Dass die Haltung der deutschen Regierung zum Ostpakt noch vor der Aushändigung des Paktentwurfes an die deutsche Regierung betont negativ ausfiel, geht direkt aus dem Memorandum S. 11 [S. 1338] hervor, wo man sich darüber erstaunt zeigt, dass andere Regierungen den Plan eines Ostpaktes öffentlich zur Diskussion stellten, „obwohl sie über den deutschen Standpunkt kaum im Zweifel sein konnten“. Aus dem gesamten Kontext geht hervor, dass es gerade um die im vorliegenden Memorandum dargelegte Haltung geht, d. h. um eine klare negative Haltung. Auf S. 4 [S. 1335] des Memorandums heißt es direkt, selbst wenn der Wortlaut des Paktes die Zustimmung der deutschen Regierung gefunden hätte, würde Deutschland den Pakt dennoch ablehnen, weil er nicht das Problem des Rechts Deutschlands auf Aufrüstung löst. Daraus folgt, dass sich die deutsche Regierung nicht deshalb mit der Antwort zum Ostpakt nicht beeilte, weil sie die Grundlagen des Paktes angeblich einer eingehenden Prüfung zu unterziehen beschlossen hatte – denn Deutschland hatte bereits vorab seine negative Haltung zum Pakt festgelegt –, sondern sie wartete vielmehr eine günstige Situation ab, die ihr den Vorwand verschaffte, um einige ihrer Wünsche und Forderungen, die nichts mit diesem Pakt zu tun haben, vorzutragen.

Dies war dann auch der Grund, weshalb im deutschen Memorandum vom 8. IX. nicht die Haltung zum Ostpakt im Mittelpunkt stand, sondern das Recht Deutschlands auf Rüstung als *conditio sine qua non* für eine deutsche Beteiligung an beliebig neuen internationalen Abkommen (S. 3) [S. 1334]. Die Unterstreichung des Wortes „neuen“ sollte anscheinend auch die Grenze zwischen der Politik vor und nach dem Austritt aus dem Völkerbund markieren. Es ist äußerst aufschlussreich, dass die Frage der Rüstung Deutschlands in den Vordergrund gerückt wird. Dies legt die verborgenen Gedankengänge der Verfasser frei, die ungefähr im Folgenden bestehen: Unsere negative Haltung zum Ostpakt ist ohnehin allen bekannt. Wir können aber die Mitteilung über diese negative Haltung wunderbar dafür nutzen, um unsere Rüstungsforderungen voll zur Geltung zu bringen.

Das Problem bezüglich des Rechts Deutschlands auf Rüstung berührt nicht unmittelbar die UdSSR, und dieser Teil des Memorandums richtet sich hauptsächlich an Frankreich, England und Italien. Der Versuch des Memorandums, die Frage der deutschen Rüstungen mit dem Ostpakt zu verknüpfen, hält jedoch kei-

nerlei Kritik stand. Das Memorandum erklärt beispielsweise, dass die Deutschen eine allgemeine Abrüstung als Voraussetzung für die Sicherheit aller Länder vorgeschlagen haben (S. 2) [S. 1334]. Die Berufung auf diesen Vorschlag im Kontext mit dem Ostpakt als einem Regionalpakt, d.h. dem nur einige Länder Osteuropas angehören, ist nicht stichhaltig. Eine Abrüstung als Voraussetzung für die regionale Sicherheit ist undenkbar; als Garantie für die Sicherheit muss sie eine allgemeine sein. Eine allgemeine Abrüstung ist jedoch nach dem Austritt Deutschlands und Japans aus dem Völkerbund aus formalen Gründen unmöglich geworden. Unter diesen Bedingungen könnte das Sicherheitsproblem lediglich unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: Entweder auf der Ebene der Rüstungsregulierung (Deutschland, anfänglich ebenso England und Italien) oder von regionalen Beistandspakten (Frankreich, die UdSSR, später ebenso England und Italien). Dass sich die überwiegende Mehrheit der europäischen Länder gerade die Idee von regionalen Beistandspakten zu eigen gemacht hat, geht aus der Tatsache hervor, dass der Ostpakt von England, Frankreich, Italien, der UdSSR, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten empfohlen wurde. Deshalb klingt die Erklärung des Memorandums auf S. 2 [S. 1334] etwas merkwürdig, dass die deutsche Regierung bereit sei, sich angeblich an beliebig anderen Abkommen politischen Charakters zu beteiligen, selbst wenn sie nicht die Abrüstung oder die regulierte Aufrüstung berühren, „sofern diese dem Erfordernis völliger Gegenseitigkeit genügen und wirklich geeignet wären, der Sicherung des Friedens zu dienen“. Eine solche Erklärung steht, erstens, im völligen Widerspruch zu der oben erwähnten kategorischen Behauptung auf S. 3 [S. 1334], wo gesagt wird, dass Deutschland solange an keinerlei neuen internationalen Pakten teilnehmen wird, solange nicht das Recht Deutschlands auf Rüstung geklärt ist. Zweitens ist diese Erklärung auch dem Wesen nach unzutreffend, weil Deutschland im Verlaufe des Jahres 1934 zweimal öffentlich seinen Unwillen kund getan hat, sich an Pakten zu beteiligen, die sich tatsächlich auf eine völlige Gegenseitigkeit gründen und die Sicherung des Friedens zum Ziel haben. Wir meinen damit die Ablehnung des Paktes über die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit der baltischen Staaten durch Deutschland⁵ und die Ablehnung des Ostpaktes durch das vorliegende Memorandum.

Daraus folgt, dass das deutsche Memorandum, das auf S. 2 [S. 1334] die Bereitschaft Deutschlands erklärt, entweder an einer Abrüstungskonvention oder an einer Konvention zur Rüstungsregulierung oder an einem anderen den Frieden sichernden Abkommen teilzunehmen, weder im ersten noch im letzten Punkt der Wirklichkeit entspricht. In Wahrheit führte und führt Deutschland jetzt nur ein einziges Mittel zur „Sicherung des Friedens“ ins Feld, nämlich der Weg den deutschen Rüstungen als Gegengewicht zum gesamten übrigen Europa, das einem Regionalpakt zugeneigt ist.

Das Memorandum polemisiert vorausschauend gegen diese Schlussfolgerungen, indem es darauf verweist, dass die deutsche Regierung wiederholt vorgeschlagen hat, Nichtangriffspakte mit allen angrenzenden europäischen Ländern abzuschließen. Auf die Frage, inwiefern einfache Nichtangriffspakte für die Sicherung des Friedens in der von Pulver geschwängerten Atmosphäre Europas ausreichend sind, ist zu bemerken, dass die deutsche Regierung ähnliche Erklärungen in

⁵ Vgl. Dok. 420.

sehr allgemeiner Form abgegeben hat, aber keinerlei Schritte, mit Ausnahme Polens, unternahm, um diese Erklärungen auch zu verwirklichen. Damit aber noch nicht genug. Als die sowjetische Regierung Deutschland vorschlug, gemeinsam zu erklären, dass beide Regierungen in ihrer Politik die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit der baltischen Staaten stets berücksichtigen werden, haben die deutsche Regierung und die deutsche öffentliche Meinung, wie oben ausgeführt wurde, zu diesem Vorschlag eine äußerst negative Haltung eingenommen. Außerdem können die Verweise auf die Bereitschaft zum Abschluss von Nichtangriffspakten nicht als Grundlage dafür dienen, den Ostpakt aus dem einfachen Grunde abzulehnen, weil der Ostpakt etwas anderes darstellt als eine Fortentwicklung der Nichtangriffspakte unter Einschluss von Sanktionselementen gegen die Angreifer.

Zu den spaßigen Stellen des Memorandums gehört die entrüstete Erklärung, wonach die deutsche Regierung „jeden Gedanken an ein aggressives Vorgehen gegen andere Staaten oder an sonstige Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen weit von sich weist“. Das Spaßige besteht darin, dass die von Hitler geführte Regierung, würde sie tatsächlich gemäß ihren Erklärungen handeln, nicht nur die Bibel des Nationalsozialismus, Hitlers Buch „Mein Kampf“, der öffentlichen Verdammung preisgeben und „weit von sich weisen“ müsste, das gänzlich von der Idee einer gewaltsamen Umverteilung der Welt zugunsten Deutschlands durchdrungen ist, sondern auch den gesamten Nationalsozialismus, dessen Politik von A bis Z darauf gerichtet ist, die imperialistischen Ziele der deutschen Bourgeoisie zu verwirklichen. Die deutsche Regierung gibt solche Erklärungen allein deshalb ruhigen Herzens ab, weil sowieso niemand ihrer Aufrichtigkeit Glauben schenkt. Indessen liefert die unaufrichtige Erklärung der deutschen Regierung künftig eine Grundlage, um auf ihr alle Einwände gegen den Ostpakt als solchen aufzubauen. Es genügt, das deutsche Memorandum allein in diesem Punkt anzuzweifeln, und dafür bieten die Arbeiten Hitlers mehr als ausreichende Gründe, und das ganze listig ausgedachte deutsche Argumentationsgebäude gegen den Ostpakt bricht zusammen. Seine Ablehnung durch Deutschland erscheint somit nicht als Folge angeblicher Mängel des Paktes an sich, sondern als das natürliche Ergebnis des deutschen Wunsches, die Handlungsfreiheit für den von Hitler verkündeten Eroberungskrieg im Osten zu bewahren.

Das Recht Deutschlands auf Rüstung, das als Vorbedingung für die Teilnahme Deutschlands an einem beliebigen internationalen Pakt, darunter und insbesondere am Ostpakt vorgebracht wird, begründet das deutsche Memorandum vor allem mit der Berufung darauf, dass die Rüstungsfrage angeblich auf engste Weise mit den Zielen des Ostpaktes verbunden ist (S. 3) [S. 1334]. Anscheinend ist hier die Verpflichtung der Pakteilnehmer gemeint, militärische Sanktionen gegen Angreifer anzuwenden. Die Deutschen argumentieren offenbar so: Da von jedem Pakteilnehmer ein militärisches Vorgehen gefordert werden kann, so folgt daraus, dass die Rüstungsfrage den eigentlichen Kern des Paktes darstellt. Das Memorandum verfälscht diesen Punkt jedoch in grober Weise. Der Zweck des Paktes besteht in der Verhütung eines Krieges und in der Gewährleistung des Friedens, und diesem Ziel dient die militärische Sanktion der Pakteilnehmer gegen einen Aggressor. Mit der Umwandlung der militärischen Sanktionen gegen einen Aggressor von einem Mittel zum Ziel des Paktes machen es sich die Deutschen mit der Kritik am Pakt außerordentlich leicht. In Wahrheit ist das Problem der deutschen Gleichbe-

rechtiung bei den Rüstungen natürlich in keiner Weise mit dem Ostpakt verknüpft. Diese Verknüpfung ist durch die englisch-französische Erklärung in dem Sinne rein mechanisch hergestellt worden, wonach Deutschlands Beitritt zum Pakt die deutsche Gleichberechtigung erleichtern würde. Eine innere Beziehung zwischen den deutschen Rüstungsforderungen und dem Pakt gibt es weder formal noch inhaltlich. Ein Land, das keine Absichten hegt, Aggressor zu sein, hat auf der Grundlage des Paktes im Angriffsfall das Recht, mit der Streitmacht aller übrigen Paktteilnehmer zu rechnen. Deshalb ist der Pakt für alle Länder von Nutzen, die keine aggressiven Absichten hegen, und wie die Erfahrungen zeigen, würden sie ihn ohne zu schwanken unterzeichnen. Die ungenügende Bewaffnung stellt angesichts solcher Bedingungen kein Hindernis dar, sondern ist vielmehr ein Stimulus, um dem Pakt beizutreten. Ganz anders verhält sich die Sache, wenn ein Land aggressive Pläne gegenüber seinen Nachbarn im Schilde führt. In diesem Fall steht die Frage nach der eigenen militärischen Aggressionsbereitschaft im Vordergrund und überschattet alle anderen Fragen. Der deutsche Imperialismus, der im Zusammenhang mit dem Ostpakt seine Rüstungen in den Vordergrund rückt, enthüllt damit, dass er aggressive Absichten besitzt.

Die ganze Anlage des deutschen Memorandums zeichnet sich durch Widersprüchlichkeit aus. Deutschland ist beispielsweise einverstanden, sogar einen multilateralen Nichtangriffspakt abzuschließen (S. 12) [S. 1338], doch es ist nicht damit einverstanden, kollektive Sanktionen gegen einen Aggressor anzuwenden, zumal nicht einmal der Versuch unternommen wird, die These zu widerlegen, wonach derartige Sanktionen die Effektivität von Nichtangriffspakten bedeutend erhöhen würden. Die Tatsache, dass die Deutschen nicht mit der Anwendung von kollektiven Sanktionen gegen einen Angreifer einverstanden sind, aber zugleich ihr Einverständnis erklären, Nichtangriffspakte zu unterzeichnen, kann nicht anders gedeutet werden, als dass sich die Deutschen auf ihre Rolle als Aggressor vorbereiten und keine kollektive Staatenfront gegen sich haben wollen. Das Argument des Memorandums, dass ein Beitritt zum Ostpakt auch dem ohnehin unbewaffneten Deutschland die „Übernahme weitgehender neuer Bindungen“ (S. 3) [S. 1338] aufbürdet, hält keiner Kritik stand. Worum geht es hier konkret? Deutschland kann doch wohl nicht ernsthaft daran glauben, dass einer der baltischen Staaten, die im Übrigen heute in einem Bündnis vereint sind, den Gedanken hegt, einen anderen zu überfallen, und dies angesichts der kollektiven Sanktionen gegen den Angreifer durch die anderen Paktteilnehmer, die UdSSR, Polen und Deutschland, der Schutzgarantie Frankreichs und der wohlwollenden Haltung Englands und Italiens dazu. Die baltischen Staaten fallen somit als Subjekte eines Angriffs aus, doch sie können Objekte eines Überfalls werden, und dabei ist vollkommen klar, dass er nicht von der UdSSR, die mit diesen Staaten die besten Beziehungen unterhält, was niemand in der Welt bestreitet, erfolgen kann, sondern nur durch Deutschland und Polen. Ergo: Wenn sich Deutschland und Polen dem Pakt anschließen, so würde dies eine gewaltige Verbesserung der Lage in Osteuropa bedeuten. Ergo: Die negative Haltung Deutschlands und Polens zum Ostpakt ist nicht anders als ein Beweis dafür anzusehen, dass diese Länder nicht ganz saubere Absichten gegenüber dem Baltikum hegen.

Dass die UdSSR niemanden zu überfallen beabsichtigt, wird jetzt von der ganzen Welt anerkannt und selbst von den Deutschen nicht in Abrede gestellt. Auf

eindrucksvolle Weise hat dies die UdSSR mit ihrem Beitritt zum Pakt unter Beweis gestellt. Wenn aber die UdSSR nicht Subjekt eines Überfalls sein kann, so kann sie dennoch zu einem Objekt werden. Wer kann denn von den Pakteilnehmern, wenn man die baltischen Länder ausklammert, über die bereits oben die Rede war, im Westen die UdSSR überfallen. Dies sind nur Polen und die Tschechoslowakei, entweder gemeinsam oder jeder für sich. Wegen der geringen Wahrscheinlichkeit von gemeinsamen Aktionen dieser zwei Länder gegen die UdSSR lohnt es sich nicht, darüber zu sprechen. Es ist völlig unsinnig anzunehmen, dass diese Länder es wagen würden, die UdSSR zu überfallen, während sie im Hinterland Deutschland haben, welches auf der Grundlage des Paktes gegen die Angreifer vorzugehen hätte. Ergo: Ein Beitritt Deutschlands zum Pakt würde auch in diesem Fall eine kolossale Stärkung der Friedensposition in Osteuropa zur Folge haben. Eine völlig analoge Situation würde sich ergeben, wenn Polen oder die Tschechoslowakei versuchen sollten, Deutschland zu überfallen, das als Hinterland die UdSSR hat, die auf der Grundlage des Paktes zu Sanktionen gegen den Angreifer bereit wäre. Ergo: Gerade aus deutscher Sicht würde ein Beitritt zum Ostpakt eine entschiedene Festigung des Friedens in Osteuropa nach sich ziehen. Deshalb kann es auf die Frage nach den Beweggründen für die deutsche Ablehnung des Ostpaktes vielleicht nur eine einzige Antwort geben: Deutschland lehnt den Pakt überhaupt nicht deshalb ab, weil er Deutschland zusätzliche Verpflichtungen aufbürden würde, die es angeblich wegen seiner Unterbewaffnung nicht zu erfüllen in der Lage wäre. Im Gegenteil, ein Beitritt zum Pakt würde Deutschlands Position in Osteuropa nicht schwächen, sondern stärken, falls es denn tatsächlich keinerlei Aggressionsabsichten gegenüber dieser Region besitzt. Angesichts solcher Umstände kommt die Ablehnung des Paktes einem Beweis gleich, dass Deutschland aggressive Absichten hegt.

Der naive Versuch des Memorandums, zwischen England und Frankreich mit dem Hinweis auf die Gegensätzlichkeit ihrer Haltung in der Frage der deutschen Rüstungen einen Keil zu treiben (S. 4 und 5) [S. 1335], ist für uns an sich nicht von Interesse. Dagegen ist die Scheidelinie zwischen den Positionen der Entente und der Deutschen von allgemeinem Interesse. Die englisch-französische Haltung lautet im Prinzip folgendermaßen: zuerst den Pakt, danach Fragen der Gleichberechtigung. Die deutsche Formel lautet hingegen umgekehrt: zuerst Gleichberechtigung bei den Rüstungen, danach Pakte (S. 34⁶) [S. 1334]. Die Deutschen irren sich jedoch, wenn sie meinen, dass ihre Formulierung so leicht zu verteidigen wäre wie die englisch-französische Formel. Den englisch-französischen Vorschlag bezüglich des Ostpaktes unterstützen nunmehr einige Länder (die UdSSR, die baltischen Länder, die Tschechoslowakei und Italien). Dagegen hüfte die deutsche Formulierung im Verlaufe des Jahres ihre englischen und italienischen Befürworter ein, so dass die Berufung auf die Unterstützung der deutschen Forderungen nach Aufrüstung seitens Englands und Italiens auf S. 5 [S. 1335] des Memorandums mehr als veraltet ist. Vom Standpunkt dieser Formulierung bezeichnet das deutsche Memorandum einen Beitritt Deutschlands zum Ostpakt, bevor die Frage über die deutschen Rüstungen geklärt ist, nicht anders als eine Vorleistung Deutschlands, die durch nichts gerechtfertigt ist. Dies bedeutet, anders formuliert, dass der

⁶ So im Dokument, offensichtlich sind S. 3 und 4 gemeint.

Ostpakt für Deutschland ein gewisses Handelsobjekt darstellt. Wenn die Franzosen die deutschen Rüstungen auf den Verhandlungstisch legen sollten, so würden die Deutschen vielleicht über einen Beitritt zum Pakt nachdenken. Das Memorandum erklärt hier jedoch sofort, dass dieser Pakt unter allen Umständen ein Pakt sein muss, der den deutschen Forderungen entspricht. Aus dem nachfolgenden Text wird ersichtlich, dass das Memorandum unter einem für Deutschland annehmbaren Pakt einen regionalen Nichtangriffspakt und Konsultationen, jedoch ohne Sanktionen versteht. Von einem Beitritt zu einem Pakt, der Sanktionen vorsieht wie der Ostpakt, kann folglich unter gar keinen Umständen die Rede sein. Die Deutschen wollen sich ihre Beteiligung am kollektiven Nichtangriffspakt ohne Sanktionen durch das ihnen zuzusprechende Recht auf Rüstungen erkaufen. Diese gleiche Vorgehensweise ist auch in dem Punkt des Memorandums (S. 5 und 6) [S. 1335] enthalten, wo davon die Rede ist, dass Deutschland nur unter der Voraussetzung in den Völkerbund zurückkehrt, dass ihm das Recht auf Rüstung zugestanden wird. Nach den Andeutungen auf S. 3 und 5 [S. 1334, 1335] zu urteilen, geht es hier schon nicht mehr um frühere Forderungen nach einer regulierten Aufrüstung, sondern um das Recht auf unbegrenzte Rüstungen. Auf S. 3 [S. 1334] wird lediglich über „die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Rüstungen“ gesprochen. Auf S. 5 [S. 1335] wird indes offen eingestanden, dass die Hoffnungen auf eine Rüstungsbegrenzung gescheitert sind, und es werden Andeutungen dahingehend gemacht, dass, da alle Staaten im Verlaufe des Jahres stark auferüstet hätten, auch das Problem der deutschen Rüstungsforderung anders als noch im Frühjahr gestellt werden müsste.

Soweit der allgemeine Eindruck vom ersten Teil des deutschen Memorandums. Wir sehen, dass sich hier eine Thesenumkehr vollzogen hat. Anstatt direkt über den Ostpakt zu sprechen, wird die nicht zu ihm in Beziehung stehende Frage nach den deutschen Rüstungen in den Mittelpunkt gestellt, wobei aus der gesamten Argumentation der Deutschen zu diesem Problem ersichtlich ist, dass sich Deutschland nur deshalb nicht dem Ostpakt anschließt, weil es beabsichtigt, selbst als Aggressor in Osteuropa in Erscheinung zu treten und deshalb brennend daran interessiert ist, kollektive Sanktionen der östlichen Staaten gegen seine Aggression nicht zuzulassen.

Nun zur deutschen Analyse des Ostpaktes. Das deutsche Hauptargument gegen den Pakt besteht unter Berufung auf die Praxis des Völkerbundes in dem Argument, wonach es generell schwierig sei, kollektive Sanktionen anzuwenden (S. 6) [S. 1336]. Das an sich zutreffende Argument wird jedoch aus dem Kontext von Zeit und Raum gerissen. Ein Regionalpakt unterscheidet sich von einem allgemeinen Pakt in der Art des Völkerbundes auch dadurch, dass er alle Fragen ungleich konkreter behandelt. Die Anwendung von Sanktionen, die im Rahmen des die ganze Welt erfassenden Völkerbundes erschwert wird, kann im Rahmen eines Regionalpaktes durchaus möglich werden, zumal dann, wenn man das reale Kräfteverhältnis berücksichtigt. Ein Beispiel dafür ist der Locarno-Pakt. Die Deutschen erkennen sehr wohl, dass dies eine mögliche Entgegnung auf ihren Einwand sein könnte, und beeilen sich deshalb, den Locarno-Vertrag als ein denkbare Vergleichsobjekt auszuschließen S. 6 und 9 [S. 1336, 1337]. Indessen ist ein Vergleich nicht nur möglich, sondern er drängt sich geradezu auf. Sowohl der Locarno-Pakt als auch der angestrebte Ostpakt verfolgen ein und dasselbe Ziel, nämlich die Ver-

hinderung eines Krieges und die Sicherung des Friedens. Sowohl dort wie auch hier gibt es die Verpflichtung zu einem Nichtangriff sowie zu kollektiven Sanktionen gegen einen Aggressor. Welche Argumente führt das Memorandum gegen einen Vergleich des Ostpaktes mit dem Locarno-Pakt ins Feld? An Locarno hätte angeblich ein kleinerer Kreis von Ländern teilgenommen, als es beim Ostpakt der Fall wäre. Zusammen mit den Garantiemächten waren an Locarno fünf Länder beteiligt: Frankreich, Belgien, Deutschland, England und Italien. Der Ostpakt sieht die Teilnahme von acht Ländern vor, wobei drei von ihnen in einem Block vereint sind. Daraus folgt: Obgleich es einen Unterschied in der Anzahl der Teilnehmer gibt, ist er dennoch nicht so gravierend, als dass er die Vergleichsmöglichkeit infrage stellen würde. Die Deutschen bemühen sich, ein zweites Argument vorzubringen. Im Gegensatz zum Ostpakt wäre die sich aus Locarno ergebende Verpflichtung angeblich für jeden Teilnehmer völlig klar und unmissverständlich gewesen. Dies stimmt natürlich so nicht. Jeder Pakt schließt zwangsläufig bestimmte Unklarheiten ein, die nicht zu vermeiden sind. Davon war auch Locarno bei weitem nicht frei. Nicht von ungefähr ziehen sich die Kontroversen um die Verpflichtungen von Locarno bis heute hin.

Anscheinend liegt der Unterschied zwischen Locarno und dem Ostpakt überhaupt nicht in diesen formalen Momenten. Unter Berücksichtigung dieser Momente ist es dagegen nicht nur zulässig, sondern sogar notwendig, sich auf Locarno als den Prototyp eines regionalen Beistandspaktes zu berufen. Der Unterschied besteht nicht darin, worin sich beide Pakte voneinander unterscheiden, was das Memorandum zu begründen bestrebt ist, sondern in der unterschiedlichen Haltung Deutschlands zu beiden Pakten. Deutschland ging an Locarno heran, ohne dabei eine Aggression oder eine Neuaufteilung der Welt im Hinterkopf zu haben. An den Ostpakt geht Deutschland dagegen im Bewusstsein einer völlig ausgearbeiteten Konzeption für einen Eroberungskrieg im Osten heran. Darin besteht der ganze Unterschied, und in dieser Hinsicht muss man die Deutschen auch entlarven, insbesondere durch die Berufung auf Locarno. Absolut alle Einwände, die Deutschland gegen den Ostpakt vorbringt, könnte man *mutatis mutandis* auch gegen Locarno vorbringen. Und umgekehrt: Alle Argumente für Locarno könnten zugunsten des Ostpaktes geltend gemacht werden.

Bei seiner Kritik des Ostpaktes fragt das Memorandum skeptisch, nach welchen Kriterien die Teilnehmerländer des Paktes ausgewählt worden seien (S. 7) [S. 1336]. Diese Frage ist angesichts dessen recht naiv, dass ein Regionalpakt abgeschlossen werden soll, an dem alle Teilnehmer unmittelbar an der Erhaltung des Friedens im östlichen Teil Europas interessiert sind oder interessiert sein sollten. Doch alle diese Länder haben noch eine gemeinsame Eigenschaft. Die Sache ist nämlich die, dass sie alle entweder Subjekte (Deutschland und Polen) oder Objekte (die baltischen Länder, die UdSSR, die Tschechoslowakei) der vom deutschen Faschismus entwickelten Pläne eines Feldzuges gen Osten sind. Ergo: Wenn wir den Deutschen offen auf diese Frage zu antworten beabsichtigten, so würde dies für die Deutschen nicht ganz angenehm sein. Ebenso wenig ist die Frage angebracht, warum ausgerechnet Frankreich die Rolle einer Garantiemacht für den Ostpakt übernimmt und warum sich gerade England und Italien als Garantiemächte für Locarno zur Verfügung gestellt hatten. Was das Problem betrifft, weshalb sich die Garantie Frankreichs nur auf die Grenzen Deutschlands und der UdSSR erstre-

cke, so wäre es für die Autoren der deutschen Eroberungskonzeption in Richtung Osten unangenehm, sich die ungeschminkten Erläuterungen, die dazu denkbar wären, anzuhören.

S. 8 [S. 1336] ist mit nebulösen Zweifeln hinsichtlich der Funktionsweise des Paktes angefüllt. Es wird darauf verwiesen, dass die geografische Lage der Teilnehmerländer unterschiedlich ist. Dieses Argument ist offenkundig haltlos, weil es sich generell gegen jegliche Pakte und Abkommen richtet, an denen immer Länder mit unterschiedlicher geografischer Lage beteiligt sind. Deutschland hat die besondere geografische Lage niemals daran gehindert, weitreichenden Abkommen mit anderen Ländern beizutreten. Es wird weiter darauf verwiesen, dass jedes der Teilnehmerländer eine eigenständige, von seinen individuellen Interessen geprägte Politik verfolgt. Dieses Argument ist offenkundig unanständig, weil es um die Unterzeichnung eines Paktes geht, der die Erhaltung des Friedens zum Ziel hat. Das individuelle Interesse können wir in diesem Fall nur als das Interesse verstehen, den Frieden zu verletzen. Es wird schließlich darauf verwiesen, dass die Teilnehmerländer auch andere Verpflichtungen haben könnten, die dem Ostpakt entgegenstehen. Da die UdSSR, die baltischen Länder und die Tschechoslowakei sich bereits mit der Teilnahme am Pakt einverstanden erklärten, haben sie offensichtlich keine Verpflichtungen, die dem widersprechen. Dagegen haben Deutschland und Polen offenbar Verpflichtungen, weil sie sich nicht dem Pakt anschließen wollen.

Nach diesen Argumenten folgen formale Zweifel hinsichtlich dessen, wie bestimmt wird, wer der Aggressor ist. Dabei wird die Schlussfolgerung gezogen, dass entweder die stärksten Länder den anderen Ländern ihr Verständnis aufzwingen oder ein *omnia bellum contra omnis*⁷ eintritt. Unterdessen geht aus der oben vorgenommenen knappen Analyse des konkreten Kräfteverhältnisses in Osteuropa hervor, dass der Schlüssel zum Verständnis der gesamten Situation und der Erhaltung des Friedens in Osteuropa bei Deutschland, und nur bei Deutschland liegt. Sobald Deutschland tatsächlich seine Aggressionspläne aufgibt und sich aufrichtig dem Pakt anschließt, wird von Osteuropa eine große Last genommen werden und alle im deutschen Memorandum vorgebrachten Einwände verlieren jeglichen Sinn und entfallen. Dagegen kann die geifernde Wiederholung dieser Einwände im deutschen Memorandum von nichts anderem zeugen, als dass bei Deutschland die Aggressionsabsichten alles andere überragen.

Auf S. 9 [S. 1337] wird das Argument vorgebracht, dass es unmöglich und auch unzulässig sei, Truppen durchmarschieren zu lassen. Dieses Argument ist völlig losgelöst von der Frage, für wessen Truppen und für welches Territorium real ein Durchmarsch relevant ist. Gegenwärtig aktuell ist die Frage des Durchmarschs, wenn man die tatsächlich vorhandenen Aggressionsabsichten der Deutschen berücksichtigt, nur für deutsche Truppen durch polnisches Territorium für einen gemeinsamen Überfall auf die UdSSR. In dieser konkreten Situation sich mit möglichen theoretischen Kombinationen für einen Durchmarsch von Truppen zu beschäftigen, wie dies das Auswärtige Amt macht, würde bedeuten, die tatsächlichen Eroberungspläne einfach durch Bagatellen zu bemänteln.

Außerordentlich interessant sind die ebenfalls auf S. 9 [S. 1337] angestellten Überlegungen, dass der Ostpakt, wenn er tatsächlich die Sicherheit der Teilneh-

⁷ So im Dokument; richtig: *Bellum omnium contra omnes* – Krieg aller gegen alle.

mer erhöhen sollte, doch auch einen gegenläufigen Einfluss auf die Außenstehenden ausüben könnte, was wohl kaum der Bewahrung des Friedens in der ganzen Welt dienlich wäre. Da England und Italien bereits ihr Einverständnis zum Pakt erklärt haben, bleiben von den Außenstehenden nur noch die USA und Japan übrig. Da die USA von vornherein ausgeschlossen werden, so ergibt sich daraus, dass die Deutschen befürchten, durch den Paktabschluss einen ungünstigen Einfluss auf die Haltung Japans auszuüben. Und dies hätte gerade noch gefehlt!

Das Memorandum erklärt weiter (S. 10) [S. 1337], dass Deutschland es nicht auf sich nehmen kann, sich in Konflikte zu verstricken, die es nicht interessiert. Dieses Argument ist vom Anfang bis zum Ende faul. Es beinhaltet den Nachhall der berühmigten Neutralitätstheorie, mit der sich das faschistische Deutschland sehr oft schmückt, ungeachtet dessen, dass es in Österreich, Dänemark, an der Saar, im Memelgebiet und in der Ukraine unablässig eine Wühlarbeit betreibt. Es lohnt nicht viele Wort zu verlieren, um die These zu beweisen, dass jeder beliebige europäische Konflikt, wo er auch ausbrechen sollte, unweigerlich zu einem gesamteuropäischen Konflikt führt, von dem alle Neutralen erfasst sein werden.

Zur prinzipiellen Argumentationsweise gegen den Ostpakt gehört die auf S. 10 [S. 1337] aufgestellte These von der *petitio principii*⁸. In Antwort auf den Hinweis der Anhänger des Paktes, dass der Ostpakt einen Krieg zu verhüten zum Ziel hat, erklärt das Memorandum, dass gerade dies zu beweisen wäre. Mit anderen Worten, das Memorandum verkündet den Gedanken, der am Ende des Memorandums nochmals unterstrichen wird, dass der Ostpakt in Wahrheit den Kampf gegen den Krieg mittels der Vorbereitung eines solchen zum Inhalt hat. Dass sich aber der Ostpakt kein derartiges Ziel stellt, ist aus der gesamten vorhergehenden Darlegung ersichtlich. Doch es fragt sich, welches friedliche Ziel denn die deutsche Forderung nach unbegrenzten Rüstungen verfolgen kann? Auf diese Frage gibt das Memorandum selbstverständlich keine oder, besser gesagt, eine indirekte Antwort, die die unmittelbare Entwicklung und Weiterführung der aggressiven Pläne des deutschen Faschismus im Osten beinhaltet.

BESSONOV

****Das Exemplar ist nicht korrigiert. Direkt der Schreibmaschine entnommen. ****⁹

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 2 an die Westabt[eilung],
2 [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 59–63. Original.

⁸ Verwendung eines erst noch zu erbringenden Beweises als Beweismittel für einen anderen Beweis.

⁹ Diese beiden Nachsätze hat Bessonov eingefügt.

Nr. 514

**Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an die Sekretäre
des ZK der VKP (B) Kaganovič und Ždanov und den 1. Stellv. Vorsitzenden des
Rates der Volkskommissare Kujbyšev**

[14. 9. 1934]

Moskau. ZK der VKP (B).

Ihre [Nr.] 91¹. Ich kann nur dann zustimmen, wenn Sie mir die Nomenklaturliste der ****Aufträge****² schicken, die möglicherweise korrekturbedürftig ist, wenn Sie mir mitteilen können, ob der uns knechtende Goldvertrag mit den Deutschen in Kraft bleibt und ****bis zu welchem Zeitpunkt****, nach dem wir uns verpflichten, das gesamte bei uns geförderte Gold³ zu verkaufen, und wenn ich den endgültigen Text des Vertragsentwurfs hinsichtlich des Fünfjahreskredites in den Händen habe. Außerdem müssen wir darauf bestehen, dass nicht nur die Leute der Handelsvertretung, sondern auch unsere Industriefachleute als Auftraggeber die ****garantierte**** Möglichkeit haben, deutsche Werke zu besichtigen und ****dort die erforderlichen Informationen zu erhalten****. Der Vertrag mit den Deutschen ist eine sehr ernste Angelegenheit. Ohne den Text in den Händen zu haben, ****können wir es nicht**** allein Fridrichson überlassen, dass er auf seine eigene Verantwortung den Vertrag unterschreibt. Fridrichson hat es aufgrund seiner Jugend eilig, doch Eile ist bei einer ernsten Angelegenheit gefährlich. Im vorliegenden Fall haben nicht wir es eilig, sondern die Deutschen, die wünschen, mit dem Vertrag mit uns die Karten in Europa neu zu mischen und den schlechten Eindruck wegen ****ihrer**** Absage an den Ostpakt zu verwischen, Misstrauen bei den Franzosen uns gegenüber zu säen und ihre innere Lage zu verbessern. Ich rate, hinsichtlich der Deutschen keine Eile an den Tag zu legen: Die Deutschen gehen uns nicht verloren, da sie mehr als wir den Vertrag benötigen. Beordern Sie Fridrichson nach Moskau, besorgen Sie den endgültigen Vertragstext, schicken Sie mir die oben angeführten Informationen. Wenn alle Fragen geklärt sein werden, entscheiden wir die Frage über die Unterzeichnung des Vertrages⁴.

Stalin.

****Nr. 60 und 61****14/IX. 34**⁵**

¹ Zu dem Telegramm mit dieser Nummer vgl. Dok. 512, Anm. 4.

² Diese und die weiteren Textstellen sind von Stalin handschriftlich über die Zeilen geschrieben.

³ Am 22. 9. 1934 informierte der Stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel Ėliava Kaganovič: „Im Zusammenhang mit der Anfrage des Gen. Stalin hinsichtlich des Vertrages zum Goldverkauf an die Deutschen teile ich mit, dass wir eine derartige Verpflichtung auf der Grundlage des mit den Deutschen abgeschlossenen Abkommens eingegangen sind, uns einen Kredit von 140 Mio. Mark zu gewähren. Es beschränkte sich auf die Verpflichtung, den Deutschen 1933 für 125 Mio. Mark und 1934 für 100 Mio. Mark Gold zu verkaufen.“ In: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 44, S. 81.

⁴ Am 15. 9. 1934 beschloss das ZK der VKP (B): „Der Vorschlag des Gen. Stalin ist anzunehmen.“ In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 533, l. 11 (Protokoll Nr. 14, Pkt. 3, „Sondermappe“).

⁵ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich eingefügt. Am gleichen Tag wurde um 18 Uhr, 36 Min., aus Sotschi das chiffrierte Telegramm abgeschickt und Kaganovič, Ždanov und Kujbyšev ausgehändigt. In: ebd., l. 31.

Eigenhändige Unterschrift.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 85, l. 32–32R. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 523, S. 480–481.

Nr. 515

**Nachrichtendienstliche Information der Verwaltung für Information
und Statistik der RKKa**

Ganz geheim¹

[17. 9. 1934]

[Anlage Nr. 1]²

DIE AUßENPOLITISCHE LAGE

(Mitteilungen vom 12. 9. von einer den Kreisen der Reichswehr nahestehenden
Quelle)

Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich überhaupt nicht verändert, d. h. sie stellt sich immer noch als hoffnungslos dar, da sich nach dem Putsch in Österreich³ die Beziehungen zu Italien verschlechtert haben. Das Projekt eines Ostpaktes, das sich der Aufmerksamkeit der politischen Kreise erfreut, bewirkt in Regierungskreisen eine lebhafte Diskussion. Nach Auffassung von Schacht ist der Ostpakt unbedingt anzunehmen, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu verbessern. Hitler hat sich gegen die Annahme des Paktes ausgesprochen, indem er erklärte, dass eine Annahme dieses Paktes nach all den Verlautbarungen der Nationalsozialisten hinsichtlich ähnlicher Absichten früherer Regierungen „einem Verrat an dem Volke gleichkommen würde“. Das Außenministerium hält den Ostpakt ebenfalls für unannehmbar, ungeachtet dessen, dass seine Unterzeichnung die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund außerordentlich erleichtern würde. Obwohl noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, ist mit der Ablehnung des Paktes zu rechnen.

Die innenpolitische Lage

Die Säuberung der Partei und der Sturmabteilungen verläuft sehr langsam und mühselig. Hitler offenbart dabei eine große Milde und schreckt vor den erforderlichen Schritten zurück, sobald es um die alten Mitglieder der Nazipartei geht. So beharrte Blomberg übrigens auf den Rücktritt von neun weiteren ranghohen SA-Führern, die im Geiste Röhm's und anderer seiner Gesinnungsgenossen handelten. Der Rücktritt erfolgte nur in zwei besonders schweren Fällen. In den übrigen sieben Fällen beließ man es mit Verwarnungen, da es sich um altverdiente Na-

¹ Die Geheimhaltungsstufe ist handschriftlich geschrieben.

² Mit Begleitschreiben vom 17. 9. 1934 sandten der Stellv. Leiter der Verwaltung für Information und Statistik der RKKa Artuzov und der Leiter der 1. Abteilung Štejnbrjuk unter der Nr. 44708 dem Stellv. Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Tuchačevskij die Materialien zu, die von der militärischen Aufklärung beschafft waren. Vgl. RGVA, f. 33987, op. 2, d. 172, l. 352.

³ Bei einem Putsch der Nationalsozialisten in Österreich am 25. 7. 1934 wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß erschossen, der Putsch jedoch niedergeschlagen.

tionalsozialisten handelte. Unter diesen letztgenannten befindet sich das Stadtoberhaupt von Nürnberg⁴, gegen den General Adam ausreichendes Material für seine unverzügliche Amtsenthebung vorlegte. Doch dessen ungeachtet setzte sich das Stadtoberhaupt unter Berufung darauf, dass er ein alter Nationalsozialist ist, über alle ihn belastenden Materialien hinweg. Die SS führt sich zunehmend arrogant auf. Sie verwandelt sich in das, als was die SA bis zum 30. 6. galt. Der neue Polizeichef von Breslau⁵ und Gruppenchef der SS führt sich genau so arrogant und unverschämt wie sein Vorgänger Heines auf. Doch es werden keinerlei Maßnahmen gegen diese „besondere Klasse alter und prominenter Faschisten“ unternommen. Erneut treten die Erörterungen über eine Regierungsumbildung in den Vordergrund, zu der Hitler gedrängt werden soll. Das AA meint mit Bestimmtheit, dass bald die Auflösung des Propagandaministeriums in seiner jetzigen Form und der Anschluss eines seiner Teile (der Presseabteilung) an das AA erfolgen werden. Goebbels wird man zum Botschafter in Warschau ernennen.

Es wird verstärkt gegen den weiteren Verbleib von Darré und Ley auf ihren Posten gearbeitet. Das Reichswehrministerium steht abseits all dieser Kombinationen. Blomberg wird immer mehr als ein Kabinettsmitglied angesehen, das Hitler gegenüber keinerlei Widerstand leistet. Diese Lage wird durch die Beförderung von Oberst Hersing⁶ auf den Posten des Chefs des Truppenamtes bestätigt, während früher beabsichtigt war, auf diesen Posten Oberst Halder (Chef des Wehrkreises IV) zu ernennen. Halder ist ein Offizier vom Typ eines Fritsch (Chef der Heeresleitung) und passt wenig zu dem bekannten Kreis aus der Umgebung Hitlers. Zum Nachfolger Reichenaus sollte eine Person ernannt werden, die ebenso wie er selbst mit Leib und Seele den Wünschen der Führung der Nationalsozialisten ergeben wäre. Infolgedessen ist Oberst Hersing (zurzeit ist er Stabschef des Wehrkreises VI) zum Nachfolger Reichenaus ernannt worden.

Hier spricht man darüber, dass Oberst Hartmann, der zurzeit krank ist, dem Reichswehrminister wegen der Haltung und des Auftretens des Propagandaministers gegenüber Russland energische Vorstellungen gemacht haben soll. Goebbels schätze Russland völlig falsch ein und sei die ganze Zeit über bestrebt, es zu beleidigen. Russland ist nach Hartmanns Auffassung stärker als je zuvor. Gegen Ende des 2. Fünfjahresplanes werde es ein sehr gut und modern gerüsteter Staat sein, der die allgemeine Anerkennung verdiene. Außerdem hätten sich die Finanzen Russlands konsolidiert, es habe fast keine Schulden und es sei mit der baldigen Einführung des Gold-Rubels zu rechnen. Diese Auffassung hat der Reichswehrminister gegenüber Hitler auf dem Obersalzberg im Beisein des Chefs der Heeresleitung General Fritsch geäußert.

Leiter der 1. Abteilung der ISU der RKKA

Štejnbrjuk⁷

17. September 1934

⁴ Willy Liebel.

⁵ Albrecht Schmelt.

⁶ So im Dokument; richtig: Höring.

⁷ Unterschrieben wurde von dem stellvertretenden Chef der 1. Abteilung der ISU der RKKA, Rjabinin.

[Anlage Nr. 2]

DIE AUFRÜSTUNG DEUTSCHLANDS

(Die Mitteilungen vom 12. 9. verdienen Beachtung)

Die Aufrüstung Deutschlands wird fortgesetzt. Der Personalbestand der Reichswehr wird wie folgt aufgestockt:

zum 1. 10. 1934 bis auf 200 000 Mann

zum 1. 11. 1934 bis auf 250 000 –”–

zum 30. 3. 1935 bis auf 300 000 –”–.

22 Divisionen sollen zum 1. 10. 1934 im Wesentlichen aufgestellt sein.

7 Divisionskreise werden zu 9 Korpskreisen mit je 3 Infanteriedivisionen ausgebaut.

Es werden neue Wehrkreisstäbe gebildet:

der Stab des Wehrkreises VIII in Breslau

der Stab des Wehrkreises IX in Kassel.

Die neu aufgestellten Regimenter haben keine Nummerierung, sondern tragen den Namen ihrer Kommandeure oder den der Garnison, z.B. „Bataillon Müller“ oder „Bataillon Gumbinnen“.

Zum 1. 10. werden die alten Infanteriedivisionen 1 bis 7 die volle Sollstärke erreicht haben; die Divisionen 8 bis 14 werden in ihrem Bestand 2 Bataillone je Regiment haben, dazu kommt eine Abteilung der Divisionsartillerie; die Divisionen 15 bis 21 werden pro Regiment ein Bataillon haben.

Die 22. motorisierte Division wird zum 1. 4. 35 komplett aufgestellt sein.

Leiter der 1. Abteilung der ISU der RKKA

Štejnbrjuk⁸

17. September 34

Eigenhändige Unterschriften unter den beiden Anlagen.

RGVA, f. 33987, op. 2, d. 172, l. 352–348. Original.

Nr. 516

**Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin**

[23. 9. 1934]

Chiff[riertes] Telegramm

An Gen. Stalin

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland und Polen einer Teilnahme am Ostpakt ausweichen, bittet Litvinov, ihm zu gestatten, mit Barthou, Beneš und den Balten Vorverhandlungen zum Abschluss des Paktes ohne Deutschland und Polen aufzunehmen, wobei Polen und Deutschland nach wie vor das Recht verbleibt,

⁸ Wie Anm. 7.

sich in der Folgezeit dem Pakt anzuschließen. Litvinov schlägt außerdem vor, dass sich die Paktteilnehmer gegenseitig Beistand leisten, auch in dem Fall, wenn sie von Polen und Deutschland, die nicht dem Pakt angehören, angegriffen werden sollten.

Wir sind der Auffassung, dass wir uns *nicht*¹ mit dem Vorstoß beeilen müssen, den Pakt ohne Deutschland und Polen abzuschließen; die Entscheidung muss bis zur Rückkehr Litvinovs verschoben werden. Momentan sollte sich Litvinov aber **2 auf die **Sondierung**³ der Absichten der Franzosen und anderer beschränken.

Wir bitten⁴, uns Ihre Meinung mitzuteilen⁵. 109/s Nr. 2526/š

Kaganovič, Molotov⁶

**15 Uhr, 20 Min.
23/IX-34**⁷

Eigenhändige Unterschriften.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 50, l. 117. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 544, S. 494.

Nr. 517

Bericht des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an das NKID

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Nr. 512/s¹

Berlin, 27. September 1934

DIE ISOLIERUNG DEUTSCHLANDS UND DIE DEUTSCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN

Der deutsche Faschismus kam mit dem ausgearbeiteten Programm an die Macht, unter der Führung Deutschlands zusammen mit England und Italien einen antisowjetischen Block zu schaffen. 20 Monate an der Macht haben bewirkt, an diesem Programm wesentliche Korrekturen vorzunehmen.

England. Die deutschen Faschisten haben viel Kraft und Geld investiert, um in England ihre Ideen zu propagieren. Im Grunde genommen setzten sie ihren

¹ Das Wort ist mit Bleistift eingekreist. Diese und die weiteren Korrekturen stammen von Kaganovič.

² Das an dieser Stelle stehende Wort „vorsichtig“ ist eingefügt und dann gestrichen.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Klarstellung.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Teilen Sie ... mit.

⁵ Stalin gab am gleichen Tag sein Einverständnis. Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 85, l. 108.

⁶ Am 23. 9. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) einen Beschluss, der faktisch den 2. Absatz des Telegramms von Kaganovič und Molotov an Stalin wiederholte. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 533, l. 54 (Protokoll Nr. 14, Pkt. 129, „Sondermappe“).

⁷ Der Text ist von einem Sekretär handschriftlich hinzugefügt.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Hoffnungen auf die antisowjetischen Stimmungen der englischen Konservativen. Die Hoffnungen sind nicht ganz in Erfüllung gegangen. Als die deutsche Presse eine Bilanz der englischen Politik in dieser Frage zog, sah sie sich genötigt festzustellen, dass England gegenwärtig einen antisowjetischen Krieg entweder nicht entfesseln kann oder nicht will und es als zweckmäßiger erachtet, mit der UdSSR im Völkerbund zusammenzuarbeiten. Die Faschisten hofften ebenso auf eine Vertiefung der Gegensätze zwischen England und Frankreich. Diese Hoffnungen erwiesen sich gleichfalls als überzogen. Die Erklärung Baldwins, dass die englischen Grenzen nicht bei den Kreidefelsen bei Dover verteidigt werden, sondern an der Rheingrenze², stellt auch in dieser Hinsicht eine für die deutschen Hoffnungen höchst ernüchternde Bilanz dar.

Während dieser 20 Monate stellte sich ferner heraus, dass die sogenannte englische öffentliche Meinung keinerlei besondere Sympathien gegenüber dem Hitlerregime empfindet. Die bekannten Veröffentlichungen der englischen konservativen Presse im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 30. VI.³ und 25. VII.⁴ zeigten in aller Deutlichkeit, dass es im Arsenal der englischen Konservativen nicht wenige ernsthafte Vorbehalte gegenüber dem Hitlerregime gibt. Allem Anschein nach sind die Engländer von dem Wachstum der deutschen Luftflotte sichtlich beunruhigt, über deren Stärke die Weltpresse, vielleicht nicht ohne Hintergedanken, etwas überzogene Angaben verbreitet. Die Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus mit ihren Schwankungen, mit ihren feierlichen Erklärungen über die Einstellung der Zahlungen und mit den nachfolgenden schmählischen Rückzügen ruft schließlich in der seriösen konservativen Presse Englands den begründeten Verdacht hervor, dass die Wirtschaftspolitik des faschistischen Deutschlands unseriös, dilettantisch und leichtsinnig ist. Im Ergebnis dessen zeigte sich, dass selbst das im Winter des vergangenen Jahres von England abgerungene Einverständnis für regulierte deutsche Rüstungen⁵ sich jetzt gewandelt hat (siehe die englischen Vorschläge zum sogenannten Ostpakt⁶) in unbestimmte Versprechungen, nach dem Beitritt Deutschlands zu diesem Pakt die Frage der deutschen Gleichberechtigung erneut aufzuwerfen. Somit hat sich die Orientierung zerschlagen, England unverzüglich in einen antisowjetischen Kreis einzubeziehen; eine Annäherung an England wird immer problematischer.

So sieht der erste und größte Misserfolg der außenpolitischen Konzeption des deutschen Faschismus aus.

Italien. Einen noch größeren Rückschlag erlitt die außenpolitische Konzeption des deutschen Faschismus im Hinblick auf Italien. Der deutsche Faschismus hat im Fall Italiens zum ersten Mal erfahren müssen, dass es unmöglich ist, eine

² Baldwin erklärte am 30. 7. 1934 im Unterhaus: „[...] since the day of the air the old frontiers are gone. When you think of the defence of England you no longer think of the chalk cliffs of Dover, you think of the Rhine. That is where our frontiers lies.“ In: House of Commons, Parliamentary Debates, Official report, 5. Serie, Bd. 292, London 1934, S. 2339.

³ Gemeint ist der sogenannte Röhm-Putsch; vgl. Dok. 478, Anm. 18.

⁴ Gemeint ist der nationalsozialistische Putsch in Österreich; vgl. Dok. 515, Anm. 3.

⁵ Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Serie, Bd. VI, London 1956, Dok. 206, S. 314–324; Zur Reaktion des AA auf das englische Memorandum vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 245, S. 449–452.

⁶ Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Serie, Bd. VI, London 1956, Dok. 496, S. 831–833. Siehe auch Dok. 481, Anm. 4, im vorliegenden Band.

faschistische Internationale zu gründen. Die ideologische Verwandtschaft des deutschen und italienischen Faschismus, auf die die faschistischen Theoretiker solche Hoffnungen setzten, war überhaupt kein Hinderungsgrund dafür, dass zwischen Deutschland und Italien seit dem Machtantritt der Faschisten eine gewisse Kälte in den Beziehungen eingetreten ist. Die feierliche Erklärung Hitlers in „Mein Kampf“, dass er den Italienern das ihnen seit Alters her gehörende Tirol abtritt⁷, konnte die Italiener selbstverständlich nicht besänftigen, die mit Unruhe den sogenannten österreichischen **Nationalsozialismus**⁸ beobachten, der aus Berlin und München finanziert wird. In einem nicht geringeren Maße beunruhigte Italien das wiederholte, obgleich nicht besonders erfolgreiche Ausgreifen des deutschen Faschismus auf den Balkan (Ungarn, Jugoslawien, Griechenland). Das feierliche Treffen mit Mussolini im Juni 1934⁹ brachte nicht nur keinerlei Ergebnisse, sondern hinterließ bei den Deutschen im Zusammenhang mit der etwas närrischen Rolle, die Hitler bei dieser Begegnung spielte, ein gewisses Gefühl der Bitterkeit. Die Ereignisse vom 25. Juli besiegelten endgültig die italienischen Hoffnungen des deutschen Faschismus. Die deutsch-italienische Annäherung, das ehemalige Herzstück der faschistischen Außenpolitik, erwies sich somit als eine echte Legende. Ganz zu schweigen davon, dass sich die antisowjetische Ausrichtung dieses Blockes von Anfang an als gescheitert erwies, da Mussolini nicht gewillt war, sich an irgendeinem antisowjetischen Block zu beteiligen.

So wurde dem deutschen Faschismus auf dem Gebiet der Außenpolitik die zweite Karte aus der Hand geschlagen.

Polen. Der deutsche Faschismus unternahm große Anstrengungen, die französische Hegemonie in Europa zu schwächen, was zu seinen wichtigsten außenpolitischen Aufgaben bei der Vorbereitung eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion gehörte.

Hierbei bestand der größte und bislang einzige Erfolg des deutschen Faschismus bekanntlich in der Annäherung an Polen. Seit dieser Annäherung ist bereits ein Jahr vergangen. Die Fakten dieses Jahres sprechen **¹⁰ für die Annahme, dass sich das Abkommen mit Polen nicht auf jene Momente beschränkte, über die in der Presse geschrieben wurde. Und dennoch erwies sich der polnische Bündnispartner, auf den unter den gegebenen Umständen die größten Hoffnungen gesetzt werden mussten, als nicht so stabil, was auch zu erwarten war. Die Zickzack-Politik, die laut Einschätzung des Gen. Stalin auf dem 17. Parteitag die Haltung Polens gegenüber der UdSSR bestimmte¹¹, kam auch in den Beziehungen Polens gegenüber Deutschland zur Geltung. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Deutschen es gern gesehen hätten, wenn zuerst die Polen die negative Antwort auf den Vorschlag zum Ostpakt gegeben hätten, um damit Deutschland von dem Odium zu befreien, das durch seine Ablehnung aufgekommen ist, am Pakt teilzunehmen. Doch die Polen bereiteten den Deutschen nicht dieses Vergnügen. Die polnische Antwort auf den Ostpakt verzögerte sich gegenüber der deutschen Antwort um 20 Tage. Wobei aber bei aller negativen Haltung diese Antwort, wie die deutschen

⁷ Vgl. A. Hitler: Mein Kampf. 107–111. Aufl. München 1934, S. 709–711.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Nationalismus.

⁹ Vgl. Dok. 462, Anm. 8.

¹⁰ Das an dieser Stelle stehende Wort „alle“ ist gestrichen.

¹¹ Vgl. XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (b), S. 13 [siehe Dok. 350, Anm. 1].

Zeitungen heute berichten, dennoch den Weg für weitere Verhandlungen offen hält. Die Deutschen hätten es ferner zweifellos gern gesehen, wenn Polen im Völkerbund gegen die Aufnahme der UdSSR gestimmt hätte. Doch die Polen erwiesen den Deutschen auch diesen Dienst nicht. Sie stimmten sogar dafür, der UdSSR einen ständigen Ratssitz zu übertragen. Sie hatten ****schließlich****¹² nichts gegen die Erklärung von Barthou einzuwenden, dass die UdSSR dank der Bemühungen der vier Länder Frankreich, England, Italien und ***Polen***¹³ in den Völkerbund aufgenommen wurde. Die Deutschen begrüßten auch den polnischen Vorstoß in der Frage der nationalen Minderheiten, wobei sie darauf spekulierten, dass dieser Vorstoß Polens entweder dem Völkerbund einen ernsten Hieb zufügt oder Polen aus dem Völkerbund ausgeschlossen wird und sich damit die Anzahl der Länder vergrößert, die nicht dem Völkerbund angehören, ihn aber bekämpfen. Doch die Polen befriedigten auch diese deutschen Hoffnungen nicht, da sie einen schmähhlichen Rückzug von ihren ursprünglichen Positionen in der Frage der nationalen Minderheiten antraten. Anstelle eines Hiebes gegen den Völkerbund, nach dem die Deutschen lechzten, erfolgte ein ernster Schlag gegen das Ansehen des polnischen Verbündeten des deutschen Faschismus. Somit erwies sich die dritte Karte des deutschen Faschismus in der Tat als weniger effektiv, als die deutschen Faschisten es erwartet hatten.

Japan. Der deutsche Faschismus verband und verbindet mit den antisowjetischen Plänen Japans die größten Hoffnungen. Diese Hoffnungen erlangten umso mehr an Bedeutung, je deutlicher sich das Scheitern der früheren außenpolitischen Konzeption des deutschen Faschismus gegenüber England und Italien abzeichnete. In den 20 Monaten des faschistischen Regimes wurde unablässig die sich festigende deutsch-japanische Freundschaft bekundet. Der japanische Botschafter in Berlin¹⁴ wurde für die deutschen Faschisten zur persona gratissima, weil er der einzige Botschafter war, der das nationalsozialistische Regime konsequent akzeptierte. Auf die antisowjetischen Pläne Japans setzten und setzen bekanntlich nicht nur die Deutschen ihre Hoffnungen. Gewisse Kreise der englischen Bourgeoisie, die Faschisten in Finnland und in Polen haben sie nicht weniger ins Kalkül gezogen. Doch im Verlauf der letzten drei Jahre ******¹⁵ hat Japan beständig die in dieses Land gesetzten Hoffnungen bitter enttäuscht. Ein militärisches Vorgehen Japans gegen die UdSSR wurde jeden Herbst auf das Frühjahr verschoben und jedes Frühjahr wiederum auf den Herbst vertagt. Indessen muss es selbst einem militärischen Laien völlig klar geworden sein, dass die UdSSR es in dieser Zeit vermochte, ihre Stellung im Fernen Osten und in Europa kolossal zu festigen. Die Festigung der Stellung in Europa fand unter anderem ihren Ausdruck im Beitritt der UdSSR zum Völkerbund¹⁶. Die deutsche Presse sah sich zähneknirschend genötigt anzuerkennen, dass die Zeit für die UdSSR arbeitet und die Japaner sich mit ihren antisowjetischen Plänen verspäten. Der Taifun in Japan¹⁷ und

¹² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: sogar.

¹³ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁴ Kintomo Mushakoji.

¹⁵ Der an dieser Stelle stehende Text „der Existenz dieser Hoffnungen“ ist gestrichen.

¹⁶ Am 18. 9. 1934.

¹⁷ Am 21. 9. 1934 wurde Japan von dem Taifun Muroto heimgesucht, in dessen Folge ungefähr 3000 Menschen ums Leben kamen und weite Teile des Landes verwüstet wurden.

das Abkommen über den Verkauf der KVŽD¹⁸ sind in Deutschland mit schierer Verzweiflung aufgenommen worden.

Andere Länder. **Der vollständige oder teilweise Misserfolg**¹⁹ der nationalsozialistischen Politik in diesen vier Hauptrichtungen konnte selbstverständlich nicht durch einen gewissen Erfolg beim Schüren der antisowjetischen Stimmungen in Finnland, der antiitalienischen Stimmungen in Jugoslawien und durch die mehr als zweifelhaften Erfolge in Ungarn kompensiert werden. Ganz zu schweigen von der vergleichsweise geringen Bedeutung aller dieser Länder, denn kein einziges kommt als Stützpunkt für die Schaffung einer antisowjetischen Front ernsthaft in Betracht. Die utopischen Träume, unter der Führung Deutschlands einen baltischen Staatenblock zu bilden, erfuhren nach der Erklärung der drei baltischen Staaten hinsichtlich ihrer prinzipiell wohlwollenden Haltung gegenüber dem Ostpakt²⁰ und nach der Deklaration der anderen vier Ostsee-Staaten über ihren Wunsch, mit der UdSSR im Völkerbund zusammenzuarbeiten²¹, einen herben Dämpfer.

Bilanz. Im Ergebnis der 20monatigen Entwicklung stellte sich heraus, dass die außenpolitische Konzeption des deutschen Faschismus nicht nur von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, sondern Deutschland auch in eine nie dagewesene Isolierung getrieben wurde, die der deutschen öffentlichen Meinung umso gefährlicher erscheint, als sie sich angesichts der allseitigen Festigung der Stellung der UdSSR und der sich zweifellos abzeichnenden französisch-sowjetischen Annäherung abspielt und verstärkt. Man kann direkt sagen, dass der deutsche Faschismus eingedenk der oben ausgeführten Entwicklung in gewissem Maße der Perspektiven seiner Außenpolitik verlustig gegangen ist. Die antisowjetische Stoßrichtung dieser Politik ist zwar geblieben, die konkreten Formen jedoch, in denen diese gemäß den Plänen des deutschen Faschismus umgesetzt werden sollte, sind verschwommen und verblasst. Dies ist der Grund dafür, weshalb in der deutschen Presse nunmehr vermehrt **wilde Pläne**²² für einen Viermächteblock der Länder erörtert werden, die heute außerhalb des Völkerbundes stehen, und zwar Japan, Amerika und Deutschland, dem sich in der Folgezeit Polen anschließen soll, um gegen die übrige Welt anzutreten. Derartige Phantasien sind gleichbedeutend mit dem völligen Verlust der realen Perspektiven der Außenpolitik.

Der einzige Punkt des außenpolitischen Programms des deutschen Faschismus, an dem mit unverminderter Hartnäckigkeit festgehalten wird, ist die Orientierung auf die Aufrüstung Deutschlands. Nach Hitlers Auffassung sollte wegen der Misserfolge der Außenpolitik solange nicht sonderlich Trübsal geblasen werden, solange es Deutschland nicht vermag, aufgrund seiner tatsächlich gestiegenen Rüstungen zu einem begehrten Verbündeten für andere Länder zu werden.

¹⁸ Das Abkommen zwischen der UdSSR und Mandschukuo über die Überlassung der Rechte der UdSSR bezüglich der KVŽD (der Ostchinesischen Eisenbahn) an Mandschukuo wurde am 23. 3. 1935 unterzeichnet. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 134, S. 204–213.

¹⁹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Die Niederlage.

²⁰ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 280, 283, 295.

²¹ Gemeint sind Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden, in deren Namen der Außenminister Schwedens Sandler am 15. 9. 1934 ein Schreiben an den Ratspräsidenten des Völkerbundes Beneš richtete, in dem er über die Befürwortung der Einladung an die UdSSR, dem Völkerbund beizutreten und über die Bereitschaft informierte, für diesen Beitritt zu stimmen. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 331, S. 590.

²² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: der wilde Plan.

Ein gerüstetes Deutschland kann seine außenpolitischen Pläne, wie Hitler meint, mit größerem Erfolg verwirklichen, im Gegensatz zum ungerüsteten Deutschland dieser Tage.

Das Verhältnis zur UdSSR. Die deutsche Politik musste unter den gegebenen Umständen gegenüber der UdSSR unausweichlich sehr starke Schwankungen aufweisen, was tatsächlich auch eingetreten ist. Die Deutschen wählten sehr sorgfältig den Zeitpunkt für ihre negative Antwort auf den Vorschlag zum Ostpakt aus. Als sie die Antwort am 9. IX.²³ veröffentlichten, beabsichtigten sie, damit einen gewissen Einfluss hinsichtlich des Eintritts der UdSSR in den Völkerbund zu nehmen. Sie haben sich zwar verrechnet, doch die Absicht ist wohl kaum anzuzweifeln. Das lange Hinauszögern der deutschen Antwort, die ohnehin schon seit langem bekannt war, ließ sich nur mit antisowjetischen Absichten erklären.

Die deutsche Presse hat den Beitritt der UdSSR zum Völkerbund mit einem unerhörten Geschrei aufgenommen²⁴. Deutschland, welches 10 Jahre einträchtig mit der UdSSR auf einigen Gebieten zusammenarbeitete, versuchte nun der Welt wutschäumend zu beweisen, dass eine Zusammenarbeit mit der UdSSR gleichbedeutend mit dem Zerfall der Zivilisation sei. Solch eine Zügellosigkeit der antisowjetischen Kampagne wie zum Zeitpunkt des Eintritts der UdSSR in den Völkerbund hat es in den letzten vier Jahren in Deutschland noch nicht gegeben. Die Andeutungen der deutschen Presse, dass sich andere Länder in nächster Zeit davon überzeugen werden können, in welchem Grad gefährlich die Annäherung an ein Land ist, in dem die Komintern herrscht, sind interessant und verdienen in vielerlei Hinsicht beachtet zu werden. Man könnte meinen, dass die Deutschen über Mittel verfügen, der Welt die nötigen Beweise in den von ihnen genannten Fristen zu liefern. Wir haben es somit einerseits mit extremen antisowjetischen Stimmungen im deutschen Faschismus zu tun, der im Zusammenhang mit dem Scheitern seiner eigenen Politik und mit der kolossalen Stärkung der Stellung der UdSSR eine ohnmächtige Wut an den Tag gelegt hat. Andererseits beobachten wir in letzter Zeit auf einigen Gebieten, die einer Beleuchtung durch die Presse weniger zugänglich sind und weniger im Blickpunkt stehen als politische Fragen, ein Auflodern von vermeintlich prosowjetischen Stimmungen. Dieses Auflodern ist in einem großen Maße mit der Persönlichkeit und der Politik von Herrn Schacht verknüpft, der momentan als der Wirtschaftsdiktator Deutschlands gilt.

Als im August 1934 die Handelsvertretung mit dem Wirtschaftsministerium das wenig befriedigende Protokoll über Maßnahmen zur Unterstützung des sowjetischen Exports unterzeichnete²⁵, hatten wir alle den Eindruck, dass die Deutschen ihr Versprechen, bei der Erweiterung des sowjetischen Exports nach Deutschland bis auf 200 Mio. Mark mitzuwirken, nicht erfüllen wollen und es nicht können. Der

²³ Am Abend des 10. 9. 1934 fand im Reichspropagandaministerium eine Pressekonferenz statt, auf der die offizielle Haltung der Regierung Deutschlands verkündet wurde. Vgl. NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 2: 1934, S. 354. Die Veröffentlichung in der deutschen Presse erfolgte am 11. 9. 1934. Vgl. „Der Ostpakt. Deutschlands Ablehnung“. In: Frankfurter Zeitung vom 11. September 1934, S. 2.

²⁴ Am 22. 9. 1934 richtete das Propagandaministerium an die Presse folgende Weisung: „Gegen den bevorstehenden Eintritt Russlands in den Völkerbund soll von der deutschen Presse nicht polemisiert werden. [...] Dagegen können ausländische Blätterstimmen, die sich mit dem Eintritt Russlands in den Völkerbund negativ befassen, gebracht werden.“ In: NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Bd. 2: 1934, S. 325.

²⁵ Am 8. 8. 1934. Vgl. Dok. 502.

Gang der Ereignisse zeigte indes, dass diese Befürchtungen nicht eintraten. Die Devisenkatastrophe zwang den deutschen Faschismus dazu, der Mehrheit der sowjetischen Exportgüter fast eine Monopolstellung auf dem deutschen Markt einzuräumen, da unsere Güter ausschließlich in Mark verkauft werden und von den Deviseneinrichtungen²⁶ keine Sondergenehmigungen erforderlich sind. Schacht ging sogar noch weiter und gestattete, die durch die UdSSR per Transit beförderten Waren aus der Mongolei, Afghanistan, Persien, Nord- und Westchina auch ohne Verkaufsgenehmigung zu verkaufen. Selbst bei den Waren, bei denen unser Verkauf durch Kontingente und Monopole begrenzt ist, gewährten die Deutschen uns erhebliche Zugeständnisse, so bei Butter, wo uns die Deutschen bereits ein zusätzliches Kontingent von 2000 Tonnen bewilligt haben und uns bis zum Ende des Jahres voraussichtlich noch irgendetwas geben werden. Kraft dessen zeigte es sich, dass unsere Waren auf dem deutschen Markt eine Art Monopol einnehmen, so dass sie dadurch zu einem bedeutend höheren Preis (um 20 bis 25%) als zum Weltpreis verkauft werden. Wenn wir angesichts solcher Umstände das Programm zur Ausweitung des Exports auf 200 Mio. Mark nicht erfüllen, so nur deshalb, weil uns die Güter fehlen, was sich bereits jetzt bei einigen Erzeugnissen bemerkbar macht (Därme, Getreide). Die Devisenschwierigkeiten zwangen Schacht ferner dazu, uns auf dem Gebiet unseres Erdölexports weit entgegenzukommen. Unter dem Druck Schachts sind die deutschen Benzinimporteure gezwungen worden, ihre unlängst mit Shell abgeschlossenen Verträge zu kündigen²⁷ und das Benzin wieder bei Sojuznefteexport zu kaufen, zudem in einem Umfang, der uns völlig gelegen kommt und für einige Jahre garantiert ist. Soweit zu vernehmen ist, setzt Schacht die deutschen Importeure auch mit der Absicht unter Druck, die Derop²⁸ zu kaufen, was ebenfalls völlig mit unseren Interessen übereinstimmt.

An der wohlwollenden Haltung Schachts, uns einen langfristigen Finanzkredit zu gewähren, ist ebenso nicht zu zweifeln. Ich hatte bereits Veranlassung, an das NKID zu schreiben, dass die Gewährung dieses Kredites schwerlich mit den allgemeinen Tendenzen der Außenpolitik des deutschen Faschismus in Einklang zu bringen ist. Es ist auch schwer, sich vorzustellen, dass Hitler, mit dessen Kenntnis die Verhandlungen geführt werden, sein Einverständnis dazu gibt, uns einen 200-Millionen-Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren zu gewähren, was damit gleichbedeutend wäre, in diesen fünf Jahren auf seine antisowjetischen Pläne zu verzichten. Doch noch weniger vorstellbar ist die Annahme, dass Hitler uns den 200-Millionen-Kredit in dem Wissen gewährt, Deutschland würde bei einer Teilnahme an einem antisowjetischen Abenteuer während dieser fünf Jahre sowieso diese 200 Millionen verlieren. Somit ist nur zu vermuten, dass es auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik keine ausgewogene Koordinierung mit der allgemeinen außenpolitischen Linie gibt. Schacht erhält dank des Scheiterns der allgemeinen außenpolitischen Konzeption des deutschen Faschismus die Möglichkeit, auf wirtschaftlichem Gebiet das zu tun, was unter normalen Bedingungen, ganz allgemein gesprochen, der außenpolitischen Linie widersprechen würde.

²⁶ Die im Rahmen des „Neuen Plans“ von Schacht ins Leben gerufenen Importüberwachungsstellen erteilten die Genehmigung für die Einfuhr von Waren aller Art, die in Valuta bezahlt wurden.

²⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

²⁸ Zur Haltung von Schacht, die Derop zu kaufen, vgl. Dok. 524, 537.

Obleich das Abkommen über den 200-Millionen-Kredit noch nicht unterzeichnet²⁹ und nicht bekannt ist, ob es je unterzeichnet werden wird, setzen die Deutschen es nichtsdestotrotz bereits dafür ein, um die kleinen Länder zu desorganisieren und auf sie Druck auszuüben. Es steht außer Frage, dass die Deutschen das Abkommen, falls es unterzeichnet wird, im großen Maßstab für ihre politischen, hauptsächlich antifranzösischen, Ziele ausnutzen werden. Es genügt darauf zu verweisen, dass selbst das Roggenabkommen, das wir mit den Deutschen in Warschau unterzeichneten³⁰, in der heutigen deutschen Presse an exponierter Stelle als ein überragendes außenpolitisches Ereignis in Fettdruck veröffentlicht wurde³¹. Die Deutschen verstehen sehr wohl, dass die Meldung von einem ****großen****³² Kredit Deutschlands auf eine ganze Reihe kleiner Staaten in Europa depriimierend wirken und in Frankreich eine außerordentliche Verwirrung auslösen wird. Wie auch immer deshalb ihre tatsächlichen Absichten sein mögen, die sie mit dem jetzigen Abkommen über den 200-Millionen-Kredit verknüpfen, die Deutschen werden es völlig für ihre Propaganda einspannen.

Uns stellt sich hier ****33** die Sache so dar, dass ****auch** in den Stimmungen³⁴ der deutschen Presse eine gewisse Kehrtwende nicht ausgeschlossen ist. Es liegen jedoch Informationen vor, wonach die Regierung beabsichtigt, die anti-sowjetische Kampagne etwas zu zügeln. Die jüngsten Gespräche unserer Journalisten in der Presseabteilung des Ministeriums belegen, dass diese Gerüchte einen gewissen realen Hintergrund haben. Die deutschen Regierungskreise sind sich offenbar vollkommen dessen bewusst, dass sie in ihren antisowjetischen Kampagnen stark über die Stränge geschlagen haben.

Die allgemeine Schlussfolgerung lautet, dass wir uns erneut in einer Phase befinden, die von einer gewissen Inkonsequenz der deutschen Politik gegenüber der UdSSR geprägt ist. Der antisowjetische Charakter dieser Politik wird im Grunde genommen beibehalten, doch die Erscheinungsformen können sich angesichts der zunehmenden außenpolitischen Isolierung Deutschlands für eine bestimmte Zeit stark verändern, und zwar in Richtung einer gewissen Mäßigung. Die unmittelbare Zukunft wird zeigen, inwieweit derartige Annahmen richtig sind.

BESSONOV

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4568 vom 1. 10. 1934.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2 bis 5 an Gen. Krestinskij ****35**, das 6. zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 110–120. Kopie.

²⁹ Vgl. Dok. 514, Anm. 4.

³⁰ Das Abkommen über die Regelung der polnischen, deutschen sowie sowjetischen Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl wurde am 26. September 1934 in Warschau unterzeichnet. Vgl. AVP RF, f. 82, op. 18, p. 62, d. 7, l. 140–142.

³¹ Vgl. „Deutsch-polnisch-sowjetisches Roggenabkommen“. In: Völkischer Beobachter vom 27. September 1934, Berliner Ausgabe, S. 4.

³² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: jetzigen.

³³ Das an dieser Stelle stehende Wort „überhaupt“ ist gestrichen.

³⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Stimmungen.

³⁵ An dieser Stelle wurde handschriftlich hinzugefügt: das 5. Expl. an Gen. Suric.

Nr. 518

Notiz des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde

[Ende September 1934]

AUSKUNFT

Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg wurde am 20. November 1875 in Kemberg, Provinz Sachsen, geboren. Er ist der Sohn von Bernhard Schulenburg. Mitglieder seiner Familie standen in Justiz und Verwaltung in Braunschweiger Diensten. Schulenburg selbst befindet sich seit 1901 im diplomatischen Dienst. Nach seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt bekleidete er von 1903 bis 1906 zweitrangige Posten in Barcelona, L'vov, Prag und Neapel. 1907 wurde er zum Vizekonsul in Warschau ernannt und 1911 zum Konsul in Tiflis. Von 1915 bis 1917 war er geschäftsführender Konsul in Erzerum, Beirut und Damaskus. Danach gehörte er der Kaukasus-Delegation an. 1919 wurde er vorübergehend zum Auswärtigen Amt abgestellt, und 1921 erfolgte die Ernennung zum Legationsrat. 1923 wurde er zum Gesandten in Teheran ernannt, und seit 1931 war er in gleicher Funktion in Rumänien tätig.

****In politischer Hinsicht ist er eine farblose Persönlichkeit****¹.

1908 heiratete er Elisabeth von Sobbe, doch bereits 1910 wurde die Ehe geschieden. Er hat eine Tochter². Die Schulenburgs sind ein altes Adelsgeschlecht, deren Anfänge ins Jahr 1238 zurückreichen. Um 1340 spaltete es sich in zwei Linien auf, in eine „weiße und in eine schwarze Linie“. Ein Vorfahr Schulenburgs ist Friedrich-Wilhelm, der ehemalige Stadtkommandant von Berlin, der am 18. Oktober 1806 nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt die Berliner aufrief: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.“

Nicht mit Werner von der Schulenburg (er wurde am 2. Dezember 1881 geboren) zu verwechseln, der der Verfasser zahlreicher Romane und der Herausgeber der Zeitschrift „Italia“ ist.

Linde

Eigenhändige Unterschrift.

AVP RF, f. 82, op. 18, p. 61, d. 1, l. 42. Original.

¹ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

² Christa-Wernfriedis, später verheiratete Freifrau von Lindenfels.

Nr. 519

**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde an den
sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov**

Geheim

UdSSR
Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
2. Westabteilung
Nr. 18418¹

4. Oktober 1934

An den
Geschäftsträger der UdSSR
in Deutschland
Gen. Bessonov

Werter Sergej Alekseevič,

Gen. Štern ist weiterhin krank. Wann er aus dem Kreml-Krankenhaus² entlassen wird, ist ungewiss, doch es geht ihm allmählich besser. Ich teile Ihnen die aktuellen Ereignisse mit: Am 27/IX war Twardowski bei mir und teilte mit, dass unser Dampfer „Kooperator“ bei der Durchfahrt durch den Kieler Kanal von den örtlichen Behörden eine Verwarnung erhalten habe, weil Passagiere auf dem Dampfer geschrien hätten: „Freiheit für Thälmann, Nieder mit den Faschisten“ usw. Erteilen Sie Ihrerseits über den Hamburger Generalkonsul³ allen Kapitänen von Dampfern die strenge Anweisung, dafür zu sorgen, dass sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen. Twardowski war wegen des Umstandes recht niedergeschlagen, dass Gen. Alksnis seine Teilnahme am Frühstück absagte, welches Twardowski für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Deruluft gab. Das Verhalten von Alksnis war, unter uns gesagt, tatsächlich nicht gut. Unzufrieden war Twardowski, ebenso wie Krebs⁴, der abreist, auch darüber, dass eine Reihe unserer Militärs ihre Teilnahme zu dem anlässlich der Abreise von Krebs beabsichtigten Abendessen bei Twardowski absagten. Ich konnte feststellen, dass der Hauptgrund für ein derartiges Verhalten unserer Militärs darin bestand, dass sie vollauf mit der Vorbereitung der Manöver, die am 29. September begannen, beschäftigt waren; einige von ihnen konnten einfach deshalb nicht daran teilnehmen, weil sie sich zu dieser Zeit nicht in Moskau aufhielten (Tuchačevskij und andere). Gen. Gekker, der Chef der INO des Volkskommissariats für Verteidigung, gab für Krebs ein Abendessen, an dem Mitarbeiter der Auslandsabteilung teilnahmen. Von den führenden Militärs war niemand anwesend.

Am 1/X traf Schulenburg ein, Gen. Šilo begrüßte ihn auf dem Bahnhof. Am 2/X stattete Schulenburg den Genossen Krestinskij, Stomonjakov und mir einen Besuch ab, am 3/X fand um 1 Uhr die Übergabe des Beglaubigungsschreibens statt. Gen. Kalinin nahm es entgegen, der sich offiziell noch im Urlaub befand, doch an-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Seit Sommer 1925 befand es sich in der Straße Vozdvizenka Nr. 6.

³ Nikolaj Petrovič Krumin.

⁴ Gemeint ist Hans Krebs, der Gehilfe des deutschen Militärattachés in Moskau.

gesichts der Andeutung Twardowskis, dass seine Anwesenheit wünschenswert wäre, entschied er sich, den Deutschen entgegenzukommen. Um Twardowski auf der Privataudienz bei Kalinin zu beschwichtigen, war auch der eingeladene Gen. Enukidze bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens anwesend. Dies machte auf Twardowski und die übrigen Angehörigen der deutschen Botschaft einen entsprechenden Eindruck. Die Privataudienz war höchst knapp bemessen, sie dauerte 15 Minuten⁵. Der Text des Beglaubigungsschreibens ist in einem trockenen Ton gehalten. Eine Kopie des Beglaubigungsschreibens werden wir Ihnen zuschicken⁶.

Am 29/IX kam Hilger mit einem Protest wegen unserer Aufführung des Films „Thälmann“. Ich schicke Ihnen die Aufzeichnung der Unterredung⁷. Danach gelang es mir festzustellen, dass das Filmstudio, um das es geht, Diapositive und Lehrfilme herstellt. Somit ist es durchaus wahrscheinlich, dass die Filmchronik „Thälmann“ nicht in die Kinos kommt, sondern in Arbeiterklubs, in Betrieben und anderen Orten vorgeführt wird.

Es ist zu spüren, dass die hiesige Deutsche Botschaft durch das Auswärtige Amt oder durch eine andere Einrichtung in Berlin an der kurzen Leine gehalten wird und sie konkrete Weisungen zu jedem einzelnen Fall erhält.

Der neue Botschaftssekretär Hensel ist offenkundig ein glühender Verehrer seines Landsmannes Rosenberg. Er lässt keine einzige Möglichkeit aus, diese oder jene Sache zu beanstanden. Er verheimlicht keineswegs seine Parteizugehörigkeit. Zudem prahlt er bei jeder Gelegenheit mit seiner Standfestigkeit.

Über die Abreise von Gen. Suric ist zurzeit noch nichts bekannt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Linde

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. an die Adresse, das 2. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 224–223. Kopie.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C. Bd. III/1, Dok. 229, S. 442.

⁶ Im Vorgang nicht abgelegt.

⁷ Hilger, der sich auf die Zeitungsnotiz (Večernjaja Moskva vom 26. September 1934, S. 3) über den Diafilm „Thälmann“ berief, erklärte im Namen der Botschaft „den Protest gegen diesen Film“. Linde gab Hilger vorsorglich zu verstehen, dass der Protest nicht angenommen werde, weil der Film noch nicht freigegeben worden sei, sein Inhalt der Botschaft unbekannt sei und somit kein Grund für einen diesbezüglichen Protest vorliege. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 222.

Nr. 520
**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

Geheim
Expl. Nr. 4

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG,
7. X. 1934

Nach der üblichen Begrüßung und einem Austausch über die Lage in Rumänien¹ streiften wir beiläufig die sowjetisch-deutschen Beziehungen². Schulenburg erklärte, dass er mit der Aufgabe hierher gekommen sei, die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern, was den Absichten der deutschen Regierung entspreche. Ich bestätigte meinerseits, dass dies auch unseren Wünschen entspreche und der momentane Zustand der Beziehungen uns keineswegs befriedige und wir uns nichts sehnlicher wünschten, als sie zu verbessern. Dafür sei es jedoch erforderlich, die im Weg stehenden Hindernisse zu beseitigen. Auf die Frage Schulenburgs, was man denn machen könne, sagte ich, dass auch sein Vorgänger Nadolny seinerzeit die gleiche Frage an mich gerichtet hätte. Letzterer hätte ständig diese Frage gestellt und im Ergebnis dessen hätten wir dann auch Vorschläge darüber vorgelegt, was man für die Wiederherstellung des Vertrauens oder die Beseitigung des Misstrauens, welches durch die Umstände der letzten Zeit verursacht worden war, unternehmen müsse. Solch ein Vorschlag sei das Projekt eines Baltischen Protokolls gewesen, das von den Deutschen jedoch abgelehnt worden sei. Das Projekt eines Ostpaktes weise in genau die gleiche Richtung. Eine Annahme dieser Vorschläge würde zweifellos die Grundlage dafür abgeben, wirklich gute Beziehungen entwickeln zu können. Dagegen könne ihre Ablehnung das Misstrauen nur noch vertiefen. Schulenburg sprach etwas verschwommen darüber, wonach es Deutschland nicht möglich sei, irgendwelche Verpflichtungen militärischen Charakters zu übernehmen. Ich erwiderte, dass das Baltische Protokoll keinerlei Verpflichtungen militärischen Charakters auferlegt hätte, sondern das Gegenteil der Fall sei. Mit ihm werde das Erfordernis beseitigt, zu irgendwelchen militärischen Maßnahmen zu greifen. Die Tatsache, das Deutschland ungenügend gerüstet sei, wäre somit kein Grund, nicht dem Protokoll beizutreten. Uns überzeugten auch nicht die Argumente gegen den Ostpakt. Ich hielt es jedoch nicht für angebracht, lange bei diesem Thema zu verweilen.

Schulenburg sprach nun darüber, dass es wünschenswert wäre, die Anlässe für die beiderseitigen Reibereien zu beseitigen, insbesondere auf dem Gebiet der

¹ Graf von der Schulenburg war vor seiner Ernennung zum Botschafter in der UdSSR von 1931 bis 1934 Gesandter in Rumänien.

² Schulenburg führte in seiner Information über diese Unterredung an das AA aus: „Litwinow vermied offensichtlich Berührung Frage deutsch-russischer Beziehungen.“ Dies sei auch bei seinen ersten Treffen mit Krestinskij und Stomonjakow der Fall gewesen. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 233, S. 449.

Presse, zu dem er angeblich irgendwelche Maßnahmen ergriffen hätte. Ich bemerkte, dass bis jetzt keine Ergebnisse zu sehen wären und in der deutschen Presse die antisowjetische Hetze im Zusammenhang mit unserem Beitritt zum Völkerbund nicht eingestellt, sondern verstärkt worden sei, zumindest treffe dies für die Zeit meines Aufenthaltes in Genf zu. Ich fügte dem hinzu, dass wir den Eindruck hätten, der sich durch Meldungen der gesamten Auslandspresse bestätige, dass der Haupteinpeitscher der antisowjetischen Hetze, Herr Rosenberg, an Einfluss gewinne. Schulenburg verneinte eine Zunahme seines Einflusses. Zum Ende der Unterredung bat mich Sch[ulenburg] darum, mich für den Fall zu interessieren, über den ihn seine Mitarbeiter vor seiner Abfahrt [zu mir] unterrichtet hätten. Anfang August sei in Leningrad der Deutsche Fuchs verhaftet worden, er werde der Spionage beschuldigt³. Das deutsche Konsulat habe lange Zeit keine Genehmigung erwirken können, Fuchs zu besuchen. Erst gestern habe der Bevollmächtigte des NKID das Konsulat von der Besuchserlaubnis unterrichtet, und diese Begegnung habe bereits gestern stattgefunden. Während dieses Besuchs habe das Konsulat vom Staatsanwalt erfahren, dass der Fall für heute als öffentliche Verhandlung vor dem Militärkollegium anberaumt worden sei. Die Botschaft sei über diese Eile verwundert, denn das Konsulat habe keine Möglichkeit bekommen, sich mit der Anklageschrift vertraut zu machen und die Verteidigung für Fuchs zu organisieren. Die Gerichtsverhandlung habe anscheinend schon begonnen, und Schulenburg bitte darum, sie wenigstens hinter verschlossenen Türen zu führen und darüber nichts in der Presse verlautbaren zu lassen. Um seine Bitte durch Drohungen zu bekräftigen, fügte Sch. hinzu, dass auch die deutschen Behörden viele Scherereien mit unseren Bürgern in Stuttgart und anderen Städten hätten. Ich verwies auf die für mich schwierige Situation, irgendetwas unternehmen zu können, da ich nicht die Möglichkeit hätte, auf die Gerichtsinstanzen unmittelbar Einfluss zu nehmen und mit ihnen auf direktem Wege zu kommunizieren. Ich versprach jedoch, seine Bitte Gen. Linde zu übermitteln, damit er klärt, was gemacht werden könne.

Litvinov

Vermerk von F. V. Linde: an Gen. Levin und an Gen. Kanter. 8. X. 34.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1731 vom 8. 10. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Dokumente und Verteiler vermerkt: 6 Expl.

Das 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Linde, das 5. an Gen. Suric, das 6. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 187–185. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 354, S. 629–630⁴.

³ Vgl. Dok. 509.

⁴ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 521
Arbeitsplan der 2. Westabteilung der VOKS für Deutschland

2. West¹[abteilung]

[vor dem 16. Oktober 1934]²

1935³

ARBEITSPLAN FÜR DEUTSCHLAND

I. Kurzcharakterisierung der Beziehungen

1. 1933 reisten aus Deutschland insgesamt 25 Personen ein. Bis zum 15. September 1934 sprachen 21 Personen aus Deutschland bei VOKS vor, darunter 3 Journalisten, 2 Juristen, 3 Auslandsfachleute, 1 Fachmann für Kunstgeschichte, 1 Mathematiklehrer, 1 Tourist.

Für 1932 liegen keine verallgemeinernden Angaben vor.

2. Was den Buchaustausch betrifft, so nimmt Deutschland, trotz des faschistischen Umsturzes, nach wie vor den zweiten Platz ein (nach den USA). Im 1. Halbjahr 1934 wurden insgesamt 12643 Bücher erworben (gegenüber 2544⁴ Bücher im Jahr 1933 und 25510 Bücher im Jahr 1932, d.h. vor dem Hitlerumsturz). Im gleichen Zeitraum wurden im Rahmen des Buchaustauschs 3318 Bücher versandt (1933 waren es 8945 Bücher und 1932 10738 Bücher). Die Mehrheit der versandten Bücher entfällt auf die exakten Wissenschaften (Mathematik, Naturwissenschaften usw.). In dieser Hinsicht scheinen sich keine Veränderungen zu ergeben.

Hinsichtlich des Buchaustauschs ist die Anzahl der Tauschpartner ungefähr konstant geblieben. Zum 1. Januar 1934 waren es insgesamt 568 Tauschpartner; im ersten Halbjahr 1934 kamen 34 hinzu. Doch dieser Zugang gleicht den Abgang aus. Die Anzahl blieb im Vergleich zu 1932 ungefähr gleich.

3. 1934 wurden Materialien geschickt: an Gen. Giršfel'd 18 Ausgaben, an die Notgemeinschaft⁵ 3 Bücher über Architektur und an eine Privatperson 1 Schulbuch.

4. 1934 gingen 136 Briefe ein, 51 wurden abgeschickt (die entsprechenden Zahlen sind für 1932: 1096, 1120; für 1933: 483, 236).

II. Die Tätigkeit des Bevollmächtigten der VOKS

Gen. Giršfel'd hat angesichts der besonderen Umstände für die Arbeit in Deutschland als Bevollmächtigter der VOKS besonders ernste Aufgaben zu bewältigen. Insbesondere ist die Frage akut, Informationen aus Deutschland zu beschaffen. Gen. Giršfel'd befriedigt diesen Bedarf zum Teil durch regelmäßige Zusendung von Zeitungen und durch eine ausführliche Bibliographie von neuen Büchern.

Es ist jedoch zu bemerken, dass sich mit Ausnahme der Zusendung des angeführten Materials Gen. Giršfel'd gegenüber der VOKS-Arbeit indifferent verhält und keine besondere Initiative zeigt.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

² Die Datierung erfolgt nach dem Vermerk in der Legende.

³ Die Zahl ist handschriftlich eingefügt.

⁴ So im Dokument.

⁵ Vgl. Dok. 201, Anm. 13.

III. Einschätzung der Besonderheiten der Arbeit in Deutschland und Schlussfolgerungen für die laufende Arbeit

a) Wenn hinsichtlich des Buchaustauschs nach dem Hitlerumsturz keine Veränderungen eingetreten sind, so ist festzuhalten, dass die gesamte übrige Arbeit zum Erliegen gekommen ist. Aus Deutschland eintreffende Anfragen sind zufälliger Natur und oft zweifelhaften Charakters.

b) Es ist nicht mehr möglich, das auch heute noch in Deutschland vorhandene Interesse an der UdSSR unter der werktätigen Intelligenz aktiv zu fördern und zu entwickeln. Es ist sogar festzustellen, dass die „Gleichschaltung“ der Wissenschaftsgesellschaften und der Redaktionen der Wissenschaftsverlage dazu geführt hat, dass die rein wissenschaftlichen, keinen politischen Charakter tragenden Artikel, die wir über Gen. Giršfel'd verschickt haben, nicht selten an uns zurückgeschickt wurden.

c) Der Schwerpunkt der Tätigkeit sollte daher auf das Studium der Intelligenz in Deutschland unter den Bedingungen des Faschismus und der Maßnahmen des deutschen Faschismus auf dem Gebiet der Kultur verlagert werden.

d) Es ist ebenso festzuhalten, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt die VOKS keinerlei Arbeit unter den deutschen Emigranten geleistet hat. Die Arbeit mit den Emigranten ist künftig anzustreben, jedoch mit gebotener Vorsicht. Dabei sollte sich das Augenmerk auf die in der Emigration befindlichen bedeutenden Vertreter von Wissenschaft und Kultur richten.

IV. Die nächsten Aufgaben

Von dem oben Dargelegten ausgehend, kann man für die nächste Zeit folgende Aufgaben benennen:

1. Bis zum Jahresende folgende Themen zu bearbeiten (in Form von thematischen Übersichten):

Die prinzipielle Orientierung und die Maßnahmen der Nationalsozialisten zu Fragen der Kultur mit folgenden Kapiteln: a) Wissenschaft, b) Literatur, c) Kunst, d) Presse, e) die Lage der Jugend und insbesondere der Studentenschaft.

2. Eine Kartothek über Kulturschaffende zu erstellen.

3. Die Bibliographie der in Deutschland erscheinenden Bücher ist zu ergänzen, insbesondere durch Bücher und Artikel über die UdSSR.

4. Maßnahmen zu ergreifen, um die grundlegenden theoretischen Arbeiten zu erwerben, die von den Nationalsozialisten herausgegeben werden.

5. Es sind Kontakte zu den führenden deutschen Emigranten, Wissenschaftlern und Künstlern anzubahnen, wofür die Verbindungen der MORP und MORT sowie auch unserer Bevollmächtigten in Paris und Prag zu nutzen sind (es ist zu klären, ob sie über VCSPS zu den Novemberfeierlichkeiten kommen werden).

6.) Die Vorbereitungsarbeiten für das Einstein-Jubiläum (März 1935) durchzuführen.

7.) Maßnahmen zu ergreifen, um die wichtigsten Periodika der deutschen Emigranten zu erwerben.

8.) In Danzig aktiv zu werden, um die Presse und einzelne Personen mit Materialien zu versorgen (über Gen. Meščerjakov).

Černjak

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Kuljabkos: an Gen. Frojnd ins Archiv. 16. X.

GA RF, f. R-5283, op. 6, d. 496, l. 1–3. Original.

Nr. 522

**Aufzeichnung der Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung Vinogradov mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann und
dem Leiter des Referats Osten und Naher Osten in der Presseabteilung Schönberg**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 547¹

Berlin, 19. X. 34

TAGEBUCH

B. VINOGRADOVS

Treffen mit Aschmann und Schönberg, Presseabteilung des Außenministeriums, 15. X.

Nachdem ich Aschmann den neuen Leiter von TASS, Gen. Sitkovskij, vorgestellt hatte, bat er mich zu bleiben, um einige andere Angelegenheiten zu besprechen. Daraufhin übergab mir der Referent für die UdSSR, Schönberg, ein Dokument mit dem Titel „Beispiele für die feindselige Haltung der sowjetischen Presse gegenüber Deutschland“. Das Dokument füge ich dem Tagebuch bei². Ich überflog schnell dieses Dokument und konnte lediglich feststellen, dass sich die für uns weniger angenehmen Stellen auf Beleidigungen Hindenburgs durch unsere Presse beziehen. Ich sagte Aschmann, dass ich mich mit dem Dokument eingehender vertraut machen müsse und auf diese Frage noch zurückkommen werde. Doch bereits jetzt falle auf, dass uns in dem Dokument der Nachdruck von ****Meldungen****³ aus der Auslandspresse zur Last gelegt werde, wofür unsere Zeitungen verständlicherweise keinerlei Verantwortung übernehmen könnten. Außerdem sei in dem Dokument von einer tendenziösen Darstellung der deutschen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Rede. Dieser Punkt rufe ebenfalls Verwunderung hervor, wenn man berücksichtige, dass sich die deutsche Presse nicht damit begnüge, die sowjetische Wirklichkeit tendenziös darzustellen, sondern in der Regel falsche, mitunter bewusst irreführende Informationen über die Sowjetunion veröffentliche. Es genüge, allein an die Hungerkampagne zu erinnern. Und wie könne man schließlich unsere Presse mit Beschuldigungen überhäufen, nachdem die deutsche Presse im Zusammenhang mit unserem Eintritt in den Völkerbund in den letzten Monaten eine beispiellose Kampagne gegen die UdSSR geführt habe und zum Teil auch noch weiterhin führe. Zum untrennbaren Bestandteil dieser Kampagne gehöre die gegen die Person unseres Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten M. M. Litvi-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Beispiele für die deutschfeindliche Haltung der Sowjetpresse. In: AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 80–95.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

nov betriebene Hetze. Diese Kampagne habe *unter der Losung gestanden, dass der Verkehr der zivilisierten Länder mit der UdSSR unzulässig sei. Damit habe sie sich indirekt gegen eine weitere Aufrechterhaltung der sowjetisch-deutschen Beziehungen gerichtet, weil sich Deutschland selbst zu den zivilisierten Ländern rechne*⁴. Außerdem habe sich diese Kampagne im völligen Widerspruch zu den gesamten sowjetisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit befunden, die sich nicht nur auf einen formalen „Umgang“ zwischen der UdSSR und Deutschlands gegründet hätten, sondern auch auf eine enge Freundschaft. Aschmann antwortete mir, dass er diese Kampagne überhaupt nicht bemerkt habe und das erste Mal von ihr höre. Darauf fragte ich ihn und Schönberg, ob sie das Dokument gelesen hätten, das Gen. Bucharcev Schönberg übergeben habe, und das eine Zusammenstellung von Äußerungen der deutschen Presse zum Eintritt der UdSSR in den Völkerbund beinhalte. Aschmann *antwortete, dass er das Dokument noch nicht gelesen habe und versprach, sich umgehend mit ihm vertraut zu machen. Ich wies ihn darauf hin, dass uns offenbar nichts anderes übrig bleiben werde, als auf das mir soeben ausgehändigte Memorandum gleichfalls mit einem entsprechenden Dokument zu antworten, in dem die Äußerungen der deutschen Presse über Politiker und die Innen- und Außenpolitik der UdSSR zusammengestellt sein würden. Darauf entgegnete mir Aschmann, dass wir mit diesem „Foliantenaustausch“ eigentlich durch Giršfel'd begonnen hätten, der im August Aschmann ein entsprechendes Dokument überreicht und zudem auch noch eine Notiz⁵ hinterlegt habe, die solche Formulierungen wie „Meer von Verleumdungen“ enthalte*⁶.

Treffen mit Aschmann, 16. X. Auf dem Empfang bei den Türken traf ich Aschmann, der mir das Verbot der „Pravda“ für eine Woche mitteilte. Der Grund dafür war der am 19. September 1934 veröffentlichte Artikel von Willi Bredel über deutsche Schriftsteller, die sich in Konzentrationslagern befinden oder aber im Gefängnis ermordet worden sind⁷. Die deutschen Innenbehörden behaupten, dass die in diesem Artikel enthaltenen Informationen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Auf dem Empfang bei den Türken vermochte ich Aschmann lediglich zu sagen, dass die deutschen Behörden unserem neuen Botschafter⁸ bereits bei den ersten Schritten seiner Tätigkeit in Berlin eine merkwürdige Überraschung bereitet hätten.

17/X. Ich war erneut bei Aschmann und erklärte ihm wegen des Verbots der „Pravda“ den mündlichen Protest. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass es doch eigenartig anmute, wenn das Verbot wegen eines Artikels ausgesprochen werde, der bereits vor einem Monat erschienen sei. Darauf entgegnete Aschmann, dass die deutschen Innenbehörden die Übersetzungen aus ausländischen und insbesondere aus sowjetischen Zeitungen immer mit einer Verzögerung erhielten. Ferner wies ich Aschmann darauf hin, dass das Verbot der „Pravda“ Ausdruck für die Diskriminierung der sowjetischen Presse sei, da Zeitungen anderer Länder nicht mit so häufigen Verboten belegt würden, zumal sie Berichte brächten, die

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ „Pisateli v koncentracionnyh lagerjach Germanii“ (Schriftsteller in den Konzentrationslagern Deutschlands). In: Pravda vom 19. September 1934, S. 4.

⁸ Jakov Zacharovič Suric.

viel schärfer seien als der Artikel von Bredel. Ich verwies insbesondere auf die „Times“, die für die deutsche Regierung bei weitem ungünstigere Berichte als die „Pravda“ veröffentliche. Nichtsdestotrotz begnüge man sich in diesem Fall damit, einzelne Nummern der „Times“ zu beschlagnahmen. Aschmann antwortete, dass die „Times“ in letzter Zeit sieben Mal beschlagnahmt worden sei, was alles in allem einem Verbot von einer Woche entsprechen würde. Wenn dennoch die „Times“ nur von Fall zu Fall beschlagnahmt, die „Pravda“ hingegen für eine Woche verboten werde, so sei dies damit zu erklären, dass in der „Times“ über Deutschland ab und an wohlwollende Artikel erscheinen würden. In der „Pravda“ aber habe Aschmann solche Artikel niemals gefunden. Ich wies Aschmann auf ein weiteres Moment der Diskriminierung hin: Die „Pravda“ sei wegen des Artikels von Bredel verboten worden, in dem allgemein bekannte Tatsachen dargelegt würden, die bereits in anderen ausländischen Zeitungen, die in Deutschland frei verkauft würden, veröffentlicht worden seien. Aschmann versprach, eine Übersicht anzufertigen und mir zu beweisen, dass auch die anderen ausländischen Zeitungen wegen der Berichte über Mühsam, Ossietzky und andere ebenfalls von Beschlagnahme und Verbot betroffen gewesen seien. Außerdem, so sagte Aschmann, gehe es hier nicht allein um diesen Artikel, sondern insgesamt um den Charakter der Veröffentlichungen in der „Pravda“. Wenn dies so weiter gehe, würden sich die deutschen Behörden genötigt sehen, die „Pravda“ generell auf unbestimmte Zeit zu verbieten. Ich antwortete Aschmann, dass diese Maßnahme von keinerlei praktischer Bedeutung sein werde, weil die wichtigsten Abonnenten der „Pravda“ und der „Izvestija“ die Bevollmächtigte Vertretung und die Handelsvertretung seien, die dennoch die sowjetischen Zeitungen wie auch die Korrespondenz erhalten würden. Somit werde diese Maßnahme lediglich zu einer Verschärfung der politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland führen. Aschmann widersprach und erklärte, dass bei einem Verbot der „Pravda“ ihre Zustellung sowohl an die Bevollmächtigte Vertretung als auch an die Handelsvertretung eingestellt werden würde. Nur die Diplomatenpost sei unantastbar. Wir können nicht zulassen, sagte er, dass an Ihre Adresse beispielsweise Bomben geschickt würden. Die Zeitung, deren Verbreitung in Deutschland verboten ist, kann vielleicht auf die gleiche Stufe wie eine ungesetzliche und unzulässige Postsendung gestellt werden. Ich entgegnete Aschmann, dass es einen Unterschied zwischen einer Postsendung mit der für die diplomatische Mission bestimmten Korrespondenz und einer Bombe gebe. Ich wolle jedoch mit ihm kein juristisches Streitgespräch über Bomben und Zeitungen führen, das man unendlich fortsetzen könne. *Ich erachte es nur als erforderlich, ihn vorsorglich darauf aufmerksam zu machen, dass, falls die Bevollmächtigte Vertretung und die Handelsvertretung im Verlaufe der nächsten Woche nicht die „Pravda“ zugestellt bekommen sollten, wir mit Repressalien antworten und die deutschen Zeitungen, die über die Post an die Adresse der deutschen Botschaft in Moskau geschickt werden, beschlagnahmen würden. Aschmann wandte ein: Dies wird aber ungesetzlich sein. Sie haben keine unserer Zeitungen verboten. Ich beruhigte ihn und sagte, dass sich alles im Rahmen der Gesetze vollziehen werde. Aschmann fragte: Bedeutet dies etwa, dass Sie einige deutsche Zeitungen verbieten werden? Ich antwortete: Warum nicht? Wir haben für ein Verbot des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriff“ unvergleichlich mehr Gründe, als Sie für das Verbot der „Pravda“.

Schließlich machte ich Aschmann darauf aufmerksam, dass das Verbot der „Pravda“, das wenige Tage nach der Ankunft unseres neuen Botschafters in Berlin erfolgt sei, auf unsere Öffentlichkeit den erdenklich schlechtesten Eindruck mache*⁹.

19. X. 1934. Aschmann und Schönberg gaben für Gen. Sitkovskij und für mich ein Frühstück. Es ist festzustellen, dass mein persönliches Verhältnis zu Aschmann nicht getrübt ist, ungeachtet der Tatsache, die ganze Zeit sehr unangenehme polemische Gespräche über unsere und die deutsche Presse führen zu müssen.

B. Vinogradov

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk von N. N. Krestinskij: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3541 vom 23. 10. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 8 Expl., 5 [Expl.] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 2 [Expl.] zu den Akten. 19. X. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 77–79. Original.

Nr. 523

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Geheim
Expl. Nr. 4

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG,
19. X. 1934

Schulenburg kam, um sich über unsere Presse zu beklagen. Er habe Maßnahmen veranlasst, um den Ton der deutschen Presse etwas zu dämpfen. Dies sei zwar noch nicht zu 100% gelungen, denn seine Bemühungen würden durch das Verhalten unserer Presse erschwert, vor allem im Zusammenhang mit den Schüssen von Marseille¹. Sch[ulenburg] verwies insbesondere auf einige Karikaturen in unserer Presse, die auf eine Verbindung aller Terroristen in allen Ländern zu Deutschland hinwiesen². Zugleich beanstandete er die von unserer Presse wiedergegebenen Auslandsmeldungen.

Ich sagte, dass ich in Beantwortung solcher Beschwerden eigentlich Gen. Linde hierher rufen und ihn bitten müsste, Schulenburg die Ausschnittsammlung

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Gemeint ist das Attentat am 9. 10. 1934 in Marseille auf König Alexander von Jugoslawien und den Außenminister Frankreichs Barthou.

² Vgl. Izvestija vom 14. Oktober 1934, S. 1; Pravda vom 16. Oktober 1934, S. 5.

aus der deutschen Presse vorzulegen. Insbesondere könnte Sch. dann sehen, dass die deutsche Presse bestrebt sei, den Kommunismus und den Bolschewismus als die Quelle von terroristischen Anschlägen zu beschuldigen und daraus für Deutschland Kapital zu schlagen. Heute erst hätten wir ein Telegramm über das Interview Görings erhalten, der den Bolschewismus der Provozierung von terroristischen Anschlägen und Dimitrov beschuldige, von Moskau aus ein Attentat in Belgrad auf das Leben Görings zu organisieren³. Unsere Presse habe allen Grund, auf den Faschismus zu verweisen, weil es außer Frage stehe, dass Duca von einem rumänischen Faschisten ermordet worden sei, Dollfuß von einem österreichischen, Barthou und Alexander von einem kroatischen. Es gebe im Übrigen nicht einen einzigen Terroranschlag, der von einem Kommunisten verübt worden wäre. Ich sei sehr froh darüber, dass Schulenburg darum bemüht sei, den Ton der deutschen Presse zu mäßigen, ich unternähme hier das gleiche, doch ich könne für das Verhalten unserer Journalisten nicht bürgen, wenn sie tagtäglich mit den Ausfällen der deutschen Presse zu tun hätten, und mehr noch mit Ausfällen deutscher Politiker gegen die UdSSR. In solchen Fällen bleibe nichts anderes übrig, als die gegenseitigen Beschuldigungen nach ihrem Soll und Haben aufzuschreiben. Das Verhalten der Presse sei an und für sich kein politischer Faktor, sondern lediglich ein Symptom. Bei einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen werde sich auch der Ton der Presse automatisch verbessern. Angesichts der Vorstellungen, die mir Schulenburg gemacht habe, werde ich wahrscheinlich nicht umhin kommen, auch unseren Bevollmächtigten Vertreter Suric zu beauftragen, das gleiche in Berlin zu tun⁴.

Litvinov

Vermerk [M. M. Litvinovs]: an Gen. Linde.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID mit der Eingangs-Nr. 1773 vom 20. 10. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Linde, das 5. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 1, l. 190–189. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 364, S. 646–647⁵.

³ Zu dem Interview Görings vgl. den Artikel „Galljucinacii Geringa“ (Halluzinationen Görings). In: Izvestija vom 20. Oktober 1934, S. 1.

⁴ Dazu vermerkte von der Schulenburg in seiner Aufzeichnung: „Auf meine ernstlichen Vorstellungen versprach Litwinow sich für Besänftigung der Sowjetpresse einzusetzen, allerdings unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.“ Vgl. Telegramm von der Schulenburgs an das AA vom 19. 10. 1934. In: PA AA, R 83398, Bl. H 047091.

⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 524

**Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov mit dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, 19. Oktober 1933¹

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
[...]²

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT MEYER am 19. OKTOBER

Da es beim Verkauf der Derop Komplikationen gibt, ist auf einer Beratung bei Gen. Suric am 18. X. entschieden worden, dass ich zusammen mit den Genossen Fajnsštejn und Enko dazu einen Termin im Außenministerium fordern werde, um danach Bülow einen Besuch abzustatten und ihn auf den außerordentlichen Ernst der entstandenen Lage aufmerksam zu machen. Unser Gedankengang ist von uns vorab in der beigelegten „Aufzeichnung“³ dargelegt worden. Am 19. Oktober gingen wir zu Meyer⁴, bei dem bereits Bräutigam saß, überreichten ihm nach wenigen einleitenden Worten diese Aufzeichnung. Nachdem er sie gelesen hatte, erklärte Meyer, dass diese Aufzeichnung nicht den geringsten Zweifel an der Haltung und den Wünschen der sowjetischen Seite aufkommen lasse und ihm nichts mehr verbleibe, als sich mit Schacht in Verbindung zu setzen und die Haltung der deutschen Seite in dieser Frage zu erkunden. Jetzt könne er nichts zum Wesen des angesprochenen Themas sagen. Er wolle lediglich darauf aufmerksam machen, dass seiner Meinung nach die Unterbrechung der Verhandlungen mit dem Benzolverband auf keinen Fall in dem Sinne betrachtet werden könne, dass die deutsche Seite auf das ihr zugestandene Vorkaufsrecht verzichte.

Wir lenkten Meyers Aufmerksamkeit darauf, dass der Benzolverband, der die Verhandlungen mit uns in völliger Kenntnis des Wirtschaftsministeriums geführt habe, von uns nicht ohne Grund als der einzig in Frage kommende Käufer von deutscher Seite betrachtet worden sei. Somit sei von uns die Unterbrechung der Verhandlungen mit ihm, die auf direkte Weisung des Ministeriums erfolgt sei, berechtigterweise als Absage gewertet oder als Unfähigkeit der deutschen Seite angesehen worden, das ihr eingeräumte Recht wahrzunehmen. Der anwesende Bräutigam bemühte sich, das Vorkaufsrecht in dem Sinne zu interpretieren, dass dieses Recht erst dann wirksam würde, wenn wir bereits mit irgendeinem Käufer der Derop völlig übereingekommen wären und nunmehr bei der deutschen Regierung anfragen würden, ob sie damit einverstanden wäre, die Derop zu den gleichen Bedingungen zu kaufen. Darauf wurde Bräutigam geantwortet, dass die sowjetische

¹ So im Dokument; richtig: 1934.

² Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Unterredungen mit François-Poncet am 18. 10. (l. 98–98R) und mit dem Leiter der außenpolitischen Abteilung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Winter am 18. 10. 1934 (l. 99–100R).

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Vgl. auch die Aufzeichnung von Meyer vom 19. 10. 1934. In: PA AA, R 105702, Bl. E 666231–666232.

Seite leider dadurch in diese Lage versetzt worden sei, da ihre Loyalität von der deutschen Seite gegen sie eingesetzt worden sei. Göring und andere hätten seinerzeit die sowjetische Seite gebeten, falls sie beabsichtigen sollte, die Derop zu verkaufen, den Deutschen den ersten Verkaufsvorschlag zu unterbreiten⁵. Als die sowjetische Seite diesem Wunsch nachgekommen sei, habe das Ministerium dem Benzolverband verboten, diese Verhandlungen fortzuführen und habe sie grob abgebrochen.

*Danach stellte Meyer die Frage, die er selbst als unbescheiden bezeichnete, welche Gründe die sowjetische Seite dazu veranlassten, so plötzlich und derartig nachdrücklich die Frage nach dem Verkauf der Derop aufzuwerfen. Ich machte Meyer darauf aufmerksam, dass von einem plötzlichen Schritt überhaupt nicht die Rede sein könne*⁶, weil die Verhandlungen bereits seit 12 Monaten geführt würden. Die deutsche Seite sei sehr wohl darüber unterrichtet, dass wir bereits seit langem die Absicht hätten, die Derop zu verkaufen, doch wir hätten dies nicht unter den Bedingungen des politischen Drucks tun wollen, dem die Derop zu Beginn des vorangegangenen Jahres ausgesetzt gewesen sei, womit auch unsere damalige Erklärung darüber verständlich werde, dass wir vorerst nicht beabsichtigten, die Derop zu verkaufen. Als sich gegen Ende 1933 die politische Atmosphäre um die Derop deutlich beruhigt hätte, hätten wir es als möglich erachtet, zu dieser seit langem gehegten Idee zurückzukehren, und hätten die Initiative des Benzolverbandes aufgegriffen, Verhandlungen zum Verkauf der Derop aufzunehmen. Dass die Frage nicht neu sei, werde allein schon durch die Tatsache ersichtlich, dass bereits im Februar dieses Jahres ein Entwurf des Kaufvertrages für die Derop vorgelegen habe.

Danach machten wir Meyer auf den Schaden aufmerksam, der uns durch die Verzögerung dieser Frage entstehe. Gen. Enko sprach darüber, dass es nicht unser Verschulden sei, dass das Vorkaufsrecht der deutschen Seite an der Derop in einem derartigen Ausmaß sowohl in Deutschland als auch im Ausland bekannt geworden sei. In Deutschland selbst habe dies bereits dazu geführt, dass die Angestellten der Derop jetzt psychologisch desorientiert seien, weil sie nicht wüssten, bei wem sie in Zukunft arbeiten würden. Andererseits würde sich der Benzolverband, der der Haupteinkäufer von sowjetischen Erdölprodukten sei, niemals dazu entschließen, wie Gen. Enko meint, den Vertrag mit uns zu kündigen, wenn er nicht wüsste, dass hinter dem erwähnten Recht die deutsche Regierung stehe. Was die ausländischen Konkurrenten betreffe, so würde deren Kenntnis dieses Sachverhalts dazu führen, die Derop auf dem deutschen Markt zu ignorieren.

Darauf sagte Meyer, dass er sich bemühen werde, in kürzester Frist, nach Möglichkeit zu Beginn der nächsten Woche, Verhandlungen direkt mit Schacht zu dieser Frage zu erwirken. Meyer, der sich an mich wandte, fragte, wer von unserer Seite an den Verhandlungen teilnehmen werde. Ich kam nicht dazu zu antworten, da Gen. Fajnszejn mit zuvorkam und sagte, dass die Handelsvertretung und Enko die Verhandlungen führen würden.

Zum Abschluss stellte ich die Frage nach einem Treffen mit Bülow, wobei ich sagte, dass ich selbstverständlich nicht damit rechne, von Bülow umgehend eine

⁵ Vgl. Dok. 100.

⁶ Der Text ist angestrichen.

Antwort zu bekommen, jedoch würde ich seine Aufmerksamkeit auf den Ernst lenken, den wir dieser Frage beimäßen, insbesondere angesichts der Folgen, die mit ihr eventuell verknüpft sein könnten. Meyer interessierte sich dafür, was ich damit meine. Ich erklärte ihm knapp, das es darum gehe, dass wir mit dem Verkauf der Derop zugleich die Verpflichtung eingehen würden, an Deutschland in den nächsten Jahren festgelegte Mengen an Erdölprodukten zu liefern. Meyer bat, ihm zu sagen, um welche Mengen es sich dabei handeln würde; Gen. Enko gab ihm die nötige Auskunft.

Wir vereinbarten, dass Bülow mich am 20. oder 22.⁷ empfängt, und Schacht wird davon unabhängig in den nächsten Tagen die Gen. Fajnštejn und Enko empfangen.

BESSONOV

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: MM.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

[Anlage]

19. Oktober 1934

Aufzeichnung

Im Gespräch mit den sowjetrussischen Botschaftsräten, Herren Alexandrowski und Bessonoff, am 27. Mai 1933 hat der Preußische Ministerpräsident Herr Göring im Namen der deutschen Regierung den Wunsch geäußert, das Vorkaufsrecht auf die Aktien der Derop zu erhalten. Der Ministerpräsident hat in diesem Gespräch ausdrücklich betont, dass er das Vorkaufsrecht in dem Sinne verstehe, dass, falls die Sowjetregierung den Verkauf der Derop praktisch erwägen würde, sie den ersten Verkaufsvorschlag an die deutsche Regierung richten werde.

Der Wunsch des Herrn Preußischen Ministerpräsidenten wurde am 22. Juni 1933 durch die Verbalnote des Auswärtigen Amtes (W IV RU 2750) bestätigt, worauf die Botschaft, in ihrer Verbalnote vom 17. Juli 1933⁸, Nr. 200/681, der deutschen Regierung oder einer von ihr bestimmten deutschen Stelle das Vorkaufsrecht auf die Aktien der Derop eingeräumt hat.

Im November 1933 begannen die entsprechenden Sowjetstellen gemäß dem gewährten Vorkaufsrecht die Verhandlungen mit dem deutschen Treibstoff-Produzenten, Benzol-Verband GmbH, über den Verkauf der Derop an ihn, worüber⁹ das RWM interessiert war. Auf Wunsch des B.V. wurde im Verlauf der Verhandlungen auch die IGFI zu diesen hinzugezogen.

Die Verhandlungen haben zum Entwurf eines Kaufvertrages geführt, allerdings mit Meinungsverschiedenheiten in einigen materiellen Fragen.

Ausgehend von diesen Verhandlungen **schlug**¹⁰ die Handelsvertretung am 21. Juli d. J. in einem Schreiben dem RWM vor, entweder von dem gewährten

⁷ Vgl. Dok. 529.

⁸ Vgl. AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 101.

⁹ So im Dokument.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen oder dieses Recht als erledigt zu betrachten¹¹. Das RWM hat zuerst in seinem Schreiben vom 31. Juli um eine zehntägige Verschiebung der Entscheidung gebeten¹² und dann im Schreiben vom 13. August d. J. seine Antwort von den eigenen Verhandlungen mit dem B.V. abhängig gemacht¹³.

Anfang September d. J. erklärte das RWM, dass es eine Wiederaufnahme und baldige Beendigung der Verhandlungen mit dem B.V. vermitteln werde, worauf der B.V. die Verhandlungen mit den sowjetrussischen Stellen wieder aufnahm.

Völlig unerwartet wurden dann am 20. September die Verhandlungen seitens des B.V. wieder abgebrochen. Auf Anfrage der sowjetrussischen Verhandlungsteilnehmer erklärten die Vertreter des B.V., dass die Verhandlungen auf Anweisung des RWM abgebrochen wurden.

Infolgedessen benachrichtigte die Handelsvertretung in ihrem Schreiben vom 5. Oktober 1934 das RWM, dass sie diese auf Anweisung des RWM stattgefundene Einstellung der Verhandlungen des B.V. über den Ankauf von Derop als Verzicht der deutschen Seite auf das Vorkaufsrecht betrachte¹⁴.

Mit großer Verwunderung erfuhr deswegen die Handelsvertretung aus dem kurzen Schreiben des Reichswirtschaftsministers, Herrn Dr. Schacht, vom 15. Oktober 1934, dass er nicht die Absicht habe, auf das Vorkaufsrecht zu verzichten¹⁵.

Da die Verhandlungen über den Verkauf der Derop in deutsche Hände sich infolge des Vorgehens des RWM so in die Länge gezogen haben, dass jede Verzögerung derselben eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Sowjetaktionäre mit sich bringt, und da andererseits Herr Dr. Schacht in seinem Schreiben vom 15. Oktober d. J. das Vorkaufsrecht erneut beansprucht hat, fühlen sich die sowjetrussischen Stellen berechtigt, eine unverzügliche Äußerung der deutschen Seite zu verlangen, ob sie gewillt sei, den Ankauf der Derop zu tätigen und in diesem Falle sofort einen Bevollmächtigten zum Abschluss im Rahmen einer bestimmten Frist des diesbezüglichen Vertrages zu ernennen.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 98–102. Original.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 103–104. In deutscher Sprache.

¹¹ Vgl. AVP RF, f. 82, op. 18, p. 62, d. 7, l. 178–179.

¹² Vgl. ebd., l. 179–180.

¹³ Vgl. ebd., l. 180.

¹⁴ Vgl. ebd., l. 181.

¹⁵ Vgl. ebd., l. 181.

Nr. 525

**Schreiben des designierten Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

Persönlich¹

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 545²

19. Oktober 1934

An

Gen. M. M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Nun bin ich heute bereits eine Woche in Berlin, jedoch hatte ich noch keine Gelegenheit, mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen³.

Ich gelange immer mehr zu der festen Überzeugung, dass die Verzögerung auf den Wunsch zurückzuführen ist, mir einen Denkkzettel dafür zu verpassen, dass ich seinerzeit nicht auf Hitlers Wunsch eingegangen bin, mich am 12. IX. zu empfangen. Formal wird die Verzögerung, wie Ihnen dies bereits aus meinem Telegramm bekannt ist, mit der Reise Hitlers für einige Tage nach München begründet. Nach unseren Erkenntnissen ist er tatsächlich dorthin abgereist, doch erst gestern, dem 18.⁴; also hätte er genügend Zeit gehabt, um noch vor der Abfahrt mein Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Politik der kleinen Nadelstiche auch vom Auswärtigen Amt getragen wird. Zumindest verliefen meine ersten Begegnungen von ihrer Seite sowohl mit Neurath als auch mit seinen engsten Mitarbeitern in einer Atmosphäre der Aufmerksamkeit und der Liebenswürdigkeit. Die Mitteilung über die Vertagung des Empfangs bei Hitler wurde mir von Neurath jedenfalls mit einer deutlichen Betretenheit überbracht.

Wie ich Ihnen bereits berichtet habe, waren die Unterredungen, die ich jetzt mit Neurath und Bülow hatte, von keinerlei politischem Interesse. Meine deutschen Gesprächspartner äußerten allgemeine platonische Wünsche, dass es erstrebenswert wäre, unsere Beziehungen zu verbessern, ohne dabei Wege oder Methoden zu signalisieren, wie dies geschehen könnte.

Wenn man nach den Meldungen der deutschen Presse, und insbesondere der DAZ, urteilen sollte, die sich mit meiner Ankunft befassten⁵, so könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Initiative für diese Verbesserung uns auferlegt wird. Dabei stellt sich ein Teil der öffentlichen Meinung dies in der Form vor, dass wir auf den Weg der „alten Politik“ zurückkehren und insbesondere die revisionistischen Inspirationen Deutschlands unterstützen. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass ein solches Kalkül im Zusammenhang mit den Marseiller Ereignis-

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

² Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

³ Suric überreichte am 26. 10. 1934 Hitler das Beglaubigungsschreiben.

⁴ Hitler hat dem Tagebuch Goebbels zufolge Berlin in der zweiten Oktoberhälfte nicht verlassen. Vgl. Goebbels, Die Tagebücher, Teil I, Bd. 3/I, S. 121–130.

⁵ Vgl. „Botschafter Suritz in Berlin eingetroffen“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1934, Abendausgabe, S. 1 und 4; „Unsere Meinung“. In: ebd. vom 13. Oktober 1934, Morgenausgabe, S. 3.

sen⁶, die am Tag meiner Ankunft geschahen, in Betracht gezogen wird. Die deutsche Presse zeigte eine völlige Einmütigkeit bei der Einschätzung dieser Ereignisse, und zwar unter dem Gesichtspunkt einer unvermeidlichen Schwächung der außenpolitischen Aktivität der französischen Diplomatie und insbesondere der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit. Wie ein roter Faden zog sich der Gedanke durch, dass mit der Ermordung Barthous auch seine Orientierung auf eine enge Zusammenarbeit mit unserer [Sowjet]union zerschlagen worden sei. Damit wurden Hoffnungen verknüpft, dass sein Stellvertreter⁷ das Steuer der französischen Politik in Richtung Wiederherstellung der früheren Beziehungen zu Polen scharf herumreißen und gegenüber Deutschland ein größeres Interesse und Entgegenkommen an den Tag legen werde. Zugleich wurden Vermutungen geäußert, dass es infolge der Marseiller Ereignisse unausweichlich zu einer Verstärkung der antifranzösischen Stimmungen in Jugoslawien und zum Scheitern des gesamten strategischen Plans von Barthou zur Annäherung Italiens an die Kleine Entente kommen werde. Diese Hoffnungen wurden indirekt durch die Haltung genährt, die in den ersten Tagen nach Marseille auch einige französische Presseorgane einnahmen und die die Unzufriedenheit der rechten Kreise der französischen Öffentlichkeit mit dem sowjetophilen Kurs von Barthou widerspiegeln.

Der Stimmungswechsel trat relativ schnell ein und war mit einer Enttäuschung und Ernüchterung verbunden. Die Rede Doumergues, die Verhandlungen von Beneš in Paris⁸ und vor allem die letzten Belgrader Beratungen⁹ verwirrten die deutsche öffentliche Meinung. Immer stärker machte sich die Überzeugung breit, dass die Marseiller Ereignisse keineswegs das französische Beziehungssystem zur Kleinen Entente und insbesondere zu dem anfälligsten Kettenglied, nämlich Jugoslawien, zu erschüttern vermochten, sondern vielmehr die Voraussetzungen für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen ihnen geschaffen worden seien. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der Perspektiven der französisch-italienischen Annäherung. Schließlich mahnt der in den letzten Tagen bei einem Teil der französischen Presse zu beobachtende Umschwung im Ton gegenüber der UdSSR zur Vorsicht, das weitere Schicksal der sowjetisch-französischen Beziehungen prognostizieren zu wollen.

Alle diese Eindrücke habe ich lediglich durch das Lesen der Zeitungen gewonnen, d. h. eines Materials, das selbstredend für fundierte Schlussfolgerungen und Erkenntnisse unzulänglich ist. Die ärgerliche Verschiebung der Aushändigung meines Beglaubigungsschreibens und das damit erzwungene Herumsitzen in den vier Wänden der Botschaft raubt mir leider die Möglichkeit, diese Eindrücke durch ein etwas lebendigeres Material, durch den Meinungsaustausch mit Kollegen zu überprüfen.

Den Rest der freien Zeit verbringe ich bis jetzt damit, mich mit den Angelegenheiten und der Tätigkeit unserer Organe in Berlin vertraut zu machen. Der

⁶ Vgl. Dok. 523, Anm. 1.

⁷ So im Dokument; gemeint ist Nachfolger. Laval wurde Nachfolger Barthous als Außenminister Frankreichs.

⁸ Laval führte die Gespräche mit Beneš am 16. 10. 1934 in Paris; vgl. Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie (1932–1935), Bd. VII, Paris 1979, Dok. 476, S. 753.

⁹ Möglicherweise ist die Sitzung der Außenminister der Kleinen Entente in Belgrad am 19. 10. 1934 gemeint, die sich mit der Prüfung der Frage nach der Verantwortlichkeit für das Attentat in Marseille befasste.

erste Eindruck ist recht günstig. Die Arbeit ist zweifellos gut organisiert und die Leute sind auf der Höhe der Dinge. Der Apparat der Bevollmächtigten Vertretung steht seiner Qualifikation nach bei weitem über den Apparaten, mit denen ich es bis jetzt zu tun hatte, und mir verbleibt es zu bedauern, dass aus ihm solch ein Mitarbeiter wie Gen. Vinogradov herausgerissen wird. Dies wird zweifellos ein sehr schwerer Verlust werden, insbesondere angesichts der Auswechslung der Bevollmächtigten Vertreter. Doch damit muss man sich anscheinend abfinden, weil Gen. Vinogradov mir gegenüber kategorisch auf seiner Abberufung besteht und er keinerlei Neigung verspürt, sich hier länger als über die vereinbarte Frist hinaus aufzuhalten, die ihm von Nikolaj Nikolaevič¹⁰ in einem Schreiben zugesichert worden ist.

Ich bitte Sie, bei der Ernennung seines Nachfolgers zu berücksichtigen, dass bei dem verhältnismäßig kleinen Mitarbeiterstamm unserer Botschaft die Lücke, die sich unweigerlich mit dem Weggang des Gen. Vinogradovs von der Bevollmächtigten Vertretung auftut, nur mit der Entsendung eines hochqualifizierten Genossen mit perfekten Deutschkenntnissen und mit reichen Erfahrungen bei der Pflege der Kontakte mit Journalisten geschlossen werden kann.

Mit kom[munistischem] Gruß

SURIC

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3552 vom 25. 10. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 64–65. Original.

Nr. 526

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im AA von Bülow

Moskau, den 22. Oktober 1934

Sehr geehrter Herr von Bülow!

Obwohl meine hiesigen Eindrücke der Natur der Dinge nach bisher nur oberflächliche sein können, möchte ich Ihnen doch einige Worte schreiben.

Man ist mir hier überall persönlich liebenswürdig entgegengekommen; das kann nicht über die Erkenntnis hinwegtäuschen, dass man politisch noch immer sehr böse auf uns ist. Die Gründe sind bekannt; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Fast alle die Herren, denen ich meine offiziellen Antrittsbesuche gemacht habe, haben es vermieden, auf politische Dinge zu sprechen zu kommen; sie haben offenbar nach einem mot d'ordre gehandelt. Eine Ausnahme hat eigentlich nur

¹⁰ Krestinskij.

Herr Kalinin gemacht, der eben vom Urlaub zurückgekommen war und den das mot d'ordre vielleicht noch nicht erreicht hatte. Seine Äußerungen habe ich telegraphisch mitgeteilt¹. Sie liefen darauf hinaus, dass auch die Räte-Union Besserung der Beziehungen zu Deutschland wünsche, dass die Politik veränderlich sei, dass man deshalb die Hoffnung nicht verlieren dürfe und dass man zunächst einmal die kleinen Reibungen (Presse usw.) beseitigen müsse. Auch Herr Litwinow hat offenbar die Absicht gehabt, mit mir zunächst einmal überhaupt nicht von Politik zu sprechen. Ein Spezialfall² hat uns dann doch auf dieses Gebiet gebracht, und Herr L[itwinow] hat darauf seinen bekannten Standpunkt vorgetragen, dass er sein Bestes getan habe, dass wir aber alles abgelehnt hätten. Aber auch Herr L. gebrauchte den Satz: „Auch die Räte-Union wünscht Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland.“ Ich möchte hinzufügen, dass Herr Litwinow die beiden Male, die ich bisher bei ihm war³, persönlich sehr liebenswürdig war, dass ich mich trotzdem dem Eindrucke nicht entziehen kann, dass er unser Hauptgegner ist. Herr Chintschuk war besonders liebenswürdig. Auch er hat nicht von Politik gesprochen, aber er hat sich immer wieder angeboten, mir behilflich zu sein; leider ist wohl sein Einfluss kein sehr großer. Herr Chintschuk betonte, dass er während seiner Tätigkeit in Berlin auch bei der Partei stets größtes Entgegenkommen gefunden habe⁴.

Ich habe mich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, die Leute hier, die nicht von Politik sprechen wollten, nicht dazu zu zwingen. Es ist mir richtiger erschienen, sich zunächst einmal persönlich zu „beriechen“ und vor weiterem noch etwas Wasser die Wolga hinunter fließen zu lassen. Ich hoffe, sehr geehrter Herr v. Bülow, dass Sie diese Auffassung für richtig halten. Inzwischen geht hier die Presse-Hetze gegen uns munter weiter. Sie hat durch die Marseiller Ereignisse⁵ neue Nahrung bekommen. Man sucht hier alles zusammen, was uns in der Angelegenheit belasten könnte, und unterdrückt, dass z.B. die am meisten Betroffenen, die Jugoslawen, gar nicht daran denken, uns Vorwürfe zu machen. Ich bin deshalb bei Herrn Litwinow gewesen. Er hat mir versprochen, sein Bestes zu tun, um der Presse-Hetze Einhalt zu tun. Resultat: Null. Im Gegenteile, der heutige Leitartikel der „Iswestija“ ist geradezu hanebüchen!⁶ Ich werde deshalb den Außenkommissar von neuem aufsuchen. Es ist wohl kein Zweifel, dass dieser Artikel eine Antwort auf die angeblichen Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten Göring in Belgrad darstellt⁷. Leider wissen wir noch immer nicht authentisch, was eigentlich in Belgrad geschehen ist, aber selbst aus der Sowjet-Presse ergibt sich, dass die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten Göring verdreht werden. Es ist eben immer das gleiche: alles wird zu unseren Ungunsten gewandt. Wir können im Augenblicke wohl nichts Einschneidendes dagegen tun, aber Herr Kalinin hat wohl recht: die Politik ist veränderlich; morgen kann es schon wieder anders sein.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 229, S. 442.

² Gemeint ist der Fall Fuchs; über dessen Besprechung vgl. Dok. 520.

³ Am 7. 10. und 19. 10. 1934; vgl. Dok. 520, 523.

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 361, S. 639–640.

⁵ Vgl. Dok. 523, Anm. 1.

⁶ Gemeint ist wahrscheinlich der Artikel von E[vegenij] G[nedin] „Važnost' polnogo rassledovanija prestuplenija [Posle marsel'skich ubijstv]“ (Die Wichtigkeit einer vollständigen Aufklärung des Verbrechens [Nach den Morden in Marseille]). In: Izvestija vom 22. Oktober 1934, S. 2.

⁷ Vgl. Dok. 523, Anm. 3.

In Moskau bin ich zuletzt vor 4 Jahren gewesen. Seitdem hat sich die Stadt sehr erheblich zum Besseren gewandelt. Alle Auslagen der Geschäfte sind voller Waren, sehr viele Straßen sind asphaltiert worden, Ernährungsschwierigkeiten bestehen offenbar nicht, und überall bemerkt man Anzeichen einer fortschreitenden „Verbürgerlichung“. Ich weiß, man darf diese Erscheinungen nicht ohne weiteres verallgemeinern, aber zweifellos ist hier eine Entwicklung im Gange, von der man bei uns noch wenig weiß.

Es laufen hier allerlei Gerüchte um, z.B. dass die Rote Armee „dringend“ wünsche, bessere Beziehungen zu Deutschland herzustellen, und bereit sei, dafür sogar aktiv einzutreten. Es scheint mir, dass diese Gerüchte nicht einmal völlig unbegründet sind. Trotzdem wird man wohl abwarten müssen, was sich davon praktisch materialisiert. Der Kriegs-Kommissar Woroschilow ist z.Zt. abwesend; ich werde ihn wohl erst Anfang November kennenlernen.

Die große Politik der Räte-Union verhält sich im Augenblick offenbar abwartend. Noch kann niemand genau übersehen, welche positiven Folgen das Attentat von Marseille haben wird. Vielfach hört man hier die Meinung, dass die Grundlage der Sowjetpolitik: die, sich unter allen Umständen freie Hand zu wahren und sich nicht auf Bindungen einzulassen, deren Tragweite vorher nicht zu übersehen sei, beibehalten bleiben werde.

Mit besten Grüßen bin ich, sehr geehrter Herr v. Bülow,

Ihr stets ganz ergebener

F. W. Schulenburg

Grußformel und Unterschrift eigenhändig. Auf dem ersten Blatt Paraphen von M[eyer] 25/10, H[ey] 25/10, von B[ülow] 24/10 und Ko[tze] 24. [10.] Daneben: H[errn] v. Renthe-Fink mit der Bitte, den Bericht von Heeren⁸ Moskau mitzuteilen. vT[ippelskirch] 25/10. Darüber: Aufzeichnung für Moskau wird vorbereitet. R[enthe]-F[ink] 25/10. Auf dem letzten Blatt unten: Die gute Aufnahme des neuen Botschafters und die korrekte, ja geradezu wohlwollende Behandlung des Spionagefalls in Leningrad sind jedenfalls günstige Symptome. B[ülow] 24/10.

PA AA, R 29493, Bl. E 200976–200979.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 265, S. 506–507.

⁸ Gemeint ist der Bericht des Gesandten in Belgrad von Heeren vom 22. 10. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 263, S. 501–503.

Nr. 527

**Aufzeichnung der Unterredung des designierten Bevollmächtigten Vertreters
in Berlin Suric mit dem Botschafter z.D. Nadolny**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 561/s¹

Berlin, 23. Oktober 1934

TAGEBUCH
des Gen. SURIC

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT NADOLNY am 22. X-34

Das Gespräch fand in der Wohnung Nadolnys statt. Angesichts der demonstrativ betriebenen Verzögerung des Termins für die Aushändigung meines Beglaubigungsschreibens habe ich beschlossen, die Front meines erzwungenen Herumsitzens *in den vier Wänden der Bevollmächtigten Vertretung auf der Linie zu durchbrechen, die mich zu fast nichts verpflichtet, um mich mit meinem alten Bekannten zu treffen, der zudem bereits keinerlei offizielle Stellung mehr bekleidet. Ich bin auch deshalb darauf eingegangen, weil die Verschiebung eines Treffens mit Nadolny, der mir seit dem ersten Tag meiner Ankunft viele Zeichen der Aufmerksamkeit erweist, bereits den Charakter eines unfreundlichen Aktes ihm gegenüber anzunehmen drohte*².

Das Gespräch mit Nadolny begann damit, dass er die Motive und die Umstände, die zu seinem Rücktritt geführt haben³, darlegte. Der wichtigste Grund für die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Neurath hätte in der Frage bestanden, ob man die Gespräche mit uns über den baltischen Pakt fortführen solle. Nadolny habe, wie er sagte, an dem Standpunkt festgehalten, dass die Haltung Litvinovs nicht die Tür versperre, um weitere Gespräche auf der Grundlage eines modifizierten Entwurfs für ein baltisches Abkommen zu führen⁴. Nadolny, der dabei das tiefe Misstrauen der UdSSR gegenüber Deutschland berücksichtigte, *habe es aus taktischen Überlegungen für zweckmäßig gehalten, die sowjetische Initiative dafür zu nutzen, Verhandlungen über den Abschluss, den Ausbau und die Ergänzung von bereits bestehenden Verträgen und einer neuen vertraglichen Vereinbarung in Angriff zu nehmen. Zugleich könnte damit der sowjetischen Seite, ohne dabei die Deklaration über die baltischen Staaten an die erste Stelle zu rücken, die nötige Garantie gegeben werden, dass Deutschland gegenüber dem Baltikum keinerlei Aggressionspläne besitze. Er versichere, dass sich mit der Grundlinie seines Planes auch einige hochgestellte Beamte des Außenministeriums solidarisiert hätten, darunter auch Bülow*⁵. Selbst Hitler habe sich anfangs gegenüber dieser Idee im Großen und Ganzen wohlwollend verhalten. Nadolny habe zumindest solch einen Eindruck aus der ersten Begegnung mit dem Kanzler gewonnen. Hitler habe

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

³ Vgl. dazu Dok. 470.

⁴ Vgl. Dok. 424.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

sich vor allem dafür interessiert, ob Sowjetrussland nicht bereits mit Frankreich liiert sei und ob Nadolny sicher sei, dass die UdSSR den Weg zur Aufrechterhaltung von normalen Beziehungen zu Deutschland nicht verbaut habe. Dieses Gespräch mit dem Kanzler habe Nadolny davon überzeugt, dass Hitler nur in groben Umrissen mit der Geschichte der vorherigen Verhandlungen vertraut sei und viele Details nicht kenne. Deshalb habe es Nadolny für angebracht gehalten, für den Kanzler ein spezielles Memorandum anzufertigen, das alle Verhandlungsphasen enthielt und einige Überlegungen bezüglich der zukünftigen Taktik beinhalte⁶. Dieses Memorandum habe dann auch eine verhängnisvolle Rolle in der Geschichte seines Rücktritts gespielt. Es sei von Neurath als Beweis dafür verwendet worden, dass Nadolny seinen unmittelbaren Vorgesetzten ignoriere. Offenkundig kam dies bei seiner nächsten Begegnung mit Neurath zum Ausdruck, als letzterer ihn in einem äußerst erregten Ton zu befragen begann, was für einen Bericht er ohne seine Kenntnis dem Kanzler übergeben habe. Darauf habe Nadolny entgegnet, er habe keinen Bericht übergeben. In dem Memorandum sei es lediglich darum gegangen, die Thesen zu erhärten, die Neurath bestens bekannt seien und das Ziel hätten, dem Kanzler dabei behilflich zu sein, sich mit dem Verlauf der jüngsten Verhandlungen vertraut zu machen. Auf die Bitte Neuraths, ihm eine Kopie des Memorandums zur Verfügung zu stellen, habe Nadolny geantwortet, dass er keine Kopie angefertigt habe, doch er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn Neurath beim Kanzler um das Original des Memorandums nachsuche. Er habe sich mit Neurath darüber verständigt, in den nächsten Tagen gemeinsam den Kanzler aufzusuchen. Ein solches Treffen habe tatsächlich stattgefunden, wobei *Nadolny bereits hier eine bedeutende Veränderung im Ton des Kanzler bemerkt habe. Es sei deutlich zu spüren gewesen, dass Neurath die Pause zwischen den beiden Treffen dazu genutzt hätte, den Kanzler sowohl gegen ihn persönlich als auch gegen die von ihm aufgezeigte taktische Verhaltensweise einzustimmen. Nadolny sei bereits hier klar geworden, dass er mit leeren Händen nach Moskau zurückkehren werde, und sein Rücktritt sei seit diesem Zeitpunkt für ihn bereits vorentschieden gewesen. Diese Entscheidung sei auch durch die persönliche Taktlosigkeit beeinflusst worden⁷, die man sich ihm gegenüber erlaubte und die darin gipfelte, dass ihm am Tag nach dem Treffen beim Kanzler die Forderung überbracht worden sei, unverzüglich nach Moskau abzureisen. Nadolny hält es nicht für ausgeschlossen, dass eines der stärksten Argumente in den Händen Neuraths gegen ihn darin bestanden hätte, dass er, Nadolny, nicht über die Verhandlungen im Bilde gewesen sei, die zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen Moskau und Paris zum Ostpakt geführt wurden und über die Informationen auf ihm unbekanntem Wege in die Wilhelmstraße durchsickerten.

Nadolny, der nunmehr zu dem momentanen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen überging, wies vor allem den Gedanken zurück, wonach Deutschland gegenüber der UdSSR Aggressionspläne hege. Er halte auch unsere Vorstellungen für überzogen, die wir von der Bedeutung und der Rolle der deutsch-polnischen Zusammenarbeit hätten. Diese Zusammenarbeit müsse man vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Taktik und nicht so sehr der Strategie ein-

⁶ Für die Aufzeichnung am 30. 5. 1934 vgl. Dok. 446.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

schätzen, wobei zum gegenwärtigen Zeitpunkt Polen aus dieser Zusammenarbeit einen bei weitem größeren Nutzen als Deutschland ziehe. Bei deutschen Realpolitikern gebe es in der Hinsicht keine Zweifel, dass sich Polen, sollte es vor dem Dilemma stehen, zwischen Deutschland und Frankreich wählen zu müssen, bei Frankreich bleiben und sich niemals dazu entschließen würde, mit letzterem zu brechen. Auch die Orientierung auf Japan werde von den Realpolitikern nicht überbewertet. Zumindest könne Nadolny konstatieren, dass Hitler sehr nüchtern auf seine, Nadolnys, Warnung reagiert habe, diese Karte auszuspielen.

Deutschlands Beunruhigung und sein Zögern, die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR wiederherzustellen, gründen sich auf der Befürchtung, die sich in gewissen Kreisen als Gewissheit verfestigt habe, dass sich die UdSSR bereits eng an Frankreich gebunden habe. Dies würde die negative Haltung zum Ostpakt selbst auf Seiten der früheren Anhänger der Freundschaft mit uns bedingen. Keine einzige deutsche Regierung, die etwas auf sich halte, könne sich mit einer legalisierten Einmischung Frankreichs in die östlichen Angelegenheiten Deutschlands einverstanden erklären. Dies zuzulassen würde bedeuten, offen und freiwillig die französische Hegemonie über ganz Europa anzuerkennen. Dies würde auch nicht die von sowjetischer Seite verbreitete These rechtfertigen, wonach es notwendig sei, wirkungsvollere und effektivere Garantien zu schaffen, als dies bilaterale Verträge bieten könnten. Wenn Sowjetrussland keine Bindung mit Frankreich habe und tatsächlich nur darum bemüht sei, die Sicherheit im nordöstlichen Raum zu gewährleisten, so *wäre es logischer, einen nur auf die Länder des gegebenen Raumes begrenzten Regionalpakt vorzuschlagen*⁸. Wenn Nadolny Außenminister wäre, so würde er unter Berücksichtigung unserer weitreichenden Verdächtigungen auf solch eine Kombination eingehen, obgleich er im Prinzip alle Einwände gegen **Verträge**⁹ dieser Art teile. Doch Neurath und Hitler würden sich wohl kaum damit einverstanden erklären, und sie würden schwerlich über bilaterale Nichtangriffsverträge hinausgehen. Nadolny wolle nicht vor mir verheimlichen, dass die ganze Geschichte mit Ost-Locarno bei einigen Kreisen den Eindruck hinterlassen habe, als ob dies bloß ein taktisches Manöver gewesen sei, um das in Vorbereitung befindliche französisch-sowjetische Bündnis zu verschleiern und um eine eventuelle Ablehnung durch Deutschland zu rechtfertigen. Frankreich verfolgte damit auch das Ziel, das fast fertige Abkommen über die Deutschland zu gewährende militärische Gleichberechtigung zum Scheitern zu bringen.

Nadolny erteilte mir den freundschaftlichen Rat, mich hier in der ersten Zeit unnötiger Aktivität zu enthalten, dabei keine Initiative zu entwickeln, große Fragen aufwerfen zu wollen, sondern mich darum zu bemühen, die Atmosphäre zu entspannen, insbesondere auf dem Gebiet der Presse (um das gegenseitige Gezänk einzustellen) und alle Anstrengungen darauf zu richten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, vor allem das Kreditabkommen schnellstmöglich umzusetzen.

Nadolny zeichnet das Bild von der inneren Lage ungefähr wie folgt. Er sei nicht mit dem in unserer Presse entwickelten Schema einverstanden, das die Rolle

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: den Vertrag.

Hitlers betrifft, wonach er der Willensvollstrecker des hinter seinem Rücken stehenden Kapitals und der Reichswehr sei. Seiner Meinung nach werde Unzufriedenheit mit Hitler in letzter Zeit vor allem in diesen Kreisen beobachtet. Die Industriellen seien wegen der ständigen Eingriffe des Staatsapparates in ihre Geschäfte und wegen der erhöhten Abgaben und Besteuerungen unzufrieden. In der Reichswehr, insbesondere in ihrer Führungsspitze, seien die monarchistischen und adeligen Traditionen noch lebendig, die sie auf Distanz zu den an die Macht gelangten „Plebejern“ gehen ließen. Obgleich am 30. VI. die Reichswehr aus dem Kampf gegen die SA als Siegerin hervorgegangen sei, sei es ihr dennoch nicht gelungen, den Dualismus in der Führung der Streitkräfte zu überwinden. Diese Unzufriedenheit finde ihren markanten Ausdruck in der zunehmenden Opposition in der obersten Führungsspitze der Reichswehr gegenüber General Blomberg, dem vorgeworfen werde, dass er bei Hitler die Rolle eines Lakaien spiele. Auch die Intelligenz sei zweifellos unzufrieden, hauptsächlich wegen der Einschränkung verschiedener Freiheiten und der Schwächung ihrer Rolle im Land. Den stärksten Rückhalt besitze Hitler auf dem Lande. Diese Klasse habe am meisten von dem Machtantritt der Nazis profitiert. Ein großes Verdienst Hitlers bestehe auch in der Senkung der Arbeitslosigkeit. Es sei die Tatsache zu berücksichtigen, dass es in Deutschland zurzeit nur 2½ Mio. Arbeitslose gebe¹⁰. Wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl der Arbeiter in Deutschland ungefähr 25 Mio. betrage, so könne diese Prozentzahl der Arbeitslosen fast als normal betrachtet werden. Selbstverständlich sei dies durch eine gewisse Verschlechterung der Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter erreicht worden, aber dennoch sei die Wunde der Arbeitslosigkeit, die im Körper Deutschlands bis zum Machtantritt Hitlers klaffte, nunmehr fast vollständig geschlossen. Nadolny ist davon überzeugt, dass Deutschland auch aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen werde. Ein sehr akutes Problem für die deutsche Volkswirtschaft stellten die Rohstoffe dar. Deutschland ersetze die Einfuhr durch heimische Rohstoffe, teilweise durch Ersatzstoffe usw. Was die absolut notwendigen Rohstoffe aus dem Ausland betreffe, so verfüge Deutschland dank der starken Rolle des deutschen Marktes über genügend Mittel, auf seine ausländischen Vertragspartner Druck auszuüben, um die Einfuhr der benötigten Rohstoffe zu erwirken.

Sein Optimismus gründe sich in der Hauptsache auf die ausnahmslos starke Rolle, die der Binnenmarkt in Deutschland spiele. Diese Tatsache würde die Folgen des Drucks aus dem Ausland auf Deutschland sehr stark abfedern.

Suric

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: MM.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3616 vom 20. 10. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 109–111. Original.

¹⁰ Laut offizieller Statistik gab es im Oktober 1934 in Deutschland 2267657 Arbeitslose. Vgl. Dokumente der Deutschen Politik, Bd. V, hrsg. von P. Meier-Benneckenstein, Berlin 1938, S. 355.

Nr. 528
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam

Berlin, den 23. Oktober 1934

Aufzeichnung

I. Für eine Übernahme der Derop durch den Benzolverband sprechen folgende Erwägungen:

1) Das deutsche Tankstellennetz erfährt durch die Übernahme der ca. 2000 Tankstellen der Derop eine wertvolle Vergrößerung und eine stärkere Stellung gegenüber den angelsächsischen Konzernen.

2) Die Sowjetunion wird aus dem Kleinverkauf in Deutschland ausgeschaltet und der Zustand des Handelsvertrages vom 12. Oktober 1925¹ wiederhergestellt, nach dem die Russen in Deutschland nur Import- und Export-Geschäfte treiben sollen.

3) Die deutschen innerpolitischen Stellen haben die Derop stets verdächtigt, dass sie für Zwecke der kommunistischen Propaganda benutzt werde. Dieser Verdacht bestätigte sich bei einer Nachprüfung durch das Geheime Staatspolizeiamt². Es steht zu erwarten, dass die Moskauer Instanzen auch späterhin ihre Agenten in die Derop einschmuggeln werden.

4) Die Sowjetregierung ist gezwungen worden, in der Derop einen deutschen Direktor zu dulden, der alle Angelegenheiten, die das deutsche Personal betreffen, bearbeitet. Dieser Direktor wird von den Russen als Fremdkörper empfunden, und es steht bestimmt zu erwarten, dass sie ihn auf die Dauer nicht dulden werden, da sie hierin eine Diskriminierung gegenüber anderen Ländern erblicken. Eine Aufhebung des Postens des deutschen Direktors würde aber auf den Widerstand des Geheimen Staatspolizeiamts stoßen.

5) Die Sowjetunion hat durch die Derop die Möglichkeit, einen tiefen Einblick in die deutschen Erdöl-Verhältnisse zu gewinnen. Auch aus wehrpolitischen Gründen dürfte es zweckmäßig sein, den Russen diese Möglichkeit zu nehmen.

II. Im Falle einer Weigerung, den Russen den Verkauf der Derop zu gestatten, bestehen folgende Gefahren:

1) Die Russen werden den geplanten neuen Vertrag mit dem Benzolverband über die Lieferung von 340 000 t Benzin (für 3 Jahre) nicht unterzeichnen.

2) Die Russen werden den kürzlich in Hamburg getroffenen Vereinbarungen über das neue Treibstoffkartell nicht beitreten und durch Preisunterbietung den deutschen Markt in Unordnung bringen.

3) Die Russen werden den Abschluss des 200 Mill. Vertrages mit dem Reichswirtschaftsministerium zum mindesten weiter verzögern.

4) Die Russen verkaufen die Derop an eine Firma, die zum angelsächsischen Konzern gehört und stellen die Reichsregierung vor die Alternative, in diesen Vertrag einzutreten oder auf das Vorkaufsrecht zu verzichten. Es besteht die Gefahr,

¹ Vgl. Dok. 27, Anm. 8.

² Dokumente, die den Verdacht bestätigten, konnten nicht aufgefunden werden.

dass der Vertrag mit der ausländischen Konzernfirma günstiger für die Russen ist als der Vertrag, den der Benzolverband auszuhandeln in der Lage wäre. Vor allem würde in diesem Verträge mit der ausländischen Konzernfirma die Lieferungsverpflichtung der Russen fehlen.

5) Die Russen stoßen nach *und nach³ ihr Tankstellennetz ab und schränken den Betrieb der Derop immer mehr ein.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben links der Vermerk: zu W IV Ru 5475. Russland. Unter dem Titel des Dokuments „Aufzeichnung“ ist handschriftlich in Klammern hinzugefügt: für die Unterredung zwischen M.D. Meyer u. Präsident Schacht am 27. Okt.

PA AA, R 105702, Bl. E 666228–666230.

Nr. 529

Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 562/s¹

Berlin, 25. Oktober 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

Aufzeichnung der Unterredung mit Staatssekretär von Bülow, 22. X.

Ursprünglich war beabsichtigt, dass mein jetziger Besuch bei Bülow dazu dienen sollte, um vorrangig die Frage des Verkaufs der Derop zu besprechen. Da aber am Sonnabend, den 19. X.², einige deutsche Angestellte der Bevollmächtigten Vertretung verhaftet wurden, sah ich mich veranlasst, das Gespräch um dieses neue Thema zu erweitern.

Zum Verkauf der Derop

Da mir Bülow sagte, dass er bereits unser Aide-Mémoire³ kenne und somit im Bilde sei, ging ich lediglich auf die Frage ein, die wir in der Sitzung bei Meyer am 19. X. nicht erörtern konnten und zum Teil nicht wollten.

Ich sagte Bülow, dass wir uns genau in dem Moment für den Verkauf der Derop entschieden hätten, als für die Derop ein Kommissar ernannt worden sei. Bereits damals seien wir uns völlig darüber im Klaren gewesen, dass ein so großes Handelsunternehmen, wie es die Derop ist, bei einer dualen Leitung – die sowjetische Seite leitet den Wirtschaftsbereich und die deutsche Seite die Personalangelegenheiten – nicht erfolgreich geführt werden könne.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: wie vor.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; richtig 20. X.

³ Vgl. Dok. 524.

Im Frühjahr 1933 seien uns jedoch die Möglichkeiten genommen worden, diese Frage zu regeln, da wir den Verkauf der Derop nicht unter politischem Druck abwickeln wollten, obgleich uns damals die deutsche Seite wiederholt Kaufangebote für die Derop unterbreitet habe. Auch und gerade damit sei es zu erklären, dass wir auf die Anfrage der deutschen Seite im Frühjahr 1933 geantwortet hätten, wir hätten nicht die Absicht gehabt, die Derop zu verkaufen⁴. Im Herbst 1933, als sich die politischen Emotionen um die Derop etwas gelegt hätten und die Atmosphäre weniger belastet gewesen sei, hätten wir den Vorschlag des Benzolverbandes aufgegriffen und mit ihm Verhandlungen über den Verkauf der Derop aufgenommen.

Somit komme unsere Absicht, die Derop zu verkaufen, nicht unerwartet, sie sei auch nicht merkwürdig. Zudem hätten die Erfahrungen von 1933–34 gezeigt, dass sich unsere Befürchtungen bewahrheitet hätten. Angesichts der oben angeführten dualen Leitung der Derop sowie aufgrund der noch immer in vielerlei Hinsicht anhaltenden Diskriminierung der Derop sei der Absatz der Derop von normal 120 000 Tonnen, mit dem gerechnet wurde, bis auf 70 000 Tonnen zurückgegangen. Wir nähmen nicht ohne Grund an, dass die Derop, wenn sie sich in deutschen Händen befinde, ihre frühere Position leicht wieder einnehmen werde und ihren Absatz bis an die Grenzen der völligen Auslastung des ihr zur Verfügung stehenden technischen Apparates ausbauen könne.

Schließlich habe bei dem Entschluss, die Derop zu verkaufen, auch die Überlegung eine Rolle gespielt, dass die Derop seinerzeit von uns ins Leben gerufen worden sei, um den deutschen Markt zu erobern. Aus verschiedenen Gründen, die nicht bei uns lägen, und insbesondere dank der stetig steigenden staatlichen Regulierung des Marktes in Deutschland, habe die Derop aufgehört, objektiv die ihr zugedachte Rolle zu spielen.

Bülow hörte sich alle meine Ausführungen aufmerksam an und bemerkte, dass ihm meine Argumentation durchaus überzeugend erscheine. Er habe aber leider keine Möglichkeit, mir jetzt irgendeine Antwort auf diese Frage zu geben, weil er vorab die Meinung des Wirtschaftsministeriums einholen und insbesondere die Ursachen klären müsse, welche zur Unterbrechung der Verhandlungen zwischen dem Benzolverband und uns geführt hätten.

Ich antwortete Bülow, dass ich nicht damit gerechnet hätte, von ihm jetzt eine endgültige Antwort zu dieser Frage zu erhalten. Das Ziel meines Besuches bestehe hauptsächlich darin, seine Aufmerksamkeit auf den außerordentlichen Ernst dieser Frage zu lenken, auch im Zusammenhang damit, dass wir den Verkauf der Derop von der *Antwort auf jene Vorschläge über die weitere Lieferung von Erdöl abhängig machen würden, die uns die deutsche Seite unterbreite. Ich gab Bülow zu verstehen, dass wir, falls in der Derop-Frage keine für uns befriedigende Vereinbarung getroffen werden sollte, wahrscheinlich keine Möglichkeiten haben würden, der deutschen Seite hinsichtlich weiterer Erdöllieferungen entgegenzukommen*⁵.

Außerdem machte ich Bülow darauf aufmerksam, dass unsere Loyalität in der Frage des Vorkaufsrechts der deutschen Seite an der Derop leider nicht mit der

⁴ Vgl. Dok. 100.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

gleichen Loyalität durch den deutschen Vertragspartner beantwortet worden sei. Göring *habe uns seinerzeit gebeten, das erste Angebot zum Verkauf der Derop der deutschen Seite zu unterbreiten⁶. Als wir dem nachgekommen seien, habe die deutsche Seite 12 Monate lang keine definitive Antwort gegeben. Sie habe somit ihr Vorkaufsrecht nicht in Anspruch genommen und uns in einem beträchtlichen Maße der Handlungsfreiheit beraubt, die Derop an andere Interessenten zu verkaufen, wofür es eine ausreichende Möglichkeit gebe. Wir sähen uns deshalb genötigt, die Frage mit äußerster Schärfe zu stellen und von der deutschen Seite eine endgültige Antwort zu fordern.

Bülow antwortete, er sei sich des Ernstes der Frage bewusst und werde alle Anstrengungen unternehmen, um schnellstmöglich ihre Klärung herbeizuführen^{*7}.

Zur Verhaftung von Findeisen und Neitzke

Ich sagte Bülow weiter: Obgleich ich ursprünglich nicht die Absicht gehabt hätte, mit ihm über beliebig andere Fragen zu sprechen, zwängen mich die Umstände nichtsdestotrotz dazu, ihm den Status der deutschen Botschaftsangestellten vor Augen zu führen. Ich berichtete ihm knapp über die Verhaftung von Findeisen und Neitzke zusammen mit ihren Ehefrauen (die Kopie des Notenwechsels zu dieser Frage geht mit der heutigen Post ab), wobei ich nicht zu bemerken versäumte, dass dieser Vorfall mit all dem, was in dieser Woche geschehen sei (Verbot der „Pravda“, die antisowjetische Rede Schachts⁸) eine höchst ungünstige Situation schaffe, und insbesondere deshalb unangenehm sei, weil sie mit der Ankunft des neuen Botschafters der UdSSR zusammenfalle.

Ich machte darauf aufmerksam, dass die Verhaftung von Neitzke und Findeisen den Botschafter persönlich betreffe, weil Findeisen sein persönlicher Chauffeur und Neitzke der Hausverwalter des Hauses sei, in dem der Botschafter wohnte.

*Bülow war über meine Mitteilung außerordentlich verstimmt und erklärte, dass ihm von den Verhaftungen absolut nichts bekannt sei, er sich aber selbstverständlich sogleich darum kümmern werde, um zu klären, worum es in dieser Sache geht. Er betrachte es aber bereits jetzt als angebracht zu erklären, dass alle diese Fakten selbstverständlich in keinerlei Beziehung zur Ankunft von Gen. Suric stünden und der Zusammenfall hier rein zufälliger Natur sei^{*9}.

Er bitte mich, Gen. Suric seine besten Wünsche zu übermitteln. Bevor ich Bülow verließ, übergab ich ihm eine knappe Verbalnote mit der Mitteilung über die Verhaftungen¹⁰.

BESSONOV

⁶ Vgl. Dok. 100.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Vgl. „Schacht gegen wirtschaftliche Gedankenspielererei. Rede in den Tennishallen über die Leistung und Aufgabe der Reichsbank“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 20. Oktober 1934, Morgenausgabe, S. 3. Laut Zeitungsbericht habe Schacht gesagt: „Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte nur einen einzigen Fall, in dem man versucht hat, eine Wirtschaft nach einem vorher konstruierten Plan zu gestalten. Das ist die Wirtschaft Sowjetrusslands, ein Vorbild, das mit seinem Leichenfeld wertvoller Menschen wahrlich nicht zur Nachahmung reizt.“

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁰ Für die Aufzeichnung Bülows über die Unterredung mit Bessonov vgl. PA AA, R 28308, Bl. D 562685.

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: MM.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3617 vom 29. 10. 1934.

Am Ende des Dokumentes sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 116–117. Original.

Nr. 530

**Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov mit dem Staatssekretär im AA von Bülow**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 565/s¹

Berlin, 25. Oktober 1934

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Aufzeichnung des Gesprächs mit Staatssekretär von Bülow am 25. Oktober

Da sich seit dem 22. Oktober die Situation für die deutschen Angestellten der Botschaft rapide verschlechterte, begab ich mich im Auftrag von Jakov Zacharovič² zu Bülow, um ihn darüber zu unterrichten, wie sich dies auf die Tätigkeit der Bevollmächtigten Vertretung auswirke.

*Ich begann das Gespräch mit der Feststellung, dass die Frage, die ich mit Bülow besprechen möchte, selbstverständlich nicht in die Zuständigkeit der Bevollmächtigten Vertretung falle, und ich nicht beabsichtige, mich hier für unsere deutschen Angestellten*³ zu verwenden. Gleichwohl sähe ich mich veranlasst, ihn über die Lage, die in der Botschaft durch die Verhaftung von zwei Angestellten und ihren Ehefrauen entstanden sei, zu informieren⁴. Unter den deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung mache sich eine panikartige Stimmung breit, die zum Teil durch die Antwort hervorgerufen worden sei, *die ein Polizeikommissar einem Verwandten von Findeisen telefonisch gegeben habe, als dieser nach den Gründen der Verhaftung fragte. Der Polizeikommissar habe wörtlich Folgendes gesagt: „Allein die Tatsache, dass Findeisen 15 Jahre lang in der Bevollmächtigten Vertretung gearbeitet hat, ist bereits **Grund**⁵ genug, um ihn zu verhaften.“ Außerdem sei dieser Tage bekannt geworden, dass bei einigen deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung Haussuchungen stattgefunden hätten und einige Angestellte zum Verhör in die Geheimpolizei einbestellt worden

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Suric.

³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 529.

⁵ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

seien*⁶. Dies alles ließe die deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung befürchten, dass die plötzliche Repressionswelle mit ihrer Beschäftigung an der Bevollmächtigten Vertretung in Verbindung stehe. Es verstehe sich von selbst, dass wir uns bemühten und weiterhin bemühen, die deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung auf jede erdenkliche Weise zu beruhigen, jedoch wolle uns dies nicht so recht gelingen. Trotz unserer Bemühungen erschienen einige deutsche Angestellte überhaupt nicht mehr zur Arbeit, andere bäten um sofortige Beurlaubung, die dritten erschienen in einem äußerst erregten Gemütszustand, worunter ihre Arbeitsfähigkeit leide. Da aufgrund dieser Situation die innerbetriebliche Arbeit der Botschaft in einem hohen Maße gefährdet sei, sähen wir uns genötigt, darüber dem Auswärtigen Amt Mitteilung zu machen, um seine Haltung in dieser Frage in Erfahrung zu bringen. Ich fügte dem hinzu, dass wir selbstverständlich keinerlei spezielle Veranlassung hätten, unbedingt deutsche Mitarbeiter in der Bevollmächtigten Vertretung zu beschäftigen. Hinsichtlich ihrer Auswechslung hätten wir uns stets sehr zurückhaltend verhalten, weil die Mehrheit, erstens, bereits sehr lange bei uns beschäftigt sei. Zweitens sei die Bewirtschaftung unseres großen und alten Gebäudes, das vor ungefähr 200 Jahren erbaut worden sei und ständig Reparaturen durch fremde Arbeiter erfordere, leichter und günstiger von Deutschen zu bewerkstelligen. Bis zu welchem Grade die langjährigen Erfahrungen auf diesem Tätigkeitsfeld von Bedeutung sein könnten, zeige sich gerade in der jetzigen Situation, in die wir durch die Verhaftung des Hausverwalters Neitzke geraten seien. Das normale Funktionieren der außerordentlich komplizierten Heizungs-, Beleuchtungs-, Gas- und Wasserleitungsanlagen unseres Hauses, wofür Neitzke zuständig war, bereite uns jetzt die allergrößte Sorge.

Nachdem Bülow einen Moment geschwiegen hatte, sagte er, dass er am 22., als ich wegen dieser Frage bei ihm war⁷, *tatsächlich nichts gewusst habe, obgleich Tippelskirch, wie er später erfahren habe, davon bereits Kenntnis hatte. Der Fall Neitzke und Findeisen verhalte sich folgendermaßen. Bereits seit einigen Monaten werde wegen der fortgesetzten Sammlung von Mitgliedsbeiträgen für illegale kommunistische Zwecke ermittelt. Bis zum 20. hätte die in diesem Fall ermittelnde Behörde nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gehabt, dass deutsche Angestellte der Bevollmächtigten Vertretung in irgendeiner Weise in diese Angelegenheit verstrickt sein könnten*⁸. Durch die jüngsten Aussagen anderer in diesem Fall Beteiligten sei aber die Mitwirkung von *Findeisen und Neitzke in dieser Angelegenheit festgestellt worden, woraufhin der Untersuchungsrichter ihre Verhaftung angeordnet habe*⁹. Bülow habe sich nach dem Gespräch mit mir am 22. X. an die zuständigen Stellen gewandt und ihnen vorgeworfen, dass sie diese Verhaftungen ausgerechnet unmittelbar nach der Ankunft des neuen Botschafters vorgenommen hätten und ob es denn nicht möglich gewesen wäre, dies auch früher oder später zu tun. Darauf hätten die zuständigen Stellen Bülow angeblich darauf aufmerksam gemacht, dass bis zum 19. X. den Ermittlungsbehörden keinerlei Erkenntnisse für eine Beteiligung von Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung in dieser Angelegenheit vorgelegen hätten. Als aber *am 19. die Verwicklung von

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 529.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

Findeisen und Neitzke festgestellt worden sei, wäre den Ermittlungsbehörden nichts anderes übrig geblieben, als die Verhaftung dieser Leute anzuordnen. Die Verhaftung dieser Personen, erläuterte Bülow, sei somit nicht darauf zurückzuführen, dass sie bei der Bevollmächtigten Vertretung angestellt seien, sondern weil sie sich an der Geldsammlung für illegale Zwecke beteiligt hätten. So unangenehm ihm dies auch sei, müsse er jedoch zu seinem Bedauern sagen, dass die Verhafteten Findeisen und Neitzke bis zum Abschluss der Ermittlungen und des Prozesses, der aufgrund der Ermittlungen folgen werde, und unabhängig davon, zu welcher Strafe sie in diesem Prozess verurteilt würden, wohl kaum zu ihrer Arbeitsstätte zurückkehren würden können^{*10}.

Zu dem allgemeinen Problem bezüglich der deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung übergehend, bemerkte Bülow, dass er über die politische Tätigkeit von Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung wiederholt mit Chinčuk und mir gesprochen und jedes Mal die Zusicherung erhalten habe, dass seitens der Bevollmächtigten Vertretung kategorisch alle Maßnahmen zur Unterbindung einer jeglichen Einmischung in das politische Leben durch Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung ergriffen würden. Er müsse ganz objektiv bemerken, dass *es, soweit ihm bekannt sei, bis jetzt noch keinen einzigen Fall gegeben habe, dass sowjetische Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung gegen diese Zusicherung verstoßen hätten. Die Geschichte mit Findeisen und Neitzke zeige indes, dass die Bevollmächtigte Vertretung nicht in der Lage sei, die deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung in dieser Hinsicht zu kontrollieren^{*11}.

Was die Stimmung der übrigen deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung betreffe, so müsse er sagen, dass sie seiner Meinung nach keinerlei Veranlassung für eine Panik hätten, sofern ihr Gewissen rein sei. Er schloss die Möglichkeit nicht aus, dass zur Klärung des Falles von Findeisen und Neitzke auch die übrigen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung vernommen werden könnten, wobei sie jedoch absolut nichts zu befürchten hätten, wenn sie sich nicht an den Sammlungen beteiligt hätten, die Neitzke und Findeisen zur Last gelegt werden.

*Die Auskunft, die der Polizeikommissar dem Verwandten Findeisens erteilt habe, sei selbstverständlich dumm und habe nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Aus all dem, was er gesagt habe, müsste ich erkennen, dass Findeisen und Neitzke nicht deshalb verhaftet worden seien, weil sie Angestellte der Bevollmächtigten Vertretung seien, sondern weil sie sich an illegalen Aktionen beteiligt hätten^{*12}.

Er verstehe sehr gut die Schwierigkeiten, mit denen wir zwangsläufig angesichts der Stimmungen konfrontiert würden, die bei den deutschen Mitarbeitern im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit und dem Verlust einiger von ihnen entstanden seien. Er würde uns von ganzem Herzen helfen wollen, doch könne er sich nicht vorstellen und wisse nicht, wie dies zu machen wäre¹³.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹³ In der Aufzeichnung von Bülows heißt es dazu: „Die Unbequemlichkeiten, namentlich für den neuen Botschafter, bedauere ich sehr, könnte dem aber nicht abhelfen. Im Übrigen wies ich darauf hin, dass sehr häufig auch russische Angestellte unserer Botschaft in Moskau von der Po-

In meiner Entgegnung auf die Ausführungen Bülows machte ich ihn darauf aufmerksam, dass es meiner Meinung nach bis jetzt noch keine Veranlassung gebe, von einer Schuld Findeisens und Neitzkes zu sprechen, *da sich der Fall im Ermittlungsstadium befinde. Meine Worte quittierte Bülow mit einem Kopfschütteln und zeigte damit seine Zweifel an. Die Bevollmächtigte Vertretung, so fuhr ich fort, hat wiederholt kategorische Anordnungen erlassen. **Diese wurden strikt eingehalten**¹⁴, sowohl hinsichtlich der Nichteinmischung in das politische Leben als auch bezüglich der unverzüglichen Entlassung von den Mitarbeitern, von denen bekannt wurde, dass sie in dieser oder jener Form gegen diese Anordnungen verstoßen hatten¹⁵. Da allen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung ihre Arbeit sehr am Herzen liegt, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass irgendjemand in dem Wissen um unsere Regel sich dazu entschließen könnte, gegen die bestehenden Anweisungen zu verstoßen. Es könnte sich durchaus herausstellen, dass die verhafteten Findeisen und Neitzke einfach Opfer von Verleumdungen geworden sind.

*Zum Abschluss wies ich Bülow darauf hin, dass die Bemerkung in der Verbalnote des Auswärtigen Amtes, wonach das Auswärtige Amt angeblich nichts von der Beschäftigung Neitzkes und Findeisens bei der Bevollmächtigten Vertretung gewusst habe, nicht richtig sei, weil wir regelmäßig in einer festgelegten Form dem Auswärtigen Amt Auskunft über die im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung wohnenden deutschen Angestellten gäben¹⁶. Die letzte diesbezügliche Mitteilung sei in der Verbalnote vom 16. XI. 33 gemacht worden.

Bülow bemerkte dazu, dass die Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes ihn in diesem Fall **offenbar**¹⁷ nicht richtig informiert habe.

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3620 vom 29. 10. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 116–117. Original.

lizei verhaftet würden oder auch sonst spurlos verschwinden, woraus unseren Herren ähnliche Unbequemlichkeiten erwüchsen.“ In: PA AA, R 28308, Bl. D 562686–562687, hier Bl. D 562687.

¹⁴ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹⁶ Der Text ist am rechten Seitenrand angestrichen.

¹⁷ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Nr. 531

**Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow für den Reichsaußenminister
Freiherrn von Neurath**

Berlin, den 25. Oktober 1934

Herrn Reichsminister

Da der Führer und Reichskanzler den russischen Botschafter nach dem morgigen ersten Empfang¹ wohl längere Zeit nicht wiedersehen wird, wäre es meines Erachtens empfehlenswert, dass er nach Austausch der Ansprachen nicht nur persönliche Gesprächsstoffe berührt, sondern auch eine ganz kurze Erklärung über die deutsch-russischen Beziehungen abgibt, die für den Botschafter und uns eine Richtlinie wäre und uns wahrscheinlich über einige Wochen, vielleicht sogar über Monate hinweg helfen würde. Meines Erachtens könnte z.B. der Führer und Reichskanzler sagen:

„In Sowjetrußland sei die Ansicht weit verbreitet, dass Deutschland die Absicht habe, über Rußland oder die Randstaaten herzufallen; nichts liege uns ferner. Die deutsche Politik gegenüber Rußland strebe korrekte, wenn nicht gar freundschaftliche Beziehungen unter völliger Trennung der Außenpolitik von den innerpolitischen Gegensätzen an. Auch wünsche er eine Wiederbelebung (oder einen Ausbau) der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.“

gez. Bülow

PA AA, R 29462, Bl. 381334.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 270, S. 516–517.

Nr. 532

**Schreiben des designierten Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

PERSÖNLICH

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 567/s¹

26. Oktober 1934

An

Gen. M. M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Die Faktenlage im Fall der verhafteten deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung stellt sich folgendermaßen dar.

¹ Vgl. dazu Dok. 533, 534.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

Am Sonntagmorgen, dem 20. X.², kam der Sohn der Ehefrau unseres Chauffeurs Findeisen zu uns und berichtete, dass seine Mutter und Findeisen in dessen Wohnung in der Nähe von Berlin gestern um 19.00 Uhr von zwei Agenten der Geheimpolizei verhaftet und ohne jegliche Erklärung abgeführt worden seien. Da der Hausverwalter Neitzke, der Sonnabend zu einem Besuch abgereist und am Sonntagmorgen, als wir diese Nachricht erhielten, noch nicht zurückgekehrt war, gingen wir der Sache nach und stellten dabei fest, dass er nicht auf seiner Parzelle³ übernachtet hatte. Es lag natürlich der Gedanke nahe, dass ihn das gleiche Schicksal wie Findeisen ereilt hatte.

Am Montag, dem 22. X., war Bessonov bei Bülow (die Aufzeichnung des Gesprächs geht heute mit der gleichen Post ab)⁴. Er überreichte ihm eine knappe Note, in der er die Verhaftung von Findeisen und die mutmaßliche Verhaftung Neitzkes mitteilte und bat, detaillierte Nachforschungen anzustellen, um die Botschaft darüber zu informieren, wie lange mit der eventuellen Abwesenheit dieser Angestellten gerechnet werden müsse, die die technischen Arbeiten im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung verrichten und schwer ersetzbar seien.

Am nächsten Tag, dem 23. X., erhielten wir vom Auswärtigen Amt die Bestätigung über die Verhaftung von Findeisen und Neitzke. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass dem Auswärtigen Amt angeblich niemals mitgeteilt worden sei, dass beide in der Botschaft beschäftigt seien. Das Auswärtige Amt sprach zugleich das Bedauern aus, uns keine Antwort bezüglich der Gründe und der Dauer der Verhaftung geben zu können, da es sich in diesem Fall um deutsche Staatsbürger handele. Der Note waren die Autopapiere, die bei Findeisen gefunden wurden, und die Schlüssel, die bei Neitzke gefunden wurden, beigelegt.

Am gleichen Tag wurde uns bekannt, dass es bereits am Sonntag, dem 20. X.⁵, Versuche gegeben hatte, bei einigen deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung Haussuchungen durchzuführen. Bei einigen Hausangestellten unserer Genossen sind in der Zeit vom 20. bis 24. mehrmals Haussuchungen vorgenommen worden. Einige der deutschen Angestellten erhielten eine schriftliche Vorladung, im Fall Findeisen bei der Geheimpolizei zur Vernehmung zu erscheinen. Wie groß die Anzahl der deutschen Angestellten ist, die von dieser Kampagne betroffen ist, können wir sehr schwer sagen, weil von einigen Angestellten offensichtlich gefordert wurde, uns gegenüber völliges Stillschweigen zu bewahren. Doch es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, dass bei den deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung wegen dieser Sache eine äußerst nervöse Stimmung, die bei einigen an Panik grenzt, entstanden ist. Diese Stimmung verschlechterte sich noch, als die Antwort bekannt wurde, die ein Verwandter von Findeisen im Polizeipräsidium auf seine Frage nach den Gründen für dessen Verhaftung erhalten hatte. Dort sagte man ihm, schon allein die Tatsache, dass Findeisen 15 Jahre lang in der Bevollmächtigten Vertretung beschäftigt gewesen sei, sei ein hinlänglicher Grund, um ihn zu verhaften. Die Stimmung der Angestellten wurde auch noch zusätzlich dadurch angeheizt, dass am Montag, den 22. X., die Bevollmächtigte Vertretung buchstäblich von einem Heer von Spitzeln belagert

² So im Dokument; richtig: 21. X.

³ Gemeint ist ein Schrebergarten.

⁴ Vgl. Dok. 529.

⁵ Vgl. Anm. 2.

wurde, die sich vor dem Tor zusammenscharten, um auf irgendjemand zu warten, den sie verhaften sollten. Einige der deutschen Angestellten bestanden auf ihre sofortige Entlassung, einige baten um Urlaub.

Obleich nicht daran zu zweifeln ist, dass durch den Ausfall einiger Angestellten und die besorgte Stimmung der übrigen Mitarbeiter eine Desorganisation der laufenden Arbeit der Bevollmächtigten Vertretung und insbesondere des wirtschaftlich-technischen Teils verursacht wurde, ist dies alles dennoch letzten Endes, allgemein ***gesprochen***⁶, reparabel. Viel ernster verhält es sich mit der Frage, welche Schritte die Deutschen zu unternehmen gedenken, die über die Anschuldigungen gegen Findeisen und Neitzke hinausgehen und sich aus den bevorstehenden Verhören der übrigen Angestellten ergeben könnten. Der Unterredung des Gen. Bessonov mit Bülow am 25. X.⁷ können Sie entnehmen, dass die Deutschen jedenfalls einen Prozess anstreben, in dem auch Findeisen und Neitzke der Beteiligung an den Sammlungen für illegale Zwecke angeklagt würden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Ergebnis der Verhöre der übrigen deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung, und auf diese Möglichkeit hat Bülow nachdrücklich aufmerksam gemacht, der Fall eintreten könnte, dass auch andere Angehörige der deutschen Belegschaft der Bevollmächtigten Vertretung belangt werden könnten. Bei einer derartigen Lage können die Deutschen ohne Schwierigkeit dem in Vorbereitung befindlichen Prozess den Charakter einer politischen Demonstration gegen die Bevollmächtigte Vertretung verleihen.

Eine andere Frage ist es, ob sie dies auch tun werden.

Es gibt Grund zur Annahme, dass die gesamte Aktion gegen die deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung von den Deutschen als Antwort auf die Angelegenheit Fuchs⁸ initiiert wurde, um uns zu zeigen, dass auch sie über Mittel verfügen, politischen Druck auf uns auszuüben. Es wäre jedoch sicherlich nicht richtig, diese Angelegenheit lediglich als Antwort auf den Fall Fuchs zu betrachten. Wenn man berücksichtigt, dass die Deutschen zur gleichen Zeit auf dem Gebiet des Handels versuchen, über Valorisierungsklagen von großen deutschen Firmen auf uns Druck auszuüben und offensichtlich darum bemüht sind, unsere Antwort bezüglich des Kreditabkommens zu beschleunigen, so ist es nicht ausgeschlossen, dass der Fall Findeisen und Neitzke nicht nur als Antwort auf den Fall Fuchs benutzt werden könnte, sondern auch im Sinne eines breiter angelegten politischen Druckes uns gegenüber. Da aber, einerseits, die internationale Lage für solch einen Prozess offenbar ungünstig ist, und andererseits das Material, das dieser Prozess liefern könnte, bedeutungslos ist, ist nicht auszuschließen, dass die Deutschen diesen Prozess einfach als eine latente Drohung uns gegenüber in der Hinterhand behalten werden.

Wie auch immer die weitere Entwicklung der Angelegenheit sein wird, so ist indes eins völlig klar, dass wir die seit langem beabsichtigte **Ersetzung der deutschen Angestellten durch sowjetische**⁹ im Eiltempo vornehmen müssen. Gegenwärtig fehlen uns an Personal: **ein Hausverwalter**, **ein Chauffeur** und **ein*

⁶ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 530.

⁸ Vgl. Dok. 509.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

Hausmeister*, der zugleich *Heizer*¹⁰ ist. Die Auswechslung dieser Personen muss selbstverständlich so schnell wie möglich erfolgen, wobei für die Stelle des Hausverwalters eine Person mit guten Deutschkenntnissen gebraucht wird. Danach, oder auch gleichzeitig, müssen wir *vier Portiers*¹¹ ersetzen, die ebenfalls über ein gewisses Minimum an deutschen Sprachkenntnissen verfügen. Außerdem muss man sich bereits jetzt darum kümmern, einen *Buchhalter*¹² anstelle des Deutschen Feuerhardt zu suchen. Wir haben ebenso Veranlassung, den Stenografen der Bevollmächtigten Vertretung *Richter*¹³, der mittlerweile dem NKID untersteht, nach Moskau abzukommandieren, der vielleicht für andere unserer Bevollmächtigten Vertretungen mit deutschem Schriftverkehr von Nutzen sein könnte. Über die näheren Richter betreffenden Gründe kann Ihnen Gen. Chinčuk persönlich berichten.

Wie Sie sehen, geht es um eine schnelle Ersetzung von mindestens neun Personen. Angesichts der besonderen Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Frage glaube ich berechnete Hoffnungen darauf haben zu können, dass es dem NKID dieses Mal gelingen wird, die angeforderten Leute zu bekommen sowie die mit dem Austausch unausweichlich verbundenen Kosten zu tragen. Um zwischen Berlin und Moskau die Verständigung über die Kandidaten zu erleichtern, schlage ich vor, dafür die für Anfang November vorgesehene kurzfristige Reise von *Gen. Magalif*¹⁴ nach Moskau zu nutzen, damit er an Ort und Stelle an der Auswahl der Mitarbeiter teilnimmt, da er über die speziellen Kenntnisse, die hier an sie gestellt werden, gut unterrichtet ist.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Suric

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3733 vom 4. 11. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 66–67. Original.

¹⁰ Die Wörter sind unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Das Wort ist unterstrichen.

¹³ Der Name ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 533

Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

Berlin, den 26. Oktober 1934

Abdruck an Abteilung IV.

An

den deutschen Botschafter

Herrn Grafen v. d. Schulenburg

Moskau

Lieber Graf Schulenburg!

Vielen Dank für Ihren netten und interessanten Brief vom 22. d. M.¹ Ich bin mit der Aufnahme, die Sie in Moskau gefunden haben, recht zufrieden, unter den Umständen konnte man nicht mehr erhoffen. Ein zweiter Lichtblick ist die Art, wie der Leningrader Prozess² gehandhabt worden ist. Diese zwei Momente lassen gewisse Hoffnungen auf eine langsame Entspannung zu.

Hier ist die Aufnahme von Suritz korrekt, aber nicht herzlich gewesen. Heute morgen fand der Empfang beim Führer und Reichskanzler statt. Noch nie ist ein solcher Botschafterbesuch so schnell vorübergegangen und rasch erledigt worden. Die Ansprachen waren kühl³, unsere Erwiderung ist im Präsidialbüro noch ein wenig freundlicher gestaltet worden. Das persönliche Gespräch im Anschluss an die Überreichung des Beglaubigungsschreibens war sehr kurz und ganz oberflächlich. Es befremdete natürlich, dass das ganze Personal, das anschließend vorgestellt wurde, nur aus Juden bestand⁴.

Der Botschafter, den ich persönlich sehr liebenswürdig empfangen habe, hat bisher noch keine politischen Gespräche geführt, und ich nehme an, dass er klug sein wird, die Dinge nicht zu überstürzen. Aus dem, was er mir über den politischen Aufschwung der Türkei erzählte, schließe ich, dass er noch einmal den Versuch machen wird, den Baltenpakt und den Ostpakt oder vielleicht auch nur letzteren zu empfehlen.

Er hat auch bereits flüchtig von der Notwendigkeit gesprochen, das Vertrauen wiederherzustellen. So lange die Russen die abenteuerlichsten Sachen von uns glauben, müssen wir es ablehnen, derartige eingebildete Hindernisse einer Verständigung aus dem Wege zu räumen. Wir würden ja in ein Danaidenfass schöpfen und den Boden realer Politik völlig unter den Füßen verlieren. Ich empfehle, dass auch Sie Ihrerseits diesen Standpunkt einnehmen und es z. B. ablehnen, den Russen irgendwelche Sicherheiten für eingebildete Gefahren in Aussicht zu stellen. Wir können nicht frei erfundene Kombinationen, die sich an den Besuch Görings in Belgrad⁵ knüpfen, amtlich richtig stellen, denn morgen würden wir gezwungen sein, neue russische Besorgnisse zu zerstreuen, und allein durch die ewige Richtigstellung unserer Absichten würden wir uns freiwillig in die Rolle des ewigen

¹ Vgl. Dok. 526.

² Vgl. Dok. 520.

³ Die Redetexte von Suric und Hitler befinden sich in Abschrift in: PA AA, R 83621, Bl. E 667081, 667084–667085; vgl. auch AVP RF, f. 165, op. 18, p. 50, d. 16, l. 2, 10.

⁴ Vgl. Dok. 534.

⁵ Vgl. Dok. 523, Anm. 3.

Störenfrieds begeben. Ich werde aber versuchen, Sie über alles, was vorgeht, so weit auf dem Laufenden zu halten, dass Sie mit leichter Hand, aber auch mit konkreten Angaben törichte Gerüchten entgegentreten können.

Wie wir es seinerzeit besprochen haben, muss man in der Gestaltung unserer russischen Beziehungen viel Geduld haben. Dass es Ihnen daran nicht fehlt, weiß ich sehr wohl, Sie werden aber große Schwierigkeiten haben, Ihren dortigen Gegenspielern die gleiche Einstellung beizubringen.

Die Klarheit und Sachlichkeit Ihrer Berichterstattung haben wir angenehm empfunden, und wir wissen jetzt unsere Botschaft in Moskau in guten Händen. Was wir zur Unterstützung Ihrer schwierigen Aufgabe tun können, wird immer gern geschehen.

In diesem Sinne verbleibe ich mit den besten Grüßen

stets Ihr

gez. Bülow

Auf dem ersten Blatt: Mit Kurier: 31. 10. 34.

PA AA, R 29493, Bl. E 200980–200982.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 271, S. 517–518.

Nr. 534

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Persönlich

Berlin, 27. Oktober 1934

Lieber Maksim Maksimovič!

Mit der heutigen Post schicke ich Ihnen die ersten Aufzeichnungen von Unterredungen, die ich mit meinen Kollegen hatte. Da die Post bereits in wenigen Stunden abgeht, schaffe ich es nicht mehr, Ihnen mit dieser Post einen ausführlichen Brief über meine Eindrücke zu schreiben. Ich beschränke mich lediglich auf einen knappen Brief.

So bin ich nun ein „legalisierter“ Botschafter. Die Audienz bei Hitler verlief in oberflächlicher Eile¹. Während des Austauschs der Reden stierte er vor allem auf meinen Leninorden², von dem er vielleicht annahm, dass es sich um ein Abzeichen mit dem Leninbild handelt, welches ich mir angesteckt habe, um ihn zu beeindrucken. Nur mit großer Mühe sprach er Liebenswürdigkeiten aus. Er bedachte meine Kenntnisse der deutschen Sprache mit einem Kompliment, was als Überleitung zum ****Gespräch****³ über meinen früheren Aufenthalt in Deutschland diente⁴. Die danach eingetretene quälende Pause wurde durch das Eingreifen Neu-

¹ Am 26. 10. 1934; vgl. auch Dok. 533.

² Suric wurde 1933 anlässlich seiner zehnjährigen Tätigkeit als Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Türkei mit dem Leninorden ausgezeichnet.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Frage.

⁴ Suric studierte an der Philosophischen Fakultät der Heidelberger Universität und lebte nach 1910 als Emigrant in Deutschland.

raths beendet, der Hitler daran erinnerte, dass ich „fast 10 Jahre“ in der Türkei gewesen war. Damit wurde die „Unterredung“ auf die Türkei gebracht, ein Lieblingsthema, das bis jetzt alle meine deutschen Gesprächspartner ansprachen. Wenn dies so weiter geht, werde ich mich bald in einen Referenten des Auswärtigen Amtes für die Türkei verwandeln. Ich bin jedoch nicht davon überzeugt, dass mir hier solch ein beschauliches Leben zugeordnet ist. Die Erfahrungen der ersten zwei Wochen gehören jedenfalls nicht zu den besten. Die zurückliegenden zwei Wochen standen unter dem Zeichen eines extremen Druckes der Deutschen uns gegenüber. Es begann mit dem Verbot der „Pravda“ und der Aushändigung des umfangreichen Memorandums mit Klagen über die Presse und endete mit der Verhaftung von deutschen Angestellten. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch die Hinauszögerung des Termins für die Entgegennahme meines Beglaubigungsschreibens an Bedeutung. Meine anfängliche Annahme, dass dies lediglich auf den Wunsch zurückzuführen wäre, mir persönlich eine Lektion zu erteilen, stellt sich mir nunmehr als zu kurz gegriffen dar. Die Deutschen zielten offenbar weiter und wollten diese Frage in eine politische Demonstration gegen uns ummünzen. Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, wie einige Genossen behaupten, dass ich wegen des Kampfes „in Mitleidenschaft“ gezogen worden bin, der zwischen der engsten Umgebung Hitlers und dem Auswärtigen Amt um die Frage meines Empfangs bei Hitler ausgetragen wurde, in dem sich die zwei Linien in der Haltung uns gegenüber widerspiegeln. Wenn sich die Sache aber so verhalten sollte, so wäre die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass die Haltung uns gegenüber jedenfalls nicht von den Anhängern einer Politik der Annäherung bestimmt wird. Es ist schwer vorstellbar, dass diese Kette von Ausfällen uns gegenüber, die exakt zum Zeitpunkt meiner Ankunft terminiert wurde, nicht innerlich untereinander verbunden war und lediglich durch lokale und voneinander unabhängige Motive erklärbar ist. Doch andererseits wäre es meiner Meinung nach voreilig und verfehlt, die Wurzeln dieser Motive in der veränderten internationalen Lage zu suchen. Am wahrscheinlichsten ist, dass sich die Deutschen dazu entschieden haben, wegen der Fuchs-Angelegenheit⁵ und insbesondere wegen unserer Pressekampagne rund um das Attentat von Marseille in die Offensive zu gehen. Da sie nicht wünschten, auf den Seiten ihrer Presse einen Abwehrkampf auszutragen (davon versprechen sie sich nichts Gutes), entschieden sie sich dafür, über einen Umweg auf uns Druck auszuüben und das Alltagsleben unserer Bevollmächtigten Vertretung zu vergiften.

*Wohin uns dieser ganze Krieg führen wird, weiß ich nicht. Ich zweifle keine Minute daran, dass Sie die Folgen bereits vorausgesehen haben, zu denen die Kampagne in unserer Presse führen wird (es ist möglich, dass Sie lediglich die Formen der Reaktion nicht vorausgesehen haben, wohl aber die Reaktion selbst). Wenn es dennoch nicht gelang, sie etwas abzuschwächen, so ist man anscheinend entweder auf unüberwindbare Hindernisse gestoßen oder Sie betrachten aus mir unbekannten Motiven diese Kampagne für wünschenswert.

Ich bin mir natürlich dessen bewusst, dass wir die Tätigkeit der antisowjetischen und prodeutschen Elemente in Frankreich dadurch erheblich erschweren, wenn wir in der für die Franzosen so sensiblen Frage wie der Verantwortung für

⁵ Vgl. Dok. 509, 520.

die Marseiller Attentate Berlin zum Zielpunkt nehmen und unter Beschuss halten. Mir scheint jedoch, dass diese Mine unter größter Umsicht und ohne Hervorkehrung unserer Urheberschaft hätte platziert werden können. Wir könnten einen Großteil des Materials unter fremder Flagge und in einer weniger reißerischen Form an den Mann bringen*⁶.

Ich würde Ihnen noch gern meine Eindrücke von den ersten Begegnungen mit meinen Kollegen zukommen lassen, doch dies muss ich offensichtlich auf das nächste Mal verschieben.

Ich drücke Ihnen kräftig die Hand
Ihr

Ja. Suric

Herzliche Grüße an Ihre gesamte Familie. E. N.⁷ bittet, A. V.⁸ Grüße auszurichten⁹.

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3734 vom 4. 11. 1934.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 68–69. Original.

Nr. 535

Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 28. Oktober 1934
Geheim

Deutsche Botschaft
Der Marinegehilfe
des Militärattachés
B. Nr. 168/34

Anlage zum Marinebericht Nr. 36/34¹

Betr.: Marinepolitische Lage. Deutschland – Sowjetunion.²

Die militärische Lage Deutschlands hat sich im vergangenen Jahr durch die Verbesserung der Beziehungen zu Polen nicht unwesentlich verändert. Bei Be-

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Elizaveta Nikolaevna, die Ehefrau von Suric.

⁸ Ajvi (Ivy) Val'terovna, die Ehefrau Litvinovs.

⁹ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

¹ Der Marinebericht enthält folgende Anlagen: 1. Marinepolitische Lage. Deutschland-Sowjetunion, 2. Luftschutzmanöver in Leningrad, 3. Vorschriften und Regeln für Reiterwettbewerbe und -turniere, 4. Maritime Nachricht, 5. Seekartenausrüstung, 6. Reitersportwettkämpfe im Ukrainischen Militärbezirk, 7. Rücksendung der M.Dv. Nr. 15; vgl. PA AA, R 30099, Bl. 359.

² Vgl. auch den kürzeren Bericht vom 7. 11. 1934 in: Das Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht: Eine Dokumentation, bearb. von N. Müller, Koblenz 2007, Dok. 6, S. 74–75.

trachtung der sonstigen politischen Entwicklung taucht aber die Frage auf, ob nicht anstelle Polens künftig die Sowjetunion zu den in einem Kriegsfall mutmaßlichen Gegnern Deutschlands gehören wird, und ob die deutsche Marine anstelle der früher anzunehmenden Gegnerschaft der französischen und polnischen Marine nicht künftig mit Frankreich und der Sowjetunion als Gegnern auf See wird rechnen müssen.

Die Gegnerschaft Frankreich bringt kein neues Moment in die maritime Lage und braucht zu neuen Überlegungen nicht Anlass zu geben. Welche *militärische Bedeutung*³ muss man aber heute der *Sowjetkriegsflotte*⁴ zubilligen und wie wird sie sich in künftiger Zeit entwickeln?

Betrachtet man die in diesem Jahr gesammelten Beobachtungen und Eindrücke über die sowjetische Marine unter vorsichtiger Bewertung, so lässt sich kaum bestreiten, dass sie in der Hand energischer und zielbewusster Führer auf dem Wege ist, ein nicht zu unterschätzender Gegner zu werden. Wie weit sie hierbei bereits vorwärts gekommen ist, ist freilich schwer mit Genauigkeit anzugeben.

Es ist müßig, darüber nachzuforschen, wann der Umschwung von der früheren Untätigkeit eingesetzt hat. Der erste Fünfjahresplan, der dem ganzen Lande einen gewaltigen Antrieb gab, dürfte auch im Bereich der Marine neue Energien geweckt haben. Man musste in Verfolg dieses vielleicht größten Rüstungsaufbaus der Geschichte früher oder später sowieso auf die Frage stoßen: Wie steht es mit der Verteidigung des Landes zur See? Und es ist klar, dass die Marine auf die Dauer nicht zurückbleiben konnte, nachdem die Armee und die Luftmacht einen so außerordentlichen Aufschwung erlebt hatten.

Versucht man nun darzustellen, wie die sowjetrussische Marine seit etwa 1930 ihren Wiederaufbau angelegt hat, so scheint es, dass sich an ihr zunächst die so oft in der maritimen Geschichte auftretende Erfahrung wiederholt hat: Man kann eine moderne Marine nicht so rasch schaffen wie eine Landtruppe oder wie heutzutage eine Luftmacht, und man kann in der Seerüstung nicht von heute auf morgen das nachholen, was in vielen Jahren versäumt worden ist. Erst jetzt zeigen sich in der sowjetrussischen Marine Fortschritte auf materiellem Gebiet, die die Ergebnisse mehrjähriger Vorbereitungen und Arbeiten sein dürften. In richtiger Erkenntnis der Unmöglichkeit, den Bau größerer Kriegsschiffe (Schlachtschiffe und Kreuzer) ohne irgendeine Bauerfahrung zu beginnen und durchzuführen, stellte man sich hier *zunächst*⁵ darauf ein, die *Kleinkampfmittel*⁶ (U-Boote, Flugzeuge, Motorschnellboote) soweit irgend möglich *zu entwickeln*⁷. Auf diesem Gebiet sind nach übereinstimmenden Nachrichten inzwischen – allerdings nach mindestens vierjähriger Arbeit – beträchtliche Ergebnisse erzielt worden: *Die Flugzeugwaffe dürfte am weitesten entwickelt sein, es folgen die Motorschnellboote, die U-Boote und zuletzt die Zerstörer*⁸. Während das neuste Annuaire militaire des Völkerbundes (1934) der Sowjetunion nicht mehr als 22 Unterseeboote (davon 6 im Bau) zuspricht, kann als festgestellt gelten, dass mit *mindestens 56

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Das Wort ist unterstrichen.

⁵ Das Wort ist unterstrichen.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

Unterseebooten*⁹ (davon 13 im Bau) gerechnet werden muss (*17 in der Ostsee*¹⁰, 3–4 im Nördlichen Eismeer, 8 im Schwarzen Meer, *15 im Fernen Osten*¹¹, 13 in Leningrad im Bau). Es dürfte hieraus hervorgehen, dass im U-Bootsbau schon jetzt eine nicht unerhebliche Baukapazität bei den einschlägigen Werften vorhanden ist. Neben dem Kriegsschiffsbau ist *der Ausbau der Küstenbefestigungen*¹² mit Energie in Angriff genommen. Diesbezügliche Meldungen liegen vor über Wladiwostok und die angrenzende Seeküste, über die Kolabucht, Odessa, und den südlichen Befestigungsrayon bei Kronstadt. An einigen Stellen wird mit Tag- und Nachtschichten gearbeitet.

In denjenigen Seegebieten, die erst seit neuerer Zeit mit Seestreitkräften ausgestattet sind, dem Fernen Osten und dem Nördlichen Eismeer, fehlt es vorläufig an Kriegsschiffsbauwerften. Die Hilfe der großen Kriegsschiffswerften in Leningrad und Nikolajew muss deshalb für diese Gebiete in Anspruch genommen werden. An Ort und Stelle (in Wladiwostok, Chabarowsk und Murmansk) ist man bisher lediglich in der Lage, das abtransportierte, halbfertige Material zusammenzusetzen und in Dienst zu stellen. Gerade die Entwicklung leistungsfähiger und durchgebildeter Bau- und Reparaturwerften ist ja stets das Haupthindernis für den schnellen Aufbau einer kriegsbereiten Marine gewesen.

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass in neuerer Zeit Gerüchte immer häufiger auftreten, nach denen die sowjetische Marine im Begriff sei, nunmehr auch zum Kreuzerbau überzugehen. Es wird auch ganz positiv von dem Bau eines solchen Schiffs in Leningrad gesprochen, dessen Maschinenanlagen von der italienischen Ansaldo-Werft geliefert werden sollen. Andere Nachrichten sprechen von weiteren Kreuzerbauten und ziehen die Möglichkeit eines Schlachtschiffsbaus in Betracht. Wenn hiervon auch nur ein Teil zutreffend ist, so beweist dies, dass die sowjetische Marine nicht auf halbem Wege stehen bleibt, sondern dass sie zielbewusst und folgerichtig ihren Weg weiterverfolgt, der trotz sicher eintretender Rückschläge und gelegentlicher Misserfolge nach und nach ebenso zum Ziel führen muss wie der planwirtschaftliche Aufbau der Rüstungsindustrie in Verfolg der Fünfjahrespläne. Hier wie dort ist lediglich der Zeitpunkt der Erreichung des Ziels zweifelhaft.

Kommt man auf Grund der angeführten Tatsachen zu dem Schluss, dass die Sowjetmarine über kurz oder lang ein beachtenswerter militärischer Faktor werden wird, so ist aufgrund der politischen Lage eine Betrachtung angebracht, ob diese Streitmacht, die hinter sich ein Land mit fast unerschöpflichen Hilfsquellen hat, im Falle kriegerischer Verwicklungen neutral sein oder auf der Gegenseite stehen wird. Die politische Entwicklung des vergangenen Jahres dürfte bewirkt haben, dass Deutschland in der Ostsee bis auf weiteres mit einer Gegnerschaft Polens nicht mehr zu rechnen braucht. Muss schon jetzt an seiner Stelle mit einer Gegnerschaft der Sowjetmarine gerechnet werden?

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion haben sich im Laufe des Sommerhalbjahres und nach dem für die Sowjetunion unbefriedigenden Ausgang der Ostpakt-Verhandlungen nicht gebessert, sondern weiter an Ver-

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

schlechterung zugenommen und dürften sich augenblicklich auf einem Stande befinden, der eine nähere Prüfung der aufgeworfenen Frage tatsächlich rechtfertigt.

Die europäische Politik der Sowjetunion wird bestimmt von der Gesamtlage des Landes und von der politischen Lage an der entscheidenden Front in Asien, dem Fernen Osten. Die Sowjetunion ist z. Zt. innerpolitisch noch ganz durch die rüstungsindustrielle und wirtschaftliche Aufbauarbeit in Anspruch genommen, die durch die Fünfjahrespläne gekennzeichnet wird, und sie wird noch auf einige Jahre hinaus gezwungen sein, die gesamte Leistungskraft des Landes der Fortführung dieser Arbeiten und vor allem dem Wiederaufbau und Ausbau des Transportwesens zu widmen. Während dieser Zeit des Aufbaus würde jede kriegserische Verwicklung die Sowjetunion untragbaren Ungewissheiten aussetzen. Im Fernen Osten steht der Sowjetunion die japanische Position gegenüber, die nach Besitzergreifung der Mandschurei als eine ernste Bedrohung der sowjetrussischen Fernost-Stellung angesehen werden muss. Die bevorstehende Seeabrüstungskonferenz¹³, für die die hiesige Presse lebhaftes Interesse zeigt, wird der Sowjetunion kaum eine fühlbare Entlastung im Fernen Osten bringen, da mit einer irgendwie bemerkenswerten Schwächung Japans im westpazifischen Raum nicht gerechnet werden kann und höchstens eine Zügelung des Tempos der japanischen Machtzunahme im Bereich der Möglichkeiten liegt. Die Spannung im Fernen Osten wird deshalb auf Jahre hinaus unvermindert andauern und eher eine Neigung zur Verschärfung als zum Nachlassen in sich tragen. Es ist daher verständlich, dass die Sowjetunion sowohl mit Rücksicht auf die noch nicht vollendete innere Konsolidierung als auch auf die Ungewissheit der Lage im Fernen Osten bestrebt ist, an ihrer europäischen Front den Frieden zu erhalten und ihre dortigen Grenzen zu sichern. In Verfolg dieses Ziels hat die Sowjetunion in den letzten Jahren Nichtangriffsverträge mit ihren westlichen Nachbarn abgeschlossen¹⁴, und sie hat nicht aufgehört, auf weitere Sicherungen hinzuarbeiten¹⁵. Der Anlass, der die Sowjetunion auf diesem Wege weitertreibt, ist neben dem Wunsch, wegen der Lage im Fernen Osten im Rücken gesichert zu sein, ein tiefes Misstrauen, das sich in hiesigen maßgeblichen Kreisen gegen die Absichten der deutschen Politik festgesetzt hat. Dieses Misstrauen ist in der rückliegenden Zeit durch mancherlei Anlässe genährt worden, und es hat trotz der wiederholten Versicherung amtlicher deutscher Stellen, auf gute und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion Wert zu legen, immer wieder neuen Nährstoff gefunden. Mit Misstrauen wird auch die deutsch-polnische Annäherung betrachtet, weil sie die Vermutung entstehen lässt, dass Polen für eine antisowjetische Politik gewonnen werden soll.

Aus dieser Lage ergab sich die Annäherung der Sowjetunion an ihren bisherigen politischen Gegner, Frankreich, die zu dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund und zu dem Ostpakt-Entwurf unter Garantie Frankreichs geführt hat. Der Prozess dieser Annäherung ist noch nicht abgeschlossen und es wird von der

¹³ Gemeint ist die Londoner Flottenkonferenz, die vom 9. 12. 1935 bis 25. 3. 1936 abgehalten wurde. Der dort vereinbarte Vertrag wurde nur von Großbritannien, den USA und Frankreich unterzeichnet, da Italien die Teilnahme an der Konferenz verweigerte und die japanische Delegation Mitte Januar 1936 London vorzeitig verließ.

¹⁴ Gemeint sind die Nichtangriffsverträge mit Finnland (Januar 1932), Lettland (Februar 1932), Estland (Mai 1932) und Polen (Juli 1932).

¹⁵ Im Dezember 1932 hatte die UdSSR die Nichtsangsgriffsverträge mit Frankreich und im September 1933 mit Italien abgeschlossen.

Entwicklung der politischen Lage in Mitteleuropa abhängig sein, *ob die Sowjetunion sich zu einer noch stärkeren Bindung an Frankreich entschließen wird*¹⁶. Es ist das Wunschziel der hiesigen Politik, sich nicht einer bestimmten Macht oder Mächtegruppe anzuschließen, um sich die Entschlussfreiheit für den Fall eines europäischen Krieges zu wahren. Ist dies nicht möglich, oder setzt sich das Gefühl einer Bedrohung von deutscher Seite immer stärker fest, so wird man engere Bindung mit Frankreich suchen. Bei Verwirklichung eines militärischen Bündnisses zwischen Frankreich und der Sowjetunion wären die Schwierigkeiten sowohl innerpolitisch wie außenpolitisch auch für Frankreich nicht gering, das wegen der in früherer Zeit nicht ohne eine Spitze gegen die Sowjetunion entstandenen Militärbündnisse mit Rumänien und Polen keine volle Bewegungsfreiheit besitzt.

Die Lage befindet sich in diesem Schwebezustand und es ist vorläufig ungewiss, wann sie sich entscheidend verändern wird. So lange dieser unentschiedene Zustand fortbesteht, ist es möglich, durch geeignete Maßnahmen auf eine Entspannung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen hinzuwirken. Weltanschauliche Gegensätze sind hier nie ein Hindernis für gute außenpolitische Beziehungen gewesen, wie das Verhältnis der Sowjetunion zu Italien und der Türkei beweist. Geht dieser Zeitpunkt vorüber, ist es nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, dass sich die *Lage weiter in der Richtung eines französischen Bündnisses entwickeln wird, das dann auf Jahre hinaus die marinepolitische Lage in der Ostsee für uns bestimmen wird*¹⁷.

v. Baumbach

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt: Gelesen Schulenburg [eigenhändige Unterschrift], Stempel: Geheim. Auf dem ersten Blatt des Berichts (Bl. 359): Eingangsstempel des AA: II M 1642, Eing. 1 Nov. 1933.

PA AA, R 30099, Bl. 360–366.

Nr. 536

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Ganz geheim

Expl. Nr. 4

Nr. 4240/I

1. November 1934

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

GEN. STALIN

KOPIE: AN GEN. MOLOTOV

ZU DEN VERHANDLUNGEN ZUM OSTPAKT

Wie ich bereits in meinem gestrigen Schreiben (Nr. 4237) hingewiesen habe, ist es für eventuelle Verhandlungen mit Laval sowie für die Orientierung der Ge-

¹⁶ Der Text ist unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist am Rand angestrichen.

nossen Rozenberg und Suric unerlässlich, eine konkrete Position in der Frage des Ostpaktes zu beziehen. Sie ist auch für den Fall erforderlich, dass wir uns dazu entschließen sollten, diese Frage vorerst nicht zu forcieren. Ich erachte es deshalb für angebracht, meine Überlegungen zu dieser Angelegenheit darzulegen.

An der verstärkten Aufrüstung Deutschlands außerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages bestehen bereits keine Zweifel mehr. Im Ausland rätselt man lediglich darüber, ob Deutschland in einem Jahr oder in 1½ Jahren, längere Fristen werden erst gar nicht genannt, zu einem Krieg bereit sein könnte. Zum Krieg bereit sein bedeutet noch nicht, ihn auch zu führen. Es ist durchaus möglich, dass Deutschland in der ersten Zeit seine militärische Stärke dazu nutzen wird, um seine internationale Stellung auf diplomatischem Wege zu festigen, Verbündete zu gewinnen und sich wenigstens die Neutralität jener Staaten zu sichern, die sich einem Bündnis entziehen. Militärische Stärke wirkt anziehend, und dieses Vorhaben wird ihm gelingen. Dann wird sich aber die Frage nach der Nutzung dieser Stärke und des gewachsenen internationalen Ansehens stellen. Ich meine, dass Deutschland in den nächsten Jahren kaum bereit sein wird, seine Kräfte ohne einen besonderen Anlass mit denen Frankreichs zu messen, das aufgrund des Locarno-Vertrages und der allgemeinen internationalen Lage auf die aktive Hilfe Englands, und formal auch Italiens, vertrauen kann. Deutschland wird sich allein mit dem Anschluss Österreichs nicht zufriedengeben, der wahrscheinlich sogar bedeutend früher als angenommen und vielleicht ohne Krieg erreicht werden kann. Bei Aufrechterhaltung des französisch-polnischen Bündnisses wird sich Deutschland nicht ohne weiteres dazu entschließen, auch Polen zu überfallen. Am wahrscheinlichsten ist, dass Deutschland in Richtung Baltikum, die UdSSR und die Ukraine über Rumänien für seine angestaute militärische Energie einen Ausweg suchen wird. Es wird, anders formuliert, den Plan Rosenbergs und Hitlers verwirklichen, den letzterer in seinem programmatischen Buch „Mein Kampf“ entwickelt hat. Es kann **dabei**¹ mit einer völligen Unterstützung zumindest durch Japan, Polen und Finnland rechnen.

Das oben Ausgeführte genügt vollkommen, um die Bedeutung zu ermessen, die für uns jene gegenseitige Absicherung haben könnte, die der Ostpakt insbesondere in seiner früheren Form bieten würde. Zugleich würde dieser Pakt uns weniger Verpflichtungen als den übrigen Teilnehmern auferlegen, da wir keine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben und unsere Hilfeleistung für die Länder begrenzt wäre, die Opfer einer deutschen Aggression werden würden.

Für uns ist der Pakt jedoch unter dem Gesichtspunkt von unmittelbarer Bedeutung, dass er in einem gewissen Maße das antisowjetische Komplott Frankreichs mit Deutschland garantieren würde². Die Idee eines solchen Komplotts, von der selbst Daladier angetan war, gewinnt in Frankreich in jüngster Zeit immer mehr Anhänger. Wahrscheinlich ist auch Laval diese Idee nicht fremd, der vor seinem Regierungsantritt Gen. Rozenberg freimütig erzählte, wie er sich darum bemüht habe, mit Brüning ein gegen die UdSSR gerichtetes Abkommen auszuhandeln. Laval verheimlicht auch jetzt nicht, dass im Focus seiner Bemühungen ein Abkommen mit

¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: deshalb.

² So im Dokument; gemeint ist: gegen ein antisowjetisches Komplott Frankreichs mit Deutschland garantieren würde.

Deutschland steht. Ein Abkommen mit Hitlerdeutschland ist aber unter Beibehaltung des Friedens unmöglich und müsste zwangsläufig gegen irgendjemand gerichtet sein. Wenn die Franzosen bisweilen über ein antipolnisches Abkommen zwischen Frankreich, Deutschland und der UdSSR sinnieren, so trägt dies vorerst Sondierungscharakter. Ein französisch-deutsch-sowjetisches Abkommen ohne eine antipolnische Ausrichtung dürfte für Deutschland wohl kaum von Interesse sein.

Nadolny hat als inoffizieller Emissär unlängst Suric den Ostpakt ohne Beteiligung Frankreichs und der Tschechoslowakei nahegelegt³. Auch Beck hat dazu wiederholt ein eventuelles Einverständnis Polens angedeutet. Dieser Vorschlag wird in erster Linie deshalb unterbreitet, um den Pakt in seinem ursprünglich beabsichtigten Rahmen, vor dem sich Deutschland so sehr fürchtet, da er allen seinen Plänen zuwiderläuft, zum Scheitern zu bringen. Wenn wir außerdem von der Existenz einer polnisch-deutschen Absprache ausgehen, so sieht der von Nadolny vorgeschlagene Pakt eine Hilfeleistung unsererseits für das Baltikum⁴ lediglich im Falle einer gemeinsamen polnisch-deutschen Aggression vor. Der Vorschlag Nadolnys wäre nur unter der Voraussetzung annehmbar, wenn es parallel zu ihm einen französisch-tschechoslowakisch-sowjetischen oder zumindest einen französisch-sowjetischen Beistandspakt, über den man noch sprechen kann, geben würde.

Die Einwände Deutschlands und Polens gegen den von Frankreich vorgeschlagenen Ostpakt sind in den jüngsten Memoranden⁵ dargelegt, auf die jetzt Frankreich reagieren muss. Laval, oder vielmehr Léger, beabsichtigt, zuerst Polen zu antworten. Letzteres stellte folgende Bedingungen: 1) Die Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands am Pakt, 2) den Ausschluss der Tschechoslowakei und Litauens und 3) die Aufnahme eines polnisch-deutschen Abkommens in den Ostpakt. Léger schlägt vor, bei Polen anzufragen, ob es seine Zustimmung zu einem Pakt geben würde, wenn er keinerlei Verpflichtungen Polens gegenüber der Tschechoslowakei und Litauen enthalten würde. Die Tschechoslowakei und Litauen haben dagegen nichts einzuwenden. Auch wir könnten uns mit Einwänden zurückhalten. Was die Aufnahme eines polnisch-deutschen Abkommens betrifft, so muss man meiner Meinung nach unbedingt bei Polen anfragen, wie dies zu verstehen ist: Wenn es darum geht, die gegenseitigen polnisch-deutschen Nichtangriffsverpflichtungen in Kraft zu lassen oder zu erhärten, so ist eine solche Verpflichtung im Pakt vorgesehen. Wenn dem so ist, so wird man auch den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt aufnehmen müssen. Wenn aber ein Nichtangriff Polens⁶ selbst bei einer Aggression durch Deutschland gemeint ist, so sprengt diese Bedingung die Idee des gegenseitigen Beistands. Es bleibt noch die Bedingung nach unbedingter Teilnahme Deutschlands am Pakt übrig. Frankreich könnte Polen veranlassen, auf diese Bedingung zu verzichten, wenn Polen zugestanden wird, zwischen einem Bündnis mit Frankreich oder mit Deutschland zu wählen, worauf sich Frankreich zurzeit wohl kaum einlassen wird.

Frankreich wird sich nach Erhalt der Antwort Polens an Deutschland wenden. Deutschlands Hauptforderung besteht in der Gleichberechtigung bei den Rüs-

³ Vgl. Dok. 527.

⁴ So im Dokument. Allem Anschein nach ist die Hilfe seitens des Baltikums gemeint.

⁵ Vgl. Dok. 508.

⁶ Gemeint ist, dass sich Polen nicht an kollektiven Maßnahmen zur Abwehr einer Aggression durch Deutschland beteiligt.

tungen. Da Frankreich selbst einräumt, dass Deutschland seine Rüstungen faktisch ohne jegliche Einschränkung forciert, obgleich illegal, so sollten wir Frankreich mit der Frage konfrontieren, ob es nicht angebracht wäre, für die Legalisierung dieser Tatsache von Deutschland die Teilnahme am Ostpakt einzufordern. Nur wenn es Frankreich ablehnt, auf diese Forderung Deutschlands einzugehen oder Deutschland den Pakt ablehnt, kann man mit ihm unter der Maßgabe, seine Rüstungen zu legalisieren, die Gespräche über einen Ostpakt ohne gegenseitigen Beistand führen, d. h. über Nichtangriff und Konsultation, wozu Deutschland scheinbar bereit wäre. Selbst ein derart gestutzter Pakt wäre für uns von einem gewissen Interesse, in erster Linie dann, wenn er nicht die Möglichkeit von parallelen französisch-*sowjetischen*⁷ und französisch-*sowjetisch*⁸-tschechoslowakischen Beistandspakten ausschließen würde.

Ein Gedankenaustausch über die von mir oben dargelegten Überlegungen wäre wünschenswert⁹.

LITVINOV

Vermerk: Archiv.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. [Die Expl.] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, das 4. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 103, d. 117, l. 227–230. Kopie.

Nr. 537

**Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov mit dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam und dem Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 582/s¹

Berlin, 3. November 1934

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Aufzeichnung des Gesprächs mit BRÄUTIGAM, 27. X-34

Am 27. XI.² suchte mich Bräutigam in einer dringlichen Angelegenheit auf. Er erklärte, dass er soeben von einer Sitzung bei Schacht komme, auf der die Derop-Frage erörtert wurde. Es dränge ihn, mir im *Auftrag von Schacht und Meyer die

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: polnischen.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: polnisch.

⁹ Am 2. 11. 1934 fand im Kreml offensichtlich ein Meinungsaustausch zu den aufgeworfenen Fragen statt. Vgl. dazu Na prieme u Stalina, S. 139. Im Ergebnis dessen entstand der mit gleichem Datum versehene Beschluss des Politbüros, „den Ostpakt auch ohne die Teilnahme Deutschlands und Polens für den Fall abzuschließen, wenn Frankreich und die Tschechoslowakei oder Frankreich allein dazu die Zustimmung geben“. Vgl. Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa, Dok. 219, S. 318.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² So im Dokument; gemeint ist der 27. X.

Ergebnisse mitzuteilen. Auf dieser Sitzung habe Schacht angeblich erklärt, dass er durch die frühere Information über die Derop in die Irre geführt worden sei. Er habe angenommen, dass wir bei einem Verkauf der Derop vom deutschen Markt gänzlich verschwinden würden, worauf er folglich dem Benzolverband die Weisung erteilt habe, die Verhandlungen mit uns über den Verkauf der Derop einzustellen³. Schacht habe angeblich erst auf dieser Sitzung erfahren, dass es außer der Derop noch die Derunapht gebe, die als Großlieferant sowohl die Derop als auch den Benzolverband mit Erdölprodukten versorge, und es außerdem bei einem Verkauf der Derop vorgesehen sei, zugleich ein Abkommen über die Lieferung von 340 000 Tonnen Benzin an den Benzolverband in den nächsten zwei Jahren und ein Abkommen über die Lieferung von Benzin für den Verkauf durch die Derop zu unterzeichnen. Schacht gebe angesichts dieses Sachverhaltes seinen früheren Standpunkt auf und erteile dem Benzolverband die Weisung, in kürzester Frist den Kauf der Derop zu realisieren, allerdings unter der Maßgabe, dass der Verkaufsvertrag über die Derop gleichzeitig mit dem Vertrag über die weiteren Lieferungen [von Benzin] unterzeichnet werden^{*4}.

Ich dankte Bräutigam für die Mitteilung und äußerte zugleich eine gewisse Verwunderung darüber, dass Schacht erst jetzt Kenntnis von der Sachlage erhalten habe, die den interessierten Seiten seit der Existenz der Derop bekannt sei. Auch sei die Frage über Lieferungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf der Derop stünden, nicht auf deutsche, sondern auf unsere Initiative aufgeworfen worden, was der deutschen Seite sehr gut bekannt gewesen sei. Ich fragte Bräutigam, ob seine Antwort als offiziell und endgültig zu betrachten sei. Bräutigam bestätigte mir, dass wir, *obgleich mir dies zu Beginn der nächsten Woche noch einmal im Ministerium offiziell mitgeteilt werde, diese Antwort dennoch bereits jetzt als amtlich betrachten und daraus alle praktischen Schlussfolgerungen ziehen könnten^{*5}.

Am Abend des gleichen Tages traf ich Bräutigam auf dem Empfang bei Raumer, wo ich die Gelegenheit nutzte, um ihm von dem Konflikt der Derutra mit den Hamburger Schiffseignern zu berichten. Die Schiffseigner, die vollkommen überhöhte Preise für den Gütertransport verlangen, boykottieren auf Weisung ihres Verbandes bereits seit einigen Wochen die Derutra. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass eine solche Politik rasch dazu führen könne, dass die Sowjetunion ihren Transitgüterverkehr mit Europa von Hamburg in einen beliebigen anderen europäischen Hafen verlegen könnte, der den sowjetischen Exporteuren allseitig entgegenkomme und als Umschlagplatz für den sowjetischen Güterverkehr interessant sei. Ich wies ihn darauf hin, dass sich der Leiter der Derutra, Gen. Al'berg, gegenwärtig nach Warschau begeben habe, um Verhandlungen insbesondere darüber zu führen, Gdingen für unseren Transitfrachtverkehr zu nutzen.

Bräutigam, der sichtlich beunruhigt wirkte, bat mich, ihm alle Materialien zukommen zu lassen und versprach, diese Angelegenheit zu regeln.

Als ich nach drei Tagen das Material aus Hamburg erhalten hatte, schickte ich es an Bräutigam, doch bis jetzt habe ich von ihm noch keine Antwort erhalten.

Als ich wieder auf die Derop zurückkam, machte ich Bräutigam darauf auf-

³ Vgl. Dok. 524.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

merksam, dass Enko nach London gefahren sei, um insbesondere mit Standard⁶ Verhandlungen über einen Verkauf der Derop zu führen. Auf seine Frage, wozu dies gut sei, verwies ich darauf, dass wir mit der Möglichkeit rechnen müssten, von den Deutschen eine negative Antwort auf unser Memorandum zu bekommen und wir daher gezwungen seien, den Boden für eine andere Lösung der Derop-Frage vorzubereiten.

Bräutigam zeigte sich hinsichtlich des neuen Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland sehr interessiert und fragte, ob es wahr sei, dass Frumkin⁷ hierher entsandt und er eine Lösung für den 200-Millionen-Kredit offerieren werde.

Ich sagte ihm, dass es diesbezüglich noch nichts Konkretes gebe, ich aber angesichts der fortgesetzten antisowjetischen Handlungen, die in letzter Zeit für Deutschland typisch seien, die Zurückhaltung der Moskauer Stellen bei der Entscheidung über den 200-Millionen-Kredit sehr gut verstehen könne. Ich verwies insbesondere auf das Verbot der „Pravda“, die Rede Schachts⁸, das Interview Görings⁹, die Verhaftungen von deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung¹⁰. Dies alles bewirke, dass die sowjetischen Kreise bei der Entscheidung von gewichtigen Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen eine äußerste Zurückhaltung an den Tag legten.

Zum Abschluss informierte mich Bräutigam über das polnisch-deutsche Handelsabkommen¹¹, dessen Volumen von ihm mit 24 Mio. Mark angegeben wurde, zu je 12 Mio. Mark von jeder Seite. Auf meine Frage, ob es stimme, dass dieses Abkommen von dem Darré-Ministerium vorbereitet worden sei, antwortete Bräutigam gereizt, das Darré-Ministerium habe diese Sache nur verdorben, indem es das Abkommen ohne irgendeine Kompensation seitens der Polen vorbereitet habe, so dass sich das Auswärtige Amt genötigt gesehen habe, danach wieder alles zu korrigieren.

Aufzeichnung des Gesprächs mit Meyer am 31. X.

Meyer teilte mir nochmals amtlich mit, die deutsche Seite habe entschieden, in kürzester Frist die Verkaufsverhandlungen bezüglich der Derop zum Abschluss zu bringen und dem Benzolverband alle dazu erforderlichen Weisungen zu erteilen. Ich machte Meyer vorsorglich darauf aufmerksam, falls vom Benzolverband Erklärungen in der Art folgen sollten, die wir bereits gehört hätten, wonach er zwar die Derop sehr gern kaufen würde, aber kein Geld dafür habe, so würden wir derartige Erklärungen als einen Verzicht der deutschen Seite betrachten, von dem ihr eingeräumten Vorkaufsrecht¹² Gebrauch zu machen. Für uns sei es völlig unerheblich zu wissen, weshalb die deutsche Seite die Derop nicht kaufe, ob aus prin-

⁶ Gemeint ist die amerikanische Gesellschaft „Standard Oil“.

⁷ Am 31. 10. 1934 berichtete von der Schulenburg, dass die verbreitete Information über eine Ernennung des Stellvertretenden Volkskommissars für Außenhandel Frumkin zum Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland in offiziellen sowjetischen Kreisen als Beweis für die Bestrebungen der Regierung angesehen werde, die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu beleben. Vgl. Telegramm von der Schulenburgs an das AA. In: PA AA, R 105702, o.P.

⁸ Vgl. Dok. 529, Anm. 8.

⁹ Vgl. Dok. 523, Anm. 3.

¹⁰ Vgl. Dok. 529, 530, 532.

¹¹ Gemeint ist das am 11. 10. 1934 abgeschlossene Clearing-Abkommen. Vgl. Z Ministerstwa Przemysłu i Handlu/ Monitor Polski. Dziennik urzędowy Rzeczypospolitej Polskiej, 1934, 16. 10. 1934, S. 2–3

¹² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

zipiellen Erwägungen oder wegen Geldmangels. Unsere Schärfe in dieser Fragestellung erkläre sich aus der Notwendigkeit, die Gespräche endlich zu beenden und zur praktischen Lösung der Frage zu schreiten. Meyer erklärte, ihm scheine, dass es dieses Mal seitens des Benzolverbandes keine Einwände geben werde. Da die Entscheidung der deutschen Seite vorliege, die Derop zu kaufen, würden sich auch die dafür nötigen Mittel finden. Außerdem hänge viel von dem Zahlungsmodus ab, der in den Verhandlungen geklärt werden müsse.

Diese letzte Andeutung habe ich als Wunsch der deutschen Seite verstanden, in den Verhandlungen die Frage nach Ratenzahlungen für die Derop aufzuwerfen. Doch ich entschied, dass es momentan keinerlei Veranlassung gebe, dieses Thema zu erörtern.

Danach bemühte sich Meyer, mir zu erläutern, dass unsere Antwort an das Auswärtige Amt nicht den Tatsachen entspreche, als wir darauf verwiesen, dass wir dem Auswärtigen Amt regelmäßig gemeldet hätten, wonach Neitzke und Finden im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung wohnen würden. Aus seiner Erklärung war zu entnehmen, dass diese Angaben gar nicht zum Auswärtigen Amt gelangt waren, sondern zum Finanzministerium. Die Protokollabteilung, die die Exterritorialität und andere Fragen bearbeitet, habe von diesen Meldungen nichts gewusst. Ich sah mich genötigt, Meyer zu entgegnen, dass ich verstehen könne, wenn das Auswärtige Amt diese Erklärung in mündlicher Form und nicht als schriftliche Antwort gebe. Wenn das Auswärtige Amt ****schriftlich****¹³ das mitgeteilt hätte, was mir Meyer soeben gesagt habe, so würden wir das Auswärtige Amt selbstverständlich zu Recht darauf verweisen, dass es uns absolut nicht interessiere, welchen Gebrauch das Auswärtige Amt von den Informationen mache, die es selbst von uns anfordere, und welchen Abteilungen diese Informationen zügigen. Für uns sei es wichtig gewesen zu unterstreichen, und ich tue dies noch einmal, dass wir die im Haus der Bevollmächtigten Vertretung wohnenden deutschen Staatsbürger dem Auswärtigen Amt regelmäßig gemeldet hätten, und zwar dem Auswärtigen Amt und nicht irgendeiner seiner Abteilungen.

*Danach fragte Meyer, wann der neue Handelsvertreter eintreffen werde und wer zurzeit für den Handel zuständig sei. Sodann fragte er mich mit gespielter Gleichgültigkeit, wie es um den 200-Millionen-Kredit bestellt sei. Ich antwortete, dass es hier nichts Neues gebe. Meyer beeilte sich mir zu versichern, dass er es in dieser Angelegenheit nicht eilig habe (er ist nicht in Eile¹⁴). Ich antwortete, umso weniger habe die sowjetische Seite Grund zur Eile¹⁵.

BESSONOV

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskijs: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3754 vom 9. 11. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 136–138. Original.

¹³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: mit Schreiben.

¹⁴ Der Text in Klammern ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

Nr. 538

**Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den
Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Funk**

Moskau, den 5. November 1934

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!¹

Bei der Unterredung, die ich Ende September kurz vor meiner Abreise nach Moskau mit Ihnen hatte, haben Sie freundlicher Weise versprochen, darauf hinwirken zu wollen, dass sich die deutsche Presse bei der Behandlung sowjetrussischer Dinge eines sachlichen Tones befleißigt und insbesondere persönliche Spitzen gegen die hiesigen Machthaber vermeidet. Ich habe ebenso versucht, hier zu erreichen, dass die Presse der Räte-Union in gleicher Weise im Zaun gehalten wird². Diese Bemühungen werden sehr erheblich erschwert, wenn mir bei jeder Vorstellung wegen Angriffen auf höchststehende deutsche Staatsmänner und wegen sonstiger Entgleisungen der hiesigen Presse russischerseits Proben aus den deutschen Blättern vorgelegt werden, die ebenfalls heftige persönliche Angriffe enthalten. So hat man uns heute im Außenkommissariat das beiliegende Zeitungsblatt übergeben, das eine recht deutliche Sprache spricht. Die darin über die leitenden Persönlichkeiten der Räte-Union aufgestellten Behauptungen sind in der Form verletzend und sachlich nicht einmal immer richtig. Ich verkenne nicht, dass der „Völkische Herold“ in Lorch nur ein Provinzblatt und dass die anliegende Nummer einen Monat alt ist. Das Schlimme aber ist, dass solche Blätter hier in die Hände der entscheidenden Persönlichkeiten gelangen und schwer verärgern wirken. Das bekommen wir dann auf allen Gebieten, z.B. in den für uns wichtigen wirtschaftlichen Fragen, hindernd zu spüren. Wir haben damals, sehr geehrter Herr Staatssekretär, eingehend über alle Seiten dieses Problems gesprochen und sind uns darüber einig geworden, dass eine Entgiftung der Atmosphäre in unserem Interesse liegt. Ich würde Ihnen daher außerordentlich dankbar sein, wenn Sie auch weiter darauf hinwirken wollten, dass die deutsche Presse bei der Besprechung räterussischer Dinge und der deutsch-russischen Beziehungen auf dem Boden der Sachlichkeit bleibt.

Mit deutschem Gruße und Heil Hitler, bin ich, sehr geehrter Herr Staatssekretär,

[von der Schulenburg]

Ohne Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befindet sich oben rechts der Vermerk: A 2852, darunter in Klammern: ohne Nr. herausgeg[angen]. An der Seite: ab 5. XI. Unten: A 9 generalia.

PA AA, Moskau 211, Bl. 428975–428976.

¹ Unter der Anrede steht handschriftlich in runder Klammer: H[errn] St[aats] S[ekretär] Funk, Reichspropaganda-Ministerium.

² Vgl. Dok. 523.

Nr. 539
Notiz der Abteilung Ausland des Wehrmachtsamtes für Reichswehrminister
von Blomberg

Berlin, den 7. November 1934

W. A. (Ausl.)

Nr. 225/34 Ic.

**3020/34 geh Ausl. **1

Vortragsnotiz

Ein Gewährsmann aus den Kreisen der Berliner Sowjetvertretung macht über die Aufgaben und die voraussichtlich einzuschlagende politische Taktik des neuen Botschafters Suritz Angaben.

Dr. Suritz rückt danach gemeinsam mit anderen russischen Diplomaten nach Erreichung einer Phase außenpolitischer Festigung in die erste Linie. Er war mit diesen allen in der Zeit von 1922–25/26 im politischen Büro des damaligen russischen Außenkommissars Litwinow tätig².

Suritz wird in Deutschland keine direkt aktive Politik mit dem Auswärtigen Amt treiben. In diese Politik der Zurückhaltung passt die Absicht, die Beziehungen zu Botschaftern anderer Länder zu verstärken entsprechend Litwinows Grundsatz, dass sowjetrussische Außenpolitik erst in letzter Stelle in Moskau gemacht werden soll.

Als erste Maßnahme wird voraussichtlich die sowjetrussische Handelsvertretung stark beschränkt werden.

Das deutsch-polnische Verhältnis wird von dem Prager russischen Gesandten³ beobachtet, und da Suritz voraussichtlich in der Frage der russischen Emigranten untätig bleiben wird, hat er freie Hand und kann in Ruhe eine eventuelle Entspannung im deutsch-russischen Verhältnis abwarten.

In den Beziehungen zu Japan vertritt Suritz den Standpunkt der russischen Außendiplomatie, des Rückzuges aus der ersten Linie und Verschiebung des Schwerpunktes auf England und Amerika.

Suritz gilt von seiner Tätigkeit in Ankara her als Freund eines russisch-französischen Bündnisses.

Er war in Ankara sehr intim mit dem Botschafter Nadolny⁴, dessen Misserfolg in Moskau von den Russen dem Auswärtigen Amt zur Last gelegt und nachgetragen wird.

Suritz hat von Ankara aus das russisch-italienische Verhältnis gefördert und ferner einen vorderasiatischen Staatenbund vorbereitet, der den englischen Einfluss in bestimmten Grenzen halten soll. Hieran wird er von Berlin aus vermutlich weiter arbeiten und hierdurch die Möglichkeit sehen, die deutsch-russischen Beziehungen allmählich zu beleben.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

² Suric war in den Jahren 1922–1923 diplomatischer Vertreter der RSFSR in Norwegen und von 1923–1934 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Türkei; Litvinov war in den Jahren 1921–1930 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR/UdSSR.

³ Sergej Sergeevič Aleksandrovskij.

⁴ Vgl. Dok. 433, Anm. 3.

Auf seine Veranlassung ist bereits die Frage des Durchgangs deutscher Waren durch Russland für die vorder- und zentralasiatischen Länder zum Gegenstand politischer Diskussionen gemacht worden, die Suritz voraussichtlich als erste praktische Tat in Berlin zu Ende führen wird.

Auf dem ersten Blatt handschriftlich: Geheim. Unter dem Titel „Vortragsnotiz“ befindet sich der handschriftliche Vermerk: Über Suritz siehe auch Akte „Polen“ (V. H. Lektorat Polen).

Maschinenschriftlicher Vermerk am linken Seitenrand: Über Chef W.A. dem Herrn Rw.Min. [Reichswehrminister] vorzulegen. 1 Anlage⁵. Unterschrift: von Böckmann. Darunter: 15. 11. 34 U.R. M.L.⁶ mit der Bitte um Kenntnisnahme. 1 Anl. I. A. Unterschrift: von Böckmann. Auf dem letzten Blatt unten: der Chef der M.Ltg. A I – W.A. - Ausl.-Ic Nach Kenntnisnahme zurück. Im Auftrage [Unterschrift nicht entziffert].

BA-MA, RW 5/v. 461, o. P., 2 Bl.

Nr. 540

Telegramm des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Fridrichson an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim

Expl. Nr. 6

Nr. 11725

Berlin, 11. November 1934

AN ROZENGOL'C

Gemäß Ihrer Weisung gaben wir gegenüber Vertretern des Wirtschaftsministeriums bezüglich des Kreditabkommens die entsprechende Erklärung ab. Unsere Forderung, die Nomenklaturliste für chemische Anlagen und für die Flugzeug- und Verteidigungsindustrie zu erweitern, haben die Deutschen zur Kenntnis genommen. Nach Erhalt unserer präzisierten Spezifizierung werden sie verbindlich antworten. Berücksichtigen Sie bitte, dass die Deutschen während der Verhandlungen die Befürchtung geäußert haben, wir könnten sämtliche unsere Aufträge nur auf diese drei Sparten verteilen. Obgleich wir das Mark-Abkommen¹ bei diesem Treffen nicht ansprachen, erklärten die Deutschen, dass sie angesichts der Notwendigkeit, die Nomenklaturliste und die Preise für die nach Deutschland eingeführten Waren streng zu regulieren, das Mark-Abkommen nicht verlängern können. Sie schlagen vor, die übliche Verfahrensweise auch auf unseren Export anzuwenden, d. h. die Käufer erhalten für jeden Geschäftsabschluss eine Devisengenehmigung. In den Verhandlungen stellte sich heraus, dass die Deutschen beabsichtigen, sich für das Jahr 1935 die Lieferung von Gold und Devisen für einen Teil unserer Zahlungen zu sichern und unsere privilegierte Stellung bei der Erzielung hoher Preise zu beseitigen. Wir erklärten den Deutschen, dass ihre Vorschläge absolut unannehmbar seien, und beharrten auf der Verlängerung des Mark-Abkommens.

⁵ Liegt nicht vor.

⁶ Die Abkürzungen konnten nicht entschlüsselt werden.

¹ Vgl. Dok. 231, Anm. 6.

Angesichts unseres außerordentlichen Interesses an der Verlängerung des Mark-Abkommens bitten wir um die Erlaubnis, den Deutschen zu erklären, dass die Verlängerung des Mark-Abkommens eine unverzichtbare Voraussetzung für den Abschluss des Kreditabkommens bildet. Bedenken Sie bitte, dass es uns ohne diesen Druck nicht gelingen wird, das Mark-Abkommen zu verlängern.

11. XI.

Fridrichson

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 48, S. 98.

Nr. 541

Aufzeichnung der Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov mit dem Vorsitzenden der Ifago Kraemer und dem Aufsichtsratsmitglied der Derop von Klass

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 596/s¹

Berlin, 13. November 1934

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

UNTERREDUNGEN AUF DEM EMPFANG IN DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG, 7. XI.

[...]²

Gespräch mit Kraemer

Der ehemalige Vorsitzende des Russlandausschusses und heutige Vorsitzende der Ifago³ Hans Kraemer erklärte, dass er von der Außenhandelspolitik der Sowjetunion sehr angetan sei, die eine fast vollständige Bezahlung aller Auslandsschulden vermocht und eine gewaltige Industrialisierung des Landes durchgeführt habe. Die sei das einzige Beispiel in der Welt, dass eine leistungsstarke Industrie auch auf der Grundlage von kurzfristigen Krediten möglich sei. Er teilte mit, dass die Ifago zurzeit über 48 Mio. Mark an flüssigen Mitteln verfüge, die auf unsere Wechsel warten, die es aber nicht gebe. Auf den 200-Millionen-Kredit eingehend, sagte er, ob wir denn nicht begreifen und sehen würden, dass zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage bestünden. Während das Wirtschaftsministerium, das mit Industriekreisen verbunden sei, nach wie vor auf dem Standpunkt hinsichtlich des 200-Millionen-Kredites stehe, wie er während der jüngsten Verhand-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Ausgelassen wurden die Aufzeichnungen folgender Gespräche: mit François-Poncet (l. 143–143R), mit Arnal (l. 143R), mit dem Sekretär der französischen Botschaft Gauquié (l. 143R), mit dem Rat der amerikanischen Botschaft White (l. 143R–144), mit den litauischen Diplomaten Šaulys, Dymša, Škirpa (l. 144–144R), mit Klöckner, Reuter (l. 144R–145), mit dem Vertreter der Firma Krupp Bamberger (l. 145).

³ Vgl. Dok. 17, Anm. 20.

lungen mit Vejcer formuliert worden sei, beginne das Auswärtige Amt schrittweise ein neues Schema der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR zu entwickeln. Dieses Schema bestehe im Folgenden. Ein langfristiger Kredit, der zu einer langen Bindung führt, sei nicht nötig und sogar schädlich. Die Beziehungen zur UdSSR seien auf der Grundlage des Kompensationsumsatzes zu gestalten, der weder die eine noch die andere Seite zu etwas verpflichtet. Da aber die Entwicklung des Kompensationsumsatzes durch die verbliebenen Verbindlichkeiten der UdSSR behindert werden würde, unterbreite das Auswärtige Amt die Idee, uns ein einmaliges Kontingent von 200 Mio. Sperrmark zu gewähren, damit wir unsere Wechsel vorzeitig aufkaufen und auf diese Weise die Grundlage für die Entwicklung eines reinen Kompensationsumsatzes zwischen Deutschland und der UdSSR schaffen. Die Idee des Auswärtigen Amtes stoße, laut Kraemer, bei einigen Industriellen auf Wohlwollen, obgleich die Mehrheit der Industriellen es vorziehe, an langfristigen Kreditbeziehungen festzuhalten, da sie befürchten, anderenfalls den russischen Markt gänzlich zu verlieren, weil die UdSSR, wenn sie gegenüber Deutschland an keinerlei Verpflichtungen mehr gebunden wäre, ihre sämtlichen Aufträge ohne Schwierigkeiten in anderen Ländern unterbringen könnte. Laut Kraemer äußern die Industriellen, für die die Idee des Auswärtigen Amtes im Prinzip annehmbar ist, unter anderem die Vorstellung, wonach das uns gewährte Sperrmarkkontingent unverzüglich für Einkäufe in Deutschland eingesetzt werden sollte.

[...]⁴

Aufzeichnung des Gesprächs mit von⁵ Klass

Von Klass, er ist die Vertrauensperson Görings im Aufsichtsrat der Derop, sagte mir, dass es seiner Meinung nach ein Fehler gewesen sei, in der Frage des Verkaufs der Derop auf diplomatischem Wege zu intervenieren. Er meint, dass dazu keine Notwendigkeit bestanden hätte, weil er sich angeblich zuvor mit Schacht über den Kauf der Derop verständigt und Enko angeblich davon bereits gewusst habe. Ich sagte, es falle mir schwer, mich dazu zu äußern, doch eines könne ich mit Bestimmtheit sagen, dass gerade die Intervention der Botschaft gegenüber dem Auswärtigen Amt dazu geführt habe, die Angelegenheit nunmehr vom toten Punkt zu bringen.

Sodann sagte Klass, dass man bei den Zahlungen für die Derop um Stundungen bitten werde. Ich entgegnete, dass davon keine Rede sein könne, weil sich die Angelegenheit fürchterlich in die Länge gezogen habe und es nunmehr darauf ankomme, sie zum Abschluss zu bringen, zumal wir uns ohne besonderen Enthusiasmus zu der an den Verkauf der Derop gekoppelten Lieferung von Erdölprodukten nach Deutschland verhielten. Zur Frage des Verkaufs von Erdölprodukten legte Klass den deutschen Standpunkt wie folgt dar. Den Deutschen sage die Menge von Benzin nicht zu, die wir ihnen vorgeschlagen hätten. Sie würden auf eine Erhöhung der Lieferungen bis auf 250 000 Tonnen im Jahr bestehen, d. h. ungefähr das Volumen, das wir früher nach Deutschland geliefert hätten. Als Kompensation böten sie an, unsere Einfuhrquoten für Schmierstoffe und für Diesel nach Deutschland zu erhöhen. Klass gab ebenso zu verstehen, dass von der Höhe

⁴ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit Fischer, einem Mitarbeiter des Apparates von Heß (l. 145R–148).

⁵ So im Dokument in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

unserer Lieferungen auch die Frage der Zahlungen für die Derop abhängig sei. Außerdem unterstrich Klass, dass die Deutschen unter allen Umständen beabsichtigen, Garantien seitens der Sowjetregierung für die Lieferung durch Sojuzneft⁶ zu fordern, da sie befürchten, dass Sojuzneft angesichts der weiteren Abkühlung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR von dem Lieferabkommen über Erdölprodukte nach Deutschland zurücktreten könnte.

Ich sagte ihm, dass diese Forderung in der sowjetisch-deutschen Praxis völlig neu und unbekannt sei. Die Sowjetregierung garantiere die Wechsel, doch es habe bis jetzt keinen einzigen Fall gegeben, dass sie Garantien für Warenlieferungen gegeben hätte. Die sowjetische Regierung verhalte sich so wie die deutsche Regierung, die wohl kaum die Verpflichtung eingehen dürfte, die termingerechten und regelmäßigen Lieferungen der sowjetischen Bestellungen durch deutsche Firmen garantieren zu wollen. Klass, der bereits stark angetrunken war, zeigte sich redselig und erklärte, dass in den Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR eine derartige force majeure eintreten könnte, die zur Einstellung der Lieferungen führen könnte, weshalb sie auch genötigt seien, diese etwas ungewöhnliche Garantieform zu fordern.

[...]⁷

Bessonov

Eigenhändige Unterschrift.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3889 vom 15. 11. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Litvinov, das 5. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 143–149. Original.

Nr. 542

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 592/s¹

Berlin, 13. November 1934

An

Gen. M. M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Dieses Schreiben stellt in gewisser Weise ein Jubiläum dar. Vor einem Monat kam ich auf den Tag genau in Berlin an. Ich kann mich jedoch nicht damit rühmen, dass ich besonders nachhaltige Eindrücke gewonnen hätte. Meine Begegnun-

⁶ Die staatliche Allunionsvereinigung der Erdöl- und Erdgasindustrie.

⁷ Ausgelassen ist die Aufzeichnung des Gesprächs mit Jonas (l. 148R).

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

gen mit dem diplomatischen Corps, wofür ein großer Teil der Zeit in Anspruch genommen wurde, gaben mir nicht besonders viel und fügten zu den Vorstellungen wenig hinzu, die ich hinsichtlich der hiesigen Situation noch vor meiner Reise nach Berlin gewonnen hatte. Dies erklärt sich zum Teil aus dem Charakter meiner ersten Besuche, die sich nicht gerade durch eine besondere Offenheit auszeichneten und mehr einem gegenseitigen Abtasten dienten. Es ist aber auch eine viel größere Vorsicht als in der Türkei und eine Zurückhaltung des diplomatischen Corps uns gegenüber zu spüren. Dies ergibt sich aus dem Charakter unserer Beziehungen zu Deutschland, der sich gegenüber der Türkei unterscheidet, und der Rolle, die wir hier spielen müssen. Die um ihre Beziehungen zur deutschen Regierung zitternden Diplomaten fürchten sich davor, sich in Gesprächen mit uns durch allzu offene Erklärungen zu kompromittieren, und gehen mit Bedacht allen Gesprächen zu brisanten Themen aus dem Wege. Die Vertreter von Ländern, die hier mit uns durch einen gemeinsamen Strang verbunden sind (die Länder des französischen Systems und einige Balten), verhalten sich uns gegenüber viel lockerer. Bei einigen Kollegen dieser Kategorie haben sich zudem allem Anschein nach Mutmaßungen eingeschlichen (selbstverständlich nicht ohne Zutun der Deutschen), ob denn meine Ernennung nicht mit irgendeiner Veränderung unseres Kurses in Verbindung stehe und ob ich nicht bevollmächtigt sei, mit den Deutschen hier irgendwelche ernsthafte Verhandlungen zu führen. Außer bei dem Tschechoslowaken² und dem Rumänen³ stieß ich sogar bei François-Poncet auf derartige Mutmaßungen. Um mich zu offenen Gesprächen zu bewegen, haben sich diese Kollegen selbstverständlich auch mir gegenüber einer größeren Offenheit befließigt. Von ihnen habe ich vor allem Mitteilungen über die momentane innere und äußere Lage Deutschlands zu hören bekommen.

Sie stimmen alle darin überein, dass sich die wirtschaftliche Situation Deutschlands mit jedem Tag verschlechtert: das Leben verteuert sich, die Löhne werden gekürzt, die Qualität der Produkte nimmt ab, die Währung wird entwertet, der Rohstoffhunger wächst. Sie vermerken eine Zunahme der Unzufriedenheit im Lande, eine Unzufriedenheit vor dem Hintergrund religiöser Verfolgungen, rassistischer Unduldsamkeit und der Beschneidung der Freiheiten. Während einige dieser Kollegen (der Litauer⁴, der Rumäne) in diesen Faktoren die Anzeichen eines baldigen Falls des Regimes erblicken, stehen andere, wie der Franzose und der Tschechoslowake, auf dem Standpunkt, der auch von der Mehrheit der Neutralen geteilt wird, wonach diese Schwierigkeiten zum großen Teil vorübergehenden Charakters seien. Sie verweisen darauf, dass die Bevölkerung einen Großteil dieser Schwierigkeiten als Deutschland von seinen äußeren Feinden aufgezwungen betrachtet und diese deshalb mehr als Folge einer Einkreisungs- und Blockadepolitik denn als Fehler des jetzigen Regimes empfinden. Doch das Hauptargument dieser Kollegen gegen vorschnelle Schlussfolgerungen und Vorhersagen über einen nahen Fall des Regimes läuft darauf hinaus, dass in den Augen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die jetzigen Schwierigkeiten durch die Verdienste des Regimes bei der Wiederherstellung der militärischen Stärke Deutschlands und der

² Vojtěch Mastný.

³ Nicolae Petrescu-Comnen.

⁴ Jurgis Saulys.

Festigung seiner nationalen Einheit aufgewogen werden. An dieses Argument schließen sich noch Überlegungen an, wonach es gegenwärtig in Deutschland keine Kräfte und Leute gibt, die in der Lage wären, die jetzige Regierung abzulösen. Es ist bezeichnend, dass bei der Einschätzung der Triebkräfte des jetzigen Deutschlands nur einige wenige meiner Kollegen den Vertretern des Großkapitals die entscheidende Rolle zuweisen. Die Mehrheit vertritt nicht diese Auffassung und verweist vielmehr darauf, dass es dem Großkapital weder gelungen sei, den Apparat des Staates, noch den der Partei in seine Hände zu bekommen. Ebenso war es auch nicht in der Lage, die immer noch anhaltende soziale Demagogie einzustellen und zu überwinden. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass die wenigen Vertreter des Großkapitals, die wie Schacht direkt mit der Leitung des Staatsapparates beauftragt worden sind, einem beständigen Druck durch die Parteibasis ausgesetzt und der Möglichkeiten beraubt sind, eine politische Linie zu verfolgen, die völlig den Interessen der von ihnen repräsentierten Gruppen entsprechen würde. Eine viel größere Einmütigkeit ist hinsichtlich der Einschätzung der wachsenden Rolle der Reichswehr zu beobachten, doch auch hier erblicken nur sehr wenige meiner Kollegen eine Bedrohung für die jetzigen Machthaber. Die Mehrheit hingegen meint, dass die Reichswehr im Großen und Ganzen mit den gegenwärtigen Beziehungen zu Hitler zufrieden ist, der die Stärkung der militärischen Verteidigungskraft des Landes in den Mittelpunkt seiner Politik gestellt hat. Es wird hervorgehoben, dass die Reichswehr unter keiner der vorherigen Regierungen derartig umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und auch keine derartig privilegierte Stellung wie jetzt eingenommen hat. Niemand bezweifelt, dass die Reichswehr die einzige Kraft darstellt, die in der Lage wäre, einen Umsturz im Lande herbeizuführen und zu verwirklichen. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, sieht jedoch niemand Gründe, die dafür sprechen würden, dass sich diese Kraft heute gegen das bestehende Regime stellen würde. Solch eine Situation könnte nach Auffassung meiner Gesprächspartner dann eintreten, wenn entweder Hitler die bestehende Vereinbarung (es ist eine Vereinbarung, die der Reichswehr die führende Rolle hinsichtlich der Verfügung über die Streitkräfte des Landes uneingeschränkt garantiert) über das Verhältnis zwischen der Reichswehr und den militärischen Organisationen der Partei verletzt oder erhebliche außenpolitische Komplikationen auftreten, denen sich die jetzige Regierung als nicht gewachsen erweisen sollte.

Bei der Beurteilung der außenpolitischen Lage Deutschlands stimmen fast alle meine Gesprächspartner darin überein, dass die deutsche Diplomatie den Ausweg aus seiner jetzigen Isolierung darin erblickt, vor allem das französische Bündnisssystem zu zersetzen, wobei sie auf die Unzufriedenheit einzelner Bündnispartner spekuliert. Es ist sehr bezeichnend, dass sich kein einziger meiner Kollegen gefunden hat, der nicht **hervorgehoben hätte**⁵, dass daran auch Frankreich selbst eine gewisse Schuld wegen seiner allzu egoistischen Politik im Umgang mit seinen eigenen Verbündeten trifft. Darin sieht man eine der wichtigsten Ursachen für das Abrückens Polens von Frankreich und die Abkühlung des Verhältnisses bei solchen Ländern wie Jugoslawien und Rumänien ihm gegenüber. Die deutsche Diplomatie sieht neben der Ausnutzung der Gegensätze im Lager der

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: gemeint hätte.

französischen Entente⁶ eine ihrer Hauptaufgaben darin, die weitere Annäherung zwischen Frankreich und der UdSSR zu behindern. Zu diesem Zwecke wird eine kombinierte Vorgehensweise angewandt, welche vorrangig auf die Beeinflussung der französischen öffentlichen Meinung abzielt. Es werden die Trumpfkarte der kommunistischen Bedrohung ausgespielt und zugleich Gerüchte über eine Wiederbelebung der Rapallopolitik lanciert. Um die Isolation zu durchbrechen, leistet die deutsche Diplomatie laut den Informationen meiner Gesprächspartner in letzter Zeit auch eine gewaltige „positive“ Arbeit. Man unternimmt unter anderem zahlreiche Anstrengungen, um eine für sich günstige Wende in der öffentlichen Meinung in England und Amerika herbeizuführen und die früheren Beziehungen zu Italien wieder in Ordnung zu bringen. Zu diesem Zwecke ist in letzter Zeit die subversive Tätigkeit in Österreich spürbar verringert worden, was übrigens auch der österreichische Gesandte⁷ im Gespräch mit mir hervorhob. Fast alle meine Gesprächspartner betonten eine in letzter Zeit spürbare Mäßigung des Tones der deutschen Diplomatie, ihre viel größere Beherrschtheit und Nachgiebigkeit. Dies sei, wie sie meinen, in erster Linie auf das bevorstehende Plebiszit an der Saar zurückzuführen, das ein zentrales Problem darstellt und dem die deutsche Regierung all ihre Aufmerksamkeit widmet. Der Ausgang des Plebiszits wird nach Meinung meiner Kollegen in erheblichem Maße die weitere Entwicklung der deutschen Außenpolitik bestimmen. Viele meiner Kollegen rechnen damit, dass die deutsche Regierung nach der Übergabe des Saargebietes an Deutschland, wie den in der Presse kolportierten Gerüchten zu entnehmen ist, die Annullierung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages bekannt geben und die allgemeine Wehrpflicht einführen wird. Was das Saarproblem selbst betrifft, so gibt es trotz der allgemeinen Überzeugung, dass Deutschland bei der Abstimmung die Mehrheit der Stimmen erhalten wird, Meinungsverschiedenheiten dahingehend, ob die Übergabe dieses Gebietes glatt und ohne Konflikte verlaufen wird. Die im Zusammenhang mit den Gerüchten über eine französische Intervention von der deutschen öffentlichen Meinung gezeigte Nervosität und Erregtheit sind nach Auffassung einiger meiner Kollegen durchaus begründet, weil sich die Franzosen nicht so leicht vom Saargebiet trennen werden. Die Mehrheit meint jedoch, dass diese Gerüchte von den Deutschen absichtlich aufgebauscht worden sind, um damit die europäische öffentliche Meinung und in erster Linie das Nationalgefühl der deutschen Bevölkerung der Saar anzusprechen. Einige meiner Kollegen sind der Meinung, dass die Anhänger des Status quo im Saargebiet die Mehrheit auf sich vereinen könnte, wenn der Beschluss zur Volksabstimmung nicht endgültig wäre und wenn nach einer gewissen Frist die Saarfrage erneut zur Abstimmung gestellt werden würde. Bei einer derartigen Konstellation würden auch viele Katholiken für den Status quo stimmen, die dem Hitlerregime gegenüber zwar negativ eingestellt sind, sich jedoch nicht dazu entschließen könnten, gegen ihre deutsche Heimat zu stimmen. Diese Kollegen halten es nicht für ausgeschlossen, dass die Franzosen unter Berücksichtigung derartiger Stimmungen auf der Novembersitzung des Völkerbundes diesbezügliche Vorschläge unterbreiten könnten.

In meinen Gesprächen mit den Kollegen ist der Teil der deutschen Politik, der

⁶ Gemeint ist die Kleine Entente.

⁷ Stephan Tauschitz.

vor allem uns interessiert – die Frage nach der Zielstellung der jetzigen deutschen Politik und der Richtung ihrer Aggressivität – bei weitem schwächer beleuchtet worden. Alles spricht dafür, dass Deutschland dann „sein wahres Gesicht zeigen wird“, wenn es sein Rüstungsprogramm abgeschlossen hat. Doch in den Gesprächen mit mir entschlüsselte niemand, was darunter zu verstehen ist. Die Mehrheit vermied es offen, eine Konkretisierung der deutschen Pläne vorzunehmen, indem man sich darauf berief, dass diese Frage momentan nicht aktuell und ein Musikstück einer sehr fernen Zukunft sei. Es ist sehr aufschlussreich, dass die Mehrheit meiner Gesprächspartner auch die Perspektiven der polnisch-deutschen Zusammenarbeit sehr skeptisch betrachtet. Hervorgehoben werden die Instabilität ihrer Grundlage und das nicht versiegende gegenseitige Misstrauen. Eine unmittelbare Besorgnis um das Schicksal ihrer Länder habe ich lediglich bei den Litauern und Tschechoslowaken bemerkt. Deshalb verwundert es nicht, dass sie sich hier auch sehr stark für den Ostpakt einsetzen. Der hiesige Lette⁸ verhielt sich mir gegenüber sehr verdächtig. Er schlug einen sehr plumpen und unverblümt falschen Ton an, wonach er ein Anhänger des Ostpaktes sei, zugleich aber nicht zu verbergen vermochte, dass ihm ein direktes Abkommen mit Deutschland lieber wäre.

Wenn meine Beziehungen zum Diplomatischen Corps im Großen und Ganzen nunmehr durchaus geregelt sind, so kann ich gleiches bei weitem nicht von meinen deutschen Kontakten sagen. Meine Verbindungen zum Auswärtigen Amt sind seit den ersten Besuchen faktisch abgerissen. Mit Neurath und Bülow habe ich mich zweimal auf neutralem Boden getroffen, ich habe dabei keinerlei politische Gespräche geführt. Da ich keine konkreten Gesprächsthemen habe, möchte ich sie nicht um ein Treffen bitten, und offensichtlich beabsichtigen auch sie nicht, in dieser Hinsicht irgendeine Initiative zu ergreifen. Somit ergibt sich, dass beide Seiten nicht wissen, worüber zu sprechen wäre. Zu Gesprächen über allgemeine Themen, wie ich das mit Rüstü praktiziert habe, sind die Deutschen offenbar wenig geneigt. Für mich wäre es wohl kaum von Vorteil, wenn ich jetzt als erster die Gespräche zu Ostlocarno beginnen würde. Eine Wende kann erst dann eintreten, wenn die von den Franzosen unternommenen Aktionen in Polen Früchte zeitigen werden. Außer bei Locarno gleiten die Gespräche über eine „Verbesserung der Beziehungen“ unweigerlich zum Thema unserer Wirtschaftsbeziehungen und zum Schicksal des Kreditabkommens ab, worüber ich mich nach den letzten von ihnen gefassten Beschlüssen ebenfalls lieber in Schweigen hüllen möchte. Somit bleibt ein Thema übrig, das allem Anschein nach alle Ihre Treffen mit Schulenburg ausgefüllt hat: die gegenseitigen Beschwerden über die Presse, die Handlungsweise von Behörden usw. Dieses Thema ist nicht gerade anregend. Von meinen nichtoffiziellen, oder genauer halboffiziellen, Treffen mit den Deutschen nehmen meine Begegnungen mit Nadolny⁹ selbstverständlich den ersten Platz ein. Ihnen wie auch mir konnte die ihm zugedachte Rolle mir gegenüber selbstverständlich nicht entgehen. Doch ich bin mir auch jetzt noch nicht ganz sicher, ob er nicht nach exakten Weisungen der Regierung handelt. Am wahrscheinlichsten ist, dass er lediglich die Auffassung derjenigen wiedergibt, die tatsächlich die Beziehungen zu

⁸ Edgar Kreewinsch.

⁹ Am 22. 10. 1934; vgl. Dok. 527, und am 3. 11. 1934; vgl. AVP RF f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 134–134R.

uns zu verbessern wünschen. Meinen Eindrücken zufolge wird man auch hier ein persönliches Interesse nicht ausschließen können. Er erzählte mir einige Male davon, dass er beabsichtigt, seine alten Beziehungen zu Bank- und Industriekreisen zu nutzen und auf dieser Grundlage eine für ihn neue wirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen. Mir scheint, dass hier irgendwelche Absichten bestehen, die mit dem Kreditabkommen verbunden sind. Es ist nicht auszuschließen, dass er, wenn er erfährt, dass die Frage bezüglich des Kreditabkommens auf eine unbestimmte Zeit vertagt wird, auch seine Mission eines politischen Vermittlers an Elan verlieren wird. Zumindest hat er bei unserem letzten Treffen bereits von nichts anderem als über das Kreditabkommen gesprochen. Was den von ihm unterbreiteten Plan eines beschnittenen Garantiepaktes¹⁰ betrifft, so kann es dazu selbstverständlich nur den Standpunkt geben, dass ein derartiger Pakt in der von ihm vorgeschlagenen Form für uns unannehmbar ist. Wenn man ferner berücksichtigt, dass er seinen Plan als Gegenstück zu unserem Entwurf eines Ostlocarnos präsentierte, um damit „die Einmischung Frankreichs in die östlichen Angelegenheiten Deutschlands zu beseitigen“, so kann es keine Zweifel darüber geben, dass sowohl er als auch die hinter ihm stehenden geistigen Väter dieses ganzen Spiels Ihren Vorschlag¹¹ ablehnen werden. Die ganze Kombination würde in der von Ihnen vorgeschlagenen Form für Deutschland eine schlechtere Variante des momentanen Ostpakt-Projektes darstellen, insbesondere dann, wenn zwischen beiden Pakten eine formale und eine inhaltliche Beziehung hergestellt werden würde. Auf alle Fälle werde ich mich darum bemühen, diese Frage noch zu sondieren, selbstverständlich unter Berücksichtigung aller Ihrer Instruktionen und Weisungen bezüglich der Vorsicht¹².

Bevor ich mein Schreiben beende, möchte ich in sehr knappen Zügen auf unsere allgemeine taktische Linie gegenüber Deutschland eingehen. Ich bin mir selbstverständlich darüber im Klaren, dass es mit der momentanen deutschen Regierung wohl kaum gelingen wird, normale Beziehungen herbeizuführen, ohne ein System einer maximalen Druckausübung anzuwenden. Die effektivste Form einer derartigen Druckausübung besteht zweifellos darin, rund um Deutschland eine Barriere von Staaten zu schaffen, die gleichermaßen wie wir daran interessiert sind, eine deutsche Aggression zu verhindern. Doch bei der Abwägung aller Schwierigkeiten, diesen Plan zu verwirklichen, wäre es wohl kaum zweckmäßig, unsere gesamte taktische Linie gegenüber Deutschland ausschließlich im Rahmen eines Ostlocarno auszurichten, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass eine sich verändernde und schwankende Situation in Frankreich dazu führen könnte, unseren wichtigsten Partner bei Ostlocarno – Frankreich – aus diesem Spiel zu werfen. Aus diesem Grund scheint es mir, dass wir bereits jetzt einen politischen Handlungsplan für den Fall vorbereiten und ausarbeiten müssen, dass Ostlocarno scheitert.

Wenn ich auch weiterhin die Notwendigkeit anerkenne, in der französischen öffentlichen Meinung das Gefühl der Entschlossenheit des von uns eingeschlagenen Kurses auf Annäherung an Frankreich zu unterstützen, so denke ich dennoch

¹⁰ Zu Nadolnys Überlegungen eines Regionalabkommens ohne die Teilnahme Frankreichs und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 527.

¹¹ Vgl. Dok. 458.

¹² Vgl. z. B. DVP, Bd. XVII, Dok. 379, S. 662–664, hier S. 663.

nicht, dass wir daran interessiert sein könnten, dieses Gefühl durch ****Fakten****¹³ einer steten Verschlechterung unserer Beziehungen zu Deutschland zu erhärten. Solch eine Politik wäre umso fragwürdiger, als die Politik der Annäherung an uns in den Augen recht zahlreicher Kreise der französischen Öffentlichkeit gerade von der Furcht diktiert ist, dass wir die früheren Beziehungen zu Deutschland wiederherstellen könnten. Diese Kreise werden durch unsere wachsenden Spannungen mit Deutschland in ihrem Interesse zur Annäherung an uns nicht stimuliert, sondern eher gebremst. Mir scheint deshalb, dass unsere „Rücksichtnahme“ auf Frankreich ihre Grenzen haben muss. Wir sind nicht davor gefeit, dass morgen in Frankreich eine Regierung an die Macht kommt, die einen völlig anderen Kurs gegenüber Deutschland einschlagen und die Gespanntheit unserer momentanen Beziehungen zu Deutschland zum Schaden unserer Interessen ausnutzen wird. Mir scheint weiterhin, dass wir ****bei****¹⁴ der Umsetzung unserer politischen und taktischen Linie gegenüber Deutschland nicht aus dem Blick verlieren dürfen, dass sein jetziges Regime nicht ewig ist und es Millionen und Abermillionen von Deutschen gibt, die weit davon entfernt sind, sich mit der Politik der jetzigen Regierung zu solidarisieren und dennoch glühende Patrioten ihres Vaterlandes sind. Es wäre deshalb grundfalsch, bei unseren Handlungen und Aktionen die Stimmungen dieser Millionen nicht zu berücksichtigen. Unsere Angriffe gegen das jetzige Regime sollten meiner Meinung nach nicht in den Formen vorgetragen werden, die von breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung als Angriffe auf die nationalen Interessen Deutschlands aufgefasst werden könnten.

Das Nachdenken über den trostlosen Zustand unserer Beziehungen zu Deutschland hat mich zu diesen Überlegungen veranlasst. Diese Beziehungen sind in eine hoffnungslose Sackgasse geraten und bedürfen meines Erachtens einer aufmerksameren und sorgfältigeren Analyse.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Suric

Eigenhändige Unterschrift.

Vermerk N. N. Krestinskij: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3887 vom 15. 11. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl., 4 [Expl.] an Gen. Litvinov, 1 [Expl.] an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten. 13. XI. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 29, l. 74–78. Original.

¹³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben,

Nr. 543
Entwurf einer Rede für den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Moskau, den 13. November 1934

Entwurf
eines außenpolitischen Exposés für den
Herrn Botschafter aus Anlass der Konsulnversammlung
am 15. November 1934.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches wird zurzeit von zwei Problemen beherrscht:

- 1) der Rückgliederung der Saar an das Reich¹,
- 2) der Verwirklichung der Gleichberechtigung.

Diese beiden Fragen, zusammen mit den großen wirtschaftlichen Sorgen und den innerpolitischen Problemen nehmen die verantwortliche politische Leitung des Reiches derart in Anspruch, dass andere außenpolitische Fragen, insbesondere das uns hier am Herzen liegende russische Problem, zurzeit jedenfalls, dahinter zurücktreten müssen. Das ist eine Situation, mit der wir uns vorderhand abzufinden haben. Der Standpunkt des Führers geht eindeutig dahin, dass erst, wenn die Saar-Frage erledigt und das Reich nicht mehr wehrlos jedem Übergriff ausgesetzt ist, Deutschland wieder eine unabhängige, aktive Außenpolitik führen kann.

1) Die Saarabstimmung, die zunächst glatt zu verlaufen schien, hat in den letzten Wochen eine scharfe Zuspitzung dadurch erfahren, dass Frankreich es für nötig befunden hat, dem Saarpräsidenten² Knox zur Unterdrückung eventueller Unruhen an der Saar im Zusammenhang mit der Abstimmung französische Truppen zur Verfügung zu stellen. Er hat sich dabei auf eine Erklärung vom Jahre 1926 berufen, die sich lediglich auf einen jetzt gar nicht existierenden Sonderfall bezog und die der Völkerbundsrat damals zur Kenntnis nahm, ohne sich positiv oder negativ dazu zu äußern. Barthou hat letzten September in Genf unter Hinweis auf die Erklärung vom Jahre 1926 öffentlich zur Kenntnis gegeben, dass ein Putsch oder Unruhen im Saargebiet für Frankreich unerträglich wären und unmittelbar den Einmarsch französischer Truppen ins Saargebiet nach sich ziehen würden (ein interessanter Beitrag zur Frage der Londoner Angreifer-Definition des Herrn Litvinov³). Französische Stellen haben jetzt bei den Truppen der Korpsbezirke Metz und Nancy gewisse Vorbereitungen angeordnet und wahrscheinlich auch gleichzeitig entsprechende Pressemeldungen lanciert. Es liegt auf der Hand, dass das französische Vorgehen auf die Stimmberechtigten der Saar unzulässigen moralischen Druck ausüben muss. Außerdem bestreiten wir auf Grund des Versailler Vertrags Herrn Knox das Recht, fremde Truppen in das Saar-Gebiet zu rufen. Die scharfe Reaktion der Deutschen Regierung und Öffentlichkeit im Verein mit der nicht gerade eindeutig zustimmenden Haltung Englands und Italiens haben dann die bekannten beruhigenden Erklärungen Lavals verursacht. Andererseits hat die

¹ Im Versailler Vertrag war vorgesehen, nach 15 Jahren im Saargebiet eine Volksabstimmung über die Staatenzugehörigkeit abzuhalten. Am 4. 6. 1934 wurde der Termin dafür auf den 13. 1. 1935 gelegt.

² So im Dokument; richtig: Präsident der Kommission des Völkerbundes für die Saarfrage.

³ Vgl. Dok. 134, Anm. 1, 3–4.

NSDAP, um Zwischenfälle nach Möglichkeit zu vermeiden, Uniform- und Demonstrationsverbot für SA und SS im Saargebiet und einen 40 km breiten Gürtel angeordnet. Trotzdem bleibt die Lage labil, da Zwischenfälle natürlich provoziert werden können. Am 20. November tritt der Völkerbundsrat zusammen, um die letzten Anordnungen für die Abstimmung und die eventuelle Rückgliederung zu treffen. Wir haben alle Ratsmächte, darunter auch die Sowjetunion, nachdrücklichst ersucht, nichts zu unternehmen oder anzuordnen, was im Versailler Vertrag keine rechtliche Stütze hat und was der Billigkeit widerspricht. Ich darf hier einschalten, dass mir Herr Litvinov erklärt hat, die Sowjetunion sei an der Saarfrage wenig interessiert und er wolle, bei selbstverständlicher Zurückhaltung, für eine gerechte und unparteiische Haltung des Völkerbundsrates eintreten⁴.

Was die Abstimmung selbst anbelangt, so ist man in Berlin guten Mutes und rechnet mit mindestens 70–80% der Stimmen für Deutschland.

Leider ist es keineswegs unmöglich, dass sich nach Eintreten des erwarteten günstigen Abstimmungsergebnisses doch noch ernste politische Schwierigkeiten ergeben werden. Über den Zeitpunkt der Rückgliederung sind irgendwelche Bestimmungen noch nicht vorhanden und es liegt eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür vor, dass Frankreich mit seinem ganzen Arsenal von juristischen Spitzfindigkeiten, die es schon seit Jahren systematisch sammelt, versuchen wird, ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis umzubiegen. Es wird wohl anstreben, das Abstimmungsergebnis nachträglich in Zonen zu teilen, sodass etwa wertvolle Grubenbezirke nicht an Deutschland fallen (s. Oberschlesien); oder an den uns obliegenden Rückkauf der Gruben derartige finanzielle Bedingungen zu knüpfen, dass sie von Deutschland in seiner jetzigen finanziellen Lage erst in langen Zeiträumen erfüllt werden können. Endlich ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass Frankreich versuchen wird, die Rückgabe des Saargebietes mit der Frage der sogenannten Aufrüstung Deutschlands zu verknüpfen und eventuell bis zur Regelung der Abrüstungsfrage hinauszuschieben. Frankreichs Bestreben geht überall darauf hinaus, Deutschland zu schwächen und dem gefürchteten nationalsozialistischen Regime in den Augen des deutschen Volkes einen Stoß zu versetzen.

2) Unser Recht, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages als nicht mehr vorhanden anzusehen, leiten wir aus der Tatsache her, dass unsere Vertragspartner die feierlich übernommene Verpflichtung, selbst entsprechend abzurüsten, in den vergangenen Jahren nicht eingelöst haben, sowie daraus, dass die Abrüstungskonferenz nach siebenjähriger Arbeit zu einem praktischen Ergebnis nicht hat kommen können. Infolgedessen schafft sich Deutschland jetzt eine Rüstung, die es in den Stand setzen soll, sich wenigstens notdürftig verteidigen zu können – von einer tatsächlichen Sicherung unserer Grenzgebiete, jedenfalls gegenüber Frankreich, kann vorläufig noch nicht die Rede sein. Von einer offiziellen Mitteilung an die Mächte über unsere Maßnahmen in der Rüstungsfrage ist bisher abgesehen worden.

Vertraulich möchte ich Ihnen sagen, dass die Reichswehr am 1. April 1935 etwa 220 000 Mann Waffenträger haben wird, ein Heer von 21 Divisionen, das aber vorläufig ohne materielle und personelle Reserven dasteht, da diese erst in länge-

⁴ Zur Unterredung Litvinovs mit von der Schulenburg am 9. 11. 1934 vgl. das Schreiben Litvinovs an Suric vom 9. 11. 1934. In: AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 125–126 sowie das Telegramm Schulenburgs an das AA vom 9. 11. 1934. In: PA AA, R 83398, Bl. H 047104.

ren Zeiträumen geschaffen werden können. Das Heer wird mit den notwendigsten modernen Waffen in mäßigem Umfange ausgerüstet, in der Lufrüstung legen wir uns in Hinblick auf England bewusst Beschränkungen auf. Das System der freiwillig dienenden Soldaten wird beibehalten, im Allgemeinen einjährige Dienstzeit mit einem großen Stamm Langdienender (5, 6–12 Jahre). Über das System einer künftigen vormilitärischen Ausbildung ist bisher eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Man ist sich über die außenpolitischen Gefahren dieses selbständigen Vorgehens im Klaren, glaubt aber diese in Kauf nehmen zu können, da aktive Maßnahmen der Gegner gegen uns, die eine Einigkeit unter den Mächten voraussetzen, solange nicht wahrscheinlich sind, als sich unsere Rüstungsverstärkung in mäßigen Grenzen hält, die niemanden bedroht und im wesentlichen innerhalb des MacDonald'schen Vorschlages vom März 1933⁵ bleibt. Dass wir trotzdem durch eine Flut von Verdächtigungen, Beschimpfungen und politischen Nadelstichen hindurch gehen müssen, ist bedauerlich, kann uns aber an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges nicht irremachen. Für die Landesverteidigung ist die Entlastung unserer Ostflanke durch die Besserung der politischen Beziehungen zu Polen ein großer Vorteil; demgegenüber wird in Berlin der scharfe Temperatursturz in unserem Verhältnis zur Sowjetunion nicht allzu tragisch genommen, besonders da man annimmt, dass à la longue die Russen kein Interesse daran haben können, sich Deutschland zum Feinde zu machen, besonders wenn wir erst als Militärmacht wieder ein schätzenswerter Machtfaktor geworden sein werden.

Auf diesem Untergrunde spielt sich gegenwärtig die deutsch-sowjetische Politik ab. Ich bin mir darüber klar, dass ein Teil der Schwierigkeiten, die sich einer sichtbaren Besserung der Beziehungen in den Weg stellen, in Deutschland liegen. Bei den außerordentlichen Schwierigkeiten, die von allen Seiten auf die politische Leitung des Deutschen Reiches eindringen, ist es nur zu verständlich, dass die Sorge um den russischen Koloss, der das Reich nicht unmittelbar bedroht, zunächst ein wenig zurückgestellt wird. Das gegenwärtige russische Spiel mit Frankreich schreckt uns nicht allzu sehr. Russland ist nicht unser Nachbar, die Rote Armee ist auf absehbare Zeit außerhalb des Landes schwer zu verwenden, abgesehen davon, dass kein Nachbar sie durchmarschieren lassen würde. Dass die Sowjetunion große Zukunftsmöglichkeiten bietet, verkennt man in Berlin durchaus nicht. Der Führer hat mir gesagt: „Russland ist ein viel zu großer Brocken, als dass es uns auf die Dauer gleichgültig sein könnte.“

Der gegenwärtige deutsche Standpunkt gegenüber der Sowjetunion lässt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Wir wünschen mit der Sowjetunion gute, ja freundschaftliche Beziehungen. Seitens der Deutschen Regierung ist nichts geschehen, was die Russen ernstlich zu ihrer feindseligen Haltung berechtigte. Die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen trägt allein die Sowjetregierung. Bei allem Wunsch nach guten Beziehungen sind wir aber nicht bereit, auf das völlig aus der Luft gegriffene und sinnlose Misstrauen der Sowjetregierung zu reagieren, Erklärungen abzugeben oder gar das Spiel mit gefährlichen, weil in ihren Konsequenzen nicht zu übersehenden Pakten mitzumachen. Das ist ein Weg, der

⁵ Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Serie, Bd. IV, London 1950, Appendix IV, S. 558–565.

zu nichts führt und unseren Interessen entgegengesetzt ist. Wir werden in ruhiger Zurückhaltung abwarten, bis man in Moskau den Wunsch zeigt, sich mit uns über Maßnahmen auszusprechen, die die vorhandenen, unseres Erachtens tatsächlich nicht berechtigten Missverständnisse zu beseitigen und eine solide Basis gegenseitigen Vertrauens wieder herstellen.

Die Zurückhaltung Berlins wird dadurch verstärkt, dass man im Auswärtigen Amt über die russische Politik des letzten Jahres, die immer wieder versuchte, uns in peinliche Lagen zu bringen, sowie über die Haltung der Sowjetpresse und vieler hoher Sowjetfunktionäre verstimmt ist. Nehmen wir noch dazu, dass die deutsche Wirtschaft, die bisher stark am Sowjetgeschäft interessiert war, jetzt durch inländische Aufträge stark beschäftigt ist, dass in der Reichswehr das Interesse an Russland nachgelassen hat und dass manche Kreise innerpolitisch zum Kampf gegen Kommunismus und Nationalbolschewismus das Bild eines düsteren, dem Zusammenbruch entgegengehenden Sowjetsystems noch nicht entbehren zu können glauben, so sehen Sie, dass es noch vieler Wandlungen hüten und drüben bedarf, ehe die Vorbedingungen für eine aktivere, positivere deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion wieder geschaffen sein werden.

Das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland wird bestimmt durch ein tief eingefressenes Misstrauen in die Fernziele der deutschen Außenpolitik. Dies Misstrauen entspringt dem Gefühl der eigenen Schwäche, der Kriegsgefahr im Fernen Osten und der gedanklichen Konstruktion, dass Deutschland und Polen den Augenblick eines schweren Engagements der Sowjetunion im Osten dazu benutzen könnten, um auf Kosten der Sowjetunion ihre territorialen Fragen zu regeln. Die schnelle Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen war für die Russen natürlich ein „Beweis“ für die Richtigkeit dieser These. – Neben das Misstrauen treten nun noch eine ganze Reihe von Ressentiments teils rassistischer, teils weltanschaulicher Art, die in dem Wunsch gipfeln, dem verhassten Naziregime einen Stoß zu geben oder mindestens doch eine Schlappe beizubringen.

In der Angst vor Deutschland und in dem Wunsche, der nationalsozialistischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, fanden sich Frankreich und Russland. Überblickt man nüchtern das aufregende und aufgeregte Hin und Her des letzten Jahres, so muss ich wohl sagen dass die Sowjetunion alles in allem bisher mehr in dieses Spiel eingesetzt, vorgeleistet hat, als Frankreich. Denn die Sowjetunion ist auf Drängen Frankreichs in den Völkerbund eingetreten, womit sie einem alten Prinzip untreu wurde. Und sie ist nicht einmal triumphierend eingeholt worden, wie es ihr Frankreich in Aussicht gestellt hatte, sondern hat bittere Wahrheiten⁶ hören müssen, ehe Herr Litvinov seinen Platz am Ratstisch einnehmen konnte. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund mit allen seinen für die Sowjetunion wenig erfreulichen Begleiterscheinungen ist m. E. ein klarer Beweis dafür, wie real und wie hoch man hier die deutsche Gefahr einschätzt. Trotzdem ist die von der Sowjetunion erstrebte unbedingte Sicherung ihrer Westgrenze realpolitisch gesehen dadurch nicht wesentlich weitergekommen – und ob bei den jetzigen großen innerpolitischen Schwierigkeiten die Französische Regierung es sich wird leisten können, sich in konkrete Bündnisverhandlungen mit dem kommunistischen

⁶ Damit ist allem Anschein nach gemeint, dass die Niederlande, Portugal und die Schweiz sich gegen eine Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund aussprachen.

tischen Russland einzulassen, ist fraglich. Wahrscheinlicher scheint, dass Frankreich zunächst versuchen wird, in irgendeiner Form dem Ostpakt-Gedanken wieder neues Leben einzuhauchen.

Über die gegenwärtige Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber Europa möchte ich zunächst nur soviel sagen, dass m.E. die vordringlichste Aufgabe, die Herrn Litvinov gestellt ist, darin besteht, unter allen Umständen eine bedingungslose Sicherung der europäischen Westgrenze der Sowjetunion gegen Angriff zu erreichen. Diese Sicherung soll geschaffen werden wenn möglich ohne feste Bindung an eine europäische Mächtegruppe, um im Konfliktfalle freie Hand zu behalten; ist dies nicht zu erreichen, so dürfte man sich, wenn auch schweren Herzens, dazu entschließen, sich der zurzeit mächtigsten europäischen Koalition – Frankreich, Kleine Entente – zu verbinden.

In diesem Wunsche des Kremls, sich nicht die Hände zu binden, um nicht zwangsläufig in die unübersehbaren europäischen Händel hineingerissen zu werden – der Eintritt in den Völkerbund wird hier nicht als endgültige Option angesehen – sehe ich vorläufig noch den Hebelpunkt für eine aktive deutsche Politik.

Widerstände in der Sowjetunion, den Faden zu Deutschland ganz abreißen zu lassen, sind wohl noch vorhanden, wenngleich sie immer schwächer werden. Besonders in der obersten militärischen Führung der Roten Armee besitzen wir noch gewisse Sympathien. Aber diese Sympathien bedeuten keinen geschlossenen politischen Willen und ordnen sich natürlich bedingungslos der politischen Führung unter. Ein sicheres Anzeichen dafür, dass Deutschland noch nicht ganz abgeschrieben ist, ist die Entsendung von Suritz nach Berlin. Aber ich glaube mich mit Ihnen einer Meinung, wenn ich sage, dass der sehr dünn gewordene Faden weiter gesponnen werden muss, wenn er nicht reißen soll, und dass, wenn wir längere Zeit abwarten, die Zeit hier gegen uns arbeiten könnte. Bei vorsichtigem Vorgehen wird uns vielleicht die innerpolitische Lage in Frankreich helfen, die für die Franzosenfreunde in der Sowjetunion manche Enttäuschung bietet. Aber wir müssen sehr vorsichtig vorgehen, da jedes demonstrative Auftreten von uns in Paris die Anschauung verstärken würde, dass Frankreich sich schon deshalb mit der Sowjetunion verbünden müsse, um die Erneuerung des Rapallobundes zu verhindern.

Negative Presseäußerungen und Reden dürfen, wenn wir weiter kommen wollen, in der gegenwärtigen Atmosphäre gegenseitiger Verärgerung nicht allzu tragisch genommen werden. Natürlich muss von Zeit zu Zeit protestiert werden, um bremsend auf die zunehmende Vergiftung und Verhetzung zu wirken, aber Protestieren allein führt politisch nicht weiter und beseitigt vor allem nicht die Ursachen der Verhetzung. Ich habe aus gewissen Äußerungen den bestimmten Eindruck, dass die Pressehetze hier von der Partei gemacht wird, für die natürlich der Nationalsozialismus der Todfeind ist. Solange die Sowjetregierung der Presse und Partei nicht einen Maulkorb aus realen politischen Gründen anlegen kann oder will, geht die Verhetzung und Vergiftung weiter. Dass man hier andererseits, wenn es das politische Interesse des Landes erwünscht scheinen lässt, sogar parteipropagandistisch wichtige Requisite über Bord gehen lässt, zeigt die sehr zahme Rede Woroschilows am 7. November auf dem Roten Platz⁷, die weder die revolu-

⁷ Vgl. Pravda vom 10. November 1934, S. 1.

tionären Ereignisse in Spanien⁸ erwähnte, noch mehr in das Hoch auf die Weltrevolution ausklang!

Neben unserer politischen Arbeit in Russland müssen wir unser Augenmerk darauf richten, auch in Deutschland die Atmosphäre günstiger zu gestalten. Vor allem bitte ich Sie zu bedenken, dass heute Berichte nicht mehr nur im Auswärtigen Amt von Russlandkennern oder außenpolitisch geschulten Personen gelesen werden, sondern an alle möglichen anderen Stellen gehen. Wir müssen darauf achten, dass nicht der in Deutschland vielfach vorhandenen Überzeugung, die Sowjetunion nähere sich einem Kollaps, durch missverständliche Berichte amtlicher Stellen in der Sowjetunion neue Nahrung gegeben wird. Was im Einzelnen konkret zu geschehen hat, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder fruchtbringend zu gestalten, dass, meine Herren, kann ich Ihnen erst sagen, wenn etwas mehr Wasser die Wolga hinab geflossen sein wird und wenn ich die Verhältnisse hier ganz überblicke. Es wäre m. E. falsch, wenn wir zurzeit mehr täten, als ein sich allmählich verstärkendes wohlwollendes Interesse an der Sowjetunion zu zeigen.

Es würde mich sehr interessieren, nun auch von Ihnen zu hören, wie sich von Ihrem Hauptquartier aus gesehen, die deutsch-russischen Beziehungen darstellen, insbesondere ob Sie in Ihrem persönlichen Verhältnis zu den lokalen Behörden Veränderungen bemerkt haben, ob Sie noch bei leitenden Persönlichkeiten auf Sympathien für Deutschland stoßen, ob Sie irgendwie schikaniert werden etc.⁹

Auf dem ersten Blatt handschriftlich oben: A 2941 und unten: A 34 a (Doppel i. a. A 11).

PA AA, Moskau 342, Bl. E 667177–667188.

Nr. 544

Schreiben des Vorsitzenden des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Reyß an den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf

Berlin, den 14. November 1934

Der Vorsitzende des Russland-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft

An das

Reichswirtschaftsministerium

zu Hd. des Herrn Ministerialrat Mossdorf

Berlin

Behrenstr. 44

Der Umstand, dass die russischen Verhändler vor nunmehr 5 Wochen mit einem weitgehenden Vorschlag der deutschen Regierung über Geschäfte im Umfang

⁸ Gemeint ist der bewaffnete Aufstand in Asturien vom 5. bis 20. 10. 1934 und die Schaffung der „Asturischen Kommune“.

⁹ Das Dokument gelangte auf nachrichtendienstlichem Wege in die Sonderabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR und seine Übersetzung wurde am 23. 11. 1934 an Stalin abgeschickt, der beim Durchlesen viele Unterstreichungen im Text gemacht hat. Vgl. RGASPI, f. 558, op. 11, d. 187, l. 124–134.

von 200 Mill. RM nach Moskau gereist sind¹ und bis heute hierzu noch keine Stellung genommen haben², muss deutscherseits sehr unangenehm empfunden werden. Man kommt dabei unwillkürlich zu der Überlegung, ob es nicht besser wäre, dass die deutsche Regierung dieses Angebot zurückzieht oder aber wenigstens befristet. Das Verhalten der russischen Regierung ist zweifellos eine starke Zumutung, es liegt daher nahe, dass die deutsche Regierung ihrerseits diesem Zustande durch eine Befristung ihres Angebots ein Ende macht.

Der Russlandausschuss hat diese Lage unter sich und mit einigen führenden Industriellen besprochen und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass es trotz des erwähnten Verhaltens der russischen Seite noch nicht zweckmäßig wäre, unsererseits einen Schritt zu tun, der unseren Unwillen zum Ausdruck bringt. Wir haben gehört, dass die Sowjetunion als neuen Handelsvertreter für Deutschland Herrn Frumkin³ bestimmen will, also einen Mann, der heute eine geachtete Stellung in der Sowjetunion einnimmt. Es muss hieraus geschlossen werden, dass die russische Regierung dem Posten der Handelsvertretung in Berlin großen Wert beimisst. Wenn daher der Amtsantritt des Herrn Frumkin in nicht zu weiter Ferne liegt, sollte man diesen Zeitpunkt abwarten und sehen, ob Herr Frumkin auf den deutschen Vorschlag eingehen will oder nicht. Wir würden die Arbeit des Herrn Frumkin erschweren, wenn die deutsche Regierung das Angebot des 200 Mill. RM-Geschäfts jetzt zurückziehen oder auch nur befristen würde. So unangenehm wir daher die Gleichgültigkeit der russischen Seite zur dem deutschen Vorschlag empfinden, so glauben wir doch, dass es besser ist, z. Z. noch keine Schritte in der ange deuteten Richtung zu unternehmen.

Mit deutschem Gruß

gez. Unterschrift

Auf dem ersten Blatt befindet sich oben der maschinenschriftliche Vermerk: Abschrift zu II 55372/34.

PA AA, R 94658, Bl. E 664855–664856.

¹ Vgl. den Bericht, den Ėliava am 17. 9. 1934 an Kujbyšev und Kaganovič schickte. In: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 43, S. 72–80.

² Über die Anweisung Stalins zur Gesprächsführung mit den Deutschen vgl. Dok. 514.

³ Vgl. Dok. 553.

Nr. 545

**Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das Reichswehrministerium
und das AA**

Moskau, den 19. November 1934

Deutsche Botschaft

Der Militärattaché

Beilage Izum Bericht Nr. 39/34.und Marinebericht Nr. 40/34.¹

Bemerkungen zur gegenwärtigen wehrpolitischen Lage der Sowjetunion.
(Vorgetragen anlässlich der Zusammenkunft der Deutschen Konsuln² in Moskau
am 15. 11. 34.)

Der Zweck meiner heutigen Ausführungen ist, auf wesentliche Veränderungen der wehrpolitischen Lage der Sowjetunion hinzuweisen, die entweder schon eingetreten sind oder sich in der Entwicklungstendenz ankündigen.

Die Zahl der Schützendivisionen hat sich im Laufe des letzten Jahres von 75 um 10 bis 14 vermehrt³. Dies war notwendig und möglich. Bisher konnte die Wehrkraft des Volkes keineswegs ausgeschöpft werden. Russland geht zurzeit darin nur halb so weit wie Frankreich oder Polen; jetzt entsteht aber der nötige Rahmen dafür (personell im Offiziersbestand, materiell in der Ausrüstung) mehr und mehr. Ferner war es erwünscht, alle großen Truppeneinheiten, die nicht bereits friedensdislokationsmäßig nach dem Fernen Osten gehören, sondern aus dem übrigen Reich dorthin abgegeben wurden, in ihrem Heimatbezirk durch neu aufgestellte gleichartige Verbände zu ersetzen, um gewissermaßen die gesamte im Fernen Osten notwendige Investierung von Truppenverbänden für die übrige Sowjetunion abzuschreiben, um gleichsam einen im Fernen Osten notwendig werdenden Waffengang als Kolonialkrieg und ohne die Folgen einer schwächenden Entblößung des übrigen Reiches führen zu können. Dieser Vermehrungsprozess könnte an sich rein nach der Bevölkerungszahl und bis zur wirklichen Ausschöpfung der Wehrkraft noch fast bis zur Verdoppelung fortgesetzt werden, was natürlich an anderen Gründen scheitert; aber jedenfalls findet er vorläufig von der Seite der Bevölkerungsziffer her keine Begrenzung. Allerdings beginnt auch in der Sowjetunion das Problem der sinkenden Bevölkerungszunahme bereits seine Schatten voraus zu werfen. Vom 1. 1. 28 bis 1. 1. 33 ist der jährliche Bevölkerungszuwachs von 3,4 Millionen auf 2,5 Millionen gesunken, bei weiterhin fallender Tendenz. Es erübrigt sich ein Eingehen auf die Gründe, die nur zum Teil akuter, in der Hauptsache chronischer Natur sind und daher fortauern werden. Als Folge ist festzustellen, dass die Bevölkerungsziffer, namentlich weil die Ausfälle durch die Auswirkungen der Hungerkatastrophe im Jahre 1933 den Geburtenzuwachs von mehr

¹ Der Marinebericht Nr. 40/34 mit dieser Beilage wurde am 26. 11. 1934 an das AA geschickt, wo er am 29. 11. 1934 einging; Vgl. PA AA, R 30099, Bl. 426.

² Vgl. auch Dok. 543.

³ Die RKKA verfügte im Jahr 1934 über 87 Schützendivisionen, davon waren 23 Kaderdivisionen.

als 3 Jahren konsumieren, heute nur mehr auf rund 160 Millionen zu veranschlagen ist. Da die zurzeit angenommene russische Kriegsstärke mit 7,5 Millionen immerhin noch Frankreich und Polen zusammen die Waage hält, spielt der Bevölkerungsrückgang vorerst in der Zahl keine Rolle, aber er ist ein Symptom, das in späterer Zeit auch unmittelbar sich auf die Wehrkraft auswirken muss, namentlich wenn es nicht gelingt, die Erscheinungen zunehmender Eheunwilligkeit und Gebärunwilligkeit des Volkes abzustellen.

Auch innerhalb der Wehrmacht der Sowjetunion vollziehen sich ständig Strukturveränderungen, die bei der übertriebenen Geheimhaltung aller militärischen Vorgänge hierzulande nur schwer zu erkennen und zu beurteilen sind. Unser Werturteil über die russische Wehrmacht hat sich nicht verändert.

Die französische Regierung erstrebt seit längerer Zeit trotz recht ungünstiger Bewertung der Roten Armee seitens des französischen Generalstabs ein irgendwie geartetes militärisches Zusammengehen mit der Sowjetunion. Die Gründe dafür kommen – was Frankreich anlangt – hauptsächlich von der rein politischen Seite, die Frankreich infolge der veränderten Bewertung des polnischen Verbündeten nach neuen Aushilfen für Deutschlands Einkreisung suchen lässt. Teils kommen sie auch von der wirtschaftlichen Seite her; Frankreich hofft, sich neue Absatzmärkte für das Rüstungsgeschäft zu erschließen, nachdem es selbst, einschließlich seiner Verbündeten, auf dem Gebiet der Kriegsrüstung weitgehend saturiert ist. Vor allem aber stützen sich die französischen Gedankengänge wohl nicht so sehr auf die Rote Armee als auf die Rote Luftflotte. Bezüglich dieser liegen auch die Voraussetzungen günstiger. Die Rote Armee, sozusagen als Gebilde im luftleeren Raum betrachtet, ist zwar – nach deutscher Auffassung – beachtlich und entspricht in ihrem Wert durchaus der Bedeutung, die ihr als dem Garanten der sowjetrussischen Staatsform und als Rückhalt für die Stellung der Sowjetunion in der Weltpolitik zukommt. Dagegen ist das Landheer für einen Angriffs- und Bewegungskrieg über die Landesgrenzen hinaus noch nicht verwendbar. Die schlechte Verkehrslage, die schwierige Ernährungslage besonders im Kriegsfall, die Unzulänglichkeiten in der Rüstungslage und zurzeit sogar in der Öllage lassen eine rasche Versammlung, geschmeidige Verschiebung und ausreichende Versorgung großer Truppenmassen ebenso wenig zu, wie sie auch das kriegswirtschaftliche Durchhalten nicht gewährleisten. Die Rote Armee ist infolgedessen zu stark ortsgebunden, die Landesverteidigung bis auf weiteres noch in die Defensive gezwungen. Anders liegen die Dinge bei der Roten Luftflotte. Sie ist von den genannten Bindungen wesentlich freier, sofort einsatzbereit und kann innerhalb ihrer Reichweite in wenigen Stunden überall fast in beliebiger Masse erscheinen. Sie ist zahlenmäßig der polnischen Luftflotte mehrfach überlegen – Deutschland schaltet⁴ in dieser Betrachtung überhaupt aus – und kommt der französischen Luftmacht schon heute sehr nahe. Die Kapazität der russischen Flugzeugindustrie ist enorm⁵; sie kann im Bedarfsfall eine Produktion entfalten, die in kurzer Zeit die Gesamtheit der europäischen militärischen Luftflotten hinter sich lässt. Darin liegt m.E. in der Hauptsache der Wert und Anreiz einer französisch-russischen militärischen

⁴ So im Dokument.

⁵ Die Flugzeugindustrie der UdSSR produzierte im Jahr 1934 insgesamt 4354 Flugzeuge aller Typen.

Zusammenarbeit. Polen, als Angrenzer, fürchtet heute schon die Rote Luftflotte; Deutschland kann von ihr wirksam bedroht werden, sobald es gelingt, die Ausgangsbasis in verbündete Länder näher heran zuschieben oder den Flugradius zu steigern. Auch England beobachtet heute schon nicht ohne Nervosität die Entwicklung der Roten Luftflotte unter tatsächlichen Gesichtspunkten, während es das Gespenst einer deutschen Luftaufrüstung mehr aus Gründen der politischen Ablenkung und der Propaganda vor dem eigenen Volke übertreibt. Der Zusammenhalt des englischen Mutterlandes mit seinen Dominien beruht heute nicht mehr nur auf der Beherrschung der See, sondern weitgehend auch auf der Luftsicherheit durch Luftüberlegenheit. England sieht in der Tat seine Luftverbindungen nach Indien und Australien durch die Erstarkung der Roten Luftflotte zunehmend in der Flanke bedroht. Gestatten Sie mir diese Abirrung, nur um nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass wir heutzutage die Auswirkungen einer hochentwickelten und in ihrer raschen Fortentwicklung noch keineswegs abgeschlossenen Fliegerei nicht nur unter militärischen, räumlich begrenzten Gesichtspunkten oder vom verkehrspolitischen Standpunkt aus betrachten dürfen, sondern dass wir uns immer wieder zwingen müssen, auch die verändernden Einflüsse auf die rein machtpolitischen Fragen vor Augen zu haben. Die Transozeanflüge, die Europa-rundflüge, der Australienflug, die Organisation der Aleuten für Flüge vom amerikanischen zum asiatischen Kontinent, die Fernflüge einzelner Piloten und die Besuche von sogenannten zivilen Luftgeschwadern von Land zu Land, die Suche nach kürzesten Verbindungen zwischen Europa und Amerika über die Arktis hinweg usw., alle diese Dinge sind weit über das Sportliche hinaus Versuche, denen im gegebenen Augenblick die politische und militärische Ausmünzung folgen wird. Man darf sich auch keineswegs durch die gegenwärtige Beschränkung im Aktionsradius gesichert fühlen, die zurzeit für schwere Bombenflugzeuge noch etwa bei 700 km liegt. Die Steigerung der Reichweite von 700 auf 1000 km und mehr wird schneller vor sich gehen als die Erreichung der bisherigen Reichweite. Insbesondere die Sowjetunion stellt, gezwungen durch ihre Weiträumigkeit, zwei Tendenzen der Entwicklung in den Vordergrund, nämlich unter bewusster Zurückstellung sonstiger Erfordernisse den Flug in großen Höhen und auf besonders langen Strecken. Sie wird darin bahnbrechend vorangehen.

Damit im gewissen Zusammenhang steht die Beurteilung der Weiterentwicklung der fernöstlichen Lage.

Es steht außer Zweifel, dass die Sowjetunion einen Angriffskrieg dort nicht führen will. Die Sowjetunion hat sich aber nicht deshalb aus der Mandschurei zurückgezogen, weil sie daran auf die Dauer desinteressiert wäre – man denke nur an die Gefährdung der Amurbahn, an die militärische Exponierung und wirtschaftliche Anbindung Wladiwostoks, kurz an die ganze Unterhöhlung des russischen fernöstlichen Besitzes durch die gegenwärtige Grenzföhrung – vielmehr hat sich Russland desinteressiert, weil es für seinen inneren Aufbau noch lange Jahre Frieden braucht und infolgedessen überhaupt nirgendwo Krieg führen will. Alle militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion im Fernen Osten, so weitgehend sie sind, sind defensiven Charakters. Auch der vermehrte militärische Einfluss auf die äußere Mongolei ist militärisch nicht so sehr als eine offensive Flankenbedrohung der Japaner in der Mandschurei, wie als Paralisierung des japanischen Eindringens in die innere Mongolei zu werten. Andererseits ist auch von Japan im Augen-

blick ein Angriff nicht zu erwarten. Dagegen sprechen die großen Unzulänglichkeiten im Rüstungs- und Ausbildungsstand der japanischen Armee, die Schwierigkeiten der inneren Lage Japans und dessen Notwendigkeit, sich unter Umständen für viel weiter greifende schwierigere Aufgaben frei zu halten. Aber es gibt zwei Gefahrenpunkte in der militärischen Entwicklung im Fernen Osten: die zunehmende Erstarkung Wladiwostoks als U-Boot-Basis und seine wachsende Bedeutung als militärischer Luftstützpunkt. Der vollzogene Übergang Japans von der Inselmacht zur halbkontinentalen Macht kann eine Bedrohung der japanischen Verbindungen zwischen Inseln und Festland nicht über ein gewisses Maß hinaus ertragen. In ähnlichem Sinne bedeutet in der Luft für Japan eine etwa gelingende Steigerung der Reichweite der sowjetrussischen Bombenflugzeuge über einen Radius von 1000 bis 1200 km hinaus eine nicht mehr erträgliche Bedrohung seiner Wirtschafts- und Rüstungszentren. Die Entwicklung kann daher zwangsläufig dazu führen, dass Japan, ohne eine generelle militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion anzustreben, zur Wegnahme der russischen Küstenprovinz mit Wladiwostok schreiten oder einen endgültigen Ausgleich mit der Sowjetunion suchen muss.

Im übrigen geht die Ausgestaltung der Rüstung zu Land, zur See und in der Luft in und um Wladiwostok weiter, ebenso wie die Verstärkung und Verselbständigung des fernöstlichen Operationsgebietes in Bezug auf die Truppenbelegung, Mannschaftsergänzung, Versorgung jeder Art einschließlich Ernährung, Nachschub und Aufbau eines eigenen ostsibirischen Rüstungszentrums. Wir nehmen an, dass im Fernen Osten der Truppeneinsatz verstärkt wurde auf zurzeit 11 bis 12 Infanteriedivisionen, 1½ bis 2 Kavalleriedivisionen und mindestens je 400 Kampfwagen und Flugzeuge.

Die militärpolitische Lage der übrigen Sowjetunion ist von der Lage im Fernen Osten weitgehend beeinflusst, aber nicht völlig abhängig von ihr. Das letztere geht schon rein zahlenmäßig daraus hervor, dass der Bestand der fernöstlichen Armee nur 10% der gesamten Wehrmacht umfasst.

Das Streben der Sowjetunion, mit ihren westlichen Nachbarn, auch soweit dies bisher noch nicht geschehen war, in geregelte Beziehung zu kommen und darüber hinaus bilaterale Einzelabkommen mit Sicherungen gegen Angriff zu treffen, ist bekannt. Ebenso bekannt ist das Suchen nach einer Art Kollektivversicherung gemeinsam mit kleineren oder größeren europäischen Staatengruppen, die einer weiteren Sicherung der Sowjetunion an ihren Westgrenzen dienlich sein kann. Wesentliche Züge der militärpolitischen Lage im sowjetrussischen Westen sind die reine Defensive, die z. B. auch die bessarabische Frage⁶ völlig zurückstellt, und daneben die Skepsis in die eigenen freundschaftlichen Beziehungen zu Polen. Zu Deutschland steht die Sowjetunion militärisch gesehen zurzeit in einer Art latenter Gegnerschaft. Dies beruht zum Teil auf Besorgnis vor angeblichen deutschen territorialen Expansionsabsichten, sei es unmittelbar durch einen deutschen Vorstoß ins Baltikum oder mittelbar durch ein territoriales Kompensationsgeschäft mit Polen (Korridor gegen Ukraine). Daneben und im Zusammenhang damit wird der deutsch-polnische befristete Ausgleich mit größtem Misstrauen betrachtet. Dies ist ein Ausdruck der sowjetrussischen Schwäche. Man fürchtet, dass die pol-

⁶ Vgl. Dok. 186, Anm. 10.

nischen Divisionen, die man im russisch-polnischen Nichtangriffspakt⁷ von der rumänischen Grenze weg an die deutsche Grenze abgeschoben zu haben glaubte, nunmehr als deutsche Vorposten wieder an die sowjetrussische Grenze gestellt werden könnten. Die Sowjetunion verfolgt, sehr im Gegensatz zu früher, die militärische Erstarkung Deutschlands in willensmäßiger und machtmäßiger Richtung mit großem Misstrauen und deutet sie gelegentlich expressis verbis als Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion.

Bei einer später immerhin möglichen militärischen Auseinandersetzung der Sowjetunion mit dem Westen ist damit zu rechnen, dass die Sowjetunion versuchen wird, mit starkem und schnell beweglichem rechten Heeresflügel aus Weißrussland und über die baltischen Staaten in Polen einzufallen. Dazu bedarf die Sowjetunion motorisierter Kräfte. Die Zweckmäßigkeit der vollen Motorisierung großer Truppeneinheiten wird auch in anderen Ländern noch nicht einheitlich beurteilt. Die Rote Armee ist durch ihre industrielle Lage und ihr ganz mangelhaftes Straßensystem an sich zu weitgehender Zurückhaltung in der Motorisierung gezwungen. Sie ist auch gar nicht genötigt, diese Entwicklung zu beschleunigen, solange sie den Verteidigungskrieg im eigenen Lande führen muss und dazu langsame und tiefe Ausweichoperationen wählen wird. Notwendig wird die Motorisierung erst, wenn die Rote Armee nach operativer Angriffsbereitschaft strebt. Daher sieht man, abgesehen von den bei den Paraden wirkungsvoll vorgeführten, vorwiegend wohl zur Aufrechterhaltung der Staatssicherheit bestimmten motorisierten Truppen des Innenkommissariats bisher im großen nur Ansätze einer Heeresmotorisierung, z. B. bei der 11. Division um Leningrad, die anscheinend vollständig motorisiert, deren Gliederung im einzelnen aber noch nicht mit Sicherheit bekannt ist, sowie der 2. Division in Weißrussland und der 45. Division in der Ukraine. Bei diesen beiden Divisionen wird vermutlich eine Vollmotorisierung angestrebt, sie scheint aber noch nicht abgeschlossen zu sein. Auch die Rüstungsindustrie der Sowjetunion, die sich im wachsenden Maße festigt und verselbstständigt und sich besonders in reinen Rüstungsbetrieben weitgehend der ausländischen Berater und Spezialberater entledigt, verdient natürlich auch unter militärischen Gesichtspunkten stets besondere Aufmerksamkeit. Im Vordergrund stehen dabei die Zentren von Leningrad, Charkow, am Ural, im Kusbass und um Irkutsk. Es ist kaum zweifelhaft, dass die weit gespannten Planungen des 2. Jahrfünfts im Wesentlichen verwirklicht werden und dass im Rahmen des sich allmählich vollziehenden Aufstiegs die Schlagkraft der sowjetrussischen Wehrmacht wächst und die Sowjetunion damit als Bundesgenosse wie als Freund schon heute ernste Beachtung verdient.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Stempel: Geheim.

BA-MA, RM 12 II/ 152, o.P., 10 Bl.

⁷ Vgl. Dok. 5, Anm. 1.

Nr. 546

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 27. November 1934

Ich habe heute Nachmittag Herrn Botschafter Suritz einen Besuch abgestattet¹, der ungefähr 1¼ Stunden dauerte. Zunächst wurden allgemeine Fragen, wie Saarfrage etc., kurz gestreift und sodann das Gebiet der deutsch-russischen Beziehungen erörtert.

Herr Suritz bat ganz offen und informell seine Auffassung darlegen zu können; er führte in eindringlicher Form aus, wie groß das Misstrauen der Sowjet-Union gegen Deutschland sei, wie sehr man eine deutsche Aktivität nach Osten hin fürchte. Die Beseitigung des Misstrauens und die Beruhigung der Atmosphäre könne nur auf realer Basis erfolgen; die Sowjet-Union habe deshalb seinerzeit erst den Baltenpakt² und sodann den Ostpakt³ vorgeschlagen, die beide auf eine ablehnende Haltung der deutschen Regierung gestoßen seien. Er wisse keine anderen Mittel, um diese Beruhigung herbeizuführen, und hoffe immer noch, dass der Ostpakt angenommen werden würde.

Ich habe ihm ebenfalls informell und offen in längeren Ausführungen den Standpunkt der deutschen Regierung auseinandergesetzt und dabei betont, dass angesichts der eindeutigen Friedenspolitik des Führers und Reichskanzlers die Besorgnisse der russischen Politik vor kriegesischen Aspirationen der deutschen Regierung jeglicher Begründung entbehrten. Ich habe auf die verschiedenen Äußerungen des Führers, von seiner Reichstagsrede im März 1933⁴ angefangen, hingewiesen und betont, dass die Leiter der Sowjet-Politik sich nur an diese offiziellen Kundgebungen zu halten brauchten, um jeglicher Befürchtung enthoben zu sein. Die Pressehetze in der Sowjet-Union und auch die amtlichen Verlautbarungen über angebliche deutsche Angriffsabsichten seien nicht geeignet, den von der Sowjet-Union stets betonten Wunsch auf Besserung der Atmosphäre zu fördern. Ich habe in dieser Beziehung auf die Neujahrsrede von Herrn Litwinow⁵ im einzelnen hingewiesen und auch erwähnt, dass Herr Litwinow in der Besprechung mit Herrn von Neurath erklärt habe, er habe den Vorschlag des Baltenpakts nur gemacht, um durch eine Ablehnung Deutschlands die aggressiven deutschen Absichten gegen die Baltenstaaten feststellen zu können⁶. Herr von Neurath habe Herrn Litwinow mitgeteilt, dass, falls er den Erklärungen des Führers und Reichskanzlers und seinen eigenen nicht Glauben schenken wolle, es gar keinen Zweck habe, politische Gespräche zu führen. Zu dem Ostpakt übergehend habe ich die

¹ Vgl. die Aufzeichnung von Suric über dieses Gespräch, das fälschlich auf den 29. 11. 1934 datiert ist. In: DVP, Bd. XVII, Dok. 407, S. 705–708.

² Vgl. Dok. 395, 407.

³ Vgl. Dok. 458.

⁴ Vgl. Dok. 41, Anm. 1.

⁵ Vgl. Dok. 322.

⁶ In der Unterredung von Neuraths mit Litvinov vom 13. 6. 1934 sei Litvinov „auch auf sein altes Projekt eines Baltikums-Pakt zu sprechen [gekommen] und erklärte, er habe damit eruieren wollen, ob unsere Versicherungen in Bezug auf die Unabhängigkeit der Baltenstaaten ehrlich gemeint seien. Aus unserer Ablehnung habe er schließen müssen, dass doch aggressive Tendenzen vorhanden wären.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 504, S. 884–885, hier S. 885.

Argumente des Memorandums⁷ im einzelnen nochmals durchgesprochen und insbesondere an das von Herrn Suritz wiederholt gebrauchte Wort „Regional-Abkommen“ anknüpfend die Frage gestellt, was Frankreich bei einem Nordost-Regionalabkommen zu tun habe und warum man nicht England und Italien auch zur Teilnahme aufgefordert habe. Ich habe ferner darauf hingewiesen, dass im letzten Jahre sich die antideutsche Haltung der russischen Politik in allen internationalen Fragen bemerkbar gemacht habe. In dieser Beziehung erwähnte ich, dass die Sowjet-Union sogar wegen der sie gar nicht interessierenden Memelfrage⁸ bei den Signatarmächten vorstellig geworden sei, um eine Protestaktion wegen Verletzung der Memel-Konvention zu verhindern bzw. zu verzögern. Herr Suritz behauptete, dass die Sowjet-Union nur ein Interesse an der Integrität von Litauen habe und die Memelfrage sie gar nicht interessiere. Ich habe ihm erwidert, dass die Integrität Litauens niemals bedroht gewesen sei und dass deshalb die antideutsche Aktivität der Sowjet-Union in dieser Frage besonders befremdet habe. Herr Suritz kam immer wieder auf die Notwendigkeit des Abschlusses des Ostpakts zu sprechen, betonte, dass die Sowjet-Union kein Militärbündnis mit Frankreich abschließen wolle, aber Erklärungen von Staatsmännern und bilaterale Verträge nicht zur Sicherung des Friedens genügen; im Falle des Abschlusses des Ostpakts seien unsere Bedenken, in unabsehbare Komplikationen hineingezogen zu werden, dadurch erledigt, dass eben dieser Ostpakt die Möglichkeit jeglicher Konflagrationen ausschließe. Ich habe ihm darauf erwidert, das sei eine Hypothese, die keine Grundlage für politische Verträge bilden könne.

Ich habe auch kurz die wirtschaftlichen Fragen gestreift und darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen über das 200-Millionen-Projekt⁹ nicht vorwärts kämen und dass die Handelsvertretung seit einer Reihe von Monaten verwaist sei; diese Inaktivität auf wirtschaftlichem Gebiete werde wohl mit Recht auf politische Gründe zurückgeführt. Herr Suritz bestritt dies; er sagte, das gleiche haben ihm bereits Herr Nadolny und eine Reihe maßgebender Industrieller gesagt. Es stimme aber nicht, und er werde sich die wirtschaftlichen Sachen besonders angelegen sein lassen. Ich regte an, die Politik ruhen zu lassen und zu versuchen, auf wirtschaftlichem Gebiete eine Annäherung herbeizuführen.

Schließlich erwähnte Herr Suritz das letzte Interview des Führers und Reichskanzlers mit den französischen Frontkämpfern, in dem ein Passus enthalten sei, dass in dem dicht besiedelten Westen keinerlei Aktionen mehr vorgenommen werden könnten, dies sei aber im Osten anders¹⁰.

Herr Suritz erklärte, dass er vorläufig weder Herrn von Neurath noch Herrn

⁷ Vgl. Dok. 508.

⁸ Zur Memelfrage vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Anmerkung der Herausgeber, S. 132.

⁹ Vgl. Dok. 453, 454, 455, 473, 540 sowie ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 181, S. 355–356.

¹⁰ In einem Bericht von „Le Matin“ vom 18. 11. 1934 finden sich folgende, Hitler zugeschriebene Äußerungen: „Das heutige Deutschland denkt anders als das Deutschland von früher. Wir denken nicht an Quadratkilometer Land, die zu erobern sind. Wir denken an die Sicherung des Lebensunterhaltes unseres Volkes. Im Westen beträgt bei uns die Bevölkerungsdichte 237 Einwohner pro Quadratkilometer. Wie kann man die Idee haben, wir wollten Gebiete mit gleicher Bevölkerungsdichte zurückerobern, um damit unsere eigene Lage noch schwerer zu machen? Im Osten haben bestimmte Probleme an unseren Ostgrenzen einen anderen Charakter. Aber wir haben einen Vertrag mit Polen unterzeichnet, womit das Reich seinen sehr ernsthaften Willen zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu diesem großen Nachbarland gezeigt hat.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 359, Anm. 9, S. 667.

von Bülow noch mich aufgesucht habe, da er vorerst keine konkreten Vorschläge machen könne. Er wolle deshalb zunächst sich einarbeiten und abwarten, bis er positive politische Gespräche führen könne.

Die Unterredung war sehr freundschaftlich, und Herr Suritz regte an, von Zeit zu Zeit den Gedankenaustausch fortzusetzen¹¹.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Stempel des AA: IV Ru 5952, Eing. 10. Dez 34. Die Aufzeichnung Meyers wurde am 28. 11. 1934 dem RM vorgelegt. Paraphen von M[eyer] 28/11, Ko[tze] 5/12 und B[ülow] 6/12. Vermerk von Tippelskirchs: (Botschafter Gf. v. d. Schulenburg hat Durchdruck.) Unten: Po 2 Ru.

PA AA, R 83398, Bl. H 047127–047130.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 359, S. 665–668.

Nr. 547

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 605/s¹

27. November 1934

An

Gen. N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Bei der Betrachtung des jetzigen Berliner Lebens springt ins Auge, dass der äußere Glanz, den ich im vorigen Jahr bei meiner Durchreise beobachten konnte, zurückgeht. Spaziert man durch das gegenwärtige Berlin, insbesondere an Werktagen, könnte man zeitweise vergessen, sich im Zentrum des militanten Faschismus, in der Hauptstadt des „Dritten Reiches“ zu befinden. Man trifft sehr selten marschierende Gelbhemden²-Abteilungen an. Stark gelichtet haben sich auch die Uniformierten, Berlin hat einen viel stärkeren zivilen Anblick angenommen. Spürbar zurückgegangen sind Versammlungen, die Auftritte der Führer und die Festakte sind weniger geworden.

Neben der natürlichen Ermüdung und dem Rückgang des „Kampfpathos“ selbst in der Partei macht sich hier meiner Meinung nach auch das bewusste Bemühen der Führung bemerkbar, dem gegenwärtigen deutschen Leben äußerlich einen etwas ruhigeren Charakter zu verleihen. Es ist eine gewisse Tendenz zu spüren, nach außen den Eindruck erwecken zu wollen, dass die „Sturm und

¹¹ Ein Durchschlag der Aufzeichnung wurde am 5. 12. 1933 an Botschafter von der Schulenburg gesandt, der darauf einige Bemerkungen notierte. Vgl. PA AA, Moskau 215, Bl. 429946–429949.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Gemeint sind die Braunhemden der SA.

Drang³-Zeit bereits vorbei ist und nunmehr das Leben in Deutschland in normalen Bahnen verläuft und sich wieder einrenkt. Dieser Ton, gepaart mit der Prahlerei über die von dem jetzigen Regime geleistete Arbeit zur Festigung der nationalen Einheit des momentanen Deutschlands, durchzieht auch die deutsche Presse wie ein roter Faden.

Kann sich aber bei den objektiven Betrachtern des heutigen deutschen Lebens solch ein Eindruck verfestigen?

Wollte man die Krise des Regimes an den stürmischen äußeren Erscheinungsformen derjenigen messen, die mit dem Regime unzufrieden sind, so könnte man bei der Beobachtung des jetzigen Deutschland tatsächlich den Eindruck gewinnen, als ob hier alles zum Besten bestellt sei und das Regime von keiner Seite einer ernststen Bedrohung ausgesetzt wäre. Im heutigen Deutschland ist kein einziger Fall eines offenen Protests gegen die Regierung feststellen. Es ist weder von Aufständen im Lande noch von irgendwelchen demonstrativen Aktionen weiter Bevölkerungskreise gegen die Regierung zu hören. Eine hundertzüngige Fama verbreitet von Zeit zu Zeit Gerüchte einmal über religiös bedingte Demonstrationen, ein anderes Mal über Unruhen wegen Preissteigerungen usw. Doch bei einer näheren Prüfung dieser Gerüchte stellt sich in der Mehrheit der Fälle heraus, dass sie zu einem erheblichen Maße aufgebauscht und übertrieben sind.

Bei all dem gibt es fast keinen einzigen objektiven Beobachter des jetzigen Deutschland, selbst unter denen nicht, die in Sympathie zum jetzigen Regime entbrannt sind, der nicht bemerken würde, dass das Regime von einer schweren Krankheit befallen ist und die Unzufriedenheit mit ihm im Lande zunimmt. Das erste Merkmal, das fast alle, mit denen man zu diesem Thema ins Gespräch kommt, einmütig hervorheben, besteht in der Ungewissheit des morgigen Tages. Dies wird zum Teil damit erklärt, dass dem Programm der jetzigen Regierung die Klarheit und Eindeutigkeit fehle, und dies insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft. Niemand ist sich sicher, wohin die launische Phantasie der jetzigen deutschen Regierung die deutsche Wirtschaft führen wird. Heute wird der Kurs verkündet, das in Trusts organisierte Kapital zu fördern und zu schützen, morgen aber wird ihm bereits der schonungslose Krieg erklärt. Niemand weiß, womit der Kampf zwischen der kapitalistischen rechten Hand und der sozialistischen linken Hand der jetzigen offiziellen deutschen Ideologie enden wird.

Vor dem Hintergrund dieser Unausgewogenheit des Programms und der daraus resultierenden widersprüchlichen Wirtschaftspolitik sind alle Schwierigkeiten, mit denen jetzt die deutsche Bevölkerung zu kämpfen hat – die Preissteigerungen, die Entwertung der Währung, der sinkende Nettolohn usw. –, viel schwerer zu ertragen. Die Krise des Vertrauens in den morgigen Tag beginnt in eine Krise des Vertrauens gegenüber der Regierung hinüber zu wachsen, die in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung keine historischen Traditionen besitzt und weder ein politisches, noch ein moralisches Ansehen genießt. Selbst in den Augen der eigenen Partei ist dieses Ansehen nach den Ereignissen vom 30. Juni⁴ stark beschädigt. Daher verwundert es nicht, dass hier von Zeit zu Zeit Gerüchte über Mei-

³ Der Ausdruck ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 478, Anm. 18.

nungsverschiedenheiten in der Führungsspitze kursieren und über die Krise der Macht als einem Problem der allernächsten Zeit gesprochen wird.

Diese Gespräche drehen sich besonders hartnäckig um das Problem des Verhältnisses zwischen den jetzigen Machthabern und der Reichswehr, die aller Wahrscheinlichkeit nach, wie die übergroße Mehrheit meiner Gesprächspartner meint, als die Erbin der momentanen Machthaber anzusehen ist. Fast niemand zweifelt daran, dass auf das jetzige Regime eine Militärdiktatur folgen wird, und zwar aus den Reihen der heutigen Reichswehr, die die stärkste und reale Kraft im Lande darstellt. Solch eine Situation wird für den Fall wachsender Schwierigkeiten vorgesehen, wenn die Unzufriedenheit der Bevölkerung einen eindeutigen und bedrohlichen Charakter anzunehmen beginnt oder irgendwelche außenpolitische Komplikationen (was als wahrscheinlicher angenommen wird) eintreten sollten.

Die Wahrnehmung der außenpolitischen Isoliertheit ist ein Merkmal, von dem das jetzige Deutschland gekennzeichnet ist. Selbst die jetzige Regierung verheimlicht dies nicht, sie versucht sogar, diese Stimmungen für sich nutzbar zu machen, um die Bevölkerung mit all den Schwierigkeiten, mit denen sie tun hat, auszusöhnen und einen Teil der Schuld dem „äußeren Feind“ aufzubürden. Doch zugleich setzt sich, wie es scheint, immer mehr in weiten Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung durch, dass für diese Isolierung das jetzige Regime allein die Schuld trägt, da es nicht in der Lage ist, zu einem Land der Erde, von Polen und dem weit entfernten Japan einmal abgesehen, normale Beziehungen zu pflegen. Die Bevölkerung, die mehrheitlich die Politik der Aufrüstung begrüßt, ist dennoch nicht davon überzeugt, dass das jetzige Regime es vermag oder schafft, die ganzen Vorteile dieser Rüstungen zu nutzen, oder dass Deutschland nicht doch an der Gurgel gepackt wird, bevor es seine Verteidigungsfähigkeit ^{**bis zum Ende**} auszubauen vermochte. Die Furcht vor einer Einkreisung und vor der Schaffung eines antideutschen Blockes hat sich tief in das Bewusstsein der heutigen deutschen Öffentlichkeit eingepägt, und sie nimmt auch in der außenpolitischen Konzeption der Regierung zweifellos einen ^{**bedeutenden**} Stellenwert ein. Es wäre verfehlt, sich die Sache so vorzustellen, als ob die jetzige deutsche Führung angesichts ihrer Zielstrebigkeit nach Eroberungen und ihren größtenwahnsinnigen Träumen von der Schaffung eines Neuen Roms absolut aller Sorgen ledig wäre, sich um die Sicherheit Deutschlands in seinen gegenwärtigen Grenzen kümmern zu müssen. Das Eroberungsprogramm wird von einer Fülle von etwas bescheideneren und aktuellen Aufgaben begleitet, die darauf abzielen, den Blockadering und die Isolierung, in die Deutschland geraten ist, jetzt aufzuweichen. Damit ist die deutsche Diplomatie in letzter Zeit hauptsächlich beschäftigt.

Da Frankreich und seine Verbündeten als die Hauptgefahr angesehen werden, und unter Berücksichtigung dessen, dass Deutschland diesem Gegner noch nicht gewachsen ist, unternimmt die deutsche Diplomatie nicht wenige Anstrengungen, um Zeit zu gewinnen und einen kriegesischen ^{**Konflikt**} ^{**mit ihm**} zu verzögern und hinauszuschieben. Zeitgleich mit den Sondierungen für einen befriste-

⁵ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Über dem Wort ist handschriftlich ein Strich gezogen und die Ziffer „2“ gesetzt.

⁸ Über die Textstelle ist handschriftlich ein Strich gezogen und die Ziffer „1“ gesetzt.

ten Modus Vivendi, die durch direkte Verhandlungen mit Frankreich erfolgen, wird eine umfangreiche Arbeit geleistet, um das französische System zu erschüttern und zu zersetzen und die Bündnisbeziehungen Frankreichs zu schwächen.

Zu den ersteren Aktionen müssen die Verbeugungen, die gegenüber Laval so überreichlich gemacht wurden, die taktische Wende in der Saar-Frage und die permanenten Appelle an die französische öffentliche Meinung zugerechnet werden. Die Zügelung ihrer Gesinnungsgenossen an der Saar, die Zugeständnisse, die die deutschen Delegierten in Rom bei der Erörterung der technischen Details für das Plebiszit gemacht haben, sind nicht nur der Befürchtung geschuldet, die Lösung des Saar-Problems in dem von ihnen angestrebten Sinne zu gefährden, sondern auch aus dem Bestreben erwachsen, über die Saar die Brücke für eine Annäherung an Frankreich zu schlagen. In direkter und unverhüllter Form kam diese Tendenz rund um das Interview Hitlers mit den Kombattanten zum Vorschein⁹. Es bestehen selbstverständlich keine Zweifel darüber, dass das ganze Interview darauf ausgerichtet war, um in der französischen öffentlichen Meinung Verwirrung zu stiften, und in erster Linie von dem Wunsch diktiert wurde, Frankreich die Angst vor Deutschland zu nehmen, die ein Stimulus für die französisch-sowjetische Annäherung ist. Zugleich ist aber nicht daran zu zweifeln, dass diese Demarche auch dem aufrichtigen Wunsche Hitlers entsprach, sich mit Frankreich zu verständigen. Bekanntlich endete dieses ganze Unterfangen mit einem neuen und skandalösen Fiasko für Hitler. Die französische öffentliche Meinung ergriff in ihrer Mehrheit nicht die Hand, die ihr von der anderen Seite des Rheins entgegengestreckt wurde. In einem erheblichen Maße hat Hitler selbst die Geschichte mit seiner Demarche durch die Verzögerung der Veröffentlichung seines Interviews verdorben, eine **Verzögerung**¹⁰, die in Frankreich als ein Zeichen für die Janusköpfigkeit und die Unaufrichtigkeit der Geste Hitlers aufgefasst wurde. Aber nicht dies spielte die ausschlaggebende Rolle, sondern das tief sitzende Misstrauen gegenüber dem heutigen Deutschland. Das Manöver Hitlers zu entlarven, wurde dadurch erheblich erleichtert, dass dies zeitlich mit der neuen Phase der Festigung der französisch-sowjetischen Annäherung zusammenfiel, **da**¹¹ dadurch allen klar wurde, gegen **wen** und **was**¹² was sie sich richtete. Es verwundert deshalb auch nicht, dass die Reaktion auf das Manöver in eine verstärkte Propaganda für die französisch-sowjetische Zusammenarbeit mündete. Die Ergebnisse erwiesen sich als genau denjenigen entgegengesetzt, die Hitler angestrebt hatte. In dem Moment, wo dieser Brief geschrieben wird, befindet sich die gesamte deutsche Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Rede von Archimbaud vor der französischen Kammer¹³, die nur

⁹ Vgl. Dok. 546, Anm. 10.

¹⁰ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹¹ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: und.

¹² Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹³ Am 23. 11. 1934 führte Archimbaud in der Debatte um den Etat des Kriegsministeriums zur Existenz eines französisch-sowjetischen Militärbündnisses Folgendes aus: „In der Erkenntnis, dass die Haltung Deutschlands den Frieden Europas zu gefährden bedroht, haben Frankreich und Russland ihre Freiheit sichern wollen, und es ist nicht zu leugnen, dass eine Verständigung (entente) zwischen beiden Ländern besteht. Ich spreche nicht das Wort Bündnis (alliance) noch das Wort Militärabkommen (accord militaire) aus. Ich stelle lediglich fest, dass die russische Armee stark und sehr gut ausgerüstet ist und dass sie uns im Falle eines Konfliktes mit Deutschland angeboten ist (offerte).“ Zitiert nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1934, München 1935, S. 404.

in sehr geringem Maße durch spätere „beschwichtigende“ Meldungen aus Paris relativiert wurde. Vor der deutschen Öffentlichkeit zeigte sich zum ersten Mal das Gespenst einer sowjetisch-französischen Zusammenarbeit in seiner ganzen Größe.

Als einziges und nicht gerade sehr starkes Gegengewicht zur antideutschen Front bleibt weiterhin nur die Freundschaft mit Polen übrig. Von deutscher Seite werden nicht geringe Anstrengungen unternommen, um diese Freundschaft zu bewahren. In der Haltung zu den Polen befeißigt man sich eines Tones, der von einer ausgesprochenen Herzlichkeit und Wärme geprägt ist. Zugleich ist aber auch deutlich ein Gefühl der Ungewissheit hinsichtlich der Festigkeit dieser Freundschaft zu spüren. Mit wachsender Unruhe werden die in Polen um sich greifenden Stimmungen für die Wiederherstellung der früheren Beziehungen zu Frankreich registriert. Auch die Gerüchte über eine Erkrankung Piłsudskis, der als der geistige Vater des prodeutschen Kurses in Polen gilt, bereiten Sorgen. Momentan konzentriert sich das ganze Interesse auf die Frage, wie die Polen auf die jüngste französische Note reagieren werden¹⁴. Hier sind sich alle darüber im Klaren, dass Polen mit dieser Note an die Wand gedrückt worden ist. Mit dieser Note wurde den Polen die Frage direkt gestellt, mit wem sie zusammengehen wollen – mit Deutschland oder mit Frankreich. Die deutschen Zeitungen quellen vor aufmunternden Berichten aus Warschau über, in denen behauptet wird, dass Polen „sich nicht vergewaltigen lässt“ usw. Doch dieses ganze Vorpreschen ist dennoch ungeeignet, die hier herrschende Unruhe bezüglich der Entscheidung zu verschleiern, die Warschau treffen wird. Hier verstehen alle, dass ein Beitritt Polens zum sowjetisch-französischen Vorschlag nichts anderes als das Ende der Politik Polens bedeuten würde, auf zwei Klavieren **zu spielen**¹⁵, Deutschland damit die letzte Trumpfkarte aus der Hand zu schlagen, seine Isolierung zu verstärken und den Gang nach Canossa anzutreten.

Es gibt hier auch Überlegungen, die früheren Beziehungen zu Italien zu erneuern. Diese Überlegungen werden vorwiegend mit den Komplikationen und Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der französisch-italienischen Annäherung in Verbindung gebracht. Dieser Annäherung wird in verschiedenen Richtungen Widerstand geleistet, vor allem wird ein gewisses Bestreben wahrgenommen, in den Augen der Italiener der österreichischen Frage die Schärfe zu nehmen. In letzter Zeit ist hier die offene Propaganda gegen das derzeitige österreichische Regime völlig eingestellt worden. Auch die Tätigkeit von antiösterreichischen Organisationen in Deutschland ist eingeschränkt worden. Dennoch kann Hitler nicht völlig auf die österreichische Karte verzichten. Die österreichische Frage wird auch weiterhin das Haupthindernis bei der Normalisierung der deutsch-italienischen Beziehungen bleiben. Um auf Italien Druck auszuüben und seiner Annäherung an Frankreich entgegenzusteuern, wurde und wird zeitgleich ein kombiniertes Spiel mit den zwei Hauptwidersachern im Donauraum, mit Ungarn und Jugoslawien, gespielt. Dieses Spiel erfordert ein hohes Maß an Raffinesse und Gewandtheit, weil in dem jeweiligen Land mit den genau entgegengesetzten Lösungen und mit den entgegengesetzten Stimmungen operiert werden muss. Diese für

¹⁴ Vgl. den Wortlaut der französischen Antwort auf die polnische Stellungnahme zum Ostpakt-Vorschlag in der der deutschen Regierung am 5. 12. 1934 übergebenen Fassung. In: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 379, Anlage, S. 697–700.

¹⁵ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Deutschland heikle Situation trat genau zu dem Zeitpunkt ein, als die Beziehungen zwischen diesen Widersachern den Siedepunkt erreichten und zum Gegenstand besonderer Fürsorge Genfs wurden. Die deutsche Presse kann sich angesichts der letzten jugoslawischen Note¹⁶ nicht dazu entschließen, in dieser Frage eine eindeutige Haltung einzunehmen und bemüht sich sichtlich darum, nicht den Unmut der einen **oder**¹⁷ der anderen Seite auf sich zu ziehen. Hier ist die Haltung zu dem jugoslawischen Standpunkt überhaupt zwiespältig. Einerseits ist es für Deutschland überhaupt nicht von Vorteil, wenn die Frage nach den Initiatoren des Marseiller Attentats mit der nötigen Klarheit und Vollständigkeit behandelt werden würde (den heutigen deutschen Machthabern ist sehr wohl bewusst, dass sie „Dreck am Stecken“ haben). Andererseits bringt das Verhalten Jugoslawiens die Schutzmächte Jugoslawiens und Ungarns, Frankreich und Italien, in eine sehr unangenehme Lage und könnte für eine lange Zeit die Politik des Ausgleichs und der Aussöhnung blockieren. Dieser Gesichtspunkt fand auch in dem unverkennbaren Bestreben der deutschen Presse seinen Niederschlag, Frankreich und Italien bezüglich der jugoslawischen Note aufeinander zu hetzen.

Es wäre nicht richtig, in Abrede stellen zu wollen, dass die deutsche Regierung es **nicht**¹⁸ wünschen würde, auch uns gegenüber einen etwas gedämpfteren und maßvolleren Ton anzuschlagen. Ganz zu schweigen von den weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit, die die jetzige antisowjetische Politik Hitlers tadeln und für fehlerhaft halten. Selbst in der Regierung gibt es zweifellos den Wunsch, die gegenwärtige Gespanntheit unserer Beziehungen aufzulockern. Eine derartige Linie widerspricht selbstverständlich in keiner Weise der Politik des „Endziels“. Solch eine Politik ist auf Jahre berechnet und gilt im Verständnis selbst ihrer glühenden Befürworter lediglich als eine ferne Zukunftsmusik. Selbst unter dem Gesichtspunkt, diese Zukunft vorzubereiten, wäre es bei weitem vorteilhafter, die zwischen uns bestehende Spannung abzuschwächen und damit unsere Wachsamkeit einzuschläfern. Auch die uns vorgeschlagenen langfristigen Kredite sind unter diesem Aspekt einzuschätzen. Mit ihnen soll nicht nur Frankreich in Unruhe versetzt werden, sondern auch bei uns ist der unmittelbare Effekt zu erzielen, unser Misstrauen gegenüber Deutschland zu verringern. Im gleichen Sinne ist auch die Tatsache zu werten, dass in der deutschen Presse die antisowjetischen Äußerungen in letzter Zeit stark zurückgegangen sind. Auf die Richtung, in die Hitler für den nächsten Zeitabschnitt unsere Beziehungen zu lenken wünscht, hat er in seiner Antwort auf meine Rede¹⁹ recht deutlich hingewiesen. Er ging absichtlich nicht auf die Passage meiner Rede ein, in der ich vom beiderseitigen Misstrauen sprach, da er sich sehr wohl bewusst war, wohin dies führen würde, und verwies dagegen auf die bestehenden Verträge. Damit deutete er an, dass er den Weg von direkten Verhandlungen zwischen uns vorziehen würde, deren Rahmen durch unsere direkten Beziehungen abgesteckt sind. Derartige Ab-

¹⁶ Die Regierung Jugoslawiens hatte sich an den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol gewandt, um die Frage bezüglich der Verantwortung Ungarns, das den exilierten Terroristen Asyl gewährte, im Zusammenhang mit dem auf König Alexander am 9. 10. 1934 in Marseille verübten Attentat in die Tagesordnung der turnusmäßigen Sitzung des Völkerbundsrates aufzunehmen. Zur Haltung des AA zu dieser Frage vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 354, S. 656.

¹⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: und.

¹⁸ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁹ Vgl. Dok. 533, Anm. 3.

kommen bevorzugt die deutsche Regierung übrigens auch in ihren Beziehungen zu anderen Ländern. Keinerlei Gespräche am runden Tisch, keinerlei mehrseitige Verhandlungen – dies **alles**²⁰ ist zum Gemeingut der gesamten deutschen Außenpolitik geworden. Diese Sprachregelung hat sich die deutsche Diplomatie gegenüber allen ihren Partnern zugelegt. Es ist nicht zu leugnen, dass eine solche Taktik der deutschen Diplomatie auf irgendeinem Gebiet mitunter von Erfolg gekrönt ist. Dies ist insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen zu bemerken. Bei einer Reihe von Ländern ist eine gewisse Furcht zu beobachten, dass sie von ihren Konkurrenten überflügelt werden und nicht die Vorteile, die sich aus der bestehenden Lage ergeben, nutzen könnten, wenn es darum geht, mit einem politisch und wirtschaftlich geschwächten Land zu verhandeln. Dieses unüberwindbare gegenseitige Misstrauen und das ewige Gesetz der Konkurrenz sind zweifellos die stärksten Trümpfe in den Händen der Deutschen. Das Spiel mit den gegensätzlichen Interessen hat die deutsche Diplomatie durchaus nicht aufgegeben und es endet nicht immer mit einem Misserfolg. In letzter Zeit sind wir Zeuge einer ganzen Reihe von Wirtschaftsabkommen und -verträgen, die in ihrer Summe zweifellos die Atmosphäre der Einkreisung erheblich auflockert, in die Deutschland geraten ist. Eine beträchtliche Wirkung geht hier zweifellos auch von der starken Rolle aus, die der deutsche Markt für eine ganze Reihe von Ländern spielt. Die Bedeutung dieses Faktors, der übrigens eine entscheidende Rolle dabei spielte, dass sich einige Donauländer Deutschland zuneigten, darf nicht unterschätzt werden. In einem meiner nächsten Schreiben werde ich dieses Moment ausführlicher behandeln.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

Eigenhändige Unterschrift.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5118 vom 29. 11. 1934.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. [Die Expl.] 1–4 an Gen. Krestinskij, das 5. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 9, p. 38, d. 45, l. 137–141. Original.

²⁰ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

Nr. 548

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen
Russlands im AA Bräutigam mit dem Ministerialrat
im Reichswirtschaftsministerium Mosssdorf**

Berlin, den 30. November 1934

Aufzeichnung

Ministerialrat Mosssdorf (Reichswirtschaftsministerium) wies mich auf die Tatsache hin, dass nunmehr bereits mehr als drei Monate vergangen seien, seitdem mit der Sowjethandelsvertretung zum letzten Mal über das 200 Mill.-Geschäft verhandelt worden sei. Seit dem Fortgang des Handelsvertreters Weizer¹ habe man von Sowjetseite nichts Konkretes mehr über das Projekt gehört. Dadurch sei ein Zustand der Ungewissheit in die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen gekommen, der auf die Dauer untragbar sei. Das Reichswirtschaftsministerium könne sich nicht dauernd an die seinerzeit ausgehandelten Zugeständnisse als gebunden betrachten und es der Sowjetseite überlassen, wann sie ihre Zustimmung oder Ablehnung zu dem Projekt erklären wolle. Auf der anderen Seite wolle das Reichswirtschaftsministerium, so lange der erwartete neue Handelsvertreter Frumkin² noch nicht eingetroffen sei, der Sowjethandelsvertretung keine ultimative Frist stellen, bis zu der sie sich für oder gegen das Projekt zu erklären habe. Herr Mosssdorf regte daher an, dass Herr Ministerialdirektor Meyer sich mit dem hiesigen Sowjetbotschafter³ in Verbindung setze, um diesen auf das Unhaltbare der gegenwärtigen Situation hinzuweisen. In dieser Unterredung könne noch besonders zum Ausdruck gebracht werden, dass im Falle eines Scheiterns des 200-Millionenprojekts die Meinungsverschiedenheit über die Auslegung der Dollarklausel sofort wieder in ein akutes Stadium treten würde, da die Suspendierung der Zwangsvollstreckungen gegen die Handelsvertretung nur durch den Hinweis auf die beabsichtigte zwischenstaatliche Regelung der Frage möglich gewesen sei.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer gehorsamst vorgelegt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt befindet sich der handschriftliche Vermerk: e. o. W IV Ru 5978/1. 12. 34.

PA AA, R 94658, Bl. E 664857–664858.

¹ Vejcer war am 29. 7. 1934 zum Volkskommissar für Binnenhandel der UdSSR ernannt worden und reiste am 19. 8. 1934 nach Moskau ab.

² Vgl. Dok. 553.

³ Jakov Zacharovič Suric; vgl. Dok. 546.

Nr. 549

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

Geheim
Expl. Nr. 2

TAGEBUCH
N. N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS GRAF SCHULENBURG,
3. XII. 1934

1. Sch[ulenburg] begann damit, dass er mir und in meiner Person der sowjetischen Regierung sein Beileid anlässlich der Ermordung Kirovs¹ aussprach.

2. Danach händigte er mir einen an Gen. Kalinin adressierten Umschlag aus und sagte, dass dieser ein Schreiben Hitlers an Kalinin enthalte. Aus der ihm zugestellten Kopie des Schreibens wisse er, dass Hitler Kalinin darüber unterrichte, dass in Deutschland das Amt des Präsidenten abgeschafft und am 2. August dieses Jahres das jetzige Amt des Reichskanzlers mit dem ehemaligen Amt des verstorbenen Hindenburg vereinigt worden sei. Sch. fragte mich, ob er dieses Schreiben Gen. Kalinin persönlich überreichen solle oder er es über mich übergeben könne.

Ich antwortete, da dies ein Schreiben rein protokollarischen Charakters sei, mache es wenig Sinn, bei Gen. Kalinin eine persönliche Audienz zu erbitten. Ich würde ihm sehr gern den Umschlag übermitteln.

3. Danach händigte mir Schulenburg ein Memorandum aus, in dem alle Haft-sachen aufgelistet sind, zu denen sich die deutsche Botschaft in den letzten Jahren wiederholt an das NKID gewandt und keine befriedigende, mitunter überhaupt keine Antwort erhalten hat².

Sch. bat mich, mich mit der Antwort zu diesen Fällen zu beeilen, und fügte hinzu, dass selbst die unangenehmste, jedoch konkrete und endgültige Antwort besser sei als das Ausbleiben einer solchen, da dadurch die Notwendigkeit gegeben sei, immer wieder in diesen Angelegenheiten bei uns vorstellig zu werden³.

Ich versprach, einen Bericht zu allen diesen Fällen anzufordern und mich zu bemühen, seiner Bitte nachzukommen.

4. Sch. sagte weiter, dass er mich auf einige in unserer Presse veröffentlichte antideutsche Artikel aufmerksam machen möchte. So habe das Auswärtige Amt auf den in der „Pravda“ vom 27. Oktober erschienenen Artikel aufmerksam ge-

¹ Kirov wurde am 1. 12. 1934 in Leningrad unter nach wie vor nicht endgültig aufgeklärten Umständen ermordet.

² Vgl. Aufzeichnung der Deutschen Botschaft vom 1. 12. 1934, in der einige besonders schwere Einzelfälle von Übergriffen und Vertragsverletzungen der letzten Monate aufgezählt sind. In: PA AA, R 83398, Bl. H 047151–047161.

³ In der deutschen Aufzeichnung zu diesem Teil der Unterredung von der Schulenburgs mit Krestinskij heißt es: „Die einzelnen Fälle habe ich an Hand der gleichfalls beigefügten Aufzeichnung vom 1. Dezember d. J. mündlich mit Herrn Krestinski durchgesprochen und ihn auf die Folgen aufmerksam gemacht, die die vertragswidrige Art des Vorgehens der Sowjetbehörden haben müssten.“ In: ebd., Bl. H 047137.

macht, in dem Göring der Brandstiftung des Reichstages bezichtigt werde und andere beleidigende Ausfälle enthalten seien⁴.

Das Auswärtige Amt bitte ihn gleichfalls darum, auf einige unserer Rundfunksendungen in deutscher Sprache aufmerksam zu machen, die gegenüber Deutschland die Anschuldigungen enthielten, dass es aufrüste und sich auf einen Krieg vorbereite⁵.

Ich antwortete, dass die deutsche Presse viel feindseliger über die UdSSR schreibe und sich bedeutend mehr Ausfälle gegen unsere Politiker erlaube, als dies unsere Presse gegenüber deutschen Politikern tue. Wenn das NKID die Unzufriedenheit der deutschen Regierung an die Redakteure unserer Zeitungen weiterleite, so würden die Redaktionen auf die allseits bekannte Haltung der deutschen Presse verweisen. Deshalb sei es nötig, dass sich das Auswärtige Amt vor allem mit der eigenen deutschen Presse befasse. Dem NKID falle es schwer, unsere Presse und unseren Rundfunk zu bitten, nichts über die Kriegspläne Deutschlands zu berichten angesichts der Tatsache, dass es deutsche Regierungsmitglieder, und in erster Linie Hitler selbst, nicht für nötig erachteten, sich feindlicher militanter Erklärungen an unsere Adresse zu enthalten. So habe Hitler noch dieser Tage, als er eine Delegation französischer Kombattanten empfangen und ihr gegenüber versichert habe, dass Deutschland keinerlei Eroberungsabsichten gegenüber den dicht besiedelten französischen Provinzen habe, sofort den Vorbehalt vorgebracht, dass sich jedoch die Sache gegenüber Osteuropa anders verhalten würde⁶. Angesichts derartiger offizieller Erklärungen⁷ wundere ich mich darüber, dass das Auswärtige Amt mit Forderungen vorstellig werde, die die sowjetische Presse und den sowjetischen Rundfunk betreffen.

Sch. sagte verlegen, das Auswärtige Amt und er persönlich würden alle Maßnahmen ergreifen, um den Ton der deutschen Presse zu mäßigen, dass ihm dies in einem hohen Maße bereits gelinge und er mich bitte, mich ebenfalls im gleichen Sinne zu verwenden.

N. Krestinskij

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4030 vom 5. 12. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Expl.] ins Archiv, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die II. Westabteilung, das 5. nach Berlin, das 6. [zu den Akten].

AVP RF, f. 05, op.14, p.97, d. 30, l. 87–88. Kopie.

⁴ Gemeint ist der Artikel in der „Pravda“ vom 23. Oktober 1934, S. 1, „Edkaja ironija po adresu Geringa (Eine beißende Ironie an die Adresse Görings). Der Artikel war eine gekürzte Fassung des Nachdrucks eines Artikels aus dem „Figaro“.

⁵ Vgl. Schreiben Meyers an von der Schulenburg vom 12. 11. 1934 (PA AA, Moskau 211, Bl. 428979–428980) und die Antwort Schulenburgs an Meyer vom 3. 12. 1934 (Dok. 550).

⁶ Vgl. Dok. 546, Anm. 10.

⁷ Vgl. Dok. 550.

Nr. 550
**Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den
Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer**

Moskau, den 3. Dezember 1934

Lieber Herr Meyer!

In Beantwortung Ihres freundlichen Briefes vom 12. v. Mts.¹, der bei mir am 23. einging, möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich die beanstandete Rundfunksendung des Großsenders Komintern vom 1. und 2. November über die Außenpolitik der Sowjetunion zum Gegenstand einer ernsten Besprechung mit Herrn Krestinski gemacht habe². Ich habe dabei nicht verfehlt, nachdrücklich gegen die Verdächtigungen der deutschen Außenpolitik zu protestieren.

Herr Krestinski war mit mir der Anschauung, dass derartige Dinge besser vermieden würden, sagte mir aber wiederum sein altes Sprüchlein, dass die Zeitungspolemik von selber aufhören werde, sobald sich die Beziehungen zwischen den Regierungen verbessern. Er behauptete in diesem Zusammenhange, der Führer habe in seiner Besprechung mit dem französischen Abgeordneten Goy³ erklärt, die Reichsregierung habe keine kriegerischen Absichten gegen den sowieso überfüllten Westen Europas; etwas ganz anderes sei es allerdings mit dem Osten Europas.

Ich habe Herrn Krestinski darauf aufmerksam gemacht, dass die oben zitierte angebliche Äußerung des Führers eine durch nichts begründete Verleumdung sei und dass ich aus vielfachen Gesprächen mit dem Führer persönlich wisse, dass der Führer ganz allgemein streng friedlich gesinnt sei.

Herr Krestinski machte den Eindruck, als ob er selbst nicht allzu überzeugt von der Richtigkeit seiner Information über die Äußerungen des Führers war.

Zum Schluss sagte Herr Krestinski schließlich zu, dass er sich für eine mäßige Sprache der Sowjetpresse einsetzen wolle.

Ganz allgemein möchte ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass die außenpolitischen Sendungen der Radiostation Komintern fast ausschließlich in der Wiedergabe der entsprechenden Artikel und des Materials der „Prawda“ bestehen, jedenfalls, soweit wir hier informiert sind, keine eigenen redaktionellen Arbeiten darstellen.

Herr Litwinow ist für zwei Tage in Moskau gewesen. Er wurde bei seiner Ankunft am 28. zufälligerweise von einem Journalisten gesehen, der mir die Ankunft mitteilte. Am 30. ist er abends wieder nach Genf zurückgefahren. Ich fragte heute Herrn Krestinski, was Herr Litwinow über Genf erzählt habe, worauf er mir kategorisch antwortete: Nichts. Er machte dabei einen durchaus glaubwürdigen Eindruck, und bei den selbstherrlichen Methoden des Herrn Litwinow halte ich es für denkbar, dass er seine engsten Mitarbeiter nicht informiert hat, sondern sich darauf beschränkt hat, den höchsten Partei- und Regierungskreisen Vortrag zu halten. Auch Herr Linde und Herr Lewin, die durch Herren der Botschaft auf die

¹ Vgl. PA AA, Moskau 211, Bl. 428979–428980.

² Vgl. Dok. 549.

³ Vgl. Dok. 546, Anm. 10.

Rückkehr Litwinows angesprochen wurden, sagten, sie hätten lediglich gehört, dass Litwinow in Moskau sei; im Narkomindjel habe er sich nicht sehen lassen.

Mit freundlichem Gruß und Heil Hitler bin ich wie stets
Ihr aufrichtig ergebener

F. W. Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben. Auf dem ersten Blatt am linken Seitenrand handschriftlich für Tippelskirch M[eyer] 3/12. Daneben Vermerk von T[ippelskirch] 14/12: ich schlage vor, den Brief zu den Vorgängen im eisernen Schrank zu nehmen.

PA AA, R 35966, Bl. E 661218–661220.

Nr. 551

Beschlussentwurf des Politbüros des ZK der VKP (B)

[5. 12. 1934]

****Zu Deutschland**¹**

BESCHLUSS²

****a)**³** Gen. Fridrichson ist unverzüglich nach Deutschland zu entsenden. Er ist zu beauftragen, den deutschen Regierungsvertretern mitzuteilen, dass wir bereit sind, bei Gewährung eines fünfjährigen Kredites mit den Deutschen ein Abkommen über den Ankauf von Waren abzuschließen, wobei die Vergabe von Aufträgen in Höhe von 200 Mio. Mark und mehr in Aussicht zu stellen ist, vorausgesetzt, sie stimmen einer Veränderung der Nomenklatur zu, da es für uns wünschenswert ist, Aufträge hauptsächlich für Chemieanlagen sowie für den Flugzeugbau und für Verteidigungszwecke zu platzieren. Die entsprechenden Verhandlungen werden von dem neuen Handelsvertreter Kandalaki⁴ geführt werden.

****b)**⁵** Eine Kommission bestehend aus den Genossen Ordžonikidze, Rozengol'c, Vorošilov, ****V. Mežlauk**⁶**, Lobov und Ljubimov ist zu beauftragen, innerhalb von zehn Tagen die Nomenklatur und das Auftragsprogramm ****für Deutschland**⁷** zu erstellen und dem ZK zur Bestätigung vorzulegen⁸.

c) Dem NKVT ist zu gestatten, Verhandlungen mit den Deutschen zur Verlängerung des Mark-Abkommens für das Jahr 1935 zu führen.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

² Der Beschluss wurde mit den Korrekturen der Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) am 5. 12. 1934 in die Endfassung gebracht. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 17, l. 88–89 (Protokoll Nr. 17, Pkt. 97, „Sondermappe“).

³ Die Zählung ist korrigiert; ursprünglich: 1).

⁴ So im Dokument, richtig: Kandelaki. Die Ernennung Kandelakis zum Handelsvertreter in Deutschland erfolgte auf Beschluss des Politbüros vom 5. 12. 1934. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 955, l. 20.

⁵ Die Zählung ist korrigiert; ursprünglich: 2).

⁶ Der Name ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 562.

d) Es ist nicht als zweckmäßig anzusehen, den Kauf von Importgütern in Deutschland in Devisen vorzunehmen, **unbeschadet der Möglichkeit, dabei einen bedeutenden Preisnachlass zu bekommen**⁹.

Dem Außenhandelskommissariat ist vorzuschlagen, das zu dieser Frage vorliegende Angebot der Westminster-Bank abzulehnen.

Eigenhändiger Namenszug von A. P. Rozengol'c.

Geschäftsvermerk: O[sobaja] P[apka] Akte: Deutschland – Verhandlungen.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: an Rozengol'c – alles; an Krestinskij – alles; Punkt b an die Kommissionsmitglieder, Punkt c an Krestinskij.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 536, l. 55–55R. Original.

Nr. 552

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

Expl. Nr. 4

5523

7. Dezember [193]4

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

am 3. d. M. wurde der Beschluss gefasst, den Vorschlag der Deutschen bezüglich des 200-Millionen-Kredites anzunehmen¹. Dem Abkommen stimmen wir jedoch nur zu, wenn die Deutschen uns die Güter laut jener Nomenklaturliste liefern, die uns speziell interessiert und die Ihnen Gen. Fridrichson zur Kenntnis bringen wird, der umgehend nach Berlin abreist.

Ich werde Ihnen nicht ausführlicher über den gefassten Beschluss schreiben, sie werden darüber von ihm erfahren.

Ich teile Ihnen dies nur zu Ihrer Kenntnis mit. Die Deutschen sollen dies von Fridrichson erfahren, danach erörtern Sie mit ihm **und**² dem bereits neu ernannten Handelsvertreter die Frage, wie Sie Ihre Schritte für die Verhandlungen mit ihnen koordinieren.

Zugleich wurde auch der Beschluss über die Verlängerung des Mark-Abkommens gefasst.

Zum neuen Handelsvertreter ist unser jetziger Handelsvertreter in Schweden, Gen. Kandelaki, ernannt worden.

⁹ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 551.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Ich möchte Sie bitten, die Notifikation³ zu beschleunigen, weil beabsichtigt ist, dass er die Verhandlungen zum 200-Millionen-Kredit führt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N. N. Krestinskijs: die Gen[ossen] Štern und Rozenbljum sollen dies bei uns lesen.

Vermerk [des Sekretärs] über die Kenntnisnahme des Dokuments durch Štern und Rozenbljum: Gelesen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Kopien: an Gen. Litvinov, an Gen. Stomonjakov.

AVP RF, f. 010, op.9, p.38, d. 49, l. 63. Kopie.

Nr. 553

Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 8. Dezember 1934 15.32 Uhr

Ankunft: 8. Dezember 17.55 Uhr

Nr. 260 vom 8. 12.

Nachdem ich Außenhandelskommissar *Rosenholz*¹ anlässlich des Empfangs am 31. Oktober kennengelernt, meldete ich mich zu formellem Antrittsbesuch, der gestern trotz hiesiger Anwesenheit Marchandaus zustande kam.

Rosenholz mitteilte mir, das *Frumkin*² nicht nach Berlin gehe, sondern in Kürze andere gegenwärtig im Ausland befindliche Persönlichkeit, die in diesen Tagen in Moskau erwartet würde, deren Namen er aber nicht kennen wollte³. Er anschnitt sodann von sich aus Frage *200 Millionen-Kredits*⁴. Er erklärte, dass bis auf einige Kleinigkeiten redaktioneller Art wesentliche Meinungsverschiedenheiten seines Erachtens nicht mehr bestehen. Allerdings wünsche Außenhandelskommissariat weitgehende *Abänderung Liste der von Deutschland zu liefernden Waren*⁵. Sowjetunion brauche in erster Linie *Maschinen für chemische Flugzeugrüstung*⁶ und Automobil-Industrie⁷, außerdem bestimmte Gegenstände für Heeresbedarf⁸. Rosenholz erwähnte dabei u. a. *Diesel-Motore*⁹ für Unterseeboote

³ Die Verbalnote über die Ernennung von Kandelaki zum Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland war dem AA am 6. 12. 1934 übergeben worden. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 9, p. 37, d. 38, l. 178.

¹ Der Name ist unterstrichen.

² Der Name ist unterstrichen.

³ Gemeint ist David Vladimirovič Kandelaki.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ So im Dokument; gemeint ist: Apparaturen für die Ausrüstung von Flugzeugen mit chemischen Kampfstoffen. Vgl. Dok. 562.

⁷ Der Text ist unterstrichen und das Wort „chemische“ zusätzlich im Text und am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

⁸ Vgl. Dok. 562.

⁹ Das Wort ist unterstrichen.

und hinzufügte, *dass Außenhandelskommissariat Liste russischer Warenwünsche zusammenstellen und diese bald der deutschen Seite übergeben werde*¹⁰.

Schulenburg

Am linken Seitenrand befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk über den Verteiler: in 14 Exemplaren gegangen an Abt. IV (Arb.-Expl.), Abt IV, RM, St.S., W, Dir.-Abt. I, II, III, IV, V, VI, P, Ref. Vbd., Komm. f. Wirt. Vhdlg. Vorliegendes Exemplar ist an Abt. W gerichtet. Stempel: Ministerialdirektor Ritter und Paraphe Ritters. Weitere Kenntnismnahmen.

PA AA, R 105702, o.P., 1 Bl.

Nr. 554

Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Berlin, den 10. Dezember 1934

Über den Herrn Reichsminister
Abteilung IV

Der Russische Botschafter suchte mich heute Vormittag auf und überreichte unter Bezugnahme auf die Unterredung, die er am Sonnabend mit dem Herrn Reichsminister¹ gehabt hat, einen Abdruck des vollständigen Wortlauts des russisch-französischen Protokolls von Genf über den Ostpakt². Er bemerkte dazu, dass eine Bekanntgabe des Wortlauts an die Presse nicht beabsichtigt sei, und bat um entsprechende vertrauliche Behandlung. Ferner sei er beauftragt, uns mitzuteilen, dass sich die Tschechoslowakische Regierung nachträglich dem Protokoll angeschlossen habe.

Ich dankte dem Botschafter für seine Mitteilungen und sagte entsprechende vertrauliche Behandlung des Dokuments zu.

In einem kurzen Gespräch über die weiteren Möglichkeiten einer Aussprache sagte der Botschafter, er habe vom Herrn Reichsminister erfahren, dass die Französische Regierung erst nach dem 13. Januar auf das deutsche Ostpakt-Memorandum³ antworten bzw. Verhandlungen beginnen werde. Das schließe aber nicht aus, dass schon vorher diplomatische Gespräche darüber geführt würden. Ich sagte ihm, wir stünden für solche Gespräche zur Verfügung, Sie müssten aber dem Inhalt unserer Antwort vom September Rechnung tragen und sich nicht lediglich in den ursprünglichen Gedankengängen des Ostpakts bewegen. Der Botschafter meinte hierzu, die in unserer Antwort aufgeworfene Frage der Gleichberechtigung gehe Russland nichts an. Im Übrigen hoffe er sehr auf die Entspannung, die eine

¹⁰ Der Text ist am Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

¹ Zum Gespräch von Suric mit von Neurath am 8. 12. 1934 vgl. Dok. 556.

² Vgl. Protokoll vom 5. 12. 1934. In: DVP, Bd. XVII, Dok. 417, S. 725–726.

³ Vgl. Dok. 508.

Verständigung über den Ostpaktgedanken zur Folge haben würde und die er als notwendig bezeichnete⁴.

gez. Bülow

Am Ende des Dokuments befindet sich links unten der handschriftliche Vermerk: ab 10. 12. 34.

PA AA, R 29457, Bl. E 190191.

Nr. 555

Aufzeichnung der Unterredung des 2. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Legationsrat im AA von Tippelskirch

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 637/s¹

Berlin, 12. XII. 34

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

7. XII. Tippelskirch lud mich zum Frühstück. T[ippelskirch] erging sich in Lobeshymnen auf Moskau, sein verändertes äußeres Erscheinungsbild usw. Er erklärte, dass Schulenburg ihn mit ausgesuchter Aufmerksamkeit aufgenommen und ihm das beste Zimmer in der Botschaft zur Verfügung gestellt habe. „Dies ist übrigens auch verständlich“, erklärte Tippelskirch, „weil Schulenburg mein Kandidat ist.“ Tippelskirch fuhr fort, dass Schulenburg die geeignete Person für den Posten des Botschafters in Moskau sei. Er habe in seinem Leben viel gesehen und erlebt; er lege keinen unnötigen Eifer an den Tag und zeichne sich durch ein bestimmtes Maß an Standfestigkeit aus.

Anscheinend gibt es im Ministerium gewisse Absichten, Twardowski aus Moskau zu entfernen, weil während des Gesprächs über die bedeutende Rolle, die Twardowski bei dem neuen Botschafter spielt, mich Tippelskirch scheinbar im Scherz fragte: „Und in Moskau wird niemand etwas dagegen einzuwenden haben, wenn ich dorthin versetzt werde?“

Tippelskirch fragte mich, wie es um die deutschen Vorschläge zur Verlängerung des Kredites bestellt sei. Ich antwortete, dass diese Vorschläge geprüft würden. Darauf fragte er, wer zum Handelsvertreter in Deutschland ernannt worden sei. Ich teilte ihm die Ernennung von Gen. Kandelaki mit und bemerkte zugleich, dass wir dem Auswärtigen Amt gestern in dieser Angelegenheit in einer Note Mitteilung gemacht hätten². Tippelskirch zeigte sich von der Ernennung Kandelakis sichtlich enttäuscht und fragte, warum nicht Frumkin hierher kommen könne usw. Ich entgegnete ihm, dass Kandelaki ein versierter und angesehener Fach-

⁴ Vgl. Aufzeichnung von Suric über dieses Gespräch. In: DVP, Bd. XVII, Dok. 429, S. 747–748.

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 552, Anm. 3.

mann sei. Da die sowjetische Regierung ihn ernannt habe, verfüge er folglich auch über alle erforderlichen Eigenschaften und Vorzüge. Danach sprach Tippleskirch zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen. T. erklärte, dass die sowjetische Seite gegenüber Deutschland Feindseligkeit und Misstrauen zeige. So habe z.B. dieser Tage Minister Litvinov in Genf zur Saar-Frage für Deutschland nicht sonderlich angenehme Vorschläge unterbreitet³. Ich antwortete Tippleskirch, dass ich die Rede von Volkskommissar Litvinov nicht kenne; was immer er aber zu dieser und auch zu anderen Fragen gesagt haben möge, so beruhe dies alles auf den Prinzipien der Politik des Friedens und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker unter Wahrung der gültigen Rechtsnormen. Wenn man aber generell die Vorschläge der sowjetischen Regierung, die im Grunde genommen einem Ziel verpflichtet seien, nämlich der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens, als gegen Deutschland gerichtet betrachte, so tauchten unwillkürlich begründete Zweifel an der Aufrichtigkeit der Versicherungen bezüglich der deutschen Friedensliebe auf, zumal sich diese bisweilen nicht ganz klaren Versicherungen mit Äußerungen in einem völlig eindeutig aggressiven Sinne abwechselten. Auf die Pläne zur territorialen Aufteilung der Sowjetunion (Ukraine), auf die Tätigkeit der antisowjetischen Organisationen in Deutschland, die detaillierten und unverhüllten Äußerungen von führenden deutschen Politikern in mündlicher und schriftlicher Form bezüglich des „Drang nach Osten“, auf die Repressalien gegenüber sowjetischen Bürgern und sowjetischen Organisationen in Deutschland usw. usf. ginge ich hier schon gar nicht ein. Das Verhalten der deutschen Presse in der Zeit, als unsere Beziehungen zu Japan recht gespannt waren, stelle einen in der Geschichte der internationalen Beziehungen unerhörten Vorgang dar. Die deutsche Presse habe einmütig und offen darüber geschrieben, dass ein Krieg zwischen Japan und der Sowjetunion im Interesse Deutschlands liege. Die deutsche Presse habe an Japan den Rat gerichtet: Greif an⁴.

Tippleskirch sagte, dass ich, als ich über die jüngsten Erklärungen bezüglich des „Drang nach Osten“ gesprochen hätte, das Gespräch des Reichskanzlers mit Vertretern des französischen Frontkämpferbundes gemeint hätte⁵. In diesem Fall habe Hitler absolut nicht die Sowjetunion im Auge gehabt, denn Deutschland grenze nicht an die Sowjetunion. Deutschland habe mit anderen Ländern eine gemeinsame Grenze, z.B. mit Litauen. Ich entgegnete Tippleskirch, dass seine Erläuterungen nur einmal mehr bewiesen, in welchem hohem Maße die im sogenannten Ostpakt formulierten Vorschläge berechtigt und aktuell seien. Tippleskirch beklagte sich nun darüber, dass man den Deutschen eine Ablehnung des Ostpaktes zu einem Zeitpunkt zugeschrieben habe, als mit ihnen im Prinzip keine offiziellen und detaillierten Gespräche zu diesem Thema geführt worden seien. Ich entgegnete Tippleskirch, dass das, was er vorbringe, völlig haltlos sei, denn er wisse selbst, dass sowohl Litvinov als auch François-Poncet und Phipps mit Neurath Gespräche geführt hätten und die deutsche Regierung ihren Standpunkt zum Ostpakt in einem umfangreichen Memorandum dargelegt habe⁶.

Giršfel'd

³ Am 6. 12. 1934. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 423, S. 736–738.

⁴ Der Satz ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 546, Anm. 10.

⁶ Vgl. Dok. 508.

Eigenhändige Unterschrift.

Geschäftsvermerk: Zu den Akten.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4093 vom 15. 12. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten. 12. XII. 34.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 156–157. Original.

Nr. 556

Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Nr. 632/s¹

Berlin, 13. Dezember 1934

Tagebuch

des Gen. SURIC

BESUCH BEI NEURATH AM 8. XII.

Neurath empfing mich, obgleich es ein Sonntabend war, meinem Wunsche entsprechend noch am gleichen Tag nach dem Essen. Meine Bitte hatte damit zu tun, dass zu einem früher festgelegten Termin bei Neurath vor dem Essen das Telegramm des Gen. Litvinov über den Inhalt des Protokolls², welches das Thema meines bevorstehenden Gesprächs bei Neurath sein sollte, noch nicht dechiffriert war.

Als ich Neurath den Kernpunkt des Protokolls vorgelesen hatte, dankte er mir nur beiläufig und sagte, dass er die Grundzüge dieses Punktes bereits sowohl aus dem Munde von Poncet, der ihn früher aufgesucht habe, als auch aus den Zeitungen kenne. Zum Wesen des Protokolls äußerte sich Neurath nicht.

Das eingetretene unangenehme Schweigen beendete ich mit der Frage, wann der Herr Minister seinen beim letzten Mal geäußerten Wunsch zur Aufnahme von Verhandlungen zum Ostpakt zu verwirklichen beabsichtige. Darauf antwortete Neurath, dass er, als er mit mir (während des Essens bei ihm³) über die in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlungen über den Ostpakt sprach, von der Mitteilung ausgegangen sei, die ihm Poncet einige Stunden vor diesem Essen gemacht hätte, wonach Laval *beabsichtige, in den folgenden Tagen seine Antwort auf das deutsche Memorandum zu geben. Es sei vollkommen klar, dass damit die Verhandlungen eröffnet worden wären, die Neurath mit den beiden Initiatoren des Paktes gleichzeitig zu führen als zweckdienlich erachte. Neurath habe aber unterdessen von seinem Botschafter in Paris erfahren, dass nach einer Erklärung von Laval die französische Antwort auf das Memorandum bis nach Abhaltung des Saar-Plebis-

¹ Die Ausgangsnummer ist handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Text des Protokolls in DVP, Bd. XVII, Dok. 417, S. 725–726.

³ Das Datum konnte nicht ermittelt werden.

zits verschoben werde⁴. Damit verschiebe sich verständlicherweise auch der Termin für die Verhandlungen zum Ostpakt*⁵.

Was die Haltung Deutschlands zum Ostpakt betreffe, so richte sich sein Haupteinwand nach wie vor gegen die *Aufnahme des Prinzips des gegenseitigen Beistands, eines Prinzips, das für Deutschland absolut unannehmbar sei. Die deutsche Regierung habe in dieser Hinsicht ihren Standpunkt nicht verändert. Sie meine aber, dass man die Ziele, die sich die Initiatoren des Paktes gestellt haben, auch mit anderen Methoden erreichen könne. Welche Methoden dies sein könnten, sagte Neurath aber nicht*⁶.

SURIC

Eigenhändige Unterschrift.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4088 vom 15. 12. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, die [Expl.] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 98, d. 32, l. 151–151R. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVII, Dok. 426, S. 741–742⁷.

Nr. 557

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

Geheim

Expl. Nr. 2

Tagebuch

N. N. Krestinskij

**EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG
AM 15. DEZEMBER 1934**

1. Sch[ulenburg] eröffnete das Gespräch damit, dass die deutsche Regierung beabsichtige, einen neuen Generalkonsul in Vladivostok zu ernennen. Sie ersuche die Regierung der UdSSR, ihr Einverständnis zu dem vorgesehenen Kandidaten zu geben. Die deutsche Regierung beabsichtigt Georg Stobbe zu ernennen, der uns gut bekannt sein dürfte, da er während des sowjetisch-chinesischen Konflikts der deutsche Generalkonsul in Charbin war und über ein Jahr die Interessen der sowjetischen Bürger dort vertrat. Sch. händigte mir eine Übersicht über G. Stobbes Dienstlaufbahn aus. Dieser Übersicht ist zu entnehmen, dass er bereits 62 Jahre alt

⁴ Vgl. den Bericht von Köster vom 5. 12. 1934. In: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 374, S. 689–691.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

ist und fast die gesamte Zeit im konsularischen Dienst in Russland und im Fernen Osten tätig war, von geringfügigen Unterbrechungen in New York und in Philadelphia (1914–1915), in Stockholm (1917) und in Poznań (1920–1924) abgesehen.

2. Sch. fragte mich sodann, ob ich mich bereits mit dem Aide-Mémoire zu den alten Haftsachen vertraut gemacht hätte, welches er mir bei unserem letzten Treffen übergeben habe¹.

Ich antwortete, dass Gen. Štern vor einigen Tagen aus dem Urlaub zurückgekehrt sei und ich ihn gebeten habe, das Aide-Mémoire zu prüfen und mir darüber Bericht zu erstatten.

*3. Darauf wandte sich Sch. der Presse zu. Ich kenne, sagte er, die Haltung des NKID. Sowohl Herr Litvinov als auch Sie und Herr Stomonjakov sagten mir, dass die Haltung der Presse den Zustand der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR widerspiegele. Dies verstehe ich; ich betrachte eine kritische Haltung Ihrer Presse gegenüber gewissen Seiten unserer Innenpolitik wie auch die gleiche Haltung der deutschen Presse gegenüber der Politik der UdSSR als unverzichtbar. Doch dabei ist es unerlässlich, dass sich die Presse beider Seiten persönlicher Verunglimpfungen gegenüber staatlichen Funktionsträgern der anderen Seite enthält. Nur bei Vorliegen solcher Art Verunglimpfungen werde ich mich sowohl auf eigene Initiative als auch im Auftrage Berlins genötigt sehen, auf die Haltung der sowjetischen Presse aufmerksam zu machen*2.

Aus gegebenem Anlass möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Karikaturen lenken. Die eine erschien am 9. Dezember in der „Leningradskaia Pravda“. Sie stellt Minister Goebbels als einen übergroßen Kerl mit einer Keule in der Hand dar, der zum Dirigenten der Staatsoper in Berlin ernannt worden ist³. Sch. legte mir diese recht gelungene Karikatur vor, und es war ersichtlich, dass sie ihm ebenfalls gefiel. Nichtsdestotrotz sagte er, dass die Darstellung eines Ministers in einer grotesken, karikierenden Art unterlassen werden sollte.

Die zweite Karikatur ist in der heutigen „Izvestija“⁴ enthalten. Sie zeigt Göring, der in der Hand eine Sammelbüchse hält, und einige Städter, die man unter Zwang zu dieser Sammelbüchse treibt. Göring ist natürlich in karikiert Form dargestellt, und Sch. sagte auf diese Karikatur bezogen das gleiche, was er zu der über Goebbels gesagt hatte.

Weiter führte er aus, man berichte ihm aus Berlin, dass die deutschen Innenbehörden außerordentlich gereizt auf den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman reagieren würden. *Gofman schreibe aggressiv, verwende nicht immer gesicherte Informationen und erlaube sich persönliche Ausfälle gegenüber Regierungsmitgliedern. Die letzten Artikel Gofmans, die in der „Pravda“ vom 30. November und 9. Dezember⁵ erschienen seien, hätten diese Gereiztheit verursacht und man spreche davon, ihn möglicherweise auszuweisen. Er wünsche ganz und gar nicht, dass

¹ Vgl. Dok. 549, Anm. 2.

² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

³ Vgl. Leningradskaia Pravda vom 9. Dezember 1934, S. 4. Unter der Karikatur steht folgender Text: „Goebbels: Du hantierst nicht schlecht mit diesem Stöckchen. Ich ernenne dich zum Dirigenten der Berliner Philharmonie.“

⁴ Izvestija vom 15. Dezember 1934, S. 1.

⁵ „Rasterjannost' germanskich fašistov“ (Die Ratlosigkeit der deutschen Faschisten). In: Pravda vom 30. November 1934, S. 5; „Den' nacional'noj solidarnosti“ (Tag der nationalen Solidarität). In: ebd. vom 9. Dezember 1934, S. 5.

erneut ein Journalistenkonflikt zwischen Deutschland und der UdSSR ausbricht. Daher ersuche er mich, der Redaktion der „Pravda“ seine Bitte zur Kenntnis zu bringen, Gofman möge sich in seinen Artikeln persönlicher Ausfälle gegen Amtspersonen enthalten*⁶.

Ich antwortete Sch., dass ihm die Haltung des NKID in der Pressefrage gut bekannt sei. Wir meinten, dass persönliche Angriffe gegen Regierungsmitglieder unzulässig seien, doch dies beziehe sich gleichermaßen auf die Presse beider Seiten. Da in der deutschen Presse eine außerordentlich große Anzahl von Artikeln und Meldungen feindlichen und oft beleidigenden Charakters gegenüber der UdSSR und ihre Politiker erscheinen, sei das NKID schwerlich in der Lage, irgendeinen Einfluss auf unsere Presse zu nehmen.

Dessen ungeachtet würde ich seiner Bitte nachkommen und den entsprechenden Redaktionen seinen Wunsch zur Kenntnis bringen.

4. Sch. sprach dann darüber, dass in Regierungskreisen in Deutschland die Wahl Thälmanns, der unter Anklage wegen Staatsverbrechen stehe, zum Mitglied des Moskauer Sowjets (worüber die Zeitungen vom 15. Dezember berichten) große Unzufriedenheit auslöse⁷.

Ich erwiderte ihm, dass er gut wisse, wie sich unsere Öffentlichkeit gegenüber Thälmann als politischer Persönlichkeit sowie zu dem gegen ihn angestregten Prozess verhalte, und dass man an Thälmann keine gewöhnlichen Maßstäbe anlegen dürfe.

5. Zum Abschluss fragte Sch., indem er sich auf seine Gespräche mit Gen. Stomonjakov berief, ob wir irgendetwas über den Angestellten der Europäisch-Asiatischen Gesellschaft Fasel wüssten, der sich bereits seit langer Zeit in Xinjiang in Haft befinde. Da es in Xinjiang keine deutsche Konsulate und außer den Konsulaten der UdSSR auch keine anderen ausländischen Konsulate gebe, stehe der deutschen Regierung kein anderes Mittel zur Verfügung als unsere Unterstützung, um über Fasel Informationen zu bekommen und ihm zu helfen.

Ich antwortete, dass Gen. Stomonjakov bei unseren Konsulaten bezüglich des Schicksals von Fasel angefragt habe und aufrichtig wünsche, der deutschen Regierung in dieser Frage zu helfen.

N. Krestinskij

Vermerk N. N. Krestinskij's: MM

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4143 vom 17. 12. 1934.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 E[xemplare], 1 ins Archiv, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an die 2. West[abteilung], 1 [zu den Akten], Punkt 3 an die Genossen Mechlis und Bucharin.

AVP RF, f. 05, op. 14, p. 97, d. 30, l. 89–91. Kopie.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Die Meldung über die Wahl von Thälmann zum Deputierten des Moskauer Stadtsowjets (auf der Belegschaftsversammlung des Werkes Elektrozavod) konnte nur in einer einzigen Zeitung ermittelt werden (vgl. Rabočaja Pravda vom 11. Dezember 1934, S. 2). In der veröffentlichten Liste der im Dezember 1934 gewählten Deputierten zum Moskauer Stadtsowjet ist der Name Thälmanns nicht aufgeführt.

Nr. 558

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschaftsrat von Twardowski**

Geheim

Nr. 18593
19/XII-34¹

Aufzeichnung der Unterredung des Gen. Štern mit dem Rat der Deutschen
Botschaft Twardowski, 17. Dezember 1934

1. Twardowski kam mit einer Reihe von Angelegenheiten zu mir. Vor allem bat mich T[wardowski] darum, ihm in einer diffizilen Sache behilflich zu sein. Der Botschafter habe erfahren, dass sich Gen. Kandelaki in Moskau aufhalte. Er würde ihn gern kennenlernen und ihn am 19. Dezember zum Frühstück einladen. Aus protokollarischen Gründen wäre es jedoch wünschenswert, wenn Gen. Kandelaki Schulenburg zuvor einen Besuch abstatten würde. T. bittet deshalb darum, bei Gen. Kandelaki anzudeuten, er möge Schulenburg anrufen und ihn fragen, wann er ihm einen Besuch abstatten könne, daraufhin werde Sch[ulenburg] ihn zum Frühstück einladen.

2. T. bat mich, mich um eine schnelle Antwort hinsichtlich der Ablösung Kastners durch Stobbe² zu bemühen, da das Auswärtige Amt dränge.

3. Das Auswärtige Amt habe T. beauftragt, uns die Erneuerung der Kulturbbeziehungen vorzuschlagen. In erster Linie sei an einen Vortrag von Vize über die Arktisforschungen gedacht, und in zweiter Linie an einen Vortrag von Gen. Vinter. Dazu teilt mir T. vertraulich seine Überlegungen mit. Er meint, dass es vorerst besser wäre, sich auf den gänzlich unpolitischen Vortrag des Gen. Vize zu einigen, den Vortrag von Vinter jedoch zu verschieben, weil das Thema unseres Aufbaus politische Fragen berührt. T. bittet mich, ihm eine Antwort darüber zu geben, was wir von einer Erneuerung der kulturellen Zusammenarbeiten halten. Ich versprach ihm, dies zu tun.

4. Danach ging T. zu der Frage über, die allem Anschein nach den eigentlichen Zweck seines Besuches darstellte. T. machte mich vorsorglich darauf aufmerksam, dass er mit mir absolut vertraulich spreche. Er habe sogar den Botschafter darüber nicht informiert und berufe sich auf unser freundschaftliches Verhältnis. Für die Verbesserung der Beziehungen könnten wir beide in der momentanen Situation nichts tun, doch wir sollten wenigstens danach trachten, das Unkraut zu jäten, das unsere Beziehungen umwuchert: sowohl auf unserer als auch auf deutscher Seite gebe es eine ganze Reihe gegenseitiger Forderungen, die hauptsächlich Haftangelegenheiten beträfen. Es wäre zweckmäßig, wenn wir beiderseitiges Entgegenkommen und Liberalismus zeigen würden. Er, T., führe folgende Forderungen an: Wir seien an der Ausweisung von Pal'čik interessiert, allem Anschein nach interessiere uns außerdem das Schicksal der verhafteten **deutschen**³ Ange-

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 557.

³ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

stellten der Bevollmächtigten Vertretung⁴. Auf der anderen Seite seien deutsche Parteistellen an dem Schicksal einiger sowjetischer Staatsbürger im höchsten Maße interessiert. In erster Linie gehe es um die Volkova, geborene Bob, deren Brüder bekannte nationalsozialistische Provinzfunktionäre seien und Heß unter Druck setzen. In Saratov oder in Samara leben die Bürgerinnen Medem, die Schwestern des Grafen Medem, der in Deutschland über einen großen Einfluss verfüge. Außerdem seien deutsche Parteikreise an der Ausweisung des deutschen Bürgers FUCHS, der unlängst in Leningrad verurteilt worden sei, sowie an der Haftentlassung des in Urumchi verhafteten deutschen Staatsbürgers Fasel sehr interessiert. Schließlich würde die Botschaft mit der Haftentlassung von Schönknecht, von Sadowničaja, der vor kurzem verhafteten Ehefrau von Forner (er ist der Sekretär des Konsulats in Odessa), sowie mit der Genehmigung rechnen, den Angestellten des Generalkonsulats in **Tiflis**⁵ Nieman aus der Staatsbürgerschaft zu entlassen. T. meint, dass die Regelung aller dieser Angelegenheiten zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könnte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass an einigen Fällen nationalsozialistische Stellen Interesse zeigen.

Nachdem T. seine Vorschläge dargelegt hatte, erklärte ich ihm, dass ich mich, ebenso wie er, auf unser persönliches freundschaftliches Verhältnis berufe und zu ihm offen sprechen würde. Vor allem möchte ich unterstreichen, dass es hier nicht um irgendwelche Austauschoperationen gehe (T. bestätigte dies vehement), sondern um gegenseitige Kulanz und um Entgegenkommen. In dieser Hinsicht werde T., wenn er auch nur für eine Sekunde seinen offiziellen Status beiseite lasse, zugestehen müssen, dass sich das NKID regelmäßig und konsequent mit dem Jäten von **Unkraut**⁶ befasst habe, von dem T. gesprochen habe. Ich erinnere ihn daran, dass wir allein im vergangenen Jahr eine Reihe von Personen ausgewiesen hätten, die sehr schwerer Verbrechen beschuldigt worden seien: Rohden, Fleischle, Karll, die zwei Wehrmann, Asche, die drei Pappe, Waldemar Jost⁷. Darüber hinaus seien 20 **andere**⁸ deutsche Staatsbürger ausgewiesen worden, die ebenfalls einer staatsfeindlichen Tätigkeit und anderer Verbrechen beschuldigt worden seien.

Zur gleichen Zeit hätten selbst die unverfänglichsten und bescheidensten Bitten unserer Bevollmächtigten Vertretung in Berlin permanent keine Ergebnisse gezeigt. Mich erstaune sehr, dass T. den Namen Pal'čik erwähne. Anfangs sei mir persönlich zugesichert worden, dass nach der Ausweisung Wehrmanns Pal'čik ausgewiesen werde. Später habe T. nach der Ausweisung von Asche genau die gleiche Zusicherung abgegeben. Nunmehr tauche der besagte Pal'čik, der wegen irgendwelcher Bagatellen angeklagt sei, erneut als ein Verhandlungsobjekt auf. T. zeigte sich sehr bestürzt und fiel mir ins Wort, dass er in der Pal'čik-Sache kein reines Gewissen habe, aber die Verurteilung von Fuchs⁹ habe ihm alles verdorben. Ich fuhr fort, dass sich T. außer auf Pal'čik auch noch auf die Angestellten unserer

⁴ Vgl. Aufzeichnung von Tippelskirchs über das Gespräch mit dem Botschaftssekretär Giršfel'd vom 2. 8. 1934. In: RGVA, f. 501/K, op. 3, d. 322, l. 238–239.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Odessa.

⁶ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 388.

⁸ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁹ Vgl. Dok. 509, Anm. 14.

Bevollmächtigten Vertretung berufe. Ich persönlich sei geneigt zu meinen, dass beide ad hoc verhaftet worden seien. T. unterbrach mich und erklärte: Ich versichere Ihnen, dass die Verhaftung dieser Angestellten in keiner Beziehung zum Fall Fuchs steht. Ich entgegnete, dass ich nichts Derartiges gesagt hätte. T. zeigte sich verlegen. Ich fuhr fort: Während das Narkomindel allen Gesuchen der Botschaft entgegenkomme, behandle das Auswärtige Amt jegliche unserer **Berliner**¹⁰ Bitten ausschließlich auf Druck von T. und des Botschafters (wie T. mir selbst mitgeteilt hätte).

Aus all dem ergebe sich, dass gegenseitige Toleranz und Kulanz fehlten. Von unserer Seite seien sie in maximaler Weise an den Tag gelegt worden, von deutscher Seite sei in dieser Hinsicht nichts gekommen. T. erklärte, dass er mit mir übereinstimme, doch das Unglück bestehe darin, dass das Auswärtige Amt ohne das Einverständnis der Parteistellen überhaupt nichts unternehmen könne. Dagegen sichere unser Entgegenkommen bei den oben dargelegten Bitten dem Auswärtigen Amt die Unterstützung dieser Parteistellen.

Danach machte ich T. darauf aufmerksam, dass ich nicht auf die einzelnen von ihm vorgetragenen Bitten eingehen würde. Ich erachte es jedoch als notwendig, ihn darauf hinzuweisen, dass Fasel auf dem Territorium von Xinjiang von den dortigen Behörden verhaftet worden sei, und es mich deshalb verwundere, weshalb sich T. an mich mit einem Gesuch für dessen Haftentlassung wende. Daraufhin entnahm T. nach einer gewissen Pause seiner Aktentasche irgendein Dokument und sagte, dass er mir höchst vertraulich einen Auszug aus diesem Dokument vorlesen werde. T. las mir Folgendes vor: Der Pilot der Eurasia Fasel, an dessen Schicksal Göring unmittelbar interessiert ist, wurde auf Befehl der Russen verhaftet, die die Herren in Xinjiang sind. Die lokalen Behörden tun sich schwer damit, sich einen Grund für die Verhaftung von Fasel auszudenken. Er kann eventuell aus der Haft entlassen werden, wenn dazu aus Moskau die entsprechende Weisung erteilt wird. Der dortige Duban zittert vor den Russen, da erst kürzlich sowjetische Truppen einen Aufstand von Moslems niederschlugen und General Ma mitnahmen, der sich in Russland in Ehrenhaft befindet. Der Duban meint, dass die Russen, wenn sie mit ihm unzufrieden würden, Ma die Gelegenheit zur Flucht verschaffen könnten, und dieser würde dann die Macht in Xinjiang an sich reißen.

Um die Herkunft dieses Dokumentes „herauszukitzeln“, sagte ich ironisch, dass man in Berlin offenbar erstaunlich gut informiert sei. Darauf entgegnete T., dass diese Information nicht aus Berlin, sondern aus China stamme. T. verstehe sehr gut, wie delikate die ganze Fasel-Angelegenheit sei. Er bitte deshalb davon auszugehen, dass er den Fall Fasel fälschlicherweise in eine Rubrik mit den anderen Angelegenheiten eingeordnet habe, und darum – wenn wir Göring einen Gefallen tun wollten – gegenüber den Behörden in Xinjiang den Wunsch nach Haftentlassung von Fasel anzudeuten.

Unser Gespräch zu diesem Thema zusammenfassend, erklärte ich T. Folgendes: Wir würden seinen Vorschlag selbstverständlich prüfen. Ich persönlich meine jedoch, dass von unserer Seite in ausreichendem Maße Liberalismus und Entgegenkommen unter Beweis gestellt worden sei. Deshalb glaubte ich, dass nunmehr

¹⁰ Das Wort ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

die deutsche Seite am Zuge sei, was uns, dem Narkomindel, wiederum erleichtern würde, der einen oder anderen deutschen Bitte künftig wohlwollend zu begegnen. Momentan bringe mich unser einseitiges Entgegenkommen persönlich in eine sehr schwierige Lage, wenn ich mich bemühte, Wohlwollen gegenüber den deutschen Bitten zu erreichen.

Darauf gestand T. ein, dass er meine Argumentation vollkommen teile, und schlug von sich aus folgende Formulierung vor. Wenn die deutsche Regierung gegenüber unseren Angelegenheiten Entgegenkommen¹¹ zeige, so könne die Botschaft auf ein ebensolches Entgegenkommen von sowjetischer Seite bezüglich der Bitten der Botschaft rechnen. Dabei halte es T. für möglich, auf eine Konkretisierung der Fälle laut deutscher Liste zu verzichten. Falls wir die Formel T.s akzeptieren sollten, so würde er seinen Vorschlag dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vorlegen. Ich antwortete, dass ich meinen Vorgesetzten seinen Vorschlag, insbesondere seine letzte Formel, vortragen würde. Ich sei sehr erfreut festzustellen, dass T. den Unterschied in der Haltung des Narkomindels und des Auswärtigen Amtes in den **oben dargelegten Fragen**¹² berücksichtige.

5. T. machte mich darauf aufmerksam, dass in letzter Zeit erneut Ausweisungen von deutschen Bürgern vorkämen, die sehr lange in der UdSSR zugebracht hätten, wenn nicht sogar ihr ganzes Leben. Ich entgegnete, falls die Rede von Bosch sei, so könne ich T. versichern, dass Bosch froh sein sollte, dass man ihm auszureisen erlaubt habe. T. sagte „Ach so“ und beendete das Gespräch zu diesem Thema.

6. T. beschwerte sich über die unverhältnismäßige Belastung der deutschen Bauern mit Steuern und fragte, ob es nicht möglich wäre, sie drei Monate vorab darüber zu informieren, dass es erwünscht sei, ihre Wirtschaften aufzulösen. Ich antwortete, dass wir solch eine Methode nicht anwenden würden.

7. T. fragte mich, ob ich Schulenburg am 19. Dezember empfangen könne¹³.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 5 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 nach Berlin, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 247–242. Original.

¹¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Konfliktfragen.

¹³ Vgl. Dok. 560.

Nr. 559
Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den
Unternehmer Wolff

17. Dezember 34

O. Rd (V)
8305 A.
Herrn
Otto Wolff
Berlin W. 35
Lützowufer 33

Betr.: Deutsch-russische Verhandlungen.

Sehr verehrter Herr Wolff!

Die deutsch-russischen Wirtschafts-Verhandlungen sind wieder einmal ins Stocken geraten. Fainstein hat vor einigen Tagen vom Reichswirtschaftsministerium auf seine Frage, was aus dem am 31. 12. 34 ablaufenden Reichsmark-Abkommen¹ werden würde, den Bescheid erhalten, dass die deutsche Regierung dieses Abkommen nicht verlängern wolle, weil es von den Russen zu Preistreibereien missbraucht worden sei. Darüber hat sich die Handelsvertretung beschwert. Morgen Nachmittag soll im Reichs-Wirtschafts-Ministerium eine Ressortbesprechung über die so geschaffene Lage stattfinden. Die Russen wollen über das 200-Millionen-Kreditabkommen, an dem ihnen nach wie vor viel gelegen sei, erst weiter verhandeln, wenn man über das Reichsmark-Abkommen einig geworden ist. Sie haben bisher infolgedessen auch ihre neue Warenliste für das Kreditabkommen noch nicht vorgelegt. Über den Inhalt dieser Warenliste höre ich, dass die Russen hauptsächlich Heeresgerät und Maschinen für die Fabrikation von Autos beziehen möchten².

Nach Amerika hat sich vor kurzem eine russische Kommission zum Einkauf von Naphta-Produktions-Gerät begeben.

In Paris werden demnächst die russisch-französischen Verhandlungen über ein neues Handels- und Niederlassungsabkommen beginnen³.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

gez. Deutelmoser

RWWA, 72/48/3, o.P., 1 Bl.

¹ Vgl. Dok. 231, Anm. 6.

² Vgl. Dok. 562.

³ Eine am 9. 12. 1934 getroffene Vereinbarung sah vor, dass Verhandlungen bald aufgenommen werden sollten. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 427, S. 742–743.

Nr. 560

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg**

GEHEIM

Nr. 18597
21/XII-34¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT SCHULENBURG
am 19. Dezember 1934

Twardowski informierte mich vorab, dass Sch[ulenburg] bereits vor drei Tagen beabsichtigt hätte, mir einen Besuch abzustatten². Als Sch. bei mir erschien, begann er sofort in einem sehr erregten Ton über den Artikel in der „Izvestija“³ „Mit festem Schritt vorwärts“⁴ zu sprechen. Sch. erklärte, dass er gegen diesen Artikel vorerst nichts unternehmen könne, weil in ihm die Ermordung des Gen. Kirov⁴ zwar in einem Zusammenhang mit dem Faschismus gebracht werde, Deutschland aber in diesem Kontext namentlich nicht in Erscheinung trete. Doch eine ihm unverständliche Anspielung auf das Deutschland Hindenburgs lasse Sch. befürchten, dass später eindeutige Erklärungen folgen könnten. Danach ging Sch. unvermittelt zu einem völlig anderen Thema über und beklagte sich über die Verschlechterung seiner materiellen Lage. Es stellte sich heraus, dass die deutschen Botschafter momentan nicht das Recht haben, ihre eigenen Möbel mitzunehmen, sondern sie vielmehr verpflichtet sind, behördliches Mobiliar zu benutzen und dafür eine hohe Nutzungsgebühr zu zahlen. Außerdem würde den deutschen Diplomaten, wenn sie in Deutschland mehr als 14 Tage verbringen, ihr Gehalt für die Zeit ihres Aufenthaltes in Deutschland um 20% gekürzt werden. Deshalb werde sich Sch. bei seinem im Januar beabsichtigten Besuch in Berlin, um mit den zuständigen Stellen über unsere Beziehungen zu sprechen, dort nicht länger als 14 Tage aufhalten. Sch. fragte mich zum Abschluss der Unterredung, ob ich bereits das Memorandum gelesen habe, das er Gen. Krestinskij überreicht habe⁵. Ich antwortete bejahend, bemerkte aber, dass ich gleichzeitig mit diesem Memorandum nochmals jenes Memorandum gelesen hätte, welches unser Bevollmächtigter Vertreter in Berlin vor einem Jahr ausgehändigt hatte⁶, auf das wir leider bis auf den heutigen Tag keine Antwort erhalten hätten.

Am gleichen Tag war ich zusammen mit Gen. Bessonov und Gen. Kandelaki bei Sch. zum Frühstück. Gen. Kandelaki teilte Sch. und Twardowski mit, dass er eine Reise nach Berlin erst dann antreten werde, wenn die Verlängerung des Mark-Abkommens geregelt sei. Sch. und Twardowski brachten ihr völliges Unverständ-

¹ Ausgangsnummer und -datum sind handschriftlich eingefügt.

² Vgl. Dok. 558.

³ Der Text ist handschriftlich über die Zeile geschrieben.

⁴ Izvestija vom 18. Dezember 1934, S. 1. Im Leitartikel hieß es: „Hier liegt die Tatsache vor, dass sich der Abschaum der ehemaligen innerparteilichen Opposition in eine offen konterrevolutionäre faschistische Bande verwandelt hat.“

⁵ Vgl. Dok. 549, 558.

⁶ Das Memorandum, das die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahr 1933 im Überblick beinhaltete, hatte Chinčuk am 26. 9. 1933 von Bülow übergeben. Vgl. Dok. 219, Anm. 12.

nis über die Gründe zum Ausdruck, aus denen es die deutsche Regierung ablehne, das Mark-Abkommen zu verlängern.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass zwischen Sch. und Twardowski ein höchst kühles Verhältnis besteht und Twardowski sich mit unverhohlener Missachtung gegenüber Sch. verhält. Was Hilger betrifft, so demonstriert er auf jegliche Weise seine Ergebenheit gegenüber dem neuen Botschafter.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Kr[estinski], das 3. an Gen. Stomon[jakov], das 4. nach der Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 236–235. Original.

Nr. 561

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 20. Dezember 1934

Aufzeichnung

über den Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen

Von Sowjetseite ist in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, dass dem Abschluss des 200 Millionen-Kredits keine grundsätzlichen Schwierigkeiten mehr entgegenstünden. Es müsste indessen eine neue Bestell-Liste vorgelegt werden, da sich die russischen Importpläne inzwischen geändert hätten. Die neue Bestell-Liste soll in größerem Umfange Heeresmaterial enthalten.

Die Sowjetseite hat jedoch erklärt, dass sie die neue Bestellliste nicht eher vorlegen würde, bevor nicht das wiederholt verlängerte Reichsmarkabkommen vom 3. Mai 1932, das Ende dieses Jahres abläuft, erneut verlängert worden sei. Dieses Abkommen gibt der Sowjetunion eine außerordentlich bevorrechtigte Stellung hinsichtlich des Exports nach Deutschland. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat sich daher entschieden gegen eine Verlängerung des Abkommens ausgesprochen.

Bei dem gestrigen Frühstück, das der Reichsstand der Industrie für den Botschafter Suritz gegeben hat, erklärte Präsident Schacht dem Sowjetbotschafter und den anwesenden Herren der Handelsvertretung, dass er bereit sei, das Reichsmarkabkommen *für 1935*¹ zu verlängern, wenn auf Grund der neuen Liste eine Vereinbarung über das 200 Millionen-Geschäft zustande käme. Er werde aber nicht vorleisten, daher liege es im Interesse der Sowjetseite, die neue Bestellliste sobald wie möglich vorzulegen. Da wegen der Feiertage mit dem Abschluss der Verhandlungen vor dem 31. Dezember kaum gerechnet werden kann, hat Präsident Schacht intern die Genehmigung erteilt, das Reichsmarkabkommen noch weitere

¹ Der Text ist unterstrichen.

14 Tage über den 31. Dezember d. J. hinaus anzuwenden. Der Sowjetseite soll dies jedoch zunächst nicht mitgeteilt werden.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

gez. Bräutigam

Auf dem ersten Blatt oben befindet sich der maschinenschriftliche und handschriftlich unterstrichene Vermerk: Durchschlag für Herrn Ministerialdirektor Ritter. Darunter befindet sich dessen Paraphe. Am linken Seitenrand befinden sich Abzeichnungen über Kenntnisnahmen mit Datum. Am Ende des Dokuments befindet sich der maschinenschriftliche Vermerk: Herr Min.Dir. Ritter hat Durchschlag erhalten. Dies ist von Ritter mit Paraphe abgezeichnet.

PA AA, R 105702, o.P., 2 Bl.

Nr. 562

**Schreiben des Volkskommissariats für Außenhandel an das
Volkskommissariat für Verteidigung**

Ganz geheim¹

Expl. Nr. 1

[20/XII-34]²

ERLÄUTERUNGSSCHREIBEN
zum Import aus Deutschland

Bei der allgemeinen Entwicklung der Industrie ist die Produktion von Geschossen am weitesten zurückgeblieben und befriedigt in keiner Weise den gestiegenen Bedarf der RKKa. Der Munitionsproduktion werden durch die Chemieindustrie Grenzen gesetzt, die ihrerseits einen „Engpass“ im allgemeinen Komplex der Geschossproduktion darstellt.

Der Stand der Chemieindustrie bei der Produktion von Säuren (Salpetersäure und Schwefelsäure), die die Grundlage für die Produktion von Pulver und Sprengstoffen bilden, macht es erforderlich, die Anlagen zu importieren, die nicht in der UdSSR gebaut werden. Im Plan ist die Lieferung derartiger Anlagen für 24 Mio. Rubel vorgesehen.

Auf dem Gebiet der Militärchemie stellt sich die Produktion von chemischen Kampfstoffen und insbesondere von Blausäure, Lewisit und Chloracetophenon als recht problematisch dar. Die beiden ersten Giftstoffe werden in der UdSSR überhaupt nicht produziert, und zum letzteren gibt es unbedeutende halbgewerbliche Kapazitäten. Aus diesem Grund ist im Importplan der Kauf von entsprechenden Ausrüstungen aufgenommen worden, um diese Giftstoffe zu produzieren.

Die vorhandenen Kapazitäten für Chlor, Diphosgen, Phosgen, Adamsit und Senfgas müssen ebenfalls als unzureichend bezeichnet werden.

¹ Die Geheimhaltungsstufe ist handschriftlich eingefügt.

² Die Datierung erfolgt nach dem vom NKVT für das Politbüro des ZK der VKP (B) vorbereiteten Beschlussentwurf; siehe Anlage.

Um die Produktion aufzunehmen und die laut Nomenklaturliste vorhandenen Kapazitäten auszubauen, ist in den Importplan der Kauf von entsprechenden Ausrüstungen in Höhe von 19 Mio. Rubel aufgenommen worden.

Im Importplan ist außerdem der Kauf von Ausrüstungen für die optische Industrie in Höhe von 9,422 Mio. Rubel, für die Maschinenbau- und metallurgische Industrie in Höhe von 13,2 Mio. Rubel, für die elektrotechnische Industrie in Höhe von 3 Mio. Rubel und für die Erdölindustrie in Höhe von 5 Mio. Rubel aufgenommen worden.

Für den Kauf von Waffenmustern und Militärtechnik ist im Plan eine Summe von 43,3 Mio. Rubel vorgesehen.

Der Plan umfasst insgesamt eine Summe von 129 Mio. Rubel.

[Anlage]

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 2

NKVT Nr. 705

20/XII 34³

Entwurf⁴

BESCHLUSS

1. Die in der Anlage beigefügte Nomenklaturliste der Waren ist für den bevorstehenden Abschluss des Kreditabkommens über 200 Mio. Mark mit den Deutschen zu bestätigen⁵.

2. Dem Handelsvertreter in Deutschland Gen. KANDELAKI ist zu gestatten, je nach Verlauf der Verhandlungen die Nomenklaturliste durch die in Punkt 1 genannten Warennummern der in der Anlage beigefügten Ergänzungsliste zu ersetzen oder hinzuzufügen⁶.

3. In Absprache mit den Deutschen über die zu tätigenden Aufträge hat das Narkomvneštorg unter Einbeziehung der interessierten Stellen ein Programm für die beabsichtigten Bestellungen zu erarbeiten und zur Bestätigung vorzulegen. Dabei ist vorzusehen, in dieses Programm Aufträge **für Bereifung, Kastenwagen und Radreifen in Höhe von 10 Mio. Rubel**⁷, Ausrüstungen für den Transportmaschinenbau in Höhe von 5 Mio. Rubel, verschiedene Werkbänke und Ausrüstungen für Kraftfahrzeuge, die Flugzeugindustrie und für Werke, die Chemieanlagen herstellen, in Höhe von 15 Mio. Rubel aufzunehmen. Dazu ist dem Narkomvneštorg zu gestatten, während der Verhandlungen die deutsche Regierung zu dem Zwecke vorab zu informieren, von den Deutschen ein maximales Entgegenkommen bei der für sie ungünstigen Nomenklatur zu bekommen.

20. XII

³ Die Ausgangsnummer und das Datum sind handschriftlich eingefügt.

⁴ Am 28. 12. 1934 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss „Über Bestellungen in Deutschland“, als dessen Grundlage der vom NKVT unterbreitete Entwurf diente. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 538, l. 7–17 (Protokoll Nr. 19, Pkt. 8, „Sondermappe“). Vgl. auch: SSSR–Germanija: 1933–1941. Dok. 51, S. 101–107.

⁵ Wird hier nicht veröffentlicht. Vgl. RGVA, f. 4, op. 14, d. 1488, l. 2–16.

⁶ Wird hier nicht veröffentlicht. Vgl. RGVA, f. 4, op. 14, d. 1488, l. 17; sowie SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 51, S. 107.

⁷ Der Text ging nicht in den Beschluss des Politbüros ein.

Auf dem Erläuterungsschreiben befindet sich der Vermerk von K. E. Vorošilov: an Gen. Sta[lin].

Oben links befindet sich der Vermerk: Geschrieben FÜNF Expl.

Unten links befindet sich der Stempel der Geheimabteilung des Verwaltungsamtes des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten und des RVS der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 32ss/o vom 13. 1. 1935⁸.

Oben rechts des Beschlussentwurfs befindet sich der Vermerk: an Gen. Vorošilov.

RGVA, f. 4, op. 14, d. 1488, l. 18–19, 1. Kopie.

Nr. 563

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat von Twardowski

Geheim

Nr. 18606

21/XII-34¹

Aufzeichnung der Unterredung des Gen. Štern mit dem Rat der deutschen Botschaft Twardowski am 20. Dezember 1934

Am 20. hatte ich während des Essens, welches Gen. Krestinskij für die neu ernannten Missionschefs gab, eine Unterredung mit Twardowski. Dieser erklärte mir Folgendes: Ich meine, dass, wollte ein deutscher Diplomat heute seine Mission erfüllen, er nicht ein Beamter des Auswärtigen Amtes, sondern eine Hitler nahestehende Person sein muss, die sein uneingeschränktes Vertrauen genießt. Anderenfalls kommt nur bürokratisches Einerlei heraus. Gegenwärtig ist in Wirklichkeit Tippelskirch der ****entscheidende****² Mann auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen, weil ihm die Abfassung aller schriftlichen und mündlichen Erklärungen, die wir abgeben, ****überantwortet****³ ist. Es ist klar, dass ein solcher Tippelskirch nicht in der Lage ist, irgendetwas Neues und Seriöses in die deutsch-sowjetischen Beziehungen einzubringen. Die Situation würde sich anders darstellen, wenn der Botschafter die Weisungen direkt von Hitler und nicht aus dem Auswärtigen Amt bekäme.

T. fragte mich sodann, was ich von seinen Gedanken hielte. Ich antwortete, dass ich mir die Tätigkeitsstruktur des Auswärtigen Amtes anders vorgestellt hätte. Mir scheine, dass in diesen Fragen der jeweilige Diplomat die entscheidende Rolle spiele. Dies setze natürlich voraus, dass er das Vertrauen seiner Regierung genieße. Außerdem seien auch seine persönlichen Fähigkeiten zu berücksichtigen. Wenn diese Person über einen weiten Gesichtskreis und über Qualitäten eines echten Politikers verfüge, so könne er eine positive Rolle spielen. Wenn aber

⁸ So im Dokument. Am 20. 6. 1934 wurde das Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR als Volkskommissariat für Verteidigung restrukturiert. Der RVS wurde aufgelöst und an seine Stelle ein Militärat bei dem Volkskommissar für Verteidigung gebildet.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: leitende.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: beauftragt wird.

dieser Diplomat nicht die erforderlichen positiven Eigenschaften besitze, so könne er nur Schaden anrichten. T. fiel darauf ins Grübeln und stellte fest, dass er nicht wisse, ob es unter den Hitler nahestehenden nationalsozialistischen Politikern Leute gebe, die für einen Botschafterposten geeignet wären.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass T.s Überlegungen auf sein äußerst geringschätziges Verhalten gegenüber Schulenburg zurückzuführen sind, den er für eine ernste diplomatische Tätigkeit als absolut ungeeignet ansieht. Außerdem verhält sich T. dem Auswärtigen Amt gegenüber generell skeptisch. Es ist zu anzu merken, dass T., als wir über eventuelle nationalsozialistische Botschafter sprachen, bemerkte, dass die Rede nicht von solchen Leuten wie Ribbentrop sei.

Štern

Eigenhändige Unterschrift.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl., 1 [Expl.] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 nach Berlin, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 238–237. Original.

Nr. 564

Nachrichtendienstliche Information der Aufklärungsverwaltung der RKKa

[23. 12. 1934]¹

VORBEREITUNG DEUTSCHLANDS AUF EINEN KRIEG GEGEN DIE UdSSR

Ende November d. J. haben wir von der INO GUGB folgende Mitteilung erhalten: „Außer den Nationalsozialisten steht die Organisation „Deutsch-National“² auf dem Standpunkt, dass es für Deutschland erforderlich ist, einen Krieg zu führen“³. Kriegsminister Blomberg und der Chef des Generalstabes General Fritsch⁴ waren zeitweilig gegen einen Krieg. Reichenau und Göring sind für einen Krieg im Frühjahr 1935. Es wird vorgeschlagen, gegen Frankreich einen Schutzwall zu errichten und den Hauptschlag gegen den Osten in zwei Varianten zu führen:

- 1) auf dem Balkan unter Einbeziehung Italiens und bei Neutralität Polens;
- 2) gegen die UdSSR, unerwartet und gleichzeitig mit Japan, einer Landung im Baltikum, mit Unterstützung durch Finnland und der Einbeziehung Polens auf deutscher Seite.

¹ Das Dokument ist nach dem Begleitschreiben des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Berzin an den Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Vorošilov vom 23. 12. 1934 unter der Nr. 50625/SS datiert. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 585, l. 162.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Es könnten ehemalige Mitglieder oder kleine Gruppen der im Juli 1933 aufgelösten Deutschnationalen Volkspartei, die jedoch keine Organisationsstruktur besaßen, gemeint sein.

³ Der Text ist unterstrichen. Diese und die folgenden Unterstreichungen stammen von Vorošilov.

⁴ General von Fritsch war Chef der Heeresleitung der Reichswehr.

Reichenau und Göring halten das Heer zum März–Mai 1935 für einsatzbereit.

*Unserem zuverlässigen Agenten wurde die Aufgabe übertragen, diese Informationen zu überprüfen⁵. Dies ist das Ergebnis der von diesem Agenten vorgenommenen Überprüfung:

„Die heutige Reichswehrführung (Blomberg/Reichenau) hat die außenpolitische Orientierung Hitlers und Rosenbergs, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen, ganz und gar verinnerlicht und bereitet in diese Richtung die Reichswehr vor. Von der Reichswehr wird nur die nordöstliche Kriegsvariante ausgearbeitet, d.h. gemeinsam mit Polen und Finnland und mit einer deutschen Landung im Baltikum. *Mit den Generalstäben Finnlands und Polens ist eine völlige Verständigung darüber herbeigeführt worden, den Krieg erst dann zu beginnen, wenn die Japaner die UdSSR angreifen⁶. Die Reichswehr ist der Auffassung, dass Frankreich aus innerpolitischen Erwägungen neutral bleiben wird. Was die Frage betrifft, wann Deutschland zum Krieg bereit sein wird, so spielt dies nicht die entscheidende Rolle. Keine einzige Armee wird jemals völlig vorbereitet sein. Es gibt aber darüber Meinungsverschiedenheiten, wann das Heer relativ einsatzbereit ist. *Die Heeresgenerale meinen, dass die Armee erst in drei Jahren einsatzbereit sein wird (Mangel an schwerer Artillerie und Munition)⁷. Göring und die Luftwaffenführung dagegen meinen, dass Deutschland bei einer günstigen allgemeinpolitischen Lage den Krieg beginnen kann. Auch in diesem Fall, d.h. bei einem militärischen Zusammenstoß zwischen der UdSSR und Japan, werden sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Göring und Fritsch bezüglich der Einsatzbereitschaft der Armee erübrigen, da letzterer bei einem Krieg im Fernen Osten auch für den Krieg gegen die UdSSR ist“⁸.

Für die Richtigkeit:

LEITER DER 1. ABTEILUNG DER RU DER RKKA

ŠTEJNBRJUK

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 585, l. 163–164. Beglaubigte Kopie.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Die im Dokument enthaltenen Informationen fanden teilweise Eingang in die Materialien, die der Chef der INO GUGB des NKVD Artuzov am 9. 12. und 22. 12. 1934 an Stalin schickte. Vgl. Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 49, 53.

Nr. 565

**Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den
Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

UdSSR. NKID
2. Westabteilung
Nr. 18626

27. Dezember 1934

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN BERLIN
GEN. SURIC

Werter Jakov Zacharovič,

wie Sie bereits wissen, habe ich die Arbeit wieder aufgenommen. Vor allem habe ich alles, was Sie während meiner Abwesenheit geschrieben haben, aufmerksam gelesen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass sich Deutschland nach dem Saar-Plebiszit offenbar verstärkt darum bemühen wird, eine Annäherung an Frankreich herbeizuführen sowie die Beziehungen zu England zu verbessern. In dieser Hinsicht sind das Interview Görings und der neuerliche Empfang der französischen Frontkämpfer höchst symptomatisch¹.

Was unsere Arbeit hier mit den Deutschen betrifft, so befinden wir uns, wie Sie wissen, nach wie vor in einem Zustand des Stillstandes. Twardowski hat, wie Sie meiner Aufzeichnung der Unterredung mit ihm² entnehmen können, **im Auftrag des Auswärtigen Amtes vorgeschlagen**³, die Kulturbeziehungen zu erneuern. Insbesondere schlägt man uns vor, den Gen. Vize, und eventuell auch den Gen. Vinter, mit einem Vortrag nach Berlin zu entsenden. Zu diesem Vorschlag verhalten wir uns höchst skeptisch. Ich würde Sie dennoch bitten, Ihre Ansicht zu dieser Frage zu äußern.

Uns liegen Erkenntnisse darüber vor, dass in letzter Zeit deutliche Anzeichen für verstärkte deutsch-ungarische Kontakte unter Einbeziehung Polens zu beobachten sind. Verfügen Sie diesbezüglich über irgendwelche Informationen?

Wie Sie wissen, hat Twardowski uns „vertraulich“ einen Vorschlag hinsichtlich eines gegenseitigen „Entgegenkommen“⁴ bei den Haftsachen und den damit im Zusammenhang stehenden Fällen unterbreitet. Wir haben Twardowski bislang keine Antwort gegeben. Ich persönlich meine, dass wir unser „Entgegenkommen“ durch Taten wiederholt unter Beweis gestellt haben, was seinen Ausdruck in der Ausweisung einer ganzen Reihe von Personen fand, an denen die deutsche Regierung interessiert war.

Zum Zwecke der Information teile ich Ihnen mit, dass Schulenburg sich absolut nicht für politische Fragen interessiert und sich ausschließlich um seine eigenen Angelegenheiten kümmert. Aus diesem Grund ist es fast unmöglich, mit ihm

¹ Vgl. Dok. 546, Anm. 10.

² Vgl. Dok. 558.

³ Der Text ist korrigiert, ursprünglich: das Auswärtige Amt beauftragt.

⁴ Das Wort ist hier und nachfolgend in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

über ernste Themen zu sprechen. Wenn Twardowski tatsächlich abgezogen werden sollte, so verbleibt hier niemand mehr, mit dem man ernsthaft sprechen könnte.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Expl.] an die Adresse, das 2. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 17, p. 77, d. 3, l. 239–239R. Kopie.

IV. Abkürzungsverzeichnis

AA; A.A.	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
a. D.	außer Dienst
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdW	Akademie der Wissenschaften
AG	Aktiengesellschaft
a. i.	ad interim = in der Zwischenzeit
Amtorg	Amerikano-Sovetskoe torgovoe akcionernoe obščestvo = Amerikanisch-sowjetische Handelsgesellschaft AG
AP RF	Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii = Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation
Arb.	Arbeits-
Ausl.	Ausland
AVP RF	Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii = Außen- politisches Archiv der Russischen Föderation
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BArch	Bundesarchiv Berlin
Betr.; betr.	Betreff; betrifft
Bl.	Blatt
Bln.	Berlin
BMI	Bjuro meždunarodnoj informacii = Büro für Internatio- nale Information
B.V.	Benzolverband
CA FSB RF	Central'nyj Archiv Federal'noj Služby Bezopasnosti Ros- sijskoj Federacii = Zentralarchiv des Föderalen Sicherheits- dienstes der Russischen Föderation
Ch.	Chiffrier
CIK	Central'nyj ispol'nitelnyj komitet = Zentrales Exekutiv- komitee
Cito	eilig
CK	Central'nyj komitet = Zentralkomitee
CKK	Central'naja kontrol'naja komissija = Zentrale Kontroll- kommission
CUNCHU	Central'noe upravlenie narodnochozjajstvennogo učeta = Zentralverwaltung für volkswirtschaftliche Statistik
d.	delo = Akte
D.	Deutschland
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
Demag	Deutsche Maschinenbau-Aktiengesellschaft
Derunapht	Deutsch-russische Naphta-Importgesellschaft mbH
DEROP; Derop	Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte
Deruluft	Deutsch-russische Luftverkehrs AG
Diplogerma	[Telegrammadresse für deutsche Botschaften]
Dir.	Direktor(en)
d. M.; d. Mts.; d. J.	des Monats; des Jahres
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro GmbH

IV. Abkürzungsverzeichnis

DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
Drahterl.	Drahterlass
Drusag	Deutsch-russische Saatbau AG
DVP	Dokumenty vnešnej politiki SSSR = Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR
DZZ	Deutsche Zentralzeitung
Eig. Korr.	eigener Korrespondent
Eing.	Eingang
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
e. o.	ex officio = von Amts wegen
ergeb.	ergebenst
e.V.	eingetragener Verein
Ew.	Euer; Eurer
Expl.	Exemplar(e)
f.	fond = Bestand
F.O.	Ferner Osten
Frhr.	Freiherr
GA RF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii = Staatsarchiv der Russischen Föderation
gefl.; gfl.	gefällig
Geh.; geh.	geheim
Gen.	Genosse
Ges.Rat	Gesandtschaftsrat
Geschr.	geschrieben
gez.	gezeichnet
Glavkoncesskom; Glawkonzessions- komitee	Glavnyj koncessionnyj komitet po razmeščeniju inostrannogokapitala na territorii SSSR i zaključeniju vsjakogo roda koncessij pri Sovete Narodnych Komissarov = Hauptkomitee für Konzessionen zur Anlage von Auslandskapital in der UdSSR und zum Abschluss von Konzessionen aller Art beim Rat der Volkskommissare Glavnoe upravlenie po delam literatury i izdatel'stv = Hauptverwaltung für Literatur und Verlage
Glavlit	Glavnoe upravlenie severnogo morskogo puti = Hauptverwaltung für den Nördlichen Schifffahrtsweg
Glavmorput'	Glavnoe upravlenie severnogo morskogo puti = Hauptverwaltung für den Nördlichen Schifffahrtsweg
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gosbank	Gosudarstvennyj bank SSSR = Staatsbank der UdSSR
Goslitizdat	Gosudarstvennoe izdatel'stvo chudožestvennoj literatury = Staatsverlag für schöne Literatur
Gosplan	Gosudarstvennyj planovyj komitet SSSR = Staatliches Plankomitee der UdSSR
GPU	Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie = Staatliche politische Verwaltung
GUGB	Glavnoe upravlenie gosudarstvennoj bezopasnosti = Hauptverwaltung der Staatssicherheit
GUMP	Glavnoe upravlenie metallurgičeskoj promyšlennosti = Hauptverwaltung für die Hüttenindustrie

HL	Heeresleitung
Hrsg.; hrsg	Herausgeber; herausgegeben
HV	Handelsvertretung
I. A.	im Auftrag
IGFI; IG Farben	Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG
IKKI	Ispolnitel'nyj komitet Kommunističeskogo Internacio- nala = Exekutivkomitee der Kommunistischen Interna- tionale
IKKIM	Ispolnitel'nyj komitet Kommunističeskogo Internacio- nala molodeži = Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale
INO	Inostrannyj otdel = Auslandsabteilung
ISU	Informacionno-statističeskoe upravlenie = Verwaltung für Information und Statistik
k.J.	kommenden Jahres
Kav.	Kavallerie
Kl.	Klasse
Komintern	Kommunistische Internationale
Komm.	Kommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPK	Komissija partijnogo kontrolja = Kommission für Partei- kontrolle
KZ	Konzentrationslager
l.	list = Blatt
Leg.Rat	Legationsrat
LSPO	Leninskij sojuz potrebitel'skich obščestv = Lenin- grader Vereinigung der Verbrauchergesellschaften
M	Mark
M.A.	Marineamt
MD; M.D.	Ministerialdirektor
m. d. B.	mit der Bitte
M.d.I	Ministerium des Innern
MdR	Mitglied des Reichstages
m. p.	manu propria = eigenhändig
Mil.	Militär
Min.Dir.	Ministerialdirektor
Min.Rat	Ministerialrat
Mio.; Mill.	Million
MONO	Moskovskij otdel narodnogo obrazovanija = Moskauer Abteilung für Volksbildung
MOPR	Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revolucii = Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution
MORP	Meždunarodnoe ob-edinenie revoljucionnych pisatelej = Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller
MORT	Meždunarodnoe ob-edinenie revoljucionnych teatrov = Internationale Vereinigung für revolutionäres Theater
Mossovet	Moskovskij sovet = Stadtverwaltung Moskaus

IV. Abkürzungsverzeichnis

MRTO	Meždunarodnoe rabočee teatral'noe ob-edinenie = Internationale Vereinigung des Arbeitertheaters
MTS	Maschinen- und Traktorenstation
Narkomlegprom	Narodnyj komissariat legkoy promyšlennosti = Volkskommissariat für Leichtindustrie
Narkomlesprom	Narodnyj komissariat lesnoj promyšlennosti = Volkskommissariat für Forstwirtschaft
Narkomvoenmor	Narodnyj komissar/komissariat po voennym i morskim delam = Volkskommissar/Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten
Narkomsvjazi	Narodnyj komissariat svjazi = Volkskommissariat für das Fernmeldewesen
Narkomzem	Narodnyj komissariat zemledelija = Volkskommissariat für Landwirtschaft
NEP	Novaja ekonomičeskaja politika = Neue Ökonomische Politik
n. J.	nächsten Jahres
NK RKI	Narodnyj komissariat raboče-krest'janskoj inspekcii = Volkskommissariat für die Arbeiter- und Bauerninspektion
NKF; Narkomfin	Narodnyj komissariat finansov = Volkskommissariat für Finanzen
NKID; Narkomindel	Narodnyj komissariat po inostrannym delam = Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
NKO	Narodnyj komissariat oborony = Volkskommissariat für Verteidigung
NKPS; Narkomputi	Narodnyj komissariat putej soobščeniya = Volkskommissariat für Verkehrswesen
NKTP; Narkomtjažprom	Narodnyj komissariat tjaželoj promyšlennosti = Volkskommissariat für Schwerindustrie
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennych del = Volkskommissariat für Inneres
NKVM; Narkomvoenmor	Narodnyj komissar/komissariat po voennym i morskim delam = Volkskommissar/Volkskommissariat für Heeres- und Marineangelegenheiten
NKVT; Narkomvneštorg	Narodnyj komissar/komissariat vnešnej trgovli = Volkskommissar/Volkskommissariat für Außenhandel
NL	Nachlass
NPO	Načalnik političeskogo otdela = Leiter der politischen Abteilung
NR; n. R.	nach Rückkehr
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Obkom	Oblastnoj komitet = Gebietsparteikomitee
Oblzu	Oblastnoe zemel'noe upravlenie = Gebietsverwaltung für Ländereien
OGPU	Ob-edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie pri Sovete Narodnych Komissarov SSSR = Vereinigte

	Staatliche Politische Verwaltung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR
OMS	Otdel meždunarodnoj svjazi IKKI = Abteilung für Internationale Verbindung des IKKI
op.	opis' = Findbuch
o. P.	ohne Paginierung
opr(osom)	durch Befragung
Orgametal	Gosudarstvennyj trest po racionalizacii proizvodstva v mašinostroitel'noj i metalloobrabatyvajuščej promyšlennosti = Staatstrust zur Rationalisierung der Produktion im Maschinenbau- und der metallbearbeitenden Industrie
O.R.R.	Oberregierungsrat
o.U.	ohne Unterschrift
OVS	Otdel vnešnich snošenij = Abteilung für Auslandsverbindungen
OVZ NKVT	Otdel vnešnich zakazov narkomata vnešnej trgovli = Abteilung für Auslandsaufträge des Volkskommissariats für Außenhandel
p.	papka = Mappe; Tagesordnungspunkt
p.a.	per annum/pro anno = jährlich
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PB	Politbüro des ZK VKP (B)
Pg.	Parteigenosse
Pkt.	Punkt
Po	Politik
pp	pergite = und so fort
p.p.	podlinnik podpisan = Original unterschrieben
PP OGPU	polnomočnoe predstavitel'stvo OGPU = Bevollmächtigte Vertretung der OGPU
pr.	praesentatum = vorgelegt
Pr.; preuß.	Preußen; preußisch
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll
Proměksport	Ėksport promyšlennyx tovarov = Export von Industriegütern
P.S.	Postskriptum
R	Rückseite
R. A.	Rote Armee
RAM	Reichsaußenminister
Ref.	Referat; Referent
resp.	respektive
RGAĖ	Rossijskij gosudarstvennyj archiv èkonomiki = Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii = Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte
RGBL	Reichsgesetzblatt

IV. Abkürzungsverzeichnis

RGVA	Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv = Russisches staatliches Militärarchiv
RK; Rk	Reichskanzler
RKI	Raboče-krest'janskaja inspekcija = Arbeiter- und Bauerninspektion
RKKA	Raboče-krest'janskaja Krasnaja Armija = Rote Arbeiter- und Bauernarmee
RKP (B)	Rossijskaja kommunističeskaja partija (bol'shevikov) = Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)
R.K.S.	Reichskraftsprit-Gesellschaft mbH
R. L.	Roten Luftflotte
RM	Reichsmark
R.M./RM	Reichsminister
R.M.f.E.u.L.	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
ROND; Rond	Rossijskoe osvoboditel'noe nacional'noe dviženie = Russische nationale Befreiungsbewegung
R.R.	Regierungsrat
RSDRP	Rossijskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija = Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika = Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Ru; Ru.	Russland
RU	Razvedyvatel'noe upravlenie = Verwaltung für militärische Aufklärung
RVS; Revvoensovet	Revoljucionnyj voennyj sovet = Revolutionärer Militär-rat
RWM	Reichswehrministerium; Reichswirtschaftsministerium
Rw. Min.	Reichswehrminister
s; sk; ss	sekretno = geheim; soveršenno sekretno = ganz geheim
SA	Sturmabteilung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen
Sel'skosojuz	Vserossijskij sojuz sel'skochozjastvennoj kooperacii po snabženiju krest'janskich chozjajstv sredstvami proizvodstva = Allrussischer Verband der Landwirtschaftsgenossenschaften für die Versorgung der Bauernwirtschaften mit Produktionsmitteln
Ser.	Serie
SNĖ; Sojuzneftėksport	Vsesojuznoe ob-edinenie po ėksportu i importu nefti i nefteproduktov = Allunionsvereinigung für den Ex- und Import von Erdöl und Erdölerzeugnissen
SNK; Sovnarkom	Sovet narodnych komissarov = Rat der Volkskommissare
SO	Sekretnyj otdel = Geheimabteilung
Socėkgiz	Gosudarstvennoe izdatel'stvo social'no-ėkonomičeskoj literatury = Staatsverlag für sozial-ökonomische Literatur
Sojuzmetimport	Vsesojuznoe ob-edinenie po importu metalla = Allunionsvereinigung für die Einfuhr von Eisenmetallen, Spezialstählen, Ferrolegierungen und Rohren

Sovfracht	Akcionernoe obščestvo po frachtovaniju inostrannogo i otečestvennogo tonnaža = Aktiengesellschaft zur Beförderung aus- und inländischer Tonnage
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SŠA	Soedinennye Štaty Ameriki = Vereinigte Staaten von Amerika
SŠO	Sekretno-šifrovalnyj otdel = Geheime Chiffrierabteilung
SSSR; SU; UdSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Sowjetunion
St. S.; StS	Staatssekretär
STO	Sovet truda i oborony pri SNK SSSR = Rat für Arbeit und Verteidigung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR
T; to	Tonnen
T.A.	Truppenamt
TASS	Telegrafnoe agenstvo Sovetskogo Sojuza = Telegrafenagentur der Sowjetunion
Tgb.	Tagebuch
Torgsin	Vsesojuznoe ob-edinenie po trgovle s inostrancami = Allunionsvereinigung für den Handel mit Ausländern
ul.	ulica = Straße
UMM	Upravlenie po mechanizacii i motorizacii = Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung
USSR	Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik
UVVS	Upravlenie voenno-vozdusnych sil = Verwaltung der Luftstreitkräfte
v.	von; vom
V.; Verf.	Verfahren
VASCHNIL	Vsesojuznaja akademija sel'skochozjajstvennych nauk imeni V. I. Lenina = Allunions-Lenin-Akademie für Agrarwissenschaften
Vbd.	Völkerbund
VCIK	Vserossijskij Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet sovetov rabočich, krest'janskich i krasnoarmejskich deputatov = Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee des Rates der Deputierten der Arbeiter, Bauern und Rotarmisten
VČK	Vserossijskaja črezvyčajnaja komissija po bor'be s kontrrevoluciej i sabotažem = Allrussische Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage
VCSPS	Vsesojuznyj central'nyj sovet professional'nych sojuzov SSSR = Allunionszentralrat der Gewerkschaften der UdSSR
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
Verf.	Verfasser
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Vhdlg.	Verhandlungen

IV. Abkürzungsverzeichnis

VKP (B)	Vsesojuznaja kommunističeskaja partija (bol'shevikov) = Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
v. M.; v. Mts.; v. J.	vorigen Monats; vorigen Jahres
VOCHIM; VCHU	Voenno-chimičeskoe upravlenie = Verwaltung für Militärchemie
VOKS	Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svjazi s zagranicej = Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland
VOSTGOSTTORG	Vsesojuznoe ob-edinenie po trgovle s vostočnymi stranami = Allunionsvereinigung zum Handel mit den östlichen Ländern
W. A.; We. A.	Wehrmachtsamt im Reichswehrministerium
Wa. A.	Heereswaffenamt im Reichswehrministerium
WTB	Wolffsche Telegrafembüro
z. D.	zur Disposition
zdA; Z. d. A.	zu den Akten
ZEK	siehe CIK
Ziff.	Ziffer
ZIK	siehe CIK
ZK	Zentralkomitee
ZKK	siehe CKK
ZM	Zentrale Moskau
ZSg.	Zeitungssammlung

V. Archive

Russland:

Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF):

- Sekretariat Litvinov (f. 05)
- Sekretariat Krestinskij (f. 010)
- Referat Deutschland (f. 82, 082)

Russisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI):

- Zentralkomitee der KPdSU (f. 17)
- I. V. Stalin (f. 558)

Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA):

- Verwaltungsamt des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (vormals Verwaltungsamt des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und des RVS der UdSSR)¹ (f. 4)
- Abteilung für Auslandsbestellungen des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR (f. 31863)
- Sekretariat des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (vormals Sekretariat des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und des Vorsitzenden des RVS der UdSSR) (f. 33987)
- Sekretariat des 1. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (vormals Sekretariat des 1. Stellvertreters des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und des Vorsitzenden des RVS der UdSSR) (f. 33988)
- Sekretariat des 2. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (vormals Sekretariat des 2. Stellvertreters des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und des Vorsitzenden des RVS der UdSSR) (f. 33989)
- Operative Verwaltung des Generalstabes der Roten Arbeiter- und Bauernarmee (f. 37977)
- Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin (f. 501/K)
- Reichskanzlei, Berlin (f. 1235/K)
- Auswärtiges Amt, Berlin (f. 1357/K)

Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GA RF):

- Kommission beim Rat der Volkskommissare der UdSSR zur Unterstützung der Wissenschaftler (f. R-4737)
- Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (VOKS) (f. R-5283)
- Ministerrat der UdSSR (f. R-5446)

Russisches Staatliches Archiv für Wirtschaft (RGAĖ):

- Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR (f. 413)
- Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR (f. 7297)

Deutschland:

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA, Berlin):

- Büro Reichsminister (1920–1936)

¹ In Klammern ist die Bezeichnung des Bestandes bis 20. 6. 1934 angeführt.

- Staatssekretär von Bülow (1930–1936)
- Länderabteilung IV (Politik) (1920–1936)
- Geheimakten zu Länderabteilung IV (Politik) (1920–1936)
- Länderabteilung IV Wirtschaft
- Handakten Andor Hencke
- Handakten Richard Meyer
- Auslandsvertretungen: Moskau und Moskau II (ehemals BArch R 9215)
- Nachlass Herbert von Dirksen
- Nachlass Rudolf Nadolny

Bundesarchiv (BArch, Berlin):

- Reichskanzlei (R 43)
- Reichssicherheitshauptamt (R 58)
- Außenpolitisches Amt der NSDAP (NS 43)
- Nachlass Herbert von Dirksen (N 2049)
- Nachlass Friedrich Werner Graf von der Schulenburg (N 2273)

Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA, Freiburg):

- Amt Ausland/Abwehr (RW 5)
- Marineattachés (RM 12 II)
- Chef des Truppenamtes / Generalstabes des Heeres (RH 2)

**Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/
BArch, Berlin):**

- Kommunistische Internationale (RY 5)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)

- Ministerium für Handel und Gewerbe (Rep 120)

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (Köln)

- Firma Otto Wolff (Bestand 72)

VI. Veröffentlichte Dokumente und Nachlagewerke

Aufgenommen in diese Literaturliste wurden alle Dokumentenpublikationen, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen dieses Zeitraumes befassen, sowie darüber hinaus einige entscheidende Dokumentenveröffentlichungen bzw. Nachschlagewerke, die für die Kommentare (mehrmals) herangezogen wurden.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Göttingen 1966–1983; Serie C: 1933–1937, Göttingen 1971–1981 [abgekürzt: ADAP]

Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34, Bd. 1–2, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rhein 1983

Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bd. 1–4, Paderborn 2000–2012

Deutsch-sowjetische Beziehungen 1922–1925. Vom Rapallovertrag bis zu den Verträgen vom 12. Oktober 1925. Dokumentensammlung, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 1–2, Berlin 1978

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/III: Oktober 1932–März 1934, bearb. von Angela Hermann, München 2006; Bd. 3/I: April 1934–Februar 1936, bearb. von Angela Hermann, München 2005

D'jakov, Jurij L./Bušueva, Tatjana S.: Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i rejschsver. Tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty, Moskva 1992

Djakow, J. L./Buschujewa, T. S.: Das faschistische Schwert wurde in der Sowjetunion geschmiedet. Die geheime Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr 1922–1933. Unbekannte Dokumente, Klitzschen 2000

Dokumenty vnešnej politiki SSSR, otv. red.: Kommissija po izdaniju diplomatičeskich dokumentov pri MID SSSR, Bd. I–XVII, Moskva 1958–1971 [abgekürzt: DVP]

Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I/1, Wiesbaden 1973

Duch Rapallo: Sovetsko-germanskije otnošenija 1925–1933, otv. red.: Grigorij N. Sevost'janov, Ekaterinburg/Moskva 1997

Handbuch der Verträge 1871–1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hrsg. von Helmuth Stoecker, Berlin 1968

Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917–1945, Darmstadt 1998

Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Archiv Stalina, Dokumenty vysšich organov partijnoj i gosudarstvennoj vlasti. Janvar' 1922–dekabr' 1936, pod red.: Aleksandr N. Jakovlev, Moskva 2003

Mißtrauische Nachbarn: Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Düsseldorf 1970

Moskva – Berlin. Politika i diplomatija Kremlja 1920–1941. Sbornik dokumentov v trech tomach, otv. red.: Grigorij N. Sevost'janov, Moskva 2011

- Mund, Gerald: Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie. Die privatdienstliche Korrespondenz des Diplomaten Herbert v. Dirksen von 1933 bis 1938, Stuttgart 2006
- Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I. V. Stalinym (1924–1953). Spravočnik, Moskva 2008
- NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, hrsg. von Hans Bohrmann, Bd. 1: 1933, Bd. 2: 1934, München 1984–1985
- Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Verträge und Abkommen. Verzeichnis der Quellen und Nachweise 1917–1962, hrsg. von Werner Markert/Dietrich Geyer, Köln/Graz 1967
- Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa. Rešenija „osoboj papki“. 1923–1939, red. koll.: Grant M. Adibekov i dr., Moskva 2001
- Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium der Justiz, seit 1923 vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1922–1934
- Stalin i Kaganovič. Perepiska. 1931–1936 gg., sost.: Oleg V. Chlevnjuk i dr., Moskva 2001
- SSSR–Germanija: 1933–1941. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii, Moskva 2009
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. und bearb. Herbert Michaelis u. a., Bd. IX, X, Berlin 1964

VII. Personenregister

Das Personenregister enthält die in den Dokumenten und in den Kommentaren vorkommenden Namen. Nach Möglichkeit wurden zu jeder Person folgende Angaben recherchiert: Lebensdaten, Bezeichnung des in den Jahren 1933 bis 1934 bekleideten Amtes und Dienststellung bzw. militärischer Dienstgrad. Die Zeitangaben erfolgen monatsweise, nur in begründeten Ausnahmefällen wird ein genaues Datum angegeben. Im diplomatischen Dienst wird der Zeitpunkt des Dienstantrittes (Akkreditierung) genannt, nicht der Zeitpunkt der Ernennung.

Zu einigen Namen konnten keine weiteren Angaben ermittelt werden, weil entweder die Person in keinem weiteren historischen Zusammenhang mehr auftauchte oder weil die Schreibweise durch die Übersetzung nicht eindeutig ist. In diesem letzten Fall wird der Name mit einem Stern gekennzeichnet.

Die angegebenen Ziffern beziehen sich auf die Dokumentennummern.

Abrosimov, Direktor der Transportabteilung der Derop in Berlin. 42.

Adam, Wilhelm (1877–1949), Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, seit Oktober 1933 Kommandeur der 7. Division, seit Oktober 1934 Befehlshaber im Wehrkreis VII, Generalleutnant. 26, 243, 338, 515.

Ahlfeld, Friedrich (1892–1982), Dozent an der Universität Marburg für Mineralogie, Petrographie und ökonomische Geologie. 369.

Ahlhausen*, Mitglied des Obersten Kirchenrates der evangelisch-lutherischen Kirche in der UdSSR. 385.

Ajzenšadt Efrem Grigor'evič (1901–1937), diplomatischer Vertreter des NKID der UdSSR in Vladivostok. 375.

Akers-Douglas, Aretas, 2nd Viscount Chilston (1876–1947), Gesandter Großbritanniens in Ungarn, seit November 1933 Botschafter in der UdSSR. 171, 393

Al'berg, Ivan Petrovič (1888–1937), Stellvertreter und kommissarischer Vorstandsvorsitzender der Derutra, seit August 1933 Vorstandsvorsitzender der Derutra. 76, 537.

Aleksandrovskij, Sergej Sergeevič (1889–1945), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutsch-

land, seit Juni 1933 diplomatischer Vertreter und seit Juli 1934 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Tschechoslowakei. 4, 9, 18, 19, 25, 26, 27, 37, 38, 40, 41, 45, 56, 57, 65, 73, 74, 76, 79, 82, 84, 89, 93, 97, 99, 100, 106, 224, 524, 539.

Alexander I. Karadordević (1888–1934), König von Jugoslawien, ermordet am 9. Oktober 1934. 523, 547.

Alexandrowski, Alexandrowsky siehe Aleksandrovskij

Alksnis, Jakov Ivanovič (1897–1938), Chef der Luftstreitkräfte der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 210, 216, 434, 519.

Aloisi, Pompeo Baron (1875–1949), Leiter des Büros des Außenministers und gleichzeitig Delegierter Italiens beim Völkerbund. 30.

Alphand, Charles-Hervé (1879–1942), Botschafter Frankreichs in der UdSSR seit Juni 1933. 233, 323, 325, 492.

Ammende, Ewald (1892–1936), Mitbegründer des „Verbandes deutscher Volksgruppen in Europa“, Generalsekretär der Europäischen Nationalitätenkongresse. 182.

Andreev, Andrej Andreevič (1895–

- 1971), Volkskommissar für Transportwesen, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 68, 204, 267, 502, 509.
- Annenkova** (Gitelson), Julija Il'inišna (1903–1939), Abteilungsleiterin der TASS in Deutschland bis Juli 1933, danach Leiterin der Auslandsabteilung der Gewerkschaftszeitung „Gudok“, seit Februar 1934 Chefredakteurin der Deutschen Zentralzeitung in Moskau. 38.
- Anspach**, Richard (1891–1981), Mitarbeiter im Ostsekretariat der Auslandsabteilung der Dresdner Bank. 404, 453.
- Antonov**, Michail Antonovič (1886–1948), Sekretär des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR und des Vorsitzenden des Revolutionären Militärrats der UdSSR/des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR. 163, 257.
- Antonov-Ovseenko**, Vladimir Aleksandrovič (1883–1938), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Polen bis April 1934, seit Mai 1934 Staatsanwalt der RSFSR. 472.
- Appoga**, Ernest Fricevič (1898–1937), Chef der 3. Abteilung des Stabes der RKKA und Chef der Militärverbindungen der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 191.
- Aras**, Tefvik Rüştü (1883–1972), Außenminister der Türkei. 12, 402.
- Archimbaud**, Léon (1880–1944), Abgeordneter der Nationalversammlung Frankreichs. 547.
- Arkus**, Grigorij Moiseevič (1896–1936), stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Staatsbank der UdSSR. 321, 442, 448, 476, 484.
- Arnal**, Pierre-Albert (1892–1971), Botschaftsrat Frankreichs in Deutschland. 363, 466, 467, 541.
- Arns***, Unternehmer (Automobilindustrie). 100.
- Arosev**, Aleksandr Jakovlevič (1890–1938), diplomatischer Vertreter der UdSSR in der Tschechoslowakei bis Juni 1933, seit April 1934 Vorsitzender der VOKS. 41.
- Artuzov** (Fraučī), Artur Christianovič (1891–1937), Chef der INO OGPU der UdSSR, seit Juli 1934 Chef der INO GUGB des NKVD der UdSSR und gleichzeitig seit Mai 1934 Stellvertreter des Chefs der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit August 1934 Stellvertreter des Chefs der Verwaltung für Information und Statistik der RKKA, seit November 1934 Stellvertreter des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 91, 413, 471, 495, 515, 564.
- Asche**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 379, 388, 413, 459, 463, 489, 558.
- Aschmann**, Gottfried (1884–1945), Leiter der Presseabteilung im AA, Vortragender Legationsrat. 38, 86, 208, 319, 381, 391, 480, 522.
- Ašfar**, russischer Emigrant. 292.
- Asmus**, Erik Adol'fovič (1901–1937), Direktor des Instituts für deskriptive Statistik beim CIK der UdSSR, seit September 1933 Sekretär der Kommission zur Förderung der Wissenschaften beim SNK der UdSSR. 255.
- Attolico**, Bernardo (1880–1942), Botschafter Italiens in der UdSSR. 165, 207, 350, 393, 492.
- Auhagen**, Otto (1869–1945), Direktor des Osteuropa-Instituts Breslau bis Sommer 1933, seit 1933 Honorarprofessor an der Universität in Berlin. 376.
- Avenol**, Joseph (1879–1952), französischer Diplomat, Generalsekretär des Völkerbundes. 547.
- Averbach**, Leopold Leonidovič (1903–1937), Literaturkritiker und Publi-

- zist, Parteifunktionär, Sekretär des Parteikomitees von Uralmaš. 489.
- Baar**, Gustav Ivanovič (1892–1938), Chef der Aufklärungsabteilung des Stabes des ukrainischen Militärbezirkes Char'kov bis November 1933, danach Hörer an der Sonderfakultät der Frunze-Militärakademie. 98.
- Bachutov**, Aleksandr Michajlovič (1885–1938), stellvertretender Vorsitzender der Kommission zur Förderung der Wissenschaften beim SNK der UdSSR. 255.
- Bade**, Wilfrid (1906–1945), Referent in der Presseabteilung im AA Februar bis März 1933, seit April 1933 Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit den Aufgabengebieten Auslandspresse und Pressekulturpolitik. 205.
- Bakunin**, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.
- Balbo**, Italo (1896–1940), italienischer Politiker und Militär, Minister für Luftfahrt, seit 1934 Generalgouverneur in Libyen, seit August 1933 Luftmarschall. 197, 209, 218.
- Baldwin**, Stanley (1867–1947), britischer Politiker, Lord President of the Council in der Regierung MacDonald. 517.
- Balickij**, Vsevolod Apollonovič (1892–1937), stellvertretender Vorsitzender der OGPU der UdSSR und gleichzeitig Bevollmächtigter Vertreter der OGPU in der Ukraine und Vorsitzender der GPU der Ukraine, seit Juli 1934 Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Ukraine, seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 385.
- Baltrušaitis siehe Baltruschajtis
- Baltruschajtis**, Jurgis (1873–1944), Gesandter Litauens in der UdSSR. 402.
- Bamberger**, Beauftragter der Firma Krupp. 541,
- Banse**, Ewald (1883–1953), Geograph, Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Hannover. 292.
- Baron**, Erich (1881–1933), Generalsekretär der Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Das neue Russland“, ermordet am 26. April 1933. 6, 324.
- Barrows**, David Prescott (1873–1954), amerikanischer Politologe, 1933/34 Professor an der Universität Berlin. 309.
- Barskaja**, Margarita Aleksandrovna (1903–1939), Filmregisseurin und Drehbuchautorin. 314.
- Barthou**, Louis (1862–1934), Senator, Außenminister Frankreichs seit Februar 1934, ermordet am 9. Oktober 1934. 458, 459, 462, 464, 466, 481, 482, 486, 488, 491, 501, 508, 516, 517, 523, 525, 543.
- Baruch**, Bernard M. (1870–1965), amerikanischer Politiker, Wirtschaftsberater des Präsidenten F. D. Roosevelt. 184.
- Basseches**, Nikolaus (1895–1961), österreichischer Journalist, Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“ in Moskau. 86.
- Bassewitz**, Rudolf Graf von (1881–1951), Leiter des Referats Protokoll im AA, Gesandter. 9, 223, 480.
- Batkis**, Grigorij Abramovič (1895–1960), Professor am Lehrstuhl für Sozialhygiene an der 2. Moskauer medizinischen Hochschule, seit 1934 Inhaber des Lehrstuhls für Sozialhygiene. 29.
- Bauer**, Josef-Otto, Stellvertreter des staatlichen Kommissars bei der Derop. 72.
- Baum**, Wilhelm (1885–1942), Pressebeirat der Deutschen Botschaft in der UdSSR und Vertreter des WTB/DNB. 86, 218, 224, 225, 427, 475, 499.
- Baumbach**, Norbert von (1900–1971), Gehilfe für Marineangelegenheiten des Militärattachés an der Deutschen

- Botschaft in der UdSSR seit Ende Oktober 1933, Kapitänleutnant. 195, 232, 338, 535.
- Becher**, Johannes R. (1891–1958), Schriftsteller, seit 1933 im Exil in Frankreich und der UdSSR. 417.
- Beck**, Józef (1884–1944), Außenminister Polens. 9, 146, 299, 361, 365, 367, 368, 382, 410, 536.
- Beck**, Ludwig (1880–1944), Kommandeur der 1. Kavallerie-Division, seit Oktober 1933 Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, Generalleutnant. 300, 338, 467.
- Becker**, Ingenieur des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev. 274.
- Behrends***, Leiter des russischen Referats in der Abteilung Ausland im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 201.
- Belen'kij**, Zachar Moiseevič (1888–1940), Stellvertreter des Volkskommissars für Arbeiter- und Bauerninspektion der UdSSR, seit März 1934 Stellvertreter des Vorsitzenden der Kommission für Sowjetkontrolle, Leiter des Sektors für Handel und Lebensmittelindustrie. 16.
- Beljaev**, Michail Aleksandrovič (1888–?), Leiter der Gruppe für elektrische Zentralisierung des Volkskommissariats für Verkehrswesen der UdSSR. 274.
- Bell**, Johannes (Hans) (1868–1949), führendes Mitglied der Zentrums-partei, MdR, nach 1933 Rückzug aus der Politik. 2.
- Beneš**, Edvard (1884–1948), Außenminister der Tschechoslowakei. 402, 516, 517, 525.
- Benner***, Leiter der Ortsgruppe der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ in Köln. 436.
- Berg-Gappendik***, Literaturwissenschaftler. 29.
- Bergmann**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet. 432.
- Bermond-Avalov**, Pavel Rafailovič (Michajlovič ?) (1877–1974), einer der Leiter von Rond, Herausgeber der Zeitung „Prosnis', Rossija“, Generalmajor der russischen Armee a.D. 367, 416.
- Bernard**, Silvain-Samuel Karlovič (1889–?), belgischer Staatsbürger, Direktor der deutschen Firma Controll-Co, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 274, 388.
- Bernstorff**, Johann Heinrich Graf von (1862–1939), Botschafter a.D., seit 1933 im Exil in der Schweiz. 89.
- Berzin** (Kjuzis Peteris), Jan Karlovič (1889–1938), Chef der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit August 1934 Chef der Verwaltung für Information und Statistik der RKKA, seit November 1934 Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 8, 23, 40, 46, 56, 98, 110, 112, 163, 176, 178, 211, 229, 232, 243, 248, 311, 354, 564.
- Besedovskij**, Grigorij Zinov'evič (1896–1951), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Frankreich 1927 bis 1929, seit Oktober 1929 im Exil in Frankreich. 124, 125.
- Bespalov**, Ivan Michajlovič (1900–1937), Korrespondent der TASS in Stockholm, seit Juni 1933 Leiter der Berliner Abteilung der TASS, seit Juli 1934 Leiter der Abteilung für moderne sowjetische Literatur in Goslitizdat. 208, 212, 213, 215, 218, 221, 226, 234, 258, 261, 263, 264.
- Bessedowski siehe Besedovskij
- Bessonoff siehe Bessonov
- Bessonov**, Sergej Alekseevič (1892–1941), 2. Stellvertreter des Handelsvertreters der UdSSR in Großbritannien, seit Mai 1933 Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 45, 89, 94, 95, 97, 99, 100, 103, 106, 111, 147, 155, 167,

- 173, 184, 190, 192, 193, 194, 197, 202, 206, 207, 209, 212, 219, 221, 223, 234, 238, 242, 279, 280, 283, 287, 290, 292, 294, 305, 306, 308, 315, 318, 324, 329, 332, 346, 347, 357, 363, 371, 378, 404, 405, 406, 427, 428, 431, 434, 436, 439, 440, 441, 443, 444, 455, 458, 459, 463, 464, 466, 467, 468, 469, 472, 480, 485, 486, 488, 498, 513, 517, 519, 524, 529, 530, 532, 537, 541, 560.
- Bessonow** siehe Bessonov
- Binder**, Robert, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 369.
- Birth**, Gustav (1890–?), Oberhaupt der evangelisch-lutherischen Kirche in der Ukraine, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 385, 459, 464.
- Bismarck**, eine der Begleitpersonen von A. Rosenberg bei seiner Reise im Mai 1933 nach London. 115, 167, 324.
- Bismarck**, Herbert von (1884–1955), Staatssekretär im preußischen Innenministerium bis Anfang April 1933, danach im einstweiligen Ruhestand, Mdr. 65.
- Bismarck**, Otto Fürst von (1897–1975), Gesandtschaftsrat an der Deutschen Botschaft in Großbritannien, seit März 1934 Botschaftsrat. 115, 167.
- Bitker**, German Samojlovič (Solomonovič) (1895–1937), Leiter der Unionsvereinigung Sojuzresina, seit Januar 1934 Leiter der Hauptverwaltung für Gummi- und Asbestindustrie beim NKTP der UdSSR, Kollegiumsmitglied des NKTP. 11.
- Blomberg**, Werner Eduard Fritz von (1878–1946), Reichswehrminister, General der Infanterie, seit August 1933 Generaloberst. 1, 2, 3, 7, 8, 15, 23, 26, 40, 49, 53, 64, 76, 105, 109, 140, 148, 149, 151, 162, 163, 211, 220, 228, 229, 237, 243, 257, 271, 273, 296, 300, 319, 323, 333, 335, 354, 383, 445, 459, 470, 515, 527, 539, 564.
- Boccaccio**, Giovanni (1313–1375), italienischer Schriftsteller. 142.
- Bock**, Referent bei der Derop. 16.
- Bockelberg** siehe Vollard-Bockelberg
- Bodesko-Michali**, Jakov Michajlovič (1892–1937), Leiter der 2. Abteilung der INO OGPU der UdSSR seit März 1933. 413.
- Böckmann**, Herbert von (1886–1979), Mitarbeiter im Stab der 3. Division, seit September 1934 Chef der Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium, Major, seit Juni 1933 Oberstleutnant. 539.
- Boev**, Ivan Vasil'evič (1892–1938), Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR, seit Februar 1934 Handelsvertreter der UdSSR in den USA und seit Juli 1934 gleichzeitig Vorsitzender der AG Amtorg. 48.
- Bogomolov**, Nikolaj Aleksandrovič (1897–1940), Leiter der Kaderabteilung im NKVT der UdSSR bis Juli 1933, Mitglied des Kollegiums des NKVT, danach Stellvertreter des Vorsitzenden der Allunionsvereinigung „Sojuzpušnina“ des NKVT. 16.
- Borcikovskij**, Petr Petrovič (1912–?), Elektromonteur, vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.
- Borisov**, T. (1909–?), Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 148.
- Bosch**, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 558.
- Bracht**, Franz (1877–1933), Reichsinnenminister von Dezember 1932 bis Januar 1933. 65.
- Branting**, Georg (1887–1965), schwedischer Rechtsanwalt. 204.
- Bräutigam**, Otto (1895–1992), Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, Legationssekretär, seit Mai 1934 Gesandtschaftsrat II. Kl. 74, 84, 85, 100, 111, 200, 214, 231, 280, 290,

- 292, 294, 308, 317, 329, 345, 346, 363, 387, 404, 421, 429, 431, 435, 436, 443, 444, 447, 449, 450, 452, 453, 454, 455, 469, 496, 524, 528, 537, 548, 561.
- Brauchitsch**, Walther Heinrich Alfred Hermann von (1881–1948), Kommandeur der 1. Division und in Personalunion auch Befehlshaber des Wehrkreises I (Königsberg), seit Oktober 1934 Befehlshaber im Wehrkreis I, Generalmajor, seit Oktober 1933 Generalleutnant. 338.
- Bredel**, Willi (1901–1964), Schriftsteller, im März 1933 verhaftet und in das KZ Fuhlsbüttel eingeliefert, seit 1934 im Exil in der UdSSR. 522.
- Breith**, Hermann (1892–1964), Referent für Panzer und Panzerabwehr im Reichswehrministerium, seit August 1934 beim Kraftfahr-Lehr-Kommando in Zossen, Hauptmann, seit Dezember 1933 Major. 191.
- Brennecke**, Karl Albert Kurt (1891–1982), Mitarbeiter in der Heeres-Ausbildungsabteilung (T4) im Reichswehrministerium, seit Oktober 1933 in der 2. (Preuß.) Kraftfahr-Abteilung in Stettin, seit Januar 1934 Kommandeur dieser Abteilung, Major, seit April 1933 Oberstleutnant. 338.
- Briand**, Aristide (1862–1932), französischer Staatsmann. 30, 94, 315.
- Brinon**, Fernand de (1885–1947), französischer Journalist, Leiter der Redaktion Außenpolitik der Zeitungen „L'Information“ und „Le Matin“. 312.
- Brockdorff-Rantzau**, Ulrich Graf von (1869–1928), Botschafter Deutschlands in der UdSSR von 1922 bis 1928. 159, 171, 352, 426, 457, 472.
- Brodovskij** (Bratman-Brodovskij), Stefan Ioachimovič (1880–1937), Beauftragter des NKID der UdSSR beim Rat der Volkskommissare der Ukrainischen SSR, seit Oktober 1933 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Lettland. 142, 385.
- Brüning**, Heinrich (1885–1970), Reichskanzler von Ende März 1930 bis Ende Mai 1932. 3, 9, 13, 85, 146, 536.
- Brueser***, Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes, Leutnant. (?) 390.
- Bruštejn**, Aleksandra Jakovlevna (1884–1968), Schriftstellerin und Bühnenautorin. 399.
- Bubnov**, Andrej Sergeevič (1883–1938), Volkskommissar für Volksbildung der RSFSR, Mitglied des ZK der VKP (B), bis Februar 1934 Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B). 296, 408.
- Bubnova**, Ol'ga Nikolaevna (1897–1938), Kunsthistorikerin, Mitarbeiterin der Moskauer Gebietsvereinigung sowjetischer Künstler, Ehefrau von A. S. Bubnov. 464.
- Bubnow siehe Bubnov
- Bucharcev**, Dmitrij Pavlovič (1898–1937), Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik an der Kommunistischen Akademie des CIK UdSSR, Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Za rubežom“, seit Mai 1934 Korrespondent der Zeitung „Izvestija“ in Deutschland, Mitarbeiter der INO OGPU/NKVD. 522.
- Bucharin**, Nikolaj Ivanovič (1888–1938), Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Schwerindustrie, Direktor des Instituts für Geschichte der Wissenschaft und Technik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademiemitglied, seit Februar 1934 Chefredakteur der Zeitung „Izvestija“, bis Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 499, 557.
- Budennyj**, Semen Michajlovič (1883–1973), Inspekteur der Kavallerie der RKKA, Mitglied des RVS der UdSSR, seit November 1934 Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 296, 338.

Budjonni siehe Budennyj

Bülow, Bernhard Wilhelm von (1885–1936), Staatssekretär im AA. 1, 2, 7, 19, 26, 27, 36, 37, 38, 51, 55, 69, 73, 74, 89, 90, 104, 106, 107, 114, 116, 117, 119, 120, 121, 122, 123, 126, 135, 137, 154, 168, 172, 179, 180, 183, 184, 185, 190, 193, 194, 197, 200, 202, 203, 206, 208, 209, 210, 212, 214, 219, 220, 223, 241, 242, 244, 245, 252, 253, 264, 281, 285, 296, 305, 307, 313, 319, 328, 337, 343, 344, 353, 360, 364, 367, 378, 382, 401, 403, 404, 410, 412, 416, 431, 443, 446, 451, 455, 458, 466, 468, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 485, 487, 489, 498, 524, 525, 526, 527, 529, 530, 531, 532, 533, 542, 546, 554, 560.

Bülow-Schwante, Karl Alexander Vicco von (1891–1970), Leiter des Referats Deutschland im AA, Vortragender Legationsrat. 89.

Bürger, Wilhelm (1870–1937), Senatspräsident am Reichsgericht Leipzig, Vorsitzender Richter im Reichstagsbrandprozess. 249, 258, 263.

Bullitt, William Christian Jr. (1891–1967), Sonderreferent des Außenministers der USA, seit Dezember 1933 Botschafter in der UdSSR. 362, 402.

Burskij, Mečislav Il'ič (1903–1944), Agrarbiologie, Vizepräsident der VASCHNIL, seit 1934 Professor an der Timirjazev-Akademie für Landwirtschaft in Moskau. 113, 376.

Čachotin, Sergej Stepanovič (1883–1973), Mikrobiologe, Professor am Kaiser-Wilhelm-Institut in Heidelberg bis Juni 1933, seit 1934 am Prophylaktischen Institut in Paris. 324.

Čelnokov, Jegor, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.

Černjak, Elizaveta Borisovna (1899–?), Gehilfin des Referenten im Sektor für Zentraleuropa der VOKS, seit Juni

1934 Referentin für Deutschland in der 2. Westabteilung der VOKS. 521.

Černjak, Il'ja Michajlovič (1901–?), Professor des Instituts für Rote Professur, seit März 1933 Korrespondent der Zeitung „Pravda“ in Berlin, seit Januar 1934 Leiter der TASS-Abteilung in Österreich. 27, 221, 259, 264.

Černobrovkin, Sergej Alekseevič (1897–1938), Chef der 1. Abteilung des Stabes der Luftstreitkräfte der RKKA, seit Juli 1934 Gehilfe des Chefs der Luftstreitkräfte der Besonderen Rotbanner-Fernostarmee. 216.

Cerruti, Vittorio (1881–1961), Botschafter Italiens in Deutschland. 18, 26, 35, 76, 169.

Cervantes Saavedra, Miguel de (1547–1616), spanischer Schriftsteller. 142.

Chalepski siehe Chalepskij

Chalepskij, Innokentij Andreevič (1893–1938), Chef der Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung der RKKA, seit Dezember 1934 Chef der Verwaltung für Panzertruppen, Mitglied des RVS der UdSSR, seit November 1934 Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 110, 178, 191, 210, 216.

Chamberlain, Sir Joseph Austen (1863–1937), britischer Politiker, Außenminister von 1924 bis 1929, Friedensnobelpreisträger (1925). 64, 118.

Charitonov, Moisej Markovič (1887–1938), stellvertretender Handelsvertreter der UdSSR in Großbritannien, im Dezember 1934 vom NKVD verhaftet. 45.

Chazanov, sowjetischer Staatsbürger. 197, 324.

Chilston, 171, 393 siehe Akers-Douglas

Chinčuk, Lev Michajlovič (1868–1939), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Deutschland bis Juni 1934, seit Juli 1934 Volkskommissar für Bin-

- nenhandel der RSFSR. 2, 3, 4, 5, 6, 9, 13, 14, 15, 16, 20, 24, 25, 26, 31, 33, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 45, 47, 48, 52, 53, 55, 56, 57, 59, 60, 63, 65, 67, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 87, 93, 94, 95, 97, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 111, 114, 117, 119, 120, 121, 122, 123, 126, 130, 132, 134, 135, 137, 138, 141, 145, 146, 148, 149, 150, 151, 155, 157, 160, 162, 172, 173, 212, 218, 219, 220, 223, 225, 228, 230, 234, 235, 238, 239, 240, 241, 242, 244, 245, 246, 247, 249, 252, 253, 254, 258, 259, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 269, 277, 278, 279, 280, 282, 283, 285, 287, 288, 290, 292, 293, 294, 295, 296, 301, 302, 304, 306, 308, 318, 321, 323, 324, 329, 331, 332, 337, 348, 359, 360, 363, 364, 367, 368, 369, 371, 375, 376, 378, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 391, 394, 401, 403, 404, 405, 406, 410, 411, 416, 433, 434, 463, 470, 480, 482, 488, 526, 530, 532, 560.
- Chinčuk** (Šik), Marija Michajlovna, Ehefrau von L. M. Chinčuk. 9.
- Chintschuk** siehe Chinčuk
- Chripin**, Vasilij Vladimirovič (1893–1938), Inspekteur der Luftstreitkräfte der RKKA, seit März 1933 Chef des Stabes der Luftstreitkräfte, seit Dezember 1934 Inspekteur der Luftstreitkräfte der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 110, 210, 216, 434.
- Churchill**, Sir Winston Spencer (1874–1965), britischer Politiker, Abgeordneter des Unterhauses in Großbritannien. 118, 446.
- Chvylja** (Olintar), Andrej Anan'evič (1898–1938), Leiter der Abteilung für Propaganda, Agitation und Presse des ZK der KP (B) der Ukraine, 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Volksbildung der Ukrainischen SSR, Mitglied des ZK und Mitglied des Orgbüros des ZK der KP (B) der Ukraine. 120.
- Chvylja** siehe Chvylja
- Čičerin**, Georgij Vasil'evič (1872–1936), Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR/UdSSR 1918–1930. 352, 459.
- Colijn**, Hendricus (Hendrik) (1869–1944), Ministerpräsident und Kolonialminister der Niederlande seit Ende Mai 1933, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Weltwirtschaftskonferenz in London (1933). 114, 115, 126.
- Cot**, Pierre (1895–1977), Luftfahrtminister Frankreichs bis Februar 1934, Abgeordneter der Nationalversammlung. 210, 216, 219, 275, 364.
- Crull**, Wilhelm (1876–1956), Referent im Referat V der Presseabteilung sowie in der Abteilung I (Personal und Verwaltung) im AA, seit September 1934 kommissarischer Leiter des deutschen Konsulats Yokohama, Generalkonsul z.D. 227.
- Čubar'**, Vlas Jakovlevič (1891–1939), Vorsitzender des SNK der Ukraine, seit April 1934 stellvertretender Vorsitzender des SNK und STO beim SNK der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 472, 484, 502.
- Cukerman**, Boris Godilovič (1891–1938), stellvertretender Leiter der Finanzabteilung von Glavneft beim NKTP der UdSSR, kaufmännischer Direktor der Allunionsvereinigung Sojuznefteksport. 67.
- Curtius**, Julius (1877–1948), Präsident der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“, Reichsaußenminister a.D. 11, 92, 374, 428, 436.
- Cypin**, Grigorij Evgen'evič (1899–1938), Chefredakteur des Verlags „Sowjetische Literatur“, danach stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Izvestija“. 499.

- Daladier**, Edouard (1884–1970), Ministerpräsident Frankreichs von Januar bis Oktober 1933 und Januar/Februar 1934. 264, 269, 364, 365, 536.
- Darré**, Richard Walther (1895–1953), Leiter des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, Leiter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP, seit 4. April 1933 Reichsbauernführer, seit 29. Juni 1933 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsleiter der NSDAP, SS-Gruppenführer. 149, 160, 202, 375, 468, 515, 537.
- Davis**, Norman (1878–1944), amerikanischer Geschäftsmann und Diplomat, Delegierter bei der Genfer Abrüstungskonferenz. 65.
- Decken**, George von der (1898–1945), Heeresadjutant des Reichswehrministers von Blomberg seit Februar 1933, Oberleutnant, seit April 1933 Hauptmann. 148.
- Delbrück**, Kunsthistorikerin. 341.
- Delius**, Mitarbeiterin der Deutschen Kunstgesellschaft. 341.
- Demosfenov**, Sergej Nikolaevič (1861–1937), Metallurg, Leiter des Kombinars Orgametall, Professor an der Moskauer Technischen Hochschule (MTU). 500.
- Dernburg**, Bernhard (1865–1937), Bankier und Politiker, Reichsfinanzminister von April bis Juni 1919. 56.
- Dertinger**, Georg (1902–1968), Jurist, seit 1934 Redakteur beim „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienatag). 437.
- Deržavin**, Nikolaj Sevast'janovič (1877–1953), Direktor des Instituts für Slawenkunde der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Leningrad, Akademiemitglied. 201.
- Deterding**, Wilhelm August (1866–1939), niederländischer Großindustrieller, Gründer des Shell-Konzerns. 66, 118, 198.
- Deutelmoser**, Erhard (1873–1956), in verschiedenen Posten in der Firma Otto Wolff in Berlin, Oberstleutnant a.D. 398, 429, 559.
- Dieckhoff**, Hans-Heinrich (1884–1952), Leiter der Abteilung III (Britisches Reich, Amerika, Orient) im AA, Ministerialdirektor. 60, 116.
- Diels**, Rudolf (1900–1957), Leiter der politischen Polizeigruppe im preußischen Innenministerium, seit Ende April 1933 Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa), Oberregierungsrat, seit Juli 1933 Ministerialrat, seit November 1933 SS-Standartenführer, seit Mai 1934 Regierungspräsident in Köln. 51, 56, 57, 84, 378, 379.
- Dienstmann**, Karl (1885–1962), Generalkonsul Deutschlands in Tiflis, von Januar bis Juni 1933 an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, Konsul I. Kl. 41, 104, 107.
- Dimitroff siehe Dimitrov
- Dimitrov**, Georgi (1882–1949), Funktionär der KP Bulgariens und der Komintern, Angeklagter im Reichstagsbrandprozess, freigesprochen, seit Ende Februar 1934 Exil in der UdSSR, Kandidat des EKKI, seit Mai 1934 Mitglied des Präsidiums des EKKI. 277, 367, 371, 372, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 388, 410, 416, 523.
- Dirksen**, Herbert von (1882–1955), Botschafter Deutschlands in der UdSSR bis November 1933, seit Dezember 1933 Botschafter in Japan. 1, 2, 4, 7, 9, 12, 14, 18, 22, 28, 30, 32, 35, 37, 39, 40, 41, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 76, 77, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 97, 102, 104, 105, 106, 108, 109, 112, 114, 115, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 130, 131, 132, 134, 135, 136, 137, 141, 143, 145, 151, 152, 153, 157, 158, 165, 166, 168, 171, 172, 173, 174, 177, 179, 181, 182, 183, 185, 186, 193, 211, 214, 234, 236, 237, 241, 243, 247, 252, 253, 254, 256, 264,

- 267, 271, 273, 275, 276, 280, 282, 292, 333, 342, 352, 362, 365, 457, 464, 470, 478, 492.
- Dirksen**, Hilda von (1885–1942), Ehefrau von H. von Dirksen. 143, 237, 267, 282, 464.
- Dirksen** (geborene von Laffert), Viktoria von (1874–1946), zweite Ehefrau von W. von Dirksen. 106.
- Dirksen**, Willibald von (1852–1928), Diplomat, Vater von H. von Dirksen. 106.
- Dittloff**, Fritz (1895–1954), Leiter der Konzession Drusag im Nordkaukasus. 62, 181, 182, 187, 276.
- Dittmann**, Herbert (1904–1965), Mitarbeiter an der Deutschen Botschaft in der UdSSR seit März 1933, Attaché, seit Dezember 1934 Legationssekretär. 342, 362, 397.
- Divil'kovskij**, Ivan Anatol'evič (1901–1935), Generalsekretär des NKID der UdSSR, seit Dezember 1934 Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Frankreich. 32.
- Dodd**, Martha Ida (1876–1938), Ehefrau von W. Dodd. 428.
- Dodd**, William Edward (1869–1940), amerikanischer Historiker und Diplomat, seit Juli 1933 Botschafter der USA in Deutschland, seit 1934 auch Präsident der American Historical Association. 428, 443, 462.
- Doleckij** (Fenigštejn), Jakov Genrichovič (1888–1937), Leiter der TASS. 119, 124, 204, 511.
- Dollfuß**, Engelbert (1892–1934), Bundeskanzler Österreichs, ermordet am 25. Juli 1934. 382, 408, 410, 466, 515, 523.
- Donec**, Mitarbeiter der Verwaltung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 255.
- Dorn**, Wilhelm, Reichsdeutscher, in Xinjiang 1933 verschwunden. 478.
- Doumergue**, Gaston (1863–1937), Ministerpräsident Frankreichs Februar bis November 1934. 364, 365, 466, 525.
- Druželovskij**, Sergej Michajlovič (1894–1927), russischer Emigrant, Agent der sowjetischen und deutschen Geheimdienste. 292.
- Dsershinski** siehe Dzeržinskij
- Dubovoj**, Ivan Naumovič (1896–1938), Gehilfe des Befehlshabers des ukrainischen Militärbezirks, Dezember 1932 bis Juli 1933 an dem Führungsehilfenkurs der Reichswehr in Deutschland, Stellvertreter des Befehlshabers des ukrainischen Militärbezirks seit Dezember 1934, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 112, 148.
- Duca**, Ion Gheorghe (1879–1933), rumänischer Politiker, Ministerpräsident von November bis Dezember 1933, ermordet am 30. Dezember 1933. 523.
- Düring**, Georg (1885–?), Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 154.
- Duesterberg**, Theodor (1875–1950), zweiter Bundesführer des Stahlhelms bis 26. April 1933, Oberstleutnant a.D. 23, 65.
- Dušenov**, Konstantin Ivanovič (1895–1940), Chef des Stabes der Schwarzmeer-Seekriegsflotte. 98.
- Dvinskij**, Boris Aleksandrovič (1894–1973), stellvertretender Leiter der Geheimabteilung des ZK der VKP (B), seit März 1934 stellvertretender Leiter des Sondersektors des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied der KPK. 509.
- Dvolajckij**, Šolom Moiseevič (1893–1937), Leiter der 1. Westabteilung im NKVT der UdSSR, Kollegiumsmitglied des NKVT, seit August 1934 Handelsvertreter der UdSSR in Frankreich. 63, 76, 111, 147.
- Dymša**, Leopold (1893–1959), Gesand-

- schaftsrat Litauens in Deutschland. 264, 436, 541.
- Dzeržinskij**, Feliks Ėdmundovič (1877–1926), sowjetischer Staatsmann, Vorsitzender der VČK-GPU-OGPU. 125.
- Edel**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet. 432.
- Eden**, Antony (1897–1977), Unterstaatssekretär im Foreign Office, Vertreter Großbritanniens beim Völkerbund, seit Januar 1934 Lordsiegelbewahrer in der Regierung MacDonald. 375, 381, 410, 416.
- Egorov**, Aleksandr Il'ič (1883–1939), Chef des Stabes der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 8, 23, 98, 112, 163, 191, 216, 243, 248, 273, 338, 408, 464.
- Egorova** (Ceškovskaja), Galina Antonovna (1898–1938), Schauspielerin, Ehefrau von A. I. Egorov. 464.
- Ehrenburg siehe Ėrenburg
- Ehrt**, Adolf (1902–1975), Publizist, seit September 1933 Vorsitzender des „Gesamtverbandes deutscher antikomunistischer Vereinigungen e.V.“. 206, 209, 226, 237, 324, 385.
- Ehrt**, Oscar (1876–1943), Generalkonsul Deutschlands in Char'kov, Vater von A. Ehrt. 107, 385.
- Einstein**, Albert (1879–1955), Physiker, Nobelpreisträger (1922). 521.
- Eisenhart**, Viktor (1886–?), Assistent der Konsularabteilung an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, seit November 1933 Konsultssekretär, seit Januar 1934 Konsultssekretär des deutschen Konsulats in Vladivostok. 342.
- Elenevič**, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.
- Ėliava**, Šal'va Zurabovič (1883–1937), Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 502, 512, 514, 544.
- Elmhirst**, Leonard Knight (1893–1974), britischer Agronom. 376, 403.
- Emel'janov**, Vasilij Semenovič (1901–1988), Beauftragter des Volkskommissariats für Schwerindustrie bei den Krupp-Werken in Essen, seit 1934 Beauftragter des Volkskommissariats für Schwerindustrie bei den Krupp-Werken in Berlin. 199.
- Emeljanow siehe Emel'janov
- Emke**, Beauftragter der Firma Krupp. 500.
- Endert**, Adolf (?–1933), Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und in Haft verstorben. 348, 369.
- Engell**, Ove, Gesandter Dänemarks in der UdSSR. 393.
- Enko**, Franc Francevič (1897–1938), Vorstandsvorsitzender der Derop/Derunapht. 16, 33, 56, 57, 65, 67, 72, 74, 76, 83, 84, 88, 97, 100, 111, 199, 406, 524, 537, 541.
- Enukidze**, Avel' Sofronovič (1877–1937), Sekretär des Präsidiums des CIK UdSSR, Mitglied der CKK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 89, 153, 183, 185, 273, 292, 296, 519.
- Epp**, Franz Xaver Ritter von (1868–1946), Leiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, seit März 1933 Reichskommissar, seit April 1933 Reichsstatthalter in Bayern, seit August 1933 Reichsleiter der NSDAP, seit Mai 1934 Leiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP, Mdr, SA-Obergruppenführer, Generalleutnant a.D. 135.
- Ėrenburg**, Il'ja Grigor'evič (1891–1967), Schriftsteller, Sonderkorrespondent der „Izvestija“ in Paris. 371, 372, 373, 381.
- Ernst**, Karl (1904–1934), Sonderbevollmächtigter der Obersten SA-Führung für Berlin und die Provinz Branden-

- burg, seit Mai 1934 Leiter der SA-Obergruppe III (Berlin-Brandenburg), SA-Oberführer, seit März 1933 SA-Gruppenführer, MdR, seit Mai 1934 Preußischer Staatsrat, ermordet am 30. Juni 1934. 23, 197, 410.
- Etin**, Iosif (Osip) Grigor'evič (1880–1934), Vertreter der Moskauer Abteilung der deutschen Firma Lurgi, von der OGPU verhaftet und erschossen. 352.
- Ežov**, Nikolaj Ivanovič (1895–1940), Leiter der Verteilungsabteilung des ZK der VKP (B), seit März 1934 Leiter der Industrieabteilung des ZK der VKP (B) und gleichzeitig seit Februar 1934 stellvertretender Vorsitzender der KPK beim ZK der VKP (B), Mitglied des ZK und Orgbüro des ZK der VKP (B). 16.
- Fainstein siehe Fajnštejn
- Fajnštejn**, Abram Samojlovič (1891–1981), stellvertretender Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland. 9, 39, 76, 80, 97, 111, 324, 404, 431, 524, 559.
- Falk**, Hans (Friedrich Karl) (1902–1975?), Redakteur für Wirtschaftsfragen beim „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienstag). 437.
- Fasel***, Reichsdeutscher, Pilot, Angestellter der Europäisch-Asiatischen Gesellschaft, in Xinjiang verhaftet. 478, 557, 558.
- Feder**, Gottfried (1883–1941), Wirtschaftstheoretiker der NSDAP, seit Ende Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, seit April 1934 auch Reichskommissar für das Siedlungswesen, seit Dezember 1934 im einstweiligen Ruhestand, seit November 1934 Honorarprofessor für Siedlungswesen, Raumordnung und Stadtentwicklung an der Technischen Hochschule Berlin, MdR. 152, 155, 184, 197, 324, 416.
- Fehst**, Herman, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik. 480.
- Feistel-Rohmeder**, Bettina (1873–1953), Malerin und Kunstkritikerin. 201.
- Fel'dman**, Boris Mironovič (1890–1937), Chef des Stabes des Leningrader Militärbezirkes, seit Juli 1934 Chef der Verwaltung für die Führungskader der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 112, 191.
- Feldmann siehe Fel'dman
- Feldmann von***, Kulturfunktionär. 303
- Feodoroff siehe Feodorov
- Feodorov**, Chef des Sektors für auswärtige Verbindungen der Verwaltung der Luftstreitkräfte der RKKA. 216.
- Ferrari**, Aldo de, Militärattaché an der Botschaft Italiens in der UdSSR bis Januar 1934, Oberstleutnant. 338.
- Feuerhardt***, Reichsdeutscher, Buchhalter an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 532.
- Feuermann**, Emanuel (1902–1942), Cellist, Professor an der Berliner Musikhochschule bis Anfang April 1933, danach in der Emigration in Großbritannien. 233.
- Filipowicz**, Czesław, Direktor der Abteilung für Zivilluftfahrt im polnischen Verkehrsministerium, Oberstleutnant. 210.
- Findeisen**, Paul (1883–?), Chauffeur des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, in Berlin verhaftet. 529, 530, 532, 537.
- Finer***, Reichsdeutscher, Ingenieur der Firma Telefunken bei Dneprogės. 385.
- Fischer**, Ministerialdirigent im preußischen Innenministerium, seit Januar 1934 Mitarbeiter im Apparat von R. Heß. 97, 99, 100, 173, 240, 249, 258, 261, 263, 264, 541.
- Fischer**, Ruth (1895–1961), kommunist-

- tische Funktionärin, seit 1929 Pädagogin und Sozialfürsorgerin in Berlin, seit 1933 im Exil in Frankreich. 41.
- Fischmann** siehe Fišman
- Fišman**, Jakov Moiseevič (1887–1961), Chef der Verwaltung für Chemie der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 109, 110, 210, 216.
- Flaubert**, Gustave (1821–1880), französischer Schriftsteller. 142.
- Fleischle**, Emil (1900–?), stellvertretender Leiter der Firma Controll-Co. in Leningrad, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 361, 379, 388, 394, 432, 558.
- Flick-Steger**, Carl (1899–1969), amerikanischer Journalist und Komponist, Korrespondent des „Universal News Service“ in Berlin. 198, 205.
- Florin**, [möglicherweise: Wilhelm (1894–1944), Mitglied des Politbüro der KPD, Kandidat des Präsidiums des EKKI, MdR, seit Mitte Mai 1933 im Exil in Frankreich und der UdSSR, seit Dezember 1933 Mitglied des Präsidiums des EKKI.] 97.
- Florinskij**, Dimitrij Timofeevič (1889–1939), Leiter der Protokollabteilung des NKID der UdSSR, Anfang August 1934 vom NKVD verhaftet und verurteilt. 112.
- Foedisch**, Professor. 29.
- Förster**, Jurist. 324.
- Fornier**, Al'fred Romanovič (1901–?), Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in der UdSSR, seit 1934 Kanzleichef des deutschen Konsulats in Odessa. 558.
- Forster**, Albert (1902–1952), Gauleiter der NSDAP in Danzig. 104.
- Forunki***, persischer Staatsbürger, Mitarbeiter der Einzelhandelsabteilung bei der Derop in Berlin. 56.
- François-Poncet**, André (1887–1978), Botschafter Frankreichs in Deutschland. 9, 26, 35, 146, 149, 156, 174, 183, 363, 410, 458, 464, 466, 468, 478, 479, 487, 524, 541, 542, 555, 556.
- François-Poncet**, Jacqueline (1892–1982), Ehefrau von A. François-Poncet. 9.
- Frank**, Hans (1900–1946), Leiter der Rechtsabteilung der NSDAP-Reichsleitung, seit März kommissarischer Justizminister in Bayern, seit April 1933 Justizminister in Bayern, gleichzeitig Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für Erneuerung der Rechtsordnung bis Dezember 1934, seit Oktober 1933 gleichzeitig Führer (seit August 1934: Präsident) der Akademie für Deutsches Recht, seit Dezember 1934 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, MdR. 212.
- Freytagh-Loringhoven**, Axel Freiherr von (1878–1942), Professor für Staats- und Völkerrecht in Breslau, seit 1934 Mitglied des Ständigen Schiedshofes in Den Haag, MdR, Preußischer Staatsrat. 64, 66.
- Frick**, Wilhelm (1877–1946), Reichsminister des Innern, MdR, Reichsleiter der NSDAP seit Oktober 1933. 2, 39, 65, 80, 105, 124, 125, 129, 147, 155, 220, 223, 234, 381.
- Fridrichson**, Lev Christianovič (1889–1937), Stellvertreter, dann 1. Stellvertreter des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland, Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Außenhandel der UdSSR. 39, 56, 57, 67, 72, 74, 76, 97, 105, 111, 147, 154, 197, 324, 431, 436, 500, 512, 514, 540, 551, 552.
- Fried** (Zimmermann), Ferdinand Friedrich (1898–1967), Hauptschriftleiter der „Täglichen Rundschau“ und bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“, seit März 1934 Stabsleiter des Staatssekretärs H. Backe im Reichsministerium für Ernährung und

- Landwirtschaft, seit September 1934 Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, SS-Obersturmführer. 64.
- Friedrich II.** Friedrich der Große (1712–1786), König Preußens seit 1740. 469.
- Friedrich Wilhelm III.** (1770–1840), König Preußens seit 1797. 66.
- Friedrichson** siehe Fridrichson
- Frisch**, Peter, Mitglied der Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands. 29.
- Fritsch**, Werner Thomas Ludwig Freiherr von (1880–1939), Kommandeur der 3. Infanteriedivision und Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin), seit Februar 1934 Chef der Heeresleitung, Generalleutnant, seit Februar 1934 General der Artillerie. 338, 515, 564.
- Frohwann**, Erich (1904–?), Kriminalkommissar im Polizeipräsidium Berlin, seit Ende April 1933 Übernahme in das Gestapa, seit Mai 1934 Stapostelle Magdeburg. 57.
- Frojnd**, Nina Osipovna (1898–?), Mitarbeiterin des Sektors für Zentraleuropa der VOKS, seit Ende Dezember 1934 Leiterin der 2. Westabteilung der VOKS. 521.
- Frommknecht** (?–1933), Reichsdeutscher, in der UdSSR ermordet. 369.
- Frumkin**, Moisej Il'ič (1878–1938), Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR. 105, 537, 544, 548, 553, 555.
- Fuchs**, Kurt (1897–1938), Reichsdeutscher, Ingenieur einer Fleischverwertungsfabrik in Leningrad bis November 1933, im August 1934 vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509, 520, 526, 532, 534, 558.
- Funck**, Hans Freiherr von (1891–1979), Chef der 1. Eskadron des 11. (Preußischen) Reiter-Regiments, seit Juli 1933 Adjutant des Chefs der Heeresleitung, Rittmeister, seit August 1934 Major. 148.
- Funk**, Walther (1890–1960), Pressechef der Reichsregierung und seit März 1933 Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, MdR. 60, 105, 116, 149, 240, 307, 538.
- Gaj** (Štokljand), Mark Isaevič (Isaakovič) (1898–1937), stellvertretender Chef, seit Juni 1933 Chef der Sonderabteilung der OGPU der UdSSR, seit Juli 1934 Chef der Sonderabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR. 109, 248.
- Gajdenko**, Mitarbeiter der Derop, in Deutschland verhaftet. 42.
- Gajkis**, Leon Jakovlevič (1898–1937), Gehilfe des Leiters der 1. Westabteilung des NKID der UdSSR. 388.
- Gajster**, Aron Izrailevič (1899–1937), Stellvertreter des Leiters der Staatlichen Plankommission der UdSSR, seit Februar 1934 Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR. 11.
- Gamarnik**, Jan Borisovič (1894–1937), Chef der Politischen Verwaltung der RKKa, gleichzeitig Stellvertreter des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR und Stellvertreter des Vorsitzenden des RVS der UdSSR, seit Juni 1934 Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR und seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 8, 23.
- Gardov**, Teilnehmer einer Beratung in der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 57.
- Garscher***, Mitarbeiter der Firma Kontroll-Co. in Odessa, in der UdSSR verhaftet. 274.
- Gartman** (Gutner), Abram Iosifovič (1899–?), Korrespondent der Zeitung

- „Pravda“ in Deutschland bis Mai 1933, seit September 1933 Korrespondent der Zeitung „Pravda“ in Shanghai, Mitarbeiter der IV. Verwaltung des Stabes RKKA/der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 32, 38.
- Gasjuk**, Nikolaj Kazimirovič (1903–1937), stellvertretender Leiter der Abteilung für Handelspolitik der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 332.
- Gauquié**, Henry-Louis (1894–?), Botschaftssekretär Frankreichs in Deutschland. 363, 423, 541.
- Gaus**, Friedrich (1881–1955), Leiter der Abteilung V (Recht) im AA, Ministerialdirektor. 60, 116, 446.
- Geist**, Raymond H., Generalkonsul der USA in Deutschland. 377.
- Gekker**, Anatolij Il’ič (1888–1937), Militärattaché der UdSSR in der Türkei bis Dezember 1933, seit Dezember 1933 zur Disposition für die Führungskader der RKKA, seit Juni 1934 Chef der Abteilung für auswärtige Verbindungen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA/der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 519.
- Genov***, in Vertretung des Leiters „Zentrale Moskau“ (Administration der militärisch-technischen Zusammenarbeit). 109.
- Gercfel’d**, Garri (?–1932), Geschäftsmann, russischer Emigrant. 278, 287, 290.
- Germanovič**, Markian Jakovlevič (1895–1937), Gehilfe des Befehlshabers des Moskauer Militärbezirkes, seit August 1933 Chef der Militärakademie für Mechanisierung und Motorisierung der RKKA, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 191
- Germanowitsch siehe Germanovič
- Giršfel’d** (Ostrovskij), Aleksandr Vladimirovič (1897–1962), 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Konsul in Berlin, Beauftragter der VOKS in Deutschland, Mitarbeiter der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA/Aufklärungsverwaltung der RKKA. 6, 19, 42, 56, 72, 82, 94, 135, 148, 173, 201, 219, 226, 246, 318, 324, 377, 378, 416, 423, 438, 486, 489, 521, 522, 555, 558.
- Gittis**, Vladimir Michajlovič (1881–1938), Beauftragter des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten / Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR beim Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR und Leiter der Abteilung für Auslandsaufträge im NKVT. 355.
- Gjunter**, David Aleksandrovič (1907–?), Schlosser in der Militärwerkstatt in Toržok, Sohn der Köchin des Botschaftsrates von Twardowski, von der OGPU verhaftet und nach Kasachstan verbannt. 298.
- Gjunter**, Friedrich Aleksandrovič (1901–?), Buchhalter in der Erfassungsstelle für Obst und Gemüse in Toržok, Sohn der Köchin des Botschaftsrates von Twardowski, von der OGPU verhaftet und nach Kasachstan verbannt. 298.
- Glinskij**, Michail Iosifovič (1901–1991), Hörer an der Frunze-Militärakademie, seit Mai 1933 stellvertretender Chef des Sektors für die Militärattachés des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten/Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR, seit Dezember 1934 Militärattaché in Lettland. 232.
- Gnedin** (Helphand), Evgenij Aleksandrovič (1898–1983), stellvertretender Leiter der Auslandsabteilung der Zeitung „Izvestija“. 336.
- Goebbels**, Joseph (1897–1945), Reichspropagandaleiter der NSDAP, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda seit 13. März 1933, MdR. 39, 40, 68, 104, 105, 124, 125, 166, 172, 173, 205, 209, 240, 255, 292,

- 304, 307, 328, 391, 413, 417, 434, 462, 466, 469, 515, 525, 557.
- Göhring**, Richard Ivanovič (Iogannovič) (1905–1941), sowjetischer Staatsbürger, Hauslehrer des deutschen Konsuls in Kiev, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 369.
- Gömbös von Jáfka**, Gyula (1886–1936), Ministerpräsident und Verteidigungsminister Ungarns. 135, 156.
- Göppert**, Otto (1872–1943), Gesandter mit Sonderaufgaben im AA, Gesandter z.D. 319.
- Görbing**, Karl-Hans, Korrespondent des „Lokalanzeigers“ in Moskau. 22, 86.
- Göring**, Hermann Wilhelm (1893–1945), Reichspräsident, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Chef der preußischen Polizei, seit April 1933 preußischer Ministerpräsident und Innenminister Preußens bis Mai 1934, seit Mai 1933 Reichsluftfahrtminister, Hauptmann a.D., seit August 1933 General der Infanterie. 2, 23, 35, 37, 40, 42, 50, 56, 57, 58, 65, 66, 68, 79, 83, 84, 88, 92, 93, 94, 99, 100, 101, 104, 105, 106, 124, 125, 129, 130, 140, 146, 148, 149, 151, 156, 166, 167, 172, 185, 197, 198, 205, 207, 209, 233, 240, 249, 258, 261, 273, 277, 280, 298, 315, 324, 328, 371, 372, 375, 379, 380, 391, 410, 428, 466, 467, 469, 523, 524, 526, 529, 533, 537, 541, 549, 557, 558, 564, 565.
- Görlitzer**, Artur (1893–1945), Stellvertreter des Gauleiters von Groß-Berlin seit März 1933, seit Juli 1933 Preußischer Staatsrat und Rats Herr der Stadt Berlin, seit November 1933 MdR, seit März 1934 Regierungsrat. 135.
- Gofman**, Karl Bernardovič (1895–?), Korrespondent der Zeitung „Pravda“ in Deutschland. 391, 467, 483, 557.
- Gol’cman**, Abram Zinov’evič (1894–1933), Leiter der Hauptverwaltung der zivilen Luftflotte beim SNK der UdSSR, Mitglied der CKK der VKP (B). 216.
- Goldenstein siehe Gol’denštejn
- Gol’denštejn**, Efraim (Evsej) Solomono- vič (1882–1938), 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland von Januar 1927 bis März 1930, Resident der INO OGPU, im Juli 1932 von der OGPU verhaftet. 237.
- Golovenko**, Leiter eines Planungsbüros des Marty-Schiffsbauwerkes in Niko- laev. 274.
- Golubčikov**, Aleksej Vasil’evič (1910–?), Schlosser bei Mursnabstroj, vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.
- Gordon**, Boris Moiseevič (1896–1937), Mitarbeiter der INO OGPU, seit De- zember 1933 Resident der INO OGPU/NKVD in Deutschland, Leiter der Konsularabteilung der Bevoll- mächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Attaché. 318.
- Gorin** (d.i. Koljada), Pavel Osipovič (1900–1938), Direktor des Instituts für Geschichte der belorussischen Akademie der Wissenschaften, gleichzeitig deren Präsident. 201.
- Gor’kij**, Maksim (d.i. Peškov, Aleksej Maksimovič) (1868–1936), Schrift- steller. 417.
- Gorky siehe Gor’kij
- Goy**, Jean (1892–1944), Vorsitzender der Vereinigung französischer Front- kämpfer, Abgeordneter der National- versammlung Frankreichs. 550.
- Grabar’**, Igor’ Emmanuilovič (1871–1960), Maler und Kunstwissen- schaftler, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität. 233.
- Gračev**, Konstantin Fedorovič (1880–1948), Professor für Metallurgie. 500.
- Grannikov**, sowjetischer Ingenieur, Praktikant bei der Firma Krupp. 500.
- Graßhoff**, deutscher Offizier (?). 216.
- Grauert**, Ludwig (1891–1964), Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen

- Innenministerium seit Februar 1933, Ministerialdirektor, seit April 1933 Staatssekretär im Preußischen Innenministerium, Preußischer Staatsrat, SS-Oberführer seit Juni 1933. 65, 72, 83.
- Grave**, sowjetische Redakteurin im Socëkgiz in Moskau. 405.
- Greiner**, Erich (1877–1953), Ministerialdirektor im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 319.
- Greiser**, Arthur (1897–1946), Gaugeschäftsführer der NSDAP in Danzig bis Juni 1933, seit Mai 1933 Vizepräsident des Danziger Senats und gleichzeitig Senator für Inneres, seit Oktober 1933 stellvertretender Gauleiter der NSDAP in Danzig, seit November 1934 Präsident des Senats in Danzig, SS-Standartenführer seit Juni 1933. 146.
- Greitschneider***, Leiter der Traktorenstation der Konzession Drusag. 181.
- Gricenko**, Filialdirektor der Derop in Köln. 42.
- Grinfel'd**, Petr Karlovič (1894–?), Kfz-Mechaniker bei Mursnabstroj, vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.
- Grin'ko**, Grigorij Federovič (1890–1938), Volkskommissar für Finanzen der UdSSR, seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 62, 175, 181, 273, 289.
- Grischey siehe Krischey
- Grischin siehe Grišin
- Grišin**, Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 197, 199, 324.
- Grjasnoff siehe Grjaznov
- Grjaznov**, Ivan Kensorinovič (1897–1938), stellvertretender Chef der Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung der RKKA, seit Dezember 1933 Befehlshaber der Baikalkruppen im Verband der Besonderen Rotbanner-Fernostarmee, seit November 1934 Mitglied des Militärates des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR. 191.
- Grobin**, sowjetische Staatsangehörige. 348.
- Groener**, Wilhelm (1867–1939), Reichswehrminister von Januar 1928 bis Mai 1932, kommissarischer Reichsinnenminister von Oktober 1931 bis Mai 1932, Generalleutnant a.D. 149.
- Gronskij** (Fedulov), Ivan Michajlovič (1894–1985), Chefredakteur der Zeitung „Izvestija“ bis Februar 1934 und der Zeitschrift „Novyj Mir“. 204.
- Grosz**, George (Groß, Georg Ehrenfried) (1893–1959), Zeichner, Karikaturist. 425.
- Grünau**, Werner Freiherr von (1874–1956), Leiter der Abteilung I (Personal und Verwaltung) im AA, Ministerialdirektor. 60, 116, 451.
- Günther**, Lucie, Stenotypistin in der politischen Kanzlei an der Deutschen Botschaft in der UdSSR. 182.
- Gürtner**, Franz (1881–1941), Reichsjustizminister. 218.
- Gumanskij**, Aleksandr Feofilovič (1889–1939), russischer Emigrant, im Februar 1933 in Deutschland verhaftet, nach der Entlassung in die Tschechoslowakei, seit 1934 Agent der INO GUGB der NKVD im Ausland. 102.
- Gummert**, Ingenieur des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev, von der OGPU verhaftet. 274.
- Gurevič**, Abram Borisovič (1895–1938), Vorsitzender der Aktiengesellschaft Arcos in Großbritannien. 197, 324.
- Gurevič**, Aleksandr Iosifovič (1896–1937), Leiter der Hauptverwaltung für Hüttenindustrie im Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR, bis Februar 1934 Mitglied der CKK der VKP (B). 310.
- Gusev**, Anatolij Nikolaevič (1899–1939), 2. Sekretär des kasachischen Gebietskomitees der VKP (B), seit Februar

- 1934 Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR und Leiter der Gruppe für Kultur der Kommission für die Gor'kij-Region. 246.
- Gusev-Glubockij**, Ivan Gavrilovič (1896–?), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Dänemark, Februar bis Dezember 1934 Generalkonsul der UdSSR in Königsberg, seit Dezember 1934 zur Disposition des ZK der VKP (B). 463.
- Habicht**, Theodor (1898–1944), Landesinspekteur der NSDAP in Österreich, nach dem Verbot der NSDAP am 13. Juni 1934 aus Österreich ausgewiesen. 410.
- Hachmeister**, Valentina, Reichsdeutsche, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 348, 432.
- Härtig**, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium. 154.
- Häusler**, Eugen (1895–1977), Professor für Slawische Sprachen und Wirtschaft der slawischen Völker an der Albertus Universität Königsberg, Entlassung im Jahre 1933. 29.
- Häußler**, Johannes (1902–?), Filmregisseur. 400.
- Hahn**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und in Haft verstorben. 369.
- Hahn**, Karl, Sekretär des deutschen Konsulats Odessa. 367, 375, 382, 384, 385, 386, 390, 394, 403, 411, 416.
- Halder**, Franz (1884–1972), Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos VI (Münster/Westfalen), seit Oktober 1934 Artillerieführer VII (München), Oberst, seit Oktober 1934 Generalmajor. 515.
- Halensleben**, Ministerialrat im preußischen Kultusministerium. 335.
- Halm**, Hans (1879–1957), Reaktivierung im Wehrdienst seit April 1934, Präsident des Höheren Luftamtes Münster, Generalleutnant. 338.
- Hammerstein**, Helga von (1913–2001), Tochter von K. von Hammerstein-Equord, Ehefrau von L. Roth. 8.
- Hammerstein**, Marie-Louise von (1908–1999), Tochter von K. von Hammerstein-Equord. 8.
- Hammerstein-Equord**, Kurt Freiherr von (1878–1943), Chef der Heeresleitung im Reichswehrministerium bis Februar 1934, General der Infanterie, seit Februar 1934 Generaloberst a.D. 8, 148, 161, 163, 210, 216, 243, 273, 338, 428.
- Hanfstaengl**, Ernst Franz (1887–1975), Leiter des Auslandspresseamtes der NSDAP. 105.
- Haniel**, Karl (1877–1944), Unternehmer, Vorsitzender des Industrie-Clubs in Düsseldorf. 410.
- Hanneken**, Gustav Adolf von (1909–?), Reichsdeutscher, in Xinjiang verschwunden. 478.
- Harpe**, Josef (1887–1968), Chef der Panzerstation in Kazan' (Kama) bis Oktober 1933, danach Verwendung beim Kraftfahr-Lehr-Stab in Zossen, seit Oktober 1934 Kommandeur der I. Abteilung vom Kraftfahr-Lehr-Stab Zossen, Major. 109.
- Harriman**, William Averell (1891–1986), amerikanischer Politiker, Unternehmer und Diplomat. 369.
- Hartenstein**, Hans (1887–1944), Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. 404.
- Hartmann**, Otto (1884–1952), Mitarbeiter im Reichswehrministerium, seit April 1933 Militärattaché an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, Oberstleutnant, seit April 1933 Oberst. 49, 50, 52, 77, 89, 98, 109, 112, 131, 163, 174, 176, 177, 178, 193, 210, 211, 216, 229, 237, 243, 248, 275, 292, 300, 311, 333, 334, 338, 459, 515, 545.

- Haselmayr**, Friedrich (1879–1965), Hauptgeschäftsleiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP, seit Frühjahr 1933 Stellvertreter des Reichsstatthalters in Bayern, MdR, SA-Gruppenführer, Oberst a.D. 166.
- Hassell**, Ulrich von (1881–1944), Botschafter Deutschlands in Italien. 13, 54, 333, 462, 464.
- Haushofer**, Karl Ernst (1869–1946), Geopolitiker, Professor für Geographie an der Universität in München, seit 1934 Präsident der Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums (Deutsche Akademie), Generalmajor a.D. 40, 469.
- Hearst**, William Randolph (1863–1951), amerikanischer Zeitungsverleger, Gründer eines Medienkonzerns. 149, 198, 205, 269.
- Heckert**, Friedrich (Fritz) (1884–1936), Mitglied des ZK der KPD, KPD-Vertreter beim EKKI, MdR. 124, 125, 315, 369, 417.
- Heeren**, Viktor von (1881–1949), Vortragender Legationsrat in der Abteilung II (West-, Süd- und Südosteuropa) im AA, seit Oktober 1933 Gesandter Deutschlands im Königreich Jugoslawien. 526.
- Heine**, Heinrich (1797–1856), Dichter. 361, 402.
- Heines**, Edmund (1897–1934), Polizeipräsident von Breslau seit Ende März 1933, Führer der SA-Obergruppe VIII (Schlesien), SA-Obergruppenführer, MdR, preußischer Staatsrat, ermordet am 30. Juni 1934. 515.
- Heinkel**, Ernst (Heinrich) (1888–1958), Flugzeug-Konstrukteur und Unternehmer. 480.
- Heintze**, Johannes (1881–1973), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium. 9, 284, 317, 323, 345, 363, 404, 447, 449, 453, 454, 455.
- Heinz**, Friedrich Wilhelm (1899–1968), Schriftsteller. 324.
- Helms**, Kirchenratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Moskau, von der OGPU verhaftet. 413.
- Hemmer**, Johannes Heinrich (1886–1942), Mitglied des Aufsichtsrates der Derop, Staatssekretär a.D. 16, 69.
- Hencke**, Andor (1895–1984), Referent in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, Legationssekretär, seit April 1933 Leiter des deutschen Konsulats Kiev, Konsul II. Kl. 107, 385, 503.
- Henderson**, Arthur (1863–1935), britischer Politiker, Generalsekretär der Labour Party bis 1934, Präsident der Genfer Abrüstungskonferenz, Abgeordneter des Unterhauses, Friedensnobelpreisträger (1934). 165.
- Henkel**, Leiter der Ortsgruppe der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ in Hamburg. 436.
- Henning auf Schönhoff**, Ulrich von (1873–1942), Verbandsführer des Stahlhelms in Hannover, Generalleutnant a.D. 65.
- Hensel**, Herbert (1895–1974), kommissarische Beschäftigung am deutschen Konsulat Tientsin bis Mitte Januar 1934, seit August 1934 an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, Legationssekretär. 469, 506, 519.
- Herriot**, Edouard (1872–1957), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Nationalversammlung in Frankreich, seit Februar 1934 Staatsminister in den Regierungen Doumergue und Flaudin. 9, 12, 13, 18, 20, 30, 85, 105, 159, 210, 216, 219, 233, 243, 269, 315, 333, 364.
- Herwarth von Bittenfeld**, Hans-Heinrich (1904–1999), Attaché an der Deutschen Botschaft in der UdSSR. 292, 342, 362, 397.
- Heß**, Rudolf (1894–1987), Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, seit 21. April 1933 Stell-

- vertreter Hitlers in der NSDAP, seit Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, MdR. 40, 198, 469, 541, 558.
- Hey**, Siegfried (1875–1963), Leiter der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV im AA, Vortragender Legationsrat. 27, 69, 85, 134, 135, 136, 182, 185, 228, 234, 244, 324, 377, 463, 487, 526.
- Hielscher**, Friedrich (1902–1990), Publizist und Religionsphilosoph. 324.
- Hildebrand**, Berliner Polizeibeamter. 483.
- Hilger**, Andreas (1913–?), Sohn von G. Hilger. 362.
- Hilger**, Gustav (1886–1965), Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, Legationsrat. 1, 14, 22, 28, 30, 107, 136, 152, 153, 158, 165, 172, 177, 182, 233, 234, 244, 271, 276, 309, 314, 342, 352, 353, 362, 365, 397, 399, 400, 413, 423, 425, 427, 432, 434, 464, 469, 478, 489, 490, 503, 519, 560.
- Hilger**, Elisabeth (Isika) (1916–?), Tochter von G. Hilger. 362.
- Hindenburg**, Oskar von Beneckendorff und von (1883–1960), persönlicher Adjutant von Generalfeldmarschall von Hindenburg, Sohn von P. von Hindenburg, Oberst, seit Ende September 1934 Verabschiedung aus dem aktiven Dienst mit der Verleihung des Charakters Generalmajor. 9.
- Hindenburg**, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934), Reichspräsident, Generalfeldmarschall. 2, 4, 7, 9, 13, 23, 31, 38, 71, 76, 105, 106, 146, 151, 168, 171, 177, 456, 469, 470, 480, 488, 489, 499, 522, 549, 560.
- Hirschfeld siehe Giršfel'd
- Hitler**, Adolf (1889–1945), Reichskanzler, Führer der NSDAP. 1, 2, 3, 4, 5, 8, 9, 11, 14, 15, 18, 21, 23, 24, 25, 26, 30, 31, 33, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 47, 50, 51, 52, 53, 56, 57, 64, 65, 66, 71, 76, 78, 79, 82, 83, 84, 86, 87, 92, 94, 95, 97, 98, 101, 103, 104, 105, 106, 119, 124, 130, 132, 134, 135, 140, 146, 148, 149, 151, 155, 156, 159, 165, 166, 168, 169, 177, 184, 198, 204, 209, 223, 243, 247, 252, 253, 254, 255, 258, 259, 260, 264, 269, 272, 273, 281, 299, 300, 304, 307, 312, 315, 316, 323, 324, 328, 330, 333, 336, 339, 346, 347, 349, 352, 357, 360, 363, 364, 367, 375, 379, 380, 383, 385, 393, 399, 400, 402, 405, 407, 410, 414, 424, 428, 439, 441, 443, 458, 462, 463, 466, 467, 468, 469, 470, 477, 478, 479, 488, 498, 499, 501, 506, 507, 513, 515, 517, 521, 525, 527, 533, 534, 536, 542, 546, 547, 549, 555, 563, 564.
- Hobbing**, Reimar (1874–1919), Verleger. 309.
- Hötermann**, Karl (1894–1955), Mitbegründer und kommissarischer Vorsitzender des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, MdR, seit Anfang Mai 1933 im Exil. 65.
- Hoelz**, Max (1889–1933), deutscher Kommunist, seit 1929 im Exil in der UdSSR. 353.
- Hörbrand**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Höring**, Heinrich (1883–1935), Chef des Stabes der 5. Division (Stuttgart), seit Oktober 1934 Artilleriesführer III, Oberst, seit April 1934 Generalmajor. 515.
- Hoesch**, Leopold von (1881–1936), Botschafter Deutschlands in Großbritannien. 119, 120, 405.
- Hoetzsch**, Otto (1876–1946), Professor für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität in Berlin, Stellvertreter des Vorsitzenden der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“. 11, 122, 177, 196, 201, 264, 286, 309, 374, 436, 480, 489.
- Hoffmann siehe Gofman

- Hoffmann**, Max (1869–1927), Generalmajor. 312.
- Hollmann**, Wilhelm, Staatskommissar für die Derop von April bis Mai 1933. 72, 73, 74, 76, 81, 82, 83, 84, 88, 93, 99, 100.
- Hugenberg**, Alfred (1865–1951), Medienkonzernherr, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, Ende Januar bis Ende Juni 1933 Reichsminister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, MdR. 1, 2, 3, 4, 5, 9, 23, 32, 36, 38, 53, 56, 63, 64, 65, 76, 79, 83, 97, 103, 105, 106, 111, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 124, 125, 126, 127, 129, 130, 132, 135, 136, 137, 146, 147, 149, 156, 160, 166, 167, 172, 174, 179, 185, 198, 202, 233, 243, 253, 273, 275, 312, 316, 322, 324, 333, 352, 458, 462.
- Il'in**, Nikolaj Nikolaevič (1887–1940), Vorstandsvorsitzender der sowjetischen staatlichen Handelskammer Antikvariat. 56, 324.
- İnönü**, İsmet Mustafa (1884–1973), Ministerpräsident der Türkei, General. 12
- Ingaunis**, Feliks Antonovič (1894–1938), Befehlshaber der Luftstreitkräfte des Kiever Militärbezirks, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 172.
- Insabato**, Enrico (1878–1963), italienischer Journalist und Politiker. 102.
- Isaaksohn siehe Izakson
- Išlonskij**, Iosif, sowjetischer Staatsbürger, Arzt für Endokrinologie. 50, 59, 75, 324.
- Ismet siehe İnönü
- Izakson**, Bruno Samuilovič (1904–1938), Stellvertreter des Leiters der TASS-Abteilung in Berlin. 27, 264.
- Izraelit**, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.
- Jagwitz von**, Personalchef der Derop seit April 1933. 57.
- Jagoda**, Genrich (Enoch) Grigor'evič (Geršenovič) (1891–1938), Stellvertreter des Vorsitzenden der OGPU der UdSSR, Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR seit Juli 1934, Kandidat des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 91, 93, 189, 359, 441, 471, 472, 476.
- Jakovenko siehe Zjuz'-Jakovenko
- Jakovlev** (Epštejn), Jakov Arkad'evič (1896–1938), Volkskommissar für Landwirtschaft der UdSSR, seit April 1934 Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung des ZK der VKP (B), Mitglied des ZK der VKP (B). 62, 175, 181, 270, 289, 476.
- Jakowienko siehe Zjuz'-Jakovenko
- Jakubovič**, Ignatij Semenovič (1881–?), Leiter des Politischen Archivs des NKID der UdSSR April 1933 bis November 1934, seit November 1934 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Norwegen. 94.
- Janke**, Adolf, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Janke**, Lydia, Reichsdeutsche in der UdSSR. 369.
- Jegoroff, Jegorow siehe Egorov
- Jenko siehe Enko
- Jenukidse siehe Enukidze
- Jonas**, Hans (1883–?), Leiter der Ortsgruppe der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ in Königsberg, Direktor der Deutschen Ostmesse in Königsberg (?). 29, 436, 541.
- Jost**, Waldemar, Reichsdeutscher, Ingenieur bei Uralmaš, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 472, 478, 489, 558.
- Jouvenel**, Henry de (1876–1935), Botschafter Frankreichs in Italien bis Juli 1933. 174, 180, 183.

- Judin**, sowjetischer Staatsbürger, Mitarbeiter einer Importorganisation. 42.
- Jünger**, Ernst (1895–1998), Schriftsteller. 324.
- Just**, Artur W. (1896–1955), Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau. 22, 39, 86, 87, 122, 237, 242, 263, 388, 392.
- Kaas**, Ludwig (1881–1952), Vorsitzender der Zentrumspartei, MdR, seit 1934 Sekretär des Kardinalskollegiums und Domherr des Petersdoms im Vatikan. 2.
- Kaczmarczik**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Kadletz**, V., österreichischer Staatsbürger, Reparaturmeister im Werk Giprochod in Leningrad. 509.
- Kaffka**, Franz, Reichsdeutscher, Leiter des Einkaufsbüros der Schmiedeeisenindustrie in Leningrad, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 369.
- Kaganovič**, Lazar' Moiseevič (1893–1991), Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der VKP (B), 1. Sekretär des Moskauer Stadtparteikomitees der VKP (B), seit Februar 1934 Vorsitzender der KPK beim ZK der VKP (B). 106, 146, 170, 175, 189, 195, 204, 207, 213, 218, 224, 235, 247, 250, 251, 257, 258, 260, 269, 274, 279, 339, 343, 344, 350, 363, 365, 472, 484, 493, 494, 497, 501, 502, 504, 505, 509, 511, 514, 516, 544.
- Kaganowitsch siehe Kaganovič
- Kahmann**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet. 432.
- Kaith siehe Kajt
- Kajt**, Lili Maksimovna (1889–1981), Korrespondentin der Zeitung „Izvestija“ in Deutschland bis Mai 1934, danach Mitarbeiterin in der Auslandsabteilung der Zeitung „Pravda“. 19, 22, 27, 30, 32, 38, 215, 218, 221, 224, 226, 227, 234, 337, 242, 258, 261, 263, 264, 265, 359,
- Kakabadze**, Kirill Dmitrievič (1883–1944), Vertreter von Marganěksport in Berlin, seit September 1933 im Exil. 416.
- Kalinin**, Michail Ivanovič (1875–1946), Vorsitzender des VCIK und des CIK der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 14, 18, 30, 68, 112, 175, 233, 251, 288, 296, 312, 472, 484, 507, 519, 526, 549.
- Kalmanovič**, Moisej Iosifovič (1888–1937), Vorstandsvorsitzender der Staatsbank der UdSSR, seit April 1934 Volkskommissar für Getreide- und Viehzuchtswirtschaften der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 321.
- Kampmann**, Károly (1902–1945), Gaupropagandaleiter des Gaues Groß-Berlin bis März 1933, seit Januar 1933 Hauptschriftleiter des „Angriffs“, seit April 1934 Hauptschriftleiter des „Deutschen Schnelldienstes“ beim DNB, seit Juni 1934 auch Presseleiter beim Reichsarbeitsdienst, Mitglied des Preußischen Landtages und seit November 1933 MdR. 319.
- Kandelaki**, David Vladimirovič (1895–1938), Handelsvertreter der UdSSR in Schweden, seit Dezember 1934 Handelsvertreter in Deutschland. 551, 552, 553, 555, 558, 560, 562.
- Kanter**, Sof'ja Pavlovna (1904–1992), Übersetzerin, Referentin der 2. Westabteilung des NKID der UdSSR. 520.
- Kaplan**, Lev Samuilovič (1903–?), Sekretär der Konsulatsabteilung, Vizekonsul der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 318.
- Karachan** (Karachanjan), Lev Michajlovič (1889–1937), Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, seit Mai 1934 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Türkei. 47, 66, 92,

- 94, 104, 177, 185, 328, 342, 365, 375, 388, 393, 408.
- Karl**, Gustav, Reichsdeutscher, Ingenieur des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev, von der OGPU verhaftet. 274.
- Karll**, Heinrich (1879–?), Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 379, 388, 394, 558.
- Karpov**, Viktor Zinov'evič (1895–1937), Leiter der ausländischen Inspektion und Mitglied des Kollegiums des NK RKI, Mitglied der CKK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR. 16, 56, 57.
- Karpowski***, Bankier. 404.
- Kartz**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Kastl**, Ludwig (1878–1969), geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bis April 1933, Geheimrat. 17.
- Kastner**, Hans (1892–1954), Konsul Deutschlands in Vladivostok, seit August 1933 Konsul II. Kl. 333, 375, 386, 558.
- Katajama**, Sen (1859–1933), japanischer kommunistischer Funktionär, Mitglied des EKKI und des Präsidiums des EKKI. 125.
- Kausch**, Hans-Joachim (1907–1974), Leiter der Berliner Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ und der „Schlesischen Zeitung“ und auch Redakteur beim „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienatag). 437.
- Kazem-Bek**, Alexander L'vovič (1902–1977), Leiter des „Jungrussischen Bundes“, seit 1934 der „Jungrussischen Partei“. 164.
- Keith siehe Kajt
- Kellogg**, Frank Billings (1856–1937), Außenminister der USA (1925–1929), Friedensnobelpreisträger (1929). 30, 54, 94, 186, 349.
- Kemal Mustafa** (seit 1934 Atatürk) (1881–1938), Präsident der Türkei, Marschall. 12, 252.
- Keppler**, Wilhelm (1882–1960), Wirtschaftsberater Hitlers, seit Juli 1933 Staatskommissar für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei, MdR. 155.
- Kilevič**, Fric Fricevič (1885–1937), Vorsitzender des Aufsichtsrates der Derop, Mitglied des Kollegiums des NKVT der UdSSR. 16, 324.
- Kipling**, Joseph Rudyard (1865–1936), britischer Schriftsteller, Nobelpreisträger für Literatur (1907). 142.
- Kirov** (Kostrikov), Sergej Mironovič (1886–1934), 1. Sekretär des Leningrader Gebiets- und Stadtparteikomitees der VKP (B) und des Nord-Westlichen Büros des ZK, Mitglied des Politbüros, seit Februar 1934 gleichzeitig Mitglied des Orgbüros und Sekretär des ZK der VKP (B), ermordet am 1. Dezember 1934. 549, 560.
- Kisch**, Egon Erwin (1885–1948), tschechischer Journalist und Schriftsteller, in Deutschland verhaftet und ausgewiesen. 417.
- Klagges**, Dietrich (1891–1971), Staatsminister für Inneres und Volksbildung in der Braunschweigschen Landesregierung, seit Mai 1933 Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig, MdR. 65.
- Klass von***, Mitglied des Aufsichtsrats der Derop. 541.
- Klau**, Adolf Robert, sowjetischer Staatsbürger (?), in Samara verhaftet und verurteilt. 201.
- Klaus**, Mitarbeiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. 303.
- Klein**, Fritz (1895–1936), Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bis Ende Mai 1933, seit Herbst 1933 Mitbegründer und Herausgeber der Wochenzeitung „Deutsche Zukunft“. 462.

- Kleist**, Bruno Peter (1904–1971), Staatsrechtler. 489.
- Klinghammer**, Erich (1882–1946), Geschäftsführer des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, Inhaber eines Verlages. 135.
- Klößner**, Peter (1863–1940), Großindustrieller, Geheimrat. 17, 56, 57, 99, 100, 144, 541.
- Klotzbach**, Arthur (1877–1938), Industrieller, Leiter des kaufmännischen Geschäftsbereichs der Firma Krupp und 1. Vorsitzender des Roheisenverbandes, Mitglied des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. 144.
- Knickerbocker**, Hubert Renfro (1898–1949), amerikanischer Journalist, Korrespondent des „International News Service“. 4.
- Knofe**, Oskar (1888–1978?), Polizeipräsident von Leipzig. 219.
- Knoll**, Karl (1894–1970), Mitarbeiter an der Deutschen Botschaft in Japan bis März 1934, März 1934 bis Mai 1934 Vizekonsul am deutschen Konsulat Mukden, seit Juni 1934 in der Referatgruppe Wirtschaft im AA, Legationssekretär. 362, 365, 371.
- Knox**, Sir Geoffrey George (1884–1958), britischer Diplomat, Präsident der Kommission des Völkerbundes für die Saarfrage. 543.
- Koch**, Erich (1896–1986), Gauleiter in Ostpreußen. 177, 491.
- Koch**, Walter (1870–1947), Gesandter Deutschlands in der Tschechoslowakei. 77.
- Kodackij** (Kadackij), Ivan Federovič (1893–1937), Vorsitzender des Exekutivkomitees des Leningrader Sowjets, Mitglied des ZK der VKP (B). 386.
- Köpke**, Gerhard (1873–1953), Leiter der Abteilung II (West-, Süd- und Südosteuropa) im AA, zeitweilige Vertretung des Staatssekretärs, Ministerialdirektor. 60, 116, 162, 331, 466, 479.
- Köster**, Roland (1882–1935), Botschafter Deutschlands in Frankreich. 7, 556.
- Köstring**, Ernst August (1876–1953), inoffizieller Vertreter der Reichswehr in der UdSSR bei der RKKA bis Anfang 1933, Oberst, seit Ende März 1933 Verabschiedung aus dem aktiven Dienst mit der Verleihung des Charakters Generalmajor. 163, 243, 342.
- Kogan**, Isaak Solomonovič (1892–1938), Direktor der Leipziger Filiale der Derop, verurteilt in Deutschland. 413, 459, 463, 469, 489.
- Kohlschütter**, Ernst (1870–1942), Direktor des Preußischen Geodätischen Instituts in Potsdam, Professor an der Universität in Berlin, Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. 441.
- Koller**, Mitarbeiter im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 468.
- Kol'cov** (Fridljand), Michail Efimovič (1898–1940), Journalist, Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitung „Pravda“. 158, 280, 292, 298, 392.
- Kork**, Avgust Ivanovič (1887–1937), Befehlshaber des Moskauer Militärbezirks, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 112, 338.
- Kornis**, sowjetischer Staatsbürger, Obermechaniker bei Dneprogés, von der OGPU verhaftet. 385.
- Kosarev**, Aleksandr Vasil'evič (1903–1939), Generalsekretär des ZK des Komsomol, Kandidat des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 459.
- Koshanoff** siehe Kožanov
- Koskinen** siehe Yrjö-Koskinen
- Kothgasser**, Hans (1912–?), österreichischer Staatsbürger, Techniker bei Mursnabstroj, vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.

Kotljarenko, Dmitrij Ivanovič (1889–1944), Oberinspekteur und Stellvertreter des Beauftragten des NK RKL. 16.

Kotze, Hans Ulrich von (1891–1941), Mitarbeiter in der Abteilung VI (Kulturpolitik) im AA seit März 1933, seit 1934 Leiter des Ministerbüros, Legationssekretär, seit März 1934 Legationsrat. 412, 431, 526, 546.

Kožanov, Ivan Kuz'mič (1897–1937), Befehlshaber der Kriegsmarine der Schwarzmeer- und Asovflotte. 98, 112.

Kožušenko, Prüfer des Schwimmkrans des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev. 274.

Kozyrev siehe Kosarev

Kraemer, Hans (1870–1938), Unternehmer, Vorsitzender des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft bis April 1933, Vorsitzender der Ifago. 17, 38, 541.

Krebs, Reichsdeutscher, Ingenieur im Projektinstitut Giprostal' in Char'kov. 369.

Krebs, Hans (1898–1945), Mitarbeiter in der Abteilung „Fremde Heere“ (T 3) im Reichswehrministerium, Juli 1933 bis September 1934 Gehilfe des deutschen Militärattachés in der UdSSR, seit Oktober 1934 Kompaniechef im Infanterie-Regiment Gumbinnen, Hauptmann. 88, 98, 112, 148, 191, 216, 243, 300, 354, 519.

Kreewinsch, Edgar (1884–1971), Gesandter Lettlands in Deutschland. 542.

Krestinski siehe Krestinskij

Krestinskij, Nikolaj Nikolaevič (1883–1938), Stellvertreter, seit Mai 1934 1. Stellvertreter des Volkskommisars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. 2, 3, 4, 5, 9, 11, 14, 15, 18, 24, 25, 26, 30, 32, 33, 35, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 45, 47, 48, 49, 50, 52, 56, 57, 59, 62, 64, 65, 66, 70, 71, 75,

76, 79, 82, 83, 85, 87, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 100, 102, 103, 104, 105, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 130, 134, 135, 137, 138, 141, 145, 148, 149, 150, 151, 153, 155, 156, 157, 165, 166, 168, 171, 173, 174, 175, 177, 179, 180, 181, 182, 183, 185, 189, 190, 192, 193, 197, 198, 201, 203, 207, 211, 220, 223, 226, 232, 234, 236, 238, 241, 242, 243, 245, 246, 247, 250, 251, 252, 253, 254, 256, 259, 263, 264, 265, 266, 267, 269, 270, 272, 273, 276, 277, 278, 279, 280, 283, 285, 287, 288, 289, 290, 291, 296, 298, 299, 301, 304, 306, 308, 312, 315, 323, 329, 330, 339, 340, 346, 347, 357, 358, 361, 363, 365, 367, 368, 369, 371, 373, 375, 376, 377, 378, 381, 382, 384, 386, 387, 388, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 401, 403, 404, 405, 406, 408, 410, 411, 413, 415, 416, 422, 423, 428, 434, 436, 439, 440, 442, 443, 445, 448, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 462, 463, 464, 466, 468, 469, 470, 471, 472, 476, 477, 478, 479, 480, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 498, 501, 506, 509, 510, 511, 513, 516, 517, 519, 520, 522, 523, 524, 525, 527, 529, 530, 537, 541, 542, 547, 549, 550, 551, 552, 555, 556, 557, 558, 560, 563.

Krestinskaja, Vera Moiseevna (1885–1963), Chefärztin des Filatov-Kinderkrankenhauses in Moskau, Ehefrau von N. N. Krestinskij. 464.

Kricman, Lev Natanovič (1890–1938), Wirtschaftswissenschaftler, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für die Erforschung der Agrarrevolution in Russland. 11.

Kriege, Johannes (1859–1937), Jurist und Diplomat, Mitglied des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Wirklicher Geheimrat a.D. 76.

Krischey, Richard, österreichischer Staatsbürger, Ingenieur des Marty-

- Schiffsbauwerkes in Nikolaev, von der OGPU verhaftet. 274.
- Krumin**, (Krūmiņš) Nikolaj Petrovič (1889–1959), Generalkonsul der UdSSR in Hamburg. 89, 105, 324 519.
- Krupp von Bohlen und Halbach**, Gustav (1870–1950), Großindustrieller, Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG, Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bis Dezember 1934. 95.
- Kržižanovskij**, Gleb Maksimilianovič (1872–1959), Vize-Präsident der Akademie für Wissenschaften der UdSSR, Leiter des Instituts für Energetik der AdW der UdSSR, Vorsitzender des Komitees für technische Hochschulbildung beim CIK der UdSSR und Stellvertreter des Volkskommissars für Volksbildung der RSFSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 11, 296.
- Kuh**, Anton (1890–1941), österreichischer Journalist und Schriftsteller. 9, 26.
- Kujbyšev**, Valerian Vladimirovič (1888–1935), Vorsitzender des Gosplan der UdSSR und Stellvertreter des Vorsitzenden des SNK und STO beim SNK der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 175, 472, 502, 509, 511, 512, 514, 544.
- Kuljabko**, Nikolaj Nikolaevič (1894–?), Inspektor der Kontrollkommission beim SNK der RSFSR, seit Juni 1934 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der VOKS. 521.
- Kundt**, Ernst (1883–1974), Leiter des Nachforschungssonderreferats E/Nf. im AA, seit August 1933 zeitweise zugleich in Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit November 1934 Legationsrat. 107, 128.
- Kuntzen**, Adolf-Friedrich von (1889–1964), Adjutant des Chefs der Heeresleitung im Reichswehrministerium, seit Juli 1933 Abteilungsleiter im Heerespersonalamt im Reichswehrministerium, Oberstleutnant, seit November 1934 Oberst. 148.
- Kvitko**, Ivan Nikitič (1901–?), Mitarbeiter der Ingenieursabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 201.
- L siehe Litvinov
- Lamla**, Johann (1886–1949), Kanzleichef der Deutschen Botschaft in der UdSSR. 233.
- Lammers**, Hans-Heinrich (1879–1962), Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei. 2, 43, 139, 140, 208, 370, 379, 380, 460, 492.
- Landa**, Michail Markovič (1890–1938), Chefredakteur der Zeitung „Krasnaja Zvezda“ und der Zeitschrift „Znamja“. 168.
- Langovoj**, Aleksandr Alekseevič (1896–1964), Militärattaché an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Persien, seit Juni 1933 Chef des Sektors der Militär- und Marineattachés des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten/Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR und seit Juni 1934 gleichzeitig beim Volkskommissar für Verteidigung für Sonderaufträge zuständig. 232, 282.
- Laroche**, Jules Alfred (1872–1961), Botschafter Frankreichs in Polen. 491.
- Larsen**, Wilhelm (William), dänischer Staatsbürger, Leiter der Zweigstelle von Controll-Co. in Archangel'sk, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 388.
- Laval**, Pierre (1883–1945), französischer Politiker, seit Februar 1934 Minister für Kolonialfragen, seit Oktober 1934 Außenminister. 525, 536, 543, 547, 556.
- Lebedeva**, Maria Osipovna (1897–1941), Ehefrau von B. S. Stomonjakov. 464.

- Leeb**, Wilhelm Ritter von (1876–1956), Kommandeur der 7. Division und Befehlshaber des Wehrkreises VII (München), seit Oktober 1933 Befehlshaber des Gruppenkommandos II in Kassel, Generalleutnant, seit Januar 1934 General der Artillerie. 338.
- Leeser**, Hans (1884–1939), Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, danach im Reichswirtschaftsministerium und gleichzeitig Staatskommissar der Berliner Hypothekenbank AG, seit 1934 im Ruhestand. 84, 154.
- Léger**, Alexis (1887–1975), Generalsekretär des Außenministeriums Frankreichs. 501, 536.
- Lejman**, Gustav Ivanovič (Leimanis Gustavs) (1895–1938), Staatsanwalt der Region Gor'kij, seit September 1933 Staatsanwalt des Gebiets Ural, seit Februar 1934 Staatsanwalt des Gebiets Sverdlovsk. 472.
- Lembke**, Vertreter der AEG. 17.
- Lenin** (Ul'janov), Vladimir Il'ič (1870–1924), Partei- und Staatsführer Sowjetrusslands. 125, 185, 298, 333, 363.
- Lenz**, Friedrich (1885–1968), Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Gießen bis 1933, danach Aufenthalte in Italien, England und in den USA. 173.
- Leonidov**, Direktor bei Sel'skosojuz. 197.
- Leopold**, Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“. 479.
- Leow**, Anna (1889–?), Telefonistin in der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 27.
- Lerner**, Elena Osipovna (1887–?), stellvertretende Vorsitzende der VOKS bis Februar 1934. 6, 246.
- Leusser**, Josef (1860–1939), Arzt, Geheimer Sanitätsrat a.D. 153
- Levandovskij**, Michail Karlovič (1890–1938), Oberbefehlshaber des Sibirischen Militärbezirks, Dezember 1932 bis Juli 1933 an dem Führungsgehilfenkurs der Reichswehr in Deutschland, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 109, 148.
- Levčuk**, Roman, Mitarbeiter der Zweigstelle der Derop in Essen. 42.
- Levetzow**, Magnus von (1871–1939), Polizeipräsident von Berlin seit Februar 1933, MdR bis November 1933, Konteradmiral a.D. 38.
- Levičev**, Vasilij Nikolaevič (1891–1937), Militärattaché an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland seit Februar 1933, seit Mai 1934 zur Disposition der Verwaltung für die Führungskader der RKKA, seit Dezember 1934 Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der RKKA und Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 110, 148, 149, 161, 163, 210, 216, 228, 232, 243, 292, 300, 318, 354, 355, 383, 441.
- Levin**, Vladimir L'vovič (1903–1938), Referent der 2. Westabteilung des NKID der UdSSR. 11, 15, 21, 35, 37, 39, 47, 49, 67, 70, 71, 75, 87, 89, 91, 104, 115, 119, 124, 130, 134, 149, 153, 156, 166, 238, 252, 267, 273, 278, 287, 288, 290, 296, 339, 367, 368, 373, 375, 376, 384, 388, 403, 406, 407, 411, 413, 419, 420, 423, 424, 444, 448, 458, 463, 468, 478, 490, 520, 550.
- Levitin**, Lev Markovič (1896–1938), Leiter der Abteilung für Handelspolitik der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 9, 63, 76, 103, 111, 147, 318, 332.
- Lewandowski**, Hans (1891–1932), Reichsdeutscher, Arzt, von der OGPU in Tulun im Gebiet Irkutsk verhaftet, Selbstmord in Haft. 369.
- Lewin siehe Levin
- Lewitscheff**, Lewitschew siehe Levičev

- Ley**, Robert (1890–1945), Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsleiter, MdR. 197, 324, 515.
- Liebel**, Willy (1897–1945), Oberbürgermeister von Nürnberg seit März 1933. 515.
- Liebmann**, Curt (1881–1960), Kommandeur der 5. Division und Befehlshaber des Wehrkreises V (Stuttgart) bis August 1934, danach im Reichswehrministerium, Generalleutnant. 8.
- Liese**, Kurt (1882–1945), Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos II (2. Division) in Stettin, seit Dezember 1933 Chef des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium, Oberst, seit März 1934 Generalmajor. 452, 467.
- Liesheim** (?–1933), Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und in Haft verstorben. 369.
- Linde**, Fridrich Vil'gel'movič (1892–1938), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, seit April 1933 Gehilfe des Leiters der 2. Westabteilung des NKID der UdSSR. 38, 47, 62, 70, 71, 75, 87, 89, 91, 92, 94, 104, 105, 115, 119, 124, 130, 134, 149, 156, 157, 166, 173, 181, 183, 191, 218, 244, 287, 288, 290, 296, 308, 332, 340, 357, 367, 368, 371, 372, 373, 375, 376, 384, 403, 406, 407, 411, 412, 419, 420, 423, 424, 444, 448, 458, 459, 468, 490, 518, 519, 520, 523, 550.
- Lindenfels** (geborene Gräfin von der Schulenburg), Christa-Wernfriedis Freifrau von (1908–1993), Tochter von F. W. Graf von der Schulenburg. 518.
- Lindhagen**, Carl Albert (1860–1946), schwedischer Politiker, Abgeordneter des Parlaments. 35.
- Lipski**, Józef (1894–1958), Gesandter Polens in Deutschland seit Juli 1933, seit Oktober 1934 Botschafter in Deutschland. 104, 299, 304.
- Litvinov** (Vallach), Maksim Maksimovič (Meer Movševič) (1876–1951), Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 7, 9, 12, 17, 18, 20, 24, 26, 30, 31, 35, 37, 39, 40, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 66, 68, 70, 71, 75, 76, 81, 82, 83, 84, 91, 92, 93, 94, 102, 103, 105, 114, 115, 118, 121, 123, 127, 134, 135, 137, 141, 145, 150, 151, 155, 156, 165, 167, 179, 184, 186, 189, 190, 195, 197, 204, 205, 207, 209, 212, 213, 218, 221, 222, 223, 224, 230, 234, 235, 236, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 245, 247, 252, 253, 254, 256, 258, 259, 260, 262, 263, 264, 266, 269, 270, 273, 278, 289, 296, 298, 299, 301, 306, 307, 312, 314, 315, 316, 319, 320, 322, 323, 324, 325, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 337, 339, 342, 343, 344, 346, 347, 349, 350, 351, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 367, 368, 371, 375, 376, 378, 381, 382, 384, 386, 390, 393, 395, 402, 403, 404, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 415, 416, 419, 420, 422, 423, 424, 426, 428, 433, 434, 436, 443, 444, 445, 446, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 484, 486, 487, 488, 489, 491, 492, 497, 498, 501, 510, 511, 513, 516, 520, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 532, 534, 536, 537, 539, 541, 542, 543, 546, 547, 549, 550, 552, 555, 556, 557, 558, 560, 563.
- Litvinov** (Vallach), Savelij Maksimovič (1879–1948), Beauftragter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland für die UdSSR, seit 1928 im Exil, Bruder von M. M. Litvinov. 278.
- Litvinova** (Lowe), Ajvi (Ivy) Val'terovna (1889–1977), Ehefrau von M. M. Litvinov. 464, 534.
- Litwinoff, Litwinow siehe Litvinov
- Ljubimov**, Isidor Evstigneevič (1882–1937), Volkskommissar für Leichtin-

- dustrie der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 267, 273, 277, 287, 551.
- Lloyd George**, David (1863–1945), britischer Politiker, Mitglied des Unterhauses. 499.
- Lobov**, Semen Semenovič (1888–1937), Volkskommissar für Forstwirtschaft der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B), bis Februar 1934 Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B). 551.
- Lochner**, Louis Paul (1887–1975), Leiter des amerikanischen Nachrichtensbüros AP in Berlin. 42, 381.
- Löwe**, Mitglied der Medizinischen Gesellschaft in Königsberg. 29.
- Lorenc**, Vladimir Leopoldovič (1895–1937), Leiter der Auslandsabteilung der Hauptverwaltung für Flugzeugindustrie beim NKTP. 199, 222,
- Lorenz siehe Lorenc
- Luciani**, Georges (1903–1982), Korrespondent der französischen Zeitung „Le Petit Parisien“ in Moskau. 18, 30, 216.
- Luczkowski**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Ludendorff**, Erich Friedrich Wilhelm (1865–1937), General der Infanterie a.D. 64.
- Ludri**, Ivan Martynovič (1895–1937), stellvertretender Chef der Seestreitkräfte der RKKA. 338.
- Ludwig**, Emil (1881–1948), Schriftsteller. 105.
- Lühns**, Wilhelm (1878–1945), Professor für Geodäsie an der Technischen Hochschule in Breslau. 276.
- Lukašević**, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.
- Łukasiewicz**, Juliusz (1892–1951), Gesandter, seit Februar 1934 Botschafter Polens in der UdSSR. 92, 299, 415.
- Lukin**, Nikolaj Michajlovič (1885–1940), Direktor des Instituts für Ge-
- schichte an der Kommunistischen Akademie, Chefredakteur der Zeitschrift „Istorik-Marksist“ und gleichzeitig seit Juli 1934 Lehrstuhlinhaber an der Historischen Fakultät der Moskauer Universität, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 201.
- Lunačarskij**, Anatolij Vasil’evič (1875–1933), Vorsitzender des Komitees für Wissenschaft beim CIK der UdSSR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften. 124, 125, 328.
- Lunatscharski siehe Lunačarskij
- Lur’e**, Georg, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.
- Luther**, Hans (1879–1962), Reichsbankpräsident bis März 1933, seit April 1933 Botschafter Deutschlands in den USA. 3, 17, 26.
- Lutz**, Oswald (1876–1944), Inspekteur der Kraftfahrtruppen des Wehramtes im Reichswehrministerium, Generalleutnant. 178, 191, 248.
- Lyčagin**, Filialdirektor der Derop in München. 42.
- MM siehe Litvinov
- Ma** Zhanshan (1885–1950), chinesischer General. 558.
- MacDonald**, James Ramsay (1866–1937), Premierminister Großbritanniens. 50, 543.
- Magalif**, Jakov Mareevič (1895–1937), Verwalter der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Attaché. 532.
- Maier**, Richard, Adjutant E. Röhm. 226.
- Maikowski**, Hans Eberhard (1908–1933), SA-Sturmführer. 83.
- Majofis**, Abram Grigor’evič (1885–1937), Vorsitzender der „Garantie und Kreditbank für den Osten AG“ und Vertreter der Staatsbank der UdSSR in Deutschland. 321.
- Majskij** (Ljachoveckij), Ivan (Jan) Mi-

- chajlovič (1884–1975), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Großbritannien. 358.
- Maljkow siehe Mal'kov
- Mal'kov**, Pavel Vasil'evič (1900–1953), sowjetischer Maler. 427, 475, 478.
- Malkow siehe Mal'kov
- Manuil'skij**, Dmitrij Zacharovič (1883–1959), Mitglied des Präsidiums und Sekretär des EKKI, Mitglied des ZK der VKP (B). 92, 102, 375.
- Marchandeanu**, Paul (1882–1968), französischer Politiker, Bürgermeister von Reims, seit November 1933 Minister für Budget, seit Oktober 1934 Innenminister, seit November 1934 Minister für Handel und Industrie. 553.
- Marin**, Louis (1871–1960), Abgeordneter der Nationalversammlung Frankreichs, Februar bis November 1934 Minister für öffentliche Gesundheit und Leibeserziehung, seit November 1934 Staatsminister. 364.
- Markert**, Werner (1905–1965), Journalist und Osteuropahistoriker, seit Oktober 1933 Leiter der Osteuropa-Abteilung des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig, gleichzeitig seit April 1934 Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“. 436.
- Marks**, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und in Haft verstorben. 369.
- Martius**, Georg (1884–1951), Gesandter Deutschlands in Lettland, seit September 1934 Leiter des Sonderreferats Schifffahrtswesen im AA, Kommissar für Internationale Schifffahrtsverhandlungen und Delegierter bei den Internationalen Stromkommissionen, Vortragender Legationsrat, seit September 1934 Gesandter. 464.
- Masanés**, Carlos A., Sekretär der Gesandtschaft Uruguays in der UdSSR. 377.
- Maschin**, Boris (d.i. Marsching, Boris von), russischer Emigrant. 478.
- Masirevich**, Konstantin (Szilárd) von (1879–1944), Gesandter Ungarns in Deutschland. 218.
- Maškevič**, Zachar Michajlovič (1895–?), stellvertretender Leiter, Leiter der Abteilung für Industriexport der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 56, 480.
- Maslov**, sowjetischer Staatsbürger, Professor in Deutschland. 324.
- Maslow**, Arkadi (Čemerinskij, Isaak Efimovič) (1891–1941), ehemaliger kommunistischer Funktionär, seit 1933 im Exil in Frankreich. 41.
- Mastný**, Vojtěch (1874–1954), Gesandter der Tschechoslowakei in Deutschland. 542.
- Matsch***, sowjetischer Staatsbürger, Mitarbeiter der Derop. 84.
- Mazing**, Mark (1901–?), Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 198, 318.
- McDonald**, James Grover (1886–1964), amerikanischer Diplomat, Hoher Kommissar des Völkerbundes für Flüchtlinge aus Deutschland. 340, 358.
- Mechlis**, Lev Zacharovič (1889–1953), Redakteur der Zeitung „Pravda“ und gleichzeitig Leiter der Abteilung für Presse und Verlage des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 204, 391, 557.
- Medem**, Aleksandra Aleksandrovna (1911–1995), Schwester von F. A. Medem. 558.
- Medem**, Fedor Aleksandrovič Graf (1902–1986), Verwalter des Gutes von Bismarcks (Varzin) in Pommern. 558.
- Medem**, Sof'ja Aleksandrovna (1904–1938), Schwester von F. A. Medem. 558.

- Mehnert**, Klaus (1906–1984), Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“ bis April 1934, seit Mai 1934 Korrespondent für „Münchner Neueste Nachrichten“, „Leipziger Neueste Nachrichten“ und „Hamburger Fremdenblatt“ in Moskau. 196, 201, 226, 392, 436.
- Meissner**, Otto (1880–1953), Leiter des Büros des Reichspräsidenten, seit August 1934 Leiter der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers, Staatssekretär. 9, 185.
- Melder**, Geschäftsträger Estlands in Deutschland. 469.
- Mendras**, Michel-Joseph, Militärattaché Frankreichs in der UdSSR Juni 1933 bis November 1934, Oberst. 243.
- Menning**, Karl (1874–1941), Gesandter Estlands in Deutschland, danach Gesandter in Lettland. 9.
- Menschinski siehe Menžinskij
- Menžinskij**, Vjačeslav Rudol'fovič (1874–1934), Vorsitzender der OGPU der UdSSR, bis Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 441.
- Merdinian** (Merdin'jan), Oski Chugasovič, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Derop. 56, 57, 72.
- Meščerjakov**, Julij Pavlovič (1908–1937), Ingenieur, Konstrukteur beim Maschinenbauwerk in Kramatorsk, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 274.
- Meščerjakov**, Vladimir Nikolaevič (1885–1946), Generalkonsul der UdSSR in Danzig. 521.
- Metlin**, Filialleiter der Derop in Frankfurt am Main. 56.
- Metzger**, August (1885–?), Mitarbeiter in der Wirtschafts- und Kulturabteilung an der Deutschen Botschaft in der UdSSR. 233.
- Meyer***, Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands in Königsberg. 29.
- Meyer**, Richard (1883–1956), Leiter der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, Ministerialdirektor. 9, 10, 19, 25, 26, 27, 37, 38, 40, 41, 51, 52, 60, 65, 73, 74, 76, 77, 79, 83, 84, 86, 88, 89, 97, 99, 100, 104, 116, 118, 120, 127, 135, 153, 154, 162, 165, 184, 186, 192, 193, 194, 202, 203, 212, 219, 228, 256, 261, 262, 263, 265, 266, 271, 193, 194, 203, 212, 228, 256, 261, 262, 263, 265, 266, 271, 278, 280, 281, 283, 285, 290, 292, 293, 294, 296, 301, 306, 308, 317, 319, 331, 332, 337, 343, 346, 353, 363, 369, 378, 396, 397, 398, 404, 405, 412, 415, 426, 428, 431, 435, 441, 443, 445, 446, 450, 454, 455, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 479, 480, 481, 486, 487, 490, 524, 526, 528, 529, 537, 546, 548, 549, 550, 561.
- Meyer**, Theophil (1865–1934), Präsident des Obersten Kirchenrates der evangelisch-lutherischen Kirche in der UdSSR, Bischof. 385, 495.
- Meyer**, Traugott, sowjetischer Staatsbürger, Sohn von Th. Meyer, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 459.
- Meyer-Heidenhagen**, Maximilian Wolfgang, Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Angelegenheiten der Völker Russlands). 226.
- Meženinov**, Sergej Aleksandrovič (1890–1937), Chef des Stabes der Luftstreitkräfte der RKKa und Stellvertreter des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKa, seit März 1933 Stellvertreter des Chefs des Stabes der RKKa, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 98.
- Mežlauk**, Valerij Ivanovič (1893–1938), 1. Stellvertreter, seit April 1934 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim SNK der UdSSR und Stellvertreter des Vorsitzenden des SNK der UdSSR, Kandidat des ZK

- der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B). 273, 551.
- Michelsen**, Erich (1892–1972), Leiter der Unterabteilung Ostasien in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, im August 1933 kommissarischer Leiter der Abteilung IV, Vortragender Legationsrat, im September 1933 Ernennung zum Generalkonsul I. Kl. in Shanghai, im Januar 1934 Versetzung in den Wartestand, im März 1934 Versetzung in den dauerhaften Ruhestand. 193, 194, 197.
- Michel'son**, Avgust Genrichovič (1887–1938), vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.
- Michel'son**, Annetta Ja., Ehefrau von A. G. Michel'son, vom NKVD verhaftet und freigesprochen. 509.
- Michin**, Vasilij Konstantinovič (1901–?), Mitarbeiter der Ingenieursabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 355.
- Mikojan**, Anastas Ivanovič (1895–1978), Volkskommissar für Versorgung der UdSSR, seit Juli 1934 Volkskommissar für Lebensmittelindustrie (Nahrungsgüter-) der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 175, 270, 273, 472, 484, 502, 509.
- Milch**, Erhard (1892–1972), stellvertretender Reichskommissar für die Luftfahrt seit Februar 1933, seit Mai 1933 Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Oberst seit Oktober 1933, seit März 1934 Generalmajor. 79, 93, 94, 105, 106, 143, 173, 220.
- Miles**, außenpolitischer Kommentator der „Vossischen Zeitung“. 292
- Miljutin**, Vladimir Pavlovič (1884–1937), Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission beim SNK der UdSSR, seit April 1934 Vorsitzender für Verwaltung der Wissenschafts- und Lehranstalten des CIK der UdSSR, bis Februar 1934 Mitglied der CKK der VKP (B). 11.
- Miller**, Oskar von (1855–1934), Bauingenieur. 324.
- Mischewski**, Reichsdeutscher (?) in der UdSSR. 369.
- Möllers**, Alfred (1883–1969), Reichskommissar der Deutschen Wirtschaft April bis Juli 1933, Vorsitzender des Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft bis 1934. 144.
- Molokov**, Vasilij Sergeevič (1895–1982), Pilot der Zivilluftflotte. 486
- Molotov** (Skrjabin), Vjačeslav Michajlovič (1890–1986), Vorsitzender des SNK der UdSSR, Vorsitzender des STO der UdSSR, Vorsitzender der Kommission für Verteidigung beim SNK, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 11, 12, 18, 34, 48, 68, 95, 106, 114, 119, 123, 124, 125, 134, 141, 157, 168, 171, 172, 173, 175, 177, 179, 181, 183, 185, 189, 213, 217, 218, 221, 224, 233, 235, 247, 250, 251, 257, 258, 260, 269, 270, 274, 279, 288, 289, 292, 296, 328, 339, 350, 359, 363, 369, 389, 395, 396, 422, 455, 472, 473, 476, 477, 484, 491, 493, 498, 501, 502, 504, 505, 509, 510, 511, 516, 536.
- Molotow siehe Molotov
- Moltke**, Hans-Adolf von (1884–1943), Gesandter Deutschlands in Polen, seit Oktober 1934 Botschafter in Polen. 104.
- Moritz**, Alfons (1887–?), Leiter der Abteilung Erzeugung und Ernährung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Ministerialdirektor. 111, 147, 167.
- Morozowicz**, Elhard von (1893–1934), Führungsmitglied des Stahlhelms, seit Juli 1933 Gruppenführer beim Stab der SA, Preußischer Staatsrat, MdR seit November 1933. 65.
- Mosler**, Eduard (1873–1939), Vorstandsmitglied, seit 1934 Vorstandsprecher der Deutschen Bank. 453.
- Mossdorf**, Heinz (1886–?), Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium.

- 9, 17, 74, 84, 99, 100, 103, 111, 147, 154, 155, 197, 223, 230, 317, 323, 324, 329, 345, 346, 404, 431, 436, 444, 447, 449, 452, 454, 504, 544, 548.
- Mühsam**, Erich (1878–1934), Publizist und Schriftsteller, Ende Februar 1933 verhaftet und im Juli 1934 im KZ Oranienburg ermordet. 522.
- Müller**, Mitarbeiter im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 103, 111.
- Müller**, Gottlob (1895–1945), Chef der Station der Reichswehr in Lipeck bis Herbst 1933, Hauptmann. 163.
- Müller**, Hermann (1876–1931), Reichskanzler (März bis Juni 1920, Juni 1928 bis März 1930). 104.
- Müller**, Kurt (1903–1990), kommunistischer Funktionär, seit 1933 im Exil in der UdSSR, seit März 1934 in Deutschland zur illegalen Arbeit, im September 1934 verhaftet und verurteilt. 30.
- Müller-Hauf**, Reichsdeutscher. 413.
- Mushakoji**, Kintomo Vicomte (1882–1962), Botschafter Japans in Schweden und gleichzeitig in Finnland, seit 1934 Botschafter in Deutschland. 517.
- Mussolini**, Benito (1883–1945), Duce des italienischen Faschismus und Regierungschef Italiens. 30, 50, 54, 66, 76, 92, 102, 156, 165, 169, 180, 209, 269, 315, 333, 410, 458, 462, 463, 466, 468, 469, 470, 481, 517.
- Must**, Grigorij Ivanovič (1889–?), Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden von Torgsin seit August 1933. 484.
- Mutzenbecher**, Hans Esdras (1897–1983), Regisseur und Dramaturg, Geschäftsführender Direktor der Deutschen Kunstgesellschaft e.V. und der Gesellschaft für Deutsche Kunst e.V. 341.
- Nadolny**, Rudolf August (1873–1953), Botschafter Deutschlands in der Türkei, gleichzeitig 1932 bis 1933 Leiter der deutschen Delegation für die Abrüstungskonferenz in Genf, seit 20. November 1933 bis 11. Juni 1934 Botschafter Deutschlands in der UdSSR, Juni 1934 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. 20, 94, 168, 171, 173, 177, 211, 238, 252, 264, 273, 280, 281, 288, 290, 292, 296, 298, 300, 301, 302, 306, 308, 309, 312, 313, 314, 315, 316, 319, 323, 325, 328, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 338, 339, 342, 343, 347, 348, 350, 351, 352, 353, 359, 360, 361, 362, 364, 365, 367, 368, 372, 375, 382, 384, 385, 386, 388, 390, 393, 394, 395, 397, 400, 402, 403, 407, 408, 409, 411, 412, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 422, 424, 425, 426, 430, 433, 443, 445, 446, 447, 451, 453, 455, 456, 457, 458, 459, 462, 463, 464, 468, 469, 470, 478, 520, 527, 536, 539, 542, 546.
- Napoléon Bonaparte** (1769–1821), französischer Feldherr, Staatsmann und Kaiser (1804–1814). 66.
- Nauck**, Ernst (1897–1967), deutscher Tropenmediziner, Privatdozent an der Universität Hamburg, seit 1934 außerordentlicher Professor, arbeitete 1933 einige Wochen am deutsch-sowjetischen Laboratorium für pathologische Geographie in Moskau. 286.
- Nazarov**, Pavel Stepanovič (1911–1941), Referent im Sekretariat des NKID der UdSSR seit Dezember 1934. 511.
- Neitzke**, Hermann (1880–1937) Hausverwalter der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, in Berlin verhaftet. 529, 530, 532, 537.
- Nejman**, Aleksej Fedorovič (1900–1938), Leiter der 3. Westabteilung des NKID der UdSSR. 291.
- Neumann**, Heinz (1902–1937), kom-

NK, NN siehe Krestinskij

- munistischer Funktionär, Instrukteur der Komintern in Spanien, nach der Ausbürgerung 1933 aus Deutschland illegal in der Schweiz, im Dezember 1934 von der Schweizer Fremdenpolizei verhaftet. 30.
- Neurath**, Konstantin Freiherr von (1873–1956), Reichsaußenminister. 1, 2, 3, 7, 9, 10, 13, 14, 18, 20, 24, 26, 30, 31, 37, 39, 41, 43, 47, 50, 52, 53, 55, 56, 57, 59, 60, 63, 65, 69, 73, 76, 79, 81, 83, 97, 102, 103, 104, 105, 106, 114, 115, 119, 120, 122, 123, 125, 126, 127, 130, 132, 134, 135, 138, 141, 145, 146, 151, 157, 159, 168, 179, 180, 183, 185, 202, 206, 209, 240, 243, 254, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 269, 273, 275, 277, 278, 279, 280, 281, 283, 288, 290, 292, 293, 294, 295, 296, 307, 308, 312, 313, 315, 319, 323, 324, 328, 332, 333, 337, 343, 344, 353, 363, 374, 378, 380, 383, 396, 403, 411, 415, 416, 420, 426, 443, 451, 456, 457, 458, 461, 462, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 478, 479, 481, 485, 487, 488, 498, 501, 525, 527, 531, 542, 546, 554, 555, 556.
- Niedermayer**, Oskar Ritter von (1885–1948), Privatdozent für Wehrgeographie und Wehrpolitik an der Universität Berlin, Oberstleutnant a.D. 40, 436, 469.
- Niekisch**, Ernst (1889–1957), Politiker und politischer Schriftsteller. 324.
- Nieman***, Hermann, sowjetischer Staatsbürger, Dolmetscher des deutschen Generalkonsulats in Tiflis. 459, 558.
- Nikisch**, Mitja (1899–1936), deutscher Pianist und Tanzorchester-Leiter. 303.
- Nikonov**, Aleksandr Matveevič (1893–1937), Chef der 3. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA und gleichzeitig Gehilfe des Chefs dieser Verwaltung, seit Dezember 1934 stellvertretender Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 8, 23, 243.
- Noorden**, Carl (1858–1940), deutscher Internist und Diabetologe, am Krankenhaus Lainz in Wien. 153.
- Nord**, Ferdinand Ernst (1898–1981), Generaldirektor des Nationalen Deutschen Automobilklubs. 21.
- Nordmann***. 509.
- North**, Heinrich (1908–1985), Mitarbeiter in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA seit April 1933, seit Juli 1933 im Referat Protokoll, März bis Juni 1934 an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, danach an der Botschaft in Bulgarien, Attaché. 399.
- Notovič**, Filipp Iosifovič (1890–1958), Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Kommunistischen Akademie, gleichzeitig Dozent an der Moskauer Staatlichen Universität, wissenschaftlicher Sekretär der Kommission für die Herausgabe der Akten aus dem Archiv des Außenministeriums Russlands. 309.
- Notowitsch siehe Notovič
- Novickij***, Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 324.
- Nussbaum***, Jurist. 56.
- Oberföhren**, Ernst (1881–1933), Fraktionsvorsitzender der DNVP im Reichstag bis Ende März 1933, im Mai 1933 in Kiel ermordet. 65.
- Oberländer**, Theodor (1905–1998), Agrarwissenschaftler, Assistent am Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, seit März 1933 Direktor dieses Instituts, gleichzeitig seit Juli 1933 Leiter des Gaugrenzlandamtes (zuständig für die Überwachung der nationalen Minderheiten in Ostpreußen) und seit Januar 1934 Dozent für Ostfragen beim Außenpolitischen Amt der NSDAP, seit Oktober 1934 auch Leitung des

- „Bundes Deutscher Osten“, SA-Obersturmführer. 499, 503.
- Ordshonikidse** siehe Ordžonikidze
- Ordžonikidze**, Grigorij Konstantinovič (1886–1937), Volkskommissar für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 68, 199, 257, 267, 270, 277, 472, 484, 509, 551.
- Orlov**, Vladimir Grigor'evič (1882–1941), russischer Emigrant, nach 1933 in Belgien. 102, 292.
- Orlov**, Vladimir Mitrofanovič (1895–1938), Chef der Seestreitkräfte der RKKA, Mitglied des Revolutionären Militärrates der UdSSR, seit November 1934 Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 338.
- Orlovskij**, Afanasij Illarionovic (1899–1942), Lehrer für Taktik an der Kommandeursfakultät der Žukovskij-Akademie der Luftstreitkräfte der RKKA, seit November 1933 Kommandeur der Fliegerstaffel an der Flugtaktischen Hochschule der Luftstreitkräfte der RKKA. 112.
- Orlow siehe Orlov, V. M.
- Orlowskij siehe Orlovskij
- Osinskij** (Obolenskij), Nikolaj (Valerian Valerianovič) (1887–1938), Leiter der Zentralverwaltung für Statistik der Volkswirtschaft (CUNCHU) des Gosplan und Stellvertreter des Vorsitzenden des Gosplan beim SNK der UdSSR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 11, 171.
- Ossietzky**, Carl von (1889–1938), Publizist und Schriftsteller, seit Ende Februar 1933 in Haft, seit April 1933 im KZ Sonnenburg bei Küstrin, seit Frühjahr 1934 im KZ Papenburg-Esterwegen. 42, 522.
- Ota**, Tamekichi (1879–?), Botschafter Japans in der UdSSR. 66.
- Otsečkin**, Ivan Aleksandrovič (1895–1938), Leiter der Exportabteilung für Sowjetwaren an der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 57.
- Ovey**, Sir Esmond (1879–1963), Botschafter Großbritanniens in der UdSSR bis Ende März 1933, seit 1934 Botschafter in Belgien. 50.
- Ozerskij**, Aleksandr Vladimirovič (1891–1938), Handelsvertreter der UdSSR in Großbritannien, bis Februar 1934 Mitglied der CKK der VKP (B). 45, 76, 155.
- Pachomoff siehe Pachomov
- Pachomov**, A. F., Leiter der Personalabteilung der Derop/Derunapht bis April 1933. 16, 72.
- Pal'čik**, Gerbert-Akim (1910–?), sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 469, 489, 558.
- Pankratova**, Anna Michajlovna (1897–1957), Chefredakteurin der Zeitschrift „Istorija proletariata SSSR“, seit September 1934 Lehrstuhlinhaberin für Geschichte der UdSSR an der Moskauer Staatlichen Universität. 201.
- Papen**, Franz von (1879–1969), Vizekanzler in der Regierung Hitler bis Anfang Juli 1934, seit Oktober 1934 Gesandter in Österreich. 2, 3, 4, 9, 13, 15, 18, 20, 23, 30, 65, 66, 85, 92, 102, 105, 120, 149, 159, 169, 174, 177, 179, 180, 183, 186, 192, 193, 194, 198, 216, 243, 273, 312, 315, 316, 322, 328, 333, 346, 363, 410, 466, 499.
- Pappe***, reichsdeutsche Familie, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 558.
- Pauker**, Karl Viktorovič (1893–1937), Chef der operativen Abteilung OGPU beim SNK der UdSSR, seit Juli 1934 Chef der operativen Abteilung GUGB des NKVD der UdSSR. 371.
- Paul-Boncour**, Joseph (1873–1972), Außenminister Frankreichs bis Ende Januar 1934, ständiger Delegierter

- Frankreichs beim Völkerbund, Senator. 12, 105, 260, 269, 365.
- Paulus**, Friedrich Wilhelm Ernst (1890–1957), Lehrgangsleiter für Taktik und Kriegsgeschichte an der Kriegsschule im Reichswehrministerium in Berlin, seit April 1934 Kommandeur der 3. (Preuß.) Kraftfahr-Abteilung in Berlin, seit Oktober 1934 Kommandeur der Kraftfahr-Abteilung Wünsdorf, Major, seit Juni 1933 Oberstleutnant. 338.
- Pausch**, Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Novosibirsk. 459.
- Pavlunovskij**, Ivan Petrovič (1888–1937), Stellvertreter des Volkskommissars für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied der CKK der VKP (B), seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 310.
- Perkal’***, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 42, 324.
- Perlitis**, Ludwig (1872–1938), Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Reichstag bis März 1933, MdR bis November 1933, Landwirtschaftsrat, nach Suspendierung Ende April und Entlassung im November 1933 Rückzug ins Privatleben. 2.
- Petrescu-Comnen**, Nicolae (1881–1958), Gesandter Rumäniens in Deutschland. 542.
- Petrovskij**, Aleksandr Jakovlevič (1906–?), Oberbuchhalter der Finanzabteilung der Bauabteilung von Mursnabstroj des Volkskommissariats für Versorgung, vom NKVD verhaftet und verurteilt. 509.
- Pfeifer***, Pastor in der UdSSR. 385.
- Pfeiffer**, Peter (1895–1978), Mitarbeiter in der Konsulatsabteilung der Deutschen Botschaft in der UdSSR bis August 1934, seit Oktober 1934 an der Botschaft in Frankreich, Legationssekretär. 191, 244, 373, 388, 397, 434, 469, 478, 506.
- Pfleiderer**, Karl Georg (1899–1957), Vizekonsul Deutschlands in Leningrad bis Juni 1933, seit Juli 1933 in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit August 1934 im Referat Protokoll, seit Oktober 1934 am deutschen Generalkonsulat Kattowitz, Legationssekretär. 118, 142, 154, 348.
- Pfundtner**, Hans (1881–1945), Staatssekretär im Reichsministerium des Inneren. 80.
- Philipowitsch siehe Filipowicz
- Phipps**, Sir Eric (1875–1945), Gesandter Großbritanniens in Österreich, seit Oktober 1933 Botschafter in Deutschland. 264, 481, 486, 487, 555.
- Pieper***, Joachim Andreas, Reichsdeutscher, Mitarbeiter der Derop. 56, 346.
- Pilsudski**, Józef Klemens (1867–1935), faktisches Staatsoberhaupt Polens, Verteidigungsminister, Chefinspekteur der Streitkräfte, Marschall. 146, 156, 466, 547.
- Pjatakow**, Jurij (Georgij) Leonidovič (1890–1937), Stellvertreter, seit Juni 1934 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 11, 17, 144, 222, 267, 277, 279, 287, 294, 312, 324, 329, 404, 450, 480.
- Pjaticnickij** (Taršis), Iosif (Osip) Aronovič (Oriolovič) (1882–1938), Sekretär des EKKI, Mitglied des EKKI und Mitglied des Präsidiums des EKKI, Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen (OMS) der Komintern, Mitglied des ZK der VKP (B). 8, 92, 189, 204.
- Plischke**, Hans (1890–1972), Leiter des Wissenschaftlichen Amts der NS-Dozentenschaft der Universität Göttingen, seit 1934 Lehrstuhlinhaber und Dekan an der Universität Göttingen. 29.
- Plochoj**, Meister in der Montagehalle des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev, von der OGPU verhaftet. 274.
- Plotkin**, Mark Abramovič (1895–1941),

- Stellvertreter des Leiters der Rechtsabteilung des NKID der UdSSR. 287, 373.
- Podol'skij**, Boris Grigor'evič (1897–1938), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Polen. 207.
- Poensgen**, Carl Albert Ernst (1871–1949), Industrieller, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, seit 1934 Vorsitzender der „Wirtschaftsgruppe Eisen schaffender Industrie“, Mitglied des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. 144.
- Pohl**, Otto (1872–1941), Österreicher, Chefredakteur der „Moskauer Rundschau“ bis Ende 1933. 320.
- Pohle**, Gehilfe H. Mossdorfs im Reichswirtschaftsministerium, Gerichtsassessor. 154, 345, 404, 436, 444, 447, 449.
- Pokrovskij**, Michail Nikolaevič (1868–1932), Historiker, Stellvertreter des Volkskommissars für Bildung der RSFSR (1918–1932), Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 196.
- Politis**, Nikolaos (1872–1942), griechischer Diplomat. 186.
- Poljanskij**, M., Leiter der Politabteilung der MTS in Akkarža im Gebiet Odessa. 170.
- Pollert**, Leiter des Heerestechnischen Büros des Heereswaffenamts. 98, 112.
- Popoff siehe Popov
- Popov**, Blagoj Simeonov (1902–1968), bulgarischer kommunistischer Funktionär, Angeklagter im Reichstagsbrandprozess, freigesprochen, seit Ende Februar 1934 im Exil in der UdSSR. 377, 378, 379, 380, 381, 382.
- Poskrebyšev**, Aleksandr Nikolaevič (1891–1965), Leiter der Geheimabteilung des ZK der VKP (B), seit März 1934 Leiter des Sondersektors des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 61, 170, 181, 195, 204, 224, 308, 312, 385, 401, 403, 472, 484, 509.
- Posse**, Hans Ernst (1886–1965), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Mitglied der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London, seit Ende Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. 103, 111, 135, 166, 172, 174, 179, 220, 230, 273, 317, 324, 504.
- Postyšev**, Pavel Petrovič (1887–1939), Sekretär des ZK der VKP (B) und Mitglied des Orgbüros des ZK bis Februar 1934, 2. Sekretär des ZK der VKP (B) der Ukraine seit März 1933 und gleichzeitig 1. Sekretär des Char'kover Gebietsparteikomitees des ZK der VKP (B) bis Juni 1934, seit Juli 1934 1. Sekretär des Kiever Gebietsparteikomitees der KP der Ukraine, seit Februar 1934 Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 11, 280.
- Potemkin**, Vladimir Petrovič (1874–1946), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Italien, seit November 1934 Bevollmächtigter Vertreter in Frankreich. 165, 273, 315, 468.
- Potjemkin siehe Potemkin
- Prange**, Mitarbeiter der Konsularabteilung der Deutschen Botschaft in der UdSSR, seit 1934 an der Botschaft in der Türkei. 342.
- Preobraženskij**, Petr Fedorovič (1894–1941), Historiker, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität. 201.
- Preuß**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Prezent**, Isaak Izrailevič (1902–1969), Biologe, Leiter des Lehrstuhls für Dialektik der Natur und für Evolution an der Leningrader Staatlichen Universität, Dozent, wissenschaftlicher Berater des Präsidenten der VASCHNIL für Fragen der Philosophie. 255.

- Prigožin**, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324
- Primakov**, Vitalij Markovič (1897–1937), Gehilfe des Truppenbefehlshabers des Nordkaukasischen Militärbezirks, Dezember 1932 bis Juli 1933 an dem Führungsgehilfenkurs der Reichswehr in Deutschland, seit Juli 1934 Stellvertreter des Inspektors der Hochschulanstalten der RKKA. 148.
- Prokof'ev**, Georgij Evgen'evič (1895–1937), Stellvertreter des Vorsitzenden der OGPU der UdSSR und gleichzeitig Chef der Hauptverwaltung für Arbeiter- und Bauernmiliz der OGPU bis Januar 1934, seit Juli 1934 Stellvertreter des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der UdSSR. 274, 509.
- Propner***, sowjetischer Staatsbürger, Ingenieur der Hüttenindustrie. 500.
- Propst**, Reichsdeutscher, leitender Buchhalter der Derop, in München verhaftet. 42.
- Pu Yi** (1906–1967), Kaiser von Mandschukuo seit März 1934. 413.
- Puhl**, Emil (1889–1962), vortragender Direktor im Reichsbankdirektorium, seit Juli 1934 Mitglied im Reichsbankdirektorium. 321.
- Pyr'ev**, Ivan Aleksandrovič (1901–1968), Filmregisseur. 356.
- Radek** (Sobel'son), Karl Berngardovič (1885–1939), Leiter des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B), Mitglied des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“. 5, 64, 65, 85, 90, 92, 94, 97, 120, 153, 172, 177, 179, 198, 273, 325, 336, 381, 419, 499.
- Raevskij**, Stefan Aleksandrovič (1885–1937), Leiter der Auslandsabteilung der Zeitung „Izvestija“, danach Chefredakteur der Zeitung „Journal de Moscou“. 336.
- Rajewski siehe Raevskij
- Rakovskij** (Stančev), Christian Georgievič (Krystju Georgiev) (1873–1941), sowjetischer Staatsmann und Diplomat, seit 1928 in der Verbannung, seit Ende Mai 1934 Leiter der Abteilung für Bildungseinrichtungen im Kommissariat für Gesundheitswesen der RSFSR. 30.
- Rakowski siehe Rakovskij
- Ramsin**, Leonid Konstantinovič (1887–1948), Direktor des Instituts für Wärmetechnik der UdSSR, 1930 im Prozess gegen die sogenannte Industriepartei zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, 1934 leitete er das der 9. Verwaltung der GPU unterstehende Sonderkonstruktionsbüro für den Bau von Durchlaufkesseln. 362.
- Rathenau**, Walther (1867–1922), Industrieller und Politiker, Reichsaußenminister von Januar bis Juni 1922. 92.
- Raumer**, Hans von (1870–1965), Jurist, Industrieller und Politiker, Reichswirtschaftsminister von August bis Oktober 1923. 537.
- Rauschnig**, Hermann (1887–1982), Senatspräsident der Stadt Danzig Juni 1933 bis November 1934. 146.
- Reichenau**, Walter von (1884–1942), Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium seit Februar 1933, seit Februar 1934 Chef des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium, Oberst, seit Februar 1934 Generalmajor. 26, 148, 149, 156, 300, 319, 383, 515, 564.
- Reinhardt**, Delia (1892–1974), Sängerin an der Berliner Staatsoper bis 1933. 286.
- Reinhardt**, Georg-Hans (1887–1963), Kommandeur des III. Bataillons des 10. (Sächs.) Infanterie-Regiment, seit Frühjahr 1933 Chef des Stabes der 4. Division der Reichswehr, seit Herbst 1933 Chef der Heeres-Ausbildungsabteilung (T 4) im Truppenamt (TA) im Reichswehrministerium, Oberst-

- leutnant, seit Februar 1934 Oberst. 338.
- Reinhold**, Peter (Paul) (1887–1955), Reichsfinanzminister von Januar 1926 bis Januar 1927, Mitglied des Aufsichtsrates der Derop. 16, 69.
- Reissner**, Carl (1848–1907), Verleger in Dresden. 309.
- Renn**, Ludwig (Vieth von Golßenau, Arnold Friedrich) (1889–1979), Schriftsteller. 42.
- Renthe-Fink**, Cécil von (1885–1964), Mitglied der Politischen Abteilung des Völkerbundsekretariats bis Oktober 1933, seit November 1933 stellvertretender Leiter der Abteilung II (West-, Süd- und Südost-Europa) im AA, Vortragender Legationsrat. 526.
- Reusch**, Paul Hermann (1868–1956), Industrieller, Vorsitzender des Vorstandes der Oberhausener Gutehoffnungshütte, bis 1933 Mitglied des Präsidiums des Reichverbandes der Deutschen Industrie. 469.
- Reuter**, Wolfgang (Andreas) (1866–1947), Generaldirektor der Deutschen Maschinenfabrik AG (DE-MAG), Präsident des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten bis 1934. 541.
- Reventlow**, Ernst Graf zu (1869–1943), Publizist und Politiker, Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Der Reichswart“, Mitbegründer und einer der Leiter der Deutschen Glaubensbewegung, MdR, Kapitänleutnant a.D. 5, 66.
- Reyß**, Hermann (1877–1959), Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG, seit Juli 1933 Vorstandsvorsitzender des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. 197, 200, 264, 285, 288, 290, 292, 293, 296, 317, 326, 480, 544.
- Ribbentrop**, Joachim von (1893–1946), Beauftragter der Reichsregierung für Abrüstungsfragen seit 20. April 1934 und gleichzeitig als Leiter des Büros Ribbentrop seit 24. April 1934 außenpolitischer Hauptberater Hitlers, seit Ende 1934 auch Beauftragter für außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers, seit November 1933 MdR, seit Mai 1933 SS-Standartenführer. 466, 563.
- Richter**, P. V., Stenograf der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland. 532.
- Richthofen**, Manfred Freiherr von (1892–1918), Kommandeur des Jagdgeschwaders, Rittmeister. 104.
- Riehm**, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 413.
- Riesen**, Günter (1892–1951), kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Köln seit 13. März 1933. 436.
- Ritter**, Karl (1883–1968), Leiter des Sonderreferats Wirtschaftsverhandlungen, Wirtschafts- und Reparationspolitik, seit 27. Oktober 1934 Gruppenleiter der Referate Wirtschaft im AA, Ministerialdirektor. 60, 116, 126, 137, 154, 167, 173, 197, 278, 317, 387, 398, 435, 447, 453, 561.
- Rivkina**, Marija, sowjetische Staatsbürgerin, in Deutschland verhaftet. 42.
- Rjabinin**, Matvej Nikolaevič (1889–1937?), Chef eines Sektors der 3. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit Januar 1934 stellvertretender Chef der 3. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit August 1934 stellvertretender Chef der 1. Abteilung der Verwaltung für Information und Statistik der RKKA. 515.
- Rjabovol**, Konstantin Stepanovič (1894–1938), Vorsitzender der Vereinigung Sojuzneftéksport, seit September 1933 Vorsitzender der Vereinigung Grozneft'. 67.
- Röchling**, Hermann (1872–1955), Industrieller. 310.
- Roediger**, Conrad (1887–1973), Mitarbeiter in der Abteilung VI (Kultur),

- danach Leiter des Referats Ausland-deutschtum, Minderheit evangelischer Kirchen und Missionswesen im AA, Vortragender Legationsrat. 197.
- Röhm**, Ernst (1887–1934), Stabschef der SA, seit April 1933 Staatssekretär beim Reichsstatthalter in Bayern, seit Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und bayerischer Staatsminister, MdR, ermordet am 1. Juli 1934. 201, 226, 324, 371, 373, 478, 499, 515, 517.
- Röhrecke**, Hans Felix (1888–1973), Mitarbeiter im Referat Protokoll im AA, seit November 1933 im Referat Deutschland, Legationsrat. 164.
- Roginskij**, Grigorij Semenovič (1901–?), Wirtschaftswissenschaftler, seit September 1934 stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik. 111.
- Rogowsky**, Bruno (1890–1961), Rektor der Handelshochschule in Königsberg, 1933 entlassen. 29.
- Rohden**, Herbert (1905–?), Prokurist bei Controll-Co. in Batum, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 361, 379, 388, 394, 432, 558.
- Rohrbach**, Paul Carl Albert (1869–1956), evangelischer Theologe und politischer Publizist. 64.
- Rolland**, Romain (1866–1944), französischer Schriftsteller, Nobelpreisträger für Literatur (1915). 142, 204.
- Roosevelt**, Franklin Delano (1882–1945), Präsident der USA. 296, 333.
- Rosenberg**, Alfred (1893–1946), Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, gleichzeitig seit April 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, seit Juni 1933 Reichsleiter und seit Januar 1934 auch Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, MdR. 30, 35, 37, 39, 53, 58, 64, 66, 83, 90, 92, 94, 97, 102, 104, 105, 106, 112, 115, 116, 118, 120, 121, 122, 127, 135, 146, 149, 152, 156, 166, 167, 171, 174, 177, 179, 185, 198, 205, 207, 216, 233, 253, 269, 275, 292, 304, 315, 316, 322, 324, 328, 330, 333, 346, 352, 363, 371, 383, 385, 410, 416, 458, 469, 479, 486, 497, 507, 519, 520, 536, 564.
- Rosenberg**, Frederic Hans von (1874–1937), Gesandter Deutschlands in Schweden bis Oktober 1933, seit Dezember 1933 Botschafter in der Türkei. 501.
- Rosenholz siehe Rozengol’c
- Rost**, Paul (1869–1938), Professor für Slawische Philologie an der Albertus-Universität in Königsberg. 29.
- Roth**, Leo (1911–1937), kommunistischer Funktionär, Mitarbeiter des Nachrichtenapparates der KPD, 1934 zeitweise Referent der militärpolitischen Schule der Komintern in Moskau, danach Abwehrleiter der KPD im Saargebiet. 8.
- Roth**, Paul (1885–1967), Konsul Deutschlands in Odessa, Konsul I. Kl. 369, 385.
- Roze**, Vol’demar Rudol’fovič (1897–1939), Militärleiter der Moskauer kommunistischen Universität für Geisteswissenschaften, seit Dezember 1934 Chef der militärisch organisierten Wache in der Hauptverwaltung der Zivilluftflotte der UdSSR. 379.
- Rozenberg**, Marcel’ Izrailevič (1896–1938), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Frankreich. 18, 501, 536.
- Rozenbljum**, Boris Danilovič (1899–1938), Leiter der Unterabteilung für Handelspolitik der Wirtschaftsrechtlichen Abteilung des NKID der UdSSR, seit Oktober 1933 Leiter der Wirtschaftsabteilung des NKID. 278, 287, 296, 329, 405, 406, 444, 455, 463, 552.

Rozengol'c, Arkadij Pavlovič (1889–1938), Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, Mitglied der CKK der VKP (B), seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 16, 48, 56, 64, 68, 100, 104, 105, 108, 267, 268, 273, 278, 279, 290, 292, 296, 297, 302, 313, 329, 387, 389, 403, 404, 408, 455, 473, 493, 540, 551, 553.

Rozovskaja, Vera Isaevna, Sekretärin/Stenografin im Sekretariat des NKID der UdSSR. 511.

Rozovskij, Mark Isaakovič (1899–?), Referent der 2. Westabteilung des NKID der UdSSR. 367, 368, 375.

Rubin, Evgenij Vladimirovič (1894–1981), Leiter der 3. Westabteilung des NKID der UdSSR. 358.

Rubo, Franc Alekseevič (Roubaud, Franz) (1856–1928), Schlachtenmaler, Gründer der russischen Schule für Panoramamalerei. 98.

Rudzutak, Jan Ernestovič (1887–1938), Stellvertreter des Vorsitzenden des SNK und STO der UdSSR, Vorsitzender der CKK und Volkskommissar der RKI der UdSSR, seit Februar 1934 Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 268, 297, 472, 484, 502.

Rückner, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und in Haft verstorben. 369.

Rüştü siehe Aras

Rumbold, Sir Horace George Montagu (1869–1941), Botschafter Großbritanniens in Deutschland bis Juni 1933, danach im Ruhestand. 166.

Runge, Mitarbeiter im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 496.

Rupert, Oskar Heinrich (1877–1958), Industrieller, Leiter der Benzol-Verband GmbH und der „Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung“ in Bochum. 44.

Ruschdi siehe Aras

Rust, Bernhard (1883–1945), Staatskommissar im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, geschäftsführender Minister, im April 1933 als Minister bestätigt, seit Ende April 1934 gleichzeitig Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, MdR, seit September 1933 preußischer Staatsrat. 124.

Sabanin, Andrej Vladimirovič (1887–1938), Leiter der Rechtsabteilung im NKID der UdSSR. 222.

Sachse, William, Leiter der Personalabteilung Derop seit April 1933, Hauptmann a.D. 72.

Sadoul, George (1904–1967), französischer Journalist und Filmkritiker, Sonderkorrespondent der Zeitung „Izvestija“. 216, 252, 336.

Sadovničaja, Ehefrau des deutschen Konsultssekretärs in Odessa Forner, vom NKVD verhaftet. 558.

Šajak, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 324.

Salomon, Ernst von (1902–1972), Schriftsteller. 324.

Sandler, Rickard Johannes (1884–1964), Außenminister Schwedens. 398, 405, 517.

Sarrault, Albert-Pierre (1872–1962), französischer Politiker, Kolonialminister bis September 1933, von September 1933 bis Januar 1934 Marineminister und gleichzeitig (Ende Oktober bis Ende November 1933) Ministerpräsident, von Februar bis Oktober 1934 Innenminister. 264.

Satler*, Leiter der Auslandsabteilung der Staatsbank der UdSSR. 478.

Saucken, Reinhold von (1889–1966), Leiter des Referats IV (Russland, Kaukasus, Ukraine, Randstaaten, Polen, Persien, Orient) in der Presseabteilung im AA, seit Oktober 1934 Generalkonsul in Memel, Legationsrat,

- seit April 1933 Legationsrat I. Kl. 41, 212, 381, 391, 416, 423.
- Šaulys, Jurgis** (1879–1948), Gesandter Litauens in Deutschland. 97, 443, 498, 541, 542.
- Savčenko, Grigorij Kos'mič** (1896–1941), Leiter der Ingenieurabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 355.
- Savigny, Friedrich Carl von** (1903–1944), persönlicher Referent von F. von Papen bis Juli 1934. 183.
- Schaal, Mitarbeiter des Deutschen Verbandes Maschinen- und Anlagebau.** 17.
- Schacht, Hjalmar** (1877–1970), Reichsbankpräsident seit März 1933 und gleichzeitig seit Ende Juli 1934 Reichswirtschaftsminister. 3, 4, 92, 146, 230, 321, 383, 410, 446, 466, 515, 517, 524, 528, 529, 537, 541, 542, 561.
- Schäffer, Fritz** (1888–1967), Vorsitzender der Bayrischen Volkspartei, stellvertretender bayrischer Finanzminister bis März 1933, am 26. Juni 1933 verhaftet, 1934 entlassen und danach als Rechtsanwalt tätig. 111.
- Schaetzel, Tadeusz** (1891–1971), Leiter der Ostabteilung des Polnischen Außenministeriums. 92.
- Schandert, Reichsdeutscher in der UdSSR.** 369.
- Schauke, Gerhard** (1889–?), Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Herausgeber der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“. 17, 144, 293, 317.
- Scheffer*, Ingenieur des Marty-Schiffsbauwerkes in Nikolaev, von der OGPU verhaftet.** 274.
- Scheffer, Paul** (1883–1963), Journalist, seit April 1934 Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“. 381, 416, 441, 462, 479, 486.
- Schefold, Willi, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.** 154.
- Schehr, John** (1896–1934), stellvertretender Vorsitzender der KPD, seit März 1933 Vorsitzender der KPD, im November 1933 von der Gestapo verhaftet, am 1. Januar 1934 erschossen, MdR. 381.
- Schikedanz, Arno** (1892–1945), Stabsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. 198, 205.
- Schiller, Friedrich, Literaturhistoriker, Teilnehmer des 1. Unionskongresses der sowjet-deutschen Schriftsteller in Moskau.** 417.
- Schiller, Otto** (1901–1970), landwirtschaftlicher Sachverständiger an der Deutschen Botschaft in der UdSSR. 182, 237, 342, 362, 376, 503.
- Schippel, Hans** (1880–1958), Reichstreuhänder für die Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) in Berlin, seit Juli 1933 Vorstandsmitglied der Dresdner Bank. 404.
- Schlageter, Albert Leo** (1894–1923), Freikorpsskämpfer. 381.
- Schleicher, Kurt von** (1882–1934), Reichskanzler von Anfang Dezember 1932 bis Ende Januar 1933, General d. Infanterie a.D., ermordet am 30. Juni 1934. 1, 2, 3, 4, 9, 18, 23, 40, 49, 66, 146, 149, 156, 478.
- Schleining, Theologe, Mitglied des Bundes der Auslandsdeutschen.** 135.
- Schlesinger, Moritz** (1886–1974), Mitarbeiter in der Referatgruppe Wirtschaft im AA, Leiter des Referats für wirtschaftliche Beziehungen zum Nahen Osten, seit Mai 1933 im Exil. 4, 9, 76, 324.
- Schlichting, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen.** 478.
- Schliep, Martin** (1891–1964), Mitarbeiter an der deutschen Gesandtschaft, seit Oktober 1934 an der Botschaft in Polen, Gesandtschaftsrat II. Kl. 172.
- Schmelt, Albrecht** (1899–1945), Polizeipräsident von Breslau seit Juli (?) 1934, MdR. 515.
- Schmelzer, deutscher Staatsangehöriger**

- ger, Kanzleibeamter bei der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, in Berlin verhaftet. 27.
- Schmid**, Carl Christian (1886–1955), Regierungspräsident von Düsseldorf, Staatssekretär a.D. 76.
- Schmidt**, Mitarbeiter der Benzol-Verband GmbH in Bochum. 44.
- Schmidt**, Axel (1888–1944), Volkswirt, Wiedereintritt in die Reichswehr als Ergänzungsoffizier im November 1934, Hauptmann. 312.
- Schmidt**, Paul, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 432, 459, 463, 469, 471, 478, 489.
- Schmidt**, Rudolf (1886–1957), Kommandeur der Offiziers-Lehrgänge an den Führungsgehilfenkursen, seit August 1934 Kommandeur des 13. (Württ.) Infanterie-Regiments in Ludwigsburg, Oberstleutnant, seit Oktober 1933 Oberst. 148.
- Schmitt**, Kurt (1886–1950), Generaldirektor der Allianz-Versicherungs-Gesellschaft, Ende Juni 1933 bis Ende Juli 1934 Reichswirtschaftsminister, danach Rückzug in die private Wirtschaft, preußischer Staatsrat seit September 1933. 133, 146, 155, 160, 197, 202, 219, 223, 230, 317, 318, 323, 431, 480.
- Schmückle**, Karl (1898–1938), Redakteur, Publizist und Übersetzer, Mitarbeiter der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller und der Zeitschrift „Internationale Literatur/Deutsche Blätter“. 417.
- Schnittmann siehe Šnitman
- Schönberg**, Fritz (1878–1968), Leiter des Referats Osten und Naher Osten in der Presseabteilung im AA seit September 1934, Konsul I. Kl. 522.
- Schönges***, Reichsdeutscher, Mitarbeiter der Firma Controll-Co. in Moskau. 274.
- Schönknecht**, Anna, Hausangestellte von Twardowskis, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 434, 459, 558.
- Scholl***, Hauptmann der Reichswehr. 148.
- Schrader**, Werner (1895–1944), Landesführer des Stahlhelms in Braunschweig. 65.
- Schrott siehe Šrot
- Schubert**, Pater in Odessa. 385.
- Schüttel**, Lothar (1893–1969), Leiter der „Zentrale Moskau“, Oberstleutnant a.D. 109, 210, 216.
- Schuh***, Beauftragter der Firma Krupp. 500.
- Schukowski siehe Žukovskij
- Schulenburg**, Bernhard Graf von der (1839–1902), Oberstleutnant, Vater von F. W. Graf von der Schulenburg. 518.
- Schulenburg** (geborene von Sobbe-Grimberg), Elisabeth-Therese Gräfin von der (1875–1955), geschiedene Ehefrau von F. W. Graf von der Schulenburg. 518.
- Schulenburg**, Friedrich Werner Graf von der (1875–1944), Gesandter Deutschlands in Rumänien bis August 1934, seit 3. Oktober 1934 Botschafter in der UdSSR. 451, 456, 457, 458, 459, 464, 469, 478, 507, 518, 519, 520, 523, 526, 533, 535, 537, 538, 542, 543, 546, 549, 550, 553, 555, 557, 558, 560, 563, 565.
- Schulenburg**, Werner von der (1881–1958), Schriftsteller, seit März 1933 im Büro von F. von Papen, seit 1934 im Exil. 518.
- Schulenburg-Kehnert**, Friedrich-Wilhelm Graf von der (1742–1815), preußischer Staatsmann, 1806 Stadtkommandant von Berlin, General der Kavallerie. 518.
- Schulz**, Wissenschaftler, Teilnehmer an einer Expedition in die Arktis im Rahmen des II. Internationalen Polarjahres 1932/33. 286.

- Schulz**, Reichsdeutscher, Lehrer, von der OGPU verhaftet. 385.
- Schwartz**, Edgar A., einer der Direktoren (?) der Firma Siemens. 355.
- Schwarz***, Beauftragter der Dresdner Bank. 95.
- Schwerin von Krosigk**, Johann Ludwig (Lutz) Graf (1887–1977), Reichsfinanzminister. 1, 2, 3, 26, 76, 410.
- Sebastian**, Georges (1903–1989), französischer Dirigent, Dirigent beim Großen Rundfunk-Symphonieorchester in Moskau bis 1934. 286.
- Seeckt**, Hans von (1866–1936), Generaloberst a.D. 64, 148, 149, 367.
- Seitz**, Franz (1887–1952), Filmregisseur. 400.
- Šejnin**, Grigorij Efimovič (1903–1939?), verantwortlicher Referent der 2. Westabteilung des NKID der UdSSR bis September 1933, seit September 1933 Vizekonsul, 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Österreich. 2, 3, 11, 15, 21, 35, 37, 39, 47, 49, 62, 67, 70, 71, 75, 87, 89, 91, 92, 94, 104, 105, 113, 114, 115, 119, 124, 130, 134, 149, 156, 166, 173.
- Seldte**, Franz (1882–1947), Bundesführer des Stahlhelms, Reichs- und preußischer Arbeitsminister und gleichzeitig seit März 1933 bis Juli 1934 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, MdR, SA-Obergruppenführer seit Ende Juli 1933. 4, 64, 65.
- Seljamaa**, Julius Friedrich (1883–1936), Gesandter Estlands in der UdSSR, seit Oktober 1933 Außenminister Estlands. 115, 487.
- Serganin**, sowjetischer Staatsbürger. 324.
- Sering**, Max (1857–1939), Agrarökonom, Leiter des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen (1934 aufgelöst), Vizepräsident der Internationalen Agrarkonferenz, Geheimrat. 376.
- Shakespeare**, William (1564–1616), englischer Dramatiker. 142.
- Sieber**, Referentin für Frauenfragen im Reichsinnenministerium. 391.
- Siebert**, Kriminalsekretär im Polizeipräsidium Frankfurt a. Main. 56.
- Silex**, Karl Heinrich (1896–1982), Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ seit Mai 1933. 462, 486.
- Šilo**, Vjačeslav Trofimovič (1888–1937), Gehilfe des Leiters der Protokollabteilung im NKID der UdSSR. 519.
- Simon**, John Allsebrook (1873–1954), Außenminister Großbritanniens. 50, 488.
- Sitkovskij** (Uel'son), Ippolit Konstantinovič (Isaak Izrailevič) (1903–1938), Literaturwissenschaftler, Redaktionsmitglied der Reihe „Literaturnoe nasledstvo“, seit September 1934 Leiter der TASS-Abteilung in Deutschland. 522.
- Škirjatov**, Matvej Fedorovič (1883–1954), Mitglied der CKK der VKP (B), Mitglied des Parteikollegiums der CKK und des Kollegiums des Volkskommissariats für Arbeiter- und Bauerninspektion der UdSSR, seit 1934 Sekretär des Parteikollegiums der KPK beim ZK der VKP (B). 16.
- Škirpa**, Kazys (1895–1979), Militärattaché an der Gesandtschaft Litauens in Deutschland, Oberst. 541.
- Skoblewski siehe Roze
- Skrzyński**, Aleksander (1892–1931), Außenminister (Dezember 1922 bis Mai 1923, Juli 1924 bis Mai 1926) und Ministerpräsident Polens (November 1925 bis Mai 1926). 94.
- Skvirskij**, Boris Evseevič (1887–1941), diplomatischer Vertreter des NKID der UdSSR in den USA, seit November 1933 Rat der Bevollmächtigten Vertretung in den USA, Geschäftsträger bis Anfang Januar 1934. 156.
- Slavuckij**, Michail Michajlovič (1898–

- 1943), Generalkonsul der UdSSR in Charbin. 371.
- Sluckij**, Abram Aronovič (1898–1938), Stellvertreter des Chefs der INO OGPU der UdSSR, seit Juli 1934 Stellvertreter des Chefs der INO GUGB des NKVD der UdSSR. 472.
- Smagin**, Vasilij Vasil'evič (1894–1938), stellvertretender Chef der 3. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit Juli 1933 Chef der Abteilung für auswärtige Verbindungen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit Juni 1934 zur Disposition der Verwaltung für die Führungskader der RKKA. 176, 191, 210, 216, 243, 300, 354, 459.
- Smetana**, Vladimír (1886–1946), Leiter der diplomatischen Vertretung der Tschechoslowakei in der UdSSR von August 1933 bis August 1934. 402.
- Smetanič**, Solomon Donovič (1896–1975), Generalkonsul der UdSSR in Königsberg bis Februar 1934. 29.
- Smetanič-Ragover**, Rozalija Naumovna (1898–1973), Beauftragte der VOKS in Ostpreußen bis Februar 1934, Ehefrau von S. D. Smetanič. 29.
- Smetona**, Antanas (1874–1944), Präsident Litauens. 352.
- Šmidt**, Otto Jul'evič (1891–1956), Wissenschaftler, Chefredakteur der Großen Sowjetenzyklopädie, Lehrstuhlinhaber an der Moskauer Staatlichen Universität, Leiter des Glavsevmorput', korrespondierendes Mitglied der Akademie für Wissenschaften der UdSSR. 436, 459.
- Smilga**, Ivar Tenisovič (1892–1937), Stellvertreter des Vorsitzenden des mittelasiatischen Gosplan (Taschkent), danach zur Disposition des ZK der VKP (B). 11.
- Smolin**, Vasilij Il'ič (1895–1938), Gehilfe des Chefs der 4. Abteilung der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit September 1934 Gehilfe des Stabschefs der 56. Moskauer Schützendivision. 110, 216.
- Šnitman**, Lev Aleksandrovič (1890–1938), Gehilfe des Militärattachés an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, seit Dezember 1934 Chef der Kontrollgruppe beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 38, 40, 56, 148, 216, 237, 383, 441.
- Sodenstern**, Georg von (1889–1955), Adjutant des Chefs des Truppenamtes, seit Oktober 1933 Chef der Heeres-Organisationsabteilung (T2) vom Truppenamt, Oberstleutnant, seit September 1934 Oberst. 148.
- Sokol'nikov** (Brilliant), Grigorij Jakovlevič (Girš Jankelevič) (1888–1939), Mitglied des Kollegiums des NKID der UdSSR, seit April 1933, Mai 1933 bis Mai 1934 Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, danach zur Disposition des ZK der VKP (B), Kandidat des ZK der VKP (B). 67, 155, 177, 270, 280, 329, 365, 375, 388, 393.
- Sokolnikow siehe Sokol'nikov
- Soldatov**, sowjetischer Staatsbürger. 56.
- Sommer**, Rudolf (1877–?), Konsul Deutschlands in Kiev, seit April 1933 Generalkonsul in Leningrad, Konsul I. Kl. 386.
- Sommerfeldt**, Martin Henry (1899–1969), Mitarbeiter in der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums seit Februar 1933, seit April 1933 bis Mai 1934 Leiter der Pressestelle, Oberregierungsrat, seit Juli 1934 Versetzung in den einstweiligen und im Oktober 1934 in den endgültigen Ruhestand. 198, 205.
- Sosenskij**, Adolf, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 42.
- Sosenskij**, Arno, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet. 42.

- Sovalov**, Aron Abramovič (1902–?), amtierender Leiter, danach Leiter des Sektors für Außenhandel des Gosplan der UdSSR. 268.
- Spalcke**, Karl (1891–1967), Russland-Referent in der Abteilung „Fremde Heere“ (T 3) im Reichswehrministerium seit April 1933, Hauptmann. 148.
- Šrot**, Adol’f Adol’fovič (1891–1938), Gehilfe des Chefs der Abteilung für auswärtige Verbindungen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA, seit Januar 1934 Bataillonskommandeur des 252. Schützenregiments. 98, 109, 112.
- Stalin** (Džugašvili), Iosif Vissarionovič (1878–1953), Generalsekretär des ZK der VKP (B). 2, 11, 16, 18, 45, 46, 48, 56, 61, 64, 68, 71, 98, 101, 105, 106, 119, 123, 124, 125, 141, 163, 166, 168, 171, 172, 175, 183, 185, 213, 219, 234, 235, 247, 249, 250, 251, 258, 260, 266, 267, 270, 274, 279, 282, 288, 289, 296, 311, 320, 321, 328, 333, 336, 339, 340, 343, 344, 349, 350, 351, 352, 359, 360, 361, 363, 364, 365, 367, 371, 382, 385, 386, 389, 395, 396, 401, 403, 416, 422, 439, 441, 446, 455, 456, 458, 471, 472, 476, 477, 480, 484, 493, 494, 495, 497, 501, 504, 505, 511, 512, 514, 516, 517, 536, 543, 544, 562, 564.
- Stavrovskij**, Leiter des Chemielabors im Il’ič-Hüttenkombinat in Mariupol’, von der OGPU verhaftet. 274.
- Stechele**, Georg, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 432.
- Stechow**, Johann (Jochen) von (1902–1969), Mitarbeiter in der Abteilung VI (Kultur) im AA, seit März 1933 im Referat Russland in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien), Legationssekretär. 423.
- Steckij**, Aleksej Ivanovič (1896–1938), Leiter der Abteilung für Kultur und Propaganda des Leninismus des ZK der VKP (B), seit August 1934 gleichzeitig Chefredakteur der Zeitschrift „Bol’ševik“, Mitglied des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B). 204, 255, 349, 371.
- Stein**, Günther, Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ in Moskau. 86.
- Stein**, Wilm (1890–1965), Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ in Moskau bis April 1933. 86.
- Stein zu Nord- und Ostheim**, Otto Freiherr von (1886–1984), Mitarbeiter in der Referatgruppe Wirtschaft im AA, Gesandtschaftsrat II. Kl., seit Mai 1934 Gesandtschaftsrat I. Kl. 154, 449.
- Steinhauer***, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 353.
- Steinmeyer**, Wilhelm, Referent in der Reichskanzlei, Regierungsrat. 139.
- Štejger**, Boris Sergeevič (1892–1937), Beauftragter des Kollegiums des Volkskommissariats für Volksbildung der RSFSR für auswärtige Verbindungen. 388.
- Štejnbrjuk**, Otto Ottovič (1892–1937), Chef der 3. Abteilung und Gehilfe des Chefs der INO OGPU der UdSSR, seit August 1934 Chef der 1. Abteilung der Verwaltung für Information und Statistik der RKKA, seit November 1934 Chef der 1. Abteilung (West) der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 515, 564.
- Stelzer**, Gerhard (1896–1965), Mitarbeiter in der Wirtschafts- und Kulturabteilung an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, Legationssekretär. 182, 187, 199, 309, 377, 397, 475.
- Stern siehe Štern, David
- Štern**, David Grigor’evič (1900–1937), Leiter der 2. Westabteilung im NKID der UdSSR. 2, 3, 4, 9, 11, 15, 21, 32, 35, 37, 39, 41, 47, 49, 50, 52, 59, 62, 67, 70, 71, 75, 79, 82, 87, 89, 91, 92, 93, 94, 96, 97, 104, 105, 112, 113,

- 114, 115, 117, 119, 122, 124, 130, 134, 138, 145, 152, 153, 157, 172, 173, 174, 177, 181, 183, 187, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 199, 205, 206, 207, 212, 218, 225, 234, 238, 242, 243, 244, 245, 246, 252, 253, 254, 255, 256, 259, 264, 267, 270, 273, 276, 278, 280, 282, 283, 285, 287, 288, 290, 291, 292, 296, 298, 300, 301, 306, 308, 312, 315, 328, 329, 330, 332, 339, 347, 352, 367, 368, 373, 375, 376, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 399, 402, 403, 405, 406, 407, 408, 411, 413, 419, 420, 423, 424, 427, 434, 436, 438, 441, 444, 448, 455, 456, 457, 458, 459, 463, 465, 467, 468, 472, 478, 480, 485, 487, 489, 506, 519, 552, 557, 558, 560, 563, 565.
- Štern**, Grigorij Michajlovič (1900–1941), Chef der Verwaltung des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR/ seit Juli 1934 des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR. 40.
- Stiedry**, Fritz (1883–1968), österreichischer Dirigent, Chefdirigent in Berlin 1933, danach im Exil in der UdSSR. 233.
- Stieve**, Friedrich (Fritz) (1884–1966), Leiter der Abteilung VI (Kultur), seit April 1933 gleichzeitig Leiter des Politischen Archivs (Abteilung I) im AA, Vortragender Legationsrat. 107.
- Stobbe**, Georg (1872–1937), Leiter des Kommissariats für das Flüchtlingswesen des Internationalen Nansenamtes für Flüchtlinge in Berlin bis Dezember 1933, Generalkonsul. 557, 558.
- Stock**, Mitarbeiter des Reichsnährstandes. 496.
- Stohrer**, von, Mitarbeiter im AA. 85, 118, 142.
- Stomanjakoff siehe Stomonjakov
- Stomonjakov**, Boris Spiridonovič (1882–1941), Mitglied des Kollegiums des NKID der UdSSR, seit Mai 1934 Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. 11, 47, 48, 62, 65, 91, 92, 96, 104, 105, 177, 270, 280, 289, 299, 327, 365, 373, 375, 388, 393, 395, 422, 434, 456, 457, 458, 459, 460, 464, 468, 471, 472, 476, 477, 478, 487, 489, 491, 498, 501, 506, 510, 511, 519, 520, 523, 549, 552, 557, 558, 560, 563.
- Stomonjakow siehe Stomonjakov
- Strang**, William (1893–1978), Botschaftsrat Großbritanniens in der UdSSR bis November 1933, danach Leiter der Völkerbundabteilung im britischen Außenministerium. 171.
- Strasser**, Otto (1897–1974), Gründer der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten „Schwarze Front“, seit 1933 im Exil. 35.
- Stresemann**, Gustav (1878–1929), Reichsaußenminister 1923 bis 1929. 92, 233, 349.
- Štrez***, Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Kiev. 385.
- Stühler***, Reichsdeutscher in der UdSSR. 413.
- Stülpnagel**, Carl-Heinrich von (1886–1944), Chef der Abteilung „Fremde Heere“ (T3) im Reichswehrministerium, Oberst. 109, 148, 210, 228, 237, 300.
- Sturm**, Mitarbeiter der Firma Control-Co. in Nikolaev, von der OGPU verhaftet. 274.
- Suchorukoff siehe Suchorukov
- Suchorukov**, Vasilij Timofeevič (1898–1988), Chef der Abteilung für auswärtige Verbindungen der IV. Verwaltung des Stabes der RKKA bis Juli 1933, seit Dezember 1933 Militärattaché in Lettland, seit Dezember 1934 Militärattaché in Bulgarien. 109, 112, 131, 163, 216, 243.
- Sud'in**, Sergej Kornil'evič (1894–1938), Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR, Mitglied der CKK der VKP (B), seit Februar 1934 Mitglied der Kommission

- für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR. 16, 56, 57.
- Šul'c**, Aleksandr Aleksandrovič (1906–1939), Angestellter der Konzession Drusag, Sohn des Portiers des Botschaftsrats von Twardowski, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 298.
- Šul'c**, Emma Aleksandrovna (1904–?), Hausfrau, Tochter des Portiers des Botschaftsrats von Twardowski, von der OGPU verhaftet und verurteilt. 298.
- Suric** (Karpova), Elizaveta Nikolaevna (1888–1964), Ehefrau von J. Z. Suric. 534.
- Suric**, Jakov Zacharovič (1882–1952), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Türkei, seit 26. Oktober 1934 (ernannt 11. Juni) Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Deutschland. 168, 171, 184, 433, 434, 445, 451, 456, 457, 469, 470, 478, 480, 488, 497, 501, 511, 517, 519, 520, 522, 523, 524, 525, 527, 529, 530, 532, 533, 534, 536, 539, 542, 543, 546, 547, 548, 552, 554, 555, 556, 561, 565.
- Suriz, Suritz siehe Suric
- Suškov**, Zachar Grigor'evič (1899–1938), Leiter der Auslandsabteilung des Volkskommissariats für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied des Kollegiums des NKTP. 191, 210, 310.
- Sutschkoff**, Sutschkow siehe Suškov
- Suvich**, Fulvio (1887–1980), Staatssekretär im Außenministerium Italiens. 468.
- Šverc**, Edgar Eduardovič (1876–?), estländischer Staatsbürger, Leiter der russischen Abteilung des deutschen Konzerns Gutehoffnungshütte in Berlin, von der OGPU verhaftet und verurteilt, aus der UdSSR ausgewiesen. 352, 463, 469, 489.
- Svetozarov**, Andrej P. (Pelchau, Heinrich), Leiter der russischen nationalen Befreiungsbewegung (ROND) bis September 1933. 97, 124, 125, 140.
- Svetosarow siehe Svetozarov
- Tamarin**, Anton Moiseevič (1884–1940), Mitglied des Kollegiums des NKVT, Vorstandsvorsitzender der AG Vostgosttorg, seit Mai 1934 Handelsvertreter der UdSSR in Polen. 48.
- Tanaka**, japanischer Konsul in Odessa. 385.
- Tancu***, rumänischer Staatsbürger, Leiter der Dampferzeugungsanlage im Il'ič-Hüttenkombinat in Mariupol, von der OGPU verhaftet. 385.
- Taneff siehe Tanev
- Tanev** (Hadžitanev), Wasil Konstantinov (1897–1941), bulgarischer kommunistischer Funktionär, Angeklagter im Reichstagsbrandprozess, freigesprochen, seit Ende Februar 1934 im Exil in der UdSSR. 377, 378, 379, 380, 381, 382.
- Tarasov**, Gavriil Aslanovič (?–1911), russischer Kaufmann und Unternehmer. 361.
- Tardieu**, André (1876–1945), Abgeordneter der Nationalversammlung Frankreichs, Februar bis November 1934 Staatsminister. 184, 364,
- Taubert**, Eberhard (1907–1976), Leiter der Rechtsabteilung der Gauleitung Großberlin, seit März 1933 Leiter der Abteilung Allgemeine Innenpolitik im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, seit August 1934 Leiter des Nibelungen-Verlages der „Antikomintern“ und gleichzeitig Leiter des Referats Anti-Komintern im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 496.
- Tauschitz**, Stephan (1889–1970), Gesandter Österreichs in Deutschland, Juli bis August 1934 Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt. 542.
- Temkin***, Leiter des Politsektors der

- Gebietsverwaltung für Ländereien im Gebiet Odessa. 170.
- Teschke**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Tevfik siehe Aras
- Tevosjan**, Ivan Tevadrosovič (1901–1958), Leiter der Allunionsvereinigung Specstal', bis Februar 1934 Mitglied der CKK der VKP (B). 310, 366, 500.
- Thälmann**, Ernst (1886–1944), Vorsitzender der KPD, seit März 1933 in Haft. 42, 83, 189, 201, 353, 360, 363, 364, 417, 519, 557.
- Thieme**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Thomas**, Georg (1890–1946), Chef des Stabes des Heeres-Waffenamt im Reichswehrministerium, seit 1934 Chef der Wehrwirtschafts- und Waffenwesen-Abteilung im Wehrmachtsamt des Reichswehrministeriums, Oberstleutnant, seit August 1934 Oberst. 98, 112.
- Thomsen**, Hans (1891–1968), außenpolitischer Referent in der Reichskanzlei, Ministerialrat. 128, 139, 164, 169, 370, 379.
- Thyssen**, Fritz (1873–1951), Großindustrieller, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG, seit Juli 1933 Mitglied des Generalrats der Wirtschaft, seit 1934 Aufsichtsratsvorsitzender der August Thyssen-Hütte AG, Preußischer Staatsrat seit Juli 1933, MdR seit November 1933. 95, 100.
- Tietjen**, Heinz (1881–1967), Generalintendant aller Preußischen Staatstheater. 341.
- Timm**, Gerbert Ottovič (1898–?), Leiter des Sektors für Zentraleuropa der VOKS bis 1934, danach im Exil. 6, 29.
- Tippelskirch**, Kurt von (1891–1957), Mitarbeiter in der Abteilung „Fremde Heere“ (T 3) im Reichswehrministerium, seit Oktober 1933 Kommandeur des III. Bataillons des 5. (Preußischen) Infanterie-Regiments, seit Oktober 1934 Kommandeur des Halb-Regiment Infanterie-Regiment Rostock, Major, seit Februar 1933 Oberstleutnant. 148.
- Tippelskirch**, Werner von (1891–1980), Mitarbeiter in der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, Legationsrat I. Kl. 27, 38, 51, 55, 57, 74, 76, 80, 82, 84, 85, 97, 99, 100, 101, 107, 118, 120, 142, 144, 145, 147, 154, 159, 173, 193, 194, 199, 200, 201, 202, 214, 221, 228, 238, 256, 263, 301, 303, 306, 333, 341, 343, 377, 426, 431, 452, 459, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 482, 487, 489, 496, 526, 530, 546, 550, 555, 558, 563.
- Točinskij**, Antonij Severinovič (1888–1969), Cheffingenieur der Hauptverwaltung für Hüttenindustrie des Volkskommissariats für Schwerindustrie der UdSSR. 366.
- Tofer**, Karl (1882–1942), Gesandter Estlands in der UdSSR. 14, 402
- Tolstoj**, Lev Nikolaevič (1828–1910), Schriftsteller. 98, 112.
- Toller**, Ernst (1893–1939), Schriftsteller. 233.
- Tomskij** (Efremov), Michail Pavlovič (1880–1936), Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, Leiter des Vereinigten Staatsverlages OGIZ, bis Februar 1934 Mitglied des ZK der VKP (B), danach Kandidat des ZK der VKP (B). 122.
- Torgler**, Ernst (1893–1963), Vorsitzender der KPD-Reichstagsfraktion, Mitangeklagter im Reichstagsbrandprozess, freigesprochen und danach in „Schutzhaft“ genommen. 42, 83, 189, 204.
- Tossinari**, Präsident der Generalkonferenz der faschistischen Grundbesitzer. 376.
- Trębicki**, Kazimierz, Sekretär an der

- Gesandtschaft/Botschaft Polens in Deutschland, Attaché. 299, 377.
- Trepov**, Dmitrij Fedorovič (1855-1906), Moskauer Oberpolizeimeister 1896 bis 1905. 18.
- Trettler**, Aleksandr Antonovič (1876–1938), Vertreter der deutsch-sowjetischen Gesellschaft „Kultur und Technik“ in Deutschland. 11, 33.
- Trifonov**, Valentin Andreevič (1888–1938), Vorsitzender des Hauptkonzessionskomitees beim SNK der UdSSR. 62, 181, 289.
- Trockij** (Bronštejn), Lev (Lejba) Davydovič (1879–1940), Staats- und Parteifunktionär, 1929 aus der UdSSR ausgewiesen. 184.
- Trojanovskij**, Aleksandr Antonovič (1882–1955), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Japan, seit April 1933 Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission beim SNK der UdSSR, seit Januar 1934 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in den USA. 268, 297, 340, 358.
- Tscherniak siehe Černjak
- Tschernobrowkin** siehe Černobrovkin
- Tuchačevskij**, Michail Nikolaevič (1893–1937), Stellvertreter des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten und des Vorsitzenden des RVS der UdSSR, Chef für Bewaffnung der RKKA, seit Juni 1934 Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR, seit November 1934 auch Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 8, 23, 34, 46, 87, 109, 110, 112, 195, 228, 243, 248, 273, 275, 515, 519.
- Tuchatschewski siehe Tuchačevskij
- Tverdynin**, Semen Abramovič (1901–1992), Berater in der Abteilung für Handelsverträge für die zentraleuropäischen Länder des Volkskommis-
- sariats für Außenhandel der UdSSR bis August 1934, danach politische Arbeit unter den österreichischen Schutzbund-Emigranten. 63, 111.
- Twain**, Mark (Clemens, Samuel Langhorne) (1835–1910), amerikanischer Schriftsteller. 142.
- Twardowski**, Fritz von (1890–1970), Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft in der UdSSR, in der ersten Hälfte 1933 zeitweilig Mitglied der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz in Genf. 4, 39, 90, 105, 143, 153, 155, 165, 166, 172, 173, 174, 177, 181, 182, 183, 185, 187, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 199, 200, 206, 207, 209, 210, 212, 215, 218, 221, 223, 224, 225, 227, 233, 234, 236, 237, 244, 245, 252, 253, 254, 256, 262, 264, 267, 271, 273, 275, 276, 278, 279, 280, 283, 285, 290, 292, 296, 298, 301, 306, 308, 325, 328, 342, 344, 352, 356, 362, 365, 371, 388, 397, 426, 434, 436, 440, 456, 457, 459, 460, 463, 464, 465, 467, 468, 471, 472, 475, 478, 483, 487, 489, 490, 491, 492, 497, 499, 501, 503, 510, 511, 519, 555, 558, 560, 563, 565.
- Twardowski**, Gerda von (1915–?), Tochter von F. v. Twardowski. 292, 464.
- Twardowski**, Gertrud von, Ehefrau von F. v. Twardowski. 292, 342, 464.
- Twardowski**, Heinz von (1916–?), Sohn von F. v. Twardowski. 464.
- Twardowski**, Klaus von (1918–?), Sohn von F. v. Twardowski. 464.
- Ucicky**, Gustav (1899–1961), österreichischer Filmregisseur. 307.
- Ufert**, Reichsdeutscher, Ingenieur. 369.
- Ulrich**, Robert (1888–1952), Mitarbeiter in der Referatgruppe Wirtschaft im AA, Vortragender Legationsrat. 167.
- Ul'rich**, Vasilij Vasil'evič (1889–1951), Vorsitzender des Militärkollegiums

des Obersten Gerichtes der UdSSR. 509.

Umanskij, Konstantin Aleksandrovič (1902–1945), Leiter der Presse- und Informationsabteilung im NKID der UdSSR. 41, 70, 212, 224, 242.

Ungewitter, Claus (1890–1946), Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Chemieindustrie. 423.

Unšlicht, Iosif Stanislavovič (1879–1938), Chef der Hauptverwaltung der Zivilluftflotte, Kandidat des ZK der VKP (B). 486.

Unverfehrt, Willy (1895–1968), Mitarbeiter im AA bis Juli 1933, August 1933 bis Oktober 1934 Abordnung in das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Regierungsrat seit Oktober 1933, seit Oktober 1934 an der Gesandtschaft in Abessinien, Legationssekretär. 303.

Urickij, Semen Petrovič (1895–1938), Kommandeur des 13. Schützenkorps der RKKa, Dezember 1932 bis Juli 1933 an dem Führungsgehilfenkurs der Reichswehr in Deutschland, seit Januar 1934 stellvertretender Chef der Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung der RKKa, seit November 1934 stellvertretender Chef der Panzertruppenverwaltung der RKKa. 148.

V. siehe Vorošilov

Vajnštejn, Grigorij (Gdali) Isaakovič (1880–?), diplomatischer Vertreter des NKID der UdSSR in Leningrad und im Leningrader Gebiet. 70, 386.

Vannikov, Boris L'vovič (1897–1962), Direktor der Waffenfabrik in Tula. 98.

Vašadze, Galaktion Sačinovič (1880–1937), Mitarbeiter des Konzessionskomitees der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. 369.

Vavilov, Nikolaj Ivanovič (1887–1943), Direktor des Instituts für Pflanzen-

züchtung und gleichzeitig Direktor des Instituts für Genetik an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Präsident der Lenin-Landwirtschaftsakademie. 376, 403.

Veger, Evgenij Il'ič (1899–1937), 1. Sekretär des Gebietspartei Komitees der VKP (B) in Odessa, seit Februar 1934 Kandidat des ZK der VKP (B). 170.

Veit, Beauftragter der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. 17.

Vejcer, Israil' Jakovlevič (1889–1938), Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland und gleichzeitig Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel, Vorsitzender des Aufsichtsrates der AG Derutra, seit Ende Juli 1934 Volkskommissar für Innenhandel der UdSSR. 3, 9, 16, 39, 56, 57, 63, 68, 82, 95, 97, 103, 106, 111, 144, 154, 155, 160, 197, 200, 202, 219, 223, 230, 231, 267, 277, 287, 296, 305, 317, 318, 323, 326, 329, 345, 346, 361, 365, 368, 382, 387, 388, 394, 396, 402, 404, 405, 407, 408, 421, 429, 431, 436, 444, 447, 449, 450, 454, 455, 459, 463, 469, 473, 480, 500, 504, 541, 548.

Vencov-Kranc, Semen Ivanovič (1897–1937), Chef des Stabes des Moskauer Militärbezirkes bis März 1933, März bis Mai 1933 Chef der Verwaltung des Volkskommissariats für Heeres- und Marineangelegenheiten und des Revolutionären Militärrats der UdSSR, seit Mai 1933 Militärattaché der UdSSR in Frankreich. 480.

Vetter*, einer der Direktoren der Deruluft. 346.

Viktorov, Michail Vladimirovič (1893–1938), Befehlshaber der sowjetischen Pazifikflotte. 338.

Vinogradov, Boris Dmitrievič (1903–1938), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland und gleichzeitig Leiter

- der Presseabteilung bis Dezember 1934, Mitarbeiter der Residentur der INO OGPU/NKVD, danach Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Rumänien. 4, 5, 27, 38, 66, 148, 149, 156, 198, 205, 207, 242, 263, 264, 299, 318, 330, 381, 391, 392, 428, 462, 463, 466, 467, 468, 469, 479, 522, 525.
- Vinogradow** siehe Vinogradov
- Vinter**, Aleksandr Vasil'evič (1878–1958), Leiter der Hauptverwaltung für Energiewirtschaft und Stellvertreter des Volkskommissars für Schwerindustrie der UdSSR bis 1934, seit 1934 Leiter der Hauptverwaltung für Bau und Montage von Wasserkraftwerken im NKTP, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 11, 558, 565.
- Vize**, Vladimir Jul'evič (1886–1954), Polarforscher, Mitarbeiter des Arktischen Instituts in Leningrad, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 558, 565.
- Völckers**, Hans Hermann (1886–1977), Leiter des Ministerbüros im AA, seit November 1933 an der Botschaft Deutschlands in Spanien, Gesandtschaftsrat I. Kl., seit Juli 1933 Vortragender Legationsrat, seit Oktober 1933 Botschaftsrat. 19, 27, 51, 54, 76, 90, 159, 179, 208, 219, 228, 245, 275.
- Völsch**, August, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Vogt**, Oskar (1870–1959), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin bis Dezember 1934. 324.
- Vojkov**, Petr Lazarevič (1888–1927), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Polen (1924–1927). 94.
- Vol'fson**, Fridman Iosifovič (1886–1952), Leiter der Rechtsabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 56, 436, 444.
- Volgin**, Vjačeslav Petrovič (1879–1962), Historiker, ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademienmitglied. 201.
- Volkmann**, Reichsdeutsche, von der OGPU verhaftet. 432.
- Volkova-Sapier** (Bob), Ol'ga Emil'evna (1894–?), Schneiderin, ehemalige deutsche Staatsangehörige, von der OGPU im März 1933 verhaftet und verurteilt. 177, 189, 558.
- Vollard-Bockelberg**, Alfred von (1874–1945), Chef des Heereswaffenamtes im Reichswehrministerium bis Dezember 1933, Generalleutnant, seit Oktober 1933 General der Artillerie, seit Januar 1934 im Ruhestand, seit 1934 Mitglied des Vorstandes der Braunkohle-Benzin AG. 46, 60, 87, 88, 89, 90, 94, 98, 105, 112, 243, 275.
- Vol'ynskij**, Moisej Jakovlevič (1893–1938), Stellvertreter des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland, Leiter der Niederlassung der Handelsvertretung in Hamburg, Generaldirektor der AG Derutra. 39.
- Vol'ynskij**, Samuil Grigor'evič (1903–1939), Gehilfe des Chefs der 1. Abteilung der Sonderabteilung der OGPU der UdSSR, seit Juli 1934 in der Sonderabteilung GUGB des NKVD der UdSSR. 292.
- Vorošilov**, Kliment Efremovič (1881–1969), Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten der UdSSR und Vorsitzender des RVS der UdSSR, seit Juni 1934 Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR und seit November 1934 Vorsitzender des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 8, 23, 34, 40, 46, 49, 68, 89, 90, 93, 94, 98, 105, 106, 109, 110, 112, 125, 163, 168, 175, 176, 178, 183, 210, 211, 216, 228, 229, 232, 237, 243, 248, 257, 270, 282, 288, 292, 296, 311, 335, 338, 343, 354, 361, 382, 388, 395, 408, 415, 434,

- 458, 459, 464, 472, 495, 497, 501, 511, 526, 543, 551, 562, 564.
- Vorošilova** (Gorbman), Ekaterina (Golda) Davidovna (1887–1959), stellvertretende Direktorin des Lenin-Museums, Ehefrau von K. E. Vorošilov. 464.
- Vul'**, Leonid Davidovič (1899–1938), kommissarischer Chef der Verwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz in Moskau, seit März 1933 Chef der Verwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz in Moskau und Gehilfe des Beauftragten der OGPU in Moskauer Gebiet. 371.
- Vyšinskij**, Andrej Januar'evič (1883–1954), Generalstaatsanwalt der RSFSR und gleichzeitig Stellvertreter des Volkskommissars für Justiz der RSFSR, seit Juni 1933 stellvertretender Staatsanwalt der UdSSR. 367.
- Wagener**, Otto (1888–1971), Wirtschaftsberater Hitlers, Ende April 1933 bis Ende Juni 1933 Reichskommissar für die Wirtschaft, MdR, SA-Gruppenführer. 101, 106, 144, 146, 149, 155.
- Wallach siehe Litvinov
- Walther**, Karl Heinrich (1881–1953), Generalkonsul Deutschlands in Char'kov. 98, 112, 142, 385.
- Warmbold**, Hermann (1876–1976), Reichswirtschaftsminister von Juni 1932 bis Januar 1933. 3, 4, 9, 26.
- Waschadse siehe Vašadze
- Wasserbäck**, Erwin (1896–1938), Presseattaché an der Gesandtschaft Österreichs in Deutschland bis Juni 1933, danach aus Deutschland ausgewiesen. 169.
- Wedel**, Elka Gräfin von (1913–1987), Nichte von H. v. Dirksen. 342, 464.
- Wehrmann**, Reichsdeutscher, Ingenieur, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 379, 385, 388, 390, 394, 558.
- Wehrmann**, Viktor, Reichsdeutscher, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 388, 459, 558.
- Weigelt**, Kurt (1884–1968), stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Lufthansa AG, Vorsitzender des Luftverkehrausschusses der Internationalen Handelskammer, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank. 122.
- Weimert**, Richard (1900–1960), Betriebsleiter der Konzession Drusag. 181, 187.
- Weinzett(e)l**, Josef (1897–?), österreichischer Staatsbürger, Gehilfe des Leiters der Zweigstelle von Control-Co. in Mariupol, von der OGPU verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 274, 385, 390.
- Weizer siehe Vejcer
- Wessel**, Horst (1907–1930), SA-Sturmführer. 371, 372, 381, 399.
- White**, John Campbell (1884–1967), Botschaftsrat der USA in Deutschland. 467, 541.
- Wiegand**, Karl Henry von (1874–1961), amerikanischer Journalist. 149, 269.
- Wieland**, Walther, Mitglied des Aufsichtsrates der Derop. 69, 72, 74, 84, 99.
- Wienstein**, Richard (1892–1937), ständiger Stellvertreter des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Ministerialrat. 140, 370, 379.
- Wiktorow siehe Viktorov
- Wimpfheimer***, Rechtsanwalt. 56.
- Winkler**, Martin (1893–1982), Professor für Osteuropäische Geschichte und Direktor der Historischen Abteilung des Russlandinstitutes in Königsberg bis Dezember 1934. 29, 324.
- Winter**, Hans Erich (1894–?), Staatskommissar der Sächsischen Staatskanzlei März bis Oktober 1933, danach Hauptabteilungsleiter C (zwischenvölkische Bauern- und Land-

- wirtschaftsfragen) im Stabsamt des Reichsbauernführers. 468, 524.
- Winterfeldt-Menkin**, Joachim von (1865–1945), Präsident des Deutschen Roten Kreuzes bis Mai 1933, danach Ehrenpräsident. 139.
- Wittenberg***, Mitglied der KPD. 97.
- Wittersheim von**, Vorstandsmitglied der Derop, seit März 1934 deutscher Direktor der Derop. 469, 480.
- Wittfogel**, Karl August (1896–1988), Soziologe und Sinologe, 1933 in Deutschland verhaftet, seit 1934 im Exil in Großbritannien, danach in die USA. 189.
- Woelcken**, Hermann Kurt (1904–1992), Geophysiker, Meteorologe, Teilnehmer an einer Expedition in die Arktis im Rahmen des II. Internationalen Polarjahres 1932/33, seit 1934 im deutschen Seewetterdienst. 286.
- Wolf**, Friedrich (1888–1953), Schriftsteller, 1933 Exil in der UdSSR. 417.
- Wolff**, Otto (1881–1940), Industrieller. 56, 155, 297, 398, 429, 559.
- Woroschiloff, Woroschilow siehe Vorošilov
- Wuolijoki**, Hugo Robert Wäino (1872–1947), Gesandter Finnlands in Deutschland, danach Botschafter in Norwegen. 9, 83.
- Wuorimaa** (Blomberg), Aarne Artur (1892–1975), Gesandter Finnlands in Deutschland seit 1933. 363.
- Wysocki**, Alfred (1873–1959), Gesandter Polens in Deutschland bis Juli 1933, danach Botschafter in Italien. 9, 104, 146, 156.
- Ybarnégaray**, Jean (1883–1956), Abgeordneter der Nationalversammlung Frankreichs, Vize-Präsident der Organisation „Croix de Feu“. 410.
- Yen Hui-ching** (1877–1950), Botschafter Chinas in der UdSSR seit März 1933. 26.
- Yorck von Wartenburg**, Ludwig Graf (1759–1830), preußischer Generalfeldmarschall. 66.
- Yoshizawa**, Kenkichi (1874–1965), Außenminister Japans von Dezember 1931 bis Mai 1932. 334.
- Yrjö-Koskinen**, Aarno (1885–1951), Botschafter Finnlands in der UdSSR. 115.
- Zaleski**, August (1883–1972), Außenminister Polens von 1926 bis 1932, Senator. 94.
- Zaunius**, Dovas (1892–1940), Außenminister Litauens bis Juni 1934. 352.
- Zawadzki**, Władysław Marian (1885–1939), Finanzminister Polens. 146.
- Ždanov**, Andrej Aleksandrovič (1896–1948), Sekretär des Gebietspartei Komitees der VKP (B) in Gor'kij, Mitglied des ZK der VKP (B), seit Februar 1934 Sekretär des ZK der VKP (B) und Mitglied des Orgbüros, seit Dezember 1934 gleichzeitig Sekretär des Gebiets- und Stadtpartei Komitees der VKP (B) von Leningrad. 502, 511, 512, 514.
- Zechlin**, Erich (1883–1954), Gesandter Deutschlands in Litauen seit Februar 1933, Vortragender Legationsrat. 352.
- Zehrt**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 369.
- Zeiler**, Alois (1868–1966), Reichsgerichtsrat am Reichsgericht in Leipzig. 302.
- Zeiss**, Heinz (1888–1949), außerordentlicher Professor für Hygiene in Hamburg, seit November 1933 außerordentlicher Professor an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin und stellvertretender Direktor des Hygieneinstituts der Berliner Universität. 436.
- Zetkin**, Clara (1857–1933), Funktionärin der KPD und der Komintern, MdR. 124, 125, 138, 141, 369.
- Zinov'ev** (Radomysl'skij), Grigorij Evseevič (Evsej-Geršon Aronovič)

(1883–1936), führender Funktionär der bolschewistischen Partei und der Komintern, Ende 1932 bis 1933 Verbannung nach Kustanai (Kasachstan), seit Dezember 1933 Mitarbeiter des Zentralverbands der Konsumgenossenschaft der UdSSR, April bis Juli 1934 Mitglied des Redaktionskollegium der Zeitschrift „Bolševik“, im Dezember 1934 vom NKVD verhaftet. 64, 489.

Zjuz'-Jakovenko, Jakov Ivanovič (1892–1942), Militärattaché an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland bis Februar 1933, danach Chef des Stabes des Leningrader Militärbezirks. 243, 300, 354.

Žoltovskij, Ivan Vladislavovič (1867–1959), russischer Architekt. 361.

Žukov, Ivan Pavlovič (1889–1937), Leiter der Hauptverwaltung für Elektro-

und Kesselturbinenindustrie (Glavenergoprom) und Stellvertreter des Volkskommissars für Schwerindustrie der UdSSR, seit Juni 1933 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Nachrichtenwesen der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 34.

Žukovskij, Semen Borisovič (1896–1940), Stellvertreter des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland bis Juni 1933, bis März 1934 Mitglied des Kollegiums des NKVT, seit Juni 1933 Stellvertreter des Leiters der Importverwaltung des NKVT der UdSSR, seit Februar 1934 Mitglied der KPK beim ZK der VKP (B), Leiter der Gruppe für Außenhandelsbeziehungen der KPK. 39, 144.

Zypin siehe Cypin

Zysko, Pater, von der OGPU verhaftet. 385.

VIII. Sachregister

Die angegebenen Ziffern beziehen sich auf die Dokumentennummern, die Stichwörter auf den Dokumententext und nicht auf die Ausführungen im Anmerkungsapparat.

Außenpolitische Grundlinien

- Deutschlands 1, 2, 7, 8, 14, 18, 53, 57, 65, 66, 79, 85, 94, 103, 104, 105, 112, 121, 130, 146, 150, 156, 158, 159, 166, 177, 198, 216, 322, 324, 333, 357, 363, 365, 402, 405, 410, 428, 434, 439, 457, 456, 507, 516, 543.
- der Sowjetunion 18, 30, 54, 85, 92, 105, 159, 166, 186, 201, 243, 312, 325, 328, 331, 333, 334, 350, 352, 361, 365, 428, 430, 456, 543.
- – Definition des Angreifers (Londoner Pakte) 12, 59, 85, 92, 177, 446, 481, 486, 487, 497, 513, 543.

Außenpolitisches Amt der NSDAP 53, 94, 97, 102, 104, 106, 112, 121, 149, 166, 177, 185, 198, 205, 207, 233, 315, 324, 330, 333, 346, 363, 371, 383, 385, 416, 507.

Baltischer Pakt 342, 343, 352, 360, 364, 365, 395, 407, 408, 409, 412, 415, 416, 419, 420, 422, 424, 426, 428, 434, 445, 446, 461, 462, 467, 468, 470, 479, 481, 487, 501, 513, 520, 527, 533, 546.

Berichte des deutschen Militärattachés und seiner Gehilfen 109, 131, 191, 210, 216, 243, 300, 311, 334, 338, 535, 545.

Berliner Vertrag; Ratifizierung des Verlängerungsprotokolls 12, 14, 18, 20, 28, 30, 37, 39, 43, 50, 54, 55, 59, 60, 64, 66, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 85, 87, 88, 90, 92, 94, 97, 101, 105, 115, 120, 146, 148, 149, 172, 179, 184, 198, 272, 281, 316, 324, 328, 331, 335, 409, 415, 420, 422, 424, 446, 462.

Beziehungen zu Drittstaaten

- deutsch-französische 12, 20, 30, 102, 149, 156, 186, 243, 300, 357, 466, 481.

- deutsch-italienische 20, 66, 149, 410, 469, 517, 547.
- deutsch-japanische 253, 405, 517.
- deutsch-polnische 66, 77, 104, 120, 156, 159, 177, 300, 304, 319, 333, 334, 337, 349, 352, 357, 364, 446, 481, 487, 497, 517, 527, 535, 539, 543, 545.
- – „Korridor“ 64, 85, 146, 156, 172, 273, 292, 300, 321, 325, 333, 349, 352, 428, 458, 545.
- französisch-polnische 85, 87, 94, 156, 333, 349, 536.
- sowjetisch-amerikanische 50, 66, 156, 186, 269, 270, 296, 300, 313, 321, 333, 334, 470, 539, 560.
- sowjetisch-englische 35, 64, 66, 77, 92, 118, 130, 166, 313, 344, 365, 421.
- sowjetisch-französische 12, 13, 18, 20, 28, 30, 41, 64, 66, 87, 92, 94, 102, 105, 106, 109, 146, 156, 172, 186, 191, 210, 211, 216, 228, 269, 273, 313, 315, 325, 331, 334, 350, 351, 364, 445, 446, 458, 481, 483, 499, 517, 525, 535, 539, 542, 547, 555.
- sowjetisch-polnische 5, 18, 30, 66, 120, 211, 243, 292, 313, 360, 393, 409, 415, 420.

Controll-Co. GmbH 274, 292, 339, 352, 361, 364, 367, 368, 375, 382, 384, 385, 386, 388, 394, 416.

Dollar-Konflikt 200, 267, 276, 277, 278, 279, 280, 283, 284, 285, 287, 288, 290, 295, 296, 301, 302, 304, 305, 306, 308, 315, 316, 317, 323, 324, 326, 332, 346, 363, 368, 382, 387, 394, 401, 404, 405, 416, 436, 444, 455, 469.

Derop 16, 21, 30, 32, 33, 36, 41, 42, 44, 49, 50, 51, 53, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 72, 73, 74, 76, 77, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 88, 89, 90, 93, 94, 95, 97, 99, 100, 102, 103, 105, 111, 129,

132, 135, 147, 160, 181, 182, 197, 198, 199, 202, 214, 276, 318, 324, 389, 406, 421, 469, 480, 517, 524, 528, 529, 537, 541.

Derunapht 16, 56, 67, 72, 73, 74, 76, 82, 83, 84, 88, 318, 324, 537.

Deruluft 93, 122, 346, 382, 519.

Derutra 76, 97, 188, 305, 324, 537.

Drusag 32, 62, 175, 181, 182, 187, 233, 237, 276, 289, 342.

Emigranten

- in Deutschland 30, 39, 64, 83, 92, 97, 102, 125, 132, 135, 140, 158, 164, 179, 315, 333, 346, 358, 364, 383, 408, 416, 440, 446, 483, 489, 539.
- – Organisation Rond 97, 102, 132, 135, 140, 146, 149, 151, 156, 158, 164, 165, 179, 218, 324, 440.
- in der Sowjetunion 124, 125, 369, 408, 417, 521, 522.

Geheimes Staatspolizeiamt 218, 233, 237, 261, 370, 379, 528.

GPU, INO OGPU 16, 50, 91, 93, 94, 98, 222, 274, 292, 369, 379, 385, 397, 471, 472.

Handel, allgemein → *Wirtschaft* 16, 30, 35, 36, 44, 48, 49, 50, 56, 59, 61, 63, 64, 66, 67, 72, 76, 79, 88, 103, 105, 108, 111, 130, 133, 144, 146, 147, 154, 160, 187, 188, 207, 230, 231, 237, 267, 278, 279, 284, 287, 296, 297, 302, 305, 318, 321, 322, 324, 329, 330, 332, 333, 355, 369, 387, 389, 396, 397, 421, 430, 443, 444, 447, 449, 454, 480, 502, 507, 532, 540, 541, 562.

- Ex- und Import 63, 64, 79, 103, 111, 133, 147, 160, 207, 214, 230, 231, 267, 297, 301, 333, 421, 502.
- Handelsbilanz/Zahlungsbilanz 3, 63, 72, 103, 108, 147, 159, 160, 197, 207, 214, 231, 267, 312, 313, 318, 333, 335, 362, 404, 449, 454, 455, 473.
- Verhandlungen zum Handelsvertrag 91, 160, 171, 266, 346, 383, 405, 472, 528.
- Zollpolitik 26, 63, 64, 76, 88, 111,

135, 146, 147, 160, 188, 197, 202, 231, 297, 305, 324.

Hugenberg-Memorandum 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 126, 127, 130, 132, 135, 136, 137, 146, 156, 166, 167, 172, 174, 179, 185, 198, 233, 243, 273, 275, 312, 316, 322, 333, 352.

Journalistenkonflikt → *Reichstagsbrand* 22, 38, 39, 208, 212, 213, 217, 218, 219, 220, 221, 223, 224, 225, 230, 231, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 249, 258, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 269, 270, 272, 273, 304, 312, 324, 410, 428.

Kampagnen in Deutschland

- „Brüder in Not“ 107, 128, 139, 170, 179, 182, 201, 314, 333, 364, 417, 421, 464, 474, 484, 485, 487, 489.
- Geldsammlungen, Spenden 134, 135, 157, 170, 324, 406, 476.
- Hunger 135, 136, 138, 139, 141, 145, 146, 148, 150, 157, 166, 169, 177, 197, 198, 304, 318, 324, 406, 416.
- Päckchen 134, 157, 170, 324, 484, 487, 489.
- Überweisungen 157, 170, 406, 442, 448, 476, 484, 487.

Kellogg-Pakt 30, 54, 94, 186.

Kommunismus

- Bekämpfung 13, 14, 18, 20, 28, 30, 40, 42, 60, 65, 66, 73, 78, 85, 158, 159, 186, 198, 269, 281, 300, 312, 333, 337, 353, 357, 358, 360, 363, 364, 371, 372, 379, 410, 430, 440, 443, 446, 481, 496, 499, 523, 543.
- Komintern 9, 28, 64, 92, 118, 124, 134, 159, 198, 315, 333, 357, 408, 409, 483, 492, 507, 517.
- KPD 2, 5, 8, 9, 28, 39, 55, 59, 60, 61, 65, 66, 79, 118, 124, 125, 146, 159, 180, 186, 204, 304, 339, 353, 363, 408, 417.
- Bolschewismus 8, 30, 58, 66, 179, 234, 269, 300, 312, 314, 337, 410, 428, 446, 499, 523, 543.

Konzentrationslager 292, 324, 353, 402, 487, 522.

Kredit(-abkommen) 50, 69, 133, 144, 154, 200, 266, 214, 279, 287, 329, 398, 403, 405, 446, 454, 473, 480, 504, 527, 532, 540, 541, 542, 559.

– Pjatakow-Abkommen, erstes und zweites 17, 144, 277, 279, 287, 294, 312, 324, 329, 404, 450, 480.

– Prolongierung, Stundung 3, 17, 39, 144, 147, 154, 155, 396, 403, 405, 447, 449, 453, 455, 541.

– Revolverkredit 101.

– Überbrückungskredit 17, 30, 78, 108, 133, 144, 231, 272, 293, 294, 313, 345, 369, 387, 396, 421, 449.

– Wechselgeschäfte 17, 69, 144, 154, 200, 267, 277, 278, 279, 280, 283, 287, 288, 289, 290, 294, 296, 302, 308, 315, 324, 345, 363, 387, 401, 404, 429, 435, 436, 446, 447, 449, 453, 455, 473, 480, 541.

– 200-Millionen-Kredit 26, 436, 446, 447, 449, 450, 454, 455, 469, 473, 480, 493, 494, 514, 517, 537, 541, 544, 546, 548, 551, 552, 553, 559, 561, 562.

Kultur 29, 36, 87, 173, 196, 201, 226, 246, 286, 303, 320, 324, 327, 331, 333, 341, 343, 397, 446, 459, 477, 497, 521, 558, 565.

– Ausstellungen 29, 134, 135, 142, 166, 201, 286, 303, 324, 341, 416, 427, 475, 478, 496.

– deutsche technische Woche/sowjetische technische Woche 11.

– Film 142, 307, 314, 324, 356, 369, 381, 399, 400, 425, 438, 446, 475, 519.

– Gesellschaft der Freunde des neuen Russland 6, 324.

– Gesellschaft „Kultur und Technik“ 11, 327, 477.

– Theater 201, 286, 303, 341, 381, 397, 399, 400, 414.

– VOKS 6, 29, 246, 477, 521.

– Vorträge 11, 29, 113, 201, 324, 330, 376, 397, 417, 477, 558, 565.

Litvinov-Protokoll 94, 186.

Locarno 223, 252, 315, 322, 349, 364, 422, 464, 469, 481, 482, 486, 498, 508, 513, 536, 542.

– Ost-Locarno-Idee 349, 410, 456, 462, 464, 469, 479, 498, 501, 527, 542.

Luftfahrt 79, 83, 92, 93, 94, 100, 106, 143, 280, 292, 434, 441, 486.

Luftflotte 30, 34, 112, 195, 210, 216, 218, 232, 248, 275, 300, 304, 334, 337, 388, 405, 495, 517, 535, 543, 545.

Militärische Zusammenarbeit 34, 49, 98, 105, 109, 110, 112, 148, 159, 161, 163, 176, 178, 180, 183, 191, 210, 211, 216, 228, 229, 232, 248, 271, 300, 331, 334, 338, 354, 519, 535, 545.

Nachrichtendienstliche Materialien

– sowjetische 8, 22, 109, 112, 211, 233, 243, 311, 495, 515, 543, 564.

– deutsche 233 → *Berichte des deutschen Militärattachés*.

Nichtangriffspakte, allgemein 18, 59, 132, 135, 159, 165, 186, 219, 300, 322, 334, 352, 428, 446, 458, 464, 466, 467, 468, 469, 480, 481, 501, 508, 510, 513, 527, 535, 536, 545.

– deutsch-polnische Nichtangriffsdeklaration 304, 349.

– sowjetisch-französischer 12, 18, 105, 109, 172, 210, 322.

– sowjetisch-polnischer 5, 12, 18, 94, 105, 149, 172, 304, 315, 322, 343, 352, 382, 536, 545.

– der UdSSR mit Lettland, Litauen und Estland 407, 413.

Niederlassungsabkommen 27, 32, 89, 91, 94, 171, 298, 324, 369, 413, 432, 441, 459.

Ostpakt 159, 169, 210, 357, 458, 460, 461, 462, 464, 465, 466, 467, 469, 479, 480, 481, 482, 486, 487, 488, 492, 497, 498, 501, 508, 510, 511, 513, 514, 515, 516, 517, 520, 527, 533, 535, 536, 542, 546, 547, 554, 555, 556.

Papen-Affäre 18, 174, 177, 180, 183, 192, 193, 194, 216, 243, 273, 333, 346.

Politbüro des ZK der VKP(B)

- Beschlüsse 45, 48, 68, 175, 195, 204, 217, 224, 279, 320, 473, 484, 501, 551.
- Schreiben/Berichte 45, 46, 64, 101, 123, 141, 146, 171, 189, 195, 224, 274, 279, 282, 289, 320, 349, 395, 422, 439, 471, 472, 476, 477, 484, 501, 502, 509, 512, 536.
- Stalin, an ihn gerichtete Berichte, Schreiben, Telegramme, Vorlagen 45, 46, 48, 61, 101, 123, 141, 171, 213, 235, 247, 250, 251, 258, 260, 274, 279, 282, 320, 349, 385, 389, 395, 396, 422, 439, 471, 472, 476, 477, 484, 493, 494, 504, 505, 512, 514, 516, 536.

Rat der Volkskommissare der UdSSR

- 11, 12, 13, 14, 28, 30, 51, 54, 55, 58, 63, 69, 73, 77, 85, 88, 90, 91, 108, 116, 118, 120, 124, 125, 159, 164, 172, 174, 179, 182, 185, 186, 193, 194, 209, 214, 222, 225, 231, 234, 245, 253, 256, 267, 272, 274, 275, 297, 313, 316, 317, 333, 337, 343, 364, 369, 396, 397, 401, 420, 421, 430, 440, 446, 447, 452, 461, 481, 492, 543.

Regierung Hitler

- 2, 3, 4, 11, 15, 23, 24, 40, 42, 57, 65, 66, 76, 94, 105, 148, 177, 198, 304, 324, 349, 357, 462.
- Machtantritt 1, 2, 3, 4, 9, 64, 66, 92, 94, 101, 105, 146, 150, 156, 177, 198, 304, 312, 315, 324, 346, 408, 458, 469, 517, 527.
 - Reden Hitlers, bezogen auf die UdSSR 8, 24, 25, 31, 42, 83, 85, 87, 95, 98, 112, 120, 146, 155, 172, 186, 253, 281, 312, 324, 333, 337, 343, 347, 357, 359, 363, 439, 440, 441, 443, 469, 478.

Regionen

- Baltikum 35, 64, 146, 337, 360, 393, 405, 407, 408, 409, 415, 416, 422, 428, 446, 468, 481, 513, 527, 536, 545, 564.
- Balkan 64, 66, 146, 186, 292, 375, 402, 481, 517, 564.
- Bessarabien 186.
- Elsass-Lothringen 149, 300.

- Ferner Osten 8, 13, 64, 66, 112, 186, 210, 211, 236, 253, 300, 311, 314, 315, 325, 331, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 342, 344, 352, 364, 381, 382, 410, 446, 462, 481, 517, 535, 543, 545, 564.
- Memelgebiet 333, 407, 408, 409, 415, 469, 513, 546.
- Mongolei, innere 186, 333, 337, 545.
- Osteuropa 30, 65, 115, 118, 120, 349, 422, 469, 481, 499, 513, 549.
- Ostpreußen 29, 66, 491.
- Pazifik 98, 333.
- Saargebiet 300, 357, 459, 462, 464, 499, 513, 542, 543, 546, 547, 555, 556, 565.
- Schlesien 66, 273, 324, 300, 352, 428, 543.
- Skandinavien 35.
- Tirol 66, 517.
- Ukraine (Abtrennung von der UdSSR) 30, 37, 39, 40, 58, 64, 66, 120, 142, 146, 149, 156, 177, 179, 198, 300, 316, 324, 325, 330, 331, 333, 352, 362, 364, 446, 481, 536, 545, 555.
- Xinjiang 375, 478, 557, 558.

Reichsbanner

- Reichswehr** 2, 5, 8, 23, 26, 40, 46, 49, 57, 64, 65, 66, 68, 87, 94, 98, 105, 109, 122, 140, 146, 148, 149, 156, 159, 161, 163, 166, 168, 174, 176, 178, 183, 191, 216, 228, 229, 248, 273, 275, 281, 335, 354, 383, 410, 452, 462, 495, 515, 542, 543, 547, 564.

- Rote Armee (RKKA)** 49, 90, 98, 109, 110, 148, 159, 174, 176, 178, 183, 216, 228, 232, 248, 257, 273, 275, 300, 311, 312, 335, 343, 354, 526, 543, 545, 562.

- Reichstagsbrand** → *Journalistenkonflikt* 20, 28, 30, 39, 65, 66, 156, 204, 206, 208, 209, 212, 213, 219, 234, 240, 249, 258, 262, 277, 280, 352, 367, 377, 378, 379, 380, 382.

- Runderlasse/Erlasse** 54, 55, 72, 74, 76, 80, 120, 142, 215, 272, 343, 348, 364, 382, 397, 418, 460, 202, 481.

Rundschreiben 56, 76, 80, 91, 100, 103, 111, 129, 147, 155, 198, 388.

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft 17, 144, 197, 200, 214, 284, 285, 293, 294, 296, 326, 436, 449, 453, 541, 544.

Rüstungen → *Völkerbund/Abrüstung*
64, 66, 98, 101, 112, 121, 130, 137, 146, 156, 166, 168, 172, 156, 166, 168, 172, 186, 189, 218, 243, 252, 273, 292, 300, 328, 333, 334, 337, 355, 364, 369, 382, 385, 388, 405, 410, 428, 434, 461, 462, 464, 466, 469, 486, 487, 497, 498, 500, 505, 508, 509, 513, 515, 517, 535, 536, 542, 543, 545, 547.

Schiedsgerichte 27, 56, 74, 200, 267, 277, 278, 279, 284, 285, 290, 293, 295, 296, 306, 324, 345, 363, 369, 387, 401, 413, 436, 461, 492, 500.

Sabotage- und Diversionstätigkeit, Spionage 90, 274, 360, 367, 379, 382, 384, 385, 388, 390, 394, 416, 430, 472, 480, 489, 509, 520.

Staaten

- Belgien 231, 410, 461, 477, 481, 483, 513.
- Bulgarien 64, 111, 164, 402, 461.
- China 93, 111, 112, 121, 122, 126, 134, 148, 292, 367, 506, 517, 558.
- Dänemark 63, 304, 513.
- England 8, 17, 35, 45, 50, 57, 64, 65, 66, 77, 85, 92, 95, 97, 98, 102, 111, 118, 130, 144, 145, 149, 150, 156, 166, 177, 186, 243, 268, 266, 267, 269, 296, 304, 312, 321, 328, 434, 344, 352, 357, 387, 405, 406, 407, 410, 421, 461, 462, 477, 479, 481, 482, 486, 498, 508, 511, 513, 517, 536, 539, 542, 543, 545, 546, 565.
- Estland 134, 243, 407, 408, 409, 413, 436, 469, 487, 492, 508.
- Finnland 35, 64, 165, 186, 267, 407, 408, 409, 469, 508, 517, 536, 564.
- Frankreich 8, 9, 12, 13, 17, 18, 20, 28, 30, 42, 50, 54, 64, 65, 66, 83, 85, 87, 92, 94, 98, 102, 105, 109, 110, 118, 120, 125, 130, 143, 144, 146, 149, 150, 153, 156, 159, 166, 172,

- 174, 179, 185, 186, 198, 201, 209, 210, 211, 216, 218, 231, 233, 243, 245, 252, 253, 264, 269, 273, 275, 278, 281, 286, 287, 290, 292, 299, 300, 304, 312, 315, 316, 321, 322, 323, 325, 328, 330, 333, 334, 337, 343, 349, 350, 351, 352, 357, 364, 365, 373, 387, 395, 405, 410, 422, 428, 446, 458, 461, 462, 464, 468, 477, 480, 481, 482, 483, 486, 492, 497, 498, 499, 500, 501, 508, 511, 513, 517, 527, 534, 535, 536, 542, 543, 545, 546, 547, 564, 565.
- Griechenland 517.
- Holland/Niederlande 63, 64, 231, 317, 461.
- Italien 17, 18, 28, 30, 42, 54, 56, 57, 64, 65, 66, 83, 92, 102, 115, 118, 120, 124, 125, 130, 136, 144, 146, 149, 150, 156, 159, 165, 179, 180, 209, 228, 243, 267, 286, 312, 328, 333, 343, 357, 388, 410, 421, 446, 461, 462, 470, 479, 481, 486, 492, 498, 508, 511, 513, 515, 517, 525, 535, 536, 542, 543, 546, 547, 564.
- Japan 12, 18, 64, 66, 85, 98, 118, 130, 134, 156, 159, 165, 168, 173, 179, 186, 252, 253, 273, 280, 292, 304, 312, 315, 316, 325, 328, 333, 334, 335, 337, 342, 344, 436, 350, 354, 361, 362, 364, 365, 375, 405, 407, 410, 446, 461, 462, 464, 513, 517, 527, 535, 536, 539, 545, 547, 555, 564.
- Jugoslawien 63, 197, 207, 231, 402, 405, 410, 458, 462, 517, 525, 542, 547.
- Lettland 35, 134, 243, 407, 408, 409, 413, 436, 487, 492, 508.
- Litauen 92, 104, 105, 134, 146, 149, 154, 179, 186, 214, 333, 360, 364, 407, 408, 413, 436, 469, 508, 536, 546, 555.
- Luxemburg 300.
- Mandschukuo/Mandschurei 29, 186, 267, 333, 342, 361, 365, 413.
- Österreich 12, 64, 66, 146, 156, 169, 199, 243, 304, 324, 382, 388, 405, 408, 410, 462, 463, 466, 469, 486, 487, 513, 515, 517, 523, 536, 542, 547.

- Rumänien 44, 54, 59, 111, 134, 154, 186, 197, 207, 211, 214, 231, 425, 461, 481, 520, 535, 536, 542.
- Schweden 57, 63, 267, 398, 405, 446, 481.
- Schweiz 64, 304, 408, 461, 462, 477.
- Spanien 57, 365, 543.
- Tschechoslowakei 89, 223, 229, 324, 345, 357, 383, 456, 458, 461, 464, 469, 477, 479, 481, 487, 508, 511, 513, 536.
- Türkei 18, 28, 64, 118, 124, 125, 134, 136, 168, 169, 179, 186, 209, 259, 269, 282, 288, 296, 309, 312, 333, 402, 446, 461, 478, 501, 533, 534, 535, 542.
- Ungarn 147, 154, 167, 197, 207, 214, 231, 271, 405, 517, 547.
- USA 19, 40, 44, 50, 66, 76, 98, 110, 111, 112, 130, 144, 149, 150, 155, 156, 169, 186, 191, 199, 243, 259, 266, 267, 269, 270, 277, 296, 300, 309, 313, 321, 324, 333, 334, 337, 342, 345, 365, 383, 387, 410, 429, 470, 477, 488, 495, 513, 517, 521, 539, 542, 545, 559, 560.

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1, 21, 23, 64, 65, 66, 146, 149, 462.

Übergriffe gegen sowjetische Bürger und Einrichtungen 25, 32, 33, 41, 47, 49, 50, 52, 53, 56, 58, 57, 65, 75, 76, 82, 87, 93, 94, 97, 101, 105, 134, 135, 148, 172, 177, 209, 218, 220, 221, 234, 241, 269, 310, 312, 324, 426, 474.

- Haussuchungen 27, 29, 32, 33, 42, 49, 50, 51, 53, 56, 57, 58, 59, 63, 65, 66, 69, 72, 73, 74, 76, 80, 83, 89, 92, 97, 105, 106, 172, 199, 219, 221, 241, 310, 324, 369, 530, 532.
- Verhaftungen 27, 29, 32, 42, 47, 49, 50, 61, 63, 89, 91, 97, 132, 160, 172, 217, 218, 219, 241, 298, 310, 324, 529, 530, 537.

Verhaftungen/Ausweisungen

- in Deutschland → *Übergriffe, Verhaftungen*
- in der UdSSR 50, 92, 218, 292, 298, 352, 359, 360, 361, 362, 364, 369, 379, 386, 397, 413, 434, 489.

Viermächtepakt 50, 54, 59, 66, 102, 120, 156, 159, 186, 461, 517.

- Völkerbund** 50, 54, 64, 198, 243, 250, 251, 252, 253, 254, 264, 268, 296, 299, 300, 304, 315, 322, 325, 328, 333, 340, 342, 350, 364, 365, 410, 446, 461, 462, 464, 470, 481, 486, 491, 492, 501, 508, 513, 515, 517, 520, 522, 535, 542, 543.
 - Abrüstung; Abrüstungskonferenz in Genf 12, 13, 18, 20, 30, 54, 85, 89, 90, 102, 105, 134, 159, 165, 166, 172, 186, 218, 228, 243, 252, 253, 254, 264, 296, 328, 333, 342, 364, 365, 375, 388, 405, 407, 410, 416, 434, 458, 461, 462, 470, 481, 482, 508, 513, 535, 543.
- Flüchtlinge 340, 358.

Wirtschaft, allgemein → *Handel* 7, 9, 10, 13, 17, 18, 20, 21, 23, 29, 31, 35, 41, 42, 44, 47, 50, 51, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 66, 69, 72, 73, 74, 76, 77, 78, 80, 83, 84, 85, 87, 92, 95, 97, 100, 101, 103, 104, 105, 106, 108, 111, 116, 121, 127, 129, 130, 132, 133, 144, 146, 147, 148, 149, 326, 329, 330, 331, 333, 334, 337, 343, 345, 346, 352, 361, 362, 369, 382, 387, 393, 397, 398, 401, 403, 404, 405, 406, 409, 412, 420, 421, 428, 430, 435, 436, 439, 440, 444, 446, 447, 449, 454, 469, 490, 491, 499, 517, 524, 527, 529, 531, 535, 541, 542, 543, 544, 546, 547, 548, 559, 561.

- Erdöl, Erdölprodukte 44, 69, 49, 50, 53, 56, 67, 68, 72, 76, 83, 97, 99, 111, 129, 147, 155, 207, 214, 294, 324, 318, 389, 406, 421, 443, 447, 452, 455, 480, 502, 517, 524, 528, 529, 537, 541, 563.
- Fast & Brilliant 107, 157, 170, 406, 442, 484, 489.
- Getreide 111, 147, 154, 160, 167, 197, 207, 214, 230, 231, 239, 324, 345, 502.
- Gosbank 17, 157, 321, 448, 476, 478, 484.
- Gosplan 268, 297.
- Nahrungsgüter 64, 107, 181, 311, 397, 487, 502.
- Reichsbank 3, 9, 17, 26, 63, 69, 144,

- 146, 231, 283, 321, 324, 383, 401, 442, 446, 447, 480, 484, 529.
- Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung 160, 197, 207, 214, 231.
 - Reichsministerium für Wirtschaft 63, 69, 103, 111, 126, 127, 129, 144, 147, 154, 197, 207, 214, 231, 284, 293, 317, 318, 345, 346, 387, 431, 447, 449, 452, 453, 454, 528, 544.
 - Torgsin 107, 112, 134, 157, 406, 474, 476, 484, 487, 489.
 - Volkskommissariat für Schwerindustrie (NKTP) 34, 96, 366, 489, 500.
 - Volkskommissariat für Außenhandel (NKVT) 34, 45, 82, 105, 108, 202, 268, 279, 287, 302, 361, 389, 403, 444, 455, 491, 493, 504, 551, 544, 562.
- Wirtschaftsabkommen** → *Handels- sowie Kreditabkommen* 50, 63, 214, 243, 281, 317, 401, 404, 407, 408, 410, 431, 443, 453.
- Wissenschaftsbeziehungen** 87, 113, 173, 196, 201, 255, 286, 309, 324, 327, 376, 397, 405, 423, 436, 467, 477, 496, 521.
- Gesellschaft zum Studium Osteuropas 11, 196, 201, 286, 324, 374, 436.

